



Mr. W. C. CAMMAN  
Kolonel tit. K.N.I.L. b.d.  
Res. Kolonel K.N.L. b.d.  
OEGSTGEEST Tel. No. 21587  
Rhijngeesterstraatweg 4









# NATIONALÖKONOMIE

VIERTER BAND





# LEHRBUCH DER NATIONALÖKONOMIE

VON  
HEINRICH PESCH S.J.

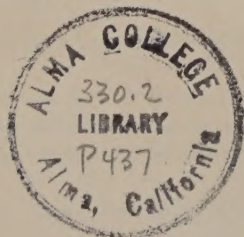
Motto:

«Entzündet rings auf den Bergen weit  
Das flammende Feuersignal der Zeit:  
Gerechtigkeit!» (Fr. Eichert.)

## VIERTER BAND ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE. III

DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHE PROZESS  
1. DECKUNG DES VOLKSBEDARFS  
ALS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE AUFGABE  
2. PRODUKTION

ERSTE UND ZWEITE AUFLAGE



FREIBURG IM BREISGAU 1922  
HERDER & Co. G.m.b.H. VERLAGSBUCHHANDLUNG  
BERLIN, KARLSRUHE, KÖLN, MÜNCHEN, WIEN, LONDON, ST. LOUIS MO.

35632

Imprimatur

*Friburgi Brisgoviae*, die 25 Maii 1922

Dr. Mutz, Vic. Gen.

Imprimi potest

*Coloniae*, die 16 Augusti 1921

Ludovicus Kösters S J  
Praep. Prov. Germ. Inf.

Alle Rechte vorbehalten.

Buchdruckerei von Herder & Co. G.m.b.H. in Freiburg i. B.



## Inhaltsübersicht.

	Seite
Einleitung: Der Solidarismus als sozialphilosophisches System . . .	1—7
Nationalökonomie und Philosophie. Universalismus oder Solidarismus?	
Die Begriffe Gesellschaft und Gemeinschaft . . . . .	7—12
Systematischer Aufbau der Volkswirtschaftslehre . . . . .	12—19
Erster Teil: Die Deckung des Volksbedarfs als volkswirtschaftliche Aufgabe	23—299
Zweiter Teil: Die Produktion . . . . .	301—881

### Erster Teil.

## Die Deckung des Volksbedarfs als volkswirtschaftliche Aufgabe.

### Erstes Kapitel.

<b>Volksbedarf und Bedarfsversorgung</b> . . .	23—80
§ 1. Der Volksbedarf und seine Entfaltung im allgemeinen . . . . .	23—38
1. Der Konsumtionsbegriff (S. 25). — 2. Die Konsumtion im volkswirtschaftlichen Lehrsystem (S. 26). — 3. Bedarf, Volksbedarf (S. 28). — 4. Elastizität des Bedarfs (S. 31). — 5. Notwendiger, tatsächlicher, standesgemäßer Bedarf (S. 32). — 6. Bedarf und Bedarfsdeckung (S. 32). — 7. Bedarfsdeckungsprinzip und Erwerbsprinzip (S. 34). — 8. Bedarfsgestaltung bei den Völkern europäischer Kultur (S. 34).	
§ 2. Hauptarten des menschlichen Unterhaltsbedarfs. Nahrung und Kleidung	38—48
1. Ausweitung des Konsums an Bekleidungsstoffen (S. 39). — 2. Der Nahrungsmittelkonsum (S. 39). — 3. Notwendiger Bedarf und gewohnter Verbrauch an Nahrungsmitteln (S. 44).	
§ 3. Hauptarten des menschlichen Unterhaltsbedarfs. Wohnbedürfnis und modernes Wohnungswesen . . . . .	48—80
1. Die Wohnungsnöten und ihre Ursachen (S. 50). — 2. Verschiedene Erklärung und Beurteilung der Steigerung der städtischen Boden- und Häuserrente, der Verteuerung der städtischen Miete (S. 65).	

### Zweites Kapitel.

<b>Drei besondere „Bedarfsphänomene“</b> . . .	81—117
Wertmaßstäbe der Bedarfsentwicklung (S. 82).	
§ 1. Der Luxus . . . . .	84—94
1. Freunde und Gegner des Luxus (S. 84). — 2. Begriff und Wesen des Luxus (S. 85). — 3. Nationalökonomische Beurteilung des Luxus (S. 89).	

- § 2. Die Mode als Bedarfsphänomen . . . . . 95—108  
 1. Individual- und sozialpsychologische Grundlage (S. 95). — 2. Begriffsbestimmung (S. 97). — 3. Ist die Mode ein Bedürfnis? (S. 98). — 4. Die geschichtliche Entwicklung der Mode (S. 99). — 5. Die wirtschaftliche Bedeutung der Mode (S. 101). — 6. Moderne Formen der Mode in ästhetischer, hygienischer, ethischer Beleuchtung (S. 105).
- § 3. Der Alkoholismus . . . . . 108—117  
 1. Begriffsbestimmung (S. 108). — 2. Wirtschaftliche Schäden des Alkoholismus (S. 109). — 3. Verkehrte Anschauungen über den Trunk (S. 110). — 4. Die Trinksitten (S. 110). — 5. Temperenz und Abstinenz (S. 110). — 6. Statistisches über Alkoholverbrauch (S. 113). — 7. Statistisches über Schäden des Alkoholismus (S. 116).

### Drittes Kapitel.

#### Bedarfsdeckungssysteme und Bedarfsdeckungsprinzipien 118—160

- § 1. Bedarfsdeckungssysteme . . . . . 120—130  
 1. Das privatwirtschaftliche Bedarfsdeckungssystem der Konsumenten (S. 120). — 2. Das volkswirtschaftliche Bedarfsdeckungssystem (S. 121). — 3. Verhältnis der drei Elemente des volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckungssystems zueinander (S. 122). — 4. Die tatsächlichen Bedarfsdeckungsverhältnisse des Volkes nach ihrer konkreten Gestaltung (S. 123).
- § 2. Bedarfsdeckungsprinzipien . . . . . 130—160  
 1. „Optimale“ Bedarfsdeckung als volkswirtschaftliche Aufgabe (S. 130). — 2. Sicherung zukünftiger Bedarfsdeckung (S. 131). — 3. Mängel der Bedarfsdeckung (S. 132). — 4. Das wirtschaftliche Prinzip und die optimale Deckung des Volksbedarfs (S. 132). — 5. Hygiene und Bedarfsdeckung (S. 136). — 6. Hygiene der Ernährung (S. 138). — 7. Hygiene der Kleidung (S. 141). — 8. Hygiene der Wohnungen (S. 143). — 9. Das ästhetische Prinzip in der Bedarfsdeckung (S. 145). — 10. Bedarfsdeckung und Moral (S. 146). — 11. Mittelalterliche Bedarfsdeckungs- und moderne Erwerbswirtschaft (S. 154).

### Viertes Kapitel.

#### Die regelnden Faktoren.

Prinzipielle und praktische Richtlinien für das Verhalten der verschiedenen Faktoren im Vollzuge des volkswirtschaftlichen Prozesses . . . . . 161—299  
 Anpassung und Zusammenwirken mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Aufgabe (S. 162).

- § 1. Unternehmer, Produzenten, Händler und die volkswirtschaftliche Aufgabe 163—192  
 1. Der Unternehmer als Lieferant (S. 164). — 2. Anpassung an das Bedarfsdeckungssystem der Konsumenten (S. 167). — 3. Güte der Leistung (S. 170). — 4. Reellität, Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit in der Darbietung und beim Vollzug der Leistung (S. 174). — 5. Die Reklame usw. (S. 175). — 6. Reellität in der Preisforderung: Preiswürdigkeit der Leistung (S. 179). — 7. Geschäftsbildung und Geschäftsmoral (S. 183).
- § 2. Regelung der Konsumtion durch die Konsumenten selbst . . . . . 192—202  
 1. Fortschritt in der Konsumrichtung (S. 192). — 2. Berechtigte Verschiedenheiten, allgemein notwendige Selbstbeherrschung (S. 192). —



3. Modewillkür (S. 194). — 4. Sinn<sup>9</sup> für Qualitätsware (S. 194). — 5. Prinzip der Preiswürdigkeit (S. 196). — 6. Die Frau als Leiterin des Verbrauchs (S. 196). — 7. Die Steigerung der heimischen Produktion durch die Hausfrauen (S. 198). — 8. Veredelung der Lebenshaltung, Teilnahme der Massen an dem höheren geistigen Leben ihres Volkes (S. 201).

- § 3. Staat und Gemeinde in ihrem Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung . . . . . 202—258
1. Die eigenen Leistungen bisheriger staatlicher und gemeindlicher Unternehmungen (S. 203). — 2. „Sozialisierung“ im neuen Deutschland (S. 204). — 3. Der Begriff der „Sozialisierung“ (S. 208). — 4. Grenzen der Sozialisierung (S. 210). — 5. Schwächen des öffentlichen Betriebes (S. 214). — 6. Sozialisierung als Mittel des Wiederaufbaues (S. 219). — 7. Förderung, Kontrolle und Regulierung privatwirtschaftlicher Darbietungen von Gütern und Leistungen (S. 220). — 8. Die öffentlichen Gewalten und die Lebensmittelversorgung des Volkes (S. 229). — 9. Die öffentlichen Gewalten, das Bekleidungswesen, Luxus- und Modepolitik (S. 234). — 10. Ordnung des Siedlungswesens und der Wohnungsverhältnisse (S. 236).
- § 4. Modernes Organisationswesen in seiner Bedeutung für die Bedarfsdeckung des Volkes . . . . . 258—289
1. Kartelle und Genossenschaften als Formen der modernen gesellschaftlichen Organisation (S. 258). — 2. Standes- und Berufsorganisationen (S. 261). — 3. Allgemeine Grundsätze (S. 275). — 4. Der sachliche Inhalt der Güterleistungen und das Organisationswesen (S. 277). — 5. Die Konsumentenorganisationen (S. 280). — 6. Das Verlangen nach zuverlässiger Begutachtung, Beratung, Warenprüfung (S. 285). — 7. Organisationen für spezielle Zwecke (S. 287). — 8. Dreigliederung des sozialen Körpers? (S. 289).
- § 5. Ein besonderes Beispiel des Zusammenwirkens der verschiedenen Faktoren. Rückblick und Ausblick . . . . . 290—299
1. Die Bekämpfung des Alkoholismus (S. 290). — 2. Rückblick und Schlußbemerkung (S. 295).

## Zweiter Teil.

### Die Produktion.

#### Erster Abschnitt.

#### Allgemeine Lehren . . . . . 303—587

#### Erstes Kapitel.

#### Produktion und Produktionsfaktoren.

- § 1. Begriff, Wesen, Arten der Produktion. Ihre Entwicklung und ihre Aufgabe . . . . . 303—328
1. Was heißt „produzieren“? (S. 303). — 2. Ökonomische Produktion (S. 303). — 3. Arten der ökonomischen Produktion (S. 305). — 4. Abhängigkeit der Produktion von der Entwicklung der Technik (S. 306). — 5. Technik und Ökonomik in der Produktion (S. 306). — 6. Entwicklung der Produktionstechnik (S. 307). — 7. Verschiedene Ansichten über das Verhältnis von Technik und wirtschaftlicher Entwicklung (S. 309). —

8. Technischer Fortschritt und allgemeiner Kulturfortschritt (S. 311). — 9. Grenzen der technischen Entwicklung (S. 312). — 10. Der Einfluß gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Produktion (S. 313). — 11. Volkswirtschaftliche Produktivität der Produktion (S. 314). — 12. Privatwirtschaftliche Rentabilität (S. 316). — 13. Anpassung der Produktion an den Volksbedarf und an die Kaufkraft der Verbraucher (S. 318). — 14. Unzweckmäßige Aufwendung von Kosten (S. 319). — 15. Begrenztheit der Produktion und der Produkte (S. 319). — 16. Das regelnde Prinzip der Produktion (S. 320).

- § 2. Ursachen und Bedingungen der ökonomischen Produktion . . . 321—328  
 1. Begriff und Einteilung der Ursachen (S. 321). — 2. Anwendung dieser Unterscheidungen auf die Produktion (S. 322). — 3. Die Produktion ein fortdauernder Prozeß (S. 324). — 4. Die Unterscheidung der Produktionsfaktoren (S. 324). — 5. Produktionsfaktoren und volkswirtschaftliche Aufgabe (S. 328).

### Zweites Kapitel.

#### Der arbeitende Mensch als Produzent . . . 329—440

- § 1. Wesen und produktive Wirkkraft der menschlichen Arbeit . . . 229—340  
 1. Die Arbeit in sich betrachtet (S. 329). — 2. Unterscheidungen (S. 330). — 3. Arbeit und Unlust (S. 332). — 4. Die Arbeit im Lichte der christlichen Lehre (S. 333). — 5. Die produzierende Arbeit als wirtschaftliche Tätigkeit (S. 334). — 6. Produktivität der Arbeit (S. 334). — 7. Das Verhältnis zwischen dem Produktionsergebnis und dem Produktionsaufwand (S. 337). — 8. Intensität und Geschicklichkeit der Arbeit (S. 338). — 9. Meßbarkeit der Arbeit (S. 338).
- § 2. Territoriale Bedingungen der Produktivkraft eines Volkes . . . 340—367  
 1. Die produktiven Kräfte eines Volkes (S. 340). — 2. Die physische Beschaffenheit des Wohngebiets (S. 342). — 3. Europa (S. 345). — 4. Die Vorzüge der wirtschaftsgeographischen Ausstattung Europas (S. 346). — 5. Deutschland (S. 348). — 6. Luxemburg (S. 352). — 7. Das alte Österreich-Ungarn (S. 353). — 8. Schweiz (S. 356). — 9. Belgien (S. 356). — 10. Niederlande (S. 357). — 11. Frankreich (S. 357). — 12. Großbritannien und Irland (S. 358). — 13. Die Pyrenäenhalbinsel (S. 360). — 14. Italien (S. 361). — 15. Der Südosten Europas (S. 362). — 16. Rußland (S. 363). — 17. Dänemark (S. 364). — 18. Finnland (S. 364). — 19. Schweden und Norwegen (S. 364). — 20. Amerika (S. 365). — 21. Asien (S. 366). — 22. Afrika (S. 367). — 23. Australien (S. 367).
- § 3. Völkische Bedingungen und Ursachen der produktiven Leistungsfähigkeit eines Volkes . . . 367—391  
 1. Eine zahlreiche und dichte Bevölkerung (S. 368). — 2. Arbeitsmenge und volkswirtschaftliche Aufgabe (S. 375). — 3. Potentielle Arbeitsenergie eines Volkes (S. 377). — 4. Einfluß der städtischen Siedlungsweise (S. 378). — 5. Wanderungen (S. 379). — 6. Rassenunterschiede (S. 380). — 7. Nationale Besonderheiten (S. 381). — 8. Einfluß der körperlichen Kraft und der geistigen Bildung (S. 381). — 9. Die Rechts- und Wirtschaftsverfassung (S. 382). — 10. Klassengedanke und Standesbewußtsein (S. 386). — 11. Produktionszwang (S. 389). — 12. Arbeitsdienstpflcht (S. 390).
- § 4. Physische, psychische und andere persönliche Momente in ihrem Einfluß auf die Produktivität der Arbeit . . . 362—421

1. Körperliche und geistige Kraft und Gesundheit (S. 392). — 2. Berufswahl, Ausbildung und Übung (S. 395). — 3. Grenze der normalen Arbeitsleistung unter physiologischem und wirtschaftlichem Gesichtspunkt (S. 396). — 4. Die Psyche als Energieelement (S. 398). — 5. Die wirtschaftliche Motivation der Arbeit (S. 399). — 6. Höherer Lohn und verkürzte Arbeitszeit — erhöhte Arbeitsleistung (S. 402). — 7. Maximalarbeitstag (S. 405). — 8. Normalarbeitstag (S. 407). — 9. Der Achtstundentag (S. 408). — 10. Sind die heutigen Lohnarbeiter endgültig nur Lohnarbeiter? (S. 412). — 11. Rationalisierung und darum Erforschung der Arbeit (Arbeitswissenschaft) (S. 415). — 12. Das Pflichtbewußtsein (S. 416) — 13. Berufsgedanke und Produktivkraft des Arbeiters (S. 418).

§ 5. Arbeitsteilung und Produktivität der Arbeit . . . . . 421—440

1. Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft (S. 421). — 2. Subjektive Motivierung oder objektive Begründung der Arbeitsteilung (S. 422). — 3. Arbeitsteilung und Volkswohlstand im Sinne A. Smiths (S. 422). — 4. Die Arbeitsteilung in geschichtlicher Entwicklung (S. 424). — 5. Das Bücherische Schema der Arbeitsgliederung (S. 427). — 6. Wirtschaftliche und volkswirtschaftliche Vorteile der Arbeitsteilung (S. 431). — 7. Schattenseiten der Arbeitsteilung (S. 433). — 8. Grenzen der Arbeitsteilung (S. 435). — 9. Die Eigenschaft der Arbeit als Berufsleistung (S. 436). — 10. Die deutsche Bevölkerung nach Berufsabteilungen (S. 438).

Drittes Kapitel.

Die sachlichen Produktionsmittel . . . . . 441—528

§ 1. Die äußere Natur als Produktionsfaktor . . . . . 441—477

1. Die äußere Natur im Dienste des Menschen (S. 441). — 2. Die äußere Natur als Produktionsfaktor (S. 442). — 3. Wirtschaftsgeographischer Exkurs (S. 445).

§ 2. Produzierte Produktionsmittel (Mechanische Technik) . . . . . 477—504

1. Künstliche Produktionsmittel (S. 477). — 2. Der Kapitalbegriff (S. 479). — 3. Die geschichtliche Entwicklung der Volkswirtschaft unter der Einwirkung sich entfaltender Technik, speziell der Werkzeugs- und Maschinenteknik (S. 487). — 4. Licht- und Schattenseiten des Maschinenwesens (S. 492). — 5. Das Maschinenproblem in der Volkswirtschaftslehre (S. 499). — 6. Kapitalbildung (S. 500).

§ 3. Der Satz von der alleinigen Produktivität der Arbeit . . . . . 504—528

1. Ausbeutungstheorien (S. 504). — 2. Die physische Produktion der Natur (S. 507). — 3. Ist die menschliche Arbeit allein „produktiv“? (S. 510). — 4. Ist also die menschliche Arbeitskraft die einzige produktive Urkraft? (S. 512). — 5. Lösung einiger Bedenken (S. 517). — 6. Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen (S. 526).

Viertes Kapitel.

Die Organisation der Produktion (Organisatorische Technik) . . . . . 529—587

§ 1. Unternehmungsweise Produktion und Betriebsorganisation . . . . . 529—557

1. Der Unternehmer als Subjekt der Produktionstätigkeit (S. 529). — 2. Die verschiedenen Unternehmungsformen (S. 531). — 3. Ökonomische

Organisationen im Dienste der Unternehmung (S. 534). — 4. Planwirtschaft und Unternehmung (S. 534). — 5. Produktionsbetriebe (S. 540). — 6. Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe (S. 540). — 7. Das Gesetz der Massenproduktion (S. 546). — 8. Arbeitsintensität, Technik und Organisation des Betriebes (S. 547). — 9. Grenzen, Mängel und Nachteile des Großbetriebes (S. 549). — 10. Konzentration und deutsche Volkswirtschaft der Gegenwart (S. 551). — 11. Die Bedeutung der Persönlichkeit im modernen Wirtschaftsleben (S. 555).

- § 2. Kapitalistische Produktion, kapitalistische Unternehmung, Kapitalismus 557—587  
 1. Kapitalistische Produktion (S. 557). — 2. Kapitalistische Unternehmung (S. 561). — 3. Der „moderne Kapitalismus“ nach Werner Sombart (S. 562) — 4. Weiteres Material zum Verständnis des Begriffes „Kapitalismus“ (S. 580).

### Zweiter Abschnitt.

## Produktionszweige . . . 588—881

### Erstes Kapitel.

## Okkupierende Wirtschaft. Urproduktion . . 588—755

- § 1. Die Jagd und Fischerei . . . 589—592  
 1. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd (S. 589). — 2. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Fischerei (S. 591).
- § 2. Landwirtschaft. Agrarverfassung . . . 592—642  
 1. Die Agrarverfassung im allgemeinen (S. 592). — 2. Altgermanische Agrarverfassung Die Ansiedlung (S. 595). — 3. Ansiedlungsformen: Dorfsystem und Hofsystem (S. 596). — 4. Entstehung der Grundherrschaft in deutschen Gebieten (S. 597). — 5. Kolonisation der ostelbischen Länder. Gutsherrschaften (S. 600). — 6. Sonstige Verschlechterung in der Lage der Bauern (S. 602). — 7. Bauernschutz und Bauernbefreiung (S. 606). — 8. Das Werk der persönlichen Befreiung (S. 609). — 9. Die Ablösungs- oder Grundentlastungsgesetzgebung; Verwandlung des bäuerlichen Besitzrechtes in Eigentum an Grund und Boden (S. 613). — 10. Reform der Flurverfassung: Zusammenlegungen usw., „Landeskulturgesetzgebung“ (S. 624). — 11. Gemeinheitsteilungen (S. 631). — 12. Die Aufhebung der Weidrechte (S. 638).
- § 3. Der landwirtschaftliche Betrieb und die verschiedenen Betriebssysteme 642—661  
 1. Begriff der Landwirtschaft (S. 642). — 2. Entwicklung der Landwirtschaft (S. 642). — 3. Extensive und intensive Wirtschaft (S. 643). — 4. Die agrarische Statik (S. 645). — 5. Typen der Ackerbausysteme (S. 646). — 6. Die einzelnen Ackerbausysteme (S. 647). — 7. Wirtschaften mit technischen Nebengewerben (S. 649). — 8. Sogenannte freie Wirtschaft (S. 649). — 9. Viehwirtschaft (S. 650). — 10. Der Standort der landwirtschaftlichen Betriebssysteme und Produktionszweige (S. 650). — 11. Das Thünensche Gesetz (S. 652). — 12. Nationalökonomische Beurteilung der Ackerbausysteme (S. 654). — 13. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag in seinen verschiedenen Formulierungen (S. 656). — 14. Einiges über die Forstwirtschaft insbesondere (S. 658).
- § 4. Größenverhältnisse des landwirtschaftlichen Besitzes und Betriebes . 661—681  
 1. Geschichtliche Ursachen der Bodenverteilung (S. 662). — 2. Größenbegriff des landwirtschaftlichen Besitzes (S. 662). — 3. Größenverhältnisse



des landwirtschaftlichen Betriebes (S. 663). — 4. Die rechte Mischung der verschiedenen Größenklassen (S. 665). — 5. Verschiedene Erbsysteme (S. 666). — 6. Die sozialistische Konzentrationstheorie und die Landwirtschaft (S. 673). — 7. Statistisches (S. 675).

§ 5. Erhaltung und Sicherung der Landwirtschaft und des bauerlichen Wohlstandes . . . . . 682—707

1. Agrarkrisen und Agrarfragen (S. 682). — 2. Verschuldung des agrarischen Bodens (S. 683). — 3. Verminderung der Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes (S. 685). — 4. Sekundäre Ursachen landwirtschaftlicher Notlage (S. 685). — 5. Der prinzipielle Ausgangspunkt gegenwärtiger agrarischer Reformbestrebungen (S. 687). — 6. Beseitigung von Hemmnissen der Produktivität (S. 688). — 7. Positive Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität (S. 689). — 8. Sicherung bauerlichen Besitzes und Wohlstandes (S. 690). — 9. Der Kampf gegen die Bodenverschuldung (S. 691). — 10. Sicherung von Absatz und Produktenpreis (S. 699). — 11. Die Lage der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege (S. 701). — 12. Pacht und Pachtwesen (S. 703).

§ 6. Vermehrung des Bauernstandes und Festigung des bauerlichen Besitzes 707—725

1. Innere Kolonisation (S. 708). — 2. Rentengüter (S. 709). — 3. Siedlung und Landarbeiter (S. 711). — 4. Heimstättenbewegung (S. 712). — 5. Das Reichssiedlungsgesetz von 1919 (S. 717). — 6. Grundsätzliches für die Agrarpolitik der Zukunft (S. 720).

§ 7. Bergbau . . . . . 725—755

1. Volkswirtschaftliche Bedeutung des Bergbaues (S. 725). — 2. Rechtliche Ordnung des Bergbaues (S. 726). — 3. Gegenstand des Bergbaues (S. 728). — 4. Subjekte des Bergbaues (S. 729). — 5. Beschränkungen der freien Selbstverwaltung im Bergwerksbetriebe (S. 730). — 6. Die Syndikate (S. 731). — 7. Statistik des Bergbaues (S. 735). — 8. Verstaatlichung des Bergbaues (S. 745). — 9. Zur „Sozialisierung“ des Kohlenbergbaues (S. 746).

## Zweites Kapitel.

### Gewerbewesen . . . . . 756—836

§ 1. Begriff und Formen des Gewerbes . . . . . 756—761

1. Begriff (S. 756). — 2. Arten und Zweige der Gewerbe (S. 757). — 3. Gewerbliche Betriebssysteme (S. 758).

§ 2. Hauswerk und Lohnwerk . . . . . 761—764

1. Das Hauswerk (S. 761). — 2. Das Lohnwerk (S. 763).

§ 3. Das Handwerk als Preiswerk . . . . . 764—770

1. Der Prozeß der Scheidung von Landbau und Gewerbe (S. 764). — 2. Das „Handwerk“ seiner Wortbedeutung nach (S. 765). — 3. Begriffsbestimmung (S. 765). — 4. Die Produktivität des Handwerks (S. 766).

§ 4. Hausindustrie, Verlagssystem . . . . . 770—779

1. Hausindustrie (S. 770). — 2. Verlagssystem (S. 771). — 3. Der Verleger (S. 772). — 4. Der Hausindustrielle (S. 772). — 5. Die Entstehung des Verlagsbetriebes (S. 773). — 6. Betriebsgestaltung (S. 774). — 7. Verbreitung der Hausindustrie (S. 776). — 8. Vorzüge und Nachteile der Hausindustrie (S. 777).

	Seite
§ 5. Fabrik . . . . .	779—836
1. Begriffsbestimmungen (S. 779). — 2. Einteilung der Fabriken (S. 783). — 3. Bedingungen der Entwicklung von industriellen Großbetrieben (S. 784). — 4. Die Funktionen der großindustriellen Unternehmer (S. 786). — 5. Die Wahl des Standortes (S. 786). — 6. Technik und Ökonomik in der Unternehmung (S. 789). — 7. Organisation des Betriebes in ihrer Einwirkung auf die Leistungsfähigkeit der Arbeit (S. 791). — 8. „Wissenschaftliche Betriebsleitung“ (S. 793). — 9. Innergesellschaftliche Probleme des Großbetriebes (S. 797). — 10. Noch einmal Entwicklungstendenzen der modernen Großindustrie (S. 800). — 11. Fabrik und Handwerk (S. 803). — 12. Zukunftsbilder oder Zukunftsträume? (S. 809). — 13. Statistisches und Produktionsgeographisches (S. 812).	

### Drittes Kapitel.

#### Agrar- und Industriestaat . . . . . 837—881

§ 1. Das Problem an sich und vor dem Weltkriege . . . . .	837—865
1. Begriff industriestaatlicher Entwicklung (S. 837). — 2. Die industriestaatliche Entwicklung Westeuropas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (S. 838). — 3. Die industriestaatliche Entwicklung eine geschichtliche, Regelungen zulassende und der Regelung bedürftige Tendenz, keine „naturgesetzliche“ Notwendigkeit (S. 847). — 4. Licht- und Schattenseiten der industriestaatlichen Entwicklung (S. 848). — 5. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag und die industriestaatliche Entwicklung (S. 850). — 6. Das Gesetz des wachsenden Ertrags industrieller Produktion (S. 855). — 7. Die Unsicherheit dauernder und wachsender Absatzmöglichkeit für industrielle Produkte (S. 858). — 8. Die Ungewißheit dauernder und wachsender Anlieferung von Rohstoffen und Agrarprodukten des Auslandes (S. 861). — 9. Die Bedeutung der Landbevölkerung in einem hochindustriellen Lande (S. 863).	
§ 2. Das Problem nach dem Weltkriege . . . . .	865—881
1. Ließ sich im Kriegsfall die Getreideversorgung Deutschlands ohne ausländische Hilfe für längere Zeit erhoffen? (S. 865). — 2. Die Erfahrungen des Weltkrieges (S. 868). — 3. Wird die Selbstversorgung Deutschlands mit den notwendigen Lebensmitteln nach dem Kriege für die Zukunft möglich sein? (S. 870). — 4. Rückgang der deutschen Landwirtschaft infolge des Weltkrieges (S. 876). — 5. Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft zu ihrer früheren Leistungsfähigkeit (S. 877). — 6. Auch die Industrie bedarf in Zukunft der gleichen Förderung wie vor dem Kriege (S. 880).	

Personenregister . . . . .	883
Sachregister . . . . .	889

## Einleitung.

I. In der Einleitung des ersten Bandes von „Bau und Leben des sozialen Körpers“ (1. Aufl.) hatte Albert Schäffle das ganze Wirtschaftsleben auf zwei Gegenströmungen zurückgeführt: die ausschließlich auf Privatnutzen gerichtete des Individualismus und die ausschließlich auf Gemeinnutzen gerichtete des Kollektivismus. Ein mit Schäffle eng befreundeter österreichischer Staatsmann, Heinrich Clam-Martinic (der Ältere), bezeichnete damals<sup>1</sup> den Ausgleich dieser zwei Strömungen als das wichtigste und schwierigste Problem der Zeit. Ist dieser Ausgleich bisher gelungen?

Adolf Wagner glaubte ihn in seinem Staatssozialismus gefunden zu haben, speziell in der Vermehrung der öffentlichen Betriebe. Wir suchten den Ausgleich durch Verbindung des in beiden Systemen Berechtigten. So gelangten wir zu dem in den ersten zwei Bänden des Lehrbuches ausführlich behandelten und begründeten sozialphilosophischen System des Solidarismus. Ein sozialphilosophisches System aber, das Anspruch auf Wahrheit erheben darf, kann unmöglich die Ethik unbeachtet lassen. „Das soziale Leben und seine Ordnung“, sagt treffend Franz Walter<sup>2</sup>, „führt von selbst in das Gebiet des Ethischen hinein. Wo den individualistischen Instinkten Zügel angelegt und die Interessen des Ganzen denen einzelner Individuen übergeordnet werden sollen, ist ein sittlicher Appell erforderlich. Schon die Tatsache des sozialen Zusammenlebens erfordert das ethische Band des Vertrauens der einzelnen zueinander bzw. auf die soziale Autorität, auf Schutz berechtigter Interessen, auf gegenseitige Hilfe und Förderung. Soziale Ordnung als Produkt menschlicher Tätigkeit ist undenkbar ohne Ordnung des Willens der einzelnen. Egoismus ist individualistisch und führt zur Auflösung der sozialen Ordnung. Schon der einfachste Tauschverkehr auf primitivster Stufe ist nicht möglich, ohne daß zwischen den regelmäßig Tauschenden eine gewisse sittliche Gemeinschaft besteht, und diese Notwendigkeit, sittliche Beziehungen anzuerkennen, ist um so notwendiger, je verschlungener die Verkehrsfäden werden, die den einzelnen hineinfecten in die soziale Gemeinschaft. Wer die ethische Ordnung nicht

<sup>1</sup> Seinem Neffen Robert von Nostitz-Rieneck gegenüber. Vgl. Stimmen der Zeit CI (1921), Jubiläumsheft. Aufsatz: „Kulturgeschichte“.

<sup>2</sup> Die Sozialhygiene in ihrem Verhältnis zur Weltanschauung und Ethik (1921) 20 ff.  
Pesch, Lehrb. der Nationalökonomie IV. 1. Tl. 1. u. 2. Aufl.



als Ausfluß eines göttlichen Willens anerkennt, muß wenigstens den kategorischen Imperativ der Vernunft gelten lassen.“

II. Wir können hier nicht noch einmal das solidaristische System in voller Ausführlichkeit vorführen, begnügen uns vielmehr mit der kurzen Erinnerung an einige in den früheren Bänden dargelegte Grundlehren dieses Systems.

1. Der Mensch Herr der Welt. Diese Herrschaft ist Gemeingut aller Menschen, wie die menschliche Natur ihr Gemeingut ist. Allen Menschen muß die äußere Natur dienen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse.

2. Der arbeitende Mensch ist Herr der Welt, die Arbeit das unerläßliche Mittel der Weltbeherrschung, die wirtschaftliche Arbeit das notwendige Mittel zur Bedarfsversorgung. Dem arbeitenden Menschen dient die Sachenwelt, dienen die Naturkräfte. Sie liefern ihm Gegenstand, Mittel, Bedingungen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit. Niemals ist der Mensch dabei bloßes Objekt oder Werkzeug. Auch der einfachste Arbeiter nimmt Teil an der menschlichen Subjektstellung, bleibt Subjekt und Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit (anthropozentrisch-teleologisches Prinzip).

Die Arbeit ist natürliche Notwendigkeit. Ohne Arbeit keine Befriedigung der Bedürfnisse, kein Fortschritt. Die Arbeit ist aber auch des Menschen Pflicht, ist Individualgesetz für jeden einzelnen, körperliche Arbeit ein auf der Menschheit ruhendes Menschheitsgesetz. Die Arbeit ist Recht, Ehre, Freude des Menschen. Unter allem, was den Menschen drückt, ist geordnete Arbeit der geringste Druck.

Nicht bloß die landwirtschaftliche oder die industrielle und kommerzielle Tätigkeit ist Ursache der nationalen Wohlfahrt, sondern die menschliche Arbeit, Betriebsamkeit schlechthin muß als Hauptursache der materiellen Volkswohlfahrt anerkannt werden. Wirtschaftlich vollwertig ist regelmäßig nur diejenige Nation, die alle Produktivkräfte in sich vereint, richtig organisiert nur diejenige, die sie alle bei Lebenskraft erhält. Menschliche Arbeit ist wieder die wichtigste Ursache bei der Wiederaufrichtung der Wohlfahrt eines durch schweres Unglück betroffenen Volkes.

3. Der arbeitende Mensch Herr der Welt inmitten der Gesellschaft. Hier, in der Gesellschaft, wird der Mensch erst vollkommen zum Herrn der Welt, indem er mit seinesgleichen zusammenwirkt in Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft.

Aus der Arbeitsteilung erwächst geschichtlich die soziale Gliederung der Gesellschaft (vertikal nach der Rangordnung der Stände und horizontal, innerhalb der Stände nach Klassen, entsprechend der besondern Leistung der unteren, mittleren, oberen Schicht, unter Wahrung des Primates der geistigen Leistung). Diese soziale Gliederung wurde im Laufe der Geschichte in ihrer konkreten Ausbildung oft durch politische, soziale und wirtschaftliche Machtverhältnisse beeinflusst. Es ist aber zuviel gesagt, wenn Oppenheimer meint: „Nicht ökonomische Beziehungen zwischen Freien und

Gleichberechtigten, sondern politische Beziehungen zwischen Siegern und Unterworfenen haben die sozialen und wirtschaftlichen Klassen geschaffen.“ Die Gliederung nach Ständen und Klassen in Gesellschaft und Wirtschaft ist nicht bloßes Ergebnis der Macht, sondern ein Erfordernis und Ergebnis gesunder gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung. Dabei werden die Klassen nicht als bloße Besitzschichtung im Sinne des Sozialismus (Bourgeoisie und Proletariat), sondern in erster Linie als Leistungsschichtung innerhalb des gleichen Berufes verstanden.

Eine prinzipiell und historisch richtige Auffassung wird ferner auch in den drei Grundpfeilern der gesellschaftlichen Ordnung, in Familie, Staat, Privateigentum, nicht lediglich das Produkt von Zwang und Gewalt erblicken, von Gewalteigentum und Zwangsstaat sprechen dürfen. Es handelt sich dabei vielmehr um unerläßliche Bedingungen jeder kulturellen Entwicklung. Gewalteigentum und Gewaltstaat finden sich beim Kommunismus (Bolschewismus), nicht aber mit Notwendigkeit bei der Ausbildung des Staates als solchen und der Privateigentumsinstitution als solcher. Die naturrechtliche Begründung von Familie, Staat, Privateigentum blieb bis heute unwiderlegt.

Wir verkennen nicht die hohe Bedeutung der positiven Rechtsordnung für die Ordnung des Wirtschaftslebens. Sie bildet den weiten äußeren Rahmen, innerhalb dessen sich das Wirtschaftsleben entfaltet<sup>1</sup>. Das positive Recht aber ist wandelbar. Auch die sozialistische Gesellschaft könnte der Rechtsordnung nicht entbehren. Das „richtige Recht“ und die Gerechtigkeit wird sich eben nur dort finden, wo die positive Rechtsordnung in dem natürlichen Rechte die höhere Norm anerkennt.

Der Mensch ist ein soziales Wesen, ergänzungsfähig und ergänzungsbedürftig, auf das gesellschaftliche Leben angewiesen. Niemand lebt als Einzelperson. Er ist zugleich Teil der Gesellschaft, des ganzen Geschlechtes. Das Gesetz der Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit durchzieht sämtliche Lebenssphären. Das Benehmen des einzelnen hat Bedeutung für andere und für das Ganze. Mag darum auch der einzelne seine eigenen Interessen im Auge behalten, stets muß er zugleich Rücksicht nehmen auf das Wohl der Gemeinschaft, der er angehört. Einordnung und Unterordnung unter das gesellschaftliche Ganze und dessen Wohl, das ist Solidarität als soziale Pflicht.

Drei Gemeinschaften kommen für den Solidarismus in Betracht und entsprechend eine dreifache Solidarität.

1. Die allgemein menschliche Solidarität im Sinne des Christentums macht keinen Unterschied zwischen Rasse, Nation, Klasse. Für das Christentum gibt es keine Klasse von Rechtlosen, von Parias, wie für den Buddhismus, keine kapitalistischen Herrenmenschen, kein

<sup>1</sup> Vgl. Diehl, Theoretische Nationalökonomie (1916) 46 ff.

egoistisches Streben nach Reichtum unter gleichzeitiger Erweiterung der Macht und drückenden Herrschaft des Menschen über den Menschen, keine Internationale, die den Klassenhaß in Permanenz erklärt. Das allumfassende Bruderband wahrer Humanität, beruhend auf der christlichen Anerkennung einer allgemeinen Gottesfamilie, beherrscht durch Gerechtigkeit und Liebe alle Beziehungen von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk. Wo dieses Band fehlt, da heißt es: Homo homini lupus! Ohne Gott als soziales Zentrum, ohne Gerechtigkeit und Nächstenliebe bleibt das hohe, vielbesprochene Ideal eines Völkerbundes bloßes Wahngebilde oder häßliches Idol, dem unterdrückte Völker nur der Gewalt weichend sich beugen werden. Die älteste Internationale: das Christentum, verbindet mit wahren Internationalismus zugleich richtiges Verständnis für echten Nationalismus. Der Staat erscheint, wie gesagt, hier nicht als bloßes Machtprodukt, mag auch historisch Gewalt und Macht bei der Gründung der einzelnen Staaten eine große Rolle gespielt haben. Als Gesellschaftsform findet der Staat seine prinzipielle Begründung vielmehr im natürlichen Rechte.

2. Die Solidarität der Staatsgenossen. Der Staat ist mehr als eine Masse von Individualexistenzen. Er ist vielmehr eine moralisch-organische Einheit, eine durch die öffentliche Volkswohlfahrt als Staatszweck beherrschte Volksgemeinschaft. Zuerst gehört ein jeder sich selbst an. Dann aber ist ein jeder in den organischen Verband der staatlichen Gesamtheit gestellt. Die Bürger sind als Staatsgenossen dem Staatszwecke sittlich verpflichtet. Sie sollen der öffentlichen Wohlfahrt auch als wirtschaftende Bürger dienen, positiv durch ihre wirtschaftlichen Leistungen, negativ, indem sie in ihrem Erwerbsstreben fremdes Recht und die allen gemeinsame öffentliche Wohlfahrt nicht schädigen.

3. Die Solidarität der Berufsgenossen. Als großer sozialer Organismus bedarf die bürgerliche Gesellschaft organischer Gliederung. Der einzelne ist „Glieder“ nur im Sinne von „Bestandteil“ der Gesellschaft. „Organe“ der Gesellschaft aber sind erst die Berufsstände, deren Arbeit als „soziale Funktion“, als „Quasi-Amt“ im Dienste der Gemeinschaft sich darstellt. Die Berufsorganisation ist Berufsgemeinschaft. Der gleiche Beruf hat gemeinsame Interessen. Auch da heißt es: Einer für alle und alle für einen! Die Berufsgenossenschaft wirkt als solidarische Interessenvertretung des Standes, aber sie ist nicht bloße Interessenvertretung. Sie würde aufhören, soziales Organ in der staatlichen Gesellschaft zu sein, wenn bei der Vertretung der Standesinteressen ein engherziger Gruppenegoismus sie leiten sollte. Niemals darf die Berufsgenossenschaft vergessen, daß sie nur ein Teil im Ganzen, ein Organ der Gesellschaft ist, daß die berufsgenossenschaftliche Solidarität sich vor der Solidarität der höheren Gemeinschaft, vor der staatsbürgerlichen Solidarität, beugen, daß das Berufsinteresse wie das Einzelinteresse dem Ge-



samtinteresse der staatlichen Gesellschaft und der ganzen Volkswirtschaft sich unter- und einordnen muß. Tatsächliche Organisation der Berufsstände und Organisationsform sind geschichtlich bedingt.

Auch auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter findet der Solidaritätsgedanke Anwendung. Der Arbeiter ist dem Unternehmer und Leiter der Unternehmung untergeordnet, untergeordnet als Mensch, als Produzent, als Gehilfe des Unternehmers, niemals aber als bloßes Produktionsmittel. Und ebenso mit Rücksicht auf die Vergeltung seiner Arbeit bleibt der Arbeiter Selbstzweck. Es wäre einseitige Überhebung privatwirtschaftlicher Betrachtung über die volkswirtschaftliche richtige Einschätzung, wenn man im Lohne lediglich ein Kostenelement der Produktion erblicken und dabei vergessen wollte, daß der Lohn für eine wichtige Volksgruppe deren Einkommen bedeutet, die Grundlage ihrer Existenz ausmacht. Als an dem Gedeihen der Unternehmung mitinteressierte und durch die soziale Funktion der Berufsart mitverpflichtete Gehilfen sind Angestellte und Arbeiter Berufsgenossen des Unternehmers, mit ihm verbunden in solidarischer Arbeits- und Interessengemeinschaft. Hatte der trennende Klassengedanke sie zu Feinden gemacht, dann wird der einigende Berufsgedanke sie miteinander versöhnen. Der alte „Herrenstandpunkt“ ist unvereinbar mit einem gesunden Arbeitsverhältnis. Ein richtig bemessenes und begrenztes Mitbestimmungsrecht ohne Beeinträchtigung für Führung und Fortführung des Geschäftes dürfte geeignet sein, bei den Arbeitnehmern größeres Interesse an den Erfolgen des Betriebes, eine Stärkung des Verantwortlichkeitsbewußtseins, größere Arbeitsfreudigkeit hervorzurufen. Nur dürfen die Arbeiter nicht vergessen, daß sie nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten haben, daß es auch auf seiten der Arbeiter einen verwerflichen Herrenstandpunkt geben kann.

In den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und in den Kartellen wirkt ebenfalls die Solidarität. Aber es sind das in ihrer bisherigen Form ökonomische, geschäftliche Organisationen im Dienste privater Unternehmungen. Was mehr not tut, das sind berufsständische Organisationen. Ihre Entwicklung ist denn auch heute in raschem Vormarsch begriffen (Reichsverbände schon auf verschiedenen Gebieten). Den Abschluß findet diese Entwicklung mit der Schaffung einer zentralen Spitze im Volkswirtschaftsrate, dessen praktische Vorschläge den politisch-parlamentarischen Körperschaften als richtunggebende Unterlagen zu dienen haben.

III. Jede Wirtschaftsverfassung ist zu allertiefst in einer Weltanschauung verwurzelt. Wir haben darum auch durch die Proteste gegen die „Verethisierung“ der Volkswirtschaftslehre und durch die Besorgnis um ihre gefährdete „Objektivität“, „Autonomie“ und um die „Exaktheit“ ihrer Methode (Karl Menger, Sombart, M. Weber u. a.) uns nicht abhalten lassen, von einem christlichen Solidarismus zu sprechen. Nichts liegt uns ferner als die Annahme, daß mit Aufstellung des solidaristischen Prinzips alle praktischen Schwierigkeiten schon gelöst, ein den gegebenen

Verhältnissen genau angepaßtes eigentliches Wirtschaftsprogramm schon gegeben sei. Auch denken wir durchaus nicht an eine Erneuerung längst überholter Wirtschaftsformen durch Wiederbelebung des christlichen Wirtschaftsethos. Unsere Auffassung gibt Schwer richtig wieder, wenn er sagt<sup>1</sup>: „Einer Zeit, die, wie die unsrige, an einem großen Wendepunkt angelangt ist, die bisherige Wirtschaftsordnung in vielen Punkten unerträglich findet und mit leidenschaftlichem Eifer nach neuen Formen für ihren Wirtschaftsorganismus sucht, kann nicht oft und anschaulich genug das Bild einer Wirtschaftsverfassung vorgehalten werden, wie sie den Grundsätzen und Forderungen des Christentums entsprechen würde. An ihm wird sich in der allgemeinen Verwirrung der Begriffe das Urteil bilden, die praktische Arbeit orientieren. Mag diese Ordnung als Ganzes nie verwirklicht werden: als Ziel behält auch ein Ideal seinen Wert, dessen vollkommene Erfüllung jenseits des irdischen Bereichs und menschlicher Kraft liegt. Ja die Geschichte aller großen Bewegungen, nicht zuletzt auch der sozialen Ideen alter und neuer Zeit, scheint uns zu lehren, daß nur ein Ideal von solchen überweltlichen Dimensionen die menschliche Kraft zu Höchstleistungen anzuspornen vermag. Und wenn das selbst von nebelhaften und trügerischen Idealen gilt, was müßte nicht ein Ideal von dem Wahrheitsgehalt und der Kraftfülle des christlichen zu leisten vermögen, wenn es wieder einmal mit ganzer Seele erfaßt würde?“ Es ist das kein „weltfremder“, sondern jener hoffnungsfreudige Idealismus, der auch die Verkünder der christlichen Lehre erfüllt, wenn sie die Menschen aus der Finsternis des Unglaubens und aus dem Elend materialistischer Versumpfung zu retten sich bestreben.

Die Frage, „ob und in welchem Umfange die Ideen eines christlichen Solidarismus jemals Wirklichkeit werden können, wird mit der tiefer liegenden zusammenfallen, ob christliche Grundsätze und christliche Gesinnung auch in Zukunft nochmals nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze Völker so beherrschen werden, wie sie es etwa im christlichen Mittelalter getan. Wer darauf vertraut, wird auch dem christlichen Solidarismus als Wirtschaftsverfassung eine Zukunft prophezeihen. Wer an die Wiederkehr solcher Zeiten nicht glauben kann, wird bestenfalls eine teilweise Verwirklichung seiner Grundsätze und Forderungen, wenn nicht vom christlichen Glauben, so wenigstens von der vernünftigen Einsicht der Menschen erhoffen.“

Die vom Solidarismus so nachdrücklich geforderte Unterordnung des privaten Interesses unter das Gemeinwohl bereitet allerdings große Schwierigkeiten. Und doch wird fürs allgemeine und auf die Dauer die Rente nicht besser gesichert als durch den Dienst am Ganzen, durch eine billige und gute Versorgung der Konsumenten. Es läßt sich ferner nicht leugnen, daß für die Unterordnung des individuellen Eigeninteresses

<sup>1</sup> Kölner Pastoralblatt 1921, Nr. 1/2, S. 34.

unter das Allgemeininteresse eine Gesamtüberzeugung und ein Gesamt-wille spricht<sup>1</sup>. Der konkrete Inhalt des Denkens und Handelns bleibt zwar regelmäßig individuell geprägt und gerichtet. Das Individuelle steht im Vordergrund des Bewußtseins und wird darum leicht als einziges betrachtet. Gleichwohl tritt jene Gesamtüberzeugung von der Unterordnung des Individuellen unter die allen gemeinsame Wohlfahrt aus ihrem in der Regel latenten Zustande heraus, wenn eine Verletzung des Gesamtwohles durch individuelles Handeln offenbar wird. Jedermann verurteilt, tadelt, entrüstet sich über den gemeinschädlichen Egoismus des Wucherers usw. In besondern Fällen, wo das Wohl des Volkes, seine Existenz in Frage kommt, erscheint das Wirbewußtsein sogar in hellster, opferfreudiger Begeisterung. Das Ichbewußtsein tritt dann zurück in wirtschaftlichen Opfern und selbst in der Hingabe des Lebens für das Vaterland. Religiös-sittliches Pflichtbewußtsein bei der großen Mehrzahl der Bürger eines geistig und moralisch hochstehenden Volkes bietet freilich die beste Garantie für das rechte Verhältnis zwischen Individuum und Gesamtheit.

IV. In der Volkswirtschaftslehre hatte lange eine rein empirische Betrachtung vorgeherrscht. Die theoretisch-vertiefende Betrachtung trat allzu-sehr zurück. Heute fordert man, daß die Nationalökonomie wieder in die Schule der Philosophie gehe. Die einen denken dabei insbesondere an Erkenntnistheorie und Logik (Einfluß der Rickertschen Methodenlehre auf die Wirtschaftswissenschaft). Für andere handelt es sich vornehmlich um sozialphilosophische und ethische Grundanschauungen, Grundsätze, Lehren, die für den gesamten volkswirtschaftlichen Prozeß von größter praktischer Bedeutung sind. Indem wir die Unterscheidung zwischen „rein ökonomischer“ und sozialer Betrachtung für irreführend hielten, mit einer „rein ökonomischen Monroe-Doktrin“ uns nicht befreunden konnten, war für uns die Bedeutung sozialphilosophischer Erkenntnis außer Frage gestellt. Zugleich stand uns fest, daß die Nationalökonomie, wo sie nicht bloß deskriptiv vorgeht, den naturwissenschaftlichen Methoden entzogen, den Geisteswissenschaften unterworfen sei. Dabei bewahrten wir volles Verständnis für die Empirie. An empirisch festgestellten Erscheinungen und Tatsachen des menschlichen Gruppenlebens kann eben die philosophische Gesellschaftslehre nicht achtlos vorübergehen. Sie wird darum auch insbesondere die Bedeutung einer gesunden empirischen Soziologie nicht unterschätzen. Jede Spekulation, welche ganz oder zum Teil die Berührung mit der wirklichen Welt verliert, schwebt in der Luft. Beides muß sich verbinden: die Kenntnis der Tatsachen des Lebens, welche Wissenschaft auch immer darüber berichten mag, und die Kenntnis der Ergebnisse richtigen Denkens. Indem wir unsere Stellung zu den Erfahrungswissenschaften darlegen, ist vielleicht zugleich schon, wenigstens

<sup>1</sup> Vgl. Alfred Vierkandt, Programm einer formalen Gesellschaftslehre, in Kölner Vierteljahrshefte für Sozialwissenschaften I (1921) 62.



zum Teil, unsere Stellung zu Othmar Spann<sup>1</sup> angedeutet. In manchen, nicht in allen Punkten stimmen wir mit Spann überein, lehnen mit ihm einseitige und unbegründete Entwicklungslehren, den ökonomischen Materialismus usw. ab. Hier sei nur Bedenken erhoben gegen die von Spann gewählte Gegenüberstellung von Individualismus und Universalismus. Das „Universale“ im Sinne der alten Philosophie ist ein abstrakter, allgemeiner Begriff, der sich in den konkreten Individuen vervielfältigt. Der Begriff „Baum“ findet sich in jedem Baum des Waldes wieder. Ebenso der Begriff „Mensch“ in jeder Einzelpersönlichkeit, der Begriff „Staatsgenosse“ in jedem Staatsbürger, der Begriff „Berufsgenosse“ in jedem Angehörigen des gleichen Berufes. Damit ist aber zunächst nur die Allgemeinheit der Verkörperung eines universalen Begriffes ausgedrückt. Der Begriff „Universalismus“ kann dann aber folgerichtig auch als Gemeinsamkeit gedeutet werden. Die Berufsgenossen z. B. haben neben den individuellen Interessen auch gemeinsame, insofern universale Berufsinteressen. Man sagt den Deutschen, bei allem nationalen Empfinden, ein feines Verständnis für fremde Kulturen nach und nennt das einen „universalistischen Zug“ des deutschen Charakters. Alle Einzelkulturen werden überragt von einer gemeinsamen Menschheitskultur. Eines fehlt indes dem Begriffe „Universalismus“, was erst seine Anwendung auf gesellschaftliche Verhältnisse ermöglichen würde. Nicht die Allgemeinheit und die Gemeinsamkeit genügen dazu. Es muß noch die soziale Verflechtung, Verknüpfung, Verbindung, Genossenschaftlichkeit, die soziale Gemeinschaft hinzutreten, das soziale Band der Hinordnung und Unterordnung auf einen gemeinsamen Zweck. Gerade dieses aber bringt Begriff und Wort „Solidarismus“ zum Ausdruck, wobei er zugleich das „Allgemeine“ und „Gemeinsame“ voraussetzt und in sich beschließt. Indem nun der Solidarismus den „Gemeinschaftsgedanken“ scharf zum Ausdruck bringt, die Idee der Volksgemeinschaft zum leitenden Prinzip der Volkswirtschaftslehre macht, gewinnt die solidaristische Sozialphilosophie allerdings eine ethische Note. Vielleicht war es gerade die Scheu vor der Ethik, ihrer angeblich unbefugten Einmischung in ihr fremde Gebiete mit Einengung der Forschungsfreiheit, was dem Namen „Universalismus“ manche Freunde erworben hat. —

Einer der hervorragendsten deutschen Nationalökonomien fragte den Verfasser, weshalb er verhältnismäßig wenig die Arbeiten von Stammler und Stolzmann<sup>2</sup> berücksichtigt, obwohl die Lehren dieser Autoren sich

<sup>1</sup> Kurzgefaßtes System der Gesellschaftslehre (1914); Fundament der Volkswirtschaftslehre (1918); Vom Geist der Volkswirtschaftslehre (Antrittsrede, 1919); Der wahre Staat (1921). Besonders wertvoll ist die kleine Schrift, welche die „Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre“ (Wissenschaft und Bildung 95, 1911) behandelt.

<sup>2</sup> Von Rudolf Stammler namentlich: Wirtschaft und Recht (1896, jetzt 3. Auflage); von Rudolf Stolzmann: Die soziale Kategorie (1896); Der Zweck in der Volkswirtschaft (1909); Grundzüge einer Philosophie der Volkswirtschaft (1920).

doch vielfach mit den unsrigen berührt: Die Grundlage auch unseres solidaristischen Systems ist eine soziale. Dem Individuum wird sein Recht zuteil, aber es wird als ein soziales aufgefaßt. Und diese soziale Auffassung begleitet uns dann auf alle Gebiete der Volkswirtschaft. Auch von uns wird das sozialorganische Prinzip in den Vordergrund gestellt, der Zweckgedanke stark betont usw. Gewiß, es herrscht da eine nicht unbeträchtliche Übereinstimmung. Gleichwohl gehen Stolzmann und Stammler von einem andern philosophischen Standpunkte aus. Für uns bildet nicht die Philosophie Kants, sondern die scholastische Philosophie den philosophischen Ausgangspunkt, ferner die Ideen, welche das Rechts- und Wirtschaftsleben des christlichen Mittelalters beherrschten. Wir sind darum auch bei der Forschung, wie leicht ersichtlich, ganz selbständig und vollkommen unabhängig von Stammler und Stolzmann vorgegangen, begrüßen es aber, wenn verschiedene Wege zu gleichen Ergebnissen geführt haben. Es eröffnet sich dadurch die erfreuliche Aussicht auf gemeinsames Arbeiten im Interesse der Wissenschaft und des Lebens. —

Noch möchten wir die Aufmerksamkeit auf gewisse neueste Begriffsentwicklungen und Lehren lenken.

In seinem Buche „Gemeinschaft und Gesellschaft“<sup>1</sup> beschäftigte sich Tönnies vor allem mit der Analyse dieser Begriffe. Dunkmann will nun in der Zeitschrift „Gemeinschaft“<sup>2</sup> die Feststellungen von Tönnies nach der sozialen und religiösen Seite theoretisch vertiefen und praktisch verwerten. Dunkmann<sup>3</sup> glaubt die „gesellschaftliche Krisis“ nicht von einem einzelnen Prinzip ableiten zu dürfen, wie es einer älteren spekulativen Philosophie entsprechen würde, hält aber doch dafür, daß die vielen gegenwärtigen Krankheitssymptome unseres Volkskörpers einen inneren organischen Zusammenhang haben, auf eine letzte gemeinsame Ursache sich zurückführen. Diese gemeinsame Ursache herauszufinden, sei nur die Soziologie befähigt, eine neue Wissenschaft, die sich um ihre Anerkennung noch sehr bemühen müsse und deren eigentliche Zweckbestimmung bisher noch wenig verstanden worden sei. „Soziologie“ sei nicht nur eine eigentümliche Methode, wie v. Below gegen Tönnies gemeint habe. Sie untersuche das Ganze der Gesellschaft auf einen bestimmten Punkt hin, und zwar sei ihr Hauptinteresse dem normalen Zustande zugewandt. Für den Soziologen entstehe darum die Frage, die eigentlich allen Lebensfragen vorangehe, wie der normale Zustand einer sozialen Struktur beschaffen sein müsse. Erst von hier aus könne man dann an die Feststellung der anormalen Abweichungen herantreten, denn nun erst besitze man an der Norm den Maßstab für die Beurteilung des Norm-

<sup>1</sup> 1920, dritte Auflage.

<sup>2</sup> Gemeinschaftsverlag, Hamburg.

<sup>3</sup> Vgl. den Aufsatz „Die gesellschaftliche Krisis der Gegenwart“, in Deutsche Arbeit VI (1921) 281 ff. Der Kürze und Klarheit wegen beschränken wir uns hier auf diesen Aufsatz.

widrigen. Ganz unsere Meinung. Nur möchten wir annehmen, daß es zur Erkenntnis jenes normalen Zustandes einer Prinzipienlehre bedürfe. Und diese Prinzipienlehre liefert doch nur die philosophische Soziologie, die sich allerdings mit der empirischen Soziologie verbinden muß, um festzustellen, was der Menschheit zu möglicher Gesundheit verhelfen könne.

Was ist nun „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“? Welches ist der fundamentale Unterschied beider Grundbegriffe? Es ist sehr einfach zu beschreiben und zu begreifen, sagt Dunkmann: „Gemeinschaft‘ ist die naturhafte Verbindung des sozial Verschiedenen zur Lebenseinheit. ‚Gesellschaft‘ ist die willkürliche Verbindung der Gleichen zur zweckvollen Vereinigung.“

Es gibt also zwei Sozialtypen, zwei Teile oder Formen der sozialen Verbundenheiten: die Gemeinschaft und die Gesellschaft. „Für die innere Beschaffenheit der reinen Gemeinschaft ist die Tatsache der natürlichen Ungleichheit bezeichnend. Sie allein ist es, die mit elementarer Macht auf die gegenseitige Ergänzung und Aushilfe drängt. Der einzelne in ihr ist nicht unabhängig, nicht selbständig, nicht ‚sein eigener Herr‘. Er ist als Mann abhängig vom Weib und umgekehrt, er ist als Kind abhängig von seinen Erzeugern und umgekehrt. Im Kind überhaupt als einem Lebensmittelpunkt der Gemeinschaft hat diese ihr verbindendes Unterpfand. Um dieses dreht und bewegt sich alle natürliche Gemeinschaft. Abhängigkeit, Hingebung, Opfersinn sind die sittlichen Kräfte derselben. Für die innere Beschaffenheit der gesellschaftlichen Vereinigung dagegen ist die Tatsache maßgebend, daß hier die Tendenzen vorherrschen, gleiche Rechte und gleiche Pflichten zur Anerkennung zu bringen. Das Ideal der gesellschaftlichen ‚Gerechtigkeit‘ erscheint. Alle Ungleichheit soll verschwinden. Lediglich die wirtschaftliche Leistung bleibt als Maßstab zurück. Zwischen dem Käufer und Verkäufer, zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer können und dürfen nur noch die Gesichtspunkte gleichen Rechts und gleicher Pflicht gelten. Es handelt sich nur um einen Tausch, sei es der Güter, sei es der Arbeitskräfte. — Der Prototyp der Gemeinschaft ist nach allem die Familie. Der Prototyp der Gesellschaft ist der wirtschaftliche Zweckverband. Der Familie ist das Volk übergeordnet, dem Zweckverband das Gesamtsystem der ‚Weltwirtschaft‘. Gemeinschaft und Gesellschaft sind daher die polaren Tendenzen, die innerhalb jeder sozialen Ordnung oder Unordnung sich zu behaupten suchen. Ohne Gemeinschaft gibt es kein soziales Ganzes, ohne Gesellschaft aber gibt es auch keines. Das richtige Maß beider, die rechte Angleichung beider ist für die soziale Gesundheit entscheidend.“ In der richtigen Wertung der Gemeinschaft liegt nach Dunkmann der eigentliche Schwerpunkt der sozialen Frage.

Wir wollen nicht jedes Wort und jede Aufstellung in den Darlegungen Dunkmanns auf die Goldwaage legen. Doch unterstreichen wir auch unsererseits den Gedanken, daß die liberalkapitalistische und sozialistische Lehre



und Praxis die natürlichen Gemeinschaften Familie und Volk bzw. die staatlich geeinte Volksgemeinschaft schwer geschädigt haben, und daß die Gesellschaftsbegriffe beider Richtungen den Anforderungen der natürlichen Gemeinschaften Familie und Staat in keiner Weise genügen können. Auch wir erblicken in diesem Mißverhältnis einen wesentlichen Teil der sozialen Frage und in der „Rückwärtsbewegung zur Gemeinschaft“ im Sinne Dunkmanns einen wesentlichen Teil der Lösung derselben. Der Kapitalismus hat das Familienleben seiner „Arbeiter“ rücksichtslos in Gefahr gebracht, wenn auch der Kapitalist das eigene Familienleben vielleicht noch zu erhalten wußte. erinnert sei ferner an die Idee des Sozialkontraktes, an den liberalen Gesellschaftsbegriff („Gesellschaft“ als Reich der wirtschaftlichen Beziehungen mit Überschreitung der nationalen Grenzen in die Weltwirtschaft hinein), an die Verkenning des rechten Verhältnisses zwischen Volks- und Weltwirtschaft usw. Der Kapitalismus, das „System der Geldwirtschaft oder Weltwirtschaft“ — (Dunkmann nennt es auch „plutokratisches Geldsystem“) — „hält sich ganz indifferent zu den völkischen Notwendigkeiten des Gemeinschaftslebens. Die kapitalistische Wirtschaft erzeugt bekanntlich die soziale Situation des Klassenkampfes und andererseits bringt sie es mit sich, daß der ‚Beruf‘, die ideale Hingabe, der Dienst im Interesse der Gemeinschaft, fortfällt und nur der instinktive Trieb des Gelderwerbes übrig bleibt“.

Auch in den sozialistischen Lehren und Bestrebungen bedeutet die „Gemeinschaft“, d. i. Familie und Volk, nichts. Der Hauptfehler des marxistischen Systems liegt in der „Vergesellschaftung“ des sozialen Systems. Die geforderte Gleichheit ist unversöhnbar mit der Freiheit. Sie könnte nur mit Gewalt und „Terrorismus“ verwirklicht werden: Eine „radikale Vergesellschaftung“ läßt sich ebensowenig im Wirtschaftsleben durchführen wie in der Gesamtheit des sozialen Lebens überhaupt, da Gesellschaft ohne Gemeinschaft nicht daseinsfähig ist“. Also „Rückwärtsbewegung zur Gemeinschaft hin, anstatt einer Weiterführung zu bloßen Vergesellschaftung hin“, wie der radikale Marxismus sie will.

Die starke Betonung der „Gemeinschaft“, der gegenseitigen Abhängigkeit und Ergänzung in Familie und Volk bleibt das Verdienst von Tönnies und Dunkmann. Wir stimmen diesbezüglich ganz mit ihnen überein. erinnert sei z. B. an den Nachdruck, welchen das solidaristische System auf die Wiederherstellung der in der kapitalistischen Epoche gelockerten Urzelle des menschlichen Gesellschaftslebens, der Familie, gelegt hat. Ferner an die Darlegungen über die staatsbürgerliche Gemeinschaft mit den Folgerungen für Einheit und Aufgabe der Volkswirtschaft, das Verhältnis von Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, die Unterordnung der wirtschaftlichen und berufsgenossenschaftlichen Solidarität unter die Solidarität der höheren staatsbürgerlichen Gemeinschaft usw. Im folgenden werden wir noch sehen, wie die volkswirtschaftliche Aufgabe den ganzen volkswirtschaftlichen Prozeß beherrscht, wie die Versorgung des Gesamtvolkes

mit Sachgütern durch die Sicherung des standesmäßigen Unterhalts der Familien Erfüllung findet. Wir werden ferner darüber belehrt, daß die wirtschaftlichen Beziehungen und Berührungen (Tauschverkehr) und das Wirken der innerstaatlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Gesellschaften einer Regelung bedürfen gemäß den Anforderungen des Gemeinwohles und der Gerechtigkeit usw.

Wir möchten aber bezweifeln, ob die ausschließende Gegenüberstellung der Ausdrücke „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ sich wirklich durchführen und behaupten kann. Der Gesellschaftsbegriff ist ja ziemlich vieldeutig: „Alle möglichen Formen menschlichen Gemeinschaftslebens“, sagt E. Gothein, „werden mit diesem Namen (Gesellschaft) ziemlich übereinstimmend in allen modernen Sprachen bezeichnet.“ Spencer verband mit dem Begriff der Gesellschaft den der Dauer, Tarde den der Nachahmung. Allein es gibt manche „Gesellschaften“, die keinen Anspruch auf besondere Dauer machen. Und was die „Nachahmung“ betrifft, so könnte man ja schon, wie Eleutheropulos<sup>1</sup> bemerkt, Affen und Menschen ironisch als „nette Gesellschaft“ bezeichnen. Das Wort „Nachahmung“ dient übrigens bei Tarde nur zur Erklärung von Gleichheiten und Ähnlichkeiten in der Gesellschaft. Lorenz v. Stein sah in der Gesellschaft den Inbegriff der materiellen Interessen; R. v. Mohl faßte die Gesellschaft auf als die Einheit von Personen in spezieller Tätigkeit (Wissenschaft, Kunst, Gewerbe, Handel). Der Staat ist dabei das Allgemeine, das alle Gesellschaften (wie auch die Stände und Klassen) umschließt.

Vielleicht empfiehlt es sich, beim Gesellschaftsbegriff zunächst zwischen organisierten Einheiten und nicht organisierten zu unterscheiden, und entsprechend zwischen Gesellschaft im weiteren und engeren Sinne. Im weiteren Sinne würde der Gesellschaftsbegriff beide Formen umfassen, im engeren Sinne nur die organisierten Einheiten. Ganz allgemein spricht man ja, mit Rücksicht auf irgendwelche Zusammengehörigkeit, von einer menschlichen, christlichen, europäischen, abendländischen, orientalischen usw. Gesellschaft. Organisierte Einheiten sind Kirche, Staat, Familie, aber auch Gewerkschaften, Handelsgesellschaften, Spielklubs usw. Hier nun wäre zu unterscheiden zwischen den in der Natur des Menschen begründeten und naturrechtlich in bezug auf Zweck und Autorität geordneten Gesellschaften (Familie und Staat), und andererseits den geschichtlich bedingten oder durch Willenserklärung der Individuen und Auswahl eines Zweckes gebildeten Gesellschaften.

Die Wohlfahrt eines Volkes hängt jedenfalls am wesentlichsten davon ab, daß die naturhaften Gesellschaften: Familie und Staat, normal entwickelte Gemeinschaften sind und bleiben.

V. In aller Kürze sei schließlich noch einmal unsere Auffassung vom Charakter, der Aufgabe, der Systematik der Volkswirtschaftslehre dar-

<sup>1</sup> Gesellschaft und Staat, in Zeitschr. für die gesamte Staatsw. LXXVI (1921) 169 ff.

gelegt und damit eine Überleitung zu dem in den beiden Schlußbänden behandelten Lehrstoff dargeboten.

Die (seit Rau) übliche Unterscheidung zwischen „theoretischer“ und „praktischer“ Nationalökonomie, „Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik“ kann mißverstanden werden. Die Volkswirtschaftslehre ist, wie wir sahen (Bd. I, Kap. 5, § 1), in ihrer Gänze eine „praktische Wissenschaft“. Nicht als ob die Nationalökonomien der Praxis „Rezepte“ verabreichen müßten. Als Wissenschaft vermittelt die Nationalökonomie Kenntnisse und Erkenntnisse. Aber sie ist praktische Wissenschaft, weil der Gegenstand ihrer Forschung praktisches Menschenleben, praktischen Zielen und Aufgaben dienendes Streben ist, und weil das Ergebnis ihrer Forschung andererseits tatsächlich der Praxis dient und als theoretische Unterlage wohl auch dienen soll. Darum geht es auch nicht an, die öffentlichen Körperschaften, Staat und Gemeinde, in die „Volkswirtschaftspolitik“ zu verbannen. Staat und Gemeinde sind volkswirtschaftliche Größen und Mächte von prinzipiell und praktisch höchster Bedeutung. Das muß auch die nationalökonomische „Theorie“ anerkennen.

Wir haben uns darum mit der Unterscheidung zwischen allgemeiner und besonderer Volkswirtschaftslehre begnügt.

Der allgemeinen Volkswirtschaftslehre wurde alles zugewiesen, was den verschiedenen Wirtschaftszweigen gemeinsam ist, was für alle gilt und Bedeutung hat.

Die besondere Wirtschaftslehre beschäftigt sich mit den einzelnen Wirtschaftszweigen, und zwar mit den Besonderheiten dieser Wirtschaftszweige. Hier kann die Rücksichtnahme auf die Verschiedenheiten der nationalen Volkswirtschaften (ob englische, deutsche usw.) schärfer hervortreten; auch werden dabei die Fragen der Wirtschaftspolitik eine mehr spezialisierte Form annehmen. Zur besondern Volkswirtschaftslehre möchten wir u. a. auch die Kriegswirtschaftslehre rechnen, weil sie es mit besondern, außergewöhnlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu tun hat.

Wir beschränken uns in diesem „Lehrbuch der Nationalökonomie“ auf die Darstellung der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Des Vorteils der Lernenden wegen dürfte indes die Beifügung kurzer Übersichten aus der besondern Volkswirtschaftslehre sich rechtfertigen lassen.

Die Nationalökonomie ist eine verhältnismäßig junge Wissenschaft. Grundbegriffe und Grundwahrheiten begegnen vielfach einer verschiedenen Auffassung, finden sehr verschiedene Formulierungen. So bedurfte es hierfür vorerst noch einer Grundlegung, welche wir der allgemeinen Volkswirtschaftslehre vorausgeschickt haben (Bd. I).

Alle Wirtschaftslehre hat auszugehen

1. von vier elementaren Tatsachen: a) daß der Mensch Bedürfnisse hat; b) daß die Befriedigung dieser Bedürfnisse abhängig ist von dem Vorhandensein und der Erreichbarkeit äußerer Güter; c) daß solche



Güter zumeist nicht in gebrauchsfähiger Form von der Natur dargeboten werden und auch nur in beschränktem Maße vorhanden oder erreichbar sind, so daß also der Mensch um die Erlangung dieser Güter sich bemühen, Kraft und Stoff, Arbeit und Anstrengung aufwenden, und anderseits mit all diesem und den Gütern selbst haushalten muß, sollen möglichst alle Bedürfnisse relativ beste Befriedigung finden und auch für die Zukunft Entbehrung und Untergang ausgeschlossen bleiben; d) daß der Mensch inmitten der Gesellschaft lebt, Ergänzung findet und bietet in wechselseitigem Verkehr (Bd. I, Kap. 1).

2. von den elementaren Begriffen, die bei den elementaren Tatsachen in die Erscheinung treten oder mit ihnen zusammenhängen, den Begriffen: Bedürfnis, Gut, Wert, Preis<sup>1</sup> (Bd. I, Kap. 1).

Was haben wir nun unter „Wirtschaft“ und „Volkswirtschaft“ zu verstehen?

1. Wirtschaften bedeutet eine von der menschlichen Vernunft geleitete Tätigkeit (*genus proximum*), die als Ziel die Versorgung des Menschen mit äußeren Gütern zur Befriedigung seiner Bedürfnisse (*differentia specifica*) verfolgt. „Wirtschaften“ ist Artbegriff, Zweckbegriff, ein Begriff, der durch den besondern Zweck in seiner Art bestimmt und von andern Tätigkeitsarten unterschieden wird (Bd. I, Kap. 1).

Die wirtschaftliche Tätigkeit ist *actus humanus*, nicht bloßer *actus hominis*, d. h. sie besagt rationelles, durch Vernunft und Erfahrung im Hinblick auf ihr Ziel geleitetes Handeln. Sie steht darum auch unter der Herrschaft jenes allgemeinen Prinzips der praktischen Vernunft, das die vernunftgemäße Anpassung der Mittel an den Zweck erheischt, unter der Herrschaft des „ökonomischen Prinzips“. Bei Knappheit der Mittel fordert dieses Prinzip den relativ mindesten Aufwand von Mitteln auf die Einheit des Erfolges berechnet. Handelt es sich um verschiedene Zwecke, verschiedene Bedürfnisse, die der Befriedigung harren, dann verlangt die ökonomisch vernunftgemäße Zweckmäßigkeit eine solche Aufteilung beschränkt vorhandener Mittel und Kräfte, daß alle Zwecke möglichst vollkommen und in richtiger Ordnung (das Notwendige vor dem Nütz-

<sup>1</sup> Liefmann und Sombart sehen in dem Wertbegriff keinen Elementarbegriff, halten ihn sogar für überflüssig. Das Besondere der „Theoretischen Sozialökonomie“ (1918) von Gustav Cassel besteht in der Entfernung jedes Wertbegriffes und in der Ableitung der Preisbildung aus dem Prinzip der Knappheit. Die Theorie der Preisbildung bildet nach Cassel den eigentlichen Gegenstand der theoretischen Sozialökonomie. Auch nach Ammon und Schumpeter ist Gegenstand und Inhalt der Volkswirtschaftslehre mit dem Wert- und Verteilungsproblem erschöpft. Wir folgen dieser Auffassung nicht, betonen vielmehr die Bedeutung auch des Wertbegriffes und des Produktionsproblems für die nationalökonomische Theorie. Cassels „Theoretische Sozialökonomie“ bildet den zweiten Band eines im Verein mit Ludwig Poble herauszugebenden neuen Lehrbuchs. — In der „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“ von Fr. v. Wieser findet der Wertbegriff der österreichischen Schule Anwendung auf die ganze Volkswirtschaft. — Ob manche neue Begriffs- und Wortbildungen einer einheitlichen klaren Auffassung die Wege bereiten können, darf man wohl bezweifeln, wie sehr auch der Versuch einer Klärung der Begriffe zu billigen ist.

lichen, das Nützliche vor dem Angenehmen) Erfüllung finden. Das ökonomische Prinzip ist Vernunftforderung für das Wirtschaften und die diesem Prinzip entsprechende Wirtschaftlichkeit eine Eigenschaft des Wirtschaftens, nicht aber die *differentia specifica*, welche das Wirtschaften, die Wirtschaft, die wirtschaftliche Tätigkeit von andern Arten menschlicher Tätigkeiten unterscheidet <sup>1</sup>.

2. Die Volkswirtschaft ist die Wirtschaft des staatlich geeinten Volkes als einer durch den Zweck des staatlich-gesellschaftlichen Zusammenlebens verbundenen Einheit (Bd. I, Kap. 4). Als Staatsgenossen sind die Bürger dem Staatszwecke (Bd. I, Kap. 3) sittlich verpflichtet. Sie sollen der allen gemeinsamen öffentlichen Wohlfahrt auch als wirtschaftende Bürger dienen, selbst in ihren weltwirtschaftlichen Beziehungen (Bd. I, Kap. 4).

Durch diese pflichtmäßige Hinlenkung auf den alle verpflichtenden Zweck wird die Volkswirtschaft aus einer bloßen Vielheit von Wirtschaften, ohne Beseitigung und Verdrängung dieser Vielheit, zu einer sozialen Einheit. Es ist keine kommunistische Einheit, durch welche Staat oder „Gesellschaft“ zum Subjekt und Träger des volkswirtschaftlichen Prozesses werden. Die Einzelwirtschaften behalten vielmehr ihre Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit; aber sie sind verbunden zu einer moralischen Einheit, verbunden durch den gemeinsamen Zweck, die nationale Wohlfahrt, der sie alle dienen müssen (Bd. I, Kap. 4; Bd. II, Kap. 1, § 5).

Als soziale Einheit besitzt die Volkswirtschaft in der Verwirklichung und Vervollkommnung der materiellen Seite dieser Wohlfahrt ihre Aufgabe. Und sie erfüllt diese Aufgabe durch eine der jeweilig erreichten Kulturhöhe entsprechende Bedarfsversorgung des Gesamtvolkes mit äußeren Gütern (Bd. I, Kap. 4; Bd. II, Kap. 1, § 5; Kap. 2).

<sup>1</sup> Cassel schreibt in seiner „Theoretischen Sozialökonomie“ der Wirtschaft, die unter dem Prinzip der Knappheit stehe, als Aufgabe zu, die nötige Übereinstimmung zwischen den Bedürfnissen und den Mitteln zu ihrer Befriedigung in möglichst vorteilhafter Weise herbeizuführen. Dies könne geschehen 1. durch angemessene Begrenzung der Bedürfnisse; 2. durch bestmögliche Anwendung der zur Verfügung stehenden Mittel; 3. durch gesteigerte Leistungen. Die beiden ersten Forderungen gehören zur Wirtschaftlichkeit. „Wirtschaften“ nennt Cassel „diejenigen Tätigkeiten, die unter Voraussetzung einer begrenzten Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung betrieben werden“.

In seinen „Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre“ (1917 und 1919) sieht Robert Liefmann im „Wirtschaften“ etwas Psychisches, eine Art von Erwägungen, ein Vergleichen von Lust- und Unlustgefühlen. Selbstverständlich spielen beim „Wirtschaften“ Erwägungen eine Rolle; sonst wäre es ja kein menschlich vernünftiges Handeln. Man erstrebt beim Wirtschaften einen Überschuß des Nutzens über die Kosten. Auch Gefühle machen sich beim Wirtschaften geltend. Aber daraus folgt nun doch nicht, daß Nutzen, Kosten, Ertrag und das ganze Wirtschaften etwas „Psychisches“ seien, daß es sich dabei letztlich um Lust- und Unlustgefühle handle. Der Artbegriff „Wirtschaften“ hat mit Gefühlen nichts zu tun. Wir halten es auch, wie gesagt, für verfehlt, wenn man die Forderung des ökonomischen Prinzips und die Eigenschaft der Wirtschaftlichkeit in den Artbegriff des „Wirtschaftens“ einbeziehen will.

Wenn wir im folgenden allgemein und mit Rücksicht auf die besondern Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft die Produktionsförderung besonders stark betonen, so gehen wir nicht von dem Gedanken aus, daß nie genug produziert werden könne — nach Sombart „das legitimste Kind des kapitalistischen Snobbismus“. Nicht ein „quantitatives Produktionsideal“ leitet uns. Die Volkswirtschaft ruht nicht im Produkt. Sie hat ihren Zweck im Menschen, aber nicht im individuellen Reichtum, im Überschuß psychischer Lustgefühle über Unlustgefühle u. dgl., sondern in der Wohlfahrt des Volkes, einer Wohlfahrt, die in Harmonie bleibt mit den höheren und höchsten Anforderungen wahrer menschlicher und völkischer Wohlfahrt (Prinzip der Einheit der Kultur). Ihre letzten und höchsten Zwecke findet die Volkswirtschaft überhaupt nicht in sich selbst, sondern in der geistigen, sittlichen Ordnung. Auch sie muß dem Endzweck des menschlichen Lebens dienen.

Im Hinblick auf ihre nähere Aufgabe ist die Volkswirtschaft Arbeitsgemeinschaft, solidaristische Gemeinwirtschaft, der volkswirtschaftliche Prozeß der Bedarfsversorgung kein Gegeneinander, sondern ein Mit- und Füreinander der Wirtschaften und Kräfte (Bd. II, Kap. 1, § 5; Bd. I, Kap. 4, § 5).

Die Arbeit, die Hauptursache der materiellen Volkswohlfahrt (Bd. II, Kap. 1, § 5), erscheint dabei als Berufspflicht (Bd. II, Kap. 4, § 7), als pflichtmäßiges Zusammenarbeiten im wirtschaftlichen Berufe und ebenso mit den andern wirtschaftlichen Berufen zur Erfüllung einer gemeinsamen Aufgabe: eben der Bedarfsdeckung des Gesamtvolkes, wo einer für alle und alle für einen wirken im Dienste des Ganzen, wo jeder Stand sein eigenes Wohl suchen und finden soll, aber nicht auf Kosten fremder Wohlfahrt, sondern in und mit der Wohlfahrt aller (Bd. II, 1. Aufl., Kap. 5, § 7; II, 2.—3. Aufl., Kap. 4, § 8).

Aus dem Begriff der Volkswirtschaft ergab sich Gegenstand und Aufgabe der Volkswirtschaftslehre. Mit A. Smith erkannten wir als Gegenstand der nationalökonomischen Wissenschaft die Lehre vom Wesen und den Ursachen des Volkswohlstandes (Bd. I, Kap. 5).

Indem wir die volkswirtschaftliche Aufgabe aus der Beziehung der Volkswirtschaft zur staatlichen Gesellschaft und deren Zweck ableiteten, in derselben einen Bestandteil der öffentlichen Wohlfahrt, und zwar die materielle Seite der öffentlichen Wohlfahrt erblickten, mußten wir folgerichtig zunächst Begriff und Wesen der materiellen Volkswohlfahrt als öffentlicher und als allgemeiner Wohlfahrt, geschichtlich nach der Auffassung der hervorragendsten Autoren (Bd. II, Kap. 1) und dogmatisch behandeln, ihr Verhältnis zu den Begriffen Volksreichtum, Volksvermögen, Volkseinkommen feststellen und ebenso den Kennzeichen konkreter Wohlstandsverhältnisse des Einzelvolkes, dem Wert und der Bedeutung der einzelnen Kriterien unsere Aufmerksamkeit zuwenden (Bd. II, Kap. 2).



Es folgte sodann die Lehre von den Ursachen und Bedingungen materieller Volkswohlfahrt, und zwar zunächst von den äußeren Bedingungen und dispositiven Ursachen des volkswirtschaftlichen Prozesses im Hinblick auf die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe, also einerseits von der territorialen Ausstattung (Klima, Bodenverhältnisse, geographische Lage und Ausdehnung des Landes, Bd. II, 1. Aufl., Kap. 4; Bd. II, 2.—3. Aufl., Kap. 3), anderseits von den völkischen Verhältnissen (dahin gehören Bevölkerungsstand, Wachstum der Bevölkerung, besondere Bevölkerungsprobleme, das Bevölkerungsprinzip von Malthus, Rasse und Nationalität, körperliche Gesundheit und geistige Bildung, religiös-sittliche Bildung, Berufs- und Klassenverhältnisse<sup>1</sup>, Bd. II, 1. Aufl., Kap. 5; Bd. II, 2.—3. Aufl., Kap. 4).

Hieran schloß sich im dritten Bande die ausführliche Behandlung der aktiven Faktoren im volkswirtschaftlichen Lebensprozesse, also der Einzelkräfte (Bd. III, Kap. 1), der Unternehmungen in ihren verschiedenen Formen (Kap. 2), der ökonomischen und sozialen Organisationen, der syndikalen und korporativen Einigungen von Wirtschaften (Kartelle, Genossenschaften, Kap. 3), der modernen freien und offiziellen Berufsorganisationen (Kap. 4), speziell der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Kap. 5), des Staates und der Gemeinde sowie der freien Organisationen für gemeinnützige Wohlfahrtspflege (Kap. 6).

An die Lehre vom Wesen der materiellen Volkswohlfahrt als des Endzieles des volkswirtschaftlichen Prozesses, ferner von den Bedingungen dieses Prozesses und von den in demselben tätigen Faktoren schließt sich nun an die Lehre vom Verlaufe und der Gestaltung des volkswirtschaftlichen Prozesses, aus welchem Werden und Wachsen der materiellen Volkswohlfahrt hervorgeht. Wir werden diesen Prozeß untersuchen unter dem Gesichtspunkte der volkswirtschaftlichen Aufgabe: der relativ besten Bedarfsversorgung des Volkes mit äußeren Gütern. Die Produktivität der Volkswirtschaft, in diesem Sinne verstanden, bildet Gegenstand und Inhalt der beiden Schlußbände des Lehrbuches der Nationalökonomie<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Dietzel (Theoret. Sozialökonomie I [1895] 171) hebt den großen indirekten Einfluß immaterieller Leistungen und psychischer Kräfte, des Staates, der Kirche, der Wissenschaft, der Kunst auf den Stand und die Bewegung der materiellen Wohlfahrt der Völker scharf hervor. Er meint jedoch, nur der Historiker müsse über die Kenntnis aller Faktoren verfügen, von deren Wirken das reale Wirtschaftsleben, die Resultate einer überaus komplexen Kausalität, direkt oder indirekt berührt werde; der Theoretiker dagegen müsse sich auf die Analyse der direkt wirtschaftlich produktiven Leistungen beschränken. Wir unsererseits haben es vorgezogen, auch auf „indirekt“ volkswirtschaftlich produktive Leistungen in der Lehre von den dispositiven und aktiven Ursachen des Volkswohlstandes (in Bd. II u. III) Rücksicht zu nehmen.

<sup>2</sup> Damit ist sachlich auch der Bemerkung Hasbachs genügt, daß die Lehre von der Nachfrage als eigentliche Grundlage und Ausgangspunkt der Volkswirtschaftslehre zu betrachten sei.

Wir werden darum zunächst 1. vom Volksbedarf, der Bedarfsgestaltung, der Bedarfsentfaltung, den tatsächlichen Verhältnissen der Bedarfsdeckung, 2. von besondern Bedarfsphänomenen zu handeln haben, hieran sodann 3. die allgemeine Lehre von den Bedarfsdeckungsprinzipien und Bedarfsdeckungssystemen anschließen, und endlich 4. prinzipielle und praktische Richtlinien für die aktiven Faktoren im volkswirtschaftlichen Lebensprozeß und für die Konsumenten aufstellen, deren Beobachtung notwendig ist, damit die Bedarfsdeckung zu einer relativ vollkommenen werde unter dem Gesichtspunkte nationaler Wohlfahrt, der Kultur, des Fortschrittes.

Die Natur hat die Bedürfnisse der Tierwelt nach Art und Umfang umgrenzt. Dem Menschen gab sie die Hand, die Vernunft, die Gesellschaft, um in planmäßigem Wirken und Zusammenwirken zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu gelangen, diese Befriedigung fortschreitend vollkommener zu gestalten. Wo aber Fortschritt möglich ist, da wird auch ein Abirren nicht zur Unmöglichkeit gehören. Wir werden daher neben den Fortschritten auch die Mankos, das Kultur- und Wohlfahrtswidrige in der allgemeinen Bedarfsgestaltung und in den Bedarfsdeckungsverhältnissen zu berücksichtigen haben, in „Werturteilen“ vorsichtige Zurückhaltung, aber keine völlige Enthaltung uns auferlegen.

Darf die Herstellung und Wahrung der materiellen Seite öffentlicher Volkswohlfahrt in dem bezeichneten Sinne als wesentliche Aufgabe und Zweck des volkswirtschaftlichen Prozesses bezeichnet werden, dann zerfällt diese Gesamtfunktion in drei Teilfunktionen:

1. Güter, die dem Bedarf entsprechen, müssen vorhanden sein (Güterbeschaffung);
2. diese Güter müssen von den Bedürftenden erworben werden (Tauschverkehr, Preisbildung);
3. es müssen den Bedürftenden Mittel zur Verfügung stehen, die den Erwerb der Güter und die Fortführung der Produktion ermöglichen (Einkommens- und Vermögensbildung).

Der volkswirtschaftliche Prozeß ist ein einheitlicher Prozeß, in allen seinen Teilen beherrscht von dem Zweck, der Aufgabe der Volkswirtschaft. Aus der Produktion erwächst für die daran Beteiligten das Einkommen, das sie befähigt, im Tauschverkehr die ihrer Bedürfnisbefriedigung dienenden Güter zu erlangen. Endziel bleibt die Bedarfsbefriedigung des Volkes im Sinne von Volkswohlstand. Wenn man die Bedarfsdeckungswirtschaft der „kapitalistischen Bedarfsweckungswirtschaft“ gegenüberstellen wollte, so mag das vielleicht mehr des Wortspieles wegen geschehen sein. Bedarfsdeckung und Bedarfsweckung werden sich doch wohl in jeder Wirtschaft finden.

Gänzlich verfehlt aber wäre es, die solidaristische Bedarfsdeckungswirtschaft so zu deuten, daß dabei der Gewinn ausgeschlossen würde, sei es, daß die Menschen frei auf den Gewinn verzichteten oder aber an der

Gewinnbildung verhindert würden. Nein, ein geregeltes und maßvolles Gewinnstreben wird in der Bedarfsdeckungswirtschaft keineswegs ausgeschlossen. Es gehört vielmehr mit dazu. Die privatwirtschaftliche Rentabilität ist da sogar Mittel zum Zweck. Nur darf man in dem privatwirtschaftlichen Gewinn als solchem nicht die letzte und höchste Aufgabe der Volkswirtschaft erblicken.

Auf subtile theoretische Erörterungen und Begriffsentwicklungen, die eher abschrecken und verwirren als belehren könnten, verzichten wir auch in diesen Schlußbänden des Lehrbuches. Wir bringen jedem ernstlichen wissenschaftlichen Forschen die gebührende Hochachtung entgegen. Ein Suchen aber nach neuer künstlicher Terminologie, nach einem Geistreichtum, welches den Geistesreichtum nicht fördert, eine Gründlichkeit, die in „Tiefen“ führt, wo das Licht mangelt, Kontroversen, die eine befriedigende Lösung nicht so bald erwarten lassen oder die ohne entsprechenden Vorteil für die wissenschaftliche Erkenntnis fortgeführt werden, findet der Leser hier nicht. Alles das wird ja auch, soweit notwendig, in Monographien und Zeitschriften besser behandelt als in Lehrbüchern.

Es wäre geradezu vermessen, anzunehmen, daß wir für die vielen Fragen der modernen Volkswirtschaft die letzte, beste, unanfechtbare Lösung gefunden hätten. Wir haben unter Achtung fremder Meinungen das vorgetragen, was uns als richtig erschien, und bleiben dankbar für jede sachlich begründete Belehrung.





Erster Teil.

Die Deckung des Volksbedarfs als volks-  
wirtschaftliche Aufgabe.





## Erstes Kapitel.

### Volksbedarf und Bedarfsversorgung.

#### § 1.

#### Der Volksbedarf und seine Entfaltung im allgemeinen.

**Literatur:** v. Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen<sup>2</sup> (1870) 78 ff. — Schöffle, Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft I<sup>3</sup> (1873) 101 ff. — Cohn, System der Nationalökonomie I (1885) 256 ff. — Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie I, 1 (1892), 75 ff. — Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre II (1904) 123 ff. — Kraus, Das Bedürfnis (1894). — Gurewitsch, Die Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und die soziale Gliederung der Gesellschaft (1901). — Hasbach, Güterverzehrung und Güterhervorbringung (1906). — Čuhel, Zur Lehre von den Bedürfnissen (1907). — Brentano, Versuch einer Theorie der Bedürfnisse (1908). — Sombart, Der moderne Kapitalismus II (1902), Dritter Abschnitt. — Wirminghaus, Die Lehre von der Konsumtion und ihrem Verhältnis zur Produktion. Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert I (1908). — Besonders Oldenberg, Die Konsumtion, im neuen Tübinger Grundriß der Sozialökonomik 2. Abteilung, 1. Buch (1914) 104 ff. — v. Lichtenfelt, Die Geschichte der Ernährung (1913). — Kaup, Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung (1910. Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Heft 6 der neuen Folge). (Zum selben Gegenstande vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. N. F. II [1911] 354 ff.; auch die Mitteilungen der Zentralstelle der preuß. Landwirtschaftskammer Nr. 49, 5. Dezember 1910.) — Faßbender, Die Ernährung des Menschen in ihrer Bedeutung für Wohlfahrt und Kultur (1911). — Apelt, Die Konsumtion der wichtigsten Kulturländer in den letzten Jahrzehnten. — Ballod, Grundriß der Statistik (1913). — Neumann-Spallart und Juraschek, Übersichten der Weltwirtschaft. — Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches. — Die statistischen Angaben des Reichsarbeitsblattes. — Esslen, Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches (1912). — Ders., Die Entwicklung von Fleischerzeugung und Fleischverbrauch auf dem Gebiete des heutigen Deutschen Reiches seit Anfang des 19. Jahrhunderts und ihr gegenwärtiger Stand, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XLIII (1912) 705 ff. Vgl. auch die Literaturangaben des zweiten Kapitels über soziale Hygiene usw. — Block, Les progrès de la science économique depuis Adam Smith II<sup>2</sup> (1897) 522 ff. (II<sup>1</sup> [1890] 484 ff.). — Patten, The Consumption of Wealth<sup>2</sup> (1901). — Über Ernährung während des Krieges vgl. unter andern Edgar Jaffé, Volkswirtschaft und Krieg (1915); Hermann Levy, Vorratswirtschaft und Volkswirtschaft (1915); Carl Johannes Fuchs, Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege (1915); Johann Plenge, Der Krieg und die Volkswirtschaft (1915); Hermann Schuhmacher, Deutsche Volksernährung und Volksernährungspolitik im Kriege (1915) usw. — Über die Ernährungsverhältnisse nach dem Weltkriege unterrichten einigermaßen die Angaben über die Ernährung in Berlin. Vgl. Conrads Jahrbücher LX (1920) 259; LXI (1921) 254; LXII (1921) 259.

Zum Wohnungswesen (man darf sagen: zur „Wohnungswissenschaft“) insbesondere: Literaturangabe in Rud. Eberstadt, Handbuch des Wohnungswesens<sup>2</sup> (1902). — Engel, Die moderne Wohnungsnot (1873). — Julius Wolf, Die Wohnungsfrage als Gegenstand der Sozialpolitik (1896). — Eberstadt, Städtische Bodenfragen (1894). — Ders., Der deutsche Kapitalmarkt (1901). — Ders., Rheinische Wohnungsverhältnisse (1903). — Ders., Die Spekulation im neuzeitlichen Städtebau (1907). — Ders., Unser Wohnungswesen (1910). — Ders., Neue Studien über Städtebau und Wohnungswesen (1912). — Paul Voigt, Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und Vororten (1901). — Eugen Jäger, Die Wohnungsfrage (1903). — C. J. Fuchs, Zur Wohnungsfrage (1904). — Ders., Die Wohnungsfrage vor und nach dem Kriege (1917). — Adolf Weber, Bodenrente und Bodenspekulation (1904). — Ders., Boden und Wohnung (1908). — Ders., Die Großstadt und ihre sozialen Probleme (1908). — Ders., Wohnungsproduktion, im Tübinger Grundriß der Sozialökonomik 6. Abtl., 3. Buch, 350 ff. — Andreas Voigt und Geldner, Kleinhaus und Mietskaserne (1905). — Damaschke, Aufgaben der Gemeindepolitik<sup>5</sup> (1905). — Ders., Die Bodenreform<sup>10</sup> (1915). — Ders. im Jahrbuch der Bodenreform. — v. Mangoldt, Städtische Bodenfrage (1907). — Johannes Jäger, Die Wohnungsfrage (1909). — H. Rost, Das moderne Wohnungsproblem (1909). — L. Brentano, Die Arbeiterwohnungsfrage in den Städten, mit besonderer Berücksichtigung Münchens (1909. Schriften des sozialwissenschaftl. Vereins der Universität München, Heft 1; aufgebaut auf den statist. Erhebungen aus den Jahren 1904—1907). — Kampfmeyer, Gartenstadtbewegung (1909). — Praktische Wohnungsfürsorge in Hessen, herausgegeben vom Ernst-Ludwig-Verein in Darmstadt (1909). — L. Pohle, Die Wohnungsfrage (Sammlung Götschen, 1910). — Arthur Fuchs, Die Wohnungsinspektion (für Österreich) (1910). — Pesl, Das Erbbaurecht (1910). — Ders., Der städtische Grund und Boden (1912). — v. Posadowsky, Die Wohnungsfrage als Kulturproblem (1910). — Kelm, Beiträge zur Wohnungsreform (1911). — Tremöhlen, Wohnungsfürsorge für Industriearbeiter in der Provinz Westfalen, in Abhandlungen des staatswissenschaftl. Seminars zu Jena 1911. (Tritt mehr für gute Kleinwohnungen ein als für Kleinhäuser.) — Gemünd, Bodenfrage und Bodenpolitik (1911). — Ders., Grundlagen zur Besserung der städtischen Wohnungsverhältnisse (1913). — Schrameier, Die deutsche Bodenreform-Bewegung (1912). — Eschwege, Boden- und Hypothekenprobleme (1913). — Schermann, Grundzüge der Bildung der Bodenpreise und des Wertzuwachses (1913). — Marschall von Bieberstein, Die Sparpflicht für Minderjährige und die Wohnungsfrage (1914). — Theodor Brauer, Bodenfrage und Arbeiterinteresse (1916). — Fortlaufende Berichte im Reichsarbeitsblatt (Beiträge zur Wohnungsfrage während des Krieges, 14. Sonderheft), in der Sozialen Praxis, dem Kommunalen Jahrbuch, den Zeitschriften für Wohnungswesen, Gartenstadt usw., Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. XXX und XXXI, XCIV—XCVIII. Die Artikel von Fuchs, Eberstadt, E. Jäger über Wohnungsfrage im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Wörterbuch der Volkswirtschaft, Staatslexikon. Artikel von Diehl über Bodenreform usw. im Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik XXXVI (1908) 721 ff., von Hugo Lindemann zur Literatur im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV (1907), von Fuchs über Kleinhaus und Massenmiethaus in Zeitschrift für Wohnungswesen IX (1911). In allen bedeutenden Fachzeitschriften finden sich immer wieder beachtenswerte Aufsätze, auf die zum Teil in den Fußnoten verwiesen ist. Vgl. z. B. Robert Adolph, Die nachrevolutionäre Entwicklung des Wohnungswesens, in Conrads Jahrbüchern LIX (1920) 431. Über die Literatur werden fortlaufend Angaben gemacht unter andern in Conrads Jahrbüchern XXXIV (1909) 806 ff. usw., in der Sozialen Kultur XXIIX (1909) 600 ff., XXXI (1911) 107 f. usw. Über österreichische Wohnungsverhältnisse vgl. die Aufsätze von Robert Meyer und A. J. Fuchs in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XXI (1912) 325 ff. 403 ff. und XXII (1913) 110 ff. Aufsatz von Karl Forchheimer über die neue wohnungspolitische Gesetzgebung Österreichs im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVI (1913) 528 ff. Allgemeines zur Wohnungs-

frage enthält auch der Aufsatz von H. Mankowski über Wohnungsnot und Wohnungsfürsorge in der Schweizerischen Monatsschrift für christl. Sozialreform XXXIII (1911) 287 ff. Pohles Zeitschrift für Sozialwissenschaft kommt häufig auf die Wohnungsfrage zurück (zu beachten Pohles Standpunkt in dieser Frage), so N. F. I (1910) 54 ff. (Details eines Vergleiches zwischen deutschen und englischen Arbeiterwohnungen, Freiburg i. B. und Richmond), 115 (Aufgaben der Wohnungsinspektion), 619 (Erbbaurecht), II (1911) 59 ff. 86 ff. 612 ff. (Einfluß der Spekulation auf die Grundstückspreise), 627 ff. (zu Gemüds Schrift), III (1912) 9 ff. (Wohnungshygiene), 359 f. (Bodenpolitik Frankfurts), 438 (Eigenhäuser für Arbeiter in Neuseeland), 729 (Beispiele), IV (1913) 267 ff. (ländliche Wohnungsverhältnisse in Baden), 335 ff. (Mietaufwand), 427 (Mietpreise in London, Paris, Wien, Berlin), V (1914) 84 ff. 174 ff. 185 ff. (Grundeigentum, Wohnungspolitik der Stadt Ulm), 281 ff. (zur Frage der Mietverlustversicherung, vgl. dieselbe Zeitschrift Jahrg. 1908, 518 658 ff., Einkommen aus Hausrente 719) usw. Wertvolle Mitteilungen über Wohnungswesen bietet fortlaufend die Rundschau der „Sozialen Kultur“, die „Soziale Revue“, die „Deutsche Arbeit“ usw. — Über die Wohnungsgesetzgebung in Preußen und im Reiche schreibt Gustav Seibt in Schmollers Jahrbuch XXXVII (1913) 69 ff. usw.

**1. Der Konsumtionsbegriff.** Konsumtion ist Güterverbrauch zur Befriedigung eines menschlichen Bedürfnisses. Wir sagen Güterverbrauch und nicht einfach Gebrauch, weil der Begriff von Gebrauch allgemeiner ist und die bloße Anwendung einer Sache ausdrückt. Die Konsumtion aber verbraucht die Güter, zerstört sie, entweder unmittelbar (z. B. Nahrungsmittel), oder allmählich (z. B. Kleidung, Haus). Die Konsumtion verbraucht Güter. Wer ein Frühstück verlangt, sagt nicht: Bringt mir Werte, sondern er fordert Lebensmittel, und in Wirklichkeit konsumiert er auch diese Lebensmittel. Die Zerstörung des Tauschwertes ist nur begleitender Umstand oder Folge der Konsumtion. Die Tauschwertvernichtung hat natürlich praktische Bedeutung für Privatwirtschaft und Volkswirtschaft. Unter Umständen kann sogar als Norm gelten: möglichst geringe Güterkonsumtion zum Zweck möglichst billiger Existenz. Aber das gehört nicht zum Begriff der Konsumtion. Die Konsumtion ist endlich Güterverbrauch zur unmittelbaren Befriedigung eines menschlichen Bedürfnisses, nicht für andere Zwecke (z. B. der Produktion). Sie ist endgültige Realisierung des Gebrauchswertes der Güter im Dienste menschlicher Bedürfnisbefriedigung, also Zweckerfüllung der Güterwelt<sup>1</sup>.

Wir haben in der Volkswirtschaft, wie gesagt, nicht über das Schicksal der Güter zu berichten; es handelt sich vielmehr um Wohlfahrt der Menschen, der Völker. Die Güter beanspruchen unser Interesse nur insofern, als sie diesem Zwecke dienen. Und wie die Wirtschaftslehre das physiologische Nahrungs- und Wärmebedürfnis, den Verdauungsprozeß als solchen usw., das psychische Wesen des Bedürfnisses nicht kraft eigenen Rechtes zu untersuchen hat, so beschäftigt sie sich ebenfalls nicht mit dem Akt der Konsumtion als Stillung des Hungergefühls, als eines Lustgefühls u. dgl. Der physische und psychische

<sup>1</sup> Vgl. Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft (Übersetzung von Kuefstein) (1891) 318 f.



Genuß, der sich an die Befriedigung eines aktuellen Bedürfnisses anschließt<sup>1</sup>, kann nicht das Endziel eines so ernsten, mühevollen Ringens sein, welches zum großen Teile den Inhalt des menschlichen Lebens bildet. Das Tier ist zufrieden, wenn es den augenblicklichen Hunger gestillt; es empfindet nur die Bedürfnisse der Gegenwart und kennt nur die Güter der Gegenwart. Was der Mensch in der materiellen Ordnung sucht, ist aber weit mehr als bloß jenes Behagen, welches der Hungerige nach eingenommener Mahlzeit empfindet. Er ringt nach einem Zustande, der ihm Sicherheit gewährt gegen bitteren Mangel, nach einem dauernden Zustande, der nicht nur die aktuelle Stillung der einzelnen Bedürfnisse, nicht bloß Schutz gegen die Kälte und Not eines einzelnen Winters, sondern die ausreichende Befriedigung aller seiner verschiedenen, einander abwechselnden, ordentlichen und außerordentlichen Bedürfnisse dauernd in sich birgt. Kurz, das Ziel der Wirtschaft, der wirtschaftlichen Tätigkeit in ihrer Gesamtheit ist für den Menschen nicht bloß der Akt der Bedürfnisbefriedigung, auch nicht der Zustand des Befriedigtseins, welches sich an die aktuelle Konsumtion anschließt, sondern der Zustand des dauernden Versorgtseins mit äußeren Gütern, die gesicherte Möglichkeit einer Befriedigung aller wirklichen Bedürfnisse, d. h. jener Zustand, den wir im zweiten Bande als „materielle Wohlfahrt“ bezeichnet haben.

2. Die Konsumtion im volkswirtschaftlichen Lehrsystem. Adam Smith<sup>2</sup> bemerkt in seinem Werke über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Völker, daß die Konsumtion der einzige Zweck jeder Produktion sei, und daß man sich mit den Interessen der Produzenten nur soweit zu beschäftigen habe, als dadurch das Interesse der Konsumenten befördert werde.

Ohne Zweifel wäre jede Produktion von Gütern, die entweder ihrer allzu großen Menge oder ihrer Eigenschaften wegen für die Konsumtion nicht verwendet werden könnten, eine vernunftwidrige, unter Umständen eine gefährliche Vergeudung von Kraft, von Zeit und Material. Die Konsumtion ist insofern nicht nur Antrieb zur Produktion, sondern auch regulierendes Prinzip für dieselbe.

Diese Lehre, daß die „Konsumtion“ Ziel aller produktiven Tätigkeit sei, „the ultimate end and object of all industry and commerce“, ist nun so verstanden worden, daß die theoretische Behandlung der Konsumtion Grundlage und Anfang der Wirtschaftslehre sein müsse<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> „Die Leidenschaft des Wohlbefindens als Beweggrund, das persönliche Interesse als Norm, eine unbegrenzte Steigerung in den Genüssen dieser Erde als die höchste Bestimmung der Menschheit, — das ist das Wesen jener stillschweigend angenommenen oder ausdrücklich formulierten (materialistischen) Philosophie in fast allen (?) Büchern der Nationalökonomie.“ Möglichst wenig Mühe und möglichst viel Genuß, — das ist allerdings Kern und Stern jener Weisheit, die vergessen zu haben scheint, daß die nationalökonomische Wissenschaft vom Menschen handelt! Périn, Die Lehren der Nationalökonomie (1882) 336.

<sup>2</sup> *Wealth of Nations* Book 1, chap. 8.

<sup>3</sup> So z. B. W. Stanley Jevons, *The Theory of Political Economy*<sup>3</sup> (1888) 39 ff. Vgl. Hasbach, Güterverzehrung und Güterhervorbringung (1906). Dazu Diehl in den *Jahrb. für Nationalökonomik und Statistik* XXXV (1908) 118 ff.

Andere sehen dagegen in der Konsumtion wiederum bloß etwas bei der Lehre von der Produktion und von der Verteilung nebenbei zu Besprechendes. Sie folgen John Stuart Mill<sup>1</sup>, der behauptet, daß die Wirtschaftslehre nur zwei Fragen: die der Produktion und die der Verteilung, zu beantworten habe, und daß ein besonderer Abschnitt über die Konsumtion unnötig sei; ihre Bedeutung könne bei der Lehre von der Produktion und von der Verteilung mitbesprochen werden. Wieder andere widmen der Konsumtion einen besondern letzten Teil der Volkswirtschaftslehre, der allerdings regelmäßig recht dürftig ausfällt.

Wenn man bloß den Verlauf des volkswirtschaftlichen Prozesses beschreiben und erklären will, dann wird man von der Konsumtion, die diesen Verlauf beschließt, in einem letzten Teile handeln müssen. Geht man aber davon aus, daß der volkswirtschaftliche Prozeß eine Aufgabe hat, einen Zweck erfüllen soll, dann wird man von der Behandlung dieser Aufgabe, dieses Zweckes auszugehen haben. Quod in ordine executionis est ultimum, in ordine intentionis est primum. So sagten die alten Philosophen. In der tatsächlichen Zweckerfüllung des volkswirtschaftlichen Prozesses ist die Konsumtion das letzte. Sie muß also in der Behandlung des Zweckes als Aufgabe, als eines Sollens das erste sein; aber nicht die aktuelle, sondern die potentielle Konsumtion, die Ermöglichung einer den Anforderungen materieller Volkswohlfahrt<sup>2</sup> entsprechenden Konsumtion. Die aktuelle Konsumtion, der

<sup>1</sup> Essays on some Unsettled Questions of Political Economy 132: „Political economy has nothing to do with the consumption of wealth, further than as the consideration of it is inseparable from that of production, or from that of distribution. We know not of any laws of the consumption of wealth, as the subject of a distinct science; they can be not other than the laws of human enjoyment.“ Ähnlich A. Held, Grundriß für Vorlesungen (1876) 10. Auch Graziani, Pierson, Nicholson, Pareto u. a. schließen die Konsumtion von der Behandlung ganz aus. Vgl. zur Frage auch Toniolo, Trattato di Economia Sociale II (1909) 3. — „Im größten Umriß besteht das ‚Wirtschaften‘ in der Beischaffung wie Verwaltung eines Gütervorrates. . . . Der Gebrauch oder Verbrauch selbst ist kein wirtschaftlicher Akt, es sei denn, daß er zur Herstellung neuer Güter oder zur Sicherung vorhandener, demnach zu produktiven Zwecken erfolgt. Immer hat jedoch der Aufwand wirtschaftliche Bedeutung, da er eine Minderung der Vorräte bewirkt. Daher kann Sparsamkeit im Verbrauch große wirtschaftliche Bedeutung haben.“ So Eugen Schwindland, Einführung in die Volkswirtschaftslehre (1909) 110.

<sup>2</sup> Über die Begriffe „Volkswohlfahrt“, „öffentliche Wohlfahrt“ als Ermöglichung „allgemeiner Wohlfahrt“, „Volkswohlstand“ vgl. Bd. II, Kap. 2. „Die Volkswirtschaft“, sagt Mombert (Conrads Jahrbücher LIII [1917] 547), „hat die Aufgabe, der Bevölkerung den sog. Konsumtionsfonds zu beschaffen, d. h. die Menge an Gebrauchsgütern, die ein Volk ohne Schmälerung der natürlichen und produzierten Voraussetzungen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit verzehren kann.“ Nach dem Kriege müsse jetzt Deutschland, um der politischen und nationalen Selbsterhaltung willen, darauf bedacht sein, einer möglichst großen Volkszahl im eigenen Lande den Unterhalt zu verschaffen, d. h. den Nahrungsspielraum der deutschen Volkswirtschaft möglichst auszudehnen. Vgl. auch Mombert, Nahrungsspielraum und Volkswachstum, in Kriegswirtschaftl. Zeitfragen Heft 2/3 (1916).

tatsächliche Güterverbrauch wird von individuellen Verhältnissen und Neigungen bestimmt, steht auch noch in der modernen Gesellschaft an Rationalisierung weit zurück, leidet viel an Ordnungslosigkeit und oft genug an vernunftwidriger Entartung. Sie kann schon darum nicht als Aufgabe des volkswirtschaftlichen Prozesses bezeichnet werden. Aufgabe, Zweck dieses Prozesses ist aber die Ermöglichung einer im Hinblick auf den Volkswohlstand gesunden Konsumtion. Und diese Ermöglichung besteht in nichts anderem als in der jenen Anforderungen genügenden Versorgung des Volkes mit den zur Deckung seines Bedarfs verfügbaren äußeren Gütern. Hiervon muß also die Lehre vom volkswirtschaftlichen Lebensprozesse, die teleologisch sich aufbaut, den Ausgang nehmen.

Wie die einzelnen ihre Konsumtion im eigenen Interesse zweckmäßig einrichten, darüber mag die private Haushaltslehre unterrichten. In der Volkswirtschaftslehre kommt die Konsumtion nur als gesellschaftliche Erscheinung in Betracht. Es handelt sich um die Bedarfsversorgung des Volkes, besonders um die Versorgung der breiten Massen. Wenn für diese entsprechend gesorgt ist, wird es auch im übrigen nicht fehlen. Aus der aktuellen Konsumtion läßt sich auf die potentielle zurückschließen. Die aktuelle Konsumtion offenbart uns soziale Verhältnisse, herrschende Bedarfsgewöhnungen, Bedarfsrichtungen, auch verkehrte. Aus der aktuellen Konsumtion lassen sich Schlüsse ziehen über den zukünftigen Bedarf. Eine verkehrte Konsumtion kann durch unnütze Zerstörung von Gütern die zukünftige Bedarfsversorgung schädigen usw. Wir werden insofern also auch die aktuelle Konsumtion und darum die Konsumtionsstatistik zu berücksichtigen haben.

Ist die Bedarfsversorgung des Volkes Zweck des volkswirtschaftlichen Prozesses, dann müssen wir folgerichtig zunächst die Begriffe Bedarf, Volksbedarf entwickeln.

**3. Bedarf, Volksbedarf.** „Bedarf“ bedeutet einesteils die Benötigung, das Brauchen, die subjektive Notwendigkeit der Verfügbarkeit äußerer Befriedigungsmittel, andernteils im objektiven Sinne diese Befriedigungsmittel selbst nach Art, Menge, Qualität — das, was zur Befriedigung eines Bedürfnisses erfordert wird. Meist wird unter „Bedarf“ die Gesamtheit der Bedürfnisse bzw. der Befriedigungsmittel allgemein oder einer bestimmten Art von Bedürfnissen oder Befriedigungsmitteln verstanden<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, 1. Kap., § 1, 3. Roscher-Pöhlmann, System der Volkswirtschaft I<sup>24</sup> (1906) 1. v. Wieser, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, in Grundriß der Sozialökonomik I 143 ff. Die meisten Nationalökonomien deuten den Begriff „Bedürfnis“ als innere Bewußtseinstatsache, als ein bestimmtes Verhältnis des Menschen zu den ihm nötigen Gütern, seinem Bedarf. So v. Hermann, Wagner, Schäffle, Brentano, Cuhel, Gurewitsch, Oppenheimer. Andere Schriftsteller verwenden die Begriffe „Bedürfnis“ und „Bedarf“ unterschiedslos. Philippovich erblickt die Aufgabe der Wirtschaft in der Beschaffung des erforderlichen Vorrates von Gütern. Er nennt diesen Vorrat „Bedarf“, spricht dann aber von einer „Bedarfsbefriedigung“ statt folgerichtig von „Bedürfnisbefriedigung“. Tiburtius (Conrads Jahrbücher XLVIII [1914] 722 f.) unterscheidet zwischen



Der Bedarf ist Bedarf an äußeren Gütern (Sachgütern und wirtschaftlichen Dienstleistungen). Daß die inneren Güter des Menschen für die volkswirtschaftliche Aufgabe und deren Erfüllung, im allgemeinen und im einzelnen, von höchster Bedeutung sind, steht ebenso außer Frage, wie daß äußere Güter in irgendeiner Weise für den Erwerb innerer Güter in Betracht kommen können.

Sie sind eben für den Menschen Mittel, wodurch er seine Zwecke, bis zu den letzten und höchsten hin, verwirklicht. Schwer verständlich aber bleibt es, wenn neuerdings die Beschränkung des Wirtschaftsbegriffs und des wirtschaftlichen Produktivitätsbegriffs auf äußere Güter wiederum einmal als „materialistisch“ bezeichnet wurde. Schon Roscher<sup>1</sup> wies diesen Vorwurf mit den Worten Seniors zurück: „Niemand tadelt einen Schriftsteller über Taktik, wenn dieser seine Aufmerksamkeit auf militärische Dinge beschränkt.“ Wirklicher Materialismus würde vorliegen, wenn man keinen Unterschied machte zwischen materiellen und immateriellen Gütern, zwischen körperlicher und geistiger Sphäre, zwischen höheren und niederen Kulturgebieten.

Wir sehen hier davon ab, daß der persönliche, individuelle Unterhaltsbedarf, wie die persönliche Leistungsfähigkeit nach Alter, Geschlecht, Gesundheit usw. sich ändert, fassen vielmehr zunächst den Bedarf bloß als allgemeine soziale Erscheinung ins Auge. Da zeigt sich nun, wie entsprechend der Verschiedenheit der Bedürfnisse auch der objektive Bedarf nach Art und Grad verschieden ist. Es gibt einen Bedarf an Nahrungs-, Kleidungs-, Obdachsmitteln, an Schmuck- und Zerstreungsmitteln, einen physischen Erhaltungs- oder Notbedarf, einen der gesellschaftlichen Stellung entsprechenden, standesgemäßen Bedarf (vgl. B.G.B. §§ 1579, Satz 1, 1601 1610), einen Lebens- und einen Genußbedarf, einen dringenden und einen weniger dringenden, einen gegenwärtigen und einen zukünftigen, einen einmaligen und einen wiederkehrenden Bedarf. Man unterscheidet ferner einen öffentlichen und einen privaten Bedarf, den kollektiven Bedarf eines Gemeinwesens und den distributiven Bedarf der einzelnen Individuen.

Unter den Begriff des Bedarfs fällt nicht bloß alles, was unmittelbar der menschlichen Konsumtion dient, sondern auch das, was diese vorbereitet und ermöglicht, z. B. Rohstoffe, die verarbeitet werden, die Kohle, welche Wärme erzeugt oder zur Heizung des Dampfkessels verwendet wird, das Futter der Arbeitstiere usw. Der Begriff „Bedarf“ ist insofern weiter als der Begriff der Konsumtionsgüter bzw. der „Konsumtion“ im engeren Sinne, die, wie Oldenberg bemerkt, „mit dem Menschthum des Konsumenten steht und fällt“.

Die sog. „technische Konsumtion“, z. B. von Materialien in einem Fabrikationsprozesse, fällt somit nicht unter den Begriff der Konsumtion im Bedürfnis, Bedarf, Befriedigungszustand: 1. „das Bedürfnis als seelisches Gebilde; 2. der Bedarf als ein objektives Phänomen der Güterwelt; 3. der durch Beschaffung und Verwendung des Bedarfs herbeigeführte Zustand der Befriedigung des Bedürfnisses“. Unsere Auffassung ist oben ausreichend gekennzeichnet.

<sup>1</sup> Roscher-Pöhlmann, System der Volkswirtschaft I<sup>21</sup> (1906) 6.

engeren Sinne, wie wir ihn hier verstehen. Es handelt sich bei der technischen Konsumtion um ein Stadium der Produktion, um den Verbrauch von Gütern nur im entfernten Dienst der Konsumtion, nicht um die persönliche Konsumtion, d. i. um die Konsumtion im Sinne der Wirtschaftslehre (Lexis, Philippovich usw.)<sup>1</sup>.

Der Volksbedarf ist Bedarf des Volkes in seiner Gesamtheit, in allen seinen Schichten.

Es gibt im Volke mehr Konsumenten als Produzenten. Alle Menschen sind auf den Konsum wirtschaftlicher Güter angewiesen. Aber nicht alle sind tätig bei der Produktion dieser Güter. Kranke können nicht arbeiten. Es wäre ferner eine ungesunde Gestaltung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse, wenn die Jugend unter Schädigung ihrer normalen körperlichen und geistigen Entwicklung vor der Zeit zur Arbeit herangezogen, oder wenn Greisen das ruhige Alter vorenthalten würde. Dann bedarf die Gesellschaft der Beamten, der Lehrer, Ärzte, Religionsdiener, Literaten usw., die wichtige Dienste nicht wirtschaftlicher Art leisten und doch aus dem Ertrage der Volkswirtschaft erhalten werden müssen. Ferner finden sich in der modernen Gesellschaft manche Leute, die durch eigenen Besitz von der Last wirtschaftlicher Arbeit sich befreit glauben. Leisten sie sonst nichts für die Aufgabe des allgemeinen Kulturlebens, dann werden sie mit Recht als „Drohnen“ bezeichnet. Schließlich wird es immer wieder Verbrecher geben, auch ohne daß der herrschenden Wirtschaftsverfassung die Schuld zugeschrieben werden könnte. Die nützliche Beschäftigung solcher Personen ist ein nicht immer leicht lösbares Problem.

Ist Zweck und Aufgabe des volkswirtschaftlichen Prozesses die Bedarfsversorgung des Volkes im Sinne materieller Volkswohlfahrt, so erfordert das unter normalen Verhältnissen die Sicherung der Selbsterhaltung des Volkes, eine dem Kulturfortschritte nach Quantität und Qualität genügende, in diesem Sinne steigende Bedürfnisbefriedigung der an Zahl wachsenden Bevölkerung, so zwar, daß auch den untersten Schichten eine wirklich menschenwürdige Existenz geboten und gesichert ist. In letzter Beziehung wird gefordert, daß niemand hilflos dauerndem Elend überlassen bleibt, daß die untersten Gruppen der arbei-

<sup>1</sup> Der sog. „technischen Konsumtion“, dem Verbrauch von Gütern entfernterer Ordnungen (nicht erster Ordnung, d. i. dem menschlichen Konsum unmittelbar dienend), werden wir in der Lehre von der Produktion und den Produktionskosten begegnen. Wenn sie als „reproduktive Konsumtion“ bezeichnet wurde (J. B. Say), so ist diese Benennung nicht gerade geschickt gewählt. Die technische Konsumtion als solche „produziert“ nichts; sie soll allerdings im Preise des Produktes ihren Ersatz finden. Die persönliche Konsumtion aber ist nicht „steril“, „unproduktiv“. Die konsumierten Güter können allerdings nicht bei der Produktion neuer Waren verwendet werden; sie ist jedoch produktiv in einer andern und höheren Ordnung, dient der Fortdauer menschlichen Lebens, menschlicher Kraft. Soll schließlich der Ausdruck „unproduktive Konsumtion“ lediglich den überflüssigen Aufwand bezeichnen (Roscher-Pöhlmann a. a. O. I<sup>21</sup> 661 ff), so ist doch wohl diese Ausdrucksweise selbst „überflüssiger Aufwand“, wenn später noch über Verschwendung und Sparsamkeit gehandelt wird.

tenden Bevölkerung nicht auf eine kaum ausreichende Befriedigung der notwendigsten Existenzbedürfnisse beschränkt werden, sondern daß auch die große Masse zu einer der erreichten Kulturstufe entsprechenden höheren Lebenshaltung mit emporsteigen kann.

Außer dem Unterhaltsbedarf des Menschen gibt es noch einen Wirtschaftsbedarf der wirtschaftenden Personen als solcher (Deckung ihrer Gesamtausgaben). Der Kaufmann will aus dem Ertrag seines Geschäftes seine gesamten Kosten decken, seinen Lebensunterhalt bestreiten, gewisse Rücklagen für die Zukunft machen. Die entsprechende Befriedigung dieses wirtschaftlichen Bedarfs wird zweifelsohne von der Wohlfahrt des Volkes erfordert. Dieselbe wird uns später bei der Lehre von der Einkommens- und Vermögensbildung beschäftigen. Hier handelt es sich zunächst lediglich um den allgemeinen Unterhaltsbedarf.

Die volkswirtschaftliche Aufgabe umfaßt die Bedarfsversorgung des Volkes mit seinem Staate. Gleichwohl schließt der „Volksbedarf“, wie er heute innerhalb der Volkswirtschaftslehre verstanden wird, den Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften nicht ein; dessen Behandlung bleibt vielmehr der Finanzwissenschaft vorbehalten<sup>1</sup>.

4. Elastizität des Bedarfs. Umfang und Inhalt des Bedarfs sind in keine nach Maß und Zahl festen Grenzen gebannt. Wie man von einer Elastizität der Bedürfnisse redet, so gibt es auch eine Elastizität des Bedarfs. Neuen Gewöhnungen, neuen Bedürfnissen entspricht ein neuer Bedarf. Die gleichen Bedürfnisse können andere und bessere Befriedigungsmittel finden. Der ursprünglich natürliche, organische Bedarf wird zu einem ökonomischen Kulturbedarf umgewandelt<sup>2</sup>. Man kann besser essen wollen, bessere Kleidung beanspruchen, bessere Wohnungseinrichtungen

<sup>1</sup> Die finanzielle Lage der meisten Staaten ist heute keine glänzende, zum Teil sogar sehr schlecht. Das Geldbedürfnis bleibt anderseits für den Staat stets ein primäres. Gleichwohl darf doch das richtige Verhältnis zwischen Volkswirtschaft und staatlicher Finanzwirtschaft nicht vergessen werden. Aus der Volkswirtschaft wird die Finanzwirtschaft gespeist. Der Kameralist Wilhelm v. Schröder gab seinem Werke über die „Fürstliche Schatz- und Rentkammer“, wie wir im zweiten Bande schon erwähnten, eine Titelvignette mit auf den Weg, die eine ländliche Schafschur vorstellte. Das Bild fand seine Erklärung durch den beigefügten Vers: „Wenn eines klugen Fürsten Herden — Auf diesem Fuß genützt werden, — So können sie recht glücklich leben — Und dem Regenten Wolle geben. — Doch wer sogleich das Fell abzieht, — Bringt sich um künftigen Profit.“ Wie ein Hausvater seinen Acker düngen und pflügen muß, so soll ein Fürst seinen Untertanen „erst zu einer guten Nahrung helfen, wann er etwas von ihnen nehmen will“. Nie soll die fürstliche Habsucht sich an den Grundlagen des Volkswohlstandes vergreifen. Jene Kameralisten, die schonungsloser Ausbeutung das Wort redeten, verglich Schröder mit den Schweinen, welche die Wurzeln der Kräuter im Garten auswühlen und den Garten selbst damit verderben. — Nicht die Bereicherung einer „landesfürstlichen Kasse“ ist heute Zweck der Abgaben. Gleichwohl werden auch unsere Staatsmänner die Weisheit jener kameralistischen Mahnung beherzigen dürfen.

<sup>2</sup> K. Schönheyder, Die Tätigkeit als Grundbegriff der Ökonomie und der Volkswirtschaft, in Conrads Jahrbüchern XLVIII (1914) 578.



erstreben. Für die einzelnen Bedürfnisse ist der Sättigungspunkt regelmäßig nicht absolut bestimmt. Ein der Art der Bedürfnisse nach notwendiger Bedarf (Ernährung, Schutz gegen Witterung usw.) kann sich praktisch (Nahrung, Kleidung, Wohnung) in sehr verschiedener Weise, in verschiedenem Maße und Grade geltend machen, verschieden in verschiedenen Epochen, in verschiedenen Ländern, in verschiedenen Gruppen der Bevölkerung, verschieden in der Friedens- und Kriegszeit usw.

Bei der Betrachtung der Bedarfsfragen wird nicht zu vergessen sein, daß die Konsumfähigkeit größer ist als der jeweilige Konsum, daß eine Ausweitung des Konsums möglich ist, und daß diese Ausweitung wahren Fortschritt bedeuten kann. Neben der Steigerung der Konsumkraft wird auch die Konsumrichtung, die Möglichkeit einer Veredlung des Konsums, berücksichtigt werden müssen.

5. **Notwendiger, tatsächlicher, standesgemäßer Bedarf.** Durch persönliche Neigungen und Gewohnungen, durch Klassen- und Volksgewohnheiten bilden sich leicht ein Bedürfnis und ein Bedarf heraus, die quantitativ und oft selbst der Art nach über die Grenzen des Notwendigen hinaus in den Bereich des Nützlichen, des Angenehmen, Reichlichen sich erstrecken, ohne deshalb schon als maßlos gelten zu müssen. „Der Bedarf wird nicht von der Willkür der Individuen bestimmt“, sagt Sombart<sup>1</sup>, „sondern hat im Laufe der Zeit innerhalb der einzelnen Gruppen eine bestimmte Größe und Art angenommen, die nun als festgegeben angesehen wird. Das ist die Idee des standesgemäßen Unterhalts.“ Nur darf man auch in diesem „standesgemäßen“ Bedarf keinen festumrissenen Begriff erblicken und die Wandelbarkeiten desselben nicht übersehen.

In außerordentlichen Zeiten wird die Unterscheidung zwischen notwendigem Bedarf und gewohntem Verbrauch besondere praktische Bedeutung gewinnen können, z. B. bezüglich der Ernährungsfrage in der Kriegszeit und Nachkriegszeit<sup>2</sup>. Der physiologisch notwendige Bedarf an Nährwerten ist regelmäßig geringer als der tatsächliche Verbrauch, wie er sich insbesondere bei reicheren Völkern gewohnheitsmäßig auszubilden pflegt. Eine zeitweilige Beschränktheit der verfügbaren Nahrungsmittel kann darum hier, ohne physiologische Schädigung, durch Einschränkung des Gebrauchs ausgeglichen werden (knappe Ernährung statt reichlicher Ernährung usw.)<sup>3</sup>.

6. **Bedarf und Bedarfsdeckung.** Die Bedarfsdeckung wird ermöglicht, wenn die disponible Gütermenge dem Bedürfnis entspricht, und wenn die Güter für die ihrer Bedürftigen erreichbar sind. Der Bedarf äußert sich

<sup>1</sup> Moderner Kapitalismus I<sup>9</sup> (1916) 32.

<sup>2</sup> Als „Gegenstände des täglichen Bedarfs“ wurden in der Kriegszeit alle dem Luxus nicht dienenden Haushaltssachen bezeichnet.

<sup>3</sup> Patten (The Consumption of Wealth 50) empfiehlt kühn die „Verringerung des Appetites“ sogar als Hauptgrundlage einer Verbesserung der Lebensführung durch größere Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse.

in der Nachfrage. Nachfrage und Bedarf sind aber nicht allzeit identisch. Die Nachfrage gehört zur Bedarfsdeckung, die sie wenigstens einleitet. Auf die Nachfrage wirkt ohne Zweifel der Bedarf im subjektiven Sinne ein. Allein es kann das<sup>1</sup> ein Notbedarf sein. Wenn z. B. im Herbst 1916 in Berlin eine starke Nachfrage nach jungen Saatkrähen auftrat, so erklärte sich das nicht aus dem normalen Bedarf der Berliner Bevölkerung, sondern aus dem empfindlichen Fleischmangel der Kriegszeit. Außer dem Bedarf sind es noch andere Momente, welche die Qualität und Quantität der Nachfrage bestimmen, vor allem die Kaufkraft der Bevölkerung<sup>2</sup>.

Wollte man daher in der jeweiligen, tatsächlichen Nachfrage die sichere Offenbarung des normalen Bedarfs der Bevölkerung erblicken, so hieße das die Erfahrungstatsache verkennen, daß die Bedarfsdeckung und Nachfrage nicht selten hinter solchem Bedarf zurückbleiben, daß die Bevölkerung oder gewisse Teile der Bevölkerung, die unteren Schichten, sich wegen mangelnder Kaufkraft mit einer Art der Bedarfsdeckung unter Umständen begnügen müssen, die dem Bedarf, als Wohlfahrts- und Kulturbegriff erfaßt, nicht genügen kann.

Gewiß bleibt es richtig, daß ein der Nachfrage nicht entsprechendes Angebot als Mangel empfunden wird, anderseits aber ist für die volkswirtschaftliche Betrachtung und im Hinblick auf die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe noch nicht alles allein dadurch schon erledigt, daß Angebot und Nachfrage sich decken. Man wird eben überdies noch die Art und die Umstände beider, der Nachfrage und des Angebotes, prüfen und unterstreichen müssen, ob dabei auch dem Bedarf im oben bezeichneten Sinne genügt werde.

Die Tragweite dieser Unterscheidungen zeigt sich beispielsweise bei der Wohnungsfrage. Richtet sich die Nachfrage in weitestem Umfange auf enge Spelunken oder auch auf die drei ungünstigsten Wohnungsklassen (Keller, dritte und höhere Stockwerke), und findet diese Nachfrage ein entsprechendes Angebot, muß sich die ärmere Bevölkerung in der Bedarfsdeckung mit einem solchen Angebot begnügen, so kann die Volkswirtschaftslehre in solchen Verhältnissen kaum eine normale Deckung des Wohnungsbedarfs erblicken wollen.

Bei der bloßen Gegenüberstellung und Vergleichung von Angebot und Nachfrage aber werden Mißstände als solche nicht erkannt; auch schwindet das Interesse an der Erforschung der Ursachen jener Mißstände, der Mittel und Wege zur Beseitigung derselben.

Eine der Volkswohlfahrt entsprechende Bedarfsdeckung erfordert natürlich auch die Befriedigung der besondern Bedürfnisse des Alters, der Krankheit usw.

<sup>1</sup> Roscher-Pöhlmann, System der Volkswirtschaft I<sup>24</sup> 690 ff. Quessel, Von der Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben, in Sozialistische Monatshefte 1914, 2. Heft, 116 ff.

<sup>2</sup> Josef Grunzels Auffassung des Verhältnisses von Bedarf an Ware und Nachfrage vgl. in dessen Schrift „Wert und Preis“ (1914).

**7. Bedarfsdeckungsprinzip und Erwerbsprinzip.** Sombart sieht in dem jeweilig vorherrschenden „Wirtschaftsprinzip“ den wichtigsten Einteilungsgrund der verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens. Die Verschiedenheit der „Wirtschaftsprinzipien“ ergibt sich durch die verschiedene Zwecksetzung der Wirtschaftssubjekte: „Die Menschen streben nämlich entweder nach der Beschaffung eines nach Umfang und Art fest umschriebenen Vorrates von Gebrauchsgütern, d. h. sie suchen ihren Bedarf zu decken, oder sie erstreben Gewinne, d. h. sie suchen eine möglichst große Geldmenge durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit zu erwerben. Im ersten Falle . . . stehen ihre Handlungen im Banne des Bedarfsdeckungsprinzips, im andern Falle im Banne des Erwerbsprinzips.“<sup>1</sup> Man darf in den Ausdrücken „Bedarfsdeckung“ und „Erwerb“ nicht den Gegensatz zwischen „Eigenwirtschaft“ und Güterbeschaffung auf dem Wege „tauschwirtschaftlichen Erwerbs“ erblicken. So versteht Sombart die Unterscheidung nicht. Wir möchten aber die Gegenüberstellung anders formulieren. Die Bedarfsdeckungswirtschaft braucht nicht den Gewinn auszuschließen. Im Gegenteil kann der Gewinn erstrebt werden als Mittel der Bedarfsdeckung. Der Gegensatz wäre dann in dem durch den privat- und volkswirtschaftlichen Bedarf begrenzten und einem unbegrenzten Gewinnstreben zu suchen.

**8. Bedarfsgestaltung bei den Völkern europäischer Kultur.** Für eine vollkommene Geschichte der Ernährung fehlen ausreichende Grundlagen. Von Anfang an sollen die Menschen Allesesser gewesen sein, nicht Pflanzenesser, wie Darwin behauptete und Virchow leugnete. Ansprechend, wenn auch nicht in allem befriedigend, sind die Darlegungen Lichtenfelts<sup>2</sup> über die Entwicklung der Ernährung in der Geschichte der Völker. Kein asiatisches Volk habe rein vegetarisch gelebt, und Buddhas Lehre könne keine Grundlage für den modernen Vegetarismus bilden. Die Ernährungsmöglichkeit sank von 800 bis 1800. Schuld daran war die Bodenerschöpfung. Die Kenntnisse der chemischen und physiologischen Mittel zur Abhilfe fehlten noch. Dazu kam die Begrenztheit des Verkehrs. Neben einer Oberschicht mit reichlicher Ernährungsmöglichkeit gab es immer eine mehr oder weniger stark hungernde Unterschicht. In Europa stand aber einer relativen Abnahme des Fleischbestandes eine Zunahme des Fleischverbrauchs gegenüber. So erklärt sich auch das Ansteigen des Fleischpreises. Abhilfe sieht Lichtenfelt zum Teil in der Aufteilung größerer Güter. Die örtliche Verschiedenheit der Preise führt er auf Geschick und Egoismus der Zwischenhändler zurück. Bei normal fortschreitender Kultur zeigt sich das Bestreben, den Nahrungsbedarf besser zu decken (Wirtschafts-

<sup>1</sup> Der moderne Kapitalismus I<sup>2</sup> (1916) 40. Sombart unterscheidet auch eine traditionalistische (auf gedankenloser Befolgung überkommener Regeln) und eine rationalistische (auf dem bewußten Willen zu einer grundsätzlichen Zweckmäßigkeit aller Vorhaben beruhende) Wirtschaftsführung.

<sup>2</sup> Geschichte der Ernährung (1913).



rechnungen), den Aufstieg in höhere Sozialstufen insbesondere durch bessere Ernährung zur Geltung zu bringen.

Natürlich sind die Konsumtionssitten, welche das wirtschaftliche Leben bestimmen, und ebenso die Bedarfsdeckungsmöglichkeiten nicht bei allen Völkern dieselben.

Vergleichen wir diesbezüglich, nur beispielsweise, die asiatischen Völker mit den höher entwickelten europäischen, so fällt uns sofort bei jenen ihre äußerst einfache Nahrung und Wohnung auf. Dem ackerbautreibenden Japaner z. B. genügt zur Nahrung Reis, das in Wasser mit Salz weichgekocht wird. In den ärmeren Gegenden bilden Gerste und Hirse die Hauptnahrung der Bauern und Arbeiter<sup>1</sup>. Die japanischen Fischer an den Küsten des Inselreiches sind reine Fischesser. Besonders auffällig ist der Mangel an Vieh, wenn man von einigem Geflügel absieht. Die Bauern verrichten selbst die Arbeiten, die in Europa vom Vieh geleistet werden. Ebenso einfach wie die Nahrung sind Wohnung und Kleidung des gewöhnlichen Japaners. Wie alle Rassen und Nationen, so haben auch die asiatischen Völker die Neigung, den Körper zu schmücken<sup>2</sup>. Sie legen dabei aber mehr Gewicht auf die Kostbarkeit der Gewandung und des Schmuckes als auf dessen Modernität. Auch hierin herrscht die Tradition. Das Einkommen der Bauern- oder Arbeiterfamilie — kaum 300 *M* — erlaubt übrigens keine größeren Ausgaben. Selbst das Gehalt eines japanischen Volksschullehrers wird (von Leroy-Beaulieu) nur auf 400 *M* jährlich angenommen. Unter den asiatischen Völkern erscheint Japan aber noch als wohlhabend. Die Lebenshaltung der chinesischen und indischen Arbeiter und Bauern ist beträchtlich geringer als die der Japaner. Es mag eine Übertreibung sein, wenn Digby das durchschnittliche Einkommen des Inders auf 7 *Pf.* pro Tag berechnet. Zuverlässigere Angaben sprechen von 100 *M* jährlichem Einkommen der eingeborenen Familie. Das würde auf den Kopf der indischen Bevölkerung etwa 10 *Pf.* pro Tag ergeben. Der Taglohn der gewerblichen Arbeiter bewegt sich zwischen 40 und 60 *Pf.*, was ja bei einer Familie von 4—5 Personen etwa 10 *Pf.* für den einzelnen ergibt<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Man empfand in Japan aber die Einführung der gemischten Kost und der europäischen Kossätze bei der japanischen Marine doch schon als Wohltat und als Fortschritt. Der strenge Vegetarismus hat es ja auch in Europa zu einer relativ großen Gemeinde nicht bringen können.

<sup>2</sup> Frauen und Töchter der Inder sind mit Schmuck aus Gold und Silber behängt. Auch die niedrigste Kaste schmückt Arme und Beine der Frauen mit Spangen aus Silber und Gold. In Zeiten der Not kann dieser Schmuck veräußert werden, gewährt also einen gewissen wirtschaftlichen Rückhalt. Ebenfalls tragen die portugiesischen Bäuerinnen nicht selten ihre ganze Mitgift als Goldschmuck an sich. Einfacher in ihren Ansprüchen als die asiatischen Völker waren oder sind die afrikanischen Hottentotten und Buschmänner, wenn sie sich statt der Kleidung mit einer Unratskruste begnügen; die natürliche Hautfarbe erscheint dann nur unterhalb der Augen, wo durch den Rauch der Hütten hervorgelockte Tränen den Unrat abgewaschen haben. Die Polarvölker tragen Lederkleidung, die sie zum Schutz gegen Feuchtigkeit mit Fett beschmieren usw.

<sup>3</sup> Quessel spricht darum auch (Von der Ungleichheit der Völker) von einer „Unverständlichkeit gelber und weißer Arbeit“. Der gelbe Arbeiter nimmt mit Löhnen vorlieb, bei denen der europäische Arbeiter physisch und moralisch zugrunde geht. Der europäische Arbeiter leistet allerdings auch soviel wie drei gelbe Arbeiter. Mögen solche Ungleichheiten der Völker asiatischer und europäischer Herkunft nicht als un-

Die Ungleichheit der Völker in ihren Bedarfsverhältnissen erhellt auch aus ihrer verschiedenen Stellung in der Weltwirtschaft. Kann der geringere Anteil am Weltverkehr nicht durch reichlichere Eigenversorgung erklärt werden, so läßt sich von dem minderen Warenbezug aus dem Auslande auf niedrigere Lebenshaltung schließen. Die auf 438 Millionen Menschen geschätzte Bevölkerung Chinas entnimmt dem Weltverkehr nur Güter im Werte von 1,2 Milliarden *M*, Deutschland dagegen wies 1912, mit 65 Millionen Einwohnern, eine Wareneinfuhr im Werte von 10,7 Milliarden *M* auf. Auf den Kopf der Bevölkerung macht das für Deutschland etwa 164 *M*, für China nicht einmal 3 *M* aus.

Auch innerhalb desselben Volkes ist, wie gesagt, der tatsächliche Bedarfsstand keine feste Größe. Es treten Bedarfsverschiebungen ein durch Änderung in den Wohlstandsverhältnissen, durch den technischen Fortschritt und hierdurch ermöglichte Verbesserungen in der Bedürfnisbefriedigung, durch Bedürfnissteigerungen, Änderungen im Geschmack, Angewöhnungen usw. Wir brauchen hierfür nur an allbekannte Umbildungen zu erinnern, wie sie das moderne Leben uns gebracht hat<sup>1</sup>, z. B.: Ersatz des Holzes durch Eisen, des Öls durch Petroleum, Gas, Elektrizität, Ersatz organischer Farbstoffe durch chemische; dann die Änderungen in Kleidung und Nahrung: feineres Mehl statt gröberem (was wegen geringerer Ausbeute einen Mehrverbrauch von 25—30 % bedeutet), Weißbrot statt Schwarzbrot, Fleisch statt Vegetabilien, Abnahme des Hülsenfrüchtekonsums; Änderungen in der Gesundheitspflege, in den Moden, im Reisen, im Luxus aller Art usw.

Beachtenswert sind die Ausführungen Sombarts<sup>2</sup> über die „Revolution der Bedarfsgestaltung“, die sich im Verlaufe gerade der modernsten Entwicklung vollzogen hatte, über den gewaltigen Wechsel in Größe und Art des Konsums. Sombart wählt Deutschland (vor dem Weltkriege) als Beispiel, weil sich hier diese Umbildung besonders deutlich gezeigt hat. Es gilt indes „für alle Länder mit kapitalistischer Kultur, daß heute (Anfang des 20. Jahrhunderts) die doppelte Anzahl von Menschen verhältnismäßig ein erheblich größeres Güterquantum zur Verfügung hat als die Leute, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts lebten. Wo ehemals Not und Elend ständige Gäste waren, ist heute ein knappes Auskommen, eine notdürftige Bestreitung des Unterhalts die Regel: in den großen Massen der Bevölkerung in Stadt und Land, die insbesondere als Käufer gewerblicher Erzeugnisse überhaupt erst während des letzten Menschenalters auf dem Markte erscheinen. In Kreisen, wo Schmalhans Küchenmeister war, als der Großvater die Großmutter nahm, herrscht heute eine wohlhabige Lebensführung: in den breiten Mittelschichten, vor allem der Städte, bis hinauf in die Sphären des

bedingt notwendig, für alle Zeiten unveränderlich gelten, so würde es doch zur Ausgleichung dieser Gegensätze so langer Zeiträume bedürfen, daß jedenfalls der marxistische Mahnruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“, für die absehbare Zukunft praktisch wirkungslos verhallen müßte.

<sup>1</sup> O. Spann, Theorie der Preisverschiebung (1913) 10.

<sup>2</sup> Der moderne Kapitalismus II (1902), 3. Abschnitt, Kap. 13—17, 250 ff. Über die Neugestaltung des Güterbedarfs in der frühkapitalistischen Zeit vgl. Sombart, Moderner Kapitalismus I<sup>2</sup> (1916) 717 ff.

„gebildeten Bürgertums“, die Geheimrats- und Professorenfamilien. Und wo man ehemals ein gutes Auskommen fand, mehr aber nicht, wo die Lebensführung bürgerlich solide, aber nach unsern Begriffen einfach bis dürftig war, sind heute der Reichtum, die Pracht, die Üppigkeit zu Hause: in den Kreisen der Bourgeoisie bis hinüber und hinunter in die Schichten der liberalen Berufe, der höheren Beamten, der ersten Künstler, Ärzte, Rechtsanwälte usw. Was man auch so ausdrücken kann: vor fünfzig Jahren gab es beispielsweise in Deutschland außer den großen, vorwiegend adeligen Gutsbesitzern und einer Handvoll Bankiers und Großindustrieller überhaupt keine reichen Leute; bürgerlicher Reichtum ist erst das Erzeugnis der letzten Menschenalter. Auf der andern Seite ist das Phänomen kaufkräftiger Massen ebenfalls erst im vergangenen Jahrhundert aufgetaucht: noch vor fünfzig Jahren reichte — wiederum insbesondere für den Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen — die Konsumtionskraft nicht unter das Niveau des sog. Mittelstandes herunter.“<sup>1</sup>

1. So hat sich denn die tatsächliche Bedarfsgestaltung und der Konsum mächtig ausgeweitet. Die Nachfrage nach Gütern ist stark gestiegen. Auch die breiten Massen sind nicht mehr auf die dürftigste Lebensfristung beschränkt.<sup>2</sup>

2. Durch die Anhäufung der Bevölkerung in den großen Städten, durch die Vervollkommnung des Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehrs<sup>3</sup> hat sodann der Konsum sich verdichtet, hat die Nachfrage sich mehr konzentriert bzw. sind die über ein größeres Gebiet zerstreuten Konsumenten für die Produzenten leichter erreichbar, ist die Zugänglichkeit der städtischen Konzentrationszentren für die Käufer gesteigert, der Kundenkreis der städtischen Lieferanten beträchtlich vergrößert worden.

3. Der Bedarf hat sich ferner verfeinert, worüber insbesondere Kunstgeschichte und Kunstgewerbegeschichte Aufschluß geben. Diese Verfeinerung bezieht sich auf Stoff und Form; auf den Stoff des zur Bedürfnisbefriedigung verwendeten Materials: durch Bevorzugung des echten vor dem unechten, des kostbaren vor dem weniger kostbaren Stoffe; auf die Form: durch kunstvolle, edle Gestaltung, Eleganz, namentlich auch in der Richtung des Komforts, des Bequemen, überhaupt einer besseren Anpassung der Gebrauchsgegenstände an ihren Gebrauchszweck. Dieser Zweckgedanke, die Richtung auf das Komfortable, herrscht namentlich im englischen Feinbedarf vor. Das kontinentale Europa dagegen entnimmt im Gebiete des Kunstgewerbes seine Muster zum Teil der historischen Tradition, sieht den Fortschritt in einem Wiederaufleben der Formen des alten Kunsthandwerks. In Amerika weisen wiederum Zweck und insbesondere

<sup>1</sup> Sombart a. a. O. 257 f.

<sup>2</sup> Vgl. R. E. May, Das Verhältnis des Verbrauches der Massen zu demjenigen der Wohlhabenden und Reichen (1900). Nach May ist der Verbrauch der Massen in Deutschland sechsmal so groß als der Verbrauch der Wohlhabenden und Reichen zusammen. Karl Marx hatte 1865 gesagt, zwei Drittel der nationalen Produktion werden von einem Fünftel der Bevölkerung verbraucht. Machten die Wohlhabenden ein Fünftel der Bevölkerung aus, so entfällt indes auf sie von der nationalen Produktion in Wirklichkeit weniger als ein Drittel. Vgl. Fuchs, Volkswirtschaftslehre<sup>2</sup> (1914) 127.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu auch K. Wiedenfeld, Eisenbahnstatistik, in Handwörterbuch der Staatswissenschaften III<sup>3</sup> 896 ff.; W. Lotz, Verkehrsentwicklung in Deutschland<sup>2</sup> (1906) 18 ff.



die Technik der Geschmacksbildung den Weg; man erstrebt praktische Eleganz, wobei das technisch Vollendete als schön gilt.

4. Der Bedarf wurde des weiteren vereinheitlicht und urbanisiert, wurde in beträchtlichem Umfange zum Massenbedarf, zum Bedarf nach gleichförmigen Gütern, wobei die städtische, großstädtische Lebensweise der Bedarfsgestaltung die Wege wies. Bevölkerungszunahme und Reichtumsvermehrung für sich allein genommen erklären nicht zur Genüge diese Tendenz. Es müssen noch andere Gründe oder Kräfte hinzutreten, welche die der Vereinheitlichung des Bedarfs widerstrebenden Tendenzen, die Neigung zur individualisierenden Differenzierung des Geschmacks, überwinden. Dazu gehören nach Sombart: a) Entstehung großer Unternehmungen auf dem Gebiete der Güterproduktion und des Güterabsatzes, die einen Massenbedarf zu befriedigen imstande sind; b) große uniforme Massen von Abnehmern der Massenwaren, wie sie insbesondere die moderne Beamten- und Arbeiterschaft liefert; c) Ausdehnung des Bedarfs der öffentlichen Körper, wodurch dem Bedarf nach vielen Gegenständen ein mehr einheitlicher Charakter verliehen wird; d) Kollektivisierung des Konsums: ein früher individuell oder familienweise befriedigter Bedarf findet jetzt einheitliche Deckung für eine größere Zahl von Personen; man denke z. B. an die Mietskasernen, die kommunale Gas-, Elektrizitäts-, Wasserversorgung, an die großen Speisehäuser usw.; e) Vereinheitlichung des Geschmacks unter dem Einfluß der Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens, der Städte, in diesem Sinne: „Urbanisierung“ des Bedarfs. Der Geschmack der Stadtbewohner beherrscht das ganze Land.

5. Der Bedarf wurde endlich mobilisiert. Die meisten Güter haben heute jetzt kürzere Verbrauchsperioden; überall zeigt sich ein rascher Wechsel der Gebrauchsgegenstände, der Möbel, der Kleider, der Schmucksachen. Die moderne Technik ermöglicht durch Preisermäßigung eine größere Wandelbarkeit im Gebrauch der Güter. Verursacht aber wird dieselbe dadurch, daß der Mensch selbst heute weniger Stetigkeit besitzt, daß die äußeren Lebensbedingungen (z. B. die Verallgemeinerung der Mietswohnung usw.) das natürliche Abwechslungsbedürfnis gesteigert, die Freude am Festen, Dauernden, Soliden vermindert haben. Dazu kommt der Zwang, den die Umgebung, Stand, Klasse auf den einzelnen ausübt: er muß mitmachen, wenn er nicht als Sonderling gelten will.

## § 2.

### Hauptarten des menschlichen Unterhaltsbedarfs.

#### Nahrung und Kleidung.

Deutlicher als Worte würde eine zuverlässige Lebenshaltungsstatistik die großen Wandlungen in der modernen Bedarfsentwicklung aufweisen können. In Deutschland fehlte indes bisher eine amtliche Lebenshaltungsstatistik<sup>1</sup>, wenn auch Ansätze dazu in den statistischen Untersuchungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes sich fanden. Die privaten Arbeiten tüchtiger Leute, wie Richard Calwer, konnten den Mangel einer amtlichen Statistik nicht ersetzen. Seit Februar 1920 entstand nun die amtliche monatliche Teuerungsstatistik des deutschen Reichsarbeitsministeriums,

<sup>1</sup> England hat seit Jahren eine amtliche Statistik. Auch die Statistiken der Labour-Gazette spielen (für Lohnfragen) eine bedeutende Rolle.

die im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht wird. Ihre Aufstellung erfolgt gemeindeweise und umfaßt alle Gemeinden des Reiches mit über 10 000 Einwohnern. Sie beschränkt sich auf die Preiserfassung von dreizehn wichtigsten Nahrungsmitteln mit Angaben auch über Brenn- und Leuchtstoffe und Miete. Die örtlichen Preisunterschiede sind noch sehr groß und wechselnd. Absolut genommen bleibt diese Statistik überhaupt unzulänglich. Sie hat ihre Bedeutung besonders für Lohnfragen und die mit Lohnfragen berufsmäßig beschäftigten Stellen. Für die Beleuchtung der uns hier beschäftigenden Frage der Bedarfsversorgung des Volkes aber werden wir uns vorläufig am besten wohl noch an die normalen Verhältnisse vor dem Kriege halten. Für diese lassen sich auch einigermaßen Relativzahlen zum Vergleich der Entwicklung in größeren Abschnitten feststellen.

1. Ausweitung des Konsums an Bekleidungsstoffen<sup>1</sup>. Wenigstens mittelbar können wir uns darüber unterrichten aus den Angaben über den Verbrauch von Textilstoffen, Baumwolle, Wolle, Pflanzenfasern, Farbstoffen. Um nur eines anzuführen: der Pro-Kopf-Verbrauch z. B. roher Baumwolle stieg von 0,34 kg im Durchschnitt der Jahre 1836/40 auf 2,84 kg „ „ „ „ 1871/75 „ 5,54 kg „ „ „ „ 1896/1900 „ 6,41 kg im Jahre 1904, auf 7,6 kg 1912. — Auch der Verbrauch von Wolle und Jute nahm gleichzeitig zu.

2. Der Nahrungsmittelkonsum wies ebenfalls ein Ansteigen auf. In den mahlsteuerpflichtigen Städten Preußens belief sich der Durchschnittsverbrauch von Roggen und Weizen pro Kopf der Bevölkerung 1831 auf 143,2 kg, im Jahre 1872 auf 151,9 kg. Im Deutschen Reiche stieg der Verbrauch von Roggen von 121,0 kg in den Jahren 1879/80 nach Berechnungen und Schätzungen des Statistischen Reichsamtes (mit Berücksichtigung der Mehreinfuhr)

	auf 152,7 kg in den Jahren 1893/97
Er betrug	149,5 kg „ „ „ 1901/05
	143,8 kg „ „ „ 1909/12
Der Weizenverbrauch hob sich	
	von 51,6 kg in der Zeit von 1879/80
	auf 88,4 kg „ „ „ „ 1893/97
	92,9 kg „ „ „ „ 1901/05
Er betrug	89,5 kg „ „ „ „ 1909/12

<sup>1</sup> Die sog. Nachkonsumtion (das Tragen abgelegter, verbrauchter Kleider usw.) hat, durch Vermittlung des Althandels und der Wohltätigkeit, jetzt wieder eine größere Verbreitung. Die Kurzlebigkeit der Moden trägt ebenfalls dazu bei. Andererseits wirkte die geringere Dauerhaftigkeit der modernen Gebrauchsgüter, unter Umständen die Änderung in den Ansprüchen der bisherigen Nachkonsumenten, einschränkend auf die Nachkonsumtion. Beim Bücherantiquariat handelt es sich nicht um Nachkonsumtion, sondern um Weiterkonsumtion; so auch z. B. wenn jüngere Geschwister die zu eng gewordenen Kleider der älteren Kinder tragen. Es wird indes schwer sein, immer scharf zwischen Weiter- und Nachkonsumtion zu unterscheiden (Oldenberg).

Der Gersteverbrauch pro Kopf stieg von 68,8 *kg* in den Jahren 1893/97, auf 74,6 *kg* in den Jahren 1901/05 und auf 95,7 *kg* in den Jahren 1909/12; der von Hafer von 105,0 *kg* in den Jahren 1893/97 auf 118,6 *kg* in den Jahren 1901/05 und auf 118,9 in den Jahren 1909/12. (In der Zeit von 1905/09 waren es 120,7 *kg*.) An Kartoffelverbrauch wurden pro Kopf berechnet für die Jahre 1893/97: 580 *kg*, 1901/05: 621 *kg*, 1905 09: 634 *kg*, 1909/12: 543 *kg*.

Der wachsende Verbrauch von Gerste, Hafer und teilweise Kartoffeln (auch Roggen) erklärt sich aus der stärker gewordenen Viehproduktion (dazu steigende Einfuhr von Futtermitteln!).

Als durchschnittlicher jährlicher Verbrauch während des Zeitraumes 1893/1914 wurden von anderer Seite auf den Kopf der Bevölkerung in Kilogramm berechnet für

Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
147,7	90,9	80,1	116,7	600,1

Dagegen war der jährliche Verbrauch im Jahre 1913/14, ebenfalls in Kilogramm und pro Kopf der Bevölkerung berechnet, von

Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
153,1	95,8	108,0	128,3	700,2

Zum Vergleich des Verbrauchs in verschiedenen Ländern bieten die Angaben einer dem deutschen Reichstage (zur Begründung der Reichsfinanzreform) vorgelegten amtlichen Denkschrift<sup>1</sup> das erforderliche Zahlenmaterial. Diese Angaben über den Jahresverbrauch von Weizen und Roggen pro Kopf der Bevölkerung beziehen sich auf Feststellungen vom Jahre 1906:

	Weizen	Roggen
im Deutschen Reich . .	94,4 <i>kg</i>	143,5 <i>kg</i>
in Österreich-Ungarn . .	123,0 <i>kg</i>	68,0 <i>kg</i>
in Frankreich . . . .	209,5 <i>kg</i>	33,0 <i>kg</i>
in Italien . . . . .	145,0 <i>kg</i>	2,6 <i>kg</i> (für 1895)
in England . . . . .	162,4 <i>kg</i>	2,4 <i>kg</i> (für 1903)
in Rußland . . . . .	ca. 80,0 <i>kg</i>	ca. 142,0 <i>kg</i>
in den Vereinigten Staaten	155,0 <i>kg</i>	8,0 <i>kg</i>

In Italien, Österreich, Rumänien wird Mais in größerer Menge zur menschlichen Ernährung verwendet (die Maisspeise der Rumänen „Mamaliga“ und die „Polenta“ der Italiener). An Kartoffeln wurden pro Kopf der Bevölkerung im Jahre verbraucht im Deutschen Reiche 592,6 *kg*, in Österreich-Ungarn 337,5 *kg* (für 1905), in Frankreich 360,6 *kg* (für 1905), in England 109,2 *kg*, in Rußland 139,6 *kg* (für 1904), in den Vereinigten Staaten 67,7 *kg*. —

Wenn für die Epoche von 1600 bis 1850 in den meisten mitteleuropäischen Ländern ein mittlerer jährlicher Getreidekonsum von 260 bis

<sup>1</sup> Teil III des Denkschriftenbandes (1908) 58 ff.



360 *kg* pro Kopf der Bevölkerung angenommen wurde (mit Einrechnung des Brauerei- und Brennbedarfs), so beweist das an sich noch keine gute Volksernährung. Es herrschte in jenen Zeiten eine zu ausschließliche Mehlbrei- und Brotnahrung vor, die dann 1790 bis 1860 noch durch die Kartoffel nicht gerade verbessert wurde. Heute sind die Zusätze anderer Nahrung, von Gemüse, Fleisch, Fett, weit größer<sup>1</sup>.

Den Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung beziffert Schmoller für ganz Preußen im Jahre 1802 auf 17 *kg*, 1816 auf 11 *kg*, 1840 auf 17 *kg*, 1867 auf 18 *kg*<sup>2</sup>. Für ganz Deutschland schätzt er die Zunahme 1879 bis 1897 auf eine solche von 38 bis 41 *kg*. Das Kaiserliche Gesundheitsamt<sup>3</sup> berechnet den Konsum auf den für 1904 auf 52,05 *kg*, für 1905 auf 51,47, für 1906 auf 50,52, für 1907 auf 52,93, für 1908 auf 53,28, für 1909 auf 52,94, für 1910 auf 54,00, für 1911 auf 56,00 *kg*. Andere Angaben bleiben hinter der Höhe der amtlichen Statistik zurück. Nach Esslen stieg der Fleischverbrauch im heutigen Gebiete des Deutschen Reiches 1816 bis 1911 pro Kopf von 13,6 auf 48,5 *kg*, am schnellsten in den 1890er Jahren. Die umfassende deutsche Erhebung über Haushaltsrechnungen von 1907 ergab auf den Kopf der Arbeiterfamilie nur 21,2 *kg* Fleischverbrauch und 27,5 *kg* Fleisch- und Wurstverbrauch, auf den Kopf der Lehrer- und Kleinbeamtenfamilie 27,3 *kg* Fleischverbrauch und 33,7 *kg* Fleisch- und Wurstverbrauch. Eine vom deutschen Metallarbeiterverband 1910 veröffentlichte Statistik berechnete den Fleischverbrauch (ohne Wurstverbrauch, aber mit Zurechnung der in der eigenen Wirtschaft produzierten oder im Gasthaus verzehrten Mengen) auf 25,1 *kg* pro Kopf der Arbeiterfamilie.

<sup>1</sup> Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre II (1904) 131 ff.

<sup>2</sup> In den Städten war der Konsum höher.

<sup>3</sup> Die Angaben erfreuten sich nach Einführung der obligatorischen Fleischbeschau in den öffentlichen Schlachthäusern (seit 1904) größerer Sicherheit. Über Hausschlachtungen wurden 1904 und 1907 Erhebungen gemacht. Zur ganzen Frage vgl. Esslen, Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches (1912), und Ballod, Die wissenschaftlich richtige Ermittlung des Fleischkonsums, in Zeitschrift für Verwaltung und Statistik 1912, 360 ff.; Ders., Grundriß der Statistik (1913) 123 ff. — Nach Rubner (Deutsche Medizinische Wochenschrift, 1. Okt. 1914) war der Deutsche der stärkste Fleischesser aller Kulturstaaten; er verzehrt pro Kopf und Jahr 52,3 *kg*, während der Engländer nur 47,6, der Franzose 33,6, der Belgier und Holländer 34,3, der Österreicher 29,0, der Russe 21,8 und der Italiener gar nur 10,4 *kg* Fleisch pro Kopf und Jahr verbrauchen. Und diesem großen Bedarf an Fleisch ist die Viehzucht in Deutschland vor dem Kriege in der Tat gerecht geworden. E. Waxweiler (L'enquête de l'Institut Solvay sur l'alimentation de la classe ouvrière en Belgique, in Bulletin de l'Institut international de Statistique XVIII [1909]) bezeichnet als Ergebnis bezüglich des Verbrauches an Albumin, daß der Beruf keinen erkenntlichen Einfluß auf die Ernährungsweise ausübe, wohl aber das Einkommen. Je nachdem das Einkommen steige, pflege eine verhältnismäßige Zunahme der Fleischnahrung auf Kosten des Brotes einzutreten. Bezüglich der örtlichen Verschiedenheiten lasse sich feststellen, daß in eigentlichen Fabrikgegenden der Albumin-genuß niedriger sei.

Auch in Frankreich stieg der Fleischverbrauch seit Anfang des 19. Jahrhunderts. Nach Block betrug er 1812 pro Kopf der ganzen Bevölkerung rund 17 *kg*. Er erreichte im Jahre 1852 23 *kg*, 1862 26 *kg*, 1892 rund 35 *kg* (nur Inlandfleisch). In den Städten ist, wie auch in andern Ländern, der Fleischverbrauch weit höher als auf dem Lande. Er betrug hier im Jahre 1892 58 *kg*, in Paris sogar 80 *kg* (wie in Berlin in den 1880er Jahren; 1895/96 waren es für Berlin 75—76 *kg*). Auf dem Lande entfielen in Frankreich auf den Kopf nur 26 *kg*. In England hob sich der Fleischverbrauch von 36 *kg* seit 1840 auf 56 *kg* in den Jahren 1901/05 pro Kopf der Bevölkerung. Für das eigentliche Großbritannien (mit Ausschluß von Irland) dürften 60 *kg* auf den Kopf entfallen. Stark ist in England auch der Fischkonsum: 24 *kg* pro Kopf (in Deutschland früher bloß 3—4 *kg*; mit Heringen etwa 7 *kg*).

Rußland hatte teilweise sehr schlechte Ernährungsverhältnisse für die gewöhnliche Bevölkerung; der Fleischverbrauch überstieg kaum 20 *kg* pro Kopf und war in den letzten Jahrzehnten noch geringer geworden. Österreich-Ungarn stand nach Ballod in Bezug auf den Fleischkonsum in der Mitte zwischen Deutschland und Rußland. Italien (13½ *kg* pro Kopf), Spanien und überhaupt Südeuropa weist einen sehr geringen Fleischverbrauch auf. Für die Vereinigten Staaten wird ein Konsum von 67,3 *kg* (nach andern 84 *kg*) auf den Kopf berechnet. Höher noch ist der Fleischverbrauch in Australien (nach Mulhall 270 *Pfd.*) und ebenfalls in Argentinien und Südbrasilien (nach Ballod 260 *Pfd.*)<sup>1</sup>.

Deutschland hatte um 1900 ca. 10 Millionen und 1919 rund 10½ Millionen Milchkühe (Frankreich erst 5,4 Millionen, die Union aber über 16 Millionen). Den mittleren Milchertrag schätzt v. Scherzer für Deutschland auf 1500 *l*, Schrott-Fiechtl auf 2400 *l*, Ballod auf 1800 *l*. In Frankreich entfallen 1902 etwa 220 *l* auf den Kopf. Auch über Butter- und Käsekonsum sind die Angaben unsicher. England erfreut sich für Versorgung mit Milch und Milchprodukten einer durch reiche Einfuhr günstigen Lage.

<sup>1</sup> Solche Angaben sind ja kaum ganz zuverlässig. — Im allgemeinen wird es zutreffen, daß in dicht besiedelten Ländern, sofern deren eigene Viehproduktion in Frage kommt, der Fleischkonsum geringer ist als in weniger dicht besiedelten Gebieten. Die Bodenfläche bleibt dieselbe. Der Fleischkonsum aber erfordert eine relativ umfassendere Bodenfläche als die Ernährung mit pflanzlichen Lebensmitteln. Im 16. Jahrhundert spielte die Fleischnahrung in Deutschland eine größere Rolle als in späteren Jahrhunderten. Wenn in neuester Zeit vor dem Kriege der Fleischkonsum, namentlich in den Städten, stark gestiegen war, so führte sich das auf die größere Kaufkraft der Bevölkerung, aber auch auf das Bedürfnis (Art der Beschäftigung, sitzende Lebensweise usw.) zurück. In dem 13. Jahresbericht des amerikanischen Ackerbauministeriums bemerkt Wilson, wenn man in Amerika nach der Viehzählung von 1840 einen Fleischvorrat von 100 auf den Kopf annahm, so sei für 1900 nur noch ein Fleischvorrat von 59,3 vorhanden gewesen pro Kopf der stark wachsenden Bevölkerung (Steinbrück, Entwicklung des Viehstandes, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXIX [1910] 366).

Der deutsche Zuckerkonsum hob sich von 7,7 *kg* in der Zeit von 1886/87 auf 17 *kg* 1906/08, auf 19 *kg* pro Kopf 1909/11. In Österreich betrug er 12 *kg* in den Jahren 1906/08, ebensoviel in Frankreich; in Italien um die gleiche Zeit nur 4 *kg*, dagegen in England und in den Vereinigten Staaten 35 *kg*.

Unter den Reizmitteln (Kaffee, Tee, Kakao) stieg der Kaffeekonsum im Zeitraum von 1836/40 bis 1866/70 von 0,90 auf 2,20, in der Zeit von 1870/1905 auf 3 *kg* und sank wieder in der Zeit von 1906/10 auf 2,99 *kg* pro Kopf der Bevölkerung. Österreich-Ungarn wies 1885/89 einen Konsum von 0,87 *kg*, von 1906/10 einen Verbrauch von 1,15 pro Kopf der Bevölkerung auf. Großbritannien verzehrte 1906/10 0,35 *kg*, Frankreich 2,50 *kg*, Italien 0,70 *kg*, Rußland 0,07 *kg*, die Niederlande aber 7,60 *kg*, die Vereinigten Staaten 5,00 *kg* pro Kopf und Jahr.

Der Teeverbrauch (berechnet in englischen Pfund zu 0,453 *kg*) stieg in Deutschland von 0,09 in den Jahren 1888/92 auf 0,17 im Jahre 1909, und betrug 0,11 im Jahre 1910. (Zu beachten die Verteuerung des Tees durch die Reichsfinanzreform) England genießt wenig Kaffee, aber um so mehr Tee. 1888/92 waren es 5,19, 1910 6,39 engl. Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. In den Vereinigten Staaten waren es 1909: 1,24, 1910: 0,89 Pfund; in den Niederlanden 1910: 2,07 und in Frankreich 1911: 0,07 Pfund.

Die Kakaoeinfuhr nach Deutschland stieg in den letzten Jahren vor dem Kriege auf 50 000 *t* (darunter über 1000 *t* aus Kamerun). Deutschland gehört (vor dem Weltkriege) zu den größten Kakaoverbrauchern (1836/40: 10 *g*, und 780 *g* pro Kopf im Jahre 1912; es stand an zweiter Stelle, Amerika an erster Stelle). Das war insofern vorteilhaft, weil Kakao bedeutend mehr Eiweißstoffe enthält als der Kaffee. England und Frankreich verbrauchten etwa 25, die Vereinigten Staaten 61 Millionen *kg* Kakao. Der bedeutendste Schokoladenproduzent ist in neuester Zeit die Schweiz<sup>1</sup>.

Der Verbrauch an Südfrüchten stieg bei uns in dem Zeitraum 1836/40 bis 1911/12 von 60 auf 4300 *g* pro Kopf, bei Reis von 180 auf 2570 *g*, bei Gewürzen von 50 auf 160 *g*<sup>2</sup>.

Der jährliche Tabakkonsum betrug 1862/70: 1,4 *kg*, 1871/1911: 1,6 *kg*. „Die Konsumsteigerung verbirgt sich in der Form des Übergangs vom billigen einheimischen zum teuren ausländischen Tabak, vom Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak zur Zigarre und Zigarette; eine Verfeinerung des Geschmacks, der mancher einen gewissen ästhetischen Kulturwert zusprechen wird“ (Oldenberg).

<sup>1</sup> Vgl. Ballod, Grundriß der Statistik 151 ff.

<sup>2</sup> Nach anderer Berechnung ist in Deutschland der Verbrauch von Zucker, der im Jahre 1904/05 14,4 *kg* auf den Kopf der Bevölkerung betrug, im Jahre 1912/13 auf 19,2 *kg* gestiegen. Besonders bemerkenswert ist die Steigerung, die der Kakaoverbrauch erfahren hat. Dieser ist nämlich von 0,28 *kg* als Durchschnitt der Jahre 1896/1900 auf 0,77 *kg* für das Jahr 1913 emporgeschnellt. Eine wesentliche Steigerung zeigt auch der Verbrauch von Reis, der von 2,33 *kg* für die Jahre 1901/05 auf 3,56 *kg* für das Jahr 1913 gestiegen ist. Die bessere Lebenshaltung spiegelt sich dann noch in dem Verbrauch von Südfrüchten wieder, der im Durchschnitt der Jahre 1901/05 mit 2,54 *kg* für den Kopf der Bevölkerung festgestellt ist und für das Jahr 1913 4,44 *kg* betragen hat.



Es wäre zum mindesten voreilig, wollte man nun in allen einzelnen der aufgeführten Zahlenangaben unmittelbar einen sichern Beweis für die Steigerung der Volkswohlfaht erblicken. Abgesehen von Ungenauigkeiten in den Berechnungen läßt die bloße Kopffzahl des Verbrauchs in vielen Fällen nicht erkennen, wie weit die Zunahme des Konsums nur einer gesellschaftlichen Oberschichte besonders zugute kommt. Wird von den Durchschnittsziffern des Konsums pro Kopf der Bevölkerung auf die Hebung der Lebenshaltung eines Volkes im ganzen geschlossen, so bleibt zu beachten, daß für eine solche Schlußfolgerung im wesentlichen bloß die wenigen Gegenstände des Massenkonsums in Betracht kommen können, von denen der Reiche nicht mehr, ja vielleicht weniger konsumiert als der Arme<sup>1</sup>. Jedenfalls empfiehlt es sich, überdies nach zuverlässigen und detaillierten Haushaltungsrechnungen Ausschau zu halten, aus denen ersichtlich ist, in welchem Maße an der Konsumhebung die breiten mittleren und unteren Schichten Anteil haben. —

**3. Notwendiger Bedarf und gewohnter Verbrauch an Nahrungsmitteln.** Um über die Nahrungsmittelversorgung eines Landes zu orientieren, kann man einen doppelten Weg beschreiten, den wirtschaftsstatistischen und den physiologischen. Die Produktionsstatistik und die Zahlen der Außenhandelsbewegung belehren uns über den gewohnten Verbrauch und, insofern die Angewöhnung ein Bedürfnis erzeugt, auch über den jeweiligen tatsächlichen Bedarf eines Volkes. Dieser Weg führt aber nicht zur Erkenntnis des notwendigen Bedarfs. Um letzteren zu erkennen, müssen wir uns der physiologischen Methode bedienen.

Die Nationalökonomien hatten vor der Kriegezeit regelmäßig die wirtschaftsstatistische Methode angewendet. Dieselbe ergab, daß die Lebenshaltung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten, wie wir sahen, tatsächlich nicht unbeträchtlich sich gehoben hatte. Diese Steigerung entsprang nicht so sehr gesteigerten natürlichen Anforderungen, wie einem steigenden Wohleben. Das Volk verbrauchte viel und reichlich; es ließ für den Umfang und die Auswahl der Nahrungsmittel seine privaten Einkommensverhältnisse entscheiden. Als aber durch den Weltkrieg der Warenaustausch behindert oder verhindert wurde (Blockade), ergab sich aus den veränderten volks- und weltwirtschaftlichen Verhältnissen die Notwendigkeit, namentlich in Verwendung von Nahrungsmitteln einen Übergang von der breiten Gewöhnung zur notwendigen Bedarfsbefriedigung herzustellen. Dazu bedurfte es nicht bloß eines Überblicks über den Umfang der Vorräte von Nährstoffen, sondern auch der genauen und sichern Kenntnis des physiologisch notwendigen Bedarfs. Eine Anpassung der Bevölkerung an die veränderten Ernährungsbedingungen durch staatlichen Eingriff mußte eben doch — soweit möglich — in einer dem wirklichen Nahrungsbedürfnis entsprechenden Weise herbeigeführt werden.

<sup>1</sup> Fuchs, Volkswirtschaftslehre<sup>2</sup> (1914) 126 f. 242.

Die mannigfachen Nahrungsmittel, deren der Mensch zu seiner Ernährung sich bedient, enthalten die für die Erhaltung des Lebens notwendigen Nahrungsstoffe in einer verhältnismäßig kleinen Anzahl chemischer Verbindungen: außer den anorganischen Salzen („Asche“) und dem Wasser sind es im wesentlichen Stoffe aus den drei großen organischen Gruppen der Eiweißkörper (stickstoffhaltiger Nahrungsstoffe), der Kohlehydrate und der Fette. Die Eiweißkörper und Fette sind überwiegend in den tierischen, die Kohlehydrate überwiegend in den pflanzlichen Nahrungsmitteln enthalten<sup>1</sup>. Aus dem Genuß dieser Grundstoffe empfängt der Körper einerseits das Baumaterial zur Erhaltung der lebendigen Substanz, anderseits sind sie Energiespender, liefern uns die Energie für die nach außen abgegebenen Kraftleistungen und Wärmemengen. Um den Körper bei seinem stofflichen Bestande und in voller Leistungsfähigkeit zu erhalten, müssen einem mittelkräftigen, arbeitenden Manne so viel Nährstoffe täglich zugeführt werden, daß durch deren Verbrennung mindestens 2800 Wärmeeinheiten (Kalorien)<sup>2</sup> erzeugt werden<sup>3</sup>.

Der notwendige Bedarf an Eiweiß, welches hauptsächlich den erforderlichen Baustoff liefert, das sog. „hygienische Eiweißminimum“, ist für jeden Körper ein ganz bestimmter; nicht so der Bedarf an Energiespendern, der eben namentlich von der mechanischen Arbeitsleistung<sup>4</sup> abhängt. Ein wichtiges Ergebnis der Stoffwechseluntersuchungen der physiologischen Forschung war auch die Erkenntnis, daß die verschiedenen Nahrungsstoffe in gewissen, einem gleichen Energiewert entsprechenden Mengen sich untereinander vertreten können, sofern die Nahrung nur diejenige Menge von Eiweiß enthält, welche zur Deckung des Stickstoffverlustes im Stoffwechsel erforderlich ist<sup>5</sup>.

Die ältere Auffassung veranschlagte den Eiweißbedarf höher als die jetzt herrschende. Man ging davon aus, daß zum Aufbau lebender Muskelsubstanz, die im wesentlichen aus Eiweiß besteht, Nahrungseiweiß erforderlich sei, daß der Verbrauch an Muskelsubstanz Eiweißverluste ergebe, daß für die durch natürliche Lebensvorgänge herbeigeführten Eiweiß- oder Stickstoffverluste die Nahrung mit ihrem Eiweiß den Ersatz liefern müsse. Die Nichteiweißstoffe galten mehr als Mittel zur Sättigung und Wärmeerzeugung wie als Nahrungsbestandteile für den Aufbau des Körpers.

Die Voit-Pettenkoferschen Normen berechneten für den erwachsenen Mann von 65 kg Körpergewicht bei mittlerer Arbeit pro Tag einen Eiweißbedarf von

<sup>1</sup> Eiweiß findet sich besonders im Fleisch, in den Eiern, der Milch, in Hülsenfrüchten. Fette sind namentlich in der Butter, in Schmalz, Speck und Speiseöl, aber auch in Milch und Eiern enthalten. Neuerdings wurde ebenfalls ein Fettgehalt der Hefe festgestellt. Bei den Kohlehydraten sind die beiden Hauptformen Stärke und Zucker zu unterscheiden. Stärke überwiegt im Brot und in den Kartoffeln, während der Zucker außer in den Zuckerrüben noch in den Trauben, in Feigen, in der Milch in bedeutender Menge vorkommt.

<sup>2</sup> Unter einer „Kalorie“ wird die Wärmemenge verstanden, die nötig ist, um 1 kg Wasser um 1° in der Temperatur zu erhöhen.

<sup>3</sup> Der amerikanische Physiologe Atwater nahm 3500 Kalorien als unentbehrliche Norm an.

<sup>4</sup> Der Bergmann, der schwer arbeitende Fabrikarbeiter usw. bedürfen mehr Energie als der Stubenhocker; ebenso der in der Entwicklung begriffene Jugendliche.

<sup>5</sup> Fett ersetzt vermöge seines hohen spezifischen Nährwertes die doppelte Menge von Kohlehydraten. (Starker Fettgenuß der Diabetiker.)

118 g, einen Fettbedarf von 56 g, einen Bedarf an Kohlehydraten von 500 g. In der andern Form der Berechnung nach dem Wärmewert der Nahrungsmittel, d. h. nach den Wärmeeinheiten (Kalorien), die sie beim Verbrauch (Verbrennung) erzeugen, wurden 3000 bis 3500 Kalorien als Tagesbedarf angesetzt.

Die neuere Auffassung<sup>1</sup> setzt den Bedarf an Trockeneiweiß auf 100 g an. Aber man war geneigt, auch geringere Beträge bis zu 50 g anzunehmen; ja als Mindestgrenze einer für die Erhaltung der Gesundheit unbedingt notwendigen Eiweißzufuhr wurde die Menge von nur 31 g Eiweiß festgestellt. Andere Berechnungen halten aber auch jetzt noch dafür, daß der arbeitende Mensch normalerweise 80—90 g Eiweiß, 50—60 g Fett, 350—500 g Kohlehydrate gebrauche. Der Kalorienbedarf wird dabei mit 2800—3000 Kalorien angenommen.

Der Däne Hindhede und der Amerikaner Chittenden<sup>2</sup> erachten für den erwachsenen Arbeiter 50—60 g Eiweiß als genügend. Die Kalorienmenge, die sie erfordern, stimmt mit der Voit-Pettenkoferschen Norm überein, nämlich 3000—3500 Kalorien. Der Wert der Fette und Stärkestoffe für die Erzeugung von Wärmeeinheiten wird in den neueren Auffassungen allgemein höher veranschlagt als früher.

Ballod<sup>3</sup> wies nun demgegenüber zahlenmäßig auf die tatsächlichen Verhältnisse hin: daß der Volkskonsum in England, Amerika, Frankreich die Voit-Pettenkoferschen Normen überschreite, daß selbst das „arme“ Italien in dem Eiweißquantum über das deutsche Quantum und über die Voit-Pettenkofersche Norm hinausgehe. Beim Russen sei das Eiweißquantum nur 5% niedriger als in Deutschland, der Fettgenuß allerdings bedeutend geringer, es fehle  $\frac{1}{3}$  der Kalorien gegenüber den Deutschen. Die Friedensration (einheimische Produktion und Einfuhr) habe in Deutschland vor dem Kriege pro Kopf und Tag 87,7 g Eiweiß, 61 g Fett, der Gesamtbetrag an Kalorien 2708 ausgemacht. Auf ganze Bevölkerungen umgerechnet decke sich dieser deutsche Eiweißkonsum ziemlich genau mit der Voit-Pettenkoferschen Norm. Im ersten Jahre der Kriegszeit, bei Wegfall der Einfuhr usw., sank nach Ballod die Eiweißration auf 63,5 g, es verblieben ferner 36 g Fett und 404 g Kohlehydrate, entsprechend 2360 Kalorien. Für Österreich in Friedenszeit berechnete Ballod aus pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln eine Tagesmenge von 82,6 g Eiweiß, 27,5 g Fett, 401 g Kohle-

<sup>1</sup> Vgl. Rubner, Über moderne Ernährungsreform (1914).

<sup>2</sup> Die von Chittenden (Ökonomie der Ernährung [1910]) und Hindhede (Eine Reform unserer Ernährung [1908]) empfohlene Ernährungsreform will hauptsächlich eine Beschränkung an Eiweißaufnahme herbeiführen. (Zur Kritik dieser Vorschläge vgl. Rubner, Über moderne Ernährungsreform [Bd. 81 des Archivs für Hygiene, Heft 4 u. 5 als Buch erschienen]). Während die Angaben der deutschen Ernährungsphysiologen sich auf Erfahrungen stützen, die an der Gesamtbevölkerung mehrerer Großstädte und an den Insassen zahlreicher Strafanstalten gewonnen sind, ist die Erfahrungsunterlage bei Chittenden und Hindhede viel zu beschränkt. Auch sind bei ihren Berechnungen die Schwankungen nicht genügend berücksichtigt, denen der Eiweißgehalt der Nahrungsmittel je nach den klimatischen und Bodenverhältnissen der Erzeugungsstätte unterliegt. Das Hindhedesche Reformschema insbesondere (Brot und Kartoffel mit wenig Zucker und Fett) wird verwirklicht in den Typen der Unterernährung, wie sie namentlich in den modernen Großstädten häufig gefunden werden.

<sup>3</sup> Die Volksernährung in Krieg und Frieden, in Schmollers Jahrbuch XXXIX (1915) 90 ff.



hydrate, 2486 Kalorien. Österreich hatte im Frieden einen um 6% geringeren Eiweißkonsum als Deutschland, die Fettmenge war noch nicht einmal halb so groß als in Deutschland (unter Außerachtlassung der Pflanzenmargarine); die Kalorienmenge um 12% niedriger. Das entsprach auch der in der Masse der österreichischen Bevölkerung relativ niedrigeren Lebenshaltung. Die japanische Statistik, die einzige, die wir über Ostasien haben, zeigt, daß auf den Japaner an Eiweiß nur 53,6 g, an Fett 10,08 g, an Kalorien 1814 entfallen. Nimmt man das Körpergewicht des Japaners auf 50 kg an gegenüber 65 kg beim Europäer, und rechnet hiernach den japanischen statistischen Durchschnitt erst auf den des Europäers um, dann gelangen wir zu einer Eiweißration von 70 g, einer Fett-ration von 14 g, einem Kalorienbetrage von 2360 pro Kopf und Tag. Beim Japaner finden sich also auch so berechnet die niedrigsten Eiweiß- und Fettmengen und der niedrigste Kalorienbetrag verwirklicht.

Diese Berechnungen und vergleichenden Angaben Ballods scheinen die Anklagen einer allgemein „überreichlichen“ Ernährung des deutschen Volkes vor dem Weltkriege eher zu entkräften als zu bestätigen, womit nicht bestritten werden soll, daß „starke Esser“ in Deutschland keine seltene Erscheinung bildeten. Jedenfalls zog der Krieg dem wirklichen oder angeblichen „Wohlleben“ engere Grenzen, machte für die Masse streng ökonomische Einrichtung mit allen Nahrungsmitteln zur zwingenden Notwendigkeit, ohne daß es gerade zu lebensgefährlicher Verkürzung des physiologisch absolut unentbehrlichen Bedarfsquantums zu kommen brauchte. Dies suchte eine von Paul Eltzbacher zu Anfang der Kriegszeit, unter Mitwirkung hervorragender Vertreter der Landwirtschaft, der Physiologie, der Chemie, Geologie und Nationalökonomie, herausgegebene Denkschrift<sup>1</sup> zahlenmäßig zu erweisen. Die Denkschrift ging bei ihren Berechnungen von den Ernährungsnormen der neueren Hygieniker aus.

	Eiweiß in 1000 t	Kalorien in Milliarden
Hiernach betrug der notwendige Bedarf Deutschlands	1605,0	56750,0
der tatsächliche Verbrauch vor dem Kriege belief		
sich dagegen auf . . . . .	2307,0	90420,0

Nach dem Kriege ergaben sich günstigere Ernährungsverhältnisse ohne feste Dauer, nur langsam und nicht für das ganze Volk. Man dürfte in besserer Zukunft im allgemeinen ein Zurückgreifen auf die durch Erfahrung und zahlreiche Versuche erprobte rationellste Zusammensetzung einer 2800 Kalorien (Bedarf eines mittelkräftigen arbeitenden Mannes in 24 Stunden) liefernden Tageskost empfehlen können: 80 g verdauliches Eiweiß, 50 g Fett, 400–500 g Zuckerstoffe.

Die folgende Tabelle gibt an, wieviel Kalorien, wieviel Wasser, nutzbares Eiweiß, Fett und Zuckerstoffe je 100 g eines Nahrungsmittels liefern<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan (1915).

<sup>2</sup> Die Tabelle ist entnommen dem Aufsatz Flügges über Sanitätswesen im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 702. Flüge berücksichtigt hier nur die verzehrbaren Anteile der Nahrungsmittel mit Abzug der Abfälle (beim Fleisch im Mittel 13%, doch sehr schwankend, bei Fischen 25%, bei Kartoffeln 40%, bei Rüben und andern Gemüsen 30% von den auf dem Markt eingekauften Gewichtsmengen).

	Es liefern 100 g	nutzbare Kalorien	Wasser	Eiweiß	davon nutzbar	Fett	Zucker- stoffe
Animalische Nahrungs- mittel	Fleisch . . . . .	100	72	21	21	5	—
	Schinken . . . . .	400	28	24	24	36	—
	Wurst . . . . .	250	48	16	14	26	—
	Fische . . . . .	70	80	17	17	2	—
	Salzhering . . . . .	200	45	18	18	17	—
	Kuhmilch . . . . .	65	88	3	3	3	5
	Magermilch . . . . .	42	90	3	3	0,5	5
	Käse . . . . .	130	45	30	30	20	3
	Eier . . . . .	160	75	14	14	8	—
Vegetabilien	Feinbrot . . . . .	210	38	7	6	—	46
	Graubrot . . . . .	220	38	7	6	—	46
	Mehl . . . . .	330	14	9	6	—	74
	Nudeln . . . . .	350	13	9	8	—	76
	Reis . . . . .	340	13	9	8	—	76
	Erbsen . . . . .	310	14	25	15	—	55
	Kartoffeln . . . . .	90	76	2	1	—	20
	Möhren . . . . .	40	88	1	0,5	—	10

Es wäre kein Schaden, wenn in Zukunft mehr Gewicht auf die Pflanzennahrung gelegt würde. Gemüse und Obst haben besondere Bedeutung auch wegen ihres Nährsalzgehaltes. Indessen darf darum die vegetarische Lebensweise nicht gerade als das einzig Richtige bezeichnet werden. Die vegetabilischen Nahrungsmittel decken leicht den Bedarf an Zuckerstoffen (4—500 g); sie liefern aber in der hierzu ausreichenden Menge nur 40 g Eiweiß und kein Fett. Die erforderlichen 50 g Fett und die noch fehlenden 40 g Eiweiß müssen also sonst, und zwar am besten durch animalische Nahrung, gedeckt werden. Würde dazu auch wieder pflanzliche Nahrung in Anspruch genommen, dann würde der Organismus zu viel Zuckerstoffe aufnehmen. Wo die Mittel nur einen geringen Fleischkonsum gestatten (in der ärmeren Bevölkerung), wird das notwendige animalische Eiweiß in etwa durch Fische, Milch, Käse, Eier usw. gedeckt werden können. 40 g nutzbares Eiweiß sind enthalten z. B. in 330 g Schellfisch, in 250 g Räucherhering, in 300 g (6 Stück) Eiern, in 1330 g Milch, in 200 g Magerkäse

### § 3.

#### Hauptarten des menschlichen Unterhaltsbedarfs.

##### Wohnbedürfnis und modernes Wohnungswesen.

In den letzten Dezennien vor dem Weltkriege hatte das Bau- und Gerätschaftsgewerbe einer außerordentlich starken Konsumsteigerung zu genügen.

Nach den Schätzungen des Vorstandes der Ziegeleiberufsgenossenschaft z. B. sollen im Jahre 1896 in Deutschland 10,3 Milliarden Mauersteine und 442 Millionen Dachsteine angefertigt worden sein. Auch die starke Zunahme der Zahl der in den Bau- und Gerätschaftsgewerben beschäftigten Personen, welche die Gewerbestatistik aufweist, läßt einen Schluß zu auf die Zunahme des entsprechenden

Konsums. Feig und Meves<sup>1</sup> berechneten den jährlichen Mehrbedarf für Deutschland vor dem Kriege auf 296 000 Wohnungen, wovon mindestens 200 000 auf die Städte entfielen. Nimmt man an, daß im Durchschnitt als Minimum für die einzelne Wohnung das zur Herstellung notwendige Kapital 5000 *M* betrage, dann wäre der jährliche Baukapitalsbedarf für damals auf 1½ Milliarden anzusetzen. Wuttke<sup>2</sup> meinte, es würden sogar 2½ Milliarden vom Baugewerbe in Anspruch genommen.

Die Bautätigkeit wies übrigens große Wandlungen auf. Es wurde nicht gleichmäßig gebaut. Auf Jahre fieberhafter Bautätigkeit folgten wieder Depressionsjahre.

Schon während des Weltkrieges wurde dann für die Zeit nach dem Kriege große Wohnungsnot befürchtet.

Bei der Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung war vor dem Kriege bereits die Herstellung und das Angebot insbesondere von Kleinwohnungen gering und während des Krieges lag die Bautätigkeit darnieder. Der normale Bedarf von jährlich 200 000 neuer Wohnungen wurde bei weitem nicht erreicht. Auch für die Mittelschichten bestanden für die Zeit nach dem Kriege schlechte Aussichten. Die Familien, die in Kriegszeit zusammenwohnten, würden wieder ihren eigenen Haushalt gründen. Die Kriegsgetrauten würden einen Haushalt, eigene Häuslichkeit sich einrichten. Die Zahl der Eheschließungen würde, wie erfahrungsgemäß nach jedem Kriege, sich beträchtlich vermehren. Zahlreiche Militäranwärter würden infolge der Behördenkonzentration in den Großstädten untergebracht werden. Das Bedürfnis nach Ersatz der im Kriege verbrauchten Materialien würde die Industrie zu starker Kraftanstrengung und zur Heranziehung vieler Arbeitskräfte nach den Großstädten und Industriezentren veranlassen. So würde das Angebot und die Nachfrage auf dem Kleinwohnungsmarkte noch mehr auseinandergehen. Besonders aber für die kinderreichen Familien würde die Wohnungsfrage erheblich verschärft werden. Man hatte bei diesen Befürchtungen nicht einmal den für Deutschland verhängnisvollen Ausgang des Krieges im Auge gehabt, hatte nicht auf Rückwanderungen aus Elsaß-Lothringen, Posen, Westpreußen, Oberschlesien, auf die große Zahl russischer Flüchtlinge gerechnet.

Die Befürchtungen haben denn auch in erhöhtem Maße Verwirklichung gefunden. Das Halbmonatsblatt des preußischen Volkswohlfahrtsministeriums („Die Volkswohlfahrt“) teilte (März 1921) auf Grund der Bericht der Wohnungsnachweise über das Ergebnis ihrer Tätigkeit im zweiten Vierteljahr 1920 u. a. folgende Ziffern mit: In Groß-Berlin sind 85 647 Wohnungen nachgefragt worden, denen ein Wohnungsangebot von 16 449 gegenübersteht, also noch nicht 20 vom Hundert der Wohnungsnachfrage. In der Rheinprovinz ergibt sich folgendes Bild: Gemeinden bis 10 000 Einwohner: Nachfrage: 3258, Angebot: 920 gleich 30 vom Hundert der Nachfrage; Gemeinden von 10 000—50 000 Einwohner: 20 230 bzw. 4015 bzw. 20; Gemeinden von 50 000—100 000 Einwohner: 9223 bzw. 1037 bzw. 13;

<sup>1</sup> Schriften des Vereins für Wohnungsreform Heft 9 (1911). Außer 200 000 neuen Wohnungen waren circa 100 000 Wohnungen als Ersatz für unbrauchbar gewordene Wohnungen nötig.

<sup>2</sup> Bericht des zweiten Wohnungskongresses. Vgl. Adolf Weber, Wohnungsproduktion 364 f.



Städte über 100 000 Einwohner 91 443 bzw. 15 708 bzw. 15. Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die herrschende Wohnungsnot. Wenn auch die Wohnungsuchenden nicht alle wohnungslos sind, sondern eine Anzahl von ihnen nur den Wunsch nach einem Wohnungswechsel hat, so handelt es sich dabei doch bloß um eine geringe Minderzahl, da die große Mehrzahl der Wohnungsuchenden tatsächlich keine Wohnung hat oder nur ganz notdürftig untergebracht ist. Auch die Annahme, daß die angebotenen Wohnungen durch die Wohnungsnachweise nicht vollständig erfaßt worden sind, daß vielmehr eine Anzahl der leerstehenden Wohnungen bei den Nachweisen nicht angemeldet worden ist, ändert an dem festgestellten Verhältnis doch so gut wie nichts, denn groß kann die Zahl jener Wohnungen bei den jetzigen strengen Meldevorschriften auf keinen Fall sein. Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß für die Beurteilung des Wohnungsmarktes die Zahl allein kein annähernd richtiges Bild gibt. Dazu wäre noch zu prüfen, wie viele der bewohnten Wohnungen überfüllt sind und wie viele bauliche und hygienische Mängel aufweisen oder in ihrer Belegung schwere sittliche Mißstände befürchten lassen. Dort, wo vor dem Kriege die Wohnungsaufsicht in systematischer Weise durchgeführt worden ist, hat sich im allgemeinen herausgestellt, daß etwa 6—10 vom Hundert der besichtigten Wohnungen Mängel irgendwelcher Art aufwiesen. Der bauliche und hygienische Zustand der Wohnungen hat sich in der Kriegszeit ganz erheblich verschlechtert. Auch die Überfüllung der Wohnungen hat zweifellos erheblich zugenommen. Die Zahl der fehlenden Wohnungen wird mit einer Million nicht zu hoch veranschlagt.

**1. Die Wohnungsnöten und ihre Ursachen.** Lassen wir zunächst die ländlichen Verhältnisse außer Betracht, um unsere Aufmerksamkeit den Besonderheiten der städtischen Wohnungsfrage zuzuwenden.

Für die Stadt aber kann man mit Fuchs zwischen allgemeiner und besonderer Wohnungsfrage unterscheiden.

Die „allgemeine“ Wohnungsfrage berührt alle Klassen in jeder an Bevölkerung wachsenden Stadt (nicht nur in den Großstädten). Sie besteht darin, daß die Ausgaben für Wohnung, bei rasch steigender städtischer Grundrente, stark zunehmen, und zwar meist schneller, als das Einkommen wächst. Gilt im allgemeinen, daß ein immer größerer Prozentsatz des Einkommens auf die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses verwandt werden muß, so ist doch der Grad und das Maß des Mißverhältnisses zwischen dem Wachstum des Einkommens und der Steigerung der Ausgaben für Wohnung nicht bei allen Klassen gleich. Nach dem zunächst für Berlin erwiesenen, aber auch sonst geltenden sog. Schwabeschen Gesetze betragen die Mieten um so mehr, je niedriger das Einkommen ist. Geben die höheren Klassen etwa ein Fünftel bis ein Zehntel ihres Einkommens für die Wohnung aus, dann beläuft sich die gleiche Auslage für den Lohnarbeiter auf ein Viertel bis ein Drittel seines Einkommens. Die „allgemeine“ Wohnungsfrage ist eine wesentlich städtische Frage, ja „die Stadtfrage der wachsenden Städte *αὐτὴ ἐξ ὅλης*“ (Fuchs).

Die besondere Wohnungsfrage, meist kurzweg „Arbeiterwohnungsfrage“ genannt, bezieht sich auf die unteren Klassen. Ungenügende

Zahl der Wohnungen, bis zum völligen Mangel derselben (Wohnungsnot im engeren Sinne), mangelhafte Beschaffenheit der vorhandenen und den niederen Klassen erreichbaren Wohnungen, bei übermäßig hohem Preis derselben, das sind die wichtigsten Elemente der besondern Wohnungsfrage.

Auch frühere Zeiten hatten ihre Wohnungsnöten<sup>1</sup>.

Man denke nur an die alten Städte, denen meist Wälle und Mauern eine im Verhältnis zur wachsenden Bevölkerung allzu enge Bebauungsgrenze zogen. Da fehlte es gewiß nicht an übevölkerten Wohnungen, an Straßen und Winkeln, in welche kein Sonnenstrahl sich verirrte und wo frische Luft nicht einmal an den höchsten Festtagen wehte. Wenn dann ein lustiges Bächlein, wie es der sog „Grund“ in Luxemburg aufwies, die Straßen durchheilte, so war dadurch ohne Zweifel der lieben Jugend willkommene Gelegenheit zu mancherlei Kurzweil geboten. Aber was ein poetisches Gemüt entzücken kann, empfiehlt sich nicht immer unter dem Gesichtspunkte öffentlicher Wohlfahrt. Im übrigen erfreute sich das frühere mittelalterliche Städtewesen vielfach noch eines doppelten Vorzugs: wenigstens des Überwiegens des Einfamilien- und Eigenhauses, sodann einer gewissen, wenn auch nicht immer vollkommenen Wohnungs- und Ansiedlungspolitik seitens der Grundherrschaften in der Städtebildung<sup>2</sup> und später der Stadtverwaltung, wo diese an die Stelle der Grundherrschaft trat. In vielen Städten war das Wohnungswesen auch schon Gegenstand öffentlich-rechtlicher Regelung.

Als sich dann mit Bildung der größeren Territorien in Deutschland ein allgemeiner Landfrieden erhoffen ließ und damit die Möglichkeit einer Öffnung der Städte nähergerückt erscheinen konnte, da brachen die unseligen Religionskämpfe los. „Der Dreißigjährige Krieg“, sagt Jäger<sup>3</sup>, „vollendete den Zusammenbruch des mittelalterlichen Wohlstandes. Die schwere wirtschaftliche Not, die infolgedessen auf dem Volke lastete, zeigte sich auch beim Hausbau. Aus Armut rückte man zusammen, türmte Stockwerk auf Stockwerk, weil man die kostspieligere Bauweise des Einfamilienhauses nicht mehr beibehalten konnte. Man

<sup>1</sup> Die alten Großstädte Rom, Alexandrien hatten Mietkasernen von 6 bis 10 Stockwerken, hatten maßlose Monopolrenten, Häuserwucherer (z. B. Crassus), furchtbares Miets- und Wohnungselend.

<sup>2</sup> Die Grundherrschaften teilten bei der Städtebildung den Boden planmäßig auf, gaben ihn zur Bebauung in der Form der deutschrechtlichen Erbleihe gegen Entrichtung eines festen Erbzinses. Solange dieser Zins gezahlt wurde, war das Verhältnis unkündbar. Sonst verblieb dem Beliehenen das selbständige Recht an der Benutzung des Bodens, wie er auch Eigentümer des von ihm auf dem Boden errichteten Bauwerkes war. (Nach römischem Recht fiel dasselbe, wie jede Verbesserung des Bodens, dem Grundeigentümer zu: superficies solo cedit.) Allmählich erwarben dann in der Folge die mit dem Boden Beliehenen, durch Ablösung der Bodenrente, das volle Eigentum auch am Boden.

Nach dem deutschen Stadtrecht des Mittelalters durften Bauplätze der Bebauung nicht entzogen werden. Überhaupt unterlag der Städtebau vielfach obrigkeitlicher Regelung.

Auch der fürstliche Absolutismus der merkantilistischen Zeiten hielt fest an dieser obrigkeitlichen Regelung (namentlich in Preußen).

<sup>3</sup> Wohnungsfrage II 5 f.

beschränkte sein Wohnungsbedürfnis, bis es verkümmerte. Die Zahl der Hausbesitzer nahm ab, die der besitzlosen Mieter immer mehr zu.“ Faucher<sup>1</sup> zeigte, wie sich allmählich, vom 16. und 17. Jahrhundert ab, die „Auftürmung der Wohnungen“ bildete, wie man „die Treppen statt die Straßen vermehrte“, und wie sich das Volk allmählich an diese „schlechtere und kulturell niedrigere Form des Wohnens“ gewöhnte und heute vielfach nicht anders weiß. Seitens der öffentlichen Gewalten aber geschah in den meisten Territorien wenig oder nichts mehr, um den vorhandenen Übelständen zu steuern. In manchen Städten kam es freilich im Laufe des 19. Jahrhunderts wieder zu Bauordnungen: sie faßten jedoch regelmäßig lediglich die Feuersicherheit, Standfestigkeit des Gebäudes, die Ordnung der Nachbarrechte ins Auge. Für die sanitäre Seite des Baues wurden erst in späterer Zeit Vorschriften erlassen, die aber kaum irgendwo zu befriedigenden Verhältnissen geführt haben. Viel mehr noch fallen ins Gewicht die in zahlreichen größeren Städten durchgeführten Maßregeln der öffentlichen Gesundheitspflege (Entwässerungen, Zuführung guten Wassers, Wegräumung der engen Stadtteile, Herstellung breiter, luftiger Straßen, Erweiterung des Bebauungsfeldes usw.). Alle diese Maßregeln, wie günstig auch ihr Einfluß auf die gesundheitlichen Verhältnisse sein mag, konnten und können für sich allein die Wohnungsnot nicht aus der Welt schaffen. Insofern sie eine Verteuerung des Bauens verursachten (bei erhöhten Anforderungen an die bauliche Beschaffenheit der Wohnhäuser und bei gesteigerten Gemeindelasten), mußten diese zweifellos berechtigten Neuerungen sogar eher noch als Ursachen einer Verschärfung des Mangels an kleinen und billigen Wohnungen sich darstellen.

Das besondere Merkmal der heutigen Wohnungsnot, das, was sie von Mißständen früherer Zeiten unterscheidet, das ist ihre gewaltige Ausdehnung, ihr Massencharakter. Hierfür aber müssen wir die Erklärung in denselben Umständen suchen, welche in unsern Tagen die Wohnungsnot überhaupt veranlaßt und verursacht haben.

Die neuzeitliche industrielle Entwicklung hat den Vorrat der wirtschaftlichen Güter in außerordentlicher Weise vermehrt, sie hat zu einem gewaltigen Wachstum der Bevölkerung geführt, sie hat zugleich, wo sie zur Geltung gelangte, der städtischen Ansiedlungsform mit großen Menschenanhäufungen usw. in erstaunlich raschem Tempo die Vorherrschaft verliehen<sup>2</sup>.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts gab es in Europa 12 Großstädte (mit über 100 000 Einwohnern), in Deutschland 2 Großstädte: Berlin (172 000 Einwohner) und Hamburg (100 000 Einwohner). Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war noch Breslau Großstadt (im statistischen Sinne, d. h. mit über 100 000 Einwohnern):

<sup>1</sup> Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgesch. 3. Jahrg. (1865). IV 192.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. II, Kap. 5, § 1, 523 ff. 529 ff. — Sombart, Moderner Kapitalismus II (1902) 176 ff. — Die Großstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung (Dresden) von Bücher, Ratzel, G. v. Mayr, Wäntig, Simmel, Petermann, D. Schäfer (1903). — Adolf Weber, Die Großstadt und ihre sozialen Probleme (1908). Heinrich Koch, Entstehung und Wachstum der Großstadt, in Stimmen aus Maria-Laach LXVII (1904) 49 ff. Ders., Die Bevölkerung der modernen Großstadt, ebd. 142 ff. 233 ff. — Ehrler, Modernes Städtewesen, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>3-4</sup> 139.



bald wurden es auch Köln und München, dann bis 1870 noch Dresden, Königsberg und Leipzig. Die Zahl der Großstädte vermehrte sich aber nach 1870 sehr rasch. 1880 gab es 15, 1890 schon 26, 1900 33, 1905 41, 1910 48. Kein Staat der Welt wies die gleiche Zahl auf. Großbritannien hatte 39, Nordamerika 38, Indien 31, Rußland 19, China 18, Frankreich 15, Italien 11, Japan 10 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Vor etwa drei Dezennien wohnten von der Bevölkerung des Deutschen Reiches etwa  $\frac{3}{5}$  auf dem Lande,  $\frac{2}{5}$  in den Städten. 1910 war das Verhältnis umgekehrt.  $\frac{1}{5}$  des gesamten deutschen Volkes wohnte in den Großstädten. Die städtische Bevölkerung stieg in Deutschland von 16 Millionen im Jahre 1875 auf 35 Millionen im Jahre 1905, war also mehr als das Doppelte gewachsen, während die ländliche Bevölkerung in der gleichen Zeit auf 26 Millionen stehen blieb.

In den Städten pulsiert das wissenschaftliche, künstlerische, politische Leben am mächtigsten. Wichtiger aber ist die Verbindung von Stadt (namentlich Großstadt) und Industrie. Die Textilindustrie war es, die Großstädte wie Aachen, Barmen, Elberfeld, Krefeld usw. geschaffen. Die Großindustrie bevölkerte ferner die Großstädte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes: Essen, Düsseldorf, Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen, Hamborn. Auch Köln ist nicht mehr in erster Linie Handelsstadt; mit Mülheim, Kalk, Ehrenfeld usw. gehört es jetzt zu den eigentlichen Industriegroßstädten. Die Großstadt ist Standort der wichtigsten Gewerbe. In die Großstädte pilgern Scharen von Menschen in den produktivsten Altersstufen (20—35 Jahren), so daß man schon meinen wollte, infolge dieser Binnenwanderungen sei das flache Land „Kinderstube und Altersheim der Städte“ geworden<sup>1</sup>. Dort findet die Elite der Gewerbe eine Elite der Arbeiterschaft, mag man nun sagen, die Arbeitskräfte zögen der Arbeitsgelegenheit, oder die Fabrikation gehe den Arbeitskräften nach<sup>2</sup>. Aber es finden da auch manche großstädtische Industrien anders geartetes, ausbeutungsfähiges Menschenmaterial, dessen sie zu bedürfen vermeinen. Außer der Qualitätsarbeiterschaft gibt es in den Großstädten eben noch ausgedehnte Hausindustrie und umfangreiche Frauenarbeit. Dazu sind die Großstädte Mittelpunkte des Verkehrswesens, Sitze des Großhandels mit seiner riesigen Nachfrage, der Geldaristokratie, der Großbanken, die mit der Industrie in engster Beziehung stehen. Von einer oft besprochenen und gewünschten Abwanderung der Industrie aus der Großstadt ist auch bisher noch wenig zu merken. Die Qualitätsbetriebe nahmen dort vor dem Kriege immer noch zu, dehnten sich aus, mochten immerhin manche Durchschnittsbetriebe zum Abwandern gekommen sein. Wenn Krupp Werkstätten nach Rheinhausen verlegen konnte, so war das, wie Brauer<sup>3</sup> hervorhebt, ein Ausnahmefall, der eben bei Krupp möglich war. Auch bleibt zu beachten, daß das ganze niederrheinische Becken große Ähnlichkeit mit den Großstädten aufweist, auf die Arbeiterbevölkerung dieselbe Anziehungskraft ausübte. Das Regelmäßige wird in den meisten heutigen Kulturstaaten bleiben, daß die höhere industrielle Produktion, die eigentliche Verfeinerungsindustrie, in den Großstädten sich konzentriert. Dort findet sie jene Arbeiter, die sie braucht und die regelmäßig nur das großstädtische Milieu hervorbringt.

<sup>1</sup> Vgl. Beusch, Wanderungen und Stadtkultur (1916).

<sup>2</sup> Vgl. Adolf Weber, Großstädtische Verkehrsfragen, in Soziale Kultur XXV (1905)

137 ff. 265 ff.

<sup>3</sup> Bodenfrage und Arbeiterinteresse (1916) 35.

Alle diese verschiedenen Umstände erhalten, nähren, fördern natürlich den Zustrom der Menschen zu den Städten, insbesondere zu den Großstädten. Daß aber solche Massenanhäufungen auf dem, wenn auch ausgedehnten, so doch immerhin beschränkten Stadtgebiete, namentlich wenn sie rasch sich vollziehen und, bei der Beweglichkeit der Wirtschaftsverhältnisse, häufigen und schnellen Änderungen, mit Ab- und Zuströmen der Massen hierhin oder dorthin<sup>1</sup>, unterliegen, für die minderbemittelte Bevölkerung leicht die Gefahren eines Wohnungselendes heraufbeschwören könnten, liegt auf der Hand.

Die für die öffentliche Wohlfahrt verantwortlichen Stellen standen den ganz neuen, gewaltigen Erscheinungen einer überaus rapiden Entwicklung zunächst ratlos gegenüber, und zwar um so mehr, je stärker der Einfluß der Ideen des individualistischen Liberalismus sich geltend machte. Es war ja für die „herrschende Theorie“ eine ausgemachte Sache, wie Julius Faucher<sup>2</sup> noch in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sagen konnte, daß Staat und Gemeinde nicht einmal einen Bebauungsplan aufzustellen hätten. Der freien Tätigkeit der einzelnen dürfte durch irgendwelche Einmischung der Behörden eine Schranke nicht gezogen werden. Faucher empfahl zwar die Rückkehr zur „Wohnung im ungeteilten Haus“. Er erwartete diese Rückkehr aber von einer „spekulativen Kapitalvergesellschaftung“, die fern von der Stadt für die wohlhabenden Bürger Wohnungen errichten sollte; das Beispiel der höheren Klassen würde dann, so meinte er, auch die Arbeiter usw. anfeuern, wieder „weitere Wege zu machen“. Sind ja doch ihm zufolge die teuren und schlechten Wohnungen letztlich eine Folge davon, daß das Volk sich „statt an weitere Wege an das Treppensteigen“ gewöhnt habe. Auch darin täuschte sich Faucher. Die spekulativen Kapitalgesellschaften haben es vorgezogen, die Peripherie der Städte mit Mietskasernen zu beglücken. Und zahlreiche Arbeiter verlassen ihre dunklen Zimmer wohl Sonntags, um in Laubenkolonien mit Freunden einen Kasten Schultheiß-Versand (Berlin) zu leeren, anstatt vor der Stadt ihrer Familie ein gesundes Heim zu bieten mit der Möglichkeit, durch Landarbeit der Familie deren Unterhalt zu vermehren. Auch der allerdings vielfach zu teure Vorortsverkehr hat, wie schon Klemens Heiß und ebenso Adolf Weber nachwiesen, vorerst den erwarteten dezentralisierenden Einfluß auf die Stadtbevölkerung noch nicht ausgeübt.

<sup>1</sup> Eigentümerwohnungen sind in den deutschen Großstädten selten (abgesehen von Bremen und Lübeck). Von der Gesamtzahl der Wohnungen waren es (Zählung vom 5. Dezember 1900) durchschnittlich weniger als 25 %. In Berlin entfielen von 1000 Wohnungen nur 25,7 auf Eigentümerwohnungen, 937,9 auf Mietwohnungen. 36,4 auf Dienstwohnungen.

<sup>2</sup> Die Bewegung zur Wohnungsreform, in Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte 1865/66. Daß das Etagenhaus den Baustellenpreis künstlich erhöhe, hat auch Faucher erkannt.

Man wird es ferner verstehen können, daß die private Bauspekulation und Bautätigkeit, soweit sie nur von dem persönlichen Vorteile, dem zu erwartenden Gewinne sich leiten ließen, den Bau größerer Häuser bevorzugten, zur Herstellung kleinerer Wohnungen erst schritten, wenn eine intensivere Nachfrage auch hier die Forderung hoher und höchster Mietpreise erlaubte.

„Die Herstellung solcher (kleinen, den Bedürfnissen der ärmeren Klassen entsprechenden) Wohnungen erfordert bedeutende Kapitalien, bringt erhebliche Risiken in bezug auf pünktlichen Eingang der Mieten mit sich (auch höhere Ausgabeposten für Reparaturen, vielfach Abhängigkeit von den Konjunkturen des Arbeitsmarktes, Arbeitslosigkeit, Abzug der Arbeiter in besser rentierende Industriebezirke u. dgl.), fixiert die Kapitalien, weil man solche Gebäude sehr schwer wieder verkaufen kann, verhindert die Bauunternehmer, ihre Kapitalien aus ihren Gebäuden wieder herauszuziehen und neue Unternehmungen zu machen. Daher geht die Privatbauspekulation nur sehr schwer an die Herstellung solcher Wohnungen, eilt dem Bedürfnis fast nie voraus, drückt daher die Preise nicht, sondern kommt höchstens, wenn die Preise dieser Kleinwohnungen eine angemessene Höhe erreicht haben, einigermaßen, aber fast immer ungenügend diesem Bedürfnisse nach.“<sup>1</sup>

Nicht selten ließen und lassen auch Bodenbesitzer das erkaufte oder schon in ihrem Eigentum befindliche Land unbenutzt liegen, so lange, bis der Verkauf oder die Bebauung höheren Gewinn ermöglichte. Ist dann der günstige Augenblick gekommen, dann gilt es, durch starke bauliche Ausnutzung des gegebenen Terrains den höchsten Profit zu erlangen. So geschah und geschieht es, daß in Städten mit rascher Ausdehnung selbst nach der Peripherie hin und bei den besten Verkehrsgelegenheiten zwischen Stadtzentrum und Vororten alsbald auch hier die Mietkaserne sich erheben konnte und die gleichen Übelstände, dieselbe Anhäufung der unbemittelten Klassen, vor der Stadt wie innerhalb derselben sich finden.

Unsere Großstädte, sagt Lindemann<sup>2</sup>, „sind durch das Miethaus mit mehreren Stockwerken und demgemäß auch mit mehreren Wohnungen geradezu charakterisiert. Wer längere Zeit in Ländern gelebt hat, in denen das Einfamilienhaus noch vorherrscht (Belgien, England, auch Nordamerika, Nordwestdeutschland), kann sich gegenüber diesen hochgetürmten Häusern nicht leicht des Gefühls des Erdrücktwerdens, der Enge erwehren. Daran ändert auch aller Wechsel in der architektonischen Ausgestaltung der einzelnen Häuser nichts. Der hochgetürmte Stockwerkbau, ein Erbe aus den Zeiten des Mittelalters, wo die enge Umwallung dazu zwang, den am Boden mangelnden Platz in den Lüften zu suchen, hat seinen Siegeslauf durch ganz Deutschland angetreten und herrscht gleich unbeschränkt in Städten, wo äußere Hindernisse ein Wachsen

<sup>1</sup> So der spätere preussische Finanzminister Miquel auf der 14. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, zitiert bei Jäger, Wohnungsfrage I 86. Vgl. auch Miquels Referat in Schriften des Vereins für Sozialpolitik XXXIII 8.

<sup>2</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik XCIV 264.



in die Breite erschweren (Stuttgart), wie da, wo Flachland die Stadt nach allen Seiten umgibt. Und dieser Siegeslauf ist nicht nur ein extensiv wachsender; auch die Intensität dieser Bewegung, wenn wir so sagen dürfen, ist eine stetig sich steigernde. Einmal sehen wir, wie der Stockwerkbau in kleine Städte und Industriedörfer eindringt; auf der andern Seite sehen wir, wie das kleine Miethaus mit zwei Stockwerken von der Mietkaserne verdrängt wird, die die baupolizeilich größtmögliche Zahl von Stockwerken aufeinander setzt.<sup>4</sup>

Bis neben dem Kartoffelfeld erhebt sich das Etagenhaus, die Mietkaserne mit 20 und mehr Familien in einem Hause. Je höher und je tiefer die Wohnungen in solchen Häusern liegen, um so stärker wächst die Behausungsziffer (die Zahl der auf einem Grundstück oder in einem Gebäude untergebrachten Menschen), und um so größer ist nur zu oft die Wohndichtigkeit, die Zahl der Personen, die auf ein heizbares Zimmer kommen.

„Es hat sich geradezu, wenigstens da, wo die kapitalistische Wohnungsbeschaffung durch die großstädtische Mietkaserne erfolgt, eine Art ‚ehernes Wohnungsgesetz‘ entwickelt, das den Mieter auf dem niedersten in seiner Klasse möglichen Wohnstandard festhält. . . . Von 1000 Bewohnern wohnten (noch vor der Kriegszeit) in Berlin 725,9, Hamburg 562,1, Leipzig 641,9, München 512,5, Breslau 747,8 in Wohnungen mit nicht mehr als zwei heizbaren Zimmern und Zubehör. 447,2 — 245,9 — 304,2 — 265,5 — 484,6 aber in solchen mit nicht mehr als einem heizbaren Zimmer und Zubehör, darunter 5,4 — 4,6 — 0,2 — 2,3 — 0,7 in solchen mit keinem heizbaren Zimmer. . . . Die an Zahl durchschnittlich kleinere amerikanische Arbeiterfamilie bewohnt durchschnittlich 6 Zimmer, die englische 4,2, die französische 4, die belgische 3,5, die deutsche nicht einmal 2, und unter 100 Familien wohnen in den Vereinigten Staaten nahezu 20, in Deutschland nur etwa 5 im eigenen Haus oder Häuschen.“<sup>1</sup>

Haben Eberstadt, Fuchs u. a. die Schattenseiten der vielstöckigen Bau- und Wohnungsweise scharf hervorgehoben, so wurden anderseits sowohl wirtschaftliche als auch hygienische Vorzüge der Mietkaserne namhaft gemacht: die Mieten seien billiger; der Hochbau vermindere die von dem einzelnen Mieter zu verzinsenden Bodenkosten, möge auch der Boden mit der Höhe des auf ihm errichteten Baues im Preise steigen; er verringere häufig die Ausgaben, die gemacht werden müßten, um von der Wohnung zur Arbeitsstätte zu gelangen; er führe Ersparnisse herbei für Wegeunterhaltung, Kanalisation, Gas- und Wasserleitung, für Verwaltungskosten. Die hygienischen Mängel des Massenmiethauses anderseits ließen sich überwinden durch Freilassung größerer Zwischenräume zwischen den einzelnen Bauten; die Wohnungen in großen Etagenhäusern seien wärmer; die weit auseinandergezogene Bauweise befördere Staubentwicklung usw. Der Schöpfer des Berliner Bebauungsplanes, Hobrecht, hat das Massenmiethaus als System auch dadurch zu rechtfertigen gesucht, daß er auf die zu erhoffende soziale Mischung der Bevölkerung im Vorderhause und in der Hofwohnung hinwies. Allein in der Wirklichkeit stehen sich die Bewohner jener Mietkasernen völlig fremd gegen-

<sup>1</sup> Fuchs, Volkswirtschaftslehre 129 f. Damaschke (Die Bodenreform<sup>10</sup> [1915] 60) spricht für Berlin von 41 991 Wohnungen mit einem einzigen heizbaren Zimmer, dauernd von fünf und mehr als fünf Personen bewohnt.

über. Nur daß die gemeinsame Benutzung der Höfe, Treppen, Gänge usw. unter den zahlreichen Personen häufigen Anlaß zu Zwistigkeiten bieten muß. Wenn aber Hobrecht an eine vermehrte Arbeitsgelegenheit für die dichter zusammengedrückte Bevölkerung glaubte, so dürfte doch bezweifelt werden können, ob im Hinblick auf diesen gewiß wünschenswerten Erfolg nun gerade das Massenwohnhaus unbedingt nötig sei. Und daß jene Riesenbauten mit ihren vier, fünf Stockwerken, ihrem winkligen Durcheinander von Seiten- und Rückgebäuden, ihren schmalen, dumpfen, dunklen, luftarmen sog. „Lichthöfen“, wo nur durch Diffusion neue und nicht immer die beste Luft zugeführt wird, für die in den meist engen Räumen der Mietkaserne bis in den Keller hinab und unter das Dach hinauf dicht zusammengedrückten zahlreichen Bewohner gesundheitlich und auch sittlich zuträglich seien, möchte kein Kenner großstädtischer und speziell Berliner Verhältnisse behaupten wollen<sup>1</sup>. Was ferner die größere Billigkeit des Wohnens in der Mietkaserne betrifft, so mag allerdings das Wohnen im Kleinhaus eine etwas höhere Miete erfordern, nachdem neben dem Kleinhaus das Massenmiethaus sich erhebt. Würde aber das Wohnen nicht überhaupt, und zwar um einen weit höheren Betrag, billiger sein, hätte nicht gerade die Einführung des Hochbaues eine übernormale Höhe des Bodenpreises geschaffen? Auch sind die Verwaltungs- und Erhaltungskosten eines solchen Großhauses mit Fahrstuhl, Luxustreppe, Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Beleuchtung, Reparaturen und dem unvermeidlichen Portier doch auch nicht gerade so unbedeutend. Sie wurden vor dem Kriege von interessierter Seite auf 33–40 % der Wohnungsmiete berechnet.

Die Stadtmitte der Großstädte hat regelmäßig wieder ihre besondern Verhältnisse, die mit der sog. Citybildung<sup>2</sup> (allmähliche Umwandlung der inneren Teile aus Wohnvierteln in Geschäfts- und Verkehrs-viertel) zusammenhängen.

„In dem zwischen gewerblichen und Handelsunternehmungen (Geschäftshäusern, Banken und Warenlagern) auf der einen und dem privaten Wohnungsbedürfnis auf der andern Seite eröffneten Wettbewerb um den günstigsten und teuersten Boden (in den inneren Vierteln der Großstädte)“, sagt Oppenheimer<sup>3</sup>, „mußte der Sieg notwendig zugunsten der ersteren als der bei weitem kapitalkräftigeren Seite sich wenden. Am deutlichsten spricht hier das Beispiel der City von London, die vor wenigen Dezennien noch 100 000 Einwohner zählte, während sie heute bloß von einigen 30 000 Einwohnern bewohnt, zu den Geschäftsstunden des Tages jedoch von vielen Hunderttausenden von Menschen durchflutet wird. In Liverpool hatte dem Zensus von 1891 zufolge die innerhalb der Stadtgrenzen wohnhafte Bevölkerung sich während der zehn vorausgegangenen Jahre absolut verringert; die Bevölkerung der unmittelbaren Nachbar-

<sup>1</sup> Gewiß, auch in dicht gedrängten Kleinhäusern, wo mehrere Mietparteien zusammenwohnen, sind freilich die Wohnungsverhältnisse nicht immer die besten. Engräumigkeit der Wohnung, Überfüllung der einzelnen Zimmer (mit mehr als drei bis vier Personen) bleibt ebenfalls da eine nur zu häufige Erscheinung.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. II, Kap. 5, § 1, 537 f. (2.—3. Aufl. Kap. 4, § 1, 490 f. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XL (1910) 408 f. Statist. Jahrbuch deutscher Städte 1907, Aufsatz von Schott.

<sup>3</sup> Wohnungsnot und Wohnungsreform in England (1900) 5 f. 7 ff.

schaft jedoch hatte sich innerhalb des gleichen Zeitraums um mehr als 60% vermehrt! Auch in Manchester und andern englischen Städten läßt sich die gleiche Erscheinung wahrnehmen. So sahen sich denn jene Personen, welche die Natur ihrer Beschäftigung an die inneren Stadtteile band, zur Entrichtung eines Mietzinses gezwungen, der dem durch den obigen Prozeß erhöhten Grundwert entsprach.“

Auch in den deutschen Großstädten vollzog sich derselbe Prozeß, die Citybildung. Die Eröffnung von Parks und freien Plätzen, die zweifelsohne viel zur Verschönerung der Städte beitragen und auch gesundheitlich allen Klassen zugute kommen, auf der andern Seite die Eisenbahnen, die ihre Schienenstränge bis in das Herz der Großstädte entsenden, ihre gewaltigen, weit ausgedehnten Bahnhöfe inmitten der Stadt errichten, tragen ebenfalls in nicht geringem Maße bei zur Verengung des Wohnungsgebietes im Innern der Städte, zur Steigerung des Bodenwertes und der Wohnungsmiete, dadurch zur Überfüllung der noch verfügbaren Wohnungen, zur Bevölkerung der Keller und Dachräume usw.

Die Umwandlung der Innenstadt zu Geschäfts- und Verkehrsstraßen hat zur Folge, daß die in der City beschäftigten Personen vielfach ihre Wohnung nach außen verlegen (starke Tages-, schwache Nachtbevölkerung der City). Das können indes nicht alle tun. Angestellte, die früh und spät zur Stelle, Tagelöhner, die bei jeder Gelegenheit schnell bereit sein müssen, können sich nicht in den Vororten niederlassen. Und wenn auch, haben sie dort immer bessere Verhältnisse zu erwarten?

Hohe Mietbeträge, welche die Mieter zu entrichten haben, bewirken sodann, daß die Konsumenten, wie gesagt, einen unverhältnismäßig großen Teil ihres Einkommens für die Befriedigung des Wohnbedürfnisses aufwenden müssen, auf Kosten der andern Bedürfnisse.

Erhebungen, welche die Stadt Breslau über das Verhältnis zwischen Einkommen und Miete veranlaßte, stellten den für Wohnungszwecke aufgewendeten Prozentsatz während eines Zeitraumes von 20 Jahren in folgender Höhe fest: Bei einem Einkommen bis 420 M betrug er im Jahre 1880: 28,9%, im Jahre 1900: 31,8%; bei einem Einkommen bis 600 M 1880: 25,6% und 1900: 26,6%; bei einem Einkommen bis 900 M 1880: 21,5 und 1900: 22,4%; bei einem Einkommen bis 1200 M 1880: 21,0 und 1900: 20,0%; bei einem Einkommen bis 1500 M 1880: 19,9 und 1900: 20,0%; bei einem Einkommen bis 1800 M 1880: 20,8 und 1900: 19,7%; bei einem Einkommen bis 2400 M 1880: 19,1 und 1900: 20,1%; bei einem Einkommen bis 3000 M 1880: 19,7 und 1900: 18,7%; bei einem Einkommen bis 6000 M 1880: 18,3 und 1900: 15,0%; bei einem Einkommen bis 15000 M 1880: 12,5 und 1900: 10,2%; bei einem Einkommen von 30000 M 1880: 8,5 und 1900: 6,4%; bei einem Einkommen von 60000 M 1880: 3,6 und 1900: 4,5%; bei einem Einkommen von 60000 bis über 100000 M 1880: 3,4 und 1900: 2,6%.

Das Verhältnis zwischen Einkommen und Miete wird nicht in allen Großstädten in den gleichen Zeiträumen dasselbe sein. Allein die an-

<sup>1</sup> Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>s</sup> 1398.



geführten Zahlen dürften doch schon zeigen, wie die Mietpreise besonders schwer auf den unteren Klassen lasten können. Nach Biermer<sup>1</sup> ist eine Ausgabe von 25 % des Einkommens für Wohnzwecke „recht drückend“. Selbst wenn die beiden Komponenten der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klasse, nämlich Höhe des Lohnes und Kaufkraft desselben, sich bessern, allzu hohe Mietpreise werden dann wieder in beträchtlichem Maße die Ausnutzung der mit der Lohnerhöhung sich ergebenden Möglichkeit einer Besserung in den Lebensverhältnissen der unteren Schichten verhindern oder vermindern. In dieser Voraussetzung müssen auch jene Stimmen Recht behalten, daß die Überfüllung der Wohnungen, das Schlafgängerwesen usw. für die unteren Klassen vielfach zur „wirtschaftlichen Notwendigkeit“ wird. Je kleiner die Wohnung, desto mehr familienfremde Elemente, Kostgänger, Schlafgänger, Zimmermieter (nach Göhre der „Ruin der Arbeiterfamilie“) finden sich in derselben (zuweilen mit nächtlicher Übervölkerung, wenn mehr Schläfer als Betten vorhanden sind)<sup>2</sup>.

Die österreichischen Städte wiesen ähnliche Verhältnisse auf wie die deutschen. So konnte Philippovich schon früh von dem Wohnungselende in Wien berichten<sup>3</sup>. Inzwischen hat ja eine tüchtige städtische Verwaltung (Lueger) sich bestrebt, manche Besserungen durchzuführen.

<sup>1</sup> Ebd. II<sup>3</sup> 901. Zum Verhältnis zwischen Einkommen und Miete vgl. Pohles Darlegungen in Wolfs Zeitschr für Sozialwissenschaft 1906, in der N. F. derselben Zeitschr. IV (1913) 335 ff. Vergleich der Mietpreise in London, Paris, Berlin, Wien ebd. 427.

<sup>2</sup> Amtliche und private Quellen bieten ein reichhaltiges (wenn auch nicht immer vollkommenes) wohnungsstatistisches Material, vielfach stichprobenartige Statistiken, doch auch wohnungsstatistische Massenbeobachtungen. Über die Wohnungsverhältnisse in Preußen vgl. Reichs-Arbeitsblatt Nr. 2, 116 f. Desiderata bezüglich der Wohnungstatistik s. Karl Leutemann, Deutsche Wohnungsstatistik (1902; herausgegeben vom Verein Reichs-Wohnungsgesetz). Ein Schema für Angaben über Wohnungsverhältnisse vgl. Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik XLV (1913) 796. Nach dem Entwurf zum ersten preußischen Wohnungsgesetze hatten 1900 Schlafgänger:

in Berlin	von je 1000	einzimmerigen Wohnungen	397
„ Breslau	„ „ „	„ „	370
„ Plauen	„ „ „	„ „	596
„ München	„ „ „	„ „	572.

<sup>3</sup> Wiener Wohnungsverhältnisse, im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik VII. Über das frühere Österreich vgl. unter anderem auch Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXII (1911) 914; Soziale Kultur XXVIII (1908) 745 ff. (Arbeiterwohnhäuser); XXX (1910) 423 ff., XXXI (1911) 107 f.; Soziale Revue XI (1911) 225 ff. (Kleinwohnungen in Österreich). Über die Schweiz vgl. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXIX (1913) 323 ff.; Zeitschrift für christl. Sozialreform XXVII (1906) 531 ff., XXVIII (1907) 265 ff. Über billige Volkswohnungen in Frankreich Soziale Kultur XXX (1910) 518 f. Über englische Verhältnisse vgl. Soziale Kultur XXVIII (1908) 741 ff. (London); Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVIII (1914) 469 ff. (städtischer Boden in England); Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XLVII (1914) 359 ff. (Wohnungen für Arbeiter); ebd. 682 ein Vergleich zwischen London, Paris und Berlin. Über Italien (Mailand) Neue Zeit XXIV (1906) 1, 669 f.

Auch ein psychologisches Moment übt Einfluß aus auf die unbefriedigende Gestaltung der Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung. „Die unteren Klassen“, bemerkt Schmoller<sup>1</sup>, „lassen sich eine Wohnungsver schlechterung leichter gefallen als den Abbruch irgendeiner andern Lebensannehmlichkeit, weil sie die Tragweite einer solchen Änderung nicht übersehen, weil Mann und Frau, den Tag über auf Arbeit abwesend, die Wohnung leicht nur als Schlafstelle ansehen, weil sie nicht ermessen, daß Sitte und Familienglück, geistiges und körperliches Wohl ihrer Kinder daran hängen. Angezogen vom Leben der Großstadt, nehmen sie die schlechte Wohnung in Kauf, ohne zu ahnen, was die Folge davon sein wird. Der energische Kampf, den jede Gesellschaftsklasse, jeder tüchtige Arbeiterstand um die Erhaltung und Behauptung der einmal erreichten Lebenshaltung führt und führen muß, um nicht auf tiefere Stufen oder gar ins Elend zu versinken, dieser wichtigste Sperrhaken in der sozialen Hebung der Menschheit, der versagt hier am leichtesten, weil die Folgen der schlechten Wohnungen erst in der Zukunft sich zeigen.“

Kurz: zu wenig kleine Wohnungen, mangelhafter Zustand der vorhandenen Wohnungen, ein übermäßig hoher Mietpreis: das sind regelmäßig im wesentlichen innerhalb der Städte, besonders der Großstädte, die unmittelbaren Ursachen oder, wenn man will, die konstitutiven Elemente der Wohnungsnot der ärmeren Klassen.

Fügen wir zum Schluß unserer Darlegung der tatsächlichen Wohnungsverhältnisse und -nöten noch die übersichtliche Zusammenfassung statistischer Angaben bei, wie sie Schmittmann in einer 1917 veröffentlichten Schrift<sup>2</sup> dargeboten hat.

1. Größe der Wohnungen. Etwa zwei Drittel der Stadtbevölkerung wohnt in Kleinwohnungen von zwei bis drei Räumen. Nach der letzten Wohnungszählung waren in Berlin von 470 000 Wohnungen

43,64 % der Wohnungen einräumig<sup>3</sup>,  
28 % „ „ zweiräumig.

Für kinderreiche Familien eignen sich diese 72 % der Wohnungen nicht. In andern Städten sind die Zahlen sogar noch ungünstiger:

Barmen . . . . .	54,87 %	einräumig
Königsberg . . . . .	54,16 %	„
Neukölln . . . . .	54,07 %	„
Magdeburg . . . . .	45,85 %	„
Posen . . . . .	44,86 %	„
Görlitz . . . . .	44,70 %	„

<sup>1</sup> Mahnruf in der Wohnungsfrage, in Schmollers Jahrbuch XI (1887) 342 f.

<sup>2</sup> Reichswohnversicherung (1917). (Schriften der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht, 1. Heft, 1917.)

<sup>3</sup> „Einräumig“ und „einzimmerig“ wird wohl auch unterschieden. „Einzimmerige“ Wohnungen enthalten außer dem einen heizbaren Zimmer noch Küche und nicht heizbare Räume.

Der Großberliner Verein für Kleinwohnungen konnte in einer Eingabe an das Ministerium für Landwirtschaft usw. darauf hinweisen, daß nach der Wohnungsbau- und Bevölkerungsaufnahme vom 1. Dezember 1910 von der Gesamtbevölkerung Berlins<sup>1</sup> rund 68300 Menschen in Wohnungen von nur einem einzigen Raum leben (2,4 % der Gesamtbevölkerung), 789000 Menschen (27,8 %) in Wohnungen, bestehend aus einem Zimmer und Küche, 940000 Menschen in Wohnungen von zwei Zimmern und Küche (32,7 %) und 330000 Menschen in Wohnungen von drei Zimmern und Küche. In einer Stadt wie Düsseldorf bestanden am 1. Januar 1911 von den besetzten 77000 Wohnungen 27000 Wohnungen nur aus zwei Räumen (über 35 %). In diesen Wohnungen lebten 93000 Menschen ( $\frac{1}{4}$  der Bevölkerung). Die Küche war dabei als Wohnraum gezählt.

Nach der Statistik des Großberliner Vereins für Kleinwohnungen sind 17,3 % der Fläche in Berlin mit fünfstöckigen Häusern, 37,5 % mit vierstöckigen, 33,9 % mit dreistöckigen und nur 11,3 % mit zweistöckigen Häusern bebaut. In Berlin macht das Verhältnis des engräumigen Hochbaues (d. i. des wenigstens dreigeschossigen Baues) 88,7 % aus, in Düsseldorf aber auch bereits 60 %. In Essen, das den stärksten Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahrzehnten hatte, findet sich infolge der vorbeugenden Maßnahmen der Stadtverwaltung geringere Bebauungsdichtigkeit als in Düsseldorf.

2. Was die Belegung der Wohnungen betrifft, so gilt als Durchschnittsregel:

a) Je kleiner die Wohnung, desto überfüllter ist sie. Nach der letzten Wohnungszählung waren von den einräumigen Wohnungen mit sechs oder mehr Personen belegt:

in Posen . . . . .	27,07 %
in Barmen . . . . .	22,35 %
in Magdeburg . . . . .	16,57 %
in Breslau . . . . .	14,73 %
in Neukölln . . . . .	14,34 %
in Berlin . . . . .	11,74 %

Berlin steht hier etwas besser als andere Städte. Die kinderreichen Familien sind eben dort besonders niedrig an Zahl. Immerhin wohnen in Berlin mehr als 600000 Menschen in einem heizbaren Zimmer mit mehr als vier Personen zusammen.

Die Behausungsziffer (Zahl der Bewohner, die durchschnittlich auf ein Haus kommt) stieg in den Jahren 1880 bis 1895:

in Breslau von . . . . .	33 auf 52
in Charlottenburg von . . . . .	18 auf 64
in Berlin von . . . . .	50 auf 77

Eine Untersuchung von kriegsunterstützten Familien mit mindestens fünf Kindern in Düsseldorf ergab, daß 21 % dieser Familien auf nur zwei Wohnräume beschränkt und über 10000 Personen auf 2768 Schlafräume mit 5773 Betten angewiesen waren. In Gladbach ergab die Untersuchung der Wohnungen kinder-

<sup>1</sup> In London wohnen nur 38,8 % in Kleinwohnungen (1—3 Räume). (In England herrscht der ebenerdige Kleinwohnungsbau vor.)



reicher Familien in letzter Hinsicht noch schlimmere Verhältnisse. Dort waren für 4347 Personen nur 1999 Betten vorhanden.

Es deutet in der Tat auf sehr mäßige Ansprüche hin, wenn die amtliche Statistik (Stat. Jahrbuch deutscher Städte) nur solche Wohnungen überfüllt nennt, wo mehr als fünf Personen in einem Raume dauernd wohnen.

b) Je kleiner die Wohnung, desto häufiger tritt der familienfremde Schlafgänger auf.

Von 1000 Wohnungen waren in Berlin mit solchen Schlafleuten besetzt:

bei einem heizbaren Zimmer . . . . .	397
bei zwei „ Zimmern . . . . .	393
bei drei „ „ . . . . .	137

Die Begründung zum preußischen Wohnungsgesetz von 1904 gibt für 1900 folgende Zahlen an:

in Berlin Schlafgänger von je 1000 einzimmerigen Wohnungen	391
in Breslau „ „ „ „ „ „	370
in Plauen „ „ „ „ „ „	596
in München „ „ „ „ „ „	572

3. Geringe Größe und starke Belegung der Wohnungen in den Groß- und Industriestädten führt sich zurück auf die hohen Mietpreise.

Als Durchschnittsregel gilt:

a) Je kleiner die Wohnung, um so teurer ist sie. Nach Wilms<sup>1</sup> kostet:

bei einer Wohnung von 20 bis 30 cbm der cbm	4,34 M
„ „ „ 30 „ 40 „ „ „	3,17 M
„ „ „ 40 „ 50 „ „ „	3,01 M
„ „ „ 90 „ 120 „ „ „	2,16 M

Die Wohnungsmiete für bessere Wohnungen schließt regelmäßig noch Nebenleistungen (Heizung usw.) ein, die bei den schlechtesten Wohnungen fortfallen.

b) Je kleiner das Einkommen, um so größer ist der Prozentsatz, der vom Einkommen für die Wohnung zu verwenden ist. Eine amtliche Erhebung von Wirtschaftsrechnungen im Deutschen Reiche für die Arbeiterklasse ergab bezüglich des Wohnungsaufwandes in der Einkommensstufe von

1600—2000 M . . . . .	17,7 %
2000—2500 M . . . . .	17,0 %
2500—3000 M . . . . .	15,5 %
3000—4000 M . . . . .	13,9 %

Für Köln hat das dortige statistische Amt<sup>2</sup> folgende Zahlen festgestellt. Es betrug der Mietaufwand:

bei einem Einkommen von . . .	650 M	27 %
„ „ „ „	660 bis 900 M	26 %
„ „ „ „	900 „ 1500 M	20 %
„ „ „ „	mehr als 30 000 M	5,83 %

<sup>1</sup> Fortbildungskursus bei der Kölner Verwaltungshochschule 33 (bei Schmittmann a. a. O. 15).

<sup>2</sup> Neuhaus, Kölner Statistik (1913).

Für 19 Mittel- und Kleinstädte Sachsens stellte das sächsische statistische Landesamt den Aufwand für Miete fest:

bei Einkommen	. . .	bis	400 M	32,8 %	des Einkommens
"	"	von	400 " 500 M	20,9 %	" "
"	"	"	900 " 1000 M	13,2 %	" "
"	"	"	1800 " 2000 M	10,5 %	" "
"	"	"	3400 " 4000 M	9,8 %	" "

In Leipzig wurde aufgewendet:

bei Einkommen	. . .	bis	400 M	31,9 %	des Einkommens
"	"	von	400 " 500 M	29,2 %	" "
"	"	"	950 " 1100 M	18,8 %	" "
"	"	"	1900 " 2200 M	18,0 %	" "
"	"	"	3400 " 4000 M	15,6 %	" "

Die Mietsquote fällt mit steigendem Einkommen. Bei der gewöhnlichen Arbeiterfamilie werden in vielen Städten 20—30 % des Einkommens für Wohnzwecke verwendet.

c) Je kleiner die Wohnung, desto häufiger und stärker sind die Mietsteigerungen. Richard Calwers Wirtschaftlich-statistisches Bureau stellte für die Zeit von 1905 bis 1912 Steigerungssätze von 11 bis 60 %, in einzelnen Fällen bis 100 % fest, in den zahlreichsten Fällen über 20 %. In Köln stiegen die Mietpreise von 1890 bis 1910 für zwei- und dreiräumige Wohnungen um 48—53 %.

Die Nomadenhaftigkeit der großstädtischen Bevölkerung offenbart sich in dem häufigen Umzug, der kein Interesse an der Wohnung und am Hausrat aufkommen läßt. In Berlin zogen jährlich über eine Million Menschen um, in Düsseldorf 64 % der Bevölkerung usw.

Man hat die Wohnfrage nicht mit Unrecht eine Lohnfrage genannt. Das empfinden insbesondere größere Familien. Die Arbeiter mit großer und mit kleiner Familie erhalten den gleichen Lohn. Die kinderreiche Familie aber bedarf zum Leben und zum Wohnen mehr als eine Familie mit wenig Kindern. Der Vermieter befürchtet bei der kinderreichen Familie häufigere Zahlungsunfähigkeit, häufigeren Wohnungswechsel, stärkeren Verbrauch der Wohnung usw. Die kinderreiche Familie, die am meisten Licht, Luft, Raum nötig hat, ist nach allem im Wohnen recht übel dran, schlimmer als die kinderarmen Familien. Das wird man im Auge behalten müssen bei den Reformvorschlägen für das Wohnungswesen. Bauordnungen und Baubeschränkungen usw. verteuern die Herstellung von Wohnungen und steigern die Mieten. Sie erschweren die Lösung der Frage nach der guten Unterbringung kinderreicher Familien, mögen sie im übrigen durchaus lobenswert sein. Auch das preußische Wohnungsgesetz (1917) konnte diese Schwierigkeit nicht beseitigen. Es ist eine Novelle zum Baufluchtliniengesetz, bietet die Rechtsgrundlage für baupolizeiliche Vorschriften, sichert die Durchführung von Wohnungsordnungen, bringt die obligatorische Einrichtung eines Wohnungsamtes für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern zur Durchführung der Wohnungsaufsicht. Es war gewiß ein großer Fortschritt, daß der preußische Staat sich grundsätzlich nicht mehr auf die finanzielle Beteiligung am Kleinwohnungsbau lediglich für seine eigenen Arbeiter und Angestellten beschränkte, sondern der gemeinnützigen Bautätigkeit den allerdings nicht aus-

reichenden Betrag von 20 Millionen zur Verfügung stellte. Allein man wird Schmittmann<sup>1</sup> beipflichten müssen, wenn er sagt: „Ein Wohnungsgesetz, das die Mindestforderungen für eine menschenwürdige Wohnung festsetzt, ist ein Unding, wenn nicht gleichzeitig dem einzelnen Mittel und Wege geboten werden, bessere Wohnungen zu bezahlen.“ Wir sagen: bessere Wohnungen; das soll heißen: Wohnungen, die dem heutigen sozialen Kulturminimum<sup>2</sup>, welches sich bekanntlich über das absolute Existenzminimum erhebt, entsprechen. Das muß um so nachdrücklicher gefordert werden bei dem offenbaren Zusammenhang zwischen Wohnungs- und Geburtenproblem.

Hier zeigt sich dann wieder besonders klar, wie das Wohnungsproblem seine Lösung nicht allein von der Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten erwarten kann, sondern Sache des Reiches ist<sup>3</sup>.

Es sind nun verschiedene Vorschläge gemacht worden, wie die Besitzlosen befähigt werden könnten, mit steigender Kinderzahl mehr für die Wohnung aufzuwenden. Die einen empfehlen das Sparen im Dienste der Wohnungsbeschaffung. So Marschall von Bieberstein<sup>4</sup>, Potthoff, Grabowsky<sup>5</sup>, Peus<sup>6</sup>. Die Gesellschaft für Bevölkerungspolitik empfahl bevölkerungspolitische Gesichtspunkte bei der Beamtenbesoldung. Andere wieder empfahlen Zuschüsse seitens der Behörden, Privater oder aus Stiftungsmitteln. So Erdmann<sup>7</sup>, Busching<sup>8</sup> usw. Frankreich führte durch Gesetz vom 14. Juli 1913 die offizielle Unterstützung kinderreicher Familien durch die Gemeinden, Departements, den Staat ein. Besonders aussichtsvoll darf wohl die Anwendung des Versicherungsgedankens (Verbindung von Selbsthilfe und öffentlicher Hilfe) auf die Milderung der Not kinderreicher Familien gelten. Schon Schäffle<sup>9</sup> brachte die Wohnungsreform in Beziehung zur Reichsarbeiterversicherung. In verschiedener Form tritt uns der Versicherungsgedanke wiederum entgegen bei Grotjahn<sup>10</sup>, v. Gruber<sup>11</sup>, Paull<sup>12</sup>, Walter Borgius, Lehmann<sup>13</sup>, Gretsche<sup>14</sup>. Andere wieder fordern Steuererleichterungen, Verbesserungen des Wohn-, Bau-, Realkredit- und Siedelungswesens im Dienste

<sup>1</sup> Reichswohnversicherung 30.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. I, Kap. 1, § 1, 5 f.

<sup>3</sup> Antrag Hitze und Jäger vom 6. Juni 1916.

<sup>4</sup> Die Sparpflicht der Minderjährigen (1914).

<sup>5</sup> Im neuen Deutschland, 25. Mai 1916.

<sup>6</sup> Reichswohnungskasse, in Der Tag, 24. Juni 1916.

<sup>7</sup> Neue Grundsätze in der Wohnungsfrage, in Kommunale Praxis, 16. Jahrgang, Nr. 1, 1 ff.

<sup>8</sup> Neue Wege zur Wohnungsreform, in Zeitschr. für Wohnungswesen 1916, Heft 10.

<sup>9</sup> Kern- und Zeitfragen. Neue Folge 1895, 307 ff.

<sup>10</sup> Geburtenrückgang und Geburtenregelung (1914) 339 361.

<sup>11</sup> Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückganges, in Münch. medicin. Wochenschrift 1914, 1038.

<sup>12</sup> Die neue Familie. Heft 70 aus „Der deutsche Krieg“.

<sup>13</sup> Wochenhilfe, Familienhilfe, Erziehungshilfe (1915).

<sup>14</sup> Westfäl. Wochenblatt vom Januar 1917. Die Reformbezeichnungen sind wie die Vorschläge selbst sehr verschieden, wenn sie auch dem gleichen Ziele dienen. Man spricht von einer Elternschaftsversicherung, von Elternpensionen, Erziehungsbeiträgen, von Familienversicherung, von einer Jugendfondssteuer, von einer Mutterschaftsrente, Erziehungsbeihilfe, oder man fordert obligatorische Lebensversicherung für die Erwerbstätigen mit geringem Einkommen usw.



der Kinderreichen. Große Erwartungen knüpfen sich auch an die ländliche Ansiedlung (Rentengüter, Gesetz über die Förderung der Ansiedlung vom 8. Mai 1916), an die Gründung von Kriegerheimstätten (Zulassung der Kapitalisierung eines Teiles der Kriegsversorgungsrenten zugunsten der Ansiedlung und Wohnungsbeschaffung).

In dem von Faßbender herausgegebenen Sammelwerke „Des deutschen Volkes Wille zum Leben“ treten Düttmann und Joos für Zwangsversicherung zur Behebung der Not der Kinderreichen ein. Auch Schmittmann entwirft einen ausführlichen Plan, wie durch entsprechenden Ausbau der Invaliden- und Angestelltenversicherung ein Anrecht auf eine Kinderrente — vom vierten Kinde unter 14 Jahren ab — progressiv mit jedem weiteren Kinde ansteigend erworben werden könnte. In der Zeit reichlichen Verdienstes bei fehlenden oder noch geringen Familienlasten solle der Arbeiter und Privatbeamte Beiträge aufbringen für die Zeit, in der die Familienlasten weiter steigen, Lohn und Gehalt aber nicht mehr steigen oder gar sinken. In anderem Zusammenhange werden wir von dem nach der Zahl der Kinder bemessenen „Familienlohn“ („Soziallohn“) zu handeln haben.

Ein einziges der angeführten Mittel dürfte für sich allein zur Überwindung der Not kaum ausreichen<sup>1</sup>. Es wird dazu verschiedener, richtig ausgewählter, zweckmäßig verbundener und durchgeführter Maßnahmen bedürfen.

Jedenfalls kann darüber kein Zweifel obwalten, daß die Wohnungsfrage mit vielen andern Fragen zusammenhängt und daß die Lösung der Wohnungsfrage ein höchst kompliziertes Problem darstellt.

**2. Verschiedene Erklärung und Beurteilung der Steigerung der städtischen Boden- und Häuserrente, der Verteuerung der städtischen Miete<sup>2</sup>.** Daß eine gewaltige Steigerung der Bodenpreise in den Städten, insbesondere in den Großstädten, Platz gegriffen, ist allbekannt. Erinnern wir nur an das Beispiel, das Andreas Voigt anführt: an die Preissteigerung, die Berliner Land am Kurfürstendamm erlebte. Es handelt sich um Land, das 1861 noch außerhalb des Berliner Weichbildes lag und damals einen Ackerwert von 0,12 *M* hatte. Faßt man lediglich die Steigerung des landwirtschaftlichen Nutzungswertes ins Auge, dann hätte dieses Land, das 1861 einen Ackerwert von 0,12 *M* hatte, im Jahre 1885 einen Ackerwert von 0,24 *M* gehabt, in der Voraussetzung, daß die landwirtschaftliche Nutzungssteigerung jährlich 0,08 betrage. Indem aber jenes Land in das städtische Weichbild einbezogen wurde, verlief die Preissteigerung in ganz anderer Weise. 1864 wurde 1 *M*, 1868 2 *M* für den Quadratmeter bezahlt. Zu Anfang der siebziger Jahre wurden in den Berlin

<sup>1</sup> Vgl. Schmittmann, Reichswohnversicherung 34 ff. 91 ff.

<sup>2</sup> Von den älteren Nationalökonomien haben William Thompson, Sismondi, John Stuart Mill die Baubodenrente mit einigen Bemerkungen bedacht. In Deutschland lenkte V. A. Huber zuerst die Aufmerksamkeit auf das Wohnungsproblem. Beachtenswert ist namentlich der Aufsatz von H. Knies über „den Wohnungsnotstand der unteren Volksschichten und die Bedeutung der Mietpreise“, in Zeitschrift für Staatswissenschaft XV (1859); ebenso Fauchers Abhandlung über „Die Bewegung der Wohnungsreform“, in der Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte 1865/66. Vgl. Ad. Weber, Wohnungsproduktion 351.

näher gelegenen Teilen bereits 20—50 *M*, in den entfernteren noch 2 4—5 *M* erzielt, 1883 in einem größeren Komplex 85 *M*, und zwischen 1883 und 1887 120—180 *M* für den Quadratmeter (des innerhalb der Baufluchtlinie gelegenen Landes) gezahlt. Die tatsächliche Preissteigerung stellte sich also für solches Land auf mehr als das Tausendfache des ursprünglichen Satzes.

Nach Voigt sind aber drei Arten von Bodenpreissteigerungen zu unterscheiden: die erste greift Platz bei der Verwandlung bisherigen Ackerbodens in Bauland, die zweite beim Übergang vom Kleinbau zum großstädtischen Hochbau, die dritte beim Übergang vom Wohnboden in Geschäftsboden. Als Beispiel für die letztere Art der Preissteigerung diene der Berliner Hausvogteiplatz während der 1880er und 90er Jahre, wo dort die Damenmäntelkonfektion ihr Quartier aufschlug. Ein Grundstück, das 1865 auf 400 000 *M* im Preise gestanden hatte, wurde 1893 für 1 525 000 *M* zum Abbruch verkauft. Sein Mietertrag hatte vor 1892 69 000 *M* betragen. Sein Nutzungswert war mit 58 000 *M* festgesetzt worden. Der Gebäudepreis des Neubaues ist auf 700 000 *M* (Feuertaxe 760 000 *M*) zu veranschlagen, so daß der neue Besitzer 2 200 000 bis 2 300 000 *M* im ganzen aufgewendet hat. Die Neueinschätzung des Nutzungswertes ergab jetzt 152 000 *M*. Das Grundstück mußte entsprechend auf 3 200 000 *M* eingeschätzt werden.

Sombart hat einmal von der Geißel der Grundrente gesprochen. Und in der Tat, die städtische Grundrente ist für die weitesten Kreise eine wahre Geißel geworden. Sie erhöht den Unternehmern gewaltig die Geschäftskosten. Allerdings werden die Unternehmer und Geschäftsinhaber in den bevorzugten Lagen höhere Preise für ihre Waren nehmen. Sie sorgen auch dafür, daß ihr Unternehmen „konsumorientiert“ (Alfred Weber) sei, rechnen auf eine Steigerung des Konsums und Absatzes, benützen die städtischen Verkehrserleichterungen, um ihre Waren in den entferntesten Stadtteilen herstellen zu lassen, verstehen es, in weitem Umfange die Lasten der Grundrente auf andere, die Arbeiter, abzuwälzen. Das ist regelmäßig der Fall bei den Hausindustrien. Doch auch sonst verhindert die Steigerung der Bodenpreise, die für den Unternehmer eine gewaltige Steigerung der Produktionskosten bedeutet, wenigstens eine Besserung in den Löhnungsverhältnissen, Lohnerhöhungen, die sonst bei so manchen die Rentabilität der Geschäfte günstig beeinflussenden Tatsachen des städtischen Verkehrslebens möglich wären.

Besonders nachteilig aber wirkt die starke Steigerung der Bodenpreise auf die Wohnungsverhältnisse, insbesondere der weniger bemittelten Bevölkerung. Daß drückende Verhältnisse im Wohnungswesen heute vorhanden sind (Mietpreise, Wohnungsgröße, Wohnungsbeschaffenheit), wird ja von niemand bestritten. Alles dies ist zahlenmäßig erwiesen — wenn auch Pohle auf dem ersten deutschen Wohnungskongreß zu Frankfurt a. M. von einer Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in den letzten De-

zennien sprechen zu können geglaubt hat<sup>1</sup>. Auch läßt sich schwerlich leugnen, daß die Mißstände im Wohnungswesen in unmittelbarer oder mittelbarer Beziehung zu den hohen Bodenpreisen stehen<sup>2</sup>.

Die Frage nach den Ursachen des Emporschnellens jener Preise und der städtischen Miete begegnet indes verschiedener Auffassung. Es lassen sich dabei zwei Gruppen unterscheiden, die nicht ohne besondere Lebhaftigkeit ihre Anschauung vertreten haben (Adolf Weber).

1. Die einen sprechen von einer natürlichen, mit der Entwicklung des Städtewesens verbundenen Erscheinung: die Verteuerung der städtischen Miete sei notwendige natürliche Folge von Angebot und Nachfrage sowie des natürlichen Bodenmangels. Hierhin gehören nicht nur bei der Sache interessierte Geschäftsleute des Bodenmarktes, Mitglieder von Hausbesitzervereinen usw., auch sehr achtbare Gelehrte, die im Sinne der älteren liberalen nationalökonomischen Theorie umfassenderen, stärkeren Eingriffen der öffentlichen Gewalten geringe Neigung entgegenbringen und mehr der ungeschwächten Freiheit privatkapitalistischer Kräfte vertrauen. Ebenfalls Philippovich konnte in der vorliegenden Frage für den gleichen Standpunkt in Anspruch genommen werden.

Es wird hingewiesen auf die starke und rasche Ansammlung der Menschen in den Städten, auf die wertsteigernde Wirkung der Citybildung zunächst für das Stadtzentrum, aber mit Rückwirkung auf den Wert auch des nichtzentralen Bodens, auf die wachsende und wechselnde Nachfrage nach Wohnungen usw. Bei der Starrheit des Wohnungsmarktes, der natürlichen Langsamkeit der Wohnungsproduktion können den Schwankungen in der Wohnungsnachfrage nicht so leicht Rechnung getragen werden, wie dies bei den heutigen Verkehrsverhältnissen für Nahrung und Kleidung möglich sei. Solche Schwankungen aber, die empfindliche

<sup>1</sup> Bei der Frage nach Beseitigung von Wohnungsschäden wird im einzelnen auch zu prüfen sein, ob sog. „Verbesserungen“ nicht etwa mit dem Rückgang der Geburtenzahl zusammenhängen.

<sup>2</sup> Zu Pohles Schrift über die Wohnungsfrage (2 Bändchen der Sammlung Götschen, 1910) bemerkt Hans Rost (Literarische Beilage der Köln. Volkszeitung Nr. 20, 18. Mai 1911): „Pohle steht den meisten landläufigen Maßnahmen der Wohnungspolitik skeptisch gegenüber. Er kommt zu dem Schlußergebnis, daß die Hoffnung auf die Möglichkeit einer allgemeinen Wiederverbilligung der Wohnungen in unsern Großstädten eine Utopie ist, wenn nicht etwa im Bauwesen ganz ungeahnte technische Fortschritte gemacht werden, für die aber kaum große Aussicht vorhanden ist“. Für Pohle ist das Wohnungsproblem in der Hauptsache ein Lohnfragenproblem. Mit der Zunahme der Lohnhöhe und der Lebenshaltung wird auch der Aufwand für Wohnungsmiete wachsen. Dieses Steigen des Mietaufwandes ist für ihn die Form, „in der sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine allgemeine Besserung der Wohnungszustände normalerweise hauptsächlich vollziehen muß“. Das freie Spiel der Kräfte, die „natürliche Entwicklung“ ist für Pohle der Weg, den man langsam und „ungeduldig über den Schneekengang der wirtschaftlichen Entwicklung“ gehen muß.“



Stockungen herbeiführten und auch das Risiko der Wohnungsunternehmer erhöhten, wurden verursacht durch die Beweglichkeit der Massen, durch Änderungen in der Kaufkraft (steigende und fallende Löhne), durch Sitten, Gewohnheiten (kurze Arbeitszeit fessele die Arbeiter weniger an die Arbeitsstätte als lange Arbeitszeit; Einfluß der Wohnmoden: z. B. Vorliebe für schöne Neubauten, verschiedene Ansprüche der Beamten und der Arbeiter bezüglich des Wohnens, individuelle Neigungen, wie Abscheu vor städtischem Lärm oder Vorliebe für denselben usw.). Das alles sei hier zu berücksichtigen, auch bei den Preisfragen. Die Wohnungsproduktion habe ein bedeutendes geschäftliches Risiko zu tragen. Eine Verteilung dieses Risikos auf verschiedene Personen sei durchaus angebracht.

Der ursprüngliche Bodenbesitzer trete selten in unmittelbare Beziehung zum Mieter. Er verkaufe das Land an einen Spekulanten, der dasselbe zunächst liegen lasse, um es an einen Terrainunternehmer weiter zu verkaufen. Natürlich beanspruche der Spekulant dabei nicht nur Ersatz des Zinsverlustes, sondern auch Gewinn. Es träten vielleicht auch noch Zwischenhändler auf, die ebenfalls gewinnen wollten. Ein Bauunternehmer baue sodann das Haus. Die Baukosten seien sehr gestiegen. Andreas Voigt hat gerade diese Steigerung der Baukosten<sup>1</sup>, durch Erhöhung der Materialpreise und der Löhne, unter den Ursachen der Steigerung der Mietpreise mit besonderem Nachdruck hervorgehoben. Sobald als möglich suche nun der Bauunternehmer das Haus mit Gewinn zu verkaufen, oft an jemand, der nur eine kleine Anzahlung leiste und Einzelwohnungen vermiete; er müsse Zinsen und Abzahlungen leisten, wolle leben, gewinnen. Die Mieter müßten für all dieses aufkommen.

Gewiß, die Spekulation spiele hier überall eine Rolle; der Bauboden könne sogar hier und da zum Spielball der Spekulation werden. Allein man dürfe nicht übertreiben und verallgemeinern. Die Bilanzen der Bodenunternehmungsgesellschaften zeigten, daß die Gewinne nicht allzu hoch seien; das große Risiko und die Verluste seien auch zu beachten. Übertriebene Spekulationssucht führe privatwirtschaftliche Schädigungen herbei, die dann von selbst Korrekturen erzwingen. Das sei jedenfalls besser als der Versuch, die Privatspekulation durch städtischen Bürokratismus fesseln oder ausschalten zu wollen. Schließlich bleibe zu beachten, daß die Bodenspekulation auch wertvolle Dienste leiste, indem sie das Land frühzeitig in größerem Umfange und darum billiger aufkaufe, dabei ein Risiko auf sich nehme, wie es der gewöhnliche Bauunternehmer nicht tragen könne. Mit Rücksicht auf dieses Risiko und den großen Kapitalbedarf gehe die Bodenunternehmung meist in Gesellschaftsform vor. Aufschließung der Grundstücke für den Bauzweck, Übernahme der Straßenbau- und Regulierungskosten, unentgeltliche Hergabe von öffentlichen Plätzen,

<sup>1</sup> Vgl. auch die Auffassung von Jopke, Die Entwicklung der Grundstückspreise in der Stadt Posen.

des Raumes für Kirche und Schulen, das seien doch unzweifelhafte Verdienste solcher Gesellschaften usw.

2. Auf der andern Seite wird das Steigen der Mietpreise der städtischen Bodenrente, wenn nicht ausschließlich, so doch mit besonderem Nachdruck auf künstliche Ursachen zurückgeführt, insbesondere auf die private Spekulation, auf soziale und rechtliche Einrichtungen, auf die Art und Weise, wie man Angebot und Nachfrage wirken ließ, wie Bauordnung, Stadtbauplan, Rechtsinstitute auf die Spekulation, den Grundstücksmarkt, die Bauart, das Baugeschäft und seine Organisation eingewirkt haben<sup>1</sup>. Auch die Vertreter dieser Auffassung wollen die „kausalen Zusammenhänge“ genau erforschen. Nur tritt bei ihnen klarer hervor, daß Unterlassungssünden der öffentlichen Gewalten bei der Feststellung dieser kausalen Zusammenhänge in gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Dingen besonders scharf ins Auge gefaßt werden müssen.

Eugen v. Philippovich hatte in seinem Referate über die Wohnungsfrage in den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik zu München im Jahre 1901<sup>2</sup> gesagt: „Meiner Meinung nach liegt die Quelle des steigenden Bodenwertes im Zentrum der Stadt. Dort bewirkt das Zusammendrängen der kaufmännischen und industriellen Betriebe . . ., daß eine Konkurrenz um den Boden stattfindet, die dem Hausbesitzer die Möglichkeit gibt, steigende Mieten zu erzielen, und erst wenn dort die Preise unerträglich sind, wandert die Bevölkerung in die Außenbezirke. Ich erblicke also die Quelle des Bodenwertes in den inneren Bezirken, und die Bodenwertsteigerung dort, wo die Bodenspekulation angeblich die Ursache der Preissteigerung ist, ist erst die Konsequenz der Bewegung im Innern.“ Demgegenüber machte Brentano auf derselben Versammlung geltend<sup>3</sup>: Philippovich möge wohl recht haben hinsichtlich des historischen Vorganges: die Mietsteigerung im Innern der Städte sei das erste, und sie rufe dann die Spekulation an der Peripherie hervor. Allein diese Spekulation an der Peripherie der Städte sei doch nicht bloß Konsequenz der Bewegung im Innern, sondern auch Ursache sowohl der Preissteigerungen im Umkreis großer Städte, wie sie auch auf die Mieten im Innern der Städte zurückwirke. Der Mann, der in der Stadtmitte wohne, werde infolge der Verteuerung der Wohnungen an der Peripherie um so länger seine Wohnung im Zentrum behalten wollen und so zur weiteren Mietsteigerung im Inneren beitragen. Auch die Behauptung Philippovichs<sup>4</sup>: nicht der Bodenwert bestimme den Mietzins, sondern umgekehrt: der Mietwert bestimme den Bodenwert; der Bodenwert werde erzeugt durch den Werterzeugungsprozeß des städtischen

<sup>1</sup> Vgl. Schmoller, Grundriß II 447. Über den Einfluß der Bodenspekulation vgl. unter andern Schmollers Jahrbuch XXXI (1907) 139 ff. 365 421 ff.; XXXII (1908) 487 ff. 566 ff. 1742 ff. 1822 ff.; Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV (1907) 613; ebd. XXVI (1908) 887 f.; Zeitschrift zur Sozialwissenschaft. N. F. II (1911) 89 ff. 612 ff.; Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXIII (1907) 1 ff. (Grundrente in der Peripherie der Stadt); Jahrbuch der Bodenreform (1905) Bd. 1: Ad. Webers Replik auf Pohlmanns Kritik. — Zu Eberstadts Auffassung vgl. Schmollers Jahrbuch XXXIII (1909) 475 ff. 1337 ff.; Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVIII (1909) 552 (auch Bd. XXV 613).

<sup>2</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik XCVIII (1902) 48.

<sup>3</sup> Ebd. 116 f.

<sup>4</sup> Ebd. 44.

Verkehrs, der Bodenpreis sei eine Funktion des Mietpreises und nicht umgekehrt — auch diese Behauptung ist lebhaft angefochten worden. Tatsächlich bewirke die Bodenspekulation künstliche Preissteigerungen des Bodens und verteuere damit die Bodenrente, weil sie nach Art eines Monopols die Höhe des Ertrags aus Boden und Gebäuden beeinflusse, ohne daß natürliche Voraussetzungen dafür vorlägen. Die Spekulanten verstünden es, den Boden an der Stadtgrenze fest in ihre Hände zu bringen, die Preisbildung werde dann von den Besitzern einseitig beherrscht. Habe ja doch schon Adam Smith gesagt: Daß in London die Hausmieten teuer seien, das komme hauptsächlich von der Teuerung der Grundrente, indem jeder Grundbesitzer „wie ein Monopolist“ handle. Dem Einwande Fr. v. Wiesers<sup>1</sup> aber, wenn mehrere Spekulanten da seien, so machten diese einander Konkurrenz, und so könne ein Monopol nicht aufkommen, wurde erwidert: es handle sich hier nicht um Waren, die verkauft werden müßten, weil deren Vergänglichkeit ein Aufstapeln nicht erlaube; die Spekulanten hätten das gemeinsame Interesse, den Boden festzuhalten mit Rücksicht auf den von allen erwarteten Gewinn.

Die größere Ausnutzung des Bodens mittels des Hochbaues, des Massenmiethauses, erweitert für die Spekulation noch die Gewinnmöglichkeiten, weil eben diese Form des Baues die Ausnutzung und den Preis des Bodens sogleich bedeutend in die Höhe treibt, und zwar in der ganzen Umgebung, auch in den Stadtgrenzen und wo sonst an Land noch kein Mangel ist.

Kurz, in ordine intentionis wird der Mietwert den Bodenwert bestimmt haben, in ordine executionis aber müssen hohe Mieten deshalb bezahlt werden, um eben jenen Berechnungen, Hoffnungen und Wünschen der Spekulanten Erfüllung zu gewähren.

Die Bodenspekulation wäre also in dieser Auffassung nicht so harmlos. Sie würde nicht bloß einen im Boden schon wirklich vorhandenen, gestiegenen Wert vorweg nehmen; sie bewirke vielmehr Preissteigerungen, die in den natürlichen, den Wert bestimmenden Verhältnissen keine Begründung fänden. In der andern Auffassung wäre die Bodenrente nur Differentialrente, nicht Monopolrente; bloß ein Überschuß, der sich für den Boden in günstigerer Lage gegenüber dem Boden in weniger günstiger Lage ganz natürlich, wie von selbst, ergeben müßte.

Und diese harmlosen Spekulanten, welche dem Gemeinwohle so hervorragende Dienste leisten, wären eigentlich sogar recht bedauernswerte Leute. Sind ja doch hervorragende Nationalökonomien zu dem Ergebnis gelangt, daß die Gesamtverluste der sog. Terraingesellschaften (unter Berücksichtigung der Zinsverluste) die gesamten Gewinne dieser Gesellschaften sogar nicht unwesentlich überstiegen. Diese Aufstellung fand allerdings starken Widerspruch. In seinem Buche über „Boden- und Hypothekenprobleme“ bezeichnete Eschwege die in der Öffentlichkeit erscheinenden Geschäftsberichte der Terraingesellschaften als wenig zuverlässig.

<sup>1</sup> Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, in Grundriß der Sozialökonomie I (1914) 366. Für den einzelnen Fall bestreitet übrigens auch Wieser die Möglichkeit der Monopolbildung nicht, insbesondere nicht einer Ringbildung der Spekulanten. Ebenfalls Philippovich kennt „getrennte Märkte“ an der Stadtgrenze mit Eigenbewegung der Bodenpreise und gibt (Bd. II seines Grundrisses) die Möglichkeit lokal begrenzter Monopole zu. — Der Markt der städtischen Mieten ist Lokalmarkt, und insofern kann man von einem Monopol der städtischen Grundbesitzer reden, wenn dieser Markt keine Erweiterung erfährt.



Er meint, daß so manche dieser Gesellschaften es verstünden, ihre tatsächlich gemachten Gewinne in raffiniertester Weise zu verschleiern und selbst bei angeblich verlustreichen Geschäften in Wirklichkeit große Gewinne zu machen. Pohlmann aber sieht gerade in den sog. „verlustbringenden“ Terrainspekulationen „von allen Schädlingen am Wirtschaftskörper die schädlichsten“. Und in der Tat, es handelt sich ja bei manchen solcher Bodenspekulationen nicht um eine volkswirtschaftlich gesunde Spekulation, welche dem möglichst zweckmäßigen Ausgleich von Angebot und Nachfrage dient, sondern um reines Gewinnstreben, in großem Umfange um Beutezüge und Beutegewinne auf Kosten des Volkes. Würden sich immer wieder neue Spekulantengesellschaften bilden, wenn in der Tat die Aussicht auf Verluste größer wären als auf Gewinn? Gebranntes Kind scheut das Feuer! Das gilt für niemand mehr als für die Spekulanten. Würden ferner die Banken und Großbanken sich „bankwidrig“ (Schulze-Gävernitz) ohne sichern Gewinn an der Bodenspekulation nur deshalb etwa beteiligen, um mitzutragen an dem Leide der armen Spekulanten, die so großmütig sich der Gefahr aussetzen, ihr Geld zu verlieren? Gewiß, die Möglichkeit des Verlustes ist mit jeder Spekulation verbunden. Doch dürfte Georg Haberland recht behalten, wenn er sagt: Es mag zahlreiche Beispiele geben, in denen solche Spekulationen nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, in der Mehrzahl der Fälle jedoch ist derartigen Terrainbesitzern außer der landesüblichen Verzinsung ein ganz erheblicher Gewinn verblieben.

Ein besonders scharfes Auge für künstliche Bodenpreissteigerungen haben die sog. Bodenreformer<sup>1</sup>. Die alten Bodenreformer, die Henry George folgten, sahen in dem Bodenwert überhaupt etwas Künstliches: reeller Wert ist nach ihnen nur ein Kostenwert, der Wert eines mit Mühen und Aufwendungen produzierten Gutes. Grund und Boden aber könne nicht produziert werden, sein Wert sei also kein Kostenwert, folgerichtig kein reeller, sondern lediglich ein fiktiver Wert. Nur insofern gewinne er eine gewisse Realität, als er, einmal im Preise beim Ankauf usw. bezahlt, für den Besitzer zu einem Kostenbestandteile geworden sei. Es war auch eine Übertreibung, wenn George behauptete, durch die Entwicklung der Bodenrente werde der Reallohn des Arbeiters auf das Existenzminimum herabgedrückt. Dem stellte Diehl mit Recht die Erfahrungstatsache gegenüber, daß „die Löhne trotz des Tributes, den die ganze Volkswirtschaft in der Form der Rente an die Grundbesitzer zahlt, durchaus eine Erhöhung erfahren können“.

Große technische Fortschritte werden die Lage der Konsumenten verbessern. Aber sie würden doch, so antworten die Bodenreformer, ohne die Steigerung der Bodenrente eine weit größere Verbesserung herbeiführen können. „Wo ist der Fortschritt der Kultur geblieben?“ fragt Adolf Damaschke<sup>2</sup>: „Er ist in der Hauptsache von . . . dem Boden aufgesogen worden. Das Stück nackten Sandbodens, auf dem die Stadt Berlin steht, das vor tausend Jahren fast wertlos war, gilt heute rund 6 000 000 000 M! Rechnet man die Grundrente zu 4 % des Wertes, so ergibt sich, daß die Menschen, die auf dieser einen Quadratmeile unseres Vaterlandes leben und arbeiten, jährlich 240 000 000 M Grundrente aufzubringen haben,

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 3, § 3, 214 ff.

<sup>2</sup> Die Bodenreform<sup>10</sup> (1915) 61 ff. Vgl. auch Robert de Frantz, Moderne Bodenreform, in Das Neue Österreich I (1916) 43 ff.

d. h. an jedem Arbeitstage 800 000 M! Erst wenn von dem Gesamtertrag diese ‚Grundrente‘ entrichtet ist, kann der ‚Zins‘ für die Instandhaltung und Erneuerung der Baulichkeiten, der Maschinen und Werkzeuge und der ‚Lohn‘ für jede Arbeit zur Verteilung gelangen.“

In der neueren Richtung der „Bodenreformer“ unter Damaschkes Führung tritt die Forderung des Gemeinbesitzes am städtischen Boden hinter milderen Forderungen zurück. Man begnügt sich mit verstärkter Sozialisierung des Grundeigentums, einem vermehrten Aufsichtsrechte der Allgemeinheit, mit der teilweisen Überführung der städtischen Grundrente an die Allgemeinheit usw. „Der Bund der deutschen Bodenreformer sieht“, wie es in seinem Programm heißt<sup>1</sup>, „in der Grund- und Bodenfrage den wesentlichsten Teil des sozialen Problems. Er tritt dafür ein, daß der Grund und Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht.“<sup>2</sup> Billiges Land, billiges Geld, billige Baumaterialien — das sind nach Damaschke die drei Voraussetzungen für die Lösung des Wohnungsproblems. Bekannt sind die großen Verdienste, die Damaschke sich speziell um die Organisation des Heimstättenwesens erworben hat. (Seit 1915 Ausschuß für Kriegerheimstätten.)

Einen hervorragenden und selbständigen<sup>3</sup> Platz unter den Kämpfern um Wohnungsreform nimmt ebenfalls Rudolf Eberstadt ein. Er will Mittel und Ursachen prüfen, durch welche es der Bodenspekulation möglich geworden, die Bodenpreise und die Mieten übermäßig zu steigern. Als solche bezeichnet er einerseits die Mietkaserne, die durch verkehrte Bebauungspläne begünstigt werde, anderseits die hohe Verschuldungsmöglichkeit des Bodens, wie sie aus einer falschen Organisation unseres Hypothekenwesens sich ergebe. Die Hypothek ist Pfandrecht an Grundstücken unter Einbeziehung der auf dem Boden errichteten Gebäude. Das alte deutsche Recht kannte ein besonderes Pfandrecht am Gebäude. Das heutige deutsche Recht aber folgte dem römischen Rechte: *superficies solo cedit*. Hieraus ergebe sich eine Verschmelzung von Bauwert und Bodenwert, zu Nutz und Frommen geriebener Spekulanten. Die Hypothek entsteht nämlich durch einfache Eintragung in das von einer öffentlichen Behörde geführte Grundbuch. Um die genaueren Entstehungsgründe einer Hypothek kümmert man sich bei der Eintragung nicht. Nach dem Prinzip der Priorität hat ferner die früher eingetragene Hypothek den Vorrang vor den später eingetragenen, die erste Hypothek vor der zweiten usw. Die erste Hypothek ist hier die des Bodenspekulanten, der beim Verkauf des Grundstückes den hochgespannten Bodenpreis regelmäßig kreditiert, oft auch das Geld für den Hausbau selbst vorschießt und durch hypothekarische Eintragung seiner Forderung in das Grundbuch diese sichert. Falliert nun der Käufer, dann hat der Bodenspekulant seine Forderung durch den Boden und dazu

<sup>1</sup> Adolf Damaschke, Soziale Streitfragen, 1. Heft: Gemeindesozialismus 152 f. Ders., Aufgaben der Gemeindepolitik (1901) 220.

<sup>2</sup> Mit Rücksicht hierauf meint Diehl (Zur Kritik der Reichswertzuwachssteuer, im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik XL [1910] 296), passe der Name „Steuerreform“ besser als „Bodenreform“. Vgl. auch Diehl, Bodenbesitzreform, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften III<sup>3</sup> 95 ff.

<sup>3</sup> Eberstadt ist nicht „Bodenreformer“.

noch durch das Haus gesichert. Er wird das Ganze dann zu dem billigeren Preise der Versteigerung übernehmen können. Nach dem Prinzip der Priorität hat er ja den Vorrang vor späteren Hypothekengläubigern, denen nur zu oft das Nachsehen bleibt. Eberstadt fordert nun eine gründliche Umgestaltung unserer Realkreditinrichtungen<sup>1</sup>. Er verlangt namentlich eine grundsätzliche Scheidung zwischen der Beleihung des Bodens und der Beschaffung des Geldes zum Hausbau. Diese Scheidung habe einst unsere Städte geschaffen, den Bürgerstand der Feudalhörigkeit entwachsen lassen auf Grund des deutschrechtlichen Gedankens, daß das Recht dessen, der mit seiner Arbeit und seinem Gelde das Haus baut, dem Rechte des Bodens vorgehen soll. Diese Auffassung hat Eberstadt temperamentvoll gegen alle Angriffe verteidigt und an ihr wie auch an der Verurteilung der Mietkaserne bis zuletzt<sup>2</sup> festgehalten. Einen ähnlichen Standpunkt nimmt Eugen Jäger<sup>3</sup> ein. Auch C. J. Fuchs vertritt und begründet mit Geschick und nicht ohne Schärfe die Notwendigkeit der Wohnungsreform. Er meint aber, daß Eberstadt den „vollständig richtigen Gedanken“, der seinen Beweisführungen zugrunde liege, auf die Spitze treibe und verallgemeinere<sup>4</sup>. Von andern Theoretikern, die hierhin gehören, sei noch Paul Voigt erwähnt, der in seiner Schrift über die Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin speziell den Einfluß der Bauordnung auf den Bodenwert genauer nachzuweisen versucht hat.

Von den Männern der Praxis, welche in der Kontroverse über die Boden- und Häuserrente auf der gleichen Seite stehen, verdient der Oberbürgermeister Adickes von Frankfurt a. M. besonders genannt zu werden.

Adickes<sup>5</sup> hielt die Spekulation in Grundeigentum für den hauptsächlichsten Grund der ungesunden Steigerung der Bodenpreise. Auch der preussische Regierungserlaß vom 4. April 1901 besagte: „Die heute herrschenden Mißstände haben ihre Hauptursache in der ungesunden Bodenspekulation.“ Mit besonderem Nachdruck hat ebenfalls Adolf Wagner die Aufmerksamkeit gerade auf die verderbliche, gemeinschädliche Wirksamkeit des Spekulationsfaktors hingelenkt<sup>6</sup>.

In der Tat, ein tiefer Gegensatz besteht zwischen der Anschauung, welche die Hauptursache der hohen Bodenpreise in die Bodenspekulation verlegt, und der andern Ansicht, die den Bodenpreis aus Angebot und Nachfrage ganz natürlich entstehen läßt, in ihm eine volkswirtschaftliche

<sup>1</sup> Vgl. Eberstadts Aufsatz: Wohnungsfrage, Wohnungswesen, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 1403. Auch die älteren Schriften, wie „Wohnungswesen und Wohnungsfrage“ usw.

<sup>2</sup> Vgl. die letzte Schrift „Neue Studien über Städtebau und Wohnungswesen“ (1912).

<sup>3</sup> Kurz im Aufsatz „Wohnungsfrage“, im Staatslexikon der Görresgesellschaft V<sup>3-5</sup> 1150 f.

<sup>4</sup> Gelesnoff, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre (Übersetzung Altschul [1918] 594 ff.), meint, es sei Eberstadt der Beweis für eine künstlich in den Grenzbezirken (durch vielstöckige Bauweise) geschaffene „Kasernierungsrente“ nicht gelungen. Vgl. dazu auch K. v. Mangoldt, Die städtische Bodenfrage (1907) 158.

<sup>5</sup> Art. „Städterweiterungen“ im Handw. d. Staatswissensch. VI<sup>2</sup> 968 ff.; VII<sup>3</sup> 780 ff.

<sup>6</sup> Wohnungsnot und städtische Bodenfrage (1901). Art. „Bodenrechtsordnung“ im Handw. der Staatswissensch. IV<sup>2</sup> 793 ff.; V<sup>3</sup> 76 ff.



Funktion der Mietpreise ersieht, auf welche die Spekulation einen wesentlichen Einfluß auszuüben nicht imstande sei. Schmoller<sup>1</sup> hat gemeint, die Verschiedenheit des Urteils führe sich zum Teil auf Verschiedenheiten der lokalen Beobachtung zurück: „Der eine hat Gegenden und Städte vor Augen mit mäßiger Steigerung oder gar stillstehender Grundrente, wo eine große Spekulation fehlt, der Mehrwert wesentlich Folge der Straßen- und Hausbaukosten ist; der andere hat die Gegenden und Städte beobachtet, wo die Spekulation und die Bauordnung ganz andere sind, wo ein starkes Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage, eine sehr starke Monopolrentenbildung, ja ihre Steigerung durch gefälschte Taxen und künstliche Preistreiberei vorhanden ist.“ Man wird den Einfluß von Verschiedenheiten der lokalen Beobachtung gewiß nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Die volle Erklärung der Kontroverse ist aber damit nicht gegeben. Es stehen da auch, wie uns scheinen will, prinzipielle Fragen im Hintergrunde: die alten grundsätzlichen Gegensätze zwischen kapitalistisch freiwirtschaftlicher und sozialorganischer Auffassung.

Wenn wir nun von unserem Standpunkte aus Verständnis für die Notwendigkeit einer Bodenreform bewahren, so können wir doch nicht den besondern Auffassungen aller Bodenreformer beistimmen, die ja zuweilen sich stark in Übertreibungen verlieren. Wir möchten namentlich auch hier nachdrücklicher dem Einfluß sog. „natürlicher“ Momente Rechnung tragen, nicht die ganze Schuld mißlicher Verhältnisse allzu einseitig der Spekulation aufbürden. Das bedeutet für die Reform keine Hemmung. Denn diese will nicht bloß künstliche Ursachen von Mißständen beseitigen, sondern nach Möglichkeit auch solche, die sich aus der „natürlichen“ gesellschaftlichen Entwicklung ergeben.

Die Bodenspekulation schwebt „natürlich“ nicht in der Luft. Sie sucht und findet ihren Stützpunkt in tatsächlichen Verhältnissen, sei es in der — eine industriestaatliche Entwicklung in heutiger Form einmal vorausgesetzt — „natürlichen“ Bildung und Gestaltung unseres Städtewesens, sei es in besondern Umständen (z. B. Bauordnung), die auch bei den bestehenden Verhältnissen nicht gerade als etwas Notwendiges sich darstellen. Sie schafft dabei keine neuen Werte, wohl aber Preise, die den Werten vorauseilen, in der Realität gegebener Verhältnisse überhaupt keinen oder noch keinen Titel besitzen. Es kann nicht schwer fallen, uns hiervon zu überzeugen.

Der Wohnungsboden (Standortsboden) ist teurer als das landwirtschaftlich benutzte Grundstück. Das städtische Haus wirft eine höhere Rente ab als der Acker. Der städtische Boden hat einen größeren Wert als der Boden im Dorf, der großstädtische, *ceteris paribus*, einen höheren als der kleinstädtische. Innerhalb derselben Stadt wird sodann eine mit Rücksicht namentlich auf Geschäftszwecke günstige Lage den

<sup>1</sup> Grundriß II 448.

Wert, weil den Ertrag der Gebäude bzw. des Wohnungsbodens, erhöhen („Grundrente der Lage“, auch „besondere Standortsrente“). Die gewaltigste Steigerung des Bodenwertes aber weist, wie schon gesagt, das Herz der Großstadt auf. Hat die städtische Rente unter dem Druck der wachsenden Bevölkerung, bei dem beständigen Zudrang namentlich vom Lande her (Großstadtbildung), an und für sich bereits eine steigende Tendenz, so führt der äußerst lebhafte Wettbewerb speziell um den im Innern der Stadt befindlichen Boden, die Umbildung der zentral gelegenen Wohnviertel in Geschäftsviertel (City), die Steigerung der Werte und Preise gerade der Geschäftslokalitäten daselbst, zu einer erschreckend raschen und gewaltigen Erhöhung der Mietpreise, und da der Nutzungswert die reelle Unterlage für den Preis eines Grundstücks bildet, dementsprechend zu einem ebenso rapiden Emporschnellen der Bodenwerte. Übrigens finden sich diese riesigen Wertsteigerungen nicht bloß bei dem zentral, sondern auch sonst günstig gelegenen Boden<sup>1</sup> (Berliner Westen!).

Das alles sind „natürliche“ Faktoren, deren berechtigter Einfluß auf Wert und Preis des Bodens und der Wohnungen (hierbei Steigerung der Baukosten durch Erhöhung der Löhne und Materialpreise mit eingeschlossen) nicht bestritten werden kann, Faktoren, deren Wirksamkeit jedoch bei den besondern Verhältnissen des großstädtischen Grundeigentums nur zu leicht eine nicht gerade „natürliche“ Überspannung zuläßt. Die Mietsteigerungen im Innern der Stadt aber wecken, indem sie die Aussichten auf ein Hinauspilgern der Bevölkerung in die Vorstädte eröffnen, die Spekulation an der städtischen Peripherie. Es entwickelt sich daselbst nicht selten ein förmlicher Handel mit „Terrains“<sup>2</sup>. Terraingesellschaften, Ringe von Spekulanten bilden sich, welche Land für „Baustellen“ aufkaufen. Fast jede Großstadt wurde durch ein Band von Spekulationsland blockiert, welches so lange „aus dem Markt“ gehalten wird (Ausschaltung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage durch kapitalistische Hände), bis der Wohnungsbedarf der wachsenden Bevölkerung den Verkauf mit größtem Gewinn erlaubt. Arbeit erfordert jener Boden nicht; viele Steuern brauchen für ihn auch nicht gezahlt zu werden, wo solche „Baustellen“ nach den niedrigen Sätzen des agrarischen Bodens besteuert werden<sup>3</sup>. Man kann ja warten. Denn die Erhöhung der Selbstkosten durch den Zinsenzuwachs der Zwischenzeit findet ihre Deckung in dem zukünftigen Preise und bleibt ganz außer Verhältnis zu dem in Aussicht stehenden und mit der Zeit wachsenden Gewinne. Besondern Dank schuldet der glückliche Spekulant der Bauordnung, die den billigsten

<sup>1</sup> Vgl. Paul Voigt, Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten (1901).

<sup>2</sup> Vgl. Strehlow, Der städtische Boden als Handelsware und seine Preisbildung, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik IL (1915) 363 ff.; ebd. LI (1916) 822 ff.

<sup>3</sup> In vielen Städten wurde ein Terrain, das nach dem Plan der Stadterweiterung in die Stadt fällt, doch gleich als Bauplatz besteuert.

Baugrund hoch in den Lüften zu suchen, das Gelände bis zum äußersten auszunutzen gestattet, hierdurch aber zu allen andern Renten ihm noch die „Kasernierungsrente“ (Eberstadt) in den Schoß wirft. „Es kann keine größere Fälschung geben als das Schlagwort: Die hohen Bodenpreise erzwingen die Mietkaserne“ — in seiner Ausdehnung auch auf die städtische Peripherie. „Das Umgekehrte ist der Fall: der Zwang der künftigen Mietkaserne wird in dem hohen Bodenpreis antizipiert.“<sup>1</sup> Man mag dieser Auffassung vielleicht kritisch zweifelnd oder verneinend gegenüberstehen. Aber sollte alles dabei aus der Luft gegriffen sein?

Neben der Terraingesellschaft oder dem Baustellenhändler sind dann als zweite Partei an dem heutigen System der Wohnungsproduktion die Bauunternehmer beteiligt. Dem Bauunternehmer fehlt Macht und Interesse, der Preissteigerung des Bodens entgegenzuwirken. Bei einem Bodenpreis von 70 M für den Quadratmeter steht er nicht schlechter als bei einem Bodenpreis von 25 M. Er ändert nur die Bauweise von einem dreigeschossigen Hause zur Mietkaserne. Insofern wird der Bauunternehmer Bundesgenosse, nicht Gegner der Bodenspekulation. Der Bauunternehmer, der Mietwohnungen auf Spekulation baut oder durch seinen Baumeister bauen läßt, ist ferner meist kapitalbedürftig, ja regelmäßig auf Kredit angewiesen. Er braucht darum noch keineswegs zum „Bauschwinder“<sup>2</sup> zu werden, der ohne ausreichendes Baugeld baut und sein Risiko auf die Bauhandwerker abwälzt, die bei der Zwangsversteigerung leer ausgehen. Nein, er kann in ehrlicher Weise vorgehen, die Einrichtungen für das Hypothekenwesen, die gerade für den Zweck geschaffen sind, daß auf Kredit gebaut werde, für sich ausnutzen. Er kann sich an die Baugeldbank wenden. Nicht selten wird er auch das Baukapital von dem Bodenspekulanten selbst empfangen und so ganz von diesem abhängig werden<sup>3</sup>. Der Hausbau beginnt mit der Forderung des Bodenspekulanten belastet. Es treten zu dieser Last die hypothekarisch gesicherten Forderungen der Kreditgeber des Bauunternehmers hinzu, wie auch dessen Gewinnansprüche in gleicher Weise ihre Sicherung finden müssen. Der stark, vielleicht schon überstark belastete Bau wird dann an die dritte Partei in dem heutigen System der Wohnungsproduktion, an die „Hausbesitzer“, den „Hauswirt“, abgeschoben. Bares Geld wird bei diesem Hauserwerb nur in geringfügigen Beträgen oder überhaupt nicht verlangt. Es mag ja auch rentabel sein, das Kapital, über das man verfügt, nicht in einer einzigen größeren Anzahlung zu verbrauchen. Man kann es auf mehrere Objekte verteilen. Ein verhältnismäßig geringes Vermögen erlaubt es dem Spekulanten, „mehrfacher Hausbesitzer“ in der Großstadt zu werden.

<sup>1</sup> A. Wagner, Wohnungsnot und städtische Bodenfrage (1901). Art. „Grundbesitz (Bodenrechtsordnung)“ im Handw. der Staatswissensch. IV<sup>3</sup> 793 ff.; V<sup>3</sup> 76 ff.

<sup>2</sup> Zum „Bauschwinder“ vgl. Brauer, Bodenfrage 84 ff.

<sup>3</sup> Eberstadt, Wohnungsfrage, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 1402.



Ja wozu überhaupt im weiteren Verlauf eine Anzahlung? „Solange der Käufer eine Avance gibt (d. h. das Grundstück zu einem höheren als dem vorausgehenden Erwerbspreis übernimmt), kann der Verkäufer ruhig statt baren Geldes eine neue Hypothek in Zahlung nehmen. Diese Hypothek repräsentiert seinen Gewinn, und die Verzinsung ist die Rente dafür; bleibt später die Zinszahlung aus, so nimmt der Vorbesitzer sein Grundstück in der Subhastation zurück. Solche Objekte werden zu einem übertriebenen Preise weitergeschoben; bares Geld kommt bei dem Handel gar nicht in Frage, und dennoch finden beide Kontrahenten ihre Rechnung dabei: der Vorbesitzer empfängt die Rente eines übermäßigen Hauspreises, und der ‚Käufer‘ macht seinen Profit an der Miete.“<sup>1</sup>

Die Verschuldung wird aber unter solchen Umständen nicht nur hoch, sie ist auch faktisch unablösbar und ständig steigend. Der gewerbsmäßige Hausbesitzer hat kein Interesse daran, die Schuldenlast, die auf dem Spekulationshaus ruht, zu mindern. Annuitätendarlehen verschmäht der gewerbsmäßige Hausbesitzer. Eine gesetzliche Pflicht allmählicher Abtragung der Schuld besteht nicht. So entbehrt die städtische Bodenschuld jeder Tilgung<sup>2</sup>. Das höchst verschuldete Haus verkauft sich ja auch am leichtesten. Kleine Anzahlung oder gar keine, und dann auf bestimmte Zeit unkündbare Hypotheken ohne Amortisation, was fehlt noch, um aus dem fertigen Haus wieder ein vorzügliches Spekulationsobjekt zu machen? Man besitzt Häuser — um darin zu wohnen? Nein! um sie zu verkaufen — natürlich nicht mit Schaden! Kaum ist eine Lohn- oder Gehaltserhöhung usw. in Sicht, dann muß der Spekulant seinen Anteil daran haben, und zwar dauernd. Die Mieten werden alsbald erhöht, der gesteigerte Ertrag in einem höheren Hauspreis kapitalisiert, diese Wertsteigerung durch Verkauf realisiert und für die Zukunft festgelegt. (In den Jahren 1886—1890 hat mehr als die Hälfte des gesamten Berliner Grundbesitzes den Eigentümer gewechselt.) Gerade die allerbesten Spekulationsobjekte aber, die großen Mietkasernen, bestimmen die Wertbildung für die andern Häuser und Wohnungen. Müheloser Gewinn des Spekulanten durch Miet- und Preissteigerung auf der einen Seite, Verteuerung des Wohnungswesens in der ganzen Stadt auf der andern Seite! Das Spiel wiederholt sich von Zeit zu Zeit zum Schaden und auf Kosten der breiten Massen der Bevölkerung, ja aller Klassen und Stände! „Denn natürlich werden jene steigenden Werte (von Boden und Haus) nicht aus dem Nichts geschaffen, sondern sind in letzter Linie antizipativ kapitalisierte Zahlungen, welche die Benutzer der Häuser, die Mieter, in hohen, steigenden, ihnen durch die Zwangslage, in welcher sie sich dem Boden- und Hausmonopol gegenüber befinden, ab-

<sup>1</sup> Eberstadt, Städtische Bodenfrage 67. Ders., Der deutsche Kapitalmarkt (1901) 258 A. 4. Jäger, Wohnungsfrage II 26.

<sup>2</sup> Eberstadt, Der deutsche Kapitalmarkt 259 A. 1; Städtische Bodenfragen 67.

gerungenen Mieten entrichten müssen. Durch Weiterwälzung dieser Lasten auf die Käufer ihrer Arbeitsprodukte und Leistungen können und werden diese Mieter zwar ihre Abnehmer mitbelasten, aber volkswirtschaftlich und sozialpolitisch aufgefaßt wird die Sache dadurch sogar eher noch denklicher. Denn schließlich wird so direkt und indirekt die halbe oder ganze Bevölkerung den relativ wenig zahlreichen städtischen Grund- und Gebäudeeigentümern tributpflichtig.“<sup>1</sup> Auch Roscher hat einmal von einem Wohnungsfeudalismus gesprochen, der, da er keine Fürsorgepflichten habe, drückender sei als der Feudalismus vergangener Zeiten.

Kurz, man braucht nicht jede wirtschaftlich berechtigte Bodenwert-erhöhung an „nützliche“ Aufwendungen („Melioration“ im weitesten Sinne) zu knüpfen<sup>2</sup>. Der Bodenwert kann in „wirtschaftlich“ berechtigter Weise steigen ohne jede Aufwendung, durch bloße Veränderung äußerer Verhältnisse. Allein die städtischen Bodenwerte sind tatsächlich unter dem Einfluß von Spekulation und Bauordnung zu einer solchen Höhe emporgestiegen, die in den objektiven Verhältnissen, in dem Wachstum der Bevölkerung usw. ihre Begründung überhaupt nicht mehr findet. Es handelt sich dabei in der Tat um künstlich durch den Spekulationsfaktor geschaffene, rein fiktive Mehrwerte. Diese bedeuten keine reale Bereicherung, wohl aber eine sehr reale Belastung, ein wirkliches „Passivum“ der Volkswirtschaft<sup>3</sup>.

Indem die Mieten im Zusammenhang mit jenen fiktiven Mehrwerten über ihre normale Höhe hinaus gesteigert werden, d. h. den Mietern, der vierten Partei im heutigen System, auch noch jenen Bestandteil ihres Einkommens nehmen, der den standesgemäßen Unterhalt decken soll, wird die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung unnatürlich beschränkt zum großen Schaden der inländischen Produktion und der gesamten Volkswirtschaft<sup>4</sup>. Mietverträge werden nicht geschlossen, sondern

<sup>1</sup> Wagner, Bodenrechtsordnung, im Handw. der Staatswissensch. V<sup>s</sup> 803.

<sup>2</sup> Eberstadt, Der deutsche Kapitalmarkt 240.

<sup>3</sup> Lexis (Allgemeine Volkswirtschaftslehre<sup>2</sup> [1913] 185) meint, der gesteigerte Wert des städtischen Bodens, soweit er wenigstens aus der positiven Nützlichkeit in Verbindung mit seiner Seltenheit im freien Verkehr, wie für alle andern nicht beliebig vermehrbaren Güter, sich bilde, könne in das Nationalvermögen als realer Aktivposten eingestellt werden. Wenn man unter Volksvermögen die Summe der Tauschwerte versteht, die im Besitze der Bevölkerung sich finden, mag Lexis recht haben. Versteht man aber unter Volksvermögen alles das, was der Versorgung des Volkes mit Gebrauchsgütern, was aus dem Bereich der Güterwelt seiner Bedarfsdeckung dient, dann wird man eher Conrad (Handw. der Staatswissensch. I<sup>s</sup> 222) beipflichten, wenn er sagt: „Das Steigen der Preise der Bauplätze der Städte schließt durchaus nicht eine entsprechende Erhöhung des Wohlstandes des ganzen Volkes ein, sondern nur eine privatwirtschaftliche der momentanen Besitzer, weil der Vorteil der hohen Wohnungs- und Mietpreise der Hauseigentümer den Nachteil in sich schließt, daß die übrigen Bewohner der Stadt entsprechend höhere Ausgaben für ihr Wohnungsbedürfnis zu machen haben.“

<sup>4</sup> Jäger, Wohnungsfrage II 32.

diktiert, sind namentlich den niederen Klassen gegenüber oft wahre „Löwenverträge“. Vergessen scheint hier die alte Wahrheit: *Iustitia est fundamentum regnorum*, nicht nur für das politische, auch für das wirtschaftliche Gebiet. Eine einseitig überhastete industriestaatliche Entwicklung, welche die Wanderungen des Volkes in die Städte beförderte, hat den volkswirtschaftlichen Verhältnissen schon große Unsicherheit gebracht. Dazu nun die Einführung fiktiver Mehrwerte von solcher Höhe, wie Boden- und Hausspekulation sie schafft! Die Gewinne der Spekulanten haben freilich, auch wo ihre wirtschaftliche Berechtigung fehlt, noch immer ein reales Fundament in dem Fleiß eines Volkes, das seine Drohen ernährt und bereichert! Aber das ist kein *fundamentum iustitiae*! Der alte kanonistische Wucherbegriff sah eine Ungerechtigkeit in dem Mangel der Wertgleichheit zwischen Leistung und Gegenleistung. Nur wo ein höherer Wert geleistet war, konnte eine höhere Gegenleistung gefordert werden. Heute macht man es umgekehrt. Ohne selbst mehr zu leisten, erhebt man nicht selten höhere Ansprüche, weil und solange jemand da ist, dem noch etwas abgenommen werden kann.

Nicht nur die Mieter, auch der Stand ehrbarer Hausbesitzer<sup>1</sup> leidet sehr unter einem System, bei welchem hohe Spekulationsgewinne im Wege höchster hypothekarischer Belastung des Grundstücks und des Hauses sich realisieren. „Bodenspekulation ist Hypothekenspekulation“ (Eberstadt). Der Gebäudewert wird dabei künstlich aufgetrieben, um eine hohe Beleihung des Grundstücks zu erzielen; denn „nach der Beleihung wird das Grundstück bewertet“. Diesem Zwecke dient die Aufblähung der ersten Hypotheken, besonders auch hohe Schätzungen<sup>2</sup>, um die Hypothekenaufnahme zu erleichtern. Ist so durch Übertaxierung und Überbeleihung ein künstlich gesteigerter Wert erzielt, dann erfolgt die Abschiebung des Grundstückes an einen kapitalschwachen Käufer<sup>3</sup>, der vielleicht einen ganz geringen Teil des Kaufpreises zahlt, mit 90 % und mehr aber hypothekarisch belastet bleibt. Die erforderliche Kapitalzufuhr ist nicht immer leicht zu erlangen. Auch der weniger kapitalkräftige Bauunternehmer leidet darunter in Zeiten günstiger Industriekonjunktur. Er muß hohe Zinsen, Provisionen, Spesen bezahlen, um Geld zu bekommen, seine Lieferanten mit Wechseln und Nachhypotheken zweifel-

<sup>1</sup> Vgl. Eberstadt, Die Kreditnot des städtischen Grundbesitzes und die Reform des Realkredits (1916). Nach Eberstadt hatte die Bodenverschuldung in Deutschland 1914 die Summe von 75 Milliarden erreicht, wenn nicht überstiegen. Er zweifelt nicht, daß Deutschland an sich die für den Bauparkt erforderliche Zufuhr von Kreditkapital in Friedenszeiten mehr als reichlich aufzubringen imstande sei.

<sup>2</sup> Die Taxatoren stehen unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung, die sich an die hohen Bodenpreise gewöhnt. Entstehende, zukünftige Werte insbesondere lassen der Abschätzung einen weiten Spielraum. Überschätzung der Grundstückswerte, besonders der städtischen, ist, wie die Begründung zum preußischen Schätzungsamts-gesetze sagt, „fast zur typischen Erscheinung geworden“.

<sup>3</sup> Eberstadt, Wohnungsfrage, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 1403 f.



haften Wertes befriedigen, muß es sich dann gefallen lassen, daß seine Lieferanten durch teure und schlechte Waren für ihr Risiko sich decken. Und ebenso, wie gesagt, seufzt der kapitalschwache Hausbesitzer unter dem Druck und der Unsicherheit seiner hypothekarisch überlasteten, nach neuen Hypotheken dürstenden Existenz. War aber schon die erste Hypothek etwa bis auf 75 % des Gesamtpreises der Besitzung hinaufgestiegen, dann fehlt bei dem großen Risiko jeder Anreiz für sog. zweite Hypotheken. Auch die üblichen Übertaxierungen der Werte können natürlich das Vertrauen auf nachstellige Hypotheken nicht gerade steigern. Aber der Hausbesitzer wird sich ja an den Mietern schadlos halten? Nun, Mietpreise lassen sich schließlich auch nicht immer in die Höhe schrauben. Es kommen Erschütterungen, Kriege; Wohnungen stehen leer<sup>1</sup>, Mieten werden nicht gezahlt, Hypothekenzinsen aber gefordert. Das ganze, nicht nur durch die „natürliche“ Entwicklung, sondern auch durch tolle Dividenden- und Profitwut in luftige Höhen gebaute Wertgebäude gerät dann ins Schwanken und bricht zusammen.

Die Gegner dieser zweiten Auffassung mögen vielleicht mit Erfolg einzelne Übertreibungen und Schiefheiten bei den Bodenreformern nachweisen können. Die Übelstände im Wohnungswesen sind jedoch so offenkundig und zahlreich, daß der entschiedene Ruf nach Reformen sich ohne Zweifel Gehör verschaffen wird<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Jäger, Wohnungsfrage, im Staatslexikon der Görresgesellschaft V<sup>2</sup>-4 1147: „Maßstab des Wohnungsmarktes, der an der Wellenbewegung der wirtschaftlichen Gesamtlage teilnimmt, ist die Zahl der leerstehenden Wohnungen: die Marktlage ist erfahrungsgemäß normal, wenn diese Ziffer 3 %, der brauchbaren Wohnungen ist!“

<sup>2</sup> Gegner bodenreformerischer Ideen sind in Deutschland namentlich Baumert, van der Borcht, Bredt. Auch die Wohnungen auf dem Lande sind noch sehr der Verbesserung bedürftig, namentlich im Osten Deutschlands. Nach dem „Gesundheitswesen des preußischen Staates im Jahre 1907“ (Berlin 1909) 242 ff. waren die Wohnungen in vielen Ortschaften, noch häufiger aber die Wohnungen der Instleute und Knechte auf den Gütern, nur Lehm- und Holzbauten mit Strohdächern, mit Lehmböden und kleinen, schief-schartenähnlichen Fenstern; in vielen Kreisen des Ostens war die Hälfte oder zwei Drittel der Häuser der ländlichen Arbeiter in schlechtem Zustande. — Über die Wohnungsverhältnisse im alten Österreich-Ungarn vgl. Soziale Kultur XXX (1910) 169 ff.; in Spanien (Wohnungen der Lohnarbeiter) Soziale Revue X (1910) 234 ff.

## Zweites Kapitel.

### Drei besondere „Bedarfsphänomene“.

**Literatur:** I. Zum Luxus: Baudrillart, *Histoire du luxe privé et public depuis l'Antiquité jusqu'à nos jours* (1878/1880). 4 Bde. — Rau, *Über den Luxus* (1817). — Roscher, *Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkt I*<sup>2</sup> (1878) 105 ff. — Ders. (Roscher-Pöhlmann), *Grundlagen der Nationalökonomie*<sup>74</sup> (1906) 687 ff. — Ratzinger, *Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen*<sup>2</sup> (1895). — Sombart, *Der moderne Kapitalismus II* (1902) 291 ff. — Ders., *Luxus und Kapitalismus* (1913). — Ferguson, *Über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*. Deutsch von Dorn (1914). — Laveleye, *Der Luxus*. Deutsch von Jacobi (1893). — Herkner, *Über Sparsamkeit und Luxus vom Standpunkt der nationalen Kultur und Sozialpolitik*, in *Schmollers Jahrbuch XX* (1896) 1 ff. — Velleman, *Der Luxus in seinen Beziehungen zur Sozialökonomie*. Hallesche Dissertation (1898), in *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LV* (1899). — Below, Art. „Luxus“, im *Wörterbuch der Volkswirtschaft II*<sup>3</sup> 327 ff. — Sommerlad, Art. „Luxus“, im *Handw. der Staatswissensch. VI*<sup>3</sup> 537 ff. — Walter, Art. „Luxus“ usw., im *Staatslexikon der Görresgesellschaft III*<sup>3-4</sup> 932 ff. — Ders., *Sozialpolitik und Moral* (1899) 22 ff. — Ders., *Die Propheten in ihrem sozialen Beruf* (1900) 111 ff. — Adolf Mayer, *Die Wertung des Luxus*, in *Zeitschrift für Sozialwissenschaft. N. F. II* (1911) 226 ff. 291 ff. 378 ff. (Auszug in „*Soziale Kultur*“ XXXII [1912] 193 ff. 617 ff.). — Anton Koch, *Wesen und Wertung des Luxus* (Rektoratsrede; 1914). — Josef Beck, *Volkswirtschaft und Sittengesetz* (1908) 11 ff. — II. Zur Mode insbesondere: Sombart, *Der moderne Kapitalismus II* (1902) 327 ff. — Neuburger, *Die Mode* (1913). — Kleinwächter, *Philosophie der Mode* (1880). — Brentano, *Ein Versuch der Theorie der Bedürfnisse* (1908). — Simmel, *Philosophische Kultur* (1911). — Ders., *Zur Psychologie der Mode*, in „*Die Zeit*“, 12. Oktober 1895. — Fred, *Psychologie der Mode*. — Ders., *Lebensformen* (1911). — v. Schubert-Soldern, *Natur, Mode, Kunst* (1912). — *Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXV* (1912). Auslese und Anpassung 3. Bd., 3. Tl., 13 ff. — Dorn, *Der wirtschaftliche Wert des Geschmacks*, in „*Volkswirtschaftliche Zeitfragen*“ Heft 61/62. — Luxemburger „*Wort*“ LXVIII (1915) Nr. 136 ff. — III. Zum Alkoholismus: Abderhalden, *Bibliographie der gesamten wissenschaftl. Literatur über Alkohol und Alkoholismus* (1904). Aus der überreichen Literatur (nach Abderhalden für Europa und die Vereinigten Staaten bis 1904 etwa 15 000 Schriften) seien besonders erwähnt: Baer, *Der Alkoholismus, seine Verbreitung und Wirkung auf den individuellen und sozialen Organismus* (1878). — Bunge, *Die Alkoholfrage* (1887). — Grotjahn, *Der Alkoholismus nach Wesen, Wirkung und Verbreitung* (1898). — Helenius, *Die Alkoholfrage (soziologisch-statistisch)*, 1903. — Hoppe, *Die Tatsachen über den Alkohol*<sup>4</sup> (1912). — Ders., *Alkohol und Kriminalität* (1906). — Ders., *Erhöht der Alkohol die Leistungsfähigkeit der Menschen?* (1907). — Baer und Laquer, *Die Trunksucht und ihre Abwehr*<sup>2</sup> (1907). — Stumpf-Willeneger, *Zur Alkoholfrage (graphische Tabellen)*, 1907. — Blocher und Landmann, *Belastung des Arbeiterbudgets durch den Alkoholgenuß* (1903). — Herkner, *Alkoholismus und Arbeiterfrage* (1896). — Stehr, *Alkoholismus und wirtschaftliche Arbeit* (1904). — Kapitza, *Alkoholismus und*

soziale Frage (1910). — Wilh. Liese, Trunksuchtsbekämpfung, im Staatslexikon der Görresgesellschaft V<sup>3-4</sup> 531 ff. — Bode, Alkoholfrage, im Handw. der Staatswissensch. I<sup>3</sup> 387 ff. — Alex. Elster, Alkoholfrage, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 74 ff. — Ders., Der gegenwärtige Stand der Alkoholfrage, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXIX (1910) 509 ff.; XLI (1911) 683 ff. 821 ff. — Ders., Der national-ökonomische Standpunkt in der Alkoholfrage, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 242 ff. — Grotjahn, Alkoholismus, im Handwörterbuch der Sozialen Hygiene I (1912). — Göbel, Die Umbiegung der Interessen der Alkoholgewerbe, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 76 ff. — Der Alkoholismus usw., den Schriften des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke 1906 ff. — Berichte über die Internationalen Alkoholkongresse. — Beiträge zur Alkoholfrage, im „Reichsarbeitsblatt“ VII (1909) 2. Sonderheft und VIII (1910). — Rosenthal, Ist Alkohol ein Nahrungsmittel? in Zeitschrift für Sozialwissenschaft XII (1909) 169 ff. — A. Dix, Alkoholismus und Arbeiterschaft, ebd. N. F. II (1911) 531 ff.

**Wertmaßstäbe der Bedarfsentwicklung.** Überblickt man unter dem Gesichtspunkte der Volkswohlfahrt die Bedarfsdeckungsverhältnisse eines Volkes, dann wird man, wie bereits gesagt wurde, vor allem prüfen müssen, ob für die breite Masse der Bevölkerung eine nach örtlichen und zeitlichen Verhältnissen relativ befriedigende Bedarfsdeckung vorhanden, ob, in welchem Umfange, mit welcher Sicherheit Not und Elend von den unteren Schichten ferngehalten bleibt. Daß die Reichen regelmäßig besser leben als die Armen, versteht sich von selbst. Doch kann es auch geschehen, daß die Bedürfnis- und Bedarfsentwicklung in einem ganzen Volke Bahnen einschlägt, die selbst dem weitherzigsten Nationalökonom Bedenken einflößen müssen. Es wäre eben verkehrt, anzunehmen, daß jede Zunahme der Konsumtion größere Wohlfahrt der Konsumenten, jede dadurch bewirkte Ausdehnung der Produktion wahren volkswirtschaftlichen Fortschritt bedeute.

Ein Beispiel völlig entarteter Bedarfsentwicklung, wie alle zugestehen, bietet das heidnische Rom der Kaiserzeit: „Die Römer“, sagt A. v. Gleichen-Rußwurm<sup>1</sup>, „trieben alles, was sie von Griechenland lernten, ins Massive, Derbe, Kolossalische. Sie wollten alles überlebensgroß, stark, schrecklich und prachtvoll. Die hübschen griechischen Bäder, zweckentsprechend und künstlerisch schön, aber bescheiden gehalten, wurden zu Thermen mit erdrückender Pracht, die griechischen Festspiele zu Gladiatorenenschlächtereien und Tierhetzen, die raffiniert feinen, köstlichen Gastmahle mußten überboten werden durch Völlerei, durch monumentalen Unsinn, wie bekannte Anekdoten bekunden, aufgelöste Perlen (Kleopatra, Caligula), Gerichte von mit Menschenfleisch gefütterten Moränen, Nachtigallen- und Pfauen- zungen, lauter groteske Ausgeburten einer ungeheuern Parvenüphantasie. . . . Vereinzelt standen die bemerkenswerten Ungeheuer — ein Nero, ein Commodus, ein Heliogabal — nicht im Leben, sie hatten Gesinnungsgenossen, die in kleinerem Maßstab seit Beginn fremden und plötzlichen Reichtums derartige Tendenzen zeigten.“

<sup>1</sup> Elegantie. Geschichte der vornehmen Welt im Altertum (1913) 211 ff. L. Friedländer, Sittengeschichte Roms III<sup>8</sup> (1910). Roscher, Ansichten 156 ff. Auch Sommerlad, Art. „Luxus“, im Handw. der Staatswissensch. VI<sup>3</sup> 538.



Solche bis zum Wahnsinn gesteigerte Erscheinungen mögen als Ausnahmen in der Geschichte der Menschheit gelten. Gleichwohl bleiben schädliche Übertreibungen in der Konsumtionsgestaltung nicht gerade seltene Ausnahmen, sobald einmal sinnliches Begehren, Ehrgeiz, Eitelkeit, ungebändigtes und unersättliches Verlangen und Streben nach gesteigertem Reichtum, nach Besitz und Genuß der Menschen Geist und Herz, ihr ganzes Sinnen und Trachten mit der Macht triebhafter Leidenschaften beherrschen. Die Bedarfsentwicklung steht eben in innigster Beziehung zur gesamten Kulturentwicklung, und demgemäß werden auch die Urteile über die Bedarfsentwicklung verschieden ausfallen, je nach dem Maßstabe, den der Beurteiler zur Bemessung von Höhe und Tiefe der Kultur anzuwenden gewohnt ist.

Mit der Scheidung der Stände nach Geburt und Beruf war in früheren Zeiten eine gewisse Gebundenheit der Konsumtion gegeben. Man wollte nicht hinter dem innerhalb des Standes Üblichen zurückbleiben, anderseits auch nicht leicht die durch Gewohnheit und Herkommen gezogenen Grenzen überschreiten. Dazu kam die vielfach stärkere und mehr ausgebreitete Religiosität des Volkes, die zwar nicht das Selbstinteresse an der Konsumtion verkümmerte, dieselbe aber auch nicht als Selbstzweck erscheinen ließ, sondern als Mittel zur Erhaltung und Stärkung des irdischen Daseins, zur Erfüllung der höheren menschlichen Lebenszwecke. Der Einfluß der Religion wurde durch die moderne Aufklärung wesentlich geschwächt, der Stand im alten Sinne abgelöst durch die neue gesellschaftliche Schichtung der Klassen nach Besitzverhältnissen und Aufwandsfähigkeit.

„An die Stelle eines überweltlichen Lebenszieles, das vorher den Menschen regiert hat“, sagt Oldenberg<sup>1</sup>, „drängen sich weltliche Lebensziele, und mit in erster Linie wirtschaftliche: Konsumtionsinteressen im weitesten Wortsinn, darunter neben dem animalischen Genußtriebe, der wieder mehr in seine ursprünglichen Rechte tritt, und neben dem Reiz zu galantem Aufwande . . . mit verstärkter Gewalt jener soziale Auszeichnungs- und Rivalitätstrieb, der sein Ziel mit wirtschaftlichen Mitteln erstrebt und der erst unter dem Regime der Aufklärung seinen Idealtypus erreicht; ‚soziale Kapillarität‘ hat ihn in seiner modernen Gestalt ein französischer Gelehrter<sup>2</sup> mit Anspielung auf das physikalische Kapillaritätsgesetz genannt: ‚wie das Öl im Lampendocht zur Flamme emporklettert‘, so drängt der Mensch . . . sozial aufwärts, und dieser Trieb wird zur stärksten Großmacht in der Seele des modernen Durchschnittsmenschen und zugleich zum stärksten unter den Faktoren, die die frei gewählte Konsumtion beherrschen. Man versteht die Richtung und den Sinn der heutigen Konsumtion nicht, ohne den beherrschenden Einfluß dieses Triebes und ohne die verstärkte Wucht einzuschätzen, mit der er im Zeitalter der Aufklärung in der führerlos und leer gewordenen Seele wirkt.“

<sup>1</sup> Grundriß der Sozialökonomik I 116.

<sup>2</sup> Dumont.

Daß die moderne Ungebundenheit der Konsumtion vor dem Kriege in inniger Beziehung stand zur Ungebundenheit der Produktion, daß der Auszeichnungs- und Rivalitätstrieb mächtig zur Entfaltung und Betätigung des Erwerbstriebes<sup>1</sup>, zur Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte beigetragen und darum auch zu großen materiellen Erfolgen geführt hat, kann niemand bestreiten. Dabei bleibt aber die Frage bestehen, ob nicht in dieser modernen Entwicklung häufig dem Triebhaften (Genußtrieb, sozialer Ehrgeiz usw.) ein allzu großer Spielraum, und zwar auf Kosten des Vernunftgemäßen, eingeräumt worden ist, und ob man vom wahren volkswirtschaftlichen Fortschritt auch dort noch sprechen kann, wo die Harmonie zwischen der materiellen Ordnung und den höheren Sphären echt menschlicher Kultur schwere Einbuße erleidet. Uns wenigstens kann die Antwort hierauf nicht zweifelhaft sein.

## § 1.

### Der Luxus.

1. Freunde und Gegner des Luxus, Verteidigung wie Verurteilung desselben fanden sich zu allen Zeiten.

Im Altertum waren die Kyniker, die Stoiker, ebenso Plinius der Ältere scharfe Gegner des Luxus. Auch im Urteil des Volkes fand der Luxus selten Gnade. Er wurde meist der Schwelgerei, der Verschwendung gleichgestellt. Als Verteidiger des Luxus traten auf: im Altertum der Aristoteliker Herakleides Pontikos, von neuzeitlichen Philosophen Voltaire<sup>2</sup> („Le superflu chose très nécessaire“), de Mandeville in seiner „Bienenfabel“. Hume<sup>3</sup> unterschied zwischen gutem und schlechtem Luxus; er hielt den schlechten Luxus für besser als Faulheit, die wahrscheinlich an seine Stelle treten würde, wenn er wegfiel. Rousseau, Montesquieu und ebenso Tolstoi bekämpften hinwiederum den Luxus mit aller Schärfe.

Die Theologen, Kirchenväter und Scholastiker des Mittelalters<sup>4</sup> verurteilten beim Luxus aus sittlichen Gründen die Motive der Eitelkeit und Prahlerei, die Übertreibung und die unvernünftige Begehrlichkeit, die dadurch oft veranlaßte oder herbeigeführte Verletzung der Gerechtigkeit und der Pflichten christlicher Bruderliebe. Mochten einzelne, wie z. B. Tertullian, einem schrofferen Rigorismus huldigen, im allgemeinen wußte man zwischen edler Verwendung und Verschwendung wohl zu unterscheiden. Die Reformatoren Luther, Calvin hinwiederum faßten eher einseitig tadelnd die Schädlichkeit des Luxus ins Auge<sup>5</sup>, ebenso der Jansenist Pascal, wie auf der andern Seite Fénelon usw.

<sup>1</sup> Schmoller, Grundriß der allgem. Volkswirtschaftslehre (1908) 33.

<sup>2</sup> Im „Mondain“ und später in der „Apologie du luxe“ und in „Sur l'usage de la vie“.

<sup>3</sup> „Of refinement in the arts.“ Essays Ausg. II (1793) 19 ff. Luxus ist nach Hume eine große Nachfrage nach Dingen, welche den Sinnen schmeicheln.

<sup>4</sup> Nähere Angaben bei Koch, Wesen und Wertung des Luxus 28 ff. Sombart, Der Bourgeois (1913) 314. (Dort eine von der gewöhnlichen Ansicht abweichende günstige Beurteilung der Scholastiker.) Ratzinger, Volkswirtschaft<sup>2</sup> (1895) 70 ff. 292 ff.

<sup>5</sup> Vgl. Schmoller, Zur Geschichte der nationalökonomischen Ansichten in Deutschland während der Reformationsperiode, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

Von den nationalökonomischen Schriftstellern erblickten die Merkantilisten und Physiokraten in dem Luxus zumeist eine wirksame Triebfeder des Verkehrs, eine Stütze des Gewerbes und Handels, eine Ursache nationalen Reichtums und kulturellen Fortschrittes; sie feierten in ihm die Kunst, die Fortschritte in Wissenschaft und Wohlstand zu benutzen, um sich und andern das Leben angenehm zu machen. Adam Smith<sup>1</sup> wird in gewisser Weise zu den Gegnern des Luxus gezählt: die Sparsamkeit vermehre das Gesellschaftskapital, die Verschwendung verringere dasselbe. Doch unterscheidet er hierbei zwischen Ausgaben für dauerhafte Gegenstände und solchen für Dinge, die man sofort verbraucht. Die ersteren dienen nach seiner Ansicht nicht nur der Aufhäufung, sondern auch der Sparsamkeit (z. B. die Ausgaben für nützliche und prächtige Gebäude, Bücher, Kunstgegenstände usw.); bloß die Aufwendungen auf wertlosere Dinge, auf Tand aller Art, Spielereien, verschwenderische Gastmähler u. dgl. tadelt er. Malthus sah in der Steigerung der Bedürfnisse der Mehrzahl eines der Schutzmittel gegen die Gefahr der Übervölkerung. J. B. Say wollte den Luxus, den Gebrauch seltener und kostspieliger Gegenstände nicht billigen; er sah in seiner Förderung sogar eine Verschwörung gegen das Glück der Völker. Friedrich List hinwiederum hoffte vom Luxus einen durchweg günstigen Einfluß auf die Entwicklung der nationalen Produktivkräfte, die nach ihm den wahren Nationalreichtum ausmachen. Bei den neueren Nationalökonomien findet sich nur selten eine bedingungslose Verurteilung des Luxus. Es hängt aber schließlich alles davon ab, was der einzelne Schriftsteller unter „Luxus“ versteht. Wenn man z. B. mit Anton Velleman<sup>2</sup> sagt: „Luxus ist jede im Dienste der Eitelkeit, zum Zweck der Prahlerei oder zur Befriedigung des gemeinen Sinnenreizes geschehende unproduktive Konsumtion“, dann ist natürlich von vornherein dem Luxus das Urteil gesprochen<sup>3</sup>.

**2. Begriff und Wesen des Luxus.** Es wird nicht leicht sein, eine Begriffsbestimmung des Luxus zu finden, die allgemeine und dauernde Anerkennung fände. Insbesondere gehen die Ansichten weit auseinander über den materiellen Inhalt des Begriffs, d. h. über das, was in concreto und im einzelnen zum Luxus gehört. Mag indes auch dem formalen Begriff des Luxus eine gewisse Relativität und Subjektivität nicht abgesprochen werden können, so braucht man doch nicht mit Courcelle-Seneuil anzunehmen, es sei schlechthin unmöglich, diesen Begriff wissenschaftlich zu umgrenzen.

Die Schwierigkeit der Begriffsbestimmung tritt klar zutage, wenn man nur einige der beachtenswerteren Versuche einer Begriffsformulierung ins Auge faßt.

XVI (1859) 633 ff.; Roscher, *Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland* (1874) 63; Grisar, Luther (1912) 583. — Für Ulrich von Hutten war das Ideal das Deutschland des Tacitus, wo man bloß von heimischen Erzeugnissen gelebt, sich in Tierfelle gekleidet, in zerstreuten Höfen gewohnt, niemand Geld gesehen und Kaufleute noch gar nicht existiert haben. [Inspicientes (a. 1520) § 54. (Opera ed. Böcking, 1860, 293.)] Vgl. Koch a. a. O. 46.

<sup>1</sup> Wesen und Ursachen des Volkswohlstandes. Übersetzung Stöpel II 99 ff.

<sup>2</sup> Der Luxus in seinen Beziehungen zur Sozialökonomie. Hallesche Dissertation (1898) 10, in *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* LV (1899) 10 ff.

<sup>3</sup> Auch die Auffassung de Laveleyes führt dahin.



Für Christian Wolf<sup>1</sup> z. B. ist Luxus einfachhin gleichbedeutend mit „Übermut“. Pencquet<sup>2</sup> versteht unter Luxus den Gebrauch von Dingen, die weder nötig noch nützlich zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit, auch nicht nötig zur menschlichen Glückseligkeit sind. Er erinnert daran, daß „luxus“ im Lateinischen Verrenkung bedeutet.

Schäffle hatte in der „Nationalökonomie“<sup>3</sup> den Luxus das Zerrbild der wirtschaftlichen Gesittung genannt, wo der Genuß aufhört, den Menschen zu stärken und zu veredeln, wo er rein äußerlich ist, vielleicht aus Eitelkeit das unentbehrliche Bedürfnis verkürze oder gar der raffinierten Unsitte diene. Später urteilte Schäffle schon milder. In dem „Gesellschaftlichen System der menschlichen Wirtschaft“<sup>4</sup> sagt er: „Der Luxus ist seinem Wesen nach eine starke Berücksichtigung des Bedarfs der gewählten äußeren Erscheinung und des feineren sinnlichen Bedarfs bei Bestimmung und Vollzug des Gesamtbedarfs. Diese Berücksichtigung kann wirtschaftlich sein, wenn sie zu allen übrigen Bedarfsbestimmungen im richtigen Verhältnis steht und dazu beiträgt, der Luxus treibenden Person möglichst großen Reichtum sittlicher Entfaltung und sittlichen Lebensgenusses zu bringen; sehr leicht geht aber bei der verhältnismäßigen Bestimmung jener feineren Bedarfe das richtige wirtschaftliche Maß verloren, der Luxus wird häufig zur Unwirtschaft.“ Nach Wilhelm Roscher<sup>5</sup> ist „der Begriff Luxus ein durchaus relativer. Jeder einzelne und Stand, jedes Volk und Zeitalter nennt alle diejenigen Konsumtionen Luxus, welche ihm selbst entbehrlich scheinen. Wie fast jede alte Mode von der Jugend als Pedanterie verlacht wird, so wird fast jede neue Mode von den Alten als Luxus getadelt“. Nach Lexis ist Luxus jede Konsumtion, die über die Befriedigung der durch wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit bestimmten Bedürfnisse hinausgeht. v. Below<sup>6</sup> schreibt: „Am besten wird man den Sinn treffen, den der Sprachgebrauch mit dem Ausdruck Luxus verbindet, wenn man ihn als die Konsumtion bezeichnet, die das durch das Bedürfnis gegebene Maß von Aufwand übersteigt. Wie es sich aber bei den Bedürfnissen um durchaus relative Dinge handelt, so ist auch der Begriff des Luxus im höchsten Grade relativ. Das eine Zeitalter, das eine Volk erklärt das als Luxus, was dem nächsten als unentbehrlich erscheint, und auch innerhalb desselben Volkes und desselben Zeitalters begegnet die größte Verschiedenheit der Auffassung.“ In seinem Werke „Luxus und Kapitalismus“<sup>7</sup> äußert sich dann Sombart über Begriff und Wesen des Luxus in folgender Weise: „Luxus ist jeder Aufwand, der über das Notwendige hinausgeht. Der Begriff ist offenbar ein Relationsbegriff, der erst einen greifbaren Inhalt bekommt, wenn man weiß, was ‚das Notwendige‘ sei. Um dieses festzustellen, gibt es zwei Möglichkeiten: man kann es subjektiv in einem Werturteile (ethischer, ästhetischer oder welcher Art immer) verankern,

<sup>1</sup> *Ius naturae et gentium* IV, 2, 387.

<sup>2</sup> *Essai sur le luxe* I (1785), chap. 1, 5 f. Roscher, *Ansichten* I<sup>3</sup> 108.

<sup>3</sup> (1861) 150. <sup>4</sup> I<sup>3</sup> (1873) 234.

<sup>5</sup> *Ansichten* I<sup>3</sup> 112. *System* I<sup>24</sup> 687. Roscher unterscheidet zwischen dem Luxus blühender und reifer Zeitalter und dem verfallender Nationen; so hatte auch Rau zwischen Luxusstufen unterschieden: grobsinnliche Genüsse, Genüsse der Zierlichkeit, Genüsse von Kunst und Wissenschaft.

<sup>6</sup> *Wörterbuch der Volkswirtschaft* II<sup>3</sup> 327. Vgl. auch Sommerlad, Art. „Luxus“ im *Handw. der Staatswissenschaft*. VI<sup>3</sup> 537.

<sup>7</sup> (1913) 71 ff.

oder man kann einen irgendwelchen objektiven Maßstab ausfindig zu machen suchen, an dem man es ausmessen kann. Als solcher bietet sich entweder die physiologische Notdurft des Menschen oder dessen dar, was man die Kulturnotdurft nennen kann. Jene ist nur nach Klimaten, diese nach der historischen Epoche verschieden.“ Sombart unterscheidet ferner zwischen Luxus im quantitativen Sinne, gleichbedeutend mit „Vergeudung“<sup>1</sup> von Gütern (wenn man hundert Dienstboten hält, wo einer „genügt“, oder wenn man drei Schwefelhölzer auf einmal ansteckt, um sich die Zigarre anzuzünden), und im qualitativen Sinne: Verwendung besserer Güter, als notwendig ist. Insofern der Luxus eine besondere Luxusindustrie hervorruft, entzieht er, nach Walther Rathenaus<sup>2</sup> Anschauung, Arbeitsmittel und Arbeitskräfte den im Dienste der Existenzbedürfnisse tätigen Industrien, „beraubt die Gemeinschaft“. Rathenau verurteilt darum jeden Verbrauch als Luxus, solange ein „unmittelbares Bedürfnis“ unbefriedigt bleiben muß, das an seiner Stelle hätte befriedigt werden können. Wo die Befriedigungsmöglichkeit für den Mindestbemittelten ihr Ende findet, wäre hiernach die Grenze, von welcher der Luxus aufsteigend beginnen würde.

Führen wir schließlich noch einige von Ethikern und Moraltheologen gewählte Definitionen des Luxus an. Franz Walter<sup>3</sup> sagt: „Luxus ist ganz allgemein eine Verwendung von Gebrauchsgütern, die nicht durch die Erhaltung des menschlichen Daseins gefordert sind, sondern nur dem Genuß dienen. . . . Der Gebrauch des Wortes ist ein sehr schwankender . . . , der Begriff des Luxus kein festbegrenzter. Er ist relativ, subjektiv. Es erklärt sich daraus, daß auch das Bedürfnis etwas Schwankendes, subjektiver Maßstab ist.“ Anton Koch<sup>4</sup> sagt: „Der Luxus besteht in jenem Aufwand oder Überfluß, der über das hinausgeht, was die Allgemeinheit der Einwohner eines Landes nicht bloß als für die Bedürfnisse der Existenz notwendig, sondern selbst zur Annehmlichkeit und Zierde des Lebens wesentlich betrachtet.“ Allein er muß selbst wieder die „Allgemeinheit“ eines solchen Urteils in Zweifel ziehen, weil eben die Urteile der Einwohner eines Landes keineswegs diesbezüglich übereinstimmen<sup>5</sup>. Adolf Mayer<sup>6</sup> umschreibt den Begriff Luxus als „jeden Verbrauch von Gütern oder von wirtschaftlich wertvollen Kräften, der bloß dem Genuß dient, ohne daß von diesem Verbrauch direkt oder indirekt eine nützliche Wirkung ausgeht“. Darum sagt er auch: Der Luxus ist immer unsittlich<sup>7</sup>.

<sup>1</sup> Von „Verschwendung“, „Vergeudung“ spricht man auch mit Rücksicht auf einen Aufwand, der über das Vermögen und Einkommen einer Person hinausgeht. — Nach Sombart ist die Kapitalbildung wesentlich durch den Luxus gefördert worden. Der Luxus aber wurde wiederum gefördert durch die illegitimen Beziehungen hochgestellter Männer zu Frauen, Kurtisanen. Solche Beziehungen aber hätten ihren Anfang in Avignon genommen zur Zeit, als dort die Päpste residierten. „Wir haben kein Mandat, für die Sittenreinheit der päpstlichen Kurie einzutreten“, sagt G. v. Below (Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik L [1915] 398); „aber Sombarts Theorie ist doch nur eine Schrulle.“ Der geschichtliche Beweis fehlt.

<sup>2</sup> Von kommenden Dingen (1917) 90.

<sup>3</sup> Staatslexikon der Görresgesellschaft III<sup>3-4</sup> 932.

<sup>4</sup> Wesen und Wertung des Luxus. Rektoratsrede (1914) 10.

<sup>5</sup> Ebd. 11.

<sup>6</sup> Die Wertung des Luxus, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft. N. F. II (1911) 226 ff. 291 ff. 378 ff. Ein Auszug hiervon in Soziale Kultur XXXII (1912) 193 ff. 617 ff.

<sup>7</sup> Ebd. 383.

Es steht also eine große Auswahl von Definitionen des Luxus zur Verfügung.

Wenden wir die analytische Methode der Begriffsbildung an, fassen wir also die Einzelfälle ins Auge, in welchen der gewöhnliche und allgemeinere Sprachgebrauch den Ausdruck „Luxus“ verwendet, und suchen wir das Gemeinsame dieser Einzelfälle festzustellen, dann werden wir mit Sombart Luxus jeden Aufwand nennen können, der über das Notwendige hinausgeht. Notwendig wozu? Offenbar zu nichts anderem als zur Bedürfnisbefriedigung. Luxus wäre also jeder Aufwand, der über das zur Bedürfnisbefriedigung Notwendige hinausgeht.

Dieser Begriff, formal, abstrakt gefaßt, ist in sich selbst noch nicht etwas bloß Relatives. Aber der materielle Umfang des Begriffes, das, was unter denselben fällt, was demselben zugerechnet wird, ist nicht fest umgrenzt, denn für das zur Bedürfnisbefriedigung Notwendige gibt es keinen praktisch dauernden, unveränderlichen Maßstab, namentlich wenn man konventionelle Anforderungen ins Auge faßt.

Die Helden Homers griffen mit den Händen zu, indem sie vorher aus güldener Kanne Wasser über die Finger laufen ließen<sup>1</sup>. Xenophon<sup>2</sup> erkannte in den Fingerhandschuhen der Perser einen verweichlichenden Luxus, der das Perserreich dem Verfall entgegenführen mußte. Der venezianische Staatsmann und Geschichtsschreiber Andrea Dandolo<sup>3</sup> tadelte es noch im 14. Jahrhundert als verwerflichen Luxus, daß eine Dogenfrau statt mit den Fingern mit einer goldenen Gabel gespeist habe. Karl der Große hatte, nach noch vorhandenen Visitationsberichten, auf einem Schlosse nur zwei Betttücher, ein Hand- und ein Leintuch als Inventar. Im 15. Jahrhundert soll die Gemahlin Karls VII. die einzige Französin gewesen sein, die mehr als zwei leinene Hemden besaß. Es war im 16. Jahrhundert nicht ungewöhnlich, daß eine Fürstin ihrem Gemahl ein einzelnes Hemd schenkte. Hollinsheds Chronik aus dem Jahre 1577 beklagte die Einführung der Kamine als Luxus und daß statt hölzerner Schüsseln irdene und zinnerne gebraucht wurden. Ein anderer Schriftsteller derselben Zeit mißbilligte es, daß jetzt Eichen statt Weiden zum Bauen verwendet würden. Vordem seien die Häuser von Weidenholz, die Menschen von Eichenholz gewesen; jetzt sei es umgekehrt. Abtritte waren lange unbekannt; ihre Einführung mußte im 16. und 17. Jahrhundert durch obrigkeitliche Verfügung in Paris erzwungen werden<sup>4</sup>. Die Unreinlichkeit war nicht nur bei den Spartanern überaus groß. Die Seife galt sehr lange als Luxusartikel, und Justus v. Liebig hat nicht so ganz unrecht, wenn er den verhältnismäßigen Verbrauch der Seife als den Gradmesser der Verbreitung von Bildung und Gesittung bezeichnet. Noch im 18. Jahrhundert wurde der Kaffeegenuß als Luxus bestraft usw.

<sup>1</sup> Vgl. Alex. v. Gleichen-Rußwurm, *Elegantiae*. Geschichte der vornehmen Welt im Altertum (1913) 53 ff.

<sup>2</sup> *Cyrop.* 8, 8, 17.

<sup>3</sup> *Chronicon Venet.* 247. Vgl. Roscher und Koch a. a. O.

<sup>4</sup> In den Göttinger Statuten von 1342 wurde verboten, im Ratskeller, wo man beisammen saß und trank, seine größte Notdurft zu verrichten (Roscher, *Ansichten* 142).



Man wird also sagen können: Luxus ist jeder Aufwand, der nicht bloß über das physiologisch Notwendige, sondern auch über das innerhalb einer Kulturepoche als notwendig zur Bedürfnisbefriedigung Geltende hinausgeht. Die Gewohnheiten seiner Zeit begründen ja für den Menschen in der Tat eine Notwendigkeit.

Eine weitere Bestimmung erhält der Begriff des Luxus aber auch durch den Standes- und Klassenbedarf. Das soll nicht so verstanden werden, daß der richtige Begriff des Luxus der Beurteilung zu entnehmen ist, welchen die Aufwendungen anderer, höherer Stände bei den Gliedern niedrigerer Stände zu finden pflegen. Den Armen erscheint die gewöhnliche Lebensweise der besser Situierten regelmäßig schon als Luxus. Der Hirte aus den Alpen wird die Behausung eines Berliner oder Wiener Rentiers für sehr luxuriös halten. Dem Mittelstande kommt die Pracht und das Gepränge, die bei Hoffestlichkeiten entfaltet werden, als großartiger Luxus vor. Jede Klasse betrachtet eben das schon gern als Luxus, was ihre eigene Vermögenslage nicht zu besitzen und zu genießen erlaubt, was aber die höhere Schicht sich mit ihren Mitteln gestatten kann (Koch). Wir denken vielmehr hier an das, was für jeden Stand in sich betrachtet gilt. Innerhalb der gleichen Gruppe wird man nämlich einen das Durchschnittsmaß des üblichen Gruppenbedarfs überschreitenden Aufwand als Luxus bezeichnen können.

Luxus wäre demnach jeder Aufwand, der über das innerhalb einer gegebenen Kulturepoche, zur Befriedigung des üblichen Standes- oder Klassenbedarfs Notwendige hinausgeht. Der Luxus ist für den einzelnen „Verschwendung“, wenn der Aufwand für „Luxusbedürfnisse“ nicht in Harmonie steht mit den Einkommensverhältnissen der betreffenden Person.

„Im strengsten Sinne“, sagt auch Oldenberg<sup>1</sup>, „ist jede Konsumtion Luxus, die über den Existenzbedarf hinausgeht. Allein die soziale Rivalität hat längst die physiologischen Mindestbedürfnisse durch konventionelle Anforderungen gesteigert, die das Existenzminimum für jede soziale Gruppe differenzieren. Nennen wir Luxus nur denjenigen Konsum, der dieses soziale Mindestmaß jeder Gruppe überschreitet, so erscheint natürlich der einen sozialen Gruppe von ihrem Standpunkt als ‚relativer‘ Luxus, was zum sozialen Notbedarf der andern gehört. ‚Absoluter‘ Luxus ist dann nur, was über den traditionellen Bedarf der jeweilig anspruchsvollsten sozialen Konsumentenschicht hinausgeht; ‚individueller‘ und ‚relativer‘ Luxus, was den herkömmlichen Bedarf der eigenen sozialen Gruppe des Konsumenten überschreitet, was nicht dem sozialen Anerkennungsstriebe“ (Anerkennung innerhalb der eigenen Gruppe), „sondern dem weitergehenden Auszeichnungstriebe dient.“

**3. Nationalökonomische Beurteilung des Luxus.** Der „Luxus“ überschreitet also seinem Begriff nach den jeweilig gegebenen Kulturbedarf

<sup>1</sup> Konsumtion, im Grundriß der Sozialökonomik (1914) 2. Abt., 1. Buch, B. III, 115.

und im gleichen Sinne den sozialen Gruppenbedarf. Ist er darum schlecht-hin verwerflich?

Man wird Bedenken tragen, Sombart beizustimmen, wenn er sagt<sup>1</sup>: „Es gibt -- auf den Luxus angewandt -- keinen noch so verschwenderischen Aufwand, keinen noch so raffinierten Lebensgenuß, der nicht in der Persönlichkeit seines Vollbringers seine Weihe und damit seine Rechtfertigung finden könnte. Die kostbare Perle, die Kleopatra zermahlen ließ, um sie in den Wein zu schütten, den sie dem Gastfreund kredenzte, sie fehlt in keinem der Luxustraktate, um die ‚Auswüchse‘ zu kennzeichnen. Wer aber, der auch nur einiges Empfinden für das Bestrickende außergewöhnlicher Menschen hat, möchte sie im Bilde dieses großen Weibes missen? Wer die nächtlichen Schlittenfahrten Ludwigs II.? Wer den Pomp und Glanz am Hofe des Sonnenkönigs? Während ich mir denken kann, daß auch schon ein bescheidener ‚Luxus‘, den ein plumper Geselle übt, abstoßend und widerlich wirken kann: mag er nun ‚Harmloser‘ oder Zuhälter sein.“ Sombart selbst hat indes an solcher Rechtfertigung jedes beliebigen Luxus aus der Subjektivität der „Persönlichkeit“ -- wenn diese nur kein „plumper Kerl“ ist -- nicht festhalten können. In „Luxus und Kapitalismus“<sup>2</sup> findet sich auch bei ihm, wie wir sahen, die noch im „Modernen Kapitalismus“ verurteilte „nichtsnutzige, zeitraubende Suche nach ‚objektiven‘ Maßstäben“. Er selbst sucht ja solchen „objektiven“ Maßstab in der physiologischen Notdurft des Menschen und in dem, was man die Kulturnotdurft nennen kann. Was über das Notwendige in dieser Hinsicht hinausgeht, gilt ihm dort als Luxus.

Zur volkswirtschaftlichen Beurteilung des Luxus reicht allerdings auch dieser „objektive“ Maßstab, wie uns scheinen will, nicht aus. Oder könnte nicht doch ein solcher „Luxus“ tatsächlich bessere, nützlichere Güter zweckmäßiger verwenden? Könnte er nicht eine wirkliche Verfeinerung in der Bedürfnisbefriedigung, einen unleugbaren Fortschritt gegenüber der bisherigen Befriedigung der animalischen Notdurft und der Kulturnotdurft bedeuten? Kann nicht die das Durchschnittsmaß der Güterkultur einer sozialen Gruppe überschreitende neue Gestaltung der Bedürfnisbefriedigung eine offenbare Verbesserung der Lebenshaltung bedeuten? Die fortschrittliche Entwicklung geht hier regelmäßig von einzelnen Personen oder Personenkreisen aus, deren Aufwendungen sich über die traditionellen Formen ihrer sozialen Gruppe erheben und dieserhalb vielleicht zunächst manchem Tadel begegnen. Der Nationalökonom aber wird nicht verurteilen wollen, was als Vorbereitung und Einleitung einer allgemeineren, wirklichen Verbesserung, Verfeinerung des Bedarfs und der Bedarfsdeckung gelten kann. Er wird um so mehr einer an sich gesunden, wahrhaft fortschrittlichen Bedarfsentfaltung seinen Beifall zollen, wenn diese die breiteren Schichten des Volkes ergreift und so zu einer allmählichen Erhöhung, Hebung bisher ungenügender Lebenshaltung der unteren sozialen Gruppen führt.

Man mag darum das den traditionellen Kulturbedarf jeweilig Übersteigende zwar „Luxus“ nennen, wird dabei aber nicht vergessen dürfen,

<sup>1</sup> Kapitalismus II 291 f.

<sup>2</sup> S. 71.

daß, was heute als „Luxus“ gilt, gar bald allgemein anerkanntes „Bedürfnis“ sein kann; man wird nicht übersehen dürfen, daß die Menschheit solchem „Luxus“ zwar nicht alles, aber vieles zu verdanken hat, was das Leben heute ziert und verschönt, in der Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse, in der Entwicklung der Kunst und der Bildung, für Handwerk, Industrie, Handel<sup>1</sup>. Mommsen sagt freilich zuviel mit den Worten<sup>2</sup>: „Der großstädtische Luxus macht manche fleißige Hand reich und ernährt mehr Arme als die Almosen spendende Menschenliebe.“ Es läßt sich aber anderseits nicht bestreiten, daß der höhere Aufwand Wohlhabender in der Tat vielfache Arbeitsgelegenheiten schafft, Handwerk, Industrie, Handel erweiterten Verdienst gewähren kann. „Wenn die Könige bauen, haben die Kärner zu tun.“ Besser ist es auch für ein Volk, wenn aufgehäufter Reichtum nicht bloß zu immer erweitertem Erwerb und zur Ausdehnung der Machtsphäre des Besitzes verwendet wird, sondern durch edlen Luxus dem Leben der Mitbürger Erleichterung und mannigfaltige Bereicherung zuführt<sup>3</sup>.

Man wendet ein: Durch den Luxus wird stärkere Kapitalbildung verhindert, wird die große Masse des Volkes vieler nützlicher Güter beraubt; mit den Millionen, die jahraus, jahrein auf Luxusgegenstände verwendet werden, könnte man durch erweiterte Produktion den unteren Schichten größeren Überfluß an Dingen des gewöhnlichen Gebrauchs sichern.

Dieser Einwand kann nicht so leicht von der Hand gewiesen werden; er hat volle Berechtigung, sobald der Luxus solche Formen, solche Ausdehnung, solchen Umfang angenommen hat, daß wirklich eine dem wahren Fortschritte in der Bedarfsdeckung des Volkes dienende Kapitalbildung dadurch gehemmt oder verhindert wird, wenn also der Produktion Stoffe und Kräfte entzogen werden, die im Interesse der materiellen Volkswohlfaht besser auf die Herstellung von Mitteln und Gegenständen des gewöhnlichen Bedarfs verwendet würden. Solange das nicht der Fall ist, solange der Luxus nicht so sehr die Menge der Güter oder der Arbeit für sich in Anspruch nimmt, wie deren Qualität, das besondere Talent des Arbeiters, des Künstlers, solange er einer allmählichen Verfeinerung der Lebenshaltung in allen Schichten des Volkes dient, diese vorbereitet, nicht als sinn- und zweckloser Luxus die Produktion weithin beherrscht, wird man der Befriedigung auch des sog. „Luxusbedürfnisses“ innerhalb der optimalen Bedarfsdeckung des Volkes ein Plätzchen gönnen dürfen. „Eine Gesellschaft, in der alle unter den gleichen Verhältnissen leben, wo nur beschränkten Bedürfnissen zu genügen ist und niemand die Perspektive auf ein glänzenderes Leben als dasjenige, welches den übrigen zuteil wird, sich eröffnen sieht, wird notwendigerweise mit der Zeit stabil

<sup>1</sup> Für das einzelne vgl. Sombart, *Luxus und Kapitalismus*; *Der Luxus und der Handel* 141 ff.; *Luxus und Landwirtschaft* 161 ff.; *Luxus und Industrie* 173 ff.

<sup>2</sup> *Römische Geschichte* III 518.

<sup>3</sup> Vgl. Paulsen, *System der Ethik* II 7—8 66.



und zuletzt rückschrittlich.“<sup>1</sup> Darunter würden aber auch die Massen nicht wenig zu leiden haben<sup>2</sup>.

Alle diese Erwägungen beweisen, daß es für die nationalökonomische Beurteilung des Luxus besonderer Vorsicht bedarf. Es sind nicht jene unvernünftigen und widerlichen, von der Moral verurteilten Erscheinungen des Luxus, die bei den Sklaven brutaler Genußsucht und überspannten sozialen Ehrgeizes gerade heute wieder zutage treten, denen allein unsere Aufmerksamkeit gelten muß. Nicht wie der einzelne sein gegebenes Einkommen rein privatwirtschaftlich verteilt, auf Luxus verwendet, kommt für den Nationalökonom in Betracht. Wohl aber der Luxus als allgemeine soziale Tatsache mit seinen volkswirtschaftlichen Folgen beansprucht unser Interesse. Der Gesichtspunkt, unter welchem der Nationalökonom auch den Luxus wertet, bleibt die umfassendere Frage, ob in der Gliederung der ganzen Volksgemeinschaft die Aufwendungen zur Bedarfsdeckung so verteilt sind, daß die wirtschaftliche Gesamtentwicklung des Volkes eine möglichst vollkommene, harmonische, zweckmäßige sei oder bleibe, derart, daß die materielle Wohlfahrt des Volkes sich mehre und über das ganze Volk, insbesondere in seinen mittleren und unteren Schichten, sich ausdehne<sup>3</sup>.

Der Übermut der Reichen ernährt viele arme Handwerker — so hatten die Merkantilisten gelehrt. Man darf, was Wahres an diesem Satze ist, anerkennen, wird dann aber auch um so nachdrücklicher betonen können, daß der Luxus volkswirtschaftlich verderblich wirkt, wenn die nationale Bedürfnisbefriedigung dadurch einseitig emporgetrieben wird, wenn er verkehrte, verderbliche Begierden im Volke weckt und befriedigt, wenn die dadurch bedingte Erzeugung von Luxusgütern die Produktion in falsche Bahnen lenkt, eine zweckmäßige Befriedigung der Bedürfnisse der Gesamtheit schädigt, wenn wertvolle Güter und Kräfte sinnlos vergeudet werden, wenn er von den höheren Klassen hinab bis zu den unteren Schichten falsche Gewöhnungen ins Volksleben hineinträgt, das Volk körperlich und sittlich verweichlicht mit allen volkswirtschaftlich bedenklichen Folgen. „Bei einem gesunden Volke“, sagt Roscher, „ist auch der Luxus gesund, bei einem kranken Volke auch der Luxus krank und krankmachend.“ Bei verfallenden Nationen werden „auf unbedeutende Genüsse enorme Kosten verwandt, ja die Kostspieligkeit der Konsumtion ist Selbstzweck. Unnatur und Verweichlichung treten an die Stelle der Schönheit und des Lebensgenusses“<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Koch, Wesen und Wertung des Luxus 20.

<sup>2</sup> Zum Ganzen vgl. auch Lexis, Allgemeine Volkswirtschaftslehre<sup>2</sup> (1913) 214 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Schäffle, Das gesellschaftliche System I<sup>3</sup> 286.

<sup>4</sup> Roscher-Pöhlmann, System I<sup>24</sup> 706. Mit steigendem Wohlstande zeigt sich ein „Luxusbedürfnis“ in allen Schichten. Ob gerade die Surrogatindustrie, die sich hierauf zurückführt, überall den Weg wahren Fortschrittes weist, dürfte begründetem Zweifel begegnen.

Ebensowenig wie in der Frage der Begriffsbestimmung des Luxus wird für seine Beurteilung Übereinstimmung der Ansichten erzielt werden. Eine hedonistisch gerichtete, materialistische Wissenschaft wird auch fürderhin geneigt sein, in jedem Luxus nur den Genuß zu ersehen und um bloßen Genusses willen, den es gewährt, den Luxus in jeglicher Form ohne weiteres zu billigen. Die rationale Nationalökonomie weiß den Genuß zu schätzen, der die Befriedigung von Bedürfnissen begleitet, ohne ihn allein zu schätzen. Auch die Moralisten lehren uns, daß der Genuß, richtig verstanden, zum Bedürfnis des Menschen gehört<sup>1</sup>:

„Der Schöpfer selbst hat Himmel und Erde nicht umsonst so schön gemacht. Die Schönheiten der Natur sind dazu da, genossen zu werden. Oder soll die Frucht ungenossen am Baume reifen? Sollen die Edelsteine in der Erde Schoß unbenutzt vergraben bleiben? Soll die süße Traube ihr feurig Blut verspritzen, ohne ein Menschenherz erfreut zu haben? Nein, der Schöpfer hat uns all das gegeben, damit wir unser Leben erfreuen und verschönern. An einem herrlichen Kunstwerk z. B. können Tausende ihr Auge erquicken, ohne daß es vergeht oder etwas von seiner Schönheit verliert. Darum hat auch die Kirche, die alle edlen Künste in ihren Dienst stellt, ihre herrlichen Gotteshäuser gebaut und hält sie offen, damit alle, Arme und Reiche, sich jederzeit daran mit Herz und Sinn erheben können<sup>2</sup>. Man darf daher nicht jeden Überfluß als Übermaß ansehen. . . . Edler Luxus ist vielmehr eine der wirksamsten Arten der Volkserziehung.“<sup>3</sup>

Der denkende Nationalökonom urteilt in dieser Hinsicht genau wie der Moralist. Er billigt, unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte, den vernunftgemäßen, edlen Luxus. Und ebenso hütet er sich wohl, in der Luxusfrage brutales Begehren und sozialen Dünkel mit menschlichem Bedürfnis zu verwechseln.

Insbesondere die Besitzenden werden von Herkner daran erinnert, daß nur derjenige Aufwand als kulturfördernd gelten kann, welcher den Menschen wirklich erhebt, tüchtiger und leistungsfähiger macht, welcher der verständnisvollen Förderung des Wahren, Guten, Schönen in allen menschlichen Lebenskreisen und sozialen Schichten dient: „Wir verlangen, daß die Massen des arbeitenden Volkes Respekt haben vor unserer Kultur. Wir verlangen, daß die Grundpfeiler der modernen bürgerlichen Wirtschafts-

<sup>1</sup> „Die Berechtigung des Luxus“, sagt H. Martensen (Die christl. Ethik II<sup>5</sup> [1894] 438), „liegt darin, daß das Leben auch dem Genusse bestimmt ist, wobei dann eben nur der Gehalt und Wert des Genusses in Frage steht, namentlich, ob man den Genuß, möge dieser nun der niederen oder der höheren Ordnung angehören, zu der Totalaufgabe des Lebens in das richtige Verhältnis stellt.“ — Der freie Genuß, dem die Leitung der Vernunft fehlt, verliert sich leicht in das Maßlose — dem Gossenschen Gesetze der Sättigung zum Trotz: „Das gesunde Nahrungsbedürfnis z. B. begnügt sich mit einer Menge von Nahrungsmitteln, welche den Hunger stillt und Kraft gibt, das Genußbedürfnis fordert mehr und steigert seine Ansprüche vielleicht bis zur Völlerei“ (v. Wieser). Gerade die Reize der Tafelfreuden krankten oft am Übermaß, der Überfeinerung.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu auch Paulsen, System der Ethik II<sup>7-8</sup> 65.

<sup>3</sup> Koch, Wesen und Wertung des Luxus 23.

ordnung . . . möglichst unversehrt erhalten bleiben, weil wir in ihnen die vornehmsten Träger des Kulturfortschrittes noch auf lange Zeit hinaus erblicken zu müssen glauben. Aber das Gefühl der Achtung wird sich nur erhalten, wird sich, wo es bereits erstorben ist, nur dort wiedererwecken lassen, wo die Besitzenden durch die Tat beweisen, daß ihnen nichts höher steht als die Zunahme der Kultur, und wo dem Volke selbst auch der Genuß der erworbenen Kulturerregenschaften vermittelt wird. Erst dann wurzeln sie in einem festen, den Stürmen aller Zeiten trotzen-den Boden.“<sup>1</sup>

Müssen wir zum Schluß noch besonders hervorheben, daß die Lage, in welcher sich die deutsche Volkswirtschaft heute befindet, auf allen Gebieten Sparsamkeit erheischt und darum auch für die Entfaltung des Luxus, speziell im Gebrauch exotischer Genußmittel, strengere Grenzen erfordert?

„Die verzärtelten Mägen der modernen Kulturmenschen haben sich (schon während des Weltkrieges)“, sagt Albu<sup>2</sup>, „wieder an derbe Kost gewöhnen müssen und keinen Nachteil davon gehabt. Die Stadtbewohner sind größtenteils von ihrer verfeinerten, die Verdauungsorgane verweichlichenden Küche zu der gröberen Landkost unfreiwillig zurückgekehrt. Manch einer, der nur noch feines Weizenmehlgebäck zu genießen pflegte, hat wieder Graubrot oder gar Schrotbrot essen gelernt. Das hat sich für gesunde Mägen als unschwer durchführbar erwiesen, wenn man nur des alten Grundsatzes immer eingedenk bleibt, den die abgehetzten Großstadtmenschen gar zu leicht zu vergessen pflegen: ‚Gut gekaut ist halb verdaut.‘ Auch andere schwerverdauliche oder als solche geltende Nahrungsmittel, gegen die der verfeinerte Geschmack der Städter fast schon eine instinktive Abneigung hatte, wie Kohlrüben und dergleichen, hat er, wenn auch nicht zu schätzen und zu lieben, so doch wieder verdauen gelernt. Hindhede, der dänische Apostel einer einfachen und billigen (vegetarischen) Kost, könnte jetzt seine Freude an der Verpflegung der großen Volksmassen in Deutschland haben, wenn sie nicht so teuer wäre wie sonst die verwöhntesten Feinschmeckereien. Aber vereinfacht ist unsere Kost jedenfalls worden. Der Verdauungsapparat kann davon nur Vorteile haben, indem ihm seltener Gelegenheit zu Überladungen und Verirrungen gegeben wird.“

Auch der Kleider- und Wohnungsluxus begegnet heute im allgemeinen strengerer Beurteilung und vordem nicht geahnten Hemmnissen.

<sup>1</sup> H. Herkner, Über Sparsamkeit und Luxus vom Standpunkte der nationalen Kultur und Sozialpolitik, in Schmollers Jahrbuch XX (1896) 21 (mit Hinweis auf die Leistungen des mittelalterlichen Bürgertums). „Nicht die wahre Noblesse, die sich in einem standesgemäßen und generösen Aufwand zeigt, sondern das Protzertum, die rohe Aufdringlichkeit des Emporkömmlings erweckt die Scheelsucht der niederen Klassen und erbittert, anstatt das Gemüt zu erheben im Anblick der schönen und heiteren Seiten des Menschenlebens“ (Franz Xaver v. Linzenmann, Lehrbuch der Moralthologie [1878] 275).

<sup>2</sup> Unsere Ernährung nach dem Kriege, im Berliner Lokal-Anzeiger, 15. April 1917, 1. Beiblatt.



## § 2.

## Die Mode als Bedarfsphänomen.

Luxus und Mode stehen in enger Beziehung zueinander. Die Mode kann zum Luxus führen und findet anderseits im Luxus Nahrung: „Die Mode wurzelt nicht im Luxus, aber sie waltet gerne in ihm.“

1. Individual- und sozialpsychologische Grundlage. „Mode“, sagt der Ästhetiker Vischer, „ist ein Allgemeinbegriff für einen Komplex zeitweise gültiger Kulturformen.“ Indes beschränkt sich die Mode in diesem Sinne lediglich auf peripherische Äußerlichkeiten des Lebens. Innerhalb der geistigen, sittlichen Sphäre ist die Mode vielfach nicht „Kulturform“, sondern eher Kulturentartung. Auch in der wahren Kunst herrscht die Sitte, der Stil, nicht die Mode.

Sitte und Mode als Sozialgebilde sind Ausdrücke und Kennzeichen der zeitgenössischen Kultur, die Mode mit ihrer Bedeutung für die Gestaltung der Außenkultur, während die Sitte die ganze Lebensordnung einer Gesellschaft umfaßt.

Die Mode verfügt nur über zeitweilige Gültigkeit. Sie ist stets auf Neues gerichtet, ein wilder Gießbach, die Sitte dagegen ein ruhig fließender Fluß (Tarde). Aus der Mode kann eine Sitte werden. So entstanden z. B. die „Volkstrachten“. Aber aus der Sitte wird keine Mode.

„Mode“, sagt Spencer, „ist eine Reihe von ewig wiederkehrendem Wechsel, nicht bestimmt durch die Nützlichkeit.“ Es kann aber auch eine nützliche, dem Fortschritt dienliche Mode geben<sup>1</sup>. Nicht jede Mode ist eben unvernünftig, und nicht jede Beachtung der Mode verdient Tadel. Gesuchte Unmodernität widerspricht der Vernunft.

Gleichwohl macht gerade im Bereich der Mode das Launenhafte sich leicht übermäßig geltend, der rasch wechselnde Geschmack, verbunden mit eitler Willkür, Gefallsucht, Täuschung, Protzerei und Prahlerei<sup>2</sup>. Das gilt von der Mode überhaupt, insbesondere aber von der Bekleidungs-mode, d. i. der Mode im engeren Sinne, mit der wir es hier vorzugsweise zu tun haben.

<sup>1</sup> Im 15. Jahrhundert kam z. B. die „Mode“ auf, Taschentücher zu gebrauchen, was hoffentlich zu bleibender „Sitte“ geworden ist.

<sup>2</sup> Rudolf Eucken nennt mit Rücksicht hierauf unsere Kultur „eine Talmikultur, die möglichst prunken und glänzen will, die für die innere Bildung die äußere Ausdehnung einsetzt, allen Selbstwert des Lebens der Nützlichkeit opfert und zugleich unvermeidlich ins Bloßdekorative, Scheinhafte und Leere gerät“. Nach Förster ist „das ganze moderne Schöntun mit dem Leibe nichts als ein trauriges Zeichen teils von der fundamentalen Unbescheidenheit, mit der sich heute das kleine Menschlein an seiner eigenen Person berauscht und erquickt — teils von der Vergrößerung und Veräußerlichung auch der künstlerischen Interessen, die den Körper zum Mittelpunkt machen, weil ihnen der Geist verloren ging. Verirrungen der Mode finden sich überall da, wo man vergißt, daß die Seele der Kultur die Kultur der Seele ist“.

Die leichte Möglichkeit und große Häufigkeit von Verirrungen in der Mode erklärt sich zum großen Teil daraus, daß hier nicht die Vernunft das Zepter führt, sondern daß gewisse triebhafte Tendenzen einen stärkeren Einfluß ausüben. In der Mode kommt nämlich einerseits das Streben nach Differenzierung, Unterschiedenheit, nach Besonderem zur Geltung: der Trieb, sich vor andern auszuzeichnen, der Rivalitätstrieb, der Wunsch zu gefallen, wohl auch aufzufallen. Man will „sich abheben“ von andern. Und andererseits bestimmt der Nachahmungstrieb<sup>1</sup> den Siegeslauf der Mode, wie er auch zum Untergang der herrschenden Mode führt, indem die verbreitete tatsächliche Nachahmung wiederum die Reaktion des Rivalitätstriebes herausfordert.

Zunächst sind es einzelne Individuen oder Gruppen von Individuen<sup>2</sup>, die eine neue Mode aufbringen. Dann pflanzt sich diese unter der Herrschaft des Nachahmungstriebes innerhalb der gleichen höheren Schicht fort, dringt allmählich in die breiten Volksschichten ein und stirbt ab, sobald auch die niedrigeren Schichten dieselbe angenommen haben. „Die Mode entspringt den sozialen Tendenzen der Nachahmung und der individuellen Abhebung, der Zusammenschließung der Individuen zu einer Gruppe und der Abhebung von andern Kreisen. Die Moden der sozial höher stehenden Schicht unterscheiden sich von denjenigen der tieferen und werden in dem Augenblick verlassen, in dem diese jene sich anzu eignen beginnt“ (Franz Walter).

Früher war die Mode ein „soziales Charaktermerkmal“, die „Uniform der herrschenden Klassen“<sup>3</sup>. Heute ist sie demokratisch geworden, beherrscht alle Schichten, nimmt aber regelmäßig dort „ihren Ausgangspunkt, wo Reichtum und Klassenstolz mit dem Trieb nach Vergnügen zusammenkommen“. „Standesmoden“ gibt es nicht mehr. Die überlieferte „Tracht“ findet sich nur noch auf dem Lande und bloß in einzelnen Gegenden. Im übrigen hat die städtische Kleidung auch auf dem Lande gesiegt. In den Städten bestehen die sozialen Unterschiede ihrem Inhalte nach fort und führen zu schroffen Gegensätzen. In den äußeren Formen aber führt die moderne Entwicklung zur Annäherung, zur Gleichheit, wie auch die Gesetzgebung Rechtsgleichheit herbeiführte.

<sup>1</sup> „Eine chinesische Frau, die eine andere Frau eine neue Art Hut tragen sieht, würde sich vielleicht versucht fühlen, mit einem Stein nach ihr zu werfen; eine europäische Frau wird sich in demselben Falle zunächst fragen, wie ihr der Hut wohl stehen würde.“ (Aus englischen Zeitungen, zitiert von Graf Posadowsky, auf dem 20. Evangelisch-sozialen Kongreß, 1909.) Dort herrscht die Tradition, bei uns die Mode.

<sup>2</sup> „Wenige Männer und Frauen der ‚Welt‘ ahnen, daß eine ganze Reihe von Moden in den Kreisen der ‚Halbwelt‘ entstanden sind. Besonders gilt das von gewissen Toilettenkünsten, Trachten, Umgangsformen, Bewegungen und Redeweisen. Die vornehme Welt folgt mit unglaublicher Naivität der Halbwelt, und der Mittelstand äfft in seiner Weise und zumeist noch mit unverhältnismäßigen finanziellen Opfern die elegante Gesellschaft nach“ (Ansgar Albing). Früher gab die „herrschende Klasse“ den Ton in der Mode an; „jetzt gehören noch manche andere dazu, die etwas ‚scheinen‘ oder ‚sein‘ wollen, ‚Pariaexistenzen‘ (Simmel), wie die Demimonde“ (Neuburger).

<sup>3</sup> Emmanuel Herrmann, Naturgeschichte der Kleidung (1778). Vgl. Neuburger, Die Mode 31.

**2. Begriffsbestimmung.** Simmel sieht in der Mode eine besondere unter jenen Lebensformen, durch die sich ein Kompromiß zwischen der Tendenz nach sozialer Egalisierung und nach individuellen Unterscheidungsreizen vollzieht. „Man wird sagen dürfen“, meint Sombart<sup>1</sup>, „daß jede Geschmacksänderung, die zu einer Umgestaltung des Bedarfs während der Lebensdauer einer Generation führt, ‚Mode‘ sei.“ Nach Fred<sup>2</sup> ist die Mode „Ausdruck und Wirkung jenes dem einzelnen nur dunklen Willens und Triebes einer ganzen Gemeinschaft, der durch die Phantasie beherrscht wird, durch wenig Logik gehemmt ist und jeder geringen und flüchtigen Neigung ausgeliefert, der aber immer organisch aufgebaut ist auf dem Grunde der ganzen materiellen Kultur aller Lebensformen dieser Gemeinschaft“. „Mode nenne ich“, sagt Max Morgenstern<sup>3</sup>, „jenen Komplex zeitweilig gültiger Geschmacksformen, deren Annahme durch eine Gesellschaftsschicht von kultureller oder sozialer Gewichtigkeit diese weiteren Gesellschaftsschichten als nachahmenswert erscheinen läßt.“ Man sieht: es ist das soziologische, psychologische, ästhetische Moment, welches in diesen Definitionen mehr oder minder einseitig zum Ausdruck gelangt. Der alte Christian Garve<sup>4</sup> hebt mehr die ästhetische Seite hervor, wenn er schreibt: „Mode ist die zu jeder Zeit herrschende Meinung von dem Schönen und Anständigen in kleineren Sachen, in Sachen, die weder durch Anwendung der Regeln des Geschmacks noch der Zweckmäßigkeit mit völliger Übereinstimmung reguliert werden können.“ Und Oldenberg<sup>5</sup> sagt: „Mode ist eine Zeitströmung, die massenpsychologisch bestimmte Sorten von Gütern, namentlich von Gebrauchsgütern bevorzugt.“ Neuburger<sup>6</sup> schließlich gibt folgende Begriffsbestimmung: „Die Mode ist die aus dem Bedürfnis nach sozialer Anerkennung (besser: Auszeichnung)<sup>7</sup> und nach Abwechslung hervorgehende, zeitweilig gültige Geschmacksform, welche die nicht ausschließlich von Zweckmäßigkeitsgründen beherrschte Konsumtion beeinflusst, indem sie eine Bedarfsvereinheitlichung und eine Bedarfsveränderung bewirkt.“

Die Mode zwingt zum Wechsel. Sie mobilisiert den Bedarf. Die Mode erscheint „geradezu als die Auflösung der Sitte, da ein beständiger Wechsel der Art und der Mittel zu ihrem eigentlichen Wesen gehört“<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> Moderner Kapitalismus II 331.      <sup>2</sup> Lebensformen 116.

<sup>3</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXV 3, 14.

<sup>4</sup> Versuche über verschiedene Gegenstände I (1792) (zitiert bei Neuburger a. a. O. 94). Das Dictionnaire de l'Académie Française nennt kurz die Mode: „l'usage passager qui dépend du goût et du caprice“.

<sup>5</sup> A. a. O. 115 f.

<sup>6</sup> A. a. O. 37. Die offenkundige Tatsache, daß die Frauenwelt mit Vorzug der Mode sich beugt, und daß anderseits eine nicht überspannte Gleichgültigkeit gegen die Mode als „männlich“ gilt, bedarf keiner näheren Begründung. Die emanzipierte Frau sucht darum in ihrer Weise auch hierin dem Manne sich zu nähern, trägt nicht selten sogar volle Verachtung der Mode zur Schau.

<sup>7</sup> Soziale Anerkennung suchte auch derjenige, der sich innerhalb der durch die Standessitte umschriebenen Grenzen hielt.

<sup>8</sup> Lexis, Art. „Konsumtion“, im Handw. der Staatswissensch. VI<sup>3</sup> 118.



Dieser öftere Wechsel erfolgt aus andern als aus Zweckmäßigkeitsgründen. Die Zweckmäßigkeit spielt bei der Kleidermode kaum eine Rolle; um so mehr bei der alten „Tracht“, die von der Zweckmäßigkeit beherrscht war, während die Mode Neuerungen um ihrer selbst willen sucht. Andererseits führt die Mode zur Vereinheitlichung der Bedarfsgestaltung, eben durch die Nachahmung, die in ihr eine so große Rolle spielt.

**3. Ist die Mode ein Bedürfnis?** Das Verlangen nach Abwechslung geht von der individuellen Natur aus, die Nachahmung, das Streben, andern gleichzustehen, von der sozialen Natur des Menschen. Man kann also in gewissem Sinne von einem Modebedürfnis sprechen, welches dann wieder unter dem Einfluß der gesamten Kulturentwicklung nach ihrer guten und schlimmen Seite steht.

Die Kultur bestimmt die Lebenshaltung der sozialen Gruppe oder Schicht, der man angehört. Man verzichtet lieber auf das Notwendige zum Leben als auf die Merkmale seiner Gruppe in der äußeren Lebensweise, in Kleidung, Wohnung („dicke Teppiche und dünne Butterbrötchen“).

In der korporativ organisierten Gesellschaft mit ihrer strengen Scheidung der Stände war die Lebenshaltung der Stände fester umgrenzt und bestimmt durch die Sitte. Die unteren Stände ahmten die höheren nicht nach. Darum war auch der rasche Wechsel in Kleidung und dergleichen nicht notwendig. In der neuzeitlichen, desorganisierten Gesellschaft aber verschwand mit dem Stande die Standessitte. An die Stelle der Berufsstände trat die Schichtung nach Klassen, nach Besitzverhältnissen<sup>1</sup>. Für die höheren Schichten macht sich ein gewisser Zwang geltend, das mitzumachen, was andere Individuen derselben Schicht sich in der Lebensführung erlauben. Man glaubt es der Selbstachtung schuldig zu sein, hinter andern nicht zurückzustehen, ja man möchte sich vor andern auszeichnen (Rivalitätstrieb). Aber auch die niederen Klassen wollen mitmachen, wollen es gleichtun, bleiben am Gängelbände der höheren Klassen. Tragen die Besitzenden Panamahüte, gleich setzt der gewöhnliche Mann seinen Talmipanama auf, wodurch dann wieder die Panamahüte ihren Modewert verlieren usw. So verbreitet sich die Mode über die ganze Gesellschaft, um dieser Verbreitung aber bald wieder zu erliegen.

Ist es aber nicht ein mißverständenes und darum kein wahres Bedürfnis, wenn die niederen Schichten die Moden der höheren Gruppen nachahmen wollen? Muß denn die Gleichberechtigung, die bürgerliche Gleichstellung, welche im heutigen Staate den unteren Schichten gesetzlich gewährt worden ist, muß die Steigerung der Lebensansprüche, die auch bei den weniger Bemittelten Platz greifen konnte, notwendig gerade zu einer Nachäfferei in den Moden führen? In unserer Zeit ist freilich mit solcher Predigt nicht viel gewonnen. Man tadle aber nicht die Verführten, um den Verführer zu schonen. Solange die Überspannung und Überspanntheit, die Unbeständigkeit, die Willkür, der Eigensinn, die Flatterhaftig-

<sup>1</sup> Vgl. Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 4, § 8 (Kap. 5, § 7).

keit, Eitelkeit Gefallsucht das Feld der Mode bei den höheren Klassen<sup>1</sup> beherrschen, ist eine allgemeine Besserung nicht zu erwarten.

**4. Die geschichtliche Entwicklung der Mode.** Zu allen Zeiten hat es individuelle Geschmackslaunen und Geschmackswillkür gegeben. Eine eigentliche Mode aber von wirtschaftlicher Bedeutung trat langsam erst während der stadtwirtschaftlichen Epoche zutage. Schmoller sagt in seiner „Straßburger Tücher- und Weberzunft“, vor Mitte des 14. Jahrhunderts sei ein rascherer Wechsel der Mode in Deutschland nicht zu beobachten; er habe zunächst auch mehr den Schnitt der Kleider als die Art der Gewebe ergriffen. In den folgenden Jahrhunderten dringt die Mode allmählich stärker voran. Schon finden sich Modebücher, Modebilder, aber auch bereits eine Bekämpfung der Mode. Indes vermochten alle Reglementierungen der merkantilistischen Zeit den Siegeslauf der Mode nicht mehr aufzuhalten. In der späteren Zeit erlebte sie dann ihren vollen Triumph, wurde „des Kapitalismus liebstes Kind“.

In der sog. Rokokozeit (vor der französischen Revolution) waren die feineren Kleiderschöpfungen auch in Deutschland auf Prunk und auf pomphafte äußere Erscheinung gerichtet: glänzende Männerfracks, reichbestickte Westen, die fast bis zum Knie hinabreichten, farbige Kniehosen, bunte Strümpfe und zierliche Halbstiefel, auf dem Kopf die mächtige Allongeperücke. Daneben die verschwenderisch ausgestatteten Frauenkleider aus Seide oder Samt mit den breiten, blumenbestickten Reifröcken, den kurzen Ärmeln, den schmalen Hüften und den tiefen Halsausschnitten. In der Zeit der Revolution und daran anschließend 1780—1800 ungefähr bleibt das Männerkleid ziemlich das gleiche mit denselben kostbaren Stickereien auf Rock und Weste. In der Frauenmode hatte der Reifrock ausgespielt. Er lebte nur bei Hofe weiter. Dagegen wurde der unförmige Stöckelschuh aus der Rokokozeit mit herübergenommen. In der Empirezeit, mit Beginn des 19. Jahrhunderts und schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts, begann ein lebhafter Kampf gegen die damaligen Auswüchse der Mode: Schnürleib und Stöckelschuh. Beides verschwand. Die Taille schob sich immer höher hinauf bis unter die Schultern. Vorwiegend wurden dünne, leichte Stoffe (dünster Mull, feinsten Battist, leichte Seide) verwendet mit entzückenden Handstickereien. Erwähnt sei auch der um 1810 gebräuchliche Spenser in seiner charakteristischen Form mit den langen, engen Ärmeln und dem hochstehenden Klappkragen. Die Schleppe ist verschwunden, der Rock wird fußfrei.

Nach 1815 kehrten allmählich die natürlichen Formen wieder, nachdem sie zunächst die denkbar unkleidsamste Gestalt angenommen hatten. Die Taille rückt wieder an ihre natürliche Stelle und wird zunächst leicht, dann immer kräftiger betont. Nur der absatzlose Schuh konnte sich noch mehrere Jahrzehnte behaupten. Aus dem röhrenförmigen Kleid wurde ein trichterähnlicher Rock, und um die Taille schmaler erscheinen zu lassen, wölbte man den Ärmel an den

<sup>1</sup> „Die Torheit der Leibesabgötterei wird nicht allein bei Frauen gefunden“, sagt Tilmann Pesch, „auch eine große Anzahl von jungen und alten Männern ist damit behaftet. Zur Unvollkommenheit tritt hier aber noch die Lächerlichkeit, wenn es sich um Menschen handelt, die man heutzutage Gigerl, Patentfatzke usw. betitelt. Sowohl junge Kaufleute als Studenten und nichtstuende Söhne reicher Eltern liefern hier Beispiele.“

Schultern bauschig auf. Gerade in diesen wenigen Jahren erscheint die Entwicklung der Mode äußerst interessant. Von einem Extrem fällt man allmählich in das andere, ähnlich wie es auch in den letzten Jahren vor dem Kriege so beliebt war.

Inzwischen ist auch zur Männertracht die lange Hose hinzugekommen, dennoch blieb man an den farbigen, wenn auch etwas dumpferen Stoffen hängen. Der Frack, blau oder braun, schlicht und ohne jede Verzierung, helle Hose und eine farbige gestickte Weste, das ist das Merkmal der Männertracht in der sog. Biedermeierzeit. Die Frauentracht zeigt bis 1840 immer noch die schärfste Ausprägung des Gegensatzes von 1815. Der Rock wird immer weiter mit reichem Besatz von Blumen und Verzierungen am unteren Rande, bis schließlich wegen der durch verschwenderische Stofffülle hervorgerufenen tiefen Falten der Ausputz verschwindet.

Die folgende Zeit bis 1870 ist weniger interessant. Das nüchterne, formlose Männerkleid zeigt keine Besonderheit, während das Frauenkostüm wiederum die Krinoline kommen und gehen sieht. Das Kleid ist reich ausgestattet mit Spitzen, Bändern und Posamentieren. Aus dieser Zeit stammen auch die heute noch in vielen Familien als teures Erbstück aufbewahrten seidenen Umschlagtücher, die an Stelle des Mantels getragen wurden.

Wenig geschmackvoll ist die Mode von 1870 bis 1900. Die äußere Erscheinung der Frau hat sich zu ihrem Nachteil sehr verändert. Zunächst der enge Rock mit langer Schleppe. Wenige Jahre später der weitere, aber fußfreie Rock mit der häßlichen sog. Turnüre. An diesen eigenartigen Geschmacksrichtungen dürfte kaum jemand Gefallen finden. In den neunziger Jahren taucht dann wieder der bauschige Ärmel auf, gleichzeitig mit der unnatürlichen gewaltsamen Einschnürung der Hüfte und dem biedermeierähnlichen Glockenrock. Gegen Ende der neunziger Jahre kehrt die Mode wieder zu natürlicheren Formen zurück unter Vermeidung der größten Übertreibungen, während die neueste Entwicklung abermals Häßlichkeiten und Auswüchse in krasser Form aufweist<sup>1</sup>.

Die Produzenten suchen Modebedürfnisse zu wecken, schaffen den Geschmack des Augenblickes, leben von der Laune des Augenblickes. Der technische Fortschritt, die Entwicklung des modernen Verkehrs, die fabrikmäßige Massenerzeugung und die Möglichkeit eines Massenvertriebes, anderseits die Erhöhung der Lebensansprüche, die große Freiheit, der demokratische Geist, das Streben der unteren Schichten nach Gleichstellung usw. erleichterten es dem kapitalistischen Unternehmer, die Mode zu hegen, zu pflegen, großzuziehen. Modepresse, Reklame, Modesalons, Mannequins (Gliederpuppen), tote und lebende Modelle, der Kinematograph, der die Modelle der Mode im lebenden Bilde vorführt, Modeausstellungen, Modetheater, Modellbühne mit Modelltoiletten, Galerien der Mode, Modemuseen u. dgl., alles muß dazu dienen, das Verlangen zu entzünden, ein Bedürfnis oder Begehren zu erzeugen, den Geschmack zu bilden, nur zu

<sup>1</sup> Der 1915 zu Berlin durch Fachleute, Künstler und Kunstfreunde begründete Verein „Modemuseum“ veranstaltete eine Ausstellung alter Modestücke, um mit der Entwicklung der deutschen Mode bekannt zu machen. Vgl. „Germania“ Nr. 533, 15. November 1916.



oft auch ihn zu verbilden. Seit der Zeit Louis' XIV. wurde die Mode allmählich zu einem weltwirtschaftlichen Phänomen.

Die jeweilig herrschende Mode entstand bisher — vor dem Weltkriege — in den großen Modezentren, für die Herrenkleidung in London, für die Damenwelt in Paris. Die französische Hauptstadt verfügte über reiche Kunststätten, die für neue Moden durch das Studium alter Moden Idee und Anregung lieferten — Paris, ein Brennpunkt des internationalen Verkehrs, Paris mit dem traditionellen feinen Geschmack, mit dem feinen Material der französischen Industrie, wie es der Modekünstler benötigt. Die Schneiderkonsortien der Rue de la Paix usw., die führenden Modehäuser Paquin, Poiret, Callot usw. schufen die Modelle, die zur Mode wurden, Massenbedarf auslösten, wenn sie auf dem Derby in Auteuil, in Longchamps, bei den Rennen des Grand Prix, in den großen Theatern die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, das Wohlgefallen der Welt erobert hatten. Wie die Kleidermodelle, so mußten auch die neuen Damenhüte vorerst ihre Reifeprüfung bestehen beim Concours hippique oder sonstigen Rennen, im Salon, auf der Bühne, mußten „einschlagen“, ehe der internationale Fortpflanzungsprozeß beginnen konnte. Etwa sechs Pariser Modewarenhäuser entschieden letztlich über den Kopfschmuck der Damenwelt der ganzen Erde. Die Originalmodelle der Kleider und Hüte wurden von den Modeinteressenten gekauft, von Zeichnern der ausländischen Industrie kopiert, durch Mannequins und Probierdamen usw. dem geneigten Publikum vorgeführt. Bedeutende Abnehmer, wie die Firma Gerson-Berlin, konnten bei Paquin die Modelle früher als andere erhalten, Gerson 8 Tage früher, amerikanische Firmen 14 Tage früher, weil eben der Versand nach Amerika etwa 10 Tage länger dauerte als der nach Deutschland<sup>1</sup>.

5. Die wirtschaftliche Bedeutung der Mode hat schon in der älteren nationalökonomischen Literatur<sup>2</sup> nicht die gleiche Beurteilung gefunden,

<sup>1</sup> Eine im Jahre 1910 veranstaltete Umfrage bei den Modeindustriellen, ob es möglich sei, eine deutsche Mode zur Geltung zu bringen, lieferte meist verneinende Antworten. Es sei das für absehbare Zeit unmöglich. Die Deutschen hätten nicht den feinen Sinn für Formen- und Farbenschönheit, der den Franzosen durch jahrhundertlange Erziehung zueigne; es fehle uns das Material, aus dem wir Modelle schaffen könnten; die Industrie, die sich mit Schaffung von Mode im Original befasse, sei in Frankreich ausgedehnter; dort würden die höchsten Preise für ein neues Modell gezahlt usw. Während des Weltkrieges aber vernahm man schon viele Stimmen, die sich entschieden für die Möglichkeit einer deutschen Mode und zwar sogar als Weltmode aussprachen. Klara Sander (Die Mode im Spiegel des Krieges [1915]) führt ein Wort des „Temps“ zur „deutschen“ Mode an: „Deutsch und Mode scheinen einen Widerspruch zu bergen. Deutsch sei es nicht, nach stetem Wechsel, nach pikanten Überraschungen zu suchen. Deutsch sei es, nach großen Gesichtspunkten sich zu kleiden, langsam nur Wandlungen nachzugeben und nicht den Zufallslaunen einzelner.“ Deutschland möge seinen Stolz darein setzen, die besten und tüchtigsten Mütter, nicht die elegantesten Modedamen hervorzubringen.

<sup>2</sup> Vgl. Neuburger, Die Mode 11 ff.

wie auch die Ansichten darüber auseinandergingen, inwieweit die Mode Gegenstand der Politik sei.

Die Merkantilisten beurteilten die Mode vorzugsweise unter dem Gesichtspunkt günstiger Handelsbilanz: Dasjenige Land, dessen Geschmack in der Mode die Geschmacksbildung beherrscht, besaß für den Absatz seiner Produkte (speziell der Textilindustrie) die besten Aussichten. Nach Colbert bedeuteten die Moden für Frankreich dasselbe, was die Bergwerke von Peru für Spanien waren. Die deutschen Merkantilisten und Kameralisten andererseits ersahen in der Abhängigkeit Deutschlands von den Kleidermoden Frankreichs nur Schande und Schädigung für das eigene Land. Sie forderten Einfuhrverbote gegenüber den französischen Waren, billigten Kleiderordnungen, die sich gegen ausländische Artikel richteten, befürworteten die Ausbildung einer nationalen Mode. Sie waren also nicht Feinde der Mode schlechthin. Die Mode Sorge für eine Menge von Waren und für den hurtigen Abgang derselben. Eine Mode, die dem inländischen Commercio, den Manufakturen und dem Handel Nutzen bringe, fand ihre Billigung. Nur dem Eindringen ausländischer Moden standen sie feindlich gegenüber<sup>1</sup>. Wie Montesquieu, so empfahl auch Süßmilch Kleiderordnungen zur Bekämpfung der Moden. Man verbrauche, sagt Süßmilch, jetzt, zu seiner Zeit, infolge der Mode 2000 Taler statt 1000 vor fünfzig Jahren. Das preußische Militär habe seine eigene Kleidung, kenne aber keine Mode. Auch der „eiteln Phantasie“ des Bürgerstandes müsse „durch eine Kleiderordnung ein Gebiß angelegt werden“. Justi und Philippi sprachen sich gegen Kleiderordnungen aus. Die Polizei soll die Moden „weder abschaffen noch dirigieren“, meint Justi. Die Mode sei vorteilhaft für ein fleißiges Volk, das alle Arten von Gütern selbst gewinne. Nichts vergrößere den inneren Verbrauch des Landes mehr und gestalte den Umlauf von Waren lebhafter als der öftere Wechsel der Moden. Das biete einer größeren Zahl von Menschen Gelegenheit zur Arbeit und zum Verdienst. Doch müsse das Volk selbst für sich Erfinder und Beherrscher der Mode sein. Habe ein fremdes Land die Vorherrschaft in der Mode erlangt, dann würden die andern Länder diesem tributpflichtig. Kleiderordnungen seien unzweckmäßig. Man könne ja unmöglich die Art und Kostbarkeit der Kleidung usw. vorschreiben, da selbst innerhalb des gleichen Standes das Vermögen nicht das gleiche sei. Eine andere Frage wäre es, inwieweit der Staat dazu helfen könne, daß niemand über sein Vermögen hinaus die Mode mitmache, und daß die Mode nur Inlandswaren verwende. Im übrigen solle der Hof mit gutem Beispiel vorangehen und insbesondere keine französische Mode annehmen.

Die Physiokraten haben der Mode kaum Beachtung geschenkt. Indes läßt sich nicht leugnen, daß ihre Lehre von dem streng gesetzmäßigen Verlauf des Wirtschaftslebens, von dem Gleichgewicht zwischen Konsumtion und Produktion, somit von der Förderung der Produktion durch Steigerung der Konsumtion die Entwicklung der Mode nicht wenig begünstigte. Insbesondere die Freiheitslehre der Physiokraten stand den von den Merkantilisten wenigstens zum Teil befürworteten Verboten entgegen. So erhoffte denn auch der deutsche Physiokrat Schlettwein die etwa erforderliche Korrektur der Mode weniger vom Zwang als von Aufklärung und belehrender Verordnung.

<sup>1</sup> Vgl. Zielenziger, Die alten deutschen Kameralisten (1914) 253 ff. (Beiträge zur Geschichte der Nationalökonomie, herausgeg. von Karl Diehl.)

A. Smith kommt in seiner „Theory of Moral Sentiments“ auf die Mode zu sprechen. Er sieht in ihr eine besondere Art der Gewohnheit, welche Musik, Poesie, Architektur, namentlich aber die Kleidung und dergleichen beherrsche; hier aber verliere sie an Kraft und Dauer, sobald sie popularisiert, vom gewöhnlichen Volke angenommen werde. In dem „Wealth of Nations“ wird die Mode von Smith nicht behandelt. Bei J. B. Say dagegen finden sich sowohl im „Traité“ wie im „Cours“ Bemerkungen über die Mode, wie daß die Mode die Konsumtion vervielfältige; sie mache die Güter zunichte, ehe diese ihre Nützlichkeit verloren hätten, sie verleite die Manufakturen zur Massenproduktion ohne Rücksicht auf den Absatz; sie sei kein Mittel der Ökonomie, weder für den einzelnen noch für die Völker.

Storch bezeichnet in seinem „Handbuch der Nationalwirtschaftslehre“ die Mode als „Meinungskonsumtion“, was Sombart einen „mäßig guten Witz“ nennt. Die Mode hat, wie Storch ausführt, die Bedürfnisse sehr gesteigert, den Sinn auf leeren Schimmer hingewandt; sie trage zu keiner Vervollkommenung der Gewerbe bei, schädige diese, wenn sie von der Verschiedenheit der Formen auf die Wahl der Stoffe übergreife; sie führe zur Qualitätsminderung, zu einem sinnlosen ewigen Wechsel, verursache einen großen Konsum, der keinen Nutzen stifte, entziehe der Hauswirtschaft die Mittel, die sie für andere Zwecke besser verwende; kurz, volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich sei die Mode schädlich.

Sismondi weist insbesondere auf die Schwierigkeiten, die sich aus den Schwankungen der Mode für den Produzenten ergeben; er müsse sich eben, soweit er könne, diesen durch Produktionsänderungen in seiner Industrie anzupassen versuchen.

Es ist also nicht so ganz richtig, was manchmal behauptet wird: die Nationalökonomie stehe für die Mode ein. Sehr verschiedene Ansichten finden sich bei der Nationalökonomie, Gründe, die gegen die Mode sprechen, und Gründe für dieselbe. Wenn zugunsten der Mode darauf hingewiesen wird, daß ihr rascher Wechsel die Arbeitsgelegenheiten und Erwerbsmöglichkeiten vermehre, so wird andererseits wiederum scharf betont, daß gerade innerhalb der Modeindustrie die stärkste Ausbeutung der Arbeitskräfte sich vorfinde.

Charakteristisch für die moderne Mode ist nach Sombart<sup>1</sup>: 1. Die unübersehbare Fülle von Gebrauchsgegenständen, auf die sie sich erstreckt, die Mannigfaltigkeit der Modeartikel. Allerdings herrscht die Mode vorzugsweise auf Gebieten, wo die Zweckmäßigkeit nicht zu bestimmten Formen nötigt, wo der Geschmack entscheidet, wo die Form bei gleichem Gebrauchszweck verschieden sein kann. Es ist das aber ein sehr weites Feld, das außer der Kleidung namentlich auch Hauseinrichtungen, Schmucksachen usw. umfaßt. 2. Die absolute Allgemeinheit der Mode, ihre rasche Ausdehnung über die ganze internationale Kulturwelt; in ihrer wirksamen Egalisierungstendenz wird sie durch keine räumliche oder ständische Schranke aufgehalten. Diese Verallgemeinerung tötet die Mode, zwingt die höhere Schicht zur Abänderung ihrer Bedarfsartikel, entwertet die vorhandenen Güter, sobald sie in minderwertiger Ausführung nachgeahmt werden. 3. Das rasende Tempo

<sup>1</sup> Kapitalismus II 332 ff.



des Modewechsels, die „Moderaserei“. Nicht nach ihrer Nützlichkeit, sondern nach dem Schauwert, nach dem Genuß, nach der Befriedigung des Neuerungsbedürfnisses und unter dem Einfluß des Neuerungsfiebers werden die Modegüter bewertet. Eine Damenkleidermode kann in derselben Saison vier- bis fünfmal wechseln. Ein wildes Jagen ist es nach immer neuen Formen, mit immer schnellerem Tempo, wie die Produktions- und Verkehrstechnik sich vervollkommen. Ohne die Herrschaft der Mode würde die Nutzungsdauer für den einzelnen Gegenstand länger, die Mannigfaltigkeit der Güter für den Konsumenten wahrscheinlich größer sein. Die Mode aber zwingt zum Wechsel auf dem speziellen Gebiete, wo sie dominiert, zwingt die Verbraucher, ihren Bedarf eher zu ändern, als sie es unabhängig von der Mode tun würden. Ihr Abwechslungsbedürfnis wird zum Tyrannen; es artet oft geradezu zur Roheit in der Behandlung alter Gebrauchsgegenstände aus (Sombart). Und wer die echten Güter nicht zahlen kann, der greift zu Imitationen, zum Flick- und Zierwerk: auf die Mode folgt die Talmimode, dem modischen Original die Kontrefasson, welche die Modeartikel entwertet, die Mode zu Grabe trägt.

Sagt die Nationalökonomie, alle volkswirtschaftliche Betrachtung müsse von den menschlichen Bedürfnissen ausgehen, so beweisen doch gerade hinwiederum die modernen Modeerscheinungen, wie sehr die Gestaltung, Entfaltung und Verkehrung der Bedürfnisse unter dem Einflusse der Produktion stehen. Der kapitalistische Unternehmer war und ist, wie Sombart betont, der treibende Faktor für die Schaffung der modernen Mode. Gewiß, es haben auch hervorragende Konsumenten Moden gebildet. Von 1799—1814 beherrschte in England George Bryan Brummel, der „Urtyp des modernen Dandys“, unbeschränkt die Herrenmode. Bekannt ist ebenfalls der maßgebende Einfluß Eduards VII. auf Hutform und Krawattenfarben. Aber vorwiegend, und später ausschließlich, erfand doch der rationalistische Kapitalismus die Moden. „On ne fait plus la mode, on la subit.“ Das galt für den Konsumenten, der sich dem kaudinischen Joch zu beugen hatte. Einzig das Gewinnprinzip beherrschte schließlich hier alles, ließ es unter Umständen als vorteilhaft erscheinen, eine Mode zu vernichten, die Sachen zu Spottpreisen zu verkaufen, um eine neue Mode einzuführen. Daß die private Hauswirtschaft dadurch geschädigt wird, kümmert den kapitalistischen Unternehmer solcher Art sehr wenig, auch nicht, daß dieses Verfahren, unter nationalökonomischem Gesichtspunkte, höchst unwirtschaftlich ist. Also die vollendete Umkehr der Ordnung: nicht das Bedürfnis der Konsumenten bestimmt die Produktion, sondern der Ertrag beherrscht den Bedarf, spottet des wirtschaftlichen Prinzips in seiner Anwendung auf Hauswirtschaft und Volkswirtschaft, macht sich selbst zum herrschenden Prinzip des Wirtschaftsprozesses.

Aber auch die Schuld der Konsumenten an dieser Umkehr der Ordnung ist keine geringe.

„Niemand fragt danach“, sagt Lexis<sup>1</sup>, „ob der wirtschaftliche Zweck bei der neuen Mode besser erreicht werde als bei der alten, man verlangt die Neuheit um ihrer selbst willen, oft nur als Mittel gegen die Langeweile, die namentlich für die aller ernstesten Tätigkeit enthobenen weiblichen Angehörigen der reichen Klassen zu einer immer drohenderen Plage wird. Unglücklicherweise beschränkt sich die Mode aber nicht auf die Wohlhabenden, sondern sie hat sich immer mehr auch über den Mittelstand ausgedehnt und auch die Arbeiterklasse nicht unberührt gelassen. Wenn damit eine wirkliche Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung in diesen Klassen verbunden wäre, so wäre ja ein Fortschritt anzuerkennen. Tatsächlich aber wird nur erreicht, daß Kleider, Möbel und ähnliche Gebrauchsgegenstände zwar mit einem modischen Äußeren, dafür aber desto weniger haltbar angefertigt, und daß viel unnützer Tand und wertlose Scheinwaren angeschafft werden. Überhaupt findet unter dem Einfluß... der Mode ein bedeutender Aufwand statt, der kein irgendwie empfundenes Bedürfnis befriedigt, sondern nur unter jenem äußeren Drucke oft mit ernstlicher wirtschaftlicher Unbequemlichkeit oder Schwierigkeit übernommen wird. Schon deshalb müßte das gewissen neueren Untersuchungen zugrunde liegende Prinzip, daß der Mensch bei der Ordnung seiner Konsumtion das Maximum des Genusses erstrebe, in seiner Anwendbarkeit erheblich beschränkt werden.“

Kann der Nationalökonom in einer Entwicklung, die von Trieben statt von der Vernunft, von der Begierde statt von dem Bedürfnis beherrscht wird und welche die Volkswohlfahrt schädigt, nicht einen volkswirtschaftlichen Fortschritt ersehen, so findet doch eine Mode, die innerhalb vernunftgemäßer Grenzen bleibt, ein Abwechslungsbedürfnis, das von offener Überspannung und Zügellosigkeit sich fernhält, keinen Tadel. Auch darf der zwingende Einfluß in der eigenen Gesellschaftsschicht herrschender Gewohnheiten auf die Bedarfs- und Konsumtionsgestaltung des einzelnen nicht verkannt werden. Es kommt dabei ein in sich berechtigtes Anerkennungsbedürfnis zur Geltung, das nicht notwendig gesellschaftlichen Ausartungen des entfesselten sog. „Rivalitätsbedürfnisses“ zum Opfer zu fallen braucht. Die Mode an sich mag darum in vernunftgemäßen Grenzen noch als Bedürfnis gelten können, ohne daß dies aber von den besondern Formen gilt, in welchen eine Zeitepoche diesem Modebedürfnis zu genügen sucht.

**6. Moderne Formen der Mode in ästhetischer, hygienischer, ethischer Beleuchtung.** Darf man noch von einem „Bedürfnis“ z. B. bei jener modernen Kleidermode reden, wo diese dem Zwecke der Kleidung geradezu widerspricht? Die Handbücher der Pädagogik sagen mit Recht, jede Kleidung habe einen physischen, ästhetischen, moralischen Zweck: die Erhaltung der Gesundheit, die Verschönerung des Körpers, die Bewahrung der Sittlichkeit. Was soll man dann aber zu so vielen heutigen Moden sagen, die ungesund, unbequem, lächerlich, unschön und unästhetisch, oft geradezu tendenziös unsittlich sind?<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Konsumtion, im Handw. der Staatswissenschaft. VI<sup>3</sup> 118.

<sup>2</sup> „Luxemburger Wort“ LXVIII (1915), Nr. 136 ff.

Nach Paulsen soll der ganze Leib durch ein schönes und anmutiges Äußere ein schönes Innenleben zur Darstellung bringen. „Die Kleidung und was damit zusammenhängt“, bemerkt Linsenmann, „die Sorgfalt in der äußeren Erscheinung dient in besonderer Weise zur Repräsentation der Einzelpersönlichkeit, weshalb Kleidung und Schmuck des äußeren Menschen jederzeit als Spiegel und Offenbarung bestimmter geistig sittlicher Eigenschaften gelten. Die Kleidung gehört daher zu jenen Gütern, aus welchen der Mensch einen seelischen Genuß zieht.“<sup>1</sup>

In der Kleidung offenbart sich der feine Geschmack; sie ist ein Ausdruck des Kunstsinnes, eine Idealisierung der Persönlichkeit, eine Veredlung der gesamten Erscheinung — vorausgesetzt, daß die Kleidung ästhetisch zweckmäßig ist.<sup>2</sup>

Genügt aber die moderne Mode vielfach nicht den Anforderungen der Ästhetik, setzt sie Karikaturen an Stelle des Schönen, so läßt sie es auch an der gebührenden Rücksicht auf die Gesundheit fehlen. Wie oft haben die Ärzte Einspruch erhoben gegen die ungenügende oder unzureichende Bedeckung einiger Körperteile, gegen die kleinen Schuhe mit den

<sup>1</sup> In der Kleidung offenbart sich das eigene Wesen. Sittsamkeit oder Eitelkeit. „Die äußere Haltung kann ein Spiegel innerlicher Schönheit und Würde sein, und der wirklich gute Geschmack kann auf andere wohlthätig einwirken, wie irgendeine Kunst. Schönheit hat auch hier ihren ethischen Wert, und sie kann mit der Demut ganz wohl bestehen, wie umgekehrt Selbstvernachlässigung noch nicht immer Tugend ist und nach dem Worte des Weisen die Hoffart auch aus den Löchern des Mantels heraus schauen kann“ (Linsenmann, Moraltheologie 268). Auf einer Berliner Modeversammlung (November 1915) wurde gesagt, die Kleidung müsse schön, edel und vor allem würdig sein, dem Körper angepaßt, frei von jeder Absonderlichkeit und all dem launenhaft bizarren Beiwerk, das gerade die moderne Mode charakterisiert. Doch „edle Linie und Würde“ liebt die Königin Mode nicht. Das „launenhaft bizarre Beiwerk“ hatte auch auf jener Versammlung die Wahrheit für sich.

<sup>2</sup> Und nun betrachte man einmal eine moderne „Modepuppe“: „In kleinen Schuhen von grellem Rotleder und mit gewaltig hohen Absätzen, die — wie jemand böswillig bemerkte — an Pferde- oder an Stelzfüße erinnern, trippelt sie über die Straße, ganz genau aufpassend, daß nicht einer dieser Absätze zwischen zwei Pflastersteinen oder in den Schienen der Straßenbahn hängenbleibe und so seine Trägerin zur „hinkenden Botin“ der neuesten Mode mache! Wirkt ein solches Auftreten ästhetisch? Trägt eine solche Person feinen Geschmack zur Schau? In einer deutschen Monatschrift spricht sich ein Korrespondent über den ästhetischen Wert mancher Moden folgendermaßen aus: „Ein alter, verständiger Mann hat unlängst den Ausspruch getan: Wenn ich die Mädchen unserer Zeit auf den hohen, spitzen Absätzen vor mir hertrippeln sehe, so meine ich immer eine Herde Gänse zu sehen, die barfuß über die Stoppeln eines Feldes gehen. Dazu kommt noch der möglichst enge Rock, der sie im Gehen hindert. . . . Ist solche Tripperei und Seiltänzerei des edelsten Geschöpfes würdig? Und wenn gar auf dem auffallend frisierten Kopfe noch ein recht großer Hut sitzt, besetzt mit allen Früchten des Feldes, mit allen Blumen des Gartens und mit einer nicht geringen Auslese aus der Vogelwelt? Hat denn Gott diese schönen Sachen geschaffen, daß die Damen sie auf den Hüften wie auf einem Präsentierteller herumtragen sollen? Ist das nicht eine ganz miserable Geschmacksverwirrung? Man redet von Modenarren: das Wort ist mitunter recht passend.“ Und wie schön erst, wenn die Runzeln im Gesichte und das weiße Haar die Auswüchse der Mode mitmachen!“ („Luxemburger Wort“ a. a. O. 137.)



hohen Absätzen! Was für eine Qual muß es verursachen und wie schädlich ist es für das Wachstum usw., immer wie in einem engen Futteral festgeschnürt zu sein! Die engen Kleider behindern den Zutritt der Luft, hinreichende Transpiration. Wenn man auf bloßem Leibe rohes Linnen trägt, das die Luft durchläßt, das durch Reiben und Frottieren der Haut Blutzirkulation und Stoffwechsel befördert, wenn man sich überhaupt einer natur- und vernunftgemäßen Kleidung bedient, dann ist damit für die Gesundheit besser gesorgt als durch *décolletés*, durchbrochene Blusen — selbst im Winter. Man möchte sich angeblich gegen die Hitze schützen. Die Wärme der allzuengen Kleidung, die Handschuhe im Sommer, die bis über die Ohren reichenden hohen Kragen aber, wenn sie einmal Mode sind, erträgt und erduldet man ohne Klagen<sup>1</sup>. Die enge, leichte Überkleidung läßt keine vernünftige Unterkleidung zu. Katarrhe, Rheumatismen usw. sind die Folgen.

Die Kleidung soll nicht nur der Gesundheit dienen, dabei ästhetischen Anforderungen genügen, sie hat auch den Gesetzen der Schicklichkeit, des Wohlanstandes Rechnung zu tragen; sie soll die Sittlichkeit fördern, nicht untergraben. Wenn man aber die herausfordernde, das Schamgefühl schwer verletzende Kleidung so vieler modernen Mädchen und Frauen bemerkt, so muß man allerdings glauben, die moderne Parole heiße: Sehen und gesehen werden, verführen und sich verführen lassen<sup>2</sup>. Der Philosoph Nordhausen urteilt, die Scham der Völker sei verwüstet gewesen, sobald das Weib anfang, sich zu enthüllen, und alle vollständig ungenügenden Bekleidungen, unter welchem Vorwande sie auch immer geschähen, seien deutliche Beweise des Niederganges eines Volkes<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> „Würde die Kirche“, sagt ein Zeitgenosse, „nur ein Zehntel der Abtötung vorschreiben, die diese Modedamen in ihrem Futteral aushalten müssen, sie würden Zeter und Mordio schreien. Weil aber die Mode diese Quälerei vorschreibt, muckst sich kein Mensch.“

<sup>2</sup> Schon Seneka bemerkte von den durchsichtigen, sog. serischen Gewändern seiner Zeit, daß sie weder den Leib noch die Schamhaftigkeit beschützten.

<sup>3</sup> Mit Recht schreibt ein medizinisches Fachblatt: „Es ist nicht anzunehmen, daß züchtige, gesinnungsreine Frauen einer Mode huldigen, die Schlüsse auf ihre Moral zuließe, Schlüsse, die mit ihren wahren Anschauungen in direktem Widerspruch stehen. Aber die Extreme, zu denen sich viele junge und törichte Damen durch das Bestreben verleiten lassen, modern und chic zu sein, bedeuten eine Gefahr, nicht nur mit Rücksicht auf die Wölfe im Schafspelz, die immer auf Beute ausgehen und in dieser lasziven Mode ein Entgegenkommen wittern, sondern auch wegen der Wirkungen auf perverse Gemüter und wegen der Möglichkeit, degenerierte Geschöpfe zu verbrecherischen Taten aufzustacheln. Die höher veranlagten Sittenreinen mögen wohl sagen: Dem Reinen ist alles rein, sie mögen behaupten, daß die angeblichen Übel der modernen Frauenkleidung nur in der krankhaften Phantasie der Lasziven und Lüstlinge genährt werden. Das mag teilweise richtig sein; aber in jedem Mann mit normalem Appetit steckt etwas von dem zur Sünde bereiten alten Adam. Jeder praktische und erfahrene Mediziner weiß, wie die Flamme perverser Leidenschaften durch die Mode angefacht wird, der junge und lüsterne Damen huld-

Wenn der Ästhet K. Ettlinger bemerkt, die Mode habe kein ästhetisches Gewissen, wohl aber einen erotischen Instinkt, so werden viele geneigt sein, dieses Urteil in seiner Allgemeinheit als zu schroff abzulehnen. Für den Nationalökonom hat gleichwohl die Frage großes Interesse, ob in der modernen Mode ein vernunftgemäßes Bedürfnis oder mehr noch vernunftwidrige und erotische Begierlichkeit sich geltend mache. Die Nationalökonomie ist gewiß nicht Sittenrichterin. Muß sie darum zur stummen Behüterin oder offenen Förderin gewissen Begehrens werden? Kann sie stillschweigend die Verletzung des sittlichen Bewußtseins mit in den Kauf nehmen oder gar indirekt unterstützen, nur deshalb, weil es dabei für Produzenten, Händler usw. etwas zu verdienen gibt? Würde sie noch den Anspruch erheben können, eine Kulturwissenschaft zu sein, wenn sie mitwirkte an der Vernichtung, dem Untergang wahrer Kultur?

Die Not, in der wir uns befinden, zwingt Deutschland zur Sparsamkeit auf allen Gebieten. Wir haben das bei der Lehre vom Luxus schon betont. Möge diese Notwendigkeit uns auch befreien vom Wettlauf mit exotischen Modetorheiten; möge sie dazu führen, daß unser Volk wieder Verständnis gewinne für das Einfache. Dauerhafte, Gediegene.

### § 3.

## Der Alkoholismus.

Mit den Entartungsformen des Luxus verwandt, wenigstens insofern, als es sich um Überschreiten der durch unsere Vernunft der Verwendung der Güter und dem Genuß gesetzten Schranken handelt, ist die Unmäßigkeit im Alkoholgenuß.

**1. Begriffsbestimmung.** Spricht man von „Alkoholismus“, so denkt man dabei entweder an den Alkoholgenuß schlechthin oder — und das ist das Gewöhnliche — an den übermäßigen Genuß geistiger Getränke. — sei es als chronische Trunkfälligkeit der gewohnheitsmäßigen Trinker, sei es als periodische Dipsomanie der Quartaltrinker<sup>1</sup>. Die Trunksucht in diesem Sinne ist zunächst sittliche Verfehlung des Individuums, bei der allerdings auch krankhafte, pathologische Veranlagung vielfach mitwirkt. Der Alkoholismus indes, wie er hier verstanden wird, bezeichnet den Alkoholgenuß und insbesondere das übermäßige Trinken als gesellschaftliche Erscheinung mit gesellschaftlich und volkswirtschaftlich bedeutsamen Folgen.

digen. Zahllose Nerven- und Geistesaffektionen werden auf die herrschende Mode zurückgeführt, und es steht fest, daß die unanständige Mode den Fall und Untergang manches jungen Mädchens herbeigeführt hat.“ Zitiert in der Köln. Volkszeitung 1912, Nr. 790.

<sup>1</sup> Vgl. Wilh. Liese, Trunksuchtsbekämpfung, im Staatslexikon der Görresgesellschaft V<sup>3-4</sup> 531 ff. Schöne Erfolge weisen die Trinkerheilanstalten auf, um welche sich insbesondere die Kamillianer große Verdienste erwarben.

2. Wirtschaftliche Schäden des Alkoholismus. Den Ausgangspunkt und Zweck aller wirtschaftlichen Tätigkeit — auch hier sei dieser Fundamentalsatz wiederholt — bildet das Bedürfnis des Menschen und dessen Befriedigung. Während aber, was man den Gebrauchsgütern zuzurechnen pflegt, regelmäßig der Erhaltung des Menschen, seiner Entwicklung, seiner Gesundheit, der kulturellen Förderung zu dienen bestimmt ist, befriedigt der Alkohol ein „Bedürfnis“, das nicht zu den menschlichen Existenzbedürfnissen gehört, das nicht einmal als eigentliches Luxusbedürfnis gelten kann, ein Bedürfnis, das vielmehr bis zum Übermaß durch üble Gewöhnung erst in den Menschen ohne Not, ohne vernünftigen Grund hineingetragen wird, ein Bedürfnis, das der Alkohol selbst hervorgebracht hat, selbst züchtet und fortwährend steigert. Die Bedürfnisse sind, wie Kapitzka treffend bemerkt<sup>1</sup>, ein lauter Ruf der Natur, der Vernunft nach Leben, nach Vervollkommnung, nach Fortschritt. Das „Alkoholbedürfnis“ aber ist ein Ruf des Kindes nach Feuer, nach einem Messer, ist der Ruf eines Verzweifelten nach Gift, der Aufschrei einer mißhandelten, schwächlichen oder irregeleiteten Natur. Der Alkohol ist kein Nahrungsmittel, sondern in Wirklichkeit ein gefährliches Genußmittel, das ein minderwertiges Genußbedürfnis nur zu oft mit der Wucht der Leidenschaft ins Maßlose steigert, auf Kosten und unter Verdrängung gesunder Befriedigung der Existenzbedürfnisse, der Anstandsbedürfnisse und höherer Luxusbedürfnisse. Der Alkohol züchtet in den breiten Massen des Volkes eine geradezu menschenunwürdige Bedürfnislosigkeit. Die gesunde, geräumige Wohnung, die anständige Kleidung, die allernötigste Bequemlichkeit im Haushalt, Licht, Luft, Wärme, alles wird dem Alkohol, wo er herrscht, geopfert. Werden aber für einen nicht unbeträchtlichen Teil des Volkes die natürlichen und kulturellen Bedürfnisse zurückgeschraubt, anormal oder unternormal befriedigt, bildet ein Narkotikum das immer wieder gesuchte und leicht gefundene Mittel, die Empfindung von Elend und Not zu verscheuchen, so wird das mit Notwendigkeit zur Gleichgültigkeit gegen jeden Fortschritt führen müssen. Der Handwerker verzichtet dann dem Alkohol zuliebe auf technische und kaufmännische Vervollkommnung, der Bauer auf jede Neuerung in der Bodenkultur und im landwirtschaftlichen Betriebe. Der Arbeiter verliert das Verständnis und Verlangen für ein Aufsteigen zur höheren und edleren Lebensführung.

Der Alkohol setzt also den Gesamtkonsum der wirtschaftlichen Güter quantitativ und qualitativ herab. Er schädigt die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Produktion. Er untergräbt die wirtschaftliche Energie, die Arbeitskraft, Arbeitsfähigkeit, Arbeitsbereitschaft, Arbeitsfreudigkeit. Zu all dem gehört ein gesundes Gehirn, gehören gesunde Muskeln, ein durch Selbstbeherrschung starker Wille — also gerade das, was der Alkohol im Menschen vernichtet. Auch der mäßige Alkoholgenuß schädigt

<sup>1</sup> Alkoholismus und soziale Frage (1910).



leicht die Gesamtarbeitsleistung quantitativ und qualitativ. Die Minderung der Leistung wird um so stärker zutage treten, je mehr eine Tätigkeit Intelligenz, Aufmerksamkeit, Anspannung der Kräfte erfordert. Je mehr in der neuesten Entwicklung die Krafterleistungen der Muskeln von der Maschinenteknik übernommen werden, je mehr die Arbeit des modernen Arbeiters Nerven- und Gehirnarbeit beansprucht, um so schädlicher wirkt der allgemeinere Alkoholgenuß auf die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung zurück.

Leider gibt es aber in den gesellschaftlichen Verhältnissen noch manches, das ein übermäßiges Trinken befördern kann. Dazu gehören z. B. gewisse verkehrte Anschauungen, dann auch die sog. Trinksitte.

**3. Verkehrte Anschauungen über den Trunk.** Man sagt, das Trinken verleihe Kraft. In Wirklichkeit erzeugt der Alkohol nur das bloße Gefühl der Kraft. Vermehrt er die Wärme, so andererseits auch die Wärmeabgabe. Nach Neumann (Heidelberg) greift der Alkohol die Protoplasmasubstanz nur zu Anfang an, später wirke er eiweißersparend. Gleichwohl nennt auch Neumann den Alkohol einen „unrationellen, sehr teuren und auch gefährlichen Nahrungsstoff“, und Kassowitz bezeichnet die Eiweißersparung lediglich als Folge narkotischer Herabsetzung der Muskelspannung und Muskelkraft<sup>1</sup>.

Sodann heißt es: Trinken macht froh, hebt die Gemütsstimmung (sog. euphorische Wirkung des Alkohols). Ob diese durch narkotische Lähmung der Nervenzentren, mit Abstumpfung lästiger Gefühle bewirkte Euphorie ein besonderer Gewinn ist, kann um so mehr bezweifelt werden, als dadurch die wahre innere Hebung des Menschen, wie sie durch nutzbringende Leistungen erkaufte wird, nur zu leicht und oft sehr schwere Beeinträchtigung findet. Das wahrhaft menschliche Glücksgefühl muß anderswo gesucht werden als in der Betäubung. Die wirtschaftlichen Sorgen insbesondere werden in der narkotischen Euphorie für den Augenblick vielleicht vergessen, in ihren Ursachen aber nicht behoben, sondern eher noch verstärkt<sup>2</sup>.

**4. Die Trinksitten** andererseits führen sich weniger auf den Durst zurück als, häufig wenigstens, auf ein verkehrtes Streben nach gesellschaftlicher Geltung: man will es den andern gleichtun. Es ist oft auch ein Prunken damit, was man leisten kann oder was der einzelne pekuniär vermag.

„So etwas wie ein ganz äußerer Maßstab ist es geworden, wenn einer Sekt trinken kann gegenüber den Weintrinkern, wenn einer Münchner Bier trinken kann gegenüber den Lagerbiertrinkern, wenn einer Chartreuse trinken kann gegenüber den Kümmeltrinkern“ (Alex. Elster) usw.<sup>3</sup>

**5. Temperenz und Abstinenz.** Die Unmäßigkeit als solche wird niemand verteidigen wollen, wenn wir von den eigentlichen Trunkenbolden absehen (und auch diese mehr praktisch als theoretisch). Wird aber die

<sup>1</sup> Vgl. Kassowitz, Der theoretische Nährwert des Alkohols (1908).

<sup>2</sup> Eduard Hirt, Der Einfluß des Alkohols auf das Nerven- und Seelenleben (1904).

<sup>3</sup> Vgl. auch Adolf Mayer, Die Wertung des Luxus, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft. N. F. II (1911) 384.

Frage der Alkoholbekämpfung erhoben, so scheiden sich die Geister. Die einen begnügen sich mit Temperenz (Mäßigkeit, Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke), die andern fordern Abstinenz (volle Enthaltung vom Genuß des Alkohols).

Selbst Aszeten<sup>1</sup> lehnen freilich die extreme, absolute Abstinenzforderung ab: die freiwillige völlige Enthaltung sei schön, ehre insbesondere den Priester; sie dürfe aber nicht ohne weiteres zur allgemeinen Pflicht und Regel gemacht und als einzig zulässiges Ideal gefordert werden. Unter medizinischem Gesichtspunkte wird von andern hervorgehoben, daß der wirklich mäßige Alkoholgenuß keine belangreichen schädlichen Folgen habe, daß im Gegenteil die Nahrung besser ausgenützt werde unter Hinzufügung eines euphorisch belebenden Getränkes (z. B. Wilhelm Sternberg). Was ferner die wirtschaftliche Seite der Frage betreffe, so müsse man doch auch auf die wirtschaftlichen Interessen des Alkoholkapitals, auf die große Zahl der im Alkoholgewerbe tätigen Personen, Arbeiter, Angestellten Rücksicht nehmen (z. B. E. Struve).

Die Vertreter voller Abstinenz anderseits lehnen diese Beweisführung, als lediglich von individuellen Gesichtspunkten ausgehend, ab. Sie fordern Enthaltbarkeit um der „Eugenik“ willen, der bestmöglichen Entwicklung der Gesellschaft, der Rasse, des Menschengeschlechts. Sie stützen ihre Ansicht auf volkswirtschaftliche, soziale, gemeinnützige Gründe, weisen hin auf die Minderung des Wertes der wirtschaftlichen Persönlichkeit, die Herabsetzung ihrer extensiven wie intensiven Leistungsfähigkeit, auf die durch narkotische Getränke bewirkte Erschlaffung der Willenskraft und Reformkraft (Schädigung der Wohnungsreform, Erziehungsreform usw.), auf die Belastung des volkswirtschaftlichen Etats durch Gefängnisse, Irrenhäuser, Armenpflege usw., die auf das Konto des Alkohols komme; sie berechnen mit Bode, Helenius u. a. den Verlust im Volksvermögen, der durch mißbräuchliche Vergärung von Getreide und Destillierung von Kartoffeln usw. entstehe usw.

Den Bedenken aber bezüglich der Interessen der Alkoholgewerbe, der Brauerei, Brennerei, des Weinbaues wird entgegengehalten<sup>2</sup>: 1. daß sich viele Weinberge in fruchtbare Obstgärten verwandeln ließen, daß man allmählich Edeltrauben an Stelle der Trinktrauben ziehen könne; 2. daß die sorgenvolle Frage der Deckung des Getreidebedarfs (insbesondere der Futtermittel statt der Braugerste) bessere Regelung finden könnte, wenn nicht mehr  $\frac{1}{5}$  des bestellten Ackerlandes (in Deutschland vor dem Kriege) zur Produktion geistiger Getränke mißbraucht würde; 3. für die vielen Arbeiter der Alkoholproduktion biete die Landwirtschaft eine weit gesündere Beschäftigung; es würde so der Leutenot auf dem Lande gesteuert und viel Geld im Lande bleiben, das sonst einer auch aus rassenpolitischen Gründen wenig erwünschten Einwanderung ausländischer Arbeiter zufalle; 4. die

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Huonder, Zu Füßen des Meisters<sup>5</sup> 18.

<sup>2</sup> Vgl. Alex. Elster, Der nationalökonomische Standpunkt in der Alkoholfrage, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 245 f.

Brenner, deren Gewerbe vielfach noch durch Liebesgaben unterstützt werden müsse, würden ihren Kartoffelspirituss infolge der Fortschritte der Technik immer mehr für gewerbliche Zwecke verkaufen können. 5. Die Sorge ferner, daß die im Alkoholgewerbe beschäftigten Personen, also im wesentlichen die Angestellten und Arbeiter, empfindlichen Schaden erleiden würden, sei doch nur zu einem sehr geringen Teil richtig; denn es sei manche andere Arbeit vorhanden, so auf dem Lande und auch bei der Produktion und Fabrikation der Ersatzgetränke. Das Geld, das für alkoholische Freuden ausgegeben werde, könne in Zukunft für bessere, etwa künstlerische Genüsse und Vergnügen ausgegeben werden: es würden vielleicht Kunsttempel usw. an Stelle der heutigen Alkoholtempel treten, was dann wieder vielen Menschen Beschäftigung bieten würde. Nehme man hinzu, daß die wirtschaftliche Lage sehr vieler Angestellten des Alkoholkapitals keineswegs als rosige gelten könne, so sei, wenigstens für diese, um so weniger Grund vorhanden, einer Krisis im Alkoholgewerbe mit besonderer Sorge entgegenzusehen. 6. Sollten indes bei einer solchen Krisis auch wirklich einige Opfer gefordert werden, so möge man bedenken, daß der Übergang von der Handarbeit zur Maschinenarbeit, obwohl er viel mehr Opfer gefordert habe, als in unserem jetzigen Falle in Aussicht stehe, doch ein notwendiger Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung der Menschheit gewesen sei. Gewiß, es werde viel investiertes Kapital bei der Umwandlung verloren gehen. Aber diese Wandlung könne und werde doch nur ganz allmählich sich vollziehen; vorhandene Werte könnten darum geschont, neuer Wein in alte Schläuche gefüllt werden, wie dies auch bei technischen Fortschritten in andern Gewerbezweigen — namentlich in Modeindustrien und andern, die einem raschen Fortschritt der Technik unterworfen sind — oft der Fall sei.

Man wird diesen Ausführungen vielleicht einen gewissen Optimismus zum Vorwurf machen können. Gleichwohl verurteilen auch diejenigen, die, ohne volle Abstinenz zu fordern, mit der Mäßigkeit im Genuß alkoholischer Getränke sich begnügen, die es also ohne Bedenken zulassen, daß noch so viel Wein getrunken werde, wie eben guter, reiner Wein wächst usw., wenigstens eine übergroße Ausdehnung des Alkoholgewerbes: sie verkennen keineswegs die Notwendigkeit einer teilweisen Umwandlung der hier tatsächlich gegebenen Verhältnisse. Die Nachteile des Alkoholismus für Volk und Volkswirtschaft, für Volksgesundheit und Volkssittlichkeit sind ja in der Tat so bedeutend, daß sie irgendwelche wirkliche oder vermeintliche Vorteile bei weitem überwiegen. Der geringere Vorteil aber muß hier dem größeren weichen, das Interesse der Brauerei-, Brennerei- und Weinbaukreise sowie das der Gastwirte hinter die Ansprüche der Wohlfahrt des Gesamtvolkes zurücktreten. Lieber Rückgang der Industrien alkoholischer Getränke als Verfall des Volkes! Auch der Staat wird an Einnahmen aus Zöllen und Steuern, die bisher auf alkoholische Getränke gelegt waren, Verluste erleiden. Allein alle unmittelbar finanziell schädigenden Wirkungen müssen in den Hintergrund treten, wo Volkswohlfahrt, Volksgesundheit, Volkskraft in Frage kommen<sup>1</sup>. Ein gesundes, leistungsfähiges Volk bietet

<sup>1</sup> In gleichem Sinne äußerte sich der Staatssekretär des deutschen Reichsschatz-amtes Kühn im Reichstage 1912.



dem staatlichen Finanzwesen bessere Garantien als ein dem Alkohol fröndendes und mit Alkoholsteuern belastetes Volk.

**6. Statistisches über Alkoholverbrauch<sup>1</sup>.** Betrug die Ausgaben für unser Heer und unsere Flotte im Jahre 1912: 1555 Millionen *M*, dann gab Deutschland für alkoholische Getränke vor dem Kriege jährlich zum mindesten 3, wie andere berechneten 3½—4 Milliarden *M* aus. Dem entsprach eine geradezu riesige Ausdehnung der entsprechenden Industrie. Nach den Angaben des Statistischen Taschenbuches für Brauer und Brauereiinteressenten waren in den Brauereien Deutschlands 3340 000 000 *M* investiert. Der Verbrauch an Braugerste betrug 1910 im ganzen 15 135 000 *dz* im Werte von 290 Millionen *M*, zur gleichen Zeit der Hopfenverbrauch 142 000 *dz* im Werte von 40 500 000 *M*, der Zuckerverbrauch im ganzen 115 000 *dz* im Werte von 4 500 000 *M*. Die Ausgaben für Brennmaterialien beliefen sich 1910 im ganzen auf 43 Millionen, für Pferde und Futtermittel auf 50 Millionen, für maschinelle Anlagen auf 45 Millionen, für Flaschen und Gebinde auf 24 Millionen, für Löhne und Gehälter auf 185 Millionen, für Versicherungen auf 11 Millionen *M*.

Die Produktion der in der Bierfabrikation verbrauchten Gerstenmenge beanspruchte in Deutschland etwa rund ¾ Millionen *ha* Ackerland. 1872/73 wurden in Deutschland 32 Millionen *hl* Bier verbraucht. 1898/99 erreichte die Bierproduktion 68—70 Millionen *hl*. Seit 1909 nahm sie ab. 1911 waren es 64,5 Millionen *hl*. In Österreich-Ungarn hatte sich die Bierproduktion in den Jahren 1870/96 verdoppelt und war von 10,5 auf 20 Millionen *hl* gestiegen (1911: 25,4 Millionen *hl*). Bayern verdankt sein gutes Bier der strengen Gesetzgebung. Bereits 1516 wurde festgesetzt, daß nur Gerste, Malz und Hopfen zur Bierbereitung verwendet werden dürfe. Durch Pasteurisieren, d. h. Ertötung der Bakterien mittels vorübergehender Erwärmung des in Flaschen gefüllten Bieres (60—70° C), wurde das Bier für die Ausfuhr „äquatorfest“ eingebracht. Von allen europäischen Ländern hatte Deutschland die größte Bierproduktion; dann folgte Großbritannien, hierauf die nordamerikanische Union; an vierter Stelle kam Österreich-Ungarn.

Die dem Weinbau gewidmete Fläche beanspruchte in Deutschland 120 000 *ha*. Der Weinertrag schwankte zwischen ¾ Millionen *hl* im Jahre 1891 bis 2¾ Millionen *hl* im Jahre 1897, fast 3 Millionen *hl* im Jahre 1911. Im Jahre 1896 waren es sogar 5 Millionen *hl*, und auch 1915 brachte besonders großen Ertrag. Der Wert des deutschen Weines betrug 67—132 Millionen *M*. In Österreich lieferte die Weinproduktion 1891/95 3,67 Millionen *hl*, 1908: 8,10 und 1909: 6,30 Millionen *hl*, dann 1911 wieder 2,55 Millionen *hl*. Ungarn erzeugte 1891/95: 1,48 Millionen *hl*, 1907: 3,80, 1908: 8,00, 1910: 2,76 Millionen *hl*. Die Schweiz hatte 1891/95: 1,38, 1911: 0,85 Millionen *hl* produziert. Frankreich, Italien, Spanien, Algier haben besonders hohe und wertvolle Erträge. — Die alte Türkei hielt sich mit ihrer Produktion zwischen 2 und 3 Millionen *hl*, Bulgarien zwischen 0,78 (1907) und 1,64 (1908), Rumänien zwischen 3,45 (1896/1900) und 0,76 (1906), Griechenland zwischen 1 und 2 Millionen *hl*.

Zur Branntweinbereitung wurden in Deutschland im Jahre (1900) 1910 verwandt: (2,5) 2,54 Millionen *t* Kartoffeln, (0,38) 0,34 Millionen *t* Getreide und

<sup>1</sup> Vgl. Ballod, Grundriß der Statistik (1913); Göbel, Umbiegung der Interessen der Alkoholgewerbe, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 76 ff.

(0,03) 0,03 Millionen *t* Melasse. Erzeugt wurden im Jahre 1900: 366, 1907/08: 408, 1909/10: 296 Millionen *l*. Der Branntwein wird außer zu Trinkzwecken auch zu technischen Zwecken (Brennzwecken und in den Spiritusmotoren) verwendet. Besonders schädlich und stark berauschend ist der Kartoffelbranntwein wegen der nicht leicht zu beseitigenden Fuselbestandteile (Kartoffelfusel). Bekömmlicher sind Weinbranntwein (Kognak) und der aus Früchten bereitete Branntwein. Der Verbrauch von Trinkbranntwein (reduziert auf 100 % Alkohol) belief sich in 1000 *hl* für Deutschland 1906 auf 2457,4 und 1910 auf 1969,2, in Österreich-Ungarn 1906 auf 1985 und 1910 auf 2137 (1909: 1885).

Branntwein enthält gewöhnlich 40—50 % Alkohol, Wein nur 6—8 % (der gewöhnliche Tischwein 5—6 %; die schwersten spanischen Weine 15—16 %) und Bier bloß 4—4½ %. Es ist schon ein Fortschritt, wenn der Branntwein durch Wein und Bier<sup>1</sup> verdrängt wird.

Der Verarbeitung des Bieres dienten 1907/08 im deutschen Brausteuergebiet (ohne die vier südlichen Staaten, aber mit Luxemburg) 5528 Brauereien (1888 waren es noch 9556; die kleineren wurden aufgesaugt). Für den Branntwein bestanden im Reich 66 745 Brennereien (davon rund 14 000 mit landwirtschaftlichen Betrieben verbunden). In Preußen vermittelten den Konsum im Jahre 1905: 202 243 Gast- und Schankwirtschaften. Ständige Wirtschaften kamen in Städten eine auf 169 (in Berlin eine auf 129), auf dem Lande eine auf 221 Personen. Ein großer Teil der Wirtschaften gehört den Brauereien. Zu beachten ist auch die beträchtliche Zahl der Flaschenbierhandlungen, die hier nicht einbegriffen sind. Nach der Zählung von 1907 waren allein im Gast- und Schankwirtschaftsbetriebe 803 603 Personen beschäftigt. In Elsaß-Lothringen (damals mit 1 840 000 Einwohnern) bestanden 61 Brauereien mit 2227 Arbeitern und 16 278 Schankwirtschaften mit 26 900 Angestellten. Ferner gab es in Elsaß-Lothringen noch 80 580 Weinbauern. Über 100 000 Menschen fanden dort ihre Arbeit durch Alkoholerzeugung. Man schätzte die Zahl der Personen, die durch die Produktion und für die Konsumtion, unmittelbar oder mittelbar, beschäftigt sind, für ganz Deutschland (1907) auf zwei Millionen.

Es war also ein nicht unbeträchtlicher Teil des Volkes an der Blüte des Alkoholgewerbes interessiert. Die Einschränkung des Konsums mußte darum auch weithin sich fühlbar machen.

Der Rückgang des Alkoholkonsums in Deutschland vor dem Weltkriege wurde zum Teil auf wirtschaftliche Depression zurückgeführt. Doch auch die Bemühungen der Alkoholgegner haben nicht wenig dazu beigetragen.

Während für Deutschland im Jahre 1899 und 1900 auf den Kopf 117,9 (nach andern 125) *l* Bier entfielen, sank diese Zahl für 1909 auf ca. 100 *l* (für 1912 wurden 101,3 *l* pro Kopf berechnet). Im alten Österreich-Ungarn entfielen vom Bierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1900: 45 *l*, 1905: 41 *l*; in Großbritannien und Irland 1900: 143 *l* und 1905: 128 *l*; in Frankreich 1900: 27 *l* und 1905: 34 *l*; in Italien 1900: 0,64 *l* und 1905: 0,98 *l*; in Nordamerika 1900: 61 *l* und 1905: 76 *l*; in Rußland 1900: 5,3 *l* und 1904: 5,8 *l*; in der Schweiz 1900: 67 *l* und 1904: 65 *l*; in Belgien 1900: 219 *l* und 1905: 222 *l* (1911: 230 *l*)<sup>2</sup>; in Dänemark 1900: 98 *l* und 1905: 93 *l*; in Schweden 1900: 56 *l* und 1904: 52 *l*; in Norwegen 1900: 22 und 1905: 13 *l*.

<sup>1</sup> Bier wird etwas euphemistisch zuweilen als „flüssiges Brot“ gepriesen.

<sup>2</sup> „Die Belgier und Dänen“, sagt Ballod (Grundriß 137), „stehen im Alkoholgenuß allen Nationen voran, darauf folgen die für nüchtern gehaltenen Franzosen, alsdann die

Der Branntweinverbrauch betrug im Jahre 1908/09 für Deutschland 4,2 l auf den Kopf der Bevölkerung; er fiel durch den Branntweinboykott und durch die Verteuerung des Branntweins auf 2,8 l pro Kopf im Jahre 1909/10. Im Jahre 1910/11 stieg er wieder auf 3,0 l, um 1911/12 abermals auf 2,9 l zu sinken. In Großbritannien und Irland entfielen auf den Kopf im Jahre 1906: 2,06 l; in Frankreich 1906: 3,5 l; in den Vereinigten Staaten im Jahre 1906: 2,8 l; in Rußland im Jahre 1902: 2,9 l und in Italien im Jahre 1903: 0,7 l.

Der Weinverbrauch läßt sich statistisch nicht genau feststellen. Nach den Schätzungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes stellte er sich (vor dem Kriege) im Durchschnitt auf 5,82 l pro Kopf. Das ergäbe im ganzen 378,3 Millionen l pro Jahr. Genaue Zahlen lagen über die Schaumweinerzeugung vor, die ebenfalls einen beträchtlichen Rückgang erwiesen. Im Jahre 1911 wurden 15 158 666 Flaschen, im Jahre 1912: 13 439 073 Flaschen hergestellt. Abgesetzt wurden im Inland 1911: 13 331 168 Flaschen. 1912: 11 583 032 Flaschen. Einfuhr und Ausfuhr waren nur um ein wenig gestiegen, so daß sich aus den angeführten Zahlen eine ziemlich starke Abnahme des Konsums ergab.

Die Lage der Industrie alkoholhaltiger Getränke gestaltete sich, wie gesagt, bei solchen Rückgängen im Konsum allmählich schwieriger, und es hatte doch schon mehr als bloß theoretische Bedeutung, wenn hier der Übergang zu anderer Tätigkeit, eine wenigstens teilweise Umwandlung dieser Industrie, ins Auge gefaßt worden ist.

Der Staat bezieht aus Zöllen und Steuern, die er auf alkoholische Getränke legt, nicht unbedeutende Einnahmen. Die staatliche Brausteuer betrug in Deutschland vor dem Weltkriege inklusive der Übergangsabgabe von Bier für den Reichshaushaltsetat 1913: 125 Millionen *M*, die Branntweinsteuer für das gleiche Jahr 195,5 Millionen *M*. Die Steuer auf Schaumwein brachte 11 Millionen *M* ein. Beliefen sich damals die gesamten Einnahmen des Reiches auf 3577 Millionen *M*, so entfielen davon 9%, nämlich 331,5 Millionen *M*, auf das Alkoholkapital. Dazu kamen dann noch die kommunalen Lasten, die von dem Alkoholgewerbe zu tragen waren. Die Finanznot des Staates erfordert eine stärkere Inanspruchnahme der Getränke als Steuerquelle. Das Monopol (Branntweinmonopol) ist diejenige Besteuerungsform, welche die höchste Belastung bei größter Schonung des Verbrauchs ermöglicht<sup>1</sup>.

Deutschen und Engländer, und dann erst in weitem Abstände die für trunksüchtig gehaltenen Russen. Dies erklärt sich so, daß der Franzose, der Deutsche, der Engländer fast regelmäßig zu den Mahlzeiten einen Schoppen Bier oder ein Glas Wein trinkt, während der Russe nur bei besondern Gelegenheiten trinkt, dann sich aber auch betrinkt. Allerdings hatte bis vor kurzem der Russe, und das muß hervorgehoben werden, den größten Alkoholkonsum im Branntwein, in welchem Alkohol in der höchsten Konzentration vorhanden ist. Dann hat ihm dieser Rang der Deutsche abgelassen; ob er ihn lange behalten wird, ist infolge der Antialkoholbewegung zweifelhaft.“

<sup>1</sup> Das amerikanische Alkoholverbot findet in Amerika selbst sehr verschiedene Beurteilung. Bemerkenswert ist das Ergebnis einer Umfrage, die der „New York Herald“ über das Alkoholproblem an führende Männer Amerikas, namentlich an die Staatsgouverneure, Bürgermeister und Geistlichen, veranstaltet hat. Von den 500 ersten Antworten sind 347 gegen das Verbot gerichtet, d. h. die Befragten plädieren aus volkswirtschaftlichen, hygienischen und moralischen Gründen für eine schleunige und restlose Beseitigung des Alkoholverbotgesetzes. 94 Einsender treten zwar für die Beibehal-



Wie dem aber immer sei, jedenfalls kann in der Alkoholfrage, wie gesagt, nicht das finanzielle Interesse von Staat und Gemeinde oder auch der Privaten letztlich entscheiden, sondern nur die Rücksicht auf die Wohlfahrt des Volkes. Da liefert nun wiederum die Statistik lehrreiche Aufklärung über den ungeheuren Schaden, den der Mißbrauch geistiger Getränke anrichtet.

**7. Statistisches über die Schäden des Alkoholismus.** Die Zahl der gewohnheitsmäßigen Trinker wurde für Deutschland vor dem Kriege auf 300 000—400 000 geschätzt. Ihre Arbeitskraft ging der Volkswirtschaft zum großen Teil verloren. Können sie, was meist der Fall, sich selbst und ihre Familie nicht ernähren, so muß das Volk die Kosten dafür aufbringen. Man konnte sagen, daß je 50 Erwerbstätige in Deutschland einen Trinker bzw. auch dessen Familie unterhalten mußten. Genaue Zahlen für die hierzu nötigen und verausgabten Summen lassen sich kaum feststellen. Die etwas über 200 Trinkerfürsorgestellen benötigten schätzungsweise jährlich 200 000—250 000 M. Von den Armenlasten des gesamten Deutschen Reiches waren mindestens 50 Millionen M. von denen der deutschen Städte wenigstens 25 Millionen durch den Alkoholismus bedingt.

Die gesundheitlichen Schädigungen, die sich auf den Mißbrauch geistiger Getränke zurückführen, lassen sich natürlich nur zum Teil statistisch feststellen. Mindestens 33 000 Kranke kamen durchschnittlich Jahr um Jahr infolge Alkoholismus ins Krankenhaus. Alkoholiker sind weniger widerstandsfähig (namentlich Infektionskrankheiten gegenüber). Sie erkrankten häufiger; ihre Krankheit dauert länger, verläuft ungünstiger. Nach den sorgfältigen Untersuchungen der Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgebung z. B. darf man schließen, daß Alkoholiker 1.8—2.9mal so häufig erkranken als andere Personen, und daß ihre Krankheit 1.5—2.7mal so lange dauert. Auf Alkoholismus führte sich der Tod unmittelbar zurück bei jährlich rund 1500 Personen nach den Feststellungen der Todesursachenstatistik für Deutschland. Nach einer schweizerischen Statistik beläuft sich für die Schweiz die Zahl der Sterbefälle, die unmittelbar oder wenigstens mittelbar durch Alkoholmißbrauch verursacht werden, für das Jahr auf 30 000 (für Deutschland wohl 80 000). Daß die Mäßigen bessere Lebenserwartungen aufweisen, der Alkohol dagegen das Leben verkürzt, hat z. B. Th. P. Whittaker<sup>1</sup> unwiderleglich nachgewiesen. Unzucht

tung des Verbotgesetzes ein, wünschen aber eine wesentliche Änderung dahingehend, daß ein bis zu 2 Prozent Alkohol enthaltendes Bier zugelassen wird. Nur 61 Einsender oder 14 Prozent aller Beantworter treten ohne Einschränkung für das Alkoholverbotgesetz ein. Der Bürgermeister von Galveston (Texas) sagt unter anderem: „Das Verbotgesetz ist durch Überrumpelung des amerikanischen Volkes zustande gekommen und spricht dem freien Selbstbestimmungsrecht Hohn. Seine Folgen sind Scheinheiligkeit und Korruption, die tief in alle Lebensverhältnisse der Amerikaner eingreifen.“ Der bekannte amerikanische Kirchenfürst Kardinal Gibbons erklärte: „Ich bin ein eifriger Befürworter der Mäßigkeit. Aber ich habe mich durch eigene Anschauung davon überzeugt, daß die Prohibition nicht durchgeführt werden kann. Sie ist nur dazu angetan, Heuchler heranzuzüchten, und führt zur gesetzwidrigen Herstellung von Whisky, so daß der gute Stoff durch schlechten ersetzt wird und die Bundesregierung gleichzeitig der gesetzlichen Steuern beraubt wird.“

<sup>1</sup> Alkoholische Getränke und Lebensdauer. Mit einem Vorwort von M. v. Gruber. Übersetzt von M. Hall (1910). Blocher, Lebensdauer und Alkohol (1906). Die Untersuchung stützt sich auf das statistische Material der englischen Lebensversicherungs-

und Trunksucht bevölkern die Irrenhäuser, 1300 Menschen wurden in Deutschland jährlich durch den Alkoholismus zum Selbstmord getrieben.

Genauere Angaben stehen zur Verfügung über den Einfluß des Alkohols auf die Kriminalität. Es ist nachgewiesen, daß mindestens 20 % aller Verbrechen (besonders Gewalttätigkeiten, Diebstähle, Sittlichkeitsverbrechen) auf Alkoholismus zurückzuführen sind. Von den 552 560 Personen, die 1911 in Deutschland verurteilt wurden, verdanken wenigstens 100 000 dem Alkohol ihre Strafe<sup>1</sup>. 20 % der Gefängnisse, der Arbeitshäuser usw. könnten geschlossen werden, wenn der Alkoholismus seine verheerenden Wirkungen nicht ausübte. Zum mindesten 600 Ehescheidungen ferner und 1200 Entmündigungen wurden nachweislich jedes Jahr durch den Alkoholismus herbeigeführt.

Über den Zusammenhang zwischen Alkoholismus und verminderter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit kann ein Zweifel nicht bestehen. Hunderte von industriellen Unternehmungen haben darum den Alkoholgenuß während der Arbeitszeit verboten. Auch die Unfallgefahr wird durch Unmäßigkeit im Trinken wesentlich erhöht. Von den 133 857 510 M., die in der Zeit von 1897 bis 1911 durch die Träger der Unfallversicherung zur Auszahlung gelangten, wird nicht wenig dem uneingeschränkten Genuß von Alkohol letztlich zuzuschreiben sein.

Nur wenn alle Faktoren, die in dieser Hinsicht Einfluß auf das Volk haben, zusammenwirken: die religiösen, politischen, erzieherischen, hat der Kampf gegen den Alkoholismus Aussicht auf Erfolg. Anerkennung verdient es, daß auch die Gewerkschaften nachdrücklich an diesem Kampfe sich beteiligen.

gesellschaft „United Kingdom Temperance and General Provident Institution“, zur Versicherung von Abstinenzlern im Jahre 1840 gegründet, während späterhin auch Nichtabstinenten aufgenommen wurden. Das hier dargebotene Material war wohl geeignet, die Unterschiede in der Lebenserwartung der beiden Personenklassen festzustellen. Das Ergebnis ist für die Abstinenten ein sehr günstiges, so zwar, daß die Abstinenz bezüglich der Lebensverlängerung eine ähnliche Wirkung habe wie die wirtschaftlich gehobene Lebenshaltung. Allerdings bleibt der Einwand bestehen, daß nicht gerade die totale Abstinenz, sondern das psychische Gesamtverhalten der Abstinenten (Sorgsamkeit, Ordnungsliebe usw.) auf den günstigen Erfolg einwirken.

<sup>1</sup> Die geistigen Getränke brachten vor dem Kriege nach andern Angaben in Deutschland jährlich rund 1600 Menschen zum Selbstmord, 30 000 ins Irrenhaus, 80 000 zu Tode, 200 000 ins Gefängnis und Zuchthaus.

### Drittes Kapitel.

#### Bedarfsdeckungssysteme und Bedarfsdeckungsprinzipien.

**Literatur:** Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen<sup>2</sup> (1870) 309 ff. — Dühring, Kursus der National- und Sozialökonomie<sup>3</sup> (1892). — Roscher-Pöhlmann, System der Volkswirtschaft I<sup>24</sup> (1906) 650 ff. (jetzt von Adolf Weber herausgegeben). — Wagner, Lehrbuch der politischen Ökonomie. Grundlegung I<sup>3</sup> (1892/94) 83 ff. 369 ff. 399 ff. 421 ff.; II 666 ff. 870 ff. — Ders., Theoretische Sozialökonomie (1907). — Cohn, System der Nationalökonomie I (1895) 356 ff. — Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie I<sup>10</sup> (1913) 407 ff. — Franz Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie (1910). — Oswalt, Vorträge über wirtschaftliche Grundbegriffe<sup>1</sup> (1905) <sup>2</sup>(1914). — Gerh. Albrecht, Haushaltsstatistik (1912). — Adolf Günther, Lebenshaltung des Mittelstandes. Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 146 (1920). — Lexis, Die allgemeinen Verhältnisse der Konsumtion, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>8</sup> (1910) 11 ff. — Stephan Bauer, Die Konsumtion nach Sozialklassen, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>8</sup> (1910) 123 ff. — Béla Földes, Kurze Beiträge zur theoretischen Sozialökonomie, im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik XLIII (1912) 794 ff. — Bücher, Haushaltsbudgets oder Wirtschaftsrechnungen, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXII (1906) 686 ff. — Gerloff, Verbrauch und Verbrauchsbelastung kleiner und mittlerer Einkommen in Deutschland um die Wende des 19. Jahrhunderts, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXV (1908) 1 ff. 145 ff. — Laur, Einfluß des neuen Zollltarifs auf die Lebenshaltung der schweizerischen Bevölkerung, in Mitteilungen des schweizerischen Bauernsekretariats Nr. 35 (1908). — Neuere Literatur über Wirtschaftsrechnungen in Conrads Jahrbüchern 1914 1918 1920. Über einen preußischen Beamtenhaushalt vgl. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXXVI (1921). — Wilhelm Liese, Das hauswirtschaftliche Bildungswesen in Deutschland<sup>2</sup> (1910: Zeitschrift „Frauenwirtschaft“ seit 1910). — Brandt-Wyt, Hauswirtschaftliche Nahrungsmittelkonsumtion, in Schmollers Jahrbuch XXXVI (1912) 259 ff. — Eine Vergleichung der Kosten des Lebensunterhaltes in den Hauptländern findet sich im Musée Social. Annales, Nov. 1910, 333. — Andreas Heer, Über die Lebenskosten im Lichte der statistischen Forschung usw., in Soziale Kultur XXX (1910) 576 ff. — Galle, Stockholmer Wirtschaftsrechnungen, im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik XLI (1911) 368 ff. — Zu hierhin gehörigen Fragen der sozialen Hygiene sei verwiesen insbesondere auf Lorenz v. Stein, Das Gesundheitswesen<sup>2</sup> (1882). — Grotjahn, Über Wandlungen in der Volksernährung (1902. Bd. XX, Heft 2 der Schmollerschen staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen). — Ders., Soziale Pathologie (1912). — Rubner, Lehrbuch der Hygiene<sup>8</sup> (1907). — Ders., Volksernährungsfragen (1908) und Wandlungen in der Volksernährung (1913). — Ders., Geschichte der Hygiene (Rubner-v. Gruber, Handbuch der Hygiene) I (1911). — Cohnheim, Die Physiologie der Verdauung und Ernährung (1908). — König, Chemie der menschlichen Nahrungs- und Genußmittel<sup>4</sup> (1910). — Flüge, Grundriß der Hygiene<sup>7</sup> (1911). — Grotjahn und Kaup, Handwörterbuch der



sozialen Hygiene (1912). — Alfons Fischer, Grundriß der sozialen Hygiene (1913). — Ders., Neue Fragestellungen auf dem Gebiete der Hygiene (1918). — Christian, Hygiene und Nahrung, in Jaroslaws Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 100 f. — Faßbender, So sollt ihr leben (1915) usw. — Prausnitz, Grundzüge der Hygiene<sup>10</sup> (1916). — Nossig, Einführung in die soziale Hygiene (1894). — Abderhalden, Recht auf die Gesundheit (1921). — Franz Walter, Der Leib und sein Recht (1910). — Ders., Naturgemäßes Leben und deutsche Kultur (1917). — Ders., Die Sozialhygiene in ihrem Verhältnis zur Weltanschauung und Ethik (Sozialhygienische Abhandlungen, herausgegeben von A. Fischer, 1921). — Eine Übersicht der neueren Literatur über soziale Hygiene bietet Teleky in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XXII (1913) 476 ff. — Über die ästhetische Seite in der Bedarfsdeckung vgl. unter andern die Aufsätze über Qualitätsarbeit in der von Benno Jaroslaw herausgegebenen Zeitschrift „Wohlfahrt und Wirtschaft“, ferner die Publikationen des Dürer- und Werkbundes (Jahrbuch des deutschen Werkbundes). — Zum ethischen Moment vgl. Ignaz Klug, Lebensbeherrschung und Lebensdienst III (1920). — Alf. Steinmann, Jesus und die soziale Frage (1920). — Edmund Schreiber, Die volkswirtschaftlichen Anschauungen der Scholastik seit Thomas von Aquin (Beiträge zur Geschichte der Nationalökonomie, herausgegeben von Karl Diehl, 1. Heft. 1913). — Costa-Rossetti, Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie (1888). — Ratzinger, Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen<sup>2</sup> (1895). — Brants, L'économie politique au Moyen-âge (1895). — Antoine, Cours d'Économie Sociale<sup>4</sup> (1908). — Wetzel, Die Lehre des Aristoteles von der distributiven Gerechtigkeit und die Scholastik (1881). — W. Klopp, Die sozialen Lehren von Vogelsangs (1894). — Franz Walter, Das Eigentum nach der Lehre des hl. Thomas von Aquin und des Sozialismus (1895). — v. Hertling, Kleine Schriften zur Zeitgeschichte und Politik (1897). — Funk, Kirchengeschichtliche Abhandlungen und Untersuchungen (1897/1907). — Maurenbecher, Thomas von Aquinos Stellung zum Wirtschaftsleben seiner Zeit (1898). — Schaub, Die Eigentumslehre nach Thomas von Aquin und dem modernen Sozialismus (1898). — Ders., Der Kampf gegen den Zinswucher, ungerechten Preis und unlauteren Handel im Mittelalter (1905). — Ilgner, Die volkswirtschaftlichen Anschauungen Antonins von Florenz (1904). — Seipel, Die wirtschaftlichen Lehren der Kirchenväter, in Theol. Studien der Leogesellschaft XVIII (1907). — Schilling, Reichtum und Eigentum in der altkirchlichen Literatur (1908). — Ders., Die Staats- und Soziallehre des hl. Augustinus (1910). — Mausbach, Die Ethik des hl. Augustinus (1909). — Endres, Thomas von Aquin (1910). — Weinand, Antike und moderne Gedanken über die Arbeit (1911). — Keller, Unternehmung und Mehrwert, in Schriften der Görresgesellschaft 1912. — Grabmann, Thomas von Aquin (1912). — E. Tröltzsch, Gesammelte Schriften. I. Die Soziallehren der christlichen Kirche und Gruppen (1912). — Endemann, Die nationalökonomischen Grundsätze der kanonistischen Lehre (1863). — Ders., Studien in der romanisch-kanonistischen Wirtschafts- und Rechtslehre (1874/83). — Roscher, Geschichte der Nationalökonomik (1874). — Brentano, Ethik und Volkswirtschaft in der Geschichte (1910). — Ders., Die wirtschaftlichen Lehren des christlichen Altertums (1903). — Sommerlad, Das Wirtschaftsprogramm der Kirche des Mittelalters (1903). — Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte III (1899). — Funk, Über die ökonomischen Anschauungen der mittelalterlichen Theologen, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XXV (1869). — Ders., Über Reichtum und Handel im christlichen Altertum, in Histor.-polit. Blätter CXXX (1902). — Žmavc, Die Wertlehre bei Aristoteles und Thomas von Aquin, in Archiv für Geschichte der Philosophie 1899. — Hilgenreiner, Die Erwerbsarbeit in den Werken des hl. Thomas von Aquin, in Katholik 1901 (1. u. 2.). — N. Paulus, Die Wertung der weltlichen Berufe im Mittelalter, im Historischen Jahrbuch der Görresgesellschaft XXXII (1911) usw. — Kaula, Die Lehre vom gerechten Preis in der Scholastik, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LX (1904). — Wendland, Handbuch der Sozialethik (1916). — Zum „kapitalistischen

Geist“ und „Kapitalismus“ außer den geschichtlichen Untersuchungen von Belows. Büchers, Ehrenbergs namentlich Schäffle, Kapitalismus und Sozialismus (1870). — Sombart, Der moderne Kapitalismus. 2 Bde. (1902); 2. Aufl. (1916 ff.). — Ders., Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert (1903, neue Auflage). — Ders., Die Juden und das Wirtschaftsleben (1911). — Ders., Die Zukunft der Juden (1912). — Ders., Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte der modernen Wirtschaftsmenschen (1913). — Strieder, Zur Genesis des modernen Kapitalismus (1904). — Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX/XXI (1905/06). — Vgl. auch zur geschichtlichen Entwicklung Philippovich, Grundriß I<sup>10</sup>, §§ 2—6, 11 ff.

## § 1.

### Bedarfsdeckungssysteme.

#### 1. Das privatwirtschaftliche Bedarfsdeckungssystem der Konsumenten.

Die Bedarfsdeckung, das ist die tatsächliche Versorgung mit den zur Befriedigung der Bedürfnisse erforderlichen äußeren Gütern, war bei der hauswirtschaftlichen Eigenproduktion<sup>1</sup> insofern leicht, als es hier lediglich darauf ankam, Arbeit, Sachgüter und Sachgüternutzungen in einer Weise zu verteilen und zu verwenden, die zur vollkommenen Befriedigung der Gesamtbedürfnisse führte. Es genügte da also die Übersicht über den eigenen Bedarf und die eigenen Mittel.

Ganz anders gestaltet sich aber die privatwirtschaftliche Bedarfsdeckung in der arbeitsteiligen Gesellschaft mit Tauschverkehr. Hier ist der Konsument zum großen, regelmäßig zum größten Teil auf die Darbietungen anderer Personen, anderer Produzenten angewiesen. Er ist in seiner Bedarfsdeckung abhängig von dem, was der Markt zur Verfügung stellt („marktmäßige Bedarfsdeckung“); er muß aber auch den Ertrag seiner Arbeit, seines Besitzes, das ist sein Einkommen, ins Auge fassen, muß zusehen, welche Quote dieses Einkommens er auf die verschiedenen Bedürfnisse verwenden kann, um dem Endzweck der privaten Haushaltung zu genügen, eine entsprechende Gesamtbefriedigung aller seiner Bedürfnisse zu ermöglichen. Er muß darum die Kosten der einzelnen Bedürfnisbefriedigung bzw. die Preise der einzelnen Güter, in denen die Kosten der einzelnen Bedürfnisbefriedigung sich ausdrücken, berücksichtigen.

Drei Faktoren bilden somit das privatwirtschaftliche Bedarfsdeckungssystem der Konsumenten<sup>2</sup>:

a) die Bedürfnisse mit ihrer Wichtigkeit, Stärke, Dringlichkeit hinsichtlich der einzelnen Bedürfnisse<sup>3</sup>;

b) das Gesamteinkommen, das für die Befriedigung der Bedürfnisse bzw. für die Beschaffung der hierzu notwendigen und dienlichen Güter innerhalb eines gewissen Zeitabschnittes zur Verfügung steht:

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 1, 241 ff. (220 ff.).

<sup>2</sup> Oswalt, Vorträge<sup>1</sup> 47 f.; 2. Aufl. 42 f. Oswalt spricht von einem „Bedarfssystem“. Wir ziehen den Ausdruck „Bedarfsdeckungssystem“ vor.

<sup>3</sup> Über „Bedürfnisskalen“ im Sinne der österreichischen Schule vgl. Fr. v. Wieser, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, im Grundriß der Sozialökonomik I (1914) 149 ff.

c) die Preise der einzelnen Güter, [die für die Bedarfsdeckung in Frage kommen.

**2. Das volkswirtschaftliche Bedarfsdeckungssystem.** Die Entscheidung der Frage, ob die Bedarfsversorgung eines Volkes den jeweiligen Anforderungen materieller Volkswohlfahrt entspreche, hängt davon ab: 1. ob dem Volke die quantitativ und qualitativ erforderlichen Güter zur Verfügung stehen, um die Deckung eines vernunft- und kulturgemäßen Bedarfs ausreichend und fortschrittlich zu ermöglichen; 2. ob diese Güter von den verschiedenen Schichten der Bevölkerung für die angemessene Deckung ihres Bedarfs auch erworben werden können.

Es müssen also dem Volke 1. die seinen Bedürfnissen entsprechenden und für seine Bedarfsdeckung erforderlichen Güter dargeboten werden. Der dauernd gangbare Weg der Güterbeschaffung ist die Produktion im weitesten Sinne des Wortes. Erhaltung, Entwicklung, Ausnützung der Produktivkräfte, Steigerung der Produktivität der Arbeit sind darum von entscheidender Bedeutung für die Bedarfsdeckung des Volkes.

Es genügt aber noch keineswegs, um den volkswirtschaftlichen Fortschritt zu preisen, wenn dargetan wird, daß irgendwelche Produkte durch Entwicklung der Technik, bessere Arbeitsteilung in größerer Menge hergestellt werden. Vielmehr ist der Fortschritt vor allem wenigstens davon abhängig, daß die Produktion gerade auf denjenigen Gebieten voranschreite, von denen die Deckung der wichtigsten und notwendigsten Bedürfnisse der Menschen abhängt, daß das Volk über bessere Nahrung, bessere Kleidung, bessere Wohnung usw. verfügen könne.

Die erforderlichen Güter müssen sodann nicht bloß in einer der Bedarfsdeckung des Volkes genügenden Art und Menge vorhanden, sondern 2. auch dem Volke erreichbar, d. h. die Preise der Güter und das Einkommen der Volksgenossen müssen so gestaltet sein, daß die Konsumenten sich die Güter, deren sie bedürfen, im tauschwirtschaftlichen Verkehr verschaffen können.

In der arbeitsteiligen Gesellschaft eröffnet die Gütererzeugung für die Produzenten regelmäßig den Weg, um durch Verkauf ihrer Produkte sich ein Einkommen zu verschaffen. Soll nun die Bedarfsdeckung den Bedürfnissen entsprechen, dann muß die Preisbildung einerseits eine solche sein, daß für die Produzenten<sup>1</sup> beim Verkauf ihrer Produkte ein genügendes Einkommen und, mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der ganzen Volkswirtschaft, ein solches Einkommen herauskommt, das die Fortsetzung und den Fortschritt der Produktion ermöglicht, anderseits muß die Preisbildung

<sup>1</sup> Wir lassen hier das aus der Nutzung von Vermögensbeständen oder aus der Vergütung für nichtwirtschaftliche Leistung hervorgehende Einkommen, also das sog. abgeleitete Einkommen, zunächst außer Betracht und fassen lediglich das ursprüngliche Einkommen aus der wirtschaftlichen Produktions- und Erwerbstätigkeit ins Auge, welches innerhalb einer Volkswirtschaft für das abgeleitete Einkommen notwendige Voraussetzung ist. § Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 3, § 3, S. 235 (214).



der Produkte, deren die Produzenten im weitesten Sinne (d. i. das arbeitende Volk) als Konsumenten benötigen, wiederum eine solche sein, daß die Bedarfsdeckung mit dem gegebenen Einkommen ermöglicht wird.

Das volkswirtschaftliche Bedarfsdeckungssystem umfaßt also ebenfalls drei Elemente: a) Güterbeschaffung, b) Preisbildung, c) Einkommensbildung -- alle drei in dem dargelegten Sinne.

**3. Verhältnis der drei Elemente des volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckungssystems zueinander.** Innerhalb der privatwirtschaftlichen Bedarfsdeckung der Konsumenten, wo es darauf ankommt, ein gegebenes Einkommen auf die einzelnen Bedürfnisse so zu verteilen, daß die höchstmögliche Gesamtbefriedigung herauskommt, gehen die Erwägungen des Konsumenten regelmäßig von diesem seinem Einkommen und von der Rücksicht auf die Kosten der einzelnen Bedürfnisbefriedigung aus. Man könnte demgemäß hier auch sagen: das allgemeine Wohlstandsniveau der Völker offenbart sich in der Kaufkraft der verschiedenen Bevölkerungsschichten, namentlich aber der großen Masse der Bevölkerung, also der mittleren und der unteren Gruppen. Handelt es sich dagegen um den volkswirtschaftlichen Lebensprozeß, um die Ermöglichung der Bedarfsdeckung durch allgemeine, gemeinsame, öffentliche, natürliche und gesellschaftliche Mittel und Bedingungen, dann tritt für die systematische Behandlung, unter den verschiedenen Elementen des volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckungsprinzips, nicht das Einkommen, nicht die Kaufkraft, sondern die Sicherung des zur Deckung des Bedarfs erforderlichen Gütervorrats an die erste Stelle. Festigung und Kräftigung der Produktionsgrundlagen, Entwicklung und erfolgreiche Ausnutzung der produktiven Kräfte, Behauptung und Steigerung der Produktion selbst ist da das nächste und wichtigste. An die Behandlung der Produktion reiht sich aber dann naturgemäß die Lehre vom Tauschverkehr und von der Preisbildung; schließlich folgt die Lehre vom Einkommen, insofern dieses aus der Preisbildung erwächst und der gesicherten Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten zu genügen hat, ihnen die zur Bedarfsdeckung erforderliche Kaufkraft gewährt. Eine Steigerung der Kaufkraft durch höheres Einkommen für die Masse der Bevölkerung bzw. durch Verbilligung jener Produkte, von denen die Deckung des notwendigsten Bedarfs abhängt, bedeutet hier einen wahren Fortschritt, der auch für die weitere Entwicklung der Produktion von höchster Bedeutung ist<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> „Der Kulturzustand eines Volkes ist nicht nach den Verhältnissen einer begünstigten Minderheit, sondern nach der rechtlichen und wirtschaftlichen Lage der überwiegenden Mehrheit zu beurteilen. Nur wer deren Lage verbessert, ohne, in Anerkennung unabänderlicher wirtschaftlicher Gesetze, die erzeugenden und treibenden Kräfte wirtschaftlicher Entwicklung zu schwächen oder zu lähmen, hebt den Kulturzustand des gesamten Volkes.“ So Posadowsky in einem Schreiben an die christlichen Gewerkschaften, in Deutsche Arbeit I (1916) 31.

Nicht selten wurde insbesondere Sozialreformern vorgeworfen, daß sie einseitig der „Verteilung“ und dem „Verteilungsmaßstabe“ ihre Aufmerksamkeit geschenkt und viel zu wenig oder gar nicht die Steigerung der Produktion und der Produktivkräfte ins Auge gefaßt hätten. Die Produktion schafft den Gütervorrat, von dem das Volk leben muß<sup>1</sup>. Die Sorge für die Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität nach der Seite der Beschaffung nützlicher Gebrauchsgüter und für alles, was hierzu Vorbedingung ist, wird darum auch, wie gesagt, an erster Stelle stehen. Wenn jedoch behauptet wird, daß das Streben nach „besserer“ Einkommensverteilung bei der stets überwiegenden Masse der Vermögenslosen in der Gesellschaft quantitativ nur wenig bedeutende Erfolge erzielen könne, daß jeder technische und wirtschaftliche Fortschritt in der Produktion auch den weniger Bemittelten mehr Vorteil bringe als alle Sozialpolitik und Gewerkschaftsarbeit, und daß jede Verminderung der Gesamtproduktion größeren Schaden stifte, als durch irgendwelche sozialpolitische Maßregel usw. ausgeglichen werden könne, so wäre demgegenüber vielleicht die Frage erlaubt: Fällt denn der durch den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in der Produktion, durch Steigerung der Produktion mögliche allgemeinere Vorteil in der Bedarfsdeckung dem Volke immer so ganz von selbst auch tatsächlich in unverkürztem Maße zu? Kann man nach den bisherigen Erfahrungen etwa blind darauf vertrauen, daß bei einer für den Kapitalbesitz günstigen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, ohne sozialpolitische Maßregeln und ohne Gewerkschaftsarbeit, etwa dem Wohlwollen und der Einsicht des Kapitalbesitzes eine Besserung in der Lage und Lebenshaltung der Arbeiter stets zu verdanken sein würde? —

Kurz, man muß die Gütererzeugung innerhalb des volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckungssystems zwar gewiß an die erste Stelle setzen, darf sie aber nicht von diesem Bedarfsdeckungssystem loslösen, darf nicht die Rolle vergessen, die für die Deckung des Volksbedarfs auch die Preis- und Einkommensbildung spielen.

Wir haben vorhin, mit Rücksicht auf den Zusammenhang zwischen „öffentlicher“ und „allgemeiner“ Wohlfahrt, kurz des privatwirtschaftlichen Bedarfsdeckungssystems gedacht. Der gleiche Grund empfiehlt es auch

**4. die tatsächlichen Bedarfsdeckungsverhältnisse des Volkes nach ihrer konkreten Gestaltung zu beachten.**

Die „allgemeine“ Wohlfahrt offenbart die „öffentliche“ Wohlfahrt, nach dem alten philosophischen Satze: „ab esse ad posse valet illatio“. Wo die tatsächlichen Bedarfsdeckungsverhältnisse der Privatwirtschaften allgemein günstige sind, wird es regelmäßig auch um die Erfüllung der

---

<sup>1</sup> Das werden diejenigen nicht vergessen dürfen, die von einer Änderung der Gesellschaftsordnung im kommunistischen Sinne eine Besserung in der Verteilung der Güter erhoffen. Eine solche Änderung würde wenig nützen können, sofern mit dem Wegfallen des — (abgesehen von akuter Not) — mächtigsten psychologischen Antriebes zur Produktion auf eine Vermehrung der Produkte nicht in gleicher Weise zu rechnen wäre wie in einer privatwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft.

volkswirtschaftlichen Aufgabe, die Ermöglichung der allgemeinen Wohlfahrt, gut bestellt sein. Umgekehrt wird es kaum vorkommen, daß ein ganzes Volk bloß durch die Lässigkeit der Volksglieder vorteilhafte Möglichkeiten, die dem Volksganzen durch die Natur oder die geschichtliche Entwicklung geboten sind, nicht ausnützt.

Die tatsächliche Bedarfsdeckung der Konsumenten bietet aber nicht bloß Kennzeichen der materiellen Volkswirtschaftsverhältnisse, sie übt ihrerseits auch rückwirkenden Einfluß auf die weitere Entwicklung dieser Wohlfahrtsverhältnisse aus.

So erklärt es sich, daß man heute großen Wert darauf legt, einen Einblick in die Ausgabenverteilung im privaten Haushalte<sup>1</sup> zu gewinnen mittelst der sog. Haushaltungsstatistik<sup>2</sup>.

Die bloßen pro Kopf-Berechnungen des Einkommens, des Güterverbrauchs usw. können, wie bereits bemerkt wurde, noch kein genaues Bild der tatsächlichen Wohlstandsverhältnisse eines ganzen Volkes geben. Sie bringen die großen Unterschiede der Lebenshaltung in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung nicht zum Ausdruck. Und wenn heute für gewisse Waren, z. B. für Lebensmittel, pro Kopf eine bedeutend größere Geldsumme ausgegeben wird wie vor fünfzig Jahren, so beweist auch das noch nicht eine Verbesserung der Lebenshaltung; dies wäre aber wohl der Fall, wenn bei der jetzt gegebenen Einkommens- und Preisgestaltung ein entsprechend größeres Quantum jener Waren den Konsumenten zur Verfügung stände.

Wirklichen Einblick in die Wohlstandsverhältnisse und in den Zusammenhang, die wechselseitige Einwirkung zwischen der gesamten volkswirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung eines Volkes einerseits und der nationalen Bedarfsdeckung anderseits gewähren oder ermöglichen am besten die Haushaltungsrechnungen (Wirtschaftsrechnungen)<sup>3</sup>.

Untersuchungen über Arbeiterbudgets wurden schon im 17. und 18. Jahrhundert angestellt (Petty, Vauban, Cantillon, Eden). Nach dem Erhebungs-

<sup>1</sup> Die Zählung von 1905 ergab für Deutschland nur 965 749 einzeln lebende Personen. Dagegen waren 57,8 Millionen in 12 247 691 zu Familienhaushaltungen verbunden, 1854 024 in 61 081 andern Haushaltungen (Anstalten u. dgl.) vereinigt. — Die Führung eines guten Haushaltsbuches ist für jede Familie zu empfehlen. „Wer schreibt, der bleibt“, sagt ein altes Sprichwort. Wie Goethe bemerkt: „Ordnung und Klarheit vermehrt die Lust zu sparen und zu erwerben. Ein Mensch, der übel haushält, befindet sich in der Dunkelheit sehr wohl; er mag die Posten nicht gerne zusammenrechnen, die er schuldig ist. Dagegen kann einem guten Wirte nichts angenehmer sein, als sich alle Tage die Summe seines wachsenden Glückes zu ziehen. Selbst ein Unfall, wenn er ihn verdrießlich überrascht, erschreckt ihn nicht; denn er weiß sogleich, was für erworbene Vorteile er auf die andere Wagschale zu legen hat.“

<sup>2</sup> Über die Methode unterrichten unter andern: Landolt, Methode und Technik der Haushaltungsstatistik (1894); Ackermann, Über typische Haushaltsbudgets (1900).

<sup>3</sup> Eigentliche Rechnungsbücher, namentlich wenn sie sich auf längere Zeit (mindestens ein Jahr) beziehen, gewähren natürlich einen besseren! Einblick als! bloße Schätzungen oder Budgets (Voranschläge).



formular zum Studium der Haushaltungsführung, das der Internationale Statistische Kongreß in Brüssel (1853) ausgearbeitet hatte, führte Ed. Ducpétiaux 1855 seine Untersuchungen für Belgien aus, die er unter dem Titel „Budgets Économiques des classes ouvrières en Belgique“ veröffentlichte. Gleichzeitig begann Le Play seine Budgetuntersuchungen in dem berühmt gewordenen Werke<sup>1</sup> „Les ouvriers européens“ zu veröffentlichen. Indem Ernst Engel die Untersuchungen seiner Vorgänger mit den eigenen Beobachtungen über die sächsischen Haushaltungsrechnungen ergänzte, konnte er 1857 das für spätere Untersuchungen vorbildliche Werk über die Produktions- und Konsumtionsverhältnisse des Königreichs Sachsen veröffentlichen. Durch seine Prüfung des Haushaltungsbudgets gelangte Engel zu dem Ergebnis: Je ärmer eine Familie ist, ein desto größerer Anteil von der Gesamtausgabe muß zur Beschaffung der Nahrung aufgewendet werden (sog. Engelsches Gesetz). Es ist ein geringerer Geldbetrag, den der Arme für seine Ernährung verwendet im Vergleich zu dem Wohlhabenden, aber eine größere Quote seines Einkommens. Für die Wohnungsausgabe stellte Schwabe (1868) auf Grund der Berliner Mietsverhältnisse fest: Je wohlhabender eine Familie ist, um so größere Summen, aber um so weniger Prozente der gesamten Ausgaben verwendet sie durchschnittlich auf die Wohnungsmiete. Je kleiner das Einkommen, um so größer die Quote der Wohnungsausgabe. Das Schwabesche Gesetz bedarf freilich mancher Einschränkungen<sup>2</sup>. Beim Mittelstande werden gewisse Repräsentationspflichten vielfach höhere Aufwendungen für die Wohnung (wie auch für die Kleidung) nötig machen. Man wird darum kein durchweg stetiges Sinken der Wohnungsquote mit wachsendem Einkommen vorfinden. Die Verhältnisse ferner von Großstadt und Kleinstadt sowie die ländlichen Wohnungsausgaben haben ihre Besonderheiten. Auch scheint, wie bemerkt worden ist, innerhalb der einzelnen Ortskategorien

<sup>1</sup> Beide Werke erschienen im Jahre 1855. Le Play, der auf die soziale Bedeutung der Familien und die Beobachtung des Dekalogs nachdrücklich verweist, wollte in seinen Durchforschungen von Haushaltungsbudgets (36 typische Formen) den relativ günstigsten Typus der Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie feststellen. Die 2. Auflage der „Ouvriers européens“ erstreckte die Untersuchungen auf 57 Haushaltungsbudgets. Später wurden es 100 Arbeiterfamilien in dem zwölfbändigen, von der Schule Le Plays herausgegebenen Werke „Les ouvriers des deux mondes“ (1856/1909). In Deutschland bediente sich insbesondere Schnapper-Arndt der Le Playschen Methode. — Ducpétiaux untersuchte 199 Budgets von Vierkinderfamilien. Selbst Anhänger der liberalen Theorie, fühlte sich Ducpétiaux gleichwohl durch die Ergebnisse seiner Untersuchungen zu der Bemerkung gedrängt, das „laissez aller“ dürfe doch nicht in ein „laissez souffrir, laissez mourir“ ausarten. Zur ganzen Frage vgl. Oldenberg, Wirtschaft, Bedarf und Konsum, im neuen (Tübinger) Grundriß der Sozialökonomik 2. Abt., 1. Buch, B. III 130 ff.; Philippovich, Grundriß I<sup>11</sup> (1916) 408 f. über den wissenschaftlichen Zweck der Untersuchungen der Budgets.

<sup>2</sup> Es gilt, wie Albrecht (Haushaltsstatistik [1912]) zeigt, nur für die niedrigsten Einkommensstufen. Schon der bessergestellte Arbeiter macht nicht nur absolut, sondern auch relativ größere Aufwendungen für seine Wohnung.

das Schwabesche Gesetz (natürlich bei ausreichender Massenbeachtung) erst von einer gewissen Untergrenze an zu gelten, die je nach den Umständen etwa zwischen 1000 und 5000 Mark Einkommen liege. Wie dem immer sei und trotz aller Einschränkungen wird das Schwabesche neben dem Engelschen Gesetze unserem Bewußtsein die unbestreitbare Tatsache gegenwärtig erhalten, daß die ärmeren Klassen den größten Teil ihrer Mittel auf die allernotwendigsten Bedürfnisse verwenden müssen, daß ihr Einkommen durch diese Bedürfnisse nahezu ganz „gebunden“ ist und erschöpft wird, daß für sonstige Ausgaben — wenn nicht das Notwendige noch verkürzt werden soll — wenig oder gar kein „freies“ Einkommen übrig bleibt, daß anderseits mit wachsendem Reichtum das „freie Einkommen“ einen viel größeren, an Ausdehnung zunehmenden Spielraum gewinnt<sup>1</sup>.

Eine Reihe späterer Untersuchungen hat dann wieder wertvolles Material zutage gefördert, so die amerikanische Erhebung vom Jahre 1904, die sich auf 25 440 Familien erstreckte, die international umfassende englische Erhebung (1908—1910), die methodisch sorgfältige deutsche Erhebung von 1907<sup>2</sup>. Letztere beschreibt den Haushalt von 852 minderbemittelten Familien, wozu neben den Arbeiterfamilien 218 Familien kleiner Beamten und Lehrer gehören. Über den Haushalt wohlhabender Familien wissen wir nicht viel<sup>3</sup>. Rechnungsbücher, die sorgfältig geführt sind, finden sich regelmäßig nur bei einer Auslese der wirt-

<sup>1</sup> Die Familie Rothschild dürfte „ohne Extravaganzen“ nicht mehr als 1% ihres Einkommens für „unentbehrliche und entbehrliche eigene Bedürfnisse“ verausgaben können; sie würde in dieser Voraussetzung „zur Kapitalisierung von 99% quasi gezwungen sein“ (Oldenberg).

<sup>2</sup> Veranaltet durch die Abteilung für Arbeitsstatistik im Deutschen Statistischen Amte. Die Ergebnisse sind in dem zweiten Sonderhefte des Reichsarbeitsblattes (1909) niedergelegt (Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche). Auch Städte (z. B. über Münchener Verhältnisse bearbeitet von Else Conrad, Frankfurter Arbeiterbudgets von K. Flesch usw.). freie Organisationen (z. B. 320 Haushaltsrechnungen deutscher Metallarbeiter [1910], herausgegeben vom deutschen Metallarbeiterverband) haben Erhebungen veranstaltet; dazu kommen privatstatistische Erhebungen einzelner Forscher über bestimmte Gruppen, z. B. von Schnapper-Arndt, P. Dehn, P. Ballin, Ign. Gruber, von der Goltz, Schönlanck, Feuerstein, Gerloff (Zwei Volksschullehrer, in Annalen des Deutschen Reichs XLI [1908] Nr. 3), H. Fürth, K. v. Keller; über Beamtenhaushaltungen: A. Emminghaus (Conrads Jahrbücher 1904, 650 ff.), R. Ehrenberg (im Thünen-Archiv 1907, 316 f.) usw. — Zur Frage der Belastung der unteren Klassen durch Steuern und Zölle vgl. noch Mombert, Die Belastung des Arbeitereinkommens durch die Kornzölle (1901); Calwer, Handel und Wandel (1902), und: Das Wirtschaftsjahr 1906 ff. — „Workmen's Budgets“, in Palgraves Dictionary of Political Economy III 676.

<sup>3</sup> Im dritten Sonderheft des Reichsarbeitsblattes (1911) finden sich zwei Wirtschaftsrechnungen höherer Beamtenfamilien. Auch Grotjahn widmet den Nahrungsverhältnissen bemittelter Familien einige Aufmerksamkeit. Vgl. ebenfalls H. Fürth, Ein mittelbürgerliches Budget (eines Frankfurter Kaufmanns) über einen zehnjährigen Zeitraum (1907) usw.

schaftlichen Familien. Man darf also von der Haushaltsstatistik kein vollendetes Bild typischer Verhältnisse erwarten. Schwierigkeiten bereitet die nicht seltene Mischung von eigenwirtschaftlicher und verkehrswirtschaftlicher Haushaltung, ferner die Verflechtung des Familienhaushalts mit fremden Wirtschaften (von Kostgängern, Dienstboten, erwerbstätigen Familiengliedern). Aus verschiedenen Gründen beansprucht natürlich besonderes Interesse der Einfluß, den die Kopfzahl der Familie auf die verschiedenen Ausgaben (z. B. Nahrungsausgaben) ausübt<sup>1</sup>.

Was eigentliche Zahlenangaben der Haushaltsstatistik selbst betrifft, so müssen wir uns hier auf eine ganz kleine Auslese von Zahlen beschränken, wie sie für größere Gruppen festgestellt wurden<sup>2</sup>.

Das durchschnittliche Gesamteinkommen der 852 Familien, auf welche sich z. B. die sorgfältige deutsche Erhebung von 1907 erstreckte, betrug 2192,08 *M*. Es stellt sich innerhalb der einzelnen Stufen wie folgt:

Zahl der Familien	Gesamtausgabe von <i>M</i>	Durchschnittseinkommen <i>M</i>
418	unter 2000	1644,63
293	2000—3000	2353,92
141	über 3000	3478,71

Bei den an der Erhebung beteiligten Familien befand sich kaum eine einzige, die erheblich über ihre Verhältnisse lebte. Immerhin werden Ausgaben für entbehrliche Zwecke in ihrer größeren oder geringeren Ausdehnung einen stärkeren Einfluß auf das Existenzminimum ausüben, je geringer das Einkommen ist<sup>3</sup>.

Über die prozentuale Ausgabenverteilung in den Familien je nach der Wohlhabenheit unterrichtet (deutsche Erhebung von 1907) folgende Tabelle:

<sup>1</sup> Oldenberg a. a. O. 131.

<sup>2</sup> Vgl. zweites Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt (1909) 24\* ff. Dort die spezialisierteren Angaben. Bei den Durchschnittszahlen bleibt zu beachten, daß es sich in den zusammengefaßten größeren Gruppen um Durchschnitte aus Familien von immerhin verschiedener Wohlhabenheit handelt (um gelernte und ungelernte Arbeiter, untere, mittlere Beamte, Lehrer). Über Mängel der Zusammenfassung in größeren Gruppen vgl. Schmollers Jahrbuch XXXIV (1910) 255 ff.

<sup>3</sup> Eine Erhebung des Berliner Statistischen Amtes vom Jahr 1903, die sich auf 908 Berliner Haushaltungen mit einem durchschnittlichen Einkommen von 1751 *M* erstreckte, ergab als Durchschnittsbetrag der Ausgaben für Vergnügungen 32,6 *M*, daneben für Zigarren und Tabak 30,3 *M*, für Trinken im Wirtshaus 65,4 *M*, Bier zu Hause 40,1 *M*, Branntwein 7,8 *M*, zusammen 177 *M*, während die Ausgabe für Wohnung, Heizung, Beleuchtung 359 *M* betrug. Vgl. Pohle, Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Einkommen und Miete, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft IX (1906) 105; Oldenberg a. a. O. 133 f.



Ausgaben für	Familien			
	418 mit weniger als 2000 M Eink.	293 mit 2000 bis 3000 M Eink.	141 mit über 3000 M Eink.	852 überhaupt
Nahrungs- und Genußmittel .	52,3 <sup>1</sup>	45,9	36,2	45,5
Kleidung, Wäsche, Reinigung .	10,7	13,3	14,3	12,6
Wohnung und Haushalt. . .	17,7	17,8	18,5	18,0
Heizung und Beleuchtung . .	4,7	4,0	3,5	4,1
Sonstiges . . . . .	14,6	19,0	27,5	19,8

Die Tabelle zeigt, daß mit steigender Wohlhabenheit der Anteil der Ernährung an der Gesamtausgabe fällt (Engelsches Gesetz). Nicht die gleiche Tendenz findet sich bei Kleidung und Wohnung. Bei ersterer zeigt sich mit steigender Wohlhabenheit ein ziemlich erhebliches, bei der Wohnungsausgabe ein weniger bedeutendes Steigen des Anteils, während die Ausgabe für Heizung und Beleuchtung wieder etwas zurückgeht.

Die Ausgaben für „Sonstiges“ verteilen sich folgendermaßen prozentual:

	Bei Familien mit einer Gesamtausgabe von		
	unter 2000 M 418 Familien	2000—3000 M 293 Familien	über 3000 M 141 Familien
Auf Gesundheit und Körperpflege .	1,4 %	2,0 %	3,7 %
Unterricht, Schulgeld, Lernmittel	0,5	1,1	3,0
Geistige und gesellige Bedürfnisse	3,6	4,0	4,5
Staat, Gemeinde, Kirche . . . .	1,2	1,3	2,0
Vor- und Fürsorge (Versicherungen)	3,1	3,3	3,9
Verkehrsmittel . . . . .	1,2	1,4	1,2
Persönliche Bedienung . . . . .	0,1	0,6	1,3
Geldgeschenke usw. . . . .	0,3	0,5	1,0
Schuldentilgung und Zinsen . .	0,4	1,1	1,8
Erwerbskosten . . . . .	0,4	0,3	0,5
Sonstige bare Ausgaben . . . .	1,6	2,1	3,0
Nicht verteilte Naturalien . . .	0,1	0,1	0,0
Ersparnisse . . . . .	0,7	1,2	1,6

Wie verhalten sich nun die einzelnen Ausgabegruppen in den Familien verschiedener Kopfstärke? Es betragen die durchschnittlichen Ausgaben (nach größeren Gruppen)<sup>2</sup>:

- <sup>1</sup> Bei einem Einkommen unter 1000 M erhöht sich diese Quote über 60 % hinaus.  
<sup>2</sup> Die durchschnittliche Jahresausgabe betrug für Arbeiterfamilien  
bei 49 Arbeiterfamilien mit 2 Köpfen 1718 M (die Frau kann bei 2 Köpfen noch  
" 89 " " 3 " 1699 M [unbehindert miterwerben.)  
" 127 " " 4 " 1768 M  
" 125 " " 5 " 1898 M  
" 56 " " 6 " 1912 M  
" 36 " " 7 " 1921 M  
" 19 " " 8 " 2021 M  
" 9 " " 9 " 2460 M

Bei den größten Familien spielt regelmäßig der Miterwerb der Kinder eine Rolle. Vgl. Oldenberg a. a. O. 132.

für	Bei 421 Familien zu 2 bis 4 Personen	Bei 317 Familien zu 5 bis 6 Personen	Bei 114 Familien zu über 6 Personen	Bei 852 Familien überhaupt
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
Nahrung . . . . .	912,88	1084,96	1218,29	1017,52
Kleidung . . . . .	253,25	303,46	331,82	282,44
Wohnung . . . . .	404,4	406,44	376,62	401,27
Heizung und Beleuchtung	86,09	95,00	96,75	90,83
Sonstiges . . . . .	428,10	467,27	422,75	441,96
Überhaupt	2084,72	2357,13	2446,23	2284,02

Über die prozentuale Verteilung der Ausgaben (in größeren Gruppen) gibt folgende Tabelle Auskunft:

Gliederung der Ausgaben für	Familien mit Personen			
	2—4	5 und 6	über 6	überhaupt
	Zahl der Familien			
	421	317	114	852
	%	%	%	%
Nahrungs- und Genußmittel .	43,8	46,0	49,8	45,5
Kleidung, Wäsche, Reinigung .	12,2	12,9	13,6	12,6
Wohnung und Haushalt . . .	19,4	17,2	15,4	18,0
Heizung und Beleuchtung . .	4,1	4,0	4,0	4,1
Sonstiges . . . . .	20,5	19,9	17,2	19,8

Mit steigender Kopffzahl wächst der Bedarf<sup>1</sup>, wachsen die Ausgaben, was nur dann ohne drückende Folgen bleibt, wenn die Einnahmen genügend hoch sind oder entsprechend sich erhöhen. Beim Beamten und Lehrer steigt das Gehalt mit zunehmendem Dienstalster. Für den Arbeiter galt das nicht. Da mußte man sich oft um neue Einnahmequellen, um Nebenverdienst umsehen. Die Frau in der zahlreichen Arbeiter-

<sup>1</sup> Das Konsumtionsbedürfnis ist natürlich nicht für alle Familienglieder das gleiche, verschieden nach Alter und Geschlecht. Als Maßstab der Berechnung dieser Verschiedenheiten hat Engel, unter Benutzung anthropometrischer Zahlen des belgischen Statistikers Quetelet, das „Quet“ (nach Quetelet so benannt) eingeführt. Der Bedarf eines neugeborenen Kindes an Nahrung und andern Gütern bildet das Quet; der Bedarf steigt sich mit jedem Lebensjahre um  $\frac{1}{10}$  Quet, erreicht beim Mann den Beharrungszustand mit 25 Jahren. mit  $3\frac{1}{2}$  Quets, bei der Frau mit 20 Jahren oder mit 3 Quets. Andere Umrechnungen wurden in Dänemark (1897), in Nordamerika (1903) und auch in Deutschland (1907) versucht. Doch hat die Engelsche Berechnung sich viele Freunde bewahrt. Das gilt auch insbesondere gegenüber dem Versuche Kuhnas die, aus Mann, Frau und Kindern verschiedenen Alters zusammengesetzte Familie auf eine zu Vergleichen geeignete Personaleinheit in anderer Weise umzurechnen. Nach Kuhna stellen Mann oder Frau über 17 Jahre die Personaleinheit dar, Kinder bis zu 2 Jahren  $\frac{1}{10}$  Einheit; ältere Kinder steigen alle 3 Jahre, vom elften Jahre ab alle 2 Jahre um  $\frac{1}{10}$ . Vgl. Oldenberg, Wirtschaft, Bedarf und Konsum a. a. O. 134; N. Kuzmány, Die Verwandlung von Kopffzahlen in Konsumeinheiten, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXIX (1905) 794 ff.; Ernst Günther in der Besprechung des dritten Sonderhefts des Reichsarbeitsblattes, in Schmollers Jahrbuch XXXVI (1912) 1962 ff.

familie ist in ihren Leistungen behindert; doch fangen hier zum Teil die Kinder an, selbst zu verdienen<sup>1</sup>.

Faßt man die verschiedenen Ausgabenteile ins Auge, dann zeigt sich für den Nahrungsanteil mit steigender Kopffzahl ein regelmäßiges Anwachsen. Nicht selten freilich wird in den konkreten Einzelfällen Unterernährung vorkommen, Einschränkung bis unter das physiologische Existenzminimum geübt werden. Auch beim Kleidungsbedürfnis bringt die größere Kopffzahl eine wenn auch geringere Steigerung des Ausgabenanteils mit sich. Die vermehrten Anforderungen an Nahrung, Kleidung aber führen zu Einschränkungen bei dem dritten großen Ausgabeposten, dem für die Wohnung, obwohl mit steigender Kopffzahl gerade auch der Raumbedarf größer wird. Die hierin geübten Einschränkungen nehmen einen geradezu bedenklichen Grad an, wenn sie infolge hoher Mietpreise (namentlich in den Großstädten<sup>2</sup>) noch eine Verschärfung erfahren. Daß mit steigender Kopffzahl bei gleichem Einkommen auch an sich der Spielraum für „sonstige“ Ausgaben beschränkt wird, liegt auf der Hand.

Aus allem begreift sich, daß manche Autoren den Arbeitern offen und versteckt den Rat geben konnten, die Arbeiterfamilie klein zu erhalten — ein Rat, der dem Gesamtvolke und auch dem Arbeiterstande wie der Arbeiterfamilie zum Verderben gereicht. Die richtige Lösung des Problems liegt anderswo — besonders in einer Lösung, die den Bestand der Arbeiterfamilie nicht in Frage stellt. Doch davon später.

## § 2.

### Bedarfsdeckungsprinzipien.

1. „Optimale“ Bedarfsdeckung als volkswirtschaftliche Aufgabe. Niemand, in keiner Gesellschaftsordnung, in keiner Volkswirtschaft werden den Menschen die Güter, deren sie bedürfen, in unbegrenzter Menge und stets bester Qualität zur Verfügung stehen. „Optimale“ Bedarfsdeckung kann darum auch nicht eine absolut vollkommene, sondern immer nur eine unter

<sup>1</sup> Rosa Kempf, Die verschiedenen Faktoren des Familieneinkommens in ihrer Bedeutung für den Gesamtwohlstand der Familie (1914).

<sup>2</sup> Die typische Arbeiterwohnung, die ein heizbares Zimmer und Küche umfaßt, kostete in Berlin 1880: 216 M, 1890: 227 M, 1900-1903: 232—290 M, 1910: 300—400 M. Und erst heute! Mögen auch im Schlafstellenwesen die widerlichsten Verhältnisse einigermaßen abgestellt sein, immer noch nimmt ein großer Teil der verheirateten Arbeiterschaft fremde Leute auf, weil die Miete allzusehr drückt. „Wie sehr diese das Arbeiterbudget drückt, zeigen die in der Städtebauausstellung 1910 ausgestellten Kurven für die Stadt Schöneberg, deren Wohnungsverhältnisse von denen Berlins nicht sehr verschieden sein werden. Nach ihnen zahlten 1906 von den Personen mit Einkommen von 1200—1500 M drei Viertel mehr als 23—25 %, die Hälfte mehr als 30—32 %, ein Viertel mehr als 45—48 % des Einkommens für Miete.“ Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXIX (1912). Zweiter Teil. G. Brutzer, Die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin im Laufe der letzten 30 Jahre und ihre Bedeutung für den Berliner Arbeiterhaushalt.



jeweilig gegebenen Verhältnissen relativ vollkommene Bedarfsversorgung bedeuten.

Zur relativ vollkommenen Bedarfsversorgung gehört es ferner nicht, daß für alle einzelnen Arten der Bedürfnisse die Grenze allseitig vollster Bedarfsdeckung erreicht werde. Auch unter Ausnutzung aller natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen, bei vollster und höchster Entwicklung der jeweilig verfügbaren Produktionskräfte wird die praktisch mögliche, relativ beste Bedarfsdeckung kaum je zur vollsten Sättigung jedes einzelnen Bedürfnisses führen können.

Es kann sich also nur darum handeln, daß für alle verschiedenen, gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse zugleich eine ihrer Rangordnung und Dringlichkeit entsprechende, nach Quantität und Qualität relativ vollkommene Bedarfsdeckung ermöglicht werde.

Mit andern Worten: Aufgabe des volkswirtschaftlichen Prozesses ist die jeweilig relativ beste Deckung des Gesamtbedarfs eines Volkes, wobei der den einzelnen Bedarfsarten entsprechende Bedarf nur im richtigen Zusammenhang mit allen andern Bedürfnissen Deckung beanspruchen kann.

Die Bevölkerung ist nicht nur, sie muß sich auch kleiden, und dazu bedarf sie nicht nur Zylinder und Stiefel, sondern auch Hemden, Hosen, Röcke usw. Es würde darum einer relativ optimalen Bedarfsdeckung nicht dienen können, wenn die volkswirtschaftlichen Mittel und Kräfte in einem Maße einseitig auf die Befriedigung eines einzelnen Bedürfnisses konzentriert würden, daß dadurch die Befriedigung anderer, vielleicht dringlicherer Bedürfnisse zu kurz käme.

**2. Sicherung zukünftiger Bedarfsdeckung.** Versteht die Gegenwart es nicht, den Genuß zu beschränken, dann überliefert sie die Zukunft dem Mangel und dem Elende. Der Konsument muß überlegen, wieviel von seinem Einkommen er jedesmal, jede Woche, jeden Monat verwenden kann, ohne die Bedarfsdeckung der Zukunft zu gefährden. Auch die Produktion darf sich nicht selbst aufheben, die Bedingungen ihrer Fortsetzung, ihrer Entwicklung nicht zerstören, muß eine solche Anspannung der produktiven Kräfte, eine solche Ausnützung und Abnützung der Vorbedingungen vermeiden, durch welche die fortdauernde Bedarfsversorgung des Volkes unmöglich gemacht würde. Sie muß nicht nur Bedacht nehmen auf die Erhaltung, sondern auch auf Erweiterung, Vermehrung der Kapitalgüter (der produzierten Produktionsmittel). Sie darf aber auch nicht um etwaiger erhoffter, zukünftiger reicherer Erträge willen auf genügende Befriedigung des gegenwärtigen Bedarfs vergessen mit Schädigung der Volkskraft.

Eigentliche Aufgabe des volkswirtschaftlichen Prozesses bleibt ja doch zunächst die ausreichende Deckung des jeweilig gegenwärtigen Volksbedarfs. Die Vereitelung dieser Aufgabe läßt sich niemals rechtfertigen, auch nicht durch den Hinweis auf die zukünftige Ermöglichung gesteigerter Produktion von Gütern des Massenverbrauchs. Mit Beginn der Maschinenära wurde hiergegen gefehlt, wurde die Kapitalbildung in einer Weise überschätzt, daß sich dadurch für

die Arbeiterwelt geradezu entsetzliche Verhältnisse ergaben. Das war keineswegs eine notwendige Begleiterscheinung großkapitalistischer Produktion, sondern eine bedauerliche und gemeinschädliche Verkennung der volkswirtschaftlichen Aufgabe. Die außerordentlichen Fortschritte der Technik und des Reichtums in den Ländern europäischer Kultur haben auch bis heute noch nicht dazu geführt, eine dauernd gute und befriedigende Bedarfsdeckung für die große Masse der Bevölkerung herbeizuführen<sup>1</sup>. Nur eine merkwürdig verfehlte Auffassung von dem, was Fortschritt heißt, und ein geradezu unmenschliches Ansinnen wäre es da, um der Kapitalbildung willen und mit Rücksicht auf zukünftige Bedürfnisse übermäßige Einschränkung des gegenwärtigen Konsums zu fordern, und zwar mittelst Lohndruckes gerade von denjenigen zu fordern, die eine solche Einschränkung am bittersten empfinden müßten. Die Zukunft hängt ja auch in Wirklichkeit auf die Dauer (selbst für das Interesse der Unternehmer) weit mehr von der gesunden, tüchtigen Volkskraft ab als von dem Vorrat an Kapitalgütern. Unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte wird darum der größere Nachdruck auf die Erhaltung, Kräftigung, Ertüchtigung der heranwachsenden Generation gelegt werden müssen, und diese wird bedingt eben durch die günstige Gestaltung des gegenwärtigen Konsums im weitesten Sinne des Wortes.

Kurz, die Rücksicht auf den zukünftigen Bedarf und demgemäß die Rücksicht auf die Kapitalbildung ist notwendig und wichtig. Das erste und wichtigste Kennzeichen wahren Fortschrittes bildet jedoch die gesteigerte und verbesserte Befriedigung des laufenden Konsums nach einem höheren Kulturforderungen genügenden Ausmaße. Wie immer die Volkswirtschaft organisiert sein mag, niemals dürfen die sachlichen Produktionsmittel und -kräfte unter Schädigung der persönlichen vermehrt werden<sup>2</sup>.

**3. Mängel der Bedarfsdeckung**, soweit sie volkswirtschaftlicher Betrachtung unterliegen, führen sich — bei nicht allzu ungünstigen natürlichen und äußeren geschichtlichen Verhältnissen — zum großen Teil auf Mängel in den gemeinsamen, öffentlichen, gesellschaftlichen Bedingungen dieser Bedarfsdeckung zurück.

Solche Mängel sind unmittelbar oder mittelbar, wie sich aus den bisherigen Darlegungen von selbst ergibt, folgende: 1. quantitativ und qualitativ unzureichende Darbietung von Gebrauchsgütern; 2. eine der Kaufkraft der Bevölkerung nicht entsprechende Preisbildung; auf der andern Seite: 3. eine verkehrte Entwicklung der Bedürfnisse innerhalb eines Volkes oder größerer Gruppen desselben; 4. eine Einkommensbildung, bei welcher Fortsetzung und Fortschritt der Produktion gefährdet wird oder bei der es namentlich den breiten Massen an der zur Sicherung einer menschenwürdigen und der erreichten Kulturhöhe entsprechenden Lebenshaltung erforderlichen Kaufkraft fehlt.

**4. Das wirtschaftliche Prinzip und die optimale Deckung des Volksbedarfs.** Dem wirtschaftlichen Prinzip wird dadurch genügt, daß inner-

<sup>1</sup> In Nordamerika, den australischen Kolonien Englands und den oberen Schichten der englischen Arbeiterschaft ist bei vernünftiger Wirtschaft die Ernährung befriedigend.

<sup>2</sup> Oswalt, Vorträge über wirtschaftliche Grundbegriffe<sup>1</sup> 170 ff. Lexis, Allgemeine Volkswirtschaftslehre<sup>2</sup> 214 ff.

halb der Produktion und Konsumtion alle Güter und Güterelemente, die unmittelbar und mittelbar nützlichen Güter, in zweckmäßigster Weise mit möglichst großem Erfolge Verwendung finden.

Man wird aber in jedem Falle, wo das wirtschaftliche Prinzip in Frage kommt, beachten müssen, auf welchen Zweck, auf welches Ziel, auf welchen Erfolg dasselbe bezogen wird.

Der Zweck der Wirtschaft ist überall, wie wir sahen, das herrschende Prinzip, das „wirtschaftliche Prinzip“ dagegen dienendes Prinzip. Es findet Anwendung auf die objektive volkswirtschaftliche Aufgabe: Deckung des Volksbedarfs im Sinne öffentlicher materieller Volkswohlfahrt; ebenso aber auch auf den subjektiven, privatwirtschaftlichen Zweck: Ertrag, Rentabilität der Erwerbswirtschaft, Bedürfnisbefriedigung in der Hauswirtschaft.

Insofern nun das wirtschaftliche Prinzip dienendes Prinzip ist, empfängt es seine nähere Bestimmung eben durch den Zweck, dem es dient. Der Konsument handelt bei seiner Bedarfsdeckung „wirtschaftlich“, d. h. dem ökonomischen Prinzip gemäß, dadurch, daß er sein Einkommen auf die Gesamtheit seiner Bedürfnisse zweckmäßig verteilt und so eine dauernd möglichst vollkommene Gesamtbefriedigung erzielt. Der Produzent handelt „wirtschaftlich“ im Hinblick auf seinen subjektiven Zweck dadurch, daß er Arbeit, Güter und Güterelemente in einer Weise verwendet, daß ihm, bei der Erfüllung seiner objektiven Aufgabe und durch dieselbe, noch ein entsprechender Gewinn zuteil wird; er handelt „wirtschaftlich“ speziell mit Rücksicht auch auf den objektiven Zweck seiner Tätigkeit dadurch, daß er in der Verwendung von Stoff und Kraft bei der Darbietung von Gebrauchswerten dem Bedarfsdeckungssystem derjenigen Gruppe von Konsumenten sich anpaßt, in welcher er seinen Kundenkreis zu gewinnen hofft.

Die volkswirtschaftliche Aufgabe der Gesamtproduktion aber findet ihre „wirtschaftlich“ richtige Erfüllung dadurch, daß die verfügbare Gesamtheit von Stoff und Kraft, von Arbeit, Gütern, Güterelementen im Hinblick auf die Deckung des gesamten Volksbedarfs zweckmäßig verteilt und verwendet, dem Bedarfsdeckungssystem der Volksglieder bzw. deren Gruppen angepaßt wird, so daß eine Deckung des Gesamtbedarfs des ganzen Volkes im Sinne dauernder materieller Volkswohlfahrt ermöglicht wird.

Hüter des wirtschaftlichen Prinzips auch im volkswirtschaftlichen Interesse ist hier also wiederum zunächst der Produzent, soweit von dessen Einsicht, technischer Geschicklichkeit und wirtschaftlichem Zuratehalten der Produktionsmittel die Minderung von Produktionskosten usw. abhängt, nicht nur zum eigenen, sondern auch zum allgemeinen Vorteile<sup>1</sup>.

Verschwendung mag dem einzelnen in eigener Person und in seinen parasitären Freunden vorübergehenden Genuß gewähren; allein sie zerstört Güter,

<sup>1</sup> Vgl. v. Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen<sup>2</sup> (1870) 309 ff.



vernichtet oft die Quellen des Einkommens, wird gemeinschädlich, wenn sie durch ihre Ausdehnung größeren und zugleich launenhaft schwankenden Einfluß gewinnt auf die Nachfrage nach Gütern, wenn sie eine dem Fortschritt nützende Kapitalbildung und damit die Schaffung neuer Gütermengen, die der Bedarfsdeckung der sonstigen Bevölkerung dienen könnte, behindert<sup>1</sup>.

Man hat gesagt, der Verschwender bringe „das Geld unter die Leute“; das wirtschaftlich minderwertigen und haltlosen Individuen zugefallene Vermögen entschlüpfe rasch ihren Händen und werde, wenn auch auf zweifelhaften Umwegen, wieder zu produktivem Kapital. Ob nun gerade eine Kapitalbildung auf solchem Umwege als volkswirtschaftlich vorteilhaft bezeichnet werden kann, dürfte doch höchst fraglich sein. Der normale Weg zur Kapitalbildung wird jedenfalls nicht in der Verschwendung, sondern in der Arbeit und Ersparung zu suchen sein.

Die Ersparung<sup>2</sup> äußert sich und vollzieht sich durch Schonung und möglichst vollkommene Ausnützung der Stoffe und Kräfte, durch Unterlassung gegenwärtiger überschüssiger Konsumtion mit Rücksicht auf den zukünftigen Bedarf wie auf die Bildung neuen Kapitals zu produktiven Zwecken.

Nicht jede Form und Art des Sparens ist wirtschaftlich und volkswirtschaftlich gerechtfertigt. Wer spart, unter Hintansetzung des Notwendigen und Schicklichen, übertreibt das Sparen und verwandelt es in Geiz. Auch bei der

<sup>1</sup> v. Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen 631 ff. Roscher-Pöhlmann, System der Volkswirtschaft I<sup>24</sup> 677 ff. Lexis, Allgemeine Volkswirtschaftslehre<sup>2</sup> (1913) 214 ff. Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft (1891) 322 ff. „Sparen“ heißt, „durch Konsumbeschränkung einen Vermögenszuwachs schaffen“ (v. Manteuffel, Das Sparen [Hallesche Dissertation. 1900] 4).

<sup>2</sup> Die deutsche Sprache ist reich an Sprichwörtern, die Sparsamkeit, Ordnung und Fleiß zugleich empfehlen; z. B.:

„Es hält schwer, etwas zu erwerben; schwieriger aber ist's, das Erworbene zu Rate zu halten.“

„Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert.“

„Wer sich nicht nach der Decke streckt, dem bleiben die Füße unbedeckt.“

„Jeder ist seines Glückes Schmied.“

„Ohne Fleiß und Müh' gedeihn der Weisheit Früchte nie.“

„Wer fleißig ist in seinem Stand, den segnet Gott mit milder Hand.“

„Fleiß bringt Brot, Faulheit Not.“

„Fleiß und Sparsamkeit hilft auch durch schlechte Zeit.“

„Ordnung ist das halbe Leben.“

„Ordnung und gute Hut erhält des Bauern Gut“

„Denke erst an das Notwendigste, dann an das Nötige und zuletzt an das Angenehme.“

„Borgen macht Sorgen; drum muß man nicht mehr verzehren, als der Pflug kann ernähren.“

„Wer borgt und nicht bezahlen kann, der ist fürwahr kein Biedermann.“

„Das Billigste ist häufig das Teuerste.“

„Mit vielem hält man Haus; mit wenigem kommt man auch aus.“

„Der ersparte Pfennig ist besser als der erworbene.“

„Junges Blut, spar dein Gut; Armut im Alter wehe tut.“

„Viele Körner geben einen Haufen.“

„Steter Tropfen höhlt den Stein.“

„Erwirb, was du kannst, und bewahre, was du erworben hast; in diesen Worten liegt der wahre Stein der Weisen, der dein Blei in Gold verwandeln wird.“ (Franklin.)

Kapitalbildung wird man in jedem Falle sich fragen müssen, ob es wirtschaftlich und volkswirtschaftlich richtig sei, mit der Anfertigung von Kapitalgütern bis zur Grenze des technisch Möglichen zu gehen; und ebenso darf man, wie gesagt, nicht um der Kapitalbildung willen sparen auf Kosten der Befriedigung wichtiger und dringender Gegenwartsbedürfnisse. Die Kapitalbildung ist eben nicht Selbstzweck. Überkapitalisierung führt zur Krise auf dem Gebiete, wo übermäßige Ausdehnung der Produktion stattfindet.

Schließlich braucht kaum noch erwähnt zu werden, daß Sparen im Sinne von bloßem Nichtgebrauch der Konsumtion zur Verfügung stehender Güter keineswegs gleichbedeutend ist mit „Entsagung“. Wenn der vielfache Millionär ganz außerstande bleibt, alle seine Einkünfte zu verzehren, wenn er mit den Überschüssen nur seine Besitztümer vermehrt, so wird niemand die „Sparsamkeit“ dieses Mannes als hohe Tugend preisen wollen.

Die Wahrung der Wirtschaftlichkeit wird doppelt zur Lebensfrage für die deutsche Volkswirtschaft in ihrer gegenwärtigen Lage. Bei allen Einzelfragen, großen und kleinen, muß die Prüfung der höchsten Wirtschaftlichkeit die größte Rolle spielen. So in den großen allgemeinen Organisationsfragen, so bei den einzelnen Spezialfragen.

Greifen wir als Beispiel die Siedlungsfrage heraus. Wieviel kann erspart werden durch gute Baupläne und billige, zweckmäßige Bauausführung<sup>1</sup>. Welche Werte können gewonnen werden, wenn die Fäkalien und Abwässer der Städte zur Befruchtung des benachbarten Landes nutzbar gemacht werden, wenn auch dort das Siedlungswesen im Sinne systematischer Nahrungssiedelung ausgestaltet wird. Daß die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung eingeschränkt werden müssen, bezweifeln heute die meisten Menschen nicht mehr. Wieviel ließe sich aber doch noch in einem Haushalte an Licht-, Wasser-, Gas- und Heizmaterialverbrauch (richtige Instandsetzung der Öfen und richtiges Heizen) ersparen, wenn die betreffenden Hantierungen mit größerer Sorgfalt und Überlegung vorgenommen würden. Auch im gewerblichen Leben muß sich noch mehr höchste Leistungsfähigkeit mit geringstem Aufwand von Zeit, Kraft und Stoff verbinden. Es sei z. B. an das System Taylor erinnert, das in Amerika seit Jahrzehnten Eingang gefunden hat. Die Abwehrstellung der Arbeiterschaft gegenüber dem Taylorsystem usw. galt keineswegs der zugrunde liegenden Idee, sondern der seelenmörderischen Ausgestaltung des Systems. Die Arbeiterschaft ist in ihrer Mehrzahl wenigstens klug genug, um sich auf den Boden der nun einmal gegebenen Tatsachen zu stellen. Sie weiß, wie notwendig uns die Steigerung

<sup>1</sup> Beim Wohnungsbau hat man schon angefangen, Forderungen der Wirtschaftlichkeit besser zu beachten. Verringerung der Stockwerkshöhe und der Mauerstärke, höhere Beanspruchung der Baustoffe, Schlichtheit in der inneren und äußeren Ausgestaltung kennzeichnen die gesunde Richtung auf Verbilligung der Baukosten. (Warum aber noch die engherzigen Installationsvorschriften in der Elektrizitätsbranche, verschwenderische Normierung der gußeisernen Röhren für Gas- und Wasserleitungen usw.?) Andere Beispiele: Wir werden in Zukunft auf die Verwertung auch ärmerer Eisenerze sehen, Aluminium statt elektrolytisch elektrothermisch darstellen, mit dem teuren elektrischen Strom sparen müssen usw. In den entsprechenden Reichsministerien gibt es jetzt besondere Kommissionen zur wissenschaftlichen Erforschung der Wirtschaftlichkeits- wie auch der Ernährungsfragen.

der Produktivität und darum Vervollkommnung der Arbeitstechnik und Organisation ist. Wird die Arbeit der Überstunden eine Volleistung darstellen? Könnte nicht durch Schichtwechsel, mehrfache Arbeitsschicht mit reichlicherer Arbeitsgelegenheit für die Arbeiterschaft zugleich mehr für die Produktion erreicht werden? Es wäre das wenigstens zu prüfen. Schlechte Arbeitstechnik entsteht namentlich da, wo eine neue Arbeitergeneration von der alten angelernt wird, ohne daß die Methode durch geschulte und organisatorisch begabte Kräfte nachgeprüft wird. Und wie würde die Industrie voranschreiten, wenn sie wirklich jedem Tüchtigen freie Bahn gewährte! Auch die Organisation der ganzen Volkswirtschaft ist von entscheidender Bedeutung dafür, daß die Kräfte und Mittel, die noch vorhanden sind, zu einem höheren Wirkungsgrade gebracht werden. Wie unwirtschaftlich ist die zentralistische, bürokratische Organisation. Ganz anders könnten die Wirtschaftsmöglichkeiten ausgenutzt werden unter der Herrschaft eines regionalen Systems, einer berufsgenossenschaftlichen Organisation mit Gruppierung nach einheitlichen Wirtschaftsgebieten usw.

5. Hygiene und Bedarfsdeckung. Der vernunftgemäßen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse genügt nicht irgendwelche Darbietung irgendwelcher Güter. Sie muß auch nach Inhalt und Art eine solche sein, daß dem Volke die Gesundheit erhalten wird. So führt schon die richtige Analyse der Begriffe „Bedürfnis“, „Bedarf“ zur Erkenntnis, daß die national-ökonomische Betrachtung bei alleiniger Berücksichtigung und Anwendung des „wirtschaftlichen Prinzips“ keineswegs ihrer Aufgabe voll genügen kann. Nicht als ob es an sich Sache des Nationalökonomen wäre, hygienische Forscherarbeit zu leisten oder auf das hygienisch-technische Detail einzugehen. Er muß aber Verständnis haben für die Beziehungen zwischen Hygiene und Nationalökonomie, muß die Ergebnisse der hygienischen Forschung in den Dienst der Aufgabe seiner eigenen Wissenschaft stellen, kann nicht blind sein gegenüber allgemeinen gesundheitswidrigen Mißständen im Bereich der Deckung des Volksbedarfs an äußeren Gütern und innerhalb des wirtschaftlichen Prozesses, der diese Deckung vollzieht.

*Begriffliches:* Hygiene ist die Lehre und Kunst von der Erhaltung der Gesundheit. Die private Hygiene befaßt sich mit den Regeln, welche der einzelne zur Bewahrung seiner Gesundheit zu beobachten hat. Die öffentliche Hygiene bezieht sich auf öffentlichen Schutz und Förderung der Gesundheit ganzer Gruppen von Menschen (Gemeinden oder Staaten). Sie prüft den Einfluß der Umwelt auf die Gesundheit der Menschengruppen, und zwar den Einfluß der natürlichen Umwelt, und ebenso den Einfluß kultureller bzw. sozialer Verhältnisse. Bereits im Altertum gab es nicht bloß private Fürsorge gegenüber den schädigenden Einwirkungen der natürlichen Umwelt, sondern auch öffentliche Körperschaften bemühten sich z. B. um die Versorgung der Städte mit gutem Trinkwasser, mit vorbildlichen Badeanstalten usw. Den natürlichen Einflüssen von Klima, geographischer Lage usw. gegenüber ist die Möglichkeit einer hygienischen Einwirkung sehr beschränkt. Anders, wenn es



sich um Einwirkungen kultureller, wirtschaftlicher, sozialer Art handelt. Da hat der öffentliche Schutz der Gesundheit ein größeres Wirkungsfeld. Man spricht hierbei von sozialer Hygiene. Diese ist also jener Teil der öffentlichen Hygiene, der sich mit den Einflüssen der sozialen Umwelt auf die Gesundheitsverhältnisse von Völkern oder Volksgruppen befaßt<sup>1</sup>.

Das hygienische Prinzip fordert nun eine solche volkswirtschaftliche Bedarfsdeckung, die den Anforderungen der Hygiene, der Erhaltung und Förderung der Volksgesundheit, entspricht. Der Kreis sozialhygienischer Aufgaben erstreckt sich vor allem auf Nahrung, Wohnung, Kleidung, dann aber auch auf Arbeit, nach Art und Beruf, sowie Arbeitszeit, Erholung usw. Von der Gewerbehygiene wird später die Rede sein. Hier handelt es sich zunächst nur um die Versorgung des Volkes mit den wichtigsten Bedarfsartikeln.

Lorenz v. Stein hat gemeint, der Schutz gegen die Gefährdung der Gesundheit durch den Genuß des Teuren und Seltenen solle vor allem Sache des einzelnen Besitzenden bleiben, der Schutz gegen die Gefährdung durch die Verzehrung des Billigen und Täglichen aber Aufgabe der öffentlichen Gesundheitspflege. Ohne Zweifel wird die Sozialhygiene den Nichtbesitzenden besonders zugute kommen müssen. Dennoch darf sie sich nicht darauf beschränken. Ganz allgemein sollte jeder Gebrauchsartikel, auch wenn er nicht Sanitätsartikel ist, vom hygienischen Gesichtspunkte aus gewertet werden.

Die Sozialhygiene wird ihr Ziel: Gesundheit des Volkes, nicht erreichen, ohne Selbstreform des einzelnen Individuums und ohne Mitarbeit der Familie. Der Verfall der Familie hat auch die schwersten Schäden für die Gesundheit der Familienglieder und des ganzen Volkes im Gefolge. Hier gilt es belehren, das Volk zu einer richtigen Auffassung und Bewertung der Mittel körperlicher und geistiger Bedarfsbefriedigung erziehen, ja auch der geistigen Bedarfsbefriedigung, der Erholung, des Genusses usw. Die geistige und körperliche Gesundheit verfällt zugleich mit verfallender Kultur. Nur bei geistig und sittlich gehobenem Kulturzustande kann die Volkshygiene auf vollen Erfolg rechnen<sup>2</sup>.

Innerhalb der Lehre vom Volksbedarf interessieren uns an dieser Stelle zunächst die Hygiene der Ernährung, der Kleidung und der Wohnung<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Nach Elster ist die „soziale Hygiene die Wissenschaft von tatsächlichen Verhältnissen und Maßnahmen, die auf die möglichst lange Erhaltung der Gesundheit und auf die immer größere Gesundung von praktisch zusammenfaßbaren Gruppen der Bevölkerung sich beziehen“. Vgl. Elster, Zur Abgrenzung des Gebietes der sozialen Hygiene, in Zeitschrift Soziale Medizin und Hygiene IV (1909) 343 ff. Die „Hygiene“ beugt der Krankheit, der gesundheitlichen Schwächung vor; die „Medizin“ sucht die vorhandene Krankheit zu heilen, die verlorene Gesundheit wieder zu verleihen.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu insbesondere Franz Walter, Die Sozialhygiene in ihrem Verhältnis zur Weltanschauung und Ethik (1921).

<sup>3</sup> Vgl. Flügge, Sanitätswesen, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 700 ff.

6. Hygiene der Ernährung. Hierbei kommen sowohl die quantitativen als die qualitativen Verhältnisse der Ernährung in Betracht.

Nimmt man an, daß ein mittelkräftiger Arbeiter, wie oben ausgeführt wurde, 2800 Kalorien benötigt, dann wird zur Erhaltung des Körpers in seinem stofflichen Bestande und in seiner Leistungsfähigkeit nur eine solche Nahrung als quantitativ ausreichend gelten können, welche ihm durch ihre Verbrennung jene 2800 Kalorien liefert. Die Erfahrung und vielfache Versuche haben, wie oben dargelegt wurde, als zweckmäßige Tageskost (2800 Kalorien) folgende Zusammensetzung erscheinen lassen: 80—90 g verdauliches Eiweiß, 50—60 g Fett, 400—500 g Zuckerstoffe. Ebenso über die richtige Auswahl und Zusammensetzung der verschiedenen, jenen Anforderungen genügenden Nahrungsmittel unterrichtet die Hygiene<sup>1</sup>.

Daß individuelle Bedürfnisse ausreichende Beachtung finden müssen, versteht sich von selbst. Auch wird die praktische Eiweißnorm eine stärkere Eiweißzufuhr gestatten können, als theoretische, doch immerhin schwankende Angaben über das absolute physiologische Eiweißminimum vermuten lassen. Zunächst finden sich für die Behauptung, daß eine etwas über die Grenze des absoluten Eiweißminimums hinausgehende Eiweißzufuhr in der Nahrung schädlich sei, wenigstens keine überzeugenden Beweise. Die durch reichlichere Eiweißzufuhr eintretende Ermüdung erklärt sich wohl aus der dadurch herbeigeführten stärkeren Wasserentziehung. Es wäre anderseits gefährlich, die Ernährung eines Volkes genau auf das absolute Eiweißminimum zu beschränken, weil die spezifische Dynamik der einzelnen Eiweißsorten, deren Ausnutzbarkeit und insbesondere das individuelle Eiweißbedürfnis nicht leicht oder gar nicht festzustellen sind. Eine streng auf das theoretische Eiweißminimum beschränkte Ernährung würde darum, selbst bei geringen Schwankungen, leicht einen Verlust an Körper-, d. h. Organeiweiß herbeiführen. Es bedarf eines gewissen Überschusses von Nahrungseiweiß, um den Eiweißstrom im Körper zu unterhalten und durch Aufspeicherung von Reservevorräten Eiweißverluste auszugleichen. Man darf annehmen, daß Voits Zahlen in ihrer Höhe (118 g), die namentlich von Münchener Verhältnissen und Gewohnheiten ausgingen, speziell auch dieser Risikoprämie Rechnung getragen haben. Anderseits werden wir durch Rubner gewarnt, „einer Steigerung des Eiweißverbrauchs über die angegebene Grenze (118 g, davon 35 g in Form des Fleisches) hinaus keineswegs das Wort zu reden“. Übertrieben hohe Zufuhr schädigt — von andern Nachteilen abgesehen — die Leistungsfähigkeit des Menschen.

<sup>1</sup> Man kann nur wünschen, daß der jungen Ernährungswissenschaft erhöhte Aufmerksamkeit zuteil werde und daß sie bald wenigstens die Vollkommenheit der landwirtschaftlichen Fütterungslehre erlange. Während der Kriegszeit mag man, von der Zufuhr des Auslandes abgesperrt, eher geneigt gewesen sein, das für die Nahrung Erforderliche möglichst gering anzusetzen. Wir bleiben vorläufig bei den von Flüge angeführten Zahlen, bis wir eines besseren belehrt werden.

Die stickstoffhaltigen Endprodukte von Fett, Zucker oder Stärke, nämlich Kohlensäure und Wasser, können leicht (durch Atmung, Hautausdünstung usw.) beseitigt werden. Die Ausscheidung der Endprodukte der Eiweißumsetzung (Harnstoff und Harnsäure), sofern sie in größerer Menge vorhanden, bedeuten in ihrer Ausscheidung eine Arbeitsleistung des Körpers und Gefahren für die Gesundheit (namentlich bei Überfüllung mit tierischem Eiweiß: Gicht-, Nieren-, Herz- und Nervenleiden).

Bei Vorschlägen für eine Verköstigung von Berufsklassen darf man jedenfalls nicht Minimalwerte ansetzen. Der Gehalt der Speisen an Nährstoffen ist eben sehr schwankend, und ebenso verschieden sind die Anforderungen an die Arbeitsleistungen und die individuellen, persönlichen Eigentümlichkeiten. Ist einmal der Organismus durch Unterernährung gründlich geschwächt, dann können die Verluste nur ganz allmählich wieder eingeholt werden. Bei guter Ernährung über die Minimalsätze hinaus kann aber eine gelegentliche Minderung der Zufuhr leicht ertragen werden. So versteht man, warum Rubner rät, praktisch an dem Voitschen Kostmaß von 118 g Eiweiß für den Arbeiter festzuhalten, obwohl es kein physiologisches Minimum darstellt.

Gesellschaftlich und wirtschaftlich muß die sog. Armenkost verderblich wirken, wenn sie zur häufigeren Erscheinung in einem Volke wird. Die Armenkost ist eine Ernährung, die zur Erhaltung eines normalen Körpers nicht ausreicht und die bei den vorhandenen Geldmitteln nicht abstellbar ist. Eine ungenügende körperliche Beschaffenheit der Konsumenten kann sich auch z. B. auf falsche Zusammensetzung der Kost, auf persönliche ungenügende Aufnahmefähigkeit usw. zurückführen. Man spricht von „Armenkost“ erst dann, wenn die Ernährung schlecht und unzureichend deshalb ist, weil die vorhandenen Geldmittel eine ausreichende Ernährung nicht erlauben. Geringes Einkommen, ungesundes Verhältnis der Ausgaben für die Hauptarten des Konsums (zu teure Wohnungen), auch üble Gewohnheiten (Alkoholismus usw.) können dazu führen. Gewichtsabnahme unter die normale Höhe infolge von Unterernährung besagt eine schwere Gesundheitsstörung, die namentlich im Kindesalter andern Krankheiten Vorschub leistet, bei Erwachsenen die Arbeitsfähigkeit herabsetzt und zum Trunk verleitet<sup>1</sup>.

Daß für eine gute Ernährung nicht bloß die Quantität, sondern auch die Qualität der Nahrungsmittel von größter Bedeutung sind, daß die Nahrungs- und Genußmittel in gutem Zustande sein müssen, daß nichts der Gesundheit in sich Schädliches dabei Verwendung finden darf, benötigt ebenfalls keines Beweises.

Dies gilt natürlich in gleicher Weise für die städtische wie für die ländliche Bevölkerung. Im übrigen bestehen mancherlei Unterschiede in den Ernährungsbedürfnissen und Ernährungsverhältnissen von Stadt

<sup>1</sup> Vgl. Rubner, Volksernährungsfragen (1908).



und Land<sup>1</sup>. So ist es offensichtlich, daß in den Städten die Brot- und Kartoffelnahrung eine weit geringere Rolle spielt als auf dem Lande. Auch zieht der Städter beim Brotgenuß das Spreu- und Weißbrot dem schwarzen Roggenbrot vor, das stark gebeutelte und „totgemahlene“ Mehl dem kleiehaltigen<sup>2</sup>, die feinen Graupen- und Grießsorten den gröberen; weniger nährkräftige Gemüse und Obst treten an Stelle der groben Hülsenfrüchte und Rüben, Butter und Käse an Stelle der Milch; mageres Fleisch wird vor fettem bevorzugt, viele und scharfe Reizmittel müssen den Appetit anregen, die Verdauung befördern. Das alles erklärt sich aus der Lebensweise der städtischen Bevölkerung. Die regelmäßige Betätigung des Städters im allgemeinen, und, im Zeitalter unbelebter motorischer Kräfte, auch städtischer Arbeiter, stellt an die Muskulatur vielfach geringere Anforderungen als die Landarbeit, die darum auch stärker entwickelte Muskeln verleiht. Sport ist nützlich, bietet aber kaum den vollen Ersatz. Der Energiebedarf ist darum für den Städter geringer; er benötigt zu seiner Ernährung weniger Kohlehydrate und Fette, aber nicht weniger Eiweiß, eher noch einer stärkeren Eiweißreserve. Das kann er aber in vegetabilischer Kost schwerlich genügend finden, da er außerstande ist, die großen Nahrungsmengen zu verdauen, wie sie der in frischer Luft und kräftiger Bewegung regelmäßig tätige Landmann zu bewältigen vermag<sup>3</sup>. Der Städter ist daher wenigstens zum Teil auf Nahrungsmittel angewiesen, die bei geringem Volumen relativ viel Eiweiß enthalten, auf Fleisch und Eier, auf animalisches Eiweiß an Stelle des in größeren Volumina von Nahrungsmitteln enthaltenen vegetabilischen Eiweißes. Am ehesten wird für die städtische Bevölkerung ein entsprechender Kostwechsel, die übliche „gemischte Kost“, sich empfehlen. Dabei darf freilich nicht verkannt werden, daß auch in Ernährungsfragen nicht selten eine tatsächlich übertriebene Schätzung der Fleischkost herrscht, daß dieser „Fleischkultus“<sup>4</sup>, wie Rubner tadelnd hervorhebt, von den wohlhabenden Familien auf weitere Kreise sich übertragen hat, ja selbst bis in die ländlichen Kreise gedrungen ist. Andererseits besteht wiederum für weite Kreise der städtischen Bevölkerung, denen Mittel für Deckung ihres besondern Nahrungsbedarfs nur in beschränktem Maße zur Verfügung stehen, die unverkennbare Gefahr der Unterernährung<sup>5</sup>, wie sie namentlich in Zeiten der Teuerung mit [besonderer] Härte zutage tritt.

<sup>1</sup> Vgl. Oldenberg a. a. O. 143 ff.

<sup>2</sup> Die Zellulosenbestandteile der vegetabilischen Nahrung regen die Peristaltik des Darmes an.

<sup>3</sup> Daß die Ostelbier deshalb die Landkost besser vertragen, weil sie zu den „langdärmigen Pflanzenfressern“ gehörten, über einen um 0,5 m längeren Darm verfügten als der rheinische Industriearbeiter, glaubt heute wohl niemand mehr, wie auch der um  $\frac{1}{5}$  längere Darm des mit Reis zufriedenen Japaners schon jenseits der Grenzen zulässiger „Hypothesen“ zu suchen ist.

<sup>4</sup> Mit den bekannten Nebenwirkungen: Rheuma, Gicht, Arterienverkalkung, Darmverstopfung usw. Obst und frisches Gemüse helfen schon etwas; sie führen die in der städtischen Nahrung (auch oft weiches Wasserleitungswasser) fehlenden mineralischen Bestandteile zu. Vgl. Bortkiewicz's Besprechung zu Westergaards „Lehre von der Mortalität und Morbilität“, in Schmollers Jahrbuch XXVII (1903) 306.

<sup>5</sup> Man beachte auch den Zusammenhang des Zweikindersystems mit der Ernährungsfrage der städtischen Bevölkerung (Oldenberg a. a. O. 154 ff.). Neuere Beobachtungen haben dargetan, daß in den ländlichen Ernährungsverhältnissen (speziell in der Er-

Setzte man vor dem Weltkriege für den Mindestbetrag ausreichender Nahrung des erwachsenen Mannes (einschließlich der Zubereitung, Gewürze, Kaffee u. dgl.) die Ausgabe von 80—90 Pf. pro Tag an, dann ergab das für eine Arbeiterfamilie (umgerechnet im Mittel = 3 Erwachsene) 2.40 M, die nur zur Deckung des Nahrungsbedarfs aufgewendet werden mußten (50—60 % der Gesamtausgaben). Es bleibt aber auch unter den heutigen Verhältnissen für die Arbeiterfamilie von höchster Bedeutung, daß in ihrem Haushalte die mit Rücksicht auf den Ernährungszweck preiswürdigsten Nahrungsmittel zugleich in rationeller Zusammensetzung Verwendung finden. Nicht bloß der billige Preis der Nahrungsmittel, die Höhe des Lohnes schaffen gerade hier günstigere Lebensbedingungen, sondern in weitestem Umfange auch die Kenntnis, das richtige Verständnis, die persönliche Geschicklichkeit der Hausfrau.

Dürfen wir in Zukunft von der Nahrungsmittelchemie viel für die Volksernährung erwarten? Die Nahrungsmittelchemie mag Erfolge aufweisen, wo sie die Natur ergänzt, nicht aber bei dem Versuche, die Natur zu verdrängen. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts beschäftigte sich die Phantasie mehr noch als die Wissenschaft mit der Frage künstlicher Nahrungsmittel, mit dem synthetischen Beefsteak, den Ernährungsspillen, deren zwei schon „Überernährung“ herbeiführen könnten. Daß aber bei einer solchen „Überernährung“ der Mensch an Hungerqualen zugrunde gehen müßte, liegt auf der Hand. Der Magen des Menschen bedarf eben auch gewisser Quantitäten, die ihn belasten und beschäftigen. Ebenso wenig kann die Sonnenenergie ausgeschaltet werden, unter deren Verwendung und Speicherung die Nahrungsmittel für Mensch und Tier sich aufbauen<sup>1</sup>.

**7. Hygiene der Kleidung.** Von gesundheitswidrigen Mißgriffen, die sich auf die persönliche Schuld der einzelnen Individuen zurückführen, können wir hier absehen. Eine allgemeine, gesellschaftliche Tatsache aber, die schwere Schädigung der Volksgesundheit herbeigeführt hat, bilden gewisse

nahrung der Kinder) dadurch eine Verschlechterung eingetreten ist, daß, um Bargeld zu gewinnen, die eigenen Produkte fast ganz an Zentralmolkereien, Gemüsekonservenfabriken usw. abgegeben werden.

<sup>1</sup> Nebenbei bemerkt: Wieviel Menschen kann die Erde ernähren? Die größte Menschenmenge kann auf der Erde existieren bei rein pflanzlicher Ernährung, wenn nahezu die ganze, für den Ackerbau taugliche Erdoberfläche unmittelbar der Ernährung des Menschen (nicht auch der Tiere) dient. Für eine Lebenshaltung nach Art der Ostasiaten nimmt Ballod als Höchstzahl 224 Milliarden an; unter Voraussetzung der Ansprüche aber, welche z. B. die deutsche Lebenshaltung (vor dem Kriege) an Nahrung und Kleidung (Textilstoffe) macht, bezeichnet er als Höchstzahl 6,8 bis 7 Milliarden, also jedenfalls ein bedeutendes Mehr gegenüber der heute nicht 2 Milliarden zählenden Erdbevölkerung. Gleichzeitig wird aber auch eine Steigerung der Ernten pro Hektar auf das 1½- bis 2fache der heutigen amerikanischen Mengen (nur ⅓ so hoch wie die deutschen) vorausgesetzt. Der englische Geograph Ravenstein berechnete 1890 als mögliche Menschenzahl 6 Milliarden, der deutsche Statistiker v. Fircks 1898 mehr denn 9 Milliarden. Phantasiereiche Leute meinten, daß die Erde sogar 250 Milliarden Menschen ernähren könne. Ballod, *Wieviel Menschen kann die Erde ernähren?* in Schmollers Jahrbuch XXXVI (1912) 595 ff. Vgl. unsere Ausführungen Bd. II, Kap. 5, § 2, S. 544 ff. 558 ff.; § 3, S. 587 ff. 612 ff. (2. u. 3. Aufl., Kap. 4.)

Launen einer Mode, die nur zu oft ohne jede hygienische Rücksicht ihre Forderungen aufstellt.

Am verderblichsten wirkt der Modezwang auf dem Gebiete der Frauenkleidung. Freilich gibt es auch eine Mode für Männerkleidung. Aber Änderungen bleiben da meist innerhalb enger Grenzen, sind nicht so auffällig, zwingen weniger zum Wechsel, genügen regelmäßig den Anforderungen der Zweckmäßigkeit. Auch ausgesprochen hygienische Reformen werden für die Männerwelt leichter „modern“, wie z. B. die Verwendung poröser Stoffe für Sportwäsche, das Tragen ungesteifter Kragen für Sporttreibende usw. Ganz anders die Frauenmode, die selbst in ihren größten Verirrungen leider auch bei kurzsichtigen Weibernarren oder feigen Pantoffelhelden immer noch ihre Bewunderer und Begünstiger gefunden hat. Wir wollen hier nicht erneut darauf hinweisen, daß der Aufwand für die Kleidung der Frauen nur zu oft den wahren Bedürfnissen abgespart wird, auf Kosten der Lebenshaltung der ganzen Familie sich vollzieht, wenn nicht etwa von der gefährlichen Möglichkeit des Borgens ausgiebiger Gebrauch gemacht wird. Beachten wir lediglich, wie so manche Frauenmode die Gesundheit schwer schädigt, indem sie alles Natürliche abtötet, alle Bewegungsfreiheit unterbindet.

Die Mode der letzten Jahre vor dem Weltkriege z. B. kannte nur den über-schlanken Frauentypus. Die Korsettfabrikanten setzten ihren Stolz darein, feste Panzer anzufertigen, welche dem Frauenkörper die von der Mode gewollte „Normalfigur“ geben könnten. Dabei mußte durch die Grundform „möglichst auffällig auch das angedeutet werden, was zu verbergen eigentlich Aufgabe des Kleides sein sollte“. Die schwere Schädigung der Gesundheit durch dieses gewaltsame Zwängen des weiblichen Körpers in eine unnatürlich konstruierte „Norm“ galt für nichts, wenn nur die „moderne Linie“ erreicht wurde. Aber diese „schöne“ Körperlínie genügte nicht einmal. Auch die Füße mußten gefoltert werden. Der Fuß der Modedame mußte klein sein und einen hohen Spann haben. Auf den Zweck der Schuhbekleidung, die, wie Rubners „Lehrbuch der Hygiene“ sagt, Schutz gegen äußere Einflüsse und mechanische Verletzungen bieten soll, wurde ebensowenig Rücksicht genommen wie auf anatomische Prinzipien. Man wollte nur „schön“ sein im modernen Sinne, wollte gefallen und auffallen, stehend, sitzend, im engen Rock beim Gehen trippelnd, sorgfältig, gesucht balancierend; denn die Schuhform forderte Meisterschaft im Seiltanzen. Aus Mitleid mit den gefesselten Extremitäten wurde dann später der Rock geschlitzt. Es war dies ja eine weitere Annäherung an das moderne Ideal der Bekleidungskunst: „La femme nue.“

Würden nun solche Torheiten sich auf eine geringere Zahl extravaganter Persönlichkeiten beschränkt haben, dann könnte der Nationalökonom stillschweigend an solchen „Sonderphänomenen“ vorübergehen, sie dem Psychologen, Moralisten und Psychiater überlassen. Allein die Unnatur erlangt durch die Tyrannei der Mode, durch Massenfabrication usw. die größte Verbreitung, unterwirft ihren Launen auch die nicht durch Reichtum unabhängigen Konsumenten, wird zu einer Gefahr für die Gesundheit des Volkes. Einer solchen Befriedigung des „Kleidungsbedürfnisses“ als allgemeinerer, gesellschaftlicher Erscheinung kann auch der Nationalökonom unmöglich gleichgültig gegenüberstehen: „Die Stapel-Konfektion ist zugeschnitten auf die ‚Normalfigur‘, die Schnittmuster der Modezeitschriften richten sich in ihren Größenverhältnissen gleichfalls nach dieser sog. normalen Figur. Die Schneiderinnen und Schneider halten es für selbstverständliche Pflicht, ihre



Kunden vor jeder Sünde wider den heiligen Geist der Modegesetze zu bewahren und haben oft ein mitleidiges Lächeln für die Kundin, die einen Rock bestellt, in dem man gehen kann, der also unmodern ist. In den Damenkonfektionsgeschäften wird eine Frau mit unverbildetem Körper meist der Verachtung anheimfallen, denn ‚Reformkleidung verdirbt die Figur‘. — Man hat den Rückgang der Gebärfähigkeit der Frauen vielfach in Zusammenhang gebracht mit der zunehmenden Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen. Daß ein solcher Zusammenhang besteht, soll durchaus zugegeben werden, aber es muß doch auch die Frage gestellt werden, ob nicht in weit höherem Maße die tägliche Vergewaltigung des Frauenkörpers nur der ‚Linie‘ zuliebe in stärkerem Maße als die Berufsarbeit an dem Geburtenrückgang und der Säuglingssterblichkeit die Schuld trägt.“<sup>1</sup> Hier stehen also die wesentlichsten Interessen auch der Volkswirtschaft in Frage. Man mag sehr vieles im wirtschaftlichen Leben „ersetzen“ können; für den Menschen gibt es kein Ersatzmittel. Der gesunde Nachwuchs im Volke kann nicht dem Moloch weiblicher Eitelkeit und entarteter Mode widerspruchslos geopfert werden.

**8. Hygiene der Wohnungen.** Die Gesundheit eines Volkes ist nicht bloß von Nahrung und Kleidung abhängig. Die Art der Arbeit, die gesamten Lebensverhältnisse wirken günstig oder ungünstig auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung und damit zugleich auf die für die Volkswirtschaft so wichtige Lebenskraft, Lebensfreude, Leistungsfähigkeit des Volkes zurück. Von der Ernährung abgesehen, stehen die Wohnungsverhältnisse unter den Ursachen, durch welche der Krankheitsstand, die Sterblichkeit, bedingt sind, mit an erster Stelle<sup>2</sup>.

Wir haben schon darauf hingewiesen, wie der Wohnungsmarkt jener gewaltigen und schnellen Zusammenballung von Menschenmassen in der modernen Stadt- und Großstadtbildung sich nicht mit der gleichen Schnelligkeit anzupassen vermochte. Dazu kam, daß die Wohnungsproduktion vielfach zunächst Unternehmern frei überlassen blieb, die ebenso wie das sich andrängende Spekulantentum durch Ausnutzung der günstigen Konjunktur, Kapitalisierung der neu entstehenden hohen Bodenrente im Fluge großen Reichtum zu erhaschen suchten. Unter gedrückten Preisen, der übermäßig schnellen Bauausführung, Abhängigkeit vom Spekulantentum kam anderseits eine wirklich gute, handwerksgerechte Arbeit lange nicht zur gebührenden Geltung. Auf Anordnung der Räume, Auswahl der Baustoffe hatte der Bauhandwerker meist keinen Einfluß. Alles mußte schnell fertig sein, schnell verkauft werden. Gerade im Kleinwohnungsbau, auf den 80 % aller Bauaufgaben entfallen, litt das Bauwesen schwer unter solchen Verhältnissen. Und mochte allmählich auch bei größeren Bauten mehr Sorgfalt auf die bessere Ausgestaltung der Fronten gelegt werden, welche die Mietkasernen äußerlich sogar als Prachtbauten erscheinen ließen, so blieben doch hier die Wohnungen und die Wohnweise selbst wieder oft weit hinter dem zurück, was in gesundheitlicher Hinsicht gefordert werden darf und muß. In manchen Städten — um noch

<sup>1</sup> Ilse Müller-Östreich, Mode und Gesundheit, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 284 ff. 289.

<sup>2</sup> Carl Joh. Fuchs, Wohnungsfrage, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII<sup>3</sup> 889 ff. Hans Rost, Das moderne Wohnungsproblem (Sammlung Kösel, 1909). Eugen Jäger, Die Wohnungsfrage (1902).

einmal auf die Wohnungsmissstände zurückzukommen — lebt ein Fünftel, ein Drittel, ja fast die Hälfte aller Bewohner in Hinterhäusern und Hofwohnungen, die, abgesehen von dem Mangel an Aussicht, vielfach eine ungenügende Licht- und Luftzufuhr haben. Kellerwohnungen in den Mietkasernen haben meist schlechte Luft, feuchte, kalte Wände, moderige Fußböden. In den Dachwohnungen aber leiden die Menschen im Winter unter Kälte, im Sommer unter Hitze, stets unter der von unten aufstrebenden verbrauchten, mit Küchen- und Klosettdunst geschwängerten Luft.

Wie von der Lage der Wohnung, so hängt die Gesundheit nicht minder von deren Beschaffenheit, Einrichtung, von der Zahl und Heizbarkeit der Räume, von der Wohndichtigkeit ab. Eine allzu beschränkte Wohnung ist meist ungeordnet, unsauber, namentlich wenn eine besondere Küche fehlt. Große hygienische Schäden ergeben sich insbesondere aus der Überfüllung der Wohnräume<sup>1</sup>. Man kann als Mindestmaß für die erforderliche Höhe der Räume 2,70—2,50 m ansetzen. Als Mindestflächenmaß aber dürften für jeden Wohnraum 15—20 qm (für das eigentliche Wohnzimmer 20) gefordert werden können. Der Mindestluftraum ferner wird von manchen Hygienikern für den durchschnittlichen Wohnraum sogar bis zu 40 cbm bemessen<sup>2</sup>. Nach Pettenkofer sollten die Ausmaße der Zimmer so gewählt werden, daß die Aufenthaltsräume der Wohnung zusammen mindestens 15—20 cbm Luftraum für jeden Bewohner, oder 20 cbm für jeden Erwachsenen, 15 cbm für ein halberwachsenes, 10 cbm für ein kleines Kind bieten.

Neben der übermäßigen Einengung des Wohnungsspielraumes findet sich bei den weniger Bemittelten oft ein empfindlicher Mangel an guter Durchwärmung der Wohnung. Wenn ein überaus beträchtlicher Anteil unseres Volkes nach den Ergebnissen vielfacher Erhebungen in Wohnungen mit nur einem Raume oder zwei Räumen zu wohnen gezwungen ist, so erhält dieses Wohnungsminimum noch eine besonders bittere und gesundheitlich höchst bedenkliche Beigabe dadurch, daß nicht selten heizbare Räume gänzlich fehlen.

Wir müssen darauf verzichten, noch einmal alle Wohnungsmängel in Stadt und Land auch nur anzudeuten. Mögen manche derselben auf eigene Schuld der Bewohner, das Fehlen wohnungshygienischer Kenntnisse, schlechte Gewöhnung, eine zähe Hartnäckigkeit der besseren Erkenntnis und der Belehrung gegenüber sich zurückführen, es bleibt schuldlosen Elendes genug, um die Deckung des Wohnungsbedürfnisses, trotz mancher aner kennenswerten Besserungen, noch immer als eine aus gesell-

<sup>1</sup> Die Tuberkulose ist so recht die Krankheit des gedrängten Wohnens. Die Sterblichkeit nimmt bei ihr (nach Mosler) prozentual mit der Wohndichtigkeit zu. Körösis hat festgestellt, daß die übergroße Wohndichtigkeit der Verbreitung von Epidemien mehr Vorschub leistet als die geringere Wohlhabenheit. „Eine Topographie der Infektionskrankheiten würde uns lehren, daß wir in der Übervölkerung den Grund suchen müssen, wenn die Seuchen in unsern Städten endemisch geworden sind, daß sie von den Mietkasernen aus ihre verhängnisvolle Wanderung zu den Palästen antreten. Die Arbeit in der Wohnungsfrage, an der Hebung der unteren Klasse überhaupt, ist die wahre Seuchenprophylaxe“ (Bauer). Fuchs a. a. O. 889. Paul Kaufmann, Die soziale Bekämpfung der Tuberkulose (1921).

<sup>2</sup> Sonst wird der „hygienische Luftkubus“ (der kleinste Luftraum, der für eine Person nötig ist) auf 20—25 cbm berechnet.

schaftlichen Ursachen hygienisch nicht befriedigende bezeichnen zu müssen<sup>1</sup>.

9. Das ästhetische Prinzip in der Bedarfsdeckung<sup>2</sup>. Man hat von einer „ästhetischen Not der Zeit“ gesprochen, vom Verfall jeder gesunden, künstlerisch geleiteten Herstellungsweise, von „eitlem Snobismus und geldmäßig bestimmtem Protzentum“, hat die Vorliebe für Schundware an Stelle der Qualitätsware, den schweren Widerspruch der äußeren Lebensformen mit jedem inneren Gehalt bitter beklagt usw. Ohne Zweifel finden diese Klagen ihre Begründung in den häufigen Produktionerscheinungen, die nur im geldmäßig bestimmten Maßstabe ihr launenhaftes, ewig wechselndes Genüge suchten, in jenen alltäglichen Verirrungen mancher Konsumenten, die, ohne Rücksicht auf echte Schönheitsformen, den Schein mit dem Sein vertauscht, eine schwere Verkümmerng ihrer ästhetischen Urteilskraft verraten haben.

Wir wollen indes auch hier nicht ungerecht verallgemeinern, sondern das Gute, den Fortschritt zum Besseren anerkennen, wo immer er sich findet. Wenn in einem Volke zugleich mit der Wohlfahrt die Bildung steigt und sich verallgemeinert, dann kommt die Ästhetik, die Geschmackskultur doch wieder zur Geltung. Neben die Rücksicht auf den Gebrauchszweck tritt allmählich die stärkere Betonung des Stilgerechten, der Schönheit in Ornamentierung und Dekoration, auch des Komfortablen. Die Industrie wird dann aus einer rein händlerisch-praktischen Industrie zur angewandten Kunst. Es werden höhere, künstlerische Anforderungen gestellt in zahlreichen industriellen Zweigen, an die keramische Industrie, die Glasindustrie, die Metallindustrie, die Bijouterieindustrie (Pforzheim, Hanau, Gmünd), die Bekleidungsindustrie, die Textilindustrie (Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe usw.), die Druckindustrie, die Hausbauindustrie, die Wagenbauindustrie, die Automobilindustrie usw. Selbst wo jeder Zusammenhang einer Industrie mit der Kunst zu fehlen scheint, wird doch wenigstens in der Aufmachung, Verpackung, Propaganda künstlerischen Anforderungen Rechnung getragen.

Wir finden diese Entwicklung in England, Amerika, Belgien vor dem Kriege, in Frankreich — seit Jahrhunderten ein Land der Geschmacks-

<sup>1</sup> Kurz sei noch auf die Hygiene der Beleuchtung hingewiesen. Kirchhoffs und Lummers Untersuchungen über die Strahlungsgesetze haben der neueren Entwicklung der Beleuchtungstechnik die wissenschaftliche Unterlage gegeben. Der Chemiker Auer und der Physiker Nernst waren es, die dann zuerst hier zielbewußt die Strahlungsgesetze anwendeten. Der Augenarzt Hermann Cohn und der Physiker Leonhard Weber stellten die erforderliche Minimalbeleuchtung für Straßen und Plätze, Schulen und Wohnräume fest. Weitere Forschungen über die Methoden der Lichtmessung usw. werden neue Fortschritte im Beleuchtungswesen bringen, die Ökonomik mit der Hygiene in Einklang setzen. Der Kampf zwischen Gas und Elektrizität, der beiderseits mit großen Kapitalien und überraschenden Erfindungen geführt wird, hat, wie es scheinen will, noch keinen endgültigen Abschluß gefunden.

<sup>2</sup> Vgl. Benno Jaroslaws Zeitschrift Wohlfahrt und Wirtschaft 1914.



kultur —, weniger in dem bei höchster künstlerischer Vergangenheit heute relativ armen Italien. Dabei hat jedes Land seine Besonderheiten. In Amerika herrscht, wie bereits bemerkt wurde, die praktische Zweckmäßigkeit, in England das Verständnis für alles Komfortable vor usw. Auch in Deutschland hatte vor dem Weltkriege schon in weitem Umfange die künstlerische Läuterung des Volksbedarfs (Werkbund) begonnen. Neben noch fortdauernden unzumutbaren Formen und unschönen, ja ekelhaften Verirrungen einer innerlich zerrissenen, geschmacklosen Zeit gewann das scheinbar verlorengegangene Verständnis für Schönheiten in den Lebensgewohnheiten wieder mehr und mehr Boden. Ästhetische Werte wurden allmählich zum wirtschaftlichen Bedürfnis. Breitere Schichten der Bevölkerung reiften zum Qualitätskauf heran. Man fing nachgerade an, die Schönheit zu suchen, zu fordern, von der Stahlfeder bis zum Dynamo, von der Handstickerei bis zum Tausend-Spindelprodukt usw. Es wird von der Entwicklung der Wohlstandsverhältnisse und ebenso von der größeren Ausdehnung und von dem Siege gesunder Eigenart in der geistig-sittlichen Bildung abhängen, wie weit und in welcher Richtung auch in Zukunft bei uns den Schönheitsforderungen in der Bedarfsdeckung, neben der Zweckmäßigkeit, Rechnung getragen wird.

Von höchster Bedeutung ist auch hierfür der Einfluß, den das ethische Prinzip auf Bedarfsgestaltung und Bedarfsdeckung ausübt.

**10. Bedarfsdeckung und Moral.** Ziel aller Wirtschaft ist menschliche Bedürfnisbefriedigung, ihre Aufgabe Deckung des menschlichen Bedarfs. Das einzig und allein, so wird nicht selten gesagt, hat die Volkswirtschaftslehre ins Auge zu fassen. Sie hat nicht ethisierend die Bedürfnisse abzuwägen, sondern dieselben nur als Bedürfnisse zu erkennen, ihre Dringlichkeit zu beurteilen, von der Befriedigung derselben zu handeln. Daß dabei manches Unmoralische unterläuft, läßt sich eben nicht ändern: „Naturam expelles furca, tamen usque recurret.“ So hat es der alte Horaz bereits erkannt und mit seinem Weisheitsspruche bis heute recht behalten.

Wir kennen diese Lehre schon. Sie ist nicht ganz und gar falsch, wird aber doch schon durch ihre Unbestimmtheit höchst mißverständlich, wirtschaftlich und kulturell gefährlich. Gewiß, vernunftwidrige Begierden werden sich immer und überall geltend machen, und es wird tatsächlich auch nicht an gewissenlosen Leuten fehlen, die durch Befriedigung solcher Begierden ihren Vorteil suchen. Kann aber die Wissenschaft, ohne Verletzung ihrer Würde, an diesen Verirrungen stillschweigend vorübergehen? Kann sie vernunft- und moralwidrige sog. „Bedürfnisse“ mit wahrhaft menschlichen, d. i. vernunftgemäßen und sittlich einwandfreien Bedürfnissen auf dieselbe Stufe stellen? Kann die Nahrung und Förderung des Unmoralischen mit zur Aufgabe der Volkswirtschaft gerechnet werden? Es ist nicht Sache der Nationalökonomie, die Bedürfnisse ethisierend abzuwägen. Ganz richtig! Muß sie darum aber blind sein gegenüber dem evident Unmoralischen? Auch

wir sagen: die Wirtschaftslehre sucht die Bedürfnisse zu erkennen, ihre Dringlichkeit zu beurteilen und handelt von der Befriedigung derselben. Gerade deshalb aber unterscheiden wir eben zwischen Bedürfnis und Begierde. Nicht ein bloß instinktives, perverses Begehren verderbter Individuen, nicht Zustände völkischer Entartung, sondern die vernünftige Menschennatur, Vernunft und Gewissen, entscheiden darüber, was wirklich zum menschlichen Bedarf gehört. Das heißt noch lange nicht, von außen her ethische Erwägungen in die Volkswirtschaftslehre hineinragen, besagt keineswegs eine Vermengung ethischer und nationalökonomischer Betrachtungsweise. Die eigenste Aufgabe von Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre steht dabei in Frage, und bloß darum handelt es sich, die Volkswirtschaft vor dem Verfall in Materialismus und Kynismus zu bewahren, den völlig unwirtschaftlichen Verbrauch von Gütern auszuschließen, die durch ihre Verwendung zur Befriedigung vernunftwidrigen Begehrens der Befriedigung vernunftgemäßer, wirklich und wahrhaft menschlicher Bedürfnisse entzogen werden.

Bei voller Konsequenz der gegenteiligen Auffassung muß man ja schließlich mit de Augustinis sogar den Mordbrenner deshalb „produktiv“ nennen, weil er wenigstens für seine Person das „Vergnügen der Zerstörung“ erzeugt hat. Wenn der Fabrikant seine Korsettpuppen möglichst „pikant“ zu machen sucht, die Reklame keine Grenzen der Nacktheit mehr kennt, wenn Buchhändler mit Vorliebe populäre „Sexualwissenschaft“ verbreiten, die Produktion oder Reproduktion minderwertiger Nuditäten dem „Kunstbedürfnis“ genügen will, wenn Venus und Leda auf Postkarten als „Volkskunstartikel“ selbst Kindern in die Hand gedrückt werden usw., dann wird auch der Nationalökonom es aussprechen dürfen und müssen, daß hier die Läuterung des Volksbedarfs nicht bloß in ästhetischer, sondern auch in sittlicher Beziehung zum ernstesten gesellschaftlichen Bedürfnis geworden ist.

Kurz, um es noch einmal zu sagen: Solange die Nationalökonomie zwischen Vernunft und Trieb, zwischen wirklichen Bedürfnissen und einem irregeleiteten Begehren unterscheiden muß, das schließlich zum wirtschaftlichen Schaden der Völker und des einzelnen ausschlägt, ihr Mark, ihre Kräfte verzehrt<sup>1</sup>, so lange sie in dem Konsum von Gütern besserer Gattung den Fortschritt erblickt, kann sie das offensichtlich Unmoralische im Bereich der Konsumtion nicht gleich achten mit dem Vernunftgemäßen, dem Sittlichen, kann sie nicht durch diese gleiche Behandlung beide stillschweigend als gleichwertig gelten lassen, kann es ihr nicht gleichgültig sein, ob der „Geschäftsgeist“ über jede „Geschäftsmoral“ triumphiert<sup>2</sup>. Sie wird ihre

<sup>1</sup> Vgl. J. B. Say, *Traité d'Econ. polit.* liv. 3, chap. 4.

<sup>2</sup> Zum Verhältnis der Nationalökonomie zur Moral und Moralwissenschaft verweisen wir auf Bd. I<sup>2</sup> 488 ff. Beachtenswert auch Oskar Engländer, *Die Erkenntnis des Sittlich-Richtigen und die Nationalökonomie*, in *Schmollers Jahrbuch* XXXVIII (1914) 1509 ff. 1737 ff. Der einzelne mag dabei gewinnen, wenn er indische Götzen fabriziert. Die Volkswirtschaftslehre aber wird in solcher Förderung des Götzendienstes durch die

Forschung auf die volkswirtschaftliche Seite der menschlichen Dinge beschränken, dabei aber nicht des wechselseitigen Einflusses vergessen, den der Gesamtzusammenhang der menschlichen und gesellschaftlichen Kultur auf ihr eigenes Gebiet ausübt.

Das richtige Verständnis dieses Zusammenhanges führt indes nicht bloß zu der theoretischen Erkenntnis, daß eine ins Unmoralische versinkende Konsumtion der Volkswirtschaft schwere Wunden schlägt, der Nationalökonom wird es sich auch nicht nehmen lassen, auf Folgen sittlicher Art hinzuweisen, um im Interesse der Volkswohlfahrt vor bestimmten praktischen Arten der Bedarfsdeckung zu warnen. Ein besonders wichtiges Beispiel bietet hier wiederum die Wohnungsfrage, die Frage nach praktischer Umgestaltung und Besserung der Wohnungsverhältnisse.

„In sittlicher Beziehung“, sagt der Nationalökonom Fuchs<sup>1</sup>, „wirken Mangelhaftigkeit der Wohnung und große Wohndichtigkeit in mehrfacher Hinsicht ungünstig. Sind die Räumlichkeiten ungenügend, so bietet sich fortwährend Anlaß zu Zwistigkeiten. An Orten, wo aber immer Zank und Streit herrscht, schwindet schließlich jeder Sinn für ein friedliches Leben. Von der Jugend, die unter solchen Verhältnissen aufwächst, kann eine Neigung für ein geordnetes, gesittetes Zusammenleben nicht erwartet werden. Kehrt der Arbeiter müde von der Arbeit nach Hause und findet hier keinerlei Behaglichkeit, keinen Familienfrieden, so sucht er das Wirtshaus auf. So ist die Trunksucht mit allen ihren für Gesundheit und Familienleben nachteiligen Wirkungen oft nur eine Folge mangelhafter Wohnungszustände. Sind die Geschlechter bunt zusammengewürfelt, so wird bald jedes Scham- und Schicklichkeitsgefühl vollständig untergraben. Die weiteren Folgen hiervon, zumal für die Jugend, welcher die schlechtesten Beispiele offen vor Augen stehen, brauchen hier kaum angedeutet zu werden<sup>2</sup>. Gute Eigenschaften, Sinn für Reinlichkeit, Sparsamkeit, Recht, Ordnung können unter den Verhältnissen der geschilderten Art nicht gedeihen. Ein Heimatgefühl kann bei dem Wohnungsnomaden sich nicht entwickeln; findet er nirgends ein häusliches Behagen, so verliert er auch jegliches Interesse an wohnlichen Zuständen, es werden schließlich ‚alle sittigenden Banden fester geselliger und nachbarlicher Beziehungen zerrissen‘ (Schäffle), das Familienleben wird untergraben, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und mit ihm der edelste der menschlichen Triebe, die Liebe, zerstört. Die Gesamtheit hat das höchste Interesse, Zuständen der gedachten Art zu begegnen; dieselben gefährden, sobald sie in größerem Umfange auftreten, die ganze Gesellschaft, Kultur und Gesittung“ (Lehr). —

englische Industrie nur eine egoistische Verirrung erblicken können. Als noch das Monopol in Rußland bestand, mochte die Steigerung des Alkoholgenusses, selbst auf Kosten der Volksittlichkeit und Volksgesundheit, im Interesse der russischen Staatsfinanzen liegen, nicht aber im volkswirtschaftlichen Interesse.

<sup>1</sup> Wohnungsfrage, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 891. „Alle Wiedergeburt des Menschen im Proletariat“, sagt Sombart (Gewerbliche Arbeiterfrage [Sammlung Göschen] 135), „ist notwendig geknüpft an die Ermöglichung eines einigermaßen behaglichen Familienlebens, und dieses wiederum hat zur Voraussetzung ein einigermaßen menschenwürdiges Heim.“

<sup>2</sup> Vgl. Eberstadt, Handb. des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage<sup>2</sup> (1910) 167.



Innerhalb der Tauschgesellschaft stehen auf der einen Seite die Menschen mit ihren Bedürfnissen, wie diese durch die menschliche Natur, die kulturellen Verhältnisse, die persönlichen Neigungen und Gewöhnungen bestimmt werden, auf der andern Seite sind es die unmittelbar und mittelbar nützlichen Güter, Produkte und Produktionselemente, die nicht in unbegrenzter Menge vorhanden sind, nicht eine willkürlich grenzenlose Befriedigung der Bedürfnisse ermöglichen, die nicht jedem zur Verfügung stehen, deren Beschaffung, Verwendung etwas kostet, die in sich einen Wert und für den Verkehr einen Tauschwert darstellen.

Die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe aber, die möglichst beste Bedarfsversorgung des Volkes, hängt, wie wir sahen, von drei Elementen ab, deren Zusammenfassung wir als volkswirtschaftliches Bedarfsdeckungssystem bezeichnet haben: von der Gestaltung der Produktion im Verhältnis zum Bedarf, von der Preis- und Einkommensbildung. Die Produktion schafft den Gütervorrat, die Preis- und Einkommensbildung macht die Güter im Tauschverkehr erreichbar für den Konsumenten.

Zur Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe wird nach unsern obigen Ausführungen von der Produktion gefordert eine „wirtschaftlich“ zweckmäßige Verteilung der in beschränkter Menge und Größe vorhandenen Kräfte und Stoffe auf die einzelnen Verwendungen für Herstellung oder sonstige Beschaffung neuer Güter, so zwar, daß dadurch die jeweilig beste Deckung des Volksbedarfs — soweit der Gütervorrat in Frage kommt — gesichert ist. Dazu treten dann noch hygienische und ästhetische Forderungen an die Produktion.

Genügen diese Bedarfsdeckungsprinzipien, genügt insbesondere das „wirtschaftliche Prinzip“ in seiner gewöhnlichen Formulierung (größter Erfolg mit den geringsten Mitteln) aber auch zu einer der volkswirtschaftlichen Aufgabe entsprechenden Gestaltung der beiden andern Elemente des volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckungssystems, für Preis- und Einkommensbildung?

Es hieße der Beantwortung dieser Frage ausweichen, wenn man sagen wollte: Sofern nur die Produktion „wirtschaftlich“ vorgeht, wird schon allem „von selbst“ genügt werden, was bezüglich der Preisbildung und Einkommensbildung erwartet und gefordert werden kann. Ein Verlassen des volkswirtschaftlichen Standpunktes aber wäre es, wenn die Preis- und Einkommensbildung lediglich aus höchster privatwirtschaftlicher Rentabilität abgeleitet, danach bemessen würde. Und dieser Irrtum könnte als solcher auch nicht dadurch verhüllt werden, daß man dem „wirtschaftlichen Prinzip“ selbst gleich eine Formulierung gäbe, die unmittelbar den Rentabilitätsgedanken, den privaten Erwerbsgedanken (Überschuß über die Kosten) zum Ausdruck bringt. Schließlich müßte es geradezu als Brutalität gelten, wenn die Preisbildung und Einkommensbildung schlechthin als bloße Machtfrage hingestellt werden sollte.

Nein, die Preis- und Einkommensbildung ist durchaus nicht bloße Machtfrage; sie findet ihre Regelung nicht durch die privatwirtschaftliche Rentabilität allein für sich genommen, auch nicht durch das wirtschaftliche Prinzip in seiner üblichen Formulierung, sondern durch ein anderes Vernunftprinzip, welches der volkswirtschaftlichen Aufgabe genügt, ohne die sachlich begründete privatwirtschaftliche Rentabilität zu verletzen.

Es ist das ethische Prinzip der Wiedervergeltung nach dem Werte, wie es sowohl aus der Natur der arbeitsteiligen Gesellschaft als auch aus dem Wesen des Tauschgeschäftes mit zwingender Logik sich ergibt, ein Prinzip, welches Tauschverkehr und Einkommensbildung den Anforderungen der Gerechtigkeit unterwirft. Wir werden später am gehörigen Ort auf Geltung und Bedeutung dieses Prinzips zurückkommen. Hier nur einige allgemeine Bemerkungen, die für Preis- und Einkommensbildung zugleich gelten.

Erstens: Nur durch Arbeitsteilung kann in der menschlichen Gesellschaft jene vollkommene Befriedigung der Bedürfnisse erzielt werden, die unmöglich bliebe, wenn jeder bloß für sich selbst arbeitete<sup>1</sup>. Die Arbeitsteilung ist aber keine nur gelegentliche, sondern bei entwickeltem Tauschverkehr im wesentlichen dauernde Berufsteilung, dauerndes Füreinanderarbeiten mit verschiedener Arbeit, verschiedener Leistung der einzelnen dabei Beteiligten. Es liegt nun auf der Hand, daß eine solche arbeitsteilige Gesellschaft, ein solches Füreinanderarbeiten auf die Dauer unmöglich wäre, wenn nicht jeder für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe, die Bedarfsdeckung des Volkes, notwendige und nützliche Beruf regelmäßig ein solches Einkommen erlangen könnte, durch welches seine Erhaltung und die Fortsetzung seiner Leistungen gesichert bleibt. Dieses aber wird wiederum nur dann geschehen, wenn jene Berufsleistungen als Ganzes, in ihrer Gesamtheit nach dem Grade ihrer Bedeutung für die Bedarfsdeckung des Volkes, in diesem Sinne nach ihrem Werte von der sozialen Schätzung erfaßt werden.

Zweitens: Die Einkommensbildung vollzieht sich aber heute in einer auf Privateigentum und Arbeitsteilung begründeten Gesellschaftsordnung nicht durch Zuteilung der Güter seitens einer gesellschaftlichen oder staatlichen Zentralinstanz; sie erwächst vielmehr aus fortgesetztem Tauschverkehr, durch welchen die Güter, die Waren ihren Eigentümer wechseln, von dem einen dargeboten und von dem andern empfangen werden. Der Tausch ist kein Akt der Liberalität, noch weniger entspricht dem Wesen und der Bestimmung des Tausches ein Tauschen, das Täuschen und Berauben ist. Nur wenn der Tauschverkehr von dem ethischen Prinzip der Wiedervergeltung nach dem Werte, der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung, beherrscht wird, genügt er der volkswirtschaftlichen Aufgabe, den Anforderungen einer

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 1, § 4, S. 30 ff.

normalen Deckung des Volksbedarfs innerhalb arbeitsteiliger Gesellschaft. Daß einzelne im speziellen Falle und aus besondern Gründen, selbst wo jenes Prinzip gewahrt ist, Schaden erleiden können, hebt die allgemeine Geltung des Prinzips für den Tauschverkehr ebensowenig auf, wie das Prinzip der Wiedervergeltung nach dem Werte seine Bedeutung für den Fortbestand der arbeitsteiligen Gesellschaft dann schon verliert, wenn bisher nützliche Berufsleistungen durch irgendwelche Wandlungen im wirtschaftlichen Bedürfnis der Gesellschaft keine Rechtfertigung mehr besitzen und darum auch die frühere Wiedervergeltung auf die Dauer nicht mehr finden können.

Nehmen wir zwei Waren, z. B. Weizen und Eisen<sup>1</sup>. Welches immer ihr Austauschverhältnis, es ist stets dargestellt in einer Gleichung, worin ein gegebenes Quantum Weizen irgendeinem Quantum Eisen gleichgesetzt wird, z. B. 1 Quarter Weizen = a Zentner Eisen. Diese Gleichsetzung bezieht sich nicht auf die Natur und Eigenschaften jener Waren, die *toto coelo* verschieden sind, aber auch nicht auf die in sich und ihrer Natur nach gänzlich verschiedene Arbeit, die zu ihrer Herstellung nötig war. Sie beruht vielmehr darauf, daß ein Quarter Weizen und a Zentner Eisen gleich große Tauschwerte sind. Nicht gleiche Güter, sondern gleiche Werte werden getauscht.

Der Tauschwert des einen Gutes stellt somit die Wiedervergeltung für den Tauschwert des andern Gutes dar. So entspricht es dem Wesen des Tausches, so genügt es dem Begriff des Preises, der ein Ausdruck des Wertes ist, so wird es gefordert durch die Natur der arbeitsteiligen Gesellschaft, die, wie wir sahen, in ihren Wechselwirkungen nur bestehen kann, wenn die privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich wertvollen Leistungen regelmäßig eine ihrem Werte entsprechende Wiedervergeltung finden.

Erstrebt aber nicht jeder der Tauschenden seinen eigenen Vorteil, und wie kann er diesen Vorteil finden, wenn gleiche Werte ausgetauscht werden, wenn er nur denselben Wert wiedererhält, den er im Tausche hingegeben hat?

Dem beiderseitigen eigenen Interesse der Tauschenden wird dadurch genügt, daß verschiedene Güter mit verschiedenem Gebrauchswert ausgetauscht werden bei Gleichheit ihres Tauschwertes. Das Prinzip der Wiedervergeltung nach dem Werte stellt keineswegs die unmögliche Forderung auf, daß die ausgetauschten Güter für jeden der Tauschenden den gleichen Gebrauchswert haben. Dann wäre der Tausch eben völlig zwecklos. Das subjektive Bedürfnis und Verlangen, die Möglichkeit der Verwertung einer Sache, können in bezug auf denselben Gegenstand bei verschiedenen Personen sehr verschieden sein. Darum werden auch die subjektiven Schätzungen des Gebrauchswertes der gleichen Güter, je nach den individuellen Verhältnissen der Tauschenden, verschieden ausfallen. Der eine wird es für vorteilhaft halten, auf einen Gegenstand, über den er verfügt, zu verzichten, wenn er dafür einen von ihm benötigten oder gewünschten Gegenstand eintauschen kann, der einem andern gehört. Der Händler gibt seine Ware gern im Tausche hin, weil es für ihn vorteilhafter ist, das Geld in Händen zu haben, das der Verkäufer ihm dafür zahlen muß. Aber jeder will

<sup>1</sup> Vgl. Marx, Das Kapital I<sup>4</sup> (1890) 3. Dazu Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 4, S. 346 ff. 352 (319 ff.).



eben doch nur tauschen, keinen Akt der Liberalität setzen, das ihm gehörige Gut nicht unter seinem Tauschwert, zu einem geringeren Preise, abgeben, keinen größeren Tauschwert gegen einen geringeren umsetzen, nicht einen Wert von 80 für einen Wert von 100 eintauschen. Und das mit vollem Recht. Denn jener besondere, individuelle Gebrauchswert, den ein Gut für den einen Tauschenden hat, ist nicht Gegenstand, Inhalt der Leistung des andern, sondern etwas, das eben mit seinen eigenen individuellen Verhältnissen zusammenhängt, das den Beweggrund des Tausches darstellt, die Tatsache des Tausches erklärt, nicht aber den Tauschwert von Leistung und Gegenleistung bemißt.

Der Tausch ist regelmäßig ferner eine solche Verkehrshandlung, für welche wenigstens im allgemeinen die marktmäßige Schätzung des Tauschwertes der Güter Geltung beansprucht. Diese marktmäßige Schätzung, die aestimatio fori, aber bemißt, wo sie vorliegt, den Tauschwert marktgängiger Waren nicht nach individuellen Verhältnissen, sondern nach dem gesellschaftlichen Vorrat und Bedarf, soweit dieser in Angebot und Nachfrage sich offenbart. Der im allgemeinen Tauschverkehr geltende Wert ist es dann, für welchen der Tauschende beim Tausche, Kaufe, Verkäufe regelmäßig Wiedervergeltung beansprucht<sup>1</sup>.

Die Wiedervergeltung gilt der Leistung zunächst im passiven Sinne, ist Wiedervergeltung nach dem Wert des Geleisteten. Geleistet aber wird die Ware bzw. ein Dienst. Unmittelbar beansprucht darum auch diese Ware, dieser Dienst eine Wiedervergeltung nach dem Werte, der ihnen zukommt. Mittelbar jedoch finden in der Wiedervergeltung nach dem Werte der Ware bzw. des Dienstes die persönliche Arbeitsleistung und die sachlichen Aufwendungen, welche die persönliche Arbeitsleistung ermöglichen und die für die Herstellung oder sonstige Beschaffung der Ware in Anspruch genommen wurden, die ihrem Werte entsprechende Wiedervergeltung, vorausgesetzt, daß der Tauschwert der Ware oder des Dienstes eine solche Wiedervergeltung erfordert und gestattet.

<sup>1</sup> Daß in bestimmten Einzelfällen ein besonderes Opfer, welches der Tauschende bringt, spezielle Vergeltung beanspruchen kann, soll nicht bestritten werden. Auch Seltenheitswerte erfordern (neben individuellen Affektionswerten) besondere Beurteilung, von der wir hier zunächst absehen können.

Der kontraktliche consensus verknüpft sich regelmäßig mit der stillschweigenden Voraussetzung der Wertgleichheit. Wo nicht sub titulo liberali geleistet wird, oder wo bei dem an sich onerosen Geschäft keine Liberalität besonders beabsichtigt ist, werden die Kontrahenten zu ihrer Vermögensschädigung durch Wertungleichheit der Leistungen mit klarem Bewußtsein dieser Schädigung ihren consensus nicht geben wollen. Es mag sein, daß die Wertbestimmung bei Seltenheitswerten und sonst in vielen Fällen nur auf dem eigenen Werturteil der Paziszenten (vielleicht mit Beiziehung eines Taxators) beruht. Dieses Werturteil aber ist in sich selbst noch nicht Kontraktwille, sondern geht, wie gesagt, dem kontraktlichen consensus voraus und bestimmt diesen. Nicht jede nachfolgende Erkenntnis oder Mutmaßung einer Schädigung kann zur Auflösung oder Nichtigkeitserklärung des Kontraktes führen, weil sonst das ganze Verkehrsleben die notwendige Sicherheit verlieren würde. Das römische Recht begnügte sich mit der Auflösbarkeit des Vertrages im Falle der laesio enormis (Schädigung über die Hälfte).

Hierdurch ist auch der Weg gewiesen für die oft vergeblich gesuchte Versöhnung und Verbindung des subjektiv und objektiv verstandenen Wertbegriffes, die Vermittlung gegeben zwischen der subjektiven und objektiven Werttheorie. Die *indigentia humana*, das menschliche Bedürfnis nach Gütern solcher Art in solchen Mengenverhältnissen, bleibt der natürliche Maßstab für die Bemessung des Wertes der Leistungen. Aber der nach diesem Werte bemessene Preis bietet zugleich Ersatz für „*labor et expensae*“; zugleich die richtige Einigung von privatwirtschaftlicher Rentabilität und volkswirtschaftlicher Produktivität, von subjektiver und objektiver Aufgabe der privatwirtschaftlichen Tätigkeit; denn die Preisbildung muß zugleich dem Satze genügen: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“, und anderseits der volkswirtschaftlichen Aufgabe. Durch Anpassung an das Bedarfsdeckungssystem aber vollzieht sie sich „*secundum utilitatem et necessitatem totius communitatis*“. Aufwendungen von Gütern und Arbeit, die nicht einen solchen Grad von Bedeutung im Bereich der volkswirtschaftlichen Aufgabe besitzen, daß der Tauschwert der durch sie bewirkten Leistung Ersatz der Kosten und dem Leistenden standesgemäßen Unterhalt, die Möglichkeit einer Fortsetzung der Berufstätigkeit gewährt, werden in der arbeitsteiligen Gesellschaft wenigstens auf die Dauer entfallen müssen. Liegen aber für die Bedarfsdeckung des Volkes nach Art und Menge wertvolle Leistungen vor, dann wird die Wiedervergeltung nach dem Werte dieser Leistungen neben dem Ersatz der entstandenen sachlichen Kosten regelmäßig auch einen Gewinn enthalten können, sofern und solange eben der Wert der Leistung den Wert der Aufwendungen, der Kosten übersteigt.

Der Gewinn bleibt Wiedervergeltung, entsprechend der besondern wertlichen Bedeutung der sachlichen Aufwendungen und der persönlichen Arbeitsleistung, die in dem Werte der Ware usw. zutage tritt. Er läßt jedoch in concreto verschiedene Grade zu. Durch die besondere Geschicklichkeit des Leistenden, dadurch, daß es ihm gelingt, die sachlichen Aufwendungen bei gleicher Güte der Leistung zu mindern oder die Güte und Nützlichkeit seiner Leistung zu steigern, die Konjunktur in vorteilhafter Weise auszunutzen usw. kann nämlich der Gewinn über das Durchschnittsmaß der sonst im allgemeinen angemessenen Wiedervergeltung erhöht werden. Ein Gewinnbezug jedoch, der im Tauschverkehr aus einem den Wert der Leistung übersteigenden Mehrwerte sich ableitete, der nicht in der Leistung selbst und deren besondern, den Wert der Leistung bestimmenden Umständen seine Begründung fände, würde im Widerspruch stehen zu dem Grundgesetze des Tauschverkehrs, und darum auch zur allgemeinen Erscheinung geworden, den gedeihlichen Fortbestand der arbeitsteiligen Gesellschaft in Frage stellen müssen<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Schreiber a. a. O. 177 ff.

**11. Mittelalterliche Bedarfsdeckungs- und moderne Erwerbswirtschaft.** Wir möchten auf diese Unterscheidung noch einmal zurückkommen. Unsere bisherigen Darlegungen, in ihrer Gesamtheit aufgefaßt, haben die Volkswirtschaft vermöge ihrer sozialen Einheit als Bedarfsdeckungswirtschaft erkennen lassen, deren objektiver Zweck sich mit der Deckung des Volksbedarfs erfüllt, deren Fortschritt nicht in dem absoluten Reichtum als individuellem Selbstzweck, vielmehr in der Verbesserung der Bedarfsdeckung des gesamten Volkes in allen seinen Schichten besteht, während die Kapitalbildung hierbei nur als Mittel zum Zweck in Betracht kommt. Die Privatwirtschaft anderseits ist Erwerbswirtschaft. Sie geht auf Überschüsse über die privatwirtschaftlichen Kosten, auf Ertrag, auf Gewinn, Vermögensbildung, Ansammlung von Reichtum aus, indem sie innerhalb der Verkehrsgesellschaft fremden Bedarf deckt, durch Erfüllung dieser ihrer objektiven Aufgabe ihre subjektiven Zwecke verwirklicht.

Werner Sombart hat nun, wie wir sahen, in der Bedarfsdeckung und in dem Erwerb zwei, verschiedenen Zeitepochen eigentümliche, Motivrichtungen zu erkennen geglaubt, und in der Vorherrschaft, in dem bestimmenden, alle andern Maximen überragenden Einfluß dieser Leitmotive der privatwirtschaftlichen Tätigkeit das charakteristische, unterscheidende Merkmal jener verschiedenen Zeitepochen zu finden vermeint: „Es sind die beiden Prinzipien, deren eines die wirtschaftliche Tätigkeit als Mittel zur Bedarfsdeckung betreiben heißt, während das andere seine Verwirklichung findet, wenn die Erzeugung des Reichtums Selbstzweck wird, des Reichtums dann natürlich nicht in der bunten Mannigfaltigkeit zahlreicher Gebrauchsgüter, deren Erzeugung doch immer im Hinblick auf einen ferneren Zweck, wenn es auch nur die kindische Freude an ihrem Besitze wäre, erfolgt, sondern des Reichtums in seiner allgemeineren Form, seiner qualitätslosen Gestalt des allgemeinen Wertäquivalents.“<sup>1</sup>

Es wäre jedenfalls verfehlt, wollte man diese Unterscheidung auf die mittelalterliche, vorkapitalistische Zeit einerseits und die kapitalistische Epoche anderseits in dem Sinn anwenden, als ob für die wirtschaftliche Tätigkeit des zünftlerischen Handwerkers und des mittelalterlichen Handels der Erwerb gar nicht zu den Motiven des wirtschaftlich Tätigen gehört hätte, die Erlangung von Gewinn, die Bildung von Vermögen gänzlich ausgeschlossen worden wäre. Charakteristisch für die ältere Wirtschaftsepoche ist unseres Erachtens nur der Umstand, daß dem Gewinnstreben Schranken gezogen waren: sowohl durch die praktische Geltung des das gesamte Gesellschaftsleben und insbesondere den Tauschverkehr beherrschenden Prinzips der Gerechtigkeit als auch durch das nach sittlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zugleich geformte Standesprinzip.

a) Die Gerechtigkeit verlangt ihrem innersten Wesen nach, daß „jedem das Seine“ zugeteilt werde, der staatlichen Gesellschaft das Ihrige, dem einzelnen das, was ihm gebührt. Seit Ulpian ist ihre Begriffsbestimmung dieselbe geblieben: „Iustitia est perpetua et constans voluntas ius suum unicuique tribuendi.“<sup>2</sup> Man

<sup>1</sup> Der Kapitalismus I (1902) 61 ff. Man kann Sombart nicht entgegenhalten, daß auch der Geldreichtum der Bedarfsdeckung dient; er spricht eben von dem alle andern Maximen überragenden Wirtschaftsprinzip.

<sup>2</sup> S. Thom., S. theol. 2, 2, q. 58, ad 1 (i. c. a): „Iustitia est habitus, secundum quem aliquis constanti et perpetua voluntate ius suum unicuique tribuit.“ Vgl. Bd. II<sup>2-3</sup>,



unterscheidet, wie wir im zweiten Bande ausführlich darlegten, eine allgemeine und eine besondere Gerechtigkeit.

Die allgemeine Gerechtigkeit regelt das Verhältnis der einzelnen und der bürgerlichen Vereinigungen zur staatlichen Gesamtheit bzw. dieser Gesamtheit zu den einzelnen und deren Verbänden. Sie zerfällt in die „iustitia legalis“, so benannt, weil es insbesondere der Gesetzgebung zufällt, die Ordnung des Einzelwillens nach den Anforderungen des Zweckes der staatlichen Gesellschaft, der öffentlichen Wohlfahrt, zu vollziehen; die „iustitia distributiva“, welche die gemeinsamen Lasten und Wohltaten nach Leistungsfähigkeit, Bedürfnis und Verdienst verteilt, schließlich die „iustitia vindicativa“, welche die verbrecherische Störung der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung bestraft<sup>1</sup>.

Die besondere Gerechtigkeit wird in der Regel als gleichbedeutend mit der „iustitia commutativa“ verstanden. Sie hat diesen Namen zunächst von der Gerechtigkeit im Tauschverkehr, umfaßt aber im weiteren Sinne die allgemeine Forderung der Gerechtigkeit: das „*sum cuique*“, für die gesamte, durch natürliche oder erworbene Rechte gebildete Privatrechtssphäre der physischen und moralischen Personen.

Bei der „iustitia commutativa“, soweit sie an dieser Stelle für uns in Betracht kommt, handelt es sich lediglich um den Schutz der Vermögenssphäre innerhalb des Vertragsverkehrs. Niemand ist befugt, grundlos, titellos das Vermögen eines andern zu vermindern. Eine solche grundlose, der Gerechtigkeit widersprechende Minderung würde aber vorliegen, wenn in den Verträgen, vermöge deren der eine Teil eine Leistung vollzieht, um dafür eine Gegenleistung zu erhalten, Leistung und Rückleistung wertlich verschieden wären. Jeder der Vertragsschließenden erwartet und fordert für seine Leistung ein Äquivalent. Auf diesen Ersatz verzichtet er regelmäßig ebensowenig, als ein solcher Vertrag seiner Natur und der Absicht der Vertragsschließenden nach eine Schenkung sein soll. Die Verletzung des Äquivalenzprinzips, der Bezug eines Mehrwertes im reinen Tauschverkehr, galt als Wucher.

Nachdem die ursprünglichste Form des Tausches mit wechselseitiger Deckung des Bedarfs mittels des Austausches von Gütern in natura durch die Geldwirtschaft abgelöst, „Waren“ nunmehr auf dem „Markte“ gegen Geld getauscht wurden, kam allmählich die Vorstellung von einem Gesamtbedarf zum Durchbruch, der aus dem Gesamtvorrat von Gütern durch den geldwirtschaftlichen Tauschverkehr seine Deckung finden sollte. Die marktmäßige Preisbildung erschien als ein sozialer Vorgang mit sozialer Bedeutung. Der Wert der „Ware“ war regelmäßig der durch die „*aestimatio fori*“ bemessene Tauschwert, wobei vorausgesetzt wurde, daß Angebot und Nachfrage wirklich als Bekundung und Offenbarung des tatsächlichen Vorrates und Bedarfs gelten könne. Soweit diese Anschauung praktische Geltung erlangte, bedeutete sie keineswegs den Aus-

Kap. 1, § 5, S. 272 ff. (222 ff.). Unsere Schrift: Der christliche Staatsbegriff<sup>2</sup> (1898) 126 ff. Wie Cicero (De officiis 1, 7) sagt auch S. Thomas (S. theol. 2, 2, q. 58, a. 2 in corp.): „*Iustitia ea ratio est, qua societas hominum inter ipsos et vitae communitas continetur.*“ Über die Bedeutung der Liebe für das gesellschaftliche Leben vgl. S. Thomas, Summa contra gentiles (ed. Ucelli, 1878) I. 3, c. 130.

<sup>1</sup> Die „iustitia vindicativa“ kann auch als Teil der distributiven Gerechtigkeit aufgefaßt werden.

schluß jedes Gewinnes, sondern nur eines Gewinnes, der durch den Wert des Geleisteten, also der Ware oder des Dienstes, nicht gerechtfertigt war. Die Wiedervergeltung nach dem Werte des Geleisteten umschloß die Wiedervergeltung für sachliche Aufwendungen und die persönliche Arbeitsleistung. Das Menschliche, in seiner überragenden Bedeutung gegenüber der Sachwelt, fand gerade in dieser Unterscheidung zwischen Arbeit und Kosten, „labor et expensae“, einen dem mittelalterlichen Ideenkreise geläufigen Ausdruck. Abgesehen von den Ergebnissen natürlicher Fruchtbarkeit, die dem Eigentümer des Bodens zutiefen, bildete für die Zeiten des kanonischen Zinsverbotes im wesentlichen die Arbeit den Rechtsgrund für Erwerb und Gewinn, sofern das Produkt, bei zweckentsprechender Produktion, durch seinen Wert eines solchen Gewinnes würdig war. Der Gewinn war Arbeitslohn vom Standpunkte der Gesellschaft aus. Sachliche Aufwendungen fanden lediglich Ersatz der verbrauchten Güter nach ihrem Werte.

b) Diese Ausschließung jedes Gewinnes aus Preisen, die den marktmäßigen Tauschwert der Waren überstiegen, bildete die erste Schranke, die dem Gewinnstreben gezogen war. Eine andere Umgrenzung war durch die Beschränkung des Gewinnstrebens auf den Standesbedarf gegeben.

Indem der Tauschverkehr für die einzelne Leistung die ihrem Werte entsprechende, angemessene Wiedervergeltung bringt, erwächst, wie bereits bemerkt wurde, aus dem fortgesetzten Tauschverkehr für die Angehörigen der verschiedenen Berufe ihr Einkommen. Dasselbe entspricht in seiner verschiedenen Größe der Verschiedenheit der Berufsleistung, lieferte aber jedem Berufe, der sich für die Bedürfnisse, den Fortbestand, die Fortentwicklung der arbeitsteiligen Gesellschaft als notwendig und nützlich erwies, den durch die Sitte bemessenen Standesbedarf, die Mittel des standesgemäßen Unterhalts und zugleich zur Fortsetzung der berufsmäßigen Leistung<sup>1</sup>. Die Berufsarbeit in ihrer Gänze erschien eben, zur stadtwirtschaftlichen Zeit mit deren Organisationswesen, als soziale Funktion im Dienste des gesellschaftlichen Organismus. Sie durfte, analog zu den Forderungen der „iustitia distributiva“<sup>2</sup>, eine dem sozialen Verdienste entsprechende proportionale Wiedervergeltung beanspruchen, wie in dem einzelnen Tauschgeschäfte die strikte Gerechtigkeit, die „iustitia commutativa“, den

<sup>1</sup> „In dem gleichen Anrecht hierauf (auf den standesgemäßen Unterhalt) besteht der ‚abstrakt gesellschaftliche‘ Charakter der qualitativ verschiedenen Arbeiten“ (Schreiber a. a. O. 53).

<sup>2</sup> Es handelt sich hier nur um ein Analogon zur „iustitia distributiva“. Diese ordnet die Verteilung der staatlichen Lasten und Vorteile durch die Staatsgewalt in Gesetzgebung und Verwaltung. Das private Einkommen der Bürger dagegen erwächst aus dem Tauschverkehr, der seine prinzipielle Regelung unmittelbar durch die „iustitia commutativa“ empfängt. Indem der Staat den Forderungen der „iustitia commutativa“ nach Möglichkeit Geltung verschafft, wird den verschiedenen Leistungen der verschiedenen Berufe auch das zuteil, was ihrer Bedeutung für das gesellschaftliche Ganze entspricht. Nicht der Staat „verteilt“ also die Güter, mag auch seine Gesetzgebung, sein Steuerwesen usw. von großem Einfluß auf die Güterverteilung sein. Es ist mißverständlich, wenn Schmoller (Zur Sozial- und Gewerbepolitik [1890] 230) sagt: „Mit seinen Bedürfnissen dient der Mensch nur sich, mit seiner Arbeit, seinen Tugenden, seinen Leistungen dient er der Gesamtheit; und nur darauf kommt es in dem Urteil über das Gerechte an, welches sie wertet usw.“

arithmetisch tauschwertlich gleichen Entgelt erheischte. Die Wahrung der Gerechtigkeit im Tauschverkehr sollte den Standesbedarf sichern.

Die Einkommensbildung war also auch von sozialen Gesichtspunkten beherrscht, Rechts-, nicht bloße Machtfrage. Zunftstatut wie städtische Wirtschaftspolitik<sup>1</sup> garantierten den organisierten Ständen ihre Nahrung, das standesgemäße Auskommen im dargelegten Sinne.

Ganz besonders kamen auch sittliche Rücksichten, nämlich der Kampf gegen Habsucht und Genußsucht, bei der Beschränkung des Gewinnes auf den Bedarf (*secundum conditionem et decentiam status*) in Betracht. War der Standesbedarf eine gewohnheitsmäßig bestimmte Größe, so ließ er immerhin eine gewisse Weite zu, wie auch ein besonderer Gewinn für qualifizierte Leistungen keineswegs ausgeschlossen blieb. Nur das Maßlose im Gewinnstreben sollte verhindert werden<sup>2</sup>. Hierfür war aber neben den Gründen sittlicher Art der volkswirtschaftlich bedeutsame Gesichtspunkt entscheidend, daß übermäßiger Reichtum einzelner in der Gesellschaft auf die Dauer kaum möglich sein könne ohne gleichzeitigen Mangel bei andern Individuen<sup>3</sup>.

In den letzten Jahrhunderten des Mittelalters änderten sich die äußeren Verhältnisse mehr und mehr, zum Teil auch die Anschauungen der Moralisten und Juristen, wenigstens in ihrem formellen Ausdruck, aber regelmäßig ohne Wandel in den zugrunde liegenden Prinzipien. Hatte im wesentlichen die wirtschaftlich nützliche Arbeit bisher als Rechtstitel und Grundlage der wirtschaftlichen Existenz gegolten, so erweiterte sich nun allmählich der Begriff der „Arbeit“ über die persönliche Arbeitsleistung hinaus. So galt schon die Übernahme des Risikos im Gesellschaftsvertrage als wirtschaftliche Arbeit. Mit Rücksicht auf die tatsächliche Entwicklung kam man dann schließlich zu der Auffassung, daß alle wirtschaftlich nützlichen Leistungen, persönliche oder sachliche, eine volkswirtschaftlich gerechtfertigte Grundlage der wirtschaftlichen Existenz bilden können. Ein Glückseinkommen war darum nicht verpönt; es blieb eben Glückseinkommen, nicht die Regel. Und Konjunkturaleinkommen kann sich mit wirtschaftlich nützlicher Leistung verbinden. Völlig ausgeschlossen blieb aber in dieser Auffassung jede parasitäre Aufsaugung fremden Besitzes, jedes Beuteeinkommen durch Erregung oder Ausnutzung von Irrtum, Schwäche, Not u. dgl.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 4, § 2, S. 575 ff.

<sup>2</sup> „Moderatum lucrum, competens officio suo.“ (Antonin).

<sup>3</sup> Nach der thomistischen Lehre soll die Güterwelt dem Gebrauche aller dienen. Den prägnanten Ausdruck fand diese Auffassung in dem oft mißverstandenen Satze: Die Güter gehören „*quoad proprietatem*“ den einzelnen, „*quoad usum*“ allen (S. Thom. 2, 2, q. 32, a. 5 ad 2). Damit sollte der individuelle Zweck des Eigentums nicht gelehnet, sondern nur das „*exercitium iuris*“ geregelt, die Pflicht des Eigentümers betont werden, seine individuellen Zwecke diesbezüglich hinter soziale und höhere fremde individuelle Zwecke zurücktreten zu lassen. Mit Rücksicht auf das Gemeinwohl können dem privaten Eigentum hinsichtlich des „*exercitium iuris*“ Schranken auferlegt werden; dem natürlichen Rechte des Menschen auf Existenz muß in der „*extrema necessitas*“ das geschichtlich gewordene Recht des konkreten Eigentums am Einzelgute weichen; die Liebe verpflichtet überdies, vom Überfluß dem Armen mitzugeben. Aber auch in der Beschränkung des Gewinnes auf den Standesbedarf kam, wie gesagt, das allgemeine Prinzip zur Geltung, daß die materiellen Güter nicht der Genußsucht einzelner, sondern dem Unterhalt aller zu dienen haben. Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 3, § 3, S. 223 f. (206 f.).



Inzwischen schritt die Entwicklung voran. Namentlich durch den an Ausdehnung und Bedeutung wachsenden Handel wurde praktisch und theoretisch die volle Umwandlung angebahnt und durchgeführt. Es sammelten sich größere Reichtümer in den Händen einzelner an. Der wachsende Besitz verlangte und suchte wieder neue Anlagen, gewinnbringende Verwertung<sup>1</sup>. Das verzinsliche Darlehen, mit offener oder verdeckter Umgehung des kanonischen Zinsverbotes, ward eine immer häufigere Erscheinung. Der Rentenkauf durch Hingabe eines Kapitals als Kaufpreises für die Rente (den dinglichen Zins an einem Grundstücke oder auch an dem gesamten Vermögen des Rentenschuldners) wurde mobilisiert. An Stelle der unkündbaren, ewigen Rente trat die rückkaufbare Rente. Das alles wirkte mit bei der Auflösung der traditionellen Formen und Ideen des Wirtschaftslebens. Noch wurde versucht, besonders seit dem 14. Jahrhundert, den unliebsamen Erscheinungen der steigenden und schwankenden Preisbildung mit dem alten Mittel offizieller Preisfixierungen zu begegnen, namentlich wohl auch, um, durch Beschränkung des Gewinnes im Tausch und Handel, das überlieferte Ideal des standesgemäßen Auskommens aller einigermaßen in praktischer Geltung zu bewahren. Der siegreiche Vormarsch des kapitalistischen Erwerbsprinzips warf indessen alle Schranken nieder. Das kraftlos gewordene korporative Regime aber versagte den neuen Verhältnissen gegenüber<sup>2</sup>. An Stelle der stadtwirtschaftlichen Regelung trat zunächst die merkantilistische, staatliche Bevormundung<sup>3</sup>. Und diese verfolgte als Ziel nicht so sehr eine der Gerechtigkeit entsprechende Wiedervergeltung, die Erhaltung der Stände in der arbeitsteiligen Gesellschaft durch Gewährleistung des standesgemäßen Auskommens, sondern eine günstige, nationale Handelsbilanz, den Gewinn von Geld für die nationale Volkswirtschaft, durch Förderung der Exportindustrie und des Handels.

Die liberalistische Reaktion gegen mittelalterliche Gebundenheit und merkantilistische Bevormundung brach dann völlig mit den Resten der Berufsorganisation, mit dem Standesprinzip, mit der den ganzen Verkehr einst beherrschenden Idee der Tauschgerechtigkeit und zugleich mit dem mittelalterlichen Ideal des standesgemäßen, auf der wirtschaftlich nützlichen Leistung beruhenden und ihrem Werte entsprechenden Auskommens<sup>4</sup>.

Es soll nicht bestritten werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung damals in der Tat größere Freiheit erforderte, daß das Gewinnstreben einer gewissen Erleichterung bedurfte, daß das Vordringen der kapitalistischen Methode, die erweiterte Verwendung von Kapitalgütern in der Produktion, mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Aufgabe, die Bedarfsdeckung des Volkes, einen unverkennbaren Fortschritt bedeutete, einen Fortschritt, der auch nicht ohne Einfluß blieb auf die wertliche Schätzung der direkten oder indirekten Darbietung sachlicher Produktionsmittel (in ihrer Bedeutung für die Produktivität der Arbeit), daß diese

<sup>1</sup> Es fehlte nicht an bezeichnenden Klagen über diese kapitalistische Zersetzung des alten Standesideals: „laboribus dimissis student contractibus ditari“. „Omnes lucrari volunt de pecuniis et rebus suis.“ So Heinrich v. Langenstein († 1397). Vgl. Schreiber a. a. O. 197 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 4, § 2, S. 584 ff.

<sup>3</sup> Bd. II, Kap. 1, § 1. Bd. III, Kap. 4, § 2, S. 591 ff.

<sup>4</sup> Bd. II, Kap. 1, §§ 2 3 4. Bd. III, Kap. 4, § 2, S. 600 ff.

<sup>5</sup> Eine indirekte Darbietung bildet das Darlehen, das die Anschaffung von Produktionsmitteln ermöglicht.

Darbietung in richtigen Grenzen neben der Arbeitsleistung nun auch zum Rechtsgrunde des Erwerbs werden konnte. Verfehlt und verhängnisvoll aber mußte es sich erweisen, daß man, statt eine neue, den gewordenen und werdenden Verhältnissen angepaßte Regelung einzuführen, jede Regelung scheute, jeder Intervention des Staates zur zweckgemäßen Ordnung des wirtschaftlichen Erwerbslebens mit Mißtrauen gegenüberstand, jede Neubildung gesellschaftlicher Organisation zurückwies, nicht größere, sondern eine praktisch unmögliche, absolute, individualistische Freiheit in allem und insbesondere für den Wettbewerb forderte, die ganze Gestaltung des Wirtschaftslebens einer mechanistisch-optimistischen Wirtschaftsteleologie überantwortete. Mit nahezu abergläubischem Vertrauen erwartete man ja jetzt alles Heil vom vollfreien Spiel der Kräfte, von der „freien Konkurrenz“, von der Freiheit der Preisbildung, von der Freiheit in Angebot und Nachfrage, von der persönlichen Wahrung des eigenen Interesses im Tausche. Die materielle Volkswohlfahrt erschien nicht als Zweck und Ziel, sondern als Geschenk und Folge der Freiheit.

Und das tatsächliche Ergebnis? Hatte vordem die Arbeit, die menschliche Leistung im Vordergrund gestanden, dann beanspruchte jetzt die Sachwelt den Vorrang. Der Eigentümer der sachlichen Produktionsmittel, die allerdings die Produktionskraft gewaltig steigerten, der Besitzer von Geldkapitalien, sie wurden nunmehr zu Beherrschern der Volkswirtschaft, suchten und verstanden es, diese ihrem privatwirtschaftlichen Erwerbsinteresse, dem privatwirtschaftlichen Ertrag dienstbar zu machen. Die Unterscheidung zwischen „labor et expensae“ verschwand, indem auch die Arbeit nach privatwirtschaftlichem Kalkül für den Unternehmer zum bloßen Kostenelement wurde. Der Arbeitslohn der ausführenden Arbeiter erschien weniger als Entgelt wie als Abfindung, nicht ohne häufige schwere Schädigung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse. Schlimmer noch und bitterer empfunden wurde die häufige Herabsetzung der Persönlichkeit, die Kränkung der persönlichen Rechte und der persönlichen Würde des Arbeiters. Wenn einzelne Theoretiker versucht haben, die sachlichen Aufwendungen auf „Arbeitsmühe“ letztlich zurückzuführen, so hat auch das die Ehre der Arbeit nicht gerettet, die Grenzen zwischen Arbeit und sachlichen Aufwendungen eher noch mehr verwischt, die tatsächliche Vorherrschaft der sachlichen Elemente nicht verdecken können, ebensowenig wie die in ihrer Anwendung auf nicht „ursprüngliche“ Verhältnisse deplazierte Arbeitswerttheorie A. Smiths usw.<sup>1</sup>

Die arbeitsteilige Gesellschaft bestand selbstverständlich fort, wurde sogar über die Grenzen der eigenen Staatsgesellschaft erstreckt, indem man mit Vorliebe die Vorstellung einer internationalen Arbeitsteilung kultivierte<sup>2</sup>. Es gab immer noch verschiedene Stände, Berufe, aber nunmehr ohne feste Organisation, mit flüssigen Grenzen. Nicht die Bedeutung der Berufsleistung, sondern vorwiegend der verfügbare Geldbesitz, die Größe des Vermögens, bestimmte und beherrschte die soziale Schichtung. Der Klassengedanke überwand den Berufsgedanken, alles Streben richtete sich auf den Aufstieg in eine höhere Besitzklasse.

Als Konsequenz der Eigentumsinstitution läßt sich der arbeitslose Gewinn niemals völlig ausschließen. Verhängnisvoll für die Volkswirtschaft aber

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 1, § 4, S. 53 ff.

<sup>2</sup> Man darf wohl sagen: der Freihandel tendierte auf eine internationale Arbeitsteilung, suche diese zu schaffen.

ist es, wenn er eine übergroße Ausdehnung gewinnt oder Mittel und Wege sucht, die eine Schädigung der volkswirtschaftlichen Aufgabe bedeuten. So kann die Spekulation der nationalen Bedarfsdeckung zweifelsohne wertvolle Dienste leisten. Aber alle Mühe, alle Sorgen, die der Spekulant persönlich aufwendet, verleihen seinem Wirken keinen volkswirtschaftlichen Wert, wo immer der privatwirtschaftliche Vorteil der Spekulation auf Kosten und zum Schaden der volkswirtschaftlichen Aufgabe erworben wird. Das Gewinnstreben parasitärer Existenzen, an denen die kapitalistische Epoche zu ihrem eigenen Verderben überreich geworden war, kann niemals durch die Etikette wirtschaftlich nützlicher Spekulation gedeckt werden.

Eine neue Epoche hat heute ihren Anfang genommen. Zwei Gedanken, wie sie dem solidaristischen Arbeitssystem zugrunde liegen<sup>1</sup>, beherrschen dieselbe: 1. die grundsätzliche Vorzugsstellung des wichtigsten Produktionsfaktors, der Arbeitskraft und der Arbeit; 2. der Gemeinschaftsgedanke, die Ordnung des Wirtschaftslebens unter dem vorwiegenden Gesichtspunkte des Gesamtinteresses, die „Sozialisierung“ im Sinne des solidaristischen Systems, die Arbeitsgemeinschaft als höheres Organisationsprinzip sowohl für die Einzelunternehmung wie für die Gesamtwirtschaft<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 1, § 5, S. 213 ff. (190 ff.).

<sup>2</sup> Heinrich Lehmann, Grundgedanken des neuen Arbeitsrechts (Rektoratsrede. Köln 1921).



## Viertes Kapitel.

### Die regelnden Faktoren.

Prinzipielle und praktische Richtlinien für das Verhalten der verschiedenen Faktoren  
im Vollzuge des volkswirtschaftlichen Prozesses.

**Literatur:** Vgl. die Literaturangaben der vorhergehenden Kapitel (über Ernährung, Wohnung usw.) und die Nachweise bei der Organisationslehre bei Staat, Gemeinde im dritten Bande. Besonders erwähnt seien hier wiederum W. Klopp, Die sozialen Lehren des Freiherrn Carl v. Vogelsang (1894). — Périn, Über den Reichtum in der christlichen Gesellschaft. 2 Bde. (Übersetzt von Weizenhofer. 1866.) — Ders., Christliche Politik. 2 Bde. (Übersetzung. 1876.) — Costa-Rossetti, Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie (1888). — Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft. (Übersetzt von v. Knofstein. 1891.) — Ratzinger, Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen (2. Aufl., 1895). — Antoine, Cours d'Économie Sociale (4. Aufl., 1908). — Toniolo, Trattato di Economia Sociale (1907 ff.). — Prinzipiellen und praktischen Fragen einer Ordnung, Regelung, Organisation der Bedarfsdeckung, der Bekämpfung schädigender Auswüchse diente die leider nach einjährigem Bestande wieder eingegangene Zeitschrift Benno Jaroslaws „Wohlfahrt und Wirtschaft“ (1914). Besondere Beachtung haben im folgenden gefunden die Aufsätze von Schär, Grotjahn, Granitsch, Heinr. v. Gleichen, Sander, Müller-Oestreich, Potthoff, Goebel, Fürth, Alex. Elster, Wernik, H. Chr. Nußbaum, Ed. Rosenbaum, Pudor, Rauecker, Wilh. Vogel, Wilh. Wirz, Picard, Weinberg, namentlich aber von Benno Jaroslaw. Vgl. auch dessen Hauptwerk „Ideal und Geschäft“. — Franz Staudinger, Die Kulturgrundlagen der Politik. 2 Bde. (Politische Bibliothek X/XI.) (Die praktischen Vorschläge Staudingers zielen auf die Aus- und Durchbildung von Konsumentengenossenschaften ab.) — Emil Hammacher, Die Hauptfragen der modernen Kultur (1914). — Clara Philipp, Solidarität und Konsumentenmoral, in Soziale Revue IX (1909) 442 ff. — Heinrich Koch, Konsumentenmoral und Käuferbund, in Soziale Kultur XXVIII (1908) 225 ff. — Pfütze-Grottewitz, Konsumverein und Detailhandel, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXIV (1908) 346 ff. — Wilh. Tils, Das Konsumvereinswesen in Deutschland, in Schmollers Jahrbuch XXXVII (1913) 213 ff. — E. Lederer, Versuch einer reinen und realistisch-empirischen Theorie des Konsumentenmonopols, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXV (1912) 101 ff. Ebd. XXXIV (1912) 893 ff. der Aufsatz von Irma Wolff, Die Frau als Konsumentin. — Hellmuth Wolff, Qualitätsarbeit (und Technik, wirtschaftliche Betriebssysteme, das soziale Konsumtionsproblem, Forderungen zur und Folgerungen der Qualitätsarbeit), in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XLIII (1912) 231 ff. — H. Thiel und R. Wilbrandt, Untersuchungen über Konsumvereine. Bd. CLI der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. — Zahlreiche Schriften beschäftigen sich mit der Bekämpfung des [Alkoholgenusses] bzw. der [Trunksucht]. Vgl. die Literaturangaben zum Alkoholismus oben S. 81 f. 108 f. Dann noch: Georg Gruber, Geschichtliches über den Alkoholismus (1910). — Joh. Bergmann, Geschichte der Antialkoholbestrebungen. (Deutsch von Kraut. 1907.) — Pieper, Mäßigkeitsbestrebungen (2. Aufl., 1906). — Neumann, Der Seelsorger

und der Alkoholismus (1906). — Egger, Der Klerus und die Alkoholfrage (3. Aufl., 1909). — Droste, Die Schule, der Lehrer und die Mäßigkeitssache (1896). — Denis, Temperenzhandbuch für Lehrer (2. Aufl., 1905). — Slateczek, Schule und Alkoholismus (1905). — Hähnel, Die Notwendigkeit der Unterstützung des Kampfes gegen den Alkoholismus durch die Erziehung in Schule und Haus (1906). — Martins, Deutsche Trinkerheilstätten (1909). — Schellmann, Trinkerfürsorgestellen (1910). — Bode, Wirtshausreform in England, Norwegen und Schweden (1898). — Laquer, Alkoholismus und Temperenz in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (1905). — Ders., Gotenburger System und Alkoholismus (1907). — Petersson, Die schwedische Alkoholgesetzgebung und das Gotenburger System. (Deutsch von Kraut. 1908.) — Helenius-Seppälä, Matti, Über das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (1910). — Von Volksschriften seien insbesondere erwähnt: Kapitza, Alkoholismus und soziale Frage (1909). — Müllendorf, Illustrierter Mäßigkeitskalender. — Werthmann, Bilder aus der katholischen Mäßigkeitsbewegung. — Neumann, Mäßigkeitskatechismus usw. — Dann die Kongreßberichte der internationalen und deutschen Abstinententage, die Jahr- und Taschenbücher für Alkoholgegner, die in drei Teilen vom Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus herausgegebene Schrift „Der Alkoholismus“ (Aus Natur und Geisteswelt Bd. 143 104 105. 1906) usw.; schließlich die zahlreichen Zeitschriften (vor dem Weltkriege etwa 70 im deutschen Sprachgebiet). Besonders erwähnt seien: „Die Internationalen Monatsschriften zur Erforschung des Alkoholismus und Bekämpfung der Trinksitten“ (Basel). „Die Alkoholfrage“ (Berlin). Über gesetzliche Maßnahmen vgl. auch Neue Zeit XXV (1907) Nr. 49 usw. Eine vergleichende Darstellung der Gesetze und Erfahrungen einiger Staaten gab das Eidgenössische Statistische Bureau 1884 heraus. Ferner die Artikel über die Alkoholfrage von Bode, Alex. Elster, Liese im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Wörterbuch der Volkswirtschaft, Staatslexikon, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik XXXVI (1908) 385 ff. 710 ff. (Alkoholkonsumstatistik), in Soziale Kultur XXVIII (1908) 325 ff. und fortlaufend in den folgenden Jahrgängen der bedeutenderen Zeitschriften.

**Anpassung und Zusammenwirken mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Aufgabe.** Wir haben die verschiedenen für den volkswirtschaftlichen Prozeß in Betracht kommenden aktiven Faktoren im dritten Bande dieses Lehrbuches ausführlich besprochen, so die Einzelkräfte, die Unternehmung; ferner die ökonomischen und sozialen Selbsthilfeorganisationen, Interessenvertretungen, Berufsorganisationen in ihrem geschichtlichen Werden, ihrem inneren Aufbau, ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung; dann Staat und Gemeinde in ihrer Beziehung zur Volkswirtschaft. Nunmehr wendet sich unsere Aufmerksamkeit an erster Stelle dem sachlichen Inhalte der Leistungen jener Faktoren für die Bedarfsversorgung des Volkes zu, und zwar in doppeltem Sinne:

1. Der teleologische Gesichtspunkt, der jede auf gesunder Sozialphilosophie beruhende Volkswirtschaftslehre beherrscht, läßt es nicht zu, die Deckung des Volksbedarfs als bloßen Zufallseffekt zu betrachten und zu behandeln. Die materielle Wohlfahrt der Völker ergibt sich auch nicht so ganz „von selbst“ aus dem freien Wirken von Privaten und Privatwirtschaften, die ihr eigenes Interesse suchen. Es bedarf der Anpassung an die volkswirtschaftliche Aufgabe — freiwilliger Anpassung oder des Angepaßtwerdens durch soziale und politische Mächte.

2. Diese Anpassung des einzelnen Faktors genügt indes noch nicht. Soll die volkswirtschaftliche Aufgabe ihre Erfüllung finden, so bedarf es der allgemeinen Anpassung und des Zusammenwirkens der verschiedenen Faktoren. Die Bedarfsversorgung des Volkes ist eben Gemeinschaftszweck; ihre Verwirklichung kann darum auch nur von Gemeinschaftsarbeit erwartet werden.

Die aus den bisherigen und ebenso aus den folgenden Darlegungen sich klar ergebende Notwendigkeit einer Regelung des volkswirtschaftlichen Prozesses offenbart die Wichtigkeit der Frage, welchen Faktoren diese Regelung obliegt. Es sind die oben angeführten Faktoren, welche wir im dritten Bande und oben als aktive Faktoren jenes Prozesses bezeichnet haben, doch einschließlich der Konsumenten.

Wir dürfen aber auch zusammenfassend sagen: Es gibt letztlich drei regelnde Faktoren für das Wirtschaftsleben: 1. Vernunft und Gewissen der einzelnen Menschen, 2. autonome Berufsgenossenschaften (in ihnen ruht der Schwerpunkt der Regelung; sie sind nicht bloße Interessenvertretungen, sondern haben in ihrer Sphäre auch der Volkswohlfahrt zu dienen), 3. der Staat, der mit seiner Rechtsordnung, seiner ergänzenden, ordnenden Tätigkeit Recht und Wohl der Bürger, der Organisationen, der staatlichen Gesamtheit schützt, der gemäß den Anforderungen der öffentlichen Wohlfahrt fördernde Hilfe spendet nach Möglichkeit und Bedürfnis

Jede Neuordnung, auch die beste, wird erfolglos bleiben, wenn sie nicht von einer entsprechenden Gesinnung begleitet ist. Es bedarf heute einer Verbreitung und Festigung echten staatsbürgerlichen Geistes, des richtigen seelischen Verhältnisses der Staatsbürger zu ihrer Volksfamilie; es bedarf sozialer Einstellung des Lebensberufes, einer Wiederbelebung des christlichen Berufsethos (Pieper). Was Zweck und Grundgedanke von Dantes „Göttlicher Komödie“ war: Weckung des Pflichtgefühls des Füreinanderseins im Beruf und in der bürgerlichen Gesellschaft, das ist auch die große Forderung unserer Zeit. Aber solche Gesinnung allein genügt nicht. Es bedarf überdies fester Gewohnheiten, Formen und Normen, durch welche das Zusammenwirken der in der Volksgemeinschaft tätigen Kräfte zum Wohle der Gesamtheit ermöglicht und gesichert wird. Einen detaillierten genauen Plan dieser Formen und Normen liefern, hieße der zukünftigen Entwicklung vorausseilen. Wir begnügen uns damit, im folgenden die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Regelung ganz allgemein darzulegen.

## § 1.

### Unternehmer, Produzenten, Händler und die volkswirtschaftliche Aufgabe.

Von zwei großen Bewegungen unserer Zeit gehen Anklagen und Angriffe aus gegen das Unternehmertum der bestehenden Wirtschaftsorganisation: von den Arbeitern gegen den Unternehmer als Arbeitgeber, von den Konsumenten gegen den Unternehmer als Lieferanten.



Der Sozialismus stellt das Extrem in der Arbeiterbewegung dar, der Kooperatismus im Sinne Gides und sozialistischer Konsumvereine das Extrem in der Konsumentenbewegung<sup>1</sup>. Sozialismus und letztlich auch Kooperatismus zielen auf Beseitigung der privatwirtschaftlichen Organisation ab. Man wird diese Ziele mindestens für absehbare Zukunft als undurchführbar ablehnen können, zugleich aber für Möglichkeit und Notwendigkeit vielfacher Reformen in der Gegenwart eintreten dürfen und müssen.

Von dem Arbeitsverhältnisse war im dritten Bande schon die Rede und wird später bei der Lehre von der Produktion wieder die Rede sein. Hier handelt es sich um Schädigung der Konsumenten bei unregelter Wirtschaft.

**1. Der Unternehmer als Lieferant.** Wie die Arbeiter, so glaubten und glauben auch oft die Konsumenten sich durch das Übermaß im bisher freien Gewinnstreben der Unternehmer, Gütererzeuger und Händler, durch die Mittel und Formen, deren sich dieses Gewinnstreben bei der Herstellung und Darbietung der äußeren Güter bedient, in ihren Interessen schwer geschädigt. Nicht wenige Unternehmer suchen müßige oder gar schädliche Bedürfnisse zu wecken. Oder sie bringen große Mengen von Waren an den Markt, die den wirklichen Bedürfnissen der Konsumenten nicht entsprechen. Sie erstreben auf Kosten der Konsumenten eine Rentabilität, die in keinem Verhältnis steht zur volkswirtschaftlichen Produktivität ihrer Leistungen.

Man beschuldigt die ländlichen Unternehmer, sagt Benno Jaroslaw<sup>2</sup>, „daß sie die Kartoffeln nicht der Viehfütterung zuführen, sondern Schnaps brennen, die Weinbauern, daß sie nicht den Konsum der Rohtraube und ungegorener Moste fördern, die Gasthofbesitzer, daß sich ihre Kalkulationen auf dem Verzehr von Getränken aufbauen, die Restaurateure, daß sie durch scharfe Zubereitung der Speisen zum Genusse von Alkohol anreizen, die Bierbrauer und Verleger, daß sie durch das Flaschenbierwesen den früher nicht so gekannten Hausrunk zur täglichen Gewohnheit machen. — Man beschuldigt die Fleischer, daß sie zu junge Kälber schlachten oder gesundheitsschädliche Konservierungsmittel anwenden, die Bäcker, daß sie ihre Waren durch unnötigen Wasserzusatz verpappen, die Molkereien, daß sie bei der Gewinnung von Milch nicht für Sauberkeit sorgen, die Speisehäuser, daß sie bei ihren Menüs Gemüse und Obst nicht genügend berücksichtigen. — Man beschuldigt die Bodengesellschaften, daß sie ihre Baupläne ohne Rücksicht auf die Forderungen der Volksgesundheit ausarbeiten, die Bauunternehmer, daß sie nicht für genügend Luft und Licht in den Wohnungen sorgen, daß sie zuviel an trügerische Aufmachung, an falschen Komfort verschwenden; die Holzlieferanten,

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 3, § 3, S. 554 ff.

<sup>2</sup> Käuferwohlfaht und Handelsinteresse, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 236 ff. Was hier an speziellen Einzelfragen zur Sprache kommt, dient lediglich als Beispiel und zur Erläuterung der generellen Richtlinien. Werden unsere Ausführungen zuweilen ausführlicher, so geschieht dies deshalb, weil das überlieferte Schema der national-ökonomischen Theorien für eine ausgiebige Behandlung solcher beachtenswerter Fragen kaum Raum geboten hat.

daß sie ihre Rohmaterialien nicht genügend lagern lassen, die Möbellieferanten, daß sie unsolides Hausgerät in unpraktischer und unschöner Ausführung liefern, die kunstgewerblichen Händler, daß Material, Form und Motive ihrer Erzeugnisse allem Geschmack Hohn sprächen, die Beleuchtungsindustriellen, daß sie durch zu grelle Effekte das Augenlicht schädigen, die Elektrizitätswerke, daß sie zu unnötigem Lichtverbrauche zureden. Man beschuldigt die Textilindustriellen, daß sie durch Beschweren und Appretieren, durch ‚Schönen‘ und Mischen die Qualität der Gewebe herunterbrächten, die Konfektionäre, daß sie durch die Novitätenhetze das Publikum zu ruinösen Auslagen verleiten, die Schuhfabrikanten, daß sie durch die hohen Absätze Unterleibsleiden hervorriefen oder durch unnötigen Kollektionsreichtum die Unkosten verteuern, die Unterzeug- und Hutlieferanten, daß sie die Forderung der Porosität außer acht ließen, die Korsettlieferanten, daß sie die ‚normale Linie‘ gerade nur eine Saison lang propagieren und die Hygiene zum Aushängeschild machen, die Friseure, daß sie durch Kopfwasser und Ondulierungen das Haar zerstören, die Putzgeschäfte, daß sie durch die Federmode Raubmord an der Natur zuließen, die Pelzindustrie, daß sie bei der Gewinnung bestimmter Pelzsorten unerhörte Tierquälereien fördere. — Man beschuldigt unsere Heilmittelindustrie, daß sie in der Produktion die Fühlung mit den berufenen Vertretern der Medizin verloren habe; unsere Apotheker, daß sie ihre Rohstoffe zu lange lagern lassen und ihre Präparate nicht frisch zubereiten, unsere kosmetische Industrie, daß sie dem Publikum wertlosen und schädlichen Plunder auflade, unsere Gummi- usw. Geschäfte, daß sie durch Anpreisung antikonzeptioneller Mittel den Geburtenrückgang verschulde. — Man beschuldigt unsere Zeitungsunternehmer, daß sie durch Zulassung von Inseraten alle diese Auswüchse einer lebensschädlichen Industrie förderten, unsere Buchverleger, daß sie seichter Unterhaltungslektüre den Vorzug gäben, ja unzweifelhafte Schmutz- und Schundliteratur zuließen und die Warnungen und Dienste unbeteiligter, sachverständiger Volks- erzieher leichtfertig in den Wind schlugen. Man beschuldigt unsere Theater- und Kinounternehmer, daß sie den Volksgeschmack durch platte und sensationelle Aufführungen systematisch untergruben. Man beschuldigte (vor dem Kriege) unsere Rüstungsindustrie und unsere Werften, daß sie durch falsche Nachrichten die Völker gegeneinanderhetzten und zu immer stärkeren Ausgaben gezwungen. Man beschuldigt die Waffenindustrie, daß sie durch skrupellose Reklame und Hausierhandel dem Rowdytume Vorschub leisten. Man beschuldigt unsere Überseekaufleute, daß sie ausländische Waren mit dem gleichen Eifer vertrieben wie die deutschen, und die Versorger des heimischen Bedarfs, daß ihnen nationale Eigenart, ‚deutsche Mode‘, Heimatkunst, Volkstum gleichgültige und fremde Begriffe seien. Insbesondere sei schließlich noch an die mannigfachen Wuchererscheinungen des Handels der Kriegs- und Nachkriegszeit erinnert.“

Wir verzichten im übrigen darauf, dieses Sündenregister zu vervollständigen<sup>1</sup>. Auch wollen wir nicht versuchen, für jede Art der aufgeführten oder sonstiger Fälle die oft sehr scharfe Kritik auf ihre Berechtigung im einzelnen zu prüfen. Nicht selten mag es sich ja bei

<sup>1</sup> Vgl. z. B. die Aufzählung einer Anzahl von Fällen gemeinschädlicher Spaltung und Gegensätzlichkeit zwischen volkswirtschaftlicher Produktivität und privatwirtschaftlicher Rentabilität bei Franz Oppenheimer, *Theorie der reinen Ökonomie* (1910) 578 ff.

Vorwürfen wie: „niedriger Geschäftsgeist“, „skrupellose Profitgier“, „schnöder Mammonsdiener“ um objektiv ungerechte Verallgemeinerungen handeln. Wir erwarten auch nicht, daß die tatsächlichen Verhältnisse jemals eine fehlerlose, vollkommene Verwirklichung volkswirtschaftlicher Ideale bringen. Andererseits heißt es aber doch einer bedenklich falschen Solidarität huldigen, wenn man das Interesse des ganzen Unternehmertums, des ganzen Produzenten- und Handelsstandes gar schon für bedroht hält, sobald eine durchaus berechtigte Kritik gegen einen bestimmten Geschäftszweig mit Rücksicht auf bestimmte Mißstände, oder vielleicht bloß gegen den einzelnen Unternehmer, gerichtet wird. Dadurch schadet man nur sich selbst. Der ganze Stand leidet dann unter solchen Vorwürfen, die lediglich Schäden zum Gegenstande haben, deren Vorhandensein jeder vernünftige Unternehmer selbst beklagen müßte.

Daß große Mißstände tatsächlich vorhanden waren oder sind und daß es einer Korrektur in dem Verhalten des Unternehmers als Lieferanten weithin bedürfe, ist jedenfalls feststehende und wohlbegründete Ansicht der Konsumenten. Diese beklagen es auch, daß die nationalökonomische Theorie, obwohl sie nicht umhin könne, die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse als Ziel und Endzweck aller Wirtschaft zu bezeichnen, dennoch den Produzenten einseitig in den Mittelpunkt der volkswirtschaftlichen Betrachtung gestellt, die Interessen der Konsumenten aber allzusehr vernachlässigt habe.

Wo freie Konkurrenz herrsche, so lehrte der liberale Ökonomismus, da werde das „wirtschaftliche Prinzip“ volle Geltung erlangen: Güter und Kräfte würden auf die verschiedenen Verwendungszwecke richtig verteilt. Böten ja dann die Preise der Waren jedem das bequeme Mittel, um jene Verteilung zweckmäßig zu vollziehen<sup>1</sup>. Der Konsument lese an den Preisen der Waren die Kosten der einzelnen Bedürfnisbefriedigung ab und könne hiernach beurteilen, wieviel sein Einkommen ihm für diese oder jene Befriedigung erlaube. Der Produzent entscheide nach dem Preise über die für die Produktion zu wählenden Materialien und Produktionsmittel, treffe danach die Auswahl der Güter, die er produzieren wolle, indem er aus der Rentabilitätsberechnung, der Vergleichung der Herstellungs- und Verkaufspreise ersehe, ob und wie das Unternehmen die Kosten decke und die eigene Leistung vergüte.

Bedürfnisse, Preise bzw. Kosten der Befriedigung, Einkommen sind freilich für den einzelnen Konsumenten in jedem Augenblick gegebene Größen. Ob indes diese tatsächlich gegebene Gestaltung auch eine der volkswirtschaftlichen Aufgabe, der relativ optimalen Bedarfsdeckung entsprechende und genügende sei, ist noch keineswegs dadurch außer Frage gestellt, daß der Konsument an den Preisen die Kosten der einzelnen Bedürfnisbefriedigung ablesen kann. Auch dem Produzenten wird es

<sup>1</sup> Oswalt, Vorträge 57 ff.; 2. Aufl. 50 ff.



nicht verborgen bleiben, daß die verschiedenen Elemente des Bedarfsdeckungssystems für den Augenblick gegebene, zugleich aber auch wandelbare Größen sind, der Änderung, Fortbildung, Entwicklung unterliegen. Er weiß, daß er selbst auf die Preisbildung Einfluß gewinnen kann, und daß ein Gleiches aber auch von den vielen andern Produzenten gilt, daß der Preis wesentlich abhängig ist von der Menge der Produkte, die auf dem Markte erscheinen, und von deren Qualität, daß dieselben Bedürfnisse nicht selten durch neue Waren eine bessere Befriedigung finden usw. Er hat vielleicht schon an sich selbst die Schäden anarchischer Produktion und freier Konkurrenz erfahren, hat Hilfe dagegen gesucht durch Kartellierung seines Produktionszweiges usw. Er sollte darum aber auch Verständnis dafür besitzen, wenn nun ebenfalls der Konsument in der freien Konkurrenz nicht mehr den vollkommenen Regulator des Wirtschaftslebens erblickt. Erstrebt der Produzent durch das Kartellwesen Regelung der Produktion und des Absatzes in seinem Interesse, dann verlangt der Konsument Kontrolle der Lieferanten, und er wird sich darin nicht beirren lassen durch die üblichen Einwendungen der Vertreter des Handels und der Industrie: Kontrolle verteuere, beschränke die Freiheit, sei ein Mißtrauensbeweis, schikaniere die Ehrlichen, ohne die Geriebenen zu treffen usw. Die schärfere Beobachtung der Wirklichkeit hat eben beim Konsumenten den naiven Glauben an das Freiheitsdogma, an die Wunderkraft des Selbstinteresses und der freien Konkurrenz gründlich erschüttert. Das alte Märchen eines „naturgesetzlich“ geregelten Wirtschaftslebens hat seinen Zauber für ihn verloren. Er weiß insbesondere, daß die Kräfte und Momente, welche die Preisbildung, die Preisgestaltung beherrschen, nicht bloß „natürliche“ Verhältnisse, „naturgesetzlich“ wirkende Mächte sind, sondern im weitesten Umfange freie Menschen, die irren, täuschen und getäuscht werden können. Er kennt oder ahnt wenigstens die Miß- und Kunstgriffe, die unter dem Namen der Spekulation usw. sich nur zu oft verbergenden Betrügereien, die alle dazu dienen, die privatwirtschaftliche Rentabilität auf Kosten der volkswirtschaftlichen Produktivität zu heben, zu fördern. Kein Wunder, daß die Konsumenten sich allgemach nicht mehr damit begnügen wollen, aus den Preisen die Kosten der einzelnen Bedürfnisbefriedigung nur „ abzulesen“, sondern daß sie sich auch ihrer eigenen Macht im Hinblick auf die Preisbildung erinnern, daß sie überhaupt fürderhin darauf verzichten möchten, innerhalb der Volkswirtschaft, bei den Kämpfen zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Kapital und Arbeit, bei der Waren-darbietung und Preisbildung die Rolle der Leidtragenden zu spielen.

**2. Anpassung an das Bedarfsdeckungssystem der Konsumenten.** Enthält das „soziale Arbeitssystem“ die höchsten Prinzipien, welche für eine befriedigende Lösung der besondern Schwierigkeiten und Fragen unserer Epoche in Betracht kommen, ohne sich auf einen ganz bestimmten konkreten Typus dieser Lösung festzulegen, so haben wir nun im folgenden

näher zu untersuchen, welche Anforderungen an die Produzenten als Lieferanten sich aus dem sozialen Arbeitssystem ableiten, speziell im Interesse der Konsumenten. Dazu aber müssen wir, um den richtigen prinzipiellen Standpunkt zu gewinnen, wiederum auf den höchsten, den volkswirtschaftlichen Prozeß beherrschenden Grundsatz zurückgreifen.

Deckung des Volksbedarfs im Sinne eines Wohlfahrts-, Kultur- und Fortschrittsproblems, das ist, wie wir sahen, Aufgabe der Volkswirtschaft. Die Produktion im weiteren Sinne (Gütererzeugung und Handel) muß dabei und dazu diejenigen äußeren Gebrauchsgüter beschaffen, deren das Volk in seinen verschiedenen Schichten benötigt, und zwar so, daß ihm eine relativ optimale Gesamtbefriedigung jeweilig ermöglicht wird. Dafür aber ist erforderlich, daß die Produzenten, welche durch Gütererzeugung und Handel Güter für Deckung fremden Bedarfs beschaffen, die Bedürfnisordnung, die Einkommensverhältnisse, die Wertschätzung, welche jene Güter innerhalb des in Aussicht genommenen Kundenkreises finden können und finden, berücksichtigen. Mit andern Worten: die Produktion muß sich dem Bedarfsdeckungssystem der Konsumenten in seinen verschiedenen Elementen (Bedürfnisse, Kosten, Einkommen) anpassen, neben den Bedürfnissen die wirkliche Kaufkraft der Konsumenten nicht aus dem Auge verlieren. Das liegt nicht bloß im Interesse der Konsumenten, sondern ebenfalls der Produzenten, weil diese nur so zahlungsfähige und zahlungswillige Käufer finden, ihrer Unternehmung Rentabilität sichern können.

Die den Produzenten hierdurch gestellte Aufgabe ist nicht gerade eine leichte, Irrtum mit seinen üblen Folgen daher auch keine Seltenheit<sup>1</sup>. Verkehrsstockungen, Absatzkrisen treten ein, wenn dem Bedarfsdeckungssystem derjenigen nicht entsprochen wird, welche aus der arbeitsteiligen Produktion ihre Konsumgüter beziehen. Immerhin ergibt sich eine gewisse Erleichterung vermöge voraussetzender und tatsächlich vorhandener Übereinstimmung in der Wertschätzung der Güter und vermöge der Gleichmäßigkeit der Nachfrage nach den einzelnen Güterwerten, wie sie von seiten jener sozialen Gruppen erfolgt, die durch Berufsgliederung und entsprechendes Einkommen gebildet werden: „Diese Annahme ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, von denen die Unternehmer bei der Gründung von Produktionsbetrieben ausgehen. Sie erklärt die Stabilität der Produktion und

<sup>1</sup> Eine Anpassung an die Bedürfnisse der Konsumenten wird durch das eigene Interesse der Produzenten und der eigenen Volkswirtschaft selbstverständlich auch dann gefordert, wenn die Konsumenten nicht der gleichen Volkswirtschaft wie die Produzenten angehören. Das ist besonders schwierig. Als die Söhne des Reiches der Mitte ihre Zöpfe abzuschneiden begannen, hofften die europäischen Hüte- und Mützenfabrikanten auf großen Absatz ihrer Waren in China. Allein die Tradition in der Kleidung ließ sich dort nicht erschüttern trotz abgeschnittenen Zöpfen. Lange noch lagerten in den chinesischen Hafenstädten größere Mengen von Hüten und Mützen, die keinen Käufer gefunden hatten (Sozialistische Monatshefte 1914, 2. Heft, S. 118).

die Regelmäßigkeit der Güterversorgung. Blieben die Einkommen und die Bedürfnisse der Einkommensinhaber gleich und änderte sich nichts in der Art und Ausdehnung der Produktion, also der angebotenen Warenmengen, so müßte ein dauernder Gleichgewichtszustand bestehen.“<sup>1</sup>

Schon aus dem bisher Gesagten ergibt sich, wie sehr die wirtschaftliche Gesamtentwicklung unter dem Einfluß der Bedarfsgestaltung, des jeweilig gegebenen Bedarfsdeckungssystems der Konsumenten steht<sup>2</sup>. Die Produktionswirtschaft, die Organisation des Handels hängen ab von den Besonderheiten der Konsumtion, von der Kaufkraft insbesondere der Massen. Alles, was für die Konsumtion bestimmend und ändernd wirkt, berührt die sonstige Entwicklung des ganzen volkswirtschaftlichen Prozesses. Andererseits wirkt aber auch der Ausbau der Produktionswirtschaft, des Handels, der Verkehrsmöglichkeiten usw. wiederum auf Umfang und Art des Bedürfniskreises der Konsumenten und dadurch ihres Bedarfs an Gütern zurück. Neue Bedürfnisse können geweckt, alten Bedürfnissen neue Formen der Befriedigung eröffnet werden. Nur sollte man nicht in jedweder Bedürfnisweckung einen volkswirtschaftlichen Fortschritt erblicken. Die Steigerung der Bedürfnisse aller Volksklassen bedeutet einen Kulturfortschritt und wirkt kulturfördernd nur dann, wenn sie nicht jedes vernünftige Maß übersteigt. Sehr richtig bemerkt Franz Erich Junge<sup>3</sup>: „Für das in der Privatwirtschaft tätige Großkapital ist der im Staate inkorporierte Einzelmensch weiter nichts als Konsument, bei dem höchste Bedarfskapazität großzügigste, oberste Pflicht ist, gleichwohl durch welche Mittel. Nationale, soziale, kulturelle Interessen verschwinden dabei hinter den materiellen. Es ist ein peinlicher Gedanke, daß während in der Nationalökonomie, in der Technik überall dasjenige System für das wertvollste gilt, welches mit dem geringsten Aufwand an Kraft und Stoff die größte Leistung erzielt, gerade beim Menschen . . . die umgekehrte Lösung sich breit macht: seine Überlegenheit über Tier und Maschine dokumentiert sich vielfach nur in höherem Bedarf, nicht in höherer Leistung. Und doch wird unsere Menschenökonomie, wird unsere Rassenzucht illusorisch, und wir sinken unter das Niveau unverbrauchter Naturvölker zurück, sobald unsere Konsumkraft unsere Schaffenskraft überflügelt.“

Durch ökonomisch richtige Verteilung der unmittelbar und mittelbar nützlichen Güter auf die verschiedenen in der Bedarfsdeckung des Volkes eingeschlossenen Verwendungszwecke, durch zweckmäßige Anpassung der Produktion an das Bedarfsdeckungssystem der Konsumenten wird auch dem „wirtschaftlichen Prinzip“ in der Volksgemeinschaft mit Arbeitsteilung und Tauschverkehr genügt. Wir haben aber auch die Unzulänglichkeit des „wirtschaftlichen Prinzips“ für den Gesamtprozeß der nationalen Bedarfsdeckung erkannt, haben gesehen, wie die wirtschaftliche Tätigkeit

<sup>1</sup> Philippovich, Grundriß I<sup>10</sup> 256. Im allgemeinen zeigt sich auch bei ganzen Völkern mit derselben höheren wirtschaftlichen Kultur in der Bedarfsgestaltung die gleiche oder annähernd gleiche Entwicklung.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. O. v. Zwiadineck-Südenhorst, Die Bedeutung des Bedarfs für die Entwicklung der gewerblichen Betriebssysteme, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung VII 15 ff.

<sup>3</sup> Amerikanische Wirtschaftspolitik (1910) 198 f.



als Kulturarbeit nicht nur „wirtschaftlichen“, sondern zugleich hygienischen, ästhetischen, ethischen Anforderungen zu genügen hat, und wie der Tauschverkehr durch das Prinzip der Wiedervergeltung nach dem Werte beherrscht wird bzw. im Interesse der Volkswohlfahrt beherrscht werden muß.

Letztlich führt sich denn auch alles, was die Konsumenten von den Produzenten fordern können und dürfen, auf die bezeichneten Momente zurück.

Ein Vierfaches muß darum auch von den Produzenten im Interesse der Konsumenten und der Volkswohlfahrt gefordert werden:

Erstens: Güte der Leistung. Zweitens: Reellität im Vollzug derselben. Drittens: Preiswürdigkeit der Leistung. Und um diesen sachlichen Anforderungen genügen zu können, viertens: in persönlicher Hinsicht Geschäftsbildung und Geschäftsmoral.

**3. Güte der Leistung.** Das Geleistete muß wirklich geeignet sein für eine vernünftigen Anforderungen entsprechende Befriedigung des in Frage kommenden Bedürfnisses. Produzenten und Händler dürfen keine Schund- und Scheinwaren auf den Markt werfen.

Mehr als bisher sollten Produktion und Handel sich freiwillig insbesondere in den Dienst der Volksgesundheit stellen. Die Volksgesundheit ist physische Selbsterhaltung der Nation, Grundlage der Volkskraft und der Volksvermehrung. Es muß dem Volke alles geboten werden, dessen es bedarf, zugleich aber auch in solcher Art, wie es seiner Gesundheit zuträglich ist: gesunde Nahrung, gesunde Kleidung, gesunde Wohnung usw. In der Regel wird dabei das Echte, Dauerhafte, Zweckmäßige auch das Gesunde sein. Selbst der einfachste Gebrauchsgegenstand, bis zum Waschbecken, Kinderwagen, Stuhl, zur Wasserflasche, Zahnbürste usw. herab, muß in seiner Form, in seinen Eigenschaften hygienischen Anforderungen entsprechen. Für die minderbemittelten Klassen werden immerhin mancherlei Surrogate<sup>1</sup> notwendig bleiben; aber auch da muß die Ware wenigstens zweckmäßig sein, nicht bloßer Plunder und vor allem nicht gesundheitsschädlich.

Von besonderer Wichtigkeit sind heute auch hier wieder die Aufgaben, die der Wohnungsproduktion gestellt werden müssen. Abgesehen von einer hygienisch, technisch, wirtschaftlich einwandfreien Bauausführung wird Rücksicht zu nehmen sein auf gute Auswahl des Baugrundes, gesunde Lage des Hauses im Grundstück und der Wohnräume im Hause, Schutz gegen Grundwasser und Wandfeuchtigkeiten, Berücksichtigung der Hauslage zur Himmelsrichtung, entsprechende Belichtungs- und Lüftungsmöglichkeit, Trennung von Küche und Schlafzimmer.

<sup>1</sup> Mit dem Namen „Surrogat“ ist nicht immer der Begriff des Minderwertigen verbunden. Man denke nur an die Surrogate für Baumwolle, Salpeter, Kampfer, Ferromangan in der Munitionsindustrie zur Kriegszeit. Die Surrogate dürfen aber keine Fälschungen sein in der Form, im Stoff, in der Technik (Kacheln aus Blech, Ledertapeten aus Papier, Schuhsohlen aus Pappe usw.). Einwandfreie Materialien und solide Werkarbeit sollten nirgends fehlen.

Sicherung gegen Abort-, Keller- und Stallgerüche usw. Auf die Frage der Eigenheime und Etagenhäuser, die vielfach noch als offene betrachtet wird, wollen wir hier nicht noch einmal eingehen. Es wäre schon viel erreicht, wenn überall wenigstens den wichtigsten wirtschaftlichen und hygienischen Anforderungen Genüge geleistet würde, mag man auch schönen, gesunden, billigen Kleinhäusern den Vorzug einräumen wollen.

Die Anforderungen an die Qualität der Waren<sup>1</sup> beziehen sich indes nicht bloß auf gesundheitliche Eigenschaften. So muß der zur Herstellung der Gebrauchsgüter verwendete Stoff zweckentsprechend und haltbar sein. In der Form ferner ist neben Zweckmäßigkeit zugleich Schönheit zu erstreben. Der wirtschaftliche Wettkampf der Völker insbesondere wird voraussichtlich in Zukunft mehr und mehr zum Qualitätskampf werden. Mögen darum die Mahnungen der Handelskammern, der Handwerkskammern<sup>2</sup>, der Gewerkvereine, der Generalkonsulate und Konsulate im Auslande nicht unbeachtet bleiben, wenn sie immerfort, wie in den letzten Dezennien schon vor dem Weltkriege, die Notwendigkeit der Qualitätsproduktion betonen. Völker, die durch ihrer Hände Arbeit im Austausch der Güter fremden Ländern Rohstoffe und Nahrungsmittel entnehmen müssen, werden fürderhin nur oder doch vorzugsweise durch Wertarbeit, Qualitätsproduktion, mit Produkten, die von andern Völkern geschätzt und gesucht werden, im internationalen Verkehr Geltung gewinnen. Im Interesse der nationalen Zukunft ihres Volkes müssen darum Industrie und Handel dieses Ziel fest im Auge behalten: Echtheit des Stoffes, Echtheit des Stiles bei Mannigfaltigkeit schöner Stilformen — das ist der Weg eines wahren und notwendigen Fortschrittes<sup>3</sup>. Und auch in der Arbeiterschaft muß das Verständnis und Interesse für diese Entwicklung qualitätsbestimmter Gewerbe geweckt und gefördert werden<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> „Es sind nicht immer die Produzenten, welche die Qualität der Waren drücken. Der ganze verhängnisvolle Zug zur Scheinware stammt zu einem guten Teile aus den Einkaufsbureaus der Grossisten und Agenten. Man kann von Fabrikanten schmerzliche Äußerungen darüber hören, zu welchen Kniffen sie vom Wiederverkäufer gedrängt werden. Ihnen wäre es in vielen Fällen viel lieber, etwas Reelleres zu arbeiten, aber sie hängen vom Kaufmann ab, von dem Manne, dem die Qualität grundsätzlich gleichgültig ist. Und auch das Publikum hängt vom Kaufmann ab. Von selber verlangt kein Publikum solchen Kram, wenn er ihm nicht vorgelegt wird“ (Naumann, Jahrbuch des deutschen Werkbundes 1913).

<sup>2</sup> Was speziell die Handwerksarbeit betrifft, so ist sie in der Regel Qualitätsarbeit und kann sich auch nur als Qualitätsarbeit behaupten.

<sup>3</sup> Erwähnt seien ebenfalls die Bestrebungen zur Nationalisierung der Moden. Für die Regelung der Mode kann die Textilindustrie manches tun durch gemeinsame Richtlinien für die Produktion der Modeartikel, gemeinsame Musterzeichnungsbureaus usw.

<sup>4</sup> Vgl. F. X. Füsser, Arbeiter und Kunst. Deutsche Arbeit, Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft I (1916) 93 f.: „Ein besonderer Nutzen erwächst dem Arbeiter aus dem Bekanntwerden mit den Bestrebungen und Zielen des modernen Kunstgewerbes, der sog. angewandten Kunst. Das Kunstgewerbe beschäftigt sich mit der Formgestaltung aller gewerblichen Erzeugnisse, vom gewöhn-

Das alles gewinnt doppelte Bedeutung bei der schwierigen Lage, in welcher die deutsche Volkswirtschaft nach dem Weltkriege sich befindet. Früher begründete eine reiche Ausfuhr von Rohstoffen ein gut Teil unseres Wohlstandes. Das hat aufgehört. Wir müssen jetzt darauf sinnen, sagt Guntermann<sup>1</sup>, das, was uns noch bleibt, möglichst hochwertig zu gestalten. Unser Wirtschaftsleben drängt zum Fertigfabrikat, zur Qualitätsarbeit. Aber auch hier stellen sich neue Schwierigkeiten in den Weg. Edelmetalle und kostbare überseeische Hölzer sind für uns kaum noch zu erschwingen oder gar überhaupt nicht zu erreichen. Heimische Stoffe, Hölzer und Leichtmetalle, müssen wir darum mit feinstem Geschmack zu verwerten trachten. Die Not muß zur Tugend werden.

Aber wie kann Industrie, Handel und Gewerbe in dieser Hinsicht sich nutzbringend umstellen? Nur auf eine Vorbedingung sei hier kurz hingewiesen.

An schaffenden und befruchtenden Künstlern fehlt es bei uns nicht — wohl aber an einer fein empfindenden Allgemeinheit. Belehrende Vorträge und Vorlesungen erfüllen den Zweck allein nicht. Es gehört dazu praktische Arbeit, ein praktisches Selbsterleben jedes einzelnen, eigene Versuche, Schönes zu gestalten, um Respekt vor guter Arbeit und Liebe zu ihr zu erwecken.

Wer Kunsterzieher an einer allgemein bildenden Schule befragt, der erfährt, wie schwer es ist, gegen die Geschmacklosigkeiten anzukämpfen. Niemand empfindet es mehr, daß hier grundlegende Arbeit auf breitester Grundlage nötig ist.

Die Ausbildung der Kunsterzieher an den allgemein bildenden Schulen muß eine umfassendere und vielseitigere werden. Die Lehrerseminare sind nur mit besten Kunsterziehern zu besetzen, um die jungen Lehrer so heranzubilden, daß sie einen gedeihlichen Kunstunterricht schon in den Volksschulen erteilen können. Man spricht jetzt viel von der Arbeitsschule und dem Werkunterricht. Die Geschmacksbildung muß bei all dem im Vordergrund stehen. An den Fortbildungs- und Fachschulen müssen diese Ideen ihre Fortsetzung und Ausweitung erfahren. Die höheren Schulen müssen

lichen Rechnungsformular bis zum Fabrikgebäude, von der Tasse bis zum Städtebau. Neuerdings erweitert sich die kunstgewerbliche Tätigkeit zur sog. „Ausdruckskultur“. Sie stellt sich die Aufgabe, allen Äußerungen menschlicher Kultur einen sachlichen, zweckentsprechenden, würdigen Ausdruck, die richtige Form zu geben. Die Bestrebungen des modernen Kunstgewerbes gehen dahin, alle gewerblichen Erzeugnisse zweckmäßig und in echten Stoffen herzustellen, die Stoffe aber ihrer Natur gemäß zu verarbeiten. Die Verwirklichung dieser Grundsätze führt zu einem Kampf gegen Gedankenlosigkeit, Oberflächlichkeit, „Imitation“, Lüge, Unnatur, Schablone und Hohlheit.“ Daß ein solcher Kampf, an dem der Arbeiter teilnimmt, sittlich hebend auf ihn wirken muß, ist ebenso unzweifelhaft wie der Nutzen, den er hieraus für die Hochschätzung und Übung seiner Berufstätigkeit und für die Ausgestaltung seiner eigenen Lebenshaltung und seines Heimes schöpfen wird.

<sup>1</sup> Neue Wirtschaft und Kunsterziehung. Köln. Volkszeitung Nr. 181, 8. März 1921.



den Kunstunterricht höher werten. An den Handelshochschulen und Universitäten müssen neben den Kunsthistorikern methodisch geschulte, praktisch wirkende Kunstdozenten tätig sein.

Es darf nicht mehr genügen, nur einen Gegenstand aus dem Gedächtnis, der Phantasie oder nach der Natur darzustellen. In jedem Strich und in der Anordnung im Raum müssen sich Witz, Verstand und Geschmack ausprägen. Ein breites Feld ist dem Entwurf einzuräumen, beginnend von den einfachsten Elementen bis zur vollendeten Form, immer unter möglicher Anlehnung an die Bedürfnisse des täglichen Lebens. Soweit nur irgend angängig, ist das Material in den Unterricht mit einzubeziehen. Fachmännische Führungen in Museen und gewerblichen Betrieben, theoretische Belehrungen über Schön und Unschön an konkreten Beispielen, über Materialgerechtigkeit, Kunstgewerbe, Architektur und Eisenkonstruktion müssen nebenhergehen.

Auf diese Weise wäre eine Allgemeinheit zu bilden, die der Qualitätsarbeit das nötige Verständnis entgegenbringt, die durch Kauflust den heimischen Markt an solchen Dingen stärkt, um schließlich dem deutschen Fleiße den Weg ins Ausland zu bahnen und dem Wirtschaftsleben neue Devisen zu schaffen.

Nicht unerwähnt sei aber auch der erziehlche Einfluß, den die Produzenten selbst durch die Güte der Leistung auf Geschmacksbildung auf Läuterung des Volksbedarfs ausüben können. Wie oft wird z. B. in der Architektur durch unzumessene Formen gefehlt. In Banken z. B., sagt der Direktor der Kölner Kunstgewerbeschule, Elsässer<sup>1</sup>, werde die Palastidee verkörpert statt der nüchternen Geschäftstätigkeit, des Knappens und Konzentrierten; die Cafés würden wie die Fürstenzimmer ausgestattet, und diese Prachtlokale widerstrebten der Menschenfülle, die sich in ihnen ansammle; bei Warenhäusern widersprächen griechische Portale dem Charakter der Gebäude; die Bahnhofshallen seien teilweise repräsentative Lokale mit großen Wandbildern, obschon doch niemand in diesen Verkehrshallen Zeit zu Besichtigungen habe; die Parkanlagen würden häufig noch in dem Gedanken des Fürstenparks angelegt usw. Demgegenüber müsse immer wieder auf das Zweckmäßige, das Wahre und Echte in Form und Material hingewiesen werden. Welches Unheil haben ferner nicht Händler, z. B. Buchhandlungen angerichtet durch Verbreitung frivoler, glaubensloser, unsittlicher Schriften und sonstiger Druckwerke! Wie groß ist, um es noch einmal zu sagen, der Schaden, den eine nur vom Gelderwerb bestimmte Händler- und Produzentenmoral verursacht durch Anpreisung antikonzeptioneller bzw. die Schwangerschaft beseitigender Mittel, oder indem sie in unerhörter Neuerungssucht von Saison zu Saison Nouveautés über Nouveautés auf den Markt wirft, das Volk immerfort von der einen zur andern Modetorheit hetzt usw.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Ebd. Nr. 187, 10. März 1921.

<sup>2</sup> Wie manchmal aber die „erziehlche“ Einwirkung auf das Publikum verstanden wird, offenbart folgender Lobgesang auf das Berliner Nachtleben (schon vor dem Kriege): „Diesem Leben, das aus rühriger Arbeit entsprossen ist, das Geld im Umlauf hält und immer neue Luxusbedürfnisse erweckt, haben wir nicht zum mindesten den gewaltigen Auf-

**4. Reellität, Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit in der Darbietung und beim Vollzug der Leistung,** Ausschluß aller Täuschung, alles Betrugs, aller Bestechung. Aufrichtigkeit und Handel sind nicht unvereinbar, der Schwindel ist kein Wesenselement der Produktion und des Handels.

Zur Zeit der Kundenproduktion konnte der Produzent sich leichter den Wünschen und Bedürfnissen des letzten Verbrauchers, mit dem er es persönlich, als seinem Kunden, zu tun hatte, anpassen. Er konnte aber auch schärfer kontrolliert werden. Heute muß der Produzent gegenwärtige und zukünftige Geschmacksrichtungen gewissermaßen wittern, durch Musterkollektionen und andere Versuchsbalkons die voraussichtlichen Wünsche des Marktpublikums zu ertasten suchen, noch bevor diese laut geworden sind.

Allerhand Mittel werden darum auch von dem Verkäufer angewandt, um Phantasie, Geist, Willen des Käufers zu erobern, gefangen zu nehmen. Nicht alle diese Mittel widersprechen der Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit, wenn auch die vorbedachte Beeinflussung des Urteils und des Willens des nicht fachkundigen Konsumenten durch den fach- und menschenkundigen Verkäufer leicht die Gefahr und Versuchung der Täuschung mit sich bringt. Die beste und ehrlichste Form der Suggestion besteht jedenfalls darin, daß der Verkäufer die Konsumenten durch gute Qualität und billigen Preis seiner Waren, durch günstige und zugleich solide Zahlungsbedingungen für sich zu gewinnen sucht. Andere Mittel der Suggestion und der Konkurrenz, um Käufer anzulocken, Konkurrenten zu überflügeln, zeigen eine oft gefährliche Mischung von geschäftlicher Klugheit und Raffinement, sind zum Teil wirklich oder scheinbar harmlos, zum Teil aber auch stark mißbräuchlich und geradezu verwerflich<sup>1</sup>. So sucht man sich den Bequemlichkeiten, den Besonderheiten, Gewohnheiten und Launen der Käufer anzupassen (Bestellung durch Telephon, Lieferung ins Haus, Ansichtssendungen von Mustern und Proben, Bereitwilligkeit, nicht Passendes zurückzunehmen: die großen Warenhäuser haben ihre Lifts, Wintergärten, Erfrischungsräume, Konzerte, Theater: schnelle, gefällige, höfliche Bedienung, kluge Belehrung über Qualität, Mängel, Vorzüge der Ware usw.). Durch Ausschmückung der Ware, durch schöne und geschmackvolle Aufmachung und Verpackung wird die Kauflust geweckt, der Konkurrent übertroffen. Auch das Schaufenster mit täglich wechselnden, anziehenden Prunkstücken in den neuesten Formen und Moden ist für die Detailgeschäfte ein wichtiges Mittel, um die Kunden anzuziehen. Die reiche Dame und die Arbeiterfrau bleiben da stehen, können nicht vorübergehen, ohne Kauflust im Herzen mitzunehmen. Besonderes Gewicht legen namentlich die Warenhäuser

schwung der Berliner Modeindustrie zu verdanken. Wenn die Berlinerin heute ebenso geschmackvoll angezogen ist wie die Pariserin oder Londonerin, so haben dies die Konfektionäre der großartigen Entwicklung des modernen Lebens zu verdanken, das man nicht in engherzige Polizeifesseln schlug. Gegen die Unterdrückung des Berliner Nachtlebens muß die gesamte Geschäftswelt energisch Protest erheben. Nicht nur die Millionen, die in Berliner Restaurants investiert sind, werden mit einem Federstrich vernichtet, sondern das gesamte Geschäftsleben erlitt einen Schlag“ (Deutsche Konfektion Nr. 657). Wirklich schade wäre das für eine deutsche Konfektion, die ihren Stolz darin setzte, Berliner Dirnen zu Pariserinnen und Londonerinnen zu machen!

<sup>1</sup> Vgl. J. Fr. Schär, Die Rolle der Suggestion beim Einkauf der Bedarfsgüter, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 6 ff.

auf die Bequemlichkeit, Übersichtlichkeit, Gefälligkeit in der Ausstattung des Verkaufsmagazins, wo jeder eintreten, schauen, betrachten kann ohne Kaufzwang. Ein beliebtes Mittel bilden ferner scheinbare Vergünstigungen, Rabatte, Geschenke, Zugaben, denen ein urteilsloses Publikum leicht zum Opfer fällt. „Der eine gewährt auf seine sämtlichen Preise 10 % Rabatt oder er verkauft zu Fabrikpreisen; ein anderer schenkt jedem, der für 10 M Waren bei ihm bezieht, eine Flasche Malagawein; ein findiger Bäcker verbuckt in einem von je 100 Laib Brot ein Fünfmärkstück; eine Seifenfabrik legt zu jedem Seifenpaket ein Los, von denen am Ende jeden Jahres das eine eine goldene Uhr, das andere ein Dutzend Messer usw. gewinnt, oder sie löst die Lose gegen eine Prämie ein. Ein Konfektionshändler verspricht jedem, der ein Kleid von ihm kauft, Rückvergütung des Fahrgeldes oder ein Mittagessen; ein Modewarengeschäft läßt jeden Kunden gratis photographieren; ein anderer findiger Kopf lockt seine Kunden durch Bekanntmachung eines monatlichen ‚Gratistages‘ an; wer an diesem Tage, den der Händler nach seiner Wahl nach Ablauf des Monats selbst auswählt, bei ihm gekauft hat, erhält den Kaufpreis zurück; kurz, jeder glaubt ein unfehlbares Mittel gefunden zu haben, um die Kundschaft anzuziehen. Der Kunde rechnet nicht, daß er ohne dieses Geschenk die Ware billiger kaufen würde, daß er also das Geschenk selbst bezahlen muß und daß der Kaufmann überhaupt nichts schenken kann.“<sup>1</sup> Ein weiteres Mittel, Kundschaft anzuziehen, bilden die sog. Lockartikel: im Schaufenster werden einige bekannte Artikel zu einem Preise angeboten, der weit unter dem Werte des Gegenstandes steht (z. B. eine Krawatte im Werte von 40 Pf. zu 5 Pf. usw.). Das ist ein billiges Geschäft, denkt der Kunde und bezahlt dem Verkäufer für andere Waren einen um so höheren Preis. Es ist schon ein Fortschritt, daß die Verkäufer heute regelmäßig feste Preise angesetzt haben und die Kunden gleich behandeln. So bleibt dem Konsumenten wenigstens nicht mehr, wie bei dem früheren Markten und Feilschen, die meist begründete Empfindung zurück, daß er, trotzdem er einen Teil des Preises abgemarktet habe, doch noch übervorteilt worden sei. Für die Zukunft kann man nur eine weitere Abnahme der suggestiven Mittel wünschen. Den eigenen Interessen des realen Detailhandels wird, wie Schär treffend bemerkt, doch schließlich am besten dadurch gedient, daß er dem Käufer zu einer seinen Mitteln, seiner Gesundheit angemessenen und der Förderung seiner Wohlfahrt dienenden Bedarfsdeckung behilflich ist.

Bekannt und stark ausgenutzt ist die suggestive Wirkung der Reklame im eigentlichen Sinne. Sombart sieht in der Reklame etwas Unlauteres, das ästhetisch<sup>2</sup> fein empfindende Menschen zurückstoßen müsse. Man braucht indes nicht jede Form der Reklame zu verwerfen. Es gibt ja doch immerhin auch eine Reklame des anständigen Geschäftsverkehrs. Wenn der Kaufmann z. B. sein Produkt durch häufige Wiederholung der Ankündigung dem Bewußtsein des Publikums einhämmert, so daß schließlich

<sup>1</sup> Ebd. 7.

<sup>2</sup> Die Reklameschilder versuchen es zuweilen mit dem Humor, der dann leicht in das Unästhetische abirrt; so z. B. wenn auf dem Reklameschild einer Gesellschaft von Milchinteressenten der feiste Flaschensäugling die Amme entrüstet zurückstößt. Nun, vielleicht ist der interessante Säugling interessierter Aktionär der Gesellschaft (Mataja, Die Reklame [1910]).



jeder einmal einen „Underberg“ trinken muß, so ist das noch kein eigentlicher Mißbrauch psychologischer Gesetze<sup>1</sup>. Bedenklich wird die Sache, sobald die Reklame anfängt, auf der bekannten Stufenleiter: Übertreibung, List, Schwindel sich zu bewegen, um die Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit namentlich der unteren Kreise des Publikums auszubeuten.

Man umwirbt z. B. die Konsumenten mit der Ankündigung „rücksichtsloser Preisreduzierung“, durch Prämien für Lösung sog. Preisrätsel, durch die Verheißung „ungewöhnlicher Gelegenheiten“, durch Gewährung von Vorzügen an bestimmte Käufergruppen: „ermäßigte Preise für Vereinsmitglieder“, „Beamten bequeme Zahlungsweise“; an bestimmten Tagen (Jubiläen, Geschäftseröffnung, Kindertagen usw.) erhalten Käufer ein „Geschenk“ usw. Güte der Ware, die Ware überhaupt ist bei all dem Nebensache. Man sucht Massen zu gewinnen, und dazu ist schließlich jedes Mittel recht. Hartnäckige Reklame bahnt auch Schein- und Schundfabrikaten den Weg. Um Waren einen hygienischen Wert anzudeuten, den sie nicht haben, oder um die Minderwertigkeit der Ware, das Mißverhältnis ihres Preises zum wahren Werte zu verdecken, werden z. B., namentlich in der Nahrungsmittelbranche, manche Massenartikel als „Sanitätsartikel“ angepriesen, eine Benennung, die vordem lediglich auf Gegenstände der Krankenpflege beschränkt war. Irreführend ist z. B. auch die Reklame, daß man seine Ware zum „Selbstkostenpreis plus X vom Hundert“ vertreibe. Das Publikum versteht diese Ankündigung dahin, daß die X vom Hundert nur zu dem Einkaufspreis hinzugeschlagen würden. In Wirklichkeit aber gelten dem Verkäufer als „Selbstkosten“ die gesamten Generalunkosten, einschließlich der sehr erheblichen Reklameunkosten<sup>2</sup>.

Wir können unmöglich hier die zahllosen Reklametricks alle im einzelnen aufführen. Nur das eine sei besonders hervorgehoben, daß die Reklame die Güter erheblich teurer in den Konsum gelangen läßt. Eine englische Statistik über die Ausgaben für geschäftliche Reklame führte vor einigen Jahren folgende Zahlen auf: Vereinigte Staaten rund 2 ½ Milliarden M, England 2, Frankreich 1, Deutschland über 1 ½ Milliarden. Der Reklameforscher Ruben kommt für Deutschland zu einer noch weit höheren Zahl. Welche Unkosten verursacht z. B. die ständige Riesenreklame für die „Markenartikel“ im Zigarrengeschäft! So etwas kann nur von der Macht des Großkapitals ausgeführt werden und bereitet darum auch wieder der großkapitalistischen Zentralisation die Wege. Die hohen Reklamekosten dienen wahrhaftig nicht zur Besserung der Qualität der Waren. Die in

<sup>1</sup> Vgl. Hugo Münsterberg, *Psychologie und Wirtschaftsleben*<sup>2</sup> (1913) 149 ff. Der Inserent will das Publikum auf seine Waren aufmerksam machen. Es wurde nun z. B. festgestellt, daß nicht immer das größte Format einer Anzeige am längsten in Erinnerung bleibt. Wer einmal in einer Zeitung eine ganze Seite mit dem Inserat besetzt, übt geringeren Einfluß auf den Leserkreis aus, als wer in derselben Zeitung an gleicher Stelle wiederholt inseriert. Auch über die Reklame durch Lichteffekte wurden Untersuchungen angestellt. Josef Fischer in Wien kam zu dem Ergebnis, daß schwarze Schrift auf gelbem Grunde am lesbarsten ist, daß die allgemein übliche Kombination von schwarz auf weiß erst an sechster Stelle in der Lesbarkeit steht.

<sup>2</sup> Ein Verkaufssystem, das wirklich geeignet ist, den geheimnisvollen Schleier über die Höhe der Gewinnquoten zu lüften, wäre allerdings sehr erwünscht. Vgl. Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 59.

sich berechnete Geltung und gesunde Konkurrenz der eigentlichen Fabrikations-tüchtigkeit wird durch die Reklamesuggestion der sich vordrängenden Firmen überwunden und ausgeschaltet. Der Händler aber bleibt an solche überlaut angepriesenen Artikel gebunden. Er verliert seine Selbständigkeit im Einkauf und Verkauf, ist schließlich nichts anderes als der Automat des durch seine Reklame herrschenden Großkapitals.

Kurz, der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt läßt entschieden den Wunsch aufkommen, daß die Reklame, wenigstens zunächst in ihren Übertreibungen und Entartungen, durch bessere Ersatzmittel im Verkehr verdrängt werden möge. Alles Marktschreierische, alle Superlative, alles Maßlose in der Offertenform, Anbieten von Gratislieferungen und dergleichen erregen wenigstens Mißtrauen, auch wo sie nicht irreführen.

Man erwartet ferner mit Recht bei Ankündigungen und auch sonst im Verkehr eine klare und wahre Warenbezeichnung. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb gewährt schon einen gewissen Schutz gegen falsche Warenbezeichnungen. Aber gesetzlicher Schutz reicht auch hier praktisch nicht aus ohne den guten Willen der Beteiligten. Verwerflich ist nicht minder die Erkaufung oder Erdichtung sachlich unwahrer Atteste und Beglaubigungen, unreell gemeinte Garantieverprechungen und dergleichen.

Auch sonst begegnet man nicht selten mancherlei gröblichen oder feinen Versuchen, das Publikum zu beeinflussen und zu täuschen. Gegen die vielleicht verfehlte Anti-Hutmode z. B. wurden Witzblätter gerade von den Interessenten mit Karikaturen versehen. Man erschreckte die Hutlosen mit der Gefahr plötzlichen Todes, belehrte die Restaurateure, daß die bösen „Antihutler“ häufig mit einer fremden Kopfbedeckung das Lokal verließen usw. In Schlächterläden und Auslagen fanden elektrische Lampen Verwendung mit rötlichem Lichte, das dem Fleisch und Aufschnitt eine Färbung gab, die sie in Wirklichkeit nicht mehr hatten usw.

Weit schlimmer ist es, wenn Zeitungen und Fachorgane zum Sprachorgan der inserierenden Interessenten werden. Große Zeitungen vermeiden es ja heute, — oder nicht? — früher jedenfalls kam es häufiger vor: — daß nämlich im Handelsteile der Zeitung zwischen Nachrichten von objektiver Seite, von zuverlässigen, unabhängigen Gewährsleuten, und solchen, die von „Interessenten“ übermittelt waren, nicht scharf unterschieden wurde usw. — auch eine Art optischer Täuschung wie oben im Metzgerladen.

Schweren Schaden für den ersten bis zum letzten Verbraucher verursachen ferner die noch immer üblichen Bestechungen.

In einer Eingabe des Vereins gegen das Bestechungsunwesen<sup>1</sup> an den Internationalen Kongreß der Handelskammern hieß es: „Das Bestechungsunwesen ist keinesfalls auf einzelne Fälle beschränkt, sondern weiter verbreitet, als man es vermuten sollte. In manchen Ländern und in manchen Branchen hat das Bestechungsunwesen bereits einen solchen Umfang angenommen, daß vielfach die Behauptung vertreten wird, man könne dort, ohne zu schmieren, überhaupt Handelsgeschäfte nicht machen. Wird diesem Übel und seiner Ausbreitung nicht entgegengetreten, so wird eine allmähliche Demoralisierung des ganzen Handels-

<sup>1</sup> 1911 in Berlin begründet.

verkehrs und eine schwere Schädigung des gesamten Wirtschaftslebens nicht ausbleiben. Das Gefühl für Ehrlichkeit und Anstand im Geschäftsleben schwindet mehr und mehr. Die Waren werden durch Einkalkulierung der Bestechungssummen in den Preis erheblich verteuert und durch Verarbeitung minderwertigen Materials verschlechtert. Der Verkäufer, welcher Bestechungsgelder gibt, handelt gegen die Grundsätze eines ehrbaren Kaufmannes und zerstört den soliden und lautereren Wettbewerb, der die Grundlage jedes gesunden Handelsverkehrs bildet.“

Seit 1909 besitzen wir in Deutschland eine gesetzliche Handhabe gegen Bestechungen von Angestellten<sup>1</sup>. Auf Bestechung steht Gefängnis. Gleichwohl hat der Strafparagraph den Übelstand keineswegs ganz beseitigt. „Vom Großschlachtergesellen, der dem Ladenschlächter gegen Geld und gute Worte die besten Stücke reserviert“, sagt Jaroslaw<sup>2</sup>, „bis zum Obergeringenieur, der bei der Vergabung der Aufträge für Grubenmaschinen seinen festen Satz von 10% hat, von der Haushälterin, die Küche und Kammer mit minderwertigem Zeug füllt, um recht viele Rabattmarken zu erhalten, bis zum titelreichen Gutachter einer Abnahmekommission, dem ein Händedruck zugleich die Augen schließt gegen offensichtliche Lieferungsängel, vom Chauffeur eines Privatautos bis zum Leiter einer Überlandzentrale, vom Hotelkoch bis zum Direktor — überall, in allen Schichten des Erwerbs, gibt es Elemente, die durch Unehrlichkeit den Grundgedanken des freien Geschäftes: rationellste Bedarfsdeckung durch sachlichen Wett-eifer, in sein Gegenteil verkehren.“

Die beteiligten Kreise lassen vielfach all diesem mit Gleichmut seinen Lauf. Sie trauen vielleicht ihren Einkäufern und Werkmeistern kaum, glauben aber, daß ein Personenwechsel noch keineswegs ein Systemwechsel bedeuten werde: vielleicht begünstigt man auch in der eigenen Verkaufsabteilung und bei der eigenen Propaganda ähnliche Praktiken. Die Angestellten aber meinen: Bessere Gehälter, dann werden die Bestechungen schon aufhören! Ob sie sich hierin nicht täuschen würden? Die Konkurrenten usw. wollen nicht gern den Denunzianten spielen; man hat keine zwingenden Beweise oder — man hat selbst kein reines Gewissen. Die öffentliche Meinung schließlich will wegen der „lumpigen Trinkgelder“ keinen Lärm schlagen: Was bedeuten denn die Bestechungsgelder, die auf die Waren geschlagen werden und den Konsum verteuern, so sagt man, gegen die Belastung des Volkes durch Zölle, durch Trusts, durch Bodenrente, durch Kapitalwucher usw.? Ohne ein bißchen Schwindel geht es nun einmal nicht. Oder ist etwa die Gesetzgebung mit dem Schwindel fertig geworden? Und so bleibt alles beim alten mit dem Segen eines wohlgeneigten Publikums.

Auch die Tätigkeit der Agenten und Makler, der mit Provision interessierten Vermittler ist nicht immer einwandfrei<sup>3</sup>. Der Beruf der Agenten sollte vor allem offenkundig sein. Die Agenten müssen als solche auftreten, ihre Agenteneigenschaft nicht verbergen, nicht verdecken, nicht unter dem äußeren Schein einer unparteiischen Beratung Einfluß auf das

<sup>1</sup> Nach § 12 des Wettbewerbsgesetzes ist derjenige strafbar, der einem Angestellten Geschenke anbietet oder gewährt, um durch unlauteres Verhalten des Angestellten eine Bevorzugung zu erlangen.

<sup>2</sup> Bestechungsgelder, in Wohlfahrt und Wirtschaft I 206 f.

<sup>3</sup> Vgl. H. v. Gleichen, Über das Vertrauen im Wirtschaftsleben, ebd. 18 ff. 65 ff.



Publikum zu gewinnen suchen. Besonders gilt das von der Betätigung des Bankiers als Finanzagenten, bei Vermittlung von Effektenabschlüssen. Die Agenten haben natürlich Interesse an möglichst hohen Abschlüssen mit entsprechender prozentualer Provision. Jedenfalls sollte der Provisionsatz dem Auftraggeber genügend bekannt sein. Hohe Provisionssätze lassen manchmal auf nicht unbedenkliche Geschäfte schließen. Auch sollte sich die Vergütung des Agenten auf die Abschlußprovision beschränken. Vorleistungen unter Ausnützung der Unkenntnis des Publikums müssen ausgeschlossen bleiben. Häufige Ausbeutung des Publikums (Patentagenten!), wirtschaftlicher Notstände (Beihilfe bei Bewucherungen des Grundbesitzes usw.), Täuschung durch mündliche Verabredungen, z. B. der Versicherungsagenten, die keine Gültigkeit gegenüber der Gesellschaft haben usw., zeigen, daß die im Wirtschaftsleben nicht entbehrliche Agententätigkeit in vielfacher Hinsicht der ausreichenden Regelung und Kontrolle noch immer entbehrt.

Einzelne der angeführten Mißstände beziehen sich nicht bloß auf die Reellität in der Darbietung und in dem Vollzug der Leistungen; sie fallen schon unter den folgenden Punkt:

#### 6. Reellität in der Preisforderung: Preiswürdigkeit der Leistung.

Wie im ganzen Gesellschaftsleben, so muß im Wirtschafts- und wiederum im Verkehrsleben, um der Volkswohlfahrt willen, das Richtige, Zweckmäßige und ebenso das Gerechte siegen über List und Gewalt. Eine geordnete, gute Bedarfsversorgung ist undenkbar, wenn die Preisbildung ohne Kontrolle und Schutz obsiegender Schlaueit und Macht, der Ausbeutung und Gewinnerschleichung überantwortet wird.

Man sagt: Angebot und Nachfrage bringen die Regelung. Allein Angebot und Nachfrage sind menschliche Handlungen, die selbst der Regelung bedürfen können. Das eigene Interesse, so heißt es, beherrscht den Vertragswillen der Kontrahenten; diese werden schon selbst ihr Interesse wahren. Gewiß, das eigene Interesse, die Rücksicht auf die eigenen individuellen Verhältnisse bilden, wie schon bemerkt wurde, das Motiv des Tausches; der individuelle Gebrauchswert des eingetauschten Objektes ist nach der Meinung jedes der Tauschenden für ihn höher als der individuelle Gebrauchswert des geopfertem Gegenstandes. Sonst käme überhaupt kein Tausch zustande. Das wahre oder vermeintliche individuelle Gebrauchswertinteresse also ist verschieden, soweit der Besitz des Tauschobjektes in Frage kommt. Dabei aber haben beide Teile doch wieder das gleiche Interesse, daß der Tausch ihnen keinen Vermögensverlust bringe, daß der Tauschwert des Gutes, welches man hingibt, nicht größer ist als der Tauschwert des eingetauschten Gutes. Keiner will beim Tausch übers Ohr gehauen, nicht wertlich geschädigt werden. Das bloße, von allen andern Gesichtspunkten gelöste Interesse des einzelnen Kontrahenten würde aber gerade durch Übervorteilung des andern Kontrahenten seine Rechnung finden können.

Soll wirklich ein „Tausch“ stattfinden, nicht bloß durch Besitzwechsel von Waren, sondern durch Umsatz von Werten, dann muß, wie wir darlegten, zwischen Leistung und Gegenleistung, Gleichheit des Wertes bestehen. Nur so wird in Wirklichkeit das Interesse beider Kontrahenten

zugleich gewahrt. Das Interesse für sich allein reicht also nicht aus zur Regelung des Verkehrs und der Preisbestimmung. Es bedarf dazu eines regelnden Prinzips: des Prinzips der Wiedervergeltung nach dem Werte, wie es oben dargelegt und begründet worden ist.

Vielleicht wird auch hier wieder eingewendet: Die Kontrahenten einigen sich ja über den Preis. Ihr Vertragswille genügt, der „consensus“ bemißt den Preis. Wozu also noch ein besonderes Prinzip der Wiedervergeltung nach dem Werte? Ohne Zweifel, Wert und Preis sind regelmäßig, nicht nur bei Seltenheitsgütern oder bei Gütern, denen ein besonderer Affektionswert zukommt, an sich keine zahlenmäßig fest umschriebene Größe. Wie der Wertbemessung, so ist darum auch der vertragsmäßigen Übereinkunft immerhin ein größerer oder geringerer Spielraum für die Bestimmung der Preishöhe überlassen. Gleichwohl bleibt dabei bestehen, daß keiner der Kontrahenten mit Bewußtsein und Vorbedacht die eigene Schädigung bei dem Tausche sucht, daß er tauschen und nicht schenken will. Darum wird man wohl auch Bedenken tragen dürfen, aus dem bloßen formellen, äußeren „consensus“ unter allen Voraussetzungen auf wirklich materielle Willensübereinstimmung zu schließen.

Wie dem aber sei und wie immer Moral und Jurisprudenz hierbei urteilen mögen, schon unter nationalökonomischem Gesichtspunkte, in der Frage nach einer der Volkswohlfahrt genügenden Bedarfsdeckung erscheint jedenfalls das Prinzip der Wiedervergeltung gemäß dem Werte als volkswirtschaftlich notwendige allgemeine Garantie für Wahrung der beiderseitigen Interessen in allen Verkehrsakten, wo Leistung und Gegenleistung einander gegenüberstehen.

Das Prinzip der Wiedervergeltung nach dem Werte schließt aber, wie wir sahen, keineswegs den Gewinn der Produzenten und Händler aus, fordert denselben vielmehr mit und neben dem Ersatz der Kosten, wenn und soweit der Wert der Leistung einen Gewinn rechtfertigt. Was eine gute Bedarfsversorgung des Volkes verhindert, ist lediglich das Ob-siegen des privaten, subjektiven Erwerbszweckes, des kapitalistischen Ertragsgedankens im Verkehrsleben über die objektiven Forderungen der volkswirtschaftlichen Aufgabe, der privatwirtschaftlichen über die volkswirtschaftliche Produktivität, des Preises über den Wert der Leistung. Die Leistung bietet nicht bloß den Anlaß (*occasio*) des Gewinnes, sondern bildet dessen Grund (*ratio*) und ist darum auch Maß (*mensura*) des Verdienstes. Würde der Gewinn dem Werte der Leistung nicht entsprechen, dann läge für denjenigen Teil des Verdienstes, der den Wert der Leistung übersteigt, kein objektiver Grund in der Leistung selbst vor und ebensowenig im Tauschwillen der Kontrahenten. Der Tausch ist ja doch, wie gesagt, regelmäßig weder ganz noch zum Teil ein Akt der Liberalität. Der Wille zu schenken wäre für den Tauschverkehr Ausnahmefall, jedesmal nachzuweisen, nicht aber beliebig vorzusetzen.

Arbeitet keine Industrie ohne Gewinn weiter, so wird man auch gegen das Bestreben, den Gewinn zu erhöhen, an und für sich nichts einwenden können, sofern die rechten Mittel und Wege dazu verwendet werden. Verschwörungen der Warenlieferanten und Händler z. B. zur Verteuerung der Waren, zur Übervorteilung der Konsumenten sind unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte ebenso verwerflich, wie eine Steigerung der geschäftlichen Profite bei normaler Gewinnquote — durch technische und kommerzielle Fortschritte, durch Verbesserung und Verbilligung der Leistungen, durch die erweiterte Summe von Arbeits- und Lieferungsleistungen, kaufmännisch ausgedrückt: durch die Höhe des Umsatzes — zugleich die Ermöglichung einer besseren und ausgedehnteren Bedarfsdeckung der Konsumenten bedeuten kann.

Unter den oben bei der Reellität im Vollzug der Leistung angeführten Beispielen befanden sich manche, die auch speziell für die Frage der Reellität in der Preisbildung in Betracht kommen können. Nur wenig sei hier noch hinzugefügt. Wenn z. B. bei einem Inventurausverkauf die Kostüme auf ein Viertel des früheren Preises herabgesetzt werden, muß der vernünftige Käufer dann nicht Verdacht schöpfen, daß entweder der alte Preis viel zu hoch war, oder daß es mit dem neuen Preise eine besondere Bewandnis hat? Detaillistenverbände erklärten seiner Zeit, daß die Gewinnaufschläge solider Geschäfte nur ganz ausnahmsweise 10 % erreichten; dann erklärt das in sich berechnete Bestreben, für zeitige Besorgung der Geschenke einen Anreiz zu geben, es aber kaum, daß ein führendes Berliner Geschäft der Spielwarenbranche auf Weihnachtseinkäufe vom 12. bis 26. November einen Rabatt von 10 % versprechen konnte. Gegen Surrogate, die den gleichen Bedarfszweck billiger erfüllen, läßt sich so lange nichts einwenden, wie die Käufer darüber unterrichtet sind, was sie erhalten und wo sie es erhalten. Dieser Grundsatz hat denn auch z. B. zur Trennung des Detailverkaufs von Butter und Margarine geführt: Wird der gleiche Grundsatz aber immer und überall, wo es nötig wäre, zur Anwendung gebracht? Oft wird als Primaware angepriesen und der entsprechende Preis gefordert, obwohl es sich um Sekundaware usw. handelt. Ersatzstoffe, gemischte Gewebe dürften dem Käufer doch nicht gegeben werden ohne Aufklärung darüber, daß er keine reine Wolle, keine reine Seide erhält und ohne entsprechende Herabsetzung des Preises. In der Textilbranche versteht man es heute, das Wolltuch mit Fremdkörpern zu beschweren; die Dicke wird teilweise durch Scherhaare ersetzt, Baumwolle wird eingewebt und eingesponnen. Der Seidenfärber macht durch Beschwerung aus 1 *kg* Seide 2—3 und mehr Kilogramm. Kunstseide wird täuschend ähnlich der Naturseide hergestellt, mit Naturseide verarbeitet und als solche auf den Markt gebracht. Würde es den Käufern bekannt gemacht, daß es sich nicht um Edelware handelt, sondern um Ersatzstoffe, denen das „Schönen“ und „Appretieren“ das Aussehen und die Oberflächenbeschaffenheit der Edelware gibt, dann könnten diese sich vor Schaden bewahren. Das geschieht aber keineswegs immer. Der Vorteil der Verwendung billiger Ersatzstoffe fließt nur zu oft bloß dem Verkäufer zu mit Übervorteilung der Käufer, die den wahren Zustand und Wert der Ware nicht erkennen, nicht erkennen können usw. Verhüllte Imitationen, Qualitätsverschlechterungen, Qualitätsverschleierungen dienen natürlich auch nicht gerade dazu, das Ansehen eines Landes auf dem Weltmarkte zu heben.



Daß in der Kriegezeit, bei der Absperrung der Zentralmächte von der Außenwelt die Preise emporschnellen mußten, liegt auf der Hand, entspricht auch dem Prinzip der Wiedervergeltung nach dem Werte. Eine Verletzung dieses Prinzips aber war es, wenn die Kriegskonjunktur (und die Not der Nachkriegszeit) dazu benutzt wurde, durch Zurückhalten der Waren künstlich Preissteigerungen hervorzurufen, Preise zu fordern, die durch Kosten und tatsächliche, objektiv gegebene Vorratsbeschränkung nicht gerechtfertigt waren<sup>1</sup>. Solcher Gewinn bedeutete geradezu eine Ausbeutung der Notlage des Volkes, die um so schlimmer war, sofern es sich dabei um für den Unterhalt der breiten Massen notwendige Lebensmittel handelte. Gewiß auch in der Kriegs- und Nachkriegszeit konnten Produzenten und Händler außer Deckung der gesteigerten Kosten des Gesamtbetriebes mit Recht einen Gewinn beanspruchen. Gerade in solchen Zeiten allgemeiner Not hätte aber wirklicher und aufrichtiger Gemeinsinn dazu führen müssen, den Begriff des „angemessenen“ Preises nicht brutal einseitig nach dem eigenen Vorteil zu bestimmen, sondern auch auf das unabweisbare Bedürfnis des Volkes, die tatsächliche Kaufkraft der Verbraucher, gebührende Rücksicht zu nehmen<sup>2</sup>.

Ausschreitungen in der Preisbildung, wie sie während der Kriegezeit und Nachkriegszeit, namentlich auf den sog. „wildem Zwischenhandel“ zurückgeführt, und insbesondere als geradezu unerträglicher Lebensmittelwucher vom Volke äußerst bitter empfunden wurden, bleiben indes keineswegs auf die Notzeit beschränkt. Auch im Frieden, vor dem Weltkriege, hat wiederholt schon ein gewisses Spekulantentum, das, ohne Werte zu schaffen, relativ müheles Riesengewinne erbeuten möchte, zum Entstehen und zur Verschärfung von Teuerungen mitgewirkt. Hier hilft nur die Wiedereinführung des alten Grundsatzes, daß alle Waren nur nach ihrem wirklichen Sachwerte, zu einem nach Kostenwert und mäßigem Gewinn zu berechnenden, tatsächlich „angemessenen“ Preise veräußert werden dürfen. Mittel und Wege, die richtigen Formen auszuwählen für die wirksame Einführung dieses Grundsatzes in den Geschäftsverkehr, die praktische Bekämpfung des Warenwuchers usw., ist Sache der Berufsstände wie der gesetzgebenden und wirtschaftspolitischen Faktoren im Staate.

Alle Anforderungen an die Leistungen der Produzenten und Händler: Güte und Preiswürdigkeit der Leistung, Reellität im Vollzug derselben, werden dann, aber auch nur dann Erfüllung finden, wenn der neuzeitliche Kaufmann den beruflichen Erfolg nicht lediglich in der Mehrung der Einkommensmöglichkeiten erblickt und sucht, sondern wenn er seine Arbeitsziele weiter steckt, indem er zugleich, durch Wissen und Erfahrung, ganz besonders auch durch das Gewissen geleitet, einer möglichst voll-

<sup>1</sup> Erinnert sei auch an die übermäßigen und unlauteren Gewinne bei Kriegslieferungen, an die lehrreichen Provisionsprozesse, die sich an Heereslieferungen anschlossen. Der Reichstag (Antrag Gröber-Fischer) forderte am 20. Dezember 1915 die Regierungen auf, solche Fälle des übermäßigen, unlauteren Gewinnes zu untersuchen und festzustellen.

<sup>2</sup> Auf die Moralfragen, inwieweit es sich hierbei um Verpflichtungen „ex iustitia commutativa“ und „legali“ oder „ex caritate“ handelt, können und wollen wir hier nicht eingehen.

kommenen Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe mit planmäßiger Fortschrittsarbeit zu dienen gewillt ist.

**7. Geschäftsbildung und Geschäftsmoral.** Wahre Fortschrittsarbeit setzt aber ein Doppeltes voraus: einmal umfassendere Bildung, Fortschritt in der Geschäftswissenschaft, sodann Vertiefung der Normen, die im Gewissen zum Menschen reden, Verstärkung ihrer Geltung, Fortschritt in der Geschäftsmoral<sup>1</sup>.

a) *Fortschritt in der Geschäftswissenschaft.* Man braucht nicht die hohe Bedeutung des Talenten, der Genialität, der praktischen Erfahrung zu unterschätzen, nicht durch Theorien allein den Industriekapitänen, den hervorragenden Bankbeamten bilden zu wollen, und kann es doch verstehen, daß eine gründliche theoretisch-wissenschaftliche Bildung vielen den Aufstieg wesentlich erleichtern, ihre volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit beträchtlich heben, ihrer Tatkraft die besten Wege zum privatwirtschaftlichen Ziele und zugleich für den Dienst der Volkswirtschaft anweisen kann. Die Handelshochschulen verfügen schon über eine „Geschäftswissenschaft“ in der Privatwirtschaftslehre der kaufmännischen Betriebe. Ihr Einfluß ist groß. Über zweieinhalbtausend Inhaber deutscher Handelschuldiplome waren vor dem großen Weltkriege bereits auf wirtschaftlichem Felde tätig. Gleichwohl dürfen wir nicht bei dem Erreichten stehen bleiben. Der Kaufmann des 20. Jahrhunderts bedarf weit mehr als seine Vorgänger eines ausgedehnten Wissens. Nur auf einige Punkte sei hierfür im einzelnen hingewiesen.

Es genügt für den heutigen Kaufmann nicht die bloße Kenntnis der Buchführung, des Bankwesens, der Organisation. Er muß auch wissen, welche Bedürfnisse überhaupt befriedigt werden sollen, mit welcherlei Waren dieselben befriedigt werden können, welche Gegenstände sich in genügender Menge und einheitlicher Qualität beschaffen lassen, welchen Einfluß geographische und klimatische Verhältnisse auf die Verwendbarkeit der Waren ausüben; er muß die einzelne Ware in ihrem Ursprung, ihrem Entstehen kennen lernen, muß wissen, woher sie kommt, aus welchem Material sie besteht und bestehen muß oder soll, welches die besten Eigenschaften dieses Materials sind. Der junge Kaufmann wird sich nicht mehr bloß damit bescheiden, z. B. möglichst viele Seidenstoffmuster durch die Finger gehen zu lassen; er wird sich auch über die Entstehung des Rohmaterials der Seide, über die Zucht des Maulbeerspinners, die Gewinnung des Fadens aus dem Kokon, die Geschichte der Erschwerungsmethoden, die Methoden der Seidenfärberei usw. unterrichten müssen. Er wird die wichtigsten Tatsachen aus der Geschichte der Gewinnung und Zubereitung der für seine Branche in Betracht kommenden Rohmaterialien und -stoffe erlernen wollen. Der Fortschritt ist also abhängig von einer erhöhten

<sup>1</sup> Auch hierfür sei wiederum auf Benno Jaroslaw, *Ideal und Geschäft*, und auf die Zeitschrift „Wohlfahrt und Wirtschaft“ verwiesen.

Pflege der Warenkunde, die nicht bloß über Kohle, Eisen, Chemikalien u. dgl., sondern auch mit weitgehender Spezialisierung über alle Waren des unmittelbaren Gebrauchs und Verbrauchs unterrichten muß.

Mit einer genauen genetisch-historisch-kritischen Warenkenntnis, mit dem rechten Verständnis für das Nützliche und Praktische im Hinblick auf den Gebrauchszweck und darum auch auf die Arbeitstechnik muß sich bei den Lieferanten die Kenntnis der an ihre Waren zu stellenden hygienischen Anforderungen verbinden. Sie bedürfen darum auch diesbezüglich einer hygienischen Vorbildung. Mangel an hygienischen Kenntnissen bei Lieferanten kann unter Umständen noch größeren Schaden anrichten als überspannte Gewinnsucht.

Von besonderer Bedeutung ist ferner die Geschmacksbildung der Produzenten und Händler<sup>1</sup>. Gegen die Schäden des jähren Modenwechsels schützt sich der Lieferant am besten durch Gediegenheit des Materials, durch Zweckmäßigkeit und Komfort im Hinblick auf den Gebrauchszweck, aber auch durch Schönheit und Stilgerechtigkeit. Verständige Geschäftsleute dürften darum den Rat der Künstler ebensowenig verschmähen, wie sie die Lehren der Hygieniker und Volkspädagogen gebührend würdigen müssen.

In einer Wirtschaftsorganisation, deren Zelle die Privatwirtschaft ist, wird sodann eine genaue Kenntnis des Umfanges und der Veränderungen des Konsums für den einzelnen Produzenten und Händler zwar nicht gerade leicht zu erlangen sein. Ein gewisser Überblick über den tatsächlichen Umfang von Angebot und Nachfrage findet sich in einzelnen staatlichen Verwaltungen, bei Konsumentenorganisationen, Kartellen, auf Börsen und Märkten. Immerhin wird auch jeder Lieferant bei hinreichender Kenntnis der beruflichen, ständischen und Besitzunterschiede und der entsprechenden Bedürfnisse mit einiger Sicherheit mutmaßen können, ob der allgemeinere Gebrauch einer Ware bei dieser oder jener Preislage noch möglich ist. Auch von einem sorgfältigen Studium des Konjunkturenverlaufs und einer größeren Verbreitung der Konjunkturkunde würde die Geschäftswelt nicht nur für ihr privatwirtschaftliches Interesse, sondern ebenso für die Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe viel gewinnen können. Es lassen sich doch immerhin gewisse gleichartige Tendenzen, Strömungen, Wechselwirkungen, Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Geldmarkt, Warenherstellung, Arbeitsmarkt, Handel und Konsum feststellen, deren genaue Kenntnis und Beachtung nicht wenig dazu beitragen kann, eine größere Stetigkeit in die wirtschaftliche Entwicklung zu bringen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Heinrich Pudor, Die Geschmacksbildung des Kaufmanns, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 148 ff.

<sup>2</sup> Vgl. die wertvollen statistischen Übersichten über die allgemeine Wirtschaftslage in Pohles „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“.



Schließlich wird der Lieferant von psychologischen Kenntnissen mancherlei Vorteil haben können, so um die Bedürfnisse, den Geschmack der Konsumenten besser zu erkennen, zu bilden usw.<sup>1</sup>

Walter Rathenau hat von einer wechselseitigen Befruchtung von Wirtschaft und Wissenschaft gesprochen, eine Teilnahme der praktischen Führer der Wirtschaft an der Ausbildung und Ausbreitung der „Geschäftswissenschaft“ als wünschenswert bezeichnet: „Die Methoden der Organisation, der Finanzierung, der Prüfung, der Verhandlung, der Konzentration, der Syndizierung, der Verkehrsgestaltung“, sagt er<sup>2</sup>, „sind heute Eigentum einer kleinen Minderzahl; sie wären Gemeingut, wenn . . . unter den Führern der Wirtschaft und des staatlichen Lebens eine Anzahl gebildeter Menschen sich fände, die in Gedanken und Worten fassen wollten, was ihnen selbstverständliche Praxis ist. Damit ist nicht gesagt, daß alle pragmatische Kunst erlernbar sei; auch sie fordert für ihre letzten Aufgaben Genialitäten und Talente, aber die Verbreitung ihrer Disziplinen soll und wird eines der letzten Monopole des Wissens beseitigen und hiermit den Wettbewerb des Intellekts auf eine neue Grundlage stellen.“ An anderem Orte<sup>3</sup> kommt Rathenau noch einmal auf das zurück, was die Vertreter der Geschäftswissenschaft von den aktiven Trägern der Geschäftskunst lernen könnten: „Es ist Weltfremdheit, zu glauben, daß die lebendige Staatskunst der Geschäfte durch Statistik, Betriebserforschung oder Studium von Berichten<sup>4</sup> erlernt werden kann. Hierin unterscheidet sich Geschäftskunst und Staatskunst von bildenden und redenden Künsten: ihre Ergebnisse lassen den Schaffensprozeß nicht erkennen. Zu dieser unerforschten Kunst und Technik gehören: die Ein-

<sup>1</sup> Der oben bei Besprechung der Reklame schon erwähnte Hugo Münsterberg, ein deutsch-amerikanischer Gelehrter, Professor der Philosophie an der Harvard University, empfiehlt (Grundzüge der Psychotechnik<sup>2</sup> [1913]) die Anwendung der Ergebnisse der angewandten Psychologie auf die mannigfaltigen Probleme des Handels, des Gewerbes, des sozialen und öffentlichen Lebens. Die „Psychotechnik“ ist ihm die Wissenschaft eben von dieser praktischen Anwendung der Psychologie im Dienste der Kulturaufgaben. Drei Probleme sind es namentlich, welchen Münsterberg (und ebenso Taylor) mittels einer genaueren Kenntnis des Innenlebens und Verwertung dieser Kenntnis, eine bessere Lösung in Aussicht stellt: 1. der Auslese der für bestimmte wirtschaftliche Leistungen geeignetsten und befähigsten Personen; 2. der quantitativen und qualitativen Verbesserung der Arbeitsleistung und der Verhinderung einer Schädigung der Arbeit und Arbeitskraft; 3. der seelischen Einwirkung auf die Persönlichkeit (z. B. Reklamepsychologie). Auch dem Konsumtionsproblem, der Bedürfnislenkung, kann die Psychologie dienstbar gemacht werden. Vgl. W. Kammel, Psychologie als Hilfswissenschaft in technischen Betrieben, in „Das Neue Österreich“ I (1916), 1. Heft, S. 38 ff.; 2. Heft, S. 43 ff. Zu beachten sind zu 1. und 2. mit Vorzug die Untersuchungen, welche der „Verein für Sozialpolitik“ über Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft veranstaltete.

<sup>2</sup> Mechanik des Geistes (1913) 320 f. Technische Erfindungen werden dagegen heute bald Gemeingut: „Nicht drei Monate vergehen, bis jede deutsche oder amerikanische Neuerung in allen Ländern eingeholt, durchgeprobt, nachgeahmt oder gar überholt ist; der Begriff des internationalen technischen Ausgleichs ist ein Gemeinplatz.“

<sup>3</sup> Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 64 f.

<sup>4</sup> Die oft dürrtigen und verschleierte Geschäftsberichte und Bilanzen gewähren keinen genügenden Einblick in die Betriebsführung.

schätzung und psychologische Erkenntnis der Nationen und Menschen, der Erfindungen und Erfinder, des Publikums und der Finanzleute; die Prüfung der Geschäftsgebiete, der Bedürfnisse, der Geldbeschaffung, der Assoziationen; der Verkehr mit Gegnern, mit Gegenkontrahenten, Sozien und Angestellten; die Erkundung und Heilung von Unternehmungen; die Behandlung internationaler Geschäftsprobleme und Geschäfte mit fremden Staaten; die Würdigung der verschiedenen Organisationsmöglichkeiten im Inlande und Auslande; das Wesen der Konzessionen. Betriebe und Monopole; die Organisation von Zweigunternehmungen, affliierten Geschäften und Niederlassungen; die Frage nach den typischen Gefahren, Irrtümern. Mißgriffen, nach Aussichten und Expansionsmöglichkeiten — und zahllose andere Probleme und Erfahrungen, die durch Jahrzehnte hindurch immer wieder mit neuen Opfern gelöst und bezahlt werden mußten.“

Werden aber die „aktiven Träger der Geschäftskunst“ so leicht die Zunge sich lösen lassen? Dem stehen mancherlei Vorwände und Einwände im Wege. Man sagt, um das Ganze abzulehnen: die Praktiker sind einseitig; sie kennen nur die Organisation ihres Exporthauses, ihres Fabrikbetriebes usw. Oder man fürchtet „Geschäftsgeheimnisse“ zu verraten. Vielleicht entschuldigt sich der einzelne auch mit der naheliegenden und billigen Ausrede, er habe keine Zeit. Es ist eben echt solidarische Gesinnung erforderlich, um sich von dem einseitigen privatwirtschaftlichen Interessenmaßstab nicht ganz beherrschen zu lassen, eigenes Wissen, eigene Erfahrung der Allgemeinheit darzubieten, zum Gemeingut zu machen. Der volkswirtschaftliche Fortschritt durch Erhöhung der wirtschaftlichen Allgemeinbildung würde schließlich auch den „Führern der Wirtschaft“ zugute kommen, wenn sie die Wirtschaft nicht bloß nach Profitrücksichten, sondern nach den Anforderungen der Volkswohlfahrt führen wollten. Nicht die Geheimhaltung, sondern die Verbreitung ihres Wissens macht sie zu wahren Führern der Wirtschaft.

Damit kommen wir zu einer weiteren Anforderung an wahre Fortschrittsarbeit:

b) *Fortschritt in der Geschäftsmoral.* Als falsche Solidarität wurde es bereits bezeichnet, wenn Geschäftsleute zweifelhafte Elemente ihres Berufes gegen wohlbegründeten Tadel verteidigen wollen. Die wahre berufliche Solidarität bezieht sich eben nicht bloß auf die Vertretung wirklich oder angeblich gemeinsamer Interessen, sie erstreckt sich nicht minder auf die für alle geltende Berufsethik. Gegen Korruption im eigenen Beruf, gegen Qualitätsverschleierung und Qualitätsminderung, gegen Ausbeutung des Publikums und Erschleichung nicht gerechtfertigten Gewinnes sollten gerade an erster Stelle die Berufsgenossen auftreten.

Wo der Berufsgedanke und die berufliche Solidarität richtig erfaßt sind, da wird ferner die Konkurrenz unter Berufsgenossen wirklich ein concurrere sein und bleiben, ein Zusammenlaufen, wie das Wort es besagt. kein gegenseitiges Beinstellen, sondern Wettbewerb, Wetteifer in der sachlichen Leistung.

Da wird auch die Arbeit für den wirtschaftlich Tätigen selbst sich nicht in eine bloße Summe von einzelnen Leistungen auflösen, deren jede

Gewinn bringen soll. Sie wird, wie Rudolf Eucken sagt, zu einer ethischen Macht: Es vollzieht sich in ihr und durch sie eine innere Befestigung des Menschen, eine Ablösung von verengender Selbstsucht, eine Austreibung schwankender Willkür, eine willige Unterordnung unter die Gesetze und Forderungen der Sache. Gerade diese enge Verbindung des persönlichen Interesses mit der Sache, der Ware, hat den Kaufmann alten Stiles davor bewahrt, nur auf Kapitalausnutzung und Umsatz hinzuschauen, an Stelle der Ware bloß dem Gelde sein Interesse zu schenken, zu verkaufen, auch was er nicht verantworten konnte. Das richtige Verständnis für die berufliche Solidarität vereint sich sodann ganz von selbst mit der staatsbürgerlichen Solidarität. Beruf ist Verpflichtung, ist Dienst am Ganzen, volkswirtschaftlich wertvolle, aber auch moralisch bindende Vermittlung einer möglichst vollkommenen Bedarfsdeckung des Volkes. Außer dem eigenen Wohl, dem Wohle seiner Angestellten und Arbeiter, hat der Unternehmer das Wohl seines Volkes ins Kalkül zu setzen. An der Spitze der Unternehmungen brauchen wir, um ein Wort Mevissens anzuführen, heute mehr als je Männer, denen die kulturfördernde Wirkung unserer neuzeitlichen Wirtschaftsordnung höher steht als die reine Mathematik des Unternehmergewinnes<sup>1</sup>. Nur diejenige Art privatwirtschaftlicher Arbeit und privaten Gewinnes läßt sich durchweg rechtfertigen, bei denen, im Einklang mit den Interessen der Gesamtheit, unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse am vollkommensten befriedigt werden.

Das gilt für alle die verschiedenen Berufe, die in der arbeitsteiligen Gesellschaft zur Bedarfsdeckung des Volkes erforderlich sind. Berufe, die sich gegenseitig achten, ergänzen, tragen, unterstützen müssen<sup>2</sup>, nicht, mit Verletzung staatsbürgerlicher Solidarität, vom einseitig agrarischen, industriellen, merkantilen Interessenstandpunkte aus sich gegenseitig befehden dürfen. Doppelt wichtig ist das für Volkswirtschaften, welche nach Art der deutschen Volkswirtschaft durch die geographische Lage ihres Landes und politische Ursachen genötigt sind, für ihre Versorgung ein wesentlich selbständiges, nach außen hin, soweit möglich, unabhängiges Ganze zu bilden.

Schmachvolle Verletzung zugleich der allgemein menschlichen Solidarität, ein Umsturz der Grundbegriffe der Rechtlichkeit und der Menschenliebe ist es, um es noch einmal zu sagen, wenn man, um zu gewinnen, nicht Bedürfnisse befriedigt, sondern verderbliche Begierden weckt, unnütze, schädliche Dinge in Umlauf setzt, aus bloßem Geschäftsinteresse Werkzeuge und Mittel zur Vernichtung menschlichen Lebens, menschlichen Glückes und menschlicher Wohlfahrt produziert.

<sup>1</sup> Christian Eckert, Arbeitsziele des neuzeitlichen Kaufmanns. Eröffnungsrede für das Sommersemester 1914 der Kölner Handelshochschule (gehalten am 27. April 1914).

<sup>2</sup> Die gegenseitige Wertschätzung der verschiedenen Stände betont besonders nachdrücklich Hoesch, Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit (1916).



Es wäre indes überspannter Idealismus, wollte man von der Geschäftswelt erwarten, daß sie ihre Tätigkeit als „opus liberale“ auffasse in dem Sinne, daß sie sich nur deshalb bezahlen lasse, weil sie sonst ihren Beruf nicht ausüben könnte. Produzenten und Händler werden vielmehr, der großen Mehrzahl nach, darum oder wenigstens auch darum tätig sein, weil sie dafür bezahlt werden. Ist ihr Wirken insofern ein Dienen, so braucht es doch kein sklavisches Dienen zu sein. Es bleibt freies Dienen am Ganzen, es bleibt Kulturarbeit für das Ganze. Freilich wird man dann aber wiederum um so nachdrücklicher fordern dürfen, daß die Unternehmerschaft nicht ausschließlich und allein privatwirtschaftlich motiviert sei, daß sie nicht, zum Schaden des Ganzen, die objektive Aufgabe aller wirtschaftlichen Tätigkeit, die Bedarfsdeckung der Verbraucher, hinter die eigenen subjektiven Zwecke, ihren Ertrag, ihren Gewinn zurückstelle, privatwirtschaftliche Rentabilität nicht auf Kosten der volkswirtschaftlichen Produktivität und der gemeinen Volkswohlfahrt erstrebe, daß sie Gewinn nur suche durch und gemäß ihrer Leistung, höheren Gewinn nur durch höheren Wert der Leistung, höhere Bedeutung derselben für die Bedarfsdeckung der Volksgesamtheit, daß sie gerade in ihrer wirtschaftlichen Betätigung echte staatsbürgerliche Gesinnung bewahre und bekunde, daß sie Selbstbeschränkung und in Zeiten der Not auch Großmut üben könne.

Es mag kühn erscheinen, in einer Epoche, wo so viel von dem „Unpersönlichwerden“ des Kapitals<sup>1</sup>, von der „Versachlichung“ der Unternehmungen die Rede war, nun gerade eine solche Wiedergeburt der guten, achtbaren Unternehmerpersönlichkeit zu fordern. Allein Benno Jaroslaw hat recht, wenn er auch sagt, Verhältnisse können nur dadurch sich bessern, daß die Menschen besser werden. Nichts hemmt den volkswirtschaftlichen Fortschritt, selbst bei sonst günstigen Bedingungen, so sehr als die verkehrte egozentrische Seelenverfassung der im Wirtschaftsleben leitenden Persönlichkeiten, der Mangel an Verständnis dafür, daß auch noch andere da sind, die leben wollen, daß die Wohlfahrt des Gesamtvolkes ein höheres Ziel darstellt als der private Reichtum einzelner Bevorzugten.

Das werden fürderhin nicht bloß die kapitalistischen Unternehmer, sondern die Kapitalbesitzer schlechthin zu beachten haben. Die Sucht, zu gewinnen, war vor dem Weltkriege in der Regel der allein entscheidende Beweggrund z. B. auch für die Kapitalanlage im Auslande. Nicht als ob der Besitz ausländischer Werte, schweizer, holländischer Werte, rumänischer Papiere, angesichts der deutschen Valutaverhältnisse Deutschland keinen Vorteil gebracht hätte. Wie viele Millionen aber hat das deutsche Nationalvermögen an exotischen Werten schon in früherer Zeit verloren, und wie wenig Freude erlebten während des Krieges die Besitzer südafrikanischer Goldminenwerte, amerikanischer Eisenbahnaktien, englischer Papiere, der „Shares“ englischer Kapitalunternehmungen usw.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 4, S. 171 ff. 332 ff.

Noch einmal sei es indes nachdrücklich betont, daß dem Unternehmertum keineswegs der seinen Leistungen gebührende Gewinn versagt werden kann. Auch die christliche Sittenlehre verwirft lediglich den „kapitalistischen Geist“ in seiner Entartung: die rücksichtslose und maßlose Erwerbssucht, d. i. subjektiv den Mammonismus, objektiv den Mehrwert — nicht als Überschuß über die Kosten, als Entgelt der Arbeitsleistung, sondern als Übervorteilung, also in seinen wucherischen Formen als Mehrwert über den Wert der Leistung hinaus.

Es ehrt Werner Sombart, daß er, veranlaßt durch eine Schrift Franz Kellers<sup>1</sup>, zu „erneutem eingehendem Studium der scholastischen Quellen“ geschritten, und daß er von seinem nunmehr richtigeren Urteil über die angeblich „weltfremden“, „kultur- und weltfeindlichen“ Anschauungen der Scholastik offen Zeugnis ablegen wollte. Dem Erziehungswerke der Kirche verdanken wir nach Sombart insbesondere die Zurückdämmung ungeordneter Triebe, der Faulheit, dann die Hochschätzung des Haushaltens zugleich auch der Liberalität ohne Knauserei, die Herausbildung kaufmännischer Solidität. „Innerhalb der Grenzen der Stadt“, so sagt er<sup>2</sup>, „da wachte das Auge des Nachbars, wachte der Zunftvorstand über die ehrliche und anständige Geschäftsführung. Aber wenn sich die Beziehungen mit dem Anwachsen des Kapitalismus räumlich über weite Gebiete ausdehnten, da war es doch schließlich das Gewissen des Kaufmanns, das ihn zur Solidität antrieb. Und dieses Gewissen zu wecken, war die Aufgabe der Kirche. Sie tat es, indem sie alle unehrlichen Praktiken bei den Vertragsabschlüssen als Sünde verdamnte. . . . Wenn man aber aufmerksam die Schriften der Scholastiker durchliest, vor allem das wunderbare, in seiner Monumentalität nur von den Schöpfungen Dantes und Michelangelos erreichte Werk des ganz großen Thomas von Aquino, so empfängt man den Eindruck, als habe ihnen noch mehr als diese Erziehung zur Bürgerlichkeit und Wohlanständigkeit ein anderes Erziehungswerk am Herzen gelegen: die Erziehung ihrer Zeitgenossen zu aufrechten, mutigen, klugen, tatkräftigen Männern. Worauf sie in ihrer Tugendlehre den größten Nachdruck legen, wozu sie immer und immer wieder ermahnen, ist die Durchdringung des ganzen Wesens mit Spannkraft und Frische.“ Sombart weist dies im einzelnen durch eine übersichtliche Darstellung der katholischen Tugendlehre nach: „Es liegt auf der Hand“, fährt er dann fort, „welche überragend große Bedeutung diese Lehre von den geistigen Tugenden, diese Vorschriften, die ein geistiges Training zum Zwecke hatten, für den angehenden kapitalistischen Unternehmer haben mußten. Wenn auch gewiß die Kirchenlehrer nicht in erster Linie an diesen gedacht haben, so war er doch der erste, für den diese Tugenden der geistigen Energie auch einen praktischen Wert bekamen. Es sind ja geradezu die Eigenschaften des guten und erfolgreichen Unternehmers, die hier als Tugenden gepriesen und mit der ganzen Autorität der Kirche gezüchtet wurden. Eine Preisaufgabe des Inhaltes: „Wie erziehe ich den triebhaften und genüßfrohen Seigneur einerseits, den stumpfsinnigen

<sup>1</sup> Unternehmung und Mehrwert. Eine sozial-ethische Studie zur Geschäftsmoral. Erste Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft für 1912.

<sup>2</sup> Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen (1913)

und schlappen Handwerker anderseits zum kapitalistischen Unternehmer? hätte keine bessere Lösung zutage fördern können, als sie schon in der Ethik der Thomisten enthalten war.“<sup>1</sup> Und ebenso waren die Männer, die nach Thomas über christliche Ethik schrieben, vor allem Antoninus von Florenz, Bernard von Siena, Cajetanus usw., nichts weniger als weltfremd und weltfeindlich: „Sie stehen dem Kapitalismus mit unendlich viel größerer Sachkunde und mit unendlich viel größerer Sympathie gegenüber als etwa im 17. Jahrhundert die zelotischen Verkünder des Puritanismus.“ Auch über das kanonische Zinsverbot hat Sombart eine neue, von der in manchen Kreisen traditionellen abweichende Auffassung gewonnen. Bei Antoninus von Florenz und Bernard von Siena findet er den Kapitalbegriff bereits zu voller Schärfe entwickelt: Kapitalanlage (*ratio capitalis*) und Geldleihe (*ratio mutui*). In der Form der Leihe ist das Geld unfruchtbar, als Kapital ist es fruchtbar. Einfacher Leihzins ist in jeder Form verboten. Kapitalprofit in der verschiedensten Gestalt erlaubt, mag er aus einem Verlagsunternehmen fließen, einem Handelsgeschäft, einer Transportversicherung, der Beteiligung an einem Unternehmen *modo societatis* usw. Nur eine Einschränkung wird gemacht: Der Kapitalist muß unmittelbar — durch Gewinn und Verlust — an der Unternehmung beteiligt sein. Fehlt ihm der Unternehmungsgeist, der Wagemut, will er sein Geld andern ins Geschäft geben, ohne auch nur das Risiko mittragen zu wollen, dann hat er keinen Anspruch auf Zins. Das war, nach Sombart, keine Schädigung, sondern eine Förderung des Unternehmungsgeistes im guten Sinne: „Hier verschlingt sich die Lehre vom erlaubten Gewinn mit der Lehre von den geistigen Tugenden: alles läuft auf denselben Grundgedanken hinaus: das tatkräftige Unternehmertum ist Gott wohlgefällig; verschwenderische Nobili, schlappe Stubenhocker, müßiggehende Wucherer dagegen sind ihm ein Greuel.“

Überblickt man indes den Weg, den die geschichtliche Entwicklung der letzten Jahrhunderte tatsächlich genommen hat, dann zeigt es sich, wie mit der Zurückdrängung des christlichen Glaubens und der christlichen Moral die Entfaltung des Erwerbstriebes geldsüchtiger Elemente das wirtschaftliche Feld tatsächlich mehr und mehr beherrschte. Während in den Schichten der mittleren und kleineren Unternehmer die bürgerlichen Tugenden noch weithin Charaktereigenschaften geblieben sind, wurde, wo „hochkapitalistischer Geist“ waltete, der Gelderwerb um des Gelderwerbes willen vielfach schrankenlos und rücksichtslos erstrebt; da waren Geschäft und Reichtum nicht bloß Mittel, aus geringer Lage zu besserer zu gelangen, sondern die Reichtumsanhäufung wurde absoluter Selbstzweck; es wurde die kapitalistische, geschäftliche Versachlichung bis zu einer kaum noch greifbaren Verdünnung der menschlichen Qualitäten getrieben, jedes Philosophem, jede Theorie begrüßt, die dem Erwerbsstreben Ellbogenfreiheit verhieß, welche die Träger des „kapitalistischen Geistes“ der Pflicht überhoben, sich in irgendeinem Sinne für ihre Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsbetätigung verantwortlich zu fühlen. Die Ansammlung von Kapital und Kapitalgütern bleibt gewiß in der Volkswirtschaft als Mittel und Reserve für die Bedarfsversorgung des Volkes von

<sup>1</sup> Eine Empfehlung des „kapitalistischen Geistes“ und des „Kapitalismus“ im verwerflichen Sinne findet sich in der Scholastik natürlich nicht. Die scholastische Philosophie und die christliche Moral steht mit ihrer echt sozialen und idealen Auffassung im schroffsten Gegensatz dazu.



höchster Bedeutung. Man mag sich aber dabei vielleicht schon fragen dürfen, ob die kapitalistische Entwicklung nicht über das technisch und wirtschaftlich Notwendige hinausgegangen sei. Wie dem immer sei, mochte von einer kapitalistischen Überentwicklung gesprochen werden können oder nicht, jedenfalls verbarg und verbirgt sich unter der Rubrik: notwendige Kapitalansammlung und Kapitalfundierung des Unternehmens doch nur zu leicht und nur zu oft rein privatwirtschaftliches, absolutes Reichtumsstreben als Selbstzweck, dem regelmäßig auch jede Spur oder Beimischung echt volkswirtschaftlicher Gesinnung fehlt.

Nicht alle Unternehmer werden von diesem verkehrten „kapitalistischen Geist“ beherrscht. Für viele derselben ist auch heute noch die Reellität leitendes Prinzip. Sie wollen des Vertrauens des Publikums würdig bleiben und sind es in der Tat, Sie suchen dieses Vertrauen auch nicht bloß deshalb, weil es Geldeswert für sie hat. Vor dem Weltkriege konnte man vielleicht sagen, daß das Prinzip der Reellität wieder siegreich vorzudringen begann im Wirtschaftsleben, daß die Zahl der Produzenten und Händler zunahm, die sich schämten, wertlosen Schund auf den Markt zu bringen, auf sozial schädliche Weise reich zu werden.

Die mächtigste Förderung fand das maßlose Gewinnstreben früher und heute in der weithin herrschenden materialistischen Weltanschauung, welche den Trieben und Leidenschaften der menschlichen Natur nur allzusehr schmeichelte<sup>1</sup>. Indem der Materialismus mit der Moral des Christentums aufräumte, nahm er dem Menschen den festen Halt, wurde dem Erwerbsstreben, das in sich und aus sich selbst keine Begrenzung hat, jede innere Schranke genommen, während gleichzeitig die Freiwirtschaft beseitigte oder schwächte, was an äußeren Schranken noch vorhanden war. Bedenken moralischer Art traten für diejenigen selbst zurück, die, ohne dem Materialismus das Opfer ihres Verstandes zu bringen, in jenes wilde Treiben des rücksichtslosen Kampfes ums Dasein sich verwickelt sahen. Eines nur war zu fürchten, zu meiden: die Schädigung persönlicher, geschäftlicher Interessen. Eine verkehrte „Geschäftsmoral“ trat an Stelle des christlichen Moralgesetzes. Man sprach von einer „doppelten Moral“, behauptete, das Wirtschaftsleben habe seine eigene, besondere Moral, oder man leugnete schlankweg die Geltung der Moral auf wirtschaftlichem Gebiete: Mit Moral baut man keine Eisenbahnen, verkündete der Eisenbahnkönig Ofenheim in seinem Prozesse. Das Extrem des materialistischen Gewinnstrebens ist als „wirtschaftlicher Amerikanismus“ bezeichnet worden —, nicht als ob Amerika nicht viele ehrenhafte Unternehmer besäße. Damit sollte lediglich jene Gesinnung gekennzeichnet werden, für welche nicht das Interesse an der Leistung, an dem Produkt, an dem auf Reellität begründeten Vertrauen des Publikums, sondern nur das eigene Geldinteresse entscheidet — eine Gesinnung, die in Amerika häufiger sich finden soll.

Es steht aber schlecht um eine Volkswirtschaft, in der die Vertrauensausnützung zur Regel geworden ist und Mißtrauen den ganzen Verkehr beherrscht. Würde aller Idealismus im Wirtschaftsleben nachgerade als Utopie angesprochen, sagt Heinrich v. Gleichen, dann bedürfen die ideellen Momente um so mehr der Förderung — jene praktisch so hochbedeutsame Gesinnung, der nicht Steigerung

<sup>1</sup> Vgl. Heinrich v. Gleichen, Über das Vertrauen im Wirtschaftsleben, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 18 ff. 65 ff.

der Rente, Verwandlung der Arbeitsleistung in Metall das Höchste ist, sondern die Leistung an sich im Dienste des Ganzen, im Dienste der volkswirtschaftlichen Aufgabe.

## § 2.

### Regelung der Konsumtion durch die Konsumenten selbst.

**1. Fortschritt in der Konsumrichtung.** Die Volkswirtschaftslehre handelt nicht von dem individuellen Akt der Konsumtion. Sie beachtet aber, wie wir sagten, die Konsumtion als gesellschaftliche Erscheinung sowie deren Rückwirkung auf den volkswirtschaftlichen Prozeß. Da kann es dann nicht zweifelhaft sein, daß wahrer Fortschritt in der Bedarfsdeckung des Volkes wesentlich mitbedingt ist durch das Verhalten der Konsumenten, die Richtung ihrer Bedarfsgestaltung, die Art und Weise, wie sie ihre Bedürfnisse zu befriedigen pflegen.

Man hat zwar die Konsumenten als passiven Faktor des wirtschaftlichen Lebensprozesses den darin tätigen aktiven Faktoren gegenübergestellt. Indes wäre es recht bedenklich, wenn die Konsumenten sich in eine bloß passive Rolle hineinfänden und hineingewöhnten, wenn es ihnen an Selbständigkeit des Urteils, an dem Bewußtsein der eigenen Kraft und Bedeutung mangelte, wenn sie, statt ungesunden Auswüchsen des Geschäftslebens entgegenzuwirken, dieselben durch ihre Launenhaftigkeit und Urteilslosigkeit noch förderten, wenn Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Schönheit usw. diesen Launen, dieser Abhängigkeit von fremdem Urteile, fremder Macht, fremdem Gewinnstreben zum eigenen Schaden und zum Schaden der ganzen Volkswirtschaft geopfert würden.

Unter Umständen, auf niedriger Kulturstufe, mag es gerechtfertigt sein, schon von einer Besserung in der Konsumrichtung, im Verhalten der Konsumenten zu sprechen, wenn diese nicht gerade wie Jakuten und Tungusen 40 Pfund Fleisch auf einmal verzehren, nicht zu drei Mann auf einem Sitz mit einem Renntier aufräumen, nicht wie südamerikanische Indianer trinken, bis sie besinnungslos niederfallen usw. Für den höher kultivierten Europäer werden die Anforderungen schon größere sein. Ganz allgemein darf man aber von einer privat- und volkswirtschaftlich heilsamen Regelung der Konsumtion reden, ohne dabei gleich an die schwarzen Suppen aus Lykurgs Zeiten, an mittelalterliche Kleiderordnungen, an das Verbot von Schnabelschuhen und Hüftenpolster, an den Galgen, den Sultan Murat für Kaffeetrinker errichten ließ, zu denken, auch nicht an das Rationensystem im Weltkriege, an Brot-, Butter-, Fleischkarten, an Kundenlisten usw. Die Regelung der Konsumtion ist eben der Hauptsache nach, namentlich in normalen Zeiten, eine Regelung, welche die Konsumenten an sich selbst und durch sich selbst vollziehen müssen, geleitet von Vernunft und Gewissen.

**2. Berechtigte Verschiedenheiten, allgemein notwendige Selbstbeherrschung.** Die Konsumfähigkeit ist elastisch, wie die Bedürfnisse elastisch

sind. Sie hat ganz naturgemäß eine gewisse Weite, läßt Raum für Verschiedenheiten nach den Verschiedenheiten von Ort und Zeit, von Beschäftigung, Besitzverhältnissen. Die industrielle Arbeiterschaft wird in manchen Gegenden doppelte Ansprüche machen im Vergleich mit der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft agrarischer Staaten. Die städtische Bevölkerung stellt beträchtlich höhere Ansprüche an den Konsum, zeigt in vielfacher Hinsicht eine weit stärkere, umfassendere Konsumfähigkeit als regelmäßig die Landbevölkerung usw. Es wäre verkehrt, hierbei wahren Fortschritt zu verkennen, jede Ausweitung des Konsums, alles „Entbehrliche“ verpönen zu wollen. Nicht einmal das gänzliche Verstummen der Begierden läßt sich auf diesem Gebiet erwarten.

Und doch würde nicht nur privatwirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich viel gewonnen sein, wenn etwas mehr Selbstbeherrschung der Konsumenten die nicht allzu seltene Genußsucht und Verschwendung eindämmte.

„Die erste Folge wäre“, sagt Walther Rathenau<sup>1</sup>, „daß ein höchst bedeutender Teil der materiellen Weltarbeit, der heute vergeudet wird, sei es erspart, sei es für echte Verbesserung und Verschönerung der Lebensverhältnisse verfügbar würde. Denn wenn man annimmt, daß für die Herstellung von Giften, von Mitteln zur Berausung, Betäubung und Reizung der Sinne, für Modetand und überflüssige Dekoration, für fiktiven Gebrauch, irrige Repräsentation und Neiderregung ein gutes Drittel der menschlichen Arbeit in Form von Bodenprodukten, Chemikalien, Mineralien, Textilstoffen, Keramiken, Leder-, Papier-, Stein- und Metallarbeiten aufgewendet wird; daß die Mittel und Einrichtungen zur Herstellung, zum Transport, zum Groß- und Kleinhandel und zur Applikation dieser Überflüssigkeiten und Scheußlichkeiten nochmals die Hälfte dieses Betrages verschlingen, so darf man sagen, daß die halbe Arbeit der zivilisierten Welt der Erzeugung von Unrat dient, und daß die Hälfte ihres Einkommens aufgewendet wird, um ihn zu bezahlen. Die Ökonomielehre des 18. Jahrhunderts würde (wie wir oben bereits sagten) dem entgegenhalten, der Luxus bringe Geld unter die Leute; wenn er aufhörte, müßten sie hungern. Dieser Einwand ist heute nicht mehr zu erwarten, denn jeder Kenner wirtschaftlicher Dinge weiß, daß, sofern Rohstoffe und Betriebsmittel ausreichen, keine Hand dauernd zu feiern braucht, gleichviel welche Warenkategorien erzeugt werden.“

Wir haben ebenfalls schon darauf hingewiesen, daß die orthodoxe Lehre: es sei immer volkswirtschaftlich nützlicher, wenn die Inhaber großer Einkommen ihre Konsumtion beschränken, dafür einen desto größeren Betrag als neues Kapital zu produktiven Zwecken anlegen würden, in der Praxis des Lebens kaum eine umfassendere Beschränkung der Luxuskonsumtion herbeigeführt haben dürfte. Wollten aber auch die reichen Kapitalisten und deren Familienangehörige wirklich ihren Verbrauch etwa nach dem Maßstabe des Mittelstandes beschränken, so wären die privat- und volkswirtschaftlichen Folgen hiervon nicht gerade die besten<sup>2</sup>. Wie also die ortho-

<sup>1</sup> Zur Mechanik des Geistes (1913) 296.

<sup>2</sup> Vgl. Lexis, Allgemeine Volkswirtschaftslehre<sup>2</sup> (1913) 215 f.



doxe Lehre einer näheren Erklärung und Begrenzung bedarf, so ist auch das merkantilistische Argument für den Luxus, er bringe Geld unter die Leute, zwar richtig, doch ebenfalls nur mit gewisser Einschränkung. Sonst müßte man bei konsequenter Logik ja annehmen, der Luxus werde um so wohltätiger wirken, je weiter er getrieben würde. Man käme schließlich dahin, auch die Vernichtung kostbarer Gegenstände als ökonomisch nützlich zu begrüßen. Der Trinker könnte sich rechtfertigen, weil ohne ihn die Schnapsbrennerei nicht bestehen könne; man müßte krank werden im Interesse der Apotheker und Ärzte usw. Damit soll nun keineswegs staatlichen Luxusverboten jeder Art das Wort geredet, auch, wie gesagt, nicht jeder Luxus verurteilt werden, wohl aber ein Luxus auf Kosten echter Hebung und Verschönerung des Lebens, ein Luxus, der Güter und Kräfte besserer Verwendung im Dienste der volkswirtschaftlichen Aufgabe entzieht, der Industrie, Gewerbe, Handel auf völlig nutzlose Dinge ablenkt, der durch unwirtschaftliche Ausgaben die Armut im Volke wachsen läßt und verbittert, der die sozialen und sittlichen Verhältnisse im Volk schädigt, untergräbt, verdirbt.

**3. Modewillkür.** Wie der Mode zu helfen wäre? fragt Storch, und er antwortet: Nur der gesunde Sinn des Volkes wird es vermögen. Die despotisch herrschende Mode, das Willkürliche, der Wechsel ohne Logik und ohne Methode kann nur überwunden werden, wenn das Verständnis für Zweckmäßigkeit, Zweckstil die Oberhand erhält. Ob das gelingen wird? Wir haben Bestrebungen zur Einführung eines „Reformkleides“, seit 1911 gab es auch eine „Gesellschaft für Reform der Männertracht“. Verhängnisvolle Unmündigkeit der Konsumenten, insbesondere der Frauen, steht indes der Besserung im Wege. Eine Frau selbst hat es gesagt: Das Weib ist vielfach zur Sklavin des frivolsten, ausbeuterischsten Willkürlebens jener Industrie geworden, welche die Materialien zur Frauenbekleidung beschafft und herstellt, die jedesmalige Façon bestimmt und liefert, einer Industrie, für die der rasche Wechsel der Mode das Hauptmittel zur Forcierung der Umsätze bildet.

Die Mode ist das Schlagwort, mittelst dessen die „fashionable“ Frauenwelt noch immer hypnotisiert und einer ungeheuerlichen Schmarotzerindustrie tributpflichtig wird. Der Nachahmungstrieb und der Ehrgeiz übertragen dann diese Sklaverei bis in die untersten Schichten. Nicht gute, zweckmäßige, schöne Bekleidung, nein, kostspielige Variationen, Bereicherung der Modemacher und der zugehörigen parasitären Industrien bilden das Endziel jener grausamen Modetyrannei. Die modesüchtige Frauenwelt ist allerdings glücklich über neue „Kreationen“, Façons, Ideen, Musterstücke, begeistert für den neuesten Chic. Aber die Männer, die zahlen müssen, die Volkswirtschaft, die dafür bluten muß?

**4. Sinn für Qualitätsware.** Eine Verbesserung in der Bedarfsdeckung des Volkes wird aber nicht nur durch Ausschaltung der verderblichen Formen des Luxus, der Überspannungen des Modewechsels, sondern auch dadurch erreicht, daß bei den Konsumenten der Sinn für Qualitätsware sich hebt.

Die Schwierigkeiten, die einer solchen Hebung im Wege stehen, sind nicht gering. Während der ländliche Käufer, der zur Stadt fahren muß, um seinen Bedarf zu decken, bei der Auswahl der Waren sich lange besinnt, alles genau prüft, dem Geschäfte, das ihn gut bedient hat, treu bleibt, entscheidet sich der städtische Käufer viel schneller, läßt sich weit mehr vom äußeren Eindruck leiten als von längerer Überlegung. Insbesondere im Warenhaus, mit seiner Fülle der verschiedensten Waren, dem lebendigen Strom der Besucher, vollzieht sich der Einkauf regelmäßig ohne lange Prüfung mit rascher Erledigung des Kaufabschlusses.

Man hat mit Rücksicht auf die Eigenart des städtischen Konsumenten nicht ganz mit Unrecht von einer Änderung der „Käuferpsyche“<sup>1</sup> gesprochen, von Wandlungen, die einer Läuterung des Qualitätsurteils nicht gerade günstig sind. Dazu kommt, daß die Fortschritte der Technik die Herstellung täuschender Surrogate sowie die in allen Ländern beklagte Qualitätsverschleierung und Qualitätsverschlechterung wesentlich erleichtert haben. Dem Produzenten bringt nicht der hohe Preis der Einzelware, sondern der große Umsatz Gewinn. Er wirft schlechtere und billigere Ware auf den Markt, um diesen Umsatz zu mehren. Dadurch kommt er freilich auch den Verhältnissen jener Konsumenten entgegen, deren wirtschaftliche Lage größere Ausgaben für Kleidung usw. unmöglich macht. Sind die Ausgaben für Wohnungen, Steuern usw. gestiegen, dann sucht man namentlich an der Kleidung zu sparen, aber doch wieder den äußeren Schein zu wahren.

Die Berliner „Ältesten“<sup>2</sup> haben einmal gesagt: Das Publikum lege heute mehr Gewicht auf gefälliges Aussehen als auf die Haltbarkeit der Waren. Darin haben die „Ältesten“ gewiß recht, weniger aber, wenn sie meinten, durch die Benutzung von Surrogaten werde keiner getäuscht, da jeder erfahre, ob er einen reinen Stoff vor sich habe oder eine Mischung. Das wird doch schwerlich immer von dem Verkäufer bekanntgegeben. Andererseits ist die Technik der Appretur usw., wie bereits bemerkt wurde, heute so vollendet, daß man die Qualität eines Stoffes durch bloßes Betrachten, Reiben, durch die Finger gleiten lassen usw. nicht mehr feststellen kann, daß es vielmehr einer eingehenderen Prüfung bedarf, um Verfälschungen festzustellen.

Der Kampf gegen Qualitätsverschlechterung in Bekleidungsstoffen wird aber erst dann vollen Erfolg haben, wenn gerade die breiten Massen endlich einmal aufhören, speziell in der Mode die höheren Schichten sklavisch nachzuahmen, wenn sie zu einer selbständigen Mode übergehen und diese Mode für ihren Stand stabilisieren. Mit größerem Standesbewußtsein dürfte allmählich auch Unabhängigkeit des Urteils, Sinn und Verständnis für eine gute, zweckmäßige Standestracht in gewissem Umfange wieder erwachen. Heute tritt der Arbeiter am Sonntage als feiner Herr auf. Auf dem Wege zur Fabrik trägt er den abgetragenen Sonntagsrock, und in der Fabrik zieht er den Kittel und dergleichen an. Die Frauen erscheinen in leichten Fähnchen, mit denen sie vordem im Ballsaal waren. Eine gesunde, den Verhältnissen angepaßte Kleidung fehlt. Möchten insbesondere die Gewerkschaften die Reform auch auf dem Gebiete der Bekleidung sich aneignen

<sup>1</sup> Picard, Wandlungen in der Käuferpsyche, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 204 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 4, § 4, S. 653.

sein lassen, wie es schon mancherorts gelungen ist, den Plunder von Plüschmöbeln und der im Stile des Barock oder Rokoko gehaltenen Abzahlungsmöbel durch preiswürdige, brauchbare und geschmackvolle Möbel in den Arbeiterwohnungen zu ersetzen.

**5. Prinzip der Preiswürdigkeit.** Die Reklame sucht die Konsumenten insbesondere dadurch zu gewinnen, daß sie die „Billigkeit“ der Waren in den Vordergrund stellt. Demgegenüber sollten sich die Massen der Konsumenten überzeugen lassen, daß der Preis der sog. „billigen“ Waren meist zu hoch ist, daß ein reeller Kauf, bei dem Waren von guter Qualität für einen angemessenen Preis erstanden werden, viel vorteilhafter schon deshalb sein wird, weil gute Waren regelmäßig weit haltbarer sind. Lock- und Schleuderpreise, die ganze Schundfabrikation, das Ramschunwesen u. dgl. können nur dadurch bestehen, daß immer noch Käufer für solche Waren sich finden, Käufer, die töricht genug sind, die Kosten für die Reklame, die Zugaben, die Geschenke, die Sonderrabatte usw. auf sich zu nehmen, Käufer, die dem Prinzip der absolut höchsten Billigkeit vor dem Prinzip der Preiswürdigkeit den Vorzug geben. Sie glauben, billig zu kaufen, während sie dem Geschäftsmanne seine Kosten durch einen entsprechenden Preisaufschlag oder durch verminderte Qualität der Ware vergüten. Würde man die angeblichen Fabrik- oder Engrospreise an den reellen Detailpreisen immer genau und allseitig nachprüfen können, dann dürfte sich in den meisten Fällen herausstellen, daß solche Fabrikpreise u. dgl. in Wirklichkeit nicht geringer sind als die Preise des Detailgeschäftes.

Sachverständige Konsumenten werden andererseits stets das privatwirtschaftliche Erwerbsprinzip respektieren, werden es verstehen, daß der Produzent und Händler nicht ohne angemessenen Gewinn arbeiten kann. Auch in diesem Sinne entspricht das Prinzip der Preiswürdigkeit, und nicht das Prinzip absolut höchster Billigkeit, den Anforderungen volkswirtschaftlich gesunder Bedarfsdeckung.

**6. Die Frau als Leiterin des Verbrauchs.** Wenn man sagt, im allgemeinen seien die Männer die Produzenten, die Frauen die Konsumenten, so wird damit ebensowenig behauptet, daß die Arbeit der Frau in der Küche, im Haushalt des Schöpfungsgeistes entbehre, wie daß die Konsumtion den Männern versagt, den Frauen allein zugewiesen werden soll. Im allgemeinen steht aber doch die Entscheidung und Verfügung, wenigstens in Fragen der Nahrung, regelmäßig auch des übrigen Haushaltsbedarfs, den Frauen zu. Sie verwalten das Haushaltsgeld. Von dem Geschick, der Einsicht und Tatkraft der Frauen hängt darum das Privatwohl der einzelnen Familie ab, aber auch die praktische Bedeutung der Höhe des Volkseinkommens für die Wohlfahrt der verschiedenen Volksschichten, und noch manches, was für die Volkswirtschaft, die Gestaltung der Produktion, der Preisbildung usw. von Bedeutung ist. Auch hier und von hier aus wird also eine rechte Ordnung der Konsumtion auf die allgemeine



Wirtschaftslage eines Landes, die Gesamtwohlfahrt des Volkes<sup>1</sup> günstig zurückwirken müssen.

Es läßt sich nun nicht leugnen, daß dabei aus der natürlichen Veranlagung des Weibes sich auch mancherlei Schwierigkeiten ergeben können. Oskar Wilde hat gemeint, die Frau habe überhaupt „nichts Wesentliches zu sagen“, sie sage nur „das Unwesentliche sehr reizend“. Wir sind jedoch mit Wirz u. a. der Ansicht, daß die Frau z. B. in Fragen des dekorativen Geschmacks, der gefälligen Erscheinung, des Feinen, Komfortabeln in der wohlichen Einrichtung usw. sogar sehr Wesentliches zu sagen hat. Hieraus mag sich freilich leicht und oft eine gewisse Einseitigkeit im Qualitätsurteil der Frau ergeben, ein Mangel des konstruktiven Geschmacks, ein Vergessen der wesentlichen Gestaltung bei übermäßig sich vordrängender Beachtung ornamentalen Linienspieles, geringere Rücksicht auf die Auswahl und Zubereitung des Materials, auf die konstruktive, dem Gebrauchszweck angepaßte Gestaltung. „Die Frau“, sagt Else Warlich<sup>2</sup>, „sucht fast immer mehr zu scheinen, als sie ist, und darum umgibt sie sich auch mit einer Welt von Talmi und Imitation.“ Ihre Eitelkeit, ihr Nachahmungstrieb fesselt sie an die Mode, und auch dabei zieht sie den Schein dem Inhalte vor, wendet sich in der Auswahl Effektgütern zu. „Ihr geringes Interesse für Struktur und Konstruktion kommt“, wie Walter Rathenau bemerkt, „der eigenartigen Qualitätsverschiebung des modernen Produkts in erstaunlicher Weise entgegen.“ Nicht als ob das Weib die Ursache der Qualitätsverschlechterung wäre, aber die Mängel ihrer Qualitätsbeurteilung begünstigen diese Verschlechterung, lassen es zum mindesten nicht zu einer erfolgreichen Behinderung der auf Herabdrückung des Güterniveaus hinwirkenden Kräfte kommen. Der Einfluß, den die Frau in ihrer Zeit besitzt, erweist sich eben auch hier äußerst machtvoll, zum Guten wie zum Schlechten.

Ein nicht gerade seltener Fehler der Frauenwelt ist es ferner, daß gerade sie allzu bereitwillig auf die Übertreibungen der Geschäftsreklame eingeht und dadurch immer neuen Sensationen dieser Reklame die Wege bahnt. Wenn irgendwo eine „besondere Kaufgelegenheit“ angepriesen wird, dann werden ganz gewiß viele überflüssige Anschaffungen gemacht, ohne Rücksicht auf wirkliche Bedürfnisse und die eigenen Mittel. Einseitig wird auch bloß der nominelle Preis kalkuliert, der nur zu oft den reellen Wert der Waren nicht unbeträchtlich übersteigt, und das ist nicht einmal eine Besonderheit dieser „besondern“ Kaufgelegenheit.

Andererseits sollen die großen Vorzüge, über welche die Frau für die Führung der Hauswirtschaft verfügt, nicht verkannt werden.

Neuerdings wurde die Notwendigkeit einer Vorbildung der Frauen für ihren hauswirtschaftlichen Beruf stärker betont. Man hat die Einführung eines „Dienstjahres“ für das weibliche Geschlecht geplant — ein recht schwieriges Problem<sup>3</sup> —, hat die Frage behandelt,

<sup>1</sup> Wygodzinski, Die Hausfrau und die Volkswirtschaft (1916). Wilh. Wirz, Frau und Qualität, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 196 ff. Die Aufsätze von Ilse Müller-Östreich, von Henriette Fürth ebd. 24 ff. 88 ff. 247 ff. 261 ff. 284 ff. Liane Becker, Frauenwirtschaft (seit 1910).

<sup>2</sup> Das Werk (1909) 103.

<sup>3</sup> Das „weibliche Dienstjahr“ erfordert jedenfalls eine gründlichere Prüfung, als diese während der Kriegszeit möglich war. Ethische, pädagogische, volkswirtschaft-

ob die berufliche Ausbildung der Mädchen den allgemeinen Schulen oder besonders Fortbildungskursen usw. anzuvertrauen sei. Auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus kann die Eröffnung von Möglichkeiten gediegener Ausbildung im Koch- und gesamten Haushaltswesen nicht warm genug empfohlen werden. Die Mädchen müssen wohl darüber unterrichtet werden, welche Zusammensetzung der Nahrung sich empfiehlt usw., in welcher Weise billigste Deckung des Bedarfs erreicht werden kann. Das gilt insbesondere für die mittleren und unteren Schichten<sup>1</sup>. Aber auch bei den höheren Schichten bedeutet die bedauerliche Abnahme des Interesses und des Verständnisses für den Haushalt eine Schwäche dem Dienstpersonal gegenüber, eine Schwäche, die von den Produzenten und Händlern vielfach zu einseitigem Gewinne ausgenützt wird.

Die Hausfrauenbildung sollte sich auf alle Fragen der Hauswirtschaft erstrecken: die menschliche Körperpflege, gesunde Ernährung und Kleidung, auch Wohnungshygiene, das Erholungsbedürfnis und die Erholungsformen, besonders aber auch auf die Beurteilung der Waren, um in den gewöhnlichen Fällen Gutes und Schlechtes, Echtes und Unechtes unterscheiden zu können: es kann an Beispielen gezeigt werden, wie ein gewissenhafter Kaufmann kalkuliert und kalkulieren muß, welche Preise angemessen sind, daß man Lock- und Schleuderpreisen mit Mißtrauen zu begegnen habe; es muß ein Überblick gewonnen werden über die toten und lebhaften Zeiten der verschiedenen in Betracht kommenden Industrien, weil so die Möglichkeit einer günstigeren Verteilung der Einkäufe geboten ist.

Kurz, die Frau muß gerade auch für den Einkauf geschult werden: sie muß genügendes Verständnis erwerben für die Organisation der Warenproduktion und -verteilung, der Geldwirtschaft, des Vertragswesens, der Versicherungen usw., muß wissen, wie das Hauspersonal zu bilden und zu leiten ist. Sie sollte schließlich — wie alle Konsumenten — den Einfluß, welchen der Käufer ausübt, für das Wohl der Angestellten und Arbeiter geltend machen, in sozialem Verantwortungsgefühl nicht aus dem Auge lassen, unter welchen Arbeitsbedingungen die Waren hergestellt werden, deren sie benötigt.

Auf der ersten Generalversammlung des „Verbandes deutscher Hausfrauenvereine“ (zu Anfang Juni 1916) hat Wygodzinski über

7. die Steigerung der heimischen Produktion durch die Hausfrauen beachtenswerte Bemerkungen gemacht. Nimmt man die Berechnung des deutschen Jahreseinkommens (vor dem Weltkriege) durch Helfferich als richtig an mit 42 Milliarden Mark, dann wurden hiervon jährlich etwa

---

liche Rücksichten kommen dabei in Betracht. Bedenken bezüglich des „Dienstjahres“ wurden von Virnich, Hommer in der „Köln. Volkszeitung“ (z. B. Nr. 388, 14. Mai 1916) erhoben. Vgl. auch Rosa Kempf, Das weibliche Dienstjahr, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XLI (1915) 422 ff.

<sup>1</sup> Vgl. Gnauck-Kühne, Weibliches Dienstjahr und Arbeiterschaft, in Deutsche Arbeit I (1916) 87 ff. In Belgien haben Landfrauenvereine für die berufliche Ausbildung der Frauen gewirkt durch Vorträge, Bibliotheken usw. Namentlich wurden hierbei auch die hygienischen Forderungen in bezug auf ländliche Wohnungen und Ställe betont.

27 Milliarden verzehrt; und zieht man die Haushaltsberechnungen in Betracht, so ergibt sich, daß etwa 16 Milliarden alljährlich durch die Hand der Frau gingen. Indem die Frau sich nicht lediglich als Verbraucherin, sondern als Verwalterin der Güter betrachtet, wird sie darum als ihre Aufgaben erkennen: 1. Richtige Verwendung der ihrer Familie verfügbaren Mittel durch sorgfältige Unterscheidung nach der Wichtigkeit, nach der zeitlichen Notwendigkeit und nach der preissteigernden Wirkung ihrer Einkäufe; 2. technisch gesteigerte Ausnutzung des Materials (des Nährwertes, des Heizwertes usw.) mittels richtiger Zusammensetzung und Anwendung von Speisen, Heizmaterial u. dgl.; gerade bei letzteren herrscht sinnlose Verschwendung; 3. weise Benutzung und Einteilung aller häuslichen Arbeitskräfte, sowohl der Familienglieder als des Gesindes.

Es wird Sache auch der Frauenorganisationen sein, durch sorgfältige Waren- und Produktionsprüfung zu unterscheiden, welche Dinge wir beim Güteraustausch mit dem Auslande aufgeben und welche wir festhalten wollen. Hierzu gehört auch ein sicheres Verständnis der beiderseitigen Arbeits- und Daseinsbedingungen von Produzenten und Konsumenten, von Land- und Stadtwirtschaft. Stark fällt ferner für die Volkswirtschaft ins Gewicht die sog. Nachnutzung, d. h. die planmäßige Bereitstellung der im Haushalt entstehenden Abfälle als zuverlässige Unterlage neuer Produktion. Die Frauenorganisationen müssen hinwirken auf Vereinfachung und Verbilligung, z. B. auch durch Beseitigung des Borgwesens, durch Einschränkung des Bargeldverkehrs usw.

Mag immer die einzelne Frau verschwinden, die Gesamtheit der Frauen hat das Heer der Männer und Kinder hinter sich, zusammen ein ganzes Volk. Die Frau übt darum mittelbar oder unmittelbar den größten Einfluß aus auf die Produktion, deren Richtung, deren Leistung, deren Steigerung<sup>1</sup>. Ohne Zweifel hängt die Gestaltung der Produktion letztlich in weitestem Umfange von den Konsumenten ab. Allein der Einfluß der Konsumenten auf die Produzenten ist doch heute, wie gesagt, nicht mehr so unmittelbar wie früher zur Zeit der Kundenproduktion. Es schieben sich gegenwärtig zwischen Produzenten und Konsumenten eine große Zahl von Zwischengliedern ein: Großhändler, Agenten, Großeinkäufer, Warenhausbesitzer, Abteilungschefs, Kleinverkäufer. Der Konsument pflegt heute aus dem, was ihm durch Reklame, Auslage, Marktvorrat bekannt wird, auszuwählen, was ihm zusagt. Direkte Beziehungen zum Produzenten hat er regelmäßig nicht. Sonst würde die Überwindung mancher Mißstände viel leichter werden. Immerhin wäre auch ein bloß mittelbarer Einfluß

---

<sup>1</sup> Auch für den Konsum hat die staatsbürgerliche Solidarität Geltung und Bedeutung. Die Konsumenten werden darum ihren Bedarf möglichst bei der heimischen Produktion, bei der Arbeit des eigenen Landes decken, weil und soweit die Blüte der vaterländischen Produktion, die Stärkung des inneren Marktes, das Gesamtinteresse des Volkes dies erfordert. Erinnert sei an die Bestrebungen der Vereinigungen für Förderung der Heimatkunst, für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur usw.



sachverständiger und kaufkräftiger Konsumenten, wenn er sich mit dem soliden Gewerbe verbindet, hierbei nicht zu unterschätzen

Noch einige beachtenswerte Bemerkungen J. B. Says<sup>1</sup> über die Konsumtion. Say nennt „verständige Konsumtionen“ solche, die auf das Wohl der Familien und der Völker günstigen Einfluß haben; das sind:

1. Diejenigen, durch welche wirkliche Bedürfnisse befriedigt werden. „Wirkliche“ Bedürfnisse aber sind solche, von deren Befriedigung Existenz, Gesundheit, Zufriedenheit der meisten Menschen abhängt, im Gegensatz zu denjenigen Bedürfnissen, die aus einer raffinierten Sinnlichkeit, aus der Einbildung und aus dem Eigensinne erwachsen. „Der Hochmut“, sagte Franklin, „ist ein Bettler, der ebenso laut schreit wie das Bedürfnis, aber unendlich viel unersättlicher ist.“ Auch die Staaten können sich zu höchst unverständigen Konsumtionen durch den Hochmut verleiten lassen, wenn man z. B. bei Errichtung öffentlicher Gebäude mehr auf Pracht wie auf Nutzbarkeit sieht.

2. Diejenigen Konsumtionen, welche einen häufigen Gebrauch und langsamen Verbrauch ermöglichen. Wo die Moden sehr veränderlich, da ist die Konsumtion unverständlich. Denn die Mode hat das leidige Privilegium, Dinge als verbraucht zu behandeln, bevor sie noch ihre Brauchbarkeit — ja oft bevor sie noch ihren Neuheitsglanz verloren haben; sie vervielfältigt die Konsumtionen und verurteilt das, was noch trefflich, bequem und niedlich ist, zur Nutzlosigkeit und zur Polsterkammer. So verkürzt die reißend wechselnde Mode die Gesellschaft um das, was sie konsumiert, und zugleich um das, was sie zu konsumieren verschmäh<sup>2</sup>.

3. Diejenigen Konsumtionen, welche vorzugsweise Produkte von bester Qualität zum Gegenstande haben. Bei allen Arten der Fabrikation gibt es gewisse Dienste, die gleich stark bezahlt werden müssen, mag die Qualität des Produktes eine gute oder eine schlechte sein. Wer aber eine schlechte Qualität kauft, wird den Gegenstand schneller konsumieren und viel eher genötigt sein, von neuem Waren zu kaufen und darum von neuem auch jene Arbeiten zu bezahlen, die für Herstellung der Ware nötig sind. So geschieht es, daß er bei mehrfach wiederholtem Ankauf vielleicht mehr Auslagen hat, als wenn er sofort eine gute Qualität gekauft hätte, die viel langsamer konsumiert worden wäre. Zu dieser verständigen Konsumtion wird ein Volk nicht gelangen können, wenn die große Masse der Nation in so großem Elende schmachtet, daß sie fortwährend gezwungen ist, jedesmal um einen möglichst wohlfeilen Preis einzukaufen, wenn auch diese Einkäufe, alle zusammengerechnet, die teuersten sind.

4. Die gemeinsamen Konsumtionen, wo dieselben möglich oder durch besondere Verhältnisse gefordert sind, so in der Familie, in größeren Kommunitäten, Klöstern, Waisenanstalten und dergleichen. Auch die Massenspeisungen der Kriegszeit haben auf die Vorteile insbesondere von Speisegemeinschaften aufmerksam gemacht; sogar die Einführung eines Einküchensystems für ganze Häuser, Straßen, Bezirke — allerdings mit freier Beteiligung — ist zum Teil mit Lebhaftigkeit als wünschenswerter Fortschritt gepriesen worden.

<sup>1</sup> Ausführliche Darstellung der Nationalökonomie. Übersetzt von Morstadt III (1830), Buch 3, Kap. 4, S. 24 ff.

<sup>2</sup> Ebd. 26.

5. Diejenigen, welche die gesunde Moral billigen kann. „Denn solche, die ihr Hohn sprechen, gereichen in der Regel zuletzt den Nationen wie dem Privatmanne zum Verderben.“<sup>1</sup>

8. Veredelung der Lebenshaltung, Teilnahme der Massen an dem höheren geistigen Leben ihres Volkes. Wenn man von der Verbesserung der materiellen Lebenshaltung eines Volkes spricht, dann wendet sich, wie gesagt, der Blick in besonderer Weise den unteren Schichten der Bevölkerung zu. Wir wünschen Hebung der Kaufkraft unserer Arbeiterschaft, nicht um die Arbeiter entehrender Genußsucht in die Arme zu treiben, sondern wirkliche materielle und geistige Hebung zugleich. Nur so kann dem Arbeiter in etwa Ersatz geboten werden für den Verlust an Lebensfreude, nachdem die Arbeit vielfach bloßer Broterwerb geworden, der seelische Zusammenhang zwischen Arbeiter und Werk oft stark gelockert ist.

Unsere Zeit suchte diesem Bedürfnis schon entgegenzukommen durch Ausdehnung und Erhöhung der allgemeinen Bildung, durch leichtere Zugänglichkeit des gesamten Kulturbesitzes, Popularisierung der Wissenschaft usw., auch durch Film und Kinotheater<sup>2</sup>. Das alles kann wahren Fortschritt dienen, solange bei geistigen und künstlerischen Darbietungen ideale, wirklich gute und nützliche Qualitätsleistungen gefordert und geboten werden.

„Die geistige Schulung und die wissenschaftlichen Fortschritte von Jahrhunderten“, sagt Karl Helfferich<sup>3</sup>, „haben das Rüstzeug geschaffen, dem die wirtschaftliche Arbeit der letzten Jahrzehnte ihre Erfolge verdankt; und wiederum ist es das Ergebnis unserer wirtschaftlichen Arbeit, nämlich die Mehrung des Volkswohlstandes, das den großen Massen unseres Volkes erst die Möglichkeit gibt, der Errungenschaft und Segnungen der geistigen und künstlerischen Kultur teilhaftig zu werden. Wo die breiten Schichten des Volkes den ganzen Lebensinhalt in der harten Sorge um das tägliche Brot aufzehren, da bleibt auch die feinste Blüte von Wissenschaft und Kunst auf einen engen Kreis weniger Ausgewählter beschränkt. Nur wenn die wirtschaftliche Arbeit auch der großen Masse reichhaltigen Ertrag liefert, wenn die Fristung des bloßen Daseins nicht die ganze Kraft der handarbeitenden Klassen in Anspruch nimmt, vermag die Kultur zum Gemeingut zu werden. Und Gemeingut zu werden ist der letzte und höchste Zweck jeden kulturellen Fortschritts. Nur aus dieser Verkettung läßt sich der volle Wert der wirtschaftlichen Entwicklung erfassen. Es ist gewiß nicht wenig, wenn die Vervollkommenung der technischen Hilfsmittel und die Verbesserung der Organisation der wirtschaftlichen Arbeit Millionen aus dem materiellen Elend zu einer auskömmlichen und menschenwürdigen Lebensweise emporheben. Aber es ist noch unendlich viel mehr, wenn die also gesteigerte Ergiebigkeit der wirtschaftlichen Arbeit Millionen und aber Millionen den Zugang zu den höchsten Gütern des Lebens erschließt.“

<sup>1</sup> Ebd. 29.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. auch Dunin-Borkowski über „Den Bildungswert des Grammophons“. Nicht Lärm, sondern Kunst, in Stimmen der Zeit LV1 (1916) 128 ff.

<sup>3</sup> Deutschlands Volkswohlstand. 1888—1913<sup>3</sup> (1914) 8.

Bei all diesem muß aber wiederum der bloße Schein geistiger Hebung vermieden werden. Wirkliche Hebung ist anzustreben, eine Teilnahme der Massen an wahren geistigen Gütern, die sie nicht der höchsten Güter, der Religion und Sittlichkeit, berauben. Die Teilnahme aller an geistigen Strömungen wird zur Gefahr für ein Volk, wenn dabei die Entarteten Führer und Verführer der Massen sind, wenn sie den Geschmack des Volkes erniedrigen und verderben, sein Urteil irreführen.

### § 3.

#### **Staat und Gemeinde in ihrem Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung.**

Wir haben im dritten Bande dieses Lehrbuches die hervorragende Stellung besprochen, die Staat und Gemeinde unter den Faktoren des volkswirtschaftlichen Lebensprozesses einnehmen<sup>1</sup>. Ausführlich war dort schon von den Grundsätzen die Rede, welche die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik im allgemeinen beherrschen müssen, wie Staat und Gemeinde für technischen Fortschritt und die volkswirtschaftliche Entwicklung, das Wohl der im Wirtschaftsprozesse tätigen Personen und Stände einzutreten, den mittleren und unteren Schichten, ebenso ihren Beamten und Arbeitern eine besondere Sorgfalt durch Schutz und Hilfe zuzuwenden haben usw. Es wurden ferner die Prinzipien dargelegt, die für die unmittelbare Beteiligung des Staates und der Gemeinden am Wirtschaftsleben, für staatliche und gemeindliche Wurzelbildungen maßgebend sind. Wir handelten dabei auch von den sog. „gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen“<sup>2</sup>, dem Zusammenwirken von Staats-, Gemeinde- und Privatkapital, wodurch die Gefahren des reinen Regiebetriebes vermieden werden, der Betrieb gewinnbringend nach kaufmännischen Grundsätzen geführt, zugleich der wohlthätigen Kontrolle durch die öffentlichen Gewalten unterworfen wird. Sombart hat solche gemischt-wirtschaftlichen Institutionen als Kreuzung kapitalistischen Unternehmertums mit altpreußischer Korrektheit bezeichnet, ein von einem geschickten Reiter gebändigtes Vollblutpferd genannt. Wir boten ferner eine Übersicht über die ordnende und pflegende Tätigkeit des Staates in Wohlfahrtsfragen<sup>3</sup> und haben ebenso die diesbezüglichen Aufgaben der Gemeinden behandelt<sup>4</sup> usw.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 6, § 1, S. 823 ff.; § 2, S. 890 ff.

<sup>2</sup> Ebd. 856 f. 920 f.      <sup>3</sup> Ebd. 857 ff.

<sup>4</sup> Ebd. 896 ff. Es wurde ebd. 906 f. als Aufgabe der Gemeinden bezeichnet, öffentliche, unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten. Nicht überall ist dieser Aufgabe genügt worden, so daß in der Kriegszeit (Juni 1916) der deutsche Bundesrat, gestützt auf das Ermächtigungsgesetz, eine Verordnung erließ, derzufolge die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bezeichneten Behörden, Gemeinden oder Gemeindeverbände verpflichten können, öffentliche, unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen sowie zu den Kosten solcher von andern Gemeinden oder



Nachdem auf solche Weise der staatliche und gemeindliche Apparat in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung übersichtlich gekennzeichnet, seine Aufgaben im Umriß nachgewiesen wurden, wendet sich nunmehr hier unsere Aufmerksamkeit speziell dem sachlichen Inhalte der staatlichen und gemeindlichen Leistungen für den Zweck der nationalen Bedarfsdeckung zu. Erneut sei dabei hervorgehoben, daß die Fragen der Deckung des eigenen Bedarfs von Staat und Gemeinde der Finanzwissenschaft vorbehalten bleiben.

Für die Deckung des Volksbedarfs kommen die öffentlich-rechtlichen Körperschaften staatlicher und kommunaler Art nach doppelter Hinsicht in Betracht: einmal insofern sie unmittelbar durch Darbietung sachlicher Leistungen bei der nationalen Bedarfsversorgung mitwirken; sodann sofern es sich um ihre mittelbare Einwirkung durch Förderung, Kontrolle, Regulierung der privatwirtschaftlichen Darbietungen im Verkehrsleben handelt.

In unserer bisher auf Privateigentum an den Produktionsmitteln begründeten Gesellschaft wird der Staatswille weit mehr als ein die Ordnung im wirtschaftlichen Leben ergänzend vollziehendes, die Wirksamkeit der privaten Wirtschaften im Hinblick auf die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe förderndes denn als ein das wirtschaftliche Leben und die Bedarfsversorgung des Volkes unmittelbar selbst vollziehendes Prinzip zur Geltung kommen. Gleichwohl spielten doch schon bisher staatliche und gemeindliche Unternehmungen eine beträchtliche Rolle in dem volkswirtschaftlichen Prozesse.

1. Die eigenen Leistungen bisheriger staatlicher und gemeindlicher Unternehmungen<sup>1</sup> für den Verkehr, die Produktion von Diensten, die Erzeugung oder Darbietung von Waren und Nutzungen sollten quantitativ und qualitativ, in ihrem Vollzug, in der Form der Darbietung wie durch die Eigenschaften und die Preiswürdigkeit ihrer Produkte und Dienste Musterleistungen sein. Namentlich für den Verkehr galt bisher die Forderung, daß dabei im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt sogar das Prinzip der höchsten Billigkeit Anwendung finde, das sog. Kostendeckungsprinzip, soweit nicht besondere, namentlich finanzielle Gründe die Anwendung des privatwirtschaftlichen Erwerbsprinzips erforderten<sup>2</sup>. Aber auch dann sollten, um der öffentlichen Wohlfahrt willen, volkswirtschaftliche Interessen wenigstens auf die Dauer nicht rücksichtslos dem finanzpolitischen Gesichtspunkte geopfert werden.

Staatliche und gemeindliche Betriebe werden dauernde Erfolge nur aufweisen, wenn in ihnen der Fachmann zu gebührender Geltung kommt. Ist das genügend beobachtet worden?

---

Gemeindeverbänden errichteten Arbeitsnachweise beizutragen. Über die weitere, noch nicht abgeschlossene Entwicklung wird die Neuauflage des dritten Bandes berichten müssen.

<sup>1</sup> Ebd. 842 ff. 914 ff.

<sup>2</sup> Vgl. ebd. 844 854 A. 924 f.

Die Beteiligung des Staates und der Gemeinden am Wirtschaftsleben kann natürlich für eine objektive, neutrale, wirtschaftspolitisch und volkswirtschaftlich richtige Führung desselben zur Gefahr werden. Um nur eins zu erwähnen: Als Industrieller, Bergwerk-, Waldbesitzer z. B. ist der Staat eben Mitinteressent an der Hochhaltung der Preise. Was aber von den Privatwirtschaften gefordert wird, daß sie nämlich den eigenen Ertrag nicht auf Kosten der volkswirtschaftlichen Aufgabe steigern dürfen, das sollte um so mehr von staatlichen und kommunalen Betrieben gelten.

Diese Rücksicht auf das Gesamtwohl wird Staat und Gemeinde auch u. a. zweckmäßig veranlassen, einen größeren Teil ihrer Kulturarbeiten, wie Bauten usw., sowie die Kapitalbeschaffung hierfür in die Zeiten der wirtschaftlichen Krisen zu verlegen, soweit diese einigermaßen vorauszusehen sind. Eine solche, den volkswirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragende Geschäftspolitik, wie z. B. Forcierung der Materialvermehrung der Eisenbahnen usw. in der Krisenzeit, kann nicht nur größere Arbeitslosigkeit usw. fernhalten, sie wird auch den öffentlichen Betrieben selbst Geld und Materialien zu günstigeren Bedingungen und Arbeitskräfte mit allseitigem Nutzen reichlicher zur Verfügung stellen.

Im Submissionswesen<sup>1</sup> werden Staat und Kommune gute, pünktliche, preiswürdige Leistungen fordern müssen; aber sie dürfen die Notlage der Arbeitssuchenden nicht ausnutzen, die Konkurrenz derselben nicht mißbrauchen, die Arbeiten nicht unter deren Wert vergeben. Das Prinzip der Wiedervergeltung nach Werten haben vor allem Staat und Gemeinde selbst zu beobachten, wenn sie die Leistungen der Privatwirtschaft für die Befriedigung ihres eigenen Sachbedarfs in Anspruch nehmen.

**2. Sozialisierung im neuen Deutschland<sup>2</sup>.** Die für die Vergesellschaftung geeigneten privaten wirtschaftlichen Unternehmungen sind in Gemeineigentum nach Maßgabe eines jeweils zu erlassenden Reichsgesetzes überzuführen (Art. 156, Abs. 1 der Reichsverfassung). Außer dem „Mantelgesetz“ (März 1919), das in die Reichsverfassung eingegangen ist, werden als „Sozialisierungsgesetze“ bezeichnet: das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft (1912. Zusammenschluß der Syndikate und

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 6, § 2, S. 851 f. 868 910.

<sup>2</sup> In der Zeit der Revolution (1918) wurde von Arbeiter- und Soldatenräten die „Sozialisierung“ in nahe und sichere Aussicht gestellt. Zur praktischen Durchführung einer solchen kam es aber nicht. Neben der Regierung bildete sich dann in Berlin eine „Sozialisierungskommission“ zu dem Zwecke: „jene Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet seien, die Überführung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft zu bewirken.“ Die Kommission machte insbesondere Vorschläge zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues, der Hochseefischerei, sodann bezüglich der Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. Schon 1919 löste sich indes die Sozialisierungskommission auf, da ihre Vorschläge und Entwürfe bei den amtlichen Stellen keine Beachtung fanden. In Sachsen sprach man wiederum zeitweilig von einer „Vollsozialisierung“ (Kranold-Neurath-Schumannsches Projekt), die auch in Bayern während der beiden Räteregierungen in Aussicht genommen wurde. Verwirklichung aber fand auch diese „Vollsozialisierung“ nicht. Erwähnt seien kurz mißglückte sog. „wilde“ Sozialisierungen, namentlich der Versuch einer Sozialisierung der Essener Werke durch die Arbeiter.

des Fiskus zum Reichskohlenverband. Der „Reichskohlenrat“ leitet die Brennstoffwirtschaft unter Oberaufsicht des Reichs); sodann das Gesetz über die Regelung der Kaliwirtschaft (1919. Kalisyndikat. Der Reichskalirat leitet die Kaliwirtschaft unter Oberaufsicht des Reichs); das Gesetz betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft (1919. Das Reich ist befugt, das Eigentum oder das Recht der Ausnutzung von Anlagen mit Fortleitung von 50000 Volt Spannung und mehr, sowie solche mit installierter Maschinenleistung von 5000 Kilowatt gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen). Die Verordnung (1919) zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland. (Die Landleieferungen seitens des Großgrundbesitzes sollten an von den Bundesstaaten zu begründende „gemeinnützige Siedelungsunternehmungen“ geschehen.) Sodann ferner die Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat (1920) und die Verordnungen über Regelung der Eisen-, Zement-, Teer-, Schwefelsäurewirtschaft usw. (1920)<sup>1</sup>.

Als Richtlinien für eine Überführung privater Unternehmungen in Gemeineigentum wurden folgende angeführt: Befragung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in Betracht kommenden Unternehmungen vor der Vergesellschaftung; Entschädigung der Vorbesitzer nach dem tatsächlichen Werte ihres bisherigen Eigentums (Eintragung der Entschädigungssumme als Grundsuld auf das Unternehmen, mäßige Verzinsung und spätere Tilgung desselben); Arbeiter und Angestellte bleiben im freien Arbeitsvertrage, werden nicht Beamte; die vergesellschafteten Unternehmungen sind nach kaufmännischen Grundsätzen zu bewirtschaften, behalten auch im Rahmen des Gesamtplanes weitgehende Selbständigkeit; ein Teil des Reingewinnes entfällt auf Arbeiter und Angestellte als Jahres-Sondervergütung, einen andern Teil erhält das Reich, namentlich zum weiteren Ausbau der Unternehmungen, der Rest wird verwendet für Verzinsung und Tilgung der Entschädigungssumme.

In Deutsch-Österreich setzte die Nationalversammlung eine „Staatskommission für Sozialisierung“ ein. Diese Kommission legte der Nationalversammlung vier Gesetzentwürfe vor: einen betreffend die Errichtung von Betriebsräten, einen andern über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben, sodann ein Gesetz über die Organisation gemeinwirtschaftlicher Betriebe, schließlich ein Ermächtigungsgesetz zur Sozialisierung gewisser Betriebe und Wirtschaftszweige durch die Gemeinden. Die angestrebte Sozialisierung des Kohlenbergbaues, des wichtigsten Teiles der Großeisenindustrie, der Elektrizitätswirtschaft begegnete unübersteigbaren Hindernissen. Das einzige, was zustande kam, war die Überführung einiger staatlicher, während des Krieges von der Heeresverwaltung begründeter Betriebe in die Form von „gemeinwirtschaftlichen Anstalten“ („Vereinigte Schuh- und Lederfabriken“, „Deutsch-Österreichische Heilmittelstelle“). Die Nationalversammlung beschloß dann noch ein „Wiederbesiedlungsgesetz“: der Boden, der seit 1870 von Bauernwirtschaften an den Großgrundbesitz gekommen war, sollte enteignet werden können, und zwar entweder zugunsten einzelner Bauern oder Häusler, oder des Staates, oder von Ländern, Gemeinden, Agrargemeinschaften, landwirtschaftlichen Genossenschaften und Siedlungsgenossenschaften. Über Österreich vgl. Otto Bauer, Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahre der Republik (1919).



Eine „Vollsozialisierung“ im Sinne des marxistischen Sozialismus und des Erfurter Programms, also die Überführung des gesamten Eigentums an den Produktionsmitteln in Gemeineigentum ist heute, wie einsichtsvolle Sozialisten bekennen, unmöglich. Aber auch die „Vollsozialisierung“ des einzelnen Produktionsgebietes und der einzelnen Wirtschaft, mit Ausschluß der privaten Unternehmerschaft, z. B. die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft, begegnet einer Fülle von praktischen Problemen und Schwierigkeiten. Sehr richtig hat einmal der „Vorwärts“ bemerkt<sup>1</sup>: „Die Sozialisierungsgesetze lassen sich nicht von heute auf morgen schaffen. Die gesetzgeberische Regelung einer solchen Materie stößt auf große Schwierigkeiten; denn je tiefer man in die Bearbeitung hineinsteigt, um so mehr Einzelfragen tauchen auf, die geklärt und beantwortet werden wollen.“ Dazu kommen Schwierigkeiten aus der gegenwärtigen Lage Deutschlands<sup>2</sup>.

Es ist schon ein großer Fortschritt, daß die Artikel der neuen Verfassung über Eigentum (Art. 151 153 155) und Arbeit (Art. 157 163) mit dem absoluten und absolutistischen Eigentumsbegriff der liberal-kapitalistischen Epoche aufgeräumt haben, daß die Verwaltung der Produktionsmittel und Naturgüter nicht völlig der Willkür ihrer jeweiligen Eigentümer überlassen bleibt, daß auch das Privateigentum dem Ganzen zu dienen, insbesondere dem Arbeitswilligen die Gelegenheit zu bieten hat, durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu gewinnen — alles Forderungen, wie sie von der christlichen Soziallehre stets vertreten wurden.

• Niemand hat ferner so klar das Verkehrte einer willkürlichen Eigentumsherrschaft und jener „Anarchie“ der rein privatwirtschaftlichen Produktion erkannt wie Karl Marx. Es bleibt aber doch zu beachten, daß die geschichtsphilosophische Auffassung der marxistischen Lehre die sozialistische Gesellschaftsordnung als „letzte, naturnotwendige Konsequenz der Konzentration der Produktion erscheinen läßt, anders ausgedrückt, daß die Sozialisierung nur dort Platz greifen könne, wo die

<sup>1</sup> Nr. 132 vom 13. März 1919; Nr. 134 vom 14. März 1919. — Vgl. auch die beiden Broschüren von Max Cohen, Sozialismus und Kohlensozialisierung (1921); Erwin Barth, Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus (1921).

<sup>2</sup> „So ist die Sozialisierungsarbeit im Deutschen Reiche und in Deutsch-Österreich“, sagt Ammon (Hauptprobleme der Sozialisierung [1920] 97 ff.), „im wesentlichen bei einigen großen formalen Gesetzgebungsversuchen und einigen kleinen sachlichen Sozialisierungsversuchen derzeit (1920) stehengeblieben . . . dies ist nicht zu verwundern. Es sind heute eben zu einer großen Sozialisierungsaktion weder die allgemeinen notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen noch die politischen Bedingungen gegeben. Es ist lediglich der Gedanke der Sozialisierung, der im gesellschaftlichen Leben Wirksamkeit erlangt hat und auf die künftige Gestaltung des Wirtschaftslebens jedenfalls einen gewissen Einfluß ausüben wird. Wichtig hierfür ist insbesondere, daß auch in den industriell durch den Krieg nicht zurückgeworfenen Staaten, in England, Frankreich, Italien und Amerika der Sozialisierungsgedanke Wurzel geschlagen hat. Es kann heute noch nicht beurteilt werden, mit welcher Stärke er dort das Wirtschaftsleben beeinflussen wird, aber sicher ist, daß er an ihm nicht spurlos vorübergehen wird.“

kapitalistische Produktion schon einen gewissen Höhepunkt der Konzentration erreicht hat“ (Hitze). Dementsprechend sprechen heute auch die gemäßigten Freunde der Sozialisierung (Mehrheitssozialisten) bloß von „für die Sozialisierung reifen Betrieben“. Sie geben zu, daß manche, ja viele Betriebe noch nicht für die Sozialisierung „reif“ seien. Und wenn man der Sozialisierung der „reifen“ Betriebe praktisch nähertrat, dann ergab sich jedesmal die weitere Frage, ob solche Betriebe für die Sozialisierung überhaupt „geeignet“ seien, ob die Ausschaltung der privaten Unternehmer dem Interesse der Gemeinschaft entspreche. Dazu kommt noch etwas anderes. Die ganze marxistische Theorie vom Wert und Mehrwert, die ökonomische Geschichtsauffassung, die Lehre vom naturnotwendigen Klassenkampf ist ins Wanken gekommen. Mit der Verteilung des „Mehrwertes“ (des Unternehmergewinnes) an die Arbeiter würde auch nicht besonders viel erreicht werden<sup>1</sup>. Die materialistische Geschichtsauffassung galt schon seit längerer Zeit vielen Sozialisten bloß als „heuristisches Prinzip“. So erblickt auch wieder K. Vorländer in dem „historischen Materialismus“ kein „feststehendes starres Dogma“, sondern nur einen „fruchtbaren Gesichtspunkt“, eine „Untersuchungsmethode, die neues Licht über die sozialgeschichtliche Entwicklung zu verbreiten, Ordnung in die Unordnung der historischen Tatsachen zu bringen geeignet ist“. Auch erkennt Vorländer eine Rückwirkung der sog. „ideologischen“ Faktoren, des ganzen politisch-rechtlichen, philosophisch-religiösen „Überbaues“ auf die rein ökonomischen Verhältnisse an, so zwar, daß „zwischen Unter- und Überbau eine ständige, mit Steigerung der Kultur immer mehr wachsende und sich komplizierende Wechselwirkung entstehe“. Damit ist der historische Materialismus als solcher preisgegeben und zugleich die Lehre vom naturnotwendigen Klassenkampf, die ja ihre Begründung eben in der ökonomischen Geschichtsauffassung des Marxismus gefunden hatte<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> So wurde berechnet, daß bei 66 Aktiengesellschaften mit 2,5 Milliarden Mark Aktienkapital und 10% Dividende bei Verteilung der ganzen Dividende auf die beschäftigten Personen im Durchschnitt pro Jahr auf den Kopf 270 M gekommen wären (Deutsche Industrie Nr. 9, 26. November 1920, 767).

<sup>2</sup> Das Programm der Sozialdemokratie. Beiträge für seine Erneuerung (1920) 10 ff. Dieses im Verlag des „Vorwärts“ veröffentlichte Buch enthält 26 Gutachten der hervorragendsten Köpfe der sozialistischen Partei. Man sieht hier, wie die marxistische Doktrin als Hemmnis empfunden wird, und darf dem ehrlichen Streben, neue wissenschaftliche Grundlagen zu finden, die Anerkennung nicht versagen. „Der Marxismus ist tot, so tot, wie es überhaupt nur denkbar ist“, sagt A. Stegerwald. „Seine Apostel selbst haben ihn aufgegeben. Fragt Lenin und Krassin in Rußland, fragt die unter Hunger, Arbeitszwang und Knute jammernden Arbeiter in den bolschewistischen Arbeiterarmeen und Konzentrationslagern. Seht nach Deutschland, ob ihr noch einen Führer der Mehrheitssozialisten oder sogar der Unabhängigen findet, der noch mit seinem innersten Herzen am Marxismus hängt“ (Köln. Volkszeitung Nr. 366, 1920). Eine Zusammenstellung sozialistischer Aussprüche bei Joseph Kral, Der christliche Sozialismus (1920) 55 ff. Als Gegner der materialistischen Geschichtsauffassung aus neuester Zeit sind zu nennen Johann Plenge in seinen verschiedenen Schriften: Marx und Hegel (1911), „1789 und 1914“ (1916),

Vielleicht wird ein weiterer Fortschritt dazu führen, daß auch speziell in der Sozialisierungsfrage für alle Verständigen nicht mehr das angebliche „eherne Muß der Geschichte“, sondern Erkenntnis, Überlegung, praktische Vernunft zu entscheiden haben.

Die aktuelle Bedeutung der Sozialisierungsfrage dürfte indes ein näheres Eingehen auf dieselbe als notwendig erscheinen lassen.

**3. Der Begriff der „Sozialisierung“.** Sozialisierung bedeutet dem Wortsinne nach „Vergesellschaftung“. Das solidaristische System (Verbindung von Individual- und Sozialprinzip) fordert die Vergesellschaftung der Menschen: im Verhältnis der Individuen und Völker zueinander, im Verhältnis der Staatsbürger zur staatlichen Gemeinschaft, der Berufsgenossen zum organisierten Stande. Volle Durchführung des Gemeinschaftsgedankens, das ist Sozialisierung in unserem Sinne. Im Hinblick auf das Wirtschaftsleben soll der Einzelmensch, unter Wahrung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, als soziales Individuum erfaßt werden im Verhältnis zum Mitmenschen, zum Beruf und zum Staate. Zugleich entspricht es dem unverkennbaren Zug der Zeit, wenn das solidaristische System für die soziale Milderung und Umgestaltung bisher rein herrschaftlicher, auf Macht und Besitz beruhender Verhältnisse in mehr genossenschaftliche, d. h. von der Idee der Arbeits- und Berufsgemeinschaft beherrschte eintritt. Dem Individuum wird in dieser neuen Wirtschaftsverfassung ausreichende, aber nicht die ungebundene Freiheit gelassen, wie sie die freiwirtschaftliche Epoche charakterisiert. Sollen die Interessen der Gesellschaft mehr zur Geltung kommen, so bedarf es gewisser Eingriffe öffentlicher Gewalten in das wirtschaftliche Leben mit Voranstellung des Sozialwillens gegenüber dem Einzelwillen, des Sozialinteresses gegenüber dem Einzelinteresse. Diese Eingriffe können sich auf

---

Die Revolutionierung der Revolutionäre (1917), Zur Vertiefung des Sozialismus (1919) Von katholischer Seite insbesondere Theodor Steinbüchel, Max Scheler (Vom Umsturz der Werte [1918], Krieg und Aufbau [1916], Der Formalismus in der Ethik und die materielle Wertethik [1916], Prophetischer oder Marxistischer Sozialismus? Hochland, Oktoberheft 1919 usw.). — Der ökonomische Materialismus kennt keine sittlichen Werturteile, höhlt jedes sittliche „Sollen“ aus. So versteht man, wie manche Sozialisten eine Anlehnung an Kants „kategorischen Imperativ“ suchten: Marx müsse durch Kant ergänzt werden. So die Neomarxisten der Wiener Schule: Max Adler, Otto Bauer, Karl Renner, die russischen Marxisten Tugan-Baranowski, Peter Lawrow, Alfred Poggi in Italien, auch in entfernterer Anlehnung an Kant Jean Jaurès und Rappoport. Besondere Erwähnung verdienen die Philosophen der Marburger Kantsehule: Cohen, Natorp, Stammler, Staudinger, Vorländer. (Vgl. Theodor Steinbüchel, Zur Ethik des modernen Sozialismus, in Deutsche Arbeit IV [1919] 481 ff.; Der Sozialismus als sittliche Idee [1921]). — Wilh. Hohoff (Die Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik [1908]) ist kein Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung. Er sieht in ihr bloß eine Forschungsmethode, deren Einseitigkeit er gewiß nicht verkennt. Vgl. auch die von Heinrich Leonhard unter dem Titel „Die wissenschaftliche und kulturhistorische Bedeutung der Karl Marxschen Lehren“ herausgegebenen Aufsätze Hohoffs (1921). Vgl. im übrigen Franz Landmesser, Zur Frage des „Christlichen Sozialismus“, in Soziale Revue Heft 6, 15. März 1921, 161 ff.



Kontrolle und Regelung beschränken. Sie können aber auch über verschiedene Zwischenstufen hinaus bis zur Ablösung von Privatbetrieben durch öffentliche Betriebe gehen, d. h. bis zu einer „Sozialisierung“ im engeren Sinne.

In der Theorie des sog. „wissenschaftlichen Sozialismus“ andererseits bedeutet „Vergesellschaftung“ zunächst die naturnotwendige Entwicklung aus einem Zustande, in welchem die Produktionsmittel individuell benutzt wurden (wie die Werkzeuge des alten Handwerks), in einen Zustand, in welchem sie nur „gesellschaftlich“, d. i. in Verbindung und unter Mitarbeit vieler Menschen benutzt werden können. Der evolutionäre Weg der weiteren sozialisierenden Entwicklung würde nun wohl über die Produktivgenossenschaft (Lassalle) geführt haben. Das wäre aber ein weiter und dornenreicher Weg gewesen. Marx zog darum den revolutionären Weg der proletarischen Diktatur, bei hinreichend fortgeschrittener „Vergesellschaftung“ im obigen Sinne, vor. Die Expropriateure sollen durch das siegreiche Proletariat expropriert werden. Die „Sozialisierung“ im kommunistischen Sinne des Sozialismus ist zwar Folge der naturnotwendigen Entwicklung fortschreitender „Vergesellschaftung“ der Produktion, zugleich aber bewußte und gewollte Umgestaltung der bisherigen Rechtsordnung.

Zum Wesen dieser Sozialisierung gehören<sup>1</sup>: 1. die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; 2. die Verwaltung der Produktionsmittel und die Leitung der Produktion durch gesellschaftliche Organe und im gesellschaftlichen Interesse; 3. die Verteilung des Produktionsertrages durch die Gesellschaft.

Der Begriff der Sozialisierung wird zuweilen verwechselt mit dem Begriff der „Syndikalisierung“. Die Syndikalisierung hebt aber nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf, macht nur statt des bisherigen Eigentümers (des Unternehmers) die Arbeiter, welche die Produktionsmittel des Betriebes technisch beherrschen, zu deren Eigentümer. Der Syndikalisierung fehlen sonach alle wesentlichen Elemente einer Sozialisierung sowohl im solidaristischen wie sozialistischen Sinne.

Der Begriff der „Vergesellschaftung“ ist weiter als der Begriff der „Verstaatlichung“. Der Staat ist eben nicht das einzige gesellschaftliche Organ, das für die Übernahme und Verwaltung der Produktionsmittel in Frage kommen kann. Gleichwohl bleibt die Verstaatlichung wenigstens eine bestimmte Form der Sozialisierung. Überdies sind in dem Begriffe der Verstaatlichung die beiden ersten Merkmale der „Sozialisierung“ enthalten, die auch zur „Sozialisierung“ im marxistischen Sinne gehören: 1. Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und 2. Verwaltung der Produktionsmittel durch gesellschaftliche Organe. Es mag vorkommen, daß die staatliche Verwaltung der Produktionsmittel mehr im Interesse herrschender Parteien als im gesellschaftlichen Interesse sich vollzieht. Allein das gehört nicht zum Begriff der Verstaatlichung. Das dritte Merk-

<sup>1</sup> Alfred Ammon, Die Hauptprobleme der Sozialisierung (Wissenschaft und Bildung. 159) (1920) 6 ff.

mal aber, das zum Wesen der Sozialisierung im sozialistischen Sinne gerechnet wird: nämlich die Verteilung des Produktionsertrages durch die „Gesellschaft“, fehlt bei der Verstaatlichung. An dieser Stelle genügt es uns indes, daß Verstaatlichung und Sozialisierung im sozialistischen Sinne in den beiden ersten Elementen zusammentreffen<sup>1</sup>. Wir werden sie im folgenden unter diesen beiden Gesichtspunkten vom solidaristischen Standpunkte aus einer Prüfung unterziehen<sup>2</sup>.

Wir hatten in Deutschland vor dem Weltkriege monopolistische Staatsbetriebe im Postwesen, dem Telegraphen- und Fernsprechverkehr. Das Eisenbahnwesen ferner war fast ganz dem Staate überantwortet. Außerdem gab es einen zwar nicht monopolistischen, doch umfangreichen Staatsbesitz auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft. Die staatlichen Domänen wurden zumeist verpachtet. Der Staat fand dabei größeren Vorteil als bei eigener Regie. In der Forstwirtschaft erwies sich dagegen der Staatsbetrieb, in wirtschaftstechnischer Beziehung, dem Privatbetrieb überlegen. Wir hatten sodann einen nicht unbedeutenden staatlichen Bergbau. Man denke ferner an vereinzelt auftretende Staatsbetriebe in Musteranstalten, an dem Militärbedarf dienenden industriellen Betrieben usw., an die Kgl. Porzellanmanufaktur in Berlin, an das Münchener Hofbräuhaus u. dgl. Erinnerung sei anderseits an die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, die elektrischen Straßenbahnen, die städtischen Badeanstalten usw. Von alters her gab es auch einen ausgedehnten gemeindlichen Forstbetrieb.

Im großen und ganzen war man in Deutschland zufrieden mit den Leistungen dieser öffentlichen Betriebe. Wo es nicht auf individuelle Initiative, auf rasche Einzelentscheidung, auf individuelle Anpassung ankam, wo die Arbeit mehr schematisch, bureaumäßig durchgeführt bzw. geleitet werden konnte, da schien der öffentliche Betrieb sogar leistungsfähiger zu sein als der Privatbetrieb.

**4. Grenzen der Sozialisierung.** Nach Sombart ist die Rationalität der Betriebsform das treffendste Kennzeichen für den modernen Betrieb. Und Richard Passow nennt unsere Wirtschaftsepoche das Zeitalter der großen Unternehmung. Wenn nun in gewissen Großbetrieben die stärkere Konzentration wirklich technisch rationell ist, wenn die Unter-

<sup>1</sup> Das kommunistische Manifest und Engels (Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft) lassen die Verstaatlichung als nächstliegende Form der Sozialisierung erscheinen. Leopold v. Wiese bezeichnet den Staatssozialismus als Hauptform eines „rein formalen Sozialismus“. „Formalen“ Sozialismus nennt er im Gegensatz zum Individualismus ein Bestreben auf mehr oder weniger vollständige Vergesellschaftung. „Materieller“ Sozialismus ist nach v. Wiese eine Änderung der Gesellschafts- und speziell der Wirtschaftsordnung zugunsten der relativ besitzlosen Bevölkerungsschichten, in der Hauptsache eine Arbeiterbewegung. Franz Eulenburg faßt unter dem Begriff „Sozialisierung“ alle Maßnahmen zusammen, die das Wirtschaftsleben dem Ziele einer sozialistischen Ordnung näher führen können. Demnach zieht er in diesen Begriff auch das System der Betriebsräte ein, jede Verstaatlichung, auch jede Beteiligung der Gesamtheit am Wirtschaftsleben: gemischt-wirtschaftliche Betriebe (Staatskapitalismus), schließlich jede planmäßige Leitung der Volkswirtschaft durch Änderung der Wirtschaftsverfassung (Planwirtschaft). Vgl. die Referate v. Wieses und Eulenburgs über „die Probleme der Sozialisierung“ bzw. über „Arten und Stufen der Sozialisierung“ auf der Regensburger Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik.

<sup>2</sup> Zum Ganzen vgl. Paul Beusch, Staatsbetrieb oder Privatbetrieb (1919).

nehmung ferner über die individuelle Leitung hinausgewachsen ist, wenn die Funktionen des Unternehmers durch eine private Beamtenschaft ausgeübt werden, so begreift sich, daß in solchen Fällen wenigstens die Frage entstehen konnte, ob hier der öffentliche Betrieb nicht nur möglich, sondern auch vorteilhafter sei als der private.

Die Entscheidung wird aber beeinflusst von der weiteren Frage, ob und wie weit der Ersatz des privaten durch den öffentlichen Betrieb sich vor allem prinzipiell rechtfertigen, näher bestimmen und begrenzen läßt.

Wir haben schon im zweiten Bande<sup>1</sup> die Sozialisierung nach der grundsätzlichen Seite eingehend behandelt. Umfassendere Gemeinschaften bilden sich bei naturgemäßer Entwicklung für Zwecke, die das Individuum und die unteren und engeren Gemeinschaften nicht mit der eigenen Kraft erreichen können, mag man diese höheren Gemeinschaften „Staat“ oder „Gesellschaft“ nennen. Der Zweck des Staates muß sich — so sagt schon Cicero in „De re publica“ — nach der Ursache richten, aus der er hervorging. Er hat darum Kulturaufgaben zum Zweck, deren Erfüllung die Kräfte der Individuen, Familien und engeren Verbände übersteigt. Das gilt insbesondere auch für den volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckungsprozeß. Im wesentlichen gehört dieser Prozeß der bürgerlichen Sphäre an, ist Aufgabe der Individuen, der Familien, nicht staatliche oder gesellschaftliche Aufgabe. Nur ergänzend tritt die höhere Gemeinschaft regelnd, ordnend, mit der Gesamtkraft fördernd ein, wo die bürgerlichen Kräfte versagen. Eine Sozialisierung, Verstaatlichung, Vergemeindlichung ganzer Wirtschaftsgebiete insbesondere kann darum lediglich als Ausnahme fall aus besondern Gründen gerechtfertigt werden<sup>2</sup>. Zunächst

<sup>1</sup> Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 1, § 5, S. 246 ff.

<sup>2</sup> Dieselbe Auffassung vertreten von Ignaz Seipel (Wiener Reichspost, 9. September 1919). — Daß die Sozialisierung ein wirtschaftliches, kein politisches Problem sei, und daß nur eine solche Sozialisierung volkswirtschaftlich von Vorteil sein könne, welche eine Steigerung des Produktionsertrages herbeiführe, diese Erkenntnis fehlt den Massen, nicht aber den bedeutenderen geistigen Führern der Sozialdemokratie. Vgl. z. B. Edwin Caspar und Hermann Kranold, Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues? (1921); Rudolf Wissell, Kritik und Aufbau (1921); Paul Lensch, Sozialdemokratie und Sozialisierung (1921). Wissell ist nicht Gegner der Sozialisierung. Aber er erwartet von der Sozialisierung einiger weniger Wirtschaftszweige kein Heil für den Wiederaufbau in Deutschland. Das volle Ziel des Sozialismus sei heute nicht zu erreichen. Vorläufig lasse sich eine größere und billigere Warenerzeugung nur von planmäßiger Produktion erwarten. Lensch vermißt die materiellen und geistigen Vorbereitungen der Sozialisierung. Mit dem „Dekretglauben“ der französischen Revolution sei nichts anzufangen. Vor allem aber sei es eine Täuschung, wenn man die kapitalistische Wirtschaftsordnung (wir würden sagen: die kapitalistische Produktion) für den Untergang bereits reif halte. Dieser Gedanke kehrt in der neuesten sozialistischen Literatur häufiger wieder. Man glaubt nicht mehr an die marxistische Krisen- und Zusammenbruchstheorie: das, was wir heute erleben, nach der Revolution, der Aufstieg der Syndikatsbewegung, die ungeheuren Zusammenballungen in gemischten Be-



ist aber zu prüfen, ob die Durchführung eines staatlichen oder gemeindlichen Monopols technisch, ökonomisch, finanziell, sozial möglich und zweckmäßig ist. Überdies muß erwiesen werden, daß die Verstaatlichung oder Vergemeindlichung im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Aufgabe, die Bedarfsversorgung des Volkes, auch notwendig ist, wenn also die Bedarfsversorgung im andern Falle nicht voll erreicht, vielleicht sogar gefährdet wird. Daß Verstaatlichungen und Vergemeindlichungen schon an sich und in allen Fällen einen Fortschritt bedeuten, werden heute jene Sozialisten nicht mehr behaupten können, die sich von der Entwicklungslehre des ökonomischen Materialismus losgesagt haben. Sie müssen folgerichtig mit uns für jede Sozialisierung vorerst den Nachweis der Möglichkeit, Notwendigkeit, zwingender Zweckmäßigkeit erbringen.

Wir nehmen also auch hier wieder eine vermittelnde Stellung ein zwischen Individualismus und Sozialismus. Die sozialistische Forderung des ausschließlich öffentlichen Betriebes lehnen wir als einseitige Überspannung ab. Nicht minder einseitig aber wäre es, wenn man jeden öffentlichen Betrieb schlechthin als volkswirtschaftlich minderwertig bezeichnen und als unvereinbar mit dem Gedeihen der Volkswirtschaft abweisen wollte.

Für die nächste Zukunft ist unseres Erachtens lediglich eine Mischung von öffentlichem Betrieb und Privatbetrieb zu befürworten, eine stärkere Mischung vielleicht als bisher, schon mit Rücksicht auf Preisregulierung und auf finanzwirtschaftliche Notwendigkeiten, aber doch nur eine Mischung beider Betriebsformen.

Soweit die volkswirtschaftliche Notwendigkeit in Frage kommt, wäre die Einführung des öffentlichen Betriebes, speziell des Staatsbetriebes, wie gesagt, dann gerechtfertigt, wenn der Privatbetrieb klar nachweisbar in Widerspruch tritt zum Gesamtinteresse des Volkes, zur volkswirtschaftlichen Aufgabe, oder wenn das Gesamtinteresse durch den öffentlichen Betrieb wesentlich besser gewahrt wird als durch den Privatbetrieb. Wir sagen: wesentlich besser, um voreilige „Sozialisierungen“ auszuschließen. Auch ergibt sich aus unsern Darlegungen, daß diese Veröffentlichung das letzte Mittel ist, das erst zur Anwendung kommt, wenn berufsständische oder staatliche Regelung nicht ausreicht, um privatwirtschaftliche Mißstände zu beseitigen.

Für den öffentlichen Betrieb, insbesondere den Staatsbetrieb, würden hiernach in Betracht kommen können: 1. Großbetriebe, deren eigentümliche Ausnutzung durch private Monopolinhaber dauernd

trieben, die Trustbildung — weisen, so heißt es, auf eine neue kapitalistische Entwicklungsstufe hin. Die Entwicklung gehe andere Wege, die Marx und Engels nicht geahnt. Auch A. Südekum (Kapital- und Gewinnbeteiligung [1921]) warnt vor den Gefahren eines großen Experiments auf diesem Gebiete. Heinrich Stroebel, Sozialisierung, ihre Wege und Ziele (1921).

zum Schaden der Allgemeinheit gereicht oder die Allgemeinheit unverkennbar mit Schaden bedroht. Die hier stets naheliegende Gefahr schwerer Schädigung des Gesamtwohles wird um so eher die Übernahme in öffentlichen Betrieb rechtfertigen, je notwendiger die vom Monopol erzeugten Güter oder vollbrachten Leistungen sind. Kommen entbehrliche Güter und Leistungen in Frage, dann können die Konsumenten durch Einschränkung des Verbrauchs einer allzu hohen Preisstellung begegnen. Im allgemeinen zeigt die bisherige Erfahrung, daß die öffentliche Meinung dem monopolistischen privaten Großbetriebe, namentlich dem durch künstliche Maßnahmen (Kartell- und Trustbildungen) zum einzigen seiner Art gemachten, mißtrauisch gegenüberstand und an Stelle des privaten Monopols nicht selten den Übergang der Unternehmung an eine der Öffentlichkeit unterstehende Verwaltungseinheit (Staat, Stadt, gemischtwirtschaftliche Unternehmung) direkt forderte. Gewisse Vorzüge des öffentlichen Betriebes schienen diesen Wunsch noch mehr zu rechtfertigen.

Der öffentliche Betrieb verfügt regelmäßig über große Kapitalmacht, sowohl aktuell wie potentiell (Kredit). Er hat darum auch leichter wenigstens die Möglichkeit, durch Umstellungen im Betriebe technische Neuerungen zu erproben und technische Fortschritte durchzuführen. Der private Betrieb kann größeres Risiko, wenigstens bei geringerer Kapitalkraft, nicht so leicht übernehmen. Führt ferner die Ausschaltung der Konkurrenz beim privaten Monopol die Gefahr eigensüchtiger Ausnutzung der Konsumenten herbei, so verfügt der monopolisierte öffentliche Betrieb, eben durch das Fehlen der Konkurrenten, über manche Vorteile, die auch den Konsumenten zugute kommen können. Wo nur ein Verkäufer ist, hört die Jagd nach dem Käufer auf. Die großen Reklamekosten (im weitesten Sinne) fallen weg, was eine Verbilligung der Waren ermöglicht. Ferner wird leichter eine Stabilisierung der Preise erreicht (vgl. Eisenbahntarife vor dem Weltkriege!). Der öffentliche Betrieb kann ferner die Produktion besser dem Bedarf anpassen, Krisen zuvorkommen oder mildern, kann den Betrieb einschränken mit Beibehaltung des Gesamtpersonals, anderseits einen Teil der Produkte auf Lager nehmen für die Zeit gesteigerten Bedarfs usw. Kurz, so manche Nachteile der absolut freien Konkurrenz und des unbeschränkten Konkurrenzkampfes fallen beim öffentlichen Betriebsmonopol fort. Auch für das Wohl der Arbeiter wird gemeiniglich ein öffentlicher Betrieb besser sorgen können als ein von der Rücksicht auf Rentabilität vorwiegend beherrschter und geleiteter privater Monopolsbetrieb. Gut geleitete öffentliche Betriebe weisen darum auch in sozialer Hinsicht große Vorzüge auf.

2. Manche Gründe scheinen sodann für den öffentlichen Betrieb zu sprechen, wenn es sich um die Nutzbarmachung von Naturkräften und Naturschätzen handelt.

Sind diese bereits in Privateigentum übergeführt, dann wird eine Expropriation nur nach den Grundsätzen der Rechtskollision, d. h. soweit

der private Betrieb in Kollision kommt mit den Anforderungen des Gemeinwohles, stattfinden können und wenn zugleich den Eigentümern eine gerechte Entschädigung geleistet wird. Das wird nicht jederzeit und in jeder Form leicht möglich sein.

Auch bleibt die Gefährdung des öffentlichen Eigentums bei internationalen Verwicklungen in der ganzen Sozialisierungsfrage zu beachten. Mag speziell auch die Form des gemischtwirtschaftlichen Betriebes, juristisch betrachtet, größere Sicherheit bieten, immerhin scheint ein ausgedehnter öffentlicher Betrieb erst in der Voraussetzung gesicherten Weltfriedens festeren Bestand zu gewinnen.

Sind Bodenschätze und Naturkräfte, z. B. die von der Natur gegebenen Energiequellen, Wasserfälle u. dgl., noch nicht in Privateigentum übergegangen, dann dürfte es allerdings der Rechtsüberzeugung des Volkes entsprechen, daß diese Schätze und Kräfte als öffentliches Gut betrachtet und durch öffentlichen Betrieb unmittelbar der Bedarfsversorgung des Volkes dienstbar gemacht werden. Voraussetzung bleibt auch hier, daß der öffentliche Betrieb technisch und ökonomisch möglich ist und wenigstens den gleichen volkswirtschaftlichen Erfolg verspricht wie der Privatbetrieb.

3. Straßen und Wege, Kanäle und Flüsse stehen im Dienste eines offenbaren Kollektivbedürfnisses. Zur Befriedigung solcher Verkehrsbedürfnisse wird naturgemäß schon aus technischen Gründen nicht die private Unternehmung, sondern ein öffentlicher Verband berufen sein. Aber auch beim Postwesen tritt der Privatbetrieb hinter den öffentlichen Betrieb an Leistungsfähigkeit zurück. Die Erfahrungen, die Deutschland ferner vor dem Weltkriege mit dem nahezu vollständigen Staatsbetriebe bei den Eisenbahnen gemacht hatte, ließen kaum ein Verlangen nach dem früheren Privatbetriebe übrig. Auch sonst bietet gerade das Verkehrswesen ein dem öffentlichen Betrieb günstiges Feld.

5. Schwächen des öffentlichen Betriebes. Im allgemeinen sind es also, wie wir sahen, wesentlich beschränkte Gebiete, auf welchen der öffentliche Betrieb an sich oder unter bestimmten Voraussetzungen (schädigende Monopole) gewisse Vorzüge vor dem Privatbetriebe aufweist und Kollektivbedürfnisse besser befriedigt als dieser.

Als Schwächen pflegen meist folgende am öffentlichen Betriebe getadelt zu werden: Das individuelle Eigeninteresse an der Produktion trete beim öffentlichen Betriebe in den Hintergrund bzw. falle fort. Selbstverantwortlichkeit und Risiko würden ausgeschaltet. Der technische Fortschritt würde erschwert oder unterbunden, der Bureaukratismus würde schädigend und belastigend zur Herrschaft gelangen usw.

Daß der individuelle Eigennutz von größter Bedeutung für das Wirtschaftsleben und die ganze kulturelle Entwicklung ist, haben wir schon wiederholt anerkannt. Der Eigennutz führt zu den höchsten Arbeitsleistungen, zur möglichsten Intensivierung der Wirtschaft, weckt den Erfindungsgeist, belebt den technischen Fortschritt, befördert die Kapital-



bildung, so zwar, daß die Vermehrung des Kapitals der Produktion unmittelbar oder in Form von Leihkapital zugute kommt. Wo der Eigennutz in der rechten Weise zur Geltung gelangt, pulsiert das Wirtschaftsleben kräftiger, vermehrt sich die Arbeitsgelegenheit, erhöhen sich die Löhne, steigert sich die Lebenshaltung des Volkes. Bei dem der Konkurrenz ausgesetzten privaten Betrieb treibt nicht nur die Aussicht auf Gewinn zur äußersten Kraftanstrengung an, sondern ebenso die Furcht vor Verlust. Der Unternehmer verliert eventuell sein Vermögen, der Angestellte oder Arbeiter seine Stelle und damit die Einkommensquelle. Beim öffentlichen Betriebe aber arbeiten die leitenden Persönlichkeiten nicht für eigene Rechnung. Der Geschäftsgewinn fällt nicht ihnen selbst und ihren Familien zu. Dieser psychologische Antrieb mangelt ihnen, mögen sie im übrigen, wie dies auch bei schon reichen Unternehmern oft der Fall ist, an der Sache selbst Freude haben, durch Tätigkeitstrieb, namentlich aber durch Ehrgefühl und Pflichttreue sich auszeichnen.

Wir wollen hier nicht näher eingehen auf die angebliche oder wirkliche Gefahr der Einförmigkeit in Produktion und Bedarfsdeckung, wie sie mit ausgedehntem öffentlichen Betriebe verbunden wäre, nicht auf die Gefährdung individualisierter Leistung und künstlerischer Durchdringung des Werkstücks hinweisen (wobei übrigens auch der privatindustrielle Großbetrieb versagt), nicht noch einmal an die Schwierigkeit der Entschädigungsleistung an exproprierte Eigentümer bisheriger privater Unternehmungen erinnern oder an die Mißstände, die durch Schaffung eines untätigen Staatsrentnertums, bei umfassenden Verstaatlichungen, hervorgerufen würden, nicht an die Möglichkeit des Mißbrauchs der öffentlichen Betriebe durch herrschende Parteien, nicht an die Beseitigung oder Verminderung wirtschaftlich selbständiger Existenzen usw. Das Hauptbedenken bleibt doch, daß beim öffentlichen Betriebe eben das Eigeninteresse des privaten Unternehmers fehle und in seiner Wirksamkeit auch nicht durch irgendwelche Mittel und Maßnahmen voll ersetzt werden könne.

Dieser wichtigste Einwand hat besondere Geltung für Spezialproduktion, bei der erfinderischer Geist eine große Rolle spielt, für Waren mit schwankendem Bedarf, dann für Börsenhandel, Außenhandel mit Unübersichtlichkeit des Marktes usw. Dafür eignet sich der öffentliche Betrieb nicht. Das Gebiet, auf dem er Geltung erlangen kann, ist die Massenproduktion, bei der heute, soweit sie durch private Gesellschaften sich vollzieht, der selbsttätige Unternehmer doch schon durch den Aktionär ersetzt ist.

Stellt die Anpassung an den besondern Bedarf und Geschmack des Publikums keine zu hohen Forderungen, läßt der Bedarf ferner zwar Schwankungen zu, die aber durch Vorratswirtschaft ausgeglichen werden können, so ist in Dingen des Massenverbrauchs auch das Risiko für den monopolistischen Staatsbetrieb nicht so groß. Eine Steuer auf den Spiritus würde einen größeren Gebrauchs-

rückgang und Mehrüberwälzung durch die Privatindustrie zur Folge haben als die Durchführung des staatlichen Spiritusmonopols.

Überdies bleibt zu beachten, daß der öffentliche Betrieb die in ihm beschäftigten Personen nicht in reiner Beamtenstellung auf Lebenszeit anzustellen braucht. Er kann sie auf Privatvertrag anstellen. Er kann ferner die leitenden Persönlichkeiten in ähnlicher Weise, wie die privaten Gesellschaften es tun, am Produktionserfolge interessieren. Er kann dabei die Tantiemen leichter auf Erhöhung der Produktion und Verminderung der Kosten einstellen, während die privaten Gesellschaften Tantiemen zahlen für Erhöhung der Rentabilität durch hohe Produktpreise. Er kann ferner für die Arbeiter die besten Lohnungsmethoden anwenden, auf diese Weise das Eigeninteresse der Arbeiter und Angestellten wecken.

Bei Betrieben, die für den öffentlichen Betrieb in Betracht kommen, dürfte der technische Fortschritt durch deren Verstaatlichung keinen wesentlichen Nachteil erleiden (vgl. z. B. deutsches Eisenbahnwesen vor dem Kriege). Im Gegenteil dürfte für den technischen Fortschritt, sofern die Tantiemen der leitenden Persönlichkeiten auf Kostenverminderung und Produktionssteigerung eingestellt werden, beim öffentlichen Betrieb sogar besser gesorgt sein als in den Syndikaten, die bei hohen Produktpreisen weniger Interesse an technischen Verbesserungen haben und manche technisch rückständige Betriebe mitschleppen. Auch kann der Staat den Erfindergeist beleben durch zweckmäßige Förderung des technischen Bildungswesens, durch Gewährung persönlicher Vorteile an erfolgreiche Erfinder. Er kann eigene Stellen schaffen zur Förderung des Erfindergeistes, wie z. B. auch private Fabriken Chemiker anstellen zur Auffindung und Erprobung neuer Verfahren. Er kann Kollegien vorurteilsfreier Sachverständiger bilden zur Prüfung von Erfindungen usw.

Sehr viel kommt darauf an, ob es dem Staate gelingt, die rechte Form für den öffentlichen Betrieb zu finden, den Produktions- und Verwaltungsapparat wirklich „nach kaufmännischem Muster“ einzurichten. Wo dies nicht gelingt, da haben wir eben den Bureaukratismus mit seiner Kleinlichkeit, seiner Vorliebe für das Schema, für Verordnungen und Formelwesen, mit der bekannten Rücksichtslosigkeit in der Behandlung des Publikums.

Die Kriegsgesellschaften haben in dieser Hinsicht dem Staatsbetriebe nicht gerade viele Freunde verschafft. Der Kommandoton gegenüber Konsumenten und Produzenten, der dabei herrschte, die Schwerfälligkeit des ganzen Apparates, die vielen Mängel und üblen Folgen der Geschäftsführung, das waren kaum Empfehlungen für öffentliche Verwaltung des Wirtschaftslebens. Dennoch darf man in den Kriegsgesellschaften nicht Staatsbetriebe im eigentlichen Sinne des Wortes erblicken. Es handelte sich dabei nicht um staatliche Betriebe mit Ausschaltung privater Betriebe. Sie wurden vielmehr neben und über die privaten Betriebe gestellt. So gab es einen geradezu beständigen Widerstreit zwischen öffentlichem, allgemeinem und privatem Interesse. Der erstrebte Ausgleich zwischen

Verbraucher- und Unternehmerinteresse wurde nicht erreicht. Die Festsetzung der Preise folgte dem Privatinteresse. Gegenüber der wirtschaftlichen Diktatur dieser Gesellschaften kam keine Kritik in jenen Zeiten der Not zur erfolgreichen Geltung. Aufgabe der Kriegsgesellschaften war es, den Gebrauch einzuschränken; während im Frieden auf möglichst großen Absatz gesehen wird, mußte jetzt „rationiert“, das Angebot andererseits erzwungen werden. Jedenfalls haben die Kriegsgesellschaften gelehrt, wie wenig eine Verteilung der Güter von oben herab auf die Dauer mit der Gesinnung und dem Fühlen eines freien Volkes sich vereinbaren läßt.

Noch andere Bedenken stehen einer Einführung von öffentlichen Betrieben in großem Umfange oder gar einer „Vollsozialisierung“ im Wege.

Bei solcher Bindung des wirtschaftlichen Lebens würden die tüchtigsten Kräfte dorthin sich wenden, wo ihnen ein freier Betätigungsraum noch verblieben. Die Abwanderung der wirtschaftlichen Intelligenz ins Ausland würde um so stärker werden, je geringere Entfaltungsmöglichkeit das Inland ihr gewährte. Ein Land wie Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage bedarf aber gerade jener hervorragenden geistigen Kräfte, um sich durch Qualitätsleistungen in der Spezialfabrikation wieder emporzuarbeiten. Ebenso würde, bei weitgehender Betriebsverstaatlichung u. dgl., das noch verfügbare Privatkapital ins Ausland fliehen, und zwar dorthin, wo, bei bester Anlagemöglichkeit, die größten Aussichten auf Gewinn bestünden. Jedenfalls bedürfte es künstlicher Mittel, um das zu verhindern. Und letztlich noch eines:

Der öffentliche Betrieb schließt den wirtschaftlichen Verkehr mit dem Auslande nicht aus. Das Ausland verkauft auch dem Staatsbetriebe und kauft bei ihm, so lange es dabei seinen Vorteil findet. Aber ein öffentlicher Betrieb steht doch der Kompliziertheit des Weltmarktes hilfloser gegenüber als der private Unternehmer. Nicht als ob der einzelne private Unternehmer leichter eine Gesamtübersicht über den Weltmarkt und Weltbedarf gewinnen könnte. Er verfügt aber, wie die Erfahrung zeigt, meist über einen gewissen Spürsinn im Aufsuchen neuer Absatzquellen. Der Eigennutz macht auch in dieser Hinsicht erfinderisch. Ferner stehen den privaten Betrieben Mittel für Weltmarktsbeziehungen zur Verfügung (z. B. Kapitalleihe ans Ausland, Überseebanken usw.), die der Staat hierfür nicht so leicht anwenden kann.

Ist es aber nicht speziell für den Aufbau der deutschen Wirtschaft von größter Wichtigkeit, daß jetzt jene Punkte in der Welt ausgespürt werden, wo noch Raum gelassen ist für den deutschen Handel? Das vermag der in weltwirtschaftlichen Dingen etwas täppische öffentliche Betrieb lange nicht so gut wie der erfahrene, gewandte, kluge Händler<sup>1</sup>. Nehmen wir ferner an, die letzten sozialistischen Wünsche (Vollsozialisierung) würden Erfüllung finden. Was wäre

<sup>1</sup> Die großen Syndikate überlassen denn auch die Exportgeschäfte regelmäßig dem Handel.





ein Steuermonopol darstellt, das keine handelspolitische Ausnahmestellung fremder Waren bewirkt und nicht zu Gegenmaßregeln reizt.

**6. Sozialisierung als Mittel des Wiederaufbaues.** Einen besondern Sozialisierungsvorschlag hat Alfons Horten im Hinblick auf dieses Ziel gemacht<sup>1</sup>. Horten lehnt ebenfalls die Vollsozialisierung der ganzen Volkswirtschaft oder ganzer Wirtschaftsgebiete ab. Auch er fordert für den Einzelfall der Einführung eines öffentlichen Betriebes den Nachweis der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit. Er glaubt aber, daß diese Notwendigkeit heute zum Teil gegeben sei, und zwar aus dem oben angeführten ersten Grunde, welcher diese Notwendigkeit erweisen kann: Großbetriebe, deren eigensüchtige Ausnutzung durch private Monopolinhaber dauernd zum Schaden der Allgemeinheit gereicht, so sagten wir, kommen für den öffentlichen Betrieb, insbesondere den Staatsbetrieb, in Betracht.

Heute beherrschen Syndikatsmonopole fast die ganze Volkswirtschaft, vom Bergbau, der Eisen- und Stahlindustrie an bis zur Margarine herab. Die Politik der Monopolinhaber ist auf hohe Preise eingestellt. Von den Preisen insbesondere der Kohlen-, Eisen-, Stahlindustrie hängen die Preise aller andern Produktionsgebiete ab. Soll der Preisabbau gelingen, dann müssen die herrschenden Monopole gebrochen werden. Horten schlägt nun hierfür die schrittweise Sozialisierung eines entsprechenden Teiles (7—10%) der vorhandenen Werke vor durch deren Expropriation und Überführung in öffentlichen Betrieb. Es würden je nachdem auch Neugründungen solcher öffentlichen Betriebe den heute herrschenden Monopolen Konkurrenz machen können.

Um die Gefahren verteuender Bürokratie zu vermeiden, müßte für die öffentlichen Betriebe die Form der Aktiengesellschaft gewählt werden. Die Aktien würden sämtlich in der Hand des Staates verbleiben. Die Betriebsleitung wäre technisch und kaufmännisch tüchtigen Persönlichkeiten anzuvertrauen, die nicht öffentliche Beamte sind, sondern auf Grund eines Privatvertrages anzustellen seien. Sie erhalten Tantiemen, und zwar für Produktionssteigerung und Herabsetzung der Produktionskosten. Der Aufsichtsrat würde ebenfalls aus sachverständigen Leuten zusammengesetzt sein. Auf diese Weise ließen sich die wirklichen Selbstkosten der Produktion feststellen. Diese Selbstkosten wären zu veröffentlichen. Dadurch würde die übergroße Differenz zwischen Produktpreis und Kosten zutage treten, wie sie heute der Bereicherung von Monopolinhabern dient. Der Einwendung, daß man ja aus den bisherigen staatlichen Bergwerken die Selbstkosten ableiten könne, begegnet Horten durch den Hinweis auf die dort herrschende bürokratische Verwaltungsform. Außerdem komme in Betracht, daß der Staat nur einige Kohlenbergwerke in Westfalen

<sup>1</sup> Sozialisierung und Wiederaufbau (1920). Dort auch die nähere Begründung der Vorschläge.

betreibe, die den Einblick in die Selbstkosten von Stahl nicht geben könnten. Es müßten also auch Stahlwerke enteignet werden, die wieder unzertrennlich mit Kohlenbergwerken vereinigt seien.  $\frac{1}{7}$  bis  $\frac{1}{10}$  der vorhandenen Werke müsse deshalb enteignet werden, weil nur durch öffentlichen Besitz eines so großen Anteils an der Produktion die Allgemeinheit in der Lage sei, einen genügend starken Druck auf die Monopole und Syndikate bezüglich des Abbaues der Preise auszuüben.

Schließlich schlägt Horten Einfuhrprämien vor, um die deutsche Industrie mit den erforderlichen Rohstoffen auszustatten.

Durch seine Vorschläge erwartet Horten dem Wiederaufbau die Wege zu ebnen durch Hebung der Produktion und Preisabbau. Das Defizit der Eisenbahnen, das sich zum Teil auf überhohe Materialpreise zurückführt, würde wesentlich herabgesetzt, die Kaufkraft der Löhne würde durch den Preisabbau der Produkte erhöht, das tolle Spiel: höhere Preise höhere Löhne und umgekehrt wäre zu Ende usw.

Gesteigerte Produktion, ermäßigte Preise, zufriedene Arbeiter sind die Ziele dieser Sozialisierung, zugleich die Elemente des Wiederaufbaues der deutschen Volkswirtschaft. —

Näher möchten wir hier auf die Sozialisierungsfrage nicht eingehen. Es verbleiben Staat und Gemeinde manche höchst wichtige Aufgaben hinsichtlich des volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckungsprozesses, die wir im folgenden nicht erschöpfend zwar, aber in wichtigen Beispielen behandeln wollen.

**7. Förderung, Kontrolle und Regulierung privatwirtschaftlicher Darbietungen von Gütern und Diensten.** Diesbezüglich haben Staat und Gemeinde, wie gesagt, in der heutigen Verkehrswirtschaft vielerlei zu leisten.

a) Die öffentlichen Gewalten stehen aber dabei der bürgerlichen Sphäre nicht als brutale, von Willkür geleitete Übermacht gegenüber. Die staatliche Gesellschaft ist kein Mechanismus, sondern ein Organismus, ein Reich der Ordnung, der Harmonie, des abgestuften Zusammenwirkens. Das Ganze belästigt, hindert und hemmt nicht nach Belieben die Tätigkeit der einzelnen und der gesellschaftlichen Organe. Der Staat ergänzt und unterstützt<sup>1</sup> das bürgerliche Wirken nach Bedarf, bedrängt es nicht, verdrängt es nicht auf und von Gebieten, wo es zum Wohle der Gesamtheit tätig sein kann und tätig ist.

b) Nicht den Wettbewerb, die Benützung besonderer Kenntnisse, eigener Tüchtigkeit, Geschicklichkeit, Erfahrung, auch nicht eine gesunde Freiheit des Wettbewerbes wird die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung beseitigen oder unnötig beschränken dürfen. Dem freien Wettbewerbe haben wir die großen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts auf dem Gebiete des Wissens und Könnens zu verdanken; ihm wohnt

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 6, § 1, S. 851 f. 868; § 2, S. 908 ff.



eine nie versagende, belebende, schöpferische Kraft inne; er vermag die Kräfte zu den höchsten Leistungen anzuspinnen, immer neue Güter zu schaffen, zum Wohle der Völker.

Als verderblich aber erwies sich überall jene absolute Freiheit des Wettbewerbes, die zu den schwersten Mißbräuchen führen mußte und tatsächlich geführt hat: zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, zur maßlosen und gemeinschädlichen Ausnützung der Konjunktur, zur Vernichtung volkswirtschaftlich wertvoller Existenzen, zur Untergrabung von Treu und Glauben im Verkehr, im Güteraustausch. Hier muß der Staat vorbeugend und repressiv eingreifen<sup>1</sup>. Er kann wirksam den Auswüchsen der Zügellosigkeit entgegentreten, ohne die wahre Freiheit schädlichem Zwange zu opfern. Legt sich insbesondere ein organisierter Geschäftszweig ausreichende Bindungen für seine wirtschaftliche Betätigung auf, dann wird staatliche Regelung in gleichem Maße überflüssig<sup>2</sup>. Je mehr Solidität, Reellität, Verantwortlichkeit das Handeln der Staatsbürger von innen heraus beherrscht, um so weniger bedarf es der öffentlichen Kontrolle<sup>3</sup>, der Staatseingriffe. Ein kulturell und sittlich

<sup>1</sup> Hierhin gehört ein guter Ausbau des Obligationenrechts, des Handels- und Wechselrechts, der Bank- und Börsengesetzgebung, des Genossenschaftsrechts, Vereinigungsrechts, Schutz des Urheberrechts, der Erfindungen, der Fabrik- und Handelsmarken, Muster- und Modellschutz, Patentrecht usw., eine besondere Gesetzgebung gegen den unlauteren Wettbewerb. So richtet sich das deutsche Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 27. Mai 1896 gegen Ausschreitungen im Reklamewesen, gegen Quantitätsverschleierungen, Aufstellung oder Verbreitung unwahrer, dem Geschäftsbetrieb oder dem Kredit von Erwerbsgenossenschaften nachteiliger Behauptungen, gegen auf Täuschung berechnete Benutzung von Namen und Geschäftsbezeichnungen, Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. (Das Gesetz bietet allerdings keinen Schutz gegen unbequemen, sondern nur gegen unlauteren Wettbewerb.) Eine Novelle vom 7. Juni 1909 traf insbesondere die Auswüchse im Ausverkaufswesen (angebliche „Konkurswaren“, Vor- und Nachschieben von Waren bei Ausverkäufen, Quantitäts- und Herkunftsverschleierungen; Zahl, Zeit, Dauer von Inventur- und Saisonverkäufen finden jetzt ihre Ordnung durch die höheren Verwaltungsbehörden). Dazu kam ein Verbot der Schmiergelder, Verschärfung der Haftung des Geschäftsinhabers für den Angestellten usw. Die Novelle enthält auch die wichtige Generalklausel, derzufolge bei Wettbewerbs-handlungen, die gegen die „guten Sitten“ verstoßen, auf Unterlassung und Schadenersatz geklagt werden kann. Auch § 826 des B.G.B. kommt für die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Betracht. In Österreich gab es 1906 einen Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb. Die Schweiz hat entsprechende kantonale Gesetze. In Holland trat namentlich Aalberse für die gesetzliche Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ein. Vgl. insbesondere dessen Parlamentsrede vom 2. August 1915, Stsbl. Nr. 365: Tot strafrechtelijke Bestrijding der oneerlijke Mededinging (Sonderausgabe von A. Tepe [1915]). Zum Ganzen Jul. Bachem, Unlauterer Wettbewerb, im Staatslexikon der Görresgesellschaft V<sup>3-4</sup> 1115 ff.

<sup>2</sup> Nur müßte den beruflichen Organisationen in richtiger Form eine praktisch wirk-same Überwachung ihrer Glieder rechtlich ermöglicht werden.

<sup>3</sup> Am 10. Juli 1916 blickte das öffentliche Warenprüfungsamt zu Berlin auf 25 Jahre Wirksamkeit zurück. Es hatte wesentlich dazu beigetragen, den deutschen Handel mit Textilwaren auf eine sichere Grundlage zu stellen.

reifes Volk wird darum auch, ohne Schädigung der Volkswohlfahrt, die größte äußere Freiheit genießen können<sup>1</sup>.

c) Dürfen Staat und Gemeinde nicht willkürlich, ohne Notwendigkeit oder zwingende Zweckmäßigkeit, wirtschaftliche Funktionen der bürgerlichen Kreise an sich reißen, dann werden sie bei ihrer rechtmäßigen, durch die öffentliche Wohlfahrt geforderten, der Erhaltung, Belebung der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Berufe und Berufsstände zugewandten Fürsorge und Unterstützung jede Einseitigkeit vermeiden müssen. Gustav Ruhland<sup>2</sup> hatte ohne Zweifel recht, wenn er nachzuweisen versuchte, daß agrarische Staatswesen die größten Garantien ihrer Dauer zu besitzen pflegen. Gleichwohl ist es für die fortgeschrittenen Völker europäischer Kultur heute zum Problem geworden, einer Volkswirtschaft die besten Entwicklungsbedingungen und die größte Dauer zu sichern, die nicht mehr rein oder vorwiegend agrarisch ist. Die Staatsgewalt<sup>3</sup> wird darum zwar alles aufbieten müssen, um die Landwirtschaft und die agrarische Bevölkerung in ihrem Bestande, ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu befestigen, zu heben, dabei aber auch der häufigen Notwendigkeit eines Ausgleiches zwischen agrarischen und industriellen Interessen Rechnung zu tragen haben.

d) Hier wie überall gilt ferner für die praktische Wirtschaftspolitik daß, was an sich wünschenswert ist, nicht immer voll und jedenfalls nicht unvermittelt verwirklicht werden kann, daß man das Beste stets als Ziel im Auge behalten, dabei aber, um voranzukommen, an die tatsächlich gegebenen Verhältnisse anknüpfen, oft mit dem jeweilig möglichen Guten sich zunächst begnügen muß, daß man nicht, um das Bessere im Sprung zu verwirklichen, Gutes zerstören darf.

e) Wenn wir vorhin sagten, in den staatlichen und gemeindlichen Betrieben müsse der Fachmann zur gebührenden Geltung kommen, so gilt das gleiche auch für alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen. Staat und Gemeinde werden ihren verantwortungsvollen Aufgaben nur dann mit Sicherheit und am besten genügen können, wenn sie Leute des praktischen Lebens, Männer und Frauen, in Kon-

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 1, S. 78 ff.

<sup>2</sup> System der politischen Ökonomie I (1903) 209 ff.; II (1906) 3 ff.

<sup>3</sup> Für Deutschland ist z. B. die innere Kolonisation von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Ihre Durchführung ist vornehmlich Sache des Staates. Der gewerbsmäßige Zwischenhandel würde bei der Konkurrenz der Händler kaum ausreichendes Siedlungsland erwerben können; er nimmt ferner bei der Zerschlagung des ländlichen Grundbesitzes wenig Rücksicht auf das Wohl der Eigentümer und der Gesamtheit; schließlich sind auch die vom privaten Güterhandel parzellierten Stellen oft unzweckmäßig zusammengesetzt und nicht genügend leistungsfähig. Daß ebenfalls die staatliche Siedlungspolitik schwere Fehler begehen kann, ist offenkundig. Nur politische Kurzsichtigkeit konnte dazu verleiten, die innere Kolonisation zur Verdrängung oder Zurücksetzung einer der eigenen Staatsnation eingeordneten Kulturnation im angeblichen „nationalen“ Interesse zu mißbrauchen.

sumentenangelegenheiten auch die Konsumenten selbst zu Rate ziehen. Alle Achtung vor den Juristen! Und doch: „Juristen überträgt man keinen Hammelhandel“, nach der wohlweisen Bemerkung des Schlächtermeisters und Stadtverordneten Leschke in Posen.

f) Die Darbietung wirtschaftlicher Dienste und Güter seitens der Privatwirtschaft wird, mit Rücksicht auf die Deckung des Volksbedarfs, hervorragend günstig beeinflusst durch die Ermöglichung und Erleichterung gründlicher Fachbildung in landwirtschaftlichen, gewerblichen, technischen, Handelsschulen, Handelshochschulen, Hochschulen für Kommunalwesen usw. Hier eröffnet sich für Staat und Gemeinde ein weites Feld volkswirtschaftlich nützlicher Wirksamkeit durch Gründung, Unterstützung, Förderung derartiger Bildungsanstalten, auch technologischer Museen u. dgl. Den Besuchern der Handelshochschulen usw. sollte die praktische Möglichkeit der Erlangung gründlicher Kenntnisse in der Warenkunde durch Probemuster- und Modellager mehr wie bisher geboten werden. Ferner wird bei der wachsenden Bedeutung weiblicher Mitarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete (z. B. in der städtischen Wohnungsfürsorge, Fabrikinspektion, Säuglingsfürsorge usw.) für die erforderliche gute Unterweisung von Frauen mehr wie bisher gesorgt werden müssen.

Spezialisierung, eine gute Grundlage allgemeiner Bildung vorausgesetzt, ist für erfolgreiche Fachbildung geradezu Bedürfnis. So wurde z. B. in Düsseldorf vor dem Kriege, unter Mitwirkung der Stadtverwaltung, ein Hotelbildungsinstitut gegründet. Das heutige Hoteliergewerbe erfordert ja in der Tat reiche Kenntnisse in der Verwaltungs- und Organisationstechnik, wie sie Goethes Löwenwirt in „Hermann und Dorothea“ noch entbehren konnte. Jenen modernsten Bedürfnissen sollte die neue Anstalt mit ihrem Lehrplan, ihren fachwissenschaftlichen und praktischen Übungen, ihren Besichtigungen und Studienreisen usw. Rechnung tragen. Ein Nahrungsmittellaboratorium, ein Vorprüfungsamt für technische Neuerungen (zugleich technische Auskunftsstelle), Sammlungen von Mustern und Modellen für empfehlenswerte Einrichtungen, eventuell ein Museum für Hotelwesen, dann eine reiche Fachbibliothek usw. wurden damals für die Ausstattung dieser Lehranstalt in Aussicht genommen.

g) Zu den Anforderungen materieller Volkswohlfahrt gehört außer der gesicherten Darbietung einer genügenden, dem Bedarf entsprechenden Menge und Art von äußeren Gütern der angemessene Preis dieser Güter und eine Armut, Not und Elend von der großen Masse ausschließende Kaufkraft des Volkes. Wir haben diese Punkte schon bei der Besprechung der Ernährungsfrage erwähnt. Ihre Bedeutung erstreckt sich jedoch auf die gesamte Bedarfsversorgung des Volkes, auf den ganzen volkswirtschaftlichen Prozeß in seinem Verlauf und seinen Ergebnissen.

Die aus der Natur der arbeitsteiligen Gesellschaft und dem Wesen des Tausches abgeleitete Wiedervergeltung nach dem Werte der Leistungen besagt freilich nicht, daß der Staat allen wirtschaftlich Tätigen einen



Gehalt zu zahlen oder eine feste Preisgarantie für den gesamten Warenhandel zu übernehmen habe. Gleichwohl ist der Staat an der Wiedervergeltung für wirtschaftliche Leistungen interessiert, die im Hinblick auf die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe, die Bedarfsversorgung des Volkes, wertvoll oder gar unentbehrlich sind. Leben, Fortbestand, Fortentwicklung der arbeitsteiligen und damit auch der politischen Gesellschaft, die geschichtliche Existenz des Staates, hängt auf die Dauer von einer solchen angemessenen Wiedervergeltung ab, d. h. von einer Wiedervergeltung, die nach beiden Seiten, für Produzent und Konsument, „angemessen“ ist.

Es werden darum diejenigen, welche für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe notwendige oder nützliche Leistungen vollziehen, nach Maßgabe der Bedeutung dieser ihrer Leistungen für das Ganze und ihrer Hilfsbedürftigkeit vom Staate entsprechenden Schutz, die jeweilig mögliche und erforderliche Unterstützung erwarten dürfen. Das greift auch da Platz, wo ein dem Nutzen, speziell der Bedarfsversorgung des eigenen Landes dienender Verkehr über die Grenzen des Staates sich ausweitete. Der auswärtige Handel wirtschaftet mit den Kräften des Landes, verschafft der Heimat lohnende Arbeit und im Austausch mit dem Auslande Produkte, die ohne ihn nicht zur Verfügung stehen würden. Die wirtschaftliche Blüte, der Unternehmungserfolg des auswärtigen Handels kann darum dem Staate nicht gleichgültig sein.

Was die Produzenten mit Recht erwarten dürfen, ist indes eben nur die angemessene Wiedervergeltung für ihre Leistungen, d. i. Ersatz der Kosten und einen der Leistung entsprechenden Gewinn. Die Aneignung eines offenbar übermäßigen, sachlich nicht begründeten Mehrwertes zum Schaden der Konsumenten usw., insbesondere bei Dingen, die nicht Luxusgegenstände, sondern allgemeine Bedarfsartikel sind, kann von der öffentlichen Gewalt selbstverständlich keinen Schutz und keine Förderung beanspruchen.

Während der letzten Jahre wurde die Landwirtschaft nicht selten beschuldigt, daß sie im Gegensatz zu andern Berufsständen von starkem Eigennutz beseelt sei<sup>1</sup>. Man sprach von „agrarischer Profitsucht“ usw. Mit Unrecht, insofern der Vorwurf allgemein gegen den ganzen Stand und nicht gegen einzelne Persönlichkeiten gerichtet wurde. Das Bestreben, sich Vorteile zu verschaffen, ist der Landwirtschaft keineswegs eigentümlich; es findet sich bei allen Ständen, ist eben in der menschlichen Natur begründet. Dieses Streben wird sich um so stärker geltend machen, wenn die Gelegenheit zum Erwerbe günstig, die Möglichkeit geboten ist, vielleicht sonst erlittene Schädigungen und anderweitige Verluste dadurch zu ersetzen. Die Produkte, die gewöhnlich als die eigentlichen Erzeugnisse der „Großagrarier“ gelten, gaben übrigens viel weniger zu Klagen Anlaß als die Produkte der Viehhaltung und des Gartenbaues. Besonders eigennützig erwiesen sich z. B. auch nicht wenige Laubenkolonisten, Garteninhaber, Kleintierzüchter, kleine

<sup>1</sup> Vgl. Köln. Volkszeitung 57. Jahrg., Nr. 484, 16. Juni 1916.

Leute der Städte und Großstädte, die nicht gerade zu den „Agrariern“ gezählt zu werden pflegen. Sehr richtig schrieb der Generalsekretär der sozialistisch gerichteten Konsumvereine, August Müller (Hamburg), in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“<sup>1</sup>: „Ich nehme keine Bevölkerungsgruppe aus, wenn ich dieses Vorherrschen des Profitinteresses auch im Kriege als bestimmend bezeichne. Jede Produzentengruppe, jede im Verkehr und Handel tätige Bevölkerungsschicht und jede Arbeitergruppe hat versucht, den Kriegsgewinn zu machen, der ihr möglich schien.“ Also auch die Arbeiter sind nicht frei von dieser allgemein menschlichen Eigenschaft, und auch die Arbeiter sind nicht allein Käufer. Hierauf wies insbesondere Calwer hin mit den Worten: „Wenn die Kriegskonjunktur den Arbeitern die Möglichkeit bringt, ihre Arbeitskraft teuer zu verkaufen, so werden sie nicht lange danach fragen, ob dadurch die Waren für die Konsumenten verteuert werden oder nicht, sondern sie werden die Marktlage ausnützen und nehmen, was sie bekommen können.“ Und wenn vom Zurückhalten und Aufspeichern der Produkte die Rede ist, dann galt dies nicht allein für Angehörige der Landwirtschaft, sondern ebensogut auch für die städtischen Konsumenten, welche durch ihr Aufkaufen und Hamstern sehr viele Produkte dem Markte entzogen und damit erheblich zur Preissteigerung beigetragen haben. Nicht minder erfolgte eine Steigerung der Preise, wie allgemein bekannt, durch sachlich unbegründete Preisaufschläge des Zwischenhandels, vor allem durch Einschlebung von Zwischenhandelsgeschäften, die, ohne einem Verkehrsbedürfnis entsprungen zu sein, lediglich dem Eigennutz dienen.

Es geht also nicht an, der Landwirtschaft oder einem andern Stande den Eigennutz als ganz besondere Berufseigenschaft zuweisen zu wollen. Eigennutz findet sich überall, in allen Ständen, ja mehr oder minder bei allen Menschen. Die überlieferte nationalökonomische Theorie pflegte einseitig die gute Seite des Erwerbstriebes zu betonen, ihn als Kraftquelle zu preisen. Heute weiß jedermann, daß der Eigennutz auch gemeinschädlich wirken kann, daß er in sich selbst kein Maß besitzt, daß es guter, moralischer, oder wie man heute gern sagt, staatsbürgerlicher Schulung und Erziehung zum Gemeinsinn bedarf und überdies noch der äußeren Regelung durch die Standesorganisationen, durch die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung. Der Oberpräsident der Rheinprovinz v. Rheinbaben sprach in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten (22. Mai 1916) von besondern Organen, die nötig seien, um den verschlungenen, der Öffentlichkeit sich entziehenden Operationen des unnützen, bloß eigensüchtigen Zwischenhandels nachzugehen. Es wird aber solcher Organe für die Beobachtung und Kontrolle auch anderer wirtschaftlicher Vorgänge bedürfen. Vielleicht könnte eine bessere Ausbildung der Preisprüfungsstellen diesem Bedürfnis genügen, während Höchstpreise weniger für normale Zeiten als in besondern, außerordentlichen Fällen sich empfehlen dürften.

h) Wenn auch eine volle, direkte Regelung des Einkommens keineswegs zu den Aufgaben des Staates gehört, und dem Versuch, eine solche auf dem Wege der Steuergesetzgebung zu bewirken, mit Recht die größten prinzipiellen und praktischen Bedenken entgegenstehen, so wird die Staatsgewalt doch anderseits die Rückwirkung des Steuerwesens auf

<sup>1</sup> Nr. 2, 20. März 1916.

Einkommens- und Vermögensbildung nicht übersehen können. Auch werden Einkommen, die sich auf für das Ganze wertvolle Leistungen zurückführen, eine steuerlich günstigere Behandlung erwarten dürfen als solche Gewinne, die mühelos erworben, jedenfalls für das Ganze ohne Bedeutung, wenn nicht schädlich sind. Spekulationsgewinne, die einer Spekulation entstammen, welche der Bedarfsversorgung des Volkes nützlich sind, die also Leistungseinkommen darstellen, gehören zu der ersteren Gruppe, nicht aber Spekulationsgewinne, die lediglich Beuteeinkommen sind und die, wo andere Mittel zur Eindämmung fehlen, wenigstens steuerlich scharfe Behandlung erheischen.

Daß Steuern und Zölle auf Gebrauchsgüter, insbesondere auf Nahrungs- und Genußmittel, tatsächlich die Konsumtion beeinflussen, wird auch derjenige nicht verkennen können, der den fiskalischen oder schutzzöllnerischen Zweck solcher Auflagen billigt. Geschickte Auswahl und kluges Maßhalten werden aber die Last der neben den Erwerbssteuern nun einmal unvermeidlichen Aufwands- und Verbrauchssteuern insbesondere für die breiten Massen des Volkes nicht unwesentlich erleichtern können<sup>1</sup>.

Freiwirtschaftlich gesinnte Kreise haben darauf hingewiesen, daß die Beseitigung der agrarischen Schutzzölle eine der ersten Maßregeln der Regierung in der Kriegszeit gewesen ist. Wenn sie hieraus für die Zukunft Schlüsse in ihrem Sinne zogen, so darf man darin jenen nicht ungewöhnlichen Verstoß gegen die gesunde Logik erblicken, welchen die bekannte Formel „*Conclusio latius patet, quam praemissae*“ kennzeichnet. Während der Kriegszeit bedurfte es eben keiner Zölle, um die auswärtige Konkurrenz den Mittelmächten fernzuhalten. England sorgte dafür und in einer solchen Weise, daß die Regierung klugerweise jedes Hindernis der Zufuhr aus der eigenen Gesetzgebung entfernte. Die inländische Produktion reichte eben kaum zur knappen Ernährung aus, und einer allzu knappen Ernährung mußte mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden. Heute sind es schon die Valutaverhältnisse, welche die deutsche Landwirtschaft vor erdrückender ausländischer Konkurrenz schützen.

Anderseits dürfen die Verteidiger des Schutzzolles aus der durch die Kriegsverhältnisse ins hellste Licht gerückten hohen Bedeutung der inländischen Landwirtschaft keineswegs auf die Berechtigung einer Hochschutzzollpolitik schließen. Auch demgegenüber heißt es „*Conclusio latius patet, quam praemissae*“. Der Schutzzoll wird in der späteren Friedenszeit wahrheitsgemäß nur in dem Maße durch die Volkswohlfahrt gefordert, als er wieder für die Erhaltung einer leistungsfähigen inländischen Landwirtschaft unentbehrlich werden sollte.

i) Das Wirtschaftsleben ist wesentlicher Bestandteil des gesamten Volkslebens; es darf nicht aus der Verbindung mit den allgemeinen Ge-

<sup>1</sup> Die Einwirkung der Belastung ist verschieden nach der Verschiedenheit der Einkommensstufen. F. J. Neumann, Mombert, Gerloff haben diesbezügliche Berechnungen angestellt. Vgl. insbesondere Gerloff, Verbrauch und Verbrauchsbelastung kleiner und mittlerer Einkommen in Deutschland um die Wende des 19. Jahrhunderts, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXV (1908) 1 ff. 145 ff.; Stephan Bauer, Konsumtion (nach Sozialklassen), in Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>3</sup> 143 f.



setzen des menschlichen und gesellschaftlichen Daseins herausgenommen, nicht als eine gesonderte „natürliche Ordnung“ auf sich selbst gestellt werden. Wie es auf der Grundlage und innerhalb des staatsgesellschaftlichen Lebens sich vollzieht, hat es auch dem staatsgesellschaftlichen Leben, dessen natürlich und geschichtlich bestimmten Zwecken und Normen sich einzufügen.

Es gelten hierfür nun ohne Zweifel allgemeine Wahrheiten, Grundsätze, Forderungen, wie sie auf das menschliche und staatlich gesellschaftliche Leben überhaupt Anwendung finden, darum auch auf die Volkswirtschaft als allgemeine Grundsätze oder Gesetze sich erstrecken. Gleichwohl bleibt zu beachten, daß der gesellschaftliche Zustand der Menschen ein geschichtlich gewordener und werdender ist, verschieden in verschiedenen Epochen und Ländern, auch in der Gegenwart veränderlich, im Fluß der Bewegung. Allgemeine Wahrheit ist es z. B., daß für jedes gesellschaftliche Ganze die Gesamtwohlfahrt als Zweck zu gelten, daß die öffentliche Autorität darüber zu wachen hat. Geschichtlich wandelbar aber ist das, was und wieviel die öffentliche Autorität zu tun hat, wieviel den einzelnen, den sozialen Gruppen, Organisationen obliegt, auch welcher öffentlichen Autorität unmittelbar die Sorge für dies oder das zufällt, ob dem Stande, der Stadt oder dem Staate usw. Unwandelbar ist der Grundsatz, daß die individuellen Interessen dem Gemeininteresse unterzuordnen sind, aber Form und Inhalt dieser Unterordnung werden z. B. in Kriegszeiten andere sein wie in Friedenszeiten. Unwandelbar ist der Grundsatz, daß die private Betätigung durch die Gesamtheit geschützt, ergänzt, gefördert, nicht willkürlich verdrängt werden solle; gleichwohl wird der Umfang, die Ausdehnung der Gemeinwirtschaft nicht zu allen Zeiten die gleiche sein. Allgemein gilt ferner, wenigstens im Prinzip, daß im Tauschverkehr jede Leistung eine gleichwertige Gegenleistung erstrebt, während die Formen der Vergeltung usw. aber wechseln, nicht immer dieselben sind. Unwandelbar ist der Grundsatz, welcher Fürsorge für die Hilflosen in der Gesellschaft fordert; es ändert sich aber die Abgrenzung zwischen der Wohlfahrtspflege, der privaten und der öffentlichen Armenpflege usw.

Kurz — und das ist die wichtige Schlußfolgerung, die wir aus dem Gesagten ziehen möchten —, es gibt allgemeine Grundsätze der Wirtschaftspolitik, aber keine für alle Zeiten, Orte, Verhältnisse unveränderliche praktische Wirtschaftspolitik. Ein Land, das technisch die Industrien der fremden Länder weit überragt, mag sich z. B. zur Handelsfreiheit bekennen, solange diese Vorzugsstellung dauert. Aber die Verhältnisse können sich ändern. Die Gegenwart zeigt, daß es auch für England keineswegs eine völlig stabile Zoll- und Handelspolitik geben kann.

Überall wird es also bei der Wirtschaftspolitik darauf ankommen, den konkreten, geschichtlich bestimmten und begrenzten Anforderungen

und Möglichkeiten gebührend Rechnung zu tragen. Normieren heißt nicht schematisieren. Die Norm sucht sich den jedesmaligen Bedürfnissen anzupassen. Das Schema schreitet über diese hinweg.

Um ein Beispiel aus neuester Zeit anzuführen: Während der Kriegszeit wurden in Deutschland zur Sicherung der Rohstoffversorgung usw. mancherlei Monopologesellschaften begründet. Sie waren für jene Zeit vielleicht ein Bedürfnis. In dem Friedenszustand wird die Wiederherstellung der Freiheit für Industrie und namentlich für den Handel im weitesten Umfange wieder als ein Bedürfnis empfunden. Man fordert die persönliche Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen, erwartet von der Handelsintelligenz insbesondere eine den Bedürfnissen des Volkes am besten entsprechende Ausnutzung des Weltmarktes, seiner Feinheiten und Verschiedenheiten.

Wird darum aber das Prinzip absoluter Handelsfreiheit in das Wirtschaftsleben eingeführt werden müssen? Wer für die Organisation der Volkswirtschaft keine andern „Schemata“ kennt als die beiden Extreme Monopol und freie Konkurrenz, wird allerdings geneigt sein, dem Monopol die freie Konkurrenz in ihrer absoluten Deutung folgen zu lassen. Eine verständige Wirtschaftspolitik dagegen vergißt nicht, daß ein Normieren, eine Regelung der Freiheit auch ohne Monopolisierung möglich und in richtigen Grenzen um der öffentlichen Wohlfahrt des Volkes willen notwendig ist.

k) Der Staat ist die höchste Gesellschaftsform natürlicher Ordnung. Das schließt aber, wie an anderer Stelle schon gezeigt wurde<sup>1</sup>, keineswegs gesellschaftliche Beziehungen verschiedener Völker, speziell weltwirtschaftliche Beziehungen, aus.

Mag auch der „Menschheitsbund“ in seiner pazifistischen Übertreibung als Trugbild sich erwiesen, mögen manche internationale Einrichtungen, Beziehungen, Entwicklungen sich nicht bewährt haben: es gibt eine Weltkultur ideellen, geistigen, sittlichen, rechtlichen Charakters, die sich trotz allem in Zukunft wieder durchsetzen wird; es gibt einen der vernünftigen Menschennatur, der Religion, der Kirche entstammenden, berechtigten und notwendigen Internationalismus. Und auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet, auf dem Weltmarkte, wird die nationale Zu- und Abneigung nicht endgültig über die Vernunft triumphieren, wird auf die Dauer das Bessere, Billigere, Vorteilhaftere dem Schlechteren, Teureren, Unsicheren vorgezogen werden. Man wird sich wieder gegenseitig achten lernen, sich gegenseitig ergänzen, helfen, jedem sein Recht zukommen lassen, auch in den wirtschaftlichen Beziehungen. Niemals aber darf dabei der Staatsbürger die Pflichten gegen sein eigenes Land vergessen; niemals kann es ihm gestattet sein, des privaten Vorteils willen die eigene Volkswirtschaft zu schädigen. Und eben darum wird denn auch der Welthandel auf absolute Freiheit verzichten, wird sich einer nach der volkswirtschaftlichen Aufgabe jeweilig bemessenen Regelung

<sup>1</sup> Zur ganzen Frage vgl. unsere Abhandlung über Imperialismus, Kontinentalismus, Internationalismus Bd. III, Kap. 4, § 1, S. 875 ff.

unterwerfen müssen. Wie der Nationalegoismus — Right or wrong, my country —, so ist nicht minder vaterlandsloser Internationalismus sittlich, aber auch nationalökonomisch verwerflich.

1) Ein obrigkeitlicher Einfluß auf die Bedarfsversorgung zum Schutz der Konsumenten und der öffentlichen Wohlfahrt kann sich auf die Bereitstellung, Quantität und Qualität der erforderlichen Gebrauchsgegenstände sowie auf den Preis derselben beziehen.

Wir übergehen hier, wie staatliche und gemeindliche Betriebe für den Verkehr, für Wasser-, Lichtversorgung usw. wirken können und müssen, um dem Publikum Nützliches zu bieten<sup>1</sup>, und wenden unsere Aufmerksamkeit bloß den Hauptarten des Konsums zu.

#### 8. Die öffentlichen Gewalten und die Lebensmittelversorgung des Volkes.

a) Innerhalb der volkswirtschaftlichen Aufgabe (Deckung des Volksbedarfs an äußeren Gebrauchsgütern im Sinne materieller Volkswohlfahrt) steht das ganze weite Gebiet der Lebensmittelversorgung im Vordergrunde.

Ein Volk, das von den Erträgen seines eigenen Bodens leben kann, besitzt darin eine sichere Grundlage seiner Volkswirtschaft wie des ganzen Volksdaseins, auch wenn man von der hohen Bedeutung der Landbevölkerung als solcher für die soziale und politische Ordnung absehen wollte. Diese an sich unbestreitbare Tatsache mußte für Völker, deren geographische Lage eine Isolierung gegenüber dem Weltmarkte durch feindliche Seemacht ermöglicht, im Weltkriege noch besonders klar hervortreten.

b) Während der Kriegszeit blieben die Zentralmächte in der Lage, bei normaler Ernte ihre Heere und ihre Bevölkerung mit den Erzeugnissen des eigenen Landes ernähren zu können. Nur bedurfte es freilich starker, bis zur Regelung des Konsums fortschreitender Eingriffe der öffentlichen Gewalten, um dieses Ziel auch wirklich zu erreichen.

Die hierbei den staatlichen und gemeindlichen Behörden gestellten Aufgaben waren, trotz aller umfassenden, ihnen gesetzlich zuerkannten Vollmachten, nicht leicht zu bewältigen. Es handelte sich für sie um Neuland. Man war noch zu sehr daran gewöhnt, alles vom freien Verkehr zu erwarten, die quantitative Versorgung mit Lebensmitteln dem freien Verkehr im wesentlichen zu überlassen. Auf einmal ging das nun nicht mehr. Die organisatorischen Kräfte in unserem Staats- und Volksleben wurden oft rühmend hervorgehoben. In militärischer, finanzieller Hinsicht, im Eisenbahnwesen, in der Anpassung der Industrie an den Kriegsbedarf usw. haben diese auch in der Tat sich bewährt. Für die Lebensmittelversorgung aber blieb die Organisation lange Zeit unsicher tastend und mangelhaft, blieb es bei verspäteten und halben Maßregeln, wenn man von der Streckung der Vorräte durch Kriegsbrot, Brotkarte usw. absieht.

Es hätte eines Gesamtplanes bedurft<sup>2</sup>, der von vornherein für größere Gebiete bzw. für das ganze Reich die erforderlichen Dispositionen treffen mußte, und zwar 1. zur Sicherung der Erzeugung der Lebensmittel (Anordnungen über Bodenbenutzung,

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 6, § 1, S. 843 ff.; § 2, S. 869 ff. 914 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Germania Nr. 222, 13. Mai 1916.



Beschaffung von Saatgut, Dünger, Erhaltung und Hebung der Viehzucht, Bereitstellung von Arbeitskräften); 2. zur umfassenden Feststellung verfügbarer Vorräte; 3. zur richtigen Verteilung derselben (zwischen Produktions- und Konsumtionsgebieten, Bedarfs- und Überschußgebieten, zwischen Stadt und Land, auch zwischen Bemittelten und Unbemittelten); 4. zur Ein- und Durchführung von Preisordnungen (Festsetzung der Preishöhe vor der Ernte für die ganze Verbrauchszeit, mit angemessener Rücksichtnahme auf gesteigerte Produktionskosten, aber auch auf die Lebensnotwendigkeiten und die Kaufkraft der breiten Masse der Konsumenten).

Das sind die Hauptpunkte eines Kriegsplanes der Lebensmittelversorgung. Die Festsetzung von Höchstpreisen, wie sie schon in den beiden ersten Kriegsjahren sich vollzog, litt vielfach unter dem Mangel gleichzeitiger Verfügungsbeschränkung, berücksichtigte nicht die besondern Verwendungsformen der einzelnen Lebensmittel, traf nicht alle Stellen, bei denen eine Verteuerung des Produktes auf dem Wege von der Herstellung bis zum Verbrauch der Ware sich vollziehen konnte usw.

c) Nach der Kriegezeit fielen die außerordentlichen staatlichen Maßregeln, die der Lebensmittelversorgung gewidmet waren — zwar nicht plötzlich, sondern allmählich mit der Überführung der Verhältnisse in den Friedenszustand —, zum großen Teile weg. Eines vor allem sollte bleiben: die Kenntnis und der Wille, eine organisierte Bereitschaft zu bewahren, um Mißständen in der Lebensmittelversorgung zu begegnen.

Wir denken dabei nicht bloß an Mißstände in der Preisbildung, an übermäßige Teuerungen, sondern auch an die Grundlage der Lebensmittelversorgung, die Lebensmittelproduktion<sup>1</sup>. Eine Ordnung in der Lebensmittelerzeugung und in der Bodenbenutzung hat bisher gefehlt. Jeder wirtschaftete nach eigenem Gutdünken und oft ohne planmäßige Berücksichtigung der Bedürfnisse des städtischen Konsums. Ein allgemeiner Zwang<sup>2</sup> zur Erzeugung bestimmter Lebensmittel läßt sich bei der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes kaum durchführen. Dagegen ließe sich eine zweckmäßige Regelung wenigstens auf dem Wege der Wirtschaftsberatung erzielen, indem für die einzelnen Landkreise oder für engere landwirtschaftliche Bezirke im Anschluß an die berufsgenossenschaftliche Organisation „Wirtschaftsämter“ die Funktion der Beratung übernähmen. Diese Wirtschaftsämter wären mit sachverständigen Personen zu besetzen. Als solche kämen vor allem in Betracht Winterschuldirektoren und Landwirtschaftslehrer, Vorstände von landwirtschaftlichen Vereinen, Bauernvereinen und Genossenschaften sowie ältere und erfahrene Landwirte, die sich bereits zur Ruhe gesetzt haben und aus der landwirtschaftlichen Praxis ausgeschieden sind.

Die Wirtschaftsämter hätten die Aufgabe, sachverständigen Rat in allen landwirtschaftlichen Angelegenheiten zu erteilen sowie als Zentralauskunftsbureau für alle Rat und Hilfe Suchenden zu dienen. Das Wirtschaftsamt könnte dafür sorgen, daß kein Ackerstück unbenutzt bleibt, vielmehr die bestmögliche Bearbeitung

<sup>1</sup> Ebd. Nr. 250, 30. Mai 1916.

<sup>2</sup> Ein Erlaß vom 13. November 1914 schuf die Möglichkeit, zwangsweise Bodenverbesserungs-Genossenschaften zu bilden, die ohne Antrag und Zustimmung der beteiligten Grundbesitzer das Recht hatten, Ödländereien zu kultivieren, nach Bedarf selbst zu bewirtschaften und zu nutzen.

und Nutzung erfährt. Es könnte dafür sorgen, daß bei dem Mangel an Arbeitskräften den bedürftigen Wirtschaften die nötige Hilfe und Unterstützung zuteil wird. Es könnte Vorsorge treffen für den Dünger- und Futterbezug sowie für eine zweckdienliche Verteilung und Versorgung.

Wenn mit Hilfe dieser Wirtschaftsämter ein gesunder Unterbau geschaffen würde, dann ließe sich manches andere Gute darauf aufbauen. Es könnte ein gegenseitiger Austausch von Erfahrungen und auch ein Ausgleich von Bedarf und Angebot erfolgen. Die einzelnen Wirtschaftsämter könnten miteinander zusammenarbeiten, sich zu einem Verbandsamt zusammenschließen oder eine höhere Stelle für den nötigen Ausgleich und Austausch untereinander bilden. Als Zentralstellen würden die Landwirtschaftskammern sich eignen. Weitergehende Forderungen verlangen, daß schlecht bewirtschaftete Grundstücke, etwa nach dem Beschluß der Ortseinwohner, durch Betriebszwang der höchsten Ertragsmöglichkeit zugeführt werden.

d) Auch die überaus wertvollen Kräfte der kommunalen Selbstverwaltung werden, wie schon vor dem Kriege, in gewissem Umfange mit in den Dienst der Versorgung des Volkes mit den Gegenständen des täglichen Bedarfs und Verbrauchs treten können.

Nicht als ob die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Handels verkannt, seine Tätigkeit (das Aufsuchen der Waren beim Erzeuger, seine Mitwirkung bei der Preisbildung, Beförderung der Produkte aus Überschußgebieten in die Bedarfsgebiete, Verteilung der Waren in letzteren) ausgeschaltet werden sollte<sup>1</sup>. Keine „Verwaltung der Güter als Gemeinschaftsbesitz“ wird zur Grundlage der zukünftigen Ordnung werden können; von einer allgemeinen Verstaatlichung ist ebensowenig das Heil zu erwarten wie von einer unbegrenzten Verstaatlichung. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs wird vielmehr der Hauptsache nach bei der Privatwirtschaft bleiben und am besten im Wege der Selbstverwaltung der Berufsstände ihre Regelung finden müssen. Auf solche Art würde auch die zukünftige Entwicklung den organischen Charakter bewahren. Direktes Eingreifen der öffentlichen Gewalten ist nur soweit am Platze, als der privatwirtschaftliche Bedarfsdeckungsprozeß volkswirtschaftlich oder lokal versagt.

Im übrigen kommt es vor allem darauf an, den Handel leistungsfähig zu erhalten, ungeeignete Elemente, die nicht kalkulieren, keine Bilanz ziehen können usw., fernzuhalten, den Nachwuchs tüchtig zu erziehen, wenn insbesondere der selbstständige Mittelstand in der Warenverteilung sich, wie im Gewerbe, behaupten soll. Dazu aber bedarf es, um es noch einmal zu sagen, der Organisation des händlerischen Mittelstandes und der Ausstattung seiner Organisation mit den erforderlichen Befugnissen. Immerhin wird es freilich, soweit notwendig, auch der öffentlichen Kontrolle, Beratung, Prüfung bedürfen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Auszuschalten aber wäre der überflüssige Zwischenhandel („Kettenhandel“). Erwähnt sei der Vorschlag des Kölner Oberbürgermeisters, eine Bestimmung zu treffen, daß kein Großhändler an einen andern Großhändler, sondern nur an die Agenten oder an einen Kleinhändler weiterverkaufen, und daß Agenten nur an Kleinhändler und Kleinhändler nur an Verbraucher verkaufen dürfen.

<sup>2</sup> Erinnert sei z. B. an Bezirks- und Volksküchen (vgl. die Ausweise der Kriegsfürsorge in der Stadt Frankfurt a./M.), Milchanstalten, Schulspeisungen, an die Zentrali-

e) Die Organisation der Volkswirtschaft für die besondern Bedürfnisse der Kriegszeit und dann für die Rückwandlung zu den Verhältnissen und Bedürfnissen im Frieden hat zu Erwägungen über die Frage angeregt, ob nicht eine gewisse Zentralisierung der Organisation auch nach dem Kriege als länger dauernde Einrichtung beizubehalten und zweckmäßig auszubauen sei. Wir würden dann in der Folge neben und über den in der Kriegszeit bewährten kommunalen Lebensmittelämtern zunächst provinziale Anstalten, dann Landesämter und schließlich eine Reichszentralstelle für Lebensmittelversorgung besitzen.

Anderedachten an ein Reichswirtschaftsamt (Reichswirtschaftsministerium) mit noch umfassenderen Aufgaben: 1. der Handelspolitik, 2. der Sozialpolitik, 3. verwaltungspolitischer Maßnahmen.

Die letzteren sollen insbesondere den systematischen Schutz und die Förderung der nationalen Privatwirtschaft im Sinne nationaler Gemeinschaftsarbeit, die Bekämpfung gemeinschädlicher Ausnutzungsbestrebungen von Notlagen, mangelndem Wirtschaftswissen und fehlender Erfahrung zum Gegenstande haben. Zu den Funktionen dieses Zentralwirtschaftsamtes würde ferner u. a. die Förderung vertrauenswürdiger Beratung und eines von Interessentenorganisationen unabhängigen Informationswesens gehören, die fortdauernde Beobachtung des gesamten wirtschaftlichen Prozesses mit besonderer Berücksichtigung krisenhafter oder krisenähnlicher Verhältnisse, eine vermittelnde und organisierende Mitarbeit bei wirtschaftlichen Hilfsaktionen usw.

Die sozialpolitischen Aufgaben sollen auf das ganze Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich erstrecken innerhalb der durch die Zuständigkeit des Reiches gezogenen Grenzen, insbesondere auch auf die Förderung eines gedeihlichen Zusammenarbeitens und eventuell auf Vermittlung bei Streitigkeiten. (Dafür jetzt ein besonderes „Reichsarbeitsministerium“.)

Die handelspolitische Aufgabe der Zentralinstanz würde der Förderung und Regelung des inneren und äußeren Handels dienen, bezüglich der handelspolitischen Verhältnisse das umfassen, was bisher zum Teil dem deutschen Reichsamte des Innern und den handelspolitischen Abteilungen des auswärtigen Amtes oblag.

Es ist nicht unsere Sache zu untersuchen, ob diese Funktionen besser von selbständigen Hauptabteilungen des Reichsamtes des Innern oder von den heute neben dem Reichsamte des Innern stehenden selbständigen Ämtern zu übernehmen seien. Industrielle Kreise haben schon lange ein Reichsamt für Industrie, Handel und Gewerbe gefordert, wie es andere europäische Staaten in der Form von Handelsämtern besitzen. Die Errichtung des zentralen „Kriegsernährungsamtes“ (1916) hatte denn auch für Deutschland die Organisationsfrage von neuem in Fluß gebracht, wobei aber die Wünsche und Absichten vieler eben jenes das ganze Gebiet der heimischen schaffenden Arbeit umspannende „Reichswirtschaftsamt“ ins Auge faßten.

---

sation der gesamten Milcheinfuhr einer Stadt (Straßburg), Maßnahmen gegen Fleischteuerung (Schweinemast in Ulm), Seefischverkäufe, Einrichtung von Gemüseärten usw., städtische Badeanstalten, Büchereien, den Wald- und Wiesengürtel, den Großberlin vor dem Kriege in Aussicht stellte usw.



In der Reichs-, Staats-, Gemeinde-Verwaltung wird man in Zukunft jedenfalls weit mehr auf Wirtschaftlichkeit zu achten haben, als dies namentlich in der nachrevolutionären Zeit geschehen ist. Der Gesamtbestand an Beamten des Reiches einschließlich der Landesbeamten für Eisenbahnen usw. war 1914 rund 603 000 Köpfe. 1920 aber war die Gesamtzahl 804 000, also rund 200 000 oder stark 30 % mehr als 1914. Wieviel könnte in der Verwaltung gespart werden auch durch eine vernünftige Dezentralisation, durch Erweiterung der Zuständigkeit und Selbständigkeit der mittleren und unteren Verwaltungsstellen usw.

f) Nicht bloß die quantitativ ausreichende Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln nimmt das Interesse und die Sorge der öffentlichen Gewalten in Anspruch. Schon die mosaische Gesetzgebung enthielt sanitäre Vorschriften. Der moderne Staat aber erachtet es als eine seiner wichtigeren Aufgaben, die Wahrung gesundheitlicher Lebensbedingungen sicherzustellen, wo eigene Sorge der Bürger nicht ausreicht. Eben darum tritt er mit Kontrollmaßregeln und mit seiner Strafgewalt insbesondere auch ein für die Versorgung der Konsumenten mit einwandfreien Lebensmitteln, Arzneimitteln u. dgl.

Im Deutschen Reiche unterstand die Sanitäts- und Medizinalpolizei<sup>1</sup> der Reichsverwaltung (Reichskanzler bzw. Reichsamt des Innern). Unterstützt wird die Reichsverwaltung bei der Vorbereitung von Gesetzen der Gesundheitspflege durch die wissenschaftlichen Untersuchungen und gutachtlichen Äußerungen des „Reichsgesundheitsamtes“ (1876 als Unteramt des Reichsamtes des Innern errichtet); auch administrativ ist das Reichsgesundheitsamt tätig (intellektuelle Leitung der Gesundheits- und Veterinärpolizei, Prüfungsvorschriften der Medizinalpersonen, Vorschriften über die Beschaffenheit der Arzneimittel, Bekämpfung des Geheimplunfugs usw.). Von reichsgesetzlichen Bestimmungen seien hier erwähnt das Gesetz über den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln (1879)<sup>2</sup>, das Gesetz betr. blei- und zinkhaltige Gebrauchsgegenstände (1887), über die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben (1887), Gesetze über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter (1887 und 1897), Gesetz betr. die Schlachtvieh- und Fleischschau (1900), Gesetz betr. den Verkehr mit künstlichen Süßstoffen (1902), Gesetz betr. den Verkehr mit Wein (1901 und 1909). Dazu kamen dann noch Sonderbestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten, Ministerialerlasse (z. B. der preußische Erlaß betr. die Berücksichtigung der öffentlichen zentralen Wasserversorgungsanstalten [1889] usw.). Ferner gehören hierhin die zahlreichen Verordnungen der Verwaltungs- bzw. Polizeibehörden in den einzelnen Provinzen, Regierungsbezirken, Kreisen, Gemeinden. An der Spitze der Medizinalverwaltung stand in Preußen seit 1911 der Minister des Innern (früher der Kultusminister). Die „Medizinalabteilung“ bildete einen Bestandteil des Ministeriums, der die „wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen“ zur wissenschaftlichen Beratung beigegeben war.

<sup>1</sup> Vgl. Flügge, Sanitätswesen, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 700 ff.

<sup>2</sup> Eine Neuregelung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln war schon vor dem Kriege in Aussicht genommen. Die Gesetzgebung bedarf, mit Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Warengruppen, ausgiebiger Ausführungsbestimmungen. Auch muß sich mit den gesetzgeberischen Maßnahmen eine entsprechende hygienische Unterweisung des Volkes verbinden. Besonders sei die von Rubner so warm empfohlene eingehendere Erforschung der Ernährungsfragen erwähnt.

Eine ähnliche Organisation des Sanitätswesens wie in Preußen fand sich in Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen. In Preußen ist die Medizinalabteilung jetzt Bestandteil des Ministeriums für Volkswohlfahrt. — In Österreich war das Sanitätswesen durch das Reichssanitätsgesetz von 1870 geregelt. Erwähnt sei hier insbesondere das Nahrungsmittelgesetz von 1896 usw. Die sanitäre Verwaltung lag in der Hand des Ministeriums des Innern, der Landes- und Bezirkshauptmannschaften. Beratende Behörden waren der oberste Sanitätsrat, der Landessanitätsrat, Bezirks- und Gemeindeärzte.

Die gewerbehygienischen Maßnahmen der Arbeiterschutzgesetzgebung, die sanitären Anforderungen an die Arbeitsräume, die gesundheitliche Kontrolle des Arbeiters, gewähren auch dem Käufer der in diesen Arbeitsstätten produzierten Waren Schutz gegen Infektionsgefahr usw.

Die öffentlichen Körperschaften werden sodann ihre Sorge in erweitertem Maße der Warenprüfung, dem Schutz gegen Fälschungen, Qualitätsverschlechterungen auch bezüglich anderer Waren als Nahrungsmittel<sup>1</sup> überall da zuwenden müssen, wo der Käufer nicht imstande ist, selbst zu kontrollieren (wie z. B. der kleine Bauer bezüglich der Düngemittel, des Samens usw.), und wo durch bürgerliche Organisationen, Handelsverbände u. dgl. eine ausreichende Kontrolle nicht geboten wird. Die Ware sollte geprüft werden können, bevor sie in die Hände der letzten Verbraucher kommt (Warenprüfungsämter, städtische Untersuchungsämter u. dgl.).

**9. Die öffentlichen Gewalten, das Bekleidungswesen, Luxus- und Modepolitik.** In früheren Zeiten suchte man durch Luxusgesetze<sup>2</sup> unnützen Aufwand zu beschränken. „Kleiderordnungen“ wollten insbesondere der Verschwendung von Stoffen, Auswüchsen der Mode vorbeugen und die den verschiedenen Ständen eigentümlichen „Trachten“, die ständische Gliederung gegen Nivellierung schützen. Später kannte man

<sup>1</sup> Erinnert sei hier z. B. an das kgl. Materialprüfungsamt in Berlin-Lichterfelde, das die Materialprüfung streng wissenschaftlich betreibt.

<sup>2</sup> Die erste Kleiderordnung findet sich in Frankreich 1294, dann in Preußen 1352. Es folgten andere deutsche Städte und Staaten. 1583 kam eine Reichskleiderordnung. Die merkantilistische Zeit hatte Verordnungen gegen Pelze, den Gebrauch von Scharlach und Hermelin, gegen die Schnabelschuhe. Philipp IV. von Frankreich erlaubte dem Adel Schuhspitzen von zwei Fuß, den Bürgern von einem Fuß, im übrigen solche von sechs Zoll. Verboten wurden Stelzenschuhe, Schellen und Glöckchen an den Kleidern, Schleppen- und Schleifkleider, die spanischen Hüftschwülste, der Reifrock, Pluderhosen usw. Friedrich I. gestattete für Hosen nicht mehr als 12—14 Ellen, Georg von Sachsen (1482) den adeligen Damen Schleppen von höchstens zwei Ellen Länge. Mit dem Ende des 17. Jahrhunderts verschwinden solche Verbote im allgemeinen. In Bayern gab es noch 1749, in Hildesheim 1779 eine Kleiderordnung. Manche dieser Kleiderordnungen hatten den Zweck, Moden auszuschließen, welche dem Volke die Arbeitsgelegenheiten verminderten, oder den Schutz der einheimischen Manufakturen. In Preußen durfte seiner Zeit niemand hölzerne Schuhe tragen. In Frankreich wurden künstliche Webstühle verboten. Ein englischer Parlamentsakt gebot im Interesse des Wollverbrauches, daß die Toten in wollenes Zeug gekleidet werden sollten usw. Beispiele vgl. Roscher-Pöhlmann, System I<sup>24</sup> 708 ff.

in der Regel nur noch die offizielle Beamtentracht und die militärische Uniform, die öffentlichen Schutz genießen. Eine direkte Beschränkung der Vermögensverwendung überhaupt findet sich jetzt nur selten (z. B. Verbot der Glücksspiele). Und ebenso sind es bloß einige wenige Fälle, wo eine polizeiliche Fürsorge bezüglich der Kleidung eintritt (Damenhüte im Theater, Hutnadeln in der Straßenbahn u. dgl.)<sup>1</sup>.

Als Vorbild, auch für die Gegenwart, hat Alfons Fischer<sup>2</sup> einen sozialhygienischen Gesetzentwurf aus dem Jahre 1800 bezeichnet. Da heißt es: Wir verbieten nachdrücklich und unter Strafe von 50 Reichstalern zum Besten des Waisenhauses alle steifen, fischbeinernen Schnürbrüste und Korsetten, wodurch nach unleugbarer Erfahrung der Wuchs des weiblichen Körpers nicht nur mißstaltet, sondern auch zu den Verrichtungen des zukünftigen Mutterstandes untauglich gemacht wird. Jeder Schneidermeister, welcher gegen dieses Verbot handelt und eine steife Schnürbrust verfertigen würde, soll ebenfalls mit 50 Reichstalern bestraft werden.

Wenn Boccardo<sup>3</sup> sog. Luxusgesetze schlechthin deshalb als sinnlos, ja als unmoralisch bezeichnet hat, weil sie das Eigentumsrecht verletzen, so geht er eben von der irrigen Voraussetzung aus, das Eigentum sei absolut und in seiner Ausübung unbeschränkbar. Wer aber die schrankenlose Freiheit nicht nur im Erwerb, sondern auch im Gebrauch verwirft, der wird, wenigstens prinzipiell, die Zulässigkeit von Gesetzen gegen einen sozial und volkswirtschaftlich schädlichen Luxus nicht bezweifeln können. Die Frage ist nur, ob diese Gesetze praktisch durchführbar sind. Im allgemeinen hatten die alten Luxusgesetze (Kleiderordnungen, Beschränkung des Aufwandes bei Festlichkeiten usw.) wenig Erfolg, weil es Vorwände und Spitzfindigkeiten genug gibt, um an derartigen Bestimmungen vorbeizukommen. Andererseits liegt dabei die Gefahr unerträglicher bureaukratischer Eingriffe in das Privatleben der einzelnen und der Familien sehr nahe.

Es empfiehlt sich daher mehr die indirekte Bekämpfung des Luxus durch die Steuergesetzgebung. Doch ist darauf zu achten, daß die Steuer wirklich nur Luxusartikel, nicht aber auch alle Erzeugnisse des Qualitätshandwerks und des Kunstgewerbes treffe. In Preußen wurde (1921) den Gemeinden das Recht verliehen, zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedelung eine „Wohnungsluxussteuer“ von Wohnungen zu erheben, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohner oder zur Zweckbestimmung der Räume als übergroß anzusehen sind usw.

<sup>1</sup> Zur Sicherung des Bedarfs der bürgerlichen Bevölkerung an Web-, Wirk- und Strickwaren sowie der aus ihnen verfertigten Erzeugnisse wurde (Juni 1916) eine „Reichsbekleidungsstelle“ geschaffen, wie die Verhältnisse der Kriegszeit sie nötig machten. Auch die Förderung und der Vertrieb von Ersatzstoffen wurde dieser Stelle zugewiesen.

<sup>2</sup> Aus Annalen für Sozialpolitik und Gesetzgebung III, Heft 1 u. 2, zitiert in Wohlfahrt und Wirtschaft I 37.

<sup>3</sup> Trattato teoretico-pratico di Economia politica I, lib. 3, cap. 2, S. 284.



Mächtiger als staatliche und gemeindliche Maßnahmen aber wirkt Religion und Moralität. Umsonst wird man bei einem unmoralischen, irreligiösen Volke den Luxus bekämpfen, während eine sittlich und religiös hochstehende Nation der Luxusgesetze überhaupt nicht bedarf. „Wenn der Luxus ein exzessiver Aufwand gegen den Zweck und die Ordnung der Mittel bezüglich des Individuums und der ganzen Gesellschaft ist“, sagt Taparelli<sup>1</sup>, „so ist er natürlich ein Übel, und zwar ein Sozialübel. Die Gesellschaft hat also das Recht und die Pflicht, sich gegen denselben mit allen jenen Mitteln zu schützen, welche die Klugheit und die Gerechtigkeit ihr erlauben: unter diesen ist die Religion, welche als Feindin des Luxus so sehr verschrien ist, das wirksamste und zugleich sanfteste Mittel, um die Gesellschaft gegen seine Nachteile sicherzustellen. Sie lehrt den Abscheu vor Sinnlichkeit, die Verachtung äußeren Prunkes, die Unverletzlichkeit der Pflichten — und entwurzelt auf diese Weise den Luxus, während sie beim häuslichen Herd die Herrschaft einer weisen Haushaltung einführt, die immer reich für die Gegenwart und vorsorglich für die Zukunft ist.“ —

Bei der außerordentlichen Bedeutung, welche der Wohnungsfrage in der Gegenwart zukommt, wird es unerläßlich sein, die Aufgaben der öffentlichen Körperschaften für Ordnung des Wohnungswesens und Beseitigung der oben geschilderten Mißstände mit größerer Ausführlichkeit zu behandeln.

**10. Ordnung des Siedelungswesens und der Wohnungsverhältnisse.** Beseitigung schlechter, Beschaffung guter, preiswürdiger Wohnungen in ausreichender Zahl, das sind, ganz allgemein gesprochen, die beiden Ziele, deren Erreichung jede Wohnungsreform erstreben muß.

I. *Die negative Wohnungsfürsorge* hat die Entstehung von Mißständen zu verhüten, vorhandene zu bekämpfen.

1. *Präventive Maßregeln.* Nur in Voraussetzung einer guten Baugesetzgebung und einer tatkräftigen Baupolizei kann die Wohnungsreform dauernd günstige Resultate erzielen.

Erscheint es zweckmäßig, durch staatliche „Baugesetze“ allgemeine Forderungen und Richtlinien für die örtliche Regelung festzustellen, so wird doch die eigentliche „Bauordnung“ bei der großen Verschiedenheit der regionalen und lokalen Verhältnisse, Bedürfnisse, Gewohnheiten, unter Vorbehalt staatlicher Genehmigung und Einwirkung, den Orts- oder Bezirksbehörden zu überlassen sein.

Von besonderer Wichtigkeit ist die wohnungspolitisch zweckmäßige Gestaltung des Stadtbauplanes, insbesondere des Stadterweiterungsplanes. Werden z. B. große Baublocks angeordnet, mit wenigen, aber sehr breiten Straßen, unter Anwendung des Grundsatzes, daß die Straßenbreite den Maßstab für die Bauhöhe darstellt, dann ergibt sich dadurch schon ganz von selbst, auch für die neuen Bezirke, die Vorherrschaft der Mietskaserne mit Neben- und Hintergebäuden um eng umbaute Höfe.

<sup>1</sup> Naturrecht I, n. 757, S. 377. Liberatore, Volkswirtschaftslehre 351 ff.

Im Gegensatz zu den früher vielfach schematischen Bebauungsplänen und zu einer verkehrseinheitlichen Bauordnung wurde später die Abstufung des Bauplanes nach verschiedenen Bezirken („Zonen“) und dementsprechend auch eine Abstufung oder Staffelnung der Bauordnung befürwortet<sup>1</sup>.

Man unterscheidet dabei zwischen dem Stadtinnern mit hohen Bodenpreisen und intensiver geschäftlicher Ausnutzung des Landes und andererseits dem Außengelände. Es werden bestimmte Bezirke an Fluß oder Eisenbahn industriellen Anlagen vorbehalten, andere als Villenviertel oder als Wohnviertel für Mittelstand und Arbeiterwelt in Aussicht genommen. Daß dann in der Bauordnung, entsprechend der Eigenart des einzelnen Bezirks, eine Verschiedenheit der Anforderungen berechtigt ist, leuchtet ohne weiteres ein. Für den Bau des Kleinhauses sind eben, im Interesse der Verbilligung, baupolizeiliche Erleichterungen sehr wohl am Platze, während bei den großen Mietskasernen in bautechnischer, feuerpolizeilicher, gesundheitlicher Beziehung viel mehr verlangt werden kann und muß. Mag ferner in einem Villenviertel die „offene“ Bauweise — mit größerem Abstände (Bauwich) des Hauses vom Nachbarhause —, ja sogar das vollkommene „Pavillonsystem“ sich trefflich eignen, die Kleinhäuser werden billiger kommen bei „geschlossener“ Bauweise, wo Haus an Haus sich unmittelbar, ohne Seitenfassade, anreihet, höchstens durch einen schmalen Luftraum („Reul“) vom Nachbarhause getrennt, wo möglich mit freiem Hintergelände für einen kleinen, luftigen und sonnigen Garten („weiträumige Bebauungsart“). Mancherorts findet sich auch die sog. „rückläufige Baufluchtlinie“, wobei die Häuser den Straßen entlang stehen, im Innern des Baublocks aber sich Gärtchen an Gärtchen schließt mit servitutmäßigem Ausschuß der Bebauung, so daß den Hausbewohnern in diesem Innenraum ein größeres Luftbecken und der Anblick grünender Gärten gesichert bleiben.

Die Staffelnung der Bebauungspläne mit Zonenbauordnung genügt indessen noch nicht. Es bedarf überdies zweckmäßiger Abstufung der Straßen, vor allem in den Wohnvierteln und dementsprechend eine verschiedene Bemessung für die Größe der Baublöcke. „Hauptverkehrsstraßen“, die den Verkehr ganzer Stadtteile in sich aufnehmen, müssen ausreichenden Raum für Fußgänger, Fuhrwerke, Tram- und Stadtbahn bieten. Die „Nebenverkehrsstraßen“ können schmaler sein und ebenso die „Wohnstraßen“ (eventuell mit Vorgärten).

So liegt schon in der Ausgestaltung der Bebauungspläne, insbesondere des Stadterweiterungsplanes im Sinne weiträumiger Bebauung, sowie der Bauordnung auch ein gut Stück Sozialpolitik: nämlich Zurückdrängung der Mietskaserne, Begünstigung des Einfamilien- und Kleinhauses mit Flach- statt des jetzigen Hochbaues; Erniedrigung der Geländepreise, Anpassung der Mietpreise an die Leistungsfähigkeit der Mieter. „Je höher der Bau, desto höher die Mieten“ (Eberstadt). „Mit der Unmöglichkeit, den Boden mit hohen Gebäuden zu bedecken, sinkt sofort der Preis der Bauplätze. Der spekulative, mehr oder weniger monopolistische Wohnungsbau tritt zurück, die natürliche Preisbildung tritt wieder in Kraft . . ., die Mittelstände und auch die besser gelohnten Arbeiter erhalten wieder die Möglichkeit, sich ein Haus zu erbauen, die Baugenossenschaften können sich entwickeln, und auch das Baugewerbe gesundet wieder. Dazu wird die Bauweise geräumig, luftig und gesund, weil Hof und Garten wieder ihre Bedeutung erlangen. Die

<sup>1</sup> Ablehnung der Zonenbebauung durch Adalb. Kelm (Beiträge zur Reichsreform [1911]). Beachtenswert, was Kelm über die Kosten des Kleinwohnungsbaues sagt.

ruhigen Wohnstraßen liegen nicht weit ab von den Verkehrsstraßen, bieten aber trotzdem mitten im großstädtischen Lärm zahlreiche willkommene Oasen für Ruhe und Erholung.“<sup>1</sup> Nicht zu vergessen sind endlich die öffentlichen Anlagen (Plätze, Haine usw.), die in einem guten Stadtplane besondere Beachtung finden werden.

2. Repressive Maßregeln. Die negative Wohnungsfürsorge hat nur einen Teil ihrer Aufgaben gelöst, wenn sie bei Bau und Bezug neuer Wohnungen der Entstehung von Mißständen vorbeugt. Die vorhandenen Häuser und Wohnungen müssen auch in gutem Zustande erhalten, in einer gesundheitlich und sittlich erlaubten Weise verwendet werden.

Zu Baugesetz, Bauordnung usw. muß also mit andern Worten die „Wohnungspflege“ hinzutreten und auf Grund einer „Wohnungsordnung“ durchgeführt werden, welche insbesondere die ständige und wirksame Ausübung der Wohnungsaufsicht“ zu sichern und zu regeln hat. Die Wohnungsinspektion (nicht als Polizei-, sondern als Wohlfahrtsorgan) wird namentlich darauf zu achten haben, daß die einzelnen Gebäudeteile nur zu solchen Zwecken verwendet werden, für welche sie baupolizeilich genehmigt sind; daß die gesetzlichen oder statutarischen Bestimmungen (Mindestvorschriften) in bezug auf Überfüllung der Wohnungen, Mindestwohn- und Mindestluftraum für die Person, über Vermietung und Untervermietung, Schlafstellenwesen, Kellerwohnungen usw. genau beobachtet werden; sie wird gegen die Benutzung völlig ungeeigneter Wohnungen (oder Quartiere) einschreiten, deren Änderung, eventuell Schließung anordnen bzw. durchsetzen.

II. *Die positive Wohnungsfürsorge.* Präventive und repressive Maßregeln im Hinblick auf die Beschaffenheit und die Benutzung der Wohnungen (Wohnungsmängel) können ihren Zweck erst dann voll erreichen, wenn gute Wohnungen in ausreichender Zahl zu mäßigen Preisen vorhanden sind. Wo sich der Mangel an Wohnungen fühlbar macht, wird daher vor allem die gesteigerte Beschaffung derselben und vor allem billiger Kleinhäuser anzustreben sein. Verbesserung und Verbilligung der Wohnungsproduktion bleibt das Wichtigere bei der Wohnungsreform.

Das Ziel dieser positiven Wohnungsfürsorge ist aber keineswegs die Verdrängung der privaten Bautätigkeit einzelner Unternehmer oder der Baugesellschaften auf spekulativer Grundlage. Auch im Baugewerbe gibt es heute Sozialisierungsströmungen, und zwar in doppelter Form: 1. mit dem Ziele einer Beseitigung der privaten Unternehmertätigkeit zugunsten der Regiebautätigkeit, und 2. durch Ausschaltung des privaten Unternehmers zugunsten von Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter.

Die Regiebautätigkeit, Übernahme der Bautätigkeit in eigener Regie durch Staat und Gemeinden, um den privaten Unternehmergewinn zu ersparen und billiger zu bauen, war vor dem Kriege nicht erheblich im Rahmen der gesamten Bautätigkeit. Sie wird auch für die Zukunft von der privaten Bautätigkeit, so heißt es, nicht als gefährlicher Konkurrent

<sup>1</sup> Jäger, Wohnungsfrage II 68.



gefürchtet, weil die Regiebautätigkeit unwirtschaftlicher und teurer sei als die private Bautätigkeit, welche sich schneller alle technischen und wirtschaftlichen Neuerungen zu eigen mache, größere Bewegungsfreiheit und Anpassungsfähigkeit an schwankende Marktlagen besitze als ein bureaukratischer Betrieb.

Auf Ausschaltung des privaten Unternehmers zielen sodann jetzt auch Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter hin<sup>1</sup>. Ihr Endziel ist also ein anderes wie das der gemeinnützigen Baugenossenschaften, der Bau- und Sparvereine, die ihren eigenen Mitgliedern ein eigenes Heim gut und billig beschaffen wollen. Man mag im Prinzip Produktivgenossenschaften der Arbeiter günstig beurteilen, es muß sich jedenfalls noch praktisch zeigen, ob die hier in Frage kommenden Produktivgenossenschaften auf die Dauer sich behaupten können. Bisher haben zwei Momente: Mangel an Disziplin und Mangel an Kapital, Arbeiterproduktivgenossenschaften meist ein frühes Ende bereitet. Auch sozialistische Kreise stehen der Entwicklung von Produktivgenossenschaften skeptisch gegenüber. So heißt es in der Vereinbarung, die zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und der Generalkommission der Gewerkschaften im Jahre 1911 getroffen wurde: „Die Generalkommission und die zuständigen Gewerkschaftsvorstände verpflichten sich, ihre Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Errichtung von industriellen Arbeitergenossenschaften eine große wirtschaftliche Gefahr für die beteiligten Arbeiter bringen kann und nur dann einige Aussicht auf Erfolg hat, wenn alle hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, d. h. wenn einerseits für fachmännische Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und anderseits der Anschluß an den organischen Konsum hergestellt ist. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist von der Errichtung von Arbeitergenossenschaften dringend abzuraten.“

Dürfte auch in Zukunft die geregelte private Bautätigkeit an erster Stelle stehen, so kann doch ein geeigneter Mitbewerb anderer Wohnungsproduzenten oft vorteilhaft wirken.

a) So haben zuweilen Arbeitgeber, aus humanen Absichten oder um ihrem Betriebe ständige Arbeiter zu sichern, den Bau von Arbeiterwohnungen selbst in die Hand genommen. Sind diese Wohnungen auch gut und billiger als ortsüblich und werden aus der Miets- und Hausordnung drückende Bestimmungen ferngehalten — was nicht immer der Fall —, so stellt sich dennoch in der Abneigung der Arbeiter gegen die wirklich oder vermeintlich gesteigerte Abhängigkeit vom Arbeitgeber ein heute sehr wirksames Hindernis dieser Art der Wohnungserstellung in den Weg.

---

<sup>1</sup> Aufsätze in Zeitschriften und Broschüren beschäftigen sich lebhaft mit der Frage ihrer relativen Wettbewerbsfähigkeit, ob die Arbeiterproduktivgenossenschaft billiger arbeite und deshalb konkurrenzfähiger sei, und welche Organisationsform sich besser eigne zur Überwindung der Wohnungsnot, somit von höherer volkswirtschaftlicher Bedeutung sei. — Zur Frage der Produktivgenossenschaften vgl. L. Pohle, Kapitalismus und Sozialismus (1919); Schulze, Solidarismus und Bauproduktivgenossenschaft (1921).

b) Wertvolle Pionierarbeit leistete sodann die Gemeinnützigkeit, mochte sie selbständig vorgehen oder die genossenschaftliche Selbsthilfe der Wohner beim Kleinwohnungsbau fördern und ergänzen. Sie hat wenigstens Vorbilder geschaffen durch Herstellung einwandfreier Wohnungen zu billigen Preisen<sup>1</sup>.

Die Organisation der Selbsthilfe entwickelte sich nur langsam. Ende 1909 gab es in Deutschland erst 848 Baugenossenschaften und dazu noch etwa 120 nichtgenossenschaftliche Vereinigungen für gemeinnützigen Wohnungsbau. Die von den Wohnungsbedürftigen selbst organisierten Baugenossenschaften haben für die Zukunft jedenfalls bessere Aussichten als Veranstaltungen fürsorglichen Charakters (Gesellschaften, Stiftungen u. dgl.). Der heutige industrielle Arbeiter läßt sich nun einmal in berechtigtem Standesstolze nicht gern etwas darbieten, was den Charakter der bloßen Wohltat an sich trägt. Er will selbst Opfer bringen, aber dann auch bei der Verwaltung wenigstens beteiligt sein. „Gerade in dieser Art des Zusammenarbeitens von Mitgliedern der verschiedensten Gesellschaftsklassen“, sagt Albrecht<sup>2</sup>, „liegt, wie die Erfahrung hinreichend bestätigt hat, eines der wichtigsten Momente in der ganzen Bewegung, das sich in den vielseitigsten Richtungen für die wirtschaftliche und soziale Hebung des Arbeiterstandes ausnutzen läßt. Wir gehen sogar so weit, dieses ethische Moment in der Genossenschaftsbewegung höher zu veranschlagen als ihre tatsächlichen Leistungen.“

Mag nun auch das Gesamtergebnis der gemeinnützigen Bautätigkeit usw. im Verhältnis zur herrschenden Not bisher ein geringfügiges sein (vor dem Kriege 3 % des Wohnungsbedarfs), so dürfen doch, bei erhöhter Hilfe seitens der öffentlichen Gewalten, insbesondere diejenigen Baugenossenschaften Aussicht auf größere Erfolge haben, die eine solche öffentliche Hilfe seitens des Staates und der Gemeinde nicht prinzipiell ablehnen und die zugleich weniger nach der älteren Art (Spareinlagen) Häuser für den Eigenerwerb bauen, als vielmehr Mietwohnungen schaffen mit Gemeineigentum der Genossenschaft an den Häusern. Der industrielle Arbeiter, der ein eigenes Haus besitzt, ist nämlich dadurch nicht selten zu seinem Schaden zu sehr an den Ort gebunden, kann günstigeren Arbeitsgelegenheiten nicht so leicht nachgehen. Schon darum ist für den stark fluktuierenden Teil der Arbeiterschaft das Eigenhaus weniger am Platz. Überdies wird das eigene Haus, namentlich in den Städten, in der Hand des Arbeiters leichter noch zum Spekulationsobjekt, vielleicht gar zu einem Mittel der Ausbeutung gegenüber den eigenen Standesgenossen. In Mülhausen war die 1830 von den Fabrikanten erbaute Cité ouvrière bald überhaupt nicht mehr von Arbeitern als Eigentümern der Häuser bewohnt. Aus Not oder aus Gewinnsucht wurden die Häuser verkauft. Alles in allem scheinen also sog. „Bau- und Sparvereine“, die den Bau von Mietshäusern betreiben, den oft als „Baugenossenschaften im

<sup>1</sup> Auch die private Fürsorgetätigkeit einzelner Personen hat Erfreuliches zustande gebracht. Erinnert sei z. B. an die Stiftung Peabodys, der 500 000 Pfd. Sterling auf die Wohnungsversorgung der Armen in London verwendete (Peabody-Trust); ebenso an die ähnliche Stiftung von Edward Guinness (Guinness-Trust). Eine mittellose Lehrerin, Octavia Hill, leitete, zunächst mit einer von Ruskin vorgeschossenen Summe, eine Bewegung ein, die vielen Hunderten gequälter Existenzen ein gesundes Heim, Ordnung, Friede und Freude gebracht hat.

<sup>2</sup> Handbuch der sozialen Wohlfahrtspflege I (1902) 264.

engeren Sinne“ bezeichneten Vereinigungen, welche vorwiegend Eigenhäuser bauen, vorzuziehen zu sein<sup>1</sup>.

Staat und Gemeinde werden bei der positiven Wohnungsfürsorge zunächst 1. direkt mitwirken durch Herstellung von Kleinwohnungen für ihre eigenen Arbeiter und geringbesoldete Beamte. Auch empfiehlt sich eine Ausdehnung dieser Fürsorge auf Kriegsbeschädigte und die Witwen der im Kriege Gefallenen.

Darüber hinaus ist es freilich an und für sich und unter normalen Verhältnissen nicht Sache der öffentlichen Körperschaften, das Wohnbedürfnis der Bürger unmittelbar selbst zu befriedigen. Damit soll aber nicht bestritten werden, daß in Ausnahme- und Notfällen (wie jetzt nach dem Kriege) eine solche direkte positive Wohnungsfürsorge der Gemeinde zugunsten der Minderbemittelten berechtigt sein kann; dann am besten nach dem reinen Regiesystem, mit Bewahrung des gemeindlichen Eigentums an den Häusern.

Mit Recht wird auch auf die englischen „Modell lodging houses“ zur Nachahmung hingewiesen<sup>2</sup>. In der Tat dürfte heute in den größeren Städten die Errichtung öffentlicher Logierhäuser, sog. „Ledigenheime“, in denen ledige Personen des Arbeiterstandes eine gesundheitlich und vor allem auch sittlich unbedenkliche Unterkunft finden, von keiner Seite besser als von Gemeinde wegen in Angriff genommen werden, soweit nicht etwa durch Vereine (z. B. katholische Gesellenvereine, evangelische Hospize) oder Stiftungen schon ausreichend gesorgt wäre. Wo gute Logierhäuser vorhanden, da läßt sich natürlich das Schlafstellenwesen um so wirksamer bekämpfen.

<sup>1</sup> Nicht unerwähnt bleibe hier der mustergültige „Rheinische Verein zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens“. 1896 gegründet, hat derselbe unter der verdienstvollen Leitung von Landesrat Brandts in Düsseldorf — ähnlich wirkte Liebrecht in Hannover — und unter kräftiger Beihilfe der Versicherungsanstalten außerordentlich segensreich gewirkt. Es ist gewiß ein schönes Zeugnis für die Rheinprovinz, wenn das Reichs-Arbeitsblatt (I<sup>2</sup> 121) seinerzeit feststellen konnte, daß von der gemeinnützigen Bautätigkeit im ganzen Reiche  $\frac{1}{5}$  bis  $\frac{1}{4}$  allein auf diese einzige Provinz Preußens entfiel.

Bei Gelegenheit des „Internationalen Wohnungskongresses“ (Düsseldorf 1902) bemerkte M. Brandts: „Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß auf dem Gebiete der Baugenossenschaften alle Stände sich zusammengefunden haben — Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Künstler und Gelehrte, Arbeiterfreunde und sonstige angesehene arbeiterfreundliche Männer aus allen Ständen. Das wollen wir aufrecht erhalten, wir wollen die Tätigkeit der Baugenossenschaften nicht auf den Boden der reinen Selbsthilfe der Wohnungsbedürftigen allein stellen, sondern wir wollen alle mitarbeiten. . . Wir im Rheinland wenigstens wollen uns diese ideale Verpflichtung nicht rauben lassen, wir wollen auf dem betretenen Wege weiter vorwärts schreiten, und wir hoffen damit zu einem guten Ziele zu kommen.“

Bei „Baugenossenschaften“ als solchen denkt man zunächst an das Prinzip der Selbsthilfe. Von den Baugenossenschaften sind Baugesellschaften zu unterscheiden, die auf spekulativer Grundlage von Kapitalisten (in Form von Aktiengesellschaften) gebildet werden, um dem Wohnungsbedürfnis anderer abzuhelpen (auch „gemeinnützige“ Gesellschaften).

<sup>2</sup> Nicht alle „Lodging houses“ sind gerade „musterhaft“. Besser sind von der Heilsarmee gebotene Ledigenquartiere, namentlich aber die von Lord Rowton begründeten



2. Indirekte Hilfe können die öffentlichen Gewalten dadurch leisten, daß sie a) im weitesten Umfange Unternehmen aller Art in der Beschaffung gesunder und billiger Kleinwohnungen unterstützen und fördern, insbesondere durch sach- und fachkundigen Rat und auch sonstige unentgeltliche Mitwirkung von Gemeindebeamten nach Bedürfnis und Möglichkeit, ferner durch die oben erwähnte Abstufung der baupolizeilichen Ansprüche nach der Gattung der Gebäude mit Begünstigung der Kleinhäuser, Ermäßigung der Steuern und Gebühren, Berechnung der Anliegerbeiträge nicht nach der Frontlänge der Häuser, sondern nach dem Rauminhalte oder nach der Baufläche des Grundstückes oder abgestuft nach der Bedeutung der Straße als Verkehrs- oder Wohnstraße usw.

b) Wichtiger als dies alles aber ist die Gewährung von billigen Darlehen an den gewerblichen Kleinwohnungsbau<sup>1</sup>, an gemeinnützige Vereine, Genossenschaften<sup>2</sup>, welche mit Herstellung zweckmäßiger und preiswürdiger Kleinwohnungen sich abgeben. Die Überschüsse der Gemeindesparkassen z. B. finden kaum bessere Verwendung als durch Beleihung des gemeinnützigen Wohnungsbaues — gegen mäßigen Zins und jährliche Rückzahlung. Auch kann die Kredithilfe in der Weise geschehen, daß die Gemeinde selbst Geschäftsanteile oder Aktien zeichnet, die zweite oder letzte Hypothek übernimmt, eventuell gegen etwas höheren Zins, so daß die Zinsspannung für Bildung eines Reservefonds zur Deckung etwaiger Verluste verwendet wird<sup>3</sup>.

---

Rowtonhäuser, die auch einen angenehmen Tagesaufenthalt gewähren. Die Rowtonhäuser waren auf Gewinn berechnet und warfen eine Rente von 4% ab.

<sup>1</sup> Wenn vom ersten Baulustigen die Finanzierung einer ganzen Straße gefordert wird, dann werden große Unternehmungen das Monopol für den Wohnungsbau erlangen. Gerade die öffentlichen Körperschaften sollten auch hier wieder die Rücksicht auf den soliden Kleinunternehmer nicht beiseite setzen.

<sup>2</sup> Die Versicherungsanstalten hatten bis Ende 1910: 297 Millionen M an Darlehen gegeben. Dann legten sie sich größere Zurückhaltung auf. Die Gewährung von Geldern an geeignete Baugesellschaften, vielleicht auch an kleinere Unternehmer, bei genügenden Kautelen und Garantien, dürften ebenfalls für die privaten und öffentlich-rechtlichen Volksversicherungen zum praktischen Problem werden können. Vgl. A. Bosse, Förderung des Arbeiterwohnungswesens durch die Landesversicherungsanstalten (1907).

<sup>3</sup> Auch sonst und im allgemeinen spielt die Kreditfrage bei den Bestrebungen zur Besserung des Wohnungswesens eine große Rolle. Für die erste Hypothek kommen, von Einzelkapitalisten abgesehen, namentlich die privaten Hypothekenbanken in Betracht. Über Mängel in den Leistungen der Hypothekenbanken vor dem Kriege vgl. Fr. Pabst, Hypothekenbanken und Wohnungsfrage; auch L. Eschwege, Boden- und Hypothekenprobleme (1913). (Eschwege ist Bodenreformer.) — Für den städtischen Grundbesitz ist die Kreditfrage heute um so brennender geworden, weil der Krieg die weithin bestehende Notlage noch gesteigert hat. Die geplante Einrichtung der sog. „Stadtschaften“ soll der Schaffung unkündbarer Tilgungshypotheken dienen. Die Umgestaltung des verbesserungsbedürftigen Schätzungswesens durch offizielle Schätzungsämter wird die bestehenden Verhältnisse klug berücksichtigen müssen. Auch bedarf es der Einrichtung von übergeordneten Prüfungsinstanzen.

c) Ein weiteres Mittel ist die Gewährung billigen Baulandes. In der Zeit der Vorherrschaft des individualistischen Gedankens erschien es als Forderung einer guten Wirtschafts- und Finanzpolitik, Staat und Gemeinde möglichst des eigenen Grundbesitzes zu entkleiden. Heute erkennt man, wie verkehrt diese Auffassung war. Die Beschaffung des Baugrundes für öffentliche Gebäude erfordert schon unverhältnismäßige Opfer, wenn nicht über ausreichenden eigenen Grundbesitz verfügt wird. Die Erstellung<sup>1</sup> gesunder, guter, billiger Wohnungen als Endziel der Wohnungspolitik (Baupolitik) bleibt aber erst recht unmöglich ohne eine gesunde Bodenpolitik, d. h. ohne ein zielbewußtes und energisches Hinwirken der öffentlichen Instanzen auf reichliches Angebot von Baustellen und auf billige Bodenpreise. Dazu ist nun gerade die Erhaltung und zweckmäßige Erweiterung des öffentlichen Grundbesitzes unerläßlich.

Diesbezüglich heißt es in einer amtlichen Kundgebung: „Die im Wohnungswesen herrschenden Mißstände haben ... eine Hauptquelle in der ungesunden, übermäßigen und oft mit unlautern Mitteln arbeitenden Boden- und Bauspekulation. Diese Spekulation in den Schranken des berechtigten Erwerbsverkehrs zu halten, gibt es kein besseres Mittel, als wenn die Gemeinde auch auf dem Grundstücksmarkt den ihr gebührenden Einfluß in mäßiger Richtung ausübt. Die Gemeinden werden daher nach dem Maße der Möglichkeit ihren Grundbesitz rechtzeitig zu vermehren streben, anderseits sich aber davor hüten müssen, nach rein kaufmännischen Grundsätzen mit ihrem Grundbesitz Handel zu treiben und lediglich einen Vermögensgewinn zu suchen, der höheren Zwecken nachzustehen hat. In der Regel werden die Gemeinden ihren Grundbesitz festzuhalten haben und nur dann unbedenklich veräußern können, wenn eine besondere Gewähr dafür gegeben ist, daß der veräußerte Grund und Boden der Spekulation dauernd entzogen bleibt. Solche Gewähr kann in der Natur der Sache, wie bei Veräußerung an eine gemeinnützige Unternehmung, gelegen sein oder auch durch besondere Bedingungen, wie Bestellung eines Vorkaufsrechts oder einer Sicherheit, geschaffen werden. Welches Vorgehen im Einzelfalle am geeignetsten ist, muß der wohlmeinenden Entschließung der Gemeinden überlassen bleiben. Nur darauf ist noch hinzuweisen, daß namentlich gegenüber gemeinnützigen Stiftungen und Vereinen durch Überlassung eines angemessen ausgestalteten Erbbaurechts dem Interesse der Gemeinde wie des Erwerbers oft gleichmäßig wird gedient werden können.“ (So das kgl. sächsische Ministerium des Innern in seinem Erlaß an die Kreishauptmannschaften vom 31. März 1903.)

Wir haben soeben das Erbbaurecht erwähnt. Nur einige wenige Bemerkungen über diese Rechtsform der Gewährung von Bauland.

Die Geschichte kennt drei Formen einer Teilung des städtischen Grundeigentums: die römisch-rechtliche „superficies“, die Bodenleihe des

<sup>1</sup> „Erstellung“ besagt zuweilen nicht nur die Produktion von Wohnungen, sondern auch deren ordnungsgemäße Erhaltung für den ursprünglichen Zweck. Vgl. K. v. Mangoldt, Ein Reformprogramm usw., im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik XVIII, 1./2. Heft (1903), S. 117 A.

deutschen Mittelalters, die englische Bodenleihe („lease“, wohl von dem mittelalterlichen lateinischen „lessa“).

Das unverkäufliche Staats- und Gemeindeland, später auch der Boden privater Großgrundbesitzer wurden im alten Rom gegen einen dem Eigentümer zu entrichtenden Bodenzins, „solarium“, dem „Superficiar“ zur Besetzung mit Gebäuden überlassen. Das Land der städtischen Großgrundbesitzer bedeckte sich auf diese Weise mit jenen großen Häuserblöcken (insulae), die, als Mietskasernen benutzt, in der Regel zu einer systematischen Ausbeutung der Mietsleute (inquilini) dienten. Zu Catos Zeit begnügte sich selbst ein entthronter König Ägyptens — der hohen Mietpreise wegen — mit einer kleinen Wohnung im höchsten Stockwerke. Der Dichter Martial klagt in den Satiren: er müsse über 200 Stufen steigen, um seine Wohnung im zehnten Stockwerk (vgl. amerikanischer „Wolkenkratzer“) zu erreichen. Nicht die „superficies“ als solche war die Ursache der jämmerlichen Wohn- und Mietverhältnisse Altroms, aber sie hat in der üblichen Form auch nicht zur Hebung der Wohnungsnot beitragen können.

Im deutschen Mittelalter, zur Zeit der Städtebildung (11. bis 13. Jahrhundert), diente die Erbleihe dem Großgrundbesitz dazu, um die ursprünglich besitzlosen, Handel und Gewerbe treibenden Personen in der Stadt sesshaft zu machen. Die deutsche Bauleihe war nur selten zeitlich begrenzt. Die Gelände wurden vielmehr in der Regel erblich und frei veräußerlich verliehen. Nur bei Nichtzahlung des jährlichen Erbzinnes erlosch das Recht des Beliehenen.

In England überließen die Großgrundbesitzer auf dem Lande einen großen Teil ihres Bodens an Pächter (lease- oder copyholders) zur Bewirtschaftung. In den Städten bedienten sie sich der Parzellenverleihung in Erbbau gegen eine einmalige Abgabe als Kaufpreis des Erbbaurechts und einen jährlichen Zins. Die Verleihung dieses Erbbaurechts besteht heute noch in den Großstädten Englands, namentlich in London, meist auf 80 oder 99 Jahre (gewöhnliches Leaseholdsystem), auch wohl auf drei Menschenalter. Man wählt hierfür in letzterem Falle die Lebenszeit dreier bestimmter Personen, „mit Vorliebe von Mitgliedern der königlichen Familie, weil man bei diesen die sorgfältigste Pflege und infolgedessen die längste Lebensdauer voraussetzt“<sup>1</sup>. Die bauliche Instandhaltung der mit dem Boden verpachteten oder vom Pächter erbauten Häuser liegt dem Beliehenen ob. Sie wird aber gewöhnlich vernachlässigt, weil ja das Gebäude nach Ablauf der Leihe an den Grundherrn fällt. Nicht selten bedrücken überdies gewerbsmäßige Wohnungsvermieter und Unterpächter (under-lessees) als Mietsherren der unteren Stände ihre Mieter aufs äußerste. Sie bilden ein Gegenstück zu den bekannten „Schweiß-austreibern“. Nur wo die großen Grundherren zugleich auch die Mietsherren sind, stehen die Mieter sich meist gut. Sidney Webb sagt sogar: er möchte London lieber unter zehn Herzöge, wie der Herzog von Westminster einer ist, als unter eine Menge von Besitzern verteilt sehen.

<sup>1</sup> Hans v. Nostitz, Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England (1900) 639. Es gibt auch noch andere Formen der Bodenleihe: das Fee-Farm- oder Chief-Rentsystem, eine Leihe für alle Zeiten gegen jährliche Rente, ferner das Long Leaseholdsystem für länger als 99 Jahre, bis zu 999 Jahren, das Life Leaseholdsystem für kürzere Zeit (3 Jahre) mit dem Rechte der Erneuerung, eventuell gegen Zahlung einer Auflage zur Rente. Man spricht schließlich von Freeholdsystem, wenn der Beliehene gegen Zahlung einer bestimmten Summe das Eigentum an dem Grundstück erwerben kann.



Man darf für Deutschland in den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über Erbbaurecht (Vierter Abschnitt, Drittes Buch, §§ 1012—1017) den Versuch einer Wiedereinführung des geteilten Eigentums in moderner Rechtsform erblicken. Das Erbbaurecht im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist das entgeltliche oder unentgeltliche, ohne Frist oder auf eine bestimmte Zeit (meist 50—70 Jahre) einem andern vom Eigentümer übertragene Recht, auf oder unter der Oberfläche des fremden Grundstücks ein Bauwerk zu haben. Dieses Recht muß als vererbliches und veräußerliches dingliches Recht bestellt und im Grundbuch eingetragen sein. Das Gebäude, welches der Erbbauberechtigte in Ausübung seines Rechts auf dem Grundstück neu errichtet, bildet nach § 95 des Bürgerlichen Gesetzbuchs keinen Bestandteil des Grundstücks, fällt somit in das Eigentum des Erbbauberechtigten. Anders, wenn das Gebäude bei Verleihung des Erbbaurechts schon vorhanden. Die Vorteile des Erbbaurechts liegen auf beiden Seiten. Der Grundbesitzer kann dadurch seinen Boden ohne Veräußerung der Substanz nutzbar machen, indem er eine einmalige Abfindung oder eine jährliche Rente (eventuell steigend bemessen entsprechend dem steigenden Bodenwerte) sich ausbedingt und diese durch Eintragung auf dem Grundbuchblatt des Erbbaurechts gegen den ursprünglich Berechtigten, dessen Erben oder sonstige Rechtsnachfolger sicherstellt. Auf der andern Seite vermag auch ein Minderbemittelter Erbbauberechtigter zu werden. Für den Bauplatz bedarf er ja keines Kapitals; nur muß er die jährliche Rente zahlen. Durch Verpfändung des Erbbaurechts und des Hauses verschafft er sich das zum Hausbau nötige Geld gegen eine Amortisationshypothek, so zwar, daß durch die jährliche Tilgungsquote das Kapital beim Ablauf des Erbbaurechts zurückgezahlt sein muß<sup>1</sup>. Das hierdurch

<sup>1</sup> Der richtige Eingang der Zinsen und Tilgungsbeträge hängt allerdings ganz von der wirtschaftlichen Tüchtigkeit und Reellität des Erbbaupächters ab; hypothekarische Sicherheit durch den Boden fehlt. „Am besten ist es“, sagt Jäger (Art. „Wohnungsfrage“ im Staatslexikon V<sup>3—4</sup> 1155), „wenn der Grundeigentümer, der das Gelände in Ausbau ausgibt, auch das Baugeld liefert. Zur Weiterbildung des Erbbaurechts gehört die reichsgesetzliche Einführung der Wohnungsaufsicht über derartige Gebäude, damit sie ordnungsmäßig instand gehalten werden, was die Sicherung des Baukredits erhöht; dann die Erweiterung der Kapitalzufuhr durch einfache Geschäftsformen, ferner die Kapitalisierung und Mobilisierung der Erbbaurente durch Baukreditbanken nach dem Vorbilde Englands, wo derartige Bodenzinse eine erstklassige und gesuchte Kapitalsanlage sind.“ Zur Frage des Erbbaurechts vgl. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XLVII (1914) 480 ff.; Österreich. Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XXII (1913) 110 ff.; vgl. auch Bd. XIV; Pesl, Das Erbbaurecht (1910); dazu Zeitschrift für Sozialwissenschaft I (1910) 619. Über Erfahrungen in Mannheim: Sozialistische Monatshefte I (1907) 317 ff. — Die auf 80 oder 90 Jahre ohne besondere Belastungen oder Verklausulierungen eingeräumte Erbbaubenutzung eines Grundstücks ist ein zeitliches Eigentum, das von dem ewigen zwar in der Dauer, aber nicht im Wesen sich unterscheidet und daher einer verständig bemessenen Amortisationshypothek volle Sicherheit bietet. Wird dem Hypothekar auch noch der bei Ablauf des Erbbaurechts eintretende Haus-Abfindungsanspruch verpfändet, so ist er jeder denkbaren Gefahr enthoben, und eine solche Hypothek ist nach den §§ 1870 und 1017 des B.G.B. rechtsrechtlich mündelsicher, kann also von allen mehr oder weniger an Mündelsicherheit gebundenen Anstalten: Landesversicherungsanstalten, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und vor allem Hypothekenbanken, gewährt werden (Ermann auf dem zweiten deutschen Wohnungskongreß, Juni 1911).

schuldenfrei gewordene Haus kann der Berechtigte dann an den Grundeigentümer verkaufen (eventuell abbrechen), wenn nicht beide Teile vorziehen, den Erbbaupachtvertrag zu verlängern.

Das Gesagte genügt, zu zeigen, wie das Erbbaurecht ein Mittel bietet, um den Wohnungsbau zu fördern. Das Reichsamt des Innern und manche Städte haben sich dieses Mittels denn auch schon vor dem Kriege bedient. Die ungesunde Spekulation, der verteuernde Zwischenhandel, die wucherische Beleihung wird nicht dauernd ausgeschlossen, wenn Staat und Stadt ihr Gelände durch Verkauf aus der Hand geben, wohl aber sofern das Erbbaurecht in Anwendung kommt. Gewiß müssen die eventuellen Ausfälle an Zinsen bei Geschäftskrisen in Rechnung gezogen werden. Allein gegen die Wirkungen zeitweiliger Schwankungen kann ein Reservefonds schützen, und auf die Dauer findet der Eigentümer des Bodens in der steigenden Grundrente überreichen Ersatz für jeden Schaden. „Hätten die deutschen Städte ihren früher so ausgedehnten Landbesitz sich erhalten und zielbewußt in den Dienst der Wohnungsfürsorge gestellt, statt ihn unter dem Einfluß des wirtschaftlichen Liberalismus der Privatspekulation zu überantworten, so hätten sie dem Volke die ungeheure Steuerlast erspart, die jetzt der spekulative Haus- und Grundbesitz ihm auferlegt. Viele Städte brauchten überhaupt keine Steuern zu erheben: die wachsende Grundrente ihres Bodenbesitzes würde sie nicht nur von jeder Steuerlast befreien, sondern noch reichlich Geld zur Verfügung stellen.“<sup>1</sup>

Von Privatbesitzern ist in Deutschland das Erbbaurecht nicht verwendet worden. Es empfiehlt sich auch in seiner jetzigen Gestalt vorzugsweise für grundbesitzende Dauerkörperschaften (Reich, Staat, Gemeinden, Stiftungen).

d) Schon in den Bebauungsplänen und bei deren frühzeitig notwendiger Ausdehnung auf das Vorgelände der Stadt werden ferner die kommunalen Behörden die Erschließung eines zweckmäßigen und billigen Vorortsverkehrs im Auge behalten müssen. Stehen die Straßenbahnen, was am besten, im Eigentum der Gemeinde, so kann diese unmittelbar selbst die geeignetste und wohlfeilste Verbindung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte herstellen<sup>2</sup>. Andernfalls sind die privaten Inhaber der Straßenbahnen in gleichem Sinne zu verpflichten. Daß auch der Staat seine Eisenbahnen der Pflege des Vorortsverkehrs (Arbeiterzüge mit Tarifiermäßigung zu bestimmten Stunden usw.) dienstbar machen muß, bedarf keiner weiteren Begründung. Die allgemeine Einführung der ungeteilten („englischen“) Arbeitszeit (8—3 oder 9—5 Uhr) würde in Verbindung mit entsprechender Fahrgelegenheit zweifelsohne das Wohnen in den Vororten nicht nur für Arbeiter, sondern auch Angestellten aller Art, ebenso der Schuljugend wesentlich erleichtern. Städtische Verwaltungen, auch manche Privatbureaus, Verwaltungsbehörden, Gerichte, Fabriken,

<sup>1</sup> E. Jäger, Wohnungsfrage II 105 f. — Goethe schrieb aus Heilbronn: „Was ich aus dem Erzählten und andern Symptomen durch das bloße Anschauen schließen kann, ist: daß die Stadt durch den Grund und Boden, den sie besitzt, mehr als durch etwas anderes wohlhabend ist. . . . Das beste Zeichen einer guten Wirtschaft ist, daß die Stadt fortfährt, Grundstücke zu kaufen.“

<sup>2</sup> Cl. Heiß, Wohnungsreform und Lokalverkehr (7. Heft des vom Deutschen Verein für Wohnungsreform herausgegebenen Werkes „Die Wohnungsfrage und das Reich“).

städtische Schulen haben (7—12 oder 8—1 Uhr) die englische Arbeitszeit angenommen. Doch dürfte, angesichts tief eingewurzelter Volksgewohnheiten, kaum für alle Teile Deutschlands eine Nachahmung dieses Beispiels zu erwarten sein. Überall aber bildet die zweckmäßige und vor allem billige Ausgestaltung des Vorortsverkehrs ein überaus wichtiges Mittel zur Dezentralisation der städtischen Ansiedlung, allerdings ein Mittel, das nur in Verbindung mit einer geschickten und energischen Bodenpolitik sein Ziel in befriedigendem Maße erreichen kann. Die spekulative Umklammerung der Städte muß gelöst, der Gürtel, den die Bodenspekulation um das Stadttinnere gelegt, an zahlreichen Punkten durchbrochen werden. Dann erst kann die bei „natürlicher“ Entwicklung preismäßigende Wirkung der Außenbezirke zur Geltung kommen, während bis jetzt, nach der Ansicht vieler, der Bodenwert der Innenbezirke nicht bloß durch die Intensität der Nachfrage an Ort und Stelle, sondern auch vermöge der mannigfachen Künste der peripherischen Spekulation in unnatürlicher und geradezu gemeinschädlicher Weise in die Höhe geschwungen wurde.

3. Nur bei ausgedehntem Grundbesitz wird also die Gemeinde in genügendem Maße einen bestimmenden Einfluß ausüben können auf zweckmäßige Erweiterung der Stadt, die Ausgestaltung der einzelnen Stadtteile, die Bildung größerer Plätze, die Bauweise, den Zeitpunkt der Erschließung des Geländes zu Bauzwecken, die Preisbildung für Bauland, die Gestaltung des Vorortsverkehrs usw. Es bleibt aber die Frage: Wie erhält das öffentliche Wesen den für Durchführung der Wohnungsreform erforderlichen Grundbesitz?

a) Vor allem kann der Staat durch Bewahrung und Erweiterung des fiskalischen Besitzes in der Umgebung der Städte (namentlich auch der Wälder), um denselben den Zwecken der Stadterweiterung dienstbar zu machen, in weitem Umfange zur Behebung der Wohnungsnöten und zur Verjüngung der Städte beitragen. Unter „Stadtverjüngung“ oder „kleiner Dezentralisation“ versteht man (nach v. Mangoldt)<sup>1</sup> die durch die öffentliche Bodenpolitik teils direkt erfolgende, teils wenigstens vorbereitete, regulierte und indirekt herbeigeführte weitgehende Heranziehung der Umgebung oder der äußeren Bezirke der betreffenden Orte zur Unterbringung nicht nur der neu zuwachsenden, sondern auch der schon vorhandenen Bevölkerung dieser Orte und ihrer Arbeitsstätten, und zwar zu einer Unterbringung, welche durchaus gartenmäßig<sup>2</sup> gestaltet

<sup>1</sup> Ein Reformprogramm usw., in Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik XVIII, 1./2. Heft, S. 118.

<sup>2</sup> Die Gartenstadtbewegung, wie sie von England aus seit 1898 auch nach Deutschland kam, hat die Bildung von Städten mit Gemeineigentum des Bodens und gartenähnlicher Umgebung zum Ziele. Leichter als die Erreichung dieses Zieles ist die Anlage von Gartenvorstädten in der Nähe großer Städte, wie sie heute schon nicht mehr zu den Seltenheiten gehört. Vgl. H. Kampfmeyer, Die Gartenstadtbewegung (1909). In Deutschland wurde Hellerau die erste selbständige Gartenstadt, 1910 durch Verlegung einer Fabrik entstanden. Vgl. Ballod, Wohnungsfrage und Gartenstadtproblem, in Schmollers



ist, so daß auf jeden Haushalt durchschnittlich eine Mindestbodenfläche entfällt, welche außer zur Wohnung zu einem kleinen für den eigenen Bedarf hinreichenden Nutzgarten genügt. Der Staat aber würde bei der Stadtverjüngung dadurch mitwirken können, daß er, soweit möglich, Staatsanstalten aus dem Innern der Städte in die äußeren Bezirke verlegt und seinen dort in der Umgebung der Stadt befindlichen Grundbesitz für die Hinausverlegung der Industrie und für die Herbeiführung gartenmäßiger Besiedlung zu billigen Preisen darbietet.

b) Ferner wurde die gesetzliche Verleihung eines Vorkaufsrechts an Staat und Gemeinde bei Immobiliarzangsversteigerungen in Vorschlag gebracht als ein Mittel, den öffentlichen Grundbesitz nicht unbeträchtlich zu vermehren. Doch auch damit wäre noch keineswegs allen Bedürfnissen Genüge geleistet.

c) Eine für die heute gegebenen Verhältnisse und Bedürfnisse ausreichende Wohnungspflege und Wohnungspolitik ist nach der Ansicht beachtenswerter Autoritäten schlechterdings ausgeschlossen ohne ein weitgehendes Enteignungsrecht der öffentlichen Gewalten. „Ich halte die bestehenden Übelstände für so groß und schwer“, sagt z. B. Karl Bücher<sup>1</sup>, „daß ich zu ihrer Beseitigung geradezu die Ausdehnung des Enteignungsrechts auf den gesamten, für Bauzwecke geeigneten Boden für gerechtfertigt halten würde.“ Nicht als ob die Gemeinde nun auch tatsächlich den gesamten städtischen Boden dem Privateigentum entziehen sollte! Wo und soweit aber eine wirksame Wohnungsfürsorge anders ganz unmöglich ist, da muß die öffentliche Gewalt auch das Recht der Zwangsenteignung haben und wirklich zur Anwendung bringen (Enteignungspflicht)<sup>2</sup>. Die Gemeinde bedarf dieses Rechts im Innern der Stadt zur Niederlegung ungesunder Häuser, zur „Sanierung“ ganzer Quartiere, zur Anlage von öffentlichen Parks und Spielplätzen, ferner für Straßendurchbrüche, die planmäßige Anlage der Straßen nach dem abgestuften System mit Begünstigung der Kleinhäuser, zur Erschließung möglichst vieler Baustellen, dies namentlich auch an der Peripherie der Städte als Gegenmittel gegen die Bestrebungen der Geländespekulation, zur Beseitigung eines in Ausbeutung öffentlicher Notstände (durch überhohen Preis oder rein gewinnsüchtige Aussperrung der Gelände) mißbrauchten Privateigentums. Auch zur Regelung des innerstädtischen und Vorortsverkehrs bedürfen die öffentlichen Gewalten eines nicht zu beengten Enteignungsrechts. Es versteht sich von selbst, daß die enteigneten Objekte ihrem vollen Werte nach ersetzt werden müssen. Wird bei dem Sanierungsvorgang der bisherige Ertrag zur Grundlage für die Bemessung der Entschädigung genommen, so kann, nach dem Beispiele des englischen Rechts, ein durch mißbräuchliche Benutzung des Hauses (Überfüllung u. dgl.) erzielter Ertrag unberücksichtigt bleiben. Ist das enteignete Haus völlig unbewohnbar, so kommt es auch für die Schätzung als Haus nicht mehr in Betracht. Hier genügt die Vergütung des Bodenwertes und des Baumaterials.

Jahrbuch XXXII (1908) 218 ff.; Kampfmeyer, Die Gartenstadtbewegung, in Conrads Jahrbücher für Nationalökonomik und Statistik XXXVI (1908) 577 ff.; Soziale Kultur XXXI (1911) 319 ff. 594 ff.; Monatsschrift für christl. Sozialreform XXXI (1909) 291 ff.; Musée Social, Nov. 1910, Nr. 11.

<sup>1</sup> Die wirtschaftlichen Aufgaben der modernen Stadtgemeinde (1898) 16.

<sup>2</sup> Die Enteignungspflicht wird in ausgedehntem Maße von Johannes Jäger (Die Wohnungsfrage [Kösel, 1909]) betont.

d) Als notwendige Ergänzung des einfachen Enteignungsrechts hat sodann die sog. Zonenenteignung (*expropriation par zone*) und die Zwangsumlegung zu gelten. Die Zonenenteignung ist eine Expropriation in großem Maßstabe<sup>1</sup>. Bei Anlage neuer Straßen oder Plätze, beim Umbau ungesunder Häuser oder Quartiere darf nämlich die mit dem Rechte der Zonenenteignung ausgestattete Gemeinde auch Baugelände neben dem eigentlichen Straßengelände bis zu einer gewissen Tiefe (Zone) gegen Entschädigung enteignen, soweit dies zur Durchführung des Planes der Neuordnung sich als notwendig erweist. In den Städten findet sich überdies oft viel Land, das für Wohnzwecke gar nicht verwendet werden kann. Der Besitz ist zersplittert, die Form der Grundstücke gestattet keine Bebauung. Die Parzellen sind zu lang, zu schmal, zu kurz, tiefer als nötig, oder sie stoßen schiefwinkelig auf die projektierten Straßen usw. Eine noch so geschickte Anordnung der neuen Straßen kann da nicht helfen. Im Gegenteil werden gerade die Straßen, deren Richtung sich hauptsächlich nach vorhandenen oder zukünftigen Knotenpunkten des Verkehrs (Brücken, Plätzen, Bahnhöfen usw.) bestimmt, nicht selten Grundstücke durchschneiden und dadurch für die Bebauung unbrauchbar machen, oder als Radialstraßen zur Verbindung zwischen Zentrum und Peripherie eine schiefwinklige Lage der Grundstücke zur Folge haben. Hier bedarf es offenbar der Umformung der in ihrer jetzigen Lage und Gestalt nicht „baureifen“ Grundstücke zu zweckmäßigen Bauplätzen. Erfolgt die Umlegung durch den freien Willen der Beteiligten, um so besser. Sonst muß die Gemeinde das Recht haben, eventuell auch zwangsweise die Umlegung und Zusammenlegung herbeizuführen. So wurde z. B. durch die sog. „Lex Adickes“ (Oberbürgermeister von Frankfurt a. M.) mit dem 1. Januar 1903 dieses Recht der Stadt Frankfurt a. M. verliehen. Aus der Gesamtmasse der zur Umlegung bestimmten Grundstücke sollte hiernach zunächst das für Straßen und Plätze erforderliche Gelände ausgeschieden, der Rest unter die verschiedenen Eigentümer in zweckmäßiger und billiger Weise verteilt werden, so zwar, daß der Wert des neu zugewiesenen Bodens dem Werte des eingeworfenen Grundstücks möglichst entspreche (eventuell Ausgleich durch Geldentschädigung). Eine Bonitierung, d. i. Einschätzung in die verschiedenen Kulturarten und Bodenklassen, wie bei der ländlichen Zusammenlegung (Verkoppelung), fällt hier fort, da regelmäßig nicht der landwirtschaftliche Bodenwert, sondern der Bauwert entscheidet<sup>2</sup>.

Die Zusammenlegung ist, obwohl zwangsweise durchgeführt, in gewissem Sinne eher ein Veredlungsprozeß als eine Enteignung, weil die Beteiligten an Boden nichts verlieren, vielmehr das Land in verbesserter Form zurückerhalten. Wenn aber auch die Zusammenlegung zunächst den Wert der einzelnen arrondierten Grundstücke erhöht, so wird gleichzeitig zum Besten der Allgemeinheit die Vermehrung des Angebotes von baureifem Lande auf die Bodenpreise verbilligend zurückwirken.

Die staatliche Gesetzgebung muß sich freilich in der Gewährung des Rechts der Zwangsumlegung und namentlich in der weiteren Ausdehnung des Enteignungsrechts große Zurückhaltung auferlegen. Eingriffe in das Privateigentum dürfen nicht vorschnell geschehen, wenn die Privatrechtsordnung ihre durch das Gemein-

<sup>1</sup> Joh. Vict. Bredt, Die Zonenenteignung und ihre Zulässigkeit in Preußen (1909).

<sup>2</sup> Vgl. „Arbeiterwohl“ 1902 (22. Jahrg.), 10./12. Heft: Glatzel über die Lex Adickes

wohl selbst geforderte Festigkeit nicht verlieren soll. Andererseits erscheint gerade hier der Eingriff in das privatrechtliche Gebiet nicht bloß praktisch erwünscht, sondern auch prinzipiell gerechtfertigt. Selbst England, die Heimat des Manchester-tums, Belgien, Frankreich haben das Enteignungsrecht für die Zwecke der Wohnungs-pflege und der Sanierung ganzer Häusergruppen oder Quartiere unbedenklich anerkannt. Je mehr die Überzeugung sich Bahn bricht, daß insbesondere die Frage der Stadterweiterung in den Bereich der öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten mithineinragt, um so weniger wird die staatliche Gesetzgebung sich einer diesbezüglichen Ausdehnung und Erleichterung des öffentlichen Enteignungs-rechts, zugleich mit der verwaltungsrechtlichen Sicherung seiner Anwendung (Enteignungspflicht), entziehen können.

Es bedarf zur Begründung des Enteignungsrechts usw. aber doch wohl kaum der Berufung auf eine jedenfalls geschichtlich längst verblichene Lehnsoberherrlichkeit des Staates oder auf ein als Recht unbewiesenes und unbeweisbares Obereigentum der Gemeinde an dem städtischen Boden. Vielmehr genügt die Jurisdiktion der öffentlichen Gewalten, die rechtliche Herrschaft über den Willen der Beteiligten, um die durch das Gemeinwohl geforderte Unter- und Einordnung der privatrechtlichen Sphäre gegenüber der öffentlich-rechtlichen gemäß dem Prinzip der Rechtskollision zu vollziehen<sup>1</sup>. Vielleicht wirken auch die manchmal mit Vorliebe gebrauchten Schlagworte, wie „Gemeindesozialismus“<sup>2</sup>, „gesunder“ Staats-sozialismus und dergleichen, im Hinblick auf gewisse Tätigkeiten, Funktionen, Unternehmungen der Gemeinde, des Staates, die keineswegs wirklichen Sozialismus zur Voraussetzung haben, eher verwirrend als klärend und fördernd. Wenn z. B. an Stelle einer monopolistischen Aktiengesellschaft, die — nach privat-wirtschaftlichem Prinzip — in erster Linie den eigenen Vorteil sucht und darin durch keine Konkurrenz in Schranken gehalten wird und werden kann, die Gemeinde selbst es übernimmt, einzelne allgemeine Bedürfnisse (Licht, Wasser, Kraftzuführung, Verkehr) gemeinwirtschaftlich zu befriedigen, so ist doch damit dem eigentlichen Prinzip des Sozialismus nicht die mindeste Konzession gemacht, die Gemein-wirtschaft durchaus nicht als das an sich und schlechthin Richtige — lediglich durch technische und ökonomische Möglichkeit beschränkt — hingestellt. Was „berechtigt“ am „Sozialismus“, das ist eben kein Sozialismus im gewöhnlichen Sinne. Es dürfte sich daher empfehlen, auf leicht entbehrliche, objektiv un-klare, mißverständliche Namen und Schlagworte der bezeichneten Art zu ver-zichten, um nicht den Gegnern einer wahrhaft tiefgreifenden Reform willkommene Waffen in die Hand zu geben.

4. Vergewegenwärtigen wir uns nun noch einmal in gedrängter Über-sicht die vorzüglichsten Mittel speziell für den Kampf gegen gemeinschädliche Formen der Bodenspekulation, wie sie (zum Teil wenigstens) in den bisherigen Ausführungen bereits be-zeichnet sind<sup>3</sup>.

Der Kampf kann sich nur gegen eine gemeinschädliche Spekulation richten, nicht gegen jede Spekulation. Schlagworte wie „Bodenwucher“, „fabel-

<sup>1</sup> Vgl. unsere Schrift „Freiwirtschaft oder Wirtschaftsordnung“ ?<sup>2</sup> (1901) 466 ff.; Das Privateigentum als soziale Institution<sup>2</sup> (1900) 398 ff.

<sup>2</sup> In England erregt diese Benennung keine Bedenken.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Fuchs, Wohnungsfrage, im Handbuch der Staatswissensch. a. a. O.



hafte Spekulationsgewinne“ und dergleichen haben, wie bereits gesagt wurde, nicht selten einen beirrenden Einfluß ausgeübt und zu allzu radikalen Forderungen verleitet. Für das städtische Grundstück und Haus nur die Rechtsform: Gemeingut und Privatgenuß, d. h. Vermietung auf Zeit, als zulässig anerkennen zu wollen, das geht zu weit, läßt sich weder theoretisch begründen noch praktisch durchführen. Gewiß, die Verteidiger der Bodenspekulation können sich nicht darauf berufen, daß manche Terraingesellschaften schlechte Geschäfte machen. Das mag eben verschiedenerlei Gründe haben; daß es recht viele Auswüchse der Spekulation gegeben hat, sollte doch niemand bestreiten. Oder darf man die selbstsüchtige Beschränkung des Marktes, statt der Bedienung desselben, die Behinderung der Bautätigkeit, statt ihrer Förderung, die Lahmlegung des Wettbewerbes, Monopolbildung mit wucherischen Zielen und dergleichen nicht als Mißbräuche und Auswüchse bezeichnen? Zu solchen Auswüchsen aber wird es immer kommen, wenn die Spekulation allein, allgemein, unbehindert das Feld beherrscht. Demgegenüber braucht man freilich nicht gleich zu den radikalsten Heilmitteln zu greifen. Bei ruhiger Überlegung leuchtet es ein, daß in einer auf Privateigentum gegründeten Wirtschaftsorganisation, bei richtigem Zusammenwirken aller, auch der öffentlichen, Faktoren für das Wohl der Bevölkerung immer noch besser gesorgt ist als in einer kommunistischen Welt. Zielbewußter Einfluß der Stadtgemeinde — auch das führt zu einer „Bodenreform“<sup>1</sup>, die empfehlenswerter ist als die Kommunalisierung des ganzen städtischen Grund und Bodens.

a) Zunächst kommen hier Bauordnung und Stadtplan in Betracht. Durch möglichste Verhinderung einer objektiv nicht gerechtfertigten und übermäßigen Ausnutzung des Bodens (Mietskasernen!), durch Einführung des Systems der Abstufungen (s. oben), durch Begünstigung des Kleinbaues (namentlich in den Außenbezirken) werden der Spekulation schon nicht zu verachtende Schranken gezogen.

b) Dazu tritt dann die Zwangsumlegung und das Enteignungsrecht, durch welche das Angebot des baureifen Landes vermehrt, die Gemeinden und gemeinnützige Bauvereine in den Stand gesetzt werden können, dauernd (Erbbaurecht usw.) einen mäßigenden Einfluß auf die Bodenpreisbildung auszuüben. Dabei wird allerdings vorausgesetzt, daß die Enteignung nicht nur auf die Zwecke der Wohnungspflege und der Sanierung beschränkt bleibt, sondern auch unmittelbar (namentlich in den Außenbezirken) zur Bekämpfung gemeinschädlicher Bodenspekulation Anwendung findet.

c) Ohne Zweifel kann ferner ein geeignetes Steuersystem mit dazu beitragen, das übermäßige Verlangen nach mühelosem Gewinn durch steuerliche Minderung des Vorteils in den rechten Grenzen zu erhalten, die günstigen Aussichten der monopolistisch-kapitalistischen Gebäude-spekulation und dadurch diese selbst zu beschränken. In Betracht hierfür kommen: eine Immobilienverkehrssteuer (Umsatz-, Besitzwechselsteuer), sodann eine Besteuerung des unbebauten Geländes mit Rücksicht auf seine Eigenschaft als Bauplatz, endlich eine Besteuerung des Wertzuwachses.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 3, § 3, S. 214 ff.

Die Umsatzsteuer wird besonders die berufsmäßige Spekulation treffen.

Die Bauplatzsteuer bzw. die Besteuerung des städtischen Baugeländes nicht nach dem Ertrag, der bei nicht mehr dauernd landwirtschaftlich benutztem Baugelände keine Rolle spielt, sondern nach dem jeweiligen, durch periodische Schätzung festgestellten gemeinen Marktwerte (Verkaufswerte), ist hier durchaus gerechtfertigt.

Endlich wird auch noch eine besondere Besteuerung des „unverdienten Wertzuwachses“ („unearned increment“, so benannt seit J. St. Mill; der Zuwachs des jährlichen Ertrages heißt „Zuwachsrente“), also eine Besteuerung der durch die Entwicklung, das Wachstum, den steigenden Wohlstand und Verkehr der Städte herbeigeführten Wertsteigerung des bebauten oder unbebauten Bodens, von hervorragenden Nationalökonomern und Sozialpolitikern (so auch von Eugen Jäger) empfohlen. Daß ein solcher Zuwachs als „Konjunkturgewinn“ behandelt und mit einer entsprechend hohen Konjunkturgewinnsteuer belastet werde, ist billig und gerecht.

Den Begriff „Konjunkturgewinn“ auf den Fall des Gewinnes aus eigener Spekulation und dergleichen zu beschränken, ist nicht notwendig. Auch das Wachstum der Stadt bildet für den Grundbesitzer eine günstige „Konjunktur“ im weiteren Sinne. Im übrigen darf man bei den sog. „Kartoffeläckern“ in der Nähe unserer Großstädte doch auch an einen Spekulationswert und Spekulationsgewinn denken. Erkennt man einmal die Art des Einkommens (ob mühelos oder mit Anstrengung, Renten- oder Arbeitseinkommen) als mitbestimmend für die Leistungsfähigkeit des steuerpflichtigen Subjekts an, dann dürfte gegen eine analoge Ausdehnung auf den „mühelosen“ Vermögensgewinn, in unserem Fall gegen eine Wertzuwachssteuer, prinzipiell nichts einzuwenden sein. Die richtige Veranlagung, die rechte Einfügung in das ganze Steuersystem, das sind vorwiegend steuertechnische Fragen, die hier außer Betracht bleiben können. Wenn aber Adolf Wagner jener Steuer als Ziel und Zweck die Aufgabe zuteilt, die Zuwachsrente als Produkt aller in den Besitz der Gesamtheit zu überführen, wenn er sagt: „Die Gesellschaft nimmt hier durch die genannte Besteuerung nur gerechtfertigt Anteil an der ihren Leistungen, ihrer Entwicklung zumeist allein zu verdankenden Wert- und Rentensteigerung des Bodens“, so können wir es nicht unterlassen — den Hut in der Hand —, demgegenüber Bedenken zu erheben. Wo die öffentlichen Körperschaften bestimmte Aufwendungen machen (Straßendurchbrüche, Kanalisierung usw.) und hierdurch für die bebauten oder unbebauten Gelände eines bestimmten, örtlich begrenzten Bezirks besondere Wertsteigerungen sich ergeben, da entspricht es durchaus der Gerechtigkeit, daß die Grund- und Hauseigentümer des Bezirks nach Maßgabe des Wertzuwachses auch zu den besondern „Kosten“ beitragen (sog. Bettermentprinzip). Handelt es sich dagegen nicht um solche lokale Anlagen oder besondere Leistungen der Gemeinde, des Staates, sondern um Leistungen der Allgemeinheit an die Allgemeinheit, vielleicht nur um die Folgen (nicht Produkte) einer ganz allgemein nationalen und internationalen Entwicklung (in welcher die öffentlichen Körper nicht oder nicht allein das „principium movens“ sind), da dürfte sich die grundsätzliche Konstruktion eines „Anteils“ und „Anteilrechts“ der Gemeinde, des Staates doch nicht gerade so leicht und überzeugend vollziehen. Dazu kommt, daß einem „gesellschaftlichen Anteile“ am Gewinn folgerichtig auch ein Anteil am Risiko und Verluste entsprechen würde — eine Entschädigungspflicht der öffentlichen Körper gegen

über den Eigentümern, die durch allgemeine gesellschaftliche Ursachen, wirtschaftliche Rückschläge und dergleichen eine Minderung des Wertes ihres Besitzes erfahren<sup>1</sup>.

5. Kurz sei schließlich noch auf ein Mittel hingewiesen, durch welches die Gemeinden bei der Wohnungssuche dem Publikum helfen können.

Zur Vermeidung der Kosten, des Zeitverlustes, der vielen Umstände, welche sich aus der Zersplitterung des Wohnungsnachweises durch Plakate, Umschau, Makler, Zeitungsannoncen ergeben, haben Hausbesitzer, Mieter, gemeinnützige Vereine und Arbeitsnachweise diesbezüglich eine Zentralisierung versucht, ohne jedoch größere Erfolge zu erzielen. So wiesen die Verhältnisse von selbst auf den städtischen Wohnungsnachweis hin, der sich schon einigermaßen aus den Obliegenheiten der Wohnungsämter (Orientierung über den Wohnungsmarkt, Unterbringung der Inhaber zu räumender Wohnungen usw.) ergab. Der Kommunalnachweis hat auch den Vorzug, die Unabhängigkeit von den Vermietern sich wahren zu können<sup>2</sup>.

6. Kann von einer eigentlichen Verstaatlichung der Wohnungsfürsorge und des gesamten Wohnungswesens außerhalb des sozialistischen Staates keine Rede sein, so steht ganz außer Zweifel, daß Privatkapital und Privatunternehmung, Arbeitgeber, gemeinnützige Vereine und Genossenschaften, Gemeinden angesichts der riesigen Aufgaben, die zu bewältigen sind, auf sich allein gestellt und allein mit ihren eigenen Mitteln nicht ausreichen. Andererseits fällt eine wirksame Ausübung der Gesundheits-, Sittlichkeits- und Verkehrspolizei, auch mit Rücksicht auf das Wohnwesen, unmittelbar in den Bereich der staatlichen Aufgaben und Machtbefugnisse. Nach der positiven wie negativen Seite hin werden darum die Einzelstaaten einer umfassenden, systematischen Wohnungsfürsorge sich nicht entziehen können. Was diesbezüglich von seiten der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung zu geschehen hat, wurde im vorstehenden zum Teil bereits besprochen oder wenigstens angedeutet. So die Forderung einer guten Bau- und Wohnungsgesetzgebung (Mindestforderungen), Beaufsichtigung bzw. Revision der Bauordnungen und Bebauungspläne, die Anordnung kommunaler Wohnungsämter. Als Zweck der letzteren gilt die Wohnungsinspektion, Wohnungsvermittlung, Auskunftserteilung in Miet- und Wohnungsangelegenheiten, wissenschaftliche Bearbeitung der die Wohnungs- und Ansiedlungsverhältnisse betreffenden

<sup>1</sup> Zur Frage vgl. u. a. F. Pabst, Die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses von Grund und Boden, in *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* XXV 353 ff.; K. Kampmann, Die Wertzuwachssteuer (24. Ergänzungsheft der Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften [1907]); Adolf Weber über die Wertzuwachssteuer, in *Kritische Blätter* III (1907) Heft 3; Hans Rost, Der Wertzuwachs an Grund und Boden, in *Soziale Kultur* XXIX (1909) 321 ff.; Franz Rauterkus, Die Wertzuwachssteuer, in *Stimmen aus Maria Laach* LXXIII (1907) 375 ff. Literatur hierzu vgl. *Soziale Revue* VIII (1908) 517 f.

<sup>2</sup> Vgl. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* XLV (1913) 433 ff.



Fragen in Verbindung mit dem städtischen statistischen Amt, wo ein solches vorhanden; dann Ausübung der Funktionen einer Zentralstelle für kommunale Wohnungs- und Ansiedlungsreform (v. Mangoldt); ferner gehört hierher die Ausbildung eines den Bedürfnissen (auch der Stadterweiterung) angepaßten Enteignungsrechts, des Rechts der Zonenenteignung zur Beseitigung und Ersetzung ungesunder Häuserblocks, Straßen, Quartiere, dann des Rechts der Zwangsumlegung, Reform des Steuerwesens, einerseits mit gerechter Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses, anderseits mit steuerlicher Begünstigung der Kleinhäuser. In England und Belgien waren Arbeiterwohnungen von Steuern frei, in Dänemark solche unter 32 *qm* Bodenfläche, in Frankreich wenigstens während der ersten fünf Jahre nach Erbauung des Hauses. Auch sonst noch vermögen die Einzelstaaten in mannigfacher Hinsicht auf die Erziehung des Volkes für gute Wohnungsverhältnisse, auf die Tätigkeit der Gemeinden, der gemeinnützigen Baugenossenschaften, der örtlichen und provinziellen oder allgemeinen, freien Vereinigungen zur Förderung des gesamten Wohnungs- und Ansiedlungswesens anregend, beratend, helfend einzuwirken<sup>1</sup>.

Mit der Organisation des Wohnungsbaues unter ausgiebiger Staatshilfe beschäftigten sich z. B. die vordem viel besprochenen, vom „evangelisch-sozialen Kongreß“ (Stuttgart 1896) angenommenen Schäffle-Lechlerschen Vorschläge<sup>2</sup> (staatliche „Baupfandbriefanstalt“, und staatlicherseits zu errichtende [ehrenamtliche] „Baukommissionen“, die subsidär, soweit die freien Bestrebungen nicht ausreichen, den Wohnungsbau durchführen sollen). Erwähnung verdienen ebenfalls die den Verhandlungen der Generalversammlung des katholischen Verbandes „Arbeiterwohl“ (Schwäbisch-Gmünd 1896) zugrunde gelegten Vorschläge von Landesrat M. Brandts<sup>3</sup> („Generalkommissionen für städtischen Grundbesitz“, analog den preussischen Generalkommissionen für ländliche Ansiedlung nach dem Rentengütergesetz vom 7. Juli 1891, [berufsmäßig] mit der gesamten Regelung des städtischen Ansiedlungswesens [Bebauungspläne, Bauordnung, Enteignung, Zusammenlegung, bankmäßigen Geldvermittlung usw.] betraut).

Wir begnügen uns, hier noch kurz auf einige Leitsätze, wie Eugen Jäger<sup>4</sup> sie formulierte, zu verweisen. Jäger verlangte: a) Schaffung einer Zentralstelle für Wohnwesen mit der Aufgabe, in enger ständiger Fühlung mit der Praxis und Wissenschaft das Wohnwesen im ganzen Lande zu beaufsichtigen und zu regeln, besonders aber auf die Tätigkeit der Minderbemittelten, der Arbeiter und Arbeitgeber, der Gemeinden, Distrikte, genossenschaftlichen und freien Ver-

<sup>1</sup> Zum preussischen Gesetzentwurf vgl. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVI (1913) 795 ff.; Eberstadt, Unser Wohnungswesen und die Notwendigkeit eines preussischen Wohnungsgesetzes (1910); E. Jäger, Was bringt der Entwurf zum preussischen Wohnungsgesetz? in Köln. Volkszeitung, 10. Februar 1913.

<sup>2</sup> Schäffle u. Lechler, Nationale Wohnungsreform (1895). Neue Beiträge zur Nationalen Wohnungsreform (1897). Die staatliche Wohnungsfürsorge (1900).

<sup>3</sup> Beteiligung des Staates an der Lösung der Wohnungsfrage, in Arbeiterwohl 17. Jahrg. (1897), 4. u. 5. Heft. Aufgaben von Gemeinde und Staat in der Wohnungsfrage (1897).

<sup>4</sup> Wohnungsfrage II 261 ff.

einigungen usw. nach jeder Richtung hin aufklärend, anregend und fördernd einzuwirken. Bei jeder Einzelregierung wäre als Organ dieser Zentralstelle ein besonderer Referent für Wohnwesen zu bestellen, während in jeder größeren Stadt ein staatlicher Kommissar zur Leitung und Überwachung des gesamten Besiedlungs- und Wohnungswesens eingesetzt würde. Das Ministerium für Volkswohlfahrt ist in Preußen Zentralorgan für das Wohnungswesen.

b) Schaffung einer staatlichen Zentralkasse [staatliche Wohnungsbank] mit der Aufgabe, den Umbau alter, ungesunder Quartiere im Innern der Städte, besonders aber den umfassenden Neubau von Wohnungen für die Minderbemittelten, zumal für Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichgestellte Personen, dadurch zu fördern, daß diese Zentralkasse (mangels anderer Geldquellen) staatliche Darlehen zu mäßigem Zinsfuß an genossenschaftliche, gesellschaftliche und private Bauunternehmer, an Gemeinden, Arbeitgeber usw. gibt und die dazu nötigen Summen durch Ausgabe staatlicher Obligationen [Baupfandbriefe] aufnimmt. Zur Kontrolle über die gesetzliche und vorschriftsmäßige Verwendung der Gelder, über das Bau- und Finanzgebaren usw. müßte sich die Zentralkasse eine lokale Organisation schaffen. Die Gemeinden, Distrikte, öffentlichen Sparkassen und Versicherungsanstalten sollten angehalten werden, einen Teil ihres Vermögens in diesen staatlichen Baupfandbriefen anzulegen. Die Darlehen dürften 75 % vom Werte des beliehenen Hauses — Grund und Boden mit einbegriffen —, wenn der Boden anderweitig freigestellt ist oder in Erbbau erhalten wird, 90 % des Bauwertes nicht übersteigen, wobei die anderweitige Beschaffung des Baugeldrestes durch die Privatunternehmer, Genossenschaften, Arbeitgeber, Gemeinden, öffentlichen Sparkassen usw. festgestellt sein müßte. Dabei sei stets ein Tilgungsplan aufzustellen und mit der Tilgung von jährlich wenigstens 1 % sofort zu beginnen.

Eine so große Ausdehnung der staatlichen Funktionen würde allerdings nicht ohne dringendes Bedürfnis — im Interesse des Staates selbst — befürwortet werden können. Es wäre also die Frage zu prüfen, ob eine solche Notwendigkeit tatsächlich besteht.

7. Zum Schlusse noch einige kurze Bemerkungen über die Wirksamkeit des Reichs auf dem Gebiete des Wohnungswesens und der Wohnungsreform (Vorschläge vor dem Weltkriege gemacht, die auch für die Zukunft Bedeutung bewahren).

Der direkten Tätigkeit des Reichs ist die praktische Fortbildung des Erbbaurechts zuzuweisen, ebenso des Mietrechts und des Mietprozesses (Mietschiedsgerichte), des Zwangsversteigerungsrechts, dann auch die Ausbildung eines eigenen Rechts für die Baugenossenschaften, die Fortbildung des Bodenrechts, ferner die Fortbildung der Hypothekengesetzgebung. Das Endziel auf diesem Gebiete wäre vielleicht die Ersetzung der spekulativen Hypothekenbanken, welche in dem Bedürfnis nach Bodenkredit mehr die Gelegenheit einer guten Kapitalanlage für ihre Aktionäre sehen, durch gemeindliche Anstalten, noch besser aber durch Hypothekenbanken auf Gegenseitigkeit, seien sie genossenschaftlich oder körperschaftlich, etwa nach dem Vorbilde der preußischen Land-

schaften<sup>1</sup>, der bayrischen Landwirtschaftsbank usw. Eine Hauptforderung an die Reichsgesetzgebung ist nach Jäger auch die Gewährung eines Vorkaufsrechts an Staat und Gemeinde bei Immobilizarzwangsversteigerungen behufs einer gesunden Bodenpolitik.

Da Wahrung und Pflege der öffentlichen Gesundheit zur Kompetenz des Reichs gehört, so kann die Reichsgesetzgebung ferner allgemeine Vorschriften in betreff des Wohnungswesens erlassen, wie die englische Gesetzgebung, unter dem Gesichtspunkte einer Fürsorge für die öffentliche Gesundheit (Public Health Act), tief einschneidende Bestimmungen getroffen hat. Daß von seiten des Reichs diesbezüglich mannigfache Anregungen den Einzelstaaten gegeben werden können, bedarf kaum der Erwähnung. Ob es aber gerade zweckmäßig ist, durch ein Reichswohnungsgesetz z. B. Mindestvorschriften für Licht und Luft in den Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräumen zu erlassen, erscheint zweifelhaft mit Rücksicht auf die lokalen Verschiedenheiten. Ein ganz minimales Ausmaß im Reichsgesetz könnte eher vom Besseren abhalten.

Ein Reichswohnungsgesetz<sup>2</sup> kann natürlich nur ein Rahmengesetz sein, dessen Ausfüllung und Ausführung Sache der einzelnen Staaten und Gemeinden bleibt. Zur Sicherung dieser Ausführung usw. wird wohl auch noch die Bildung einer besondern Behörde, eines „Reichswohnungsamtes“ empfohlen. Der Reichstag hat einen besondern Ausschuß für Wohnungswesen gebildet.

Im alten Österreich beschränkte sich die staatliche Wohnungspolitik bis zum Jahre 1910 auf wenig wirksame Steuerbefreiungen für Arbeiterwohnhäuser<sup>3</sup> und eine gewisse Fürsorge für Staatsangestellte. Mit Ende 1910 begann dort eine lebhaftere Tätigkeit der Gesetzgebung. Die staatlichen Maßnahmen betrafen nun nicht mehr bloß zum Teil weitgehende Begünstigungen hinsichtlich der staatlichen Abgaben, sie wollten auch eine Erleichterung der Kreditbeschaffung für den gemeinnützigen Wohnungsbau herbeiführen. Dann schufen sie ebenfalls die gesetzliche Grundlage für das Institut des Erbbaurechts<sup>4</sup>. Man durfte hoffen,

<sup>1</sup> Sog. „Stadtstaaten“ (Preußen). Über städtische Realkredit- und Gegenseitigkeitsinstitute des städtischen Hausbesitzes vgl. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXVI (1908) 537 ff.; Kurt Baschwitz, Die Organisation der städtischen Haus- und Grundbesitzer in Deutschland (Münchener volksw. Studien Nr. 88 [1909]).

<sup>2</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 6, § 1, S. 869 f. Eine Sammlung von Abhandlungen unter dem Titel „Die Wohnungsfrage und das Reich“, herausgegeben vom Deutschen Verein für Wohnungsreform (Aufsätze von v. d. Goltz, Liebrecht, Kampffmeyer, Stier-Somlo, Stübgen, Sentemann, Cl. Heiß usw.).

<sup>3</sup> Gesetze von 1892 (auf 10 Jahre), von 1902 (auf 20 Jahre). Dazu kamen noch spezielle Enteignungsgesetze für bestimmte Städte, eine Besitzwechselgebühr usw.

<sup>4</sup> Das Bürgerliche Gesetzbuch kannte zwar ein geteiltes Eigentum; doch konnte ein auf fremdem Boden errichtetes Gebäude nicht grundbuchlich belastet werden. Vgl. Forchheimer, Die neue wohnungspolitische Gesetzgebung Österreichs, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVI (1913) 528 ff.; Emmanuel Hugo Vogel, Die Fürsorge für Volkswohnungen usw. in Österreich (1908); die Aufsätze von Rob. Meyer und A. J. Fuchs in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XXI



daß die von Maresch, v. Fürth, v. Philippovich, Rauchberg u. a. ausgehende und in der seit 1907 begründeten „Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich“ geeinte Bewegung die österreichische Wohnungspolitik erfolgreich beeinflussen würde. Der Krieg hat diese Bestrebungen jäh unterbrochen.

Von großer Bedeutung kann das Heimstättenwesen werden. Nach einem von Ermann und Laar verfaßten Entwurf wären alle Gemeinden mit über 5000 Einwohnern zur Bodenvorratswirtschaft zu zwingen. Dadurch würde billiges Land gewonnen. Bodenbeschaffung ist allerdings das Wichtigste. Die Rechtsgrundlage der Bodenbeschaffung bildet Artikel 153 der neuen Reichsverfassung, der schon durch weitere Gesetze ausgebaut wurde. (Das beste Gesetz bezieht sich auf Festungsgelände und verdankt seine Entstehung der Initiative Adenauers.)

Ein weiteres Problem bildet die Verbilligung des Bauens und der Baustoffe<sup>1</sup>. Das ist leichter ausgesprochen als erwirkt. Vor dem Kriege mußten, wie gesagt, jährlich 200 000 Wohnungen gebaut werden. Jetzt sind in dem verkleinerten Deutschland, bei gleicher Vermehrung der Haushaltungen, 150 000 Wohnungen jährlich zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses erforderlich. Eine Wohnung von drei bis vier Räumen, die vor dem Kriege etwa 6—7000 Mark an Baukosten verursachte, war später nicht unter 70—80 000 Mark herzustellen, in einzelnen Gegenden nicht unter 100 000 Mark. Rechnet man — diese Preise angenommen — im Durchschnitt 150 000 Wohnungen mit 80 000 Mark, so wären jährlich 12 Milliarden an Baukosten aufzubringen. Das Reich war, bei seiner Finanzlage, schon stark belastet durch die zuerst notwendige Herstellung von Wohnungen für die Bergarbeiter, da hierdurch eine Vermehrung der Belegschaften zur Hebung der Kohlenförderung ermöglicht wurde. Dann wurde das Reich auch beim Bau von Landarbeiterwohnungen in Anspruch genommen, ohne die eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Arbeiter und damit eine intensivere Wirtschaft unmöglich ist.

Gewaltige Anforderungen finanzieller Art stellt darum die gegenwärtige Not an Reich, Land, Gemeinde, Gemeinnützigkeit.

Auf Maßregeln, die vorübergehend zur Steuerung der Not Anwendung fanden (Zwangseinquartierung, Einbau von Notwohnungen in vorhandene Gebäude usw.), brauchen wir hier nicht näher einzugehen.

Auch auf das Mietwesen erstreckten sich staatliche Verordnungen und Gesetze. Während des Krieges wurden die Mieteinigungsämter als kommunale Einrichtungen geschaffen und zahlreiche Verordnungen bezüglich des Mietwesens erlassen. Dieselben bedürften der einheitlichen

(1912) 325 ff. 403 ff.; XXII (1913) 110 ff.; Markus Ettinger, Wie aktivieren wir den Wohnungsfürsorgefond? (1911).

<sup>1</sup> Das könnte z. B. auch mit erreicht werden durch Abgabe billigen Bauholzes aus den Staatsforsten, durch Belieferung der Ziegeleien und Zementfabriken mit Kohlen zu einem Vorzugspreise usw.

Zusammenfassung in einem deutschen Reichsmietengesetz mit Neuregelung der Rechte der Mieter und Vermieter. In England, Frankreich, den skandinavischen Ländern, in Amerika usw. wurde eine Höchstmiete festgesetzt. Preußen erhielt schon durch das Wohlfahrtsministerium eine Höchstmieteverordnung, die mit Erlass des Reichsmietengesetzes in Wegfall kommt.

Ebenfalls in andern Ländern besteht oder bestand Wohnungsnot. Die Beseitigung dieser Not bildete allenthalben ein recht schwieriges Problem. Lehrreich ist, was diesbezüglich der Schweizer Manuel Saitzew ausführt. Der private Unternehmer, der vor dem Kriege hauptsächlich Träger der Wohnungsproduktion war, versagt heute bei den hohen Baukosten und der geringen Rentabilität der Häuser infolge der Niederhaltung der Mieten. Als repressive Maßnahmen zur Überwindung der Wohnungsnot kamen in Vorschlag: Beschränkung der Freizügigkeit und Rationierung der Wohnungen. Als positives Mittel gilt die Subventionierung des Wohnungsbaus. Aus öffentlichen Mitteln müssen zur Herstellung von Wohnungen Zuschüsse bereitgestellt werden (Bargeld oder, was leichter ist, Rentenzuschüsse). Der Finanzierung dient in Deutschland eine Mietsteuer. „Zur Behebung der Wohnungsnot und zur Überführung des Wohnungswesens in normale, der ganzen gegenwärtigen Organisation der Volkswirtschaft entsprechende Verhältnisse aber sind zwei verschiedene Maßnahmen zu empfehlen, die zeitlich aufeinander zu folgen haben. Erstens, solange es angezeigt ist, die Mietpreise niedrig zu halten und den Mieterschutz nicht aufzuheben: Erhebung einer Mietausgleichsabgabe, die die logische Ergänzung des Mieterschutzes ist: aus ihren Erträgen soll der Wohnungsbau subventioniert werden. Zweitens, sobald mehr oder weniger übersichtliche und stabile Verhältnisse eingetreten sein werden: Aufhebung des Mieterschutzes unter Besteuerung des durch die gestiegenen Mietpreise entstandenen Wertzuwachses der ‚alten‘ Häuser.“<sup>1</sup>

#### § 4.

### Modernes Organisationswesen, seine Bedeutung für die Bedarfsdeckung des Volkes.

1. Kartelle und Genossenschaften als Formen der modernen gesellschaftlichen Organisation. a) *Kartelle*. Unter der Herrschaft des Systems der freien Konkurrenz zielte das Bestreben der Konkurrenten darauf ab, möglichst konkurrenzlos dazustehen. Um den eigenen Unternehmergewinn zu sichern, zu erhöhen, mußten die lästigen Konkurrenten ausgeschaltet, vernichtet werden. Das erlaubte eben die „freie“ Konkurrenz.

Hierzu dienten neue Produktionsmethoden, technische Produktionsvorteile, eine Vorzugsstellung im Standort oder vermöge des Patentrechts usw., das Aufsuchen jungfräulicher Absatzmärkte, Darbietung neuer Artikel, Reklame, Förderung, Bildung der Mode, im Detailhandel die vorteilhaftere Organisation des Geschäftes:

<sup>1</sup> Saitzew, Die Bekämpfung der Wohnungsnot (Schriften des schweizerischen Verbandes zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, Heft 1 [1920]).

das Prinzip des modernen Großbasars bzw. das System der Spezialisierung, der Beschränkung auf einen oder wenige Artikel usw., auch Unterbieten der Konkurrenz usw.<sup>1</sup>

Allein die im Konkurrenzkampf Überlebenden standen nun um so mächtigeren Rivalen gegenüber. Ihre Existenz war mehr bedroht denn je. So wurde denn praktisch gebrochen mit der alten Lehre der englischen Nationalökonomie, daß der Kampf aller gegen alle allen den größten Vorteil bringe. Um sich dem Druck eines verheerenden Konkurrenzkampfes zu entziehen, wuchs jetzt der Wunsch und das Bestreben, im eigenen Interesse die wirtschaftliche Entwicklung ordnend zu beeinflussen. Anfänglich liebten solche Vereinbarungen die Verborgenheit. Die Öffentlichkeit stand eben vor mehreren Dezennien noch zu sehr unter der Herrschaft der Idee des „freien Wettbewerbes“, um dem Versuch einer Beschränkung dieser Freiheit ohne Vorurteil begegnen zu können. Allmählich wurde dann die Technik des Kartellwesens vollkommener ausgebildet, seine Mittel wurden verfeinert, verstärkt.

Die „Anarchie der Produktion“ ist durch die Kartelle in der Tat beträchtlich gemildert, Angebot und Nachfrage mehr in Harmonie gehalten worden. Großes hat also diese Regelung der Produktion und des Absatzes auf dem Wege privater, „freier“ Organisation geleistet. Auch der Einfluß der fusionierten Großbanken auf die Produktion, ihre Kontrolle über Neugründungen, ihr „Sanieren“ vom Untergang bedrohter Unternehmungen usw. hatten volkswirtschaftlich gute Seiten. Mochten aber jene Kartelle, Syndikate, Preiskonventionen zum Aufschwung der deutschen Industrie vor dem Weltkriege nicht wenig beigetragen haben, sie brachten zugleich auch den Beweis, daß eine Regelung des volkswirtschaftlichen Prozesses durch rein private, auf freier Vereinbarung beruhende Organisationen, durch geschäftliche Zweckverbände, für die der eigene Gewinn oberstes Gesetz blieb, den Anforderungen einer gesunden volkswirtschaftlichen Bedarfsversorgung nicht genügen können<sup>2</sup>. Die Kartelle verstärkten die wirtschaftliche Macht des Kapitalbesitzes gegenüber Konsumenten und Arbeitern zu deren Nachteil. Sie vernichteten ohne Not schwächere Unternehmungen (Außenseiter). Großes haben sie in der Kriegszeit geleistet, aber auch da wieder gewaltige Kriegsgewinne gemacht. Heute sind fast alle Industrien in irgendeiner Form kartelliert. Bei der gegenwärtigen Not des Volkes würde indes die fortgesetzte rücksichtslose monopolistische Ausnutzung der wirtschaftlichen Kapitalmacht der Kartelle völlig unerträgliche Zustände herbeiführen. Eine noch so scharfe Kartellgesetzgebung<sup>3</sup>, die Aufsicht eines

<sup>1</sup> Vgl. Edgar Jaffé, Der treibende Faktor in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XL (1914) 10 ff. 22 ff.

<sup>2</sup> Zur volkswirtschaftlichen Würdigung der Kartelle vgl. Bd. III, Kap. 3, § 2, S. 457 ff

<sup>3</sup> Staatliche Regelung der Kartelle, vgl. hierzu Bd. III, Kap. 3, § 2, S. 465 ff.



Kartellamtes usw. genügt den Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr. Die Kartelle müssen vielmehr über sich selbst hinaus fortgebildet oder durch andere Organisationsformen ergänzt bzw. abgelöst werden (Hitze).

b) *Genossenschaften*. Eine andere privatwirtschaftliche Organisationsform, welche in den letzten Jahrzehnten sich mächtig entwickelte, bilden Gesellschaften, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittelst gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken. Oder, wie Adolf Weber<sup>1</sup> sagt: „Die Genossenschaftsbewegung setzt sich zum Ziel: Verwertung wirtschaftlicher Leistungen oder Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse einzelner Personen einer Vereinigung dieser Personen zu übertragen, um dadurch wirtschaftliche Vorteile für die Mitglieder dieser Vereinigung zu erreichen.“ Dem Genossenschaftswesen stand auch die liberale Theorie nicht ablehnend gegenüber. Die moderne Entwicklung ist aber über die Genossenschaft im liberalen Sinne als einem privatwirtschaftlichen geschäftlichen Zweckverbande hinausgegangen. Das Bewußtsein der Gleichartigkeit der sozialen Gruppe, der ihre Mitglieder angehören, erstarkte in der heutigen Genossenschaft immer mehr. Der Solidaritätsgedanke, der bei Schulze und bei Raiffeisen so scharf betont wurde, hat heute ganz offenbar schon einen beruflichen Klang<sup>2</sup>. Die Genossenschaft ist mehr als bloße Unternehmungsform, sie ist in etwa bereits Standeshilfe, ein soziales Gebilde, das zur berufsgenossenschaftlichen Organisation vorbereitete und überleitete.

Die Genossenschaften haben eine Fülle wertvoller Kriegsarbeiten geleistet. Der Zusammenschluß der großen genossenschaftlichen Verbände wird dem ganzen Genossenschaftswesen zugute kommen. Eulenberg hat recht, wenn er sagt: „Der Genossenschaftsgedanke ist der große Erzieher unseres Volkes geworden. . . . Für den Ausbau der Zukunft werden wir den uralten Gedanken der Genossenschaft erst recht gebrauchen.“ Von besonderer Bedeutung, geradezu eine Lebensfrage für den Mittelstand, wird der gemeinsame Einkauf der Rohstoffe, die Bildung von Zentraleinkaufsgenossenschaften sein. Bei aller Hochschätzung vor gut ausgebauten Lieferungsgenossenschaften (Gründung von Hauptstellen für gemeinschaftliche Handwerkslieferungen) wird man die Hauptwurzeln der handwerklichen Kraft auch für die Zukunft im bewährten Verhältnis des Meisters zur guten Einzelkundschaft suchen müssen. Eine Ausschaltung des selbständigen Gewerbes bei der Lebensmittelversorgung kann nicht als volkswirtschaftlicher Fortschritt erachtet werden. Diesem Schicksal gegenüber bietet wiederum das Genossenschaftswesen die beste Waffe, aber ein Genossenschaftswesen, von dem gilt, was Schmittmann<sup>3</sup> fordert, wenn er sagt: „Die deutsche Genossenschaft ist diejenige Organisationsform, die in ihrem Wesen sich bewußt dem reinen wirtschaftlichen Egoismus entgegenstellt, die nicht den Gewinn, sondern den Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens rückt.“

<sup>1</sup> Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit (1900) 272 (1921, 3. u. 4. Aufl.).

<sup>2</sup> Bd. III, Kap. 3, § 3, S. 562.

<sup>3</sup> Soziale Kultur XXXVI (1916) 34.

Kartelle und Genossenschaften wurden im dritten Bande<sup>1</sup> behandelt unter der Bezeichnung: Syndikate und kooperative Einigungen von Wirtschaften. Es sind Einigungen von Privatwirtschaften, zunächst im Dienste des privatwirtschaftlichen Zweckes eben dieser Wirtschaften.

**2. Standes- und Berufsorganisationen.** Die berufsgenossenschaftliche Organisation und die berufsgenossenschaftliche Verbindung der ausführenden Arbeit mit der leitenden Arbeit bildet einen heute praktisch besonders bedeutsamen Kernpunkt der von uns vertretenen solidaristischen, moralisch-organischen Auffassung. Vorläufer berufsgenossenschaftlicher Organisation für die Neuzeit kann man in den französischen „Conseils du Commerce“<sup>2</sup> erblicken, eine Einrichtung, die seit ihrem Entstehen unter Heinrich IV. (1607) vielfachem Wandel unterworfen war. Bald aufgehoben, bald wieder errichtet, unter Napoleon III. erweitert mit Sektionen für Handel, Landwirtschaft und Gewerbe, verfügte der Rat oder Obere Rat (Conseil supérieur) lediglich über eine beratende, begutachtende Stimme. Seit 1901 ist der Obere Rat für Handel und Industrie dem Handelsministerium eingegliedert. Die Angelegenheiten des Ackerbaues sind von diesem Ministerium (seit 1881) getrennt. Mit besonderem Nachdruck traten in den letzten Zeiten vor dem Weltkriege die Anhänger der „École d'association catholique“ für eine berufsständische Organisation ein.

Der französische „Conseil supérieur“ blieb nicht ohne Einfluß auf deutsche Kreise der Industrie und des Handels. Auf deren Antrag hin wurde für Preußen durch Verordnung vom 17. November 1880 ein Volkswirtschaftsrat eingerichtet, dessen 75 Mitglieder vom König berufen oder von Handelskammern, kaufmännischen Vereinigungen und landwirtschaftlichen Vereinen vorgeschlagen werden sollten. Auch sollte eine gewisse Anzahl (15) Handwerker und Arbeiter beigezogen werden. Der Versuch Bismarcks, den Volkswirtschaftsrat auf das ganze Reich auszudehnen, scheiterte (Ablehnung durch den Reichstag 16. Juni 1881). Die Idee beratender Kollegien fand aber nun fortgesetzt in der Literatur ihre Vertreter. Wir nennen Hacker<sup>3</sup>, Hatscheck<sup>4</sup>, Weigert<sup>5</sup>, Steinmann-Bucher<sup>6</sup>, Graetzer<sup>7</sup>, Otto Pieper<sup>8</sup>. Dann noch von den neueren und neuesten Schriften die

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 3, § 2, S. 426 ff.; § 3, S. 476 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 4, § 4, S. 650.

<sup>3</sup> Abhandlung über die Beiräte (4. Ergänzungsheft der Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften [1903]).

<sup>4</sup> Interessenvertretung von Handel und Industrie (Mitteilungen der Frankfurter Handelskammer, Mai 1900).

<sup>5</sup> Der volkswirtschaftliche Senat. Heft 8 der volkswirtschaftl. Zeitfragen (1880).

<sup>6</sup> Nährstände im Staate (1885).

<sup>7</sup> Organisation der Berufsinteressen (1880).

<sup>8</sup> Vertritt die Idee einer verfassungsmäßigen Vertretung von Handel und Industrie in den Parlamenten in einer im Auftrag der Krefelder Handelskammer verfaßten Schrift (1912).

von Karl Eichhorn<sup>1</sup>, Mathilde Planck<sup>2</sup>, Oppeln-Bronikowski<sup>3</sup>, Kriek<sup>4</sup>, Herrfahrt<sup>5</sup> usw.<sup>6</sup> Über die berufsständische Interessenvertretung in den Staaten Europas hatte schon Richard v. Kaufmann<sup>7</sup> belehrt. Auch heute regt sich nicht nur in Deutschland, sondern überall der Gedanke einer beruflichen Standesvertretung mit größerer oder geringerer Klarheit und Kraft je nach den besondern Verhältnissen der verschiedenen Staaten und Völker.

In Preußen dachte man bei der Wahlrechtsvorlage von 1917 an einen berufsständischen Ausbau des Herrenhauses, ohne daß dieser Plan zur Verwirklichung kam. Doch nahm die neue Reichsverfassung im Artikel 165 die Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten und eines Reichswirtschaftsrates in Aussicht. Es scheint — alles in allem —, daß wir auf dem Wege sind zur festeren Begründung eines Berufsparlamentes, das natürlich seine Stütze finden muß in einer haltbaren, gesunden berufsgenossenschaftlichen Organisation der Volkswirtschaft.

Der berufsgenossenschaftliche Gedanke hat insbesondere in der katholischen Literatur Vertretung gefunden. „Überblickt man die Entwicklung der sozialen Ideen der deutschen Katholiken im vorigen Jahrhundert“, sagt Joh Kaster<sup>8</sup>, „so kann man ... vier Perioden unterscheiden: Die erste oder Vorperiode ist die romantische Periode, die bis in die 30er Jahre reicht“. In dieser Periode kennt man die soziale Frage im modernen Sinne noch nicht. Das soziale Problem ist das Problem der politischen Reorganisation der Gesellschaft. Die zweite Periode beginnt mit Baader<sup>9</sup> und Buß und dauert bis Anfang der 60er Jahre. Während dieser Periode besteht das soziale Problem in der Bekämpfung des Pauperismus. Eine Richtung sucht dies Problem zu lösen durch Wiederherstellung der von der Romantik geforderten Ständeordnung, eine andere durch freie Ver-

<sup>1</sup> Die wirtschaftliche und politische Organisation der Volkswirtschaft (1914).

<sup>2</sup> Der Berufsstaat (1918. Zusammenfassung der berufsständischen Gedanken ihres Vaters Christian Planck).

<sup>3</sup> Reichswirtschaftsrat und berufsständischer Gedanke (1920).

<sup>4</sup> Die deutsche Staatsidee (1920). Vgl. auch S. Marx, Das organische Staatsprinzip (1919).

<sup>5</sup> Berufsständische Vertretung (1921).

<sup>6</sup> Zum Ganzen Paul Kirschner, Berufsparlamente, in Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk II (1921) Nr. 19, S. 607 ff. mit weiteren Literaturangaben. Unsere Angaben stützen sich auf die verdienstvolle Arbeit Kirschners.

<sup>7</sup> Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen in den Staaten Europas (1879).

<sup>8</sup> Die Stellung der deutschen Katholiken zur Gewerkschaftsfrage vor der Gründung der christlichen Gewerkschaften (Soziale Kultur XLI [1921] 261 ff.).

<sup>9</sup> Zu den Romantikern gehörten insbesondere Adam Müller, C. L. v. Haller, Fr. v. Schlegel; auch Chr. Fr. Schlosser, J. Görres, Fr. v. Baader, C. J. Jarke. Von den deutschen Protestanten werden Steffens, Göschel und Stahl zur „theologischen“ Schule der Politik gerechnet. (In Frankreich: de Maistre, de Bonald, de Lammenais, Mérode, Eckstein, Beaufort, Ballanche, Castel, Villeneuve Bargemont, Alletz.) Baader fußt noch auf der Romantik. Eine freiere Richtung beginnt mit Buß.

<sup>10</sup> Der Ausdruck „christlich-sozial“ wurde in Deutschland zuerst nicht von Wichern, sondern von Baader gebraucht.



einigung und die dritte durch die sozialetische Erziehung und sozialkaritative Tätigkeit der Kirche. Die dritte Periode beginnt in den 60er Jahren mit den sozialen Schriften Kettlers und dauert bis Anfang der 90er Jahre. Während dieser Zeit ist vorherrschend die ständisch-zünftlerische Richtung. Daneben kommt allmählich die sozialreformerische Richtung auf, die ganz mit den ständischen Ideen bricht und die in der vierten Periode seit Anfang der 90er Jahre bis heute die herrschende ist.“

Mag im Laufe der Zeit in den sozialen Ideen des deutschen Katholizismus manche Wandlung erfolgt sein, die Überzeugung, daß den sozialen Notständen mit Reformen zu begegnen sei, die auf christlichen Ideen beruhen, ist geblieben<sup>1</sup>. Diese Überzeugung war ja, wie Kaster richtig bemerkt, so alt wie das Christentum selbst. Daß ferner speziell die ständische Idee, die so lange die katholischen Theoretiker und Praktiker beherrscht hatte, heute gänzlich „gebrochen“ sei, trifft nicht zu. Absolut freie Konkurrenz und volle Ungebundenheit, die „Freiheit“ der liberalen Schule hat auch in der modernsten Richtung kaum Freunde. Diese hält vielmehr fest an der organischen Gesellschaftsauffassung. Wir haben in der modernen gesellschaftlichen Arbeitsteilung verschiedene Berufe, Stände, sehen aber, wie diese Berufe, Stände heute nach Organisation ringen, leider nur zu oft in einseitigen Interessenverbänden, unter Hintansetzung des Berufsgedankens. In welcher Form die Stände sich organisieren, das ist eine Frage der geschichtlichen Entwicklung. Von einer Wiedereinführung überlebter Formen kann heute keine Rede sein. Auch darf man nicht von einer „gottgewollten“ Ständeordnung reden<sup>2</sup>. Der Staat kann bestehen ohne organisierte Stände. Die Organisation der Stände ist nicht Forderung des Naturrechts. Sie ist kein „essentiale“ der staatlichen Gesellschaft, wohl aber ein „proprium“ derselben und insofern etwas bei gesunder geschichtlicher Entwicklung Naturgemäßes. Wenigstens zur Vollkommenheit des organischen Aufbaues der Gesellschaft ist das korporative System notwendig. Aber es wird sich, um heute lebensfähig zu sein, zunächst ganz natürlich aus dem Volke selbst heraus entwickeln müssen, ohne künstliche Züchtung durch staatlichen Zwang. Auch denken wir die wirtschaftliche Regelung, soweit sie durch den Berufsstand in Aussicht genommen wird, nicht als Bevormundung der einzelnen und ihrer Wirtschaften durch den Staat, sondern als Ausschließung des dem Berufsstande und der Volksgemeinschaft Schädlichen. Schon allein durch Pflege und entschiedene Wahrung der Standesehre könnte für eine gute Bedarfsversorgung des Volkes viel geleistet werden. Der Standesgenosse ist dem Berufsverbände gegenüber verpflichtet durch seine

<sup>1</sup> Von J. B. Hirscher stark betont.

<sup>2</sup> K. v. Vogelsang erblickte in der „christlichen Sozialordnung des Mittelalters ein sozialpolitisch organisiertes Christentum“. Die Arbeit galt ihm als „Gesellschaftsamt“, das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter als eine Art Gesellschaftsvertrag oder Geschäftsgemeinschaft. Vogelsang habe, sagt Kaster (a. a. O. 277), „die ständisch-zünftlerische Richtung Kettler-Hitze noch um einen bedeutenden Schritt weiter ins Mittelalter geführt“. Vogelsang war Gegner des Staatssozialismus. „Sein System läßt sich als Gesellschaftssozialismus charakterisieren“ (Kaster a. a. O. 276). Vogelsang fordert auch ein Wiederaufleben der alten Wuchergesetze. Die sog. Haider und Salzburger Thesen faßten die Vogelsangschen Ideen programmatisch zusammen. Als Hauptvertreter der Vogelsangschen Schule werden unter anderen genannt: A. M. Weiß, Ratzinger, v. Kuefstein usw.

Zugehörigkeit zur Organisation, dem Ganzen der Volksgemeinschaft gegenüber durch die staatsbürgerliche Pflicht. Der Verband selbst aber kann die eigenen Interessen des Standes vertreten, doch unter Wahrung der höheren, auch für ihn pflichtmäßigen staatsbürgerlichen Solidarität.

Für eine Arbeiterorganisation stellte v. Ketteler<sup>1</sup> fünf Grundforderungen auf: 1. Die Verbindungen müssen naturwüchsig sein, d. h. sie müssen aus der Natur der Dinge, aus dem Charakter des Volkes und aus seinem Glauben herauswachsen; 2. die Verbindungen müssen Verbindungen zu wirtschaftlichen Zwecken und nicht für politische Treibereien und Träumereien sein; 3. sie müssen einen sittlichen Boden mit dem Bewußtsein der Standesehre, Standessitte haben; 4. sie müssen alle Standesgenossen einschließen; sie müssen endlich 5. Selbstverwaltung und Kontrolle im rechten Verhältnis verbinden. In den Gewerkschaften glaubte Ketteler „einen Kern, der wenigstens den Weg zeige, auf dem eine allgemeine Organisation erstrebt werden könnte“, erblicken zu dürfen. Wir teilen diese Auffassung, indem wir an die heutigen christlichen Gewerkschaften denken. Diese verwerfen den Klassenkampf, wollen keine bloßen Kampforganisationen sein, wollen Selbsthilfe üben ohne Verletzung des Rechts. Indem sie die Gewerbesolidarität (Theodor Brauer) stark betonen, machen sie die Arbeiter zu Berufsgenossen des Unternehmers als dessen Gehilfen im Dienste des Gewerbes und zugleich mit diesem im Dienste der Volksgemeinschaft.

Mit großem Nachdruck hatte Franz Hitze in seinem Werke „Kapital und Arbeit“ und in der „Quintessenz der sozialen Frage“<sup>2</sup> die Notwendigkeit der Reorganisation der Berufsstände verfochten, und zwar im ständisch-zünftlerischen Sinne. v. Hertling dagegen hielt eine Übertragung der mittelalterlichen Zunftordnung auf die modernen Verhältnisse für unmöglich, bezeichnete die Hitzeschen Reformpläne darum als utopistisch<sup>3</sup>. Ein unter Führung Oberdörffers veröffentlichtes katholisches Programm, welches noch auf dem Standpunkte der ständisch-zünftlerischen Ideen stand, wurde dann auch von Hitze abgelehnt. Offenbar war damals in den Ansichten Hitzes eine Wandlung eingetreten. Um so größeres Interesse beansprucht die Darlegung seiner endgültigen Auffassung, welche dieser verdienstvolle und mit Recht allgemein hochgeachtete Sozialpolitiker noch in seinem letzten Lebensjahre (1921) in der Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ darlegte, gewissermaßen sein soziales Testament.

Wir geben im folgenden seine dort ausgesprochenen Gedanken im wesentlichen wieder. Hitze sagt zunächst, sein Werk „Kapital und Arbeit“ (1880) stelle „den kühnen Versuch dar, aus dem Nebel allgemeiner

<sup>1</sup> Ketteler's Schriften III 176 ff. Ketteler erhoffte anfangs viel von der Produktivgenossenschaft. Später trat er für die Gewerkschaftsorganisation ein, ohne auf die „Reorganisation aller Stände“ zu verzichten. Vgl. O. Pfülf, Bischof v. Ketteler II (1899) 202 ff.; III 293 ff.

<sup>2</sup> Beide Schriften 1888.

<sup>3</sup> v. Hertling forderte Reform des Bestehenden, staatliche Sozialpolitik, Gewerkvereine. Den Vorwurf des Staatssozialismus hat Hertling später Hitze gegenüber nicht mehr aufrecht erhalten.

Ideen und Anregungen heraus zu konkreten positiven Vorschlägen für eine Reorganisation der Gesellschaft zu gelangen. Gewiß ‚nicht unbeeinflusst‘ von den katholischen Vorkämpfern der Sozialreform: v. Ketteler, Jörg, v. Vogelsang usw., aber doch in konkreter Ausgestaltung und energischer Weiterführung ihrer Gedanken und vor allem unter weitgehender Berücksichtigung der nationalökonomischen und sozialistischen Literatur, insbesondere von Marx“<sup>1</sup>.

Diese „Reorganisation der Gesellschaft“ aber, wie sie von Hitze in „Kapital und Arbeit“ gefordert wurde, umfaßte die berufsständische Interessenvertretung und die berufsständische Organisation, zwei Probleme, die auch heute im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen.

1. *Berufsständische Interessenvertretung.* Vertretung der Interessen des Berufsstandes nach außen, insbesondere gegenüber Staat und Gesetzgebung durch den Berufsstand selbst — das wurde schon früh von den christlichen Sozialpolitikern als unabweisbares Bedürfnis erkannt. Hitze fordert in „Kapital und Arbeit“: Kreiskammern, Bezirkskammern, einen Volkswirtschaftsrat. Kreis und Bezirk brauchten nicht gleichmäßig abgezirkelt zu werden und sich nicht etwa mit den politischen Verwaltungsbezirken zu decken, sondern sollten auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit gebildet werden. Durch diese Bauern-, Handwerker-, Arbeiter-, Industriekammern würde wieder ein natürliches Bindeglied zwischen Zentralgewalt und Volk geschaffen, welches der manchesterlichen Freiwirtschaft gefehlt habe<sup>2</sup>. In seiner parlamentarischen Tätigkeit zielte denn auch Hitzes Streben zunächst darauf ab, durch Errichtung von Handwerks-, Landwirtschafts- und Arbeitskammern den Unterbau für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessengruppen zu schaffen und dann an den Oberbau, die zentrale Zusammenfassung im Volkswirtschaftsrat, zu denken.

2. *Berufsständische Organisation zur Einigung und Stärkung des Berufes nach innen und zur Regelung der Berufstätigkeit im Dienste der*

<sup>1</sup> Hitze, Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft, in Deutsche Arbeit VI (1921) Heft 2, S. 45.

<sup>2</sup> Daß diese berufsständischen Kammern besser späterhin in politische Kammern umgewandelt werden sollten, wobei etwa der Reichstag durch ein berufsständisches Parlament ersetzt würde, hält Hitze heute für „absolut ausgeschlossen“. Vgl. Deutsche Arbeit VI (1921) 49 ff. Bismarck hatte vielleicht durch die Bildung eines „Volkswirtschaftsrates“ (als technischen Beirates des Königs für wirtschaftliche Interessen. Kgl. Verordnung vom 17. November 1880) zunächst für Preußen mit dem weiteren Ziele eines Reichswirtschaftsrates die Ersetzung des Reichstagswahlrechts durch das berufsständische Wahlrecht erstrebt. Vgl. H. Herrfahrt, Das Problem der berufsständischen Vertretung von der französischen Revolution bis zur Gegenwart (Stuttgart, Verlagsanstalt).



*Bedarfsversorgung des Volkes.* Das Ziel der Zukunft hatte Hitze in „Kapital und Arbeit“ folgendermaßen gekennzeichnet<sup>1</sup>:

„Der tiefste und allgemeinste Grund der sozialen Frage ist: der Individualismus, die Auflösung der Gesellschaft, Verwandlung derselben in einen Haufen konkurrierender Atome, wo nur das Kapital sporadisch eine mechanische Bindung schafft, eine Bindung, die weder an sich wirtschaftlich genügt, noch aber dem Menschen gerecht wird, die aufsaugt, Produktionsanarchie und Expropriation des Schwächeren durch den Stärkeren: das ist wesentlich die wirtschaftlich ‚soziale Frage‘, Auflösung der persönlichen Verbindungen und Ersetzung derselben durch die mechanischen des ‚Geschäfts‘, damit Auflösung der Disziplin und Sitte: das ist die sittliche Seite derselben. Wenn diese Formulierung der ‚sozialen Frage‘ richtig ist, so besteht offenbar die ‚Lösung‘ der ‚sozialen Frage‘ in: Ablösung des Individualismus durch den ‚Sozialismus‘, der Atomisierung durch die ‚Zusammenfassung‘, der Konkurrenz durch die ‚Solidarität‘, der mechanischen durch die ‚persönliche‘ Bindung. An Stelle der Produktionsanarchie muß ‚Ordnung‘, anstatt der Expropriation des Schwächeren durch den Stärkeren die Erstarkung des Schwachen, die ‚Einschränkung‘ des Stärkeren, an Stelle der Selbstherrlichkeit des Individuums die ‚Unterordnung‘ unter Erziehung und Sitte der Gemeinschaft treten. Es kommt also wesentlich auf eine ‚Wiedereinsetzung‘ der ‚Gesellschaft‘ in ihr Recht auf Individuum und Kapital hinaus. Die Lösung der sozialen Frage erheischt also Bindung, Ordnung, Unterordnung, Einschränkung, ‚Sozialismus‘, bedeutet also den Bruch mit der individuellen Freiheit. Das Freiwilligkeitsprinzip reicht nicht aus, weder zur Einführung und kräftigen Durchführung noch auch zur Erhaltung einer ‚Sozialisierung‘, wie unsere Gesellschaft sie braucht. . . . Soll es zu einer ernsten ‚Vergesellschaftung‘ und festen Ordnung kommen, dann bedürfen wir der Mithilfe des Staates. . . . Es muß eine rechtliche, mit Zwang ausgestattete Organisation sein. . . . ‚Sozialismus‘ müssen wir haben, aber wir wollen nicht ‚Staats‘-Sozialismus, sondern berufsständischen Sozialismus. ‚Zentralisation‘, einheitliche Ordnung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens ist notwendig, aber die Einheit soll sich anschließen an die Glieder, die Ordnung soll sich vollziehen durch gute berufsständische Organisation der Selbstverwaltung. Regierungen und Beamtenungen können wir nicht entbehren, aber wiederum nicht außerhalb, fremd der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft in ihren Gliedern soll das Amt führen, aus dem Volke für das Volk. Wir wollen Staatshilfe, aber nicht um die Selbsthilfe überflüssig oder unfruchtbar zu machen, sondern um die Selbsthilfe zu organisieren, dieselbe zu ergänzen und zu kräftigen durch die Mithilfe des Standes.“

Es sind dieselben Gedanken und Forderungen, die, gestützt auf eine christliche Sozialphilosophie, zum Gemeingut der katholischen Sozialpolitiker insbesondere in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Holland wurden. Gedanken, wie sie dem solidaristischen System und dem sozialen Arbeitssystem (Band I und II) zugrunde liegen.

Die berufsständischen Organisationen dienen einem doppelten Zwecke: sie haben sozialpolitische Aufgaben (mit Bezug auf das Verhältnis

<sup>1</sup> Kapital und Arbeit (1880) 441 f.

von Arbeitnehmern und Arbeitgebern), sodann wirtschaftspolitische Aufgaben (Förderung und Regelung der wirtschaftlichen Berufstätigkeit).

Manche dieser Aufgaben sind bereits durch die entsprechenden Kammern: Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern, Handelskammern, aufgenommen worden; andere werden von „freien“ Vereinigungen gepflegt. Auch die schon während des Weltkrieges paritätisch zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden getroffenen Vereinbarungen und Einrichtungen zur gemeinsamen Regelung beruflicher Angelegenheiten (Arbeitsgemeinschaften) seien hier erwähnt. Hitze führt diesbezüglich folgendes aus<sup>1</sup>:

Das Handwerkerschutzgesetz von 1897 hatte eine gesetzliche Regelung des Innungswesens und sogar die fakultative Zwangsinnung (durch Mehrheitsbeschluß) gebracht. Die Innungsgesetzgebung fand eine Ergänzung durch die (auf Grund des Antrages Trimborn-Hitze 1892 errichtete) „Gewerbeförderung“. Die Not der Kriegszeit führte neue Formen der Gemeinschaftsarbeit im Handwerk herbei<sup>2</sup>. Der Reichsverband des deutschen Handwerks stellte am 15. Oktober 1920 in Jena die Forderung der obligatorischen Innung auf mit entsprechendem fachlichen Ausbau in Innungsausschüssen, Landes- und Reichsinnungsverbänden neben der politisch-territorialen Zusammenfassung des Handwerks in Handwerkskammern, im Reichshandwerkskammertag und im Reichswirtschaftsrat. Die Innungen und Innungsverbände sollten zugleich zu Selbstverwaltungskörpern im Sinne der Verfassung (Art. 156 Abs. 2) ausgestaltet werden — doch wohl auch mit gesetzlich geschützter Mitwirkung der Gesellen in weiterem Maße, als ihnen in den bisherigen Gesellenausschüssen gewährt wurde.

Die Handelskammern sind im wesentlichen Interessenvertretungen des Handels (in Bayern, Sachsen, Württemberg obligatorisch), haben aber auch bestimmte praktische Aufgaben und Befugnisse, die über den Rahmen einer bloßen Interessenvertretung hinausgehen. In Hamburg und Bremen entstanden besondere „Kleinhandelskammern“, „Detallistenkammern“. Anderwärts hat der Kleinhandel eine Vertretung in den eigentlichen Handelskammern gefunden. Erfreulicherweise gewinnt im Kleinhandel der Gedanke einer beruflichen Organisation, wie es scheint, immer mehr an Boden.

Einer zwangsgenossenschaftlichen Organisation stand der Bauernstand bisher mit Zurückhaltung oder ablehnend gegenüber. Die Landwirtschaftskammern bieten in etwa einen Ersatz, indem sie neben den Aufgaben der Interessenvertretung (Begutachtung und Vorschläge für Verwaltung und Gesetzgebung) direkt wirtschaftliche Aufgaben erfüllen:

<sup>1</sup> Deutsche Arbeit (Hitzes Aufsatz) VI (1921) 53 ff

<sup>2</sup> Vgl. H. Lübbering, Berufsständische Gemeinschaftsarbeit im rheinisch-westfälischen Handwerk (1920).

Beratung der Landwirte, Unterstützung von Winterschulen, Kursen, Vermittlung von Saatgut, Düngemitteln, Arbeitsmaschinen, Verbesserung der Viehrassen, Ausstellungen, Prämierungen usw. Aber eine umfassende berufsständische Organisation könnte doch noch mehr leisten, könnte die Mitglieder im Wege der Selbstverwaltung zu den Kosten gemeinsamer Einrichtungen herbeiziehen, würde den Abschluß von Lieferungsverträgen und Preisverträgen zwischen Gemeinden und Konsumentenorganisationen erleichtern, könnte wirksamer für eine zweckmäßige und gerechte Versorgung der Konsumenten gegen angemessene Preise eintreten usw. Den heutigen Landwirtschaftskammern fehlt überdies der lokale Unterbau, die örtliche Organisation in Kreis oder Gemeinde, die für die wichtige Aufgabe der Landwirtschaft: die nationale Ernährung, von entscheidender Bedeutung ist. Sollte es nicht zu einer zwangsgenossenschaftlichen Organisation kommen, dann müßte wenigstens bei einer Reform der Landwirtschaftskammern diesen ein örtlicher Unterbau mit den erforderlichen Rechten gegeben werden.

Für die Arbeiter kommen heute zunächst in Betracht die praktisch bewährten Gewerkschaften und die Arbeitsgemeinschaften. „beruhend auf dem loyalen Willen der Arbeitgeber und -nehmer eines Gewerbes zur Zusammenarbeit“ (Heyde). Wiederholt wurden Anläufe gemacht, Arbeitskammern oder Arbeiterkammern zu schaffen, ohne jedoch Erfolg zu haben. Die Frage, ob die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gesonderten Kammern oder in gemeinsamer „Arbeitskammer“ geregelt werden solle, ist praktisch noch nicht entschieden. Ein weiteres Problem bildet die Frage, ob in der gemeinsamen Arbeitskammer die bestehenden Handels-, Landwirtschafts-, Handwerkerkammern usw. als Vertreter der Arbeitgeber gelten, oder aber ob neue Vertretungen der Arbeitgeber gewählt werden sollten. Auch über die Frage, ob den „Arbeitskammern“ nur sozialpolitische oder auch wirtschaftspolitische Aufgaben zuzuweisen seien, stimmten die Ansichten nicht immer überein.

Im Vordergrund des Interesses steht jetzt die berufsständische Organisation der Großindustrie. Hier handelt es sich neben den Fragen des Wiederaufbaues ganz besonders, wie Hitze sagt, um die Versöhnung und lebensvolle Eingliederung des Arbeiterstandes in den Gesellschafts- und Wirtschaftsorganismus. In Erinnerung an die kaufmännischen Gilden der Hansa nennt Hitze die von ihm als notwendig bezeichneten Selbstverwaltungskörper: „Industriegilden“. Dieselben sind öffentlich-rechtlichen Charakters, so daß auf Grund gesetzlichen Zwanges alle Berufs- oder Fachgenossen desselben oder verwandter Gewerbe ihnen angehören, und daß sie im Rahmen des Gesetzes Beschlüsse fassen können, die für alle Mitglieder verbindlich sind. Der staatlichen Aufsicht können die mit Zwangsrecht ausgestatteten Industriegilden nicht entbehren zum Schutze der Minderheit inner-



halb der Gilde, ferner zum Schutze der Konsumenten (Preisfestsetzung, Lieferungsbedingungen, Zahlungsfristen, Art und Gattung der Herstellung, Verteilung des Absatzmarktes usw.), sodann zum Schutze der Arbeiter (Löhne, Arbeitszeit usw.). Als Kautelen gegen Mißbräuche kämen in Betracht die Forderung einer qualifizierten Mehrheit für Beschlüsse bestimmter Art (z. B. Preisbestimmungen, Festsetzung von Mindestlöhnen); das Recht der Beanstandung oder des Einspruchs der staatlichen Behörde, ferner die Zusammensetzung der beschließenden Instanz (Vorstand, Ausschuß, Generalversammlung usw., Anhörung [event. mit Stimmrecht] der Konsumenten, Lieferanten), schließlich Begrenzung der Zuständigkeit (z. B. Verbot des Eingriffs in die Entwicklung der Technik usw.). Für Konfliktsfälle müßte noch eine Rekursinstanz gegeben sein.

Im Hinblick auf die Regelung der Produktion und des Absatzes ergeben sich nach Hitzes Vorschlägen<sup>1</sup> folgende Aufgaben der Industriegilden:

1. Statistik zur Klarstellung und -erhaltung der Marktverhältnisse. Fortlaufende regelmäßige Statistik der Produktion: Warenbestand und -absatz der Rohstoffe; Berichte über Erweiterung und Neugründung von Betrieben, über Zahl der beschäftigten Arbeiter, Arbeiterentlassungen und Arbeitslosigkeit, Stand von Einfuhr und Ausfuhr, Stand und Entwicklung der Preise für Produkte und Rohstoffe, der Löhne im In- und Auslande usw. Auf Grund dieser Statistik
2. Berichte an die Betriebe über die Entwicklungstendenzen, Aussichten und drohende Schwierigkeiten im Einkauf und Absatz, Hinweise auf neue Absatzmöglichkeiten, Warnung vor bedenklichen Abschlüssen und schwindelhaften Unternehmungen.
3. Förderung des Außenhandels durch Errichtung von Auskunfts- und Vermittlungsstellen im Auslande (Konsulate, Agenturen, Handelskammern im Auslande), durch orientierende Artikel in der ausländischen Presse, durch Reisen, Vorträge im Auslande usw.
4. Anregung von Fortschritten in Produktion und Technik: Errichtung von Versuchsanstalten für Erfindungen, für Ausprobierung neuer Einrichtungen und Methoden, Unterstützungen und Prämien für Erfinder, Einrichtung und Vorführung von Mustermaschinen, von neuen Arbeitsmethoden (z. B. Taylor-System) usw. Dahin gehört auch die Vereinfachung und Festlegung weniger fester Typen zur Vereinfachung der Herstellung und zur Erleichterung des Ersatzes.
5. Feststellung gewisser Regeln für Produktion, Vertrieb und Geschäftsusancen zur Erhaltung der Ehre und des guten Namens der heimischen Industrie, Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, insbesondere auch des Schiebertums, des Bestechungs- und Schmiergeldwesens usw.
6. Veranstaltung von Ausstellungen, Messen, Musterausstellungen, von öffentlichen Vorträgen, Verbreitung von Prospekten.
7. Auskünfte und Beratung aller Art: Steuerwesen, Bezugsquellen, Kreditwesen; Warnung vor Schwindelfirmen (schwarze Kundenliste).

<sup>1</sup> Aufsatz in Deutsche Arbeit VI (1921) 60.

8. Errichtung oder Unterstützung von Fachschulen, Kursen; Ausbildung und Anleitung von Beamten und Arbeitern; Unterstützung durch Stipendien.

9. Studium und Erprobung und praktische Einführung von Schutzeinrichtungen im Interesse der Arbeiter wie der Produktion: Förderung von Wohlfahrtseinrichtungen und der sozialen Bildung und Schulung der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer.

10. Gemeinsame Regelung der Arbeitszeit und der sonstigen Arbeitsbedingungen in Verständigung mit den Arbeitnehmern — womöglich auch der Löhne —, natürlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der gewerkschaftlichen Vereinbarungen.

11. Errichtung von Verständigungs- und Schiedseinrichtungen für Streitigkeiten sowohl untereinander als auch mit der Kundschaft und den Arbeitnehmern.

12. Gemeinsame Vertretung der Interessen gegenüber Behörden, Parlament, Reichswirtschaftsrat in der Presse usw., aber auch in Wahrung ihrer Privatinteressen, z. B. gegenüber Versicherungsgesellschaften, Banken.

Als Aufgaben der Industriegilden (der Berufsgenossenschaften<sup>1</sup> als Innungen der Großindustrie) in sozialpolitischer Hinsicht (Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer) hatte Hitze in seiner Schrift „Die Arbeiterfrage“<sup>2</sup> bezeichnet:

1. Gesetzgeberische Vorschläge, Gutachten und statistische Erhebungen z. B. über den Einfluß des Berufes auf Gesundheit und Leben. Morbidität und Mortalität, über die Lohnverhältnisse der verschiedenen Industrien, Lebensalter und Geschlechter, Steigen und Fallen der Löhne, Wechsel der Konjunkturen (Arbeitslosigkeit), über sittliche Mißstände (Zahl der gefallenen Personen usw.).

2. Wie für die Unfallverhütung, so wären sie (die Berufsgenossenschaften) als Träger der Invaliditäts-, der Witwen- und Waisenversicherung auch für die Krankheitsverhütung zu interessieren. Dieselben hätten so die weitere Ausbildung des Arbeiterschutzes im weitesten Sinne — im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit — zu übernehmen. (Vorschriften für Einrichtung und Betrieb der Fabriken: Lüftung, [Abführung von Staub und Gasen, Verbot gesundheitswidriger Fabrikationsmethoden usw.], Beschränkung der Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Personen [besonders der verheirateten Frauen], Begrenzung der Arbeitszeit je nach den Anforderungen der Gesundheit, möglichstes Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit, Verpflichtung zur Anlage von Bade- und Wascheinrichtung, Trennung der Geschlechter, Verbot des Schnapsgenusses in der Fabrik usw.)

3. Die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit würde den Berufsgenossenschaften zweckmäßig übertragen werden. Dieselbe würde auch zu einer wirksamen Organisation des Arbeitsnachweises führen. Die Statistik der Arbeitslosen würde die Wirkungen der absoluten Freizügigkeit klarlegen und vielleicht zu beschränkenden Bestimmungen: Wohnungsfürsorge für

<sup>1</sup> Hitze hält an dem Gedanken fest, daß es einfacher und zweckmäßiger wäre, statt neuer Organisationen, Arbeitsgemeinschaften usw. die „Berufsgenossenschaften“ entsprechend auszugestalten. Vgl. Aufsatz in Deutsche Arbeit VI (1921) 63.

<sup>2</sup> Letzte Ausgabe 1914, 154 f. (abgedruckt in Deutsche Arbeit VI [1921] 61 f.).

zuziehende Arbeiter, Beschränkung der Freizügigkeit der minderjährigen Arbeiter: Genehmigung der Eltern, Kontrolle durch von den Eltern zu bestellende Vertreter usw. führen.

4. Die wirksamste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und — des eigenen Bankrotts würde die Regelung der Produktion durch die Berufsgenossenschaften sein, um Produktion und Absatz mehr in Harmonie zu erhalten. Schon durch zeitige Herabsetzung der Arbeitszeit bei drohender Überproduktion würde dem Preisdruck, der Lohndrückerei und den Arbeiterentlassungen vorgebeugt werden können. Natürlich würde eine Genehmigung des Reichsversicherungsamtes oder des Bundesrates schon im Interesse der Konsumenten vorgesehen werden müssen. Gemeinsame organisatorische Maßnahmen (bessere Ausbildung der Arbeiter, Vervollkommnung der Technik zur Verbesserung der Produkte resp. Verbilligung der Produktionskosten, Auskundung und Gewinnung neuer Absatzgebiete usw.) müßten damit Hand in Hand gehen.

5. Die gemeinsamen Beratungen von Arbeitgebern und Arbeitern, die Einsicht der vielfachen Solidarität der Interessen würden auch Maßnahmen zur Sicherung resp. der Förderung des dauernden gegenseitigen guten Einvernehmens die Wege ebnen: Gemeinsame Beratung und Festsetzung einer Normal-Fabrikordnung, mit gleicher Regelung der Kündigungsfristen, der Annahme und Entlassung der Arbeiter, der Auslohnung, des Lehrlingswesens, Entscheidung von Streitigkeiten auf Grund derselben (speziell auch über Strafen) durch gemeinsam gewählte Vertrauensmänner resp. Einigungsämter. Auch selbst die Festsetzung von Minimallohnen würde nicht bloß im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der Arbeitgeber liegen — zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter, zur Sicherung der Gleichheit der Produktionsbedingungen, zur Erhaltung des sozialen Friedens, der ersten Bedingung des wirtschaftlichen Fortschrittes.

6. Auch gemeinsame wirtschaftliche Unternehmungen im Interesse ihrer Industrie könnten und sollten die Berufsgenossenschaften durchführen, so z. B. die Versicherung gegen die Haftpflicht überhaupt, gegen Feuersgefahr, die Versicherung der Arbeiter gegen die (vorübergehende) Arbeitslosigkeit bei Unterbrechung des Betriebes durch elementare Ereignisse: Feuer, Überschwemmung, Explosion usw. — welche Versicherung ja auch im Interesse des Arbeitgebers (zur Erhaltung der Arbeiter) liegt; ferner die Errichtung von Fachschulen, Unterrichtskursen (für Werkmeister, Heizer, Ingenieure usw.), Ausstellungen, Sammlungen usw., Veranstaltungen von Reisen, Expeditionen usw., um ausländische Märkte und Verhältnisse zu studieren usw.

Diese Vorschläge haben, wie Hitze bemerkt, auch heute, ja heute sogar erhöhte Bedeutung.

Wie immer sich in Zukunft die volkswirtschaftliche Organisation gestalten wird, das Verhältnis der Arbeitnehmer zu den Arbeitgebern wird wesentlich anders sein wie in der freiwirtschaftlich-kapitalistischen Epoche. Die Kapitalbesitzer werden nicht mehr die Herren, die Arbeitnehmer die Beherrschten sein. Wir haben den langsamen Emanzipationsprozeß der Arbeitnehmer vor Augen gehabt, von der Arbeiterschutzgesetzgebung bis zum Betriebsrätegesetz. Nach den Bestimmungen der neuen Verfassung (Art. 156 Abs. 2) soll nun bei den



„Selbstverwaltungskörpern“ die „Mitwirkung aller schaffenden Volksteile“ gesichert und insbesondere neben den Arbeitgebern auch „die Arbeitnehmer an der Verwaltung beteiligt werden“. Sie sollen mit zu Trägern der Produktion gemacht werden, den erforderlichen Einblick in die Produktionsbedingungen erhalten, um im Dienste des Ganzen verantwortliche Berufsarbeit leisten zu können. Der Art. 165 Abs. 1 der Verfassung beruft dann noch die Arbeitnehmer dazu: „gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Diese Mitwirkung bezieht sich im Rahmen des Art. 165 zunächst auf die Vertretung in den Bezirkswirtschaftsräten und im Reichswirtschaftsrat.

Hitze<sup>1</sup> hebt hervor, daß der deutsche „Räte“-Gedanke, aus der revolutionären Umhüllung losgelöst, nur ein anderer Ausdruck dessen sei, was er selbst in „Kapital und Arbeit“ als „Interessenvertretung“ bezeichnet habe. Gerade die beredtesten Wortführer der Mehrheitssozialdemokratie, z. B. Linzheimer, Cohen, befürworteten heute das Räte-system mit denselben Gründen, mit welchen er vor mehr als vierzig Jahren Notwendigkeit und Recht der verschiedenen wirtschaftlichen Berufsverbände auf eine Interessenvertretung gegenüber Staat und Behörden begründet habe. Die Sozialdemokraten denken allerdings zuerst an die Interessen des Arbeiterstandes. Sie fordern Bezirks-Arbeiterräte und einen Reichsarbeiterrat<sup>2</sup>. Die Arbeiterräte sollen dann mit den Arbeitgebervertretern im Bezirkswirtschaftsrat und im Reichswirtschaftsrat zu gemeinsamer Arbeit zusammentreten. Es ist ein Mangel, daß hier von einem örtlichen Unterbau abgesehen wird. Die Betriebsräte (Gesetz von 1920) können diesen Unterbau nicht abgeben, weil Betriebsräte nur für größere Betriebe in Aussicht genommen sind. Ein Vorzug dagegen ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer schon in den Bezirkswirtschaftsräten und nicht erst im Reichswirtschaftsrat sich zu gemeinsamer Beratung und zum Ausgleich zusammenfinden sollen. In den Bezirkswirtschaftsräten wie im Reichswirtschaftsrat sollen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in gleicher Zahl und gleichberechtigt zusammenwirken. Ein weiterer Vorzug des Organisationsplanes ist, daß auch den nichtwirtschaftlichen Berufsständen eine

<sup>1</sup> Vgl. Deutsche Arbeit VI (1921) 48 f.

<sup>2</sup> Der Generalsekretär der „Gesellschaft für soziale Reform“ und Schriftleiter der „Sozialen Praxis“, Ludwig Heyde, sagt (Festgabe für Hitze [1921] 121 f.), er könne sich für das ganze Räte-system nicht erwärmen. Das deutsche Rätewesen kranke an einer „gewissen Unklarheit seiner ganzen Anlage“. Die Betriebsräte zwar dürften sich voraussichtlich, nach Überwindung der schwersten Übergangsjahre, bewähren. Die geplanten Bezirkswirtschaftsräte würden aber über die Bedeutung von Arbeitskammern nicht hinausragen. Und was die Bezirksarbeiterräte und den Reichsarbeitsrat angehe, so dürften diese neben den Gewerkschaften keine erhebliche Rolle zu spielen berufen sein.

ihrer Bedeutung und der Zahl der Berufsangehörigen entsprechende Interessenvertretung gewährt werden soll.

Es bestehen bisher (März 1921) Betriebsräte (1920)<sup>1</sup> und vorläufiger Reichswirtschaftsrat (1920); es fehlen noch der endgültige Reichswirtschaftsrat, die Bezirkswirtschaftsräte, Bezirksarbeiterräte und Reichsarbeiterrat.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat umfaßt 326 Mitglieder. Vertreten sind Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei, Industrie, Handel, Banken und Versicherung, Verkehr und öffentliche Unternehmungen, Handwerk, Verbraucherschaft, Beamtenschaft, freie Berufe, mit dem Wirtschaftsleben besonders vertraute Persönlichkeiten, von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Personen. Seine Aufgabe ist vornehmlich die Begutachtung wirtschaftspolitischer Gesetzentwürfe und Beantragung solcher.

Auch die Wisselsche Planwirtschaft<sup>2</sup> steht, wenigstens was die von Wissel vorgeschlagenen „Wirtschaftsbünde“ betrifft, in einer gewissen Übereinstimmung mit Hitzes berufsständischer Organisation. Wissel sah als dringendste Aufgabe an die Einführung von Rohstoffen und darum die Stärkung der Kreditfähigkeit der Industrie. Sein Nachfolger im Reichswirtschaftsministerium Schmidt dagegen hielt die Inanspruchnahme des Reiches für Einführung von Nahrungsmitteln für noch dringlicher. Wissel forderte, um die Kreditfähigkeit der Industrie zu steigern, eine Reichsvermögensbank, deren Aktien vom Reich und von den Gliedstaaten übernommen werden sollten mit Vorbehaltung einer Weitergebung an Private. Neben dieser Bank sollte aus Mitteln des Reichs ein „Reichsfonds“ in Höhe von — Milliarden gebildet werden. Der Reichsfonds sollte die Aufgabe haben, „durch Gebrauch und Verbrauch seiner Mittel die deutsche Gütererzeugung in befriedeten (d. h. gegen willkürliche Streiks und Aussperrungen geschützten) Betrieben zu fördern“. Die Arbeiter fürchteten eine Stärkung der Kapitalmacht durch den Reichskredit und erblickten in der „Befriedung“ der Betriebe einen Eingriff in das Koalitionsrecht. Der Wisselsche Plan fand darum bei ihnen keine Billigung.

Die Organisation, die Wissel vorschlug, ist etwas kompliziert (Überorganisation). Im Mittelpunkt derselben stehen die Wirtschaftsbünde, geleitet von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Vertretern des Handels und der Verbraucher. Die Aufgabe der „Wirtschaftsbünde“ (Leitung der Wirtschaft auf ihren Fachgebieten) deckt sich im wesentlichen mit den Aufgaben, die Hitze den Industriegilden zuweisen möchte (s. oben). Bei den Arbeitgebern aber stießen die zwangswirtschaftlichen Vorschläge Wissels auf Widerspruch. Die Unternehmer wollten nicht

<sup>1</sup> Wir behandeln das Betriebsrätegesetz in der Neuauflage des dritten Bandes.

<sup>2</sup> Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 3. Mai 1919. Veröffentlicht in Deutsche Gemeinwirtschaft Heft 9.

unter die Abhängigkeit und Kontrolle von Wirtschaftsverbänden kommen. Sie erhofften selbst in der gequälten Lage der deutschen Volkswirtschaft noch immer Rettung von der „freien“ Wirtschaft.

Indessen mehren sich die Stimmen, welche eine straffe Organisation fordern. Wir erinnern an Plenge, der in der „Organisation“ das Ziel der Zukunft erblickt, an Rathenaus Vorschläge usw. Die Zeit der absolut „freien“ Wirtschaft ist in der Tat endgültig vorbei. Wo der Bedarf so dringend, das Angebot aber so beschränkt ist, drängen sich bei freier Wirtschaft immer wieder Wucherer und Schieber ein. Wollen wir uns vor sozialistisch-kommunistischer Zwangswirtschaft schützen, dann müssen wir eine privatwirtschaftliche Ordnung erzwingen durch berufsgenossenschaftliche Organisation.

Walther Rathenau hat klar die schweren Schäden der „ungeordneten, unregelmäßigen, zügellosen“ freien Wirtschaft in seinen zahlreichen Schriften gekennzeichnet, den „Willen zur Ordnung des Produktionsprozesses“ für unsere Zeit gewissermaßen als etwas „Naturgesetzliches“ bezeichnen zu dürfen geglaubt, namentlich auf die beginnenden großen Konzentrationen und Zusammenschlüsse hingewiesen.

„Die vertikale Entwicklung drückt sich darin aus, daß das Urproduzententum sich mit den Weiterproduzierenden vereinigt. Diese Entwicklung, die schon im Gange ist, erspart große Mengen an Material, an Lagerkosten und Transportkosten. Ihre Nachteile bestehen darin, daß sich gewaltige Industriekomplexe bei uns bilden, die noch keinerlei soziale Zeichen zeigen. Der Gedanke der horizontalen Vereinigung ist erst im Anfang der Entwicklung bei uns, z. B. in der großen chemischen Industrie, wo er gewaltige Erfolge gezeitigt hat. Diese horizontale Entwicklung, die Arbeitsteilung von Werk zu Werk und von Land zu Land, ist heute für uns ebenso weitschauend wie vordem der Gedanke der Arbeitsteilung im gleichen Werk. Ein Motor, den man einmal herstellt, mag einige 100 000 Mark und, wenn man einige Dutzend herstellt, einige 10 000 Mark kosten, aber wenn man eine ganze Fabrik zur Herstellung desselben Motors baut, wird er so billig, daß er wenig über die Rohprodukte kostet. Das ist das Geheimnis der billigen Waren aus Amerika trotz der dortigen hohen Arbeitspreise. Wir sprechen also nicht von Phantasieplänen, sondern wir bewegen uns streng auf dem Gebiet der praktischen Erfahrung, wenn wir den Wirtschaftsprozeß unseres Landes durchdenken und rationalisieren wollen, um noch einmal denselben Fortschritt zu machen, den unsere Väter beim Übergang vom handwerksmäßigen Betrieb zur Fabrikation gemacht haben.“

Diese Warnungen und Mahnungen kann man als berechtigt anerkennen, ohne den weitgehenden Vorschlägen Rathenaus zuzustimmen <sup>1</sup> —

<sup>1</sup> „Wirtschaft ist nicht mehr Sache des einzelnen, sondern Sache der Gesamtheit.“ So lehrt Walther Rathenau (Von kommenden Dingen [1917]. Vgl. auch: Probleme der



so bemerkt Hitze. Es droht durch die gekennzeichnete Entwicklung insbesondere den Kleinen Aufsaugung, Angliederung, Ausscheidung und Untergang vermöge des wirtschaftlichen Drucks der Konkurrenz. Darum gerade wird der Zusammenschluß aller Berufsgenossen, auch der kleinen, die berufsständische Organisation zum dringenden Bedürfnis der Gegenwart. Diesen Organisationen muß es dann überlassen bleiben, über die verschiedenen Wege und Mittel, auch über die Rathenausuchen oder sonstigen Vorschläge zu entscheiden und das, was als möglich, richtig, zweckmäßig, notwendig erkannt wird, durchzuführen.

Wir schließen uns in der ganzen Organisationsfrage an Hitze an, haben seine Gedanken hier zum Teil mit seinen eigenen Worten dargelegt. Die erste Bildung der berufsgenossenschaftlichen Organisationen möchten wir allerdings weniger vom staatlichen Zwang als von der freien Initiative der Berufsgenossen erwarten. Die Durchführung der Wirtschaftsordnung aber setzt, wie die Durchführung der positiven Rechtsordnung, natürlich Erzwingbarkeit der ordnenden Normen voraus. Darin stimmen wir mit Hitze überein. Insbesondere scheint uns Hitze auch darin das Richtige getroffen zu haben, daß er eine Dreigliederung für den Aufbau der berufsständischen Organisation fordert: einen örtlichen Unterbau, eine auch nach wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit bestimmte Bezirksorganisation, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zusammenfinden, und eine Volks- bzw. Reichswirtschaft als zentrale Zusammenfassung. Im übrigen wird es Sache der Praktiker bleiben müssen, die Einzelheiten der Organisation zu bestimmen. — Noch sind gewisse

3. Allgemeine Grundsätze zu erwähnen, von deren Beobachtung die vollkommene Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe nicht wenig abhängt. Sie beziehen sich auf das Verhalten der beruflichen Organisationen gegenüber dem Volksganzen, gegenüber andern Ständen und deren Organisationen, gegenüber den Organisationen des gleichen Berufs-, aber eines verschiedenen Personenkreises.

a) Als genereller Grundsatz darf zunächst gelten, daß die Organisationen von ihren Gliedern nicht bloß Verständnis für die Bedeutung des Zusammen-

Friedenswirtschaft [1917]). Er fordert darum weitgehende Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch den Staat: Einfuhrzölle zum Schutz der Handels- und Zahlungsbilanz, Einschränkung des Luxusverbrauchs und Zusammenfassung der Arbeits- und Kapitalkräfte in den volkswirtschaftlich wichtigsten Betrieben, Produktionszwang, Staatsaufsicht über die Kapitalsverwendung. Wir erwarten die Ordnung der Wirtschaft in erster Linie und soweit möglich von den organisierten Berufsständen und nur ergänzend vom Staate. Die berufsständische Organisation entlastet den Staat, indem sie die berufsgenossenschaftliche Regelung des Wirtschaftslebens an Stelle der polizeistaatlichen setzt. Ihre volle Entfaltung und Wirksamkeit bis hinauf in ihre höchste Spitze (Wirtschaftsrat) wird sie, wie gesagt, erst erlangen können, wenn die heute sich vollziehende sozialorganische Zusammenfassung vordem isolierter Individuen bei den einzelnen Berufsgemeinschaften einen gewissen Abschluß gefunden hat.

schlusses im Dienste des privatwirtschaftlichen Zweckes der Einzelwirtschaft bzw. des beruflichen Interesses des organisierten Standes, nicht bloß hingebende Arbeit für die Ziele der Organisation als solche fordern, sie werden zugleich auch bei der Art ihres Wirkens die Richtung auf den Dienst der Volksgesamtheit nicht aus dem Auge verlieren, keine die Bedeutung dieses Dienstes, den Wert ihrer Leistung übersteigende Anforderungen erheben dürfen. Das an sich berechtigte Streben nach Kraftsteigerung in den modernen Organisationen kann zu einer Gefahr für die Gesamtheit werden, wenn diese Kraftsteigerung lediglich der privatwirtschaftlichen Rentabilität, dem Partikularismus der Erwerbsstände dient ohne Rücksicht auf die solidarische Verknüpfung mit dem höheren Ganzen der bürgerlichen Gemeinschaft.

b) Sollen auf dem Gebiete der allgemeinen Bedarfsdeckung Fortschritte erzielt, Verbesserungen erreicht werden, dann darf folgerichtig die Wirtschaftspolitik der Organisationen auch nicht einseitig den eigenen Interessenstandpunkt gegenüber andern Ständen und gegenüber den Organisationen anderer Berufe zum Schaden des Ganzen vertreten. Dann dürfen die verschiedenen für die Bedarfsdeckung in Betracht kommenden Faktoren nicht in feindlicher, unversöhnlicher Kampfstellung einander gegenüberstehen. Sie müssen sich zusammenfinden, für das Wohl des Ganzen zusammenarbeiten, bei den technischen, ökonomischen und sonstigen Bedingtheiten des Wirtschaftslebens zu mancherlei Konzessionen und Kompromissen, zum Ausgleich widersprechender Interessen, zur friedlichen Verständigung bereit sein. Gerade hierin rät die politische Klugheit einer jeden Organisation, alle Bestrebungen auf das jeweilig praktisch Mögliche einzustellen mit Unterordnung der Sonderinteressen unter die Anforderungen der Gesamtwohlfahrt des Volkes<sup>1</sup>.

c) Das Gesagte gilt sowohl für das Verhältnis der Organisationen verschiedener Stände, Produktions- und Erwerbszweige als für die Organisationen des gleichen Berufes. In Handel und Gewerbe gibt es gewiß starke Interessenunterschiede. Übergroße Zersplitterung der Organisationen und der oft erbitterte Kampf der Sondergruppen gegeneinander gereicht indes allen nur zum Schaden. Die Organisation der Landwirtschaft könnte an sich mehr geschlossen, einheitlicher und darum erfolgreicher sein als die Organisation auf gewerblichem und kaufmännischem Gebiet<sup>2</sup>. Einheit erweist sich auch im Bereich des Organisationswesens als das Geheimnis der Macht, der fruchtbaren Wirksamkeit im Dienste der volkswirtschaftlichen Aufgabe.

<sup>1</sup> Vgl. Friedrich Thimme, Vom inneren Frieden des deutschen Volkes (1916). Namentlich die Aufsätze von Faßbender, Aug. Pieper.

<sup>2</sup> Der 1916 gegründete „Bund deutscher Kleinhandelsverbände“ sollte dem Kleinhandel die so lange vermifste höhere organisatorische Einheit bringen.

Der Kampfzustand zwischen Unternehmern und Arbeitern derselben Branche bedeutet ebenfalls eine schwere Schädigung für den Vollzug des volkswirtschaftlichen Prozesses. Es sollte doch nicht schwer fallen, einzusehen, wie groß das eigene Interesse der Arbeiterschaft ist an der Steigerung der Produktivkräfte, ihrer dauernden Wirksamkeit, an der ungehemmten Mehrung der Gebrauchsgüter, der Arbeitserzeugnisse und ebenso an der privatwirtschaftlichen Blüte der Unternehmung. Die objektive und subjektive Möglichkeit der Lohnerhöhung hängt davon ab. Kommt aber diese Wahrheit in dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum stets gebührend zur Geltung? Wird nicht auf der andern Seite noch immer geglaubt, daß steigender Arbeitslohn nur mit vermindertem Unternehmergewinn sich verbinden könne?<sup>1</sup> Hat man noch immer kein Verständnis für den Zusammenhang zwischen volkswirtschaftlicher Produktivität der Privatwirtschaften und ihrer Rentabilität, zwischen Steigerung der Produktivität der Privatwirtschaften und zugleich der Produktivität der Volkswirtschaft als Einheit, die auch eine Steigerung der materiellen Wohlfahrt der Arbeiter besagt?

**4. Der sachliche Inhalt der Güterleistungen und das Organisationswesen.** Der Einfluß der Organisationen auf die sachlichen Leistungen bezieht sich im wesentlichen auf dieselben Punkte, die oben als Anforderungen an Produzenten und Händler bezeichnet wurden.

Die offiziellen und die freien Wirtschaftsverbände, die Organisationen für besondere soziale und wirtschaftliche Zwecke sind nicht bloße Verbände gegen andere zur Wehr, sie wollen Verbände sich selber zur Ehre sein, teilnehmen an der Förderung von Wohlfahrt und Kultur. Sie werden folgerichtig besondere und hohe Aufmerksamkeit der rechten Darbietung guter und preiswürdiger Gebrauchsgüter zuwenden müssen<sup>2</sup>.

a) In den gewerblichen Verbänden des Mittelalters wurde das „Wie“ des Arbeitsprozesses und der Güterdarbietung geregelt. Die Zunft bot jene Qualitätsgarantie<sup>3</sup>, welche der freiwirtschaftlichen Epoche fehlte, die aber heute wieder als Bedürfnis empfunden wird.

Seit einigen Jahren z. B. haben große Reformbewegungen eingesetzt, spezielle Organisationen sich gebildet, die einerseits Veredelung der Arbeitsleistungen von der ersten Behandlung des Materials bis zur Aushändigung der Fertigprodukte erstrebten, anderseits eine Läuterung des Volksbedarfs durch Einwirkung auf die Konsumenten versuchten. „Kunstwart“ und „Dürerbund“ wollten durch Belehrung das Publikum gegen Schund und Kitsch einnehmen, durch geläuterte

<sup>1</sup> Vgl. Theodor Brauer, Entwicklungstendenzen in der Arbeiterbewegung, in Soziale Revue XVI (1916) 27 ff.

<sup>2</sup> Der organisierte Berliner Milchhandel z. B. kontrollierte seine Mitglieder selbst durch unvorhergesehene Probeabnahmen. Er vermittelte den Vertrieb einwandfreier Milch an Krankenkassen usw. Das deutsche Fleischergewerbe forderte schon lange eine Kontrolle der Futtermittel gegen Verfälschung usw.

<sup>3</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 4, § 2, S. 582 f.



Nachfrage den Schund aus der Produktion entfernen. Mittelst der „Dürergenossenschaft“, der „Gemeinnützigen Vertriebsstelle deutscher Qualitätsarbeit G. m. b. H.“ in Hellerau wurde praktisch versucht, die Neuheiten-Hetzerei der Modesucht durch dauernde Muster, von Künstlern begutachtete Typen zu verdrängen. Während bislang Fabrikanten und Händler den Geschmack der Massen nicht immer „mit Geschmack“ beeinflussten, bemühte sich der „Werkbund“<sup>1</sup>, dem Künstler größeren Einfluß auf Fabrikanten und Handwerker zu verschaffen, eine Verständigung zwischen Künstler und Produzenten herbeizuführen. § 2 der Werkbundsatzungen bezeichnet als Zweck des Bundes die Veredelung der gewerblichen Arbeit im Zusammenwirken von Kunst, Handwerk und Industrie. Der lange herrschenden Vorliebe für Doublé- und Talmiwaren, dem Rückgreifen auf Empire-, Rokoko- und Renaissancestil sollte entgegengewirkt werden.

Die Erreichung des hochgesteckten gewerblich-qualitativen Zieles bleibt natürlich bedingt durch die Frage nach der Rentabilität der Qualitätsarbeit. Diese Frage schien jedoch wenigstens vor dem Weltkriege durch höhere Ansprüche der Konsumenten, das sichtbare Heranreifen des Volkes (mit aufsteigender Lebenshaltung) zum Qualitätskauf einer glücklichen Lösung entgegenzugehen. Es machte sich bereits in weiteren Kreisen ein Bedürfnis nach ästhetischen Werten geltend und wies zugleich die erforderliche Nachhaltigkeit auf. Auch die Arbeiterschaft fing an, „ehrlichen“ Stil zu fordern. So wurde z. B. im Berliner Gewerkschaftsverbände eine Kommission gebildet, um unter Beihilfe erster Künstler über mustergültige Einrichtungen für Arbeiter- und Kleinbürgerwohnungen, Möbel usw. Entscheidungen zu treffen.

Welche Bedeutung die Hebung des Kunstgewerbes, des Geschmackes, der Mode, kurz der Qualitätsarbeit auf allen Gebieten für die Stellung auf dem Weltmarkte hat und haben wird, wurde schon dargelegt.

Auch für die Arbeiter ergeben sich aus dem Übergang zu qualitativ gehobener Produktion günstige Folgen: es steigt das Interesse des Arbeitenden am Werke, die Löhne stehen höher und sind gleichmäßiger, das Zwischenmeister- und Schellenpferdssystem usw. schwinden aus den qualitätsbestimmten Industrien. Allerdings wird auch eine höhere, handwerksmäßige Vorbildung erforderlich.

Die Werkbundaussstellung, die 1914 im Mittelpunkt des fortgeschrittensten deutschen Wirtschaftslebens zu Köln am Rhein geplant war, sollte eine Übersicht bieten über „deutsche Wertarbeit von der Stahlfeder zum Dynamo, von der Handstickerei zum 1000-Spindelprodukt“. Es wurden dort Handelswaren gezeigt und feilgeboten, auf die nicht mehr, wie vor 40 Jahren, das auf einer amerikanischen Ausstellung gesprochene Urteil „Billig und schlecht“ paßte, sondern die wirklich in ihrer Echtheit und Güte, in Wahl des Materials und in der Art der Verarbeitung zugleich schön, zweckentsprechend und preiswürdig waren. Auch Österreich nahm in dieser Ausstellung eine hervorragende Stelle<sup>2</sup> ein.

<sup>1</sup> Vgl. Rauecker, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Werkbundaussstellung in Köln, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 250 ff. Erinnert sei ebenfalls an das „Haus Werkbund“ in der Frankfurter Messe 1921.

<sup>2</sup> Im alten Wien wurde mit Unterstützung des Arbeitsministeriums und des Gewerbeförderungsamtes eine selbständige Verkaufsstelle für kunstgewerbliche und kunsthandwerkliche Edelarbeit eröffnet, die, ohne eigenen Gewinn zu erstreben, den schaffenden Werkbundmitgliedern, Künstlern und Gewerbetreibenden eine nähere

b) Unter Oberaufsicht der Stadtbehörden unterzog die mittelalterliche Zunft auch die Preisbildung einer Regelung, welche dem Produzenten die „Nahrung“ sicherte, zugleich aber die Konsumenten vor Übervorteilung bewahrte. Es ist an sich berechtigt, wenn moderne Organisationen, Kartelle und berufliche Verbindungen<sup>1</sup> Schleuderpreise u. dgl. bekämpfen, auf eine für die Produzenten günstige Preisbildung hinwirken. Gleichwohl sollte dabei nicht vergessen werden, daß der Preis auch im Interesse des Konsumenten Ausdruck des Wertes ist, daß die Preiswürdigkeit leitender Grundsatz der Preisbildung bleiben muß, daß größere Rentabilität durch erhöhte volkswirtschaftliche Produktivität, nicht auf den Schleichwegen einer oft sehr zweifelhaften Spekulation u. dgl. zu erstreben ist.

c) Die Organisationen würden ferner sich nicht bloß um die Gesamtwohlfahrt verdient machen, sondern auch das eigene Interesse fördern, wenn sie nur solche Elemente unter sich duldeten, welche die Würde des Standes hochhalten, und wenn sie mit Ausdauer und voller Konsequenz so manchen Mißständen in Darbietung und im Vollzug der Leistungen u. dgl. zu Leibe rückten. Sehr richtig bemerkt Arthur Pfungst<sup>2</sup>: Viele Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb wären überflüssig, sofern nur immer die anständigen Elemente jeden Lieferanten boykottierten, der sich unlauterer Machenschaften durch verlogene Reklame, Schmiergelderofferten, Wegengagieren der Angestellten der Konkurrenz, Verbreitung lügnerischer Berichte über die Konkurrenz usw. schuldig macht.

Innere Bindungen, die gegen Willkür und Mißbrauch schützen, sind überall Voraussetzung wahrer Freiheit. Das dürfen die beruflichen Organisationen niemals vergessen. Das Gefühl für Standes- und Berufsehre muß gerade in ihnen und durch sie überall geweckt und geschärft werden für das, was Recht ist im Handel und Wandel des täglichen Geschäftslebens. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß

---

Führung mit dem Publikum ermöglichen sollte. Auch wurde eine akademische Stelle für Werkkultur begründet. Österreichs Möbelindustrie zeichnete sich in ganz besonderer Weise durch hohe Qualität ihrer Leistungen aus. — Auch England erhielt auf Veranlassung seines Handelsministeriums eine dem deutschen Werkbund nachgebildete Vereinigung (Design and Industries Association). Vgl. Englands Kunstindustrie und der deutsche Werkbund. (Vereinsgabe des Werkbundes. 1916.)

<sup>1</sup> Man denke z. B. an die Bestrebungen der Innungen, Einfluß auf die Preisfestsetzung zu gewinnen (Beseitigung des § 100 qu der deutschen Gewerbeordnung).

<sup>2</sup> Ein Bürger derer, die da kommen werden (1913). Gerade die Kriegszeit hat gezeigt, wie Elemente sich besonders in den Handelsstand einschleichen konnten, für welche der Gelderwerb zum einzigen Leitmotiv geworden. Schon vor dem Kriege hatte sich die Zahl der Gewerbetreibenden um das Vier- bis Fünffache gegenüber der allgemeinen Bevölkerungszunahme vermehrt — vielfach ungelernte, ungeeignete, minderwertige Persönlichkeiten. Um solche Elemente dem Handelsstande fernzuhalten, ist bessere Organisation insbesondere der Kleinhandelskreise, die Bildung der Kammern für den Kleinkaufmann, sind Vorschriften empfohlen worden über Vor- und Ausbildung des Kleinkaufmanns, über Lehrzeit, Fortbildung usw., Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit. Altersgrenzen, kaufmännische Ehrengerichte usw.

schon vor dem Weltkriege in dieser Hinsicht manches geschah. So hatte sich z. B. der Verband deutscher Elektrotechniker für seine Lieferungen scharfe Normen und strenge Bindungen auferlegt. Gegen den Drogenschwindel erließen die in Betracht kommenden vereinigten Verbände „Aufklärungs-Annoncen“ in den großen Tageszeitungen; sie verpflichteten ihre Mitglieder, die fraglichen Präparate nicht zu verkaufen und nicht zu besorgen. Ein Verband deutscher Erfinder wurde gegründet, der u. a. seine Mitglieder vor Ausbeutung, unreellen Firmen und Bureaus schützte, andererseits reelle Firmen nachwies. Der in Leipzig gegründete „Deutsche Bauschutztag“ stellte sich die Aufgabe, das ehrliche Gewerbe von unlauteren Elementen zu scheiden und dadurch zur Gesundung des Baumarktes beizutragen usw. Vieles könnte noch geschehen für den gleichen Zweck. Wie man z. B. Kreditvereine hat, welche den betrügerischen Kreditnehmer dadurch bekämpfen, daß sie seinen Namen in ihrer Warnungsliste aufführen, so könnte auch ein Seniorenkonvent anständiger Firmen zur Beseitigung vieler Übelstände des oft skrupellosen Konkurrenzkampfes nicht wenig beitragen. Und würde nicht dem Bestechungswesen ein Ziel gesetzt werden können, wollten nur die Angestellten-, Werkmeister-, Einkäufervereine energisch dagegen vorgehen, oder wenn eine ausreichende Anzahl von Firmen mit Festsetzung von Konventionalstrafen zur Beseitigung des Schmierens sich zusammenschlossen? Wie sehr leidet das Gewerbe noch immer unter der anarchischen Produktion, der blinden Erzeugung von Vorrat, dem ungesunden Anbauen der Lager, jener überreizten Nervosität, wenn der Absatz einmal stockt. War es ein erfreulicher Zustand, wenn der Ausverkauf nicht mehr die Ausnahme bildete gegenüber dem Regulärverkauf? usw.

Es sind das nur wenige Beispiele, die hier angeführt werden können. Sie beweisen aber schon zur Genüge, welche hohe Bedeutung dem Organisationswesen zukommt, sowohl für Wahrung der Interessen von Produzenten und Händlern als für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe: die Bedarfsdeckung des Volkes.

5. Die Konsumentenorganisationen erfordern besondere und erhöhte Aufmerksamkeit mit Rücksicht auf die beachtenswerte Rolle, die ihnen in Zukunft zufallen dürfte.

a) Wir haben bereits an anderer Stelle die sog. „Abnehmerkartelle“ für den gemeinsamen Bezug von Rohstoffen und Halbfabrikaten erwähnt, die als Antikartelle gegenüber den Bestrebungen und Forderungen der Produzenten- oder Anbieterkartelle einen stärkeren Schutz zu gewinnen suchten<sup>1</sup>.

b) Die *Konsumvereine*<sup>2</sup> fanden im dritten Bande ebenfalls schon ausführliche Behandlung. Die Konsumvereine sind Organisationen der Verbraucher, sind Großkäufer und Barzahler. Das verbilligt natürlich ihren Warenbezug (Engrospreise statt Marktpreise), macht sie zum vielumworbene(n) Kunden. Der Konsumverein ist zugleich als Verkäufer seines

<sup>1</sup> Bd. III, Kap. 3, § 2, S. 446; § 3, S. 557.

<sup>2</sup> Vgl. ebd. § 3, S. 537 ff.; Tils, Das Konsumvereinswesen in Deutschland, in Schmollers Jahrbuch XXXVII (1913) 213 ff.



Kundenkreises vollkommen sicher, kann leichter den Bedarf seiner Kundschaft im voraus ermitteln und danach seine Einkäufe regulieren.

Man darf wohl wünschen, daß die Konsumvereinsidee nicht (infolge der bitter empfundenen Wuchererscheinungen der Kriegszeit) das ganze Bürgertum erfasse, namentlich nicht die besser gestellten Kreise. Sonst wäre der Kaufmannsstand verloren. Der ärmeren, städtischen Bevölkerung aber wird kaum der Versuch verargt werden können, durch Umgehen des Zwischenhandels, und insbesondere des überflüssigen Zwischenhandels, ihre Lebenshaltung zu verbilligen. In öffentlichen Anstalten wird dadurch die Nahrung bis 30 % billiger beschafft. Die Betriebskosten der Arbeiterkonsumvereine sind überdies niedrig, weil ihre Funktionäre regelmäßig mit geringeren Spesen zufrieden sind. Konsumvereine haben auch zuweilen Ausstellungen veranstaltet, um die Käufer zu überzeugen, daß alle die von Händlern gewährten Zugaben, Sonderrabatte in den Verkaufspreis einkalkuliert sind, und daß auch nach Berechnung der Extragaben der Preis oft noch zu hoch ist.

Will man einer übermäßigen Entwicklung der Konsumvereine entgegenzutreten, dann sollte man, statt gewaltsame Unterdrückung zu fordern, die allein Erfolg versprechenden gleichen organisatorischen Mittel anwenden, denen die Konsumvereine die Billigkeit ihrer Lieferungen verdanken. Wenn z. B. 1914 vor dem Kriege die Berliner Konsumgenossenschaft Roggenbrot von anerkannt vorzüglicher Qualität für 25 Pf. per Kilogramm liefern konnte, während der amtlich festgestellte Durchschnittspreis in den Bäckereien 29,01 bis 30,11 Pf. betrug, so wird das Handwerk in solchen Tatsachen eine Mahnung erblicken können, durch engeren Zusammenschluß, genossenschaftlichen Einkauf usw. jenen Vorsprung wieder einzuholen.

Indem die Konsumvereine der Produktion größere Verkaufssicherheit gewähren, können und sollten sie auch auf eine gesundheitliche Vervollkommenung der Ernährung durch qualitative Besserung der Waren hinwirken.

Arbeiterfrauen sind vielfach durch außerhäusliche Erwerbsarbeit in Anspruch genommen; sie können Nahrungsmittel, die zur Erschließung ihres Nährwertes sorgfältiger und zeitraubender Behandlung erfordern, nicht so leicht in ihrer Wirtschafts- und Küchenführung verwenden. Es werden daher vielfach gebrauchsfertige Dinge: Brot, Wurstwaren, Alkoholika u. dgl. bevorzugt. Volksküchen, billige, von Wohlfahrtsgesellschaften betriebene Speisehäuser, Kaffeestuben, Milchküchen usw. mögen in etwa helfen; sie reichen aber für die Sicherung rationeller Ernährung nicht aus. Solche Veranstaltungen sind einmal nicht zahlreich genug, und dann auch werden die Arbeiterfamilien trotz der Billigkeit bei vielfältigten Einzelportionen nicht immer soviel für die Einzelmahlzeit aufwenden können. Henriette Fürth<sup>1</sup> hat den Vorschlag gemacht, daß die Konsumvereine auch hier helfend eingreifen möchten durch Veranstaltungen, welche die Nahrungs-

<sup>1</sup> Die Verbesserung der Ernährung und die Konsumvereine, in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 247 ff.

mittel entweder gebrauchsfertig oder bis zur Endzubereitung vorgerichtet dem Arbeiterhaushalt gut und billig zur Verfügung stellen.

Wenn die hochwichtige Frage aufgeworfen wird, welche Organisationen müssen geschaffen, welche organisatorischen Maßregeln ergriffen werden, um im gesamten Wirtschaftsprozesse die Forderungen der Volkswirtschaft, Volkswohlfahrt, Volkskultur zur praktischen Geltung zu bringen, ohne dabei die produktiv wertvollen Funktionen privater Erwerbswirtschaft zu unterbinden, dann wird man

c) *den Organisationen der Frauen, speziell der Hausfrauen*, ganz besondere Bedeutung beimessen dürfen.

Sehen wir hier davon ab, welchen Einfluß die einzelnen Frauen als Mütter und Arbeitgeberinnen gewinnen und ebenso Vereinigungen von erwerbstätigen weiblichen Personen auf Schutz und Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage ihrer Standesgenossinnen ausüben können. Fassen wir nur die Tatsache ins Auge, daß die Hausfrauen regelmäßig die Verwaltung des dem Konsum gewidmeten bedeutendsten Teiles des Volkseinkommens in der Hand haben. Da zeigen nun gewisse Erfahrungen, wie gerade die Hausfrauenorganisation zu einem wichtigen Bestandteile der „öffentlichen“ Wohlfahrt, also der gesellschaftlichen Bedingungen zur Ermöglichung der allgemeinen Wohlfahrt, werden kann.

Wir erinnern beispielsweise an das, was Helene Granitsch über die wirtschaftliche Frauenbewegung in Österreich (vor dem Weltkriege) zu berichten weiß<sup>1</sup>. Die wachsende Industrialisierung, welche der Landwirtschaft die Kräfte entzieht, hatte auch im alten Österreich eine Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion verursacht. Andererseits führten die Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung eine stärkere Nachfrage nach eiweißreichen und leicht verdaulichen Nahrungsmitteln herbei. Da ergaben sich denn nicht geringe Schwierigkeiten. Nach den Angaben des Internationalen Statistischen Bureaus, das im September 1913 in Wien tagte, waren die Kosten der Lebenshaltung für die breiten Massen in Österreich während des vorhergehenden Dezenniums um 35 „<sup>o</sup>„ in England gleichzeitig nur um zirka 10 „<sup>o</sup>„ gestiegen. Die Organisation des Konsums wurde daher geradezu Forderung wirtschaftlicher Notwehr.

Während aber die Konsumvereine eine Verbilligung der Lebensmittel hauptsächlich durch Großeinkauf herbeizuführen suchen, bildete für die im Jahre 1911 gegründete Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs der Großeinkauf nur eines der Mittel, um der Verteuerung der Lebensmittel zu begegnen; sie wollte darüber hinaus Stellung nehmen in allen Fragen des Konsumentenschutzes, des Konsumenteninteresses, wollte vor und in der Öffentlichkeit als wirtschaftlicher Machtfaktor diese Interessen vertreten und geltend machen. Das Problem des billigen Einkaufs wurde hier ohne Konsumverein und mit Erhaltung des Detailhandels gelöst. Die Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute Österreichs erklärte sich nämlich bereit, ein sog. Preisermittlungskomitee einzusetzen, in welchem die Vertreterinnen der Hausfrauenorganisation neben den Vertretern der Kaufleute Sitz und Stimme hätten. In gemeinsamer

<sup>1</sup> Vgl. Organisation der Konsumtion ebd. 10 ff.

Vereinbarung sollte dieses Komitee monatlich die Detailpreise für die in Betracht kommenden Waren je nach den Weltpreisen festsetzen. Die Hausfrauen aber verpflichteten sich, nur bei den der Großeinkaufsgenossenschaft angeschlossenen Detailkaufleuten zu kaufen. Beamten- und Verwaltungskosten eines bürgerlichen Konsumvereins fallen hier fort. Vielleicht ließe sich auch bei einer solchen Form vereinigten Wirkens von kaufmännischen und Konsumentenorganisationen die im Konsumvereinswesen so beliebte Rückvergütung von einigen Prozent der jährlichen Einkaufssumme durchführen. Vorteilhaft würde ferner in gewissen Fällen ein Abonnementssystem mit Vorausbestellung und Barbezahlung wirken müssen, z. B. beim Gemüsebezug. Die Frauen würden dadurch zur richtigen Budgetierung veranlaßt, und die Gemüsegärtner in der Umgebung der Stadt wären eines sichern Absatzes für bestimmte Wochentage gewiß usw.

Jedenfalls kann gerade die geschlossene Organisation der Hausfrauen nicht geringen Einfluß ausüben sowohl auf die Gestaltung des Konsums wie auf die Preisbildung des Marktes und überhaupt auf die ganze Volkswirtschaft<sup>1</sup>. Dies allein sollte hier hervorgehoben werden. Die richtigen und erfolgreichen Formen muß die Praxis des Lebens aufsuchen und durch Erprobung gewinnen.

d) In der Kriegszeit bildeten sich sog. „Kriegsausschüsse für Konsumenteninteressen“. Sie verdankten ihre Entstehung der Bewegung gegen den häufiger zutage tretenden Lebensmittelwucher, bezeichneten aber als ihre Aufgabe: auch in Zukunft jede Form ungerechtfertigter Teuerung zu bekämpfen, bei der Regelung und Sicherung des Volksbedarfs neben den Ansprüchen der Güterherstellung und des Gütervertriebes nun auch den Interessen des Güterverbrauchs erhöhte Geltung zu verschaffen. Die „Kriegsausschüsse“ wollten eine Auskunfts- und Sammelstelle für alle Fragen des Konsumenteninteresses werden, Fragen der Volksernährung behandeln, die Konsumenten aufklären, auf alle Vorgänge des Lebensmittelmarktes achten, insbesondere die Verkaufspreise der Lebensmittel und der Gegenstände des täglichen Bedarfs kontrollieren, die Preisbildung in verschiedenen Bezirken und Städten vergleichen, statistische Feststellungen machen, um den Behörden, der Gesetzgebung, der Verwaltung geeignetes Material zur Informierung zu bieten usw. Beim Kampf gegen unberechtigte Teuerungen sollte auch ein Hand-in-Hand-Arbeiten mit den Erwerbsständen der Produktion und des Handels nicht aus dem Auge verloren werden.

e) Über die Fragen der Lebensmittelversorgung hinaus wird ein von der Volkswohlfahrt gefordertes Gleichgewicht nach allem erst hergestellt werden, wenn neben den Organisationen der Produktivstände auch die breiten Massen der Konsumenten sich organisieren, um ihre Interessen

<sup>1</sup> Der „Deutsche Verband zur Förderung hauswirtschaftlicher Frauenbildung“ erstrebte ebenfalls eine Organisation der Hausfrauen. Er wendete sich an die gebildete Frauenvelt zunächst mit dem Ziele, durch Belehrung und Schulung einen qualitativen Fortschritt der Konsumtion herbeizuführen.



geltend zu machen — ein praktisch allerdings sehr schwieriges, doch nicht unmögliches Problem. Vielleicht wird der bereits erwähnte Gedanke einer *Allianz von Produzenten- und Konsumentenorganisationen*, in welchen die beiden Interessentengruppen Sitz und Stimme hätten — weiter ausgebaut —, in Zukunft die Lösung vieler Schwierigkeiten bringen können. Auch da führt die Verständigung schließlich besser zum Ziel als der fortgesetzte Kampf. Die Selbstherrlichkeit des Unternehmertums würde durch die organisierte Konsumentenschaft gebrochen, anderseits die brutale Vernichtung bisheriger Einrichtungen in der Güterversorgung, der Untergang wirtschaftlicher selbständiger Existenzen vermieden werden können<sup>1</sup>.

f) Schließlich seien noch die *Käuferbünde und Konsumentenligen* erwähnt. Sie wollten den Forderungen der „qualitativen Nachfrage“ bei den Produzenten und deren Fachverbänden Geltung verschaffen. Ein Bezugsquellennachweis, der sich mit einem solchen Vorgehen verbände, wäre nicht ohne Vorteil.

Die Belehrung der Produzenten über die Wünsche der Konsumenten mag schon zu erfreulichen Erfolgen geführt haben. Sie macht aber eine fortdauernde Kontrolle nicht überflüssig, um die Konsumenten gegen Verabfolgung verfälschter, verdorbener, auf unhygienische Weise hergestellter oder behandelter (hygienische Verkaufsläden, hygienische Verpackung, Konservierung, Schutz gegen Unsauberkeiten aller Art!) Waren zu schützen. Käuferbünde (auch Gewerkschaften usw.) können solche Kontrolle ausüben und durch Verleihung einer Qualitätsmarke die Qualitätsgarantie übernehmen<sup>2</sup>. Damit kommen wir zu einer Frage von allgemeinerer Bedeutung.

Bei der Vielgestaltigkeit des Bedarfs, der Kompliziertheit der Verkehrsverhältnisse, der fortgeschrittenen Technik, die dem Konsumenten

<sup>1</sup> Eine Verbindung der bereits vorhandenen berufsständischen Organisationen, in diesem Sinne ein „Kartellausschuß“ (der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, Innungen, Detaillistenvereine, Gewerkvereine, Beamtenvereine usw.), würde vielleicht Produzenten, Vermittler, Konsumenten zusammenführen und der Lösung mancher schwierigen Fragen dienen können. In dem „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen“ hatten sich (1916) 82 Arbeiter-, Angestellten-, Beamtenverbände zusammengeschlossen. Die Zahl der Mitglieder betrug  $7\frac{1}{2}$  Millionen, die mit Angehörigen etwa 25 bis 30 Millionen Verbraucher repräsentierten. Das war schon eine große Macht, der Produzenten nicht gleichgültig gegenüberstehen können.

<sup>2</sup> Das Markensystem fand bisher (zuweilen mißbräuchliche) Verwendung zum Schutze eines Fabrikates oder eines Fabrikanten. Die Marke kann aber auch als Vertrauensmarke (wie z. B. die Dürermarke) zum Wahrzeichen einer unabhängigen organisierten Körperschaft von sachkundigen Warenprüfern werden im Interesse der Konsumenten. Über den gewerkschaftlichen „Label“ in Amerika vgl. Bd. III, Kap. 5, § 2, S. 762. — Es wurde vor dem Kriege ein „Deutscher Käuferbund“ begründet. Belgien hatte seine „Soziale Käuferliga“, die vornehmlich dem Schutze der Volksgesundheit dienen sollte. Der Genter Kongreß: „Congrès International de l'Altération et de la Falsification des Denrées alimentaires“ (August 1913), forderte die Einführung einer Schutzmarke für Lebensmittel, welche unter hygienisch und sozial guten Bedingungen hergestellt werden, und die zugleich als Garantie für die Reinheit der Ware gelten würde usw.

ebenso schaden wie nützen kann usw., ist dem einzelnen Käufer heute eine befriedigende Qualitätsprüfung der Waren nahezu unmöglich geworden. Es begreift sich daher, daß

**6. das Verlangen nach zuverlässiger Begutachtung, Beratung, Warenprüfung** (dem die Konsumentenligen, wie wir sahen, schon einigermaßen entgegenkamen) immer weitere Kreise erfaßt hat.

Wenn Produzenten und Händler einer Kontrolle oft wenig Neigung entgegenbringen, so dürfte auch ihnen gerade diese Kontrolle, Begutachtung, Empfehlung bestimmter Produkte größeren Schutz gegen ein übermäßiges und sprunghaftes Abwechslungsbedürfnis des kaufenden Publikums gewähren. Der Schaden, der aus solchen Launen dem freien Handel entsteht, ist vielfach größer als der Abbruch, den er erleidet durch Konsumvereine, Warenhäuser, Einkaufsämtler für Heer und Marine usw. Ein Publikum, das über gesundheitlich, geschmacklich, technisch und kulturell höchststehende Bedarfsdeckung genügend unterrichtet ist, sichert eben der soliden Geschäftswelt eine weit zuverlässigere Kundschaft, als die ihren Einfällen und Launen folgende Käuferschar dies zu tun vermag. Wie viele Kosten könnten, nebenbei bemerkt, der Geschäftswelt auch erspart werden, wenn es zuverlässige Prüfungsstellen gäbe, die über den Wert von technischen Neuerungen zuverlässig unterrichteten!

Es gab freilich schon mancherlei Ansätze und Versuche des Beratungswesens zum Besten der Konsumenten, mit denen wir es hier zunächst zu tun haben, eines Beratungswesens, das nicht mehr bloß dem „Briefkasten“ der Zeitungen entstieg. Dahin gehört z. B. die hygienische Begutachtung der Wohnungen, der Einfluß der Ärzte auf die Heilmittelindustrie, das Wirken der Arzneimittelkommissionen. Wir hatten ein „Deutsches Warenbuch“ der Dürergenossenschaft mit Abbildungen und Angaben über die Verkaufspreise, ein „Deutsches Nahrungsmittelbuch“, durch das Zusammenwirken von Gelehrten und Praktikern entstanden, besondere Schriften von Hygienikern und Volkspädagogen (M. Faßbender u. a.), das „Käuferbuch“ von Heinrich Pudor, den „Codex Alimentarius Austriacus“ usw. Der Grundsatz sachverständiger Empfehlung, einer gesunden Reklame für gute, solide, zweckentsprechende Ware wird ferner zum Besten der unteren Schichten Fortschritte machen können, wenn Gewerkschaften und Arbeitervereine sich dafür interessieren. An der Verbandszentrale der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands z. B. wurde seinerzeit eine hauswirtschaftliche Prüfungs- und Untersuchungsstelle errichtet, welche die Begutachtung hauswirtschaftlicher Gegenstände übernahm. Solche Einrichtungen mögen Kosten verursachen, sofern die Leitung nicht ehrenamtlich wirkt. Die Besoldung von Vertrauensmännern als uninteressierter Warengutachtern kommt aber an der Güte und Preiswürdigkeit der Waren reichlich für den Konsumenten wieder heraus. Wir haben sodann von den Handelskammern angestellte Sachverständige, deren Tätigkeit sich im wesentlichen auf die Feststellung der Beschaffenheit und richtigen Verpackung von Waren beschränkt, die auf die sachkundige Beurteilung sonstiger geldwerter Leistungen sich ausdehnen ließe. In Hamburg wurde eine „Deutsche Begutachtungsstelle für Technik und chemische Technologie“ begründet, welche un-

reellen Firmen den Weg zu den Konsumenten versperren sollte. Das bisher als Privatunternehmung organisierte Auskunftswesen, dessen öffentliche Bedeutung aber klar zutage tritt, schützt schon, trotz manchen Mängeln, in etwa gegen den Kreditbetrug. Erinnt sei noch an den Gläubigerschutzverband. Wirtschaftliche Beratungsstellen ferner — von Hausfrauenorganisationen geschaffen — dürften weithin Vertrauen finden können, wenn jene Organisationen sich nicht von Warenhäusern, Spezialgeschäften, Konsumvereinen gewinnen lassen. Wir haben Architektenvereine, Bauberatungsstellen<sup>1</sup>, eingerichtet von Zentralstellen für Gewerbe und Handel, vom Bunde für Heimatschutz, von Handwerkskammern; sie unterstützen kosten- und gebührenfrei die auf Verbesserung der Wohnungs- und Ansiedelungsverhältnisse speziell der minderbemittelten Klassen gerichteten Bestrebungen, begutachten und verbessern die ihnen von Behörden oder Privaten eingereichten Bau- und Bebauungspläne, regen beratend und helfend an zur Pflege einer gesunden, wirtschaftlichen und zugleich schönen Bauweise usw.

Kurz, das Bedürfnis nach Beratung der Produzenten und insbesondere der Konsumenten, nach Prüfungs- und Untersuchungsstellen, ist ziemlich allgemein vorhanden, suchte auch schon in den verschiedensten Formen nach Befriedigung. Was noch fehlt, das ist die von Heinrich v. Gleichen und Benno Jaroslaw so nachdrücklich geforderte systematische Ausbildung einer allgemeinen, unabhängigen, organisierten Führung und Begutachtung aller wirtschaftlichen Leistungen und Erzeugnisse. Es müßte ein Sachverständigenstand entwickelt werden, der in seiner Verselbständigung, Loslösung von der Erwerbswirtschaft, durch Unbefangenheit und Sachkenntnis das Vertrauen des Publikums verdiente und besäße. Die Interessenten könnten ganz wohl für die Kosten solcher Beratungsinstitutionen aufkommen, wie sie heute schon z. B. den unparteiischen sachkundigen Beratungsdienst in Börsenangelegenheiten den großen Zeitungen im Abonnement mitbezahlen. Es wäre eine Zentralstelle für das gesamte Beratungswesen zu schaffen, die für alle Beratungsbedürfnisse Auskunft erteilen, das fragestellende Publikum an vertrauenswürdige Berater verweisen und selbst die Berater beraten, die Kontrolleure kontrollieren könnte. Das gehört mit zu einer vollkommenen systematischen Ordnung und Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und würde, wie Heinrich v. Gleichen betont, das eigentliche Gegengewicht bilden gegenüber der systematischen Übervorteilung, die heute noch allzu oft beklagt werden muß. Schon ist die Frage aufgeworfen worden, sagt auch Jaroslaw<sup>2</sup>, ob nicht — „vielleicht ohne den Umweg über Staat und Polizei — eine neue Organisation möglich sei, eine unabhängige, autoritäre Körperschaft, welche der heutigen, Gutes wie Schlechtes deckenden Reklame die Funktion der Orientierung und Beratung abnimmt, die sich nicht begnügt, generelle Gesetze aufzustellen,

<sup>1</sup> Vgl. C. Sander, Bilden die Bauberatungsstellen eine Gefahr für das Bauhandwerk? in Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 22 ff. 72 ff.

<sup>2</sup> Wohlfahrt und Wirtschaft. Einführung von Benno Jaroslaw 2.



sondern auch die konkreten Urteile fällt und den Vollzug überwacht, die also mit dem Mut zur Verantwortlichkeit — ja zu gelegentlichem Irrtum — sich positiv für hygienisch einwandfreie und gute Ware einsetzt und damit der schlechten, minderwertigen das Aufkommen von vornherein erschwert, wo nicht unmöglich macht“. Eine solche unabhängige organisierte Beratung wäre nach Jaroslaw als notwendiges Korrelativum jeder Wirtschaftsverfassung anzusehen: „Das große Publikum, wie der heute isolierte und darum gefährdete Begutachter, wie schließlich auch der solide Unternehmerstand hätten an einer solchen Einrichtung das gleiche Interesse.“

Offenbar stellen sich indes der Verwirklichung eines solchen Gedankens erhebliche praktische Schwierigkeiten in den Weg. Deren Lösung ist nicht Aufgabe der Volkswirtschaftslehre, welche nur im Interesse der Bedarfsdeckung des Volkes wünschenswerte Ziele aufstellen kann, die technische und organisatorische Durchführung aber auch hier wieder den Praktikern des Lebens und der Politik überlassen muß. Ein großer Teil der Schwierigkeiten würde jedoch eine bessere und leichtere Lösung finden können, wenn die oben von uns geforderte berufsständische Organisation einmal verwirklicht sein wird.

7. Organisationen für spezielle Zwecke, die entweder selbständig sich bilden oder von bestehenden größeren Organisationen geschaffen werden. erinnert sei z. B. an die der „Wohlfahrtspflege“ und der „Wohltätigkeit“ sich widmenden freien Vereinigungen.

Die Wohlfahrtspflege<sup>1</sup> will Mißstände überwinden, die für ganze Gruppen aus den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgehen, soweit jene Mißstände durch Zwangsnormen nicht beseitigt sind oder nicht beseitigt werden können. Mißstände solcher Art sind entweder Mängel in der Beschaffung der nötigen Lebensbedürfnisse oder Gefährdung der Gesundheit, Sittlichkeit, von Persönlichkeits- und Standesrechten usw.

Für uns kommen an dieser Stelle nur die Mängel der Beschaffung nötiger Lebensbedürfnisse in Betracht. Was in andern Staaten den „Wohlfahrtseinrichtungen“ noch zugerechnet werden müßte, wird in Deutschland zum Teil schon durch die Versicherungsgesetzgebung usw. geleistet. Wesentlich gefördert wird in Preußen die Wohlfahrtspflege durch die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ (seit 1905, hervorgegangen aus der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen). Ohne amtlichen Charakter zu besitzen, leistet die Zentralstelle wichtige informationelle Dienste für Gesetzgebung, Verwaltung, für die Tätigkeit der freien Or-

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 6, § 3, S. 925 ff.; Faßbender, Wohlfahrtspflege, im Staatslexikon V<sup>1-4</sup> 1138 ff.; Schmittmann, Wohlfahrtspflege und Volksgemeinschaft, in Festgaben für Hitze (1921) 166 ff.; Klumker und Schmittmann, Wohlfahrtsämter (1920). Einen Überblick über das große Gebiet der Wohlfahrtseinrichtungen gewährt das Handbuch der sozialen Wohlfahrtspflege in Deutschland von Albrecht (1902). Bei Faßbender a. a. O. 1142 f. Dort auch Angaben über die „ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“ in Berlin (seit 1903), das „Soziale Museum“ in Frankfurt (nach dem Vorbilde des Pariser Musée Social).

ganisationen, verbindet und unterstützt diese Tätigkeit durch Auskunft und Ratsschläge usw.

Die Vereinigungen, die in der Wohlfahrtspflege tätig sind, werden regelmäßig durch das Prädikat der „Gemeinnützigkeit“ ausgezeichnet. Die „Gemeinnützigkeit“ sucht allgemeinere, gesellschaftliche Verhältnisse zu bessern. Mag die auf diesem Felde wirksamen Personen auch der Beweggrund der Nächstenliebe mit antreiben, das Ziel ihrer Tätigkeit ist der gemeine Nutzen durch den Nutzen der einzelnen Gruppe, für die sie tätig sind. Die „Gemeinnützigkeit“ schließt ferner die Nebenabsicht des Erwerbs aus, nicht aber notwendig Ansprüche auf Kostenersatz. Die karitativen Vereinigungen dagegen dienen der Unterstützung der Armen, dem einzelnen Armen als Nächsten, auch wenn ihr Dienst auf ganze Gruppen sich erstreckt. Und anderseits ist ihr Opfer ein volles (nach Art des Almosens), das auch keinen Kostenersatz beansprucht.

Die „Gemeinnützigkeit“<sup>1</sup> hat sich z. B. Verdienste erworben für die Lösung der Wohnungsfrage, teils indem sie selbständig vorging, oder aber indem sie die Selbsthilfe der Wohner im Kleinwohnungsbau förderte und ergänzte. Die Gemeinnützigkeit, sagt Albrecht, sucht „ohne die Nebenabsicht des Erwerbs die Wohnungsverhältnisse durch den Bau von Kleinwohnungen zu bessern“. „Als gemeinnützig bezeichnen wir jenen Wohnungsbau“, bemerkt auch Jäger<sup>2</sup>, „der nicht aus privater Erwerbsabsicht, aus Spekulation oder zur bloßen Kapitalanlage geschieht, sondern aus der sozialen Absicht heraus, den Minderbemittelten als solchen preiswürdige, gesunde und sittlich unbedenkliche Wohnungen zu schaffen.“

Erwähnt seien ferner, wiederum nur beispielsweise, die oben angeführten Vereinigungen, welche für eine ästhetischen Forderungen genügende Qualitätsarbeit eintreten.

Daneben gehören hierhin eine ganze Reihe von Vereinigungen nicht gemeinnütziger Art, alle jene, die mittelbar oder unmittelbar den eigenen Interessen ihrer Glieder dienen, z. B. die bereits erwähnte Organisation der Konsumenten, die Organisation der Hausbesitzer<sup>3</sup>. Verbände letzterer Art entstanden zuerst 1832 in Hamburg, in den 60er Jahren zahlreicher in Deutschland: nach 1870 gewann auch die Zentralorganisation an Kraft und Bedeutung. Ein Hauptbestreben zielt auf Gründung eigener Kreditinstitute, vor allem zur Beschaffung von Hypotheken zweiter und dritter Stelle. Wenn man mit Recht oder Unrecht von einem eigenen „Hausvermietungsgewerbe“ als „Beruf“ spricht, so sollte nicht vergessen werden, daß ein jedes „Gewerbe“ wirtschaftliche und soziale Aufgaben zu erfüllen hat, und daß gerade „berufliche“ Organisationen nicht bloß dem Eigeninteresse ihrer Glieder, sondern auch jenen volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben Rechnung zu tragen haben. Ja man darf dies hier mit Vorzug fordern und erwarten.

<sup>1</sup> Das österreichische Wohnungsfürsorgegesetz von 1912 bezeichnete im § 12 jene Bauvereinigungen als „gemeinnützige“, deren Statut die an die Mitglieder zu verteilende Dividende auf höchstens 5% der eingezahlten Anteile beschränkt und den Mitgliedern, für den Fall der Auflösung der Gesellschaft, nicht mehr als die Rückzahlung der eingezahlten Anteilsbeiträge zusichert, einen etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt.

<sup>2</sup> Wohnungsfrage I 265, auch II 262 f.

<sup>3</sup> Kurt Baschwitz, Die Organisation der städtischen Haus- und Grundbesitzer in Deutschland (Münchener volkswirtschaftliche Studien Nr. 88 [1909]).

weil dem „Gewerbe“ der Vermieter gegenüber die allgemeinen Bedürfnisse schärfer hervortreten als bei andern Gewerben.

**8. Dreigliederung des sozialen Körpers?** Eine solche hat Rudolf Steiner gefordert<sup>1</sup> und damit einen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands zu liefern vermeint. Die „soziale Frage“ erscheint hier als eine Wirtschafts-, Rechts- und Geistesfrage. Steiner will Anregungen geben, die der gegenwärtigen Lebenswirklichkeit und Lebensnotwendigkeit entsprechen, gewiß ein löbliches Vorhaben. Er erkennt an, daß die Trias von 1789: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, in der alten Bedeutung heute nicht viel besage. Für die Gesamtheit des staatlichen Lebens ließen sich diese drei Forderungen nicht verwirklichen. Jede einzelne Forderung hat nur Sinn für Teilorganismen des Staatslebens. Die Forderung der Freiheit kann nur im geistigen, die Forderung der Gleichheit nur im rechtlichen, die Forderung der Brüderlichkeit nur im wirtschaftlichen Leben des Staates verwirklicht werden. Darum fordert Steiner die Gliederung des sozialen Organismus in drei autonome Teilgebiete: in einen Geistesstaat, einen Rechtsstaat, einen Wirtschaftsstaat. Die Gedanken Steiners fanden insbesondere Beifall bei denjenigen, die mit dem heutigen Parlamentarismus und Parteiwesen unzufrieden sind. Sie wiesen darauf hin, daß die Dreigliederung des sozialen Körpers bei uns schon eingeleitet sei. Wir hätten ja schon einen Reichstag, einen Reichswirtschaftsrat, eine Reichsschulkonferenz. Diese Einrichtungen brauchten nur zu dauernden Vertretungskörpern ausgebaut zu werden, dann hätten wir drei Fachparlamente, von denen jedes seine besondere Aufgabe zu erfüllen habe. Ob es aber so leicht wäre, diese Aufgaben zu scheiden? Würde es sich z. B. empfehlen, „den Besuch der Schule in das freie Verständnis des Menschen“ zu stellen? Würde die Aufhebung der staatlich angeordneten Schulpflicht zugunsten individueller Freiheit einen Fortschritt bedeuten? Und können wir vom wirtschaftlichen Gebiete Recht und Staat ausschließen? Werden nicht auch die beruflichen Organisationen der Aufsicht des Staates bedürfen, in vielfacher Beziehung unter staatlichem Recht stehen müssen, wie sie anderseits für ihr Gebiet zur Rechtsbildung berufen sind?

Der Trias der westeuropäischen Demokratie gehört in ihrem Sinne die Zukunft nicht mehr. Walter Rathenau hat recht, wenn er sagt<sup>2</sup>: „Unsere demokratische Entwicklung wird nicht geführt sein von der berühmten, niemals verwirklichten Trias der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, obwohl die Strahlen dieser Trias, die eine ideale ist, ewig über uns leuchten mögen; unsere Entwicklung wird führen zu dem Dreiklang der Freiheit, Verantwortung und Gemeinschaft.“ Auch Steiner hat mit seinen eigenen Gedanken nicht viel anzufangen gewußt, und andere haben mit ihnen ebenfalls nicht viel mehr geleistet. Die „Räte geistiger Arbeiter“ waren eine Totgeburt. Und wie steht es mit den von C. H. Becker ausgearbeiteten Plänen des preußischen Kultusministeriums für eine „Renaissance der Gelehrtenrepublik“?

Wir müssen es den Philosophen überlassen, sich mit Steiners Anthroposophie auseinanderzusetzen. Für das soziale und volkswirtschaftliche Gebiet fehlt Steiner insbesondere das Verständnis der großen Bedeutung der Religion, des Christentums.

<sup>1</sup> In seiner Schrift „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“ (1919).

<sup>2</sup> Demokratische Entwicklung (1920). Vgl. auch Heinrich Scharp, Probleme der Demokratie, in Köln. Volkszeitung Nr. 226, 25. März 1921.



## § 5.

## Ein besonderes Beispiel des Zusammenwirkens der verschiedenen Faktoren. Rückblick und Ausblick.

**1. Die Bekämpfung des Alkoholismus<sup>1</sup>.** Staatliche Maßnahmen und Verordnungen gegen übermäßiges Trinken finden sich schon frühe. Bereits Karl der Große erließ eine solche Verordnung, späterhin Kaiser Friedrich III., Maximilian I., auch Karl V. und Rudolf II.; Kurfürst Richard von Trier und Pfalzgraf Ludwig (1524) sollen einen Orden oder eine Bruderschaft der Enthaltsamkeit gegründet haben. Größere Erfolge wurden nicht erzielt. Die Trunkenheit blieb ein häufiges Laster. Nur der Bauernstand und das Kleinbürgertum zeichneten sich im allgemeinen durch Nüchternheit aus. Auch Karl XII. von Schweden erließ ein Verbot, ebenso der schwedische König Friedrich III., dann Georg II. August von Hannover. Friedrich Wilhelm I. und Friedrich Wilhelm III. von Preußen usw.

Von den alten Denkern huldigten der Abstinenz Pythagoras mit seiner Schule. Buddha stellte neben die Verbote des Mordes, des Diebstahls, des Ehebruchs, der Lüge als fünftes Verbot auf: „Du sollst keine berauschenden Getränke trinken.“ Auch der Koran enthält ein Alkoholverbot.

Daß das Christentum, die christlichen Sittenlehrer und Prediger<sup>2</sup>, von der ersten Zeit an ununterbrochen mit aller Schärfe der Unmäßigkeit entgegentraten, versteht sich von selbst und kann nur von demjenigen bezweifelt werden, dem der Einblick in die Schriften der Väter, der mittelalterlichen Theologen und Prediger versagt geblieben. Von den protestantischen Sekten waren es insbesondere die Methodisten, die sich Verdienste durch den Kampf gegen üble Trinksitten erwarben.

Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts traten dann auch hervorragende Ärzte gegen den Alkoholmißbrauch entschieden auf, so z. B. Albrecht v. Haller, C. W. Hufeland, der das Branntweinedikt Friedrich Wilhelms III. vom 30. Mai 1803 veranlaßt hat.

Die organisierte Bekämpfung des Alkoholismus nahm von Amerika ihren Ausgang (Benjamin Rush, Amerikanische Temperenzgesellschaft), ging dann über auf England (Schottische Temperenzvereine, British and Foreign Temperance Society) und ergriff allmählich auch den europäischen Kontinent. Nach einigen Rückschlägen (Hamburger Tumult 1841, Revolutionszeit von 1848) machte die Bewegung allmählich größere Fortschritte, besonders auch in den skandinavischen Ländern.

Die genauere Erforschung und Darlegung der gesundheitlichen Schädigungen des Alkohols durch hervorragende Physiologen und Ärzte (Huß, Richardson, Virchow, Baer u. a.) führte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zur teilweisen Umwandlung der

<sup>1</sup> Eine übersichtliche Darstellung mit umfassendem Literaturnachweis bietet Alex. Elster, Der gegenwärtige Stand der Alkoholfrage, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXIX (1910) 509 ff. Wilh. Liese, Trunksuchtsbekämpfung, im Staatslexikon der Görresgesellschaft V<sup>3</sup>-<sup>4</sup> 539 ff. Vgl. auch Gruber, Geschichtliches über den Alkohol (1910); Bergmann, Geschichte der Antialkoholbestrebungen (1907); Bode, Alkoholfrage, im Handw. der Staatswissenschaften I<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> In Deutschland neuerdings wieder erfolgreich der Franziskaner P. Elpidius, wie im Anfang der Bewegung der Kapuziner P. Theobald Mathew in Irland.

bisherigen Branntweinbekämpfung in eine Bekämpfung des Alkoholgenusses schlecht hin. Diese Bewegung zugunsten gänzlicher Enthaltensamkeit nahm wiederum von Amerika ihren Ausgang. Das erste Verbotsgesetz erließ der Staat Maine (1851). Dort in Amerika entstand denn auch der Guttemplerorden (Independent Order of Good Templars), der sich über viele Länder verbreitete und den Anstoß zur Errichtung ähnlicher „Orden“ (z. B. der Rechabiten usw.) gab. Ebenfalls der sog. „Frauenkreuzzug“ gegen den Alkohol und die aus demselben hervorgegangenen „World's Woman's Christian Temperance Union“ ist amerikanischen Ursprungs. Die Blaubandbewegung, die „National Temperance Society“ traten ergänzend hinzu. Zunächst in England und Irland erzielte die Enthaltensamkeitsbewegung unter Mitwirkung religiöser Genossenschaften, hervorragender Prediger, tüchtiger Ärzte nicht geringe Erfolge. Auch die Heilsarmee wirkte im gleichen Sinne.

Bald entstanden dann in den meisten europäischen Ländern Abstinenz- und Temperenzvereine: in den skandinavischen Staaten, in Rußland und Finnland, in der Schweiz das „Blaue Kreuz“, der katholische Abstinenzverein, in Deutschland der „Alkoholgegnerbund“, der „Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“, das „Katholische Kreuzbündnis“ und der „Mäßigkeitsbund“, der „Allgemeine und Rheinische Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“, mannigfaltige Fach-, Frauen-, Jugendvereine (Quickborn, Neustudenten)<sup>1</sup>; auch das „Blaue Kreuz“ und (seit 1884) der Guttemplerorden (mit über 800 Ortslogen) entfalteten in Deutschland ihre Wirksamkeit. In Österreich betätigen sich der Verein gegen Trunksucht und eine Reihe von Abstinenzvereinen. Hier wie in Deutschland, der Schweiz usw. kommen für den Kampf gegen Alkoholmißbrauch dann ebenfalls religiöse Vereine in Betracht sowie die Vereinigungen für Volkswohl, Arbeiterwohlfahrt, Volksbildung, die vegetarischen und Naturheilvereine und dergleichen.

Insbesondere auch den Gewerkschaften eröffnete sich hier eine schöne Aufgabe. Blocher und Landmann<sup>2</sup> haben für die Arbeiterklasse Amerikas festgestellt, daß der Prozentsatz, der für Alkohol ausgegeben wurde, im Durchschnitt 4,77 % des Einkommens, 5,09 der Ausgaben betrug, etwa ein Drittel von den Ausgaben für Kleidung, mehr als die Ausgaben für Geistes- und Gesundheitspflege, mehr als die Ausgaben für Vor- und Fürsorge, etwa gleich den Ausgaben für Heizung und Beleuchtung. Die amerikanischen Ziffern werden in Belgien und Frankreich stärker übertroffen als in England. Deutschland bleibt unter der amerikanischen Ziffer. Doch ist zu beachten, daß die europäischen Ergebnisse hier nur auf Feststellungen bei einer bedeutend kleineren Anzahl von Familien (1753) sich stützen als die amerikanischen (6809 Arbeiterfamilien). Das „Reichsarbeitsblatt“ berechnete die Aufwendungen des deutschen Arbeiters für alkoholische Getränke auf 10 % der Gesamtausgaben. Strümpell nimmt an, daß der noch als solid geltende bayrische Arbeiter etwa 16 % seines Lohnes für Bier ausbe. In Bremen gelte die Ausgabe von 20 % des Verdienstes für Branntwein nicht

<sup>1</sup> Diese Jugend dringt auf Wiederherstellung der Lebens-einfachheit in Kleidung, Ernährung, Erholungsformen; sie will entschlossene Absage an allen Luxus und sucht mit echter Wanderfreude den Zugang zur Schönheit, Reinheit und Frische der Natur in Berg und Tal und Wald und Feld. Sie verlangt zurück zum unverbildeten Lebenssinn.

<sup>2</sup> Die Belastung des Arbeiterbudgets durch den Alkoholgenuß (1903).

als unmäßig, und die Ziegler im Unterelsaß opferten sogar 37 % dem Alkohol<sup>1</sup>. Man braucht also in der Alkoholkämpfung nicht gerade mit Emil Vandervelde<sup>2</sup> den „notwendigen Helfer im Klassenkampf“ zu erblicken, um zu erkennen, wie sehr die wirtschaftliche Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung mit der Alkoholfrage zusammenhängt, abgesehen von moralischen und hygienischen Gesichtspunkten.

Veranstaltungen der Fürsorge und Therapie für die spezielle Trinkerbehandlung<sup>3</sup> sind zunächst die von Städten und Vereinen errichteten beratenden „Fürsorgestellen“ mit Sprechstunden für Alkoholkranke. In einzelnen Städten gibt es auch schon von Frauen bediente Fürsorgestellen. Die eigentliche Heilung der Trinker kann nur durch vollkommene Abstinenz erreicht werden. Im Jahre 1912 gab es 40 „Trinkerheilanstalten“ in Deutschland. Seit 1900 besteht ein „Verband der Trinkerheilanstalten für das deutsche Sprachgebiet“, seit 1909 ein „Verein zur Gründung katholischer Trinkerheilanstalten“ in Bayern, seit 1907 ein „Verein zur Errichtung von Trinkerasylen“ in Wien. Auch die Schweiz verfügte 1912 über fünf oder sechs solcher Anstalten.

Soll der Alkoholgenuß in den breiteren Schichten des Volkes beschränkt oder beseitigt werden, dann muß dem Volke ein zweckmäßiger Ersatz für geistige Getränke zur Verfügung stehen. Daß die Antialkoholbewegung erfolgreich wirken kann, führt sich zum großen Teil auch darauf zurück, daß seit dem 18. und 19. Jahrhundert die Aufgußgetränke (Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade), natürliche und künstliche kohlensaure Wasser usw. als Nebenbubler des Alkohols ihre Rolle spielten. Dazu kamen ferner die Erfindung oder das verstärkte Angebot von alkoholfreien Weinen und Bieren (seit 1896), von Limonaden aus allerlei Fruchtsäften, neue Teesorten, Ingwerbier usw. Die Gelegenheiten zum Wassertrinken wurden vermehrt in den Straßen der Städte, auf öffentlichen Plätzen, bei den Eisenbahnstationen usw. Manche Städte haben Kaffeehallen und dergleichen errichtet. Und wer kennt nicht die namentlich im Westen Deutschlands beliebten Selterswasserbuden und Milchhäuschen? Wir brauchen nicht hervorzuheben, wieviel noch geschehen kann seitens der Städte und der Arbeitgeber, um ihre Arbeiter und Bediensteten gegen die Einwirkungen von Nässe, Kälte, Hitze zu schützen. Steht ja doch überhaupt die Alkoholfrage im engsten Zusammenhange mit vielen andern Fragen, der Fürsorge für die Gesundheit, des Wohnungs- und Nahrungswesens usw. Wo gesunde Arbeitsbedingungen vorliegen, Wohnung und Ernährung dem Bedürfnis entsprechen, wird nicht so leicht die Vortäuschung des Gefühls der Wärme, Sättigung, Kraft und Behaglichkeit im Alkohol gesucht werden<sup>4</sup>.

Im Zusammenhange mit der Forderung von Ersatzmitteln für alkoholische Getränke steht die Frage der Gasthausreform, wenigstens im Hinblick auf den Ersatz von Gasthäusern, die ihren Gewinn gerade aus dem Verbrauch der alkoholischen Getränke beziehen. Abgesehen von den bereits erwähnten Kaffee-

<sup>1</sup> Stehr, Alkoholgenuß und wirtschaftliche Arbeit (1904) 65. Elster, Gegenwärtiger Stand der Alkoholfrage a. a. O. 527.

<sup>2</sup> Alkohol, Religion, Kunst. Drei sozialistische Untersuchungen (übersetzt von Pernerstorfer [1907]).

<sup>3</sup> Vgl. hierzu die Referate von Waldschmidt und Bezzola in den Verhandlungen des X. Internationalen Kongresses. Zur Frage der Entmündigung und Bestrafung vgl. die Referate von Endemann und Cramer in den Verhandlungen des IX. Internationalen Kongresses, und Böckel, Alkoholismus und Recht (1908).

<sup>4</sup> Vgl. Bode, Alkoholfrage, im Handw. der Staatswissenschaften I<sup>s</sup> 397 f.



hallen usw. verfügte Deutschland, namentlich im westlichen Industriegebiet, nach englischem und schweizerischem Vorgang (seit 1902) auch über alkoholfreie Restaurants. Der Trinkzwang der alten Unternehmerkneipen fehlt ferner in den katholischen Gesellen- und Vereinshäusern, in den Herbergen zur Heimat, in den Volksheimen verschiedener Städte, in den Gewerkschaftshäusern usw. Die Bewegung zur weiteren Emanzipation von dem alten Gasthausssystem ist im Fluß. Sie fand Förderung durch den „Deutschen Verein für Gasthausreform“. Ein interessantes Beispiel der Gasthausreform bietet das in Schweden, Norwegen und Finnland verbreitete sog. „Götenburger System“: Wirtschaften werden von Gemeinden oder Mäßigkeitsvereinen übernommen; der Wirt erhält festes Gehalt, überdies eine Provision von Speisen und von dem Verkauf alkoholfreier Getränke, die (neben leichten alkoholischen) in größerer Auswahl feilgeboten werden<sup>1</sup>.

Eröffnet sich die Aussicht auf einen entsprechenden Ersatz alkoholischer Getränke und der mit dem Genuß derselben verbundenen Freuden der Geselligkeit, dann werden Belehrung und Aufklärung des Volkes ein um so wirksameres Mittel im Kampfe gegen den Alkoholismus sein. Diese Aufklärung wird aber die umfassendsten und besten Erfolge erzielen, wenn sie möglichst früh, also schon in der Schule beginnt; nicht bloß deshalb, weil das Lebensglück vieler Kinder schon durch den Alkoholgenuß beeinträchtigt wird, sondern mehr noch zur Heranbildung fester und allgemeiner Anschauungen über die Trinksitten im ganzen Volke<sup>2</sup>. Wiederum war es Amerika, das mit dem Temperenzunterrichte voranging (seit 1830). Infolge der tatkräftigen Propaganda einer Frau, Miss Hunt (gest. 1906), wurde dieser Unterricht seit 1882 allmählich in den verschiedenen Staaten der amerikanischen Union obligatorisch (30—40 Stunden durch 9 Schuljahre mit besondern Unterrichtsbüchern und besonderem Fach in der Lehrerausbildung). Seit 1885 ist der Unterricht auch in Kanada pflichtmäßig. In den Primarschulen des Königreichs Belgien war dafür wöchentlich  $\frac{1}{2}$  Stunde angesetzt. Ebenso in Schweden (seit 1892), Norwegen, Frankreich wurde der Abstinenzunterricht eingeführt. In Preußen und Österreich blieb vorerst nur die gelegentliche Berücksichtigung des Alkoholismus vorgeschrieben. Wesentliche Verdienste um die Belehrung des Volkes haben sich dann auch die Abstinenz- und Mäßigkeitsvereine erworben durch ihre Flug- und Zeitschriftenliteratur.

Von größter Bedeutung für den erfolgreichen Kampf gegen den Alkoholismus ist ein wissenschaftlich ernstes, vorurteilsfreies, leidenschaftsloses Studium der Alkoholfragen. In Deutschland waren es vornehmlich Mediziner und Physiologen, die hier segensreich aufklärend gewirkt. Das Ausland hat der wissenschaftlichen Erforschung des Alkoholismus noch größere Sorgfalt zugewendet, namentlich auch durch besondere, diesem Zweck gewidmete Vereinigungen und staatlicherseits errichtete Kommissionen. Es müßte freilich der ganzen Mäßigkeitsarbeit schaden,

<sup>1</sup> Näheres darüber in dem Aufsatz Morgenstiernes über das „Götenburger Ausschanksystem“, im Handw. der Staatswissenschaften V<sup>3</sup> 46 ff. Laquer, Götenburger System und Alkoholismus (1907). Weniger günstig beurteilt Petersson (Die schwedische Alkoholgesetzgebung und das Götenburger System, 1908) diese Einrichtung.

<sup>2</sup> Vgl. die Referate von Don, Wakeley, Hunt, Hänel, Fischer, Eötvös, Laczó, v. Scheele, Sohlberg, Hartmann in den Verhandlungen des IX., X. und XI. internationalen Kongresses. Speziell an die Studenten wendet sich die Schrift von Popert, Was will unsere Zeit von der deutschen Studentenschaft? (1908).

wenn ihre Führung schließlich in die Hand unbesonnener Fanatiker fiel, mag auch deren Rührigkeit als vorbildlich erscheinen.

Die allgemeine Wahrheit, daß staatliche Maßregeln, welche die Produktion erleichtern oder erschweren, die Produkte verbilligen oder verteuern, auf die gewohnheitsmäßige Bedarfsgestaltung der Völker von größtem, oft entscheidendem Einflusse sind<sup>1</sup>, findet Anwendung und Bestätigung in der Alkoholfrage. Was die staatliche Behandlung des Kaffees, Tees, Kakaos, der Zitronen usw., namentlich auch des Zuckers betrifft, so wird man den Einfluß einer etwaigen Verteuierung durch Steuer oder Zoll alsbald beim Alkoholgenuß feststellen können.

Die alkoholischen Getränke selbst, insbesondere der Branntwein, waren und sind beliebte und meist ergiebige Objekte der Besteuerung. Rußland hatte bis in die Zeit des Weltkrieges ein staatliches Branntweinmonopol, das, wie Ballod bemerkt<sup>2</sup>, wenigstens die gute Wirkung erzielte, daß das Volk besser gereinigten und darum weniger schädlichen Branntwein trank. In der Schweiz besteht ein Alkoholmonopol für den Großverkauf: ein Zehntel des Gewinnes („Alkoholzehntel“) muß zur Bekämpfung des Alkoholismus verwendet werden.

Sonst dienen verschiedene Formen der Konzessionierung dem Zweck, die Zahl der Schankstätten, der kleinen Branntweinhandlungen zu beschränken und schlechte Elemente dem Wirtsstande fernzuhalten. In Deutschland entscheidet über die Konzessionierung die „Bedürfnisfrage“, für den Branntweinausschank und Kleinhandel überall, für Bier und Wein an allen Orten unter 15 000 Einwohnern. Etwa 75 % der größeren Orte hatten aber vor dem Kriege durch Ortsstatut die Konzessionierung überhaupt von der „Bedürfnisfrage“ abhängig gemacht. In manchen Gemeinden wurde dabei ein bestimmtes Verhältnis der Wirtschaften zur Einwohnerzahl ins Auge gefaßt, so in Elberfeld 1:300, Würzen 1:250 usw. In Holland sollte nach dem „Drankwet“ von 1881 in Orten von mehr als 50 000 Einwohnern nur eine Konzession auf 500 Einwohner entfallen, in Orten zwischen 10 000 und 50 000 auf 300 und in kleineren Orten auf 250 Einwohner. In Amerika ließ Massachusetts 1 auf 500 Einwohner für Boston, im übrigen Lande 1 auf 1000 Bewohner zu. Von besonderer Bedeutung ist überall eine genaue Prüfung der Konzessionssucher nach der moralischen und finanziellen Seite hin. Preußische Kreisverwaltungen haben eine hohe Konzessionssteuer eingeführt. Das mag wohl die Zahl der Wirtschaften beschränken, diese aber, wie Bode bemerkt, leichter dem Großkapital ausliefern und letzten Endes die Konsumenten treffen.

In den skandinavischen und englischen Ländern wird sodann die Schankstätten-Polizei (Erschwerung und Verkürzung des Verbrauchs) besonders scharf gehandhabt, weniger nachdrücklich manchmal in Deutschland. Es handelt sich dabei um die frühzeitige Schließung für die Nacht (Polizeistunde) und die späte Öffnung am Morgen, gänzliche oder teilweise Schließung an Sonn- und Feiertagen usw., Ausschließung bestimmter Gäste: Kinder, Minderjähriger, weiblicher Personen, Angetrunkener, Trunksüchtiger usw., Verbot des Verkaufs gegen Borg, Verbot der weiblichen Bedienung usw. Eine allgemeine gesetzliche Ordnung wird

<sup>1</sup> Man denke an die Tabaksteuern, Luxus- und Lustbarkeitssteuern, — Bode a. a. O. 400.

<sup>2</sup> Grundriß der Statistik 133. Vgl. auch Schmollers Jahrbuch XXXVIII (1914) 2. Heft, 544 ff

solchen Maßnahmen immer größeren Erfolg sichern, als durch bloße polizeiliche Verordnungen erreicht werden kann.

In Nordamerika wurde im Staate Maine 1846 Verkauf und Herstellung geistiger Getränke gesetzlich verboten (Maine-Gesetz). Dieser staatsgesetzlichen Prohibition schlossen sich dann noch 14 andere Staaten an<sup>1</sup>. Doch ließen die meisten Staaten das Verbot wieder fallen. Nur Maine (mit kurzer Unterbrechung 1856/58), New Hampshire, Vermont, Kansas und Nord-Dakota verblieben dabei — dünn bevölkerte, vorwiegend agrarische Staaten. Im allgemeinen besser bewährte sich die gemeindliche „Local Option“, wobei das Verbot bloß für solche Kreise oder Orte gilt, in denen die Mehrheit dasselbe beschlossen hat. Das durch lokale Option eingeführte Verbot fand sich zumeist auf dem Lande und in kleineren Städten, innerhalb von 37 amerikanischen Staaten, auch in England, Finnland, Schweden, Norwegen, in Kanada, Neuseeland und mehreren Staaten Australiens. Heute besteht in den Vereinigten Staaten das staatliche Alkoholverbot. Von verschiedenen Seiten wurde zum mindesten die Einführung des Gemeindeverbotsrechts gegen Alkoholausschank für Deutschland empfohlen<sup>2</sup>.

Die Mäßigkeitsbestrebungen, die allenthalben in die Erscheinung treten, haben ohne Zweifel schöne Erfolge herbeigeführt. Man mag dabei als Ideal die volle Abstinenz ins Auge fassen. Es ist aber schon viel erreicht, wenn wenigstens die schädlichste Form des Alkoholgenusses, der Branntweinkonsum<sup>3</sup>, immer mehr zurückgedrängt, im übrigen beim Genuß geistiger Getränke Mäßigkeit beobachtet wird.

Das vornehmlichste Mittel im Kampfe gegen den Mißbrauch des Alkohols wird für die Massen gesunde Hebung der Lebenshaltung, des geistigen und sittlichen Niveaus, für den einzelnen insbesondere die Schärfung des Gewissens durch Anwendung religiöser Motive bleiben<sup>4</sup>.

**2. Rückblicke und Schlußbemerkung.** „In der Ausbildung der wissenschaftlich-praktischen Technik und der alle Kräfte und Mittel wirksam zusammen-

<sup>1</sup> In Japan besteht ein Opiumverbot, in der Schweiz ein Absinthverbot. Über das Alkoholverbot in Neuseeland vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. N. F. III (1912) 361. Vgl. Laquer, Alkoholismus und Temperenz in den Vereinigten Staaten (1905); Die Antialkoholgesetze Amerikas, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft. N. F. I (1910) 598 f. Helénus, Über das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (1910; dazu Clemens Heiß in Schmollers Jahrbuch XXXVI [1912] 480 ff.). Über die Antialkoholgesetze Amerikas vgl. auch Zeitschrift für Sozialwissenschaft. N. F. I (1910) 598 f. — Robert Schachner (Die soziale Frage in Australien und Neuseeland [1911]) kritisiert die Antialkoholbewegung durch die Feststellung, daß trotz derselben der Konsum geistiger Getränke nicht abgenommen habe, der öffentliche Trunk jetzt vielfach durch den Haus-trunk ersetzt werde.

<sup>2</sup> Namentlich der neutrale Guttemplerorden trat für die „Local Option“, das Gemeindebestimmungsrecht ein: Durch Gesetz soll in jeder Gemeinde den volljährigen Männern und Frauen das Recht verliehen werden, durch Abstimmungen darüber zu entscheiden, ob in dem betreffenden Bezirk der Verkauf oder die Herstellung geistiger Getränke ganz oder teilweise unterbleiben solle. Popert (Ein Schritt auf dem Wege zur Macht [1907]) suchte namentlich die Anhänger des Frauenstimmrechts für diesen Gedanken zu gewinnen.

<sup>3</sup> Die Verwendung des Branntweins zu Industriezwecken ist, wie Ballod (Grundriß 137) bemerkt, noch einer großen Ausdehnung fähig.

<sup>4</sup> Vgl. Emil Witta, Die Alkoholfrage in religiöser Beleuchtung (1907).



fassenden wirtschaftlichen Organisation“, sagt Helfferich<sup>1</sup>, „in der Steigerung der Gütererzeugung und des Verkehrs, in der Erweiterung und Festigung unserer wirtschaftlichen Weltstellung, in der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse und in der Hebung der gesamten Lebenshaltung unserer in gesundem Wachstum fortschreitenden Bevölkerung — in allen diesen Fortschritten hat Deutschland (in den letzten 25 Jahren vor dem Weltkriege) sich auf eine in seiner ganzen Geschichte niemals erreichte Stufe emporgearbeitet und im friedlichen Wettkampf der Nationen den ersten und mächtigsten Mitbewerbern sich gleichwertig erwiesen. . . . Die Rückschau auf den Weg, den unser Volk durchwandert hat, mag dazu beitragen, das deutsche Selbstvertrauen auf die Höhe der deutschen Volkskraft zu bringen. Aber diese Rückschau soll uns auch vor eitler Selbstüberschätzung und flachem Hochmut bewahren. Nur der Philister kann, ohne daß ernste Untertöne mitschwingen, gedankenlos sich daran ergötzen, wie wir's dann zuletzt so herrlich weit gebracht“. Wer die Geschichte der Völker kennt, der weiß, daß jeder große Aufstieg neue und schwere Probleme schafft und Keime in sich trägt, die seinen eigenen Wurzeln gefährlich werden. Selbst dem oberflächlichsten Beschauer unserer Zeit drängen sich Erscheinungen auf, die nicht danach angetan sind, eine geruhssame Befriedigung aufkommen zu lassen. Die großen Verschiebungen im inneren Aufbau unseres Volkskörpers — im Verhältnis von Stadt und Land, in der beruflichen und sozialen Gliederung, in den Vermögensverhältnissen — haben Spannungszustände erzeugt, die in der gärenden Unrast unserer Zeit auf allen Gebieten des Gemeinschaftslebens zutage treten. Während unsere Nation als Ganzes in wirtschaftlicher Kraftentfaltung das Höchste leistet, sehen wir die Grundlagen der sittlichen und körperlichen Gesundheit großer Volksteile durch eben diese Entwicklung bedroht, sehen wir das einheitliche Zusammenwirken, das uns groß gemacht, durch Klassenkampf und Klassenhaß gefährdet, sehen wir vielfach an Stelle der zähen Arbeit schlaffes Wohlleben, an Stelle der strengen Sparsamkeit sinnlose Verschwendung und herausfordernden Luxus, an Stelle der Opferbereitschaft und Pflichterfüllung Begehrlichkeit und Genußsucht.“ Die Keime, welche die Wurzeln des Aufstiegs bedrohten, haben in der Nachkriegszeit eine geradezu verheerende Wirksamkeit erlangt.

Man kann darum nur wünschen, daß die Stimmen derer, welche intimste Kenntnis des wirtschaftlichen Lebens besitzen, Beachtung finden, wenn sie nicht bloß Entartungen auf dem Felde der Konsumtion geißeln, sondern überdies zum Kampfe gegen ein mißleitetes, überspanntes Erwerbsstreben aufrufen: „Mit der Genesis, mit der Entstehung des ‚kapitalistischen Geistes‘ im üblen Sinne“, bemerkt Benno Jaroslaw<sup>2</sup>, „mögen sich die Gelehrten befassen. Um sein Vergehen werden alle diejenigen Männer der Tat sich kümmern müssen, für die ein Ding noch nicht dadurch erledigt ist, daß es historisch erklärt und seine Naturgeschichte geschrieben ist. Wir danken es Männern wie Tönnies, Sombart, Rathenau, daß sie uns die Augen geöffnet haben, wohin die Reise geht — wenn wir den Wagen nicht aufhalten. Es gilt heute nicht mehr und nicht weniger als eine gründliche Revision unserer Anschauung von Recht und Unrecht im Wirtschaftsleben. Es gilt heute, die geschäftliche Sondernormal da, wo sie sich vom Volksgewissen und den Grundsätzen der allgemeinen Sittlichkeit entfernt hat,

<sup>1</sup> Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913<sup>3</sup> (1914) 124 ff.

<sup>2</sup> Wohlfahrt und Wirtschaft I (1914) 213 f.

durch unablässige geistige Bearbeitung aller Wirtschaftsfaktoren zu berichtigen. Die neueren wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen haben uns bewiesen, daß das keine Utopie ist, daß auch in der Vergangenheit ethische Potenzen mit Erfolg an der Herausarbeitung einer bestimmten Wirtschaftsgesinnung beteiligt waren. . . . Kanzel und Katheder, Presse und Podium, Parlament und Pädagogik mußten zusammenwirken, um den Feldzug gegen geschäftliche Unwahrhaftigkeit, den Feldzug für Vertrauen und Verantwortung in allen Einzelheiten zu beraten. Hier ist der gemeinsame Boden, auf dem alle, die es mit dem Gedeihen des Vaterlandes ernst meinen und die heute durch Parteien und Konfessionen so unselig zerklüftet sind, sich zusammenfinden könnten. . . . Mehr als ein Wirtschaftspolitiker und Reformers, der sich über das Maß äußeren Erfolges nicht zu beklagen hatte, mußte am Schluß seiner Laufbahn einsehen, daß alles Stückwerk geblieben war, weil die Erziehungsprobleme, an deren Lösung doch alles liegt, bisher so gröblich vernachlässigt wurden. . . . Ein Weg ist nur da, wo ein Wille ist, wo Hunderttausende von Einzelwillen da sind, die sich hinter die Idee stellen. Den Willen schafft die Erziehung. Sie schafft ihn langsam. Der Same, der heute ausgestreut wird, mag erst in einem Menschenalter aufgehen, aber auf den Stamm wird dann auch Verlaß sein.“

Die Erziehungsprobleme aber liegen im argen, so lange die öffentliche Meinung den materiellen Erfolg über alles stellt: „Unser ganzes Wirtschaftsleben“, sagt Potthoff<sup>1</sup>, „beruht auf dem Profit des einzelnen. Niemand macht sich Gedanken darüber, mit welchen Kosten und auf wessen Kosten dieser Profit erzielt worden ist. Wenn ein geschickter Unternehmer durch Grundstückshandel, Stadterweiterung und dergleichen reich geworden ist, zieht jeder den Hut vor ihm; niemand fragt, welchen Einfluß seine Spekulation auf die Steigerung der Grundrente und des Bodenpreises, auf die Zusammendrängung von Menschen in Mietskasernen, damit auf Gesundheit, Sittlichkeit und Glück von Hunderten gehabt hatten. Die Million, die ein Schnapsfabrikant ohne Verletzung der Strafgesetze erworben, sichert ihm die Achtung seiner Mitbürger; niemand fragt nach dem Schicksal der Trinker, fragt nach den Millionen, die Staat und Gemeinde vielleicht aufzuwenden haben zur Versorgung der Familien, deren Laster und Unglück den Fabrikanten reich gemacht hat. In der amtlichen Exportstatistik prangen stolze Zahlen, die für den Kenner eine traurige Verarmung des deutschen Volkes anzeigen. Was Gerhart Hauptmann in seinem Weberdrama geschildert, das lebt in weniger krasser Form noch heute in lieblichen Gebirgstälern, in den Hinterhäusern der Großstädte: Heimarbeiterelend, bei dem einzelne Unternehmer reich werden, bei dem die Gesamtheit Volksvermögen zusetzt, weil die überlange Frauen- und Kinderarbeit bei Hungerlöhnen einen Raubbau schlimmster Art bedeutet. Wenn wir von der Rentabilität eines Unternehmens sprechen, so denken wir nur an die Verzinsung des darin arbeitenden Sachvermögens. An die Verzinsung des menschlichen Kapitals, an das Schicksal der arbeitenden Bürger denken wir nicht“ usw. Kurz, die Moralanschauungen sind hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben oder haben sich derselben auch dort gebeugt, wo der private Gewinn großen oder größtenteils auf Kosten der Gesamtheit geht. Eine der dringendsten Aufgaben der Kulturerziehung bleibt es daher, hier Wandel zu schaffen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Wohlfahrt und Geschäft ebd. 29 ff.

<sup>2</sup> Die Launenhaftigkeit der öffentlichen Meinung zeigt sich insbesondere in der Beurteilung der Moden, die zugleich geschätzt und belächelt werden: „Neben dem

Nicht äußere Satzung genügt zur Ordnung menschlicher, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Verhältnisse. Was Recht und Pflicht ist, das muß von Vorgesetzten und Untertanen, von den Bürgern und den Trägern der Autorität mit innerer Gewissenhaftigkeit persönlich erfaßt werden. Gegenüber den von allen Seiten andringenden Mächten, die der Sittlichkeit Feind sind, heißt es darum diejenigen Kraftquellen zu erhalten, zu stärken, die ihre versittlichende Kraft im Laufe der Jahrtausende erwiesen haben. Aller sittliche Verfall führt sich letztlich auf die Abwendung von diesen Kraftquellen und Einrichtungen zurück. Leider hat aber die moderne Forschung das sittliche Erziehungsproblem vielfach erschwert. Was kann es nützen, wenn z. B. Wundt u. a. den Kulturfortschritt als das höchste Gut preisen, als höchste und ernsteste Angelegenheit des Menschen, als Maßstab des sittlichen Handelns, wo doch die Vorstellung wahrer, echter Menschen- und Völkerkultur abhanden gekommen? Ist sittliches Handeln schon dadurch praktisch gewährleistet, daß im Sinne Theobald Zieglers gefordert wird: der einzelne soll sich fraglos und wahllos in den Dienst der Allgemeinheit stellen?

Gumplowicz, Jodl und auch Paulsen verwarfen alle festen, allgemeingültigen Richtlinien der Sittlichkeit, Max Stirner und Nietzsche predigten eine Herrenmoral usw. In der Tat, da fehlt jede sichere Grundlage für das sittliche Pflichtbewußtsein, es fehlen die überall wirksamen Beweggründe für sittliche Pflichttreue, wenn man die autoritäre Macht, die Oberherrlichkeit Gottes, die Verantwortlichkeit des Menschen Gott gegenüber vergißt, wenn man mit Leugnung der Willensfreiheit jede sittliche Selbstlenkung überhaupt unmöglich macht. Nach Ludwig Stein gleicht die moderne Sittenlehre einem „babylonischen Turmbau“. Die volle Rückkehr zur theoretisch und praktisch wohlbegründeten Sittenlehre des Christentums<sup>1</sup> allein kann unserer zerrissenen Zeit den inneren Halt wieder geben.

So hat es auch Adolf Wagner verstanden, wenn er sagt: Keine Nationalökonomie ohne Ethik!<sup>2</sup> Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Treue, Fleiß, Gemeinsinn, Opfersinn, Liebe, sind ebenso wie Mut, Klugheit, Überlegung, Ausdauer, Geschicklichkeit die zuverlässigen Grundpfeiler des volkswirtschaftlichen Gebäudes. Durch wahre, christliche Sittlichkeit wachsen die Kräfte zugleich mit den Zielen auch auf wirtschaftlichem Gebiete, wird die Gegenwart geläutert, eine segensreiche Zukunft vorbereitet. Nicht unfruchtbares Klagen über die verlorene „gute, alte Zeit“ offenbart echt sittliches Denken und Wollen, sondern die Tat, das Wirken zum Fortschritt in der Gegenwart, die Überwindung äußerer Hindernisse,

Kamel mit dem Affen auf dem Höcker, genannt Mode“, sagt Friedrich Theodor Vischer, „ist, solange es durch die Welt trabt, auch die Satire hergetrabt, bald als Hanswurst in bunter Jacke, bald als Bußprediger im schwarzen Rock und Mantel.“

<sup>1</sup> Robert Pöhlmann (Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt<sup>2</sup> [1912]) meint zwar, die wirtschaftlichen Lehren des Christentums seien nur „Massenillusionen“. Doch, wie E. Bernatzik (Schmollers Jahrbuch XXXVIII [1914] 517 [1041]) treffend bemerkt: „Ohne diese ‚Massenillusionen‘ gäbe es unsere Zivilisation nicht.“ Mit Recht betonen Max Scheler und Theodor Steinbüchel mit vollem Nachdruck, daß es sich heute nicht bloß um die Verschiedenheit ökonomischer Systeme, sondern um Weltanschauungsfragen, um eine in ethischen Werten und sozialetischen Zielen sich aussprechende Lebensauffassung handle. Zur Frage des „christlichen Sozialismus“ werden wir in der Neuauflage des ersten Bandes Stellung nehmen können.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 5, § 2, S. 488 ff.; Bd. II, Kap. 5, § 6, S. 677 ff.



die Anspannung, nicht minder die Beherrschung des eigenen Ich um höherer Ziele und Aufgaben willen —

Die allgemeine Lehre von der Bedarfsdeckung, welche wir an die Spitze des vierten Bandes stellten, läßt den volkswirtschaftlichen Lebensprozeß als einen Bedarfsdeckungsprozeß erscheinen. Sie hat ferner das Verhältnis der Güterbeschaffung, des Tauschverkehrs und der Preisbildung, der Einkommensbildung als der drei zusammengehörigen Elemente des volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckungssystems aufgewiesen.

Wir werden nun die einzelnen Elemente dieses Bedarfsdeckungssystems der Reihe nach behandeln, untersuchen, wie sie nach den Lehren der Vernunft und der Erfahrung in sich selbst beschaffen und gestaltet sein müssen, wenn die volkswirtschaftliche Aufgabe, die Bedarfsversorgung des Volkes, in möglichst vollkommener Weise Erfüllung finden soll.

Die Grenzen der allgemeinen Nationalökonomie werden wir dabei nur insofern gegebenenfalls überschreiten, als die Beifügung von Beispielen aus dem Gebiete der besondern Volkswirtschaftslehre oder kurzer Übersichten aus didaktischen Gründen sich empfehlen mag. Im wesentlichen aber beschränkt sich die folgende Darstellung zunächst auf dasjenige, was den verschiedenen Wirtschaftsgebieten gemeinsam, oder was von allgemeiner Bedeutung für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe ist.



Zweiter Teil.  
Die Produktion.





## Erster Abschnitt. Allgemeine Lehren.

### Erstes Kapitel.

#### Produktion und Produktionsfaktoren.

**Literatur:** Die nationalökonomischen Lehrbücher von v. Hermann, Rau, Roscher, Schäffle, Cohn, Mangoldt, Dühring, Wagner, Schmoller, Philippovich, Diehl, Liefmann, Cassel, F. v. Wieser (im Grundriß der Sozialökonomik I) Toniolo usw. — Die sozialistischen Schriften, insbesondere Marx, Kapital. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. — J. Lehr, Produktion und Konsumtion in der Volkswirtschaft (1895). — Hasbach, Güterverzehrung und Güterhervorbringung (1906). — Leop. v. Wiese, Die Lehre von der Produktion und Produktivität, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert (Festgaben für Schmoller) 1. Teil III (1908). — W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert (1903) 153 ff. (2. Aufl., 1909 fast unverändert). — Über Wirtschaft und Technik auch v. Gottl-Ottlilienfeld im Grundriß der Sozialökonomik II. — Ders., Der wirtschaftliche Charakter der technischen Arbeit (1910). — Cannan, History of the Theories of Production and Distribution (1894). — G. Blondel, L'essor industriel et commercial du peuple allemand (1897). — Lexis, Art. „Produktion“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI (3. Aufl.) und im Wörterbuch der Volkswirtschaft II (2. Aufl.). — A. Voigt, Produktion und Erwerb, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1893. — Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1909). (Referat Philippovichs über Produktivität der Volkswirtschaft) usw.

#### § 1.

#### Begriff, Wesen, Arten der Produktion. Ihre Entwicklung und ihre Aufgabe.

1. Was heißt „produzieren?“ Der Wortbedeutung nach heißt „produzieren“ vorführen, hervorbringen, und zwar regelmäßig „etwas Neues“ hervorbringen. Die Produktion wäre demnach eine Aktivität, durch welche irgend etwas seine Existenz empfängt. So spricht man auch von literarischer, künstlerischer Produktion usw. Insbesondere aber versteht man unter Produktion eine Aktivität, die im Bereich der materiellen Güterwelt wirtschaftliche Nützlichkeit erzeugt oder vermehrt.

2. **Ökonomische Produktion.** Physische Produktion ist die Erzeugung physischen Seins, physischer Modalitäten usw. an sich. Auch die äußere Natur kann ohne menschliches Zutun manche brauchbaren Gegenstände

(Produkte des Bodens, des Meeres usw.) hervorbringen. Ökonomische, d. i. der ökonomischen Ordnung angehörende Produktion aber liegt 1. nur vor, wenn die Produktion wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen ist und die Herstellung von Gebrauchs- und Genußgütern zum Zwecke hat.

2. Die ökonomische Produktion ist transitive Handlung (*actio transiens*), eine auf die materielle Außenwelt übergehende Handlung. Die produzierende Arbeit, als dem Menschen immanente Kraftbetätigung betrachtet, bleibt ebenso wie die Arbeitskraft Ursache der Produktion, ist für sich allein noch nicht „Produktion“.

3. Die Produktion fällt unter den Gattungsbegriff: menschliche Tätigkeit. Ihre spezifische Bestimmtheit als einer besondern Art dieser Tätigkeit, als wirtschaftliche Tätigkeit, empfängt sie nach allgemein anerkannter philosophischer Lehre, durch ihren besondern Gegenstand und Zweck.

Die Tätigkeiten des Lehrers, Erziehers, Arztes, Priesters usw. sind Funktionen höherer Art, welche die spezifisch wirtschaftliche Tätigkeit weit überragen, mögen sie auch in hohem und höchstem Grade wirtschaftlich nützlich sein. Wie der Mensch, so gehören — was an anderer Stelle schon gezeigt wurde<sup>1</sup> — persönliche Güter im Hinblick auf das Wirtschaftsleben der subjektiven Ordnung an; sie können nicht zum Objekte wirtschaftlicher Tätigkeit werden. Ihre Erzeugung fällt darum nicht unter den Begriff der ökonomischen Produktion<sup>2</sup>.

4. Da eine geschöpfliche Ursache keine Materie erschaffen kann, so setzt die von ihr innerhalb der materiellen Ordnung vollzogene Produktion stets den Stoff voraus, in welchem, an welchem oder aus welchem etwas „wird“, was früher nicht da war. Es handelt sich dabei um Umwandlungen in der Stoffwelt.

Das neue Etwas, das die Produktion hervorbringt, ist entweder a) eine neue Substanz oder b) eine neue akzidentelle Form eines gegebenen Stoffes, oder endlich c) ein neuer Zustand des Gegenstandes der produzierenden Tätigkeit.

Ökonomische Produktion ist daher diejenige menschliche Tätigkeit oder Wirksamkeit, durch welche im Dienste unserer Bedarfsversorgung mit äußeren Gütern neue Substanzen bzw. substantielle Zusammensetzungen gewonnen werden, oder wodurch einem vorhandenen Dinge, Stoffe, Wesen, sei es eine neue akzidentelle Form, sei es ein neuer Zustand, verliehen wird.

<sup>1</sup> Bd. I<sup>3</sup>, Kap. 1, § 3, S. 23 f. (23 f.)

<sup>2</sup> Man muß sich der höheren Aufgaben der Kulturentwicklung und des innigen Zusammenhanges des gesamten Volkslebens in allen seinen Formen und Gestaltungen bewußt bleiben, um die wahre Bedeutung jener Berufsstände für die Wohlfahrt des Volkes richtig zu würdigen, welche sich gerade nicht unmittelbar mit der Produktion stofflicher Güter beschäftigen. Die wirtschaftliche Betätigung bietet keineswegs den einzigen Maßstab zur Bemessung des Verdienstes um das allgemeine Wohl des Volkes.



**3. Arten der ökonomischen Produktion.** Man unterscheidet gewöhnlich folgende Arten oder Klassen der ökonomischen Produktion nach ihrem Gegenstande:

1. Gewinnung von natürlichen Erzeugnissen, die ohne menschliches Zutun entstanden sind (Bergbau, Jagd, Fischerei).

2. Stoffproduktion, d. i. Leitung der Natur, um brauchbare Rohstoffe hervorzubringen, Viehzucht, Ackerbau usw. (Land- und Forstwirtschaft).

3. Stoffveredlung in Handwerken, Manufakturen, Fabriken (Industrie, Gewerbe, Gewerke).

4. Räumliche Fortbewegung von Personen, Gütern, Nachrichten (Transport- und Kommunikationswesen).

Jagd und Fischerei stellen die sog. „okkupierende Wirtschaft“ dar. Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht und Bergbau werden unter dem Namen „Urproduktion“ zusammengefaßt (Stoffgewinnung) und der „umformenden, gewerblichen Produktion“ gegenübergestellt (Stoffveredlung). Nach Rau u. a. gehören nur diese Stoffarbeiten (Stoffgewinnung und Stoffveredlung) zur Produktion, was wir für die Produktion im engsten Sinne gelten lassen können. Doch dürfte wohl auch die Arbeit des Transportes mit Recht der produzierenden Arbeit zugezählt werden, insofern sie wenigstens eine Ortsveränderung erzeugt, bewirkt, ausführt.

Wer mit Gustav Cassel<sup>1</sup> u. a. sagt: Der Produktionsprozeß reicht bis dahin, wo die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung beginnt, wem die Produktion schlechthin Vorbereitung zur Konsumtion ist, der rechnet zur Produktion eben alles, was geleistet werden muß, damit der Konsument das Gut zur Befriedigung seiner Bedürfnisse erhalten oder auch verwenden könne, also nicht nur die Gütererzeugung im eigentlichen Sinne, die Leistung des Fabrikanten usw., sondern auch des Frachtführers und des Kaufmannes. In dieser Auffassung, welche heute die gewöhnliche ist, gehört auch der Handel an sich (also getrennt vom Transport), der bloße Spekulationskauf und -verkauf, der Einkauf von Waren an einem Orte und der Verkauf der unveränderten Waren am andern Orte, zur „Produktion“, wenigstens im weiteren Sinne. Der Kaufmann sorgt ja dafür, daß dem Konsumenten die Waren zur rechten Zeit, an rechtem Orte, in rechter Auswahl zur Verfügung stehen. Er erforscht die Bedürfnisse der Konsumenten, veranlaßt den Produzenten zur Produktion der erforderlichen Güter, vermittelt zwischen Produzenten und Konsumenten, erleichtert dadurch die Bedürfnisbefriedigung.

Wir werden im folgenden zunächst das, was für die Produktion im allgemeinen gilt, behandeln, dann (wenigstens in kurzen Übersichten) den einzelnen Arten der Produktion unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Auch eine selbständige Produktionslehre gehört zur nationalökonomischen Theorie, die sich keineswegs auf Tausch, Preistheorie und deren Anwendung be-

<sup>1</sup> Theoretische Sozialökonomie (1918) 23. „Produire est créer des utilités“ (Laveleye, *Éléments* [1882] 35). Das gilt auch vom Handel. Auch Dienste, die der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung dienen, gehören zur Produktion im weiteren Sinne (z. B. Kochen).

schränkt (Gegensatz zur Smith-Ricardoschen Denkweise, der heute wieder hervorragende Nationalökonomien folgen).

**4. Abhängigkeit der Produktion von der Entwicklung der Technik.** Technik bedeutet künstlerische Fertigkeit, Tätigkeit, speziell die Verfahrungsart in der Erzielung eines äußeren Erfolges, eines äußeren Gutes, einer äußeren Genußmöglichkeit. Man spricht von der Technik des Malens, des Gesanges usw. In der Wirtschaft kommt es darauf an, daß Güter beschafft werden und für die Bedürfnisbefriedigung erreichbar sind. Nicht mit der hierbei wirksamen naturwissenschaftlich und künstlerisch bedingten Verfahrungsart in sich beschäftigt sich die Wirtschaftslehre. Aber sie schätzt die Technik, weil von ihr unsere Versorgung mit Gütern abhängt, also wegen des wirtschaftlichen Erfolges der Technik. Menschliches Bedürfnis und Begehren bildet die gemeinsame Wurzel dieser Technik und der Wirtschaft<sup>1</sup>.

„Technik“ nennt man wohl auch die Gesamtheit praktischer Beschäftigungsarten: das ganze Ingenieurwesen, Baukunst, Maschinenbau usw.

Die „Technologie“ als Gewerbekunde bedeutet die wissenschaftliche Behandlung der Verarbeitung der Rohstoffe und deren Umwandlung in Gebrauchswerte, z. B. die Technologie des Eisens: Lehre von der Verarbeitung des Roheisens in Schienen, Façoneisen usw. Man unterscheidet mechanische und chemische Technologie. Bei ersterer handelt es sich im wesentlichen nur um die Veränderung der Form, bei letzterer um die chemische Zusammensetzung des Rohstoffes. Die allgemeine Technologie macht mit Methoden, Maschinen, Werkzeugen im allgemeinen bekannt, die besondere Technologie mit der Herstellung bestimmter Produkte.

**5. Technik und Ökonomik in der Produktion.** Die Technik der Produktion im eigentlichen Sinne bezieht sich auf das „Wie“ der Behandlung, der Verwendung, Verwertung von Stoff und Kraft mit Rücksicht auf die Erzeugung des Produktes als Ziel. Sie ruht darum auch im Produkte als solchem. Der Produktion als einer ihrer Art nach „wirtschaftlichen Tätigkeit“ aber genügt die bloße physische und technische Hervorbringung des Produktes, und mag sie technisch noch so vollkommen sein, keineswegs. Sie hat das wirtschaftliche „Wozu“, den wirtschaftlichen Endzweck, die zweckmäßige, dauernde, möglichst umfassende Bedarfsversorgung im Auge und kann nur in der Erreichung dieses Zweckes ruhen.

<sup>1</sup> „Technik ist wesentlich Verwirklichung von Ideen im Äußeren.“ (So Schäffle.) Aus der neueren Literatur seien besonders erwähnt Max Kraft, Das System der technischen Arbeit (1902); Güterherstellung und Ingenieur in der Volkswirtschaft (1913). Julius Wolf, Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft (1912) 209 ff. Adolf Günther, Die deutschen Techniker, in Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik XXXXV (1913) 693 f. Paul Tafel, Die nordamerikanischen Trusts und ihre Wirkungen auf den Fortschritt der Technik (1913). Zu beachten die technisch-volkswirtschaftlichen Monographien von Ludwig Sinzheimer (Monographische Behandlung der einzelnen Zweige der Fabrikindustrie). Vgl. auch Bd. I<sup>a</sup>, Kap. 1, § 2, S. 12 (12).

Mit der technischen Vollkommenheit muß sich darum die wirtschaftliche Richtigkeit der Produktion verbinden. Dazu aber gehört ein Dreifaches:

1. Die richtige Auswahl unter verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten von Stoff und Kraft. Da Stoff und Kraft nicht in unbegrenzter Menge zur Verfügung stehen, so hat, wo technisch verschiedene Verwendungsmöglichkeiten sich eröffnen, die richtige Entscheidung über das unmittelbare „Wozu“ der tatsächlichen Verwendung von Stoff und Kraft große Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg der ökonomischen Produktion. Die Technik umgrenzt die Möglichkeiten der Verwendung von Stoffen und Kräften, mit Rücksicht auf die physische Erzeugung des Produktes. Innerhalb dieser Grenzen aber entscheidet und wählt die Wirtschaft solche Aufgaben für die Technik, welche dem wirtschaftlichen Zwecke der gekennzeichneten Bedarfsversorgung möglichst gut entsprechen.

2. Es muß sodann bei dieser Auswahl und bei der Durchführung der Produktion Rücksicht genommen werden auf die tatsächlich gegebenen Bedarfsverhältnisse derjenigen Personen, die als Konsumenten der zu produzierenden Güter in Betracht kommen können. Das mag in der Verkehrswirtschaft nicht immer leicht sein. Um so mehr muß aber darauf geachtet werden, weil der wirtschaftliche Zweck, die erfolgreiche Erfüllung desselben wesentlich davon abhängt. Es kann nicht genügen, Produkte zu erzeugen, die nicht als Güter begehrt werden<sup>1</sup>.

3. Schließlich darf auch, bei einer wirtschaftlich richtigen Produktion für den einzelnen Verwendungszweck nicht mehr an Stoff und Kraft geopfert werden, als die relativ vollkommene Erreichung dieses Zweckes jeweilig erheischt. Jeder Nutzen soll ja mit möglichst geringen Kosten erstrebt und erreicht werden. Die Produktion muß auch in diesem Sinne eine „ökonomische“ sein.

6. Entwicklung der Produktionstechnik. Gerade hier erweist sich der Mensch in besonderer Weise als König der Welt, als Herrscher über die äußere Natur, offenbart sich die Kraft seines Geistes, die ihn hoch über das Tierreich erhebt und wesentlich von diesem unterscheidet.

Die Fähigkeit zu produzieren wächst für den Menschen mit erweiterter und verbesserter Kenntnis der Stoffe (nach Zahl, Art, Eigenschaften), die zur Nahrung, Kleidung, Behausung, als Hilfsstoffe dienen können. Sie wird sodann gesteigert mit fortschreitender Kenntnis und Beherrschung der Naturkräfte. Beides verbindet sich mit der Ver-

<sup>1</sup> Zur Frage: „Wächst in der Gesellschaft zugleich mit der Tätigkeit zu produzieren auch die Fähigkeit zu verbrauchen?“ vgl. Simonde de Sismondi, Neue Grundsätze der politischen Ökonomie (Übersetzung Prager. 1901) Anhang 288 ff. Und ebenso zur Lehre S. B. SAYS über das Gleichgewicht zwischen Konsumtion und Produktion a. a. O. 355 ff.



vollkommenheit der technischen Arbeitsmethoden und der Produktionsmittel (Werkzeuge, Maschinen).

Die Entstehung der Sachgüter liegt „im Banne der Naturgesetze“. Wachsende naturwissenschaftliche Erkenntnis führte zu jener staunenswerten Entwicklung der modernen Technik, der gegenwärtigen technischen Rationalisierung wirtschaftlicher Tätigkeit. Alle die großen Fortschritte der ökonomischen Technik und ihr gewaltiger Einfluß auf die Produktivität der menschlichen Arbeit wären undenkbar ohne vorausgehende und begleitende Entwicklung der wissenschaftlichen Erforschung der für die Bewältigung der technischen Aufgaben in Betracht kommenden Ursachen. Die ältere Technik beruhte zum großen Teil auf aus der wirtschaftlichen Tätigkeit gewonnenen Erfahrungen. Langsam wurden diese Erfahrungen (Handgriffe usw.) empirisch gewonnen und als Regellehre vererbt. Zwar mochte ein geschickter Handwerker neue Methoden ersinnen. Allein solch ein Fortschritt blieb doch innerhalb enger Grenzen, war abhängig von den Zufälligkeiten des Individuellen, Persönlichen. Noch Watt, Stephenson u. a., die schon die wissenschaftlichen Grundlagen der entsprechenden Technik erforschten, verdankten ihre Erfindungen keiner systematischen Bildung. Heute ist der technische Fortschritt nicht mehr an das „Aufkommen genialer Autodidakten“ gebunden, sondern durch die Entwicklung des technischen Wissens, die Ausgestaltung und Verbreitung technischer Bildung (Universitäten, polytechnische und Gewerbeschulen usw.) gesichert. Nachdem diese Stufe der Fortentwicklung erreicht war, bedurfte es nicht mehr der Verpflanzung brabantischer Tuchmacher nach England, italienischer Seidenspinner und -weber nach Frankreich, französischer Hugenotten nach Preußen. Die technische Kunst war nicht mehr in der Weise wie früher an den Künstler gebunden. An Stelle des Versuchens, des Probierens trat jetzt das planmäßige und methodische Suchen, an Stelle des Findens das Erfinden. Man kannte nun die Zusammenhänge des Produktionsprozesses besser, konnte Lücken und Schädlichkeiten planmäßig vermeiden. Das technische Können wurde überdies kontrollierbarer, exakter und darum die Sicherheit in der Ausführung der Produktion größer (Sombart).

Speziell für den Wiederaufbau und eine glückliche Weiterentwicklung der deutschen Volkswirtschaft wird die Organisation der technischen Bildung von größter Wichtigkeit bleiben.

Als besonders charakteristisch für die moderne Technik bezeichnet Sombart<sup>1</sup> die Emanzipation von den Schranken des Organischen, den Ersatz der lebenden durch die tote Natur. Schon wurde darauf hingewiesen, wie der automatisch wirkende Mechanismus der Maschine die Arbeit des Menschen, und zwar in vollkommenerer Weise, ersetzt. Das Messen und Wägen ist heute nicht mehr an die Natur-

<sup>1</sup> Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert (1903) 161 ff. (\* 1909).

beschaffenheit menschlicher Organe gebunden; dabei erfreuen sich die modernen Maß- und Wägemethoden einer Exaktheit, deren der Mensch mit seinen Organen niemals fähig ist. Die tote Natur bietet dem Menschen ferner in der Spannung des Wasserdampfes und des elektrischen Stromes eine Kräftequelle, welche die Leistungsfähigkeit lebendiger organischer, menschlicher und tierischer Kraft quantitativ und qualitativ weit übersteigt. Und wie die mechanische Kraft, so beherrscht auch der anorganische Stoff die neue Zeit: das Eisen, der künstliche (Mineral-) Dünger, die Anilinfarbe (an Stelle pflanzlicher Farben) usw. Alle Wälder der Erde würden mit ihrem Holz dem heutigen Bedarf nicht genügen können, der jetzt durch die Verwendung mineralischer oder sonstiger anorganischer Stoffe in der Produktion volle Deckung findet. Was wäre die moderne Wirtschaft ohne Eisen und Stahl? Allein um die Pferdekraft, welche die Lokomotiven repräsentieren, durch lebende Pferde zu beschaffen, müßte im alten Preußen mehr als ein Viertel der Ackerfläche mit Hafer bepflanzt werden. Und wie lange dauert es, bis die Pflanze, das Tier Verwendung finden kann, während jetzt der Tragbalken oder der Schiffsmast aus Eisen in wenigen Wochen hergestellt werden, die tote Naturkraft dem maschinellen Verfahren sofort zur Verfügung steht. Schließlich trat an die Stelle der nach den Anforderungen menschlicher Organe geregelten Zerlegung der Produktion nunmehr eine nur im Hinblick auf den gewollten Erfolg zweckmäßig und exakt mechanisch eingerichtete Gliederung der Produktionsprozesse, womit sich dem technischen Können ungemessene Weiten eröffneten.

**7. Verschiedene Ansichten über das Verhältnis von Technik und wirtschaftlicher Entwicklung.** Gaskell<sup>1</sup> hat die technische Organisation des Produktionsprozesses und ihre Veränderungen als ausschließlich maßgebend für die Wirtschaftsorganisation und deren Umgestaltung gehalten: Es waren die technischen Erfindungen des 18. Jahrhunderts, die zur Anwendung von Maschinen, zur Konzentration des Gewerbebetriebes in den Fabriken, zur Auflösung der alten gewerblichen Ordnung geführt haben. Technische Ursachen, die Erfindung der Jenny, waren es auch, welche nach Friedrich Engels<sup>2</sup> die Weber zu Proletariern gemacht haben.

Brentano<sup>3</sup>, John A. Hobson<sup>4</sup>, W. Cunningham<sup>5</sup>, Schulze-Gävernitz<sup>6</sup> dagegen betonen, daß nicht so sehr technische als wirtschaftliche Gründe die großen Veränderungen in der Wirtschaftsorganisation herbeiführten. Brentano sah in der Entstehung einer Weltwirtschaft und in dem Eintritt der einzelnen Industriezweige in den Wettstreit um den Vorrang auf dem Markte dieser Weltwirtschaft das wirtschaftliche Moment, das zur technischen Umgestaltung und

<sup>1</sup> Artisans and Machinery (1836).

<sup>2</sup> Die Lage der arbeitenden Klassen in England (1845).

<sup>3</sup> Über die Ursachen der heutigen sozialen Not (1889).

<sup>4</sup> Modern Capitalism (1906).

<sup>5</sup> The Growth of english Industry and Commerce in modern Time. (1903).

<sup>6</sup> Der Großbetrieb ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt.

zur Änderung des Gewerberechts geführt hat. Hobson lehnt die „Heroen-Theorie“ der Erfindungen ab<sup>1</sup>: Die Jenny, die Mule, der Powerloom, sie sind nicht der Geschicklichkeit eines einzelnen Mannes zu verdanken. Die Maschinen der Spinnerei führen sich auf 800 Erfindungen zurück, und die Streichmaschinen setzen sich aus 60 Patenten zusammen. Das stellte auch schon im Jahre 1857 ein Zivilingenieur vor einem Komitee des englischen Oberhauses fest. Es war die Not, welche die Menschen zum Erfinden gezwungen hat. Cunningham weist wiederum darauf hin, daß ähnliche Maschinen, wie sie am Ende des 18. Jahrhunderts in den Fabriken Anwendung fanden, bereits lange vorher vereinzelt angewandt wurden: Wirtschaftliche Bedeutung erlangten sie erst, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen ihrer allgemeineren Anwendung vorlagen. Das Zusammentreffen einer Reihe wirtschaftlicher Momente ist es auch nach Schulze-Gävernitz, das zu den technischen Fortschritten führte. Übrigens hatte bereits Adam Smith betont, daß die Fortschritte der Technik abhängig seien von der Größe des Marktes, der ihren Produkten offen stehe. Jan St. Lewinski<sup>2</sup> erforschte speziell an Belgien die Ursachen der industriellen Revolution. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der wesentliche Faktor der industriellen Revolution nicht, wie Brentano meinte, die Entstehung einer Weltwirtschaft und der Wettstreit der einzelnen Industrien um den Vorrang auf dem Weltmarkt war, sondern die Vergrößerung des inneren Marktes, mit andern Worten, die Zunahme der Bevölkerung. Die Vergrößerung der Nachfrage zwingt dazu, neue Arbeitsmethoden zu ersinnen: „Die Erfindungen sind nichts anderes als Anpassungen an die neuen Marktverhältnisse . . . die Resultate von oft Jahrzehnte dauernden Versuchen.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> In bezug auf die Zahl der wirklich bedeutenden Erfinder steht nach A. du Bois-Reymond (Erfindung und Erfinder [1906]) Deutschland allen Ländern der Welt voran. Andererseits ist die erfinderische Produktivität, d. h. die Häufigkeit von Patentanmeldungen in Deutschland verhältnismäßig viel geringer als z. B. in den Vereinigten Staaten. Dort gehören die Erfindungen technischer Angestellter nicht dem Unternehmer, sondern verbleiben dem wahren Erfinder. Nur diesem wird das Patent erteilt. Namentlich aber die bessere wirtschaftliche Lage und der Umstand, daß nicht jede Verbesserung der Produktionsmittel eine Verkürzung der Akkordsätze zur Folge hat, bewirkt das regere Interesse des amerikanischen Arbeiters an der Er- und Auffindung der Verbesserungen. Zur Frage des Rechtes des Angestellten an den Erfindungen vgl. Bd. III, Kap. 2, § 4, S. 176 ff., auch Zeitschrift für Sozialwissenschaft XI (1908) 194.

<sup>2</sup> Die Ursachen der industriellen Revolution in Belgien, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXVI (1910) 251 f.

<sup>3</sup> Vierkandt, Die Stetigkeit im Kulturwandel (1908) 16. Lewinski a. a. O. 269. — Wir können hier auf die der amerikanischen Nationalökonomie (Clark usw.) geläufige (auch sonst von Nationalökonomien angewandte) Unterscheidung zwischen dem statischen und dynamischen Zustand der Volkswirtschaft nicht näher eingehen. Der statische Zustand völliger Entwicklungslosigkeit kommt nur für kurze Perioden vor. Es mag für die reine Theorie nicht bedeutungslos sein, vom statischen Wert, Lohn, Zins usw. im Gegensatz zur Dynamik längerer Entwicklung zu sprechen. — Interessant ist, was die amerikanische Nationalökonomie über die Ausdehnung des Gesetzes des abnehmenden Ertrags auf alle Produktionsfaktoren (einschließlich der produzierten Produktionsmittel) lehrt (1. Gesetz der Abnahme des physischen Produktionsertrages unter statischen Bedingungen; 2. Gesetz der Abnahme des Grenznutzens immer weiterer Produktionserfolge; 3. Gesetz der Zunahme des Arbeitsungemachs, des Momentes des „Disutility“). Wir zweifeln indes vorläufig noch, ob für den Zweck eines



Ohne Zweifel gibt, allgemein gesprochen, in letzter Linie das menschliche Bedürfnis mit seiner ganzen Weite, Ausdehnbarkeit und Ausdehnung, seiner Mannigfaltigkeit, den mächtigsten Antrieb für die Erfindung und für die Entwicklung der Produktionstechnik ab. Die Technik ist ferner nicht nur von den in der Gesellschaft vorhandenen naturwissenschaftlichen und sonstigen Kenntnissen, sondern auch von den vorausgehenden wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig. Sie gewährt aber andererseits regelmäßig ihrerseits erst die tatsächliche Möglichkeit, dem menschlichen Bedürfnis bessere Befriedigung zu gewähren. Die Fortschritte in der Bedarfsversorgung werden jedenfalls zum großen Teile bedingt durch den technischen Fortschritt. Deshalb wird die Nationalökonomie, ohne selbst technische Wissenschaft zu sein, und ohne den wesentlichen Unterschied von Technik und Ökonomik zu verkennen, dem technischen Fortschritt stets besondere Aufmerksamkeit, ja das größte Interesse entgegenbringen. Haben Veränderungen der Technik den Erfolg, daß dadurch die Bedarfsversorgung des Volkes quantitativ oder qualitativ sich verbessert, dann sind zweifelsohne solche Verbesserungen auch unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte als wahrer Fortschritt zu begrüßen.

Man wird freilich auch die an den technischen Fortschritt und namentlich an allzu viele und allzu rasche Änderungen sich anschließenden Begleiterscheinungen schädlicher Art (partielle Krisen, teilweise Arbeitslosigkeit bisheriger Produzenten usw.) nicht übersehen, wird erwägen dürfen, ob der Fortschritt in der Befriedigung der Konsumenten wirklich so beträchtlich ist, daß unvermeidliche Schädigungen im Interesse des Gesamtwohles ertragen werden können, wird einerseits für die möglichste Milderung dieser Schäden eintreten, andererseits aber um etwaiger schädigender Nebenwirkungen willen solche Änderungen nicht mißbilligen dürfen, welche für das Volk als Ganzes, für dessen Bedarfsdeckung, also im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Aufgabe, einen unzweifelhaften, relativ hohen Fortschritt bedeuten.

**8. Technischer Fortschritt und allgemeiner Kulturfortschritt.** Der technische Fortschritt ist noch nicht Kultur, sondern nur ein Mittel zur Kultur (Posadowsky). Die Frage bleibt, sagt Karl Diehl<sup>1</sup>: Bedeutet das 19. Jahrhundert, welches uns eine beispiellose Anwendung technischer Fortschritte auf allen gewerblichen Gebieten gebracht hat, auch einen Fortschritt auf sozialem Gebiete, d. h. im Hinblick auf das Kulturleben der großen Mehrzahl des Volkes in den Ländern, wo diese technischen Fortschritte zur Anwendung kamen? Nach Henry George war der technische Fortschritt von immer größerer Armut des Volkes begleitet. Tolstoi schrieb ein Buch über „die Sklaverei unserer Zeit“. Die

---

Lehrbuches die ausführliche Behandlung solcher Theorien, heute insbesondere auch „ökonomisch“, gerechtfertigt wäre, ob sie den Leser nicht mehr belasten, als an neuer volkswirtschaftlicher Erkenntnis dabei gewonnen würde. Die theoretische Entwicklung ist ja auch in der amerikanischen Nationalökonomie noch nicht zu einem vollen Abschluß gekommen. In Deutschland tritt Schumpeter mit Geschick für die amerikanischen Theoreme ein. Von dessen größeren Werken abgesehen vergleiche seinen Aufsatz „Die neuere Wirtschaftstheorie in den Vereinigten Staaten“, in Schmollers Jahrbuch XXXIV (1910) 913 ff. (kurze Zusammenfassung der amerikanischen Theorien).

<sup>1</sup> Die sozialpolitische Bedeutung des technischen Fortschritts, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXVI (1908) 167 ff.

Nationalökonomien dagegen stimmen regelmäßig überein in der Anerkennung eines wesentlichen Fortschrittes, der sich auf die technische Entwicklung zurückführe; sie weisen darauf hin, daß die Lage der großen Mehrheit des Volkes in bezug auf Arbeitsmühe, Arbeitsdauer und Arbeitslohn sich beträchtlich gebessert habe. Indem ferner die Menge der technisch erlangbaren Güter sich gesteigert habe, könne auch der Anteil der einzelnen an diesen Gütern immer größer werden. Der Kampf ums Dasein sei zwar nicht beseitigt, aber erleichtert worden. Die technische Vervollkommenung habe nicht nur Vereinfachung, sondern auch Verbilligung der Produktion herbeigeführt. Wenn viele Produkte (schon vor der Kriegszeit) teurer geworden seien, so führe sich das einestheils auf die Knappheit des Bodens und der Bodenschätze, anderseits auf die an sich erfreuliche Steigerung des Arbeitslohnes zurück, wodurch die Mehrzahl aller Produkte in Mitleiden-schaft gezogen werde usw.

Man müßte in der Tat blind sein, wenn man sich dem Verständnis für die gekennzeichneten Folgen des technischen Fortschrittes entziehen wollte. Auch kommt die Möglichkeit einer günstigen Rückwirkung auf die gesamte Kulturentwicklung nicht in Frage. Soll indes der technische Fortschritt nun auch tatsächlich zum allgemeineren und wahren Kulturfortschritt der Völker werden, dann müssen eben doch noch andere Kräfte und Mächte hinzutreten und tätig werden.

Für die soziale und kulturelle Bedeutung und Auswirkung des technischen Fortschrittes hängt insbesondere sehr viel davon ab, welcher Art die wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Anschauungen sind, die eine Periode beherrschen und leiten. Von höchster Wichtigkeit bleiben ferner die allgemeinen religiös-sittlichen Verhältnisse eines Volkes. Der technische Fortschritt könnte durch sich schon einen ethischen Fortschritt bewirken. Darauf hat Förster hingewiesen<sup>1</sup>: „Die tiefe Geduld und Sorgfalt, die Gewissenhaftigkeit und Ausdauer im Kleinen“, wie sie eine fortgeschrittene Technik erfordere, könne zur ethischen Bändigung der Menschenkräfte und Leidenschaften führen, ja setze diese Bändigung voraus, wenn die Unterwerfung der äußeren Natur durch die Technik zum vollen Erfolge führen solle. Hat aber die Technik tatsächlich diesen ethisch hebenden Erfolg in der individualistisch-kapitalistischen Epoche gehabt oder fehlten die Voraussetzungen hierzu? Und würde sie diesen Erfolg in einer im Sinne der heutigen Sozialdemokratie materialistischen Gesellschaft haben? —

Die Begeisterung für den technischen Fortschritt hat nicht selten die

**9. Grenzen der technischen Entwicklung** übersehen lassen, die hier, wie überall, dem menschlichen Können gesetzt sind. Grenzen bestehen bekanntlich für die Ausdehnung und Steigerung der Bodenproduktion. Die Natur-

<sup>1</sup> Technik und Ethik (1905). Max Ried, Technik und soziale Entwicklung, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXVI (1910) 240 ff.

stoffe ferner, die unserer modernen Technik als unentbehrliches Material dienen, sind nicht unerschöpflich. Es wird sodann kaum möglich sein, die Produktivität der Arbeit weiterhin in demselben Maße zu steigern, Arbeitsersparungen in gleicher Größe bei der Herstellung der meisten Fabrikate durchzuführen, wie dies bisher durch den Fortschritt geschehen. Und wenn auch der fernere Fortschritt es ermöglichen sollte, daß die Menge der Produkte gewaltig vermehrt würde, schließlich gibt es doch für jeden Produktionszweig, wie vor Wolf auch Lexis hervorhob, eine äußerste Grenze des möglichen Fortschrittes<sup>1</sup>.

10. Der Einfluß gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Produktion ergibt sich schon daraus, daß das ganze wirtschaftliche Leben eines Volkes in Abhängigkeit steht von seinen sozialen Bedingungen. Die Wirtschaft zeigt ein anderes Gepräge in schwach bevölkertem Territorium oder wenn viele Menschen auf einem engen Raume zusammenleben. Wo ferner eine Staatsverfassung einseitige Ausnutzung politischer Macht im Interesse einer herrschenden Gruppe ermöglicht, wo die gesellschaftliche Ordnung auf absolutistisch-bureaukratischem Wege gewahrt werden soll, wird die persönliche Initiative erlahmen, der Unternehmungsggeist ersterben. Wo man anderseits für das Kapital als Vermögensmacht unbeschränkte Freiheit fordert, entsteht plutokratischer Kapitalismus, Vernichtung des Mittelstandes, Ausbeutung der Konsumenten und Arbeiter. Wenn die wirtschaftlichen Interessen immer wieder ohne Ausgleich zusammenstoßen und ruinöse Kampfmittel zur Gewohnheit werden, wenn rücksichtsloser individueller oder Klassenegoismus herrscht, kann es zu einer Blüte des wirtschaftlichen Lebens und speziell zu einer gesunden Gestaltung der Produktion nicht mehr kommen. Nur wo solidarischer Bürgergeist das ganze Volk in allen seinen Schichten erfüllt, wo Freiheit und Ordnung, bemessen nach den Anforderungen des Gesamtwohles, sich harmonisch verbinden, schreitet die Produktion voran, gedeihen Volk und Volkswirtschaft.

Müssen wir noch besonders auf den Einfluß der positiven Rechtsordnung auf die wirtschaftliche Entwicklung hinweisen? Gesetzgebung und wirtschaftliche Verhältnisse beeinflussen sich gegenseitig. Bei freier Arbeitsverfassung vervollkommenet sich die Technik. Sklaverei und Leibeigenschaft führt dazu, daß der Produktionsprozeß nur auf Massenverwendung von Arbeit sich aufbaut, die Frage zweckmäßiger Organisation und technischer Hilfsmittel aber zurücktritt. Die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens und speziell der Produktion wird ferner eine andere sein, wenn eine individualistische oder eine ganz- oder halbkomunistische Eigentumstheorie die Gesetzgebung beherrschen. Fichte hatte im Privateigentum die Erweiterung des ethischen Wertes der Persönlichkeit erblickt. Ist das aber jedem Privateigentum wesentlich? Wird nicht

---

<sup>1</sup> Vgl. Julius Wolf, Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft (1912) 209 ff.



unbeschränktes Eigentum nur zu oft zur Verlängerung eines selbstsüchtigen Egoismus in die Sachenwelt? Erweitert dieser Eigentumsegoismus den ethischen Wert der Persönlichkeit, oder erniedrigt er nicht vielmehr denselben? Nach Proudhon war das Eigentum schlechthin Diebstahl. Marx, Engels bekämpften das Privateigentum an den Produktionsmitteln, nicht an den Konsumtionsgütern. Die Enthüllungen des unabhängigen Sozialisten Dittmann<sup>1</sup> über das russische Wirtschaftsparadies haben indes zu deutlich erwiesen, was von dem Arbeiter-Eldorado bolschewistischer Durchführung des marxistischen Sozialismus zu erhoffen ist. Die Folgen würden schließlich auch kaum andere sein, wenn man dort zunächst mit der völligen Expropriation des Bodens angefangen und sich mit einer bloß allmählichen Übernahme des Industriekapitals durch die Gesellschaft begnügt hätte. Von der Beseitigung des Privateigentums ist eben in der Tat für die Produktion kein Heil zu erwarten, mag diese Beseitigung so oder anders sich vollziehen. Fällt das Privateigentum weg, dann ersterben die mächtigsten Motive des wirtschaftlichen Fortschrittes, dann versinkt allmählich oder auch rapide jede Ordnung und Kultur. Ohne Wagners<sup>2</sup> Eigentumstheorie (Legaltheorie) zu teilen, geben wir ihm darin recht, daß es gesetzlicher Beschränkungen der Verfügungsbefugnisse der Eigentümer bedürfe, und daß im Gesamtinteresse den Eigentümern auch Verpflichtungen zu einem Tun recht- und zweckmäßig auferlegt werden können. Damit ist der richtige Weg zur gesunden Reform schon einigermaßen bezeichnet, zur Herstellung einer dem Gemeinwohl entsprechenden Eigentumsordnung. So bedeutet auch z. B. die Arbeiterschutzgesetzgebung eine wichtige Etappe in der praktischen Geltendmachung sozialer Pflichten des Privateigentums. Jene Männer, die in rastloser, hochherziger Arbeit für den Schutz der schwächeren Elemente des Produktionsprozesses eintraten, haben nicht nur ein humanes Werk verrichtet, sondern auch großes Verdienst um eine gesunde Entwicklung der Produktion sich erworben.

**II. Volkswirtschaftliche Produktivität der Produktion.** Der allgemeine Begriff „Produktivität“ verknüpft sich mit der Idee eines Erfolges. Für die Nationalökonomie kommt dieser Begriff in verschiedener Weise in Betracht: 1. als technische Produktivität, d. i. als Verhältnis von Sachaufwand und Sacherfolg; 2. als Rentabilität, Verhältnis zwischen privatwirtschaftlichen Kosten und privatwirtschaftlichem Erlös; 3. als Prosperität, Verhältnis zwischen volkswirtschaftlichen Kosten und Volkswohlstand<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> In der „Freiheit“ (1920).

<sup>2</sup> Grundlegung<sup>3</sup> 2. Teil (1894) 268. Vgl. Bd. 1<sup>o</sup>, S. 223 (206); Gelesnoff, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre (Übersetzt von Altschul. 1918) 77 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 1910, 609 (Philippovichs Referat): die Ausführungen von v. Gottl-Ottlilienfeld a. a. O. 572 ff.; auch das 12. Kapitel in Friedrich Lists „Nationalem System der politischen Ökonomie“.

Überblickt man die Produktion eines Volkes im ganzen und vergleicht man ihre Ergebnisse mit den Anforderungen, welche die volkswirtschaftliche Aufgabe an sie stellt, so ergibt sich zunächst die Notwendigkeit einer solchen sachlichen Ergiebigkeit der Herstellung zur Bedürfnisbefriedigung geeigneter Gebrauchsgüter, daß dadurch jeweilig der Bedarf an Gütern einer unter normalen Verhältnissen wachsenden Bevölkerung, in seiner Ausdehnung und Mannigfaltigkeit, relativ vollkommene Deckung finden kann<sup>1</sup>.

Wir haben die volkswirtschaftliche Aufgabe als Wohlfahrts-, Kultur-, Fortschrittsaufgabe kennen gelernt. Diese Eigenschaft kommt im ganzen Verlauf des Bedarfsdeckungsprozesses zur Geltung, erfaßt alle Teile desselben. Auch die Produktion, und gerade sie, hat darum, und zwar in ihrem ganzen Verlauf, als Kulturarbeit zu gelten. Sie muß quantitativ und qualitativ dem wahren Bedürfnis des ganzen Volkes genügen, gemäß den Anforderungen der Volkswohlfahrt.

Die Wohlfahrt des Volkes aber erfordert:

1. daß vor allem die wirklich notwendigen Produkte in einer für das Volk ausreichenden Menge vorhanden seien. Darüber hinaus wird das echt fortschrittliche Bestreben auf die Versorgung auch mit nützlichen und angenehmen Dingen gerichtet bleiben. Da kaum ein Volk all dieses in ausreichendem Maße selbst produzieren kann, wird die eigene Produktion ihm die Güter verschaffen müssen, mittels derer es auf dem Wege des Austausches von andern Volkswirtschaften zu erlangen vermag, was jeweilig zu einer relativ vollkommenen Bedarfsdeckung gehört.

2. Die Produktion würde aufhören, Kulturarbeit zu sein, wenn sie Erzeugnisse lieferte, die der leiblichen und geistigen Gesundheit der Konsumenten schaden müßten.

3. Auch wird die Art und Weise, wie die Produktion sich vollzieht, davor zu bewahren sein, daß sie nicht höhere und höchste menschliche und gesellschaftliche Güter gefährde und schädige.

Es ist eine technische Frage, wieviel Stoff und Kraft (Arbeit, Material, Werkzeug, Bodennutzung) für die Herstellung eines Produktes erfordert wird. Dazu tritt dann noch, wie gesagt, die wirtschaftliche Frage, ob die Verwendung eines solchen Quantum von Stoff und Kraft für die Befriedigung gerade dieses Bedürfnisses, mit Rücksicht auf den Gesamtbedarf und die Gesamtbefriedigung, zweckmäßig sei. Darüber entscheidet, außer der Bedeutung und Dringlichkeit des in Betracht kommenden Bedürfnisses, die Größe des verfügbaren Vorrates von Stoff und Kraft bzw. die Größe dessen, was für die Befriedigung anderer Bedürfnisse, bei richtiger Bemessung, im Rahmen des Gesamtbedarfs noch übrig bleibt. Die Kosten jeder Produktion besagen zunächst ein Opfer an Stoff und Kraft, die Ausschließung anderer Verwendungsmöglichkeiten, darum auch ein Opfer an anderer Bedürfnisbefriedigung, für welche jene Stoffe und Leistungen hätten verwendet werden können.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 2, § 3, S. 314 ff. (259 ff.).

Das alles wird also zu berücksichtigen sein, wenn die Frage aufgeworfen wird, ob die Produktion, zum Schaden der volkswirtschaftlichen Aufgabe, mit unverhältnismäßig großen volkswirtschaftlichen Kosten arbeite<sup>1</sup>.

Für Deutschland insbesondere ist unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen die zweckmäßigste Gestaltung der Wirtschaft und der Wirtschaftsführung, darum aber auch eine genaue Kenntnis dessen, was die deutsche Volkswirtschaft für die Versorgung des Volkes aus deutschen Quellen zu leisten vermag, von größter Wichtigkeit. Um das Höchstmaß des Erfolges der nationalen Produktion zu erreichen, muß die Organisation der Rohstoffbeschaffung und Rohstoffausnutzung bis ins kleinste durchgebildet, müssen namentlich die heimischen Rohstoffe möglichst vollkommen ausgebeutet werden, müssen die Stoff und Kraft sparenden Verfahren in weitestem Umfange zur Anwendung kommen. Zur Vermittlung der zu all diesem nötigen Kenntnisse soll z. B. das am 8. Februar 1921 in Leipzig eröffnete, aus dem Kriegswirtschaftsmuseum hervorgegangene Reichswirtschaftsmuseum dienen. Ausgehend von dem Rückgrat jeder Volkswirtschaft, den Kraftquellen, wird in der reichhaltigen Schausammlung ein Überblick über die einzelnen Wirtschaftszweige gegeben. In genetischer Folge werden sie von den Rohstoffen über die Zwischenprodukte zu den Fertigerzeugnissen nebst den dazu gehörigen Werkzeugen, maschinellen Anlagen, Nebenbetrieben und Nebenprodukten dargestellt. Statistiken, die dem Rohstoffe entsprechend bildlich, tigürlich, graphisch oder nach sonst einem System aufgebaut werden, geben Nachricht über das Erzeugungsland, die Erzeugungsmenge, die Art der Zuführung, die Art der Verteilung auf die Länder, in Deutschland auf die einzelnen Wirtschaftszweige, die Möglichkeit des Ersatzes, die Preisgestaltung, Arbeitsbewegung usw. Dabei wird auf die Art der Verarbeitung nur soweit eingegangen, als sie von wirtschaftlicher, nicht technischer Bedeutung ist. Die Schausammlung gliedert sich im wesentlichen in folgende Abteilungen: Brennstoffe, Metalle, Fertigmetalle, Öle und Fette, Farben, Kautschuk, Textilerzeugnisse, Glas und Porzellan und landwirtschaftliche Produkte.

**12. Privatwirtschaftliche Rentabilität.** Die Rentabilität der produzierenden Privatwirtschaft ist dadurch bedingt, daß der Wert der auf Herstellung der Produkte verwendeten Stoffe und Leistungen in das Erzeugnis nicht nur eingehe, in ihm nicht nur als neuer, sondern auch als ein höherer Wert ersthe. Der Gewinn aus der verkehrsmäßigen Produktion zur Deckung fremden Bedarfs macht die Rentabilität der Privatwirtschaften aus und bemißt durch seine Höhe die Höhe ihrer Rentabilität. Insofern der Gewinn sich daraus ergibt, daß der Tauschwert der Produkte höher ist als der Tauschwert der auf die Produktion verwendeten Kosten, kann man auch sagen: die privatwirtschaftliche Rentabilität besteht in dem Überschusse der Produktpreise über die Herstellungs- oder Produktionskosten, in Geld ausgedrückt, und sie bemißt sich nach diesem Überschuß.

Der subjektive Erwerbszweck des Produzenten (*finis operantis*) besitzt ohne Zweifel volkswirtschaftliche Berechtigung, soweit er durch Erfüllung

<sup>1</sup> Zum Begriff „volkswirtschaftliche Kosten“ vgl. Bd. II<sup>1-3</sup>, Kap. 2, § 4, S. 358 ff. (304 ff.).



des objektiven Zweckes der Produktion (*finis operis*), der Bedarfsversorgung der Konsumenten, und nach Maßgabe dessen, was für diese Bedarfsversorgung geleistet wird, sich Geltung verschafft. Die Struktur des Betriebes, die Benutzung der Konjunkturen, das Verhältnis zur Konkurrenz und zum Konsum usw. unterliegt der Einwirkung des Produzenten oder ist sein Werk. Er mag dadurch und dabei in rechter Weise seinem erwerbswirtschaftlichen Verlangen Genüge leisten. Wird aber der erstrebte Gewinn durch den Wert des Produktes nicht gerechtfertigt, dann tritt das privatwirtschaftliche Gewinnstreben in Widerspruch zum objektiven Zweck der Produktion und damit zugleich in Widerspruch zu der volkswirtschaftlichen Aufgabe.

Je mehr der einzelne Produzent im Dienste und für Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe leistet, um so nützlicher ist seine produktive Tätigkeit unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte. Verminderung der Kosten, Hebung der Ergiebigkeit der Produktion (größere Menge der Produkte) bedeuten namentlich dann eine wertvolle Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität privatwirtschaftlicher Produktion, wenn dadurch auch diejenigen Befriedigung ihrer Bedürfnisse oder eine bessere, erweiterte Befriedigung derselben finden können, welche nur den geringsten Preis zu zahlen imstande sind.

Eine Steigerung privatwirtschaftlicher Rentabilität wird unter Umständen möglich sein, ohne daß von seiten des Produzenten eine nach Quantität oder Qualität höhere Leistung erfolgt, infolge von Wertveränderungen des Produktes. Die Kriegs- und Nachkriegszeit hat hierfür manche Beispiele geliefert. Das absoluteste Bedürfnis der menschlichen Natur, das sich meldet, wenn die andern Bedürfnisse im Menschen noch schlummern, ist das Bedürfnis nach Nahrung. Es wird sich mit derselben Intensität geltend machen, auch wenn die Ergiebigkeit der Produktion geringer, das Ernteeergebnis weniger günstig, eine Ergänzung der inländischen Vorräte durch Zufuhr von außen behindert ist. Ohne daß immer die Produktionskosten in gleichem Maße gestiegen wären, können dann die verfügbaren Vorräte einen so hohen Tauschwert erlangen, daß die Produzenten, selbst bei vermindertem Absatz, größeren Gewinn erzielen. Es ist Sache der Jurisprudenz, aber auch des gesunden Volkssinnes, zu beurteilen, was von einer die Gestehungskosten nicht berücksichtigenden Preisbildung, Sache der Moralwissenschaft insbesondere noch, was unter dem Gesichtspunkte christlicher Nächstenliebe von der Ausnutzung allgemeiner Notlage zu halten ist.

Während der Konsument regelmäßig erst bedeutendere und umfassendere Preiserhöhungen empfindet, hängt die Existenz des Produzenten unmittelbar vom richtig kalkulierten Preise seines Produktes ab. Er muß schon im voraus, auf Grund der geltenden oder zu erwartenden Preise seine Rentabilitätsberechnungen anstellen, das Maß der aufzuwendenden Kosten bemessen usw.

Von entscheidender Bedeutung für die privatwirtschaftliche Rentabilität sowohl wie für die volkswirtschaftliche Produktivität der Produktion ist die bereits oben<sup>1</sup> als „wirtschaftliche“ Forderung erwähnte

<sup>1</sup> S. 167 ff.

**13. Anpassung der Produktion an den Volksbedarf und an die Kaufkraft der Verbraucher.** Die Zahl der Konsumenten, ihr Geschmack, die Anzahl und Art ihrer Bedürfnisse und ihre Kaufkraft bilden die Bestimmungslinien des Marktes, für den der Produzent arbeitet<sup>1</sup>.

1. Die Bedürfnisse sind nicht immer gleich; sie wechseln mit den Zeiten und den Menschen, nach Art, Maß und Zahl. Spricht man von gleichmäßiger Entwicklung von Produktion und Konsumtion, so wird doch, wie Roscher bemerkt<sup>2</sup>, „die Produktion immer gleichsam einen Schritt vor der Konsumtion voraus“ sein müssen, „ähnlich, wie der Organismus des tierischen Körpers wächst, indem die Ausscheidungen etwas weniger betragen als die Nahrungszuführen“. Indes ist auch eine überstarke Steigerung der Produktion ebenso vom Übel wie eine übermäßige Nahrungszufuhr für den Körper<sup>3</sup>.

Großen Einfluß auf die Produktion üben Bedarfsverschiebungen aus. Ist viel Kapital in einem Produktionszweige investiert, umfassende Arbeit in demselben beschäftigt, so kann solche Verschiebung eine tiefgreifende Erschütterung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts herbeiführen. Der Übergang verliert an Härte, je langsamer er sich vollzieht, je leichter die Beschäftigung in anderer Weise, auf andern Gebieten sich eröffnet. Ein Beispiel aus neuerer Zeit bietet hier das Alkoholgewerbe. Der Alkoholgenuß hatte in manchen Ländern, so auch in Deutschland, eine Höhe erreicht, daß man schon ohne Übertreibung von einem Mißbrauch geistiger Getränke reden konnte. Die Antialkoholbewegung, die diesem Übelstande zu begegnen suchte, fand scharfe Gegnerschaft bei den Interessenten der Alkoholgewerbe („Deutscher Brauerbund“, „Deutscher Abwehrbund gegen die Ausschreitungen der Abstinenzbewegung“). Am zweckmäßigsten würde, wie gesagt, solcher Zwiespalt gelöst, wenn sich der Übergang zur Produktion und dem Vertrieb anderer Güter mit Aussicht auf Erfolg ermöglichen ließe. Es hat auch nicht an Versuchen gefehlt<sup>4</sup>, für das Alkoholgewerbe eine solche Ablenkung der Interessen als durchführbar zu erweisen.

2. Nicht nur die Bedürfnisse, sondern ebenfalls der Kaufkraft der ins Auge gefaßten Konsumentenkreise, deren ganzem Bedarfsdeckungssysteme, muß die Produktion sich anpassen, den Kostenaufwand und die Preise dementsprechend bemessen. Ein Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion entsteht namentlich dadurch, daß die Konsumtionskraft der Massen, infolge mangelhafter wirtschaftlicher Organisation und Einkommensverteilung<sup>5</sup>, nicht in demselben Maße wächst, wie es der ge-

<sup>1</sup> Sismondi, *Nouveaux principes* I 303 f.

<sup>2</sup> System I<sup>24</sup> 669 ff.

<sup>3</sup> Auch Hermann Roesler (Vorlesungen über Volkswirtschaft [1878] 218) sagt von denjenigen, welche eine übermäßige Steigerung der Produktion fordern, sie befänden sich „in demselben Irrtum wie diejenigen, welche etwa glauben möchten, daß zur Ernährung des Menschen das bloße Verspeisen der Nahrungsmittel genüge, und auf die Notwendigkeit der Verdauung und der Blutzirkulation keine Rücksicht nehmen“.

<sup>4</sup> Vgl. z. B. Goebel, *Die Umbiegung der Interessen der Alkoholgewerbe, in Wohlfahrt und Wirtschaft* I (1914) 76 ff. Dazu oben S. 111 f.

<sup>5</sup> John Stuart Mill meinte, nicht der Mangel an Konsumenten, sondern an Produzenten und Produktionsmitteln setze im Bereiche der Produktion unserem Vermögen

gebenen Produktivität der Arbeit entsprechen würde. Hebung der Kaufkraft der Massen wirkt belebend, stärkend, sichernd auf die Produktion zurück.

Schon der Frankfurter Handwerks- und Gewerbekongreß von 1848 bezeichnete als Hauptfehler der Gewerbefreiheit, daß sie die Produktion befördere, bevor die Konsumtion gesichert erscheine. Es fehlt jede Übersicht über den Markt. Zu den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Epoche rechnet die marxistische Lehre schlechthin die Anarchie der Produktion<sup>1</sup>. Allein diese Anarchie ist nicht wesentlich mit einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaftsordnung verbunden, sondern nur mit einer individualistisch aufgelösten Gesellschaft. Das Kartellwesen hat bereits einigermaßen die Organisationsfähigkeit des privaten Unternehmertums bewiesen. Es wird Aufgabe zukünftiger Regelung des Wirtschaftslebens sein, aus diesen Erfahrungen die richtigen Folgerungen zu ziehen.

**14. Unzweckmäßige Anwendung von Kosten<sup>2</sup>.** Technische und wirtschaftliche Mißgriffe der Produzenten können unnötige Kosten verursachen. Eine solche Verschwendung liegt — auch bei Einhaltung des technisch notwendigen Maßes der Herstellungskosten — dann vor, wenn auf Bedarfsverschiebungen u. dgl. keine Rücksicht genommen wird, darauf daß jetzt andere, vielleicht bessere Produkte zur Befriedigung desselben Bedürfnisses verwendet werden. Der Nutzen des veralteten Produkts ist verloren oder vermindert. Die Kosten haben das rechte Verhältnis zum Werte des Produkts verloren. Unzweckmäßigkeit liegt ferner auch dann vor, wenn Stoff und Kraft „nicht im richtigen, dem Bedarfssystem entsprechenden Verhältnis auf die Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse repartiert sind, z. B. zu viele auf die Herstellung von Speisen, zu wenige auf die Herstellung von Kleidern. Nur, wenn die Elementargüter (Arbeit, Bodennutzung usw.) der Konsumtion in solcher Zusammensetzung geboten werden, daß die Gesamtheit der dargebotenen Gebrauchsgüter eine richtige, dem Bedarfssysteme entsprechende Assortierung darstellt, nur dann sind die Konsumenten bereit, ein jedes von ihnen als die Summe seiner notwendigen wirtschaftlichen Bestandteile zu betrachten und zu bewerten.“

**15. Begrenztheit der Produktion und der Produkte.** Die Bedarfsversorgung des Volkes wird jederzeit und in jeder Gesellschaftsordnung eine begrenzte, der erzeugbare Gesamtvorrat an Gütern immer geringer sein

---

eine Grenze. Andere dagegen sagen: es fehle uns nicht an Maschinen, Waren, Kapitalgütern, sondern an Leuten, die etwas kaufen und verzehren, obwohl Leute, die etwas kaufen möchten und auch müßten, wenn sie ein menschenwürdiges Dasein führen sollen, nicht fehlen. Es genügt noch nicht, auf hohe Produktionssteigerung hinzuweisen; es muß die höchstmögliche Existenzsicherung hinzutreten, eine solche Verteilung des Einkommens, die den Massen der Bevölkerung Konsumtionsfähigkeit verleiht.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 4, S. 344 f. 366 f. (317 f. 328 f.).

<sup>2</sup> Oswalt, Vorträge 87 f. (\*77 f.).



als der zu deckende Bedarf. Die Produktionsmöglichkeiten bleiben eben abhängig von dem Vorhandensein der für die Produktion erforderlichen Stoffe und Kräfte. Rohmaterialien, Maschinen, Fabrikgebäude, Transportanlagen, die möglichen Arbeitsleistungen und ebenso die möglichen Bodennutzungen sind aber im Verhältnis zum Bedarf regelmäßig und jeweilig nur relativ knapp vorhanden<sup>1</sup>. Auch das Wachstum der Bevölkerung kann die Knappheit an Arbeitskraft nicht aufheben. Mit dem Wachstum der Arbeitskräfte wächst ja die Zahl der Bedürftigen und damit der Bedarf an Arbeit. Es wäre für die Gesamtwohlfahrt und die Gesamtentwicklung der Menschheit nicht einmal von Vorteil, wenn die Produktion einen Zustand herbeiführte, wobei alle Wünsche aller Menschen volle Befriedigung finden könnten, die „ökonomischen“ Güter schließlich durch mehr oder minder „freie Güter“ ersetzt würden.

Die klassische Nationalökonomie (Ricardo u. a.) stellte den Produkten, die nur in beschränkter Menge erzeugt werden können (z. B. seltene, auserlesene Weine), die „beliebig vermehrbaren Güter“ gegenüber. „Beliebig“ vermehrbare Güter gibt es nun in Wirklichkeit nicht, weil ja die Produktion stets und überall nur nach dem Maße der jeweilig, aber immer nur in begrenzter Menge, vorhandenen Produktionselemente Güter hervorbringen oder beschaffen kann. Richtig ist, daß innerhalb der Gesamtmenge von Produkten Änderungen möglich sind. Richtig ist ferner, daß es technisch möglich sein kann, gewisse Arten von vertretbaren Produkten, z. B. Kleider oder Schuhe, in größeren Mengen als früher herzustellen. Wirtschaftlich aber sind solche Änderungen auch deshalb nicht in das „Belieben“ des Menschen gestellt, weil sich für „beliebige“ Mengen nicht immer Konsumenten finden werden, und anderseits, sofern die Überfülle an Gütern bestimmter Art den Mangel anderer, nicht immer leicht entbehrlicher Güter herbeiführen würde<sup>2</sup>.

**16. Das regelnde Prinzip der Produktion** ist nach dem oben Ausgeführten für die privatwirtschaftliche Produktion in dem subjektiven Zwecke, dem Ertrage, der die Rentabilität begründet, gegeben. Der subjektive Zweck muß aber hierbei in Harmonie bleiben mit dem objektiven Zwecke. Nur so kann der Erwerbszweck ohne volkswirtschaftlichen Schaden „regelndes“ Prinzip der Produktion sein. Eine Produktion, die den privaten Vorteil sucht auf Kosten des objektiven Zweckes, der Bedarfsdeckung der Verbraucher, kann unter keiner Rücksicht als eine „geregelter“, durch den subjektiven Zweck gerechtfertigte gelten.

<sup>1</sup> Vgl. G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie (1918) 13 ff.

<sup>2</sup> Fr. v. Wieser, Grundriß der Sozialökonomik I 166 f. Oswalt, Vorträge 28 (20 ff). — Grenzen der Produktion: 1. Technische Grenze, gezogen durch die Produktionsfähigkeit der für die Produktion in Betracht kommenden Faktoren und Elemente. 2. Ökonomische Grenze, gezogen durch mangelnde ökonomische Produktivität der Produktionskräfte (Änderungen im Bedarf). 3. Krisenhafte Grenze bei mangelnder Konsumtionsfähigkeit bzw. Zahlungsfähigkeit (Überproduktion, Unterkonsumtion). 4. Kapitalistische Grenze, mangelnde Luhrativität. Vgl. Béla Földes, Kurze Beiträge zur theoretischen Sozialökonomie, in Conrads Jahrbücher XLIII (1912) 795.

Für die Gesamtproduktion eines Landes bildet nach dem solidaristischen System, um es noch einmal zu sagen, die volkswirtschaftliche Aufgabe das regelnde Prinzip, d. i. die jeweilig relativ vollkommene Versorgung des Volkes mit äußeren Gütern. Vollkommen aber ist diese Bedarfsversorgung in dem Maße, wie sich die Produktion dem „volkswirtschaftlichen Bedarfssysteme“<sup>1</sup> anpaßt, sowohl nach der Menge und Qualität der den Konsumenten zur Verfügung gestellten Güter, als auch mit Rücksicht auf die aufgewendeten Kosten bzw. die geforderten Preise, die Einkommensverhältnisse und die Kaufkraft der verschiedenen Schichten der Bevölkerung.

Vielleicht erhebt sich der Einwand: eine kommunistisch zentralisierte Produktion würde vollkommenere Versorgung des Volkes bewirken können, da sie nur die Nützlichkeit der Produkte ins Auge fassen würde. In der heutigen privatwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft müsse das Volk mancher Nützlichkeiten entbehren, weil die Herstellung der entsprechenden Produkte die privatwirtschaftlichen Kosten nicht decke.

Ohne Zweifel muß die Menschheit heute mancher Nützlichkeiten entbehren. Wollte aber eine auf kommunistischer Grundlage organisierte Produktion Gebrauchsgüter erzeugen wollen, ohne auf die Kosten Rücksicht zu nehmen, dann müßte sich gar bald herausstellen, daß der Vorteil, welcher im einzelnen Fall vielleicht durch die Erlangung bestimmter Gebrauchsgüter erzielt sein möchte, auf die Dauer und allgemein betrachtet durch einen weit größeren Schaden erkaufte wäre. Es würden bei der natürlichen Begrenztheit der Produktionsmöglichkeiten eben andere und wohl auch wichtigere Güter in Wegfall kommen. Auch die kommunistische Gesellschaft bliebe darauf angewiesen, „wirtschaftlich“ mit Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Kosten zu produzieren.

Die volkswirtschaftliche Aufgabe als regelndes Prinzip der Produktion bestimmt Maß und Grenzen wirtschaftlicher Freiheit; sie fordert diese Freiheit, wo und soweit dieselbe zu einer reichlicheren und besseren Versorgung des Volkes führt, verlangt aber Schranken der Freiheit, wo sie dieser Versorgung im Wege steht. Sie schließt darum auch den freien Wettbewerb nicht aus, insofern der Wettbewerb zur Ausdehnung der Produktion, zur Vermehrung und Verbesserung der Produkte, zur genaueren Anpassung an den Bedarf, zu technischer und wirtschaftlicher Vervollkommenung des Produktionsprozesses und zur größtmöglichen Verbilligung der Erzeugnisse führen kann.

## § 2.

### Ursachen und Bedingungen der ökonomischen Produktion (Produktionsfaktoren).

1. Begriff und Einteilung der Ursachen<sup>2</sup>. Unter Ursache versteht man im allgemeinen ein Etwas, welches auf das Werden oder die Existenz von einem andern Etwas Einfluß ausübt.

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 121 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Julius v. Costa-Rossetti, Allgem. Grundlagen der Nationalökonomie (1888) 111 ff.  
Pesch, Lehrb. der Nationalökonomie. IV. 1. u. 2. Aufl.

Schon Aristoteles unterschied vier Ursachen:

1. Die bewirkende Ursache (*causa efficiens*), von welcher etwas erzeugt, hervorgebracht wird (*id, a quo aliquid fit*).

Die bewirkende Ursache ist wiederum entweder Hauptursache (*causa efficiens principalis*) oder ein Mittel, ein Werkzeug, dessen sich die Hauptursache zur Hervorbringung einer Wirkung bedient: Instrumentalursache (*causa efficiens instrumentalis*).

Insofern ein vernünftiges Wesen in seiner ursächlichen Betätigung von einer Idee, einem Muster sich leiten läßt, wird diese Idee, dieses Muster zur vorbildenden Ursache (*causa exemplaris*), weil und soweit die vernunftbegabte Ursache durch jenes Vorbild für ihr Wirken disponiert, befähigt und bei dem Wirken geführt wird.

2. Die Zweckursache (*causa finalis*), das Ziel der hervorbringenden Tätigkeit und ihrer Wirkung; sie ist dasjenige, wegen dessen etwas gewirkt, bewirkt, hervorgebracht wird (*id, propter quod aliquid fit*).

Beide Ursachen, die Wirkursache (mit der vorbildlichen) und die Zweckursache sind äußere Ursachen; sie bleiben außerhalb der Wirkung. Daneben gibt es zwei innere Ursachen, die der Wirkung innewohnen. Bestandteile derselben sind, nämlich:

3. Die Materialursache (*causa materialis*), der Stoff, aus welchem etwas besteht bzw. gemacht wird. Sie bildet den passiven Bestandteil im Produkt und den Träger (*subiectum*) der Form desselben.

4. Die Formalursache (*causa formalis*), die dem Stoffe innewohnt und allein durch dieses Innewohnen oder durch bloße Inhärenz (ohne Handlung) dem Stoffe ein bestimmtes Sein oder eine bestimmte Erscheinungsform verleiht. Man unterscheidet hierbei die „*forma substantialis*“ (ein substantielles Sein einer zusammengesetzten Natur, in den lebenden Wesen die Seele als substantielle Wesensform) und die „*forma accidentalis*“, die einem Gegenstand nicht wesentliche Bestimmung, Gestalt, Größe, Farbe u. dgl. verleiht.

Solche akzidentelle Formen werden durch eine Veränderung in oder an dem Stoffe hervorgebracht (so durch gewerbliche Veredlungsarbeit). Im uneigentlichen Sinne kann selbst die bloße Lage, die z. B. durch Ortsveränderung hervorgebracht wird (also ohne innere Veränderung im Stoff), als akzidentelle Form betrachtet werden.

2. Anwendung dieser Unterscheidungen auf die Produktion. 1. Bewirkende Hauptursache (*causa efficiens principalis*) der Produktion und der Erzeugnisse ist vor allem die menschliche geistige und körperliche Arbeitskraft und Arbeit. Die unmittelbar produzierende Arbeit geht, wie aus der Begriffsbestimmung der Produktion sich ergibt, auf einen äußeren materiellen Gegenstand über, um etwas Neues hervorzubringen. Diese äußere Arbeit wird aber geleitet durch die innere Arbeit des Geistes, welche die Idee des Werkes und demgemäß den Arbeitsplan usw. schafft, somit als vorbildende Ursache (*causa exemplaris*) wirkt. Entscheidend



wirkt zugleich die von Geist und Willen erfaßte doppelte Zweckursache (causa finalis) auf den ganzen Vollzug der Produktion: einmal der objektive Zweck (finis operis), dem das Produkt dienen soll (Bedürfnisbefriedigung), sodann in der Verkehrs- und Erwerbswirtschaft der subjektive, auf Gewinn gerichtete Zweck des Produzenten (finis operantis). Entsprechend jener Idee, jenem Plan, diesen Zwecken wird, wiederum unter der Leitung des Geistes, die äußere Arbeit durchgeführt.

2. In verschiedener Weise kommt sodann als Ursache der ökonomischen Produktion die materielle Außenwelt in Betracht.

a) Positiv, aber nicht aktiv, sondern passiv oder rezeptiv wirken die materiellen Dinge ein

α) als Gegenstand der Produktion, als Stoff (Rohstoff), aus dem das Produkt gefertigt wird (causa materialis, materia ex qua). Durch ihre Natur, ihre Eigenschaften, ihre Fähigkeit, in verschiedenartiger Weise verändert zu werden, wirken ja die Stoffe (z. B. Holz, Eisen) ein auf das Entstehen neuer Formen, durch welche die Dinge größere Brauchbarkeit, höheren Wert erlangen;

β) als Gegenstand der bewahrenden, erhaltenden, transportierenden Arbeit. Hier sind die Stoffe bloß „materia circa quam“, nicht „materia ex qua“ für die Arbeit. Der Erfolg der Arbeit hängt mit ab von der Natur, dem Gewicht, der Gestalt, sonstigen Eigenschaften der Dinge. Soweit dabei ein höherer Wert erzeugt wird, entsteht derselbe ohne physische Veränderung des Stoffes.

Die materielle Außenwelt wirkt sodann

b) aktiv bei der und zur Produktion mit in doppelter Weise:

α) als Instrumentalursache, welche, von Menschen geführt, benutzt, geleitet, die Wirksamkeit der äußeren Arbeit ermöglicht und erhöht. Die Instrumentalursache ist bewirkende Mitursache in der Ordnung der Kraft, indem sie (z. B. die Axt) die eigene Produktivkraft der menschlichen Arbeit steigert oder natürliche Kräfte für die Zwecke der Produktion verfügbar macht, auf diese Weise die Produktionsfähigkeit des Menschen erweitert (z. B. die Dampfmaschine). Auch Hilfsstoffe (z. B. Kohle) darf man vielleicht den Instrumentalursachen beizählen, wenn man sie nicht zu den entfernten Ursachen rechnen will.

β) als Ursache, die mit eigener Kraft in, bei, zu der Produktion von Gebrauchsgütern wirkt oder mitwirkt, wenn auch menschliche Tätigkeit die Bedingungen der Wirksamkeit dieser natürlichen Kräfte setzt, sie anregt, in Gang bringt, anwendet, bestimmt. Solche mit eigener Kraft selbständig produktiven oder unter menschlicher Leitung wirksamen Hauptursachen sind namentlich in der Landwirtschaft tätig: in den Samen der Pflanzen, in den Kräften des Bodens, in der Arbeit der Zugtiere, in der Viehzucht. Doch auch in der Industrie finden Naturkräfte, z. B. die Wasserkraft, die Dampfkraft, Elektrizität Verwendung, wobei ihre Wirksamkeit mittels der vom Menschen gebauten und geleiteten Maschinen (In-

strumentalursache) die für den produktiven Erfolg notwendige Regelung empfängt.

Neben diesen unmittelbaren und eigentlichen Ursachen der Produktion gibt es noch eine Reihe von mittelbaren, entfernteren Ursachen oder Bedingungen, die positiv oder negativ auf die Produktion Einfluß ausüben, indem sie, ohne selbst zu produzieren, ohne in das produktive Kräftespiel einzugreifen, die Produktion ermöglichen, erleichtern, die unmittelbar produktiven Ursachen fördern oder vor Störungen, Schädigungen usw. schützen. Dazu gehören die Gebäude, welche die Arbeit erleichtern, Räume zur Aufbewahrung der Rohstoffe, Magazine für Waren, Nahrungsmittel für Zugtiere, in der Verkehrswirtschaft auch Geld für die Lohnzahlung, zur Anschaffung von Rohstoffen, Werkzeugen, zur Instandhaltung der Gebäude, der Maschinen usw. Ebenfalls die Unternehmung, die Organisation des Betriebes können unter die Bedingungen der Produktion gezählt werden.

**3. Die Produktion ein fortdauernder Prozeß.** Die Bedürfnisse der Menschen sind dauernde. Sie erfordern dauernd Befriedigung. Darum müssen auch die Ursachen und Bedingungen der Produktion dauernd vorhanden und wirksam sein. Faßt man eine nach Inhalt und Umfang unveränderte fortgesetzte Bedürfnisbefriedigung ins Auge („stationäre Wirtschaft“), so ergibt sich folgerichtig die Notwendigkeit, daß für diese einfache Fortsetzung der Bedürfnisbefriedigung die im Produktionsprozesse erforderlichen Bedingungen, Wirk- und Materialursachen in entsprechend gleichem Umfange erhalten werden. Die unvermeidliche Abnutzung muß Ersatz finden, und ebenso erfordern die Verbrauchsgüter (Rohmaterial, Hilfsstoffe, Zwischenprodukte) eine fortdauernde Ergänzung<sup>1</sup>.

Ver mehrt sich die Bevölkerung oder soll eine gegebene Bevölkerung quantitativ oder qualitativ erhöhte Befriedigung ihrer Bedürfnisse finden, so bedarf es einer Erweiterung der Produktion bzw. einer Verbesserung der Produktionsmethoden („fortschreitende Wirtschaft“).

Die Wirtschaftslehre hat nicht den technischen Entstehungsprozeß der einzelnen Güter zu behandeln, wohl aber jenen allgemeinen Ursachen und Bedingungen eines der Erhaltung und dem Fortschritte in der Bedürfnisbefriedigung dienenden, dauernden Produktionsprozesses ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

**4. Die Unterscheidung der „Produktionsfaktoren“.** Von jeder logisch richtigen Einteilung muß gefordert werden, daß kein Teilungsglied ein anderes in sich schließe. Gegen diese Regel verstößt aber die Einteilung der sog. „Produktionsfaktoren“, wenn dabei Natur, Arbeit, Kapital<sup>2</sup> als

<sup>1</sup> Vgl. Cassel, Theoretische Sozialökonomie 19 ff.

<sup>2</sup> Die Unterscheidung der drei Produktionsfaktoren führt sich nicht auf Adam Smith zurück, sondern auf J. B. Say. Smith unterschied in der Lehre von der Güterverteilung die drei Einkommensquellen: Arbeit, Kapital, Boden. Das konnte dazu veranlassen, in jeder Einkommensquelle einen besondern Produktionsfaktor zu er-

voneinander verschiedene Elemente nebeneinander gestellt werden. Versteht man nämlich unter „Natur“ alle äußeren materiellen Dinge, die irgendwie der Produktion oder zur Produktion dienen können, dann findet sich die „Natur“ auch in dem „Kapital“. Die Kapitalgüter bestehen eben aus Stoffen, aus äußeren materiellen Dingen und deren materiellen Kräften, die in, bei und zu der Produktion mitwirken. Die „Natur“ in diesem weiteren Sinne kann also nicht dem „Kapital“ als besonderer, verschiedener Faktor gegenübergestellt werden. Versteht man aber unter „Natur“ nur den Grund und Boden, und unter „Kapital“ lediglich die „produzierten Produktionsmittel“, so schließen „Natur“ und „Kapital“ einander zwar aus, da der Boden kein vom Menschen „produziertes“ Produktionsmittel ist<sup>1</sup>. Das „Kapital“ in diesem Sinne ist aber Produkt der Arbeit und kann deshalb nicht als selbständiger Faktor der Produktion neben der Arbeit aufgeführt werden. Auch würde man die Beschränkung des Begriffs „Natur“ auf den Grund und Boden in der Lehre von den Faktoren der Produktionsmittel als willkürlich bezeichnen dürfen, weil diese Beschränkung manches ausschließt, was seitens der Natur ursächlich bei der Produktion mitwirkt. Sei dem, wie ihm wolle: die Einteilung ist nur dann logisch richtig, wenn sie elementare Faktoren der Produktion als Teilungsglieder hinstellt, ohne einen abgeleiteten Faktor, wie das Kapital, denselben an die Seite zu stellen. Die elementaren Ursachen der Produktion, auf welche

blicken. Vgl. Edwin Cannan, *A History of the Theories of Production and Distribution*<sup>2</sup> (1903) § 3: The three Requisites of Production 40 ff. Cannan nennt die Lehre von den drei Produktionsfaktoren eine „unglückliche Erfindung“.

Julius Wolf hat in seiner „Nationalökonomie als exakte Wissenschaft“ (1903) und in seiner Schrift „Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft“ (1912) die „technische Idee“ als besondern Produktionsfaktor bezeichnet. Der gleiche Gedanke findet sich bei Max Kraft, *Das System der technischen Arbeit* (1904), und: Güterherstellung und Ingenieur in der Volkswirtschaft (1910). S. Tschierschky will der „organisatorischen Idee“ eine noch höhere Bedeutung zuweisen als der „technischen Idee“ (Schmollers Jahrbuch XXXVII [1913] 15 f.). In dem einen ursprünglichen Produktionsfaktor „Mensch“ ist aber die körperliche und geistige Arbeit, darum auch die technische und organisatorische Idee schon eingeschlossen. Die technische Idee fällt eben unter den allgemeineren Begriff der wirtschaftlichen Arbeit. Darin hat Wolf recht, daß die auf der technischen Idee beruhenden Werkzeuge und Maschinen bald zum allgemeinen Gut der Kulturwelt werden, daß die Produktion dann nur noch mit solchen Hilfsmitteln erfolgreich betrieben werden, oder daß, in der Ausdrucksweise von Karl Marx, als „gesellschaftlich notwendige Arbeit“ nur noch diejenige gelten kann, welche die solchen Hilfsmitteln entsprechende Produktivität besitzt. Béla Földes unterscheidet zwischen Produktionsfaktoren und Produktionskräften. In der französischen Literatur findet sich die Unterscheidung zwischen „Agents“ und „Facteurs“ der Produktion. Die „Agents de la production“ sind die unmittelbaren Ursachen der neuen Nützlichkeit, welche die Grundlage des neu gebildeten ökonomischen Wertes bildet; die „Facteurs de la production“ aber umfassen alles, was irgendwie bei der Produktion konkurriert, sei es als prinzipale Ursache oder als Hilfsmittel oder als Bedingung. Vgl. z. B. Antoine, *Cours d'Économie Sociale*<sup>4</sup> (1908) 332.

<sup>1</sup> Zum Kapitalbegriff vgl. unten die Lehre von den Hilfsmitteln der Produktion. Die Technik erhöht ohne Zweifel die Produktivität der Arbeit. Sie ist ein wichtiges Hilfsmittel der Produktion, aber kein Produktionsfaktor.



alles, was im engeren und weiteren Sinne als Ursache oder Bedingung die Produktion beeinflusst, sich letztlich zurückführt, sind nur zwei: der Mensch bzw. die Arbeit des Menschen und die dem Menschen äußere, materielle Welt, die äußeren materiellen Dinge und Kräfte, welche passiv oder aktiv auf die Produktion und so auf die produzierten Güter kausalen Einfluß haben.

E. v. Philippovich sagt<sup>1</sup>: Wenn wir die Produktion als technischen Vorgang betrachten, so können wir nur zwei Bestandteile auseinanderhalten, welche in jeder Produktion zusammenwirken und als notwendige und grundlegende Bedingungen anzusehen sind. Es sind dies die Natur und die Arbeit, von welchen die erstere in den mannigfachen Formen ihrer Kräfte und Stoffe, die letztere in den wechselnden Gestalten des Gedankens und der äußeren Tätigkeit in den Produktionen auftritt. Wie weit auch die Auflösung der in der Produktion wirksam gewesenen Bestandteile führen möge, bei Natur und Arbeit werde man als den letzten Elementen stehen bleiben. Philippovich nennt sie darum Produktionselemente.

In wirtschaftlicher Beziehung aber kommen, wie Philippovich bemerkt, die in der Produktion verwendeten Bestandteile nur insoweit in Betracht, als sie Gegenstand wirtschaftlicher Sorge, also insoweit sie bloß in beschränkter Menge vorhanden sind. Nur die nicht freien Sachgüter und die menschliche Arbeitskraft, die in der Produktion verbraucht worden ist, stellen sich als wirtschaftlicher Aufwand dar. Sie waren geeignet, auch ohne diese Verbindung der menschlichen Wirtschaft zu dienen, sie besaßen mit Rücksicht darauf einen bestimmten Wert. Sie bilden die Kosten der Produktion. Dreierlei derartige Bestandteile lassen sich nun unter den Kosten unterscheiden: der Boden (das Land) als räumliche Grundlage der Produktion und als Träger von Naturstoffen und Naturkräften; die produzierten, beweglichen oder doch nach menschlichem Willen fixierten Sachgüter: das Kapital; endlich das diese toten Faktoren belebende Element: die Arbeit. Philippovich nennt diese Bestandteile Produktionsfaktoren<sup>2</sup>.

Wir möchten sie indes nur als Kostenelemente bezeichnen, den Namen „Faktoren“ dagegen den Ursachen der Produktion und der Produkte vorbehalten. Es steht ja nichts im Wege, die drei Kostenelemente nebeneinander zu stellen bloß als Summanden, aus denen die Summe der Kosten erwächst. Das hat seinen Vorteil für den Vergleich von Kosten und Ertrag. Allein auch die Rücksicht auf die traditionelle „Verteilungslehre“ darf nicht dazu verleiten, hier von drei Produktionsfaktoren zu sprechen, die, wie gesagt, als koordi-

<sup>1</sup> Grundriß I<sup>10</sup> 145; I<sup>11</sup> (1916) 140 f.

<sup>2</sup> Andere sagen: Für eine genetische Betrachtungsweise sind Produktionsfaktoren nur Boden und Arbeit. Was man „Kapital“ nennt, ist aus menschlicher Arbeit und äußerer Natur und nur aus diesen entstanden; nur durch diese werden sie letztlich wiederum erhalten und erneuert. Fertig geworden stehen sie aber neben dem arbeitenden Menschen, neben der äußeren Natur, haben eine selbständige Existenz, nachdem sie einmal entstanden sind. Für eine „systematische“ oder, wie man sie auch genannt hat, „synchronistische“ Betrachtungsweise, die nicht die kausale Entstehung der Kapitalgüter, sondern deren funktionale Bestimmung und Wirksamkeit ins Auge faßt, würde insofern das „Kapital“ als dritter Produktionsfaktor zu betrachten sein.

nierte Glieder einer Einteilung der Ursachen der Produktion, sich gegenseitig ausschließend, nebeneinander gestellt werden könnten. Wir halten vielmehr an der Ansicht fest, daß die beweglichen oder von Menschen willkürlich fixierten (z. B. in Gebäuden) Produktionsmittel, also das in der nationalökonomisch üblichen Weise so genannte „Kapital“, neben der Natur und der Arbeit, in der Lehre von Ursachen der Produktion, als abgeleitete und den ursprünglichen Faktoren subordinierte Ursachen bzw. Bedingungen erkennbar bleiben müssen.

Darum haben wir auch Bedenken dagegen, mit Philippovich dem „Kapital“, sobald es gebildet und in der Wirtschaft vorhanden ist, einen selbständigen Wert beizumessen. Mag auch das Vorhandensein von „Kapital“ eine Wirtschaft in die Lage versetzen, unter günstigeren Bedingungen zu produzieren als eine Wirtschaft, die dieses Kapitals entbehrt, mögen die produzierten Produktionsmittel als Unternehmerkapital unter anderer Rücksicht eine gewisse Selbständigkeit erlangen, in der Lehre von den Ursachen der Produktion und bei der Einteilung der Produktionsfaktoren können sie gleichwohl neben den beiden elementaren Produktionsfaktoren nicht in gleicher Linie, auf gleicher Stufe als dritter selbständiger, den andern Faktoren koordinierter Faktor angeführt werden. Das Kapital, insofern man darunter „produzierte Produktionsmittel“ versteht, ist zwar eine wichtige Ursache der Produktion, aber eben doch nur eine von den elementaren Ursachen abgeleitete Ursache.

Wenn Lexis sagt<sup>1</sup>: „die Vermögensmacht der Kapitalbesitzer ist in der Geldwirtschaft ein der Arbeit koordinierter persönlicher Grundfaktor“, so scheint uns doch die Unterscheidung der Faktoren objektiv, nicht privatwirtschaftlich verstanden werden zu müssen.

Kurz gesagt: Wir lehnen für die volkswirtschaftliche Betrachtung eine Dreiteilung der Produktionsfaktoren nicht ab, fordern aber, daß dabei jedem einzelnen Faktor die richtige Stellung angewiesen wird. Der erste ursprüngliche Produktionsfaktor ist die menschliche Arbeitskraft und Arbeit, der zweite die Natur mit allem, was sie an Stoff und Kraft aus sich selbst darbietet. Beide zusammen bilden die *causae principales* in der Produktion. Was der Mensch unter Benutzung des von der Natur an Stoff und Kraft Gebotenen durch seine Arbeit schafft, das bildet nicht eine *causa principalis*, sondern ist *causa instrumentalis* oder *conditio* im Produktionsprozeß, demnach den *causae principales*, insbesondere der Arbeit, dem arbeitenden Menschen untergeordnet.

Zum Verhängnis wurde es, daß in der freiwirtschaftlich-kapitalistischen Epoche die „Selbständigkeit“ des „Kapitals“ bis zur Gleichstellung mit den ursprünglichen Produktionsfaktoren emporgehoben wurde. Die ausführende Arbeit ist eben als ausführende der leitenden Arbeit unterstellt. Aber innerhalb der Produktionsfaktoren gehört auch die ausführende Arbeit als Arbeit zu den *causae principales* der Produktion. Indem nun die ausführende Arbeit durch die freie Vermögensmacht des Kapitalbesitzes, der unmittelbar oder mittelbar die Leitung der Produktion

<sup>1</sup> Vgl. Schmollers Jahrbuch XXXV (1911) 1482.

beansprucht, aus der Teilnahme an der Subjektstellung verdrängt, zur Quasi-Instrumentalursache im Produktionsprozesse und zugleich zur käuflichen Ware degradiert wurde, war die Quelle erschlossen, aus der letztlich das Elend der Arbeiter, ihre Notlage, ihre Empörung sich von selbst ergeben mußte.

**5. Produktionsfaktoren und volkswirtschaftliche Aufgabe.** Die Volkswirtschaft als soziale Einheit der solidarisch zusammengefaßten Einzelwirtschaften hat zur Aufgabe, der Bevölkerung in der einzelnen Wirtschaftsperiode diejenigen Gebrauchsgüter in ausreichender Menge und Qualität zu verschaffen, die das Volk, ohne Verringerung der natürlichen und produzierten Voraussetzungen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit, verzehren kann. Ein Fortschritt ist möglich, indem die Gebrauchsgüter an Menge und Qualität zunehmen, so daß eine Verbesserung der Lebenshaltung, insbesondere für die breiten Massen, erfolgen kann, oder dadurch, daß die Voraussetzungen der Gütererzeugung (neue Produktionsmittel u. dgl.) verbessert werden. Indem wir die volkswirtschaftliche Aufgabe als fortschrittliche bezeichnen, fällt auch diese Höherentwicklung für uns unter den Begriff der volkswirtschaftlichen Aufgabe, schon abgesehen von der Zunahme der Volkszahl.

Das jeweilig mögliche Optimum in der Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe wird aber normalerweise nur dann erreicht werden können, wenn die Produktionsfaktoren im richtigen Verhältnis vorhanden sind und zusammenwirken, und wenn alle Faktoren wirtschaftlich am ergiebigsten verwertet werden (Mombert).

Wir werden im folgenden am besten wieder an die Gedanken anknüpfen, von denen wir in der Grundlegung<sup>1</sup> ausgingen: 1. Der Mensch Herr der Welt. 2. Die äußere Natur im Dienste des Menschen. 3. Die Arbeit das Mittel der Weltbeherrschung. Da sind die beiden elementaren Produktionsfaktoren zugleich in ihrem Verhältnis zueinander bezeichnet: der Mensch als ökonomischer Produzent, die Arbeit gegenüber der Natur als leitend aktive Ursache im wirtschaftlichen Produktionsprozesse: die Natur, wie sie zum Produktionsmittel im weitesten Sinne wird und solche darbietet: passiv und aktiv wirkend, vom Menschen benutzt, beherrscht, geleitet, als stoffliches Objekt, durch ihre Kräfte und Eigenschaften wirksam, dem Menschen untergeordnete Hauptursache, anderseits die vom Menschen erzeugten Voraussetzungen und Mittel als Instrumentalursache oder als Bedingung der durch den Menschen vollzogenen Güterproduktion. Auch diesen produzierten Produktionsmitteln in ihrer Bedeutung für die Produktion wird gebührend Rechnung getragen werden können, wenn wir im folgenden 1. von dem Produzenten, 2. von den Produktionsmitteln handeln.

<sup>1</sup> Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 1, §§ 1—3, S. 1—28.



## Zweites Kapitel.

### Der arbeitende Mensch als Produzent.

**Literatur:** Vgl. die Lehr- und Handbücher von Rau, v. Hermann, Roscher, Schäffle, Wagner, Schmoller, Schönberg, v. Mangoldt, G. Cohn, Conrad, Philippovich, Marlo (Winkelblech), Sax, A. Smith, J. St. Mill, J. B. Say, Pierson, Gelesnoff, K. Marx (Kapital) usw. — Zum Begriff der Arbeit vgl. die Aufsätze von L. Stein und v. Schubert-Soldern in der Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften 1846 und 1896. — G. Adler in Grundlagen der Marxistischen Kritik (1887). — G. Jäger, Die menschliche Arbeitskraft (1878). — W. H. Riehl, Die deutsche Arbeit (3. Aufl., 1884). — K. Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft (7. Aufl., 1910). — Ders., Arbeit und Rhythmus (4. Aufl., 1909). — M. Kraft, Das System der technischen Arbeit (1902). — A. Cohen, Die geistige Arbeit und ihre Vergeltung (1910). — W. Th. Reinhold, Der Weg des Geistes in den Gewerben (1901). — H. Herkner, Arbeiterfrage (5. Aufl., 1909, jetzt 7. Aufl.). — Ders., Arbeit und Arbeitsteilung, im Grundriß der Sozialökonomik 2. Abt. (1914). — Lange, Arbeiterfrage (4. Aufl., 1879). — Karl Elster, Was ist Arbeit? in Conrads Jahrbüchern LVII (1919) 609 ff. — Stamm, Geschichte der Arbeit (1871). — Weinhold, Geschichte der Arbeit (1896). — Baltzer, Das Buch von der Arbeit (1870). — Hitze, Kapital und Arbeit (1880). — G. Diessel, Die Arbeit betrachtet im Lichte des Glaubens (1891). — S. Weber, Evangelium und Arbeit (2. Aufl., 1920). — Seipel, Die wirtschaftlichen Lehren der Kirchenväter (1907). — F. X. Eberle, Katholische Wirtschaftsmoral (1921). — M. Scheler, Wert und Würde der christlichen Arbeit, im Jahrbuch des Verbandes katholischer Akademiker 1920/21. — G. Wieber, Christentum und soziale Idee (1921). — A. Liesse, Le Travail (1899). — B. Harms, Art. „Arbeit“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I (3. Aufl.) und im Wörterbuch der Volkswirtschaft I (3. Aufl.). — Bruder, Art. „Arbeit“, im Staatslexikon der Görresgesellschaft I (3.—4. Aufl.). — H. B. Davenport, The Economics of Enterprise (1913). — W. Eggenschwyler, Zum Problem der Produktivität, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik IL (1915) 499 ff. — Frieda Wunderlich, Der Produktionsbegriff, ebd. LXI (1921) 289 ff.

#### § 1.

### Wesen und produktive Wirkkraft der menschlichen Arbeit.

1. Die Arbeit in sich betrachtet. Die Arbeit des Menschen ist Lebensbetätigung, keine bloß durch äußeren Impuls hervorgerufene Bewegung. Sie geht von dem inneren Lebensprinzip aus, ist aber wiederum keine lediglich natürlich vitale Bewegung, wie z. B. das Atmen usw. Die menschliche Arbeit wird vielmehr von der vernünftigen Seele geleitet, von der Vernunft bezeichneten, frei gewählten oder als notwendig erkannten Zwecken dienstbar gemacht.

Anstrengungen, die in sich selbst ihren Zweck tragen und um ihrer selbst willen unternommen werden (z. B. ein Unterhaltungsspiel), fallen nicht unter den Begriff der Arbeit, wie er gewöhnlich verstanden wird. „Wir können darum Arbeit definieren“, sagt Alfred Marshall<sup>1</sup>, „als jede Anstrengung des Geistes oder des Körpers, welche ganz oder teilweise im Hinblick auf ein anderes Gut, als die direkt von der Arbeit abgeleitete Lust, unternommen wird.“ Die Zwecke, denen die Arbeit dient, liegen, wie alles Wollen und Wirken des Menschen, innerhalb des Bereiches menschlicher, persönlicher oder gesellschaftlicher, geistiger oder materieller Wohlfahrt. Die Arbeit ist persönliche Leistung. Sie kann darum den sachlichen Dingen nicht gleichgestellt werden. Wer auf strenge Scheidung zwischen der persönlichen und sachlichen Ordnung hält, wird menschliche Arbeit und Ware selbst nicht metaphorisch auf die gleiche Stufe stellen<sup>2</sup>, auch wenn verkehrswirtschaftliche Analogien dazu verleiten möchten.

Menschliche, irdische Wohlfahrt in ihrem ganzen Umfange und als Gesamtzweck menschlicher Arbeit kann von dem einzelnen Menschen nicht einmal für die eigene Person genügend erreicht und verwirklicht werden. Die Menschen sind vielmehr wechselseitiger Hilfe bedürftig. Auch wird die Wohlfahrt der verschiedenen Gesellschaftsformen und Gruppen nur durch das Zusammenwirken, die gegenseitige Ergänzung aller Gesellschaftsglieder gewonnen.

Der einzelne verfolgt mit seiner produzierenden Arbeit als solcher, bei der Beschränktheit seiner Fähigkeiten und Kräfte, nur partikuläre Zwecke. Auf der Verschiedenheit dieser partikulären Zwecke und Aufgaben beruht insbesondere die später zu besprechende gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Verschiedenheit der Berufe.

**2. Unterscheidungen.** Man unterscheidet geistige und körperliche Arbeit, nach den Fähigkeiten, die sich betätigen, und nach der geistigen oder materiellen Natur ihrer Akte. Auch die körperlichen Arbeiten werden von geistigen Akten begleitet und geleitet. Gleichwohl behält die Unterscheidung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit ihre Berechtigung, insofern dabei ins Auge gefaßt wird, ob vorwiegend geistige oder körperliche Kräfte tätig sind.

Insofern körperliche Arbeit die Lage ponderabler Massen im Raume ändert (Wundt), wird sie als mechanische Arbeit bezeichnet.

Wirtschaftliche Arbeit im spezifischen Sinne ist Arbeit, die unmittelbar wirtschaftlichem Zwecke (der Bedarfsversorgung mit äußeren

<sup>1</sup> Handbuch I (Übersetzung 1905) 111. Karl Elster (Was ist Arbeit? in Conrads Jahrbücher LVII [1919] 609 ff.) führt fünf Definitionen der Arbeit an und sagt dann, eine alles umfassende Definition sei unmöglich. Möglich sei nur eine Definition der Arbeit als ökonomische Kategorie (wirtschaftliche Tätigkeit).

<sup>2</sup> Dies gilt namentlich bezüglich des sog. „Gesetzes“ von Angebot und Nachfrage. Die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Wohlfahrtsfürsorge für Arbeiter usw. sind unverständlich ohne Anerkennung des Unterschiedes zwischen Arbeit und Ware.

Gütern) dient. Sie ist eine andere Art von Arbeit gegenüber Arbeiten, die nicht unmittelbar auf Zwecke des Wirtschaftslebens bezogen werden (Arbeit des Künstlers, Lehrers usw.). Auch ihrer Art nach wirtschaftliche Arbeit kann unwirtschaftliche Arbeit sein, sofern sie dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht genügt.

Objektive Arbeit nennt man häufig das durch die Arbeit erzeugte Produkt. Der Rock ist Arbeit des Schneiders, das Gemälde Arbeit des Malers. Man wird aber auch im aktiven Sinne mit Herkner<sup>1</sup> zwischen objektiver und subjektiver Arbeit unterscheiden dürfen. Objektive Arbeit ist dann die körperliche Arbeit, insofern sie sich in bestimmten äußeren Bewegungen betätigt. Zur subjektiven Arbeit aber gehören jene „zahllosen Vorgänge rein psychischer Art, die unmittelbar nur der Arbeitende selbst durch innere Wahrnehmung erfassen kann“ (Erfassung oder Bestimmung der näheren und entfernteren Zwecke der Arbeit, ferner Gedanken, Willensakte, Muskelinnervationen, welche die Arbeit leiten und von der Arbeit ausgelöst werden, sodann Empfindungen behaglicher und unbehaglicher Art während der Arbeit und nach der Arbeit).

Nach den Erwerbszweigen, in denen die Arbeit sich vollzieht, unterscheidet man zwischen landwirtschaftlicher und industrieller bzw. kommerzieller Arbeit.

Das alte Handwerk unterschied schon zwischen gelernter und ungelernter Arbeit. Der gelernte Handwerker hatte seine Lehrzeit hinter sich und war bezüglich seiner Fähigkeiten geprüft worden. Er mußte imstande sein, allen Anforderungen seines Handwerks zu genügen. Der ungelernte Arbeiter bedurfte für Verrichtung seiner Obliegenheiten entweder gar keiner besondern Übung, oder es genügte eine solche von ganz kurzer Zeit. Die moderne Fabrikindustrie hat für ihre besondern Bedürfnisse noch die angelernte Arbeit geschaffen. Die angelernten Arbeiter bilden eine Zwischenstufe zwischen gelernten (mit besonderer Schulung) und ungelernten Arbeitern, insofern sie als Spezialarbeiter für eine kleine Anzahl von Handgriffen in verhältnismäßig kurzer Zeit vorgebildet sind bzw. die Fähigkeit erlangt haben, Maschinen rasch und genau zu steuern. Manche angelernten Arbeiter stehen hinter den „gelernten“ nicht zurück.

Das organisatorische Bedürfnis erfordert und erklärt die Unterscheidung zwischen leitender und ausführender Arbeit in den modernen Unternehmungen. An der leitenden Arbeit nehmen heute außer dem Unternehmer in größerem oder geringerem Maße die Angestellten teil.

Wer ist Arbeitnehmer? Diese Frage hat in Deutschland Bedeutung für die weitere Frage: Welche Organisationen haben als Arbeitnehmerorganisationen zu gelten, so zwar, daß auf dieselben die Bestimmungen und Anordnungen der Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung für Arbeitnehmerorganisationen Anwendung finden? Der breiten Masse der ausführend tätigen

<sup>1</sup> Grundriß der Sozialökonomik II 170 f.



Arbeiter erschien bisher der obere Angestellte schon als „Chef“. Dieser Auffassung trat nun insbesondere die Ende 1918 gegründete „Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie, Sitz Berlin“ entgegen und forderte Anerkennung als Arbeitnehmerorganisation, damit ihr die wirksame Anwendung des verfassungsmäßigen Koalitionsrechtes ermöglicht werde. Auch der Prokurist bleibe ja dem Arbeitgeber gegenüber Arbeitnehmer und stehe infolgedessen bis zu einem gewissen Grade im wirtschaftlichen Interessengegensatz zum Arbeitgeber. Das Reichsarbeitsministerium hat dann am 13. Dezember 1920 entschieden, daß auch der Prokurist als Arbeitnehmer angesehen werden muß: „Der Direktor einer Aktiengesellschaft oder einer andern mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Gesellschaft nimmt — als gesetzlicher Vertreter des Unternehmens — selbst die Stelle des Arbeitgebers ein, während Angestellte, die nur entsprechend ihrer gehobenen Stellung den Titel ‚Direktor‘ im geschäftlichen Leben führen, hierdurch ihre Eigenschaft als Arbeitnehmer nicht einbüßen. Der Charakter der reinen Arbeitnehmervereinigung, der Voraussetzung für die Berechtigung zum Abschluß von Tarifverträgen ist, geht deshalb auch einer wirtschaftlichen Vereinigung nicht aus dem Grunde verloren, weil ihr auch Prokuristen oder Direktoren, die nicht gesetzliche Vertreter des Unternehmens sind, angehören.“

**3. Arbeit und Unlust.** Sprachlich wird das Wort „Arbeit“ auf das indogermanische „ar“ = pflügen, wie auf das vorgermanische „orbho“ = Knecht bezogen. Auch sonst weist der sprachliche Ausdruck für Arbeit: *πόνος*, „labor“, „robota“ usw. auf Mühsal, Beschwerde, Leid hin. Gleichwohl darf man Arbeit und Mühsal keineswegs in der Weise gleichstellen, als ob die Arbeit nichts als Mühsal, Unlust, Opfer sei. Zwang und Not haben freilich oft genug im Laufe der Geschichte zur Arbeit geführt. Doch konnte und kann die Arbeit dem Menschen auch innere Befriedigung gewähren. Man darf darum mit Recht ebenso von Arbeitslust sprechen wie von der Unlust der Arbeit. Es hängt hierbei ja sehr viel von äußeren Umständen (z. B. Arbeitszeit und -art), dann von der Individualität des Arbeiters ab, von seinen Anlagen, seinen Stimmungen u. dgl. Wäre die Arbeit nur Unlust ihrem Wesen nach, dann müßte man folgerichtig sagen, der widerwillig arbeitende, träge, unfähige Mensch leiste mehr Arbeit als der arbeitswillige, arbeitsfrohe, arbeitstüchtige Mensch (Herkner)<sup>1</sup>.

Nicht deshalb bloß wird also in der Wirtschaftslehre größtmögliche Ökonomie der Arbeit gefordert, weil die Arbeit ihrem Wesen nach nichts als Unlust wäre. Gewiß wird die möglichste Verminderung von „travail pénible“ (Quesnay) zu erstreben sein. Aber nicht bloß die Rücksicht auf die Beschwerde, das „Opfer“ und „Kosten“ der Arbeit erfordert diese strenge Ökonomie. Die Arbeitsfähigkeit ist eben im Verhältnis zu den Bedürfnissen, die Befriedigung fordern, für den einzelnen wie für die

<sup>1</sup> Vgl. Herkner, Arbeit und Arbeitsteilung, im Grundriß der Sozialökonomik 2. Abt., 171 ff. „Der Mensch soll arbeiten“, sagt Fichte, „aber nicht wie ein Lasttier, er soll angstlos, mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist“ (Geschlossener Handelsstaat Buch 1, Kap. 3).

Gesellschaft regelmäßig nicht in einem Verschwendung erlaubenden Ausmaße vorhanden.

**4. Die Arbeit im Lichte der christlichen Lehre.** Nach christlicher Auffassung ist nicht die Arbeit selbst, wohl aber die Mühe der Arbeit eine Folge der Sünde<sup>1</sup>. Im Schweiß seines Angesichtes muß der Mensch sein Brot verzehren, bis er zum Staube der Erde zurückkehrt, von dem er genommen ist. Gerade durch die Mühe ist die Arbeit nicht nur Gott versöhnende Buße, sondern auch ein wirksames Mittel der Selbstveredlung durch Selbstverleugnung, Nachfolge Jesu Christi, Quelle reichsten Verdienstes. In dem arbeitenden Menschen gelangt die Ebenbildlichkeit mit der schaffenden Gottheit zum Ausdruck, erwirbt der Mensch die Herrschaft über die äußere Welt, die Gott ihm übertragen und als Aufgabe gestellt. Durch die Arbeit nützt der Mensch dem Mitmenschen, der gesellschaftlichen Gemeinschaft. Seine Arbeit sichert ihm nicht nur die eigene Existenz, die eigene Wohlfahrt, sie bietet ihm auch ein weites Feld für die Übung sozialer Tugenden, der Gerechtigkeit und der Liebe.

Ohne von der Last der Arbeit befreit zu sein, findet also der gläubige Christ in der Lehre der Kirche starke Beweggründe zum frischen, mutigen und wirksamen Schaffen. Die Arbeit bedeutet ihm nicht eine widerwillig getragene Bürde, sie ist ihm edle Pflicht, Recht und Ehre, der sichere Weg zu den höchsten Gütern.

„Arbeit ist die mit Mühe verbundene Tätigkeit des Menschen, welche den sittlichen Zweck verfolgt, für Individuum und Sozietät, für den einzelnen und die Gesellschaft nützliche Güter geistiger oder materieller Natur hervorzubringen oder zu erhalten. Der Schwerpunkt liegt nicht in der Mühe oder Unlustempfindung, sondern im sittlichen Zweck.“ So F. X. Eberle<sup>2</sup>. Die Arbeit ist also nicht nur Mühe zum Zweck eines gewünschten Erfolges (A. Smith). Sie ist auch nicht bloßes Mittel, um das Leben zu fristen, wobei die Arbeit in sich Nebensache bliebe (Kautsky). Aber auch die idealistische Arbeitsverwertung im Sinne Carlyles trifft ebensowenig das Richtige wie die materialistische, bloß auf materiellen Genuß gerichtete Arbeitsauffassung. Es fehlen da die sittlich-religiösen Kraftquellen, der sittlich-religiöse Unterbau. Vor allem kommt es bei der Arbeit an auf das sittliche Motiv, den sittlichen Zweck, den sittlichen Pflichtcharakter. Ohne Wiederherstellung dieser inneren sittlichen Beziehungen in der Seele des Arbeiters wird ihm auch die weitgehendste Regelung der äußeren Bedingungen des Arbeitslebens und der Arbeitsverhältnisse keinen Frieden bringen, innere Unzufriedenheit nicht überwinden können. „Die wissenschaftliche Klärung der Psychologie der Arbeit, welche die Seelenkräfte des Arbeitslebens aufdeckt, wie es der Ausschluß zur Förderung der ‚wissenschaftlichen Betriebsführung‘ im

<sup>1</sup> Vgl. M. Rings, Hochadel in der Arbeit (1918). Mißverständlich bleibt es, wenn Ed. Hahn in seiner Schrift „Die Entstehung der wirtschaftlichen Arbeit“ (1909) zeigen will, daß die auf wirtschaftliche Ziele gerichtete anhaltende, regelmäßige Tätigkeit — an den Tätigkeitsdrang des Naturmenschen anschließend — sich nicht als Fluch für Sünde beim Ackerbau des Mannes, sondern im Zusammenhang mit der Lebensweise der Urvölker durch die Hackbau- und Gartenbautätigkeit der Frau entwickelte.

<sup>2</sup> Katholische Wirtschaftsmoral (1921) 14 ff.

Reichsarbeitsministerium beabsichtigt, mag mancherlei Nutzen stiften, aber ohne die Rückkehr zur christlich-sittlichen Arbeitsauffassung wird sie das Sammellager der Schlagworte vermehren, das Arbeits- und Arbeiterleben jedoch innerlich nicht zu heben vermögen. . . . Die Wege der Befreiung liegen auf dem Felde des christlichen Ethos.“

**5. Die produzierende Arbeit als wirtschaftliche Tätigkeit** geht auf die äußere Welt über und ist, wie oben ausgeführt wurde, Ursache des Entstehens einer neuen Substanz, einer neuen Form, eines neuen Zustandes im Dienste der menschlichen Bedürfnisbefriedigung. Durch ihr wirtschaftliches Ziel: Erzeugung unserer Bedürfnisbefriedigung dienender materieller Mittel, wird die Arbeit zur wirtschaftlichen Arbeit. Auch der Philosoph „produziert“ Gedanken, die Musikbande „produziert“ den Donauwalzer, der Geistliche „produziert“, wie nicht gerade geschmackvoll gesagt wurde, Andacht. Alles dies ist aber nicht „produzierende“ Arbeit als wirtschaftliche Tätigkeit. Ihre Zweckmäßigkeit bemißt sich nach andern Zielen wie die der wirtschaftlichen Arbeit; und ihr Ergebnis verkörpert sich nicht in der äußeren Stoffwelt, in neuen Dingen, neuen Formen oder Zuständen körperlicher Wesen. Handlungen und Wirkungen, die im Innern des Menschen verbleiben und aufgenommen werden, Tätigkeiten des Verstandes, der äußeren Sinne, der Phantasie, Affekte, Entschlüsse des Willens, auch äußere Bewegungen sind keine produzierende Arbeit im wirtschaftlichen Sinne, weil und wenn sie nicht Ursache von äußeren Dingen, Formen, Zuständen menschlicher Bedürfnisse werden. Ist dies aber der Fall, so sind sie der Art nach wirtschaftliche produzierende Arbeit. Die leitende geistige Arbeit weist hierbei der ausführenden Arbeit die speziellen Arbeitsziele an, bietet die Idee, die vorbildende Ursache dar; überdies nimmt sie auch an der Wirkursächlichkeit der ausführenden Arbeit teil durch den Arbeitsplan und die Überwachung der Durchführung bis zur Vollendung des Werkes. Die Beschaffenheit und Brauchbarkeit des Produktes hängt nicht nur von der ausführenden Arbeit ab, sondern mehr noch von jener spezifizierenden Einwirkung der leitenden Arbeit.

**6. Produktivität der Arbeit.** Wir sprachen oben von der volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Produktivität der Produktion. Dabei wurde der Ausdruck „Produktivität“ auf den Erfolg ihrer Art nach wirtschaftlicher Tätigkeit, im Hinblick auf den volks- oder privatwirtschaftlichen Zweck, bezogen. Mit Rücksicht auf die Erzeugung von Gütern und Werten, also in der Frage nach der Kausalität im Produktionsprozesse, bezieht sich der Produktivitätsbegriff auf die produktiven Kräfte und Mittel und deren Wirksamkeit für den Zweck, die Aufgabe der Wirtschaft. Man kann in kausaler Beziehung die Produktivität (potentiell) auch als Art oder Grad der Produktionsbereitschaft der dem wirtschaftlichen Zwecke dienstbaren Kräfte bezeichnen.

Wie dem immer sei, hier handelt es sich namentlich noch um die Frage, 1. ob die Wirtschaftslehre befugt sei, Tätigkeiten nicht unmittel-



barer wirtschaftlicher Art als „unproduktiv“ zu bezeichnen, und 2. um die Frage, ob mit Rücksicht auf die Produktivität eine Klassifikation und Rangordnung wirtschaftlicher Berufe anerkannt werden müsse mit der Tendenz, daß diese oder jene Berufe vorzugsweise befördert, andere eingeschränkt werden müßten.

Schmoller<sup>1</sup> urteilt, der Schulstreit, der sich an das Wort „Produktivität“ knüpfe und der noch von v. Hermann und Roscher<sup>2</sup> umständlich vorgetragen wurde, könne heute als eine Antiquität der nationalökonomischen Dogmatik gelten. In der Tat wies jener Schulstreit nicht wenige „schiefe Theoreme“ auf. So hatten die Merkantilisten<sup>3</sup>, indem sie den Besitz von Edelmetallen als Reichtum in einem höheren Sinne betrachteten, die inländische Produktion von Edelmetallen, die Hervorbringung von Exportgütern, den auswärtigen Handel, kurz alles, was Gold und Silber ins Land brachte, allen andern Tätigkeiten vorgezogen. Ihrer Lehre: die geldschaffende Arbeit sei allein oder vorzugsweise produktiv, stellten dann die Physiokraten<sup>4</sup>, wie wir sahen, den Satz gegenüber: nur der Landwirt leiste produktive Arbeit, weil er allein die brauchbaren Stoffe vermehre; alle übrige Arbeit sei steril.

Adam Smith erblickte richtig in der Volkswirtschaft kein System (nach Maßgabe ihrer Produktivität) übereinander gelagerter Schichten im Sinne der Physiokraten, so daß die allein produktive agrarische Schicht das Ganze trage, die übrigen Schichten aber als „besoldete“ Klassen erschienen. Er stellte vielmehr Landwirtschaft, Gewerbe, Handel nebeneinander. Sie alle gelten ihm als produktiv, wenn er auch die Produktivität der Landwirtschaft besonders unterstrich<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Grundriß (1908) 383.      <sup>2</sup> System<sup>24</sup> (1906) 141 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Bd. II, Kap. 1, § 1, S. 9 ff.      <sup>4</sup> Vgl. ebd. § 2, S. 68 ff.

<sup>5</sup> Wealth of Nations Book 4, chap. 9; Stöpel's Übersetzung III 225 f. Man beachte, in welchem Sinne dies geschah: „Pächter und Bauer“, sagt er, „bringen außer dem Vorrat, welcher sie unterhält und beschäftigt, jährlich noch einen Reinertrag, eine freie Rente für den Grundherrn, hervor. Wie eine Ehe, welche drei Kinder bringt, ohne Zweifel fruchtbarer ist als eine Ehe, aus der nur zwei hervorgehen, so ist die Arbeit der Pächter und Bauern sicherlich produktiver als die der Kaufleute, Handwerker und Fabrikanten. Allein die überlegene Produktion der einen Klasse macht die andere doch nicht unfruchtbar und unproduktiv.“ Als „unproduktiv“ gelten Smith alle jene Arbeiten, die gewöhnlich im Augenblicke ihres Vollzugs zugrunde gehen, ohne eine Spur, einen Wert zurückzulassen, für welchen ein gleiches Maß von Diensten beschafft werden könnte. J. B. Say hat solche Dienste als „immaterielle Produkte“ bezeichnet. Die Arbeiten der Dienstboten, der Richter, Ärzte, Advokaten, Priester, Soldaten, Schriftsteller, Musiker usw. wurden dazu gerechnet. Das Wort „produire“ im wissenschaftlichen Sinne sollte in dieser Weise auf die Erzeugung materieller Gegenstände beschränkt werden. Der Streit ging aber weiter. Nach J. St. Mill sind alle Arbeiten „produktiv“, die angewandt werden, um bleibende Nützlichkeiten zu schaffen, mögen diese Nützlichkeiten Menschen oder irgendwelchen lebenden Wesen oder leblosen Dingen anhaften. Die deutsche Nationalökonomie hat im allgemeinen auch die persönlichen Dienste, die Arbeit der liberalen Berufe, der Beamten als indirekt „produktiv“ anerkannt, während, wie Schmoller hervorhebt, gerade die materialistische Demokratie mit Vorliebe heute noch den Satz wiederhole, daß Fürsten und Beamte, Soldaten und Geistliche „unproduktiv“ seien. — Vgl. zum Produktivitätsbegriffe auch die Auffassung von

In der wirtschaftlichen Sphäre ist nach A. Smith die menschliche Arbeit produktiv, insofern sie in einem Gegenstande einen Wert fixiert, der durch den Preis realisiert wird und sich auf die Produzenten als Rente, Gewinn, Lohn verteilt. Wir nennen im wirtschaftlichen Sinne „produktiv“ jede menschliche Arbeit, die ein für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nützliches Sachgut beschafft oder darbietet<sup>1</sup>.

Arbeiten, die ihrer Art nach nichtwirtschaftliche sind, verschaffen, nach Gesetz oder Vertrag, häufig ein Einkommen, treten unter dieser letzteren Rücksicht in Beziehung auch zur Volkswirtschaft, z. B. mit Rücksicht auf die Bildung kaufkräftiger Nachfrage usw. Ebenso ist leicht einzusehen, daß die hauswirtschaftliche Verwendung der Güter nicht nur im Hinblick auf das privatwirtschaftliche Bedarfsdeckungssystem privatwirtschaftliche, sondern als allgemeinere Erscheinung auch für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe Bedeutung gewinnen kann.

Kurz, wir werden, ohne die Unterscheidung zwischen spezifisch wirtschaftlichen und spezifisch nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten aus dem Auge zu verlieren, die nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten nicht schlechthin „unproduktiv“ nennen, da sie unmittelbar im Hinblick auf den ihnen eigentümlichen Zweck und innerhalb ihrer Sphäre Erfolge erzielen und mittelbar auch die Produktivität ihrer Art nach wirtschaftlicher Handlungen beeinflussen, ebenso dem privaten Gütererwerb dienen können<sup>2</sup>.

Die Tätigkeit des Lehrers z. B. ist ihrer Art nach eine nichtwirtschaftliche Tätigkeit; sie ist jedoch zunächst, in bezug auf den ihr eigentümlichen unmittelbaren Zweck, insofern „produktiv“, als sie den Geist des Schülers mit Kenntnissen bereichert. Diese Kenntnisse können aber auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Schülers erhöhen, sowohl nach der Seite des objektiven Zweckes wirtschaftlicher Tätigkeit (Deckung fremden Bedarfs in tauschwirtschaftlichen Verhältnissen) als auch nach der Seite des subjektiven Erwerbszweckes. Für den Lehrer selbst wird seine Tätigkeit in dem Maße privatwirtschaftlich produktiv, als ihm ein Gehalt oder ein Lohn in Aussicht steht.

Die Wirtschaftslehre hat es natürlich nur mit den ihrer Art nach und in sich wirtschaftlichen Tätigkeiten und mit der ihnen, im Hinblick auf ihren eigenen Zweck, zukommenden wirtschaftlichen Produktivität unmittelbar zu tun. Sie wird aber auch die Rückwirkung anderer ihrer Art nach nicht-

---

O. Spann, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XXII (1913) 663 ff. Vgl. dazu J. St. Mill, Principles of Polit. Econ. I 1. Ferner M. Siew, Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer im Lichte von Adam Smith, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXVIII (1909) 375; H. Sieveking, Grundzüge der neueren Wirtschaftsgeschichte II (1902) 33 f.; F. Lifschitz, Zur Kritik der Böhm-Bawerschen Werttheorie (1908), Einleitung.

<sup>1</sup> „Produktiv“ kann auch soviel bedeuten wie produzierend. In diesem Sinne verstanden, verfügen alle Handlungen, die als „Produktion“ bezeichnet werden, über „Produktivität“.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Mombert, Die Ökonomie der Arbeitskraft, in Conrads Jahrbücher LIII (1917) 573 ff.

wirtschaftlicher Tätigkeiten, Zustände, Verhältnisse auf den wirtschaftlichen Zweckbereich beachten und anerkennen müssen, wenn ihre Kausalforschung eine vollständige sein soll.

Somit haben wir in der Volkswirtschaftslehre die mannigfachsten und unter sich verschiedensten Einflüsse auf die Produktivität der Volkswirtschaft und auf die volkswirtschaftliche Produktivität der im volkswirtschaftlichen Prozesse tätigen Faktoren anzuerkennen. Die Volkswirtschaft ist eben nicht ein separates funktionelles Teilsystem, dem viel größeren Körper der ganzen staatlichen Gesellschaft eingegliedert; sie steht, wie schon oft betont wurde, in lebendiger Beziehung zum ganzen gesellschaftlichen Sein, zu physischen, psychischen, moralischen Lebensbedingungen der Volksgemeinschaft. Handeln wir im folgenden von dem Einfluß, den z. B. die Arbeitsteilung auf die Produktivität, die Leistungsfähigkeit und die tatsächlichen Erfolge speziell der produzierenden wirtschaftlichen Arbeit hat, so wissen wir wiederum wohl, daß die Arbeitsteilung sich keineswegs auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt, daß sie eine auch andere Gebiete umfassende Erscheinung fortschreitender Kulturentwicklung ist und gerade wieder in dieser ihrer allgemeineren Ausdehnung Bedeutung auch für das engere volkswirtschaftliche Gebiet gewinnt. Aus dem Zusammenhange der Volkswirtschaft mit dem gesamten menschlichen, gesellschaftlichen, staatlichen Leben ergeben sich gewiß nicht geringe Schwierigkeiten für die nationalökonomische Forschung. Andererseits gewinnt die nationalökonomische Wissenschaft sehr an Reiz gerade durch den erhöhten Standpunkt, von dem aus der Nationalökonom das wirtschaftliche Leben der Völker überblickt und allseitig verstehen lernt.

Will man die Produktivität produzierender Arbeit bewerten, dann ist, um es noch einmal zu sagen, nicht bloß Menge und Qualität der Produkte zu berücksichtigen, sondern auch

**7. das Verhältnis zwischen dem Produktionsergebnis und dem Produktionsaufwand.** Die privatwirtschaftliche Produktivität der Einzelwirtschaft bemißt sich nach ihrer Rentabilität; sie ist um so größer, je mehr der Preis die Kosten übersteigt. Die volkswirtschaftliche Produktivität der Einzelwirtschaft nimmt in dem Maße zu, als dieselbe bei gleichen Kosten mehr oder bessere Produkte für die Bedarfsdeckung des Volkes zur Verfügung stellen kann bzw. die gleiche Menge gleicher Güte zu geringeren Kosten.

Private Rentabilität und volkswirtschaftliche Produktivität fallen natürlich nicht immer zusammen. Eine nicht allzu reiche Ernte kann „rentabler“ sein, ist aber gewiß nicht volkswirtschaftlich produktiver als eine solche, bei welcher die Preise sich billiger stellen, wie schon Eugen Dühring<sup>1</sup> bemerkt hat.

---

<sup>1</sup> Kursus der National- und Sozialökonomie (1892) 34.



Die Produktivität der Volkswirtschaft bemißt man durch die Vergleichung der dem Volke verfügbaren direkten oder indirekten Bedarfsdeckungsmittel, des Versorgungszustandes des Gesamtvolkes zu verschiedenen Zeiten. Je mehr an Stoff und Kraft bei den einzelnen Produktionen erspart wird, um so mehr steht für die Deckung anderer Bedürfnisse und im Hinblick auf die Gesamtproduktion für künftige Bedürfnisse zur Verfügung. Erhöhte Wirtschaftlichkeit in der Verwendung von Stoff und Kraft ist eine der Hauptbedingungen einer fortschrittlichen Entwicklung volkswirtschaftlicher Produktivität.

**8. Intensität und Geschicklichkeit der Arbeit.** Der Erfolg der Arbeit ist unmittelbar abhängig von der Intensität der Arbeit und von der Geschicklichkeit, mit der diese durchgeführt wird.

Die Intensität der Arbeit besteht in dem Verhältnis zwischen der Quantität der aufgewendeten Arbeit und der Zeitdauer, innerhalb welcher diese aufgewendet wird. Intensive Arbeit leistet in kürzerer Zeit das gleiche, was weniger intensive Arbeit in längerer Zeit vollbringt<sup>1</sup>.

Die Geschicklichkeit offenbart sich in dem Verhältnis zwischen aufgewendeter Arbeitsenergie und dem erzielten Erfolge. Bei gleicher Intensität wird die durch bessere Kenntnis der technischen Prozesse und durch größere technische Fertigkeit geschicktere Arbeit die weniger geschickte an quantitativem und qualitativem Erfolg übertreffen<sup>2</sup>.

**9. Meßbarkeit der Arbeit<sup>3</sup>.** 1. Man kann die Arbeit messen nach ihrem objektiven Ergebnis, nach der Quantität und Qualität des Produktes. Gleichwohl wird so eher die Produktivität der Arbeit als die Arbeit in sich selbst gemessen. Der persönliche Kraftaufwand, die Willensanspannung, die Mühe usw. wird bei gleichem objektivem Arbeitsergebnis eben sehr verschieden sein können bei verschiedenen Personen und auch bei derselben Person unter verschiedenen Umständen (z. B. in Überstunden anders als in der gewohnten normalen Tagesleistung).

2. Die Wissenschaft hat heute beachtenswerte Methoden zur Bemessung des Ermüdungsgrades ersonnen (Mosso u. a.). Dieselben lassen den persönlichen Aufwand in der Arbeitsleistung erkennen, sind

<sup>1</sup> Jevons (The Theory of Political Economy<sup>3</sup> [1888] 170) sagt: Die Intensität der Arbeiter bedeute entweder die „quantity of work done“, oder „the painfulness of the effort of doing it“. — Über die Schwankungen der Arbeitsintensität der Handarbeiter und die sie beeinflussenden Faktoren vgl. Walter Schmitz, Regelung der Arbeitszeit und Intensität der Arbeit, in Archiv für exakte Wirtschaftsforschung III (1911) 165 ff.

Über den ungünstigen Einfluß des Stellenwechsels auf die Arbeitsleistung vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, N. F. III (1912) 658 ff. Neu eintretende Arbeiter brauchen regelmäßig längere Zeit, bis sie das Maß der Leistungen der ständigen, gut eingearbeiteten Arbeiterschaft erreichen. Vgl. darüber auch Richard Ehrenberg im Thünen-Archiv III, Heft 4, S. 521.

<sup>2</sup> Zum Anteil der Arbeiter am industriellen Aufschwung Deutschlands vgl. Soziale Revue XI (1911) 108. <sup>3</sup> Vgl. Herkner im Grundriß a. a. O. 174 ff.

wertvoll für die Gestaltung der Arbeitshygiene und für die Regelung der Arbeitszeit. Man darf vielleicht aus gleicher Ermüdung auf annähernde Gleichheit der Arbeit „*ceteris paribus*“ schließen. Allein die Ermüdung gehört eben nur zur subjektiven Arbeitsleistung, und sie wird darum auch viele individuelle Verschiedenheiten aufweisen.

3. Eine Bemessung der Arbeit bloß nach der Zeit führt ebenfalls nicht zum Ziele. Sie ist zunächst nur dort anwendbar, wo die gleiche objektive Arbeit vorliegt. Der Weber, der 8 Stunden am Webstuhl arbeitet, hat doppelt soviel Arbeit geleistet wie der Weber, der „*ceteris paribus*“ (d. i. bei gleicher Konstruktion und Gangart des Webstuhles, gleicher Beschaffenheit des Gewebes) nur 4 Stunden arbeitete. Wesentlich verschiedene Arbeiten aber lassen sich gar nicht nach der Arbeitszeit in Vergleich stellen. Man operiert da mit inkommensurablen Größen. Die Arbeiten des Bergmannes, Webers, Malers, Anstreichers usw. lassen sich nicht auf „abstrakt menschliche Arbeit“ zurückführen und dann nach „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“ messen (Marx).

Geistige Arbeit aber, die doch bei jeder Arbeit mittätig ist, kann überhaupt nicht nach der bloßen Zeit bemessen werden. Der Geist arbeitet vor Inangriffnahme der äußeren Arbeit, und er arbeitet weiter, auch wenn die äußere Arbeit vollbracht ist. Das gilt insbesondere von wissenschaftlicher Arbeit, die manchen Forscher überall und stets in Anspruch nimmt.

4. Wenn, was die Handarbeit betrifft, eine Messung durch die im Verkehr entwickelten Lohnsätze vollzogen wird, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß dies eine rein äußerliche, indirekte Schätzung ist; daß ferner der Lohnsatz keineswegs allein nach der Menge und Art der Arbeit sich bemißt, sondern stark beeinflusst wird von der wechselnden Stellung der Parteien auf dem Arbeitsmarkte. „Meistenteils“, so urteilte Herkner (1914)<sup>1</sup>, „ist es den Arbeitern aus eigener Kraft noch nicht gelungen, eine Vergütung für alle mit der Arbeit verknüpften Aufwendungen und Risiken zu erzielen.“

Noch weniger als bei der Handarbeit findet sich bei Arbeiten der liberalen Berufe und des Beamtenstandes ein Gleichgewicht zwischen Arbeitsleistung und Lohn. Mag auch der berühmte Arzt in Behandlung eines Kranken nicht mehr von eigentlicher Arbeit aufgewendet haben als der einfache praktische Arzt, die Wertschätzung beider Leistungen ist doch verschieden und darum auch das Honorar. Für den Beamten aber soll die Gehaltzahlung eine entsprechende Lebenshaltung sichern, dadurch aber die ganze Arbeitsfähigkeit des Beamten dem Inbegriff der Funktionen und Aufgaben seines Amtskreises gewinnen.

Wesentlichste Bedingung des Fortschritts bleibt die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeit und ihrer tatsächlichen

<sup>1</sup> Ebd. 177.

Leistungen. Mit diesem Gegenstande werden wir uns im folgenden zu beschäftigen haben, und zwar zunächst 1. mit den Bedingungen der Produktivität produzierender wirtschaftlicher Arbeit eines Volkes im allgemeinen, und 2. dann mit den individuellen und persönlichen Bedingungen dieser Produktivität; 3. mit der Entwicklung der Arbeitskunst speziell unter dem Einfluß der Arbeitsteilung.

## § 2.

### Territoriale Bedingungen der Produktivkraft eines Volkes.

**Literatur:** Vgl. die Literaturangaben in Bd. II (2. u. 3. Aufl.), Kap. 3, §§ 1—3 (Kap. 4). Insbesondere sei verwiesen auf Max Eckert, *Grundriß der Handelsgeographie* 2 Bde. (1905). — Ders., *Leitfaden der Handelsgeographie* (2. Aufl., 1908). — Ernst Friedrich, *Allgemeine und spezielle Wirtschaftsgeographie* (2. Aufl., 1907). — Ders., *Einführung in die Wirtschaftsgeographie* (1908). — Karl Andrees, *Geographie des Welthandels*. Neu bearbeitet durch Franz Heidereich und Robert Sieger (1909). — Emil Deckert, *Grundzüge der Handels- und Verkehrsgeographie* (4. Aufl., 1908). — Christian Gruber, *Wirtschaftsgeographie*. 2. Aufl., bearbeitet von H. Reinlein (1908). — Friedrich Ratzels *Anthropogeographie*. Bd. I: *Die Erde und das Leben, Politische Geographie, Deutschland*, bearbeitet in 2. Aufl. von Buschick. — M. Haushofer, *Abriß der Handelsgeographie* (5. Aufl., 1907). — Karl Zehden, *Handelsgeographie* (10. Aufl., 1906). — Alfred Hettner, *Grundzüge der Länderkunde von Europa* (1907). — Die geographischen Werke von Albert Scobel. Wilhelm Sievers, Hermann Wagner usw. — Im neuen *Grundriß der Sozialökonomik*: A. Hettner, *Die geographischen Bedingungen der menschlichen Wirtschaft* 2. Abt., 1. Buch. — W. Morgenroth, *Handels- und Wirtschaftsgeographie*. in Rothschilds Taschenbuch (58. Aufl., 1920) 716 ff. — Die geographisch-statistischen Tabellen von Otto Hübner. fortgesetzt von Juraschek. — *The Statesman's Yearbook*. — *Handelsgeographische Atlanten*: von Ebeling und Gruber, von Scobel, von Lehmann und Scobel, von Bartholomew, *Atlas of Commercial Geography* usw. — Die Spezialarbeiten über einzelne Gebiete, z. B.: Sievers über Süd- und Mittelamerika (2. Aufl., 1903). über Asien (1904); W. Kükenthal über Australien, Ozeanien und Polarländer (1902); Fr. Hahn über Afrika (1901); E. Deckert über Nordamerika (1904); Alex. Supan über Österreich-Ungarn; Friedr. v. Hellwald über Frankreich; Gerhart v. Schulze-Gävernitz, Anat. Leroy-Beaulieu über Rußland; G. Steffen über Großbritannien; A. Oppel über die Vereinigten Staaten (1907); auch Fr. Ratzel über die Vereinigten Staaten; J. Rein über Japan; Fr. v. Richthofen über Schantung und seine Eingangspforte Kiautschou; Kurt Hassert über Deutschlands Kolonien usw. Für Amerika noch immer wertvoll Max Sering, *Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas*, in *Gegenwart und Zukunft* 1887. — Einen Auszug aus Pierre Leroy-Beaulieus „*Les États-Unis au 20<sup>e</sup> siècle*“ bietet C. Habicht-Oechslein, *Die Vereinigten Staaten von Nordamerika in ihrer ökonomischen Entwicklung zu Beginn des 20. Jahrhunderts* (1905). — *Auslandswegweiser*, herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv mit Arbeiten von Stichel über Argentinien, von Sapper über tropische und tropennahe Gebiete, von Bieler über Brasilien (1920 ff.) usw.

**1. Die produktiven Kräfte eines Volkes.** Zwei Grundgedanken beherrschen das von Friedrich List entwickelte volkswirtschaftliche System<sup>1</sup>: 1. die Idee der Nationalität im Gegensatz zu der internationalen oder kosmopolitischen Auffassung der klassischen Schule, und 2. die Betonung

<sup>1</sup> Vgl. Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 1, § 4, S. 184 ff. (183 ff.).



der wirtschaftlichen Produktivkräfte, der Notwendigkeit ihrer Erhaltung und Entfaltung. Mit dem letzteren Gedanken beschäftigen wir uns an dieser Stelle.

List warf der Schule Adam Smiths vor, sie habe einseitig die Vermehrung der „Summe der Tauschwerte“ als Ziel in den Vordergrund der Betrachtung gestellt, sie habe sich hauptsächlich mit den Wirkungen des materiellen Austausches beschäftigt statt mit den produktiven Kräften<sup>1</sup>. Die „produktiven Kräfte“ aber finden sich nach List in den religiösen, sozialen, politischen Einrichtungen eines Volkes, in den natürlichen Gaben und Kräften seines Territoriums, in der Volkszahl, in dem geistigen Kapital, den übernommenen Errungenschaften früherer Generationen (Prinzip der Stetigkeit und Werkfortsetzung) usw. Besonders betont List den Einfluß der Manufakturen und Fabriken auf den Wohlstand, die Zivilisation und die Macht der Nationen. Durch die Industrie werde erst eine Masse von Geistes- und Körperkräften, von Naturkräften und Naturfonds, von Instrumentalkräften in Anwendung gebracht, die ohne sie nicht zur Benützung gekommen wären. Auch sei die produktive Kraft der Industrie nicht auf Kosten der Agrikulturkanft erworben, sie sei vielmehr eine neue Kraft, welche auch der Agrikulturkanft zu höherem Aufschwung ver helfe.

Sehen wir von gewissen Einseitigkeiten, Übertreibungen in der List'schen Lehre ab, so bleibt als gesunder Kern derselben die Wahrheit bestehen, daß für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe, die Deckung des Volksbedarfs, in dauernder Weise nicht gebührend gesorgt werden kann ohne bestmögliche Erhaltung und Pflege der produktiven Kräfte, daß die Kraft, jetzt und weiterhin Güter zu schaffen, wichtiger ist als der bloße Besitz bereits gewonnener Güter.

Der größeren Klarheit wegen möchten wir die produktiven Kräfte eines Volkes in zwei Gruppen scheiden. Es sind dieselben Gruppen, die wir schon im zweiten Bande bei der Lehre von den dispositiven Ursachen des volkswirtschaftlichen Lebensprozesses aufgeführt und als elementare Entwicklungsbedingungen jeder Volkswirtschaft erkannt haben. Hier treten uns dieselben als Ursachen und Bedingungen der Produktivität der nationalen Arbeit gegenüber. Es sind 1. die territoriale Ausstattung, deren ein Volk sich erfreut; 2. der Inbegriff der für die Produktion bedeutsamen quantitativen und qualitativen Verhältnisse des Volkes selbst.

<sup>1</sup> Fr. Lists Gesammelte Schriften (Ausg. L. Häusser). Dritter Teil: Das nationale System der politischen Ökonomie (1851) 142 ff. 201 ff. List gibt zu, daß Smith den Unterschied zwischen dem Reichtum und seinen Ursachen und den überwiegenden Einfluß dieser Ursachen keineswegs gänzlich verkannt habe. Er habe indes die Idee „produktive Kraft“, die er in der Einleitung seines Werkes und sonst noch gelegentlich berühre, nicht weiter verfolgt. Smith war eben ein geistvoller Denker, ihm fehlte aber logische Konsequenz. Es ist darum nicht selten ebenso leicht, ihn zu tadeln, wie ihn zu loben und zu verteidigen. Vgl. List a. a. O. 143. — „Die Prosperität einer Nation“, sagt List, „ist nicht, wie Say glaubt, um so größer, je mehr sie Reichtümer, d. h. Tauschwerte aufgehäuft, sondern je mehr sie ihre produktiven Kräfte entwickelt hat.“

2. Die physische Beschaffenheit des Wohngebietes, seine Fähigkeit, Menschen, Pflanzen, Tiere zu beherbergen, ihnen eine gedeihliche Entwicklung zu ermöglichen, hängt zunächst wesentlich ab von klimatischen Verhältnissen, d. i. von der Gesamtheit der atmosphärischen Bedingungen eines Landes. Die Vegetationsdecke des Bodens, seine größere oder geringe Fruchtbarkeit, der üppige, vor Stürmen geschützte Talgrund, dürre Steppen und Wüsten usw., alles dies führt sich auf klimatische Einflüsse zurück. Insbesondere aber ist das organische Leben, sind Pflanzen, Tiere, Menschen in ihrem Dasein, ihrer Entwicklung, ist insbesondere das produktive Wirken des Menschen durch klimatische Verhältnisse von außen und von innen, objektiv und subjektiv bedingt (Bd. II, Kap. 4, § 1)<sup>1</sup>.

Wie vom Klima, so bleibt die Produktion in ihrer Leistungsfähigkeit von der Beschaffenheit des Territoriums, auf welchem ein Volk wohnt oder welches es beherrscht, in vielfacher Hinsicht abhängig: von seiner Gestalt, Lage, Ausdehnung, von der Qualität seines Bodens, von orographischen, hydrographischen, geologischen Besonderheiten usw. Die agronomische Beschaffenheit der Oberfläche und des Untergrundes, die Tiefe der Ackerkrume, die Mischungs-, Schichtungs-, Lagerungsverhältnisse der Bodenbestandteile bedingen die Art der Bodenbearbeitung, die Qualität und Menge der Ertragnisse. Besonders stark beeinflusst wird die wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes durch die Bodenschätze. Kohle, Eisen usw., über welche es verfügt. Unverkennbar ist ferner der Wert von Flüssen und Seen im Wirtschaftsleben. Sie dienen als natürliche Verkehrsstraßen, als Leitlinien und Wegweiser für die Erschließung der Länder, als Lieferanten nützlicher Naturprodukte, sie bieten billige Triebkraft, die unmittelbar ausgenützt oder in Elektrizität umgesetzt werden kann. Hier eröffnen sich für die Zukunft neue und wichtige Aussichten.

Bis heute wurden unsere Heiz- und Kraftquellen noch wenig wirtschaftlich ausgenutzt. Die volkswirtschaftlichen Kosten sind übergroß, nicht nur bei der Verwendung der Kohle zu Heizzwecken in den Öfen der Wohnungen, auch die besten Dampfmaschinen vermögen nicht einmal 20% der in der Kohle steckenden Kraft in „Arbeit“ umzusetzen. Zwar wurde ausgerechnet, daß trotz des heutigen Raubbaues — jährlich werden fast eine Milliarde Tonnen Kohle der Erde entnommen, in Deutschland vor dem Weltkriege 250 Millionen Tonnen — die Kohlenschätze noch jahrhundertlang ausreichen dürften. Die Menschen dürften sich aber klugerweise schon frühzeitig nach andern Kraftquellen umsehen müssen, die auch weiter steigenden Anforderungen genügen können. Solche Kraftquellen, die für eine unabsehbare Zukunft ausreichen, bietet das Wasser mit seinen Niveauunterschieden („weiße Kohle“), und zwar nicht nur in den Wassertällen der

<sup>1</sup> Der Mensch kann in Werchojansk (im Januar mittlere Temperatur — 53°) und in Massaua (einem der heißesten Orte der Welt: italienische Kolonie Erythräa) leben, aber sein Wirtschaften ist dort beschränkt.

Gebirge, in den größeren Höhenunterschieden, welche Flüsse hier und dort aufweisen, liegen erhebliche Mengen von „Pferdekraften“ verborgen, auch das langsam fließende Wasser großer Flüsse enthält in seiner Bewegung eine unerschöpfliche Kraftquelle, die durch geeignete Anlagen (Kanäle, Stauwehren) zur Erlangung eines tieferen Gefälles nutzbar gemacht werden können. Den Beweis hierfür haben schon die schweizerischen Kraftwerke bei Rheinfelden, Augst-Wyhlen, Laufenburg, Eglisau geliefert, während neue große Anlagen geplant sind. Für die Schweiz ist so der Rhein schon eine Großkraftquelle ersten Ranges geworden<sup>1</sup>. Neuerdings spricht man auch wieder von einer Ausnutzung der Gezeiten, des Wechsels von Ebbe und Flut, dann ebenfalls von neuen Formen der Kohlenbehandlung, um mehr aus ihr herauszuholen, als bisher möglich war.

Die vertikale Gliederung eines Landes ferner mit ihren Großformen der Gebirge und Ebenen, den Kleinformen von Berg und Tal bestimmt die Möglichkeiten menschlicher Niederlassungen, erleichtert oder erschwert die Entwicklung von Handel und Verkehr. Ein großer Vorzug für ein Land ist es sodann, wenn seine Küste reich gegliedert. Meeresnähe gewährt die vorteilhafte Möglichkeit unmittelbarer Teilnahme am Weltverkehr. Hochsee- und Küstenfischerei können zur Grundlage der wirtschaftlichen Existenz für einen größeren Bestandteil des Volkes werden, nachdem die Produkte der Seefischerei mehr als früher zur Volksernährung verwendet werden. Ebenso ist auch die Beschaffenheit der Nachbarländer, ihre wirtschaftliche Lage und Kultur, der Charakter ihrer Bevölkerung, von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die ökonomische Entwicklung eines Volkes. Größe und Umfang des eigenen Territoriums sodann gewährt regelmäßig größere Selbständigkeit gegenüber dem Auslande,

<sup>1</sup> Rehbock (Karlsruhe) schätzte die theoretische Rohenergie des auf der ganzen Erdoberfläche abfließenden Wassers auf 8 Milliarden Pferdestärken. Würde hiervon auch nur der 16. Teil lohnend ausgenutzt, so würden immerhin 500 Millionen dauernd wirkender Pferdestärken gewonnen werden. Das wäre ein Energiebetrag, der den aus der Kohlenförderung z. B. des Jahres 1907 (1000 Millionen t) mehr als das Zehnfache überstiege. Nach einer Denkschrift der obersten Baubehörde verfügte Bayern (vor etwa einem Dezennium) noch über 300 000 ungenützte Pferdestärken (neben 100 000 genützten) an den öffentlichen Gewässern, und an den Privatflüssen um über mindestens ebenso viele. Baden kann am Oberrhein rund 200 000 Pferdestärken gewinnen. In seinen Schwarzwaldausflüssen hat es eine weitere Kraft von 220 000 Pferdestärken (Zeitschrift für Sozialwissenschaft XI [1908] 710 f.). Für Bayern insbesondere wird die Ausnutzung der Wasserkräfte größte Bedeutung erlangen können. Bayern ist ein kohlenarmes Land. Die Steinkohlengruben von Hauchem und Agatharied in der Tertiarformation am Fuße der Alpen liefern nur geringe Ertragnisse, so ebenfalls der Braunkohlenbau bei Schwandorf und Regensburg. Auch von den Kohlen Schwabens wird keine wesentliche Änderung zu erhoffen sein. Es wäre darum für Bayern sehr vorteilhaft, wenn die Ausnutzung der großen Wasserkräfte (Strecken des Lech, des Inn, der Isar, die Kräfte des Ilz- und Ohegebietes, die Walchenseekraft, die Frankenwaldbäche, Strecken der Loisach, Alz) einen Ersatz für die seltene Kohle bieten würden. 1910 wurden als ausnutzbar in dem Flußgebiet südlich der Donau im Mittel 567 500 Pferdekraften berechnet, für Nordbayern nördlich der Donau 20 300, zusammen also 587 800 Pferdestärken (Köln. Volkszeitung 57. Jahrg. [1916], Nr. 929, 18. Nov.).



insofern die Ausdehnung und Ausdehnbarkeit der Kulturfäche, der Reichtum an Bodenschätzen usw. stärkere Quellen für die Bedarfsdeckung mit eigenen Landesprodukten eröffnet, zugleich die Möglichkeit erweitert, durch Produktion von Tauschgütern ausländische Erzeugnisse zu erwerben. Die kräftigsten und wirtschaftlich höchststehenden Völker haben im Laufe der Geschichte meist auch kolonisationsrisch sich betätigt. Wirtschaftliche Gründe, die zur Kolonisation führen, sind namentlich eine gewisse Beengung in der Heimat, Mangel an anbaufähigem Boden, relative Übervölkerung, das Verlangen, sich wertvolle Rohstoffe zu sichern, die Ansammlung starker Kapitalkräfte, für welche die Kolonien eine lohnende Verwendung bieten können usw.

Die territorialen Bedingungen der produktiven Kraft werden keineswegs im vollen Umfange willkürlicher Einwirkung und Verbesserung zugänglich sein. Insofern bildet die Abhängigkeit von der natürlichen Umwelt einen konstanten Faktor. Man kann sich gegen schädliche Einflüsse des Klimas schützen, das Klima selbst zu ändern vermag der Mensch nicht. Und doch, die Steigerung der Fruchtbarkeit des Bodens, eine Umwandlung öder Strecken in fruchtbares Ackerland ist, mit Benutzung der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen, durch Fleiß und Geschicklichkeit in größerem Umfange zu erreichen. Der Mensch kann, wie gesagt, die Fluten der Bergwässer und Wasserfälle, Niveauunterschiede der Ströme, sich dienstbar machen, kann die Schiffbarkeit der Flüsse erhöhen, Fluß- und Seehäfenanlagen, ihre Verkehrsanlagen verbessern, inländische und interozeanische Kanäle bauen. Er kann Berge durchbohren, Kommunikationswege aller Art anlegen, die Meere mit Kabeln durchqueren, kann Seen trocken legen (Haarlemer See in Holland, Sümpfe im russischen Gouvernement Minsk), kann über die Grenzen der Heimat hinaus in kolonialen Gebieten eine Stätte der Siedelung, eine Quelle wirtschaftlicher Wohlfahrt suchen. Wo Weisheit und Strebsamkeit sich vereinen, werden die verschiedenen Möglichkeiten einer Steigerung der nationalen Produktivkräfte wirtschaftlich vollkommen ausgenutzt.

Man darf auf einzelne Beispiele hinweisen, in denen die Volkswirtschaft eines Landes eine Entwicklung aufweist, die sich zum Teil von den natürlichen Produktionsbedingungen emanzipiert<sup>1</sup>. Wir erinnern an das ägyptische Bewässerungssystem, das die ägyptische Landwirtschaft gegen die Einwirkung des Klimas geschützt hat. Ferner an die ägyptische Zigarettenindustrie, für welche die natürlichen Bedingungen im Lande selbst zu fehlen scheinen. Italien erlebte einen großen industriellen Aufschwung, trotzdem es nicht über eigene Kohlen verfügt. Die Schweiz hat kein Eisen und keine Kohle. Und doch entwickelte sich dort Schwerindustrie, Metallindustrie, Maschinenindustrie usw. Aber all dies stellt doch nicht den Vorzug einer glücklichen Naturlausstattung in Schatten.

<sup>1</sup> Grunzel, Irrtum über die Produktivkräfte, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XX (1911) 471 ff.

Übergroßer Reichtum an territorialen Gütern kann die Gefahr der Verschwendung mit sich bringen. In Amerika, einem Lande, das unerschöpfliche Schätze zu besitzen glaubte, und wo man bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts mit den Naturgaben geradezu Raubbau getrieben, wurde es erst spät dem Volke offenbar, daß die nationalen Schätze der Wälder, der Bergwerke, der Flüsse ganz anders bewahrt und benützt werden müssen, wenn die nationale Wohlfahrt auch für die Zukunft gesichert werden soll.

Wir haben gegenüber der „klassischen“ Schule der Nationalökonomie die geschichtliche Erfassung des Wirtschaftslebens, die Betonung der Relativität und Wandelbarkeit wirtschaftlicher Verhältnisse und Erscheinungen als einen großen Fortschritt volkswirtschaftlicher Erkenntnis bezeichnet, wenn wir auch nicht einseitig in der Volkswirtschaftslehre bloß eine „historische“ Wissenschaft erblicken konnten. Die Volkswirtschaftslehre wird aber nicht wenig gewinnen können, wenn sie mehr als bisher die wirtschaftsgeographischen Bedingungen der einzelnen Völker in ihren Besonderheiten in den Kreis ihrer Betrachtung zieht. Es zeigt sich dann, in welchem Grade die verschiedenen Länder geographisch und physikalisch Individualitäten sind<sup>1</sup>, wie schon dieser geographischen und physikalischen Besonderheiten wegen die Volkswirtschaft verschiedener Länder sehr verschieden sich gestaltet, und wie auch die Volkswirtschaftspolitik nicht überall dem gleichen Schema folgen kann. Jedes Volk wird vielmehr seine Wohlfahrt unter Berücksichtigung seiner besondern Verhältnisse und der ihm gebotenen konkreten Möglichkeiten suchen müssen. Um diesen Gedanken zu beleuchten, wollen wir im folgenden einen wenigstens kurzen Überblick über die wirtschaftsgeographischen<sup>2</sup> Verhältnisse der verschiedenen Erdteile und Länder zu gewinnen suchen. Die geographischen Tatsachen kommen dabei für uns an dieser Stelle unter dem Gesichtswinkel der wirtschaftlichen Produktivkräfte, die sich aus jenen ergeben, in Betracht.

Um Wiederholungen zu vermeiden, fassen wir hier die Produktion im weiteren Sinne, mit Einschluß von Handel und Verkehr, ins Auge.

**3. Europa**, der zweitkleinste<sup>3</sup> unter den Kontinenten — seiner physischen Beschaffenheit nach wie eine große, dem  $4\frac{1}{2}$  mal größeren Asien vorgelagerte Halbinsel —, bildet seit Jahrtausenden ein einheitliches Kulturgebiet von hoher und vielseitiger ökonomischer Leistungsfähigkeit, von beherrschender Stellung in Weltwirtschaft und Weltverkehr. Fragen wir nach den Gründen oder Grundlagen dieser für den Europäer erfreulichen Tatsache, dann kommen hierfür

<sup>1</sup> Vgl. A. Wagner, Theoretische Sozialökonomik I 113.

<sup>2</sup> Auch die Namen Kulturgeographie, Handels-, Verkehrsgeographie usw. sind in Gebrauch.

<sup>3</sup> Mit dem gesamten Ural, Kaukasus, den polaren Inseln (doch ohne Franz-Josephs-Land) umfaßt Europa nur 7,8% der Fläche des gesamten Festlandes und nur 2% der ganzen Erdoberfläche.

**4. die Vorzüge der wirtschaftsgeographischen Ausstattung Europas** ganz besonders in Betracht: seine klimatische Begünstigung, die vorteilhafte Gliederung und Reliefgestaltung, seine Weltlage usw.

Unter den in gleicher geographischer Breite gelegenen Ländern hat Europa zunächst

die relativ günstigsten klimatischen Verhältnisse. Nicht als ob die Temperatur und die Niederschläge für ganz Europa dieselben Vorzüge aufwiesen. Der Westen und Nordwesten des Kontinents nimmt teil an der Wärme, die der Golfstrom vermittelt. Im Süden mildert das Mittelmeer die winterliche Kälte, indem es nur langsam seine im Sommer aufgesogene Wärme abgibt. Der Osten dagegen hat Landklima mit kaltem, langem Winter und heißem Sommer. (Edinburgh in Schottland hat mit Seeklima 15°, Moskau 19° Sommertemperatur. Die Wintertemperatur beträgt für Moskau im Januar — 11°, für Edinburgh + 2° C.) In der Richtung von Nord nach Süd gibt es natürlich stärkere Temperaturunterschiede. Die Jahresisotherme für 18° C läuft an der Nordküste Siziliens entlang durch den nördlichen Teil Südgriechenlands; die Jahresisotherme für 10° C kommt vom mittleren Irland zur Rheinmündung, läuft dann über Wien zur Nordküste des Schwarzen Meeres. Die nördlichste Stadt Schwedens: Haparanda am Bottnischen Meerbusen, und die russische Stadt Archangelsk, an dem Absturz der Dwina ins Weiße Meer, haben eine Jahrestemperatur von 0°. Noch höher in dem Norden über Haparanda hinaus und auf der Halbinsel Kola (im russischen Gouvernement Archangelsk), schon innerhalb der polaren Zone, beträgt die mittlere Jahrestemperatur 1—2° unter Null.

In Südosteuropa, von Odessa an bis zum Uralfluß, ergeben die jährlichen Niederschläge nur 100—400 mm. Auch auf der Balkan- und Pyrenäenhalbinsel sowie in Ungarn finden sich einzelne trockene Striche. Sonst aber fehlt im allgemeinen nirgends das zum Bodenanbau erforderliche Maß atmosphärischer Feuchtigkeit. In weiten Gebieten von Mittel- und Osteuropa betragen die Niederschläge zwischen 400—700 mm pro Jahr. Wo Meerklima vorhanden, da sind sie natürlich ergiebiger. Im Südwesten Irlands, dem westlichen England, meist auch am Westrande Skandinaviens, an der spanischen Nord- und portugiesischen Westküste, am Westgestade der Adria, an der Südosteecke des Schwarzen Meeres übersteigen die Niederschläge jährlich 1000 mm.

Die reiche Küstengliederung, die Mannigfaltigkeit der Inselwelt, die südliche und westliche Lage und Wegbarkeit der Gebirge, das Vorherrschen des Tieflandes, alles dies erleichtert den Handel und Verkehr nach innen und außen. Die Flüsse Europas erreichen nicht das Riesenhafte der Ströme Asiens, Amerikas, Afrikas. Eine Reihe größerer Ströme ergießt sich überdies in vom Ozean getrennte Meere, Wolga und Ural in den Kaspi-See, Dnjepr und Donau in das Schwarze Meer. Aber für die von ihnen durchzogenen Gebiete erleichtern sie doch die Personen- und besonders die Warenbewegung. Andererseits ist die Mannigfaltigkeit der europäischen Stromsysteme, der Umstand, daß die Flüsse verschiedenen Richtungen folgen, von allen Windrosen in das Herz des Kontinents führen, die leichte Durchstechbarkeit der meist niedrigen Wasserscheiden und dadurch die Möglichkeit einer Verbindung der großen Flußsysteme durch Kanäle von außerordentlichem Vorteil für die wirtschaftliche Entwicklung. Bei der westlichen und nordwestlichen Neigung von Westeuropa (zwischen dem Golf von



Biskaya und dem Weichselland) stellen sich die Stromgebiete der Garonne, Loire, Seine, der Maas und des Rheines, der Elbe, Weser, Oder, Weichsel als Hinterländer des Atlantischen Ozeans, der Nord- und Ostsee dar. Vor allem der Rhein wurde von alters her zur Handelsstraße für einen umfassenden internationalen Verkehr.

Genießt Europa durch seine reiche, tief eingreifende Gliederung und Aufgeschlossenheit die Vorteile ozeanischer Lage<sup>1</sup>, so verschafft und sichert ihm auch seine Weltlage eine hervorragende Qualifizierung und Bedeutung für den Welthandel.

Die Verteilung von Wasser und Land ist so ungleich auf der Erdoberfläche, daß man die Erde in zwei Halbkugeln zerlegt denken kann, von denen die eine meist Land, die andere meist Wasser in sich schließt. Europa liegt nun nahe der Mitte der Landhalbkugel. Dadurch verfügt der europäische Kaufmann über die beste Geschäftslage für den Weltverkehr (E. Deckert). Er kann verhältnismäßig leicht und schnell diejenigen Punkte erreichen, wo er Naturprodukte aufnehmen und Fabrikate absetzen möchte. Fährt man doch (1906)<sup>2</sup> von Cuxhaven oder Bremerhaven nach Neuyork in bloß 8, von Hamburg nach Buenos Aires in 27, von Southampton nach der Kapstadt in nur 16, von London nach Bombay in 23 Tagen.

Indem Europas Völker bestrebt waren, die natürliche Ausstattung ihres Erdteiles sich zunutze zu machen, wurde unser Erdteil zum Ausgangs- und Zielpunkte einer außerordentlich starken Güterbewegung. Namentlich für alle Produkte des Klein- und Großgewerbes ist Europa zu einer Werkstätte der Welt geworden, wenn ihm auch allmählich mächtige Konkurrenten erstanden sind.

Nicht mit Unrecht hat Franz List einst auf den Zusammenhang zwischen der Manufaktorkraft und dem Kolonialbesitze hingewiesen. Agrikulturnationen fehlen in der Regel die Mittel, Kolonien anzulegen. Sie haben jedenfalls nicht die Macht, jene auf die Dauer zu behaupten. Was sie anderseits bieten können, besitzt die Kolonie meist schon selbst. „England verdankt seinen unermesslichen Kolonialbesitz“, sagt er<sup>3</sup>, „einzig und allein seiner überwiegenden Manufaktorkraft. Wollen auch die andern europäischen Nationen an dem gewinnreichen Geschäft teilnehmen, wilde Länder zu kultivieren und barbarische oder wieder in Barbarei versunkene Nationen alter Kultur zu zivilisieren, so müssen sie damit anfangen, ihre inneren Manufaktorkräfte, ihre Schifffahrt und ihre Seemacht auszubilden. Und sollten sie in diesen Bestrebungen durch die Manufaktur-, Handels- und Seesuprematie verhindert werden, so liegt in der Vereinigung ihrer Kräfte das einzige Mittel, dergleichen ungebührliche Ansprüche auf das Gebührliche zu reduzieren.“ Der britische Imperialismus<sup>4</sup> war im Sinne Lists nicht erst zukünftiges Ziel Englands, sondern zu seiner Zeit schon Tatsache der Gegenwart, deren Berechtigung anzuerkennen er nicht gesonnen war. Die englische Meeresbeherrschung galt

<sup>1</sup> Mehr als die Hälfte der Gesamtfläche Europas liegt in nur 0—250 km Entfernung von der Küste. Der mittlere Küstenabstand beträgt für die Länder Europas 340, für jene Nordamerikas 470, Südamerikas 550, Asiens 780 km.

<sup>2</sup> Die Zahlen ändern sich, die Fahrtzeiten verkürzen sich noch weiter.

<sup>3</sup> Das nationale System der politischen Ökonomie (Lists gesammelte Werke von Häusser II [1850] Kap. 22, S. 268 f.).

<sup>4</sup> Über die verschiedenen Arten des Imperialismus und speziell über den maritimen Imperialismus Englands vgl. Bd. III, Kap. 6, § 1, S. 875 ff.

ihm aber keineswegs als unveränderliches Ergebnis eines klimatisch-geographisch-ethnographischen Gesetzes. Nicht England allein war in seiner Auffassung die Generalwerkstätte der Welt. Er sah in allen westeuropäischen wie amerikanischen Kulturstaaen der gemäßigten Zone die berufenen Vertreter der modernen industriellen Produktion. Tatsächlich hatten sich ja denn auch neben England noch Holland, Belgien, Frankreich, das alte Deutschland vor dem Weltkriege als Industrie- und Handelsstaaten behauptet unter Verwertung der natürlichen Verhältnisse ihrer Gebiete (maritime Lage, Bodenschätze usw.) und ihres Kolonialbesitzes.

**5. Deutschland**<sup>1</sup>. Deutschlands Ausdehnung<sup>2</sup>, die Mannigfaltigkeit der Bodenformen, die Nähe oder die Ferne des Meeres, der Wechsel zwischen Tiefland und Hochgebirge könnte bezüglich des Klimas größere Verschiedenheiten vermuten lassen, als tatsächlich vorhanden sind. Sehen wir von den höheren Berglandschaften ab, so beträgt der Unterschied der mittleren Jahrestemperaturen doch nur etwa 4° C. Bayern und Schwaben sind dabei kühler als Friesland und Holstein. Die tellurische Regel, daß der Süden wärmer, erleidet hier nämlich dadurch eine Korrektur, daß Deutschlands Relief von den Alpen her eine Abdachung nach Norden hin aufweist, daß kalte Luftströme von den Firsten der südlichen Berge sich über die benachbarten Gelände nordwärts verbreiten, während im Norden Golfstrom und Seeklima eine Milde des Klimas herbeiführen, die an sich der geographischen Breite allein nicht entsprechen würde. Stärkere klimatische Gegensätze finden sich dagegen in der Richtung von Westen nach Osten. Im Weichsel- und Oderstromlande lassen sich schon deutlich die Wirkungen des osteuropäischen Landklimas verspüren. Die wärmste Gegend innerhalb Deutschlands ist die Oberrheinische Tiefebene im Mündungsgebiet des Neckars und Mains mit 10° C mittlerer Jahrestemperatur. Das ostpreußische Seenplateau mit dem Spirdingsee (118 qkm) ist das kälteste Gebiet (bis herab zu 6° mittlerer Jahrestemperatur). In Nordwestdeutschland beträgt der Unterschied zwischen dem kältesten und wärmsten Monat 15—17°, in Mitteldeutschland 17—18°, in Süddeutschland 18—19°, in Ostdeutschland 19—22°.

Die Regenmenge beträgt im Durchschnitt für das gesamte Deutsche Reich 71 cm, für Norddeutschland 61 cm, für die mitteldeutschen Berglandschaften 69 cm, für Süddeutschland 82 cm. Im Schwarzwald erreichen die Niederschläge 139 cm, im Harz 150 cm (Brockengipfel 170 cm), im Riesengebirge 130 cm, im Böhmer- und Bayerischen Walde 120 cm. Auch in dem deutschen Alpengebiete, vom Bodensee bis Salzburg, ist die Regenmenge ziemlich beträchtlich. Wie meist sonst auf der Erde, hängt ebenfalls hier die Regenmenge von der Höhe der verschiedenen Gebiete ab. Die regenreichen Winde kommen in Deutschland von West und Nordwest. Die Westseiten unserer Bergländer, die den Regenwinden zugekehrt sind, erhalten daher höhere jährliche Niederschläge als die Ostseiten. Ferner verlieren die Regenwinde in den westlich vorgelagerten Gebieten schon ein gut Teil ihres

<sup>1</sup> M. Eckert, Handelsgeographie II (1905) 13—96. Chr. Gruber, Deutsches Wirtschaftsleben (1902). Ders., Wirtschaftliche Erdkunde (1906) 37—59. Friedrich, Allgemeine und spezielle Wirtschaftsgeographie<sup>2</sup> (1907) 173 ff.

<sup>2</sup> Deutschland liegt zu beiden Seiten des mitteleuropäischen Zeitmeridians (15° östl. L. v. Gr.), fast genau in dem von diesem Meridian nach O. und W. beherrschten Zeitzonestück (6° bis 23° östl. L. v. Gr.). Rund eine Stunde beträgt der Zeitunterschied zwischen Ost- und alter Westgrenze (Eckert a. a. O. II 13).

Feuchtigkeitsgehalts. So nimmt der Hunsrück dem Westerwald den Niederschlag vorweg. Auch die Eifel und das Hohe Venn (nordwestlich der Eifel) nehmen viel Regen auf. Daher kommt es, daß im oberen, zum Teil mittleren Rheintal sowie im unteren Moseltal eine gewisse Regenarmut sich zeigt. Das Maximum der Niederschläge fällt für diese Gebiete in das Winterhalbjahr. Ein breites Trockengebiet mit vorwiegend Sommerregen findet sich ebenfalls in dem östlichen Niederdeutschland. Dort ist die Abnahme des Einflusses des Meeres, von Westen nach Osten hin, Grund der weniger reichen Niederschläge.

Überschaut man Deutschlands Konfiguration mit einem Blick, so stellt es sich als nördliche Abdachung der Alpen zum Meere hin dar („vom Fels zum Meer“!). Doch ist das Bild nichts weniger als einförmig. Berg und Tal, Hochebene und Tiefland, Äcker, Wiesen, Weiden, Wald wechseln in lieblicher Mannigfaltigkeit miteinander ab. Die Bodengestaltung<sup>1</sup> in ihrer reichen Verschiedenheit ist natürlich von dem größten Einfluß auf die Besonderheiten im deutschen Wirtschaftsleben. — Beginnen wir mit den deutschen Alpen (d. i. den nördlichen Voralpen der eigentlichen Alpen). Westlich sind es die Allgäuer Alpen, in der Mitte die Bayrischen Alpen (Zugspitze, Deutschlands höchster Berg, 2964 *m*), östlich die Berchtesgadener Alpen. Es folgt die oberdeutsche oder schwäbisch-bayrische Hochebene. Sie fällt vom Fuße der Alpen (600—700 *m*) langsam nach Norden zur Donau hin ab (Passau 290 *m*, sonst 350 *m*). Die mittlere Erhebung beträgt 490 *m* (München 511 *m*). Im Norden finden sich teilweise Versumpfungen (Moos oder Ried genannt), so namentlich bei Erding und Dachau, am unteren Lech (Donauried). Zu den Landschaften der deutschen Mittelgebirge sodann gehören in Süddeutschland: die oberpfälzische Hochebene, der Böhmer- und der Bayrische Wald, der deutsche Jura, das schwäbisch-fränkische Stufenland, der Schwarzwald, der Odenwald und Spessart auf der einen Seite, der Wasgenwald und die Hardt auf der andern Seite der Oberrheinischen Tiefebene. In Mitteldeutschland gehört hierhin: das niederrheinische Schiefergebirge (Hunsrück, Eifel, Taunus, Westerwald, Sauerland), das hessische Bergland (Vogelsberg, Rhön, Hohe Meißner), das Weserbergland (Erzgebirge, Teutoburger Wald, Wiehen- und Wesergebirge), Harz, Thüringer- und Frankenwald, Fichtelgebirge, Erzgebirge, Sudeten (Riesengebirge, Glatzer Bergland). Schließlich das norddeutsche Tiefland, das fast die Hälfte des Deutschen Reiches einnimmt und den ganzen Norden Deutschlands ausfüllt, ist nicht völlig eben, sondern von flachen Wellen und breiten Landrücken vielfach durchzogen.

Für den Handel und Verkehr ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß Deutschlands wichtigste Flüsse<sup>2</sup> der nördlichen Abdachung des Kontinentes folgen, die am meisten zum Verkehr sich eignenden in die Nordsee fließen und so die Verbindung mit dem Atlantischen Ozean erleichtern. Der menschliche Fleiß bringt hier andauernd noch Verbesserungen, Regulierungen an. Für unsern kurzen Überblick möge es genügen, die Verhältnisse um die Wende des Jahrhunderts zu zeichnen.

Der Rhein (1320 *km* lang), die vorzüglichste Wasserstraße Deutschlands, erlaubte den Verkehr von Seeschiffen bis Köln<sup>3</sup>. Die Mosel war von Toul an

<sup>1</sup> Genauere Angaben bei M. Eckert a. a. O. II 15 ff.

<sup>2</sup> Ebd. II 30 ff.

<sup>3</sup> Karl Kollbach. Die Bedeutung des Rheins für das Handels- und Verkehrsleben Westdeutschlands, in Köln. Volkszeitung 48. Jahrg. (1907), Nr. 689. Die Vertiefung der



schiffbar, die Saar von Saargemünd, der Main von dem Einfluß der Regnitz, der Neckar von Cannstadt an. Durch Schleusen wurde die Ruhr von Witten an und die Lippe von Lippstadt an dem Verkehr dienstbar gemacht. Die ganze schiffbare Strecke des Rheingebiets betrug 2691 *km*. Manche Nebenflüsse des Rheines sind auch wenigstens für Flößerei geeignet. — Mit dem Einfluß der Moldau wird die Elbe (1154 *km*) schiffbar. Sie beansprucht an Wichtigkeit die zweite Stelle unter den deutschen Wasserstraßen. Von deutschen Nebenflüssen sind für den Schiffsverkehr von Bedeutung die Saale mit der Unstrut, die Havel mit der Spree (Havel-Wasserstraße, durch Natur und Kunst dem Verkehr dienstbar gemacht), die Schwarze Elster usw. Die Gesamtlänge der schiffbaren Strecken des Elbgebietes betrug 3110 *km*. Die Küstenflüsse nördlich der Elbe (Eider usw.) waren für 313 *km* schiffbar. — Die Ems (450 *km* lang) wurde schiffbar bei Greven. Das Emsgebiet hatte (ausschließlich Dortmund-Emskanal mit 283 *km*) schiffbare Strecken von 1295 *km*. — Bei Wanfried war die Weser (bis zur Werraquelle<sup>1</sup> 712 *km* lang) schiffbar, ihr Nebenfluß Fulda von Bebra an. Die Hunte, die in der Mündung mit der Weser sich vereint, konnte bis Oldenburg von Seeschiffen mit 3 *m* Tiefgang benutzt werden. Andere Nebenflüsse dienten ebenfalls der Schifffahrt, die Aller von Celle an, die Leine von Hannover. Auch die Wümme mit Hamme und Geeste sind der Schifffahrt teils durch künstliche Nachhilfe dienstbar geworden. 1036 *km* lang waren die schiffbaren Strecken des Wesergebietes. — Die kleinen Flüsse der Ostseeküste waren wenigstens auf ihrem unteren Laufe schiffbar, so die Trave, Warnow, Recknitz, Peene, Ucker. — Die Oder (1020 *km* lang) erforderte häufige Regulierungsarbeiten, da sie zu schwach ist, ihre eigenen Schuttmassen fortzuschaffen. 772 *km* der Oder waren schiffbar (von Ratibor, bei günstigem Wasserstand von Oderberg an Frachtverkehr). Von den Nebenflüssen kamen für den Schiffsverkehr in Betracht die Glatzer und Görlitzer Neiße (nur 15 *km* vor der Einmündung), die Warthe mit der Obra und Netze, die Ihna (von Stargard an). Die Gesamtlänge der auf deutschem Gebiet schiffbaren Strecken betrug 2276 *km*. — Im alten deutschen Weichselgebiete ferner waren nur 540 *km* für die Schifffahrt tauglich. Von den Mündungsarmen der Weichsel seien als wichtigste erwähnt Nogat, Schiewenhorstmündung, namentlich aber Neufahrwasser bei Danzig. — Die Küstenflüsse des Frischen Haffs lieferten für den Schiffsverkehr 32 *km* (Passarge von Braunsberg an). — Im Pregelgebiet gab es 230 *km* schiffbare Strecken, dazu die sog. „Masurischen Wasserstraßen“ mit 164 *km*. Das Memelgebiet hatte 330 *km* schiffbare Strecken. — Die Donau gehört nur mit 581 *km* dem Deutschen Reiche an. Sie wird bei Ulm nach Ausnahme der Iller schiffbar. Lebhafter ist der Verkehr erst von Regensburg an. Von den Nebenflüssen sind Regen, Iller, Lech, Isar nur flößbar, Inn mit Salzach, Naab, Altmühl auch schiffbar. Auf deutschem Boden betrugen die schiffbaren Strecken 778 *km*<sup>2</sup>.

Rinne durch Regulierungsarbeiten hat einen zu schnellen Wasserabfluß bewirkt. Im preußischen Abgeordnetenhaus schlug der Abgeordnete für Bonn, Felix Hauptmann, die Anlegung von Wasserreservoirs vor, um eventuell nachzuhelfen (Februar 1908). Jetzt Schifffahrt Köln-London.

<sup>1</sup> Der Oberlauf der Weser heißt Werra.

<sup>2</sup> Für Bayern insbesondere (aber auch sonst, z. B. im Rheingebiet) ist die Entwicklung des Wasserkraftausbaues von größter Bedeutung. Der Streit, ob Wasserkraft oder Wasserkraft vorzuziehen sei, scheint sich zugunsten der Wasserkraft zu entscheiden, nachdem die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Verwendung von

Für 1903 berechnete das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ die Länge der eigentlichen Schiffahrtskanäle in Deutschland auf 2073,8 *km*. Davon kamen auf das Emsgebiet 587,5 *km*, auf das Rheingebiet 418,6 *km*, auf die märkischen Wasserstraßen 383,8 *km*. Viktor Kurs<sup>1</sup> berechnete nach andern Gesichtspunkten für 1908 die künstlichen Binnenschiffahrtsstraßen mit 6602 *km*.

Zum östlichen Kanalsystem gehören: der Große Friedrichsgraben (verbindet Memel und Pregel), der Bromberger Kanal (zwischen Weichsel und Oder), der Klodnitzkanal (zwischen der Oder und dem großen Berg- und Hüttenbezirk Oberschlesiens), der Oder-Spree-Kanal (Friedrich-Wilhelms-Kanal), der Finowkanal (zwischen Oder und Havel), dessen Fortsetzungen: Ruppiner- und Rhinkanal (verbindet obere Havel mit Unterhavel), der Havelländische Hauptkanal oder Großer Hauptgraben, der Teltowkanal, der Plauer Kanal (Unterhavel mit Elbe), Elbe-Trave-Kanal (Hamburg mit Lübeck). Im westlichen Kanalsystem haben wir den Rhein-Emskanal, der als westlicher Anfang eines Mittellandkanals (zwischen Elbe-Weser-Ems-Rhein) angesehen wird; der Dortmund-Emskanal sodann (270 *km* lang, 2½ *m* tief, Spiegelbreite 30 *m*, Sohlenbreite 18 *m*, mit großartigem Schiffshebewerk bei Henrichenburg) verbindet das Rhein-Ruhr-Kohlengebiet mit der Nordsee, der Ludwigskanal (zwischen Rhein und Donau). Endlich im Norden stellt der Kaiser-Wilhelms-Kanal die Verbindung zwischen Nord- und Ostsee her (wie auch der Elbe-Trave-Kanal). Das deutsche Kanalnetz wird noch manche Ergänzungen und Vervollkommnungen finden können. Im Westen der Elbe fehlte die schiffbare Verbindung zwischen den Stromgebieten von Rhein, Ems, Weser und Elbe (Mittellandkanal). Auch bedarf es des Ausbaues bestehender Kanäle, des Main-Donaukanals, zum Rhein-Main-Donaukanal, des Donau-Moldau-Elbekanals, des Donau-Oderkanals. Auch die Kanalisierung der Mosel blieb ein noch ungelöstes Problem.

Über die wirtschaftsgeographische Bedeutung der Lage Deutschlands, soweit das Klima dabei in Frage kommt, ist das Nötige gesagt. Deutschland trägt vermöge seiner Lage zugleich den Charakter eines Binnen- und Seestaates. Allerdings mißt die deutsche Seekante nur 1900 *km*. Auch bilden die Watten (Schlamm- und Sandland), die Düneninseln im Westen, die Haffe (Strand-Flußmündungsseen) mit ihren Nehrungen (Landzungen, die das Haff vom Meer abschließen) im Osten Hindernisse für den Verkehr. Dennoch bleibt genügender Raum (mehr als 100 Meilen) für Schiffe, um frei hinauszuziehen in den verkehrsreichsten Ozean zum Wettbewerb mit andern seefahrenden Nationen. In Hamburg besaß Deutschland vor dem Weltkriege den größten Seehafen des europäischen Festlandes und einen der ersten Welthandelshäfen. Bremen war für die deutsche Auswanderung der erste Hafen. Emden hatte durch die Eröffnung des Dortmund-Emskanals sehr gewonnen. Für die Ostsee war Stettin der erste Hafen, im Reiche der zweite. In Lübeck hatte sich der Handel wieder gehoben (Elbe-Travekanal). Warnemünde, Saßnitz, Danzig-Neufahrwasser, Königsberg bildeten ebenfalls ansehnliche Ostseehäfen.

Wasserkraften sich besser gestaltet haben (reichliche Wassermenge, im Verhältnis zur Leistung billiger Ausbau, Absatzmöglichkeit für große Energiemengen [Überlandversorgung, Elektrisierung der Eisenbahnen, elektrische Großindustrie] zu entsprechendem Preise). Zur Ergänzung der Flußkräfte können die Seen des Alpen- und Voralpenlandes herangezogen werden zugleich mit Talsperranlagen (Walchensee usw. Inbetriebnahme voraussichtlich 1923, für die Isarstrecke München-Moosburg 1924).

<sup>1</sup> Handwörterbuch der Staatswissenschaften V<sup>2</sup> 753 ff.

Auf das Meer weist die Bodengestalt Gesamtdeutschlands hin. Zum Meere fließen die bedeutendsten Ströme nordwärts und verbinden ein Hinterland von großer Produktionskraft mit der offenen See. Die zentrale Lage Deutschlands, die Nachbarschaft der industriereichsten Staaten Europas — Belgien, Holland, Frankreich, England — war vordem von ungeheurem Werte für unsere wirtschaftliche Entwicklung. So konnte Deutschland zu einem hervorragenden Lande des Zwischenhandels zwischen den östlichen und westlichen Nachbarn werden, zwischen Gebieten mit vorwiegender Industrie und auf der andern Seite den gewaltigen Binnenlandflächen mit ihrer großartigen Naturproduktion. Aber auch nach dem Süden und Südosten Europas gingen vor dem Kriege Deutschlands Handelsbeziehungen, nach Italien, der Türkei usw.

Der Weltkrieg hat ja nun manche Hoffnungen zerstört, er hat viele Änderungen zur Folge. Dabei wird die Neuordnung der Verkehrsverhältnisse jedenfalls eine der wichtigsten Aufgaben bilden. Die zentrale Lage Deutschlands kommt für den Verkehr dadurch zur vollen Geltung, daß unsere Heimat „ein Land der offenen Tore“, offener Grenzen ist. Mit wenigen Ausnahmen (deutsche Alpen, ostbayrische Grenzgebirge) sind selbst die Berge leicht überschreitbar. Das Tiefland herrscht im übrigen vor (60 % der Fläche des Reiches). Diese Zugänglichkeit und Wegbarkeit erleichtert wenigstens physisch das Zu- und Abströmen der Waren, aber auch feindliche Invasionen und Störungen des Handels von außen.

Schließlich kommt die landschaftliche Schönheit Deutschlands zugleich mit den günstigen geographischen, vor dem Kriege und hoffentlich wieder in Zukunft vortrefflich ausgebildeten Verkehrsverhältnissen (Eisenbahnen, Dampfschiffahrt) unserer Heimat zugute, indem sie nicht wenig zur Ausbildung einer bedeutenden Fremdenindustrie beizutragen hat und beiträgt\*.

**6. Luxemburg**<sup>3</sup> gehörte vor dem Weltkriege zum deutschen Zollgebiet, wie es seit dem 29. Januar 1842 dem deutschen Zollverein angehörte. Seine Flächengröße beträgt 2586 qkm; es ist nicht ganz so groß wie Mecklenburg-Strelitz. Der südliche größere Teil des Landes (das sog. „Gutland“) ist fruchtbar und genießt eines relativ milden Klimas. Die Ausläufer des Lothringischen Hügellandes, die sich hier zwischen Hunsrück, Eifel und Ardennen einschließen, erreichen nur die Höhe von 150 bis 200 m. Die Ausläufer der Ardennen im nördlichen Drittel des Großherzogtums („Oesling“) steigen schon bis reichlich 500 m empor. Die Mosel ist im Osten teilweise Grenzfluß wie deren Nebenfluß Sauer (mit Our). Acker- und Gartenland nehmen die Hälfte des Großherzogtums ein. Auch die Rebe gedeiht in einem kleinen Teile. Die andere Hälfte entfällt zu zwei Drittel

<sup>1</sup> Lage, Form, Grenzen Deutschlands sind nicht absolut günstig. Man denke z. B. an England mit seiner insularen Lage. Für den Verkehr am günstigsten und auch für die Sicherheit ist an sich die Seegrenze. Und doch! Größere Sicherheit gewähren ebenfalls hohe Gebirgsrücken. Keinen Schutz bieten konventionelle Grenzen im Flachland. Günstige Gestaltung auch der Grenzen bleibt für jeden Staat, wie Friedrich List schon betonte, nicht nur politisch, sondern ebenfalls wirtschaftlich wünschenswert.

<sup>2</sup> Gruber, Deutsches Wirtschaftsleben 34—47.

<sup>3</sup> M. Eckert a. a. O. II 95 f. J. P. Faber, Géographie Économique de Grand-Duché de Luxembourg (1903). Von einem gleichnamigen Verfasser erschien 1907 eine Schrift über Luxemburgs Forstwesen. Über „Das Geldsystem des Großherzogtums Luxemburg“ unterrichtet eine Schrift von Albert Calmes (1907), über das agrarische Genossenschaftswesen eine Schrift von Kohl.



auf Waldungen (Département des forêts), zu kaum einem Drittel auf Wiesen und Weiden. Nicht ganz 5 % des Landes ist unproduktiv. Die Viehhaltung ist sehr bedeutend (Luxemburger Spezialität die Käsefabrikation).

Réclus hat scherzend über Luxemburg gesagt: „Viel Wald, viel Wild und eine halbwilde Bevölkerung.“ Der mit dem durch Naturschönheit hervorragenden Lande vertraute Deutsche aber kann nur bedauern, daß den deutschen Touristen Luxemburg und sein intelligentes, freiheitliebendes Volk allzuwenig bekannt geblieben ist.

7. Das alte **Österreich-Ungarn**<sup>1</sup> hatte mit Bosnien und Herzegowina vor dem Weltkriege einen Flächenraum von rund 676 000 *qkm*. Davon kamen auf Österreich 300 000 *qkm*, auf Ungarn 325 000, auf Bosnien und Herzegowina 51 000 *qkm*. Die Gesamtmonarchie erstreckte sich zwischen dem 42° und 51° nördl. Breite und zwischen 9½° und 26½° östl. Länge. Der größere Teil des Landes lag nördlich vom 45. Breitengrade, südlich davon nur Dalmatien, kleinere Gebiete von Istrien und Kroatien, ferner das seit 1878 zur Monarchie gehörige Bosnien und Herzegowina.

Das Klima dieser Gebiete ist im wesentlichen kontinental: heiße Sommer, kalte Winter (namentlich in Ungarn, Galizien). Dagegen erfreuen sich die südlicheren Teile, das Küstenland um Abbazia, große Stücke von Südtirol, das südliche Krain, Bosnien und Herzegowina, Kroatien-Slavonien, das ehemalige Banat in Südungarn einer mittleren Temperatur von 14—11° C; sie haben einen milden Winter. Die Niederschläge sind in den meisten Ländern ausgiebig, auf die verschiedenen Monate verteilt, ähnlich wie in Deutschland. Südlich vom Brenner, in den adriatischen Küstengebieten herrscht Mittelmeerklima mit nassen Wintern und trockenen Sommern. In der ungarischen Niederung erreichen die Niederschläge mancherorts kaum 40 *cm* (ungarische Pufsten!). Dafür regnet es in manchen Gebirgsgegenden um so mehr (Salzburg 1 *m*). — Die Bodenverhältnisse sind nicht die gleichen innerhalb des Alpen-, Sudeten-, Karpathen- und Karstsystems. Die alten Erzherzogtümer Nieder- und Oberösterreich erscheinen südlich der Donau noch als echtes Alpenland und Alpenvorland. An sie reihen sich die übrigen Alpenländer: die Herzogtümer Salzburg, Steiermark, Kärnten, die gefürstete Grafschaft Tirol mit dem schönen Vorarlberg und dem lieblichen Fürstentum Liechtenstein, das mit Österreich ein gemeinschaftliches Zoll- und Steuergebiet bildete. Die österreichischen Sudetenländer umfaßten Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien. Die innerhalb des Gebirgsbogens der Karpathen liegenden Landschaften bildeten den Besitzstand der ungarischen Reichshälfte (Königreiche Ungarn, Kroatien, Slavonien). Die nördliche und nordöstliche Abdachung der Karpathen, das sog. außerkarpathische Gebiet, wurde von Galizien und der Bukowina eingenommen. Zu den österreichischen Karstländern gehörten Krain, das Küstenland (Görz und Gradiska, die reichsunmittelbare Stadt Triest, Istrien), Dalmatien, ferner Bosnien und Herzegowina. Vier Fünftel (80 %) der alten Gesamtmonarchie sind Gebirgsland, ein Fünftel (20 %) Tiefland. Letzteres liegt mehr in der Mitte, während die Bergländer Österreich umsäumen.

Wenn Österreich als „Kaiserstaat an der Donau“ bezeichnet wurde, so war damit seine geographische Lage im Südosten und zugleich sein Charakter als Binnenstaat gekennzeichnet. Österreich-Ungarn wurde von dem Stromsystem der

<sup>1</sup> Vgl. Max Eckert, Handelsgeographie II (1905) 96 ff.; Gruber, Wirtschaftliche Erdkunde 59 ff.; Friedrich, Wirtschaftsgeographie<sup>2</sup> (1907) 187 ff.

Pesch, Lehrb. der Nationalökonomie, IV, 1. u. 2. Aufl.

Donau beherrscht: „Gleich einer gewaltigen Schlagader durchzieht die Donau den gesamten Körper der österreichisch-ungarischen Monarchie. Auf ihr, der zentralen SchiffsstraÙe der letzteren, flutet zu einem guten Teile auch deren wirtschaftliches Leben. Sie und ihre Zuflüsse verknüpfen die weiten, so mannigfaltig gearteten Einzelländer dieses Staates fester und naturgemäÙer unter sich, als es Gesetze und staatliche Einrichtungen jemals vermocht haben.“ So dachte man vordem<sup>1</sup>. Auf der ganzen 1350 km langen Strecke von Passau bis zum Eisernen Tore war der Strom für die Dampfschiffahrt geeignet nach Beseitigung der riffigen Stromstellen bei Grain, Krems, am Eisernen Tore bei Orsowa<sup>2</sup> und nach Regulierung der Untiefen bei Raab. Mißlich blieb, daß die Navigationsdauer durch winterliche Vereisung auf nahezu drei Monate (bei Galatz in Rumänien auf 38 Tage) unterbrochen wurde. Ferner hat der Unterlauf des Flusses die geringste Wasserführung im Herbst, wo das Getreide nach Deutschland verschifft werden soll. Auch besaß Österreich keinen Hafenort am Schwarzen Meer, keinen Anteil am Mündungsbecken seines Hauptstromes. Rechts empfängt die Donau eine beträchtliche Anzahl Zuflüsse aus den Alpen: den Inn (von Hall an schiffbar) mit Salzach, Traun (auf Strecken Schiffsverkehr für das Salzkammergut), Enns, Raab, Drau (von Villach an schiffbar) mit Mur (Hauptfluß Steiermarks, schiffbar von Judenburg an), die Save (nach Einmündung der Laibach schiffbar) mit Kulpa, Bosna und Drina. Auf der linken Seite strömen der Donau zu March (Morava), Theiß (der größte Nebenfluß der Donau, von Sziget an schiffbar) mit Szamos, Körös und Maros<sup>3</sup>. Außerhalb Österreich-Ungarns sind als Nebenflüsse zu nennen: Alt (aus Siebenbürgen), Sereth und Pruth (aus der Bukowina). Böhmen wird durch die Elbe zur Nordsee entwässert. Nach dem Einfluß der Moldau bei Melnik ist die Elbe schiffbar, wie auch die Moldau schon von Prag an mit kleineren Schiffen befahren wird. Die Weichsel ist von Krakau an schiffbar, der den galizischen Karpathen entstammende Dnjestr nach der Aufnahme des Stryi bei der gleichnamigen galizischen Stadt. Von Bozen an wird die Etsch für Schiffahrt geeignet. Die Narenta, der größte österreichische Karstfluß (Herzegowina und Dalmatien) läßt bis Metkovic Dampfschiffahrt zu. Wenigstens die Südostecke des herrlichen Bodensees ferner hatte österreichisches Gestade, wie die Nordspitze des Gardasees österreichisch war. Dazu kamen aber noch die Seen des Salzkammerguts, als Tieflandsee der Neusiedlersee im westlichen Ungarn und als bedeutendster ungarischer See der Plattensee (Balaton, 635 qkm<sup>4</sup>). – Durch die Adria hatte Österreich Anteil am Weltverkehr und Welthandel. Das Adriatische Meer ist das ganze Jahr eistrei, die Schiffahrt verhältnismäÙig wenig durch Stürme (Bora, Scirocco) belästigt. Dazu kommen noch von Triest bis an die Bucht von Cattaro eine Anzahl guter Hafenplätze. Dennoch entfiel nur ein Sechstel der österreichisch-ungarischen Warenbewegung auf das Meer (gegen sieben Zehntel in Deutschland)<sup>5</sup>. Das Hinterland des öster-

<sup>1</sup> Ch. Gruber, Erdkunde 60.

<sup>2</sup> Vordem hinderte ein Felsrücken die Schiffahrt zuweilen ein halbes Jahr lang. Die Stromregulierung (1890/96) erforderte 38¼ Millionen M Kostenaufwand.

<sup>3</sup> Mit Dampfern wurden Theiß bis Szolnok, Save bis Sissek, Drau bis Barcs befahren.

<sup>4</sup> M. Eckert, Handelsgeographie II 97 f.

<sup>5</sup> Ch. Gruber a. a. O. 61.

reichischen Meeresanteils war eben weder landwirtschaftlich noch industriell hervorragend. Gewaltige Bergmassen erschweren hier den Verkehr. Es fehlen ferner die großen Ströme, welche das innere Land mit der Küste verbinden. Schließlich diente die Adria hauptsächlich nur zur Vermittlung des Verkehrs nach Süd- und Osteuropa, nach Nordafrika und Indien, weniger nach den atlantischen Küstenstaaten. Immerhin war der Seehandel von Triest und Fiume (speziell des „Österreichischen Lloyd“ und der ungarischen Reedereigesellschaft „Adria“) recht bedeutend.

Die Nachbarländer Österreich-Ungarns<sup>4</sup> gehörten teils zu den entwickeltsten, teils zu den unentwickeltesten Staaten Europas. Den Balkanstaaten galt Österreich als Industrieland, Deutschland und Westeuropa als Land der Rohprodukte. Den lebhaftesten Verkehr pflegte der österreichische Kaiserstaat mit Deutschland. Auf rund 2200 km berührten sich die Grenzen beider Länder. Zahlreiche Bahnlinien führten von Österreich nach Deutschland; selbst die paßlosen Gebirgsmauern des Erzgebirges wurden von Eisenbahnen überstiegen, um das betriebsame Böhmen, Mähren, Schlesien und Sachsen zu verbinden. Die Elbe bildete sodann zwischen Aussig und Hamburg einen vielbenutzten Wasserweg. Auch auf der Donau vollzog sich der Warenaustausch zwischen Österreich und dem deutschen Süden. Und man hoffte, daß dieser Verkehr sich noch steigern könne durch geeignete und verbesserte Kanalisation (March-Oder-Kanal zur Verbindung zwischen Donau und Ostsee, Verbindung der Donau mit Main und Neckar, mit Rhein und Nordsee). Dem Verkehr mit Rußland und Rumänien setzten die Karpathen ein Hindernis in den Weg. Doch überstiegen immerhin mehrere Schienenstränge das Gebirge zwischen Rußland und Ungarn. Vom Odergebiet und Österreichisch-Schlesien führte ein Schienenweg über den Jablunka nach Budapest-Wien. Der Verkehr mit Rumänien vollzog sich zum größten Teile auf der Donau. Dem Verkehr mit Serbien standen natürliche Hindernisse nicht im Wege. Für den Großverkehr nach Italien und der Schweiz hin bildeten die Alpen ein Hemmnis. Doch hatte auch da die menschliche Kunst nachgeholfen. Wie die Semmeringbahn den Weg nach Triest und Fiume durch die niederösterreichischen Alpen gefunden hatte, so führte die Valsuganabahn nach Venedig, die Brennerbahn nach Bologna und Rom, die Gisela-Arlbergbahn nach der Schweiz. Die Karawankenbahn sollte den nächsten Weg von Böhmen, Oberösterreich, Salzburg, Ostdeutschland nach der Adria eröffnen, ebenfalls noch eine Tauernbahn<sup>5</sup>.

Die Donaumonarchie ist nach dem unglücklichen Ausgange des Weltkrieges zerfallen. Eine Tschecho-Slowakische Republik wurde am 14. November 1918 als neuer Staat proklamiert. Ungarn erklärte sich am 16. November 1918 als unabhängiges Staatswesen. Der neue Jugo-Slavische Staat (Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen, auch S-H-S-Staat genannt) umschließt die Südslaven der früheren österreichischen Monarchie zugleich mit Serbien und Montenegro. Die rein deutschen Gebiete vereinigten sich in der deutsch-österreichischen Republik. Auch die wirtschaftsgeographische Ausstattung Österreichs wurde so geteilt, aber zu ungleichen Teilen hinsichtlich der Gunst und Ungunst des früheren Gesamtbildes.

<sup>1</sup> Ebd. 62 ff.

<sup>2</sup> Die Tauern bilden einen Teil der Ostalpen; die Karawanken sind eine Alpenkette zwischen Drau und Sau.



## Die Bodenverhältnisse der

8. **Schweiz** sind im allgemeinen der wirtschaftlichen Betätigung nicht so günstig. Ungefähr sieben Zehntel der Bodenfläche werden mit Gebirgen bedeckt, vor allem von den herrlichen Alpen, die reichlich die Hälfte des Flächenraumes der Schweiz einnehmen. Im Nordwesten und im Norden befindet sich die Schweizer Hochebene, nach außen hin gegen Frankreich durch das Juragebirge abgeschlossen. Die Juraketten sind für den Verkehr hinderlich. Doch führen mehrere Bahnlinsen auch durch dieses Gebirge. Dazu kommt dann noch im Norden die bündische Pforte, im Süden der Rhonedurchbruch (Porte du Rhône), ebenfalls der Schiffsverkehr auf dem Genfer See zwischen Savoyen, Genf und dem Wallis. Früher waren die Poststraßen des Simplon-, Lukmanier-, Splügen-, Julier-, Maloja- und Berninapasses, für den Verkehr zwischen Schweiz und Italien über die Graubündner-, Tessiner- und Walliser Alpen von großer Bedeutung. Heute bedient sich die Personen- und Warenbewegung der Gotthard- und der Simplonbahn. Nach Deutschland hin ist die Schweizer Grenze offen (Bodensee mit Rorschach und Romanshorn, dann Basel und Schaffhausen).

Die Schweiz ist reines Binnenland, berührt nirgends das Meer. Die Anregung zum Handel, welche die Meeresnähe sonst gibt, fehlt hier. Um so mehr ist die hohe Betriebsamkeit des Schweizervolkes zu bewundern. Allerdings wirkte die Nachbarschaft der vier großen und hochentwickelten Kulturstaaten (Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien) günstig auf das wirtschaftliche Leben der Schweiz zurück.

Die Schweiz ist reich an Gewässern, besonders an schönen Seen. Die Flüsse sind reißend, für die Schifffahrt nicht geeignet, doch eine wichtige Kraftquelle für Industrie und Gewerbe. Vom St. Gotthardstock fließt nach Süden der Tessin, nach Westen die Rhone, nach Osten der Rhein, nach Norden die Reuß, die später mit der Aare vereinigt in den Rhein sich ergießt: ihm führt die Aare auch ihre andern Nebenflüsse, Emmen und Limmat, zu. Die größten Alpenseen sind der Bodensee (538 qkm) und der Genfer See (582 qkm). Beliebte Zielpunkte der Touristen sind auch der Neuenburger-, der Züricher-, der Vierwaldstätter-, der Lugano- und Langen-See (Lago Maggiore).

Das Klima der Schweiz kann bei den großen Höhenunterschieden (375 m bis über 4000 m) nicht in allen Teilen des Landes gleichartig sein. Die Gletscherwelt entspricht in etwa dem polaren Klima. Anderwärts finden sich in Temperatur und Niederschlägen die mannigfachsten Abstufungen bis zum milden Klima der südlichen Schweiz, im Gebiet des Genfer Sees und des Tessins (mittlere Jahrestemperatur 11—13° C). Hoch im Gebirge steigt die jährliche Regenmenge bis zu 2 m. Das Engadintal und das Rhonetal dagegen sind regenarm (Siders 55—60 cm). Für die schweizerische Hochebene beträgt die mittlere Regenmenge 70—80 cm.

9. **Belgien** <sup>1</sup> erfreut sich einer günstigen Handelslage zwischen Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg. Es ist Binnen- und Seestaat zugleich. Im Südosten ist Belgien Bergland (Ardennen und Hohes Venn); nach den Niederlanden erstreckt sich die Campine (hügelig, mit geestartigen Sandflächen, große Kanalisation zur Trockenlegung der Sümpfe), im Westen findet sich (Flandern) Tiefland. Die Küste ist kaum 70 km lang (Flachküste); außer Ant-

<sup>1</sup> M. Eckert, Handelsgeographie II 118 ff. Ch. Gruber, Erdkunde 83—91.

werpen am beginnenden Scheldetrichter ist kein natürlicher Hafen vorhanden. Antwerpen (Haupthandelsplatz) ist bedeutsam für die belgische Ausfuhr zur See und den Import von der See, auch vor dem Kriege für den deutschen Durchgangshandel, die Auswanderung des westlichen und südlichen Deutschland (Schiffsverkehr um die Jahrhundertwende über 11 000 Fahrzeuge mit fast 17 Millionen Tonnen Raumgehalt). Ostende ist nur ein Kunsthafen. Belgien verfügt über gute natürliche und künstliche Wasserstraßen (Schelde kommerziell die wichtigste; die Mündungen der Schelde [Oster- und Westerschelde] niederländisch. Nebenflüsse links Leye [Lys], rechts Rupel. Anderer Hauptfluß Maas mit der Sambre, beide schiffbar). Das Klima ist im Westen Seeklima, im Osten dem deutschen Klima gleich (189 Regentage durchschnittlich; Niederschlagsmenge 700 mm. Brüssels mittlere Jahrestemperatur 10° C). Eine wertvolle Kolonie bildet der Kongostaat. Durch den Versailler Frieden erhielt Belgien „Neutral-Moresnet“ und den westlichen Teil von Preußisch-Moresnet sowie die preußischen Kreise Eupen und Malmedy (Abstimmung).

**10. Niederlande** (Flächenraum 33 079 qkm). Die Wassergrenze (Nordsee 750 km) ist fast so lang wie die Landgrenze im Osten gegen Deutschland und im Süden gegen Belgien. Die „Niederlande“ bilden eine Fortsetzung des norddeutschen Tieflandes (davon 25 % unter dem Meeresspiegel; deshalb ausgedehnte Deiche und Fäschinen nötig). Im Norden (von Scheldemündung bis zum Dollart) findet sich fruchtbares Marschland, dahinter Geestlandschaft (Veluwe [sandige Au] im Süden des Zuidersees; Betuwe [gute Au] zwischen Waal und Rhein). Die Küste ist flach (drei große Buchten: Zuidersee, Lauwerzee, Dollart). Die Trockenlegung des Zuidersee würde für Holland 232 qkm Land erobern, wie in den letzten drei Jahrhunderten 3630 qkm (11 %) dem Meer abgewonnen wurden. Flüsse und Kanäle bilden gute Handelsstraßen (5000 km). Auf dem Rhein allein fuhren jährlich 14 000 Schiffe mit 4 Millionen Tonnen Waren aus den rheinländischen Industriegegenden nach Holland hinein. Der Waal, der größte Rheinarm, wird von Rotterdam an in „Maas“ umgetauft. Der „Norseekanal“, der auch die mächtigsten Ozeandampfer zuläßt, verbindet das an einem tiefen Seitenarm des Zuidersees gelegene Amsterdam mit dem Meere, der „Utrechter Kanal“ Utrecht mit Amsterdam, der „Neue Wasserweg“ Rotterdam mit der See. Rotterdam hat den gesamten Rheinhandel, gemeinsam mit Vlissingen den englisch-holländischen Handel und den nordamerikanischen Handel, Amsterdam den Handel mit den Kolonien, mit Ost- und Nordsee (einer der größten Kaffee- und Rohtabakmärkte der Erde). Das Klima ist ozeanisch (60—70 cm jährliche Niederschläge, mittlere Jahrestemperatur 10° C, 40—50 heitere Tage im Jahre). Niederländisch-Ostindien mit Java, Sumatra, den Zinninseln Banka und Billiton, dem größten Teil von Borneo, den Molukken und der Westhälfte von Neuguinea bildet einen überaus wertvollen Kolonialbesitz. Wirtschaftlich weniger bedeutsam sind Niederländisch-Guyana und Niederländisch-Westindien mit Curaçao und andern kleinen Küsteninseln im Norden Südamerikas.

**11. Frankreich** (Flächenraum ohne Elsaß-Lothringen rund 537 000 qkm) erfreut sich einer bevorzugten Lage an den handelsgeographisch wichtigsten Meeren: dem Atlantischen Ozean und Mittelmeer (3100 km Meeresgrenzen, 2400 km Landgrenzen). Ausgedehnte fruchtbare Tieflandregionen füllen den Westen und Nordwesten. Im Süden und Südosten begegnen wir den Westalpen, dem Jura, den

Pyrenäen; es folgen das französische Mittelgebirge (Mont Dore in der Auvergne 1900 *m* hoch) mit Cevennen, Vogesen, Ardennen. Gleichmäßige und günstig verzweigte Bewässerung findet sich hier wie sonst in keinem größeren Lande Europas (etwa 150 schiffbare Flüsse mit einer Schiffahrtslänge von reichlich 8000 *km*; dazu viele Kanäle [4700 *km*]). Die Küsten sind der Schiffahrt wenig günstig (meist kostspielige Kunstbauten erforderlich). Der prächtigste Naturhafen ist Brest, der größte Seehandelsplatz Frankreichs und des Mittelmeeres überhaupt Marseille (andere Häfen: Toulon [Kriegshafen], Nizza, Dünkirchen, Calais, Boulogne, Abbeville, Dieppe, Le Havre, Cherbourg, Nantes, St-Nazaire). Auch die Mündung der Gironde (Bordeaux) ist für große Seeschiffe zugänglich. Frankreich besitzt unter allen europäischen Ländern das günstigste Klima. — Überaus wertvoll sind Frankreichs alte Kolonien (6 Mill. *qkm* Fläche). Sie liegen zerstreut in Afrika, Asien, Südamerika, Südsee, fallen größtenteils in die Tropenzone (also vorwiegend Handels- und Plantagenkolonien). Weniger ergiebig ist der französische Sudan, das französische Kongoland, das ungesunde Kotschinchina und Kambodscha, Französisch-Guyana, sehr produktiv das auch für den Europäer siedlungsfähige Alger und Tunis, die vielversprechende Insel Madagaskar mit der benachbarten Zuckerinsel Réunion, die fruchtbaren Ebenen von Anam und Tongking, das klimatisch gesunde Neukaledonien mit den Gesellschaftsinseln. Außerdem Kohlenstationen: Obock am Roten Meere, die Inseln St. Paul und Amsterdam im Atlantischen Ozean usw. Der Handel Frankreichs mit seinen Kolonien bewertete sich um die Wende des Jahrhunderts jährlich auf rund 700 Millionen Mark (400 Mill. Mark kommen allein auf Alger).

Der Versailler Friedensvertrag hat Elsaß-Lothringen Frankreich zugewiesen. Das der Rheinebene angehörige Gebiet ist besonders fruchtbar. Im übrigen ist dieses Land größtenteils gebirgig und mit Wald bedeckt (zu 30,8 % der Fläche). Es stehen beträchtliche Wasserkräfte zur Verfügung. Reich sind insbesondere die Eisenerzlager Lothringens (in der Nachbarschaft des Saarkohlgebietes). Bemerkenswert ist auch die Salzgewinnung.

**12. Großbritannien und Irland**<sup>1</sup>. (Flächenraum rund 315 000 *qkm*, mit den alten Kolonien 29 Mill. *qkm*.) Der europäische Inselstaat setzt sich zusammen aus zwei größeren Inseln: Großbritannien (England und Schottland) und Irland, ferner aus verschiedenen Gruppen kleinerer Inseln (im Norden Orkney- und Shetlandinseln, im Nordwesten Hebriden, Man und Anglesey in der Irischen See, im Südwesten die Scillyinseln, im Süden die Insel Wight, an der französischen Küste die Normannischen Inseln oder Kanalinseln [Guernsey, Jersey]). Mit günstiger Lage im Zentrum der Landhalbkugel, am Rande Nordwesteuropas, von den Fluten des Atlantischen Ozeans umspült (Seeklima), gegenüber den Ausgangspforten der wirtschaftlich bedeutendsten Länder des Kontinents (Frankreich, Deutschland, Holland, Belgien), zur Vermittlung zwischen den Kulturländern Mittel- und Nordeuropas einerseits, Nordamerikas<sup>2</sup> anderseits von der Natur wie berufen, mit der reichsten Küstengliederung ausgestattet, mannigfaltig und tief ausgebuchtet — keine Stadt in England und Schottland mehr als 120 *km* von der See entfernt —, mit zahlreichen, stets eisfreien Naturhäfen, weithin schiffbaren Flußadern, vor-

<sup>1</sup> M. Eckert a. a. O. II 154 ff. Ch. Gruber a. a. O. 107 ff.

<sup>2</sup> Ein Fünftel der englischen Verkehrsbewegung geht nach der Union, ein Zehntel je nach Frankreich und Deutschland, ein Drittel nach Englands Kolonien.



trefflichen Flußmündungen mit über 60 000 *km* Kanälen (zu Anfang des Jahrhunderts 36 000 *km* Eisenbahn, 13 000 größere Handelsschiffe, schon vor dem Weltkriege fast  $\frac{2}{3}$  der untermeerischen Kabel der Welt in englischem Besitz), dazu noch seit  $8\frac{1}{2}$  Jahrhunderten durch seine Inselnatur vor feindlichen Invasionen geschützt — und dann — wir greifen vor — ein tatkräftiges Volk, das alle diese Vorteile auszunutzen, ja immerfort zu vergrößern verstand, ein Staat, der sich die besten und größten Kolonien zu verschaffen, den Handel seines Landes machtvoll zu schützen, mit rücksichtsloser Politik jeden mächtigen Aufschwung kontinentaler Staaten zu kontrollieren, dem Einflusse auf Weltmeer und Weltverkehr fernzuhalten wußte, — fürwahr, da ist die Existenz des britischen Weltreiches, seine Blüte, seine Macht kein Rätsel mehr. Das „Imperium“ ist eine Tatsache! Chamberlains „Imperialismus“ brauchte es nicht zu schaffen, erstrebte auch nur seine Fortdauer. Mit größerem Rechte als einst Kaiser Karl V. vermag der englische König von sich zu sagen, in seinem Reiche gehe die Sonne nicht unter. Während sich Britisch-Nordamerika als amerikanischer Polararchipel an der Westseite Grönlands endlos hinein ins Nördliche Eismeer erstreckt und nach Süden bis an den  $43.^{\circ}$  nördl. Breite herabreicht, dehnt sich Britisch-Indien ungefähr vom  $40.^{\circ}$  an bis zum Äquator aus; Australien mit Tasmanien reicht bis  $42.^{\circ}$  südl. Breite; die äußersten englischen Eilande im Süden aber, wie die Macquarie-Inseln und Südgeorgien, liegen am Rande der Antarktis. Der britische Besitz in Nordamerika mißt fast 10 Millionen, Australien mit Tasmanien und Neuguinea über 8, Englisch-Asien fast  $5\frac{1}{2}$ , Britisch-Afrika an  $4\frac{1}{2}$ , das alte englische Kolonialreich in Südamerika dagegen nur  $\frac{1}{4}$  Millionen *qkm*, und Hongkong, St. Helena oder Campbell-Eiland sind so winzige Landsplitter, daß sie selbst auf einer Weltkarte von großem Maßstabe beinahe verschwinden. Ein großer Teil von Britisch-Nordamerika und die englischen Besitzungen am Saume des südlichen Eismeres sind infolge kalter Strömungen menschenleer und starren vielfach von nie tauendem Eis und ewigem Schnee. In Indien aber kocht die Natur die heißesten Gewürze, gedeiht die Palme bis zu Kirchturmhöhe, erscheinen die Bambusgräser als schlanke Baumstämme, wurde unter englischem Regiment die Urproduktion so entwickelt, daß fast die Hälfte der Ein- und Ausfuhr Gesamtsiens auf Indien kam, und hatten manche Zweige der Industrie eine selbst für das englische Mutterland gefährliche Ausdehnung erlangt.“<sup>1</sup> Während einzelne koloniale Besitzungen vom Mutterlande aus regiert werden, dem englischen Parlamente unterstehen, die sog. Kronkolonien (wie das Kaiserreich Indien, Ceylon, Gibraltar, St. Helena, Britisch-Neuguinea und die Fidschi-Inseln), haben andere Kolonien ihre eigene repräsentative Verwaltung und steht der Krone nur das Recht des Veto gegenüber der Gesetzgebung und der englischen Regierung die Wahl der Beamten zu (so in Natal, Malta, Mauritius, einigen westindischen Kolonien usw.). Endlich gibt es Kolonien mit eigener verantwortlicher Regierung und einer der des Mutterlandes im wesentlichen nachgebildeten Verwaltung. Der englischen Krone stehen gewisse Einspruchsrechte in bezug auf die Gesetzgebung zu sowie die Ernennung des Gouverneurs (so in Neufundland, Kapland, den Bundesstaaten von Kanada und Australien). Der Verkehr mit den Kolonien wird wesentlich erleichtert durch eine Reihe gut gelegener Schiffsahrts- und Kohlenstationen, die nicht minder der Herrschaft zur See eine kräftige Stütze bieten: Gibraltar am Eingange zum Mittel-

<sup>1</sup> Gruber a. a. O. 108 ff.

ländischen Meere, Malta in dessen Mitte, Cypern an dessen Ostrande (zu Anfang des Weltkrieges annektiert); durch seine Stellung in Ägypten beherrscht England den Suezkanal; dann Aden und die Insel Perim beim Ausgang des Roten Meeres in den Indischen Ozean, die Bahreininseln im Persischen Golf, Singapore an der Malakkastraße, an der chinesischen Küste die Insel Hongkong in der Nähe von Kanton und das Schutzgebiet von Weihaiwei, im Atlantischen Ozean Neufundland, die Bermudas- und Bahama-Inseln, Jamaika im amerikanischen Mittelmeer, vor Südamerika Trinidad, die Falklandsinseln, Südgeorgien, Tristan da Cunha, St. Helena und Ascension im Stillen Weltmeere, die Inseln Schwärme östlich und südöstlich von Australien zumeist und alle kleineren Eilande im Indischen Ozean. Aber all dieses genügte England noch nicht. Auch nach dem deutschen Kolonialbesitz ging sein Begehren, während es anderseits sich genötigt sah, dem lange unterdrückten Irland größere Selbständigkeit zu gewähren.

**13. Die Pyrenäenhalbinsel.** Spanien, im Norden von den Pyrenäen begrenzt, im Westen vom Atlantischen Ozean (zwischen Frankreich und Spanien der gefährliche Golf von Biscaya), im Osten bis hinauf zum Golf du Lyon vom Mittel-ländischen Meere bespült, im Süden durch die Straße von Gibraltar (14 km breit) von Afrika getrennt, ist nicht in allem für das wirtschaftliche Leben so günstig von der Natur ausgestattet, wie manchmal geglaubt wird. Neben fruchtbaren Alluvialebenen und Tälern gibt es unfruchtbare Höhen, geradezu steppenartige Gebiete. Der Boden ist mancherorts mit Ton, Gips, Salz erfüllt. Nur wo das Salz ausgelaugt ist und künstliche Bewässerung nachhilft, wird der Boden fruchtbar. Die Pyrenäen sind arm an Pässen und bilden durch ihren geradlinigen, geschlossenen Verlauf dem Verkehr „eine feindliche Grenzmauer“. Die Baskischen Gebirge (für Frankreich die Eingangspforte zum spanischen Hochlande) verfügen über gute Pässe. Die Flüsse haben meist geringe Bedeutung für den Verkehr. Zur Sommerzeit entbehren sie des genügenden Wassers. Aus den Schluchten und engen Tälern des Hochlandes kommend, stürzen sie, vielfach ohne ausgebildeten Unterlauf, kurz vor der Mündung von der Höhe herab. Die Häfen sind zwar zahlreich, aber zum Teil sehr der Versandung ausgesetzt, auch oft durch Randgebirge von dem zentralen Teile der Halbinsel abgeschlossen. Das Innere der Halbinsel hat kontinentales Klima (rauhe Winterstürme); im Norden und Nordwesten herrscht ein gemäßigtes, im größeren Teile der West- und Ostküste, wie im Süden, subtropisches Klima. Sehr heiß ist das Becken des Guadalquivir. Cordoba gilt als die „Bratpfanne“ Andalusiens. Sevilla genießt eine Sonnenwärme bis zu 48° C. Der Norden und Nordwesten ist regenreich (160 cm), die Ostküste weit weniger (mit 42 cm), das innere Hochland ist regenarm (37 cm im Durchschnitt, Salamanca 27,5 cm). Durch den Pariser Frieden vom 10. Dezember 1898 verlor Spanien seine wertvollsten Kolonien. Ein Teil der ihm verbliebenen verkaufte es 1899 an Deutschland. Die Presidios (einige befestigte Plätze in Marokko), die Kanarischen Inseln, das Küstengebiet Westafrikas am Rio de Oro, Spanisch-Guinea sind ihm geblieben.

Portugal hatte schon im 16. und 17. Jahrhundert seine Kolonien zumeist an die Engländer und Niederländer verloren. 1822 riß sich dann auch Brasilien los. In Afrika und Südasien ist Portugal ein kolonialer Besitz geblieben. Die Azoren und die Madeiragruppe werden zum Mutterlande gerechnet. Bei genügendem Regen ist Portugals Boden nicht unfruchtbar. Allerdings blieb die Hälfte fast

Ödland. Auf dem Tajo und Dóuro wäre die Flußschifffahrt möglich; sie ist aber nur wenig entwickelt. Lissabon gilt als Weltverkehrshafen ersten Ranges. Wenn Portugal in vielem zurück ist, so fällt die Schuld hierfür nicht bloß auf Mängel der natürlichen Ausstattung und Fehler des Volkes, sondern zum Teil wenigstens auch auf die — Freundschaft Englands.

**14. Italien<sup>1</sup>.** Bloß einen kurzen Blick können wir hier auf dieses schöne Land werfen, in nur wenigen Zügen ein Bild seiner territorialen Eigenart zeichnen. Was sehen wir da? Im Osten das Adriatische Meer, im Süden das Ionische Meer, durch die Straße von Messina verbunden mit dem Tyrrhenischen Meer, dieses und das Ligurische Meer im Westen. Im Norden die Alpen (jetzt mit Südtirol), das Po-Tiefeland umschließend (Piemontesische, Lombardische, Venezianische Alpen). An der Küste nach Osten die Seealpen, an diese anschließend den Apennin, bis in den Süden, ja bis Sizilien reichend. Im Westen und Osten, dem Apennin vorgelagert, Kalksteingebirge, so z. B. im Osten der Monte Gargano, im Westen das Toskanische Hügelland (das „Toskanische Erzgebirge“, einziges Bergbauggebiet der ganzen Halbinsel), das Albaner Gebirge („Sanatorium Roms“), den Vesuv (1282 *m*). — Inseln: vor allem Sizilien mit nach Süden sich abdachendem Gebirge, im Osten den Ätna (3313 *m*); die äußerste Spitze Siziliens ist nur 140 *km* von Afrika entfernt. Ferner die Liparischen Inseln mit dem Stromboli, die Insel Pantellaria, die Maltagruppe (seit 1800 englisch mit dem Hafen La Valetta); Sardinien, durch die 12 *km* breite Meerenge S. Bonifacio von Korsika getrennt; Elba. Dann das Gebiet der oberitalienischen Tiefebene, am Fuße der Alpen mit grobem Geröll, im Innern der Ebene Alluvialboden (Alpenflüsse) von großer Fruchtbarkeit, nach der Meeresküste vielfach Sumpfland, Dünen. Wer kennt nicht die Steilküste um den Golf von Genua (Riviera di Ponente, Westküste, und Riviera di Levante, Ostküste), die landschaftlich schönste Küste Italiens? Die Ebenen und Becken nach dem Landinnern sind abwechselnd fruchtbar und sumpfig. Zwischen Livorno und Civitavecchia liegt das Sumpfgebiet der Toskanischen Maremmen; es folgen die römische Campagna, vom Tiber durchflossen, die Pontinischen Sümpfe (45 *km* südlich von Rom an der Küste), jetzt entwässert und bebaut. Auch an der Ostküste (Norden und Süden) finden wir vielfach Lagunen und Sümpfe. Die fruchtbarsten Gebiete sind: das Schwemmland des Po (ohne Düngung wächst der Hafer 10 Jahre lang 2 *m* hoch), der aus verwitterten vulkanischen Tuffen gebildete Boden der Campagna, die Ebenen Apuliens und Calabriens, das Ätnagebiet (in Sizilien überaus ergiebige Gartenkultur). Sardinien ist im Westen fruchtbarer als im übrigen Teile. — Eine bedeutendere Flußentwicklung finden wir nur in Oberitalien: den Po mit seinen Nebenflüssen (vom Süden Tanaro usw., von den Alpen Dora Riparia, Dora Baltea, Ticino, Adda, Oglio, Mincio). Die vier letztgenannten Flüsse bilden die großen oberitalienischen Seen: Lago Maggiore, Comer-, Iseo- und Gardasee (dieser 370 *qkm*). Das Po-Delta wächst durch Anschwemmungen jährlich 70–80 *m* ins Meer hinein. Nach Aufnahme der Dora Baltea ist der Po schiffbar. Die Etsch ist weniger bedeutend als der Po, der Überschwemmungen wegen auch mehr gefürchtet als dieser. In Westitalien finden wir noch den Arno und Tiber; letzterer ist von Rom an schiffbar für kleinere Seeschiffe. — Das Klima des Po-Tieflandes ist in etwa kontinental: kalter Winter, warmer Sommer, mit starken Niederschlägen am Ende des Frühlings, im Sommer

<sup>1</sup> M. Eckert, Handelsgeographie II 263 ff.



selten. In der Umgegend der oberitalienischen Seen (im Windschatten der Alpen) ist das Klima fast subtropisch. Beständig warmes Klima (Januar  $8-9^{\circ}\text{C}$ ) hat die Riviera. Mittelitalien besitzt milden Winter, teilweise sehr heißen Sommer mit Äquinoktialregen. Süditalien hat milden Winter und ist regenreich; der Sommer ist heiß und regenlos (Neapel von Mitte Mai bis Mitte September ohne Regen; Sizilien 5 Monate lang regenlos). Mittlere Jahrestemperatur ist in Mailand  $12,2$ , in Rom  $15,4$ , in Palermo  $17,4^{\circ}\text{C}$ . Die mittlere jährliche Regenmenge beträgt in Mailand  $100$ , in Rom  $76$ , Palermo  $60\text{ cm}$ . — Tripolis, die Erythräische Kolonie und das italienische Somalgebiet bilden Italiens kolonialen Besitz.

Nach Beendigung des Weltkrieges ist Italien auch in den Besitz von fast ganz Südtirol bis zum Brenner und des ehemaligen österreichischen Küstenlandes an der Adria (Triest, Pola usw.) gekommen. Weitere Wünsche richteten sich auf den Osten.

Besonderes Interesse beansprucht auch

**15. der Südosten Europas**<sup>1</sup>. Im Norden (Rumänien) der Balkanländer herrscht kontinentales Klima, südlich vom Balkan Mittelmeerklima, im Süden subtropisches Klima. Bukarest weist als mittlere Jahrestemperatur  $10^{\circ}\text{C}$  auf, Konstantinopel  $16^{\circ}$ , Athen  $18^{\circ}\text{C}$ . In Rumänien fällt der Regen namentlich während der 4 Sommermonate, vom Mai bis August. Der Winter bringt reichlich Schnee. In Bukarest beträgt die Höhe der Niederschläge pro Jahr  $58\text{ cm}$ , in Konstantinopel  $72\text{ cm}$ , in Athen  $39\text{ cm}$ , in Durazzo  $109\text{ cm}$ , auf Korfu  $132\text{ cm}$ . — Die Donau bildet auch für den nördlichen Balkan die wichtigste Flußverkehrsader. Der Durchbruch des Eisernen Tores hat mächtig zur Belebung der Donauschifffahrt beigetragen. Seeschiffe gelangen vom Schwarzen Meere bis Galatz und Braila; aber auch noch weiter hinauf begegnen sich Fluß- und Seeschiffe. Alt, Sereth und Pruth (in der Höhe von Jaşi schiffbar) fließen von Norden her in die Donau, von Süden die (für kleine Fahrzeuge schiffbare) Morava und der Isker. Das Donaudelta ist seicht und wird 2 Monate im Jahr durch Eis geschlossen. Nach dem Krimkriege wurde 1856 eine internationale Kommission gegründet, der die Aufgabe zufiel, die Donaumündungen in einen für die Schifffahrt brauchbareren Zustand zu bringen. Auch die eigentlichen Balkanflüsse lassen Verbesserungen im Interesse der Schifffahrt zu. Die Maritza ist von Adrianopel, der Wardar von Üsküp (Skoplje) für kleine Fahrzeuge schiffbar. Geringere Bedeutung für die Schifffahrt haben bis jetzt noch die andern Flüsse: Mesta, Struma, Wistritza, Aspropotamos, Drin. — Im Westen wird die Balkanhalbinsel vom Adriatischen und Ionischen Meere bespült. Die  $75\text{ km}$  breite Straße von Otranto verbindet diese Meere miteinander. Das Ionische Meer greift durch den Golf von Korinth  $200\text{ km}$  tief ins Land hinein, weniger tief im Golf von Asta. Ein Kanal verbindet den Golf von Korinth mit dem Golf von Ägina im Ägäischen Meere. Im Süden wird die Halbinsel vom Mittelmeergebiet begrenzt. Auf der Ostseite Griechenlands (reich gegliederte Küsten) bildet der Golf von Volos gewissermaßen ein Gegenstück zum Golf von Arta. Die

<sup>1</sup> M. Eckert, Handelsgeographie II 278 ff. Die Temperaturunterschiede sind in Rumänien sehr stark und mit raschem Wechsel. Die Walachei, von Norden nach Süden, der Sonne zu sich senkend, hat die größte Sonnenscheindauer in ganz Europa. Rumänien ist Durchgangsland bei seiner Zwischenlage, mehr noch als Belgien. Partsch rechnet es zu Mitteleuropa. (Jedenfalls gehört es zu dem größeren „Mitteleuropa“, im Sinne Friedrich Naumanns.)

dem Peloponnes ähnlich gestaltete Halbinsel Chalkidike zerlegt den Nordostteil des Ägäischen Meeres in mehrere Golfe. Der bedeutendste ist der von Saloniki. Der Chersones wird durch den Golf von Xeros zu einer vom Festlande getrennten Halbinsel. Vom Ägäischen Meere ins Marmarameer (Propontis) führen die vielgenannten Dardanellen. Der Bosporus, die Straße von Konstantinopel, zwischen Kleinasien und der europäischen Türkei, verbindet das Marmarameer mit dem Schwarzen Meere. Letzteres hat wenig günstige Häfen, während der ganze Bosporus Welthafen ist. — Drei Gebirgssysteme begegnen uns auf der europäischen Südosthalbinsel: von Westen nach Osten das Balkansystem, in nord-südlicher Richtung das dinarisch-griechische Kalkgebirgessystem, dann das serbisch-mazedonische Schollenland, welches zwischen den beiden andern Systemen von Nordost nach Südost sich hinzieht, vom Balkansystem durch die Maritza und Morava, vom dinarisch-mazedonischen Kalkgebirgessystem durch Wardar und Drina getrennt. Der eigentliche Balkan (Haemus) ist mit den transsylvanischen Alpen (Fortsetzung des Karpathensystems) durch das serbische Erzgebirge verbunden. Im Süden fällt er steil ab. Im Osten bis zum Schwarzen Meere hin schließt sich der walddreiche kleine Balkan an. Zahlreiche fahrbare Straßen führen über den Balkan. Das bulgarisch-walachische Tiefland im Norden und das Becken von Sofia und Kazanlık im Süden (mit Löß bedeckte alte Meeresböden) begleiten an beiden Seiten den Balkan. Das Kalkgebirgessystem im Westen des Balkans (Albanien, Montenegro) ist karstartig, regenarm, öde. Auch das ostgriechische Kalkgebirge ist im allgemeinen kahl und unfruchtbar. Das serbisch-mazedonische Schollenland weist keine langgezogenen Ketten auf. Die häufigen Einbruchbecken machen diese Gebiete für Ansiedlungen und für Verkehrszentren besonders geeignet (Becken von Üsküp, im Norden davon das denkwürdige Amselfeld). Für den Verkehr zwischen Europa und Asien kann der Balkan wieder eine wesentlich erhöhte Bedeutung erlangen. Der Nordteil der Halbinsel war ja schon vor dem Kriege, wie Eckert sagt, ein echtes Verkehrs- und Durchgangsland, das Übergangsland von Europa nach Asien, die Beherrscherin der Eingangspforte zum Schwarzen Meere.

Die Kriege der letzten Dezennien haben den Besitzstand der Balkanstaaten beträchtlich geändert. Griechenland hatte sich schon durch seine Erwerbungen im ersten und zweiten Balkankriege (1912 und 1913) um das Doppelte vergrößert. Der Weltkrieg sollte ihm weitere Erwerbungen bringen. Namentlich wurde auch Erweiterung des Inselbestandes erstrebt. Rumänien gliederte sich Siebenbürgen, Bessarabien und die Dobrudscha an. Serbien erweiterte sich zum Jugo-Slavischen Staate. Die Leidtragenden waren die Türkei, Bulgarien, Österreich.

Unser Rundgang durch Europa führt uns nun nach

**16. Rußland.** Vor dem Weltkriege das größte zusammenhängende Staatsgebiet der Erde, aber mit ungünstiger Weltlage, fern von den Gebieten des großen Weltverkehrs, war das alte Rußland im wesentlichen Binnenstaat, wenn es auch im Nordwesten die Ostsee, im Norden das Eismeer, im Süden das Asowsche und Schwarze Meer berührte. Die Möglichkeit eines stärkeren internationalen Verkehrs wurde dadurch für Rußland nicht eröffnet. Man versteht darum auch Rußlands Verlangen nach dem Besitz Konstantinopels, wie sein Bestreben, durch Afghanistan oder Persien den Indischen Ozean zu erreichen. Für den Binnenverkehr stand ein bedeutendes Wasserstraßennetz (Flüsse, Kanäle, Seen) zur Verfügung. Am Südostrande und im Osten befinden sich die bedeutendsten russischen Gebirge:

Ural, Kaukasus mit den Jailabergen am Südostgestade der Halbinsel Krim. Im übrigen herrscht einförmiges Flachland vor, zum Teil recht fruchtbar, im Süden aber mit unfruchtbaren Steppen, im Norden mit der unwirtlichen Tundra (Ebenen, deren Boden im Sommer nur oberflächlich auftaut). Das Klima ist ausgeprägtes Landklima mit starken Gegensätzen zwischen Winterkälte und sommerlicher Wärme. Bei der großen Ausdehnung des russischen Reiches kann es natürlich an mannigfachen Unterschieden des Klimas usw. nicht fehlen.

Der Weltkrieg hat Rußland zugrunde gerichtet, nachdem es schon 1904 durch seinen Krieg mit Japan schwer gelitten. Das Riesenreich löste sich nach der Revolution 1917 in eine Reihe neuer Staatsgebilde auf und sank immer tiefer ins Elend herab infolge der Gewaltherrschaft der bolschewistischen Republik, wo immer diese Einfluß gewann. Als Rohstofflieferant und als Abnehmer industrieller Produkte dürfte Rußland in Zukunft für Deutschland eine große Rolle spielen.

Und nun noch der hohe Norden. Einer für den Verkehr günstigen Lage zwischen dem Osten und Westen Europas erfreut sich

**17. Dänemark.** Den kontinentalen Teil Dänemarks bildet Jütland, den insularen Teil auf der Osthälfte: Seeland, Laaland, Falster, Møen, Bornholm; auf der Westhälfte: Fünen, Langeland, Ärø. Bei Aarhus erhebt sich 157 *m* hoch der Himmelberg. Sonst ist Dänemark im allgemeinen Flachland, wenn auch das fruchtbare östliche Jütland schöne Buchenwaldungen auf langen Hügelreihen besitzt. Im vielfach unfruchtbaren westlichen Jütland befindet sich die jütländische Steppe (Ahlheide), stellenweise auch wieder Marschboden. Die Inseln sind meist fruchtbar, namentlich im Süden. Der Sund bildet die kürzeste Verbindung zwischen Nord- und Ostsee (nur 50 *km* lang; zwischen Helsingör und Helsingborg 4,5 *km* breit)<sup>1</sup>. Die Schifffahrt ist an der West- und Nordwestküste sehr gefährdet (Eiserne Küste, Jammerbucht, Kirchhof der Schiffe!). Auch das Kattegat ist recht gefährvoll. Größere Flüsse fehlen in Dänemark. Bei Seeklima beträgt die mittlere Jahrestemperatur 7,5° C (in Kopenhagen mittlere Januartemperatur nicht unter — 0,5°, mittlere Julitemperatur bis zu 17° C). Die mittlere Niederschlagsmenge beträgt in Seeland 57 *cm*, in West-Jütland 68, in Ost-Jütland 63 *cm*. Jütland wird oft von schweren Gewittern heimgesucht.

**18. Finnland** hat, bei einer Bevölkerungszahl von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Köpfen, einen Flächeninhalt von 378426 *qkm*. Davon entfallen auf Binnenseen 44286 *qkm*. Den größten Teil des Landes — 57,1 % der gesamten Fläche — nehmen Wälder ein. Die Staatswälder allein umfassen über 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Hektar. Die reichen finnischen Wasserfälle sind bisher noch nicht entsprechend ausgenutzt worden.

Mit Vorzug werden

**19. Schweden und Norwegen** skandinavische Länder genannt (Skandinavien d. i. Heringsinsel). Nur <sup>1</sup>/<sub>10</sub> von Schweden ist Ackerland und Gartenland, ein reichliches Drittel unfruchtbar, die Hälfte Waldgebiet. Das Land ist reich an Seen. Berühmt sind die Trollhättanfälle (220000 Pferdekräfte) im Götaelf, der unterhalb Göteborg mündet. Der Götakanal verbindet Nord- und Ostsee. In Norwegen ist nur <sup>1</sup>/<sub>36</sub> der Fläche Acker- und Gartenland. Hochgebirgsnatur herrscht vor, wenn auch das Klima durch Golfstrom und Westwinde selbst im Norden gemildert wird. Ein Viertel Norwegens ist mit Wäldern bedeckt. Es ist

<sup>1</sup> Wundervolle Fahrt von Kopenhagen nach Helsingör am Morgen, wo die Beleuchtung auf die seeländische Küste fällt (Villa neben Villa bis Helsingör).



das wasserreichste Land Europas. Die Küsten sind steil mit vielen Buchten (Fjorden), felsigen Eilanden und Klippen, Skjären (zusammen Skarehaard, Schärenhof).

Zum Schluß noch einiges über die andern Erdteile.

**20. Amerika**<sup>1</sup>, zwischen dem 72.° nördl. und dem 56.° südl. Breite, also zwischen den beiden Eismeeeren gelegen, ist „der schlankeste aller Erdteile“. Der Doppelkontinent (Nord- und Südamerika) wird verbunden durch die bis 70 km verengte Landenge von Panama, ist aber verschieden in kultureller und insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Küstengliederung Amerikas ist in mancher Hinsicht weniger vorteilhaft als die Europas und Asiens. Die innersten Binnenländer liegen weit vom Meere entfernt. In Südamerika gibt es flache Ansätze von Meeresbuchten, aber wenige Naturhäfen von der ausgezeichneten Beschaffenheit Rio de Janeiros im Osten und Valparaisos im Westen. Nordamerika ist diesbezüglich in den nördlichen atlantischen Staaten der Union besser ausgestattet, ebenso Kalifornien und die Westküste Mexikos. Am reichsten gegliedert ist der äußerste Norden (Britisch-Kanada, der nordamerikanische Polararchipel) und der äußerste Süden (Südchile, Patagonien, Feuerland) — in beiden Fällen jedoch unwirtliches Gebiet. Ein mächtiges vulkanisches Gebirge (die Anden-Kordilleren) durchzieht den ganzen Kontinent im Westen längs des Großen Ozeans, von Feuerland an bis nach Alaska. Auf der atlantischen Hälfte findet sich das Appalachische System mit den Alleghanies, den White Mountains, dem Cumberlandgebirge in Nordamerika, den Bergländern von Brasilien und Guayana in Südamerika. Einen besondern Vorzug der amerikanischen Gebirge bildet, von dem Mineralreichtum abgesehen, ihre unübertroffene Wegbarkeit.

Eine geradezu riesige Entwicklung weisen die Ströme auf: im Norden der Lorenzo, Mississippi-Missouri, Nelson und Mackenzie; im Süden Magdalenenstrom, Orinoko, La Plata, Amazonas. Das bedeutet natürlich eine große Erleichterung für den Verkehr im Innern sowohl von Norden nach Süden wie von Osten nach Westen. In Nordamerika kommen dazu noch zahlreiche Kanäle zur Verbindung der Ströme unter sich und mit den „Großen Seen“ (der Champlainkanal vom Hudson zum Lorenzstrom, der Erie Kanal vom Hudson zum Eriesee, der Illinoiskanal vom Mississippi zum Michigansee, drei Kanäle ferner zwischen Ohio und Erie, St. Mary's-Kanal zwischen Oberem- und Huronsee); die großen Seen (der Obere See hat allein eine Fläche von über 81 000 qkm) erleichtern ebenfalls sehr den Warenverkehr. (Chicago, am Südende des Michigansees, der erste Fleisch-, Holz-, Erz- und Getreidemarkt der Union, Vereinigungspunkt von 20 Haupt-eisenbahnlinsen; auch Detroit ist enorm gewachsen infolge seiner Lage zwischen Erie- und Huronsee.)

Amerika vereinigt sodann alle klimatischen Zonen. Die Temperatur ändert sich vom Äquator nach Norden und Süden nur allmählich. Die atlantischen (östlichen) Gebiete, sodann das nordwestliche Nordamerika und das südwestliche Südamerika sind regenreicher als das oft steppenhafte Innere. Die nördliche Hälfte

<sup>1</sup> Abgesehen von den geographischen Werken unter anderem Der deutsche Großkaufmann (1905) 128 ff. M. Eckert, Handelsgeographie II 384—476. N. S. Shaler, Nature and Man in America (1891). A. P. Brigham, Geographic Influences in American History (1903). Max Sering, Die Handelspolitik der Großstaaten, in Handels- und Machtpolitik (von Schmoller, Sering, Wagner) II (1900) 15 ff. Ders., Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas (1887).

der Ostküste Nordamerikas leidet unter der kalten Labradorströmung, die südliche Hälfte der Westküste Südamerikas unter der kalten peruanischen Strömung; die übrigen Gestade erfreuen sich durchgehends des Einflusses warmer Meeresströmungen. Gruber<sup>1</sup> erblickt die wirtschaftsgeographischen Ursachen der wirtschaftlichen Stärke der Vereinigten Staaten von Amerika

1. in dem wahrhaft kontinentalen Flächenraum des Reiches. Es erstreckt sich innerhalb 24 Breitengraden auf 2600 *km* von Nord nach Süd, auf fast 4300 *km* von Ost nach West, hat eine Ausdehnung (fast so groß wie Europa) von fast 9½ Millionen *qkm*<sup>2</sup>.

2. sodann in der günstigen Lage der Vereinigten Staaten. Die Union liegt „den bedeutendsten und leistungsfähigsten Wirtschaftsgebieten der gesamten Erde gegenüber, und zwar gerade mit seinen buchten- und hafenreichsten Küstenstrichen. Der Atlantische Ozean verbindet sein Ostgestade mit den wichtigsten Industrie- und Handelsstaaten Europas: mit Frankreich, England, Belgien, Holland, Deutschland. Jenseits des Stillen Ozeans aber sind ihm das großenteils europaisierte... Japan, das eine beherrschende Stellung in Ostasien zu erringen sucht, sowie China benachbart, welch letzteres der älteste und politisch zugleich schwächste Kulturstaat der Welt ist.“ Die Beziehungen zwischen der Union und diesen Ländern werden immer lebhafter. Auch hat sich die Union bereits zum Herrn der Philippinen gemacht. Mit der Erschließung des Durchganges bei der Panamalandenge aber durch die Amerikaner wird die Neue Welt und vor allem deren pazifische Seite der Alten Welt weiterhin um ein Beträchtliches nähergerückt werden. Jedenfalls wird der altweltliche Handel wesentlich infolge der Lage Englands, Frankreichs und auch Deutschlands am Ostufer des Atlantischen Meeres mit der stärkeren Entfaltung des Verkehrs auf dem Pazifischen Ozean und mit der Herstellung eines Großschiffahrtskanals vom Atlantischen zum Stillen Weltmeer durch den Handel der Nordamerikaner eine fühlbare Beschwerung erhalten“. Also „amerikanische Gefahr“ — wachsende Konkurrenz Amerikas in Ostasien, jetzt auch in Europa!

21. Asien, in allem riesenhaft, in seinem Ausmaße (über 44 Millionen *qkm*), seiner Bevölkerung (822 718 000), in der Mannigfaltigkeit ihrer Kulturhöhe, in seinen Gliedern (Vorderindien z. B. ⅓ Europas an Größe), seinen Inseln (Borneo z. B. ⅔ der Fläche Deutschlands), in seinen Gebirgen, Tief- und Hochländern, seinen Flüssen, seiner Pflanzen- und Tierwelt, seinen Staatenbildungen. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist Asiens Bodengestalt in mehrfacher Hinsicht ein Hemmnis. Innerasien ist schwer zugänglich. Überhaupt verhindert das Relief Asiens die Verbindung der einzelnen Länder untereinander, woher zum Teil wohl auch die Neigung zur Abgeschlossenheit gegen das Ausland stammt, die charakteristisch war oder ist für die Chinesen, Tibetaner, Turkestaner. Das asiatische Tiefland mit fruchtbarer Ackerkrume liegt im Norden unter klimatisch ungünstigen Verhältnissen. Die Hochländer Asiens dagegen sind steppendürr; die sie umschließenden Gebirge nehmen ihnen die Niederschläge vorweg. Große Teile Asiens leiden unter hartem Kontinentalklima. In den Gebieten des Südens und Ostens herrscht Seeklima mit feuchten Seewinden. Dort, auf einem Drittel der Gesamtfläche des Kontinents, leben ⅓ seiner Einwohner. Fehlen die Regenwinde, dann gibt es allerdings auch gerade in Indien Mißernten und Hungersnöte.

<sup>1</sup> Erdkunde 181 ff.      <sup>2</sup> 9 413 000 *qkm*.

<sup>3</sup> Gruber a a. O. 132 f.

Die Flüsse Nordasiens sind lange vereist und münden in ein Meer, das dem Weltverkehr fern. Manche Flüsse laufen in abflußlose Seen, oder durchfließen kulturell niedrig stehende Gebiete, oder sie haben schwierige Gefällverhältnisse.

**22. Afrika** ist arm an Buchten und Inseln (Madagaskar, Réunion; die spanischen und portugiesischen Inseln sind klein, ohne größere Bedeutung für den Weltverkehr). Der Erdteil hat viele Hochflächen. Nur  $\frac{1}{20}$  des Kontinents kommt auf Tiefland und Küstenniederungen. Der Aufstieg zu den Plateauländern ist beschwerlich, sie selbst sind vielfach steppenhaft und von unwirtlichen Gebirgen umrahmt. Die Flüsse überwinden den bedeutenden Höhenunterschied zwischen dem Binnenland und der Küste durch Stromschnellen und Wasserfälle (der Kongo mit den Livingstonefällen, der Sambesi mit den Mosiwantunjafällen, Nil und Niger mit ihren Katarakten). Alles dies erklärt, warum Afrika so lange unbekannt, der „dunkle Erdteil“ blieb. Jetzt werden die Flüsse zum Teil und die ungeheuren Seen (z. B. Victoria-Njansasee, 68 500 *qkm*, 130mal so groß wie der Bodensee) schon mit Dampfern befahren. — Zwischen 37° nördl. und 35° südl. Breite gelegen, hat Afrika in der Alten Welt den größten Anteil an der tropischen Hitze (in der nordafrikanischen Wüste bis 60° C). Auf den Hochflächen aber sind die Nächte kühl. Bedeutende Teile Afrikas haben nur eine Regenzeit im Sommer. Dazwischen herrscht große Dürre. Für den Europäer ist der äußerste Südosten Afrikas und der Küstenstrich des Mittelmeers mit ihren subtropischen Winterregen erträglich.

**23. Australien** (und Ozeanien), weit entfernt von den großen Kultur- und Handelsstaaten, ganz auf der südlichen Erdhälfte, mit seinem nördlichen Teile im tropischen, mit dem südlichen im subtropischen Klimagürtel gelegen, mit schwacher Bevölkerung (über 6½ Mill. Menschen auf fast 9 Mill. *qkm*), schlecht gegliedert, regenarm, da die eigenen Berglandschaften den vom Meer wehenden Winden ihre Feuchtigkeit abnehmen, nur mit einem einzigen ununterbrochen fließenden Strome (Murray). Trotz allem entwickelte sich ein reges wirtschaftliches Leben in den Randgebieten des Ostens, Südens, Südwestens, zum Teil auch des Nordens. Hier zeigte sich wiederum klar, was der menschliche Fleiß zu erringen und zu erzwingen vermag.

Wir werden später, bei der Übersicht über die Produktionsgeographie, auf die wirtschaftsgeographischen Verhältnisse zurückkommen.

### § 3.

## Völkische Bedingungen und Ursachen der produktiven Leistungsfähigkeit eines Volkes.

**Literatur:** Die in Bd. II (2. u. 3. Aufl.), Kap. 4 (1. Aufl. Kap. 5) zu §§ 1—6 angeführten Schriften und Aufsätze. — Die Literatur zu den vorigen Paragraphen dieses Kapitels. — Léopold v. Wiese, Einführung in die Sozialpolitik<sup>2</sup> (1921). — Heyde, Sozialpolitik (1920). — Pieper, Festgaben für Hitze (1921). — Mombert, Die Ökonomie der Arbeitskraft, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik LIII (1917) 545 ff.

Menge und Eigenart der Menschen, alles, was dem Volke durch Natur und Kultur, an natürlicher und erworbener innerer Ausstattung, an Kraftfülle zukommt oder abgeht, wirkt günstig oder ungünstig auf



seine Produktivität ein. Hierhin gehört nicht bloß, was die statistische Bevölkerungslehre über die Bewohnerschaft eines Territoriums (die Bevölkerung) berichtet, auch ethnographische, völkerpsychologische, moralische, geschichtliche Tatsachen sind dabei zu berücksichtigen. Die ganze natürliche, kulturelle, historisch-politische Volksindividualität des staatlich geeinten Volkes (der Staatsnation) kommt hier in Betracht.

1. Eine zahlreiche und dichte Bevölkerung verfügt über mehr Intelligenzen und mehr Hände, welche der nationalen Produktion größere Ausdehnung und größere Wirksamkeit verleihen können. Die hierdurch schon gesteigerte Produktivkraft verbindet sich wiederum mit der Möglichkeit zweckmäßigerer Arbeitsteilung, der Anwendung und besseren Ausnutzung einer vollkommeneren Technik, der Ausführung von Arbeiten, die nur von organisierten Massen bewältigt werden können. Eine größere und dichtere Bevölkerung bedeutet aber nicht bloß an sich und durch sich erhöhte Produktivkraft, sie ist zugleich ein Sporn der produktiven Tätigkeit. Sie bietet sich selbst in ausgedehnterem Maße gegenseitig Arbeit, Absatz und Nahrung dar, erlaubt nicht nur, sondern erfordert auch die intensivere Verwertung der gegebenen Produktionsbedingungen und, wie gesagt, die Anwendung einer kostspieligeren Technik.

Nachdem die Frage, was den Reichtum eines Volkes ausmache, die verschiedenste Beantwortung gefunden (Grund und Boden, günstige Handelsbilanz. Besitz von Edelmetall, nationale Arbeit), stellte namentlich die populationistische Schule des 18. Jahrhunderts den Satz auf, daß jede Bevölkerungszunahme einen volkswirtschaftlichen Fortschritt bedeute. Im Zeitalter Friedrichs des Großen wurde darum auch der Reichtum eines Volkes vornehmlich in der großen Bevölkerungszahl erblickt. Die Staaten möglichst zu „peuplieren“, galt als wichtigste Aufgabe der staatlichen Bevölkerungspolitik in der ersten Zeit der großen technisch-wirtschaftlichen Fortschritte. Diese Auffassung richtete sich namentlich gegen die Hemmungen und Schranken, die vom 15. bis 17. Jahrhundert in den meisten europäischen Staaten der Eheschließung, der Niederlassung, der Bodenteilung, dem Gewerbebetriebe hindernd im Wege standen.

In England hatte man damals starken Zuwachs an Bevölkerung. Es herrschte dort aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts viel Unzufriedenheit und Elend. Radikale „Systeme der Gleichheit“ wurden populär. Insbesondere Godwins Buch „Political Justice“ (1793) erwarb sich viele Freunde. Godwin erblickte die Quelle alles Elendes in der fehlerhaften gesellschaftlichen Organisation. Ihm trat Robert Malthus, wie wir sahen<sup>1</sup>, entgegen. Die wahre Quelle des Elendes ist nach ihm in der Tendenz der Bevölkerung zu suchen, sich rascher zu vermehren, als die Nahrungsmittel vermehrt werden könnten. Aus der übermäßigen menschlichen Vermehrung ergäben sich dann Elend und Laster als Hemmnisse der Vermehrung, indem sie die überschüssige Bevölkerung vernichteten. So war das Elend in letzter Linie gewissermaßen „naturgesetzlich“ erklärt. In der zweiten<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. die ausführliche Behandlung der Malthusschen Lehre in Bd. II, Kap. 4, § 3, S. 540 ff. (Kap. 5, § 3, S. 587 ff.).

<sup>2</sup> Erste Auflage 1798.

Auflage der Abhandlung über das Bevölkerungsprinzip (1803) fügte Malthus als neues Hemmnis die zeitweilige oder beständige „moralische Enthaltung“ (moral restraint) hinzu: Motive der Vernunft könnten auf diesem Wege durch Beherrschung der triebhaften Tendenzen zu einer Rationalisierung des Bevölkerungszuwachses geleiten. Nicht Malthus selbst, wohl aber die sog. Neomalthusianer haben unter jener Rationalisierung eine Hemmung der Progenitur durch künstlichen Eingriff in den Generationsprozeß verstanden. J. St. Mill forderte speziell für die Arbeiterwelt kleine Kinderzahl: die öffentliche Meinung müsse hier die große Kinderzahl ebenso bekämpfen wie die Trunksucht. Mill sah auch in dem „Gesetze des abnehmenden Bodenertrages“ eine Stütze der Malthusschen Bevölkerungstheorie. Dem Einwande nämlich, daß die angeblich „überschüssigen“ Mäuler doch auch doppelt soviel Hände zur Arbeit mitbrächten, begegnete Mill mit dem Hinweis auf das Bodengesetz: die neuen Mäuler würden zwar ebensoviel Nahrung erfordern wie die alten, die hinzukommenden Arbeitshände aber nicht soviel erzeugen können. —

Von der Bewegung der Volkszahl wird die Entwicklung der Bedürfnisse und ihrer Befriedigung wesentlich beeinflusst. Jede Veränderung, Steigerung, Minderung, Umgestaltung der Bedürfnisse wirkt aber zurück auf die Formen des Wirtschaftslebens. Denn alle Wirtschaft bedeutet schließlich nichts anderes als Weg und Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Im 19. Jahrhundert wuchs die Bevölkerung Europas von 175 Millionen (im Jahre 1800) auf 406 Millionen (1900). Die Zunahme betrug also in diesen 100 Jahren rund 230 Millionen, während der Zuwachs vom Jahre 1000 bis zum Jahre 1800 etwa auf 90 Millionen sich belaufen haben mag. Eine so große Verdichtung der Bevölkerung mußte gewaltig einwirken auf die Fort- und Umbildung der Wirtschaftsformen. Die mittelalterliche Wirtschaft hätte die gesteigerten Bedürfnisse einer solchen Bevölkerung nicht befriedigen können. Und anderseits wirkten die neuen Formen des Produzierens und Handelns wieder fördernd auf ein weiteres Wachstum der Bevölkerung zurück. Daher dann jene im Verhältnis zu den mehr stabilen Verhältnissen früherer Zeiten rast- und ruheloser fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert. Rapid, wohl allzu schnell stieg auch bei uns in Deutschland vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts an die wirtschaftliche Entwicklung empor, gleichzeitig mit mächtigem Wachstum der Volkszahl.

Daß die Bewahrung des nationalen Wohlstandes auf der erreichten Höhe und daß ein Fortschritt in der Wohlfahrt der stark wachsenden Bevölkerung schwere Aufgaben auferlegt, zeitweilig auch zu großen Schwierigkeiten führen kann, läßt sich nicht bestreiten. Wir durften aber im zweiten Bande, bei Behandlung der Malthusschen Lehre, die wohlbegründete Ansicht aussprechen, daß ein qualitativ gesundes Volk, bei relativ günstigen äußeren Verhältnissen und Bedingungen, für die Quantität und von der Quantität der Bevölkerung regelmäßig und auf die Dauer nichts zu fürchten habe und sich immer wieder den erforderlichen Nahrungsspielraum schaffen werde. Das ist allerdings die notwendige Voraussetzung, wenn die Bevölkerung durch Volksvermehrung tatsächlich die wichtigste Kraftquelle bei der nationalen Gütererzeugung bleiben soll.

Der Zuwachs der Bevölkerung bedeutet zunächst Vermehrung der Arbeitskräfte. Damit aber diese Vermehrung der physischen Produktivkräfte auch zu einer der Wohlfahrt des Volkes dienenden Steigerung wirtschaftlicher Produktivkraft werde, indem sie eine der größeren Zahl der Konsumenten und höheren Kulturansprüchen genügende Bedarfsdeckung sichert, das setzt voraus, daß zugleich eine der Vermehrung der Zahl der Konsumenten und den erhöhten Ansprüchen genügende Erweiterung des Nahrungsspielraumes für das Volk sich überhaupt erreichen lasse<sup>1</sup>.

Der Nahrungsspielraum aber, d. h. die Möglichkeit der Beschaffung von Unterhaltsmitteln, hängt ab einestails von dem, was die heimische Volkswirtschaft im Lande selbst für den Unterhalt des Volkes gewinnen kann, andererseits von den Mitteln, über welche sie verfügt, um das zum Unterhalte des Volkes und zur Produktion (Rohstoffe) noch Fehlende oder Erforderliche im Austausch mit den Produkten des Auslandes zu gewinnen.

Die Bevölkerungskapazität, die Volkszahl, die mit den verfügbaren Unterhaltsmitteln erhalten werden kann, ist für die einzelne Volkswirtschaft tatsächlich durch natürliche und wirtschaftliche, auch durch politische Verhältnisse begrenzt. Der Ertrag des heimischen Bodens kann nicht willkürlich gesteigert werden. Auch die beste Organisation der Produktion und alle Fortschritte der Technik werden oft die Notwendigkeit bestehen lassen, einen Teil der erforderlichen Gebrauchsgüter aus dem Auslande einzuführen, soweit eben diese aus klimatischen oder sonstigen Gründen im Inlande nicht erzeugt werden können. Und wenn man sagt, der Mangel des eigenen Bodenertrages werde durch den steigenden Ertrag der Industrie, durch Exportindustrie, Kapitalanlage im Auslande, Handelsvermittlung kompensiert, dann bleibt doch zu bedenken, daß auch hier der Mangel an Rohstoffen, die Ungunst der Lage, welche zu hohen Transportkosten führt, die steigende Preisbewegung (Holz, Eisen und andere Metalle), Zölle, Kriegsfolgen usw. ein beträchtliches Hindernis schaffen können.

Wir brauchen hier nicht näher auf die Frage einzugehen, ob der von Malthus befürchtete Fall der Kollision zwischen Menschenzahl und Unterhaltsmittel für die Menschheit im ganzen in absehbarer Zeit eintreten, oder ob nicht der vermehrte Verbrauch durch intensivere Ausnutzung der Natur und Naturkräfte ausgeglichen werden könne. Für die einzelne nationale Volkswirtschaft aber besteht jedenfalls die Gefahr einer Herabminderung der durchschnittlichen Lebenshaltung, wenn die

---

<sup>1</sup> Vgl. Franz Eulenburg (in Verbindung mit Ferdinand Schmid und Wilhelm Stieda), Kriegswirtschaftliche Zeitfragen. Heft 2/3. Bevölkerungspolitik nach dem Kriege (1916). Ferner Hermann Krose, Eine notwendige Voraussetzung der Volksvermehrung, in Stimmen der Zeit XCII (1916) 152 ff.



nationale Güterbeschaffung mit der steigenden Bevölkerungszahl nicht Schritt hält oder Schritt halten kann.

In Deutschland waren vor dem Weltkriege Nationalvermögen und Nationaleinkommen stärker gewachsen als die Bevölkerung. Der Nahrungsspielraum hatte sich mit dem auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Ertrag der nationalen Produktion beträchtlich vergrößert. Bei Fortdauer dieses günstigen Verhältnisses zwischen Volkszahl und Gütererzeugung war Raum für eine starke Vermehrung der deutschen Bevölkerung. Würde nun infolge des Weltkrieges auf längere Zeit hin eine solche Verminderung des Nahrungsspielraumes eintreten, daß die durchschnittliche Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung sich erheblich verschlechterte, dann wäre, von andern üblen Folgen abgesehen, eine starke Auswanderung zu befürchten, kein geringer Verlust für ein Volk, dem eigene Siedelländer fehlen.

Mögen indes auch unter den obwaltenden Verhältnissen zeitweilige Schwierigkeiten für die Steigerung der Ernährungsmöglichkeiten sich ergeben, auf die Dauer würde aus der zahlenmäßigen Vermehrung der Bevölkerung namentlich dann für das deutsche Volk Unheil erwachsen, wenn es seinen alten qualitativen Hochstand dauernd verlieren sollte. Wahrung und Erhöhung der Qualifizierung des deutschen Volkes und der deutschen Volkswirtschaft, eine den Bedürfnissen entsprechende Wirtschafts- und Sozialpolitik, Stärkung des inneren Marktes, der Kaufkraft der breiten Massen, eine geschickte auswärtige Handelspolitik, alles dies muß und wird, wie wir hoffen, jede gefährliche dauernde Dissonanz zwischen Volkszahl, Arbeitsgelegenheit, Nahrungsspielraum ausschließen.

Die Gefahr liegt für Deutschland wie für alle Völker mit hoher materieller Kultur heute zum Teil anderswo, und zwar in der noch weiteren Einbürgerung des praktischen Neomalthusianismus. Auch darauf möchten wir noch einmal zurückkommen.

Die Zahl der Geburten ist in Deutschland stark gefallen, aufs Tausend der Bevölkerung von 41 im Jahre 1876 auf 27 im Jahre 1913. Speziell in den Großstädten sank seit 1870 die Geburtenziffer um mehr als die Hälfte. Eine Geburtenverminderung, zu welcher Frankreich 80 Jahre brauchte, wurde in Deutschland in 12 Jahren erreicht<sup>1</sup>. Dazu

<sup>1</sup> In den Jahren 1880 bis 1910 haben in Berlin abgenommen: die Erstgeburten um 20 vom Hundert, die Zweitgeburten um 42 vom Hundert, die Drittgeburten um 63 vom Hundert, die Viertgeburten und folgenden Geburten um 70 vom Hundert. Auf dem Lande war in dem Jahrzehnt von 1901/10 die Fruchtbarkeitsziffer (Preußens) mehr als noch einmal so hoch wie im Stadtkreis Berlin. Auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren entfielen durchschnittlich jährlich lebend Geborene 1876/80: 22,3 auf dem Lande mehr als in den Städten innerhalb Preußens. 1891/95 waren es 41,2 auf dem Lande mehr und 1906/10 51,2 auf dem Lande mehr als in den Städten. — Über Österreich vgl. K. Drexel, Geburten und Sterbefälle in den größeren Städten Österreichs (1914). K. Kammels Vorschläge in „Das Neue Österreich“ 1 (1916) 48 ff.

kam hier die große Kindersterblichkeit. Von 1000 Kindern starben 150 unter zwei Jahren (in England 90, in Norwegen 85). Jährlich würden rund 120 000 Kinder in Deutschland mehr am Leben bleiben, wenn wir bezüglich der Säuglingssterblichkeit den Stand von Frankreich erreichten. Schon im ersten Lebensjahre starben rund 300 000 deutsche Kinder. Mehr als Alkohol und Tuberkulose zehren ferner die Geschlechtskrankheiten am Marke unseres Volkes. Der Geburtenausfall durch Geschlechtskrankheiten wird für Deutschland auf jährlich 200 000 Kinder geschätzt. Auch die angeborene Lebensschwäche, die jährlich 60 000 Kinder im ersten Lebensjahre sterben läßt, ist in der Mehrzahl der Fälle angeborene Syphilis.

Wichtiger jedenfalls und berechtigter als die physiologisch zweifelhafte Annahme einer Herabminderung der Zeugungsfähigkeit bei höherer geistiger Entwicklung (Herbert Spencer u. a.) ist der Hinweis auf wirkliche Armut<sup>1</sup>, wenn nach den Ursachen des Rückganges der Geburten gefragt wird. Schlechte oder doch mangelhafte Ernährung beschränkt die Fähigkeit zur Fortpflanzung, Armut die Möglichkeit der Eheschließung und des Aufziehens des Nachwuchses. Auf dem Lande sind die Kinder leichter und billiger zu erhalten und aufzuziehen; schon in früher Jugend können sie innerhalb der ländlichen Familienwirtschaft mithelfen und wertvolle Dienste leisten. Die Lebensbedingungen der Städte dagegen stellen nicht nur armen Familien, sondern bis in den Mittelstand hinein kinderreichen Familien schwer überwindliche wirtschaftliche Hindernisse entgegen, namentlich in der Wohnungs- und Erwerbsfrage. Wenn man aber anderseits den Wohlstand als eine der Ursachen des Geburtenrückganges bezeichnet hat, so dürfte dieser doch mehr den entkräftenden Folgen der modernen Wohllebigkeit als dem Wohlstande selbst zuzuschreiben sein. Man genießt und will genießen. Dem steht aber der Kindersegen im Wege. Die „standesgemäße“ Lebenshaltung fordert zu viel, sagt man, mehr noch indes die Eitelkeit, Bequemlichkeit, Vergnügens- und Putzsucht. Um der Kinder wegen Schmerzen zu ertragen, auf Vergnügen zu verzichten, das hieße ja auch der modernen Frau zu viel zumuten. Es ist nicht nur die persönliche Ansicht einer einzelnen, wenn eine Führerin der modernen Frauenbewegung jenes „Wissen“, das dem Kindersegen vorbeugen lehrt, vor dem Kriege also pries: „Von jetzt an wird die Frau nicht mehr unter ihrer Fruchtbarkeit wie unter einem Fluche seufzen: durch physiologisches Wissen ist sie wieder Herrin ihres eigenen Körpers, ihres eigenen Geschickes geworden.“ In der Tat, das Sinken des Fortpflanzungswillens hat nicht bloß in der Armut, in der städtischen Raumbegrenzung, in der Belastung durch Steuer und Teuerung, auch nicht in der Beschäftigung der Frau in Fabrik und Schreibstube, in der Neurasthenie der Männerwelt usw. ihre Ursache. Die Hauptursache muß in dem

<sup>1</sup> In Deutschland hatte sich die Lebenshaltung gerade der Arbeiterklassen in den letzten Dezennien beträchtlich gehoben.

Schwinden von Glauben und Sittlichkeit gesucht werden. Wo religiöse Überzeugung und Sittlichkeit noch herrscht, fehlt der Kindersegen nicht<sup>1</sup>.

„Das Wichtigste“, sagt darum auch Max Sering<sup>2</sup> mit Recht, „ist die sittliche Erneuerung großer Kreise der Bevölkerung. Eine wirkliche Heilung der so viel beklagten Schäden kann nur aus dem Herzen kommen. Entgegen der Vorstellung von der Berechtigung, ja Notwendigkeit der künstlichen Geburtenbeschränkung, die allmählich von den sog. oberen Klassen — es sind tatsächlich die philiströsen Mittelschichten — in die übrigen Bevölkerungsklassen, besonders der Großstädte, vorgedrungen ist, in den letzten Jahren aber mehr und mehr auch das Land infiziert hat, müssen wir auf das Unsittliche jener Praktiken hinweisen und versuchen, es zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen. Die sittliche Seite des Problems ist in sehr treffender und eindringlicher Weise durch einen Hirtenbrief der am 20. August 1913 in Fulda versammelten deutschen Bischöfe beleuchtet worden. (Ich bemerke, daß ich Protestant bin.) Ein sehr richtiges Wort hat über diese Dinge auch ein Schriftsteller gesagt, von dem man es vielleicht am wenigsten erwartet, nämlich Malthus im vierten Buche, Kapitel 2: ‚Die Folge jeder Art unregelmäßigen Geschlechtsverkehrs, der die Geburt von Kindern behindert, besteht offenbar in der Schwächung der besten Empfindungen des Herzens und in einer sehr fühlbaren Erniedrigung des weiblichen Charakters.‘ . . . Die Frauen sind es sich selber schuldig, Praktiken abzuwehren, die sie zu bloßen Objekten machen. Es scheint mir, daß sie den Beruf haben, die Nation vor dem Selbstmorde zu bewahren, indem sie ihre eigene Ehre verteidigen.“

Keiner „neuen Ethik“ bedarf es, sondern der Rückkehr zum christlichen Sittengesetz. An dem Tage, wo das Ein- oder Zweikindersystem zusammenbricht, werden in Frankreich ehemalige „Libre Penseurs“ die Kirchen füllen, wird auch das deutsche Volk die ganze Hohlheit der freigeistig-egoistischen Lehren erkennen. Keine noch so hohe Organisationsgabe, nicht Technik und alle materielle Kultur, nicht glänzende Fortschritte der Wissenschaften können uns vor dem Untergange bewahren, wenn dieser „Wurm in der Rose“ (Fahlbeck) seine stille, aber gründlich zerstörende Arbeit weiterhin fortsetzen darf<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Hans Rost, Katholische Lebenswerte. Die Kulturkraft des Katholizismus (1916) Kap. 5. Während in Deutschland der Bauernstand noch eine Reserve von Religion, Sittlichkeit und Volkskraft darstellt, ist in Frankreich die Pest des Neomalthusianismus, von wenigen Departements abgesehen, allgemein auf dem Lande verbreitet. Die kleinen Landstädte sind in sittlicher Hinsicht im vollen, wenn nicht erhöhtem Wettbewerb mit den Großstädten.

<sup>2</sup> Schutz der Volksgesundheit, in: Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. VIII. Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt.

<sup>3</sup> Über Neomalthusianismus vgl. Bd. II, Kap. 5, § 3, S. 627 ff. „Es läßt sich mit Sicherheit sagen“, schreibt über die wirtschaftlichen Folgen v. Gruber, „daß mit dem



Die Sorge für eine sittliche Erneuerung des Volkes schließt selbstverständlich die Anwendung anderer Mittel zum Schutze und zur Förderung gesunder Volksvermehrung nicht aus.

Hatte bisher in der Sozialpolitik die Sorge für Kranke, Verletzte, Verbrauchte vorgeherrscht, so muß, wie Schmittmann<sup>1</sup> bemerkt, nunmehr eine vorbeugende Sorge für die kommenden Träger der Volkskraft hinzutreten. Verschiedene Vereinigungen haben sich schon mit der Erforschung der diesbezüglich wirksamsten Maßregeln beschäftigt: Innenkolonisation, Sesshaftmachung der Landbevölkerung, Eindämmung der Landflucht, halbländliche Ansiedelung für die Industriebevölkerung, Wohnungsfürsorge, Kampf gegen Lebensmitteleuerung, die besonders schwer auf kinderreichen Familien lastet, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten<sup>2</sup>, Reichswochenhilfe, Stillprämien, Elternpensionen und Kinderzuschüsse, Steuererleichterungen, finanzielle Belastung nach Maßgabe des Einkommens zugunsten der Erhaltung der Kinder armer Familien, Neuregelung des Besoldungswesens, Abstufung der Gehälter nach der Kinderzahl, Junggesellensteuern, Versorgung der Kinder in Horten und Krippen usw. — eine ganze Reihe von praktischen und weniger praktischen Maßnahmen wurden in Vorschlag gebracht oder angewendet. Alles dies wird freilich speziell die freiwillige Kinderbeschränkung und die damit eng verbundene Zügellosigkeit im Geschlechtsverkehr nicht überwinden können — mit Richard Ehrenberg<sup>3</sup> zu sprechen: ohne Erneuerung

---

Sinken, ja schon beim Stationärwerden der Bevölkerung die Erwerbsgelegenheit ganz außerordentlich abnehmen wird, daß infolgedessen sehr bald ein Mißverhältnis eintreten muß zwischen der Zahl der Arbeitswilligen und der Arbeitsgelegenheiten. Trotz Abnahme der Zahl der Arbeiter werden daher die Löhne nicht steigen, sondern sinken. Unsere ganze Volkswirtschaft ist durch und durch auf der Voraussetzung des jährlichen Geburtenüberschusses aufgebaut. Nimmt man den Geburtenüberschuß weg, dann ist unsere Volkswirtschaft aufs tiefste gestört und geschädigt. Schon eine stationär gewordene Bevölkerung braucht keine neuen Wohnungen mehr. Man stelle sich vor, welche Konsequenzen das für das Baugewerbe, für diese ungeheure Summe der in ihm gewerblich Tätigen haben müßte. Und ganz ebenso müßte es mit der Produktion der Kleidungsstoffe und Kleider, der Heiz- und Beleuchtungsstoffe, mit der Erzeugung der Nahrungsmittel, kurz aller unentbehrlichen Subsistenzmittel gehen“ (Gruber, Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückganges im Deutschen Reich<sup>3</sup> [1914] 46).

<sup>1</sup> Bevölkerungspolitik und Weltanschauung, in Köln. Volkszeitung 57. Jahrg., Nr. 93. 22. November 1916.

<sup>2</sup> Vgl. Paul Kaufmann, Krieg, Geschlechtskrankheiten und Versicherungsanstalten (1916). Die Invalidenversicherungsanstalten und Krankenkassen sollten nach Kaufmanns Vorschlag in Verbindung mit der Militärverwaltung an größeren Verkehrszentren jeder Provinz Beratungsstellen für geschlechtskranke Versicherte errichten, die nach dem Kriege in den Friedenszustand zu übernehmen wären.

<sup>3</sup> Die Familie in ihrer Bedeutung für das Volksleben (1916). Vgl. auch Franz Walter, Die deutsche Familie in ihrer Bedeutung für das Volksleben, in Köln. Volkszeitung 57. Jahrg., Nr. 1030, 23. Dezember 1916. — Der Verfasser dieses Lehrbuches hat aus mehr als zehnjähriger seelsorglicher Erfahrung in einer der größten Fürsorge-

der Familie. Nichts zeigt den Verfall des Familienlebens so deutlich an wie der zunehmende Rückgang der Geburten. Und doch steht die Familie im engsten Zusammenhange mit allen Lebensäußerungen der Völker. Die Familie ist der Mikrokosmos des Volkes. In ihr erneuert und verjüngt sich das Volk. Die über Gedeih und Verderben der Völker entscheidenden Funktionen der Familie können durch nichts ersetzt werden. Die Familie ist „das lebenswichtigste Organ, wichtiger als der Staat und als die Erwerbswirtschaft“. Sie ist die sittliche Lebensgemeinschaft, in der die Grundelemente aller körperlichen und geistigen Eigenschaften der Menschen erzeugt werden, die für das Gedeihen des Volkes unentbehrlich sind. Sie ist Organ der Vermögensbildung und -erhaltung, lebendiges Organ der Überlieferung usw., Liebesgemeinschaft, Mittel der Veredlung und Einigung. Alle großen Fragen des Volkslebens: Erziehung, Wohnungsfrage, Frauenberuf usw. weisen auf die Familie hin, können ohne sie nicht gelöst werden. Erkrankt das Familienleben, dann erstirbt und erstarrt auch Gesellschaft und Staat. Die tiefsten und allgemeinsten sozialen Übelstände führen sich immer und überall zuletzt auf den Verfall des Familienlebens zurück.

**2. Arbeitsmenge und volkswirtschaftliche Aufgabe<sup>1</sup>.** Das Volk entsprechend den Bedarfsdeckungsprinzipien<sup>2</sup> und in fortschrittlichem Sinne mit den jeweilig erforderlichen Gebrauchsgütern auszustatten, durch Erhaltung, Kräftigung und Verbesserung der Voraussetzungen der Gütererzeugung (neues volkswirtschaftliches Produktionskapital usw.) diese Bedarfsdeckung zugleich auch für die Zukunft zu sichern, — das ist es, was wir als Aufgabe der Volkswirtschaft bezeichnet haben. Diese Aufgabe wird ihre relativ, unter gegebenen Verhältnissen beste Erfüllung

---

anstellen Deutschlands die Überzeugung gewonnen, daß für gut 90 Prozent der unglücklichen Mädchen die Familie schuld war an dem Fall der Kinder.

Aus der reichen Literatur über Geburtenrückgang seien erwähnt: Julius Wolf, *Der Geburtenrückgang* (1912). Bornträger, *Der Geburtenrückgang in Deutschland* (1913). v. Gruber, *Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückganges*, in Münch. medizin. Wochenschrift 1914. Grotjahn, *Geburtenrückgang und Geburtenregelung* (1914). Grassl, *Der Geburtenrückgang in Deutschland* (1914). *Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft*. VIII. Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Das neue Deutschland, Jahrg. 4, Nr. 17—23. Schmittmann, *Wohnrenten für Kinderreiche durch Sparpflicht vor der Heirat*, in Deutsche Arbeit 1. Jahrg. (1916) 113 ff. Faßbender, *Des deutschen Volkes Wille zum Leben*, mit Aufsätzen von J. Braun, H. Dransfeld, A. Düttmann, Chr. Faßbender, I. Gonser, J. Grassl, A. Heinen, J. Joos, F. Kleinschrod, H. A. Krose, E. Kruchen, H. Muckermann, A. Rademacher, K. Rupprecht, A. Schmedding, B. Schmittmann, G. Schreiber, Kastern, F. Walter, Joh. Wolff, B. Würmeling (1917). Mausbach, *Ehe und Kindersegen* (1917). Sticker, *Geschlechtsleben und Fortpflanzung* (1917). Hitze, *Geburtenrückgang und soziale Reform* (1917). Aufsätze von Krose und Muckermann in den Stimmen der Zeit 1916 und 1917. Insbesondere der Fuldaer Hirtenbrief von 1913 über diesen Gegenstand.

<sup>1</sup> Mombert, *Die Ökonomie der Arbeitskraft*, in Conrads Jahrbücher LIII (1917) 545 ff.

<sup>2</sup> Vgl. oben S. 130 ff.

finden können, wenn Arbeit, Naturfaktor (Boden), produzierte Produktionsmittel (Produktionskapital) durch Menge und Beschaffenheit die volle gegenseitige Verwertung und Ausnutzung im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Aufgabe jeweilig gestatten.

Wo die Bevölkerung den verfügbaren Naturgaben gegenüber eine zu dünne ist (in Gebieten mit kolonialartigem Charakter, z. B. Kanada, Brasilien, Argentinien), da ist die wirtschaftliche Ausnutzung der Naturgaben nur unvollkommen möglich. Es fehlt da in der Regel auch das erforderliche Produktionskapital. Die Gaben der Natur und des Bodens werden in extensiver Weise ausgenutzt. Man wird dort bestrebt sein, fremde Arbeitskräfte und fremdes Kapital heranzuziehen. Ist die verfügbare Arbeitsmenge nicht den Naturgaben, sondern dem vorhandenen und sich neu bildenden Kapital gegenüber zu gering, wie dies bei stagnierender Bevölkerung (Beispiel: Frankreich) der Fall, dann bildet Kapitalausfuhr die Regel (neben starker Einwanderung). Dem Ausfuhrlande kommen hierbei die Erträge des ausgeführten Kapitals meistens wieder zugute, was, von Ausnahmefällen (Rück- und Saisonwanderung, Übersendung von Ersparnissen in das Heimatland) abgesehen, bei Auswanderung von Arbeitskraft nicht der Fall ist.

Die Kapitalausfuhr (Kapitalanlage im Auslande) kann für ein Land im Interesse der Zahlungsbilanz usw. sich empfehlen, wenn die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus fremden Ländern notwendig geworden ist, die eigene Ausfuhr an Fabrikaten aber nicht genügt, um die Einfuhr zu bezahlen. In diesem Falle kann mit den Zinsansprüchen usw. des ausgeführten Kapitals der Restbetrag jener Einfuhr gedeckt werden. Eine Gefahr für die Entwicklung der Volkswirtschaft zum höchstmöglichen Maße wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit würde sich auch da aus einer übergroßen Kapitalausfuhr ergeben, wobei das Inland dann wegen Kapitalmangels die ihm verfügbaren Gaben der Natur und die vorhandene Arbeitskraft nicht mehr voll ausnutzen könnte.

Ist Arbeitsmenge im Übermaße vorhanden, so daß die Naturgaben und das Produktionskapital nicht ausreichen, um alle vorhandene Arbeitskraft in Bewegung zu setzen, dann bedeutet dieses Zuviel an Arbeitsmenge zunächst eine Belastung der Konsumtion und eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Voraussetzungen, die zur Ermöglichung eines erweiterten Nahrungsspielraumes erforderlich sind. Ein Teil des nationalen Jahresproduktes muß jetzt, statt auf Neubildung von Produktionskapital, auf die Erhaltung der überschüssigen Bevölkerung verwendet werden. Auch wird eine dem Eintausch fremder Rohstoffe usw. dienliche Kapitalausfuhr verkürzt. Soll die Arbeitskraft des Landes nicht zum Teil brachliegen, dann muß hier alles darangesetzt werden, dem Zuviel an Menschen Arbeitsgelegenheit und damit Unterhalt zu verschaffen. Gelingt das nicht (durch technische und sonstige Fortschritte, Hebung des internationalen Warenhandels), dann wird schließlich Auswanderung einen Ausgleich herbeiführen müssen.



**3. Potentielle Arbeitsenergie eines Volkes.** Die Arbeitsenergie hängt nicht allein von der Volkszahl ab. Nicht alle Personen, die in der Volkszahl einbegriffen sind, können wirtschaftlich tätig sein bzw. mit gleicher Kraft sich betätigen. Wollen wir die potentielle Arbeitsenergie eines Volkes erkennen, so müssen wir also gewisse Abzüge machen<sup>1</sup>.

Durch die Geschlechts- und Altersverteilung wird die Produktivkraft eines Volkes insofern beeinflusst, als das Maß der körperlichen und geistigen Kräfte, die Art der Befähigungen nach Geschlecht und Alter Verschiedenheiten aufweisen. Auf das sog. „unproduktive“ Alter — Kinder bis zu 15 Jahren und Greise über 70 Jahre — entfällt wohl ein Drittel der gesamten Bevölkerungszahl. Die voll arbeitsfähigen Personen gehören ihrer großen Masse nach der mittleren Altersklasse an. Würde man nun die Jünglinge von 15 bis 20 Jahren und die Greise von 60 bis 70 Jahren ausschließen, dann blieb für die zur wirtschaftlichen Betätigung voll Fähigen nur noch weniger als die Hälfte der Bevölkerung übrig. Im Jahre 1900 entfielen in Deutschland auf das Alter von 20 bis 59 Jahren nur 48 % der Gesamtbevölkerung<sup>2</sup>.

Es gibt ferner innerhalb der Bevölkerung auch Gruppen, die nicht wirtschaftlich tätig sind: 1. freie Berufe, Beamte, Militär, sodann 2. Personen, die keinen Beruf haben. Zu der ersteren Gruppe gehörten nach der deutschen Berufszählung von 1907: 5,55 %, zu der zweiten Gruppe, Personen, die keinen Beruf angegeben hatten, 8,38 % der Gesamtbevölkerung.

Abzurechnen sind sodann die mit ständigen physischen Mängeln Behafteten (Idioten, Irrsinnige, Taubstumme, Blinde), deren Anzahl in den europäischen Staaten etwa  $\frac{1}{2}$  % der Gesamtbevölkerung ausmachen dürfte<sup>3</sup>.

Einen zeitlichen Ausfall bewirken die zeitweiligen Krankheitszustände aller Art<sup>4</sup>.

Zeitlichen Verlust bringen ebenfalls die jetzt so häufigen Arbeits-einstellungen und Aussperrungen.

Die Anarchie der Produktion, die Unbeständigkeit und Unsicherheit der Produktions- und Tauschverhältnisse schließlich, welche die Arbeitslosigkeit für engere oder weitere Kreise der Arbeiterschaft, besonders der Großstädte, zu einer immer wiederkehrenden Erscheinung gemacht hat, bewirkt eine nicht gering zu schätzende Lähmung der völkischen Arbeitsenergie.

<sup>1</sup> Vgl. Gelesnoff, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre (1918) 88 ff.

<sup>2</sup> Hesse, Art. „Altersgliederung“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 84 f. Es bedeutet gewiß einen Fortschritt, wenn die Lebensdauer der Menschen verlängert wird. Aber gleichzeitig müssen auch die jüngeren Altersklassen wachsen. Die reichlichere Besetzung der höheren Altersklassen ist für sich allein kein günstiges Zeichen wachsender Produktivkraft, wenn gleichzeitig das ganze Volk nur wenig an Zahl zunimmt (Frankreich). Nimmt man für das produktive Alter die Zeit vom 15. bis 60. Jahre an, dann umfaßte dasselbe in Deutschland 1900: 55 % der Bevölkerung.

<sup>3</sup> Vgl. G. v. Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre II (1897) 91 f.

<sup>4</sup> Ebd. 430 ff.

Zur Zeit der Sklavenarbeit und der geschlossenen Hauswirtschaft mit Hörigkeit kannte man keine Arbeitslosigkeit. Gewiß fanden sich im Mittelalter auch Vagabunden, Bettler, Landsknechte u. dgl. Aber wirklich Arbeitswilligen bot doch die geregelte Zunftwirtschaft in ihrer Blütezeit auch die Möglichkeit, Arbeit zu finden. Die Arbeitslosigkeit als häufige und umfassendere Erscheinung mit großem Elend für Arbeitswillige blieb späteren Zeiten vorbehalten, denen es an den neuen Bedürfnissen entsprechenden Organisationen und Regelungen fehlte. Nach dem Weltkrieg wurde die Arbeitslosigkeit in Deutschland zunächst zur schweren Geißel für das ganze Volk. Schon nach der Revolution und der plötzlichen Demobilmachung gab es große Massen von Arbeitslosen; am 1. Juli 1920 zählte man 321 000, am 1. August 404 000, im November desselben Jahres (mit den sog. Kurzarbeitern) 3 Millionen. Die öffentlichen Unterstützungen reichten trotz ihrer Höhe kaum für den dringlichsten Notbedarf in den teuren Zeiten aus. Notstandsarbeiten aber vermögen überhaupt bei lang andauernder Arbeitslosigkeit größeren Umfanges keine wirksame Abhilfe zu schaffen. Man konnte jedoch auch auf diese Form der sog. „produktiven Erwerbslosenfürsorge“<sup>1</sup> nicht verzichten. Ein wirkungsvolleres Mittel als Notstandsarbeiten bietet der gut organisierte Arbeitsnachweis mit zwischenörtlicher Arbeitsvermittlung (Reichsamt für Arbeitsvermittlung 1919, Landesarbeitsämter 1921). Sachkundige Beurteiler halten den Arbeitsnachweis für den geeigneten Träger der Arbeitslosenversicherung<sup>2</sup>. Der Arbeitsnachweis übersieht den Arbeitsmarkt, kennt die Arbeitslosen persönlich, kann unberechtigte Renten verhüten. Krankenkassenverbände als Träger der Arbeitslosenversicherung verfügen nicht über die gleichen Vorzüge, mögen sie im übrigen versicherungstechnische Vorteile bieten. Die beste Hilfe gegen Arbeitslosigkeit bleibt immer die Beseitigung der Ursachen, aus denen größere Arbeitslosigkeit hervorgeht — soweit eine solche Beseitigung sich jeweils als möglich erweist.

Das Wachstum der Bevölkerung hat im Laufe der Zeit (in Deutschland rasch) zu einer starken Anhäufung von Menschenmassen an denjenigen Orten geführt, wo sich für Produktion, Erwerb und Konsum besonders günstige Aussichten zu bieten schienen und tatsächlich boten. Namentlich die industrielle Agglomeration, die fabrikmäßige Großindustrie übte auf die Entwicklung der

4. städtischen Siedlungsweise<sup>3</sup> starken Einfluß, wie diese auf jene, aus. Die größere Nähe von Handels- und Kreditunternehmungen, die leichtere

<sup>1</sup> Den Grundgedanken der produktiven Erwerbslosenfürsorge drückt Ludwig Heyde (Festgaben für Hitze [1921] 116) folgendermaßen aus: „Statt Unterstützungen unproduktiv, d. h. ohne daß für sie irgendeine volkswirtschaftlich wertvolle Arbeit geleistet wird, an den Arbeitslosen zu geben, soll dieser die Möglichkeit erhalten, zu arbeiten, ohne daß den öffentlichen Körperschaften aus der Bereitstellung von Arbeit wesentlich höhere Kosten erwachsen, als aus der unproduktiven Unterstützung erwachsen würden.“ In der Praxis ist man allerdings von diesem Grundgedanken abgewichen — Reichsverordnung über Erwerbslosenunterstützung von 1918, Neufassung 1920.

<sup>2</sup> Englischer Entwurf von 1911 und 1920. Deutscher Entwurf 1920.

<sup>3</sup> Vgl. Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 4, § 1, S. 476 ff. (Kap. 5, § 1, S. 523 ff.); Adolf Weber, Die Großstadt<sup>2</sup> (1918). 1905 waren in Deutschland 57 % Stadtbewohner.

Verfügbarkeit wissenschaftlicher und technischer Hilfskräfte, hochgelernter Arbeiter, die fortgeschrittene und fortschreitende Arbeitsteilung, die reichere Bedarfsgestaltung und der Massenbedarf der städtischen Bevölkerung, die Ansammlung des Reichtums in den Städten, die Entfaltung eines verfeinerten Kulturlebens, die Anziehungskraft, die sich gegenseitig ergänzende Industrien aufeinander ausüben, wohl auch die moderne Tendenz zu fortschreitender, großkapitalistischer Zentralisation der Betriebe und Unternehmungen, alles dies hat zugleich mit der Zentralisation der politischen Verwaltung, der Bildungs- und Unterrichtsanstalten usw. mit dem Anreiz eines reicher pulsierenden geistigen und künstlerischen Lebens zu der erstaunlichen Entwicklung der heutigen Städte und Großstädte geführt<sup>1</sup>. Dem Zuge in die Stadt entspricht die Flucht vom Lande. Und zwar sind es nicht bloß überflüssige und überschüssige Arbeitskräfte, welche sich den städtischen Produktions- und Konsumtionszentren zuwenden. Die Abwanderung vom Lande ist in ihrer Ausdehnung keineswegs der einzige Übelstand für die Volkswirtschaft, der sich aus der rapiden Großstadtentwicklung ergibt. Die Verhetzung der Arbeitermassen ist, wie die Unternehmer oft klagen, in der Großstadt leichter als auf dem Lande, obwohl die neueste Erfahrung gezeigt hat, daß auch Landarbeiter radikal beeinflusst werden können. Dazu kommen die Bodenpreissteigerungen mit ihren Folgen für die Produktion<sup>2</sup>, die übertriebene Erhöhung und Erweiterung der „Bedürfnisse“ der Großstadtbevölkerung usw. Ob die Zukunft den vielfach erhofften Abbau der Großstädte, die Dezentralisierung der Bevölkerung, die Rückkehr zu einem einfacheren Bedürfnisleben bringen wird?

Der Grundsatz der Freizügigkeit, der vor dem Weltkriege in weitem Umfange auch internationale Geltung gewonnen hatte, die damalige Verbilligung der Transportmittel haben die

5. Wanderungen namentlich der Arbeiter, Binnenwanderungen und Auswanderung, stark vermehrt. Die sog. Saisonwanderung beschränkt sich auf bestimmte Zeiten. So zogen Polen und Russen zur Erntezeit nach Ostdeutschland, Kroaten und Slovenen in Österreich nach Steiermark, Niederösterreich und Mähren, Italiener nach Südamerika. Für die Gebiete, die unter dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften litten, bildeten die Wanderarbeiter einen willkommenen, wenn nicht notwendigen Ersatz. In der Heimat aber wurde die zeitweilige Abwesenheit der zur Saisonarbeit ausziehenden Leute weniger empfunden, weil dort die zur Produktion benötigte Arbeitsmenge durch die Abwanderung keine schädliche Einbuße erlitt. Die Südslaven z. B., die nach dem österreichischen Osten und in die Sudetenländer zogen, hatten schon vor Verlassen der Heimat die Ernte eingebracht, die Felder bestellt. Dauernde Abwanderungen von dem Inlande ins Ausland bedeuten allerdings eine Einbuße an produk-

<sup>1</sup> Paul Beusch, Wanderungen und Stadtkultur (1916).

<sup>2</sup> Vgl. Th. Brauer, Bodenfrage und Arbeiterinteresse (1916) 9 ff.



tiver Kraft für die verlassenen Gebiete, abgesehen von dem Verlust von Vermögenswerten, die ins Ausland mitgenommen werden, für das Einwanderungsgebiet anderseits einen entsprechenden Gewinn. Der Hinweis darauf, daß die Intensität der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung durch die Wanderungen gesteigert werde, mag vielleicht über sonstige Schädigungen hinwegtrösten können, die Nachteile einer größeren Auswanderung<sup>1</sup> aber werden doch durch die Aussicht auf künftige Rückwanderung, auf Erweiterung der Handelsbeziehungen, Geldsendungen der Ausgewanderten in die Heimat usw. schwerlich aufgewogen.

Außer der Gunst der äußeren Naturbedingungen und den quantitativen Verhältnissen der Bevölkerung (deren Zahl, Verhältnis der Zahl der wirtschaftlich Tätigen zur Gesamtbevölkerung, der arbeitsfähigen zu den weniger oder nicht arbeitsfähigen Altersklassen usw.) kommen, wie für die ganze volkswirtschaftliche Entwicklung, so insbesondere auch für die Produktivkraft eines Volkes (die Gestaltung der mittleren Arbeitskraft der arbeitenden Glieder) die natürlichen Anlagen des Volkes, seine körperliche, geistige, sittliche Tüchtigkeit wesentlich in Betracht.

Wir dürfen auf das verweisen, was über somatische, physiologische und geistige

6. Rassenunterschiede bereits<sup>2</sup> gesagt worden ist, und begnügen uns an dieser Stelle, noch einmal davor zu warnen, tatsächliche Verschiedenheiten in der Arbeitsenergie, d. h. in Arbeitskraft und Arbeitswillen, Verschiedenheiten in der Erfindungsgabe, in der Befähigung zum originellen, selbständigen produktiven Schaffen usw. alle samt und sonders auf Rassenunterschiede zurückzuführen. Der unverkennbare Vorrang der weißen Rasse führt sich nicht auf eine spezifische Verschiedenheit der Menschen zurück, ist vielmehr durch äußere natürliche Verhältnisse (Klima u. dgl.) herbeigeführt, ist ferner ein bloß geschichtlich begründeter Vorsprung in der gesamten Kulturentwicklung, ein Vorsprung, den die abendländischen Völker namentlich dem Umstände zu verdanken haben, daß sie nahezu zweitausend Jahre in der Schule des Christentums erzogen worden sind<sup>3</sup>. Es handelt sich da also nicht um eine für andere Rassen unersteigbare Höhe. Die gelbe Rasse hat schon auf dem bequemeren

<sup>1</sup> Auswanderung wird namentlich durch Wirtschaftsnot oder den Wunsch nach wirtschaftlicher Verbesserung, auch durch eine ungünstige politische Lage herbeigeführt, dann durch übermäßige Steuerlast, drückenden Militärzwang usw. Im 19. Jahrhundert wanderten aus Deutschland 5 Millionen aus. 1885/90 waren es noch 143 323, 1891/95: 80 513, 1901/05: 29 462, 1911/13: 22 359. Nach dem Weltkriege ist für Deutschland wieder auf stärkere Auswanderung zu rechnen. Das Reichswanderungsamt, das Deutsche Auslands-Institut (Stuttgart), der Raphaelsverein (Hamburg), der Evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer (Witzenhausen) usw. üben Auswandererfürsorge im weitgehendsten Maße aus. Conrads Jahrbücher (1919) 4. Heft, S. 475 ff.

<sup>2</sup> Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 4, § 4, S. 593 ff. (Kap. 5, § 4, S. 640 ff.).

<sup>3</sup> Fénelon weist im „Telemach“ darauf hin, wie großen Einfluß Betriebsamkeit, Bildung, Sittlichkeit auf die Begründung völkischer Überlegenheit ausüben.

Wege der Nachahmung manche Errungenschaften der europäischen Kultur sich angeeignet, nach der utilitarischen Richtung den Vorsprung eingeholt. Den noch fehlenden idealen Gehalt wird sie allerdings nur finden können, wenn sie auf ihr altes und jedes neue Heidentum zu verzichten versteht. Und auch die schwarze Rasse wird ihre Zukunft haben.

**7. Nationale Besonderheiten.** Die aktive Kulturfähigkeit der verschiedenen Volksstämme der weißen Rasse ferner ist im wesentlichen gleich. Die romanischen Völker verfügen über besondern künstlerischen Geschmack, wie die alten Griechen. Den Germanen wird größere Arbeitsenergie, Genauigkeit, Beharrlichkeit, Ordnungssinn, Disziplin in der Arbeit zugeschrieben, den Romanen rasche Auffassung, den Slaven Nachahmungsfähigkeit. Die Erfindungsgabe findet sich in hohem Maße bei Amerikanern und Engländern, aber nicht minder auch bei den Deutschen. Gewiß wird man, wo Arbeiter verschiedener Nationalität zusammenarbeiten, mancherlei Unterschiede feststellen können; auch ist Vorliebe oder Befähigung für die verschiedenen Arbeitsarten nicht die gleiche. Die Italiener z. B. werden als Erd- und Steinarbeiter besonders geschätzt. Allein alle diese nationalen Verschiedenheiten sind doch nicht wesentlicher Art. Mit besondern Leistungen trat im Laufe der Geschichte bald dieses bald jenes Volk hervor. Man wird darum auch, soweit überhaupt von nationalen Vorzügen die Rede sein kann, diese Vorzüge weniger als ein natürliches, unverlierbares Gut wie als eine der Gewöhnung und der geschichtlichen Entwicklung entstammende und darum auch dem Verfall zugängliche Errungenschaft ansehen müssen.

Es versteht sich ganz von selbst, wie groß der

**8. Einfluß der körperlichen Kraft und der geistigen Bildung** auf die produktive Leistungsfähigkeit des Volkes ist. Schlechte Ernährung, ungesunde Wohnungsverhältnisse vermindern die produktive Tüchtigkeit, wie gesunde Nahrung und Wohnung sie erhöhen. Geistige und technische Bildung befähigt zu besserer und feinerer Arbeit<sup>1</sup>. Heute wird es kaum noch jemand geben, der die hohe Bedeutung der allgemeinen Schulbildung nicht erkannte. Darüber hinaus ist aber wenigstens für einen großen Teil der Volksglieder besondere Fachbildung dringendes Bedürfnis. Darum müssen denn auch für diese besondere Berufsbildung die entsprechenden Veranstaltungen geschaffen werden: Ackerbauschulen, gewerbliche Schulen, Handelsschulen, technische Schulen unterer, mittlerer und höherer Art. Der Kreis dieser Unterrichtsanstalten ist kein in sich abgeschlossener. Neue Bedürfnisse können neue Schulen erfordern.

Sehr nachdrücklich betont Otto Kammerer die Notwendigkeit technischer Fachbildung. Nach seiner Meinung geht „die Entwicklung (der Maschinenteknik) nicht, wie vielfach angenommen wird, dahin, daß immer mehr Handlanger

<sup>1</sup> Über die Bedeutung der geistigen Bildung für die Wohlstandsentwicklung vergleiche unter anderem Ferd. Fischer, Die wirtschaftl. Bedeutung Deutschlands (1906) 16 ff.

in den Dienst der Maschine gestellt werden. Tatsächlich werden im Gegenteil die Handlanger immer mehr ausgeschaltet; an ihre Stelle tritt eine geringe Zahl hochwertiger Arbeiter, die die notwendige Intelligenz und Fachbildung besitzen, um die vollkommenen Maschinen zu verstehen und richtig zu lenken. — Wenn auch zunächst die an einer Stelle des Werkes überflüssig gewordenen Handlanger infolge Steigerung der Produktion an anderer Stelle verwendet werden können, so wird doch jedenfalls der Zuwachs von Handlangern in der Zukunft nur gering sein können; nur das Bedürfnis nach gelernten Arbeitern wird bestehenbleiben und zunehmen. Es wird darum eine Fachausbildung in der Zukunft wertvoller sein als irgendeine Kranken- oder Altersversicherung, denn der ungelernete Arbeiter wird sowenig zu brauchen sein wie der ungesunde. Ein Staat, der nicht auf irgendeine Art dafür sorgt, daß die heranwachsende Generation eine Fachbildung erhält, wird vielleicht in Zukunft in die gleiche Bedrängnis geraten wie ein Staat, der hölzerne Kriegsschiffe mit Vorderladekanonen in den Kampf gepanzerter Linienschiffe mit Schnelladegeschützen schickt. — Jeder Kolonialkrieg hat gezeigt, in welchem hohem Maße eine numerische Übermacht durch vollkommenere technische Waffen und durch kriegsmäßige Ausbildung überwunden werden kann: das Maschinengewehr siegt über eine Vielzahl von Magazingewehren. In gleicher Weise wird man aus der Erkenntnis der jüngsten maschinentechnischen Entwicklung die Schlußfolgerung ziehen dürfen, daß die industrielle Zukunft nicht dem Staate mit der größten Einwohnerzahl, sondern dem Staate mit der intelligentesten, tüchtigsten und bestausgebildeten Bevölkerung gehören wird.<sup>1</sup>

Das darf natürlich nicht so verstanden werden, als ob eine Abnahme des Bevölkerungszuwachses für die Gesamtentwicklung eines Volkes für seine ganze Zukunft gleichgültig wäre. Und auch die industrielle Zukunft eines Kulturvolkes wird bei stark abnehmendem Bevölkerungszuwachs die für guten Fortschritt erforderliche steigende Zahl gelernter Arbeiter nicht mehr finden, von sonstigen Schäden abgesehen.

**9. Die Rechts- und Wirtschaftsverfassung.** Besonders stark ist die Abhängigkeit aller Produktions-, Erwerbs-, Besitzverhältnisse von der staatlichen Rechtsordnung, der Rechtssicherheit, der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auch die eigene Wirtschaftsführung des Staates und der andern öffentlich-rechtlichen Körper, der Provinzen, Gemeinden, wird nicht ohne Einfluß auf die Gesamtentwicklung der produktiven Kräfte eines Volkes bleiben können.

Unabweisbare prinzipielle Forderungen des kulturellen Fortschritts, die sich in Theorie und Praxis bereits durchsetzen, sind namentlich folgende zwei<sup>2</sup>:

Erstens: eine höhere Bewertung des arbeitenden Menschen gegenüber der Sachwelt;

<sup>1</sup> Auch William Scharling sagt in seinem Lehrbuch „Samfundsökonomiens Teori“ (1907/08), daß Ausbildung, Übung, Gewohnheit für die Gesellschaftsproduktivität von größerer Bedeutung sind als die angeborene Begabung der Nation.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 5, S. 435 ff.; Bd. II, Einleitung S. 5, Kap. 1, § 5, S. 190 ff. Kap. 5, § 7, S. 790 ff.; Bd. III, Einleitung S. 51 f. 62 ff.



zweitens: die richtige Bewertung wirtschaftlicher Leistungen.

1. Höhere Bewertung des arbeitenden Menschen<sup>1</sup>. Der arbeitende Mensch darf niemals zum bloßen nützlichen Mittel, zum ausnutzbaren Objekt gemacht werden. Auch der im fremden Dienste tätige, wirtschaftlich unselbständige Arbeiter bleibt Persönlichkeit, bewahrt seine Menschenwürde, seine Menschenrechte. Er nimmt als Mensch teil an der Subjektstellung<sup>2</sup> in der Volkswirtschaft, d. h.

a) er ist Gehilfe, nicht Hilfsmittel seines Herrn;

b) er dient in und mit seiner Arbeit nicht nur dem Erwerbsinteresse des Arbeitgebers, sondern auch dem eigenen Interesse.

2. Richtige Bewertung wirtschaftlicher Leistungen: Die menschliche Arbeit ist

a) Hauptursache der materiellen Volkswohlfahrt<sup>3</sup>, und zwar die menschliche Arbeit in jeder wirtschaftlich nützlichen Form, alle Arbeit, deren die Volkswirtschaft zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigt, nicht bloß Ackerbau oder Industrie und Handel, sondern die menschliche Betriebsamkeit schlechthin, nicht bloß die Qualitätsleistung des Unternehmers, sondern auch die ausführende Arbeit des Lohnarbeiters.

b) Nicht aufgehäufter Geldbesitz macht den Reichtum der Völker aus, sichert deren materielle Wohlfahrt, sondern die produktiven Kräfte, über die sie verfügen, vor allem die Arbeitsenergien, auf deren Erhaltung und Vervollkommnung die größte Sorgfalt verwendet werden muß.

c) Die Arbeit als Berufsleistung ist eine soziale Funktion, d. h. Leistung im Dienste<sup>4</sup> der staatsnationalen Volksgemeinschaft, nicht bloßes Mittel privatwirtschaftlicher Ertragsbildung.

d) Alle volkswirtschaftlich nützliche Arbeit ist des Lohnes, und zwar ihres Lohnes wert. Jede volkswirtschaftlich nützliche Leistung hat Anspruch auf Ersatz der Kosten, dinglicher Aufwendungen, auf ein Entgelt, welches dem Funktionalwerte der Leistung entspricht. Nicht Trug, List, Gewalt und Machtentfaltung dürfen die Einkommensbildung beherrschen, wenn die materielle Volkswohlfahrt gewahrt bleiben soll, sondern ein System geordneter, durch den Wert und den natürlichen Zweck der Arbeit bemessener Wiedervergeltung.

<sup>1</sup> Die Arbeit ist unter allen wirtschaftlichen Leistungen die vornehmste Leistung und gibt darum dem „Arbeitssystem“ seinen Namen.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 1, § 2, S. 17 f.

<sup>3</sup> Das besagt nicht die alleinige Produktivität der Arbeit. Die Arbeit ist nicht das allein erzeugende Prinzip der wirtschaftlichen Güter und ihres Wertes. Ebenfalls die äußere Natur kommt als erzeugendes Prinzip in Betracht, wenn sie auch ihre Gaben unter der Leitung und Herrschaft des Menschen spendet. Darüber später.

<sup>4</sup> „Recht auf Arbeit“ vgl. Lins, Staat und Arbeit (1920).

e) Alle volkswirtschaftlich nützliche Arbeit ist der Ehre wert. Arbeitswürde<sup>1</sup>, Arbeitsehre sind mächtigste Triebfedern des Fortschrittes, regen zur Qualitätsleistung an, geben einer aufstrebenden Kultur ihr Gepräge. Freude in und an der Arbeit, nicht bloß Genuß nach der Arbeit, keinen sozialistischen Feierabendidealismus, sondern wahren, gesunden Arbeitsidealismus erfordert die kommende Zeit.

Nicht bloße Steigerung der Produktion und der Produktionserfolge, nicht das glückliche Geschäft, der glänzende Überfluß einzelner ist das volkswirtschaftlich erstrebenswerte Ziel, bietet die höchsten Normen für die Ordnung des Wirtschaftslebens. Der Mensch, nicht das Produkt, ist Ziel des volkswirtschaftlichen Prozesses: die Wohlfahrt des Menschen in und mit der Wohlfahrt des Volkes, die ohne Schutz der großen Massen vor Entbehrung, ohne entsprechende Teilnahme derselben an den materiellen und geistigen Kulturgütern der Gesellschaft nicht gedacht werden kann. Diese seine Stellung zum Ziel des volkswirtschaftlichen Prozesses garantiert zugleich dem geringsten Arbeiter die praktische Geltung seiner Menschenwürde innerhalb des Produktionsprozesses. Denn es bleibt unmöglich, den Arbeiter mit und neben dem Unternehmer als Ziel des Produktionserfolges und als Teilnehmer an demselben anzuerkennen, anderseits aber im Vollzug des Produktionsprozesses den Arbeiter nur als materielle Kraft, bloß technisch in Anschlag zu bringen. Das soziale Arbeitssystem tritt mit dieser Auffassung in offenen Gegensatz zu den Theorien und zur Praxis der kapitalistischen Epoche. Dort erscheint ja die Arbeitskraft als ein Stück Eigentum, als eine Ware, die der Arbeiter feilbietet, um die er mit dem Unternehmer feilscht; war aber der „freie“ Vertrag geschlossen, dann galt der Arbeiter nur mehr als technisches Produktionsmittel im Dienst des Unternehmers, seiner Herrschaft unterworfen.

Was der sterbende Saint-Simon als sein Ideal bezeichnete: jedem Menschen die möglichste Entfaltung seiner Kräfte zu gewähren — das führt zum Siege, zur Herrschaft der Starken, wenn bloß die unbeschränkte Konkurrenz der Kräfte entscheidet. Das soziale Arbeitssystem schützt auch die schwache Kraft. Es trägt zugleich der tatsächlichen Ungleichheit der Talente und Kräfte Rechnung, während der Sozialismus mit seiner Gleichheitsidee und seiner unnatürlichen Stellung zur Hierarchie der Talente scheitern muß. Auch Rousseau erkannte im „Contrat social“ das Naturgesetz der Ungleichheit an. Er irrte jedoch, indem er die physische Ungleichheit auf dem Wege des Vertrages zu überwinden vermeinte. Hier geht das soziale Arbeitssystem wieder den richtigen Weg. Es fordert Wiedervergeltung nach dem Werte der Leistungen, die natürlich verschieden sind. Das System der Arbeitsteilung setzt — was auch Proudhon anerkannte — eine Abstufung der Fähigkeiten, der Arbeitsleistungen voraus. Wie die Gleichheit der Arbeit Phantasie ist, so ebenfalls die Gleichheit der Ansprüche jeder Arbeit. Indem nun aber das Arbeitssystem als „soziales“ System in der Arbeitsleistung eine soziale Funktion erkennen läßt, folgerichtig Ordnung und Regelung nicht von der

<sup>1</sup> Vgl. R. Eberstadts Schrift über den Ursprung des Zunftwesens<sup>2</sup> (1916). Der Begriff „Würde der Arbeit“ ist ein wesentlich christlicher. Das heidnische Altertum und der materialistische Kapitalismus kannten ihn nicht. Auch Nietzsche hat in seiner 1871 herausgegebenen Schrift über den griechischen Staat gegen das Wort von der „Würde der Arbeit“ polemisiert.

freien Konkurrenz, welche zur Aristokratie der Macht führt, sondern von der sozialen Autorität und sozialen Faktoren erwartet, schließt es die Bildung einer Pyramide aus, wo die Starken oben, die Schwachen unten und der Übermacht höherer Kräfte hilflos überantwortet wären. Thornton („On labor“) hatte noch gemeint, das Los der Arbeiter sei immer die Armut gewesen. Die Antwort der englischen Arbeiter war die Assoziation, um ihre Rechte als eine formierte Kraft zu verteidigen. Und sie erreichten dabei, wie Reinhold bemerkt, viel mehr als die Franzosen mit Deklamationen und Revolutionen.

Diese Grundsätze, wie sie im Lehrbuch der Nationalökonomie verfochten wurden, haben durch die tatsächliche Entwicklung, zum Teil auch in der deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919, Bestätigung und Anerkennung gefunden.

Die tatsächliche Emanzipation der Arbeiterklasse von dem Joch einer oft wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch drückenden Herrschaft des Kapitalbesitzes vollzog und vollzieht sich stufenweise unter dem Einfluß geläuterter staatsbürgerlicher, volkswirtschaftlicher Erkenntnis und christlicher Grundsätze (Arbeiterschutz, -versicherung, Gewerkschaftstätigkeit, bessere Arbeitsbedingungen und Löhne, verkürzte Arbeitszeit, Berufssolidarität in der Arbeitsgemeinschaft, Betriebssolidarität, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Gleichberechtigung)<sup>1</sup>.

Die Arbeit ist nach der Reichsverfassung, wie Ernst Francke<sup>2</sup> sich ausdrückt, an die erste Stelle im Staatsleben gerückt. Leitend ist der Gedanke der grundsätzlichen Vorzugsstellung des wichtigsten Produktionsfaktors, der Arbeitskraft. Unternehmer, Arbeiter, Angestellte stehen gleichberechtigt und gleichverpflichtet in der vordersten Front. Nicht nur zur Mitwirkung an den öffentlichen Geschäften sind Angestellte und Arbeiter berufen, sondern auch zur Anteilnahme an der Gestaltung der Volkswirtschaft. Gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern sollen sie mitwirken bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und ebenso an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte. Die Arbeitskraft, Hand- und Kopfarbeit, steht unter dem besondern Schutze des Reiches. Der Staat selbst bekennt sich durch Art. 163, Abs. 2 zur Aufgabe der Arbeitsbeschaffung, des Nachweises von Arbeitsgelegenheit und der Fürsorge, wenn angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann. Die dringend notwendige Kodifikation und systematische Ordnung des Arbeitsrechts<sup>3</sup> ferner

<sup>1</sup> Vgl. unsern Aufsatz: Der richtige Weg zur Lösung der sozialen Frage, in Festgaben für Hitze (1921) 38 ff. Die einzelnen dort angeführten Etappen finden ihre ausführliche Behandlung in Bd. III (eventuell in der bevorstehenden Neuauflage von Bd. III). Zur Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeiterschaft richtete Bremen 1921 neben der Angestelltenkammer eine Arbeiterkammer ein.

<sup>2</sup> Soziale Reform im Staatsleben, in Festgaben für Hitze (1921) 96 ff.

<sup>3</sup> Rund zwei Drittel des deutschen Volkes gründen ihre Existenz auf Lohnarbeit. Aus einer Fülle der Gesetze mußte man aber bisher die Bestimmungen herausuchen, die für die Regelung des Arbeitsverhältnisses von Bedeutung sind. Und dabei weisen



ist in sichere Aussicht gestellt. Die Ersetzung des privatwirtschaftlichen Einzelvertrages durch den kollektiven, im Wege gruppenweiser Verständigung ausgestalteten Arbeitsvertrag und die dadurch ermöglichte Selbstverwaltung ist das hervorstechendste Kennzeichen des neuen Arbeitsrechtes. Das Arbeitsrecht wird auf der Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebaut im Geiste der Gerechtigkeit und Versöhnung, gewährt freies Vereinigungsrecht, bringt die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages, ordnet das Einigungswesen von der vereinbarten Schlichtungsinstanz bis hinauf zum Reichseinigungsamte für gewerbliche Gesamtstreitigkeiten, während die Einzelstreitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage bei Arbeitsgerichten ihre Erledigung finden können. Teil 13 des Versailler Friedensvertrages hat auch die Bildung eines Weltarbeitsrechts („Organisation der Arbeit“ im „Völkerbund“) in Aussicht gestellt, welches den Arbeitnehmern der ganzen Welt ein Mindestmaß von Schutz und Recht bringen soll (Konferenzen in Washington, Genua, Genf).

Alles kommt nun darauf an, daß die Massen der Arbeiterschaft zum richtigen und vollkommenen Gebrauch der gewonnenen Rechte erzogen werden, indem sie die Pflichten lernen und üben, ohne die jene Rechte ihren Grund verlieren (E. Francke).

Von größter Bedeutung für die nationale Produktivkraft ist natürlich das richtige Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum.

**10. Klassenbewußtsein und Standesgedanke.** Heinrich Lehmann<sup>1</sup> hat den Gemeinschaftsgedanken als den fruchtbarsten des neuen Arbeitsrechtes, ja des ganzen nachrevolutionären Rechts bezeichnet. Leider seien wir aber von einer klaren, allgemeinen Erkenntnis der hohen Bedeutung des Gemeinschaftsgedankens noch recht weit entfernt. Was speziell das Verhältnis der Arbeiterschaft zu den Unternehmern betrifft, so bildet einstweilen noch der marxistische Klassengedanke ein gewaltiges Hemmnis für das Obsiegen des Gemeinschaftsgedankens. Der „Klassenstaat“ erscheint hier als eine nach „Klassen“, d. i. horizontal gelagerten Schichten gegliederte Gesellschaft. Besitzen und Nichtbesitzen, Herrschen und Dienen scheidet die Klassen. Nur durch den Druck, den die oberen Schichten auf die unteren ausüben, stehen die Klassen in Verbindung miteinander, zugleich im schroffsten Gegensatz zueinander. Die „Klasse“ im marxistischen Sinne will keine Einfügung in eine höhere Einheit. Sie kennt nur die (internationale) Gemeinschaft und Solidarität der „Klasse“, die durch den proletarischen Klassenkampf eine klassenlose Zukunftsgesellschaft erstreiten will.

Wir haben der Solidarität der „Klasse“ gegenüber auf die höhere Solidarität des Standes, der durch den gemeinsamen Beruf konstituiert

diese Bestimmungen noch viele Lücken auf. (Das richtig verstandene berufsgenossenschaftliche Prinzip fordert auch hier die Mitwirkung der Beteiligten an der Rechtsfindung.) Zum Arbeitsvertrage usw. vgl. Bd. III, Kap. 2, S. 207 ff.

<sup>1</sup> Rektoratsrede (Köln 1921).

wird, hingewiesen<sup>1</sup>. Die berufsständig organisierte Gesellschaft kennt eine Verschiedenheit und Rangordnung vertikal nebeneinanderstehender Berufe. Diese bleiben vereint im Dienste der höheren staatlichen Gemeinschaft dieser eingeordnet. Auch hier fehlt nicht die Schichtung innerhalb des Berufes. Aber die unteren Schichten stehen nicht unter dem Druck der oberen Schichten, sondern werden zu diesen vermöge der Berufsgemeinschaft emporgehoben. Durch freien Vertrag mit dem Unternehmer verbunden ist der Arbeiter dessen Gehilfe und Berufsgenosse; in dieser Berufsgemeinschaft und durch den gemeinsamen „Beruf“ wird die gemeinsame Arbeit aller Berufsgenossen zum Dienste an der höheren Gemeinschaft. Man mag für eine solche Gestaltung auf die genossenschaftliche Veranlagung des deutschen Volkstums verweisen, darf aber nicht vergessen, daß die besondere Form der Vereinigung und Gemeinsamkeit geschichtlich bedingt, von äußeren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der verschiedenen Epochen abhängig ist.

Dennoch können wir auch hier wiederum aus der Geschichte lernen<sup>2</sup>. Die Zunft war Interessengemeinschaft, zunächst begründet zum Schutz und zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Handwerker in den frühmittelalterlichen Städten. Die Gemeinschaft des Berufes hielt die Standesgenossen zusammen. Das einigende Band wurde dann allmählich fester. Christentum und Kirche haben die Zunft nicht geschaffen. Aber die christliche Lehre hat ohne Zweifel einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung des Zunftwesens ausgeübt, hat den Handwerkern eine auf das christliche Sittengesetz gegründete Erwerbsmoral anezogen, den Sinn für Standespflicht und Standesehre, für brüderlichen Sinn und brüderliches Wohltun in ihnen erweckt und gestärkt. Das konnte indes nicht verhindern, daß der Standesgedanke sich nach und nach in einen engherzigen Kastengeist verwandelte, daß die Interessen der Gesamtheit durch den Gruppenegoismus der Zunftangehörigen schwer geschädigt wurden, das Recht auf Kundschaft und Nahrung zur Schließung der Zunft mißbraucht wurde. Hier zeigte sich deutlich, wie die Schärfung der Gewissen und die berufständische Ordnung zur Regelung des Wirtschaftslebens nicht ausreichen, daß es vielmehr noch eines höheren und kraftvoll regelnden Faktors bedarf, um das Gemeinwohl gegen den Egoismus der Privaten und Gruppen zu schützen. Im Mittelalter war es die Stadtobrigkeit, die über das Wohl der Gesamtheit wachte. Seit dem Ausgang des 15. Jahrhunderts übernahmen die Landesfürsten diese Sorge.

Zur Frühzeit der Zunft gab es noch keine Trennung der Lehrzeit vom Meisterstande durch eine Gesellenzeit. Die jugendlichen Kräfte, die sich in den rasch aufblühenden Städten dem Handwerk widmeten, waren diesem sehr willkommen. Als aber das Wachstum der Städte sich verlangsamte und schon im 15. Jahrhundert zum Stillstehen kam, mußte der freigesprochene Lehrling zunächst „Knecht“, „Knappe“, „Dienling“ werden. Und diese Gesellenzeit zog sich in die Länge, weil das Gewerbe mit Meistern besetzt war. Unzulängliche Entlohnung, mannigfache Freiheitsbeschränkungen kamen hinzu (gezwungene Ehe-

<sup>1</sup> Bd. II <sup>2-3</sup>, S. 706 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Wilh. Schwer, Stand und Klasse im Zunftwesen des Mittelalters, in Deutsche Arbeit VI (1921) 401 ff.; Bd. III, Kap. 4, § 2, S. 572 ff.

losigkeit usw.). Die Gesellen fingen an, sich als unterdrückte Klasse zu fühlen. Sie verbanden sich in Gesellenverbänden, die mit den Meisterbünden erfolgreich stritten (eigene Gerichtsbarkeit, Vereinbarung der Löhne, Ablösung des Dienstverhältnisses durch den Arbeitsvertrag). Eines blieb gewahrt: der Standes- und Berufsgedanke. Die Einheit des Standes ging nicht dauernd verloren. Die Gesellen fühlten sich als Klasse, übten als solche Selbsthilfe aus: aber die Klasse blieb innerhalb des Standes, und gerade die Gesellenorganisationen waren in der Folgezeit fast noch mehr als die Meister um das „Handwerk“ und seine Ehre besorgt.

Noch ist nicht alles erreicht, was die deutsche Sozialpolitik schon vor dem Weltkriege im Interesse der Arbeiterschaft und der Volkswohlfahrt erstrebte. Abgesehen von der gesetzlichen Ordnung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung<sup>1</sup> mit Normen für die „produktive Erwerbslosenfürsorge“ wird heute die bessere Regelung der Arbeitszeit, der Ausbau des Einigungswesens, die Gestaltung der Arbeitsgerichte, die rechtliche Regelung der Tarifverträge, die Durchführung der berufsgenossenschaftlichen Organisation mit allem, was damit zusammenhängt, ganz besonders die Regelung der Heimarbeit (Lohnämter usw.), auch die Neuordnung des Hausgehilfenrechts zu den nächsten Aufgaben der Sozialpolitik gerechnet und in Angriff genommen<sup>2</sup>.

All dieses kommt hier unter dem Gesichtspunkte der Produktionsförderung in Betracht. Und es läßt sich nicht leugnen, daß die unserer Volkswirtschaft heute so notwendige Mehrung der Warenproduktion für dringenden Massenbedarf und für Export nur durch entsprechende Steigerung der Produktivkraft der Arbeit erreicht werden kann. Da gilt aber die ernste Mahnung, welche Herkner ausgesprochen hat<sup>3</sup>: „Gerade wir Nationalökonomten haben alle Ursache, immer und immer wieder zu betonen, daß die feinsten und schwierigsten Probleme der Produktivität nicht allein mit Kohle und Eisen, mit Hebel und Schrauben zu lösen sind. Soll die edelste Kraft, die wir besitzen, der Mensch, zur Entfaltung seiner vollen Produktionsfähigkeit gebracht werden, so bedarf es eines tieferen menschlichen Verstehens, einer weit größeren Seelenkunde, einer weit größeren Kunst, die Menschen zu behandeln, als wir heute in der Regel in unsern Betrieben finden. In diesem Lichte betrachtet wird eine Sozialpolitik, welche das Schaffen des Arbeiters zu einer auch

<sup>1</sup> Das „Arbeitsrecht“ bezieht sich im übrigen auf die besondere rechtliche Regelung des ganzen Arbeits- und Lohnverhältnisses. Es umfaßt Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, den Arbeiterschutz, den Schutz besonderer Personengruppen (Kinder, Jugendliche, Frauen), den Lohnschutz, Betriebsschutz für Leben, Gesundheit, Sittlichkeit, die Arbeitsordnung, Arbeitszeit, Arbeitszeugnis, über Aufsicht und Arbeitervertretungen, über Koalitionsfreiheit, internationale Bestrebungen usw.

<sup>2</sup> Vgl. Ludwig Heyde, Die nächsten Aufgaben der Sozialpolitik, in Festgaben für Hitze (1921) 110 ff.; Ders., Abriß der Sozialpolitik (Sammlung Wissenschaft und Bildung [1920]).

<sup>3</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1910) 555.



menschlich beglückenden Mühe umgestaltet und die Befriedigung nicht nur im Verbrauch, im Genusse suchen läßt, welche bessere gegenseitige Beziehungen zwischen den an der Produktion beteiligten Klassen anzubahnen sich bemüht: eine solche Sozialpolitik wird zu dem vornehmsten und unentbehrlichsten Mittel der Produktivitätssteigerung, der Verminderung der Kosten.“ —

Wenn wir hier von den völkischen Bedingungen und Ursachen der produktiven Leistungsfähigkeit handeln, so müssen wir noch kurz zweier Forderungen gedenken, die während des Krieges und jetzt in der Nachkriegszeit an den Staat und die staatliche Wirtschaftspolitik gerichtet wurden. Wir meinen: die Forderung nach einem Produktionszwange und nach Einführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres.

**II. Produktionszwang.** Man versteht es, daß besonders die außerordentlichen Verhältnisse der Kriegszeit einen Produktionszwang als im öffentlichen Interesse als erwünscht, ja als notwendig erscheinen lassen konnten. Das österreichische Ministerium sprach sich damals grundsätzlich für einen solchen Zwang aus. In Deutschland glaubte man, für die gewerbliche Produktion auf den Produktionszwang verzichten zu können, wenn es hier auch an starken Eingriffen der öffentlichen Gewalten nicht gefehlt hat. Es schien aber den kriegswirtschaftlichen Bedürfnissen auch ohne Erzeugungszwang genügt werden zu können, indem in anderer Weise, mittels privatwirtschaftlicher Interessierung, der gewerblichen Gütererzeugung die gewünschte Richtung gegeben wurde. Auch mit Rücksicht auf die landwirtschaftliche Produktion hat man damals z. B., um die dringend notwendig gewordene Zuckerproduktion zu steigern, eine Vergrößerung der Anbaufläche für Zuckerrüben nicht erzwungen, vielmehr nur durch Erhöhung der Rohzuckerpreise dazu angeregt. Es wurde dagegen die Bedarfsdeckung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch Einführung eines Absatz- oder Lieferungszwanges an „Kriegsgesellschaften“, welche für das ganze Reich oder für einzelne Bezirke die Verteilung in die Hand nahmen, sichergestellt. Als sich dabei große Unzuträglichkeiten in der städtischen Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten fühlbar machten, glaubten doch schließlich wieder manche Kreise, jenen Mißständen könne wirksam nur durch Einführung des Produktionszwanges für die Landwirtschaft abgeholfen werden.

Daß ein Zwang prinzipiell zulässig sei, wenn die öffentliche Wohlfahrt des Volkes einen solchen sicher erheischt (z. B. mit Bezug auf vernachlässigten Bergbau und Bodenanbau), kann nicht bezweifelt werden. Man wird freilich in normalen Zeiten es regelmäßig dem Landwirt überlassen können, das anzubauen, was ihm den größten Vorteil zu versprechen scheint. Aber namentlich in Zeiten der Not darf man sich weder auf ein angeblich „absolutes“ Eigentumsrecht noch auf das Recht der „freien Persönlichkeit“ berufen, um sich seinen Pflichten gegenüber der Gesamtheit zu entziehen, namentlich in Kriegszeiten nicht, wo alle Bürger Gut

und Blut, selbst ihr Leben für ihr Vaterland opfern müssen. Allein es fragt sich doch, ob der Produktionszwang das praktisch geeignete Mittel gewesen wäre, die Gütererzeugung und speziell die Produktion bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu steigern. Das wurde wenigstens von sachverständiger Seite bestritten. Namentlich wurde betont, die Verhältnisse seien in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben zu individuell, die Betriebe zu zahlreich, als daß eine schematische Produktionsregelung Erfolg versprechen könnte. Man werde darum auch für eine „kriegswirtschaftliche“ Gütererzeugung von geschickter Benutzung des Gewinnprinzips und entsprechender Preispolitik mehr erwarten dürfen als von einem allgemeinen Produktionszwange für landwirtschaftliche Produkte.

Der Zwang bleibt überhaupt und überall jedenfalls nur das letzte Mittel; besonders aber da, wo es sich um individualisierte Leistungen und Qualitätsarbeit handelt, ist vom Zwang nicht viel zu erwarten. Behördlicher Zwang zur Viehhaltung, behördliche Bestimmung der Anbauflächen für Ölfrüchte, Hülsenfrüchte, besondere Getreidearten usw., das würde nach dem Urteil einsichtsvoller Landwirte eher zu einem Rückgang der Produktionsleistungen führen können als zu deren Steigerung.

**12. Arbeitsdienstpflicht<sup>1</sup>.** Erziehung des gesamten Volkes zur Arbeit und zur Arbeitsdisziplin, Ausschaltung des demoralisierenden Einflusses der pekuniären Arbeitslosenunterstützung im weiten Umfange, Erziehung zum Dienst des Gemeinwohles, allgemeine Nährpflicht an Stelle der allgemeinen Wehrpflicht, die Not des Vaterlandes — diese und ähnliche Gründe werden für die Zivildienstpflicht, das wirtschaftliche Dienstjahr, angeführt. Außer Frage steht, daß, wenn das Wohl des Volkes es unbedingt erfordert, namentlich in besondern Zeiten der Not (Dienstpflicht während des Krieges), prinzipiell die Einführung eines Arbeitszwanges berechtigt sein kann.

Wie aber wird die Sache sich praktisch gestalten, insbesondere wenn solcher Zwang eine dauernde Einrichtung werden soll?

Peru und Bulgarien besitzen ein Arbeitspflichtgesetz. Peru nimmt für die Arbeitspflicht speziell den Wegebau in Aussicht. Das bulgarische Gesetz spricht daneben auch von Arbeiten in der Industrie, im Bergbau und der Landwirtschaft. Immerhin würde der Wegebau im weitesten Sinne, also die Anlage aller Verkehrswege, Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, dauernd große Massen von Menschen vorteilhaft beschäftigen können. Ebenso dürfte der Leutenot in der Landwirtschaft, wie die Verteidiger der Dienstpflicht urteilen, auf diese Weise abgeholfen werden, für Arbeiten, die gesunde Kräfte, aber keine lange Vorbildung erfordern.

<sup>1</sup> Fritz Stein, Arbeitsdienstpflicht, in: Der Heimatdienst I, Nr. 7, 24. Oktober 1920. Hermann Buch (Vom internationalen und nationalen Arbeitsstaat [1920]) tritt für die Rechtspflicht jedes arbeitsfähigen Deutschen zu einer Berufsarbeit ein (auf Grund des § 163, 1 der Reichsverfassung). Die freie Berufswahl bleibt dabei bestehen. Der Arbeitspflicht widersprechen die wilden Streiks. Der Staat müsse das Recht, zu arbeiten, wirksam schützen usw. Vgl. C. Noppel, Ein allgemeines öffentliches Arbeitsdienstjahr, in Stimmen der Zeit IC (1920) 570 ff.

Die Durchführung der Dienstpflicht würde natürlich ohne stramme Disziplin nicht möglich sein. Das bulgarische Gesetz verhängt darum auch schwere Strafen über die Verletzung der Dienstpflicht. Man kann in Bulgarien keinen Ersatzmann stellen, kann sich nicht von der Dienstpflicht loskaufen, wie das in Peru der Fall ist. Auch kennt das bulgarische Gesetz eine einmalige Dienstpflicht für ein ganzes, ununterbrochenes Jahr bei Männern, bei Frauen für ein halbes Jahr. Das peruanische Gesetz schreibt nur pflichtmäßige kurze Arbeitsperioden vor von 6 Tagen jährlich für Personen von 18 bis 21 Jahren, von 12 Tagen jährlich für Personen von 21 bis 50 Jahren, und wiederum von 6 Tagen jährlich für Leute von 50 bis 60 Jahren. Von Frauen wird in Peru keine Arbeitsdienstleistung verlangt.

Die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht begegnet jedenfalls großen Bedenken und Schwierigkeiten. Eine Fülle von Einzelproblemen müßte dabei gelöst werden: Entlohnung, Unterbringung, Verpflegung usw. Und wird der erzieherische Einfluß wirklich so groß sein? Es wäre auch zu prüfen, wieviel für die Volkswohlfahrt dadurch gewonnen würde, daß man Massen von Menschen ihrer gewohnten Arbeit immer wieder entzöge. Im allgemeinen besteht für die meisten Menschen schon eine Notwendigkeit zu arbeiten aus wirtschaftlichen Gründen, und zwar speziell auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Und würde es wirklich nützlich sein, wenn man die Kräfte, die auf einem Felde tätig sind, nun zur wirtschaftlichen Tätigkeit auf anderem Gebiete heranziehen wollte? Auch bleibt zu bedenken, daß die Durchführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres viele neue Beamte erfordern, die bürokratische Verwaltung stärken würde usw. —

Alle bisher behandelten natürlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen: die territoriale Ausstattung des Wirtschaftsgebietes, Stand, Gliederung und Bewegung der Bevölkerung, körperliche und geistige Eigenschaften der Rasse, der Nation, die erreichte Stufe im Bildungswesen und in der Technik, die Berufsgliederung, die staatliche Rechtsordnung haben unverkennbare Bedeutung für die Größe der produktiven Gesamtleistung eines Volkes. Ihre Sicherung und Vervollkommnung, soweit diese möglich, wird zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der leitenden wie ausführenden Arbeit führen können. Es handelt sich dabei aber mehr um zunächst allgemeine Voraussetzungen und Bedingungen einer Steigerung der volkswirtschaftlichen Tätigkeit und ihrer Erfolge im ganzen.

Daneben kommen noch besondere, mehr unmittelbar individuelle, persönliche Bedingungen der Leistungsfähigkeit und Bereitwilligkeit in Betracht. Von dem Maße, in welchem sich diese Bedingungen für die Millionen von Menschen, die in jeder größeren Volkswirtschaft tätig sind, erfüllen, hängt nicht nur das Glück des einzelnen, sondern ebenso die Wohlfahrt des ganzen Volkes ab. Solche Bedingungen sind insbesondere die natürliche und erworbene persönliche Arbeitsfähigkeit, nicht minder auch die Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit.



## § 4.

**Physische, psychische und andere persönliche Momente  
in ihrem Einfluß auf die Produktivität der Arbeit.**

**Literatur:** Die Literatur über Hygiene (Weyl, König, Flügge, Rubner usw.). — A. Mosso, Die Ermüdung (übersetzt von J. Glinzer [1892]). — E. Kraepelin, Die Arbeitskurve, in Philosophische Studien, herausgegeben von W. Wundt XIX (1902) 459 ff. — Max Weber, Zur Psychophysik der industriellen Arbeit, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XVII (1908) 730 ff.; XVIII (1909) 219 ff. 719 ff. — Marie Bernays, Zur Psychophysik der Textilarbeit. Übungsfortschritt und Stetigkeitszunahme, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXII (1911) 99 ff. — H. Herkner, Die Arbeitsfreude in Theorie und Praxis, in Neue Zeit- und Streitfragen. Gehe-Stiftung III, 1 (1905). — Ders., Arbeit und Arbeitsteilung. Aufsatz im Grundriß der Sozialökonomik Abt. 2, S. 166 mit weiteren Literaturangaben. — Ders., in Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1910) 550 ff. — Adolf Mayer, Die Organisation der Arbeit aus dem Gesichtspunkte der persönlichen Befriedigung (1908). — W. Stanley Jevons, The Theory of Political Economy<sup>3</sup> (1888) 168 ff. — Gelesnoff, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre (1918) 92 ff. — Adolf Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie I<sup>2</sup> (1892) 1. Tl., S. 87 ff. — F. v. Degenfeld-Schonburg, Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus (1920). — Zwiedineck-Südenhorst, Arbeitsschutz und Arbeitsversicherung (1905). — L. Brentano, Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung (1893). — G. v. Schulze-Gävernitz, Der Großbetrieb (1892). — A. Abbe, Sozialpolitische Schriften III (1906). — H. Freese, Fabrikantensorgen (1896). — Ders., Die konstitutionelle Fabrik (1909). — A. Braun, Zum Achtstundentag (1901). — Pieper und Simon, Die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen, in Schriften des Vereins für soziale Reform Heft 7/8 (1903). — B. Harms, Der Maximalarbeitstag (1907). — E. Bernhard, Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit, in Schmollers staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen Heft 138 (1909). — F. Schuler, Zwanzig Jahre Normalarbeitstag in der Schweiz. Schulers Ausgewählte Schriften (1905). — Herkner, Die Arbeiterfrage<sup>5</sup> (1908) 129 ff. — Ders., Arbeitszeit, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup> 1191 ff. mit weiteren Literaturangaben. — B. Rost, Der achtstündige Normalarbeitstag (1896). — Heyde, Abriss der Sozialpolitik (1920). — Pieper, Festgaben für Hitze (1921). — Hermann Buch, Vom internationalen und nationalen Arbeitsstaat (1920). — Heinrich Koch, Verkürzte Arbeitszeit — erhöhte Arbeitsleistung, in Stimmen aus Maria-Laach 1912, Heft 4, S. 399 ff. — Th. Brauer, Betriebsräte (1920). — Th. Brassey, On Work and Wages (1875). — S. Rae, Eight Hours for Work (1894). — Lowthian Bell, Principles of Manufacture of Iron and Steel (1884). — S. Webb and H. Cox, The Eighth Hours Day (1891). — S. and B. Webb, Problems of Modern Industry (1898). — J. Schoenhof, The Economy of high Wages (1892). — L. G. Fromont, Une expérience industrielle de réduction de la journée de travail (1906). — L. Blondel, L'essor industriel et commercial du peuple allemand (1904).

**1. Körperliche und geistige Kraft und Gesundheit.** Die Höhe der Arbeitsleistungen des Menschen hängt zunächst ab von seiner Arbeitsfähigkeit<sup>1</sup> Diese aber wird wieder wesentlich bedingt durch das Maß geistiger und körperlicher Kraft, über welche der einzelne verfügt. Nicht geringe Verschiedenheiten treten dabei zutage.

Zunächst sei an das erinnert, was im vorigen Paragraphen über die natürliche Ausstattung der Menschen infolge ihrer Abstammung, nach Rasse und Nation, gesagt wurde.

<sup>1</sup> Vgl. Adolf Wagner, Theoretische Sozialökonomie I (1907) 130 ff.

Rousseau meinte, die Kulturentwicklung führe zur Abnahme der Körperkraft. In Wirklichkeit steht aber der normal entwickelte Europäer dem Wilden durchaus nicht nach an körperlicher Stärke. Eine vernünftige Erziehung und gute gesunde Nahrung lassen auch bei uns noch immer kräftige Persönlichkeiten entstehen. Speziell der deutsche Arbeiter bleibt in dieser Beziehung nicht hinter dem englischen zurück.

Auf Grund anatomischer Tatsachen, aus der Größe und dem Bildungsreichtume des Gehirns oder aus besondern nationalen Eigenschaften auf eine verschiedene geistige Begabung schließen zu wollen, ist jedenfalls sehr kühn. Für eine solche Bemessung der geistigen Befähigung fehlt der sichere Maßstab. Man mag also immerhin von einer tatsächlichen Superiorität der kaukasischen Rasse sprechen, mag den Angehörigen dieser oder jener Nation größere Originalität, fruchtbareren Erfindungsgeist, besondere Beharrlichkeit in der Arbeit usw. zuschreiben, mag von einer speziellen Befähigung der Engländer und Deutschen für Massenindustrie, der Franzosen und Italiener für künstlerische Leistungen reden, doch ist Adolf Wagner beizustimmen, wenn er gerade hier vor Übertreibungen und Vorurteilen warnt.

Die individuelle Leistungsfähigkeit bemißt sich aber ohne Zweifel nach der persönlich erworbenen Bildung und Übung. Nicht als ob ein Analphabet nicht unter Umständen ein tüchtiger Arbeiter sein könnte. Gleichwohl bleibt die allgemeine und namentlich die Fachbildung auch für den einzelnen Arbeiter von höchster Bedeutung.

Allgemeinere Ursachen der Verschiedenheit in der Arbeitsfähigkeit der einzelnen Persönlichkeiten bilden sodann Geschlecht und Alter.

Die beiden Geschlechter weisen für gewöhnlich Unterschiede auf in Muskelkraft und Ausdauer bei körperlichen Arbeiten. Andererseits wird aber wieder die Geduld und Ausdauer, der Opfermut der Frau bei manchen Beschäftigungen (z. B. im Krankendienst) vom Manne selten erreicht. Im allgemeinen wird der Mann in reiner Verstandestätigkeit dem Weibe überlegen sein und auch sonst mag die geistige Veranlagung Verschiedenheiten aufweisen. Es wäre indes mehr als ein bloßer Verstoß gegen die Höflichkeit, deshalb von einer geistigen Inferiorität der Frau zu sprechen. Viel kommt eben auch für sie auf die Bedingungen ihrer Entwicklung und auf ihre Ausbildung an<sup>1</sup>. In der privat- und volkswirtschaftlich überaus wichtigen, werterhaltenden und wertbildenden, hauswirtschaftlichen Arbeit steht der Befähigung nach in erster Linie stets die Frau, wenn der Mann wohl als Koch eine Rolle spielen kann. Heute gilt es, die Beschäftigung vieler Frauen auch auf andere, ihren Fähigkeiten und ihrem Charakter entsprechende Gebiete auszudehnen. Dazu gehören namentlich gewisse liberale Berufe, öffentliche Dienstzweige wie solche der Privatbeamtensphäre. Im Interesse der in Betracht kommenden Persönlichkeiten sowohl wie der Volkswirtschaft liegt darum die Ermöglichung und Erleichterung der für solche Beschäftigung erforderlichen Ausbildung.

Auch vom Lebensalter wird die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters beeinflusst. Im allgemeinen fällt die höchste körperliche Arbeitsfähigkeit in die Zeit vom 20./25. bis 40./45. Jahre. Der größeren geistigen Frische erfreuen sich

<sup>1</sup> Bd. II<sup>3</sup>—<sup>3</sup>, Kap. 4, § 2, S. 523 ff. (Kap. 5, § 2, S. 572 ff.).

ebenfalls — wiederum ganz allgemein gesprochen — dieselben Jahre. Doch verfügen ältere Leute über manche erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse, Übung, Erfahrung, Menschenkenntnis usw., welche jüngeren Personen meist abgehen. Man versteht es darum, wenn allzu junge Leute in der Regel als weniger geeignet gelten z. B. für die Leitung größerer Unternehmungen.

Daß die gesamte Leistungsfähigkeit des Menschen im allgemeinen und die Produktivität der produzierenden wirtschaftlichen Arbeit insbesondere wesentlich von der Gesundheit des Tätigen abhängig ist, bedarf keines Beweises. Wir wollen nicht wiederholen, was an anderer Stelle über die Hygiene der Ernährung und der Wohnung, über die öffentliche Gesundheitspflege bereits gesagt wurde, beschränken uns hier vielmehr auf einige Andeutungen über die Erhaltung der Gesundheit bei der Arbeit, über die Hygiene des Berufs und der Beschäftigung (Menschen- und Arbeitsökonomie).

Experiment und ärztliche Erfahrungen haben schon lange die Schädigungen festgestellt, welche gewisse Berufsarten für die Gesundheit der in denselben beschäftigten Personen herbeiführen können und auch in weitem Umfange herbeiführen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung erkannte nun in prinzipieller Weise die allgemeine Verpflichtung der Unternehmer an, Leben und Gesundheit der Arbeiter, soweit es die Natur des Betriebes erfordert und gestattet, zu schützen. Der Bundesrat konnte in Deutschland auf Grund dieser prinzipiellen Norm spezielle Vorschriften für einzelne Gewerbe, Betriebsarten erlassen. Besondere Einrichtungen sind gesetzlich für die Arbeitsräume, ihre Verbindung mit Wasch- und Eßräumen, über Lüftung derselben usw. vorgeschrieben. In manchen Fällen kommen überdies bestimmte Forderungen bezüglich der Verarbeitung des Materials und des Fabrikbetriebes in Frage. Spezielle Vorschriften wurden vom Bundesrat erlassen z. B. für den Betrieb der Zinkhütten, für die Glasindustrie, Pinselmachereien, Gummifabriken, Bleihütten, Buchdruckereien, Zigarrenfabriken, Steinbrüche usw. Auch die Arbeiterversicherung hat sich nicht darauf beschränkt, Schäden auszugleichen, sondern ebenfalls dem vorbeugenden Schutze gegen Arbeitsunfähigkeit erfolgreich ihre Sorge gewidmet<sup>1</sup>.

Der Gesundheit schädlich ist insbesondere schlechte, durch Staubgehalt, Gase, Dämpfe, verdorbene Luft (in Bergwerken, Eisengießereien, bei Steinhauern, Porzellanarbeitern, Metallschleifern, in Bleihütten, Bleiweißfabriken, Spiegelfabriken, Zinkhütten, Tabaksfabriken usw.), ferner abnormer Luftdruck (namentlich auch bei unterirdischen Arbeiten), dann Nässe (in Färbereien, bei Naßspinnern, Dekorateurs usw.), schroffer Temperaturwechsel (Mühlenindustrie, bei Feuerarbeitern, in Schmiedereien, Gießereien, Zucker-, Stärke-, Dextrinfabriken usw.). Sehr ungünstig wirkt natürlich schlechte Beschaffenheit der Arbeitsräume: für den einzelnen Arbeiter ist im geschlossenen Raum wenigstens ein Luftkubus von 15 cbm erforderlich, in staubigen und dunstigen Räumen (so in chemischen Fabriken, Schleifereien, Spinnereien usw.) entsprechend mehr. Ebenso muß für gute Ventilation, ausreichende Beleuchtung, ordentliche Reinigung gesorgt werden. Manche Krankheiten ergeben sich aus übermäßig langem Stehen oder Sitzen bei der Arbeit,

<sup>1</sup> Vgl. Paul Kaufmann, Schaden verhütendes Wirken in der deutschen Arbeiterversicherung<sup>3</sup> (1914).



durch Anstrengung derselben Glieder und Muskeln. Gefährlich ist die zu enge Aufstellung der Maschinen. Auch muß für genügende Sicherheitsvorrichtungen bei gefährlichen Maschinen Vorsorge getroffen werden. Die größte Zahl der Unfälle wird durch Räder, Walzen, Wellenleitungen, Transmissionen verursacht, viele auch durch Dampfkesselexplosionen, Zerspringen von Zentrifugalmaschinen, Ventilatoren usw. Unter den industriellen Betrieben sind wohl die gefährlichsten: Metallverarbeitung und Maschinenfabrikation, Papierfabrikation, die Mühlen-, Textil-, Glas-, Tonindustrie, die chemische Industrie. Der einzelne Arbeiter kann sich nicht genügend gegen so mannigfache Gefahren für Leben und Gesundheit schützen. Die Arbeiterorganisationen werden da ihre Forderungen erheben, wenn die Gewissenhaftigkeit der Unternehmer versagt. Auch muß der Staat, die Gesetzgebung, was notwendig ist, eventuell erzwingen, dabei besondere Rücksicht nehmen auf Kinder und weibliche Personen. Die gesetzlichen Vorschriften können freilich bei der Verschiedenheit und dem Wechsel der technischen Einrichtungen und der Betriebsweise nur sehr allgemein sein. Die konkrete Anwendung ist den Ausführungsorganen, den Fabrikinspektoren, vorbehalten. Auch empfiehlt es sich, zeitweise ausgedehntere amtliche Ermittlungen anzustellen, wie dies in England durch parlamentarische Enqueten und durch die öffentlichen Gesundheitsbehörden geschieht.

Fordern wir bezüglich der Pflege und des Schutzes der Gesundheit des Volkes und speziell der Arbeiter an dieser Stelle, bei der Lehre von der Produktion und im Hinblick auf die Produktivität der Arbeit rationelle Kräfteökonomie, so wird es wohl kaum nötig sein, zu betonen, daß es außerdem noch andere und höhere Gründe gibt, welche größte Sorgfalt in der Arbeiterhygiene zur Pflicht machen<sup>1</sup>.

Von großer Bedeutung für die Arbeitskraft des einzelnen Menschen sind sodann

**2. Berufswahl, Ausbildung und Übung.** Ein von vier Ministerien ausgehender Erlaß (18. März 1919) ordnete zur Förderung einer planmäßigen Berufsberatung die Errichtung von Berufsämtern in allen Stadt- und Landkreisen Preußens an<sup>2</sup>. Diese Berufsämter haben die Aufgabe, „Personen, die neu ins Berufsleben eintreten oder ihren Beruf wechseln wollen, sowie auch die gesetzlichen Vertreter von Jugendlichen bei der Berufswahl zu beraten“. Die Verordnung hat ihren Grund in der Erkenntnis, daß heute kaum jemand in der Lage ist, ohne Hinzuziehung eines Sachverständigen die Anforderungen in den einzelnen Berufen mit

<sup>1</sup> Bei dem wachsenden Interesse für die Fragen der Physiologie und Psychologie der Arbeit (vgl. z. B. Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über Auslese und Anpassung der Arbeit, ähnliche Untersuchungen des Archivs für exakte Wirtschaftsforschung, Erörterungen über das „Taylor“-System) hatte in Deutschland die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“ (vgl. Soziale Kultur und Volkswirtschaft während der ersten 25 Regierungsjahre Kaiser Wilhelms II. [1913] 79 ff.) die Errichtung eines „Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie“ in die Hand genommen. (Vgl. den Bericht im Reichsblatt XI [1913] 776 f.) Auch in andern Ländern wurden Kommissionen zum Studium der Arbeiterphysiologie, der Lebensbedingungen der Arbeiter, ihrer beruflichen Fähigkeiten usw. gebildet.

<sup>2</sup> Näheres über Berufswahl und Berufsberatung in Bd. II<sup>2-1</sup>, Kap. 4, § 5, S. 629 ff. — Zu Anfang 1921 gab es in ganz Deutschland 463 Berufsämter.

der körperlichen und geistigen Eignung, der Neigung und der wirtschaftlichen Lage des Wählenden in Einklang zu bringen. Andererseits aber soll durch die Berufsberatung eine Verwertung der menschlichen Arbeitskraft zum Nutzen des einzelnen wie des Volksganzen, in ökonomischster Weise, ermöglicht werden.

Welchen Einfluß die Ausbildung auf die Leistungsfähigkeit des Arbeiters ausübt, zeigt schon die Geschichte des mittelalterlichen Handwerks mit seiner strengen Berufsbildung. Auch der heutige Großbetrieb mit seinen Maschinen, besondern Formen der Arbeitszerlegung und Methoden der Güterproduktion erfordert eine Schar mit besondern Kenntnissen ausgerüsteter Arbeiter. Darum hat die Großindustrie zum Teil durch systematische Ausbildung von „Fabriklehrlingen“ einen Stamm gelernter Facharbeiter zu gewinnen versucht.

Die Übung erzeugt Fertigkeit und damit Leichtigkeit der Arbeit. Wo die Übung fehlt, werden mehr Muskeln angespannt oder weniger geeignete Muskeln in Tätigkeit versetzt als bei einer geübten Arbeit. Auch bringt die häufige Wiederholung der gleichen Bewegungen eine dispositive Veranlagung für die länger geübte Arbeit in dem körperlichen Gefüge und den Eigenschaften der Gewebe hervor.

**3. Grenze der normalen Arbeitsleistung unter physiologischem und wirtschaftlichem Gesichtspunkte.** W. Stanley Jevons definiert die Arbeit als „any painful exertion of mind or body undergone partly or wholly with a view to future good“<sup>1</sup>. Er glaubt (mit Jennings<sup>2</sup>) für die Frage der Begrenzung der normalen Arbeitsleistung eine Gesetzmäßigkeit aus dem Wechsel der bei fortgesetzter Arbeit vom Arbeiter wahrgenommenen Lust- und Unlustgefühle („the law of the variation of labour“) ableiten zu können. Beim Antritt der Arbeit empfindet der Arbeiter ein gewisses Unlustgefühl. Hat er sich hineingearbeitet, dann erwacht in ihm ein Lustgefühl, das aber bei fortgesetzter Arbeit wieder von einem Unlustgefühl abgelöst wird. Der Arbeiter würde, wenn er frei wäre, dann die Arbeit beschließen. Arbeitet er trotz des wachsenden Unlustgefühls weiter, so geschieht es nur im Hinblick auf die durch das Arbeitsprodukt bzw. den Lohn zu erwartende Befriedigung: „It would be inconsistent with human nature for a man to work, when the pain of work exceeds the desire of possession, including all the motives for exertion.“ Die Grenze der normalen Arbeitsleistung würde also nach Jevons erreicht sein, wenn in dem Wechsel der Lust- und Unlustgefühle das durch fortgesetzte Arbeit hervorgerufene Unlustgefühl mit dem Gefühl der Befriedigung an dem Arbeitsprodukte gleich geworden ist. Der freie Arbeiter würde bei diesem Punkte die Arbeit einstellen.

Die Auffassung, die Jevons hier vertritt, ist einseitig subjektiv, und es geht nicht an, „die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre auf die Be-

<sup>1</sup> The Theory of Political Economy<sup>2</sup> (1888) 168 ff.

<sup>2</sup> Natural Elements of Political Economy 119.

rechnung des Lust- und Unlustgefühls zu beschränken“. Wollen wir die Grenze der normalen Arbeitsleistung erkennen, so müssen wir, wie oben bereits gesagt wurde, vor allem objektive physiologische und wirtschaftliche Momente ins Auge fassen.

Bei fortgesetzter Arbeit lagern sich im Organismus des Arbeitenden schädliche Stoffwechselprodukte (Kohlen-, Milchsäure) ab und verlieren sich anderseits für die Gesundheit wichtige Elemente (Sauerstoff). Um die Ermüdung und Erschöpfung auszugleichen, bedarf es der Ernährung und der Ruhe, wiederholter Ruhepausen, Unterbrechung der Arbeit, ausreichenden Schlafes. Auch ist ein voller Ruhetag in der Woche, und zwar ein in wirklicher Ruhe mit wahrer Erholung zugebrachter Sonntag, von allem andern abgesehen, auch physiologisch von größter Bedeutung<sup>1</sup>.

Die Arbeit muß sodann auch ihren wirtschaftlichen Zweck erfüllen. Die volkswirtschaftliche Aufgabe erfordert, daß die der jeweilig

---

<sup>1</sup> Mit der Erforschung der physiologischen Bedingungen und Erscheinungen des mechanischen Arbeitsprozesses hat sich die Wissenschaft eingehend beschäftigt. Die Gesetze der Energetik beherrschen alle mechanische Arbeit. Diese bleibt abhängig von der durch Atmung und Nahrung aufgenommenen Energie. Das Wesen der Ermüdung besteht in der Bildung giftiger Stoffwechselprodukte. Die Ermüdung wird zur Erschöpfung beim Mangel von Ersatzstoffen für die Wiederherstellung der lebenden Substanz, namentlich bei Sauerstoffmangel. Die Ermüdung trifft in erster Linie die Muskel- und Nervenpartien, die bei der Arbeit besonders stark in Anspruch genommen werden. und je einseitiger und intensiver bestimmte Muskeln und Nerven von einer Arbeit in Bewegung gesetzt werden, um so eher und heftiger tritt die Ermüdung auf. Das ist durchweg bei der Industriearbeit der Fall, die Tag für Tag dieselbe Anstrengung fordert, dieselben Muskel- und Nervenpartien ermüdet, dieselben Tätigkeiten und Einzelaktionen aufzwingt, im Gegensatz zum Handwerk alten Stils, das viel mehr Wechsel in den Verrichtungen bot. Die Übung (Training) erleichtert die Arbeit. Es werden dadurch gewisse Änderungen in den Eigenschaften und dem Gefüge der Gewebe erzeugt, und der Muskelaufwand wird mehr auf das notwendige Maß beschränkt als bei mangelnder Übung. Einzelne Forscher sprechen auch von einem Ermüdungsantitoxin, das die bei der Arbeit entstehenden Toxinmengen herabsetze. Vgl. Herkner, Arbeit und Arbeitsteilung, im Grundriß der Sozialökonomik Abt. 2, S. 166 mit weiteren Literaturangaben. Besonders sei hingewiesen auf: Max Weber, Zur Psychophysik der industriellen Arbeit, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XVII (1908) 730 ff.; XVIII (1909) 219 ff. 719 ff. Max Weber sagt, die Nationalökonomien hätten sich bisher mehr mit „vulgärpsychologischen“ Erfahrungen begnügt, wenn sie von den Bedingungen und Wirkungen der Intensitätssteigerungen der Arbeit reden. Er weist darauf hin, daß auch die anthropologischen, physiologischen, insbesondere die experimentalpsychologischen und psychopathologischen Wissenschaften mancherlei Aufklärung bieten können zum besseren Verständnis der Wirkungen des Arbeitsprozesses und der Änderungen in diesem Prozesse auf den arbeitenden Menschen. Die Experimentalpsychologie kann uns belehren z. B. über Ermüdung, Notwendigkeit von Arbeitspausen usw. und so zur Rationalisierung der menschlichen Arbeitsleistung beitragen. Vgl. Wilh. Kochmann, Verhältnis von Arbeitszeit und geistiger Aufnahmefähigkeit der Arbeiter, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVII (1913) 873 ff.; Otto Pohl, Arbeitswechsel, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXIX (1913) 131 ff.



erreichten Kulturhöhe entsprechende Bedarfsdeckung des Volkes nicht unter das gegebene Bedürfnisniveau herabsinke, und daß dabei dem Arbeiter ein menschenwürdiger und standesmäßiger Lebensunterhalt, ohne Untergrabung seiner Gesundheit, gesichert bleibe. Als wirtschaftlich normale Arbeitsleistung dürfen wir darum kurz eine solche bezeichnen, welche (allgemein und für das ganze Volk aufgefaßt) die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe in dem von uns dargelegten Sinne auf die Dauer ermöglicht. Die Ansprüche an die Arbeitsleistung werden, unter diesem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aufgefaßt, freilich nicht zu allen Zeiten die gleichen sein. Sie werden sich erhöhen in Zeiten der Not, wie in Deutschland nach dem Weltkriege. Niemals aber dürfen sie zur vollen Erschöpfung der nationalen Arbeitskraft gesteigert werden.

Wenn wir es auch ablehnen müßten, Lust und Unlust im hedonistischen Sinne zum Ziel und zur höchsten Norm des menschlichen Lebens und der Wirtschaft zu machen, so verkennen wir doch keineswegs die wichtige Rolle, welche Lust und Unlust, die Arbeitsfreude und der Mangel derselben bei der Betätigung menschlicher Kräfte spielen.

**4. Die Psyche als Energieelement.** Die Produktivkraft eines Volkes und die Produktivität des einzelnen Arbeitenden wird in der Tat stark von allen jenen psychischen Momenten beeinflusst, welche die Produktionsbereitschaft und Arbeitslust wecken und erhöhen.

Zwang, Elend und Eigennutz, so lehrte Fourier<sup>1</sup>, das waren bisher die Beweggründe für die Arbeit. Er seinerseits wollte die Arbeit zu einem Vergnügen machen. Man sollte fürderhin zur Arbeit gehen wie zum Tanze. In der von ihm ersonnenen gesellschaftlichen Organisation, im Phalanstère der Zukunft, da würde die Arbeit abwechslungsreich werden inmitten von Schönheit und Fröhlichkeit. Jeder werde die Möglichkeit haben, zu „papillonner“, wie der Schmetterling von Blume zu Blume, so von Arbeit zur Arbeit zu flattern, sich Arbeiten auszusuchen, die dem Gefallen und den Fähigkeiten eines jeden entsprächen. Die „anziehende“ Arbeit, wie Fourier sie verstand, paßt ganz in sein System, welches das menschliche Glück mit der Freiheit, nicht mit der Beherrschung der Leidenschaften verband.

Immerhin liegt auch in den Phantasien Fouriers ein Körnchen Wahrheit. Stimmung und Leistung des Menschen hängen innig zusammen. Was die Stimmung zu heben vermag, wird günstig auch auf die Leistung zurückwirken.

Schon die ältesten Zeiten („Naturvölker“) haben durch Verbindung von Musik und Arbeit, durch die rhythmische Gestaltung der Arbeit<sup>2</sup>, die Stimmung der Arbeitenden zu heben und dadurch ihre Kraftleistungen zu steigern versucht. Auch Plato (Protagoras) sagte: Rhythmus und Harmonie machen tüchtig zum Reden und Handeln. Dazu kam, namentlich beim mittelalterlichen Handwerk, als Arbeitsmotiv die Freude des

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 4, S. 319 f. (297 f.).

<sup>2</sup> Karl Bücher, Arbeit und Rhythmus (1909) 413 ff.

künstlerischen Schaffens. Der Handwerker bildete als Produkt seiner Arbeit ein Ganzes, in dessen Gestaltung sein schöpferischer Schönheitssinn vielfach zur Geltung kam.

Weit wichtiger aber als die angeführten Momente ist für ihrer Art nach ökonomische Betätigung

**5. die wirtschaftliche Motivation der Arbeit.** So wird die Arbeitswilligkeit in hervorragendem Maße von dem Vorteil beeinflusst, den die produzierende Arbeit dem Arbeitenden bietet.

1. Das Selbstinteresse muß entsprechende Befriedigung finden, um ausdauernde, intensive Kraftanstrengung, Weckung neuer Kräfte, beharrliches, kühnes, mühevoll und mutvolles, wagendes Unternehmertreiben zu erzeugen. Damit soll keineswegs einem rein egoistischen Eigennutz, der um fremdes Recht, das Wohl der Gesamtheit sich nicht kümmert, das Wort geredet werden. Allein das durch Vernunft und Gewissen geregelte Selbstinteresse, wie es der sog. „geordneten“ Selbstliebe entspricht, wird für Vollzug und Erfolg der produzierenden Arbeit, für Weckung und Stärkung der Produktivkraft, für ein wirtschaftliches und fortschrittliches Verfahren in der Produktion stets und überall von entscheidender Bedeutung sein. Altruistische Gefühle, die sich ausschließlich und allein auf das Wohl anderer beziehen, spielen im produktiven Wirtschaftsleben ganzer Völker keine vorherrschende Rolle. Bei der karitativen Betätigung aber handelt es sich regelmäßig nicht um Güterproduktion, wie um persönliche Dienste und um wohlthätige Verwendung von Einkommen oder Vermögen.

2. Mächtig wirkt ferner die wirtschaftliche Selbständigkeit ein auf den persönlichen Tätigkeitsdrang, auf die Emsigkeit in der Arbeit, die quantitative und qualitative Hebung der Arbeitsleistung. Darum wird eine gesunde Wirtschaftspolitik ganz besonders auf die Erhaltung und Ausbreitung solcher wirtschaftlichen Selbständigkeit im Volke bedacht sein. Der Sozialismus will im Gegenteil die wirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen mit der kapitalistischen Produktion, dem Privateigentum an den Produktionsmitteln zugleich radikal beseitigen. Aber auch der plutokratische Kapitalismus wirkt verheerend, indem er die wirtschaftliche Selbständigkeit auf wenige reiche Leute beschränkt<sup>1</sup>. „Wehe denen, die Haus an Haus reihen und Feld an Feld fügen, bis kein Platz mehr übrig ist und sie allein wohnen inmitten des Landes“ (Is. 5, 8). Wehe aber auch dem Volke, in welchem unersättlicher Großbesitz, der nur das Streben nach stets größerem Besitz und der Geltendmachung brutaler und blinder Geldmacht über das ganze Land kennt, unbehindert den gewerblichen, agrarischen, merkantilen Mittelstand vernichten kann.

Sismondi, J. St. Mill u. a. haben die Ansicht ausgesprochen, daß die größte Arbeitsintensität beim bäuerlichen Eigentümer zu finden sei, der sein eigenes

<sup>1</sup> Paul Coulet, *Études*, 20. Mai 1920.

Land mit eigenen Produktionsmitteln bearbeitet und Eigentümer des ganzen Produktes seiner Arbeit ist. Als Musterbeispiel führt Sismondi die Bewohner der Schweizer Täler an, die früh morgens auf dem Felde arbeiten, am späten Abend Gras mähen oder die Weinreben stützen. Allerdings darf der Bauer nicht zum Lohnarbeiter herabgedrückt, mit Steuern überlastet sein (wie der Bauer im alten Rußland). Es mag im übrigen dem kleinen und mittleren (genossenschaftlich gestärkten) Bauern leichter sein, seine Selbständigkeit zu bewahren, als dem Handwerker. Aber auch der Handwerkerstand bedarf der Ermutigung: er wird sich behaupten können, wenn die rechten Mittel zu seiner Hebung und Förderung angewendet werden. Ein weites Feld bleibt seiner Betätigung offen, mag im Zeitalter der Dampfmaschinen die Herstellung von Lokomotiven, von Schienen und Riesendampfern nicht gerade vom Handwerk gefordert werden.

3. Die Volkswirtschaft, mit Rücksicht auf die Bedarfsdeckung des Volkes, und ebenso die Privatwirtschaft, im Hinblick auf ihre Rentabilität, sind an der Leistungsfähigkeit und Ergiebigkeit der ausführenden Arbeit stark interessiert. Die Kosten für die ausführende Arbeit machen regelmäßig den größten Bestandteil der privatwirtschaftlichen Gesamtkosten aus, steigen bis zu 80 % derselben an. Die Steigerung der Leistung aber hängt, abgesehen von der Vollkommenheit der Technik und Betriebsorganisation, zweckmäßiger Arbeitsteilung und Arbeiterverwendung, wesentlich von der persönlichen Hingabe des Arbeiters an die Arbeit ab. Diese ist wiederum bedingt durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der Arbeiter.

Die Kräfteentfaltung wird eine andere sein bei freier oder unfreier Arbeitsverfassung<sup>1</sup>. Der gezwungenen, persönlich unfreien

<sup>1</sup> Über die verschiedenen Arbeitssysteme vgl. Bd. III, Kap. 2, § 4, S. 180 ff. Adolf Wagner spricht (Grundlegung II<sup>3</sup> [1894] 55 f. 67 f.) von einer „relativen Rechtfertigung der Unfreiheit“. „Die Unfreiheit“, sagt er, „läßt sich in ihrer humanen, sozialen und wirtschaftlichen Seite nicht unbefangen würdigen, wenn sie nur mit dem Auge und dem Gefühl des modernen Menschen betrachtet wird. Von vornherein ist es nicht wahrscheinlich, daß eine Institution von solcher geschichtlichen Bedeutung nur aus dem Mißbrauch der Macht des Stärkeren hervorgegangen und sich nur dadurch erhalten, — daß sie nur Schattenseiten besessen haben, also immer und überall durchaus verwerflich in sittlicher und ökonomischer Beziehung gewesen sein soll. Unbefangenere Geschichtsbetrachtung und die Untersuchung gerade der volkswirtschaftlichen Seite der Unfreiheit, wobei die letztere in ihrem Zusammenhange mit allen sonstigen betriebstechnischen, Wirtschafts- und Kulturverhältnissen des Zeitalters aufgefaßt wird, führen denn auch zu einem andern Ergebnis. Die Unfreiheit ist nicht immer notwendig . . . mit jenen schweren Nachteilen verbunden gewesen, von welchen wir sie uns frei kaum auch nur denken können. Ebenso wenig war ihre ökonomische, soziale und sittliche Wirkung auf das Volksleben, ihr Einfluß auf die Kultur immer unbedingt ungünstig. Vielmehr erscheint sie in gewissen (primitiveren) Zeitaltern als eine relativ notwendige Durchgangsstufe der Entwicklung der Volkswirtschaft und Kultur.“ Mag auch die Sklaverei bei unentwickelter Technik zur Erzielung großer Leistungen als notwendige Arbeitsform erscheinen, so bleibt es doch ein widernatürliches Herrschaftsverhältnis, wenn der Mensch dem Menschen wie eine Sache unterworfen ist. Die milderen Formen der Unfreiheit verpflichteten die bäuerliche Bevölkerung bis ins 19. Jahrhundert hinein in Deutschland und andern Ländern zu Dienst- und Arbeitsleistungen für den Grund- und



Arbeit fehlen durchgängig die Motive (Ehrgefühl, wirtschaftliches Interesse usw.), die zu einer ausdauernden, guten Arbeit antreiben können. Das vorherrschende Motiv bei solchen Zwangsverhältnissen ist die Furcht vor Strafe, mit der sich allenfalls einige Hoffnung auf Anerkennung verbinden mag. Allein diese Motive machten die unfreie Arbeit, trotz völliger Verfügung des Herrn über die Arbeitskraft und die Person des Arbeiters, nicht hinlänglich produktiv, auf die Dauer geradezu unrentabel. Bei Bevölkerungszunahme und Steigerung der Produktionskosten wurde der Unterhalt der Sklaven zu kostspielig. Die allmähliche Erleichterung in dem System persönlicher Unfreiheit und unfreier Arbeit (z. B. in Rom Übergang zum Kolonat) und schließlich die volle Beseitigung desselben erfolgte darum nicht bloß aus humanen und rechtlichen Gründen, sondern zum wirtschaftlichen Vorteil, im Interesse der Produktivität der Arbeit, einer quantitativen und qualitativen Steigerung der Leistungen. Wirtschaftliche Gründe waren es neben den idealen auch, die schließlich zur Aufhebung der milderen Formen von Unfreiheit (Hörigkeit, Schollenpflichtigkeit) geführt haben.

Aber auch bei freier Arbeitsverfassung war und ist die persönliche Hingabe des Arbeiters an die Arbeit nicht überall und immer die gleiche: anders in der Manufaktur, der beginnenden Fabrikindustrie, anders, nachdem die Fabrikgesetzgebung, die Sozialversicherung, bessere Löhnung, Verkürzung der Arbeitszeit, Eröffnung von Bildungsmöglichkeiten, Teilnahme an gesellschaftlichen Angelegenheiten, Berufssolidarität (Arbeitsgemeinschaft), Betriebsolidarität (Betriebsrätegesetz), bürgerliche Gleichberechtigung usw.<sup>1</sup> die Lage des modernen Arbeiters wesentlich verbessert

---

Gutsherrn. In Preußen wurde die Erbuntertänigkeit 1807 bzw. 1810 aufgehoben. Die andern deutschen Staaten folgten diesem Beispiele. In Rußland bestand Leibeigenschaft bis 1861. Vgl. auch das später bei der Behandlung der landwirtschaftlichen Produktion Gesagte. Dann Sugenheim, Geschichte der Aufhebung der Leibeigenschaft und Hörigkeit in Europa (1861) 90 108 ff. 224 288 ff. 501 f. Über die Konkurrenz freier Arbeit mit Sklavenarbeit im römischen Altertum vgl. Salvioli, Der Kapitalismus im Altertum. Deutsch von Kautsky jun. (1912) 123 ff. Über moderne Sklavenarbeit: H. J. Nieboer, Slavery as an Industrial System (Ethnologische Studie. 1910). — Wo in der Neuzeit Sklavenarbeit bei der Plantagenwirtschaft mit freier Arbeitsverfassung in Konkurrenz trat, waren die Kosten der Sklavenarbeit — bei gleichem Ertrag — wesentlich höher als bei Bewirtschaftung mit freien Arbeitern (Brassey, On Work and Wages<sup>4</sup> [1875] 263 ff.).

<sup>1</sup> Über die Emanzipation der Arbeiterklasse (Arbeitsvertrag, Arbeitsordnung, Lohnschutz, Betriebsschutz, Aufsichtsbeamte, Arbeitervertretungen, Koalitionsfreiheit) usw., internationale Bestrebungen für Arbeiterschutz (internationales Arbeitsamt in Genf) usw. hat der dritte Band unterrichtet bzw. wird über neue Fragen (Betriebsräte usw.) die Neuauflage des dritten Bandes berichten. Vgl. auch die Festschrift zu Hitzes 70. Geburtstage. Die Lohntheorien finden in der Lehre von der Einkommensbildung Behandlung. Hier handelt es sich lediglich um den Einfluß der Löhnung und der Löhnungsmethoden auf die persönliche Hingabe an die Arbeit. Ausführlich wird an dieser Stelle speziell von der Arbeitszeit gesprochen.

haben. Wenn all das, was unverkennbar als wirklicher Fortschritt betrachtet werden muß, nicht überall den vollen Erfolg gesteigerter Produktivität der Arbeit herbeigeführt hat, so fällt ein nicht geringer Teil der Schuld auf diejenigen, welche den Arbeitern die Freude an jenen Errungenschaften verleiden, indem sie überspannte Hoffnungen erwecken, die sich niemals verwirklichen werden. Aber doch nur ein Teil der Schuld. Der andere Teil entfällt auf „jenen, alle Beziehungen quantitativ erfassenden, in Geld wertenden Geist der modernen Unternehmung“. der weit über das Gebiet der Sachgüterproduktion hinaus unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben unselig beeinflußt hat.

Für den Grad der Produktivität der Arbeit kommt ganz besonders die Arbeitsdauer und die Höhe des Arbeitslohnes in Betracht. Das waren zugleich die wichtigsten Punkte, die beim Kampf der Gewerkschaften zur Entscheidung gebracht werden sollten. Die Frage der Arbeitsdauer spielte zugleich in der staatlichen Fabrikgesetzgebung eine große Rolle.

**6. Höherer Lohn und verkürzte Arbeitszeit — erhöhte Arbeitsleistung.** In früheren Zeiten setzte die Nacht der Arbeit eine natürliche Grenze, und das göttliche Gesetz forderte Arbeitsruhe für den siebten Tag der Woche. Das genügte unter gewöhnlichen Verhältnissen, um dem Arbeiter den notwendigen Kraftersatz und die Pflege des höheren Lebens zu ermöglichen. Mit dem Anbruch des Maschinenzeitalters, gegen Ende des 18. Jahrhunderts, wurde die Frage der Arbeitszeit aber zu einem schwierigen und dringenden Problem. Das kostspielige Maschinenkapital konnte und sollte durch möglichst ununterbrochenen Betrieb ausgenutzt werden. Auch schien es, daß jetzt die Maschine die Arbeit fast ganz allein leiste, jedenfalls die Arbeit wesentlich erleichtere. So kam es damals zu einer Ausdehnung des Arbeitstages bis zu neunzehn, ja zwanzig Stunden.

Die Nationalökonomie erwartete ebenfalls den wirtschaftlichen Fortschritt von der Verlängerung der Arbeitsdauer. So J. St. Mill, Jos. Hume, der jüngere Ricardo, Senior. Letzterer glaubte sogar beweisen zu können, daß der Gewinn des Fabrikanten erst in der letzten Arbeitsstunde eingebracht werde, daß darum die Arbeitszeit nicht verkürzt werden dürfe. Adam Smith wie Justus Möser in Deutschland verurteilten allerdings die übermäßige Verlängerung der Arbeitszeit. Sie sprachen aber diese Ansicht aus zur Zeit, wo das Fabrikssystem sich noch nicht recht entwickelt hatte. Und so trat ihre Meinung zurück hinter der Ansicht späterer Nationalökonomien, welche der Auffassung des Unternehmertums sich anschlossen. Merkwürdig bleibt es, daß auch Marx, Engels, Rodbertus in der Verkürzung der Arbeitszeit eine Fessel für den industriellen Fortschritt erblickten<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> F. Mehring, Aus dem literarischen Nachlaß von K. Marx, Fr. Engels und F. Lassalle II (1902) 109. Neue Zeit XX (1902) 162 ff.

Das Unternehmertum der damaligen Zeit stand der Verkürzung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Löhne durchgängig und zum Teil mit großer Nervosität ablehnend gegenüber. Bekannt ist, mit welcher bitteren Ironie Charles Dickens in seinem Roman „Harte Zeiten“ die „Spinner von Schlotheim“ charakterisiert hat: diese gingen zugrunde, wenn sie die Kinder aus der Fabrik in die Schule schicken sollten; sie gingen zugrunde, wenn Inspektoren zur Aufsicht über die Fabriken ernannt wurden; sie gingen zugrunde, wenn diese Inspektoren sie nicht ganz für berechtigt hielten, ihre Arbeiter von den Maschinen zerreißen zu lassen. Sie beteuerten, lieber ihr Vermögen ins Atlantische Meer werfen zu wollen, als den Betrieb aufrechtzuhalten, wenn man sie nicht ganz sich selbst überlassen würde. Doch waren sie praktisch genug, ihr Geld dem Ozean vorzuenthalten und damit recht gute Geschäfte zu machen.

Zunächst nun das Tatsächliche über die Wirkungen einer Kürzung der Arbeitszeit<sup>1</sup> und einer Erhöhung des Arbeitslohnes. Schon 1818 erließ Robert Owen einen „Aufruf an die britischen Fabrikanten“, in welchem er jene, gestützt auf eigene Erfahrung, von der günstigen Wirkung solcher Maßregeln zu überzeugen suchte. Th. Brassey veröffentlichte 1870 ein Buch<sup>2</sup>, in dem er die Erfahrungen seines Vaters, des Leiters großer Eisenbahnbauten, bekannt gab. Diese Erfahrungen erwiesen aber eine höhere Produktivität der Arbeit für solche Länder, in welchen die Löhne höher, die Arbeitszeit kürzer war als in andern zum Vergleich herangezogenen Ländern. Die gleichen Erfahrungen wurden bestätigt durch den englischen Unternehmer und Sozialpolitiker Mundella, ferner durch den mit der englischen Eisenbahnindustrie hervorragend bekannten Lowtman Bell, für Amerika durch den Nationalökonom Joseph Schönhof, E. Fromont für Belgien usw. Als England den zehnstündigen Arbeitstag für gewisse Industriezweige einführte, erhöhte sich die Produktivität der Arbeit in denselben ganz beträchtlich. In der Baumwollindustrie z. B. wuchs die Menge der Produkte, die Anzahl der Spindeln und Webstühle verdoppelte sich, die Fabriken mußten vergrößert werden. Die Unternehmer hatten Vorteil von der Erhöhung der Löhne, weil die dadurch bewirkte Erhöhung der Produktivität der Arbeit den höheren Lohn nicht nur ausglich, sondern die Arbeit des höher gelohnten Arbeiters im Vergleich zur Leistung des schlechter gelohnten als billigere Arbeit erscheinen ließ. Alle Befürchtungen, daß die Kürzung der Arbeitsdauer, die Erhöhung des Arbeitslohnes der ausländischen Industrie zum Siege über die englische führen, die englische Produktion verteuern, verringern oder vernichten müßten, hatten sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, die englische Industrie stand mächtiger da als je zuvor.

---

<sup>1</sup> Heinr. Koch, Verkürzte Arbeitszeit — erhöhte Arbeitsleistung, in Stimmen aus Maria-Laach 1912, 399 ff.

<sup>2</sup> Work and Wages<sup>4</sup> (1875).



In Deutschland waren es insbesondere Lujo Brentano und G. v. Schulze-Gävernitz<sup>1</sup>, die auf die günstigen Wirkungen einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer Erhöhung des Lohnes hingewiesen haben.

Den Zusammenhang zwischen der Verbesserung in der Lage der Arbeiter und der Steigerung der Produktivität der Arbeit zeigt z. B. die folgende von Schulze-Gävernitz für die englische Baumwollindustrie aufgeführte Tabelle:

Wochenproduktion pro Arbeiter	Kosten der Arbeit pro Yard	Arbeits- zeit pro Woche	Wochen- verdienst der Weber	Kaufkraft in Weizenmehl
1814: 130,7 Yards	1,3 <i>d.</i>	80	14 <i>sh.</i>	58 <i>Pf.</i>
1832: 221,2 "	0,6 "	72	12 "	65 "
1890: 550 "	0,13 "	54 ein Weber mit 3 Stühlen	17,2 "	151 "
		" " " 4 "	22,5 "	208 "

Auch in der Schweiz bewährte sich die freiwillige Verkürzung des Arbeitstags auf 10 Stunden, zu der sich seiner Zeit viele Unternehmer verstanden (Maximalarbeitszeit 11 Stunden), in einer Weise, daß nach dem Berichte der Fabrikinspektion keine der Fabriken, die zunächst probeweise die verkürzte Arbeitszeit angewendet, davon wieder abgegangen ist<sup>2</sup>.

Welches aber sind die Ursachen der als tatsächlich erwiesenen Steigerung der Produktivität der Arbeit bei — in bezug auf Dauer und Lohn — günstigen Arbeitsverhältnissen? Die Ursachen sind doppelter Art: physische und psychische. Ernährung und Ruhe überwinden die Ermüdung, bringen Kräfteersatz. Die kürzere Arbeitszeit und die bessere Löhnung, der eine bessere Lebenshaltung entspricht, befähigt den Arbeiter zu größerer Intensität der Muskel- und Nervenarbeit. Der Arbeiter kann dann z. B. am Webstuhle seiner Arbeit fortgesetzt größere Aufmerksamkeit zuwenden. Seine physischen Kräfte sind bei besserer Ernährung den Anforderungen auch schwerer Arbeit, z. B. in den Stahlwerken, eher gewachsen. Ferner ist dem Arbeiter bei kürzerer Arbeitszeit die Möglichkeit gegeben, von mühsamer Arbeit länger auszuruhen, sich für neue Arbeit zu stärken. Es wird dabei auch der Maschinenbetrieb vollkommener ausgenutzt, der „Kraftverbrauch für Leergang“ vermindert werden können (Abbe)<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. deren oben (Literatur) angeführte Schriften. Auch F. Hitze, Die Arbeiterfrage. R. Martin, Zur Verkürzung der Arbeitszeit in der mechanischen Textilindustrie, in Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik VIII 265 ff. E. Bernhard, Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit (1909). Dann besonders E. Abbe, Sozialpolitische Schriften III (1906). H. Freese, Fabrikantensorgen (1896); Konstitutionelle Fabrik (1909).

<sup>2</sup> „Wir haben durch die Verkürzung der Arbeitszeit nichts verloren.“ So urteilte der bekannte schweizerische Fabrikinspektor Fridolin Schuler. Vgl. Zwanzig Jahre Normalarbeitstag in der Schweiz. Schulers ausgewählte Schriften (1905) 92 95 ff.; J. Lorenz, Zur Einführung in die Arbeiterfrage unter besonderer Berücksichtigung schweizerischer Verhältnisse (1921). (Schweizer. Zeitfragen Nr. 55.)

<sup>3</sup> Abbe spricht auch von einem „Leergang des Menschen“, dem Kräfteverbrauch durch den Aufenthalt im Lärm usw. der Fabrik, lästiger Körperhaltung, Aufmerksamkeit, um Unheil zu verhüten.

Bereits A. Smith hatte auf die günstigen physiologischen und psychischen Wirkungen einer guten Löhnung hingewiesen: „Die reichliche Belohnung der Arbeit“, sagt er<sup>1</sup>, „ermuntert ebensowohl den gemeinen Mann zur Fortpflanzung, wie sie ihn zum Fleiße anspornt. Der Arbeitslohn ist die Aufmunterung zum Fleiße, der, wie jede andere menschliche Eigenschaft, in dem Grade zunimmt, wie er Aufmunterung erfährt. Reichliche Nahrung stärkt die Körperkräfte des Arbeiters, und die wohlthuende Hoffnung, seine Lage zu verbessern und seine Tage vielleicht in Ruhe und Fülle zu beschließen, feuert ihn an, seine Kräfte aufs äußerste anzustrengen. Wo der Arbeitslohn hoch ist, finden wir demnach die Arbeiter stets tätiger, fleißiger und flinker als da, wo er niedrig ist.“ Auch das Streben, zu zeigen, daß die Produktionsfähigkeit des Unternehmens trotz verkürzter Arbeitszeit nicht zurückgeht, kann als Motiv für größere Intensität der Arbeit wirken<sup>2</sup>.

Wir müssen aber noch eine dritte Ursache nennen, auf welche sich die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit bei erhöhtem Lohn und kürzerer Arbeitszeit meist zurückführt: das ist die Vervollkommnung der Technik, die sich regelmäßig zugleich mit der Verbesserung in der Lage der Arbeiter einstellt. Die Erbauer der ägyptischen Pyramiden verfügten über große Massen unfreier Arbeiter, und ebenso die römischen Oikenherren. Sie bewältigten auch die größten Produktionsprobleme mit Massendarbeit. Zur Auffindung und Anwendung besonderer technischer Mittel fehlten dabei die Antriebe, die den modernen Unternehmer veranlaßten, das technische Verfahren bei der Produktion zu vervollkommen, einen Teil der menschlichen Arbeit durch zweckmäßige Produktionsmittel und leistungsfähigere Maschinen zu ersetzen. Er steht freien Arbeitern gegenüber, muß solche anwerben und entlohnen. Darum wird er gerade auch bei und wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes bestrebt sein, die technische Organisation der Produktion in einer Weise zu gestalten, zu vervollkommen, daß die Produktivkraft der Arbeit sich entsprechend erhöhe und so ausreichende Rentabilität des Geschäftes gesichert bleibe.

**7. Maximalarbeitstag**<sup>3</sup>. Vor der Fabrikgesetzgebung war der Maximalarbeitstag ein unbekannter Begriff. Die Arbeit wurde möglichst ausgedehnt, selbst bis in die Nacht hinein, was um so leichter geschah, nachdem billige Beleuchtungsquellen (Gas, Elektrizität) in Anwendung kamen. Die Mißstände wurden indes himmelschreiend. Es bedurfte keiner langen Lernzeit und keiner besondern physischen Kraft, um bei automatischen Maschinen

<sup>1</sup> Wealth of Nations (Stöpels Übersetzung) I 112 f. Vgl. Bd. II, Kap. 1, § 3, S. 140 f.

<sup>2</sup> Abbe hat die psychischen Ursachen einer günstigen Verschiebung des Verhältnisses von Arbeitszeit und Arbeitsleistung unterschätzt.

<sup>3</sup> „Maximalarbeitstag“ bezeichnet eine obere Grenze der täglichen Arbeitsdauer für alle Arbeiter oder speziell für Frauen.

verwendet zu werden. So füllten sich die Fabrikräume mit Frauen und Kindern, hielten sie unter den schlechtesten hygienischen Verhältnissen fest bis tief in die Nacht hinein. Daß dabei das Familienleben verkümmern mußte, daß die Gesundheit der Frauen schwersten Schaden litt, daß die Kinder körperlich, geistig, seelisch, sittlich entarteten, war Nebensache. Die privatwirtschaftliche Rentabilität blieb der allein entscheidende Gesichtspunkt. Man lese nur die englischen Parlamentsakte, um sich eine Vorstellung von den Fabrikverhältnissen nach Einführung der Maschinenarbeit zu machen. Die öffentliche Meinung, die solche Zustände verurteilte, genügte nicht, dieselben zu überwinden. Den Arbeitern aber fehlte noch die Organisation und die Möglichkeit der Selbsthilfe. Sie waren auch durch ihre drückende Lage zur Selbsthilfe wenig befähigt. Hier mußte der Staat eingreifen, um Abhilfe zu schaffen. So gingen denn allmählich die Kulturstaaten dazu über, einen möglichst hoch gegriffenen Maximalarbeitstag einzuführen. Über diesen hinaus durfte die Arbeitszeit fürs allgemeine nicht erstreckt werden. Ausnahmen wurden gestattet für Saisonindustrien, für Zeiten besonderer Häufung der Aufträge oder einer außergewöhnlichen Notlage usw.

In Frankreich war der Maximalarbeitstag bereits 1848 grundsätzlich angenommen und auch in die Praxis übertragen worden. Ein Gesetz von 1900 ordnete für alle industriellen Unternehmungen mit gemischtem Personal (Männern, Frauen, Kindern) als Übergangsmaßnahme den elfstündigen und nach zwei Jahren den zehnstündigen, seit 1905 für Grubenarbeiter den neunstündigen Arbeitstag an. Auch einzelne Schweizer Kantone hatten bereits früh zum Maximalarbeitstag sich bekannt (Glarus 1848, später Basel-Stadt und Tessin). Die Eidgenossenschaft führte dann 1877 den elfstündigen Arbeitstag ein. Es folgte Österreich 1885 (im Bergbau Elfstundentag 1901). Rußland nahm 1897 die elfeinhalbstündige Maximalarbeitszeit an. In Deutschland wurde 1891 der Bundesrat bevollmächtigt, für Gewerbe, in denen übermäßige Arbeitszeit die Gesundheit gefährde<sup>1</sup>, eine kürzere Arbeitszeit vorzuschreiben. Für Arbeiterinnen wurde der Maximalarbeitstag von elf Stunden eingeführt, der 1908 auf zehn Stunden herabgesetzt wurde. Auch führte die Gewerkschaftsbewegung in manchen Gewerben zu einer Arbeitsbegrenzung durch Tarifverträge. Typisch wurde für Deutschland vor der Revolution der Zehnstundentag<sup>2</sup>.

England<sup>3</sup>, welches lange an dem Grundsatz festgehalten, der Staat dürfe die Arbeitszeit der Männer nicht beschränken, mußte schließlich

<sup>1</sup> Sog. „hygienischer Maximalarbeitstag“.

<sup>2</sup> Besondere Bestimmungen über Sonntagsruhe (allgemein 1919), Ausschluß der Nacharbeit für Kinder, Jugendliche, Frauen, Festsetzung des Ladenschlusses (1919: 7 Uhr), der „hygienische“ Maximalarbeitstag (1893 für Bäckereien, 1920 für Preßluftarbeiter) usw.

<sup>3</sup> In England wurde 1847 für Frauen und Jugendliche die Arbeitszeit in Textilfabriken auf 10 Stunden herabgesetzt.



diesen Grundsatz verlassen. 1893/94 hatte man dort in den Werkstätten für Heeres- und Marinebedarf und 1908 für Bergarbeiter bereits den gesetzlichen Achtstundentag eingeführt. Auch in einzelnen Staaten der nordamerikanischen Union wurden für bestimmte Arbeiten 8 Stunden als Arbeitstag angenommen. Die australischen Kolonien Englands hatten bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts in mehr als 60 Industriezweigen den Achtstundentag eingeführt. Ferner kamen manche Unternehmer dem Wunsche der Arbeiter nach Herabsetzung des Arbeitstages auf 8 Stunden freiwillig entgegen.

**8. Normalarbeitstag.** Früher nannte man den Maximalarbeitstag wohl auch Normalarbeitstag. Maximalarbeitstag bezeichnet aber nur ein faktisch oder gesetzlich in Übung befindliches Zeitmaximum. „Normalarbeitstag“ dagegen kann ein Werturteil ausdrücken. In diesem Sinne verstanden würde „Normalarbeitstag“ einen solchen Maximalarbeitstag bedeuten, bei dessen relativ allgemeiner Anwendung zugleich die volkswirtschaftlichen und die physiologisch-psychischen Grenzen der normalen Arbeitsleistung gewahrt bleiben: wo also einerseits den Anforderungen einer guten und fortschrittlichen Bedarfsdeckung des Volkes genügt, anderseits Lebenskraft, Gesundheit, Arbeitslust der Arbeiter nicht zerstört, ihre Leistungsfähigkeit nicht untergraben wird. Erfüllt ein Arbeitstag von geringerer Dauer diese Bedingungen, so wird man ihm den Namen eines „Normalarbeitstages“ zuerkennen dürfen. Nimmt jedoch die Zahl der Arbeitsstunden zwar ab, wird die Arbeit selbst aber dabei drückender, aufreibender, gefährlicher, oder wenn die Bedarfsversorgung des Volkes bei der geringeren Arbeitszeit Schaden leidet, dann ist ein solcher Maximalarbeitstag kein „normaler“ Arbeitstag.

Man wird also bei der Beurteilung des Arbeitstages zusehen müssen, ob in der verkürzten Zeit eine dem wachsenden Volksbedarf entsprechende Produktenmenge erzeugt wird, und ebenso, ob die durch Verkürzung der Arbeitszeit — bei im wesentlichen gleicher Organisation der Arbeit und Technik — nötige größere Intensität der Arbeit nicht zu einer Schädigung der nationalen Arbeitskraft führt.

Rodbertus unterschied einen normalen Zeitarbeitstag und einen normalen Werkarbeitstag<sup>1</sup>. Ersterer wird zu bestimmten Zeitstunden (12, 10, 8, 6 Stunden) festgestellt, letzterer setzt in jedem Gewerk das normale Arbeitswerk fest, d. i. diejenige Quantität Werk oder Leistung, die ein mittlerer Arbeiter bei mittlerer Geschicklichkeit und mittlerem Fleiß während solch eines Zeitarbeitstages in seinem Gewerbe zu liefern imstande ist. Das müßte dann der Arbeiter tatsächlich leisten, um den vollen Werkarbeitstag bezahlt zu bekommen. Hätte er in dem vollen normalen Zeitarbeitstage seines Gewerkes nur das halbe Tagewerk geleistet, so würde er nur einen halben normalen Werkarbeitstag gelohnt erhalten; hätte er anderthalb Normalwerk darin geliefert, so würde er auch anderthalb Tage gelohnt bekommen. Rodbertus glaubte auf diese

<sup>1</sup> Vgl. Th. Kozak, Rodbertus-Jagetzows Sozialökonomische Ansichten (1882) 237 f.

Weise eine Perspektive — möchte sie auch ein Jahrhundert lang sein — in einen neuen, besseren Gesellschaftszustand eröffnet zu haben. In demselben werde 1. aller Wert nach Arbeit gemessen; 2. aller Wert auf dieses Arbeitsquantum konstituiert; 3. Edelmetallgeld soll da durch Arbeitsscheingeld ersetzt werden. In diesem Gesellschaftszustande ist nach Rodbertus „die soziale Frage mit einem Worte gelöst“. Vielleicht darf man aber auch an dieser Lösung zweifeln. Schon die Abschätzung des normalen Werkes des vielseitig „mittleren“ Arbeiters vollzieht sich kaum so leicht, wie Rodbertus annimmt. Damit aber verdunkelt sich schon wesentlich die ganze „Perspektive“.

**9. Der Achtstundentag.** Kann er als „normaler“ Arbeitstag im dargelegten Sinne betrachtet werden? Ernst Abbe<sup>1</sup> hielt dafür, daß bei „wenigstens drei Viertel aller industriellen Arbeiter ... wahrscheinlich auch für einen größeren Bruchteil bei 9 Stunden das Optimum noch nicht erreicht und bei 8 Stunden noch nicht überschritten sei. Ja er hielt es für möglich, auf fast allen Gebieten der industriellen Tätigkeit in Deutschland, ohne jede Einbuße, ohne jede Herabsetzung des Tageswerkes, in einem vernünftigen Tempo, nicht etwa nur zum Neunstundentag, sondern zum Achtstundentag überzugehen.“

Abbe führte 1900 die Herabsetzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden in der Optischen Werkstätte zu Jena<sup>2</sup> ein. Er hat dann versucht, die dadurch hervorgerufene Änderung in der Arbeitsleistung exakt festzustellen<sup>3</sup>. Zu diesem Zwecke ging er von einer Vergleichung der Akkordlöhne in dem Jahre vor und nach der Reduktion der Arbeitszeit aus. Denn die Akkordlöhne sind proportional der Größe der Arbeitsleistung, vorausgesetzt, daß die Akkordsätze dieselben bleiben<sup>4</sup>. Um aber bei dieser Vergleichung sicher zu gehen und einige Faktoren, die auf eine Veränderung der Leistung Einfluß haben könnten, auszuschalten, wählte er seine Versuchsobjekte in folgender Weise aus. Er schied alle aus, von denen anzunehmen war, daß ihre Tätigkeit nicht unter vollständig konstanten Bedingungen gestanden habe; in erster Reihe alle jüngeren Leute und solche, die noch nicht lange im Betrieb waren und naturgemäß in einem späteren Jahre mehr leisten müssen. Er wählte nur Arbeiter, die mehr als 21 Jahre alt und

<sup>1</sup> Über Abbe vgl. Heinr. Koch, Ernst Abbes Sozialpolitik, in Soziale Kultur XXVII (1907) 250 ff.

<sup>2</sup> Die optische Werkstatt wurde begründet von Karl Zeiß. Seit 1869 war Abbe als Gesellschafter beteiligt; nach dem Tode von Zeiß wurde Abbe alleiniger Eigentümer und verwandelte dann die Anstalt in eine unpersönliche Stiftung, die den Namen „Karl Zeiß-Stiftung“ führte.

<sup>3</sup> Vgl. Abbe, Sozialpolitische Schriften III 203 ff. Wir geben die Untersuchungen Abbes oben nach der kurzen Darstellung wieder, wie sie Heinrich Koch in den Stimmen aus Maria-Laach LXXXII (1912) Heft 4, S. 404 ff. geboten hat.

<sup>4</sup> Zeitlöhner sind häufig von der Arbeit der Akkordlöhner abhängig, so daß ein beschleunigtes Tempo bei diesen auch auf ihre Arbeit zurückwirkt. Das Beispiel der Akkordlöhner wirkt ebenfalls anregend, vielleicht auch die Hoffnung auf Erhöhung des Zeitlohnsatzes bei besserer Arbeit. Im übrigen erreichen die Zeitlöhner bei verkürzter Arbeitszeit kein höheres Verdienst durch erhöhte Geschwindigkeit, da sie eben nach der Zeit, nicht nach dem Arbeitsquantum entlohnt werden. Bleibt der Lohnsatz der gleiche, dann bedeutet die Verkürzung der Arbeitszeit für sie Lohnverkürzung.

wenigstens schon 3 Jahre im Betriebe tätig, also ordentlich eingearbeitet waren. Ausgeschieden wurden ferner solche, die im Laufe der beiden Jahre die Werkstattabteilung gewechselt hatten, die längere Zeit krank oder kränklich waren und deren Leistungsfähigkeit aus diesen Ursachen ins Schwanken geraten konnte. Nach dieser Aussiebung blieben noch 233 im Akkordlohn stehende Arbeiter, die zum Vergleich herangezogen wurden. Für sie ergab nun die im Betrieb genau durchgeführte Lohnstatistik für die beiden Vergleichsjahre folgendes Bild:

Jahr	Gesamtzahl der Akkordstunden	Dafür bezahlte Lohnsummen in Mark	Verdienst pro Stunde in Pfennig	Verhältnis
1899/1900 beim Neunstundentag	559 169 Durchschnitt pro Mann: 2400	345 899	61,9	100 : 116,2
1900/1901 beim Achtstundentag	509 559 Durchschnitt pro Mann: 2187	366 484	71,9	

Die Endziffer sagt uns, daß sich der Stundenverdienst im Verhältnis von 100:116,2 erhöht hat. Das Verhältnis von 8:9 ist aber 100:112,5. Hätte sich der Verdienst in diesem Verhältnis erhöht, so hätte sich der Verlust an Arbeitszeit einfach ausgeglichen, die Leute hätten dasselbe verdient wie früher, die Arbeitsleistung wäre die gleiche geblieben. Da aber das Verhältnis nicht 100:112,5, sondern 100:116,2 ist, also  $3\frac{3}{10}\%$  mehr, so ist die Tagesleistung um  $3\frac{3}{10}\%$  gestiegen, um  $\frac{1}{30}$  der früheren Tagesleistung erhöht. Es haben also beim Achtstundentage von den 233 Leuten je 30 dasselbe geleistet, was beim Neunstundentage 31 getan haben, oder: jeder hat im Jahre die Arbeit von 10 Tagen mehr getan. Dieses Resultat durfte nach so sorgfältiger Berechnung als durchaus sicher betrachtet werden, zumal Abbe nachträglich noch konstatieren konnte, daß in den beiden Beobachtungsjahren Geschäftsgang und Witterungsverhältnisse fast die gleichen geblieben waren: zwei Faktoren, die auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter entschieden einwirken<sup>1</sup>.

Das gewonnene Ergebnis wurde noch bestätigt durch Vergleichung des Kraftverbrauchs bei den Werkzeugmaschinen des Betriebs. Die Summe des für die Maschinen benötigten elektrischen Stromes wird am Schaltbrett abgelesen. In Abzug wurde nun zunächst gebracht der Stromverbrauch für den sog. Leergang der Maschinen, d. h. für die Zeit, wo sämtliche Motoren, Transmissionen, Riemenscheiben laufen, sämtliche Arbeitsmaschinen aber ausgerückt sind. In Abzug kam ferner der Stromverbrauch für die automatischen Maschinen, welche alle Arbeit selbst leisten, bei denen der Arbeiter nichts weiter zu tun hat, als den Arbeitsprozeß zu beaufsichtigen. In Betracht kommt schließlich nur der Stromverbrauch für die nichtautomatischen Maschinen, die der Arbeiter gebraucht wie ein vervollkommnetes Werkzeug und bei denen er es in der Hand hat, sie intensiver zu benutzen. Für diese zeigt sich nun nach sorgfältigen Berechnungen ein Plus von Stromverbrauch im Verhältnis von 100:116. Das läßt auf eine Steigerung der Arbeitsintensität im selben Verhältnis schließen, wie es eine Vergleichung der Akkordlöhne ergeben hatte.

<sup>1</sup> Vgl. M. Weber, Zur Psychophysik der industriellen Arbeit, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik a. a. O.



L. G. Fromont<sup>1</sup>, Generaldirektor einer Fabrik der „Société des Produits Chimiques“ in Engis (Belgien), hat auf Grund zwölfjähriger Beobachtungen die Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung geschildert und ähnlich wie Abbe in Zahlen und graphischen Darstellungen zum Ausdruck gebracht. Fromonts Arbeit verdient aber auch insofern besondere Beachtung, als es sich in seinem Betrieb um eine der schweren Industrien handelt, wo man von einer zwölfstündigen Arbeitszeit aus technischen und ökonomischen Gründen nicht abgehen zu können glaubte. In dem Betriebe zu Engis, wo Zinkblende verarbeitet wird, bestanden bis 1892 zwei tägliche Arbeitsschichten von je 12 Stunden. Fromont ging nun, nachdem er einen hartnäckigen Widerstand der Arbeiter hatte überwinden müssen, zum Dreischichtensystem mit achtstündiger Arbeitszeit über. Schon nach 6 Monaten konnte er auf Grund der täglich genau abgewogenen gewonnenen Produktenmenge (Zink) konstatieren, daß jetzt in 8 Stunden genau so viel geleistet werde wie früher in 12 Stunden, oder, wenn man die Pausen von früher und jetzt in Abrechnung bringt, daß die Leistung von 7½ Stunden effektiver Arbeitszeit gleichkam derjenigen von 10 Stunden. Die Leistung war um 33,3 % erhöht worden. Die Betriebskosten waren zu gleicher Zeit wegen der jetzt intensiveren Ausnutzung der Betriebsmittel durchgehends um etwa 20 % gesunken.

Die Einführung des Achtstundentags<sup>2</sup> ist eine so einschneidende Maßregel, daß sie, insbesondere ohne Berücksichtigung der internationalen Verhältnisse, leicht schweren Schaden für Produktion und Arbeiter bringen könnte. Wir finden indessen den Achtstundentag gerade in den Vorschlägen internationaler Regelung der Arbeitszeit an erster Stelle<sup>3</sup>. Und für die Psyche des modernen Arbeiters spielt der Achtstundentag eine größere Rolle als die Lohnfrage. Doch das ist leicht einzusehen, daß die Durchführung dieser Maßregel wenigstens gewisse Ausnahmen<sup>4</sup> nötig machen wird. Es sind vor allem die besondern technischen und wirtschaftlichen Bedingungen der einzelnen Wirtschaftszweige zu beachten. Die bäuerliche

<sup>1</sup> Une expérience industrielle de réduction de la journée de travail.

<sup>2</sup> 1918 für gewerbliche Arbeiter in Deutschland eingeführt. Besondere Regelung der Überstunden. Die Landarbeiterordnung (1919) bestimmt für je vier Monate: 8, 10, 11 Stunden.

<sup>3</sup> Stephan Bauer, Arbeiterschutz und Völkergemeinschaft (1921).

<sup>4</sup> Über die Erfahrungen mit dem Achtstundentag vgl. Gerloff in Soziale Praxis Nr. 32, 12. Mai 1920. Ausnahmen sind nötig bei Handwerksbetrieben, die in engem Abhängigkeitsverhältnis zur Landwirtschaft stehen, bei Gewerben, in denen leicht verderbliche Rohstoffe in wechselnder Menge verarbeitet werden (z. B. Konservenfabriken), in Saisonbetrieben oder wo die Arbeit an den verschiedenen Wochentagen starkem Wechsel unterliegt (Friseure, Gastwirtschaftsgewerbe). Auch das Transportgewerbe kann den Achtstundentag nicht immer einhalten. Manche Arbeitnehmer haben die freie Zeit nicht zur Erholung und Fortbildung, sondern zu weiterer Arbeit benutzt, haben dem Meister dann Konkurrenz gemacht usw. Gerloff schlägt vor, an dem achtstündigen Normalarbeitstag festzuhalten, aber generelle Ausnahmen für das ganze Reich zu normieren. Die Abweichungen von der achtstündigen Arbeitszeit müßten dann für den einzelnen Betrieb bzw. für ganze Betriebsgruppen zwischen den gesetzlichen Arbeitervertretern und den Arbeitgebern festgesetzt werden mit der Benachrichtigung der Gewerbeaufsichtsbehörden. Neue gesetzliche Regelungen zurzeit in Vorbereitung (1921).

Wirtschaft z. B. ist abhängig von Wetter und Jahreszeit. Da paßt der Achtstundentag nicht immer hinein. In einzelnen Industriezweigen werden vielleicht 8 Stunden schwerster Arbeit noch eine allzu harte Last dem Arbeiter aufbürden. Strebsame Unternehmer, die aufsteigen wollen, dürften sich kaum mit achtstündiger Arbeit für ihre Person begnügen wollen usw.

Soll ferner, bei gleicher Technik und verkürzter Arbeitszeit, die gleiche, für eine fortschrittlich verstandene Bedarfsdeckung erforderliche produktive Leistung erreicht, die gleiche Produktenmenge erzeugt werden, so müßte die Intensität der Arbeit in der kürzeren Zeit entsprechend zunehmen<sup>1</sup>. Es bliebe dabei zu untersuchen, ob mit dieser Intensitätssteigerung die Arbeit nicht drückender, gefährlicher, aufreibender wird, so daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht gerade als besondere Entlastung empfunden wird. Die Möglichkeit der Arbeitsintensivierung ist natürlich begrenzt, auch nicht überall die gleiche, eine geringere in kleineren Fabrikbetrieben mit zurückgebliebener Technik und Organisation. Auch das Handwerk kennt nicht jene staunenswerte Routine und Zeitersparnis, die dem Industriearbeiter für seine gleichartigen spezialisierten Funktionen, bei der fein durchgeführten Betriebsorganisation der Großindustrie möglich ist.

Der Umstand, daß in Deutschland die Einführung des Achtstundentages sich überraschend durch die Revolution vollzog und nicht gleich zu der notwendigen

<sup>1</sup> Die Einwirkung der Arbeitsverkürzung auf den Umfang der Produktion ließ sich in der Übergangszeit nach dem Kriege noch nicht sobald feststellen, da eine große Zahl anderer Faktoren, wie zeitweise Abschaffung der Akkordarbeit, Verminderung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter infolge nichtausreichender Ernährung, außergewöhnliche Abnutzung der Maschinen während des Krieges, Stockungen in der Belieferung mit Rohstoffen, Werkzeugen und sonstigen Hilfsmitteln usw. gleichzeitig nachteilig gewirkt haben. Immerhin darf man annehmen, daß sich in den größeren Betrieben die Folgen der Arbeitszeitverkürzung durch Verbesserung der Betriebsmittel und des Arbeitsverfahrens, durch erhöhte Arbeitsintensität und ähnliches werden ausgleichen lassen (Gerloff a. a. O.).

Die Verkürzung des Arbeitstages kann natürlich nicht beliebig fortschreiten. Es gibt ein Maximum der Verkürzung. Wo dieses Maximum liegt, das festzustellen ist die Aufgabe fortgesetzter und sorgfältigster Versuche, die je nach Rasse, geistiger und körperlicher Qualität des Arbeitspersonals, Klima, Arbeitsart verschieden ausfallen werden. Solange die Messung der Tagesleistung quantitativ und qualitativ noch keine Minderung feststellt, und solange die Beobachtung des durchschnittlichen Kräftezustandes und der davon bedingten Leistungsfähigkeit der Arbeiter noch keine Verschlechterung ergibt (die freilich auf die Dauer auch in einer verminderten Arbeitsleistung zum Ausdruck kommen müßte), ist das Maximum noch nicht überschritten. — Die Marxisten begründeten den Achtstundentag mit Erwägungen lohnpolitischer Natur, die unhaltbar sind. Sie hoffen, daß infolge der Arbeitszeitverkürzung die Einstellung von mehr Arbeitern notwendig, und daß auf diese Weise die industrielle Reservearmee verringert werde. Diese Hoffnung hat sich jedoch als trügerisch erwiesen, weil die Reduzierung der Arbeitszeit bei weitem nicht immer ein Sinken der Arbeitsleistung bedeutet, so daß eine Neueinstellung von Arbeitern notwendig wäre. Jene auf marxistischen Ideen fußende Argumentation trat daher auch in der neueren sozialistischen Literatur mehr und mehr zurück, fand aber in Arbeiterkreisen immer noch genug Anhänger.

Steigerung der Intensität der Arbeit führte, daß man sich vielfach mit dem achtstündigen Aufenthalt in den Arbeitsräumen begnügte, hat dem Achtstundentag viele Gegner geschaffen. Voraussetzung für die dauernde Einbürgerung des Achtstundentages bleibt jedenfalls die Überwindung einer nach dem Kriege leicht erklärlichen, aber verhängnisvollen Arbeitsunlust. Nach der „Walze“ dauert es immer einige Zeit, ehe der Handwerksgeselle wieder Lust bekommt an der regelmäßigen Arbeit der Werkstätte. Und nach dem Leben im Schützengraben, der langen Entöhnung von geregelter, gewerblicher Arbeit, fällt es den Arbeitern schwer, wenigstens vielen, alsbald wieder tüchtig zuzugreifen, die Intensität der Arbeit gar zu steigern. Dazu kam dann noch der Umstand, daß die Parteien, die auf dem Wege zur erstrebten Macht des Anhangs der Massen bedurften, jahrzehntelang der Arbeiterschaft ein Paradies mit geringer Arbeitslast vorgezaubert haben, so daß das Verständnis für die realen Existenzgrundlagen des gegenwärtigen und wohl auch zukünftigen wirtschaftlichen Lebens und Fortschrittes verloren ging.

„Eight hours to work — eight hours to play — eight hours to sleep, — eight ‚bob‘ a day“, so heißt es im englischen Arbeiterlied. Acht Stunden Schlaf ist nicht zuviel für einen fleißigen Arbeiter. Man wird ihm auch gern 8 Stunden gönnen als Mußezeit. Aber unerlässliche Forderung bleibt es, daß diese Mußezeit gut verwendet wird. Man versteht das leidenschaftliche Verlangen des Arbeiters nach dem Achtstundentag, wenn er in der freien Zeit die Möglichkeit erblickt, an den höheren Kulturgütern teilzunehmen, geistige und seelische Befriedigung nach der eintönigen Fabrikarbeit zu erlangen. Sehr zu begrüßen sind darum auch alle die Veranstaltungen und Maßnahmen (für Fortbildung und geordnetes Vergnügen), die dem Arbeiter eine zweckmäßige Benutzung der Muße erleichtern<sup>1</sup>. Wird aber die täglich freie Zeit von 8 Stunden dem Alkohol, aufreibenden oder gar unsittlichen Vergnügungen gewidmet, dann muß der Achtstundentag noch weit verheerender für die Produktivität der Arbeit wirken als bisher die „alkoholisch“ usw. verbrachten Sonn- und Feiertage.

10. Sind die heutigen Lohnarbeiter endgültig nur Lohnarbeiter? Leo XIII. hatte in der Enzyklika „Rerum novarum“ die christliche Auffassung von den Grundrechten des Lohnarbeiters zum Ausdruck gebracht. Neben den Forderungen des strengen Rechts in der Lohnfrage (Minimalgrenze = menschenwürdiger Lebensunterhalt) hatte er es als billig bezeichnet, daß der Arbeiter einen kleinen Grundbesitz erlange. Indem Benedikt XV. die dem Arbeiter selbst schädliche sozialistische Agitation verurteilte, verlangte auch er gleichzeitig energisches Eintreten für die Hebung der unteren Stände im christlichen Sinne. Die an Stellung und Bildung höher Stehenden sollten durch Rat, ihr Ansehen, ihre Stimme

<sup>1</sup> Vorbildlich hat auch diesbezüglich der „Volksverein für das katholische Deutschland“ gewirkt.

Der Arbeiter will, wie Carlyle sagt, mehr sein als ein „bauender Biber und ein zweibeiniger Baumwollspinner“.



den Arbeitern und den verschiedenen Einrichtungen für den Arbeiterstand beistehen. Von den Reichen an Besitz fordert er: „Sie mögen ihre Angelegenheit mit den Arbeitern nicht nach strengstem Recht, sondern vielmehr nach Billigkeit bemessen. Ja, Wir legen es ihnen eindringlich nahe, daß sie sich hierin noch nachsichtiger erweisen mögen, weitherzig und freigebig, soviel sie nur können, von dem Ihrigen bewilligen oder nachlassen.“<sup>1</sup> Kardinal Bourne von Westminster tadelte eine Gesetzgebung nach Art der bisherigen „social reform“, weil sie das Bestreben habe, alle Lohnarbeiter als eine endgültig abhängige Klasse auszuschneiden<sup>2</sup>. Die höchstmögliche Produktionssteigerung, sagen auch die amerikanischen Bischöfe in einem Hirtenschreiben<sup>3</sup>, könne nicht verwirklicht werden, so lange die Mehrheit der Arbeiter nur Lohnarbeiter bleibe. Mitverwaltung, Ertragsbeteiligung und Eigentum muß für die Arbeiter ermöglicht werden.

Diese Auffassung ist dann durch eine große Zahl auf christlichem Boden stehender Schriftsteller<sup>4</sup> mit Begeisterung verfochten worden. Die alte, auch in Deutschland bekannte Forderung nach Gewinnbeteiligung der Arbeiter oder die Anteilnahme am Betriebskapital, auch die Produktivgenossenschaft wurden erneut zur Frage gestellt. Ob es gelingt, der Produktivgenossenschaft eine dauerhafte Existenz zu sichern, steht freilich dahin<sup>5</sup>. Vielleicht findet einmal die Jurisprudenz einen gangbaren Weg

<sup>1</sup> Schreiben des Papstes an Bischof Marelli von Bergamo vom 11. März 1920 (Acta s. Sedis vom 1. April 1920).

<sup>2</sup> Zitiert bei C. Noppel, Die neue Zeit in der Sozialpolitik des katholischen Auslandes, in Stimmen der Zeit IC (1920) 414 ff.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Vgl. Husslein, The World Problem (1919); Ders., Democratic Industry (1920); Du Passage, L'Avenir du Syndicalisme, in Études CLIX 49; Aufsätze in der Civiltà cattolica, in der Rivista internazionale, in den Publikationen der Action Populaire usw., die die gleichen Ideen vertreten. Vgl. Noppel a. a. O.

<sup>5</sup> Zwei Momente erklärten die bisherigen Mißerfolge der Produktivgenossenschaften: Mangel an Disziplin und Mangel an Kapital. „Der Mangel an Disziplin in der Produktivgenossenschaft“, sagt L. Pohle (Kapitalismus und Sozialismus [1919]), „ist aber nichts Zufälliges, sondern er ist die notwendige Folge des Gedankens, der ihrer Organisation zugrunde liegt. Wenn die Arbeiter eines Betriebes zugleich seine Unternehmer sind und die diesen zustehenden Rechte beanspruchen können, so ist es, wie die Erfahrung gelehrt hat, unmöglich, die Disziplin und Ordnung aufrechtzuerhalten, ohne die ein Großbetrieb nicht zu bestehen vermag. Der Leiter des Betriebes verfügt hier nicht über das Recht, das in der Unternehmung als „Ultima ratio“ dient, die Disziplin aufrechtzuerhalten, das Recht der Entlassung der Elemente, die sich als untüchtig erweisen und sich der Ordnung des Betriebs nicht fügen wollen. Der Leiter einer Produktivgenossenschaft kann überhaupt seine Mitarbeiter sich nicht nach seinem Belieben aussuchen, sondern er ist an seine Arbeiter von vornherein fest gebunden. Sie stehen ihm nicht als betriebsfremde Arbeiter, sondern als gleichberechtigte Genossen gegenüber. Aus diesem Grunde wird die Produktivgenossenschaft immer unter einem gewissen Mangel an Disziplin zu leiden haben, an dem die meisten Produktivgenossenschaften in der Praxis Schiffbruch gelitten haben.“

durch Übertragung des deutschrechtlichen geteilten Eigentums auf die modernen industriellen Betriebe. Auch von der bloßen Gewinnbeteiligung erwarten viele keine Lösung der Frage. Um so mehr wird zuweilen von der Anteilnahme der Arbeiter am Betriebskapital erhofft. Frankreich hat durch Gesetz vom 26. April 1917 Arbeiteraktien eingeführt. Doch wurden die Aktien dort nicht persönliches Eigentum des einzelnen Arbeiters, sondern bleiben im kollektiven Eigentum der gesamten Arbeitnehmerschaft. Mit Recht wird diese Form als unpraktisch abgelehnt.

Wir werden an anderer Stelle auf jene Probleme zurückkommen. Was uns hier interessiert, ist dies: Das „wahrhaft soziale System“ fordert, wenigstens nach Ansicht der angeführten Autoritäten und Schriftsteller, nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern im Gegenteil die weiteste Ausbreitung von Besitz an Produktionsmitteln, so daß wo möglich jeder Arbeiter hoffen könne, auf rechtem Wege Anteile davon zu erhalten. Und dies persönlich, nicht nur im Namen eines kommunistischen Gemeinwesens. —

Die Arbeitsfreudigkeit des Arbeiters wird, wie unsere Darlegungen zeigen, durch vielerlei Umstände beeinflusst: durch die technische Natur der Verrichtungen, durch die Umgebung, in der er lebt und arbeitet, durch die Betriebsorganisation (Löhnungsmethoden, Dauer der Arbeitszeit usw.); auch durch wirtschaftstheoretische und politische Vorstellungen, welche in der Arbeiterschaft Boden gefaßt haben. Die im Gefolge der Maschinenteknik aufgetretene Verminderung der Arbeitsfreudigkeit schlägt Herkner<sup>1</sup> weniger hoch an und er glaubt, die Fortschritte der Technik würden allmählich mindestens solche „läppischen Verrichtungen, zu denen man, wie Herr Professor Sombart meint, auch Affen dressieren könnte“, ganz den Maschinen übertragen. Wichtiger erscheint ihm dagegen für die Verminderung der Arbeitsfreudigkeit das ganze, oft deprimierende, trostlose, verrußte, schmutzige Milieu mancher Industriestädte und Fabriken, die zunehmende Beschränkung der persönlichen Freiheit, zu der die Ordnung eines großen Betriebes nötigt, die Behandlung der Arbeiter als bloße Nummern, der barsche Verkehrston, die Abhängigkeit von unteren Be-

<sup>1</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1910) 552 f. Vgl. Cheysson, Der soziale Techniker, in Soziale Kultur XXX (1910) 727 ff. Cheysson hebt hervor, wie die gute Behandlung des Arbeiters, das gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter produktiv sei. — Ruskin betont besonders nachdrücklich die Sicherung der Arbeit. Indem er obligatorische Handarbeit aller forderte, fürchtete er nicht, daß es dann keine genügende Arbeit für alle gebe, wohl aber erhoffte er von der allgemeinen Arbeit die Ermöglichung einer Vermehrung der Mußezeit. Während Tolstoi für die Brotarbeit der Bauern sich begeisterte, forderte Ruskin, daß die Arbeit wieder künstlerisch werde, wie beim Handwerk des Mittelalters. Er verwarf mit Recht die Gleichstellung von Arbeit und Ware, forderte Entlohnung nach der Gerechtigkeit, nicht bloß nach dem „Gesetz“ von Angebot und Nachfrage. All dies müßte natürlich dem Arbeiter größere innere Befriedigung gewähren und günstig auf seine produktiven Leistungen zurückwirken.

amten und die damit wieder vielfach zusammenhängenden vermeintlichen Kränkungen und Zurücksetzungen, die maßlose Steigerung der Arbeitsintensität durch raffinierte Entlohnungsmethoden, die Lohnherabsetzungen, die ganze Unsicherheit der Existenz. Wie oft muß ferner der Arbeiter seine Kräfte hergeben zur Erzeugung von Schein- und Schundwaren. Die vielgepriesene, absolut freie Konkurrenz, wo sie noch waltet, „nötigt“ ja zur Verbilligung der Waren durch alle Mittel, auch durch Qualitätsverschlechterung und -verschleierung. Und an solcher Arbeit soll dann der Arbeiter Freude haben?

**II. Rationalisierung und darum Erforschung der Arbeit (Arbeitswissenschaft).** Von größter Bedeutung für die günstige Entwicklung und insbesondere für den Wiederaufbau der durch den Weltkrieg schwer geschädigten Volkswirtschaft ist die Verbesserung der Arbeitsmethoden im weitesten Sinne des Wortes. Diesem Zwecke würde wohl am besten ein noch zu schaffendes Zentralinstitut für Arbeitsforschung dienen können: Entsprechend dem Wesen jeder wirtschaftlichen Arbeit, die einen wirtschaftlichen, aber auch einen geistigen und körperlichen Bestandteil hat, müssen drei Wissenschaften in diesem Zentralinstitut ihre Pflege finden: a) Die Betriebswirtschaftslehre. Sie untersucht die Arbeit im Rahmen des Betriebes, ihre Bedingungen, ihren Verlauf, die Möglichkeiten ihrer Verbesserung. b) Die experimentelle Psychologie. Sie erforscht die geistigen Seiten der Arbeit, auch der körperlichen Arbeit, und sucht sie durch Versuche genau zu erfassen. c) Die Physiologie. Ihre Aufgabe ist es, die körperlichen Bedingungen und Begleiterscheinungen jeder Arbeit, auch der geistigen, zu prüfen und die Wege zu einer rationellen Verwertung der Körperkräfte zu weisen. Gegenstand der Untersuchungen sollen sein: a) Der Arbeiter: seine Eignung zur Arbeit, aber auch Nahrung, Wohnweise, Kleidung, Vergnügen, Erholung, Alkohol, Bildung, Liebhabereien, religiöse und politische Weltanschauung usw., in ihrem Verhältnis zur Arbeit, zur Arbeitsfähigkeit und zur Arbeitslust. b) Die psychotechnische Ausgestaltung des Betriebes: Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe, Schutzvorrichtungen, ihre Brauchbarkeit für die Arbeit, ihr Einfluß auf die Arbeit. c) Die Organisation der Arbeit: Klein-, Mittel-, Großbetrieb, Privatunternehmen, Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Gemeinde- und Staatsbetriebe, Einzelarbeit, Gruppenarbeit, — wie verhalten sich die Organisationen zur Arbeit und ihrem Ertrage? d) Die Technik der Arbeit: Die Durchführung des Arbeitsprozesses im einzelnen und seine Rationalisierung, Arbeitsdauer, Pausen, Ferien usw. e) Die Lohnfrage: Lohnhöhe, Natural- und Geldlohn, Zeitlohn, Werklohn, Akkordlohn, Prämien-systeme, Gewinnbeteiligung, gleitende Lohnskalen und Arbeitserfolg. Zu berücksichtigen wären hierbei bis auf weiteres nur die wirtschaftlich wesentlichen Berufe, also: Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr. Neben dem Hauptzweck, der wissenschaftlichen Forschung, würde das Institut noch folgende Aufgaben haben: Anregung von Verbesserungen aller Art auf Grund der Forschungsergebnisse, Erstattung von Gutachten, wissenschaftliche Lehrtätigkeit. Riesige materielle und kulturelle Werte sind durch die Organisation der Arbeit zu gewinnen. Deutschland, das Land der Organisation und der Wissenschaft, vermag noch unübersehbare Schätze zu heben, wenn es aus seinem im Kern gesunden, guten, intelligenten und energischen Volkstum alle



lebendigen Kräfte herausholt, und wenn das ganze Volk von wahrer solidarischer Gesinnung sich leiten läßt (Klaus Buschmann)<sup>1</sup>. —

Über allem, was zur Arbeit antreibt und eine gute Verrichtung derselben, soweit seelische Antriebe in Frage kommen, verbürgt, steht aber bei völlig normalen und abgeklärten Menschen, mögen sie Unternehmer oder Arbeiter sein,

**12. das Pflichtbewußtsein.** Der pflichtgetreue Mensch verabscheut die Trägheit. Er arbeitet mit Fleiß und Ausdauer; er wird auch sparsam, wirtschaftlich arbeiten; nicht auf eigenen Gewinn wird er verzichten, und wenn er für eine Familie zu sorgen hat, auch nicht verzichten dürfen. Aber er sucht nicht seinen Vorteil durch Schädigung seiner Kunden, seiner Arbeitgeber oder Arbeiter. Schon dadurch dient er der Gemeinschaft, der er angehört, selbst wenn er nicht ausdrücklich das Wohl der Gesamtheit zum Beweggrunde seines Handelns machte. Im übrigen muß aber jedenfalls der Gemeinsinn den gestaltenden Grundkräften „im wirtschaftlichen Leben, die auf die Entfaltung und Wirksamkeit der produktiven Kräfte Einfluß ausüben, beigezählt werden. Der Gemeinsinn ist auf den Nutzen einer Gemeinschaft gerichtet, welcher der Handelnde angehört, und mit deren Wohl die eigene Wohlfahrt zusammenhängt<sup>2</sup>. Er entsteht aus dem Bewußtsein einer solidarischen Gemeinschaft, ist zunächst regelmäßig Verstandesprodukt, wenn er auch, je nach der individuellen Veranlagung, mehr oder minder stark von dem Gefühl erfaßt und erwärmt wird. Bekannt ist, welche Bedeutung das berufliche Solidaritätsbewußtsein, speziell die Idee der Standesehre und der Standespflicht, einst für die Zunftgenossen haben konnte.

Gegenüber einseitig hedonistischer Auffassung betont Gelesnoff<sup>3</sup> (gemäßigter Sozialist) die Bedeutung gerade des ethischen Momentes: „Jede Arbeit erfordert eine gewisse Disziplin, nicht selten sogar Mut und Standhaftigkeit. Diese ethischen Qualitäten sind es auch, welche dem Arbeiter den schweren Lebensweg erleichtern und ihm ermöglichen, die Freude am Leben zu bewahren. Die wirtschaftliche Arbeit erfordert, wie jede ernste Zwecksetzung, sofern wir sie als Lebensaufgabe betrachten — eine Willensanstrengung, eine vom ethischen Bewußtsein diktierte Ausdauer und Selbstbeherrschung. Die Arbeit war aber stets und wird auch fernerhin, vorausgesetzt, daß sie nicht durch unethische Verhältnisse (wie Sklavenarbeit, aber auch einige Formen der Lohnarbeit u. dgl.) entstellt werden wird und mit dem ganzen Sein des Menschen organisch verschmilzt, — eine ernste sittliche Schulung bedeuten. Daher erscheint die Aufgabe, eine normale Arbeits-

<sup>1</sup> In oben dargelegter Weise von Kumpmann, dem Leiter des Landesarbeits- und Berufsamtes der Rheinprovinz, vorgeschlagen. Vgl. 2. Heft der Schriften dieses Landesarbeits- und Berufsamtes (1921).

<sup>2</sup> Hier kommt wieder viel auf die Erziehung an, welche die Familie bietet. „Jede neue Generation gleicht einem Einfall kleiner Barbaren; wenn die Eltern es versäumen, sie durch Erziehung zu zähmen, ist der Verfall unausbleiblich.“ Le Play, Programm der „Unions de la Paix sociale“ Kap. 1.

<sup>3</sup> Grundzüge der Volkswirtschaftslehre (1918) 95.

verfassung' zu schaffen, viel einfacher, zugleich aber auch viel erhabener, als es diejenigen annahmen, die zwar von den besten Absichten erfüllt, aber von einer einseitigen hedonistischen Weltanschauung gefesselt waren (z. B. Fourier). Man braucht gar nicht aus der Arbeit ein abwechselndes Spiel von Lustempfindungen zu machen oder das durch Arbeit bedingte Unlustgefühl mit dem Gefühle der Befriedigung an dem Arbeitsprodukte in Einklang zu bringen (Jevons) — man muß nur die Arbeit physisch normal gestalten und die ethische Seite derselben stets berücksichtigen. Den Arbeitsprozeß von überflüssigen, ihm als Hindernis im Wege stehenden Elementen zu befreien — mögen diese in übermäßiger Arbeitsdauer — und Last, welche die physischen Kräfte des Arbeiters untergraben, eine apathische Stimmung bei ihm hervorrufen und die besten menschlichen Gefühle töten, oder umgekehrt in der Ordnungslosigkeit der Arbeit, Mangel an Ausdauer und Systemlosigkeit derselben und Vernachlässigung der Arbeitsdisziplin bestehen —, das ist die Aufgabe, welche sich die Arbeitspolitik stellen mußte, wollte sie im Einklang mit den ewigen Postulaten der Sittlichkeit und den besten Bestrebungen der früheren Generationen bei allen Kulturvölkern bleiben.“

Die starke Betonung des ethischen Momentes fand sich ebenfalls in der Motivationstheorie Adolf Wagners. Er hat folgende Gruppen von Motiven im wirtschaftlichen Handeln unterschieden<sup>1</sup>:

#### A. Egoistische Leit motive.

1. Streben nach dem eigenen wirtschaftlichen Vorteil und Furcht vor eigener wirtschaftlicher Not.

2. Furcht vor Strafe und Hoffnung auf Anerkennung.

3. Ehrgefühl, Geltungsstreben und Furcht vor Schande und Mißachtung.

4. Drang zur Betätigung und Freude am Tätigsein, auch an der Arbeit als solcher, und an den Arbeitsergebnissen als solchen, sowie Furcht vor den Folgen der Untätigkeit (Passivität).

#### B. Unegoistisches Leitmotiv.

5. Trieb des inneren Gebotes zum sittlichen Handeln, Drang des Pflichtgefühls und Furcht vor dem eigenen inneren Tadel (vor Gewissensbissen).

An der Wagnerschen Motivationstheorie wurde getadelt, die dort aufgeführten Motive seien schon zusammengesetzte Motive, es fehle überhaupt an einem einheitlichen Gesichtspunkte bei der Einteilung usw. Sehr beachtenswert ist insbesondere der neuerliche Versuch einer geläuterten Motivationslehre durch Ferdinand v. Degenfeld-Schonburg<sup>2</sup>. Es bleibt schon Wagners Verdienst, daß er dem triebhaften Selbstinteresse, wie es in der britischen Nationalökonomie überstark betont worden war, gewisse Schranken zog, Schranken, wie sie von der gesunden Philosophie und Moral gefordert werden. Die Triebe sind wertvolle Kräfte, die Gott in die menschliche Natur zu unserem Besten gelegt hat. Aber sie dürfen nicht die oberste Leitung für das menschliche Handeln beanspruchen.

\* Diese Leitung ist Sache der Vernunft und des Gewissens. Das andere Ver-

<sup>1</sup> Grundlegung I<sup>3</sup>. Erster Teil (1892) 87 ff.

<sup>2</sup> Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus (1920). Stammers frühere Kritik der Wagnerschen Motivationstheorie (Wirtschaft und Recht [1896] 200) fehlt in der dritten Auflage (1914) des genannten Werkes.

dienst Wagners liegt in der entschiedenen Abweisung der „einseitigen“ ökonomischen Psychologie des Sozialismus: „Gerade in seiner Psychologie liegt die eigentliche Schwäche des extremen (radikalen) theoretischen wie praktischen Sozialismus.“<sup>1</sup> Dieselbe Ansicht wurde von Schäffle<sup>2</sup> vertreten. Und auch Degenfeld pflichtet hierin Wagner bei<sup>3</sup>. Die psychologischen Grundlagen der marxistischen Zukunftspläne gelten ihm mit Recht als ungenügende<sup>4</sup>. Die ebenfalls dem partiellen, marxistischen Kommunismus wesentliche kommunistische Gleichheit insbesondere vernichtet nicht nur die individuelle Freiheit, sondern ertötet zugleich die machtvollsten Motive, die das Individuum veranlassen können, seine besondern Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Wegen Mangels einer ausreichenden Motivation u. a. lehnt dann Degenfeld auch den Ballodischen Sozialstaat ab sowie die in der Revolutionszeit hervorgetretenen Sozialisierungsvorschläge von Wilbrandt, Otto Neurath, Otto Bauer, Goldscheid usw.

**13. Berufsgedanke und Produktivkraft des Arbeiters.** Auch fürderhin wird es die Aufgabe der Sozialpolitik im engeren Sinne bleiben, das wirtschaftliche, physische, psychische Wohlergehen der Arbeiterschaft ins Auge zu fassen. Unerläßliche Voraussetzung wirksamer Sozialpolitik aber ist eine lebenskräftige Volkswirtschaft. Sozialpolitische Fragen dürfen daher nicht von dem Gesichtspunkte ihrer Rückwirkung auf die Volkswirtschaft getrennt werden. Ein Wohlergehen der Arbeiterschaft wird jedenfalls nirgends erzielt durch den gleichzeitigen Niedergang des Unternehmertums (vgl. das bolschewistische Rußland). Verkehrt ist so- dann die sachwidrige Verquickung politischer Angelegenheiten (Rücksicht auf Zahl der Wähler, das Bestreben, andern Organisationen den Rang abzulaufen u. dgl.) mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Unternehmer und Arbeiter dürfen bei ihren gemeinsamen Beratungen nur soziale und wirtschaftliche Maßnahmen im Auge haben ohne politischen Einschlag. Zur Erreichung dieses Zieles bedarf es einer Erziehung aller im Wirtschaftsleben tätigen Kräfte zu der Erkenntnis, daß höchste Aufgabe der Arbeit das Gemeinwohl ist, daß aber privater und Gruppenegoismus die Erfüllung dieser Aufgabe behindern oder unmöglich machen.

Die Unternehmer müssen den falschen Herrenstandpunkt aufgeben. Sie dürfen nicht vergessen, daß sie es mit Menschen zu tun haben, müssen die psychologischen Wirkungen ihres Verhaltens im Auge behalten. Nehmen sie keine Rücksicht auf die Seele des Arbeiters, arbeiten sie nur mit dem Rechenstift und gefallen sie sich im herrischen Kommandoton, dann dürfen sie nicht erwarten, daß die Arbeiter in ein beide Teile befriedigendes Vertrauensverhältnis zum Arbeitgeber gelangen. Sie dürfen auch die tiefen ethischen Kräfte nicht unterschätzen, die in dem Bestreben der Arbeiter

<sup>1</sup> Grundlegung, Vorwort zur dritten Auflage VII. Ebenso: Die akademische Nationalökonomie und der Sozialismus (1895) 31.

<sup>2</sup> Quintessenz des Sozialismus 30.

<sup>3</sup> A. a. O. 227.

<sup>4</sup> A. a. O. 152 ff. Wir begnügen uns, auf Degenfelds Ausführungen zu verweisen.



nach wirtschaftlicher und sozialer Hebung zäh und unbeirrt wirken. Es wäre völlig verfehlt, wenn die Arbeitgeberorganisationen nur reine Kampforganisationen gegenüber der Arbeiterschaft sein wollten. Ein bedeutsamer Fortschritt war die Begründung der Arbeitsgemeinschaft durch das Abkommen, welches die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen am 15. November 1918 geschlossen haben. Dadurch war die Grundlage für ein Zusammenarbeiten im Geiste des Vertrauens gelegt. Die Arbeitnehmerorganisationen wurden dabei als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Eine starke Führerschaft auf seiten der Arbeiter brauchte nun nicht mehr lediglich als Kräftigung der Opposition gegen das Unternehmertum gefürchtet zu werden. Sie erschien sogar als notwendig zur Erzielung kluger und wirksamer Verständigung. Die Unternehmer dürfen ferner nicht über wirklichen oder vermeintlichen Mängeln des Betriebsrätegesetzes die weitere Möglichkeit des Zusammenarbeitens übersehen, welche dieses Gesetz geschaffen hat. Dem Arbeitgeber ist in dem Betriebsrat ein Mittel in die Hand gegeben, durch welches er sich über die Stimmung und Wünsche der großen Mehrzahl seiner Arbeiter zu vergewissern vermag. Er kann dem Betriebsrat diejenigen Aufklärungen auf wirtschaftlichem Gebiete geben, die erforderlich sind, um die Arbeiterschaft in richtiger Weise zu belehren. Der Unternehmer darf dabei nicht bloß sein eigenes Interesse im Auge haben, sondern zugleich das Interesse der Arbeiter und der ganzen Volkswirtschaft. Alles dieses bereitet dem Berufsgedanken die Wege.

Auf seiten der Arbeiterschaft muß dann aber auch der Klassenhaß und Klassengegensatz, der heute das ganze völkische Leben vergiftet und alles lähmt, verschwinden. Die ideellen und sittlichen Kräfte müssen in der Seele des Arbeiters zu neuem Leben erweckt werden. Im Wege steht hier vor allem der marxistische Sozialismus. Er hat den Materialismus zum System erhoben, den sittlichen Wert der Arbeit vernichtet, hat die ideelle und praktische Anknüpfung des menschlichen Wollens und Handelns an ein Übersinnliches und Zeitloses geleugnet, das Individuum aus allen höheren Einheiten: Familie, Staat, Beruf, herausgerissen, zum bloßen Anhängsel der „Klasse“ gemacht. Französische Revolutionsideen, Rousseauscher Individualismus, Klassenkampf bis zur Diktatur des Proletariates durchgeführt, das waren die Irrlichter, die der marxistisch gesinnten Arbeiterschaft vorleuchteten. Der ganze Marxismus ist seinem innersten Wesen nach destruktiv, zum positiven Aufbau unfähig. Alle kleinen kommunistischen Experimente scheiterten kläglich, und der erste große Versuch, den marxistischen Sozialismus durchzuführen (Rußland), endete in grausigem Bankrott<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Rede Paul Müllers in der Pressekonferenz der deutschen Arbeitgeberverbände in Köln, 20. Oktober 1910. Rede v. Kahrs bei den katholischen Arbeitervereinen in München, 23. Juni 1921.

Die Parole der Zukunft darf nicht Zersplitterung und Gegensatz, sie muß Zusammenfassung aller Kräfte heißen. Die Interessen des Kapitalbesitzes, der Unternehmer und der Arbeiter werden zwar auch in Zukunft nicht immer die gleichen sein. Daraus aber darf nicht die Beseitigung der einen Kraft und die schrankenlose Herrschaft der andern erschlossen werden. An Stelle der sozialistischen Klassensolidarität muß die einigende, erfrischende, die Produktivkraft stärkende Gewerbe- und Berufssolidarität treten. Nur wenn das Gewerbe blüht, wenn der Produktionsertrag gehoben wird, können die Arbeiter auf Lohnverbesserungen hoffen. Denn der Ertrag der gemeinsamen Produktion ist letzte Quelle sowohl des Unternehmergewinnes wie des Arbeitslohnes.

Das dürfen vor allem die Gewerkschaften nicht vergessen. Es bewies den Mangel genügend geschulter, gewerkschaftlich denkender Führer, wenn die freien Gewerkschaften nach der Revolution ihre Kräfte in reinem Lohnforderungskampfe, ohne Rücksicht auf Gewerbe, Volk und Volkswirtschaft, verpufften. Die Tarifverträge bedürfen in Zukunft größerer Veredlung, indem der Leistungsgedanke und die Zusammengehörigkeit von Unternehmern und Arbeitern stärker und reiner als bisher in den tariflichen Vereinbarungen zur Geltung gelangen. Die Betriebsräte kommen dem Streben der Arbeiterschaft nach unmittelbarer Mitwirkung im wirtschaftlichen Leben entgegen. Die Regelung der Produktion soll sich nicht mehr so ganz und gar ohne sie vollziehen. Leider hat der Klassengedanke auch da vieles verdorben, indem von radikaler Seite immer wieder der Versuch gemacht wurde, solche Vertreter in den Betriebsrat hineinzuwählen, die entweder von rein egoistischen oder von Parteiinteressen, welche nicht zur Hebung der Wirtschaft beitrugen, geleitet waren.

Es ist eine Tat von weltgeschichtlicher Bedeutung, wenn heute die christlichen Gewerkvereine und ebenso die mustergültig im Sinne Kolpings wirkenden Gesellenvereine den zur Tätigkeit anspornenden Berufsgedanken machtvoll dem sozialistischen Klassengedanken gegenüberstellen. „Die Berufsidee“, sagt Theodor Brauer<sup>1</sup>, der kluge und energische Vorkämpfer des solidaristischen Berufsgedankens, „geht tiefer als die Klassenidee. Die letztere ist vom Verstande aus orientiert und kommt daher über die atomhafte Erfassung der Arbeiter nicht hinaus. Ob auch durch das Werk von Marx und Engels Glutströme hindurchrasen — sie greifen nicht ans Herz. Der Berufsgedanke dagegen schöpft tief aus Herz und Gemüt, und er ist zugleich dem Verstande so einleuchtend, daß es keiner isolierenden und damit einseitig wirkenden Wissenschaft zu seiner Begründung bedarf. Auf seinen Fittichen kann das Sehnen des Menschen einer neuen Ordnung zutreiben, die nicht auf Blut und Trümmer, auch

<sup>1</sup> Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft (1921). Dasselbst (S. 31 ff.) sehr beachtenswerte Richtlinien.

nicht auf Diktatur und Terror aufgebaut zu werden braucht. Wir befinden uns mit ihr auf der geraden Linie des Fortschrittes der Menschheit zur Menschlichkeit.“

## § 5.

### Arbeitsteilung und Produktivität der Arbeit.

**Literatur:** Die bekannten Lehrbücher. Ferner die entsprechenden Aufsätze im Handwörterbuch der Staatswissenschaften und im Wörterbuch der Volkswirtschaft mit Literaturangaben. Besonders zu beachten: Adam Smith, Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes (Übersetzung von F. Stöpel) I (1878) 1. Buch, Kapitel 1 2 3 6—30. — Karl Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft (7. Aufl., 1910) 251 ff. 291 ff. 325 ff. 383 ff. — Ders., Arbeit und Rhythmus (4. Aufl., 1909) 413 ff. — G. Schmoller, Über die Tatsachen der Arbeitsteilung (entwicklungsgeschichtlich), im Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft III (1889) 57 ff. — Ders., Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre I (1908) 385 ff. — Gelesnoff, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Übersetzung Altschul (1918) 117 ff. — K. Marx, Das Kapital I (4. Aufl., 1890) 300 ff. — Durkheim, De la division du travail social (1893). — Leopold v. Wiese, Einführung in die Sozialpolitik 65 ff. usw.

**1. Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft.** Die Arbeit ist Hauptursache des Volkswohlstandes. Sie ist auch wirtschaftlich das stärkste Bindemittel unter den Menschen. So lernten wir die Arbeit kennen bei der Entwicklung des solidaristischen Arbeitssystems. Auch das, was man Arbeitsteilung nennt, ist letztlich nichts anderes als Arbeitsgemeinschaft.

Man kann nämlich unterscheiden zwischen einfacher und zusammengesetzter Arbeitsgemeinschaft. In beiden Fällen handelt es sich um die Verbindung mehrerer oder vieler Arbeitenden zur Erfüllung ein und derselben wirtschaftlichen Aufgabe, insofern also um eine Arbeitsgemeinschaft.

Bei der einfachen Arbeitsgemeinschaft verbinden sich die Kräfte mehrerer oder vieler Menschen zu gleichartiger Arbeit, zu spezifisch gleicher Arbeitsleistung, und zwar um eines Erfolges willen, den die Einzelkräfte der beteiligten Individuen nicht bewirken können. Mehrere Personen sind z. B. nötig und tätig, um eine schwere Last zu heben.

Bei der zusammengesetzten Arbeitsgemeinschaft handelt es sich um die Verbindung verschiedener Teilarbeiten (insofern Arbeitsteilung), und zwar entweder a) zur Herstellung eines Produktes, oder b) zur Bedarfsdeckung einer Gemeinschaft durch Darbietung verschiedener Produkte und Leistungen. Im ersten Falle findet die Herstellung des Produktes regelmäßig (nicht notwendig) innerhalb desselben Betriebes statt. Im zweiten Falle ergänzen sich verschiedene Wirtschaftsbetriebe zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgabe. In beiden Fällen aber kommt es ganz besonders auf das richtige Zusammenwirken der Teiloperationen an, wenn der wirtschaftliche Zweck erreicht werden soll.



Mit der zusammengesetzten Arbeitsgemeinschaft bzw. dem Problem der Arbeitsteilung hatten sich im Altertum schon Xenophon (Cyropädie) und Plato beschäftigt. Nachdrücklich wies auch Turgot (vor Smith und Ferguson) in seinen *Réflexions sur la formation et distribution de richesse* (1766) auf die große Bedeutung der Arbeitsteilung für die Wohlfahrt der Völker hin. Den größten Einfluß auf die nationalökonomische Doktrin aber gewann Adam Smiths Lehre von der Arbeitsteilung.

**2. Subjektive Motivierung oder objektive Begründung der Arbeitsteilung.** „Die Teilung der Arbeit“, sagt Adam Smith<sup>1</sup>, . . . „ist nicht ursprünglich das Werk menschlicher Weisheit, welche die allgemeine Wohlhabenheit, zu der es führt, vorhergesehen und bezweckt hätte. Sie ist die notwendige, obwohl sehr langsame und allmähliche Folge eines gewissen Hanges der menschlichen Natur, der keinen so ausgebreiteten Nutzen erstrebt: des Hanges zu tauschen, sich gegenseitig auszuhelfen und ein Ding gegen ein anderes zu verhandeln.“ Smith fügt hinzu, er wolle nicht untersuchen, ob dieser Hang, zu tauschen, zu den ursprünglichen Trieben gehöre oder aber, was wahrscheinlicher sei, notwendige Folge des Vernunft- und Sprachvermögens.

In Wahrheit setzt die Arbeitsteilung zwar die gesellschaftliche Natur des Menschen voraus, führt sich aber nicht auf einen unerweisbaren Tauschtrieb u. dgl. zurück, ist vielmehr Ergebnis der praktischen Vernunftkenntnis, die Zweck und Mittel gegeneinander abwägt.

Die Bedarfsversorgung der Menschen erforderte mit Zunahme der Menschenzahl eine wirtschaftlichere Ausnützung der Arbeitskräfte. Diese war aber nur möglich, wenn die Arbeitsaufgaben sich den besonderen Fähigkeiten, Veranlagungen, Neigungen anpaßten, wenn die ganze Kraft des einzelnen auf eine begrenzte Arbeitsleistung sich konzentrierte, aller unnütze Zeit- und Kraftverlust vermieden wurde. Der Tausch geht der Arbeitsteilung nicht voraus, sondern ist bei höherer Entwicklung das notwendige Komplement derselben. Nicht, um tauschen zu können, haben die Menschen besondere Berufe gewählt, sondern nachdem die einzelnen nur Gegenstände bestimmter Art erzeugten, mußten sie sich die andern Dinge, deren sie benötigten, auf dem Wege des Tausches verschaffen.

Die Annahme eines besondern Tauschtriebes ist heute wohl preisgegeben, nicht aber die Würdigung der Arbeitsteilung durch A. Smith.

**3. Arbeitsteilung und Volkswohlstand im Sinne A. Smiths.** Der Fonds, aus welchem die Völker mit allen Bedürfnissen des Lebens versorgt werden, ist nach Smith die jährliche Arbeit des ganzen Volkes, ist die „Kooperation“ aller Berufe, aller sich gegenseitig ergänzenden Arbeitsleistungen. In der Arbeitsteilung<sup>2</sup> aber erkannte Smith diejenige Einrichtung, in der jenes „Zusammenwirken“ der Menschen sich vollzieht. Darum gilt sie ihm auch zugleich mit der Arbeit selbst als die eigent-

<sup>1</sup> *Wealth of Nations* Book 1, chap. 2 zu Anfang. — Über Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung im allgemeinen vgl. Bd. I<sup>1</sup>, Kap. 1, § 4, S. 30 ff., ebd.

<sup>2</sup> Smith folgt hierbei im wesentlichen Adam Ferguson (*Essay of the History of Civil Society* [1767]).

liche Quelle des Wohlstandes der Völker<sup>1</sup>. Mit ihrer Behandlung beginnt er sein Werk über „Wesen und Ursachen des Völkerwohlstandes“.

Smith weist in populär gewordenen Beispielen hin auf die Mannigfaltigkeit der Arbeiten, die erforderlich sind, nicht etwa nur zur Herstellung komplizierter Maschinen, eines Schiffes, einer Walkmühle, eines Webstuhles, sondern selbst zur Hervorbringung der einfachen Schafschere, mit welcher der Schäfer die Wolle abschert usw. Er erinnert ferner an die Herstellung von Stecknadeln, wo 18 verschiedene Vorrichtungen schon damals<sup>2</sup> sich gegenseitig ergänzten: der eine zieht den Draht, der andere streckt ihn, ein dritter schneidet ihn in Stücke, ein vierter spitzt ihn zu, ein fünfter schleift ihn am oberen Ende, wo der Kopf angesetzt wird; die Verfertigung des Kopfes erfordert wieder zwei oder drei verschiedene Vorrichtungen; das Ansetzen desselben ist ein eigenes Geschäft; sogar das Einstecken der Nadeln in Papier bildet eine Arbeit für sich. Ein einzelner Arbeiter würde nur wenige Nadeln am Tage anfertigen können. Ein kleiner Betrieb, den Smith besuchte, in welchem nur 10 Arbeiter sich in jene verschiedenen Vorrichtungen teilten, lieferte täglich über 48000 Nadeln.

In diesem letzteren Beispiele handelt es sich um die von Smith besonders beachtete technische Arbeitsteilung, d. h. um einen Fall oder eine Form der Arbeitsteilung, die sich auf die technische Zerlegung der Arbeit in verschiedene Teilvorrichtungen beschränkt<sup>3</sup>, nicht notwendig

<sup>1</sup> In der Voraussetzung von freier Bewegung. Die wirtschaftliche Freiheit beeinflusst die Ausdehnung des Marktes, die Ausdehnung des Marktes wiederum die Arbeitsteilung, die Arbeitsteilung die Produktivität der Arbeit und die Produktivität der Arbeit den Reichtum des Landes. M. Siew, Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer im Lichte von A. Smith, im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik XXXVIII (1909) 375.

<sup>2</sup> A. Smith hatte noch die Arbeitsteilung der Manufakturperiode vor Augen. Welches Erstaunen hätte er erst empfunden, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, das heutige Nadelgroßgewerbe z. B. in Aachen kennenzulernen: das Zerschneiden der aus Sheffield bezogenen Drahtbündel, die gegenseitige Reibung der Schachte im Feuerreißer, den weiteren Prozeß im Schleifraum, im Stanzraum, im Härteverfahren, beim Scheuern, beim Ausdrillen des Öhrs, beim Abbläuen, Nachschleifen, Sortieren, Verpacken der Nadeln usw., dazu noch alle Besonderheiten der Herstellung verschiedener Nadeln.

<sup>3</sup> Ein ganz modernes Beispiel der Arbeitsteilung findet sich in dem Buche von Friedrich Behr über „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung in der Schuhindustrie“. Behr stellte in einer modern eingerichteten Fabrik für die Herstellung eines Herrenschnürstiefels folgende Zahl von Einzeltätigkeiten fest:

1. Stanzerei . . . . .	11	verschiedene Tätigkeiten
2. Zuschneiderei . . . . .	7	„ „
3. Stepperei . . . . .	22	„ „
4. Zwickerei . . . . .	11	„ „
5. Bodenarbeit . . . . .	19	„ „
6. Ausputzerei und Fertigmacherei	26	„ „

Es handelt sich hier um Schuhe, die nach dem amerikanischen „Good-Year“-Weltsystem hergestellt werden. Die Arbeit ist dabei in 96 Tätigkeiten geteilt. Natürlich schwankt die Zahl bedeutend nach der Organisation und dem Umfange des Betriebes, nach der Art des Produktes, der technischen Einrichtungen usw. Sartorius v. Waltershausen berichtete in seiner Schrift „Die nordamerikanischen Gewerkschaften“ ([1886] 112), daß

um die Bildung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen auf Grund beruflich spezialisierter Arbeitsleistung. In dem andern Beispiele, der Herstellung einer Schafschere, greift Smith auf verschiedene an sich selbständige Funktionen und Funktionäre zurück, die zur Herstellung solcher Scheren zusammenwirken. Es sind der Bergmann, der Erbauer des Hochofens, der Holzfäller, der Köhler, welcher Kohlen für die Schmelzhütte bereitet, der Ziegelstreicher, der Maurer, der Grobschmied usw. Hier handelt es sich um spezielle Leistungen, denen sich die fraglichen Personen dauernd gewidmet, in deren Vollziehung sie ihre äußere Lebensaufgabe erblicken, und die ihnen zugleich eine wirtschaftlich und gesellschaftlich selbständige Existenz gewähren. Dahin gehören natürlich auch alle jenen verschiedenen Berufe, die sich nicht zur Herstellung des gleichen Produktes von der Gewinnung des Rohstoffes bis zur Genußreife ergänzen, sondern ganz verschiedenen menschlichen Bedürfnissen Befriedigung verschaffen. Das Brot, das der Bäcker backt, wird von dem Schuster und Schneider verzehrt, die hinwiederum den Bäcker mit Schuhen und Kleidern versorgen usw. Solche Arbeitsteilung, welche nicht innerhalb derselben einheitlich geleiteten Organisation verbleibt, sondern in Gesellschaft und Verkehr voneinander unterschiedene, selbständige Berufe erzeugt, kann als gesellschaftliche oder berufliche Arbeitsteilung bezeichnet werden.

4. Die Arbeitsteilung in geschichtlicher Entwicklung. Die ältesten Zeiten, die noch wenig über äußere Arbeitsmittel verfügten und die zur Bewältigung wirtschaftlicher Aufgaben fast ausschließlich auf die Kraft des Menschen angewiesen waren, bedienten sich vielfach der einfachen Arbeitsgemeinschaft, um z. B. durch gemeinsame Jagd und gemeinsamen Fischfang die Mittel zur Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses zu finden. Nicht minder bedurfte es der Steigerung des Kräfteaufwandes durch die Kraft der Masse, wenn es sich darum handelte z. B., um Riesenbauten aufzuführen, wie die alten Babylonier, Assyrer, Ägypter sie errichteten. In der Folgezeit spielt die einfache Arbeitsgemeinschaft noch immer eine Rolle. Sie entbehrte nicht jeder Organisation, bedurfte insbesondere, um erfolgreich zu sein, der Leitung. Die Gemeinsamkeit der Arbeit erweckt den Wettstreit. Rhythmische Bewegung und Chorgesang haben die Arbeit erleichtert. Auch heute findet sich noch, wie ehemals, die einfache Arbeitsgemeinschaft, wenn es gilt, eine schwere Last zu heben und zu tragen, ein Netz zu ziehen usw. Man singt auch noch z. B. beim Lösen der Rinde durch gemeinsames Klopfen des Holzes usw. Um schneller eine Aufgabe zu erfüllen, z. B. in der Landwirtschaft, um die Frucht oder das Heu einzuholen, arbeitet das Gesinde des Hofes,

---

schon damals in den technisch hochstehenden Betrieben Amerikas der Schuh durch 64 Hände ging, ehe er zum Verkauf fertig war. Vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft XII (1909) 628.



eventuell mit Hilfskräften, gleichzeitig in Feld und Wiese. Würden nur einzelne Kräfte tätig sein, dann wäre viel längere Zeit erforderlich zur Bewältigung derselben Aufgabe. Und wie käme man bei Chausseebauten, Eisenbahnbauten, Kanalbauten usw. voran, wenn nicht durch Massenaufwand menschlicher Kräfte auf einer größeren Strecke („räumliche Erweiterung der Arbeitssphäre“ zur und mit Zeitersparnis [Gelesnoff])?

Die Arbeitsteilung in ihren verschiedenen Arten ist Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung. Auch in ursprünglichen Lebensverhältnissen findet sich innerhalb der patriarchalischen Familie, wie in den großen Sklavenwirtschaften und auf den Fronhöfen des frühen Mittelalters, eine (zuweilen auch als „beruflich“ bezeichnete) Teilung der Arbeit (Universalität der Hauswirtschaft). Die gesellschaftliche Verselbständigung solcher Teilarbeiten zu besondern Berufsleistungen beginnt aber, nach der gewöhnlichen Auffassung, erst später, und zwar mit der Trennung des Handwerks von der Urproduktion, der Scheidung zwischen Stadt und Land, mit der Verbesserung der gewerblichen Technik in den Städten, mit der Zerlegung der stoffverarbeitenden Tätigkeit in die verschiedensten Formen des Gewerbes, mit der Ausbildung besonderer dem Güterumlauf gewidmeter Dienste. Die liberalen Berufe ferner trennen sich von den wirtschaftlichen. Auch bildet sich ein besonderes Beamtentum für öffentliche Dienste. Der Prozeß der Spezialisierung der Arbeit mit Differenzierung der Berufe ist noch keineswegs zum Abschluß gekommen. Änderungen und Verschiebungen bleiben voraussichtlich auch der Zukunft vorbehalten. Manches, was bisher der einzelne Beruf geleistet, kann weiter zerlegt, aus neuer Teilarbeit wieder ein besonderer Beruf gebildet werden.

Die technische Arbeitsteilung entwickelte sich später (seit dem 16., besonders dem 17. und 18. Jahrhundert) insbesondere, nachdem der kapitalistische Unternehmer angefangen, bis dahin zerstreut in ihren Wohnungen arbeitende Handwerker in einem Raume zusammen arbeiten zu lassen, also in der Manufakturperiode. Nicht nur manche Kosten der Produktion konnten so erspart werden, die Arbeit selbst wurde durch Zerlegung in einzelne sich ergänzende Teilarbeiten produktiver. Denn nicht nur der Arbeiter erlangte für die Teiloperation durch Anpassung an dieselbe größere Fertigkeit. Man konnte auch die Arbeitsmittel den verschiedenen Verrichtungen besser anpassen. So erzeugte z. B. Birmingham, wie Marx berichtet, mehrere hundert verschiedene Hammerarten zur Ausführung besonderer Teilarbeiten. In einzelnen Industriezweigen blieb die Arbeitsweise der Manufakturperiode auch nach der Verwendung der Dampfkraft vorerst im Gebrauch; nur daß der Arbeiter jetzt das Arbeitsmittel mit Hilfe der Dampfkraft leitete. Doch wurde regelmäßig im Fabrikbetriebe dem Arbeiter das Werkzeug aus der Hand genommen und der Maschine eingefügt. Der Arbeiter hatte dann nur noch den Gang der Maschine zu kontrollieren und zu regeln, oder, wie man sagte, die Maschine zu bedienen.

Auf die Fragen der Technik, der Arbeitskunst, können wir nicht eingehen. Gleichwohl beansprucht die technische Entwicklung auch hier das größte Interesse des Nationalökonomen unter der allgemeinen Rücksicht ihres Einflusses auf die Produktivität der Arbeit und dadurch auf die Bedarfsversorgung des Volkes.

Die ganze Entwicklung der Arbeitsteilung auf wirtschaftlichem Gebiete steht im Zusammenhange mit der wachsenden Dichtigkeit der Bevölkerung, mit der Zunahme des Verkehrs, mit den Fortschritten der Naturwissenschaften und der Technik, mit der Bildung und Ansammlung von Kapital. Wird durch all dieses die Möglichkeit umfassenderer Arbeitsteilung im allgemeinen gegeben, so bildet in geldwirtschaftlichen Verhältnissen das Erwerbsmotiv und der Druck der Konkurrenz für den Einzelnen einen mächtigen Antrieb zur Schaffung und Ausnützung neuer Möglichkeiten der Beschäftigung und des Erwerbes. Diese Abhängigkeit von den Marktverhältnissen fördert also ohne Zweifel gar sehr die Ausbildung der Arbeitsteilung; anderseits bringt die Abhängigkeit von Konjunktur und Absatz auch mancherlei und nicht geringe Schwierigkeiten mit sich. Trotzdem wird man in der Arbeitsteilung der Verkehrsgesellschaft zwar nicht die Quelle des Volkswohlstandes, aber jedenfalls eine hervorragende Ursache höheren Wohlstandes erblicken müssen. Es bleibt der Zukunft vorbehalten, durch den Einfluß der drei ordnenden Mächte: — Staat, berufliche Organisationen, sittliches Bewußtsein des Volkes — die noch verbliebenen Schattenseiten der modernen Arbeitsteilung nach Möglichkeit zu beseitigen.

Die Landwirtschaft kennt keine so weitgeheude Arbeitsteilung wie das Gewerbe<sup>1</sup>. Die Technik der Landwirtschaft bietet eben weniger Raum für das Nebeneinander verschiedener Verrichtungen, wenn auch eine größere Wirtschaft z. B. ihren eigenen Schweizer haben mag. Im allgemeinen werden aber hier dieselben Personen nacheinander, wie die Natur des Betriebes es erfordert, verschiedene Verrichtungen, je nach der Jahreszeit usw., übernehmen müssen. Auch bleiben die Hauptzweige der Landwirtschaft, Ackerbau und Viehzucht, technisch aufeinander angewiesen. Das schließt aber doch eine gewisse Spezialisierung der höheren Arbeit in größeren Betrieben nicht aus. Und ebenso lassen besondere Verhältnisse (Markt, Preise usw.) eine Spezialisierung des Betriebs auf Erzeugung bestimmter Produkte nicht selten als vorteilhaft erscheinen.

<sup>1</sup> „Die Natur der Landwirtschaft“, sagt A. Smith (Volkswohlstand [Übersetzung Stöpel] I 9), „läßt nicht so viele Unterabteilungen der Arbeit, noch eine so vollständige Trennung eines Geschäftes vom andern zu, als die Gewerbe. Es ist unmöglich, das Geschäft des Viehzüchters von dem des Kornbauern so gänzlich zu trennen, wie das Gewerbe des Zimmermanns von dem des Schmiedes gewöhnlich getrennt ist. Der Spinner ist fast immer eine vom Weber verschiedene Person; aber der Pflüger, der Egger, der Säemann und der Schnitter sind oft ein und derselbe. Da die Anlässe zu diesen verschiedenen Arten der Arbeit mit den verschiedenen Jahreszeiten wiederkehren, so ist es unmöglich, daß ein Mann fortwährend mit einer derselben beschäftigt sein kann.“

Weit umfassender tritt uns die berufliche wie die technische Arbeitsteilung aber, wie gesagt, auf dem gewerblichen Gebiete entgegen. Selbständig, d. h. mit der Möglichkeit vom Handwerk zu leben, übte wohl der Schmied zuerst sein Gewerbe aus. Nach Schmoller<sup>1</sup> gab es jahrhundertlang nur 4—10 Arten selbständigen Handwerks. Im Altertum und im Mittelalter stieg die Zahl innerhalb der Städte auf 20—50 Arten, vom 15. bis 18. Jahrhundert bis zu 300 Arten. Heute zählt man in den Ländern mit höherer wirtschaftlicher Entwicklung 4000—5000 Arten und mehr verschiedener Gewerbebetriebe, welche entweder nacheinander an der Herstellung des gleichen Endproduktes beteiligt sind, oder aber ganz verschiedene Produkte erzeugen. Gleichzeitig machte die Arbeitsteilung auch innerhalb der größeren Werkstätten, Manufakturen und ebenfalls in den Fabriken große Fortschritte.

**5. Das Büchersche Schema der Arbeitsgliederung<sup>2</sup>.** Karl Bücher hat die verschiedenen Arten und Unterarten der Gliederung der Arbeit in einem schematischen Überblick dargestellt. Wir führen die dazu gehörenden wertvollen Erklärungen Büchers im wesentlichen mit seinen Worten an.

**A. Arbeitsvereinigung.**

**B. Arbeitsgemeinschaft . . .**

- |   |                             |
|---|-----------------------------|
| { | 1. Gesellige Arbeit.        |
|   | 2. Arbeitshäufung:          |
|   | a) einfache Arbeitshäufung; |
|   | b) Arbeitsverketzung.       |
| { | 3. Arbeitsverbindung.       |

**C. Arbeitsteilung . . . . .**

- |   |                         |
|---|-------------------------|
| { | 1. Berufsbildung.       |
|   | 2. Spezialisierung.     |
|   | 3. Produktionsteilung.  |
|   | 4. Arbeitszerlegung.    |
|   | 5. Arbeitsverschiebung. |

Arbeitsvereinigung im Sinne Büchers ist die Vereinigung verschiedenartiger Arbeiten in einer Hand, Arbeitsgemeinschaft die gleichzeitige Verwendung mehrerer Arbeiter zur Bewältigung einer Arbeitsaufgabe; die verschiedenen Arten der Arbeitsteilung endlich sind durch menschliche Willensakte herbeigeführte soziale Entwicklungsvorgänge, bei welchen eine wirtschaftliche Leistung von einer Person, der sie bis dahin oblag, auf mehrere Personen übertragen wird, dergestalt, daß jede der letzteren fürderhin nur einen differenten Teil der seitherigen Gesamtarbeit verrichtet. Es wird sich demnach jede Arbeitsteilung darin zu erkennen geben, daß die Zahl der zur Erreichung eines bestimmten Wirtschaftszweckes notwendigen Arbeitskräfte wächst, und daß zugleich eine Differenzierung der Arbeit stattfindet.

<sup>1</sup> Grundriß I (1908) 373.

<sup>2</sup> Ein Vergleich zwischen der Auffassung Adam Smiths und Karl Büchers in dem Aufsätze „Die Arbeitsteilung und die Beschäftigung minderwertiger Arbeitskräfte in der modernen Großindustrie“ von Clemens Heiß, in Schmollers Jahrbuch XXXVII (1913) 119 ff. Zu Büchers Schema vgl. auch Willy Hellpach, Die Arbeitsteilung im geistigen Leben, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXV (1912) 665 ff.; Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft<sup>7</sup> (1910) 251 ff.



1. Die Arbeitsvereinigung findet sich in den ursprünglichen Verhältnissen, wo der einzelne die verschiedensten und alle Arbeiten verrichten muß, die zu seiner Erhaltung notwendig sind, innerhalb der älteren Stufen geschlossener Hauswirtschaft, mit Trennung von Männer- und Frauenarbeit, aber mit gleichzeitiger Übernahme verschiedener Arbeiten durch jedes Geschlecht. Sie findet sich auch heute in der Landwirtschaft, wo Ackerbau und Viehzucht innig verwachsen sind, wo häufig Nebengewerbe in den Betrieb aufgenommen werden. Bei dem Wechsel der Arbeitsaufgaben nach den verschiedenen Jahreszeiten bleibt, wie oben schon bemerkt wurde, für die Durchführung strenger Arbeitsteilung selbst in den landwirtschaftlichen Großbetrieben wenig Raum. Ganz verschiedenartige Arbeiten müssen da oft von derselben Person ausgeführt werden. Auch in der Forstwirtschaft wird die Haltung eines dauernd und mit verschiedenartigen Arbeiten beschäftigten Arbeiterstammes dem System der spezialisierten Saisonarbeit noch vielfach von praktisch erfahrenen Leuten vorgezogen.

Für das Handwerk der Zunftzeit wurde die Abgrenzung verschiedener Produktionsgebiete nicht unter Berücksichtigung höherer Produktivität vollzogen. Der Meister sollte und wollte zunächst durch seine Arbeit die „Nahrung“ finden. So ergaben sich mannigfache Kombinationen, die nicht selten zu Grenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Zünften führten. Auf dem Lande ist auch heute noch die Spezialisierung im Handwerk weniger entwickelt als in den Städten, wo ebenfalls Kombinationen nicht selten sind. Viele Handwerker haben z. B. einen Laden, in welchem sie Waren ihres Produktionsgebietes verkaufen, wenn dieselben auch nicht von ihnen selbst erzeugt, überhaupt nicht mehr handwerksmäßig hergestellt sind. Auf dem Lande verbindet sich das Handwerk häufig mit der Landwirtschaft, auch mit persönlichen Diensten, niederen Gemeindeämtern u. dgl. Wie Justus Moser glaubt auch Bücher, daß gerade solche Arbeitsvereinigung dem kleinen selbständigen Mittelstande vielfach festen Halt gegeben habe. Besonders häufig findet sich die Vereinigung hausindustrieller Tätigkeit mit andern landwirtschaftlichen oder sonstigen Arbeiten.

Der Handel umfaßte regelmäßig auch den Transport. Weist er heute sowohl als Groß- wie als Kleinhandel eine weitgehende Arbeitsteilung auf, so finden sich doch gerade heute wieder viele Geschäfte, welche gleichzeitig die mannigfachsten Artikel führen. In den Vororten, in den Kleinstädten, auf dem Lande bilden meist gewisse Waren beliebte Füllstücke der Kleinhandelsgeschäfte, z. B. Stöcke, Zigarrenspitzen, Kämmen, Bürsten und Strohhüte; auch Vermittlergeschäfte, Versicherungs- und Zeitungsagenturen, der Verkauf von Lotterielosen, Theaterbilletten usw. werden von den Händlern als Nebengeschäfte betrieben. Die Arbeitsvereinigung gewährt auch hier wieder kleinen Leuten die Möglichkeit, ihre Existenz ausreichend zu sichern, andererseits das Land mit spezialisierten Tätigkeiten zu versorgen, die dort selbständig für sich allein kaum ausgeübt werden könnten. Für den städtischen Arbeiter empfiehlt sich die Verbindung agrarischer Nebenbeschäftigung mit der Arbeit in der Fabrik. Von den Nationalökonomien hat insbesondere Brentano diese Verbindung sehr befürwortet. (Die bekannten Laubkolonien, besser Gärten in Verbindung mit Arbeiterwohnungen.)

Eine Vorstellung von der Ausdehnung und der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Arbeitsvereinigung gewähren die Ergebnisse der letzten deutschen Berufs- und Gewerbebezahlung, die für den 12. Juni 1907 7½ Millionen Personen

feststellte, welche einen „Nebenberuf“ ausübten; und dabei waren nicht einmal alle hier in Betracht kommenden Fälle berücksichtigt.

2. Die Arbeitsgemeinschaft. Handelt es sich bei der Arbeitsvereinigung um nutzbringende Verwendung überschüssiger Kraft einer Person, so dient die Arbeitsgemeinschaft als Arbeitervereinigung zur Ergänzung der für den Vollzug einer Arbeitsaufgabe unzulänglichen Einzelkräfte. Bücher unterscheidet drei Arten der Arbeitsgemeinschaft:

a) Gesellige Arbeit. Es gibt Arbeiten, die leichter oder überhaupt nur vorangehen, dauernd mit der nötigen Frische nur vollzogen werden, wenn man sie in Gesellschaft mit andern üben kann. Es sind das nicht die Gelehrten, die Hochschullehrer, die solche gesellige Arbeit lieben, wohl aber z. B. die Sachsengänger beim Rübenkäten, Schnitter, Stubenmaler, vor allem die Weiber auf dem Brechplatze oder bei der Wäsche am Bache, wie die berühmten Damen von Siebenbrunnen in Luxemburg<sup>1</sup>. Sie wollen singen, mehr noch schwätzen. Es ist das für viele nun einmal ein Bedürfnis bei anhaltender und regelmäßiger Tätigkeit, und es zeugt nicht von besonderer Menschenkenntnis, wenn die Bureaukratie des 18. Jahrhunderts die gesellige Arbeit der ländlichen Spinnstuben bekämpfte.

b) Arbeitshäufung. Unter dieser versteht Bücher die Aufbietung mehrerer gleichartiger Arbeitskräfte zur Bewältigung einer einheitlichen Arbeitsaufgabe, z. B. zum Aufladen einer schweren Last, zum Schieben eines Balkens, zum Mähen einer Wiese, zum Treiben bei der Jagd. Die Arbeitshäufung findet sich bei gegenseitiger Hilfeleistung der Nachbarn (von den Südslaven „Bittarbeit“ genannt) auch sonst bei wenig qualifizierten Arbeiten, die mit einfachen, von der Hand bewegten Werkzeugen oder auch ganz ohne Werkzeuge verrichtet werden. Als „einfache“ Arbeitshäufung bezeichnet Bücher den Fall, wo die einzelnen nebeneinander, nur zur rascheren Erledigung des Arbeitspensums zusammenwirken. Eine Arbeitshäufung, bei welcher die Bewegungen der einzelnen Arbeiter nicht unabhängig voneinander, sondern entweder alle zu gleicher Zeit oder abwechselnd in gleichen Zeitabständen — immer also in taktmäßiger Weise — erfolgen, nennt Bücher „Arbeitsverkettung“. Eine Last wird z. B. auf Zählkommando gehoben, ein Baum an einem Seile umgerissen. Rhythmisch verlaufende Arbeiten sind entweder Gleichtaktarbeiten, wie die der beiden Rudererreihen bei einem Ruderschiff, oder Wechseltaktarbeiten, wie die Arbeit der Drescher auf der Tenne, der Schmiede beim Zuschlagen usw.<sup>2</sup>

c) Die Arbeitsverbindung. Verschiedenartige Arbeiten wirken hierbei zur Lösung einer Produktionsaufgabe zusammen. Man denke an jene Gruppen von Arbeitern, die bei der Waldarbeit in Bayern und Österreich eine „Paß“, sonst eine Rotte, Truppe, Bande genannt werden, an die Schauspieltruppe, Musikbande usw. Es handelt sich dabei nicht um Verrichtungen, die durch Arbeitsteilung aus einer Tätigkeit hervorgegangen sind, sondern um ganz verschiedene Tätigkeiten, die für sich nicht bestehen können und die darum immer erst miteinander in das Leben getreten sind. Was wäre z. B. der Balgtreter ohne den Orgelspieler? Meist gibt es bei solchen komplementären Arbeiten eine leitende und eine untergeordnete Tätigkeit. Der leitende Arbeiter kann selbständig sein,

<sup>1</sup> Bei ihnen bittet jeder Vorübergehende um gnädiges Urteil.

<sup>2</sup> Vgl. Bücher, Rhythmus. Arbeit und Rhythmus<sup>4</sup> (1909) 25 f. 33 ff. 54 153 ff. 165 ff. 397 427.

der technisch abhängige im Lohnverhältnis stehen. Um das Stücklohnsystem auch für den Fall anzuwenden, wo die Leistung eines Arbeiters von der anderer Arbeiter sich nicht trennen läßt, wird vom Unternehmer die Gesamtleistung nicht selten mit einem gemeinsamen Lohnsatze ausgestattet („Gruppenakkord“), was meist nicht gerade zum Vorteil der untergeordneten Arbeit ausschlägt. Mit fortschreitender Entwicklung der Werkzeugtechnik kann die untergeordnete Arbeit aber immer mehr durch Tier- oder Maschinenkraft ersetzt werden.

3. Die Arbeitsteilung. Hier unterscheidet Bücher: Produktionsteilung, Arbeitszerlegung, Spezialisierung oder Berufsspaltung.

a) Die Produktionsteilung zerschneidet einen größeren Produktionsprozeß in verschiedene Abschnitte; es werden dabei gewissermaßen Querschnitte durch einen längeren Produktionsprozeß gezogen. Früher vollzog sich z. B. die Erzeugung lederner Gebrauchsgegenstände in derselben Wirtschaft. Produktionsteilung war es, als die Lederartikel nun drei Wirtschaften passierten: die des Häuteproduzenten, des Gerbers, des Lederers.

b) Die Arbeitszerlegung löst nicht einen ganzen Produktionsprozeß in mehrere wirtschaftlich selbständige Abschnitte auf, sondern einen einzelnen Produktionsabschnitt in einfache, für sich nicht selbständige Elemente. Die Wolle z. B. durchläuft von der Gewinnung des Rohstoffes bis zur Genußreife mehrere selbständige Wirtschaften: die des Schafzüchters, des Spinners, des Webers, des Färbers. Da liegt Produktionsteilung vor. In dem Smithschen Beispiele der Stecknadelfabrikation dagegen handelt es sich nur um die Zerlegung eines Produktionsabschnittes in eine Kette unselbständiger Arbeitsverrichtungen, ohne daß das Produkt im ganzen Produktionsprozesse den Eigentümer wechselte. In diesem Falle haben wir das, was Bücher Arbeitszerlegung nennt.

c) Die Spezialisierung oder Berufsspaltung. Sie besteht darin, daß ein Gewerbe in zwei oder mehrere Gewerbe geteilt wird, von denen jedes nun für einen Menschen eine besondere Lebensaufgabe, einen Beruf bildet. So löst sich z. B. aus der vollen Berufsarbeit des Schmiedes als Spezialität die Erzeugung von Nägeln ab, die dann den besondern Beruf des Nagelschmiedes bildet. Aber auch hiermit ist der ganze Bereich der Arbeitsteilung noch nicht erschöpft. Bücher kennt noch einen vierten und fünften Typus derselben: die Berufsbildung und die Arbeitsverschiebung.

d) Die Berufsbildung. Sie ist ein umfassenderer Begriff als die Berufsspaltung. Es handelt sich dabei um die verschiedensten Produktionszweige und Gewerbe, die sich aus dem produktiven Tätigkeitsgebiete der autonomen Hauswirtschaft allmählich loslösten, die zu besondern Berufen wurden und dann durch Produktionsteilung und Spezialisierung ins Unendliche sich vermehrten. Es können auch neue Berufe entstehen, ohne daß es sich dabei um eine Arbeitsteilung zwischen Haushalt und neuen Erwerbszweigen handelte, die vielmehr dem Aufkommen neuer Güterarten (Fahrradfabrik, Elektrizitätswerk usw.) ihre Entstehung verdanken.

e) Arbeitsverschiebung tritt ein bei Erfindung und Verwendung neuer Maschinen und sonstiger stehender Hilfsmittel der Arbeit. Der neue Mechanismus übernimmt gewöhnlich Bewegungen, die vordem durch Menschenhand ausgeführt wurden. Diese Arbeitsleistung ist aber örtlich und zeitlich verschoben worden; örtlich: aus einer Produktionsstätte in eine andere, aus der Schneiderwerkstätte,



wo die Nähmaschine gebraucht wird, in die Maschinenfabrik, welche die Nähmaschine herstellt; zeitlich: die Arbeit, die auf die Herstellung des Gebrauchsgutes verwendet wurde, ist zeitlich zurückgeschoben worden auf die Erzeugung des Produktionsmittels. Das Gesamtverfahren der Kleiderproduktion enthält nun eine größere Zahl verschiedener Arbeitsleistungen und beansprucht mehr Arbeitskräfte. —

Wir haben das Büchersche Schema ausführlich und, wie gesagt, im wesentlichen mit Büchers eigenen Worten vorgeführt, weil dasselbe unverkennbar einen Fortschritt schärferer nationalökonomischer Begriffsbildung darstellt. Die allgemeinere Einteilung in gesellschaftliche und technische Arbeitsteilung wird dadurch nicht entwertet, gewinnt aber durch die Bücherschen Spezialisierungen und Differenzierungen der Begriffe. Wenn wir oben die Arbeitsvereinigung gewissermaßen als „die andere Seite“ der Arbeitsteilung bezeichneten, so hat das Büchersche Schema der Arbeitsvereinigung noch eine selbständige Bedeutung zuerkannt: als Kombination verschiedenartiger Arbeiten in einer Hand und anderseits als gleichzeitige Verwendung mehrerer Arbeiter zur Bewältigung einer Arbeitsaufgabe (Arbeitsvereinigung und Arbeitsgemeinschaft im Bücherschen Sinne).

Etwas anderes als diese Arbeitsvereinigung ist die moderne Betriebsvereinigung. Der Spezialisierung der Produktion und der Unternehmungen gegenüber gewinnt heute die Kombination als Bildung gemischter Betriebe, die Entwicklung vom Großbetriebe zum größeren Betriebe, umfassende Bedeutung<sup>1</sup>. Es handelt sich dabei um die Verbindung mehrerer und verschiedener Produktions- oder Geschäftsbetriebe in ein und demselben Unternehmen. Als Beispiel mögen die gemischten Werke der Eisenindustrie oder der elektrischen Industrie dienen. Die eine große Unternehmung umfaßt mehrere oder sämtliche Produktionsprozesse von der Gewinnung des Rohstoffes bis zur Herstellung des Fertigfabrikates. Eine Kombination verschiedener Produktionen findet sich auch bei Konsumvereinen, die überdies noch den Detailhandel mit eigenen und fremden Produkten betreiben.

**6. Wirtschaftliche und volkswirtschaftliche Vorteile der Arbeitsteilung.** Adam Smith sieht, wie gesagt, in der Arbeitsteilung die Quelle des Wohlstandes der Völker. Warum? Die Arbeitsteilung erhöht die Produktivität der Arbeit. Im Tierreiche ist jedes zur Reife gelangte Individuum unabhängig, bedarf nicht des Beistandes anderer Individuen. Die Menschen aber besitzen in der Arbeitsteilung das Mittel gegenseitiger Ergänzung. Durch ihr Zusammenwirken bei geteilter Arbeit erhöht sich für die Gesamtheit das Nationalprodukt. Indem der einzelne Betrieb vermöge der Arbeitsteilung, bei gleichem Arbeitsaufwande, eine größere Menge von Produkten herstellen kann, wird eine Verminderung der Produktpreise, für den Konsumenten eine umfassendere und vollkommenere Bedarfsversorgung ermöglicht.

Diese Steigerung der Produktivität der Arbeit führt Smith<sup>2</sup> hauptsächlich auf die bekannten drei Gründe zurück:

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 3, S. 136 ff. 154 ff.

<sup>2</sup> Volkswohlstand (Übersetzung Stöpel) I 11 ff.

1. Die Teilung der Arbeit gibt dem Arbeiter größere Fertigkeit, Geschicklichkeit durch die dauernde Beschäftigung mit einem und demselben Gegenstande, durch fortwährende Wiederholung der gleichen Tätigkeit, insbesondere wenn diese Einzeltätigkeit eben durch die Arbeitsteilung zu großer Einfachheit zurückgeführt ist.

Man darf hinzufügen: Es wird zum Teil an Aufwand für die Erlernung gespart, die Leistungsfähigkeit durch geeignete Spezialbildung gesteigert, eine zweckmäßige Verwendung der verschiedenen Kräfte für die ihnen angemessenen Arbeiten ermöglicht und erleichtert.

2. Die Arbeitsteilung bewirkt sodann Zeitersparnis, weil der Arbeiter nicht gezwungen ist, von einer Arbeit zur andern überzugehen; bei pünktlichem und geordnetem Ineinandergreifen der nebeneinander vorgenommenen Verrichtungen kann das Produkt schneller fertiggestellt werden.

3. Die Arbeitsteilung erleichtert die Erfindung besserer Methoden zur Erreichung der Produktionsaufgabe, insbesondere auch die Erfindung von Werkzeugen und Maschinen. Durch die Arbeitsteilung ist eben die Aufmerksamkeit des Arbeiters auf einen einfacheren Gegenstand hingelenkt, nicht durch eine große Mannigfaltigkeit von Dingen zerstreut. Es ist darum eher zu erwarten, daß einzelne Arbeiter Methoden und Mittel ausfindig machen, ihre besondere Arbeit zu erleichtern<sup>1</sup>.

Fügen wir hinzu: Die dauernde Anwendung, bei der sich die Benützung kostspieliger Maschinen erst lohnt, setzt Arbeitsteilung voraus, so daß eben immer ein Teil der Arbeiter mit der Leitung der einzelnen Maschinen und Maschinenteile beschäftigt werden kann.

Die angeführten Gründe passen zunächst auf die technische Arbeitsteilung innerhalb des einzelnen Betriebes. Doch auch die berufsmäßige Arbeitsteilung in einer ganzen Volkswirtschaft weist aus ähnlichen oder gleichen Gründen gleiche oder ähnliche Vorteile auf wie die technische Arbeitsteilung innerhalb des einzelnen Unternehmens:

Große Ersparnis von Zeit, geeignete Ausbildung und Anpassung der Kräfte an die verschiedenen Arbeitsarten, dadurch Steigerung der Leistungsfähigkeit innerhalb der einzelnen spezialisierten Berufe, ferner die Möglichkeit der lokalen Anpassung, indem jede Art von Arbeit die passendsten Standorte im Lande wählen und deshalb eine bessere Auswertung der vorhandenen Kräfte und Mittel stattfinden kann, sodann die Kombination der Leistungen verschiedener Berufe zu einem einheitlichen Zwecke. So werden sich heute z. B. bei der Herstellung eines Buches mehrere Berufe unterstützen: der eine Beruf stellt die Typen her, ein anderer verfertigt die Presse; das Papier wird in der Papierfabrik produziert, anderswo wird die Druckerschwärze präpariert; Setzer, Drucker, Buchbinder, Verleger, Sortimentsbuchhändler — alle wirken mit zu demselben Ziele<sup>2</sup>. Selbst

<sup>1</sup> Smith führt keineswegs die Erfindung aller Maschinen darauf zurück. Auch dem Genie der Ingenieure läßt er die Ehre, auf die es gerechten Anspruch hat.

<sup>2</sup> Vgl. W. Stanley Jevons, *Political Economy* <sup>3</sup> (kleine Ausgabe: *Science Primer* <sup>4</sup>) (1881) 39.

der Rezensent und Kritiker hilft mit, indem er die Fehler und Mängel des fertigen Buches aufdeckt und dadurch das Verlangen nach neuen, besseren Produkten erregt.

**7. Schattenseiten der Arbeitsteilung.** Auch für diese hatte bereits Smith<sup>1</sup> ein offenes Auge:

„Im Fortschritt der Arbeitsteilung wird die Beschäftigung des größten Teiles derer, die von ihrer Arbeit leben, d. h. der großen Masse des Volkes, auf wenige, sehr einfache Verrichtungen, oft nur auf eine oder zwei beschränkt. Der Verstand der meisten Menschen wird aber selbstverständlich durch ihre gewöhnlichen Beschäftigungen beeinflusst. Der Mann, dessen ganzes Leben ein paar einfachen Verrichtungen gewidmet ist, deren Wirkungen vielleicht stets dieselben oder ziemlich dieselben sind, hat keine Gelegenheit, seinen Verstand anzustrengen oder seine Erfindungskraft zu üben, um Hilfsmittel gegen Schwierigkeiten aufzusuchen, die ihm niemals begegnen. Er verliert mithin natürlich die Gewohnheiten solcher Übungen und wird gewöhnlich so dumm und unwissend, wie es ein menschliches Wesen werden kann. Die Verknöcherung seines Geistes macht ihn nicht nur unfähig, an einer vernünftigen Unterhaltung Geschmack zu finden oder nur daran teilzunehmen, sondern auch unfähig freier, edler oder zarter Gefühle und mithin einer richtigen Beurteilung selbst der gewöhnlichsten Pflichten des Privatlebens. Über die großen und umfassenden Interessen seines Landes vermag er nicht zu urteilen, und ohne daß man sich darum die erdenklichste Mühe gibt, wird er auch unfähig, seinem Vaterlande im Kriege zu dienen. Die Einförmigkeit seines Lebens schädigt seinen Mut und läßt ihn das unstäte, unsichere und gefährvolle Leben eines Soldaten mit Abscheu betrachten. Sie schädigt sogar die körperliche Rüstigkeit und macht ihn unfähig, seine Kraft in einem andern Geschäfte, als zu dem er erzogen ist, mit Anstrengung und Ausdauer zu gebrauchen. Seine Geschicklichkeit in seinem Gewerbe scheint also auf Kosten seiner geistigen, geselligen und kriegerischen Fähigkeit erworben zu sein. Dies ist der Zustand, in welchen bei jedem zivilisierten Volke der arbeitende Arme, d. h. die Masse des Volkes notwendig versinken muß, wenn die Regierung nicht Vorsorge dagegen trifft.“<sup>2</sup>

Widerspricht sich aber Smith nicht, indem er hier die Arbeitsteilung als Ursache der Verblödung des Arbeiters hinstellt, auf der andern Seite sie als Quelle von Erfindungen preist? Nun, die Anregung zu Erfindungen wird die Arbeitsteilung doch immer nur einzelnen Arbeitern bieten, nicht der großen Masse; auch ist es möglich, daß die spezialisierte Beschäftigung anfangs die Gestaltungskraft der Phantasie erhöht, auf die Dauer aber wieder durch ihre Eintönigkeit die geistigen Kräfte lähmt.

Als Heilmittel hiergegen empfiehlt Smith die Errichtung von Elementarschulen auf Staatskosten. Ja der Staat könne es der ganzen Masse sogar zur Pflicht machen, Lesen, Schreiben und Rechnen zu erlernen. Also Schulzwang, wenn Smith auch im übrigen — freilich ohne volle Konsequenz — die Staatsintervention ablehnt.

<sup>1</sup> Vgl. Volkswohlstand (Übersetzung Stöpel) IV 109. (Wealth of Nations Book 5, chap. 1.)

<sup>2</sup> Adolf Gerson, Über die physiologischen Grundlagen der Arbeitsteilung, d. i. „den Zusammenhang zwischen den Erscheinungen unseres tierischen Lebens und dem Fortschritte der Arbeitsteilung“, in Zeitschrift für Volkswirtschaft X (1907) 525 ff.



Als schädigende Wirkungen hochgespannter technischer Arbeitsteilung pflegen folgende auch heute regelmäßig angeführt zu werden<sup>1</sup>:

1. Sie hindere die normale Entwicklung von Geist und Körper, namentlich bei eintöniger, mechanischer Arbeit; es fehle der seelische Zusammenhang zwischen Werk und Arbeiter bei weitgetriebener Arbeitsteilung.

2. Manche Beschäftigungen würden, wenn längere Zeit fortgesetzt, der Gesundheit sehr schädlich (Arbeiten bei hoher Temperatur, mit schädlichen Stoffen, — Arbeiten, die eine<sup>1</sup> einseitige Anstrengung erfordern und deshalb auch zu einseitiger Überanstrengung führen usw.).

3. Die Arbeitsteilung führe leicht zur Anwendung billiger Frauen- und Kinderarbeit, da manche Arbeiten keine große Kraft erfordern<sup>2</sup>.

4. Die Arbeitsteilung vermehre die Zahl der ungelernten Arbeiter<sup>3</sup> und vergrößere die Abhängigkeit des Arbeiters von der Industrie und dem Arbeitgeber.

Man faßt diese Bedenken wohl auch in den Satz zusammen: die heutige Arbeitsteilung stehe im Widerspruch mit dem Ideal der höchsten individuellen menschlichen Ausbildung<sup>4</sup>.

Allerdings wird es wirksamer Remeduren bedürfen gegen Schädigungen aus der Arbeitsteilung. Dahin gehört eine richtige allgemeine Jugendbildung, Abkürzung der Arbeitszeit, Beteiligung der Arbeiter am Gewerkschafts-, Gemeinde- und Staatsleben usw. Manches kann selbstverständlich jenen Schäden gegenüber eine gut ausgebaute Arbeiterschutzgesetzgebung leisten. Sodann verdienen die mannigfachen, auf geistige Hebung der Arbeiter, auf Darbietung geeigneter Lektüre und sonstiger Erholung, auf richtigen Ersatz an Lebensfreude gerichteten Bestrebungen Anerkennung und Förderung.

Auch die stark spezialisierte, berufsmäßige oder gesellschaftliche Arbeitsteilung ist nicht frei von Gefahren; sie erhöht die Abhängigkeit der einzelnen, sich gegenseitig ergänzenden Produktionszweige

<sup>1</sup> Liberatore, Grundsätze 82 ff. Tönnies, Die Entwicklung der sozialen Frage<sup>3</sup> (1913. Göschen).

<sup>2</sup> Zur angeblichen „Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit“ vgl. J. Silbermann (1915). Die Frauen seien zum großen Teil in neu geschaffene oder leere Gebiete eingetreten.

<sup>3</sup> Der Begriff „gelernter Arbeiter“ ist kein vollkommen umgrenzter. Die einzelnen Fabriken weisen hierbei Verschiedenheiten auf. Viele Fabriken nehmen ihre „gelernten Arbeiter“ auch nicht aus den von ihnen selbst ausgebildeten Lehrlingen, sondern aus dem Handwerk.

<sup>4</sup> „Wo die von der Arbeitsteilung bewirkte Einseitigkeit so weit geht, die Persönlichkeit des Arbeiters zu verschlechtern“, sagt Roscher (Grundlagen § 63), „da ist der menschliche Verlust des Volkes größer als der damit erkaufte sachliche Gewinn. . . . Mit Recht erklärt Schleiermacher, jede rein mechanische Tätigkeit des Menschen, wodurch er ein lebendiges Werkzeug (Sklave!) werde, sei unsittlich; wenn die Arbeitsteilung so weit gediehen, müßten bald entsprechende Maschinen eingeführt werden.“

voneinander. Bei nicht genügendem Zusammenwirken, wenn die Produzenten der Hilfsmittel oder Vorprodukte versagen, überhaupt bei Störungen in dem einen Produktionszweige, werden auch die andern darauf angewiesenen Zweige in Mitleidenschaft gezogen, mit Arbeitslosigkeit und Kapitalverlusten heimgesucht. Sodann hängt das Schicksal der spezialisierten Produktion von der Größe, Aufnahmefähigkeit, Zuverlässigkeit seines wegen der Spezialisierung enger umgrenzten Absatzgebietes und Konsumentenkreises ab usw.

Trotz mancher Mängel derselben wird man aber doch in der beruflichen und technischen Arbeitsteilung einen gewaltigen Fortschritt erblicken müssen. Nicht nur, daß durch sie die verschiedene Begabung der Menschen besser und wirtschaftlicher ausgenützt, Kraft- und Zeitverlust vermieden, die Verkehrsentwicklung und die ganze Wirtschaftsorganisation, mit Rücksicht auf die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe, günstig beeinflusst wird. Es wäre auch geradezu unmöglich, den Gesamtbedarf einer wachsenden Bevölkerung mit gesteigerten und verfeinerten Bedürfnissen, bei Beschränktheit der verfügbaren materiellen Deckungsmittel und der Begrenztheit der menschlichen Arbeitskraft, zu befriedigen, wenn nicht auf dem Wege zweckmäßiger Arbeitsteilung die Produktivkraft der Menschen wesentlich gesteigert würde.

**8. Grenzen der Arbeitsteilung.** Dieselben werden gezogen:

1. von der Natur der Arbeit selbst, sei es

a) daß der Arbeitsprozeß sich technisch nicht wohl in weitere Einzelleistungen zerteilen läßt, sei es

b) daß die Eigenart der Produktion die gleichzeitige Vornahme verschiedener Arbeiten nebeneinander nicht gestattet. Das letztere trifft insbesondere, wie wir sahen, beim Ackerbau zu, dessen verschiedene Tätigkeiten der Folge der Jahreszeiten entsprechen und deshalb unmöglich gleichzeitig von verschiedenen Personen vorgenommen werden können.

c) Das Kunstgewerbe kennt ebenfalls die Arbeitsteilung nicht in so ausgedehntem Maße, soweit es hier auf die einheitliche Ausführung insbesondere ankommt.

2. Die Beschränktheit von Kapital und Absatz setzt ebenfalls der Arbeitsteilung Grenzen. Eine weitgehende Arbeitsteilung kann nur bei der Produktion im großen Stile stattfinden und ist daher durch das Vorhandensein entsprechender Kapitalien, ausreichender Dichtigkeit der Bevölkerung, höherer Verkehrsentwicklung bedingt.

Smith hat zwei Grenzen der Arbeitsteilung erwähnt<sup>1</sup>: Erstens die Ausdehnung des Marktes. Ist der Markt zu beschränkt, dann wird niemand den Mut haben, sich einer einzigen Beschäftigung völlig zu widmen. Es fehlt ihm dann eben die Möglichkeit, den ganzen Produktionsüberschuß seiner Arbeit für

<sup>1</sup> Wealth of Nations Book 1, chap. 3. Bei Stöpel I 24 ff. Unser Bd. II, Kap. 1, § 3, S. 135.

Produkte fremder Arbeit, deren er benötigt, abzusetzen. Zweitens wird die Arbeitsteilung begrenzt durch die von ihr vorausgesetzte und ihr vorausgehende Kapitalansammlung. Edwin Cannan<sup>1</sup> hat bezüglich dieses zweiten Begrenzungsgrundes unterschieden: allerdings werde der einzelne Fabrikant in seinem Betriebe die technische Arbeitsteilung um so mehr vervollkommen können, je größer seine Kapitalkraft sei; in der Gesellschaft als Ganzem aber werde durch die berufliche Arbeitsteilung für den einzelnen gerade die Ansammlung von Kapital erspart, die ein isoliert Lebender nötig haben würde. Fehlte der Metzger, der Bäcker usw., sagt Cannan, dann würde eben der Weber selbst die entsprechenden Vorräte sich besorgen müssen.

**9. Die Eigenschaft der Arbeit als Berufsleistung.** Im Anschluß an die Lehre von der Arbeitsteilung wird in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern neuerdings deren soziale Bedeutung besonders hervorgehoben.

In dem Maße, wie die alten Geschlechtsverbände, Familiengemeinschaften sich verloren, trat in Stadt und Staat eine neue Schichtung nach Ansehen, Rang und gesellschaftlicher Bedeutung in den Vordergrund. Man darf die letzte Ursache dieser Abstufung nach Ständen in dem allgemein herrschenden Urteil über die Wichtigkeit der Funktionen der verschiedenen Stände für das Gesamtwohl suchen. Die gleichen Interessen führten dann die Glieder desselben Standes leicht zusammen. Es bildeten sich neue Gruppierungen und Vereinigungen, früher auch eine staatlich anerkannte „ständische“ Gliederung mit besondern Rechten und Vorrechten des einzelnen Standes.

Wie dem immer sei: Schichtungen hat es in der menschlichen Gesellschaft zu allen Zeiten gegeben. Auch der Sozialismus würde solche Unterschiede ganz von selbst wieder entstehen sehen, weil auch er eben auf Arbeitsteilung und Berufsteilung in Wirklichkeit nicht verzichten kann.

Wir haben an anderer Stelle<sup>2</sup> schon ausführlich über den Standes- und Berufsbegriff gehandelt, möchten aber auch an dieser Stelle noch einmal die verbindende Kraft der Arbeit und die hohe Bedeutung des Berufsgedankens<sup>3</sup> für unsere gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Entwicklung hervorheben.

<sup>1</sup> Production and Distribution<sup>2</sup> 80 ff. Von 1900 bis 1905 hat sich das in großen Fabriken Nordamerikas angelegte Kapital von ungefähr 9 auf 12,7 Milliarden Dollars (in runden Zahlen) vermehrt, während die Anzahl der großen Fabriketablissemments stationär blieb. In derselben Periode stieg der Wert der Produktion der in diese Klasse einbegriffenen Fabriken von 11,5 auf fast 16 Milliarden Dollars, die Anzahl der darin beschäftigten Arbeiter von 4 715 000 auf 5 470 000. Die im Jahre 1906 von dem Handels- und Arbeitsdepartement veröffentlichten Ergebnisse der Betriebszählung zeigen, daß im Jahre 1904 11,2% der Fabriketablissemments 81,5% des ganzen in der Fabrikation der Vereinigten Staaten angelegten Kapitals beherrschten und 79% aller Produkte lieferten. 38% der Gesamtwerte wurden von ungefähr 1900 Fabriken (weniger als 1% aller) produziert (Sozialistische Monatshefte I [1907] 296).

<sup>2</sup> Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 4, § 8, S. 662 ff. (Kap. 5, § 7, S. 730 ff.).

<sup>3</sup> Ebd. Kap. 4, § 7, S. 648 ff. Vgl. oben S. 386 ff. 418 ff.



Bei der technischen Arbeitsteilung innerhalb desselben Betriebes tritt die Arbeitsvereinigung, das Zusammenwirken, schon äußerlich hervor. Die verschiedenen Arbeiten werden unter einheitlicher Leitung, wie wir oben ausführten, auf die Herstellung des gleichen Produktes hingelenkt. Auch wenn beruflich geschiedene Arbeiten für Hervorbringung desselben Erzeugnisses, z. B. der Smithschen Schafschere, sich wechselseitig ergänzen, kann man von vereinigter Arbeit (Kooperation) sprechen, mit Rücksicht auf den gemeinsamen Zweck, welchem die Teilarbeiten dienstbar gemacht werden.

An der Erfüllung eines gemeinsamen Zweckes sind aber auch diejenigen Produzenten beteiligt, die in selbständiger Berufsarbeit die verschiedenartigsten Produkte herstellen. Sie alle sind Glieder einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft, sie alle dienen mit ihrer Berufsarbeit der volkswirtschaftlichen Aufgabe, der Deckung des Gesamtbedarfs ihres Volkes. Der Berufscharakter ihrer Arbeit bedeutet also nicht bloß ihre dauernde Widmung an diese besondere Arbeitsart, nicht bloß die „gesellschaftliche“ Verflechtung durch den Tauschverkehr, sondern zugleich auch ihre Zweckbestimmung im Hinblick auf die materielle Wohlfahrt der Gemeinschaft, der die Produzenten als Staatsbürger angehören, eine Zweckbestimmung, die, wie wir sahen, aus der ganzen Volkswirtschaft eine „Arbeitsgemeinschaft“ macht.

Diese Art der Arbeitsvereinigung fehlt im internationalen Verkehr. Das bleibt zu beachten, wenn zuweilen neben die technische und die berufsmäßige Arbeitsteilung in der Volkswirtschaft die „internationale Arbeitsteilung“, die Arbeitsvereinigung in der Weltwirtschaft gesetzt wird. Damit kann nichts anderes gesagt sein, als daß die verschiedenen Völker und Volkswirtschaften je nach den bei ihnen obwaltenden besondern Bedingungen sich gegenseitig ergänzen, ihre eigenartigen Produkte liefern, im Tauschverkehr abgeben können. Es fehlt aber hierbei eine der staatlichen Gesellschaft gleiche, alle Menschen umfassende Gemeinschaft. Zwischen die einzelnen Menschen hat, wie List mit Recht betonte, die Geschichte die Nationen, d. h. die Staatsnationen gestellt. Jeder Mensch ist zunächst Glied seines Volkes und bleibt es auch dann, wenn er die eigenen Produkte gegen fremdländische Erzeugnisse austauscht. Die ganze Menschheit ist nur im religiösen, idealen, kulturellen, nicht aber im realpolitischen Sinne höhere Gemeinschaft.<sup>1</sup>

Die gegenwärtige Lage der deutschen Volkswirtschaft stellt auch an die Berufe in erhöhtem Maße besondere Forderungen, und zwar 1. erhöhte Anspannung aller Kräfte, Einordnung der einzelnen Berufe in den Gesamtorganismus der Gesellschaft, ihre Unterordnung unter die Gesamt-

<sup>1</sup> „Internationale Arbeitsteilung“ gefährdet die nationale Selbständigkeit, wenn durch sie ein Volk für notwendige Unterhaltungsmittel und für den Heeresbedarf vom Auslande ohne Not abhängig gemacht wird; sie schädigt auch den Volkswohlstand, sofern sie sich in ausgedehntem Maße auf Produkte erstreckt, die ganz wohl in der eigenen Volkswirtschaft hergestellt werden können und zur Erhaltung des eigenen Wohlstandes dort hergestellt werden müssen.

wohlfahrt als Gesellschaftszweck. 2. Die naturgemäße Harmonie der verschiedenen Berufszweige untereinander. Nur in ihrer Gesamtheit bilden sie ein zur Verwirklichung der gesellschaftlichen und individuellen Wohlfahrt ausreichendes Ganze; jeder Berufszweig bedarf des andern zur eigenen Wohlfahrt. 3. Die Berufsgliederung ist heute keine „ständische“ Gliederung im alten Sinne mehr mit beruflichen Vor- und Sonderrechten. Immerhin werden die jetzt an Bedeutung mehr und mehr gewinnenden beruflichen Organisationen für die Sicherung der Vorbildung und ebenso für die Fragen einer den Anforderungen des einzelnen Standes wie auch der Gesamtwohlfahrt entsprechenden Ordnung der Berufsarbeit an erster Stelle in Betracht kommen müssen.

**10. Die deutsche Bevölkerung nach Berufsabteilungen.** Die Zahl der Berufsbezeichnungen in der deutschen Berufsstatistik hat sich seit 1882 bis 1907 um 7469 vermehrt. Für die Berufsabteilung A: Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei waren es 1882: 352; 1895: 465; 1907: 851. Für Abteilung B: Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen 1882: 2661; 1895: 5406; 1907: 7616. Für Abteilung C: Handel und Verkehr 1882: 1215; 1895: 2666; 1907: 2592. Für Abteilung D: Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art 1882: 75; 1895: 82; 1907: 125. Für Abteilung E: Militär-, Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst 1882: 1876; 1895: 2079; 1907: 2484. Zusammen 1882: 6179; 1895: 10298; 1907: 13668. Auch wenn ein Teil des Wachstums in den angeführten Ziffern der größeren Genauigkeit der statistischen Aufnahme zuzuschreiben ist, so können die Zahlen doch als Beweis zunehmender Arbeitsteilung betrachtet werden.

Die österreichische gewerbliche Betriebszählung von 1902 unterschied 25 Gewerbeklassen mit 326 Gewerbearten und 9500 Gewerbebenennungen.

Die Erhebungen über die Berufstätigkeit stehen unter dem Einfluß der besondern Bedürfnisse und Zwecke der Zählungen, die in den verschiedenen Staaten nicht die gleichen sind. Darum wird jede internationale Vergleichung sich auf einzelne Ergebnisse beschränken müssen, so z. B. auf das Verhältnis zwischen erwerbender und nicht erwerbender Bevölkerung<sup>1</sup>. Im Deutschen Reiche (Zähljahr 1907) betrug der Anteil der Erwerbstätigen 45,5 %, in Österreich (1900) 51,5 %; in Ungarn (1900) 45,1 %<sup>2</sup>; in der Schweiz (1900) 46,9 %; in Italien (1901) 50,1 %; in Frankreich (1901) 51,3 %; in Spanien (1900) 39,1 %; in Belgien (1900) 45,9 %; in den Niederlanden (1899) 37,8; in Großbritannien und Irland (1901) 44,0 %; in Dänemark (1901) 45,2 %; in Schweden (1900) 38,4; in Norwegen (1900) 39,5; in Rußland (1897) 24,9 %<sup>3</sup>; in den Vereinigten Staaten (1900) 38,4 %.

Die Zahlen lassen erkennen — nebenbei bemerkt —, in welchem Maße ein Volk für die Ernährung einer nicht erwerbenden Bevölkerung zu sorgen hat. Sind weniger noch nicht arbeitsfähige oder arbeitsunfähige Personen zu ernähren,

<sup>1</sup> Vgl. Georg Neuhaus, Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes (1911) 24 f.

<sup>2</sup> Nur Angehörige von Personen bestimmter Berufstätigkeit und die von eigenem Vermögen Lebenden konnten als Nichterwerbstätige ausgeschieden werden.

<sup>3</sup> Ausschließlich der unselbständigen erwerbstätigen Angehörigen.

dann wird das Volk nicht immer zu seinem Vorteil größerem Wohlleben sich hingeben können. Es fehlt da leicht der stärkere Ansporn zur Arbeit, zur intensiveren Entfaltung der geistigen und physischen Kräfte.

Zum Schluß sei noch zusammenfassend auf die Untersuchungen hingewiesen, die der „Verein für Sozialpolitik“ über Auslese und Anpassung der Arbeiter angestellt hat<sup>1</sup>. Von Alfred Weber war die Anregung ausgegangen: die Ansprüche zu ermitteln, welche der großindustrielle Betrieb an die intellektuellen und psychischen Qualitäten der Arbeiterschaft stelle. Es sollte bei den Untersuchungen des Vereins einerseits geprüft werden die Art des Ausleseprozesses, welchen die Großindustrie an derjenigen Bevölkerung, die mit ihrem Berufsschicksal an sie gekettet ist, vollzieht — und anderseits die Art der Anpassung des körperlich und geistig arbeitenden Personals der Großindustrien an die Lebensbedingungen, die sie ihm zu bieten haben.

Bezüglich der örtlichen Auslese, der örtlichen Herkunft der Arbeiterschaft, wurde nichts wesentlich Neues gefunden. Gleiches gilt von der sozialen Auslese, der Herkunft der Arbeiter aus einem bestimmten sozialen Milieu. Die moderne Fabrikarbeiterschaft rekrutiert sich einestheils aus ihren eigenen Reihen (traditionelle Herkunft), andernteils aus der Proletarisierung anderer Berufskreise, des Handwerks und der Landwirtschaft (proletarische Herkunft).

Die offizielle Statistik berichtet im allgemeinen schon über den Altersaufbau der industriellen Arbeiterschaft. Die Erhebungen des Vereins aber faßten nun speziell den Altersaufbau für die geschlossene Großindustrie ins Auge (Betriebe mit über 100 Arbeitern). Die Untersuchungen ergaben das beträchtliche Vorherrschen der Altersklasse 21 bis 30 Jahre bei den Angestellten und den Arbeitern der Großindustrien; die älteren Arbeiter werden meist als nicht mehr leistungsfähig abgestoßen. Das zeigen auch die Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Lohn und Alter. Zwischen 30 und 40 Jahren erreicht das Gros der Arbeiter das Lohnmaximum. Im einzelnen zeigen die Lohnkurven folgende Unterschiede: 1. Die Lohnhöhe nimmt mit steigendem Lebensalter um so mehr ab, je größere Geschicklichkeit, Fingerfertigkeit, Orientierungsfähigkeit und Sinnesschärfe die Arbeit erfordert, je mehr sie die nervösen Funktionen in Anspruch nimmt. 2. Je gröber die Arbeit, je weniger intensiv sie den Organismus in Anspruch nimmt, desto mehr verschiebt sich das Verdienstmaximum nach den höheren Altersklassen. 3. Je höhere geistige Ansprüche an den Arbeiter gestellt werden, je mehr Zuverlässigkeit und Erfahrung von ihm verlangt wird, desto mehr wird sich das Verdienstmaximum mit dem steigenden Alter verschieben.

Die Lohnformen weisen eine gewisse Parallelität mit den Gestaltungen der Lohnkurven auf. In der modernen Großindustrie pflegt man zwischen „produktiven“ und „unproduktiven“ Arbeitern zu unterscheiden. Da hier die quantitativ maximale Arbeitsleistung vor allem ins Auge gefaßt wird, so werden die regelmäßig im Akkord bezahlten Arbeiter, deren Arbeitsleistung quantitativ gemessen werden kann, mit dem Namen „produktive“ Arbeiter bezeichnet. Die

<sup>1</sup> Schriften des Vereins Bd. 133—135 mit Beiträgen von Marie Bernays, Bienkowski, Deutsch, Hinke, Keck, Rosa Kempf, Dora Lande, Morgenstern, Schumann, Sorer. Verhandlungen der Generalversammlung zu Nürnberg 1911. Vgl. hierüber Richard Sorer in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XXI (1912) 727 ff. (für obige Zusammenstellung benutzt).



Arbeiter aber, deren Lohnhöhe nicht nach dem meßbaren Arbeitsquantum, sondern nach der Qualität der Arbeitsleistung bemessen wird, heißen „unproduktive“ Arbeiter (unproduktiv im Sinne der Massenproduktion). Solche Arbeiten werden regelmäßig im Zeitlohn verrichtet. Die Qualitätsleistung setzt besondere persönliche Eigenschaften, wie Zuverlässigkeit, Stetigkeit, Aufmerksamkeit, allgemeine Intelligenz, Kenntnisse, Erfahrung voraus, Eigenschaften, die auch bis ins hohe Alter bewahrt werden können.

Von großem Einfluß auf die Zusammensetzung der Arbeiterschaft ist die Spezialisierung. Die Zerlegung komplizierter Arbeitsleistungen in viele einfache Teilverrichtungen macht es möglich, unter Ausschaltung teurer gelernter Arbeit, den größten Teil der Arbeit durch Frauen, durch in wenigen Wochen oder Monaten „angelernete“ Arbeiter oder durch ungelernte Arbeiter, mit Zuhilfenahme von automatischen Maschinen, ausführen zu lassen. Diese Entwicklung findet sich z. B. in der Metallindustrie (Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, in der Industrie der Metallverarbeitung), in der elektrischen Industrie usw. Auch das Buchdruckergewerbe wurde auf diesen Weg gedrängt seit Einführung der Setzmaschine<sup>1</sup>, obwohl hier die kräftige Organisation der Buchdrucker bisher krisenhafte Folgen der Einführung der neuen Technik abzuwehren verstanden hat. In vielen Industrien haben sich noch leistungsfähige Mittelbetriebe behaupten können mit einer gewissen Mannigfaltigkeit der Arbeitsfunktionen und namentlich mit Erzeugung von Qualitätsprodukten. Hier ist die Akkordarbeit nicht in dem Maße vorherrschend wie bei den Großbetrieben. Dort kann auch der gelernte Arbeiter sein Können noch eher zur Geltung bringen.

Das Bedeutsamste an der Erhebung, sagt Richard Sorer<sup>2</sup>, ist die Erkenntnis der fortschreitenden Herabwürdigung industrieller Erwerbsarbeit zu inhaltsleeren mechanischen Arbeitsfunktionen und ihre rein quantitative Wertung. „Jener, alle Beziehungen quantitativ erfassende, in Geld wertende Geist der modernen Unternehmung hat weit über das Gebiet der Sachgüterproduktion hinaus unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben beeinflusst, und wir erkennen, daß neben den neuen gebundenen Formen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, deren Anfänge uns heute allenthalben entgegentreten, auch neue sittliche, seelische Kräfte zur Lösung der sozialen Frage nötig sind.“

<sup>1</sup> Vgl. Beyer, Die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung der Einführung der Setzmaschine im Buchdruckergewerbe (1910).

<sup>2</sup> A. a. O. 745 ff.

## Drittes Kapitel.

### Die sachlichen Produktionsmittel.

#### § 1.

#### Die äußere Natur als Produktionsfaktor.

**Literatur:** Vgl. die Literaturangaben in Bd. II (2.—3. Aufl.), Kap. 3: Territorium und Volkswohlfahrt S. 400 ff. (1. Aufl., Kap. 4, S. 449 ff.). Ferner die Literaturangaben oben (S. 340) Kap. 2, § 2 (Territoriale Bedingungen der Produktivkraft eines Landes). Dazu noch K. Dove, Allgemeine Wirtschaftsgeographie (Sammlung Götschen, 1921. Geographie der Gütererzeugung). Weltwirtschaftliches Archiv usw.

1. Die äußere Natur im Dienste des Menschen. Der Mensch stellt sich der äußeren Natur, ihren Kräften, ihrem Wirken gegenüber. Er sucht diese äußere Natur seinen Zwecken dienstbar zu machen. Sie ist ihm Mittel und Material zur Gewinnung jener Sachgüter, deren er zur Befriedigung seiner Bedürfnisse benötigt<sup>1</sup>.

Die Einwirkung auf die äußere Natur ist nicht immer leicht und die Erfolge sind sehr verschieden. Die natürliche Ausstattung wechselt nach Ort und Zeit. Nicht alle Naturstoffe finden sich überall in gleicher Weise, und die Kräfte der Natur stehen nicht überall und zu jeder Zeit in dem gewünschten Maße zur Verfügung. Darum ändert sich auch das Ergebnis der menschlichen Arbeit nach Quantität und Qualität unter dem Einfluß eines Naturzwanges, den der Mensch nicht oder nicht ganz zu überwinden vermag. Pflanzen und Tiere sind durch ihre Lebensansprüche, Mineralien durch ihr natürliches Vorkommen örtlich gebunden. Der Mensch mag Pflanzen übertragen, Tiere züchten, durch den Welthandel manches erlangen, was die Heimat nicht bietet; aber er ist in all diesem nicht frei, kann sich der Abhängigkeit von der äußeren Natur niemals ganz entziehen. In Gegenden, wo die Natur wenig bietet, wo sie ihm die Möglichkeit des Wohnens versagt, wo der Nahrungsspielraum eng umgrenzt bleibt, wird man keine dichte Bevölkerung finden können, wie auch die Art der Bedürfnisbefriedigung jetzt noch überall mehr oder minder unter dem Einfluß der natürlichen Ausstattung jedes Erdgebietes steht.

---

<sup>1</sup> Zum Einfluß des Naturfaktors auf die Industrieorientierung vgl. René Maunier in der *Revue internationale de Sociologie*, Juli 1908.

Ändert sich darum das Bild der menschlichen Wirtschaftsverhältnisse beim Überblick über unsere Erde gar sehr, so erscheint dennoch der Mensch allenthalben und mit fortschreitender Kultur immer mehr als Herr und Beherrscher der äußeren Natur. Er lenkt und leitet die Natur erfolgreicher zur Erlangung der Produktionsziele, die er im Hinblick auf die Deckung menschlichen Bedarfs verfolgt.

Wenn man aber sagt, die Natur verhalte sich der Einwirkung des Menschen gegenüber lediglich passiv, sie sei für die produzierende Arbeit des Menschen bloßes Mittel, so wird man doch hinzufügen müssen, daß sie immerhin ein Produktionsmittel besonderer Art ist.

**2. Die äußere Natur als Produktionsfaktor.** Unter den Produktionsfaktoren gebührt dem arbeitenden Menschen die erste Stelle. Allein die menschliche Arbeit ist nicht alleiniger Produktionsfaktor, die Natur vielmehr neben dem Menschen Hauptursache, letzte Quelle der Gütererzeugung, nicht bloß Bedingung, welche die Produktion ermöglicht oder erleichtert. Als solchen, als Produktionsfaktor behandeln wir an dieser Stelle die äußere Natur.

Was Jagd, Fischerei, die Naturweide, der Naturwald zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse liefern, ist physisch allein Produkt der Natur, eine Gabe der Natur, die der Mensch, namentlich in ursprünglichen Verhältnissen, nur zu sammeln sich anzueignen braucht, um sein Leben, allerdings unter fortwährendem Wechsel von Entbehrungen und Überfluß, zu verbringen<sup>1</sup>. Doch auch Australneger, Buschmänner, Feuerländer, Boto-kuden usw. streben schon neben der Benutzung nach Beherrschung der Natur. Sie formen sich Werkzeuge: Steinhammer und Steinmesser, Grabstock, Lanzenspitzen, Tierfallen und Fischereigeräte, um im Kampf mit der äußeren Welt die Mittel ihrer Bedürfnisbefriedigung (Früchte, Beeren, Knollen, Wurzeln, Würmer, Schnecken, Fische, Jagdtiere) zu gewinnen. Vernunft und Not führen dann allmählich zu den ersten Versuchen in Pflanzenbau und Tierzucht. Die Werkzeuge sind zunächst noch unvollkommen. Neben dem Grabstock erscheint schon Spaten und Hacke. Eine Waldstelle wird gerodet, das Gras verbrannt (statt Düngung), und die Felder werden gewechselt, bis die Verdichtung der Bevölkerung solch nomadenhaftes Wechseln des Bodens unmöglich macht und zum Düngen desselben nötigt. Auch sucht man dann vielleicht neue Nutzpflanzen durch Übertragung aus deren Heimat für das eigene Gebiet zu gewinnen. Im ganzen ist der Erfolg solcher Wirtschaft noch gering. Gegen Schädlinge fehlt regelmäßig ausreichender Schutz. Ebenfalls die Tierzucht ist noch primitiv, wenn sie auch die von der Natur frei gebotene Menge Fleisch erhöht und dessen Qualität verbessert. Es fehlt noch die Stallpflege. Das Vieh weidet frei, allen Unbilden der Witterung ausgesetzt, auf den natürlichen Graswuchs angewiesen und darum zeitweilig, nament-

<sup>1</sup> Ernst Friedrich, Wirtschaftsgeographie<sup>2</sup> (1907) 19 ff.



lich im Winter, schlecht genährt. Solche Wirtschaftsverhältnisse finden sich bis heute bei den Indianern Amerikas, bei einem Teil der Nordasiaten, der Kaukasusvölker, den Bergstämmen Indiens, den Negern südlich vom Sudan, den malaiischen Bewohnern der südostasiatischen Inseln (ausgenommen Javaner), den Bewohnern der Inselwelt des Großen Ozeans.

Es reicht schon über solche ersten Versuche im Pflanzenbau hinaus, wenn die Werkzeuge sich der Bodenart usw. mehr anpassen, wenn neben Hacke und Spaten (Hackbau) der Pflug zur Auflockerung des Bodens verwendet wird. Anfangs sind die Pflugformen sehr unvollkommen: Pflüge von Holz, wie sie sich noch im trocken- und feucht-subtropischen Gebiete finden. Die Düngung wird freilich reichlicher, aber nicht gerade rationell angewandt, wie z. B. bei den Chinesen (meist Gartenbau mit Hackbau). Zwar wird versucht, die Pflanzenbaufläche auszudehnen, aber man versteht es nicht, den ganzen verfügbaren Raum auszunützen. Auch werden einzelne Kulturen zu einseitig bevorzugt [so der Reisbau bei den Chinesen, Kaffee in Brasilien (Monokultur)]. Künstliche Bewässerung und Ableitung übermäßigen Wassers durch Kanäle, wie sie sich bei den Chinesen finden, bedeutet einen weiteren Fortschritt. Die Tierzucht hält sich in entsprechend engen Grenzen. Man benutzt die Tiere als Nahrungs-, Last- und Reittiere, weniger als Zugtiere. Die Tierpflege aber, insbesondere der Schutz gegen winterliche Kälte usw., ist unzureichend. Wirtschaftsverhältnisse der gekennzeichneten Art finden sich noch in verschiedenem Maße bei Arabern, Türken, Persern, Kirgisen, Turkmenen, Mongolen usw., bei den sesshaften Oasenbewohnern: den Berbern, Fellachen usw., bei Indern, Chinesen und alten Japanern, den Mischlingen in Mexiko, mittel- und südamerikanischen Staaten usw.

Die höchste Entwicklung weisen Pflanzenbau und Tierzucht bei den Völkern europäischer Kultur und in deren Kolonisationsgebieten auf. Die Böden werden da auf ihre physikalischen und chemischen Eigenschaften untersucht; man erforscht anderseits genau die Lebensbedingungen der Pflanzen, bearbeitet den Boden tief und zweckmäßig, mit immer vollkommeneren Maschinen, unter Verwendung mächtigen mechanischen Antriebes (Dampf, Elektrizität), befähigt ihn durch Zuführung natürlichen und künstlichen Düngers, gute Erträge zu liefern. Man versteht es ferner, eine richtige Auswahl unter den Pflanzen zu treffen, dieselben gegen Schädlinge und ungünstige klimatische Einflüsse zu schützen, auch durch Züchtung die Pflanzen klimahart zu machen. Der Anbau von Gräsern und andern Futtergewächsen (Klee, Luzerne, Futterrüben usw.) wie die Hinzuziehung künstlicher Futtermittel (Ölkuchen usw.), industrieller Rückstände (Rübenschnitzel usw.) erleichtert ferner die Tierzucht, ermöglicht sie selbst dort, wo die natürliche Ausstattung dafür nicht ausreichen würde, gewährt auch für den Winter gut konservierte Futtermittel. Da finden sich denn auch die größten und besten Viehherden. Durch Züchtung werden zweckmäßige Abänderungen hervorgerufen, durch ent-

sprechende Ernährung können bestimmte Qualitäten der Tiere erreicht werden (z. B. Fleisch- und Wollschaf) usw.

So vermag also der Mensch in vielfacher Beziehung und in hohem Grade seine Abhängigkeit von der Natur zu mildern, den sog. „Naturzwang“ zu verringern. Beseitigen aber kann er ihn nicht. Der agrarische Boden und der Kulturwaldboden sind Gegenstand der Bebauung, der Bepflanzung: sie werden durch planmäßige, den Anforderungen hochentwickelter Wissenschaften entsprechende und durch reiche Erfahrungen gelenkte, land- und forstwirtschaftliche Produktion den Zwecken menschlicher Wirtschaft dienstbar gemacht. Auch in der Tierzucht herrscht der Mensch. Die Natur dient. Man darf sogar sagen, der Bauer „produziere“ das Korn und auch das Kalb. Der Mensch leitet tatsächlich die Natur: indes, was er leitet, das sind doch eben die eigenen produktiven Kräfte der Natur, des Bodens, der Pflanzen, der Tiere. Ein organischer, natürlicher Prozeß erzeugt den Weizen. Der Mensch kann diesen Prozeß beeinflussen, kann die Bedingungen der Wirksamkeit dieses Prozesses günstiger gestalten durch Bearbeitung, Pflügung, Be- und Entwässerung des Bodens, durch Ersatz der Stoffe, welche die Pflanzen dem Boden entziehen, durch geeignete Düngung usw. Allein die menschliche Arbeit ist hier, wie auch bei der Tierzucht, nicht die alleinige, nicht die unmittelbarste Produktivkraft. Unter der Leitung des Menschen wirkt der zweite Produktionsfaktor, die Natur, mit ihren eigenen Kräften und nach den Gesetzen, welche der Schöpfer ihr gegeben.

Und wie verhält es sich mit den mineralischen Bodenschätzen und ihrem Abbau?

Es war schon ein Fortschritt, als die Menschen anfangen, zur Herstellung ihrer Werkzeuge nicht bloß Steine, sondern auch Metalle zu verwenden. Könnte man da bereits von „Bergbau“ reden, so wäre es jedenfalls ein bloß oberflächlicher, flacher, von geringer Tiefe gewesen und ebenso mit geringer Ausbeute. Auch die Verarbeitung der Metalle blieb primitiv wie ihre Förderung. Noch bei Völkern, die auf ähnlicher Stufe stehen wie die Chinesen, spielt der Bergbau keine hervorragende Rolle. Man gräbt bei den Chinesen kaum tiefer als bis zu 200 Fuß. Reichhaltige Stellen, die tiefer liegen, werden nicht in Angriff genommen. Stößt man auf Wasser, dann wird der Abbau aufgegeben. Im besten Falle wird das Wasser mit Pumpen bekämpft, die nach dem „endlosen“ Ketten-system konstruiert sind. Die heutigen Völker europäischer Kultur überlassen die Auffindung von Mineralschätzen nicht mehr dem Zufall. Sie werden von der Geologie über deren Vorhandensein belehrt. Man sucht die Mineralien auf, steigt bis tausend und mehr Meter hinab in die Tiefe, verhüttet nicht nur die Bergbauschätze der eigenen Länder, sondern sucht auch die anderer Gebiete zu gewinnen. Alte Bergwerke, die als abgebaut galten, werden wieder in Angriff genommen. Selbst aus den Schlacken des alten Bergbaus versteht man noch kostbares Metall herauszuholen.

Um die Wende des Jahrhunderts mögen fünf Millionen Menschen im Bergwerksbetrieb der Erde tätig gewesen sein mit Werkzeugen, Maschinen, Vorrichtungen, wie sie nur eine hochentwickelte Technik darbieten konnte.

Beim Bergbau handelt es sich nicht wie bei der Land- und Forstwirtschaft um Bodenproduktion durch „Anbau“, nicht um Erzeugung neuer Produkte, sondern um die Gewinnung vorhandener Produkte der Natur. Der Bergwerksboden enthält Schätze, die durch die Kräfte und Einflüsse der Natur im Schoße der Erde, ohne Mitwirkung des Menschen, gebildet wurden, Stoffe von ungeheurer Werte für die menschliche Wirtschaft, die der Mensch durch bloßen „Abbau“ für sich erlangt. Der Mensch mag bestimmen können, wieviel von diesen Schätzen er in einer Wirtschaftsperiode heben, wieviel Arbeit und Kapital er auf den Abbau verwenden will. Aber es bleibt eben „Abbau“, der zwar nicht durch klimatische Einflüsse usw. behindert wird wie der Landbau, der aber nur dort möglich ist, wo die Natur jene Schätze aufgehäuft hat und mit der Erschöpfung derselben sein Ende erreicht. Auch hier erscheint also der Mensch wiederum zwar als Herr der Natur, zugleich aber in seiner Abhängigkeit von der Natur. Die Fabrikware wird aus Rohstoffen, welche der Unternehmer kaufmännisch geschickt erworben hat, nach Maßgabe seiner technischen Tüchtigkeit zu dem gemacht, was der Verbraucher bedarf. Die Kohle insbesondere aber ist ein fertiges, gebrauchsfähiges Gut, das höchstens durch Sortieren, Waschen, Verkoken usw. eine Veredlung erfährt<sup>1</sup>. Die Erze erfordern für ihre Loslösung aus den Mineralien mehr Arbeit. Aber diese erhaltigen Mineralien bleiben denn doch Gabe der Natur. Es will demgegenüber auch nicht viel heißen, wenn auf die künstliche Herstellung einzelner Mineralien hingewiesen wurde (Natronsalpeter und Graphit, Diamanten). Das sind gewiß schöne Erfolge. Allein kein Mensch wird darum mit Rücksicht auf die Mineralien an eine zukünftige Befreiung unserer Bedürfnisbefriedigung vom „Naturzwang“ glauben können.

**3. Wirtschaftsgeographischer Exkurs.** Wir können nicht besser ein volles Verständnis für die geschilderte Bedeutung der äußeren Natur als Produktionsfaktor gewinnen, als wenn wir uns einige Ergebnisse produktionsgeographischer Forschung, wenigstens in kurzem Überblick, vor Augen führen. Wir werden dabei der Reihe nach überall die natürlichen Bedingungen mit Rücksicht auf die Pflanzen und Tierwelt, sowie auf die Bodenschätze nach den Angaben hervorragender Wirtschaftsgeographen<sup>2</sup> ins Auge fassen müssen.

Vom Klima<sup>3</sup>, der Menge der Niederschläge und ihrer Verteilung auf das ganze Jahr, vom Grade der Fruchtbarkeit des Bodens, von der Länge der Vege-

<sup>1</sup> Neue Verfahren der Ausnutzung und Umwandlung der Kohle stellen eine erhöhte Verwertung der in der Kohle vorhandenen Kräfte in Aussicht.

<sup>2</sup> Max Eckert, Ernst Friedrich, K. Dove u. a. Weitere Literaturangaben vgl. Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 4 (Kap. 3), auch über Landbauzonen, Kulturzonen usw.

<sup>3</sup> Ein Gut in Mitteldeutschland bei siebenmonatlicher Dauer der Arbeit im Freien hat die doppelte Bodenrente als ein gleichgroßes Gut im nördlichen Rußland unter gleicher



tationsperiode, von der Höhenlage, Tal- oder Gebirgslage usw. hängt zunächst Leben und Entwicklung der Pflanzenwelt ab. Solche Bedingungen sind aber in der Welt und in den einzelnen Gebieten sehr verschieden verteilt.

Beginnen wir mit *Europa* um die Jahrhundertwende. Die natürliche Ausstattung ist hier in agronomischer Beziehung nicht in dem Maße günstig, wie die relativ große Ausdehnung des eigentlichen Kulturlandes erwarten läßt<sup>1</sup>. Nahezu die Hälfte des Erdteiles ist ja Acker und Wiesenland (in Asien und Südamerika nur ein Viertel, in Nordamerika und Afrika ein Fünftel, in Australien ein Neuntel). Der Bodenanbau wird eben in Europa schon von uralter Zeit betrieben. Dennoch waren um die Jahrhundertwende noch annähernd etwa 2 Millionen *qkm* Öd- und Unland in Europa zu treffen, der fünfte Teil der Gesamtoberfläche des Erdteils. Man denke z. B. an die eisigen nordischen Hochflächen, die Grassteppen am Schwarzen und Kaspischen Meer, die Pußten (Steppen) in der ungarischen Tiefebene, die großen Sumpfgebiete in Rußland (am Pripet), im Hinterland der Ost- und Nordsee, an den südbayrischen Seen, die Heideflächen des norddeutschen kiesgründigen Geeslandes<sup>2</sup>, an Frankreichs Westküste (Landes), im zentralen Spanien, auf der Balkanhalbinsel usw., an den wenig fruchtbaren Boden in den Gebieten schwer verwitternder Granite und Schiefer, der Keupersande<sup>3</sup>, Jurakalke, vulkanischen Gesteine usw. Allerdings hat gerade die Kriegszeit speziell in Deutschland umfassende Kultivierungen gebracht.

Im Norden, Westen und im mittleren Europa zeigt die Kulturlandschaft ein vielfach anderes Gepräge wie im Süden und Südosten. Wald, Wiese, Acker- und Gelände wechseln in der nord-, west- und mitteleuropäischen Kulturlandschaft miteinander ab. Verhältnismäßig wenig Baumarten bilden hier den Forstbestand, der hauptsächlich nach Buchen, Eichen, Rot- und Weißtannen, Föhren, Birken, Eschen, Erlen. Im Norden und Nordosten herrscht das Nadelholz vor, mit Birken untermischt. Im Süden finden sich noch echte Wälder von Edelkastanien und Walnußbäumen. Die Buche hat in Jütland ihre Nordgrenze, die Eiche reicht bis St. Petersburg und Drontheim. Von Süden nach Norden, von Westen nach Osten nimmt der Waldreichtum zu. Europa hat für seinen eigenen Bedarf genug Holz, abgesehen von wenigen fremdländischen Zier-, Gerb- und Farbhölzern.

Die Obstgrenze bewegt sich zwischen 65° und 55° nördl. Breite, vom mittleren Schottland bis Drontheim, dann südlich bis in die Nähe von St. Petersburg und weiter nach Kasan an der Wolga. Ein reiches Obstgebiet bilden die südost-russischen Stromebenen. In den Rheinlanden, Österreich-Ungarn, Frankreich findet sich neben der Obstkultur noch der Weinbau, der freilich um 15° südlicher seine Grenze findet als der Obstbau, in Frankreich bei 48°, in Deutschland bei 53° nördl. Breite (Oderberg). Auch über Wiesen und Weiden verfügt Mittel-

Breite. Hier kann nur vier Monate im Freien gearbeitet werden. Dabei sind in Deutschland die fünf Wintermonate kleineren Arbeitsverrichtungen nicht so ungünstig wie in Rußland (Eckert).

<sup>1</sup> In ganz Europa beträgt das dem Anbau erschlossene Land 4,4 Millionen Quadratkilometer, der Wald umfaßt etwa 3 Millionen Quadratkilometer; etwa 600 000 *qkm* sind magere Weiden (Steppen), etwa 2 Millionen Quadratkilometer sind Öd- oder Unland.

<sup>2</sup> Holstein! Gegensatz zum Geestland: Marschland, angeschwemmtes Land.

<sup>3</sup> „Keuper“, geologische Formation, gehört zum Trias, bildet die Unterlage der Juraformation.

und Nordeuropa in reicher Fülle. Im unverkürzten Deutschland umfaßten sie ein Fünftel, im alten Österreich-Ungarn ein Viertel, in Großbritannien sogar ein Drittel des Bodens.

Wie Europa sich durch Wildreichtum auszeichnet, so züchtet es auch relativ mehr Haustiere als irgend ein anderer Kontinent.

Dem eigentlichen Ackerbau war um die Jahrhundertwende in Frankreich die Hälfte, in Deutschland zwei Fünftel, in Österreich ein Drittel, in Großbritannien drei Zehntel, in Rußland ein Fünftel der Staatsfläche gewidmet. Im hohen Norden von 55° bis an den Polarkreis kommt für den Ackerbau nur Sommergetreide in Betracht. Von Drontheim in Norwegen bis über das Küstenland der Nord- und Ostsee hinab finden sich schon alle Getreidearten, vorherrschend Roggen, Hafer, Gerste, dann besonders auch die Kartoffel. In den südlicheren Teilen von Mitteleuropa, in Frankreich, dem oberen Rheingebiet, Österreich-Ungarn, auf der Balkanhalbinsel gedeihen Weizen, Mais, Tabak, Hopfen, Flachs und Hanf usw. Weizen erntete Gesamteuropa 1903: 48 Millionen Tonnen (Welternte 82), Roggen 37 (38), Gerste 20 (26), Hafer 34 (51), Mais 14 (72) Millionen Tonnen. Allerdings müssen die dichtbevölkerten Industrie- und Handelsstaaten des europäischen Nordwestens Brotfrucht wie Fleisch zum Teil aus der Fremde beziehen, aus den Vereinigten Staaten und Argentinien Roggen und Weizen. Fleisch erhält Großbritannien von den beiden Amerika und Australien, Deutschland vor dem Weltkriege vorzugsweise von Österreich-Ungarn.

Die Kulturlandschaft des südlichen und südöstlichen Europas bietet, wie gesagt, ein vielfach anderes Bild als der Norden, West- und Mitteleuropa. In den Ebenen finden sich grüner Buschwald, den Flüssen entlang (in Oberitalien) saftige Wiesen, sonst aber oft heideartige Hutungen. Wiese und Hochwald gehören hier meist dem Berglande an. Das Rind, Pferd, Schwein ist seltener als Büffel (*bos, buffelus*), Maultier, Esel, Ziege. In der Baumwelt tritt charakteristisch der Zitronen- und Orangenbaum, die Edelkastanie, der Öl-, Mandel-, Pfirsich-, Maulbeer- und Granatbaum hervor, dann die herrliche Rebe mit ihrer süßen Frucht. Außer Weizen und Gerste gedeihen Mais und Reis (Südspanien, Westportugal, Oberitalien, an der untersten Donau), in Sizilien und Südspanien sogar die Baumwollstaude, das Zuckerrohr, die Dattelpalme und die Korkeiche. Welche Üppigkeit der Pflanzenwelt, eine zum Teil tropische Vegetation weist nicht die Riviera auf! In Nervi wandelt man zwischen Palmen zur Eisenbahn. Und das Wunderland zu beiden Seiten der Sierra Nevada in Südspanien, das Fruchtfeld (Vega) von Granada! Da gibt es nicht nur eine herbstliche Erntezeit, sondern ein fortwährendes Ernten, wie man auch auf Sizilien bei sorgfältiger Kultur auf demselben Boden im April Erdbeeren und Kirschen, im Mai Feigen, Aprikosen, Pfirsiche, im Juni und Juli unsere Obstsorten, im August bis Oktober Trauben, im November und Dezember Mandarinen, im Januar bis April Äpfel-ernten kann. Manche der südlichen Länder führen Getreide ein. So Portugal, Griechenland, die Türkei; auch Italien importiert Weizen. Rumänien dagegen konnte Getreide bis zu mehreren Hundert Millionen Mark an Wert ausführen. Auch Bulgarien und Serbien erzeugen reichlich Getreide trotz großer Ausdehnung ihrer Waldgebiete. Zu den südeuropäischen Exportartikeln gehören die kostbarsten Weine und Tafelfrüchte, ferner Zitronen, Öl, dann Geflügel (Italien), Rinder (Spanien), Seide (Italien verkauft jährlich etwa 50 Millionen Kilogramm Kokons, die 4½ Millionen Kilogramm Rohseide ergeben), Wolle (Spanien), Korallen (Sar-

dinien), Meerschwämme (Griechenland und Türkei), Rosenöl (Türkei, Bulgarien), Opium (Türkei), Reis, Tabak usw.

Nicht alle Arten von Bodenschätzen stehen Europa in reicher Fülle zu Gebote. Edelmetalle vor allem sind, im Verhältnis zu den beiden Amerika und zu Australien, auch Afrika, selten<sup>1</sup>. Dagegen steht Europa obenan mit seinem Quecksilber, Rohzink, nun auch Aluminium; es produziert ferner bedeutende Mengen von Zinn, Rohblei, Rohkupfer, Nickel. Rußland lieferte jährlich etwa 75 Millionen Hektoliter Petroleum. Italien verfügt über große Mengen Schwefel, Deutschland über Steinsalz und früher fast allein über die für die Bodendüngung wertvollen Abraumsalze. Auch an Bau- und Nutzsteinen, Marmor hat Europa keinen Mangel. Von entscheidender Bedeutung für die industrielle Entwicklung aber war und ist das reichliche Vorhandensein von Kohle und Eisen, mit gleichzeitiger Verteilung und Verbreitung über zahlreiche Gebiete hin. Vorteilhaft für die Verwertung ist ferner einerseits das häufige gleichzeitige „gesellschaftliche“ Vorkommen von Kohlen und Eisen in derselben Gegend, anderseits die den Verkehr erleichternde Lage der Produktionsgebiete (England, nordöstliches Frankreich, Belgien, Nordsaum der deutschen Mittelgebirge).

Unter den Ländern, welche unsere besondere Aufmerksamkeit erfordern, steht *Deutschland* an erster Stelle. Vegetation und Landwirtschaft weisen auch hier mancherlei Verschiedenheiten auf unter dem Einfluß von Klima<sup>2</sup>, Bodengestalt und Bodenbeschaffenheit.

Nahezu 26 % des heimischen Bodens (vor dem Versailler Frieden) waren mit Wäldern bedeckt. Eine rationelle Waldkultur (Staat, Gemeinden, Großgrundbesitz) suchte die Waldbestände zu erhalten, wenn nicht zu mehren. Sie bilden den Schmuck der deutschen Alpen und der Mittelgebirge. Aber sie finden sich ebenfalls auf der oberdeutschen Hochebene wie in der niederdeutschen Tiefebene, am Rhein wie in Ostpreußen, Brandenburg, Schlesien usw. Das waldärmste Gebiet in Deutschland ist Schleswig-Holstein. Im Westen Deutschlands findet sich mehr reichlicher Laubwald, im Osten herrscht der Nadelwald vor, auf den überhaupt etwa 65 % der gesamten Forstfläche des Reiches entfällt. Die prächtigsten Waldungen (Eichen und Buchen) finden sich im Spessart, der bisher mit dem Schwarzwald der wichtigste Holzlieferant für den holländischen Schiffsbau war (Eckert). Erwähnt sei unter anderem noch das hessische Berg- und Hügelland, eine große Waldstrecke voll mächtiger Eichen und Buchen, die großen zusammenhängenden Wälder im südlichen Teile des Böhmerwaldes usw.

Das Wies- und Weideland nahm (1900) rund 20 % des deutschen Bodens in Anspruch. Es findet sich dort, wo ausgiebige Feuchtigkeit und eine entsprechende

<sup>1</sup> Rußland lieferte durchschnittlich im Jahre etwa 6000 *kg* Platin. An Gold produzierte Rußland (Ural) im Jahre 1904: 37 300 *kg*, 1905: 34 200 und 1906: 31 900 *kg*; Österreich-Ungarn (Karpaten) 1905: 3700 *kg*, Deutschland und Italien pro Jahr etwa 100 *kg*. In der Union betrug die Produktion im Jahre 1906 dagegen 144 300 *kg* Gold, in Australien 123 000, in Afrika 206 000 *kg* usw. Auch in bezug auf die Silberproduktion bleibt Europa weit hinter Nordamerika, Mexiko, Bolivien, Australien zurück. Vgl. E. Biedermann, Geldwesen und Edelmetallstatistik, in L. v. Halles Weltwirtschaft I (1907) 103; ebd. I (1906) 105. In Europa wurde die Förderung der Mineralien am frühesten und ausgiebigsten durchgeführt.

<sup>2</sup> Polis, Die klimatischen Verhältnisse Deutschlands, im Handbuch der Wirtschaftskunde 114 ff.



Bodenkrume das Gedeihen des Graswuchses erwarten läßt, in den Gebieten des Seeklimas, in kühlen und feuchten Höhenlagen. Eine schöne Mattenlandschaft, große Weidetriften mit blühender Viehwirtschaft, begegnet uns in den Allgäuer Alpen. 22 % des Gebirgslandes dient der Almenwirtschaft, bloß 1½ % dem Ackerbau. Die bayrischen Alpen verfügen nur in den Tälern und auf niedrigen Erhebungen über fruchtbareren Boden. Waldkultur und Forstwirtschaft herrscht dort vor. Auch die Berchtesgadener Alpen haben schöne Waldungen, aber nur etwa 11 % Wiesen und Ackerland. Auf der schwäbisch-bayrischen Hochebene beanspruchen Wiesen und Hutungen wiederum über  $\frac{2}{3}$  der landwirtschaftlich benutzten Fläche. Namentlich im Süden herrschen Wald und Wiese vor. In den tieferen Gebieten der Hochebene jedoch, im Nordosten (zwischen Regensburg, Straubing, Deggendorf und Landshut) findet sich fruchtbarer Weizenboden (Dunkelboden, Donaugauboden). Auch im norddeutschen Tieflande begünstigen Seeklima, Feuchtigkeit der Luft und die reichen Niederschläge den Wuchs von Gras- und Futterpflanzen. Saftige Wiesen und prächtige Rinderherden erfreuen den Blick in den fruchtbaren Marschlandschaften der Westküste. Die Marsch entstand durch die Ablagerungen jener fetten, mit Sand vermischten Erde („Schlick“), welche die Flüsse (Weser, Elbe) mit sich führen. Auch das sog. Vierland bei Hamburg ist Marschland. Eine ältere Bildung ist das Geestland (geest oder güst = unfruchtbar), das hinter dem Marschlande langsam ansteigt (z. B. Lüneburger Heide). Zwischen Geest- und Marschgebieten breiten sich oft große Moorlandschaften aus. Üppige Wiesen oder wenigstens noch zur Weide ausreichende Grasnarben finden sich ferner in großer Ausdehnung innerhalb der Landschaften unserer deutschen Mittelgebirge, im Westerwald, Taunus, Vogelsberg, Rhön, Thüringer Wald, Harz, Teutoburger Wald, in den Bergischen Höhen, dem Wasgen- und Schwarzwald, Deutschen Jura, Fichtelgebirge und Bayerwald, auch im schlesisch-sächsischen Gebirgskreise. Die klimatisch am meisten begünstigten Gebietsteile Deutschlands, das Rhein-Main-Neckargebiet, das Rheintal bis Bonn, das Moseltal, sind, bei nicht allzu reichlichen Niederschlägen, verhältnismäßig arm an Wiesen und Weiden. Der überaus fruchtbare Boden ist hier höheren Kulturen gewidmet.

Deutschland ist ein Land intensivsten Ackerbaues. Durch Entwässerung von Sumpfgebieten, Bewässerung trockener Striche, durch Eindeichung von Marschen, Rodung von Wäldern ist es dem Fleiß des deutschen Bauern gelungen, annähernd die Hälfte des Bodens in ergiebiges Ackerland zu verwandeln. Wenn nun auch der Landwirtschaft betreibende Teil des Volkes im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung an Zahl vor dem Weltkriege zurückging, so nahm doch andererseits die landwirtschaftliche Produktion durch Verbesserung des Betriebes stetig zu. Klima und Bodenbeschaffenheit beeinträchtigen oder befördern natürlich die Anbaufähigkeit des Bodens gar sehr, daran kann auch die neuere Agrikulturchemie usw. nichts ändern. Wälder und Wiesen erfordern ein kühles und feuchtes Klima. Wo dieses vorhanden, da gewinnen sie naturgemäß ihre größte Ausdehnung. Andererseits verlangt der Anbau von Getreide, von Hack- und Gartenfrüchten außer dem geeigneten Boden solche klimatischen Verhältnisse, welche den landwirtschaftlichen Kulturpflanzen eine lange Vegetationsdauer, hohe Sommertemperatur und eine hinreichend trockene Erntezeit gewähren. Die Ebenen am Rhein, an der Neckar- und Mainmündung sind die fruchtbarsten Gegenden des Deutschen Reiches. Da gedeihen Weizen, Mais, Hopfen, Wein, Pfirsiche, Tabak, Mandeln, eßbare Kastanien. Im südlichen Teil der Ebene, am Kaiserstuhl, bildet

vulkanische Verwitterungserde einen überaus fruchtbaren Boden. Die Rheinebene des früher deutschen Elsaß bis zu den Vorhügeln des Wasgenwaldes ist mit Löß bedeckt. Dieses ganze Lößgebiet konnte geradezu als eine Kornkammer Südwestdeutschlands gelten. Der Rheingau mit den berühmtesten Weinsorten gilt zugleich als schönster Teil Deutschlands. Unter den hervorragend fruchtbaren Gebieten werden sonst noch genannt: der Donaugauboden in der oberdeutschen Hochebene, das Nördlinger Ries, die Getreidehochebene an den Donauquellflüssen im Schwarzwaldgebiet (die sog. „Baar“), das „Bauland“ in der östlichen Verflachung des Odenwaldes (das Lothringische Hügelland, das bis über die mittlere Mosel nach Luxemburg geht), die das hessische Berg- und Hügelland durchsetzenden Becken (Talsenke der Schwalm!), die Gegend bei Hameln im Weserbergland, die Soester „Börde“<sup>1</sup>, die „Goldene Aue“ bei Erfurt mit ihrem vortrefflichen Acker-, Gemüse- und Gartenlande, die Täler im Norden des Erzgebirges, die „Bornaer Pflege“ bei Leipzig und die „Meißner-Lommatscher Pflege“ bei Dresden, das etwa 300 bis 400 m hoch gelegene fruchtbare Gebiet im Glatzer Bergland, die fruchtbaren Lößlager am Nordrand der Sudeten (Liegnitz), (das weizenreiche Kujawien in Posen), die Uckermark im Brandenburgischen, die Werder der Weichselniederung in Ost- und Westpreußen, in Pommern die Landschaften nördlich des Höhenrückens, in Mecklenburg das Quellgebiet der Peene und die Gegend um Klütz (westlich von Wismar), in Holstein Wagrien mit Fehmarn, in Schleswig Angeln mit der Halbinsel Sundewill und Alsen. Große Getreideflächen finden sich auch im Münsterlande und den Nachbargebieten. Die Landschaften Ostelbiens vereinigen in sich die extremsten Grade von Ergiebigkeit und Unfruchtbarkeit, den Flugsand der Dünen und den schwersten, ertragreichsten Boden der Niederung. 42,5 % der Gesamtoberfläche von Brandenburg ist Sandboden („Streusandbüchse des Deutschen Reiches“). Aber, was menschlicher Fleiß aus diesem Lande gemacht hat, verdient alle Achtung. Wir können hier nicht näher auf Einzelheiten eingehen. Es möge genügen, daran zu erinnern, daß Deutschlands Hauptbrotrfrucht von alters her Roggen war. Daneben gedeiht Hafer, auch Weizen, Gerste. Im Kartoffelbau überragte das alte Deutschland alle andern europäischen Länder. Auch der Zuckerrübenbau war hier sehr entwickelt. 1901/02 waren 395 Zuckerfabriken im Betrieb. Davon kamen allein 112 auf die preußische Provinz Sachsen (der „Zuckerpole“ in Magdeburg). Der Anbau von sog. Handelspflanzen ist örtlich sehr beschränkt. Hanf findet sich fast nur in Süddeutschland, Flachs vorzugsweise in Hannover, Ostpreußen, Schlesien, Bayern. Tabak wird in der Rheinpfalz (und Elsaß-Lothringen) angebaut, auch in Mittelfranken, Pommern, der Uckermark. Die Hopfenkultur blüht in Bayern und dem württembergischen Schwarzwaldkreise (im Unterelsaß, auch in der ehemaligen Provinz Posen). Die bedeutendsten Weinogenden sind die Täler des Rheins, der Mosel, des Mains und Neckars. Quantitativ liefert die Rheinpfalz die meisten Erträge, dann Freiburg im Breisgau, (Unter- und Ober-Elsaß), Rheinhessen, die Bezirke Koblenz und Trier, der Neckarkreis. (Lothringen), den Rheingau mit seinem herrlichen Produkte nicht zu vergessen.

Ganz bedeutend ist in Deutschland die Viehhaltung. Die Pferdezucht blüht namentlich im nördlichen Deutschland. Die Gestüte zu Trakehnen (von Friedrich Wilhelm I. gegründet) in Ostpreußen und Graditz in der Provinz Sachsen

<sup>1</sup> Im nördlichen West- und Mitteldeutschland werden die Fruchtlandschaften mit schwerem Boden „Börden“ genannt, Magdeburger, Soester Börde (Eckert, Handelsgeographie 25).

waren weltbekannt. Auch in Oberbayern (und in Elsaß-Lothringen) wurde der Pferdezucht große Sorgfalt gewidmet. Die Rinderzucht wurde namentlich in Mittel- und Süddeutschland betrieben, ebenso in den Marschbodengegenden des Nordens (Holstein, Oldenburg, Friesland), auch in der Rheinprovinz, Hessen-Nassau, im sächsischen Vogtlande, Sachsen-Altenburg und den beiden Reuß. Die Ziege („Kuh des armen Mannes“) wird namentlich in Ostpreußen, im Hamburger Gebiet, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen gepflegt. Im Weltkriege wuchs die Zahl ihrer Freunde in ganz Deutschland. Der stärksten Zunahme erfreute sich vor dem Kriege die Schweinehaltung vor allem in den sächsischen und thüringischen Ländern, dann in Baden, Hessen, den preußischen Provinzen Sachsen, Westfalen, Hannover, Hessen-Nassau, Rheinland, Schleswig-Holstein und Pommern. Die Schafhaltung ging infolge der starken Wolleinfuhr zurück. Sie verlegte sich vorzugsweise auf die Zucht von Fleischschafen. Die deutsche Bienenzucht erzeugte jährlich ungefähr 25 % des ganzen europäischen Honigertrages im Werte von ungefähr 14 Millionen Mark (dazu für etwa 4 Millionen Mark Wachs). Die Zucht von Geflügel und Fischen könnte ganz wohl in Deutschland noch gesteigert werden. Die Hochseefischerei hatte schon in den letzten Jahrzehnten einen bedeutenden Aufschwung genommen, dank den Bemühungen des „Deutschen Seefischerei-Vereins“ und den Maßnahmen der Regierung (Bau des Fischereihafens in Geestemünde 1896; dann besonderer Forschungsdampfer: „Poseidon“). Seit etwa 1890 war der Ertrag der Seefischerei um mehr als das Zehnfache gestiegen. Eine weitere Zunahme ist auch heute noch sehr wünschenswert, schon darum, weil der Fleischkonsum der wachsenden Bevölkerung durch die Inlandsproduktion nicht gedeckt wird. Die Ausdehnung der Fischnahrung wird übrigens nicht bloß aus ökonomischen, sondern auch aus gesundheitlichen Gründen empfohlen. Deutschland war, abgesehen von den Industriebezirken, noch ziemlich reich an Haarwild und Federwild. Der jährliche Jagdbeutewert wurde auf 19 bis 20 Millionen Mark veranschlagt.

Über die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität in Deutschland machte für die Wende des Jahrhunderts Ballod<sup>1</sup> folgende Angaben: Für das Deutsche Reich gibt es eine Erntestatistik erst seit 1878. Anfangs wurden die Schätzungen von den Gemeindevorständen vollzogen, seit 1899 beruht die Erntestatistik auf zuverlässigeren Schätzungen von Sachverständigen. Vergleicht man die Angaben von 1899 bis 1903 und 1904 bis 1908 mit denen von 1879 bis 1883 und erhöht dabei die (nach sachverständiger Meinung durchweg zu niedrigen Angaben) von 1879 bis 1883 gemäß der vom Kaiserlichen Statistischen Amte vorgenommenen Umrechnung (für Roggen etwa um 20 %, für Weizen um etwa 15,5 %, für Gerste um 16, für Hafer um etwa 24 %), dann ergeben sich folgende Zahlenwerte:

	1879/83	1899/1903	1904/08
Roggen . . . . .	6,570 Mill. t	8,957 Mill. t	9,950 Mill. t
Weizen und Spelz . . . . .	3,100	3,989	4,150
Gerste . . . . .	2,500	3,148	3,100
Hafer . . . . .	5,030	7,272	7,560
Zusammen . . . . .	17,200 Mill. t	23,366 Mill. t	24,760 Mill. t

<sup>1</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1910) 435 f. Wir kommen an anderer Stelle darauf zurück.



Rechnet man für die Aussaat je 170 *kg* per Hektar, so gehen dafür ab etwa 2,33 Millionen Tonnen (die Getreideanbauflächen hatten sich nicht wesentlich verändert), so daß einer Nettoernte von 14,87 Millionen Tonnen in den Jahren 1879 bis 1883 eine solche von 21,04 Millionen Tonnen in den Jahren 1899—1903 und von 22,43 Millionen Tonnen in den Jahren 1904/08 gegenüberstehen würde. Die Nettoernte wäre somit um rund 7,56 Millionen Tonnen oder um rund 50 % gestiegen. Nach den ursprünglichen Ernteschätzungen hat die Nettoernte sogar nur etwa 12,6 Millionen Tonnen in den Jahren 1879/83 betragen, woraus sich ein Ansteigen um 80 % ergeben würde. Zu beachten bleibt allerdings die Mehrverwendung von Kunstdünger und von landwirtschaftlichen Maschinen. Conrad meint für manche Güter sogar einen vierfachen Aufwand annehmen zu dürfen. Stärker noch als die Produktion der Hauptgetreidearten ist die Kartoffelproduktion gestiegen. Die Nettoernte an Kartoffeln ist von rund 15 Millionen Tonnen auf etwa rund 36 Millionen Tonnen angewachsen (1912: 50,2 Millionen Tonnen, 1914: 46 Millionen Tonnen). Das Getreideäquivalent derselben hätte also in der ersten Periode 3,0, in der zweiten 7,2 Millionen Tonnen betragen. Die Gesamtsteigerung der Produktivität der Ackerkultur würde sich demgemäß auf mindestens 66 % belaufen, während die Bevölkerung in der Zeit von 1880 bis 1905 nur eine Zunahme von 33 % erfahren hat.

Weniger als die Steigerung der Ackerkultur (vor dem Kriege) fällt die Zunahme des Viehstandes in die Augen. Zu Anfang der 1860er Jahre hatte Deutschland rund 15 Millionen Rinder. Bis zum 10. Januar 1883 war ihre Zahl erst auf 15,79 Millionen angewachsen, bis zum 1. Dezember 1887 auf 18,4 Millionen; am 2. Dezember 1907 betrug sie 20,589 Millionen. In der gleichen Zeit ging die Anzahl der Schafe von 28 auf 19,2, 10,9 und 7,68 Millionen zurück. Die Anzahl der Ziegen nahm dagegen zu; sie stieg von 1,8 auf 2,5 Millionen. Besonders großen Zuwachses erfreuten sich die Schweine. Ihre Anzahl stieg bis 1893 von 6,46 Millionen (zu Anfang der 1860er Jahre) auf 9,20, dann bis 1897 auf 14,27 Millionen und bis 1907 auf 22,08 Millionen. Ferner zu beachten ist, daß das Lebendgewicht der Rinder eine erhebliche Zunahme (um etwa 20 %) erfahren hat. Es darf also, nach Ballod, das Ansteigen der Gesamtproduktivität auch in der Viehzucht tatsächlich kaum niedriger veranschlagt werden als bei der Ackerkultur. Die Kriegszeit hat ja nun freilich mit dem Viehstand tüchtig aufgeräumt. Man konnte in einem Vororte Berlins beobachten, wie die liebe Jugend an dem Anblick einiger Schweine sich fast ebenso ergötzte wie vordem, wenn ein Bär oder ein Kamel durch den Ort geführt wurde. Und wie hoch trugen erst die Gänse das Haupt im Bewußtsein der hohen Einschätzung ihres Wertes!

Und nun die Bodenschätze! Altdeutschlands. Auf diesen Bodenschätzen beruhte zum nicht geringen Teile die Blüte unserer Industrie. Am meisten aber hatten Kohle und Eisen, die reichlich vorhanden, dazu beigetragen. Es ist von Bedeutung, daß die mineralischen Reichtümer Deutschlands zum größten Teile in Landstrichen sich befinden, die dem Verkehr keine Schwierigkeiten bieten. Der Stahlindustrie kamen namentlich auch die Nähe der Fundorte für Kohlen und Eisenerze zustatten. Rheinland und Westfalen, das Siegerland, der Lahnkreis, das Saargebiet, (Lothringen und Luxemburg), Schlesien, das Königreich Sachsen sind Produktionszentren für Eisen. Weniger bedeutend ist die Eisenproduktion in

<sup>1</sup> Max Eckert a. a. O. II 52 ff.

Bayern, Württemberg, Thüringen, Braunschweig, Hannover. Die Steinkohlen aber lagern hauptsächlich in der Ruhrgegend, bei Aachen, an der Saar, in Ober- und Niederschlesien, in Sachsen; Braunkohlen besonders in der Hallenser Gegend mit Weißenfels und Zeitz, am Fuße der Alpenvorberge (Peißenberg, Penzberg, Miesbach), im Rheinland usw. Im oberschlesischen Steinkohlenbecken lagern wohl allein 90 Milliarden Tonnen Kohlen, mehr wie in ganz Britannien zusammen. In der gesamten Kohlenherzeugung stand Deutschland bloß um  $\frac{1}{4}$  hinter Großbritannien zurück, in der Steinkohlengewinnung für sich allein um die Hälfte (M. Eckert). In manchen Gegenden, wo die Kohle fehlt, in den Moorgegenden Oberbayerns und Niederdeutschlands, wird Torf als Heizmaterial verwendet. Alle 30 Jahre ungefähr sind die Torflager in der Münchener Talebene wieder von neuem zum Ausstechen fertig. Relativ reich an Kupfer ist das Mansfeldische Gebiet. Auch im Harz (Rammelsberg bei Goslar), in Thüringen (Ilmenau), östlich der Briloner Höhen (Nieder- und Obermarsberg) finden sich Kupfererze. Manganerze liefern der Harz (Ilfeld) und Thüringen (Ilmenau) sowie das Lahngebiet. Zink hatte das alte Deutschland mehr als irgendein anderes Land der Erde. Etwa  $\frac{5}{8}$  der jährlichen Zinkgewinnung entfiel auf Oberschlesien; auch bei Aachen, Iserlohn, Ems, Bensberg, Claustal, Andreasberg finden sich Gruben. Bleierze werden zumeist in der Aachener Gegend gewonnen, dann in Oberschlesien (Tarnowitz, Beuthen), im Claustaler Gebiet des Harzes, in Westfalen, der nördlichen Eifel, Freiberg in Sachsen, an der Lahn. Silber findet sich im Erzgebirge (Freiberg, Halsbrücke, Braunsdorf, Schneeberg, Johannegeorgenstadt), im Oberharz (Claustal, Andreasberg, Goslar), im Mansfeldischen, in der Eifel bei Mechernich und Kommern. Die Hälfte der europäischen Ausbeute fiel auf Deutschland. Gold findet sich nur wenig im Rhein, der Eder, Schwarza, der Priesnitz bei Dresden usw. Auch im Fichtelgebirge, Taunus, in Frankenstein (Schlesien) sind Spuren von Gold gefunden worden.

Des alten *Österreich-Ungarns* Volkswirtschaft schien zu Anfang des Weltkrieges eine Stärke zu offenbaren, die seine Gegner zunächst in Staunen versetzte. Es wurde eben die fortschreitende Erstarkung übersehen, deren sich das Wirtschaftsleben der Monarchie seit einer Reihe von Jahren erfreuen durfte und die nun durch den Krieg vernichtet wurde.

An dieser Stelle kommen für uns die Produktivität des Bodens und die Bodenschätze in Betracht, über welche die alte Monarchie verfügte.

Etwa 95 % des Bodens war produktiv, unfruchtbar lediglich die Gipfel und Kämme des Hochgebirges, die meisten Gebiete des Karstes (Fortsetzung der südlichen Kalkalpen nach SO), die Sümpfe und Moore Ungarns. Das Ackerland umfaßte 40 % des Kulturbodens (1 % Weinkultur); 25 % waren Weiden und Wiesen, 30 % Waldgebiet. Besonders großer Fruchtbarkeit erfreuten sich namentlich die Hügelgelände Nordböhmens und Mährens, die korn- und weinreichen Gefilde Niederösterreichs. Es zeichnet sich auch die ungarische Niederung zum Teil durch fruchtbaren Lößboden aus. Man kann die südlichen Teile des früheren Österreichs, das Küstenland um Abbazia, Südtirol, das südliche Krain, Kroatien-Slawonien, das ehemalige Banat in Südungarn als Südfruchtzone bezeichnen. Dort gedeihen außer allen Getreidearten noch Feigen, Mandeln, Edelkastanien, Wein, auch die Olive und der Reis, wenigstens stellenweise. Nordtirol, Kärnten, Nordkrain, Steiermark, Salzburg, Ober- und Niederösterreich, Südmähren, Ungarn, Siebenbürgen und die Bukowina bildeten dann die Wein- und Maiszone mit 11—9° C mittlerer Jahrestemperatur und einem längeren und schärferen Winter. Alle Getreidesorten,

Mais, Wein und vorzügliches Obst gehören dieser Zone an. Böhmen, Nordmähren, Schlesien und Galizien bildeten die österreichische Getreidezone (Getreide, Kartoffeln, Flachs, Hanf) mit mittlerer Jahrestemperatur von 9 bis 7° C, wie sie sich auch im größten Teil Deutschland findet.

Da Österreich-Ungarn vorwiegend Ackerbaustaat war, so blieb es bedeutsam, daß immer größere Flächen unter den Pflug kamen: Innerhalb 30 Jahren (1882—1912) war die mit Weizen angebaute Fläche von 1 017 000 auf 1 260 000 *ha*, die mit Roggen bepflanzte von 1 915 491 auf 2 032 000 *ha* gestiegen. Dank der Fortschritte der Landwirtschaftstechnik wurde der Ackerboden dazu noch besser ausgenutzt. Dies beweist die Tatsache, daß auf einem Hektar in Meterzentnern bzw. in Hektolitern geerntet wurden:

in den Jahren	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1882	11,6	10,5	10,6	8,8
1912	15,0	14,6	16,0	13,0.

In erfreulichem Aufschwung befand sich vor dem Kriege auch die Viehzucht Österreich-Ungarns. Im Zeitraum 1880—1910 war die Zahl der Pferde von 1 463 000 auf 1 802 000, der Rinder von 8 584 000 auf 9 160 000 und der Schweine vollends von 2 721 000 auf 6 432 000 gestiegen.

Wie an pflanzlichen und tierischen Naturerzeugnissen war das alte Österreich-Ungarn reich an Bodenschätzen; ja es gehörte zu den mineralreichsten Ländern des europäischen Kontinentes. Allerdings fanden sich hier Kohle und Eisen selten zusammen. Im nördlichen und nordwestlichen Böhmen wurden in ausgiebiger Fülle Braunkohlen gefördert. Steinkohlen fand man bei Pilsen, reichlicher aber in dem Banater Gebirge, in welches die transsylvanischen Alpen auslaufen. Eisenerze boten die Alpen, Karpathen, Sudeten mit dem Erzgebirge. Kupfer förderte Tirol und Ungarn, Blei Kärnten, Zink Schlesien, etwas Zinn der Südrabhäng des Erzgebirges. Steinsalz fand sich reichlich in Westgalizien, Siebenbürgen: Sudsalz wurde im Salzkammergut, an einzelnen Orten Tirols gewonnen. Edelmetalle besaß Österreich mehr als Deutschland.

Gewonnen wurden in Österreich (in Millionen Doppelzentnern):

Jahr	Steinkohlen	Braunkohlen	Eisenerz
1882	65,59	89,96	9,02
1911	143,79	252,65	27,66
1912	155,90	246,80	—
1913	164,70	272,70	—
1914	150,70	237,70	—
1915	160,80	220,30	—

Österreichs Eisenwerke hatten sich natürlich während des Weltkrieges auch in den Dienst der Landesverteidigung gestellt. So kam es, daß der Absatz der kartellierten österreichischen Eisenwerke im Jahre 1915 mit 6,5 Millionen Doppelzentner die Zahlen des letzten Friedensjahres mit 6 Millionen Doppelzentner übertraf; übrigens hatte der Absatz im Jahre 1911: 6,88 und im Jahre 1912 gar 8,37 Millionen Doppelzentner erreicht. Bedeutungsvoll für die Habsburger Monarchie war auch die Erdölgewinnung (hauptsächlich Galiziens): 1886 waren erst 180 Erdölunternehmungen im Betrieb mit einer Gewinnung im Wert von 3,36 Millionen Kronen, während 1911: 350 Betriebe Erdöl im Wert von 47 Millionen Kronen förderten. Der Krieg hatte natürlich gerade in Galizien die schwersten Schäden im Gefolge.



Für den Wert der Donau als Wasserstraße wurde, wie bereits gesagt, die Verkehrsverbesserung an der Felsenenge des Eisernen Tores von großer Bedeutung. Trotz der Sprengungen im Jahre 1891 war dort der Verkehr, bei einer bis zu 8 m betragenden Wassergeschwindigkeit für die Sekunde, sehr schwierig. Während des Krieges wurde nun eine mechanische Schleppbahntreidelei errichtet. Dampflokomotiven, die sich auf dem serbischen Ufer bewegten, übten die Zugkraft aus. Die Leistungsfähigkeit der neuen Anlage erlaubte jetzt die Durchfahrt von 30 Schleppen (statt 6—8 früher) pro Tag.

Auf die besondere Behandlung der aus dem aufgelösten Österreich-Ungarn entstandenen wirtschaftlich schwachen neuen Staaten müssen wir einstweilen verzichten. Alles ist dort noch im Fluß. Das produktionsgeographisch Wichtige wurde ja vorläufig mit dem über den alten Kaiserstaat Gesagten genügend behandelt.

Im *Südosten Europas*<sup>1</sup> sind die fruchtbarsten Gebiete: das bulgarisch-walachische Becken (Rumänien eine „Kornkammer“ für Europa), ferner das ostrumelische Becken, die Küstenebenen der Maritza, Mesta, Struma und des Wardar (Alluvionenbecken). Das einst fruchtbare Kampania in Makedonien ist jetzt öde. In Griechenland ist sehr fruchtbar der Peloponnes, ferner Messenien und Elis (Korinthenbau). Die Höhen Albaniens bilden die unwirtlichste Landschaft der Balkanhalbinsel.

Ackerbau und Viehzucht sind im ganzen vorherrschend. „Würde man sich mit dem Ackerbau noch mehr Mühe geben, so könnte die Südosthalbinsel bei besseren Verkehrswegen eine europäische Kornkammer ersten Ranges sein“ (Eckert). In Rumänien ist die Hälfte des Bodens Ackerland, in Bulgarien über ein Viertel. Trotz fruchtbaren Bodens führte aber speziell die alte Türkei Brotfrüchte ein. Hier hatte ein schlechtes Steuersystem die Verödung mit veranlaßt. Weinbau ist stark in Griechenland (westlicher Peloponnes) und Serbien (bei Negotin, Nisch, Timok), in Bulgarien (Tirnovο und Sliven). Forstkultur fehlt, namentlich in der Türkei. Serbien ist sehr walddreich (ziemlich die Hälfte des Landes). Die alte Türkei lieferte Tabak (Makedonien), Rosenöl, Opium usw. Die Viehzucht war in der Türkei vernachlässigt („Hammelsteuer“), dagegen gut besorgt von dem Hirtenvolk der Montenegriner, auch in Serbien, Rumänien, Bulgarien, dort mit bedeutender Schafzucht, Schweinezucht usw. Verbreitet ist auch die Seidenraupenzucht usw. Steinkohlen finden sich auf beiden Seiten des Balkan, südwestlich von Sofia (Pernik), südlich von Widin und im ostserbischen Erzgebirge. Griechenland hatte nur Braunkohlen (Euböa). Eisen findet sich in Antivari (Montenegro), im Wilajet Saloniki, im oberen Maritzabecken, auf den Kykladen, Gold und Silber auf der Halbinsel Chalkidike, Silber auch im ostserbischen Erzgebirge, im Balkan, in Griechenland, auf Euböa, im Gebiet der westlichen Morava, Blei und Galmei in den alten Bergwerken des Laurion (südöstlich von Athen), Kupfer (in Griechenland und Serbien), Quecksilber im Südosten von Belgrad, Petroleum, Steinsalzlager (in Rumänien), Schwefel, Marmor (in Griechenland) usw. Auch ein beträchtlicher Teil der früheren außereuropäischen Türkei — (asiatischer Teil: Kleinasien oder Anatolien, Armenien, Kurdistan, Mesopotamien, Syrien mit Palästina, die Küstengebiete Arabiens. Den afrikanischen Teil bildeten vordem Ägypten, Tripolis mit den zugehörigen Gebieten) — würde bei guter Bewässerung sehr frucht-

<sup>1</sup> Max Eckert a. a. O. 278 ff. Christian Eckert, Eine Orientfahrt der Kölner Handelshochschule (1907).

bar sein. Es finden sich daselbst ebenso noch viele ungehobene Schätze von Mineralien<sup>1</sup>.

Das durch den Weltkrieg schwer betroffene und stark verkleinerte *Bulgarien* war in wirtschaftlicher Beziehung ein ausgesprochenes Agrarland. Bodenverhältnisse und Klima begünstigten den Ackerbau. Nach der Zählung von 1905 lebten 80,4 % der Bewohner auf dem Lande und nur 19,6 % waren Städter. Während hier annähernd 81 % der Bevölkerung im Landbau ihre Hauptbeschäftigung fanden (gegen 28,6 % in Deutschland), entfielen vor dem Weltkriege auf Industrie und Bergbau nur 8,9 % (gegen 42,8 % in Deutschland). Dem Handel und Verkehr widmeten sich 5,7 % (gegen 13,4 % in Deutschland). Von den 9,6 Millionen Hektar des Landes waren 82,8 % für die Produktion benutzbar. Es entfielen hiervon 37,6 % oder 3,6 Millionen Hektar auf Ackerland, 29,4 % oder 2,8 Millionen Hektar auf Wald, 10 % oder 1 Million Hektar auf Weiden und Hutungen, der Rest auf Garten-, Wein- und Obstbau. Besonders gut gedeihen Weizen und Mais, da der Sommer große Hitze mit sich bringt. Im Jahre 1911 wurden rund 1,3 Millionen Tonnen Weizen geerntet (gegen 4,06 Millionen im Deutschen Reiche). Im Jahre 1913 brachte die Weizenernte sogar 1,6 Millionen Tonnen, 1914 nur 0,8 Millionen und 1915 wieder 1,25 Millionen. Der Ernteertrag für Mais betrug 1911 rund 777 000 t, 1913 sogar 1,02 Millionen und 1914 etwa 800 000—900 000 t. Eine geringe Rolle spielte der Roggenbau. Er ergab 1915 nur 193 000 t (in Deutschland 1911: 10,8 Millionen Tonnen). Auch war der Anbau von Gerste und Hafer unbedeutend. Der Kartoffelbau, der in den westeuropäischen Ländern einen so breiten Raum in der Landeskultur einnimmt, war wenig bekannt. Bedeutender war früher der Weinbau, der aber infolge der Reblauskrankheiten stark zurückging. An den Nordhängen des Balkans blühte die Obstkultur. Maulbeerkultur und Seidenraupenzucht fanden sich gleichfalls nördlich des Balkans sowie bei Chaskovo und Philippopol usw. Guter Tabak wurde bei Chaskovo und Dubnica gebaut. Bekannt ist namentlich auch, neben dem berühmten bulgarischen Gemüsebau, die Rosenkultur in Ostrumelien. Sie dient der Rosenölerzeugung und nimmt eine Fläche von 7000—8000 ha ein. An Handelsgewächsen kamen sonst noch Hanf, Sesam und Baunwolle vor. Auch Reis wurde an einigen Orten gewonnen. Ein Drittel des Landes war Wald (viel Hochwald, Urwald, Niederwald).

Da das alte Bulgarien über ausgedehnte Weidegründe und gutes Wiesenland verfügte, so blühte die Viehzucht (Schaf-, Ziegen-, Mauleselzucht) mehr noch als die Rindviehzucht. Die Schweinezucht war weniger bedeutend. Der Viehbestand hat natürlich in den letzten Kriegen stark gelitten. Die Geflügelzucht war nicht unbedeutend, ließ jedoch eine bessere Entwicklung ohne große Schwierigkeit zu. Das gilt von der agrarischen Produktion im ganzen. Im Jahre 1905 waren z. B. erst rund 70 000 eiserne Pflüge im Gebrauch neben 393 000 hölzernen. Auch fehlte eine geregelte, rationelle Forstwirtschaft.

Der Bergbau sodann blieb wenig bedeutend. Von 1902 bis 1910 wurden 63 000 t Kupfererze, 90 000 t Bleierze und 2000 t Manganerze gewonnen. Steinkohle wurde bisher nicht selten, aber nur in geringen Mengen gefunden. Der makedonische Teil vom heutigen Serbien verfügt über beträchtliche Bodenschätze.

<sup>1</sup> Zum Ganzen vgl. Die Grundlagen türkischer Wirtschaftsverjüngung von F. Frech, A. Hänig, A. Sack. Bd. I der Sammlung „Das Wirtschaftsleben der Türkei“. Herausgegeben im Auftrag der Deutschen Vorderasiengesellschaft von Hugo Grothe (1916).

*Serbien* ist ebenfalls vorwiegend ein Agrikulturland. Der ergiebige Boden wurde aber nur zu kaum einem Drittel der Landwirtschaft erschlossen. Dazu war die Wirtschaft wenig intensiv. Unter den Bodenerzeugnissen stehen die verschiedenen Getreidearten an erster Stelle: Mais und Weizen, aber auch Gerste, Hafer und Roggen. Eine besondere Rolle spielt der Obstbau. Große Gebiete sind mit Pflaumenbäumen bepflanzt. Der Tabakbau ist weniger bedeutend, der Weinbau dagegen ziemlich beträchtlich. In den letzten Jahren vor dem Weltkriege entwickelte sich auch die Seidenraupenzucht mit entsprechender Maulbeerkultur. Bedeutend ist die serbische Viehzucht, die allerdings der intensiven Pflege noch entbehrt. Es finden sich indes relativ reiche Bestände an Rindern, Schafen, Pferden, namentlich an Schweinen, die in den ausgedehnten Eichenwäldungen des Landes vortrefflich gedeihen. Auch die Geflügelzucht verdient Erwähnung. Alle Mineralien dürften in Serbien vorhanden sein: Kohle, Eisen, Blei, Kupfer, Zink, Silber usw. Allein die reichen Mineralschätze ruhen zum größten Teile noch unberührt im Schoße der Erde. Die letzten Kriege haben natürlich Serbiens Wirtschaft sehr hart getroffen. Politische und militärische Wirren ließen auch vordem schon eine günstige wirtschaftliche Entwicklung nicht aufkommen.

*Rumänien* ist Agrikulturland im vollen Sinne des Wortes. 50,2 % der Fläche entfällt auf Acker- (45,5) und Wiesenland (4,7), weiterhin auf Weinland 1,1 % (1904: 0,8 %) und 20,6 % auf Wald. Das übrige ist unkultiviert. 1904 umfaßte der Getreidebau 81,4 % der Anbaufläche. In der westlichen Hälfte der Walachei gedeiht insbesondere Weizen und Mais. Auch in der Moldau wird der Maisbau durch das warme Klima und die reichliche Bewässerung sehr gefördert. Die Osthälfte der Walachei mit ihrem trockeneren Klima, ebenso die Dobrudscha und die Moldau zum Teil sind dem Gerstenbau günstig. Hafer, Roggen, Hirse finden sich weniger. Auch Kartoffeln sind selten, abgesehen vom nördlichen Teile der Moldau. In den Donaubezirken wird Raps gewonnen, Tabak in einzelnen Distrikten, ebenso Wein und als Hauptobstsorte Pflaumen. Lein wird namentlich in der Dobrudscha, an verschiedenen Orten im Lande auch Hanf gebaut. Der Ackerbau, der an erster Stelle gepflegt wird, hat das Interesse an der Tierzucht stark zurückgedrängt. Die natürlichen Wiesen finden wenig Pflege, und künstliche werden kaum angelegt. Es fehlt auch, von wenig Klee abgesehen, der Anbau von Futtergewächsen. Die Rassenzucht steckt noch in den ersten Anfängen. Auch die einst berühmten moldauischen Pferde sind durch schlechte Pflege sehr heruntergekommen. Auf den Donauinseln usw. blüht einigermaßen die Schweinezucht. Die Schafzucht hat gelitten. Die Geflügelzucht ließe sich ebenfalls noch bedeutend heben. Gering ist schließlich die rumänische Seidenzucht.

Zur Verfeuerung weniger taugliche Kohlen finden sich in den rumänischen Karpathen. Doch läßt sich daraus ein gutes Brikett herstellen. Wertvoll ist das namentlich in dem Bezirk Prahova gewonnene Petroleum<sup>1</sup>. In geringeren Mengen findet es sich auch in den Distrikten Dambovitza, Bacau, Buzeu und Ilfov. Rumänien hat schließlich bedeutende Salzwerke.

Bei günstigen Ernten und guten Preisen der Bodenerzeugnisse hatte der Wohlstand des Landes sich vor dem Kriege sehr gehoben, in der leichtlebigen

---

<sup>1</sup> Erdöl, einst nur Lichtquelle, dient jetzt in der Hauptsache zur Erzeugung von Kraft und Wärme (Verbrennungsmotore, wichtiges Kampfmittel im Kriege; ölbeheizte Schiffe usw.).



Bevölkerung aber einen verhängnisvollen Hang zum Wohlleben noch beträchtlich gestärkt. Die Genußsucht vernichtet, wie überall, so auch hier die Arbeitsenergie und greift damit an die Wurzel alles wirtschaftlichen Fortschrittes.

Durch Angliederung von Siebenbürgen, Bessarabien und der Dobrudscha hat Rumänien wichtige neue Wirtschaftsgebiete erhalten.

Im alten *Rußland*<sup>1</sup> (ohne Finnland) gab es 1892 noch 19,1 % unproduktiven Boden, dann 26,2 % Ackerland, 15,9 % Wiesen, Weiden, Garten- und Weinland. 1905 waren im europäischen Rußland (ohne Finnland und Ziskaukasien) 17 % der Gesamtfläche mit Kornfrüchten und Kartoffeln bestellt. Im hohen Norden, jenseits des Polarkreises, dehnen sich unfruchtbare Tundren aus. Es folgt dann das Waldgebiet im Norden und Nordosten (39 % der Fläche). Die Waldwirtschaft war noch wenig entwickelt. Die Wälder wurden oft rücksichtslos verwüstet. Wie die Wälder, so verengern auch große Sümpfe (Rokitnosümpfe) den Ackerbauboden. Erst 26 % des Bodens waren bei der Jahrhundertwende dem Ackerbau gewonnen. Im Norden wird Waldfeldwirtschaft getrieben. Es wird eine Rodestelle geschaffen und einige Jahre besät, ehe man eine neue Stelle rodet. Weiter nach Süden findet sich Dreifelderwirtschaft (2 Ackerfelder, 1 Brachfeld). Die Bewirtschaftung ist vielfach dieselbe in den weiten Gebieten Rußlands. Neben rationell, in manchen Gegenden nach westeuropäischem Muster bewirtschafteten Gütern von Großgrundbesitzern findet sich eine völlig rückständige Wirtschaft russischer Bauern. Die Beseitigung des Mir (Gemeindebesitz des Bodens), so hoffte man, werde günstig auf die Entwicklung des Ackerbaues einwirken. Der Art nach sind die üblichen und möglichen Anbaupflanzen im wesentlichen die gleichen wie in Deutschland. Die Ergebnisse der Produktion bzw. die Verteilung der Getreidearten, die Zahl der Anbaupflanzen aber werden natürlich durch die besondern Verhältnisse der Lage bestimmt, sind andere im Norden, andere im Schwarzerdegebiet Wolhyniens, Podoliens, Kiows usw.

Die Tierzucht weist in Rußlands „Halb- und Mengkultur“ große lokale Verschiedenheiten auf, findet sich vor allem dort, wo die Natur selbst Wiesen und Weiden zur Verfügung stellt; neben nomadischer Viehzucht gibt es dann aber auch wieder Stallfütterung. Die Geflügelzucht ist ausgedehnt, aber von geringer Produktivität der Rassen in Fleisch und Eiern. In den südlichsten Gouvernements findet sich etwas Seidenzucht. In Bessarabien, Cherson und Taurien wurden Musterzüchtereien von Seidenraupen angelegt.

Der Süden des alten Rußlands ist reich an Kohlen, insbesondere das Uralgebirge auch reich an Eisenerzen, ebenso verhältnismäßig an Platin. Es werden ferner Kupfer, Zink, Schwefel gefunden; sehr viel Salz wurde gewonnen an den Küsten des Schwarzen und Kaspischen Meeres und aus Steinsalzlagerstätten. Bedeutend war Rußland als Quecksilberlieferant. Im Westen von Transkaukasien wurde viel Manganerz gefördert. Auch sind Petroleumquellen vorhanden.

Die *Ukraine* verfügt über den Hauptanteil (etwa 730 000 qkm) an dem überaus fruchtbaren Schwarzerdegürtel und zog darauf ungefähr 60 % der gesamten russischen Getreideerzeugung, an Zucker volle 88 % und von der Tabakernte die Hälfte. Auch mit Bodenschätzen ist die Ukraine reich ausgestattet. Ihre Kohlenförderung betrug (Donezbecken) 70 %, Eisen und Stahl 60 % usw. Es sind also die Vorbedingungen einer günstigen Industrieentwicklung vorhanden. Dazu kommt

<sup>1</sup> Friedrich, Wirtschaftsgeographie 163 ff.

die vorteilhafte Lage am Schwarzen Meere, über das mehr als 70 % der russischen Gesamtausfuhr geleitet wurden.

*Livland, Estland, Kurland* waren schon lange von der Ostsee her und von Ostpreußen durch die westeuropäische Kultur beeinflusst. Es findet sich dort (wie auch in Teilen Finnlands) vielfach der Wirtschaftscharakter von Mitteleuropa. Der Ackerbau erzeugte seine Produkte in großer Mannigfaltigkeit; der Betrieb war intensiv mit Fruchtwechsel, sorgfältiger Bestellung, Düngung, Verwendung von Maschinen, mit Futterbau, guter Vieh- und Milchwirtschaft, auch mit Angliederung landwirtschaftlicher Industrien. Weite Flächen von Liv- und Kurland mit ergiebigem Lehm Boden brachten jahraus jahrein reiche Ernten an Getreide, Flachs, Futterkräutern und Hackfrüchten. Nordlivland und Estland haben noch gewaltige Moorflächen, die der Aufarbeitung zu Feld und Wiese harren. Klima und Boden begünstigen außerordentlich den Waldwuchs in den Ostseeprovinzen. Dem deutschen Forstmann und Holzhändler waren die walzenrunden Stämme der baltischen Kiefer (Riga-Kiefer) wohlbekannt. Livlands Fichtenwälder versorgten z. B. die Zellstofffabrik im Waldhof bei Pernau. Es ist zu bedauern, daß so viel wertvolles Holz dem Feuer zum Opfer fällt. Die baltischen Provinzen verfügen ferner über reiche Torflager, die ein hochwertiges Brennmaterial liefern können. Auch sonst wird Land- und Forstwirtschaft weitere Fortschritte zulassen. Um nur eines hervorzuheben: Die Fülle fruchtbaren Bodens dürfte die Einbürgerung einer neuen Feldfrucht, der Zuckerrübe, leicht ermöglichen. Finnland ist da mit gutem Beispiel vorangegangen. Günstige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen sich auch für die Viehzucht. Der Meerbusen von Riga verleiht einem großen Teile des Gebietes verhältnismäßig mildes Seeklima mit hoher Luftfeuchtigkeit. Da gibt es dann gute natürliche Weideländereien wie auch lohnenden Anbau von Gräsern<sup>1</sup>.

Das *Königreich Polen* ist in überwiegendem Maße Ackerbaustaat. Äcker und Wiesen herrschen vor, der Waldbestand kommt erst an zweiter Stelle. Der Nordosten ist reines Ackerbaugebiet. Auch hier ist der Betrieb nur in den Großwirtschaften intensiv, in den Bauernwirtschaften (namentlich in den Gebieten von Suwalki, Lomscha und im nördlichen Siedlez) vielfach nicht auf der Höhe. Der durchschnittliche Ernteertrag betrug (zur Zeit der russischen Herrschaft) an Roggen jährlich 119 Millionen Pud, an Hafer 39, an Winterweizen 35, an Gerste 23 Millionen Pud (1 russisches Pud = 16,379 kg). Sehr bedeutend war die Kartoffelernte mit etwa 300 Millionen Pud. Die Kartoffel ist für die arme polnische Bevölkerung das hauptsächlichste Nahrungsmittel, wird aber auch für Brennereibetriebe verbraucht. Der Waldreichtum ist relativ mäßig; er läßt jedoch eine Steigerung zu. Die Viehzucht bildet nur etwa 15 % der landwirtschaftlichen Produktion (in Deutschland 40 %).

Die Angaben über die Leistungsfähigkeit Polens in Landwirtschaft und Gartenbau sind nicht immer und in allen Punkten die gleichen. Unter den für Getreide bestimmten Flächen, sagt auch ein anderer Bericht, war weitaus die größte dem Winterroggen gewidmet, nämlich mehr als 2,1 Millionen Hektar. Demnach ergab der Roggen unter den Getreidearten weitaus die größte Ernte, über 24 Millionen Doppelzentner. Die Bestellung mit Weizen und mit Gerste hielt sich in Polen etwa die Wage mit etwas über 500 000 ha. Die Fläche war für Weizen

<sup>1</sup> Richard Pohle, Landwirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten in den baltischen Provinzen (*Germania*, 10. Juni 1916, Nr. 268).

etwas geringer, die Ernte mit  $6\frac{1}{2}$  Millionen Doppelzentnern etwas größer. Mit Hafer war halb soviel wie mit Roggen bestellt, nämlich etwa  $1\frac{1}{2}$  Millionen Hektar mit einem Ertrag von 11 bis 12 Millionen Doppelzentnern. Die Anbaufläche der Kartoffeln stand noch etwas hinter der des Hafers zurück, brachte aber 76—82 Millionen Doppelzentner. Gerade von den beiden Feldfrüchten, deren Erträge am höchsten waren, wurde trotzdem nichts ausgeführt, sondern nur Weizen und Gerste, aber auch diese Ausfuhr war nur scheinbar, da eine entsprechende Menge Weizenmehl und Grütze wieder eingeführt wurde. Kartoffeln wurden in normalen Jahren auch noch abgegeben, und zwar seit 1900 in wachsenden Mengen, die aber vergleichsweise nicht erheblich sind.

Die Kartoffelausfuhr war vorwiegend stets nach Deutschland gerichtet. Im Gemüsebau leistete Polen in Ansehung seines nicht gerade günstigen Klimas recht Anerkennenswertes, denn es konnte jährlich noch fast 25 000  $\text{t}$  grünes Gemüse ausführen, ferner etwa 14 000  $\text{t}$  Zwiebeln und besonders große Mengen Kohl. Der Zwiebelverbrauch ist jedoch im eigenen Lande so groß, daß im Winter noch erheblich größere Mengen aus Ungarn eingeführt werden, als die Sommerausfuhr zu betragen pflegt. Polen gewinnt nicht viel Obst. Doch ließ sich der Obstbau wahrscheinlich wesentlich heben. Vor dem Krieg bezog Polen aus den Nachbarländern, vornehmlich aus Rußland, noch 125 000  $\text{t}$  Äpfel und Birnen, dazu aus Rußland mehrere Tausend Doppelzentner Pflaumen, Aprikosen und Pflirsche. Das Obst zu trocknen ist in Polen bisher gar nicht üblich gewesen, obwohl dafür durchaus ein Bedarf herrscht, so daß die Einfuhr 50 000  $\text{t}$  überstieg. Die Viehzucht wird in Polen auch noch einer erheblichen Pflege bedürfen. Nur an Pferden wurde vordem der ganze Bedarf des Landes gedeckt und auch noch eine Ausfuhr von 50 000 Pferden erzielt. Diese ließ sich freilich kaum rechtfertigen, da die Zahl der Pferde in Polen während der letzten Jahrzehnte dauernd zurückgegangen war. Auch der Bestand an Rindern schien dauernd abzunehmen und wurde durch ständige Einfuhr von Rußland ergänzt. Besonders auffällig ist die verhältnismäßig geringe Zahl von Schweinen in Polen, die auch noch stetig abgenommen hat, und zwar nicht etwa erst im Kriege. Trotz einer Erschwerung einer Ausfuhr von Schweinen gingen jährlich etwa 80 000 Stück ins Ausland, doch wurden dagegen über 100 000 aus Rußland eingeführt. Nach einer in der Wiener Geographischen Gesellschaft veröffentlichten Statistik kamen durchschnittlich auf je 100 Polen 30 Pferde, 23 Rinder, 10 Schafe und Ziegen und 6 Schweine. Für die Friedensverhältnisse hat die Statistik berechnet, daß Polen für Feldfrüchte jährlich etwa 16, für Gartenerzeugnisse etwa 18 und für Fleisch und andere Lebensmittel rund 38 Millionen Mark ans „Ausland“ bezahlen mußte — für ein Agrarland auffällig viel.

Es ist als eine ganz selbstverständliche Kriegsfolge zu betrachten, daß in Polen Knappheit an Lebensmitteln eintrat. Andererseits steht es außer Zweifel, daß mit einem Aufschwung des ganzen Landes auch einer der Landwirtschaft verbunden sein wird, so daß es vielleicht in wenigen Jahren friedlicher Verhältnisse sogar einen Überschuß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen ergeben wird, wenn Land- und Waldwirtschaft besser geordnet, das Volk mehr allgemeine Bildung und landwirtschaftliche Kenntnisse erlangen und von dem bisherigen Händlerdruck befreit sein wird. Die Bauern konnten bei dem Mangel an Verkehrsmitteln ihre Erzeugnisse nicht selbst auf den größeren Märkten verkaufen. Die Händler aber beherrschten Fuhrwesen und Flußschiffahrt, so daß sie den



ganzen Kleinhandel und auch den größten Teil des Engroshandels mit Getreide und Vieh in ihre Hände brachten. Ferner bedarf es zur Hebung des Bauernstandes und damit des Ackerbaues einer entsprechenden Kreditorganisation und der Pflege des Genossenschaftswesens. Viele der landlosen Bauern zogen vom Frühjahr bis zum Herbst ins Ausland. 1913/14 zogen allein nach Deutschland 291 000 polnische Wanderarbeiter, davon etwa 269 000 für landwirtschaftliche Dienste.

Die Kohlenförderung war, an deutschen Verhältnissen bemessen, noch gering. Doch stand das Kohlengebiet von Dombrowa in der russischen Kohlenherzeugung an zweiter Stelle (Südrußland 189 Millionen Mark, Polen 57, Asiatisches Rußland 16, Ural 7, Moskau 4, Kaukasus 1). Der Kohlenreichtum des russischen Polens an abbauwürdiger Kohle wurde auf 2, von andern sogar bedeutend höher, bis 7 Milliarden Tonnen, veranschlagt. Die polnische Kohle ist nicht verkokungsfähig wie die oberschlesische, eignet sich aber nicht bloß für allgemeine Feuerungszwecke, sondern speziell auch für den industriellen Generatorenbetrieb, kann somit durch die Möglichkeit, schwefelsaures Ammoniak, Benzol und Toluol aus ihr zu gewinnen, auch für die Landwirtschaft, die Automobil- und Sprengstoffindustrie große Bedeutung erlangen. Polen verfügte über einen Eisenerzvorrat von mindestens 300 Millionen Tonnen mit einem Eisengehalt von 122 Millionen Tonnen. Russische Geologen haben den Eisenerzvorrat sogar auf 300 bis 600 Millionen Tonnen berechnet. Die Förderung schwankte zwischen 130 000 und 295 000 Tonnen, kann aber noch bedeutend erhöht werden. Vorzügliches Zinkerz wurde sodann bei Olkusch gefunden. Petroleumquellen hoffte man noch zu finden<sup>1</sup>. Der Erwerb eines beträchtlichen Teiles von Oberschlesien hat Polen in den Besitz neuer, wertvoller Bodenschätze gebracht.

*Belgien*<sup>2</sup>, auf der andern Seite Deutschlands, zählte 1910 auf den Quadratkilometer 252 Einwohner (gegen 120 in Deutschland), fast soviel wie die am dichtesten bevölkerte Provinz Preußens (die Rheinprovinz mit 264 Bewohnern per Quadratkilometer). Es wird heute von keinem selbständigen Lande Europas in der Dichtigkeit seiner Besiedelung übertroffen. Die Volksvermehrung geht jedoch jetzt auch in Belgien zurück. 1913 war die belgische Sterbeziffer der deutschen fast gleich (14,5 gegen 15), die Geburtenziffer aber war niedriger (22,6 gegen 27,5). Der Geburtenüberschuß (7,8) war ungünstig, wie in Frankreich, wenn man die Einheitsziffer für das ganze Belgien ins Auge faßt. Unterscheidet man aber zwischen den wallonischen und flämischen Gebieten, so zeigt sich, daß die Flamen es noch nicht so gelernt haben, der Natur Gewalt anzutun und die Haupttriebkraft des wirtschaftlichen Fortschrittes zu unterbinden, wie die Wallonen. Größere Religiosität führt auch hier zu reineren Sitten. In den vier flämischen Provinzen Westflandern, Ostflandern, Antwerpen und Limburg betrug der Geburtenüberschuß 27, in den vier Wallonenprovinzen Hennegau, Lüttich, Namur und Luxemburg nur 18,5 auf 1000 Einwohner. Der Gegensatz zwischen wallonischen und flämischen Gebieten ist also hier fast der gleiche wie zwischen Frankreich und Deutschland (18,8 gegen 27,5). Fällt der Druck, der lange auf dem flämischen Wirtschaftsleben lastete, fort und wird auf die Säuglingspflege größere Sorgfalt verwendet,

<sup>1</sup> Vgl. Köln. Volkszeitung 57. Jahrg. (1916), Nr. 396 891 918.

<sup>2</sup> Hermann Schumacher, Belgiens wirtschaftliche Bedeutung (Berliner Lokalanzeiger 1917, Nr. 11 18 24).

dann kann das flämische Volk, bei gleichzeitiger Bewahrung seiner Religiosität, eines noch stärkeren Wachstums sich erfreuen.

Besondere Fruchtbarkeit besitzt der Boden in Mittelbelgien, nicht an der sandigen Küste im Norden und in dem Hügellande des Südens. Wo aber Landwirtschaft betrieben wird, namentlich in den flämischen Gebieten, da ist sie, wie schon Schwercz zu Anfang des 19. Jahrhunderts sagte, vorbildlich geblieben durch hervorragende intensive Kultur. (Die Dreifelderwirtschaft wurde schon früh verlassen.) Der Gesamtertrag der belgischen Landwirtschaft wurde kurz vor dem Kriege auf rund 1 Milliarde Franken im Jahre geschätzt. An Hektarerträgen stand Belgien 1913 in Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln obenan, wie auch der Zuckerrübenbau oft nicht geringere Erträge lieferte als in Deutschland. Das günstige Klima, die traditionelle Agrarkultur, die aber auch Modernisierung nicht scheute (noch stärkerer Kunstdüngerverbrauch — um ein Drittel auf den Hektar — als in Deutschland), erklären diese hohen Rotherträge. Während England im Vertrauen auf seine insulare Lage, seine Handelsstellung und seine Kolonien die Landwirtschaft der Industrie opferte, hat Belgien, trotz hoher industrieller Entwicklung, klugerweise seinen Ackerbau und auch den Kleinbauernstand bewahrt. Freilich ist die Lage des flämischen Bauern eine oft sehr gedrückte (kleine und kleinste Pächter, die nebenbei noch Spitzenklöppelei betreiben müssen und deren Angehörige als Wanderarbeiter bis zu 60000 im Jahre nach dem Westen ziehen). Die flämische Landwirtschaft mit ihrem starken Roggenbau hat unter der belgischen Handelspolitik an Rentabilität sehr eingebüßt, indem zugunsten niedriger Industrielöhne für Brotgetreide Zollfreiheit gewährt wurde. Die 1887 gegen den holländischen Wettbewerb eingeführten Viehzölle waren zu niedrig, um den flämischen Kleinbetrieben einen ausreichenden Schutz zu bieten. Der 1895 aufgestellte Butter-, Mehl- und Malzzoll aber diente nur der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Und schließlich der zur Sicherung der belgischen Pferdezucht eingeführte Haferzoll brachte hauptsächlich wallonischen Gebieten Vorteil, da diese doppelt soviel Hafer anbauen wie die flämischen.

Auch die Viehzucht Belgiens steht auf ähnlicher Höhe wie der Ackerbau. Sie besaß an Schweinen auf dem Quadratkilometer die gleiche Anzahl wie Deutschland, übertraf dieses aber um rund ein Drittel in seinem Bestande an Pferden (die besten Kaltblutpferde) und Rindern. Hervorragend ist die belgische Viehmast.

Reich ausgestattet ist Belgien sodann mit Bodenschätzen, vor allem mit Steinkohle. Früher als in Deutschland wurde hier in dem Gebietsstreifen, der das Aachener Kohlenlager über Lüttich, Charleroi und Mons mit dem französischen verbindet, ihr Abbau in Angriff genommen. Der Erfolg war bis 1900 aufsteigend. Von da an hielt er sich auf der Höhe von 23 Millionen Tonnen (annähernd ein Achtel der deutschen Förderung von 1913, die 190 Millionen Tonnen betrug). Der belgische Kohlenbergbau leidet aber, wie Schumacher sagt, in mehrfacher Hinsicht an „Altersschwäche“. Der Betrieb ist stark zersplittert; der Abbau vollzieht sich in großen und zunehmenden Tiefen. Infolgedessen blieb die Jahresleistung des Kohlenarbeiters auf 150—180 Tonnen beschränkt gegen 250—280 Tonnen in Westfalen (vor dem Kriege bei allerdings höherer Schichtenzahl). Bis 1910 genügte der belgische Kohlenbergbau noch dem Bedarf des eigenen Landes. Dann trat allmählich ein Einfuhrüberschuß zutage. So betrug 1913 die Ausfuhr 5, die Einfuhr aber 9 Millionen Tonnen. Belgien hat ferner im wallonischen Bergbau vorwiegend Heizkohlen mit geringeren, flüchtigen Bestandteilen: Magerkohle oder Anthrazit

vorzugsweise für Hausbrand geeignet und Halbfettkohle als Kesselkohle. Nahezu  $\frac{2}{3}$  der ganzen Förderung entfiel auf solche Heizkohle. Davon insbesondere gingen etwa  $\frac{3}{4}$  nach Frankreich (leichte Verbindung mit Paris auf dem Sambre- und dem Oisekanal). Die für industrielle Zwecke wichtigeren gasreicheren Kohlen: die Fettkohle, welche zur Verkokung dient, und die Gaskohle (in Deutschland bisher die Grundlage der Elektrisierung unseres Wirtschaftslebens), finden sich aber im wallonischen Belgien nur in verhältnismäßig geringeren Mengen<sup>1</sup>. Der elektrische Betrieb ist zwar in vielen einzelnen Werken der Eisenindustrie eingeführt, die Anlage von Überlandzentralen aber blieb eine späte, die ganze Entwicklung überhaupt noch auf Anfänge beschränkt. Reiche, auf Milliarden Tonnen geschätzte, noch ungehobene Vorräte guter Gas- und Kokskohle sind in Flandern, und zwar in dem für Kanalbauten hervorragend geeigneten Kempenlande, vorhanden. Auf ihnen wird sich auch an der Wasserkante eine leistungsfähige Industrie aufbauen können. Diese Kohlenschätze liegen allerdings tief, sind auch von jüngeren wasserhaltigen Schichten überdeckt (Gefrierverfahren nötig); doch wurde schon mit großen Doppelschachtenanlagen begonnen. Auch hier gilt wohl der Satz, daß technische Schwierigkeiten nur da sind, um überwunden zu werden.

Bis 1865 fand die belgische Eisenindustrie eine ausreichende Versorgung mit Eisenerzen im eigenen Lande. Vordem konnte Belgien sogar Eisenerze ausführen. Später aber wurde seine große Eisenindustrie unselbständig, für ihren Bedarf an Rohstoffen auf Einfuhr, und zwar in größtem Umfange, angewiesen. Die heimische Förderung betrug 1913 rund 86 000 Tonnen, die Einfuhr (fast ganz aus dem Brieybecken und Luxemburg) belief sich auf 6,9 Millionen Tonnen. Die gleiche oder eine ähnliche Abhängigkeit findet sich in der Zinkindustrie, die, nach Nordamerika und Deutschland, die dritte Stelle in der Weltproduktion einnahm. Die einheimischen Zinkerze sind heute bis zu bloß 355 t herabgesunken, fast  $\frac{1}{3}$  Million Tonnen müssen eingeführt werden. Auch die in Belgien stark entwickelte Herstellung von Superphosphat arbeitet mit Rohstoffen (phosphorsaurem Kalk), die aus Amerika, Afrika, Australien eingeführt werden müssen. Und Belgiens wichtigste chemisch-technische Erfindung, der Solvayprozeß in der Sodafabrikation, beruht auf Salzsole, die aus Deutschland eingeführt wurde. Gering ist der Vorrat an Kupfer und Blei in Belgien. Es verfügt über Quarz für seine bedeutende Glasfabrikation, auch über gute Porzellanerde.

Die *Niederlande* erfreuen sich eines zwar nicht sehr ausgedehnten, aber gut entwickelten Ackerbaues (in den Marschen: Gartenbau). Ein größerer Teil des produktiven Bodens entfällt auf Wiesen und Weideland, weniger auf Wald. (1904 kamen auf unproduktiven Boden 26,9%, auf Ackerland 26,4%, auf Gartenland 2,2%, auf Wiesen und Weiden 36,6%, auf Wald 7,9%.) Fast alle Arten von Getreide sind in den verschiedenen Gebieten zu finden, je nach den örtlichen Bedingungen, auch reichlich Kartoffeln usw. Hervorragend ist die holländische Blumen-, Kräuter- und Samenzucht in Süd- und Nordholland (Haarlem), bedeutend die Obstzucht. Die Seefischerei bringt große Einnahmen. Dazu kommt eine blühende Rinderzucht. Die Milchwirtschaft liefert reichlich Butter und Käse (Edamer Käse, ein wichtiger Handelsgegenstand von Alkmaar, Purmerend und Edam). Auf den Dünen am Meere und in den sandigen Geestgegenden werden Fleischschafe ge-

<sup>1</sup> Der belgische Koks entspricht zum großen Teil nicht dem Bedürfnis der Hochöfen nach festem Material, das nicht zusammensinkt und dadurch den Luftzug behindert.



züchtet. Auch die Schweinezucht ist nicht unbedeutend, hervorragend die Zucht schwerer Pferde in Friesland und Geldern. An Mineralschätzen war Holland lange arm, wohl das ärmste unter allen europäischen Ländern. Es finden sich Brauneisensteinlager, Kreidesandstein, große Torfgruben in der Provinz Drenthe, dann jetzt Steinkohlen im Limburgischen; auch etwas Zink wird gewonnen. Aus dem Lehm und Schlamm des Rheines werden Bau- und Pflastersteine (Klimker) hergestellt. Gouda liefert seine Tonpfeifen. Vor allem sind und bleiben die Niederlande Schiffsahrts- und Handelsstaat.

In *Dänemark* kommen für den Ackerbau namentlich die Inseln Laaland und Falster, Langeland, einige Teile Seelands und der östliche Teil von Jütland in Betracht. Durch Anwendung besserer Methoden der Bewirtschaftung hat sich hier die agrarische Produktion sehr gehoben. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts wurden erst 800 000, dagegen 1902 rund 2,5 Millionen Tonnen Getreide erzeugt. Auch der Gartenbau blüht an einzelnen Stellen (Insel Amager bei Kopenhagen). Vortreffliches Obst, namentlich Beerenfrüchte (Erdbeeren) werden gezogen. Die Viehwirtschaft hat sich beträchtlich gehoben. Dänemark ist heute ein Milchwirtschaft treibendes Volk. Bedeutende Meiereien finden sich bei Kopenhagen. Die Mastviehzucht blüht, auch die Schweinezucht. In Jütland werden kräftige Ackerpferde gezüchtet. Wenig bedeutend sind die Bodenschätze. Steinkohlen fehlen. Minderwertige Braunkohlen werden auf Bornholm gefunden. Dann gibt es Torf, Kreide, Kalk, Granit in Bornholm, dort auch Terrakotta und Porzellanerde. — Die Färöer (Schafinseln) verfügen über ausgedehnte Schatzucht.

*Island* (Eisland), ein vulkanisches Gebirgsland (heiße Quellen, die Geysir) mit durch den Golfstrom gemäßigtem Klima, erzeugt Kartoffel und Gemüse. Getreide reift dort selten. Die früheren Birkenbestände sind leider ausgerottet worden. Die Viehhaltung ist ziemlich einträglich. Seevögel (Eiderente) liefern Daunen. Hätte das Land die erforderliche Unterstützung gefunden (Schiffe) und wäre es Herr über die Seefischerei in den eigenen Gewässern geblieben, dann würde es sich heute größeren Wohlstandes erfreuen.

*Grönland* (im Innern Eis) hat viele Beerenfrüchte, daneben gedeihen Rüben und Kohl. Kohlen sind vorhanden, ebenso Eisenerze, Blei, Zinn, Zink, Graphit, der wertvolle Grönlandspat (Kryolith). Die Grönländer leben von ihrer Sammelwirtschaft, auch vom Wal- und Seehundsfang, von Lachsen, Flundern, Seevögeln, Renntieren und von dem, was sie gegen Seehundfelle, Felle von Polarbären und weißen Füchsen, gegen Eiderdaunen, Narwalzähne und Fischbein eintauschen können.

In *Schweden*<sup>1</sup> ist nur 8,5 %, in *Norwegen* 2,1 % des Bodens bebaut. Im übrigen beherrscht die Holzgewinnung (Rohholz, Holzmasse, Zellulose, Zündhölzer) zum großen Teil das Wirtschaftsleben. Der Wald nimmt in Schweden 48 % der Fläche ein, in Norwegen 24 %. Fichten und Tannen herrschen vor. Das Holz ist sehr widerstandsfähig, die Fichte (arm an Harz) zur Zellulosefabrikation besonders geeignet<sup>2</sup>. Der Getreide-, Kartoffel- und Gemüsebau gedeiht im wesentlichen nur in den südlichen Teilen der beiden Länder. Für Norwegen liefert der Getreidebau kaum die Hälfte des Bedarfs, in Schweden einen kleinen Überschuß. Der natürliche Grasreichtum (Waldweiden) Schwedens begünstigt eine jetzt auch

<sup>1</sup> Über Schweden im 19. Jahrhundert vgl. Schmollers Jahrb. XXXII (1908) 1461 ff.

<sup>2</sup> Gegen die frühere Raubwirtschaft richtet sich das Waldschutzgesetz von 1903.

rationell betriebene Viehzucht, die sich in Mittel- und Südschweden (Schonen) mit blühender Milchwirtschaft (für den Export von Butter und Käse) verbindet. An die Milchwirtschaft lehnt sich die Schweinezucht an. Im Norden ist auch die Schafzucht von Bedeutung und ebenso die Ziegenzucht. In Norwegen findet die Gebirgskuh auf dem ausgedehnten Grasweideland an Gebirgsabhängen und in Wäldern ihre Nahrung. Von den Almen, auf denen das Vieh im Sommer weidet, kommt auch das Winterheu. Futterpflanzen (von der Wasserrübe abgesehen) gedeihen noch relativ wenig. Für die Milchwirtschaft (Ausfuhr von Butter und kondensierter Milch) gibt es seit einigen Dezennien Genossenschaften. Die Abfälle der Molkerei dienen, wie die Fischereiabfälle im Norden, der Schweinezucht. Das mittlere und südliche Schweden ist besonders reich an Pferden. Norwegen verfügt über speziell für den Gebirgsverkehr besonders brauchbare Pferde. Steinkohlen finden sich für den Bedarf nicht genügend (jährlich etwas über 300 000 Tonnen) im Umkreis von Helsingborg. Dafür gibt es in Schweden (Schonen) auch Braunkohlen, dann Holzkohlen, gewaltige Torflager. Die allmählich erschöpften Silbergruben von Kongsberg in Norwegen wurden schon seit 1632 ausgebeutet. Auch Kupfer, Blei, Zink wird in den nordischen Reichen gewonnen. Schweden ist besonders reich an Eisenerzen. Ein Teil dieser Erze nährt die schwedische Eisenindustrie, der größere Teil aber wurde ausgeführt. Doch will man für die Zukunft die wertvollen Erze mehr der eigenen Industrie sichern. Auch im nördlichen Norwegen dürfte der Abbau von Eisenerzen eine Zukunft haben.

*Frankreich* verfügt unter allen europäischen Ländern über das günstigste Klima (mittlere Jahrestemperatur 11°). Es ist ein sehr fruchtbares Land mit vorzüglichem Ackerbau, berühmten Weingegenden, gut gepflegter Obstzucht, blühender Viehzucht. Die Fruchtbarkeit ist nicht gerade gleichmäßig in den verschiedenen Landesteilen, unfruchtbarer Boden doch nicht sehr ausgedehnt. Und jede Gegend hat wieder im übrigen günstige natürliche Vorbedingungen für dieses oder jenes Produkt. (1895 wurde der unproduktive Boden auf 14,3%, Ackerland auf 56,3%, Weinland auf 3,1%, Wiesen und Weiden auf 10,5%, Wald auf 15,8%). Weizenbrot spielt in der Nahrung der Franzosen eine besondere Rolle. Mag auch das eigene Land reichlich Getreide erzeugen, so bleibt doch zur Deckung des Bedarfs eine erhebliche Einfuhr nötig. Kohle (die wichtigsten Lager im Norden), war für den großen Bedarf der französischen Industrie nicht reichlich genug vorhanden<sup>1</sup>. Etwa ein Viertel des Bedarfs wurde eingeführt. (Be-

<sup>1</sup> Große Kohlenlager nehmen in Westfalen ihren Ausgang und erstrecken sich über Belgien nach Nordfrankreich. Von der Förderung der 300 Kohlengruben Frankreichs, die im Jahre 1913: 41,3 Millionen Tonnen betrug, entfielen drei Viertel = ca. 30 Millionen auf die Departements Nord und Pas de Calais. Frankreich führte überdies noch Kohlen ein, aus Belgien 5,4 Millionen Tonnen, aus Deutschland 4,5 Millionen, aus England 9,9 Millionen Tonnen. In den genannten Departements gab es vor dem Kriege auch eine ausgedehnte Kohlenverwertungsindustrie (Kokereien). Doch bezog Frankreich 1913 noch etwa 2,4 Millionen Tonnen Koks aus Deutschland. An Phosphat wurde 1913 ungefähr ein Fünftel der Gesamtförderung aus Tagebauten und Tiefbauten mit Aufbereitungsanstalten in den Departements Aisne und Somme gewonnen.

1913 belief sich die Gesamtroheisenerzeugung Frankreichs auf 5,2 Millionen Tonnen. 127 Hochöfen standen unter Feuer. Der größte Teil der französischen Eisenindustrie entfiel auf die Departements Meurthe et Moselle, die etwa 67% der Erzeugung an Roheisen aufbrachten und an Thomastahl etwa 73% erzeugten. Ein Teil

schlagnahme des Saargebietes und in Spa auferlegte Kohlenlieferungen!) Auch Eisenerz mußte noch eingeführt werden. Um Nancy befindet sich, als Fortsetzung der vordem deutsch-lothringischen Minetteregion, wichtiges Eisenerzgebiet, in welchem namentlich Longwy ein Hauptzentrum der Produktion bildet. Zink wird in Frankreich nur wenig gewonnen, ebenso Kupfer. Phosphate werden reichlich produziert, Salz in großen Mengen aus Salzteichen, Salzbergwerken und Salzquellen über den Bedarf des Landes hinaus gewonnen.

Wenn Philippon u. a. geurteilt haben, in *England* sei die „materielle Vollkultur“ am höchsten entwickelt, so ist das doch nur mit Rücksicht auf gewisse Besonderheiten der englischen Verhältnisse richtig. In keinem Lande tritt ja der Unterschied zwischen arm und reich so zutage wie hier. Tiefstes Elend, bitterste Not und daneben fabelhafte Schätze, verschwenderische Üppigkeit — ist nicht gerade „materielle Vollkultur“ im Sinne der Nationalökonomie<sup>1</sup>. Und — was uns an dieser Stelle insbesondere interessiert —, konnten die sog. Parklandschaften im Südosten Englands und die stolzen Sitze einer Anzahl Großgrundbesitzer über die lange Verkümmernng der landwirtschaftlichen Zustände im allgemeinen, und über den Mangel eines freien, Grund und Boden besitzenden, unabhängigen Bauernstandes hinwegtäuschen? Gewiß, Industrie und Handel blühen seit langem in England, aber von „materieller Vollkultur“ im Sinne der Volkswirtschaftslehre kann darum noch lange keine Rede sein. 17,6% des Bodens waren um die Wende des Jahrhunderts unproduktiv, 48% kultiviert, davon aber ein großer Teil dem Gras- und Kleebau gewidmet (Ackerland 12,9%, Wiesen- und Weideland 65,8%, Waldland nur 3,9%). Die Engländer sind Weizenbrotesser und starke Fleischesser. Mit dem weitaus größten Teile seiner Ernährung aber hängt England von der Einfuhr ab. Der eigene Ackerbau und die in Aufzucht (Rassen) und Mastergebnissen sorgfältige Viehzucht reichen bei weitem nicht aus zur Deckung des Bedarfs. England verfügt über riesige Bodenschätze. Erst in den letzten Dezennien wird es in der Mineralproduktion von Nordamerika übertroffen. Kohle und Eisenerzlager finden sich, wie in Deutschland, zusammen (Nord- und Westengland). Die wichtigsten Steinkohlenflöze liegen überdies in Meeresnähe. Dazu kommen noch unermessliche Mineralreichtümer der Kolonien.

*Spanien* weist, wie überhaupt, so auch in der Ausnutzung seines Bodens emporsteigende Entwicklung auf. Vier Fünftel des spanischen Bodens ist kulturfähig, war aber nicht überall tatsächlich kultiviert worden. Die Hälfte des kulturfähigen Bodens ist Acker- und Gartenland, ein Viertel dem Obstbaum und Waldkulturen gewidmet, das übrige Wiesen und Weiden, Weinland (Valencia, Tarragona, Malaga und Jeres („Sherry“), auch reich an Olivenkulturen. Das „campo secano“, trockenes, d. i. bloß vom Regen bewässertes Land (Getreide, Hülsenfrüchte, Oliven, Wein, Obst), hängt in seinen Erträgen von den wechselnden Niederschlägen ab.

der Rohstahlblöcke ging nach den Departements Nord und Ardennes, wo viele fertigungsproduzierende Firmen ihren Sitz haben. Vorteilhaft für die Eisenindustrie ist in Frankreich das weit verzweigte Kanalnetz, das den billigen Antransport von Kohlen usw. ermöglicht. In Deutschland wurde lange vergebens eine Verbindung der wichtigen Wirtschaftsgebiete Saar-Lothringen und Ruhrgebiet durch die Kanalisierung der Saar und der Mosel erstrebt (Schlenker).

<sup>1</sup> Über englisches Leben vgl. u. a. Gustav F. Steffen, Aus dem modernen England<sup>2</sup> (1896).



Nicht selten den dreißigfachen Ertrag des „campo secano“ liefert das „campo regadio“ (künstlich bewässertes Land), namentlich im Süden Regadios (Huerta oder Vega) mit zweimaliger oder (bei Gemüsen) dreimaliger Ernte (Südfrüchte, Baumwolle, Zuckerrohr usw.). Elche (Provinz Murcia) ist der einzige Platz Europas, wo die Früchte der Dattelpalme ausreifen. Die Hälfte des Ackerlandes produziert Weizen, dann Gerste, weniger Roggen, Hafer, Mais. Hülsenfrüchte sind bei den Spaniern beliebt. Der Kartoffelbau nimmt zu. Oliven, Wein, Obst, Kastanien, Walnüsse werden reichlich gezogen. Das spanische Espartogras der Steppen dient nicht nur den Merinos (wandernden Schafen), sondern ist auch wertvoll für Papierfabrikation. — Das Maultier wird bevorzugt, Pferde hauptsächlich in Andalusien gepflegt, im Norden blüht Rindviehzucht. Seidenraupenzucht findet sich in Valencia und Murcia; Bienen-, Geflügelzucht, Fischerei, insbesondere an der kantabrischen und galicischen Küste (Sardinien!). Durch Walddevastation hat Spanien sehr gelitten. Neuerdings wurde mit der Aufforstung begonnen. Bemerkenswert ist die Korkeiche (Korkpfropfen), die Steineiche (Gerbrinde, Eicheln für Schweinemast). — Spanien vergaß über dem Edelmetall der Neuen Welt allzu lange die eigenen reichen Mineralschätze. Fremdlinge haben sich der Eisenerze des Kantabrischen Gebirges bemächtigt. Quecksilberbergwerke bestehen zu Almadén; Steinkohlen finden sich in den nördlichen Provinzen, auch in Valencia, Andalusien; Kobalt und Zink im Norden; im Süden Blei, silberhaltige Bleierze, Silber; Steinsalz in Guadalajara und nördlich von Barcelona, Glaubersalze in Burgos, Schwefel in Murcia und Almeria, Phosphor in Estremadura und Huelva, Salzgärten zwischen Alicante und Cartagena, auch bei Cadix; Meerscham wird in Neukastilien gegraben; Gips, Marmor (Segovia) usw. 2000 und mehr Hütten- und Bergwerke waren um die Jahrhundertwende im Betrieb.

Ein großer Teil des produktiven Landes in *Portugal* ist Wiese und Weide, etwa 12% Getreideboden, 7% Obstland, 3% Wald, 3% Hülsenfrüchten, 2% Weingärten gewidmet. Im Norden wird Mais (Rinder), in dem zentralen Gebiet Weizen und Mais gezogen, im Süden Weizen (starke Schweinezucht), in den Gebirgsgegenden Roggen (Beirasschafe, Wanderschafe wie die spanischen Merinos und Ziegen). Pferdezucht ist unbedeutend. Kartoffelbau nimmt zu (Reis in der Nähe von Lissabon)<sup>1</sup>. Portugal hat vorzügliche Weine (Portwein, die Moscatels von Carcavellos, Faro und Setubal). Der Waldbestand ist gering, in der Pflege vernachlässigt. Die Fischerei bedeutend (Sardellen, Sardinien, Thunfisch, Krebse, Mollusken, in Minho Lachse). Kohlen fehlen fast gänzlich. Doch sind Kupfer-, Eisen-, Blei-, Mangan-, Antimonerze vorhanden.

In *Italien* waren 16% des Landes unproduktiv, 13% von geringer Ertragsfähigkeit. Manche Gebiete erfreuen sich unerschöpflicher Fruchtbarkeit. Überhaupt ist Italien für den Ackerbau sehr geeignet. Namentlich der Weizen gedeiht gut, die Hauptbrotfrucht in Italien (in der Form der beliebten Maccaroni viel verwendet). Der Mais ist in Oberitalien Volksnahrungsmittel (Polenta), dazu Gerste, Hülsenfrüchte. Der Kartoffelanbau wächst. Weinbau ist relativ sehr ausgedehnt (39 000 qkm, Weizen 46 000 qkm). Obstpflanzungen finden sich vielfach inmitten

<sup>1</sup> Portugal hat sehr gelitten unter der überstarken Auswanderung namentlich nach Brasilien. Weite Strecken des fruchtbaren Landes lagen brach, weil die Hände fehlten, den Boden zu bestellen. Das Getreide, das es selbst leicht hätte produzieren können, mußte es nun aus den südamerikanischen Republiken einführen.

anderer Kulturen (Südfrüchte, Kastanien, Ölbaum). Hanf, Flachs wird produziert (Hanf der Romagna berühmt), Baumwolle in Sizilien usw. Der Wald umfaßt etwa 40 000 qkm. Endlich wird mit Aufforstung wieder begonnen (Überschwemmungen!). Die Viehhaltung ist im Fortschritt begriffen (Spezialitäten: die Büffel der Maremmen, Bologneser Hunde, Seidenraupenzucht; auch Bienenzucht); die Seefischerei ist bedeutend (Thunfische, Sardinen, Sardellen, Austern im Golf von Venedig, Korallen an der Küste Sardiniens, Schwämme). Italien hat Erze, aber keine Kohlen, nur etwas Braunkohlen südlich von Florenz, wenig Torf und Petroleum (Piacenza), dagegen gute Eisenerze in Elba, Sardinien, Piemont; Silber-, Blei-, Zinkerze in Sardinien, Kupfererze (Pisa, Grosseto, Venezianische Alpen), Golderze (im Monte Rosagebiet), Quecksilber (Venetien, Toskana), Antimon (Toskana, Sizilien), die größte Schwefelproduktion Europas (namentlich Sizilien: Catania, Girgenti, Caltanissetta). Berühmt ist der italienische Marmor (Carrara, Massa), Alabaster (bei Volterra, dort auch Borsäure). Volterra liefert Quellensalz, Kalabrien und Sizilien Steinsalz; dazu kommen große Salzgärten (Venetien, Süditalien, Sizilien, Sardinien).

Und nun gelangen wir auf unserem Rundgang wieder zu der lieblichen und in ihren landschaftlichen Reizen zugleich großartigen *Schweiz*, dem Nachbarlande Österreichs und Deutschlands. Die schweizerischen Hochalpen lassen nur Forst- und Almenwirtschaft zu. Ein reichliches Viertel der Fläche der Schweiz blieb unproduktiv. Auf Acker- und Gartenland entfällt nicht ganz ein Fünftel. Die jährliche Getreideernte (vorwiegend Roggen) reicht nur für etwa 157 Tage. Kartoffel und Futterkräuter gedeihen gut. In den Strecken der nördlichen Flachschweiz, zwischen Bodensee, Schaffhausen und Zürich, wird eine mächtige Obstkultur betrieben. Die südlichen Teile der Schweiz liefern auch Südfrüchte: Kastanien, Mandeln, Oliven, Zitronen. Die Walnußbäume bieten gute Erträge. Vortrefflichen Wein findet man namentlich in Wallis und bei Genf. Neuerdings wird der Aufforstung mehr Beachtung geschenkt. Der Wald bedeckte ungefähr ein Fünftel des Landes. Etwa 76 % des genutzten Landes dienen der Tierzucht<sup>1</sup>. In St. Gallen und Appenzell sind 90 % der landwirtschaftlichen Fläche mit Graswuchs bedeckt. Weltberühmt ist die schweizerische Milchwirtschaft (Jahresertrag um die Wende des Jahrhunderts ungefähr 175 Millionen Mark). Hohen Wert haben die Produkte der Milchverarbeitung (Schweizerkäse: Emmentaler, Gruyère; Käsebörsen zu Bern, Langental, Burgdorf; kondensierte Milch: Vivis, Payerne, Cham, Düdingen; Nestles Kindermehl; Butter). — Die Schweinezucht hob sich in den letzten Jahrzehnten. Die Schafzucht ging zurück. Pferdezücht findet sich im Mittelland. Der Bergbau ist bei der Armut an Erzen und Mineralien unbedeutend. Kohlen und Eisen fehlen fast ganz. Bei Basel (Schweizerhall), in Rheinfelden und im Wallis findet sich Salz, im Val de Travers Asphalt.

Nur ein kurzer Blick über den Ozean hinaus. Eine heute nicht allzu weite Reise führt uns nach *Amerika*. Da finden wir eine große Menge von Bodenerzeugnissen aller Art: prächtigen Wald in den Alleghanies, im westlichen pazifischen Nordamerika, in Mexiko (Palmen, Mahagoni-, Kautschukbäume, Eichen in 80 Arten), längs der Ströme Südamerikas; in den Rodungen jungfräulichen Boden für alle Getreide- und Obstsorten, für Reis, Baumwolle, Tabak, Zuckerrohr, Kaffee, Kakao usw. Brasilien ist das erste Kaffeeland

<sup>1</sup> Friedrich, Wirtschaftsgeographie 195.

der Welt (jährlich 570 Millionen Kilogramm Bohnen), auch Venezuela ist reich an Kaffee (70 Millionen Kilogramm jährlich). Argentinien baut im Jahre ca. 30 Millionen Hektoliter Weizen; mit ihm ist auch Chile jetzt Getreide-exportland für Europa. — Die Tierzuchtung setzte hier wohl später ein als in der Alten Welt; ursprünglich standen auch nur die Kulturpflanzen und Haustiere des eigenen Kontinentes zur Verfügung, nicht dreier Erdteile, wie in der Alten Welt. Die Büffel der Indianergeschichten sind vernichtet. Größeres Wild findet sich noch in den Kordilleren, kleineres reichlich im „wilden Westen“, dafür jetzt blühende Rinder-, Pferde-, Schaf- und Schweinezucht. Die Fischerei erfreut sich großer Erträge. Südamerika ist reich an Nutztieren, vor allem aber Argentinien (getrocknetes Fleisch, Fleischextrakt, Wolle, Häute usw.). Mineralreichtum ist nicht nur ein Vorzug der Union und Kanadas, auch Mexikos Ausbeute an Silber ist überaus groß; desgleichen findet sich dort Gold, Kupfer, Blei, Eisen; Brasilien fördert Gold, Diamanten, Eisen; ebenso Guayana und Venezuela; Peru namentlich Silber, Salpeter; Bolivia Silber, Gold, Kupfer, Blei, Zinn, Antimon; Chile Kohlen, Salpeter, Kupfer usw.

Ist von Amerika die Rede, so denkt man an die *Vereinigten Staaten* in erster Linie. Die Union „vereinigt in glücklichster Weise den Charakter eines Agrarstaates mit ungeheuren, jungfräulichen Ackerflächen mit jenem eines sich riesenhaft aufreckenden Industriestaates. Trotz der unsinnigen Ausbeute mancher Landstriche durch Raubbau und trotzdem ihr Westen vielfach steppenhaft dürr ist und nur unsichere Ernten gewährt, sind die Vereinigten Staaten noch immer ein Land von gewaltiger Fruchtbarkeit. Infolge ihrer Lage zwischen dem 49. und 25. Breitengrad kann auf eine Haferzone im Norden eine Weizen- und Maiszone in der Mitte und im Osten, eine Gerstenzone im Westen folgen. Sie setzt sich wiederum in der Baumwoll- und Tabakzone des Südens fort, der sich endlich noch eine Reis- und Zuckerzone anschließt. Mit Recht schreibt M. Eckert, daß von allen landwirtschaftlichen Völkern die Nordamerikaner die größten Fortschritte in der Maschinenanwendung zu verzeichnen haben, und der Farmer — man zählt in der Union 5 700 000 Farmer, darunter  $\frac{1}{2}$  Million mit je einer Fläche von 4 und mehr *qkm* — nicht müde wird, die neuesten Methoden der Bewirtschaftung anzunehmen.“<sup>1</sup> Dazu die hoch entwickelte Viehzucht und Milchwirtschaft, vor allem in den östlichen Ländern der Union; ebenso eine bedeutende Ausbeute des Fischfangs (rund 200 Millionen Mark im Jahre). — Die wirtschaftliche Stärke der Union beruht dann namentlich auch auf den noch für Jahrtausende genügenden vielseitigen Bodenschätzen. Die Erträge ihres Abbaues wurden um die Jahrhundertwende auf etwa 5 Milliarden Mark pro Jahr bemessen. Die amerikanische Kohlenförderung betrug 1920 rund 700 Millionen Tonnen (England nur 300 Millionen Tonnen). Nicht bloß Kohlen und unedle Metalle gibt es da in Menge, auch Gold, namentlich Silber, und dazu ganze Ströme von Petroleum. Mehr als ein Drittel der Weltausbeute von Steinkohlen liefert die Union, zwei Fünftel an Roheisen und Stahl, gemeinsam mit Britisch-Nordamerika die Hälfte der Weltproduktion von Nickel usw. Und die Amerikaner verstehen es, die natürlichen Vorzüge ihres Landes weiter auszunutzen.

Unter den westindischen Inseln ist Kuba die größte, mit ausgedehnten Waldungen und Weiden, berühmt durch seinen Tabak und seine Großplantagen

<sup>1</sup> Gruber, Erdkunde 193.



für den Anbau von Zuckerrohr. Haiti liefert namentlich Kakao und Kaffee, hat auch für andere tropische Gewächse günstige natürliche Bedingungen. Ähnliches gilt für Portorico und von den britischen und französischen Besitzungen in Westindien (Bahama-Inseln, Barbados, Jamaica, das die Vereinigten Staaten mit Bananen, Kokosnüssen, Apfelsinen versorgt, Trinidad mit vorzüglichem Kakao; Guadeloupe und Martinique, die vorzugsweise Zucker liefern). Die vordem dänischen Inseln (St. Thomas, St. John, St. Croix) haben bei geringer Ausdehnung weniger bedeutende Produktionsfähigkeit, für Handel und Verkehr (als Vorrats-, Reparatur-, Kohlen- und Marinestation) aber großen Wert.

Von *Asien*<sup>1</sup> seien nur einige wichtigere Gebiete besonders hervorgehoben. Die asiatische Türkei wurde bereits kurz behandelt. Hochasien (Steppenland, streckenweise Wüste) verfügt über eine nur wenig bedeutende natürliche Pflanzenwelt, aber über eine reichere natürliche Tierwelt. Der Ackerbau wird nur in geringer Ausdehnung betrieben mit unzureichenden Werkzeugen. Schafe, Rinder, Kamele, Pferde, weniger Schweine, Ziegen werden gezüchtet in der bei Halbkulturvölkern üblichen Weise: Das Vieh bleibt größtenteils dauernd im Freien und muß sich mit dem von der Natur gebotenen Grase ernähren. Mineralien sind vorhanden, zum Teil wohl auch reichlich (so in Tibet, in der Mongolei die Jehol-Silberminen), aber der Abbau ist meist noch wenig geregelt. In Nordasien tritt allmählich die Okkupation der von der Natur freiwillig gebotenen Gaben gegen Ackerbau und Viehzucht zurück. Der Wald bietet für die Jagd auf kostbare Pelztiere reiche Ausbeute. Das gebirgige östliche Sibirien verfügt über bedeutende Bodenschätze (Gold, Silber, Kupfer, Zinn, Graphit, Kohle, Eisen); ebenso, wie bereits gesagt, Transkaukasien. Süd- und Ostasien weist eine hervorragende natürliche Pflanzenwelt auf, die zum Teil auch kultiviert wird. Da gibt es eine Menge von Palmenarten, deren Früchte für Nahrung, Getränke und sonstige Zwecke ausgedehnte Verwendung finden können. Das gleiche gilt von andern zahlreichen Pflanzen, welche, außer den zur Nahrung dienenden Früchten, manche sehr nützliche Stoffe liefern (Öle, zahlreiche Harze, Farbstoffe, Fasern, Gewürze, Nutzhölzer usw.). Jagd und Fischerei sind sehr ergiebig, letztere ernährt in den kustenreichen Gegenden einen großen Teil der Bewohner. In Japan sind etwa 3 Millionen Menschen in der Fischerei beschäftigt. In Vorderindien widmeten sich 1901 etwa 67 % der Bevölkerung — wenn die Angaben stimmen — dem Ackerbau. Ungefähr 38 % des Bodens wurden bestellt, 7 % blieben Brachland; noch 18,7 % der Fläche könnten kultiviert werden, 12 % sind mit Wald bestanden. Die englische Regierung widmet der Hebung des Ackerbaues hier große Sorgfalt<sup>2</sup>. Reis ist das wichtigste Nahrungsmittel; er gedeiht indes nur

<sup>1</sup> Friedrich, Wirtschaftsgeographie 240 ff.

<sup>2</sup> Indien ist ein volkreiches Land (316 Millionen), relativ dicht bevölkert (auf dem unmittelbar britischen Territorium 86 Personen auf den Quadratkilometer). Etwa 60 % der Einfuhr nach Indien kam von England (vor dem Kriege). Gleichwohl machte der britische Export nach Indien pro Kopf der Bevölkerung des Vizekönigreiches noch nicht 5½ Shilling aus, während im Durchschnitt jeder Australier für über 8½, jeder Neuseeländer für über 11, jeder Südafrikaner und Kanadier für beinahe 4 Lstr. Waren vom Mutterlande bezog. Indien ist stark autark. Es verbraucht den weitaus größten Teil seiner agrarischen Produkte (etwa 88,6 %) selbst. Zum größeren Teil exportiert werden nur die Plantagenerzeugnisse (Tee, Kaffee, Kautschuk) und Leinsaat. Von den Industriepflanzen (Baumwolle, Indigo, Jute) kommt etwa die Hälfte der Ernte zur Ausfuhr. Der

in den wohlbewässerten Landschaften. Die Tiere genießen in Indien religiöse Verehrung. Rindfleisch darf nicht genossen werden. Für die Ernährung kommt die Tierzucht weniger in Betracht. Es fehlen aber auch, von der Regenzeit und von den Gebirgsgegenden abgesehen, bei dem heißen Klima gute Wiesen. Steinkohlen werden in Bengalen abgebaut. In geringen Mengen finden sich in Indien Eisenerze, Petroleum, Salpeter, Graphit, bedeutende Manganerzlager. Auf Ceylon werden Edelsteine und thoriumhaltige Gesteinsarten (Gasglühlicht!) gefunden. Die Diamantengruben von Golkonda sind heute nur mehr von geringer Bedeutung. Hinterindien weist in den Mündungsgebieten der großen Flüsse Ackerbau auf, weniger in den Gebirgsgegenden. Tierzucht und Bergbau sind da unbedeutend. Unter den Inseln erfreuen sich durch den Einfluß europäischer Kolonisation und bei günstigen natürlichen Bedingungen, namentlich Java (Zucker, Tabak, Kaffee usw.), aber auch Sumatra, Celebes, Borneo, die Philippinen (Manilahanf) einer relativ hohen Kultur. Die Tierzucht ist gering, der Bergbau bietet reiche Erträge (Petroleum, Steinkohlen, Gold, Zinn, Diamanten, Schwefel).

China hat in seiner natürlichen Ausstattung wie in seiner Lage vielfach Ähnlichkeit mit den Vereinigten Staaten. Der Ackerbau wird von dem größten Teil der Bevölkerung (etwa 90 %) betrieben. Die verschiedensten Getreidearten gedeihen in den weiten Gebieten dieses Landes, in Mittel- und Südchina vor allem der Reis. Dort sind „Reis essen“ und „Mahlzeit halten“ identische Begriffe. Obstbau und Gemüsebau sind in der weitverbreiteten Gartenwirtschaft sehr umfangreich. Die Teegärten, an Hügeln der südlichen Staaten angelegt, liefern nicht nur den Chinesen ihr Nationalgetränk, ihr Produkt wird auch in Europa vielfach dem billigeren ceylonischen und indischen Tee vorgezogen. Der Mohnbau (Opium) hat China viel Elend gebracht. Unter der im übrigen wenig bedeutenden Tierzucht sei die von alters her gepflegte Seidenraupenzucht erwähnt. Den großen Besitz an wertvollen Mineralien hat China noch wenig ausgenutzt. Es macht sich aber das Bestreben geltend, die Ausländer von der Erschließung dieser Schätze fernzuhalten und sie dem eigenen Lande zu sichern.

Nach chinesischem Vorbilde ist auch in Japan der Ackerbau mehr Gartenbau als Feldbau. Im Norden ist das Klima für den Ackerbau wenig günstig. Bevorzugt wird im ganzen Lande der Reisbau. Der Teestrauch liefert das Hauptgetränk. Der Obstbau ist weniger bedeutend, auch die Tierzucht nicht besonders entwickelt. Als Hausindustrie wird die Seidenzucht vielfach betrieben. An Edelmetallen ist Japan arm. Es verfügt über reichlich Kupfer, eine bedeutende Kohlenproduktion. Auch Petroleum ist reichlich vorhanden, ebenso Schwefel. Auch Manganerz wird gefunden, Salz durch Verdunstung des Meerwassers gewonnen.

Reis, der die größte Anbaufläche beansprucht, bleibt zu 93 % im Lande; der Weizen (dessen Hektarerzeugung nur ein Drittel der deutschen beträgt) zu fast 85 %. Obwohl Indien viel mehr Weizen produziert als Argentinien, so bleibt darum doch die indische Weizenausfuhr stark hinter der argentinischen zurück. Deutschland kaufte 1912/13 von Indien für etwa 340 Millionen Mark, hauptsächlich Jute und Reis, dann noch Baumwolle, Kopra, Raps, Leinsaat, Edelhölzer, Kautschuk, Schellack, Rindshäute, relativ wenig Weizen, Tee und Kaffee. Die deutsche Einfuhr nach Indien betrug zur selben Zeit 140 Millionen Mark. Mit fortschreitender Industrialisierung dürfte Indien aufnahmefähiger werden, insbesondere für die Erzeugnisse der Schwer-, der Maschinen-, der elektrischen Industrie. Vgl. Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung Nr. 275, 1. Juni 1915.

Australiens<sup>1</sup> Eingeborenen bot die Heimat nur geringe Nahrungsmengen, auch gelang es ihnen noch nicht, ein eigentliches Haustier für die geregelte Fleischlieferung zu ziehen. Heute ist der Ackerbau auf größere Strecken ausgedehnt, wenn auch häufige Dürre die Erträge sehr beschränkt. In den Gras- und Salzbuschsteppen des östlichen Australiens wird die Schafzucht<sup>2</sup> geübt (bedeutende Wollproduktion), in den feuchteren Küstengebieten die Rindviehzucht gepflegt. Reich ist Australien an kostbaren Bodenschätzen, an Gold, Silber, auch an Kupfer, Zinn, Zink, Blei, hochgradigen Phosphaten, Eisenerzen; es finden sich ebenfalls bedeutende Ölschiefer- und Bauxitlager, Edel- und Wertsteine, Wolfram und Molybdänglanz. Die australische Inselwelt (Ozeanien) bietet an wildwachsenden Nahrungspflanzen die Kokospalme, den Brotfruchtbaum, den Pandanus. Bekannt ist der Neuseeländische Flachs (Phormiumfaser), der Kaurikopal, der allein in Neuseeland in großen Mengen gefunden wird. Kautschuk wird auch sonst von verschiedenen Pflanzen gewonnen. Auch wertvolle Hölzer finden sich auf diesen Inseln. Neuseelands Ackerbau ist im Fortschreiten begriffen, die Tierzucht findet üppige Graswiesen und Weiden, auch Förderung durch beträchtlichen Anbau von Wurzelgewächsen. Die Schafzucht blüht, die Wollproduktion ist sehr ertragreich. Butter und Käse, gefrorenes Rindfleisch können an das Ausland abgegeben werden. Es finden sich Gold, gute Kohle, Petroleum usw. Die Fidschi-Inseln eignen sich für den Zuckerrohrbau, die Tonga-Inseln produzieren reichlich Kopra, auch Bananen, Orangen, Ananas. Die Phönix-Inseln sind reich an Guano; Perlmutteruschalen, Perlen, Schildpatt usw. sind auf Britisch-Neuguinea zu finden. Die vormals deutschen Besitzungen in Polynesien lieferten Kopra, Früchte (Bananen, Ananas), Kakao, Kautschuk, Liberiakaffee, Perlmutteruschalen, Schildpatt, Deutsch-Guinea auch gute Baumwolle und Tabak. Für die Nordamerika gehörige Hawaigruppe ist der Zuckerrohrbau besonders erwähnenswert. Von den französischen Besitzungen sei Neukaledonien erwähnt mit Rücksicht auf seinen Reichtum an Nickel. Niederländisch-Neuguinea liefert dem Auslande Papuamuskatnüsse und Paradiesvogelbälge.

In Afrika<sup>3</sup> kommen auf Kulturland und Wald stark ein Fünftel der Landfläche, auf die Savannen mit ihren hohen harten Gräsern ebensoviel und desgleichen auf Buschland mit der Steppe. Etwa zwei Fünftel der Landfläche gehören Wüsten an. Geschlossene Wälder sind selten; sog. Galeriewälder finden sich in feuchten Senken und an Flußufern. In der Trockenzeit werden die Savannen abgebrannt, um Ackerland und besseres Viehfutter zu erlangen. Der Pflug ist nur in einzelnen Gebieten bekannt, im übrigen herrscht der Hackbau vor, eine ursprünglichere Form der Bodenbearbeitung, die sich auch in der Plantagenkultur wiederfindet, der besondern Kulturart, auf welche die Europäer in den Tropen angewiesen sind. Im Norden und Süden findet sich Ackerbau nach europäischer Art. Für ausreichende Bewässerung wird z. B. im Kaplande (auch im alten Deutsch-Südwestafrika) durch Stauwerke (große Talsperre bei Windhuk) gesorgt. Die Oasen der Sahara nehmen einen Raum ein, der kaum die Hälfte Deutschlands ausmacht. — Nutzpflanzen hat die Natur in Afrika nicht viele hervorgebracht. Die Eingeborenen ernähren sich mit Kaffernkorn, auch Mohrenhirse genannt, wildwachsendem

<sup>1</sup> Friedrich, Wirtschaftsgeographie 300 ff. R. Schachner, Australien als selbständiger Produktionsstaat, in Jahrb. für Nationalökonomie XXXIV (1907) 433 ff. 768 ff.

<sup>2</sup> Einzelne Squatters haben bis zu 200 000 Schafe.

<sup>3</sup> Max Eckert, Handelsgeographie II 349 ff.



Reis, den Körnern des Tefgrases. Manche Arten von Körnerfrüchten wurden von den Europäern eingeführt, ohne jedoch überall Verbreitung zu finden. Weizen und Gerste finden sich namentlich in Abessynien, Gerste auch in den Oasen der Sahara. Wassermelonen gedeihen z. B. im Hererolande. Südafrika und Ägypten liefern Riesen Kürbisse, Zwiebeln. Auch Hülsenfrüchte werden da angebaut. In den Küstenlandschaften bietet die Yamswurzel dem Neger einen Ersatz für Kartoffel. Maniokwurzeln werden im zentralen Afrika verzehrt; auch die Erdnuß ist in Zentral- und Westafrika ihres Ölgehaltes und ihres genießbaren Kernes wegen beliebt. Die großen Früchte<sup>1</sup> der Borassus- oder Delebpalme bilden namentlich auf der Somalihalbinsel ein wichtiges Nahrungsmittel. Das Mark des Baumes liefert Sago. Wichtiger noch ist die Dattelpalme, insbesondere in Nordafrika. Ein Baum von 35 bis 100 Jahren liefert jährlich bis zu 100 kg Datteln. In den Savannen sind die Pandanusbäume ähnlich nützlich. Es bieten außerdem noch menschliche Nahrung die indische Banane, das Zuckerrohr, an den Küsten die Kokospalme, in den Oasen die Koloquinten, in der Nähe der westafrikanischen Küsten der Schi- oder Gambiabutter liefernde Butterbaum, der Baobab oder Affenbrotbaum der Savannen. Im südlichen Abessynien hatte der Kaffee seine ursprüngliche Heimat. Dort wächst er auch jetzt noch wild. Als Genuß- und Reizmittel dienen die Kola- oder Gurunüsse. An der Pfefferküste (Guineaküste) gedeiht der scharfe Malaghettapfeffer. Auch Tabak wird angepflanzt. Im südlichen Kongobecken dient eine Hanfart zum Rauchen, die ähnlich verheerend wirkt wie das Opium. Wein stellt der Eingeborene aus der Deleb-, Dattel-, Bambupalme her, Branntwein aus dem Kaffernkorn, der Sorghohirse, Bier aus der Tocussa, einer Eleusinenart, die auch ein nahrhaftes Brot liefert. Sansibar und Pemba sind bekannt durch ihre Gewürznelken. In Westafrika gedeiht jetzt auch der Kakao. Dem tropischen Westafrika gehört die Ölpalme an, auch gibt es in den westafrikanischen Küstengebieten und im Kongobecken Kautschuk liefernde Lianenarten; auf Madagaskar<sup>2</sup> und Réunion Vahea-Arten, die Gummi liefern. Gummiarabikum bietet uns die Baum- und Sträucherwelt am Südrand der Sahara, Oberägypten, die Nubische Wüste, die Somalihalbinsel, der untere Senegal. Von der Somalihalbinsel kommen Myrrhe und Weihrauch (Gummiharze), von der ostafrikanischen Küste, von Natal und Kapland Aloe. Als wertvolle, meist sehr harte Nutzhölzer werden besonders geschätzt Kamerun- und Kapland-Mahagoni, weißes Eisenholz (Kapland), Tiekhholz, Stinkholz (für Drechslerarbeiten), Kamerun-Senegal-Oranje-Ebenholz, Sandelholz, Cambalholz (beide letzteren Farbhölzer von der Sierra Leone). Bedeutender Handelsartikel ist ein dem Bernstein ähnliches und auch für Drechslerwaren und Schmucksachen verwendetes Harz, das meist bis 1 m tief in der Erde liegt: der Kopal. Die besten Firnisse (engl. Wagenlack) werden aus ihm bereitet. Bekannt sind die sog. Angolakopale aus Angola, Benguella und dem Kongo. Den besten Kopal aber liefert Sansibar und Mozambique. Die Nut- und Nahrungspflanzen der Mittelmeerflora finden sich alle wieder in Nordafrika,

<sup>1</sup> Die größten bekannten Früchte (bis 15 kg) liefert die Meer- oder See-Kokospalme der Seychellen.

<sup>2</sup> Madagaskar ist größer als Deutschland, aber schwach bevölkert. Der Boden ist ertragsfähig (für Baumwolle, Zuckerrohr, Kautschuk, Kopal), relativ reich an Bodenschätzen (Eisen, Kohle, Kupfer, Blei, Salz); im Süden freilich fiebergefährliches Tropenklima.

so Reis und Baumwolle in Ägypten<sup>1</sup>, verschiedene Getreidearten und Halfagras in den Atlasgebieten; dann wilde Obstbäume, Feigen-, Johannis- und Mandelbäume, Pistazienbäume (Tunisnüsse), dann Zwergpalmen mit wertvollen Fasern, Parfümeriepflanzen usw. Kastanien- und Lorbeerhaine schmücken die westafrikanischen Inseln, namentlich Madeira. Die südafrikanischen Randlandschaften erzeugen Weizen, Hafer, Gerste, Durra, Reis. Wein wächst in Algier, bei Kapstadt, auf Madeira usw.; auch die mittel- und südeuropäischen Obstsorten sind reichlich vertreten. — Die afrikanische Tierwelt weist eine große Zahl verschiedener Arten auf. Die wilden Tiere ziehen sich vor dem Europäer mehr in das Innere zurück. Das Pferd unterliegt leicht dem Klima und der Tsetsefliege. Esel und das gezähmte Zebra sind widerstandsfähiger. Den afrikanischen Elefanten wird man kaum zum Haustiere machen. Bessere Erfolge weisen diesbezügliche Versuche mit dem Strauß auf. Andere Haustiere wurden eingeführt, so Rinder, Schafe, Ziegen (Wollschafzucht im Kaplande, Angoraziegenzucht). In Südafrika, Zentralafrika, im Sudan wird auch Schweinezucht betrieben. Das Kamel ist für Nordafrika ein wichtiges Haustier (auch in Südafrika und dem früheren Deutsch-Südwestafrika eingeführt). Ebenfalls hat sich die Geflügelzucht weithin in Afrika eingebürgert. Der Fischfang erzielt reiche Erfolge am Meer, in den Flüssen und Seen. — Die bedeutende Mineralwelt Afrikas harrt noch zum größten Teil der Erschließung. Gold wird in Transvaal, in der Oranjeflußkolonie, in Rhodesia, Madagaskar, im italienischen Erythräa, im portugiesischen Ostafrika (dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika?) gefunden, Silbererz in Madagaskar und Algerien, reichlich Kupfer- und Eisenerze ebendort und in ganz Südafrika, (Otaviminen im alten Deutsch-Südwestafrika), südlich des Viktoriasees und in Tunesien, Blei in Tunesien, Algerien und Madagaskar, Wismut in (Deutsch-)Südwestafrika. Kohlen finden sich in Natal, Transvaal, Kapland, im Basutolande, der Oranjeflußkolonie, in Algerien, an der Südgrenze (Deutsch-)Ostafrikas. Madagaskar verfügt über Graphit und Schwefel. Edelsteine und Halbedelsteine werden reichlich in Afrika gefunden (in [Deutsch]-Ostafrika Granaten). Bekannt sind die Diamanten der Oranjeflußkolonie. Salz liefern reichlich die Oasen der Sahara usw., Salpeter findet sich in Tuat. Algerien liefert vorzügliche Bau- und Nutzsteine.

Nach allem begreift man, daß sich Europas Blicke mit besonderem Interesse auf Afrika richteten und noch richten.

Hugo Marquardsen hat eine genauere Unterscheidung zwischen den Begriffen „Zentral- und Mittelafrika“ gefordert. Hiernach würde nur das innere Kongobecken als das geographische Zentrum Afrikas angesehen werden können. Mittelafrika aber, in seiner Abgrenzung gegen Nord- und Südafrika, würde ein Gebiet einnehmen, das sich etwa mit dem volkstümlichen Begriff des „tropischen Afrikas“ deckt, d. h. mit demjenigen Teil des Kontinents, in dem unsere Haupt-

<sup>1</sup> Der Baumwollbau ist in Ägypten die am meisten lohnende Bodenkultur und hat den Anbau anderer Kulturgewächse im Laufe der Zeit stark zurückgedrängt. Da die Baumwolle am besten auf dunklem Schlamm Boden gedeiht, so liefert das Mündungsgebiet des Nils besonders feine Qualitäten. Die Gesamterzeugung an Baumwolle in Ägypten beträgt  $3\frac{1}{3}$  Millionen Doppelzentner. In der Welterzeugung steht Ägypten an dritter Stelle, wobei jedoch zu beachten bleibt, daß die amerikanische Erzeugung rund zehnmal, die indische zweieinhalbmal so groß ist als jene Ägyptens. Die Hauptausfuhr (gegen 300 Millionen Mark) geht nach England; nach Deutschland gingen 1913 für 83 Millionen Mark Waren.

bezugsquellen für die tropischen Produkte liegen. Während „Zentralafrika“ ein im Innern des Kontinents befindliches, räumlich beschränktes Gebiet ist und ein Begriff von lediglich wissenschaftlichem Wert, wird die wohlverstandene Bezeichnung „Mittelafrika“ nicht nur bei wissenschaftlichen, sondern auch bei praktischen Fragen zweckmäßige Anwendung finden können.

Es ist nur ein kurzer Überblick, was hier, wirtschaftsgeographischen Werken, Schriften, Aufsätzen entnommen, aufgeführt wurde. Genauere Kenntnis der Produktionsgeographie — über das hier Gebotene hinaus — ist besonders für Deutschlands Produzenten und Händler gegenwärtig von großer Bedeutung. Deutschland wurde eines großen Teiles seiner wertvollsten Rohstoffquellen durch den Krieg bzw. den Friedensschluß beraubt. Es hat ausgedehnte agrarische Überschußgebiete verloren, muß Rohstoffe und Nahrungsmittel von dort beziehen, wo ihm die günstigsten Bedingungen gestellt werden. Dabei wirkt noch die Entwertung des deutschen Geldes sehr nachteilig. Aber das deutsche Volk wird und muß leben, muß darum, neben der vollen Ausnutzung seines Bodens und der ihm verbliebenen Rohstoffe, durch hochwertige Arbeit eingeführte Rohstoffe veredeln, um der großen Bevölkerung wenigstens das Existenzminimum zu sichern. Wertvolle Ergänzung der theoretischen Kenntnis der Produktionsgeographie im Hinblick auf die Vorbedingungen der Erholung des deutschen Wirtschaftslebens bietet das schon erwähnte neue Reichswirtschaftsmuseum<sup>1</sup> (aus dem 1917 in Leipzig begründeten Kriegswirtschaftsmuseum herausgewachsen). Wir denken dabei speziell an die Schausammlung des Museums. Durch Darstellung der einzelnen Wirtschaftszweige sowie der Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft von der Weltwirtschaft und der Möglichkeit, auf einzelnen Gebieten eine Eigenwirtschaft zu führen, wird die Gelegenheit gegeben, Aufschluß zu erhalten über die Rohstoffe, über ihre Herkunft, Verteilung auf die Industrie und Verarbeitung; man lernt erkennen, was aus Deutschland stammt, auf welchen Gebieten und in welchem Umfange wir vom Auslande abhängen. Die Schwierigkeiten der Einfuhr, des Transportes und die Notwendigkeit und Möglichkeit der Bevorzugung des deutschen Materials werden gezeigt. Ausgehend von dem Rückgrate jeder Volkswirtschaft: den Kraftquellen (Kohle, Torf, Holz, Wasser- und Windkraft, flüssige Brennstoffe und Brenngase), wird ein Überblick über die einzelnen Wirtschaftszweige gegeben. In diesem werden die Rohstoffe, Zwischen- und Fertigerzeugnisse in genetischer Anordnung ausgestellt nebst den dazu gehörigen Werkzeugen, maschinellen Anlagen, Nebenbetrieben und Nebenprodukten. Auf die Technik wird nur in dem Umfange eingegangen, wie es für das wirtschaftliche Verständnis notwendig ist. Dieses ganze Material wird durch figürliche, bildliche, graphische Statistiken ergänzt und vervollständigt. Dabei wird auf die wirt-

<sup>1</sup> W. Hedler, Reichswirtschaftsmuseum und deutsche Volkswirtschaft, in Köln. Volkszeitung Nr. 13, 5. Januar 1922.



schaftlichen Faktoren, die mit der Produktion in Verbindung stehen, eingegangen: so die Produktionsbewegung vor, während und nach dem Kriege unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse der Kriegswirtschaft und Nachkriegszeit; die Arbeitsverhältnisse, Lebensbedingungen, Wertveränderungen usw. Obgleich über diese einzelnen Faktoren in jeder Wirtschaftsgruppe sich eingehendes Material befindet, ist in einer besondern statistischen Abteilung ein Überblick über die deutsche Volkswirtschaft gegeben. Bei der Darstellung werden insofern neue Wege gegangen, als jeder Vorgang nicht nur figürlich, nicht nur bildlich, nicht nur statistisch dargestellt und veranschaulicht wird, sondern daß alle Mittel angewandt werden, um das Verständnis für jeden, auch den einfachsten Vorgang zu erwecken. Dadurch wird das Museum ein lebendiges Lehrbuch für alle Gebiete der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung.

Noch sei kurz hervorgehoben, daß das von uns aufgeführte produktionsgeographische Material nicht genügt, um die heute oft brennende Frage zu entscheiden, wohin Auswanderer sich am besten wenden. Diese Entscheidung ist ja auch nicht Sache der Nationalökonomie.

Aber drei für die Volkswirtschaftslehre wichtige Erkenntnisse ergeben sich schon aus der knappen Übersicht über die materielle natürliche Ausstattung der verschiedenen Länder und Gebiete.

1. Man sieht geradezu augenfällig, welche eine ungeheure Rolle die äußere Natur in der Bedarfsversorgung der Menschen spielt. Gewiß, die äußere Natur ist „Grundlage des Wirtschaftslebens“, wie es gewöhnlich heißt. Aber sie ist nicht bloß „Grundlage“, sie ist auch ein gewaltiger Produktionsfaktor. Sie bietet dem Menschen wichtige Güter gebrauchsfertig dar. Viele andere erzeugt sie mit ihren eigenen Kräften, wenn auch unter der Leitung des Menschen. Sie spielt also neben der Arbeit eine bedeutende Rolle.

2. Um sodann noch einmal auf die sog. „internationale Arbeitsteilung“ zurückzukommen, so wird man Bedenken tragen, eine „Arbeitsteilung der Natur“, wenn man davon metaphorisch sprechen darf, und die Arbeitsteilung der Menschen und unter Menschen als verschiedene Arten desselben Gattungsbegriffes nebeneinander zu stellen. Die „Arbeitsteilung“ der Natur ist eben eine rein natürliche Tatsache. Sie besteht darin, daß die verschiedenen Länder, je nach den bei ihnen obwaltenden natürlichen Bedingungen, ihre eigenartigen Produkte liefern können, die bei andern Völkern sich nicht oder nicht in ausreichender Menge finden, und welche darum bei ihnen eingetauscht werden müssen. Die bloß tatsächliche Arbeitsteilung zwischen verschiedenen im Tauschverkehr stehenden Ländern, ferner berufliche und technische Arbeitsteilung dagegen sind menschlichen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Ursprungs, Ergebnisse wenigstens unmittelbar der menschlichen Erkenntnis, wirtschaftlicher Überlegung, des menschlichen Wohlfahrtsstrebens.

Nicht selten wird aber von einer internationalen Arbeitsteilung in einem für die Menschen passiven Sinne, als dem Zielpunkte wirtschaftlicher Tendenzen gesprochen. Man weist z. B. auf die Folgen der Abhängigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Produktion vom Klima und der Bodenbeschaffenheit und auf die großen Schwankungen im Ertrag hin, die sich aus der Verschiedenartigkeit jener Bedingungen ergeben. Es trete dadurch die allerdings noch schwach entwickelte „Tendenz“ hervor, die Bebauung des Bodens in den einzelnen Ländern nach den für dieselben günstigsten Bedingungen einzurichten, also zu einer internationalen Arbeitsteilung in der Landwirtschaft usw. zu kommen. Wir möchten glauben, daß eine solche „Tendenz“ als absolute aufgefaßt, doch mehr der Wunsch interessierter Kreise ist. Solange das Phantom einer Weltrepublik sich nicht verwirklicht, solange verschiedene Staaten, Volkswirtschaften, Wirtschaftsgebiete selbständig nebeneinander bestehen, wird die Entwicklung und Wahrung der eigenen produktiven Kräfte und Möglichkeiten für jeden Staat, jede Volkswirtschaft in der Regel als wahrer kultureller Fortschritt gelten, werden gewichtige Gründe verschiedener Art den einzelnen Staaten möglichst weitgehende Selbstversorgung empfehlen können, wird man darauf verzichten wollen und müssen, die Weltwirtschaft auf Kosten der eigenen Volkswirtschaft zu fördern.

3. Andererseits wird die hohe Bedeutung der Weltwirtschaft durch die wirtschafts- und produktionsgeographischen Verschiedenheiten und Besonderheiten der einzelnen Länder ins hellste Licht gerückt, so zwar, daß man, in richtiger Deutung, auch von einer weltwirtschaftlichen Solidarität der Völker sprechen kann.

## § 2.

### Produzierte Produktionsmittel (Mechanische Technik).

**Literatur:** Die Lehrbücher unter dem Stichwort „Kapital“. — Böhm-Bawerk, Positive Theorie des Kapitals (3. Aufl., 1909) 1. Halbband, 1. Buch. — Ders., Art. „Kapital“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften V (3. Aufl.). — Spiethoff, Die Lehre vom Kapital, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert 1. Teil, Nr. 4. — Walter Jacoby, Der Streit um den Kapitalbegriff (1908). — F. W. Förster, Technik und Ethik (1905). — Ed. v. Meyer, Technik und Kultur (1906). — Wendt, Technik als Kulturmacht (1906). — Tönnies, Die Entwicklung der Technik. Festgaben für Adolf Wagner (1905) 127 ff. — Ergang, Untersuchungen zum Maschinenproblem in der Volkswirtschaftslehre (Freiburger Volkswirtschaftliche Abhandlungen I, 2. Ergänzungsheft [1911]).

**1. Künstliche Produktionsmittel.** Die äußere Natur dient der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen mit ihren Stoffen und Kräften als Mittel der Gütererzeugung. Der Mensch schafft und beschafft sich aber auch durch eigenes Bemühen sachliche Mittel und Hilfsmittel, die für die Produktion als Material- und Instrumentalursachen oder als Bedingungen in Betracht kommen. So z. B. Werkzeuge, Maschinen, Gebäude, welche die Arbeit erleichtern, Räume zur Aufbewahrung der Rohstoffe,

Magazine für Waren, Nahrungsmittel, Geld zur Bezahlung des Lohnes, zur Anschaffung von Roh- und Hilfsstoffen usw. Durch Anwendung produzierter Produktionsmittel holt der Mensch aus den elementaren Produktionsfaktoren, aus der Arbeit und den sachlichen Naturgütern einen höheren Ertrag heraus. Mit andern Worten: diese Mittel und Hilfsmittel steigern die Produktivität der Arbeit. Wer eine Axt anfertigt, um Holz zu spalten, muß zwar zunächst Arbeit aufwenden, um die Axt zu machen; aber später wird dann an Arbeit gespart, der Ertrag der Arbeit wird reichlicher, die Produktionskosten vermindern sich, indem jedes einzelne Quantum Holz zu seiner Produktion jetzt weniger Arbeit (Kosten) erfordert, als wenn das Holz mit der Hand zerlegt würde. Der größere Produktionserfolg, der höhere Ertrag aber, den diese Methode liefert, ist mit größerer Quantität oder besserer Qualität der Produkte gegeben oder er umfaßt beides zugleich: größere Quantität und bessere Qualität.

Die Nützlichkeit der Produktionsmittel ist letztlich in der Nützlichkeit der Endprodukte begründet. Je wichtiger die Bedürfnisse, zu deren Befriedigung die Endprodukte nötig sind, und je größer die den Bedürfnissen entsprechende quantitative und qualitative Ergiebigkeit der Produktion durch Anwendung der Produktionsmittel für Herstellung jener Endprodukte ist, um so nützlicher erweisen sich die Produktionsmittel selbst<sup>1</sup>.

A. Smith hatte die technische Arbeitsteilung als wichtigste Ursache der Produktivität der Arbeit und alles Fortschrittes in der Gütererzeugung hingestellt. Späterhin wurde die Maschinenteknik besonders betont sowie auch die großbetriebliche Organisation. Sozialistische Schriftsteller und Freunde der industriestaatlichen Entwicklung schenken dieser Seite der Fortbildung der Produktion mit Vorzug, oft einseitig ihre Aufmerksamkeit. Vertreter der historischen Richtung in der Nationalökonomie wiesen dann, ohne die Bedeutung der produzierten Produktionsmittel zu unterschätzen, besonders hin auf den Einfluß, den die staatliche Rechtsordnung (A. Wagner, Diehl u. a.) und die ganze geschichtlich gegebene Organisation der Volkswirtschaft auf die Gütererzeugung ausübe. Die freiwirtschaftliche Schule hob wieder namentlich die Bildung und Vermehrung des „Kapitals“ in ihrer Bedeutung für die Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Produktion hervor<sup>2</sup>.

Was ist aber „Kapital“?<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Oswalt, Vorträge<sup>1</sup> 14 ff., <sup>2</sup> 12 ff. 16.

<sup>2</sup> Vgl. A. Wagner, Theoretische Sozialökonomik I (1907) 111 f.

<sup>3</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 3, § 3, S. 228 ff. (229 f.): Bd. III, Kap. 2, § 2, S. 112 ff. Von älteren Untersuchungen seien beispielsweise erwähnt: Knies, Das Geld (1873) 1—56; Cossa, La nozione del capitale (1874), abgedruckt in den Saggi de Economia Politica (1878); Ricca-Salerno, Sulla teoria del capitale (1877); Umpfenbach, Das Kapital in seiner Kulturbedeutung (1879); Kühnast, Über den rechtlichen Begriff des Kapitals, in



**2. Der Kapitalbegriff.** 1. Im alten Griechenland bezeichnete der Ausdruck *κεφάλαιον* die Darlehenssumme als Hauptstamm des Darlehens im Gegensatz zu den Zinsen. In Rom, mehr noch aber im mittelalterlichen Latein, diente das Wort *caput* oder *capitale* (= *capitalis pars debiti*) zur Bezeichnung einer dargeliehenen Geldsumme, wie man auch heute noch eine zinstragende Darlehenssumme „Kapital“ zu nennen pflegt<sup>1</sup>.

2. Hatte bereits ein aus dem Jahre 1678 stammendes Glossarium des Dufresne du Cange<sup>2</sup> die Definition aufgestellt: „*Capitale dicitur bonum omne quod possidetur*“, so lehrte Turgot<sup>3</sup>: „Wer immer ... jedes Jahr mehr Werte einnimmt, als er zu verbrauchen genötigt ist, kann den Überschuß zurücklegen und ihn anhäufen. Diese angehäuften Werte (*valeurs accumulés*) sind das, was man Kapital nennt. ... Es ist absolut gleichgültig, ob diese Summe von Werten oder dieses Kapital aus einer Masse Metall oder aus andern Dingen besteht, da das Geld jede Art von Werten repräsentiert, sowie umgekehrt alle übrigen Arten von Werten Geld repräsentieren.“ Ferner sagt Turgot<sup>4</sup>: „Ein anderer Weg reich zu sein, ohne zu arbeiten und ohne Grundstücke zu besitzen ... ist, vom Kapital zu leben, oder richtiger gesagt, von den Interessen zu leben, die man von seinem Kapital erhält, wenn man dasselbe ausleiht.“

Es gehört also nach Turgot nicht zum Wesen des Kapitals, die Quelle, das Mittel neuen Erwerbes durch Produktion zu sein oder sein zu können. Seinem Begriff und Wesen nach besteht das Kapital zunächst nur in zurückgelegten, nicht verbrauchten, sondern angehäuften Werten.

3. Die Beziehung des Kapitalbegriffes zum Erwerb neuer Güter oder Werte findet sich bei Adam Smith<sup>5</sup>: „Wenn der Vorrat, den jemand

den Beiträgen zur Erläuterung des deutschen Rechtes (1884); Supino, *Il capitale nell' organismo economico e nell' economia politica* (1886). Eine Übersicht über die verschiedenen Kapitalbegriffe bei Böhm-Bawerk, *Positive Theorie des Kapitals*<sup>3</sup> (1909) 1. Halbband 23 ff. Besonders zu beachten die Ausführung bei Marx und Rodbertus (*Das Kapital*), in Wagners *Grundlegung* (1. Teil, Buch 2, Kap. 2), Sombarts *Modernem Kapitalismus*, Spiethoffs *Lehre vom Kapital*, in *Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft* im 19. Jahrhundert (1. Teil, Nr. 4), in Schumpeters *Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*, Diehl, *Theoretische Nationalökonomie*, Liefmann, *Grundsätze der Volkswirtschaft*, Ashleys *Englische Wirtschaftsgeschichte* II, Block, *Progrès de la Science Economique* I, Walter Jacoby, *Der Streit um den Kapitalbegriff* (1908), Böhm-Bawerks Artikel „Kapital“ im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* V, Toniolo, *Trattato di Economia Sociale. II: La Produzione* (1909).

<sup>1</sup> Das Wörterbuch der Französischen Akademie bezeichnet als früheste Bedeutung von Kapital: „*Le principal d'une dette, d'une rente*.“ Es ist die Stammsumme, das Stammvermögen im Gegensatz zur Zinssumme, zur Rente. Nach Grimm ist „Kapitalist“ ein Mann, der Geld auf Zinsen leiht.

<sup>2</sup> Zitiert bei Umpfenbach, *Das Kapital in seiner Kulturbedeutung* (1879) 32.

<sup>3</sup> Sur la formation et la distribution des richesses § 59.

<sup>4</sup> Ebd. § 31.

<sup>5</sup> Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes. Deutsch von F. Stöpel II (1878) 5 ff. (Book II, chap. 1 des *Wealth of Nations*).

besitzt, gerade nur hinreicht, um ihm auf einige Tage oder Wochen Unterhalt zu gewähren, denkt er schwerlich daran, ein Einkommen daraus ziehen zu wollen. Er verbraucht ihn so sparsam wie möglich und sucht durch seine Arbeit das Verbrauchte zu ersetzen, bevor alles weg ist. Sein Einkommen beruht in diesem Falle lediglich auf seiner Arbeit. Dies ist die Lage der meisten Arbeiter in allen Ländern. Wenn hingegen jemand einen hinlänglichen Vorrat besitzt, um ihm auf Monate oder Jahre Unterhalt zu gewähren, so sucht er aus dem größeren Teile ein Einkommen zu ziehen und hebt nur soviel für seinen unmittelbaren Verbrauch auf (*stock for immediate consumption*), als er bis zu dem Augenblick bedarf, wo das Einkommen eingeht. Sein Gesamtverrat zerfällt mithin in zwei Teile. Derjenige Teil desselben, von dem er ein Einkommen erwartet, heißt sein Kapital. Der andere Teil dient zu seinem unmittelbaren Verbrauch.“

Indem nun A. Smith den Kapitalbegriff auf die Verhältnisse einer ganzen Volkswirtschaft anwendet, gewinnt derselbe jenen besondern Inhalt, mit dem er uns in den meisten Lehrbüchern der Nationalökonomie bis auf den heutigen Tag begegnet. Innerhalb der privatwirtschaftlichen Sphäre kann der einzelne nicht bloß aus der Produktion neuer Güter, sondern auch daraus einen Erwerb ziehen, daß er Güter, die an sich zu unmittelbarem Genuß bestimmt sind, und welche ihm, solange er sie selbst gebraucht, kein Einkommen abwerfen, wie z. B. Wohnhäuser, Möbel u. dgl. — andern Einzelpersonen gegen Entgelt verleiht. Fasse ich dagegen die wirtschaftende Gesellschaft als Ganzes ins Auge, so zeigt sich mir, daß diese Gesellschaft als Ganzes sich nicht anders bereichern kann als durch Produktion neuer Güter. Für die Volkswirtschaft fällt somit der Begriff „Erwerbsmittel“ mit dem engeren Begriff „Produktionsmittel“ zusammen.

„Kapital“ vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet wäre hiernach derjenige Teil des Gütervorrates einer Person, der ihr als Erwerbsmittel im weitesten Sinne dient. „Kapital“ der Gesellschaft aber, also „Kapital“ im volkswirtschaftlichen Sinne, wäre derjenige Teil des allgemeinen Vorrates der Gesellschaft, des „*general stock of society*“, den die Gesellschaft nicht zum unmittelbaren Gebrauch für Konsumtionszwecke bedarf, sondern als Produktionsmittel verwenden kann bzw. zu dem Zwecke, der Gesellschaft durch Produktion ein Einkommen zu erwerben. Und dieser Teil zerfällt dann in „stehendes“ und „umlaufendes“ Kapital<sup>1</sup>.

4. A. Smith hatte von einem „ursprünglichen Zustand der Dinge“ gesprochen<sup>2</sup>, „welcher sowohl der Aneignung von Grund und

<sup>1</sup> *Wealth of Nations* (Stöpels Übersetzung) II, Buch 2, S. 5 ff. Vgl. Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 1, § 3, S. 117 ff. (117). Die Begriffe waren, so urteilt Böhm-Bawerk, bei Smith noch „wenig geformt“. Die „ganze Sache lag noch in einer embryonalen Verschwommenheit“.

<sup>2</sup> *Book I, chap. 8.*

Boden als auch der Anhäufung von stock“ (Vermögen) und daher auch dem „Kapital“ vorangehe. Ricardo<sup>1</sup> dagegen meinte, selbst in der frühen Zeit, auf die sich A. Smith beziehe, sei dem Jäger ein gewisses, vermutlich von ihm selbst geschaffenes und gesammeltes Kapital nötig gewesen, um ihn in den Stand zu setzen, Wild zu töten. Ohne irgendwelche Waffe hätte man weder Biber noch Hirsch erlegen können. „Kapital“ aber ist nach Ricardo<sup>2</sup> der Teil des Vermögens eines Landes, der zur Erzeugung neuer Werte verwendet wird und aus Nahrungsmitteln, Kleidung, Werkzeugen, Rohstoffen, Maschinen usw. besteht, wie dies alles zur Ausführung der Arbeit nötig sei. Die späteren Anhänger der Ricardoschen Lehre haben folgerichtig das Kapital als eine fort-dauernde wirtschaftliche Notwendigkeit bezeichnet. Man mochte sich eine Zeit vorstellen können, wo dem Menschen Waffen und Geräte fehlten; allzeit aber bedurfte er wenigstens der Nahrung usw., um arbeiten zu können; und die Nahrung, da sie vor dem Gebrauch angesammelt sein mußte, war eben „Kapital“<sup>3</sup>. Wie die Arbeit und die Naturkräfte, so war also auch „Kapital“ unerläßliches Erfordernis für die Erzeugung von Werten. Die Unterscheidung von drei Produktionsfaktoren (Natur, Arbeit, Kapital) ergab sich dann wie von selbst.

5. Rodbertus, A. Wagner<sup>4</sup> glaubten indes, die Lehre von der fort-dauernden wirtschaftlichen Notwendigkeit des Kapitals bedürfe einer schärferen Fassung. Indem sie zwischen „Kapital“ als „rein ökonomischer“ und als „historisch-rechtlicher“ Kategorie unterschieden, beschränkten sie die dauernde Notwendigkeit des „Kapitals“ auf das „Kapital“ im volkswirtschaftlichen, ökonomischen Sinne, auf das „Kapital“ als „Produktionsmittel“, während sie das „Kapital“ im privatwirtschaftlichen Sinne, das Kapital als privates Erwerbsmittel, den Kapitalbesitz als historische Kategorie<sup>5</sup> bezeichneten.

Was soll damit gesagt werden? Während das Kapital im privatwirtschaftlichen Sinne sich mit der Idee des Kapitalbesitzes eines Subjektes verbindet, dem die rechtliche Verfügung über das Kapital zusteht, welches sein Kapital auch für die Produktion bestimmt und so dem eigenen Erwerbszwecke dienstbar macht, wird das Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne objektiv in sich selbst bloß als Mittel der Produktion erfaßt. So verstanden findet sich „Produktionskapital“ in jeder menschlichen Wirtschaftsweise, bei der Eigenproduktion wie in der Verkehrswirtschaft; auch eine sozialistische Wirt-

<sup>1</sup> Principles chap. 1.      <sup>2</sup> Ebd. chap. 5.

<sup>3</sup> Jevons (The Theory of Political Economy<sup>3</sup> [1888] 222) nennt gerade die Unterhaltsmittel der Arbeiter die wahren Kapitalien.

<sup>4</sup> Vgl. Grundlegung II<sup>3</sup> (1894) 39.

<sup>5</sup> So auch Lassalle. — Gelesnoff (Grundzüge 147) meint, die Unterscheidung bleibe „in ihrer Einfachheit, Klarheit und Vollendung bis jetzt unübertroffen“.



schaftsordnung würde des „Produktionskapitals“ sich bedienen und bedienen müssen. Und darum findet sich das Produktionskapital auch in jeder Wirtschaftsepoche. Die Verwendung von Produktionskapital mag zu verschiedenen Zeiten nach Umfang, Ausdehnung, Art und Weise Veränderungen unterliegen, als technisch-ökonomisches Mittel der Produktion wird es stets und überall, wo Menschen Güter erzeugen, irgendwie benutzt werden, wohl auch in den ältesten Zeiten. Es ist also nicht eine „historische Kategorie“, wie das private Erwerbskapital, das in seiner Existenz, seiner Ausdehnung, der Möglichkeit seiner Erfolge ganz von der geschichtlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens und von gesellschaftlichen Verhältnissen, von der geltenden Rechtsordnung, der Eigentums- und Erwerbsordnung abhängt.

Die Richtigkeit der Unterscheidung zwischen „Kapital“ und „Kapitalbesitz“ kann nicht bestritten werden. Auch ergibt sich aus dieser Unterscheidung noch keineswegs, daß Privateigentum an den Produktionsmitteln notwendig zur Aneignung des Produktes fremder Arbeit führen müsse. Adolf Wagner hat sich zu einer solchen Deutung nicht bekannt. Es läßt sich indes nicht leugnen, daß der Doppelbegriff von Kapital, wie er hier formuliert wurde, zu Mißdeutungen Anlaß bieten kann. Das private Eigentum an den Produktionsmitteln erscheint da schlechthin, ausschließlich und allein, als historische Kategorie. Daß der Mensch ein natürliches Recht hat, Privateigentum zu erwerben, die naturrechtliche Begründung der Eigentumsinstitution, die Notwendigkeit des Privateigentums für jede gesunde Kulturentwicklung<sup>1</sup> kommt nicht zur Geltung, wird ausdrücklich oder stillschweigend in Abrede gestellt. Für Autoren, die das Privateigentum lediglich durch die Legaltheorie begründen, aus dem staatlichen positiven Rechte ableiten wollen, ergibt sich allerdings die Folgerung, daß das Privateigentum lediglich historische Kategorie sei, wie von selbst.

6. Neuerdings trat in der volkswirtschaftlichen Literatur das Bestreben stärker hervor, den Begriff „Kapital“ auf werbendes Vermögen zu beschränken<sup>2</sup>.

Das „Vermögen“<sup>3</sup> (der Inbegriff der in dauerndem Eigentum stehenden Sachgüter und wirtschaftlich bewertbaren Berechtigungen — kurz:

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 3, § 3, S. 189 ff. (179 ff.).

<sup>2</sup> Dieses Bestreben zeigt sich schon bei Schäffle. Dann vgl. insbesondere Sombart, *Moderner Kapitalismus*<sup>2</sup> (1916) 324 ff. Sombart unterscheidet Realkapital, das zum Ankauf von Produktionsmitteln, und Personalkapital, das zum Ankauf von Arbeitskräften dient. Er stellt diese Unterscheidung ergänzend neben die übliche Einteilung in fixes und zirkulierendes Kapital. (Ausführlich in der 1. Aufl. 1905, 204 ff.) Oppenheimer, *Theorie der reinen und politischen Ökonomie* 266 ff. 542 ff. Amonn, *Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie* (1911) 385 ff. Diehl, *Zur Kritik der Kapitalzinstheorie* von Böhm-Bawerk, in *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* L (1915) 581 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 3, § 3, S. 226 ff. (209 ff.).

der zur rechtlichen Verfügung jemandes stehende Gütervorrat) zerfällt in Nutz-(Genuß-, Gebrauchs)vermögen und in Erwerbsvermögen. Letzteres umfaßt alle der Produktion gewidmeten Sachgüter: Boden, Vorprodukte, Werkzeuge, Maschinen usw., dann Forderungsrechte eventuell in Effektenform, Geldvorräte für Darlehenszwecke<sup>1</sup>.

Man kann danach beim Erwerbsvermögen eine doppelte Form unterscheiden: das Unternehmerkapital, das dem Erwerbe durch die Unternehmung dient, und das Darlehenskapital, welches im Darlehensverkehr dem Erwerbe dient, Erwerb verschafft.

Zum Unternehmerkapital gehört auch der Grund und Boden. Er ist natürliches Produktionsmittel, steht aber in der heutigen Volkswirtschaft im privaten Eigentum. Er ist nicht produziert wie die künstlichen Produktionsmittel, die der Mensch sich erarbeitet für produktive Zwecke. Er ist unbeweglich, in seiner Größe und Ausdehnung durch die Natur umschrieben, in seiner Verwendbarkeit durch die Jahreszeiten und sonstige natürliche Ursachen gebunden, mehr oder minder auf bestimmte Erzeugnisse hingewiesen. Die produzierten Produktionshilfsmittel dagegen sind beweglich oder aus beweglichen Dingen gebildet, durch menschliche Tätigkeit vermehrbar, aber auch abnutzbar, in ihrer Verwendbarkeit für produktive Zwecke nach Zeit und Art weniger gebunden, mehr durch die Technik als durch die Natur bedingt und beeinflusst.

Als Formen oder Kategorien des künstlichen Produktionskapitals, das in der Privatwirtschaft auch Erwerbskapital ist (produzierte Produktionsmittel), werden regelmäßig folgende aufgeführt: Bei jeder materiellen Produktion, durch die Technik und den natürlichen Verlauf des Produktionsprozesses erfordert, sind:

a) Rohstoffe als Verwandlungsstoffe (z. B. Holz, Wolle, Saatkorn).  
b) Hilfsstoffe, die z. B. bestimmte chemikalische oder physikalische Wirkungen hervorbringen, ohne jedoch in das Produkt überzugehen (z. B. Heizmaterial, Reinigungsmittel u. dgl.).

c) Technische Hilfsmittel als Betriebsmittel der Produktion, namentlich Werkzeuge und Maschinen. Beim Werkzeug ist, wie gesagt, der Mensch sowohl führender als kraftgebender Faktor. Die menschliche Kraft wirkt durch den Hammer, der an die Stelle der Faust tritt. Die

<sup>1</sup> Der Kapitalbegriff bezieht sich nur auf äußere Güter. Spricht man von „geistigen Kapitalien“, so ist das nur eine metaphorische Ausdrucksweise. Geistige und persönliche Güter, Fähigkeiten, Talente, physische Arbeitskraft usw. können, wie wiederholt betont wurde, nicht mit äußeren Sachgütern auf die gleiche Stufe gestellt und darum auch nicht im eigentlichen Sinne unter einem gleichen Gattungsnamen mit diesen zusammengefaßt werden. Man redet wohl auch im Hinblick auf Geschäftskundschaft, Patente, Privilegien u. dgl. von „unkörperlichen Kapitalien“. Von Vorteil auch für die ganze Volkswirtschaft ist z. B. der allgemeine Ruf, den nationale Produkte ihrer besondern Eigenschaften wegen haben (Made in Germany) und die hierauf gegründete Weltkundschaft.

Maschine wird zwar auch vom Menschen geleitet; aber hier tritt die Naturkraft an Stelle der menschlichen Muskelkraft.

d) Gebäude (Fabriken, Werkstätten u. dgl.), die technisch-ökonomisch zur Produktion oder zur Bewahrung und zum Schutz der Güter (Lagerhäuser) erforderlich sind.

e) Kommunikations- und Transportmittel (Wege, Fuhrwerke, Bahnen), um der An- und Abfuhr zu dienen.

f) Meliorationsanlagen an Grund und Boden (Düngemittel, Dämme, Zäune usw.).

g) Die Unterhaltungsmittel der in der Produktion Tätigen für die Dauer der Produktion. Gebrauchs- und Genußgüter, die durch die Produktion erzeugt werden, sind Ziel, nicht Mittel der Produktion, wohl aber die Unterhaltungsmittel (einschließlich der Wohngebäude), die notwendig sind für den Unterhalt der Produzenten während der Produktion<sup>1</sup>.

Fertige Güter gehen nicht immer gleich von dem Produzenten an den Konsumenten. So hat z. B. Böhm-Bawerk denn auch das Warenlager fertiger Produkte (fertiger Handelswaren) unter das Produktionskapital gerechnet. Mit Unrecht, wie uns scheinen will. Für den Händler sind sie Erwerbskapital, sie dienen aber nicht zur Erzeugung von Gütern, so lange sie im Handel sind.

Geld, das Böhm-Bawerk ebenfalls zum Produktionskapital zählt, spielt eine große Rolle zur Durchführung der Produktion, zur Anschaffung von Roh- und Hilfsstoffen, Werkzeugen, Maschinen usw., insbesondere auch für die Lohnzahlung<sup>2</sup>. Es ist Bedingung der privatwirtschaftlichen Produktion, kann Erwerbsmittel, Rentenquelle im Darlehensverkehr werden. In sich selbst betrachtet ist das Geld lediglich Tauschmittel, keine unmittelbar Güter erzeugende Ursache.

Als Arten des künstlichen Unternehmerkapitals (des Produktionskapitals im engeren Sinne) kann man das stehende und umlaufende Kapital (Anlage- und Betriebskapital) bezeichnen. Zum stehenden Kapital gehören die einer nur allmählichen Abnutzung unterliegenden beweglichen Mittel und Hilfsmittel der Produktion, also Gebäude, Maschinen, Verkehrsmittel usw.; in übertragenem Sinne auch Konzessionen, Patente, alle die Konkurrenz dauernd ausschließenden Berechtigungen, insofern sie der Unternehmung auf längere Zeit einen besondern Gewinn einbringen

<sup>1</sup> Auch die qualifizierte Arbeitskraft als solche, insofern sie durch Bildung, Übung, besondere Aufwendungen erworben wird, ist zuweilen dem „Kapital“ beigezählt worden. Mögen immerhin die hierauf verwendeten Kosten für die Bemessung der Lohnhöhe in Betracht kommen. Man kann aber die Qualifikation der Arbeitskraft doch nicht als produziertes Kapital der natürlichen Arbeitskraft gegenüberstellen, weil beide untrennbar miteinander verbunden sind. Wo hört die eine auf und wo fängt die andere an? Vgl. A. Wagner, Sozialökonomik 138.

<sup>2</sup> Zunächst zahlt der Unternehmer regelmäßig den Lohn aus seinem Kapital. Auf die Dauer würde er aber nicht produzieren können, wenn er nicht einen Ersatz im Preise seines Erzeugnisses fände (sog. Hermannsche Theorie). Vgl. Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen<sup>2</sup> (1870) 476 und unten die Lehre von der Einkommensbildung.



(Lexis). Das umlaufende (flüssige) Kapital wird im Produktionsprozesse verbraucht oder in eine neue Form umgewandelt. Hierhin gehören Roh- und Hilfsstoffe, Halbfabrikate in der industriellen Produktion, Saatgut und Düngemittel in der Landwirtschaft; bleibende Meliorationen aber zählen zum stehenden Kapital<sup>1</sup>.

Als Arten des Erwerbskapitals werden nach dem besondern Erwerbsgebiete unterschieden: landwirtschaftliches, industrielles Kapital, Handelskapital, Finanzkapital.

7. Indem der Wert aller Vermögensobjekte in der heutigen geldwirtschaftlichen Verkehrswirtschaft in Geld geschätzt und ausgedrückt wird, indem ferner dieses in Geld geschätzte Vermögen regelmäßig in Beziehung zu dem Zweck des Gewinnbezuges gesetzt wird, so zwar, daß auch das Nutz- und Genußvermögen, auf dem Umwege des Kredits, als Unterlage und Unterpand für die Bildung von Erwerbskapital dienen kann, ist das geldlich bemessene Erwerbskapital so in den Vordergrund getreten, daß der Kapitalsbegriff sich nachgerade aufs engste mit dem Begriffe gerade des in Geld ausgedrückten Erwerbskapitals verbunden hat. In diesem Sinne wird man es denn auch verstehen können, wenn z. B. Sartorius v. Waltershausen das „Kapital“, wie es heute meist verstanden werde, schlechthin definiert<sup>2</sup> als „eine Wertsumme, die dazu dient, einen Gewinn zu bringen“. Eine „Wert-

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 3, S. 134 f. Ricardo nannte mit Rücksicht auf die Betriebsdauer das langsam vergängliche Kapital „stehendes“, das schnell vergängliche „umlaufendes“. Nach Roscher ist stehendes Kapital solches, das mehrmals, umlaufendes solches, das nur einmal vom Besitzer zur Produktion verwendet werden kann. Zum ersten gehören Fabriken, Maschinen, Ackergeräte, Eisenbahnen, Arbeits- und Nutztiere; zum letzteren Kohle, Holz, Wolle usw. Rau zählt zum stehenden Kapital diejenigen Güter, welche sich in dauerndem Gebrauch bei der Arbeit förderlich erweisen, zum umlaufenden jene, welche erst dann hervorbringend wirken und eine Einnahme hervorbringen, wenn der Eigentümer aufhört, sie zu besitzen, durch Weggeben oder Verzehr. Hermann betont, daß vom stehenden Kapital nur der Wert der Nutzung, vom umlaufenden Kapital aber der ganze Wert in den Wert des Produktes übergehe. Wer Geld dem „Produktionskapital“ zurechnen will, wird den andauernden Kassenbestand vielleicht dem stehenden, das Geld, das täglich für den Unterhalt der Produzenten usw. gebraucht wird, dem umlaufenden Kapital beizählen.

Die Unterscheidung von Anlagekapital und Betriebskapital wird verwendet bei der Berechnung der Produktionskosten. Der Preis des Produktes muß bezüglich des Anlagekapitals nur dessen Abnutzungs-, Erhaltungskosten (Amortisationsquote), das Betriebskapital aber, das in der einzelnen Betriebsperiode nicht nur benutzt und abgenutzt, sondern verbraucht oder ausgegeben wird, seinem vollen Werte nach ersetzen. Großes Betriebskapital erfordert darum eine entsprechend größere Bruttoeinnahme, während diese kleiner sein kann, wo vorzugsweise stehendes Kapital verwendet wird.

Marx unterscheidet noch variables und konstantes Kapital. Ersteres umfaßt die vom Kapitalisten zur Deckung des Arbeitslohnes verbrauchten Mittel, letzteres alle übrigen Produktionsausgaben.

<sup>2</sup> Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande (1907) 9.

summe“ bzw. eine Geldsumme, die der Einkommensbildung gewidmet ist, ein verbender Geldbetrag, „arbeitendes Geld“, wie die Praktiker sich ausdrücken, ein Vermögensbestandteil, welcher der Einkommensbildung dient, insofern dieser rechnungsmäßig als Geldbetrag sich darstellt, — so wird in der geldwirtschaftlichen Epoche gemeiniglich und auch in der Jurisprudenz der Ausdruck „Kapital“ verstanden<sup>1</sup>.

Bemessen wird der Verkehrswert der Güter nach dem Geldertrage, den sie abwerfen. Dieser Ertrag wird als Zinssumme eines Geldkapitals betrachtet und danach der Kapitalwert des fraglichen Vermögensobjektes berechnet. Das bedeutet es, wenn man sagt, das Vermögensobjekt werde „kapitalisiert“, wie man auch diese Berechnung von Vermögenswerten ihre „Kapitalisierung“ zu nennen pflegt<sup>2</sup>. Nehmen wir an, der übliche Zinsfuß sei 5 „o, dann bringt ein Geldkapital von 20 000 Mark an Zinsen 1000 Mark ein. Liefert nun ein sonstiges Vermögensobjekt, das als Erwerbskapital verwendet wird, einen Ertrag von 1000 Mark, so entspricht es — „kapitalisiert“ — einem Geldkapital von 20 000 Mark. Der Wert des fraglichen Vermögensobjektes wird hiernach auf 20 000 Mark geschätzt.

Schatzbildung, wobei das Geld angehäuft, unbenutzt aufbewahrt wird, ist heute unter normalen Verhältnissen selten. Man trägt das Geld lieber zur Bank oder benutzt es unmittelbar im Darlehensverkehr oder bei der Produktion von Gütern, mit andern Worten: das Geld wird so „angelegt“, daß daraus eine Ertragsquelle für den Eigentümer desselben entsteht. Diese „Kapitalanlage“ kann geschehen in Forderungsrechten, in eigener oder fremder Unternehmung. Wertpapiere bescheinigen ein Forderungsrecht (Aktien, Obligationen, Pfandbriefe, Schuldverschreibungen, Hypotheken)<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Carl Menger, Zur Theorie des Kapitals, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XVII (1888) 2 ff. 37 ff.; Gustav Cassel, Theoretische Sozialökonomie (1918) 43 ff.

<sup>2</sup> Eine Wertbemessung, welche auf die volkswirtschaftlichen und sozialen Besonderheiten des Grundbesitzes keine Rücksicht nimmt und leicht zum Übersehen jener Besonderheiten verleiten kann, kann nicht als ein Vorzug bezeichnet werden. „Das Geldkapital kann frei nach fast unbeschränktem Gewinn streben, der Boden bringt stets nur eine wechselnde, aber dabei doch immer sehr beschränkte Ernte. Das Kapital zieht sich aus jedem Geschäfte in der Regel bar wiederum heraus, der Grundbesitzer dagegen kann aus seinem Boden fast niemals das zum Erwerb desselben aufgewendete Kapital wiedererhalten, sondern bezieht höchstens einen jährlichen, mäßigen Reinertrag, den wir im Gegensatze zum kapitalistischen Zins als Rente bezeichnen. Diese Rente, der durchschnittliche Reinertrag, ist der natürliche Wertmaßstab des Bodens. Der Liberalismus aber behandelt den Boden als mobiles Kapital und die Rente als Kapitalzins, was sie vermöge ihrer wechselnden Höhe und der Schwerfälligkeit ihrer Natur nicht sein kann“ (Eugen Jäger).

<sup>3</sup> Näheres hierüber in Bd. III, Kap. 2, § 2, S. 124 ff. Die Effekten verkörpern ein Forderungsrecht auf Erträge, die mit Sachgütern und Arbeitsleistungen erzielt werden. So ist es zu verstehen, wenn von Effektenkapital gesprochen wird. Schecks, Wechsel, Banknoten sind Geldpapiere, keine Kapitalpapiere. Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 2, S. 127 f. — Die „Kapitalanlage“ ist etwas anderes als das oben erwähnte „Anlagekapital“. Das „Anlagekapital“ ist stehendes Kapital, das bei der Produktion nur mit seiner Nutzung verwendet wird, seiner Natur nach nur allmählicher Abnutzung unter-

8. Für den Privaten ist derjenige Teil seines Gütervorrates, von dem er ein Einkommen erwartet, sein „Kapital“. Er kann zu dem Einkommen gelangen durch Darleihe, Miete oder Produktion. Die Gesellschaft als Ganzes kann sich nur durch Produktion bereichern. So lehrte, wie wir oben sahen, Adam Smith. Mit andern Worten: privatwirtschaftlich ist „Kapital“ Erwerbsvermögen im weitesten Sinne, volkswirtschaftlich aber ist „Kapital“ soviel als objektives Produktionsmittel im weitesten Sinne des Wortes. Produktionsfaktoren sind der geistig und körperlich arbeitende Mensch und die äußere Natur. Der Mensch schafft sich aber eine Rüstung, deren er sich für die Produktion bedient. Diese Rüstung ist kein neuer Produktionsfaktor; denn er führt sich ja auf die beiden elementaren Faktoren Natur und Arbeit zurück. Auch sind die produzierten Produktionsmittel — wir nennen sie objektives „Produktionskapital“ im volkswirtschaftlichen Sinne zum Unterschiede vom „Kapital“ als Erwerbsvermögen — in sich betrachtet keine ökonomische, sondern eine technische Kategorie. Sie erhöhen aber in ihrer Anwendung jedenfalls die Produktivität von Arbeit und Natur, was ihnen große Bedeutung für die Bedarfsdeckung des Volkes verleiht. Mit dem Produktionskapital haben wir es zu hier tun.

3. Die geschichtliche Entwicklung der Volkswirtschaft unter der Einwirkung sich entfaltender Technik, speziell der Werkzeugs- und Maschinentechnik<sup>1</sup>. In der ältesten Zeit genügten die einfachsten Hilfsmittel, Werkzeuge und Waffen einer rein okkupatorischen Wirtschaft. Feuer diente zur Zubereitung der Speisen, die aus rohen Gefäßen, allmählich auch aus solchen genossen werden, welche die Töpferei herstellt. Die ganze wirtschaftliche Existenz war noch unsicher, wo nicht fischreiche Küsten und ergiebigere Jagdgebiete dem Menschen zur Verfügung standen. Der Hackbau, ohne Pflug und ohne Tiere, der Anbau mit Hacken und Spaten, brachte den ersten großen Fortschritt über die okkupatorische Wirtschaft hinaus. Mais, Hirse, Reis, Knollengewächse wurden nun zu Nahrungsmitteln. Der Übergang zur Sesshaftigkeit war hierdurch ermöglicht, und diese verband sich, wo günstige klimatische Verhältnisse vorhanden, mit sonstigen Fortschritten in der Ernährung und Behausung. Zu höherer Kultur gelangten und gelangten aber die bei bloßem Hackbau verbleibenden Völker nicht.

Träger des Fortschrittes werden nun jene Ackerbauvölker, welche die Bearbeitung des Bodens mit Viehzähmung und Viehzucht verbinden, Getreide anbauen, den Acker mit Pflug und Viehgespann bestellen. Die alten Holz- und

liegt und darum während mehrerer oder vieler Betriebsperioden Verwendung findet. Die „Kapitalanlage“ aber ist die Verwendung in Geld bestehender oder kalkulierter Vermögensteile, insbesondere zur Bildung oder Erweiterung eigener oder fremder Produktions- oder Erwerbsunternehmungen, die zinstragende Unterbringung solcher Vermögensteile bei landwirtschaftlichen, industriellen, merkantilen Unternehmungen, Verkehrsanstalten usw.

<sup>1</sup> Schmoller, Grundriß I (1908) 190 ff. Vgl. auch Schmollers Vortrag „Über das Maschinenzeitalter in seinem Zusammenhang mit dem Volkswohlstand und der sozialen Verfassung der Volkswirtschaft“, gehalten im Verein deutscher Ingenieure zu München am 30. Juni 1903, 3. Morgenblatt Nr. 180 der Allgemeinen Zeitung, 1. Juli 1903.



Steinwerkzeuge werden durch metallische aus Bronze und Eisen verdrängt. Man lernt es, durch Bewässerung die Fruchtbarkeit des Bodens zu sichern und zu steigern. Obst- und Weinkultur, Gartenbau kommen auf. Alles dies gewährt auch dichter Bevölkerung eine relativ gute wirtschaftliche Existenz. Neben den Ackerbauvölkern bestehen Hirten- und Nomadenvölker fort, die aber nur in bestimmten Gegenden vorkommen. Sie stehen im Tauschverkehr mit Hackbauern und Ackerbauern, werden diesen auch nicht selten gefährlich. Die Nomadenkultur dieser regelmäßig der mongolischen Rasse angehörigen Stämme bildet kein besonderes Durchgangsglied in der wirtschaftlichen Technik. Der Fortschritt bahnt sich seinen Weg bei den westasiatischen Völkern, bei den Griechen, Römern und Arabern. Hier entwickelt sich schon eine genauere Kenntnis der Natur, eine wirksamere Werkzeugtechnik. Der Hausbau wird vollkommener, die Hauswirtschaft wächst sich aus zu einer gewissen Universalität. Der Straßen- und Schiffsbau beginnt. Ackerbau, Gartenbau, Handel gelangen zu einer relativen Blüte in der Form des Kleinbetriebes. Wo die Technik an die Bewältigung großer Aufgaben in Riesenbauten u. dgl. sich wagt, da sind es aber nicht kaufmännische Unternehmer, die mit den besten Werkzeugen das Werk durchführen, sondern Despoten, welche durch Zusammenfassung großer Sklavenmassen bei geringer Arbeitstechnik ihre Pläne durchführten.

Die Technik des Altertums wurde dann, nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches, von den westeuropäischen Völkern wieder aufgenommen, wenn diese auch in manchen Beziehungen zunächst hinter den antiken Staaten zurückblieben. Der Wegebau war unvollkommener; es fehlten Großtechnik, Großhandel, Großstädte. Als beträchtlichere Fortschritte in der Zeit von 1300—1700 kann aber einmal die Benutzung des Wassers als bewegender Kraft in den Mühlen und im Bergbau gelten. Dazu kamen Fortschritte in der Eisengewinnung und in der Eisenverarbeitung. Auch die Handelstechnik, der Marktverkehr, das Geldwesen, die Kredittechnik erhielten fortschreitende Ausbildung.

Die Fortschritte in der naturwissenschaftlichen Erkenntnis, wie die Neuzeit sie gebracht, führten eine volle Revolution in der Technik herbei. An Stelle bloßer Erfahrungstechnik tritt mehr und mehr wissenschaftliche Technik. Die Umwälzung beginnt mit der Erfindung der Spinn- und Dampfmaschine und mit den Kokshochöfen (1768—1800), führt zu den größten Erfolgen in der Zeit des Eisenbahnbaues 1840—1860, bringt die gewaltigsten Umwälzungen hervor in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch Ausbildung der modernen Textil-, Eisen- und namentlich der Maschinenindustrie. In weit vollkommenerer Weise werden jetzt die Naturkräfte als bewegende Kräfte in der Produktion verwendet. Die Wasser-, Dampfkraft, die Elektrizität als Kraftquellen haben dem modernen Wirtschaftsleben ein ganz neues Angesicht verliehen, haben die Verkehrsmittel umgestaltet, den Verkehr, insbesondere auch den Fernverkehr erleichtert, in normalen Zeiten auch verbilligt, haben für die Gütererzeugung fruchtbarere Wege eröffnet, die Produktionserfolge gesteigert, haben durch Änderung der Organisation der Produktion auch der volkswirtschaftlichen Organisation weithin ein neues Gepräge verliehen (intensiver Betrieb, Änderung in den Größenverhältnissen der Unter-

nehmungen, Verdrängung der Handarbeit durch Maschinenarbeit, der Kleinbetriebe durch Großbetriebe usw.).

Die nie ermüdende Dampfkraft, die so eigentlich die moderne Industrie und den modernen Verkehr geschaffen, ist freilich abhängig vom Heizmaterial, der Kohle. Das bringt mancherlei Mißstände mit sich. Die Anlage- und Betriebskosten für Dampfbetrieb sind hoch. Der Betrieb ist gefährlich (Explosionsgefahr). Große Kohlenvorräte sind erforderlich zugleich mit den schweren Kesselanlagen. Etwa 88% der Wärmeeinheiten der Kohle gehen in den Schlot. Man braucht nur in einer modernen Industriestadt gelebt zu haben, um zu wissen, welche Belästigung Rauch und Ruß verursachen. Die Kohlenschätze der Erde sind ferner begrenzt und vermindern sich rasch. Die Dampfkraft dient auch nur der Großindustrie usw. So erklärt sich das Bestreben, andere Kräfte in den Dienst der Produktion zu stellen. Man versuchte Kraft zu gewinnen aus Gas, Spiritus, Petroleum, Benzin, heißer Luft usw. Manches ist auf solche Weise erreicht worden, speziell auch, um Mittelbetriebe mit Maschinen zu versorgen. Die größten Aussichten aber eröffnen sich für die Verwendung der Elektrizität im Dienste des Verkehrs, der Beleuchtung, der Güterproduktion. Ob neueste Erfindungen die Kohle ersetzen können und verdrängen werden, steht noch dahin<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Die Bedeutung der verschiedenen Kraftquellen für die Weltwirtschaft berechnete A. Schwemann in folgender Weise (kleinere Kraftquellen, wie die des Holzes, der vegetabilischen Öle, des Spiritus usw. sind dabei nicht berücksichtigt, sondern nur die bisherigen vier Hauptkraftquellen): Als Einheit für die Berechnung der Kraftmengen ist die Pferdestärke für das Arbeitsjahr, d. i. für 300 Arbeitstage von je 24 Stunden = 7200 Arbeitsstunden im Jahre, angenommen. Es betrug nun in Millionen Jahres-PS im Jahre 1909 bei:

	die nach der Erzeugung mögliche Leistung	die für Kraftzwecke verfügbare Leistung	Zuwachs bis 1919 (Schätzung)	also Leistung im Jahre 1919
Petroleum . . . . .	11,4	3,5	5,2	8,7
Naturgas . . . . .	3,7	2,4	—	2,4
Wasserkräfte . . . . .	3,4	3,4	2,5	5,9
Kohle, einschließlich der daraus erzeugten Gase . . . . .	146,2	138,0	33,0	171,0
Zusammen . . . . .	164,7	147,3	40,7	188,0

Die überragende Bedeutung der Kohle als Kraftquelle in der Weltwirtschaft war bisher unzweifelhaft. Wie weit die Kohle durch stärkere Ausnutzung der Wasserkräfte aus ihrer bisherigen Stellung verdrängt werden kann, läßt sich mit voller Sicherheit noch nicht bestimmen. Bis 1909 schätzte Schwemann die in der Welt ausgenutzten Wasserkräfte in PS auf 3 422 650 (davon Vereinigte Staaten 800 000, Frankreich 650 000, Schweiz 380 000, Deutschland 295 000, Schweden und Norwegen 150 000, Österreich 100 000, England 30 000, Kanada 500 000, Indien 8750, Rußland 12 500, Japan 4300 usw.). Bei der Kargheit der Wasserkräfte Englands wurde dort an die Ausnutzung der Meeresflut gedacht (Saunders Pläne in der „Engineering Review“ 1910). Vgl. Verfügbare Energiemengen der Weltkraftwirtschaft, in Technik und Wirtschaft IV, 8. Heft, S. 513 ff.; Zeitschrift für Volkswirtschaft II (1911) 703.

Die Priorität der Entdeckung des sog. dynamoelektrischen Prinzips, auf das alle Fortschritte in unserem elektrischen Zeitalter zurückzuführen sind, gebührt Werner v. Siemens. Die elektromagnetische Maschine war erfunden. Doch störte sie sich selbst, indem die in ihren Drähten entstehenden Gegenströme die Arbeitsleistung schwächten. Im Herbst 1866 gelang es nun Werner v. Siemens, diese Wirkung der Gegenströme nicht nur auszuschalten, sondern durch Drehung des Motors in entgegengesetzter Richtung die Gegenströme sogar zur Verstärkung der Batteriekraft zu benutzen. Siemens führte im Dezember 1866 den Berliner Physikern Magnus, Dove, Rieß und Du Bois-Reymond eine Maschine (sogar ohne Batterie und permanente Magnete) vor, welche ihre Wirkungen in sich selbst bis zu einem Maximum verstärkte. Magnus behandelte diese Erfindung in der nächsten Sitzung der Berliner Akademie der Wissenschaften am 17. Januar 1867. Als dann Werners Bruder Wilhelm Siemens am 15. Februar desselben Jahres in der „Royal Society“ zu London den Apparat vorführte, zeigte Wheatstone vom King's College (auch auf dem Gebiete der Telegraphie der bedeutendste Wettbewerber Werner Siemens') einen fast gleichen Apparat. Auch Varley behauptete, zu Anfang des Herbstes 1866 einen solchen Apparat bei einem Mechaniker bestellt zu haben<sup>1</sup>.

Es war für Werner Siemens von höchstem Werte, daß er in dem biedernden Feinmechaniker Halske einen so tüchtigen Mitarbeiter für die aufstrebende elektrotechnische Industrie gewinnen konnte. Das Geschäftsinteresse, die Freude an dem Aufblühen der Unternehmung, verband sich hier glücklich mit der Freude an wissenschaftlicher Forschung und technischem Fortschritt. Das objektive Ziel blieb dabei: „Schnelle und billige Herstellung guter Massenware auf wissenschaftlicher Grundlage.“ Emil Rathenau war es dann noch vorbehalten, in Fortbildung des Begonnenen der deutschen Elektrizitätsindustrie auf dem Weltmarkte die Vorherrschaft zu erringen. Die drei Buchstaben A.E.G. (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft) waren vor dem Weltkriege in allen Ländern bestens bekannt.

Noch in den 1870er Jahren zweifelte man daran, ob der Elektromagnetismus zum Ersatz der Dampfkraft im großen werde Verwendung finden können. Heute wissen wir, daß der Elektromagnetismus ein „Schwerarbeiter“ ist, dessen Leistungen sich immer mannigfaltiger gestalten. Die Elektrotechnik spendet den Städten „künstliche Sonnen“, führt das elektrische Glühlicht bis in Dachkammern und Stallungen. Fünfundzwanzig Jahre des Fortschritts haben den Stromverbrauch auf den vierzigsten Teil des anfänglichen vermindert. Ein Netz elektrischer Straßenbahnen, elektrische Hoch- und Untergrundbahnen ermöglichen den beschleunigten Verkehr in Städten und Großstädten. Telegraph und Telephon, Kabel und drahtlose Telegraphie erleichtern den Nachrichtenverkehr in der ganzen Welt. Der elektrische Pflug, das elektrische Pumpwerk usw. helfen mancherorts in etwa über die aus der Leutenot auf dem Lande sich ergebenden Schwierigkeiten hinweg. Der elektrische Kran, der elek-

<sup>1</sup> Konrad Matschoß, der die Geschichte der Dampfmaschine geschrieben, hat zur Feier des 100. Geburtstages Werner Siemens' (13. Dezember 1916) dessen Briefe in zwei Bänden veröffentlicht. Vgl. Köln. Volkszeitung Nr. 37, 15. Januar 1917.



trische Hammer, der elektrische Fahrstuhl entlasten die menschliche Arbeitskraft. In Tausenden von Tonnen bereitet die Elektrochemie Aluminium aus der Erde, Salpeter, Ammoniak und andere Düngestoffe aus der Luft. Und wie hat man die elektrische Technik im Kriege ausgenutzt! Mit einem Tastendruck bewegt der Matrose den 100 t schweren Geschützturm seines Schlachtschiffes. Der Gesteinsbohrer bereitete dem Feldgrauen den bombensicheren Unterstand. Elektrische Schallmessung, elektrische Minenzündung boten ihm die besten Mittel, dem Feinde rechtzeitig und wirksam zu begegnen usw.<sup>1</sup>

Die Entwicklung ist auch heute noch nicht zum vollen Abschluß gekommen. Wo der Dampf beim elektrischen Betrieb als Hilfskraft verwendet wird, sind die Kosten noch verhältnismäßig hohe; weit geringer, wo große Wasserkraften zur Verfügung stehen. Die Elektrizität ist eben ein Mittel, von einer lokalisierten Kraftquelle aus die mechanische Energie (die z. B. in dem Wassergefälle eines Bergflusses vorhanden) in gesteigertem Maße aufzuspeichern und wieder auszulösen, zu verteilen, durch einfache Drahtleitungen auf weite Entfernungen zu übertragen, für viele Maschinen zugleich verwertbar zu machen. Während die Dampfkraft ihrer Natur nach zentralisierend wirken mußte und die Fabrik schuf, kann die Elektrizität zur Dezentralisation der Kraft und des Betriebes führen. Bereits mit dem relativ teuren Dampfbetriebe wurde die Elektrizität kleinen Geschäften zugänglich gemacht. Das dürfte in weit größerem Umfange geschehen, sobald einmal die Wasserkraft mehr als bisher für die Elektromotoren verwendet wird. Am leichtesten wird das dort geschehen, wo starke Wasserfälle durch die Turbinen ausgenutzt und elektrisch verwertet werden können. Schon dienten in Deutschland auf solche Weise um die Wende des Jahrhunderts 81 000 Pferdekraften dem Menschen, in Österreich 16 000, in der Schweiz 133 000 usw. Länder mit Gebirgen und Wasserfällen werden, soweit diese ihre natürliche Ausstattung in Betracht kommt, in der zukünftigen industriellen Entwicklung voraussichtlich eine größere Rolle spielen können als bisher<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Alfred Göckel, Emil Rathenau, in Stimmen der Zeit XLVII (1917) 43 ff.

<sup>2</sup> Die großen Fortschritte in der Elektrotechnik, die Verringerung der Anlagekosten der Werke, die Verbesserung der Nutzwirkung der elektrischen Maschinen (z. B. durch stromsparende Metallfadenlampen), die Verringerung der Kosten der Stromerzeugung (hohe Entwicklung der Dampfturbinen und der Gasmaschinen mit Beschränkung des Verbrauchs von Brennstoff) usw., all dies hatte es ermöglicht, auch die kleinen Städte und das platte Land, von einigen für die Stromerzeugung besonders günstigen Punkten aus, durch Überlandzentralen und weitausgedehnte Leitungsnetze mit Elektrizität zu versorgen. Die Verfügung über billige Betriebskraft stärkt das Klein Gewerbe im Konkurrenzkampf mit dem Großgewerbe. Die Landwirtschaft kann ihre Arbeitskräfte und ihre Gespanne nun für andere Zwecke besser verwenden als zum Antrieb von Göpeln, Dreschmaschinen, Schneidemaschinen, Zentrifugen usw. Die Bodenschätze abseits von den großen Verkehrsstraßen gelegener Gegenden können, bei Verfügbarkeit einer wohlfeilen Betriebskraft, eher gehoben werden.

**4. Licht- und Schattenseiten des Maschinenwesens<sup>1</sup>.** 1. Maschinen sind vervollkommnete Werkzeuge, und doch nicht bloße Werkzeuge im alten Sinne. Das Werkzeug, wie z. B. Hammer, Zange, Säge, Schere usw., verstärkt und vervollkommnet, wie bereits gesagt, durch seine Gestalt, Form, Härte, Widerstandsfähigkeit usw. die Wirkung der physischen menschlichen Kraft. Das gilt auch noch von der gewöhnlichen Nähmaschine, der Pumpe, Handmühle u. dgl. Die Maschine aber macht eine äußere Naturkraft für die Zwecke der menschlichen Wirtschaft verfügbar, welche die stets viel geringere tierische oder menschliche Kraft ersetzt und deren Verwendung im Produktionsprozesse durch maschinelle Regelung auch menschliche Arbeitsleistungen zu ersetzen vermag, um so mehr, je leichter und umfassender der Produktionsprozeß in seine einzelnen Bestandteile zerlegt werden kann.

Aus sich selbst und sich selbst überlassen können bloß mechanisch wirkende Kräfte ebenso zerstörend wie nützlich tätig sein. Erst durch besondere Vorrichtungen, eben die Maschinen, werden die Naturkräfte in den Dienst der wirtschaftlichen Produktion gestellt. Der menschliche Geist ist es, auf dessen Tätigkeit die Konstruktion der Maschinen sich zurückführt, und wiederum der Mensch muß die Maschinen nicht bloß „bedienen“ im gewöhnlichen Sinne, sondern auch leiten und kontrollieren. Die „Hinlenkung“ ihrer Kraftleistungen auf die menschliche Bedarfsdeckung haben sie nicht aus sich selbst. Sie erhalten dieselbe vom Menschen, der sie erbaut, „bewacht, bezähmt“, dessen Produktionsfähigkeit sie aber gewaltig stärken und erweitern.

2. Man unterscheidet Kraft- oder Bewegungsmaschinen (Motoren) und Arbeits- oder Werkmaschinen.

Die Kraftmaschinen haben den Zweck, eine von der Natur gegebene Kraft zur Leistung einer bestimmten mechanischen Bewegung, Wirkung verfügbar zu machen. Hierhin gehören auch die „Transportmaschinen“, Motoren, die sich selbst und alles mit ihnen Verbundene in Bewegung setzen.

Die Werkzeugmaschinen verwerten eine verfügbare Kraft bzw. die von ihr hervorgebrachte Bewegung zur Verarbeitung materieller Stoffe. Kraft- und Werkzeugmaschinen sind darum auch bei der Güter-

Wie das Schienennetz, das Deutschland überzieht, so würde auch ein Netz elektrischer Leitungen, dessen Anlageplatz vor dem Kriege zum Teil schon vollzogen, zum Teil erst geplant war, der Volkswirtschaft zu unschätzbarem Vorteil gereichen.

<sup>1</sup> Vgl. Diehl, Die sozialpolitische Bedeutung des technischen Fortschrittes, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXVI (1908) 167 ff. (mit vielen Beispielen und reichen literarischen Belegen); Reuleaux, Kurzgefaßte Geschichte der Dampfmaschine (1891); Kurt Hering, Das 200jährige Jubiläum der Dampfmaschine 1706—1906 (1907); Matschoß, Die Entwicklung der Dampfmaschine (1908); Heinrich Brauns, Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der niederrheinischen Samt- und Seidenindustrie (1906) usw. Über Franz Reuleaux und die Maschinenwissenschaft vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft VIII (1905) 804 ff.

erzeugung miteinander verbunden<sup>1</sup>. Zuerst muß die Arbeitsmaschine (z. B. die Spinnmaschine) vorhanden sein, ehe die Naturkraft (z. B. die Spannung des Wasserdampfes) im Produktionsprozesse wirksam werden kann.

Schon Adam Smith<sup>2</sup> hob den Zusammenhang zwischen Maschinenwesen und technischer Arbeitsteilung hervor. Die Maschine kann bei der Produktion besonders vorteilhafte Anwendung nur finden, wo der Produktionsprozeß in seine einzelnen Teile, in mechanische Einzelleistungen oder in ein ganzes System solcher Leistungen zerlegbar ist. Wenn Smith aber meinte, ein großer Teil der Maschinen, die in den Fabriken mit fortgeschrittener Arbeitsteilung Verwendung finden, wären „ursprünglich Erfindungen gemeiner Arbeitsleute gewesen, die bei irgendeiner sehr einfachen Operation beschäftigt, natürlich ihre Gedanken darauf gerichtet hätten, leichtere und bequemere Methoden der Herstellung zu ersinnen“, so täuscht er sich. Es ist gewiß interessant zu vernehmen, wie der spielfrohe Knabe eine automatische Kommunikation zwischen Kessel und Zylinder der Dampfmaschine herstellte. Allein das Beispiel, welches Smith hier anführt, bezieht sich doch nur auf einen Ausnahmefall. In unmittelbarer Beziehung zu den großen Erfindungen steht jedenfalls weit mehr die berufsmäßige als die technische Arbeitsteilung. Denn die berufsmäßige Arbeitsteilung ermöglichte es, wie schon Jevons aussprach, dem Mann der Wissenschaft oder der Technik, seine ganze Kraft auf die Erfindung zu konzentrieren. James Watt, Bramah, Fulton, Roberts, Nasmyth, Howe, Fairbairn, Whitworth, Stephenson, Wheatstone, Bessemer, Siemens wurden nicht durch Zufall und das Bestreben, ihre eigene Arbeit zu erleichtern, sondern durch sorgfältige Benutzung ihrer genialen Anlagen, durch eifriges Studium und lange Praxis in der mechanischen Konstruktion zu ihren Erfindungen geleitet<sup>3</sup>.

3. Der Nutzen der Maschinen wird regelmäßig auf folgende Tatsachen zurückgeführt:

a) Die Maschinen erleichtern die Produktion, indem sie dem Menschen gewaltige Naturkräfte dienstbar machen, z. B. die Dampfkraft bei den modernen Transportmaschinen, in der Industrie, namentlich in der Textilindustrie, in der Holz- und Metallverarbeitung usw. Auch die

<sup>1</sup> Marx unterscheidet drei wesentliche Teile der „entwickelten Maschinerie“: 1. die Bewegungsmaschine; 2. den Transmissionsmechanismus, der die Bewegung auf die Werkzeugmaschine verteilt und überträgt; 3. die Werkzeugmaschine.

<sup>2</sup> *Wealth of Nations* (Stöpels Übersetzung) I 14.

<sup>3</sup> Papin zu Marburg benutzte 1690 den Wasserdampf, um einen Kolben im Zylinder zu bewegen. Watt konstruierte dann (1768—1792) eine Dampfmaschine, die zur Wasserhebung in Bergwerken, auch als bewegende Kraft in Spinnereien, Mühlen, Walzwerken benutzt wurde. Die Wattsche Maschine war Niederdruckmaschine und noch sehr unvollkommen. Die Hochdruckmaschinen mit wirksamerer Dampfspannung bis zu fünf-fachem Atmosphärendruck kamen erst seit 1802 auf. Stephenson stellte die Dampfmaschine in den Dienst des Transportes auf Schienenwegen (1821—1849). Robert Fulton erfand Dampfschiffe (1806/07), Erikson Schraubendampfschiffe (1827). Lokomobilen kamen seit 1841 in Anwendung. Wichtig ist der gesetzliche Erfinderschutz (Pariser Konvention von 1883 und Brüsseler Akte von 1900), Patentschutz (Reichspatengesetze vom 25. Mai 1877, vom 7. April 1891, ergänzt durch Gesetz vom 6. Juni 1911. Neuer Entwurf von 1913).



Landwirtschaft bedient sich ihrer im Dampfpflug, bei der Sae-, Mäh-, Dreschmaschine<sup>1</sup>.

b) Sie steigern die Produktivität der Arbeit sowohl quantitativ als qualitativ.

a) quantitativ in mehrfacher Hinsicht: mit geringeren Kosten liefert die maschinelle Produktion in kürzerer Zeit bei dauernder Anwendung und unter Benutzung mächtigerer Naturkräfte unvergleichlich mehr Produkte, als bloße Handarbeit dies vermöchte, soweit diese hier überhaupt zum Vergleich herangezogen werden kann.

β) qualitativ: Durch die Kraft, Schnelligkeit, Regelmäßigkeit, Feinheit, Genauigkeit des Wirkens der Maschinen werden die Produkte in mancher Beziehung vervollkommenet.

c) Die Produkte werden billiger, einmal weil die Unterhaltungskosten der Maschinen geringer sind als der Preis entsprechender Handarbeit, — sodann, weil die größere Menge der Produkte dem Unternehmer gestattet, mit einem geringeren Gewinne am einzelnen Stücke sich zu begnügen.

d) Welch gewaltige Erleichterung und Steigerung des Verkehrs die Maschinen bewirken, liegt offen vor aller Augen.

Noch einige Beispiele: Ein Handweber brachte es bei 16—18stündiger Arbeitszeit im Jahre bis zu 3000—4000 Ellen. Am Dampfwebstuhl erzeugt er bei 10stündiger Arbeitszeit 30 000 Ellen im Jahr. 1842 berechnete man, daß 17 Millionen Handspinner erforderlich wären, um zu leisten, was damals 448 900 Maschinenspinner leisteten<sup>2</sup>. Beim Herdfrischen brauchte man zur Verarbeitung des Roheisens zu Schweißisen bzw. Stahl etwa drei Wochen, beim Puddeln 2½ Tag, beim Bessemerprozeß genügen 20 Minuten. Die alte Grubengerberei brauchte zur Herstellung des Leders 1—1½ Jahre; die Bottichgerberei leistete dasselbe in 4—6 Wochen, die elektrische Gerberei in 4 Tagen. Die Fracht für ein Bushel Weizen von Neuyork belief sich 1876 auf 6 Pence, 1908 auf 1½ Pence. Der erste Dampfer (1819) brauchte von Liverpool bis Neuyork 26 Tage. Jetzt braucht man nicht einmal ganz 5 Tage. 1909 gab es Dampfer von 40 000 t und 70 000 Pferdekraften (Turbinen), die mit einer Geschwindigkeit von 46,3 km fahren und pro Stunde und Pferdestärke nur 0,65 kg Kohlen verbrauchten. Die an deutsche Elektrizitätswerke angeschlossenen Elektromotoren leisteten 1894/95 5635,

<sup>1</sup> Man vergleiche einmal solche fortgeschrittenen landwirtschaftlichen Betriebe in den westeuropäischen Ländern mit der Art und Weise, wie z. B. in der Türkei bisher gewirtschaftet wurde. Als Pflug diente da in vielen Gegenden ein starker gebogener Ast oder zwei spitzwinklich zusammengefügte Holzstücke, um den Boden aufzureißen. Gemäht wurde mit kleinen Handsicheln, welche die Hälfte der Halme stehen lassen; gedroschen mit kurzen, schrittenartigen Brettern, in deren unteren Fläche Steinchen eingelassen sind. Diese Schlitten wurden von ein paar Ochsen über den Getreidehaufen hin und her gezogen, wobei natürlich wohl die Hälfte der Körner verloren ging usw.

<sup>2</sup> Über Handarbeit und Maschinenarbeit in der Baumwollweberei vgl. Clemens Heiß' Angaben in Schmollers Jahrbuch XXV (1901) 322 ff. (704 ff.). — Ein interessantes Beispiel der Steigerung der Produktivität der Arbeit bietet die Uhrenindustrie (Paul Dienstag, Die deutsche Uhrenindustrie [1910]).

1899/1900 106 368, 1903/04 263 036 Pferdekkräfte<sup>1</sup>. 1905 zählte man in Europa 713 355 km Telegraphenlinien mit 85 545 Anstalten und 272,7 Millionen Depeschen usw. Wer in Flüelen, den Hotels des Oberalppasses und Andermatts das Bild des letzten Postillons der Gotthardpost mit Wehmut betrachtet, der wird sich doch zugleich freuen dürfen, daß er jetzt mit dem Kurierzug von Luzern bis Mailand in 6 Stunden fahren kann.

Manche Schriftsteller, wie Michel Chevalier, Passy, Reuleaux u. a., haben wohl die technischen Fortschritte des Maschinenzeitalters nicht ohne Einseitigkeit gepriesen, unter den Sozialisten auch Fourier und Bebel. Eine objektive Beurteilung dagegen, wie sie bei Nicholson, Marshall, Hobson, Wagner, Schmoller u. a. sich findet, wird zwar die erhöhte Leistungsfähigkeit der maschinellen Produktion, die Möglichkeit der Befriedigung eines Massenbedarfs, der billigeren Versorgung der Konsumenten, der Erleichterung des Verkehrs, insbesondere auch des weltwirtschaftlichen Fernverkehrs, den Fortschritt zur und in der Stoffveredlung, die Entwicklung des Großbetriebes, die Verdichtung der Bevölkerung in den Industriestaaten, ihre Vereinigung in Großstädten und Industriezentren, kurz den vielseitigen Zusammenhang zwischen vollkommenerer Technik, höherem Wirtschaftsleben und höherer Kultur nicht verkennen. Er wird aber gleichzeitig auch ein offenes Auge bewahren für die Mängel, die sich selbst mit den genannten Vorzügen verbunden haben, — nicht um zu kritisieren, sondern um noch höherem Fortschritte die Wege zu zeigen und zu bahnen.

1. Zunächst ist es unverkennbar, daß die Umwandlung der Werkzeuge in Maschinenkapital, die Fortschritte der Technik und der Produktivität für die große Masse der Bevölkerung das Leben keineswegs in dem Maße erleichtert haben, wie das Großartige in der Bildung der modernen Industrien und die Einführung der Massenproduktion vielleicht erwarten lassen konnte. Die technischen Fortschritte finden sich tatsächlich, wenigstens die bedeutenderen, doch nur vorzugsweise im Verkehrswesen, im Textil- und Metallgewerbe. Für die großen Gebiete in der Bedarfsversorgung, für die Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen, für die Herstellung von Wohnungen bleibt das, was der technische Fortschritt leistete, jedenfalls in weit engeren Grenzen. Auch sind die Kosten für Ernährung und Wohnung durch die Verbilligung industrieller Massenprodukte nicht gerade vermindert worden. Jedenfalls erheischt die Beantwortung der Frage, ob das Volk im ganzen durch die gewaltige Umwälzung in den volkswirtschaftlichen Verhältnissen nicht nur für einzelne, sondern für alle Gebiete reicher geworden sei, eine gewisse Vorsicht und Überlegung.

---

<sup>1</sup> Pferdekkräfte sind Krafteinheiten, die in einer Stunde 75 kg einen Meter hoch heben. Durch Zurückführung auf dieses Maß werden die verschiedenen Kraftquellen vergleichbar.

2. Haben ferner die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, welche die maschinelle Technik hervorgerufen, nicht auch dunkle Seiten aufgewiesen?

a) Um technisch vollkommene Produktionsmittel anwenden zu können, dazu bedarf es großen Anlage- und Betriebskapitals. Andererseits vermehrt eine erfolgreiche Produktion die Vermögen, steigert Reichtum und Macht bei der Unternehmerklasse, der eine breite, besitzlose Lohnarbeiterklasse gegenübersteht. Es geht ein tiefer Riß durch die Gesellschaft. Die Kluft zwischen arm und reich hat sich erweitert. Drohend erhebt der Sozialismus sein Haupt, indem er wähnte, mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die privatwirtschaftlichen Hemmungen überwinden zu können, die sich voller Entwicklung der Technik und dem Vollgenuß des technischen Fortschrittes für das Volk in seiner Gesamtheit entgegenstellen.

b) Die Maschine hat dem Handwerker sein Werkzeug aus der Hand genommen und sich selbst angegliedert. Der gewerbliche Mittelstand, das für die Gesellschaft so wertvolle Bindemittel zwischen reich und arm, hoch und niedrig, hat sich vermindert und kämpft, wo er noch besteht, einen schweren, auf einzelnen Gebieten aussichtslosen Kampf mit der großindustriellen Konkurrenz.

Dort, wo der Kleinbetrieb neben dem Großbetrieb überhaupt noch existenzfähig geblieben ist, kann ihn die Anwendung von Motoren kräftigen, über diese Grenze hinaus aber durch dieses Mittel allein kaum erhalten.

c) Trotz aller Ersparung von Arbeit, die der Maschine nachgerühmt wird, glaubte John Stuart Mill sagen zu können, keines Menschen Mühe sei dadurch vermindert worden. Die Arbeit in der alten Handwerksstätte war durch ihre Abwechslung, wie sie die Erzeugung eines ganzen Werkes mit sich bringt, der menschlichen Natur entsprechender als die oft mechanische, monotone, gesundheitsschädliche, geisttötende Maschinenarbeit, namentlich wenn der Betrieb mehr nach der Leistungsfähigkeit der Maschine als des arbeitenden Menschen eingerichtet wurde (Cunningham).

Otto Kammerer beurteilt die geistigen Wirkungen insbesondere zukünftiger fortgeschrittener Maschinenteknik günstiger<sup>1</sup>. Nur in der Kindheit der Maschine seien Pfleger und Wärter aller Art notwendig. Die voll entwickelte Maschine bedürfe solcher Beihilfe nicht mehr. Als Beispiel diene der Buchdruck. Zunächst war die Buchdruckerkunst regelrechtes Handwerk. Das Schwärzen der Lettern, das Einlegen der Bogen, das Zuschrauben der Presse waren Handlangerarbeiten. Die von Naturkraft getriebene (im 19. Jahrhundert erfundene) Schnellpresse besorgte das Schwärzen und Pressen selbst. Es blieb nur das Einlegen der Bogen als Handlangerdienst, den Jungen und Mädchen besorgten. Die vervollkommnete Schnellpresse faßt mit Saugluftgreifern selbsttätig die Bogen und

<sup>1</sup> Mensch und Maschine, in Neue Rundschau (1910) Heft 8, S. 1025 ff.



führt sie ohne irgendwelches Zutun in die Maschine. Und die Rotationspresse faltet die Zeitung, schneidet sie auf und legt sie in saubern Stapeln beiseite. Bleibt nur noch das Spiel auf den Tasten der Setzmaschine, eine Tätigkeit, die ohne geistige Arbeit schlechterdings nicht ausführbar ist.

d) Die Zunahme und Ausdehnung der Maschinenteknik hat bisher die Existenz der Arbeiter oft unsicher, ihre Beschäftigung unregelmäßig, hat immer wieder zunächst viele Arbeiter brotlos gemacht<sup>1</sup>. Neue Arbeit zu finden, ist aber für „deplazierte“ Arbeiter nicht gerade so leicht; für andere braucht es Zeit. Was nützt es dann dem Arbeiter, der vom Tagelohn lebt, daß die Warenpreise durch Mehrung der Produktion gefallen sind, wenn ihm die Mittel fehlen, sich diese billigeren Waren zu kaufen! Das beliebte Beispiel der Baumwollspinnerei in England, die 10 Jahre nach Erfindung der Arkwrightschen Maschine 800 000 statt 8000 Personen beschäftigte, beweist keineswegs allgemein, daß die Maschinenarbeit einen erhöhten Arbeitsbedarf hervorruft, da die größere Billigkeit der Produkte nun auch eine größere Nachfrage und diese eine Ausdehnung und Vermehrung der Fabriken verursache. Gewiß bietet auch die Erzeugung der Maschinen selbst und das Aufkommen neuer Industrien die Möglichkeit erweiterter Arbeitsverwendung. Das hat aber nicht immer genügt, um alle „frei gesetzten“ Arbeiter alsbald befriedigend zu beschäftigen. Zudem fallen neue Fabriken nicht gerade plötzlich vom Himmel. Inzwischen aber erliegen vielleicht Scharen von Arbeitern der Not und dem Elende; sie verbreiten dazu noch dieses Elend weithin über die ganze Arbeiterklasse, indem sie als „Arbeiterreservearmee“ (Surpluspopulation) — mit Marx zu sprechen — bei freier unregelter Konkurrenz den Lohn auf niedrigster Höhe halten.

e) Die größere Beweglichkeit des wirtschaftlichen Lebens, die Ausdehnung der Märkte, die lebhaftere Konkurrenz, Weltmarkt und Welthandel im Maschinenzeitalter haben die Gewinnmöglichkeit für die Unternehmer einerseits erweitert, aber zugleich auch besondere Gefahren für sie heraufbeschworen. Sind die maschinellen Einrichtungen, die einen großen Vermögenswert darstellen, für eine bestimmte Produktion festgelegt (z. B. ein Hochofen für Produktion von Roheisen), dann sind die Produzenten viel abhängiger von den Käufern und den durch die Konkurrenz bestimmten Preisen, als wenn sie bei Änderungen der Bedürfnisse, der Nachfrage, der Produktionsrichtung, der Technik ihr Kapital leichter aus dem Betrieb herausziehen können. Dieser Umstand erklärt es ja auch, warum z. B. der „Verlag“, mit Beschäftigung hausindustrieller Weber, der Weberei mit maschinellem Betrieb oft vorgezogen wird. Dazu erweitern speziell die weltwirtschaftlichen Verknüpfungen im Maschinenzeitalter nicht nur den Kreis günstiger Konjunkturen, sie

<sup>1</sup> Zur Frage, ob „die Maschine den Arbeiter aufs Pflaster werfe“, vgl. Bernsteins Auffassung in den Sozialistischen Monatsheften 1911, Heft 1, S. 21 ff.

führen, was nicht vermieden werden kann, auch schädigende herbei. Als z. B. der Suezkanal 1869 eröffnet wurde, waren die englischen Segelschiffe, die bis dahin die Fahrt um das Kap machten, stark entwertet usw.

f) Wenn man beachtet, daß der Kulturbegriff nicht bloß technische und wirtschaftliche, sondern ebenfalls moralische und politische Elemente in sich schließt, dann wird man auch die letzteren berücksichtigen müssen bei der Beurteilung des Kulturfortschrittes im Maschinenzeitalter. Wir wollen indes nicht erneut aller Mißstände gedenken, die sich an die Industrialisierung, die Großstadtbildung, die Landflucht, die Beweglichkeit der Bevölkerung usw. knüpfen. Nur das eine sei hervorgehoben: die Beschränkung und Entleerung der Familienwirtschaft, mehr noch die Lockerung der Familienbande selbst.

Der Vater wurde lange den ganzen Tag in den großen, maschinell und darum ununterbrochen betriebenen Industrien festgehalten; vielleicht arbeitete die Mutter in einer andern Fabrik; die Kinder wurden „Krippen“ und Bewahranstalten anvertraut. Tagsüber waren die Familienglieder getrennt. Nur beim Abendbrot fanden sie sich zusammen. Die übrige Zeit lebten sie so, als ob sie sich völlig fremd wären. Nicht einmal der Sonntag blieb früher für das Familienleben frei. Ist aber der häusliche Verband zerrüttet, dann leidet auch der bürgerliche Verband, der in jenem seinen Anfang und seine Grundlage besitzt. Wo zur Dienstleistung bei der Maschine nicht reifer Verstand, Übung, Geschicklichkeit, Körperkraft erfordert war, da öffneten sich ferner die Tore der Fabriken nur zu leicht selbst Kindern zum Nachteil ihrer körperlichen Entwicklung, ihrer Erziehung, mit Gefahr für ihre Sitten, zum Verderben wiederum nicht nur für die Familien, sondern der ganzen Gesellschaft. Wer tieferen Einblick in die Verhältnisse der Großstädte, der Industrie- und Bergwerkszentren gewinnen konnte, der wird es verstehen, warum wir an dieser Stelle die Auflösung der Familienbande gerade als die vornehmlichste Quelle unabsehbaren Unheils für den einzelnen, die Gesellschaft, den Staat besonders stark betonen möchten.

Es ist ja nun darauf hingewiesen worden, daß die günstigen Folgen der maschinellen Produktion (Verbilligung der Produkte, Erweiterung der Produktion usw.) wenigstens allmählich auch für die Arbeiterklasse wirksam wurden, daß manche Schädigungen der ersten Zeit nach Einführung der Maschinen durch Arbeiterschutzgesetzgebung, durch die Organisationen der Arbeiter und deren machtvolles Wirken gemildert oder beseitigt werden konnten. Immerhin wird man die Überwindung der Übelstände, die mit der Arbeitsteilung und dem maschinellen Betrieb sich verbinden können, auch heute nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Sehr viel hängt da ja von einer guten Organisation der Betriebe und der Arbeit ab. Und wenn man sagen darf, die obere Schicht der Maschinenarbeiter sei heute schon durch die moderne Technik zu Ordnung, zum Nachdenken, zum Erwerb technischer Kenntnisse angeleitet worden, sie stehe in dieser Hinsicht über den Handwerksmeistern und Gesellen früherer Zeiten, sie habe Interesse gewonnen an der feinsinnigen, von ihr bedienten Maschine,

so darf man vielleicht mit Kammerer<sup>1</sup> hoffen, daß hierin die Zukunft noch weitere Fortschritte bringen werde.

Kein Verständiger wird natürlich heute mehr daran denken, die Maschinenteknik auszuschalten und durch handwerksmäßige Technik ersetzen zu wollen, wie sehr man auch wünschen darf, vom Handwerk zu erhalten, was noch lebensfähig ist. Arbeiter haben einst Maschinen zerstört, weil deren Einführung gewaltig in ihre Lebensbedingungen eingriff. Heute wissen die Arbeiter, daß die Abschaffung der Maschinen den Ruin nicht nur der Unternehmer, sondern ebenfalls der Arbeiter selbst, eine ungeheuerliche Schädigung des ganzen Volkes bedeuten würde. Auch das pessimistische Urteil Sismondis wird heute niemand ohne Vorbehalt unterschreiben wollen, wenn jener nämlich sagt<sup>2</sup>: „Ungeachtet der Vorteile, die der Mensch aus den Gewerben gezogen hat, ist man manchmal versucht, die Teilung der Arbeit und die Erfindung der Maschinen zu verfluchen, wenn man sieht, in welchen Zustand sie Wesen gebracht haben, die doch als unseresgleichen erschaffen wurden. Die Tiere ersetzen die Menschen in fast allen Arbeiten des Ackerbaues und die Maschinen ersetzen die Menschen in fast allen Arbeiten der Manufakturen.“ Aber Verbesserungen sind noch möglich; der Weg der Reform darf noch lange nicht verlassen werden. Vieles ist schon geschehen, um auch die Unsicherheit der Existenz zu mildern, unter welcher die Arbeiter so schwer gelitten haben. Man hat einigermaßen Fürsorge getroffen in der Voraussetzung, daß die Arbeitsfähigkeit gemindert wird durch Krankheit, Alter, Invalidität, Unfälle. Es gilt noch Fürsorge zu treffen für unverschuldete Arbeitslosigkeit, die eintreten kann infolge Veränderung der Produktionsrichtung, in den Betriebsformen, durch Einführung neuer Maschinen, Störungen des wirtschaftlichen Verkehrs, durch Krisen, Absatzstockungen, durch den Konkurrenzkampf der Unternehmer usw.

Kurz, hundert Jahre haben wir den Fortschritten der Produktionstechnik und der kapitalistischen Organisation gelebt; jetzt gilt es, mit erhöhter Sorgfalt der Verbesserung der Lebensbedingungen der in der Produktion beschäftigten Menschen und der gesellschaftlichen Verhältnisse zu leben (Schmoller).

**5. Das Maschinenproblem in der Volkswirtschaftslehre<sup>3</sup>.** Bei den älteren Merkantilisten (Colbert, Friedrich II., Becker, Schroeder) trat noch die Rücksicht auf die ökonomisch-produktive Bedeutung der Maschinen hinter der populationistischen Auffassung (möglichst hohe Bevölkerungsziffer) zurück. Die Maschinen galten als nützlich für die Hebung der Gewerbe nur, wenn sie dem Arbeiter das

<sup>1</sup> Einfluß des technischen Fortschrittes auf die Produktion. Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1910) 424. Bisher blieb es mehr einer Elite von Arbeitern vorbehalten, daß die Bedienung komplizierter Maschinen besonderes Interesse erweckte.

<sup>2</sup> Nouveaux principes d'économie politique I. VII, chap. 7.

<sup>3</sup> Carl Ergang, Untersuchungen zum Maschinenproblem in der Volkswirtschaft (1911).



Brot ließen. Die späteren Merkantilisten (wie Sonnenfels, Büsch) schenken schon mit Rücksicht auf den Weltmarkt der produktiven Bedeutung der Maschinenverwendung erhöhte Wertschätzung. Die klassische Nationalökonomie erkannte in allen ihren Vertretern die produktive Bedeutung des technischen Fortschrittes der Maschinenverwendung an. Bezüglich der sozialen Einflüsse des Maschinenwesens gab es verschiedene Ansichten. Say und Mac Culloch glaubten nicht an eine Schädigung der Arbeiter durch die Maschinen. Torrens, Bentham, Senior hielten eine zeitweilige, aber leicht und rasch überwindbare Notlage der Arbeiterschaft für möglich. Pessimistischer urteilten Lauderdale, Malthus, Mill. Ricardo<sup>1</sup> hat erst in der dritten Auflage der „Principles“ ein Kapitel über Maschinenwesen hinzugefügt. Anfangs hatte er geurteilt, die Einführung und Vermehrung der Maschinen sei für alle Klassen der Bevölkerung wohltätig. Dann änderte er seine Ansicht und nahm an, daß dabei die Interessen der Arbeiter oft geschädigt würden. Sismondi und Marx haben den technischen Fortschritt des Maschinenwesens anerkannt. Ersterer richtet seine Angriffe auf die moderne Organisation der Gesellschaft. Marx hofft erst von der sozialistischen Gesellschaft, daß der technische Fortschritt in ihr auch in sozialer Hinsicht der Menschheit zum Segen gereichen werde. Es fielen gewiß oft und lange Zeit dunkle Schatten auf die Einführung und Entwicklung des Maschinenwesens. Die ungünstige Einwirkung auf die Arbeiterschaft in physischer, psychologischer, kultureller Hinsicht sind aber nicht wesentlich mit der Maschine verbunden. Und unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte kann auch in einer nichtsozialistischen Gesellschaftsordnung der technische Fortschritt dem Arbeiterstande dienstbar erhalten werden.

Objektive Voraussetzung der kapitalistischen Produktion ist das Vorhandensein von Produktionsmitteln. Wir werden darum auch die Frage nach der Erhaltung und Vermehrung der Produktionsmittel zu beantworten haben.

**6. Kapitalbildung.** Die Produktionsfähigkeit eines Volkes hängt nicht lediglich und allein vom Reichtum der Naturgaben, dem Fleiß und der Geschicklichkeit des arbeitenden Menschen, sondern auch von der Erhaltung und Vermehrung des Produktionskapitals ab.

1. Der Wert des vorhandenen, im privaten oder öffentlichen Eigentum stehenden Kapitals wird erhalten durch Reproduktion.

Verschwendung verzehrt die Güter, reproduktive Verwendung ist Konsumtion, aber eine Konsumtion, welche den Wert der Güter ihrem Eigentümer erhält<sup>2</sup>. Das umlaufende Kapital verliert in dem und durch den Produktionsprozeß zwar seine Form, jedoch so, daß neue Werträger geschaffen werden. Roh- und Hilfsstoffe z. B. sind umlaufende, nicht fortlaufende Kapitalien. Im Webstoff erhält der Unternehmer den Wert der Wolle zurück. Das stehende Kapital anderseits (Maschinen usw.) bewahrt lange seine Form und seinen individuellen Wert. Es wird nur allmählich abgenutzt. Die Abnutzung aber geht in den Wert des Produktes über, z. B. im konkreten Falle jedes Jahr ein Zehntel des Wertes. Die Reproduktion des im stehenden und umlaufenden Kapital steckenden Vermögens-

<sup>1</sup> Vgl. Diehl, Erläuterungen zu Ricardos Grundgesetzen II (1905) 425 ff.

<sup>2</sup> Vgl. oben S. 29 f. technische Konsumtion.

wertes, seine Umwandlung in die Geldform erlaubt dann dem Unternehmer, in neuer Kapitalsanlage den reproduzierten Vermögenswert wieder als Erwerbskapital zu verwerten.

2. Die Vermehrung des Produktionskapitals sodann hängt in der heutigen Volkswirtschaft ab von dem Wachstum des Erwerbsvermögens und von der Verwendung desselben zur Bildung von Produktionskapital im eigentlichen Sinne.

Wenn wir von Vermehrung des Kapitalvermögens sprechen, so denken wir hier nicht an die Wertsteigerung vorhandener dauerhafter Kapitalanlagen, nicht an den wachsenden Seltenheitswert von Boden oder Platz (Wohnboden der Städte), nicht an die Mehrung kapitalisierter Grundrente, sondern an das Wachstum der für die Beschaffung neuer Produktionsmittel verfügbaren Mittel. Indem der Unternehmer über die Konsumtionsausgaben und das für den regelmäßigen Geschäftsbetrieb erforderliche Geldkapital hinaus einen Überschuß seines Einkommens erzielt, gewinnt er die Möglichkeit, diesen Überschuß in neues Produktionskapital umzuwandeln. Und auch andere, nicht in der Güterproduktion tätige Personen können etwaige Überschüsse ihres Einkommens der Produktion zuführen, sei es in der Form von Darlehen oder durch Beteiligung am Unternehmungskapital (z. B. als Aktionäre).

Die Zunahme des Produktionskapitals ist notwendig, um den Bedarf einer wachsenden Bevölkerung zu decken, die Produktion auszudehnen und zu vervollkommen. Sie ermöglicht es, neue Erfindungen, eine bessere und ergiebigere Technik nutzbar zu machen selbst auf Gebieten, wo das Kapital nicht mehr so reichliches Entgelt findet. Denn bei wachsendem Kapitalreichtum und infolgedessen sinkendem Zins ist das Kapital genötigt, sich auch solchen Gebieten zuzuwenden, auf welchen die Kapitalnutzung ein geringeres Entgelt bietet.

Mag zunächst der Kapitaleigentümer durch seinen Besitz eines besondern Vorteils sich erfreuen, mag in Zeiten des Aufschwunges und neuer Erfindungen (z. B. der Eisenbahnen, der elektrischen Licht- und Kraftanlagen) die Nutzung des Kapitals sogar äußerst wertvoll für ihn sein, das Anwachsen des Produktionskapitals kann doch auch zugleich der Allgemeinheit, den Massen der Konsumenten, zugute kommen durch Ermöglichung einer besseren Lebenshaltung, durch das Sinken der Preise in Gestalt billiger Produkte. Da ferner das Kapital die Produktivkraft der Volkswirtschaft und damit die Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeitskräfte heute mit umgrenzt<sup>1</sup>, so bedeutet neuer Kapitalzuwachs Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit zugleich.

Indem Geldkapital für die Vermehrung des Produktionskapitals verwendet wird, wächst auch dessen Bedeutung in seiner Beziehung zur

---

<sup>1</sup> Über das Kapital als Grenze der Ausdehnung der Produktion vgl. Wagner, Theoretische Sozialökonomik I (1907) 142 ff.

volkswirtschaftlichen Aufgabe: der Bedarfsversorgung des Volkes. Es bleibt aber zu beachten, daß die Produktion immer letztlich nur Vorbereitung der Konsumtion, daß sie nur Mittel zum Zweck ist, daß sie von der Deckung des Volksbedarfs, als ihrem volkswirtschaftlichen Endzweck, ihre letzte Bestimmung erhält. Mag darum auch im praktischen Leben der Produzentenstandpunkt mit lauterer Lebhaftigkeit sich geltend machen — vom Preis seiner Waren und vom Gewinn hängt ja die wirtschaftliche Existenz des Produzenten unmittelbar ab —, so bleibt doch die Deckung des Konsumentenbedarfs die wichtigste Aufgabe der nationalen Produktion. Es wäre widersinnig, wenn man verlangen wollte, daß, um der bloßen Vermehrung der Produktionsmittel willen, die laufende Konsumtion des Volkes in seinen breiten Schichten ohne vernunftgemäße Befriedigung bleibe.

Wachsender Kapitalreichtum, darum auch in unserer Gesellschaftsordnung wachsendes, für Produktionszwecke verfügbares privates Vermögen, sind notwendig für die Ausdehnung der Güterproduktion und als Voraussetzung einer gesteigerten oder verbesserten Gesamtkonsumtion des Volkes. Aber sie genügen noch nicht, um der Masse der Bevölkerung einen Güteranteil von solcher Größe zu sichern, wie es dem gesellschaftlichen Interesse entspricht. Ein Fortschritt in den nationalen Wohlstandsverhältnissen ist darum nicht unmittelbar schon mit hohen Unternehmererträgen gegeben, sondern, wie gesagt, erst und nur dann, wenn gleichzeitig die Deckung des Volksbedarfs, entsprechend dem Wachstum der Vermögen und des Kapitalreichtums, sich vervollkommnet.

3. In welchem Sinne bedeutet die Kapitalbildung ein Opfer, führt dieselbe sich auf ein Sparen zurück?

Gustav Cassel<sup>1</sup> erblickt das „Opfer“ bei der Kapitalbildung nicht in der Nichtkonsumtion eines Vorrates fertiger Güter, sondern „in der Beschränkung der sonst möglichen Bedürfnisbefriedigung oder in einer Steigerung der persönlichen Leistungen über das für die gegenwärtige Bedürfnisbefriedigung nötige Maß hinaus“. Das „Sparen“ liegt dabei, wie er sagt, in einer „Disposition der Produktionsmittel“, nicht in einer „Disposition über eine gegebene Menge von Konsumtionsartikeln“. Die Güter, die „der absichtlichen Beschränkung der Bedürfnisbefriedigung zufolge nicht konsumiert werden, werden überhaupt nicht produziert“.

Wer in ursprünglichen Zeiten ein Werkzeug herstellen wollte, der wird wohl das bereits gefangene Wild nicht ganz aufgegessen, sondern ein Stück „gespart“, d. h. zurückgelegt haben für die Zeit, wo er nicht jagen, sondern der Herstellung des Werkzeuges sich widmen würde. In der entwickelten Wirtschaft bedarf es eines solchen Ansammelns von Konsumartikeln nicht. Auch besteht das „Sparen“ für den Zweck der Kapitalbildung nicht mehr darin, daß vorhandene Konsumtibilien nicht alle unmittelbar verbraucht werden. Das Sparen liegt vielmehr in der Absonderung eines Teils des Einkommens für den Zweck der

<sup>1</sup> Theoretische Sozialökonomie (1918) 29 ff.



Kapitalbildung<sup>1</sup>. Es wird nicht das ganze Einkommen verwendet, um wirkliche oder vermeintliche Bedürfnisse zu befriedigen, mögen diese Befriedigungsmittel nun durch Kauf oder durch Produktion beschafft werden müssen.

Das kann unter Umständen ein „Opfer“ sein. Im allgemeinen handelt es sich aber nicht gerade um eine mit Selbstüberwindung und Entbehrung verbundene Sparsamkeit. Wenn die Nationalökonomie von „Sparen“ als dem Ausgangspunkte der Bildung von Produktivkapital gesprochen hat, so soll mit dieser „Spartheorie“ lediglich die Tatsache des Nichtgebrauchs von Einkommen steilen zu unmittelbaren Genußzwecken, die Beschränkung der sonst möglichen Bedürfnisbefriedigung zum Ausdruck gebracht werden. Eigentliche Sparsamkeit konnte, wie gesagt, für den Anfang der Kapitalbildung in Betracht kommen. Später entstand Kapital regelmäßig nicht aus Beschränkung der Konsumtion, sondern aus der Steigerung der Produktion, die der fortschreitenden Entwicklung der Technik und der Verkehrsmittel zu verdanken war. Damit soll indes gerade heute nicht die Bedeutung der Sparsamkeit für die Befreiung von drückenden Lasten, für Ansammlung von Kaufkraft, wirtschaftlicher Verfügungsgewalt herabgesetzt werden. Die Ersparnisse auch nicht produzierender Personen können auf dem Wege des Kredits der Produktion zur Verfügung gestellt werden. Also die Sparsamkeit in Ehren! Nur darf man die Kapitalbildung nicht gerade als Werk und Verdienst „darbender Säulenheiligen“<sup>2</sup> hinstellen wollen.

4. Die Kapitalbildung wird wesentlich gefördert durch die Initiative eines tüchtigen und tatkräftigen Unternehmertums, durch alles, was den Arbeiterstand heben kann und günstig auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter hinwirkt. Mit wachsender Produktivität der Arbeit vermehren sich die Mittel, die auf Kapitalbildung verwendet werden können. Wird aber das Volkseinkommen in beträchtlichem Teile auf die Beschaffung von schädlichen Dingen, die den Namen eines Gutes nicht verdienen, verwendet oder auf unnützen Luxus, so bleibt natürlich für eine gesunde Kapitalbildung weniger übrig. Alles, was ferner die Produktivität der Arbeit mindert, wirkt ungünstig auf die Kapitalbildung zurück. Je mehr der Staat durch übermäßige Steuern dem Volke entzieht, um so weniger verbleibt diesem für Kapitalbildung übrig. Verwendet der Staat seine Einnahmen in größerem Umfange direkt oder indirekt zur Förderung der Produktion, so trägt er auf solche Weise wieder zur Kapitalbildung bei. In Zeiten aufsteigender Entwicklung steigt auch die Kapitalbildung, die eben ein Kennzeichen einer flotteren Entwicklung ist. Bei Krisen und Depressionen werden viele Mittel unnütz verbraucht, die sonst für eine Vermehrung des Kapitals Verwendung finden konnten. Ob die Ansicht J. St. Mills richtig ist, daß nach einem Kriege das Kapital bald wieder die alte Höhe erreiche? Es wird das doch von der Dauer und Art des Krieges abhängen, von den Verheerungen, die er selbst und auch die Friedensbedingungen angerichtet haben.

<sup>1</sup> Lexis, Allgemeine Volkswirtschaftslehre<sup>2</sup> (1913) 63 f.

<sup>2</sup> Man erinnere sich an die Verhöhnung der Spartheorie durch Lassalle.

Günstig beeinflusst wird die Kapitalbildung wiederum durch Einrichtungen wie Sparkassen, Banken, Bodenkreditinstitute, welche privatwirtschaftliche Ersparnisse aufnehmen, die dann der Erzeugung von Produktionsmitteln dienstbar gemacht werden können.

Produktionskapital kann zugrunde gehen, wertlos werden, wenn es durch technische Fortschritte seine Verwendbarkeit im Produktionsprozesse verliert, auch durch schlechte, liederliche Wirtschaft.

Für eine gute und regelmäßige Entwicklung der Produktion ist es von Bedeutung, daß die Kapitalbildung möglichst in gleichem Maße fortschreite mit dem Wachstum der Bevölkerung und der Verbesserung ihrer Lebenshaltung, durch welche eben Ausdehnung der Produktion erfordert wird.

Der Ausdruck „Kapitalakkumulation“ wird entweder zur Bezeichnung fortschreitender reichlicher Kapitalbildung verwendet, oder er bezeichnet in weiterem Sinne privatwirtschaftliche Reichtumsanhäufung.

### § 3.

#### Der Satz von der alleinigen Produktivität der Arbeit.

**1. Ausbeutungstheorien.** Das Wort „Ausbeutung“ wurde in der Kritik der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht immer mit der gleichen Bedeutung angewendet.

Sismondi<sup>1</sup> bestritt noch nicht die Berechtigung eines arbeitslosen Einkommens bloß auf Grund des Eigentums. Aber er behauptete, dem Arbeiter werde meist kein gerechter Lohn zuteil. Die Ausbeutung liegt nach ihm darin, daß der Arbeiter mißbräuchlicherweise nicht einen solchen Lohn erhält, der ihm ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Die Saint-Simonisten<sup>2</sup> gingen weiter. Die Ausbeutung der Arbeiter besteht ihnen zufolge darin, daß der Arbeiter durch die Privateigentumsinstitution gezwungen wird, den wenigen Individuen, die Eigentümer der Produktionsmittel sind, einen Teil der Früchte seiner Arbeit zu überlassen. Es handelt sich hier also nicht bloß, wie bei Sismondi, um einen häufigen persönlichen Mißbrauch, sondern um einen Fehler der Organisation im herrschenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System. Die Arbeit allein ist die einzige Quelle aller Produkte, aber der Arbeiter erhält nicht seinen „vollen Arbeitsertrag“<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Neue Grundsätze der politischen Ökonomie. Übersetzung von Prager (1901) I 63 ff. 287 ff.; II 205 ff.

<sup>2</sup> Doctrine de Saint-Simon (1829, 2. Ausgabe 1830) 182 190 ff. Zum Ganzen vgl. Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Übersetzung von Horn (1913) 242 ff. 328 ff. 475 ff. 513 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 4, S. 317 ff. Dort 312 ff. auch das „Recht auf Existenz“, das „Recht auf Arbeit“.

Auch Proudhon lehrte, wie Owen, die englischen Sozialisten, die Saint-Simonisten, die alleinige Produktivität der Arbeit<sup>1</sup>. Er verurteilte das mit dem Eigentum heute verbundene „Herrenrecht“, das Heimfallsrecht, das den Eigentümer gewissermaßen zu einem Zolleinnehmer gemacht habe, der die Tür einer Schleuse hüte und Transitabgaben für sich einheimse, mögen diese Rente, Pacht, Miete, Geldzins, Profit, Agio, Diskont, Kommission, Privilegium, Monopol, Bonus, Sinekure, Bestechung usw. heißen. Das Eigentum ist nach Proudhon Diebstahl, nicht an sich, sondern weil es eben heute dem Eigentümer das Recht gewährt, jenes Einkommen ohne Arbeit zu erwerben bzw. in den angeführten Formen zu erheben.

Die Lehre von der alleinigen Produktivität der Arbeit findet sich sodann wieder bei Rodbertus<sup>2</sup>. Alle wirtschaftlichen Güter kosten ihm zufolge nur Arbeit. In dem dritten sozialen Briefe sagt Rodbertus<sup>3</sup>: Nur diejenigen Güter gehören zu den wirtschaftlichen, welche Arbeit gekostet haben. Das will aber sagen:

1. daß alle wirtschaftlichen Güter nur Arbeitsprodukte sind;
2. daß sie für die wirtschaftliche Auffassung nicht als Produkte der Natur oder irgendeiner andern Kraft, sondern nur der Arbeit gelten;
3. daß die Güter, wirtschaftlich genommen, nur das Produkt derjenigen Arbeit sind, welche die materiellen Operationen, die dazu notwendig sind, verrichtet hat, also derjenigen Arbeit, die nur in materieller Weise das Materielle bewegt, welche mehr dem Körper als dem Geiste gehört, mehr der Übung als der Idee gehorcht, die nach Zeit und Produkt meßbar ist und darum auch maßweise, nach Stunden und Stundenzahl vergütet wird. Rodbertus stellte also, von der Produktion ausgehend, ähnlich wie die Saint-Simonisten usw., die Arbeit als alleinige Quelle der Produkte hin. Die „Ausbeutung“ erblickt er darin, daß der Arbeiter nur eine Quote seines Produktes im Lohn erhalte, so zwar, daß die auf dem alten Lohnniveau festgehaltene Arbeiterklasse sogar einen immer geringeren Teil vom Nationaleinkommen, bei steigender Produktivität der Arbeit, empfangt.

Anders Marx. Er geht, unter dem Einfluß der englischen Nationalökonomien und Sozialisten, in seiner Ausbeutungslehre von der Theorie des Tausches aus. Für ihn ist die Arbeit nicht die Quelle aller Produkte, sondern des ganzen Wertes der Produkte. Der Wert der Produkte führt sich ihm zufolge ausschließlich auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit,

<sup>1</sup> Propriété (1840), I M. 131 f. Résumé de la question sociale. Banque d'échange (1848) usw.

<sup>2</sup> Über Rodbertus als Staatssozialist vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 3, § 2, S. 177 ff.

<sup>3</sup> Zur Beleuchtung der Sozialen Frage I (1875) 68 f. Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände (1842) 2 ff. Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot der Grundbesitzer II (1868) 109 f. 159 f. Vgl. Kozak, Rodbertus-Jagetzows sozialökonomische Ansichten (1882) 32 f.



gemessen durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, zurück. Er ist nichts anderes als diese in der Ware kristallisierte Arbeit selbst. Diese bildet die Substanz des Wertes<sup>1</sup>. Die Ausbeutung vollzieht sich dadurch, daß der Kapitalist, der Eigentümer der Produktionsmittel, nur einen Teil des durch die Arbeit geschaffenen Wertes dem Arbeiter zukommen läßt, den Überschuß aber, den Mehrwert, für sich behält.

Die Sismondische und ähnliche „Spoliationstheorien“ finden am besten ihre Behandlung bei der Lehre vom gerechten Arbeitslohn. Was uns hier zunächst, wo von der Produktion und den Ursachen der Produktion die Rede ist, interessiert, ist die Frage, ob die menschliche Arbeit denn wirklich einzige Ursache aller Produkte und in diesem Sinne allein produktiv sei.

Diese Frage wird sich leichter beantworten lassen, wenn wir ein Doppeltes untersuchen:

1) Erzeugt die Natur aus sich selbst, ohne Mitwirkung des Menschen, wirtschaftlich nützliche Güter, also solche Güter, die zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen?

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 4, S. 346 ff. Schon Adam Smith hatte gelehrt, daß der Wert im Verhältnis zur Mühe der aufgewandten Arbeit stehe. Für die nicht kommunistischen, zivilisierten Gesellschaften gebe es indes nur wenige Waren, deren ganzer Tauschwert nur auf der Arbeit beruhe. Ricardo nannte die Arbeit bald Grundlage, bald Ursache, bald Maßstab des Wertes. Der Wert eines Gutes richtet sich ihm zufolge nach der verhältnismäßigen Menge von Arbeit, die zu seiner Hervorbringung erforderlich ist. Ricardos Schüler, Mac Culloch, fügte dem als zweite Ursache des Wertes die relative Zeitdauer hinzu, die notwendig sei, um das Ergebnis der Arbeit auf den Markt zu bringen. In einem Briefe an Malthus vom 15. August 1820 bekennt indes Ricardo, weder ihm noch Mac Culloch sei die Werttheorie gelungen. Wie Diehl (Erläuterungen zu Ricardo I [1905] 14 ff. 31 ff. 50 ff.) aus den Briefen Ricardos feststellte, hat man in Ricardo tatsächlich einen Vertreter des Kostenprinzips zu erblicken. Es ist eben etwas ganz anderes, wenn man sagt, der Wert werde allein von der Arbeit oder er werde von der Summe des Lohnes und des Profites bestimmt. Vgl. unsere ausführliche Behandlung der „klassischen“ Werttheorie in Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 1, § 2, S. 53 ff. Die Sozialisten haben die „klassische“ Theorie zu einer reinen Arbeitstheorie ausgestaltet, wobei „Arbeit“ ausschließlich auf die wirtschaftliche Verausgabung von Arbeitskraft bezogen wurde. Marx insbesondere stand stark unter dem Einflusse der englischen Nationalökonomie.

Fügen wir noch H. Roeslers Urteil über Adam Smiths Lehre hinzu. Smith hatte, wie Roesler (Vorlesungen über Volkswirtschaft [1878] 218 f.) sagt, „über die Entstehung des Produktionsertrages sehr elementare und konfuse Vorstellungen. Er behauptete zunächst, daß die Arbeit jeder Nation alle Güter erzeuge, welche sie in jedem Jahre konsumiert. Andererseits sagte er, die einfache Vernunft beweise, daß der wirkliche Reichtum eines Landes in dem jährlichen Ertrage seines Bodens und seiner Arbeit bestehe. Wieder an einer andern Stelle lehrte er, der Boden und die Kapitalien seien die ursprünglichen Quellen des ganzen privaten und allgemeinen Einkommens, und die Kapitalien bezahlten den Unterhalt der produktiven Arbeit im Landbau, in den Manufakturen und im Handel. Endlich aber sprach er auch aus, daß der Boden, die Arbeit und das Kapital die drei Quellen des Reichtums seien, weil jeder sein Einkommen aus einem Fonds beziehe, der ihm eigentümlich gehöre, entweder aus seiner Arbeit oder aus seinem Kapital oder aus der Rente seines Bodens“.

2) Wirkt die produktive Kraft des Menschen allein bei der wirtschaftlichen Produktion, oder aber wirkt auch die Natur bei der Produktion wirtschaftlicher Güter mit eigenen produktiven Kräften mit? Hat sie nicht einen positiven Einfluß auf die Produktivität der menschlichen Arbeit? Solche Fragen stellen, heißt sie schon beantworten.

**2. Die physische Produktion der Natur.** Wenn man mit manchen Autoren die Produktion schlechthin als die Herstellung wirtschaftlicher Güter durch menschliche Tätigkeit definiert, nun dann liegt es auf der Hand, daß der Mensch das alleinige Subjekt derselben ist. „Menschliche Tätigkeiten“ kann eben nur der Mensch verrichten. Es hieße aber offenbar sich einer „*petitio principii*“ schuldig machen, wollte man vermittelst jener Begriffsbestimmung beweisen, daß es eine andere „Produktion“ überhaupt nicht gebe außer und vor der durch den Menschen vollzogenen.

Die Frage muß also auf anderem Wege gelöst werden.

Ein Blick auf die wirkliche Welt gibt uns die Antwort. Solange noch die Fische im Meere, die Vögel in der Luft, das Wild in den Wäldern, Petroleum, Kohlen und Metallerz im Schoß der Erde ohne Zutun des Menschen hervorgebracht werden, kann niemand eine durch die Natur allein vollzogene physische Produktion in Abrede stellen.

Aber, so wendet man ein, was nützt dem Menschen die physische Produktion, — was der Vogel, solange er in der Luft, die Kohle, solange sie in der Tiefe begraben?

Ganz recht! Gebratene Tauben fliegen niemand in den Mund. Das ist eine sehr alte Wahrheit. Der Hase muß geschossen werden, ehe man ihn essen kann. Die Frucht wird gepflückt, das Edelmetall der Erde abgenommen, bevor sie den menschlichen Bedürfnissen zu dienen vermögen. Aber hat die Natur darum produktiv nichts geleistet, weil die menschliche Arbeit hinzukommen muß? Sind die von der Natur produzierten Güter, ihrer inneren Beschaffenheit nach, weniger geeignet, menschlichen Bedürfnissen zu dienen, weil der Mensch durch seine Arbeit sie erst in Besitz nehmen muß, damit sie zur wirklichen Bedürfnisbefriedigung tatsächlich verwendet werden können?

Und diese Arbeit? In was besteht sie für unsern Fall? Eine Produktion im engeren Sinne — die Hervorbringung eines neuen Gegenstandes und einer neuen nützlichen Eigenschaft — ist die Besitznahme physischer Produkte jedenfalls nicht. Sie produziert kein Ding, sondern nur den Zustand eines Dinges, eine neue Lage, eine Ortsveränderung. Man mag sie darum wie auch die Transportarbeiten Produktion im weiteren Sinne nennen. Nur das eine muß beachtet werden, daß diese Produktion im weiteren Sinne ihre Bedeutung für die Bedürfnisbefriedigung, also gerade ihre ökonomische Bedeutung, nicht hätte, sofern nicht die physische Produktion der Natur vorausgegangen wäre.

Kurz, der Mensch ist nicht der einzige Produzent, wenn ich Produzenten denjenigen nenne, welchem jene für den Menschen nützlichen

Güter ihr physisches Dasein, ihre Existenz und ihre innere, auf natürlichen Eigenschaften beruhende Nützlichkeit verdanken. Es gibt also Güter, sie mögen groß oder gering an Zahl sein, die ihrer inneren Beschaffenheit nach zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse wohl geeignet, aber nicht vom Menschen, sondern ohne jedes Zutun desselben von der Natur allein hervorgebracht sind. Man würde darum geradezu offenkundigen Tatsachen widersprechen, wenn man die Natur als Produzentin im physischen Sinne nicht anerkennen wollte.

Im Grunde genommen ist es Gott, der Urheber und Herr der Natur, dessen väterliche Vorsehung hier für den Menschen sorgt, ohne das so heilsame Gebot der Arbeit außer Kraft zu setzen. Auch für die von der Natur allein hervorgebrachten Güter bleibt ja die menschliche Tätigkeit das unerläßliche Mittel, um die auf der inneren Beschaffenheit der Naturprodukte beruhende mögliche Nützlichkeit in aktuelle Nützlichkeit oder „Nutzbarkeit“ zu verwandeln. Sie müssen zuerst durch den Menschen in den unmittelbaren Bereich des wirtschaftlichen Lebens übertragen, in Besitz genommen werden, ehe man sie nicht bloß nützliche, sondern überdies aktuell nutzbare Güter nennen kann<sup>1</sup>.

Viele Mißverständnisse würden wohl schwinden, wenn man in der Terminologie einig wäre und das Wort von der Sache unterscheiden wollte.

Die Ausdrücke „ökonomische“ Produktion und „ökonomisches“ Gut sind verschiedener Deutung fähig.

1. „Ökonomische“ Produktion kann nämlich die Produktion genannt werden entweder im Hinblick auf das tätige Subjekt oder mit Rücksicht auf das produzierte Objekt (*objectum specificat actum*).

2. „Ökonomisches“ Gut kann ich (abgesehen von der Knappheit) ein Produkt schon deshalb nennen, weil es in sich selbst durch seine natürlichen Eigenschaften fähig ist, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, — oder aber ein derartiges Gut, sofern es überdies noch durch menschliche Arbeit in die wirtschaftliche oder volkswirtschaftliche Ordnung erhoben, ein aktuell brauchbares Nutzgut und Verkehrsgut geworden oder gar in seiner speziellen Form durch die menschliche Arbeit erst zur Existenz gelangt ist.

Wir verstehen, um es noch einmal zu sagen, unter „ökonomischer“ Produktion eine durch den Menschen vollzogene, ihrer Art nach wirtschaftliche Tätigkeit, im Gegensatz zur rein physischen Produktion, der Hervorbringung eines Dinges an sich. Dort, wo der Mensch wirtschaftlich tätig ist und soweit er tätig ist, gilt er uns als das alleinige Subjekt der Produktion.

<sup>1</sup> Vgl. M. Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft. Übersetzt von Franz Graf v. Kuefstein (1891) 54. „Die oberflächlichste Betrachtung genügt, um einzusehen, daß der Reichtum nur der Verbindung mit der Arbeit entspringt. Dies bewahrheitet sich sogar bei jenen Produkten, welche die menschliche Tätigkeit im allergeringsten Maße erfordern. In der Tat, wenn wir die Dinge ausnehmen, die sich überall verbreitet vorfinden, wie die Luft und das Licht . . ., so kann man sagen, daß der Mensch kein Gut genießen kann, ohne irgendeine Mühe daranzuwenden, sei es auch nur, um es zu suchen und sich anzueignen.“



„Ökonomisches Gut“ nennen wir, getreu unserer teleologischen Auffassung, ein für die Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen in Betracht kommendes, nicht „freies“ Gut, — ein Gut, welches deshalb auch vermöge seiner Eigenschaften und seiner Erreichbarkeit geeignet ist, Gegenstand der wirtschaftlichen Tätigkeit zu sein.

Die Nationalökonomie handelt *ex officio* nur von der durch den Menschen vollzogenen Produktion. Diese „ökonomische“ Produktion des Menschen bezieht sich auch in der Tat auf alle ökonomischen Güter, -- aber nicht auf alle in gleicher Weise. Kein Gut wird der wirtschaftlichen Herrschaft des Menschen ursprünglich unterworfen, ohne daß es irgendwie Gegenstand seiner Arbeit gewesen wäre. Entweder wurde es bloß der Natur entnommen und in den Bereich des wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Lebens überführt, oder aber vom Menschen durch produktive Arbeit in seiner besondern Form neu hervorgebracht<sup>1</sup>.

Man wird vielleicht entgegenen, die von der Natur allein, ohne jedes menschliche Zutun, ihrem physischen Sein nach produzierten Güter spielten auf den höheren Stufen menschlicher Wirtschaft und Kultur keine große Rolle mehr.

Sehen wir von einzelnen sehr wichtigen Gütern, z. B. den Edelmetallen, Kohlen u. dgl. ab, so ist der Einwand ohne Zweifel berechtigt. Es liegt uns durchaus fern, den heutigen Völkern Europas zuzumuten, mit Heidelbeeren, mit Heuschrecken und wildem Honig sich zu ernähren. Ganz gewiß sind weitaus die meisten Güter, deren man sich heute bedient, vom Menschen produziert, verdanken ihm ihr Dasein, sind geworden unter der Herrschaft menschlicher Arbeit. Der Boden, der durch des Landmannes Schweiß befruchtet, ganze Völker ernähren kann, würde, sich selbst überlassen, kaum zur Ernährung verhältnismäßig weniger Personen genügende Produkte hervorbringen. Der Mensch ist es ferner, welcher aus Korn Mehl, aus Mehl Brot produziert. Der Mensch verwandelt durch seinen Gewerbefleiß Flachs in Leinwand, Wolle in Tuch, Eisen in Stahl, Trauben in Wein usw. Alle jene zahllosen Güter, Veränderungen, Verbindungen, Verbesserungen würden nicht zustande kommen, nicht zur Existenz gelangen ohne das Eingreifen des Königs der Schöpfung.

Der Mensch ist hier also Produzent im vollen und engeren Sinne. Es werden dabei nicht nur fertige Güter der Natur abgenommen, sondern neue Güter wirklich hervorgebracht.

<sup>1</sup> Handelt es sich um die Besitzergreifung herrenloser Dinge, z. B. durch Jagd, Fischfang, so bedient sich der gewöhnliche Sprachgebrauch, der juristischen Auffassung folgend, des Ausdruckes „Okkupation“, während die Förderung von Edelmetallen, Kohlen u. dgl. als „Produktion“ bezeichnet wird. In beiden Fällen verleiht die menschliche Arbeit den von der Natur produzierten Gütern nicht ihre Brauchbarkeit schlecht hin, sondern nur die Aktualität ihrer Brauchbarkeit. Produzent des Guanos ist ohne Zweifel der Guanovogel, der Mensch nur insofern, als er den Guano erhebt und ihn dorthin überführt, wo man desselben bedarf.

Ja der Mensch kann und muß in einem gewissen, durchaus richtigen Sinne für alle diese Fälle als der alleinige „Produzent“ bezeichnet werden. Insofern er der Herr der Natur, die höchste, leitende Ursache dieser Produktion ist, wird ihm alles zugeschrieben, ist er das *subjectum attributionis* für die ganze Produktion. Von ihm sagt man: er produziere Korn, Weizen ebensowohl wie Tuch, Kleidung, Waffen u. dgl.

Aber ist auch der Mensch das alleinige „*subjectum inhaesionis*“ der gesamten im Produktionsprozeß wirksamen Kräfte, insbesondere der innerhalb desselben zur Geltung kommenden „produktiven“ Kräfte? Mit andern Worten:

3. Ist die menschliche Arbeit allein produktiv? Frage ich, ob der Mensch alleiniger „Produzent“ sei, so ist dies eine Frage nach dem Subjekte der Produktion. Die Frage dagegen, ob die menschliche Arbeit allein „produktiv“ sei, ist eine Frage nach der in der Produktion wirkenden Kraft, nach der Kausalität.

Die in dieser Allgemeinheit gestellte Frage hat schon eine teilweise und zwar verneinende Antwort erhalten durch das, was oben über die physische, von der Natur allein vollzogene Produktion ausgeführt wurde. „Produzent“ ist der reinen Logik zufolge, wer oder was etwas wirklich hervorbringt; „produktiv“, wer oder was zur Hervorbringung fähig ist. Wenn also die Natur tatsächlich Güter produziert, dann ist sie auch „produktiv“, d. h. fähig, Güter zu erzeugen, zwar nicht in der Fülle, aktuellen Verfügbarkeit und zum Teil nicht in der Vollkommenheit, wie der menschliche Bedarf es erheischt. Aber die Tatsache, daß die Natur aus sich und in sich, d. i. unabhängig von Menschen, die Fähigkeit besitzt, nützliche Dinge hervorzubringen, erstrahlt denn doch in so heller Klarheit, daß sie selbst hinter der Studierlampe kaum bestritten werden kann.

Sehen wir jedoch ab von der physischen Produktion der Natur. Fassen wir die ökonomische Produktion des Menschen, insbesondere den Fall ins Auge, wo der Mensch in vollem Sinne des Wortes „Produzent“ ist, wo er nicht bloß von der Natur fertiggestellte Güter in Besitz nimmt, in den unmittelbaren Bereich des wirtschaftlichen Lebens überträgt, „fördert“, sondern selbst neue Güter hervorbringt. Ist hierbei die menschliche Arbeit allein „produktiv“?

1. Zunächst liegt es auf der Hand, daß auch dort die menschliche Arbeit nicht als der einzige und alleinige aktive Faktor der Produktion bezeichnet werden kann. Der Wind, der die Mühle treibt, in welcher Korn gemahlen wird, der Dampf, der die Maschine bewegt, das sind ohne Zweifel Kräfte, die als aktive physische Wirkursachen bei der Hervorbringung der Güter ihre Bedeutung besitzen. Passiv ist lediglich der Stoff, welcher den Gegenstand der Produktion bildet.

2. Ebenso gewiß ist es anderseits, daß unter den aktiven Ursachen der Produktion die menschliche Arbeit als die notwendigste und zugleich als die höchste Ursache zu gelten hat:

a) als die notwendigste, weil ohne sie die übrigen Kräfte und Ursachen überhaupt nicht wirken, wenigstens nicht in diesem Umfange und zu diesem bestimmten Ziele wirken würden. Ja die menschliche Arbeit muß in der ökonomischen Produktion zuerst wirken. Sie tritt nicht etwa zu den bereits in voller Aktion befindlichen andern Kräften hinzu. Nein, jener Acker würde überhaupt keinen Weizen hervorgebracht haben, wenn der Landmann das Land nicht urbar gemacht, nicht durchfurcht, nicht gerade mit dem Samen dieser bestimmten Art besät hätte. Ebenso wenig tritt die Maschine in Tätigkeit, ohne vom Menschen erfunden, aufgestellt und in Bewegung gesetzt zu sein.

b) Aber nicht bloß die notwendigste, der Zeit nach an erster Stelle tätige, den Produktionsprozeß einleitende Ursache ist die menschliche Arbeit, sondern auch dem Range nach die höchste, die direktive, leitende Kraft innerhalb derselben. Durch den menschlichen Geist und Willen wird vor allem das Ziel der jeweiligen Produktion erfaßt und bestimmt. Durch geistige und körperliche Arbeit werden sodann alle dabei tätigen Kräfte dem erstrebten Ziele innerlich und äußerlich angepaßt oder doch wenigstens die für ihre Wirksamkeit notwendigen und zweckentsprechenden Voraussetzungen, äußeren Dispositionen geschaffen, soweit dies in der Macht des Menschen steht. Eben dieser seiner leitenden, den Produktionsprozeß beherrschenden Stellung wegen gebührt ja dem Menschen der Name des alleinigen Subjekts der ökonomischen Produktion. Alle sonst dabei beteiligten Kräfte sind ihm nicht beigeordnete, sondern untergeordnete Faktoren. Der Mensch bedient sich derselben lediglich als Mittel, um seine geistig erfaßten und erstrebten Zwecke zu verwirklichen.

3. Indes es bleibt zu untersuchen, ob die menschliche, geistige und körperliche Arbeit, die Kopf- und Handarbeit, nicht bloß

die notwendigste und der Zeit nach zuerst wirkende Ursache, kurz: die Ursache des Produktionsprozesses ist, die Ursache, daß es „hic et nunc“ überhaupt zu einem Produktionsprozesse kommt, die Ursache, daß die andern bei der Produktion beteiligten Kräfte in Tätigkeit treten; ferner nicht allein

die höchste, leitende, herrschende Ursache dabei sei, jene Ursache, die sich aller andern Faktoren als „Mittel“<sup>1</sup> für ihre Zwecke bedient, sondern überdies, ob die menschliche Arbeit unter den bei der Produktion beteiligten aktiven Wirkursachen als die einzige wahrhaft „produktive“ Ursache bezeichnet werden dürfe.

Die Arbeit würde innerhalb des Produktionsprozesses die alleinige und letztlich „produktive“ Ursache sein, wenn alle andern Ursachen

<sup>1</sup> „Mittel“ ist ein weiterer Begriff als „Werkzeug“ (causa instrumentalis). Der Boden z. B. ist ein „Mittel“ für den produzierenden Landmann, aber nicht sein „Werkzeug“.



von der menschlichen Arbeitskraft und Arbeit ihre innere Befähigung hätten, zur Hervorbringung eines Gutes dieser Art mitzuwirken<sup>1</sup>.

4. Ist also die menschliche Arbeitskraft die einzige produktive Urkraft, von welcher alle innerhalb des Produktionsprozesses aktiven Ursachen nicht bloß die äußeren Bedingungen und Formen ihrer Wirksamkeit, sondern auch die innere Befähigung erhalten, ein bestimmtes, den menschlichen Bedürfnissen entsprechendes Gut hervorbringen zu können? Oder aber findet der Mensch in der Natur „produktive“ Kräfte vor, die er sich unterwirft und zwingt, unter seiner Leitung nützliche Güter zu produzieren, indem er die äußeren Bedingungen ihrer Wirksamkeit setzt?

Begleiten wir die menschliche Arbeit auf die verschiedenen Gebiete der Produktion, bei welcher neue Güter hervorgebracht werden.

1. *Die Landwirtschaft* ist „derjenige Zweig der volkswirtschaftlichen Produktion, welcher die Erzeugung pflanzlicher und tierischer Rohstoffe zum Zweck hat, welcher sich daher mit der Bebauung des Bodens und mit der Pflege der Haustiere beschäftigt.“<sup>2</sup>

Das Endziel dieser Produktion: — pflanzliche und tierische Rohstoffe, — das Produkt der Landwirtschaft übersteigt seiner Natur und Art nach die Grenzen der physischen Produktivkraft des Menschen. Der Mensch kann einen gegebenen Rohstoff verarbeiten, veredeln, ihm eine neue akzidentelle Form und damit größere Nützlichkeit verleihen, er kann Personen und Waren von Ort zu Ort transportieren, — aber zur Hervorbringung neuer Substanzen, neuer substantieller Formen reicht seine Kraft nur insofern aus, als er die produktiven Kräfte einer andern Ordnung sich dienstbar macht.

Wenn der Landmann den Acker durchfurcht, den Samen in den Boden gesenkt, so hat er die Hoffnung der Ernte. Allein mit der Hoffnung der Ernte ist diese selbst noch lange nicht gegeben. Andere Kräfte müssen jetzt tätig sein, Kräfte, die entweder im Boden verborgen sind oder deren Wirkung von der Erde aufgenommen wird (Wärme, Licht usw.), ja ein ganzes System von Kräften, welche man gewöhnlich unter dem Namen „Fruchtbarkeit des Bodens“ zusammenfaßt. Und diese Kräfte wiederum müssen die Keimkraft des Samens unterstützen, damit das Korn emporwachse und zur reichlichen Frucht gedeihe. Das alles sind

---

<sup>1</sup> „Kraft“ ist dasjenige, was die Ursache befähigt, eine bestimmte Wirkung hervorzubringen oder wenigstens hervorbringen zu können. — „Ursache“ ist ein Prinzip, welches durch seinen Einfluß das Werden, die Existenz eines andern bestimmt. Dampf, Elektrizität usw. sind Kräfte, die erst durch den Menschen als „causa principalis“ der Produktion und durch die Maschinen als „causa instrumentalis“ produktive Ursächlichkeit erlangen.

<sup>2</sup> Theod. Frhr. von der Goltz, Art. „Landwirtschaft“, in Schönbergs Handbuch II, 1. Abt. (1896) 1.

aber nicht mehr die Kräfte des Menschen, sondern natürliche Kräfte, Kräfte, die ihre spezifische Fähigkeit, „Früchte“ hervorzubringen, ihre wesentliche, innere Hinordnung auf die Frucht und auf die Hervorbringung des Lebens in der Frucht, nicht vom Menschen, sondern von dem Urheber der Natur, von Gott, erhalten haben. Trotz ihrer Unterordnung unter den Menschen müssen sie darum im wahren Sinne des Wortes als „*causae principales*“<sup>1</sup> der Produktion, als innerhalb des Produktionsprozesses wirkende, im wahren Sinne des Wortes „produktive“ Kräfte bezeichnet werden.

Aber ist denn nicht die Arbeit des Landmannes Ursache auch der Fruchtbarkeit des Bodens? Führt diese sich nicht ganz und gar auf die Mühen zurück, welche derjenige auf sich nahm, der den Acker bebaute?

Ganz gewiß! Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter. Nicht bloß würde ohne die Arbeit des Landmannes dieser Acker vielleicht nicht einmal ein Körnchen Weizen hervorgebracht haben. Auch mit der Arbeit des Bauers ist noch lange nicht alles geschehen, damit die Frucht wirklich der Volkswirtschaft dienen, ihre volle Verwertung finden könne. Hat der kanadische Farmer seinen Acker bestellt, reiche Frucht geerntet, so steht er vor der Frage, was anfangen mit der Frucht, die er unmöglich selbst aufzehren kann. Würde nicht die „gesellschaftliche“ Arbeit ihm helfen, wären keine Transportgelegenheiten da, es bliebe für ihn nur die traurige Notwendigkeit, einen Teil des Getreides nutzlos zugrunde gehen zu lassen.

Allein folgt daraus etwa, daß bei der Hervorbringung der Frucht nur die menschliche Arbeit als produktive Ursache gewirkt? Wenn die menschliche, die gesellschaftliche Arbeit hinzukommen muß, damit das Getreide seine aktuelle Verwendung und Verwertung finden könne, ergibt sich daraus, daß sie alles leistet, daß sie einzige Ursache dieser Verwertbarkeit sei?

<sup>1</sup> Der philosophische Begriff der „*causa principalis*“ sagt nicht, daß diese der Würde, der Zeit oder der Natur nach die erste, oberste, leitende Ursache, sondern nur, daß sie nicht bloßes Instrument, „*causa instrumentalis*“, einer andern Ursache sei, vielmehr in sich selbst schon die innere Suffizienz und Proportion im Hinblick auf das hervorzubringende Produkt besitze. Sie kann daher von einer andern, höheren Ursache als Mittel für deren Zweck angewendet werden, wirkt dabei aber vermöge der ihr eigenen, produktiven Kraft. — Wenn z. B. die Philosophen und Theologen die Streitfrage aufwerfen, ob von Gott irgendeiner Kreatur als „*causa principalis*“ die schöpferische Macht verliehen werden könne, so fügen sie sofort bei, daß die Kontroverse überhaupt nur von einer „*causa principalis dependens in agendo a prima causa*“ handle. Die Independenz von einer höheren Ursache gehört also nicht zum Begriff der „*causa principalis*“. Vgl. Cam. Mazzella, *De Deo creante* (Romae 1880) 74. Analog kann die menschliche Arbeit in der Landwirtschaft die erste, oberste Ursache bleiben, von welcher die Wirksamkeit aller andern Ursachen abhängt, und dennoch zugleich das Zustandekommen des Produktes durch die Mitwirkung anderer produktiver Ursachen bedingt sein.

Und was die Bestellung des Ackers betrifft, — ohne Zweifel darf man sie als wirkliche und notwendige Bedingung der Fruchtbarkeit des Bodens bezeichnen<sup>1</sup>. Aber folgt daraus, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht wenigstens ebensosehr von den produktiven Kräften der Natur abhängig ist wie von der menschlichen Arbeit?

Sind es denn jene Kräfte selbst, die der Landmann hervorbringt, oder ist er nicht etwa bloß die Ursache ihrer Wirksamkeit, und auch dieses wiederum lediglich, insofern er, wenigstens zum Teil, die äußeren Bedingungen derselben setzt?

Sobald einmal die materiellen Voraussetzungen, die äußeren Bedingungen gegeben, dann wirken jene Produktivkräfte wie alle andern Naturursachen mit Notwendigkeit. Und eben darum und insofern reicht die Macht der menschlichen Arbeit auch hier gewissermaßen bis an das Produkt hinan, bleibt der Mensch im ökonomischen Sinn „Produzent“ des Korns, des Weizens, wenn auch das physische Zustandekommen des Produktes, dessen Existenz, seine auf natürlichen Eigenschaften beruhende Güte und Brauchbarkeit keineswegs vom Landmann allein abhängen, der Mensch somit nicht die einzige, nicht die unmittelbar „produktive“ Ursache des Produktes genannt werden kann.

Anders verhält es sich mit den Kräften, deren sich

2. *Handel und Gewerbe* für ihre Zwecke bedienen.

Das *Gewerbe* (Handwerk und Industrie) beschäftigt sich mit der Bearbeitung von Rohstoffen.

Des *Handels* (insbesondere wo er sich mit der Transporttätigkeit verbindet) volkswirtschaftliche Funktion besteht darin, daß er die Güter den Konsumenten örtlich und zeitlich auf die bequemste Weise und in jeder gewünschten quantitativen Verteilung zugänglich macht.

In beiden Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit werden keine neuen Substanzen, sondern bloß akzidentelle Formen oder lokale Veränderungen hervorgebracht. Weil aber der Mensch mit seinen Gliedern nur äußerst schwer und langsam derartige Umbildungen des Rohstoffes usw. vornehmen könnte, bedient er sich dazu anderer Kräfte. Er bildet Werkzeuge, baut Maschinen, Schiffe, Eisenbahnen usw., mittelst welcher er die Naturkräfte seinen Zwecken unterwirft.

Sind nun jene Naturkräfte, sind ferner die Maschinen u. dgl. im eigentlichen Sinne des Wortes „produktive“ Kräfte? Besitzen

---

<sup>1</sup> Die Fruchtbarkeit des Bodens ist das richtige Verhältnis der chemischen und physikalischen (locker, fest usw.) Eigenschaften des Bodens, das richtige Verhältnis auch für diese oder jene Pflanzenart. Im Boden kommen sodann die vitalen Kräfte der Pflanze zur Geltung; Licht, Sonnenwärme treten hinzu; ohne sie und entsprechende Feuchtigkeit würde die Pflanze nicht gedeihen. Ist aber der Boden bestellt, dann wirken die vitalen Kräfte der Pflanze im wesentlichen von selbst. Der Lebensprozeß der Pflanze ist ein natürlicher Prozeß und nimmt seinen natürlichen Lauf.



sie in sich selbst die natürliche Fähigkeit, Güter zu produzieren, ohne daß sie dieselbe vom Menschen empfangen hätten?

Offenbar nicht! Das Eisen besitzt große Schwere. Lasse ich es fallen, so wirkt es als Kraft. Aber, um einen Nagel zu machen, muß es zum Hammer geformt und von der Hand des Schmiedes geführt sein. Der Dampf hat furchtbare Gewalt. Doch einen Hut zu formen, fehlt ihm die Macht, wenn nicht der Mensch durch maschinelle Vorrichtungen ihm die künstliche Fähigkeit dazu verleiht.

In sich betrachtet erscheinen jene Kräfte als bloß mechanische, aber nicht als produktive Kräfte. Was sie aus sich selbst und durch sich selbst hervorzubringen vermögen, das sind keine dem menschlichen Begehren entsprechenden Güter, sondern lediglich unfruchtbare, ordnungslose Bewegungen und Wirkungen. Erst dadurch, daß der Mensch diese Naturkräfte einem bestimmten, von seinem Geiste ersonnenen, von seinem Willen gewählten Zwecke dienstbar macht, indem er im Hinblick auf jenen Zweck, jenes Ziel die rein mechanische Bewegungskraft usw. durch die maschinelle Technik zu einem oft sehr komplizierten System nach Art und Maß bestimmter Kraftäußerungen zwingt, werden dieselben „produktiv“, d. h. erzeugen sie ein dem menschlichen Begehren entsprechendes Gut. Offenbar ist aber hierbei die im eigentlichen Sinne „produktive“ Kraft der menschliche Geist und die physische menschliche Kraft, welche die Maschine erfindet bzw. in Tätigkeit setzt. Denn nur vom Geiste des Menschen und seiner materiellen Macht haben jene mechanischen Kräfte es, daß ein bestimmtes materielles Gut das Endergebnis ihrer Wirksamkeit bildet.

Die Maschine ferner, für sich genommen, ist ein totes Knochengerüst, welches vermöge wundervoll erdachter Konstruktionen die Wirksamkeit der mechanischen Naturkräfte regelt und ordnet, sobald der die Maschine beherrschende Arbeiter die Verbindung der Naturkraft (des Dampfes, der Wärme, der Elektrizität u. dgl.) mit der maschinellen Vorrichtung vollzogen hat. Ohne diese Verbindung bleibt die Maschine tot, wirkungslos, ein unfruchtbares „artificium“<sup>1</sup>.

Mag daher auch die Wirksamkeit einer komplizierten Maschine dem Wirken der produktiven Naturkräfte in mancher Hinsicht noch so ähnlich sein, niemals wird man sich dazu verstehen dürfen, die Maschine als eine „causa principalis“ der Produktion, als produktive Urkraft zu bezeichnen.

Der Arbeiter, welcher die Maschine in Bewegung setzt, schafft hier keineswegs bloß die äußeren Bedingungen für die Betätigung in sich produktiver Kräfte, sondern er bewirkt, daß in sich ihrer Natur nach

<sup>1</sup> Die Naturkräfte, welche die Maschine bändigt, sind „produktiv“ durch den Menschen, der die Maschine lenkt. Die Maschine wirkt durch sich selbst, ohne menschliche Lenkung sogar zerstörend. Die Produktion ist hier eine künstliche, nicht wie beim Wachstum der Pflanzen ein in sich natürlicher Prozeß.

nicht produktive Kräfte zur Produktion mithelfen, indem er sie der vom Geiste des Menschen ersonnenen maschinellen Technik unterwirft<sup>1</sup>.

Der arbeitende Mensch ist darum nicht nur im ökonomischen Sinne alleiniger „Produzent“, sondern auch im physischen Sinne allein „produktiv“, während im juristischen Sinne der Herr, in dessen Dienst er etwa steht, als der eigentliche „Produzent“ zu gelten hat.

Wollte aber jemand unter allen Umständen jene mechanischen Kräfte und die ihre Wirksamkeit regelnde Maschine „produktiv“ nennen, so werden wir mit ihm nicht des Wortes wegen streiten, so lange er diese Benennung in einem weiteren, uneigentlichen, metaphorischen Sinne versteht und nichts anderes damit ausdrücken will, als daß die Maschinen mit den in ihnen wirkenden Kräften vermöge ihrer künstlichen Produktivität die Produktivkraft des Arbeiters im Produktionsprozesse gewaltig erhöhen und darum von größter Bedeutung sind für den Erfolg der Produktion.

Daß eine zweckmäßig eingerichtete Maschinerie die Produktivkraft desjenigen Arbeiters, der sich derselben bedient, wirklich qualitativ und quantitativ „erweitert“, hat auch Karl Marx nicht bestritten<sup>2</sup>. Und: „Mit der Produktivkraft der Arbeit wächst die Produktenmasse.“<sup>3</sup>

Die Maschine und die durch sie in ihrem Wirken geordneten Naturkräfte sind also in einem ganz andern Sinn „Produktionsmittel“ wie der zu bearbeitende Rohstoff. Von den Eigenschaften des Rohstoffes hängt allerdings die Güte des Produktes wesentlich ab. Insofern beeinflußt derselbe ohne Zweifel den Erfolg der Produktion. Allein er beeinflußt diesen Erfolg, wie wir bei der Lehre von den Ursachen der Produktion schon ausführten, nur nach Art einer „causa materialis“, als Stoff, der in dem neuen Gute verbleibt und der sich leichter oder schwerer verarbeiten läßt usw. Es ist ein positiver Einfluß zwar, aber kein aktiver. Der Stoff verhält sich lediglich passiv oder rezeptiv<sup>4</sup>. Anders die Maschine. Durch sie wird es möglich, die Kraft und Wirksamkeit der Arbeit zu erweitern, zu vermehren, im Hinblick auf die Herstellung des Produktes zu erhöhen, so zwar, daß nicht nur die Qualität, sondern die Quantität des Produktes durch jene Kraftvermehrung wesentlich beeinflußt wird.

Kurz, die beim Produktionsprozesse tätige, durch Naturkräfte belebte Maschine ist mehr als bloßes passives Arbeitsmittel. Sie ist bedeutungsvolles Arbeitswerkzeug für den Menschen, eine höchst wirksame „causa instrumentalis“ seiner Produktion.

<sup>1</sup> Dabei verschlägt es nichts, daß derjenige Arbeiter, der jetzt der Maschine sich bedient, nicht auch der erste Erbauer derselben gewesen ist. Bei der Frage, ob die Maschine ihrer Natur nach als produktive „causa principalis“ oder als Instrument zu gelten hat, entscheidet nur der Umstand, ob die in ihr tätigen Kräfte in sich selbst die produktive Fähigkeit hatten, oder ob dieselbe Ergebnis menschlicher Kunst ist. Sind die Maschinen ihrer Natur nach „Instrumente“, so bleiben sie es auch dann, wenn sie aus der Hand des ersten Erbauers in andere Hände übergegangen sind.

<sup>2</sup> Das Kapital I<sup>o</sup> (1872) 628.

<sup>3</sup> Ebd. 627.

<sup>4</sup> Vgl. Costa-Rossetti, Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie (1888) 114.

Im weiteren Sinn bezeichnet „*causa instrumentalis*“ jede Ursache, die von einer höheren Ursache in Bewegung, in Aktivität gesetzt wird. So nennt z. B. der hl. Thomas<sup>1</sup> alle geschöpflichen Ursachen „*causae instrumentales*“, insofern sie von Gott bewegt werden.

Zum Begriff der „*causa instrumentalis*“ im engeren Sinne gehört dagegen ein Dreinfaches:

1. Sie muß in irgendeiner Weise positiv bei der Hervorbringung einer Wirkung, eines Produktes beteiligt sein, auf die Gestaltung dieses Produktes einen aktiven Einfluß ausüben.

2. Sodann ist es erfordert, daß die „*causa instrumentalis*“ jenen Einfluß durch etwas ihr Eigenes, eine ihr eigene Form oder Kraft ausübe (z. B. Säge, Beil, Hammer usw.)<sup>2</sup>.

3. Diese ihr eigene Form oder Kraft muß aber in sich betrachtet und für sich allein, nicht ausreichend, nicht proportioniert sein im Hinblick auf denjenigen Effekt, zu dessen Hervorbringung sie verwendet wird. Eine höhere Kraft ist daher erforderlich, welche sich der dem Instrumente innewohnenden, aber einer niederen Ordnung angehörigen Kräfte und Fähigkeiten bedient, um vermittelt derselben die in Frage stehende Wirkung hervorzubringen<sup>3</sup>.

Alle diese Momente finden sich bei der Maschine wie bei den in der Maschine und vermittelt der Maschine wirkenden Kräften. Die Naturkraft, welche der Mensch benutzt und regelt, um die Maschine auf eine dem Zwecke entsprechende Art in Bewegung zu setzen, die Expansions- und Kohäsionskräfte, die Schwerkraft usw., welche der zur Maschine verarbeiteten Materie inhärieren, sind Kräfte niederer Ordnung. Sie üben einen Einfluß auf das Zustandekommen des Produktes aus, aber nur dadurch, daß der Mensch sie über ihre eigene Wirkungssphäre erhebt und sie zur Herstellung eines Produktes verwendet, für dessen Hervorbringung sie aus sich selbst und in sich selbst niemals befähigt gewesen wären.

Zur Erläuterung des Gesagten dürfte auch

5. die Lösung einiger Bedenken beitragen, welche gegen unsere Auffassung erhoben werden könnten oder gemacht worden sind.

1. Man sagt: Wer zugibt, daß im ökonomischen Sinne der Mensch alleiniger Produzent ist, kann folgerichtig auch nicht bestreiten, daß im ökonomischen Sinne die Arbeit allein produktiv ist.

Wir antworten: Nenne ich den Menschen alleinigen Produzenten im ökonomischen Sinne, so schließe ich jedes andere die ökonomische Produktion leitende und beherrschende Subjekt aus. Und das mit Recht,

<sup>1</sup> S. Thom., *De pot. qu.* 3, a. 7: „*Deus est causa omnis actionis, prout quodlibet agens est instrumentum divinae virtutis operantis.*“

<sup>2</sup> Vgl. S. Thom., *Contra gent.* 1. 2, c. 21.

<sup>3</sup> Der hl. Thomas unterscheidet daher (S. th. 3, qu. 62, a. 1 ad 2) eine doppelte Wirksamkeit im Instrumente: „*unam instrumentalem, secundum quam operatur non in virtute propria, sed virtute principalis agentis; aliam autem habet actionem propriam, quae competit sibi secundum propriam formam; sicuti securi competit scindere ratione suae acuitatis, facere autem lectum in quantum est instrumentum artis: non autem perficit instrumentalem actionem, nisi exercendo actionem propriam, scindendo enim facit lectum.*“ Vgl. Suarez, *Metaph. disp.* 17, sect. 2, n. 19; de Valentia tom. I, disp. 3, qu. 2, p. 4.



weil die Nationalökonomie nur von der Produktion, die der Mensch vollzieht, *ex officio* handelt. Wo immer aber der Mensch produzierend auftritt, ist er auch das alleinige Subjekt, alles übrige nur Objekt oder Mittel.

Nenne ich die Arbeit aber allein produktiv, da schließe ich alle andern produktiven Ursachen und Kräfte von der Hervorbringung des Produktes aus. Und das mit Unrecht. Denn einmal sind außer der menschlichen Kraft noch andere Kräfte aktiv bei der Produktion beteiligt. Sodann ist die Tatsache dieser Teilnahme anderer Kräfte für die national-ökonomische Betrachtung keineswegs ohne Bedeutung, wenn es auch nicht die Aufgabe der Nationalökonomie sein kann, gerade die naturwissenschaftliche Seite jener Wirksamkeit zu untersuchen.

2. Ein anderer Einwand: Die Arbeit ist die einzige Ursache des Produktionsprozesses, der Produktionsprozeß aber die einzige Ursache des Produktes. Also ist auch die Arbeit die einzige Ursache des Produktes, mit andern Worten: allein produktiv. •

Wir entgegnen: Die Arbeit ist die einzige den Produktionsprozeß einleitende, äußere Ursache, welche das Wirken der übrigen Kräfte hervorruft. Aber sie ist nicht die einzige, innerhalb des Produktionsprozesses wirksame Kraft. Nichts ohne Arbeit, aber auch nicht alles von der Arbeit.

3. Rudolph Meyer, Rodbertus' Freund und Gesinnungsgenosse, äußerte seine Bedenken gegen unsere (bei Gelegenheit des ersten praktisch-sozialen Kursus zu M.-Gladbach) an der Rodbertusschen Lehre von der alleinigen Produktivität der Arbeit geübten Kritik, indem er schreibt<sup>1</sup>:

„Unseres Wissens geben die klassischen und sozialdemokratischen Ökonomen und auch Rodbertus eine gewisse hohe und geringe eigene Produktivität der Natur ohne weiteres zu, vernachlässigen sie aber unserer Ansicht nach mit vollem Recht für ihre Wirtschaftstheorien, welche den entwickelten Weltverkehr unseres Jahrhunderts und das Ende des vorigen zur Voraussetzung haben, in dem die ohne Arbeit erzeugten Produkte der Natur an sich gar keine Rolle spielen, im Vergleich mit jenen, die durch Arbeit gewonnen werden.

„Daß Edelmetalle gefunden würden, mag vorkommen, im allgemeinen werden sie durch großartige Arbeitsanstalten mit gewaltigen Maschinen der Erde abgenommen, und ihr Wert nähert sich rasch den Produktionskosten, wie der jetzige Preisfall des Silbers beweist. Ähnlich steht es mit Edelsteinen (siehe die Aktiengesellschaften zur Diamantengewinnung). Spielen wilde Beeren, Äpfel, Birnen eine Rolle auf irgendeinem Markte, geschweige auf dem Weltmarkt? Wo gibt es noch Naturwiesen in kultivierten Ländern? Sie können mit planierten, drainierten, bewässerten, gedüngten nicht konkurrieren. Die Nationalökonomie unserer Zeit ist nicht für Ausnahmefälle, die an der Grenze der Kulturländer vorkommen und auf die Marktverhältnisse, wo allein von Wert und Preis die Rede ist, in Mitte unserer Kulturländer nicht ein Millionsteil von Einfluß haben, geschrieben...

<sup>1</sup> Der Kapitalismus fin de siècle (1894) 189 ff.

Pesch ist das einzige Beispiel entgangen, welches er für seine Theorie mit einem Schein von Recht hätte anführen können: die großen Viehweiden auf den ‚Ranges‘ im westlichen Teile der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich von Texas bis Alberta in Kanada erstrecken. Hier liefert die Natur das Gras umsonst. Das Vieh, welches es abfrisst, oder doch der erste ‚Stock‘ desselben, hat dorthin gebracht werden müssen, es muß gehütet, später, erwachsen und marktreif, nach St. Louis oder Chicago transportiert werden. In all diesem steckt Arbeit. Es liefert auch einen Welthandelsartikel, denn 1889 wurden aus dem Verkauf von ‚Range‘rindvieh 18 Millionen Dollars gelöst. Allein es zeigt sich, daß die Aktiengesellschaften, denen die meisten Ranges gehören, nicht besser, wenn so gut rentieren als andere industrielle Aktiengesellschaften, und seit dem Zensus von 1880 ist die Hälfte der Ranges von Nebraska, das Drittel jener von Kansas in Ackerbaufarmen verwandelt worden — weil es mehr einträgt, der Natur alle Produkte dieses Bodens durch Arbeit abzuzwingen, als die von ihr selbst erzeugten abgrasen zu lassen!“

Wir antworten: Es handelt sich hier keineswegs um „wilde Beeren, Äpfel und Birnen“. Wir geben auch mit Meyer den planierten und drainierten, bewässerten und gedüngten Wiesen den Vorzug vor den Naturwiesen. Nicht „Ausnahmefälle an der Grenze der Kulturländer“, wo die Natur allein, d. i. ohne menschliche Zutat Güter hervorbringt, haben wir im Auge. Ja bereitwilligst geben wir sogar zu, daß ohne die menschliche Arbeit die Natur sehr karg ist, und daß der Mensch im Schweiß seines Angesichts die Gaben ihr abringen muß, deren er bedarf.

In Frage steht nur, a) ob die Natur in sich selbst produktive Kräfte besitzt, die sie nicht etwa, wie die Maschine, erst vom Menschen erhält, — eine physisch produktive Kraft, welche sich selbst überlassen, d. h. ohne menschliche Arbeit und aus sich selbst die für unsere Kulturvölker ausreichenden Früchte zwar nicht hervorbringt, die aber, wenn die menschliche Arbeit hinzutritt, um so reichere Früchte erzeugt, je mehr der Mensch die Hindernisse ihrer Wirksamkeit beseitigt, die Bedingungen derselben günstiger gestaltet.

In Frage steht, b) ob nicht auch dem Werkzeuge, der Maschine ein bedeutender Einfluß auf die Steigerung der physischen Kräfte und der produktiven Wirkungsfähigkeit des Menschen zukomme?

In Frage steht, c) ob die Wirtschaftstheorien jene physischen produktiven Kräfte der Natur und die Vermehrung der menschlichen physischen Produktivkraft durch Werkzeug und Maschine schlechthin vernachlässigen dürfen?

a) Daß es in der Natur produktive Kräfte gibt, Kräfte, welche menschliche Erfindung und Arbeit nicht in die Natur gelegt hat und nicht in die Natur legen konnte, — Kräfte, die im wahren und eigentlichen Sinne „produktiv“ sind, ja von deren Produktivität der Erfolg des menschlichen Bemühens wesentlich abhängt, — Kräfte, die keineswegs bloß an den Grenzen der Kultur wilde Beeren oder auf den

großen Viehweiden Amerikas Gras erzeugen, sondern ebenfalls unter „Weltmarktsverhältnissen“ auf jedem Acker, den der Landmann bestellt, bei der Zeugung und dem Wachstum jedes Tieres usw. wirksam sind, — diese Wahrheit dürfte unseres Erachtens nicht ernstlich in Frage gezogen werden können.

Es ist ja, wie oben ausgeführt wurde, etwas anderes, wenn der Mensch eine Maschine in Bewegung setzt und wenn er den Acker bestellt. Im ersteren Falle wird dem Menschen von der Natur eine Kraft, z. B. der Dampf, gegeben. Diese Kraft kann Ursache der verschiedensten segensreichen oder zerstörenden Wirkungen sein. Daß sie „produktiv“ wird, ein dem menschlichen Bedürfnis entsprechendes „Produkt“ hervorbringt, — das hat sie allein vom menschlichen Geiste und der physischen Arbeitskraft des Menschen. Sowohl das Ziel wie die Art der Wirksamkeit wird hier vom Menschen bestimmt, der sich vermittelt der Maschine jener Kraft wie eines Instrumentes bedient, um das von seinem Geiste ersonnene Produkt hervorzubringen.

Im andern Falle bietet die Natur nicht bloß eine Kraft, welche mechanische Bewegungen hervorrufen kann, sondern eine Kraft, welche schon auf die Erzeugung eines bestimmt gearteten Produktes von Natur aus gerichtet ist. Der Bauer kann Korn oder Weizen säen. Aber trotz aller Agrikulturchemie wird er es nicht fertig bringen, daß aus einem Roggenkorne Weizen entsteht. Und trotz aller Zuchtwahl wird eine Fledermaus niemals ein Rind oder ein Pferd, niemals einen Kanarienvogel erzeugen. Auch die Art der Wirksamkeit jener Kraft, das Keimen, Wachsen, Reifen der Frucht ist durch die Gesetze der Natur bestimmt. Der Mensch entfernt die Hindernisse und verbessert die Bedingungen ihrer Wirksamkeit. Kurz, der Mensch beeinflusst durch seine Arbeit zwar die aktuelle Wirksamkeit der produktiven Naturkraft (den *actus secundus*), aber er schafft weder die Kraft noch ihre produktive Fähigkeit (in *actu primo*).

b) Ebenso gewiß wie das Vorhandensein produktiver Kräfte in der Natur ist sodann die Steigerung der physischen Produktivkraft des Menschen durch Werkzeug und Maschine. Wenn auch die eiserne Axt keine eigene Produktivität besitzt, so vermehrt sie doch die Produktivität der Arbeit des Holzfällers. Je vollkommener das Instrument, um so wirksamer und erfolgreicher die Arbeit. Eine technisch vollendete Werkzeugmaschine ermöglicht es, daß auf die Tagesarbeit vielleicht das Zehn- oder Zwanzigfache und mehr der Produktmenge kommt, die mit den früheren, weniger vollkommenen Werkzeugen erlangt werden konnte, daß also die Produktivität der Arbeit in dem gleichen Verhältnis gesteigert ist<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Damit hängt zusammen, daß auf jeder Stufe der technischen Entwicklung eine normale Produktivität der Arbeit besteht, die auf der Anwendung der wirksamsten



c) Die dritte Frage: ob nämlich die Wirtschaftstheorien die physische Produktivität der Natur und die Steigerung der Produktivkraft des Menschen durch Werkzeug und Maschine usw. vernachlässigen dürfen und müssen, enthüllt die Tendenz der Lehre von der alleinigen Produktivität der Arbeit. Diese Lehre richtet sich gegen die in der gegenwärtigen Ordnung der Dinge übliche „Verteilung“ des Produktes der nationalen Arbeit, gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln mit den hieraus für jene „Verteilung“ sich ergebenden Folgen und Folgerungen. Doch hiervon später bei der Lehre von der Einkommens- und Vermögensbildung.

Noch einige Bemerkungen: Man beachte jene Verwechslung von Tatsachen, die unvermerkt bei Rudolf Meyer sich vollzieht. Zunächst wird

1. zugestanden, daß die Natur eine gewisse hohe oder geringere eigene Produktivität habe; sodann

2. behauptet, daß diese eigene Produktivität der Natur für den entwickelten Weltverkehr relativ, im Vergleich mit der durch Arbeit vollzogenen Produktion, „an sich gar keine Rolle spiele“. Es handelt sich also bei dieser Behauptung, die durch Beispiele (wilde Beeren, Naturwiesen usw.) erläutert wird, lediglich um die „ohne Arbeit“ sich vollziehende Produktion.

Damit ist der Beweis Meyers fertig, die Lehre von der alleinigen Produktivität der Arbeit begründet. Und doch handelt es sich bei der ganzen Frage hauptsächlich darum, nicht ob ohne Arbeit die Natur produktiv, sondern ob der Mensch in der Natur physisch produktive Kräfte vorfinde, die er vermittelst der Arbeit sich zunutze mache. Daß hierin die Streitfrage gipfelt, konnte Meyer nicht entgehen, da er von einem Gegensatz zwischen „allen alten kanonischen Schriftstellern“ und den „jüngeren theologischen Autoren“ redet, wobei den letzteren die Ansicht zugeteilt wird, „der Boden habe eine sekundäre Bedeutung, etwa wie der alte Petty es ausdrückt: Die Arbeit ist der Vater des Reichtums, aber die Erde seine Mutter“<sup>1</sup>. Meyer stellt sich nun angeblich auf die Seite der „alten kanonischen Schriftsteller“ und verwirft die Lehre der „jüngeren theologischen Autoren“. Er bekämpft also auch diese sekundäre Bedeutung des Bodens.

Was aber die „alten kanonischen Schriftsteller“ betrifft, so irrt Meyer. An seiner Seite steht Carl v. Rodbertus-Jagetzow, aber nicht der hl. Thomas von Aquin oder irgendein anderer Kirchenlehrer.

Ebenso irrt Meyer, wenn er sich für Rodbertus' Lehre auf die kirchlichen Wucherverbote beruft: „Die ersten Wucherverbote“, so schreibt er, „gehen auch gegen den Wucher mit Korn und richten sich direkt gegen die Idee, daß der

Produktionswerkzeuge beruht, die in dieser Kulturphase der Menschheit zur Verfügung stehen. „Jede neue Maschine gelangt in kurzer Zeit zur allgemeinen Verbreitung, weil die Produzenten, um konkurrenzfähig zu bleiben, dem technischen Fortschritt folgen müssen; daher gibt es auch im Maschinenzeitalter stets eine normale, dem Stande der Technik entsprechende Produktivität der Arbeit, nach welcher sich die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt, die für eine bestimmte Menge des Produktes aufgewendet werden kann und darf“. Lexis, Art. „Produktion“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>3</sup> 1220.

<sup>1</sup> Meyer, Der Kapitalismus fin de siècle 33.

Boden an sich produktiv sei. Auch wer einem Bauer einen Scheffel Korn zur Saat leiht, soll nach der Ernte nicht mehr als einen Scheffel zurückerhalten, obschon der Bauer davon 8 oder 12 Scheffel erntete. Die Mehrernte wird als Arbeitslohn, nicht als freie Gabe des Bodens aufgefaßt.“ Folgt etwa daraus, daß der Darlehensgläubiger nur einen Rechtsanspruch auf ebensoviel hat, wie er gegeben, also auf einen Scheffel —, folgt daraus, daß jene 8 oder 12 Scheffel, die der Bauer erntet, ohne Mitwirken produktiver Kräfte des Bodens hervorgebracht wurden?

Wilh. Endemann schreibt ganz richtig<sup>1</sup>: „Uns sind jetzt Naturkräfte, Arbeit und Kapitale (oder Werte) diejenigen Elemente, aus denen neue Güter oder Werte hervorgehen. Die Kanonisten kennen nur die Arbeit und die im Grund und Boden oder auch in andern Sachen, Tieren, Körnern und dergleichen enthaltene, wieder rein sinnliche Produktiv- oder Erzeugungskraft. Sonst sind die Sachen nur Stoff“ (bzw. Instrument) „für die Arbeit“. „Den Kulturzuständen des Mittelalters entsprechend galt Grund und Boden recht eigentlich als der ursprüngliche Typus der fruchttragenden Sachen. Daran hielt ja auch später noch die kanonistische Anschauung fest.“<sup>2</sup>

Rudolf Meyer hat sich für den Satz von der alleinigen Produktivität der Arbeit auch auf die Enzyklika „Rerum novarum“ von Leo XIII. berufen zu können vermeint. Mit Unrecht.

a) Die Produktivkraft der Natur wird in diesem Rundschreiben, obwohl eine Enzyklika über die Arbeiterfrage sich selbstverständlich in erster Linie mit der Arbeit beschäftigt, dennoch beständig vorausgesetzt und wiederholt ausdrücklich erwähnt.

Wir sehen dabei gänzlich von Ausdrücken wie: „Früchte der Erde“, „Erzeugnisse des Bodens“, „Gaben, welche die Erde spendet“ usw. ab, obwohl die stete Wiederkehr solcher Ausdrücke, nach den Regeln der Hermeneutik, sich kaum mit einer rein metaphorischen Bedeutung derselben vertragen würde. Wir weisen nur auf drei Ausdrücke hin, welche für jeden, der mit dem Geiste der lateinischen Sprache irgendwie vertraut ist, jeden Zweifel über die Ansicht des Papstes ausschließen. Es sind die Ausdrücke „terrae fetus“, der einige Male vorkommt; „terra cum ubertatibus suis“, endlich „rerum, quas terra gignit“<sup>3</sup>. Schärfer kann überhaupt in der lateinischen Sprache die natürliche Produktivkraft nicht ausgedrückt werden.

Gleich zu Anfang lesen wir: „e terrae fetu (homo) sibi res suppetitari videt ad futurum tempus necessaria.“ In der deutschen offiziellen Übersetzung heißt es: „Was dem Menschen sichere Aussicht auf künftigen Fortbestand seines Unterhalts verleiht, das ist nur der Boden mit seiner Produktionskraft.“ Und die offizielle französische Übersetzung lautet: „D'où il suit, qu'il doit avoir sous sa domination non seulement les produits de la terre, mais encore la terre elle-même qu'il voit appelée à être par sa fécondité sa pourvoyeuse de l'avenir.“ Unmittelbar nachher wird der Boden als bleibendes Mittel der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bezeichnet wegen der „Gaben, die er unaufhörlich

<sup>1</sup> Die nationalökonomischen Grundsätze der kanonistischen Lehre (1863) 137.

<sup>2</sup> Endemann, Studien in der romanisch-kanonistischen Wirtschafts- und Rechtslehre II (1883) 105.

<sup>3</sup> Offizielle Ausgabe (Freiburg 1921, Herder) 10 und 60.

spendet“ (deutsche Übersetzung). Im lateinischen Texte wird die Produktivkraft des Bodens viel schärfer hervorgehoben wie in der deutschen Übersetzung. Dort heißt es: „Atqui istiusmodi perennitatem nulla res praestare, nisi cum ubertatibus suis terra, potest.“ Ebenfalls in der französischen Übersetzung: „Or, cet élément ne pouvait être que la terre avec ses ressources toujours fécondes.“ Bald darauf heißt es im lateinischen Text: „Ceterum utcumque inter privatos distributa, inservire communi omnium utilitati terra non cessat, quoniam nemo est mortalium, quin alatur eo, quod agri efferunt. Qui re carent, supplent opera: ita ut vere affirmari possit, universam comparandi victus cultusque rationem in labore consistere, quem quis vel in fundo insumat suo, vel in arte aliqua operosa, cuius merces tandem non aliunde, quam a multiplici terrae fetu ducitur, cum eoque permutatur.“ Der Papst will zeigen, wie die Früchte der Erde für alle, auch diejenigen, welche nicht Eigentümer des Bodens sind, den Lebensunterhalt gewähren. Die einen gewinnen denselben, indem sie ihren Acker bebauen, die andern, indem sie im Handwerk oder in der Fabrik arbeiten und mit ihrem Lohne dann die Früchte der Erde erwerben. Die Arbeit wird hier also nicht als einzige Produktivursache für die Erzeugung der Güter bezeichnet, sondern als das universelle Mittel, sich in den Besitz jener Güter zu setzen, seinen Lebensunterhalt zu gewinnen (comparare victum cultumque). Die französische Übersetzung nennt treffend die Arbeit „le moyen universel de pourvoir aux besoins“. In der deutschen Übersetzung heißt es: „Wer ohne Besitz ist, bei dem muß die Arbeit dafür eintreten, und man kann sagen, die Beschaffung aller Lebensbedürfnisse geschehe durch Arbeit, entweder durch die Bearbeitung des eigenen Bodens oder durch Arbeit in irgendeinem andern Erwerbszweige, dessen Lohn zuletzt nur von der Frucht der Erde kommt und mit der Frucht der Erde vertauscht wird.“ Der Papst hebt überdies auch hier wiederum in möglichst signifikanter Weise die Naturproduktivkraft durch den Ausdruck „terrae fetus“ hervor. Wo endlich der Papst die Überlassung eines kleinen Grundbesitzes an den Arbeiter empfiehlt, weist er auf den materiellen Vorteil einer solchen Einrichtung mit den Worten hin: „rerum, quas terra gignit; maior est abundantia futura.“ Wiederum ein Ausdruck, welcher in der prägnantesten Weise die Naturproduktivkraft bezeichnet.

Was nun die menschliche Arbeit und den Arbeiter selbst betrifft, so hebt der Papst nicht bloß deren Würde und Rechte hervor, indem er insbesondere die Ausbeutung des Arbeiters und seine Gleichstellung mit den sachlichen Produktionsmitteln aufs schärfste verurteilt — die Arbeit als das universelle Mittel zur Erlangung des Lebensunterhalts und die Gewährung dieses Lebensunterhaltes als einen notwendigen, durch die Natur geforderten Zweck der Arbeit und des Lohnes bezeichnet —, es wird überdies auch insbesondere

b) der Produktivkraft der menschlichen Arbeit ein glänzendes Zeugnis erteilt.

α) Zwar besitzt die Erde in sich selbst produktive Kräfte. Sie spendet ihre Gaben mit reicher Fülle, aber nicht aus sich selbst, nicht ohne die menschliche Arbeit. Im Schweisse seines Angesichtes muß der Mensch den Acker bestellen. Erst dann wird derselbe mit großer Freigebigkeit die Dinge hervorbringen, welche zur Erhaltung und ganz besonders zur Vervollkommnung des Lebens notwendig sind. Ja durch seine Arbeit kann der Mensch das Angesicht der Erde



erneuern. Wo früher Wald stand, entsteht durch des Menschen Kunst und Hand fruchtbares Ackerland, aus unfruchtbarem wird ergiebiger Boden<sup>1</sup>.

Wie hoch also die natürlichen Produktivkräfte, welche Gott in die Natur gelegt, geschätzt werden müssen — es steht der Ehre und den Absichten Gottes durchaus nicht entgegen, die produktive Kraft des Menschen höher zu stellen. Darum trägt der Papst kein Bedenken,

β) die menschliche Produktivkraft der Arbeiter als die wirksamste und notwendigste zu bezeichnen mit Rücksicht auf die Erzeugung, die Produktion der materiellen, leiblichen, äußeren Güter: „*Iamvero his pariendis bonis (bona corporis atque externa) est proletarium maxime efficax ac necessarius labor, sive in agris artem atque manum, sive in officinis exerceant.*“<sup>2</sup> Nicht genug! Die Kraft und die Wirksamkeit der Arbeiter ist hierbei, bei der Hervorbringung der einzelnen Güter, eine so große, daß man mit Recht

γ) „die Arbeit der Arbeiter“ als die einzige Quelle des Reichtums der Nationen, d. h. der Prosperität, der Fülle von Gütern, welche die Völker besitzen, bezeichnen kann: „*Immo eorum (proletarium) in hoc genere vis est atque efficientia tanta, ut illud verissimum sit, non aliunde quam ex opificum labore gigni divitias civitatum.*“<sup>3</sup>

Ein Mißverständnis ist Rud. Meyer bei der Interpretation der letzteren Stelle begegnet. Er sagt: „Übersetzungsfehler der Enzyklika vom 15. Mai 1891.“ Darin steht folgender Satz: „*Nihilominus ad bene constitutam civitatem supeditatio quoque pertinet bonorum corporis atque externorum, quorum usus est necessarius ad actum virtutis. Iamvero his pariendis bonis est proletarium maxime efficax ac necessarius labor, sive in agris artem atque manum, sive in officinis exerceant. Immo eorum in hoc genere vis est atque efficientia tanta, ut illud verissimum sit, non aliunde quam ex opificum labore gigni divitias civitatum.*“

Meyer übersetzt diesen Passus wie folgt: „Nichtsdestoweniger gehören zu einem wohlgeordneten Gemeinwesen auch das richtige Vorhandensein der leiblichen und äußeren Gebrauchsgüter, deren Gebrauch notwendig ist zur Ausübung der Tugend. Jedoch zur Beschaffung dieser Güter ist am wirksamsten und notwendigsten die Arbeit der Proletarier, sei es, daß sie ihre Geschicklichkeit

<sup>1</sup> In der Ausführung des Beweises, daß Privateigentum eine Forderung der Natur sei, heißt es a. a. O. 10: „*Res enim eas, quae ad conservandam vitam maximeque ad perficiendam requiruntur, terra quidem cum magna largitate fundit, sed fundere ex se sine hominum cultu et curatione non posset.*“ „Die Erde spendet zwar in großer Fülle alles, was zur Erhaltung und zumal zur Vervollkommenung des irdischen Daseins nötig ist; aber sie kann es nicht aus sich spenden, das heißt nicht ohne Bearbeitung und Pflege durch den Menschen.“ So lautet die offizielle deutsche Übersetzung, und die französische: „*La terre, sans doute, fournit à l'homme avec abondance les choses nécessaires à la conservation de sa vie et plus encore à son perfectionnement, mais elle ne le pourrait d'elle-même sans la culture et les soins de l'homme.*“

Kurz nachher lesen wir a. a. O. 12: „*Ager quippe cultoris manu atque arte subactus habitum longe mutat: e silvestri frugifer, ex infecundo ferax efficitur.*“ In der deutschen Übersetzung: „Jenes früher wüste Erdreich hat doch durch den Fleiß der Bebauer und durch ihre kundige Behandlung die Gestalt völlig verändert; es ist aus Wildnis fruchtbares Ackerfeld, aus verlorener Öde ein ergiebiger Boden geworden.“

<sup>2</sup> A. a. O. 46.

<sup>3</sup> Ebd.

und Kraft auf den Feldern oder in den Fabriken ausüben. Fürwahr, auf diesem Gebiete ist ihre Macht und Wirksamkeit eine solche, daß es überaus wahr ist, daß die *Reichtümer* der Staaten (Nationalreichtum) nicht anderswoher als aus der menschlichen Arbeit (wörtlich: Arbeit der Arbeiter) entstehen.“ Hieraus zieht Meyer den Schluß, Leo XIII. erkenne das Smith-Ricardosche Wertgesetz an, und er hofft, „das bekannte Wertgesetz“ werde nun wohl auch „vom katholischen Deutschland respektvoller behandelt, und die ‚Naturproduktivität‘ für Weltmarktsverhältnisse in den Winkel geschoben werden“<sup>1</sup>.

Die Meyersche Auffassung widerspricht indes zunächst

a) dem entfernteren Kontext der Worte, auf welche Meyer sich beruft, insofern, wie oben ausgeführt, innerhalb der Enzyklika die natürliche Produktivkraft des Bodens wiederholt stillschweigend und ausdrücklich anerkannt wird. Die vorgeschlagene Interpretation entspricht sodann

b) auch nicht dem näheren Kontext. Der Papst will die Pflicht des Staates, sich des Schutzes der Arbeiter anzunehmen, beweisen. Zu diesem Behufe hebt er ihre Verdienste um das Gemeinwohl hervor: Zwar ist das geistige Gemeinwohl höher zu achten wie das materielle. Indessen gehört doch auch letzteres mit zur öffentlichen Wohlfahrt und daher in den Bereich des Staates. Nun folgt als Beweis dafür, daß die Arbeiter sehr viel zur öffentlichen Wohlfahrt beitragen, obige Stelle, und indem der Papst neben „divitias“ das Wörtchen „civitatum“ beifügt, deutet er zur Genüge an, daß es sich in dem mit „Immo“ eingeleiteten Satze nicht mehr um die Produktion der einzelnen Güter handelt, sondern um die Wohlhabenheit der bürgerlichen Gemeinwesen, der Staaten, wie die offizielle deutsche Übersetzung ganz richtig wiedergibt.

Daß die Staaten, die Völker wohlhabend sind, d. h. eine Fülle von Gütern, kurz „Reichtum“ besitzen, verdanken sie in der Tat allein der Produktivkraft (daher „gigni“) der menschlichen Arbeit. Die günstigsten natürlichen Bedingungen lassen ein Volk arm ohne Arbeit. Die Arbeit allein ist es, welche durch Ausnutzung, Leitung, Beherrschung der Natur, durch Industrie und Handel die Völker zu Reichtum führt.

c) Ebenfalls der nächste Kontext schließt Meyers Interpretation aus. Leo XIII. unterscheidet<sup>2</sup> ausdrücklich zwischen der Produktion der einzelnen Güter und der Erzeugung des Reichtums der Staaten. Rücksichtlich der ersteren sagt er, die Arbeit sei sehr notwendig und wirksam, wodurch stillschweigend anerkannt wird, daß sie nicht unter jeder Rücksicht als allein produktiv zu gelten habe. Der folgende Satzteil enthält dann eine Steigerung („immo“) — keine Korrektur —, indem die Produktivkraft der menschlichen Arbeit als einzige Quelle der Wohlhabenheit der Staaten bezeichnet wird.

Ganz willkürlich ist es, wenn Meyer

d) „divitias“ mit „Reichtümer der Staaten“ übersetzt. Gemäß dem in der Nationalökonomie vielfach üblichen Sprachgebrauche bezeichnet der Ausdruck „Reichtümer“ die einzelnen Güter im distributiven Sinne. In diesem Sinne kommt aber das Wort „divitiae“ in der Enzyklika nirgends vor. Stets bezeichnet es hier, im kollektiven Sinne, die Fülle, den Überfluß der Güter, große Wohlhabenheit, so namentlich in dem herrlichen Passus, wo der Papst die mit Glücksgütern Gesegneten mahnt, ihren Reichtum, ihren Überfluß den Armen

<sup>1</sup> Der Kapitalismus fin de siècle 462 f.

<sup>2</sup> A. a. O.

mitzuteilen. An einer Stelle, wo „divitiae“ und „bona“ wiederum voneinander unterschieden werden, scheinen die ersteren sogar speziell Luxusgüter zu bezeichnen: „Divitiis ceterisque rebus, quae appellantur bona, affluas, careas, ad aeternam beatitudinem nihil interest.“<sup>1</sup>

Es liegt ja überdies auf der Hand, daß der Papst in einer Enzyklika sich des gewöhnlichen Sprachgebrauches der Menschen bedient.

Wir verstehen indes sehr wohl, wie Meyer zu seiner Auffassung kommen konnte. Er hat übersehen, daß „divitiae“ in der lateinischen Sprache „plurale tantum“ ist und in deutscher Sprache ohne besondern Grund nicht mit „Reichtümer“, sondern mit „Reichtum“ übersetzt werden muß. Ganz richtig lautet die französische Übersetzung: „... le travail a une telle fécondité et une telle efficacité, que l'on peut affirmer sans crainte de se tromper, qu'il est la source unique d'où procède la richesse des nations.“ Auch die deutsche Übersetzung hebt gerade die Pointe sehr geschickt hervor: „Ja es ist eigentlich die Arbeit auf dem Felde, in der Werkstatt, der Fabrik, welche im Staate Wohlfahrt herbeiführt.“

Im Interesse einer klaren Übersicht empfiehlt es sich, noch einmal kurz

#### 6. die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zusammenzufassen.

1. Der Mensch ist nach Gottes Willen Beherrscher dieser Welt. Er beherrscht sie vermitteltst seiner Arbeit.

2. Dort, wo der Mensch produktiv tätig ist, hat er als das alleinige Subjekt der Produktion, alles übrige als Objekt und Mittel derselben zu gelten. Die Produktion ist eben eine Betätigung seines Herrscherrechtes.

3. Allein der Mensch ist nicht schlechthin der einzige „Produzent“ Im physischen Sinne vielmehr erscheint auch die Natur überall da als „Produzentin“, wo sie aus sich selbst Güter hervorbringt.

4. Die bloß physische Produktion der Natur reicht jedoch zur Deckung des Güterbedarfs nicht aus. Die ökonomische Produktion des Menschen tritt daher immer mehr in den Vordergrund, je mehr die Dichtigkeit der Bevölkerung zunimmt, die Kultur voranschreitet.

5. Innerhalb der durch den Menschen vollzogenen Produktion erscheint die menschliche Arbeit als die notwendigste, höchste, leitende Kraft.

6. Gleichwohl ist sie nicht die einzige innerhalb des Produktionsprozesses wirkende physische Kraft.

a) Es gibt außer ihr noch andere dabei tätige Kräfte, die sogar zum Teil im wahren Sinne des Wortes „produktiv“ genannt werden müssen. Wir meinen insbesondere die „Produktivkräfte“ des Bodens; dann auch die Zeugungskraft der Pflanzen und Tiere, welche der Mensch für seine Zwecke verwendet. Das Produkt erscheint hier als „Frucht“ der menschlichen Arbeit sowohl wie der Natur.

<sup>1</sup> A. a. O. 26.



Man wird sich sehr vor jener Verwechslung von „Mensch“ und „menschlicher Arbeit“ zu hüten haben, welche die Quelle vieler Irrtümer geworden ist. Sage ich: Der Mensch ist das alleinige Subjekt der (ökonomischen) Produktion, so wird damit lediglich seine herrschende Stellung richtig zum Ausdruck gebracht. Behauptet man aber: die Arbeit sei allein produktiv, so wird hierdurch von der menschlichen Kraft, speziell der körperlichen Kraft behauptet, sie sei die einzige physisch produktive Kraft im Produktionsprozesse, was offenbar den Tatsachen widerspricht.

b) Die mechanischen, physischen und chemischen Kräfte, welche durch die maschinelle Technik dem produzierenden Menschen dienstbar gemacht werden, sind keine im eigentlichen Sinne des Wortes „produktiven“ Kräfte. Sie steigern, vermehren jedoch die Produktivkraft des Menschen, welcher sich ihrer als Hilfsmittel und Instrument bedient. —

Es wäre ein bedauerliches Mißverständnis, wenn man in unsern Darlegungen irgendwie den Versuch erblicken wollte, einer geringeren Einschätzung der Arbeit die Wege zu bereiten. Niemand kann die Arbeit höher achten und bewerten, als dies unsererseits geschieht. Wir haben in dem von uns entwickelten sozialen Arbeitssysteme<sup>1</sup>, im Gegensatze zu den einseitigen Lehren der Physiokraten und Merkantilisten, mit Adam Smith die menschliche Betriebsamkeit, die Arbeit, den menschlichen Fleiß schlechthin als die Ursache höheren Wohlstandes der Völker bezeichnet. Nur forderten wir, daß die Arbeit mehr wie bisher der volkswirtschaftlichen Aufgabe: der Bedarfsdeckung für das ganze Volk, dienstbar gemacht werde, daß sie in erster Linie nicht der Bereicherung einzelner, sondern der Wohlfahrt des Ganzen zu dienen habe, daß der einzelne seine Wohlfahrt begründe, indem er zum Besten des Ganzen wirke. Außerdem forderten wir für die Arbeit und die Arbeitenden in der Gesellschaft Schutz, Hilfe sowie die gebührende Achtung und Geltung.

Übertreibungen und Irrtümer jedoch, wie sie in dem Satze von der alleinigen Produktivität der Arbeit sich kundgeben, müssen wir um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen zurückweisen.

So ist es auch eine offenbare Irreführung, wenn die materielle, körperliche Arbeit allein oder fast allein als die Ursache des Wohlstandes der Völker, als allein produktiv bezeichnet oder wenigstens den Leistungen der geistigen Arbeit ungebührnd vorangestellt wird.

Ist aber die Arbeit und speziell die manuelle Arbeit nicht allein produktiv, so muß man Bedenken tragen, den „Arbeitswerttheorien“ beizustimmen, die den objektiven Wert der Güter lediglich von dieser Arbeit ableiten. Wir werden später noch einmal prüfen, ob und inwiefern die Kosten (dazu gehört die Arbeit) einen äußerlichen Maßstab für

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 5, S. 435 ff. (351 ff.); Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 1, § 5, S. 213 ff. (190 ff.); Bd. III, Einleitung 51 f. 62 ff.

die Wertbemessung abgeben können<sup>1</sup>. Der höchste Maßstab des eigenen Güterwertes aber bleibt der Grad ihrer Bedeutung für die Bedarfsdeckung (ihre Nützlichkeit und Seltenheit). Ferner kann nach unsern Darlegungen auch der Mehrwert, den die Produktion hervorbringt, nicht ausschließlich auf die manuelle Arbeit zurückgeführt werden. Erzeugt aber die Arbeit nicht allein jenen Mehrwert, so wird man schwerlich in der marxistischen Mehrwerttheorie die „Klarlegung der Einkommensquelle der Kapitalistenklasse“ erblicken können<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Vgl. übrigens unsere Wertlehre in Bd. I.

<sup>2</sup> Je geringer bei einer Produktion die „gesellschaftlichen“ Kosten (Gegensatz: privatwirtschaftliche Unternehmerkosten) sind und je höher der gesellschaftliche Gebrauchswert, desto günstiger erscheint der Grad der erreichten volkswirtschaftlichen Produktivität. Unter den „gesellschaftlichen“ Kosten mögen die Arbeitskosten (geistige und körperliche Arbeit aber zugleich verstanden) die wichtigsten sein. Die einzigen gesellschaftlichen Kosten sind sie nicht. Ebenso verkehrt ist es, die Arbeitsaufwendung lediglich nach Arbeitsstunden zu bemessen, ohne die Arbeitsintensität und Arbeitsqualität gebührend zu berücksichtigen. Vgl. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Herkners Referat CXXXII (1910) 550 ff.

## Viertes Kapitel.

### Die Organisation der Produktion (organisatorische Technik).

#### § 1.

#### Unternehmungsweise Produktion und Betriebsorganisation.

**Literatur:** Die Literaturangaben zum 2. und 3. Kapitel des dritten Bandes.

1. Der Unternehmer als Subjekt der Produktionstätigkeit. Träger des volkswirtschaftlichen Prozesses sind heute selbständige Unternehmungen. In dieser Form spielt sich die wirtschaftliche Tätigkeit und insbesondere die Produktionstätigkeit regelmäßig ab. Ansammeln der Fonds, welche die Unternehmung ermöglichen, Bereitstellung der sachlichen Produktionsmittel, Entwerfung des Wirtschaftsplanes usw. ist Sache des Unternehmers. Er ordnet und leitet selbst oder durch seine Stellvertreter technisch und kaufmännisch den Produktionsbetrieb<sup>1</sup>.

Es wurde nun aus systematischen Gründen schon im dritten Bande<sup>2</sup> bei der Lehre von den Faktoren des volkswirtschaftlichen Lebensprozesses von dem Begriff und den Arten der Unternehmung gehandelt, vom Unternehmer und seinen Funktionen im Hinblick auf den Betrieb und die Betriebsformen, auf die Verbindung der in der Produktion wirkenden Ursachen, von der leitenden, beaufsichtigenden, ausführenden Arbeit, vom Beamtenpersonal, von verschiedenen Arbeitssystemen, von der Beschaffung der Arbeitskräfte, dem Arbeitsvertrage, dem Arbeitstarifvertrage, dem Arbeits- und Dienstverhältnisse, den Rechtsformen der Unternehmung, dann auch von den neueren Entwicklungstendenzen der Kapitalgesellschaften. Darum genügt an dieser Stelle eine kurze Wiederholung derjenigen begrifflichen Momente und Tatsachen, die für die Lehre von der Produktion besondere Bedeutung haben.

Die Unternehmung ist ihrer inneren organisatorischen Einrichtung nach geschichtlich aus der Familien- und Hauswirtschaft herausgewachsen;

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu das oben S. 321 ff. über Ursachen und Bedingungen der ökonomischen Produktion Gesagte.

<sup>2</sup> Kap. 2, §§ 1–10, S. 104–412. Vgl. auch Liefmann, Unternehmungsformen (1912).



sie hat sich dann in ihrer Verkehrsweise unter dem Einfluß des kaufmännischen kalkulierenden Handelsgeistes bis zu den modernen Formen ihrer heutigen Gestaltung fortentwickelt.

Wir definierten die Unternehmung als ein selbständiges, auf Geldgewinn abzielendes Erwerbsgeschäft, mit dem Risiko regelmäßig marktmäßiger Darbietung von Waren und Leistungen<sup>1</sup>. Sie ist Erwerbsgeschäft, nicht als einzelne Handlung verstanden, sondern als eine in sich selbständige, durch Verbindung der sachlichen Produktionsmittel und der persönlichen Kräfte gebildete, im Hinblick auf ihren Zweck organisierte und geleitete Wirtschaftseinheit.

Als Unternehmerfunktionen kann man bezeichnen die zweckmäßige Auswahl und Ordnung der Produktionselemente und -mittel, die Leitung der Produktion, die Herstellung günstiger Beziehungen zum Absatzmarkte.

Der objektive Zweck der Unternehmung besteht darin, daß sie in der Regel marktmäßig der Aufgabe dient, fremden Warenbedarf zu befriedigen oder sonstige wirtschaftliche Dienste zu leisten. Durch Erfüllung dieses objektiven Zweckes sucht sie den subjektiven Erwerbszweck des Unternehmers zu erreichen, nämlich ein Entgelt, das nicht bloße Entlohnung, sondern Gewinn ist, ein Entgelt, das für den Unternehmer einen Überschuß über seine Aufwendungen hinaus ergibt.

Die unternehmungsweise Produktion ist regelmäßige Marktproduktion, nicht Produktion für den eigenen Bedarf, nicht Eigenproduktion der Hauswirtschaft. In dem Maße, wie der kleine Bauer für den Markt produziert, der Handwerker sich nicht auf seinen Kundenkreis beschränkt, wird er zuweilen schon „Unternehmer“ („Halbunternehmung“ oder „unvollkommene“ Unternehmung nach Mangoldt). Doch findet der Name „Unternehmung“ im gewöhnlichen Leben tatsächlich nur auf solche marktmäßig tätigen Geschäftsunternehmungen Anwendung, die selbständig neben der Familienwirtschaft stehen als ein besonderer, von der Familienwirtschaft losgelöster, erwerbswirtschaftlicher Organismus. In und mit dieser ihrer Selbständigkeit erscheint die Unternehmung erst seit anderthalb Jahrhunderten im Bewußtsein der wirtschaftenden Menschheit.

Wir sagten, die „Unternehmung“ produziere „regelmäßig“ nicht für Kunden, auf Bestellung, sondern auf Vorrat, für den Markt. Es soll damit angedeutet werden, daß es auch Unternehmungen gibt, die nicht auf Vorrat, sondern auf Bestellung produzieren (Lokomotivfabriken, Kanonenfabriken, Brückenbauunternehmungen usw.).

Liefmann<sup>2</sup> urteilt, der heutige Begriff der Unternehmung werde vornehmlich von dem Momente des Kapitalrisikos für den Unternehmer beherrscht. Philippovich dagegen will das Wesentliche der Unternehmung nicht in dem Gefahrmomente erblicken. Man habe die Unternehmung definiert, sagt er<sup>3</sup>, als Vereinigung produktiver Kräfte zum Zweck der Produktion auf eigene

<sup>1</sup> Bd. III, Kap. 2, § 1, S. 113.

<sup>2</sup> Die Unternehmungsformen (1912) 7 18 ff.

<sup>3</sup> Grundriß I<sup>11</sup> (1916) 146.

Rechnung und Gefahr, den Unternehmer als denjenigen, der die Vereinigung in dieser vornimmt. Das könne zu dem Glauben verleiten, ein Mißglücken der Unternehmung sei nur für den Unternehmer mit Gefahr verbunden. In Wirklichkeit aber produziere der Unternehmer zwar immer 'auf eigene Rechnung, aber nicht nur auf eigene Gefahr. Auch alle in seinem Dienste angestellten Arbeitskräfte qualifizierter und nicht qualifizierter Art nähmen teil an der Gefahr; und in dem Maße, wie der Unternehmer mit fremdem Gelde arbeite, auch diejenigen, die ihm ihr Vermögen kreditiert hätten. Ohne Zweifel tragen alle diese Leute mittelbar auch die Gefahr des Unternehmens; sie leiden mit unter dem Mißglücken der Unternehmung. Gleichwohl bleibt juristisch und unmittelbar doch der Unternehmer derjenige, welcher die Gefahr des Geschäftes trägt. Wir möchten darum auch bei der Definition der Unternehmung von dem Gefahrmomente ebensowenig absehen wie von dem Gewinnzwecke. Sind beide Momente schon in anderer Weise ausdrücklich hervorgehoben, dann ist es nicht notwendig, noch besonders zu sagen, daß die Produktion „auf Rechnung“ des Produzenten sich vollziehe.

2. Die verschiedenen Unternehmungsformen wurden ebenfalls im dritten Bande<sup>1</sup> dem Leser vorgeführt. Hier möchten wir nur noch einmal ganz kurz auf deren Leistungsfähigkeit zurückkommen, wenigstens im Hinblick auf die wichtigsten jener Formen. Nach dem rechtlichen Träger und dem Subjekte der Unternehmung unterscheidet man:

1. die Einzelunternehmung, das Privatgeschäft im gewöhnlichen Sinne, wo eine einzelne physische Person an der Spitze steht.

2. Assoziationsunternehmungen, und zwar

a) solche von im wesentlichen persönlichen Arbeitskräften (Arbeitergenossenschaften, Produktivgenossenschaften).

b) Reine Kapitalassoziationen (Aktiengesellschaften).

c) Persönliche Arbeitskräfte mit Privatkapitalisten in gemeinschaftlicher Unternehmung verbunden (verschiedene Formen der modernen Handelsgesellschaften, offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft usw., Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften)<sup>2</sup>.

3. Öffentliche Unternehmungen, die im Eigentum und unter der Leitung öffentlicher Körperschaften stehen.

Die ältere Nationalökonomie kannte im wesentlichen nur eine Geschäftsorganisation, wobei ein Landwirt, ein Fabrikant zugleich Eigentümer und Chef des Unternehmens ist. Diese Form der Organisation, die Einzelunternehmung<sup>3</sup>, das Privatgeschäft, ist auch heute noch am meisten verbreitet. Hier ist der Eigentümer zugleich Leiter des Geschäftes. Das Interesse der Unternehmung und des Leiters derselben fallen somit vollkommen zusammen. Es ist ferner ein und dieselbe Person, der Einzelunternehmer, der bezüglich der Geschäftsführung die erforderlichen Entschlüsse faßt und auch selbst durchführt. Also volle Einheitlichkeit in

<sup>1</sup> Kap. 2, § 9, S. 300 ff.; vgl. auch Wagner, Sozialökonomik I 159 ff.

<sup>2</sup> Von bloßen Gelegenheitsgesellschaften (Konsortien u. dgl.) sehen wir hier ab. Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 10, S. 368.

<sup>3</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 9, S. 300 f.

den Motiven und der Willensbildung, im Fassen und Durchführen der Entschlüsse. Freilich, der einzelne Mensch hat nur beschränkte Fähigkeiten, Kräfte, eine begrenzte Lebensdauer. Auch die Kapitalkraft, die Kreditfähigkeit, bleibt hier in engeren Grenzen. Das sind Schwächen der Einzelunternehmung, denen die Assoziationsunternehmung abhelfen kann.

Bezüglich der Einheitlichkeit des Motives und der Leitung steht die offene Handelsgesellschaft<sup>1</sup> der Einzelunternehmung am nächsten, ohne ihre Vollkommenheit in dieser Hinsicht zu erreichen. Nehmen wir z. B. an, ein solches Kompaniegeschäft bestehe nur aus zwei Personen. Auch wenn zwischen diesen zwei Leuten weitgehende Harmonie besteht, es sind doch eben zwei Personen; es fehlt die Kraft, die aus der Einheit erwächst. Andererseits kann die Verbindung der Kräfte, der Intelligenzen, der Erfahrungen der Kompagnons der offenen Handelsgesellschaft wieder Überlegenheit über das Einzelunternehmen sichern.

Die sog. stille Gesellschaft, die Kommanditgesellschaft<sup>2</sup>, sowohl die gewöhnliche als die auf Aktien, führen der Unternehmung größere Kapitalien zu in einer Weise, daß der Leiter und persönlich haftende Gesellschafter darüber frei verfügen kann, ohne in seiner Unternehmerarbeit durch störende Einmischung der beteiligten Kapitalisten behindert zu werden.

In der Aktiengesellschaft<sup>3</sup> werden nur Kapitalien assoziiert. Personen treten zusammen, aber bloß mit Kapital, wie ihre Haftbarkeit sich lediglich auf die Aktienbeträge beschränkt. Indem das Risiko sich hier auf viele Personen verteilt, können in der Aktiengesellschaft große Kapitalmassen vereinigt werden, um Unternehmungen von größtem, ja gewaltigem Umfange zu bilden. Neue Gebiete hat diese Unternehmungsform der Technik und Wirtschaft erschlossen, Gebiete, an die sich sonst, bei dem großen Risiko, niemand herangewagt hätte. So wurde die Aktiengesellschaft zum Pionier des Fortschrittes für die Dampfschiffahrt, die maritimen Kabel, im Hüttenwesen, den Elektrizitätswerken usw. Diese Gesellschaften sind ferner in der Lage, tüchtige Personen an die Spitze zu stellen, weil sie Gehälter zahlen können wie keine andere Unternehmung. Ein großer Übelstand war aber das Spiel, welches hier nur zu oft ein gewissenloses Spekulantentum trieb, indem es schon bei der Gründung selbst, nicht nur in dem Geschäfte, gewinnen wollte. So wurden viele Unternehmungen „gegründet“, die nicht zweckmäßig waren und keiner soliden Grundlage sich erfreuten. Mögen ferner die mit der Leitung betrauten Beamten noch so tüchtig und zuverlässig sein, es fehlt hier an der vollen Interessensolidarität zwischen Leitung und Unternehmung. Das Tantiemesystem kann kaum das Interesse erreichen und voll ersetzen, welches der Eigenunternehmer dem Geschäft entgegenbringt. Auch die Kontrolle durch Aufsichtsrat und Generalversammlung

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 9, S. 307 ff.

<sup>2</sup> Ebd. 309 f.

<sup>3</sup> Ebd. 310 ff.



genügen nicht immer in ausreichendem Maße dem Bedürfnis wirksamer Beaufsichtigung der Geschäftsführung.

Die ganze Gesetzgebungsmaschine war seit hundert Jahren tätig, um für die Aktiengesellschaften die besten Rechtsformen zu finden. Dieses Bestreben hat aber bisher vollen, allseitig befriedigenden Erfolg noch nicht gehabt.

Die Reformbestrebungen der Zukunft werden kaum zu einer Verdrängung der Aktiengesellschaften führen, höchstens zu einem Ersatz derselben auf Gebieten, wo Einzelunternehmungen, andere Gesellschaftsformen, Genossenschaften, öffentliche Unternehmungen das gleiche leisten können oder besser am Platze sind. Im allgemeinen darf man sagen, daß heute noch unter technischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Vermutung zugunsten der Aktiengesellschaft spricht 1. wo es sich um Unternehmungszwecke handelt, deren Durchführung die Festlegung besonders großer Kapitalmassen erfordert; 2. wo der Betrieb schematisch nach festen Regeln geführt werden kann, wo also das kaufmännische, spekulative Moment mehr zurücktritt; 3. wo eine wirksame Kontrolle ohne Behinderung des Geschäftsbetriebes möglich ist. Für landwirtschaftliche Industrien, Zuckerfabriken, Brennereien haben sich Aktiengesellschaften gebildet. Im eigentlichen landwirtschaftlichen Betriebe dürften sie sich kaum einbürgern, wenigstens nach den bisherigen Erfahrungen. Sehen wir von dem Versicherungswesen ab, wo die Aktiengesellschaft sich bewährte, und ebenso vom nicht spekulativen Bankwesen, dann sind es namentlich Verkehrsanstalten, Schifffahrtslinien, Anstalten für Licht- und Wasserversorgung u. dgl., wo Unternehmungen in dieser Form Erfolge erzielten. Die Möglichkeit des Erfolges soll indes auch für die Fabrikindustrie nicht geleugnet werden. Indes tritt hierbei doch, wie auch im Bergbau, die schwache Seite der Aktiengesellschaft mehr hervor, die sich eben überall da zeigt, wo das spekulative, kaufmännische Moment bei der Leitung mehr in den Vordergrund tritt.

Die Vermehrung von Kapitalgesellschaften, deren Typus die Aktiengesellschaft darstellt, galt Karl Marx neben den Krisen der Überproduktion, der Arbeitslosigkeit, des sich hieraus entwickelnden Pauperismus, als ein Element des Prozesses der Selbstauflösung des „Kapitalismus“: das individuelle Eigentum verflüchtigt sich dabei in Papierfetzen. Nicht einmal der Name des Aktienbesitzers kommt in Betracht. An der Aktie, diesem Stückchen Papier, klebt der Rechtstitel. Das Papier ohne Namen ist in Wirklichkeit der Besitzer. Hier erscheint auch der Profit in seiner vollen Nacktheit als Dividende, unabhängig von jeder Arbeit des Aktionärs. Der Charakter einer Leitung, einer geschäftlichen Initiative, die den Profit des Unternehmers in den Einzelunternehmungen und den Personalgesellschaften zu rechtfertigen scheint, fehlt hier völlig. Bei den Kapitalgesellschaften löst sich die Unternehmerfunktion in zwei Funktionen auf: auf der einen Seite steht der parasitische Großaktionär, auf der andern der besoldete Direktor. Doch sei die Verbreitung der Kapitalgesellschaften zu begrüßen: erleichtere sie ja doch die zukünftige Expropriation der Expropriateure. Man brauche diesen

nur den Laufpaß zu geben; die Produktion gehe dann ihren Weg weiter ohne sie. So glaubte wenigstens zu seiner Zeit Karl Marx.

Die öffentlichen Unternehmungen<sup>1</sup>, Staats- und Kommunalbetriebe weisen ähnliche Schattenseiten auf wie die Aktiengesellschaften in bezug auf den Mangel der Einheit des Interesses bei den Leitern und der Unternehmung selbst, mit Rücksicht auf die Schwerfälligkeit der Organisation und der Funktion der Organe. Ja man darf annehmen, daß in den öffentlichen Unternehmungen, insbesondere den öffentlichen Monopolwirtschaften, noch leichter die Übermacht der Gewöhnung, des Schlendrians sich geltend macht, daß hier alle Schattenseiten der Bürokratie ins wirtschaftliche Leben übertragen werden können. Dazu kommt, daß eine übergroße Ausdehnung des öffentlichen Beamtentums die Abhängigkeit breiter Massen vom Staate in ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz herbeiführt, was gerade nicht als Kulturfortschritt gebucht werden kann. Gleichwohl haben öffentliche Unternehmungen, staatliche und kommunale Monopolwirtschaften auf manchen Gebieten sich bewährt, so wie man bisher (vor dem Weltkriege) annahm, namentlich im Verkehrswesen, in Befriedigung gewisser lokaler Gemeinbedürfnisse, wie Versorgung mit Wasser, Licht usw. Auch findet sich häufiger eine aktive Beteiligung des Staates oder der Gemeinden am Wirtschaftsleben innerhalb des Forstwesens, des Bergwesens usw. Zur Verstaatlichung oder Vergemeindlichung eines ganzen Wirtschaftsgebietes, also zur Verdrängung der Privatwirtschaft von diesem Gebiete, genügt aber, um es noch einmal zu sagen, keineswegs, daß auf dem fraglichen Gebiete der öffentliche Betrieb technisch, ökonomisch, sozial, finanziell möglich sei: er muß überdies im Einzelfall als notwendig (zwingend zweckmäßig), durch die öffentliche Wohlfahrt, durch wichtige wirtschaftliche, soziale, politische Gründe gefordert, erwiesen sein.

Die öffentlichen Unternehmungen umfassen neben den voll gemeinschaftlichen (z. B. Staatseisenbahn) auch gemischtwirtschaftliche Unternehmungen<sup>2</sup>. Bei diesen bringen regelmäßig Privatpersonen und öffentliche Körperschaften gemeinsam das Kapital auf. Die Leitung ist entweder öffentlich oder privat oder beides zugleich. Bei der Reichsbank wird das Kapital von Privaten aufgebracht. Der Staat hatte bisher die Leitung. Doch war diese nicht rein bürokratisch.

**3. Ökonomische Organisationen im Dienste der Unternehmung.** Die Bedeutung, welche die Genossenschaften auch für die Produktion sich erworben haben (z. B. durch Einkauf von Rohstoffen, Geräten, Maschinen, gemeinschaftliche Herstellung von Waren usw.) ist uns aus unsern früheren Darlegungen<sup>3</sup> bekannt. Man darf wünschen, daß diese Einrich-

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 6, § 1, S. 842 ff.; § 2, S. 914 ff.

<sup>2</sup> Über verschiedene Formen der gemischten Unternehmungen vgl. Liefmann, Unternehmungsformen 182 ff. und Bd. III, Kap. 6, § 1, S. 856 f.; § 2, S. 920 f.

<sup>3</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 3, § 2, S. 450; Kap. 6, § 1, S. 849.

tungen der sozialen Selbsthilfe sich weiter verbreiten und befestigen zum Schutze des Mittelstandes besonders im Konkurrenzkampfe mit mächtigeren Unternehmungsformen.

Die Anarchie der Produktion und die maßlose Konkurrenz der freiwirtschaftlichen Epoche hat, wie wir sahen, die Unternehmer vielfach dazu geführt, sich in Kartellen zusammenzuschließen.

Die sog. „Syndikate“ stellten dabei die schärfere Form des Kartells dar. Wesentlich ist dieser Organisationsform, daß die Beteiligten nur noch in betreff der ihnen zugeteilten Herstellungsmengen und -arten ihre Selbständigkeit erhalten, dagegen auf eigenen unmittelbaren Absatz verzichten und diese kaufmännische Tätigkeit an das Verkaufskartell (Syndikat) übertragen. Neben diesen festeren Kartellformen gab es mancherlei losere Organisationen, in denen der Verkauf dem einzelnen Mitglied belassen war. So bestanden Kartelle zur Festlegung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen (Konditionenkartelle), meist zugleich zur Regelung der Verkaufspreise (Preiskartelle). Daneben konnte Regelung der Herstellung, vielleicht auch des Absatzes nach Raum und Zeit (Produktionskartelle usw.), wohl auch Gewinnausgleich usw. ins Auge gefaßt werden.

Welche Zukunft wird unter den gegebenen Verhältnissen den Kartellen<sup>1</sup> in Deutschland beschieden sein?

Nach Tschierschky (dem verdienstvollen Herausgeber der Kartellrundschau)<sup>2</sup> wird auch in Zukunft für Fertigindustrien (gleich der deutschen Werkzeugindustrie) das Kartell der „organisatorische Kristallisationspunkt“ bleiben. Solche Industrien sind nicht sozialisierungsreif, weder in der Form des Staatsbetriebes noch eines Selbstverwaltungskörpers, etwa nach dem Modell des Eisenwirtschaftsbundes<sup>3</sup>. Wenn ferner die Anhänglichkeit von Gruppen und Familien an ihren Besitz und ihre Selbständigkeit dem Zusammenballen des ganzen Kohlen- und Eisengewerbes Hindernisse bereitet, so dürfte das bei den Fertigindustrien noch weit mehr der Fall sein. Die deutsche Werkzeugindustrie z. B. wird von fast anderthalb Tausend Firmen getragen, von denen wieder drei Viertel offene Handelsgesellschaften, also keine korporativen Unternehmungen sind. Da ist eine Vertrustung nicht leicht möglich.

Allerdings erfordert die gegenwärtige Lage der deutschen Volkswirtschaft eine Reform der Kartelle.

„Wir werden“, sagt Tschierschky, „auf der Grundlage der Normalisierung und Typisierung in Verbindung mit Spezialisierung der Produktion zu höher organisierten Kartellen fortschreiten müssen, die starke Ersparnisse in

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 3, § 2, S. 426 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Tschierschky, Zur Reform der Industriekartelle (1921); Ders., Die Differentialrente in der Kartellpolitik, in Kartellrundschau Jahrg. 1921, Heft 4; Ders., Kartellpolitik und Reform, in Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk II (1921) Nr. 32, S. 263 ff.

<sup>3</sup> Als der Stahlwerksverband zusammengebrochen war, glaubte die Regierung durch zwangsweise Verlängerung des Verbandsvertrages nachhelfen zu müssen, dann aber erblickte man in dem (April 1920) gegründeten Eisenwirtschaftsbunde (einer wenig erfolgreichen Schöpfung) das geeignete Mittel zur Regelung der Eisenwirtschaft.



der Produktion selbst und damit eine wesentliche Rationalisierung, des Absatzes gewährleisten. Eine solche stärkere horizontale, vielfach sogar vertikale Organisation läßt sich in gewissem Rahmen auch auf der rein vertraglichen genossenschaftlichen Grundlage der Kartelle durchführen. Sie erhält uns damit die unschätzbare individuelle Unternehmerleistung in ungleich höherem Grade als die schließlich unweigerlich stark bürokratisch ausmündende Trustentwicklung.“ Über diese produktionswirtschaftliche Reform hinaus fordert Tschierschky sodann für Industrien mit starkem Ausfuhrbedürfnis Exportkartelle für Stapelwaren in engerer Verbindung mit dem Ausfuhrhandel, die systematische Pionierarbeit auf dem Weltmarkte durch tüchtigste Verbandsvertreter, solidarische Reklame, genossenschaftliche Konsignationsläger leisten.

Aber damit ist das Zukunftsprogramm der Kartelle nach der Meinung dieses tüchtigen Kenners des Kartellwesens noch nicht voll abgeschlossen. Der schwerwiegendste Vorwurf, der heute gegen die einfachen Preiskartelle der Fertigindustrien erhoben wird, wendet sich gegen die Schablonisierung ihrer Preispolitik. Diese werfe einzelnen Kartellmitgliedern unzulässige Gewinne, eine Differentialrente ab, die besser in Gestalt von günstigeren Preisen und Verkaufsbedingungen den Abnehmern zugute kämen. „Wenn beispielsweise zehn Firmen, die gleiche Erzeugnisse herstellen, ein Kartell bilden, so muß ihre Preispolitik zunächst grundsätzlich darauf abgestellt werden, daß auch das markttechnisch schwächste Werk, d. h. dasjenige, welches die relativ höchsten Verkaufspreise fordern muß, um fortbestehen zu können, noch einen angemessenen Gewinn erzielt. Andernfalls hätte es ja gar kein Interesse, die Kosten und Fesseln des Kartells zu tragen. Daraus folgt logisch allerdings, daß alle andern Kartellmitglieder, die an sich mit geringeren Preisen auskommen könnten, Überpreise und damit Ertragsgewinne erzielen. Sie könnten mit einem Worte ihrer industriellen Leistungsfähigkeit nach billiger verkaufen, dürfen es aber nicht.“ Schon Liefmann und der englische Fabrikant C. J. Smith hatten die Differentialrente als einen organisatorischen Nachteil einfacher Preiskartelle bekämpft. Die absolute Höhe der Warenpreise, die starken Schwankungen der Konjunkturen und in ihrem Rahmen der Produktionskosten, wie sie den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen eigentümlich sind, haben aber jetzt die Frage der Differentialrente zu einer akuten gemacht. Man übersah vielleicht dabei, daß auch beim freien Wettbewerb wegen der technisch-produktiven Leistungsdifferenzen der einzelnen Unternehmungen Differenzialrenten entstanden und hier eines der wichtigsten Mittel des Konkurrenzkampfes wurden, mit dem natürlichen Ergebnis der Vernichtung der widerstandsunfähigen Unternehmen. Die Kartellierung gab den schwächeren Unternehmungen Schutz, indem sie denselben Zeit gewährte zur Ausmerzung ihrer technischen Rückständigkeit, weil ohne Ausgleichung der Leistungskoeffizienten der Mitglieder schematische Preiskartelle nicht zu halten sind.

Den Luxus einer Rückkehr zur freien Konkurrenz, so urteilt Tschierschky, können wir uns heute nicht leisten. Eine Auslese stärkster Unternehmungen und deren Zusammenfassungen zu Riesenunternehmungen, wie sie jetzt auf verschiedenen großindustriellen Gebieten erstrebt wird, könne jedoch auf absehbare Zeit für stark individualisierte und darum auch unternehmensweise zersplitterte Industrien nicht in Frage kommen. Es bedürfe daher einer neuen Form der Kartelle, die er als Kalkulationskartelle bezeichnet. Eine stärkere Differenzierung der Kartellpreise sei nötig. Die Kalkulationskartelle würden dem einzelnen Kartellmitgliede

eine zwar vertraglich vorgeschriebene, aber seiner spezifischen produktionstechnischen und kapitalistischen Leistungsfähigkeit angepasste Preisstellung ermöglichen. Allerdings ist demgegenüber eingewendet worden, daß mit einem Kartell, das bei dem Zusammenschluß die jeweilige Kalkulationsgrundlage des einzelnen Werkes berücksichtigen wolle, der Kartellgedanke selbst begraben würde. Es bleibe vom Kartell nur das Wort übrig. Wie dem immer sei: große Industriegruppen sind am Werke, ihre Kartelle in dem bezeichneten Sinne auszubauen. Man wird den Erfolg abwarten müssen<sup>1</sup>.

Tschierschky gibt zu, daß eine gewisse öffentliche Überwachung der Kartelle in Zukunft unvermeidlich sei<sup>2</sup>. Er lehnt indes Zwangskartelle ab, ebenso die Entwicklung der Kartelle zu Steuergemeinschaften. Die technische Durchführung dieser fiskalischen Aufgabe sei unmöglich. Überdies habe sie die zwangsweise Organisation von Kartellen zur Voraussetzung.

Die nicht durchweg glückliche deutsche Kaligesetzgebung führte zum ersten Male zur gesetzlichen Bindung eines ganzen Industriezweiges im Gegensatz zu der bis dahin herrschenden Auffassung, daß die Regelung der Produktion und des Absatzes nur durch freie Vereinbarungen der Unternehmer und ihren Zusammenschluß in freien Syndikaten und Kartellen stattfinde. Das Kaligesetz bestimmte für den Inlandabsatz Höchstpreise und für die Ausfuhr Mindestsätze, die in keinem Falle niedriger sein durften als die Inlandpreise. Die Festsetzung der Gesamtmenge des Absatzes und dessen Verteilung auf die einzelnen Werke nach ihrer Leistungsfähigkeit (Kontingentierung) sollte auch den kleineren Gruben ihren Bestand sichern. Das Gesetz regelte nicht nur die Preise der Waren, sondern setzte zugleich Mindestlöhne der Arbeiter fest — zum ersten Male ein direkter gesetzgeberischer Eingriff auch in das Lohnverhältnis.

Es handelt sich bei der Kaligesetzgebung um den Schutz eines (jetzt verlorenen) deutschen Weltmonopols, das in erster Linie der eigenen Volkswirtschaft, speziell der deutschen Landwirtschaft, dienstbar erhalten bleiben sollte. Darum durften nicht mehr, wie es vordem geschehen, große Kalimengen zu geringeren als den Inlandpreisen an das Ausland (Amerika) verkauft, und auch dem Raubbau im Inlande sollte vorgebeugt werden.

Ob man aber die heutige Neuorganisation der Kohlen- und Kaliwirtschaft schon deshalb preisen darf, weil es sich dabei um aus den Kartellen entwickelte „neue Organisationsformen“ handle, kann bezweifelt werden.

Mit Recht lehnt Herbert v. Beckerath<sup>3</sup> fast durchweg die Zwangssyndizierung und Bureaukratisierung der Industrie, wie sie sich im Kriege immer mehr entwickelte, als dauernde Einrichtung ab, und zwar im Interesse einer gesunden volkswirtschaftlichen Entwicklung

<sup>1</sup> Zu beachten sind die praktischen Vorschläge Tschierschkys in „Neubau der deutschen industriellen Interessenorganisation“ (Sonderabdruck aus der Kartellrundschaу 1919).

<sup>2</sup> Die gesetzlich geregelte Aufsicht hat sich auf Kartelle, Syndikate und ähnliche Vereinigungen zur Bestimmung der Preise und sonstigen Absatzbedingungen zu erstrecken, dabei die Interessen der Unternehmer und Arbeiter, Erzeuger und Verbraucher zu schützen.

<sup>3</sup> Zwangskartellierung oder freie Organisation der Industrie? in Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen, herausgegeben von Schanz und J. Wolf, Heft 49 (1918).

(Zusammenhang zwischen Rentabilität und Produktivität bzw. internationaler Wettbewerbsfähigkeit). „Die beste und größte Kraft ist auch heute im Zeitalter der Maschine und der Organisation noch immer die Persönlichkeit. Diese größte Kraft muß die diktatorische Zwangsorganisation zerstören.“

Für alles Nähere über Genossenschaften und Kartelle möchten wir auf unsere früheren sehr eingehenden Darlegungen verweisen<sup>1</sup>, ebenso bezüglich der Entwicklungstendenzen der modernen Kapitalgesellschaften<sup>2</sup>.

**4. Planwirtschaft und Unternehmung.** Das neue Görlitzer Programm (1921) der sozialistischen Partei fordert „Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft“.

Wie das im einzelnen zu geschehen hat, wie die praktischen Schwierigkeiten überwunden werden können, ohne die unbedingt notwendige gesteigerte Ertragswirtschaft in Frage zu stellen, darüber bietet das Programm keine Aufklärung. Bestimmter sind die Vorschläge, die seinerzeit der frühere Wirtschaftsminister Wissell mit der sog. „Planwirtschaft“ gemacht hat, und die er zugleich mit Striemer nun abermals zu begründen versuchte<sup>3</sup>.

Es wird hierbei zunächst anerkannt, daß die Gegenwart für eine sozialistische Gemeinwirtschaft in höherem Sinne noch nicht reif sei. Auf eine Unternehmungswirtschaft könne heute nicht verzichtet werden. Durch die „Planwirtschaft“ werde aber wenigstens ein Übergang zur sozialistischen Gemeinwirtschaft geschaffen. Aus dem Bestehenden heraus hätten „wir organisch eine bessere Wirtschaft herauszuarbeiten“. Diese Planwirtschaft, welche höchste Leistungen zu vollbringen vermöge, sei nur möglich, wenn alle Angehörigen des Fachgebietes in die Organisation einbezogen seien und die Produktion vollkommen übersehen werden könne. Darum wird verlangt, daß durch Gesetz jedes wirtschaftliche Unternehmen genötigt werde, sich einer Körperschaft ihres Fachgebietes anzuschließen. Diese Körperschaft soll, soweit möglich und notwendig, in eine Inland- und Ausführgruppe zerfallen. Die Fachverbände würden aber folgende Aufgaben zu erfüllen haben:

1. Führung einer genauen Produktions- und Umsatzstatistik, 2. Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe, 3. Zentralisation des Verkaufs,

<sup>1</sup> Bd. III, Kap. 3, § 2, S. 426 ff.; § 3, S. 476 ff. Dasselbst auch Literaturangabe. Die Vereinigungen selbständiger Unternehmungen können die verschiedensten Formen annehmen, von einfacher Preisvereinbarung bis zur vollen Geschäfts- und Betriebsleitung durch einen Ausschuß von Treuhändern. Letztere Organisationsform wird gewöhnlich „Trust“ genannt.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 10, S. 361 ff. mit Literaturangaben.

<sup>3</sup> In der Schrift: Ohne Planwirtschaft kein Aufbau (1921). Vgl. Germania 32. Jahrg. (1922), Nr. 45, 19. Januar. Vgl. oben S. 273 f. Dort auch über Rathenaus Vorschläge.



4. Schaffung einer Verbandsstelle für „wirtschaftliche Fertigung“, 5. Beschaffung und Fürsorge für die Arbeitskräfte, 6. Einführung eines einheitlichen Betriebsbuchführungssystems, 7. Zentralisation des Rechtsschutzes und des Patentwesens, 8. Gemeinschaftliche Kapital- und Kreditbeschaffung. Auf diesem Wege erfolgt eine planmäßige Zusammenfassung der Wirtschaftsbetriebe, eine „Sozialisierung der Unternehmer“ in der Weise, daß sie die Bestimmung über das, was produziert werden muß und wie produziert werden soll, nicht mehr besitzen. Die Verfügungsgewalt geht auf den Verband über. Der Gewinn am Stück wird für den Unternehmer festgestellt, die Betriebsräte kommen in die Lage, die Kontrolle der Produktion auszuüben. Auf diesem Wege bekämen wir nach Ansicht Wissells und Striemers eine Übergangswirtschaft, in der Erfahrungen gesammelt werden, wie die weitere Entwicklung sich organisch vollziehen könne.

Die Wissellsche „Planwirtschaft“ wurde auf dem Kasseler sozialistischen Parteitage (1919) von dem damaligen Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt scharf bekämpft. Die Vorschläge von Wissell-Striemer aber bezeichnete der „Vorwärts“<sup>1</sup> als eine „im luftleeren Raume stehende Utopie“.

Indem wir die sozialistische Gemeinwirtschaft ablehnen, können wir uns folgerichtig auch nicht mit einer Übergangswirtschaft befreunden, die jene Gemeinwirtschaft doch schließlich vorbereiten soll. Eine durch die „Planwirtschaft“ vollzogene Aus- und Aufsaugung der Selbständigkeit des Unternehmers ist völlig ungeeignet, eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft herbeizuführen. Auch die Kartelle fordern ein Opfer der Freiheit; aber es ist ein Opfer, das die eigene wirtschaftliche Existenz des Unternehmers sichern und stärken soll. Bei der „Planwirtschaft“ jedoch handelt es sich um die Fesselung des Unternehmers mit dem Endziel, auf dem Umwege über die Planwirtschaft zur Beseitigung des privaten Unternehmers zu gelangen, in der Tat — eine „im luftleeren Raum stehende Utopie“, genau so wie die von der Sozialdemokratie auf direktem Wege erstrebte „Sozialisierung“.

Auch wir hoffen viel von einer günstigen Entwicklung berufs-genossenschaftlicher Organisation. In unserer Auffassung indes steht hierbei der Zwang nicht an erster, sondern an letzter Stelle, soweit die Wohlfahrt des Volkes ihn erheischt. Die Berufsgenossenschaften sollen günstig wirkende ökonomische Organisationen (Genossenschaften und Kartelle) nicht beseitigen, sondern fördern. Ihre regelnde Tätigkeit ferner darf keineswegs zur Bevormundung der Unternehmer werden. Sie hat sich auf die Überwindung von gemeinschädlichen Mißbräuchen, die einer gesunden Deckung des Volksbedarfs im Wege stehen, zu beschränken. Im übrigen sollen sie, in ihren offiziellen und freien Formen, Interessenvertretungen des Berufes sein, stets unter Wahrung des Gemeinwohles.

<sup>1</sup> Nr. 606, 1921.

**5. Produktionsbetriebe.** Nur mit solchen haben wir es an dieser Stelle zunächst zu tun, nicht mit Handels-, Bank-, Versicherungsunternehmungen usw. Das schließt nicht aus, daß hier Behandeltes auch auf letztere Anwendung finden kann.

Der Begriff „Betrieb“ ist, wie im dritten Bande<sup>1</sup> ausgeführt wurde, nicht eindeutig. An dieser Stelle sei nur auf die Unterscheidung zwischen „Betrieb“ im weiteren und im engeren Sinne hingewiesen. Im weiteren Sinne spricht man vom Betrieb der ganzen, nach rationellen Grundsätzen geleiteten und in regelmäßigem Gang befindlichen Unternehmung. Im engeren Sinne bezeichnet der Ausdruck „Betrieb“ speziell den technischen Betrieb, den Komplex von Einrichtungen und Tätigkeiten, die unmittelbar der Güterherstellung, dem Gütertransporte usw. gelten.

Auch die technische Produktionsabteilung der Unternehmung untersteht indes dem wirtschaftlichen Ziele und Zwecke, denen die private Produktion überhaupt dient: sowohl dem subjektiven wie dem objektiven Zwecke, der Rentabilität wie der volkswirtschaftlichen Produktivität. Beide Rücksichten verbinden sich in der Unternehmung. Die Rentabilitätsberechnung macht die Unternehmung zu einer verkehrswirtschaftlichen Geschäftsanstalt im privatwirtschaftlichen Interesse zunächst des oder der Unternehmer. Zugleich ist sie mit ihrem technischen „Betrieb“ eine Produktionsanstalt von volkswirtschaftlicher Bedeutung durch ihre Mitwirkung bei der Bedarfsdeckung des Volkes.

Für die Unterscheidung der Betriebsformen<sup>2</sup> gibt es verschiedene Einteilungsgründe. So spricht man unter technischer Rücksicht von Werkzeug- und Maschinenbetrieben je nach den zur Anwendung kommenden Produktionsmitteln, von Handbetrieben, Betrieben mit Wasser, Dampf, Elektrizität im Hinblick auf die motorischen Kräfte usw.

Nach der Größe des Kapital- und Arbeitsaufwandes unterscheidet man zwischen extensivem und intensivem Betrieb (beim extensiven Betrieb relativ wenig, beim intensiven mehr).

Die wichtigste Unterscheidung aber ist die nach der Ausdehnung des Betriebes in

**6. Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe.** Im dritten Bande<sup>3</sup> wurden die Merkmale für Unterscheidung dieser Betriebsformen, die Organisation im Großbetriebe, die Entwicklung vom Großbetriebe zum größeren Betriebe, die Statistik der Klein- und Großbetriebe, die Zukunft von Großbetrieb und Kleinbetrieb vorgeführt und besprochen. Hier handelt es sich um die produktive Leistungsfähigkeit der verschiedenen Formen, wenigstens im allgemeinen. Später, bei Behandlung der landwirtschaftlichen und

<sup>1</sup> Vgl. Kap. 2, § 3, S. 135 ff.

<sup>2</sup> Sombart bildet einen Oberbegriff „Betrieb“ und unterscheidet innerhalb dieses Betriebsbegriffes einen Wirtschafts-(oder Verwertungs-)betrieb und anderseits den Werkbetrieb (fortgesetzte Werkverrichtung). Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, S. 12.

<sup>3</sup> Kap. 2, § 3, S. 135 ff.

gewerblichen Produktion und des Handels, müssen wir erneut auf die Betriebsorganisation zu sprechen kommen.

Als Vorzüge des Großbetriebes pflegen angeführt zu werden<sup>1</sup>:

1. Der Großbetrieb kann sich leichter bessere Arbeitskräfte verschaffen, gewöhnliche und qualifizierte, für Leitung, Technik, kaufmännischen Vertrieb vorgeschulte, durch Tüchtigkeit hervorragende; er kann sich die beste Organisation, Betriebsanlage und Durchführung des ganzen Geschäftes sichern. — Der Großbetrieb ist imstande, technisch vollkommenste Hilfsmittel der Produktion (Maschinen, Werkzeuge u. dgl.) anzuwenden (Spezialmaschinen für seltenere Operationen, zweckmäßige Verbindung vieler Teilmaschinen im gegliederten Maschinensystem usw.). — Die Elementarkräfte kommen dem Großbetrieb billiger<sup>2</sup>; der Preis der Leistungs-(Kraft-)Einheit sinkt im Verhältnis zur Größe der Maschine. — Der Großunternehmer ist ferner vermöge seiner größeren Kapitalkraft, der Elastizität und Billigkeit des Kredits in der Lage, wie beim Verkauf seiner Produkte, so beim Einkauf seiner Bedarfsartikel (Rohstoffe, Maschinen usw.) die Preiskonjunkturen in einer vorteilhaften Weise zu benutzen, als ständiger Käufer größerer Quantitäten von Rohstoffen usw. die Materialien billiger zu erlangen. Die sog. allgemeinen (auf jeden Fall erforderlichen) Kosten (Generalunkosten), die Kosten für Beleuchtung, Erwärmung, Reinigung usw. vermindern sich relativ für die Produkteneinheit, bei größerer Betriebsstätte, wie auch der Durchschnittspreis der Raumeinheit der Fabrik oder des größeren Geschäftslokals geringer ist als für den kleineren Betrieb in gleicher örtlicher Lage. Auch die Kosten der Geschäftsleitung verteilen sich günstiger auf die Produkteneinheit bei Massenproduktion und Massenvertrieb als bei kleinerem Geschäftsumfange. Der Großunternehmer produziert ferner dadurch sparsamer, daß er Werkzeuge und Arbeitsstoffe besser ausnutzen, etwaige Nebenprodukte mit Vorteil verwerten, die Teilung und Vereinigung der Arbeit rationeller gestalten kann.

2. Dazu kommen dann noch vielfach die Vorteile der „Spezialisierung“ und der „Kombination“ („Integration“). Die Spezialisierung

<sup>1</sup> Vgl. die Lehrbücher von Wagner, Schmoller, Conrad, Philippovich, Wilbrandt usw. Gerhart v. Schulze-Gävernitz, Der Großbetrieb ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt (1892).

<sup>2</sup> Sombart, Der moderne Kapitalismus II 484 ff. E. Engel, Das Zeitalter des Dampfes<sup>2</sup> (1881) 159 ff. C. E. Emmery (Neuyork) hat seinerzeit den Kostenpreis der Pferdekraft folgendermaßen bestimmt (Voraussetzung: 10stündiger Betrieb während 309 Arbeitstagen, Preis der Kohle 17,50 M pro Tonne, Amortisationsdauer der ganzen Anlage 30 Jahre). Die Pferdestärke kostet unter diesen Voraussetzungen im Jahr bei einer 5pferdigen Dampfmaschine 754,50 M, bei einer 10pferdigen Maschine 470,20 M, bei einer 50pferdigen 223,50 M, bei einer 100pferdigen 154,90 M, bei einer 500pferdigen 110,10 M, bei einer 3000pferdigen 78,10 M. Die Anlagekosten belaufen sich bei Gasmotoren für eine Pferdekraft bei einem Motor mit 1 PS auf 1000 M, mit 10 PS auf 360 M (nach A. Musil). Der Preis für die Nutzung einer Pferdekraft beträgt bei einem Gasmotor von 2 PS jährlich 447,0 M, bei einem von 8—10 PS 226,2 M (nach H. Lux).



der Unternehmungen wird mit der Konzentration<sup>1</sup> der Produktion und dem Übergewicht der festen über die Betriebskapitalien zu den Grundzügen der modernen großindustriellen Entwicklung gerechnet<sup>2</sup>.

a) „Spezialisierung“ ist der allgemeinere Begriff und besagt: Beschränkung der Produktion auf ein bestimmtes Gebiet, eine besondere Produktart, und zwar entweder auf ein bestimmtes Fertigfabrikat (Typisierung) oder auf ein bestimmtes Teilprodukt (Normalisierung). Auch die Normalisierung ist schließlich Typisierung, wenn man darunter ganz allgemein die Beschränkung auf einen bestimmten Typ versteht. Die „Spezialisierung“ erleichtert die Produktion und ermöglicht deren Vervollkommen. Englische Baumwollspinnereien z. B. beschränkten ihre Fabrikation auf bestimmte Nummern, um so den Aufenthalt zu vermeiden, der beim Wechsel der Nummern auf den Spinnstühlen sich ergibt. (Deutsche Farbstoffindustrie mit Spezialisierung für bestimmte einzelne Farben)

In früherer Zeit stellten Werke der Maschinenindustrie nicht bloß dieselbe Maschinengattung in verschiedenen Größen und Ausführungen her, sondern auch verschiedene Maschinengattungen in verschiedenen Größen: „Wohl waren die Konstruktionsbureaus der verschiedenen Gattungen getrennt und die Konstrukteure waren Spezialisten auf den einzelnen Gebieten, aber die Herstellung der verschiedenen Maschinen erfolgte in den Werkstätten von denselben Monteuren und Monteursgehilfen und an denselben Hilfsmaschinen. Man mußte die letzteren deshalb auch möglichst universell bauen, um möglichst verschiedene Teile an ihnen bearbeiten zu können. Auf keinen Fall aber war es angebracht, sich Spezialhilfsmaschinen für die einzelnen Maschinengattungen und deren Einzelteile anzuschaffen, weil man deren natürlich viel zu viel gebraucht hätte und dieselben nicht hätte genügend ausnutzen können. Wenn eine Firma, um nur ein Beispiel anzuführen, Eisenkonstruktionen, Hebezeuge und Dampfmaschinen baute, von denen jede Gattung doch sicher einen andern Genauigkeitsgrad verlangte, dann hätte diese Firma bei rationellen Herstellungsmethoden dreierlei verschiedene Hilfsmaschinen oder sagen wir Werkzeugmaschinen und, weiter gehend, dreierlei verschieden erfahrene Arbeiter und Werkmeister haben müssen. Das hätte natürlich in bezug auf die Werkzeugmaschinen ein viel zu großes Betriebskapital erfordert, während die Arbeiter in den einzelnen Abteilungen vielleicht nicht immer voll beschäftigt gewesen wären. In Amerika hatte man längst einen andern Weg

<sup>1</sup> Der Ausdruck „Konzentration“ im Hinblick auf die moderne Industrie wird in verschiedener Bedeutung gebraucht: 1. Lokale Konzentration. Die Betriebe ziehen sich an den besten Standorten zusammen. Solange Holzkohlen gebraucht wurden, befanden sich z. B. Eisenhämmer und Eisenwerke in Waldtälern. Später zogen sich diese in den Gegenden des Kohlenbergbaues zusammen. 2. Technische und wirtschaftliche Konzentration in den Großbetrieben der modernen Fabrikation mit teilweiser Verdrängung der mittleren und kleineren Betriebe. 3. Vertikale Konzentration, Verbindung verschiedenartiger, sich ergänzender Betriebe in demselben Unternehmen (Integration, Kombination). 4. Horizontale Konzentration, Verbindung von Betrieben gleichartiger Erzeugung in Kartellen, Syndikaten u. dgl.

<sup>2</sup> A. Steimle, Moderne Fabrikationsmethoden, in Köln. Volkszeitung Nr. 225, 16. März 1913.

eingeschlagen: Die einzelnen Firmen bauten und bauen eine bestimmte Maschinengattung vielleicht in verschiedenen Größen. Von diesen einmal festliegenden und bewährten Typen läßt sich der Amerikaner aber auch durch keinen Sonderwunsch des Konsumenten abbringen. Das einzelne Werk hat infolgedessen viel weniger technisch und kaufmännisch gebildete Beamte nötig und hat deshalb viel geringere Generalunkosten aufzuweisen. Die Werkstätten selbst sind für diese Maschinengattung eingerichtet und soweit als möglich mit Spezialmaschinen ausgerüstet. Ingenieur, Werkmeister und Arbeiter wenden ihre ganze Aufmerksamkeit dieser einzigen Maschinengattung zu, und so ist es verständlich, daß die amerikanischen Maschinen trotz der hohen Arbeitslöhne im Preise neben den deutschen bestehen konnten und teilweise noch bestehen und ihnen in der Vollkommenheit weit überlegen waren und teilweise noch sind. Wir haben hier von den Amerikanern gelernt. Die deutschen Firmen traten sich allmählich gegenseitig einzelne Gebiete ab, um sich auf den beibehaltenen so gut als möglich spezialisieren zu können. Mit dieser Spezialisierung nahm natürlich der Absatz der einzelnen Maschinen wesentlich zu und man konnte daran denken, diese Maschine in Serien oder gar in Massen herzustellen“ (Typisierung, Serienfabrikation, Massenfabrikation).

Durch Typisierung wird Massenfabrikation ermöglicht. Das Typisieren kann nun freilich, wenn zu weit getrieben, zu übergroßer Einförmigkeit in der Produktion führen. Andererseits gibt es aber auch eine Überspannung in dem Verlangen nach Wechsel und Mannigfaltigkeit. Als Deutschland aus dem Vollen schöpfen konnte (vor dem Weltkriege), wurden Rohstoffe und Arbeitskräfte nicht gerade sparsam verwendet. Der Bedarf war infolge des raschen Wechsels in der Mode aufgebläht. Güter, die an sich noch brauchbar blieben, wurden wegen des Geschmacks- und Modewechsels rasch entwertet. Jetzt, wo das verarmte Deutschland die Produktion gewaltig steigern, dabei aber an Stoff und Arbeit sparen muß, kann es sich eine solche Verschwendung nicht mehr gestatten. Heute gilt es, die Typenbildung auf ein gewisses Maß zu beschränken, ohne dem Variationsbedürfnis den vernünftig bemessenen Spielraum zu entziehen. Es dürfte sich empfehlen, auf gewissen Gebieten eine geringere Zahl von Grundtypen herzustellen und die Befriedigung des Bedürfnisses nach Mannigfaltigkeit der Weiterverarbeitung zu überlassen (z. B. der Färberei bei Tuchen, der Schneiderei durch Zusammenstellung der Farben und Gestaltung der Form). Die Umgestaltung auf das Typische liegt, wie Beusch<sup>1</sup> bemerkt, im Zuge der ganzen Industrieentwicklung. Sie ist ein wesentlicher Faktor der Rationalisierung der Produktion.

Einen weiteren Fortschritt in der Ermöglichung billiger Fabrikation, besonders in der Maschinenindustrie, brachte die Normalisierung, die Beschränkung auf Erzeugung einzelner Teilprodukte, die nach ein für allemal feststehenden Ausmaßen angefertigt werden und beim Maschinenbau als Bestandteile der Maschinen Verwendung finden<sup>2</sup>. So bildeten sich Spezialfabriken für solche viel verwendete Artikel in normalen Ausführungen, z. B. für Nieten, Schrauben, Muttern, Bolzen, Räder, wie Zahnräder, Handräder usw. Diese Artikel, die fast bei allen Konstruktionen in mehr oder weniger großer Anzahl vorkommen, werden von den Spezialfirmen jahraus jahrein auf eigens dazu und nur dazu gebauten Maschinen

<sup>1</sup> Staatsbetrieb oder Privatbetrieb (1919) 45 f.

<sup>2</sup> Vgl. F. A. Neuhaus, Technik und Wirtschaft III (1910) 586.

hergestellt und kommen, von diesen Spezialfirmen bezogen, im Preise billiger zu stehen, als wenn sie von jedem Werke besonders hergestellt werden müßten. Der Konstrukteur muß sich natürlich bei seiner Konstruktion nach den Maßen richten, in denen diese Artikel auf den Markt kommen, um seiner Firma den Bezug derselben zu ermöglichen. Auch sonst findet sich das Normalisieren, die Herstellung typisierter Teilprodukte, z. B. bei der Herstellung von Baustoffen (Beschränkung auf relativ wenige Fenster- und Türmodelle oder von kostbaren Beschlägen). Bei Schreinerei und Tischlerei liefern große Werke fertig gehobelte Bretter, Platten, Fourniere usw.

b) Größere Unternehmungen suchen anderseits wieder durch „Kombination“, die Verbindung mehrerer vor- oder weiterverarbeitender Produktionsstadien<sup>1</sup>, in einem örtlich einheitlichen, aber mehrgliedrigen (gemischten) Betriebe (z. B. Verbindung von Spinnerei, Weberei, Färberei) bedeutende Ersparungen speziell auch an Transportarbeit, Transportkosten usw. herbeizuführen. Nicht wenige Großunternehmungen „kombinieren“ aber auch mehrere örtlich und technisch getrennte, sich ergänzende Betriebe (Produktions-, Geschäftsabteilungen, Fabriken) unter einer Zentralleitung. Ja es zeigt sich bei großen Unternehmungen eine gewisse Tendenz, zugleich mit Spezialisierung im einzelnen Betriebe, mehrere oder sämtliche Produktionsstufen, die zur Herstellung einer fertigen Ware erforderlich sind, somit mehrere oder viele Betriebe, die sich von der Gewinnung der ersten Rohstoffe bis zum Verkauf an die Konsumenten erstrecken, in einem einzigen gewaltigen Unternehmen zu vereinigen. Auf diese Weise wird die Großunternehmung unabhängig von den Produzenten der Rohstoffe und Halbfabrikate, von den Zwischengewerben und dem Zwischenhandel. Der Bezug der Rohstoffe und Halbfabrikate gestaltet sich dadurch vorteilhafter, wird erleichtert, gesichert, durch ungestörte, ununterbrochene Produktion ein Maximalertrag erzielt. Die Schlachthäuser in Chicago haben ihre eigenen Gefrierwagen und Gefrierlagerhäuser, die Papierfabriken ihre Holzschleiereien, die Schokoladenfabriken eigene Zuckerfabriken. Die Eisen- und Stahlindustrie verfügt außer über ihre Hochöfen, Walz- und Hüttenwerke über Kohlenbergwerke und Erzlager, Eisenbahnen und Schiffe. Die Warenhäuser haben eigene Werkstätten der Konfektion, Stickerei, Kunsttischlerei usw. Manche Produktionszweige errichten Verkaufsmagazine oder Verkaufsbureaus, z. B. für landwirtschaftliche Maschinen, Fahrräder, Automobile; oder sie suchen sonst durch Vertreter und Reisende direkt an die Konsumenten en gros oder detail zu verkaufen.

Wo die ausreichenden Mittel gegeben sind, wird eine Vergrößerung des Unternehmens auch durch die Vervielfältigung gleichartiger Betriebe, deren Errichtung an verschiedenen Orten und Plätzen erstrebt. Für die Ausdehnung des einzelnen Betriebes gibt es Grenzen, deren Über-

<sup>1</sup> Die amerikanische Literatur gebraucht hierfür mit Vorliebe den Ausdruck *Integration*.



schreitung eine übermäßige Steigerung der Generalunkosten zur Folge haben und der Kontrolle und Leitung unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten würde. Der Vervielfältigung der Betriebe, der Filialen, der Vertretungen aber stehen, wo das Kapital vorhanden, jene Schwierigkeiten in gleichem Maße nicht entgegen. Daher denn auch das Bestreben, die ganze Unternehmung auf diesem Wege zu vergrößern, wo die Vergrößerung der einzelnen Betriebe keine weiteren Vorteile versprechen würde<sup>1</sup>.

Die Verbindung mehrerer spezialisierter Betriebe in derselben Unternehmung verteilt das Risiko auf eine größere Anzahl von Einheiten. Der Konjunktorenumschatz für den einzelnen Artikel kann dabei leichter ertragen werden (Ausgleich des Risikos).

3. Sehen wir von denjenigen Gütern ab, die nur in Großbetrieben hergestellt oder gewonnen werden können (Schiffe, Maschinen, im Bergbau, Hüttenwesen usw.), so ermöglicht der Großbetrieb die Herstellung solcher Waren, die erst bei Massenproduktion für den allgemeineren Gebrauch billig genug werden, einzeln erzeugt aber zu teuer werden müßten. Es werden durch die Massenleistungen der Großbetriebe die Bedürfnisse der Konsumenten in größerem Umfange, bei den Vorzügen des Großbetriebes billiger, zum Teil auch besser befriedigt. Dazu kommt dann auch, daß der Großunternehmer die Konsumenten prompter zu bedienen imstande ist, weil er nicht erst die Bestellung der Kunden abwartet, sondern regelmäßig auch fertige Waren auf Lager hält.

4. Die technische und kaufmännische Überlegenheit des Großbetriebes findet noch für verschiedene Arten von Unternehmungen, durch deren spezielle Verhältnisse, nach der einen oder andern Seite hin, eine besondere Verstärkung<sup>2</sup>. Die großen Warenhäuser z. B. sind in der Lage, unter Ausschaltung des Großhandels unmittelbar zu den Fabrikanten in Beziehung zu treten, diese durch Beteiligung, Vorschüsse, Lieferungsverträge von sich abhängig zu machen, ihnen im Geschäftsverkehr die Bedingungen zu diktieren. Größe, Mannigfaltigkeit, häufige Erneuerung ihres Lagers übt auf das Publikum eine geradezu berückende Anziehungskraft aus, das hier für alles reiche Auswahl findet und verschiedenartigste Einkäufe bequem und schnell erledigen kann. Die Überlegenheit der großen Aktienbanken ferner in den laufenden Kreditgeschäften leitet sich weniger von der relativen Niedrigkeit der Kosten her; sie können aber bei der Größe der verfügbaren Kapitalien im Interesse ihrer besten Kunden den Diskontsatz herabsetzen, ohne sich, nach Art der kleinen Banken, einer

<sup>1</sup> Das Ganze ist selbständige Unternehmung, die als Ganzes selbständig und für sich allein einen Überschuß für die direkten Unternehmungsinteressenten erzeugt. Der „Einzelbetrieb“ im obigen Sinne ist dagegen nur Unternehmungsteil. Vgl. E. Steinitzer, *Ökonomische Theorie der Aktiengesellschaft* (1908) 79 f.

<sup>2</sup> Bourguin, *Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung*. Deutsch von Katzenstein (1906) 143 f.

kostspieligen Rediskontierung unterziehen zu müssen. Die Kreditfähigkeit ihrer Unterschrift, die Ausdehnung ihres Geschäftskreises, die große Kundschaft, die sie durch ihre zahlreichen Filialen überall in unmittelbarem Verkehr leicht erreichen können und denen sie, im Zahlungsverkehr und in der Gewährung des Buchkredits, fast kostenlos große Erleichterungen zu gewähren imstande sind, verschaffen ihnen eine überragende Bedeutung, setzen sie instand, allenthalben werbende Kapitalien an sich zu ziehen und dorthin zu überführen, wo diese am dringendsten begehrt werden, den höchsten Nutzen abwerfen. Mit größerer Leichtigkeit vermögen sie ferner übernommene Effekten im Kreise ihrer Kunden vorteilhaft zu platzieren. Größere Finanzoperationen, die Emissionen von Industriewerten sind wiederum nur bei sehr starker Kapitalkraft durchführbar. Schließlich können die Großbanken ihr Risiko unter eine bedeutendere Anzahl verschiedenartiger Geschäfte verteilen.

7. Das Gesetz der Massenproduktion, von Karl Bücher formuliert<sup>1</sup>, erklärt „das unaufhaltsame Hindrängen der Unternehmung zum Großbetrieb und die Verdrängung der kleineren durch immer größer werdende Betriebe“. Das Gesetz besagt, daß von dem Punkte, wo ein vollkommeneres technisches Verfahren wirtschaftlich anwendbar wird, die Kosten mit der zunehmenden Produktmenge weiter sinken. Der Buchdruck z. B. als vollkommeneres Verfahren (im Vergleich mit dem Schreiben oder Lithographieren der Einzelexemplare) kann wirtschaftlicher Weise nur angewendet werden bei gleichzeitiger Herstellung einer größeren Anzahl von Bücherexemplaren. Und die Kosten sinken weiter mit der zunehmenden Zahl der Exemplare bis zur „Nutzgrenze“.

1. „Das vollkommeneres Produktionsverfahren“, sagt Bücher<sup>2</sup>, „zur Herstellung einzelner Exemplare angewandt, ist teurer als das unvollkommene: die Produktionskosten sinken aber mit der zunehmenden Zahl der Exemplare und werden erst dann niedriger als die Produktionskosten des unvollkommenen Verfahrens, wenn die Ware eine bestimmte (im Einzelfalle empirisch festzustellende) Masse nicht mehr unterschreitet. Die Grenze, von der ab es vorteilhaft zu werden beginnt, heißt die Nutzwelle der Massenproduktion. Sie liegt um so höher, je größer der Anteil der konstanten Kosten an den Gesamtherstellungskosten ist.“ (Konstante Kosten nennt Bücher solche, die sich gleich bleiben, einerlei, wie groß die Masse von Produkt ist. Beim Buchdruck wären es die Kosten für den Satz, die Korrekturabzüge usw., das Honorar, für Prospekte, Inserate. „Variable“ Kosten im Sinne Büchers sind diejenigen, die mit wachsender Produktmasse zunehmen; beim Buchdruck z. B. die Auslagen für Papier und Umschläge, Drucker-schwärze, Kohlen, Drucker-, Buchbinder-, Heizerlöhne, Lagermiete, Spedition und die sog. Generalunkosten.)

<sup>1</sup> Vgl. Das Gesetz der Massenproduktion, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXVI (1910) 429 ff.; Art. „Gewerbe“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>o</sup> 1076.

<sup>2</sup> Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXVI (1910) 441 f.; Entstehung der Volkswirtschaft<sup>7</sup> (1910) 203 f.

2. Von der Nutzschwelle ab vermindern sich die Produktionskosten weiter mit der Zunahme der Produktmasse.

3. Diese Kostenminderung vollzieht sich jedoch im allgemeinen langsamer, als die Produktmasse steigt, und verlangsamt sich um so mehr, je größer die Masse wird. Schließlich wird eine Grenze erreicht, bei der eine weitere Steigerung der Masse keinen ökonomisch ins Gewicht fallenden Vorteil mehr bieten kann. Unmittelbar unter dieser Nutzgrenze liegt die Nutzhöhe der Massenproduktion“ (d. i. „diejenige Produktmasse, bei der sich die niedrigsten relativen Produktionskosten ergeben“).

Dieses Gesetz erklärt, wie Bücher sagt, warum die Vergrößerung der einzelnen Betriebe da, wo die Nutzgrenze der Massenproduktion schon erreicht ist, immer sprungweise erfolgen muß (Ausgabe neuer Aktien u. dgl.), und weshalb der Großbetrieb so oft nur die Anfangsstadien der Produktion ergreift, bei denen die konstanten Kosten schwer ins Gewicht fallen, während die stark mit variablen Kosten belastete Weiterverarbeitung dem Kleinvertrieb überlassen bleibt. Des weiteren erklärt sich nach Bücher aus diesem Gesetze die großartige Entwicklung der Bedarfssammlungs-Institutionen in der modernen Volkswirtschaft: vor allem der Handel mit Halb- und Ganzfabrikaten, die Ausstellungen, Messen, Warenbörsen, Vertriebsfilialen, Warenhäuser, Versandgeschäfte, Konsumvereine, das Annoncen- und Reklamewesen, das gesamte Transport- und Kommunikationswesen. Alle diese Einrichtungen leiten die zerstreuten Einzelbedarfe nach gewissen Konzentrationspunkten zusammen, von denen sie in Massenbestellungen den Großunternehmungen der Produktion zugeführt werden.

**8. Arbeitsintensität, Technik und Organisation des Betriebes.** Das Maß der im Betriebe betätigten Arbeitsintensität hängt zum Teil von technischen Momenten ab. Es kommt viel darauf an, wie diese zum Zweck beschleunigter Arbeit ausgenutzt werden.

Sie sind andere bei automatischen, andere bei nichtautomatischen Maschinen<sup>1</sup>. Beginnen wir mit den letzteren. Nichtautomatische Maschinen sind im Grunde erhöhte Typen von Werkzeugen; sie bedienen wie diese den Menschen, dieser muß bei ihnen die Hauptarbeit leisten, seiner Energie paßt sich die Maschine an. Hier kann nun der Arbeiter von sich aus die Intensität seiner Arbeit wesentlich steigern. Er kann z. B. beim Fräsen kräftigere Späne nehmen, er kann beim Schleifen und Polieren kräftigeren Druck ausüben, er kann die vielen kleinen, oft nur nach Sekunden zählenden Pausen, die zwischen den Einzelakten liegen, beschränken und auf diese Weise eine Verdichtung des Produktionsprozesses herbeiführen. Der Arbeiter kann es hier auch leicht zu einer gewissen Übung bringen<sup>2</sup>. Die Großindustrie geht in der Arbeitsteilung immer weiter. Nicht nur, daß ein Betrieb sich auf die Herstellung eines oder weniger Fabrikate beschränkt; auch die Einzelteile werden, wie wir sahen, nach festen Normen, genau nach Größe und Form abgemessen, angefertigt. Diese Spezialisierung, Normalisierung, Typisierung kommt auch dem Einzelarbeiter zugute. Er richtet

<sup>1</sup> B. Harms, Der Maximalarbeitstag (1907) 22 ff.

<sup>2</sup> E. Bernhard, Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit (1919) 33 ff.  
E. Kraepelin, Die Arbeitskurve, in Philosophische Studien, herausgegeben von Wundt XIX (1902) 468 ff.



sich ganz auf bestimmte Arbeiten ein, die immer wiederkehrenden Griffe werden mit einiger Überlegung immer zweckentsprechender gestaltet, unökonomische Bewegung entbehrlicher Muskeln wird vermieden, kurz die Übung tritt in ihre Rechte ein, jenes wichtige Moment, das nach Kraepelin am stärksten der Ermüdung entgegenwirkt und die Arbeitskurve ansteigen läßt.

Bei den automatischen Maschinen fällt dem Arbeiter im wesentlichen die Aufgabe zu, den Gang der Maschine zu beobachten, sie nach Maßgabe ihrer kontinuierlichen Tätigkeit zu bedienen. Daß er hier eine Steigerung der Leistung nicht im selben Maße herbeiführen kann wie bei den nichtautomatischen Maschinen, liegt auf der Hand. Denn soviel er an Kräften auch mitbringt, so angestrengt er arbeiten möchte, das Tempo seiner Arbeit wird immer abhängig sein vom Gang der Maschinen. Hier ist die Möglichkeit der Produktionssteigerung abhängig von der Höherentwicklung der Technik, von der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Maschinen. Indes ist die Mitwirkung des Arbeiters auch bei automatischen Maschinen keineswegs bedeutungslos. Angespannte Aufmerksamkeit, größere Beweglichkeit und Intelligenz können auch hier in gewissem Umfange zur Steigerung der Intensität beitragen. Typisch für diese Verhältnisse ist die Textilindustrie, die ja durchweg mit automatischen Maschinen arbeitet. Beim mechanischen Webstuhl ist die Arbeit des Webers in der Hauptsache auf das Anknüpfen der reißenden Fäden und das Ersetzen der leeren Spulen im Schützen durch volle beschränkt. Ein aufmerksamer und geschickter Weber wird diese häufig wiederkehrende Arbeit rascher besorgen als ein unbeholfener und abgearbeiteter, und wenn er einige Übung erlangt hat, wird er mehrere Stühle zugleich besorgen können. In der Baumwollweberei bedienen die Weber durchschnittlich drei, die geübteren vier Stühle auf einmal. Die Northropwebstühle haben die Arbeit weiter automatisiert, so daß ein Arbeiter acht, zehn, ja vierzehn Northropwebstühle auf einmal übernehmen kann<sup>1</sup>.

Einen großen Vorteil für die Intensivierung der Arbeit bietet die moderne Industrie, ganz unabhängig vom automatischen oder nichtautomatischen Charakter der Maschinen<sup>2</sup>, sodann in einer vollendeten Betriebsorganisation. Je nachdem die Glieder und Elemente eines industriellen Organismus richtig ineinandergreifen, verläuft der Produktionsprozeß glatt oder gehemmt.

Bernhard schildert, wie es zugeht in schlecht organisierten Betrieben. „Da wird nur 50 % der Arbeitszeit auf die eigentliche Produktion verwendet; die andere Hälfte geht durch Vorbereitungen aller Art verloren. Man fragt bei dem Meister nach neuer Arbeit. Dieser überlegt. Die Zeichnung wird gesucht, je nachdem schnell oder langsam verstanden. Beim Einspannen des Arbeitsstücks fehlt es an Klammern und Bolzen, an Scheiben und Muttern, oder diese passen nicht. Gelegentlich wird nach einem Bolzen so lange gesucht, wie die Arbeit selbst dauert.“ In erstklassigen Betrieben kann davon keine Rede sein. Da arbeitet eine Abteilung der andern in die Hand, da gibt es kein müßiges Warten, jeder kann Kraft und Aufmerksamkeit auf seine Spezialität konzentrieren.

<sup>1</sup> M. Bernays, *Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Großindustrie* (1910) 263 ff. E. Bernhard a. a. O. 39. F. Schuler, *Zwanzig Jahre Normalarbeitstag in der Schweiz*, in *Schulers Ausgewählten Schriften* 105 114.

<sup>2</sup> E. Bernhard a. a. O. 47.

Hiermit hängt noch ein weiteres arbeitsförderndes Moment zusammen, und zwar ein solches psychologischer Natur<sup>1</sup>. Wo in einem vollkommen organisierten Großbetriebe alle Hand in Hand arbeiten, alle zum selben Zweck, alle am selben Ort, alle nach derselben Methode und auch nach demselben Tempo, da entsteht ein gegenseitiger Ansporn zu guter und kräftiger Arbeit.

Karl Bücher, der solche Intensivierung zum Teil auf den Rhythmus der Arbeit zurückführt, sagt in dieser Beziehung sehr gut<sup>2</sup>: „Der einzelne Arbeiter ist immer in Versuchung, nach jedem Stoß oder Schlag sich eine Ruhepause zu gönnen, und er verliert dadurch das Gleichmaß der Bewegungen. Dagegen kann eine Regulierung der letzteren dadurch herbeigeführt werden, daß ein zweiter oder dritter Arbeiter hinzugezogen und mit dessen Hilfe ein kürzerer Takt erzielt wird.“ „Die gemeinsame Arbeit regt zum Wettstreit an; keiner will an Kraft und Ausdauer hinter dem andern zurückstehen, und überdies tönt der laute Pulsschlag der Arbeit in die Ohren der Nachbarn, deren Spott bei zu häufiger Unterbrechung oder zu lässigem Gange der Schläge nicht zu säumen pflegt.“<sup>3</sup>

Endlich ist noch auf einen die Arbeit hemmenden oder fördernden Faktor hinzuweisen, der in der Physiologie neuerdings größere Beachtung gefunden hat: die Ordnung und Dauer der Pausen

Eine ganz alltägliche Erfahrung sagt uns, daß wie die Maschine nach dem Stillstehen erst langsam wieder in Gang kommt, so auch der Arbeiter, der geistige wie der manuelle, nach einer Pause einige Zeit braucht, um sich in den früheren Gang der Arbeit wieder hineinzuschicken. Das ist ein Nachteil, den die im übrigen zum Zweck der Erholung notwendige Pause mit sich bringt. Kraepelin<sup>4</sup> ist der Ansicht, daß während in der Pause die Ermüdung schwindet, zu gleicher Zeit auch Übung und Willenserregung zurückgehen: also ein Gewinn an Kraft und ein Verlust. Versuche haben nun ergeben, daß zuweilen nach kleineren Pausen die Arbeitsintensität eine größere ist als nach längeren. Es muß also im Verlaufe der Pause einen Zeitpunkt geben, von welchem an der Verlust den Gewinn übersteigt, es muß, wie Kraepelin sagt, eine „günstigste Pause“ geben. Sie richtig zu bemessen, kann natürlich nur nach sorgfältigen Versuchen und Beobachtungen gelingen. Dasselbe gilt auch von der vorteilhaftesten Lage der Pause innerhalb des Arbeitstags.

**9. Grenzen, Mängel und Nachteile des Großbetriebes.** 1. Die Vorzüge des Großbetriebes kommen im Bereiche der Industrie, des Handels und Verkehrs ganz besonders zur Geltung, nicht so auf dem Gebiete der eigentlichen Landwirtschaft bei intensivem Betriebe. Auch auf gewerblichem Gebiete bleibt der Großbetrieb mehr auf die Produktion von Massen-

<sup>1</sup> Vgl. hierzu das oben S. 382 ff. und 392 ff. Gesagte. Zur Frage des Arbeitsrechts usw. vgl. noch Glaß, Kaphahn u. a., Arbeitsrecht und Arbeiterschutz (Sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs seit 1918) (1921); Höniger u. Wehrle, Arbeitsrecht (Sammlung der reichsgesetzlichen Vorschriften zum Arbeitsvertrage) (1921); Clara Mleinek, Wertung der Frauenarbeit (1921).

<sup>2</sup> K. Bücher, Arbeit und Rhythmus<sup>4</sup> (1909) 25 f. <sup>3</sup> Ebd. 29.

<sup>4</sup> Die Arbeitskurve 479 ff. Vgl. E. Bernhard a. a. O. 43 ff. F. Schuler a. a. O. 112.

artikeln, auf die Befriedigung gewisser, in der Menge der Konsumenten gleichartiger Bedürfnisse angewiesen. Wo höher qualifizierte Arbeit von entscheidender Bedeutung ist, wo die Waren den individuellen Bedürfnissen und Wünschen der einzelnen Abnehmer im besondern angepasst werden müssen, wo größere Maschinen keine Verwendung finden können, wo die Herstellung am Absatzorte nötig, die Darbietung lokalen und familiären Teilbedürfnissen genügen muß, hat der Kleinbetrieb seine Vorzüge und behauptet sein Feld<sup>1</sup>.

2. Das Gewinnstreben, das jeder Unternehmung eigentümlich ist, kann bei dem Großbetriebe leichter die rechten Grenzen überschreiten, weil die Aussicht größerer Gewinne mächtiger lockt, wenn nicht gar zur Anwendung unrechter Mittel verleitet. Nicht geregeltes kapitalistisches Gewinnstreben und überspannte Spekulation führen, von anderem abgesehen, zur Überproduktion und zu Absatzschwierigkeiten.

3. In flauen Zeiten, bei Depressionen muß die Großindustrie, um die Entwertung des fixen Kapitals zu verhüten, eventuell mit Verlust weiterproduzieren. Die Einschränkung der Produktion ist nicht leicht. Die Kosten für die Unterhaltung der Gebäude, Maschinen usw. bleiben größtenteils auch in schlimmen Zeiten, bei eingeschränkter Produktion, auf derselben Höhe. Der Übergang zu anderer Produktion ist, bei äußerst spezialisierter maschineller Einrichtung, nicht möglich<sup>2</sup>. Die Entlassung der Arbeiter trägt Not und Elend ins Volk. Andererseits bleibt zu beachten, daß Kleingewerbe und Handwerk in solcher Lage vielleicht noch eher geneigt und genötigt sind, die Arbeitskräfte abzustößen, als der Großbetrieb, der wohl bei Betriebs-einschränkung, Feierschichten usw. den Arbeiter wenigstens in teilweiser Beschäftigung lassen kann.

4. Aus der Überlegenheit des Großbetriebes, seiner siegreichen Kraft im Konkurrenzkampfe, ergibt sich die Tendenz zur Vergrößerung der Betriebe, jene Konzentrationsbewegung (im Sinne von Verdrängung kleiner und mittlerer Betriebe), die nach sozialistischer Auffassung in den kollektivistischen Zukunftsstaat münden wird. Die Tatsache einer Konzentration wenigstens in der Industrie, im Transportwesen, im Handel, im Bank- und Versicherungsgeschäft usw. ist ja unbestreitbar, wenn auch der Umfang dieser Bewegung und die Schnelligkeit ihres Verlaufes nicht überall die gleichen sind. Die Ökonomie des Großbetriebes, der Umstand, daß er mit geringeren Kosten produziert, vernichtet oder vermindert jedenfalls zahlreiche selbständige Existenzen. Und blieben dem Großbetrieb

<sup>1</sup> Freilich nicht immer so leicht, wie manche glauben möchten. Vgl. z. B. Ludwig Sinzheimer, Über die Grenzen der Weiterbildung des fabrikmäßigen Großbetriebs in Deutschland (1893) 87 ff. E. Francke, Die Schuhmacherei in Bayern (1893).

<sup>2</sup> Nähmaschinenfabriken konnten zum Bau von Fahrrädern oder von Schreibmaschinen und Kontrollkassen übergehen, die Fabriken für Luxuswagen sich auf die Herstellung von Automobilen einrichten. Auch die Kriegszeit brachte viele Umwandlungen. Aber das läßt sich doch nicht überall so machen.



vorerst die in ihrem Absatz nicht lokal beschränkten Massengüter überlassen, so beschreitet er jetzt auch das dem Kleinbetrieb bisher vorbehaltene lokale Gebiet. Nicht bloß der interlokale Handel wird heute großkapitalistisch betrieben, wie schon lange Zeit, es bemächtigen sich die Warenhäuser des lokalen Detailhandels, wie ebenfalls auf gewerblichem Gebiete (z. B. in den Installationsgeschäften, Waschanstalten u. dgl.) Großbetriebe für den lokalen Absatz entstanden sind<sup>1</sup>. Von dem Wellenschlag übermächtiger Konkurrenz werden also, auf gar vielen Gebieten, weniger kräftige Produzenten hinweggeschwemmt und schließlich dem Dienste der übrigbleibenden größten Unternehmungen überantwortet. Selbst wenn der „homo oeconomicus“ für diese Entwicklung nicht das mindeste Bedenken haben, in dem Siegeslauf der Großunternehmung über Kleine und Große nur Licht und Fortschritt erblicken sollte, so ist eben der „homo oeconomicus“ nicht der ganze Mensch und Bürger, sind seine Interessen nicht die einzigen und höchsten in der Volkswirtschaft.

5. Der Aufbau größter Unternehmungen vollzieht sich auf effektenkapitalistischer Grundlage. Durch die Entwicklung der Kapitalgesellschaften, in erster Linie durch die Aktiengesellschaft, wurde die wachsende Ausdehnung des Großbetriebes und die moderne Konzentrationsbewegung erst möglich. Es treten dabei aber auch die Schattenseiten des Effektenwesens stark zutage, die nicht selten gesteigert werden durch die komplizierten und komplizierenden Vorgänge der Finanzierung und Beteiligung. Wir verkennen nicht, daß gerade bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Volkswirtschaft die Stärkung der Unternehmungen durch Interessengemeinschaften im weiteren Sinne als Bedürfnis empfunden werden kann. Jedenfalls darf dabei das Verwertungsbedürfnis des mobilen Kapitals auch jetzt nicht jene Vorherrschaft erlangen, die keine Rücksicht nimmt auf den wahren Bedarf der Volkswirtschaft an Produkten und Leistungen. Es bedeutet ferner keinen Fortschritt, wenn mit der wachsenden Ausdehnung des Aktienwesens sich überstark die Zahl derer mehrten würde, die von der Arbeit anderer leben, Coupons abschneiden und dem Sport huldigen — als einziger Beschäftigung — kaum ein Idealzustand für Gesellschaft und Volkswirtschaft (Rentnernational).

Wir möchten zum Schluß noch auf eine Erscheinung in der modernsten Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft zurückkommen, in welcher manche eine notwendige Bedingung für den so dringend notwendigen „Aufbau“ erblicken.

10. Konzentration und deutsche Volkswirtschaft der Gegenwart. Nach der Marxistischen Theorie unterliegt die Gesamtheit des Wirtschaftslebens naturnotwendig der Tendenz zur Konzentration. Der wirtschaftlich Stärkere konkurriert den wirtschaftlich Schwächeren nieder. Schließlich bleiben dann nur noch einzelne Riesenbetriebe übrig, die leicht ver-

<sup>1</sup> Liefmann, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften (1909) 320 f.

gesellschaftet werden können. Die Statistik hatte indes eine solche allgemeine Konzentrationstheorie schon unzweifelhaft widerlegt. Nicht nur, daß in der Landwirtschaft die Entwicklung zu einer Vermehrung der Betriebe führte. Auch für das gesamte Gewerbe (Industrie, Handel, Verkehr) blieben Riesenbetriebe eine Ausnahme. Im Jahre 1907 gab es in Deutschland rund  $3\frac{1}{4}$  Millionen gewerbliche Betriebe. Davon waren Kleinbetriebe (bis zu 5 Personen) fast 3 Millionen oder 91,1 Prozent, Mittelbetriebe (von 6—50 Personen) 259 000 oder 8 Prozent, Großbetriebe (von mehr als 50 Personen) 30 558 oder 0,9 Prozent. Eigentliche Riesenbetriebe mit über 1000 beschäftigten Personen gab es nur 586 unter den sämtlichen 3 265 623 Betrieben. Wir waren also bis 1907 noch sehr weit hinter einer allgemeinen Konzentration im Sinne der Marxistischen Entwicklungslehre zurückgeblieben und spürten das „eherne Muß“ einer Entwicklung vom „Kapitalismus“ zum Sozialismus noch keineswegs.

Auch die Zukunft wird uns keine allgemeine Konzentration bringen. Die kleinen und mittleren, voll selbständigen Betriebe, deren Organisation sich nach den Fähigkeiten des jeweiligen Leiters regelt, behalten ihre Daseinsberechtigung und -möglichkeit. Wo der Kleinmotor mit Erfolg Verwendung findet, wird, wie gesagt, die Konzentrationsbewegung gehemmt oder rückläufig gemacht. Wo ferner die Betriebe auf einen lokalen Markt sich stützen, ist eine allgemeine Konzentration kaum möglich. Je größer die Zusammenfassung, um so größer muß auch die Kapitalanlage sein, um so größer ist in der Regel das Risiko. Der Einzelunternehmer wurde darum auch bereits durch Gesellschaften ersetzt. Während so der Betrieb zentralisiert wurde, blieb das in demselben „arbeitende“ Kapital dezentralisiert. Die Funktionen des Unternehmers mußten schon da durch Privatbeamte ausgeübt werden. Und es ist nicht immer so leicht, das persönliche Interesse dieser Beamten an den Erfolgen ausreichend zu wecken und lebendig zu erhalten. Mit wachsender Konzentration und Zentralisation aber verliert sich schließlich die Übersichtlichkeit des Ganzen. Eine ungeheure Zahl wirtschaftlicher Kräfte ist verbunden, deren Führung über die Organisationskraft der Leiter hinausgeht. Die Konzentration hat ihr „Optimum“, wenn dies auch nicht durch eine allgemeine Formel bezeichnet werden kann. Wird die Leitung allzu schwierig, steigen die Kosten für Kontrolle des ganzen Produktionsapparates und der zahlreichen beschäftigten Personen, dann wird der Punkt bald erreicht sein, wo das Ganze sich als unrentabel erweist.

Andererseits ist die Tatsache einer starken Konzentrationsbewegung heute unbestreitbar<sup>1</sup>. Von marxistischer Seite wird allerdings noch an eine unbedingt fortschreitende Konzentration geglaubt. Wir teilen diese Auffassung nicht, eben weil es keine allgemeine Konzentration geben wird mit der sozialistischen Gemeinwirtschaft als Endergebnis.

<sup>1</sup> Arthur Heichen in Neue Zeit, 2. September 1921. Emil van den Boom, Das neue Industrie Gesicht (1921).

Man erblickte und erblickt eben in der Bildung von Interessengemeinschaften im weiteren Sinne, der Vornahme von Angliederungen und Tiefangliederungen, welche eine engere Verbindung zwischen Rohstoff und Fertigzeugnis bezwecken, eine gerade heute unerläßliche Notwendigkeit. Riesenhafte Gebilde, aufgebaut in horizontaler, mehr noch in vertikaler Richtung, gleichartige Betriebe in enger Verbindung, verschiedenartige, vom Rohstoff bis zum feinsten Fertigfabrikat aufeinandergetürmt, sind im Entstehen begriffen oder bereits entstanden. Von diesen Zusammenballungen könnte man eine große Liste aufstellen, wenn auch manches dabei noch unfertig ist. Fast täglich spielten in den letzten Zeiten sog. Interessenkäufe von Aktien, die auf Vervollständigung der Gruppenbildung hinzielen, an der Börse eine Rolle<sup>1</sup>. Das Bestreben nach Zusammenschluß äußerte sich besonders stark im Montangewerbe. Es trat aber auch im Farben-, Stickstoff-, Öl-, Versicherungs- und Bankgewerbe hervor.

Der Grund für die schnelle und gewaltige Industriekonzentration ist leicht ersichtlich. Sie erscheint als Folge der besondern Schwierigkeiten<sup>2</sup>, welche die neue Zeit gebracht hat und die dazu drängen, mit allen Mitteln die Betriebskosten herabzusetzen, den Gesamtertrag der Produktion zu steigern. Die Vereinheitlichung und Verschmelzung erlaubt großzügiger zu wirtschaften, verleiht der Wirtschaft stärkere Intensität, kann die wirtschaftliche Kraft deutscher Unternehmungen auf dem Weltmarkte vermehren. Walter Rathenau hat ja ohne Zweifel recht, wenn er sagt, in der Industrie habe bisher eine ungeheuerliche Verschwendung von Arbeit, Geist, Rohstoff usw. geherrscht. Da begreift es sich, daß

<sup>1</sup> Köln. Volkszeitung 1920, Nr. 890.

<sup>2</sup> Das Schwergewicht der Zentralisation lag vor dem Kriege und während desselben in horizontalen Zusammenschlüssen. Mit 1920 trat der vertikale Zusammenschluß in den Vordergrund. Hauptsächlich die Eisenindustrie kam hierfür in Betracht. Durch den Rückfall Lothringens an Frankreich wurde die Organisation der deutschen Eisenindustrie durchbrochen. Lothringen hatte die Hälfte der deutschen Eisenerzeugung geleistet, hatte über 40 Prozent der deutschen Hochöfen und Stahlwerke, 30 Prozent der deutschen Walzwerke verfügt. An der Ruhr hatte sich immer mehr die Eisenverarbeitung herausgebildet. Lothringen und Ruhr stellten sich als ein geschlossenes, durch systematische Organisation verbundenes Industrieland dar. Der Verlust Lothringens machte die Ruhrunternehmen zu einem Torso: es fehlten Hochofen, Stahlwerk, Walzwerk. Darum bedurfte es für den Ruhrbesitz einer neuen Organisation. Und diese neue Organisation bestand eben in dem engeren Zusammenschluß der Einzelwerke (Rhein-Elbe-Union, Glücknergruppe).

Bei dem vertikalen Zusammenschluß handelt es sich nicht um Ausdehnung der einzelnen Betriebe, sondern um Zusammenfassung der selbständig gebliebenen Betriebe unter gemeinsamer Oberleitung. Man darf in dieser Organisation aber nicht einen „Trust“ nach amerikanischem Muster erblicken. In der heutigen Form der deutschen Interessengemeinschaften und Fusionen bleibt vielmehr die Selbständigkeit der einzelnen Unternehmungen stärker gewahrt, allerdings doch mit einer gewissen Abhängigkeit von dem Führerwerke, während im übrigen die Stärke gerade des deutschen Wirtschaftslebens bisher vornehmlich in dem Vorhandensein jenes tüchtigen freien und selbständigen Unternehmertums lag.



man in der Organisation der Industrie bei der gegenwärtigen Notlage Abhilfe sucht, die vertragliche Bindung vorhandener selbständiger Werke einer finanziell und fachlich schwierigen Betriebsvergrößerung vorzieht. Dabei können, wie gesagt, Selbstkosten vermindert, unnötiger Aufwand für den Mitbewerb beseitigt werden usw. Die Gruppe Stinnes sucht besonders auch die in den amerikanischen Riesengebilden üblichen Verfahren der Normalisierung, Typisierung in umfassende Anwendung zu bringen.

Man hat diese Zusammenballungen als „Sozialisierung auf eigene Faust“ bezeichnet. Es sind Verbindungen, Interessengemeinschaften, Aktienbeteiligungen, Angliederungen. Von „Sozialisierung“ im sozialistisch-kommunistischen Sinne kann aber dabei keine Rede sein. Die führenden „Kapitäne“ der heimischen Industrie bewahren zwar nicht ganz, aber doch in einem Maße die freie Entschließungs- und Handlungsfreiheit der privaten Unternehmer, die mit kommunistischer Sozialisierung nicht vereinbar wäre.

Aber die ganze Entwicklung der modernsten Industriekonzentration ist doch mit großen Gefahren verbunden. Die Konzentration der Betriebe wird von einer starken Akkumulation des Kapitals begleitet. Neue Kapitalien werden auf alte gehäuft. Daraus ergibt sich eine gesteigerte Machtkonzentration materieller und persönlicher Art. Der Machtzuwachs bedeutet zugleich eine um so größere Verantwortung. Die Vereinheitlichung, Verschmelzung privater Unternehmungen bleibt an sich innerhalb der privatwirtschaftlichen Ordnung, während die Folgen für das ganze Volk sich fühlbar machen. Die Vorschläge von Stinnes bzw. Stinnes-Vögler-Silverberg sprachen allerdings von Aktien mit Dividendenbeschränkung, von kleinen Aktien für die Beteiligung der Arbeiter neben den gewöhnlichen Stammaktien. Wir vernehmen, daß die mit den Kohlenbergwerken zu verbindenden „Endindustrien“ wichtige wirtschaftliche und soziale Aufgaben haben würden (Aufschluß neuer Bergwerke, Ausgestaltung des Wohnungs- und Schulwesens, Förderung der Fachschulen). Das alles schließt aber den privatwirtschaftlichen Gewinnzweck nicht aus, im Gegenteil hat die Verschmelzung usw. gerade den Zweck, den Gewinn zu erhöhen. Daß dabei das Interesse des Volkes genügend gewahrt und gesichert werde, dafür müssen noch andere zuverlässigere Garantien geboten werden als bloße Versprechen u. dgl. Ein Mißbrauch gesteigerter Macht der konzentrierten Industrie gegenüber den Arbeitern ist freilich durch die Machtstellung der Arbeiterschaft im Volksstaate erschwert. Man darf wohl auch von den zentralen Arbeitsgemeinschaften eine günstige Rückwirkung auf die weitere Entwicklung erwarten. Es kommt aber wesentlich darauf an, daß jene riesenhaften Gebilde der Industrie den Charakter geschäftlicher Zweck- und Interessenverbände veredeln und umwandeln nach den Anforderungen des berufsgenossenschaftlichen Gedankens. Monopolistische Ausbeutung des Volkes,

Unterdrückung schwächerer Unternehmungen, Schädigung berechtigter Arbeiterinteressen müssen verhindert werden. Wo die berufliche Regelung fehlt oder soweit sie nicht zur Geltung kommen kann, wird es Aufgabe des Staates bleiben, die durch das Gemeinwohl geforderte Aufsicht auszuüben und Regelung zu vollziehen.

Während die einen in der stärkeren Zusammenschlußbewegung lediglich die Auswirkung des „Selbsterhaltungstriebes“ der deutschen Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Notlage erblicken wollen, spricht eine andere Auffassung von zukünftiger Amerikanisierung der europäischen Volkswirtschaften. Hauptmerkmal der amerikanischen Volkswirtschaft sei die Vertrustung. Die Abhängigkeit der europäischen Volkswirtschaften von Amerika, jetzt nach dem Weltkriege, werde aber mit dem Eindringen des amerikanischen Kapitals zugleich eine in Europa bisher unbekannte Konzentration der Produktionsmittel und Zentralisation der Leitung der Produktionszweige herbeiführen. In den bedeutendsten und fortgeschrittensten Produktionszweigen werde es wohl bald zur Bildung von Welttrusten kommen. Damit aber sei dann die Hauptvoraussetzung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, die Möglichkeit einheitlicher gesellschaftlicher Leitung ganzer Produktionszweige gegeben. Was heute schon an Sozialisierung erstrebt werde, das sei ein allzu vorzeitiger Eingriff, der uns in der Entwicklung zum Sozialismus hin mehr zurückwerfen als vorwärts bringen könne. Aber auch hier wird bezweifelt oder verneint, daß die Entwicklung zu einer ganz allgemeinen Sozialisierung aller Produktionszweige führen werde. Ferner wird die Möglichkeit offen gehalten, daß die Massen auch mit einer andern Wirtschaftsverfassung als der sozialistischen zufrieden sein können. Wenn diese andere soziale Wirtschaftsverfassung allen gerechten Ansprüchen entspricht, dann läge in der Tat für die Massen kein Grund mehr vor, an der sozialistischen Idee der Gemeinwirtschaft festzuhalten, die doch von den intelligenteren Sozialisten längst als utopisch erkannt ist<sup>1</sup>.

**11. Die Bedeutung der Persönlichkeit im modernen Wirtschaftsleben** sei zum Schluß noch einmal stark unterstrichen. So sehr wir gegenüber schwer schädigender Ungebundenheit der liberalen Epoche die Notwendigkeit einer Regelung des wirtschaftlichen Prozesses betonen mußten, ebenso weit entfernt sind wir von dem Glauben an die Allmacht der Organisation. Diese Überschätzung der Organisation gehört mit zu den großen Fehlern des marxistischen Sozialismus, bildet insbesondere das utopische Element seiner Vergesellschaftungskonstruktionen. Auch die einzelnen Sozialisierungsvorschläge der letzten Zeiten beruhen nicht gerade auf der Erkenntnis realer Möglichkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, sondern auf blindem Glauben an die Zauberkraft zentralistischer Organisation. Man beachtet dabei nicht — von allem andern abgesehen —, wie das Wirtschaftsleben bei Verstaatlichungen u. dgl. durch Häufung von Kontrollorganen und Kontrollmaßnahmen belastet wird<sup>2</sup>; während wir heute doch

<sup>1</sup> Vgl. Alfred Ammon, Die Hauptprobleme der Sozialisierung (1920) 98 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Max Cohen, Sozialismus und Kohlensozialisierung (1921); Erwin Barth, Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues (1921). (Beide Autoren sind Sozialisten.)

gerade in Deutschland die größte Wirtschaftlichkeit zu erstreben haben. Nein: „alle fruchtbringende Organisation (der Produktion) ist schließlich glückliche Gruppierung von Menschen und Dingen um eine führende Persönlichkeit. Wird dieser Führer aus der Organisation herausgenommen, so verwandelt sie sich in Bureaucratie. Bureaucratie aber ist organisatorische Kraftverschwendung, Produktivitätsminderung.“<sup>1</sup>

Wir sehen solche führenden Persönlichkeiten tätig in der geschilderten Industriekonzentration. „Führende“ Persönlichkeiten müssen aber auch die Leiter der einzelnen Unternehmungen bleiben. Es sind das nicht „Kapitalisten“, die sich auf Zinseinnahmen beschränken, sondern Leute von geistiger Tatkraft, Umsicht, von Wagemut und schöpferischer Erfindergabe. Die Nachkommen tüchtiger Großunternehmer entarten, wie die Erfahrung beweist, sehr oft. Der Aufstieg neuer tüchtiger Leute ist darum vornehmlich aus dem Mittelstande, den Kleinunternehmungen zu erwarten. Dort erprobt sich in kleineren Verhältnissen, wer in Zukunft das Wirtschaftsleben meistert.

„Diese strebsamen Köpfe und Herzen wollen selbst etwas schaffen, wollen sinnen, planen, mit andern im Wettbewerb ringen, wollen vorankommen, haben aber auch Freude am Kämpfen mit Widerständen, am Überwinden von Schwierigkeiten. Ihnen ist das Leben eine zu lösende Aufgabe, nicht zuerst Gelegenheit zum Genuß, ist die Arbeit Lebensinhalt. Diese wertvollen Kräfte in unserem Wirtschafts- und Volksgemeinschaftsleben müssen in ihrer großen Mehrzahl in mittleren und kleineren Verhältnissen die Möglichkeit finden, sich als Anfänger oder Nachfolger der Väter selbständig durchzuringen und emporzuarbeiten. Diese bietet neben der Landwirtschaft der gewerbliche Mittelstand im Handwerk und Einzelhandel. Aus diesen Kreisen können immer wieder erprobte Kräfte, besonders wenn ihnen die Väter vorgearbeitet und Tüchtigkeit vererbt haben, zur Großunternehmung aufsteigen. Ebenso wichtig ist aber auch, daß neben den Großunternehmungen eine möglichst große Zahl von Mittel- und Kleinunternehmungen in Gemeinschaftsarbeit und im ehrlichen Wettkampfe deutsche Unternehmerkraft pflegt und stählt. Mit der durch die Revolutionstrunkenheit weitverbreiteten Tagelöhnergessinnung, welche der Arbeit mit geteilten Gefühlen gegenübersteht, arbeitet sich das deutsche Volk nicht heraus aus dem heutigen Elend. Wollen wir die schweren Lasten des Krieges und aufgezwungenen Friedens, auch die Verheerungen des Nationalwohlstandes durch die Revolution überwinden, dazu im Wirtschaftsleben wieder zu Blut kommen, so ist ein wahres Arbeitsheldengeschlecht nötig, das erfinderisch, wagemutig, schaffens- und opferfreudig ist.“<sup>2</sup>

Es dürfte sich nun noch empfehlen, gewisse Begriffe klarzustellen, die sich mit heute oft als Schlagworte gebrauchten Ausdrücken verbinden. Wir meinen die Worte: kapitalistische Produktion, kapitalistische Unternehmung, Kapitalismus. Namentlich der letztere

<sup>1</sup> Joseph Jahn, Wirtschaftsformen und Wirtschaftsreformen, im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1921, 76.

<sup>2</sup> Köln. Volkszeitung, 21. Oktober 1920, Nr. 822. E. van den Boom, Industriefragen (1919).



Ausdruck ist zwar schon wiederholt von uns gedeutet worden. Wir möchten aber an dieser Stelle die von uns gewählte Begriffsbestimmung näher erklären und begründen.

## § 2.

### Kapitalistische Produktion, kapitalistische Unternehmung, Kapitalismus.

**Literatur:** Böhm-Bawerk, Positive Theorie des Kapitals I (3. Aufl., 1909). — Sombart, Der moderne Kapitalismus (1902; 2. Aufl. 1916 f.). — Ders., Die Juden und das Wirtschaftsleben (1911). — Ders., Die Zukunft der Juden (1912). — Ders., Krieg und Kapitalismus (1913). — Ders., Luxus und Kapitalismus (1913). — Ders., Der Bourgeois (1913). — Jakob Strieder, Zur Genesis des modernen Kapitalismus (1914). — Gerlich, Geschichte und Theorie des Kapitalismus (1913). — L. Pohle, Unternehmerstand: Bd. III, Heft 1 der Vorträge der Gehe-Stiftung (1911). Auch Zeitschrift für Sozialwissenschaft II (1911) 414 ff. — Franz Walter, Art. „Kapital und Kapitalismus“ im Staatslexikon der Görresgesellschaft III (3. u. 4. Aufl.) 4 ff. — Rich. Passow, „Kapitalismus“, eine begrifflich-terminologische Studie (1918). Auch Art. „Kapitalismus“ im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik LII (1916) 433 ff. — K. Diehl, Bemerkungen über Begriff und Wesen des Kapitalismus, in Schmollers Jahrbuch XLIV (1920) 203 ff.

Wilhelm Roscher<sup>1</sup> sagt, die Entwicklungsgeschichte jeder Volkswirtschaft könne in drei große Perioden geteilt werden, je nachdem der Faktor „Natur“ oder die „Arbeit“ oder das „Kapital“ (produzierte Produktionsmittel) vorherrsche. In der ersten Periode nähren Wald, Gewässer und Weide eine dünne Bevölkerung fast freiwillig. Das saturnische Zeitalter, wovon die Sage redet! Im Mittelalter wird der Arbeitsfaktor immer bedeutender im städtischen Mittelstande. „In der dritten Periode gibt das Kapital sozusagen den Ton an. Der Boden nimmt durch Kapitalanlagen unendlich an Wert zu; auch im Gewerbefleiß überwiegt die Maschinenarbeit die menschlichen Hände. Der Reichtum des Volkes steigt hierdurch fortwährend.“ In der Tat, das Produktionskapital im eigentlichen Sinne gewährt, sichert, erweitert heute in umfassendster Weise die Möglichkeit, Güter zu erzeugen für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, also „unmittelbar nützliche“ Güter, zugleich die Möglichkeit, solche Güter anzuhäufen und zu bewahren, vor Schädigung zu schützen. Man würde hiernach als „kapitalistische“ Produktion eine solche Produktion bezeichnen dürfen, in welcher die produzierten Produktionsmittel, das Produktionskapital im eigentlichen Sinne jene größere, von Roscher hervorgehobene Rolle spielt<sup>2</sup>.

**1. Kapitalistische Produktion.** Der Ausdruck: kapitalistische Produktion, sagt Böhm-Bawerk<sup>3</sup>, „steht in einem doppelten Sinne in Übung.

<sup>1</sup> System I (1906), § 47, S. 137 f.: Markgenossenschaft, Zunft, Aktiengesellschaft seien die charakteristischen Organisationsformen der drei Perioden.

<sup>2</sup> Damit wird nicht gesagt, daß produzierte Produktionsmittel in früheren Perioden gar keine Rolle gespielt hätten.

<sup>3</sup> Positive Theorie des Kapitals I<sup>3</sup> (1909) 21 A. 1.

Man bezeichnet damit sowohl eine Produktion, die sich der Hilfe von Kapitalgegenständen (Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen u. dgl.) bedient, als auch eine Produktion, welche auf Rechnung und unter der Herrschaft von privaten Unternehmern — Kapitalisten — vollzogen wird. Beides braucht sich keineswegs zu decken. Ich beziehe den Ausdruck immer auf die erste der beiden Bedeutungen.“

1. Das Wesen der kapitalistischen Produktion glaubt Böhm-Bawerk dann darin erblicken zu dürfen<sup>1</sup>, daß sie „ein Opfer an Zeit erfordert, aber einen Vorteil an der Masse des Produktes bringt, der, wenn auch in abnehmendem Maße, sich an sukzessive Verlängerungen des Produktionsumweges anzuknüpfen pflegt“. An anderer Stelle sagt Böhm-Bawerk<sup>2</sup>: „Die von mir aufgestellte These lautet, daß eine klug gewählte Einschlagung oder Verlängerung zeitraubender Produktionsumwege in aller Regel zu einem technischen Mehrergebnis, d. i. also zur Erlangung von mehr oder besseren Produkten mit dem gleichen Aufwand an originären Produktivkräften führt.“<sup>3</sup> Was soll damit gesagt werden?

Die Produktionshilfsmittel, Werkzeuge, Maschinen usw. müssen natürlich zuerst selbst geschaffen werden. So zerlegt sich der gesamte Produktionsprozeß in eine Reihe aufeinanderfolgender Produktionsakte. Zuerst werden die Werkzeuge produziert, die „mittelbar nützlichen“ Güter, die zur Erzeugung der „unmittelbar nützlichen“, dem Konsum gewidmeten, Güter dienen sollen. Man wählt also einen Umweg zur Befriedigung der Bedürfnisse, schafft zunächst das Werkzeug als „Zwischenprodukt“, als Hilfsmittel der weiteren Produktion. Die Umwege, ebenso wie die Zwischenprodukte, können sich vervielfältigen, um immer neue Hilfsmittel und Hilfskräfte für die Erzeugung der Endprodukte zu gewinnen. Es ist nun offenbar vorteilhafter, zunächst einen Eisenkeil zu verfertigen, als die harte Felswand mit der Faust zu bearbeiten, eine Axt zu machen, mit der Holz verkleinert wird, als das Holz mit der Hand zu brechen. Die Anfertigung der Axt bedeutet allerdings einen „Umweg“, erfordert Zeit. Allein dieser Umweg macht die Produktion ergiebiger, führt zu einem reicheren Ertrage.

So versteht sich, was Böhm-Bawerk<sup>4</sup> sagt: „Die Produktion, die kluge Umwege einschlägt, ist nichts anderes, als was die Nationalökonomien die kapitalistische Produktion nennen, sowie die Produktion, die geradeaus mit der nackten Faust auf das Ziel losgeht, die kapitallose Produktion darstellt. Das

<sup>1</sup> A. a. O. 161.

<sup>2</sup> Exkurse zur Positiven Theorie des Kapitals. Exkurs 1: Erläuterungen und Beweise für die Mehreergiebigkeit der kapitalistischen Produktionsumwege; 3. mit Verweisung auch auf die 1. Auflage der Positiven Theorie. Die These von der Mehreergiebigkeit der Produktionsumwege für das Wesen der kapitalistischen Produktion (und des Kapitalzinses) hatte starken Widerspruch gefunden, schon früher von Lexis, White, Taussig u. a., dann von Schade, Landry, Fisher, Cassel, Fetter, Clark u. a. Gegen diese Einwendungen polemisiert Böhm-Bawerk in den „Exkursen“.

<sup>3</sup> Positive Theorie des Kapitals I<sup>3</sup> (1909) 21.

<sup>4</sup> Über Böhm-Bawerks „kapitalistischen Produktionsprozeß“ vgl. unter andern den Aufsatz von Alex Z Zankoff, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXVIII (1909) 176 ff.

Kapital aber ist nichts anderes als der Inbegriff der Zwischenprodukte, die auf den einzelnen Etappen des ausholenden Umweges zur Entstehung kommen "

Gleichwohl täuscht sich Böhm-Bawerk, wenn er das Wesen der kapitalistischen Produktion darein verlegt, daß sie ein Opfer an Zeit erfordere. Gewiß, wer, um Holz zu spalten, selbst die Axt zuerst anfertigen muß, der bedient sich eines Umweges, welcher ein Opfer an Zeit bedeutet. Auch in unsern Verhältnissen, wo die produzierten Produktionsmittel eine so große Rolle spielen, muß das Werkzeug fertig sein, ehe es als Mittel der Produktion Verwendung findet. Es muß „zuerst“ geschaffen werden. Allein das bedeutet kein Opfer an Zeit für die kapitalistische Produktion, weil eben andere als der Holzspalter die Axt herstellen: „Die Kapitalverwendung ist unmittelbar mit der Arbeitsteilung verbunden: es werden die einzelnen Teile der Arbeit, die von einem Arbeiter nacheinander auszuführen wären, jetzt zu einer Zeit verrichtet. Zur selben Zeit, da der Bauer das Getreide sät, stellen andere für ihn Sense und Sichel her; zur selben Zeit, da der Schneider die Schere zerbricht, wird durch die Arbeit anderer für ihn eine neue angefertigt.“<sup>1</sup> Durch die Verbindung der Kapitalverwendung mit der Arbeitsteilung wird auf diese Weise der Prozeß der Produktion sogar wesentlich beschleunigt. Die Voraussetzung, daß die Kapitalverwendung mit einem Zeitverluste verbunden sei, trifft also nicht zu. Und darum kann auch in dem „Opfer an Zeit“ das Wesen der kapitalistischen Produktion nicht erblickt werden.

2. Die sozialistischen Theoretiker finden das Wesen des „kapitalistischen Produktionsprozesses“ nicht in bestimmten Tatsachen der Technik. Sie weisen vielmehr hin auf den gesellschaftlichen Zustand, auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln, auf die Besitzlosigkeit der Arbeiter usw.

Nach Karl Marx entsteht Kapital „nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markte vorfindet“<sup>2</sup>. „Die kapitalistische Produktion beginnt erst, wo dasselbe individuelle Kapital eine größere Anzahl Arbeiter gleichzeitig beschäftigt, der Arbeitsprozeß also seinen Umfang erweitert und Produkt auf größerer quantitativer Stufenleiter liefert. Das Wirken einer größeren Arbeiterzahl zur selben Zeit, in demselben Raum (oder wenn man will, auf demselben Arbeitsfeld), zur Produktion derselben Warensorte, unter dem Kommando desselben Kapitalisten, bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion.“<sup>3</sup> „Zweierlei sehr verschiedene Sorten von Warenbesitzern müssen sich gegenüber und in Kontakt treten, einerseits Eigner von Geld, Produktions- und Lebensmitteln, denen es gilt, die von ihnen geeignete Wertsumme zu verwerten durch Ankauf fremder Arbeitskraft; anderseits freie Arbeiter, Verkäufer der eigenen Arbeitskraft und daher Verkäufer von Arbeit. Freie Arbeiter in dem Doppelsinn, daß weder sie selbst unmittelbar zu den Produktionsmitteln gehören, wie Sklaven, Leibeigene usw.,

<sup>1</sup> Gelesnoff, Grundzüge 151.

<sup>2</sup> Kapital I<sup>6</sup> (1909) 132 f.      <sup>3</sup> Ebd. 285.



noch auch die Produktionsmittel ihnen gehören, wie beim selbstwirtschaftenden Bauer usw., sie davon vielmehr frei, los und ledig sind. . . . Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. . . . Der Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts anderes sein als der Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozeß, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, anderseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter.“<sup>1</sup> „Produktions- und Lebensmittel, als Eigentum des unmittelbaren Produzenten, sind kein Kapital. Sie werden Kapital nur unter Bedingungen, worin sie zugleich als Exploitations- und Beherrschungsmittel des Arbeiters dienen.“<sup>2</sup> Das private Eigentum an den Produktionsmitteln gibt dem Unternehmer die Macht, den besitzlosen Arbeiter zu beherrschen und auszubeuten.

Wir haben im ersten Bande<sup>3</sup> die Marxsche Lehre vom Werte und Mehrwerte als den zweiten Grundpfeiler der Marxistischen Theorie (neben der materialistischen Geschichtsauffassung) kennengelernt und dieselbe kritisch geprüft. In der „Entdeckung des Mehrwertes“ meinte auch Engels die „Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion“ erblicken zu können. Marx habe „bewiesen, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzogenen Ausbeutung des Arbeiters ist; daß der Kapitalist, selbst wenn er die Arbeitskraft seines Arbeiters zum vollen Wert kauft, den sie als Ware auf dem Warenmarkt hat, dennoch mehr Wert aus ihr heraus schlägt, als er für sie bezahlt hat; und daß dieser Mehrwert in letzter Instanz die Wertsumme bildet, aus der sich die stets wachsende Kapitalmasse in den Händen der besitzenden Klassen aufhäuft. Der Hergang sowohl der kapitalistischen Produktion wie der Produktion von Kapital war erklärt.“<sup>4</sup>

„Kapitalistische Produktion“ im Sinne der Marxschen Theorie wäre demnach, wie auch Richard Passow aus den angeführten Stellen entnimmt<sup>5</sup>, jene Produktionsweise, in welcher die kapitallosen Arbeiter von „Kapitalisten“ ausgebeutet werden, und zwar so, wie die Marxsche Mehrwertlehre dies zeigen will. Die Marxistische Mehrwerttheorie ist freilich heute selbst von vielen, wenn nicht den meisten Sozialisten als unbewiesen und unbeweisbar anerkannt. Gewiß haben die Arbeiter nicht selten unter Ausbeutung zu leiden gehabt. Allein es ist nicht nur Übertreibung, sondern geradezu tendenziöse Irreführung, wenn man die Ausbeutung mit dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise verbindet.

Wir haben aber auch Bedenken gegen eine Bestimmung des Begriffes „kapitalistische Produktion“, welche eine klare Unterscheidung dieses Begriffes von dem andern Begriffe „kapitalistische Unternehmung“

<sup>1</sup> Ebd. 630.<sup>2</sup> Ebd. 731.<sup>3</sup> Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 4, S. 346 ff.<sup>4</sup> E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft<sup>7</sup> (1910) 12 f.<sup>5</sup> Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik LII (1916) 459.

ausschließt. So z. B., wenn man sagt: die kapitalistische Produktion vereinige in sich beide Elemente, die Böhm-Bawerk aufführt, nämlich 1. als technisches Element: die Verwendung von Produktionskapital im eigentlichen Sinne, und 2. als rechtliches Element: das Privateigentum an den Produktionsmitteln, den Kapitalbesitz, mit den entsprechenden Folgen für Leitung der Produktion und Erwerb.

Uns möchte scheinen, daß wenn man die Produktion eine „kapitalistische“ nennt, dies bestimmte Tatsachen der Technik ausdrücke und nur diese, nämlich die (stärkere) Verwendung produzierter Produktionsmittel eben bei der Produktion<sup>1</sup>. Der Begriff „kapitalistische Unternehmung“ aber setzt zwar jene technische Tatsache voraus, bringt aber selbst lediglich die Organisationsform der Produktion zum Ausdruck. So wird vielleicht am besten einer Vermengung der Begriffe „kapitalistische Produktion“, „kapitalistische Unternehmung“ und gar noch „Kapitalismus“ vorgebeugt.

2. Kapitalistische Unternehmung bezeichnet die Organisationsform, in welcher heute regelmäßig die kapitalistische Produktion sich vollzieht.

Die kapitalistische Unternehmung setzt eine Gesellschaftsordnung mit Privateigentum an den Produktionsmitteln voraus, zugleich das Vorhandensein kapitalloser Arbeiter, die im Dienste des kapitalistischen Unternehmers an der Produktion sich beteiligen.

Das Wesen der kapitalistischen Unternehmung wird man also nicht wie bei dem Begriff „kapitalistische Produktion“ (Verwendung von Produktionskapital) in das technische Element, sondern darein zu legen haben, daß die Produktionsmittel hier werbendes Vermögen ihres Eigentümers sind, und daß die Produktion auf Rechnung und unter der direkten oder indirekten Leitung kapitalistischer Unternehmer vollzogen wird<sup>2</sup>. Hier tritt also der privatwirtschaftliche Kapitalbegriff (Kapital als werbendes Vermögen) klar zutage. Die kapitalistische Unternehmung ist geldkapitalistisches Erwerbsgeschäft<sup>3</sup>.

Kapitalistische Unternehmung (Kapitalwirtschaft) und „Kapitalismus“ ferner sind keineswegs gleichbedeutend, wenn sie auch vielfach miteinander verwechselt werden. Der „Kapitalismus“ ist vielmehr der Inbegriff gewisser Mißstände, die in der geschichtlichen Entwicklung der kapitalistischen Unternehmung zutage getreten, der „kapitalistischen Epoche“ eigentümlich, der kapitalistischen Unternehmung

<sup>1</sup> Innerhalb der kapitalistischen Methode (Verfahrensart) gibt es Abstufungen, ein mehr und ein weniger. Das eröffnet die Möglichkeit des Fortschrittes auch für die Herstellung der einzelnen Güterart.

<sup>2</sup> Costa-Rossetti (Grundlagen 127) und Ratzinger (Volkswirtschaft 172) legen den Hauptnachdruck darauf, daß bei der „Trennung“ von Kapital und Arbeit das „Kapital“ bzw. der Kapitalbesitzer die Herrschaft über den besitzlosen Arbeiter führe und dieser dem Kapitalbesitzer für Lohn dienen müsse.

<sup>3</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 2, S. 132 ff.

(Kapitalwirtschaft) aber nicht wesentlich sind und auch nicht bei jeder kapitalistischen Unternehmung sich vorfinden.

Wir werden nun zunächst die Ansichten verschiedener Autoren über „Kapitalismus“ vorführen, vor allem diejenige Sombarts.

Sombart will nur die geschichtliche Entfaltung und Weiterentwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsform darlegen ohne Werturteil über dieselbe. Seine Darstellung legt allerdings Werturteile sehr nahe.

**3. Der „moderne Kapitalismus“ nach Werner Sombart.** Was ist Kapitalismus? Die Antworten auf diese Frage lauten sehr verschieden<sup>1</sup>. Häufig wird der Kapitalismus als jene Produktionsweise bezeichnet, die unter der Herrschaft und der Leitung der Eigentümer des „Kapitals“ (im technischen Sinne) vor sich geht (Böhm-Bawerk u. a.)<sup>2</sup>. Auch die Sozialisten verknüpfen den Begriff des Kapitalismus mit der Trennung zwischen Arbeit und Eigentum an den Produktionsmitteln, wobei das „Kapital“ als „geronnene Arbeit“ sich darstellt, die vampirartig sich belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit, und um so mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt. Der „Mehrwert“ aus dem Produktionsprozesse führt sich ja auf den Gebrauch der gekauften Ware „Arbeitskraft“ zurück. Max Weber hat demgegenüber betont, daß der Begriff der „kapitalistischen Wirtschaft“ weiter gefaßt werden müsse, daß er sich nicht auf eine bestimmte Kapitalverwertungsart: die Ausnutzung fremder Arbeit durch Vertrag mit dem „freien“ Arbeiter beschränke, sondern auch da Geltung finde, wo Besitzobjekte, die Gegenstand des Verkehrs sind, von Privaten zum Zweck verkehrswirtschaftlichen Erwerbes benutzt würden.

Innerhalb der sozialistischen Dogmatik trägt nach Sombart<sup>3</sup> der Begriff „Kapitalismus“ das Gepräge eines parteipolitischen Schlagwortes. Die der Richtung nach ältere bürgerliche Nationalökonomie Deutschlands und noch mehr des Auslandes lehne den Begriff ab, sei es durch einfaches Übergehen desselben (so Gide, Cauwès, Marshall, Seligman, Philippovich), sei es durch ablehnende Kritik (so etwa Schmoller, Ad. Wagner, Richard Ehrenberg). Die der Richtung nach jüngere Nationalökonomie erkenne die Brauchbarkeit oder Unentbehrlichkeit des Begriffes an, spreche vom Kapitalismus aber nur sehr reserviert, mit Anführungszeichen. Sombart will nicht „aus dem Wesen des Kapitalismus“ Wirklichkeit erklären. Ihm dient der Begriff nur als Orientierungsmittel, um die spezifische Eigenart eines historisch gewordenen und vergänglichen Wirtschaftssystems zu größerer Deutlichkeit zu bringen. Der Begriff, wie er ihn bildet, soll ferner ein Allgemeinbegriff sein in dem Sinne, daß besondere Erscheinungsformen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die volle Entfaltung seiner eigenen Art zwar in diesem Begriffe enthalten, aber nicht zum Ausdruck gebracht sind. Die dem Kapitalismus eigentümlichen Merkmale aber sind nach Sombart folgende:

1. Einzel- oder privatwirtschaftliche Organisation. Der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens liegt in Privatwirtschaften; diese entscheiden über Richtung und Art nicht nur der Konsumtion, sondern auch der Produktion; bei

<sup>1</sup> Vgl. Passow, Jahrbuch für Nationalökonomie LII (1916) 433 ff.

<sup>2</sup> Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup> 59.

<sup>3</sup> Der kapitalistische Unternehmer, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXIX (1909) 689 ff.



ihnen liegt also die wirtschaftliche Initiative; sie tragen das „Risiko“ der Wirtschaftsführung, die dafür auch in ihrem „Interesse“ gestaltet wird.

2. Zwischen den einzelnen Wirtschaften herrscht Berufsdifferenzierung mit gegenseitiger Ergänzung.

3. Diese „Integrierung“ erfolgt durch den Markt, durch den freihändigen Austausch von Leistung und Gegenleistung (marktmäßige, verkehrswirtschaftliche Organisation).

4. Die Produktionsfaktoren sind hier nicht in einer Hand vereinigt, wie in der handwerksmäßigen Organisation.

5. Auch der persönliche Produktionsfaktor „Arbeit“ ist differenziert, in leitende (organisierende) und ausführende Arbeit geschieden.

Sombart lehnt es ab, mit Friedrich Naumann<sup>1</sup> den Begriff des Kapitalismus zu beschränken auf den durch die Kartell- und Trustbildung in unserer Zeit neu geschaffenen Zustand einer positiven volkswirtschaftlichen Ordnung. „Demgegenüber möchte ich“, sagt Sombart, „mit Entschiedenheit auf die Notwendigkeit hinweisen, das der vorkartellistischen (und doch nicht mehr eigenwirtschaftlich oder handwerksmäßig organisierten) Volkswirtschaft mit der kartellistischen Volkswirtschaft Gemeinsame (und sie doch von aller andern Wirtschaft Trennende) in einem Begriff zusammenzufassen, dagegen das der Zeit der Kartelle Eigentümliche als eine Nuancierung jener allgemeiner charakterisierten Wirtschaftsverfassung, also in unserer ... Terminologie: des Kapitalismus, durch Hinzufügung unterscheidender Merkmale zu dem Oberbegriffe zu kennzeichnen. Mir scheint, daß alle Syndizierungstendenz gerade ein dem ‚Kapitalismus‘ fremdes Element in das Wirtschaftsleben hineinträgt, das wahrscheinlich bestimmt ist, den Kapitalismus aufzulösen, eben das Moment der Bürokratisierung, Reglementierung und schließlich der staatlichen Kontrollierung. Dem innersten Wesen der mit dem Worte Kapitalismus zu bezeichnenden Wirtschaftsverfassung ist das alles fremd, wann deren Wesen, um es mit einem Satz zum Ausdruck zu bringen, in der Beherrschung des Wirtschaftslebens durch Besitzer der sachlichen Produktionsfaktoren gesucht wird; oder etwas anders gewandt: in der Identität von Wirtschaftssubjekt und Produktionsmittelbesitzer und der Ausschließung der ausführenden Arbeiter von beiden Qualitäten.“

Das Wort „Kapitalismus“ bringt nach Sombart „die wesentliche Eigenart des von ihm zu kennzeichnenden Wirtschaftssystems vortrefflich zum Ausdruck, nämlich die Vorherrschaft des Kapitals, wenn wir einstweilen ganz grob die zur Einleitung und Durchführung des wirtschaftlichen Prozesses erforderlichen Sachgüterfonds in unserem Wirtschaftssystem als ‚Kapital‘ bezeichnen wollen. Dann ‚herrscht‘ dieses zweifellos insofern, als seine Vertreter (nicht notwendig Eigentümer!) immer und in allen Fällen die Wirtschaftssubjekte sind. Aber das ‚Kapital‘ beherrscht das gesamte Wirtschaftsleben innerhalb des von uns gekennzeichneten Organisationsnexus auch noch in dem tieferen und weiteren Sinne, als seine Interessen für das gesamte wirtschaftliche Gebaren tonangebend werden, also daß man von einem großen Wirtschaftszwecke: dem Verwertungsstreben des Kapitals, als der dem kapitalistischen Wirtschaftssystem‘ eigentümlichen Triebkraft für alles wirtschaftliche Geschehen reden darf. ... So daß man weiter sagen muß: die reine Idee dieses Wirtschafts-

<sup>1</sup> Was ist Kapitalismus? in Süddeutsche Monatshefte, 2. Jahrg., 6. Heft.

systems komme zum Ausdruck in dem als Triebkraft wirkenden objektivierten Verwertungstreben des der Produktion zur Unterlage dienenden Sachgütevorrates, des Kapitals, und deshalb heiße es mit vollem Rechte Kapitalismus.“

Um die „kapitalistische Motivation“ festzustellen, untersucht Sombart die „Zelle des kapitalistischen Systems“, die kapitalistische Unternehmung. Das Ergebnis dieser Untersuchung bezeichnet als treibende Kraft im kapitalistischen Wirtschaftsprozeß die Sorge des Unternehmers um das Wohlergehen der Unternehmung. Der Unternehmung geht es wohl, wenn sie geschäftlichen Erfolg aufweist, und geschäftlicher Erfolg bedeutet nichts anderes als „Überschuerwirtschaftung“. „Ohne Profit keine Geschäftsblüte... Prosperieren heißt rentieren... Der Unternehmer mag wollen oder nicht: er muß, wenn anders er sich nicht aufgeben will, nach Gewinn trachten. Nicht weil er ‚profitwütig‘ ist, sondern weil er ein kapitalistischer Unternehmer ist. Die Motivation... entzieht sich der persönlichen Willkür: sie objektiviert sich.“

Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird also beherrscht von der Erwerbsidee. Aus „dem freien Walten der Erwerbsidee“ aber ergeben sich folgende Tendenzen:

1. Die Tendenz zum schrankenlosen Erwerb. Nicht mehr der quantitativ und qualitativ fest umschriebene Bedarf einer Person oder einer Mehrheit von Personen ist hier Richtung gebend; mag der Gewinn noch so hoch steigen, niemals kann man sagen: Es ist genug. Und positiv ist damit der Drang zur Vergrößerung des Geschäftes, zur Ausdehnung des Betriebsumfanges gegeben.

2. Die Tendenz zum unbedingten Erwerb. Über „die gesamte Wertewelt“ wird „der Primat der Geschäftsinteressen“ proklamiert. „Wo der Erwerb zum unbedingten wird, erscheint alles nur von Bedeutung, insoweit es ökonomischen Interessen dienstbar gemacht werden kann; der Mensch wird nur noch als Produktionsmittel in Ansehung gezogen; das ganze Leben ist eine einzige große Geschäftsabwicklung; Erde und Himmel sind eine einzige große Fabrik, und alles, was darin lebt und webt, wird wie in einem einzigen riesigen Hauptbuche registriert nach seinem Geldeswerte. Aus der Wertschätzung der Menschen verschwinden alle persönlich orientierten Ideale, alle auf menschliches Wohlergehen abzielenden Mühungen scheiden aus. Es gilt nur noch die vollendete Ausbildung des geschäftlichen Mechanismus als erstrebenswertes Ziel; das reine Mittel wird zum absoluten Zweck. Die billigsten Preise, der rascheste Verkehr, die höchste Technik, der größte Reichtum, alles zusammengefaßt in dem unklaren Begriffe des Fortschritts: das ist es, was als letzte Ziele menschlichen Strebens übrig bleibt. *Fiat quaestus et pereat mundus.*“

3. Die Tendenz zum rücksichtslosen, skrupellosen Erwerb. Nur ein Gesichtspunkt entscheidet für die Wahl der Mittel: ihre Eignung für den unbedingten Erwerb.

4. Die Tendenz zum freien, durch keine Reglementierung von oben her behinderten Erwerb. Der kapitalistische Unternehmer widerstrebt jeder Bindung und Beschränkung seiner selbst. Wenn er wirtschaftliche Freiheit für alle fordert, so geschieht das, weil er sonst für sich selbst keine Freiheit finden könnte. Vielen seiner Gegner gegenüber fühlt er sich „stark genug, den Kampf in freiem Felde aufzunehmen: Er bietet den notorisch schwächeren Gegnern die ‚freie Konkurrenz‘ an“.

Als die zweite tragende Idee im System des modernen Kapitalismus (neben der Idee des Erwerbes) bezeichnet Sombart den „ökonomischen Rationalis-

mus“. Derselbe äußert sich in der Planmäßigkeit, Zweckmäßigkeit, Rechnungsmäßigkeit der Wirtschaftsführung.

In der zweiten Auflage seines Hauptwerkes „Der moderne Kapitalismus“<sup>1</sup> sagt Sombart<sup>2</sup> wiederum: Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist „eine verkehrswirtschaftliche Organisation, bei der regelmäßig zwei verschiedene Bevölkerungsgruppen: die Inhaber der Produktionsmittel, die gleichzeitig die Leitung haben, Wirtschaftssubjekte sind, und besitzlose Nurarbeiter (als Wirtschaftssubjekte), durch den Markt verbunden, zusammenwirken, und die von dem Erwerbsprinzip und dem ökonomischen Rationalismus beherrscht wird“.

Also: 1. „Soziale Differenzierung des persönlichen Produktionsfaktors in die beiden Bestandteile des leitenden und ausführenden Arbeiters, die sich gleichzeitig als Besitzer der Produktionsmittel und technische Nurarbeiter gegenüber treten und sich vom Markte zu der notwendigen Vereinigung im Produktionsprozesse zusammenführen lassen müssen“; und 2. „Erwerbsprinzip und ökonomischer Rationalismus als herrschende Wirtschaftsprinzipien“; diese treten an die Stelle der Prinzipien der Bedarfsdeckung und des Traditionalismus (Traditionalität des Verfahrens), wie sie die bäuerliche und die grundherrliche Eigenwirtschaft und auch das Handwerk beseelten.

Die Wirtschaftsform des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die kapitalistische Unternehmung. Ihr Zweck ist, wie gesagt, die Erzielung von Gewinn, das eigentümliche Mittel hierzu die Vertragsschließung über geldwerte Leistungen. Mögen Arbeitsleistungen gegen Sachgüter oder Sachgüter gegen Sachgüter eingetauscht werden: immer kommt es darauf an, daß am letzten Ende ein Plus an Tauschwert (Geld) in den Händen des kapitalistischen Unternehmers zurückbleibt.

Allem Unternehmertum liegen organisatorische und händlerische Funktionen ob; der kapitalistische Unternehmer hat als spezifische Funktion das Rechnen (Kalkulieren) auszuüben, eventuell sogar mit unbekannten Größen (Spekulation); dann muß er auch ein guter Haushalter sein, da nur durch bedachte Sparsamkeit das oberste Ziel der kapitalistischen Unternehmung erreicht wird.

Die Vorbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft sind teils subjektive der wirtschaftenden Menschen, teils objektive, in der Umwelt vorhandene.

*Subjektive Bedingungen:* 1. Die der kapitalistischen Wirtschaftsweise entsprechende Wirtschaftsgesinnung: „Derselbe Geist, aus dem der neue Staat und die neue Religion, die neue Wirtschaft und die neue Technik geboren werden: er schafft auch das neue Wirtschaftsleben. Wir

<sup>1</sup> 1902; <sup>2</sup> 1916 ff.

<sup>2</sup> Ebd. I<sup>2</sup> 319 ff. Ähnlich in: Die Juden und das Wirtschaftsleben (1911) 186. Die „Wirtschaftssubjekte“ entscheiden über Art und Richtung des Wirtschaftens und tragen die Verantwortung für dessen Erfolg.



wissen: es ist ein Geist der Irdischheit und Weltlichkeit, ein Geist mit ungeheurer Kraft zur Zerstörung alter Naturgebilde, alter Gebundenheiten, alter Schranken, aber auch stark zum Wiederaufbau neuer Lebensformen, kunstvoller und künstlicher Zweckgebilde. Es ist jener Geist, der seit dem ausgehenden Mittelalter die Menschen aus den stillen, organisch gewachsenen Liebes- und Gemeinschaftsbeziehungen herausreißt und sie hinschleudert auf die Bahn ruheloser Eigensucht und Selbstbestimmung.“

Die „Gier nach Gold und Geld“ gräbt sich zunächst ein Bett neben dem Wirtschaftsleben, kommt in jenen für die letzten Jahrhunderte des Mittelalters und die ersten Jahrhunderte der neuen Zeit charakteristischen Massenphänomenen in die Erscheinung: im Raubrittertum, in der Schatzgräberei, der Alchymie, der Projektenmacherei, dem Darlehenswucher. Dann dringt dieser Geist auch in das Wirtschaftsleben ein und findet hier ein fruchtbares Feld. Nicht die Bedarfsbefriedigung des lebendigen Menschen, sondern „die Vermehrung einer Geldsumme ist nun der unmittelbare Zweck des Wirtschaftens. Diese Zwecksetzung ist der Idee der kapitalistischen Organisation immanent; man kann also die Erzielung von Gewinn (d. h. die Vergrößerung einer Anfangssumme durch wirtschaftliche Tätigkeit) als den objektiven Zweck der kapitalistischen Wirtschaft bezeichnen, mit dem (zumal bei vollentwickelter kapitalistischer Wirtschaft) die subjektive Zwecksetzung des einzelnen Wirtschaftssubjekts nicht notwendig zusammenzufallen braucht“<sup>1</sup>. Mit dem Erwerbsstreben verbindet sich dann noch der Bürgergeist, der dem Wirtschaftsleben der neuen Zeit die sichere Ordnung, die rechnerische Exaktheit, die kalte Zweckbestimmtheit gegeben hat. Der Bürgergeist ist nicht an die kapitalistische Wirtschaft gebunden. Er war vor ihr vorhanden, in der Stadtwirtschaft, beim Berufshändler und Handwerker. „Will der Unternehmegergeist erobern, erwerben, so will der Bürgergeist ordnen, erhalten. Er drückt sich in einer Reihe von Tugenden aus, die alle darin übereinstimmen, daß als sittlich gut dasjenige Verhalten gilt, das eine wohlgefügte kapitalistische Haushaltung verbürgt. Daher sind die Tugenden, die den Bürger zieren, vornehmlich: Fleiß, Mäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Vertragstreue. Die aus dem Unternehmungs- und Bürgergeist zu einem einheitlichen Ganzen verwobene Seelenstimmung nennen wir den kapitalistischen Geist. Er hat den Kapitalismus geschaffen.“<sup>2</sup>

Wir müssen es uns versagen, Sombart bei seiner genetischen Betrachtung des modernen Wirtschaftslebens bis ins einzelne zu folgen, vielmehr mit flüchtiger Skizze uns begnügen.

Das erste vollendete Gebilde des neuen Geistes, in dem und durch den dieser sich vor allem auswirkt, ist der Staat, der wiederum mit Hilfe

<sup>1</sup> Sombart, Der moderne Kapitalismus I<sup>2</sup> 300 320. — L. Pohles Ansicht über die Entstehung des kapitalistischen Geistes, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft II (1911) 414 ff. <sup>2</sup> A. a. O. 329.

der Armee geschaffen wurde. Um der Naturgewalten Herr zu werden, trachtet der neue Geist dann die Technik umzugestalten. Sein ihm inwohnender Drang nach Geld und Macht führt ihn ferner zu den Edelmetallagern, die er ausbeutet<sup>1</sup>.

Der Staat, durch sein Heer vor allem, schafft für den Kapitalismus einen großen Markt<sup>2</sup>, durchdringt das Wirtschaftsleben mit dem Geiste der Ordnung und Disziplin. Der Staat erzeugt durch seine Kirchenpolitik den „Ketzer“ und, indem er die Wanderungen aus religiösen Gründen bewirkt, den „Fremden“, zwei zum Aufbau des Kapitalismus unentbehrliche Elemente. Der Staat drängt in die Ferne; er erobert die Kolonien und treibt mit Hilfe der Sklaverei die ersten kapitalistischen Großbetriebe hervor. Der Staat pflegt und fördert durch bewußtes Eingreifen seiner Politik die kapitalistischen Interessen.

Die Technik macht die Produktion und den Gütertransport im Großen erst möglich (und notwendig); sie schafft durch neue Verfahrensweisen die Möglichkeiten neuer Industrien, die im Rahmen der kapitalistischen Organisation erwachsen.

Die Edelmetalle beeinflussen das Wirtschaftsleben in vielfacher Hinsicht und wirken selbständig durch ihre Fülle Wunder; sie bilden den Markt in einer der kapitalistischen Entwicklung förderlichen Richtung; sie steigern den kapitalistischen Geist, indem sie den Erwerbstrieb verstärken und die Rechenmäßigkeit vervollkommen<sup>3</sup>.

Staat, Technik, Edelmetalle sind es auch, welche die zweite subjektive Bedingung des Kapitalismus, die Entstehung des bürgerlichen Reichtums, ermöglichen.

2. Der bürgerliche Reichtum ist notwendige Vorbedingung des Kapitalismus, sofern durch ihn einerseits die Bildung des Kapitals erleichtert, anderseits ein Ausgabefonds geschaffen wird und die Möglichkeit eines Absatzes im Großen, wie ihn der Kapitalismus bedarf<sup>4</sup>.

Sombart gibt nun zunächst einen Überblick über das, was er „feudalen Reichtum“ nennt, d. h. diejenigen Reichtumsformen, bei denen der Reichtum ein Ergebnis der sozialen Macht ist: dahin gehört aller Reichtum der (feudalen) Großgrundbesitzer, der Reichtum der Könige und Fürsten und aller öffentlichen Körper.

Der bürgerliche Reichtum leitet sich zum Teil vom feudalen Reichtum ab, ist aber hauptsächlich originären Ursprungs. Als Mittel der Vermögensbildung außerhalb der kapitalistischen Wirtschaft führt Sombart folgende auf:

- a) Die „gebundenen“ Formen der Vermögensbildung, und zwar:  
 α) die Vermögensbildung in der handwerksmäßigen Wirtschaft; β) die

<sup>1</sup> Ebd. 330 ff.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu: Die sozialen Lehren des Freiherrn Carl v. Vogelsang, zusammengestellt von Wiard Klopp (1894) 43 ff.

<sup>3</sup> A. a. O. 332.

<sup>4</sup> Ebd. 581 ff.

Vermögensbildung durch Geldleihe;  $\gamma$ ) die Akkumulation, städtischer Grundrente;  $\delta$ ) die unmittelbare Vermögensbildung (Geldakkumulation, Gelderzeugung durch Bergbau auf Edelmetalle, Verhüttung der Erze, Prägung der Metalle).

b) Die „freien“ Formen der Vermögensbildung, und das sind:  $\alpha$ ) Betrug, Diebstahl, Unterschlagung als Vermögensbildung;  $\beta$ ) der Raub;  $\gamma$ ) der Zwangshandel (der Warenaustausch, wie er zwischen den Europäern und den Naturvölkern geübt wurde);  $\delta$ ) die Ausbeutung der Kolonien durch Zwangsarbeit.

Zu dieser Vermögensbildung außerhalb der kapitalistischen Wirtschaft tritt dann die Vermögensbildung im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft.

Heben wir nur einiges Wenige noch aus dem weiten Felde Sombartscher Forschung besonders hervor.

Zunächst der „feudale Reichtum“: Ein großer Teil Europas war in den Händen des Großgrundbesitzes. Die Abgaben der zinspflichtigen Bauern wurden allmählich in Geld erhoben, die Ernteerzeugnisse nahmen zu an Größe und Wert usw. Sodann flossen in den öffentlichen Haushalten große Geldbeträge regelmäßig zusammen. Sombart weist hin auf die „Camera apostolica“, auf das noch größere Barvermögen der Ritterorden, auf die reichen Einkünfte der Könige von Frankreich und England, auf die Einnahmen der städtischen Haushalte. Feudaler Reichtum floß über in bürgerliche Kreise durch Anteilnahme der Beamten an den Einkünften der Großen usw., durch Gewährung von Darlehen an Fürsten, geistliche und weltliche Herren und Städte (Pachtung von Steuereinkünften, Zollgefallen usw.). „Es ist die bedeutsame Mission der Geldleihe oder, geradezu gesprochen, des Wuchers gewesen, das moderne kapitalistische Wirtschaftsleben dadurch vorzubereiten, daß durch seine Vermittlung in großem Umfange feudaler Reichtum in bürgerlichen transformiert worden ist.“<sup>1</sup>

Als Beispiele für die vermögenbildende Kraft der Geldleihe dienen Sombart vor allem die Geschäfte der Juden. Vermögende Leute gab es während des ganzen Mittelalters unter den Juden; ihr Vermögen aber erwuchs fast ausschließlich aus der Geldleihe. „Bekanntlich war der Reichtum der Juden nie von langer Dauer, weil die Fürsten und Städte den Schwamm jedesmal, wenn er voll genug gesogen war, auspreßten. Aber es ist doch erstaunlich, in wie rascher Zeit Israel das abgenommene Hab und Gut wieder zu ersetzen wußte, es ist erstaunlich, um welche große Summen es sich bei der Plünderung gelegentlich handelte.“ Sodann erwähnt Sombart die Augsburger Kaufleute des 16. Jahrhunderts und die französischen Finanziers des 17. und 18. Jahrhunderts. Die großen Reichtümer der Augsburger flossen namentlich aus der Kolonialwirtschaft,

<sup>1</sup> Sombart, Der moderne Kapitalismus, in der ersten Auflage I 255.



dem Bergbau, dann aber auch wieder aus der Geldleihe<sup>1</sup>. Die französischen Financiers aber verstanden es, sich durch Anteilnahme an den öffentlichen Einkünften, durch geschickte Finanzoperationen, insbesondere auch vermittelt der Steuerpacht zu bereichern.

Die Vermögensbildung in der handwerksmäßigen Wirtschaft der vor-kapitalistischen Zeit, beim gewerblichen Handwerk, beim Handel usw. verblieb in engen Grenzen. Der Handelsprofit war trotz hoher Preisaufschläge im Mittelalter gering. Man denke nur an die beträchtlichen Transportkosten, an die nicht minder großen Zollgefälle, an die Unkosten und Verluste, die aus der Unsicherheit der Straßen erwuchsen.

In der ersten Auflage<sup>2</sup> des „Modernen Kapitalismus“ hatte Sombart die in den Händen des städtischen Patriziats akkumulierte Grundrente als das Urvermögen bezeichnen zu können geglaubt, aus dem das Kapital sich zu entwickeln vermochte. Auch in der zweiten Auflage hält Sombart daran fest, daß bei der Entstehung des bürgerlichen Reichtums das „Millionenbauerntum“ (die ursprünglichen Stadtgrundbesitzer) eine wichtige Rolle gespielt habe. Er gibt aber nun doch gegenüber „vortrefflichen Untersuchungen“ von Wirtschaftshistorikern zu, daß die Behandlung des Gegenstandes in der ersten Auflage „provozierend“ und „die Problemstellung allzu scharf zugespitzt“ gewesen sei<sup>3</sup>. Die Entstehung des Kapitals wird nicht mehr einseitig aus aufgehäufter Grundrente erklärt, sondern auf eine Mehrheit von Ursachen zurückgeführt.

Auch der unmittelbaren Vermögensbildung durch Gelderzeugung (Bergbau, Verhüttung der Erze, Prägung der Metalle) weist Sombart einen nicht geringen Einfluß auf die Entwicklung des Kapitalismus zu. Es handelt sich dabei aber nicht bloß um die unmittelbare Anteilnahme an den Erträgen des Bergbaues und den Gewinnen an der Münzung. Die Edelmetallproduktion und die Geldmacherei haben auch auf Umwegen ihre vermögensbildende Kraft betätigt (man erinnere sich z. B. an die Ausnutzung der besondern Münz- und Währungsverhältnisse).

<sup>1</sup> Sombart weist hier insbesondere hin auf die Schrift Jak. Strieders: Zur Genesis des modernen Kapitalismus (1914). Er sagt: „Diese Schrift ist eine der wertvollsten von den Arbeiten, die meinem M. K. ihre Entstehung verdanken“ (a. a. O. 638).

<sup>2</sup> I 290 f.

<sup>3</sup> Von den Historikern, die Sombart anführt, nennen wir insbesondere G. v. Below, Jak. Strieder (Augsburg), Reinh. Heynen (Venedig), Herm. Flamm (Freiburg), Friedr. Bothe (Frankfurt a. M.), H. Voltolini (Wien) usw. „Von Wert ist der Nachweis, daß nicht allein bei Augsburg, wie Strieder erwies, nicht allein bei Venedig, wie Heynen zeigte, sondern auch bei Florenz Sombart mit seiner geistvollen These in die Irre führte, da er behauptete, der moderne Kapitalismus sei auf angehäufter Grundrente zurückzuführen und nicht auf Handelsgewinn. Der wirtschaftliche Untergrund ist von Davidsohn zum ersten Male gründlich untersucht worden.“ So auch Alois Schulte, Italienische Stadtgeschichten. Literarische Beilage zur Köln. Volkszeitung Nr. 14, 8. April 1909, S. 106 in der Besprechung des Werkes von Robert Davidsohn, Geschichte von Florenz. 3 Bde. (1896 bis 1908).

Von den „freien Formen der Vermögensbildung“ sei hier nur noch auf die Kolonialwirtschaft hingewiesen. Die Ausplünderung fremder Länder und Völker macht ihr inneres Wesen aus. Was man Handel nannte, war da nur der Weg, um wehrlosen Völkern mit List und Gewalt möglichst unentgeltlich Wertobjekte abzunehmen. Durch Zwangsarbeit verschaffte man sich Anteil an fremder Produktion. Die Menschen der gelben Rasse qualifizierten sich als nützliche Lasttiere, die Indianer Amerikas aber gingen zugrunde. Schwarzes Menschenmaterial mußte darum aus Afrika beschafft werden. Wir sind reich geworden, weil ganze Rassen für uns starben, ganze Erdteile für uns entvölkert wurden.

*Objektive Vorbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft.* Als solche kommen in Betracht: die Neugestaltung des Güterbedarfs (Luxusentfaltung, Bedarf der Heere, Schiffsbedarf, Massenbedarf der Großstädte, Bedarf der Kolonien); sodann die Entstehung eines Lohnarbeiterstandes. Es mußten Personen vorhanden sein, die zu einem ihre Verwendung lohnenden Entgelte in genügender Menge dem Unternehmer zur Verfügung stehen. Das sind besonders Personen, die auf andere Weise ihre Existenz nicht fristen können, die entweder selbständig waren, ihre wirtschaftliche Selbständigkeit aber einbüßten oder die überhaupt niemals selbständig waren. Zu den objektiven Grundbedingungen der kapitalistischen Entwicklung gehört schließlich alles das, was, wie oben erwähnt, Sombart über den diesbezüglichen Einfluß von Staat, Technik und Edelmetallproduktion sagte. Den objektiven Bedingungen ist insbesondere auch eine solche Gestaltung der Rechtsordnung beizuzählen, wobei die von der kapitalistischen Unternehmung geforderten Verträge und Rechtsverhältnisse möglich werden. Es ist nicht gerade nötig, daß die geltende Rechtsordnung solche kapitalistischen Vorgänge und Verhältnisse anerkenne. Es genügt, um die Existenz des Kapitalismus zu ermöglichen, daß jene Beziehungen auf irgendeine Weise, sei es auch „*praeter*“ oder „*contra legem*“, tatsächlich zustande kommen können. Vor allem muß Profit möglich sein. In Wirklichkeit hat sich die Entwicklung des Kapitalismus häufig im Rahmen einer Rechtsordnung vollzogen, die solche Verhältnisse formell ausschloß. Die gewerbefreiheitliche Rechtsordnung mußte sich der Kapitalismus selbst erst erkämpfen.

Zu beachten ist ferner, was Sombart über die Entstehung der Unternehmerschaft sagt<sup>1</sup>. Der Kapitalismus ist das Werk einzelner Männer. Dorfgemeinschaft und Zünfte sind wirklich gewachsen, organisch entstanden. Der Kapitalismus aber kam in Gestalt von „Unternehmungen“ zur Welt. Es waren wagende, unternehmende Männer, die den Entschluß faßten, aus den Geleisen der herkömmlichen Wirtschaftsführung herauszutreten und neue Wege einzuschlagen. Einzelne Fürsten, Regierungen, Städte wirkten anregend oder begründeten auch eigene Unternehmungen

<sup>1</sup> Sombart, *Der moderne Kapitalismus* I 836 ff.

(z. B. Handelskompanien, industrielle Musteranstalten usw.). Auch innerhalb des Machtbereichs der Grundherren entwickelten sich Erwerbswirtschaften, die sich allmählich zur kapitalistischen Wirtschaft auswuchsen. Der Geist, der solche Grundherren in den Kapitalismus hineintrieb, war derselbe „Unternehmungsgeist mit chrematistischer Einstellung“, der alle kapitalistischen Unternehmer beseelte. Dazu kamen die bürgerlichen Unternehmer, Handwerker, Krämer, bauerliche Wirte, die sich emporarbeiteten, dann die berufsmäßigen Projektentmacher, Gründer, die Stammväter der Law, Pereire, Lessep, Strousberg, der Saccard und der Tausend und Abertausend kleinen Gründerseelen, mit denen unsere Zeit erfüllt ist.

Einzelne Personengruppen aber waren nach Sombart besonders geeignet, kapitalistische Unternehmer zu liefern, und zwar die „Ketzer“, d. h. die nicht zur Staatskirche gehörenden Bürger, die Heterodoxen (bei den Mohammedanern die Hindus, die Parsis, bei den Türken die Griechen, Levantiner usw.); die „Fremden“, d. h. die in ein Land Eingewanderten, unter denen die religionsverfolgten Christen seit dem 16. Jahrhundert die wichtigsten sind (Emigranten, Kolonisten usw.); die „Juden“.

Also 1. die „Ketzer“, die Heterodoxen. In diesen Kreisen der „Ausgeschlossenen“ wurde die Bedeutung des Geldbesitzes höher bewertet als bei den andern Bevölkerungsschichten desselben Landes, weil für sie das Geld den einzigen Weg zur Macht bedeutete.

2. Die „Fremden“. Leute, die sich zur Auswanderung in früheren Zeiten entschlossen, waren meist tatkräftige, berechnende, wenig sentimentale Naturen. Der Gelderwerb mußte auch ihnen als dasjenige Mittel erscheinen, mit dessen Hilfe sie am besten ihre Zukunft erbauen konnten.

3. Die „Juden“. Schon in der Frühzeit der modernen Wirtschaft waren die Juden sehr rege als Unternehmer tätig. Sie hatten einen hervorragenden Anteil an der Belebung des Welthandels, an der Kolonisierung Amerikas; sie waren überall besonders beteiligt an Heeres- und Kriegslieferungen; ihre räumliche Verbreitung, Zerstreuung über alle Länder, ihre Fremdheit, die Schranken, die ihnen in der Berufswahl gezogen waren, trieben sie in das kapitalistische Fahrwasser; sie waren die geborenen „interlopers“, die „Bönhasen“, die „Zunftbrecher“, die „Freihändler“, als die wir sie allerorten antreffen. Dazu kam ihr oft großer Reichtum. Durch gelegentliche Kreditgeschäfte hatten die Juden gewissermaßen instinktive Empfindungen erworben, es lasse sich aus Geld wirklich Geld machen. Die Geldleihe ist eben nach Sombart „eine der wichtigsten Wurzeln des Kapitalismus. Seine Grundidee ist schon in der Geldleihe im Keime enthalten; wichtigste Merkmale hat er aus der Geldleihe empfangen“<sup>1</sup>.

Was bisher über das Werden des Kapitalismus gesagt wurde, bezieht sich zunächst nur auf die Vorbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft, die deren Entfaltung in ihren Anfängen bis zum Ende des früh-

<sup>1</sup> Ebd. 918 f.



kapitalistischen Zeitalters ermöglicht haben. Damit der Kapitalismus aber in seine Hochepoche eintreten konnte, mußten noch andere Bedingungen erfüllt werden; solange diese nicht erfüllt waren, also bis etwa in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, bestanden „Hemmungen“ der kapitalistischen Entwicklung.

Diese Hemmungen führen sich vornehmlich auf zwei Komplexe von Tatsachen zurück:

1. Eine Lähmung der kapitalistischen Energie wurde zunächst bewirkt durch die Verwendung der akkumulierten Geldbeträge zu außerwirtschaftlichen, sog. „unproduktiven“ Zwecken, unter denen die Kriegszwecke eine hervorragende Stellung einnahmen. Gewiß fanden die wohlhabenden Bürger dabei eine günstige Gelegenheit zur Kapitalanlage; es waren aber eben doch außerwirtschaftliche Zwecke, welche die verfügbaren Geldvermögen stark absorbierten. Man denke an die Kreuzzüge, die Fehden der italienischen Stadtstaaten, an den deutschen Städtekrieg usw. Viele Vermögen Privater kamen infolgedessen nicht dazu, sich in Kapital zu verwandeln; ganze Handelshäuser wurden in den Kriegen zerstört, mußten die Akkumulation von vorne anfangen; ganze Staaten und die in ihnen vorhandenen Ansätze des Kapitalismus wurden in ihrer Entwicklung aufgehalten. Machtverschiebung bedeutet für das unterliegende Land Zerstörung oder Hemmung, für das obsiegende Land Förderung der freien Entfaltung. Auch die Verschiebung der Welthandelsbeziehungen mußte störend wirken.

2. Der zweite Komplex von Hemmungen der kapitalistischen Entwicklung lag auf populationistischem Gebiete. Es fehlte in der frühkapitalistischen Zeit an einer raschen Vermehrung der Bevölkerung (Hungersnöte, Seuchen, Kriege), vor allem aber an einer massenhaften Entstehung besitzloser Bevölkerungselemente. Es fehlte das für die volle Entwicklung des Kapitalismus ausreichende Proletariat. Ein etwa entstehender Bevölkerungsüberschuß verlor sich zum Teil im Söldnertum. Auch gab es noch „terra libera“, wie ebenfalls in den Kolonialgebieten für überschüssige Existenzen ein weites Feld zur Ansiedlung und zu freier Tätigkeit offen stand. Allmählich nahmen dann die der Bevölkerungszunahme im Wege stehenden Hemmnisse ab. In England tritt bereits im 17. Jahrhundert der Zeitpunkt rascherer Bevölkerungszunahme ein, einer der Hauptgründe, weshalb der Kapitalismus in England um 50 bis 100 Jahre dem kontinentalen vorauselte. Auf dem europäischen Festlande aber datiert der Umschwung erst seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts, insonderheit seit dem Ende der napoleonischen Kriege. Trotz noch immer starken Abstroms in die Kolonialgebiete entstand da nun bald ein Überangebot von Arbeitskräften. —

Wir wollten die Lektüre des monumentalen Werkes Sombarts durch unsere hier gebotene kurze Übersicht nicht ersetzen, vielmehr würde es uns freuen, wenn diese Ausführungen zum ernstesten Studium des bedeut-

samen Werkes selbst angeregt hätten. Wir verzichteten auch darauf, den weiteren Ausführungen Sombarts über den Siegeslauf der Kapitalwirtschaft bis in unsere Tage hinein zu folgen. Sowohl die Licht- wie auch die Schattenseiten dieser Entwicklung wurden ja in unserem Lehrbuche immer wieder hervorgehoben. Was wir hier im Auge hatten: eine Vorstellung über Wesen und Werden des „Kapitalismus“ im Sinne Sombarts zu gewinnen, dieser Zweck dürfte durch obige Wiedergabe Sombartscher Ideen und Forschungen zur Genüge erreicht sein. Nur auf einen Punkt möchten wir noch etwas ausführlicher eingehen.

Lehrreich für das Verständnis des „Kapitalismus“, nach der psychologischen und ethischen Seite hin, ist das von der „Herausbildung einer kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung“ handelnde Kapitel in Sombarts Schrift über „Die Juden und das Wirtschaftsleben“<sup>1</sup>.

Sombart fühlte sich durch Max Webers Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Calvinismus, Puritanismus und Kapitalismus<sup>2</sup> angeregt, dem Einfluß der Religion auf das Wirtschaftsleben nachzuspüren. Er fand dabei, daß „alle diejenigen Bestandteile des puritanischen Dogmas, die ihm von wirklicher Bedeutung für die Herausbildung des kapitalistischen Geistes zu sein schienen, Entlehnungen aus dem Ideenkreis der jüdischen Religion“<sup>3</sup> seien. Die Juden verfügten nach Sombart über „die spezifische Eignung, Begründer des modernen Kapitalismus zu werden“<sup>4</sup>. „Kein moderner Kapitalismus, keine moderne Kultur ohne die Versprengung der Juden über die nördlichen Länder des Erdballs.“<sup>5</sup> Die Herausbildung der kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung ist das Werk der Juden<sup>6</sup>. Sie erscheinen überall als Störer der „Nahrung“, weniger durch Betrug im vollen kriminalistischen Sinne, als durch Geschäftspraktiken, die auf „bestehende Rechts- oder Sittennormen nicht immer Rücksicht zu nehmen pflegten“<sup>7</sup>.

Bei dem Kampfe zwischen christlichen und jüdischen Kaufleuten handelte es sich „um den Kampf zweier Weltanschauungen oder doch wenigstens zweier grundsätzlich verschieden oder gegensätzlich orientierter Wirtschaftsgesinnungen“<sup>8</sup>. In dem christlichen Mittelalter „steht im Mittelpunkt auch der wirtschaftlichen Interessen der Mensch... Güter werden erzeugt und gehandelt, damit die Konsumenten gut und reichlich ihren Bedarf an Gebrauchsgütern decken können, aber auch die Produzenten und Händler ihr gutes und reichliches Auskommen (standesgemäße Nahrung) finden: beides so, wie es das Herkommen mit sich brachte... Die Kategorie des qualitativ bestimmten Gebrauchsgutes stand noch im Mittelpunkt der Bewertung... Das schrankenlose, unbegrenzte Streben nach Gewinn galt noch während dieser ganzen Zeit bei den meisten Wirtschaftssubjekten als unstatthaft, als „unchristlich“;

<sup>1</sup> Die Juden und das Wirtschaftsleben (1911) 7. Kapitel, 136—180. Daß Sombart durchaus objektiv verfahren will und von dem Verdacht des Antisemitismus völlig frei ist, braucht nicht versichert zu werden. Gleiches dürfen wir auch für uns beanspruchen.

<sup>2</sup> Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX XXI XXV, auch die späteren Ausführungen gegen Rachfahl, der Webers Auffassung bekämpfte.

<sup>3</sup> Sombart, Die Juden 5. Kap.

<sup>4</sup> Ebd. 7. Kap.

<sup>5</sup> Ebd. 8. Kap.

<sup>6</sup> Ebd. 136 ff.

<sup>7</sup> Ebd. 140.

<sup>8</sup> Ebd. 141.

wie denn der Geist der alten Thomistischen Wirtschaftsphilosophie noch immer wenigstens offiziell die Gemüter beherrschte. „So du . . . eine Ware allein hast, kannst du wohl einen ehrlichen Profit suchen; doch also, daß es christlich sei und dein Gewissen keinen Verlust erleide oder du an deiner Seele Schaden nimmest.“<sup>1</sup> Hier wie in allen Wechselfällen des Wirtschaftslebens blieb das religiöse oder sittliche Gebot doch immer das oberste: von einer Herauslösung der ökonomischen Welt aus dem religiös-sittlichen Gesamtverbande war noch keine Rede. Jede einzelne Handlung ressortierte noch unmittelbar von der obersten ethischen Instanz: dem göttlichen Willen. Und dieser war — soweit mittelalterlicher Geist herrschend geblieben war — wie allgemein bekannt, der mammonistischen Auffassung der Dinge im strengsten Sinne abhold, also, daß alles christliche Erwerbsleben alten Stils schon aus diesem Grunde immer ethisch temperiert blieb.

„Produzent und Händler sollen ihr Auskommen finden. . . . Darum sorgte die Gemeinschaft zunächst dafür, daß die Gesamtheit ihrer Produzenten und Händler ein hinreichend großes Gebiet für fruchtbare Tätigkeit hatte: der Grundgedanke aller merkantilistischen Politik — der gradlinigen Fortsetzung der mittelalterlich-städtischen Wirtschaftspolitik. Der Tätigkeitsbereich, den die Angehörigen eines Staates benötigen, ist mit Gewalt, wenn erforderlich, zu erobern und zu verteidigen. Alle merkantilistische Handels- und Kolonialpolitik ruht noch . . . auf diesem Grundgedanken. Ausdehnung der Handelsbeziehungen und damit Erweiterung des Absatzgebietes für den einheimischen Produzenten ist danach durchaus und ausschließlich ein kriegerisches Problem, ein Problem höchster Machtentfaltung. Wo überhaupt ein Wettbewerb stattfindet — und das war nur der Fall außerhalb der Landesgrenze —, wird der Erfolg entschieden durch die höchste kriegerische, nicht kommerzielle Tüchtigkeit. Dagegen ist im Innern des Landes jeder Wettbewerb etwa der einzelnen Wirtschaften untereinander ausgeschlossen. Der einzelne erhält sein Tätigkeitsgebiet: darauf kann er schalten und walten, wie es Sitte und Überlieferung vorschreiben. . . . So erhielt der Vollbauer seine Hufe: so viel Land und Weide und Wald, als er zum Betriebe seiner Landwirtschaft und zum Unterhalt seiner Familie bedurfte. Von dieser bäuerlichen Besitz- und Wirtschaftseinheit sind dann alle späteren Anschauungen abgeleitet, auch die, die Gewerbe und Handel gestalten. Immer schwebte die bäuerliche Nahrung als Idealgebilde vor: wie der Bauer sollten auch der gewerbliche Produzent und Händler seinen umfriedeten Bezirk haben, innerhalb dessen sie ihres Amtes walten konnten. Was für den Bauern sein Landlos, das war für den Städter die Kundschaft . . . die Quelle seines Unterhalts. Sie mußte eine bestimmte Größe haben, damit ein Geschäft in dem traditionellen Umfang von dem Absatz an sie bestehen konnte. Sie sollte dem einzelnen Wirtschaftssubjekt gesichert bleiben . . . : auf dieses Ziel sind eine Menge wirtschaftspolitischer Maßregeln gerichtet; dieses Ziel verfolgt vor allem auch die kaufmännische Moral. . . . Wo die Sicherung des Geschäftszweiges gegen die Übergriffe aus einem andern Geschäftszweige in Frage kam, sorgte ja die Zunftordnung für Aufrechterhaltung des Besitzstandes, ebenso in zahlreichen Fällen durch Schließung der Zunft, wo der Besitzstand eines Gewerbes als Ganzes in Frage stand. Den einzelnen Geschäftsinhaber gegen seinen Kollegen zu schützen, war vornehmlich die kaufmännische

<sup>1</sup> Allgemeine Schatzkammer III (1742) 1325.



Sitte berufen, die uns hier ganz besonders angeht, weil in ihr die Wirtschaftsgesinnung am unverfälschtesten zum Ausdruck kommt. Die Geschäftsmoral gebot nun aber mit aller Entschiedenheit, ruhig in seinem Laden der Kundschaft zu harren.... Auf das strengste verpönt war aller ‚Kundenfang‘: es galt als ‚unchristlich‘, als unsittlich, seinem Nachbarn die Käufer abspenstig zu machen.... Zu den unerlaubten Dingen gehört auch lange Zeit (Holland ausgenommen)... bis tief ins 18. Jahrhundert hinein die Geschäftsanzeige, zumal in der Form der Anpreisung... die Geschäftsreklame, der Hinweis auf besondere Vorzüge, die ein Geschäft etwa vor andern aufzuweisen sich anmaßte. Als den höchsten Grad kaufmännischer Unanständigkeit aber betrachtete man die Ankündigung: daß man billigere Preise nehme als die Konkurrenz. Das ‚Unterbieten‘, das ‚underselling‘, galt in jeder Gestalt als unschicklich....

„Über dem Produzenten und Händler wurde nun aber auch der Konsument nicht vergessen. Ja in gewissem Sinne blieb dieser die Hauptperson, da ja noch die naive Anschauung nicht ganz aus der Welt verschwunden war: daß Gütererzeugung und Güterhandel am Ende für den Güterverkehr, um diesen gut zu gestalten, da seien. Die naturale Orientierung... waltete auch hier noch ob: Gebrauchsgüterbeschaffung ist noch immer Zweck aller wirtschaftlichen Tätigkeit.... Daher denn vor allem während der ganzen frühkapitalistischen Epoche immer noch das Bestreben deutlich zutage tritt: gute Waren herzustellen; Waren, die das sind, was sie scheinen: also auch echte Waren.... Wie langsam sich der rein kapitalistische Grundsatz durchsetzte: daß allein der Tauschwert der Waren für den Unternehmer entschied, daß also das kapitalistische Interesse indifferent gegenüber der Gebrauchsgütereigenschaft sei, vermögen wir beispielsweise aus den Meinungskämpfen zu ersehen, die in England noch während des 18. Jahrhunderts deswegen ausgefochten wurden.... Durchaus organisch gliedert sich in diese (christlich-mittelalterliche) „Vorstellungswelt die Idee vom gerechten Preise ein, die offenbar auch noch tief in das frühkapitalistische Zeitalter hinein ihre Geltung bewahrt. Der Preis ist nicht ein Ding, mit dem das einzelne Wirtschaftssubjekt nach Belieben schalten und walten kann. Auch die Preisbildung unterliegt den obersten Religions- und Sittengesetzen wie jeder wirtschaftliche Vorgang. Sie soll so gestaltet werden, daß dem Wohle des Produzenten, wie des Händlers, wie des Konsumenten damit gedient werde. Und wie das geschehe, darüber entscheidet nicht das Gutdünken des einzelnen, sondern entscheiden objektive Normen. Woher diese zu entnehmen seien: diese Frage wird freilich im Laufe der Jahrhunderte verschieden beantwortet. Der mittelalterlichen Anschauung, wie sie in voller Reinheit etwa noch Luther vertritt, entsprach es ja, die Höhe des Preises nach den Kosten und der Arbeit zu bestimmen, die dem Produzenten (Händler) erwachsen waren: der Preis, würden wir sagen, wurde nach den Produktionskosten bemessen, während sich unter dem Einfluß des wachsenden Verkehrs, deutlich wahrnehmbar wohl seit dem 16. Jahrhundert, eine Verschiebung in den Ansichten vom gerechten Preise vollzieht, die mehr und mehr die preisbildende Kraft des Marktes (Angebot und Nachfrage) anerkennen müssen.... Aber was das Wichtigste ist: so oder so: der Preis bleibt immer ein dem willkürlichen Eingriff des einzelnen entzogenes, nach objektiven Normen sich für jedes Wirtschaftssubjekt verbindlich durchsetzendes Gebilde. Und zwar ist das objektiv Zwingende in der Preisbildung eine ethische (nicht wie später eine ‚naturgesetzliche‘) Potenz: der einzelne soll den

Preis nicht willkürlich bemessen (während es später höchstens hieß: er kann ihn nicht willkürlich bemessen).

„Die Gesamtstimmung, die sich aus der Befolgung all dieser Grundsätze ergab, war denn wohl das ganze frühkapitalistische Zeitalter hindurch die eines geruh-samen Sichauslebens. Der Grundzug war die Stabilität, der Traditionalismus. Der einzelne Mensch, auch wenn er Geschäfte betrieb, hatte sich noch nicht im Lärm und Trubel dieser Geschäfte verloren. Er war noch Herr seiner selbst. Er hatte sich auch noch die Würde des selbständigen Mannes bewahrt, der sich nicht wegwirft um eines Profites willen. Überall im Handel und Verkehr herrscht noch ein persönlicher Stolz. Der Kaufmann hat noch Haltung. . . Wir sehen den Kaufmann alten Stils deutlich vor uns: wie er ein wenig steif und ungelenk in Kniehosen und langem Rock, mit der Perücke angetan, würdevoll daherschreitet: gewohnt, seine Geschäfte ohne viel Nachdenken und ohne viel Eifer zu vollbringen, im gewohnten Kreise, seine gewohnte Kundschaft in gewohnter Weise bedienend, ohne Überstürzung, ohne Hast. . .

„Und gegen diese festgefügte Welt nun rannten die Juden Sturm. Gegen diese Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsgesinnung sehen wir sie auf Schritt und Tritt verstoßen. Gewiß war auch die Geschäftsgebarung der christlichen Produzenten und Händler nicht frei von Vergehungen gegen die Vorschriften des Rechts und der guten Sitten . . . die spezifisch jüdische ‚Gesetzes-übertretung‘ äußert sich vor allem darin, daß es sich bei den Verstößen der Juden gegen Recht und Sitte gar nicht handelt um die vereinzelte Unmoral eines einzelnen Sünders, sondern daß diese Verstöße der Ausfluß der für die Juden gültigen allgemeinen Geschäftsmoral waren, daß in ihnen also nur die von der Gesamtheit der jüdischen Geschäftsleute gebilligte Geschäftspraxis zum Ausdruck kommt. Wir müssen aus der allgemeinen und fortgesetzten Übung bestimmter Gebräuche den Schluß ziehen, daß die Juden diese ordnungswidrige Handlungsweise gar nicht als unsittlich und somit als unerlaubt empfanden, sondern bei ihrem Tun das Bewußtsein hatten, die richtige Moral, das ‚richtige Recht‘ gegenüber einer unsinnigen Rechts- und Sittenordnung zu vertreten.“ . . . Dabei wird man aber solche „kapitale Vergehen gegen die Strafgesetze, die von einem großen Teile der Juden gemißbilligt wurden, ausscheiden müssen und wird sich zu beschränken haben auf eine Namhaftmachung derjenigen Rechtsbeugungen und Sittenverletzungen, für die wir den ‚consensus omnium‘ innerhalb der jüdischen Geschäftswelt voraussetzen und von denen wir sonach auch auf das Vorhandensein einer besondern jüdischen Wirtschaftsgesinnung schließen dürfen.“

Im einzelnen führt nun Sombart zunächst an, daß der Jude als der „reinere Geschäftsmann, als der in Geschäften Nur-Geschäftsmann, als derjenige, der im Geiste echt kapitalistischer Wirtschaft allen naturalen Zwecken gegenüber den Primat des Erwerbszweckes anerkennt“, vor unsern Augen deutlich sich abhebt. Die Geldinteressen walten vor. Alles Dichten und Trachten, alles Denken und Zählen dreht sich ums Geld. Wenn man einwenden kann: „in nichtjüdischen Familien sei das Geldinteresse ebenso lebendig . . .“, dann würde ich aber als das spezifisch Jüdische gerade diese Naivität, diese Selbstverständlichkeit, diese Unverblümtheit ansehen, mit der das Geldinteresse in den Mittelpunkt aller Lebensinteressen gestellt wird. . . Der Jude gilt in den Zeiten unvollkommen entwickelter kapitalistischer Wirtschaft gleichsam als der Vertreter der ausschließlich auf Geldgewinn gerichteten Wirtschaftsgesinnung. Nicht daß er

wucherte, unterschied ihn vom Christen, nicht daß er Gewinn erstrebte, nicht daß er Reichtümer anhäufte, sondern daß er all das nicht heimlich, sondern ganz offen tat, und daß er sich zu all diesen Dingen offen bekannte. Und daß er rücksichtslos und unbarmherzig sein geschäftliches Interesse verfolgte...

„Aus diesem starken, ethisch nicht mehr temperierten Gewinnstreben ergeben sich nun all die einzelnen Geschäftsmaximen und Geschäftspraktiken, die man an den Juden tadelte, ganz von selbst. Gleich ihre Eigenart oder... Unart, keine von Gesetz oder Satzung den einzelnen Berufszweigen oder Gewerbearten gezogenen Schranken zu achten... Ihre ‚Trödeläden‘ — das Urbild des modernen Warenhauses — spotteten jeder zumftmäßigen Gliederung... Hängt mit dieser Nichtachtung aller ständischen Gliederung und also einer Durchsetzung der rein geschäftlichen Zwecke allen Schranken zum Trutz die Tatsache zusammen, daß wir die Juden auch als Rebellen gegenüber dem merkantilistischen Staat antreffen? Daß sie auch hier ohne Rücksicht auf die der merkantilistischen Handelspolitik zugrunde liegenden nationalwirtschaftlichen Ideen die freie Handelsbewegung durchzusetzen trachteten?... — Internationalität des ‚Judenkommerzes‘...“

„Wir sahen, daß es ein oberster Grundsatz aller handwerksmäßigen und auch noch zum guten Teil der frühkapitalistischen Wirtschaftsverfassung war, dem Nachbarn seine Kunden nicht abspenstig zu machen. Und gerade gegen diesen Grundsatz sehen wir die Juden immerfort verstoßen. Überall lauern sie Verkäufern oder Käufern auf... ‚An die Kunden heranzukommen‘ ist die Losung. Dazu dienen insbesondere auch Anzeige und Reklame. Die Juden sind die Väter der modernen Zeitungspressen, also des eigentlichen Organs der Reklame; insbesondere haben sie die billige Sous-Pressen begründet... Der Jude schleudert. Der Jude verdirbt die Preise. Der Jude lockt die Kunden durch seine billigen Preise an. Das ist das Lied, das, wo immer Juden Geschäfte machen, während des 17. und 18. Jahrhunderts in allen Tonarten gesungen wird... Die Juden sind auch die Väter des Surrogates im allerweitesten Verstande...“ Im Hinblick auf die verschiedenen „Praktiken“ glaubt Sombart zusammenfassend „eine gewisse Indifferenz gegenüber den Mitteln“ feststellen zu können, die man zur Erreichung des geschäftlichen Endzweckes anwenden muß. „Sowohl die Rücksichtnahme auf fremde personale Werte, als auch der Respekt vor der gesetzlichen und gesellschaftlichen Ordnung, als endlich auch das Festhalten an der naturalen Orientierung bei der Güterbeschaffung verlieren an Stärke, und die ausschließlich tauschwertorientierte, rein chrematistische Auffassung von der Aufgabe des Geschäftsmannes gewinnt die Oberhand. Das, was ich an anderer Stelle die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zum rücksichtslosen Erwerb genannt habe, sehen wir hier in ihren ersten Anfängen, und zwar noch in dem Stadium erst personal zufälliger Bestimmtheit...“

Auch auf die Gründe, die den Juden nicht nur eine scheinbare, sondern eine wirkliche Sachverbilligung, niedrigere Preise, ermöglichten, weist Sombart hin: „Herabminderung der eigenen Ansprüche des Produzenten oder Händlers, der subjektiven Kosten oder Verringerung des Aufwandes an Kosten, die der verkaufende Produzent oder Händler zu zahlen hat: sei es wiederum, daß er die an der Produktion beteiligten Personen (Arbeiter) niedriger entlohnt, sei es, daß er die Herstellungs- oder Absatzmethoden produktiver, also billiger gestaltet.“ Der Jude war sparsam in seiner Lebensweise. Kleiner Nutzen, großer Umsatz!



Beschleunigung des Umsatzes war seine Maxime. Die Juden verstanden es, sich am frühesten wichtiger Zweige der kapitalistischen Industrie zu bemächtigen. Sie verstanden es, eine Neugestaltung des Geschäftslebens herbeizuführen, die Käufer anlockt. Sie verlegten sich auf den Ankauf alter, „verlegener“ Waren; vielleicht könnte man sie auch die Väter der Abfallindustrie nennen. Sie wurden Pfandleiher. In Deutschland waren sie Väter des Abzahlungsgeschäftes, beschritten in der Ausgestaltung des Restaurationswesens neue Wege (Kempinsky). Das Institut der berufsmäßigen Kreditvermittlung wurde von Juden ins Leben gerufen usw. In all diesen Neuschöpfungen zeigt sich nicht nur die besondere Begabung der Juden, sondern auch die „ihnen eigentümliche Wirtschaftsgesinnung: der Wille zum neuen Trick“ ...

„Wir sind nun am Ende ... und schauen einen Augenblick auf die durchwanderte Wegstrecke zurück. Was wir deutlich vor uns sahen, war der schroffe Gegensatz, in dem während der ganzen frühkapitalistischen Epoche jüdische und nichtjüdische Wirtschaftsgesinnung sich gegenüberstehen. Die herrschende Wirtschaftsgesinnung habe ich in ihren Grundgedanken zu erfassen versucht: Traditionalismus, Nahrungsideal, Idee der ständischen Gliederung und Stabilität sind ihre wichtigsten Bestandteile. Was aber ist nun das grundsätzlich Neue in der Betrachtungsweise, die wir als die spezifisch jüdische kennen lernten? Wir können es in einem einzigen, inhaltsschweren Wort zusammenfassen: es ist der ‚moderne‘ Geist, wie er heute die Wirtschaftssubjekte durchgehend beherrscht. Wenn wir das ‚Sündenregister‘ überblicken, das man während des 17. und 18. Jahrhunderts den Juden vorhielt, so nehmen wir sehr bald wahr, daß (abgesehen von den grundsätzlich nicht in Betracht kommenden verbrecherischen Manipulationen) es nichts enthält, was der moderne Geschäftsmann nicht für das selbstverständlich Richtige erachtete, was nicht das tägliche Brot in jeder modernen Geschäftsführung bildete. Was der Jude durch alle die Jahrhunderte gegenüber den herrschenden Anschauungen vertritt, ist die grundsätzlich individualistische Auffassung von der Wirtschaft: daß die Wirkenssphäre des einzelnen Wirtschaftssubjekts nach oben und nach unten hin durch keine objektive Satzung irgendwie begrenzt sei, weder was die Größe des Absatzes noch was die Gliederung von Berufen betrifft; daß jedes Wirtschaftssubjekt jederzeit sich seine Stellung neu erobern und jederzeit sie gegen Angriffe verteidigen müsse; daß es aber auch das Recht habe, sich auf Kosten anderer einen so breiten Spielraum zu erkämpfen, als es in seiner Macht steht; daß die Kampfmittel wesentlich in der geistigen Sphäre liegen, List, Schlaueit, Verschlagenheit seien; daß andere Rücksichten als die auf das Strafgesetzbuch im wirtschaftlichen Konkurrenzkampfe nicht zu nehmen seien; daß alle wirtschaftlichen Vorgänge nach eigenem Gutdünken so zweckmäßig wie möglich von dem einzelnen gestaltet werden müssen. Was sich hiermit siegreich durchgesetzt hat, sind, wie man sieht, nichts anderes als die Ideen des ‚Freihandels‘, der ‚freien Konkurrenz‘, ist der ökonomische Rationalismus, ist der reine kapitalistische Geist, ist eben die moderne Wirtschaftsgesinnung, bei deren Ausbildung die Juden also eine große, wenn nicht die entscheidende Rolle gespielt haben. Denn sie sind es gewesen, die von außen her in einen anders gearteten Ideenkreis hinein diese Anschauungen trugen.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Sombart, Die Juden und das Wirtschaftsleben 141—180.

Sombart ist, wie gesagt, durchaus nicht Antisemit. Er will hier auch keine „Werturteile“ fällen, keinen Tadel gegen die Juden aussprechen. Er erkennt ihre besondere Befähigung rückhaltlos an, jene „überragende Rolle beim Aufbau der modernen Volkswirtschaft zu spielen, die wir sie tatsächlich spielen sehen“<sup>1</sup>. Wenn er sie „Begründer des modernen Kapitalismus“<sup>2</sup> nennt, so leugnet er nicht, daß noch andere Faktoren am Aufbau dieses modernen Kapitalismus beteiligt gewesen sind<sup>3</sup>. „Aber es wäre niemals zu dem Knalleffekt der menschlichen Kultur: dem modernen Kapitalismus, gekommen“<sup>4</sup> ohne die Juden. Die bisherigen Gründe (Entdeckung des Seeweges nach Ostindien, Verschiebung der staatlichen Machtverhältnisse) sind ferner nach Sombart nicht ausreichend, um den plötzlichen Niedergang Spaniens, den plötzlichen Aufschwung Hollands, das Dahinwelken so vieler Städte Italiens und Deutschlands und das Emporsteigen anderer, wie etwa Livornos, Lyons (vorübergehend), Antwerpens (vorübergehend), Hamburgs, Frankfurts a. M. zu erklären. Vielmehr waren es nach Sombarts Meinung die Juden, „die an entscheidenden Punkten den wirtschaftlichen Aufschwung dort förderten, wo sie erschienen, den Niedergang dort herbeiführten, von wo sie sich wegwandten“<sup>5</sup>. Für die allerneueste Zeit scheint nach Sombart eine wirkliche Zurückdrängung des jüdischen Elementes stattzufinden. Und warum? „Die Nichtjuden haben sich den Anforderungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems mehr angepaßt, sie haben ‚gelernt‘“; und auch die sachlichen Bedingungen, unter denen gewirtschaftet wird, haben sich geändert: „Die kapitalistischen Unternehmungen (man denke an unsere Großbanken) bilden sich mehr und mehr in bureaukratische Verwaltungen um, die nicht mehr in gleichem Maße wie früher spezifische Händlereigenschaften heischen: der Bureaukratismus tritt an die Stelle des Kommerzialisismus.“<sup>6</sup>

Den weiteren Untersuchungen zu folgen, die Sombart noch über die Befähigung der Juden zum Kapitalismus<sup>7</sup> und über die Entstehung des jüdischen Wesens<sup>8</sup> anstellt, wäre vielleicht für den Leser interessant. Wir legen uns indes in dieser Frage besondere Zurückhaltung auf, wie wir, aus denselben Gründen, den Ausführungen Max Webers über Calvinismus usw. und kapitalistischen Geist gegenüber sogar eine noch größere Reserve beobachtet haben<sup>9</sup>. Für uns kommen ja

<sup>1</sup> Ebd. 7. Kap.<sup>2</sup> Ebd.<sup>3</sup> Ebd. 10. Kap.<sup>4</sup> Ebd. 8. Kap.<sup>5</sup> Ebd. 6. Kap.

<sup>6</sup> Ebd. 8. Kap. f. Von jüdischen Schriftstellern wurde die Behauptung Sombarts, den Juden sei eine wahre Blüte des Wirtschaftslebens zu verdanken (kritisch beleuchtet durch Below und Rachfahl) nicht zurückgewiesen, wohl aber die ungünstige Charakterisierung der Juden. Spätere Ausführungen Sombarts veranlaßten Sieveking (Weltwirtschaftliches Archiv 1915) zu der Bemerkung: Sombart verzichte jetzt darauf, den Kapitalismus als orientalische Errungenschaft anzusehen; dieser sei ihm vielmehr ein Werk der romanisch-germanischen Völker. Wenn Sombart die Scholastik mit der kapitalistischen Entwicklung in Beziehung brachte, so steht diese und die mittelalterliche Kirche dem von Sombart geschilderten „kapitalistischen Geist“ streng ablehnend gegenüber. Die christliche Sittenlehre fördert gewiß wirtschaftliche Tüchtigkeit, nicht aber „Kapitalismus“ und „kapitalistischen Geist“. Vgl. Bernatziks Bemerkungen in der Deutschen Literaturzeitung 1914, Nr. 38/39.

<sup>7</sup> Sombart a. a. O. 183—337. Vgl. J. Henningsen, Professor Sombarts Forschungen zur Judenfrage. <sup>8</sup> Sombart a. a. O. 337—434.

<sup>9</sup> Wenn F. X. Eberle (Kathol. Wirtschaftsmoral [1921] 28 ff.) die Begriffe „Kapitalismus“, „kapitalistischen Geist“ anders formuliert als wir, so glauben wir doch, daß

hier auch weder Calvinisten, Puritaner, Quäker noch Juden in Betracht. Lediglich der Begriff „Kapitalismus“ und die hierfür bedeutsame „kapitalistische Wirtschaftsgesinnung“, der „kapitalistische Geist“ steht hier in Frage, und nur deshalb wurden Sombarts Ausführungen mit seinen Worten „in extenso“ wiedergegeben.

#### 4. Weiteres Material zum Verständnis des Begriffes „Kapitalismus“.

Nach Richard Ehrenberg<sup>1</sup> pflegt das „schillernde Schlagwort Kapitalismus“ jetzt meist in dem Sinne gebraucht zu werden, daß es den Übergang der Leitung der Produktion an „Kapitalisten“ bedeute. Das sei durchaus irrig. Die Leitung der Produktion liege heute ebenso wie früher in den Händen des Unternehmers, der mit dem Kapitalisten durchaus nicht zu verwechseln sei; denn der Unternehmer sei ein Arbeiter, während der Kapitalist als solcher, d. h. nachdem das Kapital durch Arbeit entstanden ist, ohne weitere Arbeit erwerbe. Auch wenn man mit dem Schlagwort „Kapitalismus“ sagen wolle, daß die relative Bedeutung des Kapitals gegenüber der Arbeit sich zugunsten des ersteren verschoben habe, so sei diese Meinung ebenfalls eine irrige; denn die Verwendung größerer Kapitalien bedürfe einer entsprechenden Steigerung der Arbeit, namentlich für die Leitung des Unternehmens. „Kapitalistisch“ bedeute lediglich, daß mehr Kapital für die Produktion nötig sei, und zwar, seitdem das Geld allgemeines Tauschmittel ist, mehr Geldkapital.

„Kapitalistische Produktion“ wäre hiernach eine solche, die Geldkapitalien bedarf, wobei das Geld als zinstragendes fungiert, sei es das eigene, vom Unternehmer investierte Kapital, sei es geliehenes Geld: „Der Kapitalist als solcher erwirbt ohne weitere Arbeit.“ Wenn aber Ehrenberg sagt, der Kapitalismus bestehe nicht darin, daß der „Kapitalist“ Leiter der Produktion geworden ist, Leiter der Produktion sei der Unternehmer geblieben und dieser sei Arbeiter, so darf demgegenüber vielleicht an ein Wort erinnert werden, das in einem österreichischen Hofdekret vom 14. Dezember 1814<sup>2</sup> sich findet. Da heißt es: „Der Betrieb eines Fabrikationszweiges besteht seiner Natur nach weniger in der persönlichen Ausübung der Professionsarbeit von seiten des Unternehmers, als in der Anwendung seiner Vermögenskraft auf den gewählten Zweig der Fabrik.“ Auch das Kleingewerbe ist oft eine kleinkapitalistische Unternehmung mit Marktproduktion. Aber der Profit führt sich hier doch in ganz anderer Weise auf die persönliche Ausübung der Profession zurück als der Profit des Großunternehmers auf seine kalkulatorisch-spekulative und geschäftsleitende Tätigkeit. Ohne deren Bedeutung irgendwie zu verkennen, bleibt es wahr, daß der Profit sich (zum wenigsten „ceteris paribus“) nach der Größe nicht der Arbeit, sondern des Kapitals richtet. Und ferner: Wenn man die Leistungsfähigkeit und insbesondere die geistige Leistung des Unternehmers so stark betont, dann wird doch auch wieder, angesichts der heute gegebenen Verhältnisse, die Unterscheidung zwischen „arbeitenden“ und „nicht arbeitenden“ Unternehmern kaum übersehen werden

---

es sich lediglich um eine verschiedene Terminologie handelt bei sachlicher Übereinstimmung.

<sup>1</sup> Große Vermögen. Ihre Entstehung und ihre Bedeutung (1902) 7 f. Ders., Das Wesen der neuzeitlichen Unternehmung. I. Kapitalismus, im Thünen-Archiv 1905, 34 ff.

<sup>2</sup> Zitiert in dem Referate Philippovichs über die Handwerkerfrage, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik LXXVI (1898) 74.



dürfen<sup>1</sup>. Zu den letzteren gehören solche „Unternehmer“, die sich nur mit ihrem Vermögen an der Unternehmung beteiligen, aber keine Unternehmerarbeit verrichten (Aktionäre, stille Gesellschafter, Kommanditisten, Gutsbesitzer, die ihr Gut administrieren lassen usw.). Die „Entpersönlichung“ der Unternehmung bzw. des Unternehmertums nahm sogar mehr und mehr zu, d. h. gerade die Möglichkeit, ohne persönliche Leistung, nur durch Hingabe von Kapital „Unternehmer“ zu werden und Gewinn zu erzielen. Der Kapitalbesitz genügt, persönliche Eigenschaften kommen für den „nicht arbeitenden“ Unternehmer gar nicht in Betracht. Man kann auch in dem einen Unternehmen tätig sein und zugleich, durch Kapitalgewährung in bestimmten Formen, noch Unternehmer für eine zweite, dritte, vierte Unternehmung werden. Die Macht des Vermögensbesitzes überwiegt ferner so sehr, daß dieser Besitz oft genügt, um einer Unternehmung, auch ohne besondere persönliche Tüchtigkeit des Leiters, im Wettbewerb mit Schwächeren den Vorrang zu verschaffen. Es sprechen also in der Tat gewichtige Gründe gegen die Annahme, daß die „relative Bedeutung des Kapitals gegenüber der Arbeit sich nicht zugunsten des ersteren verschoben habe“. Durchaus maßvoll urteilende Autoren scheinen vielmehr in dieser relativ überwiegenden Bedeutung des Kapitals gerade eine Eigentümlichkeit oder gar das Wesen des „Kapitalismus“ zu erblicken.

Philippovich<sup>2</sup> z. B. charakterisierte die „kapitalistische Produktion“ durch folgende Momente: 1. „die ausschließliche Unterordnung der Produktion, in ihrer Organisation wie in der ausübenden Tätigkeit, unter das Interesse nicht an dem sachlichen Erfolg, sondern an dem Geldertrag; 2. das Überwiegen der Macht des Vermögensbesitzes“ (angelegtes oder anzulegendes Geld) „als eines Mittels, Produktionen zu organisieren, individuellen Produktionsunternehmungen auch ohne persönlich größere Tüchtigkeit des Leiters im Wettbewerb mit Schwächeren zum Siege zu verhelfen; 3. die Abhängigkeit der Arbeiter vom Besitz, die Herabdrückung der ausführenden Arbeit zu einem Produktionsmittel, der angeworbenen dritten Arbeitskräfte zu Erwerbsmitteln für den Unternehmer; 4. die infolge dieser Machtstellung sich ergebende Verteilung des Produktionsertrages bzw. seines Wertes in der Weise, daß der Arbeiter fix abgelohnt, aller Überschuß aber dem Unternehmer bzw. dem von ihm in die Produktion eingelegten Vermögen, Kapital, zugerechnet wird —, das sind Eigentümlichkeiten der Produktionsorganisation, welche auf das innigste mit der Geldbewertung der Vermögen und ihrer Erträge zusammenhängen“. „Kapitalismus“ bezeichnet demgemäß, nach Philippovich, „die Gesamtheit der Erscheinungen einer Wirtschaftsordnung, deren Produktion in vorbeschriebener kapitalistischer Weise organisiert ist“<sup>3</sup>.

War nach der mittelalterlichen Auffassung vornehmlich die persönliche Arbeit Erwerbsmittel, so ist es jetzt vorzugsweise der sachliche Vermögensbesitz, der Geldbesitz, das „Kapital“. Darum ist auch der scharfe Gegensatz zwischen „Kapitalist“ und „Arbeiter“ eine wesentlich geldkapitalistische Erscheinung<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Kleinwächter, Die volkswirtschaftliche Produktion, in Schönbergs Handbuch I<sup>4</sup> 216.

<sup>2</sup> Grundriß I<sup>8</sup> (1909) 167; I<sup>11</sup> (1916) 187.

<sup>3</sup> Das besagt etwas mehr, als wenn Philippovich an anderer Stelle die „durch das Erwerbskapital organisierte Volkswirtschaft“ als „Kapitalismus“ bezeichnet.

<sup>4</sup> Vgl. Liefmann, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften (1909) 20.

Nach Wilhelm Lexis<sup>1</sup> ist „der Kapitalismus ein weiterer Begriff als die kapitalistische Produktionsweise“. Die kapitalistische Produktionsweise gilt ihm als die geldwirtschaftlich geordnete Produktion im Großbetriebe. Der „Kapitalismus“ aber „bedeutet einfach das auf Geldbesitz gegründete und mit seiner Geldmacht wirkende große Unternehmertum, und seine Anfänge, die in das Mittelalter zurückreichen, liegen in der Handels- und Bankunternehmung. Auch der Arbeit gegenüber trat der Kapitalismus in dem Verleger-system zuerst als Handelsunternehmung auf. Die Handwerker wurden durch die Umstände veranlaßt oder gezwungen, als Hausindustrielle für den Großverkehr zu arbeiten, und das Handelskapital übernahm den Vertrieb ihrer Produkte auf dem großen Markt, der ihnen selbst unzugänglich war. In dem Fabrikssystem wurde dann das Kapital selbst Träger der Produktionsunternehmung und erlangte dadurch zugleich in höherem Maße die Möglichkeit, sein wirtschaftliches Übergewicht den besitzlosen Arbeitern gegenüber auszunutzen. . . . Auch früher gab es Meister und Arbeiter, aber sie betrachteten sich als Angehörige derselben Gattung, während jetzt das Kapital als eine die Produktion beherrschende Macht erschien, die außerhalb der Sphäre des Arbeiters stand, und die wie eine transzendente Macht seine Geschicke leitete, wenn er auch der Form nach einen freien Vertrag mit ihr schloß.“

Flügler<sup>2</sup> erblickt ebenfalls mit Kleinwächter im Kapitalismus die auf dem Geldbesitz beruhende Herrschaft. Er betont aber überdies noch den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und wirtschaftlichem Liberalismus. Der Kapitalismus wäre hiernach die auf dem Geldbesitz beruhende und von den Grundsätzen des wirtschaftlichen Liberalismus geleitete Herrschaft, die „kapitalistische Produktionsweise“ die von dem Geldbesitz nach den Grundsätzen des wirtschaftlichen Liberalismus beherrschte Produktionsweise<sup>3</sup>. Den Kernpunkt jener Grundsätze sieht Flügler darin, daß im Wirtschaftsleben von jedem andern Motiv außer dem Egoismus abgesehen wird: „Der wirtschaftliche Begriff der kapitalistischen Produktionsweise erschöpft sich unter der Voraussetzung des reinen Egoismus als treibenden Motives in Geldwirtschaft und Großbetrieb. Die Loslösung aller ethischen Momente des Individuums, außer diesem, verleiht der kapitalistischen Produktionsweise wie dem Kapitalismus erst das Charakteristische. Nur wenn ich das annehme, ist das Verhalten des Kapitals zur Arbeit verständlich. Auch nur unter diesem Gesichtspunkte wird sein Verhalten dem Staate und der Masse der Individuen gegenüber begreiflich.“

Karl v. Vogelsang<sup>4</sup> bezeichnet den „Kapitalismus“ als „das Prinzip, daß der erwerbende Besitz keine andere Bestimmung in sich trage als die des Erwerbes“, im Gegensatz zu dem Prinzip der christlichen Gesellschaftsordnung, nach welchem der erwerbende Besitz eine soziale, d. h. eine auf die menschliche Gemeinschaft gerichtete Bestimmung habe.

<sup>1</sup> Allgemeine Volkswirtschaftslehre (1910) 7; <sup>2</sup>(1913) 6 f.

<sup>2</sup> Zur Psychologie des Kapitalismus, in Soziale Kultur XXXI (1911) 88.

<sup>3</sup> „Kapitalistische Produktionsweise“ und „Kapitalismus“ sind, wie gesagt, nach unserer Auffassung nicht dasselbe. — Nach Knies, Politische Ökonomie<sup>2</sup> (1888) ist „Kapitalismus“ „das System der absolut freien Privattätigkeiten“.

<sup>4</sup> Die sozialen Lehren des Freiherrn Carl v. Vogelsang, zusammengestellt von Wiard Kloppe (1894) 43.

Scharf formuliert tritt uns Ruhlands<sup>1</sup> Auffassung entgegen: „Man muß sich nur nicht einreden lassen“, sagt er, „daß unter ‚Kapital angesammelte Arbeitsprodukte‘ zu verstehen seien, ‚welche dem Zweck der volkswirtschaftlichen Gütererzeugung dienen‘. Kapital ist eine kleine oder große Gütermenge, welche der Gewinnsucht dient. Kapitalisten sind Wucherer im weitesten Sinne des Wortes. Unter Wucher in diesem Sinne verstehe ich mit Franz Schaub jede vertragsmäßige Aneignung eines offenkundigen Mehrwertes. Und mit dem Worte Kapitalismus bezeichnen wir heute ein gesellschaftliches System, in welchem die Wucherfreiheit mehr oder minder vollständig zu Recht besteht.“ In diesem Sinne wäre also, kurz gesagt, der Kapitalismus das staatlich konzessionierte System der Wucherfreiheit. Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und wirtschaftlichem Liberalismus, zwischen Kapitalismus und Egoismus kann nicht in schrofferer Form zum Ausdruck gebracht werden. An anderer Stelle sagt Ruhland<sup>2</sup>: Der Begriff „Kapitalismus“ führt „zum Streben nach Gewinn, und zwar einer Gewinnsucht, die sich nicht schämt“ usw. „Der Kapitalismus bedeutet die volkswirtschaftliche Herrschaft der Kapitalisten, die nur historisch verstanden werden kann.“ Wenn nun aber, so heißt es wiederum im „System“<sup>3</sup>, wenn „alle krankhaften Erscheinungen im Völkerleben der Gegenwart sich gleichartig auf den Kapitalismus in der Gesellschaft zurückführen, und wenn das Wesen dieses Kapitalismus in der vertragsmäßigen Aneignung von offenkundigem Mehrwert liegt, dann kann die wirkliche Heilung unserer wirtschaftlichen Mißstände nur durch eine reinliche Beseitigung dieser vertragsmäßigen Mehrwertaneignung erreicht werden. . . . Wir können deshalb unser ganzes politisches Programm dahin zusammenfassen, daß wir sagen: Beseitigt die Wucherfreiheit, die sich hinter dem Satze versteckt: ‚Möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen‘, durch Wiedereinführung des gesellschaftlichen Kostenwertes, auch Äquivalenzwert<sup>4</sup> genannt.“

Es hat keinen Zweck, den Begriff „Kapitalismus“ noch bei andern Autoren<sup>5</sup> zu verfolgen. Fassen wir vielfach wiederkehrende Begriffselemente zusammen, so dürfen wir ganz allgemein sagen: Kapitalismus ist die Beherrschung der Volkswirtschaft durch das Erwerbsinteresse des Kapitalbesitzes.

In diesem Sinne wird der Ausdruck „Kapitalismus“ regelmäßig schon bei den älteren katholischen Sozialphilosophen und Sozialpolitikern erklärt, bei v. Vogel-

<sup>1</sup> System der politischen Ökonomie III (1908) 302 334 339.

<sup>2</sup> Volkswirtschaftliche Grundbegriffe (1910) 15.

<sup>3</sup> III 334 339.

<sup>4</sup> Vgl. diesbezüglich auch Karl Scheimpflug, Art. „Kapital und Kapitalismus“, im Staatslexikon der Görresgesellschaft III<sup>1</sup> (1894) 599 f.

<sup>5</sup> Vgl. z. B. Franz Oppenheimer, Wesen und Entstehung des Kapitalismus, im Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industriebeamten, 3. Jahrg. (1909) 195; Ders., Theorie der reinen und politischen Ökonomie (1910) 681: „Bastard von Knechtschaft [im Oppenheimerschen Sinne, d. i. der auf Eroberung beruhenden Herrschaft, die den Feudalstaat und die Bodensperrung durch das große Grundeigentum schuf] und Freiheit, ist es sein (des Kapitalismus) historischer Beruf, die Menschheit durch neue Knechtschaft zur vollen Freiheit zu führen und dabei selbst zugrunde zu gehen.“ Gerlich (Geschichte und Theorie des Kapitalismus [1913]) geht auf den Begriff „Kapitalismus“ nicht ein.



sang, A. M. Weiß usw. So schreibt z. B. Julius v. Costa-Rossetti<sup>1</sup>: „Die große Verbreitung der kapitalistischen Produktionsweise durch die Fortschritte der Erfindungen und durch Einführung der Gewerbefreiheit, verbunden mit der Entfesselung des Geldkapitals und der Entwicklung des Kreditsystems, bewirkte, daß nach und nach die Herrschaft des Sach- und Geldkapitals sich ausbreitete und befestigte. Das Kapital ist in den Händen weniger eine Macht geworden, welche die gesamte Wirtschaft der Nationen beherrscht.“ Franz Walter aber lenkt die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf das Verhältnis des Kapitalbesitzes zur Arbeit, indem er sagt<sup>2</sup>: „Wir verstehen unter Kapitalismus jenes volkswirtschaftliche System, in welchem das Kapital zu dem die Produktion und die Verteilung des Produktionsertrages beherrschenden Faktor gegenüber dem andern wirtschaftlichen Faktor, der menschlichen Arbeit, geworden ist.“

Also nicht die reichlichere Verwendung von produzierten Produktionsmitteln im Produktionsprozesse, nicht die kapitalistische Unternehmung und Produktion, die Kapitalwirtschaft als solche, nicht die geldwirtschaftlich geordnete Produktion im Großbetriebe, nicht die Rationalisierung der Wirtschaft, insofern darunter eine wissenschaftlich gestützte Wirtschaft verstanden wird, nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln und nicht die Leitung des Produktionsprozesses durch den Eigentümer der Produktionsmittel usw., das alles ist es nicht, was das Wesen des „Kapitalismus“ ausmacht. Der „Kapitalismus“ ist vielmehr eine Mißbildung privatwirtschaftlich organisierter Volkswirtschaft. Diese Mißbildung geht hervor einerseits aus weitverbreiteter, materialistischer Überspannung des Erwerbsstrebens, aus dem Vorherrschen mammonistischer Wirtschaftsgesinnung, und anderseits, besonders für die Entwicklung des Hochkapitalismus, aus individualistischer Freiheit des zur Erwerbsgier gesteigerten Gewinnstrebens, das jeder inneren und ausreichender äußerer Hemmung und Begrenzung entbehrt<sup>3</sup>.

Seine volle und erfolgreiche Entfaltung kann dieses prävalierende Gewinnstreben nur finden in der „Freiheit einer sich selbst bestimmenden“, „sich selbst regelnden“ Volkswirtschaft. Unter der Herrschaft des kanonischen Zinsverbotes und unter dem Regime der Zunftverfassung gab es keinen „Kapitalismus“. Die Jurisprudenz mußte den Wucherbegriff in einer Weise umgestalten, daß nun der Wucher, wie man ihn früher

<sup>1</sup> Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie (1888) 128.

<sup>2</sup> Art. „Kapital“ usw. im Staatslexikon III<sup>2</sup>—19.

<sup>3</sup> Die ganze Volkswirtschaft dient den Interessen des Kapitalbesitzes, und zwar fortschreitend den Interessen des Finanzkapitals. Das schließlich in wenigen Banken konzentrierte Bankkapital unterwirft sich die Industrien durch den „kontrollierenden“ Einfluß der Finanzinstitute. Vgl. Hilferding, Das Finanzkapital (1910). Bernstein hielt diese Beherrschung der Industrien und der Wirtschaftspolitik durch das Finanzkapital noch nicht für hinreichend erwiesen. Nach Sombart ist für den Hochkapitalismus charakteristisch: die „Einfügung jeder Art von Geschäft in den Nexus der börsenmäßigen Spekulation“.

speziell unter rechtlichem Gesichtspunkte verstand, sich um so freier entfalten konnte. Andererseits mußte mit der historisch überlebten Form der Organisation zugleich das Prinzip sozialer Organisation geopfert werden. Nur so fand der „Kapitalismus“ freie Bahn. Sein Lebenselement ist und bleibt eben die Freiheit der Isolierung, des isolierten und unbeschränkten Wirkens der Personen oder Wirtschaftseinheiten, wobei die volle Kraft des größeren Kapitals, ja die erdrückende Übermacht des Großkapitals sich unbehindert Geltung verschaffen kann. Spricht man da noch von „Regelung“ des Wirtschaftslebens, so vollzieht sich diese „Regelung“ doch ohne eine ordnende Gewalt im wesentlichen durch „freie“ vertragsmäßige Beziehungen der einzelnen Wirtschaftseinheiten, die hierbei ausschließlich durch ihr Selbstinteresse geleitet werden. Die Annahme, daß jede Ordnung immer und überall Frucht des Gesetzes, der sozialen Organisation, sittlicher Normen sei, gilt als veraltet. Eine Regelung von außen wird abgelehnt, und die Normen, die im Gewissen zum Menschen reden, sprechen nicht überall oder werden nicht überall verstanden. Die Theorie „abstrahiert“ von der Ethik, und das entfesselte Gewinnstreben verzichtet in der Praxis nur zu oft auf jede „ethische Temperierung“. Es findet sein Verhalten durch den individualistischen Ökonomismus legalisiert, wissenschaftlich gerechtfertigt durch eine „reine“ Theorie der „Schauenden“, die in der Volkswirtschaft lediglich das rein privatwirtschaftlich gedeutete ökonomische Prinzip als Leitgedanken vorfindet, die für „ökonomische“ Ausnutzung der Macht und der Konjunkturen keinen Tadel weiß.

Als charakteristisches Merkmal des „entfesselten“ Gewinnstrebens wird nicht selten seine, zuweilen sogar bis hart an die strafgesetzblichen Grenzen reichende „Rücksichtslosigkeit“<sup>1</sup> angeführt: Rücksichtslosigkeit gegen diejenigen, die als Angestellte und Arbeiter ihre Lebenskraft im Dienste des kapitalistischen Unternehmers verbrauchen; Rücksichtslosigkeit gegen die Konkurrenten, deren Untergang Gewinn ist und wohl auch in zahlreichen Fällen direkt durch allerlei „lautere“ Mittel, Unterbietungen usw., erstrebt wird; Rücksichtslosigkeit gegen die Konsumenten, die weniger mit guter Ware zu angemessenen Preisen versorgt werden, als vielmehr dem „geschäftlichen Endzweck“ der Produzenten und Händler dienen sollen; Rücksichtslosigkeit gegen das eigene Volk, den eigenen Staat, deren vitalste Interessen vor dem Internationalismus des Großkapitals zurückweichen müssen.

Die Herrschaft des Kapitalbesitzes, speziell des Geldkapitals, beschränkt sich nicht auf das rein wirtschaftliche Gebiet. Sie greift über

<sup>1</sup> Von John Rockefeller wird erzählt, er habe einmal gesagt: er sei bereit, einem Stellvertreter eine Million Dollar Gehalt zu zahlen; der aber müsse (natürlich neben manch positiver Begabung!) vor allem „nicht die geringsten Skrupel“ haben und bereit sein, „rücksichtslos Tausende von Opfern hinsterven zu lassen“. F. de Norvins, *Les milliardaires américains* (1899) 113. Zitiert von Sombart im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXIX (1909) 745.

auf das soziale und politische Feld<sup>1</sup>, sucht sogar Kunst und Wissenschaft bis zu den höchsten Sphären der idealen Ordnung sich zu unterwerfen. Zumal den extremen Verfechtern dieser Herrschaft<sup>2</sup> ist jedes „isokratische“ Gelüste, jegliches Verlangen nach sozialer „Gleichberechtigung“ verhaßt. Sie reden einer „Dynameokratie“ des Unternehmertums das Wort, mit absoluter Unterordnung aller andern Berufsklassen unter den großkapitalistischen Unternehmer: Die großkapitalistische Unternehmung, so heißt es, beschafft in steigendem Maße die materiellen Güter, deren das Volk bedarf<sup>3</sup>. Also müssen die Unternehmer die „Herren“ in der Volkswirtschaft, ja schließlich auf allen Kulturgebieten sein. Sie sind die „Stärkeren“ und dürfen das „Recht“ des Stärkeren üben, nach jener Beweisführung nämlich, die dem „Wirtschafts- und Gesellschaftsleben nicht mit moralistischen und isokratischen Begriffen entgegentritt, sondern es aus seinem Wesen selbst zu erklären sucht“. Also das Unternehmertum „Alleinherrscher kraft höherer Leistungsfähigkeit“! Das sind Wertungen und „Werturteile“ — allerdings nicht „ethischer“ Art, da die Ethik hochmütige Herrschsucht ebenso ablehnt wie Habsucht und Wucher. Im übrigen handelt es sich dabei auch um Werturteile, die nicht bloß durch ihre Gefährlichkeit bedenklich sind, sondern, beim Mangel jeglicher Begründung, in wahrhaft wissenschaftlicher Bewertung, zu „Mustern ohne Wert“ herabsinken müssen.

Will man dem Kapitalismus und den Übelständen vorbeugen, die der „Kapitalismus“ im Gefolge hat, so muß man ihn an der Quelle bekämpfen, die materialistische Wirtschaftsgesinnung in der Geschäftswelt durch einen besseren „Geist“, den zentrifugalen Egoismus durch soziales Pflichtbewußtsein mit „dienendem Anschluß an das Ganze“ zu überwinden trachten. Dann bedarf es auch einer Wirtschaftsverfassung, welche die Wohlfahrt des Volkes schützt vor der Willkür und Zügellosigkeit des individuellen Erwerbstrebens und individueller Herrschsucht. Den Weg hierzu weist uns die moralisch-organische Auffassung vom staatlichen Gesellschaftsleben, die fortschreitende Solidarisierung der Gesellschaft, das Prinzip der Kooperation und korporativer Ordnung, der Regelung durch berufliche Selbstverwaltungskörper. „Alle die schönen Worte vom Schutz der Schwachen, von Regelung der Konkurrenz und von Solidarität sind leere Worte, oder sie haben vielmehr keinen greifbaren Sinn, wenn sie nicht von einer ganz konkreten Gliederung und Ordnung der Stände verstanden werden“ (A. M. Weiff).

<sup>1</sup> Vgl. J. Hobson, *Imperialism* (1902); G. v. Schulze-Gävernitz, *Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts* (1906).

<sup>2</sup> Vgl. Alex. Tille, *Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes* (1910). Dazu Flügel, *Zur Psychologie des Kapitalismus*, in *Soziale Kultur* XXXI (1911) 79 ff.

<sup>3</sup> Vgl. B. G. de Leener, *L'Organisation syndicale des Chefs d'industrie* (1909); Robert Michels, *Der Homo oeconomicus und die Kooperation*, in *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXVIII 58; Ratzinger, *Volkswirtschaft* <sup>2</sup> (1895) 37.



Doch auch von der relativ besten Organisation des Wirtschaftslebens darf man kein Paradies erwarten. Mängel werden sich bei der Schwäche der Menschen und der Unzulänglichkeit aller Formen immer wieder einstellen. Die Ideale der Theorie verwirklichen sich kaum vollständig, und auch die Programme der praktischen Wirtschaftspolitiker sind keine Zauberformeln, selbst wenn sie sich in richtigen Bahnen bewegen.

Es wäre interessant, die verschiedenen Länder alter und neuer Zeit<sup>1</sup> in bezug auf das, was wir „Kapitalismus“ nannten, miteinander zu vergleichen. Vor dem Kriege fehlten in Deutschland „kapitalistische“ Tendenzen keineswegs. Aber der „Kapitalismus“ fand doch auch wieder am gesunden Sinn des Volkes kräftigen Widerstand. Und was Sombart von den Unternehmern der frühkapitalistischen Zeit sagt<sup>2</sup>, das fand sich und findet sich noch bei einem großen Teile unserer Unternehmerschaft: nämlich 1. daß ihr Gewinnstreben sich innerhalb der Grenzen der Vernunft bewegt, und 2. daß es die Gebote der Sittlichkeit in der Mittelwahl nicht verletzt.

Die kapitalistische Produktion wird auch in Zukunft zum Wohle des Volkes fortbestehen und ebenso die kapitalistische Unternehmung mit Privateigentum an den Produktionsmitteln. Vor dem „Kapitalismus“ aber müssen wir unser Volk bewahren. Seine Überwindung bleibt ein wichtiges ethisches, volkswirtschaftliches, gesellschaftliches Problem. Nicht das Erwerbsinteresse des Kapitalbesitzes darf die volkswirtschaftliche Bewegung beherrschen. Höchster Zweck der staatlich geeinten Volksgemeinschaft ist des ganzen Volkes Wohlfahrt, die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgabe höchster und letzter Zweck des volkswirtschaftlichen Prozesses. Die Privatwirtschaft muß sich der Volkswirtschaft einordnen, nicht überordnen. Ihre eigenen Interessen bleiben dabei auf die Dauer am besten gewahrt. Aber auch die Arbeiterschaft muß sich zu der Überzeugung durchringen, daß von der Beseitigung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln das Heil nicht zu erwarten ist, daß die Solidarität der Volksgemeinschaft nicht durch egoistische Klassensolidarität untergraben werden darf, daß der Klassengeist derselben materialistischen Quelle entstammt wie der kapitalistische Geist, daß der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht auf seiten der Arbeitnehmer des Volkes Wohlfahrt nicht weniger schädigt als der Mißbrauch kapitalistischer Macht.

<sup>1</sup> F. M. Wibaut, Ein Menschenalter Kapitalismus in England, in Neue Zeit XXIX (1911) Nr. 37, S. 356 ff. Schon in Babylonien, Ägypten, Griechenland, Rom fand sich die Vorherrschaft des Besitzes über die Arbeit, die Verdrängung des Mittelstandes, die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen.

<sup>2</sup> Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen (1913) 303 ff. 317 ff. Moderner Kapitalismus I 329.

## Zweiter Abschnitt. Produktionszweige.

### Erstes Kapitel.

#### Okkupierende Wirtschaft. Urproduktion.

**Literatur:** Schwappach, Forstpolitik, Jagd- und Fischereipolitik, in Frankensteins Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften (1894). — Hans Goldschmitt, Die deutsche Seefischerei in der Gegenwart und die Mittel zu ihrer Hebung (1911). — K. Th. Eheberg, Die Jagd in volkswirtschaftlicher Beziehung (1901). — Ad. Arndt, Bergbau und Bergbaupolitik, in Frankensteins Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften (1894). — Köhler, Lehrbuch der Bergbaukunde (1903). — Die Artikel über Jagd, Fischerei, Bergbau, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften und im Wörterbuch der Volkswirtschaft, über Jagd- und Fischereirecht, Bergwesen im Staatslexikon der Görresgesellschaft mit weiteren Literaturangaben. — Von den Lehrbüchern von Conrad, Philippovich (Somary) usw. abgesehen, bieten reiche Belehrung vor allem Roscher, Nationalökonomie des Ackerbaues, jetzt von Heinrich Dade bearbeitet (14. Aufl., 1912). — Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik (1892/93, jetzt 2. Aufl.). — Ders., Grundzüge der deutschen Agrarpolitik (2. Aufl., 1899). — von der Goltz, Vorlesungen über Agrarwesen und Agrarpolitik (1899). — Ders., Die agrarischen Aufgaben der Gegenwart (1894). — Ders., Geschichte der deutschen Landwirtschaft (1902/03). — Ders., Landwirtschaftliche Betriebslehre (5. Aufl., fortgesetzt von Seelhorst, 1917). — Ders., Aufsatz über Landwirtschaft in Bd. II, Abt. 1 von Schönbergs „Handbuch der Politischen Ökonomie“ (4. Aufl., 1896). Von den älteren Schriften: Die ländliche Arbeiterfrage (1874); Handbuch der landwirtschaftlichen Betriebslehre (1886). — P. Reichensperger, Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie, der Politik und des Rechts (1847). — Krämer, Handbuch der gesamten Landwirtschaft (1890). — Steinbrück, Handbuch der gesamten Landwirtschaft (1908). — Fühling, Ökonomik der Landwirtschaft oder allgemeine Landwirtschaftslehre (1889). — Hitze, Abriß der Agrarfrage (1908). — Die Schriften v. Vogelsangs, kurz zusammengefaßt in den von Wiard Klopp herausgegebenen Grundzügen: Die sozialen Lehren des Freiherrn K. v. Vogelsang (1894). Die Arbeiten Ratzingers, Gustav Ruhlands (insbesondere sein System der Politischen Ökonomie [1903, 08]), Heims, Aem. Schoepfers (besonders sein Aufsatz über Österreichs Agrarreform in Austria nova 1916), das umfassende Werk „Die Agrarfrage der Gegenwart“ (1882/93) von Eugen Jäger. — Bornhak, Grundriß des deutschen Landwirtschaftsrechtes (1921). — Ferner v. Ertl, Die Mittelstandsfragen und die österreichische Landwirtschaft (1908). — Dann noch Brentano, Agrarpolitik (1897). — Ders., Gesammelte Aufsätze (1899). — Kautsky, Die Agrarfrage (1899). — David, Sozialismus und Landwirtschaft (1903). — C. J. Fuchs, Die Epochen der deutschen Agrargeschichte und Agrarpolitik (1898). — Ders., Die Grundprobleme der deutschen Agrarpolitik der Gegenwart (1902). — G. F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen

Preußens (1887). — Ders., Grundherrschaft und Rittergut (1897). — Grünberg, Die Bauernbefreiung usw. (für Österreich, 1893/94). — Ders., Die Grundentlastung (1899). — Ders., Studien zur österreichischen Agrargeschichte (1901). — W. Schiff, Österreichs Agrarpolitik seit der Grundentlastung (1898/1901). — Ders., Grundriß des Agrarrechts (1903, im Grundriß des österreichischen Rechts). — Joh. Heinr. v. Thünen, Der isolierte Staat (3. Aufl., 1875). — Liebig, Die Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikultur und Physiologie (1862). — Drexler, Die Statik des Landbaues (1896). — Rodbertus-Jagetzow, Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot (1867/68). — Felber, Über die Bestrebungen zur Entschuldung des Grundbesitzes in Preußen (1907). — F. Hecht, Die staatlichen und provinziellen Bodenkreditinstitute in Deutschland (1891). — Miskowski, Das Erbrecht und die Grundeigentumsverteilung im Deutschen Reiche (1882). — L. Fick, Die bauerliche Erbfolge im rechtsrheinischen Bayern (1895). — Linschmann, Das preußische Rentengut (1904). — Sering, Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande (1910). — O. Gerlach, Ansiedlung von Landarbeitern in Norddeutschland (1909). — Rich. Ehrenberg, Landarbeit und Kleinbesitz (1907 ff.). — Wygodzynski, Das Genossenschaftswesen in Deutschland (1911). — G. Blondel, Die landwirtschaftlichen Zustände im Deutschen Reiche. Übersetzung von Ahn und Müllendorf (1899). — Die Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Wörterbuch der Volkswirtschaft, Staatslexikon über Bauer, Bauernstand, ländlichen Grundbesitz, Bauernbefreiung, Feldgemeinschaft, Zusammenlegung, Allmende, Gemeinheitsteilung, Raubbau, Anerbenrecht, Fideikommiß, Vererbung, Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes, Rentenprinzip, Rentengut, Landarbeiter, Wanderarbeiter usw. — Schriften des Vereins für Sozialpolitik XXXII LIII LIV LV LVI LXI CXXXII (mit Aufsätzen von Ballod und Eßlen über die Produktivität der Landwirtschaft). — Eßlen, Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXX XXXII. — Conrad, Die Verwertung des Rentenprinzips zur Sicherung unserer Grundbesitzverhältnisse, in Jahrbücher für Nationalökonomie 1893. — O. Gerlach, Landwirtschaftliche Kreditform und innere Kolonisation, ebd. 1910. — Über amerikanische Verhältnisse orientiert jetzt am besten Kurt Hassert, Die Vereinigten Staaten von Amerika (1922) usw.

Eingehende Behandlung der verschiedenen Produktionsgebiete ist Sache der besondern Volkswirtschaftslehre. Im folgenden soll nur ein kurzer Überblick geboten werden. Es handelt sich dabei lediglich um eine vorwiegend didaktisch bestimmte Auswahl des Stoffes, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

## § 1.

### Jagd und Fischerei.

#### 1. Die Jagd.

1. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd steht in enger Beziehung zur Kulturstufe der Völker, zum Volkscharakter, zu den territorialen Besonderheiten ihres Wohnsitzes. Für die Indianer Nordamerikas bildeten die Erträge der Jagd den vornehmlichsten Teil des Unterhaltes. Andere Völker niederer Kulturstufe entnahmen der Jagd zwar einen großen Teil ihrer Nahrungsmittel, betrieben dabei aber auch Viehzucht und etwas Ackerbau. So die arischen Stämme, die nach ihrer Ankunft in Deutschland Jagd- und Weidewirtschaft mit extensivem Ackerbau



verbunden. Der Übergang zu intensiverem Ackerbau, den die wachsende Zahl der Bevölkerung erzwang, machte den Wanderungen ein Ende. Schon etwa 99 n. Chr. konnte Tacitus berichten, daß die Germanen Ackerbau trieben und im allgemeinen, wenn auch nicht überall endgültig, feste Wohnsitze eingenommen hätten. Gleichwohl spielte die Jagd noch lange eine bedeutende Rolle in der Volkswirtschaft.

Zu Anfang des 9. Jahrhunderts, besonders vom 10. bis 12. Jahrhundert an, wurden „Bannforsten“ errichtet, in denen dem Könige und den von ihm Beliehenen das Recht, auf Hochwild zu jagen, vorbehalten blieb. Der „Bannus ferinus“, der „Wildbann“, ging bei der Entwicklung der Landeshoheit vom Kaiser auf die Landesherren über, wie die andern Regalien. Im späteren Mittelalter verlor die bauerliche Bevölkerung allmählich auch das Recht, die niedere Jagd auszuüben. Im Bauernkriege bezog sich einer der zwölf Artikel auf diese Entziehung des Jagdrechts.

Seit dem 12. Jahrhundert büßte die Jagd immer mehr ihre Bedeutung für die Ernährung und als Glied der volkswirtschaftlichen Produktion ein. Mit Ende des Mittelalters wurde sie mehr zu einer noblen Passion, wurde zum Sport, was sie bis heute meist geblieben. Für die Gemeinden bedeuten die oft sehr hohen Jagdpachtverträge eine nicht zu verachtende Einnahmequelle. Gesetzliche Bestimmungen sichern der Landwirtschaft Ersatz des durch Wild verursachten Schadens zu. Indem das Wild sich mehr in die Wälder zurückzog, haben sich indes für die Forstwirtschaft größere Schädigungen ergeben<sup>1</sup>.

Der Wert des jährlichen Wildabschlusses wurde vor dem Kriege für Preußen auf etwa 12 Millionen Mark geschätzt. Im alten Österreich soll die Jagd mit einem Einkommen von 17 Millionen Mark verbunden gewesen sein. Beachtet man aber die Schäden, die der Land- und Forstwirtschaft durch Wild und Jagd erwachsen, ferner die Kosten der Jagdpacht und des Jagdbetriebes, dann ergibt sich, daß heute in den kulturell höher stehenden Ländern die Jagdwirtschaft nur selten die zahlenmäßigen

<sup>1</sup> Das Jagdrecht ist an und für sich Ausfluß des Eigentums an Grund und Boden. Doch wurde die Ausübung dieses Rechts in den meisten Staaten von einem gewissen Mindestmaß dieses Eigentums abhängig gemacht; für Grundstücke mit dichter Einfriedigung war sie, ohne Rücksicht auf die Ausdehnung des Flächenraumes, regelmäßig gestattet. (In Preußen waren 76,6 ha, in Bayern 81,8 ha, in Sachsen 166 ha, in Baden 72 ha, in Elsaß-Lothringen 25 ha, in Württemberg 15,7 ha, im alten Österreich-Ungarn — außer Dalmatien — 115 ha zusammenhängenden Grundbesitzes für die eigene Ausübung des Jagdrechts erforderlich. Keine Beschränkung bezüglich der Flächengröße bestand in Oldenburg, dann in Frankreich, Italien, Rußland, England, Belgien.) Die Grundstücke, deren Eigentümer hiernach zur Ausübung der Jagd nicht berechtigt waren, wurden zu Jagdbezirken vereinigt. Die Verwaltung dieser Bezirke stand z. B. in Hannover, Sachsen, Braunschweig Zwangsgenossenschaften der Grundeigentümer (vertreten durch den gewählten Jagdvorstand), in Preußen den Gemeinden zu. Die Nutzbarmachung der Jagd in diesen gemeinschaftlichen Jagdbezirken erfolgte regelmäßig durch Verpachtung des Jagdrechts, oder die Jagd wurde durch besondere Sachverständige ausgeübt, wenn sie nicht überhaupt ruhte.

Kosten deckt. In Rußland, Sibirien, Kanada usw. mag allerdings die Jagd noch rentabel sein, namentlich wegen des Pelzwerkes, das sie liefert. Für die Ernährung der breiten Massen der Bevölkerung aber wird jetzt auf diesem Wege nicht viel gewonnen. Das Wildbret ist dafür zu teuer und die Zubereitung desselben zu kostspielig.

Wenn ein bekannter Spruch besagte: „Wildbret und Fisch gehören für des Herrn Tisch“, so verhält es sich heute mit dem Fisch wesentlich anders wie mit dem Wildbret

## 2. Die Fischerei.

**2. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Fischerei.** Zum „Fischfang“ gehört nicht bloß der Fang von Fischen, sondern auch der Fang oder das Sammeln von andern nutzbaren Wassertieren, so von Walfischen, Seehunden, Krebsen, Austern, Muscheln, auch von Korallen, Schwämmen, Perlen.

Für die Völker niederer Kulturstufen ist die Fischerei stets eine der wichtigsten Nahrungsquellen gewesen. Aber auch bei den modernen Kulturvölkern hat die Fischerei nicht, wie die Jagd, allmählich an Bedeutung verloren; sie liefert heute noch den Bewohnern der Küstengegenden sowie der Ufer großer Seen und Ströme und ebenso im wachsenden Maße der Bevölkerung des Hinterlandes wertvolle Beiträge zu ihrer Ernährung. Überdies wirkt sie auf die Volkswirtschaft dadurch ein, daß sie einer Reihe von Gewerben Beschäftigung gibt: dem Schiffbau, der Herstellung von Fischereigeräten, der Konservierung der Fische, dem Handel und Verkehr.

Man unterscheidet wilde (natürliche) und zahme (künstliche) Fischerei, je nachdem es sich um die Okkupation der in natürlichen Gewässern in Freiheit sich aufhaltenden Tiere oder um die Fischerei in künstlich gebildeten (geschlossenen) Gewässern handelt. Ferner wird unterschieden zwischen Binnenfischerei (in Flüssen, Bächen und Seen des Binnenlandes), Küstenfischerei (im Meere bis zu einer Entfernung von 3 Seemeilen, oft auch bis in die Mündung der großen Flüsse und Haffe), Hochseefischerei (in den Meeren in der Entfernung von mindestens 3 Seemeilen = 5,6 km)<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Im Mittelalter beanspruchten die Landesherren über größere schiffbare Gewässer ein Hoheitsrecht. Diese galten als „Bannwässer“, was dann auch das „Fischereiregal“ einschloß. Die Ausübung des Regals wurde an Grundherren, Klöster, Mühlen usw. verliehen. Heute steht die Fischerei in öffentlichen (schiff- und flossbaren) Gewässern regelmäßig dem Staate zu, in privaten Gewässern den Adjazenten oder der Gemarkungsgemeinde. Wo mehrere Fischereiberechtigungen an demselben Gewässer bestehen, spricht man von „Koppelfischerei“, die mancherlei Übelstände im Gefolge hat. „Freie“ Fischerei (auch „wilde“ genannt) gibt es im allgemeinen nicht mehr. In „geschlossenen“ Gewässern, die einem Grundbesitzer gehören und die mit dem allgemeinen Stromnetz nicht so zusammenhängen, daß ein Wechsel der Fische möglich ist, gehören die Fische dem Eigentümer des Gewässers.

Der Fischreichtum hat in den kleineren Flüssen und in den Bächen sehr abgenommen, so daß er für die Ernährung weniger in Betracht kommt. Große und wachsende Bedeutung für die Volksernährung gewann aber die Seefischerei. In Deutschland erreichte der Seefischverbrauch vor dem Weltkriege einen Wert von 150 Millionen Mark pro Jahr. Davon erhielt die ausländische Fischerei 110 Millionen, die deutsche Seefischerei nur 40 Millionen Mark. Frische und gesalzene Heringe führte Deutschland im Jahre durchschnittlich für 69 Millionen Mark, Schellfische für 22 Millionen Mark aus dem Auslande ein. Der überwiegende Teil dieser Einfuhr entfiel auf England. Es ergibt sich darum heute für Deutschland die wichtige Aufgabe, die Erträge seiner eigenen Seefischerei zu steigern. Übrigens hat die erhebliche Einschränkung der Fischerei in der Nordsee während des Krieges dort anscheinend wie eine Schonzeit gewirkt, was günstige Aussichten für reicheren Fischfang eröffnete. Aber es bedarf auch ausreichender Förderung des Baues von Fischereifahrzeugen, soll es zu einer reichlicheren Versorgung mittels eigener deutscher Seefischerei kommen. Vor dem Kriege standen hier nur etwa 600 Dampfer und Logger für die Hochseefischerei zur Verfügung. Deren Zahl muß entsprechend vermehrt werden; und dazu bedarf es denn auch entsprechender staatlicher Aufwendungen. Der Seefisch wird um so größere Bedeutung für die Volksernährung finden, je empfindlicher sich eine Knappheit der sonstigen Lebensmittel (nach dem Kriege) geltend macht.

Wir gehen nun über zur Urproduktion (Stoffgewinnung durch Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht, Bergbau).

## § 2.

### Landwirtschaft. Agrarverfassung.

Der ganze Charakter und die ganze Entwicklung einer Volkswirtschaft, ja des Volkes selbst, hängt davon ab, welche Stellung die Landwirtschaft im Wirtschaftsleben einnimmt, welche Bedeutung sie hat und zu bewahren imstande ist.

Ein tieferes Verständnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse wird nun offenbar wesentlich erleichtert durch die Kenntnis ihrer geschichtlichen Entwicklung. Was darüber die wissenschaftliche Forschung lehrte, soll darum im folgenden wenigstens ganz knapp zusammengefaßt werden, soweit es mittelbar oder unmittelbar Bezug hat auf die Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktion.

1. Die Agrarverfassung im allgemeinen. Spricht man von der ländlichen Verfassung im weiteren Sinne, so wird darunter sowohl die Flurverfassung, d. i. die wirtschaftlich-technische Gestaltung der Ackerflur, als auch die agrarische Eigentums- und Arbeitsverfassung verstanden, d. i. die rechtlich-sozialen Verhältnisse der Besitzer und Bebauer der Flur. Diese Agrarverfassung (im engeren Sinne) bezeichnet den tat-



sächlichen und zugleich durch Gewohnheit oder Gesetz rechtlich geregelten Zustand der ländlichen Verhältnisse, teils im Hinblick auf das Grundeigentum, die Verteilung, Benutzung des Bodens, Verfügung über denselben, teils mit Rücksicht auf die sonstige rechtlich-soziale Stellung der Eigentümer, Besitzer und Bebauer der Grundstücke.

Jede Agrarverfassung ist naturgemäß ein geschichtliches Produkt, verschieden bei den verschiedenen Völkern und nicht minder bei ein und demselben Volke historischen Wandlungen unterworfen. Es lassen sich daher die agrarischen Verhältnisse eines jeden Volkes auch nicht nach einem bestimmten, einheitlichen, allgemeingültigen Entwicklungsschema erklären und beurteilen.

Das gilt insbesondere von den Fragen, welche sich auf die primitive Bodenaneignung und die ursprünglichen Grundbesitzformen beziehen. Die Siedlungen der orientalischen Kulturvölker z. B. vollzogen sich in ganz anderer Art wie die Siedlungen im Okzident, hier ein Übergang von der nomadischen Viehzucht, dort vom nomadisierenden zum sesshaften Ackerbau<sup>1</sup>. Daraus ergibt sich schon von selbst eine Verschiedenheit der Bodenaneignung. Jedenfalls fehlt der genügende direkte Beweis dafür, daß alle orientalischen Völkerschaften durch agrarkommunistische Formen hindurch schließlich und letztlich zum Privateigentum fortgeschritten seien. Analogieschlüsse aus der Geschichte anderer Völker erfreuen sich keines unbedingten Wertes, wie auch die Annahme, daß jene Völker bei ihrem Eintritte in die Geschichte etwa ältere kommunistische Formen bereits hinter sich liegen hatten, jeder sichern Unterlagen entbehrt<sup>2</sup>.

Die Tendenz, die manche wirtschafts- und rechtshistorischen Untersuchungen der Neuzeit beherrscht, in der geschichtlichen oder prähistorischen Zeit bei allen Völkern die kommunistische Verfassung nachzuweisen, ist schon darum wenig geeignet, der privatwirtschaftlichen Ausgestaltung des Eigentums mit historischen Gründen zu begegnen, weil der Kulturfortschritt sich ganz offenbar gerade an die Individualisierung der Besitzverhältnisse geknüpft hat. Wir können nicht auf alle Einzelheiten hier eingehen, haben ja auch im ersten Bande<sup>3</sup> bei der Be-

<sup>1</sup> Max Weber, Agrargeschichte. I. Agrarverhältnisse im Altertum, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>2</sup> 57 ff.

<sup>2</sup> Bezüglich der hellenischen Vorzeit warnt Pöhlmann vor gewagten Behauptungen: „Wenn selbst bei den Germanen, trotz der unschätzbaren Berichte eines Cäsar und Tacitus, über das Haupt- und Grundproblem der ältesten Agrarverfassung, über die Frage nach der Entstehung und Ausbildung des Privateigentums an Grund und Boden, ein sicheres Ergebnis aus den Quellen nicht zu gewinnen ist und vielfach Schlüsse nach der Analogie primitiver Gesellschaftszustände überhaupt die streng historische Beweisführung ersetzen müssen, wieviel mehr ist die äußerste Vorsicht da geboten, wo die geschichtliche Überlieferung eine so ungleich jüngere ist.“ Auch die altitalischen Verhältnisse sind nicht weniger in Dunkel gehüllt als die agrarischen Zustände des antiken Hellas. Vgl. Robert Pöhlmann, Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus I (1893) 3 f., auch 5 f. 7 f. (jetzt 2. Aufl.).

<sup>3</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 3, § 3, S. 193 ff. Der russische Mir, d. i. eine Feldgemeinschaft, wobei das Land sich im Besitze eben des Mir, der Gesamtheit der stimmberechtigten Gemeindeglieder befindet und diese solidarisch für die Abgaben haftbare bäuer-

sprechung der Eigentumsinstitution gezeigt, wie insbesondere von Below u. a. scharf mit den Versuchen, einen allgemeinen ursprünglichen Agrarkommunismus zu konstruieren, ins Gericht gegangen sind.

Bei Völkerschaften, die von der Jagd und der nomadischen Viehzucht zum regelmäßigen Ackerbau mit festen Wohnsitzen übergingen, kann man allerdings aus der Natur und Eigenart des herrschenden Wirtschaftssystems auf gewisse Grundformen der Gesellschafts- und Besitzordnung zurückschließen<sup>1</sup>.

liche Gemeinde Land und Lasten an die einzelnen Gemeindegossen verteilte, war keine altslavische Einrichtung und auch kein Aufleben einer ursprünglichen markgenossenschaftlichen Verfassung, wie A. v. Haxthausen u. a. gemeint. v. Keußler verlegte die Entstehung des Mir in das 17. Jahrhundert und Simkhowitsch in die 30er Jahre des 19. Jahrhunderts. Da mit den Veränderungen der Größe der einzelnen Familien zeitweise eine neue Verlosung der Äcker und Wiesen notwendig war, hatte der Bauer wenig Interesse an intensiver Bewirtschaftung und kultureller Verbesserung der Ländereien. Er wußte ja nicht, wie lange er im Besitze seines Losstückes blieb. Die Versuchung zur Ausnutzung des Bodens, den er gerade besaß, des Raubbaues, lag da sehr nahe. Das Mirsystem der Feldgemeinschaft mit Verlosung herrschte in Groß-, West- und Kleinrußland (Ukraine), nicht im Gebiete der Fremdvölker, in Finnland, den baltischen Provinzen, Polen. Dort bestand Privateigentum am Grund und Boden, und die Bewirtschaftung des Landes steht auf einer weit höheren Stufe als im eigentlichen Rußland. Das Gesetz vom 22. November 1906 hat den Mir als rechtliche Institution aufgehoben, und namentlich Stolypin hatte auch schon mit der energischen Durchführung begonnen. Der Krieg brachte eine Unterbrechung; aber mächtiger meldete sich dann der Landhunger der russischen Bauern in der neuen republikanischen Ära.

Gemeineigentum von Familiengenossenschaften gab es bis in die Gegenwart in der serbischen Sadruga; daneben bestand aber auch bei den Südslaven die Inokoschtina, d. i. Privateigentum der Einzelfamilien in weitestem Umfange. Vgl. A. v. Haxthausen, Studien über die inneren Zustände Rußlands. 3 Bde. Hannover und Berlin 1847/52. Joh. v. Keußler, Zur Geschichte und Kritik des bauerlichen Gemeindebesitzes in Rußland. Riga und St. Petersburg 1876/87. Meitzen, Art. „Feldgemeinschaft“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>s</sup> 57 ff. W. Gr. Simkhowitsch, Die Feldgemeinschaft in Rußland. Jena 1898. Von demselben Autor der Artikel „Mir“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>s</sup> 714 ff. mit reichhaltiger Literaturangabe (namentlich russischer Werke). Vgl. auch Chajm Schitlowsky, Zur Frage des bauerlichen Gemeindegrundbesitzes in Rußland, in Sozialistische Monatshefte 1901, Heft 6, S. 439 ff. Über Trierer Gehörschaften und Siegener Haubergswirtschaft vgl. Bd. 1, Kap. 3, § 3. S. 197 f. A.

<sup>1</sup> Wilhelm Koppers (Die Anfänge des menschlichen Gemeinschaftslebens im Spiegel der neueren Völkerkunde [1921] 94) sagt: „Zunächst freilich ist festzustellen, daß der Boden bei diesen schweifenden Jägern nicht individuelles oder familiales Eigentum ist, sondern daß er nur als Gemein-, d. h. als Gruppeneigentum gilt. Eine Gruppe, die aus zwei bis drei oder auch aus mehreren Familien sich zusammensetzen kann, verfügt gemeinsam über ein bestimmtes größeres oder kleineres Territorium. Der Grund für diese Art von Eigentum erfließt deutlich aus der Eigenart der vorwaltenden Wirtschaftsform. Der letzteren entsprechend kommt der Boden nur als Jagd- und Sammelgrund in Betracht. Das ist zu wenig, um ihn, bzw. bestimmte Teile desselben, schon zu einem individuellen Besitztum werden zu lassen. Das geschieht erst, ... wenn man beginnt, in bestimmte Teile des Bodens individuelle Arbeit und Mühe hineinzustecken.“ Auf die Arbeiten von Schmidt und Koppers, die Redakteure der verdienstvollen Zeitschrift „Anthropos“, sei hier besonders hingewiesen.

Hier wird wohl ziemlich allgemein der Boden zuerst im Gesamteigentum gestanden haben, indem das ganze Volk ein Wald- und Weidegebiet in Besitz nahm, dasselbe dann an die kleineren Gemeinschaften zur gemeinsamen Nutzung verteilte. Aus der Nutzung wurde allmählich Eigentum mit weiterer Verteilung wiederum zuerst zur Nutzung an noch kleinere Gemeinschaften und Verbände, Sippen und Familien, oder auch Individuen. Die Rechte der einzelnen kleineren Bestandteile der ursprünglichen Siedlungsgemeinschaft werden dabei mehr und mehr individualisiert, von Beschränkungen durch die Mitrechte anderer befreit und so allmählich in volles Eigentum verwandelt.

In diesem beschränkten Sinne kann man vielleicht von einer bestimmten Entwicklungsform sprechen, derzufolge sich, unter den bezeichneten Voraussetzungen, nach und nach der Übergang vom Gemeineigentum zum Privateigentum vollzogen hat. Bei steigender Volkszahl und wachsendem Bedarf war der Übergang zu einer mehr intensiven, ertragreicheren Wirtschaft zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Die hierzu erforderlichen größeren Opfer und Aufwendungen aber werden die Menschen in der Regel nur dann auf sich nehmen, wenn sie gewiß sind, daß die volle Frucht ihrer Mühen und Auslagen ihnen dauernd gesichert ist, mit andern Worten: nur dann, wenn der Boden ihr Privateigentum ist. Die Rechtsordnung mußte daher diesen Forderungen des wirtschaftlichen Selbstinteresses Genüge leisten, und um den Kulturfortschritt einer tiefergreifenden, ertragreicheren Betriebsweise dem Volke zu sichern, das Gemeineigentum und den Gemeinbetrieb, deren wirtschaftliche und psychologische Voraussetzungen geschwunden, durch das Privateigentum als gesellschaftliche Institution ersetzen.

**2. Altgermanische Agrarverfassung. Die Ansiedlung.** Wir beschränken uns im folgenden auf einen groben Umriß, ohne auf Einzelheiten und Kontroversen näher einzugehen.

In der deutschen Agrargeschichte kann man mit der bisher herrschenden Auffassung vier Epochen unterscheiden: 1. Ursprüngliche Ansiedlung freier Bauern; 2. Grundherrschaft; 3. Gutsherrschaft; 4. Befreiung des Grundbesitzes. Neuere Agrarhistoriker (Seeböhm, Fustel de Coulanges, Denmann, Roß, Wittich, Richard Hildebrand in seiner Weise u. a.) nehmen indes an, daß die Grundherrschaft zugleich mit der Ansiedlung entstanden sei, so daß die Bauern von Anfang an Bebauer eines fremden Bodens und ihrem Grundherrschaften zu Abgaben und Frondiensten verpflichtet waren.

Hildebrand lehrt, verarmte Stammesgenossen hätten beim Übergang zum Ackerbau von reichen Herdenbesitzern das notwendige Vieh erhalten, seien dadurch aber in Abhängigkeit von jenen geraten. Diese ursprünglichen Abhängigkeitsverhältnisse wären hiernach auf anderem Wege als durch die Vermittlung des Grundeigentums der Grundherrschaften entstanden. Die ursprüngliche Freiheit und Gleichheit der alten Germanen in der freien Dorfgemeinde wird auch von Knapp bestritten.

Neuere Agrarhistoriker meinen sodann, daß nicht das Dorf, sondern Einzelhöfe die ursprüngliche Form der Siedlung darstellen, und daß das Dorfsystem mit Gemengelage und Hufenverfassung lediglich eine



von den Grundherren durchgeführte Organisationsform der Besiedlung gewesen sei<sup>1</sup>.

Diese Autoren haben jedoch vorerst nicht in allen Stücken ihre Anschauungen in siegreicher Weise zu begründen vermocht. Darum wird die ältere, meist herrschende Auffassung zunächst noch unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen dürfen.

**3. Ansiedlungsformen: Dorfsystem und Hofsystem.** Die erste Ansiedlung erfolgte nach der älteren (insbesondere von Meitzen vertretenen) Auffassung durch Markgenossenschaften freier, gleichberechtigter Bauern in Dorfgemeinden, so zwar, daß grundherrliche Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse erst später durch gewaltsame oder freiwillige Unterwerfung der Bauern zur Entstehung gelangten. Hiernach hätte die dorfweise Ansiedlung mit Gemengelage der Äcker und mit Hufenverfassung als die echt volkstümliche deutsche Siedlungsweise zu gelten. Die „Hufe“ bezeichnete einen den Lebensansprüchen einer Bauernfamilie angepaßten Komplex von Ackerstücken und von Nutzungsrechten an der gemeinen Mark (Hufenverfassung). Die „gemeine Mark“ oder „Allmende“ (Wald und Weide) blieb in gemeinsamem Eigentum und gemeinsamer Nutzung eines Dorfes oder auch mehrerer Dörfer. Äcker und Wiesen aber wurden, wie man annimmt, zunächst in periodischem Wechsel unter die Dorfgenossen zur Nutzung verteilt. Das zum Dorf gehörende Land ward dabei in sog. „Kämpfe“ oder „Gewanne“, letztere meist wieder in längliche Streifen oder Äcker zerlegt. Niemand hatte in dieser „Gemengelage“ der Äcker die ihm zugewiesenen Äcker alle zusammenliegen. Alle aber waren insofern ziemlich gleichgestellt, indem jeder nicht nur an den guten, sondern auch an den minder guten Gewannen Anteil hatte.

Es ist ein prächtiges Bild, wie die Führer eines Volksstammes das von der ganzen Völkerschaft in Besitz genommene Land zunächst an die „Hundertschaften“ (100—120 Familien) verteilen, die Hundertschaften aber das Land weitergeben an die „Sippen“. Diese, der Geschlechtsverband, die Sippe oder Dorfschaft bleibt Eigentümerin des Bodens um das Dorf herum. Die einzelnen, die Sippe bildenden Familien erwerben dann das Privateigentum zunächst an ihrer Hofstätte (Wohnhaus, Stallung, Garten); am Ackerlande und den Wiesen haben sie vorläufig nur ein Nutzungsrecht mit periodischer Neuverteilung der „Ackerlose“, „Landlose“ (d. i. soviel an Land, wie die einzelne Familie bewirtschaften kann und für ihren Unterhalt bedarf). Außerdem stand der Familie ihr Anteil an der Nutzung der aus Wald und Weideland bestehenden gemeinen Mark zu. Man weiß freilich nicht genau, wieviel von dieser als die „Feldgemeinschaft der älteren germanischen Welt“ bezeichneten Besitz- und Wirtschaftsverfassung Konstruktion oder Geschichte ist. Die geschichtlichen Quellen sind eben spär-

<sup>1</sup> Vgl. Fuchs, Art „Agrargeschichte“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I 27 ff.; Art. „Bauer“ 278 ff.

lich, die Angaben über die altgermanische Agrarverfassung auch nicht so klar und bestimmt, daß die Forschung zu ganz sichern Resultaten hätte gelangen können.

Äcker, die in der Gemengelage beieinanderlagen, mußten natürlich zur gleichen Zeit und nach dem gleichen Wirtschaftssystem bestellt werden. Die sog. „Dorfwillküren“ gaben hierfür bestimmte Normen (regelmäßig Dreifelderwirtschaft mit Teilung der Gewannen in Brachland, Sommerfrucht-, Winterfruchtland). Der Inbegriff solcher „Dorfwillküren“ wird „Flurzwang“ genannt. Der Flurzwang schuf die „Feldgemeinschaft“ im engeren Sinne, eine Gemeinschaft, die in der Einheit bzw. der durch die Gemengelage bedingten Einerleiheit der Bewirtschaftung des Bodens sich kundgab.

Das Hofsystem oder System der Einzelhöfe entstand in dieser Auffassung wohl zuerst dort, wo Klima und Bodenbeschaffenheit eine solche Besiedlungsform nahelegten (Knapp). Seit unvordenklichen Zeiten fand sich das Hofsystem in Westfalen, in Friesland und am Niederrhein. Es wird von manchen Autoren (so von Meitzen) angenommen, daß in jenen Gegenden das Hofsystem keltischen Ursprungs und von den Germanen einfach übernommen sei. Allerdings ist das Hofsystem in den alten keltischen Gebieten Frankreichs und auf den britischen Inseln weitverbreitet, allein weder dort noch in den Teilen Deutschlands, die vordem von Kelten eingenommen wurden, ist das Hofsystem das alleinherrschende. Dorfsystem und Hofsystem finden sich auch bei den Kelten nebeneinander. Die wirtschaftlichen Vorteile einer Anlage, bei der das ganze zum Hofe gehörige Ackerland unmittelbar um denselben herumliegt, sind ja freilich unverkennbar. Andererseits hat aber auch das nähere Zusammenwohnen in Dörfern seine Vorteile für den wirtschaftlichen Betrieb, für persönliche Hilfe und Schutz usw.

Die agrarhistorischen Epochen, welche durch die Grundherrschaft und die Gutsherrschaft ihr charakteristisches Gepräge erhalten, sind nicht bloß von geschichtlichem Interesse. Vielmehr reichen ihre Nachwirkungen auf die agrarischen Besitz- und Betriebsverhältnisse bis an die Gegenwart hinan.

**4. Entstehung der Grundherrschaft in deutschen Gebieten.** Die Ansichten hierüber sind verschieden, je nachdem man sich zur bisher herrschenden Lehre bekennt oder aber einzelnen neueren Agrarhistorikern (Knapp, Wittich usw.) sich anschließt.

Der allgemeineren Auffassung zufolge entstanden die grundherrlichen Verhältnisse erst nach der Völkerwanderung, und zwar teils durch Verleihung herrenlosen oder eroberten Landes seitens des Königs und der Großen an die bauerliche Bevölkerung, teils durch freiwillige Übergabe des freien Eigens seitens der Bauern an große Grundherren und Rücknahme desselben als eines mit bauerlichen Abgaben und Diensten belasteten Gutes.

Nicht besiedeltes, herrenloses Land gehörte nach germanischer Auffassung, ebenso wie das eroberte Land, dem Könige. Dieser belehnte damit geistliche und weltliche Große, welche aber die ihnen gegen öffentlich-rechtliche Dienstleistungen zugeteilten Strecken nicht selbst bewirtschaften konnten und diese daher an einzelne oder an Dörfer weiter verliehen.

Die Freien insbesondere gerieten also auf doppeltem Wege in die Abhängigkeit von einem Grundherrn. Einmal handelte es sich um kleine freie Grundeigentümer (namentlich in den Gegenden zwischen Weser, Elbe und Rhein), die, um kräftigen Schutz und Freiheit von der drückenden Heerbannspflicht zu erlangen, sich zur freiwilligen „Kommendation“ ihrer Person und „Tradition“ ihres Eigens an einen weltlichen oder geistlichen Großen entschlossen und von diesem ihr Land gegen die Übernahme von Dienstleistungen und Abgaben zurückerhielten. Andererseits fanden sich in der Heimat verarmte oder (bei zunehmender Bevölkerung) landlose Freie, welche bei einem Grundherrn Schutz und Land suchten und fanden, dafür aber bäuerliche Lasten übernehmen mußten.

Die germanische Unfreiheit war von alters her eine mildere Form der Unfreiheit als die eigentliche Sklaverei. Sie führte sich in weitestem Umfange auf die kriegerische Unterjochung eines Stammes, einer eingeborenen Bevölkerung zurück, über welche die Sieger in der Folge herrschten. Nach dem Aufkommen des Lehenswesens und der Beleihung von Freien und Unfreien mit Grund und Boden seitens der Großen (König, Kirche, Adel), erfolgte eine allmähliche Ausgleichung und Verschmelzung der Unfreien und vieler ursprünglich Freien zu einem Stande halbfreier Bauern („Grundholden“), die beide unter dem gleichen „Hofrecht“ standen.

Anders gestaltete sich die Entstehung der Grundherrschaft nach der Ansicht neuerer Agrarhistoriker. Ihnen zufolge gab es, wie bereits bemerkt, schon in der Urzeit kleine Grundherren, und nicht etwa die freien Bauern, sondern eben diese kleinen Grundherren waren es, welche später ihr Land, eine Anzahl Hufen mit den auf denselben lebenden Hörigen, an größere Grundherren tradierten und dadurch in ein Lehnverhältnis zu den weltlichen und geistlichen Großen traten. Die vordem hörigen Bauern wechselten dabei nur ihren Herrn. Außerdem entstanden auch nach dieser Ansicht schon von früherer Zeit an Grundherrschaftsverhältnisse durch Beleihung mit erobertem Lande seitens der Könige und Herzöge.

Die Villikationsverfassung, d. i. die diese großgrundherrlichen Herrschafts- und Dienstverhältnisse beherrschende Verfassung — in ihrer Entstehung wohl einigermaßen beeinflusst durch das Vorbild der römischen „villa“ und die spätkaiserliche Grundherrschaft in Gallien und am Rhein —, ordnete die Rechte und Pflichten der Herren und der „Laten“ nach „Hofrecht“, das auch selbst als Villikationsverfassung bezeichnet wird. Die „Grundholden“ waren an die Scholle gebunden, zu Diensten und Abgaben



verpflichtet, die aber regelmäßig nach Hofrecht nicht beliebig erhöht werden konnten. Der Mobiliarnachlaß der Laten fiel ganz oder teilweise an den Herrn. An dem Gute, dem Lathufen, hatte der Late ein dingliches vererbliches Recht. Besitz und Bewirtschaftung waren nach Hofrecht geregelt. Unter sich bildeten die Laten desselben Grundherrn eine Art hofrechtlicher Genossenschaft.

Die Hufen lagen oft zerstreut in verschiedenen Dörfern, wie es bei der Entstehung der Großgrundherrschaften durch Traditionen und Verleihungen einzelner Hufen nicht anders sein konnte. Doch haben die Grundherren zuweilen durch Umtausch von Hufen ihren Besitz zu einem mehr zusammenhängenden zu machen versucht. Die „Hufe“ im Sinne der Villikationsverfassung war ein als Ganzes verliehener Komplex herrschaftlicher Äcker (30 Morgen; in Kolonialgebieten, im Königsforste als Königshufe, mit der doppelt so großen Rute [virga regalis] gemessen oft 60—120 Morgen groß). Die Erbfolgeordnung wurde für die Grundholden ähnlich festgesetzt, wie sie für die Sukzession in freies Eigen galt. Nachdem im 11. Jahrhundert die ganerbschaftliche Bewirtschaftung (wobei die Familienglieder zusammenblieben und das Land gemeinschaftlich bewirtschafteten) aufgehört, suchten die Grundherren, um die Leistungsfähigkeit der Bauern für Abgaben und Dienste zu erhalten, eine allzu große Zersplitterung des Bodens zu verhindern, indem sie lediglich eine Teilung in Halb-, Drittel-, Viertelhufe gestatteten. Im 13. Jahrhundert erscheint so schließlich die Viertelhufe als die gewöhnliche Form nicht nur eines freien Hufengutes, sondern auch des grundholden Gutes.

Einen Teil des Landes behielten die Grundherren meist in eigener Bewirtschaftung. Derartige Herrenhöfe (Fronhöfe) wurden in der Regel von den „villici“, Meiern, verwaltet. Der Meier hatte die Abgabepflichten der Bauern zu überwachen und bewirtschaftete das zum Herrenhof gehörige „Salland“ mit Hilfe der grundhörigen Hintersassen. Die großen Grundherren, welche solcher Herrenhöfe oft viele, dazu in verschiedenen Gegenden, besaßen, verpachteten dieselben, um bessere und sicherere Einkünfte zu erhalten, in Zeitpacht an die früheren Beamten; sie „vermeierten“ die Güter, wie man zu sagen pflegte.

In Nordwestdeutschland waren es nun die Grundherren selbst, welche, um bei fortschreitender Entwicklung der Geldwirtschaft ihre Einkünfte zu steigern, die Villikationen förmlich auflösten.

So entstanden im 12. und 13. Jahrhundert namentlich in Hannover neue größere Bauerngüter dadurch, daß die Grundherren mehrere (meist vier) Lathufen zusammenlegten. Den Grundholden wurde die persönliche Freiheit verliehen, aber sie verloren ihre Hufe. Die neuen Güter wurden dann von den Grundherren an frühere Laten oder andere „freie Landsassen“ zu „Meierrecht“, d. i. in Zeitpacht nach dem Vorbilde der früher mit den „villici“ abgeschlossenen Pachtverträge, vergeben. Ein Teil der frei gewordenen Laten erhielten nicht zum Hufenland gehörige Äcker, Gartenland, „Wurthen“ ebenfalls zu „Meierrecht“; sie bildeten als Köter, Kossäten eine niedrigere Klasse der bauerlichen Bevölkerung. In Westfalen speziell ging die Entwicklung langsamer und ohne unmittelbare Freilassung der Laten auf gewohnheitsrechtlichem Wege vor sich mit allmählicher

Milderung der persönlichen Abhängigkeit und einer immer weiteren Ausdehnung des freieren Meierrechts. In Niedersachsen wurde dann später den Grundherren die Erhöhung des Zinses direkt durch die Landesgesetzgebung untersagt und dem Meier bereits im 16. Jahrhundert ein eigentliches Erbrecht am Meiergute verliehen. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts schuf die Gesetzgebung den sog. „Pertinenzverband“, das „Bauerngut“ im rechtlichen Sinne, d. h. das geschlossene, unteilbare Gut. Ende des 18. Jahrhunderts war der Grundherr hier zum einfachen Rentenberechtigten am Meiergute geworden.

Auch in Südwestdeutschland, im Süden und in den Rheinlanden<sup>1</sup> vollzieht sich seit dem 13. Jahrhundert eine Umbildung der rechtlichen Lage des grundholden Gutes. Der Late wird allmählich zum zinspflichtigen Eigentümer an seiner Hufe, indem gleichzeitig auch die persönliche Abhängigkeit vom Grundherrn sich mehr und mehr verflüchtigte. Als später die Reichsritter und Reichsgrafen ihre vom Kaiser oder den größeren Landesfürsten verliehene, oft auch usurpierte Gerichts- und Standesherrschaft dazu benutzten, um neue Lasten oder Dienste aufzulegen und den Allmendebesitz sich anzueignen, fanden sie bei den Bauern nachdrücklichen Widerstand.

Gerichtsherrschaft (Patrimonialgerichtsbarkeit) und Grundherrlichkeit fallen weder grundsätzlich noch tatsächlich immer zusammen. Nicht selten übte der Adel z. B. eine Gerichtsherrschaft („Vogtei“) über geistliche Besitzungen aus, ohne daß er in dem Gerichtsbezirke Grundherr war. Aus der Gerichtsherrlichkeit der Reichsritter und Reichsgrafen wurde vielfach eine kleine Territorialherrschaft mit Abhängigkeit der landsässigen Dynasten von den größeren Landesherren. Mit dieser Gerichtsherrschaft verband sich nicht selten eine persönliche Leib- oder Erbherrschaft ganz unabhängig von grundherrlichen Verhältnissen. Doch verliert auch diese Art von „Leibeigenschaft“ (abgesehen von Abgaben, Mortuarium u. dgl.) nach und nach ihre Bedeutung. Im übrigen waren es nicht so sehr unmittelbar die einzelnen Personen als die Gemeinden, welche von den Gerichtsherren zur Leistung von Frondiensten usw. genötigt wurden. Auch konnten diese dem Gerichtsherrn geleisteten Frondienste nicht allzu drückend werden, weil hier überhaupt der eigene Gutsbetrieb der Gerichtsherren wie der Grundherren sich meist in mäßigen Grenzen hielt.

In die Zeit vom 12. bis 14. Jahrhundert fällt dann die

5. Kolonisation der ostelbischen Länder (Gutsherrschaften). Kolonisationen, neue Besiedlungen grundherrlicher Gebiete waren auch im übrigen Deutschland im Laufe der Zeit nicht selten erfolgt, teilweise frei, ohne Plan, in Einzelhöfen, teilweise planmäßig und dann entweder in Straßendörfern mit Waldhufen, Hagenhufen, Königshufen (Erzgebirge, Sudeten, östliches Schlesien, Teile von Nieder- und Oberösterreich, Eifel, Ardennen, Spessart, teilweise auch Pommern, Mecklenburg usw.), — oder nach Art der Gewannenhufverfassung (in slavischen Gebieten, Pommern, Schlesien,

<sup>1</sup> Über die Rheinlande vgl. unter andern Eberhard Gothein, Agrarpolitische Wanderungen im Rheinland. Festgaben für Karl Knies (1896) 256 ff.

Mecklenburg usw.), — oder endlich in Marschhufen und ähnlichen Formen (an der Weser, Elbe, in Ost- und Westpreußen usw.).

Nicht selten wurde einem kultivierenden Rottbauern das gewonnene Land 5—7 Jahre lang zinsfrei überlassen und für die Folgezeit gegen einen mäßigen Kanon oder Erbzins in Erbpacht gegeben (sog. Neubruchsleihen, Landsiedelleihen). Hatte ein Unternehmer die Siedler herbeigeführt, so wurde ihm meist ein Teil des Rottlandes als Schulzengut im neuen Dorfe zugewiesen (namentlich in den slavischen Gebieten jenseits der Elbe). Häufig fand auch Teilbau statt, in Weingegenden, wo die Bauern mit der zweiten bis fünften Traube zinseten.

Besonderes Interesse beansprucht aber die Kolonisation der Slavenländer im Osten der Elbe (Ost-Holstein, Mecklenburg, Mark Brandenburg, Pommern, Preußen, Schlesien, auch Böhmen und Mähren) wegen der sog. gutsherrlichen Verfassung, die hier den Großbetrieb mit dem Großgrundbesitz verband, während in den alten deutschen Landen der Großgrundbesitz die Bewirtschaftung des Landes regelmäßig dem kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe überließ. Deutsche Bauern, namentlich aus Niedersachsen (nach Auflösung der Villikationsverfassung), in Niederschlesien, auch aus Franken, siedelten sich auf dem Boden der drei großen Grundherrschaften (des Landesherrn, der Klöster, des Adels) in Rodungsdörfern an und erhielten das gerodete Land als erbliche bäuerliche Leihe (Erbzinsrecht) gegen Zahlung von Zins und Zehnten, einer „Bede“ an den Landesherrn und Leistung öffentlicher Dienste, was dann alles aber gegen Ende des 13. Jahrhunderts bereits in der „Pacht“ vereinigt war. Die Grundherrschaft war Herrschaft lediglich über das Land, nicht über die Menschen; diesen war persönliche Freiheit gesichert (sog. „reine Grundherrschaft“).

Allmählich gelang es nun den Rittersn und Knappen, denen zur Leitung und Durchführung der Kolonisation oder zur Belohnung für sonstige Dienste seitens der Fürsten und großen Vasallen inmitten der Dörfer sog. „Possessorenhufen“, kleine Güter, zugeteilt waren, durch Ausbeutung der Ohnmacht und der finanziellen Schwierigkeiten der Grundherren, mit ihren Gütern, die dann als „Rittergüter“ bezeichnet wurden, Gerichtsherrschaft und grundherrliche Rechte zu verbinden. An Stelle der großen Grundherrschaften traten jetzt die kleineren „Gutsherrschaften“ in den Vordergrund, in einzelnen Gegenden fast für jedes Dorf. Charakteristisch für die Gutsherrschaften ist es, wie gesagt, daß dieselben als größere Güter in der Selbstbewirtschaftung des Gutsherrn stehen. Allmählich wurde die Gutsherrlichkeit zur obrigkeitlichen Gewalt in einem Dorfgebiet als territorialem Herrschaftsgebiet. Die Bauern standen zunächst mit „Bauerpflicht“ in einer Art dinglicher Untertänigkeit, die aber nach und nach in eine persönliche „Erbuntertänigkeit“ (mit Gesindezwangsdienst, Heiratskonsens u. dgl.), für die innerhalb der Herrschaft geborenen oder sich dort aufhaltenden Bauern, überging. Hier war denn auch seitens der Gutsherrschaften, namentlich im Zeitalter der Reformation, die Einziehung von Bauernland, das



sog. „Bauernlegen“, besonders im Schwung. Nicht nur durch Pest und Fehde „wüst“ gewordene Bauernhöfe wurden eingezogen, auch „ungehorsamen, mutwilligen“ Bauern durften seit 1540 und 1572 in der Mark die Stellen „abgekauft“ werden; ein gleiches war gestattet „für den eigenen Bedarf“, z. B. zur Ausstattung jüngerer Söhne mit neuen Gütern. Harte Willkür wurde dabei geübt, wie auch bei der Mehrbelastung der übrigbleibenden Bauern mit Fronen für den gutsherrlichen Betrieb. Neue Gelegenheit zum Einziehen verlassener Bauernstellen bot der Dreißigjährige Krieg. Auch verschlechterte sich das Besitzrecht der übrigbleibenden Bauern zu der eigenartigen Form des sog. Laßbesitzes oder lassitischen Besitzes. Der Bauer erhielt hierbei den gutsherrlichen Boden zur Kultur und Benutzung, aber nicht zu zinspflichtigem Eigentum, auch nicht als Pachtgut, sondern in einer ungünstigeren Rechtsform, als ein eigentliches Pachtverhältnis darstellt. Die Verfügungsfreiheit der Lassiten blieb sehr beschränkt, bei Bewahrung des Eigentums am Boden, an den Gebäuden und dem Inventar seitens des Gutsherrn. Der Laßbesitz war teils erblich (namentlich in der Mark und in Vorpommern), teils nicht erblich (so meist in Hinterpommern, Schlesien, Ostpreußen) und dann wiederum entweder auf Lebenszeit verliehen oder ein kündbarer Besitz (zuweilen in ganz kurzer [ $\frac{1}{2}$ jähriger] Frist). Der Gutsherr hatte gegenüber den spannfähigen lassitischen Bauernhöfen Anspruch auf Spanndienst, sonst auf Handdienst und überhaupt auf Hausgesindedienst, überdies auf Naturalabgaben. Auch stand ihm ein Weiderecht auf Brache und Stoppelweide des bäuerlichen Besitzes zu. Dagegen mußte er dem Bauern helfen bei Unglücksfällen, Viehsterblichkeit usw., ferner bei Herstellung und Reparatur der Gebäude. Der Bauer durfte sein Holz den herrschaftlichen Waldungen entnehmen, hatte zuweilen auch Weiderechte auf den gutsherrlichen Gebieten.

Wenn der Bauer nicht zu zahlen vermochte, mußte der Gutsherr für dessen Steuern aufkommen. Doch verschlechterte sich die Lage des Bauernstandes immer mehr durch wachsende Fronen, die Steigerung der persönlichen Abhängigkeit bis zur vollen Leibeigenschaft (namentlich in Mecklenburg und Schwedisch-Pommern), durch die Kriegsnot des nordischen und Siebenjährigen Krieges. Noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts findet ein erneutes Bauernlegen statt, weil man um des technischen Fortschrittes willen die Gutswirtschaft erweitern wollte und der lassitische Fronbauer als der fortschreitenden Kultur hinderlich angesehen wurde.

**6. Sonstige Verschlechterung in der Lage der Bauern nach dem 14. Jahrhundert.** Bis zum 14. Jahrhundert hatte sich wenigstens im allgemeinen die Lage des deutschen Bauern fortschreitend gebessert, sowohl in dinglicher wie in persönlicher Beziehung. Als im 12. Jahrhundert die Ritterschaft sich ausbildete, verloren die Fronhöfe ihre Bedeutung; sie wurden zu bloßen Hebestellen für Naturalzinsen, während die Ritter in ihren Burgen auf Bergeshöhen hausten. Der Bauer wurde unabhängiger in der

Wirtschaft und in weitem Umfange auch persönlich frei. Die sich mehrende Bevölkerung fand überdies bis gegen Ende des 14. Jahrhunderts östlich der Elbe noch weite Strecken zur Niederlassung vor. Ein anderer Teil konnte in die aufblühenden Städte ziehen und dort ein Handwerk üben.

Nach dem 14. Jahrhundert beginnt — allerdings nicht überall in derselben Weise — ein Rückgang in der bisher dem Bauern günstigen Entwicklung. Die milderen Hofrechte und Hofgerichte weichen der grundherrlichen Patrimonialgerichtsbarkeit. Namentlich seitdem das römische Recht die Auffassungen der deutschen Herren und Richter mehr und mehr beherrschte, wurde das Besitzrecht der Bauern verschlechtert, als Erbpacht oder gar als Zeitpacht mit vollem Eigentum des Herrn behandelt, wobei die deutsch-rechtliche Auffassung von einem Ober- und Untereigentum als unvereinbar mit dem römisch-rechtlichen Eigentumsbegriff in Theorie und Praxis ihre Bedeutung verlor. Die Säkularisation der geistlichen Güter in der Reformationszeit brachte zahlreichen Bauern statt der milden Herrschaft des Krummstabes<sup>1</sup> das harte, rücksichtslose Regiment selbstischer Grund- und Gutsherren, die namentlich im Norden und Nordosten Deutschlands durch das massenhafte „Legen“ der Bauern im 16. und 17. Jahrhundert ihren eigenen Besitz auszudehnen verstanden. Die gemeine Mark wurde vielfach von den Herren als Eigentum in Anspruch genommen und die Nutznießung der Bauern an derselben lediglich als eine vom Herrn frei gewährte Vergünstigung betrachtet. Die erfolglosen Bauernaufstände verschlechterten die Lage der Bauern noch mehr, wie auch der Dreißigjährige Krieg insbesondere der Bauernschaft die schwerste Schädigung brachte. Das erneute Bauernlegen proletarisierte abermals eine große Anzahl bäuerlicher Besitzer und sollte speziell im Norden und Osten in den „Instleuten“ die gewünschten Landarbeiter zur Bestellung der gutsherrlichen Besitzungen schaffen.

Doch war und blieb auch jetzt die Lage der Bauern nicht überall die gleich schlechte. Im 18. Jahrhundert, vor der Befreiung, finden wir in Südwest- und Mitteldeutschland noch einen Bauernstand mit dem besten Besitzrecht, Eigentum oder Erbzinsrecht, wobei die hier nicht übermäßigen Abgaben lediglich als Anerkennung der Grundherrschaft erscheinen. In manchen Gegenden Nordwestdeutschlands herrschte das „Meierrecht“, ein erbliches, dingliches Nutzungsrecht mit Veräußerungsbefugnis unter Zustimmung des Grundherrn. Der Meierhof war ein „geschlossenes Gut“,

<sup>1</sup> Vgl. hierzu G. L. v. Maurer, Geschichte der Fronhöfe usw. in Deutschland III 277; W. Roscher, Nationalökonomik des Ackerbaues Buch 2, Kap. 8, § 105; W. Arnold, Das Aufkommen des Handwerkerstandes (1861) 16; Verfassungsgeschichte der deutschen Freistädte II 164 214; S. Sugenheim, Geschichte der Aufhebung der Leibeigenschaft und Hörigkeit in Europa (1861) 90 108 ff. 224 288 290 501 f.; Franz Winter, Die Zisterzienser des nordöstlichen Deutschlands (3 Bde. 1868/71) II 468 f. — Daß es auch hier Ausnahmen von der Regel gab und die Bauern seitens einzelner kirchlicher Institute eine weniger glimpfliche Behandlung erfuhren, versteht sich von selbst. Vgl. E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes I 250 ff.

d. h. unteilbar, an den „Anerben“ vererblich, und mußte nach den Grundsätzen einer guten bäuerlichen Wirtschaftsführung verwaltet werden. Gebäude und Inventar waren Eigentum des Meiers.

Am schlimmsten hatte sich, wie gesagt, die Lage der Bauern im Nordosten und Norden Deutschlands gestaltet, sowohl was das Besitzrecht als auch was die persönliche Abhängigkeit und die Dienstpflicht betrifft. Hier war eine Änderung dringendstes Bedürfnis geworden.

Bevor wir jedoch zur Besprechung der Bauernbefreiung übergehen, müssen wir, um die Bedeutung und Tragweite der Befreiung verstehen zu können, noch kurz der bäuerlichen Lasten Erwähnung tun.

Die bäuerlichen Lasten beruhten einerseits auf grundherrlichen und gutherrlichen Rechten, anderseits entweder auf Unfreiheitsverhältnissen eines Teiles der Bevölkerung oder wenigstens auf beschränkten Besitzverhältnissen für einen andern Teil der Bevölkerung (Freie, die ihr Land einem Großen tradiert hatten oder für freie Kolonisten). Man muß dabei unterscheiden zwischen bäuerlichen Lasten, die einen mehr öffentlich-rechtlichen Charakter an sich tragen, Leistungen z. B., welche den Unterhalt der Beamten, der Krieger usw. bezwecken, die sog. „Beden“, d. i. Steuern, die im ständischen Territorialstaate auf dem nicht-ritterschaftlichen Grundbesitz ruhten, Burghau-, Wegebaulasten u. dgl. — anderseits solchen, die als privatrechtliche Lasten sich darstellten.

Bei den privatrechtlichen Lasten kann man unterscheiden

1. Die Besitzwechselabgaben (bei Erb- und Kauffällen), die eine Anerkennung des Obereigentums der Grundherren darstellten („Laudemium“, „Handlohn“, Fallgeld, Sterbfall, Antrittsgeld, Währschatz, Drittelsgebühr), meist 5—10 % vom Gutswert betragend, zuweilen aber auch mehr bis zu  $\frac{1}{3}$  oder  $\frac{1}{2}$  des Gutswertes. Daneben meist noch eine Abgabe vom beweglichen Vermögen des Bauern, das sog. „mortuarium“. Stellte dieses eine Quote des Inventars dar, so mußte die Abgabe um so drückender werden, je umfassender und unentbehrlicher das Inventar bei Steigerung der Intensität des Betriebes wurde. Auch das „Besthaupt“, d. i. das beste Stück Vieh, das beste Pferd usw., was als „mortuarium“ zu übergeben war, bedeutete auf höherer Stufe, wo Art und Qualität des Viehes mehr berücksichtigt wird, ein größeres Opfer als in früheren Zeiten. Das Laudemium aber mußte, als Quote des Gutswertes, von Verbesserungen abhalten, deren Ergebnis anderseits zu nicht geringem Teil die Ansprüche des Gutsherrn wieder steigerte.

2. Die dauernden Naturalabgaben, welche den Anteil der Herrschaft am Bodenertrag darstellten, nebst andern Reallasten, Weide, Jagd-, Fischereirechten u. dgl. Besondere Beachtung, als wichtigste Abgabe, beansprucht der Zehnte, ursprünglich oft eine Steuer namentlich für kirchliche Zwecke, dann aber auch eine gutherrliche Abgabe privatrechtlicher Art. Der Kornzehnte wurde als „großer“, der von Obst, Wein, Gemüse als „kleiner“ Zehnte bezeichnet und die Abgabe von landwirtschaftlichen Nutztieren als „Blutzehnte“. Der Zehnte stellte wirtschaftlich eine feste Quote (meist  $\frac{1}{10}$ ) des Rohertrages dar. Auch kleinere Quoten (z. B. in Weingegenden  $\frac{1}{12}$ ) führen den Namen „Zehnt“ oder „Zehent“. Gerade diese Art von Abgabe aber wurde allmählich sehr lästig und wirtschaftlich bedenklich. Bei Aufwendung einer erhöhten Menge von Kapital und Arbeit wird, wie wir sahen, in der landwirtschaftlichen Produktion der Reinertrag nicht in



demselben Verhältnisse gesteigert, wie die Betriebskosten gewachsen sind. Das Quantum von Rohprodukten nimmt freilich zu, aber dieses Mehr des Rohertrages ist verhältnismäßig teurer produziert worden. Demgemäß wächst denn auch der Reinertrag der Wirtschaft in geringerem Verhältnisse, als der relativ größeren Menge der Arbeits- und Kapitalaufwendung entspricht. Der Zehnte aber bleibt eine stets gleiche Quote des Rohertrages. Er muß in der gleichen Quote auch von dem gesteigerten Rohertrage entrichtet werden, ohne Rücksicht darauf, daß jene Steigerung als solche kostspieliger ist. So geschieht es, daß der Zehnte einen um so höheren Bruchteil des Reinertrages (bis zur Hälfte und mehr) absorbiert, je mehr Kapital und Arbeit zur Hebung des Betriebes verwendet wird — ein Umstand, der nicht gerade zu gesteigerten Aufwendungen ermutigen konnte<sup>1</sup>. Stand aber der Zehnte auf diese Weise einer Betriebsverbesserung im Wege, so bildete er auch insofern ein Hindernis des für den Fortschritt in der Landkultur erforderlichen Maßes freier Bewegung, indem die Verpflichtung zur Ablieferung bestimmter Arten von Produkten eine Änderung im landwirtschaftlichen Betriebe erschwerte.

3. Die persönlichen, häuslichen oder wirtschaftlichen Dienste, insbesondere die Fronen (Scharwerk, Robot), Hand- und Spanndienste, als „ungemessene“ unbegrenzt, als „gemessene“ auf bestimmte Arbeitstage in der Woche beschränkt. Auch für Bauten beim Herrenhof, für Jagd und dergleichen kamen Fronen vor. Besonders stark ausgebildet waren die Fronen, wo die Grundherrschaft zur Gutsherrschaft sich entwickelt hatte, indem dort das wirtschaftliche Arbeitssystem sich ganz auf den Frondiensten der erbuntertänigen Bauern aufbaute, wobei auch die Angehörigen der Fronbauern zu persönlichem Gesindedienste verpflichtet waren. Dazu kamen, außer den gutsherrlichen Fronen, wie gesagt, noch öffentlich-rechtliche Fronen, und zwar staatsrechtliche (wie Weg-, Flußbau-, Gerichtsfronden usw.), gemeinderechtliche (Hand- und Fuhrdienste u. dgl. für Gemeindezwecke), auch kirchliche Fronen für Kirchenbauten.

Man versteht es nach allem unschwer, wie der Übergang zu neuen, intensiveren Wirtschaftssystemen mit den alten Lasten unvereinbar war, und daß der Widerspruch gegen dieselben sich mehr und mehr verschärfen mußte, während gleichzeitig die immer mächtiger werdenden Freiheitsideen zu einer lebhaften Opposition gegen alle Abgaben und noch mehr gegen die Fronen führten.

Diese Einrichtungen hatten sich jetzt überlebt, während sie in früheren Zeiten als das Ergebnis einer vielleicht mehr oder minder erklärlichen Entwicklung erschienen waren. Zum fühlbaren Hemmnis des wirtschaftlichen Fortschrittes aber mußten sie werden, sobald, wie gesagt, das Bedürfnis und die Möglichkeit intensiverer Wirtschaft zur Geltung kamen. Die Naturalabgaben waren ehemals meist mäßig gewesen und weniger hart als spätere Geldabgaben. Ohne Fronarbeit wären manche öffentliche Leistungen und Arbeiten kaum durchzuführen gewesen. Die Fronarbeit war damals überhaupt weniger gehässig, als sie uns heute erscheint. Das ganze Abhängigkeitsverhältnis gewährte den Hintersassen auch mächtigen Schutz und kräftige Hilfe in Zeiten der Not seitens der Grundherrschaft. Dazu kam, daß die persönliche und dingliche Abhängigkeit wenigstens bis zum Ausgange des Mittelalters stetig sich in eine mildere Form gekleidet hatte. „Ich glaube“, be-

<sup>1</sup> Vgl. Buchenberger, Agrarwesen I 132 nebst Anm.

merkt nicht mit Unrecht Grimm<sup>1</sup>, „die Hörigkeit und Knechtschaft der Vergangenheit war in vielem leichter und liebevoller als das gedrückte Dasein unserer Bauern und Fabriktagelöhner. In den alten Dienstleistungen war überhaupt mehr Naturleben. . . . Die Lasten der heutigen Bauern haben darum schon einen schwereren Charakter, weil sie auf ein engeres, einförmiges Ziel gerichtet, Mittel und Wege dazu oft den Geschäften des Landmannes unangemessen sind.“ Lehrreich ist jedenfalls die Tatsache, daß in neuester Zeit, namentlich in Bayern, die Frage ventilirt wurde, ob es nicht besser sei, an Stelle der Geldsteuern wiederum Naturalabgaben einzuführen. Man kann auf das Verhältnis der mittelalterlichen Grundherrschaft zu ihren Grundholden das Wort anwenden, was Friedrich v. Raumer<sup>2</sup> im Hinblick auf die Feudalität schlechthin gesprochen hat: „Im Lehnswesen erschien der Besitz fast als etwas Lebendiges, Sittliches; das geteilte Eigentum wurde Zeichen und Beweis, daß auch die beiden Menschen, der Lehnsherr und der Vasall, erst ein Ganzes ausmachten. Überall trat Wechselseitigkeit der Rechte und Pflichten hervor, Treue und Wahrheit galt für die erste Bedingung der Verhältnisse, Lehnsherr und Vasallen sollten jede Freude, jedes Leid teilen und sich überall wechselseitig zu Hilfe kommen. Wer das Große, Ideale dieser Ansichten und Verhältnisse leugnet, der ist befangen in vermeintlicher Weisheit des letzten Tages und unfähig, andere Zeiten zu begreifen.“

Gleichwohl bleibt es wahr, daß nicht bloß die Entartung und die zahlreichen Mißbräuche des grund- und gutherrlichen Verhältnisses seit dem Beginn der Neuzeit, sondern ebenso das Bedürfnis einer höheren wirtschaftlichen Entwicklung im 18. Jahrhundert immer mehr zur Befreiung des Bauernstandes drängten<sup>3</sup>.

Dazu kam dann noch, wie gesagt, der allgemeine Ruf nach größerer Freiheit, der in der philosophischen Aufklärung eine mächtige Bundesgenossin besaß, die physiokratische Lehre von der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Landbaues, das wachsende Geldbedürfnis der Staaten, die von einer freien und darum leistungsfähigeren Landwirtschaft eine Stärkung der staatlichen Finanzen erwarteten. Es haftete ja aber auch zuletzt auf dem Bauernstande doch nur mehr die Last ohne entsprechende Gegenleistung — eine Last, deren Rechtsgrund zur geschichtlichen Antiquität geworden war, von wenigen gekannt wurde, insbesondere aber seitens der Verpflichteten nicht mehr verstanden und gewürdigt werden konnte.

Bevor es jedoch zur eigentlichen Befreiung kam, finden wir schon mancherorts Versuche, die Lage der Bauern zu bessern oder doch einem weiteren Verfall des ganzen Bauernstandes entgegenzutreten.

**7. Bauernschutz und Bauernbefreiung.** Der Bauernschutz im weiteren Sinne umfaßt alle staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bauern noch innerhalb der alten Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse. Im engeren Sinne ist der „Bauernschutz“ eine staatliche Maßregel, die sich speziell gegen das sog. „Bauernlegen“ richtete<sup>4</sup>.

Die Bauernbefreiung hat nicht bloß, wie der Bauernschutz, innerhalb der fortbestehenden alten persönlichen und dinglichen Herrschafts-

<sup>1</sup> Rechtsaltertümer xvi und 395.

<sup>2</sup> Historisch-politische Briefe (1860) 242.

<sup>3</sup> Vgl. Buchenberger a. a. O. I 98 ff.

<sup>4</sup> Für alles Nähere sei auf den Artikel „Bauernbefreiung“ im Wörterbuch der Volkswirtschaft I verwiesen.

und Abhängigkeitsverhältnisse die Lage des Bauernstandes und der einzelnen Bauern zu bessern versucht, sondern die Beseitigung eben dieser Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse selbst in Angriff genommen.

Das Befreiungswerk wurde in der vornapoleonischen Zeit (18. Jahrhundert) seitens der aufgeklärten absoluten Fürsten bereits begonnen, blieb aber fast nur auf die sog. „Domänenbauern“ beschränkt, deren Landes- und Guts- bzw. Grund- und Gerichtsherren die Fürsten waren. Erst in der nachnapoleonischen Zeit (19. Jahrhundert), nach der französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen, wurden die „Privatbauern“ befreit und überhaupt das ganze Befreiungswerk seiner Vollendung zugeführt.

Während man zur Agrargesetzgebung im weiteren Sinne alle gesetzlichen Maßnahmen rechnet, die agrarische Verhältnisse zum Gegenstande haben, wurden die Gesetze, welche im 18. und insbesondere im 19. Jahrhundert die Befreiung des Bauernstandes bezweckten (namentlich die Ablösungs- oder Grundentlastungsgesetzgebung), als „Agrargesetze“ im engeren Sinne bezeichnet, wie ja auch einst im altrömischen Staatswesen die Gesetze eines Licinius Stolo, Tiberius und Cajus Gracchus usw., welche den Plebejern einen gerechten Anteil am Boden, speziell an den durch Eroberung gewonnenen Staatsländern sichern sollte, den Namen „Agrargesetze“ *κατ' ἐξουσίαν* führten. Man stellt dabei der Agrargesetzgebung im engeren Sinne die Landeskulturgesetzgebung gegenüber, welche die Verbesserung der Land- und Forstwirtschaft zum Zwecke und die gesetzlichen Maßregeln rücksichtlich der Zusammenlegung der Grundstücke, Gemeinheitsteilung und dergleichen, Feldpolizeiordnungen, Ent- und Bewässerung, Bewaldung, Hebung der Viehzucht, der Obstbaumzucht usw. zum Inhalte hat.

Die „Bauernbefreiung“ hatte in dreifacher Hinsicht dem Bauern die Freiheit zu vermitteln: in persönlicher, politischer, wirtschaftlicher Beziehung. Wir müssen daher im folgenden unterscheiden zwischen der persönlichen Befreiung (Aufhebung der älteren Leibeigenschaft und der neueren Erbuntertänigkeit); der politischen Befreiung (Aufhebung der ständischen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt der Guts- und Gerichtsherren, Verleihung politischer Rechte an den Bauernstand); der wirtschaftlichen Befreiung (Aufhebung der dem Grund-, Gerichts- oder Gutsherrn geschuldeten Fronen, Ablösung aller auf dem Bauerngute ruhenden Reallasten, Verwandlung aller schlechteren Besitzrechte in Privateigentum).

Von der politisch-staatsrechtlichen Befreiung können wir jedoch an dieser Stelle absehen. Dieselbe schloß sich naturgemäß an die persönliche Befreiung an. Mit den noch vorhandenen Resten der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt räumte dann das Jahr 1848 gründlich auf (Österreich 1848, Preußen 1849).

Unser vornehmliches Interesse beansprucht hier nur die persönliche und namentlich die wirtschaftliche Befreiung.



War die Lage des deutschen Bauernstandes in politisch-staatsrechtlicher Beziehung zumeist die gleiche vor dem Befreiungswerke, so wiesen die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie bereits gesagt, die größten Verschiedenheiten auf.

„Im Gebiete der neueren Grundherrschaft im Nordwesten (des Deutschen Reiches) fällt die . . . Aufgabe der persönlichen Befreiung größtenteils ganz weg. Hier handelt es sich hauptsächlich um Herstellung des vollen Eigentums aus Erbzinsrecht und dem auch schon erblich-dinglichen Meierrecht, Beseitigung der hier nicht sehr erheblichen Fronden an Grund- und Gerichtsherren, und Ablösung der Reallasten.

Im Gebiete der älteren Grundherrschaft, im Süden, gilt es vor allem die Beseitigung der noch seit dem Mittelalter bestehenden, aber zur bloßen Rentenquelle gewordenen Leibeigenschaft, dann Aufhebung der hier hauptsächlich dem Gerichtsherrn geleisteten, auch nicht sehr erheblichen Frondienste und Ablösung der Reallasten, während Eigentum hier schon vielfach vorhanden ist. Nur im Südosten, in Altbayern, handelt es sich daneben auch um Verwandlung schlechter Besitzrechte in Eigentum.

Im Gebiete der Gutsherrschaft, im Nordosten, dagegen ist die Hauptaufgabe die Beseitigung der Frondienste und die Verwandlung der schlechteren, nicht einmal erblich-dinglichen Besitzrechte in Eigentum; und auch die persönliche Unfreiheit, die Erbuntertänigkeit, ist hier nicht nur Verpflichtung zu allerrhand Gebühren und Abgaben, sondern eine wirkliche, ganz persönliche Knechtung und Schmälerung der persönlichen Rechte, — ebenso wie das gegen Leistung der Frondienste eingeräumte lassische Besitzrecht — konsequent in der Richtung ausgebildet, dem Gutsherrn die ganze verfügbare Arbeitskraft des Untertanen und seiner ganzen Familie zu sichern.“<sup>1</sup>

Dennoch wäre es, um es noch einmal zu sagen, verfehlt, wollte man die Leibeigenschaft (Erbuntertänigkeit), wie sie noch im 18. Jahrhundert, ja bis ins 19. Jahrhundert in Deutschland, namentlich in Preußen, sich vorfand, der antiken heidnischen Sklaverei oder auch der russischen Leibeigenschaft (erst durch Gesetz vom 19. Februar 1861 beseitigt) völlig gleichachten. Die Auffassung, die den Leibeigenen fast auf dieselbe Stufe mit den sachlichen Vermögensobjekten des Gutsherrn stellte, hatte sich in Deutschland nur in Mecklenburg, Neu-Vorpommern, Holstein und auch dort — bloß vorübergehend behaupten können. Im übrigen war die Leibeigenschaft Schollenpflichtigkeit, Erb- oder Gutsuntertänigkeit<sup>2</sup>. Der leibeigene Bauer war an die Scholle gebunden, die er gar nicht oder nur gegen Leistung eines Abzugsgeldes verlassen durfte. Auch entbehrte er der Freiheit der Berufswahl, war gezwungen, Bauer zu werden. Oft war er ebenfalls in seinem Verhehlungsrechte beschränkt. Dazu kamen dann, außer den auch sonst üblichen landwirtschaftlichen Abgaben und Fronden, noch ganz besondere, der Leibeigenschaft bzw. Erbuntertänigkeit eigentümliche Leistungen, so namentlich persönliche Dienste, Verpflichtung der heranwachsenden Kinder zum Gesindedienst; — dann oft ein regelmäßiger jährlicher Leibeigenschaftszins, Leibzins, Leibschilding, überdies gewisse unregelmäßige Abgaben bei der Verheiratung, beim Todesfall,

<sup>1</sup> Fuchs, Art. „Bauernbefreiung“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>2</sup> 369.

<sup>2</sup> Vgl. Buchenberger a. a. O. I 117; Knapp, Leibeigenschaft im östlichen Deutschland, in Preuß. Jahrbücher 1891, 233 ff.

„Abzug“ u. dgl. In allem diesem finden sich mannigfache Verschiedenheiten je nach Land und Gegend. Regelmäßig jedoch war der Leibeigene nicht als Person veräußerlich und wechselte den Herrn nur mit dem Gute, zu dem er gehörte; auch konnte er Privatvermögen erwerben.

Die Hörigkeit stellte im allgemeinen einen noch milderen Grad der Unfreiheit dar, obwohl eine klare und bestimmte Abgrenzung zwischen Hörigkeit und Leibeigenschaft sich kaum vollziehen läßt. Auch die Hörigen waren „plebae adscripti“ und zu vererblichen sachlichen Leistungen verpflichtet; sie unterstanden — abgesehen von der Blutgerichtsbarkeit — nicht dem öffentlichen Gerichte, sondern dem privaten Hofgericht, in dem die eigenen Standesgenossen vertreten waren. In der Regel hatten sie einen festen Rechtsanspruch auf ihr Grundstück.

**8. Das Werk der persönlichen Befreiung.** Gegen eine absolute, zwangsweise Beseitigung der oben geschilderten persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse direkt durch die Staatsgewalt zu einer Zeit, wo Leibeigenschaft oder Hörigkeit mit der erreichten höheren Kulturstufe aus prinzipiellen wie praktischen Gründen unvereinbar erschienen, läßt sich ein grundsätzlich begründetes Bedenken nicht erheben. Um so mehr aber mußte die zentrale Staatsgewalt im öffentlichen Interesse und zum speziellen Besten des Bauernstandes überall dort zu Eingriffen in das historisch Gewordene befugt und verpflichtet erscheinen, wo die persönlichen Herrschaftsverhältnisse einen besonders harten Charakter angenommen hatten. Bis zum 14. Jahrhundert und darüber hinaus war, wie wir sahen, die Lage der Bauern inmitten der aufsteigenden, vom Geiste des Christentums beherrschten Kulturentwicklung eine stetig bessere geworden. Die Aufnahme des römischen Rechtes und die Wirren der Reformationszeit führten eine abermalige Verschlechterung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Bauernstandes herbei. Namentlich nutzten im Nordosten Deutschlands die Gutsherren ihre Machtstellung aus im eigenen Interesse und zum Schaden der bäuerlichen Bevölkerung. Dazu kam dann gegen Ende des 18. Jahrhunderts die französische Revolution, eine gewaltige Mahnung für die Machthaber, durch zeitige Reform einer gewaltigen Eruption der Leidenschaften des Volkes vorzubeugen. Alle diese Erwägungen mußten in der Tat die zentrale Staatsgewalt dazu drängen, im öffentlichen Interesse und zum besondern Wohle des Bauernstandes in das historisch Gewordene ändernd einzugreifen und von den Grund- und Gutsherrschaften die für die Zwecke der Reform unerläßlichen Opfer zu fordern. Der Staat brachte dabei lediglich den früher bereits begonnenen, dann aber wiederum teils unter dem Einfluß fremder Rechtsanschauungen, teils durch Gewalttätigkeiten der Mächtigen gehemmten oder zerstörten allmählichen Prozeß der Befreiung des Bauernstandes von seiner Seite zur Vollendung. Er kam damit nicht bloß den Forderungen einer geschichtlich notwendigen, der christlichen Idee entsprechenden Entwicklung entgegen, er gab auch dem Bauernstande in gewissem Umfange

jetzt endlich die Rechte, welche dieser bei ungestörtem Fortschreiten der früheren mittelalterlichen Entwicklung schon längst erhalten hätte.

Es wird genügen, an dieser Stelle auf die wichtigsten Gesetze u. dgl., welche sich auf die persönliche Befreiung des Bauernstandes beziehen, kurz zu verweisen.

Abgesehen von Frankreich, wo man durch die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 4. und 11. August 1799 die feudale Gebundenheit der Bauern radikal beseitigte, ward regelmäßig die persönliche Befreiung schon vor der Ablösung der Lasten und getrennt von ihr durchgeführt.

Für Österreich hob Joseph II. durch Patent vom 1. Dezember 1781, für Ungarn durch Patent vom 22. August 1785 die Leibeigenschaft auf.

In Preußen gab es außer den nach kulmischem Recht sitzenden Freibauern, den sog. „Kölmern“ („Kölmische Güter“ in Ost- und Westpreußen<sup>1</sup>), im 18. Jahrhundert fast nur herrschaftliche Bauern. Das Bemühen Friedrichs I., an einzelnen Orten versuchsweise die Leibeigenschaft aufzuheben, blieb ohne nennenswerten Erfolg. Das gleiche gilt von den Versuchen Friedrich Wilhelms I. (1718 für Ostpreußen, 1719 für Pommern). Die Bauern sollten hiernach durch Eid, nicht mehr durch Geburt an die Scholle gebunden, und ihre Kinder sollten frei sein. Die Frondienste blieben aber bestehen; nur sollte der unerbliche Laßbesitz in erblichen übergehen. Allein an der Apathie der Bauern und Beamten scheiterte das ganze Unternehmen, abgesehen von der Reduktion der persönlichen Dienste. Zu einer vollen persönlichen Befreiung kam es dabei also nicht. Wirksamer erwies sich das Verbot Friedrichs II. (1763) an die Domänenpächter, Domänialbauern zwangsweise zum Gesindedienste heranzuziehen. Hierdurch war schon ein wesentlicher, konstitutiver Bestandteil der Erbuntertänigkeit (zunächst für Ostpreußen und Litauen) beseitigt, so zwar, daß diese selbst (im Jahre 1804) für Ost- und Westpreußen als bereits aufgehoben erklärt werden konnte. Für Pommern, die Neumark und Kurmark wurde in der Zeit von 1799 bis 1805 eine fakultative vertragsmäßige Aufhebung der Erbuntertänigkeit gleichzeitig mit der Dienstablösung usw. angestrebt, doch mit bloß teilweisem Erfolg. Die Verordnung vom 28. Oktober 1807 beseitigte dann jede noch in Pommern, Brandenburg und Schlesien bestehende Erbuntertänigkeit der Domänialbauern. Für die Privatbauern in Pommern hatte Friedrich II. (1763) die Aufhebung der Leibeigenschaft angeordnet. Tatsächlich wurde jedoch nur der Name der Leibeigenschaft, nicht die Sache selbst beseitigt. Die berühmte Denkschrift Hardenbergs vom 12. September 1807 betonte nachdrücklichst, daß man allem, was immer Gutes in den Zielen der französischen Revolution sich vorgefunden, unter Wahrung der Religion und Moralität, auch in einem monarchisch regierten Staat Raum gewähren könne und müsse. Solche Erwägungen, namentlich aber die Hoffnung, durch die Ermöglichung freier Selbstbetätigung dem infolge der Kriegsbeschwerden hart bedrückten und entmutigten Bauernstande helfen zu können, führte zu dem Edikt vom 9. Oktober 1807, durch welches der neue Minister v. Stein für die Bauern mit besserem lassitischem Besitz sofort, für die andern vom Martinitage 1810 die Erb- oder Gutsuntertänigkeit im Bereich des gesamten preußischen Staates aufhob: „nach diesem Tage gibt es nur freie Leute, bei denen aber, wie

<sup>1</sup> In Schlesien fanden sich vereinzelte Freibauern, sog. „Lehnschulzen“, in Pommern „Freischulzen“.



sich von selbst versteht, alle Verbindlichkeiten, die ihnen als freien Leuten vermöge des Besitzes eines Grundstücks oder vermöge eines besondern Vertrags obliegen, in Kraft bleiben.“ Damit war also die Schollenpflichtigkeit, der persönliche Dienstzwang, der unmittelbar aus der Leibeigenschaft sich ergab, beseitigt, allen Bauern die Freiheit des Abzugs, der Berufswahl gesichert. Es blieben aber alle landwirtschaftlichen Dienste und Abgaben, die nicht unmittelbar zur Leibeigenschaft als solcher gehörten, sondern auf dem gutsherrlichen Verhältnisse oder einem Vertrage beruhten. Eine „Regulierung der gutsherrlichen und bauerlichen Verhältnisse“ (Aufhebung jener landwirtschaftlichen [staatsrechtlichen und gutsherrlichen] Frondienste, Verwandlung des lassitischen Besitzrechts in Eigentum usw.) wurde später unter Hardenberg (seit 1810 Minister) in Angriff genommen. Die ganze Reform der privatbäuerlichen Verhältnisse führt daher den Namen der „Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung“.

Für Hannover räumte die napoleonische Zeit mit den hier und da neben dem Meierrecht noch vorkommenden Resten von Leibeigenschaft auf.

Auch in dem rheinischen Deutschland hatte die Leibeigenschaft, wo der Name sich noch finden mochte, schon lange jede soziale und persönliche Bedeutung verloren und beschränkte sich auf bestimmte Abgaben.

In Schleswig-Holstein wurde durch Verordnung vom 9. Dezember 1804 die Aufhebung der Leibeigenschaft verfügt.

Für Mecklenburg bedeutete die Aufhebung der Leibeigenschaft die „Freiheit zu gehen und zu hungern“. Sie führte infolge erneuten Bauernlegens zum fast völligen Untergang des ritterschaftlichen Bauernstandes.

Im Königreich Sachsen war die Leibeigenschaft infolge der Bauernaufstände von 1790 tatsächlich in einen milden Dienstzwang umgebildet worden.

In Bayern wurde die Leibeigenschaft, soweit sie noch bestand, durch die Konstitution vom 1. Mai 1808 zugleich mit den eigentlichen Leibeigenschafts-abgaben (Leibzinsen, Abzugsgelder, Mortuarien) abgeschafft.

In Baden verfügte Markgraf Karl Friedrich durch Edikt vom 23. Juli 1783 die Aufhebung der Leibeigenschaft und der darauf beruhenden Abgaben. Für die 1796 säkularisierten geistlichen Territorien und die durch die Rheinbunds-akte zu Baden geschlagenen Gebiete erfolgte die Aufhebung durch die Konstitution vom 22. August 1818, während das Gesetz vom 5. Oktober 1820 die Leibeigenschafts-abgaben in diesen Gebieten gegen volle Entschädigung aus der Staatskasse beseitigte.

In Württemberg wurde durch ein Edikt vom 18. November 1817 die „Lokal- und Personal-Leibeigenschaft“ vom 1. Januar 1818 an aufgehoben; durch Gesetz vom 29. Oktober 1836 übernahm die Staatskasse die Entschädigung der Berechtigten für den Ausfall der leibeigenschaftlichen Leistungen (Leibeigenschaftszinsen, besondere Verheirathungs- und Todesfallabgaben der Leibeigenen) im 20fachen Betrag des Reinertrags derselben.

Für Hessen wurden Leibeigenschaft und Leibeigenschafts-abgaben durch Gesetz vom 25. Mai 1811 beseitigt. (Vgl. auch Verfassungsurkunde Art. 25.) — Für Rhein-Hessen hatte dieses Gesetz keine praktische Bedeutung, da hier schon früher das Befreiungswerk vollzogen war.

Ein kurzer Hinweis auf die bäuerliche Befreiung auch in andern europäischen Staaten möge das Bild vervollständigen.

Über die Entstehung der grundherrlichen Verhältnisse in England sind die Ansichten geteilt<sup>1</sup>. Die einen lassen die Grundherrschaft gleichzeitig mit der Feldgemeinschaft oder auch vor ihr entstehen (Seeböhm, Ochenkowski u. a.), andere glauben an eine Entwicklung der gutsherrlichen Verfassung aus dem Zustand freier Feldgemeinschaft (Waitz, Maurer, Stubbs, Nasse u. a.)<sup>2</sup>. Jedenfalls war zu Ende des 13. Jahrhunderts die gutsherrliche Verfassung in ganz Großbritannien verbreitet. Leibeigene ohne Landbesitz („villeins en gross“) gab es verhältnismäßig wenige; zahlreich waren dagegen die an die Scholle gebundenen Hörigen („villeins regardant“). Daneben gab es noch zu persönlichen Dienstleistungen verpflichtete Inhaber kleiner Anwesen („cotarii“ [deutsch Kotten, Katen]). Schon gegen Ende des 13. und zu Anfang des 14. Jahrhunderts traten für die Bauern an Stelle der Arbeitsleistungen und Dienste feste Geldabgaben (Eindringen der Geldwirtschaft in England). Die verheerenden Wirkungen des Schwarzen Todes (im 14. Jahrhundert), dem wohl die Hälfte der Bevölkerung zum Opfer fiel, führten tatsächlich zu weiteren Verbesserungen in der Lage der Bauern, wenn auch die Gutsherren ihrerseits gerne die alte Ordnung mit den Dienstleistungen wiederhergestellt hätten. So finden wir in England bereits gegen Ende des Mittelalters einen freien ländlichen Tagelöhnerstand, die Hörigen sind zu freien „copyholders“ und „costamary tenants“, Erbzinsleuten, geworden; daneben gibt es auch zahlreiche freie Zeitpächter („tenant farmers“).

Die Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse in Frankreich hat große Ähnlichkeit mit den deutschen Zuständen in älterer Zeit. Hier wie dort wird die Lage der „Unfreien“ („servi rustici“) gebessert, die persönliche Unfreiheit mehr und mehr gemildert, während vielfach Freie sich in „Hörige“ („hommes de poëste“ [„potestas“, Gutsherrschaft], „vilains“) verwandelten. Man kann schwerlich behaupten, daß die Lage der Bauern vor der Revolution schlechter war als in andern Ländern, wenn auch die Verhältnisse seit Ende des 17. Jahrhunderts sich für den französischen Bauernstand drückender gestaltet hatten. Immerhin schätzt Clerget die Zahl der Unfreien für das Jahr 1789 noch auf 1½ Millionen. Die Dekrete der „Assemblée Nationale“ vom 4. August 1789 beseitigten dann jede noch vorhandene Oberherrschaft einer Person über eine andere.

Verschiedene Versuche, welche Kaiser Paul und Alexander I. in Rußland machten, um die überaus drückende Lage der Leibeigenen zu verbessern, blieben ohne durchschlagenden Erfolg. Erst das Gesetz vom 19. Februar 1861 brachte den Bauern die persönliche Freiheit. In Russisch-Polen wurde von Napoleon I. durch Artikel 4 der Konstitution vom 22. Juli 1807 für das Herzogtum Warschau die Leibeigenschaft aufgehoben. In den Ostseeprovinzen wurde den Bauern auf Grund der Gesetze vom 23. Mai 1816, 25. November 1817 und 26. Juli 1819 die persönliche Freiheit zuteil.

In Schweden bedurfte es keiner persönlichen Befreiung, da hier weder Leibeigenschaft noch eigentliche Hörigkeit bestanden. Ein Gleiches gilt von Norwegen.

Neben den Freisassen („Selvejerbønder“) gab es in Dänemark bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1702 leibeigene Pachtbauern („Fæstebønder“).

<sup>1</sup> Vgl. Art. „Bauernbefreiung“ (Großbritannien, von E. C. K. Gonner), im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II<sup>3</sup> 590 ff.

<sup>2</sup> Erwin Nasse, Über die mittelalterliche Feldgemeinschaft (1869).

Im Jahre 1733 erhielten die Gutsbesitzer das Recht, die militärpflichtigen Bauern (vom 14. bis 35., später bis zum 40. Lebensjahre) auf den Gütern zurückzuhalten und aus denselben dann eine gewisse Anzahl von Rekruten zum sechsjährigen Militärdienst auszuwählen. Seit 1746 durften sie auch den also an die Scholle gebundenen Bauern („stavnbundne“) einen Pachthof geradezu aufzwingen, mit der Verpflichtung, den verwahrlosten Hof in guten Zustand zu setzen und dann wieder abzuliefern. Diese Gebundenheit („Stavnbaand“) wurde durch die Verordnung vom 20. Juni 1788 aufgehoben. Die Pflicht zum Militärdienst ruhte nun nicht mehr auf dem Boden, sondern war eine persönliche Pflicht, allerdings bis 1848 lediglich des Bauernstandes.

In Holland und Belgien zeigten die bauerlichen Verhältnisse im Mittelalter mannigfache Verschiedenheit, je nach der Herkunft der Bevölkerung (Friesen, Sachsen, Franken, Gallier). Bei den Friesen finden sich bereits im 13. Jahrhundert nur noch unbedeutende Reste der Unfreiheit. In den Provinzen Holland und Seeland gab es wohl seit dem 12. Jahrhundert keine Leibeigenen mehr, und Hofhörige im 15. Jahrhundert nur noch in relativ geringer Zahl. Auch das gewerbereiche Flandern kannte im 12. Jahrhundert kaum noch Leibeigene, und die Hörigkeit hatte nicht viel mehr zu bedeuten, nachdem Guido von Flandern 1152 alle Frondienste aufgehoben hatte. In Brabant gab Heinrich II. im Jahre 1247 allen Leibeigenen, die auf seinen Domänen waren, die Freiheit; seinem Beispiele folgten die übrigen Grundherren. In den Provinzen Geldern und Overijssel fanden sich Hofhörige noch im 16., 17., teilweise im 18. Jahrhundert. — In Luxemburg gab es bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts „Leibeigenschaftsleuth“, „Schaffleuth“, „Dienstleuth“, die ohne Erlaubnis des Herrn das Herrngut nicht verlassen und ebenso nicht heiraten durften. Ludwig XIV. beseitigte 1686 die persönliche Unfreiheit. Milde Formen der Unfreiheit, die sich noch im Hennegau, Namur, Lüttich vorfanden, waren im 16. und 17. Jahrhundert völlig verschwunden.

**9. Die Ablösungs- oder Grundentlastungsgesetzgebung; Verwandlung des bauerlichen Besitzrechtes in Eigentum an Grund und Boden.** Eine Ablösung der bauerlichen Naturaldienste und Naturalabgaben fand bei manchen fortgeschrittenen Völkerschaften, mit dem Übergang zum intensiveren Ackerbau, schon früh, jedenfalls beim Ausgange des Mittelalters statt, so z. B. in Ober- und Mittelitalien, in der freien Schweiz, teilweise auch in den Niederlanden<sup>1</sup>. Wie Roscher<sup>2</sup> hervorhebt, würde auch „bei ganz normaler Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in den meisten Teilen von Deutschland“ das bereits begonnene Befreiungs- und Ablösungswerk „während des 15. und 16. Jahrhunderts wohl zur völligen Ablösung der bauerlichen Naturallasten geführt haben.... Das allgemeine Sinken deutscher Volkswirtschaft aber, welches die religiöse Spaltung und namentlich der Dreißigjährige Krieg bewirkten, mußte die alte Naturalform der bauerlichen Abgaben wieder fast ebenso zeitgemäß erscheinen lassen, wie sie Jahrhunderte früher gewesen.“ Kaum

<sup>1</sup> Vgl. Roscher, Nationalökonomik des Ackerbaues II, Kap. 9, § 117, A. 2 6 7 8, § 118.

<sup>2</sup> Ebd. § 117.



bedarf es der Erwähnung, daß auch das persönliche Interesse der Gutsherren an den Naturalabgaben und mehr noch an den Fronen dieselben zu einer „lebhaften Reaktion gegen die früheren Fixierungs- und Ablösungsversuche“ geneigt machten. Der Bauernkrieg hatte dann noch „den gewöhnlichen Erfolg gescheiterter Revolutionen: den Druck, welchen man abzuschütteln versuchte, nur noch härter, einiger und systematischer zu machen“.

Diesen Urteilen Roschers ist nichts hinzuzufügen. Auch in der Erörterung der für die Ablösungsgesetzgebung entscheidenden prinzipiellen Fragen können wir uns durchgehends Roscher anschließen, der hierbei, wie uns scheint, den Standpunkt der Gerechtigkeit klar und konsequent wahrte.

Es würde indes zu weit führen, wenn wir hier näher auf jene grundsätzlichen Fragen eingingen. Nur eine kurze Zusammenstellung der wichtigsten Gesetze<sup>1</sup> möge das in großen Umrissen gezeichnete Bild des Befreiungswerkes ergänzen und vollenden.

Beginnen wir mit Preußen. Sieht man von den Maßregeln zum Zwecke des „Bauernschutzes“ und der „persönlichen Befreiung“ der Bauern ab, so darf hier vorerst ein Versuch Friedrichs des Großen erwähnt werden (1763), in Oberschlesien den unerblichen Besitz der Privatbauern in erblichen oder auch in Eigentum gegen Zahlung eines mäßigen Einkaufsgeldes zu verwandeln. Die Bauern wollten damals jedoch nicht auf die Steuervertretung und die Unterstützungspflicht der Gutsherren verzichten, verblieben daher meist bei den früheren Verhältnissen. Auch sei noch einmal der Kabinettsorder Friedrichs II. vom 20. Februar 1777 (Deklaration von 1790) gedacht, durch die der bisher nicht erbliche Laßbesitz der Domänenbauern in erblichen lassetischen Besitz verwandelt werden sollte. — Friedrich Wilhelm III. verfügte dann 1799 die Aufhebung der Frondienste für die Domänenbauern gegen Zahlung eines jährlichen „Dienstgeldes“. Jedesmal, wenn die Pacht eines Domänengutes abgelaufen war, trat die Umwandlung für dasselbe ein, so daß (bei regelmäßiger Pachtzeit von 6 Jahren) die Reform 1805 vollendet war. Doch galt diese Umwandlung nur für die Provinz Preußen als obligatorisch. In Pommern und in der Mark griff sie bloß dort Platz, wo der einzelne Bauer durch Erlegung eines „Einkaufsgeldes“ von 100–200 Talern sich gleichzeitig das Eigentum seiner Stelle erkaufte, womit dann auch die Beseitigung der Erbuntertänigkeit des betreffenden Bauern und anderseits der Unterstützungspflicht der Domänenkammer gegen ihn (in Unglücks- und Notfällen: Ersatz der Hofwehr und des Zugviehes, Lieferung von Brot- und Saatkorn, ferner Gewährung des Bezugs von Bau- und Brennholz u. dgl.) verbunden war. Zur Zahlung des Einkaufsgeldes waren aber lediglich die wohlhabenden Bauern befähigt, und sie allein konnten daher vorderhand von der eröffneten Möglichkeit des Eigentumserwerbes usw. Gebrauch machen. Für die Provinz Preußen wurde dann unter v. Stein im Jahre 1808 den Domänenbauern das Eigentum an ihrer Stelle zuerkannt ohne Leistung eines Einkaufsgeldes. Verhältnismäßig früh war also im

<sup>1</sup> Zusammengestellt insbesondere nach den Angaben im Handwörterbuch der Staatswissenschaften und des Wörterbuches der Volkswirtschaft Art. „Bauernbefreiung“.

großen und ganzen für die Domänialbauern in Preußen auch das wirtschaftliche Befreiungswerk (bis auf die Ablösung der Reallasten) in die Wege geleitet und teilweise vollendet. Besondere Anerkennung verdient es, daß der Fiskus bei der Neugestaltung der Verhältnisse für die Gewährung des Eigentumsrechtes, die Aufhebung der Dienstbarkeit, von den Domänenbauern niemals Abtretung von Land gefordert hat.

Die „Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse“ (d. i. die Verwandlung des lassitischen Besitzrechtes in Eigentum und die Aufhebung der Frondienste usw.) wurde für die (gemäß dem Edikte vom 9. Oktober 1807 bereits der Erbuntertänigkeit entzogenen) Privatbauern durch das Regulierungsedikt vom 14. September 1811 (Umwandlung der Reallasten in Renten) eingeleitet. Auf der einen Seite sollten hiernach aufgehoben werden: die Hand- und Spanndienste, die Geld- und Naturalabgaben der Bauern, die gutsherrlichen Weiderechte am bäuerlichen Boden; — auf seiten oder zugunsten der Gutsherren: die Pflicht der Steuervertretung und die Unterstützungspflicht, die Weide- und Waldgerechtsame der Bauern auf gutsherrlichem Boden. Der Bauer erhielt das Gut mit Hofwehr zu freiem Eigentum. Die Entschädigung sollte in Land geleistet werden: der erbliche Lassit mußte ein Drittel, der nichterbliche Lassit die Hälfte des Bodens an den Gutsherrn zu vollem Eigentum abtreten. Bei ganz kleinen Gütern trat an Stelle der Landabtretung eine Geldrente (ein Drittel bis die Hälfte des Ertrages). Die Regulierung erfolgte auf Provokation des Berechtigten oder des Verpflichteten. Da die ganze Arbeitsverfassung der Gutsherrschaften im preußischen Nordosten auf den Frondiensten beruhte, mußte die plötzliche Aufhebung der letzteren, namentlich weil die Rittergüter durch den bedeutenden Landzuwachs sich noch vergrößerten, einen empfindlichen Mangel von Arbeitskräften hervorrufen. Die große Unzufriedenheit der Gutsherren dieserhalb veranlaßte die Deklaration vom 29. Juni 1816. Hiernach galten nur diejenigen lassitischen Bauern- und Kossätenhöfe als regulierbar, die spannfähig, katastriert und alten Bestandes waren. Ausgeschlossen von der Regulierung blieben daher einmal die sämtlichen nicht spannfähigen Höfe; sodann von den spannfähigen die nicht katastrierten, d. i. solche, die auf dem ursprünglichen Ritteracker entstanden und den bäuerlichen Steuern nicht unterworfen waren; ferner die Bauernstellen „neuen Bestandes“, d. i. diejenigen, welche nach 1763 bei Durchführung des „Bauernschutzes“ im engeren Sinne wiedererrichtet, dann aber bereits in den Verordnungen von 1808, 1809 und 1810 abermals vom Bauernschutz ausgenommen waren. Allein auch bezüglich der regulierungsfähigen Bauernstellen ward den Gutsherren durch das Edikt von 1816 der privatrechtliche Erwerb gestattet. Am meisten wurden natürlich die in der alten lassitischen Verfassung verbliebenen, nicht regulierbaren Stellen von der Einziehung betroffen, da sie bei der Erledigung einfach nicht mehr besetzt oder durch bloße Kündigung mit dem gutsherrlichen Lande verbunden werden konnten. Mochte man auch anfangs glauben, in den eigentumslos gewordenen Bauern die erforderlichen Landarbeiter und Gutstagelöhner („Insten“ oder „Kathenleute“) dem Großgrundbesitz gesichert zu haben, so hat sich doch in der Folge gezeigt, daß gerade der Mangel an festem Grundbesitz es war, der zu einer Massenabwanderung der Arbeitskräfte führen mußte.

Das Gesetz vom 2. März 1850 über die Regulierung und die Ablösung der Reallasten beseitigte die Beschränkungen der Deklaration von 1816 und dehnte das Regulierungswerk auf alle noch übrig gebliebenen Bauern aus. An Stelle



der Landentschädigung trat die Abfindung durch Zahlung einer Geldrente. Das Eigentum an Hof und Hofwehr wurde dem Bauern zuerkannt; zur Kompensation verzichtete der Bauer auf Steuervertretung und Unterstützung. Bezüglich der übrigen Verpflichtungen wurde deren reiner Wert festgestellt; ihre Ablösung erfolgte dann durch Vermittlung der Rentenbanken, von denen oben bereits die Rede war. Als Endtermin für die Beantragung (Provokationssystem) der Regulierung wurde zu deren Beschleunigung durch das Präklusionsgesetz vom 16. März 1857 der 31. Dezember 1858 festgesetzt.

Abgesehen von den erbuntertänigen Bauern mit lassitischem Besitz gab es noch eine Anzahl von Bauern mit besserem Besitzrecht — Erbzinsleute, Erbpächter, zinspflichtige Eigentümer —, auf deren Gütern gewisse Lasten dinglicher Art — Reallasten — ruhten, wie Grundzinse, Erbpacht, Besitzveränderungsabgaben, ferner das „Dienstgeld“ der ehemaligen Domänenbauern u. dgl. Bereits die Ablösungsordnung vom 7. Juni 1821 ließ eine Verwandlung dieser Reallasten in eine jährliche Geldrente und die Ablösung der Geldrente durch Zahlung des 25fachen Betrages derselben (Ablösung der Rente, Leistung in Geld oder Land) an den Berechtigten zu. Dienste konnten jedoch vorerst nur seitens spannfähiger Bauern abgelöst werden, weil die Handdienste für die Bewirtschaftung der großen Güter unentbehrlich schienen. Weitere Ablösung erfolgte in den Jahren 1848—1850. Das Gesetz vom 2. März 1850 ließ die Ablösung auch aller Dienste zu gegen einmalige Zahlung des 18fachen Betrages bei sofortiger barer Zahlung, des 20fachen Betrages bei Übergabe von Rentenbriefen an den Berechtigten seitens der ebenfalls durch Gesetz vom 2. März gegründeten Rentenbanken. Der Rest der Renten wurde 1892 beseitigt.

In der preußischen Provinz Sachsen und ebenso in Westfalen war die persönliche Befreiung nahezu gegenstandslos; es handelte sich hier bei der Reform fast lediglich um die Ablösung von Reallasten und die Verwandlung schlechteren Besitzrechtes in Eigentum. Ähnlich in der Rheinprovinz, wo übrigens die französische Gesetzgebung mit den bauerlichen Lasten usw. aufgeräumt hatte. — Für die Provinz Posen vollzog sich die Regulierung und Ablösung auf Grund des Gesetzes vom 8. April 1823 in Verbindung mit der Zusammenlegung der Grundstücke (s. unten). Eine Deklaration vom 10. Juli 1836 hatte auch hier die spannlosen und sonstigen kleinen Bauernstellen (unter 25 Morgen) von der Regulierung und Ablösung ausgenommen. — In Schwedisch-Pommern (Regierungsbezirk Stralsund) war der Bauernstand fast völlig untergegangen. Nur auf zwei lassitische Bauern, die Kossäten Dankwardt und Dober auf Rügen, konnte (im Jahre 1892) die Reform noch Anwendung finden. — Für Schleswig-Holstein brachte erst das preußische Gesetz vom 3. Januar 1873 eine vollkommene Regulierung und Verleihung des Eigentums an die Erbpächter in Verbindung mit der Ablösung der Reallasten. — Von der Verwandlung der dem Landesherrn und landesherrlichen Ämtern in Hannover seitens der Bauern geschuldeten landwirtschaftlichen Dienste in Dienstgeld (1753 bzw. 1775 bis zum Ende des 18. Jahrhunderts) war bereits oben (s. Bauernschutz) die Rede. Die Ablösung dieses Dienstgeldes und der sonstigen Abgaben (Reallasten) brachte die napoleonische Zeit. Rein persönliche Verpflichtungen fielen ohne Entschädigung weg. Im Norden wurde für den Meier ein zinspflichtiges Eigentum, im Süden ein Obereigentum des Grundherrn anerkannt; doch konnte dieses abgelöst werden, wie auch alle Naturalzinsen, Zehnten (mit dem 25fachen Betrage des Durchschnitts-



wertes von 30 Jahren), Geldzinsen (mit dem 20fachen Betrage). Nach dem Jahre 1813 stellte die hannoversche Regierung das in der französischen Zeit begonnene Reformwerk ein und machte sogar die bereits vollzogenen Reformen und Ablösungen wieder rückgängig. Nur im ehemaligen Fürstentum Hildesheim wurden die bereits vollzogenen Ablösungen und Befreiungen anerkannt. Infolge bauerlicher Unruhen (1831) kam es dann zu der Verordnung vom 10. November 1831 und zur Ablösungsordnung vom 23. Juli 1833. Hatte der Verpflichtete ein erbliches Recht am Boden, so konnten auf seinen Antrag alle grundherrlichen Rechte abgelöst werden, und zwar Getreide- und Geldabgaben in Kapital, während Dienste, Zehnten usw. in eine Geldrente verwandelt werden sollten. Beim Zehnten war auch eine Landabfindung gestattet (jedoch nur bis zu einem Sechstel). Renten durften (mit dem 25fachen Betrage) durch Kapitalzahlung getilgt werden. Nach Beseitigung aller grundherrlichen Lasten erhielt der Besitzer des Bodens dessen Eigentum. Doch wurde hier das Land keineswegs völlig dem freien Verkehr überlassen, im Gegenteil das alte Meierrecht (in bezug auf Erbfolge, eheliches Güterrecht, Leibzucht, Interimswirtschaft usw.) im öffentlichen Interesse und zur Erhaltung eines tüchtigen Bauernstandes als bürgerliches Privatrecht beibehalten. Das Gut vererbte sich auf den Anerben, und die Abfindung der Geschwister mußte aus dem allodialen Besitz erfolgen. Auch stand der Ortsobrigkeit bei allen die Höfe betreffenden Verhandlungen das Recht der Mitwirkung zu. Ein preußisches Gesetz vom 28. Mai 1873 beseitigte diese als „staatliche Grundherrschaft“ bezeichneten Rechte der öffentlichen Gewalt, und ein weiteres Gesetz vom 2. Juni 1874 führte an Stelle des alten bürgerlichen Privatrechtes ein fakultatives bürgerliches Anerbenrecht (s. unter „Höferolle“) ein.

Genauere statistische Angaben über das Reformwerk gibt es nicht. Für die Provinzen Preußen, Pommern (ausgenommen den Regierungsbezirk Stralsund), Brandenburg, Schlesien, Posen hat es nach Knapp<sup>1</sup> im Jahre 1816 (in Posen 1823) 274 704 spannfähige bürgerliche Nahrungen gegeben, wovon vor 1799 der weitaus größte Teil lassitisches Besitzrechtes war. Im Jahre 1816 (bzw. 1823) gab es jedoch nur mehr 99 146 mit lassitischem Besitzrecht (also etwa  $\frac{1}{11}$ ) und 175 558 mit besserem Besitzrecht (etwa  $\frac{7}{11}$ ). Von den letzteren bildeten die seit 1799—1805 regulierten Domänenbauern den größten, die alten Freibauern nur einen kleinen Bestandteil. Die 99 146 lassitischen Stellen wurden zum größeren Teile nach den alten Gesetzen (namentlich nach der Deklaration von 1816) reguliert, nach dem Gesetz von 1850 bloß 12 706 Bauernstellen.

Im Königreiche Sachsen hat das mustergültige Ablösungsgesetz vom 17. Mai 1832 das Befreiungswerk seiner Vollendung zugeführt.

Was Bayern betrifft, so gab es speziell in den altpäyrischen Landesteilen noch viele schlechtere, unerbliche Besitzrechte mit nicht unbedeutenden Abgaben. Das Edikt vom 28. Juni 1808 erklärte alle Grundrenten für ablösbar, doch nur mit beiderseitigem Einverständnis. Für seine eigenen Grundholden setzte der Staat im Jahre 1826 die Bedingungen der Ablösung fest. Aber die allgemeine und gründliche Regelung brachte erst das Gesetz vom 4. Juni 1848, welches ohne Entschädigung alle Naturalfrondienste, das Mortuarium und alle rein persönlichen Abgaben an den Grund- und Gerichtsherrn aufhob. Alle nicht fixierten Gefälle mußten fixiert werden; mit dieser Feststellung der Abgaben erhielten die Grund-

<sup>1</sup> Siehe Handwörterbuch der Staatswissenschaften II 351.

holden das volle Eigentum des Bodens. Die von früher her schon fest umschriebenen oder jetzt fixierten Grundgefälle konnten durch Zahlung des 18fachen Betrages seitens des Verpflichteten oder unter Vermittlung einer staatlichen Ablösungskasse (die den 20fachen Betrag in 4%igen Ablösungsschuldbriefen zahlte) beseitigt werden. Die Ablösung war fakultativ und ging nur langsam von statten, bis das Gesetz vom 28. April 1872 die Ablösung mit dem 18fachen Betrage obligatorisch machte. Ein Gesetz von 1898 hat die tatsächliche Ablösung der noch verbliebenen Grundgefälle („Bodenzinse“) unter bedeutender Beihilfe des Staates in Angriff genommen. Insbesondere wurde ein Amortisationsfonds begründet (mit jährlicher Dotation von 5 Millionen Mark), der dem Staate zufallen sollte, sobald durch die Jahresdotationen und den Zinszuwachs die Höhe der Bodenzinskapitalien erreicht wären, wodurch dann die der Staatskasse geschuldeten Bodenzinse in Wegfall kämen. Durch spätere Gesetze wurde der Fonds verstärkt. Ein Gesetz von 1906 erleichterte die freiwilligen Ablösungen wiederum. — In den südwestdeutschen Gebieten, wo ähnliche grundherrliche Verhältnisse (ältere Grundherrschaft) wie in Frankreich vor der Revolution bestanden, wurden zur Zeit der französischen Okkupation durchgreifende Reformen in der bauerlichen Verfassung vollzogen.

Für Baden hatte das Ablösungsgesetz vom 5. Oktober 1820 die Ablösung der Gülden, Erbzinsen, gutsherrlichen Fronden usw. durch das 9–18fache bzw. durch das 15–20fache Kapital des Jahreswertes ermöglicht. Nachdem später die dem Staate geschuldeten Frondienste unentgeltlich aufgehoben waren, ließ das Gesetz vom 28. November 1831 die Ablösung der dinglichen Herrenfronen mit 18fachem, der persönlichen Herrenfronen mit dem 20fachen Betrage zu, wobei Staat und Gemeinde einen Teil der Entschädigung übernahmen. Mit der Ablösung der Zehnten beschäftigte sich das Gesetz vom 15. März 1833. Der Staat übernahm die Leistung von einem Fünftel der Ablösungssumme (im Betrage von 14 Millionen Mark). Zur Erleichterung der Ablösung wurde eine staatliche „Zehntenschuldentilgungskasse“ errichtet (was Kurhessen schon 1832 getan), mit demselben Zwecke, den später (1850) die preussischen Rentenbanken verfolgten (Amortisationsrentenzahlung an die Bank seitens der Verpflichteten, indem die Bank an Stelle des durch sie befriedigten Berechtigten trat). Das Gesetz über die Aufhebung der Feudalrechte vom 10. April 1848 beseitigte radikal die noch verbliebenen Reste der alten Agrarverfassung. Die Berechtigten wurden mit dem 12fachen Betrage der ermittelten Rente abgefunden, und zwar übernahm die Staatskasse die Zahlung in allen Fällen, wo kein erweisbarer privatrechtlicher Entstehungsgrund der Verpflichtung vorlag.

Für Württemberg kommt zunächst in Betracht das zweite Edikt vom 18. November 1817, welches den „Fall-Lehenbesitzern“ das Eigentum am Lehen mit der Verpflichtung einer Entschädigung des Lehensherrn zusprach, die „Erblehen“ als bloße Zinsgüter erklärte, für eine Reihe von Grundabgaben die Ablösbarkeit zuließ usw. Das Gesetz vom 27. Oktober 1836 beseitigte einen Teil der Beden, erklärte einen andern Teil für ablösbar (mit dem 10fachen Betrage). Ein Gesetz vom 28. Oktober 1836 ließ die Ablösung der persönlichen Fronen (mit dem 10fachen Betrage), der dinglichen Fronen (mit dem 16fachen Betrage) und anderer Lasten (Rauchhühner u. dgl. mit dem 20fachen Betrage) zu. Die Berechtigten erhielten etwas mehr, was die Staatskasse auf sich übernahm. Durch das Gesetz vom 16. April 1848 mit den Ergänzungsgesetzen vom 4., 8. und 13. Juni 1849,

vom 17. und 24. August 1849, dem Gesetz vom 19. April 1865 wurde das Reformwerk gründlich durchgeführt. Für Besitzveränderungsabgaben, Teilgebühren und Blutzehnten mußte der 12fache Betrag, bei sonstigen Leistungen und Abgaben der 16fache Betrag des jährlichen Reinertrages als Entschädigung gegeben werden. Auch hier half eine staatliche Ablösungskasse.

Im Großherzogtum Hessen wurden die fiskalischen und gutsherrlichen Fronen durch die Gesetze vom 25. Mai 1811, vom 8. April 1819 und vom 6. März 1824 beseitigt. Das Gesetz vom 26. November 1819 und vom 2. Mai 1849 vollzog die Allodifikation der Lehen, während das Gesetz vom 6. August 1848 die Erbleihen und Landsiedelleihen dem Besitzer als Eigentum zusprach. Die Gesetze vom 15. August 1816, vom 13. März 1824 und vom 20. Juni 1839 ordneten die Umwandlung der Zehnten in ablösbare Grundrenten an. Mit der Durchführung der Ablösung beschäftigten sich ebenfalls die Gesetze vom 27. Juni 1836, vom 2. Februar 1841 und vom 3. Oktober 1849. Die Entschädigung (mit dem 18fachen Betrage der Jahresrente) konnte durch die Vermittlung der Staatsschuldentilgungskasse vollzogen werden. Für Rhein-Hessen hatten die französischen Gesetze vom 17. Juli 1793 mit Reglement vom 6. Germinal alle grundherrlichen Lasten beseitigt. Schon vorher (1789 und 1790) waren die Jagdberechtigungen auf fremdem Boden aufgehoben worden.

In Österreich hatte Josef II. durch Hofdekret vom 7. Januar 1785 die auf Bauernland sitzenden Rustikalisten zu lebenslänglichen Nutznießern ihres Bodens gemacht und ihnen 1789 ein Intestaterbrecht an ihren Stellen verliehen. Die Urbarialregulierung von 1783 bis 1789 suchte die Leistungen der Bauern zu vermindern und in Geldleistungen umzuwandeln (was bereits Maria Theresia für Domänenbauern verfügte). Doch mußten Josef II. und seine Nachfolger diese Reformen teilweise wieder zurücknehmen. Erst durch Patent vom 7. September 1848 wurde die Beseitigung der Grundlasten energisch in Angriff genommen. Auch die Gesetze vom 7. März 1849 und vom 25. September 1850 gehören hierher. Für Ungarn kommen das Verfassungsgesetz vom 1. April 1848 und die Vollzugspatente vom 3. März 1853 und vom 21. Juni 1854 in Betracht.

Alle aus dem persönlichen Untertänigkeitsverbande, aus dem Schutzverhältnisse, dem obrigkeitlichen Jurisdiktionsrechte und aus der Dorfherrlichkeit hervorgehenden Rechte und Bezüge fielen ohne Entschädigung weg, während aber auch auf der andern Seite die entsprechenden Verpflichtungen der Herren in Wegfall kamen. Auch Jagdfronen u. dgl., das nicht vertragsmäßige Jagdrecht auf fremdem Boden gehören hierhin. Eine billige Entschädigung wurde den Herrschaften zuerkannt für ihre Ansprüche auf Arbeiten und sonstige Leistungen, die ihnen in Kraft des Obereigentums gegenüber dem Besitzer eines Grundstückes als solchem zustanden. Endlich mußte die volle Entschädigung gegeben werden für Leistungen aus emphyteutischen und andern, die Teilung des Eigentums betreffenden Verträgen, ferner für alle unveränderlichen (nicht als Ertragsquoten wie der Zehnte veränderlichen) Abgaben zu Gemeinde- und kirchlichen Zwecken. Von dem reinen Werte der Last wurde jedoch ein Drittel als Pauschal- ausgleichung für Steuern, Kosten etc. abgezogen; der Verpflichtete brauchte dann im Falle der billigen Entschädigung nur ein Drittel zu zahlen, das andere Drittel trug das Land; im Falle der „Ablösung“, der vollen Entschädigung, mußte der Verpflichtete für beide Drittel aufkommen. Die Schuldigkeiten wurden also überhaupt regelmäßig nur mit zwei Dritteln ihres reinen Wertes vergütet. Die im



20fachen Beträge der ermittelten Jahresrente kapitalisierte Entschädigungsschuld galt als eine zugunsten der (zur Vermittlung des wirtschaftlichen Befreiungswerkes 1851 in den einzelnen Landesteilen gegründeten) Grundentlastungsfonds (Landeskreditanstalten) auf dem Boden ruhende, mit Priorität vor andern Hypotheken ausgestattete Last. Diese Anstalten gaben den Berechtigten, entsprechend der Höhe ihrer Ansprüche, vom Reiche verbürgte Grundentlastungsobligationen (mit 5 % verzinslich und durch Verlosung zu tilgen). — In Ungarn fand ein Drittelabzug vom ermittelten reinen Werte der bäuerlichen Lasten nicht statt.

In England waren, wie oben gezeigt wurde, gegen Ende des Mittelalters die verschiedenen Formen der bäuerlichen Unfreiheit ziemlich allgemein beseitigt. Wir finden freie ländliche Tagelöhner, Erbzinsleute und ebenso einen Stand freier Zeitpächter. Als aber die Landlords vom 15. Jahrhundert an durch die sog. „inclosures“, Einhegungen, die gemeine Weide für sich allein in Anspruch nahmen, ferner das Ackerland in Weideland verwandelten, begann für den Bauernstand eine lange harte Zeit, in welcher die bäuerliche Bevölkerung sich sehr verminderte. Eine eigentliche Ablösung von bäuerlichen Lasten hatte deshalb nur beschränkte Bedeutung. Sie fand statt für die übrig gebliebenen „copyholders“ („copyholds“ sind ehemals unfreie Landgüter) nach Gesetzen aus den Jahren 1841, 1852, 1858, 1887 (grundsätzlich in Form der Landabtretung). Auch die kirchlichen Zehnten („tithes“) wurden 1836 in Geldabgaben verwandelt und später abgelöst. In Schottland wurde der nach der Clanverfassung im Gesamteigentum der Clans stehende Boden später von den Clanhäuptlingen als persönliches, grundherrliches Privateigentum in Anspruch genommen; die denselben früher seitens der Clangenossen gezahlte Rente bot den Anlaß zu dem „juristischen Mißverständnis“, demzufolge die Clangenossen nunmehr als bloße Pächter behandelt wurden. Auch in Irland wurde das ursprünglich dem ganzen Stamme gehörige Land später, nach der englischen Eroberung, als ein den Stammeshäuptlingen und den in Irland angesiedelten englischen Baronen verliehenes Lehen der englischen Könige betrachtet. Das bot den Anlaß, bei jedem Aufstande die der „Felonie“ schuldig erklärten irischen Häuptlinge des Landes zu berauben und dasselbe an Engländer zu übergeben. Die Königin Elisabeth, Cromwell, Wilhelm III. raubten auf diese Weise dem Volke  $\frac{10}{11}$  des Bodens. Die eingeborenen Irländer wurden zu armen, jeder Willkür und Ausbeutung preisgegebenen Pächtern gemacht. Das Ergebnis dieses gewissenlosen Verfahrens ist „eine Fülle des Elendes und der wirtschaftlichen Verwahrlosung, welche in der Geschichte der europäischen Staatswesen einzig dasteht“<sup>1</sup>. Die Reform in Irland konnte nur einen wirksamen Schutz des bäuerlichen Pächters gegenüber dem Verpächter und die Ausstattung der bäuerlichen Bevölkerung mit ländlichem Eigentum erstreben. Für eine eigentliche Ablösungsgesetzgebung fehlte hier Veranlassung und Gegenstand.

In Frankreich hatten die Hörigen das „domaine utile“ am Boden, während dem Grundherrn das „domaine direct“ zustand, vermöge dessen er von den Hörigen den Grundzins (cens, chef-cens, menu-cens, gros-cens) und Besitzwechselabgaben fordern konnte und gewisser Rückkaufsrechte sich erfreute. Dazu kamen noch eine Anzahl lästiger Gerechtigkeiten, wie Jagd-, Weinbann-, Brücken- und Wegegerechtsame u. dgl., zuweilen auch Fronen usw. „Alle Beobachter sind darin einig, daß die Feudalherrschaft, wenn sie auch in andern Ländern drückender

<sup>1</sup> Siehe Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik I 153.

gewesen sein könnte als in Frankreich, doch nirgends mit solcher Ungeduld ertragen worden sei. Der Grund hierfür liegt möglicherweise in der Abwesenheit der Herren, welche am Hofe lebten, sich dort zugrunde richteten und sich um ihre Besitzungen nur insoweit kümmerten, als sie die Abgaben einzogen, zu welchem Zwecke sie noch Vermittler in Gestalt von Steuerbeamten verwandten, die bei der Eintreibung der Abgaben mit der größten Strenge zu Werke gingen — ein Zustand, der vielleicht mit dem des (heutigen) Irland verglichen werden darf.“<sup>1</sup> Der erste Artikel des Dekrets vom 4. August 1789<sup>2</sup> verfügte: „L'Assemblée Nationale détruit entièrement le régime féodal.“ Anfangs dachte man noch an eine Ablösung wenigstens für die vertragsmäßig begründeten Grundgerechtigkeiten. Doch die Dekrete vom 18. Juni, vom 20. und 29. August 1792 erklärten, alle Renten seien allein deshalb, weil sie einem Grundherrn oder Lehenseigentümer zustanden, als Feudalrecht anzusehen und ohne Entschädigung aufzuheben. Ähnlich radikal waren die Dekrete des Konvents vom 17. Juli 1793 und des Direktoriums vom 29. Floréal des Jahres II.

Für Italien kommen in Betracht das Gesetz vom 20. Januar 1864 betreffend die Beseitigung verschiedener bäuerlicher Lasten, ebenso die Gesetze vom 29. Januar 1880, vom 14. Juli 1887, vom 24. Juni 1888 und 2. Juli 1891. Die Schaffung eines zahlreichen und starken bäuerlichen Besitzes bleibt hier noch erstrebenswertes Ziel der weiteren Reform.

In Rußland brachte das Gesetz vom 19. Februar 1861 den gutsherrlichen Bauern außer der persönlichen auch die wirtschaftliche Befreiung, die Ablösungsmöglichkeit bezüglich der Lasten, das Eigentum an einem Teil (meist zwei Drittel) des Herrenlandes, doch so, daß dieses Land der Bauerngemeinde (Mir) gehörte. Für die sog. „Apanagenbauern“, die auf den Gütern der Zarenfamilie saßen, galt das Gesetz vom 26. Juli 1863, für die „Domänenbauern“ (Nutznießern von Staatsgütern) das Gesetz vom 24. November 1866. Ein Ukas vom 28. Januar 1881 ermäßigte die früher festgesetzten Ablösungszahlungen, machte aber für die ehemals gutsherrlichen Bauern die Ablösung obligatorisch (vom 1. Januar 1883 an). Ähnliches galt für die Apanagenbauern. Die ehemaligen Staatsbauern waren durch die Emanzipation zunächst nur Erbpächter geworden. Das Gesetz vom 28. Mai 1885 verfügte für sie, daß vom 1. Januar 1887 an ihre Pachtsteuer in Ablösungszahlungen verwandelt werden sollten. Die Befreiung hat dem russischen Bauernstande nicht viel Glück gebracht. Es wurde bei den Auseinandersetzungen zwischen Grundherren und Gemeinden vielfach zu wenig Land an die Bauern abgetreten und oft auch nur in schlechter Lage. Dazu kommt, daß die Ablösungsabgaben im Verhältnis zum Ertrag des Bodens meist zu hoch angesetzt waren. Auch der so sehr gepriesene Mir wirkte ungünstig, weil sich die Landanteile der einzelnen mit zunehmender Bevölkerung verringerten, zu einer intensiveren Kultur aber dem russischen Bauernstande das nötige Kapital und vielfach auch der erforderliche Mut abgingen. Abgesehen von den größeren ungeteilten patriarchalischen Familien, die von ihrer Wirtschaft leben konnten, ferner den Bauernwirten, die zugleich Lohn-

<sup>1</sup> Cauwès und Gide, Art. „Bauernbefreiung“ (Frankreich), im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> „Bartholomäusnacht der Mißbräuche, aber auch des Eigentums.“ Roscher a. a. O. § 119 A. 4.

Bauern seinen Landanteil überhaupt nicht mehr, sondern ernährte sich lediglich durch Lohnarbeit. Der Mir wurde schließlich beseitigt. In der Revolutionszeit offenbarte sich der Landhunger der Bauern oft in gewaltsamer Weise. Das heutige Elend unter der Bolschewistenherrschaft ist weltbekannt. Günstiger war die Lage der Bauern in Polen, wo durch das Gesetz vom 19. Februar 1864 ein großer Teil der „gelegten“ Bauern wieder mit Land ausgestattet und im allgemeinen die Ablösungszahlungen niedrig festgesetzt wurden. Es war die Absicht der russischen Regierung, hierdurch den polnischen Adel zu schwächen. Für die Ostseeprovinzen verwandelte das Gesetz vom 23. April 1868 alle Fronen in Geldpacht. An Stelle der Landablösung trat hier der freihändige Kauf, welchen die ritterschaftlichen Bodenkreditbanken durch Beleihung (bis zu  $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$  des Wertes) erleichterten<sup>1</sup>.

In Norwegen besaßen die Erbbauern („Odelsbönder“) ihr Land in freiem Erbeigentum („Odel“), mit Wiederkaufsrecht der Verwandten des Verkäufers. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts gab es in dem dünn bevölkerten Lande 11 000 Erbbauern, daneben 25 000—30 000 Pachtbauern, die in freiem Vertragsverhältnis, oft Erbpacht, zu den Landeigentümern standen. Der Versuch, im 16. und 17. Jahrhundert den Bauern Fronen aufzulegen, hatte keine dauernden Erfolge. (Im letzten Jahrhundert haben sich die Pachtgrundstücke sehr vermindert.) Für eine Ablösungsgesetzgebung fehlten also in den norwegischen Verhältnissen die tatsächlichen Voraussetzungen.

In Schweden unterschied man schon seit dem Mittelalter die „Skattehemman“ (freie Bauerngüter), „Kronohemman“ (Krongüter), und „Frälsehemman“ (Güter des Adels und der Kirche). Demgemäß saßen die „Skattebönder“ auf freiem Eigen, die „Kronobönder“ und „Frälsebönder“ auf den Gütern der Krone und der Großen, so zwar, daß ihr Verhältnis sich als ein gesetzlich geregeltes Pachtverhältnis charakterisierte. Die im 16. und 17. Jahrhundert den Adeligen gewährten Privilegien (Steuerfreiheit für ihre Güter) benutzten diese zur Bedrückung der Pächter, von welchen sie nun die früher dem Staate geschuldeten Steuern, Abgaben, Dienste für sich selbst in Anspruch nahmen. Auch erwarb der Adel einen nicht unbedeutenden Teil der Krongüter und verschlechterte hier in gleicher Weise die Lage der „Kronobönder“. Auf den Reichstagen erhob sich aber bald eine lebhafte Opposition gegen den Adel, welche zu einer Beschränkung des Besitzes der Adeligen führte. Im Jahre 1700 besaß der Adel nur mehr ein Drittel des Bodens, das zweite gehörte der Krone, das dritte bäuerlichen Eigentümern. Die „Kronobönder“ erwarben allmählich gegen einen billigen Kaufpreis das Kronland und wurden „Skattebönder“. Die „Frälsebönder“ aber galten nach Fixierung der Abgaben zu Anfang des 18. Jahrhunderts wieder als Pächter (jetzt Geldpächter). Eine eigentliche Ablösungsgesetzgebung war nach allem diesem auch in Schweden nicht notwendig (die neuzeitliche Abschaffung der auf den „Skattehemman“ ruhenden Grundsteuern ist keine Ablösung von „bäuerlichen Lasten“ im hergebrachten Sinne).

In Dänemark waren nicht bloß die Pachtbauern („Fæstebönder“), sondern auch die Freisassen („Selvejerbönder“) gegen Ende des 18. Jahrhunderts (der schlimmsten Zeit für den dänischen Bauernstand) mit Frondiensten, schweren

<sup>1</sup> Vgl. Simkhowitsch, Art. „Bauernbefreiung“ (Rußland), im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II<sup>3</sup>.



Steuern und Wegebaupflichten belastet. Die Fronen waren ungemessene und wurden durch die Willkür der Oberbedienten („Foged“) der Gutsbesitzer doppelt hart, die Pacht dagegen war mäßig. Die „Zehnten“ wurden noch besonders drückend durch den Umstand, daß der Berechtigte auf dem Felde selbst sich die zehnte Garbe auswählen konnte. Dazu kamen die den Fortschritt hemmende Feldergemeinschaft (Jordfælleskab“), die häufigen Änderungen der Gesetze über Ein- und Ausfuhr von Korn usw. Alles vereinigte sich, um den Bauernstand zu verelenden. So hatte hier allerdings die Bauernbefreiung, welche in die Zeit von 1784 bis 1807 fiel, bedeutende Reformen durchzuführen. Man machte zunächst Versuche auf Privat- und Krongütern mit der Abschaffung der Frondienste, der Feldergemeinschaft usw. Dann erfolgte eine Reihe von Gesetzen, welche die Frondienste und Zehnten ganz allgemein wenigstens beschränkten, den Erwerb von Gütern durch die Pachtbauern erleichterten (Kreditkasse 1786 gegründet) usw. Die volle Befreiung brachte aber eine zweite Reformperiode von 1848 bis 1861. Als Ziel schwebte bei der Reform vor allem die Verwandlung der Pachtbauern in Freisassen („Selvejere“) vor. Eine besonders ernannte Agrarkommission („Landbo-commission“) sollte hierfür geeignete Vorschläge machen. Zunächst wurden nach dem Gesetz vom 8. April 1851 alle staatlichen Bauerngüter den Pächtern zu Eigentum überlassen, indem die bisherigen Abgaben kapitalisiert und dafür Prioritätsobligationen ausgestellt wurden. Das Gesetz vom 24. April 1860 ordnete ein Gleiches an für die öffentlichen Anstalten und Stiftungen gehörigen Bauerngüter. Bereits vorher hatte das Gesetz vom 21. Juni 1854 den Besitzern von Lehen und Stammgütern den Verkauf ihrer Bauerngüter gestattet und, um zum Verkauf anzutreiben, 12 % der Kaufsumme als freies Eigentum des verkaufenden Besitzers erklärt. Auch den privaten Gutsbesitzern wurden durch Gesetz vom 19. Februar 1861 besondere Vorteile in Aussicht gestellt, wenn sie die ihnen gehörigen Pachtbauernhöfe an die Pächter verkauften. Der bisherige Pachtzwang („Fæstetvang“), demzufolge jeder Pachthof, der nicht vom Eigentümer selbst bewirtschaftet wurde, einem Pächter auf Lebenszeit gegeben werden mußte, fiel nunmehr fort, wenn der Bauernhof 20 Jahre im freien Besitz des Eigentümers gewesen war. Die Folge dieser Gesetzgebung war eine große Verminderung der Pachthöfe (in der Zeit von 1850 bis 1895 von 30 % bis auf 6 % der Bauernhöfe). Ein Gesetz vom 4. Juli 1850 ordnete die Ablösung der Frondienste (Provokationsverfahren). Mit der Regulierung der Zehnten beschäftigten sich die Gesetze vom 14. April 1852 und vom 23. Dezember 1862, auch vom 19. Februar 1861. Die Zehnten wurden durch ersteres Gesetz in eine feste Kronabgabe umgewandelt und durch letztere Gesetze wurde die Eintragung der Zehntabgabe als einer Reallast in den Hypothekprotokollen angeordnet. Das Gesetz vom 9. März 1872 endlich beseitigte noch einzelne Unklarheiten, die sich bei der Durchführung der früheren Gesetze ergeben hatten.

Holland und Belgien hatten gegen Ende des Mittelalters fast nur freie Bauern, Eigentümer und Pächter, freilich belastet mit (noch aus den alten Hörigkeitsverhältnissen oder auch aus Schutz- und Erbpachtverhältnissen usw. stammenden) herrlichen „Cijnsen“, „tijnsen“ und „Naastings“-Rechten (Nachkaufsrechten der Grundherren bezüglich der Immobilien), herrlichen Diensten („Corvëen“, „Corweyden“, Hand- und Spanndiensten), „Beden“, dem „Schot“ (woraus später die Grundsteuer entstand), Zehnten und „Gaven“ u. dgl. Alle diese Abgaben kommen vielfach im Laufe des 15., 16. und 17. Jahrhunderts in Wegfall. Die den belgischen Domänen geschuldeten Abgaben wurden durch Gesetz vom 13. Oktober 1755 für

ablösbar erklärt. Im übrigen beseitigte die französische Revolution und die sich ihr anschließende Landesgesetzgebung die Reste der bäuerlichen Lasten (Belgien: Gesetz vom 14., 20. und 22. April 1790, vom 5. November 1795. Für die vereinigten Provinzen: Art. 25 der „algemeene beginselen etc. van 1798“. Art. 16 der Verfassung von 1801. Art. 9 der Verfassung von 1805. Erlasse vom 26. März und vom 28. September 1814, Gesetze vom 13. Juni 1857 und vom 12. April 1872).

**10. Reform der Flurverfassung: Zusammenlegungen usw.** „Landeskulturgesetzgebung.“ Die Reform der Flurverfassung kann in ihrer Notwendigkeit und Tragweite nur dann richtig beurteilt werden, wenn man sich eine den Verhältnissen entsprechende Vorstellung von den Schäden der überlieferten Flurverfassung gebildet hat. Mochte die Feldgemeinschaft mit Gewinneneinteilung und Markgenossenschaft in früheren Zeiten ihre Berechtigung und ihren Nutzen (Stärkung des Gemeinnes, Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf fremde Interessen, Versorgung des kleinen Mannes, Schutz gegen Proletarisierung der Bauern usw.) gehabt haben, so mußte dieses System sich doch als Hindernis der fortschreitenden Entwicklung erweisen, nachdem einmal die intensivere Bewirtschaftung des Bodens zu einem volkswirtschaftlichen Bedürfnis geworden war, derselbe Boden größere Rotherträge und mannigfaltigere Produkte liefern sollte.

Mit der Gewinnverfassung, wie sie bei der alten dorfweisen Siedelung, namentlich in den deutschen Gebieten zwischen Elbe, Weser, Rhein begründet wurde, war wesentlich verbunden, wie gesagt, die Streu- oder Gemengelage der einzelnen Äcker, die zu jedem Hofe gehörten. Für viele oder die meisten Grundstücke fehlte der Zugang auf besonderem oder allgemeinem Wege. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, Überfahrtsrechte u. dgl. zu gewähren, deren tatsächliche Benutzung naturgemäß den Anlaß bot zu vielfachen Streitigkeiten. Ferner war der einzelne Bauer in der Bestellung und Benutzung seines Landes abhängig von der Art und Weise, wie der Nachbar seinen Acker bewirtschaftete. Diese aus der Gemengelage und dem Fehlen der Wege von selbst sich ergebende Beschränkung der freien Benutzung des Bodens dauerte als tatsächlicher Flurzwang fort, auch nachdem der alte rechtliche Flurzwang, d. i. eine von der Gemeinde festgestellte Art und Ordnung des Landbaues für die Dorfgewossen, beseitigt war<sup>1</sup>. Hemmend wirkten ebenfalls die am Brachlande bestehenden Weidrechte, die den Übergang zu den intensiveren Wirtschaftssystemen, insbesondere zur Fruchtwechselwirtschaft, verhinderten. Handelsgewächse (wie Tabak, Hopfen, Zuckerrüben), die ihre besondern Erntezeiten haben und auch während der Vegetation spezielle Bearbeitung erfordern, konnten bei der Unzugänglichkeit der Äcker nur in geringem Umfange und oft nur an minder günstigen Plätzen gebaut werden. Ähnliches gilt für den Bau von kleeartigen Futtergewächsen,

<sup>1</sup> Siehe Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik I 309 ff. 313 (jetzt 2. Aufl.).

die nur bei häufigem Bodenwechsel günstige Erträge liefern. Schließlich war es bei den gegebenen Verhältnissen kaum möglich, größere Bodenmeliorationen, insbesondere eine zweckentsprechende Be- und Entwässerung, durchzuführen. Alles dies ließ das herrschende System immer mehr als unwirtschaftlich erscheinen. Nicht nur, daß der Boden nicht zu einer höheren Ertragsfähigkeit gebracht werden konnte, auch die vorhandenen Kräfte mußten auf die Dauer, bei der Unmöglichkeit einer individualisierten, der Eigenart jedes Ackers entsprechenden Bewirtschaftung erschöpft werden. Dazu kam dann noch die mancherorts durch Erbteilung, Verkauf und Schenkung stets fortschreitende Zerstückelung der in der Dorfflur zerstreut liegenden Äcker, ihre Auflösung in für die Bewirtschaftung geometrisch ungünstig geformte Grundstücke usw., wiederum Momente, welche das überlieferte System als privatwirtschaftlich kostspielig, unrentabel, volkswirtschaftlich aber insbesondere als unzulänglich für die gesteigerten Anforderungen an die landwirtschaftliche Produktion erwiesen.

Das ideale Ziel einer Reform der Flurverfassung wurde oft in der Ablösung des Dorfsystems durch das Hofsystem erblickt, weil bei dem letzteren die einzelnen vom Hofe aus zu bewirtschaftenden Landstücke in dessen Nähe liegen und daher leichter zu übersehen und zu bestellen sind. Thünen hat die Bedeutung der Lage des Hofes zum Grund und Boden für die wirtschaftlichen Erfolge der Landwirtschaft nachgewiesen. Am vorteilhaftesten ist die konzentrische Lage um die Hofstätte herum. Erreicht die Entfernung des Landes vom Hofe eine gewisse Größe, dann wird kein Reinertrag mehr erzielt, ja sogar mit Verlust gearbeitet. Praktisch ließen sich jedoch die „Vereinödungen“ oder „Abbauten“, wie man die Verlegung der Höfe in die Flur zu nennen pflegt, nur in beschränktem Umfange und namentlich selten beim kleinen und mittleren Grundbesitze durchführen. Die Neuaufrichtung der Wohn- und Ökonomiegebäude wäre eben zu kostspielig. Verhältnismäßig häufig wurden Vereinödungen z. B. in Bayern im ehemaligen Hochstifte Kempen vorgenommen, weil hier die Aufrichtung neuer Gebäude (gewöhnlicher Holzhäuser) weniger kostspielig, anderseits bei der herrschenden Egartwirtschaft mit ausgedehnter Viehzucht und Weidegang die Arrondierung des Wirtschaftsareals um den Hof herum als besonders vorteilhaft erscheinen mußte.

Meist begnügte man sich aber für die Praxis mit der einfachen Flurbereinigung ohne Vereinödung, d. i. mit der Zusammenlegung der Grundstücke oder wenigstens der Herstellung geeigneter Feldwege. Die Zusammenlegung (Kommassation [Österreich-Ungarn], Separation [Preußen], Verkoppelung [Hannover], Konsolidation [Nassau], Vermagschiftung [Dänemark, Schleswig-Holstein], Arrondierung, Vereinödung [Bayern]) führte, unter Aufhebung des alten Flurzwanges, der Feldgemeinschaft im engeren Sinne, eine Neuverteilung des Grundbesitzes herbei, so zwar, daß die Teilung des zu einem bäuerlichen Anwesen ge-



hörigen Besitzes in eine Menge Parzellen beseitigt und dafür den einzelnen Besitzern ihr Land nach Möglichkeit in größerer, zusammenhängender, arrondierter Bodenmasse zugeteilt wurde. Mit der Zusammenlegung der Grundstücke verbanden sich nicht selten auch noch andere Maßregeln, wie Gemeinheitsteilungen, Aufhebung von Servituten u. dgl.

Die landwirtschaftlich und volkswirtschaftlich vorteilhaften Folgen einer geschickt durchgeführten Flurbereinigung sind regelmäßig ebenso unverkennbar wie die Nachteile und Schäden der überlieferten Verhältnisse. Nach Beseitigung der Streulage und des Flurzwanges war es möglich, zu einer intensiveren und rationelleren Bewirtschaftung überzugehen, solche Feldsysteme einzuführen, welche den Futterbau und die Viehwirtschaft begünstigen, die Kultur von Handelsgewächsen, Zuckerrüben, die Samenkultur, Obstkultur in ausgedehntem Maße und unter günstigen Bedingungen in Angriff zu nehmen. Die Brache konnte vermindert oder beseitigt, schlechter Boden für Waldungen benutzt, das Wegesystem den Bedürfnissen entsprechend geregelt werden. Meliorationen in größerem Umfange waren jetzt möglich, die landwirtschaftlichen Maschinen konnten mit Nutzen verwendet werden. Die zahlreichen Furchen, welche das in Parzellen pulverisierte Land in seinen einzelnen Fetzen voneinander trennten, fielen jetzt weg, wodurch nicht wenig an Boden (zuweilen bis zu 5 %) gewonnen wurde. Schließlich war es möglich, im Interesse eines billigeren Betriebes die Grundstücke durch die Zusammenlegung größer zu machen, ihnen eine für die Bewirtschaftung günstigere regelmäßige Form (am besten Quadrat oder Rechteck) zu geben und die zu einem Hof gehörigen Grundstücke in einer für denselben möglichst günstigen Lage zu wählen, so daß die Äcker nicht mehr im Süden des Dorfes lagen, während der Hof sich im Norden befand. Verminderung der Produktionskosten, Steigerung des Bodenwertes bei erhöhtem Reinertrag, Hebung der Kreditfähigkeit usw. lohnten die Mühen und Kosten, die mit einer durchgreifenden Flurbereinigung notwendig verbunden sind.

Doch standen einer alles umfassenden Zusammenlegung zum Teil auch mancherlei Bedenken entgegen. Insbesondere hat der kleine und mittlere Grundbesitz, so hieß es, weniger Interesse an einer Verminderung der Parzellen als der größere Grundbesitz. Widerstreben die Beteiligten ersterer Art daher der Zusammenlegung, so werde man vernünftigerweise sich auf die Einführung eines geeigneten Wegesystems beschränken dürfen.

Ganz anders erscheine ferner der Erfolg der Zusammenlegungen in Gegenden mit geschlossenen Bauerngütern, wo das Gut als eine feste Besitz- und Wirtschaftseinheit sich darstellt, und anderseits in Gegenden, wo bei Herrschaft der freien Teilbarkeit des Grundbesitzes durch Verkauf und Erbgang die besseren Arrondierungsverhältnisse doch voraussichtlich keinen besonders langen Bestand haben würden. Der Vorteil der kostspieligen Regulierungen sei also hier sehr prekär, und allein um dieses

Vorteiles willen könne kaum die freie Teilbarkeit beseitigt werden, da hierfür noch eine Reihe anderer Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen seien.

Endlich wurde auch darauf hingewiesen, daß gerade den kleinen Bauern und ländlichen Arbeitern durch die Zusammenlegungen die früher vorhandene Gelegenheit, kleine Parzellen zu kaufen oder zu pachten, beschränkt oder gänzlich genommen werde, — jedenfalls ein sozialpolitisch nicht zu unterschätzendes Moment.

Gewisse prinzipielle Fragen und Rücksichten, welche bei einer gleichwohl unter gegebenen Verhältnissen als zweckmäßig erkannten Feldbereinigung zu beachten sind, betreffen einmal die Zulässigkeit des Zwanges, sodann die Wahrung der Gerechtigkeit bei der Neugestaltung der Dinge, endlich die Verteilung der Kosten der Durchführung einer Flurverfassungsreform.

Was zunächst den Zwang betrifft, so ist es zu dessen Begründung keineswegs erforderlich, mit Buchenberger<sup>1</sup> die theoretisch unhaltbare und praktisch bedenkliche Theorie, derzufolge das Privateigentum der Staatsgesellschaft seine Entstehung verdankt, zu Hilfe zu rufen. Es genügt auch hier die oberste Jurisdiktion der Staatsgewalt, vermöge deren der Verfügungsfreiheit der Privateigentümer die im Interesse des öffentlichen Wohles erforderlichen Schranken zu ziehen sind. Daß es sich aber bei einer Frage, welche die Ernährung der wachsenden Bevölkerung und die Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes betrifft, um öffentliche Interessen handelt, kann nicht bezweifelt werden. Ohne staatlichen Zwang würden überdies so tiefgreifende Neuordnungen, bei welchen viele zusammenwirken müssen, deren privatwirtschaftliche Interessen berührt werden, nicht durchgeführt werden können, vielmehr ganz sicher am Widerstande einzelner scheitern. Daher ist ein Zwang notwendig und berechtigt, und zwar nach den allgemeinen Grundsätzen über die Ziele und die Grenzen der Staatsgewalt soweit berechtigt, wie es notwendig ist, um die im öffentlichen Interesse erforderlichen Maßregeln erfolgreich zu Ende zu führen.

Bei der Durchführung wird sodann mit der möglichsten Schonung der Freiheit der Beteiligten ebensosehr der Gerechtigkeit und Billigkeit Rechnung zu tragen sein. Man wird daher zunächst Grundstücke, die ihrer Eigenart nach durch Zusammenlegung usw. an Wert und Brauchbarkeit verlieren würden, von der Maßregel ausschließen, so z. B. Bauplätze, Hausgärten, Baumstücke, Hopfengärten, Rebfelder, Parkanlagen, Grundstücke mit Mineralquellen, bergbaulichen Anlagen, Waldungen u. dgl. Ferner muß jedem Beteiligten in den neu anzuweisenden Grundstücken der volle Ersatz seiner in die gemeinsame Masse der Bereinigungsfläche eingebrachten Äcker usw. nach Ausdehnung, Bodenbeschaffenheit, Reinertragswert, Lage gesichert werden, so zwar, daß eine Verschlechterung der Lage der Interessenten ausgeschlossen bleibt. Nach Möglichkeit sollen alle Entschädigungen — abgesehen von geringen Ausgleichungen — nicht in Geld, sondern in Land geschehen, weil nur so das Auskaufen der kleinen Leute verhindert, die volle Erhaltung der agrarischen Bevölkerung gesichert ist. Auch dürfen persönliche und dingliche Rechte Dritter nicht verletzt werden, so namentlich auf den Grundstücken lastende hypothekarische Rechte. Da die zu-

<sup>1</sup> Agrarwesen und Agrarpolitik I 324.

sammengelegten Grundstücke regelmäßig einen höheren Wert darstellen als die früheren Parzellen, so verliert der Hypothekargläubiger durch die Zusammenlegung nichts und wird daher diese Maßregel auch nicht von seiner Einwilligung abhängig gemacht werden müssen. Erhebliche Benachteiligung von Pächtern würde für diese einen Ersatzanspruch begründen; bisweilen wird denselben ein kurzfristiges Kündigungsrecht gewährt.

Die Kosten der Feldregulierung und der etwa damit verbundenen Meliorationen haben regelmäßig die Interessenten nach Maßgabe des ihnen aus der Neuordnung erwachsenden Vorteils zu tragen. Es handelt sich ja um eine zunächst und unmittelbar diesen vorteilhafte, die Kosten vollauf ersetzende Maßregel, welche allerdings mittelbar auch das öffentliche Interesse berührt und von diesem erheischt wird. Der Staat wird sich billiger- und gerechterweise daher an den Kosten wenigstens insofern beteiligen, als er Freiheit von Gebühren, Stempel-freiheit u. dgl. gewährt, anderseits die bei der Durchführung der Reform tätigen Behörden und Beamten besoldet.

Für eine erfolgreiche praktische Durchführung der Feldbereinigung war sodann die richtige Organisation und eine geschickte Wirksamkeit der dazu berufenen Behörden von größter Tragweite. Es mußten Kommissionen gebildet werden, die geeignet waren, alle in Betracht kommenden juristischen, landwirtschaftlichen, technischen Momente gebührend zu berücksichtigen, die aber auch durch Mitgliedschaft landes- und ortskundiger Personen befähigt wurden, den lokalen Bedürfnissen, Verhältnissen, Anschauungen hinreichend Rechnung zu tragen. Auch mußten Behörden, welche das Vertrauen der Bevölkerung verdienen, bezeichnet oder geschaffen werden, bei denen die Beteiligten eventuell ihre Beschwerden vorbringen konnten.

Die ausführliche Behandlung der sog. Landeskulturgesetzgebung<sup>1</sup> (Feldbereinigungen, Gemeinheitsteilungen, Beseitigung von Weideservituten betreffend usw.) ist Sache des Verwaltungsrechts, nicht der Nationalökonomie.

Wir begnügen uns daher mehr beispielsweise, als den Stoff erschöpfend, auch hier mit einigen kurzen Andeutungen bezüglich der wichtigeren Gesetze einzelner Staaten, und zwar zunächst mit Rücksicht auf die Zusammenlegung der Grundstücke und die Herstellung geeigneter Wegeanlagen.

In Preußen trat nach Gesetz vom 7. Juni 1821 die Zusammenlegung nur akzessorisch zur Gemeinheitsteilung hinzu. Für Grundstücke, die einer gemeinsamen Nutzung nicht unterlagen, fand keine Zusammenlegung statt. Erst das Gesetz vom 2. April 1872 ließ die zwangsweise Umlegung einer servitutfreien Feldmark oder eines Feldabschnittes auch abgesehen von Gemeinheitsteilung zu, sofern ein Beschluß der Majorität (bemessen nach Bodenfläche und Katastral-reinertrag), unter Genehmigung der zuständigen Kreisversammlung, vorliegt. Man bediente sich zur Durchführung des Gesetzes (gemäß Ausführungsgesetz vom 7. Juli 1821) der bereits zur Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse

<sup>1</sup> Vgl. Buchenberger a. a. O. I 331 ff. — Die betreffenden Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften und in v. Stengel-Fleischmanns Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwaltungsrechts<sup>2</sup> (1911) usw.



geschaffenen Generalkommissionen. Die Organisation und die Geschäftsführung der Generalkommissionen wurde durch die Verordnungen vom 20. Juni 1817, 30. Juni 1834, 22. Juni 1844 und Gesetz vom 18. Februar 1880 festgestellt. Jede der in Preußen fungierenden neun Generalkommissionen sollte aus mindestens fünf Mitgliedern (mehr als die Hälfte qualifiziert für das Richteramt) bestehen. Die Generalkommission hat vor allem die Anträge auf ihre Nützlichkeit zu prüfen, mit der Neuordnung unverträgliche Rechtsverhältnisse zu ändern, Rechtsstreitigkeiten, welche sich an die Auseinandersetzungen anschließen, in erster Instanz zu entscheiden. Die zweite Instanz bildet das Oberlandeskulturgericht zu Berlin, die dritte das Reichsgericht in allen Sachen, die an und für sich vor die ordentlichen Gerichte gehören würden. Die Entwerfung und unmittelbare Durchführung eines detaillierten Planes der Neugestaltung ist Sache der sog. Spezialkommissare (Juristen, Landwirte, Techniker). Es müssen eventuell, nach der Generalverhandlung mit den Beteiligten, die einzelnen Parzellen der Bereinigungsfläche durch Feldmesser genau gemessen, durch sachverständige Boniteure ihrem Werte nach bestimmt (Bonitierung) und einer der verschiedenen Bodenklassen, in welche man die Gesamtfläche nach Bodenbeschaffenheit und Ertragsfähigkeit eingeteilt hat, zugerechnet werden. Dann hat eine sorgfältige, allen Rücksichten der Gerechtigkeit und Billigkeit, aber auch der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit genügende Verteilung der Teilungsmasse unter die Berechtigten stattzufinden. Mangelhafte Bonitierung oder ungeschickte Teilung würden geeignet sein, die ganze Maßregel der Zusammenlegung bei der agrarischen Bevölkerung zu diskreditieren. Bezüglich der Kosten bestimmte das preußische Gesetz vom 24. Juni 1875 einen Pauschalsatz, im allgemeinen 12 Mark für den Hektar.

In den freiheitsliebenden Rheinlanden konnte eine zwangsweise durchgeführte Zusammenlegung vorerst wenig Sympathien finden, insbesondere auch, weil der fruchtbare Boden den Kleinbetrieb im weitesten Umfange gestattete und das Bedürfnis nach Arrondierung sich weniger geltend machte. Die Regierung glaubte dennoch, die Zusammenlegung der Grundstücke im Interesse der Landeskultur betreiben zu müssen, und erließ zunächst für den Bezirk des ehemaligen Justizsenates Ehrenbreitstein das Zusammenlegungsgesetz vom 5. April 1869, später für die übrigen Teile der Rheinprovinz das Gesetz vom 24. Mai 1885. Wenn mehr als die Hälfte der Eigentümer einer ganzen Gemarkung oder auch einzelner wirtschaftlich zusammengehöriger Feldabschnitte (nach Bodenfläche und Katastralreinertrag) die Zusammenlegung wünscht, so ist dieselbe nach dem Gesetz gestattet, muß jedoch unterbleiben, wenn im Einteilungstermin fünf Sechstel der Eigentümer widersprechen. Das freie Übereinkommen der Beteiligten entscheidet über die Durchführung der Zusammenlegung, doch unter Genehmigung der Generalkommission. Die gesetzlichen Bestimmungen (den preußischen nachgebildet) treten nur subsidiär ein. In Hohenzollern ordnet das Gesetz vom 23. Mai 1885 die Zusammenlegung ähnlich wie die für die Rheinprovinz erlassenen Gesetze. In Hessen-Nassau galten für den Regierungsbezirk Wiesbaden (mit Ausschluß des Kreises Biedenkopf) die herzoglich nassauische Verordnung über Güterkonsolidation vom 12. September 1829 und die dazu erlassenen vier Instruktionen vom 2. Januar 1830. Alle für die Kultur des Landes notwendigen Meliorationen (speziell Bewässerung und Entwässerung betreffend) sollten hiernach mit Zusammenlegung verbunden werden. Um allzuweit gehenden Teilungen vorzubeugen, wurde bestimmt, daß die konsolidierten Grundstücke nicht unter 50 Quadratruten für Äcker

und 25 Quadratruten für Wiesen als Minimalmaß geteilt werden dürften. Die ursprünglich zur wirksamen Provokation erforderliche Majorität von zwei Dritteln der Eigentümer, sofern diese die Hälfte der zu konsolidierenden Grundstücke besaßen, wurde durch die preußische Verordnung vom 2. September 1867 auf die einfache Majorität herabgesetzt. Auch wurde durch Gesetz vom 21. März 1887 das Verfahren vereinfacht und das Kostenwesen nach altpreußischem Muster geregelt. Für den Regierungsbezirk Kassel (einschließlich des Kreises Biedenkopf aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden) gelten die Verordnung vom 13. Mai 1867 und das ergänzende Gesetz vom 25. Juli 1876. Das Provokationsrecht steht einer Majorität zu, welche über mehr als die Hälfte des Flächeninhalts der für die Zusammenlegung in Betracht kommenden Grundstücke verfügt. Im übrigen schließen sich die Bestimmungen meist der preußischen Gemeinheitsteilungsordnung (G.T.O.) von 1821 an. In Schleswig-Holstein war bereits im 18. Jahrhundert die Verkoppelung zum großen Teile durchgeführt worden. Doch konnten gemäß Gesetz vom 17. August 1876 manche sich notwendig erweisende Änderungen durchgeführt werden, eventuell mit Zwang, wenn mehr als die Hälfte der Eigentümer (nach Bodenfläche und Katastralreinertrag) für die Änderung war. Waren nach der älteren Gesetzgebung Hannovers Verkoppelungen gestattet, so ließ das Gesetz vom 30. Juli 1842 die zwangsweise Umlegung von Grundstücken zu, sofern eine Majorität von zwei Dritteln des Grundbesitzes (nach Bodenfläche und Steuerkapital) dieselbe beantragte; gemäß Gesetz vom 8. November 1856 genügt die Hälfte des Grundbesitzes. Das Verfahren wurde durch das Gesetz vom 30. Juli 1842 und später noch durch Gesetz vom 17. Januar 1883 geregelt. — Die neue Umlegungsordnung für Preußen von 1920 sollte die älteren Zusammenlegungsgesetze, deren es für Preußen nicht weniger als acht gab, kodifizieren. Überdies war in einzelnen Teilen Preußens noch kein Umlegungsgesetz in Geltung. Auch schien eine Erleichterung des Verfahrens für die Ausführung der Siedelungsgesetze wünschenswert. Nach der neuen Umlegungsordnung kann jetzt auch der Präsident des Landeskulturamtes, wenn die Voraussetzung einer erheblichen Verbesserung der Landkultur gegeben ist, die Initiative ergreifen, während früher grundsätzlich ein Antrag der Beteiligten erfordert war.

Im ehemaligen Königreich Sachsen wurde der Zwang nur hypothetisch angewendet, wenn nämlich die Majorität eine Zusammenlegung beschloß. Die erforderliche Majorität ist die einfache, bemessen nach Zahl der Besitzer und der Bodenfläche des Besitzes. Doch wird auch dem einzelnen Beteiligten in gewissen Fällen ein Provokationsrecht zugestanden, z. B. wenn ein Grundstück nur durch Überfahrt über ein fremdes Grundstück zugänglich ist.

Mecklenburg-Schwerin wies in den Domanial- und ritterschaftlichen Gütern einen genügend zusammenhängenden Besitz auf. Für den bäuerlichen Boden wurden ohne Gesetz lediglich von Regierung wegen Zusammenlegungen usw. im Laufe des 19. Jahrhunderts rein bürokratisch verfügt und durchgeführt. Ähnlich waren die Verhältnisse in Mecklenburg-Strelitz. Die kleinen mitteldeutschen Staaten schlossen sich durchgehends an die preußische Gesetzgebung an, wie auch durch Staatsverträge die Ausführung der Zusammenlegungen den preußischen Generalkommissionen übertragen wurde.

Die süddeutschen Staaten haben das Bereinigungsverfahren weniger bürokratisch ausgebildet, als die preußische Gesetzgebung dies tat. Auch kamen für die Bildung der den Zwang bedingenden Majorität die persönlichen Stimmen

der Besitzer (Kopfzahl) neben den sachlichen Stimmen des Besitzes (nach dessen Größe) in erhöhtem Maße zur Geltung. Desgleichen beließ die süddeutsche Gesetzgebung einen größeren Spielraum für die Berücksichtigung der Verschiedenheiten gegebener Verhältnisse (Zulassung einer einfachen Feldbereinigung durch bloße Wegeanlagen u. dgl.)<sup>1</sup>.

Für Elsaß-Lothringen bestimmte ein Gesetz vom 14. April 1884, daß gemäß den französischen Gesetzen von 1865 die Grundeigentümer für Wegebauten durch Beschluß des Bezirkspräsidiums zu Genossenschaften verbunden werden können. Diese Genossenschaften erhielten durch Gesetz vom 30. Juli 1890 das Recht, sofern die Anlage und Unterhaltung von Gemeindewegen oder notwendige Anlagen für Be- und Entwässerung des Bodens es forderten, zwangsweisen Austausch von Grundstücken (nicht aber Zusammenlegungen) anzuordnen.

Österreich versuchte zunächst indirekt durch Gewährung von Gebühren- und Stempelfreiheit beim Austausch von Grundstücken die Arrondierung zu fördern. Später wurde reichsgesetzlich die Zusammenlegung und Gemeinheitsteilung angeordnet, sofern die einfache Majorität nach Köpfen und zugleich Zweidrittelmehrheit nach dem Katastralreintrag der in Betracht kommenden Fläche die Zusammenlegung usw. beschlossen.

Die Schweiz hat eigentliche Zusammenlegungen kaum vollzogen, aber durch kantonale Flurbereinigungsgesetze vielfach ein besseres Wegesystem und eine bessere Einteilung der Zelgen (Gewanne) durchgeführt.

In Italien findet sich schon frühzeitig, im 13. Jahrhundert, das Bestreben, durch Zusammenlegung usw. geeignete Flurreformen durchzuführen. Doch gelangten dieselben nicht zum Ziele; in neuerer Zeit jedoch kam das Bedürfnis einer durchgreifenden Reform mehr und mehr zur Geltung.

In Frankreich wurde die Zusammenlegung der Parzellen indirekt durch Gebührenfreiheit begünstigt, ferner durch das Gesetz über die Syndikatsgenossenschaften die Durchführung eines besseren Wegesystems ermöglicht.

In England begannen die Gemeinheitsteilungen schon im 16. Jahrhundert. Im Anschluß an die Gemeinheitsteilungen wurden auch Zusammenlegungen durchgeführt.

Zur Reform der Flurverfassung gehören als weiterer Bestandteil die Teilung von Gemeinheiten (Allmenden im weiteren Sinn) und die Aufhebung der Weiderechte.

**II. Gemeinheitsteilungen** wurden, wie die Zusammenlegungen in Deutschland, als eine im Interesse der Landeskultur notwendige Maßregel angesehen, sobald sich das Bedürfnis des Überganges von den extensiven Systemen mit ewiger Weide zu höheren, intensiveren Betriebssystemen, bei Zunahme der Bevölkerung und ihres Bedarfs an Brotfrüchten lebhafter fühlbar machte. Die Gemeinweiden, welche im Eigentum mehrerer Gemeinden, oder einer einzelnen Gemeinde, oder auch innerhalb derselben Gemeinde einer besondern Gruppe, der Nachfolger der alten Hufenbesitzer (dann aber meist mit Nutzungsrechten auch der andern Gemeindeglieder), standen, fanden, als Gesamtgut, selten ausreichende Pflege, dafür um so häufiger eine

<sup>1</sup> Vgl. Buchenberger a. a. O. I 321 A. 1 und die betreffenden Artikel in v. Stengel-Fleischmanns Wörterbuch des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts.



ganz unwirtschaftliche Benutzung, indem jeder Berechtigte für sich den aktuell größtmöglichen Vorteil zu erlangen suchte. So waren die Gemeinweiden in der Regel in mehr oder minder verwahrlostem Zustande, und daher blieb auch die Ernährung des Viehes eine ungenügende. Der Dünger während der Weidezeit ferner war für die Äcker verloren. Mit Einführung des Kleebaues wurde anderseits die Möglichkeit des Überganges zunächst von der Dreifelderwirtschaft mit reiner Brache zur verbesserten Dreifelderwirtschaft mit angebauter Brache und zur Stallfütterung des Viehes gegeben. Alle diese wirtschaftlichen und technischen Verhältnisse und Bedingungen mußten offenbar die Gemeinheitsteilungen im günstigsten Lichte erscheinen lassen.

So konnte in der Tat der aufgeklärte Despotismus des 18. Jahrhunderts sich völlig im Recht glauben, wenn er die Gemeinheiten in der für den Polizeistaat charakteristischen Weise durch unbedingten Zwang von oben herab zu beseitigen suchte. Der individualistische Liberalismus aber vermochte von seinem einseitigen prinzipiellen Standpunkte aus dem Gemeinbesitze als solchem überhaupt keine vorurteilsfreie Beurteilung angedeihen zu lassen.

Daß ein maßvoller Zwang in allen Fällen statthaft ist, wo das Gesamtinteresse die für einen unverkennbaren Kulturfortschritt notwendigen Änderungen bestehender historisch-rechtlicher Verhältnisse erheischt, ist auch hier außer Frage. Nur muß ein Doppeltes beachtet werden. Einmal erscheint der Zwang nur als bedingter gerechtfertigt, d. h. lediglich in der Voraussetzung, daß auf dem Wege voller Freiwilligkeit das notwendige Ziel nicht zu erreichen ist. Man wird durch ein Abstimmungsverfahren die Gesinnung und den Willen der Majorität vorerst festzustellen haben. Volle Einstimmigkeit in Interessenfragen, an denen viele Personen beteiligt sind, kann kaum erwartet werden. Einer Minorität gegenüber ist aber, unter den bezeichneten Voraussetzungen, der Zwang zulässig, indem zugleich durch die Mitwirkung geeigneter Behörden die größtmögliche Garantie einer gerechten und billigen, wie den ökonomisch-technischen Anforderungen entsprechende Durchführung der Teilung geboten wird. Sodann muß die materielle Durchführung des Zwanges, gemäß den Grundsätzen über Rechtskollision, lediglich soweit in die private Rechtssphäre eingreifen, als notwendig ist, um die Kollision zwischen öffentlichem Wohle und privatem Rechte zu überwinden; er darf insbesondere das Vermögen als Wertebegriff nicht verletzen, wenn eine bloße Änderung der objektiven Eigentumsverhältnisse ausreicht. Darum wird nach Möglichkeit für vollen Wertersatz des dem Berechtigten Entzogenen Sorge getragen werden müssen.

Doch ist es nicht so leicht, einen adäquat gerechten Verteilungsmaßstab zu finden. Wird die Gemeinheit unter die Berechtigten zu gleichen Teilen verteilt, so werden diejenigen, die bei größerem Viehstande das ihnen zustehende Recht lange Zeit hindurch in viel weiterem

Umfange ausgeübt hatten als andere, sich nicht wenig geschädigt erachten. Richtet sich die Teilung nach der Ausdehnung der Ackerbaufläche der Beteiligten, so werden die größeren Besitzer, deren Viehstand vielfach nicht der vollen Bodenfläche entspricht, ungebührlich begünstigt. Am besten wird es sein, die Verteilung nach dem durchschnittlichen Viehstand (etwa der letzten zehn Jahre [Preußen], nicht nach dem gegenwärtigen, zufälligen Besitzstande) zu vollziehen, indem man in der lange fortgesetzten tatsächlichen Ausübung des Weiderechts eine Bemessung des Rechtes selbst erblickt. Kann dieser durchschnittliche Viehstand nicht festgestellt werden oder haben die Berechtigten zum Teil ihr Recht nicht ausgeübt, dann kann man die Verteilung vollziehen gemäß der relativen Anzahl Vieh, die der Bauer auf seinen Grundstücken im Winter durchzubringen vermag (Durchwinterungsmaßstab), indem man hieraus auf das Quantum einer eventuellen Benützung der Viehweide schließt. So wurde die Teilung z. B. in Preußen geordnet. Bei Dorfgenossen, die keinen Acker besaßen, wurden  $1\frac{1}{2}$  Kuhweiden berechnet; ein außergewöhnlich großer Viehstand ward herabgesetzt und bei verarmten Leuten der in ihrer Klasse gewöhnliche Viehstand angenommen. — Schließlich kommt dann noch viel auf eine technisch und wirtschaftlich geschickte Durchführung der Teilung an, insofern die den einzelnen Berechtigten zuzuweisenden Parzellen in möglichster Nähe zum Wirtschaftszentrum ausgewählt, für die Bebauung gut geformt, mit geeignetem Wegesystem versehen, von Servituten befreit werden müssen, wenn die erstrebten Vorteile einer intensiveren Bewirtschaftung tatsächlich erreicht werden sollen. Die Kosten werden regelmäßig von den Interessenten zu tragen sein; doch ist Bedürftigen gegenüber eine Beihilfe oder teilweiser Erlaß am Platze.

Es erübrigt eine kurze Übersicht der hauptsächlichsten Gesetze, die sich mit der Gemeinheitsteilung beschäftigen und im Anschluß an dieselbe eine volkswirtschaftlich kritische Beurteilung der ganzen Maßregel.

In Preußen, wo die Gemeinheitsteilung, wie gesagt, als Hauptsache, die Zusammenlegung der Grundstücke nur als akzessorisches Moment behandelt wurden, hatte bereits Friedrich II. verschiedene Instruktionen an die Justizkollegien erlassen, welche die zwangsweise Verteilung der Gemeinheiten betrafen. Insbesondere verdient das Reglement vom 14. April 1771 für Schlesien Beachtung, wiewohl die spätere G.T.O. vom 7. Juni 1821 in den obersten Grundsätzen sich anschloß (ergänzendes Gesetz vom 2. April 1872). Nach der preußischen Gesetzgebung genügte es, daß ein einzelner der Gemeineigentümer die Gemeinschaft kündigt, auf Teilung „proviziert“, Auseinandersetzung beantragt, um alle übrigen zur Teilung zu zwingen. Eine Verordnung vom 28. Juli 1838 beschränkte dieses Provokationsrecht in der Art, daß für eine wirksame Provokation auf Teilung, sofern mit letzterer Zusammenlegungen von Grundstücken und Austauschen sich verbinden mußten, die Zustimmung der Besitzer des vierten Teiles der auszutauschenden Bodenfläche erfordert wurde. Nach dem Gesetz vom 2. März 1850 konnte die Zusammenlegung der Grundstücke zugleich bei der sonstigen Eigentumsregulierung von Amts wegen verfügt werden, wenn es sich um lassitischen Besitz

handelte, der im Gemenge mit gutherrlichen Grundstücken lag. Als Auseinandersetzungsbehörde fungierten die Generalkommissionen in erster Instanz, eventuell in zweiter Instanz das Oberlandeskulturgericht in Berlin („Revisionskollegium für Landeskultursachen“ seit 1844), in dritter Instanz das Reichsgericht für solche Streitfälle, die auch abgesehen von dem Auseinandersetzungsverfahren entstehen konnten und dann den ordentlichen Gerichten unterworfen gewesen wären. Die Spezialkommissare hatten die Auseinandersetzung unmittelbar durch Feststellung der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse, durch Verhandlungen mit den Interessenten, durch Ausarbeitung eines Auseinandersetzungsplanes usw. unmittelbar vorzubereiten und zu vollziehen, in steter Unterordnung unter die Generalkommission und mit Entscheidung eventueller Streitigkeiten durch diese. Bezüglich der Kosten des Verfahrens gilt das oben bei der Zusammenlegung Gesagte.

Sehr zu beachten ist die preußische Deklaration vom 26. Juli 1847, derzufolge solches Gemeindevermögen, das (als Kämmerervermögen) zur Bestreitung der Gemeindeausgaben dient, ferner dasjenige Gemeindevermögen, dessen Nutzung den Gemeindegliedern als solchen zusteht (sog. Bürgervermögen) nicht durch Teilung in Privateigentum verwandelt werden sollte. Demgemäß hatte die Teilung sich lediglich auf das Gemeineigentum der Privaten zu beschränken.

Wenn auch das Verfahren bei Teilungen vielfach nach dem Muster der altpreußischen Gesetzgebung gestaltet wurde, so hatte doch die G.T.O. von 1821 unmittelbare Geltung nur für das Gebiet des preußischen Landrechts. Die ältesten deutschen Gesetze über Gemeinheitsteilung sind wohl die für das Herzogtum Lauenburg erlassenen Verordnungen vom 27. Juni und 8. Juli 1718. Dann kommt in Hannover in Betracht die für das Fürstentum Lüneburg erlassene G.T.O. vom 25. Juni 1802. Auch für die übrigen Fürstentümer Hannovers (Ostfriesland ausgenommen) kam es allmählich zu ähnlichen Gesetzen. Gemeinden und gemeindeähnliche Korporationen, ebenfalls für sich selbständige Höfe, dürfen hiernach (bei Gemeinden durch Beschluß der Hälfte nach Verhältnis der Teilnehmerrechte) sog. „Generalteilung“ fordern, aus der Gemeinschaft, in welcher sie mit andern Gemeinden standen, heraustreten und entsprechende Entschädigung verlangen. Die „Spezialteilung“ jener Entschädigung konnte innerhalb einer und derselben Gemeinde das einzelne Glied nur fordern, sofern dadurch seine Grundstücke zu einer vorzüglichen Kultur befähigt wurden. In dieser Gesetzgebung findet sich als Teilungsmaßstab für Weidrechte bereits der durchschnittliche Viehstand der letzten zehn Jahre angewandt, ebenso der Durchwinterungsmaßstab, ferner eine Veranschlagung nach dem Haushaltsbedürfnis der Interessenten, oder nach der Ausdehnung des Ackerlandes und der Wiesen. Das Verfahren bei Gemeinheitsteilungen u. dgl. wurde durch das Gesetz vom 30. Juni 1842 geregelt, später noch durch Gesetz vom 17. Januar 1883. Streitigkeiten, die auch ohne Teilung hätten entstehen können, gehören in Hannover schlechthin vor die ordentlichen Gerichte. — In der Rheinprovinz (Gebiet des französischen Rechts) galt früher die Teilungsklage des „Code civil“ (Art. 815) und im Gebiet des gemeinen Rechts die „actio communi dividundo“. An deren Stelle trat später die G.T.O. vom 19. Mai 1851 nebst Ordnung des Verfahrens durch Gesetz vom gleichen Tage. Jeder Miteigentümer ist hiernach zur Beantragung der Teilung befugt. Im übrigen sind die G.T.O. von 1821 und die dazu gehörigen Ergänzungsgesetze in der rheinischen G.T.O. von 1851 vielfach nachgebildet; insbesondere wird auch hier die Um-



wandlung von eigentlichem Gemeindeeigentum in Privateigentum verboten. — Für Hohenzollern gilt das Gesetz vom 23. Mai 1885. — Die rheinische G.T.O. von 1851 galt ebenfalls für Neuvorpommern und Rügen. — Auch die G.T.O. für den Regierungsbezirk Wiesbaden (Kreis Biedenkopf ausgenommen) vom 5. April 1869 schließt sich wesentlich an die rheinische G.T.O. an, ebenso die G.T.O. für den Regierungsbezirk Kassel (Biedenkopf eingeschlossen) vom 13. Mai 1867 und vom 25. Juli 1876. — Ähnlich gebildet ist auch das Gesetz vom 17. August 1876 für Schleswig-Holstein (Herzogtum Lauenburg ausgenommen).

Für Oldenburg kommen die Verordnung von 1806 und das Gesetz vom 27. April 1858 in Betracht. Gemeinheitsteilungen können mit den Verkoppelungen verbunden werden. — In den beiden Mecklenburg gab es bei der eigenartigen Lage des eigentlichen Bauernstandes nichts mehr von den alten Nutzungsgemeinschaften. Verhältnisse des städtischen Grundbesitzes wurden für Mecklenburg-Strelitz durch die Verordnung vom 6. Februar 1854, für Mecklenburg-Schwerin durch die Verordnung vom 5. Januar 1873 geregelt.

In Braunschweig war bereits in der Mitte des 18. Jahrhunderts eine umfassende Arrondierung des Grundbesitzes erfolgt. Die Verordnung vom 26. März 1823 und die G.T.O. vom 12. Dezember 1834 regeln die Aufhebung von Nutzungsgemeinschaften nach dem Muster der preußischen G.T.O. von 1821. Das herzogliche Landesökonomiekollegium fungiert nach Art der preußischen Generalkommissionen.

Das Königreich Sachsen ordnete die Gemeinheitsteilungen durch Gesetz vom 17. März 1832; jeder Interessent kann die Ausscheidung seines Anteils fordern (die späteren Gesetze vom 14. Juni 1834 und 23. Juli 1861 beziehen sich auf Zusammenlegung der Grundstücke). Die Gemeinheitsteilungen sind in Sachsen bereits fast ganz zu Ende geführt.

Im Großherzogtum Hessen behandelte das Gemeinheitsteilungsgesetz vom 7. September 1814 die Aufhebung der Gemeinweide und Forstgemeinheiten.

In Bayern wurde zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Verteilung der Gemeindegründe von seiten der Regierung sehr begünstigt<sup>1</sup>. Wer eine Parzelle des gemeinsamen Weidelandes zu kultivieren versprach, erhielt dieselbe als Eigentum und bewahrte überdies das Recht auf einen Anteil bei etwaiger zukünftiger Verteilung des Gemeindegrundes. Was an Boden der Aufteilung entging, das sucht die bayerische Gemeindeordnung vom 29. April 1869 den Gemeinden zu erhalten oder wenigstens durch bedeutende Auflegungen zugunsten der Gemeindekassen, des Volksschulfonds, zu beschränken. Auch ist es Gemeindegliedern gestattet, mit ändern in der Gemeinschaft ihrer Anteile zu verbleiben, die ihnen dann im Zusammenhange zugemessen werden müssen.

Württemberg hat nach § 66 des Verwaltungsedikts vom 1. März 1822 die Verteilung der Gemeindegründe von der Genehmigung der Kreisregierung abhängig gemacht, die selten erteilt wurde. Ein Gesetz vom 16. Juni 1885 (Art. 32) hat die Verteilung gewisser Gemeindegrundstücke überhaupt verboten.

In Baden darf „eigentliches Gemeindegut“, d. i. solches, welches unmittelbar von der Gemeinde selbst verwaltet, genutzt oder verpachtet wird, nur unter ganz

<sup>1</sup> Vgl. Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik I 292 f.

bestimmten Voraussetzungen, und zwar lediglich mit staatlicher Genehmigung der Teilung unterworfen werden. Eine Teilung des „Allmendgutes“, d. i. des von den Gemeindebürgern genutzten Gemeindegutes, kann ebenfalls nur mit staatlicher Genehmigung und auf Verlangen der Majorität (drei Viertel oder absolute Mehrheit), aber auch dann noch nicht vollständig verteilt werden (Gemeindeordnung §§ 113 und 172<sup>a</sup>).

Für Österreich ließ das Hofdekret vom 14. Oktober 1808 nur eine bloße Empfehlung der Aufteilung durch die Behörden zu; die Gemeindeordnung vom 17. März 1849 verbot die Teilung von Gemeindegut. Nach dem Reichsgesetz vom 7. Juni 1883 (und den entsprechenden Landesgesetzen) sind sowohl Teilungen gemeinschaftlicher Stücke (General- und Spezialabteilungen), ebenso wie bloße Regulierung der Nutzungsrechte auf Grund eines Majoritätsbeschlusses der Beteiligten zulässig. In Ungarn ward die Segregation der Weide- und Waldgemeinheiten seit 1836 gestattet.

Auch die Schweiz erlebte schon im 18. Jahrhundert in manchen Kantonen (Zug, Zürich, Glarus, Bern, Luzern) Teilungen des Gemeingutes. (In Luzern erleichterte das Gesetz vom 28. Juni 1803 sogar die Aufteilung von Waldungen.) Aber der gesunde Sinn der Schweizer hielt trotzdem vielfach an der alten Allmende fest. Die neuere Gesetzgebung erschwert oder verbietet die Verteilung.

Frankreich wies durch Gesetz vom 10. Juni 1793 alle Gemeinheiten der politischen Gemeinde zu; das Gemeindegut aber galt als unteilbar (Verordnung vom 21. Februar 1838).

In Großbritannien (England und Schottland) dienten bereits seit dem 16. Jahrhundert die „enclosures“ (Einhegungen der separierten Grundstücke, zugleich der Name für die Gemeinheitsteilung selbst) dazu, die Landlords (Lord of the manor oder manour, d. i. Rittergut, adeliges Landgut), welche schon bisher als Eigentümer der gemeinen Weide (commons) sich betrachtet hatten, auch zu den ausschließlich Nutzungsberechtigten zu machen. Man versteht es, wie zur Zeit, wo die Schafzucht besonders rentierte, das Bestreben der alten Grundherren dahin ging, ihre Weidegebiete möglichst auszudehnen. Die dabei zutage tretende Rücksichtslosigkeit gegenüber dem gemeinen Wohle hat schon Thomas More in seiner „Utopia“ mit bitterer Ironie gegeißelt. Im 17., 18., 19. Jahrhundert wurden die Aufteilungen fortgesetzt, zum Vorteile des Großgrundbesitzes, der sein Land dabei zu vermehren und abzurunden verstand. Seit 1845 wurde die Separation auch für den mittleren und kleineren Grundbesitz gesetzlich geordnet.

Manche Schattenseiten der Gemeinheitsteilungen, welche der allen korporativen Gestaltungen abholde und auf Augenblickserfolge ausgehende ökonomische Liberalismus übersah, ließen die Maßregel einsichtigen Beurteilern als eine keineswegs überall empfehlenswerte erscheinen. Mochte allerdings im Produktionsinteresse nicht selten eine Aufteilung der Gemeinheiten unter gewissen Rücksichten als vorteilhaft gelten können, so hätte doch auch beachtet werden müssen, daß die Einführung eines intensiveren Wirtschaftssystems überdies noch von andern Bedingungen abhängig ist als von der Auflösung des gemeinsamen Eigentums an Wald, Weide, Allmende (im engeren Sinne Gemeindeäcker und Wiesen, die in gewisser Weise den Gemeindegliedern zur Nutzung über-

geben werden)<sup>1</sup>, von der freien Entfaltung des privaten Interesses und privaten Eigentums. Die besondern lokalen Verhältnisse wie Klima, Bodenbeschaffenheit, Höhenlage kommen dabei nicht wenig in Betracht. Sogenanntes unbedingtes Weideland, z. B. Gebirgs- und Waldweiden, wird auch im Produktionsinteresse am besten als Weideland erhalten, und die möglichst sichere Garantie für diese Erhaltung ist eben das Gemeineigentum. Wenn die Gebirgsweide in kleinere Teile zerlegt und das Privateigentum jedes einzelnen umfriedigt werden soll, so werden wirtschaftliche Erfolge durchgängig eher vermindert als erhöht. Auch bringt es die Eigenart des Forstbetriebes mit sich, daß bei der Zersplitterung eines größeren Waldes in kleine Flächen der Gesamterfolg durchgängig Einbuße erleidet, es sei denn, daß der Boden überhaupt nicht mehr dem Forstbetriebe dienen soll, sondern vorteilhafter in Ackerland umgewandelt werden kann<sup>2</sup>. Es ist also keineswegs ausgemacht, daß unter allen Verhältnissen das Produktionsinteresse bei einer Verteilung der Gemeinheiten mehr gewahrt wird als bei deren Fortdauer. Dazu kommt noch insbesondere der Umstand, daß bei der Verteilung die größeren Güter zuviel Land erhielten, für dessen Bestellung ihnen zunächst Kapital und Arbeitskräfte fehlten. Die kleineren Besitzer dagegen mochten allerdings für den Augenblick in der Zuteilung von Land einen bedeutenden Vorteil erblicken; sie mußten aber oft nur zu bald erkennen, wie erschwert die Viehhaltung unter den neuen Verhältnissen für sie war. Viele haben überdies ihren Anteil bald wieder verkauft, so daß eher eine schlechtere als eine bessere Besitzverteilung Folge der Maßregel war, und dazu war der Rückhalt, den gerade dem kleinen Landmann das Gemeineigentum bot, dahin. Man wird es daher auch unter allgemein volkswirtschaftlichen Rücksichten begrüßen dürfen, daß in neuerer Zeit durch manche Gesetzgebungen der Verteilung des eigentlichen Gemeindeeigentums Einhalt geschehen ist, wie es sich aus denselben Gründen empfiehlt, ein größeres Stück Land als Allmendgut im Besitze der Gemeinde zu bewahren und den Gemeindegliedern zur naturalen Nutzung, eventuell bei Äckern und Wiesen (Landarbeitern und sonstigen kleinen Leuten) pachtweise zu überlassen. Dabei können und müssen ausreichende gesetzliche Maßregeln getroffen werden, um eine zweckmäßige und wirtschaftliche Benutzung der Gemeinweiden (z. B. durch Einteilung in Schläge für die verschiedenen Arten von Vieh, durch die in der Schweiz übliche „Stuhlung“, Beschränkung der Anzahl Tiere für die einzelne Alp usw.),

<sup>1</sup> Vgl. Roscher-Dade, Nationalökonomik des Ackerbaues<sup>14</sup> (1912) Buch 2, Kap. 6, § 84.

<sup>2</sup> Buchenberger (a. a. O. I 286) verweist auf das auch von Rau angeführte Beispiel aus dem Odenwalde, in welchem durch Waldverteilungen der Wohlstand mancher Gemeinden geradezu zerstört wurde. Unter-Schönmatenwang z. B. hatte einen 3400 hessische Morgen großen Wald, der zur Deckung aller Gemeindeausgaben ausreichte und überdies den Gemeindegliedern beträchtliche Nutzungen gewährte. Nach der Verteilung wurden die kleinen Teilflächen (zu 65 Morgen) schlecht bewirtschaftet, bald auch an Auswärtige zum Teil verkauft. Den Dorfgenossen blieben aber drückende Gemeindeabgaben.



der Allmendwäldungen durch eine gute Forstgesetzgebung, der Allmendäcker und -wiesen (z. B. durch Entziehung verwahrloster Allmendgüter auf unbestimmte Zeit, wie in Baden) zu sichern. Die Landesgesetzgebung erweist sich in dieser Hinsicht meist wirksamer als Gemeindeordnungen u. dgl. „Allmenden“ finden sich noch in Süddeutschland (Württemberg, Baden, Hohenzollern), in Österreich (Tirol, Vorarlberg, Salzburg usw.), in der Schweiz, in Frankreich, in Belgien (Ardennerland und in den Sandgegenden der Campine), in Italien (im nördlichen Apennin). Sie werden nicht als eigentliches Gemeindegut von der Gemeinde selbst und für Rechnung der Gemeinde genutzt, sondern stehen, wie die Bergallmendweiden und vielfach die Allmendwäldungen, in kollektiver, naturaler Nutzung entweder aller Gemeindeglieder (so in Deutschland, Frankreich, den in der Ebene gelegenen Schweizerkantonen), oder eines engeren Verbandes der Besitzer bestimmter Liegenschaften innerhalb der Gemeinde (Real-, Rechtsame- oder Gerechtigkeitsgemeinde, namentlich in den schweizerischen Gebirgskantonen). Die Allmendäcker und Wiesen werden in bestimmten Losen (allotissements in Frankreich) einzelnen Gemeindegliedern zeitweise oder lebenslänglich zur Nutzung überlassen. Daß solche Allmendfelder der Landbevölkerung eine größere Selbsttätigkeit verleihen, muß in einer Zeit, wo „Landflucht“ viel mehr denn „Schollenkleberei“ zu fürchten ist, als Empfehlung der Allmende gelten<sup>1</sup>.

12. Die Aufhebung der Weiderechte bildet ebenfalls einen wichtigen Bestandteil der hier behandelten agrarischen Reform. Geht man von den grund- und gutsherrlichen Weiderechten (an den Wiesen, der Brachflur, den Stoppelfeldern der bäuerlichen Feldmark) aus, so erscheint die Aufhebung der Weiderechte als ein Bestandteil der Ablösungsgesetzgebung. In der Tat wurde denn auch in Süddeutschland die Aufhebung der gegenseitigen Weiderechte aller Viehbesitzer einer Gemarkung gesetzlich nur im Zusammenhange mit der Ablösung der grund- und gutsherrlichen Weiderechte behandelt. In Norddeutschland dagegen ist die Beseitigung gegenseitiger Dienstbarkeitsrechte, speziell der Weiderechte der alten Dorfgenossen am Brach- und Stoppellande (Brach- und Stoppelweide), der Triftrechte (Recht, Vieh über fremdes Feld zu treiben), der Pferchrechte (Recht, Vieh auf fremdem Boden zu übernächtigen) usw. nicht mit den Agrargesetzen im engeren Sinne (Ablösungsgesetzen), sondern in der Landeskulturgesetzgebung (Gemeinheitsteilung, Verkoppelung u. dgl.) erledigt worden. Von einem erneuten Eingehen auf die einzelnen gesetzlichen

<sup>1</sup> Über Wesen und Bedeutung der Allmende s. insbesondere Buchenberger a. a. O. I 294 ff.; K. Bücher, Art. „Allmende“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup> 402 ff.; ebenso Bücher, Ureigentum (E. v. Laveleye. Deutsche Übersetzung, Leipzig 1879) Kap. 7 ff.; A. v. Miaskowski, Die Verfassung der Land-, Alpen- und Forstwirtschaft der deutschen Schweiz (1878); Ders., Die schweizerische Allmende in ihrer geschichtlichen Entwicklung vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart, in Schmollers Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen 1879.

Bestimmungen können wir absehen, da es genügt, die allgemeineren Gesichtspunkte in kurzem Überblick zusammenzufassen.

Zur Zeit, als eigentlicher Futterbau selten, waren die Weideservituten an fremdem Grund und Boden von nicht geringer Bedeutung für die Viehbesitzer. Namentlich war es möglich, auf Grund jener Berechtigungen eine ausgedehnte Schafzucht zu betreiben. Andererseits konnte dem Eigentümer der Brachflur und Stoppelfelder das Weiderecht der Dorfgenossen insofern sogar vorteilhaft erscheinen, als das Vieh auf dem Felde den Dünger zurückließ. Das alles änderte sich, sobald die Möglichkeit und das Bedürfnis einer intensiveren Wirtschaft zur Geltung kam. Nun erschienen die fremden Weiderechte als ein Hemmnis. Man konnte mit dem pflichtigen Brach- und Stoppelfelde nicht machen, was als Forderung eines besseren Betriebes erschien, konnte die Brache nicht nach Bedürfnis abkürzen oder beseitigen usw. Es handelte sich dabei nicht bloß um die privaten Interessen der Verpflichteten, die aus den bestehenden Verhältnissen größeren Nachteil erlitten, als die Berechtigten Vorteil daraus zogen; auch öffentliche Interessen kamen in Frage, da bei dem gesteigerten Bedarf, bei dem notwendig gewordenen Fortschritt in der Intensität der landwirtschaftlichen Kultur, die der privaten Initiative hinderlichen Servituten als gemeinschädlich sich darstellen mußten. Es ist darum klar, daß die Gesetzgebung befugt war, die Beseitigung der veralteten Berechtigungen, mochten sie auf Herkommen oder Vertrag beruhen, in Angriff zu nehmen, daß sie zu diesem Behufe einen bedingten Zwang anwenden, den Verpflichteten und auch den Berechtigten ein Provokations- oder Kündigungsrecht gewähren durfte. Nur war darauf achtzuhaben, daß die Kündigung erst nach einer geraumen Zeit (eventuell einigen Jahren) wirksam werde, damit der bisher berechtigte Betrieb sich den veränderten Verhältnissen anzupassen imstande sei. Überdies mußte für eine gerechte Regelung der Entschädigung Vorsorge getroffen werden, damit insbesondere die schwächere Partei keinen Schaden erleide, wie das bei einer vollfreien, vertragsmäßigen Erledigung leicht geschehen konnte. Handelt es sich um Weiderechte, die offenbar und nachweislich als eine mißbräuchliche Ausnutzung der Berechtigung sich charakterisieren, dann wird man, soweit das mißbräuchliche Übermaß reicht, von einer Entschädigung absehen können. Liegen sog. Doppelweiden vor, mit Gegenseitigkeit der Berechtigung und Verpflichtung, so wird Kompensation eintreten dürfen, jedoch noch unter Abmessung der dauernden, berechtigten Benutzung des Weiderechts auf beiden Seiten und des Wertes dieser Benutzung für den jedesmaligen Berechtigten. Immer bedarf es einer genauen Ermittlung der Zahl und Art der Tiere, des Zeitraums, innerhalb dessen das Recht ausgeübt wurde usw.

Erwägt man alle die Schwierigkeiten, welche die Beseitigung der alten Abhängigkeitsverhältnisse, die Regulierung oder Aufhebung der überlieferten Natural- und Geldlasten, Zehnten, Fronden, Besitzwechselabgaben u. dgl.

notwendig mit sich bringen mußte, so wird man auch hieraus erneut die Überzeugung gewinnen, daß mit einer vertragsmäßigen Regelung, im Widerstreit der Interessen, eine allgemein befriedigende Neuordnung der Verhältnisse nicht zu erwarten war, und daß hier nur gesetzliche Maßnahmen und Anweisungen der Staatsgewalt unter möglichster Schonung wohlervorbener Privatrechte zum Ziele führen oder doch wenigstens hierfür nicht entbehrt werden konnten.

Gewiß, dem agrarischen Befreiungswerke, der persönlichen und wirtschaftlichen Befreiung mit allem, was damit in Verbindung stand, haften manche Fehler an; es bleibt aber doch eine großartige, gewaltige Leistung. Hier zeigte sich mit besonderer Klarheit die Bedeutung des Staates für die Ordnung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere solange eine berufsgenossenschaftliche Standesorganisation fehlte. Ein schwacher Staat, der Nachwächterstaat der freiwirtschaftlichen Theorie, mag zwar solche Zustände entstehen lassen, die einer Reform bedürfen, die Reform selbst durchzuführen bleibt er außer stande. Das ist die erste Lehre, die wir aus der Erinnerung an die alte Agrarreform mitnehmen wollen. Sie läßt uns erkennen, daß auch bei heute notwendig werdenden Reformen dem Staate eine wichtige Rolle zufällt. Mögen nun aber anderseits — das ist die zweite Lehre — die sonstigen bürgerlichen und namentlich die bäuerlichen Kreise ihrerseits es verstehen und richtig würdigen, wenn der Staat heute mit der gleichen Sorgfalt seine Kraft und seine Mittel andern Reformen und speziell der Emanzipation der Arbeiter zuwendet, welche die wirtschaftliche Entwicklung für das 20. Jahrhundert zur Notwendigkeit gemacht hat. Wir haben gerade auch deshalb, um diese Erkenntnis zu fördern, das bäuerliche Befreiungswerk mit größerer Ausführlichkeit behandelt.

Unter den Begriff „Agrarverfassung“ können noch manche Einrichtungen und Gestaltungen bezogen werden, von denen indes bereits an anderer Stelle die Rede war bzw. die später erneute Behandlung finden werden<sup>1</sup>. So haben wir im dritten Bande von den Landwirtschaftskammern und sonstigen Generalvertretungen der Landwirtschaft behandelt. Jetzt (preußischer Gesetzentwurf von 1920<sup>2</sup>) wird eine bessere Zusammensetzung der Kammern (besonders Einbeziehung der Arbeitnehmer) mit anderem Wahlverfahren erstrebt. Zur Vertretung der Forstwirtschaft, des Gartenbaues und der Fischerei sind besondere Fachkammern in Aussicht genommen. Von den freien landwirtschaftlichen Vereinigungen unterscheiden sich die Landwirtschaftskammern hauptsächlich in folgenden Punkten: Sie besitzen eine gesetzliche Grundlage, die Eigenschaft als öffentlich-rechtliche Körperschaft mit gewissem behördlichen Charakter, die gesetzliche

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 4, § 5, S. 676 ff.

<sup>2</sup> Zu erwähnen sind noch die Errichtung der Württembergischen Landwirtschaftskammer (23. Juni 1919), der Landwirtschaftskammer für Sachsen-Meiningen (29. Juli 1919) und insbesondere der Bauernkammer in Bayern.



Vertretungsbefugnis für den gesamten landwirtschaftlichen Berufsstand des Bezirks und schließlich das Besteuerungsrecht gegenüber sämtlichen Angehörigen des landwirtschaftlichen Berufes. Als Aufgaben der Landwirtschaftskammer werden in dem Entwurf namentlich bezeichnet: 1. die Förderung der technischen Vervollkommnung der Landwirtschaft, 2. die Förderung des ländlichen Genossenschafts-, Kredit- und Vereinswesens, 3. die Förderung der Berufsausbildung und 4. schließlich die Unterstützung der zuständigen Verwaltungsbehörden bei allen die Landwirtschaft betreffenden Fragen, namentlich auch Erstattung von Gutachten. Nach dem bayrischen Gesetz ist die Regierung nicht nur verpflichtet, die Bauernkammern bei allen wichtigen landwirtschaftlichen Fragen zu hören und ihre Anträge zu bescheiden, sondern diese auch, sofern sie für ihre Erledigung nicht zustellig sind, dem Landtage zur Beurteilung und Entscheidung vorzulegen.

Die Spitze der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen soll fürderhin (in Preußen) eine aus 104 Mitgliedern bestehende Hauptlandwirtschaftskammer bilden. Diese tritt an die Stelle des bisherigen Landökonomiekollegiums. — Erwähnt sei noch kurz das preußische Gesetz über Landeskulturbehörden<sup>1</sup>, Kultur- und Landeskulturämter an Stelle der früheren General- und Spezialkommissionen (mit erweiterten Aufgaben [innere Kolonisation]) von 1919, ferner der Entwurf über Umlegung von Grundstücken (Spezialseparation, Zusammenlegung, Verkopplung, Konsolidation) von 1920. —

In großen Zügen haben wir ein, wenn auch der Ergänzung bedürftiges<sup>2</sup>, Bild von der geschichtlichen Entwicklung der agrarischen Eigentums- und Arbeitsverfassung entworfen, weil und soweit diese Entwicklung Bedeutung hat für die landwirtschaftliche Produktion. Nunmehr wenden wir uns der wirtschaftlich-technischen Gestaltung der Ackerflur zu, den verschiedenen Betriebssystemen, die zum Teil im vorhergehenden wenigstens nebenbei schon erwähnt wurden<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Zu den alten Aufgaben (Gemeinheitsteilung, Ablösung, Umlegung) waren schon durch das Rentengesetz von 1891 neue Aufgaben (der Besiedlung) den Generalkommissionen erwachsen. Jetzt handelt es sich um eine Agrarreform im Sinne beschleunigter innerer Kolonisation, Besiedlung, Ödlandkultur (Denkschrift vom 19. März 1919), um Durchführung der Reichssiedlungsverordnung vom 29. März 1919. Hierzu bedurfte es einer Umgestaltung der bisherigen Kommissionen, die jetzt den Titel Kulturämter, Landeskulturämter führen. — Erbsysteme, Pachtsysteme, das Ansiedlungswesen werden später behandelt. Zur Landarbeiterfrage sei auf Bd. III, Kap. 2, § 5, S. 196 ff.; Kap. 5, § 3, S. 811 ff. verwiesen und auf die Neuauflage des dritten Bandes. (Vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919).

<sup>2</sup> Man denke dabei nicht nur an neuere und neueste Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern, sondern auch an die Ergebnisse neuer, gründlicher Forschungen, so z. B. an Theodor Knapps „Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernstandes (1919). Rühmlich bekannt sind desselben Autors „Gesammelte Beiträge zur deutschen Rechts- und Wirtschaftsgeschichte vornehmlich des deutschen Bauernstandes“ (1902).

<sup>3</sup> Das Spezielle der „technischen Betriebslehre“ ist Sache der Privatwirtschaftslehre. Pesch, Lehrb. der Nationalökonomie. IV. 1. u. 2. Aufl.

Beginnen wir mit einigen allgemeinen Bemerkungen über Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Betrieb.

### § 3.

## Der landwirtschaftliche Betrieb und die verschiedenen Betriebssysteme.

**1. Begriff der Landwirtschaft.** Der Land- oder Ackerbau ist ein Zweig der Bodenkultur, d. h. jener wirtschaftlichen Tätigkeit, durch welche der Mensch die im Boden wirksamen Naturkräfte planmäßig zur Erzeugung pflanzlicher Stoffe verwertet. Zur Bodenkultur gehört außer dem Landbau noch die Gärtnerei und die Forstwirtschaft.

So lange der Mensch bloß mit der Hand, unter Anwendung von Spaten und Hacke (Spatenkultur, Hackfruchtbau [Hirse, Reis usw.]) den Boden bearbeitet, liegt noch kein eigentlicher Ackerbau vor. Im engeren und eigentlichen Sinne spricht man von Ackerbau erst da, wo Getreide mit Zugvieh und Pflug gebaut wird.

Da nun der Landbau sich regelmäßig mit der Viehzucht verbindet, so wird man die Landwirtschaft als denjenigen Zweig der volkswirtschaftlichen Produktion bezeichnen müssen, welcher sich mit dem eigentlichen Ackerbau und mit der Pflege der Haustiere, zur Erzeugung pflanzlicher und tierischer Rohstoffe beschäftigt<sup>1</sup>.

**2. Entwicklung der Landwirtschaft<sup>2</sup>.** Der eigentlichen Bodenbestellung wird in der Regel die okkupatorische Aneignung der von der Natur frei gebotenen Güter vorausgegangen sein. Die „omnivore“ (alles verzehrende) Ernährung (Sammeln von Beeren, Wurzeln, kleinen Tieren u. dgl.), ferner die Jagd und Fischerei, die Weidewirtschaft, das Halbnomadentum als primitiver Ackerbau, ohne Sesshaftigkeit und Grundeigentum mit vorwiegender Weidewirtschaft und wenigem, bloß ergänzendem Ackerbau (Richard Hildebrand), endlich der sesshafte Ackerbau sind darum nicht bloß spezifische, sondern für viele Völker auch historische Entwicklungstypen; insoweit stellen sie nicht nur den Grad wirtschaftlicher Vollkommenheit der Bodenbenutzung, sondern auch geschichtliche Stufen der den Grund und Boden oder dessen Produkte betreffenden wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen dar. Andererseits entbehrt die Annahme evolutionistischer Soziologen, derzufolge Jagd oder Fischerei, Herdenwirtschaft, Ackerbau, „natürliche“ und darum von allen Völkern mit Notwendigkeit zu durchlaufende Entwicklungsstufen gewesen sind, der ausreichenden Unterlage. Schon die Verschiedenheit der äußeren Bedingungen schließt

<sup>1</sup> Vgl. von der Goltz, Landwirtschaft, in Schönbergs Handbuch II<sup>4</sup>, 1. Abt. (1896) 1 ff.

<sup>2</sup> Wilh. Roscher-Dade, Nationalökonomik des Ackerbaues<sup>14</sup> (1912) Buch 2, Kap. 1, S. 18 A. 1, 57 f. Vgl. auch die Angaben der hervorragenden Ägyptologen und Assyriologen. — Übergang vom Hackbau zum Pflugbau, zur Gartenwirtschaft und wiederum von der Bedarfsdeckungsproduktion zur Überschuß- und zur Marktproduktion.

die Möglichkeit eines für alle Völker gleichen Entwicklungsganges aus. Auch weisen gerade die ältesten geschichtlichen Quellen bereits auf feste Besiedelung mit eigentlicher Bodenkultur — wenn auch in primitivster Form — für die in der Urheimat des Menschengeschlechtes zurückgebliebenen Völker hin. Man wird sich daher den Aufstellungen der sog. prähistorischen Wissenschaft gegenüber um so mehr eine kluge Zurückhaltung auferlegen müssen, je mehr dieselbe dem freien Spiel der gestaltenden Phantasie sich überläßt und je klarer die hierbei oft stillschweigend oder ausdrücklich gemachte Voraussetzung einer Abstammung des Menschen vom Tiere als wissenschaftlich unbewiesene Hypothese sich herausstellt.

Überall, in der okkupatorischen Wirtschaft der Jäger- und Fischer-völker, in der Herdenwirtschaft der Hirtenvölker wie auch beim Ackerbau erscheint der Mensch als Herr der äußeren Natur, die ihm dienen, ihre Gaben ihm reichen muß. Anderseits ist der Mensch auf den Vorstufen des Ackerbaues, ist der Jäger, der Fischer, der Nomade in größter Abhängigkeit von der Natur, die nicht immer und überall ihre Gaben bietet. Mag auch die Sekhaftigkeit den Menschen an den Boden fesseln und die Arbeit des Ackerbaues härter sein als die der Jagd, in der ersten Zeit auch zu drückenden persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen geführt haben, so liegt doch wieder anderseits im Ackerbau „eine große Emanzipation des Menschen von der Natur, deren hervorbringende Kraft er nicht allein benutzt, sondern leitet, und zwar um so mehr, je arbeits- und kapitalreicher die Bestellung des Bodens“<sup>1</sup>.

3. Extensive und intensive Wirtschaft unterscheidet die Wirtschaftsbetriebe nach dem Verhältnis von Produktionskosten und Rothertrag. Geringere Aufwendung von Kapital und Arbeit mit geringerer Leistungsfähigkeit im Hinblick auf das Quantum der Produkte charakterisiert den extensiven Betrieb, während beim intensiven Betriebe mit der größeren Aufwendung von Kapital und Arbeit größere Produktivität erstrebt wird.

Auf die ganze Volkswirtschaft findet, wie wir sahen, diese Unterscheidung Anwendung. Mit wachsender Bevölkerung, Steigerung des Verbrauchs, Ausdehnung der Absatzgelegenheiten auch über die Grenzen der eigenen Volkswirtschaft hinaus, wird im allgemeinen die volkswirtschaftliche Produktion intensiver werden. In welchem Maße, auf welchen Gebieten usw., das hängt in verkehrswirtschaftlichen Verhältnissen namentlich von den Gewinnaussichten, der zu erwartenden Rentabilität ab.

Beschränkt sich also die Unterscheidung zwischen intensiver und extensiver Wirtschaft nicht auf den landwirtschaftlichen Betrieb, so ist sie doch besonders für die Landwirtschaft im Gebrauch. Die Unterscheidung bezieht sich hier auf das absolute und relative Maß von Arbeit und Kapital, welches auf eine Flächeneinheit verwendet wird. Sind die Auf-

<sup>1</sup> Roscher-Dade a. a. O. § 18. Cathrein, Das Privatgrundeigentum und seine Gegner<sup>3</sup> (1895).



wendungen von Kapital und Arbeit auf die Flächeneinheit verhältnismäßig gering, so spricht man, wie gesagt, von einem extensiven Betriebe, im umgekehrten Falle von einem intensiven Betriebe. Je größer die Aufwendungen von Kapital und Arbeit sind, um so intensiver ist der Betrieb, und anderseits je weniger Arbeit und Kapital auf eine gegebene Fläche verwendet wird, um so extensiver ist die Wirtschaft. Handelt es sich um ein geschlossenes Gebiet, für welches die Einfuhr auswärtiger agrarischer Produkte keine Rolle spielt, oder soll die Einfuhr beschränkt werden, dann wird mit fortschreitender Kulturentwicklung die Wirtschaft um so intensiver werden müssen, je weniger überflüssiges Land zur Verfügung steht (steigender Bodenwert) und je dichter die Bevölkerung wird (starke Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten). Innerhalb des Landes erreicht die Intensität in der Nähe jener Orte, wo größere Volksmassen zusammenwohnen, den relativ höchsten Grad. Auch die Möglichkeit der Ausfuhr agrarischer Produkte kann zu intensiverem Betriebe führen, während umgekehrt die relativ starke Einfuhr auswärtiger Erzeugnisse einer Steigerung der Intensität im Wege steht. Wenn daher auch im allgemeinen die Verbesserung und Erweiterung der Verkehrsmittel als vorteilhaft gelten muß, so darf doch nicht übersehen werden, daß mit Rücksicht speziell auf die Intensität des landwirtschaftlichen Betriebes nur diejenigen Kommunikationsmittel günstig wirken, welche eine Steigerung des eigenen Absatzes nach innen und außen ermöglichen und fördern, während die Eröffnung billiger, den Import ausländischer Produkte begünstigender Zufuhrwege auf die Intensität der Betriebsweise hemmend wirken. Es ist darum begreiflich, daß der Landwirt einer den Import agrarischer Produkte begünstigenden Eisenbahntarifpolitik gegenüber sich ablehnend verhält und auch da, wo der Import zur Ernährung des Volkes notwendig ist, für die inländischen Erzeugnisse zum wenigsten die gleichen Tarifvergünstigungen fordert, die dem Auslande zugestanden sind<sup>1</sup>.

Die gesteigerte Verwendung von Arbeit und Kapital auf eine gegebene Bodenfläche — also der Übergang zu einer intensiveren Betriebsweise — ist wirtschaftlich nur dann möglich, wenn der zu erhoffende Roh- und Reinertrag zu den erhöhten Aufwendungen im richtigen Verhältnis bleibt. Liegt dieses richtige Verhältnis nicht vor, bieten die Erzeugnisse nicht einmal den vollen Ersatz der Aufwendungen, dann bleibt nicht nur der Übergang zu einer intensiveren Betriebsweise ökonomisch unmöglich, auch das Beharren bei dem bereits erstiegenen Grade der Intensität läßt sich auf die Dauer nicht durchführen. Hieraus erhellt, wie tiefgreifend, hemmend oder fördernd, Preisveränderungen der landwirtschaftlichen Produkte auf die Entwicklung der Betriebsweise einwirken. Ein größerer Rohertrag, für sich allein genommen, sichert keineswegs immer einen größeren Reinertrag. Über das Gedeihen und

<sup>1</sup> Vgl. Buchenberger, Grundzüge der deutschen Agrarpolitik<sup>3</sup> (1899) 38.

den Bestand der privaten Wirtschaft entscheidet aber der letztere, der Reinertrag.

Für jede Art und Stufe der Betriebsweise ist von hoher Bedeutung

4. die **agrarische Statik** (Gesetz der Statik), d. i. das rechte Verhältnis zwischen den durch den landwirtschaftlichen Betrieb dem Boden entzogenen<sup>1</sup>, die Fruchtbarkeit desselben bedingenden Stoffe und den ihm wieder zugeführten entsprechenden Bodenbestandteilen. Oder kürzer: Statik der Landwirtschaft ist das Gleichgewicht zwischen der durch den landwirtschaftlichen Betrieb dem Boden genommenen und gegebenen Fruchtbarkeit. Einen Teil der Pflanzennährstoffe bietet als unerschöpfliche Quelle die atmosphärische Luft. Die dem Boden entzogenen mineralischen Substanzen müssen dagegen durch Düngung (Stallmist und künstliche Düngemittel) ersetzt werden. In jedem Betriebe und bei jeder Betriebsart muß die Statik gebührende Beachtung finden (Gesetz des Stoffersatzes). Andernfalls hat der Betrieb oder die Betriebsart keinen Bestand. Erscheint, bei Vernachlässigung der Statik, vom naturwissenschaftlichen Standpunkte aus die Landwirtschaft sofort als Raubbau (Liebig), so wird sie auch unter ökonomischem Gesichtspunkte, selbst bei ursprünglich höchstem Bodenreichtum schließlich als Raubbau gelten müssen und sich fühlbar machen, sofern die Statik dauernd vernachlässigt wird. Eine gute Wirtschaft läßt es nicht nur nicht bis zur völligen Bodenerschöpfung kommen, trachtet vielmehr danach, die der Pflanzenproduktion dienenden Bodenkräfte beizubehalten nach Möglichkeit durch entsprechende Zufuhr von Pflanzennährstoffen zu ergänzen und zu erhöhen.

Wenn auch Justus v. Liebig (geb. 12. Mai 1803 zu Darmstadt, gest. 18. April 1873 zu München) nicht der erste war, der die Chemie in ihrer Beziehung zu Bodenbau und Landwirtschaft (Agrikulturchemie) behandelte, so gebührt ihm doch das heute unbestrittene Verdienst, durch sein Werk „Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikultur und Physiologie“ (zuerst 1840) und durch die ergänzende Schrift „Über Theorie und Praxis in der Landwirtschaft“ (1856) der agrarischen Statik eine feste, wissenschaftliche Grundlage gegeben zu haben<sup>1</sup>. Die von dem Begründer der modernen Landwirtschaftslehre Albrecht Daniel Thaer (geb. 14. Mai 1752 zu Celle, gest. 26. Oktober 1828 zu Möglin) vertretene „Humustheorie“ (derzufolge die Pflanzen nur organische Substanzen — Humus, Moder — unmittelbar in sich aufnehmen) wurde durch Liebig's „Mineraltheorie“ überwunden. Kleeartige Gewächse erfordern namentlich Kalk; Getreide- und Grasarten: Phosphorsäure; Kartoffeln, Rüben, Tabak: ausreichendes Kali. Von den luftförmigen Pflanzennährstoffen bietet die Atmosphäre nur Kohlensäure in unerschöpflicher Menge. Den notwendigen Stickstoff entnehmen lediglich die Leguminosen unmittelbar der Luft, für die meisten Pflanzen aber muß der Stickstoff in gelöster Form (Ammoniak und Salpetersäure) im Boden selbst dargeboten werden. Das Gesetz des Stoffersatzes bezieht sich praktisch nur auf diejenigen Bestandteile, die in geringen Quantitäten im Boden sich vorfinden (insbesondere Phosphorsäure und

<sup>1</sup> Strakoschs Lehre: Pflanzen entziehen dem Boden verschiedene Stoffe. Liebig forderte Wiederezufuhr der entzogenen Stoffe.

Kali). Es hat keinen Zweck, schon überreichlich im Boden vorhandene Stoffe zu ersetzen oder zu vermehren, da der Ertrag allein davon abhängt, daß von den Pflanzennährstoffen, welche nur in minimaler Quantität vorhanden sind, eine ausreichende Menge im Boden erhalten werde. (Gesetz des Minimums. Minimalgesetz.) Wird die Statik nicht beobachtet, so spricht man von Raubwirtschaften, andernfalls von Stoffersatzwirtschaften. Leider wird seitens der kleineren Grundeigentümer der Vorteil, den die Verwendung künstlichen und käuflichen Düngers bietet, nicht immer genügend erkannt und geschätzt. Rationell bewirtschaftete Güter (mit guter Düngung, Saatgutauslese, Bodenbestellung) lohnen reichlich durch höhere Erträge die aufgewendeten Arbeiten und sonstigen Opfer<sup>1</sup>.

### 5. Typen der Ackerbausysteme, d. i. der Art und Weise des Bodenbaues in technischer und ökonomischer Beziehung.

Sieht man von der extensivsten Bodenbenutzung zur Grasweide ab, wie sie bei den Nomaden (aber auch neben dem eigentlichen landwirtschaftlichen Betrieb und in Verbindung mit ihm z. B. den Alpenländern) sich findet, so kann (nach Buchenberger im Anschluß an Krämer<sup>2</sup>) mit aufsteigender Intensität der Bewirtschaftung zwischen folgenden Systemen unterschieden werden:

1. Das extensiv „wilde Feldgrassystem“ (sibirisches System), auch „Brandwirtschaft“.

2. Der extensive, aber planmäßig geregelte Feldbau, und zwar „Feldersystem“ bei überwiegendem Körnerbau, „Feldgrassystem“ bei überwiegender Produktion tierischer Produkte.

3. Der planmäßig geregelte Feldbau mittlerer Intensität mit Futterproduktion und Viehhaltung, die sog. „Fruchtwechselwirtschaften“.

4. Der Hochbetrieb mit voller Intensität, oft in Verbindung „mit technischen Nebenbetrieben“ (Brennerei, Brauerei, Stärkefabrikation u. dgl.).

Indem von der Goltz<sup>3</sup> von der Tatsache ausgeht, daß Körnerfrüchte und Futterpflanzen die beiden wichtigsten Gruppen von Gewächsen bilden, welche auch den größten Teil des landwirtschaftlich benutzten Areals in Anspruch nehmen, erblickt er das charakteristische Unterscheidungsmerkmal für die meisten Betriebssysteme in dem Umfange und der Art ihres Körnerbaues oder ihres Futterbaues. „Körnerwirtschaften“ wären demgemäß solche, bei denen der Acker nahezu ausschließlich zur Körnerproduktion benutzt wird (wichtigster Repräsentant: die „Dreifelderwirtschaft“). Die „Feldgras- oder Koppelwirtschaften“ benutzen das Land nach einer Reihe von Körnerernten mehrere Jahre hindurch zum Anbau von Klee und Gräsern oder zur Weide. Die „Fruchtwechselwirtschaft“ wechselt regelmäßig zwischen Körnerfrüchten und andern Gewächsen, namentlich Futterpflanzen. Die „Weidewirtschaft“ verwendet den nutzbaren Boden zur Weide und beschränkt den Körnerbau auf das für die Bedürfnisse der Wirtschaft unumgänglich notwendige Maß. Bei „Wirtschaften mit technischen Nebengewerben“ (wie Brannt-

<sup>1</sup> Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik I (1892) 40 ff. Franz August Schmitt, Deutschlands Stickstoffbeschaffung (1918).

<sup>2</sup> Buchenberger a. a. O. 25 ff. Krämer, im Handbuch der gesamten Landwirtschaft I (1890) 353 ff.

<sup>3</sup> In Schönbergs Handbuch II<sup>4</sup> (Tübingen 1896) 66.



weinbrennerei, Rübenzuckerfabrikation u. dgl.) wird die Art des Ackerbaues und besonders die Fruchtfolge den Erfordernissen dieser Nebengewerbe angepaßt. Die „freie Wirtschaft“ sieht von einer festen Fruchtfolge überhaupt ab und bestellt das Ackerland nach den jeweiligen Bedürfnissen, Umständen und Aussichten. — Einzelne Betriebsarten, wie z. B. „Waldfeldwirtschaft“ und „Brandwirtschaft“, verdanken ihren Ursprung besonders lokalen Verhältnissen oder Gewohnheiten.

## 6. Die einzelnen Ackerbausysteme (kurz nach der Einteilung Roschers<sup>1)</sup>:

1. Die sog. *wilde Feldgras- und Feldwaldwirtschaft, Brennwirtschaft*. In dünn bevölkerten Gegenden findet sich diese extensive Landwirtschaft, bei der das Gras oder der Wald niedergebrannt, der so vorbereitete Boden zur Saat benutzt wird bis zu seiner Erschöpfung. Dann läßt man ihn wieder mit Gras oder Wald sich bedecken und kann später durch erneutes Abbrennen den Boden abermals zum Ackerfelde machen; so, unter mannigfachen Verschiedenheiten, in den Steppen Südrußlands, Sibiriens, im Urwald Brasiliens, in Mittelasien, Neuholland, Kapland usw. Auch in der deutschen Urzeit war die „wilde“, ganz extensive Feldgraswirtschaft in Übung (Hanssen). In neuerer Zeit fand sich die Brandwirtschaft in Verbindung mit der Feldgraswirtschaft noch in einzelnen deutschen Gebirgsgegenden, wie z. B. im Schwarzwald, auch in Luxemburg und anderwärts. Das Abbrennen der Weiden hat aber den großen Nachteil, den Humusgehalt dem Boden zu nehmen. Das gleiche ist zu sagen von dem Falle, in welchem die Brandwirtschaft mit der Waldfeldwirtschaft (Hackwald-, Haubergs-, Röderwaldwirtschaft usw.) sich verband (z. B. im Odenwald, Siegener Land). Freilich wird, wo der Waldbetrieb dem Boden reichlichen Humus zurückläßt, das Abbrennen weniger schädlich wirken als bei der Feldgraswirtschaft. Schließlich fand die Brennwirtschaft sich noch in der Form der Moorbrandwirtschaft (im nordwestlichen Deutschland, in Holland, Schottland). Die obere Narbe des Moores wurde verbrannt, dann Buchweizen gesät oder Korn, Hafer u. dgl. Ein häufig wiederholtes Brennen wirkt ungünstig auf den Boden. Man wendete daher statt der Brandkultur später vielfach bessere Methoden an, namentlich die „holländische Fehnkultur“ und die „Rimpausehe Dammkultur“, die beide den Moorboden durch Mischung mit anderer Erde (Sand, Lehm) und geeignete Düngemittel zu kultivieren suchen. In Preußen bestand seit 1876 eine Zentral-Moor-Kommission, in Bremen seit 1877 eine Moorversuchstation, welche die Kultivierung des Moorlandes als Zweck verfolgten<sup>2</sup>. Während des Krieges und nach demselben wurde der Moorkultivierung in Deutschland besondere Sorge gewidmet.

2. Die *Feldersysteme mit ewiger Weide*. Hierbei wird die ganze Flur in zwei Teile zerlegt. Der eine Teil bleibt dauernd Weideland. Der andere Bestandteil, das eigentliche Ackerland, wird entweder immer mit der gleichen Frucht bestellt („Einfelderwirtschaft“), oder in Brachland und bebautes Land geteilt („Zweifelderwirtschaft“), oder es wird bei der sog. „Dreifelderwirtschaft“ die ganze Ackerbaufläche in drei Teile zerlegt, derart, daß der eine Teil mit Winterkorn, der andere mit Sommerkorn bestellt wird, während der dritte als Brachland nur umgepflügt wird. Die Dreifelderwirtschaft findet sich bereits zu Karls des Großen

<sup>1</sup> Roscher-Dade, Nationalökonomik des Ackerbaues Buch 2, Kap. 2, §§ 24 ff. 106 ff.

<sup>2</sup> Vgl. von der Goltz a. a. O. 83 f.

Zeit und hat sich mancherorts bis in die Gegenwart erhalten; sie setzt feste Besiedelung voraus in kleinen Dörfern, weil bei allzu großer Entfernung des extensiv bewirtschafteten Landes die Bestellung zu schwierig würde. An der Weide bestand lange Zeit hindurch gemeinsames Weiderecht, ebenso bezüglich der Brach- und Stoppelfelder, ein Umstand, der aber die Änderung des Systems erschwerte. Die Statik gründet sich bei der Dreifelderwirtschaft auf Brache und Düngung. Höhere Intensität erreicht das System, wo mehr Winterkorn gesät, wo ferner auf die Brache mehr Arbeit und Dünger verwendet wird (Bestellung mit Brachfrüchten, allmähliche Beschränkung der Brache). Diese „verbesserte Dreifelderwirtschaft“ findet sich noch heute in verschiedenen Ländern.

3. *Geregelte oder rationelle* (im Gegensatz zur „wilden“) *Feldgraswirtschaft*, ohne ewige Weide; alles Land wird vielmehr in periodischem Wechsel (nicht Jahreswechsel) für Getreidebau und Graswuchs (oder auch Wald) verwendet. Im nördlichen Deutschland bediente man sich meist zur Bezeichnung des Systems des Namens „Koppelwirtschaft“ („Koppel“ heißt jedes einzelne der mit Gräben, Wällen, lebendigen Hecken umfriedigten Felder oder Schläge); auch spricht man von „Wechsel- oder „Schlagwirtschaft“, im Schwarzwald und der Schweiz von „Egartwirtschaft“. Die Wirtschaft wird hierbei um so intensiver, je besser die Fruchtfolge auf dem bestellten Ackerfelde geregelt, je planmäßiger der Boden durch den Bau von Winter- und Sommergetreide (auch eventuell von Hülsenfrüchten, Knollengewächsen, Klee) ausgenutzt und der reichlichere Futterertrag (und Weidegang) zur Rindvieh-, Pferde- und Schafzucht verwendet wird. Bei feuchtem, dem Graswuchs günstigem Klima im Norden und Nordosten, auch im gebirgigen Süden Deutschlands, in einzelnen Teilen Englands, in Nordfrankreich usw. findet dieses namentlich für größere Wirtschaften geeignete System die besten natürlichen Bedingungen.

4. *Fruchtwechselwirtschaft* ohne dauerndes Weideland, vielmehr wird jedes Jahr die ganze Flur unter den Pflug genommen und zum Fruchttragen verwendet. Das ist das Charakteristische dieses Systems zugleich mit starker Berücksichtigung der Futterproduktion und Viehhaltung (nahezu ausschließlich Stallfütterung). Der Wechsel der Früchte findet sich ja auch schon bei der geregelten Feldgraswirtschaft. Freilich ist hier eine richtige Auswahl der Früchte nach der Beschaffenheit des Bodens und zur Wahrung der Statik von besonderer Wichtigkeit. Die Fruchtwechselwirtschaft fordert großen Fleiß, Überlegung, viel Arbeit und Arbeitskräfte, größere Kapitalaufwendungen. Ihr Intensitätsgrad ist also relativ sehr hoch; sie liefert aber auch höhere Roherträge und kann unter normalen Verhältnissen, namentlich in Gegenden mit dichter Bevölkerung, in der Nähe großer Städte, oder bei geeigneten Kommunikationsmitteln, vor allem bei einer wirtschaftlich geschickten Führung des Betriebes, nicht minder entsprechend hohe Reinerträge darbieten. Roscher<sup>1</sup> nennt Belgien den „klassischen Boden für die Wechselwirtschaft“. In Flandern blühte sie schon seit dem 15. Jahrhundert. Sie findet sich ebenfalls in der Lombardei und der Romagna, in einem Teil von Toskana; ferner in Spanien (Nordküste, Katalonien, bei Valencia, Alicante, Murcia und Granada), Frankreich (von Paris bis Flandern, teilweise im Rhone- und Garonneetal), in der Schweiz (Zürcher See), in Deutschland (Rheinlande und sonst in der Nähe großer Städte), im Süden Schottlands, im südöstlichen England („Norfolker Frucht-

<sup>1</sup> Nationalökonomik des Ackerbaues Buch 2, Kap. 2, § 28.

wechsel“: Wintergetreide, Wurzelgetreide, Sommergetreide, Klee<sup>1</sup>); auch in den fortgeschrittenen Teilen Chinas wie in Japan findet dieses System Anwendung.

5. Der *Gartenbau*, höchst intensive Landwirtschaft (ohne regelmäßige Viehwirtschaft), mit weitgehender Spezialisierung der Produkte, ist durch Anwendung geeigneter, insbesondere künstlicher Düngemittel von dem Zwange der Wechselwirtschaft befreit. Gemüsebau, Obstkultur, Rebbau, Blumenzucht u. dgl. gehören hierher. Die Voraussetzungen der Gartenkultur sind: geeignetes Klima, ausreichendes Kapital, Fleiß und Intelligenz, dann Geldwirtschaft, günstige Nähe von Städten. Hier findet sich in sonst (d. i. ohne ausgezeichnete Düngung) unfruchtbaren Sandflächen eine sehr einträgliche Kleinkultur (z. B. in Gonsenheim bei Mainz usw.)

7. Die Wirtschaften mit technischen Nebengewerben bilden kein besonderes Ackerbausystem; doch ist das Nebengewerbe ganz oder teilweise bestimmend für den landwirtschaftlichen Betrieb<sup>2</sup>. Als Nebengewerbe kommen vor die Fabrikation von Ziegeln und Torf, die Kalkbrennerei, vor allem aber Branntweinbrennerei, Stärkefabrikation, Herstellung von Zucker aus Runkelrüben, seltener heute Bierbrauerei, die jetzt, wie die Getreidebrennerei, mehr zu einem städtischen Gewerbe geworden ist. Die Kartoffelbrennerei und -stärkefabrikation ist in dem sandigen Nordosten Deutschlands besonders stark vertreten. Ohne ertragsfähige Brennerei u. dgl. würde dort, so hieß es, die agrarische Kultur sich kaum oder nur schwer behaupten können. Die Darstellung von Zucker aus Runkelrüben nahm im Anfang des 19. Jahrhunderts namentlich in Frankreich einen großen Aufschwung; 1828 gab es daselbst bereits 103 Zuckerfabriken. Seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Rübenzuckerindustrie auch in Deutschland in rascherem Tempo, so daß schon am Ende des Jahrhunderts die französische Produktion durch die deutsche überflügelt wurde. Der Krieg brachte dann einen Rückschlag (jetzt wieder Besserung). — Die technischen Nebengewerbe bieten in den bei der Verarbeitung von Ackerbauprodukten verbleibenden Rückständen (Branntweinschlempe, Rübenpreßlinge) ein bedeutendes, namentlich für Ernährung von Mastvieh höchst nutzbares Futtermaterial.

8. Sogenannte freie Wirtschaft. Sie ist ebenfalls kein besonderes Wirtschaftssystem<sup>3</sup>, vielmehr wird dabei Ackerbau und Viehhaltung, ohne Anschluß an die mehr oder minder festen Regeln (Fruchtfolge u. dgl.) eines be-

<sup>1</sup> von der Goltz a. a. O. 73. — Buchenberger (Agrarwesen und Agrarpolitik I 35) setzt an die erste Stelle: Rüben, dann Gerste und Hafer, Klee, Weizen.

<sup>2</sup> Vgl. von der Goltz in Schönbergs Handbuch II; Landwirtschaft 1. Teil, 78 ff.

<sup>3</sup> Andere rechnen die „freie“ Wirtschaft zu den „Betriebssystemen“, die sie etwa in folgender Weise aufführen: 1. Brandwirtschaft (Feld-, Torf-, Moor-, Waldbrandwirtschaft), 2. Feldgraswirtschaft (Koppelwirtschaft, Wechselwirtschaft: wilde und geregelte), 3. Dreifelderwirtschaft (Körnerwirtschaft), 4. Verbesserte Dreifelderwirtschaft (Körnerwirtschaft, dazu Futterpflanzen, Kartoffeln, Rübenfrüchte), 5. Freie Wirtschaft (künstliche Düngung und Verwendung von Maschinen).



stimmten Systems, lediglich mit Rücksicht auf den zu erhoffenden höchsten Ertrag unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, der jeweiligen Absatz- und Preisverhältnisse, geordnet und durchgeführt (künstliche Düngung, Kali, Thomasmehl, Chilisalpeter usw.; Maschinen: Dresch-, Dampfdresch-, Drill-, Sä-, Mähmaschine, Dampfpflug, Motorpflug, Kartoffelleger und -ernter, Schrotmühlen, Futterautomaten, Düngerstreuer usw.).

9. Viehwirtschaft und Ackerbau stehen in engster Beziehung zueinander. Die Produktion der Nahrungsmittel für das Vieh (Futterkräuter, manche Wurzelgewächse, Stroh) fügt sich leicht, natürlich und vorteilhaft in den landwirtschaftlichen Betrieb ein, während anderseits Zugvieh (Pferde, Ochsen) und Nutztvieh (Zucht- und Masttiere, Milchkühe, Ziegen, Schafe, Schweine, Geflügel) — abgesehen von dem Dünger, den sie liefern — vielseitige und lohnende Verwendung und Verwertung gestatten. Man kann auch bei der Viehzucht von einer extensiven und intensiven Wirtschaft sprechen. Die erstere ist insbesondere der Weidewirtschaft eigentümlich, während die kostspieligere und mühsamere Stallfütterung den höheren Wirtschaftssystemen entspricht (Produktion frischer Milch, Butter, Käse usw.).

Zur Erhaltung und Verbesserung des Viehstandes vermögen Staat und Gemeinde durch Gründung und Unterhaltung von Beschälanstalten (Landgestüte zur Benutzung und Stammgestüte zur Aufzucht von Beschälern) wesentlich beizutragen. Mag auch die Rassenveredlung durch Kreuzung mit ausländischen Tieren sich unter Umständen empfehlen, so gebührt doch die hauptsächliche Sorgfalt der Inzucht, d. h. der Fortpflanzung der in einem Lande vorhandenen und seinen Eigentümlichkeiten entsprechenden Rassen durch vorzügliche Exemplare.

10. Der Standort der landwirtschaftlichen Betriebssysteme und Produktionszweige wird von natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen bestimmt („natürlicher“ und „wirtschaftlicher Standort“)<sup>1</sup>.

Zu den natürlichen Bedingungen gehören vor allem die Bodenbeschaffenheit und das Klima. Die chemischen und physikalischen Verschiedenheiten der Ackerkrume und des Untergrundes lassen den Boden meist nur für den Anbau bestimmter Arten und Gruppen von Kulturpflanzen geeignet erscheinen. Noch größer ist der Einfluß des Klimas (Wärme, Menge und Verteilung der Niederschläge, Höhenlage usw.). Die Verbindung günstiger klimatischer Verhältnisse mit einer guten Bodenbeschaffenheit (z. B. in Süddeutschland, Südfrankreich, Italien) gewährt der Produktion die größte Mannigfaltigkeit und Weite, während wo eine so günstige Verbindung nicht besteht, jede Gegend allmählich auf eine weniger mannigfaltige, aber ihren eigenartigen klimatischen und Bodenverhältnissen entsprechende Pflanzenkultur (den „natürlichen“ Standort für diese) sich beschränken wird.

<sup>1</sup> Vgl. Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik I 14 ff.

Wirtschaftlich von großer Bedeutung ist die Nähe größerer Verzehrsmittelpunkte; sie bringt insbesondere auch Milchwirtschaften, Obst- und Gemüsegärtnereien zu großer Blüte, die in den Städten lohnenden Absatz finden und ihre leicht verderblichen, einen längeren Transport schwer vertragenden Erzeugnisse dort in großer Menge bequem verkaufen können. Freilich ermöglichen die Fortschritte im Konservierungsverfahren und die Vervollkommnung des Transportwesens wenigstens teilweise eine Versorgung der Städte mit den bezeichneten Produkten auch aus weiteren Entfernungen.

Von geradezu entscheidendem Einfluß für den Standort der landwirtschaftlichen Produktionszweige sind die zum Zwecke des Absatzes der Produkte erforderlichen Transportkosten. Wenn dem Landwirt nach Bestreitung der Produktions- und Transportkosten gar kein Gewinn mehr übrig bleibt, so wird die Produktion eben unterbleiben. Voluminöse Produkte von geringem Werte eignen sich daher wenig zur Ausfuhr vom Produktionsorte zu einem entfernteren Markorte, es sei denn, daß vorher aus dem minderwertigen Rohprodukte ein höherwertiges Produkt hergestellt wird (z. B. aus Holz Bretter, aus Kartoffeln Spiritus usw.). Ist das nicht möglich, so lohnt sich bei minderwertigen Erzeugnissen die Produktion für den Absatz bloß dann, wenn der Verzehrsort nicht weit vom Produktionsorte entfernt ist. Nur in dieser Voraussetzung wird nämlich die Summe der Produktions- und der Transportkosten unter dem Marktpreise der Produkte bleiben, also dem Produzenten noch ein Gewinn gesichert sein. Je weiter der Anbauort vom Absatzorte entfernt ist, um so hochwertiger muß das Produkt sein. Bei tropischen Gewürzen z. B. bilden die Transportkosten nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil des Marktpreises; analog bei sonstigen Handelsgewächsen, wie Tabak, Wein, Hopfen, Flachs, Hanf. Aber auch für minderwertige Produkte wird die Grenze der wirtschaftlichen Anbaumöglichkeit um so weiter vom Absatzorte hinausgerückt, je größer die Fortschritte in der Technik der Rohstoffveredlung sind, und je billiger der Transport bei günstiger Entwicklung des Transportwesens wird. So ist z. B. Nordamerika, Indien, Argentinien zu einem Standorte der Körnerproduktion für den europäischen Markt geworden infolge der außerordentlichen Fortschritte des neuzeitlichen Transportwesens.

Daß schließlich auch der Bodenwert für die Art und Weise des landwirtschaftlichen Betriebes, für die Auswahl der anzubauenden Kulturpflanzen mit entscheidet, ist unschwer einzusehen. Auf teurem, in der Nähe des Marktes gelegenem Boden wird regelmäßig nur die Kultur hochwertiger Pflanzen sich lohnen, während Böden mit niedrigen Preisen dem Anbau minderwertiger Pflanzen dienen können. Die marktnahen Produzenten aber sind nur so lange sicher gegenüber der Konkurrenz der marktfernen Gegenden, als die wegen der größeren Nähe des Marktes geringeren Transportkosten zusammen mit den bei hochwertigem Boden

größeren Produktionskosten eine kleinere Summe darstellen als die bei einem minderwertigen Boden entsprechend geringeren Produktionskosten zusammen mit den wegen größerer Distanz höheren Transportkosten.

II. Das Thünensche Gesetz<sup>1</sup> stellt den Einfluß fest, welchen die Entfernung eines landwirtschaftlichen Betriebes von dem Markttorte auf die Wahl der besondern Betriebsart, des Betriebssystems, ausübt.

Thünens „isolierter Staat“ ist freilich eine bloße Fiktion: man denke sich ein vollständig ebenes, kreisrundes Gebiet, nach außen in der Peripherie durch undurchdringliche Wildnis abgeschlossen, ohne schiffbare Flüsse und Kanäle, überhaupt ohne andere Transportmittel außer dem gewöhnlichen Fuhrwerke, dazu von überall ganz gleicher Fruchtbarkeit und mit konstanter Bevölkerung. In der Mitte dieses Staates findet sich eine Stadt, als einziger Zentralpunkt des Verkehrs, wo die industriellen Produkte der städtischen Bevölkerung gegen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausgetauscht werden. Die Produktpreise werden in dieser Voraussetzung innerhalb des ganzen Gebietes die gleichen sein wie in der Stadt, nach Abzug der Kosten, welche der Transport zur Stadt verursacht. Ein Teil des Preises wird durch die Transportkosten vorweggenommen. Je weiter man also von der Stadt sich entfernt, um so niedriger werden die Preise sein. Es wirkt die zunehmende Entfernung vom Marktplatz wie ein Sinken des Preises bei gleicher Entfernung. Da aber das Sinken des Preises dem Erzeuger für Deckung der Produktionskosten weniger beläßt, wird die Wirtschaft entsprechend extensiver werden. Mit andern Worten: die Intensität des landwirtschaftlichen Betriebes wird sich für die von einem einzigen Zentralmarkte beherrschte Landwirtschaft proportional zur wachsenden Entfernung von diesem Zentralmarkte vermindern.

Die verschiedenen Wirtschaftssysteme denkt sich Thünen nun in konzentrischen Kreisen um die Stadt gruppiert. Innerhalb des ersten, die Stadt unmittelbar berührenden Kreises hat die freie Wirtschaft mit Garten- und Gemüsebau, Milchproduktion u. dgl. ihren Standort. Dann folgt im zweiten Kreise Forstwirtschaft, welche der Stadt das Heizungsmaterial zu liefern hat. Im dritten Kreise finden wir die Fruchtwechselwirtschaft, im vierten die Koppelwirtschaft oder Feldgraswirtschaft, im fünften die Dreifelderwirtschaft, im sechsten die Viehzucht (Branntweinbrennerei, Handelsgewächse). Über den sechsten Kreis hinaus findet sich das Gebiet der Jägerstämme<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Johann Heinrich v. Thünen, geboren 24. Juni 1783 auf dem Gute Kanarienhäusen in der oldenburgischen Herrschaft Jever, gestorben 22. September 1850 auf seinem durch ihn zur Musterwirtschaft gemachten Gute Tellow in Mecklenburg-Schwerin, veröffentlichte in Buchform: „Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie“ (1826; <sup>2</sup> 1842). Dazu ein 2. Teil 1850 und 1863 (aus dem handschriftlichen Nachlaß), ein 3. Teil 1863. Das ganze Werk in 3 Bdn. (3. Auflage), herausgegeben von Schumacher-Zarchlin (1875/76). Vgl. den Aufsatz über Thünen im Handwörterbuch der Staatswissenschaften von Grünberg VII<sup>5</sup>; von Meitzel im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup>; J. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. 2. Teil: Volkswirtschaftspolitik<sup>6</sup> (1912) 25 ff.; Waterstradt, Die Rentabilität der Wirtschaftssysteme nach Thünen (1909).

<sup>2</sup> Die Thünenschen Kreise in umgekehrter Reihenfolge: 1. Jagd; 2. Viehzucht; 3. Dreifelderwirtschaft; 4. Koppel- oder Feldgraswirtschaft; 5. Fruchtwechselwirtschaft; 6. Forstwirtschaft; 7. Freie Wirtschaft. Stadt.



Bei allem Scharfsinn, welcher die Thünenschen Darlegungen auszeichnet, offenbaren dieselben, wie einerseits die Vorteile, so andererseits aber auch die großen Nachteile einer völlig isolierten Betrachtung der einzelnen für den landwirtschaftlichen Betrieb entscheidenden Momente. v. Thünens Hypothese, sagt Roscher<sup>1</sup>, ist nichts weiter als eine „Abstraktion von allen modifizierenden Nebenumständen“. Wie gestaltet sich die Landwirtschaft nach der bloßen Entfernung vom Markte? Um die Antwort in einer ganz klaren, „sinnlich-plastischen Form“ zum Ausdruck zu bringen, werden Voraussetzungen gemacht, die in der Wirklichkeit nicht existieren, wird jede Konkurrenz anderer, in- und ausländischer Märkte, jeder Einfluß des Klimas, der (außer dem einfachen Fuhrwerk, der Achsfracht auf den Straßen) disponiblen Transportmittel usw. aus dem Spiel gelassen. Wenn man alle diese für den Landwirtschaftsbetrieb doch zweifelsohne entscheidenden Umstände mit in Anschlag bringt, werden die konzentrischen Ringe des v. Thünenschen Staates so viele Modifikationen erleiden müssen, daß sie schon deshalb praktisch für die Wahl des Wirtschaftssystems an entscheidender Bedeutung viel verlieren. Als abstrakte Illustration des Einflusses der Marktferne auf die Art der Wirtschaft hat die Thünensche Fiktion heutzutage noch immer, aber doch weniger Wert als unter früheren Verhältnissen. Die außerordentliche Vervollkommnung der Transportwege, die Schnelligkeit und Billigkeit des Transportes (vor dem Kriege) ließ auch eine Übertragung rasch verderblicher oder geringwertiger Produkte aus weiterer Ferne zu. Dadurch war die Produktion in der Wahl ihres Standortes freier geworden, weniger an die Nähe des Konsumtionsortes gebunden als in älteren Zeiten<sup>2</sup>.

Doch sollen die Verdienste v. Thünens nicht bestritten oder verkürzt werden. Die Thünenschen Untersuchungen, sagt von der Goltz<sup>3</sup>, führen in das innerste Wesen der landwirtschaftlichen Produktion so tief ein wie kaum ein anderes nationalökonomisches oder landwirtschaftliches Werk. Insbesondere bringen sie dem Leser die Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion von der Marktnähe des Produktionsortes, von dem Preisstande der Produkte, von der Fruchtbarkeit des Bodens zu klarem Bewußtsein. Es gibt für die einzelnen landwirtschaftlichen Produkte eine Grenze, über welche hinaus ihre Erzeugung nicht mehr lohnt. Diese Grenze aber wird gezogen entweder durch ein Maximum der Entfernung des Produktionsgebietes vom Markte oder durch ein Minimum der Produktpreise oder durch ein Minimum der Produktionskraft und darum des Rohertrages des Bodens. Auch das ist allgemein richtig, daß je nach der Günstigkeit der Bedingungen eine Stufenfolge der erfolgreichen Verwendbarkeit der verschiedenen Ackerbausysteme sich aufstellen läßt. Unter

<sup>1</sup> Nationalökonomik des Ackerbaues Buch 2, Kap. 3, § 40 A. 2 (Roscher-Dade 181).

<sup>2</sup> Vgl. Emil Sax, Transport- und Kommunikationswesen, in Schönbergs Handbuch I<sup>4</sup> (1896) 557 f.

<sup>3</sup> A. a. O. 63.

den günstigsten Bedingungen ist freie Wirtschaft am Platze, dann die Fruchtwechselwirtschaft, dann die Dreifelder- oder auch die Koppelpflichtwirtschaft, schließlich die Benutzung des Bodens als Wiese und Weide. Über die Günstigkeit oder Ungünstigkeit der Bedingungen im gegebenen konkreten Falle zu urteilen, muß jedoch der Einsicht und Erfahrung der Landwirte, die alle verschiedenen, für den Erfolg der Wirtschaft bedeutsamen Momente in der realen Wirklichkeit bemessen können, überlassen bleiben.

**12. Nationalökonomische Beurteilung der Ackerbausysteme<sup>1</sup>.** Die technische Vollkommenheit und Leistungsfähigkeit eines Systems beweist an und für sich noch nicht, daß seine Anwendung unter allen Verhältnissen nationalökonomisch und ebenfalls privatökonomisch zuträglich sei. Darum ist es auch falsch, die extensive Wirtschaft als absolut schlecht und die intensive als absolut gut hinzustellen. Alles ist hierbei, wie wir sahen, relativ, alles hängt von den Umständen ab: von den klimatischen Verhältnissen, der Dauer der Vegetationsperiode, der natürlichen Bodenbeschaffenheit, von der Marktnähe oder Marktferne, von dem Vorhandensein geeigneter Kommunikationsmittel, von den Ab- und Zufuhrwegen, von der Möglichkeit des Exportes und der Konkurrenz des Importes, von den Bedarfsverhältnissen, also auch von der größeren und geringeren Dichtigkeit der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisentwicklung; ganz besonders aber ist für die landwirtschaftliche Absatzproduktion der Preisstand der Produkte entscheidend. Die intensivere Wirtschaft führt zu größerem Rohertrag, aber sie verursacht auch höhere Kosten (bessere Düngung, bessere Saatfrucht, bessere Bodenbestellung, Meliorationen, Anwendung von Maschinen, Stallfütterung des Viehes, die erforderlichen Gebäude usw.). Höhere Produktionskosten können jedoch nur getragen werden, wenn ihr Ersatz durch den Preis der Produkte gesichert ist.

Die physische Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist ein organischer Prozeß. Der Mensch kann die Bedingungen dieses Prozesses setzen und verbessern. Doch bleibt er dabei immer an die natürlichen Gesetze gebunden, die in letzter Linie jenen Prozeß beherrschen. Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Bohnen z. B. erfordern während einer Vegetationsperiode von 5 Monaten die mittlere Wärme von 14 bis 15° Cels. und eine mittlere Niederschlagsmenge von 250 bis 280 mm, wenn sie voll gedeihen sollen. Der Ertrag sinkt, wo diese Bedingungen sich nicht erfüllen. Von den klimatischen Verhältnissen, der Vegetationsperiode, den Niederschlägen hängt überhaupt bei der agrarischen Produktion alles ab. Welchen Einfluß üben ferner Höhenlage des Bodens, Tal- und Gebirgsbildung, das Vorhandensein von Wasserläufen auf die agrarische Produktion aus! Diese Gebundenheit der landwirtschaftlichen Produktion, die sich aus jener Abhängigkeit von natürlichen Be-

<sup>1</sup> Vgl. Roscher a. a. O. § 30. Vgl. auch L. Brentano, Agrarpolitik (Stuttgart 1897), insbesondere S. 62 ff.

dingungen ergibt, besagt zunächst, daß nicht überall in jedem Lande alle Arten von Früchten gezogen werden können. Man wird in Deutschland z. B. die Bedeutung von Reis für die Volksernährung keineswegs unterschätzen<sup>1</sup>, aber doch nicht auf die Reiskultur sich verlegen wollen, eben weil sie dort keine Aussichten auf Erfolg hat. Auf Alpenböden, die für Gras- und Holzgewinnung sich eignen, wird man keinen Weizen bauen usw. In diesem Sinne kann man wohl wie von einem „natürlichen Standorte“ der landwirtschaftlichen Produktion für ihre Haupterzeugnisse, im gleichen Sinne auch von einer „internationalen Arbeitsteilung“ sprechen. Man wird ja in der Tat, nach den besondern örtlichen, klimatischen und sonstigen Bedingungen, mit entsprechender Auswahl, in den verschiedenen Teilen der Welt und der Länder auf die jedesmal aussichtsreichste Produktion sich verlegen, und zwar regelmäßig mit einer gewissen Stetigkeit. Man wird eben nicht im eigenen Lande erzeugen wollen, was dort aus natürlichen Gründen nicht erzeugt werden kann. Daraus folgt aber nun, um es noch einmal zu sagen, keineswegs, daß auf solche Produkte verzichtet werden müsse, die ganz wohl im eigenen Lande erzeugt werden können, wenn auch anderswo vielleicht günstigere Bedingungen für ihre Produktion vorhanden sind. Denn einmal genügt zur Ernährung der Menschheit keineswegs die Kultur der am meisten bevorzugten Böden. Auch minder gute Böden werden dazu in wachsendem Maße herangezogen werden müssen. Und dann kann auch das einzelne Land sehr gewichtige politische, soziale und volkswirtschaftliche Gründe haben, um sich nach Möglichkeit, für die Ernährung seiner Bevölkerung vom Auslande unabhängig zu machen. Es wäre also ganz verfehlt, wollte man aus der natürlichen Gebundenheit der landwirtschaftlichen Produktion eine solche „internationale Arbeitsteilung“ als notwendig oder empfehlenswert erschließen, die zu einer unbegründeten und schädlichen Preisgabe volkswirtschaftlicher Autarkie führte.

Der Pflanzenwuchs bedarf gewisser Nährstoffe und der entsprechenden Feuchtigkeit im Boden, des Sauerstoffes und der Kohlensäure in der Luft. Die gedeihliche und erfolgreiche Entwicklung der Pflanze hängt davon ab, in welchem Grade jeweilig die günstigsten Lebensbedingungen vorhanden sind. Der Mensch kann hierbei in verschiedener Weise ergänzend, schützend der Natur gewissermaßen nachhelfen<sup>2</sup>: durch künstliche Be- und Ent-

<sup>1</sup> Deutschland bezog vor dem Weltkriege den Reis zum größten Teil aus Indien. Durch die Unterbindung der Einfuhr durch England, die Aus- und Durchfuhrverbote der neutralen Staaten wurde die weitere Beschaffung für den Reis abgeschnitten. Um so größere Bedeutung gewannen darum die damals noch vorhandenen erheblichen Bestände; die im Großhandel befindlichen Reismengen wurden denn auch durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft beschlagnahmt.

<sup>2</sup> Bodenmeliorationen, insbesondere: Wasserschutz, Ent- und Bewässerung, Urbarmachung. Im übertragenen Sinne werden als landwirtschaftliche Meliorationen auch die Verbesserung im landwirtschaftlichen Unterrichtswesen (Thaer), das Genossenschaftswesen, Rentenbanken, Kulturämter usw. genannt.



wässerung, durch Einführung fehlender Nährstoffe, gute Düngung des Bodens; er kann schwere Böden durch geeigneten Zusatz leichter, Sandböden fester machen. Desgleichen wird der Erfolg der Produktion abhängen von der richtigen Auswahl des Saatgutes, von der Fruchtfolge usw. Kurz durch Aufwendung von Kapital und Arbeit kann der Ertrag der Produktion gesteigert werden. Allein diese Steigerung findet doch wieder ihre Grenze in den natürlichen Bedingungen. Kapital und Arbeit können die Natur nicht ersetzen oder ausschalten. Ihre Aufwendung vermehrt zwar, wenn geschickt vollzogen, den Rohertrag, aber der Rohertrag nimmt doch nicht dauernd in demselben Verhältnisse zu, wie die Kosten steigen. Und schließlich ist auch die Vermehrung des Rohertrages physisch begrenzt. Grund und Boden ist beschränkt und ebenso sind es die bei der Produktion mitwirkenden Bodenkräfte. Man mag noch so viel Kapital und Arbeit auf ein und dasselbe Grundstück verwenden, es wird jedesmal wieder eine Grenze erreicht, wo neue Aufwendung von Kapital und Arbeit keine entsprechende Vermehrung des Rohertrages bewirkt. Das ist es, was man ausdrücken will, wenn man von einer natürlichen Begrenzung der agrarischen Produktion durch das Naturgesetz vom abnehmenden Bodenertrage (Ricardo, Mill, Senior usw.) redet. Naturwissenschaftliche und technische Fortschritte können die Wirkung dieses Gesetzes hinausschieben. Allein bei gegebener Technik wird es sich immer wieder Geltung verschaffen, wird die Steigerung des Rohertrages infolge vermehrter Kapitals- und Arbeitsaufwendung nicht gleichen Schritt halten mit der Kostenvermehrung. Und letztlich finden auch die Fortschritte der menschlichen, wissenschaftlichen Technik ihre absolute Grenze in den natürlich-technischen Voraussetzungen des Pflanzenwachstums. Das wird zu beachten sein bei der speziellen Frage, ob ein Land fähig ist, sich mit seinen eigenen Bodenerzeugnissen zu ernähren und ebenfalls bei der volkswirtschaftlichen Beurteilung industriestaatlicher Entwicklung.

**13. Das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag“<sup>1</sup>** hat verschiedene Entwicklungsphasen seiner Formulierung durchgemacht. Theodor Vogelstein unterscheidet hierfür folgende vier Haupttypen<sup>2</sup>.

1. a) Bei steigender Bevölkerung werden die Nahrungsmittel immer teurer.
- b) Bei steigender Bevölkerung sind die zusätzlichen Nahrungsmittel nur unter relativ erhöhtem Aufwand von Kapital und Arbeit zu beschaffen.

Das ist entweder als strenges dynamisches Gesetz<sup>3</sup> oder als allgemeine Entwicklungstendenz gedacht.

<sup>1</sup> Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag und Malthus' Bevölkerungsprinzip vgl. Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 4, § 3, S. 569 ff. (Kap. 5, § 3, S. 616 ff.).

<sup>2</sup> Das Ertragsgesetz der Industrie, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIV (1912) 762 ff. Auch Davenport, Value and Distribution (1908) 493 ff. Vogelstein folgt den „Gedankengängen Marshalls und Clarks“, wie er sagt. Wir geben seine Auffassung bloß referierend wieder.

<sup>3</sup> Die bereits erwähnte Unterscheidung zwischen Statik und Dynamik in der Volkswirtschaft ist den Engländern und Amerikanern bis jetzt geläufiger als den Deutschen. Sie

2. Bei gleichbleibenden Preisen von Kapital und Arbeit sind auf einer begrenzten Bodenfläche (einzelnes Grundstück oder ganzes Land) steigende Naturalerträge (von einem bestimmten Punkte an) nur zu relativ höheren Kosten (Aufwendungen von Kapital und Arbeit) zu erzielen, außer wenn die Technik fortschreitet (oder ein Übergang zu andern Kulturen stattfindet).

Also ein Gesetz, das zeitweise suspendiert wird.

3. Auf einer gegebenen Bodenfläche geben bestimmte Zuführungen von Stoffen und Kräften bis zur Erreichung des günstigsten Wirkungsverhältnisses relativ steigende Erträge derselben Frucht, von diesem Punkt (Optimum) an jedoch fallende Erträge.

Das wäre ein absolut strenges statisches Gesetz, das keine Suspension oder Ausnahme kennt.

Die Vertreter dieser Formel<sup>1</sup> erkennen jedoch folgendes an:

a) daß in der Erkenntnis des günstigsten Wirkungsverhältnisses, nicht etwa in der Naturtatsache des Wirkungsverhältnisses selbst, Fortschritte gemacht werden können, die das historisch konkrete Optimum hinauschieben näher zu dem absoluten Optimum,

b) daß in der günstigsten Zuführung der Stoffe und Kräfte Fortschritte gemacht werden können, durch die Arbeit und Kapital gegenüber früheren Methoden erspart werden,

c) daß durch diese Fortschritte zu b) oder auch ohne sie durch einfache Verbilligung einzelner dem Boden zugeführter Stoffe und Kräfte zusätzliche Mengen auch über das Optimum hinaus unter gleichen oder billigeren Preisen erzeugt werden können als früher die geringeren Mengen.

Praktisch weicht letztere Formulierung<sup>2</sup> kaum wesentlich von der zweiten ab. Man wird eben das Bodengesetz in seiner praktischen Bedeutung wenigstens nicht richtig verstehen können ohne gleichzeitige Berücksichtigung auch des dynamischen Momentes. Nur daß letztere Auffassung Mills „Suspension“

findet sich auch bei Hector Denis, Fontana-Russo und andern Romanen. Es wird dadurch unterschieden zwischen dem „natürlichen Stand der Dinge“, „ausgeglichenem Ruhestand“, „gleichbleibenden Voraussetzungen“ einerseits und der Bewegung, der Veränderung der Voraussetzungen anderseits. Vgl. Clark, *Distribution of Wealth* 1899 (1902); Ders., *Essentials of Economic Theory* (1907); Schumpeter, *Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie* (1908); Ders., *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (1912); Böhm-Bawerk in *Zeitschrift für Volkswirtschaft usw.* XXII (1913) 1 ff. 640 ff.; Amonn, *Die Probleme der wirtschaftlichen Dynamik*, im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXXVIII (1914) 83 ff. In der klassischen Nationalökonomie herrschte die statische Auffassung vor. In der deutschen Geldliteratur stellt die Unterscheidung zwischen Statik und Dynamik die Frage nach dem Wesen des Geldes (z. B. ob Nominalismus oder Metallismus usw.) der Frage nach der Wirkung dieses Geldes in der heutigen Wirtschaftsordnung bzw. das begriffliche dem historischen Problem gegenüber (Palyi). Vgl. Lexis im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXIII (1906) 557 f.

<sup>1</sup> Das „Optimum“ ist der Punkt, von wo an der Ertrag nicht mehr dem Aufwand entsprechend steigt.

<sup>2</sup> Vogelstein hält diese Formel für Brentanos „neue Auffassung, die Eßlen aus dem Manuskript von Brentanos 2. Auflage der ‚Agrarpolitik‘ zitiert und akzeptiert“. Vgl. Joseph Eßlen, *Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages*, in *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXXII (1911) 418 ff. (auch *Archiv* XXX 333 und 721); Ders., *Die Produktivität der Landwirtschaft*, in *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* CXXXII 483 ff.

des Bodengesetzes ablehnt. Es handle sich dabei nicht um eine „Steigerung einer und derselben Wachstumsbedingung über ihr Optimum zu relativ zunehmenden Erträgen“, sondern „um Fälle, in denen die volle Wirkung einer Wachstumsbedingung bisher nicht zur Geltung kommen konnte, weil ein anderer Wachstumsfaktor unzureichend gegeben war“. Ein „Naturgesetz“, das sich „suspendieren“ lasse, erzeuge Zweifel an seiner Richtigkeit.

4. Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages wird eingereiht in die allgemeine Formel der Ertragsgesetze. Es wird als ein Spezialfall eines allgemeingültigen Gesetzes betrachtet. Bei jeder Produktion, nicht nur bei der landwirtschaftlichen, gibt es ein günstigstes Wirkungsverhältnis der Produktionsfaktoren (Proportionalität). Zunehmender Ertrag ist Folge einer Annäherung an die Proportionalität. Aller abnehmende Ertrag geht auf das Gegenteil zurück, auf steigende Disproportionalität<sup>1</sup>. In der deutschen Literatur hat Othmar Spann diese Auffassung klar formuliert<sup>2</sup>: „Wenn einige Produktionsfaktoren fixiert sind, so kann die einseitige Vermehrung der übrigen unmöglich volle, dieser Vermehrung ganz entsprechende Erträge liefern.“ Dieses Gesetz gilt auch für die Industrie.

Die Größe des Grundstückes (Fläche), damit auch das zugehörige Maß von Licht, Luft, Feuchtigkeit, Wärme, Nährstoffen ist begrenzt in der agrarischen Produktion, nur der Arbeits- und Kapitalaufwand kann verändert werden.

**14. Einiges über die Forstwirtschaft insbesondere.** Der Wald ist volkswirtschaftlich von großer Bedeutung, weshalb ihm auch bei den modernen Kulturvölkern besondere Sorgfalt zugewendet wird.

1. Er liefert Bau- und Nutzholz, auch Brennholz. Für Brennzwecke wurde jedoch das Holz durch die Kohle meist ersetzt. Auch haben Steine, Eisen, Stahl das Bauholz vielfach verdrängt. Als Nutzholz aber findet Holz reichlichere Verwendung in den Wohnungen, ebenso zu andern Zwecken (Zellulosefabrikation usw.). Hauptlieferanten von Holz auf dem Weltmarkte waren bisher Rußland, Schweden, Nordamerika. In allen diesen Ländern hat die Devastation der Wälder großen Schaden angerichtet.

2. Die Jagd, mit der Weide einst die Hauptnutzung der Wälder, ist heute, wie gesagt, für die Ernährung des Volkes von geringerer Bedeutung. Hirsche und Wildschweine führen oft starke Schädigung der Landwirtschaft herbei<sup>3</sup>. Auch ist die Viehweide im allgemeinen und von vereinzelt Stellen abgesehen einer rationellen Forstkultur schädlich.

3. Als Schutzwälder halten die Waldungen in den Gebirgsgegenden den Schneesturz auf, verhindern an den Bergabhängen das Abspülen der Erdschicht, das Ausbrennen des Humus; an dem Seestrande usw. schützen sie das Ackerland vor Flugsand. Sie regulieren die Wassermengen, die den Bächen und Flüssen zu-

<sup>1</sup> Näheres bei Vogelstein a. a. O. 776 ff. Vogelstein verweist, wie gesagt, insbesondere auf die angelsächsische Literatur, auf Clark, Commons, Carver, Fetter, Flux, Davenport, Seligman, Ely, Taussig. Die Formulierungen Schüllers (Schutzzoll und Freihandel [1905]) und Schumpeters (Das Rentenprinzip in der Volkswirtschaft, in Schmollers Jahrbuch XXXI [1907] 31 ff. 591 ff.) lehnt Vogelstein ab.

<sup>2</sup> Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, in Wissenschaft und Bildung 1911, 64.

<sup>3</sup> So nach dem Kriege in manchen Gegenden (Jagdverbot, Ablieferung geeigneter Schußwaffen!).



strömen, indem sie das schnelle Abfließen des Regenwassers verhindern, Wasser aufsaugen und tiefer in die Erde dringen lassen. In Südfrankreich, im Innern Spaniens und Italiens hat die Devastierung der Wälder dazu geführt, daß Flüsse und Bäche bald große Überschwemmungen verursachen, bald austrocknen. Abgesehen von andern Schäden verlieren solche Gewässer an Nutzbarkeit für die Schifffahrt, für Verwendung ihrer Wasserkraft im Dienste von Mühlen usw.

4. Von besonderer Bedeutung sind die Einwirkungen der Wälder auf das Klima. Im Sommer mildert der Wald die Temperatur, im Winter erhöht er dieselbe. Früher nahm man an, die Wälder steigerten die Menge der atmosphärischen Niederschläge, sie erhöhten die Feuchtigkeit der Luft. Diese Auffassung ist heute aufgegeben. Doch wird die Luft durch den Wald verbessert. Vielleicht wurde früher auch eine Vermehrung der Quellenbildung zu allgemein und mehr als richtig den Wäldern zugeschrieben.

Die hohe Bedeutung der Waldungen macht zwar keine allgemeine Verstaatlichung oder Vergemeindlichung, wohl aber eine staatliche Überwachung der Forstwirtschaft notwendig. Die Gefahren privater Raubwirtschaft<sup>1</sup> sind hier näherliegend als bei dem landwirtschaftlichen Betriebe. Nutzungen können bei der Forstwirtschaft erst lange Zeit nach der Aufforstung erwartet werden. Auch verursacht die Aufforstung nicht geringe Kosten. So mag es leicht geschehen, daß der Waldbesitzer, um eines gegenwärtigen Vorteiles willen, die Aufforstung vernachlässigt und den Wald anderseits seiner besten Bestände beraubt. Der Staat wird völlige Abholzung dort, wo diese schädlich wirken müßte, verhindern. Er wird auch die Kultur des natürlichen Waldbodens im Auge behalten, die Verödung desselben verhindern, weil es sich hier um Naturgaben handelt, deren richtige Verwertung auf Generationen hin von größter allgemeiner Bedeutung ist.

Die Bewirtschaftung wird nicht in der Hand jedes Waldbesitzers gleich vollkommen sein. Gute fachmännische Leitung findet sich regelmäßig bei den alten Kronforsten, den Staatsforsten, den Staatsanteilsforsten (d. i. solchen, die der Staat mit andern gemeinsam besitzt). Auch bei den Gemeindeforsten und Genossenforsten (der Nutzungs- und Verbandsgemeinden) ist dies regelmäßig der Fall. Nach ähnlichen Grundsätzen wie die Staatsforsten werden ebenfalls die Stiftungsforsten von Kirchen, Klöstern, Schulen und Wohltätigkeitsanstalten verwaltet. Der Privatbesitz von Forsten ist besonders umfassend in den preußischen Provinzen Schlesien und Westfalen. Über den stärksten Staatsbesitz verfügt verhältnismäßig Braunschweig und Lübeck. Auch in Ost- und Westpreußen, in Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Koburg-Gotha, Waldeck und Hamburg gehören die Wälder über die Hälfte dem Staate. Der alte Kronbesitz war in Schaumburg-Lippe am stärksten, umfassend auch in Schwarzburg-Sondershausen und Reuß j. L. In Preußen überhaupt ist der Privatbesitz stärker als der Besitz der übrigen Eigentümer, so auch in Bayern, Oldenburg und Reuß ä. L. Bremen hat nur Privatwaldungen. Sonst, in den andern deutschen

<sup>1</sup> Das war im früheren Mittelalter (Markwaldungen) und auch in den späteren Domänialforsten der Landesherren nicht so leicht der Fall. Erst im 19. Jahrhundert wurde der Wald seiner gemeinnützigen Aufgabe entkleidet, indem und soweit das kapitalistische Unternehmungsprinzip (Erzeugung von Tauschwerten) auch in der Forstwirtschaft die Oberhand gewann. Zur geschichtlichen Entwicklung der Waldwirtschaft vgl. Bd. II von Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft (1919) 25 ff.

Staaten, verteilt sich der Wald auf verschiedene Eigentümer; doch entfiel bzw. entfällt auf den Besitz der Krone, des Staates und der Gemeinden ein starker Anteil.

Nach der Erhebung von 1900 (die Verhältnisse blieben im wesentlichen die gleichen) gab es in Deutschland:

Staatsforsten (einschließlich Kronforsten .	4 717 185 ha = 33,7 %
Gemeindeforsten . . . . .	2 258 090 „ = 16,1 „
Stiftungsforsten . . . . .	211 015 „ = 1,5 „
Genossenschaftsforsten . . . . .	306 214 „ = 2,2 „
Privatforsten . . . . .	6 503 365 „ = 46,7 „
zusammen .	13 995 869 ha = 100,2 %

Der private Waldbesitz ist um so größer, je umfangreicher die landwirtschaftlichen Betriebe sind, zu denen die Privatwaldungen gehören (vgl. landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907).

Die Beaufsichtigung, die der Staat Gemeinden und Korporationen gegenüber bezüglich des Waldbesitzes und Forstbetriebes ausübt, beschränkt sich in Teilen der Provinz Hannover sowie in Schleswig-Holstein auf eine Vermögensaufsicht: Veräußerung ist ohne staatliche Erlaubnis verboten, auch sind Devastationen untersagt. Sie erstreckt sich in den altpreußischen Provinzen auch auf den Betrieb; es muß ein Betriebsplan vorgelegt werden; so ebenfalls in Bayern, Württemberg (Österreich, Schweiz). Etwa die Hälfte der deutschen Gemeindewaldungen unterstehen dieser Form der Beaufsichtigung. In einem Teil von Hannover, in Kurhessen, Nassau, in Bayern zum Teil, in Baden, Hessen und in einzelnen kleineren Bundesstaaten kommt das Beförderungssystem zur Anwendung, d. h. die Verwaltung der Gemeindewälder liegt in der Hand staatlicher Forstbeamten (ebenfalls in Tirol, in Belgien, Frankreich). Da insbesondere zersplitterter privater Waldbesitz leichter devastiert wird, schlechter Bewirtschaftung zum Opfer fällt, wurde zuweilen die Gründung von Waldgenossenschaften empfohlen, die dann ähnlich wie die Gemeindewaldungen zu beaufsichtigen wären (in Preußen nach Gesetz vom 6. Juli 1875). Der Anteil der Privatforsten an der gesamten Forstfläche ist noch stark, geht aber doch zurück, während die Staats- und Gemeindeforsten gewinnen.

Charakteristisch ist die Abnahme des Laubholzes und die Zunahme des Nadelholzes. Im Mittelalter war fast nur in Ostdeutschland das Nadelholz stark vertreten. Sonst herrschte der Laubwald vor. Heute nimmt der Laubwaldbesitz nur im rechtsrheinischen Bayern, wo vordem nur wenig Laubwald war, stärker zu. In manchen Gegenden überwiegt allerdings auch heute noch der Laubwald, so in der Rheinprovinz usw. Von der gesamten Forstfläche Deutschlands aber nimmt der Nadelwald jetzt reichlich zwei Drittel ein. Die Nadelbäume machen eben geringere Ansprüche an den Boden, sie wachsen rasch, ihr Holz ist vielseitig verwendbar; die Nadelwälder bieten forsttechnisch und durch ihre Erträge größere Vorteile.

Der größere Teil des Laubwaldes ist Hochwald, bei dem die Nutzung in der Weise sich vollzieht, daß der Gesamtbestand einer Fläche gleichzeitig abgetrieben wird; seltener ist der Plänterwald, wo Bäume verschiedenen Alters sich finden, so daß jedesmal nur die ältesten und schlagfähigsten Stämme niedergelegt werden. Auch beim Nadelwald überwiegt der Hochwald. Zum Niederwald gehören insbesondere die Eichenschälwaldungen. Die Nutzung des Niederwaldes

erstreckt sich jedesmal auf die ganze oberirdische Holzmasse. Auch der Mittelwald ist Ausschlagswald. Doch wird hier nicht die ganze Holzmasse jedesmal gewonnen, sondern es bleibt, ähnlich wie beim Plänterwald, ein Teil der Stämme zur Fortpflanzung des Waldes stehen. Hochwald, der mit längerer Umtriebszeit rechnet, Eichenwälder, Bestände mit alten Bäumen, finden sich besonders in den Kron- und Staatsforsten.

Im Laubwald sind neben den Eichen und stärker als diese die Buchen vertreten, dann auch die Birken, Erlen usw. In den Nadelwäldungen herrschen die Kiefern vor; weit verbreitet ist auch die Fichte (Rottanne).

Die zu gewinnende Holzmasse liefert vor allem den erstrebten Ertrag der Wälder. Man unterscheidet Derbholz (d. i. Nutzholz und Brennholz), dem das Stock- und Reisholz gegenübersteht. Gemessen wird die Holzmenge nach „Festmetern“. Ein Festmeter ist gleich 1 *cbm* fester Holzmasse. Im unverkleinerten Deutschland wurden an Derbholz ungefähr 40 Millionen Festmeter gewonnen pro Jahr. Hiervon entfiel der größere Teil auf Nutzholz. Insbesondere die Kron- und Staatsforsten gewannen namentlich Nutzholz. Die Gemeindeforsten schlagen dagegen mehr Brennholz als Nutzholz.

Die Kriegsfolgen haben für Deutschland eine Verstärkung und Verbreiterung der inländischen Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion notwendig gemacht. Dafür kommen außer der Schaffung neuer Bauernstellen auf bereits in Kultur befindlichem Boden die Kultivierung der Moor- und Ödländereien in Betracht, vielleicht auch sog. „relativer Waldboden“, d. i. ein Boden, dem die Landwirtschaft höhere Erträge abzugewinnen vermag als die Waldwirtschaft. Hierbei wird man freilich sehr vorsichtig vorgehen müssen (mit Hilfe der geologischen Landesanstalten, land- und forstwirtschaftlicher Sachverständiger), um größeren und allgemeineren Schaden zu vermeiden.

#### § 4.

### Größenverhältnisse des landwirtschaftlichen Besitzes und Betriebes.

Schon die natürlichen Verschiedenheiten der konkreten Individualität bei den einzelnen Menschen und bei ganzen Familien, die Wandelbarkeit der Schicksale und wiederum die natürliche Differenzierung der gegebenen äußeren Welt und Umgebung führen, wie zur Verschiedenheit des Besitzes überhaupt, so auch speziell des Bodenbesitzes.

Wer in der Gleichheit der Besitzeinheiten das Ideal der landwirtschaftlichen Bodenverteilung erblickt, wird aus der Geschichte lernen können, daß in den konkreten, und darum nach der persönlichen wie sachlichen Seite hin mannigfaltigen und wechselnden Verhältnissen regelmäßig die Ungleichheit des Besitzes verhältnismäßig schnell zum Durchbruch kommt, dann aber dauernd das Feld behauptet. So löste sich die älteste deutsche Agrarverfassung — wie die herrschende Ansicht sie darstellt — auf, um an Stelle des gleichen Anrechts der Stammesgenossen



am Grund und Boden zunächst einen ausgedehnten Großgrundbesitz der weltlichen und geistlichen Großen treten zu lassen mit mannigfachen Abstufungen in den Größenverhältnissen des Betriebes.

**1. Geschichtliche Ursachen der Bodenverteilung.** Auch die heutigen Ungleichheiten im Besitz und Betriebe erklären sich noch zum Teil aus der historischen Entwicklung der alten deutschen Agrarverfassung, so der Großgrundbesitz im Nordosten durch die Ausbildung der Gutsherrschaft im slavischen Kolonialgebiet, der kraftvolle bäuerliche Besitz in Niedersachsen durch die eigenartige Ausbildung des Meierwesens bei Auflösung der Villikationsverfassung usw. Was für Deutschland gilt, findet sich in ähnlicher Weise bei andern Nationen. Hier wie dort ist es die ursprüngliche Eigenart der Besiedelung oder die sich daran anschließende Entwicklung der Agrarverfassung, welche bis in die Gegenwart die Besitzungleichheit ursächlich beeinflussen. Ganz besonders aber hängt die Bodenverteilung, die landwirtschaftliche Besitz- und Betriebsgröße ab von dem für den Immobiliargüterverkehr, für Kauf und Verkauf, Erbgang und Verschuldungswesen geltenden Rechte. Wo die rechtliche „Gebundenheit“ des Grundeigentumsverkehrs herrschte, wo der Verfügungsfreiheit des jeweiligen Besitzers Schranken gezogen waren, wie z. B. in den niedersächsischen Gebieten, in Hannover und zum Teil in Westfalen, da hat sich ein größerer Bauernbesitz erhalten. Anderseits, wo die Dispositionsbefugnisse des jedesmaligen Besitzers unbeschränkt geblieben, in den Gebieten des freien Güterverkehrs, und wo insbesondere beim Erbgang die Realteilung zur Anwendung kommt, wie dies schon lange im Westen und Südwesten Deutschlands der Fall war, da ergibt sich eine größere Besitzersplitterung. Schließlich übt auch das nach dem jeweiligen Stande der Entwicklung herrschende Betriebssystem einen Einfluß auf die Bodenverteilung aus. Dort, wo die natürlichen und geschichtlichen Bedingungen zu einer intensiven Wirtschaft geführt haben, da finden sich durchschnittlich kleinere Besitz- und Betriebsgrößen als in den Ländern oder Gebieten einer mehr extensiven Kultur<sup>1</sup>.

**2. Größenbegriffe des landwirtschaftlichen Besitzes<sup>2</sup>.** Der Einteilungsgrund für die Unterscheidung zwischen großem, mittlerem und kleinem ländlichem Besitz ist sehr verschieden gewählt worden, so z. B. die

<sup>1</sup> Roscher, Ackerbau Buch 2, Kap. 4, S. 48 (14. Aufl. von Dade 216).

<sup>2</sup> Die in der Statistik üblichen Unterscheidungen s. unten. An sich würde der Ertrag als Unterscheidungsgrund der landwirtschaftlichen Besitz- und Betriebsgrößenverhältnisse gelten können. Es ist aber praktisch zu schwierig, die Ertragsfähigkeit der Güter nach Bodenbeschaffenheit, Klima, Höhenlage usw. genau festzustellen. Um einen konkreten, faßbaren, wenn auch rein äußerlichen Maßstab zu haben, muß die Statistik sich an die geometrische Flächengröße als Einteilungsgrund halten. Auch so gelangt sie nur zu relativen Größen. Man wird z. B. im westlichen Deutschland einen Betrieb mit 100 ha landwirtschaftlicher Fläche ohne Bedenken als wirklichen Großbetrieb bezeichnen dürfen, während er im Osten zum Teil noch kaum diesen Namen verdient.

Zahl und Art der Gespanne, die zur Bewirtschaftung eines Gutes erforderlich sind, ob Kuh-, Ochsen-, Pferdegespann, ob eines oder mehrere Gespanne. Oder man nannte kleine Güter solche, die noch keinen vollen Pflug beschäftigen, mittlere mit ein bis zwei, große Güter mit mehr Pflügen usw.

Wir bezeichnen mit v. Bernhardi u. a. unter sozialwirtschaftlichem Gesichtspunkt als Großgrundbesitz einen solchen, dessen Reinertrag ausreicht, seinem Besitzer und dessen Familie die Wohlhabenheit der höheren Stände zu sichern. Wenn der durch Verpachtung erzielte Betrag ausreicht, um dem Eigentümer die ökonomische Lebenslage der höheren sozialen Schichten zu gewähren, so wird der Landbesitz um so eher als Großgut gelten müssen, da der Verpächter auf den landwirtschaftlichen Unternehmergewinn verzichtet, und die Pacht kleiner ist als der Reinertrag.

Güter mittlerer Größe sind solche, welche dem Eigentümer die ökonomische Lage der Mittelklasse des Landes sichern, jedenfalls wenn sie im Selbstbetrieb des Eigentümers bewirtschaftet werden, teilweise auch (z. B. bei großen Milchbetrieben, Rübenwirtschaft) durch den Ertrag, den der Eigentümer bei ihrer Verpachtung erzielt.

Kleine Güter gewähren dem Wirte noch ausreichende Nahrung, ohne daß er auf Nebenerwerb angewiesen wäre, mag er nun Eigentümer oder Pächter sein. Der bloße Pachtzins reicht jedoch nicht aus, um dem verpachtenden Eigentümer die volle Existenz zu sichern. Die kleinen und mittleren Güter werden unter dem Namen „Bauerngüter“ zusammengefaßt und den Großgütern gegenübergestellt; letztere führen in Norddeutschland noch immer den Namen „Rittergüter“, obwohl jetzt auch Bürgerliche Eigentümer derselben werden können und vielfach sind<sup>1</sup>.

Der Parzellenbesitz endlich fällt eigentlich nicht mehr unter den Begriff eines landwirtschaftlichen Gutes. Hierbei bietet die Landwirtschaft keine ausreichende Nahrung, vielmehr erwirbt sich der Eigentümer sein tägliches Brot zum großen oder größten Teil als Landarbeiter (Häusler, Kossät), als Handwerker, Fabrikarbeiter usw.

**3. Größenverhältnisse des landwirtschaftlichen Betriebes.** Auch nach Beseitigung der grundherrlichen und gutherrlichen Verhältnisse fallen Eigentums- und Betriebsverteilung, Besitz- und Betriebseinheit keineswegs zusammen. Ein Großgrundbesitzer kann sein Land in mehrere Pachtgüter, sogar in viele Parzellenpachtgrundstücke zerschlagen, wie anderseits ein Grundeigentümer fremden Boden durch Pacht mit dem seinen zu einer und derselben Betriebseinheit vereinigen kann.

Beim Großbetriebe übt der Eigentümer oder der Pächter regelmäßig lediglich die leitende Funktion aus und ist mit der bloßen Direktion des Betriebes vollkommen beschäftigt. Zwischen dem die

<sup>1</sup> Die Vereinigung mehrerer Großgüter wird manchmal eine „Herrschaft“ genannt.

oberste Leitung ausübenden Wirte und den Arbeitern stehen oft noch Hilfs- und Aufsichtsorgane, Verwalter u. dgl. Knechte und Mägde, Tagelöhner, Instleute mit Hofgängern, dazu Wanderarbeiter, Saisonarbeiter bilden die ausführenden Organe. Die ländlichen Arbeiterverhältnisse werden durch die in einem Lande vorherrschende Betriebsgröße wesentlich mitbestimmt. Für die sog. „Herrschaften“ sind mehrere Dirigenten erforderlich. — Wenn man auch von Latifundien im Hinblick auf den Besitz spricht, so wird der Name doch vorzugsweise mit dem Betrieb in Beziehung gebracht und kann man dann, mit Miaskowski und Buchenberger, unter „Latifundien“ Betriebe verstehen, die eine solche Ausdehnung haben, daß sie nicht mehr mit einer der volkswirtschaftlichen Entwicklung des Landes entsprechenden Intensität bewirtschaftet werden können.

Obwohl der heutige Großbetrieb die Naturalwirtschaft keineswegs völlig ausschließt, insbesondere die Arbeiter teilweise mit Naturalien lohnen kann, so produziert er doch vorzugsweise für den städtischen Markt und für den Handel. Je mehr der geldwirtschaftliche Charakter vorwiegt, um so mehr kommen da spekulative Gesichtspunkte zur Geltung.

In höherem Maße als beim Großbetrieb findet sich die Naturalwirtschaft beim mittleren Betriebe; aber auch hier keineswegs ausschließlich, vielmehr wird der Getreidebau, Handelsgewächsbau u. dgl., Viehzucht und Milchwirtschaft dabei oft in nicht gerade unbeträchtlichem Umfange geldwirtschaftlich, für den Absatz betrieben. Das Charakteristische des Mittelbetriebes ist, daß der Bauer nicht bloß die Leitung des Betriebes ausübt, sondern wohl auch mit den andern Gliedern der Familie an der ausführenden Arbeit neben Knechten und Mägden, auch Tagelöhnern, teilnimmt. Tagelöhner fanden hier früher seltener Verwendung als in der neuesten Zeit, wo jetzt im Herbst das Getreide mittels Maschinen gedroschen wird und es darum für eigentliche Knechte im Winter an Arbeit gebricht.

Kleine Betriebe sind solche, die der Regel nach ausschließlich vom Wirte und seinen Familienangehörigen besorgt werden können, während endlich der kleinste Betrieb, die Parzellenwirtschaft, noch überdies Raum läßt für die Übernahme anderer Arbeit, außerhalb der Bewirtschaftung des eigenen oder gepachteten Bodens.

Beim Kleinbetrieb und namentlich bei dem kleinsten Betriebe ist Viehhaltung nur im beschränkten Maße möglich. Das Vorhandensein einer Gemeinweide erweitert diese Möglichkeit. Für den Absatz produzieren die Kleinbetriebe nur, soweit sie Spezialkulturen (Spargel- und andern Gemüse-, Wein-, Hopfen-, Tabaksbau u. dgl.) betreiben. In Gegenden mit sehr intensiver Wirtschaft, wo Handelsgewächse gezogen, Spezialkulturen gepflegt werden, kann dann auch ein verhältnismäßig kleiner Betrieb noch eine selbständige bäuerliche Wirtschaft darstellen. Namentlich in der Nähe der Städte blüht vielfach die kleine Gartenwirtschaft. Zur



Erhaltung von Hilfskräften für die Bewirtschaftung größerer Güter, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Existenz der Industriearbeiter usw., mag die Zwergwirtschaft dienen können. Unter dem Gesichtspunkte landwirtschaftlicher Produktion wird aber jedenfalls ein Vorherrschen von Zwergwirtschaften nicht günstig wirken. Wenn die Bebauung des Bodens nur auf das augenblickliche Bedürfnis Rücksicht nimmt, ist rationelle Wirtschaft kaum möglich.

Aus volkswirtschaftlichen, sozialen, bevölkerungspolitischen Gründen ist Ideal und erstrebenswertes Ziel ohne Zweifel die

4. rechte Mischung der verschiedenen Größenklassen, doch unter Verlegung des Schwerpunktes der Produktion in den bäuerlichen Betrieb (Sering)<sup>1</sup>.

Für den technischen Fortschritt, Neuerungen in der Landkultur, maschinelle Einrichtungen u. dgl., hat der Großgrundbesitz unleugbare Bedeutung schon vermöge seiner Kapitalkraft. In der Viehhaltung wird der mittlere und kleine Grundbesitz fürs allgemeine voranstellen, der Großgrundbesitz nicht so entsprechende Eignung aufweisen. Um so mehr eignet er sich für den Körnerbau. Gleiches gilt für den Zuckerrübenbau, den Flachs- und Rapsbau, die Forstwirtschaft. In den Fideikommißforsten sind, wie statistisch nachgewiesen, oft ältere Bestände vorhanden als in den Gemeindeforsten. Andererseits kann einer Latifundienbildung das Wort nicht geredet werden. Der Großgrundbesitz darf auch nicht vorherrschen. Er muß an Fläche hinter dem mittleren und kleinen Besitz zurückstehen. Der Aufsaugung des Kleinbesitzes durch den Großgrundbesitz muß vorgebeugt werden; wo der Großgrundbesitz im Übermaß vorhanden ist, empfiehlt sich Zurückführung auf das richtige Maß.

<sup>1</sup> Sering in Schmollers Jahrbuch XLIII (1919) 203 f. Die Intensität der Bewirtschaftung und der Anbau minder ergiebiger Böden wird auch, wo Privateigentum am Boden besteht, nach der Dringlichkeit des Bedarfs geregelt. Es werden aber dabei nur so viele Kosten aufgewendet, als sich wirtschaftlich rechtfertigen läßt. Die Existenz der Landbebauer hängt ja von einer zweckmäßigen Verwendungsart und Bebauung des Bodens ab. Würde der Boden verstaatlicht und dann auf Regimentskosten gewirtschaftet, so könnte vielleicht vorübergehend billigeres Getreide durch einseitig und unwirtschaftlich forcierten Anbau gewonnen werden, die Deckung des Gesamtbedarfs des Volkes würde aber dabei schweren Schaden leiden. Der Grund, weshalb die Staatsdomänen verpachtet wurden, war die Erfahrung, daß der Staatsbetrieb in der Landwirtschaft versagte. Die Landwirtschaft erfordert ein Anpassen an wechselnde Naturvoraussetzungen und an Schwankungen im Absatzmarkte. Die Betriebsweise in Ackerbau und Viehwirtschaft ist überhaupt stark individualisiert; sie trägt nicht das Schema des staatlichen Betriebes. Alles hängt da von der Tätigkeit des Landwirtes und von den individuellen Unternehmerqualitäten ab. Bei der Forstwirtschaft vollzieht sich der Betrieb in weitem Maße in typischen, gleichmäßigen Formen. Da ist direkter staatlicher Betrieb eher am Platze (Beusch).

Ob landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften für den landwirtschaftlichen Gesamtbetrieb erfolgreich wirtschaften würden, ist zunächst zweifelhaft. Einzelne Versuche werden in der Gegenwart gemacht. Es bleibt abzuwarten, welche Erfolge dabei und damit erzielt werden.

Von größter Bedeutung für die allgemeine Wohlfahrt und das öffentliche Interesse ist die Erhaltung eines stark ausgedehnten mittleren und kleinen bäuerlichen Besitzes, zunächst unter wirtschaftlicher Rücksicht, weil hier die Landwirtschaft am intensivsten betrieben wird. Im Bauernstande, der auf eigener Scholle, in selbständiger eigener Wirtschaft, durch eigene Arbeit sich ernähren kann, blühen Liebe zur Arbeit, Sparsamkeit, Sittlichkeit, ein christliches Familienleben, Vaterlandsliebe, Treue gegen die gottgesetzte Obrigkeit, Sinn für Frieden und Ordnung im sozialen und politischen Leben. Nichts gibt dem Staate eine solche Festigkeit und die Gewähr dauernden Bestandes in gleichem Maße, als wenn er über einen zahlreichen Bestand sesshafter, gesunder, bäuerlicher Familien verfügt. Alle andern Stände, deren Bedeutung für das Gemeinwohl nicht zu unterschätzen ist, gewinnen für sich selbst durch das Vorhandensein einer möglichst großen Anzahl von Bürgern auf eigener Scholle.

Jede Agrarpolitik, die sich an dem Ideal einer gesunden Agrarverfassung mißt, würde also ein doppeltes Problem zu lösen haben, wenn sie die bestehenden bäuerlichen Güter in ihrem Bestande und in großer Zahl als leistungsfähige Wirtschaftskörper erhalten will:

1. Sie müßte deren Zersplitterung und ebenso deren Aufsaugung durch den Großgrundbesitz verhindern, und

2. die Güter möglichst in den sie selbst bewirtschaftenden bäuerlichen Familien befestigen. Diesem Zwecke würde einmal das Verbot der Freiteilbarkeit und von Abtrennungen, wenn dadurch das Gut unter ein Mindestmaß herabsinken würde, dienen können (Bestiftungszwang der älteren Zeit), sodann eine solche Gestaltung des bäuerlichen Erbrechtes, bei welcher das Gut ungeteilt an einen Erben, den Anerben, überginge.

In Deutschland haben sich indes geschichtlich drei verschiedene Rechtsordnungen der bäuerlichen Verhältnisse ausgebildet; auch die Agrarpolitik muß darum diese Verschiedenheit überlieferter Agrarverfassung berücksichtigen.

**5. Verschiedene Erbsysteme.** Wir haben in Deutschland<sup>1</sup> 1. Länder mit gleichmäßiger Teilung des Bodens unter sämtliche Kinder der Familie. Dieses System herrscht schon lange in allen fränkischen Ländern, auf beiden Seiten des Rheins, in Hessen, Thüringen und einem Teil von Schwaben. 2. Das System des Anerbenrechts, der „geschlossene“

<sup>1</sup> Max Sering, Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Königreich Preußen. 14 Bde. (1897—1908). Ders., Vererbung des ländlichen Grundbesitzes, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 1137 ff. A. v. Miaskowski, Das Erbrecht und die Grundeigentumsverteilung im Deutschen Reiche. Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. XX und XXV. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik von 1894 in Schriften Bd. LXI (1895). Brentano, Gesammelte Aufsätze I (1899). v. Freyberg-Jetzendorf, Die bäuerliche Erbfolge im rechtsrheinischen Bayern (1895). L. Fick, Die bäuerliche Erbfolge im rechtsrheinischen Bayern (1895). Wichmann-Faßbender, Anerbe, Anerbenrecht, im Staatslexikon der Görresgesellschaft I<sup>3-4</sup> 240 ff. J. Hermes, Anerbenrecht, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup> 470 ff.

Bauernhof, im Gegensatz zu den „walzenden Gründen“. Es herrscht, wenn auch nicht als gesetzlicher Zwang, in den Gebieten der bayerischen, sächsischen und friesischen Zunge, zum Teil bei den Schwaben. 3. Das Rittergut, der geschlossene Großgrundbesitz. Dieses System beherrscht insbesondere die deutschen, ehemals slavischen Länder rechts der Elbe.

1. Wo das System der gleichen Realteilung des Besitzes unter die sämtlichen Kinder seit langem sich eingebürgert hat, ist eine Änderung kaum durchführbar, aber auch nicht durchweg wünschenswert. Das System beweglicher Scholle wird imstande bleiben, eine größere Anzahl selbständiger Landwirte zu erhalten dort, wo Boden und Klima günstig und eine dichtere Bevölkerung ausreichende kaufkräftige Nachfrage nach den Produkten der kleinen Wirtschaften sicherstellt. Natürlich darf die Zerstückelung nicht in indefinitum weitergehen. Im Rheintal z. B. genügte schon ein Besitz von  $\frac{3}{4}$ — $1\frac{1}{2}$  ha, um eine Familie auch ohne Nebenverdienst zu ernähren. Die erhöhte Lebenshaltung der Bevölkerung schützte daselbst einigermaßen vor übermäßiger Zersplitterung des Bodenbesitzes in kleinste Fetzen. Wird das Grundstück zu klein, dann verkaufen die Leute lieber ihren Anteil, gehen in die Städte, um vielleicht später wieder mit ihren Ersparnissen Boden zu erwerben, wenn sie nicht ganz in der Stadt bleiben. Allerdings sind beim Kleinbesitze schwere Mißstände nicht ausgeschlossen (Kleben an allzu kleiner Scholle, Ankauf von Land zu übertriebenen Preisen und mit Gemengelage, Not bei schlechter Ernte, Auswanderung). In weniger fruchtbaren Gebieten, namentlich in Gebirgsgegenden mit Wald-, Viehwirtschaft und Körnerbau, fehlen die Bedingungen intensiver Kleinkultur und lebensfähiger Parzellenwirtschaft, oft auch die Gelegenheit zum Außenerwerb; da herrscht dann größere Not, welcher Hausierhandel und Hausindustrie nicht immer abhelfen können, vielleicht andere Not bringen. Die kleinen Parzellen werden in den Gegenden der Realteilung oft auch von Großkapitalisten aufgekauft und zu Pachtgütern vereinigt oder in gebirgigen Gegenden als Wald- und Jagdrevier benutzt. Wo aber mit steigender Entwicklung der Industrie eine stärkere Abwanderung in die Städte und Industriezentren Platz griff, da minderte sich der Andrang zum Grundbesitz. Die Zurückbleibenden kamen in eine günstigere Lage. Dazu trat (z. B. im Rheinischen Gebirge) die vereinte Hilfe der staatlichen Verwaltung und tüchtiger Landwirte und Männer aller Berufe<sup>1</sup> (Zusammenlegung der Grundstücke, Aufforstung, Heidekultur und Wiesenverbesserung, Hebung der Viehzucht und Bodenkultur, Pflege des landwirtschaftlichen Bildungswesens, der Genossenschaften usw., Verbesserung des Verkehrs). Auch die Aufteilung der Weinberge im Rheingau hat seit den 1890er

<sup>1</sup> Dankbar erinnern sich die Eifelbauern an alles, was z. B. Peter Wallenborn für sie getan.



Jahren abgenommen. Das elterliche Rebgut wird dort fast regelmäßig geschlossen von einem Kinde übernommen.

2. Die ungeteilte Vererbung der Landgüter schützt den landwirtschaftlichen Betrieb vor den Übelständen, die sich aus der Zerstückelung der Güter ergeben können, und die bauerliche Bevölkerung vor Proletarisierung.

Im Mittelalter, bis zu der großen agrarischen Reform im Anfange des 19. Jahrhunderts, bestand in den deutschen Gebieten mit ungeteilter Vererbung regelmäßig das Anerbenrecht. Die grundherrlich abhängigen Bauern hatten am Boden nur ein Nutzungsrecht, das auf einen unter mehreren gleich nahen Erben überging. Der Gutsherr konnte den zur Nachfolge in das Nutzungsrecht ausersehenen Erben wegen Untüchtigkeit ablehnen. Die „weichenden Erben“ wurden nach Herkommen oder nach Maßgabe des beweglichen Eigens und der meist im Eigentum des Erblassers befindlichen Gebäude abgefunden. Für die lassitischen Bauern des Ostens bestand kein Anerbenrecht. Die Gutsherrschaft verfügte über die Vererbung. Wenn sie wollte, konnte wenigstens tatsächlich eine Vererbung in ähnlichen Formen stattfinden<sup>1</sup>. Bei den bauerlichen Eigentumsgütern, die von keiner Grund- oder Gutsherrschaft abhängig waren, bildete sich im Mittelalter schon die ungeteilte Vererbung aus. Die Erben übernahmen das Gut gemeinsam und blieben Miteigentümer bis zur vollen Auslösung, wohnten und arbeiteten regelmäßig auch auf dem Gute selbst, wo nur der Älteste heiratete und eine Frau auf den Hof führte. Mit Ausgang des Mittelalters und fortschreitendem Geld- und Kreditverkehr wurde es dann üblich, daß gleich nach dem Tode oder Rücktritte des bisherigen Eigentümers einer der Erben — meist der älteste oder auch der jüngste bzw. ein Ausgeloster — das Alleineigentum erwarb und die übrigen nach der „Brüder- und Schwestertaxe“ abfand. Es ist eben im bauerlichen Anerbenrecht ein wesentlicher Punkt, daß das Gut nach einem mäßigen Wertanschlage an den Anerben übergehe. Zum Ausgang der Auseinandersetzung unter den Erben wählte darum die Anerbensitte nicht den Verkaufswert der Güter oder der einzelnen Liegenschaften, sondern den Ertragswert. Der Erbe sollte nicht stärker belastet werden, als „der Hof tragen konnte“<sup>2</sup>. Die Rechtsform der Ver-

<sup>1</sup> Die Ansicht Brentanos u. a., die das Anerbenrecht aus dem Interesse des Grundherrn oder gar des Fiskus herleitet, wird von Sering abgelehnt unter Hinweis auf die Tatsache, daß das Anerbenrecht seine Kontinuität bis heute gerade auch in Gegenden bewahrte, wo die Grundherrschaft ganz fehlte oder die persönliche Freiheit unberührt ließ (z. B. in Schleswig-Holstein usw.).

<sup>2</sup> Wo viele Kinder sind, würde der Anerbe aber auch schon überlastet werden, wenn der ganze Reinertrag bei der Erbabfindung der Miterben zugrunde gelegt würde. Ein natürliches Recht auf den gleichen Anteil für alle Erben und unter allen Voraussetzungen läßt sich nicht erweisen. Das positive Recht kann die gleiche Teilung im öffentlichen Interesse ausschließen, wie auch die Sitte und der Wille des Erblassers hier aus vernünftigen Gründen der gleichen Teilung Grenzen ziehen können.

erbung bildete entweder ein Gutsüberlassungsvertrag oder (z. B. auf den großen Gütern der Elbmarsch und bei den Rittergütern<sup>1</sup>) ein Kaufvertrag mit vorbehaltener Rente oder das Testament.

Die freiwirtschaftliche Theorie, welche die größte Bewegungsfreiheit auch für den Grundbesitz forderte, konnte sich mit dem Anerbenrechte nicht versöhnen. Es verschwand aus der positiven Gesetzgebung, erhielt sich aber als bäuerliche Sitte in einem großen Teile Deutschlands, so namentlich in den Gegenden des niedersächsischen Meierrechts, in Westfalen, Hannover, Schleswig-Holstein, Braunschweig, Lippe. Seit den 1860er und 1870er Jahren kam es dann wieder zur gesetzlichen Anerkennung des Systems geschlossener Hofgüter mit Anerbenrecht in verschiedenen deutschen Staaten und für Bezirke, wo es sich als bäuerliche Sitte erhalten hatte. Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch, welches als allgemeines Erbrecht für alle Bevölkerungsklassen die naturale Teilung, wenn sie ohne Wertverminderung geschehen kann, sonst Zwangsversteigerung mit Teilung des Erlöses anordnet, hat besondere Erbrechte für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke (Anerbenrecht) sowie für Fideikommiß-, Lehen- und Stammgüter zugelassen. Hierüber Bestimmungen zu treffen, blieb der Landesgesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten vorbehalten.

Das Bürgerliche Gesetzbuch fand schon ein indirektes Anerbenrecht (Höferecht, Landgüterrecht) auf gesetzlicher Grundlage in einzelnen Gebieten Preußens, in Oldenburg, Bremen, Lauenburg vor. Dieses Anerbenrecht, das zuerst für Hannover (1874), später auch in Westfalen (1882), Brandenburg (1883), Kassel (1887) durch besondere „Landgüterordnungen“ eingeführt wurde, behinderte die freie Verfügung des Eigentümers bei seinen Lebzeiten nicht. Er konnte das Gut veräußern, verkleinern, belasten. Auch von Todes wegen konnte der Eigentümer testamentarisch eine andere Erbfolge herbeiführen. Starb er aber ohne letztwillige Verfügung, so trat das Anerbenrecht ein, wenn er bei seinen Lebzeiten das Gut in eine amtliche Rolle, die sog. Höfe- oder Landgüterrolle, hatte eintragen lassen.

Solche Verknüpfung des Intestaterbrechtes mit einer derartigen Bedingung fand bei dem Bauernstande geringes Verständnis. Die Eintragung war überdies nur wirksam, wenn der Eigentümer auch auf die sonst allgemein üblichen besondern Verfügungen über die Rechtsnachfolge in den Grundbesitz verzichtet hatte. Dieses Höferecht blieb darum namentlich in den Gebieten, wo es zuletzt eingeführt war, wenig erfolgreich, weshalb man denn auch bald zu dem neueren direkten Anerbenrecht überging. Das preußische Gesetz vom 2. Juli 1898 führte das direkte An-

<sup>1</sup> In dem Gebiete der ost- und nordfriesischen Marschbauern treffen Verkehrswert und Ertragswert regelmäßig zusammen. Dort fehlt ein stärkerer Wettbewerb um den Boden. Bei den kleineren „Rittergütern“ im östlichen Deutschland aber, die jetzt meist in bürgerlichen Händen sich befinden, hat die Abfindung der Miterben auf Grund des Verkehrswertes des Gutes verheerend gewirkt.

erbenrecht für Westfalen und fünf niederrheinische Kreise als allgemeine Norm ein. Alle, ihrem Hauptzweck nach dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft gewidmeten, zur selbständigen Nahrungsstelle geeigneten Besitzungen, die mit einem Wohnhaus versehen sind und deren Grundsteuerreinertrag mindestens 60 Mark beträgt, unterliegen dem Anerbenrechte. Auf Antrag der landwirtschaftlichen Verwaltung (Spezialkommissar) werden diese Güter von Amts wegen im Grundbuch als Anerbengüter eingetragen. In Bezirken, wo das Anerbenrecht nicht als bäuerliche Sitte bestand und für kleinere Güter kann die Eintragung nur auf besondern Antrag geschehen. Verliert ein Gut die oben aufgeführten Kennzeichen eines selbständigen Bauerngutes, so büßt es die Eigenschaft als Anerbengut ein. Auch das direkte Anerbenrecht beschränkt die Verfügungsfreiheit des Erblassers keineswegs. Es ist Intestaterbrecht. Der Eigentümer kann es auch durch öffentlich beglaubigte Erklärung für den einzelnen Erbfall ausschließen. Das Gut wird regelmäßig nach dem durchschnittlichen Reinertrage in seinem Werte abgeschätzt, ausnahmsweise nach dem Verkaufswerte, z. B. für solche Grundstücke, die innerhalb eines behördlich festgestellten Bebauungsplanes liegen. Anderes Vermögen wird dem Anrechnungswerte des Gutes beigezählt. Die Schulden werden dann zunächst von diesem andern Vermögen abgezogen, darüber hinaus vom Gutswerte. Der Anerbe erhält von dem freibleibenden Teile des Gutsertragswertes ein Drittel als „Voraus“, übernimmt aber die auf das Gut entfallenden Schulden allein, wozu ihn das „Voraus“ befähigen soll. Veräußert der Anerbe innerhalb 15 Jahren das Gut ganz oder zum Teil, dann fällt das „Voraus“ dementsprechend in die Erbmasse zurück. Die Miterben haben in diesem Falle auch ein Vorkaufsrecht. Abgefunden werden die Miterben mit einer Geldrente; sie können deren Ablösung nach vorausgehender sechsmonatiger Kündigung fordern. Die Geschwister des Anerben haben bis zur Großjährigkeit Anspruch auf angemessenen Unterhalt gegen angemessene Mitarbeit. Das Anerbenrecht hat Geltung nur für Nachkommen und Geschwister des Erblassers und deren Nachkommen. Ist nichts anderes verfügt, dann geht das Gut auf den ältesten männlichen Erben über. Anerbe ist der einzelne immer nur für ein Gut. Hat der überlebende Ehegatte in Gütergemeinschaft mit dem Erblasser gelebt, dann kann er auch Anerbe werden. Er empfängt aber nicht das sonst übliche „Voraus“<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Baden hat 1898 für die Hofgüter im Schwarzwald ein neues Anerbengesetz eingeführt. Der jüngste Sohn erbt hier, wenn nichts anderes bestimmt ist. Er übernimmt das Gut zum Ertragswerte. Die gesetzlichen Erben werden mit ihrem Erbteil auf ein Viertel, die Pflichtteile auf die Hälfte herabgesetzt, wenn dies notwendig ist, um dem Anerben ein Fünftel des Ertragswertes lastenfrei zu erhalten. Bleibt dies auch so unmöglich, dann erlischt das Anerbenrecht. Wo das Anerbenrecht sonst noch als Sitte sich erhalten hat, wird die Gesetzgebung auf die Dauer kaum den auf legale Anerkennung abzielenden Wünschen der Landwirtschaft widerstehen können.



Auch für die Renten- und Ansiedlungsgüter ist das direkte Intestatanerbenrecht eingeführt worden. Die Anerbengutseigenschaft war Ende 1910 für 22 922 solcher Güter eingetragen worden.

Im alten Österreich hatte das Gesetz vom 27. November 1868 den Landtagen die Möglichkeit gegeben, die Freiteilbarkeit, wie sie in den südlichen Teilen der Monarchie schon vorher bestanden, einzuführen. Die Kronländer machten davon außer Tirol auch Gebrauch. Bald zeigten sich indes wenig erfreuliche Folgen: zunehmende Bildung von Zwergwirtschaften, Aufsaugung durch den Großgrundbesitz, Güterspekulation und gewerbsmäßige Güterzertrümmerung, steigende Verschuldung, häufige Zwangsversteigerungen und Ausfall zahlreicher Hypotheken. Ein neues Gesetz vom 1. April 1889 suchte der Zersplitterung und ebenfalls der Aufsaugung des Grundbesitzes vorzubeugen, indem es den Landtagen die Wege bahnte zur Einführung eines Intestatanerbenrechtes und zur Beschränkung des Erwerbes von Gütern durch solche Personen, in deren Eigentum größere landwirtschaftliche Besitzungen bereits stehen<sup>1</sup>. Die Landtage haben von der ihnen gewährten Befugnis zumeist keinen oder wenigstens nicht vollen Gebrauch gemacht. Anders in Tirol, wo ein eigenes „Höferecht“ (Landesgesetz vom 12. Juni 1900) der Zersplitterung der Güter einen wirksamen Damm zu ziehen schien.

Den Einwendungen gegenüber, die wider das Anerbenrecht gemacht werden (Verewigung der gegenwärtigen Grundbesitzverteilung, Entvölkerung des platten Landes, Proletarisierung der weichenden Erben usw.), muß darauf hingewiesen werden, daß das Anerbenrecht nur Intestaterb-recht ist, im übrigen dem Eigentümer Freiheit beläßt, daß neben den geschlossenen Gütern es immer noch walzende Grundstücke gibt, daß erfahrungsgemäß die Abwanderung aus Bezirken mit Anerbenrecht meist nicht stärker ist als aus andern Gebieten, daß der größere Teil der Abfindlinge durch Heirat oder Ankauf wieder in der Landwirtschaft eine selbständige Stellung gewinnen kann, wenn sie sich nicht andern Berufen (z. B. den studierten Berufen) widmen wollen. Der Einwand aber, daß die Erschwerung der Niederlassung zur Vermehrung der unehelichen Geburten führe, widerspricht offenkundigen Tatsachen. In Westfalen ist der Prozentsatz der unehelichen Geburten geringer als in allen andern Gegenden Deutschlands. Das Bedenken, die Anerbensitte begünstige das Zweikindersystem, wird schon dadurch widerlegt, daß der gleiche Einwand auch gegen die Freiteilbarkeit Anwendung findet. Alleinherrschaft der Anerbengüter kann allerdings nicht erstrebt und nicht erwartet werden<sup>2</sup>. Wo es der überlieferten Sitte entspricht, wirkte das Anerbenrecht segensreich; aber man kann es nicht überall einführen, nicht dort, wo es den von alters her herrschenden Anschauungen zuwiderläuft, wo die Freiteilbarkeit sich seit langem fest eingebürgert hat. Aber auch wo

<sup>1</sup> Eine kaiserliche Verordnung vom 9. August 1915 knüpfte die Veräußerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke für die Kriegszeit an die Bewilligung der Grundverkehrskommission.

<sup>2</sup> Vgl. Otto Fischer, Das Anerbenrecht in Deutschland, in Hochland I (1906/07)

das Anerbenrecht gewohnheitsmäßig und gesetzlich besteht, läßt sich schwerlich die vorhandene Zahl und Größe in den landwirtschaftlichen Besitz- und Betriebsverhältnissen auf immer erhalten. Mit wachsender Bevölkerung wird naturgemäß noch manches größere Gut geteilt werden. Der Macht der wirtschaftlichen Tatsachen und unabweisbarer Forderungen verschließt ja denn auch ein gut durchgeführtes Anerbenrecht die Wege nicht.

3. Bezüglich des geschlossenen Großgrundbesitzes ist insbesondere die neueste Gesetzgebung über das Fideikommißwesen zu erwähnen. In der Beurteilung dieser Gesetze gehen die Ansichten natürlich sehr auseinander.

Der Befestigung der Besitzverhältnisse sollte der 1917 dem preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegte Gesetzentwurf dienen, welcher nur gewisse Übelstände im Fideikommißwesen beseitigen, um dieses selbst in bestimmten Grenzen zu stärken, und der zugleich auch für den bauerlichen Besitz die Möglichkeit der Bindung schaffen wollte. Die Idee des Stammgutes, die Erhaltung eines Familiengutes Generationen hindurch in demselben Stamme, begegnete indes dem heftigsten Widerstande. Man empfand es als eine Ungerechtigkeit, daß ein Erbe allen andern Erben vorgehen solle. Man wies hin auf die Absurdität eines Ewigkeitsgesetzes, das hier durch den privaten Willen eines einzelnen allen künftigen Geschlechtern auferlegt werde. Man hob hervor, daß durch das Institut der Fideikommisse die Aufsaugung des mittleren und kleineren Landbesitzes befördert, die Gründung neuer Ansiedelungen erschwert und so das Unheil einer Latifundienwirtschaft heraufbeschworen werde usw.

„Die Fideikommisse sind aufzulösen.“ So ordnete die neue deutsche Reichsverfassung im Art. 155 an. Schon vor Erlaß der Reichsverfassung hatte eine preußische „Verordnung über Familiengüter“ (1919) die Auflösung der gebundenen Güter gefordert, dabei aber zunächst den Beteiligten die Möglichkeit einer „freiwilligen Auflösung“ durch vereinfachten Familienbeschluß gelassen. An das Gesetz über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen vom 23. Juni 1920, an die Ergänzung der Verordnung über Familiengüter und Hausvermögen durch die Verordnung vom 22. September 1920 schloß sich dann die Verordnung über die Zwangsauflösung der Familiengüter und Hausvermögen vom 19. November 1920. Diese Verordnung sollte für die Fideikommisse am 1. April 1921, für die Hausvermögen am 1. April 1923 in Wirkung treten. Zur Durchführung der Verordnung wurden besondere Auflösungsämter errichtet. Die Verordnung regelt und sichert in den sehr zahlreichen Fällen, in denen Armen- und Altersheime, Hospitäler und Schwesternanstalten, Waisenhäuser, Krüppelschulen und andere gemeinnützige Einrichtungen aus Fideikommißmitteln unterhalten werden, die Weitererfüllung der Leistungen aus dem Vermögen, die Ablösung dieser Leistungen sowie die Übertragung der Anstalten auf eine Stiftung oder eine Korporation öffentlichen Rechts, ebenso entsprechend die Erhaltung der Gemädegalerien, Büchereien, Archive und andern Sammlungen von besonderem künstlerischem, wissenschaftlichem oder geschichtlichem Wert.

Insbesondere enthält die Verordnung eingehende Bestimmungen über die Erhaltung der großen, volkswirtschaftlich überaus wichtigen Fideikommißwäldungen

durch die Bildung von Waldgütern und deren Vererbung nach einem durch die Verordnung in Anlehnung an das geltende Anerbenrecht neu eingeführten Guts-erbenrecht. Im Gegensatz zum Fideikommißrecht beruht das Guts-erbenrecht nicht auf der Anordnung des Stifters, sondern auf gesetzlicher Bestimmung, die sich aus Gründen des öffentlichen Interesses sogar gegen den Willen der Beteiligten durchsetzt; es dient nicht der Erhaltung des Ansehens der Familie, sondern der Einheit und Leistungsfähigkeit des Waldes, und es bedingt insbesondere auch keine Abweichungen vom allgemeinen Erb- und Pflichtteilsrecht, sondern nur die dem allgemeinen Anerbenrecht geläufige Bevorzugung eines gesetzlichen Erben vor den übrigen. Gleichfalls, wesentlich aus Gründen des öffentlichen Wohls, ist ferner die Erhaltung von Wein- und Deichgütern sowie von landwirtschaftlichen Mustergütern im Wege des ausgebauten Anerbenrechtes zugelassen.

**6. Die sozialistische Konzentrationstheorie und die Landwirtschaft.** Schon französische Sozialisten (Fourier und sein Schüler Considérant sowie Louis Blanc) wiesen darauf hin, daß die kleinen Unternehmungen von großkapitalistischen Unternehmungen unter der Herrschaft der freien Konkurrenz verdrängt würden, bis schließlich nur wenige „Feudale“ oder kapitalistische „Magnaten“ übrig blieben. Praktische Bedeutung hatte die Konzentrationstheorie für Fourier nicht, da dieser seine Phalansteren gleich einrichten wollte<sup>1</sup>. Nach Louis Blanc sollte der Staat durch seine größeren Betriebe auf der Grundlage der Konkurrenz die Privatunternehmungen, auch die größten, überwinden. Die Konzentration der Betriebe und Vermögen spielt aber dann wieder eine ganz besondere Rolle in der marxistischen Entwicklungslehre<sup>2</sup>. Die soziale und wirtschaftliche Umwälzung erscheint da, wie wir sahen, als die natürliche Fortbildung der kapitalistischen Produktionsweise. Die im Konzentrationsprozeß übrig gebliebenen Kapitalmagnaten werden schließlich von der Gesellschaft expropriert.

Es entsprach den Wünschen der älteren Sozialisten und der besondern Eigenart des marxistischen Schemas, daß der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung als allgemeine und einheitliche, im Gewerbe sowohl wie in der Landwirtschaft, in gleichem Maße und mit dem gleichen Endergebnis in Erscheinung trete. Die tatsächlichen Verhältnisse haben sich aber, wie einsichtsvolle Sozialisten zugeben<sup>3</sup>, ganz anders gestaltet. Die Erweiterung der Betriebsgröße findet sich bei der Landwirtschaft keineswegs, wie wir sie in der Industrie vor Augen sehen. Damit aber ist die ganze Konzentrationstheorie zusammengebrochen, insofern sich die sozialistische Idee des „Zukunftsstaates“ auf dieselbe stützte.

Welches sind die Gründe, welche einer Konzentration in der Landwirtschaft entgegenwirken? Es gibt deren namentlich zwei,

<sup>1</sup> Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 4, S. 320 f. (297 f.).

<sup>2</sup> Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 4, S. 344 ff. (316 ff.). Zum Ganzen vergleiche Gelesnoff, Grundzüge der Volkswirtschaft. Übersetzt von Altschul (1918) 163 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Cohnstätt, Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie (1904).



durch welche Gewerbe und Landwirtschaft sich unterscheiden: 1. Der organische Charakter der landwirtschaftlichen Produktion; 2. das besondere Verhältnis speziell der kleineren und mittleren Güter zum Markte.

Wie Ed. David bemerkt<sup>1</sup>, ist die gewerbliche Produktion ein mechanischer, die landwirtschaftliche aber ein organischer Prozeß. Im ganzen Pflanzenbau wird unorganische Materie in organische umgewandelt, in der Viehzucht werden animalische Stoffe aus vegetabilischen erzeugt. Dabei ist die Landwirtschaft abhängig von den unberechenbaren Kräften der Natur. Sie kann nicht sicher darauf rechnen, daß das Arbeitsprodukt jedesmal im richtigen Verhältnis, quantitativ und qualitativ, zu der aufgewendeten Arbeitsmasse steht: „Der Spinner kann ganz genau sagen, daß er aus so und soviel Baumwolle so und soviel Meter Garn einer bestimmten Fadenstärke erspinnen wird; der Landwirt kann nur hoffen, und diese Hoffnung wird oft genug betrogen.“<sup>2</sup> Die größere Abhängigkeit von der Natur und das Schwankende in Quantität und Qualität der Produkte zieht der landwirtschaftlichen Konzentration Grenzen.

Was für das Gewerbe als Vorzug des Großbetriebes gilt und auf diesen hindrängt, findet sich bei der Landwirtschaft nicht in gleichem Maße. Der saisonmäßige Charakter des landwirtschaftlichen Betriebes läßt nicht eine solche Arbeitsteilung zu, wie sie für den gewerblichen Großbetrieb ein mächtiges Mittel bildet. Der Produktionsprozeß vollzieht sich in der Landwirtschaft mit Unterbrechungen und zu verschiedener Zeit in verschiedenen Formen. In der Industrie bleibt der Arbeiter das ganze Jahr mit der gleichen Arbeit beschäftigt. Die mannigfaltigen Phasen der Rohstoffverarbeitung können dort gleichzeitig ausgeführt werden. Es ist aber unmöglich, gleichzeitig das Feld zu pflügen, das Korn zu säen, die Frucht zu ernten. Derselbe Arbeiter muß nacheinander sehr verschiedene Arbeiten verrichten.

„Das Symbol der Wirtschaft unserer Zeit ist die Präzisionsmaschine, der eiserne Sklave, der seine Funktionen unbedingt in der vorher errechneten Weise ausübt.“ Auch im landwirtschaftlichen Betriebe finden Maschinen Verwendung. Sie spielen aber da, speziell Kraftmaschinen (Dampfflug, elektrischer Pflug), eine relativ beschränkte Rolle. Wiederum ist es der saisonmäßige Charakter der Landwirtschaft, der die dauernde Verwendung der Maschinen ausschließt. Einen großen Teil des Jahres stehen diese unbenutzt da. Ferner haben landwirtschaftliche Maschinen keinen festen Standort, müssen beständig den Ort wechseln, wobei sie manchen Hindernissen begegnen. Ein Zentralmotor läßt sich nicht ver-

<sup>1</sup> Sozialismus und Landwirtschaft I (1903) 70. Vgl. auch Sering, Agrarfragen und Sozialismus, in Schmollers Jahrbuch 1899, 1493 ff.; Kautsky, Die Agrarfrage (1899); Aufsätze von Arthur Schulz in den Sozialistischen Monatsheften.

<sup>2</sup> Wygodzinski, Die wirtschaftliche Bedeutung des modernen Pflanzenbaues, in Schmollers Jahrbuch XXXIV (1910) 1749 ff.

wenden. Die landwirtschaftliche Maschine arbeitet auch nicht mit der mathematischen Gleichmäßigkeit wie die Maschine in der Fabrik.

Kurz, die lebendige Arbeit nimmt in der Landwirtschaft noch immer die erste Stelle ein. Darauf aber gründet sich zum großen Teil die Stärke des bäuerlichen Kleinbetriebes. Der Bauer arbeitet meist intensiver, sorgfältiger, sparsamer als der Lohnarbeiter. Die Familienangehörigen helfen mit, namentlich in der Besorgung des Viehes. Was der Großgrundbesitz vielleicht durch bessere Organisation des Betriebes erreichen kann, erreicht der Bauer durch Fleiß und sorgfältige Arbeit. Der Unterschied im relativen Ertrag ist nicht bedeutend. Der Großbetrieb hat gewiß Vorzüge, namentlich für den Getreidebau, während die bäuerliche Wirtschaft besondere Erfolge in der Viehzucht erstrebt. Auch für den Großbetrieb ist eine übermäßige Konzentration nicht von Vorteil. Die modernen technischen Fortschritte werden in Deutschland erfahrungsgemäß am besten in Betrieben von 200 bis 500 *ha* ausgenutzt.

Gerade die Bauernwirtschaft ist ferner weniger abhängig vom Markte. Die Produkte werden zum großen Teil in der eigenen Wirtschaft konsumiert. Das ist wieder ein Schutz für den bäuerlichen Kleinbesitz. Der Preisrückgang landwirtschaftlicher Produkte wirkt da weniger ungünstig usw.

**7. Statistisches** über Größenverhältnisse der Betriebe, Bodenbenutzung, Ernteerträge. Die Statistik widmet der Landwirtschaft besondere Erhebungen für Feststellung der Betriebe (Landwirtschaftliche Betriebszählungen), für Bodenbenutzung, für den Stand der Saaten und Ernten usw. Die Betriebszählungen verbanden sich mit den drei Berufszählungen in den Jahren 1882, 1895 und 1907. Aufnahmen über die landwirtschaftliche Bodenbenutzung hatte die Reichsstatistik vor dem Kriege vier veranstaltet: in den Jahren 1878, 1893, 1900 und 1913. Mit der Anlegung der Kataster<sup>1</sup> ist die Statistik der Bodenbenutzung immer zuverlässiger geworden. Sie kann insbesondere auch dazu dienen, um die notwendigen Unterlagen für Handelsvertragsverhandlungen zu beschaffen. Über den Stand der Saaten und Ernten erfolgen für jedes Jahr Erhebungen.

An dieser Stelle interessieren uns zunächst die Zahlen, die über die Größenverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe Aufschluß erteilen. Wir fügen aber gleich die Angaben über die Bodenbenutzung und Allgemeines über die Statistik des Saaten- und Erntestandes hinzu. Es dürfte sich empfehlen und genügen, hierfür vornehmlich auf die Verhältnisse vor dem Weltkriege Rücksicht zu nehmen, weil es vorerst unmöglich ist, ein abschließendes Gesamtbild von der durch den Ausgang des Krieges gewaltsam durchbrochenen Entwicklung zu gewinnen.

Die Statistik unterscheidet sieben Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe, die sich wieder auf die drei Hauptgruppen verteilen: Kleinbetriebe unter 2 *ha* (Zwergbetriebe unter 0,5 *ha* und Kleinstellenbetriebe mit 0,5 bis

<sup>1</sup> Zu Steuerzwecken sind die Grundsteuerkataster eingeführt worden. Der Boden wird genau vermessen und nach seiner Beschaffenheit abgeschätzt.

unter 2 *ha*), Mittelbetriebe von 2 bis unter 100 *ha* (kleinbäuerliche Betriebe mit 2 *ha* bis unter 5 *ha*, mittelbäuerliche Betriebe mit 5 *ha* bis unter 20 *ha*, großbäuerliche Betriebe mit 20 *ha* bis unter 100 *ha*), Großbetriebe mit 100 *ha* und darüber (100 *ha* und darüber: Großbetriebe im eigentlichen Sinne, 200 *ha* und mehr; größere Großbetriebe).

Das Schwergewicht der deutschen Landwirtschaft ruht in den bäuerlichen Betrieben (Mittelbetrieben). Der Anteil dieser Mittelbetriebe an der landwirtschaftlichen Fläche stieg von 69,9 % (1882) auf 70,3 % (1895) und auf 72,4 % (1907). Die von den Kleinbetrieben benutzte landwirtschaftliche Fläche verminderte sich in denselben Jahren der Betriebszählungen von 5,7 auf 5,6 und schließlich auf 5,4 %. Die Zahl der Zwergbetriebe hat sich stark vermehrt, nicht der Fläche, wohl aber der Zahl der Betriebe nach. Es erklärt sich das durch die stärkere Benutzung von Gärten, kleinen Landstücken, Laubenkolonien seitens der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Die Verschiebung innerhalb der Größengruppen zeigt zahlenmäßig — wie wir schon oben, bei der Zurückweisung einer allgemeinen Konzentrationstheorie, kurz erwähnten — daß das sog. „Konzentrationsgesetz“ im Sinne des marxistischen Sozialismus sich bei der Landwirtschaft nicht bestätigt. Die Abnahme ist hier um so größer, je größer die Güter sind. Dies beweisen vielleicht noch sinnfälliger die absoluten Zahlen der beiden letzten Zählungen von 1895 und 1907:

1. Latifundien (über 1000 *ha*). Abnahme der Betriebe von 572 auf 369. Verlust 203 Betriebe. Abnahme der Fläche von 802 115 *ha* auf 497 973 *ha*. Verlust 304 142 *ha*.

2. Große Güter (500 bis 1000 *ha*). Abnahme der Betriebe von 3608 auf 3129. Verlust 479 Betriebe. Abnahme der Fläche von 2 405 427 *ha* auf 2 053 881 *ha*. Verlust 351 546 *ha*.

3. Mittulgüter (100 bis 500 *ha*). Abnahme der Betriebe von 20 881 auf 20 068. Verlust 813 Betriebe. Abnahme der Fläche von 4 624 259 *ha* auf 4 503 163 *ha*. Verlust 121 096 *ha*.

4. Großbauern (20 bis 100 *ha*). Abnahme der Betriebe von 281 767 auf 262 191. Verlust 19 576 Betriebe. Abnahme der Fläche von 9 869 837 *ha* auf 9 322 106 *ha*. Verlust 547 731 *ha*.

Die Betriebszahl verminderte sich also bei diesen Gruppen um 21 000 und die Fläche um 1 324 000 *ha*.

5. Dagegen stieg der Anteil der Mittelbauern (10 bis 20 *ha*), und zwar Zunahme der Betriebe von 392 990 auf 412 741. Gewinn 19 751 Betriebe. Zunahme der Fläche von 5 488 219 *ha* auf 5 814 474 *ha*. Gewinn 326 255 *ha*.

6. Kleinbauern (3 bis 10 *ha*). Zunahme der Betriebe von 1 173 799 auf 1 230 677. Gewinn 56 878 Betriebe. Zunahme der Fläche von 6 429 354 *ha* auf 6 858 152 *ha*. Gewinn 428 798 *ha*.

Die Betriebe unter 3 *ha* vermehrten sich in der gleichen Zeit von 3 684 700 auf 3 806 907.

Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählungen und der Statistik der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung weichen in ihren Angaben über die letztere nicht wesentlich voneinander ab. Bei der letzten landwirtschaftlichen Betriebszählung (1907) waren folgende Flächen ermittelt worden.



Von der Gesamtfläche der landwirtschaftlichen Betriebe im Umfang von 43 106 486 *ha* wurden benutzt:

Bodenbenutzung	überhaupt	%
Als landwirtschaftliche Fläche . . . . .	31 834 874	73,9
und zwar als		
Ackerland . . . . .	24 432 354	56,7
Wiese . . . . .	5 951 630	13,8
Reiche Weide . . . . .	853 806	2,0
Gartenland . . . . .	481 716	1,1
Weingärten oder Weinberge . . . . .	115 368	0,3
Als nicht landwirtschaftliche Fläche . . . . .	11 271 612	26,1
und zwar als		
Forstland . . . . .	7 679 754	17,8
Geringere Weide und Hutung . . . . .	1 061 292	2,5
Öd- und Unland . . . . .	1 471 357	3,4
Sonstige Fläche . . . . .	1 059 209	2,4

Für 1895 war die landwirtschaftliche Fläche zu 32 517 941 *ha* berechnet worden. Das sind 183 000 *ha* mehr als 1907. Gleichwohl darf man daraus nicht auf eine Abnahme des Kulturlandes schließen. Das Aufnahmeverfahren war eben bei den Zählungen nicht das gleiche. Die Grenzen sind zwischen Weiden, Hutungen, Ödland keine festen. 1907 hat man nur die „reichen Weiden“, die pro Hektar mindestens eine Kuh ernähren, zur landwirtschaftlich benutzten Fläche gerechnet, nicht alle andern geringeren Weiden und Hutungen. Im allgemeinen war der land- und forstwirtschaftliche Kulturboden vor dem Kriege in etwa angewachsen. Während der Kriegszeit wurde dann ein beträchtlicher Teil des Öd- und Unlandes kultiviert<sup>1</sup>.

Da Wald sich nur bei größerer Ausdehnung regelrecht nutzen läßt, so entfällt das eigentliche Forstland meist auf den Großbetrieb. Bauernwirtschaften und Großbetriebe verfügen am meisten über Ackerland. Wiese findet sich in reichstem Maße bei den bäuerlichen und auch bei den Kleinstellenbetrieben, was bereits auf starke Viehzucht hinweist. Gartenland und Weinberge machen verhältnismäßig den größten Teil bei den Zwerg- (unter 0,5 *ha*) und Kleinstellenwirtschaften (0,5 bis unter 2 *ha*) aus. Etwa 624 000 Zwergbetriebe benutzten ihr Land ausschließlich gärtnerisch, andere (361 000) vornehmlich als Kartoffelland. Es waren zum großen Teil Laubenkolonien mit Gemüse- und Kartoffelbau.

<sup>1</sup> Die Gesamtsumme der europäischen Ödländereien wird für das Ende des vorigen Jahrhunderts auf mehr als 22 000 Quadratmeilen geschätzt, d. h. eine Fläche, die so groß ist, wie das alte Deutschland und Österreich-Ungarn, Holland und Dänemark zusammen. Die Statistik von 1913 gibt für Preußen an: Viehweiden und Hutungen rund 1 951 000 *ha*, an Moorflächen und sonstigem Un- und Ödland 1 197 900 *ha*, im ganzen rund 3 481 000 *ha*. Das ist zirka 10% der Gesamtfläche des Staates (gegenüber 11,4% im Jahre 1878). Vgl. B. Jaroslaw, Zur Kultivierung des Ödlandes, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik L (1915) 111 ff. (Auch besondere Schrift über denselben Gegenstand.)

Auf die Großbetriebe (100 *ha* und darüber) entfielen ungefähr 6 Millionen *ha* Ackerfläche, auf die bäuerlichen Betriebe über 17 Millionen *ha*, also fast das Dreifache. Im ganzen Reiche kam noch kein ganzes Viertel (24 %) des Ackerlandes auf die Großbetriebe, während die großbäuerlichen Betriebe 30 % und die mittelbäuerlichen 32 % des Ackerlandes bewirtschafteten. Bloß in Ostdeutschland standen die Großbetriebe mit 41 % an erster Stelle; gleichwohl hatten auch dort die bäuerlichen Betriebe alle zusammen mit 56 % das Übergewicht. In Nordwestdeutschland standen die großbäuerlichen Betriebe mit 44 % voran; in Süddeutschland und dem angrenzenden Mittelwestdeutschland waren die mittelbäuerlichen Betriebe stärker vertreten.

Von den 14,7 Millionen *ha*, die im Jahre 1907 auf den Getreidebau kamen, entfielen 3,5 Millionen *ha* (23 %) auf die Großbetriebe und 10,8 Millionen *ha* (74 %) auf die bäuerlichen Wirtschaften. Der Zuckerrübenbau war bei den Großbetrieben stärker vertreten (282 000 *ha*), als bei den bäuerlichen Betrieben (222 000 *ha*). Kartoffeln und Gemüse werden feldmäßig stark von den kleineren Betrieben angebaut. Der Weizenbau wird, allgemein gesprochen, vom Großbetrieb stärker betrieben, ebenso die Bestellung mit Menggetreide und der Anbau von Futterpflanzen. Auf die bäuerlichen Betriebe entfällt aber ein reicherer Besitz von Wiesen und Weiden. Vom Roggenanbau entfallen auf die Großbetriebe von der gesamten mit Roggen bestellten Fläche (6,1 Millionen *ha*) 21 %, auf die bäuerlichen Betriebe 75 % und auf die Kleinbetriebe 4,8 %. Auch Hafer entfällt verhältnismäßig mehr auf die bäuerlichen Betriebe. Im ganzen Deutschen Reiche umfaßte der Getreidebau mehr als die Hälfte des Ackerlandes, im Reichsdurchschnitt etwa 60 %.

Führen wir zum Schluß noch einige Zahlen der Reichsstatistik über Bodenbenutzung an:

Von der Gesamtfläche des Deutschen Reiches (vordem rund 54 Millionen Hektar<sup>1)</sup> kamen 1878 (1900) Hundertteile auf

1. Acker- und Gartenland . . . . .	48,26	(48,56)
2. Wiesen . . . . .	10,96	(11,02)
3. Weiden, reiche . . . . .	1,14	( 1,47)
geringe . . . . .	7,40	( 3,54)
4. Weinberge . . . . .	0,25	( 0,25)
5. Holzungen . . . . .	25,7	(25,9)

In Millionen Hektar entfielen 1878 (1900) auf Acker- und Gartenland 26,06 (26,26), auf Wiesen 5,91 (5,96), auf reiche Weiden 0,62 (0,80), auf geringe Weiden 4,00 (1,91), auf Weinberge 0,13 (0,14), auf Holzungen 13,87 (14,00).

Nach Jahrgang 1915 des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich (Bd. XLVII) entfielen im Jahre 1913 in Deutschland:

	in 1000 <i>ha</i>	von je 1000 <i>ha</i> der Gesamtfläche
auf Acker- und Gartenland . . . . .	26 059,2	48,1
„ Wiesen . . . . .	5 991,7	11,1
„ Weiden und Hutungen . . . . .	2 592,5	4,8
„ Obstanlagen auf dem Felde . . . . .	51,8	0,1

<sup>1</sup> Welchen Einfluß das Vermessungswesen auf die Statistik ausübt, zeigen die verschiedenen Angaben über die Gesamtfläche des Reiches. 1878 wurden dafür 53 998 383 *ha* angeführt und 1900: 54 064 785 *ha*.

	in 1000 ha	von je 1000 ha der Gesamtfläche
auf Weinberge . . . . .	118,6	0,2
„ Forsten und Holzungen . .	14 223,2	26,3
„ Haus- und Hofräume, Öd- und Unland, Wege, Gewässer usw. .	5 072,8	9,4

Benutzung des Acker- und Gartenlandes im besondern:

Im Jahre 1913 waren gewidmet:

	in 1000 ha	von je 100 ha der Fläche des Acker- und Gartenlandes
den Getreidearten und Hülsen- früchten . . . . .	16 250,9	62,4
„ Hackfrüchten . . . . .	4 995,0	19,2
„ Gartengewächsen (Gemüsen)	128,3	0,5
„ Handelsgewächsen . . . .	112,3	0,4
„ Futterpflanzen . . . . .	2 655,4	10,2
der Ackerweide und Brache . .	1 380,7	5,3
den Haus- und Obstgärten . .	536,6	2,0

Die Anbauflächen (Acker, Wiesen, Viehweiden, Weinberge) beliefen sich (Mai) 1920 auf 28,0 Millionen Hektar (im Deutschen Reiche); 1921 (Mai) auf 28,1 Millionen Hektar.

Über den Saatenstand wurden in der Mitte April bis einschließlich November eines jeden Jahres von landwirtschaftlichen Vertrauensmännern<sup>1</sup> Berichte an die statistischen Ämter eingesandt mit 5 Begutachtungsnummern oder Noten (1. sehr gut, 2. gut, 3. mittel, 4. gering, 5. sehr gering). Seit 1899 war denselben andwirtschaftlichen Vertrauensmännern die Ermittlung der Ernteerträge übertragen. Sie machten ihre Angaben im November. Auf Anregung des internationalen landwirtschaftlichen Instituts (Rom)<sup>2</sup> wurden (mit 1910) schon frühere, vorläufige Feststellungen (für Roggen schon vom Juli an) vorgenommen. Die Ernte von Brotgetreide stieg in Deutschland von 1899/1901 bis 1910/1912: um 30 % für Roggen und um 21 % für Weizen. Die Bevölkerung hatte in dem entsprechenden Zeitraum (von 1900 bis 1910) um 17 % zugenommen. An Brotgetreide gab es also einen erfreulichen Zuwachs. Die Haferernte nahm in der gleichen Zeit um 15 % zu bei starker Ausdehnung des Anbaues. Der Zuwachs war geringer als die Zunahme der Bevölkerung, aber größer als die Zunahme des Pferdebestandes (1900 bis 1912: 7,6 %). Die Gerste brachte bei verminderter Anbaufläche nur 2,6 % mehr. Die Kartoffelernte, die 1878: 23 639 000 t ergab, betrug 1912: 50 209 000 t, 1911 aber 34 374 000 t. Wegen der geringen Ernte des trockenen Jahres 1911 blieb der Erntezuwachs für die drei Jahre 1910—1912 nur unbedeutend (0,23 %).

Die größten Ernten entfielen auf die preußische Provinz Sachsen nebst Braunschweig und Anhalt. Insbesondere der Weizen, aber auch Hafer und Gerste liefern dort hohe Erträge. Schleswig-Holstein verfügt über reiche Weizen- und

<sup>1</sup> Auch in Österreich war die Erntestatistik auf die Schätzungen sog. landwirtschaftlicher Sachverständigen gestützt. Früher wurden bei uns die Gemeindevorstände damit betraut. Die Statistik der Sachverständigen fiel im allgemeinen günstiger aus als die der Gemeindevorstände, leicht etwas zu günstig.

<sup>2</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 4, § 5, S. 683.



Gersteerten, über letztere auch Mecklenburg-Schwerin. Die relativ schwächsten Ernten an Roggen hat der Osten, wo er am meisten angebaut wird, und ebenso auch der Süden, der seinen Anbau bevorzugt. Roggen bringt überhaupt und im allgemeinen weniger Frucht auf den Hektar als die übrigen Getreidearten. Der Süden zeichnet sich namentlich durch Wiesen-, Wein-, Obst-, Tabak- und Hopfenbau aus. In der Kartoffelernte standen die preußischen Provinzen Brandenburg, Posen, Schlesien voran, ebenso Sachsen und Braunschweig.

Das Schwanken der Ernteerträge in verschiedenen Jahren je nach den natürlichen Bedingungen (Witterung) läßt folgende Übersicht erkennen:

Der durchschnittliche Ernteertrag betrug in den Jahren 1893—1906 auf den Hektar im Maximum und Minimum (je 100 Kilogramm):

	Roggen	Weizen	Spelz	Sommer- gerste	Kartoffel	Hafer	Wiesenheu
Maximum:	16,5	20,4	15,7	19,5	146,7	20,0	48,3
Minimum:	13,2	15,8	13,2	14,8	105,9	10,7	22,3
1914:	16,0	19,0	13,8	19,9	134,6	20,6	50,4

Die November-Ernteermittlung ergab für das verkleinerte Deutsche Reich (in Millionen Tonnen):

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1919	2,1	6,0	1,7	4,5
1920	2,2	4,9	1,8	4,8
1921 (geschätzt)	2,6	5,5	1,8	4,8

Einfuhrüberschuß an Brotgetreide 1920: 1,05 Millionen Tonnen. Die Einfuhr hat sich den wechselnden Bedürfnissen anzupassen. Der größte Bedarf herrscht in der Übergangszeit von der alten zur neuen Ernte.

Die Welternte der wichtigsten Brotfrüchte wird für die Jahrhundertwende im Durchschnitt auf rund 100 Millionen Tonnen Weizen zu veranschlagen sein und die Roggenernte auf etwa 50 Millionen Tonnen.

Einen Überblick über die Erträge der beiden wichtigsten Brotfrüchte läßt diesbezüglich die internationale Bedeutung des ungeschmälernten Deutschlands erkennen.

Im Jahre 1909 (teilweise 1908 usw.) wurden angebaut<sup>1</sup> bzw. geerntet in

	Weizen angebaut (1000 ha)	Weizen geerntet (1000 kg)	Roggen angebaut (1000 ha)	Roggen geerntet (1000 kg)
Deutschland	1 831	3 756	6 131	11 348
Österreich	1 191	1 591	2 078	2 907
Ungarn	3 885	4 502	1 127	1 212
Frankreich	6 564	8 618	1 244	1 313
Großbritannien und Irland	756	1 720	unbed.	unbed.
Rußland	23 085	19 362	28 175	22 277
Rumänien	1 689	1 602	137	78
Vereinigte Staaten	18 907	20 037	812	818

Dazu kamen noch als bedeutende Weizenausfuhrländer: Argentinien mit 5760 Anbau und 5239 Ernte, Kanada mit 3136 Anbau und 4538 Ernte, Britisch-Indien mit 8884 Anbau und 7047 Ernte.

<sup>1</sup> Man vgl. die etwas höheren Zahlen (1909/10) bei Ballod, Grundriß der Statistik (1913) 343, Tab. 19.

Die Erträge sind dort inzwischen gestiegen, aber regelmäßig auch der Eigenbedarf. Seibt<sup>1</sup> veranschlagt den Eigenbedarf der Vereinigten Staaten mit Kanada auf 24 Millionen Tonnen (1917). Im besten Falle, bei günstiger Ernte, könnten sie etwa 5 Millionen Tonnen abgeben. Argentinien, Australien und Indien können nach Seibt etwa 5—6 Millionen Tonnen ans Ausland liefern. Der Getreidebedarf Englands, Frankreichs und Italiens aber wurde für das Jahr 1916/1917 auf 10,5 Millionen Tonnen veranschlagt.

Der „Reichsanzeiger“ machte dreimal im Monat Mitteilungen über Deutschlands Ein- und Ausfuhr von Getreide, wöchentlich über die Roggen- und Weizenpreise an deutschen und fremden Großhandelsplätzen. Deutschland hatte sich vor dem Kriege für Roggen in ein Ausfuhrland umgewandelt. Die Roggeneinfuhr wurde von der Ausfuhr übertroffen<sup>2</sup>. Für Weizen und Gerste aber war das Ausland in stärkerem Maße in Anspruch genommen worden.

Die Entwicklung des Viehstapels wies vor dem Kriege eine starke Vermehrung der Schweine auf. Ihre Zahl hatte sich in der Zeit von 1873 bis 1912 mehr als verdreifacht. Der Rindviehbestand nahm gleichzeitig um 28% zu, der Pferdebestand um 35%. Ziegen vermehrten sich um 46%, Schafe aber hatten fortdauernd abgenommen. Die intensivere Bewirtschaftung des Bodens beschränkte für sie den Nahrungsraum, und ihre Wolle unterlag dem ausländischen Wettbewerb. 1912 gab es in Deutschland nur 11115 Esel und 1747 Maultiere und Maulesel. Der Krieg hat nun allerdings in unserem Viehbestand stark ausgeräumt. Es wird nicht geringer Mühe bedürfen, ihn wieder auf seine alte Höhe zu bringen.

#### Viehbestand im Deutschen Reiche:

	1913	1919	1920
Rindvieh . .	18 648 217	16 317 329	16 789 844
Schweine . .	22 775 120	11 517 875	14 149 462
Schafe . .	4 991 959	5 340 527	6 139 289
Ziegen . .	3 256 853	4 139 601	4 451 463

#### Beschaupflichtige Schlachtungen:

	1913	1920	1921
Einhufner . .	45 263	42 486	30 400
Rindvieh . .	1 775 104	665 493	1 156 863
Schweine . .	4 068 309	661 468	1 640 835

<sup>1</sup> Berliner Lokalanzeiger 35. Jahrg., Nr. 201, 21. April 1917: Die Aushungerung Englands 1917.

<sup>2</sup> Das deutsche Brotgetreide weist einen verhältnismäßig hohen Feuchtigkeitsgehalt auf; die Konservierung desselben über das Frühjahr und namentlich über die gefährliche Keimzeit hinaus ist daher mit einem Risiko verbunden, dem sich sehr viele Einzelwirtschaften nicht aussetzen wollten. So strömten denn alljährlich große Mengen deutschen Brotgetreides während des Winters und im Frühjahr nach dem Auslande. Der Abgang konnte im Sommer wieder durch trockenes, unter einer heißeren Sonne erzeugtes, ausländisches Getreide ersetzt werden, ein Vorgang, der durch das sog. Einfuhrscheinwesen (zollfreie Einfuhr eines dem ausgeführten gleichen Quantum) wesentlich erleichtert wurde. An Müllereierzeugnissen führte Deutschland der Menge wie dem Werte nach mehr Waren aus als ein. Gerade an den Hafenorten hatten sich viele Großbetriebe angesiedelt.

## § 5.

**Erhaltung und Sicherung der Landwirtschaft und des  
bäuerlichen Wohlstandes.**

**1. Agrarkrisen und Agrarfragen.** In den letzten Dezennien vor dem Weltkriege wurde oft von einer „Agrarkrise“ gesprochen. Man bezeichnete mit diesem Worte die Gefährdung eines erheblichen Teiles der Landwirte in ihrer wirtschaftlichen Existenz. „Agrarfrage“ war dann die Frage nach den Ursachen der herrschenden Agrarkrise und nach den Heilmitteln derselben, also nach den Mitteln und Wegen, um dem Notstande der Landwirtschaft abzuhelpfen.

Welches waren die Gründe der Agrarkrise? Die Bauernbefreiung aus entarteter Feudalhörigkeit zu Anfang des 19. Jahrhunderts war zum Teil Verdienst des nach der französischen Revolution allenthalben siegreich vordringenden Liberalismus. Diese Befreiung war anderseits ohne Zweifel auch eine soziale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Sie blieb indes für die Landwirtschaft und das Gemeinwesen nur teilweise eine Wohltat, weil der ungezügelter Freiheitsdrang nun auch solche Schranken niederwarf, welche für den allgemeinen und den ländlichen Wohlstand von höchster Bedeutung waren.

Privateigentum am Boden gewährleistet größere Intensität und Fruchtbarkeit der Arbeit als Gemeineigentum. Allein das private Eigentum löst den Boden darum doch nicht von der staatlichen Gemeinschaft, überantwortet ihm nicht völlig privater Willkür und privatem Eigennutz. Es bleibt die öffentlich-rechtliche Bestimmung des nationalen Bodens, Urnährquelle des Volkes zu sein, und für den Eigentümer die Pflicht, den Boden dementsprechend zu betrachten und zu behandeln.

Der freiwirtschaftlichen Epoche aber fehlte das Verständnis für die nationale Bestimmung und ebenso für die natürliche Eigenart des Bodens. Er wurde jeder öffentlichen Rechtsbeziehung entkleidet, der Bodenbesitz und die Bodenbenutzung als reine Privatsache, beherrscht lediglich von dem Privatinteresse des einzelnen Besitzers, betrachtet. Boden und Bodenbesitzer sahen sich der freien fessellosen Konkurrenz im Sinne der Freiwirtschaft überantwortet. Die alten gemeinschaftlichen Nutzungen von Grundstücken und das Gesamteigentum der Markgenossenschaften wurden, wie wir schon sahen, meist beseitigt, absolute Freiheit in der Bewirtschaftung des Grundeigentums eingeführt. An- und Verkauf, sowie Teilung von Grundstücken waren jetzt von jeder Schranke befreit. Vorkaufs- und Nacherrechte, gesetzliche Vorschriften über geschlossene Güter mit Anerbenrecht, Verbote von Parzellierungen und „Güterschlächtereien“ (der Teilung unter eine gesetzliche Minimalfläche) bestanden vorerst nicht mehr. Jede Abweichung vom allgemeinen Rechte, jede der besondern Eigenart des Grundbesitzes Rechnung tragende Bestimmung des Eigentums- und Erbrechtes war verpönt. Und auch der Landwirt selbst sah sich nur zu



oft in den Wirbel des Verkehrs mit hineingerissen, wo er nicht mehr der „Bauer“ war, sondern der wechselfähige Unternehmer — eine Stellung, in welcher der gewöhnliche Landmann, bei seiner natürlichen Einfachheit, nur zu leicht das Opfer eigensüchtiger Zwischenhändler und gewissenloser Wucherer wurde.

Die erste Hauptursache des bauerlichen Notstandes vor dem Weltkriege aber wurde von den hervorragendsten der mit der Agrarfrage sich beschäftigenden Autoren in der überaus starken

2. Verschuldung des agrarischen Bodens erblickt. Nach der amtlichen Statistik über den Hypothekenstand in Preußen (seit 1886) betrug auf dem Lande die Zunahme der Verschuldung, d. h. die Summe der Hypotheken, die mehr eingetragen als gelöscht wurden:

im Jahre 1890	.	.	.	.	.	156 376 000 M
„ „ 1900	.	.	.	.	.	395 694 000 M
„ „ 1910	.	.	.	.	.	733 800 000 M
„ „ 1910	.	.	.	.	.	787 140 000 M

Insgesamt betrug die Zunahme der Verschuldung von 1886 bis 1913 rund 11 000 Millionen Mark. Eine Verzinsung von durchschnittlich 4 % vorausgesetzt, bedeutete das für das Jahr 1913 eine Mehrbelastung der preußischen Landwirtschaft im Vergleich zu 1886 um rund 440 Millionen Mark mehr Jahreszinsen, für jeden Tag um über 1 200 000 M mehr als 27 Jahre zuvor.

Vor dem Kriege dürfte, wie angenommen wird, die preußische Landwirtschaft mit einer Schuldensumme von rund 15 000 Millionen Mark belastet gewesen sein. Nach Sering wuchs die Hypothekenschuld der preußischen Landwirtschaft jährlich um 200 Millionen Mark.

In Bayern, rechts vom Rheine, betrug der Zuwachs

	des Versicherungswertes	der Hypothekenverschuldung
1865	93,3	129,64 Millionen Mark
1896	114,6	165,46 „ „
1897	149,0	227,39 „ „

Die große Zahl der Zwangsversteigerungen konnte unter diesen Umständen nicht in Erstaunen setzen. In den Jahren 1886—1898 kamen im ganzen Reiche nicht weniger als 25 766 Betriebe mit 883 161 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche zur Versteigerung. Im Jahre 1899 waren es in Preußen noch 1210 Fälle. Dann nahm die Zahl der Zwangsversteigerungen ab. 1905 betrug die Zahl der Subhastationen 963 und 1911: 713. Der Rückgang der Zwangsverkäufe (namentlich bei größeren Gütern) stand im Zusammenhang mit der preußischen Ansiedlungspolitik in Posen und Westpreußen. Es wurden von 1886 bis 1911 nicht weniger als 740 Millionen Mark für den Ankauf von Gütern zur Verfügung gestellt und dabei manches Gut dem drohenden Zusammenbruch entzogen. Zu beachten bleibt, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch auch eintreten kann, ohne daß es gerade zur Subhastation kommt.

Die unnatürliche Gleichstellung des Mobiliar- und Immobilienverkehrs, wie sie die freiwirtschaftliche Epoche brachte, führte dazu, daß auch der Kreditverkehr den Boden nicht mehr in seiner Eigenart und seiner natürlichen Ertragsfähigkeit erfaßte, sondern in ihm nur den Geldwert berücksichtigte und diesen Geldwert (Verkehrswert, Tauschwert) als zinstragendes Kapital behandelte.

Das Geld ist vollkommen beweglich, der Boden aber unbeweglich; das Geldkapital kann frei dem Gewinn nachgehen, der Boden bringt eine nicht nur wechselnde, sondern auch durch natürliche Bedingungen und Ursachen stets beschränkte Ernte; das Kapital zieht sich meist leichter aus jedem Geschäft wieder heraus, nicht so das auf den Boden verwendete Kapital; es wirft einen mäßigen jährlichen Ertrag ab in der Rente. Diese Rente, der agrarische Reinertrag, bildet den natürlichen Wertmaßstab des Bodens. Die kapitalisierte Rente stellt den Ertragswert von Grund und Boden dar.

Der Verkehrspreis des Bodens aber wurde durch eine anormale, die Eigenart des Bodens nicht berücksichtigende Preisbildung bei freiem Verkehr weit über den Ertragswert hinausgehoben. Der Boden steht eben in beschränktem Maße zur Verfügung, der Bauer ist anderseits darauf angewiesen, Boden zu erwerben. Auch sonst ist der Boden beliebtes Kaufobjekt. Die Konkurrenz der Käufer aber treibt den Preis in die Höhe.

1. Der Grundbesitzer bezahlt so in der Regel schon beim Erwerb durch Kauf mehr als die kapitalisierte Durchschnittsrente. Für den geschuldeten Rest der (jederzeit kündbaren) Kaufsumme muß der Zins nach dem geltenden Kapitalzinsfuß gezahlt werden. Der Eigentümer hat also den Zins für den verschuldeten Teil seines Anwesens durch die Rente des unverschuldeten Teiles zu ergänzen. Der Erwerb war zu teuer und die Verzinsung des Kaufschillingsrestes zu hoch. Das mußte notwendig zu wachsender Verschuldung führen.

2. Eine neue Quelle der Verschuldung öffnete sich bei jedem Besitzwechsel durch Erbgang. Die Erbabfindung gleichberechtigter Erben bildete wohl die häufigste Veranlassung zur hypothekarischen Belastung des Bodens, wo der Besitz auf einen Gutserben (den Anerben) übergeht. Auch hier wirkte die Überschätzung des Bodenwertes verderblich. Wenn der Erbe zur Abfindung seiner Miterben Kapital aufnimmt und einen 4—5%igen Kapitalzins zahlen muß, während die Bodenrente sich auf 3% beschränkt, dann wird es ihm doch überschwer sein, noch Schuldentilgung vorzunehmen. In den Gebieten, wo Zwangsteilung herrschte, wurde die Landwirtschaft nicht leicht durch Erbgang verschuldet. Hier traten aber andere Übelstände auf (Zwergwirtschaft usw.).

Weniger als durch Kauf- und Erbschulden wird die Landwirtschaft durch Meliorations- und Betriebsschulden bedrückt<sup>1</sup>. Es sind

<sup>1</sup> Nur etwa ein Fünftel der Grundverschuldung dürfte Meliorationszwecken gewidmet worden sein; vier Fünftel entfielen auf Kapitalanleihen bei Kauf und Erbgang.

das Geldanleihen z. B. zur Herstellung und Verbesserung landwirtschaftlicher Gebäude, zur Erhöhung der Fruchtbarkeit des Bodens durch Ent- und Bewässerung usw., zur Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen usw. Mit Sachkenntnis und ökonomischer Klugheit aufgewendete Meliorations-schulden fördern die Wirtschaft; sie rentieren durch den Betrieb selbst.

Als zweite Hauptursache der landwirtschaftlichen Notlage galt

**3. die Verminderung der Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes.** Der Rothertrag (Natural-Rothertrag) besteht in der Summe oder Menge der Produkte. Der Reinertrag (Geldreinertrag) ist der Geldbetrag, der dem Landwirte nach Abzug aller Wirtschaftsausgaben übrig bleibt. Das Verhältnis vom Rein- zum Rothertrag wird bedingt einmal durch die Summe der Wirtschaftskosten, sodann durch die Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Die Preise aber waren seit Ende der 1870er Jahre zurückgegangen und gleichzeitig die Wirtschaftskosten gestiegen (namentlich infolge der hohen Bodenpreise, der hohen Pachtpreise, der höheren Arbeitslöhne [Leutenot], der starken Belastung mit steuerlichen Abgaben).

Ursache des Sinkens der Preise war indes vornehmlich die ausländische Konkurrenz. Seit den 1870er Jahren hatten Nordamerika, Rußland und andere Länder ihr Eisenbahnnetz und sonstige Verkehrsstraßen gewaltig ausgebaut. Sie konnten dadurch bisher ungenutzte große Strecken Landes zum Getreidebau heranziehen und reichlich Getreide ausführen. Dadurch wurde der Weltmarktpreis des Getreides um so mehr herabgedrückt, da jene Länder ihr Getreide auch verhältnismäßig billig anbieten konnten. Bei günstigen klimatischen Verhältnissen der in Betracht kommenden überseeischen Gebiete namentlich war der Boden dort vielfach sehr fruchtbar, die Bearbeitung des Bodens überdies bei extensiver Kultur billiger; der Boden bedurfte weniger Pflege, weniger Dünger usw. Auch die Transportkosten waren bei den modernen Verkehrsverhältnissen, der hohen Entwicklung der Maschinenteknik, der Schiffsbautechnik usw., bei der Konkurrenz der Transportgesellschaften rasch und stark gesunken. Die Fracht für die überseeischen Massentransporte fiel seit 1869 bis etwa zu Beginn des neuen Jahrhunderts um 50 %, nach einer von der Hamburger Handelskammer veranstalteten Untersuchung sogar um 75 %. Eine Tonne Weizen konnte vor dem Kriege von Buenos Aires nach irgendeinem europäischen Hafen für 10 M. verfrachtet werden. Die Fracht für einen Bushel Weizen von Neuyork nach Liverpool betrug 1876: 6 Pence, 1908 nur mehr 1½ Pence. Die Preise der tierischen Erzeugnisse (mit Ausnahme der Wolle) hatten bei deren geringeren Transport- und Aufbewahrungsfähigkeit weniger abgenommen als die Getreidepreise, auf welche eben die ausländische Konkurrenz, so lange die Schutzzölle fehlten, mächtig drückte.

**4. Als sekundäre Ursachen der landwirtschaftlichen Notlage wurden namentlich noch die Verschiedenheit der Geldwährung in den**



Verkehrsländern, der Blanko-Terminhandel an den Getreidebörsen, ein ausbeuterischer Zwischenhandel aufgeführt. Die Ansichten über die Bedeutung dieser Einflüsse sind indes geteilt.

Länder mit minderwertigem Gelde finden auf jedem ausländischen Markte mit besserer Währung, selbst bei niedrigen Preisen, größere Vorteile als beim Verkauf der Produkte im Inlande. Die Bezahlung mit mehrwertigem Gelde entschädigt für die Unkosten des Transportes usw. In solche Gegenden wird auch kaum aus Ländern mit besserer Währung exportiert, da die Bezahlung mit schlechterem Gelde erfolgt und eine entsprechende Erhöhung des Preises nicht immer möglich ist. Auch von der Goltz verkennt nicht die Schäden, die sich aus solcher Verschiedenheit der Währungsverhältnisse ergaben, schreibt ihnen aber doch geringere Bedeutung zu im Vergleich mit der Tatsache der ausländischen Konkurrenz an und für sich.

Zu den Mitursachen der Herabdrückung des Getreidepreises wird sodann die Börsenspekulation gezählt, der Blanko-Terminhandel in Getreide an den Getreidebörsen. Dabei wird nur die Differenz zwischen dem am Tage des Abschlusses des Geschäftes bestimmten und am Erfüllungstage tatsächlich geltenden Preise gezahlt. Während die einen die ungünstige Einwirkung solcher Blankogeschäfte auf das reelle Getreidegeschäft stark betonen, wird von andern deren Einfluß geringer eingeschätzt oder gar mit der Nützlichkeit des spekulativen Terminhandels verteidigt.

Der Zwischenhandel sucht natürlich billig zu kaufen und teuer zu verkaufen an Konsumenten oder andere Händler. Dabei werden aber Produzenten und Konsumenten nicht selten stark geschädigt. Insbesondere schädlich kann außer der Häufung der Zwischenhändler ein künstliches Monopol wirken, wenn nämlich die Zwischenhändler unter sich vereinbaren, in einer Gegend nur zu diesem oder jenem Preise zu kaufen, den Preis dadurch drücken und anderseits mit hohem Gewinne teuer verkaufen.

Nicht überall trat die Notlage in gleicher Schärfe hervor. Ungünstige geographische und klimatische Verhältnisse (z. B. in den östlichen und namentlich nordöstlichen Gegenden Deutschlands) führten eine schlechtere Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung herbei. Auch litt der Großgrundbesitz stärker unter den niedrigen Getreidepreisen und den erhöhten Wirtschaftskosten. Doch auch in derselben Gegend war die Not sehr verschieden bei den einzelnen Wirtschaften. Die Verschiedenheit der Schicksale hängt eben hier wieder sehr von dem Maße der persönlichen Tüchtigkeit, von der Sorgfalt und Sparsamkeit in der Wirtschaftsweise, von der Ordnung in der Geschäftsführung, von der Lebenshaltung ab. Es läßt sich nicht leugnen, daß bei manchen Landwirten subjektives Verschulden Ursache oder Mitursache der Not war. Vergnügungssucht, gefördert durch das Militärwesen, der Umgang mit den Städten usw. ver-

drängten die alte Einfachheit, ließen Bedürfnisse entstehen und führten zu Gewöhnungen, die nicht mehr im richtigen Verhältnis zu dem Einkommen standen. Es wäre verfehlt, hierin die allgemeinen Ursachen der Not zu erblicken. Aber gerade solche Leute trifft die Schuld, wenn zuweilen, mit Unrecht generalisierend, in spöttischer Weise von den „notleidenden Agrariern“ gesprochen wurde.

**5. Der prinzipielle Ausgangspunkt gegenwärtiger agrarischer Reformbestrebungen.** Für jede Reformfrage ist es von entscheidender Bedeutung, ob, wie und in welcher Weise dabei die individualistische privatwirtschaftliche oder die solidaristische volkswirtschaftliche Auffassung in den Vordergrund gestellt wird. Wer mit Thaer<sup>1</sup> sagt: Die Landwirtschaft ist ein Gewerbe, welches zum Zweck hat, durch Produktion vegetabilischer und tierischer Substanzen Gewinn zu erzeugen und Geld zu erwerben, der mag auch geneigt sein, nicht so sehr in der möglichst hohen Produktion von Gebrauchsgütern, sondern in dem höchsten privaten Reingewinn schlechthin und letztlich den Zweck der Landwirtschaft und demgemäß auch in der Sicherung der privatwirtschaftlichen Rentabilität des Grundbesitzes das eigentliche und einzige Ziel der Agrarreform zu erblicken.

Die solidaristische volkswirtschaftliche Auffassung dagegen wird zwar auch dem subjektiven Gewinnzwecke der wirtschaftlichen Tätigkeit innerhalb der Verkehrswirtschaft gerecht. Aber sie betont, daß dieser subjektive Zweck nur durch Erfüllung des objektiven Zweckes erstrebt, daß Gewinn nur durch Deckung fremden Bedarfs erworben werde, daß man verdienen soll, indem man dient. Dabei bleibt der innerhalb der sozialen Einheit einer und derselben Volkswirtschaft Stehende an den Zweck dieser Gemeinschaft, an die Bedarfsdeckung zunächst des eigenen Volkes gebunden. Das schließt den Welthandel nicht aus. Im Gegenteil wird jede kraftvolle Volkswirtschaft ihre Überschüsse an andere Völker abgeben und den durch die eigene Produktion nicht gedeckten Bedarf durch den Welthandel zu decken bestrebt sein. Auch für das Gebiet des Welthandels bewahrt aber der objektive Zweck der wirtschaftlichen Tätigkeit der Volksgenossen seine Geltung; auch der Welthandel dient nicht nur der Erzielung höchsten privaten Gewinnes, sondern zugleich unmittelbar oder mittelbar der Befriedigung nationalen Bedarfs, der fortschreitenden Entwicklung und Blüte der eigenen Volkswirtschaft; auch der Welthandel verdient, indem er dient, nicht nur der Menschheit im allgemeinen, den fremden Konsumenten und Produzenten, sondern in erster Linie dem eigenen Volke und dessen Volkswirtschaft.

Was schon für die wirtschaftliche Tätigkeit der Volksgenossen im allgemeinen gilt, das gilt in erhöhtem Maße gerade für die landwirtschaftliche Tätigkeit. Der Boden ist die Grundlage des Staates und der staatlichen Existenz. Er ist die Urnährquelle des Volkes. Um des Bodens

<sup>1</sup> Grundsätze der rationellen Landwirtschaft (1809).

und seiner Früchte willen haben die Völker sich einst ihren Wohnsitz gewählt, und auch heute suchen sie naturgemäß ihre Nahrung an erster Stelle auf und von dem Boden ihrer Heimat. Nirgends zeigt sich denn auch, wie Ratzinger<sup>1</sup> sagt, „die Gemeinsamkeit der Interessen der Gesamtheit und des sittlichen, der Pflichten des Besitzes sich wohl bewußten Einzeleigentums so offen und klar wie bei Grund und Boden. Die Gesamtheit hat das Recht, zu fordern, daß der Boden mit möglichster Liebe und Hingabe bebaut<sup>2</sup> und gegen Ausbeutung und Abschwendung geschützt werde, damit er für die Gegenwart den möglichsten Ertrag an Früchten für alle liefere und für die Zukunft durch gehäufte Arbeit und Pflege an Fruchtbarkeit und Ertragsfähigkeit zunehme. Dies ist aber auch das wohlverstandene und dauernde Interesse des Bodeneigentümers. . . . Das eigene Interesse zwingt ihn, auch das Interesse der Gesamtheit wahrzunehmen, das Gut zu pflegen und vor Ausbeutung und Abschwendung zu schützen.“

Noch mehr tritt diese Aufgabe des vaterländischen Bodens, Nahrungsquelle des eigenen Volkes zu sein, dort hervor, wo geographische Lage, politische Gefahren ein Volk in ganz besonderer Weise für seine Ernährung an den eigenen Boden weisen, wo es geradezu tollkühn wäre, die Volksernährung nicht im wesentlichen auf die Produktion des Inlandes, sondern auf Weltproduktion und Welthandel zu stellen. Der Weltkrieg hat hier mit manchen in der Friedenszeit eifrig vertretenen Theorien aufgeräumt, hat die Richtigkeit der nationalen Wirtschaftspolitik gegenüber einer Überspannung der Weltwirtschaft, die Bedeutung der vaterländischen Scholle und der nationalen Arbeit gegenüber einer Überschätzung des Handels, insbesondere des Welthandels, ins hellste Licht gerückt. Das gilt namentlich für Deutschland. Aber selbst England hat es während des Krieges gelernt, daß insulare Lage und eine gewaltige Hochseeflotte nicht immer ausreichenden Schutz für ein Land bilden, welches seine Ernährung vom überseeischen Verkehr und vom Welthandel abhängig macht.

Die Agrarreform wird darum an erster Stelle die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität ins Auge fassen und an zweiter Stelle alles das den Landwirten gewähren müssen, was diese befähigt, ihrer nationalen Aufgabe gerecht zu werden.

6. Beseitigung von Hemmnissen der Produktivität. Wir denken hier namentlich an das, was man in Österreich die „agrарischen Operationen“ nannte, d. h. an den Inbegriff jener agrарischen Reformtätigkeit, welche die in den Besitz- und Benutzungsverhältnissen liegenden, eine bessere Bewirtschaftung hindernden Übelstände zu beseitigen trachtet. Wo das

<sup>1</sup> Die Erhaltung des Bauernstandes (1883) 4 f.

<sup>2</sup> Eine Bundesratsverordnung vom 31. März 1915 sprach den Grundsatz aus, daß die Nutzung unbestellter Äcker den Berechtigten durch die Kommunalverbände — sogar ohne Entschädigung — entzogen werden könne.



Dorfsystem besteht, wird man nicht leicht zum Hofsystem, mit vereinzelt, bei den zu bewirtschaftenden Grundstücken gelegenen Höfen übergehen können. Wo aber immer noch die zu derselben Wirtschaft gehörigen Böden zerstreut und zersplittert voneinander und vom Hofe getrennt liegen (Gemengelage des Grundbesitzes), da darf man mit der Umlegung (Zusammenlegung, Kommassation, Verkoppelung, Arrondierung, Schiftung, Konsolidation, Flurregelung, dem Ackerumsatz) nicht lange zögern. Die Gemengelage erschwert, wie wir sahen, die Bewirtschaftung, vermehrt die Betriebskosten; auf Feldwege und Grenzraine entfällt ein Teil des Bodens; pflanzliche und tierische Schädlinge können nicht wirksam bekämpft werden. Es wird viel für die Produktivität gewonnen sein, wenn jedem Eigentümer nach Möglichkeit zusammenhängende Grundstücke von gleicher Güte (wie die umgetauschten) und mit geeigneten Zugängen und Zufahrtswegen (Wegebereinigung) zugewiesen werden.

Auch haben mancherlei Unklarheiten der Rechtsverhältnisse bei Agrargemeinschaften, Wald- und Weideservituten zu Hemmungen in der Kultur geführt, ganz abgesehen von zahlreichen Prozessen, die dadurch veranlaßt worden sind. Speziell im alten Österreich litten noch weite Gebiete unter den erwähnten Übelständen. Die Gesetzgebung und die Verwaltung (Schaffung besonderer Agrarbehörden mit entsprechenden Fachkräften) hatten jedoch schon vor dem Kriege das Reformwerk auch hier ernstlich in Angriff genommen.

**7. Positive Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität.** Die landwirtschaftliche Rohproduktion war in Deutschland vor dem Kriege, wie wir sahen, fortwährend gestiegen. Die Erzeugung von Nahrungsmitteln aus dem Tierreich hatte auch ungefähr gleichen Schritt mit dem Wachstum der deutschen Bevölkerung gehalten. Die Steigerung der Getreideproduktion, wie beträchtlich sie war, blieb jedoch hinter der Volksvermehrung zurück. Bei durchschnittlicher Ernte reichte die Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft nicht aus zur guten und reichlichen Ernährung des Volkes. Es bestand indes, wie wir oben darlegten, die wohlbegründete Hoffnung weiterer und beträchtlicher Steigerung der Produktivität. Man kann nur wünschen, daß diese Hoffnung sich jetzt in der Gegenwart nach dem Kriege, trotz aller Schwierigkeiten, neu belebe. Selbstverständlich hat auch der Bodenbesitzer von der Steigerung der Produktivität insofern Nutzen, als die Zunahme der Roherträge in der Regel ebenfalls eine Steigerung der Reinerträge bewirkt. Man darf also alle jene Mittel begrüßen, welche diese Steigerung der Roherträge herbeiführen können, d. i. Bearbeitung kulturfähigen Moorlandes, dann bessere Bearbeitung und Düngung des Bodens, Ent- und Bewässerung desselben, geeignetes Betriebssystem, Fruchtwechselwirtschaft, Wechsel im Anbau von Halm- und Blattfrüchten usw. Natürlich wird die Behandlung und Benutzung des Bodens nicht wenig gewinnen können durch Verbreitung der erforderlichen Kenntnisse. Der Staat muß darum geeignete Unter-

richtsanstalten (Winterschulen usw.) errichten und unterstützen, Wanderlehrer für die bäuerliche Bevölkerung anstellen. Auch was die landwirtschaftlichen Vereinigungen diesbezüglich leisten, muß praktisch anerkannt und gefördert werden. Ferner empfiehlt sich die Anstellung von Meliorationstechnikern, die unentgeltlich oder billig Meliorationsprojekte entwerfen, Gewährung von Prämien bei landwirtschaftlichen Ausstellungen usw. Noch mehr als Wissen und Erfahrung ist genügendes Betriebskapital<sup>1</sup> vonnöten; zu befürworten ist darum speziell auch die Eröffnung niedrig verzinslicher, amortisierbarer Meliorationsdarlehen, Geldbeihilfe zum Ankauf von Zuchtvieh usw.

Im alten Österreich wurde zuletzt auch der Förderung der Alpwirtschaft erhöhte Sorgfalt zugewandt. Der österreichische Alpenboden umfaßte 1 432 000 *ha*. Auf das ungeteilte Tirol allein entfielen 685 415 *ha*. Die Alpwirtschaft ist hier mit der Bauernwirtschaft des Hochgebirges unzertrennlich verbunden, unentbehrliche Grundlage der bäuerlichen Existenz in den Alpenländern. Aber auch die ausreichende Fleischversorgung der städtischen und industriellen Bevölkerung hing dort vom Gedeihen der Alpwirtschaft ab. Die zweifellos notwendige Ergänzung des stark gelichteten Viehstapels nach dem Kriege erfordert besonders dringend eine zielbewußte Hebung der Viehzucht, Vermehrung des Viehes gleichzeitig mit Verbesserung der Rassen. Um die Erzeugung erstklassigen Nutz- und Zuchtviehes herbeizuführen, wird sich aber mit der Förderung der Alpwirtschaft die erhöhte Pflege der Talweiden, die Steigerung der Futterproduktion bei den Talgütern verbinden müssen.

**8. Sicherung bäuerlichen Besitzes und Wohlstandes.** Gute Rentabilitätsverhältnisse erfordern auf seiten der einzelnen Landwirte Sorgfalt und Sparsamkeit in der Wirtschaftsweise und Lebensführung, zweckmäßige Einrichtung des Betriebes, Fleiß, Überlegung, gute Rechnungsführung. Alles dies dient dazu, die Kosten der Produktion zu vermindern oder, bei gleichen Kosten, die Roberträge zu vermehren. Und doch genügt es nicht, dem Lande einen seßhaften, wohlhabenden Bauernstand zu sichern. Der Bauer muß mit seiner Familie dauernd auf dem Hofe leben können; dazu dient zunächst die Erhaltung des Bauerngutes als einer Wirtschaftseinheit, von der oben die Rede war. Der Bauer muß aber auch auf dem Gute dauernd sein Auskommen gewinnen können. Dazu gehört

<sup>1</sup> R. Leonhard (Landwirtschaft, Landindustrie, Aktiengesellschaft [1913]) spricht von einer allgemeinen Misere des Großgrundbesitzes, die er auf den Mangel von Betriebskapital zurückführt. Er will diesen Übelstand durch landwirtschaftliche Aktiengesellschaften beseitigen, um eine Verbindung der verarbeitenden Agrarindustrie mit der Landwirtschaft, Kapitalisierung und Erweiterung der Maschinenanwendung zu ermöglichen. Conrad weist demgegenüber auf die Tatsache hin, daß trotz der sonstigen massenhaften Anwendung der Form der Aktiengesellschaft das Land bisher von dieser Gesellschaftsform so gut wie ganz frei geblieben sei. Das sei aber nicht zufällig geschehen, sondern in der Natur des landwirtschaftlichen Betriebes begründet: „Wir würden durch die Aktiengesellschaften Latifundienwirtschaften schaffen, welche gerade die Übel der Großbetriebe vergrößern, und uns von den Vorteilen der bäuerlichen Wirtschaften noch mehr entfernen“ (Conrads Jahrbücher L [1915] 269 f.).

1. daß nicht durch übermäßige Verschuldung das Band zwischen Gut und Bauern zerrissen, daß nicht ein Fremder als Gläubiger über den Wert des Gutes verfüge, dem der bauerliche Besitzer im Zins den Ertrag seines Bodens und seiner Arbeit abtreten muß;

2. daß der Bauer für seine Produkte lohnenden Absatz finde.

**9. Der Kampf gegen die Bodenverschuldung.** Überschuldung und Wohlstand sind unversöhnliche Gegensätze. Die Verschuldung ist, wie Schmoller sagt, ein verschleierter partieller Verkauf. Überschreitet sie ein gewisses Maß, so sind die Pfandbriefinhaber, Sparkassen, Stiftungen, Hypothekenbanken und anderweitigen Gläubiger zwar nicht die juristischen, wohl aber die faktischen Herren von Grund und Boden. Die Verschuldung führt zuletzt den Grundbesitz massenhaft in die Hände der Gläubiger. So ist es in der Tat, und man wird Sering beipflichten müssen, wenn er 1896 sagte<sup>1</sup>: Die Schuldenerleichterung und die Schuldentlastung ist nicht nur als eines der Abhilfemittel gegenwärtigen Notstandes anzusehen, sondern sie bildet, im Verein mit der mit ihr notwendig verknüpften Reform des Agrarrechtes, den Kern der agrarischen Sozialpolitik. (Auch für die Zukunft von Bedeutung.)

Man unterscheidet nun bei der Landwirtschaft zwischen Real- und Personalkredit, oder zwischen Immobiliar- und Mobiliarkredit. Dem Personal- (Mobiliar-)kredit dienen die Mobilien und das Betriebskapital, dem Real- (Immobiliar-)kredit der Grund und Boden, das Wohnhaus und die Wirtschaftsgebäude als Unterlage. Das Bedürfnis nach Personalkredit steigt für den Landwirt mit zunehmender Intensität des Betriebes; er bedarf desselben zur Anschaffung von Saatgut, Düngemitteln, Futterstoffen, Arbeitskräften usw., kurz zur Verstärkung seines Betriebskapitals. Soll der gewährte Personalkredit dem Bauern nicht zur Quelle großer Verlegenheiten werden, so muß er billig sein, den Ertragsverhältnissen entsprechen und wenigstens bis zum Verkauf der erzeugten Produkte als unkündbar gelten.

Während die Grundlage für den Personalkredit vor allem in der persönlichen Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit des Schuldners besteht, stützt sich der Realkredit vornehmlich auf die Sicherheit der hypothekarischen Verpfändung des Bodens und der darauf befindlichen Gebäude. Damit der Realkredit dem Bauern wirklich nütze, muß er, wie gesagt, den Ertragsverhältnissen des Bodens entsprechend billig, für längere Zeit unkündbar sein und im Laufe der Jahre amortisiert werden können.

Zwischen Mobiliar- und Immobiliarkredit steht der sog. Meliorationskredit, dessen der Landwirt zur Herstellung größerer Verbesserungen, z. B. Entwässerungs- oder Bewässerungsanlagen, Urbarmachungen, Deichbauten, Flußregulierungen, Waldanpflanzungen usw. bedarf. Oft, aber nicht immer, wird der Meliorationskredit als Personalkredit gewährt, d. h. ohne jedes sachliche Unterpfand, im Vertrauen auf die wirtschaftliche Tüchtigkeit des Landwirtes und die Rentabilität der Verbesserung. Bleibt die Schuld, Personal- oder Hypothekar-

<sup>1</sup> Im deutschen Landwirtschaftsrat am 6. Februar 1896. Man vgl. auch die Schriften v. Vogelsangs, Eugen Jägers, Ratzingers zur Agrarfrage.



schuld, hier innerhalb der richtigen Grenzen, bringt die Verbesserung höhere Erträge, als die Schuld Verpflichtungen auflegt, dann wirken Meliorationsschulden, wie gesagt, eher wohltätig als verderblich. Die Tilgung der Schuld und ihrer Verpflichtungen ist gesichert und darüber hinaus noch eine Steigerung der Erträge. Um solche Meliorationen zu unterstützen, wurden in verschiedenen Ländern sog. Landeskulturrentenanstalten als staatliche oder kommunale Institute errichtet. Dieselben gewähren einzelnen oder Korporationen, gegen nicht übermäßigen Zins und eine jährliche Amortisationsquote, unkündbaren Kredit.

Gesunde landwirtschaftliche Kreditverhältnisse erfordern:

1. daß die Schuldform der Art des Kreditbedarfs angepaßt sei. Hypothekar- und Personalkredit sind scharf zu trennen, so daß der Hypothekarkredit für ihrem Zweck nach langfristige, der Personalkredit für kurzfristige Kreditbedürfnisse Anwendung finde. Rodbertus ist für diese Scheidung zwischen Hypothekarschulden und Betriebs- und sonstigen kurzfristigen Darlehen nachdrücklich eingetreten. Nur Betriebsdarlehen kann die Landwirtschaft in bestimmten kurzen Terminen zurückzahlen, regelmäßig nicht aber Hypothekarschulden.

Um billigen und ausreichenden Personalkredit zu finden, müssen die Landwirte wenigstens ein einigermaßen ausreichendes Betriebskapital besitzen und nicht schon übermäßig verschuldet sein. So lange der Personalkredit in mäßigen Grenzen sich hält und nicht zu hohe Zinsen erfordert, bleibt er unschädlich und kann zur Beschaffung des umlaufenden Betriebskapitals gute Dienste leisten. Rodbertus beklagte seiner Zeit das Fehlen einer für den ländlichen Personalkredit geeigneten Organisation, deren Grundlinien er zu zeichnen versuchte. Am besten wird das Bedürfnis der Landwirte nach Personalkredit auf genossenschaftlichem Wege befriedigt. Die Berufsgenossen sind eher imstande, Kreditwürdigkeit und -bedürftigkeit zu prüfen als Private und Bankinstitute. Heute haben wir trefflich wirkende Organisationen solcher Art für die kleinen und mittleren bäuerlichen Besitzer in den von uns im dritten Bande ausführlich behandelten Raiffeisenschen Darlehenskassen<sup>1</sup>. Für die größeren Güter und auch für einen Teil der bäuerlichen Besitzer empfiehlt sich die Gründung von Darlehenskassen in unmittelbarer Verbindung mit den „Landschaften“ und unter deren Garantie. Erwähnt sei hier auch kurz noch das segensreiche Wirken der (an anderer Stelle schon besprochenen) preußischen Zentralgenossenschaftskasse (seit 1895). Diese sog. „Preußenkasse“ dient der Förderung des Personalkredits, indem sie nicht einzelnen Personen oder einzelnen Genossenschaften, sondern den größeren genossenschaftlichen Verbänden und Verbandskassen entsprechende Unterstützung gewährt<sup>2</sup>.

2. Für den Realkredit sollte sodann objektiv und subjektiv eine solche Form und Gestaltung gewählt werden, die der besondern

<sup>1</sup> Vgl. Bd. II, Kap. 3, § 3, S. 493 ff.

<sup>2</sup> Ebd. 502 ff.

Natur der Landwirtschaft und des landwirtschaftlichen Betriebes entspricht.

Diejenigen Autoren, die mehr oder minder den Rodbertusschen Lehren und Vorschlägen folgen, bezeichnen für eine neue Grundlegung des Realcredits das Rentenprinzip als ausschließlich richtiges Verschuldungsprinzip. Den Einrichtungen des heutigen Kreditwesens, sagt Pohl<sup>1</sup>, „liegt die Anschauung zugrunde, daß der Grund und Boden ebenso eine ‚Ware‘ sei wie irgendein anderer Handelsgegenstand. In einer Epoche, in der man geglaubt hatte, alles mobil machen zu können, war man dazu gekommen. In der Wissenschaft ist dieser Irrtum heute allerdings aufgeklärt, aber in der Wirklichkeit des Lebens steht er aufrecht und liefert seine Opfer noch immerfort an die Schlachtbank. Der Landmann kann den Grund und Boden, weil dieser festliegend ist, nur nutzen, d. h. nur für die Produktion gebrauchen. So wie andere Produktionsmittel, namentlich die Bestandteile des umlaufenden Betriebskapitals, wird der Boden in der Produktion nicht verbraucht, sondern der Grund und Boden wird dafür nur gebraucht. Während die Bestandteile des umlaufenden Betriebskapitals in ihrem Werte durch die Produktion reproduziert werden, ist das beim Grund und Boden nicht der Fall. Dieser ist vielmehr von immerwährender Dauer, und wenn er imstande erhalten wird, so ist auch seine Nutzbarkeit eine dauernde. Darin beruht sein eigentümlicher Wert. Infolgedessen läßt sich der Grund und Boden nur als ein Gegenstand von dauernder Nutzbarkeit ansehen. Ökonomisch ausgedrückt heißt das: sein wesentliches Merkmal ist Rentencharakter. Und die Größe dieser Rente oder die Wertgröße desselben muß jedesmal abhängig sein von dem Grade der Nutzbarkeit, die einem Grund und Boden eigentümlich ist.“

Aus dem Rentencharakter des Bodens aber wird als allein richtiges Verschuldungsprinzip das sog. Rentenprinzip erschlossen<sup>2</sup>. Nach demselben wäre der Gläubiger nur zu dem Bezug einer Rente wie bei den alten Gülten und Grundzinsen berechtigt. Der Boden wird dann mit Rücksicht auf seine Verschuldung nicht mehr dem mobilen Kapital gleichgestellt, sondern naturgemäß als eine durch die bauerliche Arbeit zu befruchtende Rentenquelle behandelt. Der Bauer schuldet hierbei dem Gläubiger also kein Kapital, sondern nur einen Teil der nach dem Reinertrage bemessenen Rente.

Dem einzelnen Bauern wird es nun selten gelingen, auf dieser Grundlage billigen und ausreichenden Kredit zu finden. Dazu ist es notwendig, daß die Bauern sich genossenschaftlich zur gemeinschaftlichen und gegenseitigen Befriedigung auch ihres Realkreditbedürfnisses zu-

<sup>1</sup> Die Reformziele in der Agrarfrage, in Soziale Vorträge, gesammelt von F. M. Schindler (1895) 55.

<sup>2</sup> Vgl. Rodbertus, Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes I 140 ff.

sammenschließen. Wenn der Grundbesitz, in öffentlich-rechtlicher Weise auf Grund der Bodenrente berufsgenossenschaftlich organisiert, geschlossen dem Kapitalmarkt gegenübertritt, so wird er des notwendigen Kapitalzuflusses nicht entbehren, da er mittels Rentenpfandbriefen die nötige Sicherheit gewährt; er wird auf diese Weise das kapitalistische Verschuldungsprinzip zu brechen und den Bodenkredit auf dem Rentenprinzip aufzubauen imstande sein.

Also noch einmal kurz gesagt: Rentenschuld an Stelle der Kapitalschuld. Dazu aber gehört ein Dreifaches:

a) Rente statt Zins mit Anpassung an den wirklichen Reinertrag des Bodens.

b) Unkündbarkeit, um den Grundbesitz von der drohenden Unmöglichkeit seiner Pflicht, der Kapitalrückzahlung nachzukommen, zu befreien.

c) Tilgungspflicht, so daß bei der Übernahme einer Hypothekarlast zugleich für die allmähliche Entlastung und Entschuldung Vorsorge getroffen wird.

Es ist etwas anderes, wenn ein Kaufmann oder ein Fabrikant, oder aber wenn ein Landmann Geld leiht. „Der Kaufmann sieht das Kapital, das er zum Warenankauf gebraucht, wieder, wenn er die Ware verkauft hat. Der Fabrikant sieht das Kapital, das er zum Ankauf der Rohprodukte braucht, in den fertigen Waren vor sich. Und auch das Kapital, das zum Ankauf von Maschinen und Werkzeugen verwandt wird, muß verhältnismäßig schnell durch die Ergebnisse des Produktionsprozesses amortisiert werden, da die Maschinen und Werkzeuge sich bald abnutzen und jede neue Erfindung ihre Verwendbarkeit einschränken kann. Anders ist es beim Landmann. Wenn er kein Bodenhändler, sondern wirklich ein Bodenbearbeiter ist, so sieht er das Kapital, das er in den Boden steckt, nie wieder, sondern nur den Jahresertrag, den er durch seine Arbeit in der Ernte erzielt. Daraus folgt, daß eine Schuld auf Grund und Boden unkündbar sein muß. Ihre Tilgung wird naturgemäß nur in Teilbeträgen aus dem jedesmaligen Jahresertrag erfolgen können. Mit andern Worten: Nur unkündbare Tilgungshypotheken werden der Eigenart des landwirtschaftlichen Bodens entsprechen.“<sup>1</sup>

Man wird an der Rodbertusschen Auffassung tadeln dürfen<sup>2</sup>, daß hier nicht zwischen der eigentlichen Grundrente und dem im Boden investierten Anlagekapital (Meliorationen, wirtschaftlich notwendigen Gebäuden) unterschieden wird. Derartige Aufwendungen und Anlagen werden doch richtig dem Kapital im eigentlichen Sinne zugezählt; sie sind jedenfalls, da auch sie der Abnutzung unterliegen, kein „immerwährender“ Rentenfonds. „Immerwährender“ Rentenfonds ist der Boden nur als Standort des Pflanzenwachstums und bloß, soweit seine naturale Nutzleistung in Betracht kommt. Von der Preisbildung insbesondere hängt es dann ab, ob und wieviel hierfür als Grundrente herauskommt. In den

<sup>1</sup> Damaschke, Bodenreform<sup>10</sup> (1915) 184.

<sup>2</sup> Sering, Art. „Rentenprinzip“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 683 ff.



letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege haben weniger ergiebige Böden bloß eine mäßige Verzinsung des Betriebskapitals, aber keine absolute Grundrente ergeben. Es geht nach allem also zu weit, wenn aus der Natur des Bodens als eines „immerwährenden“ Rentenfonds geschlossen wird, daß der Boden ausschließlich und allein mit „ewigen“ Renten belastet werden dürfe. Richtig ist aber die Forderung unkündbaren Kredits. Kündbare Kapitalschulden bilden für den Bauern fast immer eine Gefahr, mag es sich nun um Anlagekapital, Erbabfindungen oder Ankaufsgelder handeln. Die besseren Bodenkreditanstalten gewähren denn auch solchen unkündbaren Kredit.

Insbesondere dienen dem Zwecke unkündbaren und zugleich billigen Hypothekarkredits die sog. „Landschaften“ und ähnliche auf Gegenseitigkeit gegründete Kreditinstitute. Durch sie kann das normale Bedürfnis nach hypothekarischem Kredit Befriedigung finden, während den die normale Grenze übersteigenden Bedürfnissen der von Privatpersonen und Privatkreditinstituten gewährte Kredit dienen mag.

Die „Landschaften“ führen sich auf die Friderizianische Zeit in Preußen zurück (Schlesische Landschaft 1770), nahmen dann aber allmählich an Zahl und Bedeutung zu. Ursprünglich belieh die „Landschaft“ nur ritterliche Güter, welche solidarisch für die vom Kreditverbände eingegangenen Verpflichtungen hafteten; später wurden auch bauerliche Güter, die eine selbständige Ackernahrung bildeten, beliehen. Die Landschaften beschränken ihre Wirksamkeit jedesmal auf ein engeres Gebiet, z. B. auf eine preußische Provinz oder ein ähnlich großes Land<sup>1</sup>. Wo Darlehensgeber und Darlehensempfänger einander nahe stehen, zur selben Genossenschaft gehören, an deren Wohl und Wehe beide interessiert sind, da geht alles am besten. Gleiches können staatliche oder kommunale und sonstige, nicht auf Gegenseitigkeit beruhende Institute nicht leisten. Sind die „Landschaften“ Träger des normalen Realkredits, dann ist, wie von der Goltz sagt, die Frage, ob Kapital- oder Rentenschuld, praktisch ohne Bedeutung. Denn unkündbare Landschaftsschuld ist materiell, ihrem Wesen nach, Rentenschuld, ja noch besser als diese, weil dauerndes Herabgehen des landesüblichen Zinsfußes dem Schuldner zugute kommt, was bei der Rentenschuld nicht der Fall. Die Landschaften gewähren unkündbare hypothekarische Darlehen an ihre Mitglieder in Pfandbriefen. Der Zinsfuß, auf welchen diese lauten, bewegte sich entsprechend dem jeweilig geltenden Zinsfuß zwischen 3 % und 5 %. Später wurden die Pfandbriefe regelmäßig zu 3 % oder 3½ % ausgegeben (nach Konversion aller höher als 4 %igen Pfandbriefe). Zu den Zinsen trat noch ein Betrag für die Verwaltungskosten und für Amortisation (¼ % bis ½ % z. B. bei der westfälischen Landschaft). Der Schuldner konnte aber darüber hinaus seine Schuld auch durch Abzahlungen beliebig vermindern. Darlehen wurden von den Landschaften nur auf erste Hypothek gegeben. Es waren indessen Einrichtungen getroffen worden, um die Abstoßung vorangehender Hypotheken mit Hilfe des zu erwartenden landschaftlichen Darlehens dem Darlehenssucher zu erleichtern.

<sup>1</sup> Ein Teil der preußischen Landschaften verband sich 1873 zu einer „Zentrallandschaft für die preußischen Staaten“.

Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch hat die Möglichkeit gegeben, statt Kapitalhypotheken Rentenschulden anzunehmen. Die Rentenschuld ist eine Unterart der im Bürgerlichen Gesetzbuch vorgesehenen „Grundschild“<sup>1</sup>, ihrer rechtlichen Natur nach eine Reallast. Aus dem belasteten Grundstück müssen in regelmäßig wiederkehrenden Terminen bestimmte Geldsummen gezahlt werden. Auch wird bei der Bestellung der in das Grundbuch einzutragenden Rentenschuld ein Betrag bestimmt, durch dessen Zahlung die Rentenschuld abgelöst werden kann. Für den Gläubiger ist die Rente unkündbar. Der Eigentümer kann sein Kündigungsrecht nach vorgängiger Kündigung (6 Monate Kündigungsfrist, wenn nichts anderes bestimmt ist) ausüben. Rentenschuld kann in gewöhnliche Grundschuld und Grundschuld in Rentenschuld umgewandelt werden.

Bemerkenswert ist auch, daß die preußischen Rentengutsgesetze und das westfälische Anerbengesetz den Verkäufer und die Miterben auf Rentenforderungen verwiesen haben. Diese Forderungen können durch öffentliche Kreditinstitute abgelöst, für den Berechtigten somit in Kapital umgewandelt werden.

Man mag die Einführung der Rentenschuld noch so hoch werten, einen Schutz gegen die Überschuldung bietet diese Verschuldungsform keineswegs, da sie eben die Hauptquellen der Verschuldung nicht verschließt. Das Rentenprinzip für sich allein vermag nicht, wie Rodbertus<sup>2</sup> meinte, die Gefahren, welche sich aus der Verkehrs- und Verschuldungsfreiheit ergeben, zu beseitigen: dazu bedürfe es, wie wenigstens von sachverständiger Seite vorgeschlagen wurde, einer direkten Regelung der Verschuldungsfrage durch Beschränkung der Besitzverschuldung.

3. Verschuldungsgrenze. Auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaute Kreditinstitute, wie z. B. die preußischen „Landschaften“, können natürlich im Interesse der Sicherheit ihrer unkündbaren Darlehen nur einen Teil des ermittelten Gutswertes beleihen. Manche Landschaften gehen dabei bis zur Hälfte, andere bis zu zwei Drittel des abgeschätzten Wertes. Damit wäre, soweit Darlehen jener Kreditinstitute in Betracht kommen, für diese eine Verschuldungsgrenze gegeben. Allein das ge-

<sup>1</sup> Für die „Grundschild“ des B.G.B. gelten im großen und ganzen dieselben Vorschriften wie für die Hypothek. Hier haftet indes für die Schuld kein persönlicher Schuldner, sondern nur das Grundstück. Der Grundschildgläubiger kann freilich eventuell die Beitreibung der Summe aus dem Grundstück auf dem Wege der Zwangsvollstreckung verlangen. Begründet wird die Grundschild, wie die Hypothek, durch Vertrag und Eintragung im Grundbuch. Vereinbarungen über Verzinsung der Grundschildsumme müssen ebenfalls im Grundbuche eingetragen werden. Kündigung ist beiden Teilen möglich (gesetzliche Frist sechs Monate). Über die Grundschild wird ein Grundschildbrief ausfertigt, der auf den Inhaber ausgestellt werden kann. Der Eigentümer kann auch für sich selbst Grundschilden auf seinen Besitz eintragen lassen, um sich zu gelegener Zeit mittels der ihm ausgestellten Grundschildbriefe Kapital zu verschaffen. Hypotheken können, wie gesagt, in Grundschilden und diese in Hypotheken umgewandelt werden.

<sup>2</sup> Rodbertus glaubte an ein dauerndes Steigen der Grundrente, das in Wirklichkeit ausblieb.

nügt offenbar nicht, um die übermäßige Besitzverschuldung an sich zu verhindern. Die hohen unproduktiven Schulden der Landwirtschaft waren namentlich, wie oben gesagt wurde, durch übertriebene Güterpreise bedingt, durch die große Spannung zwischen Ertragswert und Verkehrswert. Hier mußte eingegriffen werden, wenn eine wirkliche Besserung der Verhältnisse erzielt werden sollte. Es war darum zu begrüßen, daß z. B. das Anerbengesetz für Westfalen die Rentenforderungen der Erben auf einen bestimmten Teil des abzuschätzenden Ertragswertes des Gutes beschränkte. Der Anerbe wird von vornherein zu stark belastet, wenn der Bemessung der auszuzahlenden Erbteile der zwar geläufigere, aber auch viel höhere Verkehrswert zugrunde gelegt wird. Sehr richtig bemerkt diesbezüglich das alte tirolische Patent von 1750, der Preis des Gutes müsse so bemessen sein, daß „der Besitzer hierauf hausen könne“. Aber außer entsprechender Regelung der Erbteilung müssen auch, nach der Ansicht hervorragender Fachmänner, der Kaufverschuldung Grenzen gezogen werden. Durch die ungesunde Konkurrenz gerade der Kaufliebhaber sind die Güterpreise zu einer unnatürlichen Höhe hinaufgetrieben worden. Man kaufte ein schon stark belastetes Gut, bei dem es einer größeren Anzahlung nicht bedurfte, oder man belastete das Gut gleich mit einer schweren Hypothek. Das geht alles ziemlich leicht, wenn Verkehrs- und Verschuldungsfreiheit besteht. Liegt aber eine nach dem Ertragswerte bemessene Verschuldungsgrenze vor, dann wird die Konkurrenz der Güterkäufer und damit der Güterpreis ganz von selbst abnehmen, weil eben in dieser Voraussetzung die Verschuldung über eine gewisse Grenze hinaus ein sehr gewagtes Unternehmen wird. Gewiß es ist nicht leicht, den Ertragswert richtig zu taxieren<sup>1</sup> und die Verschuldungsgrenze festzusetzen, wie auch sonst der praktischen Durchführung einer gesetzlichen Verschuldungsgrenze manche Schwierigkeiten sich in den Weg stellen.

Je mehr sich der Verkaufswert der Güter ihrem wirklichen Ertragswerte nähert, desto gesunder werden die landwirtschaftlichen Verhältnisse. Künstliches Hochhalten des Wertes beim Erbgang und Kauf führt immer großen Schaden für die Landwirtschaft herbei. Eine von diesem Übelstande und von übermäßiger Schuldenlast befreite Landwirtschaft wird auch weit eher den Mut und die Möglichkeit finden, ihre produktiven Leistungen zu steigern. An der Gesundung der Landwirtschaft aber ist die ganze Volkswirtschaft interessiert.

Bei der Festsetzung und Durchführung der Verschuldungsgrenze mußten die besondern Verhältnisse der verschiedenen Provinzen und Länder berücksichtigt werden. Das preussische „Gesetz betreffend die Zulassung einer (fakultativen) Verschuldungsgrenze für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke“ vom 20. August

<sup>1</sup> Die regelmäßigen Veranlagungen für Steuerzwecke, wie sie z. B. in Preußen üblich waren, lieferten für die Einschätzung der Bodenwerte nützliche Vorarbeiten.



1906<sup>1</sup> wurde zunächst für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen durch königliche Verordnungen von 1908 und 1909 in Kraft gesetzt. Das Gesetz führte die Verschuldungsgrenze nicht zwangsweise ein. Es gab dem Grundeigentümer bloß die Möglichkeit, freiwillig eine Verschuldungsgrenze eintragen zu lassen. Über die eingetragene Verschuldungsgrenze hinaus konnte dann das Grundstück in Zukunft nicht mehr mit grundbuchmäßigen Schulden irgendwelcher Art belastet werden. Bemessen wurde die Verschuldungsgrenze nach der von dem öffentlichen Kreditinstitut der einzelnen Provinz eingehaltenen Beleihungsgrenze. Nur mit Genehmigung des für jede Provinz eingesetzten königlichen Kommissars konnte die Aufhebung der einmal eingeführten Verschuldungsgrenze auf Antrag des Eigentümers erfolgen. Für den vorübergehenden Zwecken dienenden Personalkredit wurde durch Freihaltung eines Teils des Grundwertes die notwendige Fundierung gegeben. Am 1. Juli 1913 wurde das Gesetz auf alle Teile der Monarchie, mit Ausnahme des Stadtkreises Berlin, ausgedehnt.

Der Entschuldung<sup>2</sup> dient, wie gesagt, schon die Tilgungspflicht der Amortisationsdarlehen, wie sie von den genossenschaftlichen Kreditinstituten gegeben werden. Nach den vom Generallandschaftsdirektor Kapp entworfenen Plänen unternahm dann z. B. die Ostpreußische Landschaft es, dem Schuldner noch die Möglichkeit zu geben, teure kündbare Privathypotheken mit Hilfe des billigen und amortisierbaren Landschaftskredits abzustößen. Im Jahre 1910 gründete die Landschaft eine Lebensversicherungsanstalt im Dienste der Entschuldung. Durch Abschluß eines Lebensversicherungsvertrages zugunsten der Landschaft können die Schuldner sich von der Verpflichtung der Eintragung der Verschuldungsgrenze und der Tilgungspflicht befreien<sup>3</sup>.

Auch die ländlichen Darlehenskassenvereine konnten an dem Werk der Entschuldung um so eher teilnehmen, wenn sie bei den zentralen Kreditinstituten

<sup>1</sup> Für einen Teil des ländlichen Grundbesitzes war in Preußen schon im Jahre 1811 eine Verschuldungsbeschränkung eingeführt worden. Die von physiokratisch-liberalen Ideen beherrschte Reformbewegung im ersten Dezennium des 19. Jahrhunderts hatte volle Verschuldungsfreiheit herbeigeführt. Man fürchtete indes, daß die Hypothekenschulden wie eine Klammer wirken und die freie Teilbarkeit des ländlichen Grundbesitzes, von der das Beste erwartet wurde, illusorisch machen würden. Das Regulierungsedikt vom 14. September 1811 verfügte darum, daß die Bauerngüter nicht über ein Viertel ihres Wertes hinaus mit hypothekarischen Schulden belastet werden sollten. Eine Kabinettsorder vom 29. Dezember 1843 hob diese Verschuldungsgrenze wieder auf. Die Verschuldungsgrenze hatte die Bauerngüter zwar vor einer hohen hypothekarischen Belastung bewahrt, vermochte aber eine sonstige hohe Verschuldung der Besitzer nicht zu verhindern. So Hermann Mauer, Die Verschuldungsgrenze für Bauerngüter in Preußen (1811—1843), im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXIV (1907) 547 ff.

<sup>2</sup> Vgl. zur ganzen Frage Dade, Zur Frage der Bodenentschuldung. Gutachten, erstattet dem 27. Deutschen Juristentage. Für Österreich Joseph v. Hattingberg, Referat betreffend die Frage der Hypothekarentschuldung, erstattet der landwirtschaftlichen Abteilung des Industrie- und Landwirtschaftsrates. 3 Bde. (1903). Verhandlungen des preußischen Landesökonomiekollegiums (1906). Hartmann, Die deutsche Mittelstandskasse zu Posen (1906).

<sup>3</sup> O. Karstädt, Die Lebensversicherung als agrarpolitisches Entschuldungsmittel. Abhandl. des Staatswissenschaftlichen Seminars in Jena Bd. XIV, 3. Heft, herausgegeben von J. Pierstorff (1918).

für ihre hierbei übernommenen Verpflichtungen Deckung fanden. Ein Gesetz vom 13. Juli 1909 hat der preußischen Zentralgenossenschaftskasse 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt insbesondere zur Krediterhöhung für diejenigen Genossenschaften, die an der Entschuldung der Landwirtschaft mitarbeiten wollen usw.

Als Gemeinsames der verschiedenen Entschuldungsversuche wird man mit Wygodzinski die Umwandlung kündbarer teurer Privathypotheken in unkündbare Anstaltshypotheken mit Tilgungszwang bezeichnen dürfen.

So hoch man aber nun auch eine zweckmäßige Organisation des ländlichen Kreditverkehrs schätzen mag, die Bekämpfung der Bodenverschuldung kann auf die Dauer nur dann wiederum Erfolg haben, wenn der Landwirtschaft zugleich ein entsprechendes Einkommen gesichert ist. Und müssen wir schließlich nicht auch noch einmal hinzufügen, daß ein in alter Einfachheit der Lebensansprüche beharrender Grundbesitzer viel leichter Schulden vermeidet und Schulden abträgt als ein dem Strudel des modernen Genußlebens überantworteter Verschwender?

**10. Sicherung von Absatz und Produktenpreis.** Ohne einen Reinertrag, einen Überschuß der Produktpreise über die Produktionskosten erstirbt jede Wirtschaft. Absatz und Preis aber bedingen sich gegenseitig. Verringert sich die Absatzmöglichkeit, dann sinkt der Preis. Er steigt bei starker Nachfrage nach der Ware.

Das wichtigste Produkt der Landwirtschaft ist nun das Getreide. Der Preis, den der Landwirt für das von ihm erzeugte und auf den Markt gebrachte Getreide erzielt, muß so hoch sein, daß die Produktionskosten gedeckt werden und ein mäßiger Gewinn dem Erzeuger übrig bleibt. Kurz der Getreidebau muß rentieren. Sonst hört er auf. Davon muß jede vernünftige Wirtschaftspolitik ausgehen. Sie mag vielleicht gegen einen unreellen Zwischenhandel Front machen, der das Getreide dem Konsumenten ungebührlich verteuert. Aber eine mäßige Rentabilität muß der Landwirtschaft selbst gesichert bleiben, wenn man überhaupt die Fortdauer der landwirtschaftlichen Produktion für volkswirtschaftlich wertvoll und darum praktisch für notwendig hält. Hier schieden sich nun schon vor dem Weltkriege, wie gesagt, die Wege derer, die vom vaterländischen Boden und von der Arbeit der Volksgenossen in erster Linie die Ernährung des Volkes erwarteten, folgerichtig einer nationalen Wirtschaftspolitik das Wort redeten, und andererseits derjenigen, die dem Welthandel die Versorgung des Volkes überliefern wollten und darum auch Freiheit für den Welthandel forderten. Wer einer völlig ungehemmten industriestaatlichen Entwicklung das Wort redet und ebenso die am Welthandel unmittelbar interessierten Industriellen und Händler werden für agrarische Zölle sich nicht begeistern können. Allein ihnen wie auch den agrarischen Hochschutzzöllnern gegenüber gilt es, die Wohlfahrt des Gesamtwohles zu wahren, die landwirtschaftliche Produktion dem Lande zu erhalten und

gleichzeitig die nach den gegebenen Verhältnissen möglichst billige Versorgung des Volkes mit Brot und Mehl zu sichern.

Es gibt aber, wie von der Goltz sagt, nur ein wirksames und praktisch durchführbares Mittel, um den ungünstigen Einfluß der ausländischen Konkurrenz auf die Getreidepreise abzuschwächen: die Getreidezölle. Die Zölle führen eine Steigerung der Preise herbei oder, besser gesagt, sie verhindern deren noch tieferes Sinken. Zu diesem Zweck werden sie geschaffen. Zollfragen sind aber keine Prinzipienfragen. Das Prinzip, das über sie entscheidet, ist und bleibt vielmehr die Gesamtwohlfahrt des Volkes; sie müssen jedesmal nach der jeweiligen Gestaltung aller in Betracht kommenden wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Berechtigung, ihrem Fortbestehen und in ihrer Höhe bemessen werden. Wenn und so lange also das Ausland in der Lage ist, seine Produkte billiger zu liefern, als sich die Erzeugungskosten im Inlande stellen, wird man auf solche Zölle nicht verzichten können, die eine Überschwemmung mit ausländischem Getreide verhindern können. Die Erhaltung einer kaufkräftigen Landwirtschaft liegt ja auch im Interesse der andern Bevölkerung, nicht zuletzt der inländischen Industrie.

Die staatliche Organisation der Mehl- und Brotversorgung, wie sie für die Kriegszeit geschaffen wurde, konnte in Friedenszeiten auf die Dauer nicht fortbestehen. Man versteht auch die Abneigung der landwirtschaftlichen Kreise gegenüber der nach dem Kriege verbliebenen Zwangswirtschaft. Eine andere Frage aber ist, ob der Staat der Organisation der Volksernährung und der Preisbildung auf diesem Felde nicht ein besonderes Interesse schenken müsse. So dürften z. B. rein spekulative Einflüsse, die sprunghaften Wechsel in der Preisbildung und einen verderblichen Tiefstand der Preise verursachen, nach Möglichkeit auszuschließen sein. Wir erinnern ferner an frühere Vorschläge, die von agrarischer Seite gemacht wurden. Der Antrag Kanitz zielte seinerzeit auf die staatliche Monopolisierung des Handels mit Auslandsgetreide und auf Feststellung eines Einheitspreises ab. Der österreichische Mühlenbesitzer Vinzenz Till glaubte den Bauern ausreichende Preise und den Konsumenten billiges Brot sichern zu können, indem er seine Vorschläge ebenfalls auf ein Staatsmonopol aufbaute und die Preisbestimmung der Regierung und dem Parlamente übergeben wollte. Ein anderer, theoretisch und praktisch um die Landwirtschaft hochverdienter Österreicher, Karl Scheimpflug<sup>1</sup>, bezeichnete im Anschluß an den Beschluß eines internationalen Agrarkongresses in Rom die Festsetzung der Produktpreise als Sache der genossenschaftlichen Organisation. Gustav Ruhland<sup>2</sup> empfahl die Bildung eines Getreideverkaufssyndikates der deutschen Landwirte. Er sah hierin das beste Mittel, um den (gerechten) Preis auf den durchschnittlichen Produktionskosten aufzubauen. Friedrich Freund<sup>3</sup> erhoffte ebenfalls eine befriedigende Gestaltung der Verhältnisse von der Selbstverwaltung der Erwerbsstände. Die Kraft der Produzenten und der berufsmäßigen Händler müsse in einer Or-

<sup>1</sup> Preispolitische Organisation der Berufsstände, in Monatsschrift für christliche Sozialreform XXVI (1904) 377 ff. 452 ff.

<sup>2</sup> System der politischen Ökonomie III (1908) 372 ff.

<sup>3</sup> Vossische Zeitung, 14. Januar 1916.



ganisation zusammengefaßt und derselben die Regelung der Herstellung und Verwertung des Produkts einschließlich der Preisfeststellung unter Kontrolle der Staatsgewalt übertragen werden. Freund weist auf die Versorgung der Städte mit Fleisch in der Kriegszeit hin und fügt bei, daß ähnliche Versuche auch bei der Syndizierung der Milch- und Butterherstellung und -verwertung im Wege der lokalen Zusammenfassung von Landwirten, Genossenschaften und Molkereien denkbar seien. Ämilian Schöpfer<sup>1</sup> sah aber in diesem Vorschlag überhaupt „den richtigen Mittelweg, auf den wir durch den Krieg von der schrankenlosen Konkurrenz über den Staatssozialismus hin zur Selbstverwaltung der Produktivstände unter staatlicher Kontrolle geleitet werden“. Die Selbstverwaltung der Berufsstände schließt die staatliche Kontrolle nicht aus. Aber Kontrollieren ist noch kein Regulieren. Eine Regulierung des Getreidehandels allein durch den Staat würde weitgreifende andere staatliche Regulierungen zur Folge haben, setzte die sozialistische Gesellschaft oder eine dauernde Notlage voraus, wie z. B. der Weltkrieg sie brachte.

**II. Die Lage der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege.** Von einer Überschuldung der Landwirtschaft hört man jetzt weniger. Die agrarischen Zölle wurden mit Beginn des Krieges suspendiert. So lange der Weltmarktpreis der Früchte über dem Inlandspreise steht, ist von einer Bedrohung der Landwirtschaft durch ausländische Konkurrenz nichts zu fürchten. Übrigens ist die deutsche Zollgesetzgebung nach dem Versailler Vertrag in ihrer Freiheit beschränkt.

Vor dem Kriege standen der Landwirtschaft alle Betriebsmittel reichlich und zu billigen Preisen zur Verfügung. Sie konnte sich die Forschungsergebnisse der Wissenschaft zunutze machen. Die landwirtschaftliche Produktion wurde immer mehr rationalisiert in der Richtung der Ertrags-sicherung (planmäßige Versuchstätigkeit, Kampf gegen Schädlinge usw.), der Ertragssteigerung (Massenhaftigkeit der Produkte, Pflanzenzüchtung, Pflanzenernährung usw.), der Qualitätsverbesserung (klassisches Beispiel die Zuckerrübe).

Während des Krieges mußte nun, bei der Absperrung Deutschlands, ein fünfjähriger Raubbau betrieben werden. Bei schlechterer Pflege, dem Mangel an Arbeitskräften und Arbeitstieren, verringerter Arbeitsleistung mußte die Ertragsfähigkeit des Bodens sich vermindern. In dem Verhältnis, wie insbesondere die Belieferung der Landwirtschaft mit Kunstdünger sich verminderte, gingen die Ernten zurück. Der Rückgang der Erträge wird auf 40—60 % der Friedenserträge geschätzt. Die Äcker sind ausgesogen; sie verlangen bessere Düngung. Das Fehlen von phosphorsäurehaltigem Dünger wirkt verhängnisvoll. Andere Düngemittel sind vorhanden, werden aber zu Preisen angeboten, welche die Landwirtschaft nicht aufbieten kann. Das Inventar ferner ist heruntergewirtschaftet, der Viehstapel durch den Krieg, die Viehablieferung, zum Teil durch Seuchen stark gelichtet. Dazu Mißstände und Mißgriffe der Kriegswirtschaft! Ziel der Politik war damals

<sup>1</sup> *Austria nova* (1916) 128.

Erfassung und Verteilung, nicht Produktion. Über die Kriegsgesellschaften fällt Leopold v. Wiese ein scharfes Urteil<sup>1</sup>: „Statt Genossenschaften sehen wir Cliques am Werk, statt Volkswirten, die sich ständig von der Idee der Zusammenfassung aller sich ergänzenden Kräfte leiten lassen, waren vielfach Leute maßgebend, denen die Erzielung eines Reingewinnes bei ihrer eigenen Gesellschaft und der Wettbewerb mit andern Organisationen allzusehr am Herzen lag. Gerade die breiten Massen des Volkes hatten die mit Bitterkeit ertragene Vorstellung, daß sie von Interessenten mit Hilfe eines scheinbar sachlichen Riesenapparates von Organisationen überverteilt und vergewaltigt wurden.“

Durch den Friedensschluß wurde Deutschland gezwungen, landwirtschaftliche Überschußgebiete (namentlich der Ost- und Nordmark) abzutreten. 13,7 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche sind verloren, während der Bevölkerungsverlust nur 10,7 Prozent beträgt. Jetzt muß das verarmte Deutschland je Geviertkilometer 127 Einwohner ernähren. Vor dem Kriege waren es 125,4.

Gegenwärtig bedarf es einer gesunden, wirksamen, konsequenten Produktionspolitik. Steigerung der Produktion, Intensivierung der Landwirtschaft ist unabwiesbare Notwendigkeit, wenn die Ernährung des Volkes aus der Inlandsproduktion in möglichst großem Umfange gesichert werden soll.

Eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist aber nur in der Voraussetzung möglich, daß die Landwirtschaft die notwendigen Dünger- und Futtermittel erhalten kann, daß sie von unnötigem und schädlichem Zwange befreit, daß auf Bodenverbesserung und auf Vermehrung intensiv wirtschaftender bäuerlichen Stellen große Sorgfalt verwendet werde, daß die Preise der Produkte die Produktionskosten decken und eine angemessene Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeit sichern<sup>2</sup>.

Andernfalls droht der Übergang von der intensiven zu einer extensiven Wirtschaft. Anfänge dieser Überleitung offenbaren die Zahlen über die Entwicklung der Anbauflächen und den Verbrauch von künstlichen Düngemitteln:

Rückgang der Anbauflächen für:

	1913—1919	1918—1919
Weizen . . . . .	— 26,79 %	— 5,29 %
Roggen . . . . .	— 16,14 „	— 5,67 „
Hafer . . . . .	— 25,33 „	— 1,76 „
Kartoffeln . . . . .	— 22,84 „	— 5,81 „
Zuckerrüben . . . . .	— 34,91 „	— 11,99 „
Futterpflanzen . . . . .	+ 19,87 „	+ 13,62 „
Gespinstpflanzen . . . . .	—	+ 30,24 „

<sup>1</sup> In seiner Schrift „Freie Wirtschaft“.

<sup>2</sup> Eine von der Regierung berufene sog. „Indexkommission“ sollte nicht Preise festsetzen, sondern die Unterlagen schaffen für eine angemessene Preisbildung.

Der Verbrauch an Düngemitteln ging von 1913/14 bis 1919/20 zurück:

Stickstoff . . . . .	von 275 009 t auf 65 000 t = — 320 %
Phosphorsäure . . . . .	„ 782 000 t „ 70 000 t = — 1017 „
Kali . . . . .	„ 536 000 t „ 290 000 t = — 84,8 „ <sup>1</sup> .

Die Landwirtschaft wird sich aber darüber klar bleiben müssen, daß mit dem von ihr so dringend geforderten Abbau der Zwangswirtschaft sie selbst zum großen Teil die Verantwortung für die Ernährung der deutschen Bevölkerung zu tragen hat. Diese Verantwortung wird erleichtert, wenn die Landwirtschaft fortfährt, die beiden mächtigen Stützen zu pflegen, die ihr erstens in der Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse und zweitens in der Ausbildung des Genossenschaftswesens erwachsen sind<sup>2</sup>. Sie wird ferner nicht vergessen dürfen, daß die Freiheit der Ordnung in der Mitte steht zwischen Zwangswirtschaft und entfesselter Wirtschaft, und daß die Freiheit der Ordnung eine Regelung voraussetzt. Diese Regelung aber wird am besten von dem organisierten landwirtschaftlichen Berufsstande ausgehen. Heute leidet die Landwirtschaft noch unter der Zersplitterung ihrer überreichen Organisationen. Das Genossenschaftswesen hat viel zur Verbreitung des Berufsgedankens beigetragen. Aber man darf nicht vergessen, daß die Genossenschaften geschäftliche Zweckverbände sind, keine eigentliche Berufsgenossenschaft der Landwirtschaft darstellen. Möge darum der christliche Berufs- und Standesgedanke, für den der Begründer des rheinischen Bauernvereins Felix v. Loe dereinst so nachdrücklich eingetreten ist, ein immer stärkeres Bekenntnis auch in landwirtschaftlichen Kreisen finden<sup>3</sup>.

**12. Pacht und Pachtwesen.** Spricht man von Landwirtschaft und bauerlichem Wohlstande, so darf das Pachtwesen nicht übersehen werden. Wenn der Eigentümer eines Grundstückes dieses einem andern gegen Entgelt zur Bewirtschaftung und Nutzung überläßt, so heißt das Verpachtung des Grundstückes. Der Eigentümer ist der Verpächter, der andere der Pächter, das Verhältnis Pacht oder Pachtverhältnis.

<sup>1</sup> Die amtliche Statistik bringt nicht zum Ausdruck, wie sehr die Brache zugenommen hat und wie viele Äcker überhaupt nicht bestellt wurden.

<sup>2</sup> Die landwirtschaftlichen Genossenschaften hatten sich 1890/1912 von 3000 auf 26000 vermehrt, die ländlichen Fortbildungsschulen in 30 Jahren von 338 auf 5349 erhöht.

<sup>3</sup> Die landwirtschaftlichen Standesorganisationen sollen gewiß nachdrücklich die Interessen der Landwirtschaft vertreten. Allein sie dürfen nicht vergessen, daß solidarische Interessenorganisationen der Solidarität höherer Gemeinschaft (d. i. der staatlich geeinten Volksgemeinschaft) und darum den Anforderungen der Volkswohlfahrt sich unterordnen und genügen müssen. Indem sie diese Unterordnung selbst üben, werden sie zugleich den Gemeinschaftsgeist in der agrarischen Bevölkerung wecken und befestigen, ja hierin sogar eine ihrer Hauptaufgaben erblicken. Zugleich werden sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden moralischen und rechtlichen Mitteln gemeinschädliche Mißbräuche und Mißstände in ihrem Bereiche bekämpfen müssen.



Wird das Nutzungsrecht dem Pächter und seinen Erben dauernd überlassen, dann liegt Erbpacht vor<sup>1</sup>; im andern Falle, wenn das Nutzungsrecht nur für eine im voraus bestimmt begrenzte Zeit dem Pächter zusteht: Zeitpacht. Letztere, die Zeitpacht, ist heute die allgemein herrschende Form der Pacht geworden.

Eine andere Unterscheidung ist die zwischen Großpacht und Kleinpacht. Die Größe der Pachtgüter richtet sich nach den Gewohnheiten des Landes, und diese werden regelmäßig durch die Vorbedingungen für die Produktion bestimmt. Da der Pächter sein ganzes Kapital als Betriebskapital verwenden kann, vermag er mit dem gleichen Kapital ein größeres Pachtgut zu bewirtschaften, als wenn er sich ein Gut zu Eigentum beschafft.

Kleine Landwirte können zur Vergrößerung oder Abrundung ihres Besitzes Parzellen pachten. Oder Arbeiter tun dies, um ihre und ihrer Familie freie Zeit nützlich zu verwenden. In diesen Fällen spricht man von Parzellenpacht und Arbeiterpacht. Nicht nur städtische Arbeiter bedienen sich der Parzellenpacht. In Westfalen sind die „Heuerlinge“ ländliche Arbeiterfamilien, die ein Stück Land mit einem Häuschen vom Arbeitgeber pachten, dafür sich verpflichten, eine bestimmte Zahl von Tagen zu einem billigeren als dem sonst üblichen Lohn für den Bauern zu arbeiten. Heuerling und Bauer stehen sozial, gesellschaftlich sich nicht so fern. Eine Übertragung dieses Verhältnisses nach dem Osten Deutschlands, in welchem Kärger ein Mittel zur Lösung der ländlichen Arbeiterfrage erblickt, dürfte, wie Knapp bemerkte<sup>2</sup>, sich kaum durchführen lassen. Großgrundbesitzer und Landarbeiter stehen sich dort sozial allzu fern.

Regelmäßig wird, ohne auf den Ausfall der Ernte und auf die Preise der Produkte Rücksicht zu nehmen, ein fester Pachtzins vereinbart: Pacht zu festem Zins. In Dänemark hat man aber ein anderes System der Verpachtung ausgebildet: Verpachtung nach gleitender Skala. Ein Teil der Pachtsumme, meist die Hälfte, wird dabei in fester Geldsumme bezahlt. Die andere Hälfte bestimmt sich in ihrer Größe nach den jeweiligen Preisen einer vereinbarten Menge der landwirtschaftlichen Hauptprodukte (insbesondere Weizen, Roggen, Gerste, Butter, Speck). Zuweilen wird auch der quantitativ günstige oder ungünstige Ausfall der Ernte berücksichtigt.

Bei der Teilpacht<sup>3</sup> (Teilbau, métayage, mezzadria) übergibt der Verpächter dem Teilpächter Grund und Boden und das Inventar zur Nutzung und Benutzung. Dafür muß der Teilpächter eine Quote des Ertrages, meist die Hälfte, zahlen. Die Teilpacht war im Mittelalter sehr verbreitet. Heute findet sie sich vornehmlich in Italien (Toskana), dann in Südfrankreich, Griechenland usw. Es ist kein reiner Pachtvertrag, enthält vielmehr starke Elemente des Arbeitsvertrages. Der Teilbau hatte große Nachteile: Die Zerlegung der Grundstücke in kleine Parzellen hinderte die Vornahme durchgreifender Verbesserungen, ferner die Beschaffung vervollkommener Geräte, namentlich landwirtschaftlicher Maschinen, die Herstellung

<sup>1</sup> Über Vorzüge der Erbpacht vgl. Wygodzinski, Art. „Pacht“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 498. Das preußische Ablösungsgesetz von 1850 hatte im § 91 die Erbpacht mit unablösbaren Renten verboten. Das Rentengutsverhältnis (1891) ist jedoch der Erbpacht wenigstens ähnlich.

<sup>2</sup> Vgl. Schriften des Vereins für Sozialpolitik LVIII (1893); Verhandlungen 6 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Wygodzinski, Art. „Teilpacht“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 1054 f.; Bd. III, Kap. 2, § 5, S. 204 f.

großer, für die Düngung notwendiger Viehbestände. Auch blieb der Teilbauer, bei der Kürze der Vertragszeit (regelmäßig ein Jahr), in unsicherer Lage und in Abhängigkeit. Der Krieg und die daran anschließenden wirtschaftlichen Umwälzungen haben nun in Italien zur Umgestaltung des Teilbaues im Interesse der Teilpächter geführt. Der Nationalverband (Federazione Nazionale) hat die Teilbauern organisiert und diszipliniert, die sich dann mit den Grundbesitzern über folgende Punkte einigten: 1. Dem Teilbauer wird das Recht eingeräumt, dem Eigentümer gegenüber seine eigene technische und wirtschaftliche Meinung über die Bewirtschaftung des ländlichen Grundbesitzes zu äußern und zu vertreten, insofern er darin alle seine Ersparnisse angelegt hat und ausschließlich aus ihm seine Existenzmittel bezieht. 2. Der Teilbauvertrag ist ein wirklicher und richtiger Gesellschaftsvertrag. Der Eigentümer gibt das Grundstück, das Haus, das Geräte usw. her, der Bauer liefert die Arbeitskraft, auf seine Rechnung geht die Sterblichkeit des Viehes, welches Eigentum des Grundherrn ist und bleibt. Der Bauer hat nicht mehr die Hälfte des Preises der landwirtschaftlichen Maschinen, der großen Reparaturen und der Reservestücke usw. zu zahlen. Er braucht sich nicht mehr an Anschaffung von Kupfervitriol, von Schwefel und allem dem zu beteiligen, was die neue Agrartechnik zur Erhöhung oder zum Schutze der Produktion vorschreibt. 3. Das hundertjährige Herrenrecht, das den Teilbauer zwang, das Grundstück zu verlassen, sobald der Eigentümer ihm dies nach Beendigung des Agrarjahres vorschrieb, ohne daß er gezwungen werden konnte, den Grund hierfür anzugeben, ist nunmehr aus der Welt geschafft worden. Der Teilbauvertrag läuft jetzt drei Jahre, und in dieser Zeit ist weder Kündigung noch Ausweisung gestattet, es sei denn, der Bauer habe sich Unehrlichkeiten zuschulden kommen lassen, aber auch dann ist die Angelegenheit einem Ausschusse vorzulegen, der darüber entscheidet.

Das Pachtwesen ist sehr verbreitet. In Deutschland gab es 1907 zusammen 2803115 Betriebe mit Pachtland. Die Pachtfläche belief sich auf 5512395 ha. In der Zeit von 1882 bis 1907 hatten die Pachtbetriebe sich stark vermehrt, wohl eine Folge der agrarischen Krisis. Auch in Belgien und Frankreich hat das Pachtwesen einen bedeutenden Umfang und ebenso spielt es in England eine große Rolle.

Das Pachtwesen hat seine Licht- und Schattenseiten. Der Pächter kann, wie gesagt, fast sein gesamtes Kapital dem Betriebe der Wirtschaft widmen. Er wird das Risiko einer agrarischen Krisis nicht allein tragen, sondern auf den Grundeigentümer abwälzen. Es wird aber auch eine günstige Preisbewegung ihm wenig nützen, wenn sie zur Erhöhung des Pachtzinses führt. Zu Meliorationen wird der Pächter, selbst bei langen Pachtfristen und Sicherstellung seiner Auslagen, nicht immer so bereit sein wie der Eigentümer mit Selbstbewirtschaftung. Gegen Ende der Pachtzeit liegt für den Pächter die Versuchung zum Raubbau nahe. Welchen Mißbräuchen ein rechtlich ungeschütztes Pachtwesen zugänglich ist, beweist die überaus traurige Geschichte Irlands.

Zur Ausgleichung der wirtschaftlichen Interessen der an der Pacht Beteiligten sind in Preußen, als Gegenstück zu den städtischen Mieteinigungsämtern, Pachteinigungsämter (P.E.A.) für die Landwirtschaft eingerichtet worden. Sie bestehen aus dem Amtsrichter oder Kulturamtsvorsteher und zwei Beisitzern (Pächter und Verpächter). Die preußische Pachtschutzordnung vom 3. Juli 1920<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Köln, Volkszeitung Nr. 619, 14. August 1920.

findet ihre Grundlage in der entsprechenden Reichsverordnung vom 9. Juni 1920 (R.G.Bl. S. 1193), diese wiederum ihre Stütze in einem besondern Ermächtigungsgesetze. Die Verordnungen beziehen sich nur auf Pachtverhältnisse im engeren Sinne, d. h. die entgeltliche Nutzung landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Grundstücke durch Gewinnung der Erzeugnisse des Grund und Bodens, gelten also nicht für forstwirtschaftliche Nutzungen und die Ausbeute durch Gewinnung von Bodenbestandteilen wie Kohle, Torf, Mineralwasser. Eis, ebensowenig für Jagdpachtverhältnisse.

Obwohl in den Verordnungen diese Unterscheidungen nicht gemacht sind, läßt sich ihr Inhalt gleichwohl in einen Pächter- und Verpächterschutz teilen, weil bei den Einzelbestimmungen deutlich zutage tritt, auf welcher Seite ein überwiegendes Schutzbedürfnis anerkannt worden ist.

1. Der Pächterschutz. Daß der Pächter als der im allgemeinen wirtschaftlich schwächere Teil gelten müsse, kann nur für Kleinpachtungen behauptet werden, da dem Großpächter in seinem Inventar und in einem langfristigen Pachtvertrage selbst ein Wirtschaftskapital zur Seite steht, das häufig die wirtschaftliche Kraft des Eigentümers, dessen Besitz nicht unbelastet ist, übersteigt. Infolgedessen genießt denn auch der kleine Pächter, der nur Grundstücke bis zu 2,5 *ha* (10 Morgen) gepachtet hat, besondere Vergünstigungen. Die Verordnung bestimmt, daß für Grundstücke bis zu dieser Größe Kündigungen für unwirksam erklärt und gekündigte oder ohne Kündigung ablaufende Verträge bis zur Dauer von zwei Jahren verlängert, ferner daß Verträge vor Ablauf der vereinbarten Zeit aufgehoben werden können. Der Pächter soll hier ähnlich wie der Stadtmietler davor geschützt werden, nach Ablauf der Pacht obdach- und existenzlos zu werden. Das P.E.A. kann ihm auf Antrag sein Pachtverhältnis um zwei Jahre verlängern. Diese Verlängerung ist für Grundstücke von 2,5 *ha* und darüber ausgeschlossen. Allgemein ist sodann der Pächterschutz für Grundstücke jeder Größe dahin ausgedehnt, daß Leistungen, die unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht oder nicht mehr gerechtfertigt sind, durch das P.E.A. anderweitig festgesetzt werden.

2. Der Verpächterschutz. Auch hier ist die Unterscheidung des Klein- und Großbesitzes nicht ohne Bedeutung. Wird bei der Nachfrage nach Pachtland der Verpächter auch kaum in die Gelegenheit kommen, eine Kündigung seitens des Pächters für unwirksam erklären zu lassen oder selbst eine unfreiwillige Verlängerung der Pachtung herbeizuführen, so ist es sehr wohl denkbar, daß er an der vorzeitigen Aufhebung des Vertrages ein Interesse hat, z. B. wenn die Mißwirtschaft des Pächters seine Interessen gefährdet oder seine eigene oder der Familie Notlage es angezeigt erscheinen lassen, daß er wieder zur Selbstwirtschaft übergehe. In solchen Fällen kann er mit Hilfe des P.E.A. eine vorzeitige Aufhebung des Pachtvertrages erreichen, falls die Pachtgrundstücke die Größe von 2,5 *ha* nicht erreichen. Der Verpächter jedes Grundstücks kann beantragen, daß Leistungen, die unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht oder nicht mehr gerechtfertigt sind, anderweitig festgesetzt werden.

3. Gemeinsames für den Pächter- und Verpächterschutz. Der Pachtschutz ist wie der Mietschutz vom strengen Rechte losgelöst und soll lediglich nach Billigkeitsgründen ausgeübt werden. Dafür hat das Gesetz einige besondere, allgemeingültige Vorschriften erlassen, die dem P.E.A. als Leitgedanken bei der



Entscheidung vorschweben sollen und die dem sozialen Ausgleich nach drei Richtungen hin Geltung verschaffen. Es hat angeordnet, daß die P.E.A. die besprochenen Maßnahmen nur treffen dürfen, wenn sich das Verhalten eines Beteiligten entweder als wucherische Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit oder unter Berücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse offenbar als eine schwere Unbilligkeit darstellt, oder wenn es zur Folge hätte, daß der andere Teil in eine wirtschaftliche Notlage gerät.

Es mögen Verbesserungen der Pachtschutzordnung möglich und wünschenswert sein. Auch wird es, bei der Verschiedenheit der Interessen, an Klagen nicht fehlen, die weniger begründet sind. Schließlich setzen sich in ländlichen Verhältnissen selbst gute Neueinrichtungen meist nur langsam durch.

## § 6.

### Vermehrung des Bauernstandes und Festigung des bäuerlichen Besitzes.

Der Gedanke der Volksgemeinschaft dringt siegreich vor, nicht einer kommunistischen, sondern der solidaristischen Volksgemeinschaft. Fordert der Sozialismus Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, so lautet die Parole des Solidarismus: Vermehrung der Zahl der Eigentümer! Diesem Ziele dient die Erhaltung des Mittelstandes in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel und ebenso das, wovon wir im folgenden sprechen werden: innere Kolonisation, Renten-güter, Heimstätten usw.

Die Bildung neuer Bauernstellen kann zum volkswirtschaftlichen Fortschritt sowohl in populationistischer Beziehung führen wie durch Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität und Erleichterung der Ernährung des Volkes.

Unzweifelhaft ist zunächst die hohe Bedeutung, welche die Besitzverteilung für die Schaffung und Erhaltung einer dichtereren Bevölkerung auf dem Lande hat. Wo sich die Bevölkerungsziffer dort im Stillstande oder in Abnahme befindet, vermag eine Mehrung des Klein- und Mittelbesitzes erfreulichen Wandel zu schaffen<sup>1</sup>.

Der bäuerliche Besitz nutzt ferner erfahrungsgemäß die Bodenkräfte weit besser aus als der Großgrundbesitz, insbesondere wenn dieser in eigentliche Latifundienwirtschaft ausartet, an Stelle intensiver Kultur extensive Wirtschaft einzig unter dem Gesichtspunkte höherer Rentabilität betreibt oder gar den Kulturboden dem Vergnügen der Jagd usw. opfert. Auch die den Bezirken dichterere bäuerlicher Bezirke benachbarten Städte gewinnen durch bessere Versorgung mit Lebensmitteln usw.

Die planmäßige Begründung bäuerlicher Ansiedlungen im Heimatsbereich des kolonisierenden Volkes, wie Sering die

<sup>1</sup> Dies hob ein Beschluß des preußischen Landesökonomiekollegiums vom Juni 1910 besonders hervor.

1. „innere Kolonisation“<sup>1</sup> definiert, wird darum zu begrüßen sein, wenn sie nach rein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten sich vollzieht.

In Preußen hatte man schon während des vorigen Jahrhunderts mit der Parzellierung einiger Staatsdomänen Neuvorpommerns begonnen. Das Ansiedlungsgesetz für Posen und Westpreußen vom 26. April 1886 stellte dann der Staatsregierung einen Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung, um in den genannten Provinzen deutsche Bauern und Arbeiter anzusiedeln: „zur Stärkung des deutschen Elements gegen polonisierende Bestrebungen“. Damit war jene unkluge, praktisch wirkungslose<sup>2</sup> und gehässige Verquickung politischer Gesichtspunkte mit den Ansiedlungsbestrebungen eingeleitet, die bis zur Kriegszeit einen dunklen Schatten auf die in sich so berechnigte innere Kolonisation geworfen hat. Neu zu begründende Stellen konnten nun zu Eigentum, in Zeitpacht oder gegen eine feste Rente vergeben werden. Zur Ausführung des Gesetzes ward die „Ansiedlungskommission“ mit dem Sitz in Posen gegründet. Im Jahre 1898 wurde der Ansiedlungsfonds auf 200, 1902 auf 350, 1908 auf 475 Millionen Mark erhöht. Es traten 1902 und 1908 weitere 125 Millionen Mark zur Vermehrung des staatlichen Domänen- und Forstbesitzes in den beiden Provinzen hinzu. Ein Gesetz vom 20. März 1908 bewilligte wiederum 50 Millionen zur Umwandlung größerer Güter und 75 Millionen Mark zur Umwandlung schon vorhandener bäuerlicher Güter in Rentengüter sowie zur Förderung der Sefshaftmachung von Arbeitern auf dem Lande. Das sog. „Besitzbefestigungsgesetz“ vom 26. Juni 1912 wies dann noch weitere 100 Millionen Mark zur Erweiterung und Festigung des deutschen Grundbesitzes in den gemischtsprachigen Landesteilen an.

Die östlichen Landesteile haben der preußischen Verwaltung viel zu verdanken. Indem aber, wie gesagt, eine Politik der Unterdrückung statt der klügeren Politik der Gewinnung Anwendung fand, eine Politik, welche die polnischen Staatsgenossen wie Fremde und schlimmer noch als diese behandelte, sie von ihrem angestammten, heimischen Boden zu verdrängen suchte, sie nicht als Kulturnation zur Geltung kommen ließ, konnte das Ergebnis kein anderes sein als tiefste Entfremdung gegenüber der Staatsnation, der sie angehörten und damit auch schwere Schädigung des Siedlungswerkes. Doch sehen wir von der unseligen politischen Beigabe hier ab und fassen wir nur die Neubegründung von Bauernstellen ins Auge<sup>3</sup>.

Will man Ansiedlungen von Bauern, wo bisher Großgrundbesitz vorherrscht, schaffen, so genügt die bloße Begründung von Bauernstellen noch keineswegs. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß diese bäuerlichen Wirtschaften dauernden Bestand haben können. Das überwiesene Land darf nicht zu klein, nicht unergiebig sein. Der Ansiedler muß vor finanziellen Lasten bewahrt bleiben, die er nicht tragen kann. Und was nützt schließlich die Begründung bäuerlicher Anwesen, die für eine Bauern-

<sup>1</sup> Näheres insbesondere bei Sering. Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. Schriften des Vereins für Sozialpolitik LVI (1893).

<sup>2</sup> Vgl. E. Stumpfe, Polenfrage und Ansiedlungskommission (1902). Bis zum 1. Juli 1914 hatte die Ansiedlungskommission für Posen und Ostpreußen eine Bodenfläche von rund 453 200 ha erworben und darauf 22 480 Familien angesiedelt.

<sup>3</sup> Vgl. Rimpler, Innere Kolonisation. Schriften des Vereins für Sozialpolitik XXXII (1886) 159 ff. 177.

familie die Existenz sichern, wenn solche Anwesen durch Erbteilung, Verkauf gleich wieder zersplittert werden können?

Sehr wichtig ist die Rechtsform, welche für die Ansiedlungsverträge gewählt wird. Mag die Zeitpacht nicht gänzlich auszuschließen sein, wenn bisherige Eigentümer ihr Eigentumsrecht nicht aufgeben wollen, so wird sie jedenfalls nicht als allgemein empfehlenswerte privatrechtliche Form gelten können. Eine Form der Ansiedlung, die den angesiedelten Bauern die Aussicht dauernden Verbleibens auf der Stelle eröffnet und darum ein innigeres Verwachsen der Bauernfamilie mit der Scholle ermöglicht, verdient gewiß der Zeitpacht gegenüber den Vorzug. Auch die Form der Erbpacht begegnete, mit Recht oder Unrecht, Bedenken, als ob dadurch eine frühere Form der Gutsuntertänigkeit wiederaufleben könne. Tatsächlich hat denn auch die preußische Gesetzgebung die Rechtsform des Rentengutes gewählt<sup>1</sup>.

Von den beiden Gesetzen, auf welchen die „innere Kolonisation“ beruht, hat das erstere vom 27. Juni 1890 die privatrechtlichen Formen für die Ansiedlungsverträge geschaffen; das zweite Rentengutsgesetz vom 7. Juli 1891 regelte die Beschaffung der Mittel zur Durchführung der Kolonisation.

2. „Rentengüter“ sind solche zu Eigentum besessenen Grundstücke, die mit einer festen Geldrente (oder eine in Geld, unter Zugrundelegung bestimmter Marktpreise, zu zahlenden Körnerrente) belastet sind<sup>2</sup>. Der Rentengutsbesitzer steht nicht wie der Erbpächter einem Obereigentümer gegenüber. Heimfallsrechte und sonstige Folgerungen des Obereigentums fallen hier fort. Der Besitzer hat alle Befugnisse des Eigentümers, soweit nicht öffentlich-rechtliche oder vertragsmäßig übernommene Beschränkungen vorliegen. Die Rentenschuld haftet als Reallast auf dem Gute; sie verpflichtet zu den festgesetzten Rentenzahlungen, nicht aber, nach Art einer Hypothekenschuld, zur Zahlung eines Kapitals.

Das Ansiedlungsgesetz vom 26. April 1886 hatte die ganze Kolonisationsarbeit (Ankauf von Gütern, Bestreitung der Kosten der erstmaligen Einrichtung, der Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse, Gewährung von Freijahren, Bewilligung von Darlehen, Überweisung von Wirtschaftsvorräten usw.) ausschließlich in die Hand der Staatsbehörde gelegt. Die neue Rentengutsgesetzgebung (die Geltung für die ganze Monarchie hat<sup>3</sup>) suchte auch den Großgrundbesitz

<sup>1</sup> Insbesondere Miquel, Sombart-Ermsleben, v. Bodelschwingh hatten sich für eine Kolonisationsgesetzgebung nachdrücklich eingesetzt. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik XXXIII 168.

<sup>2</sup> Delnis, Das Preußische Rentengut oder: Wie kann man ohne große Barmittel zu einem eigenen ländlichen Besitz mittleren oder kleineren Umfangs gelangen? <sup>5</sup> (1918). (Populär.)

<sup>3</sup> In Preußen sind jedoch die landeskulturgesetzlichen Maßregeln durchgängig den besondern Verhältnissen und Bedürfnissen vornehmlich des Ostens angepaßt worden.



selbst neben dem Staate als Domänenbesitzer zur Mitarbeit an der Schaffung von Bauern- und Tagelöhnerstellen heranzuziehen.

Eine wichtige Ergänzung des ersten Rentengutgesetzes brachte das zweite Gesetz von 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern. Es stellte die alten, einst bei der Aufhebung der gutherrlich bäuerlichen Verhältnisse und der Ablösung der Reallasten als staatliche Kreditinstitute begründeten Rentenbanken<sup>1</sup> in den Dienst der Kolonisation. Der Rentenberechtigte wird für seine Ansprüche mit Rentenbriefen der Rentenbank abgefunden. Als staatlich gesicherte Schuldverschreibungen erfreuen sich die Rentenbriefe verhältnismäßig niedriger Zinsen. Darum braucht auch der Rentengutsbesitzer, dem nur mehr noch die Rentenbank als Gläubigerin gegenübersteht, dieser an Zinsen und Amortisation (letztere  $\frac{1}{2}\%$ ) viel weniger zu zahlen, als er an Zinsen Privaten oder privaten Kreditinstituten hätte zahlen müssen. In vier bis sechs Jahrzehnten kann er von der ganzen Schuld befreit sein. Ein Gesetz vom 8. September 1896 hat den Rentenbanken auch die Abfindung der weichenden Erben bei Anerbengütern übertragen, wofür sie eine Zinsen und Tilgungsbetrag umfassende Rente von den Anerben sich ausbedingen<sup>2</sup>.

Wir müssen uns natürlich hier auf diese kürzesten Andeutungen über die Grundlagen des Siedlungswesens und der staatlichen Siedlungshilfe beschränken, ohne auf die Erbreiterung dieser Grundlage durch die weitere Gesetzgebung (vom 12. Juli 1900, 20. Juli 1910, 8. Mai 1916) eingehen zu können. Nur sei noch hervorgehoben, daß die Kolonisationstätigkeit zuletzt hauptsächlich bei den sog. Landgesellschaften, gemeinnützigen Ansiedlungsunternehmungen lag (durchweg Gesellschaften mit beschränkter Haftung), „gemischte“ Unternehmungen, an denen Staat, Provinz, Kreis, auch Genossenschaftsverbände beteiligt sind. Die neuere Gesetzgebung gab diesen Landgesellschaften durch Betriebsfundierung, Krediterweiterung eine breitere Unterlage. Ihre Freunde lobten ihre Wirksamkeit sehr. Sie haben aber auch Kritiker gefunden, die mit den Landgesellschaften<sup>3</sup> und deren gemeinsamem Organe, der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, nicht zufrieden waren, vielmehr auf eine gründliche Reform des staatlichen Siedlungswesens und der staatlichen Siedlungshilfe hinarbeiteten.

<sup>1</sup> Rentenbanken gab es in Königsberg, Berlin, Stettin, Posen, Breslau, Magdeburg, Münster i. W.

<sup>2</sup> Zur Festigung schon vorhandener Güter und Bauernhöfe durch Ablösung der Nachhypotheken und durch Umwandlung in Rentengüter waren die „Deutsche Mittelstandskasse“ zu Posen seit 1904 und die „Deutsche Bauernbank“ in Danzig seit 1906 tätig.

<sup>3</sup> Im Osten bestanden drei große Landgesellschaften: die Pommersche Landgesellschaft, 1903 gegründet, die Ostpreußische Landgesellschaft in Königsberg seit 1905, die Landgesellschaft „Eigene Scholle“ in Frankfurt a. O. (1910). In Hannover und Kiel wurden 1907 und 1910 solche Siedlungsgesellschaften gegründet und durch die Raiffeisenvereine ebenfalls eine in Hessen.

**3. Siedlung und Landarbeiter.** Mit der Begründung von selbständigen Bauerngütern sind die von den größeren Gütern so dringend benötigten Arbeitskräfte noch nicht beschafft. Allerdings bewirkt schon die Aufteilung von Großgrundbesitz eine Verminderung des Bedürfnisses an Lohnarbeitern. Für die neuen Kleingüter reicht die Arbeitskraft des Besitzers und seiner Familienglieder regelmäßig aus. Auch trägt die Begründung oder Erweiterung von bauerlichen Landgemeinden durch die innere Kolonisation mit dazu bei, Arbeitskräfte auf dem Lande festzuhalten. Allein das genügt noch nicht, um schädigende Abwanderung der Arbeitskräfte zu verhindern. Das beste Mittel, die Leute auf dem Lande festzuhalten, wird wohl immer darin bestehen, daß man den Arbeitern die Möglichkeit bietet, sich Grund und Boden, damit aber festen Wohnsitz und eine sichere Heimat auf dem Lande zu sichern. Auch die Allmenden<sup>1</sup> — „Boden, dessen Eigentum der Gemeinde, dessen Genuß den Bürgern angehörig ist“, wie das Badische Gesetz sich ausdrückt — können viel dazu beitragen, die Fortwanderung zu verhindern.

In Mecklenburg-Schwerin hatte man in den Domanialdörfern<sup>2</sup> seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts schon sog. „Häuslereien“ errichtet. Die Bewerber um solche Arbeiterstellen erhielten einen Bauplatz mit Hausgarten (meist 0,184 ha) unter günstigen Bedingungen. Die Frau konnte diesen kleinen Besitz allein bewirtschaften, so daß der Mann für Außenarbeit frei blieb. Die Häusler fanden aber auch sonst Gelegenheit, Boden zu pachten; insbesondere hatten sie Anspruch darauf, zu sehr billigen Preisen Gemeindeland (meist 5% der Gemarkung) in Stücken von  $\frac{1}{4}$  bis 1 ha zu pachten — die sog. „Kompetenz“. Die Lage der Häusler, deren Zahl dem örtlichen Arbeitsbedürfnis angepaßt wird, ist durchgehends gut. Sie bewirtschaften meist 1–2 ha, haben ihre Kuh und Kleinvieh. Etwa ein Drittel der Häusler sind zugleich Handwerker, Krämer usw. Das Verbot der Parzellierung sichert den Fortbestand der Häuslereien. In der Gemeinde sind die Häusler vollberechtigte Mitglieder. Weniger bewährt haben sich die außer den Häuslereien im Domanium noch bestehenden „Büdnereien“ (von 3 bis 7 ha). Den Versuchen innerer Kolonisation im ritterschaftlichen Gebiete, dem Bauern, Bauerngüter und Arbeiterstellen gänzlich fehlten (Ansiedlungsgesetz von 1898 usw.), darf man größere Erfolge wünschen. In Preußen wurden durch Ministerialerlasse zunächst die Mittel der Rentenbanken auch der Errichtung von Arbeiterrentengütern (bis zu 1,5 ha und nur im Anschluß an eine Gemeinde) dienstbar gemacht.

<sup>1</sup> Die Zählung vom 14. Juni 1895 ergab, daß im Deutschen Reiche 12492 Gemeinden noch über ungeteilte Weide verfügten. 429468 Betriebe waren daran beteiligt. 12386 Gemeinden hatten ungeteilten Wald, und 510846 Betriebe hatten Nutzungsrecht daran. 8560 Gemeinden verfügten über Gemeindeland, das in 382833 Gemeindelosen zur Sondernutzung ausgegeben wurde. Die Allmendweide umfaßte in Deutschland 441635 ha, die Allmendwaldfläche 1340160 ha. Im Osten ist die Allmende selten, häufiger im Westen und Süden zu finden. Die relativ geringe Verschuldung der badischen Landwirtschaft wird zum Teil dem großen Allmendbesitz zugeschrieben.

<sup>2</sup> Das großherzogliche Domanium (42% des Landes) wurde zumeist in bauerlichen Betrieben bewirtschaftet. In dem ritterschaftlichen Territorium war dagegen die Bauerschaft im 17. und 18. Jahrhundert nahezu vernichtet worden.

Für die Durchführung dieser Ansiedlungen hielt man die Kreise unter Mitwirkung der provinziellen gemeinnützigen Ansiedlungsgesellschaften für besonders geeignet. In Preußen, aber auch in andern Bundesstaaten, haben die Landesversicherungsanstalten wirtschaftliche Vereinigungen für den Bau von Arbeiterwohnungen durch Darlehen unterstützt. In Bayern geben die Landeskulturrentenanstalten den Gemeinden Darlehen für Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter. In Pommern wurden den vom Militär kommenden jungen Leuten Mietwohnungen zur Verfügung gestellt, damit sie leichter eine Familie im Orte gründen können usw.

Auch in andern Ländern, so namentlich in Rußland vor dem Kriege, in Dänemark, Schweden, Norwegen wurde der inneren Kolonisation erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet, zum Teil mit gutem Erfolge. In England, wo der Bauernstand der großkapitalistischen Entwicklung nahezu ganz erlegen war, haben die „Small holdings acts“ nicht viel ausgerichtet. Größeren Erfolg hatten die „Allotments acts“, welche die Arbeiter in den Bergwerks- und Industriebezirken mit Grundstücken (pachtweise) auszustatten erstrebten. Das französische Gesetz von 1908, betreffend den kleinen Grundbesitz und billige Wohnungen, hat die Entvölkerung des platten Landes nicht zu hemmen oder zu beseitigen vermocht. Die Erfolge späterer Bestrebungen in diesen Ländern sind noch abzuwarten.

**4. Heimstättenbewegung.** Die zuerst (1839) in Texas erlassenen Heimstättengesetze (Homestead-exemption-laws)<sup>1</sup> wollten einen Grundbesitz von bestimmtem, mäßigem Umfange gegen Schuldverkauf schützen und ließen daher nur in beschränktem Maße eine hypothekarische Belastung, Beschlagnahme und Versteigerung zu. Die amerikanischen Heimstätten-Exemptionsgesetze fußen auf der Idee, daß bei der Zwangsvollstreckung dem Bauern zur Fristung seiner physischen Existenz und zur Fortsetzung seiner Berufsarbeit nicht bloß gewisse Mobilien, Nahrungsmittel, Werkzeuge, Geräte u. dgl., sondern überdies sein Haus mit den Nebengebäuden und einigem zugehörigen Lande als Existenzminimum belassen werden müssen. Dieses also geschützte Existenzminimum wurde dabei auf einen Umfang von Grundbesitz ausgedehnt, der genügt, um der Bauernfamilie eine bescheidene selbständige wirtschaftliche Existenz zu sichern. Allerdings ist dieser Gedanke keineswegs in allen Heimstätten-Exemptionsgesetzen folgerichtig durchgeführt. Wo aber die Heimstätte wirksam geschützt und ihre Verpfändbarkeit, wie in Texas, tatsächlich sehr eingeengt wurde, klagten dann wieder die Landleute über Mangel an Kapital, dessen sie bei steigender Intensität des Betriebes mehr und mehr bedurften.

Die vor dem Kriege einsetzende Heimstättenbewegung in Österreich, Deutschland, der Schweiz und ebenfalls in den romanischen Ländern ver-

<sup>1</sup> Nicht zu verwechseln mit den sog. „Homestead-laws“, durch welche in Amerika (seit 1862) und später in Australien Ansiedlern Landgebiete (im Umfang von 160 acres) unentgeltlich überwiesen wurden gegen Übernahme der Verpflichtung, wenigstens fünf Jahre lang diese „Heimstätte“ zu bewirtschaften. — Für Deutschland: Friedrich v. Laer, Weg und Ziel unserer Heimstättenbewegung (1920). Für Österreich und Deutschland: Heinrich Rauchberg, Kriegerheimstätten (1916).



folgte zum Teil als Ziel, gegenüber der Zwangsvollstreckung ein unantastbares Bodenbesitzminimum dem Bauern für seine Lebenszeit zu sichern, zum Teil überdies noch in den Heimstätten Familienerbgüter zu begründen.

„Dem Heimstättenrechte“, sagt Otto Gierke, „liegt der in unserem Rechtsbewußtsein durch alle Vorherrschaft des römischen Rechtes nicht ausgetilgte nationale Gedanke zugrunde, daß die Hofstätte mit ihrem Zubehör nicht bloß ein Vermögensstück oder gar eine Ware, sondern eine ‚Heimat‘, die Basis eines Familienlebens und seiner wirtschaftlichen und ethischen Betätigung ist. Indem eine solche Hofstätte der Verschlingung durch das beutelustige, bewegliche Kapital, der Zertrümmerung durch die Wechselfälle des Verkehrs und des Erbanges, sowie der Aufsaugung durch den Großgrundbesitz sich entzieht, sorgt es für die Verwirklichung des bewußt oder unbewußt in unserer Landbevölkerung bis heute lebenden Rechtsideals.“

Die Heimstätten im vollen Sinne des Wortes wären also hiernach exekutionsfreie und der Erbteilung entzogene Bauernstellen, welche ausreichen, um eine bauerliche Familie zu ernähren. Diese Heimstätte, wie sie die deutsche und österreichische Heimstättenbewegung in ihren bedeutendsten Vertretern verlangte und wie sie in einer Denkschrift des österreichischen Ministerialrates Karl Peyrer Ritter v. Heimstätt, ebenfalls in einem von K. v. Riepenhausen für den deutschen Reichstag ausgearbeiteten Gesetzentwurfe charakterisiert wurde, ist unteilbar und durch Erbgang im Falle des Vorhandenseins mehrerer Erben nur auf einen derselben, den Anerben, übertragbar. Auch bezüglich der Veräußerung (Genehmigung des Ehegatten), namentlich aber der Verschuldung (die Hälfte des Ertragswertes als Verschuldungsgrenze, Verschuldung nur in amortisierbaren Renten oder Annuitäten zulässig) sind der Verfügungsfreiheit des Eigentümers Schranken gesetzt.

Schon diese Heimstättenbewegung verfolgte ein von vielen begeistert aufgenommenes Ziel. Gewährt doch die Heimstätte auch im öffentlichen Interesse dem Bauernstande größere Festigkeit und wirksameren Schutz gegen die Übermacht des mobilen Kapitals. Überdies berief man sich darauf, daß Eigentum an Grund und Boden gerade in der Rücksicht auf die Familie eine feste, naturrechtliche Begründung besitze.

Es wurde aber der älteren Heimstättenbewegung gegenüber auf die praktischen Schwierigkeiten hingewiesen, welche aus der Vorliebe des Bauern für freie Verfügung über seinen Grundbesitz erwachsen würden. In den Gegenden, wo die Höfe bereits gesetzlich unteilbar sind, würde freilich auch die Beschränkung der Verschuldungsfreiheit sich leichter einführen lassen. Anderwärts, namentlich in den Ländern mit gleicher Erbteilung, dürfte aber ein bloß fakultatives Heimstättengesetz wenig praktische Erfolge haben und die obligatorische Einführung jedenfalls nicht unvermittelt geschehen können. Auch die Größe der Heimstätte würde je nach den Bodenverhältnissen verschieden sein müssen usw.

Während des Weltkrieges wurde nun die Frage der Heimstätten-gründung besonders eifrig von den Bodenreformern aufgerollt. Ein Haupt-ausschuß für Kriegerheimstätten in Deutschland verkündete seine Grundsätze am 20./21. November 1915; ähnlich lauteten die „Leitsätze für Schaffung von Kriegerheimstätten“, wie sie auf der vierten öster-reichischen Wohnungskonferenz am 5./6. Februar 1916 entworfen wurden. Durch die Errichtung von solchen Heimstätten wollte man den Kriegern und deren Familien ein gesundes Heim sichern, das Los der Kriegsinva-liden bessern, die Volkskraft durch zweckmäßige Siedlungs- und Wohnungs-reform erhöhen, die Auswanderung und die Landflucht einschränken, die Produktion der heimischen Landwirtschaft und Viehzucht steigern, den Nahrungsbedarf der Bevölkerung von der Zufuhr aus dem Auslande weniger abhängig machen usw. Also nicht nur den heimkehrenden Kriegern, sondern auch der Volksgesamtheit würde durch die Kriegerheimstätten großer Nutzen erwachsen.

Man unterschied dabei zwischen landwirtschaftlichen Heim-stätten und Wohnheimstätten. Die letzteren sollten vor allem ein gesundes Wohnen ermöglichen, aus einem Haus mit Nutzgarten (Mög-lichkeit: Kleinvieh, Geflügel, Ziegen, Schweine zu halten) bestehen, so weit tunlich im Rahmen von Garten- oder Gartenvorstädten. Bei den land-wirtschaftlichen Heimstätten tritt der Zweck verbesserter Volksernährung stärker hervor. Sie waren gedacht als Bauernstellen, als Betriebsstellen für Gärtner, als Häuslerstellen für Landarbeiter, als Anwesen für länd-liche Handwerker und Arbeiter in gewerblichen Betrieben und sollten entsprechend ihrer Bestimmung mit Land ausgestattet werden. Was die Besitzform anbetrifft, so sollten die Kriegerheimstätten als Rentengüter<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Von 1891, dem Geburtsjahr der staatlichen Rentengutsbewegung, bis Ende 1914 wurden in Preußen 21 535 Rentengüter eingerichtet, davon 17 586 Neuansiedlungen und 3949 Zukäufe; der Flächeninhalt der aufgeteilten Ländereien betrug 238 448 *ha*; davon entfallen 3344 auf Hofräume und Gärten, 169 297 *ha* auf Äcker, 41 991 *ha* auf Wiesen und Hutungen, 14 662 *ha* auf Holzungen und der Rest auf Wege, Gewässer und Unland. Die Gesamtzahl der Rentengüter betrug in der Provinz Ostpreußen 3652, West-preußen 3378, Brandenburg 995, Pommern 4525, Posen 2421, Schlesien 1678, Sachsen 598, Schleswig-Holstein 1449, Hannover 1000, Westfalen 1688, Hessen-Nassau 119, Rhein-provinz 32. An erster Stelle stand demnach die Provinz Pommern, an letzter Stelle die Rheinprovinz. Nach den Größenklassen waren vorhanden 5544 Rentengüter unter 2½ *ha*, 2820 Rentengüter von 2½ bis 5 *ha*, 4821 Rentengüter von 5 bis 10 *ha*, 6546 Renten-güter von 10 bis 25 *ha*, 1804 Rentengüter über 25 *ha*. Als Kriegerheimstätte kommt selbstverständlich in erster Linie die Größenklasse unter 2½ *ha* und von 2½ bis 5 *ha* in Betracht, so daß die Zahl dieser Rentengüter eine wesentliche Steigerung er-fahren dürfte.

In Österreich förderte die Regierung die innere Kolonisation durch Einführung von Rentengütern zunächst in Galizien und in der Bukowina, allerdings in geringem Um-fange. Im Görzischen hatte der Landeshauptmann Faidutti mit staatlicher Unterstützung die dortigen Kolonen durch Verteilung angekauften Großgrundbesitzes mit Grundeigen-tum auszustatten unternommen.

den Kriegern zu Eigentum überlassen werden mit der Verpflichtung jährlicher gleichbleibender Renten- und Annuitätenzahlung (Tilgungsquoten). Für die Errichtung der Gebäude wurde auch an die Anwendung des Erbbaurechtes gedacht<sup>1</sup>. Die Kriegerheimstätten sollten aber der Familie der Krieger auf die Dauer erhalten werden. Darum müßten sie unter Lebenden und bei der Vererbung unteilbar bleiben, auch sonstigen Veräußerungsbeschränkungen unterworfen werden. Belastungen<sup>2</sup> dürften nur mit Erlaubnis der Behörden und bloß so weit erlaubt werden, als der wirtschaftliche Zweck der Heimstätte dies zulasse; schließlich sei die gerichtliche Vollstreckung zur Befriedigung anderweitiger privatrechtlicher Forderungen auszuschließen.

Woher aber sollte der Grund für die neue Besiedlung genommen werden? Hierfür wurden in Betracht gezogen: 1. Konfiszierte Güter; 2. Güter, deren Eigentümer gefallen und wo die Erben den Besitz nicht übernehmen, den Betrieb nicht fortsetzen wollten oder konnten; 3. herrenlos gewordene Güter; 4. Güter, die infolge Überschuldung oder aus andern Gründen in den Händen ihrer bisherigen Besitzer nicht mehr lebensfähig wären und zur Veräußerung gebracht würden; 5. verkäufliche Zwergbesitzungen; 6. Großgrundbesitz, der ganz oder zum Teil zur Zerstückelung gelange<sup>3</sup>; 7. jeglicher Besitz, der überhaupt ver-

<sup>1</sup> Zum Erbbaurecht vgl. die Verordnung vom Januar 1919.

<sup>2</sup> Die deutschen Grundsätze besagen: „Die Beleihung von Kriegerheimstätten kann nur in der Form von unkündbaren und löschungspflichtigen Hypotheken erfolgen, und zwar nur für zweckmäßige Bauten oder sonstige Verbesserungen. Für alle andern Schuld-eintragungen ist das Grundbuch der Kriegerheimstätte geschlossen.“ — Das deutsche Kapitalabfindungsgesetz vom 3. Juli 1916 soll den Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen die Möglichkeit bieten, sich mit Hilfe eines Kapitals durch Erwerb eines Grundstückes auf eigener Scholle ansässig zu machen oder vorhandenes Besitztum zu erhalten und zu stärken. Die Abfindung beschränkt sich in der Regel auf Personen, die im Alter von 21 bis 55 Jahren stehen. Zugrunde gelegt wird — unter Ausschluß der Rente — die Kriegsverstümmelungs- und Tropenzulage (diese in der Höhe der Kriegszulage), bei Witwen, je nach dem Dienstgrad des verstorbenen Ehemannes, ein Betrag von 200, 250, 300 M. Die Berechnung erfolgt nach dem Lebensalter, so daß der 21jährige z. B. das 18 $\frac{1}{2}$ fache, der 30jährige das 16fache, der 40jährige das 13 $\frac{3}{4}$ fache, der 55jährige das 8 $\frac{1}{4}$ fache der zu kapitalisierenden Jahresbezüge erhält.

<sup>3</sup> Eine vollständige Aufteilung des Großgrundbesitzes wäre verfehlt, wie sehr man sich auch mit der Schaffung bäuerlicher Kleinbetriebe (und zwar nicht nur in der Form von Kriegerheimstätten) erwärmen mag. Die im Jahre 1912 gegründete „Studienkommission für Erhaltung des Bauernstandes, für Kleinsiedlung und Landarbeit“ (Vorsitzender Batocki) erklärte ähnlich, wie wir es oben schon ausgeführt: „Die verschiedenen landwirtschaftlichen Besitz- und Betriebsgrößen haben ihre besondern Aufgaben und sind deshalb unentbehrlich für das Volksleben. Innere Kolonisation ist durchaus notwendig für die stärkere Besiedlung des platten Landes im Interesse der gesamten Volkskraft. Doch führt zu weitgehende Aufteilung des großbäuerlichen und des Großgrundbesitzes, wie jetzt immer mehr erkannt wird, zu ernster Gefährdung der Volks-ernährung, da diese Besitz- und Betriebsklassen die wichtigsten Kornproduzenten sind. Der kleinbäuerliche Betrieb liefert zwar mehr Vieherzeugnisse auf gleicher Fläche, und der Rohertrag des Kleinbetriebes ist im Verhältnis zur Fläche überhaupt größer als der-



käuflich sei mit Einschluß von unproduktivem, doch der Urbarmachung zugänglichem Boden. Wenn aber für den Fall, daß freiwillig angebotener Boden nicht ausreiche, auf die Zulässigkeit der Enteignung hingewiesen wurde, so muß diesbezüglich doch zur Vorsicht gemahnt werden. Die Enteignung bleibt an die Grundsätze der Rechtskollision gebunden. Sie ist zulässig, wo die Fortdauer des privaten Eigentums überhaupt an einer Sache mit der öffentlichen Wohlfahrt kollidiert. Sie darf aber nicht ein Mittel der Politik werden. Der Staat hat die Rechtsschutzpflicht gegenüber allen seinen Bürgern, mögen sie Deutsche, Polen oder Ruthenen sein. Er muß das natürliche Recht des Menschen, Eigentum zu erwerben und darum auch zu bewahren, für alle Staatsbürger in gleicher Weise schützen, so lange nicht im einzelnen Falle zur Strafe für erwiesene Verbrechen eine Konfiskation eintritt. Auch dadurch unterscheidet sich die Expropriation von der Konfiskation, daß bei der Expropriation der volle Wert ersetzt wird, weil eben der Wertbesitz nicht mit der öffentlichen Wohlfahrt kollidiert. Das antipolnische preußische Enteignungsgesetz war also rechtswidrig, da das Eigentum an Grundstücken dem rechtmäßigen Besitzer entzogen wurde, nicht weil diese Grundstücke für Zwecke der öffentlichen Wohlfahrt bedurft wurden, sondern aus persönlichen Gründen, weil der Besitzer Pole war, und ohne daß ein persönliches Verfehlen bei dem bisherigen Besitzer nachgewiesen wurde.

Die Finanzierung der neuen Siedlungen ist natürlich von entscheidender Bedeutung. Für die Beschaffung der Mittel werden wohl, wie bisher, zunächst Rentenbankbeleihung und landschaftliche Beleihung in Betracht kommen. Bezüglich der Beschaffung eines Ansiedlungsfonds wurde an die Mitwirkung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften gedacht. Vor allem habe der Staat die Pflicht, hier führend und Richtung gebend einzugreifen, da ja die Begründung von Heimstätten von hervorragender Bedeutung für die Gesamtwohlfahrt des Volkes sei.

Dann werde es auch der Einrichtung staatlicher „Heimstättenämter“ bedürfen. Die deutschen Bodenreformer erhofften schließlich eine weitere Ausdehnung der zunächst für die Kriegerheimstätten einzuführenden agrarrechtlichen Grundsätze, die Begründung eines allgemeinen Heimstättenrechts. Die Heimstätten derer, die sich als Krieger um das Vaterland besonders verdient gemacht, sollten hierfür

jenige des Großbetriebes, nicht aber im Verhältnis zum Arbeitsverbrauch und zur gesamten Volkszahl. Der Kleinbetrieb beschäftigt auf gleicher Fläche weit mehr Menschen als der Großbetrieb. Darin besteht gerade die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinbetriebes und des Kleinbesitzes. Aber dieser ist außerstande, genug Korn zu produzieren für die Ernährung einer dichteren Bevölkerung von Stadt und Land. Je mehr sich also einerseits diese Bevölkerung verdichtet, um so notwendiger sind andererseits der Großbetrieb und der großbäuerliche Betrieb als Kornproduzenten. Der Südwesten Deutschlands, obwohl er lange nicht so viel Industrie hat als der Nordwesten, braucht doch einen starken Zuschuß von Korn; ihm kann nur der Norden liefern oder — das Ausland.“

Vorbilder und Bahnbrecher sein. Das Jahr 1920 brachte dann ein Reichsheimstättengesetz (Wohnungs- und Wirtschaftsheimstätten)<sup>1</sup>.

5. Das Reichssiedlungsgesetz von 1919 legte die Grundzüge eines Ansiedlungsplanes fest. Zusammenfassend gibt Max Sering<sup>2</sup> (der Verfasser des Gesetzentwurfes mit Erläuterungen) die hierfür leitenden Gesichtspunkte in folgender Weise an: „In der Zeit, als die Bodenerzeugnisse aus den Ländern der extensiven Wirtschaft sich um den Absatz auf den europäischen Märkten drängten, ist das Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie verloren gegangen. Industrie, Handel und Verkehr entzogen der Landwirtschaft die ihr nur lose angegliederten Arbeitskräfte. Infolge des Arbeitermangels blieben die davon am stärksten betroffenen großen Güter in weiten Landstrichen trotz der Schutzzölle hinter dem technisch und privatwirtschaftlich erreichbaren Maximum der Erträge beträchtlich zurück. Andern gelang es mit Hilfe der Wanderarbeiter<sup>3</sup>, zwar einen hochintensiven Betrieb wenigstens auf den Innenschlägen durchzuführen; aber die Unkultur der Fremden drängte immer neue Scharen einheimischer Arbeiter in die Städte und Industriebezirke. Noch schlimmer als die Großgüter waren die Großbauernwirtschaften daran, weil sie unter der Schwierigkeit litten, den hier ganz vorherrschenden Bedarf an Gesinde zu decken, während ihnen die Beschäftigung von Wanderarbeitern nicht möglich ist. Nur die Kleinbetriebe vermochten durch Eigenbesitz und Familienzusammenhang die nötigen Arbeitskräfte festzuhalten. So wurden sie, besonders in West-, Süd- und Mitteldeutschland, zu den eigentlichen Sitzen intensiver Wirtschaft, obwohl ihnen die rechte Leitung durch eine zielbewußte Produktionspolitik fehlte.

„Schon vor dem Kriege begannen Rohstoffe und importierte Nahrungsmittel knapper und teurer zu werden, weil die Mehrung der Bodenerzeugnisse auf extensivem Wege überall außerhalb der Tropen an die Grenze der günstigsten Produktionsbedingungen stieß, und nun hat der Weltkrieg die wirtschaftliche Grundlage der bisherigen Industrieentwicklung ebenso schwer erschüttert wie die soziale der landwirtschaftlichen Industriegüter, deren Wanderarbeiter ausbleiben. — Jetzt ist die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Industrie und Landwirtschaft zu einer Lebensfrage des deutschen Volkes geworden. Sie verlangt die entschlossene Mehrung und Förderung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe. Diese beschäftigen, ernähren und setzen unverhältnismäßig viel mehr Menschen in Brot als die großen und mittelgroßen Güter und besitzen alle Voraus-

<sup>1</sup> Vgl. Hans Krüger, Das Reichsheimstättengesetz vom 10. Mai 1920 (1921).

<sup>2</sup> Die Verordnung der Reichsregierung vom 29. Januar 1919. Schmollers Jahrbuch XLIII (1919) 587 ff. Preußisches Ausführungsgesetz 1919. Ein Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen wurde 1921 unter Serings Leitung im Anschluß an die Berliner Universität gegründet.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Bd. III, Kap. 2, § 5, S. 200 ff.

setzungen für eine intensive Bodenausnutzung. Der Kleinbetrieb ist imstande, der Volkswirtschaft die höchstmögliche Menge an Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu liefern, sofern er nur die erforderliche Ergänzung durch genossenschaftliche und sonstige gemeinwirtschaftliche Veranstaltungen findet. Selbst unabhängig von fremden Arbeitskräften ist die familienhafte Bauernwirtschaft die Produktionsstätte von tüchtigen, gut erzogenen, arbeitsfrohen Menschen. Es gibt deshalb auch keine wirtschaftliche Lösung der Arbeiterfrage für die Mittel- und Großbetriebe als im Zusammenhang mit der Begründung vieler selbständiger Kleinwirtschaften. Die volkswirtschaftlich erwünschte Erhaltung großer, gut geleiteter Landgüter ist also ebenfalls an eine großzügige Innenkolonisation gebunden.“

Die erforderlichen Neubauten und die Beschaffung des Inventars für die Kleinsiedler sind allerdings mit hohen Kosten verbunden. Es wird im Augenblick nicht so leicht sein, diese zu decken. Auch muß die Auslese unter den Persönlichkeiten eine vorsichtige sein. Wer nichts von der Landwirtschaft versteht, möge zunächst als Landarbeiter Kenntnis der Landwirtschaft zu gewinnen suchen. Vorerst, meint Sering, werde diese Arbeiteransiedlung vielleicht eine größere Rolle spielen als die volkswirtschaftlich und sozial wichtigere Bauernkolonisation. Es stehen also der Durchführung des Siedlungsgesetzes nicht geringe Schwierigkeiten im Wege. Aber das Gesetz eröffnet wenigstens den Weg, der dazu beitragen kann, daß die deutsche Volkswirtschaft ihrer Aufgabe genügt.

Die durch das Reichsgesetz festgelegten (durch die Landesgesetzgebung den besondern Verhältnissen der Länder und Provinzen anzupassenden) Grundzüge des Ansiedlungsplanes sind im wesentlichen folgende:

1. Als Organisationsform für das Ansiedlungswesen gilt im allgemeinen die oben erwähnte gemeinnützige Siedlungsunternehmung (meist Gesellschaften mit beschränkter Haftung; der Staat in der Regel bis zur Hälfte des Gesamtkapitals beteiligt; ein anderer Teil entfällt auf öffentliche Selbstverwaltungskörper, weniger auf Privatgenossenschaften, Banken, Vereine und Privatleute, Dividende meist auf 5% beschränkt). Solchen „gemischten Unternehmungen“ soll das Ansiedlungswesen in erster Linie anvertraut werden. Doch auch die private Siedlungstätigkeit ist zugelassen.

2. Für die Bereitstellung von Siedlungsland kommen in Betracht: a) die Staatsdomänen, soweit ihre Erhaltung nicht für bestimmte öffentliche Zwecke nötig ist; b) das noch reichlich vorhandene Moor- und Ödland, das von dem gemeinnützigen Siedlungsunternehmen eventuell durch Expropriation in Anspruch genommen werden kann. c) Durch Ausübung eines ihnen durch das Gesetz gewährten Vorkaufsrechtes können die gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen jedes in ihrem Bezirk durch entgeltliches Rechtsgeschäft zur Veräußerung ge-



langende landwirtschaftliche Grundstück von 20 *ha* aufwärts an sich ziehen. d) In den Großgüterbezirken (also nicht in West- und Süddeutschland) können die Gutsbesitzer (100 und mehr Hektar) zu Landleieferungsverbänden zwangsweise zusammengefaßt werden. Diesen Verbänden liegt die öffentlich-rechtliche Verpflichtung ob zur Lieferung von besiedlungsfähigen Grundstücken an das gemeinnützige Siedlungsunternehmen, und zwar zu angemessenen Preisen. Die Landfläche, welche der Landleieferungsverband im Laufe der Zeit und nach Maßgabe der Nachfrage abzutreten hat, wird auf ein Drittel der gesamten Gutsfläche der zu bildenden großen Ansiedlungsbezirke bemessen<sup>1</sup>. Die Landesgesetzgebung bestimmt die Rechtsformen, zu denen das Land den Ansiedlern zu geben ist: Eigentum (Rentengut), Erbpacht, wo sie in Geltung ist (Mecklenburg), Zeitpacht.

Die Landleieferungsverbände haben ein Vorkaufsrecht auf die Landgüter ihrer Mitglieder. Sie können auch, wenn auf andere Weise das Bedürfnis nach Siedlungsland zweckmäßig nicht befriedigt werden kann, geeignete Grundstücke ihrer Mitglieder enteignen gegen angemessene Entschädigung. Für die Auswahl der Grundstücke zu Siedlungszwecken entscheiden die Besiedlungsfähigkeit des Grundstückes, dann aber auch volkswirtschaftliche und soziale Interessen.

Der Landleieferungsverband muß dem Siedlungsunternehmen auf dessen Verlangen Land liefern und hierzu der ihm zustehenden Mittel: Vorkaufsrecht, eventuell Enteignung, sich bedienen. Für die Praxis empfiehlt sich diesbezüglich in allem das Einverständnis zwischen Landleieferungsverband und Siedlungsunternehmen.

Der Steuergesetzgebung bleibt es vorbehalten, die Entrichtung der außerordentlichen Vermögensabgabe in besiedlungsfähigem Lande zu regeln.

Zur Verhinderung der Spekulation mit Ansiedlerstellen ist den Siedlungsunternehmen usw. ein Wiederverkaufsrecht durch das Gesetz zugesprochen.

Das Gesetz enthält auch Bestimmungen über die Beschaffung von Pacht- oder Nutzland (Allmende) für landwirtschaftliche Arbeiter. Die von der Landeszentralbehörde zu bestimmende Verwaltungsbehörde hat hierfür das Notwendige anzuordnen nach den örtlichen Verhältnissen. Ein von den Bundesregierungen beschlossenes Wohnungsgesetz hat auch für die Landbezirke die Schaffung von Wohnungsgelegenheit und Baugrund zum Gegenstande.

Die bisherigen Ergebnisse der Siedlungspolitik (1921) sind wenig befriedigend. Die Industrie hat nicht viel Industriearbeiter an das Land abgegeben. Auch sind Industriearbeiter nicht gerade für den landwirt-

<sup>1</sup> Erinuert sei an den Entschluß der kurischen und livländischen Ritterschaft (nach Eroberung ihres Landes durch die Deutschen im Weltkrieg), ein Drittel ihres Besitzes zur Besiedlung herzugeben.

schaftlichen Betrieb besonders geeignet. Das geeignete Siedlermaterial wird zunächst noch der ländliche Nachwuchs bleiben. Die Finanzlage der Siedlungsgesellschaften ist unbefriedigend, und dem Staate fehlen zur stärkeren finanziellen Beteiligung die Mittel<sup>1</sup>. Das Privatkapital wird sich bei der geringen Dividende nicht leicht zur Verfügung stellen. Man klagt auch darüber, daß die Siedlungsunternehmungen nicht immer den richtigen Gebrauch von ihrem Vorkaufsrechte gemacht hätten. In Preußen sind die Kulturämter als staatliche Siedlungsbehörden neben den provinziellen Siedlungsgesellschaften anerkannt<sup>2</sup>. Allein privater Grundbesitz wird für Siedlungszwecke wenig angeboten und der Staat hielt mit seinem Domänenland zurück. Schließlich haben die Ansiedlungen auch unter der Unsicherheit der Papiergeldwirtschaft zu leiden.

6. Grundsätzliches für die Agrarpolitik der Zukunft. Treffend bemerkte Miquel am 6. März 1894 vor dem „Deutschen Landwirtschaftsrat“: „Man hat zu Anfang des Jahrhunderts durch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung in Preußen und ungefähr gleichzeitig in allen deutschen Staaten den Grund und Boden von den darauf ruhenden sog. Feudallasten frei gemacht, sich dann aber bis heute um diesen in der früheren umfassenden Weise nicht bekümmert. Wie sehr die Befreiung von den Feudallasten eine Wohltat gewesen ist, so ist es doch ein Fehler, zur Gestaltung der rechtlichen Natur des Grundbesitzes nichts zu tun, ihn nach der Loslösung vom Feudalverbande sich selbst zu überlassen. Wir müssen vielmehr von dem Zustande und der Auffassung, daß der Grundbesitz eine Ware sei wie jede andere, wieder zurückkehren zu dem altgermanischen Recht, nach dem Grund und Boden nicht einmal individuelles Eigentum, sondern eine Art Familieneigentum mit besondern Grundsätzen der Vererbung ist.“ Die Grundsätze der Verkehrsfreiheit, denen die liberalen Staatsmänner auch in der Periode, die auf die Zeit der Bauernbefreiung folgte, gehuldigt, das Vertrauen, welches die freiwirtschaftliche Theorie und Praxis dem freien Grundstücks- und Kreditverkehre, der freien Konkurrenz auch des Auslandes mit seinen Produkten entgegenbrachten, hatten die heimische Landwirtschaft vor dem Weltkriege in die oben geschilderte kritische Lage gebracht und der Gesamtwohlfahrt des Volkes nicht geringen Schaden zugefügt. Eine klügere Politik wandte sich darum von den freiwirtschaftlichen Grundsätzen wieder ab und hat den Weg der Reform beschritten. Es mag sich aber empfehlen, kurz an gewisse allgemeine Grundsätze zu erinnern, welche in Zukunft eine weise Agrarpolitik leiten können bei der Auswahl und Durchführung der praktischen Maßnahmen zur Wahrung des Standes- und Gesamtinteresses auf agrarischem Gebiete.

<sup>1</sup> 1921 Preußisches Gesetz betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung.

<sup>2</sup> 1921 wurden noch Provinzialsiedlungsausschüsse geschaffen (Preußen).

Unserem solidaristischen Standpunkte entspricht grundsätzlich für die ganze Wirtschaftspolitik und darum auch hier auf agrarischem Felde die Forderung eines dauernden und systematischen Zusammenwirkens aller an der Besserung der Verhältnisse unmittelbar interessierten Faktoren: der Einzelkräfte und Einzelwirtschaften, der beruflichen Organisationen, des Staates. Wir erwarten eine erfolgreiche Reformarbeit überall und auch hier nur von der rechten Mischung von individueller und sozialer Selbst- und Staatshilfe, treten also in Gegensatz sowohl zum manchesterlichen Freiheitsgedanken, der alles auf die Selbsthilfe stellte, wie auch zu einem einseitigen Agrariertum, das von der Staatshilfe durch „große“ Mittel die rasche und radikale Heilung aller Übel erwartete.

Ein doppeltes Ziel wird der Agrarpolitik vorschweben müssen:

1. ein ausreichendes Maß von Wohlhabenheit und Zufriedenheit für die landwirtschaftliche Bevölkerung und deren verschiedene Gruppen; sodann

2. die Erhaltung und Mehrung der Befähigung der heimischen Landwirtschaft mit Rücksicht auf ihre Aufgabe der gesamten Volkswirtschaft und dem Staate gegenüber.

Der Staat wird seine agrarischen Gesetze und Maßregeln nicht treffen bloß nach den Bedürfnissen und Wünschen des Großgrundbesitzes, sondern nach dem Ideal einer gesunden Agrarverfassung. Er wird das Gedeihen der landwirtschaftlichen Produktion und der agrarischen Bevölkerung in allen ihren Teilen im Auge behalten müssen, des Großgrundbesitzes, dessen Bedeutung nicht verkannt werden darf, ganz besonders aber der Bauern und der ländlichen Arbeiter<sup>1</sup>. Er kann der Landwirtschaft ferner nicht anders helfen als unter Berücksichtigung ihres Verhältnisses zu der gesamten Volkswirtschaft, unter Wahrung der Gesamtwohlfahrt und der berechtigten Interessen aller Erwerbszweige und aller Bevölkerungsklassen. Der Staat wird ferner nicht zur Heilung gegenwärtiger Übel Mittel anwenden, die in Zukunft noch größeren Schaden verursachen würden. Er wird keine ungesunden Verhältnisse erhalten dürfen, aber auch Übelstände nicht plötzlich beseitigen können. Er muß bei allen Reformen zunächst immer an gegebene Verhältnisse anknüpfen, nicht alles selbst leisten wollen, sondern bloß ergänzend eintreten, wo das Wirken der andern Faktoren nicht ausreicht oder praktisch versagt. Auch prinzipiell Richtiges läßt sich nicht immer sogleich und unvermittelt verwirklichen. Was unter andern konkreten Bedingungen vielleicht möglich und segensreich wäre, wird sich unter gegebenen Verhältnissen nicht immer bewähren.

<sup>1</sup> Vgl. Wygodzinski, Die Landarbeiterfrage in Deutschland (1917). (Vom Standpunkte des landwirtschaftlichen Betriebes, ferner als soziales Problem, anschließend die Fragen des Ausgleichs zwischen Unternehmer und Arbeiter.) Auch die ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege im Sinne Sohnreys ist in ihrer Bedeutung anzuerkennen.



Die Agrarpolitik, die richtige Auswahl der Grundsätze und der Mittel, durch welche der Staat das Gesamtinteresse auf agrarischem Gebiete zu wahren hat, stellt also sehr hohe Anforderungen an die Einsicht, Klugheit, Tatkraft der staatlichen gesetzgebenden Faktoren und der staatlichen Behörden.

Kaum bedarf es erneut besonderer Erwähnung, daß der Staat durch landwirtschaftliche Unterrichtsanstalten, Wirtschaftsberatung, Muster- und Versuchswirtschaften usw. die Verbreitung der erforderlichen Kenntnisse, durch Förderung des technischen Fortschrittes, der Bodenverbesserung<sup>1</sup> die produktive Leistung der Landwirtschaft wesentlich steigern kann; ferner daß eine Überlastung der Landwirtschaft mit Steuern zu vermeiden ist.

An erster Stelle unter den staatlichen Maßnahmen steht aber die Ausbildung und Durchführung einer guten Agrarverfassung, d. i. des durch Gesetz und Gewohnheit rechtlich qualifizierten Zustandes der landwirtschaftlichen Verhältnisse in bezug auf Verteilung, Eigentum, Besitz, Vererbung des Bodens und Verfügung über denselben, die rechtliche Stellung der Eigentümer, Besitzer, Bebauer der Grundstücke. Der Staat wird Ordnung und Sicherheit in die den Boden betreffenden Rechtsverhältnisse bringen, ganz besonders den bäuerlichen Besitz auf breiter Grundlage neben mäßigem Großgrundbesitz zu erhalten, zu festigen suchen, ihm größere Widerstandsfähigkeit gegen schädigende Einwirkungen, gegen den Wucher usw. zu verleihen suchen. „Güterschlächtereien“ („Hofmetzgerei“), d. i. ein gewerbsmäßiges Parzellieren landwirtschaftlicher Anwesen zu wucherischen Zwecken, wird eine gute Gesetzgebung ebenso bekämpfen wie den Ankauf von Gütern durch kapitalistische Kreise lediglich zu Luxuszwecken. Eine direkte Regulierung des Getreidehandels und der Getreidepreise durch den Staat begegnet unter normalen Verhältnissen praktischen Schwierigkeiten und prinzipiellen Bedenken. Es wird Sorge getragen werden müssen für wahrheitsgemäße Notierung der Preise an der Börse mit deutlicher Erkennbarkeit der Qualität des Getreides. Sind die Notierungen nicht wahrheitsgemäß und ist die Qualität des Getreides nicht deutlich erkennbar, dann wird der Landmann, welcher vom Händler annähernd den Preis, der an der Börse notiert ist, fordert, geschädigt werden. Das preußische Landesökonomiekollegium und der Landwirtschaftsrat sind seiner Zeit dafür eingetreten, daß den Vertretern der Landwirtschaft ein Einfluß auf die Preisnotierungen und die Feststellung der Lieferungsqualitäten zugesichert werde, daß ferner die reinen Differenzgeschäfte möglichst zu beseitigen seien, überhaupt eine schärfere Beaufsichtigung der Börse Platz greife. Dem gesunden Empfinden widerstrebt es, daß das Brot des Volkes zum Gegenstande von Börsenspiel oder zur Quelle

<sup>1</sup> Der preußische Landtag bewilligte März 1922 wieder 300 Millionen für Bodenverbesserung. Zur Urbarmachung von staatlichen Mooren waren 1921 Mittel zur Verfügung gestellt worden.

wucherischer Bereicherung gemacht werde. Von großem Nutzen wird sodann selbstverständlich die Verbesserung der Verkehrsmittel sein. Der Transport von Massengütern mittelst Wagen und Gespann ist kostspielig, bei schlechten Wegen fast doppelt so teuer als bei guten. Es bedarf also der Herstellung und Unterhaltung guter, jederzeit fahrbarer Landstraßen, einer dem Bedürfnis entsprechenden Ausdehnung der Eisenbahnen (Kleinbahnen), der Erweiterung des Wasserstraßennetzes. Die Größe des Nutzens von Eisenbahnen und Wasserstraßen wird wesentlich mitbestimmt durch die Höhe der Tarife für den Transport von Massengütern. Möglichste Billigkeit des Transportes für Produkte, aber auch für die zur Steigerung der Rohproduktion so wichtigen künstlichen Dung- und Futtermittel ist durch das öffentliche Interesse geboten. Noch manches andere fällt in den Bereich staatlicher Pflege der Landwirtschaft, so der Schutz gegen Naturgefahren, insbesondere gegen Einschleppung und Verbreitung von Viehseuchen, das Deichrecht, die dauernde Ermöglichung und Ordnung von Arrondierungen, Feldregulierungen, zur Beseitigung immer wieder neu entstehender unwirtschaftlicher Gemengelage der Grundstücke verschiedener Eigentümer usw.

Nur noch eine allgemeine Bemerkung. Die modernste Entwicklung geht dahin, daß in Zukunft das Staatsleben in erhöhtem Maße von allen Schichten der Bevölkerung getragen werde. Alle Staatsbürger werden mehr noch als bisher zur aktiven Teilnahme am Staatsleben berufen sein. Da mag die Gefahr drohen, daß bei dem numerischen und materiellen Übergewicht der industriellen Kreise andere Minderheitsstände, insbesondere die Landwirtschaft, nicht immer die ihrer staats- und volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Pflege finden. Es wäre in der Tat eine schlecht verstandene und in ihren volkswirtschaftlichen Folgen verhängnisvolle „Demokratie“, die nicht im Gleichgewichte der Berufsstände, sondern in der einseitigen Vorherrschaft des materiell und zahlenmäßig mächtigsten Berufsstandes und seiner Interessen das wünschenswerte Ziel der staatlichen Entwicklung nach dem Kriege erblicken wollte. Es hieße das im Grunde genommen doch nichts anderes, als den Klassenstaat etablieren, obwohl man zum Volksstaat sich bekennt.

Alle Staatshilfe nützt aber anderseits wenig, wenn die Landwirte sich nicht selbst zu helfen verstehen. Bei dem einzelnen wird, um es noch einmal zu sagen, persönlicher Fleiß, Überlegung, Sparsamkeit in der Wirtschaftsweise und Lebenshaltung, gute Rechnungsführung über Gedeih und Verderb entscheiden. Man muß es dem Tiroler Hans Schrott-Fiechtl<sup>1</sup> hoch anrechnen, daß er in den Bauern, besonders bei seinen Tiroler Landsleuten, gerade das Selbstvertrauen, die wagende Initiative, die richtige Wertung technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes in verschiedenster Weise, selbst durch Bauernromane, zu wecken versucht hat.

<sup>1</sup> Vgl. auch dessen Schrift „Der Bauer als Wurzel der Volkskraft“ (1921).

Von größter Bedeutung ist natürlich die landwirtschaftliche Organisation. In der Isolierung bleibt der Landwirt für den Widerstreit der Interessen hilflos. Die Vereinigung macht stark, sowohl die ökonomische wie die soziale, berufliche Organisation.

Die wirtschaftliche Organisation verfolgt, wie wir sahen, unmittelbar wirtschaftliche Ziele; sie dient den Einzelwirtschaften, die in ihr verbunden sind, einesteils, indem sie diesen Vorteile des Großbetriebes sichert, und anderseits, indem sie dieselben vom Zwischenhandel unabhängig macht. So die Genossenschaften für gewisse Betriebserfordernisse (Ankauf von Saatgut, Dung- und Futtermitteln, gemeinschaftliche Benutzung von Maschinen), für die Verarbeitung (z. B. Molkereigenossenschaften), für den Verkauf der Produkte, für die den landwirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Errichtung und Einrichtung von Kreditinstituten. Auch auf andere Gebiete kann das Genossenschaftswesen sich erstrecken, so z. B. auf die landwirtschaftliche Versicherung.

Die berufliche Organisation anderseits, d. i. die Zusammenfassung der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung zu einer Interessentengruppe und zur Vertretung des ganzen Standes, aber auch zur Regelung der volkswirtschaftlichen Berufspflicht, hat ihren Abschluß in den meisten Ländern noch nicht gefunden. Wir besitzen landwirtschaftliche Vereine und Gesellschaften, Bauernvereine und Bauernbünde, Landwirtschaftskammern. Österreich hatte seine Landeskulturräte, die sich, auf der Unterorganisation der Bezirksgenossenschaften, als kammerartige Organisation aufbauten und zu einer gewissen Mitwirkung bei der landeskulturellen Verwaltung und zur Erstattung von Gutachten berufen waren. Die Zukunft muß zeigen, inwieweit es gelingt, eine mehr einheitliche und wirksame Organisation der Berufsstände herbeizuführen. Das hängt zusammen mit zukünftigen Umbildungen, welche diejenigen heute schon prinzipiell ins Auge fassen, die in den gegebenen Verhältnissen der Gegenwart und der nächsten Zukunft nur einen Übergangszustand erblicken wollen.

Sehr zu begrüßen ist das jetzt in Aussicht genommene Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft. Erfahrene Landwirte behaupten, daß Deutschland in seiner Ernährung vom Auslande unabhängig werden kann, wenn alle noch der landwirtschaftlichen Nutzung entzogenen Landflächen in Kultur genommen sind. Man spricht von 40 Millionen Morgen, die der Landwirtschaft durch Kultivierung der Hochmoore zuzuführen seien. Außer dem Hochmoor haben wir viel Niedermoor und große Flächen nicht ausgenutzten Öd- und Sumpflandes, das nach erfolgter Flußregulierung und Entwässerung bebaut und besiedelt werden kann. Es handelt sich bei dem großen Hilfswerk der Landwirtschaft im wesentlichen darum, neues Kulturland aus dem bisher ungenutzten Boden zu schaffen, aber auch das bestehende zu verbessern (Weiterbildung und Einbürgerung der neuzeitlichen Produktionsmethoden in Bodenbau und Viehhaltung, Saatgutverbesserung, erleichterte Beschaffung der maschinellen



Ausrüstung, Gewinnung von Arbeitskräften, von Düngemitteln, stärkere Ausnutzung des Stalldüngers und der städtischen Abwässer usw.). Die Mittel zur Durchführung des Hilfswerkes (auf 20 Milliarden Mark geschätzt) sollen auf dem Wege der Bildung großer öffentlich-rechtlicher Kreditgemeinschaften aufgebracht werden. Dem deutschen Volke aus eigenem Boden das Brot zur Verfügung zu stellen, den ernährungswirtschaftlichen Tribut an das Ausland wesentlich zu mindern oder zu beseitigen, die starke Passivität unserer Handelsbilanz nach Möglichkeit, im Interesse der deutschen Valuta, herabzusetzen, das ist in der Tat ein großes, jeglicher Unterstützung würdiges Hilfswerk, das der deutschen Landwirtschaft und dem ganzen Volke zur höchsten Ehre gereichen kann und, wie wir hoffen, auch gereichen wird.

## § 7.

**Bergbau.**

**1. Volkswirtschaftliche Bedeutung des Bergbaues.** Im volkswirtschaftlichen Sinne versteht man unter Bergbau die Gewinnung, Förderung nutzbarer Mineralien aus dem Erdinnern. Der Bergbau im juristischen Sinne bezieht sich bloß auf solche Mineralien, deren Gewinnung staatlicher Kontrolle untersteht.

Der Bergbau liefert Rohmaterial für die Industrie, in der Kohle das „Brot der Industrie“ und ein notwendiges Heizmaterial für den täglichen Gebrauch des Volkes<sup>1</sup>. Dort, wo nutzbare Mineralien, insbesondere Kohlen und Eisen sich finden, wählen die auf die schwer transportablen Produkte des Bergbaues angewiesenen Industrien ihren Standort; da entstehen die

<sup>1</sup> Der Verbrauch fossiler Brennstoffe gilt als ein Gradmesser für den materiell-kulturellen Stand eines Volkes. In den Vereinigten Staaten stieg er binnen knapp 100 Jahren von nahezu Null auf 640 Millionen Tonnen. Viel Geistesarbeit ist auf die Kohlenforschung verwendet worden. Insbesondere verdient die Entwicklung auf dem Gebiete der Kohlenchemie Beachtung. Die Gewinnung von Kohlengas in England war die Geburtsstunde der Kohlenchemie. Man fand dabei, zunächst als lästige Nebenerscheinung, das Naphthalin, sodann in Form schwarzer Schmiere den Teer, der eine Fundgrube der wichtigsten organischen Grundstoffe wurde, auf die sich unsere ganze neuzeitliche chemische Industrie aufbaut, so die Gewinnung von Anilin-, Alizarin- und Schwefelfarben, ferner von Arznei-, künstlichen Riech-, Süßstoffen, von Mitteln für photographische Entwicklung, sowie außerordentlich brisanten Sprengstoffen usw. Deutscher Erfindergeist und deutsche Tatkraft haben dabei immer mit an der Spitze gestanden. Aber die Kohle ist ein feines chemisches Wunderwerk; kein einziger der wertvollen Ausgangskörper findet sich darin ohne weiteres vor. Mit der Feuer-spaltung, dem glühenden Beil muß die Chemie sie aus der geheimnisvollen Bindung herauslösen. Die Kohle ist noch immer ein Geheimnis, wenn auch die Forschung manches lüftet. Aus der Vorzeit Wäldern hat für die Kohlenbildung nicht Zellulose die Hauptmasse geliefert, sondern der Holzstoff (das Lignin). Schwieriger ist die Ausdeutung der Kohlensubstanz selbst. Die Kohlenmasse baut sich nicht aus elementarem Kohlenstoff auf; sogar der sehr kohlenstoffreiche Anthrazit stellt einen Abkömmling des Elements dar, und das Wesen der Kuppelung ist noch dunkel (Fritz Hofmann).

großen Industriebezirke (Rheinland, Westfalen, Schlesien, Sachsen, Englands und Amerikas ausgedehnte Stätten blühenden Gewerbebetriebes).

Eine rationelle Landwirtschaft gibt dem Boden die Stoffe zurück, die der Pflanzenwuchs ihm entzieht. Die Menge der im Schoße der Erde befindlichen Mineralien aber ist fest gegeben, kann nicht vermehrt und nicht ersetzt werden, so daß der Abbau derselben allmählich zu ihrer Erschöpfung führen muß. Dazu kommt die Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit dieser Mineralien für Leben und Gedeihen der Volkswirtschaft. Ein fortgesetzter Raubbau müßte hier verhängnisvoll werden. Der Grund und Boden steht ferner zumeist im Eigentum von Privatpersonen; daraus können sich Schwierigkeiten ergeben für die Inangriffnahme und Durchführung des Bergbaues. Auch bedürfen die Bergarbeiter eines besondern Schutzes gegenüber den mannigfachen Gefahren des Bergbaues. Alle diese Gründe machen die Regelung des Bergbaues zur unabweisbaren Notwendigkeit.

**2. Rechtliche Ordnung des Bergbaues.** Das römische Recht behandelte die im Boden befindlichen Mineralien als Bestandteile des Grundstückes. Und da das Privateigentum des römischen Rechts sich wie auf die ungemessene Höhe über dem Boden, so auf die ungemessene Tiefe unter dem Boden erstreckte, war der Eigentümer des Bodens auch Eigentümer der Mineralien und konnte darüber verfügen. Das alte deutsche Recht behandelte dagegen die Mineralien als Naturschätze und nahm an, daß sie bis zur Okkupation durch Bergbau herrenlos seien. In der ältesten Zeit (Periode der alten Bergbaufreiheit) konnten auf Privatgrundstücken der Eigentümer, auf der Gemeindemark die Markgenossen nach festgesetzter Ordnung, auf herrenlosen Grundstücken ein jeder bauen.

Später nahm der Staat dieses Recht als Bergregal in Anspruch (Periode der Regalität des Bergbaues). Das Regal war zunächst für Edelmetalle, später für alle Metalle usw. Reichsregal. Die Landesherren erhoben indes bald Anspruch darauf. In der goldenen Bulle wurde ihnen (bzw. zuerst den Kurfürsten) das Regal dann auch als Lehen vom Reiche gewährt.

Die Tendenz der Gesetzgebung im verflossenen Jahrhundert, die Regalien zu beseitigen, führte im allgemeinen die Aufhebung des Bergregals herbei. Für die dem Grundeigentümer nicht besonders „vorbehaltenen“ Mineralien bestand nun die moderne Bergbaufreiheit des Finders. In den preußischen Gebieten war für das linke Rheinufer schon mit der Einführung des französischen Rechts das Bergregal weggefallen. Auch die preußischen Berggesetze vom 12. Mai 1851, vom 21. Mai 1860, das allgemeine preußische Berggesetz vom 24. Juni 1865 folgten dem freihändlerischen Zuge der Zeit. Das Bergregal wurde für das ganze Landesgebiet beseitigt<sup>1</sup>. Nur in den ehemals sächsischen Landesteilen blieben die Kohlen, in Schlesien die Eisenerze, in Hannover Salz und Solquellen dem Grundeigentümer vorbehalten. Im übrigen bestand, wie gesagt, Bergbaufreiheit des Finders. Indem die meisten andern deutschen Staaten dem Vorgange Preußens folgten, wurde das preußische Bergrecht materiell gemeines, allgemeines deutsches Recht.

<sup>1</sup> Die besondern Rechtsverhältnisse mediatisierter Standesherren wurden vertraglich geregelt.

Während nach dem alten gemeinen Rechte das Recht zu „schürfen“, d. i. nach verleihbaren Mineralien zu suchen, um die Verleihung vom Regalieninhaber zu erlangen, einer besondern Erlaubnis, des „Schürfscheines“, bedurfte, war nach preußischem (wie nach französischem) Rechte mit der Bergbaufreiheit auch die Schürffreiheit verbunden. Es benötigte zum „Schürfen“ keiner behördlichen Erlaubnis. Nur das österreichische und sächsische Recht forderten noch den Schürfschein. Um auf fremdem Grundstück zu schürfen, bedurfte es auch nach preußischem Rechte der Erlaubnis des Grundeigentümers, welche dieser jedoch nicht willkürlich verweigern konnte. Er mochte Kautions wegen Schadenersatz fordern. Versagte er aber die Erlaubnis, dann trat die Verwaltungsbehörde für Zulassung der Schürfarbeiten ein. Die Schürffreiheit unterlag im übrigen allgemein gewissen Beschränkungen; so durften Schürfarbeiten nicht in unmittelbarer Nähe von Gebäuden und Anlagen, auf Friedhöfen, öffentlichen Plätzen und Wegen gemacht werden.

Die moderne Bergbaufreiheit gewährte also nicht dem Grundeigentümer des Bodens als solchem, sondern dem ersten Finder des noch bergfreien Minerals ein Recht, dieses abzubauen. Das Eigentum am Erdinnern galt als von dem Eigentum an der Erdoberfläche getrennt. Nur das amerikanische und englische<sup>1</sup> Bergrecht hielt daran fest, daß der Grundeigentümer regelmäßig auch das Recht an den nutzbaren Mineralien besitze. Wer diese gewinnen will, muß sich also mit dem Grundeigentümer ins Einvernehmen setzen.

Der zweite Akt im Erwerb des Bergbaurechtes ist die „Mutung“, d. i. das Gesuch um Verleihung des Bergbaurechts in einem bestimmten Revier. Bis zum Gegenbeweise gilt der erste Muter auch als erster Finder, dem der Rechtsanspruch auf Erteilung des Bergbaurechts zusteht. Muten mehrere Personen bezüglich derselben Lagerstätte, dann entscheidet die Priorität beim Funde, das „Alter im Felde“. Regelmäßig wurde gefordert, daß der Finder innerhalb einer kurz bemessenen Frist (8 Tage) die Mutung einlege und innerhalb einer weiteren angemessenen Frist von dem gewährten Rechte des Bergbaues Gebrauch mache. Findet das Recht nicht die entsprechende Verwertung, dann konnte die Bergbehörde nach österreichischem und sächsischem Rechte die erteilte Berechtigung als erloschen erklären, nach preußischem Recht nur, wenn ein öffentliches Interesse in Frage kam. Ist der Grundeigentümer erster Finder, so erkennt das preußische Recht ihm ein Vorrecht unter verschiedenen Mutungen an, aber nur wenn die Mutung in jener kurzen Frist gemacht wurde; sonst entscheidet die Priorität der Mutung.

Durch die Verleihungsurkunde wird das „Bergwerkseigentum“ begründet. Darunter sind die Bergbauberechtigung und die damit verbundenen Rechte zu verstehen. Es ist nicht so sehr ein Recht an Sachen wie eine Gerechtsame, die zu den Immobiliargerechtsamen gehört. Darum finden denn auch die für Immobilienrechte geltenden Gesetze auf das Bergwerkseigentum entsprechende Anwendung.

Nicht alle nutzbaren Mineralien wurden im Laufe der Zeit in gleicher Weise dem Bergrechte unterworfen. Das Hauptinteresse des Staates war zunächst auf die Edelmetalle, Gold und Silber gerichtet, im Mittelalter auch auf das Salz<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Nur Gold- und Silberbergwerke waren in England Eigentum der Krone.

<sup>2</sup> Die Gewinnung des Steinsalzes ist eine Art des Bergbaues. Für die Gewinnung des Salzes aus salzhaltigen Quellen galt ein besonderes Salinenrecht. Das römische



Die Kohle wurde nicht überall gleich behandelt. Kalk, Lehm, Bausteine (auch wenn diese bergmännisch im Innern der Erde gewonnen werden) unterliegen dem Bergrechte nicht; sie gehören dem Eigentümer des Bodens<sup>1</sup>. Den wesentlichen

**3. Gegenstand des Bergbaues** bilden regelmäßig die vom Verfügungsrechte des Grundeigentümers ausgeschlossenen Mineralien. Nach preussischem Bergrecht sind dies: Gold, Silber, Quecksilber, Eisen mit Ausnahme der Raseneisenerze, Blei, Kupfer, Zinn, Zink, Kobalt, Nickel, Arsenik, Mangan, Antimon und Schwefel, gediegen und als Erze, Alaun- und Vitriolerze, dann Steinkohle, Braunkohle und Graphit, Steinsalz nebst den mit demselben auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salzen und die Solquellen.

Die neuere preussische Gesetzgebung brachte dann wieder eine Beschränkung der Bergbaufreiheit. Zunächst verfügten die Gesetze vom 5. Juli 1905 und vom 19. Juni 1906 für Steinkohle und Steinsalz eine Mutungssperre. Wesentliche Ergänzung dieser Bestimmungen brachten die Gesetze vom 18. Juni 1907 und vom 25. Mai 1910. Sie enthalten folgende Bestimmungen: Die Aufsuchung und Gewinnung der Steinkohle, des Steinsalzes, sowie der Kali-, Magnesia- und Borsalze nebst den mit diesen Salzen auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salzen und Solquellen steht allein dem Staate zu. Ausgenommen von dieser Bestimmung bleiben die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern und Schleswig-Holstein. Der Staat kann das Recht zur Aufsuchung und Gewinnung des Steinsalzes, der Kali-, Magnesia- und Borsalze sowie der mit diesen Salzen auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salze und Solquellen an andere Personen übertragen. Die Übertragung soll in der Regel gegen Entgelt und auf Zeit erfolgen. — Zur Aufsuchung und Gewinnung der Steinkohle bleiben dem Staate außer den von ihm zurzeit betriebenen und den sonstigen in seinem Besitz befindlichen Feldern weitere 250 Maximalfelder vorbehalten. Die Verleihung derselben muß binnen drei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes (von 1907) nachgesucht und binnen weiteren sechs Monaten ausgesprochen werden. Im übrigen soll der Staat das Recht der Aufsuchung der Steinkohle an andere Personen übertragen. Die Ordnung der Übertragung erfolgt durch Gesetz.

Weitere Beschränkungen brachte das Gesetz vom 25. Mai 1910. Nur Kaliwerkbesitzern wurde hiernach der Absatz von Kali an das Ausland gestattet. Von einer besondern Verteilungsstelle wird festgesetzt, wieviel überhaupt im Kalenderjahr abgesetzt werden darf, und wieviel davon auf jedes Werk zum Verkauf an das In- und Ausland entfällt. Durch das Gesetz wurden auch die Höchstpreise für Kali bis zum 31. Dezember 1913 bestimmt. Späterhin sollte die Festsetzung von fünf zu fünf Jahren durch den Bundesrat erfolgen. Der Vorsitzende und zwei Beisitzer der Verteilungsstelle sollten, unter Zustimmung des Bundesrates, vom Reichskanzler, die übrigen Beisitzer von den Kaliwerkbesitzern gewählt werden.

Auch in Baden, Anhalt, Braunschweig und andern kleineren Staaten wurden der Salz- und namentlich der Kalisalzbergbau von der Bergbaufreiheit ausgenommen

Recht machte keinen Unterschied zwischen den Salzquellen und den übrigen Quellen, die dem Grundeigentümer zustanden. Im Mittelalter gab es aber, jedenfalls partikularrechtlich, oft ein Salzregal neben dem Bergregal. In Erbleihformen wurde häufig die Ausbeutung einer Saline vom Inhaber des Salzregals an Privatpersonen gegen Leistung eines Kanons übertragen (Erbsälzer, Salzbeerbtten).

<sup>1</sup> Im Gebiete des alten Herzogtums Nassau ist der Dachschiefer dem Verfügungsrecht des Grundeigentümers entzogen worden.

und dem Staate vorbehalten. In Bayern wurde ebenfalls die Aufsuchung und Gewinnung des Steinsalzes nebst den beibrechenden Salzen und den Solquellen dem Staate durch Gesetz vom 30. Juni 1900 zugesprochen. Im Königreich Sachsen waren nach dem Berggesetze vom 16. Juni 1868 nur die wegen ihres Metallgehaltes nutzbaren Mineralien (metallische Mineralien) von dem Verfügungsrecht des Grundeigentümers ausgeschlossen; die übrigen Mineralien wurden zu Bestandteilen des Grundstücks erklärt; insbesondere galt das Bergbaurecht hinsichtlich der Stein- und Braunkohlen als Ausfluß des Grundeigentums. Die Benutzung von Steinsalz und von Solquellen zur Salzgewinnung hatte sich indes der Staat vorbehalten; ebenso durch Gesetz vom 12. Februar 1909 die Aufsuchung und Gewinnung der mit dem Steinsalz auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salze, und die Aufsuchung und Gewinnung radiumhaltiger Mineralien und Gewässer.

Dem allgemeinen Berggesetz vom 23. Mai 1854 zufolge gehörten im alten Österreich „zum Bergregale“ alle Mineralien, die wegen ihres Gehaltes an Metallen, Schwefel, Alaun, Vitriol oder Kochsalz benutzbar sind, ferner die Zementwasser, Graphit und die Erdharze (letztere nicht überall), endlich alle Arten von Schwarz- und Braunkohle (sog. vorbehaltene Mineralien). Aufsuchung und Gewinnung der vorbehaltenen Mineralien war nur nach erlangter Berechtigung erlaubt. Diese Berechtigungen erschienen entweder als Zuweisungen von Schurfgebieten (Schurf-feldern) oder als Verleihungen von Bergwerksmassen oder Bergwerkskonzessionen. Die Salzgewinnung blieb Staatsmonopol.

In Frankreich wurde nach dem Gesetz vom 21. April 1810 zwischen „Mines“ (eigentlichen Bergwerken auf Metalle, Erze, Salze und Inflammabilien), „Minières“ (Gräbereien auf Torf und Erde) und „Carrières“ (Steinbrüchen) unterschieden. Die „Minières“ und „Carrières“ blieben dem Grundeigentümer (mit einigen Einschränkungen) überlassen. Nur für die „Mines“ wurde eine Konzession erfordert, die ein vom Grundeigentum unabhängiges, selbständiges Bergwerkseigentum begründete. Ähnliche Bestimmungen herrschten in Belgien, Luxemburg, Spanien. In Rußland gehörten die nutzbaren Mineralien dem Grundeigentümer. Besonderheiten bestanden nur für die sog. Kronländereien und die unter der Verwaltung der Reichsdomänen stehenden Grundstücke. Von England und Amerika war oben schon die Rede. Abgesehen von den Edelmetallen gehörten in England alle Mineralien dem Eigentümer der Erdoberfläche. Bergbaufreiheit bestand nur für den Zinnbergbau in Cornwall und Devonshire. Auch in den Vereinigten Staaten wurde das Mineraleigentum mit dem Grundeigentum verbunden. Einige Besonderheiten bestanden für die ausgedehnten Bundesländereien der westlichen Territorien.

Die neueste Entwicklung nach dem Weltkriege dürfte voraussichtlich in allen Ländern große Veränderungen im Bergbau und Bergbaurechte hervorrufen. Hier vorerst noch einige kurze Bemerkungen über die Entwicklung in Deutschland.

**4. Als Subjekte des Bergbaurechts** kamen bisher entweder einzelne Personen, gewöhnlich eine Gesellschaft in Betracht<sup>1</sup>. Früher unterschied

<sup>1</sup> Wenn im Mittelalter vom Regalieninhaber Gesellschaften das Recht der Salinen- ausbeutung erhielten, so bildeten sie „Pfännerschaften“ mit ähnlichen Gesetzen wie die alten Gewerkschaften. Was beim Bergbau die Kuxe, das waren hier die „Pfannen“, meist 111 an Zahl. Bei der Umgestaltung des Bergrechts in neuerer Zeit wurde die Gewinnung des Salzes aus Sodquellen unter Bergrecht gestellt. Ein besonderes Salinenrecht gibt es heute nicht mehr.

man zwischen dem Bau durch Eigenlehner, wenn nur ein Berechtigter da war, dem Gesellenbau, wenn nicht mehr als acht Teilnehmer vorhanden, der Gewerkschaft, wenn mehr als acht Personen Teilnehmer waren. Nach dem preußischen Gesetz vom 24. Juni 1865 entsteht die „Gewerkschaft“, wenn zwei oder mehrere Personen am Eigentume des Bergwerks mitbeteiligt sind. Die Gewerken sind Miteigentümer des Bergwerks. Ihre ideellen Anteile an demselben heißen Kuxe; nach altem gemeinen Rechte gab es 128 Kuxe. Bei der Gewerkschaft des modernen Rechts betrug die Anzahl der Anteile am gesamten gewerkschaftlichen Vermögen (Kuxe) 100; doch konnte das Statut der Gewerkschaft die Zahl auf 1000 erhöhen<sup>1</sup>.

Allmählich ist dann die Aktiengesellschaft mehr und mehr an die Stelle der Gewerkschaft getreten. Alles übrige, was den Nationalökonom an der Gewerkschaft des Bergrechts usw. interessieren kann, wurde bei der Lehre von den Rechtsformen der Unternehmung im dritten Bande gesagt.

**5. Beschränkungen der freien Selbstverwaltung im Bergwerksbetriebe.** Der durch das preußische Berggesetz vom 24. Juni 1865 und durch andere Gesetzgebungen zur Geltung gekommene Grundsatz der freien Selbstverwaltung blieb kein schrankenloser. Wenn auch im allgemeinen der Betrieb des Bergwerks als Sache der Bergwerksbesitzer galt, so zwang doch die Rücksicht auf das öffentliche Interesse und auf die Sicherheit und das Wohl der Grubenarbeiter dazu, den Betrieb bestimmten Vorschriften zu unterwerfen und der Aufsicht besonderer Bergbehörden zu unterstellen.

Das öffentliche Interesse fordert einerseits, daß der Betrieb nicht willkürlich unterlassen oder eingestellt werde, anderseits, daß das Mineral möglichst vollständig abgebaut werde. Der private Bergwerksbesitzer wird andernfalls durch sein Gewinninteresse nur zu leicht dazu verleitet werden, bloß die reichsten Lagerstätten abzubauen, mögen dabei auch die weniger ergiebigen Adern und Lagerstätten derart verworfen werden, daß spätere Gewinnung der dort vorhandenen Mineralien kaum mehr möglich bleibt. Die Gesetzgebung ist freilich nicht überall diesen Anforderungen des öffentlichen Interesses in ausreichendem Maße gerecht geworden.

Schon früh ging das Bestreben der Grubenarbeiter darauf hin, sich und ihre Familien gegen die Folgen von Krankheiten und Unfällen wirtschaftlich sicherzustellen. So entstanden die sog. Knappschaftskassen, die ältesten Arbeiterversicherungskassen, die bis ins Mittelalter hinaufreichen. Der Staat wird sich nicht mit der Förderung und gesetzlichen Regelung dieser Unterstützungskassen begnügen können. Er muß insbesondere auch mit Rücksicht auf die überaus schwere und aufreibende Arbeit der Bergarbeiter besondere, der Schädigung vorbeugende Maßnahmen treffen.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 9, S. 359 ff.



Dahin gehört das Verbot, Kinder, jugendliche Arbeiter, Frauenspersonen in der Grube zu beschäftigen, die Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter usw. Es bedarf ferner bestimmter Vorschriften mit Rücksicht auf die Anlage des Bergwerks (Sicherung der Schächte und Stollen, Herstellung mehrerer Ein- und Ausgänge, Ventilation der Gruben, Sicherung gegen Wassereinbruch usw.). Die Bergbehörden werden sich ferner von der Befähigung der zur Leitung und Beaufsichtigung angenommenen Personen (Betriebsführer, Steiger, technischer Aufseher usw.) zu überzeugen haben. Die Betriebspläne müssen nach bergpolizeilichen Gesichtspunkten geprüft werden. Auch muß über die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften gewacht werden. Es wurden überdies für Steinkohlenbergwerke, unterirdisch betriebene Braunkohlen- und Erzbergwerke, sowie für Kalisalzbergwerke und selbständige Betriebsanlagen dieser Art außer den sonstigen Aufsichtspersonen noch aus den Arbeitern gewählte „Sicherheitsmänner“ mit der Beaufsichtigung in größeren Betrieben (wo regelmäßig mindestens 100 Arbeiter beschäftigt sind) betraut.

6. Die Syndikate. Der Vertrieb der Bergwerkserzeugnisse ist an sich Sache der Bergwerksbesitzer. Wir haben aber oben schon gesehen, wie das deutsche Reichsgesetz vom 25. Mai 1910 die freie Bestimmung über den Absatz von Kalisalzen beschränkt hat. Zum Zwecke vorteilhafteren Absatzes schlossen sich dann auch die Bergwerksbesitzer mehrfach zu Syndikaten und Verkaufsvereinigungen zusammen.

Ein kurzer Blick auf die geschichtliche Entwicklung läßt uns die Bedeutung erkennen, welche das Kartellwesen beim deutschen Kohlen-, Kali-, Eisenbergbau erlangte. Schon 1825 und 1843 wurden Versuche gemacht, die Gewinnmöglichkeiten für die Kohlenzechen durch Vereinigung zu bessern. Die Dortmunder und Wittener Zechen verbanden sich in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu dem gleichen Zwecke in dem „Märkischen Gewerkenverein“. 1858 entstand der „Bergbauverein“ im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Die Zeit wirtschaftlichen Niederganges nach der sog. „Gründerperiode“ Mitte der 1870er Jahre gab dem Gedanken des Zusammenschlusses neue Kraft, um den Absatz zu heben, die gegenseitige Konkurrenz zu regeln, die Preise zu verbessern und dadurch die Gewinne zu steigern. Die Anregung ging vom „Bergbauverein“ aus. Große Schwierigkeiten stellten sich aber der Durchführung in den Weg. Der Ruhrbergbau war ausgedehnt und zersplittert, die Lage der einzelnen Zechen in bezug auf Absatz- und Gewinnmöglichkeiten sehr verschieden. Die leitenden Persönlichkeiten standen zumeist noch unter dem Einfluß der Lehren der liberalen Theorie vom freien Spiel der Kräfte, von dem Konkurrenzharmonismus. Sie fürchteten die Beschränkung ihres freien Handelns und waren zunächst grundsätzlich Gegner des Kartellgedankens. Allein die Not zwang schließlich zur Organisation, nach verschiedenen weniger erfolgreichen Versuchen, zur Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates (am 9. Februar 1893)<sup>1</sup>. Das Syndikat

<sup>1</sup> Vgl. hierzu den Aufsatz von Heinrich Imbusch in „Deutsche Arbeit“ 2. Jahrg. (1917) 259 ff. Die Oberschlesische Kohlenkonvention war eine viel leichtere Verbindung als das Rheinisch-Westfälische Syndikat.

erhielt die Form einer Aktiengesellschaft (Sitz Essen). Die beteiligten Zechenbesitzer verkauften ihre Produkte (abgesehen von den zum Selbstverbrauch benötigten, den im Landdebit abgehenden, den Deputatkohlen für Grubenbeamte und Arbeiter), also Kohlen, Koks und Briketts, dem Syndikate. Das Syndikat war zur Abnahme und zum Weiterverkauf der sämtlichen Produkte nach Maßgabe der vereinbarten Bestimmungen verpflichtet. Für Preisbestimmung, Qualitäts- und Sortenbestimmung wurden allgemeine Normen aufgestellt. An diese mußte der Vorstand bei Festsetzung der Verkaufspreise und Verkaufsbedingungen sich halten. Nach der vereinbarten Beteiligungsziffer hatte jeder Zechenbesitzer Produkte zu liefern. Eine Herabsetzung oder Erhöhung der Beteiligung vollzog sich nicht willkürlich, sondern gemäß der vereinbarten Regelung. Bedingte die Marktlage Einschränkung der gesamten Produktion, dann erfolgte gleichmäßige prozentuale Minderung der Förderung (ev. mit Ausgleich durch Entschädigung usw.). Übertretungen der Vereinbarungen zogen Konventionalstrafen und Leistung von Schadenersatz nach sich.

Neben dem Syndikat bestanden noch als selbständige Verkaufsvereinigungen das Westfälische Kokssyndikat und der Brikettverkaufsverein zu Dortmund fort. Doch wurden zwischen diesen und dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat besondere Abkommen getroffen.

Außerhalb des Syndikates blieben bei der Gründung desselben (1893) auch die Zechen mit weniger als 10 000 t wegen ihrer geringen Bedeutung, ferner die Zechen, die im Besitz von Hüttenwerken waren, weil sie hauptsächlich nur für den eigenen Bedarf produzierten, sodann die Zechen des Osnabrücker Bezirks wegen ihrer Lage und ihrer besonderen Interessen, schließlich noch 12 Zechen, mit denen keine Einigung erzielt wurde. Es förderten 1893 die Syndikatszechen 86,66 %, die nichtsyndizierten Zechen nur 13,34 % der Gesamtförderung des ganzen Reviers.

Das Bestreben der Zechen, ihre Beteiligungsziffer zu erhöhen und die hierfür gewählten Mittel (Abteufen neuer Schächte ohne Benutzung zur Förderung usw.) machten einen neuen Vertrag (1. Januar 1896) nötig mit entsprechenden Bestimmungen. Auch wurde die Preisfestsetzung anders geregelt, die Kontrolle des Vorstandes erweitert. Der Vertrag sollte bis zum 31. Dezember 1905 gelten. Allein nun ergaben sich wieder größere Schwierigkeiten durch die Außenseiter. Die nichtsyndizierten Zechen steigerten mit 1900 ihren Anteil an der Gesamtförderung sehr beträchtlich, während die Marktlage eine Einschränkung der Förderanteile für die syndizierten Zechen gleichzeitig nötig machte. 1903 kam es darum wieder zu einem neuen Vertrage mit veränderten Bestimmungen. Um die Hüttenzechen insbesondere für das Syndikat zu gewinnen, wurde diesen zugestanden, daß auch die zu eigenen Verbrauchszwecken ihrer Hüttenwerke und deren Zubehör erforderlichen Produkte als Selbstverbrauch gelten würden. Dieser Selbstverbrauch der Hüttenwerke sollte auf die Beteiligungsziffern nicht in Anrechnung kommen. Die über die Beteiligungsziffer zum Selbstverbrauch der eigenen Hüttenwerke produzierten Mengen blieben ferner von der Syndikatsumlage frei. Im übrigen brachte der neue Vertrag eine bessere Ordnung bezüglich der Beteiligungsziffern bzw. eventuell zulässiger Mehrbeteiligungen. Auch wurden die Aufgaben des Syndikats erweitert und in dieselben einbezogen: der Erwerb von Grubenfeldern und Bergwerksanteilen, sowie der Betrieb von Unternehmungen oder die Beteiligung an Unternehmungen aller Art, welche auf die Lagerung, den Absatz und die Beförderung von Bergwerksprodukten gerichtet sind. Sodann wurde ein wirksamer Kampf gegen Außenseiter ins Auge gefaßt. Mit wenigen Ausnahmen

traten die bisherigen Syndikatsmitglieder dem Vertrage bei. Das Westfälische Kokssyndikat und der Brikettverkaufsverein sollten mit dem 1. Januar 1904 in dem Syndikat aufgehen. Die Hüttenzechen waren gewonnen und ebenso die andern größeren Außenseiter. Außerhalb des Syndikates blieben nur die Zechen Freie Vogel und Unverhofft sowie der Fiskus (Zeche Gladbeck). Der Friede dauerte indessen im Syndikate wieder nicht lange. Die Hüttenzechenbesitzer nutzten das ihnen zugebilligte Recht aus, für den Selbstverbrauch unbeschränkte Mengen umlagefrei über die Beteiligungsziffer hinaus zu produzieren. Einzelne Hüttenzechen gliederten sich auch neue Kohlenzechen an, die dann der Syndikatsvorstand als Hüttenzechen anzuerkennen gerichtlich gezwungen wurde. Die reinen Zechen fühlten sich durch diese Sachlage benachteiligt. Einzelne derselben versuchten den Syndikatsvertrag anzufechten. 1908 kam es zu einer Verständigung unter Festlegung des Hüttenselbstverbrauchs. Bald gab es aber wieder Schwierigkeiten. Es entstanden dem Syndikate neue Konkurrenten. Die Kohlenförderung durch Außenseiter nahm wieder beträchtlich zu. Der Bergfiskus (Zeche Gladbeck) setzte 1905 die Zechen Bergmannsglück und Waltrop, 1911 die Zechen Zweckel und Scholven in Betrieb und erhöhte seine Förderung bis 1913 auf 4 727 501 t (1903 erst 303 000 t). Dazu kam noch eine Reihe von Privatzechen, die außerhalb des Syndikates standen. War der Anteil der Außenseiter an der Gesamtförderung 1903 erst 1,30 %, so belief er sich 1913 auf 11,12 %. Die Syndikatszechen mußten sich, um die Preise hoch zu halten, zeitweise recht empfindliche Produktionseinschränkungen gefallen lassen. Die Außenseiter aber konnten ihre Förderung nach Belieben ausdehnen. Die Lage wurde unhaltbar. Man bereitete darum abermals einen neuen Syndikatsvertrag vor. Es gelang im Dezember 1911, vorerst eine vorübergehende Einigung mit den bedeutendsten Außenseitern herbeizuführen. Als jedoch das Syndikat gegen die Stimmen der Vertreter des Fiskus die Richtpreise für 1913/14 erhöhen wollte, trat der Fiskus schon wieder von dem Vertrage zurück. Dem vollen Verfall des Syndikates, der als unvermeidlich erschien, beugte dann die während des Krieges erlassene Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1915 (abgeändert am 30. August 1915) vor, indem sie die Möglichkeit schuf, den Kohlenbergbau zwangsweise zusammenzuschließen, wenn nicht innerhalb einer festen Frist eine freiwillige Einigung bis zu 97 % der Gesamtförderung erfolgt sein würde. Vor einem Zwangssyndikat scheuten die Unternehmer noch zurück. Sie zogen es vor, ein Übergangssyndikat zunächst für ein Jahr zu schaffen. Am 14. Oktober 1916 kam dann eine Einigung auf fünf Jahre zustande. Dem Fiskus wurde im Syndikate eine besondere Stellung eingeräumt. Dem zuständigen Minister stand nun auch größerer Einfluß auf die Festsetzung der Kohlenpreise zu. In den einzelnen Organen des Syndikates waren ferner Vertreter des Fiskus tätig. Über alle das allgemeine Interesse berührende Vorgänge und Fragen mußte der Minister für Handel und Gewerbe genau informiert werden. Dem Fiskus war die Erhaltung seiner Handelsorganisation gesichert. Er konnte jederzeit mit vierwöchiger Frist zu Vierteljahresbeginn kündigen.

Man durfte kaum erwarten, daß die Wandlungen des Kohlensyndikates hiermit zum Abschluß gekommen seien. Immerhin war die Entwicklung gerade dieses Syndikates interessant, nicht nur wegen seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung. Es zeigte sich hier auch, wie der Staat sich unter Umständen gezwungen sieht, seinen Einfluß auf eine syndizierte



Produktion in verschiedener Form zu steigern: durch eigenen Bergwerksbesitz (zum älteren Besitz kam wieder der Erwerb der Hibernia-Aktien), durch ausreichende Kontrolle, und wie eventuell sogar das Mittel der Zwangssyndizierung<sup>1</sup> in Frage kommen kann. Kartelle können Vorteil bringen, volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich, durch die Regelung der Produktion und des Absatzes, durch Herbeiführung größerer Regelmäßigkeit und Stetigkeit derselben, Beschränkung des Risikos, Verhinderung von Überproduktion usw. Man wird sie einem Zustande anarchischer Produktion mit dem Kampfe aller gegen alle, der Niederkonkurrierung der Schwächeren, dem Verlust großer Vermögenswerte, der drohenden Vertrustung in privatem Interesse, der nicht allein durch objektive Verhältnisse bestimmten Preisbildung usw. vorziehen und ebenfalls dem Konzern<sup>2</sup>. So mochte unter ganz besondern Umständen sogar eine zwangsweise Kartellierung sich empfehlen können, wo eine freiwillige nicht zu erzielen war. Doch darf man keine Wunderwirkungen von solcher Kartellierung erwarten. Schwankungen in der Produktion, selbst Krisen und Zusammenbrüche werden durch das Kartell keineswegs ganz ausgeschlossen. Ferner kann die Steigerung des Unternehmereinkommens, der die Kartellierung dient, unter Schädigung der Konsumenten usw. erstrebt werden. Es ist das nicht notwendig mit der Kartellierung verbunden. Wir sagen nur, es besteht die Gefahr, daß der Unternehmergewinn, trotz verminderten Risikos, ungebührlich gesteigert werde. Die Erfahrung hat das nur zu oft bestätigt. Auch ist die Lage der Arbeiter in den syndizierten Unternehmungen keineswegs immer einwandfrei und besser als sonst. Das alles spricht nicht gegen die Kartellbildung als solche, wohl aber für die Notwendigkeit entsprechender Regelung und staatlicher Aufsicht<sup>3</sup>. (1922 Erneuerung des Syndikats für ein Jahr.)

Lehrreich ist auch neben dem Kohlensyndikat die Entwicklung der Syndikatsbildung im Kalibergbau. Schon 1879 kam eine Konvention der damals noch wenig zahlreichen Kaliwerksbesitzer zustande, unter welchen sich der preussische Fiskus befand. Das eigentliche Kalisyndikat wurde 1888 begründet (Staßfurt). Es waren an demselben mehrere landestiskalische Werke beteiligt. Der preussische Bergfiskus besaß dort gleich jenen bestimmenden Einfluß, den er im Kohlensyndikat lange vergeblich gesucht hat. Nach 1900 geriet aber das Syndikat in nicht geringe Schwierigkeit, weil das Kapital sich allzu stark auf den Kalibergbau warf, immer neue Schächte erschlossen wurden, deren Eigentümer natürlich möglichst hohe Beteiligungsziffern für sich zu erlangen suchten. Als ferner das Syndikat nicht rechtzeitig 1909 erneuert wurde, schlossen mehrer Werke alsbald, unter dem Einflusse des an ihnen beteiligten amerikanischen Kapitals, große Verkäufe nach Amerika ab. Diese Abschlüsse bezogen sich sogar auf Mengen, welche den ganzen Kalibedarf Amerikas für sieben Jahre decken konnten, und

<sup>1</sup> Auch auf die Zementindustrie, den Viehhandel usw. während des Krieges angewendet.

<sup>2</sup> Zur ganzen Frage vgl. Bd. III, Kap. 3, § 2, S. 426—476.

<sup>3</sup> Vgl. ebd. Kap. 2, § 10, S. 383 A.

zu Preisen, die nicht viel über die Hälfte der bisherigen Syndikatspreise hinausgingen. An dem hierauf neu begründeten Syndikate beteiligten sich nun nicht mehr alle Werke; auch war jederzeit Kündigung mit sechs Wochen zulässig. Ein solches Syndikat bot geringe Aussichten für einen längeren Bestand. Es griff nun die Gesetzgebung ein. Durch das Reichskaligesetz von 1910 wurde eine Kontingentierung des Absatzes und eine staatliche Preisfestsetzung vorgesehen (Höchstpreise für die inländischen Abnehmer und Mindestpreise für das Ausland). Auch enthielt das Gesetz Bestimmungen zum Schutze der Kaliarbeiter und der Betriebsgemeinden. Schließlich machte es den Versuch, die Gründung neuer Kaliwerke zu erschweren. Einen vollen Erfolg hatte freilich auch diese Gesetzgebung nicht zu erwarten. Man besprach bald die Frage, ob der weitere Ausbau der Zwangsgrundlage für ein neues Kalisyndikat, oder aber erst eine jedenfalls nicht leichte vollständige Verstaatlichung des Kalibergbaues die wünschenswerte Heilung der Verhältnisse bringen könne usw.

Während in früheren Zeiten die bergbauliche Tätigkeit fast ausschließlich der Gewinnung von Erzen galt, gelangten in neuester Zeit, besonders im 19. Jahrhundert, die Brennstoffe, namentlich die Steinkohle, zu überwiegender Bedeutung. Auch für die Frage der Verstaatlichung oder Sozialisierung des Bergbaues bildet heute der Kohlenbergbau den typischen Fall. Wir werden uns darum im Interesse der Kürze auf die Besprechung der Verstaatlichung bzw. Sozialisierung des Kohlenbergbaues beschränken dürfen. Der letztlich entscheidende Gesichtspunkt hierfür ist die Frage, ob die Bedarfsdeckung des Volkes auf diesem Wege sich wesentlich verbessern lasse.

Zunächst aber möchten wir eine kurze Übersicht über die bisherigen Leistungen des Bergbaues (vor dem Weltkriege) darbieten.

**7. Statistik des Bergbaues.** Nach dem Werte der Bergwerkserzeugnisse geordnet, waren vor dem Weltkriege die bedeutendsten Bergbauländer der Welt<sup>1</sup>:

Land	Berg- arbeiter	Wert der Produkte in 1000 M	Wichtigste Erzeugnisse Wert in Mill. M
1. Vereinigte Staaten von Amerika . . . . .	768 340 <sup>2</sup>	8 428 100 <sup>3</sup>	Kohle (Wert 2525 Mill. M), Roh- eisen (2176), Kupfer (713), Gold (371).
2. England . . . . .	1 060 034	2 705 580 <sup>3</sup>	Kohle (2411), Eisenerz (89).
3. Deutschland mit Luxem- burg <sup>4</sup> . . . . .	752 739	1 934 360	Steinkohle (1394), Braunkohle (156), Eisenerz (102), Koch- salz (53), Zinkerz (52).

<sup>1</sup> Vgl. Lengemann, Art. „Bergbau“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 425 ff.  
Die Zahlen sind den „Mines and Quarries, General Report and Statistics for 1907“ entnommen; sie beziehen sich auf 1907.

<sup>2</sup> Nur die Arbeiter der Kohlengruben und einiger Erzbergwerke.

<sup>3</sup> Dabei auch Steine, Zement, Petroleum usw.

<sup>4</sup> Einschließlich der durch Bergbau oder aus wässeriger Lösung gewonnenen Salze, aber mit Ausschluß der Steinbrüche.

Land	Berg- arbeiter	Wert der Produkte in 1000 M	Wichtigste Erzeugnisse Wert in Mill. M
4. Rußland <sup>1</sup> . . . . .	360 298	810 200	Kohle (222), Roheisen (163), Gold (100).
5. Transvaal . . . . .	190 304	617 980	Gold (540), Diamanten (45).
6. Australischer Bund . .	119 727	577 260	Gold (270), Silberhaltiges Bleierz (84), Kohle (66), Kupfer (64).
7. Mexiko . . . . .	97 288 <sup>2</sup>	542 040	Silber (209), Gold (57), Kupfer (45).
8. Frankreich <sup>3</sup> . . . . .	208 059	510 980	Kohle (434), Eisenerz (21).
9. Chile . . . . .	53 600	431 760	Salpeter (340), Kupfer (40).
10. Belgien <sup>4</sup> . . . . .	180 630	373 500	Kohle (319).
11. Kanada <sup>5</sup> . . . . .	42 600 <sup>3</sup>	356 880	Kohle (100), Kupfer (46).
12. Österreich (ohne Un- garn) <sup>6</sup> . . . . .	158 719	308 480	Steinkohle (107), Braunkohle (104), Salz (40).
13. Japan . . . . .	218 668	228 880	Kohle (122), Kupfer (39).
14. Spanien . . . . .	131 943	197 800	Kupferhaltiger Schwefelkies (53), Eisenerz (40), Kohle (35).

Der Gesamtwert der Bergwerkserzeugnisse der Welt wurde auf etwa 20 000 Millionen Mark jährlich geschätzt. Ungefähr 5,6 Millionen Menschen waren zu deren Gewinnung tätig. Dem Werte nach entfielen ca. 42% auf die Vereinigten Staaten, 13% auf Großbritannien, 9% auf das Deutsche Reich. Ihrer Wichtigkeit nach standen unter den Bergwerkserzeugnissen Kohle und Eisenerz obenan.

Güterproduktion und Verkehr wie die Heizvorrichtungen (Hausbrand) sind heute überwiegend von dem Gebrauch der Kohle abhängig. Die gewaltige Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens hat zu einer rapiden Zunahme des Kohlenverbrauchs und darum auch der Kohlenproduktion geführt. Es belief sich die Kohlenproduktion der Erde im Jahre 1800 auf 12,0, im Jahre 1860 auf 137, 1900 auf 771,1 und 1907 auf 1095,9 Millionen Tonnen. Die bedeutendsten Kohlenproduzenten sind die Vereinigten Staaten und Großbritannien, beide zusammen mit fast zwei Drittel der Gesamtproduktion, dann früher Deutschland mit einem Fünftel (19,3%) der Gesamtproduktion, ferner das alte Österreich-Ungarn, Frankreich und Belgien mit 4,5 3,4 und 2,3% der Gesamtförderung. Österreich-Ungarn hatte eine 15mal und Deutschland eine 12mal größere Kohlenproduktion als 1860. Schätzt man die gesamte Kohlenförderung der Welt mit der englischen Statistik für 1907 auf 1117 Millionen Tonnen (*t* zu 1000 *kg*), dann entfielen hiervon

	in 1000 <i>t</i>
auf Vereinigte Staaten . . . . .	435 783
„ England . . . . .	272 129
„ Deutschland . . . . .	205 732 mit Einschluß der Braunkohlen
„ Österreich-Ungarn . . . . .	47 878 „ „ „ „
„ Frankreich . . . . .	36 454

<sup>1</sup> Für 1906. Einschließlich Salz und Petroleum, jedoch ohne Steinbrüche.

<sup>2</sup> Für 1905. <sup>3</sup> Mit Ausschluß der Steinbrüche.

<sup>4</sup> Mit Einschluß der Steinbrüche.

<sup>5</sup> Nur Britisch-Columbia, Neu-Schottland, Ontario und Quebec.

<sup>6</sup> Mit Einschluß von Salz, Erdwachs und Petroleum.



	in 1000 t
auf Rußland . . . . .	25 282
„ Belgien . . . . .	23 705
„ Japan . . . . .	13 804

57 % der deutschen Steinkohlenförderung entfielen auf den rheinisch-westfälischen Bezirk, 22 % auf den oberschlesischen, 9 % auf den Saarbrücker Bezirk. Das Königreich Sachsen, der niederschlesische und der Aachener Bezirk lieferten geringere Mengen. Im früheren Österreich-Ungarn und in Deutschland hatte die Koks- und Brikettindustrie wachsende Bedeutung erlangt. Der Menge nach kam in Deutschland für die Kokserzeugung namentlich der rheinisch-westfälische Bezirk in Betracht. Deutschland (auch Österreich-Ungarn) verfügt über große Mengen von Braunkohle, die sonst selten vorkommt. Der größte Teil der deutschen Förderung entfällt auf das mitteldeutsche, ein beträchtlicher auch auf das rheinische Becken zwischen Bonn und Köln. — Der Verbrauch an Steinkohle betrug 1907 im deutschen Zollgebiet 131 Millionen Tonnen, die heimische Förderung aber 143 Millionen Tonnen. Beträchtliche Mengen konnten ausgeführt werden nach Österreich-Ungarn, Holland, Belgien, der Schweiz, Frankreich und Rußland. 13,7 Millionen Tonnen wurden eingeführt, der größte Teil aus England (11,9 Millionen). Die englische Kohle, die bloß die Seefracht zu tragen hatte, konnte auf dem norddeutschen Markte der mit Eisenbahnfrachten belasteten schlesischen und westfälischen Kohle erfolgreich Konkurrenz machen.

Die Begrenztheit der Kohlenvorräte und ihre starke Inanspruchnahme legte die Befürchtung einer Erschöpfung der Kohlenlager nahe. Fritz Frech hat mit Rücksicht hierauf die wichtigeren Kohlenreviere nach ihrer voraussichtlichen Förderdauer in vier Gruppen geteilt<sup>1</sup>:

1. Die geringste Förderdauer kommt zu den Kohlenrevieren Zentralfrankreichs (etwa 100 Jahre), denen Zentralböhmens, des Königreichs Sachsen, des Waldenburg-Schatzlarer Bezirks sowie den nordenglischen Bezirken (Durham, Northumberland).

2. Für die übrigen englischen Kohlenfelder wird eine Förderdauer von noch 250 bis 300 Jahren angenommen, für die nordfranzösischen 350 bis 400 Jahre, für das Saargebiet 300 bis 500 Jahre, für die Kohlenfelder Nordamerikas 200 Jahre.

3. Die dritte Gruppe dürfte eine Förderdauer von etwa 800 Jahren haben. Dahin gehören das Aachener und rheinisch-westfälische Kohlenbecken, die ehemals österreichischen Anteile am oberschlesischen Revier, die belgischen Bezirke.

4. Über 1000 Jahre werden schließlich dem Steinkohlengebiet in Oberschlesien mit seiner großen Schichtmächtigkeit (5000 m) zugebilligt. Solche Angaben sind natürlich bloße Schätzungen.

Juraschek meint, derartige Angaben könnten immerhin für einzelne Gebiete annähernd den Zeitraum feststellen, für welchen die vorhandenen Kohlenlager ausreichen würden (so vielleicht für England). Vom Standpunkte der Weltwirtschaft aber stehe der möglichen Erschöpfung einzelner Lager die zu erwartende Erschließung neuer Kohlengebiete von ungeahnter Bedeutung gegenüber (z. B. in China, Südrußland usw.). Ein sicheres Urteil über den Kohlenvorrat der Erde könne überhaupt nicht abgegeben werden. Nicht ein absoluter Kohlenmangel, sondern nur eine Preisverschiebung mit Rücksicht auf die Transportkosten und

<sup>1</sup> Die bekannten Steinkohlenlager der Erde und der Zeitpunkt ihrer voraussichtlichen Erschöpfung, in „Glückauf“ 1910, 597 ff.

eine Verschiebung der Produktionszentren sei in sehr ferner Zeit zu gewärtigen. Überdies sei nicht zu übersehen, welche mächtige Entwicklung die Ausnützung der Wasserkräfte für elektrische Beleuchtung und Kraftübertragung noch erfahren werde: „Hier stehen wir vor einer Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, vielleicht selbst der Arbeitsorganisation, deren Umfang und Bedeutung sich nicht ermessen läßt. Welche andern Entdeckungen und Erfindungen zur Ausnützung der Naturkräfte und Verwertung der Naturprodukte endlich während der Epoche, für die der Kohlenvorrat unbedingt ausreicht, noch gemacht werden dürften, entzieht sich selbstverständlich gänzlich unserer Kenntnis, und doch wäre diese Kenntnis nötig zur Beurteilung der Entwicklung des Kohlenbedarfs und der Erschöpfung unseres Kohlenvorrates. Möglich, daß einmal die Kohle weit weniger Bedeutung hat für die Produktion als heutzutage das Holz für die Feuerung oder die Baulichkeiten.“<sup>1</sup>

Nächst der Kohle und mit ihr ist das Eisen für die Produktion usw. von höchster Wichtigkeit. Von der gesamten Eisenerzförderung der Welt entfielen auf die Vereinigten Staaten etwa 40 %, auf Deutschland mit Luxemburg ungefähr 21 %, auf England etwa 12 %. Es sind dieselben drei Länder, die über eine bedeutende Kohlenförderung verfügten und die ihrem Reichtum an Kohle und Eisen auch ihre industrielle Vormacht verdankten. Dieselben Länder standen ebenfalls in der Roheisenerzeugung an erster Stelle. Die andern an Eisenerz reichen Länder, wie Spanien und Schweden, lieferten dagegen bisher ihre Eisenerze nach England, Deutschland, Frankreich, Belgien, um dort verhüttet zu werden. Die Amerikaner verhütten ihre Erze nicht an den Orten, wo sie gefunden werden (Minnesota, Michigan), sondern die Hochofen stehen zumeist in der Nähe der Gewinnungsstätten des Koks (Pennsylvanien, Ohio, Illinois). Billige Eisenbahnfrachten und die Schifffahrt auf den großen Seen überwinden die Schwierigkeiten, die sich sonst aus der großen Entfernung zwischen den Fundorten der Erze und der Brennstoffe ergeben würden. Die Eigenförderung Deutschlands betrug in den letzten Jahren vor dem Kriege von 1914 ungefähr 23,5 Millionen Tonnen. Würde hierzu die Förderung des damals durch Zollunion mit Deutschland verbundenen Großherzogtums Luxemburg im Betrage von über 6 Millionen Tonnen gerechnet, so hätte das deutsche Zollgebiet eine Gesamtförderung von rund 30 Millionen Tonnen erreicht<sup>2</sup>. Bei einem durchschnittlichen Eisengehalt der Eisenerze von etwa 30 % machte das 9 Millionen Tonnen Eisen aus. Den größten Teil lieferte der Minettebezirk Lothringen und Luxemburg mit ungefähr 24 Millionen Tonnen. (Minette ist phosphorhaltiger Brauneisenstein. Die Erfindung von Thomas und Gilchrist im Jahre 1879 ermöglichte die Entphosphorung und machte die Minette zu einem wertvollen Rohstoffe.) Im Verhältnis zur Gesamtförderung von geringerem Belang waren die Spateisensteinlager im Siegerland, die Roteisensteinlager in Nassau, die Eisenerze in Oberschlesien und in Peine (Provinz Hannover). Für den Bedarf der deutschen Hüttenwerke genügte indes die starke deutsche Eigenförderung nicht. Es kam die schwedische (Lappland), die spanische (Bilbaogebiet)

<sup>1</sup> Juraschek, Art. „Bergbaustatistik“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II<sup>3</sup> 763.

<sup>2</sup> Andere Zahlen: deutsche Eisenerzerzeugung vor dem Kriege 28,6 Millionen Tonnen; davon entfielen auf Lothringen 21,1 Millionen Tonnen (75 %). Luxemburg erzeugte etwa 7,5 Millionen Tonnen.

und die französische (Briey-Bezirk) Einfuhr hinzu. Die Eisenerzvorräte Schwedens werden auf etwa 1200 Millionen Tonnen geschätzt. Schweden machte aber der Ausfuhr allmählich wachsende Schwierigkeiten, um eine eigene Eisenindustrie auf Grund seiner reichen Eisenerzschätze zu begründen, nicht ohne Erfolg. Die Erzlager Spaniens (Bilbaogebiet) sind zum größten Teil erschöpft; sie bergen höchstens noch 50 Millionen Tonnen. Der Erzvorrat des früheren Deutsch-Lothringens wurde von Kollmann auf 1800 Millionen Tonnen, von andern auf nur 1100 Millionen Tonnen geschätzt, der Vorrat der französischen Bezirke von Briey und Longwy aber auf 2,8—3 Milliarden Tonnen. Dazu kam noch das Crusnesbecken, das sich in einer Ausdehnung von 10 000 *ha* an die Bezirke Briey und Longwy anschließt mit einem Erzvorrat von mindestens 500 Millionen Tonnen. Der Eisengehalt der Erze des Plateaus von Briey übersteigt den Gehalt der lothringischen und luxemburgischen Erze. Im früheren Deutsch-Lothringen und Luxemburg wie in den französischen Gebieten von Longwy und Nancy beträgt er meist nur 28—33 %, im Gebiete von Briey aber 37—40 %. Im Jahre 1860 betrug die Erzförderung im ostfranzösischen Minettegebiet erst 331 000 Tonnen, d. i. 11 % der Gesamtförderung Frankreichs, die sich auf 3 033 000 *t* belief. 1887 erreichte die ostfranzösische Förderung bereits mit 1 953 000 *t* 75 % der Gesamtförderung Frankreichs, 1897 mit 3 804 000 *t* sogar 85 % und 1911 mit 14 828 000 *t* 91 %. In den Jahren 1912 und 1913 stieg die Förderung noch bis auf 17 235 000 und 19 813 000 *t* in Meurthe-et-Moselle. Die kostspieligen Anlagen im Gebiete von Briey machen dort eben eine starke Förderung notwendig, während die Förderziffer von Longwy und Nancy vielleicht ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte. Ein französischer Bergingenieur hat dem ostfranzösischen Minettegebiet für das Jahr 1973 als höchste Gewinnziffer 35 Millionen Tonnen und eine Lebensdauer bis zum Jahre 2023 in Aussicht gestellt<sup>1</sup>.

Die wachsende Gewinnung von Eisenerzen (auf der Erde etwa 120 Millionen Tonnen jährlich) und die Begrenztheit des festgestellten Vorrates der Erde (22 408 Millionen Tonnen, aus denen 10 000 Millionen Tonnen Eisen zu gewinnen wären)<sup>2</sup> ließ die Befürchtung aufsteigen, daß die Versorgung der Industrie mit Eisenerzen in verhältnismäßig naher Zukunft (bei dem weiteren Zuwachs des Verbrauchs in etwa 60 Jahren) großen Schwierigkeiten begegnen würde. Es handelt sich dabei natürlich wieder um unsichere Schätzungen. Wie bei der Kohle wird man leichter für ein einzelnes Land die Erschöpfung des Vorrates berechnen können, wenn auch da Irrtum möglich bleibt. Jevons hatte schon 1865 für England prophezeit, daß vielleicht die damals lebende Generation das Ende des englischen Roheisenexportes erleben werde. Für die ganze Erde aber bleiben doch auch die möglichen Mengen zu beachten, welche die festgestellten Vorräte weit übersteigen dürften. Die chinesischen Erzlager, die Richthofen für sehr bedeutend hielt, und die Erzlager Afrikas, wenn da auch noch jede annehmbare Schätzung fehlt, lassen nicht leicht die Befürchtung eines absoluten Mangels aufkommen.

<sup>1</sup> Köln. Zeitung, Juni 1917. Vgl. die Aufsätze von M. Schlenker über Französisch-Lothringen, im Berliner Lokalanzeiger 18., 25. Februar, 4. März 1917.

<sup>2</sup> Nach den aus Anlaß des Internationalen Geologenkongresses 1910 veranstalteten Erhebungen, in *The Iron Ore Resources of the World* (Stockholm 1910). Törnebohm hatte 1906 den Vorrat der Erde nur auf 10 200 Millionen abbauwürdiger Erze geschätzt. Auch Schätzungen Frechs und Simmersbachs beziehen sich auf die Knappheit der Vorräte.



Allerdings wird eine Erschwerung der Erzgewinnung voraussichtlich sich einstellen. Es ist anderseits zu erwarten, daß der technische Fortschritt die Ausnutzung auch der minderwertigen Erze ermöglicht und rentabel macht. Im Notfalle müßte man selbst mit erhöhten Kosten die ärmeren Erze verarbeiten und ebenfalls zu eisenartigen Felsarten, wie etwa Basalt, greifen. Hasbach weist noch auf die Verbilligung von Aluminium hin, dessen Legierungen Eisen in manchen Verwendungsarten ersetzen können<sup>1</sup>.

*Übersicht über die Erzvorräte Europas* (nach einer Zusammenstellung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Nordwestliche Gruppe, Düsseldorf 1917).

	Aufgeschlossener Vorrat:			Zu erhoffender Vorrat:		
	Erz	in % des ges. aufgeschl. Vorrats	metall. Eisen	in % des ges. aufgeschl. Vorrats	Erz	metall. Eisen
Deutsches Zollgebiet . . . . .	3877,7	31,4	1360,0	28,8	bedeutend	bedeutend
Frankreich . . . . .	3300,0	27,4	1140,0	24,0		
Belgien . . . . .	62,0	0,5	25,0	0,5	25,0	10,0
Großbritannien . . . . .	1300,0	10,8	455,0	9,8	37 700,0	10 830,0
Schweden . . . . .	1158,0	9,6	740,0	15,6	178,0	105,0
Europäisches Rußland . . . . .	864,6	7,2	387,2	8,2	1056,3	424,7
Spanien . . . . .	711,0	5,9	349,0	7,3	bedeutend	bedeutend
Norwegen . . . . .	367,0	3,0	124,0	2,6	1545,0	525,0
Österreich . . . . .	250,9	2,1	90,4	1,9	323,2	97,0
Ungarn . . . . .	33,1	0,3	13,1	0,2	78,9	34,1
Europa insgesamt . . . . .	1184,3		4683,7		40906,4	12025,8

Vom aufgeschlossenen Eisenerz (metallisches Eisen) entfielen hiernach in Prozenten:

	auf Deutschland	Frankreich
vom europäischen Vorkommen . . . . .	29,8	24
vom Welt-Vorkommen . . . . .	13,0	11

Frankreich stand also Deutschland sehr nahe.

Die Förderung an Eisenerz betrug 1913 (nach jener Zusammenstellung)

auf der ganzen Welt . . . . .	160 393 000 t
davon:	
Vereinigte Staaten . . . . .	62 972 000 t = 39 %
Deutschland mit Luxemburg . . . . .	35 941 000 t = 22 „
Frankreich . . . . .	21 500 000 t = 13 „
Großbritannien . . . . .	16 254 000 t = 10 „
Spanien . . . . .	9 861 000 t = 6 „
Schweden . . . . .	7 479 000 t = 5 „

Die Erzversorgung Deutschlands gestaltete sich 1913 folgendermaßen: Es betrug

<sup>1</sup> K. Oldenberg, Erzvorräte, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXIV (1908) 162 f. W. Hasbach, Zur Charakteristik der englischen Industrie, in Schmollers Jahrbuch XXVI (1902) 469.

	Erzmenge:	Eisengehalt:
die Förderung . . .	35 941 000 t	10 541 500 t
„ Einfuhr . . .	14 019 000 t	7 710 400 t
	49 960 000 t	18 251 900 t
„ Ausfuhr . . .	2 613 000 t	783 900 t
also Versorgung	47 347 000 t	17 468 000 t

An Eisengehalt kamen 44 % aus dem Auslande, und zwar aus Frankreich 1410 000 t = 18,29 % der Einfuhr.

#### Frankreichs Erzförderung

betrug 1913 insgesamt . . .	21 500 000 t
davon im Departement Meurthe-et-Moselle	19 800 000 t
insbesondere im Becken von Briey .	15 000 000 t
mit einem Eisengehalt von etwa . .	5 000 000 t

Die Förderung im Becken von Briey mit einem Eisengehalt von 5 Millionen Tonnen erreichte etwa 67 % unserer Metalleinfuhr und 28 % unserer Eisenmetallversorgung.

In wie stark zunehmendem Maße das Erzbecken von Longwy-Briey als unser Erzbezugsgebiet Bedeutung erlangte, erweist die nachstehende Übersicht:

Die Eisenerzeinfuhr des deutschen Zollgebiets aus Frankreich (in 1000 t):

	Einfuhr:	Eisengehalt:	In Prozenten der Gesamteinfuhr:	
			Einfuhr:	Eisengehalt:
1901	45,6	16,6	1,04	0,65
1905	280,2	103,6	4,60	3,09
1910	1773,8	656,3	18,07	12,15
1911	2122,9	785,4	19,62	13,19
1912	2692,0	996,0	23,21	14,94
1913	3810,9	1410,0	27,18	18,29

Die geradezu stürmische Entwicklung, die der deutsche Bezug von Eisenerzen aus dem Becken von Longwy-Briey genommen hatte, erhellt besonders aus einem Vergleiche mit den andern Hauptversorgern Spanien und Schweden.

Die Eisenerzeinfuhr aus diesen beiden Ländern stellte sich wie folgt (in 1000 t):

	Spanien		Schweden	
	Einfuhr:	Eisengehalt:	Einfuhr:	Eisengehalt:
1901	2136,6	1068,3	1477,1	886,20
1905	3163,8	1581,9	1642,5	985,5
1910	2861,2	1430,6	3249,0	1949,4
1911	3154,4	1577,2	3502,2	2101,32
1912	3726,2	1863,1	3875,1	2325,06
1913	3632,1	1816,05	4558,4	2735,04

In Prozenten der Gesamteinfuhr betrug der Erzbezug aus

	Spanien		Schweden	
	Einfuhr:	Eisengehalt:	Einfuhr:	Eisengehalt:
1901	48,89	44,45	33,80	36,87
1905	51,99	47,25	26,99	29,45
1910	29,15	26,49	33,10	36,15

	Spanien		Schweden	
	Einfuhr:	Eisengehalt:	Einfuhr:	Eisengehalt:
1911	29,15	26,50	32,36	35,31
1912	30,74	27,95	31,96	34,88
1913	25,91	23,55	32,52	35,47

Auch Kupfer, Blei, Zink werden in Deutschland gefunden, doch übersteigt der Bedarf die eigene Gewinnung beträchtlich. Kupfer und Zink sind für die Erzeugung und Leitung der Elektrizität von besonderer Wichtigkeit. Unbedeutend ist in Deutschland das Vorkommen von Zinn- und Nickelerzen. Zinn wird heute nur mehr in geringen Mengen im Erzgebirge gefunden (Zinnwald, Altenberg). — Erwähnt seien noch die Nickel-, Kobalt-, Arsen-, Chrom-, Antimon-, Wismut- und Kadmiumerze. — Reich ist Deutschland aber an Salzen: im Vorland des Harzes bei Staßfurt, Schönebeck, Vienenburg, Merseburg, Halle; ferner in Württemberg: Heilbronn, Hall mit Wilhelmglück, Berchtesgaden und Reichenhall in Bayern, einzelne Gebiete in Hannover, Posen. Wenigstens die größten Mengen der wichtigen Kalisalze, wie sie in solcher Fülle sonst nirgends gefunden werden, besaß Deutschland (Staßfurt-Leopoldshall).

*Übersicht über die Bergwerksproduktion Deutschlands in den letzten vierzig Jahren vor dem Weltkrieg:*

Im Durchschnitt der Jahre	Zahl der Werke	Die mittlere Belegschaft	Summe der Produkte in 1000 t
1871—1875	4218	277 878	51 056
1881—1885	2804	329 092	80 230
1891—1895	2325	423 275	112 634
1896—1900	2256	502 570	150 783
1901—1905	1883	632 964	189 153
1906—1910	1881	765 118	247 528
1913	1531	835 859	322 706

Die Übersicht ist besonders dadurch lehrreich, daß sie die fortschreitende Konzentration erkennen läßt, Abnahme der Zahl der Unternehmungen mit gleichzeitiger Vermehrung der Arbeiterzahl und der Menge der Produkte<sup>1</sup>.

*Verhältnisse nach dem Kriege*<sup>2</sup>: Die Steinkohlenförderung betrug 1913 in Deutschland 190,1 Millionen Tonnen. 1920 belief dieselbe sich auf nur 131,3 Millionen Tonnen. Etwa 17 Millionen Tonnen waren im Saargebiet und mit Lothringen Deutschland verloren gegangen. Dazu kam noch ein beträchtlicher Minderertrag der Förderung (74 % der Förderung von 1913). Die Förderungsleistung betrug 1920 (gegenüber 1913) pro Mann nur noch 63 %. Es bedurfte darum einer Vermehrung der Belegschaften, um die Förderung zu steigern (1920 besonderes preußisches Gesetz für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk). Die Belegschaftsziffern im Ruhrgebiet stiegen von 390 000 im Jahre 1913 auf etwa 530 000 Ende 1920 und in Oberschlesien von 123 000 auf 182 000. Indem nun auch der größere Teil der oberschlesischen Förderung ausfällt, so wird die jährliche deutsche Steinkohlenförderung in Zukunft voraussichtlich wenig mehr

<sup>1</sup> v. Philippovich, Grundriß I<sup>11</sup> 178.

<sup>2</sup> Siemens, Wirtschaftliche Mitteilungen Nr. 33 (1921); Nr. 35 (1922): Aufsätze von Holm, Rachel usw.



als 100 Millionen Tonnen betragen (Bedarf des kleineren Deutschlands, wenn man den Vorkriegsbedarf zugrunde legt, 135 Millionen Tonnen). Die Kohlenlieferungen an die Siegerstaaten (Vertrag von Versailles, Abkommen von Spa) betrugen im Jahre 1920: 8 700 000 t Steinkohlen, 4 400 000 t Koks, 1 200 000 t Braunkohlenbriketts, zusammen 14 300 000 t. Auf Grund bestehender Verträge wird noch eine relativ geringe Menge Kohlen ( $1\frac{1}{2}$  Millionen Tonnen) nach den Niederlanden und der Tschechoslowakei ausgeführt. Im Jahre 1913 konnte Deutschland rund 25 Millionen Tonnen ausführen, ebensoviel als es 1920 einschließlich der Saarförderung an die Siegerstaaten abgeben mußte. Diese Verringerung der Kohlenausfuhr wirkt recht ungünstig auf die deutsche Handelsbilanz zurück. Bei dem schlechten Stand seiner Währung und den stark gestiegenen Kohlenpreisen bedeutet der Ausfuhrverlust für uns mehrere Milliarden Mark. Eine Steigerung der Steinkohlenförderung durch Niederlegung neuer Schächte und Vermehrung der Arbeitskräfte erfordert Zeit und Geld. Schneller zum Ziele führt der Ersatz der Steinkohle durch andere Brennstoffe: Braunkohle, Torf, Holz<sup>1</sup> usw.

Die Braunkohlen sind Kohlen des Tertiär genannten Erdschichtensystems, Steinkohlen diejenigen der älteren mesozoischen und paläozoischen Formationen. Die ältesten deutschen Braunkohlengruben dürften die am Meißner bei Kassel sein (1578 eröffnet), dann die des Westerwaldes (1585). Der rheinische Abbau begann Ende des 18. Jahrhunderts, der in der Niederlausitz Mitte der 1860er Jahre. Eigentliche Heimat der deutschen Braunkohlenindustrie (mechanische und chemische Aufbereitung der Kohle) ist die Provinz Sachsen (Anfang der dortigen Förderung wohl um 1700). Man schätzt das deutsche Braunkohlenvorkommen auf etwa  $13\frac{1}{2}$  Milliarden Tonnen. Im Jahre 1913 betrug die Förderung 87 Millionen Tonnen, 1920: 112 Millionen Tonnen. Eine gesteigerte Förderung steht in Aussicht. Die Braunkohlengruben werden zumeist im Tagebau betrieben, was schneller vor sich geht als das Abteufen neuer Schächte im Steinkohlenbergbau. Auch sind die Förderleistungen bei der Braunkohle mehr von Maschineneinrichtungen abhängig als von der menschlichen Arbeitskraft. Ein Nachteil der Rohbraunkohle ist allerdings ihr großer Wassergehalt. Darum fing man schon in den 1860er Jahren an, die Rohkohlen zu Briketts zu verarbeiten. Aus Braunkohle mit 54 % Wassergehalt und einem Heizwert von rund 2500 Wärmeeinheiten können Briketts von 14 % Wassergehalt und einem Heizwert von mehr als 5000 Wärmeeinheiten hergestellt werden. Die Braunkohle liefert als Nebenprodukt insbesondere Treiböle für Dieselmotore und Schmieröle. Vollen Ersatz der Deutschland verlorengegangenen Steinkohle darf man von der Braunkohle nicht erwarten. Die 1920

<sup>1</sup> Torf hat nach dem Holz den niedrigsten Heizwert von allen festen Brennstoffen. Bei vollkommener Verbrennung entwickelt ein Kilogramm der nachbenannten Stoffe an Wärmeeinheiten:

Holz . . . . .	2820	Backkohle . . . . .	7500
Torf . . . . .	3550	Sandkohle . . . . .	7760
faserige Braunkohle . . .	3600	Anthrazit . . . . .	8110
erdige „ . . . . .	4450	Koks . . . . .	7430
muschelige „ . . . . .	5350	Holzkohle . . . . .	7750
Sinterkohle . . . . .	6600		

Die Torfverwendung kommt daher nur in besondern günstigeren Fällen in Frage, vornehmlich dann, wenn die Transportkosten niedrig bleiben.

geförderten 112 Millionen Tonnen Braunkohlen hatten einen Heizwert von nur etwa 35 Millionen Tonnen Steinkohle. Auch werden die bisher bekannten Braunkohlenlager bei starker Förderung in etwa 100 Jahren erschöpft sein.

Die deutschen Torfmoore (eine Fläche von rund 20 000 qkm) bestehen zur Hälfte aus Hochmoor, die andere Hälfte aus Niedermoor. Man schätzt den Energievorrat der Hochmoore auf 1,5 Milliarden Tonnen guter Steinkohle. Bei entsprechenden Kraftwerken können dadurch vielleicht 15—20 Millionen Tonnen Kohle ersetzt werden.

Die deutschen Wasserkräfte („weiße Kohle“) können bei zweckmäßiger Bauart und Anlage, durch den Bau von Kanälen (z. B. wieder der Main-Donau-Wasserstraße zur Verbindung zwischen Donau und Rhein, zwischen Nordsee und Schwarzem Meer) noch wesentlich stärker ausgenutzt werden. Nimmt man mit Schmick an, daß in Deutschland etwa 6 Millionen Pferdestärken nutzbar gemacht werden können, so würde sich die Möglichkeit eines Ersatzes von rund 25 Millionen Tonnen Steinkohlen ergeben. Allerdings werden die Ersatzmöglichkeiten nicht gleich beurteilt. Nach Klingenberg ist das Wertverhältnis der in Deutschland vorhandenen Energiemengen folgendes: Steinkohlen 95,3; Braunkohlen 1,3; Torf 0,1; Wasserkraft 3,3. Wir werden uns also zunächst noch auf Steinkohle als erste Kraftquelle stützen müssen.

Große Bedeutung gewinnt heute ferner die Herabsetzung des Bedarfs. Die Industrie, als größte Verbraucherin, sollte es auf beträchtliche Ersparungen von Kohle absehen (Sortierung bei der Förderung, verbesserte Maschinen der Aufbereitung, Beschränkung des Selbstverbrauchs der Zechen, Verringerung des Wärmeverlustes bei Dampf- und Krafterzeugung in Kraftwerken, Ausschluß unnötiger Transmissionsanlagen usw.). Bedeutende Kohlenmengen können sodann durch Elektrisieren der Eisenbahnen erspart werden. Bis jetzt hatten die Eisenbahnen einen Kohlenverbrauch von rund 200 Millionen Tonnen. Forschungen, Belehrungen sollten schließlich auch zur Ersparung von Kohle usw. im Hausbrand anregen. Die Ausnutzung des Heizstoffes in den häuslichen Feuerstätten läßt heute regelmäßig noch  $\frac{1}{5}$  des Heizwertes verlorengehen. Dabei stellt der gesamte Brennstoffverbrauch im Hausbrand einen Heizwert von etwa 20 Millionen Tonnen guter Steinkohle dar.

Am stärksten ist für Deutschland die Einbuße an Eisenerzen. Vor dem Kriege erzeugte Deutschland 28,6 Millionen Tonnen. Davon entfielen auf Lothringen 21,1 Millionen Tonnen, d. h. 75 %. Die in Luxemburg gewonnenen 7,5 Millionen Tonnen sind jetzt ins Ausland abgewandert. Der ganze schlesische Eisenbergbau ist verloren. Vor dem Kriege führte Deutschland jährlich 14 Millionen Tonnen aus dem Auslande ein. Wollte es den Stand der Eisenindustrie von 1912 erreichen, so wäre jetzt eine Einfuhr von 35 Millionen Tonnen nötig. Der Währungstiefstand macht es indes unmöglich, den vorkrieglichen Stand zu erreichen. Die englische Eisenindustrie hat nunmehr die deutsche wieder überflügelt (Roheisen und Stahlerzeugung in 1000 t):

	1913	1920
Deutsches Reich: Eisen . . .	16 764	5 550
„ „ Stahl . . .	16 942	7 710
England: Eisen . . .	10 650	8 138
„ Stahl . . .	7 786	9 202

Bei der ungeheuren Wichtigkeit, welche der Bergbau, namentlich die Gewinnung von Kohle und Eisen, für das ganze wirtschaftliche Leben, speziell als Grundlage für die Industrie hat, bei der Gefahr privater, trustartiger Monopolbildung, sodann bei der Beschränktheit des Vorrates an Mineralien, die eine vorzeitige Erschöpfung der Lagerstätten befürchten läßt, hatte schon vor dem Weltkriege die Frage erneuter Regalisierung oder Verstaatlichung des Bergbaues praktisches Interesse gewonnen.

8. Verstaatlichung des Bergbaues wurde von Sozialisten, aber auch von konservativen Schriftstellern gefordert, namentlich als die Kohlenpreise eine starke Steigerung erfuhren und häufige Ausstände der Bergarbeiter auf unhaltbare Zustände im Bergbau hinzuweisen schienen. Die Verstaatlichung, so meinte man, werde hier am besten Abhilfe schaffen, das Publikum vor Ausbeutung durch Preiskoalitionen schützen, schädigenden Raubbau verhindern, die Lage der Arbeiter verbessern und so den Betrieben größere Stetigkeit verschaffen können.

Die Forderung der Verstaatlichung bezog sich nicht bloß auf neue Bergwerke, die der Staat, unter Beseitigung der Bergbaufreiheit, sich selbst vorbehalten kann, sondern auch auf die bereits bestehenden, im Privatbesitz befindlichen Bergwerke. In Preußen ist, wie wir sahen, die Bergbaufreiheit für Steinkohlen aufgehoben, sind dem Staate 250 Maximalfelder vorbehalten, hat der Staat eigene Steinkohlenbergwerke oder Anteile an andern erworben (Gladbeck, Hibernia). Viele halten dieses gemischte System (fiskalischer und privater Besitz) für das beste. Auch der Staat werde ja doch als alleiniger Besitzer der Bergwerke, mit Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz schon, nicht anders wirtschaften können wie die privaten Bergwerke, wenn er nicht die größten finanziellen Opfer bringen wolle. Gewiß habe es den Anschein, als ob der Besitz aller Kohlengruben in der Hand des Staates eine rationellere und billigere Produktion bewirken, die Verschleuderung von Kohlenschätzen verhindern, die Ausbeutung schwächerer Kohlenflöze ermöglichen, vielleicht auch zu höheren Löhnen führen könne. Es bleibe aber doch schwierig, die vielen, zersplittert liegenden Kohlengruben zu erwerben und von einer Zentralstelle aus zu verwalten. Der staatliche Betrieb werde auch kaum über eine so tüchtige Leitung verfügen wie der selbstinteressierte Privatbetrieb usw.<sup>1</sup>

Nach dem Weltkriege trat wiederum in den weitesten, nicht nur sozialistischen Kreisen die Überzeugung zutage, daß die Verhältnisse, wie sie vor dem Kriege bestanden, eine wesentliche Änderung erfahren müßten. Nur sprach man jetzt weniger von „Verstaatlichung“<sup>2</sup> als von „Sozialisierung“, Vergesellschaftung des Bergbaues.

<sup>1</sup> Vgl. Arndt, Art. „Bergbau“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Die von den englischen Arbeitern geforderte „Nationalisierung“ des Bergbaues scheint reine, direkte Verstaatlichung zu sein.



**9. Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues.** Den Versuch einer gemeinwirtschaftlichen Regelung brachte zunächst das Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919 mit den Ausführungsbestimmungen. Die örtlichen Kohlsyndikate wurden zu einem einheitlichen Zentralsyndikat, dem Reichskohlenverband, zusammengeschlossen und über diesen Verband noch ein Fachparlament, der Reichskohlenrat, gesetzt. Der Reichskohlenrat sollte, unter Oberaufsicht des Reiches, die Brennstoffwirtschaft leiten. Er trat aber wenig in die Erscheinung. Auch hielt man allgemein die Einspruchsrechte des Reichswirtschaftsministeriums (z. B. gegen Kohlenpreiserhöhungen) gegenüber der geschlossenen Reihe der im Reichskohlenverband vereinigten Kohlenproduzenten und -händler auf die Dauer für unzulänglich. Es wurde darum ein Gesetzentwurf im Reichswirtschaftsministerium vorbereitet, demzufolge der Reichskohlenverband aufgelöst, seine Rechte dem Reichskohlenrat übertragen und in dessen Zusammensetzung der Einfluß der Verbraucher gestärkt werden sollte. Dieser Gesetzentwurf kam indessen nicht zur Geltung. An diese vereinfachte Organisation, die den Reichskohlenrat und das von ihm zu bestellende Direktorium zum Träger der gesamten Kohlenwirtschaft macht, knüpfte nun der zweite, nach Walter Rathenau benannte Vorschlag der Sozialisierungskommission an<sup>1</sup>:

„Das wesentlich Neue dabei aber war, daß, während bisher der Verkauf der Kohlen auf Rechnung der Werke stattfand, nach diesem Vorschlag jede Zeche ihre gesamte Förderung zu den buchmäßig festgestellten Selbstkosten dem Reichskohlenrat überläßt, der das alleinige Kohलगroßhandelsmonopol erhält und die Verkaufspreise seinerseits festsetzt. Außer dem Ersatz der Selbstkosten, einschließlich angemessener Abschreibungen und Rückstellungen, zahlt der Reichskohlenrat den Zechenbesitzern: 1. die Zinsen und Tilgungsquoten der auf den Unternehmungen lastenden Schulden; 2. Zinsen und Tilgungsquoten für Neuinvestitionen; 3. die normalen, festen Zinsen für das in den Betrieben arbeitende verantwortliche Kapital; 4. tarifmäßig festgesetzte Prämien für gesteigerte (entsprechende Abzüge für schuldhaft verminderte) Produktivität jedes Werkes, sowie auch für soziale Betriebsverbesserungen. Entsprechende Prämien erhalten auch Arbeiter und Angestellte. Derartige Betriebsverbesserungen kann der Reichskohlenrat von den Zechen verlangen, oder die Werke können sich die Vornahme solcher Anlagen vom Reichskohlenrat genehmigen lassen, wobei entweder der Reichskohlenrat oder der Unternehmer die nötigen Beträge zur Verfügung stellt. Um aber der privaten Initiative noch freieren Spielraum zu lassen, darf der Unternehmer auch gegen den Reichskohlenrat auf eigenes Risiko Investitionen durchführen, die, wenn sie sich bewähren, in derselben Weise wie vorgenehmigte Anlagen, eventuell sogar höher, zugunsten des betreffenden Werkes angerechnet werden müssen. Durch diese Bestimmungen verliert der Unternehmer jedes Interesse am Hochtreiben des Kohlenpreises, da Handel und Handelsgewinne ihm völlig entzogen sind. Auch zu hohe Selbstkostenangaben werden ihm nichts nützen, da seine Bücher von den

<sup>1</sup> Köln. Zeitung Nr. 758, 4. September 1920.

Treuhändern des Reichskohlenrats geprüft werden. Der einzige Weg, der ihm zur Betätigung seines Gewinnstrebens bleibt, ist Verbesserung seines Betriebs in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Das Profitinteresse des Unternehmers bleibt nach Ansicht dieses Vorschlags aufrechterhalten, kann sich aber nur mehr in der Richtung des Allgemeininteresses auswirken. Die Stellung des Betriebsleiters beruht ebenso wie heute auf seinem objektiven wirtschaftlichen Erfolg. Bei dieser Organisation wollte es der rechte Flügel der Kommission (v. Siemens und Vogelstein) bis auf weiteres bewenden lassen. Die übrigen acht Unterzeichner des Vorschlags 2 aber gingen weiter, und auch v. Batocki schloß sich unter Vorbehalt von Bedenken, die er mit den Vorgenannten teilte, an. Sie betrachteten die geschilderte Organisation nur als Provisorium, das in spätestens 30 Jahren in die Vollsozialisierung überführt werden sollte in der Voraussetzung, daß sich bis dahin eine soziale Wirtschaftsgesinnung zu ausreichender Tragfähigkeit gefestigt hätte. Die Überführung in die öffentliche Hand wird so geschehen, daß in der Zwischenzeit ein Tilgungsfonds aus den Einnahmen der Kohlenwirtschaft angesammelt wird (während Alfred Weber entsprechend wie in Vorschlag 1 die Tilgung wenigstens teilweise durch Ausgabe von Obligationen vornehmen wollte). Diese Vollsozialisierung will der Vorschlag 1 (Lederer) sofort herbeiführen durch Enteignung der Grubenbesitzer unter Entschädigung in festverzinslichen Obligationen. Alleiniger Träger aller Besitzrechte auf dem Gebiet des Kohlenbergbaues ist die Allgemeinheit, vertreten durch den Gemeinwirtschaftskörper der deutschen Kohlengemeinschaft<sup>1</sup> und deren Organe, Reichskohlenrat und Reichskohlendirektorium. Damit geht im Gegensatz zu Vorschlag 2 auch die Einsetzung der Betriebsleiter und die Verantwortung für den technischen Betrieb auf den Reichskohlenrat bzw. das Reichskohlendirektorium über. Ein Produktivitäts-Prämientarif als Antriebsmittel besteht auch hier, aber nur für Betriebsleiter, Angestellte und Belegschaften. Eine Verstaatlichung mit ihren Gefahren des Fiskalismus und der Bürokratie findet nach diesem Vorschlage nicht statt, im Gegenteil werden auch die bestehenden staatlichen Zechen durch Übergang auf die Kohlengemeinschaft entstaatlicht. Die Geschäftsführung der Kohlengemeinschaft geschieht kaufmännisch, nicht durch Beamte, sondern durch Angestellte. Der erste Vorschlag deckt sich wesentlich mit dem Mehrheitsvotum der Sozialisierungskommission von 1919, auf das er verweist. Er war diesmal zur genaueren Veranschaulichung in die Paragraphenform eines Gesetzes gekleidet. Der damals gegebenen Begründung fügte er eine scharfe Kritik der Kriegszwangswirtschaft hinzu, die in keiner Weise als eine Form der Sozialisierung anerkannt werden könne. Außerdem wurden die Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten im Anschluß an die Wünsche ihrer Organisation näher ausgeführt.“

Die Vorschläge der Vollsozialisierung beanspruchen vielleicht zunächst noch historisches Interesse. Wir möchten aber hier namentlich wieder auf die prinzipielle Seite der „Sozialisierungsfragen“ hinweisen.

<sup>1</sup> Die deutsche Kohlengemeinschaft des Vorschlags 1 ist Körperschaft des öffentlichen Rechts, der Reichskohlenrat etwas Syndikatarartiges. — Der Vorschlag 1 hat die Form eines Gesetzentwurfs, der Vorschlag 2 spricht Leitsätze aus.

Bei allen Fragen der Verstaatlichung, Vergemeindlichung, Vergesellschaftung wird man sich zunächst vergewissern müssen, ob die Vergesellschaftung, Verstaatlichung, Vergemeindlichung technisch und ökonomisch, finanziell (Entschädigungsfrage) und sozial (Erhaltung sozial und volkswirtschaftlich wichtiger Elemente) möglich sei. Aber das genügt noch nicht, wie unsere prinzipiellen Darlegungen im zweiten Bande<sup>1</sup> (und oben<sup>2</sup>) erwiesen haben. Der Sozialismus verstößt gegen die gesunde Logik, indem er ohne genügenden Beweis annimmt, daß „Vergesellschaftungen“ immer zum Wohle des Volkes reichen. Er ist eben „Gefangener einer Doktrin“, die ihn nicht zur Erkenntnis des prinzipiell Richtigen und praktisch Zuträglichen gelangen läßt. Die Vergesellschaftung muß eben nicht nur technisch, ökonomisch, finanziell, sozial möglich, sondern auch volkswirtschaftlich notwendig sein. Es genügt die zwingende Zweckmäßigkeit, um sie als volkswirtschaftlich notwendig anzuerkennen. Diese Voraussetzung liegt vor, wenn der Privatbetrieb unvereinbar ist oder wird mit den Anforderungen einer guten Bedarfsversorgung des Volkes, und wenn, mit seiner Beibehaltung, auf einem andern, bessern Wege Abhilfe nicht geschaffen werden kann.

Letzteres wäre also für den Kohlenbergbau zu beweisen, ehe man von einer sofortigen oder vorzubereitenden, zukünftigen Sozialisierung im kommunistischen Sinne sprechen kann.

Nun aber läßt sich dieser Beweis für den Kohlenbergbau, zumal unter den gegebenen Verhältnissen, nicht erbringen.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues wäre als zweckmäßigere, vollkommenere Wirtschaftsform anzuerkennen, wenn sie zu stärkerer und relativ billigerer Gütererzeugung führen würde, so wie die gegenwärtige Lage Deutschlands es unbedingt erfordert. Und das ist keineswegs der Fall, kann nur ganz willkürlich angenommen werden. Warum? Zunächst beweist die Geschichte des deutschen Volkes, daß unter der Herrschaft der privatwirtschaftlichen Organisation eine gewaltige Steigerung der Gütererzeugung stattfinden kann. Es hat dabei nicht an Krisen gefehlt. Aber durchschnittlich hat sich die Versorgung des Volkes und seine Lebenshaltung beträchtlich gehoben, hat sich insbesondere auch eine musterhafte Sozialpolitik auf unserem wirtschaftlichen Fortschritte erfolgreich aufbauen können. Würde die Produktionssteigerung, wie sie heute besonders nötig ist, zu erwarten sein, wenn gerade derjenige Faktor, auf den sie sich bisher zurückführte, ausgeschaltet würde? Wir meinen: die Tätigkeit, die Initiative tüchtiger Unternehmer, die an der Erhaltung und Entwicklung des Betriebes ein persönliches Interesse haben. Die Ergebnisse der bisherigen staatlichen Kohlenbergwerke, die in der Art der Verwaltung dem Begriff der Sozialisierung am nächsten kommen, befriedigten nicht. Auch

<sup>1</sup> Bd. II<sup>2-3</sup>, Kap. 1, § 5, S. 233 ff. 246 ff.

<sup>2</sup> S. 208 ff.



die Sozialisierung würde bei der Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates die Selbstkosten steigern und statt Abbau Steigerung der Preise zur Folge haben. Damit würde aber die Preiskurve für alle andern Erzeugnisse aufwärts gelenkt werden. Der Bericht der Sozialisierungskommission sagt uns auch nichts Befriedigendes darüber, wie der Reichskohlenrat oder die deutsche Kohlengemeinschaft es anstellen werden, die Löhne der Arbeiter besser zu regulieren als der private Unternehmer<sup>1</sup>.

Noch auf einen andern Punkt, der die Sozialisierung des Kohlenbergbaues im gegenwärtigen Augenblick als höchst unzweckmäßig erscheinen läßt, wies Florian Klöckner hin<sup>2</sup>:

„Man hat mit Recht gesagt, daß nur solche Gewerbe zur Sozialisierung reif sind, bei denen gewisse Stetigkeit der Erzeugungsbedingungen eingetreten ist. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß dies beim Kohlenbergbau der Fall ist; vielmehr stehen hier gerade im Augenblick technisch-wirtschaftliche Umwälzungen bevor, deren Tragweite überhaupt noch nicht abzusehen ist. Die Kohle darf nicht mehr nur als Brennstoff bewertet werden; vielmehr wächst zurzeit ihre Bedeutung als chemischer Grundstoff in ungeahnter Weise. Diese Entwicklung wird auf die gesamten Methoden zur Gewinnung und Verarbeitung der Kohle einen großen Einfluß ausüben. Die Verteilung des Urerzeugnisses an die Hauptverbraucher wird sich verändern. Die Kohlenaufbereitungen werden sich in chemische Fabriken verwandeln, die ihrerseits ihre Erzeugnisse in Rohrleitungen den Verbrauchern auf dem kürzesten Wege zuführen. Kraft und chemische Energie werden als Nebenerzeugnisse in bedeutendem Umfange gewonnen werden. Wenn sich auch die Gestaltung der Dinge heute nur vorahnen läßt, so wird doch in absehbarer Zeit die gesamte Kohlenwirtschaft auf völlig veränderten technischen Grundlagen stehen. In einem noch viel stärkeren Maße als bisher wird die deutsche Volkswirtschaft aus der neuen Kohlenwirtschaft Kräfte zum Wiederaufbau gewinnen können.

Technisch-wirtschaftliche Fortschritte von solchem Ausmaße erfordern aber Wagemut und viel Kapital. Man muß anfänglich mit unter Umständen großen Verlusten rechnen, bis volkswirtschaftlich günstige Ergebnisse erzielt werden können. In dem Sozialisierungsplane ist zwar vorgesehen, daß der Reichskohlenrat für die Zwecke technischer Vervollkommnung Geldmittel zur Verfügung stellen kann. Das hier in Frage kommende und unter dem Druck eines großen Wagnisses stehende Kapital überschreitet aber offenbar weit die geldliche Zuständigkeit des Reichskohlenrates, der mit Rücksicht auf Deutschlands schlechte Wirtschaftslage Ausgaben in solchem Umfang à fonds perdu nicht übernehmen kann. Während die Privatindustrie die nötigen Versuche aus eigener Kapitalkraft und ohne Einfluß auf den Kohlenpreis durchführen kann, muß der Reichskohlenrat entweder Gelder aus dem öffentlichen Vermögen (Steuern) flüssig machen, oder einen Aufschlag auf den Kohlenpreis zulassen.

Es wäre die denkbar größte Unklugheit, gerade jetzt in einem der kritischen Augenblicke der Entwicklung der Kohlentechnik den privaten Unternehmer und

<sup>1</sup> Vgl. die Aufsätze über Sozialisierung von Christian Fülles in Köln. Volkszeitung Nr. 746 767 (1920) und Nr. 41 (1921).

<sup>2</sup> Bemerkungen zur Sozialisierung, in Köln. Volkszeitung Nr. 801 (1920).

das private Kapital in dem Umfange, wie es eine Sozialisierung mit sich bringt, auszuschalten. Die Folgen fielen ganz allein auf die Verbraucher (höherer Kohlenpreis oder besondere Kohlensteuer) zurück, und die Hemmung privater wagemutiger Initiative würde den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, der in erster Linie aus einer rationellen Kohlenwirtschaft hervorgehen muß, mindestens außerordentlich weit hinauszögern, wenn nicht überhaupt unmöglich machen.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues legt im entscheidenden Augenblick die Axt an die Wurzel einer neuen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß aus der Kohle heraus uns die Möglichkeit gegeben ist, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu beginnen und durchzusetzen. Alle noch unreifen Pläne einer Wirtschaftsänderung darf ein niedergetretenes Land nur dann verwirklichen, wenn einwandfrei feststeht, daß das, was kommen soll, eine Verbesserung des jetzigen Zustandes ist, also Erhöhung der Erzeugung und Abbau der Preise bringen wird.“

Schließlich bleibt zu beachten, daß der deutsche Kohlenbergbau kein von der Gesamtwirtschaft unabhängiges Leben führt. Die Zusammenhänge des Bergbaues mit der Gesamtwirtschaft können nicht ohne schwere Schädigung gelöst werden<sup>1</sup>. —

Auf der Duisburger Tagung der Christlichen Gewerkschaften vom 9. Januar 1921 wurde der besondere Plan einer Art Gemeinwirtschaft entwickelt, bei der die Initiative des Unternehmertums dauernd gewahrt bleiben würde. Wir heben hier nur die beiden wichtigsten Punkte hervor:

1. Überführung der Bodenschätze an Kohlen in den Besitz der Volksgesamtheit.

2. Überlassung der Ausbeutung an die bisherigen Besitzer durch Pachtverträge gegen eine nach dem Wert der Lagerstätten zu bemessende Abgabe. Unter gewissen Vorbehalten wurde dieser nach Heinrich Imbusch benannte Vorschlag vom Standpunkte des Bergbau treibenden Unternehmers als gangbar bezeichnet. In der Tat schienen manche Gründe für denselben zu sprechen<sup>2</sup>.

Nach deutschrechtlicher Auffassung stehen die in der Erde lagernden Bodenschätze noch in keinem Eigentum. Die Regalität des alten deutschen Bergrechts besagt materiell lediglich ein Reservatrecht des Staates auf den Erwerb der Bodenschätze, kein bereits erworbenes Eigentum des Staates oder der Krone. Auch dürfte das Bergwerkseigentum, das im späteren Recht auf Grund von Schürfen und Muten

<sup>1</sup> Bei der Sozialisierungsfrage ist auch Artikel 248 des Versailler Vertrages zu berücksichtigen, demzufolge alle Vermögenswerte Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten an erster Stelle für die Bezahlung der Wiedergutmachung usw. haften. — Ganze Unternehmungen sind in ausländische Hände übergegangen, während bei vielen andern ausländisches Kapital mehr oder weniger maßgebend ist.

<sup>2</sup> Vgl. Heinrich Göppert, Die Sozialisierungsbestrebungen in Deutschland nach der Revolution, in Schmollers Jahrbuch XLV (1922) 346.

an private Rechtspersonen verliehen wurde, nicht als Eigentum am Innern der Erde, an den lagernden, ungehobenen Bodenschätzen gelten. Wir sagten oben: Durch die Verleihungsurkunde wird das „Bergwerkseigentum“ begründet. Darunter sind die Bergbauberechtigung und die damit verbundenen Rechte zu verstehen. Es ist nicht ein Recht an Sachen (den lagernden Bodenschätzen), sondern eine Gerechtsame (Eigentum an einem Rechte), die zu den Immobiliargerechtsamen gehört. Darum finden denn auch die für Immobilienrechte geltenden Gesetze auf das Bergwerkseigentum entsprechende Anwendung. Wer diese juristische Interpretation des Bergwerkseigentums annimmt, sachliches Eigentum nur an den geförderten, gehobenen Bodenschätzen gelten läßt, würde bei einer Sozialisierung der Bergwerke in der durch § 156 der Reichsverfassung und § 2 des Sozialisierungsgesetzes garantierten Entschädigungspflicht des Staates geringeren Schwierigkeiten begegnen als derjenige, welcher das Bergbaueigentum nicht bloß als Eigentum am Recht, sondern an der Sache, dem Erdinnern, auffaßte. Es bliebe allerdings noch mehr an Entschädigungen übrig, als für das finanziell überlastete Deutschland erträglich wäre. Welcher Aufwand von Kosten war nötig, um das Dasein von Bodenschätzen festzustellen, zu ihnen mit hochwertigen Hilfsmitteln viele Hunderte oder gar Tausende Meter ins Erdinnere vorzudringen, sie zu heben, ans Tageslicht zu fördern usw.! Aber auch diese Entschädigungen kämen nicht voll in Betracht, wenn den Unternehmern das Bergwerkseigentum im dargelegten Sinne als Gerechtsame mit Weiterüberlassung der Ausbeutung zuerkannt würde. Ferner könnte darauf hingewiesen werden, wie sehr es dem Rechtsbewußtsein nicht nur der Arbeiter widerspreche, daß sich aus den Schätzen des nationalen Bodens private Kreise theoretisch unbeschränkt bereichern können, um so mehr heute, wo andere Gewerbszweige und das Reich selbst in schwerer Not sich befinden. Die angemessene Beschränkung der Gewinne an sich, wie Imbusch sie fordert, ist darum durchaus gerechtfertigt. Die Arbeiter in den Kohlengruben haben sich „bei ihrer mühsamen und gefährvollen Arbeit immer wieder gesagt, daß dasjenige, was sie loschlagen und emporfördern, bereits in sich ein fertiges, gebrauchsfähiges Gut ist — im Gegensatz z. B. zum Erz und erst recht zur Fabrikware (die das Erzeugnis bildet aus Rohstoffen, welche mit kaufmännischer Gewandtheit der Unternehmer beschafft und nach Maßgabe deren technischer Tüchtigkeit erst zu dem hergestellt werden mußten, was der Verbraucher notwendig hat). Dagegen können die Kohlen ohne weiteres benutzt werden; sie erfahren höchstens durch Sortieren, Waschen, Verkoken usw. weitere Veredelung. Derartige Erwägungen mögen wohl die Forderung begründen, daß die ‚schwarzen Diamanten‘ in der Erde an sich der Gemeinschaft gehören müßten“ (Fülles).

Den Sozialisierungsvorschlag von Alfons Horten (Sozialisierung eines Teiles der vorhandenen Werke durch deren Expropriation und Über-



führung in öffentlichen Betrieb) haben wir bereits an anderer Stelle<sup>1</sup> erwähnt.

Damit hätten wir der Hauptsache nach drei Typen der Sozialisierung vorgeführt: 1. Vollsozialisierung (öffentlicher Besitz und Betrieb); 2. Überführung der Bodenschätze in das Gesamteigentum unter Wahrung des privaten Betriebes; 3. teilweise Expropriation der vorhandenen Werke.

Die weitere Entwicklung ist insofern lehrreich, als die Bestrebungen, zu einer Verständigung in der Sozialisierungsfrage zu gelangen (Essener Verhandlungen, Ausschußverhandlungen des Reichswirtschaftsrates zu Berlin 1920), der solidaristischen Auffassung der Sozialisierung (im Gegensatz zur kommunistischen Sozialisierung) weit entgegenkamen. Der Sozialisierungsausschuß des Reichswirtschaftsrates definierte „Sozialisierung“ als: „Die Sicherstellung, daß alle Produktionsmittel im höchsten gesamtwirtschaftlichen Interesse der Volksgesamtheit so vollständig und rationell wie möglich ausgenutzt werden unter gleichberechtigter vollwertiger Mitbeteiligung und dementsprechender Mitbestimmung und Mitverantwortung aller an der Produktion Beteiligten.“ Trustbildungen aus lediglich finanziellen Tendenzen werden abgelehnt, die Bildung natürlicher Interessengemeinschaften zwischen Kohlenbergbau und Weiterverarbeitung könne allein höchste Produktivität gewährleisten. Die Beteiligung der Arbeiter- und Beamtenschaft am Kapital der großen, unpersönlich gewordenen Unternehmungen soll gesetzlich geregelt werden. Kleinaktien (100 Mark) oder als Übergang Genußscheine, die später in Aktien umgewandelt werden können, werden vorgeschlagen. Diese Kapitalbeteiligung gibt die Grundlage zur Vertretung in den Aufsichtsräten. Der Vorschlag sieht ferner neben dem materiellen Aufstieg der Arbeiterschaft deren geistigen Aufstieg durch Schule und Schulung vor. Zur Frage der Organisation der den Kohlenbergbau betreibenden Einzelunternehmungen empfiehlt er für den Anschluß von Bergwerken als besonders geeignete Gesellschaftsform die Gewerkschaft mit nicht begrenztem Kapital, auf der andern Seite für die in Förderung stehenden Bergwerksunternehmungen vom Beginn der dauernd gesicherten Rentabilität ab die Aktiengesellschaft usw.

Daß extrem gerichtete Elemente mit einer solchen Auffassung der „Sozialisierung“ sich zufrieden geben werden, ist kaum zu erwarten. Die Zukunft gehört indes nicht der kommunistischen Gemeinwirtschaft, nicht der individualistischen Freiwirtschaft, sondern einer solidaristisch auf- und ausgebauten, im wesentlichen privatwirtschaftlichen Ordnung.

Als Hauptaufgabe des Reichswirtschaftsrates z. B. hat dessen Präsident v. Braun die Schaffung eines neuen Wirtschaftsorganismus bezeichnet, innerhalb dessen Arbeiter und Unternehmer ihre Kräfte gemeinsam auf das Ziel höchster Steigerung der Betriebsergebnisse richten.

<sup>1</sup> Siehe oben S. 219 f.

der Arbeiter sich nicht mehr als Ausbeutungsgegenstand des Kapitals fühle, dem Unternehmer aber die Möglichkeit freier Initiative erhalten bleibe; dafür sei eine ganz neue Form erforderlich, der weder die bisherige Form des Kapitalismus noch das Parteiprogramm der Sozialisten entspräche. Diese neue Wirtschaftsordnung ist in der Tat Bedürfnis auch des Bergbaues mit der gesamten Industrie, ja der Gesamtwirtschaft. Sie bringt uns die Vergesellschaftung der Menschen, nicht der Produktionsmittel. Dabei aber werden die Produktionsmittel im gesamtwirtschaftlichen Interesse des Volkes so vollständig und rationell wie möglich ausgenutzt unter gleichberechtigter, vollwertiger Mitbeteiligung und dementsprechend Mitbestimmung und Mitverantwortung aller an der Erzeugung Beteiligten. Der Mensch ist Subjekt, nicht Objekt der Wirtschaft, wie wir immer wieder betont haben. Das gilt auch für die mit ausführender Arbeit im Bergbau Beschäftigten, und es gelangt zur praktischen Geltung in der berufsgenossenschaftlichen Verbindung von Unternehmern und Arbeitern (Arbeitsgemeinschaft). Nur so wird sich Silverbergs Wort praktisch erfüllen: „Das Wirtschaftsleben des besiegten Deutschlands kann als Grundlage der Kultur und des Wohlstandes nur wieder erstehen, wenn die geistigen und materiellen Kräfte unseres Volkes sich durch sich selbst zu neuem Leben durchringen.“<sup>1</sup>

Gewiß wird die berufsgenossenschaftliche Organisation auch hier gewisse Beschränkungen der Freiheit mit sich bringen, vor allem und zumeist Selbstbeschränkung im Interesse der Allgemeinheit und, soweit nötig, Beschränkungen durch den im öffentlichen Interesse zur Aufsicht berechtigten und verpflichteten Staat. Damit müssen sich nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmerkreise zufrieden geben. Sie haben sich früher einer übergroßen, individualistischen Freiheit erfreut und später unter der kriegswirtschaftlichen Zwangswirtschaft geseufzt, oder sehen sich heute von der sozialistischen Zwangswirtschaft bedroht. Da konnte leicht die Erkenntnis verloren gehen, daß es zwischen individualistischer Freiwirtschaft und mehr oder minder sozialistischer Zwangswirtschaft eine Mittelstufe geordneter Wirtschaft gibt, eben die gesunde berufsgenossenschaftliche Organisation. Mit Hoffnungen auf den „idealen Menschen“ kann sich die nüchtern abwägende Volkswirtschaftslehre nicht vertrösten lassen. Auch die Zukunft wird keine geringe Zahl wenig idealer Menschen vorfinden, und darum bleibt zweckmäßige, nicht übermäßige Beschränkung der Freiheit unerläßlich zur Herstellung und Wahrung wirtschaftlicher Ordnung<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Gutachten an den Unterausschuß des Reichswirtschafts- und Reichskohlenrates vom 10. November 1920

<sup>2</sup> In England wurde 1919 von der „Federation of British Industries“, der größten dortigen Industrieorganisation (18000 Firmen), eine Kommission eingesetzt zur Prüfung der Fragen der Nationalisierung der Betriebe, der Teilnahme der Arbeiter

Von neueren, den Nationalökonomien interessierenden Maßnahmen seien kurz noch erwähnt: die Aufhebung der privaten Bergregale gegen Entschädigung (1919), der Gesetzentwurf zur Regelung der Grenzen von Bergwerksfeldern: Die Grenzen haben oft eine Form, daß Felderteile unbenutzt liegen bleiben müssen. Der Gesetzentwurf sucht diesem Übelstande durch eine Art bergrechtlicher Flurbereinigung abzuhelpen (1922); ein preußischer Gesetzentwurf (1922) fordert die Bildung eines Sonderstocks zu Ausgleichszwecken und zur Selbstbewirtschaftung der Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebe. Überschüsse, die sich bei den schwankenden Einnahmen bilden, sollen für diesen Sonderstock verwendet werden; an Stelle der Sicherheitsmänner in den Bergwerken sind die Betriebsräte getreten. Sie sollen die Gruben regelmäßig befahren und auf deren Sicherheit prüfen; Teilung und Vermehrung der Kuxen (1922), Rechtsform der A.G. für staatliche Bergwerke (1922) usw.

Einige Worte über den Kalibergbau. Vor dem Weltkriege verfügte Deutschland (mit Elsaß) für Kali über ein Weltmonopol. Gewaltige Kalilager befinden sich jetzt noch namentlich im östlichen Mitteldeutschland (Braunschweig, Provinz Sachsen, den thüringischen Gebieten). Im Ausland kam Kali in größerer Menge kaum vor; auch war die Entdeckung von Kalilagern, nach dem jetzigen Stande der geologischen Forschung, für die Zukunft dort nicht zu erwarten. Andererseits wurde der Kalibedarf allenthalben immer größer. Besonders als Düngemittel finden die

an der Leitung und der Gewinnbeteiligung. Eine Mitbestimmung der Arbeiter im Betriebe für die soziale Beziehung wurde gebilligt, weniger für die wirtschaftliche Seite usw. Hier interessiert uns namentlich die Begründung der ablehnenden Haltung der Kommission gegenüber der Nationalisierung der Betriebe: „Eine zentralisierte Leitung (Nationalisierung) der Betriebe durch eine staatliche Behörde sei von vernichtender Wirkung für die Tätigkeit und den Wagemut der Industriellen. Eine verstaatlichte Industrie, die irgendwelche Fortschritte erzielen wolle, müsse unter einer ganz autokratischen Leitung stehen, und je mehr die Industrie des Landes verstaatlicht würde, desto mehr würde die Regierung in Gegensatz zu allen wahren demokratischen Idealen geraten. Der Staat sei ungeeignet für die Leitung aller Industriezweige, die hauptsächlich für den Export arbeiten, und gerade der Export sei für die Wohlfahrt des Landes von größter Bedeutung. Der Staat solle den Wettbewerb nicht beseitigen, sondern im Gegenteil die Vorteile, die er mit sich bringt, erhalten. Es sei nicht zu billigen, daß die Regierung Arbeitgeber einer außerordentlich großen Zahl von Wählern werde, auf die sie angewiesen sei. Der Zweck eines Staats sei stets ein politischer und nicht ein kaufmännischer. Die Regierung würde in industriellen Angelegenheiten nicht immer unparteiisch sein können. Die Staatsverwaltung sei, um kaufmännische Erfolge zu erzielen, nicht elastisch genug; ein wirtschaftliches Arbeiten sei, da der Verlust vom Staat getragen würde, nicht gewährleistet. Dagegen erkennt die Kommission an, daß der Öffentlichkeit Schutz dagegen gewährt werden müsse, daß manche Monopole in übertriebener Weise ausgebeutet würden. Alle irgendwie begründeten Klagen über bestehende Handelsvereinigungen seien auf das genaueste zu untersuchen, doch dürfe hierunter der Ausfuhrhandel nicht leiden. Auch dürften über englische Firmen keinerlei Veröffentlichungen vorgenommen werden, die dem ausländischen Wettbewerb nützlich sein könnten.

Die Stellungnahme der englischen Industrie zu den Sozialisierungsbestrebungen ist so ziemlich die gleiche wie bei uns, also eine stark ablehnende. Namentlich sind es hier wie dort die Ausfuhrindustrien, die von einer Sozialisierung eine starke Einschränkung ihrer Lebensvoraussetzungen befürchten, die sind: besondere Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit an Markt und Qualitätsbedürfnisse u. a. m.“ (Germania Nr. 574, 1919).



Kalisalze eine wachsende Verwendung. Der Kalibergbau aber befand sich, wie der übrige Bergbau, zum überwiegenden Teil in privaten Händen. Nur ein geringer Teil war Staatseigentum. Die Rücksicht auf die Rentabilität dieses eigenen Besitzes, und um noch nicht in Betrieb genommene Felder sich zu sichern, hatten Preußen und andere Bundesstaaten, wie wir sahen, die Salze von der Bergbaufreiheit ausgeschlossen. Diese Maßregel aber ließ die meisten und besten Felder ihren bisherigen privaten Besitzern. Es wurde nun häufiger darauf hingewiesen<sup>1</sup>, daß die Verstaatlichung des Kalibergbaues einesteils dem Staate eine ergiebige Einnahmequelle eröffnen könne, anderseits, daß der private Betrieb volkswirtschaftlich schädlich wirke. Würde der ganze Kalibergbau im Besitze des Reichs oder der Bundesstaaten sein, dann erst ließe sich die Monopolstellung Deutschlands zugunsten seines Wirtschaftslebens voll ausnutzen. Es könnte eine Verschleuderung des Kali an das Ausland leichter verhindert, das Kali auch durch Verschiedenheit der Preise zur Hebung der deutschen Landwirtschaft und Industrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz benutzt werden. So lange das private Erwerbsinteresse im Kalibergbau vorherrsche, bleibe das unmöglich. Bei der Verstaatlichung würden also die Gewinne aus dem Bergbau nutzbar für die Allgemeinheit, eine richtige Ausnutzung der Bergwerke würde ermöglicht durch richtige Anpassung an die Bedürfnisse des Marktes, vor allem der eigenen Volkswirtschaft.

Die prinzipielle Beurteilung einer Verstaatlichung bzw. Sozialisierung des Kalibergbaues ergibt sich von selbst aus dem, was oben bezüglich des Kohlenbergbaues gesagt wurde.

---

<sup>1</sup> Vgl. z. B. D. Brüner, Verstaatlichung des Kalibergbaues, in „Deutsche Arbeit“ 2. Jahrg. (1917) 268 ff. Vgl. auch Bd. III, Kap. 6, § 1, S. 848 f.

## Zweites Kapitel.

### G e w e r b e w e s e n.

**Literatur:** Vgl. die Literaturangaben zu Bd. III, Kap. 2, § 3, S. 135 f. und S. 140 ff.; zu Kap. 4, § 2, S. 572 f.; zu Kap. 4, § 3, S. 609 f. — Roscher, System der Volkswirtschaft. Bd. III: Nationalökonomik des Gewerbetrieibes und Handels. Bearbeitet von Wilhelm Stieda (8. Aufl., 1913). — Ders., Ansichten der Volkswirtschaft (3. Aufl., 1878) 101 ff. Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft (7. Aufl., 1910; Bd. II, 1919). — Sombart, Der moderne Kapitalismus (2. Aufl., 1916 ff.). — Ders., Gewerbetwesen (2 Bändchen der Sammlung Göschen). — Reinhold, Der Weg des Geistes in den Gewerben (1901). — — Schmoller, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe (1870). — Schwiedland, Kleingewerbe und Hausindustrie in Österreich (1894). — Kulemann, Das Kleingewerbe (1895). Stieda, Die Lebensfähigkeit des deutschen Handwerks (1897). — Waentig, Gewerbliche Mittelstandspolitik (1898). — Harms, Ist das deutsche Handwerk konkurrenzfähig? (1900). — H. Koch, Die deutsche Hausindustrie (1905). — H. Grothe, Bilder und Studien zur Geschichte der Industrie und des Maschinenwesens (1870). — Sinzheimer, Über die Grenzen der Weiterbildung des fabrikmäßigen Großbetriebes in Deutschland (1893). Von demselben herausgegeben: Technisch-volkswirtschaftliche Monographien (1908) ff. — Held, Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands (1881). — Tugan-Baranowski, Die russische Fabrik in Vergangenheit und Gegenwart (1898). — Leopold v. Wiese, Gewerbetwesen und Gewerbepolitik, in Wirtschaft und Recht der Gegenwart I (1912) 204 ff. — Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit (3. u. 4. Aufl., 1921). — Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Verhandlungen von 1897 (Bd. LXXXVI) mit Referaten von Bücher und Hitze. Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland und Österreich Bd. LXXI—LXXXI; über die deutsche Hausindustrie Bd. XXXIX—XLII LXXXIV bis LXXXVII. — Die Artikel von Bücher, Stieda, Biermer, Sombart über Gewerbe, Handwerk, Hausindustrie (Verlagssystem), im Handwörterbuch der Staatswissenschaften und im Wörterbuch der Volkswirtschaft. — Die Aufsätze von Zwiedineck-Südenhorst, Die Bedeutung des Bedarfs für die Entwicklung der gewerblichen Betriebssysteme, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung VII 15 ff.; von O. Schwarz, Die Betriebsformen der modernen Großindustrie, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XXV 535 ff. usw.

#### § 1.

#### Begriff und Formen des Gewerbes.

1. Begriff<sup>1</sup>. Im weiteren Sinne ist Gewerbe jede dauernde, berufsmäßige Erwerbstätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet, im bloßen Gegensatze zur Tätigkeit der „freien“ Berufe.

<sup>1</sup> „Gewerbe“, sprachlich von „werben“, d. i. tätig erstreben. Davon „Erwerb“ und „Gewerbe“, d. i. häufiges Werben, wiederholte Tätigkeit, Hantierung.

Im engeren Sinne jedoch ist das „Gewerbe“ — technisch-ökonomisch — ein besonderer Produktionszweig innerhalb des Prozesses der Gesamtproduktion, und zwar die weitere Verarbeitung von Rohstoffen, die Stoffveredlung, im Gegensatze zur rein okkupatorischen Tätigkeit der Jagd und Fischerei, zur Urproduktion, Rohstoffherzeugung (in land- und forstwirtschaftlicher, montanistischer Produktion), zur Vermittlung der Güterzirkulation (Handel, Transportwesen). Sozialökonomisch, d. i. mit Rücksicht auf seine Stellung in Gesellschaft und Volkswirtschaft, erscheint das Gewerbe heute als berufsmäßige Erwerbstätigkeit durch Stoffveredlung für fremde Bedarfsbefriedigung (Kunden oder Markt), und zwar regelmäßig in selbständiger Unternehmung, mit besonderer, von andern Unternehmungsarten, namentlich der agrarischen, getrennter, wirtschaftlicher Organisation.

Der Name „Industrie“ ist an und für sich gleichbedeutend mit Gewerbe als Stoffveredlung. Werden aber „Industrie“ und „Gewerbe“ im Sprachgebrauch einander gegenübergestellt, so bezeichnet „Gewerbe“ den Kleinbetrieb, „Industrie“ den Großbetrieb. — Einzelne Autoren (wie Rau) nennen, was heute regelmäßig als „Gewerbe“ im engeren Sinne gilt: „Gewerk“, „Gewerksarbeit“, während sie mit „Gewerbe“ ganz allgemein Beschäftigungen für den Zweck des Erwerbes bezeichnen. Indessen entspricht es doch mehr dem herrschenden Sprachgebrauch, wenn man unter „Gewerk“ (Sammelwort von Werk) die Gesamtheit der einerlei Werkgeschäft betreibenden Personen versteht; so z. B. „Gewerkverein“, d. i. Verein von Arbeitern ein und desselben Gewerbes. Der „Gewerke“ im Sinne des Bergrechts ist ein Mitglied einer „Gewerkschaft“, d. i. einer Gesellschaft zum Bergwerksbetrieb. — Wenn Tätigkeiten, die mit Stoffumwandlung nichts zu tun haben, in der Gesetzgebung und bei statistischen Erhebungen mit den eigentlichen Gewerben zusammengestellt werden, so z. B. die Tätigkeit der Barbieri, Friseure, Bader, Kaminfeger usw., so erklärt sich das auch geschichtlich daher, daß solche Erwerbstätigkeit sich einer ähnlichen zunftmäßigen Organisation erfreute, wie die eigentlichen Gewerbebezüge im engeren Sinne.

Die Unterscheidung zwischen den zahlreichen

2. Arten und Zweigen der Gewerbe<sup>1</sup> ist verschieden je nach dem in Anwendung gebrachten Einteilungsgrunde. Die Technologie geht bei der Einteilung von der Art des Rohstoffes oder des Produktionsverfahrens aus. Die Nationalökonomie wird am besten nach der Zweckbestimmung des Gewerbes unterscheiden bzw. nach der Art des Bedürfnisses, dem durch das Gewerbe Befriedigung zuteil werden soll. So spricht man vor allem vom Bau-, Bekleidungs-, Nahrungsgewerbe. Dazu kommen dann noch die Gewerbe für Herstellung von Gewerbs- und Hausgeräten, von Werkzeugen und Maschinen, von industriellen Hilfsstoffen usw. Eine bekannte Einteilung ist auch die in ordinäre und Luxusgewerbe. Das Kunstgewerbe erstrebt die künstlerisch geschmackvolle Gestaltung der Produkte.

<sup>1</sup> Vgl. C. Bücher, Art. „Gewerbe“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>3</sup> 847 ff.



Mit Rücksicht auf die Absatzkreise wurde unterschieden zwischen Gewerben mit (örtlich, landschaftlich, national) beschränktem und unbeschränktem (für den Weltmarkt bestimmten) Absatz. Bücher schlug noch vor, rücksichtlich der Absatzweise zu unterscheiden zwischen Gewerben, die auf Stückbestellung arbeiten (Kundenproduktion), dann Marktgewerbe und Gewerbe, die für den Handel produzieren.

Die sog. Imitations- und Surrogatgewerbe suchen Bedürfnissen billigere Befriedigung zu gewähren, indem sie einen weniger kostbaren Stoff „surrogieren“ bzw. die Form anderer Erzeugnisse „imitieren“. — Man nennt „Kampagneindustrien“ solche, deren Betrieb sich auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt (Zucker-, Zichorien-, Konservenfabriken). Die sog. „Saisonindustrien“ ferner sind von wechselnder Intensität und Ausdehnung, mit periodisch zu- oder abnehmendem Betrieb (Baugewerbe, Weihnachtsindustrie, Konfektion). Saison- und Kampagneindustrie bilden den Gegensatz zum konstant betriebenen Gewerbe. — Je nach dem Grade der Vollendung, zu welchem der einzelne Betrieb das Produkt führt, läßt sich zwischen Halbfabrikation und Vollendungs-, Appretur-Gewerbe unterscheiden. —

Das von Engel (1875, deutsche Gewerbezahlungen) aufgestellte und bei den Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907 im wesentlichen unverändert zur Anwendung gekommene Schema unterscheidet (1907) 16 Berufsgruppen mit 166 Berufsarten, von denen jedoch nicht alle zum „Gewerbe“ im engeren Sinne gehören. Die Gruppen sind folgende: 1. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei. 2. Industrie der Steine und Erden. 3. Metallverarbeitung. 4. Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate. 5. Chemische Industrie. 6. Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle und Firnisse. 7. Textilindustrie. 8. Papierindustrie. 9. Lederindustrie. 10. Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. 11. Industrie der Nahrungs- und Genußmittel. 12. Bekleidungsgewerbe. 13. Reinigungsgewerbe. 14. Baugewerbe. 15. Polygraphische Gewerbe. 16. Künstlerische Gewerbe.

Nicht nur die gewerbliche Technik, die gesamte innere Struktur der gewerblichen Produktion, die Art und Weise, wie die hier in Betracht kommenden Elemente der Produktion (Rohstoff, Werkzeug, Arbeit) vereinigt bzw. geleitet werden, die Form, in welcher die Arbeit der Stoffumwandlung als fortgesetzte und planmäßige Tätigkeit innerhalb des Wirtschaftslebens eines Volkes der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienstbar wird, hat im Laufe der Geschichte mancherlei Wandlungen erfahren. Das führt uns zu den

3. Gewerblichen Betriebssystemen, d. i. jenen besondern Formen der inneren Organisation und der äußeren Einfügung der gewerblichen Tätigkeit in das Ganze der Volkswirtschaft.

Im Anschluß an Karl Büchers klassische Untersuchungen unterscheidet man gewöhnlich fünf solcher Betriebsformen: das Hauswerk, das Lohnwerk, das Handwerk im eigentlichen Sinn, den Verlag (Hausindustrie), die Manufaktur und Fabrik. Die Geschichte ist allerdings zu reichhaltig, als daß ein einheitliches Schema ihr genügen

könnte. Überall wird sie — bald stärker, bald schwächer — die Grenzen eines solchen Schemas durchbrechen. Manchmal dürften die Ausnahmen so zahlreich werden, daß sie kaum als das weniger Normale gelten können. Wir erblicken darum in jenen Betriebssystemen vor allem nur typische Organisationsformen, wie sie der Wirtschaftstheoretiker aus dem bunten Vielerlei der geschichtlichen Wirklichkeit abstrahiert, die aber dann auch freilich ein klareres Verständnis der Gewerbe-geschichte, speziell der deutschen, wesentlich erleichtern. Überall notwendige, allgemeine, gegeneinander streng abgeschlossene Entwicklungsstufen im strengen Sinne haben wir also auch da nicht vor uns. Die eine oder andere Organisationsform kann fehlen; ebenso ist ein Nebeneinanderbestehen verschiedener Formen, die Fortdauer älterer mit den neuen, das Vorhandensein von Mischformen, Übergängen u. dgl. möglich — in Vergangenheit wie Gegenwart nachweisbar.

Die Betriebssysteme bezeichnen, wie Bücher seine Auffassung des weiteren ausführt<sup>1</sup>: „eine Stufenfolge immer vollkommener werdender Lebensformen, welche die einzelnen Zweige der Stoffumwandlung unter gegebenen Verhältnissen annehmen und annehmen müssen; sie geben aber keineswegs die Gestaltung der gesamten industriellen Produktion bestimmter Epochen an. Sie sind darin mit den Ackerbausystemen gleichartig. Wie die Dreifelderwirtschaft, die Koppelwirtschaft, die Fruchtwechselwirtschaft nur unter bestimmten volkswirtschaftlichen Voraussetzungen eintreten können, unter diesen aber nach den Untersuchungen v. Thünens eintreten müssen, so ist es auch mit Haus-, Lohn- und Handwerk, Verlag und Fabrik. Diese wie jene bezeichnen eine Stufenfolge der Intensität, in der wir die Menschenarbeit immer wirkungsvoller sehen werden. In einem großen Lande können in Ackerbau und Gewerbe verschiedene Intensitätsgrade des Betriebes nebeneinander Platz finden; ja im Gewerbe ist dies noch in höherem Maße der Fall als in der Landwirtschaft, weil die große Zahl der Gewerbe-zweige nicht unter einheitlichen Voraussetzungen steht. Aber es bestehen doch erhebliche Unterschiede zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und derjenigen der Industrie. In der Landwirtschaft unterscheidet sich jedes höhere Betriebssystem von jedem niederen dadurch, daß es ein größeres Güterquantum mit verhältnismäßig höheren Kosten

<sup>1</sup> Art. „Gewerbe“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>3</sup> 851 und Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 1066 ff. 1068. Die Sache liegt doch wohl ähnlich wie bei den bekannten „Wirtschaftsstufen“ (Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 1, S. 236 ff.). Die von der Theorie aufgestellten „Stufen“ sind „nur brauchbar, wenn man darauf verzichtet, die Wirtschaftsstufen mit Zeitepochen der Wirtschaftsgeschichte zu identifizieren“ (Below). Es sind „Idealtypen“, die an der historischen Wirklichkeit ständig zu korrigieren sind. Vgl. G. v. Below, Wirtschaftsstufen, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 1382 ff.; Max Weber, Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XIX (1904) 22 ff.; Wilh. Koppers, Die ethnologische Wirtschaftsforschung (1917) 106 f. (Separatabdruck aus „Anthropos“ 1915/16, 611 ff. 971 ff.). Zur ganzen Frage vergleiche die Ausführungen Sombarts (Moderner Kapitalismus I<sup>2</sup> [1916] 53 ff.) gegen A. Dopsch, Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit (1912/13); vgl. auch v. Below, Der deutsche Staat des Mittelalters (1914) 107 ff.

erzeugt; in der Industrie dagegen nehmen die Herstellungskosten mit fortschreiten der Betriebsintensität ab. Die Ursache liegt in der hier größeren, dort geringeren Ergiebigkeit der späteren Kapitalaufwendungen. Der landwirtschaftliche Fortschritt ist darum an die Voraussetzung geknüpft, daß die Preise der Produkte steigen; der industrielle Fortschritt kann nur erfolgen, wenn er mit einer Erniedrigung der Preise verbunden ist. Jener ist die Folge, dieser die Ursache höherer Kultur.“ —

Mit Rücksicht auf die Zweckbestimmung (für wen das Produkt bestimmt ist) lassen sich nun die Betriebsformen etwa (mit Bücher), wie gesagt, in folgender Weise gruppieren:

1. Gewerbliche Produktion ausschließlich oder vornehmlich für den eigenen Gebrauch (Hauswerk).

2. Gewerbliche Produktion ausschließlich oder vornehmlich für fremden Bedarf, und zwar:

a) als Lohnwerk, mit Erlangung eines Lohnes für die Arbeit:

a) Stör,  $\beta$ ) Heimwerk;

b) als Preiswerk mit Erlangung eines Preises für die Ware:

a) Handwerk im eigentlichen Sinn,  $\beta$ ) Hausindustrie (Verlag),  $\gamma$ ) Manufaktur und Fabrik.

Zuweilen wird die gewerbliche Produktion als häusliche Beschäftigung der Familienglieder (z. B. Spinnen, Weben, Nähen usw.) für den eigenen Bedarf des Hauses „Hausfleiß“ genannt, „Hauswerk“ dagegen die über die Bedürfnisse der eigenen Hauswirtschaft hinausgehende häusliche Produktion, mit Veräußerung der überflüssigen Erzeugnisse<sup>1</sup>. Bücher verzichtet auf diese Unterscheidung. Ihm ist „Hauswerk“ „die gewerbliche Produktion im Hause für das Haus aus selbsterzeugten Rohstoffen“, doch so, daß das Hauswerk nicht überall, immer, ausschließlich hauswirtschaftliche Bedarfsproduktion verbleibt, sondern auch überschüssige Produkte an andere Wirtschaften abgegeben werden können<sup>2</sup>.

Das „Lohnwerk“ stellt die Arbeitskraft und Geschicklichkeit des Arbeiters zum Zweck der Verarbeitung fremden Rohstoffes gegen Lohn in den Dienst einer andern Wirtschaft, wobei der Lohnwerker entweder im Hause des Kunden („Stör“) oder aber in eigener Betriebsstätte („Heimarbeit“) sein Werk vollbringt.

Das „Handwerk“ im eigentlichen Sinne unterscheidet sich vom Lohnwerke dadurch, daß der Handwerker im Besitze sämtlicher Produktionsmittel ist. Er liefert nicht nur Geschicklichkeit und Arbeit, sondern auch den Rohstoff und veräußert das fertige Produkt gegen einen bestimmten Preis an seinen Kunden.

<sup>1</sup> Vgl. Friedrich Kleinwächter, Lehrbuch der Nationalökonomie (1902) 173 f. (jetzt 2. Aufl.).

<sup>2</sup> Entstehung der Volkswirtschaft<sup>3</sup> 182 f. A. 1 189; (1910) 163 ff. Auch in den angeführten Artikeln über „Gewerbe“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften und im Wörterbuch der Volkswirtschaft.



Beim „Verlag“ (Hausindustrie) beschäftigt der sog. „Verleger“ eine größere Anzahl selbständiger Gewerbetreibenden in deren eigener Wohnung und übernimmt den Vertrieb der fertigen Produkte.

Die „Manufaktur“ bildete (17. u. 18. Jahrhundert) den Anfang der Großindustrie. Sie stellt einen ausgedehnten Handwerksbetrieb dar. Unter Arbeitsvereinigung und Arbeitsteilung in gemeinsamer Betriebsstätte wird hier der ganze Produktionsprozeß einheitlich und planmäßig im großen organisiert.

Wer „Fabrik“ und „Manufaktur“ unterscheidet, verlegt das charakteristische Merkmal der „Fabrik“ in die Anwendung von Maschinen (mit Ersatz der Menschenkraft durch die Naturkraft als bewegende Kraft).

## § 2.

### Hauswerk und Lohnwerk.

Wo sich die Trennung zwischen Landbau und Gewerbe — wie dies im früheren Mittelalter der Fall — noch nicht vollzogen hatte, da erschien die gewerbliche Produktion in der Form

1. des Hauswerks, als im Hause vor sich gehende Umformung, Veredlung regelmäßig selbsterzeugter Rohstoffe, und zwar zunächst nur für das Haus, den Eigenbedarf der Familie. Soweit sich dann von selbst oder auch beabsichtigt eine Überschußproduktion ergab hinsichtlich des einen oder andern Erzeugnisses, für dessen Herstellung — nach Stamm oder Ort — bei der Verschiedenheit der Naturgaben die äußere Möglichkeit oder eine besondere erworbene technische Geschicklichkeit gegeben war, da fand bald auch der Absatz an Dritte, zur Deckung fremden Bedarfs, statt. Man denke u. a. z. B. an das in der Heiligen Schrift der fleißigen Hausfrau gespendete Lob: „Sindonem fecit et vendidit, et cingulum tradidit Chananaeo.“

Auch diese Betriebsform schließt keineswegs eine relative Vollkommenheit der gewerblichen Produktion aus. „Die Richtung auf den eigenen Konsum gibt der Produktion einen individuellen Charakter. Jedes Produkt fällt eigenartig aus nach den Kräften, über die das Haus verfügt, nach den Bedürfnissen, die in ihm walten. Das Interesse des Produzenten an dem Werk seiner Hände erlischt nicht mit seiner Vollendung; denn er genießt selbst die Frucht seiner Anstrengung, erfreut sich der Ehre, die ein wohlgelungenes Werk seinem Verfertiger einbringt, fortgesetzt als dessen Besitzer und Gebraucher, empfindet den Schaden eines mißlungenen Produkts, so oft er es benutzt, und hört erst auf, sich mit ihm zu befassen, wenn es im Konsum zerstört ist. Die Hausgenossen betätigen darum an jedem Stück, das sie erzeugen, ihr bestes technisches Vermögen und ihren höchsten Kunstgeschmack. Es kommt zur Ausbildung volkstümlicher Stilmuster, in welchen das tiefinnerliche Interesse der Menschen für ihre Arbeit zusammen mit der rührenden Unbeholfenheit der Technik in oft überraschender Weise zum Ausdruck gelangt. Gewiß ist das Gewerbe auf dieser Entwicklungsstufe in seinen technischen Mitteln außerordentlich beschränkt, und demgemäß müßte es auch

die Güterausstattung sein, wenn es nicht gelänge, einzelne jener Mittel in umfassendster Weise anzuwenden. Fast jedes primitive Volk hat seinen bevorzugten gewerblichen Rohstoff und seine Lieblingstechnik. Bei den Völkern heißer Länder spielen die vegetabilischen Faserstoffe eine universelle Rolle in der Wirtschaft. Sie stellen aus ihnen ebensoviel die Wände des Hauses, als Kleiderstoffe, als auch mancherlei Geräte und Gefäße her, selbst solche, in denen Flüssigkeiten aufbewahrt werden können. Bei manchen Völkern Asiens findet der Töpfer-ton eine ähnliche vielseitige Verwendung. Bei den slavischen Stämmen tritt das Holz an diese Stelle: aus ihm werden Häuser gezimmert, Wagen und Schlitten, Pflüge und andere landwirtschaftliche Geräte angefertigt, ohne daß auch nur das kleinste Stückchen Eisen gebraucht würde, Teller und Löffel, Schüssel und Fässer, Schlösser und Schlüssel, Waffen und Götterbilder hergestellt. Bei den Jäger- und Nomadenvölkern der nördlichen Länder spielen die Produkte der Viehzucht, namentlich Häute, Wolle (Filz), Sehnen und Knochen, bei den Südseeinsulanern Muscheln, bei den Ostasiaten das Bambusrohr, bei vielen Afrikanern Fruchtschalen, Blätter und Fasern des Palmbaumes die Rolle des universellen gewerblichen Rohstoffes.\*<sup>1</sup>

Man wird mit angesehenen Autoren (E. Meyer, Wilken, Mitteis, Below) in der Rodbertusschen Auffassung von der Autarkie des Oikos eine starke Übertreibung erblicken, und ebenfalls gegen eine Zusammenfassung der antiken Sklavenwirtschaft mit der eigentlichen Familienwirtschaft unter dem gemeinsamen Begriff der „geschlossenen Hauswirtschaft“ Bedenken haben dürfen. Gleichwohl braucht nicht bestritten zu werden, daß innerhalb der freilich nicht völlig abgeschlossenen und „sich selbst genügenden Oikowirtschaft“ das Hauswerk eine bedeutende Rolle gespielt habe. Das gleiche gilt von den mittelalterlichen Fronhofswirtschaften, wenn dieselben auch nicht ohne weiteres allgemein als „geschlossene“, sich vollkommen selbst genügende Wirtschaftsorganismen aufgefaßt werden können.<sup>2</sup>

Für Deutschland sind es „die Mönche gewesen, welche aus Italien mit mancherlei neuen Gebräuchen und Bedürfnissen auch die Kenntnisse importierten, hierfür Befriedigung zu schaffen und die menschliche Arbeitskraft mit den verschiedensten Hilfsmitteln auszustatten. In den von ihnen gegründeten Klöstern bildeten sich Werkstätten aus, in denen die mannigfaltigsten Gegenstände angefertigt wurden. Zuerst übernahmen die Mönche selbst die betreffende Handwerks-tätigkeit, dann lernten sie die Eingeborenen an, die sie als Arbeiter heranzogen. Von den Klöstern übertrugen sich diese Fertigkeiten zuerst auf die Sitze der geistlichen und weltlichen Fürsten, dann auf die kleineren Fronhöfe, wo die hörigen Arbeiter zu bestimmtem Handwerk angehalten wurden, um all das anzufertigen, was die Herren selbst und ihr ausgedehntes Hof- und Dienstpersonal gebrauchten“<sup>3</sup>. Auf den Königshöfen insbesondere gab es ganze Gruppen verschiedener Handwerker, die in gemeinschaftlichen Räumen, den Arbeitshäusern, unter der Leitung eines Meisters für jedes Handwerk ihr Gewerbe als „Amt“ übten. Die Einrichtung, welche Karl der Große in seinem „Capitulare de villis“

<sup>1</sup> Bücher, Art. „Gewerbe“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I 844; I<sup>3</sup> 1069.

<sup>2</sup> Richard Passow (Die grundherrschaftlichen Wirtschaftsverhältnisse usw., in Conrads Jahrbücher LVII [1919] 9) hält den Gegensatz zwischen Eigenwirtschaft und Tauschwirtschaft nicht für erschöpfend. Güter und Dienste könnten nicht nur durch Tauschverkehr aus einer in die andere Wirtschaft kommen. Er schlägt für einen solchen Zustand im Gegensatz zur Eigenwirtschaft den Ausdruck Bezugswirtschaft vor.

<sup>3</sup> Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie II<sup>3</sup> (1902) 135 f.

(vom Jahre 812) für die Königshöfe vorschrieb, wurde das Vorbild auch für andere große Fronhöfe. Karl verordnete, daß auf jedem königlichen Kammergute Eisenschmiede, Gold- und Silberarbeiter, Schuster, Drechsler, Wagner und Zimmerleute, Schilter, Seifensieder, Brauer, Bäcker und Nestler sein mußten. In seinen Wirtschaftsordnungen stoßen wir nicht nur auf Bergknappen für die Eisen- und Bleigruben, sondern auch auf Rotgerber, Tuch- und Linnenarbeiter, Färber und Walker. Es gab auf den Königshöfen sodann besondere Arbeitshäuser, Gynäzeen oder Genitien für Frauen. Sie bestanden in der Regel aus einem Komplex von Gebäuden, Wohn- und Arbeitshäusern, Schuppen und Schreinen. Die ganze Anlage war umzäunt, mit festen Türen versehen und gut bewacht. Hier wurden alle weiblichen Arbeiten besorgt, wie Spinnen, Nähen, Sticken, Waschen, sodann Weben von Leinwand, Verarbeitung von Wolle zu Tuchen und andern Stoffen, Anfertigung von allerlei Kleidungsstücken. Eine Verordnung Karls des Großen bestimmte, daß aus den Krongütern Wolle und Flachs, nebst Waid, Scharlach, Krapp und andern Färbestoffen, die zur Bearbeitung der Wolle notwendigen Utensilien, Wollkämme, Karden, Seife, Öl usw., an die Gynäzeen geliefert und die fertigen Produkte an die königliche Kammer abgegeben werden sollten<sup>1</sup>.

Allmählich erlangten die hörigen Handwerker größere Freiheit. Es ward ihnen gestattet, nicht bloß für ihren Herrn, sondern auch für andere, und zwar zu eigenem Vorteil (gegen Lohn), zu arbeiten. Ja sie durften sogar außerhalb des Fronhofes wohnen.

Wurde der Zusammenhang des hörigen Hauswerkers mit dem Herrenhause mehr und mehr gelockert, so blieb dem Arbeiter zwar die erworbene Geschicklichkeit, allenfalls auch das einfache Werkzeug. Aber er verfügte nicht über den Rohstoff, welcher den Gegenstand seiner Arbeit bilden sollte. In ähnlicher Lage befand sich auch jener Bestandteil der freien ländlichen Dorfbevölkerung, der in zersplittertem Grundbesitz oder aus andern Gründen beim bloßen Ackerbau keine ausreichende Familiennahrung mehr fand (bäuerliche „Überschußbevölkerung“) und daher auf Erlernung und Ausübung gewerblicher Fertigkeiten sich verlegte. Auf der andern Seite bestand für die Hauswirtschaft das Bedürfnis nach gewerblichen Produkten, die sie selbst nicht herstellte oder nicht herzustellen vermochte. Diese zu erlangen, diente entweder der Austausch überschüssiger Erzeugnisse gegen die gewünschten Produkte, oder aber man beschäftigte auch eine geeignete fremde Arbeitskraft, und zwar gegen Lohn.

Das Charakteristische für

2. das „Lohnwerk“ ist also darin zu sehen, daß der Lohnwerker nur die Arbeit mit ihrer Technik bietet, seine Kunst aber an fremdem Rohstoff ausübt. Das fertige Produkt fällt unmittelbar in das Eigentum des Kunden. Dieser vergütet dem Lohnwerker seine Arbeitsleistung durch

<sup>1</sup> Vgl. Laband, Die Entwicklung des Handwerkerstandes in den deutschen Städten des Mittelalters, in Deutsche Vierteljahrsschrift CXIV (1866) 2. Heft, 233; Wilh. Arnold, Das Aufkommen des Handwerkerstandes im Mittelalter (1861) 10 ff.; Bücher a. a. O.



Lohn (Taglohn oder Stücklohn). Das „Lohnwerk“ kommt in zweifacher Form vor: als sog. „Stör“ (Mühseligkeit) und als „Heimwerk“. Der auf

3. „die Stör“ gehende Lohnwerker („Störer“) verrichtet seine Arbeit im Kundenhause. Er erhält dort Kost, Nachtquartier, darüber hinaus einen besondern Lohn und verarbeitet dafür den vom Kunden gestellten Rohstoff. Noch heute gehen die Schneider in Gebirgsgegenden (vgl. Rosengers und Hansjakobs Schilderungen) auf die Stör. Auch in den Städten nahm die Hausfrau ihre Schneiderin ins Haus. — Beim

4. „Heimwerk“ bleibt der Lohnwerker in der eigenen Betriebsstätte, um daselbst den ihm vom Kunden gelieferten Rohstoff zu verarbeiten. Er bringt nicht nur, wie der Störer, seine technische Fertigkeit zur Arbeit mit, sondern stellt auch noch Betriebsmittel zur Verfügung, z. B. seinen Backofen, seine Mühle, seinen Webstuhl usw. Gerade der Umstand, daß jene Betriebsmittel überhaupt nicht oder nur schwer zu transportieren sind, nötigt hier dazu, das Lohnwerk in der Form des Heimwerks zu üben.

Hauswerk und Lohnwerk sind auch der Gegenwart nicht völlig fremd. Eine umfassende Selbstversorgung der Hauswirtschaft finden wir sogar in nicht allzu weiter Ferne, z. B. noch bei den isländischen und norwegischen Bauern. Bei den südslavischen Völkerschaften war bis in die neuere Zeit, außer dem wandernden Zigeuner, der als Schmied fungierte, der selbständige Handwerker eine Seltenheit. Das Schmiedehandwerk darf wohl überhaupt als das älteste Handwerk gelten.

### § 3.

#### Das Handwerk als Preiswerk.

1. Der Prozeß der Scheidung von Landbau und Gewerbe, der Übergang von der naturalwirtschaftlichen Form reiner Bedarfsproduktion der Hauswirtschaft zur verkehrswirtschaftlichen Form der gewerblichen Produktion hat sich nur sehr langsam vollzogen und nicht ohne mannigfache Übergangsformen. Schon der Lohnwerker dient einer fremden Wirtschaft. Er leistet Arbeit gegen Lohn. Aber er empfängt noch, wie wir sahen, den Rohstoff von dem Auftraggeber, der auch den ganzen Produktionsprozeß nach Art und Umfang bestimmt und leitet. Nebenbei betreibt der Lohnwerker oft selbst etwas Landwirtschaft. Auf der andern Seite findet schon früh gelegentlich oder auch fortgesetzt ein Tauschverkehr mit den für den eigenen Bedarf der Hauswirtschaft überschüssigen Produkten statt.

Seine Vollendung erreicht aber der Prozeß der Verselbständigung gewerblicher Produktion und des Handwerkers, der nicht mehr Grundbesitzer ist, zunächst im mittelalterlichen städtischen Handwerk, das mit eigener Hand und eigenen Produktionsmitteln produziert und das fertige Produkt gegen einen bestimmten Preis verkauft („Preiswerk“)<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Der Übergang vom Lohnwerk zum Preiswerk war nicht überall erst an die städtische Siedelung geknüpft. Er ist auch schon früher erfolgt. Auch entscheiden

2. Das „Handwerk“, seiner Wortbedeutung nach soviel als Händewerk, das ausschließlich oder vorzugsweise mit der Hand vollbrachte Werk der Stoffveredlung, umfaßt im weiteren Sinne sowohl das gewerbliche „Hauswerk“ als das „Lohn“- und handwerksmäßige „Preiswerk“. Im engeren Sinne wird das Handwerk nicht nur der Fabrik und Hausindustrie, sondern auch dem „Hauswerk“ und „Lohnwerk“ als verkehrs- und geldwirtschaftliche Form des selbständigen Kleinbetriebs der gewerblichen Produktion gegenübergestellt, wobei der Produzent Eigentümer sämtlicher Betriebsmittel ist.

3. Begriffsbestimmung. Handwerk als Preiswerk ist „dasjenige gewerbliche Betriebssystem, bei welchem der Produzent als Eigentümer sämtlicher Betriebsmittel Tauschwerte für nicht seinem Haushalte angehörige Konsumenten erzeugt“ (Bücher)<sup>1</sup>. Wir haben es hier mit einer gewerblichen Unternehmung zu tun, welche in der Form des Kleinbetriebes oder Mittelbetriebes, mit einfacherer Technik (Handwerk), die gewerbliche Produktion und den Absatz der fertigen Produkte regelmäßig unmittelbar an die Konsumenten für eigene Rechnung des Unternehmers vollzieht.

Wenn auch zuweilen Stadt oder Zunft einzelne Betriebsmittel (z. B. Walkmühle) zur Verfügung stellten, so erscheint im übrigen und regelmäßig der Handwerksmeister als Eigentümer aller sachlichen Produktionsmittel, der Werk- und Arbeitsstätte, der Roh- und Hilfsstoffe, der Werkzeuge, des Geldes für den Betrieb, für Lohnzahlung. Im älteren Handwerk wurde das Handwerksprodukt von demselben Meister ganz fertig hergestellt. Heute verarbeitet der Meister nicht selten (z. B. in der Schuhmacherei, Konfektionsbranche) Halbfabrikate, die ein anderer hergestellt. Das Handwerk im engeren Sinn gehört zur verkehrs- und geldwirtschaftlichen Form der gewerblichen Produktion. Die Stoffumwandlung erfolgt dabei zur Deckung fremden Bedarfs, für den Verkehr und gegen Geld. — In der Regel wird für festen Absatz produziert auf Bestellung (Kundenproduktion), aber auch auf Lager und für den Markt (Marktproduktion)<sup>2</sup>.

technische Gründe mit darüber, ob die gewerbliche Arbeit Lohnwerk oder Preiswerk ist; so behauptet sich z. B. im Baugewerbe dauernd das Lohnwerk (v. Below, Kowalewsky, Sieveking). Im Dorfhandwerk gehört heute noch häufig der Rohstoff dem Kunden, das Werkzeug dem Handwerker.

<sup>1</sup> Vgl. auch die Begriffsbestimmung bei Sombart, *Moderner Kapitalismus I* (1902) 76 79 ff. und *I<sup>2</sup>* (1916) 188. Auch das durch Handarbeit Geschaffene oder ein der Handarbeit dienendes Werkzeug wird „Handwerk“ genannt; desgleichen wurde und wird die Gesamtheit der Handwerker unter dem Namen „das Handwerk“ zusammengefaßt.

<sup>2</sup> Technik und Ökonomik entscheidet auch heute mit darüber, ob die gewerbliche Produktion Kunden- oder Marktproduktion ist. Gas- und elektrische Anlagen bleiben im heutigen entwickelten Verkehr Kundenproduktion aus technischen Gründen, Schiffsbauten usw. aus ökonomischen Gründen (Höhe des Absatzrisikos). Vgl. Gerlich, *Geschichte und Theorie des Kapitalismus* (1913). — Auch das Mittelalter hat schon Warenproduktion gekannt, doch blieb die Kundenproduktion vorherrschend.

Wo sich mit dem Handwerk das Magazin- und Lagersystem verbindet, da wird doch vor allem der Lokalbedarf berücksichtigt. Freilich durchbricht der Wanderhandel auf Märkten und Messen, die Kolportage, der Hausierhandel von Haus zu Haus, der Zwischenhandel, der die fertigen Produkte aufkauft und in die Ferne absetzt, teilweise schon früh den örtlichen Kundenkreis.

**4. Die Produktivität des Handwerks<sup>1</sup>.** Die gewerbliche Produktion erreichte in den mittelalterlichen Städten eine relativ hohe Entwicklung, die in ihren technischen Grundlagen sich wohl auch auf die Überlieferungen der antiken römischen Zeit zurückführen mochte. Die wirtschaftliche Blüte des Handwerks erklärt sich aber namentlich aus der genügenden Ausdehnung der Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen. Zwar hielt sich die Bevölkerung der mittelalterlichen Städte in engen Grenzen. Die größten Städte hatten nicht mehr als 30 000 bis 40 000 Einwohner. Aber mit fortschreitender Besiedlung des zum Teil noch unkultivierten Landes, mit der wachsenden Intensität und Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit steigerte sich auch die Nachfrage nach gewerblichen Produkten, wie anderseits ein größerer Überschuß landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum Eintauch gewerblicher Produkte verfügbar wurde<sup>2</sup>.

Die Technik der gewerblichen Produktion blieb im Mittelalter im wesentlichen eine manuelle, beruhte auf Erfahrung und Überlieferung. Die Arbeitsteilung entwickelte sich auf der Grundlage des Kleinbetriebes. Der Fortschritt bestand besonders in der Abspaltung neuer Berufe und damit in der Vermehrung selbständiger Handwerker.

Nicht geringen Einfluß auf die Entwicklung des Handwerks und der gewerblichen Produktion besaß die planmäßige städtische Wirtschaftspolitik und die Zunftverfassung. Ziel der stadtwirtschaftlichen Politik war die Sicherung der ökonomischen Basis, auf welcher das Handwerk und damit auch die Stadt selbst ruhte. Dem Handwerke sollte vor allem jede schädigende Konkurrenz ferngehalten werden. Die Bewohner der benachbarten Landstriche wurden nicht nur genötigt, ihre Produkte auf dem städtischen Markte abzusetzen, sie mußten auch ihren Bedarf an gewerblichen Produkten ganz in der Stadt decken. Man ließ darum in den Dörfern, auf dem Lande, kein Handwerk aufkommen. Das Bannrecht sicherte in einem bestimmten Umkreis um die Stadt dem städtischen Produzenten ein gesetzliches Monopol (Bönnhasen- und Pfüscherjagden!). Die Konkurrenz sonstiger fremder Gewerbetreibender wurde ebenfalls beschränkt. Heute noch von Interesse und für eine berufs-genossenschaftliche Ordnung nicht ohne lehrreiche Bedeutung ist die Art und Weise, wie eine Reihe von Vorschriften aufgestellt wurde, welche

<sup>1</sup> Vgl. insbesondere Sombarts *Modernen Kapitalismus und seine Schrift über Gewerbewesen* in der Göschenschen Sammlung; Bd. III, Kap. 4, § 2, S. 572 ff.

<sup>2</sup> „Es liefen einem Verkäufer gewerblicher Produkte zwei Käufer nach.“



den Zweck hatten, im Interesse der Konsumenten schädliche Auswüchse der Monopolstellung der Handwerker zu beseitigen. So wurde auch die fremde Konkurrenz nicht gänzlich ausgeschlossen, ihr, wenigstens in beschränktem Maße, der Absatz gestattet. Ebenso blieb die hausgewerbliche Produktion freigegeben. Schließlich wurde auch Vorsorge getroffen für Quantität und Qualität der Produkte, so daß die Konsumenten fortwährend mit guten und zugleich preiswerten Erzeugnissen versorgt waren. Die Obrigkeit ließ es sich angelegen sein, daß stets eine genügende Anzahl von Handwerkern vorhanden war, die eine ausreichende Menge gewerblicher Produkte herstellen konnten. Zur Kontrolle der Qualität der Erzeugnisse wurden Waren-Schauprüfungen eingerichtet<sup>1</sup>. Dem gleichen Zwecke diente die Ordnung der Ausbildung der Handwerker (Lehr- und Dienstzeit mit Meisterprüfung seit dem 13. Jahrhundert und Meisterstück seit dem 15. Jahrhundert). Obrigkeitliche Preisfestsetzungen sorgten dann noch dafür, daß die qualitativ guten Produkte den Konsumenten preiswert zur Verfügung standen.

Schloß die mittelalterliche Wirtschaftspolitik im Interesse des städtischen Handwerks die landschaftliche Konkurrenz aus und beschränkte sie die Konkurrenz fremder Handwerker, so suchte sie auch, der gleichmäßigen Erhaltung aller Gewerbetreibenden wegen, den inneren Konkurrenzkampf der städtischen Handwerker unter sich auszuschließen, ohne den Wettstreit unmöglich zu machen. Das mittelalterliche Gewerberecht beschränkte darum die Größe und den Umfang des Betriebes, die Zahl der zulässigen Hilfsarbeiter (mit Lehrlingen meist nicht über vier). Es wurden ferner Bestimmungen bezüglich der Technik, der Arbeitszeit, des Maximums der Produkte, die der einzelne Handwerker herstellen durfte, getroffen. Sollte das Marktrecht, das Stapel-, Meilen- oder Straßerecht, welches fremde Kaufleute auf der Durchreise nötigte, ihre Waren einige Tage in der Stadt feilzuhalten, dem städtischen Handwerker die günstige Gelegenheit zur Beschaffung von Rohstoffen und Hilfsmaterialien sichern, so mußte anderseits der städtische Handwerker seine Zunftgenossen an den Vorteilen teilnehmen lassen, die ihm aus der Möglichkeit erwuchsen, bessere und billigere Materialien zu erlangen. Er sollte nicht bloß für sich aus solchen Gelegenheiten die Möglichkeit einer Produktion mit geringeren Kosten erwerben. Ebenfalls die Lohntaxen, die Maßnahmen zur Regelung des Absatzes der Waren, das Verbot der engeren geschäftlichen Assoziation, besonders mit Leuten, die außerhalb der Zunft standen, das Verbot der Geldleihe von Kapitalisten zur Erweiterung des Betriebes, auch die erwähnten Sicherungen qualitativ guter und preiswerter Ware dienten der Erhaltung des handwerksmäßigen Kleinbetriebes

<sup>1</sup> Die Prüfung der fertigen Erzeugnisse diente auch dem Absatz in die Fremde. Ob sie aber überall nur bei den Gewerben, die für den Export arbeiteten, stattfand? Für Köln vgl. v. Lösch, Kölner Zunfturkunden (1907).

und der gleichen Chancen der Produktion für alle Genossen. Ein unlauterer Wettbewerb, ein Abjagen von Kunden usw. blieb streng verpönt. An menschlichen Schwächen, an Schattenseiten des Zunftwesens hat es gewiß nicht gefehlt. Man wird insbesondere auch den Gemeinsinn der Zunft-handwerker nicht überschätzen dürfen.

Der innere eigentliche Verfall des Zunfthandwerks aber beginnt im 15. und 16. Jahrhundert nach langer und hoher Blüte (während der Zeit vom 12. bis 14. Jahrhundert). Die Zünfte hören immer mehr auf, dem öffentlichen Interesse der städtischen Gemeinschaft das eigene Interesse unterzuordnen. Die Monopolisierungspolitik der nunmehr geschlossenen Zunft richtet sich gegen die eigenen Standesgenossen, schließt neue Mitglieder von der Zunft aus oder erschwert den Beitritt durch hohe Beitritts-gelder, erläßt Vorschriften über eine Minimallehrszeit, um nicht zu großen Nachwuchs heranzubilden, führt den Befähigungsnachweis in erschwerten Formen des Meisterstückes ein, kontingentiert die Meisterzahl nach dem Vorbilde der in den Gemeindemarken Berechtigten, knüpft das Meisterrecht an den Besitz eines Hauses oder bestimmter Räumlichkeiten, wodurch die Ausübung des Handwerks zu einem meist erblichen Realrechte wird. Die Interessengemeinschaft zwischen Geselle und Meister verliert sich. Der Geselle ist nicht mehr verbunden mit der Familie des Meisters, nicht mehr dessen Genosse, der Gesellenstand nicht mehr regelmäßig der Durchgang zur Meisterschaft; er wird zu einer dauernden Einrichtung, der Geselle zum Lohnarbeiter, das Dienstverhältnis zwischen Geselle und Meister zu einem Arbeitsvertragsverhältnis. Es stehen sich im Handwerk nunmehr gewissermaßen zwei Stände gegenüber mit Interessengegensätzen und Interessenkämpfen, die dem Wanderzwange unterliegende Gesellen überall hin ausbreiteten. Verrufserklärungen, Arbeitsausstände und Boykottierungen waren schon damals beliebte Kampfesmittel der neuen Gesellenverbände. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts hatten diese Verbände weitgehende Rechte für die Gesellen erstritten. Dann aber ging es allmählich bergab mit ihnen unter dem Einfluß eines stärkeren Arbeitsangebotes, der Reichs- und Landesgesetzgebung, die in der Zeit des absolutistischen Regimes durch Koalitionsverbote dem Wirken der Gesellenorganisationen schließlich ein Ziel setzte. Alles dieses mußte natürlich auf die produktive Leistungsfähigkeit des Handwerks höchst ungünstig zurückwirken. Das Handwerk hatte geblüht, solange es zwar seine eigenen Interessen kräftig vertrat, diese aber doch dem Gesamtinteresse der höheren städtischen Gemeinschaft unterzuordnen verstand. Als aber eine egoistische Handwerkeraristokratie unter Verletzung der Solidarität höherer Gemeinschaft sich engherzig in der Zunft abschloß, da war bald der alte Schaffensdrang verschwunden wie auch das sorgsame Bestreben, sich den Bedürfnissen der Konsumenten anzupassen. Man wollte nur mehr Herr sein: in der Stadt, Herr gegenüber den Konsumenten, Herr über die eigenen Gesellen. Über ein halbes Jahrtausend war das Handwerk die normale

gewerbliche Betriebsform gewesen. Nun kamen neue Möglichkeiten der Produktion, neue Bedürfnisse der Menschen, neue Formen des Gesellschaftslebens, neue Interessen auf, die dem Handwerk seine alte produktive Bedeutung wie seine ehemals das Leben des Bürgerstandes beherrschende Stellung wesentlich beschnitten.

Zu den äußeren Gründen des Niederganges des Handwerks gehört vor allem das Entstehen größerer zentralisierter Staatswesen und einheitlicher territorialer Verkehrsgebiete. Das Handwerk war eine spezifisch städtische Erscheinung gewesen, hatte bisher im wesentlichen für den lokalen Bedarf gearbeitet. Nun entstanden neue Betriebssysteme, die in umfassenderer Weise für den nationalen und internationalen Markt produzierten. Was Sombart als subjektive und objektive Bedingungen „kapitalistischer Produktion“ bezeichnete, erfüllte sich nunmehr. Es waren größere Geldvermögen vorhanden, und deren Eigentümer gingen darauf aus, dieses Geldvermögen kapitalistischen Erwerbszwecken dienstbar zu machen. Auf der andern Seite waren hinreichend Elemente vorhanden, aus denen sich eine kapitalistische Arbeiterschaft rekrutieren konnte. Die von der Meisterschaft ausgeschlossenen Gesellen des Handwerks, die bei dem Verschwinden der „Terra libera“, des ländlichen Kolonisationsgebietes, anwachsende Überschußbevölkerung der Landwirtschaft, die aufgelösten Gefolgschaften der Ritter beim Ausgang des Mittelalters, verarmte Handwerker und Bauern, alles dies schuf und bot Arbeitskräfte, die im Dienste eines kapitalistischen Unternehmers ihr Brot zu verdienen hofften. Das moderne Fürstentum aber begünstigte die kapitalistische Produktion. Erstrebte der aufkommende gewerbliche Kapitalbesitz ein größeres Absatzgebiet, so stellten die modernen Fürsten sich aus politischen Gründen ebenfalls den lokalen und kleineren territorialen Gewalten entgegen, bekämpften die alte Absperrung dieser Gebiete. Dann aber bedurften die Fürsten vor allem des Geldes für ihre Heere, ihre Beamten. Und Geld brachte, abgesehen vom Erwerb minenreicher Kolonialgebiete, namentlich der überseeische Handel und eine leistungsfähige einheimische Exportindustrie ins Land. Darum ging denn auch die merkantilistische Politik vom 16. bis 18. Jahrhundert darauf aus, den Großhandel und die kapitalistische Industrie wirksam zu fördern. Die alten Bannrechte wurden beseitigt. Auch auf dem Lande durften neue Gewerbebezüge eingerichtet werden. Die Stapel-, Meilen-, Straßenrechte der Städte, die binnenländischen Zollschranken fielen weg, letztere in Frankreich schon zu Colberts Zeiten, für Deutschland viel später (Zollverein von 1830). Verkehrsstraßen wurden neu geschaffen (Chausseen, Kanäle), einheitliche Gewichts- und Münzsysteme eingeführt, das Markt- und Meßwesen für den ganzen Staat einheitlich geordnet, ein einheitliches Recht (das römische) an die Stelle der überlieferten Landesrechte gesetzt. Die Konkurrenz ausländischer Industrien suchte man durch eine ausgesuchte Grenzzollpolitik fernzuhalten, während andererseits die Einfuhr von Rohstoffen begünstigt, die



Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten durch Ausfuhrzölle oder Verbote behindert wurden. Prämien für die Anlage von Fabriken, die Heranziehung tüchtiger ausländischer Gewerbetreibender, die Prämierung der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen dienten ebenfalls der Ausbreitung und Förderung der neuen kapitalistischen Produktion. Schließlich hatten die blutigen Handelskriege des 16., 17., 18. Jahrhunderts letztlich nur den Zweck, der inländischen Industrie, dem inländischen Handel ein weites Feld der Bereicherung auf dem Weltmarkte zu öffnen und zu sichern. Mit diesen kurzen Andeutungen sind wir indes der geschichtlichen Entwicklung schon in etwa vorausgeeilt.

Eine gewerbliche Marktproduktion hatte sich in größerem Umfange wohl zuerst beim Kunsthandwerk entwickelt. Seine Produkte, wie Kleiderstoffe, Gewebe, Edelmetallarbeiten, Töpferwaren eigneten sich für den Export, konnten höhere Transportkosten ertragen. Dabei diente schon vielfach oder regelmäßig der Kaufmann als Vermittler. Der Handwerker stand zum Kaufmann dabei ursprünglich in einem Kommendaverhältnis. kommandierte jenem seine Erzeugnisse und nahm dann teil am Gewinne. Je mehr nun die gewerbliche Marktproduktion sich ausdehnte, um so wichtiger und umfaßender wurde die Stellung des Kaufmannes. Die Fälle, daß der Handwerker nur für den Kaufmann arbeitete, von diesem dann auch den Rohstoff bezog, nahmen zu. Das Handwerk wurde dabei allmählich weithin über die ursprünglichen Grenzen hinaus abhängig vom Kaufmann. Ein neues gewerbliches Betriebssystem, die kapitalistische Hausindustrie, trat in die Geschichte ein. Die Technik blieb dabei noch die alte handwerksmäßige; der Weber, Spinner, Eisenwaren usw. verfertigende Handwerker verließen ihre alten Produktionsstätten noch nicht. Aber die Organisation des Absatzes hatte für einen größeren Teil des Gewerbes neue Formen angenommen. Die aktive Bedarfsdeckung mit gewerblichen Produkten war nicht mehr ausschließlich Sache selbständiger Handwerker.

Wir werden später auf die Frage der Erhaltung des Handwerks auch unter modernen Verhältnissen zurückkommen müssen. Zunächst folgt unsere Darstellung der geschichtlichen Entwicklung.

#### § 4.

#### Hausindustrie. Verlagssystem.

1. Hausindustrie<sup>1</sup>. Im weitesten Sinne ist jeder Hausfleiß „Hausindustrie“, ist auch der Siebmacher des Hunsrücks, der mit seiner zu Hause verfertigten Ware selbst hausieren geht, ein „Hausindustrieller“.

Das Wort „Hausindustrie“ enthält jedoch in seinem zweiten Bestandteile (Industrie), so wie der gewöhnliche Sprachgebrauch diesen versteht,

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 3, S. 142 ff. Heinr. Koch, Die deutsche Hausindustrie<sup>2</sup> (1909).

schon eine Bezugnahme auf den Großbetrieb, während der erste Bestandteil (Haus) auf den Ort hindeutet, wo die Arbeit vollzogen wird. Man denkt dabei nicht an einen großen, fabrikmäßig lokalisierten und zentralisierten Produktionsbetrieb, sondern an eine dezentralisierte Produktion im „Hause“ des Kleinproduzenten, aber an eine Produktion für den Massenabsatz (also mit Zentralisation des Verkaufs), wobei der einzelne Produzent jede Beziehung zum Konsumenten verliert. In technischer Hinsicht erscheint das Gewerbe hier noch als Kleinbetrieb, kaufmännisch, mit Rücksicht auf den organisierten Absatz der Produkte aber als größere Unternehmung.

Auch die Töpfer von Bürgel, die Nagelschmiede des Hunsrück, des Thüringer Waldes, Taunus usw., die ihre Ware genossenschaftlich vertreiben, gelten schon in diesem Sinne als „Hausindustrielle“<sup>1</sup>. In der Regel jedoch und im engsten Sinne denkt man bei der „Hausindustrie“ mehr an das sog.

2. „Verlagssystem“, d. i. diejenige Betriebsform, bei welcher die gewerblichen Erzeugnisse mit kleingewerblicher Technik und in den eigenen Räumen des Produzenten („hausindustriell“) hergestellt, aber „verlagsmäßig“, d. i. von Kaufleuten, größeren Meistern oder Fabrikanten vertrieben werden<sup>2</sup>.

Dem Verlagssystem begegnet man geschichtlich schon vereinzelt im Mittelalter (in Hafenstädten, bei den großen italienischen Exportindustrien), häufiger in der Zeit vom 16. bis 18. Jahrhundert („ältere Hausindustrien“, wie Spinnerei, Weberei, „Nürnberger Waren“, Uhrmacherei usw.), namentlich in der Gegenwart („moderne Hausindustrien“) mit dem Aufkommen der Großstädte<sup>3</sup> (bzw. des modernen Kaufladen- und Bazarwesens) und der außerordent-

<sup>1</sup> Alfred Weber, Die Hausindustrie und ihre Regelung. Referat. Schriften des Vereins für Sozialpolitik LXXXVIII 14 ff. Vgl. dazu Philippovich, Grundriß II<sup>6</sup>, I. Teil, 161 f.

<sup>2</sup> Eugen Schwiedland, Ziele und Wege einer Heimarbeitsgesetzgebung (1899; <sup>2</sup>1903). Ders., Formen und Begriffe der Hausindustrie, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 3. Folge XVI (1898) 529 ff.

<sup>3</sup> Ashley (Englische Wirtschaftsgeschichte II 235) spricht für England von einem Übergang des Tuchmachergewerbes vom Handwerk in die Form der Hausindustrie bereits um die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts. Auch in Deutschland taucht die Hausindustrie schon während des 14. Jahrhunderts auf. Das Leinengewerbe wird um jene Zeit als ländliche Nebenbeschäftigung in Schlesien geübt. Am Ende des 16. Jahrhunderts ist es zur Exportindustrie geworden. Die Entwicklung vollzieht sich jedoch nicht überall in der gleichen Weise und im ganzen vorerst langsam. In ihrer Eigenschaft als neues gewerbliches Betriebssystem aus- und durchgebildet erscheint die Hausindustrie zweifellos im 17. Jahrhundert. Vgl. zur Entstehung der Hausindustrie Stieda, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik XXXIX (1889) I, 115 ff. Die ältere ländliche Hausindustrie, speziell die hausindustrielle Spinnerei und Weberei, erhielt sich in Deutschland bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Heute ist sie verschwunden oder doch am Verschwinden. Dafür ist dann die moderne Hausindustrie, namentlich in der Tischlerei, Schuhmacherei, Schneiderei aufgekommen (die hausindustrielle Schneiderei gewöhnlich Konfektionsindustrie genannt). Sie verbreitet sich von den Großstädten auf

lichen Entwicklung des Nachrichten-, Personen- und Frachtverkehrs. Dadurch waren die Vorbedingungen gegeben, um handwerksmäßige Produkte auf Vorrat zu erzeugen und, sei es an Ort und Stelle, sei es in die Ferne und ans Ausland, abzusetzen. Indem das Verlagssystem die spekulative Organisation des Absatzes durchführte und demgemäß die Produktion der abhängigen Hausindustriellen im Unternehmen des Verlegers zu einer höheren Einheit zusammenfaßte, kann der Verlag in der Tat als die erste Form eines kapitalistischen Großunternehmens bezeichnet werden. „Die Geschichte der Hausindustrie ist die Geschichte des Kapitalismus“ (Sombart)<sup>1</sup>. Tugan-Baranowsky nennt die Hausindustrie schlecht-hin „das Haussystem kapitalistischer Produktion“<sup>2</sup>. Im allgemeinen hat das Verlagssystem im Vergleich mit der Fabrik als die ältere Form der kapitalistischen Industrie zu gelten. Doch schiebt sich keineswegs überall und für jedes Gewerbe in gleicher Weise eine hausindustrielle Periode zwischen Hauswerk und Handwerk einerseits, Fabrik anderseits ein. In Rußland ging z. B. die Baumwoll- und Seidenweberei in geschlossenen Etablissements der hausindustriellen Organisation auf gleichem Gebiete voraus<sup>3</sup>. Ebenso wenig hat die Hausindustrie die älteren oder neueren Betriebsformen aus ihrem Wirkungskreise gänzlich verdrängt.

3. Der „Verleger“ ist entweder nur Händler (Großhändler, Eigentümer eines modernen Basarladens, Exporteur) oder zugleich Produzent (der Fabrikant, der gewisse Nebenarbeiten außerhalb der Fabrik anfertigen läßt, der Handwerksmeister, der für die Zwecke seines Werkstattsbetriebs „Sitzgesellen“, Heimarbeiter, in deren eigener Wohnung beschäftigt). Eine Mischform zwischen Händler und Produzent stellt der Kleider-, Schuhwaren-, Wäsche-Konfektionär dar, der die Stoffe, das Leder im eigenen Betrieb zuschneiden und zurichten läßt, während die Weiterverarbeitung von Hausindustriellen vollzogen wird (Schwiedland).

4. Der Hausindustrielle erscheint, auch wenn er nicht in einem vertragsmäßigen Dienstverhältnis zu dem Verleger steht, tatsächlich abhängig von ihm — nicht rechtlich, aber wirtschaftlich. Oder ist es nicht ohne weiteres klar, daß der völlig selbständige Handwerker dem kauflustigen Publikum und der Kundschaft gegenüber viel freier dasteht als der Hausindustrielle in seinem Verhältnis zum Verleger, dem vielleicht einzigen Abnehmer seiner Erzeugnisse? Doch wird die Abhängigkeit nicht

---

die kleineren Städte und auf das platte Land. Diese modernen Hausindustrien „basieren auf den infolge des immer rapider sich abwickelnden Auflösungsprozesses aller früheren sozialen Verfassung (Bauernwirtschaft, Gutswirtschaft, Handwerk, Familie) in großen Mengen freigesetzten und auf den Markt geworfenen Bevölkerungsmassen: deklassierte Handwerker, bäuerliche Überschußbevölkerung, vor allem aber Weiber in den Großstädten: Weiber in Gestalt berufsmäßiger Gewerbetreibender, Weiber in Form von Witwen und Ehegattinnen, die ihre früher in der Konsumtionswirtschaft verwandte Arbeitskraft jetzt durch gewerbliche Lohnarbeit als Füllarbeit zu verwerten suchen, Weiber in Gestalt von Zuschußverdienst suchenden Haustöchtern u. dgl.“ (Sombart).

<sup>1</sup> Art. „Hausindustrie“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV 1141; „Verlagssystem“ VIII<sup>3</sup> 233 ff.

<sup>2</sup> Geschichte der russischen Fabrik. Übersetzt von Minzès (1900) 255.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Tugan-Baranowsky, Geschichte der russischen Fabrik 258 ff.



überall die gleiche sein. Am geringsten macht sie sich geltend, wenn der Hausindustrielle selbst das Material stellt und das fertige Produkt an den Unternehmer verkauft. Hier ist die wirtschaftliche Abhängigkeit lediglich eine kommerzielle in bezug auf die Verwertung der Produkte, — der Produzent „in weiter nichts als im Absatz seiner Waren mediatisiert...“, von dem Konsumenten durch Verleger getrennt, die infolge ihrer ausschließlichen Marktbeherrschung die gesamte Produktion beim Absatz zu einem Hindurchgehen durch ihr Kontor zu zwingen vermögen“<sup>1</sup>. Die Abhängigkeit kann aber überdies und in verschiedenem Grade auch eine produktionstechnische sein, wenn Art und Umfang der Produktion vom Verleger bestimmt, der Rohstoff, vielleicht das Werkzeug von ihm gestellt, die Arbeiten nach Maßgabe der abgelieferten Stücke gelohnt werden. Da ist die Hausindustrie in der Tat „dezentralisierter Großbetrieb“, die hausindustrielle Arbeit nichts anderes als großindustrielle Lohnarbeit außerhalb der Betriebsräume des Unternehmers: „hausindustrielle Außenarbeit“ (Weber). „Die Nähterin, die in ihrer Wohnung Wäsche, Kleider, Kravatten, Handschuhe, Korsetts oder Weißwaren herstellt, die Stiefelschäfte steppt oder Trikotwaren fertig stellt, die Putzarbeiterin, Stickerin, Häklerin, Filet- oder Schalstickerin, die Karton- oder Spielwarenarbeiterin, die Arbeit aus der Werkstatt nach Haus nimmt oder auch ganz zu Hause arbeitet, — nicht weniger der häusliche Weber, in der Regel auch der Wirker und Posamentenarbeiter, der Zigarrenarbeiter, der Portefeuillier, der Puppenarbeiter in der Spielwaren-, der Harmonikaarbeiter in der Musikinstrumentenherstellung, der Schloßarbeiter und der Messerschmied billiger Waren, — sie alle werden heute in ihren Arbeiten wie mit unsichtbaren Fäden“ (Marx) von einer produktionsleitenden Zentrale aus dirigiert. Sie arbeiten nur als Teile eines durch Verlegung der Arbeit in ihre Wohnungen lediglich äußerlich aufgelösten Betriebes.“<sup>2</sup> Diese Hausindustriellen hat man darum als einfaches Pendant zum Fabrikarbeiter bezeichnet, wie die Mittelpersonen, deren sich der Verleger zur Austeilung der Aufträge und zur Kontrolle der Produktion bedient, gewissermaßen als Werkmeister und Aufseher der aufgelösten Betriebe erscheinen.

5. Die Entstehung des Verlagsbetriebes ist eine originäre, d. i. Einführung der Verlagsindustrie bei einer bis dahin dem bezüglichlichen Gewerbe fernstehenden Bevölkerung, oder eine derivative, indem nämlich der Verleger eine größere Anzahl von Vertretern vorhandener Betriebsformen (häuslichen Gewerbetriebe, Lohnwerk, das ländlich lokalisierte Handwerk [z. B. „Schuhmacherdörfer“ in Galizien, Böhmen Mähren], aber auch den städtischen Handwerker) seinen Zwecken dienstbar macht. Die Voraussetzungen solcher Umwandlung sind: vor allem eine ungünstige wirtschaftliche Lage der Produzenten, die unter besseren Ver-

<sup>1</sup> Weber a. a. O. 15.<sup>2</sup> Ebd. 14 f.

hältnissen ihre volle wirtschaftliche Unabhängigkeit bewahren würden; dann die technische Einfachheit des Betriebes, so daß es größerer Maschinen nicht unbedingt bedarf, schließlich die Möglichkeit eines entsprechend großen Absatzes. Wo diese Voraussetzungen zusammentreffen, da wird der Verleger nicht fehlen. Die hausindustrielle Betriebsform statt des Fabrikbetriebes oder eine Ergänzung des letzteren durch die Hausindustrie empfiehlt sich dem Unternehmer in jenen Fällen, wo der Absatz der Artikel in besonders hohem Grade von den Konjunkturen des Weltmarktes abhängig ist. Der geschlossene Fabrikbetrieb erfordert eben ein viel größeres Anlage- und Betriebskapital als die hausindustrielle Form der Produktion. Die Handwebstühle der Heimarbeiter kann der Verleger leicht stillestehen lassen. Ein Teil der Folgen ungünstiger Konjunktur ist dabei auf den Heimarbeiter überwältzt. Für den Unternehmer wäre der Schaden viel größer, wenn er seine eigenen Maschinen nicht voll beschäftigen könnte. Man versteht, wie unter Umständen selbst die „Rückbildung“ der Fabrik zum dezentralisierten Verlagsbetrieb sich durch Rücksichten der größeren Rentabilität empfehlen kann: bei Artikeln mit unsicherem, wechselndem Absatz, ferner durch Vermeidung von Ausgaben für Miete, Beleuchtung, Beaufsichtigung, Instandhaltung der Fabrik, eventuell auch der Lasten der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung, namentlich aber dort, wo eine bedürftige und genügsame Bevölkerung die erforderlichen Kräfte für kärglichen Lohn zur Verfügung stellt.

6. Die Betriebsgestaltung der hausindustriellen Produktion weist zwei typische Formen auf: „Werkstattarbeit“ und „Heimarbeit“ im heutigen Sinne (Sombart).

Bei der „Werkstattarbeit“ produziert der Hausindustrielle in eigener Werkstatt, vielleicht mit Beiziehung auch fremden Hilfspersonals. Die ältere Werkstattarbeit ist lediglich die Umbildung eines handwerksmäßigen Betriebes. Der bis dahin selbständige Handwerker wird zum „verlegten“ Kleinmeister, arbeitet noch mit Gesellen und Lehrling in der eigenen Werkstatt, aber vorzugsweise oder allein für den Verleger. Liefert der Unternehmer das Material, den Rohstoff und lohnt er die Arbeit nach Maßgabe der abgelieferten Stückzahl von Waren, so spricht man von „Lohnsystem“ in der Hausindustrie, sonst von „Kaufsystem“, wenn nämlich der Hausindustrielle selbst das Material stellt und die in Auftrag erhaltenen Produkte an den Unternehmer verkauft. Der Typus der Werkstattarbeit findet sich früher, teilweise noch heute, bei der Woll- und Seidenweberei (das Ateliersystem der Lyoneser Seidenweberei!)<sup>1</sup>, in der Klein-Eisenindustrie Rheinland-Westfalens, zu Wien in der Wirkerei, zuweilen heute in der städtischen Tapeziererei, Tischlerei, der besseren Maßschneiderei usw. — Die neuere Werkstattarbeit vollzieht sich nicht in der Werkstatt eines ehemaligen selbständigen Handwerkers, sondern

<sup>1</sup> Vgl. Levasseur, Histoire des classes ouvrières en France depuis 1789, 75.

in dem von einem sog. „Zwischenmeister“, „Liefermeister“ zur Verfügung gestellten Raume. Oft ist es der „Faktor“ (Ferber, Fercher, Ausgeber, „facteur“, „commis de ronde“, „fattorino“), der als solcher die Aufgabe hat, das Material an die Hausindustriellen zu verteilen und die fertigen Produkte einzusammeln, der die Ausführung der Arbeit selbst organisiert und in seinem Hause unter Beiziehung fremder, billiger Hilfskräfte vollzieht. Die Verlagsarbeiter der Schuhmacherei und der Schneiderei, welche für Exporteure, Großhändler, Kaufhäuser, gewerbliche Meister arbeiten, sind teils „verlegte“ Kleinmeister, teils vielfach auch solche „Zwischenmeister“. In den Städten richten ebenfalls Frauen kleiner Beamten oder Geschäftsleute Zwischenmeistereien ein, indem sie durch Personen, die bei ihnen eingemietet sind, oder vielleicht auch außer Haus übernachten, z. B. Kravatten nähen, Wäsche fertigen lassen. Die Zwischenmeisterei hat eine charakteristische Ausprägung in dem sog. „Sweatingsystem“ gefunden, zunächst in den englischen Großstädten, heute überall in der Konfektionsindustrie. Ein größerer Unternehmer erteilt einem sog. „Kontraktor“ Aufträge. Der Kontraktor gibt die Aufträge weiter, entweder unmittelbar an die Arbeiterschaft, oder aber an eine neue Mittelsperson, den Zwischenmeister. Dieser übernimmt als „Schwitzmeister“, „sweater“, die Ausführung der Arbeit, indem er dabei aus dem Schweiß (by sweating) der in Dienst genommenen Männer, Weiber, Kinder für sich Gewinn zu machen sucht. Die Arbeit findet statt in der Wohnung des „Sweaters“, der — wenn verheiratet — nicht selten auch Kostgeber der Arbeiter ist. Arbeitszeit, Arbeitsraum, Kost, Lohn, alles ist auf den Vorteil des Schwitzmeisters eingerichtet, so daß regelmäßig nur die Not für den „Sweater“ wirbt und zu ihm führt.

Die Heimarbeit wird im eigenen Heim, ohne fremdes gewerbliches Hilfspersonal, entweder von vereinzeltten Arbeitern (Einzelbetrieb von Heimarbeitern oder „Sitzgesellen“) oder von den Familiengliedern des Hausindustriellen (Familienbetrieb) ausgeführt (auch „reine Hausindustrie“ genannt). So in der älteren Hausindustrie bei Spinnerei, Seidenweberei, Spielwarenanfertigung, teilweise bei der Instrumentenmacherei; in der neueren Hausindustrie bei der Schuhmacherei, Wäschekonfektion („Typus der armen Näherin“!). Zur Austeilung der Arbeiten und Einsammlung der Produkte bedient sich auch hier der Verleger der Vermittlung des „Faktors“. — Den vereinzeltten Arbeitern sind ebenfalls die sog. „Platzgesellen“ zuzurechnen, die nicht in eigener Wohnung arbeiten, sondern bei andern Gleichgestellten einen Arbeitsplatz, z. B. an der Drehbank eines Drechslergesellen (gegen Zahlung eines Bank- und Platzgeldes), gemietet haben. Auf diese Weise bilden sich zuweilen ganze „Sitzgesellengruppen“, wenn nämlich mehrere gleichgestellte Sitzgesellen derselben Werksvorrichtungen sich bedienen, vielleicht auch zusammenwohnen. Erwähnt seien Einrichtungen wie die „Zentralwerkstätte“ der schweizerischen Schneider in Genf, Lausanne, Zürich, ferner der Wiener Meerschamschnitzer,



der Solinger Schleifer, wo Sitzgesellen usw. zur Beschaffung einer gemeinsamen Arbeitsstätte sich vereinigt haben.

**7. Verbreitung der Hausindustrie.** In den industriell am meisten fortgeschrittenen Ländern vollzog sich bei der Textilindustrie der Übergang zu Manufaktur- und Fabrikbetrieb nahezu vollständig. Nur schwache Überreste finden sich noch für England in Lancashire (Bolton), in Yorkshire, etwas hausindustrielle Seidenindustrie bei Macclesfield; ferner in den gebirgigen Gegenden der nord-amerikanischen Südstaaten, wo kleine Farmer auch für den Verkauf Leinwand, Teppiche, grobe Gewebe herstellen. Bedeutender ist in England und Amerika die Hausindustrie (domestic system) vertreten beim Bekleidungsgewerbe, in der Form des Sweating-Systems in London, Leeds usw., in Neuyork, Chicago, Philadelphia, wo die Einwanderung immer wieder das für die Schwitzwerkstatt geeignete Personal beschafft. Auch die Möbeltischlerei geriet zu London in Abhängigkeit vom kapitalistischen Verleger. Erwähnt sei dann noch die hausindustrielle englische Kleisenindustrie, die Strohflechterei usw., für Amerika die Anfertigung von Zigarren, Börsen, Federn, künstlichen Blumen usw.

In Belgien berechnete man vor dem Kriege die Gesamtzahl der Hausindustriellen auf über 100 000 Personen, die in der Weberei, Spitzenindustrie, Waffenindustrie usw. beschäftigt waren.

In Deutschland betrug um die Wende des Jahrhunderts die Zahl der in der eigentlichen Hausindustrie beschäftigten Personen rund eine halbe Million. Die Textilindustrie ging hier jedoch mehr und mehr zum geschlossenen Fabrikbetrieb über. Die Spinnerei spielt als Hausindustrie keine Rolle mehr. Abgesehen von der Wollweberei zeigte die Weberei, Strickerei, Wirkerei allmähliche Abnahme. Die moderne Hausindustrie, speziell in der Schneiderei, Schuhmacherei, Tischlerei, nahm dagegen zu.

Das alte Österreich-Ungarn zählte 1890 etwa 700 000 bis 800 000, 1902 rund 500 000 hausindustrielle Arbeiter. Vertreten waren namentlich die Korb- und Strohflechterei, die Spitzenklöppelei (Vorarlberg), Holzschnitzerei, Wollweberei; in Böhmen (Böhmerwald, Erzgebirge, Sudeten) die Hausweberei in ihren verschiedenen Formen, dann die Gablonzer Glasindustrie; in Galizien waren namentlich die Schuhmacherdörfer eine interessante Erscheinung (46 Dörfer mit zirka 4500 Schustern). Wien hat außer den verschiedenen Formen der modernen Hausindustrie speziell seine Perlmutterindustrie.

Die Schweiz<sup>1</sup> betrieb um die Jahrhundertwende mit etwa 100 000 Arbeitern namentlich die Uhrmacherei, Seidenweberei, Stickerei (Broderie) nebst Spitzenverfertigung hausindustriell.

In Frankreich ist der Hausindustrie (Travail à domicile, Travail isolé: — Fabrique collective [Le Play]) die Seidenweberei, die Spitzenindustrie, die Anfertigung der sog. „Articles de Paris“ (künstliche Blumen, Handschuhe, Parfümerien, Tablettiererei, Börsen, Fächer usw.) verblieben.

Italien hatte noch eine beträchtliche Hausindustrie (Industria domestica, a domicilio) auf dem Gebiet der Seidenweberei und auch der Spinnerei. (Der Ausdruck „industria casalinga“, „tessitura casalinga“, Hausweberei bezieht sich zunächst auf Eigenproduktion.) Auch die Anfertigung von Strohhüten, Handschuhen,

<sup>1</sup> Joseph Beck, Die schweizerische Hausindustrie.

die Messerfabrikation, kleine Glasindustrie, Holzeinlagearbeit usw. wird hausindustriell betrieben.

In Rußland war die Hausindustrie (wie Flechten von Bastschuhen, Weben von Leinwand und Tuch, Pelzmacherei, Herstellung von Holzprodukten usw.) teilweise seit dem 17. und 18. Jahrhundert aus dem bäuerlichen Hauswerk der Kustari erwachsen, zum Teil wurde sie (wie Baumwoll- und Seidenweberei, Anfertigung von Handschuhen usw.) im 19. Jahrhundert erst von kapitalistischen Unternehmern organisiert, manchmal unter Rückbildung eines Manufakturbetriebes in die dezentralisierte Hausindustrie. In letzter Zeit vor dem Weltkriege wich jedoch die gesamte Hausindustrie, sowohl das alte Kustargewerbe wie die kapitalistisch organisierte Hausindustrie mehr und mehr vor dem Fabrikbetrieb zurück. Auch hier schien die Entwicklung von der „hausindustriell-bodenständigen, in die großbetrieblich-lokalisierte Industrieorganisation“ überzuleiten (Sombart)<sup>1</sup>.

**8. Vorzüge und Nachteile der Hausindustrie.** Vor der Fabrikindustrie hat die Hausindustrie in moralischer und sozialer Hinsicht manche Vorzüge. Hier gehören Mann und Frau, Söhne und Töchter nicht nur auf kurze Zeit, in später Abendstunde, der Familie an, die zerrissen erscheint, wenn ihre Glieder tagsüber auf verschiedene Fabriken sich verteilen. Überdies ist das zwanglose Arbeiten im eigenen Heim für den Hausindustriellen in mancher Hinsicht angenehmer als die streng geregelte Tätigkeit, wie die Fabrikglocke sie fordert. Der Heimarbeiter fühlt sich freier, selbständiger, hängt mit Zähigkeit an der von den Eltern ererbten Tätigkeit. Mancher, der seines Alters, seiner schwachen Gesundheit wegen der Fabrikarbeit überhaupt nicht gewachsen wäre, findet da noch Beschäftigung. Als Nebenarbeit für diejenigen Personen, die ganz oder zeitweilig von dem Hauptberuf der Familie nicht in Anspruch genommen werden, kann die Hausindustrie unter Umständen eine sehr wünschenswerte Zunahme des Familieneinkommens bewirken. Auch sonst vermag sie Dorf- und Bergbewohner, die aus ihrem kleinen Acker nicht genug beziehen, um leben zu können, in den Stand zu setzen, auf ihrem Wohnsitze zu bleiben. Tagelöhner, Maurer, Zimmerleute, die im Winter in ihre Häuser zurückkehren, suchen und finden durch Heimarbeit noch einen Verdienst usw. So wird die Hausindustrie für manche Gegenden und Verhältnisse ihr Gutes haben und behalten.

„Bei jeder Bevölkerungsgruppierung“, sagt Alfr. Weber<sup>2</sup>, „werden Personen, vor allem Nebenerwerb suchende Frauen und Winterarbeit suchende Bauernfamilien, kurz, wird ein Quantum von Arbeitskräften vorhanden sein, das in eine Fabrik nicht gehört und doch beschäftigt sein will. Und es wird immer auch eine gewisse Anzahl kleiner Industriezweige geben, die ihrer Natur nach in die Hände solcher Gelegenheitsarbeiter gehören. Branchen, deren Artikel nicht nur in der Art ihrer Gestaltung, sondern in ihrer ganzen Existenz von der Mode abhängig sind und die sich gleichzeitig nach der Art ihrer Arbeit unmittelbar an fort-

<sup>1</sup> Nähere Angaben über die Verteilung der Hausindustrie in Sombarts Art. „Hausindustrie“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV; „Verlagssystem“ VIII<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Referat in Schriften des Vereins für Sozialpolitik LXXXVIII 34.

bestehenden Hausfleiß anlehnen. Niemand wird beispielsweise daran denken, Perlstickereien, Filetstrickerei, Herstellung von Schals und gewisse Holzschnitzerei gewaltsam in Fabriken zu jagen.“

Kann daher von einer Verdrängung der gesamten Hausindustrie vernünftigerweise keine Rede sein, so bleibt doch noch die Frage, ob das Fortbestehen der einen oder andern Art der hausindustriellen Produktion wünschenswert sei, und ob etwa die dabei herrschenden Mißstände auf dem Wege der Reform überwunden werden können. Wir sind freilich nicht der Ansicht, daß, sobald nur die Technik eine produktivere Verwendung der Arbeitskraft gestattet, nun sofort die ältere Betriebsart jede Berechtigung verliere und mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müsse. Indessen können die dadurch bewirkten Änderungen in der Gesamtlage der Produzenten doch dauernd so beträchtliche sein, daß alles, was sonst in sittlicher, sozialer Hinsicht als Vorzug der hausindustriellen Beschäftigung erscheinen mochte, völlig in Schatten gestellt, vielleicht gar in sein Gegenteil verkehrt wird. Mit dem äußersten wirtschaftlichen Elende vermag sich fürs allgemeine und auf die Dauer kein sittlicher und sozialer Idealzustand zu verbinden. Verkommene Wohnungsverhältnisse sind kaum irgendwo eine Heimstätte der Moralität. Und wenn hoffnungslose Not dazu zwingt, selbst des Kindes Schwäche zum physischen und geistigen Verderben der Aufwachsenden auszunützen, dann wird man schwerlich der künstlichen Erhaltung solcher Industrien das Wort reden. Durch ein Gesetz hinwegdekretieren allerdings läßt sich auch diese Hausindustrie nicht. Eine direkte gesetzliche Unterdrückung wäre ungerecht, schädlich, undurchführbar. Doch mag es sich zuweilen empfehlen, indirekt die Beschränkung einer überholten Hausindustrie auf ein Minimum dadurch zu bewirken, daß man den Leuten Gelegenheit bietet, eine andere lohnende Beschäftigung an die Stelle der alten zu setzen. Dazu verhelfen insbesondere Verkehrsverbesserungen, welche andern Industrien die Wege ebnen und deren Verpflanzung in die hausindustriellen Gegenden ermöglichen.

Daß in der Tat die Lage der Hausindustrie nicht selten über die Maßen erbärmlich ist, kann nicht geleugnet werden. Überarbeit, Unterernährung, Schmutz — diese drei Worte kennzeichnen die Verhältnisse eines großen Teils der hausindustriellen Bevölkerung. Bekannt ist vor allem die Notlage vieler in der großstädtischen, modernen Hausindustrie beschäftigten Personen. Leute, die um nur weiterleben zu können, ihre Arbeitskraft für jeden Preis verkaufen, sind für die Ausbeutung ein bequemes Objekt. Alles will an ihnen verdienen, nicht nur der Großhändler, sondern auch der Zwischenunternehmer, der Schweißäustreiber, der Faktor. Je größer die Differenz zwischen dem vom Auftraggeber empfangenen und dem von ihnen selbst an die ausführenden Kräfte gezahlten Lohn ist, um so größer ihr Gewinn. Man begreift auch anderseits, wie die bedeutendsten dieser modernen Hausindustrien „die Totengräber der letzten großen



Handwerke: Tischlerei, Schuhmacherei, Schneiderei“ genannt werden konnten<sup>1</sup>. Doch ebenfalls in der älteren Hausindustrie, auf dem Lande, im Gebirge (Eulengebirge, Eichsfeld usw.) herrschte Not, war das Einkommen der Hausindustriellen vielfach herabgesunken bis an die äußerste Grenze des Existenzminimums. Viel besprochen waren die immer wiederkehrenden „Webernöten“. Vielleicht minderwertige Textilwaren, die an Qualität schlechter sind als die Produkte der Maschinenindustrie, eröffneten naturgemäß dem Wettkampf zwischen Handarbeit und Maschine, wenn man da von einem Wettkampf überhaupt reden kann, schlechte Aussichten. Überdies fallen die Lasten der Konjunktur zum großen Teil auf die Handwerker zurück. Eine Familie, die ganz und gar auf die Erträgnisse der Handweberei angewiesen ist, kommt darum meist aus einer gedrückten Lage auf die Dauer kaum heraus. Nicht nur, daß sämtliche Familienglieder von der frühesten Jugend an schwere Arbeit verrichten mußten, die nicht selten 14, 18, ja selbst 20 Stunden per Tag dauert — und zwar in Räumen, welche durch die gewerblichen Verrichtungen ungesund werden und alle Wohnlichkeit verlieren —, waren auch die Lohnverhältnisse so elende, daß es zu einer guten und ausreichenden Ernährung gar nicht kommen konnte. „Kartoffeln in der Früh, des mittags in der Brüh, des abends mit samt dem Kleid, Kartoffeln in Ewigkeit“ — ein bekannter und leider nur zu begründeter Wahlspruch der Heimarbeiter. —

„Die Hausindustrie wird nicht ganz verschwinden“, so urteilt auch Schmoller<sup>2</sup>, „sie wird vielleicht durch Elektrizität, durch Zentralwerkstätten, durch technische Schulung, auch da und dort durch Übervölkerung noch zunehmen; sie hat auch nicht überall die sozialen Nachteile der Über- und Kinderarbeit, des Lohndrucks, der Proletarisierung; sie kann unter bestimmten Verhältnissen, zumal wenn eine innere Organisation (Solingen!) der Heimarbeiter und der Verleger gelingen sollte, dann bei nicht ganz Besitzlosen, auf dem Lande, im Gebirge, auch in der Stadt für bestimmte Personen eine normale Form der Betriebsorganisation noch heute sein. Im ganzen ist sie aber mehr eine Form der Vergangenheit, des Übergangs zur Großindustrie.“<sup>3</sup>

## § 5.

### F a b r i k.

**1. Begriffsbestimmungen.** „Fabrik“ ist nach Bücher „diejenige Art des gewerblichen Betriebes, bei welcher ein Unternehmer regelmäßig eine

<sup>1</sup> Von Sombart. Vgl. Art. „Hausindustrie“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften a. a. O.    <sup>2</sup> Grundriß I 428.

<sup>3</sup> Zum Schutz der Hausindustriellen vgl. Bd. III, Kap. 2, § 8, S. 279 ff.; H. Koch, Art. „Hausindustrie“, im Staatslexikon der Görresgesellschaft V<sup>3-4</sup> und Schrift über Hausindustrie. Mit besonderer Hochachtung sei hier des unentwegten Eintretens von Fräulein Behme für die Berliner Heimarbeiter gedacht.

größere Zahl von Arbeitern außerhalb ihrer Wohnung in eigener Betriebsstätte beschäftigt.“ „Verlag“, sagt Bücher<sup>1</sup>, „ist dezentralisierter, Fabrik zentralisierter Großbetrieb. Beide sind kapitalistische Betriebsweisen: der Verlag kapitalistische Gestaltung des Vertriebes, die Fabrik kapitalistische Durchdringung des Produktionsprozesses. Jener hat fast nur Betriebskapital; diese ist an und für sich eine bedeutende Kapitalfixierung. Einfachheit der Technik, rasche Abwicklung des Herstellungsverfahrens sind die Lebensbedingungen der Hausindustrie; die Kompliziertheit des vermöge eines umfänglichen Apparates von Produktionsmitteln sich vollziehenden Arbeitsprozesses, die Notwendigkeit einheitlicher Leitung und steter Überwachung desselben begründen das Dasein der Fabrik. Verlag ist die kommerzielle Zusammenfassung gleichartiger Einzelkräfte; Fabrik ist die technische Zusammenfassung und Disziplinierung verschiedenartiger Kräfte für eine einzige gewerbliche Produktionsaufgabe. Darum dort ein verhältnismäßig großes Maß freier Bewegung für den einzelnen Arbeiter, hier die Unterordnung desselben unter eine straffe, fast militärische Disziplin. Hausindustrie ist regelmäßig Massenproduktion. Fabrik ist es häufig, aber nicht notwendig. Der Verlag ist wesentlich Handelsunternehmung, die Fabrik wesentlich Produktionsunternehmung.“ Nicht die Verwendung von Maschinen oder deren reichlichere Verwendung ist nach Bücher das Entscheidende für den Begriff der Fabrik, sondern ein anderer technischer Grund: eine solche Gestaltung des Produktionsprozesses nämlich, daß Arbeiter von höherer und niederer Qualifikation, Geistes- und Muskelkraft in gegenseitiger Über- und Unterordnung ständig zusammenwirken müssen, wenn der Produktionszweck in wirtschaftlicher Weise erreicht, d. h. ein Produkt auf den Markt gebracht werden soll, dessen niedrigster, durch die Produktionskosten gegebener Tauschwert seinem allgemeinen Gebrauchswert noch entspricht.

Die Unterscheidung zwischen Verlagssystem und Fabrik wurde gemacht, nachdem man erkannt hatte, daß es sich bei jenem neuen Betriebssystem, welches nicht mehr auf den lokalen, sondern auf den nationalen und internationalen Markt begründet war und das man mit dem Doppelnamen: Manufakturen und Fabriken bezeichnet hatte, wohl ohne zwischen beiden Ausdrücken zu unterscheiden, doch eigentlich um zwei verschiedene Betriebssysteme handle: Verlagssystem und Fabrik<sup>2</sup>. Andere Autoren

<sup>1</sup> Art. „Gewerbe“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>3</sup> 870 f.

<sup>2</sup> So Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft<sup>7</sup> (1910) 175. Der Name „Fabrik“ im heutigen Sinne kommt wohl nicht vor dem Ausgang des 17. Jahrhunderts in Anwendung. Man bezeichnete vordem die neue Betriebsform, die für den nationalen und internationalen Markt arbeitet, mit dem Namen „Manufaktur“, der dann aber auch auf die eigentliche Hausindustrie bezogen wurde. Die Unterscheidung zwischen „Manufaktur“ als des in einem besondern Gebäude konzentrierten Großbetriebs mit bloßer Handarbeit ohne Anwendung „von Feuer und Hammer“ oder von Maschinen einerseits, der Fabrik als eines solchen mit Feuer und Hammer oder mit Maschinen arbeitenden Groß-

stellen die Manufaktur als eine besondere Form zentralisierter Großindustrie neben die Fabrik. „Unter einer Manufaktur“, sagt Sombart<sup>1</sup>, verstehe ich „denjenigen gesellschaftlichen Großbetrieb, in dem wesentliche Teile des Produktionsprozesses durch Handarbeit ausgeführt werden. Es gehört also zum Wesen der Manufaktur das Moment der Größe, das Moment der Gesellschaftlichkeit des Betriebes und das Moment des handarbeitenden Verfahrens in entscheidenden Partien des Produktionsprozesses.“ Bedeutende Zweige der Textilindustrie, in neuerer Zeit der Schuhwarenindustrie, der Konfektion, waren zuerst Manufakturen, ehe sie zur Fabrik übergingen. Daraus folge aber nicht, daß die Manufaktur eine notwendige Übergangsform zur Fabrik sei. Viele mechanische und die meisten chemischen Fabriken hätten nicht zuerst eine manufakturmäßige Organisation gehabt. Ebenso dürfe die Manufaktur nicht als eine im Verhältnis zur Fabrik unvollkommene Betriebsform betrachtet werden. Auch die Manufaktur könne als End- und Höhepunkt der Betriebsgestaltung gelten, nämlich dort, wo in der Form des zentralisierten Betriebes Raum für die schöpferische Individualität des einzelnen Arbeiters bleiben solle; wo also mit den Vorzügen der großbetrieblichen Organisation diejenige der künstlerischen oder sonstwie qualifizierten Handarbeit verbunden werden solle. Beispiele für diese Form der Manufaktur seien noch heute die Porzellanmanufaktur und die Kunstmöbelmanufaktur. Fabrik ist nach Sombart „diejenige Form des gesellschaftlichen Großbetriebes, in welchem die entscheidend wichtigen Teile des Produktionsprozesses von der formellen Mitwirkung der Arbeiter unabhängig gemacht, einem selbständig wirkenden System lebloser Körper übertragen worden sind.“ Nicht die Einförmigkeit, Massenhaftigkeit oder gar Minderwertigkeit der Produkte, auch nicht die Maschinenteknik sei es, was die Fabrik charakterisiere; ihr charakteristisches Merkmal sei vielmehr „der automatische Produktionsprozeß“: „Schöpfung eines selbsttätig wirkenden Mechanismus, das ist es offenbar, was uns vorschwebt, wenn wir von einer Fabrik sprechen, oder was wir doch wenigstens uns gewöhnen sollten, in den Begriff hineinzulegen, da dieser dann erst seine spezifisch klare und wertvolle Bedeutung für das System der Betriebsformen erhält.“ Philippovich<sup>2</sup> weist demgegenüber darauf hin, daß z. B. in Glasfabriken weder Maschinen noch automatisches Verfahren entscheidend seien. Auch habe der Ausdruck „maschinelles Verfahren“ allmählich eine Bedeutung gewonnen, die nicht mehr am mechanischen Werkzeuge hafte, sondern die Gleichförmigkeit, quantitative und qualitative Genauigkeit der Rohstoffe und Arbeitsprozesse als das Charakteristische des maschinellen Prozesses hervorhebe.

betriebs andererseits führte Bücher auf die Theorie des 18. Jahrhunderts zurück (Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 680).

<sup>1</sup> Moderner Kapitalismus I (1902) 38; Gewerbewesen (Sammlung Göschen) (1904)

37 f. 108.

<sup>2</sup> Grundriß II, 1. Abt., S. 159.



Uns will die Hervorhebung des „Automatischen“, des „Mechanischen“ im Produktionsprozeß, das die Fabrik als „ein von der formellen Mitwirkung der Arbeiter unabhängiges, selbsttätig wirkendes System lebloser Körper“ darstelle, namentlich darum nicht gefallen, weil doch schließlich auch in dem Produktionsprozeß der Fabrik der arbeitende Mensch die Hauptsache ist. Arbeits- und Kraftmaschinen wurden schon in früheren Zeiten im Gewerbe verwendet. Sie haben ihre große Bedeutung allerdings erst erlangt, nachdem an Stelle der oft versagenden Menschen- und Tierkraft, des Windes und Wassers, eine dauernd, gleichmäßig, überall anwendbare Triebkraft, der Dampf, zur Verfügung stand. Indem die Arbeitszerlegung die ganze, im Produktionsprozeß erforderliche Arbeit in ihre einfachsten Elemente auflöste, wurde die Gesamtleistung nicht nur durch zweckmäßige Arbeitsverwendung außerordentlich gesteigert, speziell auch dadurch gefördert, daß nun die Maschine umfassendere und mannigfaltigere Verwendung finden konnte. Doch bleibt das der Fabrik eigentümliche Arbeitssystem das Wesentliche der Fabrik, wie Bücher sagt: Die Fabrik organisiert den Produktionsprozeß in sich selbst, faßt verschiedenartige Arbeiter in gegenseitiger Über- und Unterordnung zu einer einheitlichen, wohldisziplinierten Körperschaft zusammen, vereinigt sie in eigener Betriebsstätte, stattet sie mit einem vielgliederigen Apparat mechanischer Produktionsmittel aus und steigert dadurch ihre Leistungsfähigkeit.

Es wird freilich kaum möglich sein, die verschiedenen gewerblichen Betriebssysteme begrifflich so scharf zu unterscheiden, daß alle Einzelfälle dadurch erfaßt und bestimmt würden. Diese Schwierigkeit zeigt sich besonders auch im Hinblick auf die Unterscheidung zwischen Handwerk und Fabrik. Bücher hat als das Wesentliche des Handwerks das unmittelbare Verhältnis des Produzenten zum Konsumenten, die Kundenproduktion, bezeichnet. Daraus ergeben sich als weitere Merkmale: geringer Umfang des Betriebes und Beschränkung des Absatzgebietes. Eine Eigentümlichkeit des Handwerks ist ferner die aufsteigende Personengliederung (Lehrling, Geselle, Meister) usw. In der Fabrik anderseits herrscht weitergehende Arbeitsteilung; der Unternehmer steht regelmäßig einer größeren Arbeiterzahl gegenüber; ein Aufsteigen der Arbeiter in die Klasse der Unternehmer bildet hier die Ausnahme. Man kann auch (mit den österreichischen Ministerialverordnungen vom 18. Juli 1883 und vom 3. April 1888, der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 2. Juni 1892) hinweisen auf die Größe des Kapitals, die maschinelle Technik, die besondern Funktionen des Leiters gegenüber den technischen Beamten und Arbeitern, die Erzeugung der Ware auf Vorrat usw. Aber alle diese und andere Merkmale reichen nicht aus, um die gewerblichen Produktionssysteme in einer Weise voneinander zu unterscheiden, wie dies zur Durchführung der Fabrikgesetzgebung usw. erforderlich ist. Es bildeten sich speziell im handwerksmäßigen Betriebe Verhältnisse heraus, die der Fabrik ähnlich sind, ohne doch dem Betriebe den handwerksmäßigen Charakter zu nehmen. Wir haben im dritten Bande<sup>1</sup> die verschiedenen Versuche aufgeführt, die gemacht

<sup>1</sup> Bd. III, Kap. 2, § 3, S. 148 ff. Kurz charakterisiert Bücher die fünf Betriebssysteme folgendermaßen: Hauswerk ist zentralisierte gewerbliche Eigenproduktion, Lohn-

wurden, um zu einer wenigstens praktisch brauchbaren Umgrenzung des Begriffes „Fabrik“ zu gelangen. Hier erwähnen wir nur beispielsweise die deutsche Novelle vom 28. Dezember 1908 (in Kraft seit 1. Januar 1910), die, um ein „klar erkennbares Merkmal für die Anwendung der Schutzbestimmungen zu schaffen“, bloß die Zahl (mindestens 10) der in der Regel beschäftigten Arbeiter für maßgebend erklärte, ohne sich auf Definitionen von Fabrik und Handwerk einzulassen.

**2. Einteilung der Fabriken.** Auch hier, wie bei der Begriffsbestimmung, ergeben sich Schwierigkeiten, die eine einheitliche Auffassung behindern. Bücher unterscheidet die Fabrikindustrien nach ihrem Ursprung in primäre und sekundäre. Glas-, Papier-, Porzellan-, Zucker-, Stärke-, Holzstoff-, Kautschuk-, Farben-, Maschinenfabriken usw. mußten von vornherein wegen des großen, für ihren Betrieb nötigen Kapitals fabrikmäßig organisiert werden. Es sind primäre Fabrikindustrien. In sonstigen Fällen gingen für das gleiche Gebiet gewerblicher Produktion den Fabrikindustrien andere Betriebssysteme voraus. So löste z. B. die Fabrikindustrie in nicht wenigen Fällen das Hauswerk ab. Man denke z. B. an Wollwäschereien und -kämmereien, Spinnereien, Konserven-, Nudel-, Zwiebackfabriken. In weiteren Fällen sekundärer Industrien wurde das Lohnwerk (z. B. durch Dampf-mühlen, Färbereien), wieder in andern das Handwerk oder das Verlagssystem durch die Fabrik verdrängt.

Als Einteilungsgrund kann sodann auch die Natur der Fabrikate dienen. Hiernach ließen sich unterscheiden 1. Fabriken, welche gebrauchsfertige Waren nach Durchschnittstypen für den unmittelbaren Konsum erzeugen. 2. Fabriken, die Produktionsmittel erzeugen, welche in andern Betrieben der ferneren Produktion dienen, und zwar: a) Halbfabrikate, b) Maschinen, Geräte, Werkzeuge, ganze Fabrikeinrichtungen, Transportmittel. 3. Fabriken, die sich mit der Veredlung der Erzeugnisse anderer Fabriken beschäftigen. Dahin gehören Kattundruckereien, Bleichereien, Färbereien Appreturanstalten, Lohnwebereien, Lohnschneidereien (für holzverarbeitende Gewerbe). Bücher nennt solche Fabriken, soweit hier regelmäßig das Produkt nicht in das Eigentum des Veredlungsunternehmers übergeht, „Lohnfabriken“.

Die Fabrik bringt gleichartige Massenprodukte hervor; es gibt aber auch große Fabrikationsanstalten zur Erzeugung umfassender Einzelleistungen, z. B. Werfte, Brückenbauanstalten u. dgl. Diese bezeichnet Bücher als die jüngere gewerbliche Großunternehmung neben der Fabrik.

Die wichtigsten Zweige der kapitalistischen Großindustrie, wie sie in der deutschen Reichsstatistik aufgeführt werden, sind folgende: Bergbau, Hütten-

werk ist zerstreute gewerbliche Kundenarbeit, Handwerk ist gewerbliche Kundenproduktion, Verlag ist dezentralisierte und Fabrik zentralisierte gewerbliche Warenproduktion. Verlag und Fabrik stehen in dieser Stufenfolge auf gleicher Linie. — Vgl. auch Heinrich Sieveking, Geschichte der gewerblichen Betriebsformen usw., im Grundriß der Sozialökonomik 6. Abt. (1914) 1 ff. Eine kurze Charakterisierung der Hausindustrie und Fabrik bei Held, Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands, herausgegeben von G. F. Knapp (1881) 543 671 ff.

und Salinenwesen, Industrie der Steine und Erden, Metallverarbeitung (ausgenommen Kupferschmiederei, Klempnerei, Grobschmiederei und Schlosserei), Fabrikation von Maschinen und Apparaten, Wagenbauanstalten, Schiffsbau, Anfertigung elektrischer Maschinen und Anlagen, chemische Industrie, Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Öle, Seifen, Textilindustrie, Papierindustrie, Industrie der Nahrungs- und Genußmittel (Rübenzuckerindustrie, Getränkeindustrie, Tabakindustrie usw.), Bauunternehmung, Buch- usw. Druckerei.

### 3. Bedingungen der Entwicklung von industriellen Großbetrieben.

Das moderne industrielle Unternehmertum ging aus denjenigen Kreisen der Bevölkerung hervor, die sich hinreichende kaufmännische und technische Bildung beschaffen konnten, dazu die nötigen materiellen Mittel besaßen. Es waren vereinzelt Grundherren oder hochgekommene Handwerker, meist hausindustrielle Verleger und Kaufleute. Die Entstehung größerer Betriebe<sup>1</sup> setzte dann aber auch

1. einen relativ offenen und erweiterten Markt, ausgedehntere Absatzmöglichkeit voraus; diese wird geboten durch die Abnahme der häuslichen Eigenproduktion, das Wachstum der Bevölkerung, die Zunahme des Bedarfs an gewerblichen Produkten, Ersatz organischer Stoffe im gewerblichen Produktionsprozeß durch anorganische, die nun hergestellt werden müssen, die Ausbildung der Verkehrswege, speziell auch des Verkehrs mit dem Auslande

2. Sodann erforderte die Entwicklung des Großbetriebes freiere Bewegung, wenn auch nicht absolute Freiheit. Innerhalb der Schranken der mittelalterlichen Stadtwirtschaft und bei den alten Verkehrsverhältnissen würden der dem modernen Bürgertum eigene Wagemut, seine kühne Organisationsfähigkeit nicht zur heutigen Entfaltung und Wirksamkeit gekommen sein. Der Großbetrieb, wie er sich in den modernen Unternehmungen findet, setzt

3. das Vorhandensein größerer Geldmittel voraus, einen wachsenden Kapitalreichtum und überdies eine Kreditorganisation, die den Unternehmern die erforderlichen Mittel zuführt. Die Großindustrie kann regelmäßig nur bestehen und zu neuen Formen mit festen Anlagen fortschreiten, wenn ihr eine entsprechende Bankorganisation zur Seite steht. Tatsächlich stehen heute die Banken über der Industrie; sie haben die Führung der ganzen Industrie in der Hand. Ohne Kredit können die Unternehmer regelmäßig ihr Werk weder anfangen noch fortsetzen. Nur durch den Kredit kommen sie in die Höhe. Eine ganz kleine Zahl von Menschen verfügt über die Kenntnisse und Geheimnisse der Kreditvermittlung; sie beherrscht die wirtschaftliche Welt. Nur an der Peripherie hat die Gesellschaft begonnen, diese Macht zu brechen, das Volk zu lehren, mit Geld und Kredit umzugehen (Raiffeisen-, Schulze-Delitzsche Kassen usw.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Schmoller, Grundriß I (1904) 429 ff.; (1908) 496 ff.

<sup>2</sup> 10 000–15 000 genossenschaftliche Kreditanstalten gab es in Deutschland um die Wende des Jahrhunderts. Über die finanzielle Organisation der kapitalistischen Industrie vgl. Theodor Vogelstein, im Grundriß der Sozialökonomik 6. Abt. (1914) 187 ff.



4. Weiterhin wäre die moderne Entwicklung der industriellen Unternehmungen unmöglich geblieben ohne die großen technischen Fortschritte und Erfindungen des letzten Jahrhunderts. Die moderne Technik drängt geradezu zum Großbetriebe<sup>1</sup>. Die Maschinenproduktion ist teuer. Sie lohnt sich besonders erst, wo große Maschinen verwendet und voll ausgenutzt werden. Die ganze volkswirtschaftliche Organisation hat sich hiernach umgebildet. Früher war die Werkzeugtechnik Grundlage dieser Organisation; seit dem 18. Jahrhundert ist, wie wir sahen, allmählich die Dampfmaschine usw. dazu geworden. Es ist freilich nicht anzunehmen, daß die Maschinentechnik die Handarbeit völlig verdrängen wird, auch nicht in den industriellen Großbetrieben. Manche Artikel wird die manuelle Technik qualitativ besser herstellen als die Maschinentechnik (z. B. erstklassige Sägefeilen, Bearbeitung feiner Ledersorten, empfindlicher Seidenwaren, Arbeitsteilung zwischen Hand und Maschine in der St. Galler Stickerei-Industrie usw.). Auch wird in manchen Fällen die Handarbeit der maschinellen Produktion aus ökonomischen Gründen vorzuziehen sein (z. B. bei Produkten, die schnellem Modewechsel, Geschmackswechsel unterliegen<sup>2</sup>).

5. Der Unternehmer bedarf nicht nur größerer Geldmittel; er ist auch auf Arbeitsleistungen angewiesen durch hausfremde Arbeitskräfte. In früheren Zeiten verfügten die Mächtigen dieser Erde für Zwecke der Produktion über Sklaven und Leibeigene. Auch jetzt vollzieht sich die Produktion in herrschaftlicher Form nur in begrenztem Umfange genossenschaftlich. Heute aber sind es freie Arbeiter<sup>3</sup>, denen die Mittel fehlen, für sich selbst zu produzieren, und die ihre Arbeitskraft auf Grund von Lohnverträgen dem Unternehmer zur Verfügung stellen. Ohne eine soziale Struktur der Gesellschaft, die eine große Zahl solcher freier Arbeiter der Produktion zuführt, wären die heutigen Großunternehmungen ebenso unmöglich, wie eine erfolgreiche Wirksamkeit solcher Unternehmungen undenkbar ist ohne Zufriedenheit der Arbeiterschaft (gute

<sup>1</sup> Über die Eigenart der modernen gewerblichen Technik vgl. Moritz Rudolf Weyermann, im Grundriß der Sozialökonomik 6. Abt. (1914) 137 ff.

<sup>2</sup> In den Modeindustrien wiegt die Heimarbeit vor. Sie entspricht der Vieltätigkeit der Mode, ist eine elastische, dehnbare Betriebsart, die es dem Unternehmer ermöglicht, die Produktion auszuweiten und einzuengen (zum Besten des Unternehmers, der das Risiko der Modearbeit durch die Heimarbeit zu schwächen sucht). Neben der hausindustriellen Betriebsverfassung findet sich aber auch hier der geschlossene Betrieb, das geschlossene Etablissement. Es setzt dauernde Nachfrage voraus, rentiert nur dann, wenn die Maschinen immer genügend beschäftigt sind. Die Produktion muß dabei einerseits stark spezialisiert sein und andererseits über ausreichende Variabilität der Technik verfügen, um sich dem Wechsel der Mode anzupassen. Fehlt diese Variabilität, die Möglichkeit solcher „Produktionsversetzung“, dann tritt „Produktionsschwund“ ein.

<sup>3</sup> Mit dem Ausdruck „Arbeitsmarkt“ werden Angebot und Nachfrage bezüglich menschlicher Arbeitskräfte bezeichnet, mit dem Ausdruck „Beschäftigungsgrad“ die Gesamtheit der beschäftigten Arbeiter. Vgl. H. Silbergleit, Beschäftigungsgrad und Arbeitsmarkt (1908).

Löhne und Arbeitsbedingungen), aber auch ohne Disziplin und Unterordnung des einzelnen Arbeiters in dem modernen Betriebe<sup>1</sup>.

6. Die Großunternehmungen verdanken schließlich ihre heutige Entwicklung insbesondere auch dem Umstande, daß sie ein vereinheitlichtes Massenbedürfnis durch ihre Massenartikel befriedigen können. Dazu befähigen sie die Fortschritte der Technik, anderseits die ganze moderne Entwicklung, die Zunahme der Bevölkerung, ihre Anhäufung in den städtischen Zentren usw. Alles geht hier Hand in Hand; das eine wirkt fördernd auf das andere. Auch heute gibt es freilich noch individualisierte Bedürfnisse nach individuell bestimmten Waren und Leistungen. Massenbedürfnisse und Massenartikel spielen indes eine immer größere Rolle. Wo aber Massenbedürfnis und Vereinheitlichung der Ware die Massenproduktion ermöglichen, da wird auch die Konkurrenz erwachen und mächtig einwirken auf die Entwicklung der Produktion.

4. Die Funktionen der großen industriellen Unternehmer. Der Unternehmer wird 1. sich vor allem klar werden müssen über Gegenstand und Richtung der produktiven Tätigkeit, die er unternehmen, den Bedarf, den er decken will. Er wird sodann 2. nach Möglichkeit für den Betrieb einen solchen Standort wählen, der mit Rücksicht auf die Produktionsbedingungen (Arbeitskräfte, Roh- und Hilfsstoffe usw.) und die Absatzgelegenheit der relativ günstigste ist. Er muß sich 3. die erforderlichen Arbeitskräfte und das nötige Kapital sichern. Sodann bedarf es 4. einer geschickten Organisation des Betriebes, der richtigen Auswahl der Technik. 5. Es muß ein Arbeitsplan aufgestellt, für das möglichst vollkommene Ineinandergreifen und Zusammenwirken der Arbeit gesorgt. Leitung und Überwachung der Arbeit geregelt werden. 6. Die fertigen Produkte müssen den Konsumenten zugeführt werden. Somit sind die erforderlichen Beziehungen mit den Verbrauchern oder mit dem Handel anzuknüpfen. 7. Schließlich hat der Unternehmer auch die gewonnenen Erträge auf die an dem Unternehmen beteiligten Personen, deren Rechtsansprüchen gemäß, zu verteilen.

Verweilen wir einen Augenblick bei einzelnen dieser für die Produktion und ihre Erfolge wichtigen Aufgaben des Unternehmers.

5. Die Wahl des Standortes<sup>2</sup>. Die Produktion ist an den Raum gebunden. Nicht überall sind aber die Bedingungen für die Produktion, die verschiedenen Arten und Formen derselben gleich günstig.

<sup>1</sup> Vgl. Otto v. Zwiédineck-Stüdenhorst, Arbeitsbedarf und Lohnpolitik usw., im Grundriß der Sozialökonomik 6. Abt. (1914) 247 ff.

<sup>2</sup> Alfred Weber, Über den Standort der Industrien I (1909). Der zweite Teil der Weberschen Standortslehre erscheint in Einzelheften. Ders., Industrielle Standortslehre, im Grundriß der Sozialökonomik 6. Abt. (1914) mit weiteren Literaturangaben. Philippovich, Grundriß I<sup>11</sup> 166 ff. Roscher, Ansichten der Volkswirtschaftslehre II (1878) 1 ff. — Die Wahl des besten Standortes der Produktion ist ein beliebtes Freihandelsargument (wie die „internationale Arbeitsteilung“). Der „richtige und wichtige Kern“ dieses Argumentes soll nicht verkannt werden. Er entscheidet aber keineswegs allein über die Handelspolitik. Vgl. Ad. Wagner, Sozialökonomik I 193.

Wir haben bei Besprechung des sog. Thünenschen Gesetzes gesehen, wie die Entfernung vom Marktplatze, dem Konsumtionsmittelpunkte, die Verteilung der verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionsarten über die Fläche beeinflusst. Das Vorhandensein abbaufähiger Lager, aber auch die Entfernung dieser Lager vom Verbrauchsorte, die technische und ökonomische Versendungsmöglichkeit, der höhere oder geringere Wert des Stoffes, die verfügbaren Transportmittel bestimmen ferner den Standort der Bergwerksproduktion.

Die Industrie ist weniger an natürliche Voraussetzungen gebunden als die Landwirtschaft, dafür aber wieder um so abhängiger von der Lage, von der Gunst oder Ungunst der Transportbedingungen für die Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe, den Absatz der fertigen Produkte, von gesellschaftlichen Verhältnissen, der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft usw.

Drei Faktoren beherrschen die Standortsverteilung der Industrie: 1. das Absatzgebiet (Konsumorientierte Produktion), 2. die Materiallager, die örtlichen Bezugsquellen von Roh- und Hilfsstoffen (Materialorientierte Produktion), 3. der Arbeitsmarkt mit den Verschiedenheiten in Löhnung und Leistung.

Der Standort in der Nähe des Absatzgebietes empfiehlt sich oder wird notwendig bei Produkten des individuellen Lebensbedarfs (Kundenproduktion), ferner bei Produkten, die ihrer Eigenart nach für den Transport sich nicht eignen, sodann, wenn es sich um umfassendere Herstellung von Gebäuden handelt. Konsumtionszentren sind vornehmlich die Städte. Für die in der Nähe konzentrierter Absatzgebiete tätigen Industrien entfallen die für den Versand des fertigen Produktes andernfalls notwendigen Transportkosten.

Ein hoher Kostenaufwand, der für den Transport von Roh- und Kraftstoffen (Kohle) nach einer entfernteren Produktionsstätte nötig würde, zieht die Industrie an den Ort der Materiallager. Hier entfallen die Transportkosten des Rohmaterials, von sonstigen Erleichterungen der Produktion abgesehen. Die Rücksicht auf die Transportkosten der Roh- und Hilfsstoffe entscheidet freilich nicht ausschließlich in der Kalkulation. Es kommen da auch die Preise der Materialien, ferner die Arbeitskosten, die Transportkosten des fertigen Produktes in Betracht. Industrien, die große Gewichtsmengen von Roh- und Hilfsstoffen bedürfen, wählen aber ihren Standort im allgemeinen bei größeren Materiallagern (Anziehungskraft der Kohlenreviere für die Industrie!).

Als dritter Grund für die Wahl des Standortes kommen die Arbeitskosten, die einen großen Bestandteil der Gesamtkosten regelmäßig bilden, in Betracht. Die Industrie wird nach Möglichkeit Orte mit relativ niedrigeren Löhnen bevorzugen. Wir sagen: mit relativ geringeren Löhnen; denn nicht die absolute Lohnhöhe entscheidet hier, sondern die Lohnhöhe im Verhältnis zur Leistung. So erfreuen sich denn die großen und größten Arbeitsmärkte, die Großstädte, Städte, Industriebezirke, Heim-



arbeitsgebiete einer reichlicheren Versorgung mit solchen industriellen Unternehmungen, bei denen die relativen Arbeitskosten besonders ins Gewicht fallen.

Viele Industrien sind aufeinander angewiesen. Die einen folgen darum auch dem Standort der andern. So z. B. Spezialbetriebe, die von Großbetrieben Teilarbeiten erhalten und die darum ihren Standort dort wählen müssen, wo sie hinreichende Beschäftigung finden können. Auch müssen Reparaturbetriebe dort ihren Standort nehmen, wo es der Reparaturen bedarf, und ebenso Betriebe zur Erzeugung von Hilfsmaterialien (Verpackungsmaterial usw.). Ebenso bietet die Teilnahme am Großverkehr industrieller Mittelpunkte nicht geringe Vorteile und wird darum für die Wahl des Standortes mit berücksichtigt werden. Solche Vorteile sind z. B. die leichtere Verbindung mit Kreditorganisationen, Minderung der Generalunkosten (Beleuchtung, Wasserversorgung u. dgl.), die Markt- und Verkehrsverhältnisse usw. Alle diese Umstände steigern die zentralisierende Tendenz der industriellen Entwicklung, führen zu dieser starken lokalen Anhäufung der Bevölkerung, wie wir sie in den Industriestaaten beobachten<sup>1</sup>. Dezentralisierend wirken die hohen Bodenpreise und Mietzinsen an den Orten mit stark angehäufter Bevölkerung, hohen Gemeindeumlagen, hohen Löhnen und Schwierigkeiten im Arbeitsverhältnis, wie sie leichter zutage treten, wo große Arbeitermassen vorhanden sind.

Von dem Zusammenhang zwischen Industrielagerung und modernem Städtebau hat Alfred Weber folgendes Bild entworfen<sup>2</sup>:

Sieht man zunächst vom Einfluß der arbeitsorientierten Industrien ab, so bilden

1. den Unterbau der Städtepyramide die große Masse der kleinen Städte, jetzt wie früher, Siedlungen primär konsumorientierter Industrien. Heute ist hier an Stelle des Handwerks und Kleingewerbes schon vielfach konsumgelagertes Großgewerbe getreten.

2. Darüber stehen drei verschiedene Typen von Mittel- und Großstädten, von denen zwei gleichfalls von primär konsumorientierten, einer von materialorientierten Industrien besetzt sind. Die beiden ersteren sind:

<sup>1</sup> Ein interessantes Beispiel für Lagerung und Standörtlichkeit bietet auch die Mode-Industrie. Die Entwicklung hat hier eine lokale Konzentration herbeigeführt. Für die Bijouterie-Industrie kommen Paris, Pforzheim, Schwäbisch-Gmünd, Hanau, Gablonz in Betracht; für die Stickerei- und Posamentenindustrie: das obere Erzgebirge usw.; für die Konfektionsindustrie: Berlin usw. Abgesehen von geschichtlichen Gründen erklärt sich das 1. aus der Einheitlichkeit des Genres, in dem die Waren verlangt werden. Dafür aber sind Sammlungen und Fachschulen nötig, die sich nicht überall finden. 2. Der rasche Wechsel der Mode erfordert eine stärkere Gliederung der Industrie, Hilfsindustrien, Hilfsgeschäfte, die nur in den größeren Modezentren sich zusammenfinden. 3. Dort ist auch die geeignete Arbeiterschaft mit entsprechender fachlicher Ausbildung zu Hause. 4. Die Produkte solcher Modeorte haben schließlich auch einen Namen. Das Publikum will eben Berliner Blusen, Barmer Artikel (Posamentenindustrie) haben.

<sup>2</sup> Grundriß der Sozialökonomik 79 f. Über Stadt-, Städte-, Großstadtbildung vgl. Lehrbuch Bd. II, Kap. 5, § 1, S. 523 ff. Dort weitere Literaturangaben.

a) die Rentnerstädte (Typus: Wiesbaden, Baden-Baden usw.). Das Rentnerpublikum, das sich dort niedergelassen, zieht konsumorientierte Produktion nach, welche wiederum die Bevölkerung ausdehnt.

b) Handelsstädte und alte Residenzen (Typus: Bremen, Karlsruhe usw.). Auch dort gruppiert sich um die aus privatwirtschaftlichen oder staatlich organisatorischen Gründen angesiedelte Bevölkerung eine konsumorientierte industrielle Produktion, die allmählich den alten Kleinstadtrahmen sprengt.

c) Der dritte Typ der Mittel- und Großstädte entsteht aus materialorientierten Industrien; es sind die reinen Industriestädte (wie Königshütte, Essen, Gelsenkirchen), an Eisen-, Kohlen- oder sonstigen Materiallagern, wo sich dann auch wieder eine konsumorientierte Industrie um die primär materialorientierte Bevölkerung bildet.

3. Über all diesen erhebt sich von alters her der Hauptstadtyp mit einer aus militärischen, politischen, höfischen usw. Elementen, auch aus Rentnern gemischten Bevölkerung, die vermöge ihrer starken Kaufkraft einen breiten Ring konsumorientierter Industrien um sich ziehen.

In diesen Aufbau greift nun die Arbeitsorientierung ein. Durch alle Typen geht der Strom der industriellen Arbeitskräfte und zieht arbeitsorientierte Industrien an. Die Großstädte werden dadurch zum großen und größten Arbeitsmarkt, zum Hauptplatz für arbeitsorientierte Industrien des Landes. Dieser Strom meidet im allgemeinen die Rentnerstädte, die zu teuer sind und meist auch nach ihrer städtischen Politik sich weniger für industrielle Siedelung eignen. Er geht durch die Handelsstädte, alten Residenzen, Industriestädte, schafft in solchen Industriestädten, die in „Industriebezirken“ liegen, Sammelbecken von Arbeitskraft. Er staut sich auch in Kleinstädten, die ebenfalls in Industriebezirken liegen oder wenigstens auf dem Wanderungswege dorthin und in denen eine Grundrenten fliehende Industrie die Arbeitsaufsaugung vornimmt.

Von besonders großem Einfluß auf die örtliche Verteilung der Industrie sind natürlich, bei der Bedeutung des Transportes und der Transportkosten, das Vorhandensein geeigneter Transportmittel, die Leichtigkeit und organisatorische Vollkommenheit des Transportwesens, seine Leistungsfähigkeit und Billigkeit. Man versteht es, daß die Lage am Meere, an schiffbaren Flüssen, an Kanälen, an der Eisenbahn, wie auch die Tariffestsetzungen der verschiedenen Transportanstalten hier stark ins Gewicht fallen. Die technischen Vorzüge des Eisenbahnbetriebes, seine Schnelligkeit und Zuverlässigkeit, die frühere außerordentliche Verbilligung der Kosten durch die Tarifpolitik der Verwaltungen haben die Konzentration der Industrien mächtig gefördert und zu großen Verschiebungen in der Standortsverteilung geführt<sup>1</sup>.

**6. Technik und Ökonomik in der Unternehmung.** Die Technik, welche die Dinge und Kräfte in den Dienst des Herstellungsprozesses der Produkte, des Transportes usw. zu stellen weiß, die Wirtschaft, die den größten volks- und privatwirtschaftlichen Erfolg und eben darum

<sup>1</sup> Man vgl. Hermann Schubmacher, Die Wanderungen der Großindustrie in Deutschland und den Vereinigten Staaten, in Schmollers Jahrbuch XXXIV (1910) 451 ff.

auch in rechter Weise überall den größten Erfolg mit dem geringsten Aufwande zu erzielen strebt, — beides in sich vollkommen zu gestalten und auf das vollkommenste mit dem andern zu verbinden, das ist fürwahr kein geringes Problem für den schaffenden und berechnenden Geist, die praktisch kluge Überlegung, das mutvolle, wagende Streben des Unternehmers. Und doch bildet diese geistig hochbedeutsame und schwierige Unternehmerleistung die unentbehrliche Voraussetzung für eine günstige Entwicklung, für Produktivität und Rentabilität der Unternehmung. Nichts ist darum törichter, als wenn man die in und von einer Unternehmung vollzogene Güter- und Wertbildung allein der materiellen, körperlichen Arbeit zuschreiben wollte.

Eine auch wirtschaftlich richtige Lösung der produktionstechnischen Fragen erfordert die rechte Wahl zwischen Maschinen- und Handarbeit in den einzelnen Produktionsabschnitten, die Auswahl der jedesmal besten, ergiebigsten Maschinen, dann eine zweckmäßige Organisation der Arbeit<sup>1</sup>. Für alle Techniken gilt der Satz, daß durch richtige Arbeitsteilung und Arbeitsgliederung an Arbeit gespart werden kann. Aber welche Teilung und Gliederung ist die richtige? Das entscheidet sich für jede Technik, je nach ihrer Besonderheit. Ein Fehler in der Produktion, eine unzweckmäßige, nutzlose oder weniger nützliche Verwendung der Produktionselemente kann, wie gesagt, meist nicht und jedenfalls nicht ganz wieder gut gemacht werden. Zum mindesten ist die aufgewendete Arbeit unwiederbringlich verbraucht. Sie kann vom Produkt nicht mehr losgelöst werden. Die Nützlichkeit der Produktionselemente geht in das Produkt über; sie lebt fort in dem Produkte. Man kann aber auch sagen: jene Nützlichkeit geht in dem Produkte unter, indem sie in demselben eine neue Nützlichkeit hervorruft.

In allen Arten und Formen der Unternehmung, nicht nur in den Produktionsunternehmungen, steht die wirtschaftliche Aufgabe über den produktionstechnischen Rücksichten. „Der Bergwerksunternehmer, Forstbesitzer, Landwirt, Industrielle, die Güter gewinnen oder herstellen, der Händler, der den Vertrieb und, wenn nötig, hierzu auch eine Aufbewahrung und Instandhaltung besorgt, der Bankier, der diesen Wirtschaftssubjekten durch das Vorstrecken von Kapitalien zu Hilfe kommt, der Frachtführer, der die Güter befördert, der Spediteur, der mit dem Frachtführer Übereinkommen trifft, der Versicherer, der gegen Entgelt die Gefahr bestimmter Schäden von den Wirtschaften nimmt, sie alle“, sagt Eugen Schwindland<sup>2</sup>, „bedürfen zur Vollführung ihrer Aufgaben einer Technik: der Gabe, unter den obwaltenden, natürlichen oder gesellschaftlichen Verhältnissen das gestellte Ziel überhaupt, dann es möglichst zuverlässig und zweckentsprechend, und endlich, den Neigungen der Techniker entsprechend, es geschickt und einfach — also ‚technisch schön‘ — zu erreichen. Der Unternehmer aber übt seine Tätigkeit nur(?) unter der Herrschaft eines Strebens nach Gewinn. Diese Absicht bestimmt ihn, technische Vollbringer in Anspruch zu nehmen, veranlaßt die Wahl einer bestimmten Technik und ihre Anwendung im geringeren oder größeren Ausmaße, ja sie veranlaßt ihn auch, von der an sich zuverlässigsten, zweckmäßigsten, geschicktesten oder einfachsten Technik abzugehen, wenn diese nicht zugleich die

<sup>1</sup> Oswalt, Vorträge 18 30. Vgl. die allgemeine Lehre von der Produktion oben

<sup>2</sup> Einführung in die Volkswirtschaftslehre (1909) 176 f.



höchste, wirtschaftliche Ausbeute verspricht. Er fordert die ergiebigste, d. h. den meisten Gewinn bringende Technik. Für ihn ist vor allem maßgebend, daß die Opfer, die der Vorgang erfordert, wirtschaftlich aufwendbar erscheinen. Daher der herkömmliche Gegensatz zwischen dem Techniker und dem Buchhalter im einzelnen Betriebe, die Tatsache, daß die Bedeutung einer Erfindung keineswegs durch den Aufwand an Arbeit und Scharfsinn und die technische Eleganz der Ausführung, sondern von ihren wirtschaftlichen Folgen für den Unternehmer bestimmt wird. Er überprüft die Ideen, die der Techniker aus seiner Sachkenntnis heraus zu einer Produktion faßt, verwirft oder genehmigt seine Vorschläge. Da er wirtschaftliche Gewinne sucht, ist ein technischer Einfall, der sachlich noch so verführerisch erscheint, für ihn noch keineswegs maßgebend, der technische Gedanke muß sich vielmehr bezahlt machen. Der Unternehmer wird daher nicht ohne weiteres eine neue Maschine anschaffen, die den Techniker entzückt, weil sie vollkommener arbeitet; er wird vielmehr zunächst berechnen, ob die dargebotene neue Maschine bei Berücksichtigung aller Marktverhältnisse im Betriebe auch wohlfeiler kommt als eine ältere, technisch unschöne, unvollkommene, oder als Handarbeiter, die sie etwa zu ersetzen vermag. So sorgt der Unternehmer für die ökonomische Grundlage des Betriebes: für billige Beschaffung des Rohstoffes, der Gebäude, Maschinen, Hilfsstoffe, sowie für vorteilhaften Verkauf der gewonnenen Produkte, und er entscheidet über die Anwendung und den Maßstab der Ausübung der einen oder andern Technik. Der technische Leiter aber müht sich um die Durchführung des Herstellungsprozesses, um die tatsächliche Erreichung der Ziele, die ihm zu Zwecken des Gewinnes gestellt werden.“ Es war keineswegs eine Geringschätzung der hohen Bedeutung der Technik, wenn Gustav v. Mevissen behauptete, daß das Gedeihen eines Unternehmens mehr noch, als von seinen technischen Einrichtungen, von seinem organisatorischen Aufbau abhängt und von der Art und Weise, wie die einzelnen Teile ineinander greifen.

Gewiß, es kann dem Unternehmer, der sein Vermögen als Erwerbsvermögen in das Geschäft „gesteckt“ hat, nicht genügen, daß dieses „Kapital“ sich nur reproduziere. Dann würde er umsonst gearbeitet, umsonst das Risiko des Geschäftes getragen haben. Das Kapital hätte der Produktion gedient, ohne Entgelt für dessen Besitzer. Nein, der Unternehmer muß beim Verkauf seiner Produkte einen Überschuß über die Kosten, einen Ertrag erwerben. Mag auch ein bestehendes Unternehmen eine Zeitlang ohne Gewinn weiterarbeiten, ein frisch begründetes vorläufig keinen Gewinn abwerfen, auf die Dauer ist jede privatwirtschaftliche Produktion undenkbar, ganz unmöglich ohne Erträge, ohne Gewinn für den Unternehmer. Der Unternehmer muß aber auch zugleich für die Bedarfsdeckung des Volkes Entsprechendes leisten, und er darf keinen Gewinn erhoffen, der außer Verhältnis steht zur produktiven Leistung der Unternehmung.

**7. Organisation des Betriebes in ihrer Einwirkung auf die Leistungsfähigkeit der Arbeit.** Wo von den völkischen Bedingungen der nationalen Produktivität die Rede war, haben wir schon den Einfluß der allgemeinen Kulturverhältnisse eines Volkes auf die Leistungsfähigkeit der Arbeit kennen gelernt. Hier handelt es sich um besondere organisatorische Bedingungen einer Steigerung der Leistungsfähigkeit des einzelnen ausführenden Arbeiters. Sowohl die privatwirtschaftliche Rentabilität wie

die volkswirtschaftliche Produktivität hängen offenbar wesentlich von der Größe dieser Arbeitsleistungen ab<sup>1</sup>.

Zur Erzielung der Höchstleistung bedarf es hier nun 1. vollkommener Arbeitsmethoden mit weitgehender und zweckmäßigster Arbeitsteilung, mit entsprechender Verteilung der Arbeitskräfte und Anpassung derselben an die verschiedenen Arbeitsprozesse; 2. der Ausstattung der Arbeiter mit den vollkommensten Werkzeugen und Maschinen; 3. solcher Arbeitsbedingungen in bezug auf Örtlichkeit, Zeitdauer, materielle Erfolge der Arbeit, die geeignet sind, den Arbeiter zur höchsten Leistung persönlich anzuspornen. Wieviel kann in dieser Hinsicht schon allein die äußere Einrichtung usw. der Arbeitsstätte bewirken! Und wenn die Erfahrung zeigte, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne die Leistungen der Arbeiter wuchsen, so hat man in dieser Tatsache zwar kein ausnahmeloses Naturgesetz zu erkennen. Es darf aber doch (mit Philippovich) von einer „allgemeinen Tendenz“ in der Richtung jener Wirkung gesprochen werden, deren Verwirklichung allerdings in hohem Maße von dem Kulturgrade und den Charaktereigenschaften der Arbeiter abhängig ist<sup>2</sup>.

Über all dieses ist oben in der allgemeinen Lehre von der Produktion bereits gesprochen worden.

Eine Kraftsteigerung bzw. eine Steigerung der Leistungsfähigkeit wird aber natürlich auch dadurch erzielt, daß unnütze oder weniger nützliche Kraftaufwendung vermieden wird. Schon früher hatte man sich mit dem Problem der Kraftersparung bei menschlichen Arbeitsleistungen beschäftigt. Im 17. Jahrhundert unternahm die französische Akademie der Wissenschaften eine genaue Beschreibung handwerklicher Verrichtungen zu dem Zwecke, möglichste Ersparnis an Zeit und Kraft bei der Ausführung gewerblicher Arbeiten zu erreichen. Marschall Vauban unterzog bei den Straßburger Festungsarbeiten im Jahre 1688 die Erdarbeiten einer Zeitmessung (Chronometrierung) und setzte danach die Löhne fest. Der französische Ingenieur Belidor, der Begründer des modernen Minenkrieges, berechnete, daß z. B. zum Eintreiben eines 16 Fuß langen Holzpfehles unter gegebenen Bedingungen 3 Stunden 5 Minuten und 34 Sekunden nötig seien. Das waren indes vereinzelte Versuche von wenig systematischer Art und mit entsprechend unsichern Ergebnissen. Die Erkenntnis aber, daß mit der menschlichen Kraft bei den täglichen Verrichtungen und insbesondere bei der Gütererzeugung oft wenig haushälterisch umgegangen wird, daß sehr häufig ein Mißverhältnis zwischen aufgewandter Arbeit und erzielttem Erfolg besteht, hat neuerdings die Aufmerksamkeit

<sup>1</sup> Vgl. v. Philippovich, Grundriß (1916) 158 ff. Friedrich Leitner, Betriebslehre der kapitalistischen Großindustrie, im Grundriß der Sozialökonomik 6. Abt. (1914) 84 ff. mit Literaturangabe. Calmes, Der Fabrikbetrieb<sup>3</sup> (1903).

<sup>2</sup> Vgl. auch O. v. Zwiedineck, Arbeitsbedarf und Lohnpolitik, im Grundriß für Sozialökonomik 6. Abt. (1914) 248 ff.

in erhöhtem Maße wiederum dem Problem der Kraftersparung zugewendet. Es hat sich sogar eine besondere Wissenschaft gebildet, die von dem Deutsch-Amerikaner Hugo Münsterberg<sup>1</sup> „Psychotechnik“ benannt und als die Wissenschaft von der praktischen Anwendung der Psychologie im Dienste der Kulturaufgaben bezeichnet wurde. Für unser Gebiet stellt diese Wissenschaft keine neuen wirtschaftlichen Fragen auf, beansprucht aber für volkswirtschaftliche Fragen nach der Auffassung ihrer Vertreter insofern Bedeutung, als sie psychologische Kenntnisse auf die mannigfachen technischen Probleme des Wirtschaftslebens anwendet, insbesondere auch den Kausalzusammenhang zwischen Arbeit und Seelenvorgängen unserem Verständnis näher bringen will. Sie ist beschreibend erklärende, empirische, die Physiologie berücksichtigende, experimentelle Psychologie.

8. „Wissenschaftliche Betriebsleitung“<sup>2</sup>. Um zu einer möglichst haushälterischen Verwendung der menschlichen Kraft zu gelangen, genügt es nicht, die Berufsberatung auf wissenschaftlicher Grundlage und in praktisch zweckmäßiger Weise zu organisieren<sup>3</sup>, es muß auch eine systematische Betriebsführung hinzukommen, welche zwecklose Aufwendung und darum Verlust an Kraft und Zeit zu vermeiden, das Mißverhältnis zwischen aufgewandter Arbeit und erzieltm Erfolg auszuschließen versteht. Der Amerikaner Frederic W. Taylor, ein Ingenieur, der 30 Jahre der Reorganisation industrieller Betriebe widmete, hat nun versucht, die wissenschaftlichen Grundlagen einer solchen systematischen Betriebsleitung zu gewinnen. In Amerika wurde den Theorien Taylors hohe Bedeutung beigemessen. Die wissenschaftliche Betriebsleitung (Scientific Management) würde, so hieß es, „den größten Fortschritt in der Industrie bilden seit Einführung des Fabriksystems und der Maschinenkraft“.

<sup>1</sup> Psychologie und Wirtschaftsleben<sup>2</sup> (1913). Man vgl. auch den Aufsatz „Psychologie als Hilfswissenschaft in technischen Betrieben“ von dem Leiter des psychologischen Laboratoriums an der pädagogischen Akademie zu Wien, Willibald Kammel, in Das neue Österreich 1. Jahrg. (1916) 1. u. 2. Heft.

<sup>2</sup> Aus der reichen Literatur über die wissenschaftliche Betriebsleitung seien erwähnt: F. W. Taylor, The Principles of Scientific Management (1911). (Deutsche Übersetzung: Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung von Rud. Rössler [1913].) H. L. Gantt, Work, Wages and Profit (1910). Harrington Emerson, Efficiency (1910). F. B. Gilbreth, Motion Study (1911). Goldmark, Fatigue and Efficiency (1912). Zu der Frage, durch welche psychologischen Vorgänge bestimmte wirtschaftliche Aufgaben gelöst werden, vgl. Max Weber, Zur Psychophysik der industriellen Arbeit, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVII u. XXVIII (1908/09). Ferner auch die Untersuchungen über Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXIV, CXXXV. Münsterberg (Psychologie und Wirtschaftsleben 187) meint hierzu: „Im letzten Grunde ist aber doch hier alles von dem Interesse des Kulturforschers diktiert, der vorhandene Tatbestände aufklären will, der dagegen zunächst noch keine Vorschriften für eine in der Zukunft zu lösende Aufgabe ausspricht.“

<sup>3</sup> Vgl. oben S. 395 f.



Ziel der „wissenschaftlichen Betriebsleitung“ ist, wie auch Münsterberg sagt, eine Organisation der wirtschaftlichen Arbeit, durch welche Vergeudung von Kraft vermieden und eine höchste Steigerung der Leistungsfähigkeit des Betriebes erreicht wird. Daß diese niemals durch bloße forcierte Ausnutzung der Arbeitenden erreicht werden könne, sei geradezu Voraussetzung der neuen Betrachtungsweise. Es handle sich also in keiner Weise etwa um Verlängerung der Arbeitszeit und ähnliche Faktoren, welche die Lage des einzelnen verschlechtern würden, im Gegenteil, die Steigerung der individuellen Arbeitsfreude und persönlichen Befriedigung an der individuellen Gesamtlage gehöre notwendig zu den indirekten Hilfsmitteln des revolutionierenden Verfahrens. Das Ziel werde aber erreicht durch die verschiedensten Umgestaltungen in der Arbeitsteilung, und zwar nicht nur in der Arbeitsteilung der Arbeiter, sondern ebenfalls in der zwischen Arbeitern und Arbeitsleitern, dann durch Umgestaltung der Arbeit selbst und der Arbeitshilfsmittel und viel Ähnliches.

Auch innerhalb des Betriebes wird es also die nächste Aufgabe sein, zuerst eine richtige Auslese der für bestimmte Leistungen geeigneten und befähigten Personen zu vollziehen. Für diese Individualauslese sollen dann unter anderem bei der in Amerika so populären Experimentalpsychologie Anleihen gemacht werden.

Als Beispiel möge ein Versuch dienen, den Thompson (Anhänger der Taylor'schen Schule) machte. In einer großen Fabrik, in der Millionen von Stahlkugeln hergestellt und geprüft werden mußten, waren 120 Frauen damit beschäftigt, die Kugeln auf Unebenheiten zu untersuchen. Die meisten waren schon jahrelang in diesem Dienste tätig, so daß sie sicher das Maximum der Leistungsfähigkeit durch Übung erlangt hatten. Thompson studierte nun die psychophysischen Bedingungen für die betreffende Arbeit und traf nach den Prinzipien der Laboratoriumspsychologie und auf Grund seiner experimentalpsychologischen Messungen die Auslese der Arbeiterinnen. Dazu kamen noch Veränderungen in bezug auf Abkürzung der Arbeitszeit, die Vermeidung von Ermüdung durch häufige, genau berechnete Pausen, durch Verbesserung der Arbeitsbequemlichkeiten usw. Das Ergebnis war, daß 35 Frauen, obwohl ihr Arbeitstag um zwei Stunden verkürzt wurde, dasselbe Arbeitspensum mit größerer Genauigkeit bewältigten wie vordem die 120 Frauen. Die Arbeiterinnen erhielten um 80 % höhere Löhne, während die Fabrik erheblich bessere Arbeit und bedeutend geringeren Kostenaufwand verzeichnete.

Das zweite Problem für die wissenschaftliche Betriebsleitung bildet die Reform der Arbeitsleistung selbst. Abgesehen von sonstigen Verbesserungen im Betrieb, seiner Organisation, der Normalisierung der Arbeitsgeräte und Werkzeuge, Verbesserung der Maschinen usw. galt es, durch eingehendes Studium der psychophysischen Funktionen ein wirksameres Zusammenspiel der physischen und psychischen Kräfte des Arbeiters zu erzielen, mit seelischen Hilfsmitteln die Leistungen von Arbeitern, ohne deren persönliche Schädigung, qualitativ und quantitativ zu vervollkommen.

Auch hier sei nur beispielsweise an den systematischen Versuch erinnert, der unter Taylors Leitung in den Bethlehem-Stahlwerken durchgeführt wurde. Es waren 80 000 t Gußeisen zu verladen; die dazu bestimmten Männer hatten die Eisenstücke, deren jedes etwa 42 kg wog, auf schräg liegenden Planken in die Frachtwagen hinaufzuschleppen. Jeder Mann bewältigte im Tage durchschnittlich  $12\frac{1}{2}$  t. Als Höchstleistung bezeichneten die Fabrikanten selbst 18 t pro Tag. Taylor fand nun bei seinen Untersuchungen, daß für jedes Gewicht ein bestimmtes Verhältnis von Belastungszeit und Ruhe bestimmt werden könne, bei dessen Wahrung eine Maximalleistung ohne Ermüdung bzw. Überanstrengung festzustellen sei. Er gewann die Überzeugung, daß für jene Eisenstücke von 42 kg ein erstklassiger Arbeiter nur 43 % des Arbeitstages arbeiten dürfe und 57 % vollkommen unbelastet sein müßte. Wird die Last leichter, so verschiebt sich das Verhältnis. Hat der Arbeiter z. B. nur halbe Stücke von 21 kg zu tragen, so darf er 58 % des Tages belastet sein und verlangt nur 42 % Ruhe. Indem Taylor tüchtige Arbeitskräfte auswählte, diesen aber nicht erlaubte, in gewohnter Weise, nach Gutdünken, die Lasten zu heben und zu tragen, vielmehr durch Aufseher, die mit der Sekundenuhr arbeiteten, jede Bewegung vorschreiben ließ, brachte er es dazu, daß die Arbeiter durchschnittlich nicht mehr  $12\frac{1}{2}$  t, sondern  $47\frac{1}{2}$  t den Tag trugen, ohne daß sie stärker ermüdeten. Ihr Lohn konnte um 60 % erhöht werden. Würde man durch Prämien die Arbeiter angetrieben haben, mehr als 12 oder gar mehr als die angeblich extreme Maximalleistung von 18 Tonnen zu schleppen, dann hätten sie natürlich die Last so schnell als möglich getragen, würden aber nach drei oder vier Stunden Arbeit völlig erschöpft gewesen sein.

Einen vornehmlichen Bestandteil im Taylor-System bildet die Pensums-Idee. Am Tage vorher wird die von jedem Arbeiter zu leistende Arbeit genau berechnet, am Arbeitstage selbst dem Arbeiter dann eine leicht faßliche Anleitung über seine Arbeit, seine Aufgabe, die dazu anzuwendenden Werkzeuge in die Hand gegeben. Das Arbeitspensum stellt aber, wie Taylor immer wieder betont, ein Arbeitsmaximum nur im Sinne eines Arbeitsoptimums dar, kein Maximum durch Auspressung des Arbeiters. Taylor selbst warnte auch vor einem raschen Übergang von dem alten Lohnsystem zu dem neuen, auf der Idee des Arbeitspensums aufgebauten. Vorher seien eingehende Studien über den zeitlichen Verlauf der Arbeit, über die Normalisierung der Arbeitsgeräte, über die Maschinen nötig. Und dazu seien zwei, in einzelnen Betriebszweigen sogar fünf Jahre erforderlich.

Daß Taylor, Gilbreth, Münsterberg usw. von der ehrlichen Überzeugung geleitet wurden, insbesondere durch Betonung des Kausalzusammenhanges zwischen Seelenvorgängen und Arbeitsweise, den Arbeiter auch mit eigenem Vorteil vollkommener als bisher zur Arbeit zu befähigen, ihn besser als bisher als „wirkungschaffendes Glied in den großen, wirtschaftlichen Mechanismus“ eintreten zu lassen, darf nicht in Frage gestellt werden. Andererseits ist die neue Methode vielfach einem nahezu instinktiven Mißtrauen begegnet. Wo sie eingeführt werden sollte, haben auch

in Amerika die Arbeiter sich widersetzt und wiederholt zu Arbeits-einstellungen gegriffen. Sollte der Widerstand sich wirklich, wie behauptet wurde, nur auf träge Elemente der Arbeiterschaft beschränkt haben?

Die Volkswirtschaftslehre wird gewiß alles begrüßen, was in rechter Weise zur Steigerung des Arbeitsertrages führen kann; sie betrachtet es daher als ein erstrebenswertes Ziel, die Arbeitskraft durch Hebung der Arbeitsfähigkeit, des Arbeitswillens, der Arbeitsfreudigkeit auf das höchste erreichbare Maß zu steigern<sup>1</sup>; sie wird auch nichts dagegen einwenden, daß die gegebene Arbeitskraft innerhalb der rechten Grenzen möglichst restlos verwertet werde. Sie muß sich dabei aber doch fragen, gerade ob eine solche Ausnutzung der Arbeitskraft volkswirtschaftlich schließlich nicht allzu teuer bezahlt ist — von humanen und sonstigen Rücksichten ganz abgesehen. Die „Rationalisierung“ der Arbeitsleistung wird eben dann sehr irrational, wenn sie die Menschen nur als lebende Arbeitsmaschinen behandelt, sie in ihrem „Nutzeffekt verbessert“, wie die toten Maschinen in der Werkstatt<sup>2</sup>. Und da bietet denn, wie auch Kochmann hervorhebt, das Taylor-System keinerlei Garantien dafür, daß die Kräfte der Arbeiter nicht schonungslos abgenutzt werden. Man sagt, die Arbeiter in den „taylorisierten“ Betrieben Amerikas nähmen stimulierende Medikamente, um den Anstrengungen der neuen Arbeitsweise gewachsen zu sein; die deutschen Arbeiter aber gaben dem „Geschwindigkeitsmeister“ den bezeichnenden Namen: „Hetzvogt“. Das Taylor-System, so sagt man, drücke ferner die Qualität der Arbeit herab, verdränge den gelernten Arbeiter durch angelernte. Tritt die Maschine an Stelle des Arbeiters, so bleibt der Mensch wenigstens Herr der Maschine. Hier aber werde der Mensch selbst zur Maschine gemacht. Der Ungelernte steige nicht zur Fähigkeit des Gelernten empor, sondern er verrichte die Arbeit eines Gelernten dadurch, daß jede Kleinigkeit seines Tuns ihm genau vorgeschrieben werde. Taylor habe freilich gemeint, die Arbeiter würden dabei zufriedener sein. Manche Lohnarbeiter möchten ja immerhin schon in dem höheren Lohn ihre Befriedigung finden, wenn sie es vielleicht auch nicht recht begreifen dürften, daß in einem häufig erwähnten Beispiele Taylors die Leistung um 200 %, der Lohn aber um 60 % steige. Und selbst wenn es wahr wäre, daß durch das Taylor-System der objektive Ermüdungsgrad herabgemindert würde, so dürfte es sich doch bei einem sehr beträchtlichen Teile der Arbeiterschaft ganz anders verhalten bezüglich des subjektiven Ermüdungsgrades. Eine zu weit getriebene Mechanisierung

<sup>1</sup> Wir haben oben davon gehandelt. Vgl. S. 392 ff.

<sup>2</sup> Willh. Kochmann, Das Taylor System und seine volkswirtschaftliche Bedeutung, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVIII (1914) 391 ff. Adolf Levenstein, Die Arbeiterfrage. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebs und psychophysischen Einwirkungen auf die Arbeiter (1912). Dazu die Besprechung im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVI (1913) 929 ff. von Willy Hellpach.



der Arbeit, die Zerlegung derselben in die kleinsten Einzelbestandteile, die Aufsicht durch spezialisierte „Meister“ mit der Fünftelsekundenuhr in der Hand, das alles dürfte doch eher geeignet sein, stumpfsinnige Arbeitsunlust als Arbeitsfreude und Arbeitsfrische hervorzurufen. Kurz, das Taylor-System möge den privatwirtschaftlichen Interessen entsprechen, die großen, kapitalkräftigen Betriebe, welche die Kosten der Einführung dieses Systems tragen könnten, verstärken, für die Volkswirtschaft im ganzen würde es kaum einen Fortschritt bedeuten. Nicht alles, was die privatwirtschaftliche Produktivität und Rentabilität fordere, sei eben darum schon volkswirtschaftlich vorteilhaft. Das Taylor-System würde die Monopolstellung der Riesenunternehmungen stärken; die kleineren Betriebe, die die Kosten der Einführung eines solchen Systems nicht zu tragen vermöchten, würden rascher noch ausgeschaltet werden; und ob die einseitige hohe Beschleunigung und Verstärkung der industriellen Produktion für das Ganze der Volkswirtschaft nicht größere Nachteile als Vorteile mit sich bringen würde, sei auch nicht außer Zweifel gestellt. Keine naturwissenschaftlich forcierte „Maximalleistung“ könne schließlich für die menschliche Arbeit als erstrebenswert gelten, sondern nur eine der sinnlich geistigen Natur des Menschen, seiner natürlichen, körperlichen, geistigen, sittlichen Veranlagung, der Würde und dem Recht seiner Persönlichkeit entsprechende Hebung seines Könnens und Wollens im Bereich der wirtschaftlichen Arbeit.

Es wird jedenfalls sehr viel auf die Art der Durchführung des Taylor-Systems ankommen. Der Zukunft bleibt es vorbehalten, das Richtige und Zweckmäßige des Systems für die Entwicklung der industriellen Produktion zu retten. Schon erheben sich auch in Deutschland Stimmen, welche das System nicht mehr in Bausch und Bogen verurteilen.

Von nicht geringer Bedeutung für die Erfolge der Produktion ist ferner eine richtige Lösung der

**9. Innergesellschaftlichen Probleme des Großbetriebes<sup>1</sup>.** 1. In den modernen Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, bergrechtlichen Gewerkschaften) sind Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung voneinander getrennt. Hier bedarf es einer kollektiven Spitze. Es ist aber nicht so leicht, in eine solche Gruppe Einheit zu bringen, wie sie die unerläßliche Voraussetzung guter Verwaltung bildet. Der individuelle Erwerbstrieb kann hier nicht mehr in der Weise und Macht, wie heute beim selbsttätigen Unternehmer, die psychologische Triebfeder des Handelns und Sorgens sein. Es muß bei den kollektiv leitenden Persönlichkeiten, die an der Spitze der Kapitalgesellschaften und auch der großen Genossenschaften stehen, jedenfalls das Bewußtsein der Verantwortlichkeit gegenüber den Aktio-

<sup>1</sup> Bd. III, §§ 4 6 8, S. 160 ff. 207 ff. 256 ff. Schmoller, Grundriß I 508 ff. v. Philippovich, Grundriß I <sup>11</sup> 151 ff.

nären oder Genossenschaftlern stark entwickelt sein. Doch sind die heutigen Gesellschaftsunternehmungen einer sozialistischen Organisation der Produktion gegenüber noch immer insofern günstiger gestellt, als sie auch dem Erwerbsinteresse der leitenden Persönlichkeiten einigermaßen entgegenkommen können. Am besten fahren ja diejenigen Aktiengesellschaften, die es verstehen, wenige, geniale und ehrliche Direktoren anzustellen, die zugleich an dem Geschäfte selbst stark beteiligt sind.

2. Das zweite Problem, das in allen großen Geschäften zu lösen ist, bezieht sich auf die Beamtenschaft (Privatbeamte, Angestellte), deren die Großunternehmungen in beträchtlicher Zahl bedürfen. Es ist das ein ähnliches Problem für die Geschäftsorganisation, wie es auch in jeder Staats- und Gemeindeverwaltung gelöst werden muß. Dieses technisch-kaufmännische Beamtentum muß eben auch herangebildet, in anstrengender, gewissenhafter Arbeit erhalten, gebührend bezahlt, in seiner rechtlichen Stellung gesichert werden.

3. Es gibt Unternehmungen, in welchen eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Arbeitern beschäftigt ist. Hierhin gehören z. B. Handels-, Bank-, Versicherungsunternehmungen, bei denen der geschäftliche Betrieb vornehmlich auf den Schultern der leitenden Persönlichkeiten ruht. In den großen Produktionsunternehmungen jedoch vollzieht sich die ausführende Arbeit durch eine größere Zahl von Arbeitern, so daß hier diese ausführende Arbeit neben der Leitungsarbeit eine große Rolle spielt, regelmäßig auch einer Überwachungsarbeit benötigt.

Die wirtschaftlichen Betriebsorganisationen erscheinen im Laufe der Geschichte regelmäßig in herrschaftlicher Form. Die genossenschaftliche Form der Produktivgenossenschaft bildete bisher eine relativ seltene Erscheinung. Wenn aber auch die herrschaftliche Form in der Organisation der Großbetriebe sich regelmäßig behauptet hat, so steht doch, wie gesagt, der heutige Unternehmer den Arbeitskräften ganz anders gegenüber als die „Herren“ früherer Zeiten. Jetzt gilt es mit freien Menschen Großes zu leisten. Das Problem besteht nun darin, in unsere großen Betriebe die für eine geordnete Durchführung der Arbeit unerläßliche Disziplin und Unterordnung einzuführen, unbeschadet der gebührenden Freiheitsansprüche der Arbeiterschaft. Wir haben im zweiten und dritten Bande, auch oben, darüber ausreichend gehandelt.

Häufiger wird heute, namentlich durch die Zunahme der öffentlichen Unternehmungen, die Umbildung des gewöhnlichen Arbeitsverhältnisses in eine Art Beamtenverhältnis mit verstärkter herrschaftlicher Gewalt. Innerhalb des Unternehmens ist hierbei die Tätigkeit des Arbeiters durch Dienstordnungen des Arbeitgebers einseitig geregelt, wie auch die Disziplinalgewalt strengere Formen annimmt. Der Arbeiter findet dabei aber regelmäßig größere Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenz, entsprechenden Lohn, Fürsorge im Falle der Arbeitsunfähigkeit. Auch in nichtöffentlichen Großunternehmungen hat diese Form der Organisation

des Arbeitsverhältnisses schon Platz gegriffen, namentlich aber bei solchen Betrieben, in welchen die Verantwortlichkeit der Arbeiter eine besonders große ist (z. B. im privaten Eisenbahn- und Schiffsdienst). Ob sie sich noch weiter ausdehnen wird, muß erst die Zukunft lehren. Eine folgerichtig durchgeführte sozialistische Gesellschaftsordnung würde den einzelnen Arbeiter einem noch stärker gesteigerten Herrschaftsverhältnis der „Gesellschaft“ gegenüberstellen müssen. Ja es würde überdies noch die Freiheit fortfallen, die heute hier wenigstens für das vertragsmäßige Eingehen des Arbeitsverhältnisses dem Arbeiter geblieben ist. Er wäre Beamter durch gesellschaftlichen Zwang. Und ob die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters gerade besser dabei gesichert wäre, das würde, von vielem andern abgesehen, durch die wirtschaftlichen Erfolge einer solchen Gesellschaftsordnung wesentlich bedingt sein.

Seit der Revolution wurde auf den Tagungen der Arbeitgeberverbände der Gemeinschaftsgedanke immer wieder stark betont. Der Theorie muß nun auch die Praxis entsprechen. Sonst wird das bisherige Mißtrauen der Arbeiter nicht überwunden, die in der Wirklichkeit noch zu oft einem ausgeprägten Industrie feudalismus gegenüberstehen.

Mögen die schweren Kämpfe des Überganges zur Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses bald eine befriedigende Erledigung finden. Dasjenige Volk, dem es zuerst gelingt, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auf einer ethischen, vernünftigen und haltbaren Grundlage herzustellen und zu befestigen, wird, auch nach der wirtschaftlichen Seite hin, an die Spitze der Kulturvölker treten.

Noch einmal sei es gesagt: Wie viele unnütze Kosten können, bei einer Stabilisierung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, vermieden, wie viele Störungen und Schädigungen der Produktion ausgeschlossen werden! Es gibt andere Wege der Auseinandersetzung als die bisher beschrittenen. Der fortgesetzte Kampf schädigt Arbeitnehmer und Arbeitgeber zugleich. Für beide Teile ist der ehrliche Wirtschaftsfriede nicht nur ethische Forderung, sondern auf die Dauer auch wirtschaftliche Notwendigkeit. Ohne Loslösung der Arbeiterschaft vom marxistischen Klassenkampfsgedanken wird ein voller Wiederaufbau Deutschlands kaum zu erwarten sein<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> In der soeben erschienenen 4. Auflage seines Werkes „Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus“ (1922) S. 9 lehnt Diehl die Dreiteilung der Gesellschaftssysteme: Individualismus, Sozialismus, Solidarismus ab. Er sagt, der Solidarismus sei ein sozialreformatorisches System, das aber im Grunde gar nicht dem Wesen des Individualismus Widersprechendes bedeute, sondern sich durchaus in die individualistische Wirtschaftsordnung einfügen lasse. Dürfen wir anderer Ansicht sein? Die drei Systeme: Individualismus, Sozialismus, Solidarismus kommen für uns zunächst als sozialphilosophische Systeme in Betracht. Individualismus und Sozialismus gehen von einer falschen Gesellschaftsauffassung aus: der Individualismus wird den Anforderungen der Gesellschaft nicht gerecht, der Sozialismus überspannt die Anforderungen der Gesellschaft. Individualismus und Sozialismus in diesem Sinne sind volle Gegensätze. Die



### 10. Noch einmal Entwicklungstendenzen der modernen Großindustrie.

Wenn die Technik und die dem Unternehmer zur Verfügung stehenden Mittel Ausdehnung des Betriebes erlauben, dann wird im allgemeinen zu dieser Erweiterung der Produktion und Vermehrung der Produkte geschritten werden. (Personalvergrößerung, Vermehrung der Arbeiterzahl, und Realvergrößerung, Vermehrung des Produktionsapparates und Steigerung der Produktionskapazität. Sombart.) Die Ausdehnung der Produktion findet natürlich ihre Grenze in der Möglichkeit des Absatzes der Produkte. Dieser Absatz wird regelmäßig davon abhängen, ob es dem Produzenten gelingt, durch Ausdehnung der Produktion die Kosten für das einzelne Produkt zu vermindern und dadurch den erforderlichen größeren Kundenkreis sich zu sichern.

Wir haben oben<sup>1</sup> bereits von der Spezialisierung geredet. Für alle möglichen Spezialitäten hat man heute besondere Unternehmungen. Die Spezialisierung macht die Produktion für ihr Gebiet leistungsfähiger und billiger. Andererseits erschwert sie bei großer Zersplitterung die Übersicht über die Marktlage für das fertige Produkt und damit erhöht sich das Risiko, und zwar um so mehr, je mehr selbständige Wirtschaften der Rohstoff bis zum fertigen Produkt zu passieren hat. Aus diesen und andern Gründen wird wohl auch die „Parallelisierung“ (das Gegenstück zur Spezialisierung), die Erzeugung verschiedenartiger Produkte und

---

Vermittlung zwischen beiden kann sich nur durch ein drittes System vollziehen, welches dem Individuum und der Gesellschaft zugleich gerecht wird. Wir durften nach unsern ausführlichen Darlegungen (Bd. I und II) dieses dritte System als „Solidarismus“ bezeichnen.

Bei der Anwendung dieser sozialphilosophischen Auffassung auf die Volkswirtschaft besaßen wir in jener einen Maßstab für die Beurteilung der wichtigsten, hier um Geltung ringenden Systeme; wir konnten und mußten vom Standpunkte einer vermittelnden Gesellschaftslehre die individualistisch-atomistische Auffassung des freiwirtschaftlichen Systems, das alles Heil in der Volkswirtschaft vom „laissez faire“ und „laissez passer“ erwartete, ebenso ablehnen wie den marxistischen Sozialismus. Das solidaristische Arbeitssystem als volkswirtschaftliches System ist ja in der Tat ein sozialreformatorisches System. Aber es gibt der Sozialreform durch den Gemeinschaftsgedanken eine bestimmte Richtung. Es führt zum richtigen Verständnis der sozialen Einheit der Volkswirtschaft als Arbeitsgemeinschaft, weist die der Volkswirtschaft als sozialer Einheit gestellte Aufgabe nach, zeigt die Bedeutung des Gemeinschaftsgedankens für Privatwirtschaft, Volkswirtschaft, Weltwirtschaft, für die allgemein menschlichen (auch internationalen) Beziehungen, für das Verhältnis der wirtschaftenden Staatsgenossen zur staatlich geeinten Volksgemeinschaft, der Berufsgenossen mit- und untereinander und zum Volksganzen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es weist die kommunistische Gemeinwirtschaft zurück, hält an der privatwirtschaftlichen Organisation der Volkswirtschaft fest; aber diese privatwirtschaftliche Organisation ist keine individualistische, sondern eine durch den Gemeinschaftsgedanken geläuterte, solidaristische. In dieser seiner zwischen Extremen vermittelnden Stellung erfreut sich das solidaristische System einer klaren philosophischen, ethischen, aber auch wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Begründung.

<sup>1</sup> S. 542 f.

Sorten desselben Produktionszweiges wenigstens einer überstarken Spezialisierung vorgezogen.

Von der Kombination und Integration usw. war ebenfalls schon die Rede. Bei der Kombination, der Betriebsvereinigung, wird entweder die Produktion zweier oder mehrerer Fertigfabrikate, die einer bestimmten Bedarfsrichtung dienen (z. B. Kleider und Pelze, Möbel und Gardinen), miteinander vereinigt, oder es werden einige oder sämtliche zur Herstellung ein und desselben Gebrauchsgutes notwendigen Produktionsprozesse in einer Unternehmung verbunden. Diese Vereinigung aufeinanderfolgender Abschnitte der Erzeugung desselben Fertigfabrikates wird vertikale Kombination oder Integration genannt. An demselben Orte sind Spinnerei, Färberei, Weberei verbunden zu einem mehrgliedrigen Betriebe, oder an einen Hochofen gliedert sich unmittelbar ein Stahl- und Walzwerk an. Eine einzige Gesamtunternehmung kann aber auch örtlich und betrieblich völlig getrennte Werke dem einheitlichen Geschäftszwecke dienstbar machen. So z. B. wenn Werfte, Maschinenfabriken, Reedereien, Eisenbahnen sich mit Hütten- und Kohlenbergwerken verbinden. Man spricht in diesem Falle, vielleicht weniger gut, von „gemischten Betrieben“. Auf dem Wege der Kombination können die Unternehmungen sich unabhängiger machen von den Konjunkturen des Marktes und dem guten Willen anderer Produzenten, sich die Rohstoffe usw. sichern, manche Ersparungen machen, sich dadurch für den Konkurrenzkampf stärken, ihre Gewinne steigern. Den Gegensatz zur Integration bildet die horizontale Spezialisierung oder „Differenzierung der Industrie“.

Ein und dieselbe Großunternehmung kann sich auch, wie bereits gesagt wurde, mit Filialen an den verschiedensten Orten ausstatten, Verkaufsbetriebe (z. B. Schankwirtschaften, die einer Großbrauerei, Bäckerläden, die einer Brotfabrik gehören) einrichten, kann hier und dort Fabriken derselben Art bauen und diese Betriebe wieder vergrößern.

Häufig werden auch bestehende Unternehmungen miteinander verschmolzen (Fusion) zu einer Unternehmung<sup>1</sup>. Erwähnt seien ferner die Besitz- und Interessengemeinschaften. Eine Besitzgemeinschaft liegt vor, wenn eine Unternehmung Anteile an einer andern, etwa Aktien derselben, erwirbt oder die Mitbenutzung der Patente einer andern Unternehmung gegen Gewährung der Teilhaberschaft. Interessengemeinschaft im engeren Sinne liegt vor, wenn selbständige Unternehmungen entweder alle Gewinne oder die aus bestimmten Geschäften nach einem bestimmten Verhältnisse teilen.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 3, S. 136 ff. 154 ff. Heckscher, Die industrielle Integration, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV (1913) 671 ff. Über Spezialisierung und Integration vgl. auch Bourguin, Die sozialistischen Systeme usw. 125 ff. 306 ff. 354 ff. Über den Verlagsbuchhandel als Beispiel der Integration s. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVI (1913) 644 f.

Wir haben über all dieses, was man unter dem Namen Konzentrationstendenz der modernen Großindustrie zusammenfassen kann, über die Entwicklung der großen zu größeren Betrieben und Unternehmungen, über die Mittel und Versuche, die Stellung der Unternehmungen im Konkurrenzkampfe zu stärken bzw. die Konkurrenz auszuschalten (Kartelle), im dritten und auch in diesem Bande schon das Nötige gesagt<sup>1</sup>.

Auch von den Vorzügen und Schattenseiten des Großbetriebes war oben<sup>2</sup> bereits die Rede. Ein Hauptvorteil liegt in der Ermöglichung der Herstellung von Waren, die nur bei Massenproduktion billig genug sind, einzeln produziert aber zu teuer sein würden.

Diese Massenerzeugnisse haben sich im täglichen Leben der Menschen ein weites Feld erobert; sie sind bis ins Innere der Häuser, bis zur Hütte des Ärmsten gedrungen, haben sich der äußeren Architektur der Häuser bemächtigt, wie sie im Ingenieurbau schon bald heimisch wurden. Die Maschinenarbeit vermag den Tausenden von Abzügen gleicher Art, die sie herstellt, große Exaktheit, Sauberkeit, Knappheit zu verleihen. Es ist eine neue Formenwelt durch das Massenerzeugnis in unsere Kulturwelt hineingetragen worden. Die einfache Gebrauchsfähigkeit siegte über den Schmuck. Vielleicht darf man hoffen, daß die moderne Kunstbewegung bei ihrem Bestreben, auch das Massenerzeugnis zu veredeln, Erfolg haben werde.

Bediente der Handwerker unmittelbar seinen Kunden, so hat jetzt meist der Handel die Aufgabe übernommen, die Massenerzeugnisse abzusetzen; er hat hierfür im heutigen Ankündigungswesen (Annonce, Reklame, Handlungsreisende) eine besondere Werbetätigkeit ausgebildet. Der Handel wirkt auch auf die Industrie zurück, indem er diese veranlaßt, den Waren ein vorteilhaftes Äußere zu verleihen (Verpackung, Politur, Appretur) und zugleich billiger zu liefern. Das bringt allerdings Gefahren mit sich für die Qualität der Ware selbst, Gefahren, welchen die Massenerzeugung nicht selten unterlegen ist. Hier wie nach der künstlerischen Seite hin wird Besserung zu erstreben, ein wesentlicher Teil des Fortschrittes der Massenproduktion zu suchen sein. In welchem Maße gerade die künstlerische Steigerung möglich ist, beweist z. B. eines der ersten Massenerzeugnisse: das gedruckte Buch<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 2, § 3, S. 154 ff.; Kap. 3, § 2, S. 426 ff.; namentlich Kap. 2, § 10 über Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften S. 361 ff. und oben S. 555 ff. Die extreme marxistische Konzentrationstheorie hat schon durch Kautsky (Bernstein und das sozialdemokratische Programm 50) dahin eine Abschwächung erfahren, daß Kautsky die Zentralisierung der Produktionsmittel in der Hand weniger Kapitalmagnaten als einen historischen Prozeß bezeichnete, dessen Schnelligkeit nicht vorauszusehen sei. Bernstein wies darauf hin, daß trotz des Konzentrationsprozesses eine ständige Neubildung kleiner, mittlerer und mittelgroßer Betriebe vor sich gehe und eine Abnahme der Gesamtzahl der Betriebe nicht zu erwarten sei. Vgl. Bd. I<sup>2</sup>, Kap. 4, § 4, S. 374 f. Arno Pfütze-Grottewitz, Die Entwicklung der Industriebetriebe im Königreich Sachsen, im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik XXXVI (1908) 232 ff.; vgl. ebd. XLVII (1914) 543 f. und Schmollers Jahrbuch XXXVIII (1914) 446 f. Beispiele der Konzentration, Betriebskonzentration und Kleinbetrieb vgl. Jahrbücher für Nationalökonomie XXXV (1908) 173 ff. und XXXVII (1909) 145 ff. (für England). <sup>2</sup> S. 541 ff. 549 ff.

<sup>3</sup> Muthesius, Vortrag über Handarbeit und Massenerzeugnis am 24. Januar 1917 im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.



**11. Fabrik und Handwerk.** Zu Anfang des 19. Jahrhunderts beherrschte das Handwerk noch das gewerbliche Gebiet. Fabriken und Manufakturen gab es nicht viele. Die Zünfte waren ihres lokalstädtischen Charakters einigermaßen, wenigstens gesetzlich, entkleidet, der Landesgesetzgebung unterworfen. Aber es erhielten sich doch tatsächlich noch mancherlei lokale und fachliche Absatzvorrechte. Schon bald fing das Handwerk an, seine Lage als eine gedrückte zu empfinden. Man klagte wegen Übersetzung. Andererseits wurden die dem Zugang zum Meisterrecht gesetzten Schranken schwer empfunden. Die Handwerker selbst sahen ein, daß die überlieferte Gewerbeverfassung unhaltbar geworden war. Wenn je eine alte Institution unter dem Beifall der ganzen Nation beseitigt wurde, sagt Bücher<sup>1</sup>, so war es das Zunftwesen. Mit der Gewerbefreiheit fielen die Schranken zwischen den einzelnen Gewerbezweigen. Jeder konnte das Gewerbe in beliebiger Ausdehnung betreiben, seine Produkte nach jedem fremden Orte absetzen. Er mußte aber auch jede fremde Konkurrenz dulden. Die Gewerbefreiheit gab, wie es hieß, dem Handwerksmeister die Möglichkeit, seine persönliche Tüchtigkeit voll zur Geltung zu bringen. Und tatsächlich sind denn auch zahlreiche Handwerker zu kleinkapitalistischen Unternehmern oder gar zu großen Fabrikanten geworden. Doch blieb die Zahl derer, die zu Flickarbeitern, Heimarbeitern, Fabrikarbeitern herabsanken, weit größer. Nun fing man an, alle Übelstände der Gewerbefreiheit zuzuschreiben. Die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik<sup>2</sup> über die Lage des Handwerks haben zu erweisen versucht, daß es weniger die Gewerbefreiheit, und auch nicht so sehr die Fortschritte der Produktionstechnik waren, welche den „Verwitterungs- und Umbildungsprozeß“ des Handwerks in letzter Linie verursachten. Der entscheidende Grund für den Niedergang des Handwerks müsse vielmehr im Bereich der volkswirtschaftlichen Bedarfsgestaltung gesucht werden. Zunächst in der Konzentration des Bedarfs. Das Heer, die Marine, die städtischen und großstädtischen Menschenanhäufungen haben einen Massenbedarf von Industrieprodukten geschaffen. Es traten hinzu jene großartigen Aufgaben des modernen Kulturlebens, denen das Handwerk nicht Genüge leisten kann (z. B. Anfertigung einer Lokomotive, eines Dampfkrans, der Schnellpresse, einer Flußbrücke usw.). Dazu benötigte es der Fabriken und jener allergrößten Etablissements, der „Fabrikationsanstalten“, mit ihren Einrichtungen von gewaltiger Leistungskraft, ihrem Stab hochgebildeter Techniker und Handarbeiter der verschiedensten Art.

<sup>1</sup> Entstehung der Volkswirtschaft<sup>7</sup> (1910) 187 ff.

<sup>2</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik LXII—LXX (1894/97); für Österreich Bd. LXXI. Dazu Erhebung über Verhältnisse im Handwerk (1895), bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt, 3 Hefte (1895/96); Schmollers Jahrbuch XXI (1897) 1031 ff.; Schwiedland, Wettkampf der gewerblichen Betriebsformen, im Grundriß für Sozialökonomik VI (1914) 35 ff.

Der Bedarf der Bevölkerung ist sodann, wie wir an anderer Stelle schon ausführten<sup>1</sup>, auch in vielen Stücken gleichartiger geworden, was wieder den Massenbedarf als solchen schafft und begünstigt. Als ferneres Moment tritt anderseits der häufige Modewechsel hinzu. Handwerksarbeit ist da meist zu teuer, zu wenig spezialisiert.

Die moderne Hauswirtschaft will sodann alles gebrauchsfertig kaufen. Der Konsument scheut das Warten. Er will auswählen, vergleichen können, ehe er kauft. Selbst wo der Handwerker noch technisch leistungsfähig ist, kann er doch nicht mehr in der alten Weise und in dem früheren Maße Kundenproduzent bleiben, auf Stückbestellung arbeiten. Er muß auf Vorrat arbeiten, bedarf des Magazins, um den Konsumenten zu erreichen. Dadurch aber geht dem Gewerbe das Wesen des Handwerks (das ist nach Bücher: Kundenproduktion) verloren. Es wird kapitalistisch, verlangt kaufmännische Behandlung.

Die Konzentration des Bedarfs ermöglicht einen großen Absatz der Produkte. Die Möglichkeit eines großen Absatzes aber führt zum Anwachsen der Betriebe, führt zur Entstehung von Fabriken und deren fortschreitender Vergrößerung. Denn erst mit der Möglichkeit massenhaften Absatzes kommen die Vorteile der großindustriellen Produktion zur Geltung. Die größere Wohlfeilheit der fabrikmäßigen Massenprodukte insbesondere hat dem industriellen Großbetriebe weit mehr die Vorherrschaft erobert als manche der sonst den Produkten der kapitalistischen Unternehmung nachgerühmten Vorzüge. So, wenn man sagt, die Waren und Leistungen der kapitalistischen Unternehmung seien gediegener, gefälliger, eleganter, künstlerisch schöner, gleichförmiger u. dgl.

Im Anschluß an den Satz: Der Konzentration des Bedarfs mußte ein Konzentrationsprozeß auf dem Gebiete der gewerblichen Produktion zur Seite gehen, weist Bücher auf eine fünffache Veränderung hin, welche das Handwerk dabei erlitt. 1. Verdrängung des Handwerks durch gleichartige Fabrikproduktion (z. B. in der Weberei). 2. Schmälerung seines Produktionsgebietes durch Fabrik und Verlag. Die Großindustrie zieht bestimmte Teile des Handwerks an sich, und zwar die besseren, überläßt dem Handwerk die unproduktiven (der Buchbinder besorgt nur die Einzelbände für den Privatkunden, der Schlosser macht keine Schlösser mehr usw.). Oder die Fabrik zieht die Anfangsstadien der Produktion an sich, fertigt Halbfabrikate an (z. B. Hufeisen, die der Schmied nur anzuschlagen braucht, zugeschnittene Parkettböden für den Tischler usw.). Des Hufschmieds, des Tischlers Tätigkeit beschränkt sich lediglich auf die lokale Anbringung oder Anpassung. Auch das Aufkommen neuer Rohstoffe, neuer Produktionsmethoden kann das Handwerk verdrängen; z. B. Drahtseilfabrikation an Stelle der Hanfseilerei, Verwendung von Guttapercha an Stelle von Leder und Leinwand usw. 3. Angliederung des Handwerks an die Großunter-

<sup>1</sup> Siehe oben S. 36 ff.

nehmung. Fast jede größere Fabrik hat heute ihre eigene Schlosserei und Reparaturwerkstätte. Die Drechslerei ist allen Großbetrieben angegliedert, die ihre Produkte als Halbfabrikate benutzen usw. 4. Verarmung des Handwerks durch Bedarfsverschiebung oder durch Aufhören eines bestimmten Bedarfs. Die Hauswirtschaft, insbesondere der städtische Haushalt, hat heute kein Bedürfnis mehr nach konserviertem Gemüse oder nach größeren Fleischvorräten. Es fehlen die Fleischkufen, die Sauerkraut- und Bohnenständen. Das Spinnrad ist da verschwunden, und statt der zinnernen Teller dient Steingut oder Porzellan. 5. Herabdrückung des Handwerks zur Heim- und Schwitzarbeit durch das moderne Magazinwesen. Der Handwerker kann das kaufende Publikum nicht so entgegenkommend bedienen wie der Handel mit seinen Läden, seinen Warenhäusern. Er wird darum zum Heimarbeiter, der nur noch durch die Vermittlung des Magazins seine Erzeugnisse absetzen läßt.

Durch die Massenherstellung von Gebrauchsgütern und Produktionsmitteln, von unmittelbar und mittelbar nützlichen Dingen, ist eben die gewerbliche Produktion auf eine neue Grundlage gestellt worden. Man kann im allgemeinen sagen: Soweit der Großbetrieb den Bedarf besser, wirtschaftlicher, billiger decken kann, was bei Massenartikeln regelmäßig der Fall ist, da wird der Kleinbetrieb auf die Dauer sich kaum behaupten können, wenigstens dort nicht, wohin der Verkehr die Massenartikel in stärkerem Maße bringt. Soweit aber der Bedarf ebensogut oder besser noch durch das Handwerk in kleineren oder heute auch größeren Betrieben gedeckt werden kann, bei individualisierter und mancher Qualitätsarbeit (Kunsthandwerk!), wo Herstellung und Anbringung am Absatzorte notwendig ist oder vorgezogen wird, wo die Maschinenarbeit keine Verwendung findet oder den vollen Bedarf bis zur unmittelbaren Gebrauchsfertigkeit nicht zu decken vermag, da wird noch Platz sein für die Produktion im handwerklichen Kleinbetriebe. Auf dem Lande vor allem dürfte das Handwerk in der Befriedigung des Volksbedarfs seine Rolle noch lange nicht ausgespielt haben. Da ist der Handwerker auch nicht ausschließlich für seinen Unterhalt auf das Gewerbe angewiesen. Er kann nebenbei etwas Landwirtschaft treiben, andern dabei helfen. Individuelle Bedürfnisse, persönliche Beziehungen erhalten ihm seinen Kundenkreis. Aber auch in den Städten werden zunächst die reinen Arbeitsgewerbe, bei denen der Gewerbetreibende den Konsumenten unmittelbare Dienstleistungen gewährt, sich behaupten, z. B.: Maler, Anstreicher, ein großer Teil der Baugewerbe, wie auch das Tapezierer-, Vergolder-, Glasergewerbe. Eine Verdrängung wenigstens durch die Dampfmaschine wird der Barbier und Friseur nicht zu fürchten brauchen usw. Gefährlicher ist die Lage derjenigen Handwerker, welche ein marktfähiges Produkt herstellen, wie Schuhe, Kleider, Werkzeuge usw. Hier unterliegt das Handwerk den oben geschilderten Bedrängnissen und Veränderungen, ohne ganz unter-



zugehen<sup>1</sup>. Der Handwerker überläßt z. B. der Fabrik die Herstellung der Halbfabrikate, stellt aber das ganze Produkt zusammen, bringt die Produkte der Fabriken an u. dgl. Oder das Handwerk besteht fort durch Spezialisierung seiner Produktion, so z. B. bei Messerschmieden, in der Kleiseisenindustrie usw. Das Handwerk erhält sich ferner als Reparaturgewerbe oder es gliedert sich an einen Großbetrieb an, wie oben ausgeführt wurde, z. B. Böttcher in Bierbrauereien, Schlosser, Sattler, Stellmacher bei Transportunternehmungen. Die Zahl der selbständigen Meister hat sich in den Städten ja stark vermindert, aber die Anzahl ihrer Gehilfen in Handwerksgrößbetrieben<sup>2</sup> gleichzeitig sich vielfach vermehrt (nicht selten über 20 Personen im Betriebe). Die obere Schichte des städtischen Handwerks hat es eben vielfach verstanden, technisch und kaufmännisch den Bedürfnissen der Gegenwart sich anzupassen, hat mit dem Handwerk auch ein Verkaufsmagazin verbunden, Maschinen in den Produktionsbetrieb eingestellt usw.

Erstaunlich war die große Entwicklung der Kleinindustrie, z. B. der Kleiseisenindustrie in den Industriebezirken Solingen, Remscheid, Hagen, Lüdenscheid, Altona usw. und der kleinindustriellen Produktion des Textilgewerbes im Bergischen Lande, in Barmen, Elberfeld, Ronsdorf usw. Das Solinger Messer, das Remscheider erstklassige Werkzeug, Band, Litze und Spitzen, die in Barmen produziert werden, sind die Erzeugnisse von kleineren Industriellen, die ihr Gewerbe mit allen Mitteln der modernen Technik auszustatten wußten. Kaum ein anderer Teil Deutschlands weist eine so umfassende Verwertung der elektrischen Kraft auf wie die genannten Gebiete. Es ist also nicht zulässig, von einer ausschließlichen Beherrschung der gewerblichen Produktion durch den Großfabrikanten zu reden. Die Exporthäuser in Hamburg, Bremen, Berlin, Leipzig kennen den überaus großen Anteil, den gerade die Kleinindustrie an der Ausfuhr hatte.

Über die Bemühungen der österreichischen und deutschen Gesetzgebung, das Handwerk innerlich und organisatorisch zu stärken, über Innungswesen, Handwerkskammern, Fürsorge für den Nachwuchs im Handwerk, eine tüchtige Lehrlingsausbildung, die Weiterbildung der Gesellen und Meister, den großen und den kleinen Befähigungsnachweis, den österreichischen Verwendungsnachweis, über die Stellung der gewerblichen Hilfsarbeiter in der und zur Organisation des Handwerks, die Gewerbeförderung ist im dritten Bande<sup>3</sup> das Notwendige ausgeführt worden.

Im übrigen stimmen wir Grunenberg<sup>4</sup> bei, wenn er sagt: Die Zukunft des Handwerks als selbständigen Berufsstandes und die auch für

<sup>1</sup> Vgl. Ludwig Sinzheimer, Über die Grenzen der Weiterbildung des fabrikmäßigen Großbetriebes in Deutschland (1893) 87 ff.

<sup>2</sup> Der historische Begriff des alten zünftigen Handwerks (Kleinbetrieb) genügt der modernen Fortentwicklung der gewerblichen Verhältnisse nicht mehr. (Gegensätzliche Auffassung des Handwerks gegenüber den Handelskammern.)

<sup>3</sup> Bd. III, Kap. 4, § 3, S. 609 ff.

<sup>4</sup> Der Lehrvertrag begründet ein Erziehungsverhältnis, kein Arbeitsverhältnis!

weite und große Gebiete desselben noch mögliche Gesundung liegt im wesentlichen auf genossenschaftlichem Felde und in der Heranbildung des Nachwuchses. Alle andern Mittel gewähren dauernd keinen Schutz gegen das Überwuchern anderer Formen der Produktion. Erst durch genossenschaftliche Konzentration und Fachbildung ist die Möglichkeit gegeben, den Handwerkerstand wieder zur Blüte zu bringen. Die heutigen gewerblichen Großverhältnisse sind hieran kein Hinderungsgrund. Daher liegen insbesondere auch nach dieser Richtung hin<sup>1</sup> die Aufgaben, welche der Staat zur Erhaltung eines Standes zu erfüllen hat, der eine breite und außerordentlich konservative Masse der Bevölkerung umfaßt und der neben der Industrie und Landwirtschaft eine seiner elementarsten Unterlagen bildet. Nicht Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern Vermehrung der Eigentümer, — die Parole der Zukunft! Sie fordert auch die Erhaltung und Stärkung der kleingewerblichen Produktion.

Heute noch bildet die Reform des Verdingungswesens eine nachdrücklich vertretene Forderung der Handwerker. Das System des niedrigsten statt des angemessenen Preises führt zu Unterbietungen, die tüchtige und ehrliche Mitbewerber ausschließen. Die Unzulänglichkeit der Preise drückt notwendig auf die Güte der Leistung und verleitet zur Anwendung unredlicher Mittel.

Trotzdem Art. 164 der Reichsverfassung besagt: „Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist gegen Aufsaugung zu schützen“, richten sich die neueren verfehlten Kommunalisierungsbestrebungen insbesondere gegen die Kleinbetriebsform im Nahrungsmittelgewerbe. Die Großbetriebsweise dürfte aber auf diesem und ähnlichen Gebieten in normalen Zeiten kaum die wirtschaftlichen Funktionen gebührend ersetzen können, wie sie der Kleinbetrieb bisher erfüllt. Dieser sorgt für die beste Verteilung der Nahrungsmittel auf die einzelnen Wohnbezirke, für die rechtzeitige Bereitstellung und Zuführung der Ware in die Hände der Verbraucher; er schützt die Ware vor Verderb usw. Wie wenig der Großbetrieb in dieser Hinsicht den wirtschaftlichen Erfordernissen gerecht werden kann, hat die Kommunalwirtschaft während des Krieges und nach demselben oft genug gezeigt.

Lange krankte die Organisation des Handwerks an der Zersplitterung der Kräfte. Auf der 20. Generalversammlung des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages am 16. Oktober 1919 wurde nun der Reichsverband des deutschen Handwerks<sup>2</sup> gegründet.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. III, Kap. 4, § 2, S. 630 f. Th. Janssen, Verbesserung des Submissionswesens, im Magazin für Technik und Industriepolitik 1918, Heft 7 u. 8. Benning, Das Baugewerbe in der neuen Wirtschaft (1921).

<sup>2</sup> Auch die sog. „Handwerkerbünde“ haben sich angeschlossen. Es sind das Vereinigungen von Handwerkern (ohne Rücksicht auf die fachliche Art des Handwerkerberufs) zur Vertretung allgemeiner beruflicher Interessen, zur politischen Aufklärung und Stellungnahme gegenüber den politischen Parteien.

Derselbe sollte als berufsständische Spitzenvertretung unter den mannigfachen Formen der Organisation im Handwerk Ordnung und Ausgleich der Funktionen schaffen und die berufsständische Neuordnung des Handwerks auf gesetzlicher Grundlage vorbereiten. Auf dem Handwerks- und Gewerbekammertag vom 15. Oktober 1920 wurde eine Reihe weittragender Beschlüsse über die Organisation gefaßt. Das Handwerkerschutzgesetz von 1897 solle umgestaltet werden mit dem Ziele: „Die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes auf der Grundlage der Pflichtzugehörigkeit Innungs- oder Fachverbänden und Handwerks- und Gewerbekammern zu übertragen.“ Grundsätzlich sollen „für jeden Handwerksberuf, nötigenfalls unter Zusammenfassung verwandter Gewerbe, Innungen oder Fachvereine (als örtliche Instanzen) gebildet und diese sollen wieder in Landes- und in Reichsfachverbände zusammengeschlossen werden.“<sup>1</sup> An Stelle der fakultativen Zwangsinnung (durch Mehrheitsbeschluß) sollen also gesetzlich obligatorische Innungen treten. Die Regelung des Lehrlingswesens, die Standespflege, Veranstaltungen zur Förderung des Gewerbebetriebes, neue Formen der Gemeinschaftsarbeit, wie sie die heutigen Verhältnisse fordern, alles dies gehört zu den Aufgaben der geplanten Innungen usw.

Ein umfassenderer Zusammenschluß hatte es dem Handwerk während des Krieges ermöglicht, große Lieferungen zu übernehmen. Warum sollte dies bei guter Organisation nicht auch in Zukunft geschehen können? Die neue Organisation soll den Charakter des Selbstverwaltungskörpers im Sinne des Art. 152 Abs. 2 der Reichsverfassung haben. Die Regelung der gewerblichen Verhältnisse würde dabei nicht der Bureaucratie zu überlassen sein, sondern vom organisierten Handwerk selbst, als verantwortungsvollem Träger der Bedarfsversorgung des Volkes vollzogen werden. Insbesondere dürften die Preise nicht bürokratisch, sondern im Wege des Ausgleichs der Selbstverwaltungskörper unter paritätischer Beteiligung von Produzenten und Konsumenten in Form von Schiedsgerichten geregelt werden. Auf diese Weise würde den Kommunalisierungsbestrebungen am wirksamsten zu begegnen sein, wenn die Bäcker, Metzger usw. den Beweis lieferten, daß sie die Gemeindemitglieder mit ebenso gutem und billigem Brote, Fleisch usw. versorgen könnten wie eine Gemeinde- oder Genossenschaftsbäckerei usw.

Von großer Bedeutung wäre es ebenfalls, daß durch einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Aus- und Umbau der Gesellenausschüsse die Arbeitnehmer des Handwerks gleichberechtigt und in Gemeinschaft

<sup>1</sup> Zur Innung vgl. Bd. III, Kap. 4, § 3, S. 609 ff. Hitze, Neue Wege in der Handwerkerpolitik, in Köln. Volkszeitung Nr. 947, 3. Dezember 1920. Ders., Kapital und Arbeit (1880) 474 ff. Die Idee einer berufsgenossenschaftlichen Organisation ist vom Handwerk besonders in Rheinland und Westfalen lebendig erfaßt worden. Vgl. H. Lübbering, Berufsständische Gemeinschaftsarbeit im rheinisch-westfälischen Handwerk (1919).



mit dem Arbeitgeber nicht nur an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch bei der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte im Handwerk mitzuwirken berufen würden.

**12. Zukunftsbilder oder Zukunftsträume?** Lassalle hatte die von den sog. „Zunftreaktionären“ ausgegebene Parole: „Konservierung des Mittelstandes“, akzeptiert; er wollte aber aus der bloßen Konservierung eine Wiederherstellung machen, indem er das Material für diesen zukünftigen Mittelstand nicht bloß den Resten des Handwerks, sondern auch den Reihen der industriellen Arbeiter entlehnte. Vernehmen wir darüber Lassalles eigene Erklärung: „In der Tat, die Verbindung von Kapital und Arbeit zu bewerkstelligen, das ist eben der wahre Inhalt und die wirkliche Formel der sozialen Frage. Und nicht weniger wahr ist es, daß die Konservierung — bzw. Herstellung — eines gesunden Mittelstandes Hauptzweck der sozialen Lösung sein muß. Der Prüfstein, ob eine soziale Lösung die richtige sei, wird eben darin bestehen, ob sie instande sei, einen solchen Mittelstand zu erzeugen. Allein wie soll denn der Mittelstand konserviert werden? Die Antwort auf diese verhängnisvolle und scheinbar unlösbare Frage: Wie soll der Mittelstand konserviert bzw. hergestellt werden? ist eine sehr einfache. Die große Industrie und ihre den Mittelstand absorbierende Attraktionskraft kann durch nichts besiegt werden, als durch die — noch größere, durch die größte Industrie, d. h. durch jene Verbindung des Staates mit der Industrie, welche ich in der auf den Staatskredit basierten großen Produktiv-Assoziation gefordert habe. Die alte Verbindung von Kapital und Arbeit im Mittelstande wiederherzustellen, wo sie verloren gegangen ist, würde, selbst wenn dies momentan möglich wäre, auf die Dauer ebenso vergebliche Mühe sein, wie es unmöglich ist, diese alte Verbindung, wo sie im Mittelstande noch vorhanden ist, gegen die Attraktionskraft der großen Industrie zu bewahren. Die organische Kraft der großen Industrie einmal gegeben, ist es unmöglich, die noch vorhandenen Reste des Mittelstandes gegen sie in ihrer alten Form zu schützen. Es ist unmöglich, die Flüsse, Bäche und Quellen davon abzuhalten, daß sie in die Ströme fließen und sickern. Aber sich der befruchtenden Kraft des großen Stromes bemächtigen, jene Verbindung von Kapital und Arbeit in einer neuen Weise hervorbringen, einen Mittelstand schaffen, welcher nicht mehr eine Klasse im Volke ist, sondern das Volk selbst umfaßt, das Dasein und die Blüte dieses Mittelstandes gerade auf das Wesen der großen Industrie selbst gründen, gegen welches man ihn vergeblich zu schützen und abzusperren sucht — das scheint mir vor allem befruchtend und auch, da so die unleugbar historisch vorhandene und sich immer mehr entwickelnde Kraft der großen Industrie, statt bekämpft zu werden, zum Träger des Zweckes gemacht wird, vor allem historisch.“

Der Gedanke, durch Produktivassoziationen<sup>1</sup> eine Verbindung zwischen Kapital und Arbeit sowie eine Verselbständigung der Industriearbeiter zu bewerkstelligen, ist seither nicht aufgegeben, vielmehr insbesondere von katholischen Sozialpolitikern, wie v. Ketteler, Hitze u. a., in verschiedener Weise immer wieder als eines der vorzüglichsten Mittel, die soziale Frage, soweit sie Einkommensfrage ist, zu lösen, betont worden. Moufang machte daraus in einer am 27. Februar 1871 zu Mainz gehaltenen Rede geradezu einen

<sup>1</sup> Zur Frage der Produktivgenossenschaften vgl. Bd. III, Kap. 3, § 3, S. 491 ff. 529 ff.

Teil des christlich-sozialen Programms. In der Tat läßt es sich durchaus nicht verkennen, daß auf diesem Wege — wenn er möglich wäre — den Arbeitern viel besser geholfen werden könnte als mit einer andern, angeblich demselben Ziel dienenden Einrichtung, z. B. „Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn“.

Wir wollen indes hier noch eines andern, namentlich von Vertretern der Naturwissenschaften besprochenen Vorschlages gedenken, wie aus den Reihen der Fabrikarbeiter der immer mehr schwindende gewerbliche Mittelstand wieder ergänzt werden könnte.

Dieser Lösungsversuch, welcher an Stelle der Produktivgenossenschaft eine „Innung produktiver Genossen“ setzen will, wurde bereits im Jahre 1862 im „Staats- und Gesellschaftslexikon“ Hermann Wageners mit folgenden Worten entwickelt: „Es ist nicht ein für alle Zukunft feststehender Satz, als müsse die fortschreitende Erfindung im Fache des Maschinenwesens notwendig den aggressiven Gang der großen Fabrikation dem Handwerk gegenüber unterstützen und fördern. Denn wenn auch allerdings jetzt der Erfindungsgeist sich vorzugsweise im Dienste der ersten tätig erweist, so folgt daraus doch nicht, daß nicht Zeiten kommen können, in denen Erfinder es als einen Triumph feiern, durch Vervollkommnung der Werkzeuge und durch neue Apparate die Produktion einzelner Handwerker und kleiner Genossenschaften zur siegreichen Konkurrenz mit der Fabrikation im großen zu befähigen und jenen Kräften dienstbar zu machen, durch welche die gegenwärtige Stellung völlig verändert wird. So wie Teilung der Arbeit den Impuls zu mancher Fabrikation im großen gegeben hat, so kann auch Teilung der Kraft oder wohlfeile Darstellung kleiner Motoren dem Handwerk manches verlorene Terrain wieder erwerben: denn es ist hierbei nicht zu übersehen, daß das Prinzip der Teilung der Arbeit keineswegs notwendig zur Vernichtung der kleinen, selbständigen Werkstätten führt. Zum Beweise kann die schweizerische Uhrenindustrie dienen, wo z. B. in La Chaux-de-Fonds mit 14600 Einwohnern 1422 selbständige Etablissements und Werkstätten gefunden werden, die sich in 54 einzelne Beschäftigungsarten teilen und deren Arbeit zwar dergestalt zueinander paßt, daß aus ihrer Vereinigung gute Uhren hervorgehen, die aber in Hinsicht des Betriebes und Gewinnes voneinander unabhängig sind. Jedes einzelne Teilchen der Uhr wird von besondern Arbeitern, zum Teil in ihrer eigenen Häuslichkeit dargestellt und in der Regel dieser einzelne Artikel für sich zum Verkaufe gebracht. Ein großer Teil solcher einzelnen Stückchen geht in mehr als hundert verschiedenen Abstufungen in alle Welt hinaus und versorgt die Uhrmacher, deren Geschäft anderswo hauptsächlich im Zusammenetzen und Reparieren besteht.

„In den großen Uhrenfabriken der Schweiz findet dieselbe Arbeitsteilung statt, nur arbeiten hier die einzelnen einander in die Hände und für Rechnung des Fabrikherrn. Es bestehen also in diesem Falle, bei gleichmäßiger Anwendung des Prinzips der Arbeitsteilung, beide Formen der Industrie, kleine Werkstätten und große Fabriken lohnend nebeneinander, und es ist nicht abzusehen, weshalb nicht in andern Industriezweigen Ähnliches möglich sein sollte, sofern nicht das erforderliche Maß der bewegenden Kraft und der Preis derselben dies verhindert.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> A. a. O. X (1862) 64.

Es mag nun vielleicht im Reiche der Möglichkeit liegen, durch Einführung einer neuen Naturkraft in die industrielle Verwendung, nämlich der Elektrizität, die Teilung der bisher in einem Zentrum, der Fabrik, wirkenden Betriebskraft, sowie die Leitung des erforderlichen Maßes der bewegenden Kraft in lokal getrennte Werkstätten durchzuführen, ohne daß dadurch die Produktionsunkosten gesteigert werden müßten. Wie die Fabrik entstand, indem das Handwerkszeug zum Teil der Maschinen wurde, so mögen aus der Fabrik wieder die Werkstätten selbständiger Werkmeister entstehen können, sobald die Werkzeuge von der Maschine gelöst, zu vielen kleinen Spezialmaschinen umgestaltet werden, deren jede zur Ausführung eines bestimmten Arbeitsteilungsprozesses verwendet wird. Diese Art der Produktion würde in gewisser Hinsicht rentabler sein als die Produktion in großen Fabriken: einmal, weil die kostspielige Aufsicht, welche der Großbetrieb in Fabriken erfordert, hinwegfällt; sodann, weil das Selbstinteresse der für eigene Rechnung arbeitenden Meister denselben, was Intensität und Güte der Arbeit betrifft, einen gewaltigen Vorsprung vor dem Fabrikarbeiter sichern muß. Die neue Organisation der Produktion setzt voraus, daß zur Errichtung der kleinen Werkstätten sowie einer zentralen Kraftquelle Kapital beschafft werde. Allein dieses bzw. der Kredit folgt stets den rentablen Unternehmungen und wird sich ebendeshalb der Genossenschaft dieser Meister zur Verfügung stellen, wenn ihre Rentabilität gesichert wäre. Allerdings würde die Einrichtung staatlicher Kreditanstalten oder eine Erweiterung der Funktionen bereits bestehender Staatskassen bei Eisenbahn, Post, Steuerämtern usw. zur Gewährung billigen Kredits auf das neue Industriesystem vom wohlthuendsten Einflusse sein. Warum sollten auch nicht die Gemeinden, welche im Mittelalter Wollküchen, Walkmühlen usw. den Zunftgenossen gegen mäßige Vergütung zur Verfügung stellten und heutzutage fast allenthalben Gasfabriken usw. errichteten mit Leitungen durch die ganze Stadt, z. B. eine Dampfmaschine als Zentralkraftquelle schaffen können, von der aus, mit besondern Begünstigungen, die Spezialmaschinen gerade solcher einzelnen Meister mittelst Elektrizität und Umsatz derselben in Bewegungskraft getrieben würden?

Wir sagten vorhin, daß die Meister unter sich eine Genossenschaft konstituieren würden. Das wäre jedenfalls das Natürliche, da jeder von ihnen nur einen Teil der Ware herstellt, die gegenseitige Abhängigkeit in der Produktion aber zu einer Verbindung der Meister unter sich von selbst hindrängen müßte. Überdies würden dadurch zu gleicher Zeit die günstigsten Bedingungen für den Ankauf der Rohstoffe, den Absatz der fertigen Waren, eventuell für Anschaffung der zentralen Kraftquelle erlangt werden können. Innerhalb der Genossenschaft und als Angehörige derselben würden die bei einzelnen Kleinmeistern arbeitenden Gesellen keine von den Unternehmern geschiedene Gesellschaftsklasse mehr bilden, vielmehr ihr Gesellentum in ähnlicher Weise als Übergangsstadium zur Meisterschaft betrachten, wie dies bei dem eigentlichen Handwerk der Fall war. Die Dezentralisation würde sich natürlich nicht für alle Industrien durchführen lassen. Allein es genügte, wäre sie für eine große Anzahl von Industrien durchführbar. Schon dadurch würde insbesondere der Arbeitslohn von selbst bei allen andern Betrieben gesteigert werden.

Wenn Lassalle die große Industrie durch die größte Industrie in Form der Produktivgenossenschaft besiegen wollte, so würde dagegen diese „Werkmeisterzunft“ — sofern sie kein bloßer Traum bliebe — als rentabelste Industrie



den industriellen Latifundienbetrieb verdrängen und aus den Kreisen der Fabrikarbeiter die wenigen übriggebliebenen Reste des gewerblichen Mittelstandes ergänzen. Dieses neue Industriesystem bekämpfte ebensowenig „die sich immer mehr entwickelnde Kraft“ des Maschinenbetriebes wie die Produktivgenossenschaft und wäre deshalb nicht minder „historisch“ wie diese. Aber es führte unter Beibehaltung aller Vorteile des Maschinenbetriebes sowie aller Vorteile der Arbeitsteilung schließlich mit höherer Rentabilität den Kleinbetrieb ein an Stelle des Großbetriebes, und eben darum wäre es sogar noch mehr „historisch“ wie die Produktivgenossenschaft. Großbetrieb und Kleinbetrieb haben in der Geschichte miteinander abgewechselt, je nachdem der eine oder der andere besser rentierte. Als z. B. in England die Wollindustrie aufkam und deshalb das Halten großer Schafherden sehr rentierte, bildeten sich sofort Latifundien. Kaum kam die amerikanische Baumwolle auf, welche die Schafwolle zum Teil verdrängte, da wurden auch schon die Latifundien wieder zerschlagen, und Kleinwirtschaft mit Pächtern trat an Stelle des Betriebes mit großer Regie.

**13. Statistisches und Produktionsgeographisches.** Wir müssen uns hier natürlich auf wenige Andeutungen beschränken, alles Nähere der besondern Volkswirtschaftslehre bzw. Spezialarbeiten überlassend.

Der Weltkrieg und seine Folgen (veränderte Karte von Europa usw.) werden auf industriellem Gebiete manche Richtungsänderungen im Weltverkehr und sonstige Verschiebungen hervorrufen, hier Niedergang, dort Aufschwung zur Folge haben. Allein die örtliche Verteilung der Industrie ändert sich doch nicht so leicht und so schnell. Auch die weitere Entwicklung knüpft an überlieferte Verhältnisse und gegebene Bedingungen an. Wir dürfen darum auch in folgendem vorerst auf die Zustände vor dem Weltkriege verweisen, ohne fürchten zu müssen, ein falsches Gesamtbild zu entwerfen.

Beginnen wir mit Deutschland. Die Erinnerung an das, was Deutschland vor dem Kriege durch seinen Fleiß, seine Tüchtigkeit auf industriellem Gebiete leistete, möge in uns die Hoffnung auf eine bessere Zukunft lebendig erhalten und stärken.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches betrug im Jahre 1882: 45 $\frac{3}{4}$  Millionen. 1907: 62 Millionen. Die Volkszunahme belief sich auf 35 $\frac{1}{2}$  %. In der gleichen Zeit stieg die Gesamtheit der gewerbetätigen Bevölkerung von 5 933 663 auf 10 852 873 Personen. Die Vermehrung betrug 83 %. Die Zahl der in Alleinbetrieben arbeitenden Personen hatte um 30 % abgenommen. Die Kleinbetriebe mit Hilfskräften (bis 5 Personen) wiesen aber eine Zunahme der gewerblich Tätigen um 22 %, die Mittelbetriebe mit 6–50 Personen eine Vermehrung um 147 %, die Großbetriebe eine Vermehrung um 218 $\frac{1}{2}$  % auf.

Die Zahl der gewerblichen Alleinbetriebe nahm in der Zeit von 1882 um 30 % ab. Die kleinen Gehilfenbetriebe (bis 5 Personen) vermehrten sich aber um 17 %, die Mittelbetriebe (6–50 Personen) um 120 %, die Großbetriebe (51 und mehr Personen) um 205 %.

Die gewerbetätige Bevölkerung und die gewerblichen Betriebe wuchsen schneller als die Gesamtbevölkerung. Das erklärte sich nach Sombart aus der Zunahme des Bedarfs an gewerblichen Produkten; ferner aus der Abnahme der häuslichen Eigenproduktion; sodann aus der Notwendigkeit, Rohstoffe, die aus dem Auslande bezogen wurden, mit gewerblichen Produkten des Inlandes zu bezahlen, aus dem Ersatz schließlich organischer Stoffe im gewerblichen Produktionsprozesse

durch nicht organische (z. B. von Holz durch Eisen); letztere können und müssen darum in großer Menge erst hergestellt werden.

Die Zunahme der Großbetriebe besagt nicht, daß ihr Wachstum sich ausschließlich auf die Vernichtung kleinerer selbständiger Existenzen zurückführte. Das ganze gewerbliche Gebiet erhielt eben fortgesetzt einen Zuwachs durch die gesteigerten Bedürfnisse, durch die Entstehung neuer Gewerbebezüge, die Möglichkeit des Fabrikatenexportes<sup>1</sup>.

Im früheren Österreich zählte man 1902: 1,4 Millionen gewerblicher Betriebe. Davon waren  $1\frac{1}{4}$  Millionen (95 %) Kleinbetriebe, etwas über 60 000 ( $4\frac{1}{2}$  %) Mittelbetriebe und nur 6500 ( $\frac{1}{2}$  %) Großbetriebe. Ein Drittel ungefähr aller gewerblich tätigen Personen (29 %) entfielen aber auf diese Großbetriebe, auf die zahlreichen Kleinbetriebe nur etwas über die Hälfte (52 %).

Die deutsche Gewerbestatistik stellte auf Grund der Angaben der Unternehmer im Jahre 1895 eine Zahl von 490 711 Hausindustriellen fest<sup>2</sup>. Man wird aber, wenn man die Hausindustrie zugleich als Nebenberuf mit einbezieht, die Gesamtzahl der hausindustriell Tätigen auf 1 Million beziffern dürfen. Besonders stark war die Hausindustrie in der Textilindustrie vertreten, nahm da aber, wie in der Strickerei, Häkelei und Stickerei beständig ab. In der Konfektion, Schuhmacherei, Wäscherei und Plätterei, Tischlerei, Tabakfabrikation nahm die Heimarbeit anderseits zu. Vom Glatzer Gebirgskessel und dem Eulengebirge, uralten Sitzen der Hausindustrie, zog sich das bedeutendste Hausindustriengebiet Deutschlands an den Nordabhängen des Riesen- und Erzgebirges entlang, südwestlich zum Fichtelgebirge, nordwestlich zum Thüringer Walde und dem Eichsfelde hin. Auch in gebirgigen Gegenden des Südens und Südwestens fanden sich noch eine größere Anzahl von Hausindustriellen. Ganz besonders aber sind die Städte und Hauptstädte (Berlin, Breslau, Stettin, München, Hamburg, Erfurt) stark mit Hausindustrie (insbesondere der Konfektion) durchsetzt.

In Österreich-Ungarn gab es nach der Betriebszählung von 1902: 356 995 hausindustrielle Betriebe mit 463 536 tätigen Personen. In Wirklichkeit wird aber die Zahl eine größere gewesen sein. Die Textilindustrie stand auch hier an erster Stelle. Es waren in den Textilgewerben allein 212 000 und in den Bekleidungsgewerben 140 000 verlegte Arbeiter tätig. Ihren Hauptsitz hatten diese Industrien in den Sudetenländern und einigen angrenzenden Gebieten Galiziens. Kleider- und Wäschekonfektion fanden sich vornehmlich in Wien und in Mähren. In Wien beschäftigte die hausindustrielle Schuhmacherei viele Sitzgesellen. In Böhmen bildete sie die Winterbeschäftigung landwirtschaftlicher Tagelöhner oder Parzellenbesitzer. Besondere Erwähnung verdient auch die nordböhmische Glasindustrie.

In der Schweiz belief sich um die Wende des Jahrhunderts die Zahl der hausindustriell beschäftigten Personen auf mehr denn 100 000, wovon etwa 30 000 allein zur Seidenindustrie gehörten (namentlich in den Kantonen Zürich, Bern, Schwyz, Basel-Stadt und -Land, Appenzell und Aargau). Eine Verlags- und Exportindustrie ersten Ranges ist die teilweise noch junge Stickerei in den

<sup>1</sup> Schwiedland, Wettkampf der gewerblichen Betriebsformen, a. a. O. 34 f.

<sup>2</sup> Die deutsche Berufsstatistik führt unter der Rubrik „Gewerbetreibende, die in der eigenen Wohnung für fremde Rechnung arbeiten“, 1832: 339 644 Personen auf, 1895: 287 389 und 1907: 247 651.

Kantone St. Gallen, Appenzell, Thurgau (mit Ausbreitung über Vorarlberg und Süddeutschland). Die hausindustrielle Genfer und Neuenburger Uhrenfabrikation ist allgemein bekannt. In den Städten verdrängte der hausindustrielle Betrieb mancherorts das selbständige Schneider- und Schusterhandwerk. Gebirgsgegenden wiesen noch kleine Hausindustrien auf (Strohflechterei, Holzschnitzerei, Korbflechterei, Töpferei usw.).

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts kamen auf die Berufsabteilung „Industrie“ (einschließlich Bergbau) von 100 Erwerbstätigen:

in Großbritannien . . . . .	45,8	in Dänemark . . . . .	25,2
„ Schweiz . . . . .	44,9	„ Italien . . . . .	24,5
„ Belgien . . . . .	41,6	„ Nordamerika . . . . .	24,1
„ Deutsches Reich . . . . .	40,9	„ Österreich . . . . .	23,3
„ Frankreich . . . . .	35,5	„ Schweden . . . . .	20,9
„ Niederlande . . . . .	33,7	„ Ungarn . . . . .	13,6
„ Norwegen . . . . .	27,7		

Auf einige vor dem Weltkrieg besonders hervorragende deutsche Industrien sei in aller Kürze hingewiesen<sup>1</sup>.

Unter den Industrien auf mineralischer Grundlage ragte die Eisenindustrie<sup>2</sup> hervor, die sich fast in allen großen Städten fand. Berühmt waren die „Gußstahl- und Eisenwerke von Krupp“, der „Hermannshütte“ in Hörde, der „Union“ in Bochum, die „Stummschen Werke“ in Neunkirchen, die „Gruson-Werke“ in Magdeburg usw., die vielen Werke im rheinisch-westfälischen und ober-schlesischen Industriebezirke. Dazu kamen die gewaltigen Fabriken für Maschinen und Eisenwaren in vielen Städten (Borsig-Berlin, „Sächsische Maschinenfabrik“ in Chemnitz usw.), die Kanonengießereien, Gewehrfabriken, die sonstige Waffenindustrie. Im eisernen Schiffbau war Deutschland allen Nationen überlegen (die Kaiserlichen Werfte in Kiel, ebenda die Kruppsche Germaniawerft, Howaldts-Werke, Vulkan in Stettin, Danzig, Schichauwerft in Elbing, Blohm & Voß in Hamburg, die Werfte in Bremen, Bremerhaven). Ferner gehört hierhin die Herstellung von Eisenbahnmaterial, landwirtschaftlichen Maschinen, Nähmaschinen, Werkzeugen, Näh- und Stecknadeln usw. — Von der Metallwarenindustrie seien erwähnt der Bronzeguß (Berlin, München, Stuttgart, Frankfurt a. M.), die Neusilber-, Britannia-, Messingartikel von Iserlohn, die berühmten Gold- und Silberwaren (von Hanau, Gmünd, Pforzheim, Augsburg), Zinkgießereien, Schriftgießereien (Leipzig), Fabrikation von Zinnwaren (Spielwaren Nürnberg), Blechwaren. — Einen großen Ruf hatten die elektrischen Apparate von Siemens & Halske (Berlin), Schuckert (Nürnberg), die physikalischen und optischen Instrumente (Hamburg, Berlin, „Goerz“ in Friedenau bei Berlin, Zeiß in Jena, Göttingen, Leipzig, Hildburghausen, München, Kempten, Nürnberg, Rathenow), die Uhrenindustrie von Glashütte. — Sehr geschätzt waren ferner die Solnhofener Lithographieschiefer, die keramischen und glasindustriellen Produkte, das Spiegelglas von Fürth, das Meißener Porzellan usw.

<sup>1</sup> Vgl. die wirtschaftsgeographischen Werke von M. Eckert, E. Friedrich, W. Morgenroth, Handels- und Wirtschaftsgeographie, in Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute<sup>58</sup> (1920) 761 ff. usw.; Karl Kollbach, Deutscher Fleiß. Wanderungen durch die Fabriken, Werkstätten und Handelshäuser Westdeutschlands (1908).

<sup>2</sup> Vgl. Ernst Günther, Die internationale Stellung der deutschen Eisenindustrie, in Schmollers Jahrbuch XXXVIII (1914) 1429 ff.



Zu den Industrien auf tierischer Grundlage kann man zunächst die Marinieranstalten und Räuchereien an den deutschen Küsten rechnen, dann die berühmte Fleischwarenfabrikation von Frankfurt a. M. (Wurst), Gotha (Cervelatwurst), Straßburg (Gänseleber) usw. Ferner gehören hierhin die verschiedenen Lederarbeiten, die Seidenindustrie (Krefeld und Nachbarstädte), die Tuchindustrie (Aachen, Düren usw.), die Wollspinnerei und -weberei, Strumpfwirkerei, Teppichfabrikation an vielen Orten. Die Herstellung von Gobelins (München, Berlin) fand staatliche Unterstützung.

Andere Industrien und Gewerbe bedienen sich pflanzlicher Rohstoffe, die Herstellung halbwollener Waren pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse zugleich. Erwähnt seien bei dieser Gewerbegruppe noch die Stickwaren und Gardinenweberei, Spitzenweberei und -klöppelei (Plauen i. V. usw.), die außerordentlich entwickelte Bekleidungsindustrie (Hauptsitz Berlin). Das Baumwollgewerbe<sup>1</sup> hatte seine Hauptgebiete (im früher deutschen Elsaß), in Rheinland und Westfalen, in Süd- und Nordbayern, im sächsisch-thüringischen Lande, in der sächsischen Oberlausitz und in Schlesien; die Leinenweberei in Schlesien, Oberlausitz, Westfalen, Elsaß, Oberhessen (Gießen). Die Hanfindustrie fand sich ganz besonders in den deutschen Seestädten, die Juteweberei in Bonn und Beuel, Braunschweig, Bremen, Hof, Meißen, Löbau in Sachsen, Emsdetten und andern Orten. Die Holzindustrie hatte sich außerordentlich entwickelt (Holzstoffpapierfabrikation, Möbelindustrie, Holzspielwarenindustrie, Holzschnitzerei, musikalische Instrumente, Schwarzwälder Uhren usw.). Erwähnen wir dann noch die Tabakmanufaktur, Zucker- und Konditorwarenindustrie, Schokoladenfabriken, die großen Müllereien, Schaumwein- und Obstweinbereitung, die Bierproduktion, Spritfabrikation usw.

Erzeugnisse aus verschiedenen Naturreichen werden auch bei der Herstellung von Konserven und Genußmitteln verwendet. Die deutsche chemische Industrie ferner ging unbestritten allen andern Ländern voraus. Auch wurde das deutsche Buchdruckergewerbe in keinem Lande der Welt übertroffen<sup>2</sup>.

Die bedeutendste Industrie des bis zum Ende des Weltkrieges mit zum deutschen Zollgebiet gehörigen Großherzogtums Luxemburg (namentlich im Südwesten des Landes) beschäftigte sich mit Eisen- und Stahlgewinnung<sup>3</sup>. Daneben findet sich dort in geringerem und größerem Umfange eine Leder-, Handschuh-, Tuch-, Trikot-, Fayence-, Steingut- und Papierfabrikation. Auch Holz, Flachs, Hanf werden im Lande verarbeitet.

Noch vor nicht allzu vielen Jahrzehnten war England die industrielle Werkstatt der Welt. Deutschland fing erst an mit seiner Industrie. England hatte einen gewaltigen Vorsprung, hatte mehr Kapital, eine besonders günstige geographische Lage, verfügte über den vierten Teil der Welt als Kolonialgebiet. Aber all diese Vorzüge hatten nicht verhindern können, daß die deutsche Industrie durch ihre

<sup>1</sup> Vgl. Gröllich, Die Baumwollweberei der sächsischen Oberlausitz und ihre Entwicklung zum Großbetrieb (1911). Ein interessantes Beispiel für den Übergang vom Handbetrieb zu dem mechanischen Betrieb und Großbetrieb, der sich hier verhältnismäßig spät vollzog und vor dem Kriege noch nicht zu Ende gekommen war. Der größte Betrieb beschäftigte fast 3000 Arbeiter.

<sup>2</sup> Büchererzeugung in Tausenden 1912: Deutschland 34,8; England 12,1; Frankreich 9,6.

<sup>3</sup> Oolithische Eisenerze, sog. Minetten (Deminutiv von Mine-Erz). Deutschland-Luxemburg produzierten über 20% der Weltproduktion.

Leistungen sich emporarbeitete zu einem gefürchteten Konkurrenten der englischen Industrie. Deutschland lieferte der Welt bessere und billigere Waren. Das war sein Vorzug. In England selbst fing man schon während des Krieges an, die wahren Ursachen der Unterlegenheit der englischen Industrie einzusehen. In einem Buche z. B., das die industrielle Leistungsfähigkeit Englands, Deutschlands, Amerikas vergleicht, bemerkt Arthur Shadwell über die englischen Industriellen und Arbeiter: „Der einstmals unternehmende Fabrikant ist gleichgültig geworden, er läßt das Geschäft für sich selbst sorgen, während er Rebhühner schießt oder im Mittelmeer eine Jachtfahrt macht. Das ist sein Beruf. Der Arbeiter, der einstmals in der Arbeit unerreicht dastand, hat sich das Motto zugelegt: ‚Soviel als möglich kriegen, so wenig als möglich leisten.‘ Sein Beruf ist Fußballspiel und Wetten.“

Ramsay Macdonald sprach offen von der Unfähigkeit, der „Incompetence of British manufacturers“. Die naturwissenschaftliche Wochenschrift „Nature“ fand die Ursache des Niederganges der englischen Industrie in dem Mangel an wissenschaftlicher Methode und Organisation: „Die Wertschätzung der wissenschaftlichen Arbeit ist es“, so sagt sie, „was Deutschland in die vorderste Reihe der modernen Industrie gestellt hat.“ Speziell über die chemische Industrie konnte H. Großmann in einem Berliner Vortrage (April 1916), gestützt auf das Urteil vorurteilsfreier Männer Frankreichs und Englands, bemerken: England könne infolge seiner geistigen Trägheit nicht eine naturwissenschaftliche Nation werden; seine geistige Trägheit mache es zu langsam, um seine verborgenen Organisationsfähigkeiten wirksam zu gestalten. Frankreich habe zwar auf einzelnen Gebieten der chemischen Industrie, der Präparatindustrie, der Riechstoff- und pharmazeutischen Industrie nicht geringe Leistungen aufzuweisen, aber es fehle der für Fortschritte auf dem Weltmarkte unerläßliche Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Praxis und das Verständnis für die richtige Arbeitsmethode auf wissenschaftlicher Grundlage. In Italien nehme nur die elektrochemische Industrie eine beachtenswerte Stellung ein; den Mangel an Farbstoffen habe man aber auch dort vergeblich zu beseitigen versucht. In Rußland arbeite man nach wie vor mit der hergebrachten Planlosigkeit. Die „unerschöpflichen Produktivkräfte Rußlands“ würden demgemäß zur leeren Formel<sup>1</sup>.

Zu beachten bleibt auch folgendes: Deutschland legte sein Geld für die Entwicklung seiner Fabriken und Handelshäuser an, und dies hat sich noch immer als die beste Geldanlage erwiesen. Frankreich machte es anders, es schickte sein Geld ins Ausland. Von 1905 bis 1910 legten die französischen Geldleute 18 639 Millionen Franken in ausländischen Werten an, während die Deutschen in dieser Zeit nicht mehr als 3101 Millionen Franken in solchen Werten anlegten. Den Besitzstand an fremden Werten schätzte man in Frankreich auf 50 Milliarden Franken, in Deutschland auf 22 Milliarden. Deutschland brauchte sein Geld für sich selbst, und auf diese Weise konnten Unternehmungen von riesenhaften Dimensionen gedeihen, wie die großen chemischen Fabriken, wie Thyssen, der allein 35 000 Arbeiter beschäftigte, wie die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, die über ein Kapital von 350 Millionen Mark verfügte und ihre Arme über die ganze Welt ausstreckte.

<sup>1</sup> Germania Nr. 168, 9. April 1916; Nr. 321, 14. Juli 1916.

Wenn man aber die glänzende Entwicklung der deutschen Industrien vor dem Weltkriege verfolgt, dann darf man ganz besonders den trefflichen deutschen Arbeiterstand nicht vergessen. Ohne seine Vorzüge und seine Wirksamkeit wäre ein solcher Aufschwung schlechthin unmöglich gewesen.

Österreich-Ungarn war seiner wirtschaftlichen Bedeutung nach weithin Ackerbaustaat. Aber auch die industrielle Betriebsamkeit blieb keine geringe<sup>1</sup>. Zu den Industrien auf Grund pflanzlicher Rohstoffe zählte insbesondere Ungarns Mehlinindustrie (Budapest, Temesvár). Etwa 300 Fabriken stellten um die Jahrhundertwende Rübenzucker her (Böhmen, Mähren, Schlesien, Ungarn). Weltbekannt ist das Pilsener Bier. Auch Ungarn, Budweis, Leitmeritz, Wien, Schwechat, Graz liefern reichlich Bier. Ungarn besaß (meist in kleineren Betrieben) zahlreiche Branntweinbrennereien. Den Tabak verarbeiteten um 1900: 46 Staatsfabriken. (In Ungarn, Fünfkirchen, wurde Tabak in großen Mengen angebaut.) Die Baumwollindustrie fand sich vorzugsweise in Böhmen (Reichenberg und Umgebung), dann in Ober- und Niederösterreich, Vorarlberg. Zu Warnsdorf in Böhmen wurde Baumwollsamt hergestellt. Leinenwaren erzeugte Trautenau usw. Im Sudetengebiet fand sich auch Juteweberei, in Ungarn Hanfindustrie. Nieder- und Oberösterreich, Steiermark und Nordböhmen erfreuten sich des Wachstums ihrer Papierfabrikation. Wien konkurrierte im Buchgewerbe mit Berlin und Leipzig. Die Wiener Möbelfabrikation genoß Weltruf, ebenso der Wagenbau; auch die Prager Eisenbahnwaggons waren vortrefflich. Salzburg und Tirol lieferten feine Holzschnitzereien und Spielwaren. — Zur Industrie sodann auf Grund tierischer Erzeugnisse u. dgl. gehörten: die Schafwollindustrie, Streichgarnweberei und -spinnerei (Reichenberg, Brünn, Bielitz in Schlesien, Biala in Galizien, Kammgarnspinnereien und -webereien namentlich in Böhmen (Reichenberg, Asch), Tuchfabrikation (Brünn und Steiermark). Schals, feine Möbelstoffe erzeugte Wien, auch Teppiche (ebenfalls Reichenberg, Brünn). Desgleichen ragte Wien hervor in der Seidenindustrie. Beliebt waren die Erzeugnisse der Hutfabrikation von Wien, Prag, Graz, die Lederfabrikation von Wien, Krems, Prag, Pilsen, Budapest, Mähren, Galizien. Erwähnung verdienen sodann noch die Wirkwaren der Reichenberger und Egerer Bezirke, die Weißstickerei im Erzgebirge und Vorarlberg, die Kunststickerei von Wien, Graz, Prag, Budapest, wo auch fertige Kleider und Wäsche von besonderer Güte hergestellt und nach allen Erdteilen versandt wurden. Vorzüglichen Ruf genossen die musikalischen Instrumente, Klaviere, Harmonikas, Drehorgeln Wiens, die Blas- und Streichinstrumente Böhmens<sup>2</sup>. — Von den Industrien auf Grund mineralischer Rohstoffe seien erwähnt die Stahlerzeugung in Steiermark (Vordernberg, Bruck, Graz), Oberösterreich (Sensen und Waffen von Steyr), Böhmen (Prag, Pilsen), Mähren (Wittkowitz). Die bedeutendsten Maschinenfabriken fanden sich in Wien, Budapest, Prag, Wiener-Neustadt, Graz, Brünn, Pilsen, Triest. Hier in Triest, wie in Fiume und Pola waren Werfte entstanden. Zierliche Luxuswaren

<sup>1</sup> Angaben nach Eckert.

<sup>2</sup> Über Gewerbeförderung in Österreich vgl. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXVII (1913) 1037 f. Hedwig Lemberger macht Mitteilungen über die „Wiener Wäsche-Industrie“ (1907). Da finden sich verschiedene gewerbliche Betriebssysteme zu gleicher Zeit. Über österreichische Heimarbeit vgl. unter anderem Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XXI (1912) 157 ff. 370 ff. Dort auch über Erhaltung des Handwerks in Ungarn XXII (1913) 371 ff. 376 ff.



in Bronze, Gold, Silber lieferte Wien. Ganz hervorragend war Österreichs Glasindustrie (Haida, Steinschönau, Gablonz, Tannwald, Eleonorenhain, alle in Böhmen, ferner in Mähren, Steiermark, Niederösterreich). In der keramischen Industrie (Ton, Porzellan) zeichnete sich wiederum Böhmen aus (Karlsbader und Egerer Bezirk). Auch wuchs die Zahl der chemischen Fabriken und Mineralöl-Raffinerien usw.

Schwer hat die Schweiz unter dem Weltkrieg gelitten. Aber die Tüchtigkeit der Bevölkerung begründet die Hoffnung, daß ihre Industrie bald wieder die alte Höhe erreichen werde. Wie im benachbarten Vorarlberg blühte im Zürcher Lande die Baumwollindustrie, in Bern die Leinen- und Wollweberei, die Spitzenfabrikation, Stickerei und Seidenwarenmanufaktur in Zürich, St. Gallen, Appenzell, Thurgau, Basel. Dazu kommt die Schweizer Uhrenindustrie (besonders im Jura und in Genf)<sup>1</sup>, Strohflechtereien (Flachschweiz, Aargau), Holzschnitzereien (Berner Oberland). In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich in hervorragendem Maße die Eisen- und Maschinenindustrie (auch für den Export) in Zürich, St. Gallen, Winterthur, Basel, Genf. Eines der größten Aluminiumwerke der Welt findet sich in Neuhausen bei Schaffhausen. Dazu kommen noch die chemische Industrie (Basel-Land), die Bierbrauerei, Leder- und Papierfabrikation, die Handschuhwerkstätten in Genf und Solothurn, die Schokoladenwaren (Bern, Neuchâtel, Vevey, Lausanne), die Zigarren- und Tabakfabrikation (Aargau und Waadt), die Likör-, Suppenwarenfabrikation, — die Basler „Leckerli“ nicht zu vergessen. — Mehr als eine Million Menschen ernährt die Industrie.

Die Schweiz ist auf fremde Kohle und auf Verarbeitung eingeführter Rohstoffe angewiesen. Auch für andere Länder besteht die Notwendigkeit der Qualitätsarbeit, doch nicht immer in dem hohen Maße wie für die Schweiz bei ihrer Kohlen- und Rohstoffarmut. Von einem Zollschutzsystem kann hier keine Rede sein. Je schwieriger die Rohstoffbeschaffung, die Kohlenversorgung und überdies noch, bei dem Mangel an einheimischen Arbeitskräften, die Arbeiterrekrutierung ist, je ungünstiger Zufuhr- und Absatzverhältnisse für Massenprodukte sind (kein direkter Zugang zum Meere), um so höhere Durchschnittswerte müssen an den teuern Stoffen und mit den wertvollen Kräften gewonnen werden. Der Schweiz fehlen Kolonien. Im Verhältnis zu Agrarstaaten verfügt die Schweiz über reichere Kapitalmittel und über eine entwickelte Kreditorganisation<sup>2</sup>.

Belgien<sup>3</sup> zählte 1910 auf den Quadratkilometer mehr als doppelt soviel Einwohner wie Deutschland (252 gegen 120), beinahe soviel wie die Rheinprovinz,

<sup>1</sup> A. Pflighart (Die schweizerische Uhrenindustrie, in Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen Heft 133 [1908]) meint, in der schweizerischen Uhrenindustrie erweise sich heute die Fabrik dem Verlag überlegen, weniger durch die Qualität der Produkte als durch die Form, in welcher sie diese auf dem Markte anbietet. Gleichwohl werde die Etablissage sich doch neben der mechanischen Fabrikation behaupten wegen ihrer Anpassungsfähigkeit an die Wünsche und Liebhabereien der Käufer durch ihre Spezialitäten.

<sup>2</sup> Peter Heinrich Schmidt, Die schweizerischen Industrien im internationalen Konkurrenzkampfe (1912). Die schweizerische Industrie macht in immer weiterem Umfang Gebrauch von den reichlich vorhandenen Wasserkraften. Von den 320 500 in der Industrie verwendeten Pferdekraften entfallen 185 500 auf die Wasserkraften. Man berechnete, daß leicht 583 000 PS. durch Wasserkraften erzeugt werden könnten. E. Friedrich, Wirtschaftsgeographie (1907) 195.

<sup>3</sup> Herm. Schumacher, Belgiens wirtschaftliche Bedeutung, im Berliner Lokalanzeiger 35. Jahrg., Nr. 11 und 18, 7. und 11. Januar 1917.

die volkreichste Provinz Preußens (264). Wenn aber in Deutschland eine lange Zeit hindurch starke Volksvermehrung Haupttriebkraft auch der wirtschaftlichen Fortschritte geblieben war, hatte sich in Belgien schon früher eine Abnahme dieser Volksvermehrung gezeigt. 1913 war die belgische Sterbeziffer der deutschen fast gleich (14,5 gegen 15), während die Geburtenziffer hinter der deutschen zurückblieb (22,6 gegen 27,5). Im Geburtenüberschuß (7,8) stand Belgien unter den selbständigen europäischen Staaten nächst Frankreich am ungünstigsten. Es sind die wallonischen Provinzen Hennegau, Lüttich, Namur und Luxemburg, die das geringste Wachstum der Bevölkerung (18,5 auf Tausend, ähnlich wie Frankreich mit 18,8) aufweisen, während die flämische Bevölkerung (auf dem Lande) eine Zunahme von 27 (Deutschland 27,5) aufweisen konnte.

Von den am 31. Dezember 1910 in Belgien gezählten Berufstätigen entfielen 48,56 % auf Industrie und Bergbau (in Deutschland nach der Zählung von 1907: 40 %).

Belgien ist das älteste Industrieland des europäischen Kontinents.

Die flandrischen Tuche waren schon früh in der ganzen Welt berühmt. Allein dieser Industriezweig, der in den reichen Städten von St-Trond bis Douai zu hoher Blüte gelangte, baute sich auf der unsichern Grundlage ausländischen Rohstoffes (englischer Wolle) auf. Als nun die Engländer von Flandern das Spinnen und Weben selbst gelernt hatten, begann der Rückgang. Die englischen Tuche traten an die Stelle der flandrischen. Doch hat sich die alte flandrische Leinenindustrie, teilweise am Handbetriebe festhaltend (Leinenweberei mit Gent als ihrem Mittelpunkt), erhalten. Neben dieser älteren flämischen Leinenindustrie hat sich dann auch in Flandern an Stelle der alten Wollindustrie die neuere Baumwollindustrie entwickelt. Von den 900 000 belgischen Spindeln waren allein in Gent (dem flämischen Manchester) 750 000 tätig; außerdem gab es da 22 Baumwollwebereien. Die flämische Baumwollindustrie lieferte indes, ebenso wie die Leinenindustrie, nicht so sehr wie England feinste Fertigfabrikate, sondern mehr mittelfeine oder grobe Garne und Gewebe. Als Wollstadt ragt insbesondere Verviers hervor; dort finden sich alle Stufen der Behandlung der Rohwolle, die Kämmerei, Spinnerei von Streich- und Kammgarn, die Weberei und die Herstellung von Textilmaschinen zugleich.

Jahrhundertlang stand in Belgien die Textilindustrie an der Spitze der Industrien. Heute tritt sie hinter der Eisenindustrie zurück, da diese eine beträchtlich breitere Grundlage für vielseitige Fertigindustrie bietet. Die Eisenindustrie aber fand im südlichen Belgien günstigere Verhältnisse vor als in Flandern. Dort wurden, wie in der Eifel, die Kohlenbrenner des Bergwaldes schon früh auch Eisenzeuger. Und im Mittelalter gab es da bereits Schmelzöfen und Hammerwerke in größerer Anzahl, wie auch die Waffenindustrie sich schon beträchtlich entwickelte. Von großer Bedeutung für die wallonische Eisenindustrie wurde die Berufung der Brüder Cockerill aus England (1816). Diese gründeten in Seraing bei Lüttich die bekannten großen Werke in unmittelbarer Nähe ergiebiger Kohlenzechen. Dasselbst wurde zu Beginn der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts der erste Kokshochofen und bald darauf die erste Lokomotive des europäischen Festlandes gebaut. In Belgien entstand ferner die erste Eisenbahn auf dem europäischen Kontinent. Kein Land hat ein so dichtes Eisenbahnnetz wie Belgien. Dort ging man auch zuerst zum Staatsbahnsystem über — alles Umstände, welche der Eisenindustrie wesentlich zustatten kamen. Sie erblühte vor allem in der Nähe der Kohlenlager in den Provinzen Lüttich und Hennegau. Die belgische Zinkindustrie

stand in Europa (nach der deutschen) an zweiter Stelle. Auch in der Glasindustrie nimmt Belgien eine hohe Stelle ein.

Jeder, der Belgien durchreist, empfängt sofort den Eindruck, daß dieses Land in hervorragender Weise Industriestaat ist. Lüttich, Charleroi, Mons, Mecheln, Namur, Gent, Brüssel, Brügge usw., alle diese Städte legen Zeugnis ab von einem außerordentlich hohen Gewerbefleiß auf den verschiedensten Gebieten: Herstellung von Porzellan, Töpferwaren, Wagen, Luxusgegenständen, Metallverarbeitung, mannigfaltige Textilwarenindustrie, Brüsseler und Mechelner Spitzen, Wolltüche von Verviers, Hennegauer Strümpfe, Teppiche von Tournai, Genter Baumwollwaren, flandrische Leinwand und Garne, Brüsseler Handschuhe usw.

Man kann nur wünschen, daß Belgien von den schweren Schäden des Weltkrieges sich bald erhole und der alte Wohlstand dem intelligenten und fleißigen Volke erneut zuteil werde. Auch Flandern dürfte an dem künftigen Aufschwung bei rechter Ausnutzung der noch ungehobenen Kohlenschätze des Kempenlandes wesentlichen Anteil haben, eine neue, leistungsfähige und ausfuhrkräftige Industrie erhalten können.

Die bisher bedeutendsten Industrien Belgiens sind indes dadurch wirtschaftlich unselbständig, daß sie stärker als ein anderes Land (stärker selbst als England, wenn man seine Kolonien ihm zuzählt) auf Rohstoffeinfuhr aufgebaut sind. „In der Textilindustrie“, sagt Schumacher<sup>1</sup>, „die mit so viel leichteren Stoffen arbeitet, ist solche Unselbständigkeit weniger bedeutsam und ungewöhnlich. Sie ist in der Baumwollindustrie von Anfang an gegeben und hat sich in der Wollindustrie auch überall herausgebildet. Aber auch die altberühmte Leinenindustrie, die sich auf dem Flachsbau Flanderns aufbaute, ist zu 80—85 % derselben Entwicklung verfallen. Zu einer Einfuhr von 141 000 t Baumwolle und 157 000 t Wolle gesellte sich 1912 eine solche von 204 000 t Flachs, wodurch die Gesamteinfuhr an diesen drei Faserstoffen bis zur Werthöhe von 740 Millionen Franken angewachsen ist. Auch bei Hilfsstoffen, wie Schmieröl, Farben und sonstigen Chemikalien, ist es nicht anders.“

„So ist die belgische Industrie in weitem Umfange — von ihren großen Zweigen haben nur die Glas- und Zementindustrie ihren ursprünglichen Charakter bewahrt — aus einer autochthonen Industrie zu einer *industrie transformatrice* geworden. Die belgische Industrie kann als eine Veredelungsindustrie zum großen Teil bezeichnet werden: aus fremden Stoffen schafft sie für fremden Bedarf. Statt wie ursprünglich auf einheimischen Rohstoffen baut sie sich heute fast allein auf der einheimischen Arbeit und der bevorzugten Verkehrslage des Landes auf.“

Die frühzeitige, hohe industrielle Entwicklung Belgiens (nach England) hat einerseits zur vorzeitigen Erschöpfung der nicht überreichen Bodenschätze geführt, anderseits aber eine tüchtige, geschickte Arbeiterschaft geschaffen, der als besonderer Vorzug auch Anspruchslosigkeit nachgerühmt wird. Die belgische Arbeiterschaft ist viel bodenständiger wie die deutsche, stark fluktuierende Arbeiterschaft. Das Land ist eben klein. Die Arbeitsverhältnisse gleichen sich darum hier über das ganze Land schneller aus. Dem Zug nach der Stadt begegnete frühzeitig eine geschickte Tarifpolitik der Eisenbahnen. Der Belgier hängt aber auch stärker am angestammten Wohnsitze. Zu beachten ist ferner die starke Konzentration der Hauptindustrien in bestimmten Teilen des Landes. Die erworbene Geschick-

<sup>1</sup> Belgiens wirtschaftliche Bedeutung, in Berliner Lokalanzeiger 35. Jahrg., Nr. 24, 14. Januar 1917; Nr. 37, 21. Januar 1917.



lichkeit vererbt sich so leichter (besonders charakteristisch bei den belgischen Fensterglasbläsern). Freilich schwindet die Bedeutung solcher traditioneller Geschicklichkeit zum Teil wieder bei fortschreitender maschineller Technik.

Belgien tut gut daran, für das physische und geistige Wohl seiner anspruchlosen Arbeiterschaft mehr wie früher zu leisten. Höhere Löhne, höhere Lebenshaltung, bessere Wohnungen, eine bessere Sozialgesetzgebung, wie auch Hebung der allgemeinen Bildung, werden nicht nur den Arbeitern, sondern bald auch den Unternehmern zugute kommen. Die Unternehmer selbst können nur gewinnen durch eine engere Verbindung mit der Wissenschaft. So dürfte insbesondere auch die große chemische Industrie Belgiens sich zu größerer Selbständigkeit durch- und emporringen können.

Hollands Industrie fehlte es bis in die letzte Zeit an genügender Kohle und an Eisen. Sie ist entsprechend weniger entwickelt. Gilt Belgien, nach Bayern, als das am stärksten Bier produzierende Land, so haben doch auch die Niederlande in der Provinz Nordbrabant tüchtige Brauereien. Liköre werden in Amsterdam, Rotterdam, Schiedam (Genever) erzeugt. Holland hat ferner treffliche Baumwollspinnereien und Leinwandwebereien (Oberyssel, Tilburg), ausgezeichnete Tuchfabrikation (Leiden, Utrecht, Maastricht, Tilburg), Lederfabrikation (Amsterdam, Rotterdam, Maastricht), Papiermühlen (Zaandam, Vetuwe, Leeuwarden), Maschinen- und Eisenwerkstätten (Amsterdam, Rotterdam, Utrecht), Gold- und Silberarbeiten, Diamantschleifereien (Amsterdam), keramische Industrie (Delft, Gruda) usw.

Frankreich ist ein alter Industriestaat mit hoch ausgebildetem Großgewerbe. Wir beschränken uns auch hier auf eine summarische Übersicht. Erwähnt seien: die Rübenzuckerfabrikation, Ölfabrikation, Schaumwein- und Branntweinerzeugung, Baumwollindustrie, Leinenindustrie, Schafwollindustrie, Seidenwarenfabrikation und Herstellung von Kunstteppichen (Gobelins), gemischte Wollwaren-, Lederindustrie usw. In allem offenbart sich hohe Feinheit des Geschmacks und vollendete technische Ausführung. Dann die Metallindustrie, Gußwaren-, Messerschmiedwaren, Maschinenindustrie, Schiffbau, Motorwagenerzeugung, Gold- und Silberarbeiten, Instrumente-, Uhrenindustrie, die keramische Industrie, Porzellan (staatliche Porzellanfabrik in Sèvres), Fayencen (Halbporzellan), Glaswaren, Parfümerien, Aluminiumindustrie usw. Frankreich stand vor dem Kriege hinter England, Deutschland, der Union als das bedeutendste Industrieland der Erde da. Kohle und Eisenerz waren aber, wenn auch reichlich, so doch nicht reichlich genug vorhanden für eine solche Industrie. Etwa ein Viertel des Produktionswertes der französischen Industrie entfiel allein auf Paris und Umgebung. „Im Mittelpunkt des ergiebigen, abwechslungsreichen Seinebeckens, wohin von allen Richtungen her Flüsse eilen, wohin die Straßen von Belgien, vom Kanal, vom Atlantischen Ozean und von Deutschland weisen, wo sämtliche moderne Verkehrslinien Nordfrankreichs wie in einem Spinnennetze zusammenmünden: dort mußte“, so urteilt Gruber<sup>1</sup>, „sich umsomehr schon frühzeitig eine das gesamte Land beherrschende Stadt entwickeln, als Frankreich seit den Tagen Julius Cäsars an eine starke Zentralregierung gewöhnt war und jahrhundertlang Deutschland an Kulturhöhe, Macht, Ansehen und politischem wie wirtschaftlichem Einfluß überragte.“

Daß England wie als Handels-, so auch als Industriestaat überaus hoch steht, weiß jedermann. Es genügen darum hier wenige Angaben, die lediglich einen

<sup>1</sup> Wirtschaftliche Erdkunde 99.

allgemeinen Überblick gewähren können und sollen. Die Textilindustrie beschäftigte vor dem Kriege nahezu  $1\frac{1}{2}$  Millionen Arbeiter. Der Baumwollindustrie dienten um die Wende des Jahrhunderts mehr als 45 Millionen Spindeln (60 % aller europäischen Spindeln, nach Friedrich 43,1 % aller Spindeln, 33,7 % aller Webstühle der Erde). Hauptsitz der Baumwollindustrie ist Lancashire und das benachbarte Gebiet (Manchester, Salford, Oldham, Blackburn, Bolton, Rochdale, Stockport). Die Wollindustrie arbeitete mit mehr als 5 Millionen Spindeln (annähernd so viel wie in Frankreich), die Leinenindustrie mit  $1\frac{1}{2}$  Millionen Spindeln (mehr als in allen kontinentalen Staaten). Hauptsitz der Wollindustrie ist Leeds, Bradford, Halifax, Huddersfield, der Leinenindustrie Belfast, Dundee, Leeds, der Juteindustrie Dundee, Glasgow, der Seidenindustrie Nottingham, Manchester, London. Die Hanfindustrie findet sich vornehmlich in den großen Hafenplätzen, die Spitzenindustrie und Strumpfwirkerei in Nottingham, Derby und Leicester, die Teppichfabrikation in Kidderminster, die Modenwarenindustrie in London usw. Die Metallindustrie, die gut eine Million Menschen beschäftigte, hatte ihren Hauptsitz in Staffordshire (Birmingham), im Clevelanddistrikt, Westcumberland und Südwaless. Eisen- und Stahlwaren (Messer- und Kurzwaren, Werkzeuge, Instrumente u. dgl.) werden namentlich in Sheffield, Wolverhampton, Dudley, Glasgow, London usw. erzeugt. Der Schiffbau, bis dahin der größte der Welt, hatte ausgedehnte Werfte am Firth of Clyde (Glasgow, Greenock), am Tyne (South Shields und Newcastle), in Hartlepool, am Tees (Stockton und Middlesborough), am Wear (Sunderland), in Belfast, Hull usw. Ton- und Porzellanwaren werden hauptsächlich im „Pottery-District“ (Stoke-upon-Trent) erzeugt, Porzellan auch in London, Worcester, Derby. Glas in London, Birmingham. Die chemische Industrie fand sich vornehmlich in Glasgow, Newcastle. Leder- und Schuhwaren (durchgängig von eingeführtem Material), wurden in London, Bristol, Leicester usw. hergestellt, Branntwein, Zucker (von eingeführtem Rohzucker raffiniert) in London, Bristol, Liverpool, Edinburg, Papier in London, Bier in London, Edinburg, Tabakfabrikate in Liverpool, London.

Die industrielle Organisation war nicht durchweg einheitlich. Ein interessantes Beispiel bietet hierfür die Wollwarenindustrie. In den abseits gelegenen schottischen, irischen, wallisischen Hütten fand sich hausindustrielle Weberei und Spinnerei alten Stiles. Der Zensus der Grafschaft Yorkshire führte 1901 die am Handwebstuhl arbeitenden hausindustriellen Produzenten noch als eine besondere Klasse auf, die allerdings im Absterben begriffen war. Nicht wenige der älteren Fabriken waren sodann sog. Company mills. Sie standen im Besitze von Kleinmeistergruppen, welche ihre Maschinen gemeinsam kauften und gebrauchten. Später ist dieser Typus der Organisation verschwunden. Doch gab es noch Werke, die mehr als einem Fabrikanten dienen, und Firmen, die auf Kommission für ihre Nachbarn arbeiten. Kleinunternehmer können wenige Räume oder auch eine Etage in der Spinnerei mieten. Gerade solche Kommissionsgeschäfte haben das Fortbestehen kleinkapitalistischer Unternehmer ermöglicht. Aber auch diese Form verschwindet allmählich. Neben den kleinen Unternehmungen stehen die großen, die Tausende von Arbeitern beschäftigen. Zum Teil ist deren Produktion stark spezialisiert; doch findet sich hier oft auch die Verbindung vieler Prozesse miteinander<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> J. H. Clapham, *The Woolen and Worsted-Industries* (Books of Business, Sammlung Methuen). Hermann Levi, *Gewerbliche Monographien*, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXIX (1909) 198 ff.

Britisches Kapital „arbeitet“, nebenbei bemerkt, in der ganzen Welt. 1901/02 wurde das jährlich nach England aus Kapitalanlage im Auslande (zur Hälfte in den englischen Kolonien, zur andern Hälfte in fremden Ländern) strömende Einkommen auf 62,6 Millionen Pfund bemessen (gegen 30 Millionen im Jahre 1880/81). Dem würde (zu 5% gerechnet) eine Kapitalanlage von 1250 Millionen Pfund entsprochen haben.

Kuno Waltemath<sup>1</sup> wendet sich gegen die Annahme Brentanos und anderer<sup>2</sup>, der gewaltige Aufschwung, den Englands industrielles Leben seit 1850 gewonnen, sei eine Folge des Sieges des Freihandels. Diesem wird die Steigerung des Arbeitslohnes, das starke Wachstum des Konsums von Industrieartikeln, die Steigerung des Lebenskomforts, die Blüte des Handels, die Zunahme des britischen Exports zugeschrieben. Mit Unrecht. Man darf nicht vergessen, daß die Blüte der Industrie in den beiden letzten Dezennien vor dem Kriege sich vornehmlich auf die Textilindustrie beschränkt hat. Und hier waren es natürliche Vorzüge des Landes für die Textilindustrie, die den Vorrang Englands begründeten. Englands Klima begünstigt eben die Erzeugung feiner Textilwaren. Und dieser Vorzug wird noch durch die blühende Schafzucht verstärkt. Die englischen Tuche sind altberühmt, hatten auch in Deutschland das Renommee der Vornehmheit. Dann ist die günstige Lage der Industrie dicht beim Meere und den Kohlengruben zu beachten. Die andern Industrien Englands blieben trotz des Freihandels hinter Amerika und Deutschland zurück. Das galt insbesondere von der Eisenindustrie. Es produzierten Roheisen (in 1000 kg):

	1866—1870 im Durchschnitt	1901	1906	1910	1911
Deutschland . . . . .	1226	7663	12 600	14 700	15 500
England . . . . .	5133	7750	9 800	10 500	11 000

In den Vereinigten Staaten wurden im Durchschnitt der Jahre 1866—1870: 5 $\frac{1}{7}$  Million Tonnen, 1898 fast 12 Millionen, 1901: 15,87 Millionen, 1907: 26,19 Millionen Tonnen Roheisen gewonnen.

Wie sehr die englische Produktion hier zurückstand, ergibt sich auch aus dem Vergleich des Anteils der einheimischen Erzeugung an der Weltproduktion (in Prozent):

	1901	1911
bei den Vereinigten Staaten . . .	40,66	43,48 + 2,82
„ England . . . . .	20,29	16,53 — 3,76
„ Deutschland . . . . .	19,85	23,19 + 3,34

Mit Recht weist Waltemath ferner auf den Einfluß hin, den neue gewaltige Absatzgebiete (Entdeckung der amerikanischen und australischen Goldfelder, der Silberlager, Erwachen Deutschlands, Südamerikas, Vorderasiens, Nordafrikas zu neuem wirtschaftlichen Leben) für den Aufschwung des ältesten Industriestaates haben mußten. Und schließlich: die Grundlagen, auf denen die britische Industrie ruht, wurden zu einer Zeit gelegt, wo England ein Hochschutzzollland war. England bezog im 16. Jahrhundert seine Wollwaren aus Flandern. Dorthin, nach Gent, Mecheln, Brügge, sandte es seine Wolle. Erst als flämische Weber und Spinner in England selbst, wie gesagt, eine Textilindustrie begründeten, fing

<sup>1</sup> In Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXX (1914) 139 ff.

<sup>2</sup> Man vgl. z. B. Herz, Wirtschaftspolitische Streitfragen (1912).



der Aufschwung der englischen Industrie an. Die Königin Elisabeth verbot nun die Einfuhr ausländischer Wollwaren, ein Verbot (das dann auch auf die baumwollenen Fertigfabrikate ausgedehnt wurde). Gleichzeitig war unter Todesstrafe die Ausfuhr von Wolle verboten. Noch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden Übertreter dieses Verbotes gehenkt. Das einheimische Protektionssystem hat die englische Industrie groß gezogen. Die ausländische Konkurrenz wurde fern gehalten. An dem Heimgeschäft verdienten die englischen Fabrikanten so reichlich, daß sie ihre Waren auf dem Weltmarkte billig anbieten konnten. Insbesondere die indische Konkurrenz wurde dadurch überwunden, daß man einen hohen Ausfuhrzoll in Ostindien auf indische Manufakten legte und gleichzeitig diese Waren dort durch äußerst billige Preise englischer Waren unterbot. Als dann die englische Manchesterindustrie unter dem Schutze dieser extremen Hochschutzzollpolitik stark geworden und auswärtige Konkurrenz nicht mehr zu fürchten war, verzichtete man auf protektionistische Maßregeln, trat für den Freihandel, die Abschaffung der Kornzölle ein, kaum aus idealen Gründen. Die Führer des Cobdenklubs, Fabrikanten von Lancashire, wollten ihren Arbeitern billige Lebensmittel verschaffen, damit sie selbst nicht durch Lohnerhöhung und Steigerung der Produktionskosten eine Minderung ihres Gewinnes erlitten. Andere Gründe, nicht der Freihandel, haben dann schließlich doch eine Besserung in der Lage der Arbeiter herbeigeführt.

Skandinaviens Industrie bewegte sich vor dem Weltkriege in aufsteigender Linie. Es bildeten sich in Schweden und Norwegen Industrien speziell zur Verwertung des Holzreichtums aus: Sägewerke (Göteborg, Sundsvall usw.), Tischlerei, Möbel-, Zündholz-, Papierfabrikation, Holzzelluloseerzeugung, Schiffbau. Norwegen hatte eine Fischkonservenindustrie, Schweden eine beginnende Eisenindustrie und eine Woll- und Baumwollindustrie (Stockholm, Norrköping, Göteborg). Die Entwicklung der Industrie wird gehemmt durch den Mangel an Kohlen, die durch Holz usw. nicht genügend ersetzt werden können. Die reichen Wasserkräfte sucht man in erhöhtem Maße nutzbar zu machen.

Auch Dänemarks<sup>1</sup> industrielle Entwicklung leidet unter dem Mangel an Kohlen. An Wasser fehlt es nicht, aber an Wasserkraften. Doch weisen eine Anzahl von Industrien schöne Erfolge auf: die Industrien, die sich an die landwirtschaftliche Produktion anlehnen: Mehl-, Fleisch-, Bier-, Branntwein-, Zuckerindustrie; auch finden sich Baumwollwebereien und -spinnereien vor, Tabakindustrie (Viborg), Seilere, Fischnetzerzeugung, Dampfschiffbau, Möbel-, Pianofortefabrikation, eine königliche Porzellanmanufaktur, Maschinenfabrik usw. Dänische Handschuhe (Kopenhagen, Rønne) erfreuen sich besondern Rufes.

Spaniens Industrie ist in langsamem Fortschritt begriffen. Gerade die letzten Jahre brachten einen rascheren Aufschwung. Übrigens weist das gewerbliche Gebiet große Mannigfaltigkeit auf. Wir erwähnen: die Baumwollindustrie (Barcelona, auch Tarragona, Alicante, Sevilla); ebenda Lein- und Hanfweberei (auch in Zamora, Leon, Zaragoza); Segeltuche, Taue (in Bilbao und Cartagena), Espartoflechtereien (Murcia), Papierfabriken (Katalonien, Andalusien), Herstellung von Korkstopfen (Gerona in Katalonien, jährlich etwa 30000 t). Tabakfabrikation ist Staatsmonopol (die größte Fabrik zu Sevilla, die einzige, die Schnupftabak, Spaniol, herstellt); Mehlmühlen in Alt-Kastilien, Valladolid, Zaragoza und Cartagena; Rüben- und Rohrzuckerindustrie (letztere in Almeria und Malaga); Bier-

<sup>1</sup> Über die Industrie Dänemarks vgl. Neue Zeit XXVII (1909) 1, 843 ff.

brauereien in den größeren Städten; Woll- und Tuchwaren (Zaragoza, Tarragona, Valladolid, Palencia, Burgos, Cordoba, Granada, Oviedo [königliche Tuchfabriken], Avila [königliche Wollspinnerei] und Segovia [berühmte Segoviawolle]). Seidenwaren- (Valencia), Lederindustrie, Luxusleder (Saffian, Korduan), Gerbereien (Salamanca, Zaragoza, Sevilla, Corboba, daher „Korduan“, Glanzleder [zurückgegangen]), Tonerden- und Porzellanindustrie (königliche Fabrik in Sevilla, auch Tortosa), berühmte Fayencen in Valladolid und Caceres, Töpfereien, Ofenfabriken in Guadalajara, Salamanca; Kunsthandwerk betrieben in Valencia (speziell Mosaikfliesen), Glas- und Steingutwaren (Bilbao, Barcelona, Cartagena), Eisenindustrie in den baskischen Provinzen, Asturien, Galicien usw.; Hütten- und Eisenwerke, Eisengießereien, Schiffswerfte in Bilbao, Toleder Klingen (Toledo), königliche Waffenfabrik in Oviedo, königliche Eisenindustrie und Gewehrfabriken in Sevilla, Eisenindustrie noch in Segovia, Pamplona, Barcelona, Filigran (Schmuckgegenstände aus künstlich zusammengelegtem und gelötetem Gold- und Silberdraht) von Cordoba sehr beliebt, sonst noch Gold- und Silberwaren (Valladolid, Sevilla usw.).

Die älteste und wichtigste Industrie Spaniens ist jedenfalls die Textilindustrie, die in Katalonien, und zwar in Barcelona, ihren Hauptsitz hat. Die Baumwollindustrie (vor dem Kriege 2,1 Millionen Spindeln) verarbeitete fast ausschließlich ausländischen Rohstoff, den sie aus den Vereinigten Staaten, Indien und Ägypten bezog. Während des Weltkrieges hatte speziell die Metallindustrie und Munitionsindustrie größere Bedeutung erlangt. Die Herstellung von Munition stieg auf das Sechsfache.

Einen Rückschluß auf den Stand der großindustriellen Entwicklung erlaubt auch die Zahl der in Spanien gegründeten Aktiengesellschaften. Bis 1913 waren es rund 100 mit einem Gesamtkapital von etwa 125 Millionen Pesetas; 1916 zählte man schon etwa 250 (namentlich in Barcelona). Die Angaben mußten den Finanzblättern entnommen werden. Eine amtliche Statistik fehlte.

Spanien hat eigene Steinkohlenproduktion (Asturien). Braunkohlen liefern Guipuzcoa, die Balearen, Barcelona, Teruel. Doch reicht die Eigenproduktion nicht aus zur Deckung des Bedarfs. 1914 belief sich der Wert der Kohlen- und Kokseinfuhr auf etwa 78,1 Millionen Pesetas. Während des Krieges wurde eine Erhöhung der Eigenproduktion angestrebt. Dieselbe wird auch in Zukunft möglich sein, da reiche Gruben noch vorhanden sind. Es bedarf aber einer Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und erhöhten Unternehmungsgeistes. Auch von dieser Entwicklung und ihren Erfolgen hängt der industrielle Fortschritt Spaniens in nicht geringem Maße ab.

Portugals Industrie ist wenig entwickelt. Was es an Industrieprodukten bedarf, bezieht es zum größten Teil vom Auslande. Immerhin gibt es dort Baumwoll- und Leinenwebereien, Spitzenfabrikation, Erzeugung von Seilerwaren und Tauwerk, Korbflechterei, etwas Eisenindustrie, Seiden- und Samtwebereien (Bragança), Schiffbau, staatliche Tabakfabrikation usw.

Italien verfügt über zahlreiche und billige Arbeitskräfte. Aber es fehlen die Kohlen, ein Umstand, der die Entwicklung der Großindustrie hemmt. Im Alpengebiet hat man angefangen, die Wasserkräfte<sup>1</sup> nutzbar zu machen. Die Wasserführung des Apenningebietes ist, bei dem Mangel an Beständigkeit, für industrielle Zwecke nicht so leicht verwendbar. Vor dem Kriege ließ der Auf-

<sup>1</sup> Die Wasserkräfte der Alpenzuflüsse werden auf etwa 700 000 Pferdekkräfte geschätzt. Im Apenningebiet wurden Stauwerke angebracht.



schwung der Industrie das Beste hoffen, wenn auch nicht alle Zweige derselben den Bedarf des Inlandes decken konnten. Nun aber wird es wieder großer Anstrengung bedürfen, um das Verlorene zu ersetzen. Die dichtbevölkerte Poebene (die Provinzen: Lombardei, Piemont und Ligurien) bilden den Hauptsitz der Großindustrie. Wir begnügen uns mit einer kurzen Aufzählung der gewerblichen Produktionen und Produktionsstätten aus der Zeit vor dem Weltkriege: Käse- und Wurstfabrikation (Mortadella, Salami) im Anschluß an die Viehzucht; Maccaroni (hergestellt insbesondere in der Lombardei, Neapel usw.); Liköre, Essenzen, Parfümerien (Florenz, Rom, Reggio di Calabria); Weinstein (Reggio di Calabria); Seifen (Sizilien, Apulien, Genua, Savona u. a.); Wachslichter u. dgl. (Venedig, Mailand, Turin); Papierfabrikation (Piemont, Campanien, Lombardei); Tabakfabrikation (Staatsmonopol); Zuckerfabrikation, Spiritusbrennerei, Parkett-, Gewehrkolbenfabrikation (Turin); Textilindustrie, in bezug auf Leinen- und Hanfweberei noch vorwiegend Hausindustrie (Udine, Bergamo, Parma, Reggio, Aquila, Tarent); Segeltuch und Tauwerk (vorzugsweise in Livorno, Ancona usw.); Baumwollspinnerei (mehr als 2 Millionen Spindeln), Baumwollweberei (Campanien, Lombardei, Piemont, Ligurien); Jutespinnerei, Seidenweberei und -spinnerei (letztere über 2 Millionen Feinspindeln) in Como, Monza, Mailand, Verona, Padua, Turin, Genua, Savona, Neapel, Caserta, Salerno, Messina usw.; dazu Samtfabrikation (Florenz, Perugia, Venedig), Teppichweberei (Catanzaro), Wollweberei (Biella, Mailand, Vicenza, Mantua, Siena, Caserta usw.), Tuchfabrikation (Rom, Salerno, Mailand, hier von alters her); Lederindustrie (Mailand, Rom, Genua, Chieti, Neapel); Eisen- und Stahlindustrie (Turin, Saluzzo, Como, Mailand, Brescia, Campobasso), Maschinenbau (Genua, Turin, Mailand, Neapel), Schiffbau in den Seehäfen (namentlich Genua, Livorno); Kunstindustrie in verschiedener Form: Kunsttischlerei, musikalische Instrumente, Geigen (Ravenna, Cremona; in Cremona und Padua auch berühmte Darmsaitenfabrikation); Horn- und Elfenbeinarbeiten (Florenz, Livorno), Schildpatt (Neapel), Korallen (Messina, Neapel, Rom, Genua, Florenz, Livorno), Gold- und Silberwaren (Mailand, Venedig, Rom, Catania), Filigranarbeiten (Genua), Bronzeware (Turin, Mailand, Venedig, Florenz, Rom); Marmor- und Alabasterarbeiten in Toskana, Kameen (erhaben geschnittene Gemmen, besonders in zwei verschiedenen Farben); Mosaiken aus Steinen (Rom, Neapel, Florenz), Terrakottawaren (Turin, Bergamo, Cosenza usw.), Fayenceindustrie, Majoliken (farbig glasierte Töpferwaren) namentlich in Faenza (daher „Fayence“; „Majoliken“ von Majorka), Glasindustrie (Pisa), Kunstglasartikel, Glasmosaiken, Glasperlen (Venedig, Murano).

In den Balkanländern (wie bei den Südslawen) ist man nicht überall zur Stufe des Handwerks in der gewerblichen Produktion gelangt. Lange, ja bis in die neueste Zeit, wurde dort auf der Stufe des Hauswerkes und Wandergewerbes, mit Anfängen des stehenden Lohnwerkes, verharret. Dort schob sich dann unter dem Einfluß des modernen Verkehrs, vielfach mit Überspringung der Mittelstufe des Handwerks, unmittelbar über den primitiven Formen der Stoffveredlung, gleich das moderne Verlags- und Fabriksystem ein.

In Serbien und Montenegro ist die Industrie noch vornehmlich Hausindustrie. Zwar hat Serbien im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkriege die Mitwirkung fremden (auch deutschen) Kapitals nicht gefehlt. Die Zeit war indessen zu kurz, die Höhe der Gelder reichte nicht aus, um eine namhafte Industrie zu begründen. Die einsetzende Entwicklung wurde überdies immer wieder durch politische und militärische Wirren gehemmt. Auch in Zukunft wird fremdes



Kapital an der industriellen Aufschließung des Landes mitwirken müssen. Die reichen Mineralschätze Serbiens ruhen fast noch unberührt im Boden. Es dürfte aber vielleicht eine allzu sanguinische Hoffnung sein, wenn man annahm, daß Serbien (und die andern Balkanländer) gleich nach dem Kriege in der Rohstoffversorgung anderer Länder eine hervorragende Rolle spielen würde. Dazu bedarf es eben nicht nur Geld, sondern auch Zeit usw.

Bulgarien ist ausgesprochener Agrarstaat. Bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts blieb das gewerbliche Leben bei den primitiven Gestaltungen der Überlieferung stehen. Die Hausindustrie älterer Form beherrschte die Stoffveredlung. Allmählich begann dann eine meist mit fremdem Kapital geförderte Industrialisierung, wenn dieselbe auch noch in engen Grenzen verblieb. Der Entstehung größerer Werke steht die Kapitalarmut des Landes im Wege. Es fehlen ferner wichtige Roh- und Hilfsstoffe, vor allem ausreichende Kohle. Mineralische Bodenschätze sind mannigfach vorhanden. Ihre Ausbeutung war indes bisher noch gering, nicht lohnend. Eine modern spezialisierte Industrie erfordert ein größeres, gesichertes Absatzgebiet, als Bulgarien zur Verfügung stand. Die Intelligenz, der Fleiß, das Vorwärtstreben des tüchtigen Bulgarenvolkes dürfte sich in Zukunft auch auf industriellem Gebiete mehr als bisher betätigen und bewähren. Vorläufig war die bedeutendste Industrie, dem agrarischen Charakter des Landes entsprechend, die Mühlenindustrie. Die beiden größten Mehlfabriken lieferten im Durchschnitt pro Jahr 60 000 t Weizenmehl, von dem 50 000 t ins Ausland gingen, bei einer Weizenkörnerausfuhr von 236 000 t. Auch eine Spiritusindustrie war im Aufblühen, die nicht aus Kartoffeln, sondern aus einem Gemisch von Mais und Roggen, Gerste oder Hafermalz den Spiritus gewann. Fünf leistungsfähige Zuckerfabriken lieferten 35 bis 40 Millionen Kilogramm Zucker (Inlandsbedarf 25 Millionen Kilogramm). Bulgarien hatte bereits vor dem Kriege angefangen, der Beschaffung vollkommenerer Geräte und Maschinen, insbesondere auch der wissenschaftlichen Technik erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ein Gesetz von 1909 schuf besondere Begünstigungen, und zwar den Gewerben für Nahrung, Getränke und Verpflegung, Textile, Bergwerke, Metalle, Steinbruch und Verarbeitung von Bodenmaterialien, Chemikalien, Leder, Holz und Möbel, Papier, Elektrizitätswerken. Das Verhältnis zwischen der Zahl der Gewerbeanstalten und dem in ihnen eingelegten Kapital gab (1917) der Generalinspektor beim bulgarischen Handelsministerium B. H. Balkenski mit folgender Tabelle<sup>1</sup> an:

	Prozentzahl der Anstalten	Prozent des Kapitals
Nahrung, Getränke, Verpflegung .	40 %	51 %
Textilindustrie . . . . .	20 "	16 "
Chemikalien . . . . .	10 "	4 "
Leder . . . . .	6 "	2,5 "
Holz . . . . .	5 "	2,5 "
Metalle . . . . .	8 "	3 "
Keramik . . . . .	6 "	3 "
Bergwerke, Steinbruch . . . .	3 "	6 "
Papier . . . . .	1 "	2 "
Elektrizitätswerke . . . . .	1 "	10 "
	100 %	100 %

<sup>1</sup> Nr. 3 der in Sofia erscheinenden bulgarischen Zeitschrift „Voeobsht Pragled“ (Allgemeine Rundschau), 1917.

In Rumänien herrschte für die Stoffveredlung das Hauswerk vor. Größere Bedeutung hatten bloß die landwirtschaftlichen Industrien: Mehl- (Braila), Branntwein-, Zuckerindustrie, Bierbrauerei; auch die Sägeindustrie gehört hierhin. Vor dem Kriege fingen die Papier- und Zellulosefabrikation, die Maschinenindustrie (namentlich Herstellung einfacher landwirtschaftlicher Maschinen), die Textilindustrie, die Gerberei und Lederproduktion an, sich zu entwickeln.

Auch in der Türkei war die gewerbliche Produktion bisher durchgängig auf der Stufe des Hauswerks stehen geblieben. Es fand sich in den Städten auch der asiatischen Türkei, ebenso wie in Persien, in den mohammedanischen Ländern Nordafrikas ein primitives Kleingewerbe, halb Handwerk, halb Lohnwerk, auf dem Lande im wesentlichen nur wanderndes Lohnwerk, zuweilen verlagsmäßig organisiertes Hauswerk. Von größerer Bedeutung ist in der Türkei die Tabakmanufaktur, auch die allerdings durch europäische Konkurrenz stark gefährdete Teppichindustrie, ferner Konstantinopels Lederindustrie. In Kleinasien dürfte die Mühlenindustrie später eine Zukunft haben. Bisher bestanden nur wenige größere Mühlen in der Türkei, und wo gemahlen wurde, bedeutete das einen großen Verlust an Körnern. Die restliche Türkei wird wohl zunächst danach streben müssen, Artikel, die sie für ihren eigenen Bedarf braucht, im Inlande selbst herzustellen. Da sie in erster Linie Produzent von Rohstoffen ist, wird es vor allem darauf ankommen, den Boden besser auszunutzen.

In Rußland wurde der kaum aus der Leibeigenschaft befreite Kleinbauer, sagt Bücher, gleich zum Hausindustriellen oder Fabrikarbeiter; aus der Hörigkeit des Grundeigentums trat er in diejenige des Kapitaleigentums — ein unvermittelter Gegensatz mehr in der Geschichte dieses an schroffen Übergängen so reichen Volkes. Fassen wir das Rußland, wie es vor dem Weltkriege war, ins Auge. Alle möglichen Bedarfsgegenstände wurden noch durch das Hauswerk (begünstigt durch lange Winter) angefertigt. Man arbeitete nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für den Verkauf. Wir finden da das Wandergewerbe, dann stehendes Lohnwerk; aber die Mittelstufe des Handwerks fehlt zum großen Teile. Unmittelbar über den primitivsten gewerblichen Formen baut sich das Verlags- und Fabriksystem auf. Von Westeuropa hat Rußland die maschinelle Großindustrie erlernt. Obenan steht die Bekleidungsindustrie. Für die Wollindustrie (Moskau, Warschau, Kalisch) lieferte das Inland den erforderlichen Rohstoff. Die Baumwollindustrie konnte schon einen beträchtlichen Teil des Rohstoffes aus Russisch-Zentralasien (meist amerikanische Uplandsorte) beziehen. Sie hatte ihren Sitz in Lodz, Petersburg, Moskau, Jaroslaw, Wladimir. In Mittelrußland (Tula, Moskau, Paulowo, Petersburg), am Donez und am Ural erblühte eine bedeutende Eisenindustrie, begünstigt durch den Reichtum an Eisen und Kohle. Wir finden ferner im alten Rußland eine Seidenindustrie in Moskau, Leinenindustrie in Charkow, Twer, Jaroslaw, Lederindustrie in Kasan, Kiew, Twer, Moskau usw., Zuckerindustrie in Warschau, Kiew, Charkow, Tabakindustrie in Moskau, Petersburg, Warschau, in den landwirtschaftlichen Gebieten Branntweinbrennereien, die Getreide, Kartoffel, Zuckermelasse verarbeiten, in Polen, den Ostseeprovinzen, den nordwestlichen Ackerbauprovinzen Bierbrauerei usw. Die Abhängigkeit des Landes von auswärtigen Industrieprodukten nahm in dem Maße ab, wie die eigene Industrie emporwuchs. Gleichwohl blieb (trotz sehr hoher Zölle) der russische Markt doch noch immer auf Einfuhr aus dem Auslande angewiesen. Diese Einfuhr sank mit dem Beginn des Krieges 1914, wenn man

vom Heeresbedarf absieht, sehr stark. Im Sommer 1915 fiel auch die Industrie Polens weg. Die innerrussische Industrie war nun von jeder Konkurrenz befreit. Zahlenmäßig nahm sie einen großen Aufschwung. 1915 wurden 137 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 189 Millionen Rubel, 1916: 159 mit 210 Millionen Rubel gegründet. Die Finanzierung dieser Unternehmungen besorgten die nach westeuropäischem Muster auf einzelne große Institute konzentrierten Banken.

Besonderes Interesse beansprucht Polen<sup>1</sup>. In seiner wirtschaftlichen Entwicklung wurde Polen sehr gehemmt durch eine doppelte Zollgrenze, die es einerseits vom preußischen Teile Polens, anderseits auch von dem russischen Reiche trennte. Unter dem Druck dieser Zollverhältnisse verließen zahlreiche deutsche Tuchmacher der kleinen Posenschen Städte in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre Heimat, weil sie eben ihr Tuch, dessen Ruhm bis nach China gedrungen war, nicht mehr nach Russisch-Polen und weiterhin absetzen konnten. Sie siedelten sich, begünstigt durch die russische Regierung, an der Grenze an und legten den Grund zu einer rasch aufblühenden Textilindustrie. Lodz hatte 1793 nicht mehr als 190 Einwohner, 1860 waren es 32 000 Seelen, 1913 über eine halbe Million. Als im Jahre 1851 die Zollgrenze gegen das russische Reich gefallen und bessere Eisenbahnverbindungen geschaffen waren, eröffneten sich dieser polnischen Industrie weite Absatzmärkte und Betätigungsmöglichkeiten. Anderseits blieb das polnische Wirtschaftsleben durch die Zollgrenze gegen den Westen vor der Konkurrenz des überlegenen deutschen Wirtschaftslebens geschützt. Die Bauernbefreiung (nach dem Aufstande von 1863) versorgte die Industrie auch mit Arbeitskräften. Nicht ohne Einfluß auf die Textilindustrie in Lodz war ebenso die Förderung durch französisches Kapital und die Verbindung mit Roubaix. Mit großer Schnelligkeit entwickelte sich die Schwerindustrie (Kohle und Eisen) in der südwestlichen Ecke Polens. Die Landwirtschaft nahm größeren Aufschwung, was landwirtschaftlichen Industrien: Brennereien, Zuckerfabriken zugute kam. Bei Warschau entstand außer der Zuckerindustrie eine Metall- und Maschinenindustrie usw. Beachtenswert ist der Umstand, daß die polnischen Saisonarbeiter jährlich etwa durchschnittlich 9 bis 10 Millionen Rubel Arbeitslöhne aus Deutschland heimbrachten. Polen war zur Zeit seiner Selbständigkeit einst eine Kornkammer Europas gewesen. Später war es auf die Einfuhr angewiesen, um seinen Getreidebedarf zu decken. Vor dem Weltkrieg erfolgte die Zufuhr von Getreide aus dem Innern Rußlands, dem es dafür im Austausch Kohle und Industrieprodukte liefern konnte. 1910 wurden in Polen rund 100 000 Unternehmungen gezählt. Die Industriestatistik von 1910 führt folgende Werte der polnischen Produktion (in Rubel) an: Bergbau und Hütten 601 400 000, Textilindustrie 341 300 000, Nahrungsmittel 154 700 000, Metallverarbeitung 110 300 000, Bekleidungsgewerbe 47 900 000, Steine und Erden 30 400 000, Chemikalien 29 800 000, Teerprodukte 29 800 000, Papier usw. 25 700 000, Holz 23 200 000, gemischte Gewerbe 7 300 000. Die prozentuale Beteiligung Polens an dem gesamten Jahresumsatz aller russischen Industriegruppen war diese: Textilindustrie 22 %, Kohlenförderung 21, keramische Industrie 17, Papierindustrie 15, Zuckererzeugung 13, chemische Industrie 12, Metallverarbeitung 12, Holzverarbeitung 9. Das waren bei der Kleinheit Polens im Vergleich zum übrigen Rußland sehr erhebliche Zahlen. Der Gewinn eines wertvollen Teiles

<sup>1</sup> Otto Hoetsch über Polen im Berliner Lokalanzeiger 35. Jahrg., 11. und 15. April 1917.



von Oberschlesien wird nicht ohne Folgen für die zukünftige industrielle Entwicklung Polens bleiben können.

Die baltische und litauische Industrie blieb hinter der polnischen weit zurück. Bedeutendere Industriestädte sind Riga, Libau und Reval. Kohle und Metalle wurden in diese Seestädte vom Auslande eingeführt, wenigstens zu meist. Auch die Rohstoffe der chemischen Industrie (im weiteren Sinne) mußten eingeführt werden. Riga besaß die zweitgrößte Gummifabrik des russischen Reiches. Rohstoffe für Brauerei- und Brennereibetriebe, Getreide und Kartoffeln, erzeugt das Baltenland selbst, ebenso Flachs und Hanf für Spinnereien, Holz für Zellstoff, Papier und Pappe. Die zahlreich im Lande vorhandenen kleineren Wasserkräfte eröffnen gerade hierfür günstige Entwicklungsmöglichkeiten. Wenn auf gleichen Breitegraden liegende Teile Schwedens, und wenn selbst das weit nach Norden gerückte Finnland den Zucker im eigenen Lande herstellen können, dann wird auch in Estland und Livland eine erfolgreiche Zuckerindustrie nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit bleiben können. Die industrielle Entwicklung würde natürlich durch eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, mit Ausbau der Wasserstraßen, wesentlich gefördert werden.

Der Wert der industriellen Produktion der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde um die Wende des Jahrhunderts bereits auf etwa 15 Milliarden Dollars geschätzt. Er erreichte den Wert der von Großbritannien, Deutschland und Frankreich zusammen erzeugten Industrieprodukte. Wenn die nordamerikanische Industrie sich vorzugsweise im Norden, speziell in den Nordoststaaten, konzentrierte, obwohl es hier an Mineralien gebricht, so erleichterte eben die hohe Entwicklung der Verkehrsverhältnisse den Bezug der erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe aus den andern Gebieten. Begünstigt durch die Entdeckung von Heizpetroleum und Kohlenlagern machte nun auch im Süden und Westen der Union die Industrie große Fortschritte. Wo sich günstige Gelegenheit bot, hat die amerikanische Industrie es auch verstanden, die Wasserkräfte des Landes (Susquehannafluß, Niagarafall usw.) den industriellen Zwecken dienstbar zu machen. Wisconsin, Minnesota, Michigan mit ihren reichen Vorräten an Holz haben den Stoff geliefert für eine ausgedehnte Produktion von Möbeln, Bahnwagen, Musikinstrumenten usw. (Chicago, Grand Rapids an den Katarakten des Grand River, Saginaw in Michigan). Massachusetts (Holyoke) und Wisconsin haben eine bedeutende Papierindustrie. Auch in den Südstaaten, namentlich Arkansas, Alabama, Georgia gibt es reichlich Nutzhölzer. Dort findet sich an den Wasserfällen der Apalachenflüsse eine ausgedehnte Möbelfabrikation (High Point, Louisville, Knoxville, Chattanooga, Atlanta). Der Fischreichtum bietet den Stoff zur Sardinenindustrie, das Sperma zu Kerzen und Salben (Fang von Pottwalen), zu Fischkonserven (Lachs an der pazifischen Küste von San Francisco bis zum Kotzebue-sund, in den Küstenflüssen Alaskas, im Gebiet des Puget Sound, im Columbia River). Eine blühende Mehlinindustrie findet sich in Minneapolis, Superior usw. Die Zuckerraffinerie hat in den Nordstaaten ihren Hauptsitz, findet sich aber auch in Florida. Bekannt ist die kalifornische Fruchtkonservenindustrie. Auch in Maryland (Baltimore) spielt die Konservierung von Früchten und Gemüsen eine besondere Rolle. An der Konservierung grüner Erbsen beteiligt sich ebenfalls Newyork, Wisconsin, Indiana usw. Tomaten und Spargel werden in Kalifornien usw. konserviert. Leinölmühlen finden sich in Minneapolis, Chicago, Buffalo, Toledo, Cleveland, Newyork usw. Tabak wird vielerorts angebaut; die beste Qualität kommt aus den

Tälern des Connecticut und Hausatonic (Connecticut). Die Tabakindustrie hat einen beträchtlichen Umfang erreicht. Die Union gehört ferner zu den vornehmlichsten Hopfenbauländern (westliches Washington und Willamettetal [Oregon]). Bier wurde soviel in Amerika gebraut, daß nur wenig mehr eingeführt zu werden brauchte. Auch die Branntweinproduktion war in starkem Wachstum begriffen (Alkoholverbot!). Die in den Südstaaten gedeihende Baumwolle (die langfaserige Sea-Island-Sorte von Südcarolina, Georgia bis nach Florida, die Upland-Sorte mit kürzerer Faser im Landesinnern usw.) wird nicht nur in großen Mengen ausgeführt, sondern auch von der immer lebhafter im Lande selbst sich entwickelnden Baumwollindustrie verarbeitet (hauptsächlich in Massachusetts, dann auch in Süd- und Nordcarolina, Rhode Island, Pennsylvanien, New Hampshire). Mittelpunkte einer großen, besonders auch für die Ausfuhr arbeitenden Fleischindustrie sind Chicago, Kansas City, St. Louis, Omaha, St. Joseph und Sioux City. Die Seidenindustrie, für welche die Rohseide von Japan, China (Schanghai und Hongkong), Europa eingeführt wird, hat sich vornehmlich in den Nordoststaaten New Jersey (Paterson), Pennsylvanien, Neuyork, Connecticut entwickelt. Montana, Wyoming, Idaho und Neumexiko liefern unter den schafreichen Weststaaten am meisten Wolle. Die Wollindustrie findet sich aber besonders in den Nordoststaaten (Massachusetts, Pennsylvanien, Rhode Island, Neuyork, New Jersey, Maine, Connecticut, New Hampshire). Im östlichen Ohio (Mahoning, Valley) und im westlichen Pennsylvanien befinden sich Schmelzwerke für Erze. Das meiste Roheisen wird in Pennsylvanien (Pittsburg, dem großen Mittelpunkt der Eisen- und Stahlindustrie) produziert. Die Eisen- und Stahlindustrie (Stahlwaggons, Stahlschienen, Lokomotiven, Träger, Bleche, Draht usw.) hat die bituminöse Steinkohle von Pennsylvanien und Ohio relativ billig zur Verfügung und dehnt sich gewaltig aus. Schiffswerfte befinden sich in Boston, Neuyork, Philadelphia, Baltimore, New Orleans, San Francisco, Portland. Der kohlenärmere Westen verfügt über Petroleumquellen (Texas, Kalifornien). Leuchtöl mit hohem Paraffingehalt wird namentlich im Apalachengebiet und im Lima-Indianadistrikt gewonnen. Das kalifornische Öl eignet sich nicht nur für den Gebrauch als Heizöl, sondern auch zur Herstellung von Schmieröl und zur Straßenasphaltierung. Die Kohlenindustrie blüht namentlich im Apalachenrevier (Nordpennsylvanien bis in die Mitte von Alabama), dann im Michigan-, Illinoisrevier (Indiana, Illinois, Kentucky), im Missouri-, Texas-, Rocky Mountains- und dem pazifischen Küstenrevier. Die Gold- und Silberindustrie findet sich vornehmlich im Osten: Providence, Chicago, Cincinnati, San Francisco. Die Uhrenindustrie sitzt in Massachusetts, Illinois, New Jersey. Die Tonwarenindustrie ist bedeutend in Ohio, Pennsylvanien, New Jersey-Trenton, Neuyork, Illinois. Die Glasindustrie ist am stärksten in Pittsburg vertreten.

Für die elektrischen Industrien ist das reichliche Vorkommen von Kupfer von größter Bedeutung. Die Raffinieranstalten des Kupfers befinden sich regelmäßig in der Nähe der Hauptverbrauchsstätten (New Jersey, Maryland, Neuyork), dann in den Produktionsstaaten Michigan, Montana usw.

Im Jahre 1900 zählte die Union bereits über 500 000 Fabrikanlagen mit einem Arbeiterheer von rund 6 Millionen Köpfen. „Ein kulturell einheitliches Volk, welches einen ganzen Kontinent sein eigen nennt“, sagt Schulze-Gävernitz<sup>1</sup>, „entwickelt eine kolossale und gleichartige Nachfrage nach industriellen Massen-

<sup>1</sup> Britischer Imperialismus (1906) 263 f. .

produkten; typische Warengattungen werden in Großbetrieben und mit hochspezialisierter Maschinerie hergestellt. Gelingt es auf solchem Markte, die äußere Konkurrenz durch Zölle, die innere durch Trusts auszuschalten, so sind die Bedingungen gegeben, den Umfang der Betriebe ins Riesenhafte zu steigern. Damit tritt das die Industrie beherrschende Gesetz des zunehmenden Ertrages in Kraft: je größer die Produktion, um so geringer die Produktionskosten pro Produkt. Carnegie behauptet, Eisen in seinen Werken billiger herzustellen, als dieses sonst irgendwo in der Welt möglich sei. Auf dieser Grundlage mag es in gewissen Fällen rentabel sein, Eisen an das Ausland selbst unter den Produktionskosten zu verkaufen, sei es, um in Zeiten des Geschäftsniederganges den Betriebsumfang aufrechtzuerhalten, sei es, um die Produktionsmenge durch Zuhilfenahme des Exports grundsätzlich zu steigern. Die hierdurch im Inlande erzielten Gewinne können unter Umständen größer sein, als etwaige am Ausland erlittene Verluste. Durch diese Riesenbetriebe erringen die Vereinigten Staaten die industrielle Vorherrschaft der Welt. Eine amerikanische Lokomotivenfabrik, ruft Carnegie aus, macht mehr Lokomotiven als irgendein europäisches Land, eine amerikanische Maschinenfabrik mehr landwirtschaftliche Maschinen als ganz Großbritannien. Gigantisch dehnen sich die Glieder des Sohnes, welcher heute, bei Lebzeiten der Mutter, seinen Erbanspruch erhebt. Carnegie rät den Engländern, wirtschaftlich zugunsten Amerikas abzudanken.“

Kanada<sup>1</sup> verfügt über zahlreiche Getreide- und Sägemühlen, Zuckersiedereien und Käsereien, Möbelfabriken, Gerbereien, Schuhwarenfabriken, eine Eisenindustrie, Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen (Ontario) usw. Das kanadische Handelsministerium veröffentlichte (Oktober 1912, „Labour Gazette“) das Ergebnis der Fabrikzählung von 1911. Die kanadische Industrie war hiernach stark im Fortschritt begriffen.

	1900	1910	Zunahme absolut	Zunahme relativ
Etablissements . . .	14 650	19 209	4 559	31,12
Kapital. . . . . \$	446 916 487	1 245 745 496	798 829 009	187,74
Beschäftigte . . . .	339 173	514 281	175 108	51,62
Gehälter und Löhne \$	118 249 350	240 523 651	127 274 301	112,88
Produkte . . . . . \$	481 053 375	1 164 775 532	683 722 157	142,13

Nur solche Fabrikbetriebe, die mindestens fünf Personen beschäftigen, sind in diese Berechnung einbezogen, mit Ausnahme von Butter- und Käsefabriken sowie der Ziegel- und Dachziegelfabriken, in welchen bedeutende Produktionswerte schon durch eine kleinere Anzahl von Personen erzeugt werden können.

Mexiko hat eine relativ beträchtliche Industrie in der Hauptstadt Mexiko, in Monterey, Puebla, Guadalajara usw. Es finden sich Schmelzwerke, Zuckerrfabriken, Baumwollmanufakturen, Branntweinbrennereien (der mexikanische „Pulque“, aus Agavearten destilliert), Tabakfabriken, Gerbereien, Riemereien, eine alte Metall- und Tonwarenfabrikation. Natürlich leidet die ganze Entwicklung Mexikos sehr unter den vielen inneren Kämpfen.

Südamerika ist sehr reich an Produkten des Bodens, durch seine Pflanzen- und Tierwelt. Die Industrie befindet sich durchgängig noch in den ersten Anfängen.

<sup>1</sup> Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik XLV (1913) 348 f.



Venezuela führt die meisten Industrieartikel ein. Doch finden sich im Lande selbst einige Zuckerraffinerien, Schokoladen-, Seifenfabriken, Bierbrauereien, Likörfabriken (Curaçoolikör aus Pomeranzen) usw.

Brasilien hat in den größeren Hafenstädten und in deren Nachbarschaft schon Maschinenfabriken, Eisengießereien, Werfte (Rio de Janeiro), Getreidemüllereien (Rio), Zuckerraffinerien (Pernambuco, Campos, Bahia usw.), Sägemühlen, Brauereien, Branntweinbrennereien (Rum von Pernambuco), Baumwollspinnereien (Rio de Janeiro, Minas Geraes), Tabakfabriken (Bahia), eine stark entwickelte Fleischindustrie namentlich in Rio Grande do Sul (Porto Alegre, Pelotas, Jaguarao). Neben den großen Schlächtereien (Xarqueadas, „Xarque“ = getrocknetes Rindfleisch) befinden sich dort auch bedeutende Gerbereien. Flanellfabriken gibt es in Maranhao, Rio, Nictherohy, in Porto Allégre, Rio Grande, Seidenspinnereien in Petropolis. Die Hutfabrikation wird in Südbrasilien als Kleingewerbe betrieben, in Rio de Janeiro usw. auch die Herstellung von künstlichen Blumen aus Papagei- und Kolibrifedern.

Argentinien verfügt über industrielle Anfänge, die eine günstige Entwicklung verheißen (Zuckerindustrie, Branntweinbrennerei, Bierbrauerei, Wachs- und Zündholzherstellung, in Buenos Aires Baumwollspinnereien).

Auch in Uruguay macht zunächst die landwirtschaftliche Industrie Fortschritte.

Chiles Industrie (Valparaiso, Santiago) ist etwas höher entwickelt als in den nördlichen Andenstaaten.

Peru hat einige Baumwollspinnereien. Auch Mehlmüllerei, Ziegelei, Bierbrauerei, Gerberei usw. finden sich dort. Wie in Panama, Ecuador, so spielt ebenfalls hier die Strohhutindustrie (Panamahüte aus Blattfasern der wilden Panamahutpalme) eine gewisse Rolle.

Nordamerika suchte schon vor dem Weltkriege seinen wirtschaftlichen Einfluß auf die südamerikanischen Staaten (wie auch in Mexiko) zu stärken. Der Panamakanal, die panamerikanische Eisenbahn werden eventuell dabei gute Dienste leisten. Nordamerika wird freilich in Südamerika keine Tropenfrüchte zu suchen brauchen. Es besitzt davon genug im eigenen Gebiet, in seinen Südstaaten und den benachbarten westindischen Inseln. Auch kann es seinen Getreidebedarf vielleicht noch auf Jahrzehnte selbst decken. Europa dagegen nahm das südamerikanische Getreide stark in Anspruch, lieferte dafür industrielle Produkte. Die Zukunft muß lehren, ob der europäische oder der nordamerikanische Einfluß in Südamerika die Oberhand gewinnen wird.

Für Asien gilt insbesondere, was Bücher allgemein sagt: Soweit sich zurzeit übersehen läßt, scheint kein außereuropäisches Volk eine unserer Fabrik ähnliche Organisation der Stoffumwandlung aus eigener Kraft erreicht zu haben. Selbst bei den Chinesen und Japanern, bemerkt Bücher, finden wir auf nationalem Boden ausschließlich Kleinbetriebsformen. Auf weiten Gebieten der gewerblichen Produktion herrscht hier noch das Hauswerk vor, namentlich auf dem der Textilproduktion, und wenn dasselbe auch zur Tauschwerterzeugung (2. Stufe) fortgeschritten ist und hier und da bereits dem Verlagssystem ähnliche Erscheinungen aufweist, so verharret es doch bei der Nahrungsmittelproduktion meist noch auf seiner Urform und hat auf dem Gebiete der Holz- und Metallverarbeitung Handwerksbetrieben, untermischt mit Lohnwerk, Platz gemacht. Bei den Indern sehen wir auf den Dörfern einen Stand von lohnarbeitenden Gewerbetreibenden, deren

Stellung an die Demiurgen Homers erinnert. In den Städten finden wir ein uraltes Kunstgewerbe, das eine eigene Technik in Silber, Stahl, Kupfer, Messing, Elfenbein betätigt und lohnwerksartigen Betrieb im Dienste von Kaufleuten aufweist. Aber die ganze Seiden- und ein großer Teil der Baumwollverarbeitung ist Hauswerk, bei der Baumwolle allerdings in eigentümlicher Mischung mit dem aus England importierten Fabriksystem. Zu den alten Gewerben der Teppichknüpferei, Weberei in Seide und Baumwolle, der Herstellung von Metall- und Elfenbeinwaren, der Gold- und Edelsteinverarbeitung ist heute die Verwertung der einheimischen Erz- und Kohlenlager, die Maschinen- und Metallindustrie, die Spinnerei und Weberei in Baumwolle (um die Jahrhundertwende über 5 Millionen Spindeln, namentlich in Bombay), Wolle, Seide hinzugekommen. Wer in Kalkutta landet, sieht alsbald die großen Anlagen für Jute (das Produkt Bengalens). Dann gibt es da eine Papier-, Öl-, Seifen- und Zigarrenfabrikation, Zuckersiederei usw. Das Bestreben, eine bodenständige Industrie zu schaffen, die einheimischen Rohstoffe auch im Inlande zu verarbeiten, hat hier insofern gute Aussichten, als Indien billiger arbeiten kann als England und andererseits die Transportkosten der industriellen Lieferungen nach Asien, dem Großen Ozean und auch nach dem östlichen Afrika von Indien aus geringer sind als von England.

Japan richtet ebenfalls sein Großgewerbe nach europäischem Muster ein (starke Imitation). Wir finden da namentlich Seiden- und Baumwollspinnereien (letzte vor dem Kriege mit über einer Million Spindeln) in Tokio und Osaka. Schiffbau in Nagasaki, Stahlfabrikation und Petroleumraffinerie, Glasbläserei, sogar Bierbrauerei. Über Japans Fortschritte allein in einem einzigen Dezennium von 1894 bis 1904 berichtet das von dem japanischen Finanzministerium veröffentlichte „Finanzielle und ökonomische Jahrbuch von Japan“<sup>1</sup>:

	1894	1904
Nationaleinkommen . . . . .	196 340 040 M	654 933 860 M
Zahl der Fabrikanlagen . . . . .	1 287	2 848
Zahl der beschäftigten Arbeiter . . . . .	434 882	526 215
Kapital in Baumwollspinnereien angelegt . . . . .	26 616 060 M	69 399 100 M
Gesellschaften für elektrisches Licht . . . . .	24	71
Kapital derselben . . . . .	10 281 200 M	40 581 500 M
Ausfuhr . . . . .	272 224 340 „	643 067 220 „
Einfuhr . . . . .	234 963 900 „	977 076 020 „
Eisenbahnnetz in englischen Meilen . . . . .	2 290	4 093
Aufgegebene Briefe . . . . .	451 479 804	1 736 363 382
Telegramme . . . . .	13 088 830	148 464 559

Auch China schreitet in industrieller Beziehung, wie es scheint, voran, erhält seine eigene Industrie (Baumwollspinnereien, Maschinenfabriken usw.). Die Baumwollindustrie verfügt namentlich in Schanghai und Nanking über tüchtige Fabriken. In Kwangtung, Sutschou und Hangtschou finden sich Seidenweberei und Seidenstickerei (die Seidenraupenzucht blüht in China, das 10 Millionen Kilogramm Seide auf den Weltmarkt bringt, wohl die Hälfte der ganzen Seidengewinnung der Erde); dann noch Kunsttischlerei, Elfenbeinschnitzerei, Metallverarbeitung,

<sup>1</sup> Fischer, Die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands (1906) 79.

Herstellung von Bambusmöbeln, Porzellan, Papierwaren, Farben und Tuschen usw. Das Gewerbe steckt indes noch zum größeren Teil im Kleinbetrieb.

In Afrika herrscht bei der Urbevölkerung das Hauswerk eventuell mit Überschußproduktion, wo benachbarte Märkte den Absatz gestatten. Demgemäß differenziert sich die gewerbliche Produktion, indem bei den verschiedenen Völkern oder auch an verschiedenen Orten derselben Stämme verschiedene Produkte erzeugt werden<sup>1</sup>. Daneben finden sich Wanderbetriebsformen mit störrischer Stoffverarbeitung, im Sudan auch Heimwerk vor. Doch verlieren diese ursprünglichen Gewerbeformen mit dem Vordringen des europäischen Handels immer mehr an Bedeutung (Bücher). In den Atlasländern (Algier, Tunis, Marokko) setzt sich die europäische Industrie namentlich im Küstengebiet fest. (Bei den alten Bewohnern Teppichherzeugung, Wollen- und Seidengewerbe, Lederwaren [Maroquin und Saffian von der marokkanischen Stadt Safi oder Saffi], Pantoffeln u. dgl.) Ägypten liefert Europa den Bedarf an feinen Baumwollsorten und auch nach Nordamerika langstapelige Baumwolle zur Verarbeitung. Die ägyptische Baumwolle steht an Stapellänge, Feinheit und Spinnbarkeit nur der Sea-Island-Sorte nach. Die beste Qualität ist in Ägypten die Joanovich-Sorte; durch Feinheit der Faser ausgezeichnet ist die Mitaffi-Sorte; auch die Abassi-Sorte hat ihre Vorzüge. Man will aber danach streben, in Kairo und Alexandria die Spinnerei und Weberei der Baumwolle selbst durchzuführen. Es gibt ferner in Ägypten Zuckerfabriken, Baumwollpressen, Brauereien, Seifenfabriken, Zementfabriken, elektrische Anlagen, eine bedeutende Zigarettenindustrie. Beim Mangel an Kohlen können die Katarakte des Nil und auch die Wasserkräfte an den Stauwerken zur Gewinnung elektrischer Kraft dienen.

Südafrika hat schon eine reichere industrielle Entwicklung. Es finden sich dort außer den landwirtschaftlichen Industrien Möbelfabriken, Gefrieranstalten, auch Maschinenfabriken usw. (eventuell Ausnutzung der gewaltigen Wasserkräfte der Viktoriafälle des Sambesi).

Australien verfügt über eine Industrie, die sich insbesondere der ersten Aufbereitung der Rohprodukte der Acker- und Viehwirtschaft sowie des Bergbaues, dann der Zubereitung von Nahrungsmitteln, der Herstellung von Kleidungsstücken und Schuhwaren widmet. Diese findet sich vornehmlich in den drei Oststaaten des australischen Festlandes, die Sägemühlenindustrie besonders in Neusüdwest, Queensland und Victoria. Auch Eisenindustrie, Zementindustrie, Ziegelei sind schon über den ersten Anfang hinaus. Die weitere Entwicklung verfügt über günstige Bedingungen und wird durch Schutzzölle gefördert.

Neuseelands Industrie schließt sich im wesentlichen an die Landwirtschaft an und verarbeitet deren Produkte. Es gibt dort Fleischgefrieranstalten, Butter- und Käsefabriken, Gerbereien, Wollwäschereien usw. Weniger auf kleinen als auf den größeren ozeanischen Inseln hat sich für die Herstellung von Netzen und allerlei Fischfanggeräten auch für die Konservierung (Trocknung) von Fischen ein besonderes Kleingewerbe ausgebildet. Die Neuseeländer und die Samoaner verfertigen feine Matten. Aus Delphin-, Hund- und Eberzähnen, aus Muschelschalen und Schildpatt werden Schmuckgegenstände hergestellt. Auch findet sich Töpferei vor (Bili-Bili-Topfwaren von einer Insel der Astrolabe-Bai, sehr geschätzt).

<sup>1</sup> „Stammesgewerbe“, wenn ganze Dörfer demselben Gewerbe sich zuwenden.



Damit haben wir unsern Spaziergang durch die industrielle Welt beendet. Diese konkrete Erfassung des gewerblichen Lebens, auch wenn sie nicht in alle Details eingehen kann, dürfte in etwa geeignet sein, Interesse und Verständnis für die industrielle Entwicklung der Völker und Volkswirtschaften und für die Bedeutung der Weltwirtschaft zu wecken und zu stärken.

Auch politische Verhältnisse finden ihre Erklärung vielfach aus wirtschafts- und produktionsgeographischen Bedingungen: das Verlangen nach Beherrschung ganzer Stromgebiete, das Streben ans Meer, die Forderung mehrfacher Seezugänge, die Ausschau nach der gegenüberliegenden Küste, die Kreuzung großer Überlandwege, das Begehren nach Abrundung des Machtbereiches, nach völkischem Zusammenschluß usw.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Arthur Dix, Politische Erdkunde. Sammlung: Jedermanns Bücherei (1922).

## Drittes Kapitel.

### Agrar- und Industriestaat.

**Literatur:** K. Oldenberg, Deutschland als Industriestaat (1897). — H. Dietzel, Weltwirtschaft und Volkswirtschaft (1900). — L. Brentano, Die Schrecken des überwiegen- den Industriestaates (1901). — K. Helfferich, Handelspolitik (1901). — A. Wagner, Agrar- und Industriestaat (1902). — L. Pohle, Deutschland am Scheidewege (1902). — H. Böttger, Die Industrie und der Staat (1910). — Die Aufsätze über Agrar- und In- dustriestaat von H. Dietzel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup> 226 ff.; von M. Sering im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 48 ff. — Die Referate über die Pro- duktivität der Landwirtschaft von K. Ballod und J. Eßlen in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1910) 427 ff. und 475 ff.

#### § 1.

#### Das Problem an sich und vor dem Weltkriege.

1. Begriff industriestaatlicher Entwicklung. Wollte jemand in West- europa mit der Gegenüberstellung von Agrarstaat und Industriestaat völlig ausschließende Gegensätze bezeichnen in dem Sinne, daß dabei der Agrar- staat eine rein agrarische, der Industriestaat eine rein industrielle Aus- gestaltung der Volkswirtschaft bedeutete, so hieße das die unmittelbare Berührung mit der konkreten Wirklichkeit völlig verlieren. „Unsere wie alle modernen Volkswirtschaften der Kulturvölker“, sagte (1902) Adolf Wagner<sup>1</sup>, „stellen eine Mischung von Agrar- und Industriestaat dar, früher mit dem Vorwalten des ersteren, neuerdings mit demjenigen des zweiten Elements. Diese Mischung ist ... an sich als richtig und notwendig anzuerkennen, und nicht, ob sie, sondern nur, in welchem Verhältnis sie passend stattfindet, ist der strittige Punkt. Die richtige Fragestellung ist daher: In welchem Maße ist für eine moderne Volkswirtschaft eines großen Kulturvolkes mit stark wachsender Volkszahl und stark steigenden Lebensanforderungen seiner Bevölkerung, in welchem Maße ist speziell für die heutige deutsche Volkswirt- schaft die Entwicklung des industriestaatlichen Elements neben und even- tuell auf Kosten des agrarstaatlichen geboten, erwünscht, möglich und ge- sichert auszuführen? Und anderseits: In welchem Maße ist überhaupt

---

<sup>1</sup> Zur Agrarfrage: Tägliche Rundschau 21. Jahrg., Nr. 201, 1. Mai 1901.

und wiederum speziell für das heutige Deutschland die Festhaltung des agrarstaatlichen Elements neben dem und statt des industriestaatlichen mit seinem Schwerpunkt im auswärtigen Handel, geboten, erwünscht, möglich und gesichert ausführbar?“

Der Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat, oder anders ausgedrückt: die moderne industriestaatliche Entwicklung, vollzog sich in der Weise, daß in einem Staate mit wachsender Bevölkerung der Bedarf an agrarischen Produkten — an Brotgetreide und sonstigen Nahrungsmitteln, ferner an Hilfs- und Rohstoffen — zu einem immer größeren Bestandteile nicht mehr wie früher durch die einheimische Landwirtschaft, sondern mit ausländischen agrarischen Erzeugnissen regelmäßig zu niedrigeren Preisen gedeckt wurde, wobei dann die aus fremden Ländern importierten Agrarprodukte mit inländischen industriellen Produkten eingetauscht wurden. Kurz: der fortschreitende, wachsende internationale Austausch von inländischen Industrieprodukten gegen ausländische Agrarprodukte, das ist es, was man unter der industriestaatlichen Entwicklung versteht, man mag Freund oder Feind derselben sein.

**2. Die industriestaatliche Entwicklung Westeuropas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts<sup>1</sup>.** Als bekannt setzen wir voraus, daß osteuropäische und überseeische Gebiete auf ausgedehnten Ackerflächen gewaltige Mengen von Getreide, und zwar zu verhältnismäßig geringen Gestehungskosten erzeugten und in jenem Zeitraume bei enorm erleichtertem Verkehr in großen Massen den westeuropäischen Märkten zuführten.

Wir wollen zunächst Kenntnis nehmen von der damaligen Gestaltung der Produktionsverhältnisse der westeuropäischen Landwirtschaft unter dem Einfluß der transmaritimen und osteuropäischen Konkurrenz, sodann auf die einzelnen Gründe etwas näher eingehen, welche jener Konkurrenz eine so einschneidende Bedeutung für die Entwicklung der westeuropäischen Volkswirtschaften verliehen.

1. Während bis in die 60er und 70er Jahre des 19. Jahrhunderts die westeuropäischen Länder die Anbaufläche für Getreide im allgemeinen mehr und mehr ausdehnten, begann später eine Reduktion des Ackerlandes, hauptsächlich für Weizen, in geringerem Maße auch für Gerste und Mais. Die Anbaufläche von Roggen und insbesondere von Hafer nahm dagegen teilweise zu. Nur in Ungarn und Schweden hielt die Ausdehnung der Anbauflächen an, wenn auch hier nicht ohne jegliche Unterbrechung für die eine oder andere Fruchtart.

<sup>1</sup> Für die industriestaatliche Entwicklung Deutschlands spielt jene Zeit die entscheidende Rolle. Vgl. Das Getreide im Weltverkehr (1900). Im Auftrage des k. k. österreichischen Ackerbauministeriums herausgegeben.



Nach Sundbärg betrug in Westeuropa<sup>1</sup>:

Die Anbaufläche von	im Jahres- durchschnitt 1876—1880	im Jahre 1896	daher	
			Zunahme	Abnahme
			Tausende <i>ha</i>	
Weizen . . . . .	19 601	18 748	—	853
Roggen . . . . .	11 678	11 449	—	229
Gerste . . . . .	6 774	6 432	—	342
Mais . . . . .	3 562	3 467	—	95
Hafer . . . . .	12 222	13 620	398	—

Wenn man nun auch, mit Rücksicht auf das Gesamtbild von Westeuropa, in der Tat, vom Hafer abgesehen, für die übrigen vier Hauptgetreidearten von einer gewissen „Tendenz“ zur Beschränkung der Anbauflächen reden kann, so darf andererseits nicht übersehen werden, daß bei jener von West nach Ost gerichteten Bewegung die Einzelbilder der verschiedenen Staaten und Volkswirtschaften eine nicht unbedeutende Mannigfaltigkeit aufweisen. Namentlich im Innern des Kontinents greift die Bewegung später und weniger scharf ein als in Großbritannien und in den nordwestlichen Küstengebieten Europas. Dementsprechend war der Umfang der Reduktion der Anbauflächen in den verschiedenen Staaten und bei den verschiedenen Fruchtarten keineswegs überall derselbe<sup>2</sup>.

Bis Anfang der 90er Jahre nahmen z. B. im Deutschen Reiche die Anbauflächen durchgängig, abgesehen vom Spelzland, an Ausdehnung zu. Das Weizenland erreichte im Jahre 1893 (mit 2044) seine größte Ausdehnung, das Roggenland 1894 (mit 6045), das Gerstenland 1891 (mit 1807), das Haferland 1891 (mit 4155 Tausend Hektar). Von dem bezeichneten Zeitpunkte an bis 1897 wird die Anbaufläche bei Weizen beständig, bei den andern Fruchtarten nicht ohne Schwankungen reduziert. In den Jahren 1898/99 nimmt das Weizenland wieder zu und erreicht eine Ausdehnung von 2 016 500 *ha*, während die Roggenanbaufläche auf 5 871 100 *ha* zurückgeht, Gerste und Hafer den alten Stand mit 1 665 000 bzw. 3 999 500 *ha* behaupten.

In Österreich wuchsen die Anbauflächen für Weizen, Roggen, Mais bis Ende der 80er, für Gerste und Hafer bis in die Mitte der 90er Jahre. Seither nahmen die Getreideanbauflächen mehr oder minder ab, hatten aber 1898 noch immer eine größere Ausdehnung als zu Ende der 70er und zu Anfang der 80er Jahre. Ungarn zeigt seit 1870 für Weizen und Mais eine stark wachsende Tendenz, für Roggen, Gerste und Hafer in den letzten Dezennien umgekehrt eine Beschränkung der Fläche. Mit 1898 begann für alle Fruchtarten wieder ein nicht unbeträchtlicher Aufschwung.

In der Schweiz scheint zwischen 1888 und 1895 eine Reduktion der Anbauflächen erfolgt zu sein.

Dänemark dehnte das Roggen- und Haferland aus, während das Weizen- und Buchweizenland seit 1876, das Gerstenland seit 1881 an Ausdehnung abnahm.

<sup>1</sup> Zu beachten bleibt, daß Sundbärg Ungarn, Bosnien, Herzegowina, Galizien, Bukovina nicht zu Westeuropa zählt.

<sup>2</sup> Wo bei den einen die industriestaatliche Entwicklung beginnt, schreitet sie bei den andern nur voran. Auch ist das Tempo nicht überall das gleiche.

In Schweden trat nur vorübergehend für Gerste (1893, 1894) eine Reduktion ein; im übrigen nahmen hier die Anbauflächen für alle Getreidearten zu. Norwegen weist bloß für Haferland eine Ausdehnung, sonst Reduktion der Fläche auf.

In Frankreich behauptete das Weizenland mit einigen Schwankungen die alte Ausdehnung (1898 fast so groß wie 1876). Das Haferland nahm bis 1891 zu, dann zeitweilig ab, um in letzter Zeit wieder zu wachsen. Eine beständige Verkleinerung erlitten dagegen seit den 70er Jahren die Anbauflächen von Roggen, Gerste, Halbfrucht, Mais und Buchweizen.

In Großbritannien und Irland fand vom Durchschnitte der Jahre 1867/72 bis zu jenem von 1893/97 eine Reduktion der Ackerlandfläche von 17,79 auf 14,04 Millionen Acres statt; das Gras- und Kleeland erweiterte sich gleichzeitig von 28,3 auf 33,8, die Holzungsflächen von 0,8 auf 3,0 Millionen Acres.

Auch Belgien zeigt in der Zeit von 1866 bis 1895 eine sehr beträchtliche Verminderung der Anbauflächen. Nur das Haferland gewann an Ausdehnung.

In den Niederlanden nahm das Haferland beständig zu, später auch das Roggenland, während bei den übrigen Fruchtgattungen eine Reduktion eintrat.

Die dem Getreidebau entzogenen Flächen wurden teilweise zum Kartoffelanbau oder für Wiese und Wald, wie in England, oder auch, wie namentlich in Belgien, für Industrie- und Futterpflanzen verwandt. In Deutschland wuchsen die Anbauflächen für Kartoffel in der Zeit von 1889 bis 1899 von 2918 auf 3132, für Klee von 1812 auf 1825, für Luzerne von 194 auf 224 Tausend Hektar. Das Wiesenland dehnte sich zwischen 1889/98 von 5909337 *ha* unter Schwankungen auf 5915475 *ha* aus und ging dann 1899 auf 5887572 *ha* zurück. Auch in Österreich waren die Anbauflächen für Kartoffel, Hülsenfrüchte, Zucker- und Futterrüben erheblich gewachsen; bei letzteren trat seit 1895 eine Verminderung ein.

2. Gingen die Anbauflächen für Getreide in Westeuropa mehr oder minder zurück, so zeigen dagegen die Ernteergebnisse in den meisten Staaten eine anhaltende Steigerung des relativen Ertrages, so zwar, daß vielfach der Rückgang der Anbauflächen durch die Ertragsvermehrung ganz oder zum Teil ausgeglichen wurde.

Überblicken wir die Ernteergebnisse aller westeuropäischen Staaten zugleich, so finden wir nur bei Gerste eine nicht sehr bedeutende Minderproduktion, sonst überall Produktionsvermehrung. Weizen und Roggen zusammen zeigen in dem Jahrfünft 1893/97 gegenüber 1883/87 eine Zunahme von 31,5 Millionen Meterzentner oder 8,7%. Die Zunahme des Jahres 1898 ist gegen den Beginn der 80er Jahre noch größer. Die Haferproduktion vermehrte sich um 12 Millionen Meterzentner oder um 7,6%.

Die Erntestatistik der einzelnen Staaten ergibt natürlich wiederum ein sehr verschiedenes Bild. Großbritannien weist in den Hauptkörnergattungen einen Produktionsrückgang auf; ebenso die Niederlande, Dänemark und Norwegen, auch die Schweiz und Italien für Weizen und Gerste, wenn auch nicht im Verhältnis der Verminderung der Anbauflächen. Die Haferproduktion dagegen nahm in jenen sechs Ländern zu, teilweise (in Italien nicht) auch die Roggenproduktion.

In Deutschland wurden geerntet:

im Jahresdurchschnitt resp. im Jahre	Millionen Meterzentner				
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Spelz (Mischkorn)
1878—1882 . . . . .	23,69	58,55	21,72	43,60	4,61
1893—1897 . . . . .	29,47	70,59	22,70	47,11	3,79
1896 . . . . .	30,08	72,32	23,17	49,68	3,23
1897 . . . . .	29,13	69,33	22,42	48,41	3,47
1898 . . . . .	32,93	75,33	25,14	57,81	4,25

nach neuer Methode erhobene Daten:

1899 . . . . .	38,47	86,76	29,84	68,83	4,76
----------------	-------	-------	-------	-------	------

Auch Österreich und Frankreich erlebten in den letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts eine beträchtliche Steigerung des relativen Ertrages. Selbst für Belgien ließ sich, trotz des Rückganges der Getreideanbauflächen, eine Produktionsvermehrung feststellen. Besonders günstig gestaltete sich, wenn auch mit Schwankungen, die Ertragssteigerung bei Ungarn.

3. Stärker als die Vermehrung der Nahrungsmittel war in Westeuropa seit Beginn der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Bevölkerungszunahme.

In Deutschland stieg die Volkszunahme bereits 1855/60 auf 9 pro Tausend, behauptete während der Zeit von 1865 bis 1870 (trotz der Kriege von 1866 und 1870) die Höhe von 6 pro Tausend und gewann dann wieder von 1885 bis 1895 eine Höhe von 11 pro Tausend. In den Jahren 1895 bis 1900 betrug die Volksvermehrung in Deutschland 4,1 Millionen, durchschnittlich mit einem Zuwachs für jedes Jahr von 800 000 Menschen. In Österreich erhob sich die Volksvermehrung in den 60er Jahren auf etwa 9 pro Tausend und behielt die Höhe von fast 8 pro Tausend bis in die 90er Jahre.

Ein Gesamtbild von der Volkszunahme in Westeuropa für das 19. Jahrhundert bieten die Zusammenstellungen Sundbärgs<sup>1</sup> (wobei Westeuropa mit der oben erwähnten, von Sundbärg festgehaltenen Beschränkung verstanden wird).

Am Jahreschluß	Bevölkerung. 1000 Einwohner	In der Periode	Volkszunahme pro Jahr	
			1000 Bewohner	auf je 1000 Bewohner
1800	122 463	—	—	—
1810	128 740	1801—1810	628	5,0
1820	137 659	1811—1820	892	6,7
1830	151 113	1821—1830	1345	9,4
1840	161 404	1831—1840	1020	6,6
1850	170 950	1841—1850	955	5,7
1860	180 715	1851—1860	976	5,6
1870	192 290	1861—1870	1158	6,2
1880	206 318	1871—1880	1403	7,1
1890	220 303	1881—1890	1398	6,6
1897	232 787	1891—1897	1783	7,5

<sup>1</sup> Vgl. Statistisk Tidskrift 1893, 3. Heft.



Vergleicht man die Volkszunahme in Westeuropa mit den dortigen Produktionsverhältnissen, so muß es scheinen, als ob das Gesetz, daß die Bevölkerung stets bestrebt sei, sich nach Maßgabe der vorhandenen Nahrungsmittel zu vermehren — seit den 60er Jahren für Westeuropa seine Geltung verloren habe. Der Grund und die Erklärung dieser Erscheinung liegt eben darin, daß die Entwicklung hier mehr oder minder — und verschieden in den einzelnen Gebieten — einen mehr städtischen und industriellen Charakter angenommen hatte.

4. Das aber hängt zusammen mit der modernen Umgestaltung der Verkehrsmittel. Hierdurch wurde es nämlich möglich, die zur Erhaltung der wachsenden Volksmenge nötigen Nahrungsmittel eventuell aus der Ferne herbeizuschaffen und gegen Fabrikate der inländischen Industrie zu vertauschen.

Mit einer in der Geschichte der Menschheit bisher unerhörten Kraft hat hier eben der Verkehr eingegriffen, dessen Umgestaltung zwar in den 30er Jahren begann, damals aber nur lokalen Charakter hatte und erst in den 60er Jahren und später seine enorme internationale Bedeutung gewann. Der Bau von Eisenbahnlinien, die Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes, die Anlage von Schifffahrtskanälen, der Bau der mächtigen Ozeandampfer, die rasche Vermehrung der Handelsflotte, alle die technischen und sonstigen Hilfsmittel zur Hebung und Erleichterung des Verkehrs haben nicht nur die auf Erden möglichen Distanzen, sondern auch die Last der Massengüter zu Nebensachen herabgedrückt, gewissermaßen Raum und Gewicht überwunden. „Dadurch sind die entferntesten Winkel der Erde mit ihren Produkten ebenso vor die Tore Westeuropas geschoben, wie vor 100 Jahren Frachtwagen und Segelboote die Nachbargebiete mit ihren Erzeugnissen vor die Tore der Hauptstadt rückten.“<sup>1</sup>

Geradezu erstaunlich ist die Schnelligkeit, mit welcher die Entwicklung der Verkehrsmittel erfolgte. Die Eisenbahnlinien, welche im Jahre 1830 erst 332 km auf der ganzen Erde betrugen, wuchsen bis 1845 auf 16 690 km an. 1860 hatten sie eine Länge von 106 886, 1870 von 221 980, 1880 von 367 687 und 1890 von 618 724 km. 1896 waren auf der ganzen Erde 715 000 km im Betrieb: 257 203 km in Europa, 294 088 km in den Vereinigten Staaten von Amerika. In Europa kamen auf je 1000 qkm 26, in den Vereinigten Staaten 38 km Eisenbahnlinien.

Gleichzeitig entwickelte sich die Handelsflotte der Erde in großartigster Weise. Bei allen Handelsmarinen der Erde betrug der Gesamtnettotonnagehalt

im Jahre	der Dampfer	der Segler	der Dampfer und Segler zusammen	die berechnete Tragfähigkeit der Dampfer und Segler
	1000 t			
1820	6	3 166	3 172	3 184
1840	97	4 556	4 653	4 847
1860	765	10 712	11 477	13 006
1886	7 637	11 787	19 424	34 699
1898	12 073	7 049	19 122	43 268

Nach dem „Germanischen Lloyd“ wurde für das Jahr 1899 die Zahl der Handelsschiffe auf 14 725 Dampfschiffe und 29 844 Segler berechnet. In den

<sup>1</sup> Das Getreide im Weltverkehr 13.

„Übersichten der Weltwirtschaft“, von Juraschek herausgegeben, wird die Leistung der Handelsflotte der 38 wichtigsten Staaten der Erde für 1892 mit 365 Millionen Tonnen angegeben, 1872 betrug sie erst 137 Millionen Tonnen. Die Leistung sämtlicher Eisenbahnen wurde für 1892 mit 1945 Gütertonnen berechnet.

5. Mit dem überaus raschen Wachstum der Verkehrsmittel war eine ebenso außerordentliche Herabsetzung der Frachtsätze für Getreide verbunden.

Baxter<sup>1</sup> zufolge galt im alten Frachtverkehr auf den Landstraßen der Satz von 55—70, auf den Kanälen der Satz von 14—22 Cents pro Tonne und Kilometer. Die Eisenbahnen aber haben sofort für etwa 40 % der vordem auf den Kanälen geforderten Sätze die Verfrachtung durchgeführt. Speziell im Verkehr mit Amerika verminderten sich die Frachtsätze während der letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts im raschesten Tempo. Die Frachtrate Neuyork-Liverpool fiel während der Zeit von 1868 bis 1888 von 14,4 auf 5,3 Cents für einen Bushel Weizen, in der gleichen Zeit die Eisenbahnfracht Chicago-Neuyork von 42 auf 14½ Cents pro Bushel Weizen. 1894 erreichte die Frachtrate Neuyork-Liverpool ihren Tiefpunkt mit weniger als 4 Cents, die Eisenbahnfrachtrate Chicago-Neuyork 1898 mit 11½ Cents. Im direkten Verkehr entwickelten sich die Frachtsätze ähnlich; auf der Linie Chicago-Liverpool sank der Satz für 100 Pfund Getreide in der Zeit von 1880 bis 1898 von 49,2 auf 34,3 Cents, und auf der Linie St. Louis-New Orleans-Liverpool für einen Bushel Weizen in der Periode von 1882 bis 1898 von 22⅔ auf 14,2 Cents herab. Einem „Report to the board of trade on the relation of wages in certain industries to the cost of production“ zufolge ging der Frachtsatz für eine Tonne Getreide von San Francisco nach Liverpool oder Havre in der Zeit von 1880 bis 1890 von 78,10 Franken auf 46,85 Franken zurück. Auf der Strecke Neuyork-Amsterdam ferner sank während der Jahre 1881/86 die Fracht um 18 Mark. Die Eröffnung des Suezkanals bewirkte angeblich eine Ermäßigung des Transports von Bombay oder Kalkutta nach Liverpool um 50 %. Auch in Rußland erstrebte die Reform des Eisenbahntarifwesens von 1889 die Eröffnung der entferntesten Gebiete für den Weltmarkt. Nach der Tarifrevision von 1897 war die absolute Höhe der Frachtkosten in Rußland nicht viel größer als in den Vereinigten Staaten, und so gering, daß sogar Heu im gepreferten Zustande aus Westsibirien auf die europäischen Märkte gelangen konnte.

Aber nicht nur die Frachtsätze wurden bedeutend reduziert, auch noch andere Elemente der Transportspesen verminderten sich. Man denke nur z. B. an die diesbezügliche Bedeutung der amerikanischen Getreidespeicher, welche zugleich als Aufbewahrungs- und als Sortierungs- und Umladestellen dienen. Diese sog. „Silospeicher“, „grain-elevators“, finden sich fast bei sämtlichen Schifffahrts- und Eisenbahnstationen und in den Ausfuhrhäfen. Die Einrichtung der Elevatoren ermöglicht eine sehr schnelle Abwicklung des Verkehrs. Große, von den verschiedensten Farmern eingekaufte oder eingelagerte Getreidemengen werden hier nach „Graden“ sortiert („Getreidegradierung“) und dann nach den also festgestellten Bonitätsklassen zusammengeworfen. Die sog. Trockenflüssigkeit, welche

<sup>1</sup> Journal of Statistical Society 1866, Dezemberheft 563; vgl. Das Getreide im Weltverkehr 101.

das Getreide mit andern Massengütern, wie z. B. Kohle, teilt, erleichtert sehr seine Behandlung als Handelsgut; es kann in großen Mengen zusammengeschüttet, ohne Substanzveränderung und Wertverminderung beliebig geteilt werden, jede Körperform annehmen usw. Da dieselbe Eigenschaft das Getreide befähigt, ohne Verpackung durch eigene Schwerkraft fortzugleiten, so vollzieht sich die Entleerung der Elevatoren äußerst einfach und rasch. Aus den verschiedenen, für die einzelnen Getreidesorten bestimmten schachtartigen, nach unten spitz zulaufenden Kästen fließt die Frucht nach Öffnung eines Schiebers am Boden und mittels einer verstellbaren Röhre in die bereitstehenden Schiffe und Eisenbahnwaggons. Die gewaltigen Dampfer der Red Star-Linie konnten auf diese Weise von dem „Girard point Elevator“ bei Philadelphia in 3½ Stunden fertig beladen werden. Durch automatische Wagen wird gleichzeitig das Gewicht des Getreides genau festgestellt.

Die Folge all dieser Verkehrserleichterungen war, daß große Getreidemassen aus den transatlantischen Gebieten mit einem verhältnismäßig geringen Aufschlag auf die Produktionskosten nach Europa überführt werden konnten. Auch in Rußland war es, wie bereits angedeutet, durch das Tarifsystern ermöglicht, aus den entferntesten Gebieten des Reiches Getreide billiger nach Westeuropa zu liefern als nach manchen von den großen Verkehrsstraßen abseits liegenden Gouvernements des eigenen Landes. Während also in früheren Zeiten die Entfernung als solche die etwa günstigeren Produktionsverhältnisse jener Gebiete nicht für weiter entlegene Länder zur Geltung kommen ließ, konnten nun Osteuropa und Amerika bei geringen Zufuhrkosten der westeuropäischen Landwirtschaft in deren eigener Heimat als mächtige, ja als übermächtige Konkurrenten gegenübertreten.

6. Beachtet man den entscheidenden Einfluß, welchen die Produktionskosten auf die Gestaltung der Preise ausüben, erwägt man, daß — von allem andern abgesehen — diese Produktionskosten „für den russischen, kaum der Leibeigenschaft entwachsenen Bauer, den im Raubbau sein Land ausbeutenden amerikanischen Farmer, den anspruchslosen Inder“ notwendig geringer werden als für den englischen Farmer, den französischen und deutschen Bauer, so konnte kein Zweifel mehr obwalten über die äußerst schwierige Lage der westeuropäischen Landwirtschaft<sup>1</sup>. Mochten immerhin die fruchtbaren Gebiete im Innern Rußlands, in Indien, in Nordamerika und Argentinien als den am meisten abgelegenen Ländern größere Frachtkosten haben und insofern relativ unter ungünstigen Verhältnissen produzieren. Aber das beschränkte die Macht ihrer Konkurrenz nur im geringsten Umfange, je mehr die Zufuhrkosten sich minderten. Die Gestehungskosten dieser Gebiete waren relativ gering und die Ackerbauflächen enorm ausgedehnt. Früher wurden die fernen Länder gerade nur zur Deckung des restlichen Bedarfs herangezogen; jetzt waren diese Gebiete imstande, ohne besonders große Kostenerrhöhung fast, den ganzen Weltmarktbedarf zu bestreiten. Früher waren jene mit Rücksicht auf ihre Entfernung unter den ungünstigsten Verhältnissen produzierenden Länder in einer prekären Lage, da eine reichliche Ernte in Westeuropa ihr Produkt entbehrlich machen, die Preise unter den Betrag der Summe

<sup>1</sup> Vgl. das oben S. 682 ff. bereits über die Agrarkrisis Gesagte.



ihrer Zufuhr- und Produktionskosten drücken konnte; jetzt waren in ähnlicher Lage die den Konsumenten näher gelegenen Länder, weil die minimalen Frachtkosten nur eine geringe Marge boten, die leicht von ihren größeren Gestehungskosten überschritten wurde, und weil ihr größeres oder geringeres Ernteergebnis gegenüber der Massenproduktion jener Länder kaum mehr ins Gewicht fiel<sup>1</sup>.

Wenn also auch die Produktionsverhältnisse derjenigen Gebiete, die unter weniger günstigen Verhältnissen produzierten, aber doch noch zur Deckung des Bedarfs herangezogen werden mußten, die eine Grundlage für die Getreidepreisbildung darstellten, so genügte doch nun bei den modernen Verkehrsverhältnissen auch die größte Entfernung von dem Wohnorte der Konsumenten nicht mehr, um die fremden Länder als Gebiete erscheinen zu lassen, die im Verhältnis zu der inländischen Produktion eines Staates unter schlechthin ungünstigeren Verhältnissen produzieren. Die ungeheuren Quantitäten des Fernangebotes beherrschten den Markt und die Getreidepreisbildung. Man hatte angefangen, fast nur noch von Weltproduktion und Weltmarktpreis zu reden, wobei die besondern Verhältnisse der einzelnen Volkswirtschaft nahezu gänzlich der Beachtung entrückt blieben.

Sollte aber dieser Gestaltung der Dinge gegenüber der Staat mit verschränkten Armen dastehen? Konnte er in den Ruf einstimmen: 90 % der Landwirte sind doch verloren, sie mögen also zu Grunde gehen? Verlegen wir uns nur auf die Industrie, um Mittel zu gewinnen, vom Auslande unser an Zahl wachsendes Volk mit agrarischen Produkten versehen zu lassen! So verlangt es die machtvolle weltwirtschaftliche Entwicklung.

Bedenken gegenüber dieser Aufforderung konnte in Deutschland indes schon ein Blick auf die Änderungen in den Bevölkerungsverhältnissen wenigstens bei denjenigen erregen, welche von der hohen Bedeutung des agrarischen Teiles für Staat, Volk, Volkswirtschaft durchdrungen waren.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung zählte bei der letzten Berufszählung im Jahre 1907 rund 17,7 Millionen Berufszugehörige, also 26,6 % der Gesamtbevölkerung (61 720 529). Die industrielle Bevölkerung war größer; sie belief sich auf 26,4 Millionen (42,8 % der Gesamtbevölkerung). Faßt man den Handel und Verkehr (8,3 Millionen oder 13,4 % der Gesamtbevölkerung) und die Industrie zusammen, dann waren diese mit 56,2 % der Gesamtbevölkerung fast doppelt so stark wie die Land- und Forstwirtschaft. Die landwirtschaftliche Bevölkerung bildete bei der ersten Berufszählung (1882) noch das stärkste Gewerbe. Sie verlor in der Zeit von der ersten bis zur zweiten Berufszählung, von 1882 bis 1895, rund 724 000 Köpfe oder 3,8 % ihres Bestandes; in der Zeit von der zweiten bis zur dritten Zählung, von 1895 bis 1907, rund 820 000 Köpfe oder 4,4 % ihres Bestandes. Der Rückgang der eigentlichen Landwirtschaft (also mit Ausschluß der Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei usw.) war noch stärker. Er

<sup>1</sup> Das Getreide im Weltverkehr 105.

betrug von 1882 bis 1895: 889 000 Personen oder 4,8%, und von 1895 bis 1907: 895 000 Personen oder 5%. Die nebenberufliche Beschäftigung in der Landwirtschaft hatte dagegen zugenommen. Im Jahre 1882 waren in Land- und Forstwirtschaft nebenberuflich tätig rund 4,1 Millionen und 1907 rund 5,7 Millionen Personen<sup>1</sup>.

Die Bevölkerung des flachen Landes, d. i. die Landbevölkerung im engeren Sinne, ist größer als die landwirtschaftliche Bevölkerung. In den Orten unter 2000 Einwohnern wurde 1907 eine Bevölkerung von 25,9 Millionen ermittelt, wovon 14,7 auf die eigentliche landwirtschaftliche und 11,2 Millionen auf gewerbliche und sonstige Bevölkerung entfielen. Auch findet sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der Industrie mit etwa 7 Millionen auf dem platten Lande.

Der fortschreitende Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Zeit von 1882 bis 1907 hat keineswegs seine Ursache in dem Rückgang der Geburten auf dem Lande oder in der Häufigkeit der Sterbefälle. Die Landbürtigen überstiegen mit 33 757 916 (54% der Gesamtbevölkerung) die 26 620 319 (43,1% der Gesamtbevölkerung) der Stadtbürtigen. Hauptgrund ist vielmehr die Landflucht, der Zug in die Stadt usw. Ostdeutschland hat durch die Wanderbewegung nach den Ergebnissen der Zählung von 1907 rund 865 000 Personen verloren, die Provinz Ostpreußen allein 508 000 Personen (die Provinz Posen 411 000). Mittelddeutschland hatte einen Wanderverlust von 177 000; die preußische Provinz Sachsen büßte 365 000 ein; doch brachte das industrielle Königreich Sachsen durch Mehrzuzug von 229 000 einen Ausgleich für die sonstige Abnahme der Bevölkerung in Mittelddeutschland. Die Rheinlande gewannen 356 000 und Westfalen 288 000, Westdeutschland im ganzen über eine Million Personen, Hamburg allein 316 000, Süddeutschland, im ganzen genommen, verlor 380 000, Württemberg 114 000, während (Elsaß-Lothringen) Baden, Hessen, Bayern zum Teil, größeren oder geringeren Zuwachs hatten.

In der deutschen Landwirtschaft gab es 1907: 9581802 hauptberuflich tätige Personen. (Die 5493584, welche 1907 nebenberuflich in der Landwirtschaft erwerbstätig waren, sind nicht mitgezählt.) Die Gesindeleute, die in der Landwirtschaft selbst erwerbstätig sind, Knechte und Mägde, werden den Erwerbstätigen im Hauptberufe beigezählt, wenn von der Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Rede ist. Häusliche, d. i. im Haushalt beschäftigte Dienstboten wurden 147487 gezählt. Zum Haushalt der Erwerbstätigen gehörten ferner 5424433 Kinder unter 14 Jahren; Angehörige über 14 Jahre waren 1766949 vorhanden.

Die Zahl der hauptberuflich Tätigen belief sich 1895 auf 8045441 Personen, nahm also bis 1907 um 1½ Millionen zu. Diese Zunahme aber erklärt sich nur aus dem Anwachsen der weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft um 1,8 Millionen, während die männlichen Arbeitskräfte in der gleichen Zeit um

<sup>1</sup> Die Deutsche Landwirtschaft. Hauptergebnisse der Reichsstatistik. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt (von Seibt; 1913). Wir entnehmen hier obige Angaben hauptsächlich dieser Schrift. Vgl. auch die Aufsätze von Conrad im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup> 237 ff., von Evert im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 286 ff.; ferner die Angaben von Calwer, Wirtschaftsjahr und Jahrbuch der Weltwirtschaft.; Ballod, Grundriß der Statistik (1913); Statistische Korrespondenz Jahrg. 40, Nr. 40, vom 18. August 1914.

nahezu 300 000 zurückgingen. Die Mitarbeit der Ehefrauen und Töchter hat zugenommen, wurde aber auch bei der Zählung von 1907 besser als früher erfaßt.

Noch einige Angaben über die soziale Gliederung der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft: Selbständige Landwirte (Eigentümer, Pächter und sonstige Betriebsleiter) gab es 1907: 2450336. Im Jahre 1895 wurden 2522539 Selbständige gezählt. Ihre Zahl hatte sich also bis 1907 etwas vermindert. Unselbständig in der Landwirtschaft tätig waren 1907: 7131466 Personen. Die Hauptmasse bilden dabei die Arbeiter. 1907 kamen auf 100 selbständige Landwirte 3,1 Angestellte und 288 Arbeiter, 1895: 3,1 Angestellte und 216 Arbeiter. Zu beachten bleibt jedoch hier die zunehmende Mitarbeit der Familienangehörigen. 1895 kamen auf 100 Selbständige 141 familienfremde Arbeiter, 1907 nur 129. Das Anwachsen der landwirtschaftlichen Arbeiter ist also zum Teil anders geartet als in der Industrie. Auch bleibt zu beachten, daß Tagelöhner häufig zugleich eigenes oder gepachtetes Land bewirtschaften. Allerdings hat die Zahl solcher landbesitzenden Tagelöhner von 1895 bis 1907 um 123482 abgenommen. Die Hauptmasse der fremden, d. i. nicht zu der Familie gehörigen Arbeiter, das Gesinde, die Tagelöhner und sonstigen Arbeiter mit oder ohne Land, hat sich in der gleichen Zeit um 10,6% vermindert<sup>1</sup>. Man begreift darum die wachsende Inanspruchnahme ausländischer Arbeiter durch die Landwirtschaft. Die Berufszählung von 1907 stellte 257329 im Auslande geborene Landarbeiter fest. Nach den Mitteilungen der deutschen Arbeiterzentrale wurden 1911/12 rund 397000 ausländische Arbeiter für die Landwirtschaft legitimiert<sup>2</sup>. Zu bedauern war, daß immer wieder gerade die leistungsfähigsten Altersklassen der heimischen Arbeiter (zwischen 20 und 40 Jahren) sich der Landwirtschaft entzogen.

3. Die industriestaatliche Entwicklung eine geschichtliche, Regelungen zulassende und der Regelung bedürftige Tendenz, keine „naturgesetzliche“ Notwendigkeit. Das Wort „Weltwirtschaft“ hatte in der Tat vor dem Weltkriege einen geradezu bezaubernden Klang. Weckte es sogar die Vorstellung einer fortschreitenden allgemeinen Verbrüderung der Menschheit, wo blutige Kriege zwischen Rassen, Stämmen, Völkern dem stillen, stummen Fortschrittskampfe wetteifernder Konkurrenz gewichen sein würden, wo das eine Volk mit seinem Überfluß den Mangel des andern ergänzte, wo die gewaltigsten Entfernungen auch äußerlich durch eine geradezu wunderbare Entwicklung des Verkehrs als überwunden erschienen. Freilich wurde das liebliche Bild des Friedens durch immer zahlreichere, zugleich mit der Handelsflotte die Meere durchfahrende Kriegsschiffe einigermaßen gestört. Sie erinnerten daran, daß wenigstens vorläufig noch im internationalen Verkehr statt der Waren zuweilen auch Bomben und Granaten ausgetauscht werden könnten. Aber das würden ja nur Ausnahmezustände sein. Das Normale, Dauernde sei doch der Friede, gestärkt und befestigt durch die inniger verknüpften wechselseitigen Interessen der Produktion und des Handels. Der Weltkrieg und seine Folgen haben ja

<sup>1</sup> Über die Leutenot auf dem Lande vgl. Bd. III, Kap. 2, § 5, S. 196 ff.

<sup>2</sup> Zur „Legitimation“ vgl. Bd. III, Kap. 2, § 5, S. 201 A.



nun stark ernüchternd gewirkt. Man wird fürderhin nicht mehr so leicht der industriestaatlichen Entwicklung einen quasi „naturgesetzlichen“ Charakter zusprechen wollen, nicht fordern dürfen, daß man jener „naturgesetzlichen Evolution“ gegenüber lediglich beobachtend und Tatsachen konstatierend gegenüberstehen müsse. Heute ist bei uns die volkswirtschaftliche Erkenntnis so weit fortgeschritten, daß man den Wohlstand eines Volkes nicht mehr einseitig nach der Größe des industriellen Exportes, auch nicht nach dem Wachstum des absoluten Volksvermögens bemißt, namentlich wenn dasselbe vornehmlich und speziell in der Hand des internationalen Handels- und Finanzkapitals sich ansammelt. Heute weiß man, daß es sich bei der industriestaatlichen Entwicklung zwar um eine machtvolle geschichtliche Tendenz handelt, aber nicht um eine absolut und unbeschränkt zwingende Notwendigkeit. Veränderliche Faktoren bestimmen die ganze Entwicklung. Schon die tief- und weitgreifende Verschiedenheit des Einflusses der weltwirtschaftlichen „Tendenzen“ auf die Produktionsverhältnisse der verschiedenen westeuropäischen Länder, wie sie oben dargelegt wurde, zeigt zur Genüge, daß die Eigenart des einzelnen Landes der allgemeinen Tendenz gegenüber in nicht unbedeutendem Maße zur Geltung kommen kann. Insbesondere beweisen die angeführten Zahlen, daß die deutsche Landwirtschaft im weitesten Umfange trotz der ausländischen Konkurrenz am Körnerbau festgehalten, und daß sie sich wenigstens redlich bemüht hat, den steigenden Ansprüchen der wachsenden Bevölkerung durch intensivere Produktion zu genügen.

Wir werden darum auch fürderhin von der Möglichkeit einer Regelung jener Tendenzen in richtiger Weise Gebrauch machen dürfen und nicht von der Durchführung eines starren, die Besonderheiten der einzelnen Volkswirtschaft nicht berücksichtigenden Freihandelsprinzips das Heil erwarten. Wir werden durchaus nicht auf die Weltwirtschaft, wie schon andern Ortes gesagt wurde, verzichten wollen und können. Für uns aber ist die Weltwirtschaft nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, ein wirkliches und hohes Gut, ein praktisches Ideal insoweit, als dabei den Aufgaben und Bedürfnissen der nationalen Volkswirtschaft allseitig und ausreichend Rechnung getragen wird.

Jeder Versuch einer Regelung und eventuellen Mäßigung der industriestaatlichen Entwicklung wird sich aber natürlich leiten lassen von der richtigen Erkenntnis und Bemessung ihrer Vorteile und Nachteile.

**4. Licht- und Schattenseiten der industriestaatlichen Entwicklung.** Ältere Freihändler erschöpften sich zuweilen in der Aufzählung vieler Vorzüge von Gewerbe und Handel gegenüber dem Ackerbau. Im Gebiete der umformenden oder gewerblichen Produktion, so sagen sie, bietet sich den menschlichen Arbeitskräften eine unendlich größere Wirkungssphäre dar als in dem der reinen Landwirtschaft. Der Ackerbau beruht auf dem Kapital des Grund und Bodens, der in seiner Größe ein für allemal gegeben ist. Er ist in allem abhängig von der Natur, das Gewerbe nur

von der menschlichen Arbeit. Gewiß, auch das Gewerbe bedarf des Bodens als Standortes. Aber es kann diesen Standort wählen, kann sich in bestimmten Gegenden konzentrieren, kann seine Arbeitsmittel, seine Werkzeuge vermehren, vervollkommen, kann sein Kapital ansammeln, verfügt über eine größere Mannigfaltigkeit der Produkte usw., kurz, die gewerbliche Arbeit ist das Fortschrittsselement in der Volkswirtschaft und im ganzen Volksleben. Hier erst wird der Mensch in Wahrheit Herr der Schöpfung. Höher noch als das Gewerbe steht der Handel. Er ist das verbindende Element zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen, steht in fortwährender Berührung mit der ganzen Volkswirtschaft, übt einen beherrschenden Einfluß aus über das gesamte wirtschaftliche Leben, führt den Austausch mit andern Völkern herbei, wird zum völkerverbindenden Element. Durchschnittlich geleitet er zu den größten wirtschaftlichen Erfolgen, verleiht der Persönlichkeit mehr noch als die gewerbliche Arbeit das Gefühl der Selbständigkeit und gewichtiges Selbstbewußtsein. Aber er fordert auch nach innen und für den Völkerhandel die größte Freiheit. Sein Kapital befindet sich in der fortwährenden Bewegung des Tauschverkehrs, ist beweglich im höchsten Grade. Gestaltung und Entwicklung des Handels bleibt gänzlich abhängig von dem Maße der Freiheit, mit der jeder einzelne sein Eigeninteresse verfolgen kann.

Spätere Schriftsteller hatten darauf hingewiesen, daß speziell Deutschland geradezu genötigt sei, der industriestaatlichen Entwicklung freie Bahn zu gewähren. Nur so könne seine stark wachsende Bevölkerung Nahrung und Verdienst finden, könne die Großmachtstellung Deutschlands finanziell erhalten werden. Die Industrie sei auf den Export angewiesen, und dieser Export eröffne unabsehbare Möglichkeiten einer erfolgreichen industriellen Entwicklung. Allerdings siege auf dem Weltmarkte nur derjenige, der am billigsten produziere. Darum dürfe Deutschland seine Produktion nicht durch Zölle verteuern. Der Freihandel allein führe zur produktivsten Gestaltung jeder Volkswirtschaft. Er bewirke jene segensreiche Arbeitsteilung unter den verschiedenen Völkern, bei welcher jede Nation sich auf Erzeugung solcher Produkte konzentriere, die sie besser und billiger herstellen als eintauschen könne. Das war der Standpunkt, den Lujo Brentano, Heinrich Dietzel, Karl Helfferich usw. einnahmen.

Von der andern Seite wurde hervorgehoben, die Landwirtschaft müsse doch zu allen Zeiten als erste Hauptart der wirtschaftlichen Arbeit in jeder gesunden Volkswirtschaft zur gebührenden Geltung kommen. Der Landbau sei für die Volkswirtschaft von geradezu fundamentaler Bedeutung. Große Gefahren müßten sich aus einer wachsenden Abhängigkeit von fremden Nahrungsmittel- und Rohstoffländern ergeben. Es sei mehr als zweifelhaft, ob die glänzende Entwicklung der Exportindustrie Aussicht auf unbegrenzte, überhaupt lange Dauer habe. So urteilten vor dem Weltkrieg Wagner, Oldenberg, Pohle usw. Oldenberg wies namentlich auf die Vorzüge einer in sich selbständigen Volkswirtschaft hin; auch

befürchtete er späteres Versiegen der Nahrungsmittelzufuhr vom Auslande her, desgleichen eine schwere Krisis der Exportindustrie. Wagner bestritt nicht die Notwendigkeit und Nützlichkeit wachsender Teilnahme Deutschlands am Welthandel. Er sah aber in der allzu stürmischen industriellen Entwicklung eine Gefahr. Alle diese Gelehrten, wie auch Sering und viele andere, erblickten in der Erhaltung einer lebenskräftigen Landwirtschaft eine unbedingte Notwendigkeit wiederum gerade für Deutschland.

Es empfiehlt sich, auf einzelne der angeführten Gründe etwas näher einzugehen.

Die hier entscheidende Frage ist die: Wie kann für ausreichende Ernährung einer großen, wachsenden Bevölkerung, mit gesteigerten und sich noch steigernden Kulturansprüchen gesorgt werden? Ist diese Ernährung nur möglich oder dauernd gesichert bei völlig unbehinderter industriestaatlicher Entwicklung, oder kann für dieselbe auch — und vielleicht sogar unter besseren Garantien — gesorgt werden, wenn die industriestaatliche Entwicklung in etwa gemäßigt bleibt; gebieten endlich nicht sogar höhere nationalökonomische Gründe geradezu, von der zweiten Möglichkeit — sofern sie besteht — Gebrauch zu machen, zum dauernden, gesicherten Wohle des ganzen Volkes, — oder aber ist auch hier wiederum für das nationale Gemeinwohl, die wirtschaftliche und sonstige Blüte des Vaterlandes besser gesorgt durch eine unbeschränkte industriestaatliche Entwicklung mit fortschreitender Abhängigkeit vom Ausland, von der Weltwirtschaft sowohl in bezug auf den Erwerb der Nahrungs- und Rohstoffe einerseits als auch den Absatz der Industrieprodukte andererseits?

**5. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag<sup>1</sup> und die industriestaatliche Entwicklung.** Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag besagt: daß auf ein bestimmtes Bodenstück verwendete Mengen von Arbeit und Betriebsmitteln von einem gewissen Zeitpunkte ab kleinere Roherträge ergeben. Das Gesetz ist kein soziales Gesetz in sich, sondern Naturgesetz, eine natürlich-technische Erscheinung, die mit den Gesetzen des Pflanzenwachstums zusammenhängt<sup>2</sup>. Die Freihändler haben aus jenem Gesetze die Notwendigkeit des Bezuges billigen Auslandsgetreides abgeleitet, weil die Landwirtschaft mit steigenden Kosten arbeite und darum das Inlandsgetreide in den westeuropäischen Ländern, so auch in Deutschland, zu teuer werde. Die Schutzzöllner schlossen daraus umgekehrt gerade auf die Notwendigkeit eines Schutzes gegen ausländische Konkurrenz, weil in den fremden Agrarländern das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag noch nicht in demselben Maße in Wirksamkeit getreten sei wie bei uns.

<sup>1</sup> Vgl. das bereits oben S. 656 ff. über verschiedene Formulierungen dieses Gesetzes Gesagte.

<sup>2</sup> Diehl, Theoretische Nationalökonomie I 416 133; auch in seinen Sozialwissenschaftlichen Erläuterungen zu Ricardo wiederholt.



Auf die zollpolitische Frage soll zunächst nicht eingegangen werden. Hier handelt es sich nur um den Einfluß des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag auf die landwirtschaftliche Produktivität in Anwendung auf die uns augenblicklich beschäftigenden Fragen.

Die natürliche Ertragsfähigkeit des Bodens ist eine begrenzte. Zwar können die Erträge durch einen Mehraufwand von Betriebsmitteln und Arbeit auf dieselbe Bodenfläche absolut gesteigert werden. Allein solche Ertragssteigerung hält nicht gleichen Schritt mit den wachsenden Kosten. Zunehmende Aufwendungen auf eine gegebene Fläche bewirken wohl eine absolute Zunahme des Erträgnisses, aber sie liefern relativ abnehmende Mehrerträge. Man hat eben diese Tatsache, wie gesagt, als „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag“ bezeichnet. Wird in der Fabrik eine zweite Maschine aufgestellt, so liefert dieselbe — „*ceteris paribus*“ — die gleiche Produktenmenge wie die erste Maschine. Verwende ich aber auf eine gegebene Bodenfläche bei gleichbleibender Technik und und bei der gleichen Kulturart das Doppelte von Betriebsmitteln und Arbeit, so wird der Ertrag nicht verdoppelt, sondern etwas hinter der Verdoppelung zurückbleiben<sup>1</sup>. „Die Industrie“, sagt Brentano<sup>2</sup>, „arbeitet überwiegend mit vermehrbaren Kapitalien, und für diese gilt statt des Gesetzes des abnehmenden das Gesetz des zunehmenden Ertrags. Es ist selbstverständlich, daß die Produkte der vermehrbaren Kapitalien unter Aufwand von gleichen Kosten vermehrt werden können; da die zur Herstellung der größeren Produktenmenge nötigen Erwerbsgüter mit gleichen Kosten beschafft werden können, gilt dasselbe auch für ihr Produkt. Da die zehntausendste Spinnmaschine gleich billig wie die erste hergestellt werden kann, kann auch das mit ihr gesponnene Garn ebenso billig geliefert werden als das auf der ersten gesponnene. Ja noch mehr. Die zehntausendste Spinnmaschine kann billiger geliefert werden als die erste; denn ihre Herstellung im großen kostet weniger als ihre Herstellung im kleinen. Und nicht nur deshalb kann das Garn immer billiger geliefert werden. Je größer die Spinnmaschinen werden infolge

<sup>1</sup> C'est là ce qu'on appelle la loi du rendement non proportionnel (sc. au travail). Elle est certainement confirmée par la pratique de tous les jours. Interrogez un agriculteur intelligent et demandez-lui, si sa terre ne pourrait pas produire plus que ce qu'elle donne? il vous répondra: „Assurément. La récolte de blé serait plus considérable, si je voulais mettre plus d'engrais, donner des labours plus profonds, purger le sol des moindres racines de chiendent, défoncer à bras d'hommes, au besoin repiquer chaque grain de semence à la main. . .“ Et pourquoi ne le faites-vous pas? — „Parce que je n'y retrouverais pas mes frais: ce supplément de récolte me coûterait beaucoup plus qu'il ne vaudrait.“ — „Il y a donc un point d'équilibre qui marque la limite, qu'on ne dépassera pas, non point du tout qu'on ne pût la dépasser si on le voulait à tout prix, mais on ne le veut pas, parce qu'on n'a aucun intérêt à le faire.“ Charles Gide, *Principes d'Économie Politique* (6<sup>me</sup> édit., 1898) 122 f.

<sup>2</sup> Vgl. insbesondere Brentanos Aufsätze in Naumanns „Hilfe“ 7. Jahrg., 9. 16. 23. 30. Juni und 14. Juli 1901.

des Mehraufwandes von auf ihre Herstellung verwendetem Kapital, desto mehr sinken die Herstellungskosten des mit ihrer Hilfe gesponnenen Garns. Die zur Herstellung gewerblicher Produkte nötigen Kosten nehmen ab in dem Maße des Mehraufwandes von Kapital, der auf ihre Herstellung stattfindet.“

Diese Gesetze des abnehmenden Bodenertrags einerseits und anderseits des zunehmenden industriellen Ertrags sind denn auch — nach Brenzano — die eigentlichen Ursachen, warum Länder mit rasch wachsender Bevölkerung notwendig Industriestaaten werden: „Die steigende Ungunst der heimischen natürlichen Produktionsmittel wird dann ausgeglichen durch Nutzbarmachung der durch Menschenhand geschaffenen Transportmittel zur Herbeiführung der Produkte ergiebigerer Naturgaben. Der Beschaffung der Nahrungsmittel, welche die Bewohner der überwiegenden Industriestaaten brauchen, werden die Böden der entferntesten Länder dienstbar gemacht. Damit werden die Wirkungen der beschränkten Ertragsfähigkeit ihrer heimatlichen Fluren aufgehoben, während die unbeschränkte Ertragsfähigkeit der in der Industrie verwendeten vermehrbaren Kapitalien ihnen das Mittel bietet, die Erträgnisse der ergiebigsten Böden ferner Länder einzutauschen.“

Die tatsächliche Geltung eines „Gesetzes des sinkenden Bodenertrags“ — sofern man dasselbe nur richtig formuliert — kann nicht bestritten werden. Es gilt überall, wenn es auch in Ländern mit dichter Bevölkerung und intensiver Kultur sich am stärksten fühlbar machen kann. Bereits Turgot<sup>1</sup> hatte, wie früher schon gesagt wurde, dieses Gesetz klar erfaßt. Auch David Ricardo u. a. kennen das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag. Und John Stuart Mill<sup>2</sup> belehrt uns, daß beim Landbau, einen gegebenen Zustand der Betriebsweise vorausgesetzt, Verdoppelung der Arbeit den Ertrag nicht verdoppelt, — daß wenn eine vermehrte Quantität der Produkte erfordert wird, der hinzukommende Vorrat mit größeren Kosten als der erstere erlangt wird. Übrigens ist hier der beschränkende Zusatz: „einen gegebenen Zustand der Betriebsweise vorausgesetzt“, wohl zu beachten.

Auch an einem andern Orte sagt Mill<sup>3</sup>: „Die Beschränkung der Produktion wegen der eigentümlichen Verhältnisse des Bodens gleicht nicht dem Hindernis einer entgegenstehenden Wand, welche unbeweglich an einer bestimmten Stelle steht und der Bewegung nicht eher ein Hindernis darbietet, als bis sie dieselbe gänzlich aufhält. Wir können sie eher mit einem sehr elastischen und ausdehnbaren Bande vergleichen, das kaum je so heftig angespannt wird, daß es nicht möglicherweise noch etwas mehr gespannt werden könnte, obschon sein Druck schon lange vorher gefühlt wird, ehe die äußerste Grenze

<sup>1</sup> Vgl. Cannan, Theories of Production and Distribution 1776—1848 148 f.

<sup>2</sup> Grundsätze der politischen Ökonomie, übersetzt von A. Soetbeer II (1885) Buch 3, Kap. 5, § 1, S. 137.

<sup>3</sup> Ebd. Buch 1, Kap. 12, § 2, S. 186.

erreicht ist, und um so stärker gefühlt wird, je mehr man sich dieser Grenze nähert.“ Später fährt Mill fort<sup>1</sup>: „Ich gehe nicht soweit als Herr Carey: ich behaupte nicht, daß die Erzeugungskosten und mithin der Preis der Bodenprodukte immer und notwendig in dem Maße steigt, als die Bevölkerung zunimmt. Sie besitzen die Tendenz, dies zu tun, allein diese Tendenz braucht nicht zum Durchbruch zu kommen, und sie kommt mitunter, auch lange Zeiträume hindurch, nicht zum Durchbruch. Das Ergebnis hängt nicht von einem Prinzip ab, sondern von zweien, die sich befehlen. Es gibt einen andern Faktor, der gegen das Gesetz des sich vermindernnden Bodenertrages gewöhnlich ankämpft. . . . Dieser Faktor ist kein anderer als der Fortschritt der Zivilisation.“ Mill meint hiermit vor allem den Fortschritt der landwirtschaftlichen Kenntnisse, Geschicklichkeit, Erfindungen, verbesserte Betriebsarten, durch welche der Boden befähigt wird, einen größeren Ertrag zu liefern ohne entsprechende Arbeitsvermehrung, z. B. durch Aufgeben der Brache mittels der Fruchtwechselwirtschaft, Einführung neuer Kulturpflanzen, verbesserter Werkzeuge usw.

Jene Voraussetzung einer unverändert gebliebenen landwirtschaftlichen Technik für das fühlbare Inkrafttreten des Bodengesetzes wurde denn auch regelmäßig in den Lehrbüchern der Nationalökonomie gemacht. „Wo im Landbau der Punkt liege, von welchem an jede fernere Vermehrung des Arbeits- und Kapitalaufwandes eine Verminderung des relativen Ertrags zur Folge hat“, sagte z. B. Roscher<sup>2</sup>, „läßt sich weder im allgemeinen bestimmen noch im einzelnen Falle auf unverschiebbare Weise. Verbesserungen der Technik mögen ihn bedeutend hinauschieben. Daß jedoch ein solcher Punkt existiert, ist nicht zu bezweifeln. Kein Mensch wird glauben, mit Hilfe unendlich vielen Saatkorns, Düngers usw. auf einem Acker Landes für ganz Europa genug Lebensmittel hervorbringen zu können.“

Halten wir also daran fest, daß maßvolle Verteidiger des Bodengesetzes dieses lediglich als ein bedingtes, zeitliches gelten ließen: bei gleichbleibendem Zustande der Betriebsweise<sup>3</sup>. Ändert sich dieser Zustand der Betriebsweise, verbessert sich „die Kunst der Landwirtschaft“ in fortschreitender agrarischer Technik, in vermehrter Anwendung geeigneter Maschinen, durch zweckmäßige Betriebsorganisation, Gewinnung von Nebenprodukten usw., so ist eine Vermehrung des Ertrags wohl möglich ohne Vermehrung, ja vielleicht zunächst mit Herabminderung der auf die Produktionseinheit fallenden Kosten.

<sup>1</sup> A. a. O. 193.

<sup>2</sup> Grundlagen der Nationalökonomie Buch 1, Kap. 1, § 34.

<sup>3</sup> Auch Nassau William Senior (*Political Economy* [London and Glasgow 1858] 26 81 ff.) führt als vierte Grundwahrheit der Nationalökonomie den Satz an: „That agricultural skill remaining the same, additional labour employed on the land within a given district, produces in general a less proportionate return.“ Und ebenfalls der bedeutendste der neueren englischen Nationalökonomien, Alfred Marshall, formuliert „The Law of Diminishing Return“ in folgender Weise: „An increase in the capital and labour applied in the cultivation of land causes in general a less than proportionate increase in the amount of produce raised, unless it happens to coincide with an improvement in the arts of agriculture“ (*Principles of Economics* I<sup>3</sup> [London 1895], 229).



Julius Wolf macht hierzu die Bemerkung, das Gesetz des sinkenden Bodenertrages sei „nur in grober Weise charakterisiert“, wenn gesagt werde — wie es der Einfachheit halber regelmäßig geschehe —, daß von einer gewissen Grenze an ein Plus an Arbeit kein ebenmäßiges Plus des Ertrags dem Boden zu entlocken vermöge: „In Wirklichkeit besteht das Gesetz darin, daß in jedem gegebenen Augenblick die Zahl der Möglichkeiten, durch ein Plus an Arbeit ein ebenmäßiges oder höherwertiges Plus an Produkt zu erzielen, beschränkt ist oder solche Möglichkeiten nicht vorhanden sind, während jeder spätere Augenblick — der technische Fortschritt — solche Möglichkeiten bringen kann. Das Besondere beim Grund und Boden ist also das, daß nicht ein beliebiges Plus von Kapital und Arbeit ebenmäßig mehr Produkte erzielen wird, sondern jeweils nur ein beschränktes Plus, in gewisser Richtung angewandt, und wenn diese Verwendung erfolgt ist, die Möglichkeit, dem Boden (bei entsprechendem Kapital- und Arbeitseinsatz) mehr Produkte zu entlocken, wieder intermittiert, bis ein neuer technischer Fortschritt gemacht ist.“<sup>1</sup>

Wenn aber Brentano betont, daß eine Suspension des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag nur in sehr engen Grenzen möglich sei, daß die günstigen Wirkungen eines technischen Fortschritts lediglich für eine kurze Zeit dauern könnten, daß alsbald das Gesetz wieder in Kraft treten und bei jeder weiteren Arbeits- und Kapitalaufwendung von neuem sich geltend machen werde, so hängt denn doch die Enge und Weite der Grenzen, innerhalb deren die Suspension des Bodengesetzes möglich ist, von der besondern Art und Bedeutung des jeweiligen technischen Fortschrittes ab. Brentano freilich scheint geneigt zu sein, diesbezüglich eine für die Landwirtschaft ungünstigere Entwicklung anzunehmen. Genau mit demselben Rechte kann man aber auch, ohne Optimist zu sein, in etwa günstigere Voraussetzungen machen. Und wenn Brentano sagt, wir hätten keine Sicherheit, daß uns immer neue Erfindungen und Entdeckungen zur Verfügung stehen würden, die es ermöglichen, unsere Bodenerträge ohne relative Steigerung der Produktionskosten zu mehren, so ist das zweifelsohne richtig. Aber ebensowenig, wie wir bezüglich des zukünftigen Fortschrittes der agrarischen Technik Gewißheit besitzen, steht uns der zukünftige Fortschritt der industriellen Technik in absolut sicherer Aussicht; und doch ist die Möglichkeit einer gedeihlichen industriestaatlichen Entwicklung durch diesen Fortschritt wiederum wesentlich bedingt. Man muß sich eben in solchen Dingen mit wohlbegründeten Annahmen, Vermutungen, Aussichten, Hoffnungen begnügen.

Brentano weist ferner auf eine Art der Einschränkung des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag hin, die Marshall zuerst mit Nachdruck betont habe und deren Ausnutzung er unserer deutschen Landwirtschaft empfiehlt: „Selbst wenn die Mehrverwendung von Arbeit und Kapital auf den Boden nur mehr relativ sinkende Erträge abwirft, solange man bei derselben Kulturart bleibt, kann der Übergang zu einer andern als der bisherigen Kulturart die Folge haben, die Erträge wieder nicht nur absolut, sondern auch relativ zu steigern. Je mehr in einer Kulturart das Walten der Natur zurücktritt, je mehr das des Menschen überwiegt, desto weniger macht das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag sich fühlbar. Am meisten tritt es uns im Waldbau ent-

<sup>1</sup> J. Wolf, Ein neuer Gegner des Malthus, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV, Heft 4/5, S. 271 A. 6.

gegen, woselbst der absolute Zuwachs des sog. Holzkapitals von einem gewissen Zeitpunkte an mit jedem Jahre kleiner wird. Demnächst in der natürlichen Weiden nützenden Weidewirtschaft. Weniger im Ackerbau, und zwar um so weniger, je mehr in dem angewendeten Feldsystem die menschliche Arbeit überwiegt und dementsprechend an die Stelle des bloßen Getreidebaues die Herstellung qualifizierter Bodenfrüchte tritt, bis endlich in der freien Wirtschaft die natürlichen Eigenschaften des Bodens ganz zurücktreten hinter das, was der Mensch an Pflanzennährstoffen hineinsteckt, und der Boden bloß mehr als das Gefäß erscheint, welches die chemischen Ingredienzien aufnimmt, die der Mensch hineinversenkt, um dieses oder jenes Produkt herzustellen. Gerade das Interesse, welches die Landwirte haben, den Zeitpunkt, in dem sich die Grenze der Steigerung der Bodenerträge fühlbar macht, hinauszuschieben, würde sie also zum teilweisen Übergang vom Getreidebau zu andern rentableren Kulturen drängen, wenn sie nicht durch die Aussicht auf die mühelose Steigerung ihrer Gelderträge durch monopolwütige Beschränkung der Getreidezufuhr bei ihrer bisherigen Anbau- und Betriebsweise gehalten würden.“

Nun, dort, wo der Übergang zu einer andern und zwar rentableren Kulturart in der Tat sich verwirklichen läßt, da dürfte das eigene privatwirtschaftliche Interesse die Bauern zu diesen Änderungen drängen. Aber die Möglichkeit solcher Änderungen hängt eben auch ab von Bodenbeschaffenheit, Klima u. dgl., von der Lage der Grundstücke, ihrer größeren und geringeren Entfernung von den Märkten usw. Überdies schützt eine andere Kulturart nur soweit gegenüber dem Gesetz vom sinkenden Bodenertrage, als dabei die veränderte Inanspruchnahme der Bodenkräfte tatsächlich die relative Ertragsfähigkeit des Bodens als größer erscheinen läßt. Das ist aber keineswegs für jede Änderung schon unmittelbar als sicher gegeben.

**6. Das Gesetz des wachsenden Ertrags industrieller Produktion.**  
Taine hat einmal vor dem „klassischen Geiste“ gewarnt. Die Lehren der großen Denker üben schon ihres Ursprungs wegen eine machtvolle Herrschaft aus; sie werden zu einem traditionellen Wissensschatz, dessen Anerkennung ohne weiteres als gerechtfertigt, dessen Bekämpfung verwerfen erscheint. Das galt und gilt auch heute noch in besonderer Weise für die Volkswirtschaftslehre. In der Tat gibt es auf ihrem Gebiete so manche Auffassungen, Sätze und Formeln, welche, auf „klassischem“ Boden gewachsen, von den nachklassischen Ökonomen lange Zeit hindurch wie feststehende Axiome angenommen wurden, obwohl eine eingehendere Prüfung recht wohl am Platze gewesen wäre.

Hatte der Physiokratismus die merkantilistische Überschätzung der städtischen Gewerbszweige in einer Weise bekämpft, daß Adam Smith sagen konnte, man scheine dabei der Maxime gefolgt zu sein, daß man einen verbogenen Stab, um ihn wieder gerade zu richten, ebenso stark auf die andere Seite biegen müsse, so zeigt sich im „Industriesystem“ wiederum eine ähnliche Einseitigkeit bei der Hervorkehrung der Arbeit als der wahren Quelle des Volkswohlstandes, in der Geringschätzung dessen, was die Natur zu bieten vermag; das führte folgerichtig dazu, die industrielle Produktion über die agrarische Produktion

zu stellen, in der industriellen Entwicklung mit Vorzug das Heil der Nation zu erblicken. Adam Smith hat diese Forderung selbst noch nicht gezogen.

Wenn aber z. B. Senior schlechthin der vermehrten Aufwendung von Arbeit in Manufaktur eine erfolgreichere Wirksamkeit zuschreibt als dem Mehraufwande von Arbeit in der Agrikultur, so mag dieser Satz unter bestimmten Voraussetzungen richtig sein. Allein ganz allgemein und ohne Einschränkung gewissermaßen als Axiom hingestellt, entspricht das doch keineswegs überall so ganz den tatsächlichen Verhältnissen<sup>1</sup>. Von dieser Auffassung beherrscht, kam man zu der Ansicht, daß, wo immer menschliche Kraft produktiv wirksam sei, das Gesetz des wachsenden Ertrages gelte, wo aber die Fruchtbarkeit der Natur mit in Frage komme, umgekehrt das Gesetz des sich mindernden Ertrages<sup>2</sup>. Das führte dann von selbst zu jener Voreingenommenheit für die Industrie, welche bei der Beurteilung der Vorzüge und Nachteile einer agrar- oder industriestaatlichen Entwicklung irreführend wirken konnte und mußte.

Ist es denn wirklich wahr: fällt unter der angegebenen Rücksicht auf die landwirtschaftliche Produktion nur Schatten und auf die Industrie nur Licht?

Das Bodengesetz — „The great Law of Agricultural Production“<sup>3</sup> — besagt, wie bereits dargelegt wurde, daß es auf jeder Stufe der landwirtschaftlichen Kunst eine Grenze gebe für die Menge von Arbeit und Kapital, welche mit Vorteil auf eine gegebene Fläche verwendet werden können. Bis zu dieser Grenze gilt also nicht das Gesetz des sich mindernden Ertrages, „the law of diminishing returns“, sondern umgekehrt das Gesetz der wachsenden Einträglichkeit, „the law of increasing returns“. Und dieses Gesetz tritt jedesmal von neuem in Kraft bei jedem bedeutenderen technischen Fortschritt, ebenfalls unter den bereits bezeichneten Bedingungen. Es ist daher schon deshalb nicht genau, bei der Landwirtschaft nur und ausschließlich von der abnehmenden Einträglichkeit zu reden. Aber ebensowenig entspricht es anderseits den tatsächlichen Verhältnissen, wenn man für die gewerbliche Industrie lediglich und allein das Gesetz der steigenden Erträge kennt.

Auch für die Gewerbe der Stoffveredlung besteht nicht bloß ein Gesetz der steigenden, sondern von einem gewissen Punkte an ein Gesetz der sinkenden Erträge.

In einer Zeit glanzvoll aufsteigender Entwicklung mag es allerdings so scheinen, als ob für die Industrie nur das Gesetz der wachsenden Einträglichkeit gelte. Die Vermehrung des Reichtums, das Wachsen der Zahl und der Intelligenz der Bevölkerung, die durch die lebendige Kraft des Fortschreitens selbst vermittelte machtvollere Anregung zu neuen Erfindungen, ermöglichen eine immer vollkommenere

<sup>1</sup> Additional Labour when employed in Manufactures is more, when employed in Agriculture is less efficient in proportion (Senior, Polit. Economy<sup>4</sup> [1858] 81).

<sup>2</sup> Ebd. 82 ff.

<sup>3</sup> Francis A. Walker, Political Economy<sup>3</sup> (1892) 35. Das Gesetz der wachsenden Schwierigkeit oder des sich mindernden Ertrages ist nach Walker insofern „universell“, als seine Geltung sich nicht auf den Ackerbau beschränkt, sondern sich auch auf die rein extraktive Industrie erstreckt. Es gilt hiernach für Acker- und Weideland, für Bergwerke, Wald und See (Fischerei). Vgl. auch oben S. 658.



Organisation und Ausnutzung der industriellen Arbeit, die stets bessere Ausnutzung des fixen Kapitals. Je dichter dabei die Bevölkerung ist, um so mehr Arbeitskräfte stehen zur Verfügung und um so leichter wird es auch zunächst für dieselbe, ihren Lebensunterhalt zu erwerben, insofern mit zunehmender Intensität und vollkommenerer Organisation der Produktion die Erträge im Verhältnis zu den dadurch verursachten Kosten immer größer werden. „Man wolle aber im Auge behalten“, mahnt Charles Devas<sup>1</sup>, „daß dieses Anwachsen nur bis zu einem gewissen Punkte geht. Wie zahlreich die Bevölkerung auch immer sein mag und wie stark sich auch die Nachfrage nach den Erzeugnissen eines Produktionszweiges zeige, die Arbeitsteilung im Bereiche desselben kann nicht ins Unendliche gehen. Man kann vielmehr von jeder Arbeitsorganisation behaupten, daß sie bei immer höherer Entwicklung zuletzt so kompliziert wird, daß sie keinen größeren Vorteil mehr gewährt.“

Hierhin gehört, was Julius Wolf über das „Gesetz der sinkenden Fortschrittsfähigkeit“ oder der „sinkenden Fortschrittsquote“ ausführt. Er weist an konkreten Beispielen nach, daß gewisse erste, zweite und dritte Fortschrittsleistungen sich später nicht mehr in der gleichen Größe, dem gleichen Umfange für ein gegebenes Feld industrieller Tätigkeit wiederholen oder durch andere Leistungen in der gleichen Richtung überboten werden können<sup>2</sup>.

Der Verkaufspreis pro Pfund Garn Nr. 100 betrug in England<sup>3</sup>

1779 . . . . .	38 Schilling,
1882 . . . . .	1 Schilling 10 Pence.

Das besagt einen „Fortschritt“, eine Produktionskosten- und dementsprechend Preisherabsetzung um 36 Schilling 2 Pence im Laufe eines Jahrhunderts. Offenbar kann aber im Laufe eines weiteren Jahrhunderts der Preis von 1 Schilling 10 Pence nicht abermals um 36 Schilling herabgesetzt werden. Die Möglichkeit eines gleichen Fortschrittes ist hier für alle Zukunft abgeschnitten.

Ferner war z. B. der Frachtsatz für einen Bushel Weizen von Chicago nach Liverpool (von Chicago nach Neuyork per Eisenbahn, von dort nach Liverpool per Dampfer) 1868: 56,42 Cents und 1896: 17,87 Cents. Also innerhalb dieser Zeit eine Ermäßigung um 38,55 Cents. Ohne Zweifel ist die gleiche Ermäßigung, der 17,87 Cents um 38,55 Cents, für die Zukunft absolut ausgeschlossen. Auch der Hinweis auf die mit wachsender Bevölkerung steigende Möglichkeit einer verbesserten Arbeitsteilung u. dgl. kann — ebenfalls nach Wolf — für die Gewerbe der Stoffveredlung ein Gesetz stetig und ins Ungemessene steigender Erträge nicht begründen<sup>4</sup>. Größere Bevölkerungsdichte erzeugt und garantiert noch keine Fortschrittsideen, und diese sind doch unmittelbar entscheidend für den Fortschritt. Allerdings ist die Arbeitsteilung durch eine gewisse Dichtigkeit der Bevölkerung bedingt. Daß aber mit zunehmender Dichtigkeit der Bevölkerung die Arbeitsteilung stets zunehmen müßte und daß dadurch die Produktivität der industriellen Arbeit ins Indefinite erhöht werden könnte, steht im Widerspruch mit offenkundigen Tatsachen. Ist eben einmal eine gewisse Grenze der Vollkommenheit

<sup>1</sup> Political Economy<sup>2</sup> (1901) 63 f. Übersetzung von Walter Kämpfe (1896) 50.

<sup>2</sup> Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV, Heft 4/5, 288. Auch Wolf, Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft (1912) 209 ff.

<sup>3</sup> Wolf, System der Sozialpolitik I 434.

<sup>4</sup> Zeitschrift für Sozialwissenschaft IV, Heft 4/5, 289.

in der Teilung und Organisation der Arbeit erreicht, dann kann auch durch größere Dichtigkeit der Bevölkerung eine intensivere Arbeitsteilung nicht mehr bewirkt werden. „Die Vereinigten Staaten mit 10 Menschen auf den Quadratkilometer haben in ihren Fabriken sicher keine geringere Arbeitsteilung als die Fabriken Bulgariens mit 35, Serbiens mit 50, Großbritanniens mit 128 und Ägyptens mit 290 Menschen auf den Quadratkilometer.“<sup>1</sup>

Die Intensität der Produktion besitzt ihre Grenzen nicht bloß in Verhältnissen, Ursachen, Bedingungen, welche in mehr unmittelbarer innerer Beziehung zum Produktionsprozeß als solchem stehen; auch äußere Umstände können auf die Ertragsfähigkeit der Industrie von großem Einfluß sein.

Nicht alle Teile eines Landes weisen gleich günstige Bedingungen für den Erfolg der verschiedenartigen industriellen Unternehmungen auf. Wo z. B. reichliche Wasserkräfte zur Verfügung stehen, wo vortreffliche Transportverhältnisse eine billige Herbeischaffung des Rohmaterials, die bequeme und prompte Versendung der fertigen Fabrikate, deren vorteilhafte Unterbringung in Lagerhäusern, Docks usw. ermöglichen, da werden die unter solch günstigen Verhältnissen arbeitenden Fabriken bei gleichen Preisen der Produkte zweifelsohne größere Vorteile erlangen können als die unter minder günstigen Verhältnissen arbeitenden Unternehmungen. Die Möglichkeit der Ausnutzung derartiger günstiger Bedingungen ist aber in jedem Lande eine begrenzte. So kommt es, daß man mit fortschreitender Vermehrung und Ausdehnung der industriellen Etablissements sich immer mehr dem Punkte nähert, wo die günstigsten Chancen mehr oder minder ausgenutzt sind und daher, bei weiterer Ausdehnung, die neuen Unternehmungen mit abnehmender Einträglichkeit produzieren.

Sind derartige Erwägungen vielleicht schon geeignet, einseitige Begeisterung für eine industriestaatliche Entwicklung in etwa zu mäßigen, so gibt es doch noch andere Bedenken von größerer und unmittelbarer Wichtigkeit.

**7. Die Unsicherheit dauernder und wachsender Absatzmöglichkeit für industrielle Produkte.** Was von dem einzelnen Betriebe gilt, — daß nämlich nicht jede Ausdehnung, jede Steigerung der Intensität höhere Erträge sichert, — das findet auch seine Anwendung auf die ganze industrielle Entwicklung eines Landes. Der Betrieb bzw. die Entwicklung ist nur soweit rationell, als die Aufwendungen im rechten Verhältnis bleiben zu den begründeten und dauernden Aussichten auf lohnenden Absatz der Produkte. Durch diese Aussichten ist die Geltung des Gesetzes der steigenden Erträge für die Industrie wesentlich bedingt, und daher kann und muß mit Recht die ernste Frage gestellt werden, ob für ein Land, und speziell für Deutschland, nach Preisgabe des gesicherten Absatzes an eine heimische kaufkräftige Landwirtschaft — der internationale Güteraustausch des Industriestaatssystems wirklich eine dauernde, sichere, ausreichende Beschäftigung und Ernährung der an Zahl und Ansprüchen emporsteigenden Bevölkerung zu garantieren imstande sei.

<sup>1</sup> Wolf, Die Volkswirtschaft der Gegenwart a. a. O.

Brentano teilte allerdings die diesbezüglichen Besorgnisse Wagners, Oldenbergs u. a. nicht. Er wies (mit Edward Atkinson) darauf hin, wie der Bedarf an industriellen Produkten bei den bereits zivilisierten Völkern in solcher Steigerung begriffen sei, daß es der Produktion schwer werde, ihm zu folgen: „Den besten Maßstab, nicht nur um die Produktivkraft, sondern auch die Kauf- und Konsumtionskraft eines jeden Volkes zu messen, liefert heute der Verbrauch und Gebrauch von Eisen; denn in dem Maße, in dem die Verkehrsmittel, welche die Hauptkonsumenten von Eisen sind, sich entwickeln, entwickeln sich die Bedürfnisse, die Nachfrage nach Waren, um ihnen zu dienen, und die Produktionszweige, welche auf die Befriedigung dieser Nachfrage gerichtet sind. Nun betrug der durchschnittliche Eisenverbrauch in den Vereinigten Staaten im Jahre 1889 300 Pfund pro Kopf, während der damalige Verbrauch und Gebrauch von Eisen in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien sich auf nicht mehr als 175 Pfund pro Kopf bezifferte. Heute (um die Wende des Jahrhunderts) beträgt der Eisenverbrauch in den Vereinigten Staaten schon mehr als 350 Pfund pro Kopf und wird demnächst 400 betragen; die Produktion und der Verbrauch der übrigen Eisen produzierenden Länder hat gleichfalls zugenommen, wenn auch nicht in gleichem Maße. Sodann ist der Bedarf der heute zivilisierten Staaten nur ein vergleichsweise minimaler im Vergleich zum Zukunftsbedarf, wenn einmal der Rest der heute noch unzivilisierten Welt zivilisiert wird. Die hauptsächlichsten Maschinen verwendenden oder industriellen Nationen sind heute (um die Jahrhundertwende) die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande. Ihre Ausfuhr an Industrieprodukten bildet einen so großen Bruchteil der Gesamtausfuhr aller Länder, daß der ganze Rest im Vergleich zu ihm außer Betracht bleiben kann. Die Bevölkerung der genannten Länder beziffert sich auf weniger als 220 Millionen, während die Bevölkerung der ganzen Erde auf 1500 Millionen angegeben wird. Die Bedürfnisse von mehr als 1200 Millionen Menschen sind erst in ihren Anfängen, und mit jedem Dampfschiff, das nach den Gestaden, die sie bewohnen, fährt, mit jeder Schiene, die in ihren Ländern gelegt wird, wachsen die Bedürfnisse. Heute kommt auf diese mehr als 1200 Millionen Menschen nur erst ein Eisenverbrauch von 11 bis 12 Pfund pro Kopf.“

Das wären ja in der Tat glänzende Aussichten für die Industrie gewesen! Und dabei waren diese Aussichten nicht einmal willkürliche Annahmen, wenigstens insofern nicht, als sie wesentlich zur — Theorie des Industriestaatssystems gehörten! Dieses System muß eben notwendig mit der Voraussetzung eines sich steigernden und dauernd gewinnreichen Fabrikatenexports operieren, weil nur in dieser Voraussetzung der wachsende Bedarf an Agrarprodukten im Inlande durch ausländische Erzeugnisse gedeckt werden kann. Man nehme jene Voraussetzung weg, und der schimmernde Glanz der industriestaatlichen Entwicklung verwandelt sich sofort in Not und Schrecken! Wehe aber dem, der es wagte, an der praktischen Zuverlässigkeit jener theoretischen Voraussetzung zu zweifeln! Das war ein Schwarzseher, ein Feind des kulturellen Fortschritts! Waren ja doch alle der industriellen Evolution entgegenstehenden Bedenken in den Augen der Industriestaatler völlig unbegründet oder



allenfalls nur für eine aschgraue Zukunft von Bedeutung, wie das Gesetz der Entropie. Auf gegenwärtige Wirtschaftspolitik aber konnten und durften dieselben ebensowenig Einfluß ausüben wie etwa die Rücksicht auf einen zukünftigen Weltuntergang.

Es ist eben im Grunde genommen der alte Optimismus des freiwirtschaftlichen Systems, dem wir hier in unserer Frage wieder begegnen. Den Hinweis auf immer wiederkehrende absteigende Konjunkturen, auf die Krisen, kriegerrische Störungen und die sie begleitenden mißlichen Erscheinungen hören die Industriestaatler nicht gerne. Fast nur die günstigen und günstigsten Möglichkeiten werden ins Auge gefaßt oder doch überstark betont: Das Ausland bedarf so viel an industriellen Produkten, daß wir seine Ansprüche jetzt und in Zukunft gar nicht alle befriedigen können! Die Möglichkeit aber, daß das Ausland durch eine sich mehr und mehr ausdehnende Eigenproduktion den Markt beschränkt und durch eine entsprechende Schutzzollpolitik seine eigene Industrie schützen kann und tatsächlich schützt (Nordamerika, damals Rußland), der Umstand ferner, daß die Zahl der konkurrierenden Länder eher in Zunahme als in Abnahme begriffen ist<sup>1</sup>, das wurde noch um die Wende des Jahrhunderts nur in durchaus ungenügender Weise beachtet oder anerkannt. Gleichzeitig freilich gab man stillschweigend zu, daß die Industrie auf dem Weltmarkt einen schweren und nicht gerade unbedingt aussichtsvollen Kampf zu bestehen habe. Oder was sollte denn sonst die Furcht, eine angeblich „verkehrte Mittelstandspolitik“. Schutzzoll und „Verteuerung der Lebensmittel“ könnten unsere Industrie der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte berauben? Lag die Gefahr wirklich so nahe, daß sie auch durch einen mäßigen agrarischen Schutz-

---

<sup>1</sup> „Wenn erst durch Übersiedlung europäisch-amerikanischen Industrie-, Handels- und Bankkapitals“, sagt Adolf Wagner (Tägliche Rundschau Nr. 225, 15. Mai 1901), „in Ländern der Herkunft vieler Agrarprodukte mit wohlfeilen Arbeitskräften industrielle Konkurrenzunternehmen geschaffen, den Japanern, Indiern, Chinesen Werkzeuge, Maschinen, Techniker, Betriebsleiter geliefert, Produktionsmethoden gelehrt, Eisenbahnen usw. gebaut sein werden: was wird bei diesen Völkern die Folge sein? Daß sie unsere Fabrikate weniger brauchen, ihre Rohstoffe selbst im Lande verarbeiten, uns auf dritten Märkten, ja auf unserem eigenen heimischen Markte Konkurrenz machen, um so erfolgreicher, da sie mit viel billigeren Arbeitskräften produzieren. Davon zeigen sich schon manche Spuren, besonders in Japan, Indien (Baumwollindustrie). Wenn selbst diese asiatischen Kulturvölker an Initiative und geistiger Originalität, technischer Erfindungsgabe hinter der europäischen Rasse bedeutend zurückstehen, was man vielleicht zu unbedingt als bewiesen annimmt; wenn selbst ihre Arbeiter bei schlechterer Bezahlung, Ernährung und Lebensweise erheblich weniger leisten als die unsern, und so nicht im Verhältnis ihrer niedrigeren Löhne wohlfeiler arbeiten, und bei der angedeuteten Entwicklung bald ihr Lohnniveau wohl stark steigen würde: eine starke Überlegenheit im Kostenpunkte der Produktion möchte ihnen gleichwohl bleiben, mindestens für lange. Das aber ist das Entscheidende! Und darin liegt die Grenze unserer Industriestaats-Entwicklung: wir müssen dann auch billiger verkaufen, d. h. auf der Basis niedrigerer Löhne und geringerer Gewinne.“

zoll akut würde, dann mußte es mit den Aussichten auf dem Weltmarkt doch nicht so überaus glänzend bestellt sein!

Trotz alledem möchten wir richtig verstandene weltwirtschaftliche Gesichtspunkte keineswegs zurückweisen. Wenn die Länder mit extensiver Kultur den weiteren Thünenschen Kreisen, die Länder mit dichter Bevölkerung, mit intensiver Kultur und höheren Produktionskosten den engeren Thünenschen Kreisen verglichen, die ersteren bezüglich der agrarischen Produkte als Export-, die letzteren als Importländer bezeichnet werden, so wird man den Kern von Wahrheit, der in dieser Auffassung enthalten ist, nicht zu verkennen brauchen. Jene Exportländer können den Importländern ergänzend liefern, was letzteren an Agrarprodukten fehlt. Auch darüber hinaus mag man von faktischer, internationaler Arbeitsteilung sprechen können. Doch muß wohl unterschieden werden zwischen dem, was hier dauernde und was nur vorübergehende Bedeutung hat. Insofern nämlich jede Nation — um es noch einmal zu sagen — nur mit den ihr eigenartigen, auf besondern Monopolverhältnissen beruhenden Produkten für den Austausch in Betracht kommt, hat die internationale Arbeitsteilung in der Tat eine feste, sichere Grundlage. Handelt es sich dagegen um Produkte, welche ebensowohl in dem einen wie in dem andern Lande erzeugt werden können, so fragt es sich vor allem noch, ob die etwaigen relativen Vorzugsverhältnisse des einen Landes dauernde und anderseits in bezug auf Güte und Billigkeit des Produktes so hervorragende sind, daß das andere Land mit Sicherheit und ohne Schädigung der eigenen Volkswirtschaft, der nationalen Wohlfahrt, auf die Eigenproduktion verzichten kann und darf. Das gleiche gilt auch für die Industrie. Auch da wird man sich fragen müssen: Verfügt das eigene Land über so viele Spezialitäten und so hervorragende Qualitätsleistungen für die Gegenwart und die Zukunft, daß man unter Preisgabe der Landwirtschaft, des inneren kaufkräftigen Marktes, mit vollen Segeln dem Industriestaat zustreben und die Brücken hinter sich verbrennen darf? Mochten die technischen Fortschritte z. B. innerhalb der deutschen Industrie auf manchen Gebieten uns mit berechtigtem Stolz erfüllen und zu großen Erfolgen geführt haben, wo waren die Garantien für die Zukunft? Konnten wir hoffen, immer und dauernd über die gleichen Fortschritte zu verfügen, niemals von andern Nationen hierin überholt zu werden?

**8. Die Ungewißheit dauernder und wachsender Anlieferung von Rohstoffen und Agrarprodukten des Auslandes.** Wenn man zunächst billigerer Auslandspreise wegen die heimische Landwirtschaft hätte opfern wollen, würde das Ausland in Zukunft, auch zur Zeit, wo man völlig von ihm abhängig geworden, seine Produkte überhaupt oder wenigstens noch zu den gleichen niedrigen Preisen abgeben wollen, würde es in der Lage sein, sie auf die Dauer abgeben zu können? Das waren Erwägungen, die man auch vor dem Weltkriege anstellen mußte.

Den Befürchtungen, mit Rücksicht auf eine eventuelle Beschränkung der industriellen Absatzmöglichkeiten durch ausländische Konkurrenz auf dem Weltmarkte, durch die Eigenproduktion unserer Importländer, konnte man früher vielleicht entgegenhalten, daß es für die überseeischen Länder immerhin vorteilhafter sein würde, ihre unter günstigeren Bedingungen wohlfeil erzeugten agrarischen Produkte gegen unsere Fabrikate einzutauschen, als dieselben Fabrikate durch eigene Industrie herzustellen. Wer so argumentierte, der muß aber mit siegreichen Gründen nachweisen, daß die angeblichen Vorzugsverhältnisse des Auslandes auch für die Zukunft fort dauern würden. Dieser Beweis wurde jedoch keineswegs so leicht erbracht. Die nicht zum geringen Teil gerade durch den Raubbau extensiver Kultur billige Produktion z. B. Amerikas und Argentiniens vermochte wohl die heimische Landwirtschaft schwer zu schädigen. Allein eine solche Produktion konnte doch nicht von Dauer sein. Daher wäre es schon deshalb allein töricht gewesen, der überseeischen Konkurrenz unsere Getreidekultur zu opfern, da die eventuell später notwendig werdende Wiederaufrichtung und Erneuerung des Körnerfruchtbaues bedeutend größere Kosten erfordert hätten, als der Vorteil gewesen wäre, den vorübergehend niedrigere Getreidepreise bringen konnten<sup>1</sup>.

Charakteristisch ist die Art und Weise, wie z. B. der amerikanische Nationalökonom S. W. Johnson (of Yale College, Director of the Connecticut Agricultural Experiment Station), sich auf die fortschreitende Erschöpfung des Bodens berufend, gegen den Export der Bodenprodukte kämpfte: Wenn die agrarischen Erzeugnisse in der Nähe der Farm konsumiert würden, so könne der Farmer dem Boden die ihm entzogenen Kräfte wieder zuführen und hierdurch dessen Fruchtbarkeit erhalten; würden dieselben jedoch in weite Distanzen entführt, dann sei die Möglichkeit, sie in den Boden zurückzuleiten, beträchtlich vermindert oder gar absolut zerstört. Der reichste Boden könne einen solchen Prozeß der Beraubung nicht lange ertragen, wobei die Eigentümer seinen natürlichen Reichtum über Land und Meer auf entfernte Märkte brächten. Eine solche „earth-butcery“ dürfe nicht geduldet werden. Das Bestreben, die neuen Länder gewissermaßen zu Magazinen zu machen, aus welchen die älteren Kulturländer ihren Bedarf an Getreide und Rohmaterialien beziehen, müsse unbedingt durch gesetzliche Maßregeln durchkreuzt werden, und zwar nicht so sehr durch Auflagen auf den Export der Rohmaterialien aus den ersteren, sondern auf den Import der fertigen Fabrikate aus den letzteren<sup>2</sup>.

Eine Prüfung der einzelnen Momente dieser Beweisführung gehört nicht hierher. Es genügt uns die Tatsache, daß man in Amerika nicht so allgemein

<sup>1</sup> In Amerika schreitet die intensive, kapitalbedürftige Kultur voran. Latifundien bilden sich nur in eben der Besiedlung erschlossenen Gegenden. Im übrigen geht man in demselben Verhältnis, wie die Bevölkerung wächst, zur intensiven und mannigfaltigen Kultur über. Die einförmige und düngerlose Landwirtschaft mit Viehzucht und extensiver, auf eine einzige Getreideart beschränkter Kultur erschöpft den Boden und führt schließlich zur Verminderung des Reinertrages. Darum in Amerika und ebenso in Australien und Neuseeland die Tendenz zur Zerstücklung der Riesenfarmen (Maurice Bourguin).

<sup>2</sup> Francis A. Walker, *Political Economy* (1892) 40 ff.



davon durchdrungen war, daß der Austausch der eigenen Bodenprodukte gegen fremde Fabrikate von einer weitblickenden Wirtschaftspolitik gefördert werden müsse. Vielleicht dürfte man sich überdies jenseits des Ozeans immer mehr überzeugen wollen, daß das Bodengesetz ja auch für die amerikanische Erde gelte, und daß es klüger sei, die Vorteile, welche die einstweilen vielleicht noch billig im Inlande erzeugten Rohmaterialien bieten, für die Entwicklung der eigenen Industrie auszunutzen, als dem Auslande die wohlfeilen Mittel zu seiner vollen industriellen Entfaltung darzubieten.

Alles in allem durfte man daher damals die Besorgnisse Wagners, Oldenbergs u. a. nicht so leicht als unbegründet zurückweisen. Es bietet in der Tat Bedenken genug, wenn eine nationale Volkswirtschaft immer mehr die eigene agrarische Grundlage verliert, wenn das obere industrielle Stockwerk in die Luft hinausgebaut wird, frei in der Luft schwebend, über fremden Grund und Boden, durch Pfeiler gestützt, die eines Tages durch fremden Willen weggezogen werden können.

Solange es Nationen mit besondern Interessen und Kräften gibt, über die andere Völker nicht verfügen, wird das industriestaatliche Problem nicht nur eine Frage der billigsten Produktion, sondern auch eine hervorragend politische Frage sein. Schon 1901 schrieben wir mit Rücksicht auf Deutschland und im Hinblick auf eine einseitig industriestaatliche Entwicklung: „Verwicklungen, die uns übermächtigen Koalitionen gegenüberstellen würden, könnten uns statt der industriestaatlichen Herrlichkeit den völligen Untergang bringen; daß aber die Welthandelspolitik im industriestaatlichen Sinne die Gefahr solcher Verwicklungen tatsächlich näher rückt, liegt nur zu klar auf der Hand. Die Konkurrenz sucht eben ihre Mitbewerber aus dem Felde zu schlagen, und die wirtschaftlichen Interessengegensätze führen im internationalen Verkehr gar leicht zur politischen Feindschaft.“<sup>1</sup> Hat die Erfahrung uns nicht recht gegeben?

**9. Auch die Bedeutung der Landbevölkerung in einem hochindustriellen Lande darf nicht übersehen werden, wenn es sich um die Frage handelt, ob die industriestaatliche Entwicklung bis zur Preisgabe der Landwirtschaft gefördert werden solle. Diesen Gedanken hat besonders Max Sering<sup>2</sup> betont:**

Die Landbevölkerung ist die physische Kraftreserve für alle übrigen Volksklassen. Aus der Statistik entnehmen wir sichere Merkmale dafür, daß die Kraft und die Gesundheit des Landvolkes der städtischen Bevölkerung überlegen sind. Dahin gehören die Zahlen über die mittlere Lebensdauer namentlich des männlichen Geschlechtes, über die größere

<sup>1</sup> Stimmen aus Maria-Laach 1901, Heft 9 f.

<sup>2</sup> Agrar- und Industriestaat, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I 53 f., und: Ländliches Siedlungswesen, in: Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft 1916.

Wehrfähigkeit und die größere Fruchtbarkeit der Ehen der ländlichen Bevölkerung<sup>1</sup>.

Die ländliche Bevölkerung erfreut sich aber, wie Sering<sup>2</sup> weiter ausführt, nicht nur besserer physischer, sondern auch günstigerer sozialer Lebensbedingungen. Auf dem Lande ist die Familie beim Mittelschlag — also bei der Mehrzahl der Bewohner — nicht Verbrauchsgemeinschaft, sondern auch leistungsfähige Arbeitsgemeinschaft. Besonders gilt das, wie gesagt, für die reinen Familienwirtschaften, die den größten Teil der notwendigen Arbeiten mit den Kräften der eigenen Familie verrichten.

Rechnet man die Familienangehörigen mit, dann gehören nach den letzten großen Erhebungen von der ganzen landwirtschaftlichen Bevölkerung des Deutschen Reiches 66 % zur Schicht der selbständigen Landwirte, während in der Industrie nur 20 % auf die Selbständigen entfallen und beim Handel und Verkehr nur 36 %. Gehört auch von der ganzen wirtschaftlichen Bevölkerung des Deutschen Reiches dem Hauptberufe des Familienhauptes oder der selbständigen Einzelpersonen nach bloß noch ein Drittel der Landwirtschaft an, so machen doch von der gesamten ökonomisch unabhängigen Schicht die Landwirte mit ihren Angehörigen drei Fünftel aus. Es wohnen also drei Fünftel der Mittelklasse in Deutschland auf dem Lande. Hier erwächst aus der Möglichkeit, das Leben nach eigenem Urteil und Willen zu gestalten, echte Freiheit, das mit der Selbstständigkeit verbundene warme Heimatsgefühl. Der auch die Wirtschaft beherrschende familienhafte Zug stärkt das Gemeinschaftsbewußtsein, das Gefühl der Zusammengehörigkeit in Gemeinde, Staat und Stand. Die schroffen Gegensätze des wirtschaftlichen Egoismus kannte die ländliche Gesellschaft früher nicht. Die Landwirtschaft hat die Schäden einer Konkurrenz fremder Länder empfunden, ein Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Landwirten, zwischen Groß- und Kleinbetrieb findet sich auf dem Lande nicht. Alles, was die Landwirtschaft auszeichnet, die physische Kraft, die frischen Talente, das gesunde Familienleben als

<sup>1</sup> Fruchtbarkeitsziffer in Preußen. Auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren entfielen durchschnittlich jährlich Lebendgeborene:

	in Berlin	in den Städten überhaupt	in den Landgemeinden und Gutsbezirken	auf dem Lande mehr als in den Städten
1876—1880	149,21	160,6	182,9	+ 22,3
1881—1890	119,59	145,2	179,1	+ 33,9
1891—1895	106,23	140,7	181,9	+ 41,2
1896—1900	96,73	136,6	183,1	+ 46,5
1901—1905	88,78	129,1	178,7	+ 49,6
1906—1910	84,10	117,6	168,8	+ 51,2
Abnahme seit 1876/1880	— 65	— 43	— 14	

<sup>2</sup> In: Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft 1916.

Quelle aller höheren Gesittung, als die beste Schule von Zucht und Ordnung, die Charakterbildung, welche eine wirtschaftlich selbständige Stellung erleichtert, alles dies kommt aber dem ganzen Volke zugute, stärkt nicht bloß die eigenen, sondern auch die allgemeinen, nationalen Produktivkräfte. Wie der Anbau des heimischen Bodens die Grundlage jeder gesicherten Volkswirtschaft ist, so bleibt auch die Landbevölkerung die große Reserve, aus der die andern Berufskreise fortgesetzt unverbrauchte Muskel- und Nervenkraft beziehen müssen, bleibt eine gute Agrarverfassung das Fundament für jedes feste soziale Bauwerk, ein zahlreiches Landvolk von kräftiger Eigenart ein unentbehrlicher und unersetzlicher Bestandteil unseres Volkes (Sering).

## § 2.

## Das Problem nach dem Weltkriege.

Vor dem Weltkriege wurde

1. die Frage, ob sich im Kriegsfall die Getreideversorgung Deutschlands ohne ausländische Hilfe<sup>1</sup> für längere Zeit erhoffen lasse, zum Gegenstande ernster Untersuchung gemacht. So von W. Behrend<sup>2</sup>, von Völker<sup>3</sup> u. a.<sup>4</sup>

Der Überschuß der Getreideeinfuhr über die Ausfuhr hatte in den Jahren 1899/1906 im Durchschnitt 21,6 Millionen Doppelzentner oder 13,9 % der verfügbaren Menge (Vorrat abzüglich der Aussaat) betragen. Wohltmann berechnete damals den Jahreswert der sämtlichen landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Deutschen Reiches auf 12 Milliarden Mark. In normalen Erntejahren stand dieser Jahreserzeugung ein Bedarf landwirtschaftlicher Stoffe des Auslandes von rund 4 Milliarden Mark zur Seite. Mit andern Worten: Deutschland benötigte insgesamt für 16 Milliarden landwirtschaftliche Stoffe und war für Deckung dieses seines Gesamtbedarfs zu einem Viertel auf Deckung aus dem Auslande angewiesen. Zu beachten bleibt aber, daß in jenem Gesamtbedarf die kolonialen Stoffe eingeschlossen waren, auf welche sogar weit über die Hälfte des deutschen Einfuhrbedarfs entfiel. Man kann darum annehmen, daß von den Stoffen, die in der gemäßigten Zone erzeugt werden, höchstens rund ein Zehntel des deutschen Gesamtbedarfs aus dem Auslande gedeckt wurde.

<sup>1</sup> Deutschland grenzte an sieben fremde Staaten. Daß es darum immer von dem einen oder andern neutralen Staate hinreichend versorgt werden könnte, wie früher gesagt wurde, hat der Weltkrieg nicht bestätigt.

<sup>2</sup> Preußische Jahrbücher 1908, Heft 11.

<sup>3</sup> Die Volkswirtschaft im Kriege (1909).

<sup>4</sup> Aus früheren Jahren sei noch erinnert an die Kontroversen zwischen Oldenberg und Weber auf dem evangelisch-sozialen Kongreß von 1897, zwischen Ratzinger sowie v. Cetto-Reichertshausen und Brentano (Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1894, Nr. 13 37 43), an den Aufsatz von Thiel: Kann Deutschland seinen Getreidebedarf selbst produzieren? (Mentzel und Lengerkes Kalender 1895), an Drill, Soll Deutschland seinen ganzen Getreidebedarf selbst produzieren? Vgl. auch Köln. Volkszeitung 50. Jahrg., Nr. 602, vom 18. Juli 1909 (Die Ernährung des deutschen Volkes); Westdeutscher Landwirt Nr. 27 vom 3. Juli 1912 und Nr. 11 vom 31. März 1915.



Es war nun die Frage: Können jene, zur Deckung des Gesamtbedarfs fehlenden 10 % nicht kolonialer Stoffe von der deutschen Landwirtschaft selbst mehr erzeugt werden?

Um dieses Ziel zu erreichen, müßte, die damaligen Bedingungen vorausgesetzt, die deutsche Erzeugung von 12 Milliarden Mark auf 13,5 Milliarden Mark gesteigert werden können. Oder, wenn wir die oben angeführten Zahlen ins Auge fassen: Konnten die 20 Millionen Doppelzentner von Brotgetreide, die eingeführt wurden, durch inländische Erzeugnisse ersetzt werden? Behrendt und Völker bejahten diese Fragen ohne Bedenken.

Zunächst wurde darauf hingewiesen, daß bis dahin ein nicht unbeträchtlicher Teil des verfügbaren Brotgetreides<sup>1</sup> zu andern Zwecken als zur menschlichen Ernährung verwendet worden sei; so in der Brennerei, Stärkefabrikation und zur Verfütterung an das Vieh. Völker betonte namentlich den starken Verbrauch von Brotgetreide für gewerbliche Zwecke. Diese gewerbliche Verwendung müsse aber und werde ja auch, bei Abschneidung der Zufuhr durch einen Krieg, hinwegfallen. Wenn nach übereinstimmenden Berechnungen von Engel, Lexis u. a. das auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Mindestquantum Roggen und Weizen für Nahrungszwecke 180 kg betrage, so hoffte Völker, daß bei Ersparnissen und Einschränkungen in der gewerblichen Verwendung allein schon 214,7 kg für den Kopf der Bevölkerung verfügbar sein würden. Erhebungen, welche der deutsche Landwirtschaftsrat im Jahre 1900 anstellen ließ, hatten überdies bestätigt, daß auch ein sehr beträchtlicher Teil von Brotgetreide zur Verfütterung verwendet würde.

Bei Einschränkung dieser Verfütterung, beim Wegfallen der gewerblichen Verwendung und bei fortschreitender Bodenkultur, so hieß es also damals, werde die deutsche Landwirtschaft ohne Schwierigkeit imstande sein, den Brotgetreidebedarf durch die inländische Produktion allein zu decken. Aus zahlreichen Gutachten von Lehrern der landwirtschaftlichen Wissenschaft und von Vertretern der landwirtschaftlichen Praxis schien insbesondere auch hervorzugehen, daß die Verfütterung von Brotgetreide für den Viehstand keineswegs unbedingt notwendig sei und durch andere Futtermittel ersetzt werden könne<sup>2</sup>.

Es wurde ferner betont, daß im Falle eines Deutschland vom Auslande abschneidenden Krieges nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Ausfuhr unter-

<sup>1</sup> Auch aus Gerste kann Brot gebacken werden, wie dies in Süddeutschland schon früher üblich war. Die Freunde des Bieres — des „flüssigen Brotes“ — heben hervor, daß der Nährwert der Gerste bei der Bierbrauerei etwa zu 60 % ausgenutzt werde; bei sonstiger Verwendung der Gerste zur Nahrung in Graupenform komme nicht mehr heraus.

<sup>2</sup> Natürlich, sofern man darüber verfügt. Getreide, Kartoffeln ernähren mehr Menschen, wenn sie unmittelbar als menschliche Nahrung verwendet, als wenn sie durch Verfütterung in Fleisch und Molkereiprodukte verwandelt werden. Im günstigsten Falle kommen 50 % ihrer verwertbaren Energie in Form der tierischen Nahrungsmittel den Menschen wieder zugute. Öfters aber gehen zwei Drittel bis drei Viertel der in der Pflanze vorhandenen Nährstoffe verloren. Die Milch, das Getreide, die Kartoffeln, die ein Schwein verzehrt, können doppelt soviel Menschen ernähren als das daraus produzierte Schweinefleisch. Alles in allem wird man darum denjenigen beipflichten dürfen, welche mit Berufung auf diese physiologischen Tatsachen fordern, daß alles, was der Mensch selbst essen könne, in einer Notlage nicht erst zur Fütterung von Tieren verwendet werden solle.

bunden werde bzw. zu verbieten sei. Dadurch aber würden wieder Produkte (Roggen, Kartoffel) und Produktionsfaktoren für die Ernährung des deutschen Volkes frei. So würden z. B. die ausgedehnten Rübenflächen mit bestem Boden, welche die Zuckerindustrie mit ihrer großen Ausfuhr in Anspruch nehme, durch Abschneidung der Zuckerausfuhr für den Anbau anderer, direkt der menschlichen Ernährung dienender Bodenfrüchte verfügbar. Die so frei werdende Ackerfläche könnte mit Hackfrüchten, insbesondere mit Kartoffeln, bestellt werden. Wichtig sei ja eben, daß genügend Kartoffeln zur Verfügung stünden, um einen teilweisen Ersatz für die eventuell nötig werdende Einschränkung des Konsums von Brotgetreide zu bieten. Dieser Funktion als Ersatzprodukt werde aber die Kartoffel genügen können, wenn ein größerer Vorrat derselben der Verwendung für gewerbliche Zwecke und als Viehfutter entzogen würde. Sollte ein Krieg ausbrechen, nachdem Zuckerrüben bereits angebaut wären, so ließen sich diese verfüttern, wodurch eine große Menge Kartoffeln für die menschliche Ernährung frei würden <sup>1</sup>.

Auch noch andere Mittel der Ersparung usw. wurden genannt, so z. B. könne der Mahlprozeß in einer Weise gestaltet werden, daß die Mehlausbeute auf Kosten der Kleinausbeute eine Steigerung erfahre. Wesentliche Einschränkung der Viehhaltung werde, so urteilte man zum Teil damals, kaum notwendig werden.

Das Werk „Die deutsche Landwirtschaft“ (im Jahre 1913 veröffentlicht), das gewisse Hauptergebnisse der Reichsstatistik bietet, enthielt in unserer Frage kurz vor dem Kriege folgendes zusammenfassende Urteil<sup>2</sup>: „Wären die Vorräte an Brotgetreide und Kartoffeln der menschlichen Ernährung vorbehalten, und würde keine Ausfuhr von Getreide stattfinden, so würde der Bedarf für den Unterhalt der Bevölkerung, bei Mehrverzehr von Roggenbrot und Kartoffeln und geringerem Genuß von Weizen, in den letzten Jahren regelmäßig aus dem Inlande zu decken gewesen sein. Der Viehbestand freilich würde unter der Beschränkung der Verfütterung und noch mehr im Falle der Abschneidung der ausländischen Zufuhren an Futtermitteln zeitweilig leiden, was dem Fleischverbrauch infolge des Anfangs vermehrten Auftriebes auf die Viehmärkte zunächst zugute kommen, ihm aber später sehr schaden müßte. In Betracht zu ziehen für die Frage der Eigenversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln im Notfall ist auch, daß in jedes Erntejahr einige Vorräte an Getreide aus dem Vorjahr übernommen zu werden pflegen. Wie groß diese sind, läßt sich schwer ermitteln und ist durch amtliche Statistik festzustellen auch nicht unternommen.“

Diese Angaben mögen genügen. Sie zeigen uns, wie man vor dem Weltkriege die Möglichkeit einer Eigenversorgung für den

<sup>1</sup> Die ungeheuren Verluste an wertvollen Nährstoffen, welche die Kartoffel in der Aufbewahrung erleidet, so hieß es, könnten durch die Stärke- und Trocknungsindustrie, durch die Umsetzung in Dauerware aufgehoben werden. Die Trockenkartoffel hat sich als Nahrungsmittel in ihren Haupt- und Nebenprodukten in der Volksernährung bewährt und besitzt den Vorzug, im Transport ohne Rücksicht auf Witterung, eine Ersparnis von Eisenbahnwagen im Verhältnis zum Waggonbedarf der Frischkartoffel von 1 zu 4 zu erreichen. Ob es sich aber gerade empfiehlt, die hochwertige Kartoffel den Trockenanstalten und Stärkefabriken zuzuführen, die minderwertigen (stärkearmen und wasserreichen) unmittelbar zur Ernährung des Menschen zu verwenden, darf bezweifelt werden.

<sup>2</sup> S. 169 f.

Notfall beurteilte. Wenn dabei die Produktionsmöglichkeit zuweilen überschätzt wurde, so erklärt sich das wohl aus dem Bestreben, Einwände zurückzuweisen, welche die Produktions- und Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft tendenziös herabsetzten, um die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen für die heimische Landwirtschaft als überflüssig oder gar als schädlich zu erweisen.

2. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben nun gezeigt, daß bei langer Dauer der Absperrung allerdings noch eine recht knappe Ernährung möglich blieb, daß aber die Schwierigkeiten einer ausreichenden Selbstversorgung sich mit der Zeitdauer der Abschneidung vom Auslande mehr und mehr, schließlich kaum erträglich, steigerten.

Letzteres erklärt sich zum großen Teil daraus, daß eben die Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft sich in dem Kriege und durch den Krieg wesentlich verschlechterten. Man hatte gerade diesen Umstand in den Berechnungen vor dem Kriege vielleicht nicht immer genug berücksichtigt, wie auch eine wirtschaftliche planmäßige Mobilmachung fehlte. So wurde z. B. gesagt, durch die Unterbindung der Ausfuhr, auf die ein großer Teil der deutschen Gewerbe angewiesen sei, würden bedeutende Arbeitskräfte frei, die als Hilfskräfte für die landwirtschaftliche Tätigkeit in Betracht kämen. Tatsächlich hat die Landwirtschaft sehr unter dem Mangel an Arbeitskräften gelitten; es fehlten die ihre Betriebe leitenden Personen, es fehlten die Kräfte nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Gespanne, es fehlte geeignetes Saatgut. Auch blieb es für die Landwirtschaft eine schwere Aufgabe, eine stark veränderte Fütterungsmethode anzuwenden. Nach dem Verbote der Getreidefütterung war man zur Durchhaltung der Viehbestände und zur Hochhaltung der Milchproduktion mehr als sonst auf Kraftfuttermittel angewiesen. Durch Abschneidung fast der ganzen Zufuhr aber sank die zur Verfügung stehende Menge der Kraftfuttermittel schon bald auf die Hälfte des bisherigen Bestandes. Fütterung mit Grünzeug war nicht immer möglich. Die Öffnung der Wälder für den Weidebetrieb, die Verallgemeinerung des Hütewesens auch in Bruch-, Moorgegenden, auf Angern, die zeitweilige Fütterung mit Zucker usw., das alles konnte nicht verhindern, daß allgemach eine starke Futterknappheit sich fühlbar machte. Die starke Abschachtung des Viehbestandes aber begegnete gerechten Bedenken<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Viel getadelt wurde die Hinschlachtung der Schweine. Vgl. Ballod, in Soziale Praxis 24. Jahrg., Nr. 23 vom 4. März 1915. Ein erheblicher Schaden für die Volkswirtschaft würde auf die Dauer nicht entstehen, wenn von dem reichen Bestand (18 bis 20 Millionen) sogar  $\frac{3}{4}$  abgeschlachtet würden —, so hieß es damals. Bei der hohen Fruchtbarkeit der Schweine würde der alte Bestand in  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Jahren doch wieder erreicht sein. Und wie ging es in Wirklichkeit?

Besonders wichtig für die Volksernährung ist die Erhaltung einer ausreichenden Anzahl von guten Milchkühen. Das Fleisch einer Kuh von etwa 240 kg Schlachtgewicht liefert kaum über 40–48 kg Eiweiß und vielleicht 10–20 kg Fett. Bei einem Jahresertrag von 2000 l beläuft sich dagegen der Eiweißgehalt ihrer Milch auf wenigstens 60 bis 70 kg; ebensoviel beträgt das Butterfett, und dazu kommen noch 100 kg an Milchezucker. Die Erhaltung der Milchkühe aber setzte entsprechendes Futter voraus, an dem Mangel war. — Die Pferde, die in Friedenszeiten 12, 15, 20 Pfund Hafer pro Tag erhielten, mußten sich mit 3 Pfund und weniger begnügen, damit der Heeresbedarf an



Man darf sich darüber wundern, daß es allen Schwierigkeiten zum Trotz gelungen ist, einen wenn auch stark geschwächten Viehstand in erhoffte bessere Zeiten hinüberzuretten.

Deutschland hatte ferner in den letzten Zeiten vor dem Kriege an Weizen, Roggen, Hafer, Kartoffeln einen größeren Ertrag pro Hektar erzielt als irgend ein anderes Land. Diese großen Erträge aber setzten die Verwendung bedeutender Mengen von Düngestoffen voraus. Es wurden jährlich 600 000 t Salpeter, 450 000 t schwefelsaures Ammoniak und 130 000 t sonstiger Stickstoffe eingeführt. Von den stickstoffhaltigen Düngemitteln mußte der Salpeter im Kriege allmählich gänzlich ausfallen; schwefelsaures Ammoniak stand nur in geringerer Menge zur Verfügung. Thomasmehl hängt in seiner Menge ab von der Beschäftigung der Eisenindustrie. Die Hauptverbraucher von Koks, die Hochöfen, waren aber nicht voll im Betrieb. Kali und Kalk besaß Deutschland genug (Ausfuhrverbot für Kali im Kriege). Der Kalk konnte dazu dienen, den noch im Boden vorhandenen Stickstoff in lösliche, aufnehmbare Verbindungen überzuführen. Freilich war Kalkdüngung nicht überall angebracht. Einen großen Fortschritt bedeutete es, als es gelang, den freien Stickstoff der Luft zu binden und für das Pflanzenwachstum zu verwerten. Die Regierung ließ sich auch ermächtigen, ein Handelsmonopol für diese Ware einzuführen, um die Rentabilität der Produktion zu sichern. Der Ausfall konnte aber auch damit nicht sobald voll gedeckt werden. Jedenfalls bedeutete die Unterbindung der Einfuhr bisher gebrachter Düngemittel, neben dem Mangel an menschlichen und tierischen Kräften, an Arbeitern und Gespannen, eine weitere beträchtliche Erschwerung des landwirtschaftlichen Betriebes.

Optimisten hatten nun allerdings vor dem Kriege eine vollkommene Abschließung Deutschlands vom Auslande nicht für möglich gehalten. Handelsstatistische Tatsachen aber, die Deutschlands faktische Abhängigkeit vom Auslande wenigstens für einen Teil seiner bisherigen Lebensmittelvesorgung dartaten, wurden wohl auch von denjenigen gering geschätzt, die sonst geneigt waren, sich zur These von der internationalen Arbeitsteilung zu bekennen. Auf eine Brotkorneinfuhr von 10 %, eine Fleischeinfuhr von 3 bis 5 %, so hieß es zuweilen, könne man ja nötigenfalls verzichten<sup>1</sup>. Andere Stimmen forderten freilich schon frühzeitig, vor dem Kriege, die Schaffung öffentlicher Getreidevorratslager, so Karl Ballod<sup>2</sup> und Georg Fröhlich<sup>3</sup>. Sie vertrauten nicht auf ein eventuelles

Hafer nicht zu kurz käme. Das reichte, trotz Grünfutter und Rauhfutterbeigabe, nicht aus, um die stark beschäftigten Tiere zu ernähren. — Das Federvieh, dem die Körnernahrung fehlte, streikte mit dem Eierlegen. Also Schwierigkeiten überall!

<sup>1</sup> Den Bauern wurde vielfach vorgeworfen, daß sie ihre Vorräte zurückgehalten. Der Bauer, der auf eigenem Acker mit eigener Arbeit das Getreide erzeugt, wird, bei entsprechenden Preisen, das Getreide gern abgeben, aber doch zugleich auch sich selbst vor Entbehrungen schützen wollen. Das ist psychologisch leicht verständlich. Wenn dabei die Rücksicht auf den Bedarf der Städte öfter zurücktrat, so mag dies zu bedauern sein, beweist aber keine größere Selbstsucht wie diejenige ist, die städtische Hamsterer bekundet haben.

<sup>2</sup> In Zeitschrift für Verwaltung und Statistik, August 1913; in Preussische Jahrbücher, Juli 1914. Man vergleiche auch Ballods Aufsatz: Die Volksernährung in Krieg und Frieden, in Schmollers Jahrbuch XXXIX (1915) 77 ff.

<sup>3</sup> Deutsche Volksernährung im Kriege, in Schmollers Jahrbuch XXXVI (1912) 61 ff.

Vorhandensein großer Vorräte bei den Produzenten und Händlern. Auch hielten sie eine hermetische Abschließung Deutschlands keineswegs für undenkbar. Diese damals sog. Pessimisten haben dann der Hauptsache nach recht behalten. Die Abschließung wurde eine vollkommene. Rumänien, auf das man gehofft, versagte, und für rumänische Einfuhr wäre ja auch Österreich zunächst in Betracht gekommen. Die holländische Einfuhr hörte bereits im November 1914 auf. Fleisch- und Vieheinfuhr von Dänemark, einem Lande landwirtschaftlicher Veredelungsindustrie, wäre nur möglich gewesen, wenn England die Zufuhr von Futtermitteln nach Dänemark offen gelassen hätte. Dänemark bedurfte aber einer Million Tonnen Getreide und Futtermittel, um Fleisch und Butter ausführen zu können. Auch von Amerika blieb jede Zufuhr aus.

So wurde denn in der Tat die Ernährungsfrage während des Krieges zu einem immer schwierigeren Problem.

Es ist leichter, nachträglich an den Regierungsmaßregeln, die zur Lösung dieses Problems getroffen wurden, Kritik zu üben, als äußerst komplizierten Anforderungen gegenüber, wo die ganzen Verhältnisse in ihren Zusammenhängen und Wechselwirkungen noch nicht so klar erkannt werden konnten, sofort das Richtige zu treffen. Mancher Tadel mag dem Berichte jenes Brandmeisters gleichen, der als „geschehenen Fehler“ hervorhob, daß das Spritzenhaus nicht näher bei der Brandstätte gelegen und umgekehrt. Anderseits darf man bedauern, daß nicht bereits in der Friedenszeit, wo doch der Krieg schon in den letzten Jahren drohte, ein klares, die Ernährungsfrage für den Ernstfall regelndes Programm geschaffen wurde<sup>1</sup>. Nur so hätte jenes empirische Herumtasten, ein häufiger, Unsicherheit verratender Stellungswechsel in den Maßnahmen vermieden werden können.

**3. Wird die Selbstversorgung Deutschlands mit den notwendigen Lebensmitteln nach dem Kriege für die Zukunft möglich sein?** Der Krieg hat uns manche bittere Erfahrungen gebracht und schwer heilbare Verluste. Er offenbarte zugleich die hohe Bedeutung der Landwirtschaft und ihre, allen Schwierigkeiten und Fehlern zum Trotz, nicht zu verachtende Leistungsfähigkeit. Selten ist wohl auch eine Theorie durch harte Tatsachen so gründlich widerlegt worden wie die einseitige Lehre der Freihandelsschule über Agrar- und Industriestaat.

Wir wollen hoffen, daß die deutsche Industrie, die Schifffahrt, der deutsche Außenhandel bald wieder aufleben werden. Es hängt das aber nicht allein von der deutschen Volkswirtschaft ab, sondern von Verhältnissen und Mächten, über die wir nicht frei verfügen.

„Die Niederlage“, sagt M. Sering<sup>2</sup>, „hat die Existenzbedingungen der Industrie durchaus verändert; sie wird viel mehr als vor dem Kriege auf den inneren Markt angewiesen sein. Schon die Notwendigkeit, die Valuta wiederherzustellen und die Kriegsschulden zu decken, zwingt dazu, die inneren

<sup>1</sup> Die Unsicherheit der Erntestatistik machte sich empfindlich geltend.

<sup>2</sup> Die Verordnung der Reichsregierung vom 29. Januar 1919 zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, in Schmollers Jahrbuch XLIII (1919) 184 f.

Hilfsquellen unseres Landes auf das vollkommenste zu entwickeln. Dies gilt in erster Linie vom landwirtschaftlichen Boden. Das Deutsche Reich muß wieder mehr zu einem Agrarlande werden, zu einem höheren Grade wirtschaftlichen Selbstgenügens kommen, seine Wohn- und Arbeitsstätten dezentralisieren. Gelingt dies nicht, so werden große Teile unserer Bevölkerung zur Auswanderung gezwungen sein. Aber die Zeit, in der noch weite Flächen innerhalb der gemäßigten Zone als Heimstätten dem unbemittelten Manne zugänglich waren, ist vorüber — die deutschen Auswanderer würden sich dem Lose der Italiener und der russischen Juden in den Vereinigten Staaten ausgesetzt sehen, zu Ausbeutungsobjekten des ausländischen Großkapitals werden. — Der Rat der Volksbeauftragten hat deshalb an die deutschen Arbeiter die Aufforderung gerichtet, von den Großstädten auf das Land und in die Städte der Provinz zu gehen. Er hat die rückständige Rechtslage, welche große Teile der Landarbeiterschaft erniedrigte, beseitigt, die Gesindeordnungen und die Koalitionsverbote aufgehoben; schon sind zwischen den zentralen Organisationen der Landarbeiter und der Landwirte Kollektivverträge abgeschlossen worden. Noch vor der politischen Umwälzung haben Reich und Bundesstaaten das ländliche Siedlungswesen kräftig zu fördern versucht. Das Kapitalabfindungsgesetz des Reiches vom 3. Juli 1916 erweiterte sehr stark den Kreis der Anwärter für Grundbesitz, indem es die Kapitalisierung eines Teiles der Kriegsinvaliden- und Hinterbliebenenrente gestattete. In Preußen hat das Gesetz vom 8. Mai 1916: 100 Millionen Mark für Zwischenkredite, d. h. Vorschüsse zum Ankauf von Siedlungsland und zur Errichtung von Rentengütern bewilligt. In fast allen Bundesstaaten wurden gemeinnützige Siedlungsunternehmen unter Beteiligung des Staates und anderer öffentlicher Verbände begründet, die den Ansiedlern finanziell und technisch zur Hand gehen. Auf diesen Grundlagen ist nun weiter zu bauen. Es handelt sich:

1. um die bevölkerungspolitische Aufgabe der Dezentralisation und der Beschaffung von Erwerbsgelegenheit auf dem Lande. Aber mit der veränderten Verteilung der Bevölkerung muß sich
2. der Aufbau einer sozialen Verfassung verknüpfen, welche dem Freiheitsideal unserer Bevölkerung entspricht, und
3. muß die soziale Verfassung den Anforderungen höchster Produktivität Genüge leisten. Es gilt, dem deutschen Boden mit vollendeter Technik Erträge abzugewinnen, die unserem Volke Nahrung und gewisse Rohstoffe zu mäßigen Kosten liefern und der Industriebevölkerung im Austausch mit dem dicht besiedelten und wohlhabenden Landvolk zu einem großen Teil Ersatz für die draußen verlorengehenden Absatzgebiete, Nahrungs- und Rohstoffquellen gewähren.“

Wird aber eine solche Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft überhaupt möglich sein?

„Wenn man die Geschichte einzelner Gutswirtschaften heranzieht“, sagt Max Delbrück<sup>1</sup>, „so ist es kein Zweifel, daß die Erzeugung von Getreide auf dem Morgen sich im 19. Jahrhundert verdoppelt hat. Diese Verdoppelung ist nicht erzielt durch eine Vergrößerung der Anbaufläche, sondern durch verbesserte

<sup>1</sup> Die deutsche Landwirtschaft an der Jahrhundertwende. Abgedruckt (als Anhang) in der Festschrift „Die Königliche Landwirtschaftliche Hochschule in der Zukunft“ (1900).



Kultur. Zu dieser Mehrproduktion in Körnerfrüchten ist hinzuzurechnen die ganze Ernte unserer Hackfrüchte, wenigstens derjenigen, die die Hauptmasse ausmachen — der Kartoffeln und der Rüben. Der Anbau beider, noch im 18. Jahrhundert begonnen, ist doch ein ausschließlicher Erfolg des 19. Getreidebau und Hackfruchtbau liefern die gleiche Summe an Nährsubstanz.“ Somit schließt Delbrück: „Die landwirtschaftliche Produktion im Pflanzenbau hat sich im vergangenen Jahrhundert vervierfacht.“ Mit Rücksicht auf das begonnene 20. Jahrhundert aber glaubt er eine weitere außerordentliche Steigerung der Erträge erwarten zu dürfen: „Ich wage es auszusprechen, daß für die Körnerfrüchte im Durchschnitt eine Verdoppelung der Erträge in Aussicht gestellt werden kann und muß, und daß eine Verdreifachung der Kartoffelerträge keineswegs außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt.“

Karl Ballod hatte ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Eigenproduktion seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts im Verlauf zweier Dezennien für die verschiedenen Getreidearten um etwa 36% gestiegen sei, während die Bevölkerung sich nur um 18% vermehrte<sup>1</sup>. Das günstige Ergebnis in diesem Zeitabschnitt beruhte nicht auf einer Ausdehnung der Anbaufläche, sondern auf der Zunahme des Ernteertrages. Im Jahre 1898 erklärte Ballod wiederum: „In Deutschland ist heute (und wohl so lange die Schutzzölle nicht erniedrigt werden) eine Steigerung der Erträge der Landwirtschaft um das Doppelte nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich möglich; wahrscheinlich eine schnelle Steigerung jedoch nur dann, . . . wenn die Gewinnchance in der Landwirtschaft wenigstens für das Betriebskapital die gleiche wäre wie in der Industrie.“ Und Ballod glaubte auch noch 1910 an die Möglichkeit einer Verdopplung der Erträge sogar bei gegebener Technik. Er sagte<sup>2</sup>: „Eine Steigerung der durchschnittlichen Produktivität in Deutschland bis zur durchschnittlichen doppelten Höhe der jetzigen Erträge ist lediglich eine Kapitalbeschaffungsfrage. Höhere Preise, wie sie durch die Zollerhöhung 1906 zutage getreten sind, haben in erster Linie die Bedeutung des Stimulationsmittels, des Anreizes zur höheren Produktion, zum Teil freilich auch die weniger erwünschte Wirkung eines bloßen Hochgehens der Grundrente. Eine stark erhöhte Produktion läßt sich auch später bei niedrigeren Produktpreisen aufrechterhalten, sofern eine Verbilligung der Maschinen und des Kunstdüngers eintritt. Da die Produktion von Maschinen und Kunstdünger unbestritten unter das Gesetz der abnehmenden Kosten fällt, so ist da die wirtschaftstechnische Möglichkeit der Verbilligung gegeben, und damit ist der weiteren Möglichkeit der weiteren Zurückdrängung des Bodengesetzes bzw. der Produktion zu sinkenden Kosten Raum gegeben.“

Wenn die Kosten sinken, wird die Wirkung des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag privatwirtschaftlich aufgehoben. Eine stärkere Kapitalaufwendung rentierte sich noch bei der zu erwartenden Steigerung des Ertrages. Volkswirt-

<sup>1</sup> In derselben Zeit stieg die Lebenshaltung des deutschen Volkes bedeutend; der relative Getreidekonsum nahm um ca. 25% zu. Ballod, in Schmollers Jahrbuch XXII (1898) 207.

<sup>2</sup> Die Bedeutung der Landwirtschaft und Industrie in Deutschland, in Schmollers Jahrbuch XXII (1898) 217.

<sup>3</sup> Die Produktivität der Landwirtschaft, in Schriften des Vereins für Sozialpolitik CXXXII (1910) 463.

schaftlich aber wäre die Vermehrung der Produkte ohne Zweifel ein großer Gewinn. Schädlich wäre es, wenn die privatwirtschaftliche Ermöglichung einer Vermehrung der Produkte durch Verminderung der Produktionskosten auf Rechnung der Arbeiter (Sinken der Reallöhne) erfolgte. Davon ist aber bei Ballod nicht die Rede, sondern nur von der Verbilligung der Maschinen und des Kunstdüngers<sup>1</sup>.

Was lehrt uns nun die tatsächliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität?

Nach Rybark<sup>2</sup> ist die Gesamtproduktion von 1800 bis 1900 um 136,74% gestiegen. Der Ertrag vom Hektar war (in 100 kg):

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Anfang des 19. Jahrhunderts . . .	10,28	8,62	8,00	5,64
1893—1899 . . . . .	17,50	14,20	16,70	15,20

Die Steigerung betrug demnach für den Weizen 70,23%, für Roggen 64,73%. Wenn gesagt werde, in der gleichen ganzen Zeit sei die Bevölkerung um 135% gewachsen, sie habe also die Steigerung der Brotfrüchte weit überholt, so müsse Rücksicht darauf genommen werden, daß die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte in den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts noch nicht, wie später, zur Geltung gekommen seien.

Fassen wir daher insbesondere die Steigerung ins Auge, welche das Ende des Jahrhunderts und der Anfang des 20. Jahrhunderts zu verzeichnen hat:

Die Roggenerträge hatten in den letzten 30 Jahren vor dem Kriege eine Steigerung von reichlich einem Drittel bis zur Hälfte erfahren. In dem Jahrzehnt 1898/1907 betrugen sie noch 7,75 Zentner pro ein Viertel Hektar; im Jahre 1909 erreichten sie mit 9,25 Zentner pro ein Viertel Hektar Roggenanbaufläche den bis in die Zeit vor dem Kriege höchsten Jahresdurchschnitt in Deutschland. Die gesamte deutsche Roggenerzeugung ist von etwa 5 bis 6 Millionen Tonnen zu Ende der 70er Jahre auf 10—11 Millionen Tonnen in den Jahren 1908/12 gestiegen. Beachtet man, daß in gut geführten Wirtschaften mit besseren Böden in normalen Jahren schon Ernten von 16 bis 19 Zentner und mehr pro ein Viertel Hektar erzeugt wurden, so durfte man daraus wohl schließen, daß die Höchst-

<sup>1</sup> Ballod hatte unter dem Pseudonym „Atlanticus“ (Vorwort von Kautsky) eine Schrift mit sozialistischen Zukunftsplänen herausgegeben. Dieselbe erschien 1919 mit dem Namen des Verfassers unter dem Titel: „Der Zukunftsstaat.“ Durch eine rationelle Wirtschaft (Anwendung der besten Verfahrensarten und Maschinen und durch Bewirtschaftung nach einheitlichem Plane) könne, auch bei der heutigen Technik, die Produktion auf ein Vielfaches gesteigert werden. Im allgemeinen werde sich der Großbetrieb (namentlich in der Industrie) als die geeignetere Form erweisen. Doch solle die jeweils produktivste Größe gewählt werden. In der Landwirtschaft wären 36 000 durchschnittlich je 500 ha umfassende Gutshöfe zu errichten. Der Staat hätte als „Sozialstaat“ (Gegensatz zum bisherigen „Individualstaat“) für die wichtigsten Bedürfnisse des Volkes (die hauptsächlichsten Lebensmittel, gewöhnliche Nahrungs- und Kleidungsstoffe, Baumaterialien und Verkehr) zu sorgen. Der Privatinitiative blieben vorbehalten: Besorgung des Haushalts, Pflege privater Gärten, Herausgabe von Büchern und Zeitschriften, zum großen Teil der Wohnungsbau, die Herstellung von Möbeln und Luxusgegenständen usw.

<sup>2</sup> Steigerung der Produktivität der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert (1905).

grenze der Leistungsfähigkeit, trotz beträchtlicher Zunahme der Roggen-erzeugung pro Flächeneinheit, fürs allgemeine noch nicht erreicht, daß der Durchschnittsertrag für Deutschland noch steigerungsfähig war<sup>1</sup>, wie auch die Anbaufläche bei Ausdehnung der Moor-, Sand- und Heidekultur eine Vergrößerung gewinnen konnte.

Für den Weizen war, bei den gegebenen Boden- und Klimaverhältnissen, eine bedeutendere Erweiterung der deutschen Anbaufläche schwerlich zu erhoffen, wenn auch aus der fortschreitenden Moorkultur eine gewisse Zunahme erfolgen könnte. Der durchschnittliche Weizenertrag stellte sich in Deutschland auf 10 Zentner pro ein Viertel Hektar. Auf guten Böden und bei intensiver Wirtschaft kann aber, wie praktische Beispiele zeigten (vgl. Domäne Schlanstedt), der Ertrag auf die doppelte Höhe pro Morgen gebracht werden.

Bis Anfang der 80er Jahre war Österreich der Hauptlieferant von Weizen. Später hatte Österreich für die Ausfuhr nicht viel mehr übrig, und auch der Überschuß der Vereinigten Staaten hatte sich vermindert. Hauptlieferanten vor dem Kriege waren Rußland, Argentinien, dann allerdings an dritter Stelle noch Nordamerika. Kanadas Einfuhr nahm stark zu, ebenfalls die Rumäniens. Mit geringeren Mengen beteiligten sich an der Einfuhr auch Britisch-Indien, der Australische Bund und sogar Serbien. In dem Jahre 1910 belief sich die Weizeneinfuhr auf 2535 139 *t*, im Jahre 1911 auf 2701 450 *t*, im Jahre 1912 auf 2485 935 *t*. Beachtet man nun, daß in den Jahren 1905 1911 die durchschnittliche Mehrausfuhr deutschen Roggens etwa eine halbe Million Tonnen pro Jahr betrug, so ergibt sich, wenn man beide Getreidearten, Weizen und Roggen, zusammennimmt, daß uns damals, mit Rücksicht auf den Bedarf an Brotgetreide überhaupt, nur stark 1½ Millionen Tonnen zur Selbstversorgung fehlten. Diese 1½ Millionen hätten gedeckt werden können, wenn auf den ca. 8 Millionen Hektar Land, auf welchem Brotgetreide angebaut wurde, pro Morgen nur ein einziger Zentner mehr geerntet worden wäre. An der Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, konnte aber damals kaum gezweifelt werden. Wurden ja doch in dem letzten Vierteljahrhundert die Erträge pro Hektar Land um 5 Doppelzentner, pro Morgen um 2½ Zentner gesteigert, allein in den letzten 10 Jahren um 1½ Zentner. Und in den intensiv betriebenen Wirtschaften wurden, wie gesagt, schon immer einige Zentner mehr produziert, als der Reichsdurchschnitt betrug. Die bäuerlichen Wirtschaften sind es, die den größten Teil des Roggens in Deutschland erzeugen. Würden diese bäuerlichen Wirtschaften ihren Betrieb nur in etwa noch intensiver gestalten, oder würde wenigstens ein beträchtlicher Teil der noch weniger intensiv arbeitenden bäuerlichen Wirtschaften zur intensiveren Produktion übergehen, dann könnte Deutschland, so glaubte man damals, seinen ganzen Brotgetreidebedarf auf eigener Scholle decken<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Man vergleiche hierzu auch H. Warmbold, Futtergetreide im Kriege (1917) und R. v. Keyserlingk, Deutschlands Getreidewirtschaft und Versorgung nach dem Kriege (1918).

<sup>2</sup> Nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft und die Ernährung des Volkes hat die neue fabrikmäßige Nutzbarmachung des Stickstoffes der Luft für die landwirtschaftliche Produktion. Nach dem Kriege stehen der Landwirtschaft die gewaltigen Mengen von Stickstoff zur Verfügung, die während des Krieges für Herstellung von Munition nötig waren. Die Stickstofffabriken werden auch in der Lage sein oder in die Lage kommen, den Stickstoff zu einem Preise herzustellen, daß er im Frieden erfolgreich mit dem Stickstoff des Chilesalpeters in Wett-



Von großer Wichtigkeit war und ist sodann die Frage, ob und inwieweit der deutsche Fleischbedarf<sup>1</sup> durch die inländische Landwirtschaft gedeckt werden könne.

Von 1904 bis 1910 belief sich der Gesamtverbrauch von lebendem Vieh, Fleisch, Fleischwaren, Speisefett und Talg in Deutschland auf durchschnittlich 32301227 Doppelzentner pro Jahr. Auf die eigene Erzeugung entfielen hiervon 29820207 Doppelzentner oder 92,3 %, und auf den Einfuhrüberschuß 2481020 Doppelzentner oder 7,7 %. Daß eine Verschiebung dieses Verhältnisses möglich sei, ergibt sich daraus, daß der Einfuhrüberschuß 1908 und 1909 auf 6,7 % und 1910 auf 6,1 % und 1911 auf 5,1 % zurückging. Wird der Wert des deutschen Verbrauchs an Vieh und Fleisch auf etwa 4½ Milliarden Mark geschätzt, so betrug der Geldwert der Mehreinfuhr 1910 etwa 238,5 Millionen Mark. Nimmt man an, daß die Fläche, welche Öd- und Unland in Deutschland vor dem Kriege umfaßte, etwa ein Drittel der gesamten Roggenanbaufläche betrug und ein Zwölftel des Acker- und Gartenlandes ausmachte, dann dürfte die Berechnung nicht allzu sehr fehl greifen, daß in Deutschland, wenn jene bisher unkultivierte Fläche der Viehzucht gewidmet würde, für lange Zeit ausländisches Vieh und fremde Vieherzeugnisse zu entbehren wären. So urteilte wenigstens Fleischer, der in einer Denkschrift des Vereins zur Förderung der deutschen Moorkultur den Nachweis zu liefern versuchte, daß auf den Moorböden und den moorartigen Böden über 8 Millionen Doppelzentner Marktvieh (Lebendgewicht) erzeugt werden könnten, und daß dabei über 70 000 Bauernfamilien in kleineren und größeren Stellen (von im Mittel 43 ha) ihren Lebensunterhalt finden würden. Fleischer rechnete mit Minimalerträgen. Wenn die wirklich zu erzielenden Erträge berücksichtigt würden, so meinte v. Wangenheim, dann würden bei dem Fleischverbrauch (vor dem Kriege) durch die Kultur der Ödländereien noch etwa 30 Millionen Menschen mehr mit deutschem Fleische ernährt werden können<sup>2</sup>. Bisher hat sich die

bewerb treten kann. Überdies verfügt Deutschland im Kali über einen Pflanzennährstoff, wie ihn kein anderes Land besitzt und für welchen bisher ein Ersatzstoff nicht gefunden wurde. Vgl. R. v. Keyserlingk, Deutschlands Getreidewirtschaft und Versorgung nach dem Kriege (1918).

<sup>1</sup> Für die Erhaltung von Lebensmitteln, namentlich Fleisch, gibt es treffliche Methoden; namentlich wird durch künstliche Kälte Austrocknung, Fäulnis, Gärung verhindert. Besondere Bedeutung hatten während des Krieges die Großkühlhäuser, die nicht nur, wie die Kühlanlagen der Schlachthäuser, eine Erhaltung des Fleisches bis zu sechs Wochen bewirken, sondern das geschlachtete Tier einfrieren lassen und so auf lange Zeit bewahren. Auch für Fische ist kühle Aufbewahrung nötig. Milch erhält sich unbegrenzt bei einem Grad unter Null, Eier, die im Mai, Juni kalt, in Kühlkammern, eingelegt werden, bleiben gut bis zum Beginn des folgenden Jahres. Auch Obst hält sich bei kalter Lagerung.

<sup>2</sup> Die Möglichkeit einer weiteren Kultivierung von Öd- und Unland wurde vor dem Kriege zuweilen bezweifelt. Was noch Ödland sei, werde auch Ödland bleiben, weil es steril, seine Bearbeitung unrentabel sei. Ob gerade nur die Furcht vor Erschwerung der Arbeitsverhältnisse, der Verteuerung des Saatgutes und des Kunstdüngers zu einer solchen Auffassung führte, wollen wir dahingestellt sein lassen. Immerhin wird nicht gerade alles Öd- und Unland kultur- und besiedlungsfähig sein. Während des Krieges ging das Bestreben der Landwirte naturgemäß zunächst dahin, auf den bisher vorhandenen Böden möglichst hohe Erträge zu erzielen, namentlich da die Dungstoffe für eine Vermehrung der Anbaufläche fehlten.

deutsche Landwirtschaft, sagt auch Arthur Schulz<sup>1</sup>, „in der Produktion von Vieh und Fleisch recht leistungsfähig erwiesen. Von dem dadurch ermöglichten Zustand der Eigenfleischversorgung abzugehen und seine tägliche Ernährung von Prärievieh- und Frostflescheinfuhren abhängig zu machen, deren Ursprungsländer seinem Machtbereich völlig entrückt sind, hat das deutsche Volk und hat besonders die deutsche Arbeiterklasse mindestens solange keinen begründeten Anlaß, als sich die Fleischpreise im Reich auf einem mäßig hohen Niveau bewegen und nur langsam steigen. Das war aber bisher in normalen Futterjahren der Fall. Aber werden die deutschen Landwirte den wachsenden Fleischbedarf der rasch zunehmenden Bevölkerung auch in Zukunft decken können? Werden sie ihre Zucht- und Aufzuchtmethodem verbessern, neue Futterquellen erschließen, ihre dem Kulturland abgewonnenen Ernten steigern, sicherer gestalten und Überschüsse reicher für den Ausfall magerer Jahre konservieren, endlich ihre Futtervorräte rationeller verwerten lernen? Und vor allem: Werden sie diese technischen Probleme auch in wirtschaftlicher Weise, ohne unverhältnismäßigen Kostenaufwand, lösen können?“ Auch diesbezüglich sind die Aussichten, wie Schulz im einzelnen nachweist, günstig. Zusammenfassend sagt er<sup>2</sup>: „Die deutsche Tierproduktion ist noch überaus ausdehnungsfähig und im allgemeinen noch nicht genötigt, Intensitätssteigerungen mit Kosten zu erkaufen, die rascher wachsen als der Produktionserfolg. Daher ist die Erwartung berechtigt, daß Deutschlands Erzeugung an tierischen Produkten mit der Bevölkerung und dem Wachsen ihres Bedarfs auch im nächsten Jahrzehnt wird gleichen Schritt halten können, ohne daß die Preise unmäßig steigen. Es kommt nur darauf an, die produktiven Kräfte in der inländischen Landwirtschaft zu möglichster Entfaltung zu bringen.“

Alle diese schönen Hoffnungen und Verheißungen hat nun der Weltkrieg, wenn nicht zerstört, so doch überaus stark herabgesetzt.

**4. Rückgang der deutschen Landwirtschaft infolge des Weltkrieges.** Unter dem Verluste von über einem Fünftel der erwerbsfähigen deutschen Männer mußte natürlich auch die deutsche Landwirtschaft schwer leiden. Andere Gründe noch (die politische Umwälzung, revolutionäre Störungen usw.) schädigten ganz allgemein die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeit. Dazu kommt der Raubbau (Mangel an Dünger<sup>3</sup> usw.), der während des Krieges den deutschen Acker ungeheuer schwächte. Das endgültige Ergebnis von Getreide ergab im Jahre 1920 folgende Zahlen<sup>4</sup>: Weizen 2,3, Roggen 4,9, Gerste 1,7, Hafer 4,8 Millionen Tonnen. Gesamtergebnis: 13,7 Millionen Tonnen. Dagegen im Jahre 1913: Weizen 4,4, Roggen 12,1, Gerste 2,5, Hafer 9,5 Millionen Tonnen. Gesamtergebnis:

<sup>1</sup> Prärievieh- und Frostflescheinfuhr oder Eigenfleischversorgung, in Sozialistische Monatshefte 1911, I 105.

<sup>2</sup> Ist eine Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Tierproduktion möglich? in Sozialistische Monatshefte 1911, I 187.

<sup>3</sup> Im Jahre 1919 erhielt die Landwirtschaft nur ein Fünftel ihres Friedensbedarfs an Phosphorsäure und ein Drittel der Menge von Stickstoff, den sie im Frieden verwendete.

<sup>4</sup> Reichsanzeiger 1920, 235. Vgl. auch oben S. 701 ff.

28,5 Millionen Tonnen. Demnach haben sich die Ernteertragnisse des Jahres 1920 gegenüber denjenigen des dem Kriege vorangegangenen letzten Erntejahres 1913 um über die Hälfte verringert, und zwar bei Weizen um 2,2 Millionen Tonnen, Roggen um 7,2 Millionen Tonnen, Gerste um 0,8 Millionen Tonnen, Hafer um 4,7 Millionen Tonnen, insgesamt um 14,9 Millionen Tonnen. Die Kartoffelernte erzielte im Jahre 1920: 28,2 Millionen Tonnen, 1913: 52,8 Millionen Tonnen, mithin weniger im Jahre 1920: 24,6 Millionen Tonnen. Nicht ganz so schlimm wie der Rückgang in den Feldfrüchten war der des Viehstapels. Auch 1921 konnte Deutschland insgesamt nicht die Hälfte der Nahrungsmittel an Brotgetreide, Milch, Butter, Fleisch und Kartoffeln erzeugen als in den Jahren vor dem Kriege.

Vor dem Kriege hatte Deutschland 90 % des einheimischen Bedarfs an pflanzlichen Nahrungsstoffen selbst geliefert, jetzt war der Ertrag an Brotgetreide um 40 % zurückgegangen, der Ertrag an Kartoffeln um 50 %. Vor dem Kriege haben wir 67 % des Bedarfs an Fleisch und Fett in Deutschland erzeugt, jetzt (1921) können wir nur noch etwa 40 % erzeugen. Unsere Milchproduktion ist von 24,4 Milliarden Liter vor dem Kriege zurückgegangen auf 9 Milliarden Liter und sie droht noch weiter zurückzugehen. Die Rohzuckerleistungen sind um 66 % gefallen. Der Verlust von Elsaß-Lothringen und mehr noch von Posen, Westpreußen (Überschußgebiet) macht sich besonders geltend. Mit den abgetretenen Gebieten haben wir 13,5 % landwirtschaftliche Fläche überhaupt verloren. Das will heißen: 35 % der Broterzeugung und 20 % der Kartoffelerzeugung<sup>1</sup>.

5. Der Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft zu ihrer früheren Leistungsfähigkeit ist aber Lebensfrage für die deutsche Volkswirtschaft und unser ganzes nationales Sein. An Sicherung unserer Volksernährung und an die Sanierung unserer Finanzen wird eben, wie L. Quessel mit Recht sagt<sup>2</sup>, gar nicht zu denken sein ohne Wiederherstellung der produktiven Kraft unserer Äcker. Bis jetzt mußten wir nach dem Kriege noch bei unserer großen Armut Milliarden Mark an das Ausland für Lebensmittel ausgeben, um uns vor dem unmittelbaren Verhungern zu schützen. Dadurch wird aber unsere Handelsbilanz außerordentlich verschlechtert. Können wir diese Lebensmittel im eigenen Lande wieder beschaffen, dann können wir diese Milliarden hier behalten, und wir verbessern dadurch unsere Handelsbilanz. Von dieser aber wird wesentlich mitbestimmt der Stand der Währung, die wiederum entscheidend ist für den Gesamtweg, den die Wirtschaft für die nächste Zeit nehmen kann und zum Wohle unseres Volkes einschlagen muß (E. van den Boom).

<sup>1</sup> Rede des Staatssekretärs Busch (aus dem preußischen Ackerbauministerium) in Jülich, Januar 1921.

<sup>2</sup> Dezemberheft 1920 der Sozialistischen Monatshefte.



Als Mittel und Wege zur Wiederherstellung der Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft werden von den Männern der Praxis folgende uns bereits bekannte bezeichnet<sup>1</sup>:

Der erschöpfte Boden bedarf der kräftigen Zufuhr der nötigen Pflanzennährstoffe, vor allem von Stickstoff und Phosphorsäure. Auf diese Weise kann seine relative Unfruchtbarkeit, soweit sie die Folge des Raubbaues ist, in ziemlich kurzer Zeit beseitigt und mit der Wiederkehr der Erträge in der früheren Höhe gerechnet werden. Demnächst sind die Aufwendungen an menschlicher und tierischer Arbeit wieder auf das Friedensmaß zu bringen durch Beschaffung von Arbeitskräften und Begünstigung des Nachwuchses an Spanntieren und deren bessere Ernährung.

Bei der großen Bedeutung der Nutztviehhaltung als Nahrungsreserve und der Milch als Volksnährmittel ist ferner die baldige Gesundung der Viehwirtschaft mit Bevorzugung der Milcherzeugung anzustreben. Maß und Schnelligkeit dieser Gesundung sind in erster Linie abhängig von der Futterfrage. Baldige größere Einfuhren an hochwertigen Kraftfuttermitteln sind hier von ausschlaggebender Wichtigkeit.

Die Landwirtschaft bedient sich der technischen Intensivierungsmittel nach wirtschaftlichen Grundsätzen, d. h. nur soweit sie einen Reinertrag versprechen, also der durch ihre Anwendung erzielte Nutzen größer ist als die damit verbundenen Kosten. Umfang und Richtung der landwirtschaftlichen Erzeugung hängt neben den natürlichen Produktionsbedingungen, von den Preisverhältnissen der einzelnen Erzeugnisse ab. Die Marktpreise müssen mindestens die Produktions- und Transportkosten decken und außerdem noch einen dementsprechenden Verdienst übrig lassen. Hierauf begründet sich die Wirkung einer verständigen, zielbewußten Preispolitik.

Ausreichende Preise schaffen auch erst die Voraussetzung für eine vermehrte Einstellung und Anwendung der stark verteuerten menschlichen Arbeitskraft.

Von großer Bedeutung bleibt die Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in seinen Formen der Kredit-, Bezugs- und insbesondere der Absatzgenossenschaft.

Der Wirtschaftsberatung sowohl großer als auch insbesondere kleinerer Betriebe stehen für die Zukunft höchst wichtige Aufgaben bevor, denn wohl kein Gewerbe verlangt eine solche individuelle Behandlung wie die Landwirtschaft. Sie muß sich aber auf einwandfreie Feststellung der Wirkung dieser oder jener Maßnahmen auf den Betrieb, also auf die Ergebnisse einer geordneten Buchführung stützen können. Nun hat der Kleinbetrieb Buchführung bisher nur in seltenen Fällen gekannt. Die Absicht, in erster Linie die Kleinbetriebe zu heben, setzt planmäßige Förderung und Ausbau des Buchführungswesens mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln voraus. Einwandfreie Buchführungs-

<sup>1</sup> Busch in der angeführten Rede. Vgl. auch oben S. 701 ff.

ergebnisse müssen auch die Grundlagen für Steuereinschätzungen und wirtschaftspolitische Entscheidungen der Regierung und Parlamente bilden.

Ein großer Teil der Landwirte, namentlich der Kleinbauern, haben die Mittel zu einer Intensivierung ihrer Betriebe bisher nur wenig benutzt, weil sie ihnen nicht bekannt waren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Ausbaues des Schulwesens auf dem Lande, des landwirtschaftlichen Unterrichts- und Versuchswesens, der Wirtschaftsberatung, der Einrichtung von Muster- und Beispielswirtschaften, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des Kleinbetriebes. Eine gründliche landwirtschaftliche Belehrung und Ausbildung ist auch die Vorbedingung jeder erfolgreichen Siedelung. Daß daneben die landwirtschaftlich-wissenschaftliche Forschung, die erst am Anfang ihrer Entwicklung steht, nicht vernachlässigt werden darf, ist selbstverständlich.

„Zuverlässige Berechnungen“, sagt Sering<sup>1</sup>, „ergeben, daß es bei Aufrechterhaltung des Nahrungszustandes vor dem Kriege und Fortdauer der bisherigen Bevölkerungsvermehrung mit Hilfe der heute verfügbaren technischen Hilfsmittel ohne erhebliche Steigerung der Kosten möglich sein würde, den gesamten Nahrungsmittelbedarf der deutschen Bevölkerung im Laufe der nächsten 20 Jahre im Inlande zu decken.“ Das wird aber nur möglich sein, wenn man auf landwirtschaftlicher Seite bestrebt ist, Errungenschaften der Wissenschaft und die Fortschritte der Technik immer mehr zur Anwendung zu bringen. Insbesondere wird es darauf ankommen, die vervollkommnete Betriebstechnik auch den kleinen und kleinsten Wirtschaften zu vermitteln. Wenn all die neuzeitlichen Errungenschaften der landwirtschaftlichen Kulturwissenschaft und Betriebstechnik auf dem Gebiet der Viehzucht, der Saatzüchtung, der Saatenauswahl, der Fruchtfolge, der Melioration, der Düngung, des Maschinenwesens, die Vorteile der beruflichen Bildung und der genossenschaftlichen Selbsthilfe einmal zum Gemeingut der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung geworden sind, dann wird es zu der gehofften Steigerung der Erträge kommen können und tatsächlich auch kommen.

Erdrückende, das Betriebskapital aufzehrende Steuern dürfen der Landwirtschaft nicht auferlegt werden.

Sie beansprucht schließlich mit Recht alle Freiheit, die sich mit der Volkswohlfahrt vereinigen läßt. Geringen Weitblick verrät es jedoch, wenn heute agrarische Reden und Schriften, im Kampf gegen lästige Zwangsmaßregeln der Kriegs- und Nachkriegszeit, auf Lehren und Formeln des ökonomischen Liberalismus („laissez passer“, „Naturgesetz“ der Volkswirtschaft usw.) zurückgreifen.

Die Landwirtschaft wird freilich mit dem Wegfall des Schutzzolles für die nächste Zukunft rechnen müssen und dem Wettbewerb fruchtbarer junger

<sup>1</sup> Schmollers Jahrbuch XLIII (1919) 191.

Agrarländer ausgesetzt sein. Um so mehr bedarf es dann vergrößerter Sorgfalt und Wirtschaftlichkeit, um einen Ausgleich gegenüber der Wirkung ausländischer Konkurrenz herbeizuführen.

Wichtig ist es, daß die ländliche Sozialpolitik im Einklange bleibe mit der auf Produktionssteigerung gerichteten Produktionspolitik. Das dürfen auch die Landarbeiter nicht vergessen. Die Landwirtschaft hat ihre besondern Verhältnisse, ist anders zu werten als die Industrie, und Landarbeiter sind keine Fabrikarbeiter<sup>1</sup>. Übrigens betonen auch die industriellen Arbeitgeberverbände neuerdings wieder stark, daß alle Sozialpolitik im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen verbleiben müsse.

**6. Auch die Industrie bedarf in Zukunft der gleichen Förderung, wie sie diese vor dem Kriege gefunden hatte.** Die Fortschritte, welche der einzelne Produktionszweig in produktiver Leistungsfähigkeit macht, werden regelmäßig eine Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft nur in der Voraussetzung bedeuten, daß die Gesamtbefriedigung aller Bedürfnisse nicht einseitiger Entwicklung zum Opfer fällt. Man darf heute sagen, daß die Landwirtschaft als Pro-

---

<sup>1</sup> Die Landarbeiter waren bereits 1911 in die soziale Versicherung einbezogen worden. Auch bezüglich der Verwaltung der Landkrankenkassen wurden die Landarbeiter durch das Gesetz vom 28. Juni 1919 den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt. Veraltete Gesindeordnungen und unerträgliche Ausnahmegesetze wurden beseitigt. Zwischen den Verbänden der ländlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde die mit Gesetzeskraft versehene „vorläufige Landarbeitsordnung“ (24. Januar 1919) zur Ordnung eines „umfassenderen Arbeiterschutzes vereinbart. Vgl. A. Retzbach, Leitfaden für die Soziale Praxis<sup>6 u. 7</sup> (1922) 124 f. Diese „Landarbeitsordnung“ ist zum Teil scharfer Kritik begegnet. Vgl. z. B. Heinrich Grimm, Produktionssteigerung und Sozialpolitik in der Landwirtschaft (Sozialistische Monatshefte, Januar 1921). Grimm sagt: „Die als Übergangsverordnung gedachte vorläufige Landarbeiterordnung (vom 24. Januar 1919), die keine Arbeiterschutzbestimmung öffentlich-rechtlicher Art enthält, ist ein unglückseliges Verlegenheits- und Kompromißprodukt aus den ersten Monaten nach der Revolution; bei ihrer Ausarbeitung vergaß man sogar, die Erfahrungen anderer Länder nutzbar zu machen. Die Landarbeitgeber hatten jahrzehntelang die Bildung nennenswerter Landarbeiterorganisationen verhindert. . . . Als dann mit dem Umsturz vom 9. November 1918 die junge Landarbeiterorganisation fast über Nacht eine stattliche verhandlungsheischende Gewerkschaft geworden war, fehlte ihr vielerseits und vielerorts die notwendige Vertrautheit mit dem landwirtschaftlichen Produktionsprozeß. So kam es, daß die gewerkschaftlich kaum geschulte, im Durchschnitt kulturell rückständige Landarbeiterschaft sozialpolitische Forderungen der gewerblichen Arbeiterschaft, die für diese berechtigt waren, ohne Prüfung auch für sich übernahm. Die Behörden behandelten das Landarbeitsgesetz ebenfalls recht oberflächlich: man glaubte, es handle sich da, mit gewissen Einschränkungen, nur um die Ausdehnung des gewerblichen Arbeitsrechts auf einen besondern Berufszweig, in gleicher Weise wie etwa auf das Krankenpflegepersonal oder die Binnenschiffer. Daß die historische Entwicklung der Landarbeiterfrage, die wesentlich älter als das Industriearbeiterproblem ist, eine grundverschiedene Behandlungsbasis erfordert, kam nirgends zum Ausdruck.“ Für die Landwirtschaft speziell ist das Naturgemäße die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Tarifvertrag in der Landwirtschaft ist nicht dem für die Industrie gleichzustellen. Vgl. Wildangel, Arbeitgeberverbände und Tarifverträge in der Landwirtschaft (1920).



duktionsgebiet, wegen der besondern Stellung des Nahrungsbedürfnisses im Kreise der menschlichen Bedürfnisse, von größter Wichtigkeit sei; ja man wird diese hohe Bedeutung um so nachdrücklicher betonen können, wenn besondere Verhältnisse (geographische Lage, politische Konstellationen, Kriegsdruck und Kriegsfolgen) schwere Gefahren und einen hart auf der Bevölkerung lastenden Druck mit sich bringen. Nur darf eine solche Betrachtung niemals dazu verleiten, die Bedeutung und Notwendigkeit anderer Produktionsgebiete für die Deckung des Gesamtbedarfes eines Volkes zu verkennen. Gleichberechtigt stehen die großen Produktionsgebiete nebeneinander.

Deutschland wird darum seine Landwirtschaft nicht preisgeben, aber ebensowenig seine Industrie. Der Schutz und die Förderung, die diesen Produktionszweigen zuteil wird, kann nur beider Erhaltung und Blüte zum Ziele haben auf der Grundlage eines richtigen und billigen Ausgleichs widerstrebender Interessen. Auch die Zukunft wird für Deutschland der rechten, den gegenwärtigen und späteren Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßten Mischung von Agrar- und Industriestaat gehören. Möge wahre Solidarität, als anerkannte Tatsache (wechselseitige Abhängigkeit) und als staatsbürgerliche Pflicht, als ethisches und wirtschaftliches Prinzip, Landwirtschaft und Industrie vereinen im Dienste des Vaterlandes, der Wohlfahrt unseres Volkes.



# Personenregister.

## A.

Aalberse 221.  
 Abbe 392 404 ff.  
 Abderhalden 81 119.  
 Ackermann 124.  
 Adikes 73 249.  
 Adler G. 329.  
 — M. 208.  
 Albing 96.  
 Albrecht G. 118 125 240 287.  
 Albu 94.  
 Alletz 262.  
 Ammon 209 218 555 657.  
 Andrees K. 340.  
 Antoine 119 161 325.  
 Antonin 157.  
 Apelt 23.  
 Arndt Ad. 588 745.  
 Arnold 630 763.  
 Atwater 45.  
 Auer 145.

## B.

Baader 262.  
 Bachem Jul. 221.  
 Baer 81 290.  
 Balkenski 827.  
 Ballanche 262.  
 Ballin 126.  
 Ballod 23 41 ff. 113 ff. 141  
 247 294 f. 418 451 589  
 680 837 846 868 ff.  
 Baltzer 329.  
 Barth, Erw. 206 555.  
 Bartholomew 340.  
 Baschwitz 256 288.  
 Baudrillart 81.  
 Bauer O. 205 208 418.  
 — St. 118 226 410.  
 Baumert 80.  
 Baxter 843.  
 Beaufort 262.  
 Beck Jos 81 776.  
 Becker 228 499.  
 Beckerath v. 537 f.  
 Behme 779.  
 Behr F. 423.  
 Behrend 865 ff.  
 Below v. 81 86 f. 120 569  
 579 759 765.  
 Benedikt XV. 412 f.  
 Benning 807.  
 Bentham 500.  
 Bergmann 161 290.  
 Bernatzik 579.

Bernays 392 439 548.  
 Bernhard E. 392 404 547 ff.  
 Bernstein 497 584 802.  
 Bessemer 493.  
 Beusch 53 210 ff. 379 543  
 665.  
 Beyer 440.  
 Bezzola 292.  
 Biedermann 448.  
 Bieler 340.  
 Bienkowski 439.  
 Biermer 59 756.  
 Bismarck 261 265.  
 Blanc L. 673.  
 Blocher 81 116 291.  
 Block 23 479.  
 Blondel 303 392 589.  
 Boccardo 235.  
 Böckel 292.  
 Bode 82 162 f. 290 292.  
 Bodelschwingh v. 709.  
 Böhm-Bawerk v. 477 ff. 557 ff.  
 Bonald de 262.  
 Boom van den 552 556 877.  
 Borght van der 80.  
 Borgius 64.  
 Bornhak 588.  
 Bornträger 375.  
 Borkiewicz 140.  
 Böttger 837.  
 Bourguin 545 801 862.  
 Brahma 493.  
 Brandts M. 241 254.  
 Brandt-Wyt 118.  
 Brants V. 119.  
 Brassey 392 401 403.  
 Brauer Th. 24 53 76 264  
 277 379 392 420 f.  
 Braun A. 392  
 — J. 375.  
 — v. 752.  
 Brauns H. 492.  
 Bredt 80 249.  
 Brentano L. 23 f. 28 81 119  
 309 392 404 588 654 657  
 666 668 837 ff. 849 ff.  
 Brigham 365.  
 Bruder 329.  
 Brünner 755.  
 Brutzer 130.  
 Buch H. 392.  
 Buchenberger 588 ff.  
 Bücher 118 120 218 329  
 398 421 427 ff. 546 f. 549  
 638 659 756 ff. 780 ff.  
 808 ff.

Busch 877 f.  
 Buschik 340.  
 Busching 64.  
 Buß v. 262.

## C.

Calmes 792.  
 Calwer 38 126 846.  
 Cannan 303 325 436 852.  
 Carver 658.  
 Caspar E. 211.  
 Cassel G. 14 f. 303 305 320  
 324 502 558.  
 Castel 262.  
 Cathrein 643.  
 Cauwès 562 621.  
 Cetto-Reichertshausen v. 865.  
 Cheysson 414.  
 Chittenden 46.  
 Christian 119.  
 Clam-Martinic v. 1.  
 Clapham 822.  
 Clark 558 657 f.  
 Cohen A. 329.  
 — M. 206 555.  
 Cohn G. 23 118 303 329.  
 — H. 145.  
 Cohnheim 118.  
 Cohnstätt 673.  
 Colbert 102 499.  
 Commons 658.  
 Conrad Else 126.  
 — J. 78 329 541 588 690  
 762 846.  
 Considérant 673.  
 Cossa 478.  
 Costa-Rossetti v. 119 161  
 322 ff. 516 561 584.  
 Coulet 399.  
 Cox 392.  
 Cramer 292.  
 Cuhel 23 28.  
 Cunningham 309.

## D.

Dade 588 698.  
 Damaschke 24 56 71 f. 694  
 714 ff.  
 Dante 163.  
 Davenport 329 656 658.  
 David 588 674.  
 Davidsohn 569.  
 Deckert E. 340.  
 Degenfeld v. 392 417 f.



Dehn 116.  
 Delbrück 871 f.  
 Delnis 709.  
 Denis 162 657.  
 Denmann 595.  
 Deutsch 439.  
 Devas 857.  
 Dickens 403.  
 Diehl K 3 24 26 71 f. 303  
 311 479 492 500 506 557  
 799 f. 850.  
 Dienstag 494.  
 Diessel 329.  
 Dietzel H. 17 837 ff. 849 ff.  
 Dittmann 314.  
 Dix 82.  
 Don 293.  
 Dopsch 759.  
 Dove 441 ff.  
 Dransfeld 375.  
 Drexel 371.  
 Drexler 589.  
 Drill 865.  
 Droste 162.  
 Du Bois-Reymond 310.  
 Ducpétiaux 125.  
 Dufresne du Cange 479.  
 Dühring 118 303 337.  
 Dumont 83.  
 Dunin-Borkowski v. 201.  
 Dunkmann 9 ff.  
 Du Passage 413.  
 Durkheim 421.  
 Düttmann 375.

## E.

Ebeling 340.  
 Eberle F. X. 329 333 579 f.  
 Eberstadt 24 69 72 f. 76 ff.  
 148 254 ff. 384.  
 Eckert Chr. 187 455.  
 — M. 340 ff. 441 ff. 812 ff.  
 Eckstein 262.  
 Eggenschwyler 329.  
 Egger 162.  
 Eheberg K. Th. 588.  
 Ehrenberg 120 126 338 374  
 562 580 589.  
 Ehrler 52.  
 Eichhorn 262.  
 Eleutheropoulos 12.  
 Elpidius P. 290.  
 Elsässer 173.  
 Elster Alex. 82 110 f. 134  
 161 f. 290 292 329 f.  
 Ely 658.  
 Emersen 793.  
 Emmerly 541.  
 Emminghaus 126.  
 Endemann 119 522.  
 Endres 119.  
 Engel 24 125 541.  
 Engels F. 210 212 303 309  
 560.

Engländer O. 147.  
 Eötvös 293.  
 Erdmann 64.  
 Ergang 477 499.  
 Erikson 493.  
 Ermann 245.  
 Ertl v. 588.  
 Eschwege 242.  
 Eßlen 23 41 589 657 857.  
 Ettinger M. 257.  
 Ettlinger K. 108.  
 Eucken R. 95.  
 Eulenberg 260.  
 Eulenburg 210 370.  
 Evert 846.

## F.

Faber P. 352.  
 Fahlbeck 373.  
 Fairbairn 493.  
 Faßbender Chr. 375.  
 — M. 23 119 285 287 375  
 666.  
 Faucher 52 54 65.  
 Feig 49.  
 Felber 589.  
 Fénelon 84 380.  
 Ferguson 81 422.  
 Fetter 558 658.  
 Feuerstein 126.  
 Fichte 332.  
 Fick 589 666.  
 Fircks v. 141.  
 Fischer Alf. 118 235.  
 — Ferd. 381.  
 — Jos 176.  
 — O. 671 834.  
 Fisher 558.  
 Flamm 569.  
 Fleischmann 682.  
 Flesch 126.  
 Flügge 47 118 134 233 392.  
 Flügel 582.  
 Flux 658.  
 Foerster F. W. 95 312 477.  
 Földes B. 118 320.  
 Fontana-Russo 657.  
 Forchheimer 24 256.  
 Fourier 417 673.  
 Francke E. 385 f. 550.  
 Frantz R. de 71.  
 Frech 456 737 ff.  
 Fred 81 97.  
 Freese 392 404.  
 Freiberg-Jetzendorf v. 666.  
 Freund Friedr. 700.  
 Friedländer 82.  
 Friedrich Ernst 340 ff. 441 ff.  
 812 ff.  
 — H. 499 633 f.  
 Fromont 392 403 410.  
 Fuchs Arth. 24.  
 — C. J. 23 f. 37 44 50 ff.  
 73 143 f. 148 250 256 588  
 596 608.

Fühling 588.  
 Fülles 749 751.  
 Fulton 493.  
 Funk 119.  
 Fürth H. 126 161 197 218 f.  
 Fustel de Coulanges 595.

## G.

Galle 118.  
 Gant 793.  
 Garve 97.  
 Gaskell 309.  
 Gelesnoff 73 314 329 377  
 392 416 421 425 481-559  
 673.  
 Gemünd 24.  
 George H. 71.  
 Gerlach O. 589.  
 Gerlich 557 765.  
 Gerloff 118 226 410 f.  
 Gerson Ad. 433.  
 Gibbons 116.  
 Gide 504 562 621 851.  
 Gierke 713.  
 Gilbreth 793.  
 Glas 549.  
 Glatzel 249.  
 Gleichen v. 82 88 161 178  
 191 286.  
 Gnauck-Kühne 193.  
 Göbel 82 113 161 318.  
 Göckel 491.  
 Godwin 368.  
 Goethe 246.  
 Goldmark 793.  
 Goldscheid 418.  
 Goldschnitt H. 588.  
 Goltz Th. von der 126 256  
 512 588 ff.  
 Gonner 612.  
 Gonser 375.  
 Göppert 750.  
 Görres 262.  
 Göschel 262.  
 Gothein E. 12 600 603.  
 Gottl-Ottlilienfeld v. 303 314.  
 Grabmann 119.  
 Grabowsky 64.  
 Graetzer 261.  
 Granitsch 161 282 f.  
 Grassl 375.  
 Graziani 27.  
 Gretsches 64.  
 Grimm B. H. 880.  
 — J. L. K. 606.  
 Grisar 85.  
 Gröber 182.  
 Gröllich 815.  
 Grothe H. 456 756.  
 Grotjahn 64 81 f. 118 161  
 375.  
 Gruber v. 64 116 161 290  
 373 ff.  
 — Christ. 340 ff. 441 ff. 821 ff.

Gruber Ign. 126.  
Grünberg 588 652.  
Grunzel 33 344.  
Guinness 240.  
Guntermann 172.  
Günther Ad. 118 306.  
— E. 129.  
Gurewitsch 23 28.

**H.**

Habicht-Oechslin 340.  
Hacker 261.  
Hahn Ed. 333.  
— Fr. 340.  
Hähnel 162.  
Halle v. 448.  
Haller v. 262 290.  
Halske 490.  
Hammacher E. 161.  
Hänig 456.  
Harms 329 392 547 756.  
Hartmann 293 698.  
Hasbach 17 23 303 740.  
Hassert 340 589.  
Hatschek 261.  
Hattingberg v. 698.  
Haushofer 340.  
Haxthausen v. 594.  
Hecht 589.  
Heckscher 801.  
Hedler 475.  
Heer 118.  
Heichen 552.  
Heidereich 340.  
Heim 588.  
Heinen 375.  
Heiß Cl. 54 246 256 295  
494.  
Held 27 756 783.  
Helenius 81 162 295.  
Helfferich K. 201 296 837 ff.  
849 ff.  
Hellpach W. 427.  
Hellwald v. 340.  
Henningsen 579.  
Hering 492.  
Herkner 81 94 329 ff. 388 f.  
392 ff. 414 528 779 ff.  
Hermann v. 23 118 133 f.  
303 329 335 484 f.  
Hermes 666.  
Herrfahrt 262 265.  
Herrmann E. 96.  
Hertling v. 119 264.  
Herz 823.  
Hesse 377.  
Hettner 340.  
Heyde L. 272 367 378 388  
392.  
Heynen 569.  
Hildebrand R. 595.  
Hilferding 584.  
Hilgenreiner 119.  
Hill O. 240.

Hindhede 46.  
Hinke 439.  
Hirschler J. B. 263.  
Hirt 110.  
Hitze 64 207 260 264 ff. 329  
375 404 588 756 808 f.  
Hobson A. 309 586.  
Hoesch 187.  
Hofmann Fr. 725.  
Hohoff 208.  
Holm 742.  
Hommer 198.  
Höniger 549.  
Hoppe 81.  
Horten 219 751.  
Howe 493.  
Huber V. A. 65.  
Hübner 340.  
Hufeland C. W. 290.  
Hume 84.  
Hunt 293.  
Huonder 111.  
Huß 290.  
Husslein 413.

**J.**

Jacoby W. 477 479.  
Jäger Eug. 24 51 ff. 64 73  
77 f. 80 238 ff. 288 486  
588 ff. 691.  
— G. 329.  
— Joh. 24 248.  
Jaffé 23 259.  
Jahn Jos. 556.  
Janssen 807.  
Jarke 262.  
Jaroslaw 119 ff. 145 161 ff.  
183 286 677.  
Jaurès 208.  
Jennings 396.  
Jevons St. 26 338 392 396  
432 481.  
Jlgner 119.  
Imbusch 731 ff.  
Inama-Sternegg 119.  
Joos 375.  
Jopke 68.  
Junge 169.  
Juraschek 23 340 738.  
Justi 102.

**K.**

Kahr v. 419.  
Kammel 185 371 793.  
Kammerer 381 496 f. 499.  
Kämpfe 857.  
Kampfmeier 24 247 f. 256.  
Kampmann 253.  
Kanitz v. 700.  
Kapitza 81 109 162.  
Karstätt 698.  
Kassowitz 110.  
Kaster 262 ff.

Kastern 375.  
Kaufmann P. 144 374 394.  
— R. v. 262.  
Kaula 119.  
Kaup 23 118.  
Kautsky 333 674 802.  
Keck 439.  
Keller F. 119 189.  
Kelm 24 237.  
Kempf R. 130 198 439.  
Ketteler v. 264 809.  
Keußler v. 594.  
Keyserlingk v. 874 f.  
Kirschner 262.  
Kleinschrod 375.  
Kleinwächter 81 581 760.  
Klöckner Fl. 749.  
Klopp W. 119 161 567 582  
588.  
Klug Ign. 119.  
Klunker 287.  
Knapp G. F. 588 ff. 704.  
— Theod. 641.  
Knies 65 478 582.  
Koch Ant. 81 ff.  
— Heindr. 52 161 392 403 ff.  
756 770 ff. 779.  
Kochmann 397 796.  
Kollbach 349 812.  
König 118 392.  
Koppers 594 f. 759.  
Kowalewsky 765.  
Kozak 407 505 ff.  
Kraepelin 392 547 549.  
Kraft M. 306 329.  
Krämer 588.  
Kranold 211.  
Kraus 23.  
Kriek 262.  
Krose 370 375.  
Kruchen 375.  
Krüger Hans 717.  
Kückenthal 340.  
Kuefstein v. 263.  
Kuhna 129.  
Kühnast 478.  
Kulemann 756.  
Kurs 351.  
Kuzmány 129.

**L.**

Laband 763.  
Laczó 293.  
Laer v. 912.  
Lammenais de 262.  
Lande 439.  
Landmann 81 291.  
Landmesser 208.  
Landolt 124.  
Landry 558.  
Lange 329.  
Langenstein v. 158.  
Laquer 81 162 293 295.  
Lassalle 209 481 503 809 f.

Lauderdale 500.  
 Laur 118.  
 Laveleye de 81 85 305.  
 Lawrow 208.  
 Lechler 254.  
 Lederer 161 747.  
 Leener de 586.  
 Lehmann Heinr. 160 386.  
 Lehr 148 303.  
 Leitner 792.  
 Lemberger 817.  
 Lengemann 735.  
 Lensch 211.  
 Leo XIII. 412 522 ff.  
 Leonhard Heinr. 208.  
 — R. 690.  
 Le Play 125 416 776.  
 Leroy-Beaulieu A. 340.  
 — P. 340.  
 Leutemann 59.  
 Lévasséur 774.  
 Levenstein 796.  
 Levi H. 822.  
 Levy H. 23.  
 Lewinsky 310.  
 Lexis 78 92 97 105 118 132  
 193 303 327 485 503 521  
 558 582 657.  
 Liberatore 25 134 161 236  
 434 508.  
 Lichtenfelt v. 23 34.  
 Liebig 589 645 f.  
 Liebrecht 256.  
 Liefmann 14 f. 303 529 ff  
 551 581.  
 Liese Wilh. 82 108 118 162  
 290.  
 Liesse 329.  
 Lifschitz 336.  
 Lindemann H. 24 55.  
 Lins 383.  
 Linschmann 589.  
 Linsenmann F. X. v. 94  
 106.  
 List Fr. 25 314 341 ff.  
 Lorenz J. 404.  
 Lösch v. 767.  
 Lotz W. 37.  
 Lowtian Bell 392 403.  
 Lübbering 267 808.  
 Lummer 145.  
 Lux 541.

## M.

Mac Culloch 500 506.  
 Macdonald 816.  
 Magnus 490.  
 Maistre de 262.  
 Malthus 368 f. 500.  
 Mangoldt v. 24 73 243 329.  
 Mankowski 25.  
 Manteuffel v. 134.  
 Marlo 329.  
 Marschall v. Bieberstein 2464.

Marshall 330 562 853.  
 Martensen 93.  
 Martin R. 404.  
 Martins 162.  
 Marx 37 151 212 303 329  
 421 479 485 493 500 505  
 516 533 559 f.  
 Mataja 175.  
 Matschoß 490 492.  
 Matthew Th. 290.  
 Mauer H. 698.  
 Maunier 441.  
 Maurenbrecher 119.  
 Maurer v. 603.  
 Mausbach 119 375.  
 May R. E. 37.  
 Mayer Ad. 81 87 110 392.  
 Mayr G. v. 52 377.  
 Mazzella 513.  
 Mehrell 402.  
 Meitzen 594.  
 Menger K. 5 486.  
 Mérode 262.  
 Meves 49.  
 Meyer Ed. v. 477.  
 — Rob. 24 256.  
 — Rud. 518 ff.  
 Miaskowski 589 638 666.  
 Michels R. 586.  
 Mill J. St. 26 65 318 329  
 369 399 500 852 ff.  
 Miquel v. 55 709.  
 Mleinek 549.  
 Mohl R. v. 12.  
 Mombert 26 126 226 336  
 367 375.  
 Mommsen 91.  
 Montesquieu 102.  
 Morgenroth 340 812 ff.  
 Morgenstern M. 97 439.  
 Mosler 144.  
 Mosso 338 392.  
 Moufang 809.  
 Muckermann H. 375.  
 Müllendorf 162.  
 Müller Ad. 262.  
 — Aug. 225.  
 — Paul 419.  
 Müller-Östreich J. 143 161  
 197.  
 Mundella 403.  
 Münsterberg 176 185 793 ff.  
 Muthesius 802.

## N.

Nasmyth 493.  
 Nasse 612.  
 Natorp 208.  
 Naumann 171 362 563.  
 Nernst 145.  
 Neuburger 81 95 ff.  
 Neuhaus F. A. 543.  
 — G. 62 438.  
 Neumann 110 161 f.

Neumann-Spallart 23.  
 Neurath O. 418.  
 Nicholson 26.  
 Nieboer 401.  
 Noppel 390 413.  
 Norvins de 585.  
 Nostitz Hans v. 244.  
 Nostitz-Rieneck v. 1.

## O.

Ochenkowski 612.  
 Oldenberg 23 39 83 89 97  
 125 ff. 740 837 ff. 849 ff.  
 865.  
 Oppel 340.  
 Oppeln-Bronikowski 262.  
 Oppenheimer F. 28 57 118  
 165 583.  
 Oswalt 118 ff. 132 ff. 166  
 319 f. 478 790.  
 Owen R. 403 505.

## P.

Pabst 242 253.  
 Palyi 657.  
 Papin 493.  
 Pareto 27.  
 Pascal 84.  
 Passow R. 210 557 560 562  
 762.  
 Patten 23 32.  
 Paull 64.  
 Paulsen 91 93.  
 Paulus N. 119.  
 Peabody 240.  
 Pencquet 86.  
 Périn 26 161.  
 Pesch Tilm. 99.  
 Pesl 24 245.  
 Petermann 52.  
 Petersson 162 293.  
 Pettenkofer 45 ff.  
 Peus 64.  
 Peyrer v. 713.  
 Pfleghart 818.  
 Pfül O. 264.  
 Pfungst 279.  
 Pfütze-Grottewitz 161.  
 Philipp Cl. 161.  
 Philippi 102.  
 Philippovich 28 59 67 69 f.  
 118 120 125 169 303 314  
 326 329 530 541 562 580 f.  
 588 742 771 781 786 792  
 797.  
 Picard 161 195.  
 Pieper Aug. 161 163 367  
 392.  
 — O. 261.  
 Pierson 27 329.  
 Plank M. 262.  
 Plenge 23 207 274.  
 Poggi 208.



Pohl O. 397 693.  
 Pohle L. 14 24 f. 59 66 f.  
 127 184 218 239 413 557  
 566 837 ff. 849 ff.  
 — R. 459.  
 Pohlmann 69 71.  
 Pöhlmann 298 593.  
 Polis 448.  
 Popert 293 295.  
 Posadowsky v. 24 96 122  
 311.  
 Potthoff 64 161 297.  
 Prausnitz 119.  
 Proudhon 505.  
 Pudor 161 184 285.

Q.

Quessel 33 35.

R.

Rachel 742  
 Rachfahl 573 579.  
 Rademacher 395.  
 Rae 392.  
 Rappoport 208.  
 Rathenau E. 490.  
 — W. 87 185 193 197 274  
 289 538 746 f.  
 Ratzel 52 340.  
 Ratzinger 81 84 119 161 263  
 588 ff. 688 691 865.  
 Rau 13 81 303 329 485.  
 Rauchberg 712.  
 Rauecker 161 278.  
 Raumer v. 606.  
 Rautekus 253.  
 Ravenstein 141.  
 Rehbock 343.  
 Reichensperger P. 588.  
 Rein 340.  
 Reinhold 329 756.  
 Reinlein 340.  
 Renner 208.  
 Retzbach 880.  
 Reuleaux 492.  
 Ricardo 320 481 485 500  
 506.  
 Ricca-Salerno 478.  
 Richardson 290.  
 Richthofen v. 340.  
 Ried 312.  
 Riehe 329.  
 Riepenhausen v. 713.  
 Rimpler 708.  
 Rings 333.  
 Rist 504.  
 Robert Ad. 24.  
 Roberts 493.  
 Rockefeller 585.  
 Rodbertus 479 481 505 ff.  
 589.  
 Roesler H. 318 506.  
 Roscher 28 ff. 81 f. 85 f. 92  
 118 f. 134 234 303 318

329 335 434 485 557 588 ff.  
 756 ff. 786.  
 Rosenbaum 161.  
 Rosenthal 82.  
 Roß 595.  
 Rost H. 67 143 253 373 392.  
 Rowton 241.  
 Rubner 41 ff. 118 139 ff. 142  
 392.  
 Ruhland G. 222 583 588 ff.  
 700.  
 Rush 290.  
 Ruskin 240 414.

S.

Sack 456.  
 Saint-Simon 384 504.  
 Saitzew 258.  
 Salvioli 401.  
 Sander 101 161 286.  
 Sapper 340.  
 Sartorius v. Waltershausen  
 423 485.  
 Saunder 489.  
 Sax 329 653.  
 Say J. B. 30 85 103 147  
 200 307 324 329 341 500.  
 Schachner 295.  
 Schade 558.  
 Schäfer D. 52.  
 Schäffle v. 1 23 28 64 86 f.  
 92 254 303 306 329 418.  
 Schär 161 174 f.  
 Scharling 382.  
 Scharp 289.  
 Schaub 119 583.  
 Scheele v. 293.  
 Scheimpflug 533 700.  
 Scheler 208 298 329.  
 Schellmann 162.  
 Schermann 24.  
 Scherzer v. 43.  
 Schiff 589.  
 Schilling 119.  
 Schindler 693.  
 Schitlowsky 594.  
 Schleiermacher 434.  
 Schlenker 739.  
 Schlettwein 102.  
 Schlosser Chr. F. 262.  
 Schmedding 375.  
 Schmid Ferd 370.  
 Schmitt 594.  
 Schmittmann 60 62 65 260  
 287 374 f.  
 Schmitz Walt. 338  
 Schmoller v. 23 41 60 69  
 74 84 156 303 329 335  
 365 421 427 487 499 541  
 562 756 ff. 784 797.  
 Schoepfer 583 701.  
 Schrameier 24.  
 Schreiber Edm 119 153 156  
 158.

Schreiber G. 375.  
 Schröder W. v. 31.  
 Schroeder 499.  
 Schubert-Soldern v. 81 329.  
 Schuler Frid. 392 404 548 f.  
 Schulte Al. 569.  
 Schultz Arth. 674 876.  
 Schulze 239.  
 Schulze-Gävernitz 71 309  
 340 392 404 541 586 831.  
 Schumacher Herm. 23 461 ff.  
 789 818 ff.  
 Schumann 439.  
 Schumpeter 311 479 657 f.  
 Schwabe 125.  
 Schwappach 588.  
 Schwarz O. 756.  
 Schwemann 489.  
 Schwer 6 387.  
 Schwiedland 26 756 ff. 771  
 790 f. 803 813.  
 Scobel 340.  
 Seeböhm 595 612.  
 Seibt 25 681 846.  
 Seipel Ign. 119 211 329.  
 Seligman 562 658.  
 Senior 500 853 ff  
 Sentemann 256.  
 Sering 340 365 373 589 ff.  
 665 f. 663 674 683 694  
 707 ff. 717 ff. 837 ff. 863 ff.  
 870 ff.  
 Shadwell 816  
 Shaler 365.  
 Sieger 340.  
 Siemens Wern. 490.  
 — Wilh. 490 493.  
 Sieveking 336 765 783.  
 Sievers 340.  
 Siew 336 423.  
 Silbermann 434.  
 Simkowsitch 594 622.  
 Simmel 52 81 97.  
 Simmersbach 739.  
 Simon 392.  
 Sinzheimer 306 550 756 806.  
 Sismondi 65 103 307 318  
 399 499 504.  
 Slateczek 162.  
 Smith Ad. 26 70 85 103 324  
 329 335 f. 341 404 421 ff.  
 433 ff. 479 f. 493 506 527.  
 — C. J. 536.  
 Sohlberg 293.  
 Somary 588.  
 Sombart W. 5 14 23 32 34  
 36 ff. 52 66 81 ff. 97 103 f.  
 120 143 154 189 f. 303  
 308 f. 414 479 540 f. 557 ff.  
 756 ff. 781 ff.  
 Sombart-Ermsleben 709.  
 Sommerlad 81 f. 86.  
 Sorer 439.  
 Spann 8 36 336.  
 Spencer 12 95.

Stahl 262.  
 Stamm 329.  
 Stammler 8 208 417.  
 Staudinger 161 208.  
 Steffen G. 340  
 — G. F. 466.  
 Steffens 262.  
 Stegerwald 207.  
 Stehr 292  
 Steinle 542.  
 Stein Fr. 390.  
 — L. v. 12 118 329.  
 Steinbrück 42 588.  
 Steinbüchel 208 298.  
 Steiner Rud. 289.  
 Steinitzer 545.  
 Steinmann Alf. 119.  
 Steinmann-Bucher 261.  
 Stengel v. 628.  
 Stephenson 308 493.  
 Sternberg W. 111.  
 Stichel 340  
 Sticker 375.  
 Stieda 370 756 ff. 771.  
 Stier-Somlo 256.  
 Stolypin 594.  
 Stolzmann 8 f.  
 Storch 103.  
 Strakosch 645  
 Strehlow 75.  
 Strieder 557 569.  
 Striemer 538 ff.  
 Stroebel 212.  
 Struve 111.  
 Stübben 256.  
 Stumpf 81.  
 Stumpfe 708.  
 Suarez 517.  
 Südekum 212.  
 Sugenheim 401 603.  
 Sundbärg 839 ff.  
 Supino 479.  
 Süßmilch 102.  
  
**T.**  
 Tafel 306.  
 Taparelli 236.  
 Tarde 12 95.  
 Taussig 558 658.  
 Taylor 185 793 ff.  
 Teleky 119  
 Thaer 645 655 687.  
 Thiel 161 865.  
 Timme 276.  
 Thomas von Aquin 154 ff.  
 517.  
 Thompson W. 65 794  
 Thünen v. 580 ff. 652 ff.  
 Tiburtius 28.  
 Till 700.  
 Tille 586.  
 Tils 161 280.

Tolstoi 414.  
 Toniolo 27 161 303 479.  
 Tönnies 9 f. 434 477.  
 Törnebohm 739.  
 Torrens 500.  
 Tremöhlen 24.  
 Tröltsch 119.  
 Tschierschky 325 535 ff.  
 Tugan-Baranowski 208 756  
 772.  
 Turgot 479.

**U.**

Umpfenbach 478 f.

**V.**

Valentia de 517.  
 Vandervelde 292.  
 Varley 490.  
 Velleman 81 85.  
 Vierkandt 7 310.  
 Villeneuve-Bargemont 262.  
 Virchow 290  
 Virnich 198.  
 Vischer 95 298.  
 Vogel E. H. 256.  
 — W. 161.  
 Vogelsang v. 119 161 263  
 567 582 588 691.  
 Vogelstein 656 ff. 784.  
 Voigt Andr. 24 65 f. 303.  
 — Paul 24 73 75  
 Voit 45 ff.  
 Völker 865 ff.  
 Voltaire 84.  
 Voltolini 569.

**W.**

Waentig 52 756.  
 Wagener H. 810.  
 Wagner Ad. 1 23 28 73 76  
 78 118 298 303 314 329  
 345 365 392 400 417 f.  
 478 f. 481 484 501 531  
 541 562 786 837 ff. 849 ff.  
 Herm 340.  
 Wakeley 293  
 Waldschmidt 292.  
 Walker F. A. 856 862.  
 Wallenborn 667.  
 Waltemath 823.  
 Walter Franz 1 81 87 96  
 119 137 375 557 584.  
 Warlich 197.  
 Warmbold 874.  
 Waterstradt 652.  
 Watt 308 493.  
 Waxweiler 41  
 Webb, J. und B. 392.  
 Weber Ad. 24 49 ff. 65 67  
 69 118 253 260 378 756.

Weber Alfr. 66 771 777  
 786 ff.  
 — Leonh. 145.  
 — Max 5 120 392 397 409  
 578 593 759 793 865.  
 — S. 329.  
 Wehrle 549.  
 Weigert 261.  
 Weinand 119.  
 Weinberg 161.  
 Weinhold 329.  
 Weiß A. M. 263.  
 Wendland 119.  
 Wendt 477.  
 Wernik 161.  
 Werthmann 162.  
 Westergaard 140.  
 Wetzel 119.  
 Weyer 785.  
 Weyl 392.  
 Wheatstone 490 493.  
 White 558  
 Whittaker 116  
 Whitworth 493.  
 Wibaut 587.  
 Wichern 262.  
 Wichmann 666.  
 Wieber 329.  
 Wiedenfeld 37.  
 Wiese Leop. v. 215 303 367  
 421 702 756.  
 Wieser Fr. v. 14 28 70 93  
 120 303 320.  
 Wilbrandt 161 418 541.  
 Wildangel 880.  
 Wilde 197.  
 Willeneger 81.  
 Winter F. 603.  
 Wirminghaus 23.  
 Wirz W. 161 197.  
 Wissell 211 273 538 ff.  
 Witta 295.  
 Wittich 595 597.  
 Wolf Chr. 86.  
 — Jul. 24 306 313 325 375  
 854 ff.  
 Wolff Helm 161.  
 — Joh. 375  
 Wunderlich Fr. 329.  
 Würmeling 375.  
 Wygodzinski 197 589 674  
 704 721.  
  
**Z.**  
 Zankoff 558.  
 Zehden 340.  
 Zeiß 408.  
 Zielinzigier 102  
 Zmavc 119  
 Zwiedinek-Südenhorst v. 169  
 392 756 786 792.

## Sachregister.

### A.

Ablösungsgesetzgebung, bäuerliche 613 ff.  
 Abnehmender Bodenertrag, Gesetz des a. B.  
 Formulierungen 656 ff.; Beurteilung 850 ff.  
 Abstinenz und Temperenz 110 f.  
 Achtstundentag 408 ff.  
 Ackerbausysteme 646 ff.; Beurteilung der A. 654 ff.  
 Agenten 178 f.  
 Agrarische Reformbestrebungen, heutige 687 ff.  
 Agrarische Statik 645 f.  
 Agrarkrisen und Agrarfragen 682 ff.  
 Agrarpolitik der Zukunft 720 ff.  
 Agrar- und Industriestaat 837 ff.  
 Agrarverfassung 592 ff. 865.  
 Aktiengesellschaften, landwirtschaftliche 690.  
 Alkoholismus 108 ff.; falsche Anschauungen, Trinksitten 110; Schäden 116 f.; einheitliche Bekämpfung 290 ff.  
 Allmende 631 ff.  
 Amerikanismus, wirtschaftlicher 191.  
 Anerkennung 668 ff.  
 Anpassung der Produktion an den Konsum 167 ff. 318 ff.  
 Ansiedlung und Ansiedlungsformen, altgermanische 595 ff.; moderne 707 ff.; Reichsiedlungsgesetz 717 ff.  
 Arbeit, Begriffliches 329 ff.; A. und Unlust 332 ff.; Produktivität der A. 334 ff.; Intensität und Geschicklichkeit 338; Meßbarkeit der A. 338 ff.; völkische Bedingungen und Ursachen der Arbeitsproduktivität 367 ff.; Arbeitsmenge und volkswirtschaftliche Aufgabe 375 ff.; potentielle Arbeitsenergie 377 ff.; persönliche (physische, psychische, ethische) Momente und Arbeitsproduktivität 392 ff.; Arbeitsökonomie 394; Arbeitsleistung unter physiologischem und wirtschaftlichem Gesichtspunkte, ihre Grenzen 396 ff.; Arbeit als Berufspflicht 16 384 ff. 436 ff.  
 Arbeiterbudgets 124 ff.  
 Arbeiterklasse, deren Emanzipation 401 ff. 412 ff. 880.  
 Arbeitnehmer 331 f.  
 Arbeitsdienstpflicht 390 f.  
 Arbeitsfreudigkeit 398 ff. 418 ff.  
 Arbeitsgemeinschaft 421 f. 880.  
 Arbeitslosigkeit 377 ff.  
 Arbeits- oder Arbeiterkammern 268.  
 Arbeitsrecht 385 f.

Arbeitsteilung und Produktivität der Arbeit 421 ff.; technische und berufliche A. 423 ff.; geschichtliche Entwicklung der A. 424 ff.; A. und Landwirtschaft 426 f.; das Büchersche Schema der Arbeitsgliederung 427 ff.; wirtschaftliche und volkswirtschaftliche Vorteile der A. 431 ff.; Schattenseiten 433 ff.; Grenzen der A. 435 ff.; Internationale A. 477 861.  
 Arbeitswissenschaft 415 f.  
 Arbeitszeit, ihr Einfluß auf die Arbeitsleistung 402 ff.  
 Ästhetik und Bedarfsdeckung 145 ff.  
 Aufgabe, volkswirtschaftliche 15 275 f. 375 ff.  
 Ausdruckskultur 172.

### B.

Bauernbefreiung und Bauernschutz 606 ff.  
 Bauerngüter 663 ff.  
 Bauernlegen 602 ff.  
 Bauernstand, dessen Vermehrung und Stärkung 707 ff.; seine Bedeutung 863 ff.  
 Baugenossenschaften 239 ff.  
 Bangesellschaften 241.  
 Bauordnung und Bauplan 236 ff.  
 Bauspekulation, private 55.  
 Bedarf, Begriff 28 ff.; Unterhalts- und Wirtschaftsbedarf 31; Elastizität des B. 31 f.; notwendiger, tatsächlicher, standesgemäßer B. 32; B. als Wohlfahrts- und Kulturbegriff 33; normaler und Notbedarf 33; Bedarfsgestaltung bei den Völkern europäischer Kultur 34 ff.; moderne Bedarfsgestaltung 36 ff.; Hauptarten des Unterhaltsbedarfs 38 ff.; notwendiger und gewohnter B. 44 ff.; Wohnbedarf 48 ff.; Standes- und Klassenbedarf 89.  
 Bedarfsdeckung 32 ff.; tatsächliche Bedarfsdeckungsverhältnisse 123 ff.; Mängel der B. 132; Elemente der B. 299.  
 Bedarfsdeckungsprinzipien 130 ff.; wirtschaftliche B. 132 ff.; hygienisches 136 ff.; ästhetisches 145 f.; ethisches 146 ff.  
 Bedarfsdeckungsprinzip und Erwerbsprinzip 34 154 ff. 573 ff.  
 Bedarfsdeckungssysteme, privat- und volkswirtschaftliche 120 ff.  
 Bedarfsentwicklung und Kulturentwicklung 82 f.  
 Bedarfsphänomene, besondere 81 ff.  
 Bedürfnis und Begierde 147 f. 187.  
 Behausungsziffer 56 61.  
 Beleuchtung, Hygiene der B. 145.



Beratungswesen im Interesse der Konsumenten 285 f.  
 Bergbau 725 ff.; Statistisches 735 ff.; Verstaatlichung oder Sozialisierung 745 ff.  
 Berufsabteilungen der deutschen Bevölkerung 438 ff.  
 Berufsberatung 395 f.  
 Berufsgedanke und Produktivkraft 418 ff.  
 Berufsleistung, die Arbeit als B 436 ff.  
 Berufsorganisation und Bedarfsdeckung 261 ff. 539 f.  
 Berufssolidarität 420 f.  
 Berufsständische Interessenvertretung und soziale Organisation (nach Hitze) 265 ff.  
 Berufs- und Beschäftigungshygiene 394 f.  
 Besitzwechselabgaben 604.  
 Bestechungen 177 f.  
 Betrieb, öffentlicher, Schwächen desselben 214 ff.  
 Betriebsformen 540 ff.  
 Betriebsleitung, wissenschaftliche 793 ff.  
 Betriebsorganisation 547 ff.  
 Betriebsräte 271 ff.  
 Betriebssysteme, landwirtschaftliche 646 ff.; gewerbliche 758 ff.  
 Bildung, ihr Einfluß auf die produktive Leistungsfähigkeit 381 f.  
 Bodenbenutzung, Statistik 675 ff.  
 Bodenertrag, Gesetz vom abnehmenden B. 310 656 ff. 850 ff.  
 Bodenreformer 71 f.; deren Gegner 80.  
 Bodenspekulation 250 ff.  
 Boden- und Häuserrente 65 ff.  
 Bodenverschuldung 683 ff.  
 Branntweinmonopol und Branntweinbesteuerung 294.  
 Brennwirtschaft 647.

## C.

Citybildung 57.

## D.

Dienste, persönliche, bäuerliche 605.  
 Dienstjahr, weibliches 197 f.  
 Dorfsystem 596 f.  
 Dreifelderwirtschaft 647 f.  
 Dreigliederung des sozialen Körpers (nach R. Steiner) 289.  
 Dürerbund 277 f.  
 Dynamik und Statik 310 f. 656 f.

## E.

Eigenversorgung, Möglichkeit deutscher E. 867 ff.  
 Einführscheine 681.  
 Einheit der Volkswirtschaft 15.  
 Emanzipation der Arbeiterklasse 401 f. 412 ff. 880.  
 Erbbaurecht 243 ff.  
 Erbsysteme, landwirtschaftliche 666 ff.  
 Erfindungen 493.  
 Ermüdung, Erschöpfung und Arbeitsleistung 397.

Ernährung, Hygiene der E. 138 ff. 233 f.  
 Erntestatistik 675 ff.  
 Erotik und Mode 108.  
 Ertrag, Gesetz des abnehmenden Bodenertrags 310 f. 656 ff. 850 ff.; vom wachsenden E. industrieller Produktion 855 ff.  
 Ertrags- und Verkehrswert des Bodens 684.  
 Erwerbs- und Bedarfsdeckungsprinzip 34. 154 ff. 573 ff.  
 Ethik und Wirtschaftsleben 1 5 f. 146 ff. 373; ethische Motivation der Arbeit 416 ff.  
 Extensive Wirtschaft 643 f.

## F.

Fabrik 779 ff.; unterschieden vom Handwerk 782; Einteilung 783 f.  
 Fachbildung 223.  
 Fachmann, Geltung des F. 222.  
 Faktor 775.  
 Familie 3 11 863 ff.  
 Feldgemeinschaft 597.  
 Feldgras-, Feldwaldwirtschaft 647 f.  
 Fideikomisse, Auflösung der F. 672 f.  
 Fischerei 591 f.  
 Fleischkonsum 41.  
 Flurverfassung, ältere 559 ff.; Reform der F. (Flurbereinigung) 624 ff.  
 Forstwirtschaft 658 ff.  
 Fortschrittsfähigkeit, Gesetz der sinkenden F. 857 ff.  
 Frau als Leiterin des Verbrauchs 196; Vorbildung der F. für den hauswirtschaftlichen Beruf 197 f.; Steigerung der heimischen Produktion durch die Hausfrauen 198 ff.  
 Freie Wirtschaft 649 f.  
 Freiheit 158 f. 564 ff. 609 ff. 720 ff. 879 f.  
 Fronen 605 f.  
 Fruchtwechselwirtschaft 648 f.  
 Fusion 801.

## G.

Gartenstadt 247 f.  
 Gemeinde und Bedarfsdeckung 202 ff. 220 ff.  
 Gemeinheitsteilungen 631 ff.  
 Gemeinnützigkeit 288 ff.  
 Gemeinschaft und Gesellschaft 9 ff.  
 Gemeinschaftsgedanke 3 ff. 8 799 f.  
 Gemengelage der Äcker 624 ff.  
 Genossenschaftswesen 260 534 f. 692 724.  
 Geschicklichkeit des Arbeiters 338.  
 Geschäftsmoral 186 ff.  
 Geschäftswissenschaft, notwendig 183 ff.  
 Geschmacksbildung 184.  
 Gesellenverein, katholischer 420 f.  
 Gesindedienste 605.  
 Gesinnung und wirtschaftliche Regelung 163.  
 Gewannenverfassung 624.  
 Gewerbe, Begriff 756 f.; Arten und Zweige 757 ff.; gewerbliche Betriebssysteme 758 ff.  
 Gewerbeswesen 756 ff.  
 Gewerkvereine, christliche, ihre hohe Bedeutung 420 f.  
 Gewinnstreben 156 ff. 182 ff. 191 564 ff.

Gotenburger System 293.  
 Großbetrieb, Vorzüge 541 ff.; Mängel 549 ff.;  
 agrarischer G. 661 ff.; industrieller G. 784 ff.  
 Grundentlastungsgesetzgebung 613 ff.  
 Grundherrschaft 597 ff.  
 Grundrente 65 ff.; G. der Lage 75.  
 Gutherrschaft 600 ff.

## H.

Halbwelt und Mode 96.  
 Handwerk 764 ff.; H. und Fabrik 782; H.  
 und volkswirtschaftliche Bedarfsdeckung  
 803; Verdingungswesen und H. 807; Or-  
 ganisation des H. 807 f.  
 Hausbesitzer 76 ff.  
 Haushaltungsstatistik 124 ff.  
 Hausindustrie 770 ff.; Vorzüge und Nach-  
 teile 777 ff.  
 Hauswerk 761 ff.  
 Heimarbeit 774 ff.  
 Heimstätten 712 ff.  
 Herrschaften 663 f.  
 Höferecht (Höfe- und Landgüterrolle) 669 f.  
 Hofsystem 596 f.  
 Hygiene und Bedarfsdeckung 136 ff.; soziale  
 H. 137; H. der Ernährung 138 ff.; H. der  
 Kleidung 141 ff.; H. der Wohnungen 143 ff.;  
 H. des Berufs und der Beschäftigung 394 f.

## I.

Jagd 589 ff.  
 Individualismus 1 562 ff.  
 Industrie 779 ff.; industrielle Großbetriebe  
 784 ff.; Wahl des Standortes 786; Gesetz  
 des wachsenden Ertrags industrieller Pro-  
 duktion 855 ff.  
 Industriegilden (Hitze) 269 ff.  
 Industriestaatliche Entwicklung 837 ff.; Licht-  
 und Schattenseiten 848 ff.  
 Insten 615.  
 Instrumentalursache (philosophischer Be-  
 griff) 513.  
 Integration 541 ff. 801.  
 Intensität der Arbeit 338 547 ff.  
 Intensive Wirtschaft 643 f.  
 Interessengemeinschaft 801 ff.  
 Interessenvertretung, berufsständische 265 ff.  
 Internationalismus, verkehrter und richtiger  
 228 f. 477.

## K.

Kali- und Kohlensyndikat 731 ff.  
 Kammern für Landwirtschaft, Handel, Hand-  
 werk, Arbeiter 267 ff.  
 Kapital, Begriffliches 479 ff.; K. und Kapital-  
 besitz 481; Formen und Arten des Pro-  
 duktions-K., stehendes und umlaufendes,  
 Anlage- und Betriebs-K., variables und  
 konstantes K., Kapitalabfindungsgesetz  
 715; Kapitalanlage 483 ff.  
 Kapitalakkumulation 504.  
 Kapitalbildung 500 ff.  
 Kapitalismus 11 158 562 ff.

Kapitalistische Produktion, Unternehmung  
 Kapitalwirtschaft 557 ff.  
 Kapitalistischer Geist 573 ff.  
 Kartelle 258 ff.; deren Reform 535 ff.; Kal-  
 kulationskartelle 536 f.  
 Kasernierungsrente 76.  
 Kathenleute 615.  
 Käuferpsyche 195.  
 Kaufkraft 201 f. 318 f.  
 Kettenhandel 231.  
 Klassenbedarf 89.  
 Klassenbewußtsein und Standesgedanke  
 386 ff.  
 Kleidung 39 95 ff.; Hygiene der K. 141 ff.;  
 Kleiderordnungen 234.  
 Kleinwohnungen 241 f.  
 Kolonisation der ostelbischen Länder 600 ff.;  
 innere K. 222 707 ff.  
 Kombination 541 ff.  
 Kommunalisierung und Lebensmittelver-  
 sorgung 231 ff. 807.  
 Konjunkturkunde 184.  
 Konsumenten und Regelung der Konsumtion  
 192 ff.  
 Konsumtion, Begriff 25 f.; Stellung im volks-  
 wirtschaftlichen Lehrsystem 26 ff.; tech-  
 nische K. 29 f.; K. von Nahrungsmitteln  
 und Bekleidungsstoffen 39 ff.; Nachkon-  
 sumtion 39; Verschiedenheiten des Konsum-  
 tionsbedürfnisses 129; „Verständige“ K.  
 nach J. B. Say 200 f.  
 Konzentration, horizontale, vertikale 542 ff.  
 553; K. und deutsche Volkswirtschaft  
 551 ff. 800 ff.  
 Konzentrationstheorie, sozialistische, und  
 Landwirtschaft 673 f.  
 Körperliche und geistige Kraft und Pro-  
 duktivität der Arbeit 392 ff.  
 Kraftmaschinen 492.  
 Kraftquellen 489 ff.  
 Kredit, Personal- und Real-K. 692 ff.  
 Kriegsgesellschaften 216 f.  
 Kundenproduktion 765 ff.  
 Kunsterziehung 171 ff.  
 Kunstgewerbe 171 ff. 278 805.  
 Kunstwart 277 f.

## L.

Landarbeiter 605 721; Landarbeitsordnung  
 880.  
 Landbevölkerung, ihre Bedeutung 863 ff.  
 Landeskulturgesetzgebung 624 628 ff.  
 Landschaften 695 f.  
 Landwirtschaft 592 ff.; Begriffliches und Ent-  
 wicklung der L. 642 ff.; Rückgang durch  
 den Weltkrieg 876 f.; Wiederaufbau nach  
 dem Kriege 877 ff.; Gleichberechtigung  
 von L. und Industrie 881.  
 Landwirtschaftskammern 640 f.  
 Lassitischer Besitz 602 ff.  
 Laten 598 ff.  
 Laudemium 604.  
 Lebensmittelversorgung und öffentliche Ge-  
 walten 229 ff. 233 f.

Ledigenheime 241.

Leibeigenschaft und deren Beseitigung 608 ff.  
Leistung, Güte der L 170 ff.; Reellität, Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit in Darbietung und Vollzug 174 ff

Lohnhöhe, ihr Einfluß auf die Arbeitsleistung 402 ff

Lohnwerk 761 ff.

Luxus 84 ff.; Begriff und Wesen 85 ff.; Beurteilung 89 ff.; ethische Wertung 93 f.; Luxusgesetze, Luxusbesteuerung 234 ff.; religiöse Einwirkung 236.

## M.

Makler 178 f.

Manufakturen 780 ff.

Markensystem 284.

Maschine und Maschinentechnik 487 ff. 547 ff.; Nutzen der M. 493 ff.; Mängel 495 ff.; Maschinenproblem und Volkswirtschaftslehre 499 ff.; automatische und nichtautomatische M. 547 f.

Massenfabrication 543 ff.; Gesetz der Massenproduktion 546 ff.

Maximalarbeitstag 405 ff.

Mehrwert 153 ff. 527 f.

Meier, Meierrecht 599 f.

Menschenökonomie 394.

Miete und Einkommen 58 ff.; Boden- und Häuserrente und Miete 65 ff.; Mietkaserne 55 f. 76; Mieteinigungsämter 257.

Mode 95 ff.; M. und Sitte 95; Begriffsbestimmung 97 f.; Modebedürfnis 98; geschichtliche Entwicklung 99 ff.; wirtschaftliche Bedeutung der M. 101 ff.; deutsche M. 101; moderne Modeerscheinungen 104 ff.; die M. in ästhetischer, hygienischer, ethischer Beleuchtung 105 ff.; Modeindustrie 174 785; Modewillkür 194 ff.; Modopolitik 234 ff

Moral und Bedarfsdeckung 146 ff.

Mortuarium 604.

Motivation der Arbeit, wirtschaftliche 399 ff.; ethische 416 ff

Motivationstheorien 417 ff

## N.

Nahrungsbedarf und Nahrungsmittelkonsum 39 ff

Natur, äußere, als Produktionsfaktor 441 ff.

Nebengewerbe, landwirtschaftliche 649.

Normalarbeitstag 407 f.

Normalisierung 542 ff

## O.

Ödländereien 677

Okkupierende Wirtschaft 588 ff.

Organisation der Produktion (organisatorische Technik) 529 ff. 791 ff.

Organisationen, ökonomische, im Dienst der Unternehmungen 534 ff.

Organisationswesen, berufliches, und die Bedarfsdeckung 258 ff

## P.

Pacht und Pachtwesen 703 ff.; Pachtschutzordnung 705 f.

Parzellenbesitz, landwirtschaftlicher 663 ff.

Persönlichkeit, ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben 555 ff.

Pflichtbewußtsein und Arbeitsleistung 416 f.

Philosophie und Volkswirtschaftslehre 7 f.

Planwirtschaft 273 ff. 538 ff.

Preis, angemessener 223 f.

Preisforderung, deren Reellität 179 ff.

Preiswerk 764 ff.

Preiswürdigkeit 179 ff.; Prinzip der P. 196.

Privateigentum 3.

Produktion 303 ff.; Begriffliches, physische, ökonomische P. 303 f.; Arten der ökonomischen P. 305; Technik und Ökonomik in der P. 306 ff.; Einfluß gesellschaftlicher Verhältnisse auf die P. 313 f.; Anpassung an Volksbedarf und Kaufkraft 167 ff. 318 f.; Begrenztheit der P. 319 f.; regelndes Prinzip 320 f.; Ursachen und Bedingungen der ökonomischen P. 321 ff.; Produktionsergebnis und Aufwand 337 f.; Organisation der P. 529 ff.

Produktionsbetriebe, Groß-, Mittel-, Kleinbetriebe, Licht- und Schattenseiten 540 ff.

Produktionsfaktoren 324 ff. 329 ff. 441 ff.

Produktionsgeographisches 340 ff. 445 ff. 812 ff

Produktionskapital 481 ff.

Produktionsmittel, sachliche 441 ff. 477 ff.

Produktionszwang 389 f.

Produktive Kräfte 340 ff.

Produktivgenossenschaft 413 665 849.

Produktivität, volkswirtschaftliche 165 314 f.; P. der Arbeit 334 ff.; abhängig von völkischen Momenten 367 ff.; von persönlichen Momenten 392 ff.; von richtiger Arbeitsteilung 421 ff.; keine alleinige Produktivität der Arbeit 504 ff.

Profitsucht 224 f.

Psyche als Energieelement 398 f.

Psychologie und Physiologie der Arbeit 392 ff.

## Q.

Qualität der Ware 171 ff.; Sinn für Qualitätsware bei den Konsumenten 194 ff.; Kampf gegen Qualitätsverschlechterung 195 234.

Qualitätsarbeit 171 f. 277 ff. 766 f. 805.

Qualitätsgarantie 277.

Qualitätsproduktion 171.

## R.

Rätegedanke 272.

Rationalisierung der Arbeit 397 415 f.

Reallasten, bäuerliche 604; Regulierung und Ablösung 615 ff.

Recht, positives und natürliches 3 313 f.; R. und Unrecht im Wirtschaftsleben 296 ff.

Rechts- und Wirtschaftsverfassung, ihr Einfluß auf die produktive Leistungsfähigkeit 382 ff.



Regelung des Wirtschaftsprozesses 161 ff.;  
regelnde Faktoren 163; R. durch Produ-  
zenten, Händler 163 ff.; durch die Kon-  
sumenten 192 ff.; durch Staat und Ge-  
meinde 202 ff.; durch berufliche Organi-  
sationen 258 ff. 539 f.

Reichswirtschaftsamt 232 f.

Reichswirtschaftsmuseum 475 f.

Reichswirtschaftsrat 273.

Reklame 174 ff

Rentabilität, privatwirtschaftliche 165 316 f.

Rente 65 ff.; Standortsrente 75.

Rentencharakter des Bodens, Rentenprinzip  
693 ff

Rentengüter 709 ff.

Rittergüter 601 ff.

Robot 605.

## S.

Sanitäts- und Medizinalpolizei 233 f.

Scharwerk 605.

Selbstversorgung, Möglichkeit für Deutsch-  
land 870 ff.

Selbstverwaltungskörper 272.

Serienfabrikation 543.

Sitte und Mode 95.

Solidaristisches System 2 ff.; seine prak-  
tische Bedeutung 6 f.

Solidarität, staatsbürgerliche und berufliche  
187.

Soziale Hygiene 137.

Sozialisierung im neuen Deutschland und  
Österreich 204 ff.; Begriff 208 ff.; Grenzen  
210 ff. 218 674 f.; S. des Bergbaues 746 ff.

Sozialismus und Individualismus 1.

Sozialordnung im Sinne katholischer Refor-  
mer 262 ff.

Sozialstaat, Ballods 873.

Sparsamkeit 94 192 ff.

Spartheorie und Kapitalbildung 502 f.

Stadtverjüngung 247.

Standesorganisationen und Bedarfsdeckung  
216 ff.

Standort, landwirtschaftliche Betriebssy-  
steme 650 ff.; für industrielle Großbetriebe  
768 ff.

Statik und Dynamik 310 f. 656 f.; agrarische  
Statik 645 f.

Steuerwesen 225 f. 879.

Suggestion und Reklame 174 ff.

Sweatingsystem 775.

Syndikalisierung 209.

Syndikate (Kohle, Kali) 731 ff

Syndikatsmonopole, deren Bekämpfung durch  
teilweise Sozialisierung 219 f.

## T.

Taylor-System 793 ff.

Technik und Ökonomik in der Produktion  
306 ff.; Werkzeug- und Maschinentechnik  
487 ff.; in industriellen Großbetrieben  
789 ff.; Erfahrungs- und wissenschaftliche  
T. 488.

Temperenz 110 ff.

Terrainspekulation, Terraingesellschaften 75.

Territorium und Produktivkraft 340 ff. 445 ff.

Thünensches Gesetz 652 ff.

Trachten 95 234.

Tuberkulose und Wohnungsverhältnisse 144.

Typisierung 542 ff.

## U.

Übertaxierung und Überbeilehung bei Häu-  
sern 79 ff.

Übung (Training) und Arbeitsleistung 397.

Umlegung von Äckern 624 ff.

Universalismus 8.

Unternehmer 164 ff. 188 ff. 529 ff.

Unternehmung, staatliche und gemeindliche  
203 f. 210.; U. und Planwirtschaft 538 ff.

Unternehmungsweise Produktion und deren  
Formen 529 ff.

Urproduktion 688 ff.

## V.

Vegetarische Lebensweise 48.

Verdingungswesen und Handwerk 807.

Vergesellschaftung und Verstaatlichung 209.

Verkehrs- und Ertragswert des Bodens 684.

Verlagssystem 770 ff.

Verschuldung, agrarische 683 ff. 691 f.;  
Grenze der V. 696 ff.

Verschwendung 87.

Verstaatlichung und Sozialisierung 209 f.

Villikationsverfassung 598 ff.

Völkische Bedingungen und Ursachen pro-  
duktiver Leistungsfähigkeit 367 ff.

Volksbedarf, Begriff und Entfaltung 23 ff.  
28 ff.

Volkstrachten und Mode 95 ff.

Volkswirtschaftliche Aufgabe 15; als Prinzip  
der Regelung 162 ff.; der Produktion 320 ff.;  
als Wohlfahrts-, Kultur-, Fortschrittsauf-  
gabe 315 f.

Volkswirtschaftslehre und Philosophie 7 f.;  
Systematik der V. 12 ff.

## W.

Warenbezeichnung, klare, wahre 177.

Warenkunde 184 ff.

Warenprüfung 285 f.; Prüfungsamt 221.

Weidrechte, deren Aufhebung 638 ff.

Weltmarkt und Weltwirtschaft 228 f. 837 ff.  
848 ff.

Werkbund 278.

Werkstattarbeit 774 ff.

Werkzeugmaschine 492.

Werkzeugtechnik 487 ff.

Werturteile 18.

Wertzuwachs, unverdienter 252.

Wettbewerb 221.

Wiedervergeltung, Prinzip der W. 150 ff.  
180 ff. 223 ff.

Wirtschaft, extensive und intensive 643.

Wirtschaftliches Prinzip und Bedarfsdeckung  
132 ff. 169 f. 233.

- Wirtschaftsämter 230.  
 Wirtschaftsberatung 230.  
 Wirtschaftsgeographisches 340 ff. 445 ff.  
 Wirtschaftsleben und Ethik 1 5 f.  
 Wirtschaftspolitik 227 f.  
 Wirtschaftsprogramm 6.  
 Wohnung, Wohnungsbedürfnis und modernes  
   Wohnungswesen 48 ff.; Wohnungsnot und  
   ihre Ursachen 50 ff.; Wohndichtigkeit 56;  
   Wirtschaftlichkeit und Wohnungsbau 135;  
   Hygiene der Wohnungen 143 ff.; Wohnung  
   und Sittlichkeit 148; Wohnungsordnung,  
   Wohnungsaufsicht 238; positive Woh-  
   nungsfürsorge 238 ff.; Wohnungsnachweis  
   253; Gemeinde, Staat, Reich und Woh-  
   nungswesen 255 ff.  
 Wucher 153 ff.

## Z.

- Zehnte 604 f.  
 Zukunftsbilder über eine Neugestaltung des  
   Gewerbewesens 809 ff.  
 Zunfthandwerk 766 ff.  
 Zusammenlegung von Äckern 624 ff.  
 Zwangskartellierung 537 f.  
 Zwischenmeister 775.

Heinrich Pesch S. J.

# Lehrbuch der Nationalökonomie

Fünf Bände

- I: *Grundlegung.* 2., neu bearbeitete Auflage. (Neue Auflage in Vorbereitung.)
- II: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre. I. Volkswirtschaftliche Systeme, Wesen und disponierende Ursachen des Volkswohlstandes.* 2. und 3., neu bearbeitete Auflage.
- III: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre. II. Die aktiven Ursachen im volkswirtschaftlichen Lebensprozesse.* (Neue Auflage in Vorbereitung.)
- IV: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre. III. Der volkswirtschaftliche Prozeß.* 1. Deckung des Volksbedarfs als volkswirtschaftliche Aufgabe. 2. Produktion. 1. u. 2. Aufl.
- V: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre. III. Der volkswirtschaftliche Prozeß.* 3. Tauschverkehr. 4. Einkommens- und Vermögensbildung. (Im Druck.)

Prof. Dr. Adolf Weber, Köln, im Staatslexikon der Görresgesellschaft, 3. und 4. Auflage, V. Band, Sp. 1000 (Artikel Volkswirtschaftslehre):

„Man muß es als eine Großtat ersten Ranges für die Geschichte der christlichen Volkswirtschaftslehre bezeichnen, wenn jetzt von deutschen Jesuiten unter der Führung von Heinrich Pesch, der sich unter den sozialökonomischen Fachgenossen aller Richtungen dank seiner gründlichen volkswirtschaftlichen Kenntnisse und seiner streng sachlichen, objektiven Schreibweise eines großen Ansehens erfreut, der Versuch gemacht wird, eine systematische, auf christlich katholischer Weltanschauung fußende Volkswirtschaftslehre zu schaffen.“

## *Lechtape, H., Der christliche Solidarismus.*

Nach Heinrich Pesch S. J. dargestellt. 4.—7. Tausend.

Das volkswirtschaftliche System H. Pesch's wird hier kurz zusammengefaßt und klar erläutert in wirkungsvoller Gegenüberstellung zu den Theorien des kapitalistischen Liberalismus und des kommunistischen Sozialismus.

## *— Die Frage der Steuergerechtigkeit.* Grundsätzliches zur Finanzreform auf Grund des Solidaritätssystems von Heinrich Pesch S. J.

Der Grundsatz sozialer Gerechtigkeit muß mehr denn je bei der gegenwärtigen Finanzreform die Steuergesetzgebung durchdringen. Knapp, aber klar ist in der Schrift dieser Satz formuliert und durchgeführt.

---

Herder & Co. G.m.b.H. Verlagsbuchhandlung, Freiburg i. Br.

Berlin, Karlsruhe, Köln, München, Wien, London, St. Louis Mo.



## Heinrich Pesch S. J.

### *Ethik und Volkswirtschaft.* (Das Völkerrecht. 4/5. H.)

Die Schrift zeigt, wie die materielle Wohlfahrt der Völker wesentlich bedingt ist durch die praktische Geltung des christlichen Sittengesetzes. Alles, was am Sozialismus Wahres ist, führt sich auf die Bahnen der christlichen Moral zurück. Nicht dem Sozialismus gehört die Zukunft, sondern dem Solidarismus.

### *Neubau der Gesellschaft.* (Flugschriften der „Stimmen der Zeit“, 1. Heft.) 10.—13. Tausend.

Der bekannte Meister der Volkswirtschaftslehre zeigt, wie sich auf den Trümmern der zusammengebrochenen Gesellschaftsordnung eine neue, dauerhaftere, tiefer in den Rechten der Einzelindividuen gegründete aufbauen läßt. Sein Plan ist großzügig, obensoweit entfernt von den Ideologien sozialistischer und kommunistischer Weltfremdheit wie von der zähen Unbeugsamkeit überkonservativer Kreise.

### *Sozialisierung.* (Flugschriften der „Stimmen der Zeit“, 5. Heft.) 6.—9. Tausend.

Die Zeit des individualistischen, freiwirtschaftlichen Kapitalismus ist vorüber. Aber die Art, wie heute der Sozialismus den Neubau betreibt, ist naiv, überstürzt, prinzipienlos, ohne Rücksicht auf die Aufgabe und die Grenzen der Staatsgewalt. Verstaatlichung und Kommunisierung kann nur ausnahmsweise vorteilhaft sein. Sie muß in jedem Einzelfalle gerechtfertigt werden durch ihre volkswirtschaftliche oder finanzielle Notwendigkeit. Der marxistischen Lehre von einer naturnotwendigen Entwicklung zum Kommunismus hin fehlt jede wissenschaftliche Begründung. Statt der wilden Sozialisierung der Betriebe ist einzutreten für eine Sozialisierung der Menschen.

### *Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung.* Drei Teile. 2. Auflage. (Soziale Frage, 8.—16. Heft.) (8. Heft z. Zt. vergriffen.)

Der erste Teil behandelt philosophisch und historisch einige Hauptpunkte aus der christlichen Gesellschaftslehre mit ihren Folgerungen für das wirtschaftliche Gebiet; der zweite Teil beschäftigt sich mit den wissenschaftlichen Grundlagen des Liberalismus; der dritte Teil endlich hat die Lehren und Forderungen des älteren wie des neueren Sozialismus zum Gegenstand. Eine eingehende Betrachtung ist der Lehre vom Privateigentum gewidmet.

### *Die Wohltätigkeitsanstalten der christlichen Barmherzigkeit in Wien.* Mit Titelbild. (Auch 51. Ergänzungsheft zu den „Stimmen aus Maria Laach“.)

---

Herder & Co. G.m.b.H. Verlagsbuchhandlung, Freiburg i. Br.  
Berlin, Karlsruhe, Köln, München, Wien, London, St. Louis Mo.







330.2

35632

Lehrbuch der National-  
ökonomie/ H. Pesch

[illegible]

35632

